



C/2024/581

15.1.2024

Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/581)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 8	8. Januar 2024	4-Nonylphenol, verzweigt und linear, ethoxyliert (4-NPnEO) EG-Nr. -; CAS-Nr. -	Fysol S.A.S., 1 30 avenue des Follaz, 73000 Chambéry, Frankreich	REACH/23/40/0	Mischen eines 4-NPnEO-haltigen Epoxidharzes, um Gemische mit einem Massenanteil von 4-NPnEO von weniger als 0,1 Gew.-% zur Herstellung von Waren aus Glasfasern für kritische Verbundelemente für Hubschrauber zu erhalten	31. Dezember 2025	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



C/2024/636

15.1.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

12. Januar 2024

(C/2024/636)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0942	CAD	Kanadischer Dollar		1,4634
JPY	Japanischer Yen		159,17	HKD	Hongkong-Dollar		8,5599
DKK	Dänische Krone		7,4565	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7552
GBP	Pfund Sterling		0,85950	SGD	Singapur-Dollar		1,4583
SEK	Schwedische Krone		11,2600	KRW	Südkoreanischer Won		1 438,73
CHF	Schweizer Franken		0,9350	ZAR	Südafrikanischer Rand		20,4408
ISK	Isländische Krone		150,10	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8451
NOK	Norwegische Krone		11,2765	IDR	Indonesische Rupiah		17 037,35
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		5,0853
CZK	Tschechische Krone		24,689	PHP	Philippinischer Peso		61,092
HUF	Ungarischer Forint		379,35	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,3628	THB	Thailändischer Baht		38,406
RON	Rumänischer Leu		4,9731	BRL	Brasilianischer Real		5,3309
TRY	Türkische Lira		32,9305	MXN	Mexikanischer Peso		18,4931
AUD	Australischer Dollar		1,6375	INR	Indische Rupie		90,7350

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



BEKANNTMACHUNG DER KOMMISSION

Fragen und Antworten zur Umsetzung der EU-Vorschriften über die Entalkoholisierung von Wein

(C/2024/694)

Dieses Dokument enthält technische Antworten auf Fragen, die die Kommissionsdienststellen im Zusammenhang mit der Anwendung der Vorschriften über die Entalkoholisierung von Wein erhalten und mit Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten erörtert haben.

Dieses Dokument soll nationalen Behörden und Unternehmen Hilfestellung bei der Anwendung dieser EU-Rechtsvorschriften geben. Für die Auslegung des Unionsrechts ist ausschließlich der Gerichtshof der Europäischen Union zuständig.

- 1) **Wir verstehen den zweiten Satz der folgenden Bestimmung als Einschränkung: „Die angewandten Entalkoholisierungsprozesse dürfen keine organoleptischen Fehler des Weinbauerzeugnisses zur Folge haben. Die Beseitigung von Ethanol in Weinbauerzeugnissen darf nicht in Verbindung mit einer Erhöhung des Zuckergehalts im Traubenmost erfolgen.“ (Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 ⁽¹⁾, Anhang VIII Teil I Abschnitt E).**

Dem stimmen wir zu. Die beiden gesetzgebenden Organe haben diese Bestimmung eingeführt, da es inkohärent erschien, den Alkoholgehalt von Wein durch Anreicherung von Most zu erhöhen und später Alkohol durch Entalkoholisierung zu entfernen. Dies steht auch im Einklang mit Dossier 3.5.16 des OIV-Kodex der önologischen Praxis.

- 2) **Auf den ersten Blick erscheint es logisch, dass die Beseitigung von Ethanol in Weinbauerzeugnissen nicht in Verbindung mit einer Erhöhung des Zuckergehalts im Traubenmost erfolgen darf. Allerdings gibt es noch keinen Markt für diese Weine (Anfang 2022). Folglich müssten die Erzeuger auf die nächste Ernte warten, da der Großteil des in Deutschland erzeugten Grundweins mittels Anreicherung hergestellt wird.**

Wir stimmen dieser Analyse in Bezug auf den in der Frage dargestellten konkreten Fall zu. Wenn es aus der Ernte 2021 keinen nicht angereicherten Grundwein gibt, wäre es nicht möglich, in den Jahren 2021–2022 entalkoholisierte Weine zu erzeugen. Diese Möglichkeit würde erst ab der Ernte 2022 bestehen. Es liegt in der Verantwortung der Weinerzeuger, ihre Erzeugung jährlich entsprechend der Marktnachfrage zu planen.

- 3) **Vielleicht müssen wir die Bestimmung jedoch wie folgt lesen: „Die Beseitigung von Ethanol in Weinbauerzeugnissen darf nicht in Verbindung mit einer Erhöhung des Zuckergehalts im Traubenmost erfolgen“, kann aber in Verbindung mit einer Erhöhung des Zuckergehalts der Trauben oder des Jungweins erfolgen. (Begründung: a) Traubenmost und Jungwein sind gemäß der GMO, Anhang VII Teil II, unterschiedliche Kategorien von Weinbauerzeugnissen und b) Traubenmost und Trauben sind gemäß Anhang I der Delegierten Verordnung (EU) 2019/934 ⁽²⁾ unterschiedliche Kategorien von Weinbauerzeugnissen.)**

Gemäß Anhang VIII Teil I Abschnitt E Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 ist die Entalkoholisierung verboten, wenn der Traubenmost angereichert wurde. Der Absatz bezieht sich nicht auf den Zusatz von Zucker (oder Mosten) zu Trauben oder Jungweinen zum Zwecke der Anreicherung.

In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch die Frage, ob die Anreicherung von Trauben oder Jungweinen dem Geist der oben genannten Rechtsvorschriften entspricht.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1308/oj>).

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2019/934 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anbauflächen, auf denen der Alkoholgehalt der Weine erhöht werden darf, der zugelassenen önologischen Verfahren und der Einschränkungen für die Erzeugung und Haltbarmachung von Weinbauerzeugnissen, des Mindestalkoholgehalts von Nebenerzeugnissen und deren Beseitigung sowie der Veröffentlichung von OIV-Dossiers (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2019/934/oj).

Nach Auffassung der Kommissionsdienststellen scheint dies nicht der Fall zu sein, da der Grundgedanke der obigen Bestimmung, d. h., dass önologische Verfahren, die entgegengesetzte Ziele verfolgen, ausgeschlossen sind, diese Auslegung nicht zulässt.

- 4) **Die Kommission wies darauf hin, dass das Vermischen von Wein mit entalkoholisiertem Wein zur Herstellung von teilweise entalkoholisiertem Wein nicht zulässig ist, da dies nicht in Anhang VIII Abschnitt E der GMO aufgeführt ist. Könnte dieser Prozess stattdessen als Verschnitt betrachtet werden? Gemäß Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/934 ist „Verschnitt“ das Vermischen von Weinen und Traubenmosten unterschiedlichen Ursprungs, aus verschiedenen Rebsorten, aus verschiedenen Erntejahren oder aus verschiedenen Wein- oder Traubenmostkategorien. In den Bestimmungen der GMO-Verordnung werden entalkoholisierte und teilweise entalkoholisierte Weine in die allgemeine Kategorie „Wein“ eingeordnet. Es erscheint daher möglich, das Vermischen eines Weins mit einem entalkoholisierten Wein (z. B. aus einem anderen Erntejahr) als Verschnitt zu betrachten. Kann die Kommission diese Auslegung bestätigen oder widerlegen?**

Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 müssen die folgenden Bedingungen erfüllt sein, damit ein Wein als „teilweise entalkoholisiert“ in Verkehr gebracht werden kann:

1. Der Grundwein (vor der Entalkoholisierung) muss alle Merkmale einer der Kategorien von Weinbauerzeugnissen gemäß Anhang VII Teil II Nummern 1 und 4 bis 9 der Verordnung erfüllen.
2. Der Alkoholgehalt des Enderzeugnisses muss bei Weinen gemäß Anhang VII Teil II Nummer 1 der genannten Verordnung mehr als 0,5 % und weniger als 8,5 % bzw. 9 % betragen.
3. Um den Alkoholgehalt des Grundweins zu verringern, muss ein Entalkoholisierungsprozess erfolgen.
4. Die Angabe „teilweise entalkoholisiert“ muss neben der Bezeichnung des Erzeugnisses auf dem Etikett aufgeführt sein.

Wird eine Partie vollständig entalkoholisierten Weins mit einer Partie nicht entalkoholisierten Weins vermischt, kann das daraus resultierende alkoholische Getränk als „Wein“ bezeichnet werden, wenn sein Alkoholgehalt mindestens 8,5–9 % vol beträgt, da dies dann als Vermischen oder Verschnitt angesehen werden könnte.

Liegt der Alkoholgehalt des gewonnenen Getränks hingegen unter 8,5–9 % vol, kann das Getränk nicht als „Wein“ bezeichnet werden, weil der Mindestalkoholgehalt von Wein nicht erreicht wird. Es kann auch nicht als „teilweise entalkoholisierte Wein“ bezeichnet werden, weil die Verringerung des Alkoholgehalts auf das Vermischen und nicht auf eine teilweise Entalkoholisierung zurückzuführen ist (siehe Bedingung 3).

Vermischen und Verschnitt sollten nicht dazu verwendet werden, die Vorschriften über die Entalkoholisierung zu umgehen und eine Mischung aus Wein und entalkoholisiertem Wein, die zur Herstellung eines teilweise entalkoholisierten Weins ohne Anwendung eines Entalkoholisierungsprozesses erfolgt, als „teilweise entalkoholisierten Wein“ in Verkehr zu bringen. Wie bereits erwähnt, ist ein solches Verfahren nach den geltenden EU-Rechtsvorschriften nicht zulässig. Das aus einer solchen Mischung hervorgegangene Erzeugnis könnte nur in Verkehr gebracht werden, solange es nicht als „teilweise entalkoholisierte Wein“ bezeichnet wird und der Verbraucher gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (FIC-Verordnung) ⁽³⁾, insbesondere Artikel 7, ordnungsgemäß über die Merkmale dieses Erzeugnisses informiert wird.

Dagegen könnte ein Erzeugnis, das durch Mischen einer Partie teilweise entalkoholisierten Weins mit einer anderen Partie teilweise entalkoholisierten Weins gewonnen wurde, als „teilweise entalkoholisierte Wein“ bezeichnet werden, da es einer Mischung von Weinen entspricht, die beide teilweise entalkoholisiert wurden.

⁽³⁾ Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 18, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2011/1169/oj>).

5) **Zu Schaumweinen:**

a) **Warum ist die Herstellung von alkoholarmem Schaumwein mit einer zweiten alkoholischen Gärung aus entalkoholisiertem Wein nicht möglich?**

Eine zweite alkoholische Gärung erzeugt nicht nur Kohlendioxid, sondern auch Ethanol. Bei den derzeit verwendeten Gärhefenarten würde die Zugabe einer Fülldosage zu einem vollständig entalkoholisierten Schaumwein daher wahrscheinlich zu einem Schaumwein führen, der einen vorhandenen Alkoholgehalt von über 0,5 % aufweist und somit nicht der Definition eines „entalkoholisierten Weins“ entspricht. Das Enderzeugnis könnte somit nicht als „entalkoholisierter Wein“ gekennzeichnet werden, sondern würde höchstwahrscheinlich unter die Definition eines „teilweise entalkoholisierten Weins“ fallen und sollte als solcher gekennzeichnet werden.

b) **Warum ist es rechtmäßig, ein Erzeugnis als „entalkoholisierten Schaumwein“ zu bezeichnen, auch wenn es nicht möglich ist, einen Schaumwein zu entalkoholisieren?**

Nach dem bestehenden Rechtsrahmen ist es möglich, entalkoholisierte Schaumweine mit zugesetzter Kohlensäure mittels eines entalkoholisierten Grundweins zu erzeugen, dem extra Kohlendioxid zugesetzt wurde.

Die verfügbaren Entalkoholisierungsverfahren gewährleisten derzeit jedoch nicht, dass Ethanol aus Schaumweinen entfernt wird und gleichzeitig ihr Gehalt an Kohlendioxid erhalten bleibt. Außerdem ist es aufgrund der derzeitigen Gärtechniken nicht möglich, eine zweite Gärung ohne Alkoholerzeugung durchzuführen. Dies könnte sich jedoch durch Innovationen in Zukunft ändern. Der Rechtsrahmen ist bereits vorhanden, um den Weinsektor zu ermutigen, die notwendigen Innovationen für Entalkoholisierungsverfahren zu entwickeln. Siehe auch die Antwort auf Frage 5a.

6) **Wir haben nicht verstanden, ob der durch die Verordnung (EU) 2021/2117 ⁽⁴⁾ geschaffene Rechtsrahmen ausreicht oder ob die Kommission in den kommenden Monaten an einer Änderung des Sekundärrechts (Delegierte Verordnung (EU) 2019/33 ⁽⁵⁾) arbeiten wird.**

Eine wiederkehrende Frage der Unternehmen ist insbesondere, ob auf dem Etikett eines entalkoholisierten Weins die fakultative Angabe des Erntejahrgangs und/oder der Sorte erscheinen darf.

Ist es also unter dem Gesichtspunkt der Kennzeichnungsvorschriften grundsätzlich so, dass das hergestellte (entalkoholisierte oder teilweise entalkoholisierte) Erzeugnis bei Anwendung der Bestimmungen der geltenden Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 alle Merkmale/Bezeichnungen des Grundweins (z. B. Erntejahr „2020“, Sorte „Pinot Grigio“) trägt oder wird die Art und Weise, in der diese Elemente bei entalkoholisierten Erzeugnissen dargestellt werden, im Sekundärrecht konkretisiert?

Die Kommission erarbeitet derzeit keine sekundären Rechtsvorschriften über entalkoholisierte Weine, auch nicht in Bezug auf die Kennzeichnung. Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013, geändert durch die Verordnung (EU) 2021/2117, muss auf dem Etikett von teilweise entalkoholisierten und vollständig entalkoholisierten Weinen die Weinkategorie zusammen mit den Begriffen „teilweise entalkoholisiert“ bzw. „entalkoholisiert“ angegeben werden. Die anderen Kennzeichnungsvorschriften der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 und der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 sind weiterhin gültig und gelten für entalkoholisierte Weinbauerzeugnisse. Es wird daher möglich sein, Angaben wie das Erntejahr oder die Sortenbezeichnung auf dem Etikett zu vermerken, wenn die für diese Angaben geltenden Bedingungen erfüllt sind. Es sei auch darauf hingewiesen, dass in Ermangelung spezifischer Vorschriften in den sektoralen Rechtsvorschriften für Wein die allgemeinen Kennzeichnungs- und Aufmachungsvorschriften gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 gelten.

⁽⁴⁾ Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse, (EU) Nr. 1151/2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, (EU) Nr. 251/2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse und (EU) Nr. 228/2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2117/oj>).

⁽⁵⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission vom 17. Oktober 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Verwendungsbeschränkungen, Änderungen der Produktspezifikationen, Löschung des Schutzes sowie Kennzeichnung und Aufmachung (ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2019/33/oj).

- 7) **Die Verordnung sieht vor, dass die Begriffe „entalkoholisiert“ und „teilweise entalkoholisiert“ den Namen bestimmter Kategorien von Weinbauerzeugnissen (z. B. Wein, Schaumwein, Perlwein usw.) voranzustellen sind, wenn sie bestimmte Merkmale aufweisen.**

Winzer fragen, ob andere Verkehrsbezeichnungen (z. B. wine without alcohol, alcohol free wine in englischer Sprache, alkoholfreier Wein in deutscher Sprache), zusätzlich zu den (oder anstelle der) in der Verordnung festgelegten Begriffe(n) verwendet werden können oder ob sie noch im Sekundärrecht geregelt werden müssen.

Gemäß Artikel 118 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 darf die Kennzeichnung der in Anhang VII Teil II Nummern 1 bis 11 sowie 13, 15 und 16 genannten Erzeugnisse durch andere als die in dieser Verordnung vorgesehenen Angaben nur dann ergänzt werden, wenn die Angaben die Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 erfüllen. Die Verwendung von Begriffen wie „without alcohol“, „alcohol free“ oder „alkoholfrei“ als zusätzliche Angabe könnte bei einem vollständig entalkoholisierten Wein mit 0 % Alkohol grundsätzlich als mit Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 und etwaigen einschlägigen nationalen Vorschriften gemäß Artikel 4 Absatz 4 ⁽⁶⁾ der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel ⁽⁷⁾ vereinbar angesehen werden. Es sollte betont werden, dass jede zusätzliche Kennzeichnung, die von den Unternehmern auf freiwilliger Basis erfolgt, stets den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 und insbesondere den Anforderungen der Artikel 36 und 37 entsprechen sollte. Unter anderem dürfen zusätzliche Angaben auf dem Etikett, die auf freiwilliger Basis bereitgestellt werden, den Verbraucher nicht irreführen und sie dürfen nicht mehrdeutig oder verwirrend sein; zudem müssen sie sich gegebenenfalls auf die einschlägigen wissenschaftlichen Daten stützen. Außerdem dürfen sie nicht den Platz einschränken, der für verpflichtende Informationen über Lebensmittel zur Verfügung steht. Unter diesen Bedingungen wäre es daher möglich, solche Angaben auf dem Etikett von vollständig entalkoholisierten Weinen (0 % Alkohol) hinzuzufügen, ohne jedoch den Begriff „entalkoholisiert“ zu ersetzen, der für diese Weine zwingend vorgeschrieben ist.

- 8) **In Bezug auf die önologischen Verfahren stellte die Kommission klar, dass derzeit nur die önologischen Verfahren zulässig sind, die in den geltenden EU-Rechtsvorschriften (Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 und Delegierte Verordnung (EU) 2019/934) vorgesehen sind.**

Bedeutet dies, dass diese Verfahren nicht nur bei dem zur Entalkoholisierung verwendeten Grundwein durchgeführt werden können, sondern auch, nachdem das entalkoholisierte oder teilweise entalkoholisierte Erzeugnis gewonnen wurde?

Um ein Beispiel zu nennen: Anlage 10 Teil D der Delegierten Verordnung (EU) 2019/934 regelt die Grenzwerte und Bedingungen für die Süßung der Weine. Wenn die Verordnung vorsieht, dass die Süßung von Weinen auf bestimmte Weise zulässig ist, können wir daraus schließen, dass dieses Verfahren – unter den gleichen Bedingungen wie in Anlage 10 Teil D – auch bei einem entalkoholisierten oder teilweise entalkoholisierten Erzeugnis durchgeführt werden kann?

Die neuen Vorschriften über die Entalkoholisierung verbieten nicht die Anwendung bestehender zugelassener önologischer Verfahren nach der Entalkoholisierung. Einige davon (z. B. Süßung, Zugabe von CO₂) könnten nützlich sein, um die Qualität der teilweise oder vollständig entalkoholisierten Weine zu verbessern.

Darüber hinaus schließen die neuen Vorschriften nicht aus, dass Weinbauerzeugnisse, die vor der Entalkoholisierung noch eine bestimmte Menge an ungegorenem Zucker enthalten, entalkoholisiert werden können, sofern diese Grundweine den für ihre Kategorie geltenden Anforderungen entsprechen. Somit kann ein lieblicher oder halbtrockener Wein (ohne Anreicherung) erzeugt werden, indem die Gärung gestoppt wird. Wird dieser Wein anschließend entalkoholisiert, so können die dort verbleibenden natürlichen Zucker den aus der Entalkoholisierung resultierenden erhöhten Säuregehalt ausgleichen.

⁽⁶⁾ „In Ermangelung spezifischer Gemeinschaftsbestimmungen über nährwertbezogene Angaben zu geringem Alkoholgehalt oder dem reduzierten bzw. nicht vorhandenen Alkoholgehalt oder Brennwert von Getränken, die normalerweise Alkohol enthalten, können nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrags die einschlägigen einzelstaatlichen Regelungen angewandt werden.“

⁽⁷⁾ Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 9, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2006/1924/oj>).

- 9) **Welches Verhältnis besteht zwischen der Toleranz für die Angabe des vorhandenen Alkoholgehalts, d. h. 0,5 % vol (und 0,8 % vol für Weinbauerzeugnisse mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geschützter geografischer Angabe, die seit mehr als drei Jahren in Flaschen gelagert sind, Schaumweine, Qualitätsschaumweine, Schaumweine mit zugesetzter Kohlensäure, Perlweine, Perlweine mit zugesetzter Kohlensäure, Likörweine und Weine aus überreifen Trauben), und den für entalkoholisierte und teilweise entalkoholisierte Weine festgelegten Grenzwerten für den Alkoholgehalt?**

Gemäß Artikel 44 Absatz 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 darf der auf dem Etikett angegebene vorhandene Alkoholgehalt den durch die Analyse bestimmten Gehalt um höchstens 0,5 % vol (oder 0,8 % vol) über- oder unterschreiten. Diese Toleranz bezieht sich nur auf die Differenz zwischen dem auf dem Etikett angegebenen Alkoholgehalt und dem durch Analyse bestimmten vorhandenen Alkoholgehalt. Diese Bestimmung über die Toleranz der auf dem Etikett angegebenen Werte gilt für die Kennzeichnung aller Arten von Weinen, einschließlich entalkoholisierter und teilweise entalkoholisierter Weine, innerhalb der für jede Kategorie oder Art von Weinbauerzeugnissen festgelegten Grenzwerte. Folglich sollte die Toleranz nicht dazu verwendet werden, die in der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 Anhang VII Teil II Nummern 1 und 4 bis 9 und Artikel 119 Absatz 1 Buchstabe a Ziffern i und ii festgelegten Grenzwerte für den Alkoholgehalt zu umgehen, die für die einzelnen Kategorien oder Arten von Weinbauerzeugnissen gelten.

So würde beispielsweise ein entalkoholisierter Wein mit einem durch Analyse bestimmten Alkoholgehalt von 0,2 %, der jedoch (bei Abrundung) als „0 %“ oder (bei Aufrundung) als „0,5 %“ gekennzeichnet ist, unter die oben genannte Toleranzgrenze für die Kennzeichnung fallen und müsste nicht neu gekennzeichnet werden. Ergibt die Analyse jedoch, dass er 0,6 % vol oder mehr enthält, muss er als „teilweise entalkoholisierter Wein“ neu gekennzeichnet werden, da der gemessene vorhandene Alkoholgehalt den zulässigen Höchstwert für entalkoholisierte Weine überschreitet und der angegebene Alkoholgehalt sollte ebenfalls über 0,5 % liegen.

Angesichts des Zusammenspiels zwischen der Kennzeichnungspflicht (Prozenteinheit oder halbe Einheit), der Toleranz bei der Kennzeichnung (plus/minus 0,5 %) und dem vorgeschriebenen vorhandenen Mindestalkoholgehalt bei teilweise entalkoholisierten Weinen sollte auf dem Etikett eines teilweise entalkoholisierten Weins mit einem Alkoholgehalt von mehr als 0,5 % vol und weniger als 1 % vol stets 1 % vol angegeben werden, während 0,5 % vol stets einem entalkoholisierten Wein entsprechen würde.

Es sei darauf hingewiesen, dass diese Kennzeichnungstoleranz unbeschadet der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 gilt, insbesondere von deren Artikel 7, wonach Informationen über Lebensmittel nicht irreführend sein dürfen.

- 10) **Wie ist Artikel 119 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 für teilweise entalkoholisierte Weine mit Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe korrekt zu interpretieren?**

In diesem Artikel heißt es, dass die Bezeichnung der Kategorie durch „teilweise entalkoholisierter“ ergänzt wird, „wenn der vorhandene Alkoholgehalt mehr als 0,5 % vol beträgt und unter dem vorhandenen Mindestalkoholgehalt der Kategorie vor der Entalkoholisierung liegt“.

Bei Weinen ohne Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe scheint die Lage eindeutig: Teilweise entalkoholisierte Weine haben einen Alkoholgehalt zwischen 0,5 % und 8,5 % (bzw. 9 % je nach Anbaugebiet).

Was ist jedoch bei Weinen mit Ursprungsbezeichnung oder geografischer Angabe, für die in den Spezifikationen manchmal ein natürlicher Mindestalkoholgehalt angegeben ist? So sieht beispielsweise die französische Ursprungsbezeichnung Bourgueil vor, dass der natürliche Alkoholgehalt mindestens 10,5 % vol betragen muss. Wir haben die Regelung so ausgelegt, dass ein teilweise entalkoholisierter Bourgueil-Wein einen vorhandenen Alkoholgehalt zwischen 0,5 % und 10,5 % (und nicht 8,5 % oder 9 %) aufweisen darf. Können Sie dies bestätigen?

Das Wort „Kategorie“ in Artikel 119 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii bezieht sich auf die in Artikel 119 Absatz 1 Buchstabe a zweiter Einleitungssatz genannten in Nummer 1 und den Nummern 4 bis 9 aufgeführten Kategorien von Weinbauerzeugnissen.

In Anhang VII Teil II der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sind je Kategorie von Weinbauerzeugnissen die folgenden unterschiedlichen Mindestwerte für den vorhandenen Alkoholgehalt festgelegt:

- Kategorie 1: 8,5 % (Weinbauzonen A und B), 9 % (sonstige Flächen);
- Kategorien 4 und 5: Alkoholgehalt nicht spezifiziert, d. h. implizit identisch mit 1;

- Kategorie 6: 6 %;
- Kategorie 7: Alkoholgehalt nicht spezifiziert, d. h. implizit identisch mit 1;
- Kategorien 8 und 9: 7 %.

Diese Mindestwerte des vorhandenen Alkoholgehalts je Kategorie stellen die Obergrenze des vorhandenen Alkoholgehalts für teilweise entalkoholisierte Weine dar, unabhängig davon, ob sie unter eine g. U. oder eine g. g. A. fallen oder nicht.

Dagegen wird in Artikel 119 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 nicht auf den in den Spezifikationen für Weine mit g. U. oder g. g. A. festgelegten Mindestalkoholgehalt Bezug genommen. Diese Werte können daher nicht die Obergrenze des vorhandenen Alkoholgehalts für teilweise entalkoholisierte Weine darstellen.

11) **Könnten entalkoholisierte und teilweise entalkoholisierte Weine als Weine bezeichnet werden, obwohl sie nicht den vorhandenen Mindestalkoholgehalt gemäß Anhang VII Teil II Kategorien 1 und 4 bis 9 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 aufweisen?**

Weine, teilweise entalkoholisierte Weine und entalkoholisierte Weine fallen allesamt unter die Codes der Gemeinsamen Nomenklatur für Weine, d. h. den KN-Code „ex 2204“ für Weine und teilweise entalkoholisierte Weine und den KN-Code „ex 2202 99 19“ für entalkoholisierte Weine mit einem Alkoholgehalt von höchstens 0,5 % vol.

Darüber hinaus wird in der mit der Verordnung (EU) 2021/2117 in Artikel 119 Absatz 1 Buchstabe a Ziffern i und ii der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 eingeführten Änderung klargestellt, dass die Bezeichnung, die für die verschiedenen Kategorien von Weinbauerzeugnissen zu verwenden ist, wenn sie einer Entalkoholisierung unterzogen wurden, der Name der Kategorie ist, ergänzt durch:

- „i) de[n] Begriff ‚entalkoholisierter‘, wenn der vorhandene Alkoholgehalt des Erzeugnisses nicht mehr als 0,5 % vol beträgt, oder
- ii) de[n] Begriff ‚teilweise entalkoholisierter‘, wenn der vorhandene Alkoholgehalt mehr als 0,5 % vol beträgt und unter dem vorhandenen Mindestalkoholgehalt der Kategorie vor der Entalkoholisierung liegt.“

Darüber hinaus sollte diese Bestimmung in Verbindung mit dem einleitenden Absatz gelesen werden, der mit der Verordnung (EU) 2021/2117 zu Anhang VII Teil II der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 hinzugefügt wurde und in dem es heißt: „Die in Nummer 1 und den Nummern 4 bis 9 aufgeführten Kategorien von Weinbauerzeugnissen können einer vollständigen oder teilweisen Entalkoholisierung gemäß Anhang VIII Teil I Abschnitt E unterzogen werden, nachdem sie ihre jeweiligen Eigenschaften gemäß diesen Nummern vollständig erreicht haben.“

Nach diesen Bestimmungen sind innerhalb einer bestimmten Weinkategorie unterschiedliche Spannweiten für Alkoholgehalte möglich, z. B. für Kategorie 1 mehr als 8,5/9 % vol bei Weinen mit Alkohol, bis zu 0,5 % vol bei entalkoholisierten Weinen und zwischen 0,5 % und 8,5/9 % vol bei teilweise entalkoholisierten Weinen.

In Anbetracht dieser Bestimmungen können teilweise entalkoholisierte und entalkoholisierte Weine nur dann als Weine angesehen werden, wenn ihre Erzeugungsbedingungen eingehalten werden, d. h. unter anderem, wenn die Entalkoholisierung erfolgt, nachdem der Wein seine Eigenschaften als Wein vollständig entwickelt hat und die zulässigen Entalkoholisierungsverfahren angewandt werden.

12) **Ist die Entalkoholisierung von Schaumweinen nicht unwirtschaftlich und würde sie nicht die Einführung spezifischer Kontrollverfahren erfordern?**

Was die Herstellung angeht, kann nicht abgestritten werden, dass die verfügbaren Entalkoholisierungsverfahren derzeit nicht gewährleisten, dass Ethanol aus Schaumweinen entfernt wird und gleichzeitig ihr Gehalt an Kohlendioxid erhalten bleibt. Außerdem ist es aufgrund der derzeitigen Gärtechniken nicht möglich, eine zweite Gärung ohne Alkoholerzeugung durchzuführen (anders als bei Bier). Die Zugabe einer Fülldosage zu einem vollständig entalkoholisierten Schaumwein würde wahrscheinlich zu einem Schaumwein führen, der einen vorhandenen Alkoholgehalt von über 0,5 % aufweist und somit nicht der Definition eines „entalkoholisierten Weins“ entspricht. Das Enderzeugnis könnte somit nicht als „entalkoholisierter Wein“ gekennzeichnet werden, sondern würde höchstwahrscheinlich unter die Definition eines „teilweise entalkoholisierten Weins“ fallen und sollte als solcher gekennzeichnet werden.

Dies könnte sich jedoch durch Innovationen in Zukunft ändern. Der Rechtsrahmen ist bereits vorhanden, um den Weinsektor zu ermutigen, die notwendigen Innovationen für Entalkoholisierungsverfahren zu entwickeln.

Die Kontrollen müssten sicherlich an solche Erzeugnisse angepasst werden.

- 13) **Besteht kein Widerspruch zwischen Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe k der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 und der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 in Bezug auf die Angabe des vorhandenen Alkoholgehalts?**

Gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe k der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 muss der vorhandene Alkoholgehalt auf den Etiketten von Getränken mit einem Alkoholgehalt von mehr als 1,2 % vol angegeben werden. Artikel 119 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sieht hingegen vor, dass das Etikett von Weinen unabhängig von ihrem Alkoholgehalt den vorhandenen Alkoholgehalt aufweisen muss. Gemäß Artikel 1 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 gilt diese Verordnung unbeschadet der in speziellen Rechtsvorschriften der Union enthaltenen Kennzeichnungsvorschriften. Daher gilt für Wein Artikel 119 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 als *Lex specialis* und nicht die allgemeine Vorschrift gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe k der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011. Folglich muss der vorhandene Alkoholgehalt von teilweise oder vollständig entalkoholisierten Weinen stets auf dem Etikett angegeben werden, auch bei Getränken mit einem Alkoholgehalt von weniger als 1,2 % vol.

- 14) **Wie sollte der Hersteller das Mindesthaltbarkeitsdatum festsetzen? Sind Leitlinien für die Bestimmung des Mindesthaltbarkeitsdatums von entalkoholisierten oder teilweise entalkoholisierten Weinbauerzeugnissen geplant?**

In Bezug auf das Mindesthaltbarkeitsdatum entalkoholierter oder teilweise entalkohlischer Weine wird mit Artikel 1 Nummer 32 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung (EU) 2021/2117 Artikel 119 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 geändert, indem die Verpflichtung eingeführt wird, dieses Datum auf dem Etikett von Weinen anzugeben, die einer Entalkoholisierung unterzogen wurden und einen vorhandenen Alkoholgehalt von weniger als 10 % vol aufweisen. Das Mindesthaltbarkeitsdatum sollte im Einklang mit den Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 angegeben werden. Gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe f der genannten Verordnung muss ein Lebensmittel ein Mindesthaltbarkeitsdatum oder ein Verbrauchsdatum tragen. In Artikel 24 derselben Verordnung ist festgelegt, in welchen Fällen ein Lebensmittel ein Verbrauchsdatum tragen muss. Die Entscheidung über die Haltbarkeitsdauer und die Art des anzugebenden Datums liegt in der Verantwortung des Lebensmittelunternehmers. In Anhang X der FIC-Verordnung ist festgelegt, dass das Haltbarkeitsdatum als Mindesthaltbarkeitsdatum anzugeben ist, und wird festgelegt, in welcher Form dies erfolgen muss.

Um kohärente Verfahren zur Datumskennzeichnung auf dem Markt zu fördern, hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) auf Ersuchen der Kommission Leitlinien für die Datumskennzeichnung ^(*) angenommen. In diesen Leitlinien entwickelte die EFSA einen risikobasierten Ansatz, der von den Lebensmittelunternehmen bei der Entscheidung über die Art der Datumskennzeichnung (d. h. Mindesthaltbarkeitsdatum oder Verbrauchsdatum), die Festlegung der Haltbarkeitsdauer (d. h. die Zeitspanne) und die entsprechenden Informationen auf dem Etikett zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit zu befolgen ist.

- 15) **Wir sind unsicher, wie wir Wein kennzeichnen können, bei dem der Alkoholgehalt um mehr als 20 % gesenkt wurde, jedoch nach wie vor über dem für die Kategorie „Wein“ im Enderzeugnis zulässigen Mindestgehalt liegt. Können wir schließen, dass derartige Erzeugnisse überhaupt nicht auf dem europäischen Markt in Verkehr gebracht werden dürfen?**

Weine, bei denen der Alkoholgehalt um mehr als 20 % verringert wurde, dieser aber immer noch über dem für eine bestimmte Weinkategorie vorgeschriebenen Mindestalkoholgehalt liegt, können nicht als Wein gekennzeichnet werden, weil sie weder die Voraussetzungen für einen Wein noch diejenigen für einen entalkoholisierten/teilweise entalkoholisierten Wein erfüllen. Sie dürfen in der EU in Verkehr gebracht werden, jedoch unter einer anderen Verkehrsbezeichnung, die nicht auf Wein verweist, sofern dies den Verbraucher nicht über die wahre Art des Erzeugnisses irreführt.

- 16) **In Bezug auf die Entalkoholisierung von Weinen mit geografischer Angabe (g. A.) sind wir nicht sicher, ob die Erzeuger verpflichtet sind, in ihrer Produktspezifikation anzugeben, dass die teilweise Entalkoholisierung für ihre Weine mit g. A. zulässig ist, wenn sie davon Gebrauch machen wollen. Wir bitten um Bestätigung, dass dies die richtige Auslegung ist und dass die Erzeuger verpflichtet sind, ihre Spezifikationen für g. A. zu ändern.**

Es muss unterschieden werden zwischen der önologischen Behandlung, mit der der Alkoholgehalt der Weine korrigiert wird, und den Verfahren, die zu entalkoholisierten oder teilweise entalkoholisierten Weinen führen.

(*) <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2020.6306>

Die erstgenannte Behandlung ist in der EU seit 2013 für alle Arten von Weinen mit Ausnahme von ökologischen/biologischen Weinen zulässig. Sie zielt darauf ab, die geschmackliche Ausgewogenheit von Weinen zu verbessern, wobei die Verringerung des Alkoholgehalts auf höchstens 20 % begrenzt ist ⁽⁹⁾. Die letztgenannte Behandlung, die erst kürzlich in der EU zugelassen wurde, zielt darauf ab, andere Arten von Weinen zu schaffen, d. h. vollständig und teilweise entalkoholisierte Weine. Für eine solche Behandlung ist in der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 kein Höchstprozentsatz für die Verringerung des Alkoholgehalts festgelegt. Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung (g. U.) oder geschützter geografischer Angabe (g. g. A.) können jedoch nicht vollständig, sondern nur teilweise entalkoholisiert werden ⁽¹⁰⁾. Artikel 94 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 schreibt vor: „*Können der Wein oder die Weine teilweise entalkoholisiert werden, muss die Produktspezifikation auch eine Beschreibung des teilweise entalkoholisierten Weins oder der teilweise entalkoholisierten Weine sinngemäß im Einklang mit Unterabsatz 2 Buchstabe b und gegebenenfalls die spezifischen önologischen Verfahren zur Herstellung des teilweise entalkoholisierten Weins oder der teilweise entalkoholisierten Weine sowie die diesbezüglichen Beschränkungen für die Herstellung enthalten.*“ Daher müssen die Erzeuger die Spezifikationen ihrer Weine mit g. U. oder g. g. A. ändern, wenn sie eine teilweise entalkoholisierte Version herstellen wollen.

⁽⁹⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2019/934 der Kommission, Anhang I Teil A Tabelle 1 Zeile 12 und Anlage 8.

⁽¹⁰⁾ Artikel 92 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.



C/2024/790

15.1.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.109413

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/790)

Datum der Annahme der Entscheidung	13.12.2023
Nummer der Beihilfe	SA.109413
Mitgliedstaat	Dänemark
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Prolongation and amendment of a method to calculate the aid element in guarantees
Rechtsgrundlage	The legal basis of the method is the Act number 871 of 21 June 2022 on Denmark's Export and Investment Fund (Lov om Danmarks Eksport- og Investeringsfond), published in Lovtidende (Official Journal) on 22 June 2022.
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
Form der Beihilfe	Bürgschaft
Haushaltsmittel	
Beihilfemaximalintensität	
Laufzeit	1.1.2024 — 31.12.2027
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige
Name und Anschrift der Bewilligungs- behörde	Export & Investment Fund of Denmark (EIFO) Haifagade 3 2150 Nordhavn + 45 70 60 49 60
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 18. JANUAR 2016

(C/2024/804)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 18. bis 21. Januar 2016

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	3
3. Erklärung des Präsidenten	3
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	4
5. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll	4
6. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	4
7. Schriftliche Erklärung (Artikel 136 GO): siehe Protokoll	4
8. Vorschlag für einen Unionsakt: siehe Protokoll	4
9. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	4
10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	4
11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
12. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4

Inhalt	Seite
13. Arbeitsplan	4
14. Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik (Aussprache)	6
15. Mehrjähriger Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer (Aussprache)	21
16. Einwände gemäß Artikel 106 GO hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) (Aussprache)	31
17. Die Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU (Aussprache)	46
18. EU-Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor – Bilanz und Herausforderungen (Aussprache)	58
19. Externe Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen (kurze Darstellung)	67
20. Bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (kurze Darstellung)	71
21. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	76
22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	82
23. Schluss der Sitzung	82

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 18. JANUAR 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, 17. Dezember 2015, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

3. Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, zu unserer großen Bestürzung hat das neue Jahr ähnlich begonnen, wie das alte endete: mit mörderischer Gewalt und tiefer Trauer.

Nach den brutalen Attentaten in Paris, in Kopenhagen, in Tunis, in Jakarta und an anderen Orten wurde am 12. Januar 2016 im Herzen von Istanbul ein schwerer Anschlag verübt.

Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union wurden Opfer dieses Terroranschlags. Es sind zehn deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger getötet worden, neun weitere wurden zum Teil schwer verletzt.

In Ouagadougou starben mehr als zwei Dutzend Menschen aus mindestens sieben Ländern bei einem Terroranschlag am Freitagabend, 50 Menschen wurden teilweise schwer verletzt.

Wir trauern mit den Familien und den Freunden der Opfer und wünschen den Verletzten eine rasche Genesung.

Aber wir müssen auch damit leben, dass der Terror keine Grenzen kennt. Wir müssen wiederholen: er zielt auf unsere Freiheit und er bedroht uns alle, ob in der Türkei, in Burkina Faso, ob in den Mitgliedsländern der EU oder anderswo.

Deshalb dürfen wir uns auch nicht weigern anzuerkennen, dass der Terror eine alltägliche Gefahr ist. Aber wir dürfen uns zugleich auch von den zynischen Mordtaten nicht einschüchtern lassen, sondern müssen den Versuch unternehmen, gemeinsam gegen den Terror zu kämpfen und zwar auf der Grundlage unserer demokratischen Werte, mit Polizei, mit Rechtsstaatlichkeit, aber vor allen Dingen mit mehr Kooperation auf europäischer Ebene.

Ich glaube, das Mitgefühl für die Opfer und ihrer Angehörigen hier in Ihrer aller Namen auszudrücken.

4. **Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll**
5. **Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll**
6. **Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll**
7. **Schriftliche Erklärung (Artikel 136 GO): siehe Protokoll**
8. **Vorschlag für einen Unionsakt: siehe Protokoll**
9. **Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll**
10. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll**
11. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
12. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
13. **Arbeitsplan**

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, 14. Januar 2016, gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden.

Montag und Dienstag: Keine Änderungen.

Mittwoch:

Für den Mittwochnachmittag ist mir von der Koordinierung der Fraktionen Folgendes vorgeschlagen worden: Der Bericht von Frau Lunacek über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen EU/Kosovo und die Erklärungen der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zum systematischen Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS werden in dieser Reihenfolge – also zunächst Kosovo, dann Massenmord durch den IS – nach den Erklärungen der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Assoziierungsabkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine auf die Tagesordnung gesetzt.

Donnerstag: Keine Änderungen.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, avant de déclarer l'ordre du jour approuvé, je voudrais faire l'observation suivante: la semaine dernière, en Conférence des présidents, nous avons discuté de la question du Danemark, dont la commissaire est d'ailleurs présente ici, bien qu'elle n'ait rien à voir avec ce qui se passe. Cette situation est extrêmement préoccupante, puisque des mesures, qui, aux yeux d'un assez grand nombre d'entre nous, constituent des infractions, sont en voie d'être prises dans ce pays.

La situation au Danemark est préoccupante, dans le sens où des mesures sont en train d'être prises, dont l'adoption finale est prévue pour le 26 janvier, qui, en tout cas aux yeux d'un certain nombre d'entre nous, semblent être en contradiction avec les valeurs de l'Union.

Nous en avons discuté en Conférence des présidents et avons convenu de la procédure suivante: ce soir – je dis bien ce soir –, la commission des libertés publiques entendrait un représentant du gouvernement danois et, à la suite de cette réunion, les coordinateurs de la commission des libertés publiques se réuniraient et décideraient si, oui ou non, du temps de débat en plénière est nécessaire.

Or, nous constatons que nous ne savons toujours pas si la commission des libertés publiques entendra un représentant du gouvernement danois. En tout cas, c'est sûr que ce ne sera pas ce soir – ce qui était convenu. Donc, cela n'aura pas lieu ce soir et il est sûr que les coordinateurs ne se réuniront pas ce soir.

Dans ce cas de figure, il me semble normal, Monsieur le Président, de prévoir un créneau à la plénière pour débattre de la situation au Danemark, puisque nous ne savons toujours pas si, oui ou non, la commission des libertés publiques décidera, dans sa grande sagesse, de se réunir à ce sujet avec un représentant du gouvernement danois. Autrement dit, si nous décidons de jouer la montre, peut-être que ce Parlement débattrait en plénière, mais post-factum, c'est-à-dire lors de la période de session de février I, autrement dit après la décision du gouvernement danois.

Alors autant – et je l'avais dit en Conférence des présidents – je comprends parfaitement que la Commission européenne ne puisse se prononcer que sur des décisions des actes de droit posés dans les États membres, autant ce Parlement a – je pense – un rôle d'avertisseur. Je pense donc que le débat doit se tenir dans ce Parlement avant que le gouvernement danois et le Parlement danois ne décident, plutôt qu'après. Et comme les conditions ne sont pas réunies pour avoir le débat en commission LIBE, je pense que nous devons le prévoir à titre conservatoire, tout au moins, en plénière, et si jamais, par bonheur, la commission LIBE devait se réunir et que ses coordinateurs estiment qu'un débat est devenu inutile, nous annulerons ce débat en plénière.

Der Präsident. – Vielen Dank Herr Lamberts. Ich glaube, das ist klar.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, si je peux me permettre de demander une précision: il s'agit donc bien d'une réunion soit des coordinateurs soit de l'ensemble de la commission des libertés publiques en présence d'un représentant du gouvernement danois?

Der Präsident. – Herr Lamberts, ich glaube, es hat keinen Sinn, dass die sich ohne einen Vertreter der dänischen Regierung treffen. Worüber sollten sie dann diskutieren?

Ich habe heute auch eine Gelegenheit gehabt, mit dem Ministerpräsidenten von Dänemark zu telefonieren, und ihn gebeten, einen entsprechenden Vertreter zu entsenden.

Manfred Weber (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte zunächst einmal Ihren Verfahrensvorschlag im Umgang mit dieser Fragestellung ausdrücklich unterstützen, dass wir in aller Ruhe jetzt den Kollegen im LIBE-Ausschuss das erste Recht geben, das zu prüfen. Ich möchte aber für meine Fraktion zum Ausdruck bringen: Wenn wir jetzt bei jeder Legislativarbeit, die auf nationaler Ebene ansteht, so eine Hektik und so einen Aktionismus verbreiten, wie es die Grünen in diesem Fall machen, dann werden wir der europäischen Sache eher schaden als nützen. Denn wir haben ein demokratisch gewähltes dänisches Parlament, das jetzt im Gesetzgebungsverfahren ist und einfach nur sein Votum zum Ausdruck bringt. Wir sollten den dänischen Kollegen Respekt entgegenbringen. Die haben zunächst die Entscheidung zu fällen, wie sie ihre Asylgesetzgebung vollziehen, und dann besteht immer noch die Möglichkeit, dass wir im Europäischen Parlament über diese Fragen diskutieren. Meine Fraktion sieht schlicht und einfach keine Dringlichkeit in dieser Frage.

Gabriele Zimmer (GUE/NGL). – Herr Präsident! Auch ich unterstütze das Vorgehen, das Sie jetzt vorgeschlagen haben. Ich verlasse mich auch darauf, dass wir morgen dann dazu auch noch einmal eine Information bekommen. Herrn Weber möchte ich nur sagen: Es handelt sich hier nicht um einen Präzedenzfall und um irgendeinen normalen legislativen Vorgang. Es geht ja darum, ob wir die Werte der Europäischen Union auch weiter achten, und dazu gehört das Grundrecht auf Asyl. Und zum Grundrecht auf Asyl gehört es beispielsweise nicht, Eigentum von Flüchtlingen, von Asylsuchenden zu beschlagnahmen.

Der Präsident. – Ich glaube, wir sind uns einig. Ich werde heute Abend noch mit Herrn Moraes sprechen, um zu gewährleisten, dass eine solche Sitzung morgen stattfindet.

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

14. Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui Werner Langen, în numele Comisiei pentru afaceri economice și monetare, referitor la raportul anual privind politica UE în domeniul concurenței (A8-0368/2015) [2015/2140(INI)].

Werner Langen, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich habe noch ein bisschen gewartet, bis die Kollegen, die sich nicht für das Thema interessieren, den Saal verlassen haben.

Wir beraten heute die Stellungnahme des Parlaments zum Wettbewerbsbericht 2014. Da wir keine legislativen Kompetenzen in der Wettbewerbspolitik haben, ist es besonders wichtig, dass wir uns jährlich zu diesen Entscheidungen der EU-Kommission äußern.

Ich möchte zu Beginn der Kommissarin, Frau Vestager, herzlich danken, mit der wir im letzten Jahr sehr gut zusammengearbeitet haben. Auch wenn der Bericht zehn Monate der Amtszeit ihres Vorgängers Almunia betrifft und nur zwei Monate ihrer eigenen Amtszeit, sind in diesem Bericht wichtige Weichenstellungen besprochen worden, die für die weitere Entwicklung von Bedeutung sind. Der Bericht ist am 4. Juni veröffentlicht worden. Wir haben im ECON-Ausschuss am 7. Dezember mit 40 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen diesen Bericht angenommen. Er umfasst insgesamt 117 Punkte, die sich an die Kommission, an die Mitgliedstaaten und an die Branchen richten, besonders an die Kommission.

Ich glaube, dass wir immer wieder darauf hinweisen müssen, welche Bedeutung die Wettbewerbspolitik hat. Die EU-Kommission hat weitgehende Kompetenzen, verbotene Preisabsprachen zu untersagen und mit Bußgeldern zu belegen, Fusionen zu unterbinden oder mit Auflagen zu versehen, staatliche Beihilfen zu kontrollieren, zurückzufordern oder zu verbieten. Und in allen diesen Bereichen ist es besonders wichtig, dass die demokratische Legitimation dieser Wettbewerbspolitik hinterfragt wird. Deshalb sind in diesem Bericht zwei Vorschläge, dass man im Rahmen einer Vertragsänderung in Zukunft nach Möglichkeit das Mitentscheidungsverfahren einführen sollte und zusätzlich vorher darauf achten müsste, dass nicht die gleichen Dienststellen, die für die Durchsetzung, die Strafen, zuständig sind, auch die grundsätzlichen Leitlinien zu verantworten haben, wobei die Zusammenarbeit wichtig ist.

Ich möchte von den Punkten in diesem Bericht, die wir generell aufgegriffen haben, einige wenige nennen. Erstens ist gefordert worden, dass Kartellstrafen nicht – wie in der Vergangenheit – nur gegen juristische Personen verhängt werden, sondern in Zukunft auch gegen natürliche Personen, die das Ganze zu verantworten haben.

Zweitens ist der Schwerpunkt der digitalen Wirtschaft besonders hervorgehoben worden. Wir brauchen hier neue Modelle der Beurteilung, wir brauchen neue Kriterien. Da ist die Kommission zugange, und wir wollen sie dabei unterstützen. Ich will an die Übernahme von WhatsApp durch Facebook erinnern. Der Kaufpreis war 19 Milliarden US-Dollar. Die EU-Kommission hat das durchgewunken. WhatsApp hat in der vorigen Woche gemeldet, dass sie mittlerweile über eine Milliarde Nutzer haben. Das heißt, hier sind neue Kriterien notwendig.

Das dritte Thema ist das Thema der Steuervermeidung und des unlauteren Steuerwettbewerbs. Hier möchte ich die Kommissarin ermuntern, dass sie das weiter fortführt. In der letzten Woche ist eine Entscheidung gegen Belgien veröffentlicht worden, das 35 Unternehmen Sonderkonditionen eingeräumt hat. Wir erwarten die Verfahren gegen Google, Apple und Amazon. Deshalb ist es auch wichtig, dass der Sonderausschuss eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage gefordert hat und dass wir einen automatischen Austausch beschlossen haben. Es ist aber auch wichtig, dass wir uns der Mehrwertsteuerrichtlinie widmen, denn Amazon bezahlt in Luxemburg für seine europäischen Umsätze nur insgesamt 0,5 Prozent an Steuern.

Wir haben darüber hinaus bei den staatlichen Beihilfen das Problem, dass in der Rechtsbewertung von Steuerverfahren die Strafen an die Staaten gehen, also eigentlich an die Übeltäter. Hier muss geprüft werden, ob man die Rechtsgrundlage verändert, ob die Kommission hier einen Vorschlag macht, dass nicht diejenigen, die das verursacht haben, diese Bußgelder bekommen, sondern diejenigen, die geschädigt wurden. Und das beste Mittel wäre, diese Dinge alle in den EU-Haushalt einzustellen, wie es bei anderen kartellrechtlichen Verfahren schon der Fall ist. Ich weiß, dass es da rechtliche Probleme gibt.

Zum Schluss möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen der EU-Kommission, die sich intensiv beteiligt haben, und den Schattenberichterstattern sehr herzlich danken. Ich hoffe, dass es gelingen wird, dem Bericht morgen trotz einer Reihe von Änderungsanträgen und *split votes* eine breite Mehrheit zu verschaffen, damit die Wettbewerbspolitik aus der Ecke des Stiefkinds der sozialen Marktwirtschaft und des Binnenmarkts herauskommt. Wir alle hier im Parlament unterstützen Ihre Arbeit und hoffen auf gute Resultate, Frau Vestager!

Margrethe Vestager, *Member of the Commission*. – Mr President, first of all thank you very much for inviting me here today, and very warm thanks to Mr Langen, both for his introductory remarks but most of all for the substantial work that has been done with the report and in the co-work with the shadow rapporteurs.

The very fundamental thing here is that we are together in this, making sure that competition law is enforced and that it is done in a way that supports the everyday life of citizens. One obvious point is that powerful companies who are successful do not misuse their power, that we keep the market open, keep the playing field level, and make sure that every company has a fair chance of making it if they can attract consumers.

As you well know, I have opened a public consultation on the work of the national competition agencies. We in the Commission, and therefore hopefully also you, are very dependent on their strength and commitment, as well as the decisions they take using European law. I hope very much that together we can strengthen the competences of the national competition agencies and I will do my utmost to make sure that Parliament will have full engagement in these efforts.

I very much appreciate that you are focusing your attention on the work that we do when it comes to corporate taxation. I think this is very crucial to keeping the playing field level. If one company can pay very little or almost no taxes and another one just pays the taxes by the book, obviously there is a distortion of competition.

Last week we took a decision on the Belgian 'excess profit' scheme, declaring that it is illegal under state aid legislation. First of all, because it gives multinationals a selective tax advantage that their domestic competitors cannot get. Secondly, because instead of ensuring that profits are attributed to the right group company and taxed there, the system just exempted a proportion of profits from taxation.

With this decision we take another step forward in ensuring that we have companies paying their fair share of taxes. But of course we need to do that in cooperation and I very much appreciate the work done here in Parliament in the Special Committee on Tax Rulings but also in the Working Group on Competition.

Keeping markets fair and open also relates to mergers. And here it is very important to have lively debates about how we apply our Merger Regulation. I think the report makes a very valuable contribution to that discussion and, in the end, merger control also relates to the consumer and the individual and making sure that the consumer can have affordable prices, high quality and, of course, choice.

As the market has gone global, it is very important that our enforcement is global as well and I think it is very important that we do not give up on our European values but do our best to work with counterparts in the US, in China, in South Africa, in South Korea and in Canada, to make sure that these values of fair and open competition are the values that we work with globally. We work with that in the international competition network, in the OECD and in UN entities. I think this is very important, both when negotiating free trade agreements, where we are discovering anti-trust-relevant cartels and mergers, and when entering into state aid.

In conclusion, I would say that a lot of things have happened. It is clearly reflected in your report, Mr Langen. We have worked on making digital markets work better by launching a sector inquiry into e-commerce; we have had cases concerning Google and concerning Qualcomm; we have acted to protect the internal market for energy with our cases involving Gazprom and Bulgaria Energy Holding; we have launched the first ever sector inquiry into state aid, looking into capacity mechanisms; and we continue our actions against cartels affecting products that consumers use every day. We have reviewed major cross-border mergers as General Electric's acquisition of Alstom in energy-related businesses.

But it all boils down to one thing – that we need very good cooperation with the European Parliament; we need strong support for an open, competitive and fair market. In doing that we can both serve the interests of the European consumer and of the European citizens.

Bendt Bendtsen, *ordfører for udtalelse fra Udvalget om International Handel*. – Hr. formand! Først tak til ordfører Werner Langen for en god betænkning, og med den begrænsede taletid, jeg har, vil jeg knytte nogle få kommentarer til skattepolitikken. Betænkningen anerkender fint behovet for en bedre håndtering og koordinering af skattepolitikken, således at vi kan undgå misbrug. Det er også nødvendigt for at skabe en fair konkurrence i Europas indre marked. Det er skidt for det indre marked, når skattepolitikken bruges aggressivt og uden transparens til at give bedre konkurrencevilkår til store virksomheder. Vi taler rigtig meget om små og mellemstore virksomheder i dette hus, men det er jo netop de store virksomheder, som foretager denne tænkning og formår at flytte overskuddet hen, hvor der ikke - eller nærmest ikke - betales skat, mens SMV'erne er nødt til at betale ved kasse et. Det er positivt, at der nu er fokus på at skabe fair konkurrencevilkår ved at se på skattepolitikken og øge transparensen, både i TAXE-udvalget og i Kommissionen.

Sergio Gaetano Cofferati, *relatore per parere della commissione per il mercato interno e la protezione dei consumatori*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, volevo richiamare la sua attenzione su alcuni punti specifici che sono di particolare interesse per la commissione per il mercato interno, ma non solo. Il primo riguarda il mercato unico digitale: abbiamo bisogno di norme comuni; bisogna superare rapidamente le differenze, paese per paese, proprio per dare un senso alla concorrenza e non far diventare questa strumentale e impropria, così come per quanto concerne gli aiuti di Stato devono essere finalizzati, quando ci sono, alla crescita e allo sviluppo, per dare anche una qualità alla concorrenza tra le singole imprese.

Ma vorrei insistere soprattutto con lei per quanto concerne la parte fiscale: oggi non c'è una normativa fiscale uniforme in Europa, questo danneggia pesantemente le piccole imprese. Fino a quando non ci sarà l'obbligo di rendicontare in ogni paese quello che fanno e quello che pagano in tasse le imprese, avremo una condizione di disparità che finirà col dare un colpo pesantissimo alle aspettative e alle potenzialità delle piccole imprese. Io credo che questo limite debba essere rapidamente superato.

Burkhard Balz, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir begrüßen, dass Kommissarin Vestager frischen Wind in die europäische Wettbewerbspolitik gebracht hat. Es ist wichtig und richtig, dass die Kommission die steuerrechtlichen Praktiken von multinationalen Unternehmen untersucht, dass sie illegalen Beihilfen und Steuersätzen von 0 Prozent ein klares Stoppsignal setzt. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa sollen wissen, dass illegale Beihilfen über das Steuerrecht in Europa sanktioniert werden. Und die Bürgerinnen und Bürger sollen auch wissen, dass der ehrliche Steuerzahler in Europa politisch nicht im Stich gelassen wird. Der Wettbewerbspolitik kommt hier sicherlich eine entscheidende Rolle zu.

Mit der Untersuchung prominenter Steuerrechtsfälle ist es jedoch auch nicht getan. Wir brauchen dringend eine Anpassung der Wettbewerbspolitik für die schnell wachsende digitale Wirtschaft. Eine schwierige Marktabgrenzung darf nicht vor Kartellverfahren oder vor Verfahren gegen Marktmissbrauch schützen. Wir fordern Sie, Frau Kommissarin, auf, Ihren strikten Kurs gegenüber Internetgiganten wie Google zügig und transparent fortzusetzen. Wir wollen eine effektive, effiziente und am Ende vor allen Dingen auch ehrliche Wettbewerbspolitik. Wir fordern eine strikte organisatorische Trennung innerhalb der exekutiven und legislativen Dienststellen der Wettbewerbskommission. Und wir zeigen wieder mit dem Finger auf etwas, was uns interinstitutionell immer immens wichtig war, nämlich mehr gesetzgeberische Kompetenz für das Europäische Parlament in der Wettbewerbspolitik.

Unser Dank gilt heute dem Berichterstatter Werner Langen, der hervorragende Arbeit geleistet hat.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich möchte mich beim Kollegen Langen bedanken, weil die Perspektive, die großen Betriebe, die heute keine oder wenig Steuern zahlen, mehr hereinzunehmen, extrem wichtig ist.

Da möchte ich den Kollegen Balz fragen: Gibt es eine Möglichkeit, dass man damit die kleinen und mittleren Betriebe entlasten könnte? Denn in Wahrheit müsste man den Durchschnitt nehmen, und das müsste eigentlich zu einer dramatischen Entlastung der Besteuerung bei den kleinen und mittleren Betrieben führen.

Burkhard Balz (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herzlichen Dank, Herr Kollege Rübig, für diese Frage. Ich glaube, dass eine Möglichkeit geschaffen werden muss, weil gerade kleine und mittlere Unternehmen in der Tat hier entlastet werden sollen.

Wenn wir diese Politik weiter ernsthaft vorantreiben wollen, dann ist es am Ende eben wichtig, hier auch klare, gezielte Maßnahmen im Steuerbereich für diesen so wichtigen Kreis unserer kleinen und mittleren Unternehmen in Europa zu treffen.

Alfred Sant, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the competition report before us raises two main concerns. The first one is about the scope, the powers and the methods of DG Competition. Its remit amounts to one of the most powerful tools in the executive kit of the European Commission, indeed of the European Union.

DG Competition has the power to set and change market rules within the Union affecting a wide range of economic and financial issues. It can, and it does, issue orders to governments and corporations, big and small, regarding decisions they have taken or need to take. It is run by competent technocrats operating under the overall mantle of the Commission.

In arriving at decisions the DG carries out inquiries and investigations following an opaque process of negotiations that happens mostly behind closed doors. Political, economic, social, personal and national factors enter into play. In this, being 'big' is of greater account probably than being 'small'. There is little transparency and hardly any accountability.

Moreover, there is an overlap between those whose job it is to set the rules and those implementing them. The two roles of setting rules and of implementing them should be institutionally separate and both should adopt more transparent methods. There is an urgent need to review DG Competition's modus operandi as well as to reform its organisation.

The second concern that this report raises relates to how state aid rules are being applied to peripheral or isolated regions and islands. The latter should not be treated as if they belonged to the mainstream and better endowed centres of the Union. This approach cannot be justified by the argument that structural and cohesion funds already compensate for the disadvantages which these territories are burdened with; they do not. In such regions the sectors of communications, infrastructure, aid to SMEs, energy, the protection of traditional small-scale initiatives, among others, carry no systemic significance in the context of the continental single market.

To apply to these regions the same treatment as for the centre is helping to increase structural disparities between the centre and periphery of the Union. This should stop, not least when the states to which such peripheral or isolated territories belong already conform to the rules and procedures of the Stability and Growth Pact.

The operations of the Commission's DG Competition require much deeper evaluation than can be provided by debates such as this in order to promote reforms and ensure transparency, fairness and accountability.

Morten Messerschmidt, *for ECR-Gruppen*. – Hr. formand! Jeg tror, at vi alle sammen her i dag er enige om, at en fair og fri konkurrencepolitik er en forudsætning for, at en markedsøkonomi kan fungere. Derfor er jeg også glad for, at vi en har en kommissær, der tør tage kampene med de store virksomheder, som forsøger at sætte sig over de fælles regler, der er forudsætningen for markedet og dermed forudsætningen for velstanden og velfærden for alle europæiske borgere.

Når det så er sagt, må jeg sige, at jeg ikke helt deler den vision, den tanke, den tilgang, som min gode konservative kollega, Bent Bendtsen, har i forhold til skattepolitikken. Mange af de problemer, som vi oplever med medlemslandenes brug af skattepolitikken, kan netop håndteres via konkurrencepolitikken, idet der er tale om en anvendelse af skattepolitikken, hvor man forfordeler nogen virksomheder frem for andre. Der har vi ikke brug for en fælles harmoniseret skattepolitik. Vi har ikke brug for mere EU-regulering. Det, vi har brug for, er en stærk og resolut kommissær, og det har vi allerede! Derfor hr. Bent Bendtsen: Der er ikke brug for al den harmonisering, som din kollega i EPP lægger op til, og derfor vil vi desværre også i ECR-Gruppen stemme nej, når vi stemmer om denne betænkning senere på ugen.

(Taleren var indforstået med at besvare et blåt kort-spørgsmål (forretningsordenens artikel 162, stk. 8)).

Andreas Schwab (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident! Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich hatte mich rechtzeitig gemeldet und Sie haben mich übersehen. Ich nehme es Ihnen nicht übel, aber ich bin dankbar, dass ich die Frage stellen darf.

Der Kollege Messerschmidt hat sich ja gerade freundlich über die Kompetenz und die Durchsetzungsfähigkeit der Europäischen Kommission in Sachen Wettbewerbsrecht geäußert, gleichzeitig aber gesagt, dass wir keine weiteren Regeln bräuchten, insbesondere nicht im Steuerrecht. Kollege Messerschmidt, stimmen Sie mir zu, dass die Europäische Kommission im Bereich des Steuerrechts, im Bereich der Steuerloyalität zwischen den Mitgliedstaaten nur so stark sein kann, wie die Regeln sind, die sie durchsetzen muss? Denn allein die Kompetenz der Europäischen Kommission reicht in diesem Bereich nicht aus, wenn es keinen gemeinsamen Rahmen gibt. Dieser Auffassung bin jedenfalls ich.

Morten Messerschmidt (ECR), *Blåt-kort-svar*. – Der er ikke, og der bør ikke være, nogen undtagelser fra hovedreglen om, at alle virksomheder, store som små, hvilken sektor det end måtte være, skal behandles efter de samme regler. Det er ikke lovligt for et medlemsland, hverken Tyskland, som er et stort land, eller Luxembourg, som er et lille land, i hvert fald i geografi, at behandle konkurrerende virksomheder forskelligt. Det må stå fuldstændig klart. Og det ligger inden for den kompetence, Kommissionen har. Der, hvor vi siger fra, det er, når man bruger den argumentation til at sige, at man så skal harmonisere skattepolitikken, det være sig selskabsskattepolitikken eller personsskattepolitikken, eller hvad det måtte være. Det vil vi ikke være med til! Vi mener, at de værktøjer, der allerede nu ligger i kassen, er tilstrækkelige til at sikre et frit marked. Det var i øvrigt også det, der var hele ideen med EU - ikke en fællesharmoniseret mastodont, som jeg ved, mange her i salen ønsker sig.

Ramon Tremosa i Balcells, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all let me congratulate the Commissioner on the tax ruling investigations, and not least the investigations in Belgium. I recognise her work on this.

On the Google case, I welcome paragraphs 34, 35 and 36 of the competition report that will be voted on tomorrow. In my opinion, the Google antitrust case has to move ahead more quickly and the Commission should step up the pace. I have some questions about this, Madam Commissioner. The first one regards the Statement of Objections (SO) sent by the Commission to Google concerning its comparison shopping service: what is the situation? Can you update this House? Secondly, you have collected and received the new data you requested from Google and the complainants. What is the result? Is it satisfactory? Will it help you to take a decision by spring? And what about the other areas identified as problematic by the Commission – not only Android, but also other areas of search bias, such as local search? Given the fact that local search is the largest category of all searches, do you agree that an SO on local search is strategically a good next step? It seems that a local search SO presents a great opportunity to address many of the complainants' issues at the same time. Do you agree?

I also believe that this report should have pushed more regarding fair competition in the aviation sector, notably with third-country carriers such as the Gulf States. I also have two questions for you, Madam Commissioner. Will the Commission impose a fair competition clause in future aviation agreements with third countries? Will the Commission ask for full transparency of accounts to check if state aid and subsidies exist?

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, agradezco al ponente su trabajo en los compromisos y confío en el apoyo de otros grupos a las enmiendas que hemos presentado.

La política de competencia no puede ignorar los objetivos generales de la política económica europea, como son la cohesión y el empleo. No se puede tener fe ciega en los mercados como solución a todos los problemas económicos.

La política de competencia debe intervenir contra los grandes oligopolios privados y financieros, porque estos distorsionan a su favor las reglas del mercado, desde el campo hasta la industria. Pero debe respetar también aquellas políticas que buscan democratizar la economía bajo el control público.

La política de competencia ha sido utilizada a veces, con frecuencia, para dismantelar y privatizar los más variados servicios públicos o para servir de freno a la inversión pública, fundamental para la industria y la innovación y, desde luego, nosotros nos oponemos a esto.

Tampoco creemos que un mercado «competitivo» sea una institución neutral. Por el contrario, consideramos que utilizar la degradación de los salarios y las condiciones laborales como forma de abaratar los precios constituye una práctica anticompetitiva, ya que degrada las bases sociales sobre las que se puede constituir un mercado eficiente y justo.

Creemos en temas como la elusión fiscal y valoramos que la Comisión empiece a ir en esa dirección, pero esperamos que tanto las investigaciones como las sanciones a las multinacionales que no pagan sus impuestos se incrementen para que la política de competencia sea efectivamente disuasoria.

Michel Reimon, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Wie sich ich auch in den Reden jetzt gezeigt hat, ist eines der zentralen Themen der Wettbewerbspolitik in Europa die Steuerpolitik, der Steuerwettbewerb der 28 Staaten miteinander – und man ist versucht zu sagen, gegeneinander.

Die 28 Regierungen untergraben gegenseitig die Steuerbasis, um Großkonzerne anzulocken, und bieten einigen wenigen Großkonzern Steuersätze im Bereich von Nullkomma irgendetwas – einige wenige Prozent. So kann das nicht weitergehen. Das hat zu Recht eine wesentliche Position in diesem Bericht und wird zu Recht von den meisten Fraktionen hier kritisiert und es werden Änderungen angeregt.

Die Hauptaufgabe des Wettbewerbsrechts ist doch, die Bildung von Kartellen zu verhindern. Warum? Weil Kartelle Einfluss haben können und sich miteinander absprechen können. Genau das sollten doch die 28 Regierungen in der Steuerpolitik machen. Sie sollten sich absprechen und gemeinsam möglichst einflussreich versuchen, intelligente und kooperative Steuerpolitik zu machen, statt sich gegenseitig zu unterbieten.

Wir sollten kooperieren, aber wir sollten nicht auf Wettbewerb gegeneinander setzen. Da geht es nicht nur um die Besteuerung von Großkonzernen. Da geht es auch um die Einkommensbasis unserer Länder, unserer Regierungen, um den Erhalt der Sozialstaaten, um den Erhalt des Bildungssystems und auch um die Finanzierung aktueller Fragen.

Das ist zu Recht einer der wesentlichen Punkte in diesem Bericht. Zu Recht wird verlangt, dass die Wettbewerbspolitik ins Mitentscheidungsverfahren kommt, dass sich das Europäische Parlament in Zukunft an der Wettbewerbspolitik beteiligen können sollte. Wir sollten darauf drängen, in Zukunft hier viel mehr Mitsprache zu haben.

Einen Punkt möchte noch herausgreifen: die digitale Welt, die digitale Zukunft. Der Bericht kritisiert die Marktmacht von Google, besonders den Bereich mobiler Geräte. Google wurde im vorigen Jahr in diesem Bericht das erste Mal namentlich genannt. In diesem Jahr werden mehrere Großkonzerne des digitalen Bereiches genannt, deren Marktmacht zu untersuchen ist. Ich finde, wir sollten diese Praxis im nächsten Jahr fortsetzen und in diesen Berichten dann vielleicht auch europäische Konzerne, deren Praktiken wir zu kritisieren haben, beim Namen nennen.

Patrick O'Flynn, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, this is a very long motion which by the standards of the EU certainly does contain some passages of good sense, but there is one key paragraph that leaps out and that may help to solve a riddle for British voters: why are so many multinational corporations so wedded to Britain staying in the EU? As paragraph 77 notes, 'new entrants and SMEs doing business in only one country are penalised as compared to multinational companies, which can shift profits or implement other forms of aggressive tax planning through a variety of decisions and instruments available to them only'.

The paragraph also 'notes with concern that, all things being equal, the resulting lower tax liabilities leave multinationals with higher post-tax profits, and create an uneven playing field'. There we have it! The EU is a corporatist racket, and therefore British working people and small and medium-sized businesses alike would be better off out.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Im vorliegenden Bericht ist es gelungen, zwei Schwerpunkte von besonderer politischer Relevanz herauszuarbeiten, nämlich einmal das Steuer- und Beihilfenrecht, und zum anderen die digitale Wirtschaft. Dafür ist dem Berichtersteller, Herrn Langen, ganz besonders zu danken.

Gerade in Aufarbeitung des LuxLeaks-Skandals wird dem ersten Aspekt, nämlich dem finanz- und beihilfenrechtlichen Aspekt, eine besondere Bedeutung zukommen, denn er wird dazu führen, dass sich in einigen Mitgliedstaaten das Körperschaftsteuerregime in Bezug auf multinationale Konzerne maßgeblich ändern wird. Er wird dazu beitragen, dass Steuervermeidung und aggressive Steuerplanung verhindert werden und mehr Steuergerechtigkeit in Europa herrschen wird. Und Sie, Frau Kommissarin, haben es ja gerade letzte Woche mit Ihrem Spruch wieder gezeigt, als Sie nämlich die belgische Sonderregelung für unzulässig erklärt haben, die massive Steuerrabatte auf Devisenüberschüsse multinational tätiger Konzerne ermöglicht hat. Prominente Namen sind darunter wie der größte belgische Bierbrauer oder der Erdölkonzern BP oder die deutsche BASF. Prominente Namen sind darunter, und das Transaktionsvolumen, das Sie zurückfordern – die Nachforderung – ist beträchtlich. Weitere zwei Prüfverfahren sind anhängig, die kommen aus einem zweiten Bereich.

Digitale Wirtschaft: Hier wird es wesentliche Änderungen geben müssen im Bereich der Fusionskontrolle und im Kartellverfahren, denn ansonsten wird man der marktverändernden Stellung von digitalen Betrieben nicht gerecht.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, παραπλάνηση, ανησυχία και ένα βασικό ψέμα περιέχει η έκθεση για την ανταγωνιστικότητα. Η παραπλάνηση αφορά τον δήθεν ισότιμο ανταγωνισμό που όμως οδηγεί πάντα στην κυριαρχία των μονοπωλίων. Η ανησυχία έχει σχέση με τον ανταγωνισμό με τη Ρωσία, την Κίνα και ιδιαίτερα τις Ηνωμένες Πολιτείες, την ψηφιακή οικονομία με τις διαδικτυακές πωλήσεις δισεκατομμυρίων χωρίς σύνορα, την αυτοκινητοβιομηχανία, τις μεταφορές, τις τηλεπικοινωνίες, τα μέσα μαζικής ενημέρωσης, τα τρόφιμα και τα γεωργικά προϊόντα εν όψει της διατλαντικής συμφωνίας, ακόμη και τον τομέα της ενέργειας, όπου η ανταγωνιστικότητα σημαίνει πολέμους και προσφυγιά, τις κρατικές χρηματοδοτήσεις που μειώνονται σε τομείς όπως η δημόσια υγεία, η παιδεία, η πρόνοια, αλλά δεν μειώνονται για τις τράπεζες, την ανακεφαλαιοποίηση των οποίων πληρώνει ο λαός, όπως πληρώνει εξάλλου και τις νόμιμες φοροαπαλλαγές του κεφαλαίου, παρά την ψευδοκριτική που γίνεται υποτίθεται στους φορολογικούς παραδείσους.

Υπάρχει όμως και το μεγάλο ψέμα. Αυτό που αποκρύπτεται είναι η προϋπόθεση ανταγωνιστικότητας, είναι ότι τη μείωση του λεγόμενου εργατικού κόστους θα την εξασφαλίζουν αυτόματα τα εθνικά συμβούλια ανταγωνιστικότητας μαζί με την Ευρωπαϊκή Ένωση και τις κυβερνήσεις. Δεν υπάρχει καλή και κακή ανταγωνιστικότητα, γιατί η ανταγωνιστικότητα σημαίνει πάντα λαϊκές θυσίες για την οικονομία της αγοράς, για τον καπιταλισμό. Αντί να υπηρετεί την ανταγωνιστικότητα ο λαός, πρέπει να της κηρύξει τον πόλεμο, για να ανακτήσει τη δική του εξουσία.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, doresc de la bun început să spun că apreciez activitatea Comisiei Europene, activitatea dumneavoastră, doamnă comisar, a colegilor dumneavoastră în aplicarea politicii europene cu privire la competiție. Trebuie să recunoaștem că fiecare caz investigat este complex, necesită profesionalism și, de regulă, ajunge sub examinarea justiției europene. Cu toate acestea, cred că trebuie făcută o analiză serioasă. Cum de a fost posibil ca, ani de zile, Comisia Europeană să nu se aplece asupra practicilor fiscale care, iată acum, vedem în cazul investigației din Belgia, constituie încălcări ale ajutorului de stat. Este inadmisibil că s-a întâmplat acest lucru. A fost nevoie de un scandal public uriaș pentru ca instituțiile europene să devină conștiente că aici avem o problemă serioasă. Eu rog Comisia Europeană, vă rog pe dumneavoastră să acordați toată atenția acestor practici fiscale oriunde se află, în orice stat membru, și, evident, să și alocați resursele necesare pentru investigarea lor.

Tibor Szanyi (S&D). – Én három témát szeretnék a nagyon rövid rendelkezésemre álló időben kiemelni. Mindenekelőtt ahhoz a témához szeretnék hozzászólni, amit már sok kolléga itt kifejtett, nevesítetten a multinacionális cégek adófizetési gyakorlata és versenytorzító hatása, illetve a kis- és középvállalkozói szektor helyzete. Nagyon egyszerű leszek, és ezt biztos asszony figyelmébe szeretném ajánlani. Én elhiszem, hogy nagyon sok kormánynak fontosak bizonyos multinacionális cégek, de szerintem Európában az elviek szintjén is érdemes lenne kimondani, hogy legalább annyira fontos a kis- és középvállalkozói szektor. Én még odáig is el mernék menni, hogy bár adjon bármelyik kormány adókedvezményt bármelyik multinacionális cégnek, azt automatikusan ki kell terjeszteni a teljes kisvállalkozói szektorra.

A másik, ez hazámat, Magyarországot érinti, ez a paksi atomerőműnek a helyzete. Biztos asszony már sokat foglalkozott ezzel a kérdéssel, de én úgy látom, hogy a magyar kormány itt trükközik és csak az időt húzza. Én nagyon szeretném, hogy szakszerű, jogi szempontból is támadhatatlan, de igazi vizsgálatot végezzenek el minél hamarabb.

Az utolsó pedig, amitől Budapest ma éppen fölborult szinte, az Uber kérdésköre. Kérdésem: mikor lesz végre európai, alapvető szabályozás a közösségi szintű szolgáltatások tekintetében?

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident! Dieser Bericht enthält viele sehr vernünftige Formulierungen.

Ich unterstütze ausdrücklich die Maßnahmen, die im Bereich der steuerlichen Wettbewerbsgleichheit hergestellt werden sollen, also insbesondere die gemeinsame Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage und das *Country-by-Country Reporting*.

Aber es sind auch Dinge darin, worüber man nur den Kopf schütteln kann. Beispielsweise die wohlgefällige Forderung danach, dass das Europäische Parlament mehr Einfluss auf die Wettbewerbspolitik nehmen soll. Das ist gerade der falsche Weg.

Wettbewerbspolitik muss von politischem Einfluss freigehalten bleiben. Es stört mich offen gestanden sehr, dass die Kommissarin, Frau Vestager, die Untersuchungen im Rahmen der unfairen Ausnutzung von Steuerpraktiken einzelner Länder unter dem Vorsitz des Kommissionspräsidenten Juncker durchführen muss, der seinerseits selbst einer der Beschuldigten, der Verdächtigen in diesen ganzen Vorgängen ist.

Wir brauchen eine unabhängige Wettbewerbsbehörde. Wir brauchen die Unabhängigkeit der Wettbewerbspolitik in der Europäischen Union, und deshalb ist von einem Einfluss des Europäischen Parlaments hier abzusehen.

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, all'interno di questa relazione annuale sulla concorrenza ci sono diversi elementi condivisibili e di buon senso, a partire dal caso *Google*, la difesa dei *whistleblower*, il *country-by-country reporting* pubblico, per il quale aspettiamo una relazione a breve in primavera da parte della Commissione. Vogliamo che ci sia, appunto, una presa di coscienza verso la necessità di questi provvedimenti. Non vengono citate distorsioni alla concorrenza, secondo me fondamentali, una su tutte e principio è l'euro ovviamente, perché distorce la concorrenza un sistema di cambi fissi tra economie essenzialmente diverse: l'esempio del surplus tedesco sulla bilancia dei pagamenti da più anni ne è l'esempio più lampante.

Sulla disciplina «aiuti di Stato», okay che la Commissione sanziona le multinazionali, finalmente. Il problema è che le sanzioni poi vengono ripagate a quei paesi come Olanda e Lussemburgo, che hanno incentivato queste pratiche elusive. Un'ultima volta, anche in questa relazione, non viene citato Juncker, che è la causa di queste pratiche elusive: bisognerebbe dargli una responsabilità politica, invece.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η πολιτική ανταγωνισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν αποτελεί εργαλείο περιφρούρησης της Ευρωπαϊκής Δημοκρατίας, διότι η ίδια η Ένωση, αναλόγως της περίπτωσης, μεροληπτεί υπέρ ή κατά εταιρειών ή επιχειρήσεων. Στρεβλώνει τον ανταγωνισμό στην ενιαία αγορά, εφαρμόζει στοχευμένες επιθετικές φορολογικές πολιτικές και πρακτικές, ενώ δεν αποφεύγει τις ανακολουθίες στη μεταχείριση που εφαρμόζει σε εταιρικό και εθνικό επίπεδο.

Κατηγορούν π.χ. την Google για κατάχρηση δεσπόζουσας θέσης. Πολύ καλά, διότι πρέπει να υπάρχει έλεγχος. Ταυτόχρονα όμως, σκάνδαλα χρηματισμού και παράνομων δραστηριοτήτων εταιρειών όπως οι γερμανικές Siemens και Volkswagen παραμένουν στο απυρόβλητο.

Στην Ελλάδα τα τελευταία πέντε χρόνια, η Τρόικα, καταργώντας κάθε έννοια κυρίαρχου κράτους, παρεμβαίνει στη σχεδίαση των φορολογικών νόμων με αποτέλεσμα την αύξηση φοροδιαφυγής και φορολογικής απάτης εκ μέρους εταιρειών-φαντασμάτων που ασκούν εξ ολοκλήρου ανύπαρκτες δραστηριότητες πιστωτικής ασφυξίας, τη διόγκωση της λιτότητας που οδηγεί σε φτώχεια και ανέχεια, καθώς και την επιδείνωση της κατάστασης στο μεταναστευτικό, στην οικονομική πολιτική, στις θεμελιώδεις ελευθερίες και στον ανταγωνισμό.

Έχετε πετύχει τον πρωταρχικό σας στόχο: την πλήρη υποταγή των εθνών κρατών στην Ευρώπη των τραπεζών και των ολιγαρχών. Ο φόβος σας για την άνοδο του εθνικισμού δεν αφορά, όπως λέτε, την κατάργηση της δημοκρατίας, τη μισαλλοδοξία και την ομοφοβία. Αυτό που φοβάστε τώρα είναι ότι τα εθνικά κινήματα, αποκτώντας λαϊκό έρεισμα, θα σας αναγκάσουν τελικά να πληρώσετε για τις αντιδημοκρατικές σας πολιτικές.

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, the promotion of a real functioning single market is one of the priorities of the European Union and also one of the areas on which most of us would easily be in agreement. That is why we should promote competition and remove distortions and barriers. If we do so, this will be to the benefit of our economies and our people.

Let me mention three areas in which we should make progress: the energy sector, which is suffering a market fragmentation, distortion and different levels of national support; the telecoms market, where we should maintain competition and allow the development of a vibrant digital economy; and transport – better road transport will mean huge benefits for people, as we can see, for example, in my country.

On the other hand, let me ask that one be cautious about using the term ‘social dumping’. The fact that someone is getting lower wages is disturbing, but this does not necessarily mean there is any social dumping, because of the different cost structure and wages in the economy. I would also like to highlight the area of taxation, where the Commission and Parliament have made substantial progress. We are missing only one thing – namely bold action taken by the Council.

Lastly, let me thank the Commissioner and the Commission for their very robust actions and very courageous approach. At the same time, let me say that we are not calling for more sanctions, but for better rules and for respect for the rules.

Jonás Fernández (S&D). – Señor Presidente, en primer lugar, me gustaría expresar mi agradecimiento al ponente de este informe, el señor Langen, por su trabajo, por haber redactado y consensuado un informe yo creo que muy positivo. Y me gustaría también felicitar y animar en el trabajo diario a la Comisaria de Competencia, la señora Vestager, que está haciendo un gran trabajo que, junto al trabajo del Comisario Moscovici para intentar avanzar en una base imponible del impuesto de sociedades, puede ayudar a configurar en el conjunto de la Unión, y especialmente en la zona del euro, una política fiscal conjunta que dé sustento, que dé un espaldarazo al euro y al conjunto de la zona del euro.

En cualquier caso, me gustaría preguntar a la señora Vestager por la sentencia de mediados del mes de diciembre sobre el sistema de arrendamiento fiscal («tax lease») de los astilleros españoles. Porque esa investigación, que se abrió en la legislatura pasada, ha tenido efectos muy negativos sobre astilleros de mi circunscripción, Asturias, que han pasado momentos muy complicados, muy difíciles, derivados de esa investigación, y han conseguido salir adelante y mantener un nivel de competitividad muy elevado, y ahora están deseando que existan nuevos mercados para poder ofrecer sus barcos, sus buques, al conjunto de los mercados globales.

Pero es verdad que esa investigación —y la sentencia que conocimos, que, de alguna manera, paralizaba y criticaba la labor de la Comisión— ha supuesto una piedra muy dura en el camino en estos años, y me gustaría preguntar a la señora Vestager si ha sacado conclusiones de esa sentencia y qué podemos decirle al sector de los astilleros asturianos, españoles, para el futuro.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, nolla euroa, näin paljon yritysveroja maailman viisi suurinta investointipankkia maksoi vuonna 2014 Iso-Britanniaan. Minun ei tarvitse teille kertoa, miksi tappiot kirjataan Lontooseen ja voitot Luxemburgiin.

Tähän on tultava muutos. EU:n kilpailupolitiikka ei toimi, jos kilpailu ei ole reilua. Kiitos komission selvitysten, törkeimmät veroporsastelut on nyt saatu päivänvaloon. Tämä on kuitenkin vasta alku. EU tarvitsee yhtenäisen yhtiöveropohjan ja lisää läpinäkyvyyttä yritysten tuloksiin ja niiden maksamiin veroihin. Näin me voimme estää veropohjan rapautumisen ja taata reilun kilpailun.

Brian Hayes (PPE). – Mr President, can I congratulate the rapporteur, Mr Langen, and also congratulate the Commissioner on her speech to Parliament this evening? It is crucially important that we have a fair competition policy to ensure that the single market works for everyone. We have to make sure that if dominant players are abusing their position then we have a strong position against that, and I very much agree with what the Commissioner said this evening in terms of adapting more power to national competition authorities. It is really important that more power be vested in the 28 competition authorities, and that they can go after bad practice wherever they see it. I also agree with her that we need global enforcement, especially at an OECD level.

My concluding remark is that, where investigations are taken up by the Commissioner and her DG, it is crucially important that they are brought to a speedy conclusion. It is important that they are evidence-based and that they are legal-based, not based on political rhetoric from this House or elsewhere, not based on an anti-US bias, which sometimes is heard across this Chamber, but are based on fact and evidence, not based on supposition. I think it is crucially important – as the point was made some time ago – that where those investigations are taken up they are concluded in a timely way. It does not help competition policy in Europe for extended investigations to be taking place over a four- or five-year period. I greatly respect the Commissioner, as she knows; we worked in a previous life together. I also know that many of these cases were taken up by her predecessor. It is now time to resolve them for competition policy, for a fair industrial policy and for a level playing field across the European Union.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, zahvaljujem. Pozdravljam povjerenicu i čestitam izvijestitelju kolegi Langenu na izvrsnom izvješću. Jačanje jedinstvenog tržišta temelj je europskog semestra, investicijskog plana i plana za rast i razvoj zapošljavanja u EU-u. Još je puno posla pred nama vezano uz izgradnju jedinstvenog tržišta – od izgradnje jedinstvenog digitalnog tržišta, e-uprave i provedbe novih propisa javne nabave, preko energetske unije, izgradnje jedinstvenog tržišta kapitala i bankovne unije do onog najvažnijeg o čemu danas raspravljamo, daljnjeg razvoja politike tržišnog natjecanja kao temelja razvoja jedinstvenog tržišta.

Zahvaljujem izvijestitelju na važnim prijedlozima za koje smatram da trebaju biti usvojeni i uključeni u propise. Npr. u protumonopolskim postupcima pravila o novčanim kaznama definitivno treba proširiti i na odgovorne fizičke osobe. Potpuno se slažem da bi državne potpore bankama trebalo uvjetovati njihovim kreditiranjem malih i srednjih poduzeća. Otvaranje izvora financiranja poduzetnicima za modernizaciju poslovanja i inovacije preduvjet je bez kojeg nećemo pokrenuti jači rast u Europi.

Isto tako, ulogu Europskog parlamenta u pitanjima politike tržišnog natjecanja treba potpuno promijeniti. Tražimo aktivnu ulogu, suodlučivanje i uključivanje u istražne postupke.

Intervenții la cerere

Eva Paunova (PPE). – Mr President, first of all I would like to say that I absolutely echo what my colleague Brian Hayes said. Secondly, I would like to focus on the position of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) and mention three points from our report, which the rapporteur took on board.

One of them is innovation. Competition and innovation are interconnected and both are crucially important for economic growth and prosperity.

E-government and e-governance are instrumental in the efficient monitoring of infringements and for ensuring transparency in both the public as well as the private sector.

Last but not least, the smooth functioning of competition in e-commerce not only contributes to economic growth but also means lower transaction costs as well as lower prices and a greater range of choice for consumers. The digital economy and the transformation of traditional industry into digital are among the most promising growth sectors for the EU, and the only way we will be able to unify online and offline trade is if we have and implement EU competition rules. This is something we should aim to do as soon as possible.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, politika tržišnog natjecanja važan je instrument djelovanja unutarnjeg tržišta Europske unije. Treba spriječiti prekomjernu koncentraciju ekonomske i financijske moći u korist malog broja pojedinaca. Novi ciljevi često u praksi nisu ostvareni zbog oligopolskog i monopolskog djelovanja.

Godišnji gubici zbog postojanja kartela iznose između 181 i 320 milijardi EUR, to je otprilike 3 % GDP-a Europske unije. Trebamo hitnu nadogradnju postojećeg pravnog okvira za provedbu ove važne politike. Posebno osjetljivo pitanje su državne potpore: ne smiju se koristiti nezakonito, anitkonkurentski i protekcionistički.

Ali kada je riječ o državnoj potpori perifernim regijama i otocima, treba povećati fleksibilnost. Pozdravljam odluku da se socijalna pomoć za prijevoz stanovnika iz udaljenih regija uključi u uredbu o općem skupnom izuzeću. Isti princip valja primijeniti u Hrvatskoj, gdje je pilot projekt hitne helikopterske medicinske službe nedavno zaustavljen unatoč visokom broju intervencija; oko 30 % stanovnika Hrvatske nažalost nema jednaku dostupnost hitnog medicinskog zbrinjavanja.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να εγκαταλείψει τη διγλωσσία και τις υπεκφυγές και να εφαρμόσει άμεσα τους κανόνες του δικαίου για την προστασία του ελεύθερου ανταγωνισμού και την απαγόρευση των κρατικών ενισχύσεων στην περίπτωση της λεόντειας σύμβασης παραχώρησης των δεκατεσσάρων περιφερειακών αεροδρομίων της Ελλάδας στην κρατική γερμανική εταιρεία Fraport.

Διότι με τον έλεγχο των δεκατεσσάρων αυτών περιφερειακών αεροδρομίων, η Fraport, η οποία ελέγχει ταυτόχρονα το αεροδρόμιο της Φρανκφούρτης, το αεροδρόμιο του Μπουργκάς στη Βουλγαρία, το αεροδρόμιο της Λιουμπλιάνας στη Σλοβενία, αποκτά κυρίαρχη μονοπωλιακή θέση στη διαχείριση αεροδρομίων στην Ευρωπαϊκή Ένωση και στην Ελλάδα.

Η Fraport ελέγχει πλέον, μέσω της Lufthansa που είναι μέτοχος της, τη διακίνηση του τουρισμού στην Ελλάδα, τη Βουλγαρία και τη Σλοβενία. Παίρνει επιπλέον και κατά παράβαση των κανόνων της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τις κρατικές ενισχύσεις ως προίκα εκτελεσθέντα έργα ΕΣΠΑ στα αεροδρόμια Θεσσαλονίκης και Χανίων ύψους 500 εκατομμυρίων ευρώ.

Τα ακούει αυτά η Επιτροπή; Εάν ναι, τι προτίθεται να πράξει;

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, treba nam više Europe. U vrijeme kada mnogi govore da nam treba manje Europe, jasno je i uvjeren sam u to da nam za rješavanje mnogih problema u našoj Europskoj uniji treba više Europe.

Tema o kojoj sada razgovaramo – zaštita tržišnog natjecanja i sve ono što se dešava s multinacionalnim kompanijama koje pokušavaju upravo zbog nejedinstvene politike, porezne politike ali i drugih politika, zbog nejedinstva država članica i nemogućnosti Europske komisije da reagira u svim trenucima upravo pokazuje da nam treba više Europe. Naročito kada govorimo o digitalnom tržištu, ili kao što je uzgred spomenuto energetska tržište. Mislim da je i tu jasno rečeno sve ono što ste vi rekli, gospođo povjerenice, da nam treba više Europe.

U tom je kontekstu i moja podrška ovom izvješću, vama i vašim naporima koje ulažete kao povjerenica za jačanje jedinstvenog tržišta.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, alla signora Commissaria faccio una domanda precisa, in relazione proprio alla concorrenza, alla concorrenza sleale, agli aiuti di Stato. In particolare riguarda un'azienda, la più grande acciaieria d'Europa, l'*Ilva*, che si trova nella città di Taranto. Quindi le chiedo: che decisioni la Commissione intende intraprendere in quanto i cittadini, comitati, associazioni e il Movimento 5 Stelle, tramite i suoi portavoce, ha inviato continuamente dei rapporti, dei dossier che denunciano concorrenza sleale di questa azienda e aiuti di Stato per noi completamente da negare, in quanto è un'azienda tenuta in vita da un governo italiano incosciente e irresponsabile.

Romana Tomc (PPE). – Spoštovanje pravil konkurence je osnova za pošteno tekmovanje na globalnem trgu.

Lahko je biti boljši in lahko je dosegati večje dobičke, če ne spoštuješ pravil igre, če se izogibaš plačilu davkov in če od države dobivaš nedovoljeno pomoč.

Vse to, kar tem podjetjem prinaša korist, nam, potrošnikom, škoduje. Zato po navadi plačujemo višjo ceno in dobivamo slabše storitve.

Izkrivljanje tega trga zaradi kartelnih dogovorov vsako leto za Evropsko unijo pomeni izgubo vsaj treh procentov BDP, davčne utaje in goljufije pa odnesejo kar milijardo.

Poseben izziv v zadnjem času predstavlja digitalni trg. Zaradi tega bomo potrebovali tudi prilagoditev pravil konkurenčnosti. Zelo pomembno se mi zdi, kar je omenila komisarka, da imamo neodvisne institucije tudi na nacionalnem nivoju, in zato pozdravljam razpravo, ki jo odpirate.

In seveda na koncu hvala kolegu Langnu za odlično poročilo.

Olga Sehnalová (S&D). – Pane předsedající, účelem pravidel evropské hospodářské soutěže je zajistit všem podnikům stejné a spravedlivé podmínky bez ohledu na jejich velikost nebo marketingové kapacity, kterými mohou oslovovat spotřebitele. I z pohledu férového trhu proto vyvolávají možné rozdíly v na první pohled totožných výrobcích řadu otázek. Je potřeba se ptát, zda v případě takzvané dvojí kvality dochází k naplnění očekávání spotřebitelů, a také, jak jejich rozhodování určuje značka, pod kterou je však odlišný výrobek.

Věřím, že Evropský parlament opakovaně podpoří ustanovení, které vyzývá Komisi, aby provedla šetření možných rozdílů složení značkových výrobků a posoudila, zda nemá negativní důsledky na fungování vnitřního trhu a také na konkurenceschopnost jeho aktérů, zejména malých a středních podniků.

Chtěla bych poděkovat kolegům ve Výboru pro vnitřní trh a ochranu spotřebitelů a v Hospodářském a měnovém výboru, kteří tento můj pozměňovací návrh podpořili. Věřím, že i Komise konečně toto téma seriózně uchopí.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, ovo izvješće nažalost slijedi najnoviji trend i promiče represivnu poreznu politiku na razini cijele Unije pa ga iz tog razloga ne mogu podržati. No, pozdravljam neke pozitivne preporuke poput one o razvoju e-uprave ili one o nepoštenim i nezakonitim klauzulama i praksama kojima se bankarski sektor koristi u potrošačkim ugovorima.

Ovo potonje u Hrvatskoj je uzrokovalo veliku traumu za više desetaka tisuća građana. Naime, postoje ozbiljne indicije, ali i neke presude hrvatskih sudova, o tome kako su banke nepoštenim praksama navodile građane na podizanje kredita u švicarskim francima koji su kasnije, zbog velikih fluktuacija u tečaju, više od 50 tisuća hrvatskih građana doveli na sami rub siromaštva.

Riječ je o bankama koje su u vlasništvu europskih banaka i zato je to i europsko pitanje. Želimo li homogenu i stabilno zajedničko tržište, moramo se ozbiljno pozabaviti ovakvim nemoralnim praksama koje iskorištavaju političko-pravnu labilnost mladih europskih demokracija.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, I wish to thank the Commissioner and our rapporteur, Mr Langen. I am very happy that this report deals with real bread-and-butter issues, and I am referring here to the remarks in the paragraphs on the food supply chain. This is an issue that the Committee on Agriculture is working very hard on. We have concerns around unfair trading practices, and I suppose there is a question, Commissioner, of when unfair trading practices become anti-competitive practices.

The issues for us are around the sustainability of the food supply chain in a situation where the suppliers of inputs to agriculture are becoming more concentrated, the processors of agricultural products are becoming more concentrated and the eventual retail markets are in the hands of a very few. This is about choice for our consumers as well as about fairness for our producers. I hope, Commissioner, that you understand these points that I am making and I know that tomorrow we will have an opportunity to exchange views in a meeting on this issue. This is an important matter.

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, I would like to thank Mr Langen for a great report and Commissioner Vestager for great work in ensuring a level playing field when it comes to competition; that is very important.

There is one thing I would like to raise today, and that relates to the different agreements between Member States and multinational corporations. When you reach a finding and establish that these deals that have been made are illegal and that tax revenue has to be paid back, it is a little bit of a provocation, I think, that the tax revenue that has been stolen from other Member States by these tax agreements between Member States and multinational corporations are not given back to the Member States they have been stolen from but that it is actually given to the Member States who have made this illegal tax agreement.

So, I would like to ask the Commission whether it will propose new legislation that will ensure that the ones who are cheating are not being rewarded afterwards; that the cheating Member States should pay back the tax revenue either to the Member State they cheated or to the EU budget, so that they will receive a real punishment and not a reward.

(Încheierea intervențiilor la cerere)

Margrethe Vestager, Member of the Commission. – Mr President, thank you very much. I almost wish that you could see the notes that I have taken both of the general remarks and the very specific questions. I would like to try to go through a number of the questions being raised, but this is a very good illustration of why I very much appreciate the meetings, for instance in the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON), where we have more time to go in depth, and also with more concrete questions.

Starting with the question from Mr Fernández, this case is still under assessment. Of course we are working with it as fast as possible in order to finalise it but I cannot go into the detail now since the investigation is still open.

When it comes to the question of remote areas and public services I think it is very important to pay attention to the rules that we have, both in the general Block Exemption Regulation and in services of general economic interest, because it preserves room for national governments to make sure that they can have a public sector working as they wish, decided by the national democracy. My second point is that within this set of rules there is room for special treatment of remote areas for obvious reasons, because we are differently situated here in our Union.

When it comes to the matter of Paks it is very difficult to say at present what will come out. You probably know that we have formally opened investigations to see if there are state aids involved and, if that is the case, whether that state aid can be justified. These investigations have only just opened and therefore it is very difficult to see when they will end. But of course we will look into this.

On the question of the food supplies chain raised by Ms McGuinness this is, as you say, a very important issue. On this we are working very closely with the national competition agencies and we are trying to promote a new set of rules that enables producers to help each other, to gain more strength when it comes both to the inputs but also to reselling into the retail chain, because basically enabling the different parts of the supply chain to be strengthened is part of that goal. I think we are pursuing that together.

A lot of Members have addressed the question of taxation. When it comes to the question of recovery, raised among others by Mr Kofod, I understand why you feel that this is a provocation. I think we have to find solutions outside of the state aid regime, because basically, since state aid control was invented, the rules have been such that the state that has been given the favourable ruling has had to effect recovery from the businesses in question. So maybe a broader debate would be in place. Best, of course, would be that there would in the future be no question of recovery if companies pay the taxes that they are supposed to pay – not only the majority as today, but every company.

I very much appreciate the broad view taken that we need the strong cooperation also with you on the legislative part, not only on the automatic exchange of information, and on discussing a corporate consolidated tax base eventually, but also in making sure that we hopefully can approach a situation in which profits are being taxed where they are being made. I hope that can be a unifying goal in the processes, going forward.

When it comes to taxation as such, I very much appreciate the very strong cooperation with this Chamber and the strong support from this Chamber. I think it is a question of levelling the playing field and I think it is a question of being able to address all those businesses who just pay their taxes. They should know that there is someone looking after the level playing field, ensuring that those who do not pay their taxes actually will do so.

A number of you have addressed the question of how we work within the competition field. We try to do our best to be transparent, to publish decisions as soon as confidential information has been taken out, to be much more transparent when it comes to state aid as such, empowering Member States to take many more decisions by themselves. The other side of that coin is to be more transparent about how taxpayers' money is actually being used.

I am very much engaged in the work to empower national competition agencies, and I hope that we can work with this together, because the strength of the national competition agencies is also the strength of competition law enforcement. I think more than 80% of the decisions taken over the last 10 years have been taken by national competition agencies and that is a very good illustration of the need to strengthen these bodies in order to be able to work for national citizens.

On digital developments I very much appreciate the broad recognition of the fact that we are digitalising our economy. It is not just a question of a sector, it is a digitalised economy, digitalised government, digitalised services in general. I hope that our concrete casework will enable businesses to guide themselves when they digitalise.

On the Google case, as asked by Mr Tremosa, we are now in the process of analysing the responses that came from the Statement of Objection. This is a very data-rich response that we have got, and of course we will do our best to analyse this with an open mind, as we should in a Union based on the rule of law, and therefore of course there will be no such thing as a strategic Statement of Objection. If there ever is a Statement of Objection, for instance in the Android case, it will be purely based on the facts of the case and the evidence of the case.

Which is also a good note on which to recognise what was said by Mr Hayes, that we truly need to make sure that companies know, governments know, that when we enforce competition law we do that in a purely fact-based way, with an open mind, very stringently and always remembering – at least I try to do this on a day-to-day basis – that this has to stand the test of our courts, because competition law enforcement is no stronger than the processes, than the rules and how we actually implement the processes.

I very much hope that we can continue the structured dialogue that we have been having. I very much appreciate how we have been working with Mr Langen both on this report but also in general, and I hope to be able to come back both to the ECON Committee but also, of course, to the Special Committee on Tax Rulings and Other Measures Similar in Nature or Effect (TAXE2) in order to go into depth with a number of these questions that have been raised.

Having said that of course I recognise that there are a number of concrete questions that I have not been able to address, but I do hope to have a second chance to come back to that. Thank you very much to the rapporteur, thank you very much to this Chamber for a very constructive debate tonight.

Werner Langen, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich möchte den Kollegen danken, dass sie alle eine gute Wettbewerbspolitik unterstützen, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Ich möchte der Kommissarin danken, dass sie alle Anregungen hier aufgenommen hat, denn ein fairer Wettbewerb nutzt Verbrauchern und Steuerzahlern. Dabei ist die Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörde wichtig, damit sie Machtzusammenballungen bekämpfen und abschaffen kann und den Marktzugang gewährleisten kann. Transparenz ist genauso wichtig.

Ich möchte noch einmal aufgreifen, was Sie gesagt haben, nämlich dass die Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden auf nationaler Ebene und auf europäischer Ebene wahrscheinlich noch verbessert werden kann – gerade in den Grenzbereichen, die wir diskutiert haben. Etwa bei der Lebensmittelkette, wo die nationale Verantwortung in der Regel da ist, weil die Marktanteile der Einzelhandelsunternehmen in Europa weit unter der üblichen Schwelle liegen.

Ich begrüße es, dass Sie weiter Sektoruntersuchungen für sinnvoll und notwendig halten. Die Frage, ob das Personal dafür reicht, müssen wir uns hier auch als Haushaltsgesetzgeber stellen. In der Luftfahrt, oder wo auch immer, wie der Kollege vorgeschlagen hat. Eine Korrektur möchte vornehmen: Der Kollege Marias ist so in seinem Kampf gegen Deutschland verhaftet, dass er die Fakten nicht mehr kennt. Die Fraport ist ein Staatsunternehmen, das gehört dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt, und nicht der Lufthansa. Die Lufthansa ist zwar der größte Nutzer in Frankfurt, aber die Behauptung, die Lufthansa dominiert jetzt alles, weil Fraport Dienstleistungsverträge macht, ist an den Haaren herbeigezogen und passt in das Weltbild des Kollegen Marias.

Ich möchte allerdings auch einige Forderungen relativieren, weil die Wettbewerbspolitik möglicherweise überfordert ist. Das Sozialdumping kann sie nicht allein machen oder weil wir etwa den Untersuchungsausschuss schon in anderer Form erledigt haben. Die Kommission, und das ist meine Bitte, sollte die Beschlüsse, die wir morgen fassen, mit einer sehr umfangreichen Folgebewertung ernst nehmen.

Wir sollten auch die Widersprüche, die hier geäußert wurden, etwa von der ECR nicht allzu sehr in den Mittelpunkt unserer Entscheidung stellen. Eine große Mehrheit morgen wäre ein klares Signal der Unterstützung für die Kommissarin und für eine vernünftige Wettbewerbspolitik.

Președinte. – Domnule Langen, colegul nostru, Marias, insistă să dea un răspuns la faptul că dumneavoastră i-ați menționat numele.

Werner Langen, Berichterstatter. – Herr Präsident! Wenn wir das Spiel von Herrn Marias fortführen, dann werden wir nie zu Ende kommen. Ich lehne in diesem Fall ausdrücklich die Stellungnahme ab.

Președinte. – Chestiunea este că și eu am înțeles, când a vorbit domnul Marias, că dânsul s-a referit la acea companie care poate să țină de statul pe care l-ați menționat dumneavoastră. Nu a spus că aparține Lufthansa. A menționat Lufthansa în paralel cu acea companie, în același caz. Așa am înțeles eu. Deci, cu aceasta, am explicat, dacă ați fost atent. Vă rog să discutați împreună, după aceea, pentru că nu putem să deschidem discuția acum.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ζητώ το λόγο, με βάση τον Κανονισμό, διότι ο συνάδελφος προέβη σε χαρακτηρισμούς. Είπε ότι κάνω αγώνα ενάντια στη Γερμανία.

Πρώτον, δεν διακατέχομαι από εθνικιστικές αντιλήψεις και επιθυμώ να το τονίσω στο συνάδελφό μου. Διακατέχομαι από πνεύμα αντίστασης ενάντια στη Νεοαποικιοκρατία που θέλει να επιβάλει η συγκεκριμένη γερμανική πολιτική στην Ελλάδα.

Δεύτερον, αυτό που είπα ήταν ότι η Fraport είναι κρατική γερμανική εταιρεία και ότι πλέον ελέγχει μονοπωλιακά τη διακίνηση και τον έλεγχο των αεροδρομίων μέσω της Lufthansa που είναι μέτοχός της. Δεν είπα ότι κυριαρχεί η Lufthansa, είπα ότι είναι μέτοχος στη Fraport. Πλέον ελέγχετε και τη διακίνηση του τουρισμού στην Ελλάδα.

Ερωτώ συνεπώς την κυρία Επίτροπο, αυτά θα τα επιτρέψετε; Θα πάρετε επιτέλους μέτρα για να σταματήσει ο παράνομος ανταγωνισμός και κυρίως για να σταματήσουν οι παράνομες κρατικές ενισχύσεις; Πεντακόσια είκοσι εκατομμύρια ευρώ έχει πάρει έργα η συγκεκριμένη εταιρεία. Αυτή είναι η πραγματικότητα. Θα κάνετε παρέμβαση για θέματα απαγόρευσης κρατικών ενισχύσεων;

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Președinte. – Domnule Marias, nu facem acum o altă dezbateră. Am înțeles ce ați vrut să spuneți. Doamna comisar a înțeles întrebarea dumneavoastră, și-a notat această chestiune, s-a lămurit și domnul Langen. Sper că v-ați lămurit și dumneavoastră cu ceea ce a vrut să spună domnul Langen.

15. Mehrjähriger Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind raportul lui Gabriel Mato, în numele Comisiei pentru pescuit, referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind un plan multianual de refacere a stocurilor de ton roșu din Oceanul Atlantic de Est și din Marea Mediterană și de abrogare a Regulamentului (CE) nr. 302/2009 [(COM(2015)0180 – C8-0118/2015 – 2015/0096(COD))] (A8-0367/2015).

Gabriel Mato, ponente. – Señor Presidente, señor Comisario, debatimos la propuesta que tiene por objeto incorporar al Derecho de la Unión las medidas del plan de recuperación plurianual para el atún rojo del Atlántico oriental y el Mediterráneo, aprobado por la CICA en las reuniones celebradas en 2012 y 2014.

Como saben, desde el año 2006 existe un plan plurianual de recuperación para el atún rojo que tiene previsto concluir en el año 2022 y los pescadores han realizado un enorme esfuerzo para ajustar sus respectivas capturas al volumen de capturas reducido, cumpliendo con las estrictas condiciones establecidas en el plan.

Gracias a ello, la biomasa de atún rojo registró en 2008 una tendencia sumamente positiva y en 2014 la organización regional decidió aumentar el volumen de capturas inicialmente fijado hasta 2017, dado que existen datos científicos solventes que muestran que las poblaciones se encuentran en un nivel de abundancia saludable.

En mi opinión, la recuperación espectacular observada en las poblaciones de atún rojo en los últimos años podría justificar una decisión de la CICA de incrementar aún más esos volúmenes, y así lo hemos pedido. Es difícil explicar a los pescadores que se dedican a la pesca artesanal del atún rojo de una manera absolutamente sostenible -como es el caso claro de Canarias, por ejemplo-, que a las 24 horas de abrirse la pesquería tengan que retirarse porque las cuotas están absolutamente terminadas. La iniciativa legislativa que hoy debatimos responde al propósito de garantizar una aplicación uniforme y efectiva de este plan en toda la Unión Europea.

La propuesta contiene medidas técnicas, como las relativas a operaciones de transferencia e introducción en jaula de atún rojo vivo, incluidas también medidas relativas a la utilización de cámaras estereoscópicas para estimar las cantidades de atún rojo y las liberaciones, los requisitos de declaración de capturas y la aplicación del programa regional de observadores de la CICA.

Por lo general, la propuesta de la Comisión transpone correctamente las recomendaciones pertinentes de la CICA y creemos que en determinados casos va un poquito más allá de lo decidido por este organismo. Yo quisiera recordar que el objetivo de la transposición de las recomendaciones de la CICA es su aplicación uniforme en toda la Unión Europea. Por tanto, no se pretende iniciar un nuevo debate sobre lo que ya está decidido. La aplicación uniforme tiene como finalidad garantizar la igualdad de condiciones para todos los operadores que participan en la pesca de atún, incluidos, sobre todo, los operadores de terceros países. De lo contrario, si se aplican normas diferentes a las flotas extranjeras, todos los esfuerzos realizados y todas las restricciones aplicadas a los pescadores de la Unión Europea habrán sido en vano.

Por otro lado, y este es un tema de suma trascendencia, la Comisión propone trasponer las futuras enmiendas al presente plan de recuperación a través de actos delegados, y aquí sí que estamos en total desacuerdo. Creemos que la transposición de estas recomendaciones debe seguir siendo una competencia compartida entre el Parlamento Europeo y el Consejo en el marco del procedimiento ordinario y que se deben adoptar, por tanto, en codecisión. Yo siempre he pedido que este Parlamento tenga esa codecisión y que no se trate de vulnerar o utilizar prácticas para intentar eludir la intervención del Parlamento.

Por último, acogemos con satisfacción que las recomendaciones de la CICA tengan en cuenta las características específicas de las diferentes artes de pesca del atún. En este contexto hay que subrayar el papel de las artes de pesca artesanales -como las utilizadas en Canarias o como las tradicionales almadrabas- en la conservación de las poblaciones. Por eso, en este informe hacemos especial énfasis en ese reparto de cuotas y en que se preste especial atención a las actividades tradicionales. Terminó expresando mi agradecimiento a todos los diputados que han participado en el proceso de enmiendas para mejorar este informe y confío en que tengamos finalmente un documento que sea satisfactorio para todos.

IN THE CHAIR: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vice-President

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank Mr Gabriel Mato. The Commission very strongly appreciates the draft report as prepared by the rapporteur, Mr Mato. It is obviously the result of a very good understanding of the issues which surround the status of bluefin tuna, a very important species. It provides a very valuable contribution and also some positive suggestions for the modification of the initial proposal. It is also important to remember that this proposal aims, as has already been explained, to transpose into EU law measures which were already adopted by ICCAT, the International Commission for the Conservation of Atlantic Tuna. They were adopted in 2014, and they have been applicable to Member States and operators since July 2015.

It is important to say that this recovery plan has been very widely acknowledged as a success story, and the stock of bluefin tuna is well on its way towards recovery. Having said that, there is and there can be no room for complacency. We still need to continue to give priority to the sustainable management of this important stock. Measures adopted in the recovery plan by ICCAT are therefore crucial. Many of the provisions of the recovery plan are directly applicable to all our Member States. However, transposition is needed to ensure that the provisions applicable to natural or legal persons are also complied with in the European Union. This is necessary to ensure that compliance is there – the compliance of the Union with its international obligations – and it is also there to maintain the EU's credibility in sustainable fisheries management.

While this report largely meets our expectations, there are still some divergences. This is the case regarding the interpretation of the competences of the respective institutions when transposing provisions from the Regional Fisheries Management Organisations (RFMOs). However, we are confident that they can be solved.

Regarding the provisions for the empowerment of the Commission to adopt delegated acts, the Commission strongly believes that due to the frequent amendments of the recovery plan in ICCAT, this is a crucial element within the proposal. Why? Because such delegated acts are required in order to swiftly incorporate into EU law any future amendments of the recovery plan at ICCAT level. These amendments are bound to, and do, occur regularly. In these cases, going through the full ordinary legislative procedure very often impedes us from implementing new measures in time to ensure the European Union's compliance with our international obligations. The adoption of delegated acts by the Commission provides the possibility to accurately and, most importantly, rapidly transpose ICCAT measures into EU law by amending only the non-essential elements of the legislative acts. This requires appropriate consultations including consultations at expert level. It also requires the timely and appropriate transmission of relevant documents to the European Parliament and to the Council.

The Commission also believes that it should be empowered to adopt implementing acts. This is justified by the frequent need to establish how certain measures of the recovery plan should be implemented at the level of the EU. We need this to achieve a level playing field for the Member States and also to ensure the effectiveness of the same measures. This is particularly relevant for control measures introduced in ICCAT whose interpretation could be different amongst different Member States and which are directly linked to the respect of quotas and other international obligations.

The Commission's proposal for a regulation on the multiannual recovery plan for bluefin tuna provides a very balanced and effective follow-up to the ICCAT agreement. The report of Mr Mato, I will repeat, is a very valuable contribution and I look forward to hearing the views of this Chamber.

Jarosław Wałęsa, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, first of all I would like to congratulate Mr Mato and I would like to support this new proposal that aims at transposing into European law measures under the Multiannual bluefin tuna recovery plan in the eastern Atlantic and Mediterranean as adopted by ICCAT.

In order to rebuild tuna stocks, we need to follow certain steps. First of all, we have to set up a gradual reduction in total allowable catch levels. This is very important. But we also need to impose stricter fishing within certain areas and time periods and new minimal sizes. This is also important. Finally, we have to reinforce the ICCAT scheme of joint international inspection.

I agree that the rules should be applied in a uniform way in order to ensure a level playing field for all engaged in tuna fishing including, and most importantly, for non-EU operators. Otherwise, if we think about it, if we apply different rules to foreign fleets, all efforts and restrictions applying to EU fishermen will have no results and it will seem that we are actually penalising our own fishermen. We have to make sure that we do not penalise our own fishermen by imposing on them stricter measures. With that, I would like once again to express support Mr Mato's work on this file.

Renata Briano, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi non voglio soltanto parlare del recepimento delle raccomandazioni ICAT, sulle quali concordiamo e tra l'altro anche con l'onorevole Mato, che è il relatore, abbiamo ampiamente discusso tra i gruppi in commissione. Secondo me abbiamo l'occasione di affrontare temi importanti legati al tonno, sia per quanto riguarda l'ecologia della specie, in termini di ricostituzione degli stock, sia dei fattori socioeconomici a esso collegato, in particolare, appunto, alla sua pesca.

Come sappiamo l'Unione europea, insieme agli Stati membri, è parte contraente dell'ICAT e nel 2014, combinazione proprio a Genova, che la mia città, durante l'assemblea annuale dell'ICAT, abbiamo accolto con favore la notizia sui dati positivi sullo stato di buona salute del tonno rosso e, in quella sede, si decise un aumento del 20 % delle quote assegnate agli Stati contraenti. Le quote del tonno rosso sono stabilite in sede ICAT, ma i criteri di distribuzione vengono decisi discrezionalmente dai singoli paesi membri.

Purtroppo, in moltissimi casi di queste quote beneficiano soltanto pochi armatori, mentre i pescatori artigianali sono sostanzialmente esclusi, nonostante l'aumento di questo 20%. Senza dimenticare che, se accidentalmente viene pescato un tonno rosso, il piccolo pescatore rischia di essere gravemente penalizzato. Ci si sarebbe dunque aspettata una più equa distribuzione, per questo gruppo S&D ha presentato un emendamento che denuncia l'attuale meccanismo di monopolio dei grandi armatori e che invita gli Stati membri a rivedere il sistema delle quote di pesca del tonno rosso in maniera più equa.

Ruža Tomašić, *u ime kluba ECR*. – Gospodine predsjedniče, ribarstvo kao gospodarska grana danas više nego ikad ovisi o balansu između socijalne održivosti flote i očuvanja ribljih stokova. Zaštita naših morskih resursa od ključne je važnosti za budućnost ribarstva, ali te budućnosti ne može biti bez ribara koji, unatoč restrikcijama, moraju i dalje vidjeti svoj ekonomski interes u ovoj djelatnosti.

Mislim da smo u ovom izvješću dobro prepoznali potrebu za tom ravnotežom i zato mi je posebna čast što sam bila u prilici raditi na njemu s izvijestiteljem Matom i ostalim kolegama izvijestiteljima u sjeni.

Nakon obnove stokova plavoperajne tune kao izravne posljedice višegodišnjih restriktivnih mjera i planova oporavka, sad smo konačno u prilici povećati kvote za izlov tune u 2016. i tako pozitivno utjecati na rast izvoza, ali i na zaradu ribara koji izlovljavaju malu plavu ribu kojom se hrani tuna iz uzgoja.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, quiero agradecer al señor Mato el trabajo que ha desempeñado y apoyamos este informe porque sigue profundizando en el plan de recuperación del atún rojo en el Mediterráneo, sobre bases científicas posibilistas y exitosas. La progresión de la biomasa así lo certifica y anima a compensar el esfuerzo realizado hasta ahora por un sector con un TAC más generoso. No en vano, en 2012, para recuperar la especie, perdió un 58 % de la capacidad de pesca de que disponía antes de que se pusiese en marcha este proceso.

Igualmente, creemos imprescindible que las flotas que operan en el Mediterráneo, sean europeas o de terceros países, operen en igualdad de condiciones. No se puede penalizar al sector europeo en detrimento de los productores de terceros países cuando fracasan las negociaciones en la CICA y, especialmente, cuando la actividad se produce en el mismo ecosistema. Finalmente, apostamos por un apoyo total a la pesca tradicional y a pequeña escala, como la canaria, y reivindicamos sus artes más características, como la almadraba, que ofrecen una gran selectividad y son medioambientalmente eficientes. Apostamos por más control y por que sea más estricto para los diferentes sectores, pero no estamos de acuerdo con expresiones que criminalicen a quienes operan en un marco de regulación y control pensados para combatir las prácticas no sostenibles por parte de todos los operadores.

Finalmente, y desde una perspectiva institucional, apoyamos igualmente el papel del Parlamento en la transposición de las recomendaciones de la organización regional de ordenación pesquera, porque aportamos transparencia, equilibrio y legitimidad. Las opacas negociaciones de las cuotas pesqueras en aguas europeas, pese a lo que indica el Tratado de Lisboa, son un elocuente ejemplo de lo que ocurre cuando estos procesos se alejan de la ciudadanía y sus legítimos representantes. Por eso, señor Comisario, espero que escuche todas las intervenciones de este Parlamento, para que podamos ejercer nuestra competencia con un trabajo conjunto.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – De blauwvintonijn is misschien wel de beroemdste bedreigde vissoort die we kennen en dat is een twijfelachtige eer. In vijftig jaar tijd is het aantal blauwvintonijnen met bijna 90 % gedaald. Daardoor is de soort aan de rand van de afgrond gebracht en de reden daarvoor was de ernstige overbevissing die decennialang heeft plaatsgevonden. Overbevissing, die grotendeels te wijten was aan de gesubsidieerde overcapaciteit van onze Europese visvloot. In 2006 zijn er maatregelen genomen om de overbevissing te verminderen en tonijnen te beschermen. Maar hoewel het enigszins lijkt te werken, is er nog lang geen reden voor euforie.

Want als het aantal tonijnen tot bijna nul daalt en die populatie vervolgens weer verdubbelt, dan heb je twee keer bijna nul.

De blauwvintonijn staat nog steeds vermeld op de rode lijst van bedreigde diersoorten door toedoen van de mens en vele organisaties waarschuwen dat het te vroeg is om nu weer meer op tonijn te vissen. En dat is nou precies wat de rapporteur en de Europese Commissie willen: meer vissen! Dan hebben we het nog niet eens over de bijvangst van andere soorten, allemaal soorten die, net als de tonijn, een gruwelijke dood te wachten staat. De Partij voor de Dieren stemt daar niet mee in, want wie besluit meer te vissen op bedreigde diersoorten pleegt roofbouw op onze planeet en daarmee op toekomstige generaties. Voorts ben ik van mening dat de landbouwsubsidies en de visserijsubsidies moeten worden afgeschaft.

Marco Affronte, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la nostra delegazione è a favore di queste relazioni o su cui abbiamo lavorato insieme ai colleghi e al relatore Amato perché è importante recepire le indicazioni dell'ICAT che ha dimostrato di lavorare bene negli ultimi anni e perché è importante incastrarla con la normativa europea. Fino alla fine del secolo scorso, il tonno era pescato solo in maniera tradizionale, poi è diventato un'industria e la risorsa è crollata al 3%.

Il sistema delle quote, che è stato inserito, al momento – come dice il Commissario Vella – sembra funzionare e quindi la direzione intrapresa sembra essere quella giusta anche se, forse, condivido le preoccupazioni di chi dice che è prematuro aumentare le quote. Le quote però funzionano a livello ambientale, ma a quanto pare non funzionano per quello che riguarda gli aspetti socio-economici. C'è anche un problema di giustizia sociale: è rimasta marginale la pesca tradizionale e quindi noi supporteremo domani l'emendamento, anche se non ci piace molto nella forma, presentato dalla collega Briano perché pensiamo che comunque ci sia da sistemare questa ingiustizia che si è creata fra chi non ha nessuna quota e chi invece ne tiene in mano grandi quantità. È un problema che forse non è nella sede giusta per discuterne, ma il Parlamento può prendere quest'occasione per far sentire la propria voce anche su questo aspetto.

Ulrike Rodust (S&D). – Frau Präsidentin! Große Fische mit kleiner Fischerei – das geht! Das geht insbesondere auch beim Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer. Kleine und handwerkliche Fischerei hat im Allgemeinen einen guten Ruf, was ihre Selektivität und ihre geringen Auswirkungen auf die marinen Ökosysteme angeht, sowie hinsichtlich ihres geringen Energieverbrauchs.

In der Grundverordnung haben wir entsprechende Vorkehrungen für diese Fischerei vorgesehen. Damit diese Fischer das Ruder in der Hand halten können, müssen sie allerdings mit hinreichender Quote ausgestattet sein. Gemäß den Artikeln 16 und 17 der Grundverordnung entscheidet jeder Mitgliedstaat, wie er seine Fangmöglichkeiten auf die Fahrzeuge unter seiner Flagge aufteilt. Hierbei sollen transparente und objektive Kriterien angewendet werden. Aber nicht nur das. Fangtechniken mit geringem Energieverbrauch und hoher Selektivität sollen gefördert werden.

Der Fischereiausschuss hat in seiner Abstimmung zu diesem mehrjährigen Wiederauffüllungsplan für Roten Thun bereits die Flagge gehisst, sie muss nun noch hinreichend geschwenkt werden. Deshalb fordert die S&D-Fraktion die Überprüfung der bestehenden Verteilungssysteme der Mitgliedstaaten und eine adäquate Einbindung kleiner und handwerklicher Fischerei. Als rotes Tuch sehen wir die bisher oftmals noch fehlende Transparenz in Bezug auf die Verteilungskriterien. Deshalb begrüße ich, dass die im Rahmen dieses Wiederauffüllungsplans von den Mitgliedstaaten jährlich zu übermittelnden Fangpläne die Quotenverteilung nach Fanggerätegruppe aufführen müssen.

Czesław Hoc (ECR). – Pani Przewodnicząca! Każdy z nas wie, że tuńczyk błękitnoplekty to szczególnie cenna ryba, to osobliwy dar natury. Niektórzy określają go jako pływającą żywą kopalnię złota poruszającą się z zawrotną prędkością – dlatego należy kreować mądrą i roztropną politykę, by ten gatunek ryby trwał wiecznie. Nie jest wcale tak dobrze, bo wiemy, że ten gatunek jest na liście zagrożonych wymarciem, dlatego Parlament Europejski nie tylko ma prawo, ale i obowiązek przystąpić do transpozycji przepisów o wieloletnim planie odbudowy zasobów tuńczyka.

Kilka krótkich uwag – po pierwsze, przepisy prawa muszą być jasne, spójne i jednoznaczne w zakresie ochrony, odbudowy i połowów tuńczyka. Po drugie, ściśle musi być egzekwowanie prawa dla wszystkich podmiotów połowiących tuńczyka, w tym także, a może nade wszystko, dla podmiotów spoza Unii Europejskiej. Trzecia krótka uwaga – maksymalne ograniczenie, a nawet wyeliminowanie nielegalnych, wręcz kryminalnych połowów tuńczyka.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora Presidenta, nos felicitamos de la inclusión en este informe de una referencia específica al arte tradicional de la almadraba. Es un paso positivo en el reconocimiento de la importancia estratégica de este arte pesquero para una gestión sostenible del atún rojo, un recurso natural verdaderamente fundamental para las comunidades pesqueras que lo explotan y para el equilibrio ecológico de nuestros mares.

Este informe supone también una advertencia a Gobiernos como el de España, que tradicionalmente ha marginado a la almadraba en el reparto de las cuotas del atún rojo, ignorando las indicaciones de la regulación europea.

El texto que votaremos mañana señala el carácter sostenible de este arte y la necesidad de que sea apoyado para garantizar su viabilidad socioeconómica. Esperamos que el informe sirva para obtener un giro en favor de este arte, que, entre otras cosas, hace una pesca selectiva en tamaños, que es intensivo en empleo y que es sostenible y respetuoso con el medio ambiente, porque queremos almadrabas vivas en nuestros mares.

Nigel Farage (EFDD). – Madam President, well tonight we are talking about the disastrous level of bluefin tuna stocks, quotas and commercial fishing methods.

Not one person in this room has mentioned angling, and I think our whole approach to fisheries simply is wrong. We have a quota system for most of our species, which of course in mixed fisheries has meant decades of discards on a truly horrendous scale. And whilst I, and everybody else, want a proper, sustainable commercial sector, we are massively underestimating the power of recreational sea angling to bring good – not just economically, but also the environmental benefit of our stocks not being hammered in the same way.

In the United Kingdom, just anglers targeting bass alone bring in GBP 200 million a year to the UK economy – far more than the level of commercial landings. In America they have got this right. They recognised on the East Coast that the striped bass was an asset. After a complete moratorium they now regard that stock as primarily an angling resource which has led to a massive boom in jobs and boatbuilding and all those East Coast coastal communities benefiting massively.

But what have we done with our declining bass stock? We put a total ban in place for anglers, with after 1 July a derisory one fish limit per angler, whilst at the same time allowing the small commercial boats to use gillnets to catch 1.3 tonnes per month each. What we have done is wholly disproportionate, and frankly we are punishing anglers who did not cause the problem.

And we did it, Commissioner, through a regulation that you, a Maltese bureaucrat, proposed, that was nodded through the Council of Ministers, that was not debated in the European Parliament Committee on Fisheries, not debated or voted on here, certainly not debated on in the British Parliament, and that will turn now ordinary people into criminals if they pursue their Magna Carta rights.

And I hope that all 800 000 UK sea anglers say 'damn the European Commission' and vote for us to get back control and management of our own waters.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Richard Corbett (S&D), blue-card question. – Mr Farage, as you know, the common fisheries policy went through a major reform recently, hailed even by Greenpeace as a good reform. At that time, you were a member of the Committee on Fisheries of this parliament. I believe you attended, in two and a half years, just one or two meetings.

At a time when all these issues were at stake, where major battles were going on, do you not think that any remarks you have about the common fisheries policy would have perhaps a bit more credibility if you actually bothered to do your job and show up to the meetings of the committee that you are a member of?

Nigel Farage (EFDD), blue-card answer. – Nice try, Mr Corbett, but clearly you were not listening, old son, were you? If I had attended every single meeting of the Committee on Fisheries for all the years I have been in this Parliament – I am not a member of the Committee anymore – there is nothing I could have done to help up to 800 000 people from our country who go out and target bass for their leisure activity. They provide jobs in coastal communities, they provide jobs in tackle shops and tackle manufacture, they provide, in many cases, the real important backdrop for harbours and coastal communities.

This ban was brought in without it being debated in the Committee on Fisheries – so there is not much point going there – and without it being debated or voted on in this Parliament. It was done by a regulation put forward by a Maltese bureaucrat we cannot vote for and we cannot remove. Mr Corbett, what I want is for us to have a proper, functioning democracy and then we can discuss how we manage UK stocks. Nice try. Bad luck, old son.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora Presidenta, yo quisiera decir, en primer lugar, que estamos de acuerdo con el informe del señor Mato sobre la aplicación de las recomendaciones de la CICA. Pero todos los oradores, con alguna excepción que no quiero recordar, han hecho hincapié en dos cuestiones fundamentales y yo quiero incorporarme también a este debate. Una cuestión: aplicación uniforme y efectiva. Por supuesto. Pero a todos. Y lo que sucede, lo que critican los pescadores, es que la Unión Europea, los países miembros, sí hacen esa aplicación uniforme y efectiva, pero no los terceros países. Y eso en el Mediterráneo causa muchos problemas.

Por lo tanto, tome nota, señor Comisario, también. Las poblaciones de atún rojo se están recuperando y me alegro muchísimo. Pero a los pescadores que han caído, a los pescadores de pequeña escala que han caído, ya no los podremos recuperar. Por tanto, hay que acabar con los monopolios en el reparto del atún rojo de los Estados miembros. Intervenga usted en esos Estados, como el mío, en España, donde no benefician a las pequeñas artes como las almadras, que ahora se recogen en este informe.

Peter van Dalen (ECR). – We spreken vandaag over het herstelplan voor tonijn en de omzetting daarvan in Europese regels. Het ziet er goed uit. Mijn complimenten aan de rapporteur voor de hele zuivere manier waarop hij dat heeft aangepakt. Ik denk dat we in een aantal dialogen ook wel tot overeenstemming zullen kunnen komen met de Commissie.

Dat is een hoopvolle ontwikkeling maar aan de andere kant maak ik me veel zorgen over de overige vissoorten in de Middellandse Zee. Bijna al die soorten worden in de Middellandse Zee ernstig overbevist. De heek bijvoorbeeld wordt naar schatting tien keer zoveel gevangen als verantwoord is. Steeds jongere heek wordt gevangen en die plant zich dus niet meer voldoende voort. Dat verschijnsel doet zich bij meerdere vissoorten voor. Ik vraag dus aan commissaris Vella: kom snel met een herstelplan voor heek in de Middellandse Zee, maar leg bij de meerjarenplannen voor de Middellandse Zee ook ambitie aan de dag voor alle andere soorten. Deze zee gaat immers kapot op die manier en de vis in deze zee ook.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Obrigado, Senhora Presidente. Senhor Comissário, é sempre um prazer tê-lo aqui connosco. Quero também saudar o relator, Gabriel Mato. Fez um trabalho importante e que remete para o Parlamento um conjunto de decisões que, como muito bem assinala, nos pertencem.

Quero reforçar a alteração proposta pelos socialistas e democratas, que acentua a importância de combater os monopólios na pesca. Apesar de a repartição interna das quotas ser uma prerrogativa dos Estados, cabe à União Europeia empenhar-se em favorecer positivamente as pescas artesanais como as praticadas em regiões como os Açores e a Madeira.

Caso continuemos a dar benefício às grandes iniciativas, iremos estrangular a pesca de salto e vara, como a que se pratica nas regiões ultraperiféricas atlânticas.

Reitero a necessidade de respeitar as recomendações científicas e usar sem parcimónia o princípio da precaução. Na pesca do atum continuam a ser utilizados demasiados dispositivos de agregação de pescado, sem que se tenha feito um estudo de impacto ambiental sério.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi soffermo solo su due punti. Il primo riguarda la questione dei cosiddetti atti delegati: la Commissione propone di recepire le future modifiche del piano di ricostituzione del tonno rosso nell'Atlantico orientale e nel Mediterraneo mediante atti delegati, ma se ciò dovesse realizzarsi, il Parlamento non avrebbe più alcuna possibilità di incidere in sede ICAT. A mio e nostro avviso, invece, il recepimento delle raccomandazioni delle organizzazioni regionali di gestione della pesca deve restare una competenza congiunta del Parlamento e del Consiglio nell'ambito della procedura ordinaria di codecisione.

Il secondo punto riguarda le quote per la pesca del tonno rosso: non si comprende perché la diversificazione delle quote per ogni barca debba avere come riferimento solo la quantità pescata nel 2000, né come tale quota possa di fatto essere ad esclusivo vantaggio di alcuni pescatori in danno di tanti altri operatori, specie i piccoli. Bisogna liberare il meccanismo delle quote di pesca del tonno rosso dal monopolio dei grandi armatori, favorendo sistemi di pesca più sostenibili e a favore della piccola e media impresa. Come gruppo S&D, abbiamo proposto un emendamento per invitare gli Stati membri e l'ICAT a rivedere l'attuale sistema e chiedo ai colleghi di sostenerlo.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η αλιεία του τόνου στη Μεσόγειο αλλά και στον Ατλαντικό είναι ιδιαίτερης σημασίας καθώς, πέραν των άλλων, συμβάλλει στη δημιουργία θέσεων εργασίας σε πολλές χώρες, εντός και εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης. Το 2006, η ICCAT θέσπισε ένα πολυετές πλαίσιο που λήγει το 2022, με στόχο την αποκατάσταση του τόνου ώστε να ανασυσταθούν τα αποθέματα τόνου στον Ατλαντικό και τη Μεσόγειο.

Στην Ελλάδα οι αλιείς έχουν υποστεί τεράστια ζημιά από το μνημόνιο. Από σήμερα μάλιστα κλιμακώνουν τις αγωνιστικές τους κινητοποιήσεις ενάντια στη φοροπηχτική λεηλασία και στο αντιασφαλιστικό ρεσάλτο στα πενιχρά εισοδήματά τους, αποκλείοντας το λιμάνι του Βόλου και της Νέας Μηχανιώνας στη Θεσσαλονίκη. Στο πλευρό τους βρίσκονται οι αλιείς του Παγγαίου, της Κρήτης, της Φθιώτιδας και ετοιμάζουν θερμό Γενάρη ενάντια στην Τρόικα και τους δανειστές.

Οι Έλληνες αλιείς δεν πρόκειται να δεχτούν το αγροτικό μνημόνιο που διαλύει τη ζωή τους, τις οικογένειές τους, τις επιχειρήσεις τους. Απαιτούν δίκαιη ανταμοιβή του κόπου τους, απαιτούν ανασυγκρότηση του πρωτογενούς τομέα και θα παλέψουν ενωμένοι, με βάση τα δίκαια αιτήματά τους, για την ίδια τους την επιβίωση.

President. – I think we have a problem with the English interpretation, so if this can be resolved...

(Interjection from Mr Marias)

We understood you perfectly, sir. I can assure you of that.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo felici che grazie all'attenzione e alle misure dell'Unione europea e dell'ICAT la preziosa specie del tonno rosso stia di nuovo popolando i nostri mari. Specie preziosa in tutti i sensi perché anche commercialmente ambita e costituisce, certamente nel Mar Mediterraneo, anche, purtroppo, oggetto di monopolio. È il caso ad esempio di quanto avviene in Sicilia, dove alcuni grossi armatori sfruttano il flusso migratorio per convogliare nelle loro reti i tonni che poi vengono commercializzati in Giappone. Il risultato è che ormai il tonno che arriva sulle nostre tavole è a pinna gialla, proveniente dal Pacifico, mentre i nostri pescatori, quelli siciliani, sono costretti a dismettere le loro barche. È necessario tutelare la piccola pesca, le tecniche tradizionali, le vecchie tonnare, tutti i sistemi sostenibili, che invece scompaiono; è un patrimonio che va tutelato, quanto il prezioso tonno rosso.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, plavorepa tuna je ugrožena vrsta i neovisno o tome što imamo pozitivnih primjera oporavka, povoljne podatke zadnjih godina i što se sada pokušavaju povećati kvote, ioak bih htio pozvati Komisiju, vas gospodine povjereniće, na oprez. Ipak je plavorepa tuna ugrožena vrsta i način na koji se danas i u budućnosti namjerava koristiti sve ono u Sredozemlju i Atlantiku na način da veliki monopolisti eksploatiraju tunu, bojim se da će nas dovesti u problematičnu situaciju.

Zato vas pozivam da razmislite o zajedničkoj studiji svih stokova ključnih vrsta riba u Sredozemlju i Atlantiku, a ne samo da govorimo o pojedinačnim vrstama, jer je to najbolji pristup kako zaštititi i plavorepu tunu i druge vrste.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, o plano plurianual de recuperação do atum rabilho permitiu a evolução positiva das respetivas unidades populacionais. A biomassa desta espécie tem vindo a apresentar uma tendência positiva desde 2008. Em 2014, a Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico decidiu aumentar, por isso, o TAC em 20% para os 3 anos subsequentes de 2015 a 2017. Pela nossa parte, acompanhamos a crítica a um sistema de cotas de pesca que penaliza a pequena pesca mais sustentável em benefício dos grandes armadores das principais potências pesqueiras europeias. Importa reconhecer o papel das armadilhas artesanais utilizadas no sul de Portugal, no Algarve, o seu potencial e seletividade. Importa também reconhecer que os pescadores insulares que utilizam a arte de salto e vara e que hoje vêm passar o atum rabilho sem o poder pescar, importa que estes pescadores vejam reconhecido o seu direito a pescar esta espécie, sobretudo agora que se ajustam os limites de captura à melhoria do recurso, o que, por exemplo no caso dos pescadores dos Açores, só parcialmente compensaria o prejuízo decorrente das quebras acentuadas nas cotas de outra espécie.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Paket ukrepov, ki je pred nami, je seveda nadaljevanje večletnega okvira boja za ohranjanje staleža modroplavutega tuna, in treba je seveda reči, da je ključnega pomena, da pride do poenotenja tudi pravnih pravil z mednarodnimi obveznostmi, ki jih ima Evropska unija po številnih dogovorih, predvsem pa seveda zaščititi tudi, če tako rečem, evropske ribiče.

Pri tem pa je seveda treba paziti na to, kar se rado zgodi, se je tudi v tem delu zgodilo, zgodili so se veliki monopoli ribičev in na ta način so najbolj prizadeti mali in srednji ribiči, ki tako pravzaprav izginjajo s tega tradicionalnega, tudi, če rečem, najbolj ekološkega načina lovljenja.

Mislim, da vsaka država članica seveda ima možnost razdeliti kvote med ribiče, ampak tu je predvsem pomembno poročanje in nadzor, da se s povečanjem kvot ne vrnemo zopet v nevarne vode izginotja te ribe.

(End of catch-the-eye procedure)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Madam President, again I would like to thank all the honourable Members for their comments and questions which shows that we have found a clear and common ground in order to proceed further with this proposal. I also appreciate the fact that there is general support from the honourable Members of this Chamber.

The Commission would also like to recall, as every one of you has done, the sensitive nature of bluefin tuna in international fora and the particular responsibility of the EU in doing our part in ensuring its sustainability. Having the largest share of the quota, we also carry the responsibility in that we have the largest number of operators and therefore the EU does have a central role to play in the management of this very important stock.

This proposal is essential in order to accurately transpose ICCAT decisions, measures adopted in ICCAT a few years ago, into Union law. The resulting regulation would ensure legal certainty regarding the obligations of the operators, all the operators, and as a result facilitate the implementation of the measures and the compliance of the Union with its international obligations.

I would like to go through some of the comments that were made. Mr Mato, Ms Briano and Ms Bilbao Barandica, and almost everyone, have stressed the role of artisanal fisheries. Yes, it is true that the Commission largely shares the interest of Parliament in preserving ancient traditional fishing methods. We also believe that the drafting of the text as put forward in the draft report is not always appropriate and can be misleading.

Coming on to tuna traps, which were also mentioned: tuna traps are not the only sustainable gear for targeting bluefin tuna, or the only gear providing significant employment opportunities. This is not reflected in the proposed amendments to Mr Mato's report.

As to whether the Commission agrees to include suggestions to allocate additional specific quota or to establish, or even break down, the quota allocation between gears: yes, I think that this should be reassessed in the light of the specificities of the fisheries in each Member State.

Individually, there were some comments with regards to the almadra, which I mentioned goes along with the artisanal fishing, and that we need to go for the more environmentally friendly and the most sustainable methods.

With regard to the points mentioned by Marco Affronte who highlights the importance of this stock for European fishermen, I appreciate that this is the right way to move. We mentioned, a lot of us mentioned, the socio-economic aspects and I think that correct management is the only way forward to protect sustainability and the long-term sustainability of the socio-economic aspects.

I also agree with Ms Rodust who said that the quotas should be transparent and so on. I believe that this is something that all the Member States should aim for, along with the need for high selectivity, low-energy consumption and, again, small scale. This is the part that the small-scale artisanal fishing could play in all of this.

I also agree with many of you who said that we should agree that things are not as good as we would like them to be, and that is why I said there is no space for complacency. Yes, we have made progress, but there is still a lot of progress to be made.

Ms Aguilera García mentioned the uniform and effective level playing field and more distribution towards the small fishermen. I took on board Mr van Dalen's point about the conservation plan for hake, I think that is something that we can discuss.

With regard to the environmental impact assessment (EIA) on collective fishing gear mentioned by Mr Serrão Santos, that is something that scientists do take into account but if need be it should be more enhanced as well.

With regard to the mention of the need for delegated acts, I think this is a crucial element of the proposal because there will be frequent, very frequent, amendments of the ICCAT recovery plan and these amendments will need to be put into European law swiftly. Going through the full ordinary legislative procedure will not allow us to act in time. However, these delegated acts will make it possible to act fast and transpose ICCAT measures relating to non-essential elements of the legislative acts into EU law. I think this was mentioned by Mr Caputo.

With regard to accuracy and the positive data of recovery, we still need to be very cautious. I think Mr Jakovčić and others mentioned this. Mr Ferreira also spoke about better distribution. Renata Briano spoke about the stock and its socio-economic impact, and yes, the quotas are there to be distributed by the Member States in a more fair way. I think it is important that RFMOs are transparent and more representative.

With regard to Mr Farage, unfortunately today we are discussing tuna, and sea bass is not under ICCAT. However, I would still like to point out that I agree with you that anglers are contributing highly to the economy of many of the European states. You mentioned 800 000 in the UK, there are some 1.3 million anglers in France and a high percentage of the sea bass is actually being caught by anglers. Since they are benefiting, I think they should also take on the responsibility. With regard to our proposals on sea bass not being debated, I do not agree with you. We have been discussing this and we have been urging all the Member States involved to come up with an agreed plan.

With regard to the contribution from Ms Hazekamp, I agree that even though we have made some improvement on recovery this species is still threatened and we do hope that ICCAT will continue to take this into consideration.

Overall, I would like to thank all the Members of this Chamber for your contribution and I would like once again to thank the rapporteur Mr Mato, and this Chamber, for an open and a very productive discussion.

Gabriel Mato, ponente. – Señora Presidenta, gracias señor Comisario y, sobre todo, gracias a todos los diputados que han intervenido y que de una forma u otra han ayudado a mejorar este informe. Y gracias también a aquellos diputados que han utilizado el turno para faltar al respeto al Comisario, cosa que rechazo tajantemente, y que han utilizado su tiempo para hablar de cosas bien distintas. En todo caso, gracias porque es bueno escuchar a todos.

Hay dos temas fundamentales aquí: uno es el de las cuotas. En primer lugar, estamos hablando de que, efectivamente, se ha actuado bien, se ha hecho un gran esfuerzo por parte de los pescadores y las poblaciones se han recuperado. Eso requiere un aumento de cuotas. Yo lo creo así. Y también es cierto que la otra parte importante es cómo se hace ese reparto de cuotas y eso lo hacen los Estados miembros. Es cierto que no es cosa de este Parlamento, no es en este informe donde tiene que estar, pero es una opción política. Es un mensaje muy claro. Creemos que se tiene que hacer un mejor reparto de las cuotas, beneficiando a los pequeños pescadores. Yo no voy a demonizar a los grandes, pero sí creo que hay que beneficiar y ser más justos con los pequeños pescadores.

Por eso, compartimos claramente esa posición y la hemos incluido ya en un compromiso en el propio texto. Ahora se presenta una enmienda que va más allá, pero en el fondo lo que se pretende es simple y llanamente que haya un reparto más justo de las cuotas.

Y luego, tenemos un problema, señor Comisario. No nos vamos a entender, y nos entendemos muchas veces, en el tema de los actos delegados. Yo creo que ustedes, la Comisión, no son un ejemplo de transposición rápida, y tenemos muchos ejemplos, y yo creo que no se puede utilizar como argumento o subterfugio esta situación para eliminar competencias del Parlamento. Ahí nos van a encontrar enfrente, se lo digo claramente: entendemos que el sistema que debe aplicarse tiene que ser el procedimiento ordinario, tiene que haber codecisión. Podemos poner todo el empuje para que las cosas se hagan rápidamente, pero en ningún caso vamos a desistir de nuestras competencias, y creo que así lo tienen que entender ustedes claramente. En ese sentido, seguro que nos vamos a entender.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 19 January 2016.

Written statements (Rule 162)

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris*. – În primul rând, aş dori să felicit raportorul pentru munca sa şi să salut propunerea Comisiei de a include toate măsurile privind planul de refacere a stocurilor de ton roşu într-un nou regulament. Este important că acest regulament ţine cont de toate legăturile cu noua PCP (politica comună în domeniul pescuitului), în special în ceea ce priveşte posibilitatea de derogare bazată pe angajamentele internaţionale, dar şi de obligaţia de debarcare. Vreau însă să reamintesc Comisiei calitatea de colegiutor şi de garant al controlului democratic pe care o are Parlamentul European. Parlamentul trebuie să fie implicat în orice decizie de modificare a planurilor de refacere a tonului din Atlantic sau Marea Mediterană, de aceea nu putem accepta actele delegate propuse de Comisie. Orice schimbare trebuie făcută prin codecizie. În încheiere, aş dori să subliniez importanţa promovării pescuitului la scară mică. Statele membre ar trebui să acorde o atenţie sporită pescuitului non-industrial pentru că acesta este mai sustenabil şi garantează ocuparea în zonele de coastă.

16. Einwände gemäß Artikel 106 GO hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Objection pursuant to Rule 106 on emissions from light passenger and commercial vehicles (Euro 6) (2015/2988(RPS)).

Benedek Jávor, *Vice-president of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety*. – Madam President, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI), I would like to present this Objection pursuant to Rule 106 on emissions from light passenger and commercial vehicles, the Euro 6 standards. Air pollution causes over 430 000 premature deaths in the EU every year and costs up to an estimated EUR 940 billion a year as a result of its health impacts. In particular, nitrogen oxides (NO_x) are major air pollutants which cause, *inter alia*, lung cancer, asthma and many respiratory diseases, as well as environmental degradation such as eutrophication and acidification.

According to the EEA, NO_x emissions are the cause of at least 75 000 premature deaths in the European Union yearly. Diesel vehicle exhausts are a major source of NO_x in urban areas in Europe, and the Euro 6 limit value for NO_x emissions from diesel vehicles is 80 mg/km under so-called normal use conditions. The draft measure, the subject of the objection, aims to establish the so-called real driving emission requirements to limit the tailpipe emissions of light passenger and commercial vehicles.

The motion for a resolution considers that the draft Commission regulation would result in a *de facto* blanket derogation from applicable emission limits, which is not compatible with the aim and content of Regulation 715/2007 and exceeds the implementing powers provided for in Regulation 396/2005. The ENVI Committee objects to the draft measure, in particular because it would allow vehicles to emit 168 mg/km of nitrogen oxide in the real driving emissions test, applicable to all new vehicles from September 2019, which means four years after the entry into force of the Euro 6 80mg/km limit value.

Surpassing the regulation by 110% is something that deeply undermines not only the regulation itself but also, I believe, the credibility of the regulating EU bodies. The resolution therefore calls on the Commission to withdraw the draft regulation and submit a new proposal by 1 April 2016 at the latest, introducing a real driving emissions test that would ensure the effectiveness of emission control systems.

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Madam President, today we are discussing the introduction of the new emissions testing procedures for cars in the EU. As you know, we have been working on this issue for quite a long time, but of course the Volkswagen revelations gave action greater urgency.

So I want to focus today's debate on the impact of the decision that has been taken. We know that laboratory tests are not reliable. Currently, the real NO_x emissions by diesel cars are, on average, 400 mg/km. That is 4-5 times higher than the legal emissions limit of Euro 6 cars. That is why we have prepared some substantial changes to the regulatory framework. Of course, it was demanding, but we have come up with a solution that is unique and fit for purpose.

We will be the first in the world to introduce emissions tests on real roads under real driving conditions. Our solutions will change the current measurement systems completely. It will no longer be possible to cheat in emissions tests. Member States have reached a compromise. In the first stage emissions will be reduced to 168 mg/km by September next year and then, by January 2020, the limits will be reduced still further to 120 mg/km.

You are well aware that the initial Commission proposals were significantly more ambitious. I said on many occasions that I wanted more stringent 'conformity factors', but we could not convince the Member States. Still – and I want to underline this – I consider this agreement substantial progress because we are halving the NO_x emissions of diesel cars currently on the streets and, at the same time, we are forcing the automotive industry to speed up efforts to make cars cleaner and respect our common environmental goals. This is why we need the new rules as soon as possible, and this is why we need – and ask for – your agreement on the Commission's proposals on introducing real driving emissions tests in the EU.

But, as I have also told you, we will not stop here. The real driving emissions tests are only one part of the package. We want to bring down NO_x emissions as much as possible. Ultimately, if technological development allows, we want the cars to achieve the legal limit of 80 mg/km. That is why the legal proposal on the real driving emissions test procedures suggests a so-called annual revision clause. This means that, from 2020 onwards, the emission limits can be adjusted if technology improves. Each year, the Commission will assess the portable measurements technology: this is the technology which actually measures the emissions under real driving conditions. If this technology improves and allows for more exact emission measurements from 2020, we will have the legal possibility to bring the limits down further, to 80 mg/km.

We intend to start this work already by the end of this year. It is possible to do so within this time limit because manufacturers design their vehicles well in advance of their production, so the vehicles on the roads in five years' time are being designed today. That is why the existence of the annual revision clause provides legal certainty and an incentive for car manufacturers to design their cars with much lower emissions than the current limit.

Let me now come to the rest of the package. In the course of this year, the Commission will propose a third regulatory package on real driving emissions testing to increase transparency. The idea is that the conformity factor of each vehicle is shown in its certificate of conformity: the consumer will be fully aware of the emissions performance of his/her vehicle. Further, I promised to improve the type approval system and strengthen the independence of the control bodies. I will propose the text for the College discussion next week. The new rules will clarify and strengthen the recall system and safeguard procedures. The Commission will be given the powers to intervene and comment on the corrective measures taken by the Member States. The system of exchange of information and cooperation between enforcement authorities in the Member States will be reinforced. The Volkswagen case also showed that Member States do not react in a very coordinated manner, so I intend to force Member States to carry out market surveillance and controls of vehicles brought to the market.

The quality and independence of the services responsible for approving vehicles will be strengthened. This means more quality checks, better cooperation and more and stronger tools to enforce the rules. We need to restore the confidence of our citizens in the type approval system and the car industry as a whole, as we have all agreed a few times before. This is why we urgently need new rules on type approval and emissions testing to be in place.

Last, but not least, a few words about Euro 5/6 proposals: the Parliament and Council are currently negotiating some revisions of the Euro 5 and Euro 6 legislation, which is also the parent legislation to the act on introducing real driving emissions. In this context, the delegated powers to be given to the Commission are being discussed. Our objective is to have a very smooth and rapid implementation of the new real driving emissions procedure in the future. We are ready to work together with you, and of course with the Council, to find a balanced solution because we want to achieve our environmental objectives and we are determined to respect the institutional balance. I know this is also important to you.

I hope that my commitment is very clear to you. I want to tackle it in a very coherent and comprehensive way. I will be demanding and decisive towards our car manufacturers if they do not play the game. I am confident that this new framework will restore the effectiveness of our legal system to protect both consumers and the environment.

Ivo Belet, *namens de PPE-Fractie*. – Wat staat hier op het spel? Dat weten we allemaal. We willen dat de uitstoot van schadelijke stikstofoxide daalt op een doeltreffende manier en zo snel mogelijk. Vandaag - en de commissaris heeft het net bevestigd - stoot een Euro 6-dieselauto gemiddeld 4 keer meer stikstof uit dan de wettelijke norm die we al een aantal jaren geleden hebben goedgekeurd en die sinds vorig jaar van kracht is. Dus die uitstoot moet omlaag. Daarover zijn we het allemaal eens.

Ten tweede: de nieuwe test, de Real Driving Emission-Test, die bepaalt hoeveel auto's in reële rijomstandigheden uitstoten, moet nu eindelijk worden ingevoerd. Er is daarover een akkoord, dat is essentieel. We hebben genoeg tijd verkwaanseld. Die test moet nu worden ingevoerd.

We juichen uiteraard toe, commissaris, dat u hier toezegt om op korte termijn met een wetgevend voorstel te komen over extra toezicht op de nationale typegoedkeuring, over die homologering. Het is essentieel dat de nationale controle onafhankelijk en robuust kan worden geverifieerd. Ik verwijs ook naar de discussie over gedelegeerde handelingen en uitvoeringshandelingen. Het Parlement wil op een directe manier betrokken worden bij toekomstige herzieningen. We vragen uitdrukkelijk dat dat via gedelegeerde handelingen gaat en niet via uitvoeringshandelingen.

En tot slot nog dit: slimme autoconstructeurs wachten uiteraard niet om te reageren. Die nemen de vlucht vooruit en die beginnen vandaag hun auto's aan te passen met behulp van de slimste technologie in het belang van de volksgezondheid van iedereen in Europa.

(De spreker is bereid een "blauwe kaart"-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8 van het Reglement)).

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Én magam is egyébként a Környezetvédelmi Bizottság tagjaként a szigorítás és a szabályok betartása mellett vagyok, de szeretném, hogy ha segítene képviselő úr annak a kérdésnek az eldöntésében, hogy vajon a szabályok voltak túl szigorúak vagy pedig az ipar késedelmeskedik a megfeleléssel?

Ivo Belet (PPE), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Ik weet niet of dat hier heel relevant is. Het belangrijkste is dat we vandaag zo snel mogelijk conclusies trekken uit de voorbije situatie en uit de schandalen die zich hebben voorgedaan. Wat belangrijk is, is ten eerste dat de stikstofoxide zo snel mogelijk naar beneden gaat. We hebben een onderzoekscommissie die gaat uitzoeken wat er fout gelopen is. Een van de conclusies zal ongetwijfeld zijn dat de controle op de typegoedkeuring moet worden verscherpt, dat er een onafhankelijke robuuste controle moet komen op de typegoedkeuring. We moeten ons concentreren op wat er fout is gegaan. Dat zal blijken tijdens de werkzaamheden van de onderzoekscommissie. We moeten ons nu concentreren op de vraag hoe we de stikstofoxide naar beneden krijgen in het belang van de volksgezondheid van ons allemaal en hoe sneller hoe beter.

(De spreker is bereid een "blauwe kaart"-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8 van het Reglement)).

Bart Staes (Verts/ALE), *“blauwe kaart”-vraag*. – Mijnheer Belet, wat zal de houding van uw fractie zijn wanneer we over twee weken moeten stemmen over dit bezwaar? Zal uw fractie kiezen voor het algemeen belang? Zal uw fractie kiezen voor de volksgezondheid? Zal uw fractie kiezen voor een echte aanpak van het probleem en de Commissie vragen om met een echt voorstel te komen? Als u dat niet kiest, dan kiest u voor een vermeerdering van de bestaande norm van 2007 van 80 naar 168 mg per kilometer en naar 120 mg vanaf 2021. Wat zal uw fractie doen?

Ivo Belet (PPE), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Bedankt, collega Staes voor deze vraag. Wat onze fractie zal doen, is uiteraard kiezen voor de volksgezondheid. U hebt de commissaris gehoord: vandaag stoot de gemiddelde dieselauto, een nieuwe Euro 6-dieselauto, vier keer meer uit dan de wettelijke norm die wij jaren geleden al hebben goedgekeurd. Waar wij op mikken is dat wij over anderhalf jaar en nadien tweeënhalf jaar later naar een forse reductie gaan, eerst een halvering van de situatie zoals die vandaag is en dan twee jaar later nog naar een verdere reductie van de stikstofoxide. We moeten kijken wat de uitstoot is van stikstofoxide vandaag in werkelijke rijomstandigheden en dan wat het besluit is zoals het voorligt. Dat houdt in dat er op korte termijn minstens een halvering moet komen en dat we dan verder afbouwen de jaren nadien. Dat is het pad dat wij gaan kiezen.

Kathleen Van Brempt, *namens de S&D-Fractie*. – In navolging van vorige sprekers hoef ik niet te argumenteren waarom het belangrijk is dat we nu eindelijk de *Real Driving Emission Testing* krijgen. Maar ik wil toch heel duidelijk zijn, mevrouw de commissaris. Onze fractie heeft vóór uitstel gestemd en ervoor gezorgd dat u tijd hebt - niet veel tijd - om met een beter voorstel te komen dan wat u vandaag gepresenteerd hebt. U hebt goede dingen gezegd, ik twijfel niet aan uw goede intenties, maar er moet een ambitieuzer voorstel voorliggen.

Wat onaanvaardbaar is, is dat een of ander technisch comité een beslissing neemt die de Euro 6-norm, die wij hier allemaal samen met de Commissie tien jaar geleden hebben afgesproken, verlaagt. We willen dat u goed nadenkt en met een beter voorstel komt. Vooral het bereiken van de conformiteitsfactor van 1 is ontzettend belangrijk want dan respecteren we de normen die we democratisch hebben afgesproken. Dus u hebt nog even de tijd. Ik stel voor dat u komt met ambitieuze voorstellen.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I think we are all agreed that what we want is better air quality. We want an end to one-off laboratory tested type approval and we want to bring real-world driving emissions testing in as soon as possible. Of course there are many technical details to be agreed, but the fundamental agreement is on the table from the 28 October TCMV meeting. That agreement represents a real change. By 2020 we will have a guaranteed conformity factor of 1.5. When you consider that some vehicles coming on stream now are probably emitting up to five or six times the 80 mg limit, how can you turn down the opportunity to limit that to 120 mg? People in Europe with respiratory problems caused by pollution deserve that.

I know we all want a conformity factor of 1 – of course we do, and I would like to see a commitment from both the Commission and the Member States that this will be reached by a specific date. Supporting this objection will not get us that. It will merely create a delay that could stretch into months or even years. That is a delay in health improvement for tens of thousands of Europeans. So let us use this opportunity to get round the table and agree when we are going to get to that conformity factor of 1, get the Member States to agree to it too, rise above the interinstitutional stand-off and achieve results for our citizens.

Gerben-Jan Gerbrandy, *namens de ALDE-Fractie*. – Dank u wel, commissaris, voor uw bijdrage. Allereerst wil ik benadrukken - want dat moeten we niet uit het oog verliezen - hoe sterk dit onderwerp leeft bij de Europese bevolking. Mensen willen schone lucht en mensen zijn het echt zat dat ze bedonderd worden door de auto-industrie.

Ten tweede: dit is de Commissie die beter wetgeven als topprioriteit heeft. Als dit besluit een voorbeeld van iets is, dan is het wel niet van beter wetgeven. Het huidige besluit is op geen enkele effectbeoordeling gebaseerd en niemand van de lidstaten durft politiek verantwoording af te leggen over dit besluit. Ik vind het tekenend dat de Raad ook nu weer volstrekt afwezig is. De lidstaten wijzen naar Brussel als verantwoordelijke voor dit besluit, maar het zijn de lidstaten die we moeten verwijten dat schone lucht voorlopig nog geen realiteit wordt voor onze burgers.

Ten derde, ik kom terug op die schone lucht. Het is een fundamenteel recht voor mensen om schone lucht te hebben. Maar ik wil aan de commissaris vragen hoe de bestuurders van onze Europese steden schone lucht kunnen genereren voor hun burgers als op deze wijze vuile auto's in de steden kunnen blijven rondrijden. Hoe, mevrouw de commissaris, is dat mogelijk? Een stad als Londen had op 7 januari al de grens van stikstofdioxide overschreden voor de rest van het jaar. Op 7 januari voorbij de grens voor heel 2016! Hoe kan een stad als Londen met dit soort besluiten ooit zijn burgers schone lucht geven?

En tot slot, in Nederland werd in het jaar 2015 een woord van het jaar gekozen: "sjoemelsoftware". Dat was het woord dat bedacht werd om de praktijken van de auto-industrie te benoemen. Met de wijze waarop met name de lidstaten denken politiek te kunnen bedrijven, krijgen wij volgend jaar een nog veel erger woord van het jaar. En dat woord zal zijn: "sjoemelpolitiek".

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, noin puolet EU-kansalaisista asuu kaupungeissa, joissa liikenne on suurin ilmanlaatuun vaikuttava tekijä. Huono ilmanlaatu aiheuttaa Euroopan unionin alueella yli 430 000 ennenaikaista kuolemantapausta vuosittain ja arviolta 940 miljardin vuotuiset terveysvaikutuksista aiheutuvat kustannukset. Kun puhumme ilmansaasteista, me puhumme todella merkittävästä ongelmasta.

Miten voi siis olla mahdollista, ettei liikenteen typen oksidien päästöjä saada kuriin? Kun asetuksessa annettu päästöraja on 80 mg kilometrille, on se 80 milligrammaa kilometrille eikä ensin 168 ja myöhemmin 120 milligrammaa. Tällainen sitovien päästörajojen ylittäminen ylittää asetuksessa säädetyn täytäntöpanovallan kirkkaasti, ja tämä asetusehdotus pitää ehdottomasti peruuttaa.

En usko hallusinoivani, kun sanon, että näiden vuosien aikana olisi ollut laitettavissa päästöt kuriin sekä päästömittaukset ja tyyppihyväksynät luotettaviksi. Myös EU-jäsenvaltioissa voisi kuvitella olevan järkevämpiäkin kohteita käyttää rahaa kuin maksaa huonon ilmanlaadun terveysvaikutuksista miljardeja.

Odotan edelleen uutta kunnianhimoisempaa, ihmisten elämän ja terveyden turvaavampaa asetusehdotusta.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would like to thank the Commissioner for explaining the proposal once more. I am a bit disappointed by that, Commissioner, because I expected to hear what potential change you can see in the proposal and what I get from your speech is that no change is possible any more.

What was agreed by the Member States, who indeed are not present here, is that all vehicles can emit up to 168 mg/km until 2019 — you mentioned only the date for new models, but if we discuss all vehicles then it is 2019. You know that very well. You are also aware of the 1.5 conformity factor, which means changing our standard from 80 to 120 and that only starting in 2021, although already in 2007 we as co-legislators decided that it should go to 80 in 2014. That is what we did in co-legislation.

What they are doing now in a technical meeting is to say that this value can move to 120 until 2021. Even if you are on the side of the car industry, you cannot accept that a technical committee is adjusting what we decided as co-legislators.

It is important to realise that already we can improve much more. Today in the Flemish news, Mr Belet, it was mentioned that Opel, for one car and with a simple software correction, went down from 750 to 200 in just one day, and you are agreeing now that they have time until 2021 to water down a proposal that was decided in 2007. That is what you are going to agree upon.

Commissioner, the Social Democrats asked a very clear question: will there be a new proposal on the conformity factors — yes or no? We demand a clear answer tonight.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. — Signora Presidente, onorevoli colleghi, anche la delegazione italiana del Movimento 5 Stelle sosterrà l'obiezione perché siamo di fronte a un inganno, perché ci viene proposto il pacchetto RDE come un grande passo avanti, come una misura molto ambiziosa e unica al mondo. Peccato che, di fatto, come può essere ambizioso e un grande passo avanti un pacchetto che consentirà comunque ai veicoli di inquinare molto di più rispetto a quelli che sono i limiti consentiti? È un fatto dobbiamo ricordare: le aziende, il settore dell'*automotive* hanno avuto sette lunghi anni per potersi preparare, mettersi in regola e rispettare i limiti in condizioni di guida reali. Questo purtroppo non è stato fatto e non possiamo permetterci di andare oltre. È necessario che la Commissione proponga al più presto una misura adeguata, seria e che tuteli la salute delle persone.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, mes chers collègues, voici un dilemme bien désagréable à traiter. D'un côté, la Commission européenne a une bonne idée: assouplir les exigences en termes d'émissions des véhicules légers. Affaire Volkswagen ou pas, nous devons admettre que les contraintes pesant sur le secteur automobile européen sont énormes, et, dans un contexte de concurrence internationale, d'ouverture sans limite des frontières commerciales, d'effondrement industriel et d'explosion du chômage, avouons que la Commission défend, pour une fois, nos intérêts.

De l'autre côté, la Commission agit par sa voie favorite: le contournement du Parlement. Il est vrai que nos institutions doivent être fondées sur la confiance, la transparence et la responsabilité, et ce Parlement aurait dû pouvoir assumer ses excès bureaucratiques.

Mais l'heure est grave, la guerre économique a bel et bien commencé, nous devons agir, raison pour laquelle nous nous opposerons à cette objection.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wahr, jedes Jahr sterben nach Angaben der Europäischen Kommission selbst 400 000 Menschen vorzeitig, weil die Luft mit Schadstoffen belastet ist.

In vielen Kommunen, Städten und Gemeinden haben die Verantwortlichen Schwierigkeiten, die von der EU beschlossenen Luftreinhaltewerte einzuhalten. Deswegen hat sich die EVP-Fraktion immer dafür ausgesprochen, an der Quelle die Schadstoffe zu beseitigen und zu reduzieren. Dazu gehören natürlich auch die Autos. Deswegen wollen wir eine Lösung zu den *real drive emissions*.

Es kann nicht sein, es darf nicht sein, dass die Testwerte in der Praxis mit denen im Labor praktisch nichts zu tun haben und dadurch zusätzliche Probleme entstehen. Aber die Frage, was aus diesem generellen Statement folgt, ist eben nicht so einfach zu beantworten. Eine Mehrheit im Umweltausschuss hat gesagt, der Vorschlag ist nicht streng genug – deswegen lehnen wir ihn ab. Da gibt es nach meiner persönlichen Meinung auch Gründe dafür, insbesondere weil die für Wachstum zuständige Generaldirektion GROW ursprünglich strengere Werte – 1,6 und 1,2 – vorgeschlagen hatte. Aber wir können nur Ja oder Nein sagen.

Ich weiß aus vielen Gesprächen, auch von engagierten Umweltpolitikern aus dem Ministerrat, dass es eben nicht so sein wird, dass wir, wenn wir den Vorschlag ablehnen, automatisch einen strengeren kriegen, sondern es kann sein, dass wir überhaupt kein Ergebnis haben.

Deswegen ist die EVP für einen Kompromiss, der den Menschen, der Gesundheit und den Kommunen hilft, der uns aber auch eine gewisse Planungssicherheit gibt. Ein wichtiger Teil dieses Kompromisses sollte sein, dass wir strengere Kontrollen bei der Typzulassung und auch bei schon auf der Straße befindlichen Fahrzeugen haben. Ich hoffe, da können wir uns in den nächsten zwei Wochen darauf verständigen.

Matthias Groote (S&D). – Frau Präsidentin! Die Städte, in Deutschland – in dem Mitgliedstaat, aus dem ich komme – haben massive Probleme, Luftqualitätsgrenzwerte einzuhalten.

Was soll ich den Bürgermeistern im deutschen Städtetag eigentlich sagen, mit diesem Vorschlag, wie er uns hier vorliegt? Wir haben hier Verschlechterungsfaktoren, die Gesetzgebung aushöhlen, eigentlich von Euro 6 wieder zurück zu Euro 5 bringen. Deshalb fragen wir uns, wenn es denn überhaupt einen Kompromiss geben kann, wofür ich arbeite und den ich mir auch wünsche: Wann hört es auf mit Konformitätsfaktoren, mit Verschlechterungsfaktoren? Was kann ich den Bürgermeistern antworten? Soll es 20 Jahre dauern, von der Gesetzgebung 2007 bis 2027, oder was für ein Enddatum haben Sie sich eigentlich vorgestellt, Frau Bienkowska?

Sehen Sie auch, dass die Kommission bei der Einhaltung der Luftqualitätsgrenzwerte vielleicht auch Gefahr läuft, verklagt zu werden, so wie bei den endokrinen Disruptoren? Sehen Sie die Gefahr, dass da etwas auf Sie zurollen könnte, oder sind Sie diesbezüglich gelassen?

Was den Rat angeht: Wenn das Thema hier so wichtig ist, wenn wir uns die Mühe machen, hier zu diskutieren, so muss ich ganz ehrlich sagen: Dass der Rat nicht hier ist, es ist eine Unverschämtheit!

Marcus Pretzell (ECR). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Senkung der Stickoxide ist sicherlich ein Ziel, das uns alle eint, und das haben auch alle Redner hier heute zum Ausdruck gebracht.

Nichtsdestotrotz haben wir heute auch eine ganze Menge von Automobilindustrie-Bashing gehört. Es ist nicht die Schuld der Automobilindustrie, dass die Regeln derzeit so sind, wie sie sind, dass wir nämlich die Typengenehmigung letztlich im Labor bekommen, obwohl Autos eben ausgesprochen selten in Laboren herumfahren.

Es ist kein Betrug der Automobilindustrie, wie viele Redner hier angemerkt haben, sondern es ist schlicht die Unfähigkeit der Politik, realitätsnahe Tests für die Automobilindustrie zur Verfügung zu stellen und diese auch einzufordern. Wenn wir uns darauf in Zukunft einigen können, dann glaube ich, haben wir in der Tat etwas erreicht.

Aber wie es der Kollege Belet schon richtig sagte: Er sprach von der intelligenten Automobilindustrie, von der intelligenten EU-Kommission hat hier noch kaum jemand gesprochen.

Nils Torvalds (ALDE). – Fru talman och mest älskade kommission! Jag tänkte den här gången börja med att ställa en enkel och fundamental fråga, som var och en kan fundera på. Vad är det för vits med en demokratisk lagstiftningsprocess om den undermineras av personer som egentligen är tjänstemän? Är det inte just undermineringen av de grundläggande demokratiska principerna som nu har lett till att kommissionen synar Polen och vi synar kommissionen?

Kommissionens så kallade gamla lösningar om att låta utsläppen skena iväg långt ut över gränserna har nu fått sitt logiska slut. Man kunde nämligen egentligen föreställa sig att Volkswagen aldrig hade lurats in på bedrägeriets slippriga stig om EU hade haft en kommission som lite mer rakryggat hade försvarat lagstiftarens intentioner. I just den här meningen bär kommissionen ett jättelikt ansvar, ur vilket man nu försöker slingra sig genom att förklara att det här försenar allt program. Tack så mycket, men inte för ert arbete.

Karima Delli (Verts/ALE). – Madame la Présidente, mes chers collègues, la décision prise en octobre dernier est scandaleuse. En catimini, les chefs d'État et la Commission ont accordé des permis de polluer aux constructeurs automobiles. Ceux-ci pourront désormais dépasser les normes de pollution de 110 % jusqu'en 2020 et de 50 % ensuite. C'est scandaleux et maintenant les services du Parlement affirment que c'est illégal. Autrement dit, c'est une violation totale non seulement vis-à-vis de la législation européenne, mais aussi du Parlement européen, qui est le colégislateur des normes antipollution pour protéger la santé des citoyens et servir l'intérêt général. Nous ne sommes pas au service du lobby automobile!

Plutôt que de se faire les complices des mensonges de l'industrie automobile, il est temps que le Parlement, les États membres et la Commission choisissent le camp des consommateurs, des citoyens et de la planète. Cette décision scandaleuse doit être rejetée dès le mois prochain. J'invite les États et la Commission à en faire de même et à se pencher enfin sur la mise en place de véritables contrôles d'homologation indépendants et de véritables tests en conditions réelles, et ça le plus vite possible.

Jean-François Jalkh (ENF). – Madame la Présidente, mes chers collègues, Madame la Commissaire, le scandale qui a ébranlé l'industrie automobile allemande, au mois de septembre dernier, a révélé d'inquiétants déséquilibres entre les normes en matière d'émissions de polluants et la réalité industrielle.

Je partage le souci des rédacteurs de cette proposition de résolution quant au coût de la pollution sur la santé publique et quant à l'insuffisance des normes en vigueur. Ce texte propose, toutefois, un tour de vis supplémentaire à une industrie déjà aux abois, en postulant ce dogme: la course à la croissance sans pollution est à portée de main, moyennant les bons conseils de l'écologie politique. Un dogme qui a fait son temps!

Réaffirmons que ce scandale s'est fait au bénéfice de l'industrie américaine et au détriment de l'industrie européenne. Réaffirmons aussi que la réduction des émissions polluantes se fera avec la réduction des flux internationaux, la relocalisation de l'économie, une certaine forme de «démondialisation» que personne – à commencer par les écologistes politiques – ne souhaite ici évoquer.

À tout prendre, le texte de la Commission est un moindre mal, car le mieux est l'ennemi du bien.

Françoise Grossetête (PPE). – Madame la Présidente, nous reconnaissons tous que le secteur automobile doit absolument faire de sérieux efforts pour limiter les émissions de gaz polluants dans l'atmosphère et entre autres les émissions de NO_x. Les tests pratiqués jusqu'à présent en laboratoire manquaient vraiment de transparence et d'honnêteté, cela n'est pas acceptable, parce que nos concitoyens doivent connaître la vérité sur la qualité de l'air qu'ils respirent. C'est pourquoi la mise en place de tests en situation de conduite réelle, obligatoires pour tous les constructeurs automobiles, est une avancée majeure.

Mais en ce qui me concerne, je m'opposerai à cette objection. Un vote en faveur de l'objection à l'acte adopté par la Commission retarderait considérablement la mise en place de ces tests à la fois meilleurs, beaucoup plus fiables que les précédents et qui n'existent encore nulle part ailleurs. Il serait donc irresponsable, tant pour l'environnement que pour le secteur automobile, de reporter aux calendes grecques la mise en place de ces tests.

Nous voulons trouver l'équilibre entre la protection de la santé de nos concitoyens et la préservation de l'avenir de l'industrie automobile européenne. L'adoption de l'objection serait alors l'absence de solution immédiate et le statu quo, alors que le rejet de l'objection sera le début de la solution. D'ici quatre ans, il y aura une révision de la conformité, qui nous permettra d'être encore plus exigeants en matière de réduction des émissions du secteur automobile, mais cela ne devra se faire qu'en accompagnant ce secteur dans cette transition et en s'assurant que les valeurs seront strictement respectées. C'est une question de confiance qui doit être retrouvée chez nos concitoyens et d'avenir de notre industrie automobile, qui est un pilier important de notre économie.

Nous attendons de la Commission qu'elle adopte des mesures fortes à cet égard, afin de mieux contrôler la mise en place de ces tests, et de rendre ceux-ci plus indépendants.

Miriam Dalli (S&D). – Grazzi President, Kummissarju, kollegi. Xi kultant nibda nahseb li qegħdin ngħixu f'zewg dinjiet differenti għaliex, ejja nkunu onesti, mhux ilbierah, disa' snin ilu, għet approvata liġi Ewropea li kellha tnaqqas it-tniġġis tal-karozzi.

U, illum, kumitat tekniku, li suppost hu magħmul minn esperti, iddeċieda li jkun ok jekk inhallu l-karozzi tagħna jibqgħu jniġġsu sa darbtejn aktar minn dak li għie deċiż disa' snin ilu. Deċiżjoni li, bir-rispett kollu, mhijiex teknika imma sempliċement politika.

Safejn naf jien il-politiċi qegħdin hemm biex jaraw li jħarsu l-ġid taċ-ċittadini tagħna u, fuq kollox, tat-tfal tagħna.

U xtaqt nistaqsi lill-Istati Membri – hasra li mħumiex hawnhekk – xtaqt nistaqsihom, lill-mexxejja Ewropej, jekk humiex lesti jibaxxu rashom għal pressjoni u jaċċettaw li jkollna karozzi li jniġġsu d-doppju ta' dak li suppost sas-sena 2020.

U aghar minn hekk, jekk humiex se jghidu iva biex wara s-sena 2020 il-karozzi jibqgħu inigġsu ferm aktar. Dan mhuwiex il-mument li naqgħu għall-pressjoni tal-lobbyists. Disa' snin huma biżżejjed biex l-industrija tal-karozzi tirregola ruhha. U nistaqsi għalfejn baqgħet m'għamlitx dan u x'garanziji għandna llum il-ġurnata?

Michael Cramer (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wussten seit Jahren: Es wird geschummelt, es wird gelogen, und es wird betrogen. Das haben wir der Kommission gesagt, das haben wir den Mitgliedstaaten gesagt. Passiert ist nichts! Und es war keine Frage der Technik, die Technik gibt es. Es war eine Frage des Geldes, das eingespart werden sollte. Gerade bei Dieselfahrzeugen, die in vielen Ländern massiv subventioniert werden. Trotzdem ist es passiert. In Deutschland zahlt man für einen Liter Diesel 18 Cents weniger als für Benzin, und der Diesel kostete 2012 noch 1,49 EUR, heute unter 90 Cents. Das kann man ändern! Wann, wenn nicht jetzt? In diese Richtung müssen Sie gehen!

Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein! Nicht alle haben geschummelt, gelogen und betrogen. Es waren auch welche, die haben sich an unsere Gesetze gehalten, die dürfen doch nicht bestraft werden. Bestraft werden müssen die, die geschummelt, gelogen und betrogen haben. Deshalb: Keine Überschreitung der Grenzwerte, die wir einvernehmlich beschlossen haben, und der Vorschlag der Kommission muss zurückgewiesen werden!

Andreas Schwab (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst einmal deutlich hervorheben, dass niemand die Reduktion der Stickoxide in Frage stellt. Im Gegenteil, hier sind wir uns alle einig, das müssen wir erreichen und das müssen wir auch zielorientiert erreichen.

Aber, Herr Kollege Cramer, heute geht es nicht um Schadenersatz für betroffene Bürger, wenngleich das natürlich ein anderes wichtiges Thema ist. Heute geht es um die Frage, ob wir den von der Kommission vorgeschlagenen Umsetzungsrechtsakt ablehnen oder ob wir ihn annehmen. Ich glaube, dass man nun halt auch ganz realistisch sehen muss, wenn wir ihn ablehnen, so wie Sie es empfehlen, dann ist eben nicht sicher, dass es der Umwelt besser geht und dass wir mehr erreichen, weil die Gefahr besteht, dass der nächste Rechtsakt sehr viel später kommt. Deswegen müssten Sie eigentlich erklären, warum Sie das Risiko eingehen wollen, und nicht wir erklären, warum wir glauben, dass es ein zugegebenermaßen nicht zufriedenstellender, aber der beste Schritt ist, den wir jetzt tun können. Deswegen würde ich Sie bitten, überlegen Sie noch einmal, ob Sie da nicht mitmachen können.

Dass dies natürlich kein einfacher Schritt ist, bei dem Prinzip, das Sie angesprochen haben, verstehe ich auch. Wir wollen, dass der Ehrliche nicht der Dumme ist. Auch wir wollen, dass das, was draufsteht, auch drin ist. Da gibt es in der Tat eine ganze Reihe von Verbesserungsnotwendigkeiten, die wir hinbekommen müssen. Aber leider nicht nur beim Zulassungsverfahren von PKWs, sondern auch in anderen Bereichen wird es darum gehen, dass wir die Marktaufsicht modernen Gegebenheiten anpassen, dass die Mitgliedsstaaten besser zusammenarbeiten und dass wir nicht nur bei den Autos sicherstellen, dass das, was drauf steht, am Ende auch drin ist. Dafür möchte die EVP-Fraktion kämpfen und dafür gibt es nicht nur im Bereich der Automobilzulassung viel zu tun.

Ich glaube, dass die Kommission, Frau Kommissarin, erfolgreich daran arbeitet, zu einer Lösung zu kommen, durch die wir, wenn wir den Umsetzungsrechtsakt jetzt annehmen, in anderen Bereichen Möglichkeiten schaffen, Ziele zu erreichen, die uns alle verbinden. Deswegen möchte ich alle Kolleginnen und Kollegen darum bitten, diesen Umsetzungsrechtsakt anzunehmen.

Seb Dance (S&D). – Madam President, the committee whose decision we are here discussing took that decision on the same day that we as a Parliament took a very clear decision for ambitious targets with national emissions. This was sold to us as a technical change when in fact that change was political. Dirty air kills. We are only now coming to know the full extent of how much dirty air is killing our citizens. We have known since 2006, but there has been a discrepancy between laboratory tests and real world emissions. Indeed, the Commission itself acknowledged this in 2011.

We cannot have a situation where, nearly a decade after initial reports, we have to choose between the delay of badly needed real world driving emissions tests and between the standards that have already been decided between this Parliament and the Commission. Commissioner, we cannot have any last-minute decisions made behind closed doors. We must come out of this process with a fair and consistent pathway to cleaner air, with the agreement, and the accountability, of this Parliament.

Wim van de Camp (PPE). – Wij moeten er vanavond niet omheen draaien dat 2015 een slecht jaar is geweest voor de Europese auto-industrie. Consumenten en overheden hebben recht op eerlijke informatie en schone lucht. De centrale vraag voor mij vanavond is: hoe lossen wij dit de komende jaren op? Mijn collega's Belet en Liese hebben de EVP-benadering al geschetst. Wij gaan voor een strak tijdschema op de RDE-uitstoot.

Het tweede is: toezicht op de nationale testinstellingen en de typegoedkeuring. Kan de commissaris vanavond een helder tijdschema geven van wat zij gaat doen, met concrete stappen? Ik kan me immers heel goed voorstellen dat de collega's aan die kant hun geduld hebben verloren. Maar we moeten ook realistisch zijn. Er is een werkgelegenheidsperspectief waar wel makkelijk overheen kan worden gestapt, maar dat moeten we niet doen. Er is nieuwe inspiratie uit COP 21. En er is zelfs een relatie met TTIP, want het is ontdekt in de VS en niet in Europa.

Ismail Ertug (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Kommissarin, ich denke, der Ball liegt bei Ihnen, das muss man so sagen. Die Kommission ist als Exekutive verantwortlich dafür, dass letztendlich dieses Problem – und das ist nachweislich ein Problem – nun zu einer gerechten Lösung geführt wird. Ich denke, das ist unbestritten, dass das, was aus dem technischen Gremium, aus dem Expertengremium kam und was Sie vorgelegt haben, nicht akzeptabel war. Das müssen wir nicht debattieren.

Frau Bieńkowska, ich habe zwei konkrete Fragen an Sie. Ich will von Ihnen wissen: Werden Sie das Prinzip der *real driving emissions* in Ihre Überarbeitung der Typgenehmigung, die Sie Ende dieses Monats vorlegen wollen, mit aufnehmen – ja oder nein? Die zweite Frage: Warum hat Ihr Haus, Ihr Organ, nämlich die Europäische Kommission, jahrelang die Hinweise der nationalen Prüfzentren in dieser Frage ignoriert? Hier täte nämlich Aufklärung not.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io credo che il dibattito che stiamo portando avanti in quest'aula ci veda tutti uniti verso una direzione che è quella sulla quale lavoriamo da tanto tempo, che è quella di migliorare la qualità dell'aria. E credo che su questo non ci sia dubbio, che nei decenni la qualità dell'aria in Europa è migliorata enormemente, meno male! Dobbiamo continuare su questa strada perché non è abbastanza? Sicuramente sì!

Però dobbiamo coniugare l'ecologia con l'economia, come diceva un interessante opinionista in un giornale italiano qualche giorno fa, perché l'ecologismo, invece, che sembra vendere salute ai cittadini, in realtà fa male anche alla salute dei cittadini, perché se noi qui seguissimo il ragionamento di chi oggi pretende di essere il migliore amico dell'ambiente, il migliore paladino della qualità dell'aria, ci troveremmo con un'enorme contraddizione. Dovremmo votare a favore di questa obiezione e ci troveremmo quindi con uno slittamento di un paio d'anni, si riaprirebbero i negoziati e non avremmo quel miglioramento della qualità dell'aria che invece, votando sì, avremmo subito, immediatamente applicata. Perché noi oggi qui stiamo parlando di votare un'ulteriore e significativa riduzione di particolato e di NO_x, ossidi di azoto, due tra le più terribili, terribili cause di malattia e di decessi.

Quindi guardiamoci in faccia, con onestà e con chiarezza e votiamo questo sì, a questo, quindi no per votare sì e poi speriamo di fare rapidamente meglio, soprattutto aiutiamo l'industria a trovare tecnologie ancora più forti e vincenti.

Massimo Paolucci (S&D). – Signora presidente, onorevoli colleghi, attraverso Lei vorrei giungesse al Consiglio il nostro rammarico e la nostra protesta per la loro immotivata assenza a questo importante dibattito. Ci vuole più rispetto da parte del Consiglio per i lavori del Parlamento.

Ormai è chiaro, le misurazioni fatte in laboratorio sulle emissioni degli ossidi di azoto delle auto diesel sono mediamente tre, quattro volte inferiori a quelle reali su strada. Non si può, per ridurre le emissioni di anidride carbonica, chiudere gli occhi sull'inquinamento atmosferico. Per anni si è mentito all'opinione pubblica: poi l'incredibile scandalo Volkswagen. Ben vengano dunque finalmente le prove su strada, le chiediamo da anni.

Nessuno tra di noi vuole strangolare l'industria automobilistica, ma ci vuole serietà. Nel 2007 l'Unione europea ha avuto un limite di 80 milligrammi per chilometro; come si fa ad accettare che questo limite, nel 2021, dopo 15 anni venga portato a 120? No, non è vero che non si può fare di più. Lo stato di salute delle nostre città necessita di interventi più coraggiosi. Noi non metteremo la testa sotto la sabbia.

Pilar Ayuso (PPE). – Señora Presidenta, señora Comisaria, Señorías, todos queremos una mayor calidad del aire y un mejor medio ambiente, por supuesto, pero rechazar este Reglamento es precisamente ir en contra de estos principios. Si este Reglamento es rechazado, vamos a perder un tiempo valioso para mejorar la calidad del aire de nuestras ciudades impidiendo que la Comisión pueda mejorar los parámetros de medición cada año.

Lo que tenemos hoy sobre la mesa son las normas Euro 5 y Euro 6 para homologar las emisiones de los vehículos en condiciones de laboratorio. Pero, en condiciones reales, estas emisiones se multiplican en torno a 4. Por lo tanto, estamos hablando de un factor de conformidad de 4, más o menos, y lo que se nos propone hoy, y se pretende rechazar, es un factor de conformidad de 2,1 en 2017 y de 1,5 en 2020. Esta es la mejor de las soluciones que tenemos en este momento y no podemos rechazarla.

La realidad es que a día de hoy no se pueden medir las emisiones en condiciones reales con más fiabilidad. ¡Ojalá necesitásemos nuevos parámetros o factores de conformidad para homologar los vehículos en condiciones reales! ¡Ojalá las tecnologías nos permitieran medir con un cien por cien de predicción las emisiones! Pero la realidad no es esa. Por tanto, rechazar este Reglamento sería retrasar todo dos o tres años en el mejor de los casos, y flaco favor estamos haciendo a la defensa del medio ambiente con estos argumentos que probablemente solo pretenden condicionar las conclusiones de una comisión de investigación que aún no ha empezado a funcionar.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, faire ce que l'on a dit et dire ce que l'on fait est un code de conduite simple pour garder la confiance de ceux que l'on représente. Un mois après la COP 21 et ses objectifs ambitieux, comment accepter l'acte d'exécution de la Commission qui revient à un niveau d'exigence inférieur à la norme Euro 6 au motif que celle-ci serait trop difficile à atteindre. Les industriels automobiles font aujourd'hui l'actualité, car leurs émissions de polluants sont sensiblement plus importantes en conditions réelles qu'en laboratoire, alors que, depuis quatre ans, ils ne cessent de nous vanter des voitures toujours plus propres.

Les clients et tout simplement les populations au contact des véhicules ne veulent plus à avoir à subir de tels niveaux de pollution. Et nous ne vivons pas en laboratoire! Donc, la reconnaissance des tests en conditions réelles pour estimer sérieusement le taux de pollution d'un véhicule, c'est très bien, mais surtout ne diminuez pas le niveau d'exigence. Est-ce que, pour lutter contre les morts au volant pour conduite en excès de vitesse, la hausse de la vitesse maximale a été décidée? Non, au contraire.

La ministre française de l'environnement s'est engagée, au lendemain de la décision du comité technique pour les véhicules à moteur (CTVM), à revoir cet acte d'exécution au niveau politique par les ministres compétents au sein du Conseil. Les États membres auraient ainsi la possibilité d'arriver à un meilleur compromis qui puisse garantir le respect des normes européennes. En acceptant le report de notre vote en février, nous vous laissons l'occasion de démontrer que, vous aussi, vous pouvez faire ce que vous dites.

Francesc Gambús (PPE). – Señora Presidenta, señora Comisaria, señoras y señores diputados, en este debate debemos plantearnos la siguiente pregunta: ¿la objeción planteada nos lleva hacia adelante o retrasa los planes para reducir las emisiones en Europa?

Es bueno, creo, que la Comisión se haya comprometido a volver a esta Casa con un paquete de medidas más claras, más evaluables. Y es bueno porque, si el compromiso se hace realidad, tendremos las garantías para conseguir el objetivo final que todos compartimos: reducir las emisiones de los óxidos de nitrógeno de una forma real. Y, en este sentido, deberemos mantener una actitud vigilante en relación con las cláusulas de revisión ya previstas.

Debemos ser exigentes con la industria, pero sin olvidar que la letra de la ley no puede ir muy por delante de la tecnología, ya que en ese caso, al final el resultado nunca es el éxito, sino el fracaso. Y el fracaso se cuenta en salud y en puestos de trabajo. En catalán, deseamos por Año Nuevo «*salut i faina*», salud y trabajo. Todos queremos una Europa limpia, pero de nada nos serviría querer una Europa así que sea una Europa sin trabajo. Desde el realismo debemos construir una Europa que sea referente mundial en crecimiento verde y que sea competitiva en la creación de puestos de trabajo de alto valor añadido. Una Europa que cumpla, a su vez, los acuerdos a los que llegamos hace unas semanas en París. Esta es la Europa que queremos. Y a esta Europa llegaremos muy tarde, llegaremos mal, si se aprueba la objeción objeto de este debate. Y porque no queremos que esa Europa que todos queremos llegue tarde y mal, estamos en contra de la objeción.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Jeg er helt enig i, at vi selvfølgelig skal have tests, der viser, hvad biler reelt udleder, når de kører på de europæiske veje. Vi ved, at testene i laboratorierne ikke er dækkende. Men det er helt uacceptabelt, at denne ændring af testene skal bruges til at tillade højere niveauer for udledning af NO_x-partikler. Forslaget er også direkte kontraproduktivt i forhold til, at vi netop nu er i fuld gang med en lovgivning, luftpakkelovgivningen, som også har til formål at nedbringe luftforureningen i EU. Det gør vi jo alt sammen, fordi vi ved, at flere hundredtusinde EU-borgere dør for tidligt hvert år, fordi vi har problemer med luftforurening. Vi protesterer mod forslaget, fordi det netop fører til mere luftforurening, og ikke mindre. Kære fru kommissær: Det både kan og skal gøres bedre! Kom nu med et forslag, der giver et effektivt testsystem uden smuthuller og uden at gå på kompromis med borgernes sundhed.

Herbert Reul (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das ist eine recht abenteuerliche Debatte, die wir hier führen. Wir haben Grenzwerte verabredet, und jeder wusste: Die werden im Probetrieb gemessen, aber nicht in der realen Fahrtweise. Und dann gab es diesen VW-Skandal, und die Kommission hatte permanent schon daran gearbeitet, ein neues Verfahren, ein Testverfahren zu finden, das besser ist, das im realen Fahrbetrieb misst. Und dann hat die Kommission so schnell gehandelt, dass sie sofort einen Vorschlag abgestimmt hat mit den Mitgliedstaaten. Also: ganz schnell reagiert und ein realistischeres Messverfahren auf den Tisch gelegt hat.

Eigentlich müsste man die Kommission doch dafür loben. Stattdessen beschimpfen wir sie nur. Das ist einfach voll neben der Wirklichkeit, kann ich nur sagen. Wir kriegen jetzt ein Verfahren im realen Testbetrieb. Alle wollten das, das haben alle hundertmal erzählt. Wir kriegen das zu Werten, die technologisch jetzt machbar und vernünftig sind, und das auch noch schnell. Die eigentlich Verantwortlichen dafür, wenn die Gesundheit in Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger in Europa schlechter wird, sind diejenigen, die diesen Einspruch hier beschließen.

Damit das klar ist: Derjenige und diejenige, die diesen Vorschlag der Kommission und des Rates ablehnt, ist verantwortlich dafür, wenn wir jahrelang schlechtere Werte auf unseren Straßen haben. Das ist der klare Tatbestand. Diejenigen, die mitmachen, die jetzt dafür sorgen, dass eine schnelle Lösung zustande kommt, verbessern die Qualität – natürlich nicht so, wie man sie sich vielleicht möglicherweise erträumt –, aber es wird besser. Und dann geht es Schritt für Schritt. Die Kommission hat das doch eben angedeutet, dass man das auch weiterentwickeln kann.

Also Leute: Entscheidet Euch zwischen praktischen Taten und konkreten Hilfen und Traumtänzerei.

Catch-the-eye procedure

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Ik wil ook meewerken aan een oplossing, maar ik vraag me af of de Europese Commissie en de Raad überhaupt wel kunnen aantonen dat deze enorme conformiteitsfactor van 50 en zelfs 110 % overschrijding ook juridisch haalbaar is. Het betekent ook vertraging. Professionele juridische adviseurs en onze eigen juristen hebben ons erop gewezen dat dit de wettelijke norm ontoelaatbaar uitholt en juridisch onhaalbaar is. Is een conformiteitsfactor van 30 % niet verstandiger? Dit zou overeenkomen met de maximale afwijking van de nieuwe draagbare uitstootmeetsystemen (de PEMS). Het is dus praktisch haalbaar en in overeenstemming met het oorspronkelijke Commissievoorstel, dat ik steeds heb verdedigd. Hierbij kan worden gewerkt met katalysatoren die betaalbaar zijn en in de Verenigde Staten overleggen de Europese autoconcerns al over de inbouw van extra katalysatoren als oplossing voor de milieuconflicten. Matthias Müller van Volkswagen spreekt met de EPA. Dus waar hebben we het over? Waarom kan dit volgens de industrie en de Commissie niet hier in Europa? Ik hoor van de top van de industrie in Europa dat ze een voorbeeldfunctie willen geven en duurzaam willen zijn. Laten we proberen hier samen een oplossing te vinden. Dit voorstel kan ik dus niet ondersteunen.

José Blanco López (S&D). – Señora Presidenta, los informes de las emisiones fraudulentas de Volkswagen han puesto al sector del automóvil en una situación compleja. Europa tiene una posición de liderazgo mundial y mi país, España, es el noveno productor de automóviles del mundo y de este sector dependen dos millones de puestos de trabajo.

Como responsables públicos, todo ello nos obliga a tomar medidas medidas que avancen en la dirección de potenciar el liderazgo mundial del sector, proteger a los trabajadores, dar garantías a los consumidores sobre los vehículos que compran y ser eficaces en el control de las emisiones y en su paulatina reducción para proteger el medio ambiente.

Considero que la entrada en vigor de los ensayos en condiciones reales de circulación es no solo una obligación legal, sino una urgencia ciudadana, y apelo a la Comisión para conciliar esa urgencia con la necesidad de reducir las emisiones de gases contaminantes.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já si také velmi cením jednotného směru, který vyplynul ze zde proběhlé diskuse. Trochu postrádám Radu na své pozici, protože si myslím, že je to neúčinné vůči Evropskému parlamentu, pokud v takto důležité otázkě zde není. Nicméně myslím si, že základní chyba se udála v okamžiku, kdy byly nereálné testy z laboratorních podmínek aplikovány do provozu nebo měly být aplikovány na provoz. To si myslím, že bylo základní selhání. Já si naopak cením přístupu Komise, který byl vyjádřen i zde dnes. Myslím si, že schválení námítky, kterou bychom měli schvalovat podle návrhu předkladatelů, by vedlo k opačnému efektu, než oni chtějí. To znamená, já se stavím proti námítce, která zde byla předložena. I já si samozřejmě cením kvality zdraví, ochrany spotřebitele, ochrany ovzduší, ale nemůže to jít tímto způsobem proti zájmům udržitelného rozvoje.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, sigur, prima observație pe care o fac este cea legată de absența Consiliului. Nu cred că trebuie să avem interese diferite și ar trebui, la acest subiect, să fim prezenți toți: și Consiliul, și Comisia, și noi.

Cred că toți colegii au dreptate; vrem să îmbunătățim calitatea aerului, viața are prioritate; trebuie să fie un parcurs continuu, această îmbunătățire a calității aerului și nu numai în domeniul autoturismelor, ci multisectorial.

Personal, sunt foarte rezervată, pentru că, dacă am respinge acum ceea ce, iată, pentru prima dată Comisia introduce, un sistem de testare care se realizează pe măsura emisiilor la țeava de evacuare în timpul circulației, ar însemna să prelungim foarte mult. Câteodată, când vrei să obții prea mult, pierzi. Nu știu dacă, pentru cetățeni, amânarea cu ani de zile a măsurării și introducerea sistemului de testare la măsurarea emisiilor pe țeava de evacuare a autovehiculelor aflate în circulație ar fi o soluție.

De aceea, sunt foarte rezervată și cred că trebuie să ne gândim foarte bine când votăm această propunere de regulament. Evident, Comisia trebuie să continue cu îmbunătățirea parametrilor.

Mark Demesmaeker (ECR). – Nog een geluk dat we af en toe goede onderzoeksjournalistiek hebben! Vandaag kwam aan het licht dat ook Opel mogelijk sjoemelt en dat ze bezig zijn om vervuilende modellen via een zogeheten *upgrade* in het geheim aan te passen. Het is ver gekomen dat een journalist van de Vlaamse omroep het werk moet doen van officiële controle-instanties. Het vertrouwen en de transparantie zijn volledig zoek. Het wordt tijd dat de consument ernstig wordt genomen. En, eerlijk gezegd, als ik als consument moet kiezen tussen een auto met wat meer kracht of een jaartje langer leven, als ik moet kiezen tussen een auto met meer vinnigheid of de gezondheid van mijn kinderen, dan weet ik wat ik kies. Ik kies voor de gezondheid en autoconstructeurs zouden die keuze niet in de plaats van de mensen mogen maken.

Collega's, wij zijn het parlement. Wij zijn het aan de burgers verplicht om meer ambitie te vragen, meer ambitie te eisen en meer ambitie te tonen.

(End of catch-the-eye procedure)

Benedek Jávor, Vice-president of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety. – Madam President, from this debate this evening, I conclude that we more or less agree from a professional point of view that the conformity factor proposed by the Commission is not realistic. It is a joke. Even the Commission regards it as insufficient to reach our goals. There was a lot of talk about the delay, but let us be frank. The Regulation will come into force in 2019, so I think we have the time to improve this Regulation and to spend some more time getting a better regulation which protects the environment and European citizens.

I do not consider this approach of 'take it or leave it as a proposal', which is the approach taken by the Commission to Parliament, to be consistent with the democratic decision-making process. I would like to ask you to support this objection and to make the Commission and the Council come back to the table to improve the Regulation. Please, instead of being realistic, be brave in protecting European citizens.

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the Members very much for their views and opinions again. I fully respect and understand all of their concerns. Let me come back to the most important questions.

First, let me underline again that the Commission did not ignore any signals before: neither in 2006 when we worked on a proposal for Euro 5/6 in order to bring emissions down – although this was for laboratory testing, and that has to be stressed – nor in 2011 and 2012 when it was the JRC, not anybody else, who indicated for the first time that there is a problem with the real driving emissions.

We now have to finish this process with a positive vote. We cannot make any new proposals on conformity factors, firstly because Member States will not change their views, and secondly because it would extremely delay the whole process. To make things very clear: if we do not have rules in place by 2017, we will maintain this situation with 4-5 times higher emissions in real driving – in real life – and have 4-5 times more pollution. Rejection implies that we will not have rules in 2017, and we will have to explain to our citizens why we now have 500 mg/km of NO_x emissions and have not done anything to reduce it to 168 mg/km.

I feel, of course, that a consensus can emerge. Let me outline a possible way forward without new proposals on conformity factors: the Commission is ready to make a declaration for the plenary vote next month, outlining the solution that we discussed today, so I can honestly commit to activating the annual revision clause for the second conformity factor as soon as possible next year. This is more or less the same as reducing the second conformity factor. You can take this as my personal commitment too, and the second one is that we will adopt the reinforced type approval system on real driving emissions. I can commit to these two things before you now without making new proposals for conformity factors. I hope that this will allow you – or at least some of you – to cast a positive vote on the proposals on real driving emissions in the next 2 or 3 weeks' time.

PUHETTA JOHTI ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

PUHEMIES. – Olen vastaanottanut keskustelun päätteeksi yhden päätöslauselmaesityksen.

Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan helmikuun ensimmäisellä istuntojaksolla.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – Madam President, we have just listened to the Commissioner with a few commitments about the future. Yet the decision taken on RDE is a Commission and Council decision, so without any commitments from the Council the commitments from the Commission are not very valuable. Can you please send a message to the Council and ask them for a reply to the commitments from the Commission so that we get a written answer from the Council, which is not present here tonight?

PUHEMIES. – Jäsen Gerbrandy, tämä ei ollut työjärjestyspuheenvuoro, vaan kyseessä oli poliittinen puheenvuoro.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Catherine Bearder (ALDE), in writing. – The agreement by governments, including the UK, to weaken diesel pollution limits was both legally and morally unjustifiable. This was a political decision with huge implications for public health, so it should have been debated publicly and not stitched up behind closed doors. MEPs must veto this shameful stitch-up and demand stricter pollution limits. Accepting weaker limits would mean stifling the transition to cleaner cars and prolonging deadly air pollution in our cities.

José Inácio Faria (ALDE), por escrito. – Muitos países Europeus enfrentam, hoje em dia, graves problemas de qualidade do ar, nomeadamente nos centros urbanos onde há maior densidade populacional e de tráfego.

A Comissão Europeia trabalhou vários anos no sentido de desenvolver um processo mais fiável de medição das emissões de óxido nítrico, de forma a refletir as realizadas em condições reais de condução. Esse processo assentou numa adequada análise técnica e científica, que é agora posta em causa sob a pressão política dos Estados-Membros e da indústria.

Esta proposta de ato delegado envergonha, porque não assenta em critérios técnicos objetivos e porque foi tomada sem qualquer transparência, subvertendo os objetivos políticos aprovados democraticamente no documento legislativo de base. Envergonha, sobretudo, na sequência do escândalo Volkswagen, conferindo às empresas que não cumprem, ou que falsificam as normas Europeias de emissões, uma vantagem competitiva face àquelas que já hoje são cumpridoras.

Manifesto o meu apoio à posição tomada pela Comissão ENVI – considero ser esse o interesse público; assumo por isso a sua defesa!

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Se há lóbis poderosos junto das instituições da UE, e particularmente junto daquela que detém o poder da iniciativa legislativa – a Comissão Europeia –, influenciando as propostas legislativas e nelas deixando a sua indelével marca, um desses lóbis é o da indústria automóvel. Os desenvolvimentos em torno do escândalo Volkswagen de manipulação de emissões de veículos só vêm confirmar este facto.

Um comité técnico da Comissão Europeia propõe autorizar os carros a *diesel* Euro 6 a emitirem, entre 2017 e 2019, mais do dobro dos limites anteriormente estabelecidos, permitindo uma discrepância de 110% entre os testes em laboratório (que a indústria manipula mais ou menos de forma generalizada) e os testes em condições reais. A partir de 2020, essa discrepância poderá ir até aos 50%, ou seja, emissões 50% acima dos limites anteriormente fixados. Tudo isto sem qualquer suporte científico.

Assim se vê como a proclamada ambição da Comissão Europeia em matéria ambiental fica à porta dos vastos interesses das multinacionais do setor automóvel. É fundamental que as medições em condições reais avancem o mais rapidamente possível. Mas é fundamental que avancem em moldes que assegurem uma adequada proteção do ambiente e da saúde pública, e não a proteção dos interesses das multinacionais, contra as populações e o ambiente.

Adam Gierek (S&D), *na piśmie*. — Nie trzeba mieć wielkiej wiedzy z zakresu fizykochemii, by móc wywnioskować, że nadmiernemu wyśrubowaniu efektywności energetycznej silników diesla w celu znacznego obniżenia emisji CO₂ towarzyszy wzrost temperatury spalania paliwa. Przekroczenie pewnego jej progu, tj. 1800°C wewnątrz komory spalania, grozi generowaniem trujących endotermicznych związków NO_x.

Jestem za powołaniem stosownej komisji PE, która by wyjaśniła, kto tak naprawdę popełnił błąd, narzucając przemysłowi motoryzacyjnemu, bez określenia i ścisłego sprecyzowania sposobów pomiaru emisji, nierealne z punktu widzenia przebiegu zjawisk fizykochemicznych cele ekologiczne. Nie pierwszy to bowiem raz forsowane są w PE ambitne regulacje ekologiczne w oparciu o niesprawdzone technologie, np. CCS czy inne rozwiązania, jak chociażby 10%-owe bio-dodatki do paliw, a nawet całe ich pakiety, jak szkodliwy gospodarczo pakiet klimatyczny.

Sądzę, że вина za aferę Volkswagena spoczywa m.in. na ustawodawcach europejskich, tj. PE i KE. Natura, jak się okazało, rządzi się innymi prawami – prawami fizyki i chemii, a przebieg procesów i całych zjawisk nie poddaje się wygórowanym ambicjom polityków i ich twórczości legislacyjnej.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este Parlamento debatirá y votará próximamente sobre la constitución de una comisión para estudiar la posible manipulación de las emisiones de óxido de nitrógeno por parte de algunas compañías automovilísticas. Es un tema complejo, que afecta a la industria europea y a la calidad del aire que respiran nuestros ciudadanos y que exige responsabilidades políticas por haber permitido el incumplimiento de la normativa europea. La iniciativa de la Comisión sobre la que ahora debatimos no contribuye en ningún modo a aclarar esta problemática. Al contrario, generaliza una excepción al límite de emisiones aplicable en reglamentos europeos que están en vigor y a los cuales la industria automovilística debería ya haberse adaptado. Esta iniciativa es una huida hacia adelante, incumple gravemente las responsabilidades de la Comisión y plantea más que una duda razonable sobre la voluntad de la UE de regular en favor de sus ciudadanos. El futuro de la industria y del empleo pasa por la responsabilidad ambiental y la innovación tecnológica: el mensaje de la Comisión es un paso atrás que no podemos permitir.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Návrh Komise na navýšení limitů emisí NO_x je bezprecedentním krokem zpět v oblasti ochrany zdraví a životního prostředí. Poprvé v historii by se podle návrhu měly zvýšit emise NO_x z dieslových motorů, a to konkrétně o 110 % oproti původnímu plánu. V době, kdy světem rezonuje skandál *Dieselgate* a dohoda z Paříže, se takový návrh jeví jako špatný vtíp. Plošná výjimka z platných emisních limitů nadto není slučitelná s cílem a obsahem nařízení (ES) č. 715/2007 a překračuje prováděcí pravomoci v něm stanovené. Je pro tuto Komisi typické, že rozhodnutí bylo schváleno zástupci členských států v *Technical Committee for Motor Vehicles* místo řádného legislativního procesu. Výrobci vždy prohlašují, že potřebují dlouhodobý výhled a stabilní podmínky. V tomto případě měli devět let, aby se novým požadavkům přizpůsobili, a někteří výrobci nastavené limity splňují. Proto tvrdím, že nelze změnou legislativy trestat poctivě kvůli nepoctivým. Slyšíme nyní, že pokud nepřijmeme tento návrh Komise, bude další ještě slabší, že je lepší mít tento návrh, než žádný návrh, protože to by mělo na životní prostředí ještě větší dopad. Je to podle mně pouhé vydírání. Jednou nastavené cíle je třeba respektovat, zajistit jejich implementaci a vymáhání jejich plnění. Parlament nemá jinou možnost, než celý návrh vetovat.

17. Die Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU (Aussprache)

PUHEMIES. – Esityslistalla on seuraavana Julie Wardin kulttuuri- ja koulutusvaliokunnan puolesta laatima mietintö kulttuurienvälisen vuoropuhelun, kulttuurisen monimuotoisuuden ja koulutuksen merkityksestä EU:n perusarvojen edistämiseksi ((2015/2139(INI) – (A8-0373/2015)).

Julie Ward, rapporteur. – Madam President, recent dramatic events, such as the refugee crisis and the terrorist attacks in Paris, have shown that, more than ever, Europe must tackle these common challenges and promote its fundamental values – not in a divided way, but with unity.

My report, therefore, aims to build on the common agreement reached by all 28 EU Education Ministers in the aftermath of the Paris attacks. This ministerial agreement acknowledges that joint efforts are needed in order to prevent and tackle marginalisation, intolerance, racism and extremism, and to preserve a framework of equal opportunities for all. The report identifies opportunities, along with challenges, and makes concrete recommendations for action at all governmental levels, as well as at EU level, including the increased use of culture in external actions and in the development agenda. It recognises the unique role that culture, inclusive learning and active citizenship can play in building strong, confident, resilient and cohesive communities of the future.

I decided to take a positive approach, particularly in respect of young people and the potential that they offer to society, and to celebrate that cultural diversity can create empathy, empower marginalised communities and foster more active citizenship. Intercultural dialogues and exchanges also address stereotypes, prejudices and discrimination by the majority. Intercultural practice demonstrates that you can only truly understand yourself when you encounter the other and thus see yourself reflected in another's eyes. So the other becomes you and you become the other. You develop empathy, compassion and the ability to stand in someone else's shoes. You see others, not as alien or unequal, but as neighbours, all part of the human family. When we refuse to engage in intercultural dialogue, the phenomenon of 'othering' begins and can ultimately lead to the terrible genocides we have witnessed.

My report promotes the need to reinvigorate and promote healthy dialogue between all kinds of communities, leading to a better understanding and acceptance of common fundamental values, thereby laying the foundations for more inclusive and pluralistic societies. Too often in times of crisis, the dominant media narrative is that somebody else is to blame for the world's problems. This results in scapegoating and a culture of fear. However, when people come together and talk honestly and share in each other's culture they learn that we are all human beings with common aspirations and concerns.

During the recent devastating floods in my north-west region, the much-maligned Muslim community were amongst the first to offer practical aid and moral support to remote rural communities, countering growing Islamophobia through spontaneous intercultural dialogue born out of true compassion and demonstrating a greater degree of sympathy and solidarity than the government did. Formal and informal education and intercultural dialogue are crucial tools for a more harmonious society. Children are not born to hate, so tackling things from an early age is vital.

But learning does not hold only one form and have only one purpose, nor does it solely concern children and young people. Learning to be an active and responsible citizen is a lifelong learning process that can take many forms. We are sometimes afraid of otherness, and the best way to address this is to talk to different people, to share different practices and learn from different cultures. In this way we grow as people, gaining confidence, making friends, being surer of ourselves and, incidentally, being more employable and more entrepreneurial.

I am proud to represent a region that includes examples of vibrant multicultural cities and towns, such as Manchester, Liverpool, Preston Blackburn, Bury, Bolton, Rochdale, Burnley, Accrington and others. I know, therefore, that cultural diversity is an opportunity, not a threat, and I firmly believe it is a solution, not a problem. My report adopts an integrated approach when addressing this broad and complex topic, not separating culture, education, youth and active citizenship into four different fields of action but building bridges and synergies between all those elements.

So I call on the Commission and Member States to also adopt a cross-cutting and coherent approach between all fields of their actions in and outside Europe. The European Union is at a particular point in history where notions of identity and belonging are contested, reconfigured and defended with strong feelings from a diversity of voices and divergent political perspectives. I look forward to a healthy debate and thank all those who have worked with me on this report.

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission wholeheartedly welcomes the report on the role of intercultural dialogue, cultural diversity and education in promoting EU fundamental values. I would like to congratulate the rapporteur Ms Ward on the excellent result of her work. The terrible terrorist attacks in France and elsewhere in Europe remind us yet again of the importance of building cohesive societies, where everyone can feel safe and valued irrespective of one's conviction or background.

The richness of the social, linguistic and cultural diversity that the EU represents is indeed held together, as the report says, by the fundamental values that we share: respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities. Continuous efforts to promote multiculturalism, integration and social cohesion are needed to guarantee a Union in which pluralism, non-discrimination, tolerance, justice, solidarity and equality prevail.

The Commission welcomes the strong emphasis of the report on the role of intercultural dialogue and education, which helps learners to show an open mind and be active, responsible citizens equipped with a critical mind and committed to our common fundamental values. This is precisely the point of the Paris Declaration which the Education Ministers and myself endorsed in March last year. To follow up on this declaration with concrete actions is a key priority for me. Preventing violent radicalisation by promoting an inclusive society and democratic values is firmly embedded in the European Security Agenda, which recognises the key role of education, youth work and intercultural dialogue in this context.

We will also follow up on the European Council's call to address the factors underlying radicalisation. Such a complex phenomenon cannot be handled in a simplistic manner. Quick fixes and spectacular announcements will not do. We need deeper changes in the social fabric of our societies that can only be achieved through longer-term actions, particularly through formal and non-formal learning.

The Ward report identifies several very relevant areas for action: the need for civic education to start from an early age, the creation of common education platforms, the development of quality training programmes promoting diversity, the provision of counselling services at schools, the need to provide teachers with multilingual and intercultural skills, and the creation of rights-based and gender-sensitive learning environments.

Important steps have, in the meantime, already been taken. Firstly, the Education Ministers have agreed to anchor the objectives of the Paris Declaration firmly in the current priorities for European cooperation in the field of education and training. Secondly, we will also use the Erasmus+ programme to its full, in order to put the Paris Declaration into action. Projects linked to equity, inclusion and non-discrimination will be substantially reinforced. In 2016, EUR 400 million will be spent on transnational projects which will enhance, amongst others, the education of disadvantaged learners and promote the integration of newly arrived migrants. In addition, a specific call will soon be released with a budget of EUR 13 million to disseminate good practices in the field of inclusion, anti-radicalisation and integration of migrants.

The report also rightly emphasises the importance of intercultural dialogue in promoting fundamental values. The Commission Work Programme for 2016 stresses the importance for the EU to take advantage of opportunities to advance its values, as well as European history and culture. In line with this idea, I, together with High Representative/Vice-President Mogherini, am currently working on measures to further cultural diplomacy, in particular to enhance intercultural understanding through direct people-to-people contacts and civil society relationships. Again, this is fully in line with the report in front of us, which calls on the EU to include culture and cultural exchanges and to enhance education in EU external relations. Generally speaking, promoting intercultural dialogue, cultural awareness and cultural expression are high up on our working agenda with the Member States and they will be discussed at the European Culture Forum, which will take place in Brussels on 19 and 20 April.

I greatly appreciate the commitment of Parliament to stand behind this important agenda of enhancing fundamental values through culture and education. I am looking forward to working with you on these issues. We have no time to lose and we need to join forces to take concrete action now.

György Hölvényi, a PPE képviselőcsoport nevében. – Tisztelt képviselőtársaim! Az európai polgárok millióira tekintettel számos aktuális társadalmi teendőt tisztázunk a mai jelentésben. Az egyik kezdeményező – ezennel is szeretném megköszönni Ward asszonynak a remek munkáját – legfőbb törekvése volt, hogy semmi másból ne induljunk ki, csak a valóságból. A jelentés egyértelműen rámutat a család egyedülálló szerepére, lehetőségeire közös értékeink közvetítésében. Jelenlegi tapasztalásom szerint a családot semmi nem pótolhatja, ha a normák és a tudás átadásáról van szó. Örülök, hogy politikai táborokon felülemelkedve egyetérthetünk ebben az alapkérdésben.

A vallások társadalmi szerepe, ha közvetetten is, meghatározó marad, ellentétben minden korábbi jóslattal. Mindez – hangsúlyozni szeretném – nem hit kérdése, hanem szociológiai tény. A vallásközi párbeszéd a fiatalokat segítő politikák alapeleme kell, hogy legyen. A vallási közösségek többek között abban különböznek mindenfajta civil szervezettől, hogy az élet kezdetétől a végéig alternatívát ajánlanak az ember számára. Egy biztos, fontos feladat vár a társadalmi kohézió megteremtésében a vallásokra, illetve képviselőire.

A kulturális sokszínűség a migráció mérete miatt mára olyan figyelmet kapott, amelyre korábban nem számítottunk. A mai európai helyzetben szinte megoldhatatlan, ki a bevándorló, ki a menekült. Felelős közösségek nélkül nincs párbeszéd, nincs békés együttélés. Ezt próbáltuk megtenni.

Silvia Costa, a nome del gruppo S&D. — Signora Presidente, onorevoli colleghi, con questa relazione, commissario, della collega Ward, che ringrazio, diciamo che la sfida oggi in Europa e nel Mediterraneo è culturale ed educativa e su questo terreno dobbiamo concentrare di più indirizzi e investimenti per costruire veramente uno spazio comune di dialogo tra le diversità culturali e religiose, educazione alla convivenza pacifica, condivisione dei valori fondamentali dell'Unione, attraversata da processi migratori, conflitti, terrorismo.

A un anno da *Charlie Hebdo* e dalla dichiarazione di Parigi dei ministri, chiediamo che tutte le politiche, non solo quelle educative, assumano un approccio interculturale che vada oltre l'assimilazione o il multiculturalismo, non privatizzando le appartenenze anche religiose, ma facendole incontrare e dialogare nello spazio pubblico, nel rispetto reciproco.

Servono segnali forti: nella politica estera di sicurezza, con l'iniziativa di una diplomazia culturale; nell'agenda economica e sociale; ampliando l'accesso alla cultura e alla formazione degli immigrati, con i corridoi educativi che abbiamo chiesto per gli studenti nei campi profughi; promuovendo inclusione con programmi di cittadinanza attiva, volontariato, servizio civile; sostenendo imprese creative e la pratica sportiva. Commissario, sì, apprezziamo i bandi ad hoc *Erasmus* e *Creative Europe*, ma credo che a questo punto sia necessaria una comunicazione forte su queste linee, per dare un senso più olistico a questa politica.

Andrew Lewer, on behalf of the ECR Group. – Madam President, I would not seek to question the largely well-intentioned nature of where this report is coming from. Indeed, it contains positive elements, such as recognising the vital role of education and educators in integration and the importance of media literacy in the digital age.

It does nevertheless contain many more aspects that the ECR and its UK delegation are unable to support, and which go way beyond the 17 March declaration. These include calls for stronger EU representations within the UN, appointments of EU cultural attachés, harmonisation of visa procedures, adequate – which I would assume means 'yet more' – funding for Europe for citizens, which has many controversial elements, and proposals relating to Member State education policies and other items which are outside EU competences. The report is also full of references to EU citizens and EU citizenship, which many ECR members dislike and may surprise many UK citizens when efforts are being made by Europhiles to persuade them that the EU's ambitions are limited and have no federalist element to them; clearly not the case judging by elements in this report.

As well as learning and understanding other cultures, it is important that we have understanding and pride in our own countries' values. This is not referenced in this report, and may even be regarded as distasteful by some of its adherents: big mistake. Education and intercultural dialogue are indeed vital tools in the fight against violent extremism. An expanded role for the EU is not. Culture and education are national competences, and if the EU really wants to protect cultural diversity and subsidiarity they should remain so.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Ivan Jakovčić (ALDE), *pitanje podizanjem plave kartice*. – Gospodine Lewer, pažljivo sam slušao što ste govorili i mogu razumijeti dio vašeg izlaganja jer znam iz kojeg političkog spektra dolazite i kako razmišljate.

Htio bih vas pitati slažete li se sa mnom, kao što je i g. povjerenik izložio, da je osim o ovim temama o kojima ste govorili, edukacija o našoj povijesti, europskoj povijesti i svemu što se događalo u Europi u prošlom stoljeću jako bitna za generacije koje dolaze da znaju kako je razjedinjena Europa, Europa u ratu donijela velike nesreće svim njezinim narodima? Slažete li se sa mnom da to treba biti dio edukacije naših mladih?

Andrew Lewer (ECR), *blue-card answer*. – An understanding of European history and its culture is vital for everybody who lives in the Member States of the EU to progress, understand one another and cooperate. That does not in any sense translate into an added or statutory role for the EU in that particular area.

María Teresa Giménez Barbat, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, tal como pone de manifiesto el informe Ward, el diálogo intercultural es una herramienta necesaria para construir una sociedad europea más integrada. En esos diálogos, los interlocutores deben aceptar las diferencias y particularidades del otro, pero deben compartir, sobre todo, un mínimo de valores y principios básicos. Sin el reconocimiento de esos valores y principios el diálogo nace viciado. El diálogo intercultural posibilita conocer mejor al otro y puede, en ocasiones, ayudar a conocerse mejor a uno mismo. En cualquier caso, la finalidad del diálogo entre culturas debe ser siempre la convivencia respetuosa.

En el informe se hace referencia al extremismo violento y se lo vincula con la exclusión social. Tenemos ante nosotros un desafío cuando constatamos que ese tipo de violencia también la han manifestado jóvenes con títulos universitarios y que han crecido en entornos cultos, o bien personas pertenecientes a familias acomodadas y que durante su infancia y juventud no sufrieron problemas de integración, así que no resulta fácil hacer casar esas realidades contrapuestas.

Quisiera agradecer el trabajo de Julie Ward por la importancia que da en ese texto a la acción cultural exterior de la Unión Europea. La cultura puede propiciar vínculos estrechos entre países y la Unión Europea debería tenerla siempre presente.

En conclusión, en la Declaración de París de 17 de marzo de 2015 los ministros de Educación de los Estados miembros se comprometieron a emprender acciones con el fin de reforzar el papel del diálogo intercultural en la educación de los ciudadanos. Ha llegado el momento de pasar de las propuestas a las acciones eficaces.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Gerard Batten (EFDD), *blue-card question*. – You spoke about intercultural dialogue and the need to accept differences. I am sure that you are aware that, for example, in the Qur'an, it says that Muslims must not take non-believers as their friends, advisers and confidants as they cannot be trusted. The Islamic religion teaches the doctrine of Taqiya, which says that Muslims may lie to non-Muslims in order to further the interests of their religion. Do you think that this is a bar to any meaningful intercultural dialogue and how do we overcome it?

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señor Batten, me parece muy interesante lo que me ha dicho. Si usted ha escuchado lo que he comentado, he insistido mucho en que es fundamental aceptar las diferencias entre las diferentes comunidades, pero, desde luego, respetando todos unos principios básicos que son elementales; es decir, sin estos principios no hay convivencia y el diálogo intercultural no es posible. En ese sentido, le podría dar la razón a usted.

Inês Cristina Zuber, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, será que o caminho para fomentar a democracia, a tolerância e o respeito consiste apenas na educação? Certamente que será parte importante, mas, sem ação concreta, não há aqui nada mais do que declarações de intenções em abstrato. O contraditório com o que este relatório proclama é que a União Europeia é a primeira a estigmatizar culturas distantes, quando ergue fronteiras externas e enxota os que querem chegar a território da União Europeia, fomentando a ideia de uma supremacia cultural numa União Europeia com fronteiras intransponíveis.

O que faz a União Europeia quando mistura o problema das migrações com as ameaças à segurança das pessoas? Não será a União Europeia a primeira a estigmatizar os migrantes em tantos discursos e conclusões, por exemplo, do Conselho Europeu?

Educação, sim. Mas é através da inclusão social que as barreiras e os preconceitos são, na prática, destruídos.

Ernest Maragall, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, celebro haber coincidido con la señora Ward en este informe sobre el diálogo intercultural, por su compromiso firme con los valores europeos entendidos en su significación genuina, coherente con la voluntad inicial, pero también con el proyecto de construcción social compartida que hoy vemos amenazada.

Y, por la misma razón, rechazo la propuesta de Resolución alternativa presentada por la señora Bilde, que parte de hipótesis que están en las antípodas de lo que el informe de la señora Ward nos plantea acertadamente, con la educación como hábito central pero no exclusivo del diálogo, para trabajar con los hábitos democráticos y la cohesión social que querríamos ver presentes en toda Europa, enriqueciendo y no sustituyendo la diversidad histórica y cultural de todos nuestros pueblos.

Por eso, hemos de referirnos a la nueva y necesaria aproximación a muchos de nuestros modelos urbanos, que marginan en lugar de conectar, al fracaso constatado en la relación entre educación y trabajo, al ascensor social inaccesible para tantos jóvenes de nuestros barrios y ciudades.

Ahí es donde se juega el futuro de Europa, en Molenbeek, en Saint-Denis, en tantas otras ciudades españolas, alemanas, italianas o inglesas. Hay que invertir en ciudadanía europea. Hay que ganar la batalla del respeto y la libertad real para todos y cada uno de nuestros ciudadanos, sea cual sea su origen, su año de llegada, su diferencia cultural o religiosa. Así, y no con la obsesiva protección de identidades nacionales supuestamente amenazadas; aún menos, mediante la construcción de muros o la recuperación de fronteras a las que hoy asistimos con un cierto fatalismo.

Falta únicamente que Europa crea en ella misma, que adopte de modo efectivo el contenido estimulante de este informe, que recupere la coherencia perdida entre sus palabras, la Declaración de París, por ejemplo, y sus hechos, los que cada día nos avergüenzan o entristecen.

Recuperemos el proyecto Europa, abierto y libre para la circulación de ideas, culturas y personas. Todos ganaremos con ello.

Isabella Adinolfi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la collega Ward per l'approccio adottato nella relazione. Nell'attuale periodo di smarrimento che sta attraversando l'Unione europea, si è avuto il coraggio di indicare che i valori comuni che tengono unite le nostre società continuano ad essere: la libertà, la giustizia sociale, l'equità, la non-discriminazione, la democrazia, i diritti umani, lo Stato di diritto e la solidarietà. Il dialogo interculturale, l'istruzione e la diversità culturale vengono enucleati in maniera adeguata per ricordare, agli Stati membri e alle istituzioni dell'Unione europea, che la loro centralità debba accompagnarsi a misure credibili di coesione sociale. Condivido che l'azione delle istituzioni dell'UE e degli Stati membri debba essere orientata ad assicurare eguaglianza non solo formale ma anche sostanziale per il contrasto reale contro ogni forma di discriminazione e marginalità. Quindi auspico e spero che le istituzioni sapranno far tesoro di tali indicazioni.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, visiblement, vous ne devez pas aimer cette Union européenne que vous prétendez toujours sauver à tout prix, puisque ce texte n'est d'autre qu'un véritable mépris des traités européens. En effet, je rappelle que l'article 6 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne fait de l'éducation et de la culture des compétences exclusives des États membres. Pourtant, ce rapport, sous couvert de bons sentiments, cherche à mettre dans le giron de Bruxelles les politiques éducatives et culturelles, dont les échecs, s'ils sont reconnus depuis longtemps par nombre de dirigeants européens, M^{me} Merkel et M. Cameron pour ne citer qu'eux, prennent aujourd'hui une forme des plus barbares.

Apparemment, qu'importe pour vous, que des femmes se fassent violer le soir du nouvel an, que des milliers de personnes soient victimes d'attentats terroristes sanglants, vous persistez à croire qu'en forçant les peuples européens à nier leur culture et leur tradition, le vivre ensemble sera sauvé.

Chers collègues, je ne saurais dire si voter un tel rapport relève d'une naïveté désespérante ou d'une irresponsabilité totale. Ceux qui aiment l'Europe et la diversité culturelle des États qui la composent voteront forcément contre ce texte.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Silvia Costa (S&D), *Domanda «cartellino blu»*. – Vorrei solo ricordare alla collega Bilde che l'articolo 167 del trattato dice in realtà che l'Unione europea, sulla base della convenzione Unesco sulla diversità culturale e la Commissione Unesco sul patrimonio culturale comune, ha il diritto e il dovere di intervenire, naturalmente nel rispetto della sussidiarietà degli Stati membri, in ambito culturale e promuovendo e valorizzando sia la diversità culturale, il dialogo interculturale e anche, naturalmente, il patrimonio sia materiale che immateriale. E così anche nella parte educativa c'è un metodo aperto di coordinamento fra le politiche educative e raccomandazioni dell'Europa sulle linee educative.

Dominique Bilde (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Madame la Présidente, oui, bien sûr, j'entends bien qu'il peut y avoir éventuellement des exemples sur des choses un peu moins compliquées que celles que nous observons à l'heure actuelle, notamment dans notre pays. Vous voyez qu'à cette heure-ci, on a plein de problèmes. On a eu des catastrophes qui se sont produites les mois derniers et on ne peut pas faire comme si elles n'avaient pas eu lieu. On a essayé de faire cela avec les monuments qui sont détruits. Regardez – quel que soit le côté vers lequel on se tourne –, on n'arrive pas à mettre en place un échange culturel qui marche. Il faut donc se servir de ce qui ne va pas pour essayer justement de trouver des solutions et de ne pas agir systématiquement parce qu'on a le droit de le faire. Je pense qu'il faut vraiment réfléchir.

Sabine Verheyen (PPE). – Frau Präsidentin! Die Förderung des interkulturellen Dialogs ist heute wichtiger denn je.

Gegenseitiges Verständnis und Respekt zwischen den verschiedenen Kulturen muss Basis unseres Miteinanders sein, damit unsere Gesellschaft weiterhin in Vielfalt und Freiheit bestehen kann. In diesem Bericht fordern wir die Kommission und – Frau Bilde und Herr Lewer – auch die Mitgliedsstaaten auf, den kulturellen Austausch und die kulturelle Bildung zu fördern und als wichtigen Teil der EU-Außenpolitik, aber auch insbesondere der Europäischen Innenpolitik zu betrachten und auszubauen.

Gerade der Bildungsbereich spielt eine sehr wichtige Rolle. Schon früh sollte hier ein interkultureller und wertebasierter Ansatz verfolgt werden. Bildungseinrichtungen aller Art sollten nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch ethische und zivilgesellschaftliche Werte, um ihre Schüler zu toleranten und verantwortungsbewussten Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen.

Die Rolle der Lehrer ist in der Werteerziehung auch essenziell. Das EU-Programm ERASMUS+ hat bereits vielen jungen Menschen diesen Austausch mit anderen Kulturen ermöglicht. Die Flüchtlingskrise ist eine der größten Herausforderungen der Europäischen Union heute. Wir müssen gemeinsam Extremismus und Fremdenfeindlichkeit verhindern und allen Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung entgegenwirken.

Dazu ist die Vermittlung der gemeinsamen gesellschaftlichen Werte unabdingbar. Jedoch brauchen wir auch einen verstärkten Dialog zwischen den unterschiedlichen Kulturen, aber auch Religionen. Religionen beeinflussen das Handeln und Denken der Menschen in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es wichtig, dass wir über den Dialog zwischen den Religionen Gemeinsamkeiten herausarbeiten und Gegensätze minimieren.

Es ist unabdingbar, dass aus allen Religionsgemeinschaften heraus Wege gefunden werden, im Einklang mit unseren gemeinsamen europäischen Werten zu stehen. Nur so können wir in Zukunft in Frieden und Freiheit miteinander leben.

Γιώργος Γραμματικάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, όπως ανέφεραν προηγουμένως πολλοί συνάδελφοι και όπως επισημαίνει πολύ σωστά η έκθεση της κ. Ward, ο διαπολιτισμικός διάλογος αντανακλά πράγματι ορισμένες από τις θεμελιώδεις αξίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Οι αξίες αυτές έφτασαν στην αποθέωσή τους τόσο με την υποδοχή των μεταναστών από το γερμανικό κοινό, όσο και με τις ηρωικές προσπάθειες των νησιωτών στην Ελλάδα να σώσουν τους πρόσφυγες.

Όμως οι αξίες αυτές χάνουν τη σημασία τους χωρίς πολιτική βούληση και πράξη, και σε αυτό το σημείο έχουμε φτάσει. Πώς μπορεί λοιπόν να ενισχυθούν οι αξίες μέσω της εκπαίδευσης, του πολιτισμού, των τεχνών και του αθλητισμού; Για τις θρησκείες έχω δεύτερες σκέψεις, διότι συχνά είναι αντίθετες με τις διαφωτιστικές έννοιες της ανθρωπότητας. Δυστυχώς όμως οι πόροι των ευρωπαϊκών προγραμμάτων που μπορούν να προωθήσουν τους στόχους αυτούς παραμένουν ανεπαρκείς, παρά τα όσα είπε ο κύριος επίτροπος. Ελπίζω η έκθεση να αποτελέσει την αρχή μιας άλλης, πιο γενναϊόδωρης, ευρωπαϊκής προσέγγισης στα κρίσιμα αυτά θέματα.

Gerolf Annemans (ENF). – Ik weet niet of u het beseft - anders is daar altijd de ENF-Fractie om u eraan te herinneren -, maar uw verslag is dromerig en zweverig in het licht van de recente migratie-invasie die het gevolg is van uw Europese Unie en haar Schengen-Verdrag en van uw opengrenzenpolitiek, die overigens tot desastreuze en bijna chaotische resultaten heeft geleid in het afgelopen jaar 2015. In het licht van wat in Keulen is gebeurd, is uw verslag naïef en wereldvreemd.

Culturele diversiteit als een waarde op zich zien, is misplaatst. Europa, niet de Europese Unie - dat is iets anders -, Europa als cultuuruimte en als beschavingscontinent heeft behoefte aan een besef van de eigen identiteit en het openlijk verdedigen daarvan, in plaats van het te laten verwateren en open te stellen voor incompatibele waarden van overal in heel de wereld. Dat is niet de bedoeling.

Milan Zver (PPE). – Medkulturni in medverski dialog sta pomembna v času, ko se Evropa sooča s številnimi izzivi, povezanimi s priseljevanjem, verskimi in medkulturnimi spori in porastom radikalizma.

Kot sem poudaril že pri sprejemanju poročila o preprečevanju radikalizacije, ima izobraževanje pri urejanju tega izziva izjemno pomembno vlogo.

Želel pa bi poudariti, da sprejemanje različnih kultur in praks ne sme iti na račun temeljnih vrednost Evropske unije, kot so spoštovanje človekovih pravic, dostojanstva, svobode, demokracije, enakosti med ženskami in moškimi ter pravne države, ki so zapisane v členu 2 Pogodbe o Evropski uniji.

Strpnost do specifičnih kulturnih orientacij ne more biti pomembnejša od spoštovanja univerzalnih temeljnih vrednot.

Nisem zadovoljen s celotnim poročilom, vendar ga bom jutri podprl, med drugim tudi zato, ker poudarja pomen družine v celotnem procesu in pomen izobraževanja prikrajšanih otrok.

Pomembna se mi zdi tudi usmeritev, da se je potrebno ustrezno odzvati na ravnanja, ki niso v skladu s temeljnimi vrednotami okolja, v katerem živimo.

(Govornik se je strinjal, da bo sprejel vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka (člen 162(8)).

Ivana Maletić (PPE), *pitanje podizanjem plave kartice* – Zahvaljujem predsjedavajuća i zahvaljujem kolega Zver na prihvatanju pitanja. U tijeku je razgovor o reviziji višegodišnjeg financijskog okvira pa me zanima smatrate li da se bolja implementacija međukulturnog dijaloga može postići snažnijim izmjenama proračuna na europskoj razini i većim izdavanjem sredstava za aktivnosti o kojima ste govorili i koje su u izvješću isto tako objašnjene?

Milan Zver (PPE), *odgovor na vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka*. – Mislim, da je to ključno vprašanje, torej finančna podpora vsem tem našim željam in projektom, ki smo jih zapisali med drugim tudi v tem zadnjem poročilu.

Do revizije finančnega proračuna za sedanje finančno obdobje bo moralo priti. Brez dodatnih sredstev Evropa ne bo kos nalogam, ki so jih pred nas postavili novi in novi migrantski valovi.

Момчил Неков (S&D). – Благодаря на моята колежка Джули Уорд за конструктивната работа по доклада. Терористичните атаки в Париж през изминалата година показаха колко е важно да засилим межкултурния диалог с трети държави и да инвестираме в приобщаващо образование от най-ранна възраст.

За да превъзмем кризата на идентичността, която Европа пресича в момента и от която се хранят най-вече националистите, е необходимо да се съсредоточим върху разработването на подходящи образователни политики. Парижката декларация от 17 март 2015 г. ясно показва политическа воля на министрите на образованието на Европейския съюз с общи усилия да се преборят с маргинализацията, нетолерантността и расизма.

Както добре ни е известно икономическото, социалното и културното изключване на определени групи от социума е една от първопричините за проявата на насилие. Ето защо е изключително важно чрез насърчаване на културно многообразие и социално приобщаване да противодействаме на тези процеси. Изключително съм горд с програмата „Еразъм +“, защото тя има ключова роля в борбата срещу предразсъдъците и нетолерантността сред подрастващите.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, chtěla bych zdůraznit, že zpráva Evropského parlamentu, která se zaměřuje na mezikulturní dialog právě vzhledem k ohrožení radikalismem a konflikty, není důležitá jen právě pro tu svoji aktuálnost. Nemůže jít tedy jen o reakci na toto momentální ohrožení, ale musí jít o systematickou práci, která je tou nejlepší prevencí proti národnostním konfliktům a nesnášenlivosti a proti nárůstu násilí.

Evropské hodnoty, to není nic umělého. Jsou to přirozeně obecné lidské hodnoty, a proto je důležité, abychom my, občané země Evropské unie, jim rozuměli a dokázali je sdílet. Evropská unie vyrůstá z kořenů judaismu, křesťanství a antiky, ale je tvořena velmi odlišnými národy a kulturami, je ovlivněna globalizací, migrací, a proto je nutné pracovat na vzájemném lepším poznání a sdílení těchto hodnot. Zpráva zařazuje mnoho důležitých poznatků a návrhů, a proto jsem se rozhodla zprávu podpořit, protože zdůrazňuje potřebnost etické výchovy a etických hodnot, výchovy k občanství, znalost cizích jazyků, která je pro společné aktivity a dialog nezbytná a musí být podporována. Výuka musí být vedena nejenom k právům, ale také k zodpovědnosti. Myslím, že solidarita, kterou dnes projevují stovky dobrovolníků, je důkazem, že evropské obecně lidské hodnoty jsou živé a že stojí za to je podporovat.

Damian Drăghici (S&D). – Madam President, I would first of all like to congratulate Ms Ward for her great work on this very important topic in the current context of increasing concern over radicalisation and extremism in Europe and around the world.

More than ever, we need to focus on the high potential of intercultural dialogue and on the EU dimension in education to promote and develop a deeper inclusivity and sense of belonging, respect for cultural diversity, community spirit and acceptance of multicultural and multinational societies. As education has a central role to play in transmitting the principle of active citizenship and multicultural respect to younger generations, we need to fully engage all education stakeholders in this respect and ensure that culture, education and intercultural dialogue receive a central position in European policies. It is essential that we increase investment in education and create more inclusive learning environments, by ensuring equal access to high quality education and lifelong learning opportunities for all learners, especially for those coming from disadvantaged or vulnerable groups.

Anna Záborská (PPE) – Kultúrna rozmanitosť Európy je našim spoločným bohatstvom. Máme ho len dovtedy, kým európske národy zdieľajú víziu o jednom európskom spoločenstve a snažia sa ju naplňať. Toto bohatstvo sa stále len učíme využívať a treba povedať, že tu vidím prínos predloženej správy, ktorá podrobne mapuje potenciál aj nedostatky pri nakladaní s duchovným bohatstvom, ktoré je našim spoločným dedičstvom.

Mnohé z návrhov tejto správy považujem za správne. Principiálne však nesúhlasím s tým, aby sa tzv. rodová ideológia a rodové hľadisko priradzovali k spoločným európskym hodnotám ako solidarita, subsidiarita alebo dôstojnosť ľudskej osoby. Zmluvy ani Charta základných práv nepoznajú termín rod ani rodové hľadisko, poznajú len rovnosť medzi ženami a mužmi.

Samozrejme tieto termíny dnes nepochybne obohacujú európsku rozmanitosť. Môžu byť však nanajvýš predmetom medzikultúrneho dialógu. V žiadnom prípade nepatria k jeho predpokladom ani cieľom. Žiaľ, predložená správa v bodoch 20 a 27 tvrdí presný opak a to považujem za veľmi nešťastné. Napriek tomu správu podporím.

Catch-the-eye procedure

Stefano Maullu (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, credo che questa relazione si inserisca in un momento storico particolarissimo, che definisce in maniera puntuale la necessità di un dialogo interculturale che metta al centro i valori dell'Unione europea, in particolare verso tutti coloro che vedono in questa nostra dimensione culturale un momento di arrivo e di speranza.

I valori che rappresentiamo devono essere accompagnati da un momento che veda la società civile protagonista attraverso strumenti finanziari dedicati e programmi che consentano a questa rete straordinaria che ogni paese mette a disposizione, di mettere insieme diversità culturali e diversità religiose, proprio in un momento in cui l'integralismo religioso diventa l'elemento fondamentale attraverso cui il terrorismo si accompagna e crea le condizioni perché le giovani generazioni si possano abbeverare. Questa relazione va a contrastare in maniera assolutamente efficace questa dimensione onirica che viene proposta ai giovani che stanno dall'altra parte del Mediterraneo e merita quindi tutto il nostro supporto.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io ringrazio la collega Julie Word per la sua relazione, che sottolinea come il dialogo interculturale sia una delle pietre fondanti dell'idea stessa di Europa. E in un momento come quello attuale ritengo sia più che mai necessario ribadire questo concetto, attraverso interventi concreti nella vita quotidiana della nostra società. Istruzione, educazione, formazione e cultura sono le chiavi di tali interventi.

A questo scopo l'Europa deve puntare sulla scuola, sottolineandone ancora una volta e con forza il ruolo fondamentale di luogo di diffusione e scambio delle culture. La mancanza di inclusione sociale e l'emarginazione delle periferie dei quartieri delle nostre città, ormai lo sappiamo, impediscono un reale dialogo interculturale, con il rischio di favorire l'insinuarsi dalla radicalizzazione. Occorre quindi, perché certe tragedie non accadano di nuovo, intervenire soprattutto sui giovani, tutti i giovani, che dobbiamo accogliere ed educare ai valori della tolleranza e del rispetto delle diverse culture, valori che sono propri dell'Unione europea.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, migracije su obilježile povijest čovječanstva, a događale su se iz raznih razloga. Bilo da se radilo o okupaciji, bijegu od pogibelji ili ekonomskoj migraciji, veliki priljev novog stanovništva uvijek je predstavljao svojevrsnu traumu – za matično stanovništvo, same migrante ili oboje.

I danas smo svjedoci masovnih migracija u Europu i moramo priznati da su one uzrok traume, kako za one koji dolaze u potrazi za sigurnošću i boljim životom, tako i za domicilno stanovništvo.

Nimalo ne dvojim kako je moderna Europa i više nego tolerantna prema različitostima. Svjedoci naše gostoljubivosti su milijuni migranata koje su države članice primile u posljednjih nekoliko desetljeća i dale im priliku za bolji život.

No, takva prilika ne smije dolaziti bezuvjetno, a jedan od glavnih preduvjeta mora biti potpuna integracija – prihvatanje demokracije, vladavine prava i naših kršćanskih vrijednosti, naravno, uz jamstvo zadržavanja vlastite posebnosti. Oni koji na to nisu spremni, ne bi trebali biti dobrodošli!

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Madam President, I would like to congratulate the rapporteur and all the shadow rapporteurs for their contribution to this report. Europe's cultural, ethnic and religious diversity is rooted in the history of our continent, and it is significantly increasing in a transformative way. Today, according to statistical data provided by Eurostat, around 7% of the European Union's population was born outside the EU. This cultural diversity is the core of the European project and 'unity in diversity' is the motto of our Union. Lately we have witnessed intolerance, racism and discrimination threatening Europe's stability and development. This requires urgent action and there is no doubt that the most effective tool for tackling intolerance, racism and discrimination is education.

Actions to promote an intercultural approach in education are highly needed in order to support multiculturalism, integration, social inclusion and cohesion.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Multikulturni dialog je širok in kompleksen pojem, ki je danes v široki uporabi in v svoji osnovi pomeni komunikacijo med ljudmi, ki prihajajo iz različnih življenjskih okolij, verskih, socialnih, kulturnih, generacijskih.

In prav tako multikulturni dialog pomeni razmišljanje, refleksijo in sprejemanje drugačnosti z namenom sodelovanja in pa konstruktivnega dialoga.

Pomeni na nek način velik individualni in pa družbeni izziv sodobnega časa in ravno zdaj seveda smo v teh trenutkih, ko moramo temu dati še posebno pozornost.

Ta migracijski cikel bo trajal, to gre za dolgoročni proces, in zato se strinjam s kolegi, ki so dejali, da moramo veliko več sredstev nameniti tudi za izobraževanje, za torej dvig in razumevanje pomena multikulturnega dialoga.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, as a Eurosceptic, I am all for respecting national culture. I do not want the homogenised amorphous blob that comes when people try to promote a sterile pan-European culture. But you can bet your bottom euro that calls for more taxpayers' cash to be splashed on EU culture, on white elephants like the LUX prize, and on more EU at the United Nations, are going to end up promoting the ring of stars without doing the blindest thing to strengthen those precious national cultures that we should be holding so dear.

As for our education system promoting the EU, we need to remember that the Education Act of 1996 requires schools to be impartial on political issues. It is time to actually enforce that, not to have more and more EU pushed into our schools. Let's be neutral. If you want to know what is wrong with the Labour Party in this place, you need look no further than this report.

Krisztina Morvai (NI). – Közös anyanyelvünkön, magyarul szeretném kérdezni Navracsics biztos urat a következőről: egyetért-e azzal, hogy vannak bizonyos dolgok, ahol helye van a kulturális különbözőségnek, relativizmusnak és vannak olyan dolgok, amelyekben viszont nincsen, mert hogy azok abszolút és univerzális természetűek. Legalábbis Európában. Ilyenek az európai emberi jogok. Kérdezem Navracsics biztos urat és egyébként kollégáimat is és a riportért is, hogy a nők egyenjogúságát, egyenlő méltóságát és a testi integritáshoz és biztonságához való jogát melyik kategóriába sorolják. Én nagyon bízom benne, hogy ezt Önök európai emberi jogi kérdésnek tekintik, és például azt, ami Kölnben történt szilveszter éjszakáján, amit Európa fekete éjszakájának neveznek, azt az emberi jogok tömeges és durva megsértésének tekintik. Amennyiben így van, akkor kedves biztos úr és kedves Európai Parlament miért nincs ez a kérdés az Európai Parlament napirendjén.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Tibor Navracsics, Member of the Commission. – Madam President, beginning with the question, I am really sorry that the honourable Member of the European Parliament, Krisztina Morvai, missed my first intervention because I was just talking about the importance of human rights and the importance of the rule of law among European values. The European Union is based on human rights and the rule of law, so I think that when we talk about intercultural dialogue and when we talk about the role of education in democratic socialisation, we have to take into account those values as well, which means the universal validity of human rights in the European civilisation.

I think there is a consensus that education plays an enormous role in democratic socialisation, and there is a consensus that if we want to make our democracies more cohesive and more efficient then we have to go beyond formal educational institutions and we have to map out all the opportunities in non-formal and informal education and in intercultural and inter-religious dialogue, and we have to map out the role of the family in democratic socialisation, in teaching democratic soft skills for our children, for the next generations.

The Ward report is a very important element and step in this long and pretty complex road. We are just at the start of that road and I am looking forward to working with you efficiently and, hopefully, successfully on this project.

Julie Ward, rapporteur. – Madam President, I would like to thank the Commissioner and colleagues for participating in the process of creating this report and in debating what is an extremely emotional subject.

I thought I would just finish by telling you a story because to participate in intercultural dialogue does not mean giving up anything, it means engaging in a wider conversation with people from around the world, from different cultures, different places, different demographic areas, different ages, different religions, people of different skin colour, people from different walks of life, from different industrial areas and rural areas. It means a richness, not a giving up of anything.

I was brought up in a family that every week went to dance English country dancing. My father is a Morris man, and 'Morris dancing' probably comes from 'Moorish dancing'. It comes from Africa, it comes from Islam. And it is important that people understand that our culture is not fixed; it is always changing. It needs to be open, because the richness of the past meeting with the present to create the future is what is so exciting about being human, about having conversations with other people. So this report is about openness and about welcoming, inclusive conversations with everybody. It is not about closing down society, and I look forward to working with you.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 19 January 2016.

Written statements (Rule 162)

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Într-o Uniune supusă în permanență provocărilor, este extrem de important pentru generația tânără să aibă acces la programe care să îi permită dobândirea de aptitudini și competențe de viață esențiale pentru dezvoltarea personală în perspectiva unei cariere viitoare și a unei cetățenii europene active. Consider benefic accesul timpuriu al copiilor, indiferent de mediul cultural și social din care provin, la alte culturi prin programe care le permit acestora crearea unui sentiment al apartenenței comune și o cultură a dialogului intercultural. În acest context, includerea unor vizite de studiu speciale în diverse state membre și mobilitatea transnațională a copiilor de vârstă mică prin cooperarea transregională și transfrontalieră constituie un mijloc necesar pentru a construi fundamentele culturilor, artelor, limbilor și valorilor europene. Pe de altă parte, mobilitatea tinerilor și a cadrelor didactice, toate formele de cooperare dintre școli și universități, de exemplu, prin platforme educaționale comune, programe și proiecte comune de studiu sunt elemente esențiale menite să susțină înțelegerea și aprecierea diversității culturale, precum și dobândirea de către tineri a unor competențe sociale, civice și interculturale.

Филиз Хюсменова (ALDE), в писмена форма. – Уважаеми г-н Председател, уважаеми колеги, основните принципи и ценности, върху които е изградена обединена Европа, са това, което я превръща в притегателна сила за хиляди хора по света. Европа такава, каквато е днес, е изградена именно върху основата на межкултурния диалог, върху културна пъстрота, многообразие на етносите, езиците и традициите.

За да продължи обаче Европа да съществува като пример за толерантността, справедливостта и мирното съвместно съществуване, всички ние, независимо от произхода и различията си, си дължим взаимно разбиране и уважение. Тук ролята на образованието е решаваща. Вярвам, че възпитаването в разбиране на културните различия ще е много по-дългосрочна, ефективна и дори икономически изгодна мярка, отколкото изграждането на стени помежду ни.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Dezvoltarea unui dialog intercultural și interreligios cu toate părțile interesate reprezintă un prim pas în abordarea eficientă a conflictelor social-culturale declanșate în ultima perioadă pe teritoriul UE, și nu numai. La fel de importantă este și educația în formarea tinerilor, a noilor generații, de a accepta diversitatea culturală, de a gândi liber și de a se respecta reciproc. Aceste două instrumente sunt esențiale pentru combaterea anumitor fenomene sociale tot mai răspândite, cum ar fi discriminarea, violența, radicalismul, rasismul și xenofobia.

Ελισάβετ Βοζεμπεργκ-Βρουνιδι (PPE), *γραφώς*. – Το τελευταίο διάστημα, η ΕΕ αγωνίζεται να ανταποκριθεί στην κρίσιμη συγκυρία που βιώνει εν μέσω της ανεξέλεγκτης ροής μεταναστών προς την Ευρώπη, της αυξανόμενης εισόδου στρατολογημένων μαχητών της θρησκευτικής τρομοκρατίας και της εξάπλωσης του διασυννοριακού οργανωμένου εγκλήματος με κύριο στόχο την Ευρώπη. Μεταξύ άλλων, μας συγκλόνισαν οι πρόσφατες καταγγελίες για πληθώρα σεξουαλικών επιθέσεων σε βάρος γυναικών στην Κολωνία από αλλοδαπούς, γεγονός που πυροδότησε για ακόμη μία φορά την εξάπλωση ακραίων ρατσιστικών αντιευρωπαϊκών μηνυμάτων, με κύριο στόχο τους μετανάστες και περιεχόμενο τη μη ανοχή στη διαφορετικότητα οιασδήποτε μορφής εντός ΕΕ. Στην Ευρώπη των 28, η ενίσχυση του διαπολιτισμικού διαλόγου είναι καταλυτική, ειδικά στον τομέα των θεμελιωδών δικαιωμάτων, με στόχο την προώθηση των ευρωπαϊκών αξιών, όπως ορίζονται στο Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της ΕΕ, και το σεβασμό της πολιτιστικής, θρησκευτικής και ανθρωπιστικής πολυμορφίας, όχι μόνο των ευρωπαϊκών πληθυσμών αλλά και όσων αναζητούν δικαιολογημένα ένα ελεύθερο περιβάλλον ισότητας και κοινωνικής συνοχής, για να εργαστούν και να μεγαλώσουν τα παιδιά τους, κυνηγημένοι από τη λαίλαπα του πολέμου. Υπό την πίεση μάλιστα του μεταναστευτικού/προσφυγικού ζητήματος, είναι αναγκαίο να κατανοήσουμε ότι είναι αδιανόητο πρόσφυγες, παράτυποι μετανάστες, εγκληματίες του κοινού ποινικού δικαίου και τρομοκράτες να εξομοιώνονται κοινωνικά και να τυγχάνουν μίας γενικευμένης ισοπεδωτικής και απαξιώτικής μεταχείρισης.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – W społeczeństwie wielokulturowym dialog stanowi pożądaną alternatywę dla relacji antagonistycznych między reprezentantami różnych kultur, sposobu edukacji, rozpowszechniania podstawowych wartości. Postawy wzajemnego szacunku i uznania stają się więc warunkiem owocnej współpracy między narodami. Dialog międzykulturowy jest w swojej istocie procesem działającym w dwóch kierunkach, w którym obie ze stron doświadczają korzyści. Wartościową inicjatywą stają się więc programy państw członkowskich UE (Tempus III, Mundus) promujące mobilność ludzi młodych, również nauczycieli akademickich. Dzięki wspólnym platformom edukacyjnym doświadczamy procesu synergii między pokoleniami. Ponadto poprzez uczestnictwo w wolontariatach, inicjatywach sportowych oraz dotyczących sztuki zachodzi proces wyodrębniania się jednostek, których działanie wzmacnia zacieśnianie się relacji, co w konsekwencji ułatwia nawiązanie współpracy zespołowej. Współpraca ta pozwala na znacznie szybsze zmierzenie się ze zjawiskami społecznymi, tj. przemocą, radykalizmem, rasizmem, ksenofobią.

Kolejnym flagowym przedsięwzięciem jest partnerstwo miast europejskich, tj. „Europa dla obywateli”. Jego celem jest rozpowszechnianie wymiany kulturowej, informacyjnej, ekonomiczno-gospodarczej, aby w konsekwencji móc współtworzyć międzynarodową działalność u podstaw. Rola dialogu staje się więc tzw. „oknem na świat”, którego siła wynika z jego różnorodności.

Bogdan Brunon Wenta (PPE), *na piśmie*. – Dewiza Unii Europejskiej „Zjednoczeni w różnorodności” podkreśla, jak ogromnym bogactwem Europy jest różnorodność kulturowa, społeczna, językowa i religijna. W zgodnym współistnieniu różnych tożsamości i przekonań kulturowych w Europie ogromną rolę odgrywa dialog międzykulturowy. W propagowanie tego dialogu nie mogą być zaangażowane jedynie organy publiczne, wymaga to zaangażowania całego społeczeństwa, w tym przedstawicieli życia społecznego, przywódców religijnych, lecz przede wszystkim rodziny będącej podstawową komórką naszego życia społecznego. To w rodzinie każdy z nas zaczął zapoznawać się z kulturą, wartościami i normami obowiązującymi w społeczeństwie, dlatego to rodzina odgrywa tak ważną rolę w propagowaniu dialogu między kulturami.

Dialog międzykulturowy zbliża ludzi i narody, skutecznie przeciwdziała konfliktom i pomaga je rozwiązywać, sprzyja pojednaniu. Pozwala nam lepiej zrozumieć istniejące pomiędzy nami różnice. Jest to ważne, szczególnie w kontekście ostatnich tragicznych i niepokojących wydarzeń w Europie i na świecie. Należy poczynić wszelkie kroki w celu propagowania tego dialogu, wykorzystując nowe technologie, w tym media społecznościowe. W ten sposób dotrzemy do ludzi młodych, szczególnie narażonych na wpływ zniekształconego obrazu innych kultur.

18. EU-Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor – Bilanz und Herausforderungen (Aussprache)

President. – The next item is the report by Mr Balz, on behalf of the Committee on Economic and Monetary Affairs, on stocktaking and challenges of the EU Financial Services Regulation [2015/2016(INI)] (A3-0360/2015).

Burkhard Balz, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Als Berichterstatter freue ich mich, dass Lord Hill heute an unserer Aussprache über die Finanzmarktregulierung teilnimmt.

Unser Ausschuss, der Wirtschafts- und Währungsausschuss, hat sich mit breiter Mehrheit dafür ausgesprochen, dass die Finanzmarktgesetzgebung der vergangenen fünf Jahre umfassend geprüft wird. Das bedeutet keine Deregulierung. Das bedeutet, dass wir erstmals eine Gesamtübersicht über die bestehenden Banken-, Versicherungs-, Fonds- und Marktregulierungen sowie ihre Wechselwirkung erhalten. Das bedeutet auch, dass Schwachstellen aufgedeckt und behoben werden. Es bedeutet ebenfalls, dass die Effekte der Regulierung transparent werden.

Als die Finanzmarkt- und Schuldenkrise in den Jahren 2007/2008 ausbrach, war der Gesetzgeber in nicht gekannter Weise zum Handeln aufgefordert. Wir haben Finanzmarktregulierungen im Krisenmodus betrieben, und wir waren – so finde ich – erfolgreich darin. Kein Stein ist auf dem anderen geblieben. Wir haben das ganze Gebäude schnell umgebaut, schnell neu gebaut, mit neuen Aufsichtsbehörden, mit für alle verbindlichen EU-weiten Standards und mit einer weitreichenden Bankenunion. Doch während wir weiter bauen, sollten wir uns anschauen, wo Lücken sind, wo schief, wo ungenau und wo zu schnell gebaut wurde.

Deshalb fordere ich als Berichterstatter, dass die Kommission bis Ende dieses Jahres eine umfassende Auswirkungsstudie über alle Finanzmarktsektoren hinweg erstellt. Dabei zählen wir für die Prüfung vor allen Dingen folgende Punkte auf. Erstens: Die Konsistenz und die Passgenauigkeit der bestehenden Gesetze, denn die Regeln sollen sich nicht widersprechen oder gegenseitig in Frage stellen. Sie müssen für den Anwender verständlich und auch praktikabel sein.

Zweitens: Die Verhältnismäßigkeit der Gesetzgebung, denn wir wollen für die Verbraucher die Marktvietfalt erhalten und wir wollen die kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht überfordern.

Drittens: Die Komplexität und Vielschichtigkeit der europäischen und internationalen Anforderungen, denn wir wollen international mit unseren europäischen Finanzdienstleistern auch weiterhin wettbewerbsfähig sein. Wir wollen eine starke Stimme haben, wenn beim Banken- oder Versicherungsausschuss in Basel oder bei IOSCO in Madrid entschieden wird.

Viertens: Der Zugewinn am Nutzen für die Verbraucher und Investoren, denn wir wollen, dass die Gesetzgebung nicht nur Informationsmaterial produziert, sondern gezielt den Bedürfnissen der Verbraucher und Investoren gerecht wird. Wir wollen auch, dass Hürden für den Produktzugang verringert werden und der Binnenmarkt für die Finanzdienstleistungen wirklich gelebt wird.

Fünftens: Die wirtschaftlichen Effekte, denn wir fordern, dass die Finanzwirtschaft wieder dort am stärksten wird, wo sie positiv wirken kann, nämlich indem sie der Realwirtschaft dient. Dafür muss der Gesetzgeber die Möglichkeiten schaffen.

Dies sind für mich als Berichterstatter und für die EVP-Fraktion insgesamt essenzielle Punkte, die wir verbessern möchten. Hier fordern wir eine quantitative und eine qualitative Analyse, und zwar von der Kommission selbst in Kooperation mit den europäischen Aufsichtsbehörden.

Finanzmarktregulierung muss das Ziel der Finanzmarktstabilität und des Verbraucherschutzes erfüllen, das bleibt erste Priorität. Doch sind der Erfolg und die Ausgestaltung der Finanzmarktregulierung auch ein Standortausweis für die europäische Finanzwirtschaft.

Wenn Sie, Herr Kommissar, über die Kapitalmarktunion die Investitionsstärke der europäischen Wirtschaft beleben wollen, dann müssen Sie alle Finanzmarktbereiche – auch die Banken und die Versicherungen – mit einbeziehen, und deswegen, Herr Kommissar Hill, zählen wir darauf, dass wir in einem Jahr zu genau diesem Thema uns hier wiedersehen, und zwar anlässlich der Präsentation der dann fälligen Auswirkungsstudien.

Jonathan Hill, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you for giving me the chance to come along this evening. I want to congratulate Mr Balz for this excellent report and for setting out the issues at stake so clearly. I share 100% his goal of creating an effective legislative framework for financial services. For that to happen, people need to know that it will be implemented. But they also need to know that it will be proportionate and that it can respond to changing circumstances, and that is the logic that sits behind the call for evidence that forms part of the Capital Markets Union (CMU) action plan. I therefore see this report and the call for evidence as being consistent, the one with the other.

I would like briefly to focus on two issues raised by the report: the need for a regulatory framework that supports growth, and the need to make sure that smaller businesses have access to finance. It is clear that the major reforms we have introduced in recent years have made the financial system stronger, and now it is time to check whether, looked at in the round, those 40 separate pieces of legislation that we passed have had any unintended consequences. As Mr Balz said, it is part of good law making to check that our rules are doing what they set out to do. The call for evidence will close at the end of this month. I hope it will give us a better understanding of the impact of our legislation. It will help determine our approach to over 100 reviews of existing legislation planned over the next five years. It will inform how we monitor the effectiveness of legislation in the future, and I know that your report makes a number of interesting recommendations in this area. We need legislation that is proportionate if we are going to create an environment that supports investment. If legislation can be streamlined, if it can be simplified and yet achieve the same prudential objective, let us be ready to change it. I am looking forward to reporting back to you when we have been through the 'call for evidence' responses and completed our analysis.

Improving access to finance for smaller companies is also one of the priorities in the report that I strongly support. If we need companies, if we want companies to start up and grow and create jobs here in Europe, we have to improve the funding conveyor belt. That is what lies behind the work to build a Capital Markets Union. I am grateful for the support that you have given it in this report. As you know, we have made a quick start. Among the initiatives relevant to the report, we have proposed to overhaul the Prospectus Directive. We are looking forward to working with you on our proposal to relaunch simple, transparent and standardised securitisation, and that is to free up lending capacity in the banking sector and increased lending to the wider economy. The Council reached an agreement on that in record time. I hope we can keep up the same kind of pace.

Those were just two of the main areas in your report, but there is a wealth of recommendations in there. It has strengthened my belief that, by continuing to work closely together, we have a real opportunity to refine our legislation, to make sure it strikes the right balance between maintaining financial stability, giving consumers confidence, and supporting investment and growth across Europe.

Janusz Lewandowski, *autor proiectu opiniei Komisiîi Przemysłu, Badań Naukowych i Energii*. – Pani Przewodnicząca! Naturalną konsekwencją głębokiego kryzysu finansowego, który zaczął się od rynków finansowych, jest kompleksowa regulacja usług finansowych, której priorytetem musi być bezpieczeństwo produktów, oczywiście również bezpieczeństwo systemu bankowego i stabilność makroekonomiczna, a to oznacza koszty i na ogół zwiększoną złożoność regulacyjną. Dlatego przyszedł czas na udrożnienie i dywersyfikację pozabankowych kanałów finansowania gospodarki realnej – bez iluzji, że osiągniemy proporcje właściwe po drugiej stronie Atlantyku. Przyjmujemy z zadowoleniem zieloną księgę Komisji Europejskiej nt. unii rynków kapitałowych. Sugerujemy jednak, aby bardzo poważnie brać pod uwagę przy dalszych opracowaniach kontekst globalny, konkurencyjność w przekroju międzynarodowym, dostęp małych i średnich firm do finansowania, a nade wszystko wsłuchanie się w głos rynku, bo czasami usuwanie barier jest ważniejsze niż nowe regulacje.

Theodor Dumitru Stolojan, *în numele grupului PPE*. – Doamnă președintă, felicitări domnului Balz și tuturor colegilor care au lucrat la acest raport foarte bun.

Într-adevăr, în ultimii 7 ani, am adoptat o multitudine de reglementări europene cu privire la serviciile financiare, ca urmare a crizei. Ce am urmărit: să restabilim și să păstrăm stabilitatea financiară, să întărim protecția consumatorilor și să evităm, în viitor, ca excesele de pe piețele financiare să fie acoperite din banii contribuabililor europeni. Acum este momentul să vedem cum sunt implementate aceste reglementări, care este impactul, care sunt rezultatele, să vedem unde sunt necesare corecții la această legislație europeană.

Apreciez în mod deosebit propunerile din raport cu privire la evaluarea accesului întreprinderilor mici și mijlocii la finanțare, precum și la obstacolele care încă există în ceea ce privește finanțarea pe termen lung a proiectelor.

Paul Tang, *namens de S&D-Fractie*. – Er zit zand in de raderen van de Europese economie. Investerings blijven achter en de groei is daardoor kwetsbaar. Banken en met name mkb-bedrijven kunnen elkaar moeilijk vinden. Kapitaalmarkten zijn onderontwikkeld. De kapitaalmarktunie kan dan ook een kans zijn om financiële innovatie te stimuleren, om barrières tussen lidstaten te slechten en om kapitaal efficiënt in te zetten. De Commissie heeft daarbij goed naar de Verenigde Staten gekeken. Het is al vaak gezegd dat kapitaalmarkten daar 80 procent van de kredieten verstrekken en hier slechts 20 procent. Maar om met David Bowie te spreken: “*This is not America*”. Uit de 80/20 verhouding is de conclusie te trekken dat kapitaalmarkten beter ontwikkeld moeten worden, maar ook dat bancaire financiering beter tot stand moet komen. Het is belangrijk om banken te repareren. Het is daarbij goed om wederom naar de Verenigde Staten te kijken. Daar is een scheiding tussen spaargeld en zakenbankieren tot stand gekomen. Daar is volgens OESO-onderzoek de categorisatie van banken beter geregeld.

Het verslag van Burkhard Balz - mijn complimenten voor de rapporteur - heeft als uitgangspunt dat de financiële sector de reële economie moet dienen. Regulering is daarbij een middel. Het is niet een doel op zichzelf, het is niet een kwaal op zichzelf, het is een middel. Het is door die evenwichtige benadering dat de S&D-Fractie dit verslag kan onderschrijven. Het doel van de regulering moet steeds zijn dat de financiële sector dienend is. Dan is het ook goed om periodiek de dienstbaarheid van de financiële sector te toetsen. De kapitaalmarktunie kan uiteindelijk alleen werken als de Europese context erkend wordt. Dat betekent innovatie stimuleren én banken repareren. Zo halen we het zand uit de machine en kunnen we op weg naar nieuwe groei en banen.

Kay Swinburne, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, firstly I would like to thank Mr Balz for all his hard work on this file and the Commissioner for extending the deadline for his consultation. As others have stated, over the past five years the EU has put in place an unprecedented amount of financial services legislation. Therefore it is right that we take a step back and look at the overlaps and crossovers at this time.

Mr Balz's report clearly emphasises that this review needs to go beyond value judgements and qualitative statements and stresses that any meaningful review should have a strongly quantitative aspect to it. For me the key areas of this report refer to the overlaps between files, particularly the crossover between MiFID and CRD IV, where we have brought new firms into markets legislation without adequately tailoring the capital standards to suit these new types of firms as yet. A similar issue of scope is seen with the clearing obligation in EMIR: the arrangements for non-financial firms that were intended to prevent financial firms from misusing a justified exemption have led to huge amounts of red tape for businesses that were never meant to be included.

I hope to work with the Commission on solutions via the formal consultation and review, where possible by issuing level two standards to solve these issues and give practical weight to better regulation.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I am pleased with the outcome of this report. It comes at a key moment where we move from a regulation designed primarily to repair the legislative holes which were so evident in the crisis, towards the Capital Markets Union, which aims to encourage more investment and growth in Europe. The key aspect of the stocktaking report is the call for the Commission to undertake cumulative impact assessments and, at regular intervals, of all of the new legislation enacted in the aftermath of the crisis. I fully support this call.

In my view it is imperative that the impact assessment looks at how different pieces of European legislation in the area of financial services interact with each other. Are there any gaps or loopholes? Are there any unintended consequences? How has Europe's competitiveness been affected globally? We must gain a full understanding of the new legislation, at which point we can focus on building a robust and competitive Capital Markets Union.

There are a number of points which I have pushed during the negotiation. Firstly, in order to ensure Europe's competitiveness on a global level, we must have a coherent framework in place with regard to dealing with third countries, for example in UCITs. Secondly, access to finance for SMEs is key in order to bring Europe back to sustained growth. We must ensure that the regulation in place does not hinder this process, and must reduce as much as possible any barriers for SMEs' financing which are due to excessive regulation.

Fabio De Masi, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Hill, Kollege Balz! Die Zeichen in der EU stehen wieder auf Deregulierung der Finanzmärkte. Die Finanzlobbyisten in Brüssel haben daher den Schampus wegen *better regulation* kalt gestellt, um unliebsame Regulierung zu beseitigen. Dabei muss eine kluge Regulierung der Finanzmärkte nicht komplex sein. Der „US Glass Steagall Act“ zur Trennung der Investmentbanken und der Kreditbanken umfasste 37 Seiten, die weit schwächere EU-Bankenregulierung umfasst 1000 Seiten.

In der EU ist das Problem der Banken, die zu groß, zu vernetzt und, ja, auch zu mächtig zum Scheitern sind und somit auf Kosten der Steuerzahler leben, überhaupt nicht gelöst. Der demokratische US-Präsidentschaftsbewerber und alte Knochen Bernie Sanders hat dazu das Richtige gesagt: *split them up!*

Burkhard Balz hat seriös gearbeitet und auch einige unserer Bedenken aufgegriffen. Dafür gilt ihm mein Dank. Die EU-Kommission will jedoch auf die Investitionsschwäche und Kreditklemme mit der Kapitalmarktunion und der synthetischen Verbriefung der Verpackung von Schrottkrediten antworten. Dabei hängt die Investitionsschwäche mit der Kürzungspolitik und der unzureichenden Ausmistung von Bankbilanzen zusammen.

Herr Hill hat letztes in einer Rede in den USA festgestellt, dass das Märchen, dass gerade die mittelständischen Unternehmen von der Kapitalmarktunion profitieren würden, vor allem ein PR-Gag ist. Europa bräuchte ein echtes öffentliches Investitionsprogramm, ein dezentrales Bankensystem unter öffentlicher Kontrolle und eine strikte Regulierung der Finanzmärkte mit einem Finanz-TÜV. Der ehemalige Präsident der US-Notenbank, Paul Volcker, hat leider Recht: Die einzige sinnvolle Finanzinnovation der letzten Jahre war der Geldautomat.

Sven Giegold, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar, Burkhard Balz, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal: Aus meiner Sicht setzt dieser Bericht die richtigen Schwerpunkte. Er ist – anders als es zum Beispiel von der Kollegin Swinburne gesagt wurde – keine Aufforderung zur einseitigen Deregulierung. Er zielt sowohl auf Doppelregulierung als auch auf Lücken, er zielt auf die Verminderung von unnötiger Komplexität, aber nicht auf einseitige Deregulierung und sollte so auch nicht missverstanden werden. Der Bericht betont zu Recht, dass wir in einigen Bereichen nicht genug getan haben, während wir in anderen nicht proportional vorgegangen sind. Das muss bei der Überarbeitung eine Rolle spielen.

Richtig ist auch, dass dieses Finanzsystem vom Nutzer her gedacht werden muss. Daher die Frage: Sind Finanzprodukte nicht viel zu teuer im Vergleich zu dem, was an Erträgen erwirtschaftet wird? Geht nicht zu viel in die Taschen der Intermediäre und zu wenig in die Taschen der Sparer? Diese Fragen sind sehr berechtigt und gehören in ein Review.

Ich will aber auch, um Missverständnisse zu vermeiden, sagen, dass in dem Bericht aus meiner Sicht zwei Lücken existieren. Zum Einen: Die Finanzkrise ist nicht vorbei, sondern sie ist lediglich verschüttet. Wenn Sie die Zinssätze am langen Ende betrachten, sehen Sie, dass wir zu viel Kapital im Markt haben, das nicht weiß, wohin es soll. Ich stimme Fabio De Masi zu: Dies kann man nicht dadurch lösen, dass man am Finanzsektor einige Schraubchen dreht, sondern wir brauchen eine Politik, die dieses überschüssige Kapital in nachhaltige Investitionen lenkt. Deshalb bitte ich Sie auch, und der Bericht fordert Sie auch dazu auf, die makroprudenzielle Seite des Finanzsystems in den Blick zu nehmen und insbesondere auch darauf zu achten, dass sich nicht dadurch neue Risiken auftun, dass nicht nachhaltige Investitionen in den Banken- und Versicherungsbilanzen neue zukünftige Risiken aufwerfen. Die Klimakonferenz sollte auch in der DG FISMA, auch bei Ihnen, Lord Hill, angekommen sein. Wir sind gespannt auf Ihre Vorschläge und Maßnahmen.

Steven Woolfe, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, John Maynard Keynes stated that if you owe a bank 100 pounds you have a problem, but if you owe the bank a million, they do. In the EU financial regulation crisis the banks were owed billions, but it was the taxpayers and citizens of Europe who had the problem. This report states that EU Financial Services regulations will prevent that happening again, but it also stresses the need to reduce the burden of financial regulation, because it recognises it increases costs and makes EU financial services businesses uncompetitive. But the idea that the EU will reduce regulation is as fanciful as the idea that Britain needs to be a member of the EU to trade with it, or indeed that Lord Hill will support a vote for Brexit.

It is inherent in the EU's DNA to create more regulation – more Europe – and more costs. That is why, increasingly, so many more UK and US financial services companies understand that, in order to be really free from the shackles of EU regulation, the UK needs to vote to leave the EU.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je regrette que ce rapport sur les enjeux de la régulation financière fasse l'impasse sur plusieurs sujets majeurs.

Premier sujet majeur, la séparation bancaire. Je veux parler de la vraie séparation bancaire, projet toujours au point mort depuis la crise de 2008. En effet, toutes les réglementations sur la régulation sont vaines si l'on ne sépare pas hermétiquement les activités à risque des activités de dépôt bancaire. En d'autres termes, il s'agirait de mettre fin au schéma de banque universelle qui prend en otage les déposants et les épargnants pour jouer à la roulette des marchés spéculatifs avec l'argent d'autrui. C'est ça, l'ultralibéralisme que les patriotes dénoncent: faire des profits avec une prise de risque sur le dos des autres. Et là, le PPE et les socialistes sont favorables au statu quo dans les banques privées. Pire, comme l'Union européenne est en état d'urgence financière, non seulement elle ne protège pas les citoyens, mais, depuis le 1^{er} janvier 2016, elle fait même l'inverse, avec la funeste union bancaire, qui légalise la spoliation de l'épargne, puis des dépôts. Dernier exemple en décembre: le scandale bancaire en Italie. C'est le devoir des dirigeants politiques responsables de protéger l'épargne des ménages et la trésorerie des entreprises dans les banques et les compagnies d'assurance-vie.

Deuxième sujet majeur: la relance de la titrisation. Vous devriez vous inquiéter des risques d'un mécanisme qui a fait des dégâts sociaux et des pertes financières lors de la crise des subprimes de 2008. Attention à la boîte de Pandore. L'objectif visé est de prêter à l'économie productive et non de favoriser encore l'affairisme des banques.

Enfin, sur l'union des marchés de capitaux, oui au mode de financement d'économies hors intermédiation bancaire, mais les chances de succès sont infimes, en l'absence de demande intérieure en Europe et de débouchés économiques réels dans les entreprises, entreprises européennes sous-financées, qui souffrent trop de la concurrence déloyale mondiale, des charges et des impôts pour se risquer à investir.

Au-delà de ce constat, Lord Hill, je crains fort que votre Commission européenne n'ouvre en grand le marché juteux de la dette essentiellement aux banques américaines basées à la City de Londres. Nous serons donc très attentifs sur les enjeux de ces dossiers.

Krisztina Morvai (NI). – Az itt jelen lévő európai unió biztos úrnak szeretnék a témával kapcsolatban kérdést feltenni. Ez a bizonyos új szabályzat a fogyasztók szempontjából három lényeges dolgot követel meg. Az egyik a nagyon alapos tájékoztatása a fogyasztóknak, a másik a banki vezetőknek, a bankároknak a felelőssége, illetőleg a bankfelügyeletnek a kellő erőssége és határozottsága. Azt kérdezem Öntől, biztos úr, tisztában van-e azzal, hogy az én hazámban, Magyarországon, a legsúlyosabb társadalmi probléma, de nem csak Magyarországon, számos más európai uniós tagállamban is, a devizahitelek tragédiája. Az hogy nagy tömegekben helyeztek ki csaló jellegű, úgynevezett devizahiteleket. Kérdezem, hogy akkor hol voltak ezek az elvárások? Miért olyan új elvárások ezek, hogy megfelelően tájékoztatni kell a hitelfelvevőt, hogy a bankárnak felelőssége van, hogy bankfelügyeletre van szükség? Mi az Ön álláspontja erről, és mit gondol, az Európai Unió mit tehetne a tragikus helyzetbe jutott több százezer devizahiteles család érdekében?

Jonás Fernández (S&D). – Señora Presidenta, en primer lugar me gustaría felicitar al señor Balz por el trabajo que ha realizado para que podamos tener este documento que debatimos hoy aquí, y desearía agradecer asimismo la presencia de Jonathan Hill en este debate que, de alguna manera, debería ayudarnos a orientar las políticas financieras de la Comisión Europea y el trabajo de este Parlamento para los próximos meses.

Creo que en la agenda tenemos dos grandes proyectos muy importantes: la unión bancaria, que tenemos que terminar y que tenemos que cerrar con ese seguro de depósitos; y la unión de capitales, que de alguna manera debería ayudar a mejorar ese mercado europeo de capitales de la zona del euro, pero también de los países que están fuera de la zona del euro, y ayudar a movilizar el ahorro y a movilizar el capital en nuevos proyectos de inversión.

Y yo creo que hay dos grandes ideas que están sobre la mesa, dos propuestas que están en algunos debates y que a mí me incomodan en demasía. La primera de ellas es la idea de que es necesario revisar que la deuda pública sea un activo libre de riesgos. Yo creo que esta iniciativa, en ausencia de un auténtico activo libre de riesgo de la zona del euro, podría suponer la fragmentación de la zona del euro y dar pasos atrás en lo que hemos conseguido con la unión bancaria y en lo que queremos hacer con la unión de capitales. Y la segunda cuestión que está de alguna manera en la atmósfera es que nos hemos pasado en la regulación del sector financiero. Yo creo que esto no es cierto. Lo que tenemos que hacer es regular mejor, ver dónde hay duplicidades, ver cómo podemos rerregular el mercado financiero, pero estamos muy lejos de una supuesta excesiva regulación.

Sander Loones (ECR). – Ik wil focussen op een thema dat de komende maanden steeds belangrijker zal worden, namelijk onze spaarcenten, ons spaargeld. Wanneer een bank nu in de problemen komt, dan is ons spaargeld beschermd tot 100 000 euro. De overheid staat daar vandaag voor in. In de toekomst is het echter de bedoeling dat de banken die verantwoordelijkheid op zich zullen nemen, dat zij voor die bescherming zullen opdraaien. De vraag is dan ook: zullen die banken ook verstandiger met ons spaargeld omspringen? Vooral ook omdat we weten wat de plannen van Europa zijn.

De plannen van Europa zijn dat alle banken in de Europese Unie dit voortaan samen gaan doen. Laten we ook duidelijk zeggen wat dat dan precies betekent: dat banken in het noorden van Europa garant zullen staan voor banken in het zuiden, banken van Vlaanderen voor banken in Griekenland, banken die mogelijk wel eens over de kop zouden kunnen gaan.

Dat is dus de vraag: hoe kunnen we vermijden dat dit gebeurt? Ik ben dan ook zeer blij dat ik als schaduwrapporteur voor mijn fractie daarop zal kunnen toezien.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, ao imputarmos a crise de 2007 a uma suposta falta de regulação, estamos a errar no diagnóstico. Estamos, ao mesmo tempo, a criar uma ilusão, dando a entender que o sistema financeiro pode ser disciplinado. Estamos a criar a ilusão de que é possível alinhar os interesses da banca e dos fundos de investimento com os interesses das populações e dos trabalhadores.

O mecanismo de supervisão único, assim como o mecanismo de resolução único, não funcionam e não resolvem os problemas do sistema financeiro, tal como pudemos observar recentemente em Portugal, onde a informação foi sistematicamente ocultada e manipulada com o consentimento dos agentes supervisores.

O problema das grandes instituições financeiras, ditas demasiadamente grandes para falir, não se resolve com meros paliativos, que apenas se destinam a procurar dar a ideia de que alguma coisa está a ser feita, ficando tudo na mesma. O problema resolve-se com a separação bancária e com o controlo público do sistema financeiro, como o tempo depressa se encarregará de nos dar razão.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

Neena Gill (S&D). – Mr President, firstly, I would like to offer my congratulations to the rapporteur on this report. I believe it strikes the right balance between improving channels of funding to the real economy and at the same time undertaking a comprehensive assessment of the cumulative impact of the EU Financial Services Regulation – identifying shortcomings and loopholes, but not deregulating.

The ongoing crisis in China demonstrates the importance for us not to forget the lessons that we learned from the financial crisis and the need for a robust financial regulatory framework. It is important to keep this perspective. Also this initiative, the Capital Markets Union, is not going to be a panacea. It is not a miracle solution that will solve the level of growth. However, it can deliver alternative sources of finance to companies in the whole of the EU, and not just to the ones in the handful of Member States where we have developed capital markets.

The challenge in front of you, Commissioner, is this: can we really speak about a financial services union, a place where capital can circulate freely, unhindered by extra layers of national legislation? Not really. It is critical that you address this, otherwise the EU investment funds will remain a drop in the ocean compared with the American ones. The Commission must tackle national fragmentation urgently. Alongside action on this, it is important that mid-caps are able to maximise their potential. Therefore, the prospectus proposal has to be a real gateway to the capital markets for this group. It has to be short, effective and affordable and, at the same time, an instrument that truly informs investors about securities.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, pozdravljam povjerenika i čestitam izjavitelju na izvrsnom izvještaju. Pozdravljam napore uložene u definiranje mjera za uspostavu unije tržišta kapitala. Očekujem da će te mjere, a posebno razvoj sekuritizacijskog tržišta i revizija Direktive o prospektu ispuniti cilj lakšeg pristupa malim i srednjim poduzećima kapitalu na tržištu.

Važno je da naši naponi u razvoju financijskih tržišta na europskoj razini pridonese daljnjoj konvergenciji na način da države i njihovi poduzetnici koji imaju slabo razvijena tržišta kapitala mogu iskoristiti sve prednosti unaprijeđenih europskih financijskih tržišta. Naravno, pri tom ne smijemo zaboraviti da istovremeno države članice moraju odraditi svoj posao, a to je provesti strukturne reforme usmjerene na poboljšanje poduzetničke klime, a bankovni sustav mora dati jaču podršku malim i srednjim poduzetnicima kroz prošireni izbor modela financiranja.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl velmi podpořit tuto zprávu, která nám byla předložena, protože po zevrubném prostudování mám za to, že skutečně odráží reálnou situaci, ve které se evropské finanční služby nacházejí. Myslím, že se v tom odráží i jak moc se liší situace v Evropské unii a v USA. My skutečně potřebujeme zajistit přístup k financím, k investicím, zajistit inovace pro náš průmysl, pro naše služby, pro náš finanční sektor. Samozřejmě je nezbytné, aby tato politika, kterou chceme realizovat, nebyla pouze jenom nástrojem, ale aby obsahovala i cílové efekty, to znamená, kam skutečně dojít v deregulaci trhů. Já docela rozporuji myšlenku, kterou zde řekl jeden z mých kolegů z levé strany spektra, který nepodporuje deregulaci trhů a zároveň si stýská nad tím, že není dosaženo decentralizovaného bankovního systému. Já si myslím, že to jde ruku v ruce.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το ζήτημα των χρεώσεων των διατραπεζικών και άλλων συναλλαγών έχουν κομβικό ρόλο για τους καταναλωτές και ιδίως στην Ελλάδα όπου οι τράπεζες έχουν ανακεφαλαιοποιηθεί πολλάκις με τον ιδρώτα του ελληνικού λαού και όπου τα *capital controls* είναι ακόμη σε ισχύ. Οι αυξημένες χρεώσεις που επιβάλλουν οι τράπεζες στις διατραπεζικές συναλλαγές επιβαρύνουν υπέρμετρα τους Έλληνες.

Επιβάλλονται χρεώσεις από 2 έως και πάνω από 10 ευρώ για απλή ηλεκτρονική μεταφορά χρημάτων για ποσά μέχρι 1000 ευρώ, προμήθειες από 1 έως 1,25 ευρώ για πιστωτικές κάρτες, προμήθεια στην τράπεζα της τάξης του 2 με 2,5% για μικρά και μεσαία εμπορικά καταστήματα, ενώ αντίθετα για τα πολύ μεγάλα καταστήματα η προμήθεια είναι χαμηλότερη του 1%, μολονότι ο κανονισμός (ΕΕ) 2015/751 προβλέπει μεταξύ άλλων μέγιστες χρεώσεις για πιστωτικές και χρεωστικές κάρτες 0,30 και 0,20 ευρώ αντίστοιχα. Ταυτόχρονα, οι τράπεζες καθυστερούν υπερβολικά την έκδοση των απαραίτητων βεβαιώσεων και εγγράφων τα οποία είχαν και έχουν ακόμη ανάγκη οι δανειολήπτες με κόκκινα δάνεια για να ενταχθούν στις ρυθμίσεις του νόμου Κατσέλη και για να γλιτώσουν τα σπίτια τους από τα κοράκια. Αυτές οι πρακτικές των τραπεζών πρέπει να σταματήσουν και εσείς, κύριε Επίτροπε, οφείλετε να λάβετε άμεσα μέτρα.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, cilj je dobro postavljen. Želimo uniju tržišta kapitala. Pa i podciljevi su dobro postavljeni. Želimo dobar pristup potrošača kreditima, želimo više ulaganja, želimo olakšati pristup srednjim i malim poduzećima financijskim uslugama svih financijskih institucija u Europskoj uniji. Dakle, ciljevi i mnogi drugi podciljevi, ne samo ovi koje sam naveo, su dobro postavljeni.

Ali, mi moramo učiti na našim greškama, moramo učiti na onome što je izazvala financijska kriza i pogotovo moramo učiti na onome što su banke činile građanima u smislu klasičnih financijskih prevara. Čitajte: ono što su banke učinile građanima koji su uzimali kredite u švicarskim francima svojedobno u mnogim zemljama Europske unije. To je klasična prevara, molim da to uzmete u obzir i da brinete o tome u budućnosti.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej finančna kriza seveda ni še v celoti odpravljena in tudi negativni učinki te krize še niso odpravljani.

Morda so kazalci o okrevanju nekje spodbudni, nekje bolj, nekje manj, vendar slišimo, da se ti kazalci neposredno ne odražajo, tako ne v koristih državljanov, potrošnikov kot tudi ne investorjev, tudi malih in srednjih podjetij.

Mislim da, seveda pri temu, kar sledi, se pravi tudi v finančnih oziroma v spremembah urejanja finančnih trgov in v novih zakonodajnih okvirih seveda moramo biti ustrezno previdni, moramo upoštevati nauke, ki smo jih znali v zadnji krizi, ker sicer ne bomo naredili koraka naprej.

Predvsem pa je ključno vprašanje seveda, kdo komu sledi in komu bodo namenjeni ti ukrepi.

Mislim, da seveda ko govorimo o kapitalu, ko govorimo o trgih, ne smemo pozabiti na človeka, na potrošnika, ker konec koncev smo tukaj predvsem zaradi njih, in zato mislim, da moramo odgovoriti, komu bodo namenjene te politike, ali bankam ali potrošnikom ali realnemu sektorju.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Jonathan Hill, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the Members very much for that wide range of interventions. If we concentrate on the report, I think a lot of the comments point to the unique position that the financial sector holds in Europe's economy. As was said, it is a means to an end, and we should think of it as that and not an end in itself. We need a strong financial sector at the heart of Europe's recovery – and indeed of our wider society – providing funding for businesses to grow and create jobs and to give citizens the certainty that they need to plan ahead to prepare for their old age and to protect against ill health.

It is for that reason that, after introducing the range of legislation in response to the financial crisis, it is so important – as Mr Balz's report makes clear – that we should check that it is working as intended. It is not to question the fundamental architecture of the reforms that we put in place, but it is to ask whether, in maintaining financial stability, we do not stand in the way of the investment Europe needs to remain competitive and to create jobs. In other words, as so often in financial regulation, it is a question of balance. As was said, we need to think about our competitiveness at a global level and, of course, how we can build consumer confidence in markets.

The first stage of our call for evidence, which I think has been inspired by the thinking behind this report, ends in a fortnight. We are not approaching it with preconceptions but in the hope that it will give us detailed information – as many colleagues have said – to understand exactly how the legislation is working, what the connections are between it, whether there are overlaps or, indeed, whether there are any gaps that need to be addressed. I hope it will give us that detailed information on which we can build our analysis and recommendations.

When we have got those, I look forward to discussing them with you and to continue working closely with Parliament to overcome these national barriers and obstacles that were raised here again tonight and to build a genuine single market for capital in Europe.

Burkhard Balz, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich möchte allen Kollegen für die Beiträge, die sie heute Abend hier geleistet haben, danken. Sie waren sehr hilfreich und haben auch nochmal im Einzelnen gezeigt, was jedem von uns wichtig ist.

Nach fünf Jahren intensiver Gesetzgebungsarbeit, nach dem Umbau der Finanzaufsicht und mit der Kapitalmarktunion in Aussicht ist es jetzt an der Zeit, sich die bisherigen Auswirkungen anzuschauen und eben mögliche Verbesserungen zu prüfen. Ich begrüße deswegen, dass die Kommission bereits erste Schritte in die richtige Richtung unternommen hat, und ich sehe auch die laufende Konsultation der Finanzmarktteilnehmer positiv. Es sollte doch klargestellt sein, dass bei der Konsultation die Punkte des Parlamentsberichts vollständig berücksichtigt werden. Ich sehe auch, dass die Revision der Eigenkapitalrichtlinie CRD IV ein großes Potenzial für Vereinfachungen und mehr Verhältnismäßigkeit bietet, insbesondere für die kleineren und die mittelgroßen Kreditinstitute. Ein Voranschreiten ist hier ebenfalls sicherlich zu begrüßen. Als ECON fordern wir ja nun zu Recht, dass es regelmäßige, mindestens jährliche Proportionalitätsüberprüfungen gibt.

Gleichzeitig möchte ich aber auch betonen, Herr Kommissar, dass es bei uns und bei der Auswirkungsstudie nicht um ein einzelnes Stückwerk geht, sondern am Ende um ein Gesamtbild. Das Puzzle an bisheriger Gesetzgebung muss endlich zusammengeführt werden, sodass die Wechselwirkungen klarer und die Anforderungen weniger komplex sind und die Ziele besser erreicht werden können. Dazu benötigen wir auch eine bessere Rechtsetzung in der Finanzmarktregulierung. Hier nehmen wir insbesondere die EU-Kommission als Initiativgesetzgeber in die Pflicht, hier nehmen wir auch die europäischen Aufsichtsbehörden und die EZB-Bankenaufsicht in die Pflicht: Die Koordinierung, die Transparenz und die Zusammenarbeit in der Gesetzgebung müssen besser werden.

Die technischen Anforderungen müssen verhältnismäßig und auch praktikabel bleiben. Die Qualität und die Einhaltung des gesetzgeberischen Willens müssen wieder Vorrang haben. Hierzu zähle ich insbesondere auf Sie, Herr Kommissar Hill!

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana martes 19 de enero de 2016.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Romana Tomc (PPE), pisno. – Regulacija finančnega sektorja in unija kapitalskih trgov je ena izmed prioritet po finančni in dolžniški krizi. Čestitala bi kolegu Balzu, ki je pripravil odlično poročilo, ki vključuje vse pomembne točke, o katerih moramo še razpravljati.

Uspešna unija kapitalskih trgov, ki ne sme omejevati posameznikov in podjetij, bi morala biti prioriteta. Prav tako mora biti vsem omogočen dostop do kapitalskih trgov EU na prijazen, učinkovit in stroškovno dostopen način. Zakonodaja na področju finančnih storitev mora postati manj zapletena, poleg tega pa moramo zagotoviti, da bodo države članice zakonodajo v celoti in tudi strogo izvrševale.

Ne smemo si več privoščiti raznih spodrsjlajev, ki na dolgi rok najbolj obremenijo mala podjetja in potrošnike. Hkrati bi rada pozvala tudi države članice, ki so ključne za uspešnost modelov, o katerih se pogovarjamo. One so tiste, ki bi morale poskrbeti, da so direktive prenesene v določenih časovnih rokih. Še bolj pa je pomembno, da države članice direktive dosledno uporabljajo.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), por escrito. — Desde que comenzó la crisis hemos emprendido numerosas iniciativas en el ámbito de los servicios financieros de la Unión Europea con el objetivo de restablecer la estabilidad financiera, reforzar la protección del consumidor y aplicar las lecciones aprendidas durante la crisis. Este informe es un primer paso en la evaluación de nuestra labor legislativa, con el fin de evaluar el trabajo hecho hasta el momento, pero también se presentan los retos a los que nos enfrentamos esta legislatura. Es el momento de mirar hacia adelante y una de nuestras prioridades debe ser la Unión de los Mercados de Capitales, la cual debe basarse en una legislación adecuada y eficaz que armonice los mercados de capital. La UMC no debe basarse en una mayor carga legislativa, sino en la armonización de la legislación vigente. Gracias a la UMC avanzaremos en una mayor integración, además de agrupar y simplificar varias iniciativas en curso; con ello lograremos una mayor coherencia en la legislación de servicios financieros.

Marco Zanni (EFDD), per iscritto. – Gli antichi latini dicevano che errare è umano, ma perseverare (nell'errore) è diabolico: basterebbe questa citazione per riassumere quello che è la *Capital Markets Union*, un pericoloso proseguimento e peggioramento delle caratteristiche e degli ideali perversi che ci hanno portato nella crisi in cui siamo ancora bloccati da molti anni. Consegnare le chiavi dell'economia alle mani della finanza è quanto di più sbagliato si possa immaginare, ed è purtroppo proprio quello che l'Unione europea vuole fare attraverso questo progetto (di unione dei mercati dei capitali): a questo punto bisogna ammettere che ci sia una responsabilità precisa in tutto questo da parte dell'Unione, ed è una responsabilità dolosa, perché fatta con la consapevolezza di voler distruggere ulteriormente il già martoriato tessuto economico europeo. Le nostre imprese non hanno bisogno di strumenti finanziari sofisticati o rischiosi, ma di un sistema di credito sicuro, stabile ed efficace, come è stato dal dopoguerra fino allo scoppio della bolla finanziaria. La CMU interessa solo a chi vuole speculare, a quanto pare con il sostegno e il supporto dell'Unione europea.

19. Externe Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen (kurze Darstellung)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Barbara Matera, en nombre de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género, sobre factores externos que representan obstáculos para el emprendimiento de las mujeres europeas (2015/2111(INI)) (A8-0369/2015)

Barbara Matera, relatrice. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, arriviamo alla fase conclusiva di un lavoro che mi ha vista impegnata per molti mesi. Il tema dell'imprenditoria femminile è di estrema attualità in un'Europa che a fatica si riprende da una delle più acute crisi economico-finanziarie della sua storia.

Ringrazio le *shadow rapporteur* per il loro spirito costruttivo che ha accompagnato il testo in tutte le fasi. Ho adottato una strategia che ha coinvolto le altre forze politiche fin dal principio della stesura della mia relazione. Siamo riuscite a elaborare una posizione trasversale e che non ha visto divisioni. Non abbiamo avuto bisogno di fare neanche uno *shadow meeting*. Ringrazio tutte voi, colleghe, per la voglia che ci ha accomunato di rendere le donne protagoniste della ripresa economica.

Ho investigato, studiato e ricercato le ragioni di quelli che sono i fattori esterni che rappresentano ostacoli all'imprenditoria femminile che nell'Unione europea è ferma al 30%. Il processo di emancipazione femminile che nei secoli ha visto le donne portare avanti dure battaglie per raggiungere la parità di trattamento, non ha ancora raggiunto il suo scopo ultimo, la parità in tutti gli ambiti. Tra i maggiori ostacoli che ritroviamo e che hanno dato vita alla necessità di redigere questa relazione, troviamo ragioni sociali, economiche e psicologiche. Le donne sono vittime troppo spesso di stereotipi arcaici, che le vedono emarginate a ruoli di secondo piano e troppo poco spesso di comando. Le donne devono pensare alla famiglia, ai bambini e agli anziani. Come se la maternità fosse considerata un ostacolo e non il coronamento della propria vita.

Nonostante le tante direttive che obbligano a non discriminare in base al genere per quanto riguarda l'accesso ai servizi e alla parità di trattamento, le donne sono spesso vittime di discriminazione nel momento di accedere al credito. Ecco perché credo che ci sia bisogno di educare le nostre giovani allo spirito d'impresa, al rischio e anche alla volontà di indipendenza e di fare impresa.

Il testo che voteremo domani si concentra su 5 fondamentali aree tematiche: 1. Innanzitutto la questione principale è l'equilibrio tra vita privata e vita professionale, che rappresenta, purtroppo, uno dei principali freni che le donne europee incontrano al momento di fare impresa. In questo senso ho proposto che ci sia una razionalizzazione vera della possibilità che i fondi europei mettono a disposizione per garantire assistenza ad anziani e babysitting per i bambini; 2. In secondo luogo, nel secondo capitolo, sono convinta che lo scambio di buone pratiche, l'attività di networking e l'educazione imprenditoriale siano tasselli importanti, da ciò lo sviluppo di una piattaforma europea per l'imprenditoria femminile; 3. La vera barriera nel capitolo 3 per le donne è rappresentata dall'accesso al credito e sono convinta che una maggiore implementazione della direttiva per la parità di accesso ai servizi sia divenuta indispensabile. Le banche devono trattare tutti allo stesso modo e non prediligere i progetti d'investimento al maschile; 4. Penultimo capitolo: sono convinta che una cultura imprenditoriale vada istillata nelle menti dei nostri ragazzi e quindi incoraggiare le ragazze e le donne a prendere in considerazione carriere nel mondo della finanza; 5. Ultimo capitolo, le donne devono essere inclini non solo a lavorare nel settore sociale ma, come dicevo, ad aprirsi anche alle nuove tecnologie e anche all'economia verde.

E allora, signor Presidente, sono conclusi i minuti a mia disposizione, invito tutti i colleghi domani a votare positivamente per questa relazione, per un'Europa più inclusiva e concludo con le parole di Oriana Fallaci, una scrittrice italiana che a me piace tantissimo, «Essere donna è molto affascinante. È un'avventura che richiede coraggio, una sfida che non annoia mai». Chiedo a tutte le colleghe a non annoiarsi mai come con me.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Először is gratulálni szeretnék Barbara Matera képviselő asszonynak a kiváló jelentéséhez. Nagyon fontos ez a téma, szívügyemnek tartom én is a nők segítségét a vállalkozási tevékenységhez. Nem csak azért, mert rejtett potenciál a gazdasági növekedés és fejlődés szempontjából, hanem azért, mert a nők kibontakozásának, a női önmegvalósításnak ez egy fontos eszköze lehet. Fontos a nőknek az ösztönzése is, támogatása is a vállalkozói karrier építésében.

Vannak azonban akadályozó tényezők, mint ezt a jelentés kiválóan taglalta. Ezek egyik például, ami kiemelt jelentőséggel kell bírjon, a finanszírozási lehetőségeknek a megteremtése, az üzleti lehetőséghez való jobb hozzáférés. Támogatom a hálózat kialakítását, mert egy jó gondolatnak tartom. Egy olyan know-how, amit ki kell használni.

Néhány szót a szociális vállalkozásokról. Bár kétségtelen fontosak ezek a vállalkozások, mégsem gondolom azt, hogy egyedüli eszköze kell legyen a női vállalkozási formának, a női vállalkozók számára az egyedüli lehetőséggel kellene bírjon. Nem csak azért, mert kérte képviselő asszony, hanem azért mert a jelentés fontos, ezt támogatom, és holnap ezt szavazatommal is meg fogom erősíteni.

Viorica Dăncilă (S&D). – Domnule președinte, abordarea problematicii egalității de gen nu presupune doar eforturi pentru promovarea egalității ca principiu, ci necesită punerea în aplicare a unor măsuri specifice pentru promovarea de către statele membre a unor acțiuni multiple pentru acordarea de asistență și consiliere pentru femeile care decid să devină antreprenoare. Pentru aceasta, femeile au nevoie de facilități și acces simplificat la finanțare și alte tipuri de sprijin, de reducere a birocrăției și eliminarea altor obstacole din calea societăților recent înființate.

În acest context, statele membre trebuie să examineze sistematic măsurile și politicile privind promovarea unei culturi antreprenoriale în programele de educație și de formare, să sensibilizeze femeile cu privire la oportunitățile de formare antreprenorială și să le asigure acestora șanse egale cu cele ale bărbaților în domeniu, precum și posibilitatea de a avea o carieră reușită; și nu în ultimul rând, vreau să felicit raportarea pentru abordarea avută.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, poduzetništvo i poduzetnički mentalitet moramo poticati i kućnim odgojem i kroz obrazovni sustav, među svim uzrastima i pripadnicima oba spola. Samo tako europska ekonomija može očekivati buduću rast i ostanak na svjetskom vrhu.

Poduzetništvo je među ženama nešto slabije rašireno nego među muškarcima i tu leži ogroman potencijal. No, nipošto ne mogu podržati preporuke koje pozivaju na dijalog među institucijama u cilju utvrđivanja najboljih načina kako da se provedu politike ravnoteže između poslovnog i privatnog života, kao i ravnopravna raspodjela obiteljskih odgovornosti.

To nije posao institucija ni političara. Obitelj je najintimnija ljudska sfera u kojoj odluke moraju donositi žena i muškarac u dogovoru sa svojom djecom, a ne politika. Granica uplitanja politike u živote građana mora se znati, a ona je u ovome izvješću prijeđena.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor Presidente, quiero agradecer a la señora Matera el trabajo realizado y quiero decir que el emprendimiento, el autoempleo, la actividad de las llamadas mujeres autónomas son otro aspecto de la actividad económica marcado por la desigualdad. Las mujeres consideran estas opciones menos atractivas que los hombres, las desarrollan en peores condiciones de financiación y, en general, en sectores de menor valor añadido. Deben superar, además, más problemas de conciliación y personales, con lo que la aportación femenina en este ámbito no aprovecha todas las potencialidades existentes y perdemos talento y oportunidades.

Por eso, necesitamos datos objetivos que nos permitan mejores diagnósticos, políticas específicas en educación, financiación, conciliación y orientación, hacer frente a los problemas más evidentes y seguir combatiendo estereotipos. El primero, pensar que la desigualdad solo nos perjudica a las mujeres. Y ese es el primer error, porque con la desigualdad, señor Comisario, perdemos todos. Espero, por tanto, que actuemos en consecuencia.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, como consequência das políticas liberais, a dolorosa realidade demonstra que o desemprego, a pobreza e a desigualdade têm rostos femininos. Em todos esses indicadores, as mulheres aparecem sistematicamente à frente dos homens. Procurar combater esta realidade com esta nova e moderna panaceia do empreendedorismo é totalmente ilusório – pretende curar a doença com o agente responsável pela mesma doença.

O problema da discriminação de género no emprego combate-se com uma legislação progressista que promova o emprego de qualidade, estável e bem remunerado. Não podemos promover a precariedade, que gera o desemprego feminino, e depois vir aqui defender o empreendedorismo feminino. Se queremos igualdade de género, temos de criar condições para todas as mulheres para uma cidadania plena. Isto implica a segurança no emprego, o combate a todas as práticas de discriminação de género e serviços públicos de qualidade que possam assegurar saúde e educação a todas as crianças. Não é, infelizmente, o atual rumo da política da União Europeia, mas sê-lo-á, um dia, com a luta das mulheres e de todos os trabalhadores.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Jonathan Hill, Member of the Commission. – Mr President, I would like to start by thanking Ms Matera for the work that she has done with this report. As we have heard, and as we know, it is SMEs which will be the engine for job creation in Europe, and to unlock the full potential of our economy we need to unlock the creativity and entrepreneurial potential of our whole workforce of women and men – and yet we know that entrepreneurship is less popular among women than men. Sixty-three percent of women say that it has never crossed their mind to start a business, compared to 52% for men, and as we heard, among the key barriers that hinder women there are stereotypes, sometimes lack of confidence, and difficulties in accessing finance and business networks. That is why the role of education is so important and why it makes sense for Member States to include entrepreneurial learning at all levels of education.

Studies show that women are different not only in the motivations that drive them into business but also in the way that they manage an enterprise. In particular, women take more calculated business risks than men, and usually, of course, such economic behaviour leads to a lower rate of failure and to more sustainable enterprises. Yet despite that, women find problems in getting hold of the financing that they need. One way forward could be specific programmes for investors to understand women's entrepreneurship, and also the use of role models has been shown to produce great results, especially when it is linked to tailor-made mentoring and support services.

To encourage women to enter the entrepreneurial world, the Commission has already taken a number of steps, such as the European Network of female entrepreneurship ambassadors and the creation of a network of mentors. But we want to do more, so this year we will launch an online platform for women of all ages who want to start, run and grow a business. The platform will provide training, mentoring, advice and business networking opportunities for women. It is meant to be a one-stop shop for female entrepreneurs. It will enable them to get in touch with other organisations, to enter into existing networks and to find information on funding. Thanks to a pilot project from Parliament, we also want to increase access to alternative sources of funding by creating a network of women business angels.

In addition, as we have heard, women can play an important role in social entrepreneurship, and the Commission, via its expert group on social entrepreneurship, is working with interested parties to improve the situation of social enterprises in Europe.

Finally we all know that, to support female entrepreneurs, we need to create an environment within which they can make the most of their potential. That is why we work together with Member States to ensure that issues like childcare and facilities for care of the elderly are addressed across Europe. Europe needs all of its talent, and I can assure you that the Commission will continue to work hard to promote and support female entrepreneurship and that this report from Parliament will help guide us in that task.

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana martes 19 de enero de 2016.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – Para recuperar el crecimiento y lograr un alto nivel de empleo, la UE necesita más emprendedores y, sobre todo, más emprendedoras, porque las diferencias entre hombres y mujeres son enormes: las mujeres representan solo el 31 % de todos los trabajadores por cuenta ajena en la UE. Los dos obstáculos principales a los que se enfrentan las mujeres emprendedoras son la dificultad de conciliar la vida familiar y laboral y los problemas de acceso a la financiación, que en algunos casos suponen una discriminación por género y que muchas veces obedecen a estereotipos machistas que consideran el liderazgo como una cualidad exclusivamente masculina. Una vez más debemos hacer hincapié en la importancia de más y mejores políticas de conciliación que faciliten la incorporación de las mujeres al mundo laboral. También resulta esencial que se facilite y se simplifique el acceso a la financiación. Es nece-

sario, asimismo, crear redes europeas para mujeres emprendedoras, intercambiar las mejores prácticas y promover una cultura emprendedora en la educación y la formación que luche contra los estereotipos sexistas y aliente a las mujeres a elegir carreras en el ámbito de las ciencias, las nuevas tecnologías y las finanzas.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Puno aktivnosti je poduzeto s ciljem jačanja ženskog poduzetništva, smanjenja nezaposlenosti i samozapošljavanja, ali one se nisu pokazale učinkovitima i ne možemo biti zadovoljni postignutim jer je zaposlenost žena i dalje ispod 60%, daleko od ciljanih 75%. Od ukupnog broja samozaposlenih u EU-u je svega 34,4% žena, a njihov je dohodak i dalje niži od muškaraca. Istim mjerama ne možemo doći do novih rješenja. Nije dovoljna jednokratna financijska potpora i olakšice, već je nužna dugoročna društvena potpora i podrška kako bi žene mogle graditi karijeru u poduzetništvu i uskladiti privatni i poslovni život. Osiguranje kvalitetne skrbi o djeci i sustav obrazovanja za to su ključni, a uz to ženama je važno omogućiti lakši pristup financijskim sredstvima i realizaciji poslovnih ideja.

Podržala sam Izvješće zastupnice Barbare Matera koja traži novi, holistički, pristup poticanju poduzetništva žena. Važno je žurno donijeti konkretne mjere i odgovarajući zakonodavni okvir koji će rezultirati povećanjem udjela žena na tržištu kao i učinkovitim korištenjem primjerenih instrumenata i poticaja, uključujući EU fondove, kako bi se omogućila kvalitetna skrb za djecu i druge uzdržavane osobe, fleksibilno radno vrijeme, potpunu zaštitu socijalnih prava i mjere za postizanje stvarne ravnoteže i ravnopravnosti u usklađivanju obiteljskih i poslovnih obveza.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραπτώς.* – Η γυναίκα επιχειρηματικότητα στα κράτη-μέλη της Ε.Ε. χαρακτηρίζεται από αρκετά χαμηλά ποσοστά σε σχέση με την επιχειρηματικότητα στους άντρες. Πρόσφατα, τα ποσοστά αυτοαπασχόλησης των γυναικών στην Ευρώπη ήταν μόλις 31%, ενώ τα ποσοστά μερικής απασχόλησης των γυναικών ήταν 30% έναντι 10% των ανδρών. Σε χώρες που πλήττονται από τη μερκελική λιτότητα, όπως είναι η Ελλάδα, το ποσοστό ανεργίας των γυναικών το πρώτο τρίμηνο του 2015 έφτασε το 30,6% έναντι 23,5% των ανδρών, με τις γυναίκες να αμείβονται με 16% χαμηλότερους μισθούς από αυτούς των ανδρών. Επιπλέον, με το νέο αντιασφαλιστικό νομοσχέδιο που προωθεί η τρόικα κλείνει κάθε προοπτική για την επιχειρηματικότητα των γυναικών μιας και οι γυναίκες ελεύθεροι επαγγελματίες θα διαθέτουν πάνω από 80% του ετήσιου εισοδήματός τους για ασφαλιστικές εισφορές και φόρους. Έτσι χιλιάδες γυναίκες βγήκαν στους δρόμους για να διαμαρτυρηθούν ενάντια στην τρόικα. Επιπλέον, οι αγρότισσες παίρνουν τη σκυτάλη αφού ασφαλιστικό και φορολογικό διαλύουν την αγροτική παραγωγή, εξανεμίζουν το αγροτικό εισόδημα, αποκλείουν τις αγρότισσες από την αγορά εργασίας και μειώνουν τις συντάξεις τους.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně.* – Dnes jsme se zabývali debatou o překážkách v podnikání žen. Téma je to sice zajímavé, nicméně jej nepovažuji za klíčové. Situaci žen, které jsou nejčastěji ohroženy chudobou, mají větší problémy na trhu práce než muži a problém, jak zkombinovat osobní, rodinný a profesní život, to jsou určitě palčivější problémy, které ženy „pálí“ mnohem více než otázka možnosti jejich podnikání. K obsahu této zprávy se stavím od počátku skepticky, neboť podle mě nepředstavuje žádné řešení naznačených problémů. Ani se nedomnívám, že řešením k posilování práv žen by měla být jejich zvýšená angažovanost v soukromém podnikání. Toto podle mě není řešení.

Claude Rolin (PPE), *par écrit.* – Il faut mettre en place des stratégies concrètes à l'échelon national et régional afin d'encourager la culture entrepreneuriale des femmes. Je m'inquiète du taux d'entrepreneuriat anormalement bas chez les femmes: en 2012 les femmes représentaient à peine 31% des entrepreneurs (10,3 millions) dans l'UE-28 et l'entrepreneuriat féminin avait plus souvent tendance à porter sur des secteurs considérés comme moins rentables.

Dans ce contexte, j'invite la Commission et les États membres à supprimer les obstacles qui entravent l'entrepreneuriat féminin, qu'ils soient sociaux ou économiques; et je demande à la Commission de proposer, avant la fin de l'année 2016, des mesures concrètes (y compris des propositions législatives) visant à accroître la participation des femmes au marché du travail grâce à l'amélioration de l'équilibre entre vie professionnelle et vie privée.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Enakost spolov je ena izmed pomembnih načel sodobne demokratične družbe. Ženskam in moškim omogoča enako udeležbo na vseh področjih javnega in zasebnega življenja.

Tako kot v zadnjih letih uvajamo uravnoteženo zastopanost spolov na področju političnega udejstvovanja, tako tudi potrebujemo uravnoteženo zastopanost spolov na gospodarskem področju. Številne raziskave s tega področja dokazujejo, da upravni odbori, ki so spolno uravnoteženi, z bistveno bolj celovitimi odločitvami dosegajo boljše rezultate, saj upoštevajo želje in pričakovanja tako ženske kot tudi moške populacije.

Pozdravljam poročilo, ki poziva Komisijo, naj zagotovi popolno vključevanje načela enakosti spolov v vse prihodnje politike na področju podjetništva.

20. Bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (kurze Darstellung)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Marek Plura, en nombre de la Comisión de Empleo y Asuntos Sociales, sobre políticas de competencias para combatir el desempleo juvenil (2015/2088(INI)) (A8-0366/2015)

Marek Plura, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Na wstępie pragnę serdecznie podziękować wszystkim kontrsprawozdawcom za świetną współpracę, ich wkład w powstanie prezentowanego sprawozdania oraz pełną zaangażowania pracę nad poprawkami kompromisowymi.

Dziękuję profesorowi Krasnodębskiemu za przygotowanie wyważonej opinii Komisji Kultury i Edukacji, a także wszystkim kolegom i koleżankom, którzy złożyli poprawki. Państwa uwagi przyczyniły się do rozwinięcia i uzupełnienia przedstawionego sprawozdania.

Kluczowym elementem sprawozdania na temat strategii nabywania umiejętności służących zwalczaniu bezrobocia wśród młodzieży jest podkreślenie znaczenia lepszego przygotowania absolwentów do wymogów na rynku pracy. Konieczne jest realne partnerstwo pomiędzy sektorem edukacji a biznesem, a także włączanie samej młodzieży we wszystkie działania na rzecz poprawy jej sytuacji na rynku pracy. Istnieją w tej dziedzinie dobre praktyki, jednakże konieczne jest ich upowszechnienie.

Moje sprawozdanie podkreśla też rolę małych i średnich przedsiębiorstw w tworzeniu nowych miejsc pracy oraz fundamentalne znaczenie kształcenia umiejętności związanych z przedsiębiorczością od najmłodszych lat i promocji przedsiębiorczości. Ponadto sprawozdanie zwraca uwagę na rolę umiejętności kluczowych, w tym umiejętności związanych z nowymi technologiami, i znaczenie łączenia kształcenia teoretycznego ze stażami i praktykami zawodowymi.

Sprawozdanie podkreśla też znaczenie większej elastyczności systemów edukacji i kształcenia ustawicznego oraz znoszenia barier w uzupełnianiu wykształcenia i przekwalifikowywaniu. Zwraca ono uwagę na niedostateczne wykorzystanie możliwości kształcenia umiejętności w miejscu pracy.

Innym ważnym aspektem jest wyrównywanie szans poprzez wspieranie młodzieży z grup nieuprzywilejowanych, między innymi z rodzin dotkniętych ubóstwem, emigrantów, a także młodych osób niepełnosprawnych w uzyskiwaniu odpowiednich umiejętności zawodowych i społecznych i w pełnym wykorzystywaniu ich własnych możliwości.

Na koniec zwróciłem uwagę na fakt, że potencjał, talenty a także wartości i priorytety młodzieży wychowanej w dobie szybkiego postępu technologicznego różnią się znacznie od tych charakteryzujących poprzednie pokolenie. Moim zdaniem jest to jedna z przyczyn, dla których potencjał młodego pokolenia wciąż nie jest w pełni rozumiany i wykorzystywany. Dlatego warto inwestować w programy, które ułatwiają pracodawcom i służbom zatrudnienia lepsze zrozumienie walorów, możliwości i potencjału młodego pokolenia.

Jutro będziemy głosowali nad tym sprawozdaniem. Jestem przekonany, że nasza wspólna praca przyczyni się do lepszego ukierunkowania działań wspierających szansę młodzieży na rynku pracy, a wnioski ze sprawozdania staną się inspiracją do dalszych prac. Dramatyczny poziom bezrobocia młodych jest dziś bowiem jednym z najpoważniejszych zagrożeń dla społecznej i ekonomicznej przyszłości Europy.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Андрей Новаков (PPE). – Винаги, когато заговорим за младежка безработица, чуваме едно и също: младите трябва да правят „това“ или младите трябва да правят „онова“. Истината е, че младите хора нямат нужда от повече съвети. Те имат нужда от силна подкрепа и воля.

Аз вярвам, че Европейският съюз е тесен за талантливите млади предприемачи. Ето защо „Еразъм за предприемачи“ трябва да работи от европейско ниво на световно. „Еразъм за предприемачи“ трябва да стане световна програма. Само тогава родените в България, Хърватска или Германия ще са конкурентни на тези в Америка или Русия, Бразилия или Китай.

Рекламата на младежките програми трябва да става на езика на младите хора и на местата, където са те: в социалните мрежи, в YouTube, Facebook или Tweeter, а не на прашни табла в бюрата по труда. Постоянно слушам, че ние, моето поколение, сме загубено поколение. Не е истина и спрете да го повтаряте, защото младите хора са гръбнакът на нашето „утре“, гръбнак, а не опашка.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, youth unemployment across Europe is a long-term time bomb, damaging individuals and society for years to come. Eradicating youth unemployment should be at the heart of our economic and industrial policies, and there is no excuse for sacrificing our young people. My home region, the North-East of England, has some of the highest youth unemployment figures in the UK, and as a result we qualify for extra funds from the EU Youth Employment Initiative.

EU funds and the ideas in this report can support falling youth unemployment by creating opportunities for our young people, and certainly training, good apprenticeships and investment in education are crucial. But we should avoid demonising our young. It is a lack of decent jobs which needs to be addressed. For many more young people, it is not skills but breaking the cycle of precarious temporary jobs that is needed. Youth employment measures should create good jobs. Low pay, exploitation and zero hours contracts are creating a new social time bomb. We must act to deactivate it if we want to activate our young for the future.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, από τη στιγμή που η Τρόικα άρχισε να εφαρμόζει τις μνημονιακές πολιτικές, το ποσοστό της συνολικής ανεργίας αλλά και της ανεργίας των νέων στην Ελλάδα κατέστη το υψηλότερο στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Επίσης, πρόσφατες εκδόσεις του ΟΟΣΑ τοποθετούν την Ελλάδα στην πρώτη θέση παγκοσμίως σε ποσοστό ανέργων πτυχιούχων με 19,4% , και τούτο ενώ η χώρα βρίσκεται στη λίστα των δέκα εξυπνότερων του κόσμου με γνώμονα τον αριθμό πτυχιούχων στους τομείς των τεχνολογιών και της επιστήμης.

Όπως είναι αναμενόμενο, η κατάσταση αυτή ωθεί χιλιάδες νέους στην αναζήτηση εργασίας στο εξωτερικό και ιδιαίτερα στις χώρες δανειστές, όπως η Γερμανία, οι οποίες βρίσκουν ένα φτηνό και υψηλά καταρτισμένο εργατικό δυναμικό χωρίς να έχουν ξοδέψει ούτε ένα ευρώ για την εκπαίδευσή του. Τα πρωτοφανή αυτά φαινόμενα αποικιοκρατικής αφαίμαξης εγκεφάλων (brain drain) θα καταπολεμηθούν μόνο με την κατάργηση των μνημονίων που θέτουν τις οικονομίες της ευρωπαϊκής περιφέρειας σε καθεστώς ομηρίας από τους δανειστές αφού απορροφούν την κύρια πηγή πλούτου τους, δηλαδή τους ανθρώπους τους.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, želim iz ovoga izvještaja naglasiti onaj dio koji govori o potrebi partnerstva obrazovnog sustava i gospodarstva. Govori se o industriji, a ono čemu ja želim posebno dati naglasak je svakako turizam, gdje se mladi ljudi mogu čak i s malim kvalifikacijama vrlo lako ili puno lakše zaposliti. Naravno da je tu pitanje zapošljavanja u malom i srednjem poduzetništvu pogotovo atraktivno.

Međutim, ono zbog čega sam htio uzeti riječ je upravo da naglasim dva moguća elementa. Prvo je samozapošljavanje mladih. Mislim da tu trebamo učiniti sve da potaknemo mlade na samozapošljavanje i time i na jednu vrstu odgovornosti u svom životu. Drugo pitanje je mikrofinanciranje, dakle mogućnost da se malim kreditima financiraju mladi i poduzetnički projekti za mlade. Mislim da su to dva elementa koja mogu ući u ovaj izvještaj i dati doprinosa zapošljavanju mladih.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, está à vista de todos, nas taxas de desemprego na casa dos 30 %, ou mesmo superiores, o que podem os jovens esperar desta União Europeia. As políticas e as imposições da União Europeia, particularmente nos últimos anos, nos países intervencionados pela troika, têm vindo a condenar os jovens ao desemprego, à precariedade e à emigração forçada.

As políticas de desregulação laboral, os baixos salários, a desresponsabilização do Estado pelas políticas de emprego, a mercantilização do ensino, com o aumento dos seus custos de frequência, e a prevalência da dita aquisição de competências e da orientação para o mercado em detrimento da formação integral do indivíduo: tudo isto contribui para a situação dramática hoje vivida por milhões de jovens trabalhadores.

Não nos venham, por isso, vender falsas soluções, como o empreendedorismo, essa nova banha da cobra do neoliberalismo, ou a dita mobilidade, outro nome para a emigração forçada. A solução é romper com estas políticas, romper com quem as impõe. Disso depende o presente e o futuro dos jovens.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej gre za vprašanje, ki tare Evropo vrsto let pred krizo, med samo krizo in tudi v zdajšnjem času.

V zadnjem letu in pol te sestave Parlamenta smo veliko krat govorili o težavah mladih pri zaposlovanju in dejstva govorijo sama za sebe: veliko mladih je brezposelnih po celi Evropi, Evropska komisija se trudi s svojimi programi, namenja določena sredstva, ampak vse to očitno ni dovolj.

Ker seveda ni dovolj samo dati sredstva, ampak treba jih je dati v kvalitetna, trajna delovna mesta.

Žal se premalo mlade vključuje v te procese oblikovanja programov za zmanjšanje nezaposlenosti in pa seveda to, kar so kolegi že prej rekli, prekarnost, odvisna delovna mesta, v nekaterih državah je stopnja prekarnosti med 15. in 25. letom mladih več kot 40, 50, 60-procentna, in to ustvarja negotovost mladih pri ustvarjanju družine, zagotovitvi stanovanja in v seveda določenih podjetniških iniciativah.

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, youth unemployment in Europe has reached scandalous levels, and this has two main causes. One is the European single currency, and the other is over-regulation on business.

Britain is not in the euro, but we do get the over-regulation. We also get large numbers of EU migrant workers fleeing their own floundering economies. Recently I had a conversation with a young Englishman in London. He was doing low-paid casual work on building sites. He told me that he was told to take a pay cut or he would be replaced by a cheaper Eastern European. Those at the bottom end of the economic scale cannot compete with cheap labour that will work for next to nothing per hour and live many to a house. Britain's young people should defend their future by voting to leave the European Union in the coming referendum.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Jonathan Hill, Member of the Commission. – Mr President, I would like to start by thanking Mr Plura for his report. As we have heard, youth unemployment is obviously one of the biggest challenges that we face in Europe, and if we are going to fight it effectively, we clearly need to get better at matching young people's skills to what employers need. The Commission agrees that better cooperation – better partnership, as was said – between businesses, between education and training providers and local authorities, could help make skills training more relevant to what employers actually need. And with that in mind, increasing apprenticeships and workplace training is key. High-quality traineeships can help smooth the transition from education to employment, and we need to find ways that, for skills acquired outside traditional education, for example through volunteering or on-line learning, can themselves be better recognised.

The youth guarantee remains a priority for the Commission, and the Commission will report on its implementation in October, and this will include an assessment of how well Member States have met the requirements of a quality framework for traineeships. To help Member States speed up the fight against youth unemployment, the Commission has proposed to increase the pre-financing for the Youth Employment Initiative from 1%-15% to 30%, and this was quickly accepted by the Council and Parliament and represents an advance payment to Member States of around EUR 1 billion.

Other concerns set out in the report include the importance of promoting equal opportunities, of entrepreneurship and flexibility in education and training provision. These are all areas and concerns that the Commission shares, and work here is in progress. Last year we set priorities to improve cooperation on vocational education and training, and in the education and training 2020 framework. In November the Commission launched a cooperation initiative with businesses and other interested parties on a pact for youth. With business help, over the next two years this pact will deliver 10 000 business education partnerships and 100 000 new opportunities for young people: entry-level jobs, good quality apprenticeships and traineeship opportunities. And this comes on top of what has been achieved through the

European Alliance for Apprenticeships that in June led to employers promising an additional 140 000 apprenticeships.

The Commission is working on a new skills agenda for Europe that my colleague intends to publish this year. We want this agenda to include tangible actions to improve the relevance of education and training across Europe, and your report will be a great help to frame our work in this area.

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar el martes 19 de enero de 2016.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – Actuellement, plus de 7 millions de jeunes de 15 à 24 ans ne travaillent pas, ne suivent pas d'études et ne sont pas en formation. Pour nombre d'entre eux, victimes de la crise bancaire et libérale, le manque de compétences est un obstacle structurel à l'accès à un emploi durable qui leur permettra de mener un projet de vie. Extrêmement impliqué dans cette lutte pour l'emploi pour Farciennes, je vois chaque jour les conséquences humaines que cela peut engendrer. J'ai dès lors soutenu ce rapport, qui souligne que le développement des compétences individuelles et la diffusion des connaissances et des aptitudes représentent un des éléments des politiques sociales et de l'emploi intégrées. Il est évident que les écoles, les organismes de formation et, évidemment, les entreprises doivent faire de cette lutte pour l'emploi une priorité. Mais le contexte socio-économique global est également essentiel. La Commission a lancé l'opération Garantie jeunesse, c'est à souligner. Mais elle ne peut reprendre d'une main ce qu'elle donne de l'autre et doit s'engager dans une véritable politique de relance basée sur l'investissement qui permette de faire reculer le chômage et la pauvreté et donne enfin des perspectives d'avenir à des millions de jeunes Européens.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A migráció mellett jelenleg az ijesztően magas ifjúsági munkanélküliség jelenti az EU egyik legsúlyosabb problémáját (Magyarország az EU-átlagnál (22%) 1,5%-kal jobb mutatóval rendelkezik), ami körülbelül 5 millió fiatalt érint. Ugyanakkor 2 millió betöltetlen állás van Európában. Ez a helyzet súlyos kockázatot hordoz magában az EU társadalmi kohéziója és gazdasági fejlődése tekintetében. A ma elfogadott jelentés célja, hogy az Európai Unió még hatékonyabb választ adhasson arra, hogy ez az ötmillió fiatal mielőbb állást találhasson. A jelentés sürgeti a tagállamokat, hogy az iskolából a munkaerőpiacra történő átmenet megkönnyítése érdekében hajtsanak végre sürgős szerkezeti reformokat az oktatásügy területén.

A munkaerőpiacon bekövetkezett változások miatt olyan rugalmasabb oktatási rendszerekre van szükség, amelyek lehetővé teszik a tudás és a készségek kiegészítését és fejlesztését a szakmai karrier minden fázisában. Fontos olyan általános, alapkompenciák, valamint transzverzális készségek és képességek elsajátítása, mint például az információ- és kommunikációtechnológia, matematika, kritikus gondolkodás, idegen nyelvek ismerete, mobilitás, csapatmunkakészség, kommunikáció, amelyek lehetővé teszik a fiatalok könnyebb alkalmazkodását a változó szociális és gazdasági környezetben.

Úgy gondolom, hogy a jelen Európájában igen nagy szükség van olyan megközelítésre, amely támogatja a fiatalokat, például kreativitásuk, kockázatvállalási képességük, kudarckezelésük és felelősségteljes magatartásuk tekintetében. Jelenleg Európában az oktatásszervezésben olyan megközelítésre van szükség, amely támogatja a fiatalok kreativitását, kockázatvállalási és kudarckezelési képességeit, felelősségteljes magatartását.

Martina Dlabajová (ALDE), in writing. – I would like to congratulate the rapporteur, Mr Plura, for his excellent report. The report focuses on key issues that seek to improve skills policies in Europe with a view to fighting youth unemployment. Youth are affected by unemployment more than any other age group – approximately 7.5 million young Europeans are currently neither in employment nor in training. To reduce youth unemployment, several actions should be taken.

First, we need to build stronger partnerships between authorities, educational institutions and businesses to better forecast future skills needs. Second, a new impetus should be given to STEM skills and vocational education. Best practices should be exchanged between Member States. Third, young people's employability can be further improved by adopting new teaching and training methods. Schools should put more focus on soft skills to prepare youngsters for real 'work-life'. Also, entrepreneurship education should be fostered from an early age. Last but not least, it should be the young people themselves who take their future in their hands. The biggest skill that a young man or a woman can have is the sense of initiative and self-responsibility. Only like this can we really strive for the dreams we all have!

Danuta Jazłowiecka (PPE), na piśmie. – Jednym z najistotniejszych problemów Unii Europejskiej od wielu już lat jest ogromne bezrobocie wśród młodych osób. Bieżące problemy przysłoniły nam fakt, iż ponad 4,5 miliona osób w wieku 15–24 lata nie ma pracy, a w niektórych państwach członkowskich stopa bezrobocia w tej grupie wiekowej zbliża się do 50%. Biorąc pod uwagę obecny kryzys uchodźczy należy zakładać, iż problem bezrobocia wśród młodych osób będzie raczej narastał. Jeżeli chcemy uniknąć narastania problemów i swoistego rodzaju gettyzacji, to systemy edukacyjne i szkoleniowe państw członkowskich muszą bardzo szybko dostosować się do tej sytuacji. Z drugiej strony powinniśmy również pamiętać, iż młodzi obywatele Unii zyskają nową konkurencję na rynku pracy i będą wymagali jeszcze silniejszego wsparcia. Dlatego też najbliższe lata będą z pewnością ogromnym wyzwaniem tak dla systemów edukacyjnych, jak i publicznych służb zatrudnienia.

Chcąc przeciwdziałać bezrobociu wśród osób młodych trzeba się skupić na trzech filarach: edukacji formalnej, doradztwie zawodowym oraz programach uczenia się przez całe życie. Tylko skuteczne połączenie tych trzech systemów i dostosowanie ich do sytuacji, w której znalazła się Europa, pomoże nam z jednej strony ograniczyć bezrobocie wśród młodych Europejczyków, a z drugiej – skutecznie zintegrować i włączyć w rynek pracy setki tysięcy młodych uchodźców.

Victor Negrescu (S&D), în scris. – Uniunea Europeană și statele membre trebuie să înțeleagă că soluția pentru combaterea șomajului în rândul tinerilor constă în a lucra cu tinerii. Pentru a face acest lucru, trebuie create mecanismele prin care aceștia sunt sprijiniți să urmeze cariera dorită. De prea multe ori am rămas blocați în șabloane și nu ne-am adaptat schimbărilor structurale. Trebuie să începem să inovăm. Ne trebuie mai mult decât un program, ne trebuie o strategie coerentă care să implice mai ales tinerii. În calitate de tânăr europarlamentar, pot spune în numele celor din generația mea că ne dorim mai mult de la UE. Nu vrem doar un job, ci locuri de muncă decente. Nu vrem să fim o statistică în bugetele marilor companii care beneficiază de deduceri fiscale. Cei 7,5 milioane de tineri șomeri europeni sunt în această situație pentru că statele noastre și UE au uitat să își protejeze cetățenii. Cred că educația și formarea sunt soluția, dar trebuie mai mult decât atât, trebuie să le oferim o speranță reală tinerilor. Din păcate, nu cred că, prin ceea ce a făcut, Comisia Europeană a reușit acest lucru.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Nuorisotyöttömyys on EU:n alueella laskenut viimeisen vuoden aikana. 4,5 miljoonaa nuorta on kuitenkin edelleen vailla työtä tai opiskelupaikkaa. Se on liikaa.

Espanjassa liki puolet nuorista on työttömiä. Saksassa vastaava luku on 7 prosenttia. Näin suuret erot eivät selity pelkästään maiden taloustilanteella.

Meidän onkin selvítettävä, miksi tietyt jäsenvaltiot onnistuvat muita paremmin aktivoimaan nuoria, ja jaettava tätä tietoa jäsenvaltioiden kesken.

Jutta Steinruck (S&D), schriftlich. – Die Bekämpfung der nach wie vor alarmierend hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten Europas ist und bleibt eine Priorität für uns Sozialdemokraten. Wir dürfen es nicht riskieren, eine ganze Generation zu verlieren. Die korrekte Umsetzung und weitere Stärkung der Jugendgarantie und der Jugendbeschäftigungsinitiative ist dabei ein erster Schritt. Ausbildung und Weiterbildung müssen an die neuen Herausforderungen des Arbeitsmarktes angepasst werden. Dabei müssen Unternehmen, Gewerkschaften und Jugendorganisationen in die Ausgestaltung der Programme einbezogen werden.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Nezaposlenost mladih i dalje je jedan od najvećih problema Europske unije. Poduzetništvo mladih je napredovalo, ali i dalje moramo raditi kako bismo ga ojačali i smanjili administrativne prepreke. Tržišni trendovi brzo se mijenjaju, a njih mora slijediti obrazovna politika koja treba adekvatno reagirati na promjene i organizirati obrazovne programe prema potrebama tržišta te se usklađivati s tehnološkim napretkom.

Poduzetništvo mladih nadalje treba poticati i podržati različitim programima potpore, od promocije samozapošljavanja pa sve do finansijskih potpora. Mladi kasno ulaze na tržište rada i potrebno je uložiti velike napore kako bismo smanjili stopu nezaposlenosti. U nekoliko navrata tražila sam pomoć Komisije u rješavanju ovog problema jer su mladi nova snaga koja je potrebna Uniji pa u skladu s tim trebamo dati sve od sebe kako bismo omogućili mladima što lakšu, bolju i bržu integraciju na tržište rada.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Tinerii europeni au nevoie în continuare de ajutorul nostru. 7,5 milioane. Aceasta este cifra care demonstrează, fără nicio urmă de îndoială, că problema șomajului în rândul tinerilor nu este nici pe departe rezolvată. Acești tineri nu au un orizont de așteptare în Uniunea Europeană. 7,5 milioane de tineri între 15 și 24 de ani nu sunt incluși în nicio formă de învățământ și nu au nici un fel de ocupație. Soluțiile sunt în aplicare și implementare de ani de zile și, totuși, nu vedem o îmbunătățire suficientă a situației tinerilor.

Mesajul rezoluției este corect și dezbateră binevenită. Trebuie să investim mai mult acum, nu anul viitor sau în următoarea perioadă, acum, în programe educaționale pentru tineri, în programe care să dezvolte spiritul antreprenorial al tinerilor, în programe de recalificare.

Avem nevoie să ne îndreptăm atenția inclusiv spre categoriile de vârstă de peste 24 de ani. Până la 30 de ani cel puțin, tinerii europeni au nevoie de îndrumare și sprijin. Trebuie să rămânem în permanență conectați la evoluția șomajului în rândul tinerilor, pentru că vedem, inclusiv din rapoartele prezentate de Comisia Europeană, că există suficiente situații în care resursele europene nu au produs rezultatul scontat.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – EU se z nezaposlenostjo mladih neposredno sooča na dva načina: s finančno pomočjo in s politikami za pridobivanje potrebnih spretnosti.

Ta parlament je že sprejel mnogo finančnih okvirov, ki lajšajo položaj mladih pri zaposlovanju. Ne gre samo za shemo Jamstvo za mlade, ampak tudi za mnogo drugih projektov, tudi tistih s področja izobraževanja in usposabljanja, ki se danes združujejo v okviru Erasmus+, ki ga spremljam v vlogi stalnega poročevalca EP. Poleg finančne pomoči se za boljšo zaposljivost mladih v EU trudimo z modernizacijo in prilagoditvijo izobraževanja.

Poročilo kolega Plure poziva k partnerstvu med izobraževalnimi ustanovami in podjetji. Poročilo podčrtuje pomembne zadeve, o katerih v EP govorimo že več let: boljše odzivanje izobraževalnih sistemov na potrebe trga dela, pomen znanj s področja naravoslovja, tehnologije, inženirstva in matematike, pomen kvalitetnega poklicnega usposabljanja ter pomen učinkovitega črpanja evropskih sredstev s strani držav članic. Omeni tudi pomoč mladim pri ustanavljanju lastnih podjetij. Samozaposlovanje mladih ima še posebno vrednost.

21. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

El Presidente. – El siguiente punto son las intervenciones de un minuto sobre asuntos de importancia política (artículo 163 del Reglamento).

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Szilveszter éjszakáján Németország több városának közterületein az ünneplők között elvegyült pár száz migráns más uniós polgárt támadott meg, szexuálisan molesztálta és kifosztotta őket. Vagyis egy szervezett akcióról volt szó. A rendőrség és elsősorban a liberális hírügynökségek és sajtóorgánumok napokig titkolták az inzultus tényét, és azt is titkolni próbálták, hogy voltaképpen kicsodák az elkövetők. Ilyen és ehhez hasonló cselekedetek nem tűrhetők Európában. Szabályaink, törvényeink mindenkire egyformán vonatkoznak. A jogállamiság megléte közös európai értékiink. Legyen az migráns vagy európai, a törvények be nem tartása súlyos jogkövetkezményekkel járjon. Egy pillanatra sem szabad kétségbe vonni az elkövetők felelősségét, és meg kell vizsgálni azt is, hogy rendészeti intézkedésekkel megelőzhetőek lettek volna-e a bűncselekmények. A helyszínen tartózkodó rendőrök miért nem tudták uralni a helyzetet vagy éppen a média nyomásának a hatására nem merték a migránsokat megakadályozni a bűncselekmények elkövetésében. Ne legyenek tabuk, mi pedig ne legyünk vakok!

Viorica Dăncilă (S&D). – Domnule președinte, opinia publică românească, precum și presa din România și-au exprimat în mod repetat îngrijorarea în ultimele luni cu privire la soarta familiei Bodnariu, ai cărei copii au fost luați de la părinți de către serviciile de protecție specializate din Norvegia.

Motivele deciziei autorităților norvegiene sunt neclare. Până la acest moment, nu există informații oficiale privind motivația acestei acțiuni. Lipsa de informații vine din lipsa de transparență a autorităților norvegiene, care nu oferă datele solicitate nici presei, și nici familiei Bodnariu. Deși Norvegia nu este stat membru al Uniunii, Marius Bodnariu, tatăl copiilor, este cetățean al Uniunii Europene și consideră că este important ca acesta și familia sa să fie protejați de normele și instituțiile europene, dincolo de eforturile pe care le fac autoritățile din România.

Fac și aici apel către colegii euro-deputați să sprijine solicitările adresate de noi pentru o implicare directă a reprezentanților instituțiilor europene în clarificarea acestei situații, în beneficiul celor cinci copii ai familiei Bodnariu.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Mr President, two EU institutions decided to put Poland under scrutiny for breaching EU principles. Internal rules were used as legal background instead of the sound EU primary and secondary law. This procedural double fault seems very repressive as well as applying double standards vis-à-vis various EU Member States and their respective nations, as well as vis-à-vis different cabinets of Poland in dealing with the same issues.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, postavljanje žilet žice na graničnoj crti između Hrvatske i Slovenije izazvala je veliko zgražanje građana Hrvatske i Slovenije. Nerazumnoj politici suprotstavljeno je prijateljstvo i dobro susjedstvo, suprotstavljeno je igranje odbojke preko te žilet žice. Žica je postavljena tamo gdje nikad nitko nije prelazio granicu i gdje se nikako ne mogu očekivati imigranti: u Istri i na Kupi i u Gorskom kotaru. To je provokacija, to je neodgovorna politika protiv Europe, protiv Hrvatske i protiv Slovenije.

Danas, potpuno suprotno od očekivanoga ta ista žilet žica se pretvorila u veliku opasnost za život i sigurnost stanovnika pograničnih područja Slovenije i Hrvatske. Zato tražim od Europske komisije da hitno zatraži od Republike Slovenije micanje ove opasne žilet žice, opasne za građane Slovenije i Hrvatske, i tražim od slovenske vlade da se urazumi i da napokon sama počne micati ovu žilet žicu, zato što direktno ugrožava sigurnost građana i prirode Hrvatske i Slovenije.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, ainda sob o manto da densa propaganda em torno da chamada união bancária, eis que rebenta em Portugal mais um escândalo bancário – o do Banif –, revelando a capacidade intrínseca do sistema de regulação e supervisão bancárias, conceitos que, como está bem à vista, não passam de um rematado embuste. No que constitui um autêntico crime económico, depois de mil milhões de euros de recursos públicos despejados no Banif, em 2013, agora, na prática, o Estado português financia em pelo menos 2,5 mil milhões de euros um grande banco estrangeiro para adquirir o Banif e, assim, reforçar a sua presença no mercado nacional.

O Estado funciona como depositário dos prejuízos e agente de limpeza para entregar o banco livre de riscos e de prejuízos ao Grupo Santander, quando podia e devia assumir o controlo público do Banif, assegurando a sua gestão ao serviço dos interesses nacionais. É importante esclarecer cabalmente e apurar até às últimas consequências as responsabilidades da Comissão Europeia neste processo. Com esse objetivo, avançamos já com uma pergunta escrita à Comissão Europeia, que esperamos possa ser rapidamente respondida.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). – Señor Presidente, el fraude cometido por la empresa Volkswagen al trucar cientos de miles de vehículos para falsear sus índices de contaminación es, probablemente, el más grande de la historia de la Unión Europea. Es un monstruoso atentado contra el medio ambiente y la salud pública. Es una estafa para los compradores, que creyeron adquirir un vehículo modélico. Y es una gran estafa contra las administraciones públicas. Solo en el Estado español se vendieron cincuenta mil de estos coches trucados y, como se suponía que eran vehículos limpios, quedaron exentos de varios impuestos. La cantidad perdida por la administración no se ha determinado aún, pero será multimillonaria.

Volkswagen ha recibido, por sus dos plantas en Navarra y Cataluña, trescientos millones de euros de ayudas públicas directas. Dinero de los ciudadanos, que sufren recortes en servicios fundamentales, para una empresa estafadora. La comisión de investigación de este Parlamento debe llegar hasta las últimas consecuencias y exigir responsabilidades. No nos vale con pedir perdón, porque nuestra credibilidad ante la ciudadanía está en juego.

Petr Mach (EFDD). – Pane předsedající, když Česká republika vstupovala do Evropské unie, tak mnozí mí spoluobčané věřili, že členství v Evropské unii sníží korupci, že upevní demokracii v naší zemi, že přinese prosperitu. Nyní musí každý vidět, že tento falešný sen se totálně rozpadá.

Všichni v České republice vidí, že evropské fondy pouze zvýšily korupci. Hlasování proti České republice ve věci migračních kvót ukázalo na pravou nedemokratickou podstatu Evropské unie a ukázalo naprostou odtrženost Evropské komise od toho, co si myslí obyčejní lidé v České republice. Navíc teď vidíme, že ani to rozhodnutí o kvótách nefunguje. Evropský parlament z toho byl úplně vynechán, že je to urgentní, a stejně nebyla Evropská komise schopna nic udělat a je to jenom dobře. Většina občanů ve Velké Británii si zřejmě nyní přeje vystoupení a já se tomu vůbec nedivím.

Mario Borghesio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, si stanno raccogliendo in Italia, a seguito dello scandalo del fallimento di quattro banche locali, migliaia di firme in calce a una petizione indirizzata al Parlamento europeo. Io voglio richiamare l'attenzione del Presidente del Parlamento europeo sulla necessità di spingere il governo italiano a risarcire le vittime di questa, che in realtà è una truffa, perché questi obbligazionisti che hanno investito tutti i loro risparmi, a cominciare da una figura tragica, quella del risparmiatore Luigino D'Angelo, che si è tolto addirittura la vita di fronte a questa drammatica situazione.

Sono migliaia di piccoli risparmiatori che devono essere risarciti al 100%, perché sono stati truffati, in quanto gli sono stati venduti dei titoli che venivano garantiti, venivano venduti dal personale delle banche sostenendo che si trattava di titoli sicuri e nascondendo la realtà che sta emergendo; tra l'altro di questa Banca Etruria, dietro la quale si nascondono personaggi veramente poco puliti. Io raccomando vivamente al Presidente di prendere in esame questa petizione che sta arrivando e che è anche fatta in memoria di questa vittima, la prima vittima del *bail in*, il signor Luigino D'Angelo e anche un pensiero alla sua famiglia.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ/ΑΝΕΛ στην Ελλάδα, αφού ανέλαβε τη βρώμικη δουλειά να υλοποιήσει μνημόνια και ευρωενωσιακές Συνθήκες, ικανοποιεί τώρα την απαίτηση του κεφαλαίου για περαιτέρω κατεδάφιση της κοινωνικής ασφάλισης, απαλλάσσει την εργοδοσία και το κράτος από την ευθύνη τους και προσφέρει φθηνότερη εργατική δύναμη, εξοικονόμηση δισεκατομμυρίων και ενίσχυση στο κεφάλαιο. Κανείς δεν ξεφεύγει – παλιοί και νέοι εργαζόμενοι και συνταξιούχοι, αγρότες, αυτοαπασχολούμενοι, οι γυναίκες και οι νέοι ιδίως που, λόγω περιπλάνησης μεταξύ ανεργίας και ελαστικών σχέσεων εργασίας, θα αρκεστούν όπως η συντριπτική πλειοψηφία σε σύνταξη-επίδομα πείνας σε περασμένη ηλικία. Επικαλούμενη τη βιωσιμότητα των άδειων ασφαλιστικών ταμείων που κατάκλεψαν όλες οι κυβερνήσεις για την ενίσχυση των επιχειρήσεων, στέλνει νέους πελάτες στις ιδιωτικές ασφαλιστικές και, με την οδηγία Solvency II, τις ενισχύει με κεφάλαια για να ξεκοκαλιστούν για μία ακόμη φορά ασφαλιστικά αποθεματικά σε επενδύσεις επιχειρήσεων και χρηματιστήρια. Η κυβέρνηση αποζητά, όπως και για το μνημόνιό της, δημοκρατική νομιμοποίηση του εγκλήματός της από το Ευρωκοινοβούλιο, φέρνοντας στο φως και τον δικό του αντιδραστικό ρόλο. Ο λαός αρνείται την σφαγή του από την κυβέρνηση, οργανώνεται και παλεύει με διαδηλώσεις και γενικές απεργίες για να μη φτάσει το αντιασφαλιστικό έκτροπο στη Βουλή.

Ivan Štefanec (PPE) – Daňová politika významne ovplyvňuje prostredie pre tvorbu pracovných miest a som presvedčený, že zachovanie daňovej suverenity a daňová konkurencia v rámci Unie je tým správnym riešením. Ale v rámci šandardizácie môžeme urobiť oveľa viac. Myslím tým najmä zavedenie jednotnej registrácie dane z pridanej hodnoty. Takáto úprava by pomohla nielen rozvoju elektronického obchodu, ale najmä malým podnikateľom, ktorí zamestnávajú najviac ľudí.

Našu povinnosťou je pomáhať im aj na európskej úrovni. Najlepšou cestou je zjednodušenie administratívy, rovnaké pravidlá a dôsledné využívanie spoločného európskeho trhu. Verím, že jednotná registrácia dane z pridanej hodnoty, tak ako aj zjednodušenie založenia novej firmy za jedno euro cez internet na celom európskom trhu pomôže najviac tým, ktorí to potrebujú, teda malým podnikateľom, tým, ktorí si zakladajú nové firmy, a následne tak občanom, pre ktorých tvoria najviac pracovných miest.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, în țara mea, familia este foarte importantă și, tradițional, copiii și părinții rămân o familie unită și după ce copiii își fac propria familie. Un studiu recent făcut în Marea Britanie arată că țara în care copiii sunt cei mai fericiți este România, Norvegia clasându-se pe locul 6.

Cazul familiei Bodnariu - și al altor familii, nu numai al acestora - a făcut înconjurul lumii datorită modului în care autoritățile norvegiene au înțeles să scoată copiii din familia Bodnariu și din celelalte familii. Părinții nu au primit niciun avertisment și nu s-a respectat procedura de supraveghere fără a scoate, în primul rând, copiii din sânul familiei.

Drepturile copilului sunt reglementate în detaliu în Carta drepturilor fundamentale. Interesul superior al copilului trebuie să primeze în toate acțiunile referitoare la copii. România și Norvegia sunt state semnatare ale Convenției ONU cu privire la drepturile copilului și aceste drepturi trebuie respectate.

Mă întreb: ce facem noi să ne apărăm cetățenii europeni care trăiesc în afara Uniunii Europene? Vreau să întreb: putem să fim o Europă unită? Pot Parlamentul European, Comisia Europeană, comisarul pe aceste probleme să intervină pentru a întregi familia? Sunt mamă și nu pot să accept că pot fi copiii iubiți mai mult decât de părinții naturali, oricine ar fi autoritățile.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, mañana, martes 19 de enero, empieza en Madrid el juicio contra el fotoperiodista Raúl Capín. La Fiscalía pide para él dos años de cárcel. Claramente estamos ante una persecución, una criminalización que forma parte de una estrategia que está siguiendo el Estado español contra medios y periodistas que son críticos.

La misma represión que están sufriendo activistas sociales y sindicalistas; es un ataque al derecho a la información y a la libertad de prensa que se suma a los ataques a la libertad de manifestación y de expresión que estamos viviendo, con la «ley mordaza» como máximo exponente.

A Raúl Capín se le juzga porque, con sus fotos, ha puesto de manifiesto la represión policial que se ha vivido en el Estado español los últimos años. Una represión brutal que ha intentado acallar protestas y manifestaciones contra políticas injustas y crueles. A Raúl Capín se le juzga porque ha publicado fotos como estas (*la oradora muestra varias fotos*). Porque informar no es delito, porque sin fotógrafos no lo ves, exigimos el fin de la represión y el fin también de la persecución de aquellos que denuncian esta represión.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Seveda se moram odzvati na besede gospoda Jakovčiča.

Sam seveda nisem ljubitelj žičnatih ograj na mejah in tudi ogledal sem si dolino Kolpe in videl, kakšno škodo povzroča ta ograja domačinom, seveda tudi živalski populaciji, in kakšne posledice bo imela za prihodnost.

Vendar pa seveda Slovenija ni iz kakšnega posebnega užitka postavljala te ograje, pač pa je bila v to prisiljena tudi zaradi neučinkovite skupne evropske politike za zavarovanje tako imenovanih zunanjih meja.

In seveda opozarjam, da bo to seveda domino efekt, in kot smo lahko slišali bodočega hrvaškega zunanjega ministra, če se to lahko seveda nadaljuje tudi potem na hrvaškem in naprej po celi balkanski poti.

Bi pa seveda želel reči, da tam, kjer seveda ni realne nevarnosti za te migrantske poti, tam seveda je bolje, da ograj ni, vsaj začasno ne.

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, I have had much constituent correspondence about the proposed Firearms Directive amendment, most notably from the Imperial War Museum, the National Army Museum and the Royal Armouries. The proposed amendment would require museums to deactivate or destroy their historical collections, and it would prevent them making further acquisitions. This amendment is a panic reaction to the Paris massacre. How many criminal and terrorist acts have been carried out using antique weapons, we may ask? None, I would guess. These museums asked for an exemption, but any exemption should equally apply to all collectors of antique weapons. UKIP MEPs will certainly support that.

This is just the latest example of my constituents' legitimate interests being damaged by ill-considered and unnecessary legislation. If they do not like it, then I advise them to take up arms – metaphorically, of course – and campaign to leave the European Union in the coming referendum.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, la Commission de Bruxelles vient d'engager une enquête contre plusieurs syndicats d'agriculteurs français, dont la Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles (FNSEA). Elle les soupçonne d'avoir violé l'article 101 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, qui interdit de fausser la concurrence. De très lourdes amendes vont peut-être les frapper. Cette initiative de la Commission est aberrante sur le plan économique et scandaleuse sur le plan humain.

En France, des milliers de producteurs de lait et d'éleveurs sont en train de mourir à cause de décisions catastrophiques de l'Union: la fin des quotas laitiers, l'embargo russe ou encore la création de travailleurs détachés à bas coûts, que les abattoirs allemands ont massivement recrutés. L'été dernier, leurs syndicats ont obtenu de l'État français des mesures d'urgence qui ont permis à beaucoup d'éleveurs de tenir le coup. Il est inadmissible que la Commission leur en fasse aujourd'hui grief. Comme la monarchie sous l'Ancien Régime, l'Union européenne sera balayée par la colère du peuple français. En Bretagne, la révolte a déjà commencé avec les «bonnets roses». «Une révolte? Non, sire, une révolution».

Claude Rolin (PPE). – Monsieur le Président, le président de la Commission a ici même dénoncé l'existence d'un 29^e État: celui de celles et ceux qui sont sans emploi. Nous ne pouvons pas admettre cette réalité. Nous ne pouvons pas tolérer que plus de sept millions de jeunes soient sans emploi et ne suivent ni enseignement, ni formation. Nous ne pouvons pas accepter de voir plus de 10 % des jeunes quitter l'école de façon anticipée. Il existe des systèmes qui facilitent la transition entre l'école et l'emploi. Ces systèmes ont fonctionné et fonctionnent dans certains États membres. Il s'agit de la formation en alternance. Elle fait l'unanimité, y compris au niveau des partenaires sociaux.

Par ailleurs, Erasmus est une véritable réussite sur le plan de la formation et de la mobilité. Ce programme est un véritable incubateur d'Européens pour le futur. Prenons appui sur cette réussite pour répondre au défi de l'emploi des jeunes, en lançant un véritable système d'alternance européenne, en mettant en place un cadre européen pour la mobilité des apprentis.

Quand des solutions existent, nous avons le devoir de les mettre en œuvre.

Claudia Tapardel (S&D). – Domnule președinte, peste 1660 de copii au fost luați de lângă părinții lor în Norvegia anul 2014. Între 3 și 4 copii pe zi sunt separați de părinți, pe motive presupuse de rele tratamente. Oare câți dintre aceștia sunt copii ai Uniunii Europene?

Aduc în fața dumneavoastră un caz care exprimă problema sistemului norvegian de protecție a copilului. Familia Bodnariu și-a pierdut cei cinci copii pe motive insuficient motivate și subiective, invocate de Barnevernet. Fără decizia unei instanțe de judecată, fără transparență decizională și fără a respecta prezumpția de nevinovăție a părinților, cei cinci copii sunt răpiți din sânul familiei. Cazul nu este unul izolat. Este un exemplu de un *modus operandi* abuziv, folosit de autoritățile norvegiene.

Folosesc acest minut pentru a cere implicarea Parlamentului European, a Comisiei Europene, a tuturor instituțiilor europene și a fiecărui coleg în parte, pentru susținerea drepturilor fundamentale ale familiei europene. Cetățenia europeană a tuturor imigranților care trec prin astfel de situații cere atenția noastră. Uniunea Europeană are datoria de a-și apăra cetățenii de orice formă de abuz.

James Carver (EFDD). – Mr President, the legitimacy of the European Union to act as honest brokers in the Middle East peace process has again been brought into question. I was struck by a recent Israeli press article about a prominent NGO, B'Tselem, that campaigns, supposedly, on behalf of Palestinians. It reported that B'Tselem had set up a fake land agency, trapping Palestinians wanting to sell their land to Israelis. They were then reported to Palestinian security services, well knowing that they would likely be killed. That this NGO behaves in such a manner is reprehensible. That this NGO receives EU funding is unforgivable. Last month B'Tselem received EUR 30 000 from the European Endowment for Democracy, whose chair of Board of Governors is Elmar Brok, Chairman of the Committee on Foreign Affairs (AFET), who sits alongside another nine MEPs. I wonder whether EU money is simply being funnelled through the EED to avoid parliamentary scrutiny. Either way, the European Union has blood on its hands.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, Parlamentul și instituțiile europene trebuie să garanteze securitatea cetățenilor din Uniunea Europeană, apreciind astfel că acestea nu pot rămâne pasive în fața sistemului norvegian de protecție a copilului. Prin acest sistem, se dezintegrează familiile care îndrăznesc să își crească copiii potrivit propriilor valori morale.

Astfel, a crede în Dumnezeu constituie un delict de opinie care trebuie pedepsit prin scoaterea copiilor din familiile lor. Acesta este și cazul familiei Bodnariu de la care au fost luați cei 5 copii, dintre care unul de 3 luni, care se afla în perioada de alăptare. Întreruperea bruscă a acestora îi va afecta grav și iremediabil creșterea și dezvoltarea!

Există astăzi peste 3 000 de copii ai căror părinți își caută dreptatea într-un sistem juridic complex, inclusiv la CEDO, iar atunci când o găsesc, statul norvegian refuză de multe ori să o recunoască, din motive greu de înțeles.

Consider, așadar, că, la nivelul Uniunii Europene, trebuie găsite mecanisme prin care autoritățile norvegiene să fie determinate să își revizuiască politica în acest domeniu.

Jonás Fernández (S&D). – Señor Presidente, yo quería llamar la atención de esta Cámara sobre los terribles incendios que asolaron el norte de España en el mes de diciembre y, fundamentalmente, mi circunscripción, Asturias. Más de 453 incendios, la mayoría de ellos provocados —en la noche del 19 al 20 de diciembre hubo 150 incendios activos en el territorio de Asturias—, que tuvieron un gran efecto sobre el conjunto de la región. Yo pude ver desde el terreno, en mi visita al municipio de El Franco, la situación tras el final de esos incendios, pero no quiero particularizar en El Franco, porque el oriente, el occidente, el centro de Asturias, toda la región fue asolada por cientos de incendios -como digo-, en gran medida, muchos de ellos, provocados.

El Gobierno del Principado de Asturias está intentando buscar vías para compensar a las personas, a los hogares que han visto destruidas sus casas, sus terrenos, sus ganaderías. Y estoy convencido de que el Gobierno de la nación, que es el responsable de tramitar esas ayudas de la Unión Europea, hará lo propio. Y yo, desde el Parlamento Europeo, espero ayudar en todo lo que pueda para, al menos, paliar en alguna medida los efectos de estos terribles incendios en Asturias.

Romana Tomc (PPE). – Se opravičujem za prej, ampak tudi jaz bi rada spregovorila tako kot kolegica Gall-Pelcz o tem, kako nesprejemljivo je nasilje, ki smo mu bili v zadnjih obdobjih priča v Evropi.

Za nobeno nasilje ni nikoli opravičila, prav nobeno. Zelo sem razočarana in žalostna, ker berem po spletnih omrežjih, da nekateri takšna nasilna dejanja nad ženskami in otroki celo opravičujejo.

V nekaterih državah članicah so oblasti uvedle posebne tečaje, ki naj bi bili namenjeni izobraževanju migrantov o evropski kulturi. To seveda pozdravljam, ampak mnogo več bo potrebno od tega, celostna integracija.

Zdi se mi pa pomembno še nekaj: tisti, ki prihajajo na naše področje, bodo dobili vso našo pomoč, kolikor jim jo lahko zagotovimo, ampak hkrati pa pričakujemo tudi, da bodo spoštovali našo kulturo, naše običaje, in seveda ne bomo dopustili nobenega nasilja nad Evropejci.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Domnule președinte, stimați colegi, i-ați ascultat pe colegii mei, suntem cu toții, opinia publică din România, scandalizați de cazurile celor șapte familii de români, cel mai cunoscut fiind cazul familiei Bodnariu, tatăl român, mama norvegiană, a cărei cinci copii au fost luați din familie de Serviciul de protecție a copilului, fără o hotărâre judecătorească, printr-o interpretare abuzivă a ceea ce ar fi interesul superior al copilului și printr-o acțiune disproporționată față de situația în fapt, încălcând principiile Convenției internaționale privind drepturile copilului. Nu este prima dată când se întâmplă, Norvegia fiind deja condamnată la CEDO pentru cazuri asemănătoare. Sper ca opinia publică din statele și capitalele europene să se sensibilizeze și să reacționeze și cer implicarea instituțiilor europene, a Comisiei Europene și, în special, a Serviciului European de Acțiune Externă pentru a remedia aceste situații și pentru a convinge autoritățile norvegiene să îmbunătățească cadrul legislativ pentru ca asemenea cazuri să nu mai existe pe viitor.

Francesc Gambús (PPE). – Señor Presidente, señoras y señores diputados, las autoridades españolas decidieron unilateralmente hace diez días poner en riesgo más de quinientas especies de aves y peces, así como la economía de aproximadamente los 60 000 habitantes que viven en el Delta del Ebro.

La aprobación de los planes hidrológicos de cuenca, fuera de plazo, es una afrenta a la autoridad de la Comisión Europea, que ya en repetidas ocasiones ha advertido de los problemas reiterados en los que incurren las autoridades españolas con la aplicación de la Directiva Marco del Agua.

A la vista de los planes hidrológicos aprobados, estamos ante un caso de reincidencia con premeditación puesto que pese a la advertencia de la Comisión de que los caudales ecológicos previstos no cumplen con las necesidades de las zonas protegidas como el Delta, el gobierno los mantiene en los nuevos planes.

En nuestra opinión, la Comisión debería actuar inmediatamente, devolviendo los proyectos a las autoridades españolas. Está en peligro, como dije al inicio, la supervivencia no solo de un ecosistema sino también el día a día de 60 000 ciudadanos europeos. Por ello, debemos actuar ya.

Anna Záborská (PPE) – Chcela by som vyjadriť solidaritu so ženami, ktoré boli v Kolíne a iných nemeckých mestách vystavené násiliu, hrozbám a obťažovaniu. Takéto správanie nebudeme v Európe tolerovať. Máme povinnosť chrániť dôstojnosť každej ženy. Preto nie je dôležité, či tí, ktorí útočili na ženy v Kolíne, boli imigranti alebo občania Európskej únie. Dôležité je konanie, ktoré je neospravedlniteľné. Pri posudzovaní takýchto skutkov musíme používať rovnaký meter na každého.

Udalosti z Kolína ukázali, že výzvy, ktoré sú pred nami, nie sú jednoduché. Pristupujme k nim so všetkou vážnosťou, ale nenechajme sa strhnúť k povrchným súdom, ktoré sú často založené na predsudkoch.

El Presidente. – Con esto se cierra este punto.

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

23. Schluss der Sitzung

El Presidente. – Querría agradecer a los intérpretes el que, una vez más, hayan dado ejemplaridad, con auténtica profesionalidad, habida cuenta de la hora que es, las 23.20 horas. Hemos tenido un retraso considerable, por lo que reitero mi agradecimiento a los intérpretes por su comprensión y buen hacer.

(Se levanta la sesión a las 23.20 horas)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/805

15.1.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 19. JANUAR 2016

(C/2024/805)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 18. bis 21. Januar 2016

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Bilanz des luxemburgischen Ratsvorsitzes (Aussprache)	4
4. Auf dem Weg zu einer Akte zum digitalen Binnenmarkt (Aussprache)	19
5. Abstimmungsstunde	45
5.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Czesław Adam Siekierski (A8-0004/2016 - Heidi Hautala) (Abstimmung)	45
5.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Czesław Adam Siekierski (A8-0005/2016 - Heidi Hautala) (Abstimmung)	45
5.3. Mehrjähriger Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer (A8-0367/2015 - Gabriel Mato) (Abstimmung)	45
5.4. Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik (A8-0368/2015 - Werner Langen) (Abstimmung)	45
5.5. Die Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU (A8-0373/2015 - Julie Ward) (Abstimmung)	45
5.6. EU-Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor – Bilanz und Herausforderungen (A8-0360/2015 - Burkhard Balz) (Abstimmung)	46
5.7. Externe Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen (A8-0369/2015 - Barbara Matera) (Abstimmung)	46

Inhalt	Seite
5.8. Bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (A8-0366/2015 - Marek Plura) (Abstimmung)	46
5.9. Auf dem Weg zu einer Akte zum digitalen Binnenmarkt (A8-0371/2015 - Kaja Kallas, Evelyne Gebhardt) (Abstimmung)	46
6. Stimmerklärungen	46
6.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Czesław Adam Siekierski (A8-0004/2016 - Heidi Hautala)	46
6.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Czesław Adam Siekierski (A8-0005/2016 - Heidi Hautala)	58
6.3. Mehrjähriger Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer (A8-0367/2015 - Gabriel Mato)	68
6.4. Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik (A8-0368/2015 - Werner Langen)	98
6.5. Die Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU (A8-0373/2015 - Julie Ward)	142
6.6. EU-Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor – Bilanz und Herausforderungen (A8-0360/2015 - Burkhard Balz)	185
6.7. Externe Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen (A8-0369/2015 - Barbara Matera)	224
6.8. Bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (A8-0366/2015 - Marek Plura)	271
6.9. Auf dem Weg zu einer Akte zum digitalen Binnenmarkt (A8-0371/2015 - Kaja Kallas, Evelyne Gebhardt)	324
7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	378
8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	378
9. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (17./18. Dezember 2015) (Aussprache)	379
10. Lage in Polen (Aussprache)	400
11. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	434
12. Friedensprozess in Kolumbien (Aussprache)	434
13. Lage in Syrien (Aussprache)	445
14. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	457
15. Lage in Saudi-Arabien und Iran (Aussprache)	457

Inhalt	Seite
16. Unschuldsvermutung und Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren (Aussprache)	466
17. Gasverbrauchseinrichtungen - Seilbahnen - Persönliche Schutzausrüstungen (Aussprache)	473
18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	484
19. Schluss der Sitzung	484

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 19. JANUAR 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Bilanz des luxemburgischen Ratsvorsitzes (Aussprache)

Der Präsident. – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Bilanz des luxemburgischen Ratsvorsitzes (2015/2964(RSP)).

Dazu heiße ich zunächst den Ministerpräsidenten des Großherzogtums Luxemburg, Herrn Xavier Bettel, herzlich willkommen, und Herrn Kommissionspräsident Juncker ebenso herzlich willkommen.

Xavier Bettel, président en exercice du Conseil. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je vous remercie de me donner l'occasion de vous présenter un bilan, certes bref et lacunaire, de la présidence luxembourgeoise du Conseil. Vous le savez, cette présidence s'est tenue dans un contexte particulièrement difficile et même souvent dramatique.

L'Union est confrontée à des défis sans précédent, s'agissant notamment de trouver des réponses à la crise financière et économique – domaine où les choses vont mieux, mais où la prudence reste de mise –, à l'instabilité grandissante à ses frontières et aux tentations de repli sur le pré carré national qui prennent des dimensions inquiétantes en Europe. Comme si cela ne suffisait pas, deux phénomènes particuliers sont venus s'ajouter, dans un contexte déjà fort difficile, à savoir: la crise des migrations et la montée du terrorisme dans le monde, mais aussi plus particulièrement en Europe, lors des attentats perpétrés à Paris l'année dernière. Sur ces deux questions, la présidence s'est efforcée de réagir vite et de façon concrète.

Pour ce qui est de la crise migratoire, je n'irai pas ici dans le détail des différentes mesures prises tant sur le volet de la responsabilité des États membres que sur celui de la solidarité entre les États membres, sachant qu'il convenait et qu'il conviendra encore d'assurer un accueil digne aux réfugiés qui ont besoin de protection internationale. Ces mesures portent sur la réinstallation et la relocalisation des réfugiés, sur la mise en place d'une nouvelle politique de retour et de réadmission ainsi que d'un mécanisme d'accueil à travers les «hotspots», sur la définition d'un nouveau cadre et, enfin, sur le renforcement des frontières extérieures de notre Union. Toutes ces mesures ont été mises en place dans l'urgence. Certaines ne commencent à produire leurs effets que maintenant; elles sont la partie indispensable d'un dispositif de réforme de notre politique migratoire, qui n'est certes pas achevée. À cet égard, nous saluons aussi les propositions faites par la Commission en décembre 2015.

Cela dit, la campagne de migration de printemps risque de reprendre avec la même ampleur cette année que l'année dernière. Il faut absolument mettre en œuvre les mesures déjà décidées, parce que, même avec la meilleure volonté des colégislateurs, on ne pourra peser en faveur d'une diminution des flux que si ce qui a déjà été décidé est aussi réellement mis en œuvre. Nous le savons tous, il en va de l'intégrité de l'espace Schengen; ce dernier ne fonctionnera que si les règles qui le régissent sont respectées. De ce point de vue, nous avons réclamé dès le mois de novembre 2015 que l'on aille en direction d'une communautarisation de l'introduction des contrôles aux frontières intérieures, dès lors que cela s'avère nécessaire et qu'on ne laisse pas aux États membres l'initiative ou le dernier recours de réintroduction nationale et désordonnée des contrôles. Tous les instruments offerts par le code Schengen n'ont pas été utilisés et il faudra probablement en arriver là rapidement. Pour l'heure, la priorité est certainement de tout faire pour diminuer substantiellement les flux de réfugiés au risque de perdre dans le cas contraire nos opinions publiques. Il est également grand temps d'opérationnaliser la relocalisation, et tous les États membres doivent participer sans délai. Si de véritables progrès ont été réalisés dans ce contexte, il faut faire davantage et chacun doit respecter ses engagements et ses responsabilités. C'est aussi une question de solidarité entre les États membres, une solidarité qui se décline au niveau politique et non pas juridique. La solidarité n'est pas, dans l'histoire de notre Union, qu'une solidarité à sens unique: il faut savoir donner et ne pas s'attendre qu'à recevoir. Cette solidarité doit aussi se décliner avec les États partenaires des Balkans et de la Turquie. La conférence sur la route des Balkans et le plan d'action avec la Turquie montrent la voie, même si les réalités du terrain ne sont pas encore à la hauteur des attentes légitimes des uns et des autres. Il ne faut pas oublier non plus le Liban et la Jordanie.

Les attentats de Paris en 2015 constituent le moment le plus dramatique d'une situation de sécurité fortement dégradée du fait du terrorisme en Europe et au-delà. Il faut éviter les amalgames entre la question migratoire et le terrorisme. Il faut aussi faire en sorte que ces amalgames ne puissent être faits trop facilement. Nous avons, du côté de la présidence, tâché de mettre en œuvre toute une série de mesures d'ores et déjà prises dans la foulée des attentats de *Charlie Hebdo*, mais l'Union n'a peut-être pas été assez prompte à réagir dans un premier temps. Nous devons aussi nous féliciter qu'après trois ans de discussions, la directive PNR ait enfin pu être adoptée par les colégislateurs. Dans ce contexte extrêmement difficile où des mesures ont été prises sur un mode accéléré, je dois dire que nous avons toujours pu compter sur le Parlement européen, notamment sur la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures.

Plus généralement, si nous avons pu faire progresser l'Union européenne, c'était grâce au soutien et à l'approche constructive du Parlement européen. J'aimerais donc saisir cette opportunité qui m'est offerte aujourd'hui pour vous remercier, non seulement pour cette excellente coopération au cours des six derniers mois, mais aussi pour avoir contribué de manière décisive à faire avancer l'Union sur toute une série de dossiers clés au cœur même du programme de la présidence. Parmi les 36 dossiers conclus en codécision, laissez-moi surtout mentionner l'accord sur le budget 2016, un accord sur la réforme de la Cour de justice de l'Union européenne, la mise en place d'un système européen de collecte des données de passagers, la directive relative au renforcement de la présomption d'innocence, la simplification de la circulation de certains documents publics, un accord sur la proposition de règlement sur les indices de référence ou encore l'accord sur le paquet relatif à la protection des données.

La présidence luxembourgeoise a organisé le premier dialogue politique sur le respect et la promotion de l'état de droit au sein de notre Union. Les discussions de ces derniers mois, et surtout semaines, les événements des dernières semaines, voire des derniers jours, démontrent toute la pertinence de ce processus. Ce dialogue n'est qu'à ses débuts, il doit être approfondi dans les mois à venir. Il n'y a pas que dans le domaine des affaires intérieures que nous avons dû nous résoudre à tenir des réunions extraordinaires; cela a aussi été le cas pour faire face à la crise des secteurs laitiers et de la viande porcine, ainsi qu'aux difficultés rencontrées par la sidérurgie européenne en raison de politiques commerciales déloyales de pays tiers.

En ce qui concerne le commerce, quelques progrès sont à signaler: il a été possible de progresser sur le mécanisme de règlement des différends entre investisseurs et États, du futur accord TTIP, et je tiens aussi à remercier le Président Schulz pour la réunion que nous avons organisée ensemble à Bruxelles avec les partenaires sociaux pour pouvoir discuter justement de ce TTIP. Nous avons mis les partenaires sociaux des 28 pays européens autour de la table, car, pour nous, le TTIP ne doit pas être un accord qui brade les valeurs et la confiance que les citoyens nous ont confiées à travers toutes ces années, mais il doit aussi être vu comme une chance et il est donc important de mener en toute transparence les négociations qui sont nécessaires.

Si la conférence ministérielle de l'OMC de Nairobi signe la fin du cycle de Doha, quelques avancées ont aussi pu être enregistrées au niveau multilatéral. Nous avons voulu moderniser les méthodes de travail en matière de compétitivité et concentrer nos travaux sur la mise en place d'un cadre réglementaire stable et favorable à l'investissement dans le droit fil du plan Juncker. C'est avec l'objectif de mobiliser les financements de l'investissement que nous avons également adopté, en un temps record, une approche générale du Conseil au sujet de la titrisation en tant que première brique de l'union des marchés de capitaux. C'est aussi dans un délai très court que le Conseil a pu marquer son accord sur la directive sur l'échange d'informations sur les rescrits fiscaux. Cet accord est un signal fort au reste du monde en matière de transparence fiscale. Toujours en matière fiscale, le Conseil a adopté des conclusions importantes concernant l'initiative BEPS de l'OCDE en matière de lutte contre l'érosion de la base d'imposition et le transfert des bénéfices.

L'approfondissement de la dimension sociale de l'Union et la mise en place d'une véritable gouvernance sociale, à l'instar de ce qui se fait en matière économique et financière, a été et demeure un objectif du Luxembourg. Nous avons pu avancer dans cette voie au cours du dernier semestre, même si beaucoup reste à faire. Nous avons, je pense aussi, fait avancer les choses en matière de développement durable par la coordination des efforts européens en vue de l'agenda 2030, mais aussi, bien sûr, à travers la contribution de notre Union, en étroite coopération avec nos amis français, lors de la COP 21 à Paris: un premier accord universel et contraignant en matière de lutte contre le changement climatique. Nous avons également œuvré en faveur de l'établissement d'une gouvernance fiable, transparente et robuste de l'union de l'énergie et en faveur de la promotion d'une transition énergétique durable. Nous avons achevé certains chantiers, comme celui portant sur deux volets importants du quatrième paquet ferroviaire, à savoir celui qui touche à la libéralisation des services de transport de voyageurs par chemin de fer et celui qui a pour objectif de renforcer la gouvernance de l'infrastructure ferroviaire.

Nous avons commencé l'énorme chantier du marché unique du numérique initié par la Commission. La mise en place de ce dernier est une condition pour l'achèvement du marché intérieur, achèvement qui passera aussi par une application plus large du principe de reconnaissance mutuelle. Permettez-moi ici aussi de faire état d'une petite satisfaction personnelle, en tant que ministre des télécommunications de mon pays, à savoir l'accord obtenu entre les colégislateurs sur la proposition de directive NIS qui renforcera la sécurité des réseaux informatiques dans l'Union. Il y a encore beaucoup à faire à ce niveau-là. Il est triste de constater que l'Union européenne est prise en fait entre les États-Unis et l'Asie, et que nos jeunes talents qui veulent avoir du succès sont souvent obligés de quitter notre continent — qui impose 28 réglementations différentes à des jeunes qui veulent se lancer — afin d'obtenir une reconnaissance.

Monsieur le Président, j'ai dit – plus haut – combien la coopération entre le Conseil et le Parlement européen avait été bonne sous notre présidence. Nous avons finalisé la conciliation budgétaire cinq jours avant la date limite; autant que nous nous en souvenions, c'est un record. Je crois que nous avons aussi, Parlement, Conseil et Commission, mis en place les conditions pour un fonctionnement plus harmonieux du triangle institutionnel à travers l'accord interinstitutionnel «Mieux légiférer» de décembre, accord politique à ce stade, mais dont nous espérons qu'il entrera en vigueur rapidement après que votre assemblée se soit prononcée avant le début du printemps. Avec cet accord, il s'agit aussi de moderniser les processus législatifs et réglementaires européens dans le sens d'une plus grande transparence, mais aussi d'un allègement de la charge administrative et budgétaire sur ce qui constitue le cœur de l'économie européenne, à savoir les petites et moyennes entreprises.

En ces temps de crise, il est de bon ton de dénigrer le projet européen, et même pour les plus enthousiastes, de s'interroger sur la voie à suivre. N'oublions pas, et surtout pour les jeunes générations, de rappeler le projet de paix que nous vivons au quotidien depuis 1957. J'ai eu la chance d'être luxembourgeois, d'étudier en France, de faire un Erasmus en Grèce, d'avoir découvert des choses que je n'aurais pas connues si j'étais né plus tard. En tant qu'étudiant à Thessalonique, prendre la voiture pour aller à Skopje, pour aller en Bulgarie, pour aller en Turquie, avoir des frontières fermées, devoir désinfecter la voiture, devoir m'arrêter à une douane, avoir des douanes fermées: des choses que les jeunes d'aujourd'hui ne connaissent pas. Avoir connu les bureaux de change, devoir échanger. On se plaint, mais on

oublie de rappeler à nos jeunes gens ce qu'est aussi l'Europe: des droits, des libertés, la chance de pouvoir tomber amoureux de quelqu'un qui n'a pas le même passeport, de pouvoir être soigné, d'être défendu. Il est très important de rappeler tout cela au quotidien, surtout aux jeunes générations, et d'arrêter de dénigrer tout ce projet pour lequel nous nous battons.

Du point de vue de mon pays, il est urgent de poursuivre la voie de l'intégration européenne, parce que c'est là que sont les solutions face aux crises que l'Europe doit affronter. Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, il y a certainement plus à dire, mais le temps nous est compté. Mon pays est heureux d'avoir pu présider pour une douzième fois le Conseil de l'Union. Il a pu compter sur votre soutien, je vous en remercie et permettez-moi aussi de remercier tous les fonctionnaires, qu'ils soient à votre côté, du côté de la Commission ou du côté luxembourgeois, pour le travail effectué. Je fais ce discours aujourd'hui, mais ce sont eux qui ont travaillé de manière magistrale ces six derniers mois et permettez-moi de les remercier au nom de nous tous.

Jean-Claude Juncker, *président de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, Monsieur le Premier ministre, depuis que nous nous sommes vus la dernière fois, de nouvelles atrocités ont été commises à Istanbul et à Jakarta. Notre démocratie, représentée par ce Parlement, et les valeurs qui la sous-tendent sont plus fortes que les menaces terroristes. De tels actes ne dicteront jamais notre ligne de conduite, et la terreur qui nous guette ne nous intimidera assurément pas. Nous continuerons à travailler pour préserver nos libertés, notre mode de vie, notre façon d'être ensemble, bref, l'humanité toute entière.

Pour ce qui est, Monsieur le Président, de la présidence luxembourgeoise, je voudrais une fois de plus, et d'une façon plus que très prononcée, chanter les louanges du gouvernement luxembourgeois, de son Premier ministre et de tous les ministres qui l'ont accompagné. Sa présidence a fait du très bon travail et a démontré – pour le reste, dans le cas du Luxembourg, cela est toujours vrai – que l'essentiel n'est pas dans la quantité mais dans la qualité, certes perfectible, mais tout de même, dans la qualité remarquable qui fut celle de la présidence luxembourgeoise.

Cela a d'ailleurs toujours été le cas tout au long de l'histoire. Rappelez-vous, en 1985, la présidence luxembourgeoise a su conclure l'Acte unique européen qui a donné naissance au marché intérieur. La présidence luxembourgeoise, en 1991, a conduit la première partie de la Conférence intergouvernementale sur l'Union économique et monétaire. En 1997, ce fut la grande décision sur l'élargissement qui a permis aux deux poumons de l'Europe de respirer ensemble, et ainsi de suite. La tradition était donc fortement établie, et le gouvernement qui a exercé la présidence s'est montré digne du riche passé dont il a hérité.

La présidence a dû s'exercer dans des conditions particulièrement difficiles. Elle a réussi sur la question de la migration en faisant vivre un dialogue constructif entre 28 réalités nationales différentes, voire très souvent diamétralement opposées. Elle a aussi conclu des dossiers clés qui, depuis trop longtemps, étaient au point mort, que ce soit sur le thème des fichiers de passagers aériens ou sur celui de la protection des données. Et je pourrais, Monsieur le Premier ministre, continuer l'énumération: l'accord intergouvernemental que vous avez mentionné et dont l'importance et la portée sont sous-estimées, l'élégance avec laquelle le gouvernement luxembourgeois a su piloter les travaux lors de la conférence sur le climat à Paris; toutes des performances que nous ne mentionnons pas souvent mais qui s'inscrivent dans l'histoire récente de l'Union européenne.

En ce qui concerne la crise des réfugiés, sous l'autorité experte et très souvent éclairée du ministre Asselborn, et avec le soutien de votre Parlement, des accords ont pu être trouvés rapidement sur les propositions de la Commission pour la relocalisation et la réinstallation des réfugiés – accords, hélas!, adoptés par le Conseil mais non encore traduits dans la réalité. Nous avons aussi progressé, bien que trop peu et trop lentement au goût de certains, sur d'autres points: la mise en œuvre opérationnelle des premiers «hotspots», une meilleure coordination entre les pays sur la route des Balkans, ou en matière d'un plan d'action avec la Turquie, et nous avons su, grâce à la présidence, établir une plus grande coopération vertueuse, nécessaire et utile avec nos partenaires africains.

Aujourd'hui, Mesdames et Messieurs, nous disposons de nouveaux outils pour faire face, avec plus d'efficacité et d'ordre, à l'urgence de la pression migratoire. Il faudra encore mettre en place d'autres outils novateurs, notamment ceux qui concernent les frontières extérieures communes, en nous dotant d'accords européens, de gardes-frontières et de gardes-côtes. Mais ne nous berçons pas d'illusions: mieux gérer la migration sous tous ses aspects est une œuvre de longue haleine. Nous ne devons pas baisser les bras et nous devons poursuivre le travail que la présidence luxembourgeoise a utilement commencé.

«Hotspots», relocalisation, corps européen de gardes-côtes et de gardes-frontières: tous ces éléments vont ensemble. Ils sont indissociables les uns des autres. C'est l'ensemble de ces mesures qui nous permettra de réduire le flux migratoire et ainsi de lever les risques qui pèsent sur l'espace Schengen, parce que de très grands risques, voire des risques de survie, pèsent sur cet espace. Aujourd'hui, nous réintroduisons allègrement des contrôles aux frontières. Demain, nous nous apercevrons que le coût économique est considérable et, après-demain, nous nous demanderons pourquoi nous avons une monnaie unique, alors que nous n'avons plus la liberté de circulation ni le marché intérieur. Par conséquent, l'Union européenne est menacée, sur certains aspects, dans ses fondements et dans ses prolongements, qui auraient pu aller beaucoup plus loin que ce que nous observons aujourd'hui.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten, trotz aller dieser Probleme hat die luxemburgische Präsidentschaft ihren Vorsitz im Rat mit Bravour gemeistert, auch, weil sie nie das große Ganze aus den Augen verloren hat. Sie hat manchen gordischen Knoten durchtrennen können, mit sehr viel Verhandlungsgeschick und mit der Hilfe vieler Hände und vieler Köpfe. Die Fluggastdatenspeicherung ist ein Beispiel, die neue europäische Datenschutzgrundverordnung ist ein anderes Beispiel. Aus dieser Datenschutzgrundverordnung ist im Übrigen ein schönes rundes luxemburgisches Ei geworden. Frau Reding hat die Datenschutzverordnung 2012 vorgeschlagen, die Kommission hat dies in ihre programmatischen Prioritäten aufgenommen, und die luxemburgische Regierung hat die Datenschutzgrundverordnung zum Fliegen gebracht. Das ist also eine exemplarische, fast patriotische Leistung der Luxemburger, wofür ich mich im Namen der Kommission sehr herzlich bei Premierminister Bettel bedanken möchte.

Alles in Allem: Dieser Ratsvorsitz war ein voller Erfolg. Es gibt nicht einen einzigen Abstrich zu machen, und die luxemburgische Regierung plus die vielen Hände, die ihr zugearbeitet haben, können stolz sein auf das Erreichte.

Dat hutt Dir gutt gemaach!

Viviane Reding, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, chers collègues, les petits pays sont capables de faire de bonnes présidences. Le Luxembourg vient d'en donner la preuve encore une fois, fort d'une expérience institutionnelle vieille de plusieurs décennies.

Bien sûr, le caractère des présidences a bien changé depuis le traité de Lisbonne, qui a remplacé les présidences tournantes par la permanence du président du Conseil européen et de la présidence du Conseil Affaires étrangères. Mais il reste la législation européenne, proposée par la Commission, qui doit ensuite être négociée, patiemment, article par article, et là, le solide travail des fonctionnaires luxembourgeois a pu faire avancer des dizaines de dossiers. Je pense entre autres à la réforme de la Cour de justice de l'Union européenne, à l'accord interinstitutionnel, au paquet ferroviaire, à la protection des données, au dossier PNR, et j'en passe. Ce fut un travail parfaitement maîtrisé, exécuté avec savoir-faire, avec engagement, accompli dans l'intérêt de l'Europe. Que les fonctionnaires luxembourgeois et ceux qui leur ont prêté main-forte – ils étaient nombreux – en soient remerciés.

Le gouvernement a su piloter les dossiers. Le ministre des affaires étrangères, Jean Asselborn, était sur tous les fronts. Son engagement a été remarqué et apprécié, tout comme celui du ministre des affaires européennes, Nico Schmit, qui se tenait à la disposition du Parlement européen. Notons encore la COP 21, où la présidence luxembourgeoise épaulait l'excellent travail fourni par la France, en faisant en sorte que l'Europe parle d'une seule voix. Un grand merci à toutes et à tous.

Pour le reste, c'étaient des crises sans précédent et sans fin. Celle de la Grèce a presque été éclipsée par celle des réfugiés et celle du terrorisme. Dans beaucoup d'États membres, nous avons vu la montée du populisme nationaliste, de l'égoïsme et du manque évident de responsabilité à l'égard de l'avenir commun de notre continent. Face à ces graves problèmes, les présidences ne peuvent pas grand-chose. Elles passent, mais les crises demeurent.

Puisse 2016 produire un changement de cap dans la lignée des textes fondateurs de l'Union. Les textes parlent de cohérence, de respect, de solidarité; ils parlent d'une Europe qui avance, et c'est cela que nous appelons de nos vœux.

Mady Delvaux, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre, chers collègues, en tant que Luxembourgeoise et socialiste dont les camarades sont au gouvernement, je vais bien sûr dire du bien de la présidence luxembourgeoise – on ne s'attendait pas à moins. En tant que députée européenne, je voudrais remercier la présidence luxembourgeoise pour les six mois passés.

Alors que l'Union était et est toujours confrontée à des défis énormes, il fallait réagir aux crises qui menacent nos valeurs européennes et la cohésion de l'Union. Cela a été fait avec panache par les ministres luxembourgeois Jean Asselborn, voyageur infatigable pour la paix et pour nos libertés, et Nicolas Schmit, qui passait ses nuits ici au Parlement européen. Cela a été bien fait. Mais j'ai surtout apprécié le travail qui a été accompli sur les dossiers moins spectaculaires. Je ne vais pas énumérer tous les dossiers qui ont pu être conclus, mais ils étaient pendants durant des mois, voire des années.

Le travail et la collaboration entre le Conseil, représenté par la présidence, et le Parlement européen ont été exemplaires. Cela est sans doute dû à l'engagement du gouvernement luxembourgeois, mais autant, et peut-être plus, à l'engagement des fonctionnaires, ceux qui ont œuvré à Luxembourg et ceux qui ont été à l'œuvre ici, à Bruxelles, à la représentation permanente, que je voudrais tout particulièrement remercier.

Il ne me reste plus qu'à souhaiter que les présidences suivantes fassent preuve de la même disponibilité, du même engagement et du même esprit de solidarité dans l'intérêt de l'Union européenne, qui en a bien besoin.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Luxemburg had bij zijn aantreden de veiligheidskwestie hoog op de agenda geplaatst en het resultaat mag er zijn. Zo werd er een akkoord bereikt in het reeds lang aanslepende EU-PNR-dossier en concreet zullen de inlichtingendiensten dus passagiersgegevens kunnen gebruiken, hetgeen van belang is in de strijd tegen terreur.

Daarnaast zal er een antiterrorismecel binnen Europol komen die onder andere jihadistische inhoud op het internet kan opsporen en laten verwijderen. De privacy van de burger wordt daarbij echter niet uit het oog verloren. Dat bewijst de compromistekst inzake de databeschermingsrichtlijn betreffende politiezaken.

Op het vlak van migratie is het resultaat mager. Het proefproject inzake de herverdeling van asielzoekers over Europese landen is het enige tastbare resultaat en zelfs dat wordt onderuit gehaald door de weigering van Oost-Europese landen om hun verantwoordelijkheid te nemen. Het onvermogen van Europa om de Europese buitengrenzen effectief te bewaken heeft de aanpak van de migratiecrisis bemoeilijkt. Daarom hoop ik dat onder het Nederlandse voorzitterschap werk kan worden gemaakt van een systematisch *push back*-beleid.

We moeten de ongebreidelde instroom stoppen en wel door het systematisch terugsturen van smokkelboten op zee. Bovendien mogen asielzoekers die reeds feitelijke bescherming genoten in een transitland geen asielrecht meer krijgen in Europa. Uiteraard moet Europa zijn deel doen, maar Europa kan niet alle problemen oplossen. Daarom moeten we een maximum aantal op te nemen asielzoekers vastleggen, waarna enkel de meest kwetsbaren middels hervestiging naar Europa mogen komen. Zo schakelen wij mensensmokkelaars uit.

Ter afsluiting wil ik nog graag meegeven dat we eigenlijk erg teleurgesteld zijn dat u geen enkele melding heeft gemaakt van de Britse vraag naar hervorming van de EU. Dit is nochtans van belang voor de toekomst van Europa.

Charles Goerens, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président de la Commission, Monsieur le Président du Conseil de l'Union, quand vous avez présenté les priorités de votre présidence, nous étions nombreux à vous dire que les six mois de travaux de la présidence luxembourgeoise allaient coïncider avec une situation intérieure précaire et une situation extérieure extrêmement difficile.

Au terme de votre présidence, nous constatons que les crises déjà existantes au mois de juillet sont carrément devenues existentielles pour l'Union européenne. Elles restent existentielles parce que nos États membres ne sont pas prêts à doter l'Union européenne des compétences et des moyens susceptibles de les résoudre. Il est d'autant plus réconfortant de voir à quel point votre présidence a réussi à relever les défis importants. Citons, à titre d'exemple, le budget 2016 adopté à l'unanimité en un temps record. N'oublions pas non plus les efforts couronnés de succès dans les domaines des affaires intérieures et de la justice. La présidence a également contribué à faire évoluer le dossier de lutte contre le changement climatique; il en est de même du dossier agricole et social.

Votre grand mérite aura cependant été celui de démontrer que l'on peut faire bouger les lignes, même si les résultats ne sont pas acquis d'avance. Il est vrai que, malgré les efforts et les progrès cités, certains de nos États membres freinent des quatre fers lorsqu'il s'agit d'être solidaire face à de grandes crises comme celle des réfugiés. L'indifférence, voire le refus, de nombre de nos États membres, alourdit le fardeau de ceux qui sont prêts à assumer leurs responsabilités en matière d'accueil des réfugiés. Nous avons honte de voir nombre d'États membres remettre en question des acquis importants comme celui de Schengen. On ne trouve pas de mots pour qualifier les contributions homéopathiques de certains à la recherche d'une solution au problème des demandeurs d'asile. Si l'Allemagne accueille aujourd'hui en une fin de semaine 24 000 réfugiés, d'autres de taille à peu près comparable, annoncent vouloir accueillir le même nombre de réfugiés sur une période de deux ans.

La vraie crise en ce début d'année 2016 est une crise de solidarité. L'incapacité de répartir équitablement les efforts entre les 28 n'augure rien de bon. La fin de la présidence d'un pays connu pour son engagement européen ne va pas mettre fin – j'en suis sûr – à son engagement en faveur d'une Union plus unie et plus solidaire.

Nous comptons sur vous, sur votre talent, sur la compétence de vos collaborateurs – que personne ne remet en question –, sur l'expérience de l'État membre que vous représentez, pour faire avancer l'Europe et pour lui donner une empreinte plus fédéraliste. L'avenir est suffisamment hypothéqué par l'incapacité de dépasser l'intergouvernemental, avec son effet paralysant dans lequel se reconnaissent avant tout les souverainistes et les nationalistes de tout poil.

Notre vieux continent mérite mieux. Il mérite une Union européenne libre, forte, solidaire et efficace. Si pour d'aucuns, cela reste un rêve, Monsieur le Président, j'aimerais leur dire que ce rêve ne pourra être réalisé qu'en faisant un grand saut fédéral en avant.

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Bettel, κύριε Juncker, λυπάμαι αλλά δεν μπορώ να συμμεριστώ, ούτε εγώ, ούτε η πολιτική μου ομάδα, την αισιοδοξία, τους επαίνους, τις αβρότητες μεταξύ Λουξεμβουργιανών. Η Λουξεμβουργιανή Προεδρία προσπάθησε, αλλά τώρα μετράμε τα αποτελέσματα του Συμβουλίου μετά από ένα εξάμηνο και οι αριθμοί και τα γεγονότα επιβάλλουν ανησυχία, εγρήγορση, ευθύνη και όχι αυταρέσκεια. Το Σεπτέμβριο αποφασίσατε τη μετεγκατάσταση 160.000 προσφύγων με αναλογική κατανομή σε όλη την Ευρώπη. Ποιος είναι ο απολογισμός; Κατά πόσο υλοποιήθηκαν οι αποφάσεις; Μερικές εκατοντάδες άνθρωποι μετεγκαταστάθηκαν, ούτε καν 1%. Αφήσατε την Ελλάδα μόνη και ουσιαστικά αβοήθητη να σηκώνει το βάρος του 85% των προσφυγικών ροών. Υπογράψατε μια συμφωνία πλαίσιο με την Τουρκία, αλλά ο κύριος Timmermans λέει ότι τίποτα δεν έχει αλλάξει ως προς την μείωση των προσφυγικών ροών διότι οι τουρκικές αρχές περιμένουν τα χρήματα χωρίς να υλοποιούν τις δεσμεύσεις που έχουν αναλάβει. Και μέσα σε αυτό το περιβάλλον των εγωισμών, των εθνικισμών, της ξενοφοβίας, δυναμώνουν οι κραυγές: «Μας φταίει η Schengen!» Μικρότερη Schengen όμως σημαίνει καθόλου Schengen και κατάρρευση της Schengen σημαίνει κατάρρευση της ευρωζώνης και αυτό δεν θα κοστίσει μόνο στη Δημοκρατία ή μόνο στους πρόσφυγες· θα κοστίσει πανάκριβα και στην οικονομία.

Επειδή λοιπόν αυξάνονται και η ανεργία και η φτώχεια και επειδή η οικονομική ανάπτυξη παραμένει καχεκτική, δεν είναι ώρα να αλληλοσυγχάριστε αλλά να πάρετε μεγάλες πρωτοβουλίες, ταυτόχρονα, για την αντιμετώπιση των δυο μεγάλων προβλημάτων, προκειμένου να επιτευχθεί ανάπτυξη με καταπολέμηση της ανεργίας και να αντιμετωπιστεί το προσφυγικό πρόβλημα με ενιαίο ευρωπαϊκό τρόπο.

Reinhard Bütikofer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Sehr geehrte Herren Präsidenten, Herr Premierminister Bettel! Ihre Präsidentschaft, Herr Premierminister, bestand, wie jede, aus Plänen und Ereignissen.

Für die Realisierung der Pläne sind Sie nicht allein zuständig – bei den Ereignissen ohnehin nicht. Man könnte nun vergleichen, was Sie sich vorgenommen hatten und was geleistet wurde. Es gibt zumindest einige Punkte, da waren Sie nicht besonders erfolgreich: zum Beispiel die neue notwendige Bilanz zwischen der europäischen Handelspolitik und der Industriepolitik oder der *small business act* oder die Ökologisierung des europäischen Semesters.

Doch für mich überwiegen, wenn ich zusammenzähle, die positiven Leistungen der Präsidentschaft. Die zwei, die ich besonders hervorheben möchte, sind die Datenschutzgrundverordnung, die Sie zu einem Ergebnis geführt haben, und der Beitrag Ihrer Präsidentschaft – Ihr persönlicher und auch der Ihrer Ministerin Dieschbourg, zur Pariser Klimakonferenz. Deswegen vielen Dank für diese Präsidentschaft!

Zugleich – und das ist jetzt der Blick aufs große Ganze, von dem die Rede war – kann man sagen, dass wir in Europa eine neue Normalität erleben. Die zeichnet sich durch vielfach sich überlagernde Herausforderungen und Krisen aus, und dieser Zustand wird sie auch nicht so schnell ändern. Auf diese neue Normalität, mit viel mehr Gegenwind als wir es gewohnt waren, müssen wir uns einstellen.

Das führt bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Ängsten vor Verlust von Sicherheit und Stabilität. Wenn wir nicht wollen, dass in dieser Situation die Politik der Angst wächst, dann müssen wir dem eine erfolgreiche Politik der Hoffnung entgegensetzen. Aber das ist nicht nur eine rhetorische Herausforderung. Noch so oft von *hope and change* zu reden, heißt nicht, dass wir die Leistungen, die Lösungen vorweisen können, die die Bürgerinnen und Bürger brauchen. Daran werden wir gemessen, ob wir diese Lösungen auf den Weg bringen.

Sie haben zu Beginn Ihrer Präsidentschaft gesagt: wir müssen auf die Bürger hören. Das ist meiner Ansicht ein ganz zentraler Grundsatz. Das heißt aber auch, wir müssen auf die Bürger auch dort hören, wo sie vielleicht nicht das sagen, was wir hören wollen. Wenn Sie heute sagen, Herr Bettel, TTIP muss als Chance behandelt werden, dann heißt es nicht, zuzuhören, dass die Bürger jedenfalls laut Eurostat in immer größerer Zahl immer mehr Kritik üben und sagen: so nicht. Auf die Bürger zu hören, heißt, hier etwas zu ändern.

Sie haben gesagt, Solidarität ist entscheidend. Ich teile das. Solidarität aber eben nicht nur, wo wir etwas einfordern, sondern auch wo andere etwas einfordern. Bei den Flüchtlingen Solidarität von Polen zu erwarten, heißt auch, gegenüber Polen zum Beispiel bei „Nord Stream“ Solidarität zu üben.

Drittens: Sie haben gesagt, man darf sich nicht ins Nationale verkriechen. Wir müssen in dieser neuen Situation die Balance zwischen dem Nationalen, zwischen der Union der Staaten, und dem Gemeinsamen, der Union der Bürgerinnen und Bürger, neu vermessen, dass ist der Kern der Brexit-Debatte.

Und bei der Flüchtlingspolitik ist allerdings Eines klar: Da stehen eine europäische Strategie und eine nationale Strategie unvereinbar im Raum. Bis jetzt ist die Möglichkeit einer europäischen Lösung im Wesentlichen durch die deutsche Position verteidigt worden. Wenn Deutschland in dieser Frage den nationalen Weg gehen sollte, dann wäre das für Europa eine Katastrophe.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, direi che oggi stiamo assistendo a un ennesimo paradosso europeo con la Presidenza lussemburghese, che si vanta addirittura di aver ottenuto grandi successi in ambito di giustizia e trasparenza fiscale. Mi riferisco ad esempio alla direttiva sullo scambio automatico di informazioni per gli accordi fiscali, i cosiddetti *tax ruling*. Perché non si dice che l'accordo ottenuto in ottobre in Consiglio è estremamente limitato e lacunoso rispetto alla proposta della Commissione e di questo Parlamento? Dovremo poi parlare della vicenda Fiat, per cui la stessa Commissione europea ha stabilito esserci un illecito aiuto di Stato da parte del Lussemburgo. Ebbene, per il paradosso delle assurde norme sugli aiuti di Stato il Lussemburgo sarà il paese che la Fiat dovrà risarcire e non, ad esempio, l'Italia e gli altri paesi europei a cui ha sottratto le risorse.

Su questa vicenda è intervenuto Gramegna e prontamente ha detto che la decisione di Bruxelles andava criticata per, a suo dire, di creare incertezza per le imprese, mostrando così quale sia il vero volto del Lussemburgo. Quindi potete continuare a raccontarci tutte le favole che volete, ma questa è la vostra realtà, la realtà di un paese che per anni ha prosperato sulle spalle dei partner europei, sottraendo miliardi di legittime imposte che le multinazionali avrebbero dovuto pagare.

Approfitto inoltre della presenza del Presidente Juncker, per dirgli che noi lo aspettiamo a braccia aperte nella commissione TAXE, poiché deve ancora chiarire la sua posizione sulla vicenda del rapporto Krecké. Non si faccia scudo dietro ai due grandi gruppi che lo sostengono, venga e chiarisca una volta per tutte in un vero contraddittorio, altrimenti non sarete mai degni di alcuna credibilità.

Marine Le Pen, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre du Luxembourg, Messieurs les députés, cette présidence luxembourgeoise a commencé sous le feu des révélations des LuxLeaks, cette évasion fiscale sciemment organisée par le Luxembourg en faveur des multinationales et au détriment des autres pays européens. Nous n'en saurons guère plus sur cette scandaleuse affaire, puisque les députés européens ont décidé de l'enterrer en refusant toute commission d'enquête parlementaire. Silence, on triche, on dépouille. On dépouille les pays européens de leur matière fiscale. Tous les contribuables honnêtes – PME et particuliers – doivent payer plus d'impôts et compenser ce pillage organisé par le Luxembourg et d'autres paradis fiscaux, tandis que cette triste Union européenne ne fait rien pour arrêter cela.

Cette présidence se termine, alors que l'afflux des migrants est dramatique et prend une ampleur considérable; considérable par le nombre affolant de personnes en marche vers l'Europe, considérable aussi par le choc terrible causé par les agressions sexuelles de 200 femmes allemandes en plein centre de Cologne. Ces actes de prédation sexuelle marquent une régression de notre civilisation. Nous devons tous défendre la liberté des femmes de se déplacer sans crainte dans nos villes. L'arrivée de millions de personnes de cultures radicalement différentes conduira à des chocs violents et à des conflits à l'intérieur de nos sociétés. Il est temps d'arrêter cette folie.

Des conflits et des drames, mon pays en a trop subi cette année. Les attentats de terroristes islamistes organisés se sont répétés sans relâche. La lutte contre l'islamisme et le contrôle de nos frontières nationales sont absolument nécessaires pour assurer la sécurité de nos compatriotes, mais il faut un changement plus grand. Nos nations se délitent. Il faut tout faire pour les retisser et les reformer. Le multiculturalisme divise. La nation unie apaise, elle rassemble les citoyens, leur propose un avenir commun. Son retour est inéluctable: le plus tôt sera le mieux.

Zoltán Balczó (NI). – Az Unió fél éve soros elnökségétől nem várható el, hogy a felhalmozódott problémákat megoldja. Az azonban elvárható, hogy a fő kérdésekben jó irányú válaszokat adjon. Az elnökség szlogenje a következő volt: Egy Unió a polgárokért. A szándék: a polgárt állítsuk a középpontba. Olyan Európára van szükség, amelyik közelebb kerül polgárai várakozásához. Nos, ez nem teljesült.

A migránsválság mutatta meg: ez az úgynevezett politikai elit mennyire messze van az európai lakosság akaratától. A prioritások között így nevezte meg a migráció ügyét: a migráció szabályozása. Ennek eszköze a kvótarendszer. Nem megoldani és megállítani akarta az inváziót csak kezelni, szabályozni. Nagy felelősség terheli ezt az elnökséget is, hogy 1,5 millió bevándorló érkezett, és ezzel veszélybe került az európai kultúra, identitás és a polgárok biztonsága. Az egyetlen pozitív lépés a Törökországgal való kapcsolat lett volna. Ott megállítani a bevándorlást, de nem sikerült érvényt szereznie a megállapodásnak.

Egy másik kudarcos területe az Oroszországhoz fűződő viszony. A szankciók kiterjesztése mind időben, mind tartalom-ban. Nem sikerült elérni a szándékolt célt, hogy Putyin elnököt meggyengítsék, ugyanakkor nagyon sok európai uniós tagországnak és vállalatának a szankciók óriás károkat okoztak. A mérleg: kudarc.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, Luxembourg took the Presidency at the time of the biggest crisis Europe has faced. However, it did not falter or panic. Instead, Luxembourg provided a professional, credible, even elegant leadership continuing, together with the current Commission President, the long-established Juncker tradition. The advantage of smaller Member States is to play more convincingly the role of honest broker. Estonia, which will take the Presidency in two years' time, is eager to learn from the Luxembourg experience.

I will make three observations. Firstly, in terms of cybersecurity, there were two major achievements: the informal agreement on the NIS Directive and the political agreement of the data protection package. Both constitute the backbone not only of cybersecurity, but also for the further integration of a digital Europe. Secondly, I am satisfied that, under the Luxembourg Presidency, sanctions to counter Russia's aggressive activities were maintained, despite what is happening with ISIS in Syria. I think it is crucial for EU credibility to maintain these sanctions until the Minsk agreements have been fully met. Thirdly, it is very good that the Council has supported the simplification of European structural and investment funds, facilitating access, especially for SMEs.

There were also attempts to simplify of the common agricultural policy rules. However, the major challenge the following Presidency continued to face is the fact that there is still no common agricultural policy in the true sense of that word. Instead, we have 28 different national agricultural policies, the common denominator of which is that they are all eager to get money from the same EU source. In such a form CAP also continues to be a source of mistakes and complications, but well done Luxembourg.

Alfred Sant (S&D). – Mr President, in the second half of 2015 the Luxembourg Presidency and the Commission showed great determination in trying to steer the Union out of the crisis that broke out in rapid order. However, from the smoothing over of the most recent Greek crisis to the refugee crisis, everything was done in firefighting mode. Events, not the Union, were in charge. Unfortunately, the events may have shown that the assumptions of the models we follow no longer fit the realities. They referred to the economic and social realities of the past.

The results of national elections over the past six months show that European peoples may have realised this. Clearly, when you operate in firefighting mode there is no time to undertake strategic reviews. Yet the signs are that the time has also come for such strategic reviews. We need a strategic reflection regarding the assumptions, not the values and the models, not the methods, of the European project; the reach and soft power of the Union; a new design for political coherence in Europe; immigration policies; the effects of globalisation; the mix of state and private sector; and not least in the areas of job creation.

Timothy Kirkhope (ECR). – Mr President, I would like to thank the Presidency for all their work and cooperation in helping reach a conclusion on the EU PNR agreement. This is one of the most challenging files that Parliament has seen, and in the most challenging of times. I would like to ask the Parliament to adopt the Directive as soon as possible. There is no need for more delays and the sooner we adopt the instruments, the sooner Member States can start implementing them. Lives, liberties and security are of course at stake.

I also speak as the rapporteur of the EU Permanent Relocation Mechanism. This next Presidency will guide us on a number of issues: Dublin, the border force and ECRI. Of course we need fresh and new ideas and I welcome them in a system which is bogged down in complexity and compromise. I urge the President of the Commission to do the thing we need most though – to implement the things we already have available. Many of the issues we face are a direct result of the breakdown of applying existing rules, and there are inevitably consequences. Laws without meaningful implementation are useless, but I hope that there will be a focus in the next few months on implementation.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Πρόεδρε της Επιτροπής, κύριε Πρωθυπουργέ του Λουξεμβούργου, αντικειμενικά και η δική σας προεδρία έχει ταυτιστεί – όχι μόνο για τους Έλληνες αλλά και για όλους όσους πιστεύουν ότι Ευρωπαϊκή Ένωση είναι ένας χώρος δημοκρατίας – με την επιβολή πολιτικού πραξικοπήματος στην Ελλάδα.

Κατά τη διάρκεια της προεδρίας σας έκλεισε η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα κατά παράνομο τρόπο τις ελληνικές τράπεζες και δημιούργησε την απειλή χρεοκοπίας στην Ελλάδα. Κατά τη διάρκεια της προεδρίας σας πετάξατε στα σκουπίδια τη βούληση του ελληνικού λαού ο οποίος αρνήθηκε με ποσοστό 62% στο δημοψήφισμα την επιβολή νέου οικονομικού προγράμματος καταστροφής – νέου μνημονίου. Κατά τη διάρκεια της προεδρίας σας συνεχίστηκε η επιβολή ενός τέτοιου προγράμματος, δυστυχώς με την ανοχή σήμερα της κυβέρνησης, ενός προγράμματος που καταστρέφει την παραγωγική βάση της χώρας, που πουλά δημόσια περιουσία και που εξαφανίζει κάθε ίχνος κοινωνικού κράτους στην Ελλάδα. Κατά τη διάρκεια της δικής σας προεδρίας χάθηκε κάθε ίχνος ανθρωπισμού, καθώς συνεχίζονται να πνίγονται πρόσφυγες μετανάστες στο Αιγαίο και στη Μεσόγειο ενώ εσείς δεν κάνετε απολύτως τίποτα. Επομένως, κ. Πρόεδρε του Λουξεμβούργου, και η δική σας προεδρία διέψευσε όσους ελπίζουν ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση μπορεί να οικοδομηθεί πάνω στις αξίες της Δημοκρατίας, της αλληλεγγύης και του ανθρωπισμού. Επιθυμώ λοιπόν να σας τονίσω ότι στο μέλλον των ευρωπαϊκών λαών δεν μπορεί να υπάρχει μια τέτοια Ευρωπαϊκή Ένωση που, έστω σε αυτό τον περιορισμένο ρόλο, διευθύνате για έξι μήνες. Το μέλλον των ευρωπαϊκών λαών δεν μπορεί να είναι ούτε η φτώχεια, ούτε η ύφεση, ούτε ο ρατσισμός, ούτε η μη διαχείριση των ανθρωπιστικών κρίσεων.

Mara Bizzotto (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, discutiamo oggi i insultati della Presidenza lussemburghese, quella che in estrema sintesi definirei un disastro: in questi sei mesi sono aumentati gli immigrati, i terroristi, la paura, ci sono stati i fatti di Parigi e di Colonia e l'Europa sotto questa Presidenza è rimasta inerte. E a casa mia chi non fa niente è «complice».

Resta vergognosamente aperto lo scandalo del favoreggiamento del governo lussemburghese alle multinazionali. Tutti sappiamo che il Presidente della Commissione Juncker è invischiato in questa vicenda, dato che era lui il Primo ministro del Lussemburgo quando è scoppiato lo scandalo. Eppure in questi sei mesi, non è stato fatto niente per far luce su questa vergogna. Quale credibilità può avere la Commissione europea se al vertice siede un indagato? Si vergogni, signor Juncker, i suoi colleghi e i suoi compagni di merende che nascondono tutte le sue malefatte. Siamo stufo dell'Europa dei poteri forti che fa il gioco delle grandi banche e delle multinazionali! Siamo nauseati da questo modo di fare! Io dico NO a quest'Unione, che mette alla fame i cittadini onesti e ingrassa le tasche dei soliti noti!

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, it is never easy being a small country, especially one whose territory has historically been marched through back and forth numerous times simply as a result of being surrounded by more influential and larger neighbours. Nonetheless, Luxembourg has managed to overcome these obstacles, emerging as a major actor in the process of European integration with much greater weight than its size might otherwise suggest.

The previous semester has undoubtedly been a difficult one, especially due to the severe worsening of the migrant crisis and the terror attacks in Paris. I hope that the recently approved measures aimed at strengthening external borders and combating internal radicalisation will very soon produce viable long-term results. The data protection package, the setting up of the European PNR system and the reform of the Court of Justice of the EU are also among the more positive outcomes. I can only regret that my own country, Latvia, was not able or willing enough to emerge with results of the same scale and long-term impact during its Presidency of the Council of the EU just before Luxembourg.

Gerolf Annemans (ENF). – Het Luxemburgse voorzitterschap is geëindigd zoals al die voorzitterschappen hier - wij horen dat vandaag ook weer - met felicitaties, met schouderklopjes en met kreetjes hoe goed het allemaal geweest is en hoe goed we het allemaal gedaan hebben. Maar bovenal een ode telkens weer aan de vooruitgang die geboekt is, zo zeggen jullie dat hier. De Europese Unie moet altijd vooruitgang boeken, altijd maar méér Europese Unie, en u bent daar dan ook, helaas, voor een stuk in geslaagd.

U heeft de fiscale Unie, de taksunie op de rails gezet, waarschijnlijk uit frustratie over de verwijten rond het LuxLeaks-schandaal. U heeft ook de opengrenzenpolitiek van de Europese Unie meer dan ooit verder gezet. Dus ik kan u onmogelijk feliciteren. Het enige vonkje hoop is dat u hier bij de eurocraten in dit halfroond en bij de EU-fanatici in dit halfroond kritiek krijgt op het feit dat de Raad te veel op de rem heeft gestaan. Ik zou wensen dat het waar was geweest, dan had ik toch nog een reden gehad om u te feliciteren.

Mercedes Bresso (S&D). – Signora Presidente, signor Primo ministro, Presidente Juncker, onorevoli colleghi, io vorrei ringraziare, diversamente da alcuni altri colleghi, la Presidenza del Lussemburgo per la collaborazione che ha avuto con questo Parlamento, ma soprattutto per l'impegno e l'attenzione che ha dimostrato su temi fondamentali per il futuro dell'Unione. Anzitutto vorrei evidenziare l'importante sostegno ai temi di carattere istituzionale. Ciò che questa mattina abbiamo sentito ci dice come sia sempre più necessario in Europa avere dei leader che abbiano coraggio, visione lontana, consapevolezza del nostro destino comune. E lei, signor Primo ministro, questa mattina ce l'ha ancora una volta dimostrato.

Al tempo stesso vorrei sottolineare il lavoro fatto per approfondire la dimensione sociale dell'Unione, ad esempio per includere parametri sociali nella costruzione dell'Unione economica e monetaria. Questo obiettivo non è ancora stato raggiunto, ma sono stati compiuti passi avanti nella direzione giusta e contiamo sulla vostra disponibilità a continuare.

Da ultimo, io credo che il lavoro fatto per rendere comune la questione dei rifugiati e dei migranti sia essenziale e gli accordi di luglio sono stati un fondamentale passo avanti per avere una politica comune in questo campo che la prossima Presidenza dovrà, però, implementare. Adesso dobbiamo andare avanti verso un'unica politica di sicurezza e di difesa comune, è – credo – più Europa che ci serve e non meno Europa, come alcuni colleghi continuano a chiedere.

Catch-the-eye-Verfahren

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Luxemburger Präsidentschaft unter drei Gesichtspunkten positiv bewerten. Der erste ist: Ich möchte Ihnen, Herr Premierminister, und Ihren Mitarbeitern dazu gratulieren, dass Sie mit wirklicher Bravour, vielleicht aus der Tradition eines etwas kleineren Landes in der Europäischen Union, hinbekommen haben, einen Kompromiss für die europäische IT-Sicherheitsstruktur zu schaffen. Ein Kompromiss, der nicht einfach war, weil wir natürlich gemeinsam – Rat und Parlament – den Vorschlag der Kommission erheblich verbessert haben. Ich muss dazu sagen, dass der Kommissionspräsident damals noch nicht Jean-Claude Juncker hieß. Und es ist uns gelungen, einen echten europäischen Vorschlag zu schaffen, der einen Mehrwert europäischer Regeln für grenzüberschreitende Infrastruktur im digitalen Zeitalter schafft. Das war nicht einfach, dafür danke ich Ihnen.

Zum Zweiten ist ja schon verschiedentlich das Thema Steuerpolitik angesprochen worden. In der Tat ist die Luxemburger Präsidentschaft davon ein Stück weit überlagert worden. Die Schlussfolgerung, die wir ziehen müssen, bedeutet: Wir müssen schauen, wie es uns gelingt, die mitgliedstaatliche Zuständigkeit für die Steuerpolitik mit einem Bedürfnis nach europäischer Solidarität zu kombinieren. All jene, die in diesem Haus jetzt die Luxemburger Präsidentschaft und Luxemburg stark kritisiert haben, müssen vorsichtig sein, weil sie nicht wissen, ob die Europäische Kommission eines fernen Tages nicht auch ihr Land noch entdeckt und steuerliche Unabhängigkeit nicht als Unabhängigkeit, sondern als unsolidarisches Verhalten klassifiziert.

Ich freue mich natürlich auch sehr, Herr Bettel, dass es nicht notwendig war, dass nach Ihrer Wahl ein Sondergipfel in Brüssel mit dem Kommissionspräsidenten aus Luxemburg stattfinden musste.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, se ha hablado en este debate de los logros de la Presidencia luxemburguesa, pero no lo suficiente de los asuntos que arrastran los pies y están bloqueados en el Consejo, no solamente desde hace más de un año largo, sino desde hace varios años. Es el caso de la propuesta de Directiva sobre la lucha contra el fraude que afecta a los intereses financieros de la Unión Europea a través del Derecho penal, que, lamentablemente, no ha podido ser desbloqueada en la Presidencia luxemburguesa.

El asunto clave es la discusión en torno al impuesto del valor añadido, que el Consejo estima que pertenece a los Estados miembros, mientras que la Comisión y el Parlamento Europeo, sobre todo, estimamos que es un recurso principal de la Unión Europea. Y así ha quedado avalado por una reciente sentencia del Tribunal de Justicia de la Unión Europea: la sentencia Taricco, dictada en diciembre, que determina que el fraude a los intereses de la Unión tiene que ser perseguido a través del Derecho penal por los Estados miembros. Esto tiene que tener una consecuencia y un impacto sobre la propuesta de Directiva sobre la lucha contra el fraude que afecta a los intereses financieros de la Unión Europea (la «Directiva PIF») y, por tanto, urgimos en esa dinámica de trío, que ahora enlaza con la Presidencia neerlandesa, a que esa propuesta de Directiva para la protección de los intereses financieros de la Unión quede desbloqueada.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο χειρισμός του προσφυγικού από την Λουξεμβουργιανή Προεδρία είναι μνημείο αποτυχίας αφού, με τους χειρισμούς της, μετέτρεψε την Ελλάδα σε αποθήκη ψυχών. Χιλιάδες πρόσφυγες και παράνομοι μετανάστες βρίσκονται πλέον στα νησιά του Αιγαίου και στις υπόλοιπες περιοχές της Ελλάδας. Η πολιτική της περίφημης «μετεγκατάστασης» των 160.000 προσφύγων έχει αποτύχει κύριε Πρωθυπουργέ του Λουξεμβούργου, έχει αποτύχει κύριε Juncker. Ελάχιστοι πρόσφυγες μόνο έχουν μετακινηθεί με το σύστημα αυτό. Σύμφωνα με υπολογισμούς, μέχρι τον Δεκέμβριο ήταν μόλις εκατόν ογδόντα τέσσερις.

Τι γίνεται με την Τουρκία; Θωπεύετε την Τουρκία, αν και είναι γνωστό ότι η Τουρκία και η τουρκική ηγεσία ενθαρρύνουν τα δουλεμπορικά κυκλώματα. Δεν έχετε πάρει μέτρα παρά τις καταγγελίες που υπάρχουν, παρά τα στοιχεία που έχουμε. Ταυτόχρονα, αυτό που κάνετε προωθώντας τη νέα Frontex, είναι να δημιουργείτε ένα μηχανισμό που θα έχει δυνατότητα επιχειρησιακής επέμβασης και δράσης πάνω και πέρα από τη θύληση κρατών και κυβερνήσεων, γεγονός που παραβιάζει τα κυριαρχικά δικαιώματα της Ελλάδος και τη μετατρέπει αυτόματα σε προτεκτοράτο.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur Bettel, Monsieur Juncker, vous êtes tous deux membres originaires d'un pays qui est animé fondamentalement par l'esprit communautaire et l'un et l'autre vous avez été, au cours de cette période, extrêmement mobilisés pour que l'Union progresse dans la lutte contre le terrorisme, l'affaire du PNR était un élément sur ce chemin. Mais, dans l'esprit qui vous anime, ne pensez-vous pas qu'il faut aller au-delà? Ne faut-il pas permettre qu'une vraie coopération entre les services de renseignements se mette enfin place? Et, surtout, ne faut-il pas œuvrer d'arrache-pied à la lutte contre le financement du terrorisme, dossier qui – si je me souviens bien – avait été considéré comme absolument prioritaire par les Américains après le 11 septembre et qui, finalement, n'est aujourd'hui évoqué comme priorité que par mon pays, la France? Les cartes prépayées, par exemple, qui sont un des aspects très pratiques pour nos concitoyens, sont aussi une arme redoutable pour les terroristes.

Alors, Monsieur Bettel, en tant que présidence sortante, allez-vous laisser ce flambeau en héritage à la présidence néerlandaise? Monsieur Juncker, qu'êtes-vous prêt à mettre en œuvre pour vous attaquer vraiment à ce volet essentiel des conditions de développement du terrorisme, malheureusement, sur notre territoire?

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, go raibh maith agat as ucht mé a ghlaoch. Cheapas nach nglaofaí orm.

They say in English that the best goods come in small parcels. That applies normally to people like myself, I can say tongue in cheek, but can also apply to countries. In this regard, it fits the bill for Luxembourg – one of the smallest, but at the same time, most central and most committed Member States of the European Union. I would like to compliment them on the excellent job they did over the last six months. They made wonderful progress in many areas and worked very efficiently, particularly in the area in which I was involved – data protection trilogues.

I must say that Laura Wagner, who represented the Council, was very confident, competent, fair and firm and I think that at the end of the day we did succeed in getting the Data Protection Regulation finalised. While not everybody is happy, that is probably a good outcome for a regulation. We have done it and I have no doubt it will stand the test of time. Former Commissioner Reding, who initiated it, is also, of course, from Luxembourg.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, με όλο το σεβασμό που τρέφω προς το πρόσωπό σας, θέλω να τονίσω ότι οι μη εγγεγραμμένοι ευρωβουλευτές του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου δεν έχουν εκλεγεί με διαφορετικό τρόπο από όλους τους άλλους συναδέλφους. Δυστυχώς, κατά τη διαδικασία του «catch the eye», ποτέ δεν παίρνουμε χρόνο ομιλίας. Ήδη, ο χρόνος μας, ως μη εγγεγραμμένων, είναι πολύ περιορισμένος. Έχει επίσης παρατηρηθεί το φαινόμενο να παίρνουν το λόγο στο «catch the eye» πάντα οι ίδιοι και οι ίδιοι από τις πολιτικές ομάδες και εμείς να είμαστε αποκλεισμένοι.

Σας ευχαριστώ και θεωρώ ότι πρέπει να επιληφθείτε του θέματος.

Der Präsident. – Tut mir leid, Herr Kollege, es gab keine Wortmeldungen von fraktionslosen Abgeordneten für das *Catch-the-eye-Verfahren*. Für die Fraktionslosen ist das Wort den Herrn Abgeordneten Balczó erteilt worden. Insofern trifft Ihre Kritik nicht zu.

Costas Mavrides (S&D). – Mr President, I am going to discuss something that we have all observed over the last few months, which is the persistent, intensive defiance by Erdoğan and Turkey, its refusal to implement its obligations with regard to basic and fundamental human rights and the rule of law, the continued occupation of Cyprus and, of course, the ongoing attack against its own people. I am referring to the academics, to the Kurds in the Kurdish provinces of Turkey, and so on. My question is very simple, and refers to the Commission itself: do you think that our policy towards Erdoğan over the last few months has been effective? Is it based on the principles of the European Union and morals, or on something else?

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Jean-Claude Juncker, Präsident der Kommission. – Herr Präsident! Es wurden nicht irrsinnig viele Fragen an die Europäische Kommission gerichtet, sodass ich mich auch mit den wenigen, die an uns gestellt wurden, nicht allzu lange beschäftigen muss, weil die meisten Bemerkungen, die gemacht wurden, sich eigentlich durch Unflätigkeit gegenüber meinem Heimatland auszeichneten. Insofern und weil ich schon den außergewöhnlichen Vorteil hatte, öfters darauf eingehen zu dürfen, erspare ich mir und Ihnen dies für heute ausnahmsweise einmal.

Je voudrais répondre à deux ou trois questions qui ont été adressées à la Commission, notamment à celle qui a trait à la collaboration entre les services secrets. C'est un réel problème, un réel sujet et nous n'avancons pas vraiment. Il paraîtrait que les services secrets sont à tel point secrets que nous ne pouvons pas voir leur façon et leur mode de coopération. En 2001 déjà, au moment des événements de New York et de Washington, un Conseil européen – sous la présidence d'ailleurs de Guy Verhofstadt – avait conclu à la très nécessaire coopération renforcée entre les services secrets des pays membres de l'Alliance et des pays membres de l'Union européenne. Rien ne fut fait, ou très peu de choses, et nous découvrons jour après jour, à la suite des découvertes qui sont faites et des révélations qui nous parviennent, qu'il y a eu des manquements en matière de coopération entre les services secrets, ainsi qu'entre les services de police, et il est évident que nous devons faire un effort supplémentaire sur ce point.

En deuxième lieu, nous avons été interrogés sur la lutte contre le financement du terrorisme. C'est une question qui mérite attention. La Commission présentera un plan d'action de lutte contre le financement du terrorisme au mois de février.

Xavier Bettel, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, tout d'abord, je tiens à remercier tous les députés européens qui ont pris la parole à propos de la présidence luxembourgeoise. Alors, il y a une première question qui a été posée sur les relations avec le Royaume-Uni. Nous sommes en attente d'un texte final. Cela ne relève pas de la compétence de la présidence semestrielle, et c'est au président Tusk de continuer les négociations avec le gouvernement britannique. Il est donc normal que je n'aie pas insisté sur ce sujet.

Monsieur Papadimoulis, vous avez parlé des problèmes de migration, à l'instar d'un certain nombre d'autres collègues grecs. Je suis tout à fait d'accord: la solidarité n'est pas à sens unique, et les engagements qui ont été pris par les uns et les autres doivent aussi être respectés. Aujourd'hui, nous avons l'impression qu'il n'y a que la Grèce qui subvient aux coûts. Il faut savoir que – nous avons pris l'exemple de l'Allemagne aujourd'hui – chaque pays final a aussi un coût très important à couvrir. Nous ne pouvons donc pas juste parler d'un pays. Mais il est important aujourd'hui de dire que nous constatons que les «hotspots» ne marchent pas de manière idéale et qu'il faut donc aussi aider les collègues grecs pour que cela fonctionne plus efficacement. Nous n'avons pas laissé la Grèce seule, et cette dernière et les autres pays concernés savent aussi que la présidence luxembourgeoise a, par exemple, demandé à la Commission européenne de voir, en ce qui concerne le pacte de stabilité, s'il y avait une possibilité concernant les dépenses relatives à la migration dont on pouvait aussi discuter.

M^{me} Le Pen est arrivée à 9 h 25, est partie à 9 h 47: elle n'a donc pas entendu mon discours. Je lui en ferai une copie, mais je ne peux pas lui répondre, car elle n'est pas là maintenant. Pour ce qui est des rescrits fiscaux, la présidence luxembourgeoise aurait pu aller plus loin, notamment en prenant en compte tous les rescrits fiscaux, y compris ceux exclusivement nationaux. Pour les termes qui ont été employés pour le Luxembourg, je ne les commenterai pas, elle ne le mérite pas.

Madame Bérès, vous avez posé une question concernant le financement du terrorisme. Je suis tout à fait d'accord que ce doit être une priorité pour 2016, et le Luxembourg le soutient pleinement aussi.

En ce qui concerne le PNR, en effet, le président Juncker vient de le dire: une coopération entre les services de renseignement doit exister et doit marcher. Nous en parlons. Il serait important de faire avancer dossier.

Enfin, pour ce qui est de la question du député López Aguilar: oui, la fraude à la TVA devrait être incriminée.

Monsieur le Président, permettez-moi juste de vous dire que je tiens à vous remercier pour les louanges qui ont été faites au gouvernement et aux fonctionnaires. C'est sûr, certains auraient préféré que nous allions plus loin, alors que d'autres trouvent que nous sommes allés trop loin. Nous avons surtout réussi à faire quelque chose qui, aujourd'hui, est l'un des grands problèmes que nous avons à l'intérieur de nos pays, mais aussi à l'intérieur de l'Union. Ce sont, Monsieur le Président, les ponts qui se fragilisent beaucoup, que ce soit entre les nationalités, les âges, les religions, les citoyens ou les générations. Je pense donc qu'il est très important de reconstruire ces ponts entre nous, chez nous, et aussi entre nous au sein de l'Union. Je souhaite bonne chance, en tout cas, à la présidence des Pays-Bas pour continuer dans ce sens. Nous en avons bien besoin.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

David McAllister (PPE), *in writing*. – The Luxembourg Presidency contributed in an impressive way to the European Union's enlargement policy. Under its Presidency, the first negotiation chapters in the EU-accession process with Serbia have been opened. This was another important step for the country on its path towards the European Union and a well-deserved recognition of the progress made over the past months. The European Parliament, the European Commission and the Member States have always stressed that in order to move towards the opening of the first chapters, parallel and sustainable progress in the framework of the dialogue with Kosovo and rule of law issues is needed. The opening of the first chapters under the Luxembourg Presidency sends the clear signal that EU accession is a comprehensible and transparent process. On 25 August, Serbia reached key agreements with Kosovo on the establishment of the Association/Community of Serb majority municipalities in Kosovo, and on energy, telecoms and the bridge in Mitrovica. On 14 December the country reaped the fruits when the first negotiation chapters were opened.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I welcome the Luxembourg Presidency and all the work they have done in the last 6 months. The pressure on the European Union, on our citizens and governments has increased dramatically since you have taken over the presidency. Europe had to face the worst ever refugee and humanitarian crisis, inhuman efforts to keep Greece away from bankruptcy and in the euro, talks about a potential BREXIT, terrorist attacks, the growing problem of radicalisation and all that topped with an extremely hostile attitude in many Member States forcing governments to close down their borders and to threaten the very existence of the Schengen Agreement. This is a crucial time for Europe to determine its future direction, a direction that will lead the EU and its citizens towards more integration or more disintegration! Therefore, I think that the Presidency lacked the adequate political will and leadership skills to push Member States towards a common European narrative and to help bridge the differences and growing polarity in Europe on all those urgent issues, starting with the migration crisis.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Ao fim de mais uma presidência rotativa, persistem as mesmas políticas e, naturalmente, os mesmos problemas que afetam a Europa, as suas populações e os seus trabalhadores. Perante os efeitos desastrosos da austeridade, assistimos a uma fuga para a frente, com o aprofundamento dos aspetos mais nefastos da integração económica. Ao mesmo tempo, esta UE revela-se totalmente insensível e inoperante perante o drama dos refugiados, que fogem de uma guerra apoiada e financiada pela UE.

Em matéria fiscal, esta presidência, da responsabilidade de um país com um sinistro cadastro em matéria de promoção da fraude e da evasão fiscal, continuámos a assistir aos mecanismos de ocultação de toda a informação relevante e necessária para se promover um combate consequente aos paraísos fiscais e a outros instrumentos de fuga ao fisco.

Neste sentido, o balanço só pode ser negativo. Naturalmente não nos surpreende, na medida em que não nos revemos neste processo de integração capitalista, que promove a concentração da riqueza à custa da exploração e do empobrecimento.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – A Presidência Luxemburguesa enfrentou um contexto político muito difícil. O esforço realizado para manter linhas de diálogo entre todos os países europeus e as Instituições Europeias na resposta aos desafios colocados pelos fluxos migratórios e de refugiados deve ser realçado. Verificaram-se avanços no plano da cooperação, tendo em vista a segurança comum, enfrentando ao mesmo tempo as ameaças à livre circulação de pessoas e bens. Estes resultados são também fruto do bom relacionamento entre a Presidência e o Parlamento Europeu.

No domínio da criação de condições de robustez financeira na União Europeia e em particular na Zona Euro, a Presidência Luxemburguesa não foi conseguida. A União Bancária não arrancou com a estrutura e os recursos necessários para enfrentar as dificuldades do sistema financeiro europeu, a regulação deu sinais de grande fragilidade e o combate à evasão e às políticas fiscais agressivas não avançou. A Presidência Luxemburguesa fracassou onde tinha obrigação de ter sido bem-sucedida. No reforço da transparência e da robustez do sistema financeiro europeu e na sua relação com a competitividade económica e com a criação de emprego.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

*Vicepresidente***4. Auf dem Weg zu einer Akte zum digitalen Binnenmarkt (Aussprache)**

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Kaja Kallas e Evelyne Gebhardt, a nome della commissione per l'industria, la ricerca e l'energia e della commissione per il mercato interno e la protezione dei consumatori, sul tema «Verso un atto sul mercato unico digitale» (2015/2147(INI)) (A8-0371/2015).

Aspettiamo che ci sia questa fotografia e poi riprendiamo. Salutiamo il Presidente Junker.

Kaja Kallas, rapporteur. – Mr President, first of all I would like to thank all those who were involved in this report, especially the co-rapporteur Ms Gebhardt and all the shadow rapporteurs. I am very happy that this report clearly states that we need pro-innovation and pro-digital policies in Europe. If we want to give companies the chance to innovate, we have to give a clear signal that we support innovation. Companies are very often advised to let go of their old products in order to make room for new ones. I think this also applies to us. If the rules are no longer fit for purpose, then we have to let them go and simply review them.

I am happy that this report gives strong support to the sharing economy, but it also expresses concerns at the existing barriers that are created by Member States, hindering its growth instead of adapting their existing framework to ensure competition. We must keep in mind that the big multinational companies have the tools to comply with the different sets of rules, but Europe's economy is based on small- and medium-sized companies, and these are the companies that are hurt the most by the barriers. I expect the Commission to be proactive in keeping the integrity of the single market. This is not only needed for the sharing economy, but also for the next wave of innovation, such as big data and the internet of things. If Europe does not have a plan for this, if we fail to have a joint approach on standardisation, cyber-security and also the free flow of data, then we will miss out on its potential. It is vital for growth and competitiveness.

I also expect the Commission to work hard to preserve the internet as an open and neutral platform for innovation and communication. By clearly backing the limited liability of the intermediaries, we state that internet providers should not do the work of law enforcement agents. It is crucial to prevent censorship and also to protect freedom of expression, but everything relies on the empowered users, which is also an important aspect of this report.

We need to make sure that citizens have better control over the use of their data and that switching between service providers is facilitated, but also that users are pushed to have basic levels of security such as end-to-end encryption and software updates. It is our responsibility to empower citizens, but it is certainly not our responsibility to tell people how they should live their lives, what to do and which services they should use. This is why our Group is strongly against paragraph 8, and I hope that colleagues can support our Amendment 24, because at the end of the day it is the individual who decides when to put down their phone. Instead, we should focus on how to make life easier for the citizens, and e-government is a good example of that. The principle of providing information to the public authorities only once is a good example of this. It is so important that Parliament is asking for it to be applied.

There is so much to tell on such a broad report, but I will stop here. Thank you again. I look forward to the debate.

Evelyne Gebhardt, Berichterstatterin. – Herr Präsident! Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit an Frau Kallas. Ich finde es auch bemerkenswert, dass die *sharing economy* jetzt so einen großen Stellenwert in ihrer Rede eingenommen hat, wo sie doch zu Beginn gar nicht darüber reden wollte. Es zeigt sich also, dass Diskussionen immer sehr gut sind.

Damit möchte ich auch anfangen. Denn das ist ein Themenbereich, der in der Mitteilung der Europäischen Kommission total fehlt. Und in diesem Bereich ist gerade das Arbeitsrecht, Sozialrecht – wenn wir an Crowdfunding und so weiter denken – ein Thema, das wir nicht vernachlässigen dürfen, in dem wir wirklich vorangehen müssen. Sehr verehrte Damen und Herren, es ist ganz wichtig, dass wir diesen digitalen Binnenmarkt sehr gut und sehr europäisch aufstellen, denn dieser Binnenmarkt ist schlicht und einfach grenzenlos. Wenn es um Einkäufe geht, dann sagen wir ja sehr klar: Ja, wir finden es gut, dass die Europäische Kommission am 9. Dezember Vorschläge gemacht hat, wie wir in diesem Bereich vorangehen können. Allerdings – und das werden wir nachher so auch beschließen – heißt das nicht, dass wir akzeptieren werden, dass es unterschiedliches Recht für Offline- und Online-Einkäufe gibt. Das gibt nur Verwirrung für die Verbraucher und Verbraucherinnen und vor allem auch für die kleinen und mittleren Unternehmen, die wir in diesen Bereichen stützen wollen. Auch da können wir nicht so vorgehen, wie die Europäische Kommission sich das vorstellt. Da werden wir noch einmal sehr stark nacharbeiten müssen.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wo wir ganz einer Meinung sind mit der Europäischen Kommission, wo wir uns auch bei Herrn Ansip sehr bedanken, ist, dass wir das Geoblocking bekämpfen müssen. Es ist absolut nicht akzeptabel, dass Bürger und Bürgerinnen daran gehindert werden, von dem Binnenmarkt Gebrauch zu machen, weil sie eine falsche Adresse haben, weil sie die falsche Nationalität haben, oder weil ihre Kreditkarte im falschen Land ausgestellt worden ist. Das ist nicht das Europa der Bürger und Bürgerinnen, das Europa der Freizügigkeit, das wir brauchen und das wir voranbringen wollen. Auch da werden wir sehr stark zusammenarbeiten müssen, um da alles voranbringen zu können, was nur möglich ist.

Auch im Bereich der digitalen Inhalte ist die Rechtszersplitterung, die wir haben, nicht akzeptabel. Deswegen müssen wir darauf achten, dass manche Geschäftsmodelle, die wir zurzeit haben, zu Monopolbildungen führen, weil eben europäisch kein Wettbewerb da sein kann.

Und wir wollen auch, dass die Bürger und Bürgerinnen schlicht und einfach, wenn sie irgendwo ein Abonnement eingekauft haben, dieses auch in der ganzen Europäischen Union benutzen können. Sonst haben wir keine Europäische Union, keine Freizügigkeit, die für uns doch so wichtig sind und von denen wir immer sagen, dass sie vorangebracht werden müssen.

Ein weiterer Bereich – ich kann in vier Minuten nicht alle nennen, die wir haben, allerdings setze ich auf die Kollegen und Kolleginnen: Einen Streitpunkt gab es auch in unseren Diskussionen, das war das Prinzip der elektronischen Verwaltung, der Behördendienste. Da müssen wir dafür sorgen, dass wir die Vereinfachungen, die die digitale Welt uns bringt, auch wirklich voranbringen. Allerdings ist das *once-only principle* ein Prinzip, das sehr genau überdacht werden muss, denn da geht es auch um Fragen des Datenschutzes. In manchen Staaten wird es auch verfassungsrechtliche Probleme geben, und da müssen wir dann in diesen Bereichen sehr, sehr vorsichtig vorangehen. Ja zur Vereinfachung, aber so, dass auch wirklich der Datenschutz und die Verfassungen der Mitgliedstaaten in diesen Bereichen auch weiterhin respektiert werden. Da haben wir noch einiges zu tun.

Meine Zeit ist leider schon zu Ende. Wir hätten noch sehr viel mehr zu diesem Bericht zu sagen gehabt. Aber ich bedanke mich hier noch einmal ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit bei allen Berichterstattungen, Schattenberichterstattungen und bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die auch ihren Zoll gebracht haben. Ich muss sagen, die Arbeit hat richtig Spaß gemacht, weil sie auch so kompliziert war.

Renato Soru, *relatore per parere della commissione per i problemi economici e monetari*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, nella commissione ECON abbiamo cercato in questo tema vastissimo di concentrarci su alcuni punti, considerando anche la straordinaria importanza economica di questo settore che può valere oltre 400 miliardi di EUR all'anno e ha la capacità di creare, è stato stimato, circa 3 milioni e 800 mila nuovi posti di lavoro in Europa.

Ci siamo concentrati su alcuni temi fondamentali come quello di assicurare pari condizioni di accesso; assicurare che i sistemi di governance in giro per l'Europa e i servizi ai cittadini siano prioritariamente digitali secondo una politica che abbiamo chiamato *digital first*; assicurare l'armonizzazione fiscale che è certamente una priorità se si vuole effettivamente un normale andamento della localizzazione delle imprese e della crescita dell'e-commerce; assicurare un superamento del ritardo nello sviluppo delle *skill* digitali, così importanti sia dal lato della fruizione che dal lato della produzione di servizi digitali.

Ci siamo concentrati sul sostegno all'innovazione, agli innovatori che hanno poi la responsabilità di creare nuove imprese in Europa o di farle crescere, alcune possibilmente a livelli importanti, capaci di essere un faro, anche visibili nel mercato globale. Abbiamo richiamato l'attenzione sul pericolo dei nuovi monopoli che sono così facili e che prosperano così facilmente, dovuti anche alle caratteristiche del tutto peculiari dei servizi in rete e dei servizi digitali. Ho terminato il mio minuto.

Jutta Steinruck, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten*. – Herr Präsident! Wäre es nach dem Beschäftigungsausschuss gegangen, hätten wir in diesem Bericht viel stärkere Akzente im Bereich des digitalen Arbeitsmarkts. Dessen Folgen für unsere Gesellschaft, dessen Chancen, sind deutlich herausgearbeitet.

Ich danke Evelyne Gebhardt ausdrücklich, dass Sie das Thema digitaler Arbeitsmarkt und seine Folgen für die Sozialversicherung in ihrem Bereich wirklich sehr mitgedacht hat und auch sehr dafür gekämpft hat. Klar ist, dass der digitale Wandel nicht aufhaltbar ist, aber er ist gestaltbar. Es müssen aber auch klare Analysen gemacht werden. Wie sind die Auswirkungen auf die Arbeit der Zukunft, wie auf zukünftige Sozialsysteme? Da muss die Kommission noch einiges an Hausaufgaben machen. Wir müssen über Aus- und Weiterbildung nachdenken, über lebenslanges Lernen, institutionalisiertes lebenslanges Lernen.

Wir müssen sehen: *crowd working*, die *sharing economy*, was für Auswirkungen hat das heute schon? Was müssen wir mit neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen oder Gesetzgebung auch verändern, damit wir auch in Zukunft gute und nachhaltige Arbeitsplätze im digitalen Zeitalter sicherstellen können?

Merja Kyllönen, *liikenne- ja matkailuvaliokunnan lausunnon valmistelija*. – Arvoisa puhemies, lämpimät kiitokset esittelijöille sekä kaikille, jotka ovat olleet mietinnön valmistelussa mukana. On hienoa huomata, että parlamentti pystyy löytämään yhteisiä suuntaviivoja tärkeässä asiassa.

Liikenne on yksi niitä sektoreita, jolle digitaalisuudella on erittäin paljon annettavaa. Uskon, että sen avulla päivittäisestä liikenteestä ja logistiikasta saadaan entistä sujuvampaa, turvallisempaa, resurssitehokkaampaa ja kestävämpää. Vaikka liikennesektorilla on muun muassa liikennetietojen keruuta ja hyödynnettävyyttä tehostettu jo pitkän aikaa, on tällä vuosikymmenellä tapahtumassa ennennäkemätön liikkumisen, kysynnän ja tarjonnan uudelleenmäärittely erilaisten digitaalisiin alustoihin pohjautuvien liikkumispalvelujen ja liikenteen automatisoitumisen tehdessä tuloaan.

Pidän kehitystä myönteisenä ja haluan varmistaa, että askeleet kohti digitaalista toimintaa, digitaalista liikennettä ja palvelua tehdään asiakkaiden ehdoilla yhteisten pelisääntöjen ja valvottujen toimintatapojen kautta.

Petra Kammerevert, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Bildung*. – Herr Präsident! Der durch Digitalisierung verursachte tiefgreifende Wandel, kann auch bei Radio und Fernsehen gut beobachtet werden und ist noch lange nicht vorüber.

Mobiltelefon und Internet haben die Fernsehnutzung junger Menschen auf Platz 3 der präferierten Medien verdrängt. Audiovisuelle Inhalte sind gefragter denn je, haben an Suggestions- und Meinungsbildungskraft noch hinzugewonnen, werden aber zunehmend über das Internet verbreitet.

Wenn wir wollen, dass öffentlich-rechtliche wie private und Fernsehanbieter auch zukünftig für die öffentliche Meinungsbildung relevant sind, zur Förderung von Meinungsfreiheit und Medienvielfalt beitragen, müssen wir ihnen den Zugang zur nicht-linearen Online-Welt weiter öffnen.

Deshalb ist die Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste unabdingbar und überfällig. Von einer großen Mehrheit getragen sind hierzu unsere wichtigen Eckpunkte im Bericht niedergelegt.

Zudem müssen wir aber auch dafür sorgen, dass die Digitalisierung für die vielfältige Kultur- und Kreativbranche zum Erfolg wird. Der Schlüssel hierzu ist ein Urheberrecht, das den Wandel der Wertschöpfung sachgerecht und fair nachvollzieht und einen fairen Ausgleich zwischen Nutzern, Intermediären und Urhebern findet. Pauschale Forderungen sind hier eher nicht angebracht.

Schließlich fordern wir auch ein sehr viel größeres Engagement aller bei der Entwicklung von Medienkompetenz, was trotz des Schwerpunkts auf jungen Menschen, eine generationsübergreifende Aufgabe sein muss.

Ангел Джамбазки, докладчик по становището на комисията по правни въпроси. – Уважаеми г-н Председател, уважаеми колеги, в качеството си на докладчик на становището относно единния цифров пазар в комисията по правни въпроси бих искал да поздравя докладчиците и моята колега от групата на ECR Вики Форд за усилената работа по това досие.

Благодарение на обединените ни усилия за постигане на целенасочено и балансирано решение относно стратегията за единния цифров пазар днес пред нас стои доклад, в който не само се очертават основните приоритети, като преносимостта на онлайн съдържание и иновациите, но също така и въпроси, които се нуждаят от повече анализ и дискусия.

Що се отнася до авторското право предложението на Европейската комисия ни дава добра основа и правилни насоки. Въпреки това, все още има много работа пред нас с цел избягване на свръхрегулирането на въпроси, които се нуждаят от все по-задълбочен анализ. И не трябва да прибързваме, само за да задоволим нечий очаквания или нечий външен натиск.

Вярвам, че резултатът от днешното гласуване ще отрази именно това и точно както в правната комисия, докладът ще се радва на голяма подкрепа.

Michał Boni, *rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Mr President, I would like to thank everyone for the report, which is well-structured and with a balanced approach, including in the area of the competences of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, and with a clear message that we need digital harmonisation in Europe.

What does a 'balanced approach' mean? It means that we have not achieved the real turning point, to say that we need stronger solutions, more harmonised in some areas, as decisions on 5G spectrum development and text and data mining development have been scarce. On the other hand, however, we have made progress in the right direction, have begun working faster on the e-Privacy Directive and have established equilibrium between privacy protection, security needs and business opportunities in the era of big data. It shows that we understand how important data privacy is in the light of the data-driven economy. In that area, we need future-proof solutions. Now we can start work on issues such as how to share data, what ownership of data means and how to make data much more secure, also using the solutions of security and privacy by design.

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, the European Parliament's own-initiative report on the Digital Single Market is a significant document which covers a wide variety of important themes for Europe. We need to ensure European people, consumers, companies and industry can benefit from a truly functioning Digital Single Market. This is a top priority of this Commission. It is also an area where Europe and the European project have many positive stories to tell. That is why working closely and early enough with the co-legislators is key for success. I would like to thank the rapporteurs and all other Members of the European Parliament involved in this report.

The Digital Single Market strategy identifies 16 key initiatives. In December 2015, we already presented a Communication on copyright with a legislative proposal on cross-border portability. This means that we want to ensure that subscribers to online content services can access what they have paid for while temporarily present in another Member State.

The copyright communication sets out political objectives and areas of action, with concrete measures and a timeline. We have also made legislative proposals for new rules to improve protection for consumers who buy digital content or goods online across the European Union and to help businesses to expand their online sales. As you can see, we are already delivering important elements of the Digital Single Market. This will continue through 2016.

In addition to a common and comprehensive solution to geo-blocking, we want to simplify VAT payments for companies and also promote efficient and affordable parcel delivery. Geo-blocking goes against the very idea of a single market, without borders or discrimination based on nationality or place of residence. Beyond consumers, start-ups and SMEs, we also want to support European industry in embracing digital transformation. This is key for growth and jobs. Industry is a pillar of the European economy. It is also important to focus on the skills of the workforce.

In the next month, we will review the rules which apply to telecoms, audiovisual and e-privacy. We will improve cybersecurity, leverage cloud computing activities, support the development of a European Science Cloud and enable free flow of data. I am looking forward to hearing your views during the debate and to working with you to make the Digital Single Market a reality, and a success story for Europe.

Henna Virkkunen, PPE-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, haluan myös kiittää kaikkia esittelijöitä ja muita valiokuntia erittäin hyvästä yhteistyöstä tämän prosessin aikana. EPP tukee tätä mietintöä ja haluaa vauhdittaa digitaalisia sisämarkkinoita Euroopassa. Pidämme sitä erittäin tärkeänä kilpailukyvyn, kasvun ja työpaikkojen näkökulmasta.

Olemme huolestuttavasti jäämässä digitaalisessa taloudessa jälkeen Aasiasta ja USA:sta. Eurooppa tarvitsee lisää investointeja nopeisiin verkkoihin. Meidän on varmistettava se, että uudet digitaaliset palvelut ovat samalla viivalla perinteisten tuotteiden ja palveluiden kanssa. Tämä koskee esimerkiksi sähköisiä kirjoja. Niitä tulee verottaa samalla tavalla kuin perinteistä kirjaa.

Meidän on luotava myös säädösympäristö, joka kannustaa kehittämään uusia innovaatioita ja palveluita Euroopassa. On huolehdittava siitä, että emme luo liian raskasta säätelyä, vaan olemme riittävän ketteriä ja joustavia ja hyödynnäme näitä kaikkia uusia mahdollisuuksia, joita internet tuo tullessaan.

Olen erityisen iloinen siitä, että parlamentti omassa mietinnössään haluaa päästä eroon perusteettomasta geoblokkauksesta eli maarajoitusten käytöstä. On kuluttajille ja yrityksille tärkeä asia, että myös digitaaliset palvelut liikkuisivat yli rajojen Euroopassa kuten muutkin palvelut.

Viiden sadan miljoonan asukkaan digitaalinen sisämarkkina-alue on mahtava mahdollisuus eurooppalaisille yrityksille, ja meidän kannattaa kannustaa nyt kaikkia pk-yrityksiä tarttumaan tähän ja huolehtia myös siitä, että teollisuus digitalisoi-tuu ja hyödyntää nämä mahdollisuudet.

Presidente. – Siamo in una fase in cui i gruppi politici esprimono il loro parere, per cui fare domande, praticare la logica del cartellino blu, in questa fase è veramente anacronistico, aspettiamo il dibattito e naturalmente ci sarà la procedura del cartellino blu.

Miapetra Kumpula-Natri, S&D-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, Euroopan unionilla on edessään haasteita: Mistä investointeja? Mistä Euroopalle kasvua? Mistä eurooppalaisille työpaikkoja? Mistä toimivampia julkisia palveluja? Ja mistä eurooppalaisille nuorille uskoa tulevaisuuteen?

Näiden haasteiden keskellä on tartuttava mahdollisuuksiin, ja tässä meillä on käsittelyssä yksi mahdollisuus. S&D-ryhmälle se on mahdollisuus digitaalimarkkinoiden kautta luoda uusia työpaikkoja ja kasvua. Viime vuosien aikana digitaalinen talous on kasvanut selvästi nopeammin kuin moni muu ala. Digisektorille on syntynyt laadukkaita työpaikkoja. Tältä osin komission prioriteetit ovat kohdallaan.

Nyt valiokuntien esittämä kanta pitää digitaalista sisämarkkinastrategiaa mahdollisuutena luoda oikeudenmukaisempi ja turvallinen digitaalinen yhteiskunta. Voimme korjata jo syntynyttä digitaalista kuilua - oli kyse sitten infrastruktuurista tai kansalaisten taidoista. Kaikkien kansalaisten tulee päästä käsiksi digitaaliseen palveluun – sekä julkisten että myös yksityisten palveluiden on oltava saatavilla. Meidän on pidettävä huolta siitä, että digitalisaatiosta ei tule uutta sosiaalisen syrjäytymisen aluetta, vaan kaikkien on oltava siinä mukana.

Euroopan tulee kiilata takaisin kärkeen digitalisaatiossa viidennen sukupolven 5G-televerkkojen myötä. Järkevien ratkaisujen tulee tähdätä siihen, että Euroopassa olisi maailman kehittynein ja turvallisin infra. Nyt hyväksyttävä paketti tukee eurooppalaisten innovaatioiden syntyä, kriittisen infrastruktuurin rakentamista Eurooppaan ja turvallisen ja avoimen internetin takaamista kansalaisille ja yrityksille.

Eurooppalaisilla rahastoilla on merkittävä rooli niin tutkimuksessa ja kehityksessä kuin infrainvestointien nopeuttamisessa silloin, kun markkinat eivät kata yhteyksien syntymistä. Eurooppalaisia ratkaisuja tarvitaan, sillä mitäpä iloa on sisämarkkinoista tai digipalveluista, jos ne aina tyssäävät maiden rajoille. Eurooppalaista sisältöä on saatettava eurooppalaisten saataville, ja uskomme, että oikeudenmukainen arvonnisäjakautuminen on mahdollista löytää myös uusien sovelutusten kautta.

Digitalisoinnin mahdollisuudet on hyödynnettävä myös teollisuudessa. Investoinnit nopeisiin verkkoihin luovat perustan, kun teollinen internet ja esineiden internet tuovat uusia ratkaisuja tuotantoon ja arkeen. Menestyäkseen kansainvälisessä kilpailussa myös nykyisen eurooppalaisen teollisuuden on digitalisoiduttava. Komission tutkimusten mukaan näin tekevät yritykset siirtävät vähemmän työpaikkoja ulkomaille tai sanovat ihmisiä irti.

Voisin insinöörinä puhua vain teknologisesta muutoksesta, mutta digitalisaatiossa on ennen kaikkea kyse yhteiskunnan muutoksesta, johon tarvitaan vahva poliittinen johto.

Parlamentti on mukana vahvasti digitaaliyhteiskunnan sääntöjen luomisessa useiden uusien lainsäädäntöhankkeiden mukana. Ja meille S&D-ryhmässä tärkeätä on, että digitalisuus on luonnollinen uusi alkua kasvu, terveyspalveluille, opetukselle, syrjäseutujen kehittymiselle, energiatehokkuuden palvelumuodoille ja niin eteenpäin. On tärkeää tehdä tämä yhteistyössä muun yhteiskunnan kanssa, niin että muutos on turvallinen kaikille.

Vicky Ford, on behalf of the ECR Group. – Mr President, if we are to succeed in a competitive world, we must embrace the benefits of the digital revolution. The sharing economy brings huge opportunities and platforms which enable economic growth and help us to address societal issues and even to help solve environmental problems. Yes, there are changes. Traditional distinctions between businesses and consumers and between market incumbents and new entrants are evolving and mutating. This brings new challenges, but any rules we set must help underpin the digital economy, not undermine it. We should work with existing rules where possible, address the risks and not put a handbrake on the innovators or add more costs.

Most of Parliament's report follows this positive tone, which I support. Unfortunately, some of the Commission's recent actions are not quite so sensible. Their proposal for digital purchases creates a two-tier structure between online and offline sales and, just at a time when we wanted to build consumer trust, this risks creating confusion.

Data is key. We do need clear rules and we need to be able to harness the benefits from big data, whilst also respecting privacy. But I am a bit concerned about the impact of our new regulation on small businesses and I know that late-night, last-minute rushed negotiations are not the way to achieve clear, coherent legislation. Our single market has 500 million consumers in 28 countries. They want to be able to trade online with companies all across the world. The digital world is a borderless world. We need to work together across Europe and across the world as well. Protectionism will not work.

Dita Charanzová, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, just as the Industrial Revolution once made us leaders in the world, I think the Digital Single Market can help create more growth and jobs in Europe. This digital revolution is in fact the new industrial revolution and, just as we feared the unknown then, we see fear now in the voices of digital protectionism and the conflicts between traditional industries and new innovative business models, and between those who can adapt and those who worry they might be left behind. But today, if we want to continue our standard of living, we must, as a society, embrace the digital revolution that is happening all around us. We must take steps to create a true Digital Single Market. We must support a policy where innovation, new business models, new products and new supply chains are welcomed. We need a policy that acknowledges that platforms and shared economy are not fringe parts of our economy, but the future engine of it.

We must accept that the analogue days of protected state-owned industries and over-regulated business and consumers markets are over. Commissioner, in your Digital Single Market strategy you have set out sixteen ways to help Europe succeed in this digital revolution. I can confirm that you have the full support of the ALDE Group to get this done. We must fully implement the whole strategy, because otherwise Europe will fall behind. Whether we succeed or fail relies solely on us, and we can act now. I have no doubt that our vote tomorrow will confirm the political mandate for the Commission to use all its power in this field.

Commissioner, please use your political capital, because we are already late.

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Zunächst einmal möchte ich mich auch bei den Berichterstatte(r)innen für ihre faire Zusammenarbeit bedanken – das muss man auch an der Stelle tun.

Es ist kein leichter Bericht, trotzdem frage ich mich, ob die Kommissionspläne wirklich ausreichend sind, um den gleichen Zugang auf den digitalen Binnenmarkt für alle zu sichern. Das ist für meine Begriffe noch offen und darum müssen wir kämpfen.

Es wird immer von Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in das digitale Umfeld gesprochen. Das ist sicher wichtig. Aber genau das ist eben keine Selbstverständlichkeit. Uns geht es darum, dass für Verbraucherinnen und Verbraucher Vertrauen in Datensicherheit geschaffen wird. Vertrauen, wenn man so will, in die Redlichkeit des Anbieters und in den Schutz seiner Grundrechte. Ich glaube, das muss sich überall durchziehen, wenn wir tatsächlich den Binnenmarkt für alle Beteiligten fair entwickeln wollen.

Uns sind drei Dinge wichtig. Erstens: Wir sind der Meinung, dass der Dinosaurier Geoblocking ins Museum gehört, und zwar komplett. Wir sind der Meinung, dass damit eben nicht beispielsweise für kulturelle Vielfalt gesorgt wird, sondern diese im Gegenteil verhindert wird, wenn man zum Beispiel an Minderheiten und den Zugang zu TV- Sendern denkt. Geoblocking führt dazu, dass letztlich illegale Downloads gemacht werden – auch deswegen muss es weg.

Zweitens: Wir haben uns für *free software* von Anfang an eingesetzt. Leider hat sich das nicht widergespiegelt. Es wäre aber wichtig, dies zu fördern, stärker zu fördern, weil damit eine größere Kontrolle einhergeht, auch für die User.

Drittens: Der Breitbandausbau ist uns wichtig. Hier muss ganz viel gemacht werden, und zwar nicht nur für die Großen, auch für die Kleinen. *Last but not least*: Ohne konsequente Netzneutralität ist letztlich alles nichts.

Julia Reda, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the Commission has titled this project 'The Digital Single Market' but we must not lose sight of the reason for tearing down the digital borders and for promoting the exchange of knowledge, goods and services in Europe. It is to empower people and to ensure that the technological projects of globalisation benefit all, and not just the few.

Parliament recalls in this report that is not just the market and profit-seeking enterprises that can provide solutions. The strategy will not be comprehensive if it does not take into account solutions based on the commons. There is open-source software that improves interoperability, security and control over technology. Community WiFi projects provide connectivity, even in remote areas, and crowd-funding allows communities to fund innovation without the dependence on big investors.

Finally, net neutrality and universal internet access are the basis for the Digital Single Market to function, so some regulation of the market is necessary to ensure that new technologies in commercial undertakings safeguard fundamental rights. But it is not necessary to reinvent the wheel when dealing with online intermediaries. In many areas, such as liability, we already have functioning legislation. We must recognise that the internet is more than just a big shopping centre. The successful digital strategy emphasises the strength of the internet: the free exchange of knowledge and collaboration. In summary, we must complement the digital single market with a digital commons strategy. This report makes a good step in this direction, and I would like to thank the rapporteurs for their important and collaborative work in this area.

David Borrelli, *a nome del gruppo EFDD*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa relazione fa da apripista a tutta una serie di proposte legislative che arriveranno entro quest'anno. Il mio giudizio personale è che potevamo sicuramente essere un po' più ambiziosi: noi siamo convinti che nella realizzazione del mercato unico digitale la figura del cittadino debba essere messa al centro. E se non lo fa il Parlamento europeo, che è l'unica istituzione eletta direttamente dai cittadini, non possiamo certo aspettarci che questo venga fatto dalla Commissione europea e dal Consiglio.

In attesa della proposta di revisione delle telecomunicazioni, che costituirà un elemento essenziale di questa strategia, è fondamentale adesso essere ambiziosi e fare un buon lavoro, a partire dalla proposta della Commissione riguardante la vendita di beni on line. Il pieno potenziale delle vendite on line non è ancora sfruttato appieno nell'Unione europea, soltanto il 14% delle piccole e medie imprese europee, infatti, utilizza internet come canale di vendita. Dobbiamo lavorare per far sì che i cittadini e le imprese possano acquistare e vendere on line con più semplicità e fiducia in tutta Europa. Si tratta di una nuova frontiera per le nostre aziende e un passaggio fondamentale per la creazione di nuovi posti di lavoro.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, nous sommes tous d'accord pour dire que le développement numérique représente, pour nos TPE/PME, un fort potentiel de croissance, et si la coopération européenne peut en favoriser le contexte économique, alors nous disons oui. Mais, comme à votre habitude, vous faites fausse route en tentant une nouvelle fois de faire taire les intérêts nationaux en imposant aux États membres l'intégration du marché unique et de son volet numérique.

Oltre le fait que nous doutions que le bien-être des Européens, et notamment des Français, passe par la création d'un «big data» européen ou par la dérégulation des services, nous sommes également très inquiets pour la sécurité des données stratégiques des États et des données personnelles des utilisateurs.

Tous les amendements que nous avons déposés vont dans le sens de ce que je viens d'exposer et nous espérons qu'ils recevront un large soutien lors du vote. Alors, oui à la coopération européenne, à la protection des consommateurs, aux services efficaces et accessibles à tous, à la coopération logistique, au développement des TIC. Mais non à la suprématie des intérêts fédéralistes sur les intérêts nationaux, qui relève d'une stratégie politique, économique et financière.

L'avenir de l'Europe passe par une coopération équilibrée entre les nations et non par leur démantèlement.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Zwracam tylko uwagę na przerażający bełkot i tłumaczę niejasność pojęć, bo każdy rynek jest jednolity, a towary na nim sprzedawane nie muszą być jednolite. Jeżeli czytam na przykład we wstępie, punkt 1.1, że stworzenie jednolitego rynku cyfrowego może ożywić jednolity rynek, to to jest nonsens, bo jeżeli ożywiamy rynek, to znaczy, że on istnieje, a jak istnieje, to nie można go stworzyć. Jest to ogólnounijny bełkot. Czytamy na przykład, że internet ma ogromny wpływ na emancypację kobiet. Dlaczego się nie mówi nic o homoseksualistach, o zoofilach albo o rudych? Rudzi, jak wiadomo, są fałszywi, a w internecie nie widać, czy są rudzi czy nie są rudzi, więc internet sprzyja również emancypacji rudych. Proszę Państwa, to jest bełkot – powtarzam – ale będziemy głosowali za, bo wolny rynek jest dla nas najważniejszy.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, lieber Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen Kollegen! Auch ich möchte mich natürlich namens der EVP-Fraktion bei allen Kollegen danken, die diesen am Anfang sehr breit angelegten Bericht sehr gut bearbeitet und zu einem wirklichen Kompromiss gebracht haben, der am Ende alle mitnehmen kann.

Es ist wichtig, dass wir uns am Anfang der Debatte über den digitalen Binnenmarkt hier im Europäischen Parlament noch einmal deutlich machen, dass es um einen Ansatz geht, der auf fast alle Politikfelder Auswirkungen haben wird. Deswegen haben wir auch als EVP-Fraktion Wert darauf gelegt, dass alle Ausschüsse, die sich an dieser Arbeit beteiligen wollen, dafür im Rahmen dieses Berichts ihren Platz haben. Deswegen sind aus allen Bereichen auch entsprechende Änderungsanträge übernommen worden, die zugegebenermaßen den Bericht am Ende etwas breiter gemacht haben, als er geplant war, die aber dazu beigetragen haben, dass alle Ausschüsse, alle Beteiligten sich hier mitgenommen fühlen.

Zum Datenschutz, zur Verwendung von Daten: *big data* ist vom Kollegen Boni aus unserer Sicht schon klar beleuchtet worden. Wir brauchen einen echten digitalen Binnenmarkt, der grenzüberschreitend tatsächlich für die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch für die Arbeitnehmer alle Möglichkeiten schafft. Zum Zweiten geht es um die Auswirkungen auf das Steuerrecht, auf die Arbeitswelt, und natürlich auch um die Frage: „Was ist Innovation?“ Ich möchte hier ganz deutlich sagen: Natürlich ist Innovation auch mit *disruption*, also dem Abbruch bestehender Märkte verbunden, aber *disruption* alleine ist noch keine Innovation. Da werden wir noch einige wichtige Diskussionen führen müssen. Es geht beim Geoblocking los und wird beim Steuerrecht weitergehen. Ich hoffe, dass wir die Gemeinsamkeiten, die uns in diesem Bericht gelungen sind, weitertragen können.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Der Präsident. – Vielen Dank Herr Kollege Schwab. Ich bitte um Nachsicht. Ich habe übernommen und mich einfach in den Redezeiten verkuckt.

Dan Nica (S&D). – Domnule președinte, pentru a avea o piață digitală cu adevărat integrată și pentru a înregistra progrese în domeniul digital, sunt necesare investiții în infrastructură și în rețele de comunicații rapide și foarte rapide, inclusiv în zonele rurale și îndepărtate. De asemenea, susțin cu tărie prevenirea blocării geografice nejustificate. Sunt necesare măsuri ambițioase și specifice de îmbunătățire a accesului la bunuri și servicii, prin eliminarea practicilor de blocaj geografic nejustificate și a discriminărilor de preț în funcție de localizarea geografică sau de naționalitate. Un prim pas în direcția opririi geoblocării îl reprezintă propunerea Comisiei, prin care se dorește să se consolideze portabilitatea și interoperabilitatea, pentru a stimula libera circulație a conținuturilor sau serviciilor achiziționate și disponibile în mod legal, precum și accesibilitatea și funcționarea transfrontalieră a abonamentelor. Nu văd nicio contradicție între principiul teritorialității și măsurile de înlăturare a barierelor din calea portabilității conținuturilor. Raportul privind piața unică digitală reprezintă doar începutul în direcția eliminării geoblocării, și vă susținem cu toate ...

(Președintele a întrerupt vorbitorul)

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich vor zwei Jahren in die Politik ging, habe ich mein ganzes berufliches Leben in dieser Branche verbracht.

Als ich vor 25 Jahren für die Mitarbeiter der IBM-Deutschland *home terminals* einrichtete, wurde das von Gewerkschaften, Kirchen, aber auch er von der Politik und von den Medien schwer bekämpft.

Es hieß damals immer, man müsse die Menschen vor Selbstausbeutung schützen. Lassen Sie mich dann auch ganz klar sagen, dass mit diesem Bericht auch einige Kröten geschluckt werden mussten – so gut er sonst ist. In der Vorbereitung hat es immer wieder Abgeordnete gegeben, die meinten, die Menschen wollten immer mehr mitbestimmt und immer weniger selbst bestimmt werden. Ich glaube, dass ist gerade in dieser Branche völlig falsch.

Ich glaube, dass private Initiative zu mehr Kreativität führt als staatliche Bevormundung und dass zu viele Vorschriften eigentlich auch unseren Unternehmen schaden. Wenn wir uns heute fragen, warum das digitale Europa schon lange hinter den USA und neuerdings auch hinter Asien hinterherhinkt, dann liegt die Antwort darin, dass wir unseren Bürgern zu wenig zugetraut haben, und unseren Unternehmen zu wenig Freiheit gegeben haben. Nur mit Freiheit und Selbstverantwortung werden wir die Kreativität erfahren können, die wir beim digitalen Binnenmarkt brauchen.

Im Übrigen, und hier kommt hier mein *ceterum censeo*, bin ich der Meinung, dass der Einheits-Euro abgeschafft werden muss.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kartin kysymys*. – Sanoitte, että Eurooppa on jäänyt sen takia jälkeen digitaalisessa kehityksessä, että olemme luottaneet liian vähän yrityksiin ja yksilöihin. Tuskinpa kysymys on siitä, vaan aika yleinen analyysi on se, että jäämme jälkeen sen takia, koska kaikissa kahdessakymmenessä kahdeksassa jäsenmaassa on omat tietosuojaa ja muuta digimaailmaa koskevat säännökset.

Ettekö ymmärrä tätä Euroopan näkökulman merkitystä juuri globaalissa kilpailussa?

Hans-Olaf Henkel (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich glaube schon, dass Sie Recht haben, dass die Zersplitterung des europäischen Binnenmarkts einer der Gründe ist, aber das ist nicht der Hauptgrund. Der Hauptgrund ist, dass wir hier in Europa immer wieder zu sehr an den Staat geglaubt haben. Ich kann die Anzahl der öffentlichen Förderprogramme für die Informations- und Kommunikationstechnik in den letzten 30 Jahren schon gar nicht mehr zählen. All diese europäischen Firmen – nehmen Sie Nixdorf, nehmen Sie Olivetti, nehmen Sie Siemens, nehmen Sie Bull, nehmen Sie ICL – sind alle verschwunden. Aber die Amerikaner und die ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Yana Toom (ALDE). – Mr President, we all agree that our life is turning increasingly digital. Electronic government and electronic commerce have become our everyday reality. Unfortunately, European legislation and policies are not always up to date, and some Member States are not doing very well. In my native country, Estonia, you may establish a company online within half an hour and administer it with the use of the internet from anywhere in the world. But online registration of companies is not yet available in all Member States and only handwritten signatures are accepted by many registers. In Estonia, digital signatures and digitalised documents are in use in almost all spheres of public life, but outside Estonian borders it is still limited, even in the European Union and even here in the European Parliament where we are discussing this extremely important topic. Commissioner Ansip listed 16 main directions to move on with this important issue, but we still need to address very basic issues in order to ensure the proper functioning of the digital single market.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η ψηφιακή ενιαία αγορά θα επιστρατεύσει δυστυχώς τις νέες τεχνολογίες για την εξυπηρέτηση των συμφερόντων των πολυεθνικών και του μεγάλου κεφαλαίου. Αντί να είναι πρωταρχικός στόχος η ευημερία και η ενίσχυση της ποιότητας ζωής των ανθρώπων, οι δυνατότητες της τεχνολογίας θα αξιοποιηθούν δυστυχώς κυρίως για την αύξηση των επιχειρηματικών κερδών και της ανταγωνιστικότητας.

Οι μεταρρυθμίσεις που προωθούνται για την ολοκλήρωση της ενιαίας ψηφιακής αγοράς θα έχουν ιδιαίτερα αρνητικές επιπτώσεις στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, στα εργασιακά δικαιώματα αλλά και στους ίδιους τους καταναλωτές. Χρειάζεται λοιπόν να επαναπροσδιοριστούν οι στόχοι της ψηφιακής ατζέντας ώστε να τεθούν στο επίκεντρο τα συμφέροντα της κοινωνίας. Η θέση μας είναι ξεκάθαρη: η υλοποίηση της ψηφιακής αγοράς πρέπει να συμβάλει στη δημιουργία νέων ποιοτικών θέσεων εργασίας και στην ενίσχυση των εργασιακών δικαιωμάτων αλλά και των δικαιωμάτων των καταναλωτών. Εξίσου σημαντικό είναι να διασφαλιστούν τόσο η ελεύθερη και δωρεάν πρόσβαση στο Διαδίκτυο, όσο και η προστασία των προσωπικών δεδομένων.

Επίσης, η τεχνολογία πρέπει να αξιοποιηθεί ώστε να ενισχυθούν οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις, ιδιαίτερα όσον αφορά την πρόσβασή τους στη χρηματοδότηση αλλά και την θέση τους στην αγορά. Προς αυτή την κατεύθυνση κινούνται και οι τροπολογίες που κατατέθηκαν εκ μέρους της Ευρωπαϊκής Ενωτικής Αριστεράς.

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Mr President, as the President of the Estonian Union of Persons with Mobility Impairment and Vice-President of the Disability Intergroup in this Parliament, I am happy to see that some of the main concerns of persons with disabilities are addressed in this report. I am pleased to see that the report brings out accessibility and exclusion challenges faced by people with disabilities, as well as their integration into the labour market. Furthermore, the report rightly points out the deplorable fact that the Commission's digital single market strategy for Europe takes no account of the need to ensure full, equal and unrestricted access for disabled people to all new digital technologies.

There is one small caveat: the accessibility and interoperability aspect should have been emphasised more. For example, we can have brilliant reading software for the blind and visually impaired, but its use can be severely limited if it is not interoperable with most devices, websites, content, etc. This is one of the reasons why free and open standards should be used across all domains of a digital single market.

Commissioner, this report has almost four and a half pages consisting solely of references to the former documents adopted by co-legislators, which might prove that successive Commissions do not use the full potential of those texts. Please try to make a difference this time.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Ivana Maletić (PPE), *pitanje podizanjem plave kartice*. – Zahvaljujem predsjedavajući, zahvaljujem kolegi na prihvaćanju pitanja. Estonija je zaista jedna od država koja prednjači u E-uslugama na svim razinama. Zanima me kako bi on pomogao državama članicama koje su manje razvijene i manje napredne, kojim mehanizmima da zaista konvergiraju i da na taj način ovu važnu temu uspostave jedinstvenog digitalnog tržišta i jačanja jedinstvenog tržišta u cjelini provedemo u praksi?

Indrek Tarand (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Thank you for this question. Actually, I am not the right person to answer it. Mr Ansip, who has been dealing with it as Prime Minister for almost a century – well, at least nine years – is perhaps better placed to reply, but for my part if someone has an interest in this experience we have developed, come and ask, we never refuse to reply.

Marco Zullo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie alle relatrici per il lavoro svolto per questa relazione equilibrata e in buona parte condivisibile. Io ritengo fondamentale che nel nostro lavoro abbiamo individuato tre pilastri per rendere realizzabile quello che possiamo definire come «cittadinanza digitale». Il primo pilastro è quello dell'uguaglianza, ovvero la possibilità di dare i medesimi diritti a tutti gli utenti, sia che si muovano on line che off line e, in particolar modo, dobbiamo assolutamente e per questo motivo eliminare tutte quelle che possono essere le discriminazioni, soprattutto geografiche. Il secondo pilastro è quello della partecipazione, perché dobbiamo fare in modo che i cittadini, le amministrazioni e le imprese si muovano potendo scambiare informazioni e rendere effettivo questo mercato. Infine c'è il concetto della fiducia: noi abbiamo messo nella relazione diversi strumenti affinché il cittadino, l'utente si muova in questo settore, ma vogliamo anche sottolineare che deve essere percepita l'esistenza di questi strumenti.

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Der Bereich der digitalen Wirtschaft ist ein enorm wichtiger Bereich für Wachstum und Beschäftigung in Europa. Wir sprechen über ein Wachstumspotenzial von über 400 Milliarden Euro und 3,8 Millionen neue Arbeitsplätze. Deshalb ist den Berichterstatterinnen ganz besonders zu danken, weil es ihnen gelungen ist, diese sehr komplexe und umfassende Materie und auch die vielen Ausschüsse, die für diesen Bericht beschäftigt waren, gut zu berücksichtigen und einen sehr ausgewogenen und umfassenden Bericht zu erstellen, mit dem wir auch gut weiter arbeiten können.

Erlauben Sie mir doch den einen oder anderen Kritikpunkt. Zum Einen wäre das die immer neue Wut zu regulieren, ob das die Haftungsnorm ist für den Bereich *e-commerce*, ob das Geoblocking ist, ob das *text and data mining* ist, ob das die Ex-ante-Regulierung im Telekommunikationsbereich ist, ob das das *media framework for the 21st century* oder Plattformen sind. Mehr Regulierung ist nicht immer bessere Regulierung. Lassen Sie uns vor einer neuen Regulierung eine Bestandsaufnahme und Evaluierung vornehmen.

Ein zweiter Bereich, der mir sehr wichtig ist: Wettbewerb und Investitionen in den Ausbau von Breitbandinfrastruktur. Mehr Wettbewerb führt nicht immer zu besserer ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētāja kungs, komisāri, kolēģi! Vienotais digitālais tirgus. Lieli vārdi. Šajā zālē mēs droši vien saprotam, bet ko tie tiešām nozīmē – šie vārdi?

Padomājam praktiski – mēs varam jebkurš doties, teiksim, uz Minheni un nopirkt Minhenes balto desīnu. Es varu doties uz Rīgu, cits var doties uz Londonu, Stokholmu, uz Lisabonu un tur to ēst. Tas liekas pilnīgi normāli. Tajā pašā laikā no Rīgas es ar apmaksātu abonementu, teiksim, televīzijā, vai elektroniskā interneta vidē to nevaru baudīt ne Minhenē, ne Londonā, ne Dublinā. Kāpēc?

Ar precēm mēs esam lielā mērā noārdījuši šķēršļus, robežas starp dalībvalstīm, bet digitālajā jomā, kas kļūst aizvien nozīmīgāka mūsu ekonomikā, mums joprojām ir šie šķēršļi, kas lielā mērā balstās tieši uz autortiesību jautājumiem, arī uz patentu. Tātad kas mums ir jāpanāk?

Mums ir jānoārda šie šķēršļi, jāpanāk, ka autortiesības un arī patenti ir derīgi visā Eiropā, nevis tikai vienā dalībvalstī. Citādi būs tā, ka, lai ēstu Minhēnes desīgas, mēs varētu doties tikai uz Minhēni. Tas mums liekas absurdi. Tikpat absurdi ir, ka, lai baudītu interneta saturu, mums jābūt vienā valstī un mēs nevaram būt otrā valstī. Paldies jums par uzmanību.

(Runātājs piekrīt atbildēt uz zilās kartītes jautājumu (Reglamenta 162. panta 8. punkts).)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Tisztelt Képviselő Úr! Bár korábban felszólaló néppárti kollégáktól is szerettem volna megkérdezni, hogy van-e annak valami különleges oka, hogy Önök – bár nagyon helyesen, és egyet is értek, hogy a digitális piac számtalan elemét említik itt a kérdés fontosságát illetően – miért hagyják ki a Néppárt részéről állandóan az oktatásban, az edukációban rejlő elemeket, minthogyha ez nem lenne Önöknek fontos, kérdezem tisztelettel.

Krišjānis Kariņš (PPE), *atbilde uz zilās kartītes jautājumu.* – Kolēģi, paldies par jautājumu! Ja mēs runājam par vienoto tirgu, mēs runājam par vienoto tirgu digitālajā aspektā. Tas jau attiecas, un no Eiropas Tautas partijas puses argumentējam, ka mums jānoārda šķēršļi visās jomās, kas ierobežo tirdzniecību. Tātad šajā gadījumā mēs šodien debatējam par digitālo sfēru, kas ir ļoti svarīga. Protams, izglītībā tā arī ir ļoti svarīga. Un mums joprojām ir šķēršļi arī preču un pakalpojumu tirgū. Tātad no mūsu frakcijas puses mēs argumentējam, ka jānoārda šķēršļi.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D). – Panie Przewodniczący! Stworzenie w pełni zintegrowanego, jednolitego rynku cyfrowego to jeden z głównych priorytetów obecnej Komisji Europejskiej, wynikający z potrzeby lepszego wykorzystania ogromnych możliwości, jakie kryją technologie cyfrowe, dla wykreowania silnego wzrostu gospodarczego i nowych miejsc pracy. Szacuje się, że ten dodatkowy wzrost mógłby wynieść nawet czterysta piętnaście miliardów euro, co otworzyłoby drogę dla kilkuset tysięcy nowych miejsc pracy. Barię z punktu widzenia Komisji Prawnej są istniejące sztywne regulacje krajowe na rynku telekomunikacyjnym oraz brak harmonizacji prawa autorskiego, a w szczególności jego wyjątków i ograniczeń. Niezbędne jest zatem unowocześnienie przepisów o prawie autorskim w świetle rewolucji cyfrowej i zmian w zachowaniu konsumentów, stworzenie równych warunków działania, w których wszystkie podmioty gospodarcze oferujące swoje towary i usługi na obszarze Unii będą podlegały tym samym, ujednoliconym zasadom, w tym ochrony danych i ochrony konsumentów. Potrzebne są też intensywne działania na rzecz propagowania kultury przedsiębiorczości oraz bardziej innowacyjnych modeli biznesowych.

Daniel Dalton (ECR). – Mr President, the digital revolution is here. It will transform every aspect of life in the same way the agricultural and industrial revolution transformed life before it. It will change the way we work, play and live, but to take advantage of it we need to recognise that we have a global market of 3 billion connected people. This is not about a European internal market; it is about a global market and therefore we should not be putting up new barriers. For example, this debate is streamed all over the world, yet content we buy online is blocked. Technologically, this is nonsense as you have to add something to the internet in order to block it. It feeds piracy and consumers do not understand it.

Therefore I welcome the portability proposals, but we do not need pan-European licences. We also need to support the sharing economy. People want to share. Let us let them share and build businesses which can go global, but let us be clear: for digital to work it needs to disrupt and challenge existing business models and vested interests. We should embrace and welcome this. The internet is global by default. Let us not cut Europe off: whether it is in cloud security, data or digital content or the sharing economy, the digital tsunami is coming. Let us embrace it.

Morten Helveg Petersen (ALDE). – Mr President, let me first of all thank the two rapporteurs for the great work on this important file. With more and more Europeans now online, new problems arise. For example, how can we protect our data and information? How can we protect ourselves without compromising our fundamental rights and freedom of speech?

I am happy that the report emphasises the importance of encryption as a tool to provide privacy and to ensure a basic level of security. The report also calls for us to ensure that we prevent censorship and that we prevent compromising our freedom of speech on the internet by limiting the liability of service providers. We should not oblige service providers and platforms to constantly monitor their content for illegal content. Different platforms should not be substitutes for law enforcement authorities. We also have to remember that, even though we address the Digital Single Market of Europe, we do not limit our online behaviour and interaction to just European platforms. For precisely this reason, we have to ensure safe international data transfers. I have to emphasise that an agreement is urgently needed – not least with the Americans – on this topic, in order to create legal certainty for European consumers and businesses.

Jiří Maštálka (GUE/NGL). – Pane předsedající, jak bylo konstatováno, internet se stal nejrozšířenějším komunikačním prostředkem. Rozšiřování digitálních služeb ale často naráží na četná omezení, která brání rozvoji. Jakkoli naše levicová frakce konfederace Evropské sjednocené levice a Severské zelené levice obecně strategii jednotného digitálního trhu podporuje, poukazuje zároveň na některé problémy, jejichž odstranění nebo zmírnění bude požadovat. Citlivou věcí je ochrana osobních údajů spotřebitelů vstupujících na digitální trh nebo při komunikaci občanů se státní správou pomocí takzvaného eGovernmentu. Stranou nesmí zůstat záležitost týkající se zaměstnanců digitálního trhu, kteří pracují z domova bez sociálně-právní ochrany, či skutečnost, že posilování digitálního trhu bude znamenat objektivně větší nahrazování lidské síly, práce technologiemi. Jinými slovy, také jednotný digitální trh musí mít svoji sociální dimenzi.

Michel Reimon (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich möchte mir erlauben, zu dem späten Zeitpunkt der Diskussion auf etwas Neues hinzuweisen.

Nämlich, dass wir nicht nur eine ökonomische Diskussion und nicht nur eine Binnenmarkt-Diskussion zu diesem Thema führen sollten. Es geht nicht nur um unsere Rechte als Verbraucher und Verbraucherinnen, sondern auch um unsere Bürgerinnen- und Bürgerrechte. Beim Geoblocking kann die Diskussion, ob Europäerinnen in jedem Land *content* und Inhalt sehen können, nicht nur eine ökonomische und nicht nur eine Konsumentenschutzfrage sein. Das ist eine Frage von Zensur und freier Rede, ob wir in ganz Europa jeden Inhalt sehen, lesen, hören oder sonst etwas dürfen.

Wir müssen in dieser Frage viel mehr die Vertreter von Bürgerrechten sein, denn die Medienwelt hat sich geändert. Es war früher nicht möglich, *content* zu produzieren und dann einzelne Menschen davon abzuhalten, das zu konsumieren. Die Frage der freien Rede hat sich ausschließlich auf das Senden konzentriert. Wir müssen das neu gestalten, denn jetzt ist es für Konzerne möglich, Menschen vom Empfang von Daten abzuhalten. Dazu müssen wir ein ernstes Wort sprechen.

Margot Parker (EFDD). – Mr President, the discussion and vote on this report today is, quite frankly, a complete and utter waste of parliamentary time: not solely because I disagree with many aspects in the creation of this digital single market, but because before this report has even gone to vote, the Commission has already been solidly working behind the scenes to create and rush through legislation to achieve its goals. It is in this great rush that errors are made and it is we, the consumers and businesses of the EU, who have to bear the burden of poor legislation.

Take, for example, the recent changes to VAT rules for the sale of digital services, a scheme thought up by the bureaucrats of the Commission, who have little to no experience of running a business. Unsurprisingly, one year on from its introduction, this EU proposal has forced thousands of small businesses across Europe to cease trading within this internal market. Yet, rather than admit defeat, this report has the cheek to suggest that, overall, the VAT rules have been a success. At a time when faith in the European Union is at an all-time low, it is embarrassing to see the suggestion in this report that the EU trustmark for online sales will induce consumer trust.

Sabine Verheyen (PPE). – Herr Präsident! Der digitale Binnenmarkt ist essenziell für die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union und birgt riesiges Potential zum Erhalt und zur Verbreitung kultureller und kreativer Inhalte und zur Verbreitung von Wissen.

Dieses Potenzial muss auf die richtige Art und Weise ausgeschöpft werden, damit die kulturelle Vielfalt in Europa erhalten bleibt und verbreitet wird, wir die Wissensgesellschaft weiter ausbauen können und Europa im Bereich Digitalwirtschaft auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.

Gerade der Kultur- und Kreativsektor ist geprägt von seinen vielfältigen Strukturen, von großen und kleinen Akteuren im Markt. Die Konvergenz der Medien hat zu großen Veränderungen in der gesamten Medienlandschaft geführt. Hier gilt es, faire Rahmenbedingungen für alle zu schaffen, denn im Bereich der audiovisuellen Medien hat sich eine Unterscheidung zwischen linearen und nicht-linearen Mediendiensten überholt.

Es sollen auf EU-Ebene Mindestnormen für alle audiovisuellen Mediendienste festgelegt werden, damit alle Akteure diese Vorschriften und Standards einheitlich anwenden und Verzerrungen im Wettbewerb verhindert werden können.

Der Kulturausschuss betont in seiner Stellungnahme außerdem, dass die Mitgliedstaaten zur Wahrung der Auffindbarkeit audiovisueller Inhalte von öffentlichem Interesse besondere Vorschriften einführen dürfen, um die kulturelle und sprachliche Meinungs- und Medienvielfalt zu schützen. Auch der Jugendschutz spielt eine besondere Rolle. Im Bereich des Urheberrechts müssen wir faire und ausbalancierte Positionen finden.

Die Strategie für den digitalen Binnenmarkt soll Hürden abbauen, gleichzeitig Verbraucher und ihre Daten bestmöglich schützen. Portabilität ist unerlässlich, um den legalen Zugang zu Inhalten zu ermöglichen. Dabei dürfen aber nicht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die professionelle Erstellung von audiovisuellen Inhalten zerstört werden. Das Territorialitätsprinzip darf daher nicht gänzlich abgeschafft werden.

In Bezug auf Intermediäre und Plattformen fordern wir die Kommission auf, Optionen zu prüfen, wie im Rahmen der Wertschöpfung ein fairer Ausgleich mit Urhebern ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Emilian Pavel (S&D). – Domnule președinte, ca raportor al Grupului Social Democrat, în cadrul Comisiei pentru Libertăți Civile, m-am luptat și eu pentru un raport al pieței unice digitale cât mai benefic cetățenilor, inovației și economiei Europei. Pe lângă crearea unei societăți mai incluzive și mai eficiente, piața unică digitală și avansurile tehnologice oferă și firmelor mai mici șansa de a concura cu marile companii și de a crea noi locuri de muncă. Acesta este un pas mare pentru tinerii antreprenori europeni, cu un potențial extraordinar în țări precum România, și nu numai.

În același timp, respectarea drepturilor fundamentale ale cetățenilor, cu precădere protecția datelor cu caracter personal și a dreptului la viață privată, este un element-cheie. Atât legislația europeană, cât și tehnologia în sine trebuie dezvoltate, punând cetățeanul în centru și în control asupra datelor sale. Trebuie impuse sancțiuni stricte pentru utilizarea necorespunzătoare a datelor cu caracter personal sau pentru încălcarea intimității de către instituții private, publice și guvernamentale, mai ales în cazul transferării datelor către țări terțe. Piața unică digitală are un potențial extraordinar pentru Europa, însă, fără a fi corect implementată, poate ajunge doar un număr pe lista legilor UE. Dacă lucrăm împreună, putem dezvolta și aduce inovarea în Europa.

(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în conformitate cu procedura „cartonașului albastru” (articolul 162 alineatul (8) din Regulamentul de procedură)

Gianluca Buonanno (ENF), Domanda «cartellino blu». – Sì, grazie Presidente, vorrei chiedere al mio collega: quando parla di sanzioni importanti, che sanzioni pensa si possono adottare per chi fa un uso criminale di internet?

Emilian Pavel (S&D). – Herr Präsident! Darf ich erst einmal richtigstellen: Mein Name ist Emilian Pavel, und nicht Tošenovský.

Domnule președinte, pentru a-i răspunde colegului meu: trebuie să ne asigurăm că cei care fac voit transferul datelor cu caracter personal, încălcând astfel drepturile cetățenilor, sunt sancționați. Sunt convins că parteneriatele public-private vor asigura acest lucru, pentru că este în interesul atât al celor privați, cât și al statului și al statelor membre să protejeze drepturile fundamentale ale cetățenilor.

Der Präsident. – Vielen Dank Herr Kollege Pavel. Ich war etwas verwirrt. Ich war in der Zeile verrutscht und habe den Herrn Kollegen Tošenovský aufgerufen und habe dann auch gedacht, es hat auch der Kollege Tošenovský gesprochen.

Herr Kollege Pavel für eine Minute.

No, no. Tošenovský.

Jetzt ist der Wurm drin.

Herr Tošenovský, bitte.

Evžen Tošenovský (ECR). – Pane předsedající, jak již dnes zaznělo, digitální trh v jeho různých formách silně ovlivňuje ekonomický růst v celosvětové ekonomice. Je to dnes jeden z hlavních atributů rozvoje ekonomiky. Proto je důležitá aktivita na evropské úrovni, jak co nejvíce pomoci jednotnému digitálnímu trhu. Chtěl bych ocenit velké úsilí, které této problematice věnovaly všechny výbory.

Myslím, že se podařilo zdůraznit nejdůležitější oblasti potřebné pro další vývoj digitálního trhu. Otázkou zůstává, jak sjednocovat na unijní úrovni ceny a poplatky hlavně v oblasti daní, což v některých oblastech může být značným problémem. Určitě bychom se měli ubránit snahám o přílišnou administrativní regulaci. Naopak bychom měli být nápomocni zvýšení pokrytí a hlavně podpoře zvýšení rychlosti a bezpečnosti samotného digitálního trhu. Jednoznačně se ukazuje obrovská síla soukromého sektoru, který celou dobu tlačí tuto oblast dopředu. Měli bychom spíše uvolňovat některá omezení bránící dalšímu rozvoji a podle toho posuzovat i legislativní zásahy.

Marietje Schaake (ALDE). – Mr President, under the excellent leadership of Kaja Kallas we are presenting an ambitious list of wishes and details to swiftly develop the digital single market or, rather, a digital single space in Europe. Especially in these difficult times, we must deliver on the optimistic promise of room for innovation and a strong knowledge economy. These are key for internet users but also for start-ups, so that they can upscale and do not leave en masse for Silicon Valley. We list practical solutions to end geo-blocking and to harmonise 28 different laws on copyright, parcel delivery and consumer protection.

But more importantly, principles such as respect for fundamental rights, fair competition and security must be robust and remain, despite the changes of the technological revolution. The open internet, open data and open access, net neutrality and the free flow of data, but not privatised law enforcement, are all important not only for Europeans but also for people worldwide. So we must also prioritise the international components such as internet governance, and strengthen people's rights online while not allowing this to become a zero-sum relationship.

Roger Helmer (EFDD). – Mr President, there are elements in these proposals which will be popular with voters – I should certainly be very pleased if I could access the BBC's iPlayer service while I am in Brussels and Strasbourg – but we must bear in mind that if we dismantle existing copyright arrangements we may deny media companies the resources they need to produce the new content that viewers also want.

We in my party are concerned that the Commission's inflexible top-down model of regulation is inimical to innovation and too often fails to meet the needs of individual Member States. We recognise that a degree of cross-border coordination is required to ensure that the internet and digital communications work efficiently across Europe, but we believe that such coordination would best be achieved by independent nations cooperating and negotiating with each other, rather than by the EU's central planning approach. As several colleagues have said, what we actually need is a global – not merely a European – solution.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señor Presidente, señor Comisario, se han dicho muchas cosas y yo voy a focalizar mi intervención en un aspecto que es crucial para la economía digital y para el mercado digital por tanto, que es el gran contexto, la gran escala en la que se puede desarrollar esa economía en Europa, y son los datos. Los datos son esenciales en el desarrollo de la economía digital; el análisis masivo de datos: los «Big Data». El intercambio de datos constituye el eje fundamental, el pilar fundamental, hasta el punto de que la profesión de analista de datos es ahora mismo la más demandada en el mundo -de acuerdo con un estudio de hace muy pocas semanas del World Economic Forum-.

En ese sentido, siendo eso así, hace falta tener en cuenta el transporte de los datos: los datos se transportan, circulan, llegan mediante unas redes; unas redes que son la infraestructura de la economía digital. El transporte antes era por carretera, era por aire, era por mar. En la economía digital el transporte se realiza mediante unas redes que se apoyan en un espectro radioeléctrico y hace falta dar prioridad a todo el desarrollo de las redes móviles mediante políticas proinnovación, proinversión, en un contexto de mercados competitivos.

Olga Sehnalová (S&D). – Pane předsedající, mluvím jako stínová zpravodajka ve Výboru pro dopravu a cestovní ruch. Jako v jiných oblastech i zde se prolínají příležitosti a výzvy spojené s digitalizací. Odvětví dopravy je jedním z průkopníků při využívání nových informačních technologií, což potvrzují například inteligentní dopravní systémy.

Digitalizace znamená větší bezpečnost a komfort cestování, má své místo v oblasti efektivnější logistiky či turismu. Výzvy spojené se vzděláváním a požadavky na zaměstnance, ale i ty, které souvisejí s dostupností nových technologií, jsou aktuální i v sektoru dopravy stejně jako požadavek, abychom místo usnadnění života nevytvářeli bariéry nové.

Zmíním také otázku diskriminace na základě zeměpisné polohy či země původu. K ní není možné přistupovat ve světě on-line a off-line rozdílně a jsem ráda, že zpráva toto zohledňuje. A na závěr mi dovoluť poblahopřát a poděkovat oběma zpravodajkám, Evelyně Gebhardtové a Kaji Kallasové, za vynikající práci.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo dossier rimane ai miei occhi un'occasione mancata. Ci siamo limitati al minimo sindacale, senza sfruttare le potenzialità che offriva. A questo proposito, credo che il discorso sul mercato digitale unico non possa prescindere dal porre al centro dell'attenzione il cittadino europeo. Ciò per me che cosa significa? Significa che il punto focale del dibattito debba essere la dignità della persona umana, nonché tutta la gamma dei diritti fondamentali sanciti a livello europeo dalla Carta, appunto, dell'Unione.

Penso così al diritto alla privacy, alla libertà di espressione e di informazione, alla non discriminazione, giusto per fare qualche esempio. Credo inoltre che la realizzazione effettiva del mercato unico digitale apra nuove prospettive per quanto concerne la vita democratica dell'Unione europea. Vedo, però, che troppo spesso il mercato digitale unico viene visto soltanto come opportunità di crescita economica, cosa peraltro a mio avviso assai discutibile anche sul piano teorico, e troppo poco come crescita democratica e sociale.

Lara Comi (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, caro Commissario, dopo un grande lavoro parlamentare giungiamo oggi all'approvazione di questa importante relazione che rappresenta un buon risultato, un primo step. Naturalmente non ci possiamo mai accontentare, dobbiamo sempre migliorare. Sicuramente è un risultato altamente democratico, visto che è anche il frutto di una larga negoziazione e soprattutto con un equo temperamento di tutti i numerosi interessi che sono in gioco e i vari punti di vista.

Come relatrice della strategia per il mercato unico di beni e servizi condivido fortemente anche le proposte del Presidente Juncker affinché la priorità politica del mercato unico digitale sia uno dei focus anche di questa Commissione e penso che la strada iniziata sia quella giusta, ma dobbiamo ancora proseguirla con più forza. Si tratta di settori decisivi: il commercio elettronico, i geo-blocchi, il diritto d'autore, la normativa IVA, il quadro normativo per le telecomunicazioni, per i media, gli audiovisivi; non vorrei fare un elenco poi troppo lungo, ma ce ne sono ancora di temi all'ordine del giorno.

Io penso che la vita quotidiana sia legata al digitale e non potrà più farne a meno dai professionisti fino agli imprenditori, alle associazioni e agli enti pubblici e noi dobbiamo essere al passo coi tempi, dobbiamo non essere fuori anche da una competizione che può essere trasversale con gli altri Stati. Parlo di Stati Uniti, che su questo sono molto molto avanti. Per questo da parte mia mi congratulo per il lavoro svolto e andiamo avanti.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, it is very fortuitous that this report is being debated on the co-rapporteur Evelyn Gebhardt's birthday, and I should like to start by wishing her a very happy birthday.

I think that the Digital Single Market, as we have heard, is full of potential. We have 500 million citizens, 28 countries and an estimated worth of EUR 415 billion. But with regard to accessibility, skills and mind-set, we must make sure that, whether you live in the Highlands of Scotland or you live in the urban centres of Glasgow or Edinburgh, you have accessibility to superfast broadband. That is really important, but so are accessibility and affordability. We have seen that and heard about that, and about equality.

On skills: we must make sure that the digital skills gap does not become a digital chasm. We must ensure that our citizens have ICT. Let me give an example, 55 000 job vacancies exist in the UK just now in ICT, and that is set to grow to 171 000 vacancies by 2020. We must ensure that our citizens have the skills and mind-set. We are, as many have said, going through a third industrial revolution. We have to have the mind-set to capture the potential, and I think we can do that today.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, verehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein Dankeschön an die Berichterstatter, an die Schattenberichterstatter und an alle, die an diesem Bericht gearbeitet haben. Es ist ein sehr, sehr guter Bericht geworden. Meiner Vorrednerin möchte ich mich anschließen: Herzliche Glückwünsche, Frau Gebhardt, auch zu Ihrem Geburtstag heute.

Digitalisierung muss 2016 ein Schwerpunktthema sein und bleiben. Wir müssen den Rahmen schaffen, um das Potenzial des europäischen digitalen Binnenmarkts voll auszuschöpfen. Wir wissen, es ist noch massiver Nachholbedarf da. Wenn ich alleine feststellen darf, dass 44 % der Haushalte keinen Zugang zu schnellem Internet haben, dann heißt das, wir haben gerade in Bezug auf den Ausbau der Infrastruktur noch massiven Nachholbedarf. Nur 14 % der KMUs verkaufen über das Internet, weil es eben Markthindernisse, Markthemmnisse gibt. Diese müssen wir abbauen.

Kollegen hatten das Thema Geoblocking angesprochen. Steuergesetzgebung ist wichtig. Wir brauchen mehr Koordinierung, gerade auch bei den Mehrwertsteuerzahlungen, die wir vereinfachen müssen. Wir müssen auch den Zahlungsverkehr, wo es geht, noch erleichtern. Das heißt, die entsprechende Richtlinie, die Zahlungsdiensterichtlinie, muss schnell umgesetzt werden.

Genauso wichtig ist es aber auch – eine zweite Anmerkung –, dass wir ein Ökosystem für Start-ups und für Wagniskapitalgeber schaffen. Wir haben in München gerade die DLD-Konferenz laufen. Das ist eine der großen internationalen Konferenzen, die sich mit Trends und Entwicklungen und dem *digital lifestyle* befasst. Wir müssen – das höre ich immer wieder von der Konferenz und denen, die dort vor Ort sind – jungen kreativen Köpfen die Chance geben, ihre Ideen bei uns in Europa zu verwirklichen, und verhindern, dass sie nach USA abwandern. Das halte ich für zentral.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io penso che lo sviluppo del mercato digitale con tutte gli importanti impegni che la *road map* contiene, abbia come presupposto indispensabile lo sviluppo e l'applicazione reale di un mercato unico, integrato e funzionante delle reti dei servizi di telecomunicazione. Per questo, in attesa del nuovo quadro sulle telecomunicazioni, chiedo alla Commissione – non perdo occasione per chiedere ufficialmente – che gli impegni contenuti nell'approvazione che abbiamo fatto del regolamento sulle telecomunicazioni vengano onorati, primo fra tutti la revisione del mercato all'ingrosso. Se non facciamo quello delle tariffe all'ingrosso, io mi chiedo, non potremo rispettare gli impegni sul *roaming* e mi chiedo come possiamo parlare di caduta del *geoblocking*, di tutta una serie di cose, la portabilità dei servizi di internet, se non abbiamo risolto quel problema che è un presupposto, è uno dei presupposti. Quindi, signor Commissario, mi appello a lei in particolare. Inoltre, voglio solo, nei pochi secondi che mi restano, richiamare l'importanza, le implicazioni di questo *Digital single market* per l'industria e per il manifatturiero. Noi abbiamo una serie di servizi che si integrano tra industria e digitale che è foriero di gravi ...

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Ева Паунова (PPE). – С много усилия и работа в крайно ограничена времева рамка по този доклад Европейският парламент доказва силната си воля и решителност към завършването на дигиталния пазар в Европа. Това е един от най-амбициозните проекти на Европейския съюз, но за съжаление докладът не успя да отговори напълно на тази амбициозност. Въпреки това той ще послужи като полезен ориентир за бъдещите законодателни предложения на Комисията в рамките на дигиталната ѝ стратегия.

Основна цел на новото законодателство трябва да бъде сливането на офлайн и онлайн пазарите. Особено важно е и потребителите да имат същите права и защита, когато купуват нещата си в интернет или в традиционни магазини.

За съжаление този приоритет не е застъпен в първите законодателни предложения на Комисията. Смятам, че повишаването на доверието на потребителите към онлайн услуги и онлайн магазини ще повиши и доверието в дигитализацията като цяло. Това ще позволи на Европа да създава иновации и налага системи и приложения за електронно управление, за Интернет на нещата, за електронно здравеопазване.

Като евродепутати ние изразихме своя ангажимент към дигитална Европа и сега мисля, че е ред и националните правителства да насърчат доверието в страните членки. Това доверие е жизненоважно за икономическия растеж, както и за налагането на една по-конкурентоспособна Европа, за Европа на младите, за Европа на уменията, за Европа на креативността, за Европа на дигиталните технологии на световните пазари.

Бих искала да благодаря за чудесната работа на моите колеги в комисията по вътрешния пазар и защита на потребителите, както и на г-жа Калас и г-жа Хена Виркунен.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'importante strategia digitale presa dalla Commissione grazie a questa relazione, e in particolare alla collega Gebhardt e a Kallas viene rafforzata a favore non solo dei consumatori, ma dei cittadini, non solo per la migliore circolazione di servizi e prodotti, ma anche per l'attenzione alla formazione e alla produzione e fruizione di contenuti culturali, creativi, audiovisivi come risorsa di crescita e di competitività. In questo ambito saranno decisive la revisione delle direttive sul diritto d'autore, la direttiva AVMS, per chiarire alcuni aspetti importanti. La definizione del geo-blocco ingiustificato, la compatibilità tra portabilità e licenze territoriali per il finanziamento delle opere cinematografiche, una revisione equilibrata del copyright e delle eccezioni, il superamento nella direttiva della AVMS della distinzione tra servizi lineari e non, la chiara differenza fra piattaforme e previsione che i fornitori di piattaforme di media e audiovisivi online e interfacce utenti siano ricondotte sotto la direttiva AVMS se si tratta di un servizio media audiovisivo per preservare la diversità culturale europea.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caros Colegas, é indiscutível que a rápida evolução da Internet e das comunicações alterou o modo como comunicamos, como fazemos negócios e o modo como consumimos no seio do mercado interno. Tornou-se urgente acompanhar esta realidade e é premente que a legislação europeia acompanhe a transição para a digitalização do nosso mercado, com todos os benefícios e todas as oportunidades que representa para as empresas, em especial as pequenas e médias empresas, o mercado laboral e, sobretudo, os consumidores.

Congratulo a Comissão por ter colocado nas suas prioridades a estratégia para o mercado único digital, que globalmente é uma boa estratégia, mas que precisa de ser trabalhada, reduzindo a fragmentação jurídica do mercado único, e que todas as 16 propostas sejam colocadas em prática o quanto antes e de forma harmonizada. Caso contrário, corremos o risco de ser uma ilha digital e, neste domínio, a Europa não tem tempo a perder.

Aplaudo as propostas apresentadas em dezembro último no que respeita ao fornecimento de conteúdos digitais, à venda em linha de produtos e à portabilidade transfronteiriça dos serviços e do conteúdo em linha.

Por último, considero que deve ser dada especial atenção à portabilidade dos dados, à segurança em linha e ao tratamento de dados pessoais. Uma Europa digital que não proteja os seus cidadãos será seguramente uma Europa falhada.

Marita Ulvskog (S&D). – Herr talman! Som flera talare redan påpekat så är den digitala revolutionen ett faktum som inte bara påverkar hur vi konsumerar utan även hur vi arbetar och får kunskap. Digitaliseringen håller på att helt förändra vårt sätt att leva. Kommissionens meddelande fokuserar dock endast på den resande konsumenten och saknar därmed helt analys av till exempel hur arbetsmarknad och arbetsvillkor påverkas.

Likväl som att digitaliseringen och delningsekonomin innebär möjligheter så medför de också utmaningar. Gränserna mellan arbetstagare och uppdragstagare suddas ut. Det leder till att arbetsrätt och kollektivavtal blir svårare att tillämpa. Det kan vara väldigt oklart vad som egentligen gäller. Distansarbete och *crowd working* ger upphov till nya utmaningar och risker, såväl i den psykiska som i den fysiska arbetsmiljön.

Mer flexibla arbetsformer kan vara mycket positivt, men vi kan aldrig acceptera att trenden mot mer flexibilitet genom digitalisering också leder till fler osäkra anställningar eller sämre arbetstagskydd.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, there is no doubt about it: start-up after start-up, idea after idea, app after app, the digital sector is becoming more and more prominent in our lives, but we have not kept pace with it. In fact, it is 22 years since Amazon was set up, 18 years since Google, and 12 years since Facebook, and yet it is only now that we are really getting down to the business of trying to complete the Digital Single Market. It is no wonder that we are well behind the United States and Asia, but it is better late than never. The important point now is that we do so rapidly, but also extensively, and get it right, because 28 different markets are not going to suffice anymore.

We have to harmonise what can be harmonised and look particularly at issues like geo-blocking, which is holding up a lot of development. We also have to look very carefully at bringing consumers with us. That is why I welcome the Data Protection Regulation, for which I was honoured to be rapporteur for the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) and part of the trilogues. That should now give consumers trust that their data is safe, that they are in control of it, and also of course to allow start-ups to develop and businesses to grow in Europe.

The Digital Single Market, if we get it right, is estimated to make EUR 415 billion for the European economy. That is a lot of money in any man's language, and certainly it requires us to make sure that we work hard and ensure that we get the Digital Market complete so that we will once again be the most competitive in the world.

Nicola Danti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la rivoluzione digitale ha già cambiato la nostra vita e, come tutti i mutamenti epocali, ci pone davanti rischi e opportunità. Spetta a noi affrontare questa sfida, tentando di valorizzare le possibilità che ci offre per la crescita del sistema economico e la vita di cittadini e consumatori. Il digitale ha già prodotto piccole e grandi innovazioni nella nostra vita quotidiana e nel nostro tessuto produttivo e sociale, ma quasi mai l'Europa viene associata a questo grande processo di trasformazione.

Se parliamo di digitale, ci viene spontaneo pensare alla *Silicon Valley* e non a qualche luogo del nostro continente. Eppure noi scommettiamo che, grazie a un forte investimento e a politiche coordinate, l'Unione europea potrà rilanciarsi, dare nuova espressione alle sue tradizionali eccellenze, confermandosi all'avanguardia quale luogo di esercizio di libertà, di fruizione di cultura, di espressione di bellezza e di produzione di qualità. Auspico che la risoluzione di oggi sia un primo passo per far recuperare all'Europa il tempo perduto sulla strada della modernità e per guidare questa rivoluzione, con coraggio e visione.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Először is szeretnék gratulálni a jelentéstevőknek és csatlakozom azokhoz, akik Evelyne Gebhardt képviselő asszonynak boldog születésnapot kívántak. Nagyon átfogó és nagyon alapos munkáról van szó, amit a jelentéstevők végeztek. Mint az ECON szakbizottság árnyékjelentéstevője nem azon szempontokat szeretném kiemelni, amelyek eddig előkerültek, hanem az adózási szempontokról szeretnék beszélni.

Azt gondolom, hogy a világ alapvetően elhaladt mellettünk, és mi szabályozásban, Biztos Úr, lemaradtunk. Fontos lenne, hogy a Bizottság e területen abszolút proaktív legyen, pontosan azért, hogy a fogyasztók megfelelő védelmet és biztonságot kapjanak ezen a digitális piacon is. Ha az adózási szempontra gondolok, és az e-kereskedelmet tekintem, akkor azt látom, hogy ez egy olyan gyűjtőfogalom, amelynek bármelyik része, eleme adózási szempontból kiemelt lehet. Azonban túl sok a bürokrácia ezen a területen. Szeretném, hogyha sokkal-sokkal kevesebb lenne, és ebben támogatnánk a kkv-kat. Szeretném, hogyha a digitális belsőpiaci stratégia és a belsőpiaci stratégia harmonikusan együtt működne.

Virginie Rozière (S&D). – Monsieur le Président, je voudrais d'abord remercier les rapporteurs, avec un mot particulier pour Evelyne, pas seulement parce que c'est son anniversaire, mais aussi pour la qualité des échanges soutenus que nous avons eus pendant la réalisation de ce rapport.

Je voudrais parler d'un domaine très particulier pour l'Union européenne: celui de la culture. Il est vrai, et nous l'expérimentons tous, que c'est un petit peu agaçant de ne pas pouvoir assouvir nos envies de culture partout, immédiatement et gratuitement, comme nous le souhaitons. Je pense qu'en tant que responsables, nous avons justement le devoir de dépasser la mauvaise humeur et de nous poser la question des conséquences de nos choix. Nous poser la question de savoir si c'est juste d'abolir la territorialité et de conduire ainsi à une situation où un artiste ne recevra pas nécessairement une rémunération pour son art, même si un spectateur apprécie son œuvre. Quelles sont les conséquences de nos choix? Aujourd'hui, nous connaissons le rapport de forces déséquilibré entre les géants de l'internet et les acteurs de la création. Alors, notre responsabilité pour demain, plutôt que de penser à court terme, c'est de renforcer les conditions de la pérennité de la création et de la culture en Europe et c'est cela qui doit être notre priorité dans ce domaine.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, I am speaking as a shadow rapporteur from the Committee on Transport and Tourism. Digitalisation, interoperability and intelligent transport systems are the key to efficient and effective transport systems for consumers, passengers and businesses – whether they be SMEs, start-ups, larger companies – all those that are moving goods and services across Europe. Digitalisation can help make better use of existing capacity and make those businesses more efficient and more effective – and, of course, that all results in the creation of jobs.

It is very important in helping to overcome the challenges and the burdensome obligations of red tape – particularly for those delivering goods – and logistics. We need to get a point where we have e-Customs and do not have drivers of heavy goods vehicles dealing with paper customs clearance forms and all the copies that go with that. This is burdensome, affects competition and reduces the potential for job creation. We also need to get to the point in the tourism sector and the sharing economy where we regulate in this area.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – Arvoisa puhemies, Kallasin ja Gebhardtin mietintö on merkittävä ja odotan innostuneena komissaari Ansipin vastausta näihin puheenvuoroihin. Yksi asia, joka täällä ei vielä ole kovasti tullut esille, on se, että komissio jatkaisi tutkimusta ja avaisi uusia tutkimuksia. Mitkä ovat digitalisaation yhteiskunnalliset ulottuvuudet, miten se vaikuttaa työhön, miten se vaikuttaa tulonjakoon, miten se vaikuttaa kulttuuriin? Miksi tämä tutkimus on tärkeä? Siksi että voisimme ennalta ehkäistä niitä epätoivottavia vaikutuksia, joita ehkä tulee, ja jotta saisimme luottamukseen perustuvan perustan teknisten standardien ja valvonnan suhteen.

Erityisesti pidän tärkeänä, että on luottamus algoritmeja ja niin sanottua *big dataa* ja esineiden internetiä kohtaan. Luottamus on äärettömän tärkeää, jotta me pystyisimme hyödyntämään mahdollisimman hyvin digivallankumousta.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, to complete the single market is the highway to jobs and growth. Let us have the courage to be disruptive and to stand up for an open, free and global internet. We liberate the forces that exist and boost trust by removing the digital barriers and borders. Consumers should not pay twice for the same service, depending on where they live in Europe, and our SMEs should not abide by 28 sets of rules. To create scale, they need one digital market.

I support this report as it addresses national exceptions and protectionism. Europe will become competitive through simple, modern and clear rules, not through shutting out others. Our problem is fragmentation, not innovation. We should not slow down the shared economy but ensure that transparency and a free flow of data is as important as the other four freedoms. The same rule should apply online and offline. Let me conclude by saying that swiftly reaching an agreement on safe harbour is crucial in order to avoid a legal vacuum. Time is running out.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, alinhar a União Europeia com a revolução digital implica criar um mercado único, mas implica ir muito para além disso. É fundamental criar as bases de uma Identidade Digital Europeia, incorporando nela os valores comuns que partilhamos: a liberdade de expressão, a igualdade de oportunidades no acesso para pessoas e para empresas, a livre circulação de bens e serviços, a partilha de dados, garantindo a privacidade individual, e a eficiência coletiva dos serviços públicos segurança. Tudo isto são valores, parte de um património europeu, que temos que transpor para a União digital.

Este relatório dá um bom contributo num caminho que temos que continuar a trilhar – felicito as relatoras. É importante dar acesso a mais europeus aos serviços e recursos digitais, e isso abrirá novas oportunidades de investimento, crescimento e emprego. Abrirá também novas oportunidades para a requalificação das pessoas e para a investigação e a inovação tecnológica. Num tempo de desalento, eis uma agenda mobilizadora. Temos que a fazer acontecer quanto antes.

Der Präsident. – Wir kommen zum *Catch-the-eye-Verfahren*. Ich habe fast 20 Wortmeldungen, darunter auch schriftliche Wortmeldungen von Kollegen, die erst am Schluss der Debatte eingetroffen sind.

Also ich muss einigermaßen in der Zeit bleiben. Ich werde sechs Kollegen nehmen. Ich werde mich auf Kollegen beschränken, die noch nicht in anderen Debatten gesprochen haben und die, soweit wir das sehen konnten, während der ganzen Zeit in der Debatte hier anwesend waren.

Catch-the-eye-Verfahren

Michaela Šojdřová (PPE). – Pane předsedající, digitální trh, jak už zde bylo mnohokrát řečeno, je velkou příležitostí pro rozvoj podnikání, služeb, vzdělávání i kultury. Evropský parlament a Evropská komise musí dát strategický i legislativní rámec, což tato zpráva Evropského parlamentu navrhuje a obsahuje také řadu konkrétních úkolů. Já bych zmínila dvě priority. Jsem ráda, že také pan komisař se zaměřil na ochranu autorských práv, totiž dostupnost obsahu je samozřejmě právem uživatelů, ale uživatelé mají také právo na kvalitu těchto obsahů a bez ochrany autorských práv není možné tuto kvalitu naplňovat. Čili to byla být jedna z hlavních priorit.

Druhou je ochrana dětí. Internet je dobrou službou, ale velmi nebezpečným pánem. Proto ochrana dětí před zneužíváním na internetu by měla být prioritou jak pro technické, tak pro legislativní návrhy, které by Komise měla předložit, a já ji k tomu vyzývám.

José Blanco López (S&D). – Señor Presidente, la digitalización lo ha inundado todo y Europa debe aprovechar todo el potencial de la sociedad digital. Tenemos que impulsar la portabilidad de servicios y contenidos y eliminar el geobloqueo injustificado en línea, como hemos hecho con la eliminación del «roaming». Tenemos que planificar usos y adjudicar bandas de espectro sin demora. Tenemos que impulsar la industria 4.0 o el internet de las cosas y crear una red segura y confiable. Tenemos que ayudar a nuestras pymes a que obtengan el máximo de la digitalización y tenemos que proteger e impulsar a nuestros creadores y nuestra producción cultural, sin la que no se puede hablar de la propia Europa. Tenemos, por lo tanto, una oportunidad. Y Europa no puede desaprovecharla.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, potencijal jedinstvenog digitalnog tržišta je golem. Razvoj trgovine, nova radna mjesta, učinkovitija i modernija uprava samo su neki od benefita kojima bismo svjedočili. Bit će potrebna velika podrška inovacijama i ulaganja u tehnologije kako bismo ostvarili svoje ciljeve, ali ne sumnjam u krajnji ishod, pogotovo ako političari dotad shvate važnost smanjenja regulacije tržišta za razvoj i rast.

No, skrenula bih ovdje pozornost na jednu drugu dimenziju, a to je kriminal, koji također ubrzano postaje digitalan. Digitalizacija prodaje narkotika i oružja, prodaja krivotvorenih proizvoda putem interneta i korištenje novih medija za širenje i koordinaciju raznih kriminalnih i terorističkih organizacija već su raširena pojava.

Stvaranjem jedinstvenog digitalnog tržišta izazovi u borbi protiv kriminala postat će još veći pa sukladno tome i naše metode moraju evoluirati, ali uvijek s dozom opreza da ne zabrazdimo u ograničavanje građanskih sloboda onih ljudi koji se nisu ogriježili o zakon.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Parlamento rezoliucijos dėl bendrosios skaitmeninės rinkos strategijos tekste yra daug sveikintinų šūkių apie konkurencingumą, vartotojų teisių apsaugą, darbo vietas, prekybos plėtrą, dar BVP augimą. Žinoma, tai svarbu. Noriu kartu atkreipti dėmesį ir į tai, ko dokumente nėra. Tai neigiami rinkų skaitmenizacijos padariniai. Omenyje turiu vietos rinkų nykimą, produktų vienodėjimą, kokybės prastėjimą ir, žinoma, vien į BVP augimą orientuoto žmogaus veiklos pasekmes klimatui. Žinoma, kai kas gali pasakyti, kad tai yra natūralūs globalizacijos padariniai. Ir jie nebus labai neteisūs, tačiau ir mes, svarstydami bendrosios skaitmeninės rinkos strategiją, turėtume numatyti priemones, kaip skatinti, kad vartotojo sprendimą pirkti prekę internetu lydėtų informacija apie jo sprendimo poveikį smulkiems gamintojams ir klimatui.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, a segmented European landscape in the field of cross-border access to digital content and services clearly shows how far we still are from the expectations we have had of a common digital single market of the 21st Century. The market is full of selective distribution practices, unjustified geo-blocking and discrimination based on IP and postal addresses or credit card issuing countries, the use of which significantly distorts competition. As a result, European consumers are still not able to purchase the content that their neighbour can. Often they cannot use their content legally acquired in one Member State when they cross the border into another. I am glad to see that the report takes into account that, besides economic gains, the other most obvious benefit of opening up these markets would be a more multilingual Europe and the flourishing of cultures, especially minority ones whose survival often depends on the accessibility of cultural goods from neighbouring States.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doresc în primul rând să felicit raportoarele și pe toți colegii care au contribuit la un raport atât de important. Faptul că s-au depus peste 2 000 de amendamente arată importanța și interesul manifestat de colegii noștri. Piața unică digitală este extrem de importantă și o bună reglementare poate permite apariția de oportunități noi și pentru utilizatori, și pentru întreprinzători, așa cum o reglementare proastă poate să le blocheze. Reglementările pieței unice digitale trebuie să ducă la creșterea numărului de IMM-uri.

Domnule comisar, sunt încă multe lucruri de făcut. Comisia prognozează un potențial de creștere care depășește cele 100 de miliarde ale economiei colaborative, dar mai sunt încă multe lucruri de rezolvat. Personal, am urmărit în acest raport dacă se respectă echilibrul între dezvoltarea pieței digitale și protecția consumatorului. Trebuie să vă spun că regiunile europene sunt foarte diferit dezvoltate în materie de conectivitate și aici trebuie să puneți accentul. Susțin și votez raportul, dar, pentru materializare, Comisia trebuie să armonizeze modul de cheltuire a fondurilor de investiții pentru diminuarea disparităților regionale.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank you all for this very fruitful debate. In Europe we were able to create a single market in a physical sense. We were able to tear down all those barriers dividing our Member States. But a digital single market does not exist. Our economy is becoming more and more digital every day, so we can see how those barriers are coming back. Those barriers get higher and higher every day.

There is a sense of urgency here in Parliament and in the Commission. We made our first two proposals in December. We have to give legal access to digital content to our people, and that is why we have made the portability proposal. The second proposal concerned digital contract rules. Instead of having potentially 56 different rules, we proposed establishing two different rules dealing with online sales of tangible goods and online sales of digital content.

We will make our next proposal on 700 MHz in February. I hope that in March we will be able to make our first proposal about industries. We will propose our industrial package, which will also deal with the usual cloud communication and ICT priority standards. In April, I hope that we will propose a new e-government action plan, and in May, the regulation on consumer protection cooperation, including the e-commerce package, measures in the area of parcel delivery, and geo-blocking.

In June, we will make a second copyright proposal on improving cross-border access to digital content, but we will also deal with libraries, educational exceptions, disabled people and of course text and data mining. We will also make a proposal in June on the review of the Satellite and Cable Directive, the review of the Audiovisual Media Services Directive, and on the 'follow the money' principle, which will be part of our copyright reform, as well as on the role of platforms in the market, including illegal content on the internet.

In June and July, there will be proposals about the Cybersecurity PPP (Public-Private Partnership) and the reform of telecom rules. This will also be about infrastructure. In November, there will be proposals on the free flow of data, the review of the e-Privacy Directive, and VAT regimes. I hope in that in December we will not make any new proposals on the basis of the Digital Single Market strategy.

I am looking forward to having really fruitful cooperation with you in creating a Digital Single Market for Europe.

Kaja Kallas, *rapporteur*. – Mr President, I think it is very important that so many Committees have been involved in drafting this report and giving their opinions and that so many Members have been involved in voicing their concerns. I would like to reflect on a few issues that were touched upon here.

First of all, I think we should all understand that the internet is not just a big shopping centre. It has so many layers regarding cultural diversity, innovation and research. E-commerce is also important, but it is not all about that. Some Members have complained that some topics are not emphasised enough in the report. I think what is important is that we have achieved a balance; all the topics are covered and they strike a balance in the report.

Some have voiced concerns about the once-only principle in regard to data protection. Actually, I think it has a positive effect on data protection because data is not kept in one single big database but similar small databases communicating with each other, so that is important. This is how things should work in the digital age: people should be in charge of their data when they talk to the public authorities.

Also, I think, what is very important is that the user and the citizen is at the heart of the system and they have the control. On the sharing economy, it changes employment rules, that is for certain, but we have to see the positive effects as well. It increases autonomy for people, people are not working under control of somebody but for themselves. So this is a positive thing which we should also embrace. So thank you all and I look forward to the cooperation.

Evelyne Gebhardt, Berichterstatterin. – Herr Präsident! Dankeschön für die lieben Glückwünsche, die ich erhalten habe.

Ich denke, dass wir hier am Beginn einer Arbeit zum digitalen Binnenmarkt sind – wir haben noch sehr vieles vor uns. Ich bedanke mich auch bei der Europäischen Kommission, dass sie uns über die Schritte informiert hat, die auf uns zukommen werden, das ist auch richtig und gut so.

Über Eines müssen wir uns immer wieder im Klaren sein: Wir wollen den digitalen Binnenmarkt nicht zu einem Selbstzweck, sondern wir wollen einen Binnenmarkt, der für die Menschen da ist, für die Bürger und Bürgerinnen. Sei es, dass sie Kulturschaffende sind, sei es, dass sie Verbraucher oder Verbraucherinnen sind, sei es dass sie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind oder Dienstleister und Dienstleisterinnen.

Das müssen wir immer im Blickpunkt haben: Das Beste daraus zu machen, was zu machen ist, um Erfolg zu haben, um im weltweiten Wettbewerb mit dem digitalen Binnenmarkt auch wirklich die Chancen zu ergreifen, die wir brauchen, damit wir auch wirklich ein gutes und vernünftiges Wachstum haben und eben die Schaffung von guten Arbeitsplätzen in der Europäischen Union.

Das ist, was wir schaffen müssen, was wir erreichen müssen. Deswegen müssen wir ehrgeizig sein, noch sehr viel ehrgeiziger als die Europäische Kommission. Das haben auch schon einige der Kollegen und Kolleginnen gemacht. Wir werden alle gemeinsam daran arbeiten, dass es auch wirklich so kommt.

Zum Abschluss möchte ich vielleicht noch eine Bemerkung machen, damit kein falscher Eindruck erweckt wird. Frau Troszczynski hat sich gerühmt für die vielen Änderungsanträge, die sie eingebracht hat – sowohl im Ausschuss, als auch hier im Plenum. Das ist richtig. Aber bei den Arbeiten um den Bericht war sie nicht anwesend. Keine einzige Sitzung haben wir sie gesehen oder eine ihrer Kollegen und Kolleginnen, und ich möchte nicht, dass da der falsche Eindruck erweckt wird, als hätte sie da gearbeitet, wo sie nicht gearbeitet hat.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Dienstag, 19. Januar 2016, um 12.30 Uhr statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την ενιαία ψηφιακή αγορά διότι πιστεύουμε ότι πρέπει επιτέλους η ΕΕ να μπορέσει να αντιμετωπίσει τον ψηφιακό ανταγωνισμό των ΗΠΑ και της Ασίας και να δημιουργήσει δυναμική ανάπτυξης με χιλιάδες θέσεις εργασίας και με δισεκατομμύρια επενδύσεων. Είναι γεγονός ότι πολλά νεαρά άτομα με μεγάλο ταλέντο σε αυτό το τομέα φεύγουν από την Ευρώπη γιατί στην ΕΕ έχουμε 28 διαφορετικές ρυθμίσεις. Προσδοκούμε ότι τα πλεονεκτήματα της ενιαίας ψηφιακής αγοράς και της ψηφιακής ανάπτυξης θα μπορούν να τα απολαμβάνουν και απομονωμένες νησιώτικες περιοχές, όπως η Κύπρος. Πιστεύω ότι, σε αυτό το πλαίσιο, ήρθε η ώρα να επικεντρωθούμε και στο ιδιαίτερα σημαντικό θέμα του Διαδικτύου. Μικρές και απομονωμένες χώρες, όπως είναι η Κύπρος αλλά και άλλες νησιώτικες περιοχές, καταβάλλουν υψηλό κόστος για υπηρεσίες Διαδικτύου χαμηλής ποιότητας και μικρής ταχύτητας. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο συντάσσεται με την άποψη ότι η πρόσβαση στο Διαδίκτυο αποτελεί ανθρώπινο δικαίωμα και θεωρεί άρα ότι πρέπει να διασφαλίζεται το δικαίωμα αυτό για όλους τους Ευρωπαίους Πολίτες. Ενώ όμως υποστηρίζουμε αυτή τη θέση, τι έχουμε πράξει προς αυτή την κατεύθυνση; Επαναφέρω τη πρόταση μου και ζητώ, για νησιωτικές περιοχές όπως η Κύπρος, να καταστούν ζώνες ελεύθερης και δωρεάν πρόσβασης στο Διαδίκτυο.

Therese Comodini Cachia (PPE), in writing. – The digital single market strategy is about the small family business in one of Malta's villages opening itself up to many more consumers; about giving each one of us as consumers more choice of goods and of service providers from the comfort of our own sitting room; also about giving our creative sector a new platform. It is a strategy that reflects how we are already taking our lives online and ensuring that this is done without unnecessary limitations. The strategy does not want to diminish the physical commercial market and is not only about commerce. It addresses data protection, protection of creators and users, research processes and needed skills. Most importantly of all it seeks to facilitate a more inclusive society and has the potential of making interaction – commercial, educative, cultural and social – more accessible to all. To facilitate access to online content, we need enhanced portability measures; this is why the Commissions' portability proposal is of key importance, and we need to work towards a better recognition of the potential of the creative industry as well as facilitate accessibility to cultural

content for consumers.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – We are living in a world where digital technologies are offering a new world of opportunities. They can expand our economy and help small and medium-sized companies tap into a potential customer base of 500 million customers within the EU alone. They can provide individuals with the opportunity to develop entrepreneurial ideas and business models. I would like to emphasise once again that the EU and the different Member States need to provide the possibility for entrepreneurs to access financing possibility.

Once again I call upon the Commission to ensure that crowdfunding can become a reality. This approach, together with more initiatives to boost entrepreneurship, will help change our culture on what is success whilst promoting an entrepreneurial and innovation culture. It is time to adapt really and truly to the digital age. Existing barriers online mean that our citizens are missing out on buying the goods and services they want. Self-employed people and start-ups are unable to tap into a wider market. Entrepreneurs from all Member States need to be provided with the possibility to sell their products on Europe's online marketplaces. Practices that forbid our entrepreneurs from registering and selling on specific online marketplaces should not be allowed.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm a Bizottság által kidolgozott stratégiát, és a Parlament előtt álló Kallas–Gebhardt jelentést. Az egységes digitális piac előtt álló akadályok lebontása minden európai fogyasztó érdeke, nem beszélve a digitális forradalom által az európai gazdaságra gyakorolt pozitív hatásokról. Egy témát szeretnék kiemelni: az arányosság kérdését. Egyes esetekben az a benyomásom, hogy olyan célokat próbálunk kitűzni, amelyek nem teljes biztonsággal kedvezőek a fogyasztónak vagy éppen a kereskedőnek. Példa lehet erre az e-kereskedelem területe, ezen belül is például a minél magasabb online kereskedési arány elérése. Vagy megemlíthetjük azt az előírást az online kereskedők számára, hogy minden európai polgár részére ugyanazon árengedményt biztosítsák. Természetesen, ha van szabályozási probléma, vagy piaci akadály, azzal foglalkoznunk kell, ez nem kérdés. Politikai döntéshozóként azonban olyan előírásokat kell javasolnunk, amelyek valóban szükségesek és betarthatóak.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Je vais bien évidemment voter en faveur de ce rapport pour dans lequel je me suis particulièrement impliqué. La mise en place d'un marché unique numérique va permettre à l'Union Européenne de rattraper son retard sur les États-Unis en renforçant la compétitivité de nos entreprises face aux géants du web. De plus, la révolution numérique va offrir un potentiel de croissance immense pour les entreprises européennes et les consommateurs de l'ordre de 415 milliards d'euros pour le PIB européen.

Je me suis particulièrement engagé à ce que la confiance des consommateurs qui achètent en ligne soit un pilier de ce texte pour qu'ils aient une réelle sécurité juridique, sans coûts additionnels. Enfin la propriété intellectuelle et la lutte contre la contrefaçon et le piratage ont fait l'objet d'une attention toute particulière pour protéger nos champions européens de l'industrie culturelle et créative.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – El comercio electrónico mueve al año millones de euros. Y seguirá en aumento en un mercado global sin fronteras. Salvo en Canarias, donde las importaciones y exportaciones están sujetas al pago del Documento Único Administrativo de Aduanas. Este impuesto encarece hasta un 40 % el importe final del producto comprado en línea, restringiendo así el comercio electrónico en el archipiélago. Solo el 27 % de la población canaria compró por internet en 2013, frente al 37 % de la media española y al 50 % de la europea. Como consecuencia de ello, muchas compañías han decidido no vender a través de la red en Canarias, pese a la obligatoriedad de la legislación europea y española de hacerlo en todo el territorio nacional para cualquier empresa que comercie dentro de la UE. Es necesario, por tanto, la adopción de medidas destinadas a la eliminación de los obstáculos existentes al comercio electrónico en Canarias para que se den las mismas condiciones en el tráfico de mercancías que en el resto de los Estados miembros. La ultraperiferia no puede ser impedimento para la competitividad y es crucial para alcanzar un verdadero mercado único digital.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Európa digitális lemaradása a globális versenyben egyre szembetűnőbb. Hogyan lehet az, hogy a világ tíz legnagyobb internetes vállalkozása közül egy sem európai? Vagy hogy míg a szürkeállományban hagyományosan erős Európában egymillió emberre 30 darab, addig az Egyesült Államokban 350 szabadalom jut? Meggyőződésem, hogyha a világviszonylatban vezető európai ipar mögé megfelelő digitális háttérter teremténénk, ma nem beszélhetnénk Európa csökkenő világ gazdasági részesedéséről. Ezért Európa digitális felzárkóztatására, digitális rendszerváltására van szükségünk! Ha az uniós digitális egységes piaci stratégia megvalósul, az eredmények négy milliárd munkahelyben és több százmilliárd eurós gazdasági növekedésben lesznek mérhetőek. A 21. századi, határokon nélküli

Európában nincs létjogosultsága digitális falaknak, barangolási díjaknak, az internetes tartalmak korlátozásának, vagy az internethasználat adóztatásnak. Brüsszel és jó néhány tagállam felismerte ezt, és a közigazgatás, az oktatás és a gazdaság feltétel nélküli digitalizálásába kezdett. Meggyőződésesem, hogy ennél is tovább kell mennünk. Az uniós Alapjogi Chartában kell rögzítenünk az internethez való hozzáférés alapjogát. Az európai digitális fejlődés érdekében pedig uniós szinten kell tiltanunk az internet adóztatását, hogy soha ne fordulhasson elő, hogy a költségvetési lyukak foldoztatása előrébbvaló, mint az európai polgárok érdeke. A digitális egységes piaci stratégia a gazdasági növekedés, a munkahelyteremtés kulcsa. Európa nem ülhet a babérjain, a digitális átállás alapfeltétel az Unió nagyhatalmi szerepének megőrzéséhez.

Емил Радев (PPE), в писмена форма. – Уважаеми колеги, преговорите по този доклад бяха трудни, но мисля, че постигнахме балансиран текст, приемлив за повечето политически групи. Политиките и законодателните норми на Съюза в областта на цифровия единен пазар следва да са насочени към създаването на нови възможности за потребителите и предприятията и на иновативни трансгранични онлайн услуги на конкурентни цени.

Считам, че с работата ни като законодател трябва да допринасяме за премахването на пречките между държавите членки и улесняването на достъпа на европейските малки и средни предприятия до единен трансграничен пазар. В момента само 1,7% от предприятията в ЕС се възползват изцяло от напреднали цифрови технологии, а 14% от МСП използват интернет като възможност за продажба. Това трябва да се промени, защото електронната търговия е бъдещето. Тя генерира 500 млрд. евро годишно в ЕС.

Необходимо е инициативите на ЕК от стратегията за единен цифров пазар да бъдат предложени и приети бързо. Считам, че предложенията относно преносимостта на съдържанието и онлайн продажбите ще спомогнат за премахване на пречките пред гражданите, които пазаруват онлайн и които вече ще могат при пътуване да гледат любимите си филми, да слушат любимите си песни. Това е първа стъпка в правилната посока, но считам, че има още какво да направим за един по-добре функциониращ дигитален пазар.

Evelyn Regner (S&D), schriftlich. – Der digitale Wandel schafft eine komplett neue Arbeitswelt. Das ist der größte Umbruch seit der industriellen Revolution. Wir müssen diese „digitale Revolution“ gestalten und tun dies auch. Wir im Europäischen Parlament haben klare, deutliche Positionen. Mir sind folgende Punkte besonders wichtig: - ArbeitnehmerInnenrechte und soziale Absicherung aller ArbeitnehmerInnen müssen auch in der digitalen Arbeitswelt auf gleichem Niveau erhalten bleiben.

Die bestehenden Kollektivverträge müssen für die ArbeitnehmerInnen im digitalen Bereich genauso gelten. Die Mitgliedstaaten haben dies sicherzustellen und gegebenenfalls nationale Arbeits- und Sozialrechte anzupassen. Wir wollen vermeiden, dass die Arbeit 4.0 keine Familie 4.0 wird. Das Recht auf Unerreichbarkeit und Ruhezeiten müssen für jede/n EU-BürgerIn gelten.

Die explosionsartige Zunahme atypischer Arbeitsverträge und prekärer Arbeitsverhältnisse muss vermieden werden, Mindestlöhne (dort wo vorhanden), Regeln für Mitbestimmung, Gesundheit und Schutz am Arbeitsplatz müssen gewährleistet werden.

Der ArbeitnehmerInnendatenschutz muss weiterentwickelt werden. Hier bleibt die Verordnung hinter den Erwartungen zurück und die Vorschläge des Beschäftigungsausschusses sollten aufgegriffen werden, vor allem im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung. Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten müssen sich noch Einiges für die künftige Umsetzung einfallen lassen. Letztendlich wollen wir ParlamentarierInnen, dass die Digitalisierung eine Chance für alle ist, die Europa mit klaren und fairen Regeln aktiv gestaltet.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – La expansión de las grandes superficies comerciales tuvo un efecto devastador sobre la producción local y sobre el pequeño y mediano comercio, acarreado con ello la destrucción de miles y miles de puestos de trabajo. Ahora se nos presenta como un gran objetivo el Mercado Único Digital europeo como un instrumento para fomentar la competitividad y para generar empleo en la Unión Europea. Por experiencia ya sabemos que la competitividad que propone la Unión Europea es totalmente incompatible con el empleo y con los derechos laborales. Esta propuesta está hecha para fomentar el consumismo a ultranza poniendo a disposición de los consumidores los productos de las grandes empresas que van a ser las que tengan capacidad para hacer negocio. Es totalmente irresponsable que la Comisión y el Consejo sigan profundizando en propuestas de este tipo y es una farsa que se nos presenten como generadoras de empleo cuando lo que hacen es destruirlo. Se oculta que el empleo que se puede crear con este tipo de comercio para las grandes empresas y las grandes multinacionales es siempre mucho menor que el que se destruye en las pequeñas y medianas empresas, en el comercio y en la producción local.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), în scris. – Europa este încă departe de o piață unică digitală. Avem reglementări mult diferite în statele membre, avem politici fiscale neadaptate încă pentru o piață digitală.

Orice întârziere în realizarea pieței unice digitale va aduce prejudicii mari economiei europene, în termeni de locuri de muncă și profituri. Revoluția digitală este în plină desfășurare. Ea transformă fundamental modelul de business în toate domeniile, inclusiv în activitățile finanțate preponderent din bugetele publice, cum sunt sănătatea, educația, apărarea națională etc. Cine rămâne în urmă acum, rămâne pentru o lungă perioadă de timp.

Iată de ce, instituțiile europene au datoria să pună în centrul priorităților cu privire la dezvoltarea pieței unice realizarea pieței unice digitale.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Nous voulons améliorer l'accès des consommateurs européens aux biens et aux services en ligne, faire disparaître les différences de traitement entre les achats hors ligne et en ligne ou encore les discriminations liées au blocage géographique. Tant d'obstacles pour les PME et les consommateurs subsistent: ils expliquent les chiffres affligeants du commerce en ligne en Europe. Alors que seulement 4 % des transactions européennes en ligne sont transfrontalières (pour 42 % des transactions nationales et 54 % en provenance des États-Unis), 45 % des ménages européens ne disposent pas de l'internet rapide! Il est urgent de mettre en place un marché numérique efficace tant pour l'économie que pour l'emploi ou l'intégration sociale. Nous, socialistes européens, avons beaucoup travaillé également à rappeler l'enjeu sociétal et pas seulement commercial du texte en rajoutant de nombreuses références au droit social, au droit du travail et à l'aspect participatif du numérique. Ces projets ne doivent pas être qu'une bonne occasion pour les grandes entreprises mais représenter une amélioration pour tous les citoyens et les PME.

Владимир Уручев (PPE), в писмена форма. – Г-н Председател, колеги, поздравявам авторите на доклада за единния цифров пазар и всички работили по него и допринесли за силната и всеобхватна позиция на ЕП по този изключително важен въпрос. Над 315 милиона европейци използват интернет всеки ден, но повече от половината електронен пазар се базира на американски онлайн услуги, а останалата част са основно национални онлайн услуги, а не трансгранични общоевропейски такива.

Съществуващите прегради за е-търговия трябва да бъдат премахнати, като се спрат необоснованите практики за ограничаване на достъпа на потребителите от ЕС до е-стоки и е-услуги между страните членки, да се гарантира еквивалентно равнище на защита на данните, както и да се намерят подходящи решения за намаляване на разходите за трансгранични доставки на колетите.

Всеки трети гражданин на ЕС би искал да слуша и гледа неща от собствената си страна, когато се намира извън граница. Затова приветствам предложението за засилване на преносимостта на онлайн съдържанието като важна стъпка за подобряване на потребителския достъп до е-услуги, която обаче трябва да бъде последвана от нови модели за онлайн търговия и услуги.

От особена важност е премахването на преградите пред МСП и новостартиращите предприятия, за да могат те да се възползват от възможностите на обновяващите се ИКТ, информационните масиви, услугите „в облак“ и електронното правителство.

(Die Sitzung wird für einige Minuten unterbrochen.)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

5. Abstimmungsstunde**Presidente.** – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, στις 17 Δεκεμβρίου 2015, το Κοινοβούλιό μας ενέκρινε ψήφισμα με το οποίο καταδίκασε τις παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στο Μπουρούντι και ζητούσε την άμεση απελευθέρωση του Έλληνα υπηκόου Σπύρου-Ρίτσαρντ Χαγκαμπιμάνα, ο οποίος είχε φυλακιστεί στα τέλη Ιουνίου, διότι, ως αστυνομικός και επικεφαλής δύναμης καταστολής, αρνήθηκε να δώσει εντολή στους άνδρες του να πυροβολήσουν κατά των διαδηλωτών. Θέλω λοιπόν σήμερα να ενημερώσω το Σώμα για το αίσιο τέλος της περιπέτειας του Σπύρου, ο οποίος την προηγούμενη Παρασκευή 15 Ιανουαρίου κρίθηκε αθώος από το δικαστήριο και σύντομα θα είναι ελεύθερος για να βρεθεί κοντά μας.

Η εξέλιξη αυτή αποδεικνύει τη σημαντική επιρροή που μπορεί να έχουν οι αποφάσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και επιβεβαιώνει ότι πρέπει να συνεχίσουμε αταλάντευτοι τις προσπάθειές μας.

Presidente. – Grazie on. Marias, siamo tutti convinti che questo Parlamento ha e avrà un importante ruolo da svolgere proprio perché rappresenta 500 milioni di cittadini europei.

5.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Czesław Adam Siekierski (A8-0004/2016 - Heidi Hautala) (Abstimmung)**5.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Czesław Adam Siekierski (A8-0005/2016 - Heidi Hautala) (Abstimmung)****5.3. Mehrjähriger Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer (A8-0367/2015 - Gabriel Mato) (Abstimmung)**

— *Prima della votazione sulla proposta di risoluzione legislativa:*

Gabriel Mato (PPE). – Señor Presidente, simplemente quería solicitar a la Cámara que no se someta a votación el proyecto de Resolución legislativa con vistas a comenzar inmediatamente las negociaciones con el Consejo.

(Il Parlamento approva la proposta di rinvio in commissione.)

5.4. Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik (A8-0368/2015 - Werner Langen) (Abstimmung)**5.5. Die Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU (A8-0373/2015 - Julie Ward) (Abstimmung)**

— *Dopo la votazione:*

Julie Ward, rapporteur. – Mr President, thank you, and I would like also to thank all the colleagues, staff, education experts, civil society, faith groups and young people themselves, with whom I have consulted throughout this process, for helping me to put together a report that presents a positive future for young people, for our future communities, through a process of talking to one another. Dialogue is about conversations.

5.6. EU-Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor – Bilanz und Herausforderungen (A8-0360/2015 - Burkhard Balz) (Abstimmung)

5.7. Externe Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen (A8-0369/2015 - Barbara Matera) (Abstimmung)

5.8. Bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (A8-0366/2015 - Marek Plura) (Abstimmung)

— Dopo la votazione sul paragrafo 62, parte due:

Syed Kamall (ECR). – Mr President, I thought we were checking on part 2 of 62, not part 2 of 60. Our screens showed 60, part 2.

(Il Presidente accoglie la richiesta di ripetere la votazione sulla seconda parte del paragrafo 62)

5.9. Auf dem Weg zu einer Akte zum digitalen Binnenmarkt (A8-0371/2015 - Kaja Kallas, Evelyne Gebhardt) (Abstimmung)

— Prima della votazione sugli emendamenti 3 e 11:

Evelyne Gebhardt, Berichtsteratterin. – Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass bei diesem Änderungsantrag die Übersetzung ins Französische falsch ist, nämlich genau das Umgekehrte. Der englische Originaltext ist der richtige, und darüber stimmen wir ab, nicht über das, was fälschlicherweise ins Französische übersetzt worden ist. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen.

Presidente. – Grazie onorevole, faremo verificare e correggere, se ci sono stati errori, nella traduzione dal francese al tedesco.

(Con ciò si conclude il turno delle votazioni)

6. Stimmerklärungen

Presidente. – Informo di aver ricevuto numerose richieste di dichiarazioni di voto.

Possiamo proseguire la seduta soltanto fino alle 14.45 al più tardi, per consentire ai servizi di preparare la ripresa della seduta alle 15.00.

Tutte le restanti dichiarazioni di voto saranno esaminate domani, dopo le votazioni.

Altre eventuali dichiarazioni di voto potranno essere presentate per iscritto.

6.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Czesław Adam Siekierski (A8-0004/2016 - Heidi Hautala)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado Czesław Adam Siekierski puesto que los hechos por los que tiene que presentarse ante la justicia no están relacionados con su actividad como diputado al PE.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – The MEP in question accepts his immunity being waived and is not contesting it and there is no question of political interference. Therefore, I voted in favour of this report.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une infraction présumée au code de la route polonais, pour excès de vitesse. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité de Monsieur Adam Siekierski. Le droit polonais requiert une levée d'immunité dans ces cas. Dans le respect des législations nationales, j'ai voté en faveur de cette demande.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe in democracy and transparency, and therefore I believe that my vote on this matter should be a matter of public record. In that spirit, I wish to confirm that I voted to waive the Parliamentary immunity.

I do wish to note, however, my annoyance at the amount of public time spent dealing with a minor speeding offence. However, ultimately, that is a matter for the people of Poland rather than the United Kingdom.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Teisės reikalų komiteto rekomendacijas.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – C'est au motif d'une infraction – présumée – au code de la route, en l'occurrence un excès de vitesse qui aurait été commis en Pologne, que l'on demande un levée de l'immunité parlementaire de Monsieur Siekierski.

Le droit polonais requiert la levée de son immunité afin qu'il puisse s'acquitter de son amende.

Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à son activité politique et je n'ai donc vu aucune raison de ne pas accepter cette demande émanant de la justice polonaise.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Suivant l'avis unanime de la commission des affaires juridiques, j'ai approuvé la levée de l'immunité parlementaire de Monsieur Siekierski.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este suplicatorio de suspensión de inmunidad. Czesław Adam Siekierski acepta la suspensión de su inmunidad, lo que elimina consideraciones de tipo persecución política o utilización perjudicial para la institución de los suplicatorios. El voto en comisión fue a favor por unanimidad. Sigo la propuesta de la comisión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de Pologne a transmis une requête de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de M. Siekierski, député au Parlement européen élu pour la Pologne, pour une infraction de conduite. Les faits qui lui sont reprochés concernent un excès de vitesse constaté par l'Inspection polonaise de la circulation routière le 10 janvier 2015, dans une zone où il aurait dû rouler à 50 km/h (et non 77 km/h comme constaté par radar).

L'infraction présumée n'a pas de lien direct avec l'exercice par M. Siekierski, de ses fonctions de député au Parlement européen et qu'en outre la commission parlementaire ne trouve aucune preuve de *fumus persecutionis*, c'est-à-dire des indices suffisamment sérieux et précis indiquant que ces poursuites ont été engagées dans le but de porter préjudice à la carrière politique du député concerné, il est nécessaire que son immunité soit levée afin qu'il paye ses amendes.

J'ai donc voté pour ce rapport.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Tal y como señala el informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, el fiscal general de la República de Polonia solicitó el 13 de agosto de 2015 que se suspenda la inmunidad de Czesław Adam Siekierski en relación con una infracción contemplada en el artículo 92a del Código de Infracciones Administrativas de 20 de mayo de 1971 en relación con el artículo 20, apartado 1, de la Ley de Tráfico de 20 de junio de 1997, consistente en la superación del límite de velocidad permitido en una zona urbana.

En la medida en que la presunta infracción no guarda relación directa o manifiesta con el ejercicio de las funciones de diputado al Parlamento Europeo de Czesław Adam Siekierski y que no existen indicios de *fumus persecutionis*, el Parlamento Europeo ha decidido suspender la inmunidad parlamentaria, motivo por el que he votado a favor de esta decisión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame Europos Parlamentas nagrinėja Czesławo Adamo Siekierskio imuniteto klausimą. 2015 m. rugpjūčio 13 d. Lenkijos Respublikos generalinis prokuroras perdavė Parlamentui pirmininkui Lenkijos generalinės kelių eismo inspekcijos prašymą leisti patraukti atsakomybėn Europos Parlamento narį Czesławą Adamą Siekierskį už administracinės teisės pažeidimą – greičio viršijimą. Lenkijos generalinės kelių eismo inspekcijos teigimu, 2015 m. sausio 10 d. 20.22 val. C. A. Siekierskis, vairuodamas automobilį, nesilaikė nustatyto greičio gyvenvietėje ir važiojo 77 km/h greičiu, kai nustatytas greitis yra 50 km/h. Generalinė inspekcija toliau nurodo, kad atsakydamas į šaukimą į teismą, kuris C. A. Siekierskiui išsiųstas 2015 m. sausio 19 d., C. A. Siekierskis

atsiuntė savo EP nario tapatybės kortelės kopijas, pažymą apie išrinkimą į Europos Parlamentą ir pareiškimą, kuriame jis pripažįsta vairavęs transporto priemonę nurodytu laiku. Iš bylos matyti, kad C. A. Siekierskis pripažino, kad jis vairavo transporto priemonę nurodytu laiku, tačiau atitinkamoje formoje nenurodė, ar sutinka su baudos skyrimu ar jam prieštarauja. Iš bylos aplinkybių matyti, kad įtarimas padarius administracinę teisės pažeidimą ir tolesnis administracinis persekiojimas niekaip nesusiję su C. A. Siekierskio kaip Europos Parlamento nario pareigomis.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa richiesta di revoca dell'immunità dell'on. Sikierski perché ritengo che l'infrazione commessa dall'on. Sikierski non rientri nel novero delle fattispecie coperte dalla disciplina dell'immunità parlamentare del Parlamento europeo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes demandant la levée de l'immunité du député européen Czesław Adam Sikierski pour avoir commis deux infractions présumées correspondant au dépassement de la vitesse autorisée dans une agglomération. En effet, pour que ce député européen puisse s'affranchir de ses amendes, il est nécessaire de lui retirer son immunité parlementaire.

Étant donné que cette demande n'a visiblement pas été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique de ce député européen, je me suis prononcé en faveur de la levée de son immunité parlementaire.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole, si tratta di due infrazioni al codice della strada. Non vi sono gli estremi per garantire la tutela dell'immunità.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – The MEP in question accepts his immunity being waived and is not contesting it, and there is no question of political interference. Therefore, I voted in favour of this report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity of Mr Siekerski, a Polish MEP (EPP/Polish People's Party; Chairman AGRI) who is alleged to have committed an offence of speeding (exceeding the permitted speed limit in a built-up area). The alleged offence has no evident link of any kind to his duties as an MEP. In those circumstances the Polish Courts should have jurisdiction over his case.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La richiesta di autorizzazione a procedere del procuratore generale della Repubblica della Polonia nei confronti dell'on. Czesław Adam Sikierski riguarda un procedimento relativo a infrazioni per eccesso di velocità. Ho quindi ritenuto di votare a favore in quanto tali infrazioni esulano dalla garanzia di immunità parlamentare.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφικώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκδοση σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του συνάδελφου Czesław Adam Sikierski.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφικώς*. – Ψηφίσαμε σήμερα επί της προοπτικής άρσης ασυλίας του Ευρωβουλευτή Adam Sikierski. Καθώς η νομική διαδικασία που έχει κινηθεί εναντίον του δεν αφορά πολιτικές δραστηριότητες, θεωρώ πως δεν έχουμε λόγο να αντιταχθούμε στο αίτημα των αρμόδιων αρχών και για αυτό το λόγο ψήφισα θετικά ως προς την άρση ασυλίας.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento. Il 13 agosto 2015 il procuratore generale della Repubblica di Polonia ha trasmesso al Presidente del Parlamento una richiesta dell'Ispettorato generale polacco per la circolazione stradale volta a ottenere l'autorizzazione ad avviare un procedimento giudiziario contro un deputato al Parlamento europeo Czesław Adam Sikierski in relazione a un'infrazione del codice stradale.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity of Mr Siekerski, a Polish MEP (EPP/Polish People's Party; Chairman AGRI) who is alleged to have committed an offence of speeding (exceeding the permitted speed limit in a built-up area). The alleged offence has no evident link of any kind to his duties as an MEP. In those circumstances the Polish Courts should have jurisdiction over his case.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Considerando che la commissione giuridica del Parlamento europeo ha seguito correttamente le procedure per la verifica dei presupposti di invocazione dell'immunità da parte del deputato Siekierski e che da questa verifica è emerso che l'immunità non ha una base giuridica per essere invocata in questa fattispecie concreta, concordo con quanto valutato dall commissione giuridica e sono favorevole alla revoca dell'immunità.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Parliamentary immunity is not a Member's personal privilege but a guarantee of the independence of Parliament as a whole and of its Members. The case in question does not have a direct and obvious connection with the Member's performance of his duties as a Member of the European Parliament nor does it constitute an opinion expressed or a vote cast in the performance of his duties as a Member of the European Parliament for the purposes of Article 8 of Protocol No 7. I have thus voted in favour of the report to waive the immunity of the Member.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado Czesław Adam Siekierski puesto que los hechos por los que tiene que presentarse ante la justicia no están relacionados con su actividad como diputado al PE.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Article 7 on the Privileges and Immunities of the European Union states that MEPs enjoy immunity in the territory of their own State. This report requests the removal of the parliamentary immunity for an MEP. As I have always done in these cases I agree to the removal of immunity so that an MEP can prove his innocence or otherwise according to the judicial system of the relevant Member States.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Les faits reprochés à notre collègue Siekierski relèvent d'une infraction présumée au code de la route polonais. Il ne s'agit donc pas de poursuites ayant pour but de nuire à l'activité parlementaire et à l'engagement politique de notre collègue. La levée de l'immunité étant nécessaire à la procédure judiciaire, j'ai décidé de la soutenir.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφιώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Em agosto passado, o Procurador-Geral da República da Polónia transmitiu ao Presidente do Parlamento Europeu um pedido da Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia, requerendo autorização para tomar medidas contra o deputado Czesław Adam Siekierski devido a uma infração de trânsito.

Como a Constituição polaca estipula que não é possível interpor uma ação penal contra os deputados e senadores do Parlamento ou do Senado sem a autorização prévia do Parlamento ou do Senado de que são membros, é necessária uma decisão do Parlamento Europeu determinando se é possível interpor uma ação penal contra o deputado Siekierski.

Neste caso, o pedido de levantamento da imunidade do deputado foi apresentado em resultado duma alegada infração que consiste num excesso do limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas.

Deduz-se do processo que o deputado Siekierski admitiu que conduzia o veículo no momento da infração, embora não tenha indicado no formulário pertinente se aceitava ou não a multa. Os factos não estão relacionados com a sua atividade de deputado do Parlamento Europeu, concordando com o levantamento da imunidade parlamentar.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette délibération parce qu'il s'agit de faire appliquer une sanction dans le pays du député.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Czesław Adam Siekierski.

Eis os factos:

A Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia alega que, em 10 de janeiro de 2015, ao conduzir um veículo, o deputado não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas – que é de 50 km/h – ao conduzir o veículo referido a uma velocidade de 77 km/h. A Inspeção-Geral afirma ainda que, em resposta a uma notificação enviada ao deputado Siekierski, em 19 de janeiro de 2015, este enviou uma declaração admitindo que conduzia o veículo no momento da infração. Os factos de que é acusado constituem uma infração ao artigo 92.º, alínea a), do Código das Contraordenações da Polónia, juntamente com o artigo 20.º, n.º 1, da Lei sobre o tráfego rodoviário, de 20 de junho de 1997.

A alegada infração não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Czesław Adam Siekierski enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Por essa razão, votámos a favor do levantamento da imunidade.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as the offence had nothing to do with their political activities.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης και για τον λόγο αυτό υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αίτηση άρσης της κοινοβουλευτικής ασυλίας του Czesław Adam Siekierski.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the waiver of the parliamentary immunity of MEP Czesław Adam Siekierski, so that he will be able to pay his speeding ticket.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Annak eldöntése során, hogy egy adott ügyben felfüggeszti-e egy képviselő mentelmi jogát vagy sem, az Európai Parlament saját állandó elveit alkalmazza. Ezen elvek egyike, hogy a mentelmi jogot rendszerint felfüggesztik, ha a bűncselekményre a 7. jegyzőkönyv 9. cikke irányadó, feltéve, hogy nem áll fenn komoly és megalapozott gyanú arra vonatkozóan, hogy az ügyet a képviselőnek szánt politikai kár okozása céljából nyújtották volna be a bírósághoz.

Ebben az esetben a Czesław Adam Siekierski mentelmi jogának felfüggesztése iránti kérelmet egy feltételezett szabálysértéssel – a lakott területre vonatkozó sebességkorlátozás túllépésével – kapcsolatban terjesztették elő. Czesław Adam Siekierski elismerte, hogy a kérdéses időpontban a gépjárművet ő vezette, bár a vonatkozó formanyomtatványon elmulasztotta feltüntetni, hogy a bírság fizetését elfogadja vagy megtagadja-e. Az ügy körülményei alapján úgy tűnik, hogy a feltételezett szabálysértés és az abból eredő büntetőjogi felelősségre vonás nyilvánvalóan nem áll semmilyen kapcsolatban Czesław Adam Siekierski európai parlamenti képviselői tisztségével. A fenti megfontolások alapján, továbbá az eljárási szabályzat szerint a Jogi Bizottság azt javasolja, hogy az Európai Parlament függeszse fel Czesław Adam Siekierski parlamenti mentelmi jogát.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of waiving the immunity of Mr Siekierski, given that he was not performing any parliamentary duties at the time of the incident for which he is facing charges in Poland.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este suplicatorio de suspensión de inmunidad. Czesław Adam Siekierski acepta la suspensión de su inmunidad, lo que elimina consideraciones de tipo persecución política o utilización perjudicial para la institución de los suplicatorios. El voto en comisión fue a favor por unanimidad. Sigo la propuesta de la comisión.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η ενδεδειγμένη στάση είναι αυτή της υπερψηφίσης διότι τα ζητήματα για το οποία ζητείται η άρση της ασυλίας δεν έχουν σχέση με την κοινοβουλευτική δραστηριότητα και διότι ο ίδιος ο ευρωβουλευτής συμφωνεί με την άρση της ασυλίας του.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report in relation to the request for the waiver of the parliamentary immunity of Czesław Adam Siekierski.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Czeslawu Adamu Siekierskom zbog toga što je to u skladu s člankom 9. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije, te činjenice da nema utemeljene sumnje da se imunitet ukida s ciljem nanošenja političke štete, već je riječ o počinjenom prekršaju prekoračenja dopuštene brzine u naseljenom području. Povrh toga, gospodin Siekierski navodno je priznao da je upravljao vozilom, a takvo glasovanje ujedno je i stav ALDE grupe.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une infraction présumée au code de la route polonais, pour excès de vitesse. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité de Monsieur Adam Siekierski. Le droit polonais requiert une levée d'immunité dans ces cas. Dans le respect des législations nationales, je vote en faveur de cette demande.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My colleagues and I voted to waive the immunity of Mr Siekierski, a Polish MEP (EPP/Polish People's Party; Chairman AGRI) who is alleged to have committed an offence of speeding (exceeding the permitted speed limit in a built-up area). The alleged offence has no evident link of any kind to his duties as an MEP. In those circumstances the Polish Courts should have jurisdiction over his case.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décision sur la demande de levée d'immunité parlementaire de Czesław Adam Siekierski. Cette procédure est une formalité qui, sans se prononcer sur le fond de l'affaire, vise à permettre aux autorités judiciaires de pouvoir effectuer leur travail d'investigation.

Cette décision a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die Aufhebung der Immunität von Kollegen Siekierski. Für die Integrität und das Ansehen des Parlaments ist es wichtig, dass die Immunität bei Straftaten, die vor Annahme des Mandats begangen worden sind, aufgehoben werden kann.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de M. Czesław Adam Siekierski, car il ne s'agit pas d'une affaire politique mais d'une infraction présumée au code de la route polonais, pour excès de vitesse. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité politique de M. Siekierski. Le droit polonais requiert que son immunité soit levée afin qu'il puisse s'acquitter de son amende.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de M. Siekierski car le dépassement de vitesse qui lui est reproché n'a rien à voir avec son mandat parlementaire.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro, jelikož se nejedná o vydání politického charakteru, ale překročení povolené rychlosti, věřím polské justici, že čin spravedlivě posoudí.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam zahtjev za ukidanje imuniteta zastupniku Siekierskom zbog toga što parlamentarni imunitet treba služiti isključivo kao instrument zaštite od političkih progona. Parlamentarni imunitet ne može se koristiti u svrhu postavljanja iznad zakona.

Glavni državni odvjetnik Republike Poljske prosljedio je zahtjev Glavnog inspektorata cestovnog prometa za ukidanje imuniteta zastupniku Siekierskom budući da je navodni prekršaj posebno povezan s prekoračenjem dopuštene brzine u naseljenom području. Europski parlament treba odlučiti da li ukinuti imunitet ili ne budući da navodni prekršaj nije izravno ili očito povezan s obavljanjem dužnosti Czesława Adama Siekierskog u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Šis Eiropas Parlamenta deputāta imunitātes atcelšanas balsojums attiecas uz poļu deputāta Česlava Adāma Šekirsa likumpārkāpuma faktu sakarā ar ātruma pārsniegšanu, kas notika 2015. gada 10. janvārī apbūvētā teritorijā. Pats Šekirsa kungs atzina, ka šis pārkāpums notika pirms gada, tomēr izvēlējies pielietot savu EP deputātiem legāli piešķirto imunitāti, lai Polijas Republikas ģenerālprokuratūra nevarētu likumiski izmeklēt šo ātruma pārsniegšanu, ierosinot attiecīgu kriminālprocesu.

Lai gan nekādā ziņā nevajag likvidēt deputātu imunitātes piešķiršanas praksi, jebkuram cilvēkam — it īpaši tik svarīgai amatpersonai kā EP deputāts —, kas ne tikai izdarījis kaut ko nelikumīgu, bet arī pats to atzinis, ir nepieciešams atbildēt par savu rīcību, pamatojoties uz tiesiskuma principiem. Līdz ar to bija loģiski nobalsot par imunitātes atcelšanu.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Poslanci EP požívajú na území svojho štátu imunitu, ktorá je priznaná poslancom ich národného parlamentu. Podľa zákonov Poľskej republiky nie je možné začať voči poslancovi trestné konanie bez prechádzajúceho súhlasu Parlamentu. Za účelom riadneho vyšetrenia a vyhodnotenia dopravného priestupku, ktorého sa mal poslanec dopustiť, EP odsúhlasil zbavenie poslanca poslaneckej imunity.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του Czesław Adam Siekierski εν συνεχεία της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette levée d'immunité. Le Parlement a reçu deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière qui demande la levée d'immunité de Czesław Adam Siekierski pour une infraction présumée pour dépassement de la vitesse autorisée dans une agglomération.

Cette première demande de levée d'immunité ne semble pas avoir été faite avec l'intention de nuire à l'activité politique du député. Nous nous prononçons donc en faveur de cette levée d'immunité.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted to lift the immunity of Czesław Adam Siekierski as from the circumstances of the case it appears that the alleged offence and the ensuing prosecution clearly have nothing to do with the position of Mr Siekierski as a Member of the European Parliament and that there is no evidence of *fumus persecutionis*.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio parere contrario alla richiesta di revoca dell'immunità di Czesław Adam Siekierski in quanto ritengo che l'immunità parlamentare non sia un privilegio personale di un deputato bensì una garanzia di indipendenza del Parlamento e dei suoi membri in quanto istituzione *super partes*. Rimango convinto che in questi casi si debba seguire una linea garantista, di conseguenza continuerò a votare negativamente per questo tipo di relazioni a difesa del ruolo istituzionale conferito da questo Parlamento.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich bei dem vorgeworfenen Vergehen um eine Ordnungswidrigkeit, welche in keinem Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit des Abgeordneten steht. Daher stimme ich der Aufhebung der Immunität zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La demande concerne la levée de l'immunité de Czesław Adam Siekierski, député au Parlement européen élu pour la Pologne. Le procureur général de la République de Pologne a transmis une requête de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière en ce qui concerne une infraction de dépassement de la vitesse autorisée dans une agglomération.

En effet l'Inspection générale polonaise de la circulation routière fait valoir que le 19 avril 2015, à 11 h 19, dans la localité de Stopnica, M. Siekierski a été photographié par un radar alors qu'il était au volant d'un véhicule se déplaçant à 79 km/h sur un tronçon où la vitesse est limitée à 50 km/h.

Étant donné que l'infraction n'a aucun lien avec son activité de parlementaire et que Czesław Adam Siekierski ne s'oppose pas à la levée de l'immunité, je vote Pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une infraction présumée au code de la route polonais, pour excès de vitesse. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité de Monsieur Adam Siekierski. Le droit polonais requiert une levée d'immunité dans ces cas. Dans le respect des législations nationales, je vote en faveur de cette demande.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável ao pedido de levantamento da imunidade parlamentar de Czesław Adam Siekierski.

O levantamento da imunidade é efetuado sempre que o caso se enquadre no artigo 9.º do Protocolo n.º 7, desde que não exista uma suspeita grave fundamentada de que na origem da ação penal exista a intenção de prejudicar politicamente o deputado em causa.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this report regarding the waiver of the parliamentary immunity of Czesław Adam Siekierski as the alleged offence and the ensuing prosecution have nothing to do with the position of Mr Siekierski as a Member of the European Parliament.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of waiving the parliamentary immunity of Mr Czesław Adam Siekierski because on 13 August 2015 the Prosecutor-General of the Republic of Poland forwarded to the President of Parliament a request made by the Polish General Inspectorate of Road Traffic to grant authorisation to take legal action against a Member of the European Parliament, Mr Czesław Adam Siekierski, in connection with a speeding offence.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet szerint Czesław Adam Siekierski európai parlamenti képviselő 2015. január 10-én 8 óra 22 perckor autóvezetés közben túllépte a lakott területen engedélyezett maximális sebességet, ezért kérelmet intézett az Európai Parlamenthez a képviselő mentelmi jogának fölfüggesztése iránt. A Parlament Jogi Bizottsága jelentésében megállapította, hogy a feltételezett szabálysértés nem kapcsolódik közvetlenül vagy nyilvánvalóan Czesław Adam Siekierski európai parlamenti képviselői feladatainak ellátásához, és hogy nem áll fenn komoly és megalapozott gyanú arra vonatkozóan, hogy a kérelmet a képviselőnek szánt politikai kár okozása

céljából terjesztették volna elő, ezért a mentelmi jog fölfüggesztését indítványozta. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de Czesław Adam Siekierski, député au Parlement européen élu pour la Pologne, en ce qui concerne deux infractions présumées correspondant au dépassement de la vitesse autorisée dans une agglomération. En l'espèce, le Parlement n'a pas établi qu'il y avait une présomption suffisamment sérieuse et précise que la demande a été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique du député concerné. Pour qu'un député polonais paye ses amendes en Pologne, il est nécessaire que son immunité soit levée. Il y a lieu de voter en faveur de la levée.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório merece o meu voto favorável, uma vez decorridos todos os trâmites legais exigidos e pelo facto de o delito em causa não estar, de alguma forma, relacionado com o desempenho das funções de Deputado e por não existir prova ou suspeita de que, na origem da ação penal, se encontre a intenção de prejudicar politicamente o Deputado em causa.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La levée d'immunité de l'eurodéputé Czesław Adam Siekierski est demandée par le parquet de Pologne à la suite de deux infractions correspondant au dépassement de la vitesse autorisée qu'il aurait commises. Il ressort du dossier qu'il ne s'agit pas d'une procédure visant à nuire à l'activité politique du député. Par ailleurs, selon le droit polonais, la levée d'immunité est indispensable pour qu'un député paye ses amendes.

En tenant compte de ces éléments, j'ai décidé de voter en faveur de ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire de Czesław Adam Siekierski. Toute demande adressée au Président du Parlement européen par les autorités d'un État membre en vue de lever l'immunité d'un député est instruite par la commission parlementaire compétente. J'ai voté conformément à l'avis rendu par cette commission.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur des rapports de M^{me} Hautala, ceux-ci concernant une procédure habituelle de levée d'immunité parlementaire dans le cadre infractions commises à la législation sur la circulation routière. Les rapports furent soutenus par le groupe PPE, et adoptés par la Parlement européen.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il 13 agosto 2015 il procuratore generale della Repubblica di Polonia ha trasmesso al Presidente del Parlamento una richiesta dell'Ispettorato generale polacco per la circolazione stradale volta a ottenere l'autorizzazione ad avviare un procedimento giudiziario contro Czesław Adam Siekierski in relazione a un'infrazione del codice stradale. Mi sono espressa a favore del provvedimento.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report according to the evaluation made by the JURI Committee.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity of Mr Siekierski, a Polish MEP (EPP/Polish People's Party; Chairman AGRI) who is alleged to have committed an offence of speeding (exceeding the permitted speed limit in a built-up area). The alleged offence has no evident link of any kind to his duties as an MEP. In those circumstances the Polish Courts should have jurisdiction over his case.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Data l'azione svolta dal deputato Czesław Adam Siekierski, parlamentare europeo eletto per la Polonia voto positivamente alla richiesta di revoca dell'immunità parlamentare.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de Czesław Adam Siekierski, député au Parlement européen élu pour la Pologne, en ce qui concerne deux infractions présumées correspondant au dépassement de la vitesse autorisée dans une agglomération.

En l'espèce, le Parlement n'a pas pu établir qu'il y avait *fumus persecutionis*, c'est-à-dire une présomption suffisamment sérieuse et précise que la demande a été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique du député concerné. J'ai donc voté pour ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Poštujem preporuku izjavitelja o ukidanju imuniteta kolegi Czesławu Adamu Siekierskom jer, iako kazneni progon nije u vezi s izraženim mišljenjem ili glasanjem pri obnašanju njegovih dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu u smislu članka 8. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije, navodno kazneno djelo očito nije ni u kakvoj vezi s obnašanjem dužnosti kolege Kyrtosa u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu. Radi se o prometnom prekršaju prekoračenja brzine u naseljenom području te ne postoji razlog za pretpostavku da je kazneni progon pokrenut s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku (*fumus persecutionis*).

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Ai sensi dell'articolo 9, paragrafo 3, del regolamento, la commissione giuridica raccomanda che il Parlamento europeo revochi l'immunità parlamentare dell'on. Czesław Adam Siekierski. Ho votato a favore della revoca dell'immunità del deputato al Parlamento europeo Czesław Adam Siekierski perchè ritengo opportuno permettere al Procuratore generale Polacco di effettuare le indagini appropriate. Czesław Adam Siekierski è accusato di eccesso di velocità nel suo paese. L'accusa si riferisce al 10 gennaio 2015. Ad ogni modo, vorrei sottolineare che il mio voto a favore di tale revoca non comporta un giudizio in merito alla colpevolezza o all'innocenza del deputato.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Zbavení imunity jsem podpořil, protože souhlasím s názorem, že u pana Siekierského se nejedná o čin spojený s výkonem mandátu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour les demandes de levée de l'immunité parlementaire de Czesław Adam Siekierski. Il s'agit, dans ce cas, d'une procédure commune.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A 13 de agosto de 2015, o Procurador-Geral da Polónia solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Czesław Adam Siekierski, no âmbito de um processo penal aberto pela Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia, em que o referido deputado ao Parlamento Europeu é acusado de uma infração de trânsito relacionada com o desrespeito do limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas.

Nos termos do artigo 9.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os deputados ao Parlamento Europeu beneficiam, no seu próprio Estado, das imunidades reconhecidas aos membros do respetivo parlamento nacional. Neste contexto, e tendo em conta o disposto na Constituição da República da Polónia, é necessária uma decisão do Parlamento Europeu para determinar se é possível interpor uma ação penal contra o deputado Czesław Adam Siekierski.

Ora, de acordo com o relatório da Comissão dos Assuntos Jurídicos, tendo em conta as circunstâncias do caso, é possível concluir que a alegada infração não está relacionada com a atividade de Czesław Adam Siekierski enquanto deputado, não havendo ademais qualquer prova de *fumus persecutionis*.

Nestes termos, e atendendo ao referido relatório, votei a favor da presente decisão no sentido do levantamento da imunidade de Czesław Adam Siekierski.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity of Mr Siekierski, a Polish MEP (EPP/Polish People's Party; Chairman AGRI) who is alleged to have committed an offence of speeding (exceeding the permitted speed limit in a built-up area). The alleged offence has no evident link of any kind to his duties as an MEP. In those circumstances the Polish Courts should have jurisdiction over his case.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Trata-se aqui do levantamento da imunidade do deputado ao Parlamento Europeu eleito pela Polónia, Czesław Adam Siekierski, devido a uma infração de trânsito.

A Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia alega que, em 10 de janeiro de 2015, ao conduzir um veículo, o deputado Siekierski não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas (50 km/h) ao conduzir a uma velocidade de 77 km/h.

Votei a favor deste relatório para dar oportunidade ao meu colega de normalizar esta situação.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Trata-se de uma questão de justiça interna polaca, sem qualquer relação com o estatuto de deputado de Czesław Adam Siekierski.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Tal y como señala el informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, el fiscal general de la República de Polonia solicitó el 13 de agosto de 2015 que se suspenda la inmunidad de Czesław Adam Siekierski en relación con una infracción contemplada en el artículo 92a del Código de Infracciones Administrativas de 20 de mayo de 1971 en relación con el artículo 20, apartado 1, de la Ley de Tráfico de 20 de junio de 1997, consistente en la superación del límite de velocidad permitido en una zona urbana.

En la medida en que la presunta infracción no guarda relación directa o manifiesta con el ejercicio de las funciones de diputado al Parlamento Europeo de Czesław Adam Siekierski y que no existen indicios de *fumus persecutionis*, el Parlamento Europeo ha decidido suspender la inmunidad parlamentaria, motivo por el que he votado a favor de esta decisión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le 7 septembre 2015, le procureur général de la République de Pologne a transmis au Président du Parlement une requête de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant l'autorisation d'engager des poursuites judiciaires contre M. Czesław Adam Siekierski, en ce qui concerne un excès de vitesse.

L'Inspection générale polonaise de la circulation routière faisait valoir que le 19 avril 2015, à 11 h 19, dans la localité de Stopnica, M. Siekierski a été photographié par un radar alors qu'il était au volant d'un véhicule se déplaçant à 79 km/h sur un tronçon où la vitesse est limitée à 50 km/h. Les faits qui sont reprochés à M. Siekierski constituent une infraction au sens de l'article 92a du code polonais des infractions administratives, en liaison avec l'article 20, paragraphe 1, de la loi polonaise du 20 juin 1997 sur la circulation routière.

Le 5 octobre 2015, le Président du Parlement a annoncé, conformément à l'article 9, paragraphe 1, du règlement, qu'il avait reçu un courrier du procureur général de la République de Pologne demandant la levée de l'immunité. Le 27 octobre 2015, conformément à l'article 9, paragraphe 1, du règlement, le Président a renvoyé cette demande à la commission des affaires juridiques. Nous avons voté sur ce cas hier.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – No contexto de uma alegada infração de trânsito às normas rodoviárias da Polónia, o Procurador-Geral da República polaco transmitiu ao Presidente do Parlamento Europeu um pedido da Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia, solicitando autorização para adotar medidas contra o deputado Czesław Adam Siekierski.

Trata-se de uma situação que preenche os requisitos para a aplicação do disposto no artigo 9.º do Protocolo n.º 7 relativo aos privilégios e imunidades da União Europeia, sendo, por isso, necessária uma decisão do Parlamento Europeu que determine a possibilidade de interpor uma ação penal contra o referido deputado.

Ora, não estando tal infração relacionada com a sua atividade de Eurodeputado, nem havendo provas de intenção persecutória, concordei com o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Czesław Adam Siekierski, atribuindo o meu voto favorável ao relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este suplicatorio de suspensión de inmunidad. Czesław Adam Siekierski acepta la suspensión de su inmunidad, lo que elimina consideraciones de tipo persecución política o utilización perjudicial para la institución de los suplicatorios. El voto en comisión fue a favor por unanimidad. Sigo la propuesta de la comisión.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado Czesław Adam Siekierski puesto que los hechos por los que tiene que presentarse ante la justicia no están relacionados con su actividad como diputado al PE.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this as I do not believe the alleged offence was in line with his duties as an MEP.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – On 9 September 2015, Mr Czesław Adam Siekierski had been caught speeding in Poland, and given that the Polish constitution provides that Deputies and Senators must not be subject to criminal accountability without the consent of their respective chamber – in this case the European Parliament – I have voted in favour of waiving the immunity of Mr Siekierski. It is clear that, at the time of this incident, Mr Siekierski was not performing any parliamentary duties and there is no evidence of *fumus persecutionis*. I do not wish to stand in the way of the rule of law, and I see no reason not to waive his immunity at this time.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Európsky parlament obdržal dve žiadosti o zbavenie imunity Czesława Adama Siekierského, ktoré odovzdal Európskemu parlamentu generálny prokurátor Poľskej republiky. Žiadosti boli podané v súvislosti s trestným konaním, ktoré predniesol poľský Generálny inšpektorát pre cestnú premávku. Obidve žiadosti boli jednomyselne prijaté Výborom pre právne veci (JURI). Okrem toho, sám pán Siekierski vyjadril pochopenie, že je potrebné jeho imunitu zrušiť, aby bolo možné realizovať ďalší právny postup v tejto kauze. Z tohto dôvodu som hlasoval za prijatie tohto návrhu na zbavenie imunity.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som žiadosť o zbavenie poslaneckej imunity poslanca EP za Poľskú republiku Czesława Adama Siekierského. Žiadosť predložil generálny prokurátor Poľskej republiky predsedovi EP, aby sa mohlo začať konanie voči poslancovi EP v súvislosti s priestupkom prekročenia rýchlosti. Poľský hlavný dopravný inšpektorát tvrdí, že 10. januára 2015 pán Siekierski nedodržiaval počas jazdy najvyššiu dovolenú rýchlosť v zastavanej oblasti. Hlavný inšpektorát ďalej uviedol, že pán poslanec v reakcii na predvolanie poslal kópie svojho poslaneckého preukazu, osvedčenie o svojom zvolení do Európskeho parlamentu a vyhlásenie, v ktorom priznal, že v príslušnom čase riadil dané vozidlo. Skutky, z ktorých je pán Siekierski obvinený, predstavujú delikt v zmysle poľských zákonov o správnych priestupkoch. Aj keď pán Siekierski priznal vinu, v príslušnom formulári opomenul uviesť, či prijíma alebo odmieta pokutu, preto bolo potrebné zbaviť pána poslanca imunity, aby mohli príslušné orgány Poľskej republiky daný priestupok pána poslanca ukončiť.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Budúci da navodni prekršaj nije izravno ili očito povezan s obavljanjem dužnosti Czesława Adama Siekierskog u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu te budući da ne postoji razlog za pretpostavku, odnosno dovoljno ozbiljna i osnovana sumnja da je zahtjev podnesen s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku (fumus persecutionis), podržao sam zahtjev za ukidanje imuniteta.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Vladavina prava neophodna je kako bi društvo u cjelini funkcioniralo na siguran i pouzdan način. Pred tijelima Vlasti svi trebamo biti jednaki i moramo poštovati zakone.

Podržavam ukidanje imuniteta gospodinu Siekierskom jer je vozio prebrzo i time prekršio zakonsko ograničenje od 50 km/h. On treba pred tijelima vlasti dokazati svoju nevinost u slučaju u kojem ga se tereti za kršenje zakona ili dostojanstveno podnijeti sankcije. Kao zastupnik na taj način može poslati pozitivnu poruku društvu, jer je pripadnik skupine čije ponašanje kreira moral zajednice.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai bien voté pour la levée d'immunité de mon collègue afin qu'il puisse payer son amende de roulage.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Polish General Inspectorate of Road Traffic accuses Mr Siekierski of failing to respect the speed limit on 19 January 2015. This accusation does not impact Mr Siekierski's capacity to perform his duty as an MEP nor is it intended to cause him political damage. Therefore I voted in favour of waiving the immunity of MEP Czesław Adam Siekierski.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – V tem primeru je bila zahteva za odvzem imunitete Czesławu Adamu Siekierskemu predložena na podlagi domnevnega prekrška – prekoračitve najvišje dovoljene hitrosti v naseljenem območju.

Iz okoliščin primera se zdi, da domnevni prekršek in posledični kazenski pregon očitno nista nikakor povezana s položajem Czesława Adama Siekierskega kot poslanca Evropskega parlamenta. Poročilo o zahtevi za odvzem poslanske imunitete Czesławu Adamu Siekierskemu sem podprla.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este suplicatorio de suspensión de inmunidad. Czesław Adam Siekierski acepta la suspensión de su inmunidad, lo que elimina consideraciones de tipo persecución política o utilización perjudicial para la institución de los suplicatorios. El voto en comisión fue a favor por unanimidad. Sigo la propuesta de la comisión.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de Czesław Adam Siekierski, député au Parlement européen élu pour la Pologne, en ce qui concerne deux infractions présumées correspondant au dépassement de la vitesse autorisée dans une agglomération.

En l'espèce, le Parlement n'a pas pu établir qu'il y avait *fumus persecutionis*, c'est-à-dire une présomption suffisamment sérieuse et précise que la demande a été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique du député concerné. Pour qu'un député polonais paye ses amendes en Pologne, il est nécessaire que son immunité soit levée.

J'ai donc voté pour.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2015. augusztus 13-án a Lengyel Köztársaság főügyésze továbbította a Parlament elnökének a lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet annak engedélyezése iránti kérelmét, hogy Czesław Adam Siekierski európai parlamenti képviselővel szemben eljárást indítson egy gyorsjáratos szabálysértéssel összefüggésben. A lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet azt állítja, Siekierski lakott területen 77 km/h sebességgel hajtott, a felszólításra pedig elismerte, hogy ő vezette a kocsit és fénymásolatban megküldte európai parlamenti igazolványát. Az S&D-frakció döntését követve támogattam a mentelmi jog felfüggesztését.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of waiving the immunity as the alleged offence amounts to exceeding the permitted speed limit in a built-up area.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado Czesław Adam Siekierski puesto que los hechos por los que tiene que presentarse ante la justicia no están relacionados con su actividad como diputado al PE.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De Poolse verkeersautoriteiten beschuldigen Adam Siekierski ervan dat hij te snel heeft gereden op 19 januari 2015. Ik stemde voor de beslissing om zijn parlementaire immuniteit op te heffen aangezien deze opheffing geen invloed kan hebben op zijn werk als parlementslid en het duidelijk moet zijn dat parlementsliden niet boven de wet staan.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Czesław Adam Siekierski. A Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia alega que, em 10 de janeiro de 2015, ao conduzir um veículo, o deputado Siekierski não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas.

A alegada infração não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Czesław Adam Siekierski enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich bei dem vorgeworfenen Vergehen um eine Ordnungswidrigkeit, welche in keinem Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit des Abgeordneten steht. Daher stimme ich der Aufhebung der Immunität zu.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Czesław Adam Siekierski.

A Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia alega que, ao conduzir um veículo, o deputado Siekierski não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas. O deputado admitiu que conduzia o veículo no momento da infração. Os factos de que é acusado constituem uma infração ao artigo 92.º, alínea a), do Código das Contraordenações da Polónia, juntamente com o artigo 20.º, n.º 1, da Lei sobre o tráfego rodoviário, de 20 de junho de 1997.

A alegada infração não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Czesław Adam Siekierski enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Votámos a favor do levantamento da imunidade.

6.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Czesław Adam Siekierski (A8-0005/2016 - Heidi Hautala)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado Czesław Adam Siekierski puesto que los hechos por los que tiene que presentarse ante la justicia no están relacionados con su actividad como diputado al PE.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – The MEP in question accepts his immunity being waived and is not contesting it and there is no question of political interference. Therefore, I voted in favour of this report.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une infraction présumée au code de la route polonais, pour excès de vitesse. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité de Monsieur Adam Siekierski. Le droit polonais requiert une levée d'immunité dans ces cas. Dans le respect des législations nationales, je vote en faveur de cette demande.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe in democracy and transparency, and therefore I believe that my vote on this matter should be a matter of public record. In that spirit, I wish to confirm that I voted to waive the parliamentary immunity.

I do wish to note, however, my annoyance at the amount of public time spent dealing with a minor speeding offence. However, ultimately, that is a matter for the people of Poland rather than the United Kingdom.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Teisės reikalų komiteto rekomendacijas.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – C'est au motif d'une infraction – présumée – au code de la route, en l'occurrence un excès de vitesse qui aurait été commis en Pologne, que l'on demande un levée de l'immunité parlementaire de Monsieur Siekierski.

Le droit polonais requiert la levée de son immunité afin qu'il puisse s'acquitter de son amende.

Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à son activité politique et je n'ai donc vu aucune raison de ne pas accepter cette demande émanant de la justice polonaise.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Suivant l'avis unanime de la commission des affaires juridiques, j'ai approuvé la levée de l'immunité parlementaire de Monsieur Siekierski.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este suplicatorio de suspensión de inmunidad. Czesław Adam Siekierski acepta la suspensión de su inmunidad, lo que elimina consideraciones de tipo persecución política o utilización perjudicial para la institución de los suplicatorios. El voto en comisión fue a favor por unanimidad. Sigo la propuesta de la comisión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de Pologne a transmis une requête de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de M. Siekierski, député au Parlement européen élu pour la Pologne, pour une infraction de conduite. Les faits qui lui sont reprochés concernent un excès de vitesse constaté par l'Inspection polonaise de la circulation routière le 10 janvier 2015, dans une zone où il aurait dû rouler à 50 km/h (et non 77 km/h comme constaté par radar).

L'infraction présumée n'a pas de lien direct avec l'exercice par M. Siekierski, de ses fonctions de député au Parlement européen et qu'en outre la commission parlementaire ne trouve aucune preuve de *fumus persecutionis*, c'est-à-dire des indices suffisamment sérieux et précis indiquant que ces poursuites ont été engagées dans le but de porter préjudice à la carrière politique du député concerné, il est nécessaire que son immunité soit levée afin qu'il paye ses amendes.

J'ai donc voté pour ce rapport.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Tal y como señala el informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, el fiscal general de la República de Polonia solicitó el pasado 7 de septiembre que se suspenda la inmunidad de Czesław Adam Siekierski en relación con una infracción contemplada en el artículo 92a del Código de Infracciones Administrativas de 20 de mayo de 1971 en relación con el artículo 20, apartado 1, de la Ley de Tráfico de 20 de junio de 1997 consistente en la superación del límite de velocidad permitido en una zona urbana.

En la medida en que la presunta infracción no guarda relación directa o manifiesta con el ejercicio de las funciones de diputado al Parlamento Europeo de Czesław Adam Siekierski y que no existen indicios de *fumus persecutionis*, el Parlamento Europeo ha decidido suspenderle, con mi voto favorable, la inmunidad parlamentaria.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame Europos Parlamentas nagrinėja dar vieną Czesławo Adamo Siekierskio imuniteto klausimą dėl kelių eismo taisyklių pažeidimo. 2015 m. rugpjūčio 13 d. Lenkijos Respublikos generalinis prokuroras perdavė Parlamento pirmininkui Lenkijos generalinės kelių eismo inspekcijos prašymą leisti patraukti atsakomybėn Europos Parlamento narį Czesławą Adamą Siekierskį už administracinės teisės pažeidimą – greičio viršijimą. Lenkijos generalinės kelių eismo inspekcijos teigimu, 2015 m. balandžio 19 d. 11.19 val. Stopnikos miesto greičio matavimo kamera užfiksavo, kad C. A. Siekierskis zonoje, kurioje nustatytas greitis yra 50 km/h, važiavo automobiliu 79 km/h greičiu. Generalinė inspekcija toliau nurodo, kad atsakydamas į šaukimą į teismą, kuris C. A. Siekierskiui išsiųstas 2015 m. balandžio 29 d., C. A. Siekierskis atsiuntė savo EP nario tapatybės kortelės kopijas, pažymą apie išrinkimą į Europos Parlamentą ir pareiškimą, kuriame jis pripažįsta vairavęs transporto priemonę nurodytu laiku. Iš bylos matyti, kad C. A. Siekierskis pripažino, kad jis vairavo transporto priemonę nurodytu laiku, tačiau atitinkamoje formoje nenurodė, ar sutinka su baudos skyrimu ar jam prieštarauja. Iš bylos aplinkybių matyti, kad įtarimas padarius administracinę teisės pažeidimą ir tolesnis administracinis persekiojimas niekaip nesusiję su C. A. - Siekierskio kaip Europos Parlamento nario pareigomis.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questa richiesta di revoca dell'immunità dell'on. Sikierski perché ritengo che l'infrazione commessa dall'on. Sikierski non rientri nel novero delle fattispecie coperte dalla disciplina dell'immunità parlamentare del Parlamento europeo.

Gianluca Buonanno (ENF), per iscritto. – Voto favorevole, si tratta di due infrazioni al codice della strada. Non vi sono gli estremi per garantire la tutela dell'immunità.

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – The MEP in question accepts his immunity being waived and is not contesting it, and there is no question of political interference. Therefore, I voted in favour of this report.

James Carver (EFDD), in writing. – UKIP voted to waive the immunity of Mr Siekierski, a Polish MEP (EPP/Polish People's Party; Chairman AGRI) who is alleged to have committed an offence of speeding (exceeding the permitted speed limit in a built-up area). The alleged offence has no evident link of any kind to his duties as an MEP. In those circumstances the Polish Courts should have jurisdiction over his case.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Ritengo che l'immunità non debba essere considerata come un privilegio personale, bensì come un presidio volto a garantire che ciascun membro di questo Parlamento svolga il suo mandato in libertà e indipendenza. Le vicende per le quali il procuratore generale polacco chiede di poter procedere non hanno niente a che fare con lo svolgimento del mandato parlamentare dell'on. Czesław Adam Siekierski e pertanto ho deciso di votare a favore della richiesta di revoca dell'immunità.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την έκθεση σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του συναδέλφου Czesław Adam Siekierski.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho scelto di votare a favore del provvedimento. Il 7 settembre 2015 il procuratore generale della Repubblica di Polonia ha trasmesso al Presidente del Parlamento una richiesta dell'Ispettorato generale polacco per la circolazione stradale volta a ottenere l'autorizzazione ad avviare un procedimento giudiziario contro un deputato al Parlamento europeo Czesław Adam Siekierski in relazione a un'infrazione del codice stradale.

David Coburn (EFDD), in writing. – UKIP voted to waive the immunity of Mr Siekierski, a Polish MEP (EPP/Polish People's Party; Chairman AGRI) who is alleged to have committed an offence of speeding (exceeding the permitted speed limit in a built-up area). The alleged offence has no evident link of any kind to his duties as an MEP. In those circumstances the Polish Courts should have jurisdiction over his case.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Considerando che la commissione giuridica del Parlamento europeo abbia seguito correttamente le procedure per la verifica dei presupposti di invocazione dell'immunità da parte del deputato Siekierski e pertanto ho ritenuto di dover votare a favore.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Parliamentary immunity is not a Member's personal privilege but a guarantee of the independence of Parliament as a whole and of its Members. The case in question does not have a direct and obvious connection with the Member's performance of his duties as a Member of the European Parliament nor does it constitute an opinion expressed or a vote cast in the performance of his duties as a Member of the European Parliament for the purposes of Article 8 of Protocol No 7. I have thus voted in favour of the report to waive the immunity of the Member.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado Czesław Adam Siekierski puesto que los hechos por los que tiene que presentarse ante la justicia no están relacionados con su actividad como diputado al PE.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Article 7 on the Privileges and Immunities of the European Union states that MEPs enjoy immunity in the territory of their own State. This report requests the removal of the parliamentary immunity for an MEP. As I have always done in these cases I agree to the removal of immunity so that an MEP can prove his innocence or otherwise according to the judicial system of the relevant Member States.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Les faits reprochés à notre collègue Siekierski relèvent d'une infraction présumée au code de la route polonais. Il ne s'agit donc pas de poursuites ayant pour but de nuire à l'activité parlementaire et à l'engagement politique de notre collègue. La levée de l'immunité étant nécessaire à la procédure judiciaire, j'ai décidé de la soutenir.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφιώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Em setembro passado, o Procurador-Geral da República da Polónia transmitiu ao Presidente do Parlamento Europeu um pedido da Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia, requerendo autorização para tomar medidas contra o deputado Czesław Adam Siekierski devido a uma infração de trânsito.

Como a Constituição polaca estipula que não é possível interpor uma ação penal contra os deputados e senadores do Parlamento ou do Senado sem a autorização prévia do Parlamento ou do Senado de que são membros, é necessária uma decisão do Parlamento Europeu determinando se é possível interpor uma ação penal contra o deputado Siekierski.

Neste caso, o pedido de levantamento da imunidade do deputado foi apresentado em resultado duma alegada infração que consiste num excesso do limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas. Deduz-se do processo que o deputado Siekierski admitiu que conduzia o veículo no momento da infração, embora não tenha indicado no formulário pertinente se aceitava ou não a multa.

Os factos não estão relacionados com a sua atividade de deputado do Parlamento Europeu, concordando com o levantamento da imunidade parlamentar

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é o segundo relatório sobre um pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Czesław Adam Siekierski.

Neste caso, trata-se novamente de uma infração ao Código das Contraordenações da Polónia. A diferença, desta feita, reside na velocidade a que o deputado se deslocava: a 79 km/h numa zona com um limite de velocidade de 50 km/h.

Uma vez mais, a alegada infração não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Czesław Adam Siekierski enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Por essa razão, votámos a favor do levantamento da imunidade.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as the offence was not related to his political activities.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφιώς*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης για τον λόγο αυτό υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αίτηση άρσης της κοινοβουλευτικής ασυλίας του Czesław Adam Siekierski.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the waiver of the parliamentary immunity of MEP Czesław Adam Siekierski, so that he will be able to pay his speeding ticket.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Annak eldöntése során, hogy egy adott ügyben felfüggeszti-e egy képviselő mentelmi jogát vagy sem, az Európai Parlament saját állandó elveit alkalmazza. Ezen elvek egyike, hogy a mentelmi jogot rendszerint felfüggesztik, ha a bűncselekményre a 7. jegyzőkönyv 9. cikke irányadó, feltéve, hogy nem áll fenn komoly és megalapozott gyanú arra vonatkozóan, hogy az ügyet a képviselőnek szánt politikai kár okozása céljából nyújtották volna be a bírósághoz.

Ebben az esetben a Czesław Adam Siekierski mentelmi jogának felfüggesztése iránti kérelmet egy feltételezett szabálysértéssel – a lakott területre vonatkozó sebességkorlátozás túllépésével – kapcsolatban terjesztették elő. Czesław Adam Siekierski elismerte, hogy a kérdéses időpontban a gépjárművet ő vezette, bár a vonatkozó formanyomtatványon elmulasztotta feltüntetni, hogy a bírság fizetését elfogadja vagy megtagadja-e. Az ügy körülményei alapján úgy tűnik, hogy a feltételezett szabálysértés és az abból eredő büntetőjogi felelősségre vonás nyilvánvalóan nem áll semmilyen kapcsolatban Czesław Adam Siekierski európai parlamenti képviselői tisztségével. A fenti megfontolások alapján, továbbá az eljárási szabályzat szerint a Jogi Bizottság azt javasolja, hogy az Európai Parlament függeszse fel Czesław Adam Siekierski parlamenti mentelmi jogát.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este suplicatorio de suspensión de inmunidad. Czesław Adam Siekierski acepta la suspensión de su inmunidad, lo que elimina consideraciones de tipo persecución política o utilización perjudicial para la institución de los suplicatorios. El voto en comisión fue a favor por unanimidad. Sigo la propuesta de la comisión.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφιώς*. – Η ενδεδειγμένη στάση είναι αυτή της υπερψηφίσης διότι τα ζητήματα για το οποία ζητείται η άρση της ασυλίας δεν έχουν σχέση με την κοινοβουλευτική δραστηριότητα και διότι ο ίδιος ο ευρωβουλευτής συμφωνεί με την άρση της ασυλίας του.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report in relation to the request for the waiver of the parliamentary immunity of Czesław Adam Siekierski.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Czeslawu Adamu Siekierskom zbog toga što je to u skladu s člankom 9. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije, te činjenice da nema utemeljene sumnje da se imunitet ukida s ciljem nanošenja političke štete, već je riječ o počinjenom prekršaju prekršajnika dopuštene brzine u naseljenom području. Povrh toga, gospodin Siekierski navodno je priznao da je upravljao vozilom, a takvo glasovanje ujedno je i stav ALDE grupe.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une infraction présumée au code de la route polonais, pour excès de vitesse. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité de Monsieur Adam Siekierski. Le droit polonais requiert une levée d'immunité dans ces cas. Dans le respect des législations nationales, je vote en faveur de cette demande.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My colleagues and I voted to waive the immunity of Mr Siekierski, a Polish MEP (EPP/Polish People's Party; Chairman AGRI) who is alleged to have committed an offence of speeding (exceeding the permitted speed limit in a built-up area). The alleged offence has no evident link of any kind to his duties as an MEP. In those circumstances the Polish Courts should have jurisdiction over his case.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décision sur la demande de levée d'immunité parlementaire de Czesław Adam Siekierski. Cette procédure est une formalité qui, sans se prononcer sur le fond de l'affaire, vise à permettre aux autorités judiciaires de pouvoir effectuer leur travail d'investigation.

Cette décision a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die Aufhebung der Immunität von Kollegen Siekierski. Für die Integrität und das Ansehen des Parlaments ist es wichtig, dass die Immunität bei Straftaten, die vor Annahme des Mandats begangen worden sind, aufgehoben werden kann.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de M. Czesław Adam Siekierski, car il ne s'agit pas d'une affaire politique mais d'une infraction présumée au code de la route polonais, pour excès de vitesse. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité politique de M. Siekierski. Le droit polonais requiert que son immunité soit levée afin qu'il puisse s'acquitter de son amende.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de M. Siekierski car le dépassement de vitesse qui lui est reproché n'a rien à voir avec son mandat parlementaire.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro, jelikož se nejedná o vydání politického charakteru, ale překročení povolené rychlosti, věřím polské justici, že čin spravedlivě posoudí.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam zahtjev za ukidanje imuniteta zastupniku Siekierskom zbog toga što parlamentarni imunitet treba služiti isključivo kao instrument zaštite od političkih progona. Parlamentarni imunitet ne može se koristiti u svrhu postavljanja iznad zakona.

Glavni državni odvjetnik Republike Poljske proslijedio je zahtjev Glavnog inspektorata cestovnog prometa za ukidanje imuniteta zastupniku Siekierskom budući da je navodni prekršaj posebno povezan s prekoračenjem dopuštene brzine u naseljenom području. Europski parlament treba odlučiti da li ukinuti imunitet ili ne budući da se u skladu s člankom 9. stavkom 7. Poslovnika Odbor za pravna pitanja ni pod kojim uvjetima ne može izjasniti o zastupnikovoj krivnji.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Šis Eiropas Parlamenta deputāta imunitātes atcelšanas balsojums attiecas uz poļu deputāta Česlava Adāma Šekirsa likumpārkāpuma faktu sakarā ar ātruma pārsniegšanu, kas notika 2015. gada 19. aprīlī vietā, kur legālais ātruma ierobežojums ir 50 km/h, salīdzinot ar 79 km/h, kas tika reģistrēti Šekirsa kunga vadītājam automobilim. Citiem vārdiem sakot, šis gadījums pilnībā sakrīt ar iepriekšējo ātruma pārsniegšanas precedentu, kas notika trīs mēnešus pirms tam.

Tāpat kā iepriekšēja balsojuma gadījumā, Šekirsa kungs atzinās šī likumpārkāpuma faktā, bet izvēlējās izmantot savu deputāta imunitāti, lai nebūtu iespējams ierosināt pret viņu attiecīgo kriminālprocesu. Uzskatu, ka vismaz no morāla redzespunkta šāda rīcība šajā gadījumā nebija visai pieņemama, tāpēc nobalsoju par deputāta imunitātes atcelšanu līdz tam momentam, kad visas attiecīgas kriminālprocedūras tiks pilnībā realizētas un lieta tiks slēgta pēc formāla noregulējuma.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκδοσης σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του Czesław Adam Siekierski εν συνεχεία της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette levée d'immunité. Le Parlement a reçu deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière qui demande la levée d'immunité de Czesław Adam Siekierski pour une seconde infraction présumée pour dépassement de la vitesse autorisée dans une agglomération.

Cette deuxième demande de levée d'immunité ne semble pas avoir été faite avec l'intention de nuire à l'activité politique du député. Nous nous prononçons donc en faveur de cette levée d'immunité.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted to lift the Member's immunity as there is no suspicion that the matter is being brought before a court with the intention of causing political damage to the Member concerned.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio parere contrario alla richiesta di revoca dell'immunità dell'onorevole Czesław Adam Siekierski in quanto ritengo che l'immunità parlamentare non sia un privilegio personale di un deputato bensì una garanzia di indipendenza del Parlamento e dei suoi membri in quanto istituzione *super partes*. Rimango convinto che in questi casi si debba seguire una linea garantista, di conseguenza continuerò a votare negativamente per questo tipo di relazioni a difesa del ruolo istituzionale conferito da questo Parlamento.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich bei dem vorgeworfenen Vergehen um eine Ordnungswidrigkeit, welche in keinem Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit des Abgeordneten steht. Daher stimme ich der Aufhebung der Immunität zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La demande concerne la levée de l'immunité de Czesław Adam Siekierski, député au Parlement européen élu pour la Pologne. Le procureur général de la République de Pologne a transmis une requête de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière en ce qui concerne une infraction de dépassement de la vitesse autorisée dans une agglomération.

En effet l'Inspection générale polonaise de la circulation routière fait valoir que le 10 janvier 2015, à 20 h 22, M. - Siekierski n'a pas respecté la limitation de vitesse en agglomération, à savoir 50 km/h, et a roulé à une vitesse de 77 km/h.

Étant donné que l'infraction n'a aucun lien avec son activité de parlementaire et que Czesław Adam Siekierski ne s'oppose pas à la levée de l'immunité, je vote Pour et j'enjoins à M. Siekierski de faire preuve d'un peu plus de prudence au volant.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une infraction présumée au code de la route polonais, pour excès de vitesse. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité de Monsieur Adam Siekierski. Le droit polonais requiert une levée d'immunité dans ces cas. Dans le respect des législations nationales, je vote en faveur de cette demande.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável ao pedido de levantamento da imunidade parlamentar de Czesław Adam Siekierski.

O levantamento da imunidade é efetuado sempre que o caso se enquadre no artigo 9.º do Protocolo n.º 7, desde que não exista uma suspeita grave fundamentada de que na origem da ação penal exista a intenção de prejudicar politicamente o deputado em causa.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this report regarding the waiver of the parliamentary immunity of Czesław Adam Siekierski as the charges concerned were not filed with the intention of causing political damage to the person concerned.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of waiving the parliamentary immunity of Czesław Adam Siekierski because on 7 September 2015 the Prosecutor-General of the Republic of Poland forwarded to the President of Parliament a request made by the Polish General Inspectorate of Road Traffic to grant authorisation to take legal action against a Member of the European Parliament, Mr Czesław Adam Siekierski, in connection with a speeding offence.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet szerint Czesław Adam Siekierski európai parlamenti képviselő 2015. január 10-én 8 óra 22 perckor autózvezetés közben túllépte a lakott területen engedélyezett maximális sebességet, ezért kérelmet intézett az Európai Parlamenthez a képviselő mentelmi jogának fölfüggesztése iránt. A Parlament Jogi Bizottsága jelentésében megállapította, hogy a feltételezett szabálysértés nem kapcsolódik közvetlenül vagy nyilvánvalóan Czesław Adam Siekierski európai parlamenti képviselői feladatainak ellátásához, és hogy nem áll fenn komoly és megalapozott gyanú arra vonatkozóan, hogy a kérelmet a képviselőnek szánt politikai kár okozása céljából terjesztették volna elő, ezért a mentelmi jog fölfüggesztését indítványozta. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório merece o meu voto favorável, uma vez decorridos todos os trâmites legais exigidos e pelo facto de o delito em causa não estar, de alguma forma, relacionado com o desempenho das funções de deputado e por não existir prova ou suspeita de que, na origem da ação penal, se encontre a intenção de prejudicar politicamente o deputado em causa.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La levée d'immunité de l'eurodéputé Czesław Adam Siekierski est demandée par le parquet de Pologne à la suite de deux infractions correspondant au dépassement de la vitesse autorisée qu'il aurait commises. Il ressort du dossier qu'il ne s'agit pas d'une procédure visant à nuire à l'activité politique du député. Par ailleurs, selon le droit polonais, la levée d'immunité est indispensable pour qu'un député paye ses amendes.

En tenant compte de ces éléments, j'ai décidé de voter en faveur de ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire de Czesław Adam Siekierski. Toute demande adressée au Président du Parlement européen par les autorités d'un État membre en vue de lever l'immunité d'un député est instruite par la commission parlementaire compétente. J'ai voté conformément à l'avis rendu par cette commission.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il 7 settembre 2015 il procuratore generale della Repubblica di Polonia ha trasmesso al Presidente del Parlamento una richiesta dell'Ispettorato generale polacco per la circolazione stradale volta a ottenere l'autorizzazione ad avviare un procedimento giudiziario contro Czesław Adam Siekierski in relazione a un'infrazione del codice stradale. Mi sono espressa a favore del provvedimento.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report according to the evaluation made by the JURI Committee.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity of Mr Siekierski, a Polish MEP (EPP/Polish People's Party; Chairman AGRI) who is alleged to have committed an offence of speeding (exceeding the permitted speed limit in a built-up area). The alleged offence has no evident link of any kind to his duties as an MEP. In those circumstances the Polish Courts should have jurisdiction over his case.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Data l'azione svolta dal deputato Czesław Adam Siekierski, parlamentare europeo eletto per la Polonia voto positivamente alla richiesta di revoca dell'immunità parlamentare.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le député ayant lui-même demandé qu'on lève son immunité dans cette affaire, je vote en faveur du rapport, qui demande cette levée.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Poštujem preporuku izjavitelja o ukidanju imuniteta kolegi Czesławu Adamu Siekierskom jer, iako kazneni progon nije u vezi s izraženim mišljenjem ili glasanjem pri obnašanju njegovih dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu u smislu članka 8. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije, navodno kazneno djelo očito nije ni u kakvoj vezi s obnašanjem dužnosti kolege Kyrtosa u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu. Radi se o prometnom prekršaju prekoračenja brzine u naseljenom području te ne postoji razlog za pretpostavku da je kazneni progon pokrenut s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku (fumus persecutionis). Radi se o poštivanju propisa zemlje članice iz koje kolega Siekierski dolazi, kao što je propisano u članku 9. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il 7 settembre 2015 il procuratore generale della Repubblica di Polonia ha trasmesso al Presidente del Parlamento la richiesta presentata dal capo della polizia municipale di concedere l'autorizzazione ad avviare un procedimento giudiziario a carico dell'on. Czesław Adam Siekierski. Il motivo di tale richiesta sarebbe un elevato eccesso di velocità alla guida di un'autovettura. Ai sensi dell'articolo 9, paragrafo 3, del regolamento, la commissione giuridica raccomanda che il Parlamento europeo revochi l'immunità parlamentare dell'on. Czesław Adam Siekierski. Ho votato a favore della revoca dell'immunità affinché le autorità polacche possano procedere nella verifica della sussistenza o meno dell'infrazione del codice della strada.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour les demandes de levée de l'immunité parlementaire de Czesław Adam Siekierski. Il s'agit, dans ce cas, d'une procédure commune.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A 7 de setembro de 2015, o Procurador-Geral da Polónia solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Czesław Adam Siekierski, no âmbito de um processo penal aberto pela Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia, em que o referido deputado ao Parlamento Europeu é acusado de uma infração de trânsito relacionada com o desrespeito do limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas.

Nos termos do artigo 9.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os deputados ao Parlamento Europeu beneficiam, no seu próprio Estado, das imunidades reconhecidas aos membros do respetivo parlamento nacional. Neste contexto, e tendo em conta o disposto na Constituição da República da Polónia, é necessária uma decisão do Parlamento Europeu para determinar se é possível interpor uma ação penal contra o deputado Czesław Adam Siekierski.

Ora, de acordo com o relatório da Comissão dos Assuntos Jurídicos, tendo em conta as circunstâncias do caso, é possível concluir que a alegada infração não está relacionada com a atividade de Czesław Adam Siekierski enquanto deputado, não havendo ademais qualquer prova de *fumus persecutionis*. Nestes termos, e atendendo ao referido relatório, votei a favor da presente decisão no sentido do levantamento da imunidade de Czesław Adam Siekierski.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity of Mr Siekierski, a Polish MEP (EPP/Polish People's Party; Chairman AGRI) who is alleged to have committed an offence of speeding (exceeding the permitted speed limit in a built-up area). The alleged offence has no evident link of any kind to his duties as an MEP. In those circumstances the Polish Courts should have jurisdiction over his case.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Trata-se aqui do levantamento da imunidade do deputado ao Parlamento Europeu eleito pela Polónia, Czesław Adam Siekierski, devido a uma infração de trânsito.

A Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia alega que, em 10 de janeiro de 2015, ao conduzir um veículo, o deputado Siekierski não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas (50 km/h), ao conduzir a uma velocidade de 77 km/h.

Votei a favor deste relatório para dar a oportunidade ao meu colega de normalizar esta situação.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Trata-se de uma questão de justiça interna polaca, sem qualquer relação com o estatuto de deputado de Czesław Adam Siekierski.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Tal y como señala el informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, el fiscal general de la República de Polonia solicitó el 13 de agosto de 2015 que se suspenda la inmunidad de Czesław Adam Siekierski en relación con una infracción contemplada en el artículo 92a del Código de Infracciones Administrativas de 20 de mayo de 1971 en relación con el artículo 20, apartado 1, de la Ley de Tráfico de 20 de junio de 1997, consistente en la superación del límite de velocidad permitido en una zona urbana.

En la medida en que la presunta infracción no guarda relación directa o manifiesta con el ejercicio de las funciones de diputado al Parlamento Europeo de Czesław Adam Siekierski y que no existen indicios de *fumus persecutionis*, el Parlamento Europeo ha decidido suspender la inmunidad parlamentaria, motivo por el que he votado a favor de esta decisión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le 7 septembre 2015, le procureur général de la République de Pologne a transmis au Président du Parlement une requête de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant l'autorisation d'engager des poursuites judiciaires contre M. Czesław Adam Siekierski, en ce qui concerne un excès de vitesse.

L'Inspection générale polonaise de la circulation routière faisait valoir que le 19 avril 2015, à 11 h 19, dans la localité de Stopnica, M. Siekierski a été photographié par un radar alors qu'il était au volant d'un véhicule se déplaçant à 79 km/h sur un tronçon où la vitesse est limitée à 50 km/h. Les faits qui sont reprochés à M. Siekierski constituent une infraction au sens de l'article 92a du code polonais des infractions administratives, en liaison avec l'article 20, paragraphe 1, de la loi polonaise du 20 juin 1997 sur la circulation routière.

Le 5 octobre 2015, le Président du Parlement a annoncé, conformément à l'article 9, paragraphe 1, du règlement, qu'il avait reçu un courrier du procureur général de la République de Pologne demandant la levée de l'immunité. Le 27 octobre 2015, conformément à l'article 9, paragraphe 1, du règlement, le Président a renvoyé cette demande à la commission des affaires juridiques. Nous avons voté sur ce cas hier.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório diz respeito ao pedido de levantamento da imunidade parlamentar do colega Czesław Adam Siekierski.

Trata-se de um pedido efetuado pelo Procurador-Geral da Republica da Polónia, que diz respeito a um processo relacionado com uma infração de trânsito onde, alegadamente, no dia 19 de abril de 2015, ao conduzir um veículo, o deputado Siekierski não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas – que é de 50 km/h – ao conduzir o veículo referido a uma velocidade de 79 km/h.

É, portanto, um processo judicial que diz respeito a uma conduta alegadamente praticada fora do seu mandato enquanto Eurodeputado. Não existindo quaisquer razões para duvidar da intenção legítima subjacente a esta ação judicial, e atento o preenchimento dos pressupostos elencados no artigo 9.º do Protocolo n.º 7 relativo aos privilégios e imunidades da União Europeia, votei favoravelmente.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este suplicatorio de suspensión de inmunidad. Czesław Adam Siekierski acepta la suspensión de su inmunidad, lo que elimina consideraciones de tipo persecución política o utilización perjudicial para la institución de los suplicatorios. El voto en comisión fue a favor por unanimidad. Sigo la propuesta de la comisión.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado Czesław Adam Siekierski puesto que los hechos por los que tiene que presentarse ante la justicia no están relacionados con su actividad como diputado al PE.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this as I do not believe the alleged offence was in line with his duties as an MEP.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Mr Siekierski was caught speeding in a built-up area on 5 October 2015. This is the second vote that the European Parliament has tabled against Czeclaw Siekierski for his traffic offences, and again I do not wish to stand in the way of the course of justice and so I give my consent to waiver this MEP's parliamentary immunity at this time for this offence.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Európsky parlament dostal dve žiadosti o zbavenie imunity Czesława Adama Siekierského, ktoré odovzdal Európskemu parlamentu generálny prokurátor Poľskej republiky. Žiadosti boli podané v súvislosti s trestným konaním, ktoré predniesol poľský Generálny inšpektorát pre cestnú premávku. Obidve žiadosti boli jednomyselne prijaté Výborom pre právne veci (JURI). Okrem toho, sám pán Siekierski vyjadril pochopenie, že je potrebné jeho imunitu zrušiť, aby bolo možné realizovať ďalší právny postup v tejto kauze. Z tohto dôvodu som hlasoval za prijatie tohto návrhu na zbavenie imunity.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Generálny prokurátor poľskej republiky predložil žiadosť o zbavenie poslaneckej imunity poslanca EP Czesława Adama Siekierského v súvislosti s priestupkom prekročenia rýchlosti. Poľský hlavný dopravný inšpektorát tvrdí, že 19. apríla 2015 o 11.19 h v meste Stopnica pána Siekierského zaznamenala rýchlostná kamera pri jazde rýchlosťou 79 km/h v zóne, kde je rýchlosť obmedzená na 50 km/h. Hlavný inšpektorát ďalej uvádza, že pán Siekierski v reakcii na predvolanie, ktoré mu bolo zaslané 29. apríla 2015, poslal kópie svojho poslaneckého preukazu, osvedčenie o svojom zvolení do Európskeho parlamentu a vyhlásenie, v ktorom priznal, že v príslušnom čase riadil dané vozidlo. Skutky, z ktorých je pán Siekierski obvinený, predstavujú delikt podľa článku 92a poľského zákona o správnych priestupkoch v spojení s článkom 20 ods. 1 poľského zákona o cestnej premávke z 20. júna 1997. Aby sa konanie mohlo ukončiť, bolo potrebné zbaviť pána poslanca imunity, za čo som tiež zahlasovala, pretože som presvedčená, že aj poslanci EP musia dodržiavať zákony a predpisy a pri ich porušovaní musia niesť následky.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Budući da navodni prekršaj nije izravno ili očito povezan s obavljanjem dužnosti Czesława Adama Siekierskog u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu te budući da ne postoji razlog za pretpostavku, odnosno dovoljno ozbiljna i osnovana sumnja da je zahtjev podnesen s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku (*fumus persecutionis*), podržao sam zahtjev za ukidanje imuniteta.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Podržavam zahtjev za ukidanje parlamentarnog imuniteta gospodinu Siekierskom, jer treba pred tijelima vlasti riješiti sve prijevare sa zakonom.

Gospodin Siekierski vozio je neprimjerenom brzinom za što ga terete poljske vlasti. Priznao je da je u navedeno vrijeme bio na navedenom mjestu u Poljskoj. Potrebno je utvrditi činjenice i poštovati odluke donesene na temelju činjenica. Ukoliko je nevin, otklonit će se sumnja s njegovog imena, ako se utvrdi da je uistinu prekršio zakon, treba snositi adekvatne sankcije kako bi poslao poruku društvu. Svi trebamo biti jednaki pred tijelima vlasti i poštovati zakone koji su jednaki za sve građane.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως.* – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνοση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – J'ai bien voté pour la levée d'immunité de mon collègue afin qu'il puisse payer son amende de roulage.

Pavel Telička (ALDE), *in writing.* – The Polish General Inspectorate of Road Traffic accuses Mr Siekierski of failing to respect the speed limit on 19 April 2015. This accusation does not intend to cause political damage to Mr Siekierski. Without prejudging his guilt, I voted in favour of waiving the immunity of MEP Czesław Adam Siekierski.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Podržala sam zahtjev za ukidanje parlamentarnog imuniteta poljskom zastupniku u Europskom parlamentu Czesławu Adamu Siekierskom koji je optužen da je dva puta prošle godine počinio kazneno djelo prekoračenja ograničenja brzine u naseljenom području. Glavni državni odvjetnik Republike Poljske prosljedio je zahtjev poljskog Glavnog inspektorata cestovnog prometa za ukidanje imuniteta Siekierskom.

S obzirom da navedeno kazneno djelo nije izravno ili očigledno povezano s obnašanjem dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu, smatram da ne postoji razlog za pretpostavku, odnosno dovoljno ozbiljna i osnovana sumnja da je ovaj postupak pokrenut s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku. Zbog toga smatram ispravnim da se zastupniku ukinu imunitet, te da mu se omogući pravedno i nepristrano suđenje.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – V tem primeru je bila zahteva za odvzem imunitete Czesławu Adamu Siekierskemu predložena na podlagi domnevnega prekrška – prekoračitve najvišje dovoljene hitrosti v naseljenem območju.

Iz okoliščin primera se zdi, da domnevni prekršek in posledični kazenski pregon očitno nista nikakor povezana s položajem Czesława Adama Siekierskega kot poslanca Evropskega parlamenta. Poročilo o zahtevi za odvzem poslanske imunitete Czesławu Adamu Siekierskemu sem podprla.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado a favor de este suplicatorio de suspensión de inmunidad. Czesław Adam Siekierski acepta la suspensión de su inmunidad, lo que elimina consideraciones de tipo persecución política o utilización perjudicial para la institución de los suplicatorios. El voto en comisión fue a favor por unanimidad. Sigo la propuesta de la comisión.

István Ujhelyi (S&D), *írásban.* – 2015. szeptember 7-én a Lengyel Köztársaság főügyésze továbbította a Parlament elnökének a lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet annak engedélyezése iránti kérelmét, hogy Czesław Adam Siekierski európai parlamenti képviselővel szemben eljárást indítson egy gyorsjáratú szabálysértéssel összefüggésben. Siekierski lakott területen 79 km/h sebességgel hajtott, a felszólításra pedig elismerte, hogy ő vezette a kocsit és fénymásolatban megküldte európai parlamenti igazolványát. Az S&D-frakció döntését követve támogattam a mentelmi jog felfüggesztését.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing.* – I voted in favour of waiving the immunity as the alleged offence amounts to exceeding the permitted speed limit in a built-up area.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado Czesław Adam Siekierski puesto que los hechos por los que tiene que presentarse ante la justicia no están relacionados con su actividad como diputado al PE.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De Poolse verkeersautoriteiten beschuldigen Adam Siekierski ervan dat hij te snel heeft gereden op 19 april 2015. Ik stemde voor de beslissing om zijn parlementaire immuniteit op te heffen aangezien deze opheffing geen invloed kan hebben op zijn werk als parlements lid.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Czesław Adam Siekierski.

A Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia alega que, em 10 de janeiro de 2015, ao conduzir um veículo, o deputado Siekierski não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas.

A alegada infração não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Czesław Adam Siekierski enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich bei dem vorgeworfenen Vergehen um eine Ordnungswidrigkeit, welche in keinem Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit des Abgeordneten steht. Daher stimme ich der Aufhebung der Immunität zu.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Czesław Adam Siekierski.

A Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia alega que, ao conduzir um veículo, o deputado Siekierski não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas. O deputado admitiu que conduzia o veículo no momento da infração. Os factos de que é acusado constituem uma infração ao artigo 92.º, alínea a), do Código das Contraordenações da Polónia, juntamente com o artigo 20.º, n.º 1, da Lei sobre o tráfego rodoviário, de 20 de junho de 1997.

A alegada infração não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Czesław Adam Siekierski enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Votámos a favor do levantamento da imunidade.

6.3. Mehrjähriger Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer (A8-0367/2015 - Gabriel Mato)

Dichiarazioni di voto orali

Richard Corbett (S&D). – Mr President, while we were discussing this yesterday Mr Farage raised an issue which had nothing to do with this report but which concerned the issue of sea bass and the measures taken to protect sea bass, with which he was dissatisfied, and he launched a tirade against the Commission. Yet I would have thought that somebody who had been a Member of this Parliament for so many years would know a little bit about how decisions are taken in this European Union. The Commission merely made a proposal on this. It was the elected Ministers of the national governments of the Member States who took the decision to which he objected, including the British Conservative Minister, Mr George Eustice, but rather than turning his fire on those responsible for the decision, he twists it and turns it into an attack on the Commission, displaying either his ignorance or his cynicism in trying to use this as an issue in the forthcoming British referendum. It is a deplorable way of behaving.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Señor Presidente, es un poco difícil hablar aquí, con tanto ruido y tan poco respeto hacia la gente que tiene que intervenir en este momento, pero bueno, lo que yo quería resaltar, a pesar de que se ha postergado la aprobación de este informe, es que las poblaciones de atún rojo han mejorado de manera considerable y que, sin embargo, la cuota no va a hacerlo en el mismo sentido, porque parece ser que el trabajo que realizan los pescadores en la mar cada día no es importante para mucha de la gente que vota y decide aquí el futuro de todas y de todos.

Eso, por no hablar del reparto de los cupos que hace el Partido Popular en el Estado después de que llega la cuota para los pescadores. Porque, si hablamos de atún rojo hoy, también podríamos hablar del cerco o podríamos hablar de otras pesquerías que se ahogan cada día, como el palangre. Darse palmaditas en la espalda con su política pesquera no es honesto y, además, creo que la palabra «soberanía» queda muy grande para quienes aprueban este tipo de medidas en contra y de espaldas a la ciudadanía en general.

En este informe encontrábamos que no había ninguna posición que valorase cuál era el peso de la socioeconomía de los pescadores y, además, nos parecía vergonzoso precisamente por ello. Ahora el informe va a seguir siendo estudiado esto y nos alegramos, pero, por nuestra parte, vamos a seguir luchando por que los pescadores de atún rojo del Mediterráneo y de Canarias, del Atlántico, recuperen una cuota que les corresponde por derecho.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Šīs normatīvās rezolūcijas projekta galvenais mērķis bija sekmēt efektīvāku vispārējo zvejniecības politiku attiecībā uz zilās tunzivs krājumiem Atlantijas okeānā un Vidusjūrā. To ir plānots realizēt caur atbalsta sniegšanu tradicionāliem zvejniekiem, kas pielieto dažāda veida amatzvejas rīkus, piemēram, Almadra lamatas, kuru principiāls pluss ir to zemā ietekme uz ekosistēmām. Ņemot vērā, ka zilā tunzivs ir klasificēta kā apdraudēta zivju suga, virkne pasākumu tiks implementēta, lai nekādā ziņā nesabojātu to diezgan trauslo līdzsvaru, tādējādi padarot to vēl vājāku. Atpūtas un sporta zvejai viennozīmīgi būs jāņem vērā dažādi noteikumi, piemēram, noteikti atbrīvot un ielaist atpakaļ jūrā zivju jaunaudzis. Kopumā ieviestajiem grozījumiem paralēli regulas atcelšanai jāklūst par vēl vienu Eiropas Savienības zvejniecības politikas racionalizēšanas standartizēšanas mehānismu, un tas ir apsveicami. Paldies!

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, it always makes sense to judge an organisation on the basis of its record. We have had the President of the Commission coming before this Chamber and explaining how the EU needs to expand into having a common military policy and a common tax policy and so on, so the first question we should ask before we make those steps is: how has it performed in the fields where it already has jurisdiction?

Now the Common Fisheries Policy was introduced in 1972. Let us look at that record, look at the way in which, having hoovered up the stocks from the once teeming waters of the North Sea, we are now, as we see in this report, having to go further and further afield, exporting the ecological catastrophe and destroying what ought to have been a great renewable resource. Is there anything in that record that tells us that these are the same institutions, the same men and women, that we should put in charge of policing, or the army, or tax, or any new area of policy? Let us infer from what we can see.

Steven Woolfe (EFDD). – Mr President, today a single man, a single Commissioner from Malta is introducing a regulation – not a directive – but a rule that will impact on 800 000 anglers in the United Kingdom who spend their leisure time seeking fish but who are being told now by one man, unelected by them, and unelected by anybody in Europe, that they can only catch one fish.

It does not matter in this European Union about democracy; it does not matter about people power; it only matters about what the elites believe is right for them. Abraham Lincoln once said 'no man is good enough to govern [...] without the other's consent'. Oh pray, if only the European Union would understand the principle that 'governance is by the people, for the people, and of the people' to borrow another quote, not by themselves, for themselves, and only for themselves.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – La Commissione internazionale per la conservazione dei tonni (ICCAT) è l'organizzazione internazionale responsabile della salvaguardia di tale specie ittica nella zona atlantica. Nel 2006 l'ICCAT ha adottato un piano di 15 anni per la ricostituzione degli stock di tonno rosso nell'Atlantico orientale e nel Mediterraneo, modificato periodicamente sulla base della valutazione degli stock, delle esperienze di controllo e delle nuove tecnologie. Al fine di rendere più efficaci le misure adottate per la ricostituzione del tonno rosso, la Commissione ha proposto di recepire le raccomandazioni dell'ICCAT nel diritto comunitario. Ho espresso voto favorevole.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque propone una estrategia de recuperación del atún rojo que involucra a las comunidades pesqueras que dependen de la explotación de dicho recurso pesquero. Son muchos los pueblos del sur de Europa que históricamente se han dedicado a la explotación del atún, y ellos son los principales interesados en la recuperación de su población. En este sentido, el informe incluye varias referencias específicas al arte de la almadraba y a la necesidad de protegerlo en el contexto de los planes de conservación y del reparto de las cuotas de esta especie, favoreciendo estas artes tradicionales antes que la explotación industrial que daña mucho más las poblaciones y que no están vinculadas a ningún territorio. Por la absoluta necesidad de recuperar esta especie tan importante y la necesidad de hacerlo con las comunidades que viven de la misma es por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte visant à modifier le règlement sur le plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée.

En effet, même si ce plan présente quelques lacunes, notamment sur le gaspillage engendré par la technique qui consiste à envoyer des bateaux pour nourrir les thons avec des maquereaux ou sur les stocks qui ne profitent qu'à quelques thoniers, ce texte vise à soutenir les modes de pêche traditionnels de thon rouge.

Respectueuses de l'environnement car très sélectives, et n'impliquant que très peu de consommation d'énergie, je suis favorable à ces techniques de pêche qui doivent bénéficier d'un régime spécifique avantageux.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – Multiannual recovery plan for bluefin tuna in the eastern Atlantic and the Mediterranean. On the Mato report, for Ireland it is not of particular relevance as we do not have a commercial quota for bluefin. However, we supported all the amendments to the proposal, and the subsequent text as amended.

However we did not support the original unamended Commission proposal and legislative resolution. In the original Commission proposal, it sought to immediately transpose future amendments to this recovery plan through delegated act on what could be considered arbitrary grounds. 'On duly justified imperative grounds of urgency, the Commission shall adopt immediately applicable implementing acts'. This would result in further limited Parliamentary power and input, which we could not accept.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Με την παρούσα έκθεση, το Κοινοβούλιο διαμόρφωσε την διαπραγματευτική του πολιτική ενσωματώνοντας τα μέτρα του πολυετούς σχεδίου αποκατάστασης του ερυθρού τόνου στον Ανατολικό Ατλαντικό και στη Μεσόγειο στο δίκαιο της Ένωσης. Τα μέτρα αυτά, τα οποία υπερψήφισα, υιοθετήθηκαν από τη Διεθνή Επιτροπή για τη Διατήρηση των Θυννοειδών του Ατλαντικού την περίοδο 2012-2014 και αποσκοπούν στη βιώσιμη διαχείριση των αποθεμάτων τόνου και στο σεβασμό των διατάξεων περί ποσοστώσεων στον Ατλαντικό Ωκεανό και τις παρακείμενες θάλασσες. Επιπλέον, πέρα από την υπερψήφιση των μέτρων, καταφέραμε να περάσουμε και την τροπολογία μας, η οποία αφορούσε τους ιδιοκτήτες μεγάλων αλιευτικών σκαφών και τις αρνητικές συνέπειες που έχουν οι δραστηριότητές τους για τη βιωσιμότητα της αλιείας. Αναμένουμε το αποτέλεσμα των διαπραγματεύσεων με την Ευρωπαϊκή Επιτροπή και το Συμβούλιο.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il est ici question d'une transposition de la convention ICCAT (Commission internationale pour la conversation des thonidés de l'atlantique) et de défendre les prérogatives du Parlement européen en proposant la procédure de codécision, face à la Commission européenne qui demande la possibilité de faire des actes délégués. C'est un moindre mal.

Cependant, ce rapport attribue des quotas, action qui est défavorable à la pêche en Méditerranée.

Néanmoins, d'autres modes de pêche traditionnels, comme la Madrague, devraient pouvoir bénéficier d'un régime spécifique avantageux.

J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of an S&D amendment which seeks to review quotas to ensure that large vessels do not have a monopoly; even though such a matter should be in the domain of the member states I felt that it was important to make the resolution less bad.

However, although I want to see bluefin tuna numbers recover, I do not believe that the EU should be adopting international agreements in its own name. That should be the responsibility of sovereign governments. Furthermore, the CFP has been a disaster for British fisheries and for management of fish stocks.

I therefore voted against the report as a whole.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération car elle vise à assurer la conservation à long terme et l'utilisation optimale des ressources halieutiques pour une pêche durable en Europe.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl siūlymo dėl daugiamečio paprastųjų tunų išteklių rytinėje Atlanto vandenyno dalyje ir Viduržemio jūroje atkūrimo plano. Siekiant užtikrinti vienodą ir veiksmingą visų 2012-2014 m. priimtų išteklių atkūrimo plano priemonių taikymą visoje Europos Sąjungoje, šiuo pasiūlymu siekiama įtraukti jas į reglamentą. Į pasiūlymą įtrauktos techninės priemonės, kaip antai priemonės, susijusios su gyvų paprastųjų tunų perkėlimo ir perkėlimo į varžas operacijomis, sužvejotų žuvų kiekio ataskaitų teikimo reikalavimais ir Tarptautinės Atlanto tunų apsaugos komisijos regioninės stebėtojų programos įgyvendinimu.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de la transposition d'une convention de la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique (CICTA ou ICCAT en anglais) portant sur la reconstitution des stocks de thon rouge.

La Commission a demandé de pouvoir faire des actes délégués mais le rapporteur défend la procédure de codécision afin de maintenir les prérogatives du Parlement.

J'ai voté pour ce texte qui demande l'augmentation des quotas attribués aux pêcheurs artisanaux utilisant des modes de pêche traditionnels et sélectifs, une décision qui permettrait de protéger à la fois les stocks et les emplois, ainsi que ma collègue Sylvie Goddyn l'avait demandé en commission par le dépôt de plusieurs amendements.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce point, qui vise à intégrer dans un règlement les dispositions édictées par la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique (CICTA) afin de reconstituer les stocks de thon rouge.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di regolamento sul piano pluriennale di ricostituzione del tonno rosso nell'Atlantico orientale e nel Mediterraneo. Si tratta di un provvedimento di carattere prevalentemente tecnico che ha come obiettivo la trasposizione nel diritto comunitario delle misure del *recovery plan* elaborato dall'ICCAT tra il 2012 e il 2014. Il tonno rosso è una risorsa ittica rilevante per diversi paesi dell'UE, Italia compresa, e questo progetto presenta, al fianco di importanti misure, un richiamo al tema delle quote. L'attuale meccanismo, gestito a livello statale, ha privilegiato e continua a privilegiare i grandi armatori a danno degli operatori di piccola scala. L'Europa può e deve impegnarsi per favorire un superamento della situazione attuale che, oltre a penalizzare i piccoli pescatori, rischia di minare la sostenibilità della pesca. Per questi motivi il gruppo dei Socialisti e Democratici ha presentato e fatto approvare un importante emendamento, da me sostenuto, che invita gli Stati membri ad adottare criteri più equi nella distribuzione delle quote al fine di favorire i piccoli pescatori.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien no se ha votado, lo que votaríamos es poco más que la transposición a la legislación europea del plan de gestión del atún rojo que es producido por la CICA. No estamos de acuerdo con las cuotas que se asignan y consideramos que los Estados pueden hacer presionar a la Comisión y al Consejo para que la posición de UE en la CICA sea proponer la más alta posible en función del estado de la población de atún, dado que nuestras flotas pesqueras están en situación socioeconómica crítica.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur condividendo gli obiettivi di ricostruzione delle popolazioni di tonno rosso, rimangono passaggi tecnici che non condivido e che mi lasciano scettica circa un voto positivo a questa relazione, per questo ho deciso di esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – A fin de asegurar su aplicación uniforme y efectiva en el conjunto de la UE, la presente propuesta tiene por objeto incorporar al ordenamiento de la Unión las últimas medidas, adoptadas entre 2012 y 2014, correspondientes al plan de recuperación del atún rojo adoptado por la Comisión Internacional para la Conservación del Atún Atlántico (CICAA).

Si bien la Comisión transpone correctamente las recomendaciones de la CICAA en la mayor parte de los casos, en ocasiones va más allá de lo decidido por esta y de lo previsto en la legislación de la Unión, no cabiendo penalizar a los operadores de la UE por medio de medidas más estrictas que las acordadas.

Sería incorporada al informe la enmienda socialista que exige un sistema de cuotas para el atún rojo justo con la pesca a pequeña escala. Se aborda además la ausencia del Parlamento Europeo en las negociaciones internacionales.

En definitiva, apoyo la iniciativa que revisa la reglamentación vigente en este ámbito, que estaba obsoleta con respecto a las recomendaciones de la CICAA de los últimos años, al tiempo que solventa algunos aspectos técnicos deficientes, por lo que fue tramitada con amplio consenso en el seno de la Comisión de Pesca del Parlamento Europeo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo dėl Europos Parlamento ir Tarybos reglamento pasiūlymo dėl daugiametio paprastųjų tunų išteklių rytinėje Atlanto vandenyno dalyje ir Viduržemio jūroje atkūrimo plano. Europos Sąjunga yra Tarptautinės Atlanto tunų apsaugos komisijos (ICCAT), regioninės žuvininkystės valdymo organizacijos (RŽVO), atsakingos už tunų ir jiems giminingų rūšių žuvų valdymą Atlanto vandenyne ir gretimose jūrose, susitariančioji šalis. ICCAT turi įgaliojimus priimti sprendimus (rekomendacijas) dėl žuvininkystės išteklių jos kompetencijos rajone išsaugojimo ir valdymo; šie aktai yra privalomi; jie turi būti perkelti į Europos Sąjungos teisę. Paprastasis tunas yra svarbiausia ICCAT reglamentuojama rūšis. Siekiant užtikrinti vienodą ir veiksmingą visų 2012-2014 m. priimtų išteklių atkūrimo plano priemonių taikymą visoje Europos Sąjungoje, šiuo pasiūlymu siekiama įtraukti jas į reglamentą. Į pasiūlymą įtrauktos techninės priemonės, kaip antai priemonės, susijusios su gyvų paprastųjų tunų perkėlimo ir perkėlimo į varžas operacijomis (įskaitant priemones, susijusias su stereoskopinių kamerų naudojimu paprastųjų tunų kiekiams ir paleistų žuvų kiekiams apytikriai įvertinti), sužvejojtų žuvų kiekio ataskaitų teikimo reikalavimais ir ICCAT regioninės stebėtojų programos įgyvendinimu.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Večletni načrt za obnovo staleža modroplavutega tuna v vzhodnem Atlantiku in Sredozemskem morju

Podprl sem predlagano poročilo, saj po mojem mnenju v evropski pravni red ustrezno prenaša priporočila Mednarodne komisije za ohranitev tunov v Atlantiku (ICCAT) in Regionalne organizacije za upravljanje ribištva (RFMO), ki sta izvirno pristojni za upravljanje tuna in njemu podobnih vrst v Atlantskem oceanu in sosednjih morjih.

Znanstveni podatki namreč kažejo, da se količina modroplavutega tuna v morjih pod pristojnostjo ICCAT in RFMO povečuje, zato je obnova staleža in dovoljene količine ulova edini logičen korak. S predlagano uredbo se tako zagotavlja enotno in učinkovito izvajanje vseh ukrepov načrta za obnovo staleža, ki so sicer bili sprejeti leta 2012 s strani ICCAT.

Predlog vključuje tudi tehnične ukrepe, kot so ukrepi v zvezi z dejavnostmi prenosa in reje živega modroplavutega tuna v mrežasti kletki, vključno z ukrepi v zvezi z uporabo stereoskopskih kamer za oceno količine modroplavutega tuna in izpustov, zahteve za poročanje o ulovu in izvajanje regionalnega opazovalnega programa ICCAT.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Étant donné qu'il s'agit de renforcer le rôle du Parlement vis-à-vis de la Commission sur ces questions de conservation de stocks de thonidés par la transposition de la convention ICCAT en droit européen et que ce plan vise à protéger des modes de pêche traditionnels du thon rouge lesquels sont très sélectifs et respectueux de l'environnement, je vote pour ce rapport, bien que certains problèmes comme l'exclusion de la pêche artisanale ou les effets du système d'attribution des quotas ne soient toujours pas résolus.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée porte principalement sur la transposition de la convention ICCAT (Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique). Bien que les stocks de thon rouge aient pu être reconstitués, certaines questions restent en suspens à l'image de l'attribution des quotas qui demeure défavorable à la pêche artisanale.

Néanmoins la Commission européenne souhaite tout de même protéger les modes de pêche traditionnels du thon rouge, tels que la Madrague, respectueux de l'environnement, qui devraient bénéficier d'un régime spécifique avantageux. Attaché à la défense de l'environnement et de la pêche artisanale, je me suis prononcé en faveur de ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Comisia Internațională pentru Conservarea Tonului din Oceanul Atlantic (ICCAT) este autoritatea care adoptă decizii pentru conservarea și gestionarea activităților de pescuit din zona sa de competență. Aceste acte sunt obligatorii și trebuie transpuse în dreptul Uniunii.

În 2006, ICCAT a adoptat un plan multianual în vederea refacerii stocurilor de ton roșu, plan care se va încheia în anul 2022. Acest plan a fost modificat succesiv de ICCAT cu ocazia reuniunilor sale anuale. Scopul transpunerii recomandărilor ICCAT este aplicarea uniformă pe întreg teritoriul UE, care ar trebui să aibă ca obiectiv garantarea unor condiții echitabile tuturor operatorilor angajați în pescuitul de ton și în special operatorilor din țări terțe. În caz contrar, și anume dacă se aplică norme diferite flotelor străine, toate eforturile depuse și toate restricțiile aplicate pescarilor din UE nu vor avea niciun rezultat.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece este nevoie să ne asigurăm de faptul că cele mai recente măsuri din planul multianual de refacere a stocurilor de ton roșu adoptat de ICCAT sunt aplicate în mod uniform și eficace pe întreg teritoriul Uniunii Europene.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Il provvedimento libera l'attuale meccanismo del monopolio dei grandi armatori e favorisce sistemi di pesca più sostenibili come quelli relativi alla piccola pesca.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté le rapport de Gabriel Mato sur le Plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée. Ce rapport vise à transposer dans le droit de l'Union les mesures du plan pluriannuel de reconstitution pour le thon rouge de l'Atlantique Est et de la Méditerranée adopté par la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique (CICTA) entre 2012 et 2014.

La CICTA est une organisation internationale chargée de la gestion des thonidés, à laquelle l'Union européenne est partie contractante. Les recommandations de la CICTA sont des actes contraignants, qui doivent être transposés dans le droit de l'Union.

Le plan de reconstitution de la CICTA prévoit les mesures suivantes: la limitation de la pêche dans certaines zones et à certaines périodes, la nouvelle taille minimale, les mesures relatives à la pêche récréative, les mesures relatives à l'élevage et le renforcement des mesures d'inspection. Elles sont valables jusqu'en 2022.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi il Parlamento europeo ha approvato a larghissima maggioranza l'emendamento che ho presentato sulla ridistribuzione delle quote del tonno rosso. Una misura molto sentita dai piccoli pescatori artigianali perché invita gli Stati membri a rivedere le quote con criteri più equi, senza più favorire il monopolio di pochi armatori, così come avviene oggi. Senza dimenticare che, se accidentalmente viene pescato un tonno, il piccolo pescatore rischia di essere gravemente penalizzato.

Nel 2015 c'è stato un aumento del 20% della quota complessiva di pesca del tonno rosso, un aumento dovuto alla progressiva ricostituzione dello stock, come certificato dall'ICCAT. Questo aumento della quota complessiva di pesca del tonno rosso deciso in sede ICCAT è stato purtroppo applicato secondo criteri di distribuzione discrezionali dai singoli paesi membri. Una «falla» che ha portato in molti casi a far beneficiare di queste quote solo pochi armatori a discapito dei piccoli pescatori artigianali. I grandi armatori esauriscono le quote in poco tempo e portano i tonni nei luoghi adibiti al loro ingrasso, garantendosi guadagni molto elevati. L'approvazione del nostro emendamento significa che noi vogliamo che il tonno rosso possa arrivare anche sulle nostre tavole e non più solo su quelle asiatiche.

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour of this report which concerns the adjustment of fishing quotas for bluefin tuna in the Eastern Atlantic and Mediterranean in light of reports by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas (ICCAT) that stocks have increased. Since there is scientific data proving that stocks are at healthy levels of abundance, it is justifiable that the total allowable catch is allowed to increase.

The countries that have quotas (and that this report concerns) are Cyprus, France, Greece, Italy, Malta, Portugal and Spain.

James Carver (EFDD), in writing. – I voted against this, not because we do not want bluefin tuna numbers to recover – we do – but because the report, by adopting an international agreement, endorses the EU's right to operate the common fisheries policy – a behavioural-economic, long-term catastrophe, especially for the UK.

David Casa (PPE), in writing. – I voted in favour of the report as it introduces viable amendments to the text proposed by the Commission. For example, it supports traditional and artisanal fishing gear which has a fairly low impact on the ecosystems and the environment in general and also, among others, provides new methods for the allocation of quotas for each Member State. These, and other proposed measures will ensure the effectiveness of the recovery plan adopted by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Dal 2008 la biomassa di tonno rosso ha registrato una tendenza nettamente positiva. Nel 2014 l'organizzazione regionale ha deciso di aumentare il TAC del 20% per i tre anni successivi (dal 2015 al 2017), poiché fondati dati scientifici attestano che gli stock si trovano a livelli ottimali di abbondanza. In questo testo il relatore accoglie con favore questa proposta della Commissione che mira a trasporre le raccomandazioni dell'ICCAT (Commissione internazionale per la conservazione dei tonnidati dell'Atlantico) nel diritto comunitario. L'ICCAT ha la facoltà di adottare decisioni per la conservazione e la gestione della pesca nella sua zona di competenza. Tali atti sono vincolanti e devono essere recepiti nel diritto dell'Unione. Ho espresso voto favorevole.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι Συμβαλλόμενο Μέρος στη Διεθνή Επιτροπή για τη διατήρηση των θυννοειδών του Ατλαντικού (ICCAT) και την Περιφερειακή Οργάνωση διαχείρισης της αλιείας (ΠΟΔΑ), η οποία είναι αρμόδια για τη διαχείριση των θυννοειδών και των συγγενών ειδών στον Ατλαντικό ωκεανό και τις παρακείμενες θάλασσες. Η ICCAT έχει την αρμοδιότητα να εκδίδει αποφάσεις («συστάσεις») για τη διατήρηση και τη διαχείριση των αλιευτικών πόρων στην περιοχή της αρμοδιότητάς της, πράξεις που είναι δεσμευτικές ως προς την μεταφορά τους στο δικαίωμα της Ένωσης. Για αυτό, στηρίζουμε την έκθεση η οποία τονίζει πως η ομοιόμορφη εφαρμογή πρέπει να στοχεύει στην εξασφάλιση ενός ισοτίμου πεδίου για όλους τους φορείς που συμμετέχουν στην αλιεία τόνου, συμπεριλαμβανομένων ιδίως των φορέων εκτός ΕΕ, ειδικά, όλες οι καταβληθείσες προσπάθειες και οι περιορισμοί οι οποίοι επιβλήθηκαν στους αλιείς της ΕΕ δεν θα έχουν αποτέλεσμα, εάν ισχύουν διαφορετικοί κανόνες για τους αλλοδαπούς στόλους. Οι φορείς της ΕΕ δεν πρέπει να ζημιωθούν λόγω της επιβολής αυστηρότερων από τα συμφωνηθέντα μέτρα διότι η Επιτροπή δεν ήταν σε θέση να επιβάλει ανάλογα μέτρα στις διαπραγματεύσεις στο πλαίσιο της ICCAT.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore di questa relazione perché, oltre a condividerne i contenuti, sono stato lieto di vedere che a volte le politiche che questa Unione europea impone funzionano. Mi auguro che l'andamento dello stock di tonno rosso sia una valida anticipazione di ciò che accadrà con l'economia reale: dopo anni di privazioni e di tagli, spero di poter presto godere i frutti della rinnovata crescita. Ne abbiamo sinceramente bisogno.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The current proposal for a regulation aims at transposing into Union law measures of the multiannual bluefin tuna (BFT) recovery plan in the Eastern Atlantic and the Mediterranean adopted by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas (ICCAT) at its annual meetings between 2012 and 2014.

In 2006 ICCAT adopted a multiannual recovery plan for bluefin tuna, ending in 2022. In order to rebuild the stock, the plan sets up a gradual reduction in the total allowable catch level from 2007 to 2011, restrictions on fishing within certain areas and time periods, a new minimum size, measures concerning sport and recreational fishing activities, farming and fishing capacity measures and reinforced the ICCAT scheme of joint international inspection. The proposal contains technical measures such as those on transfer and caging operations of live bluefin tuna, including also measures on the use of stereoscopic cameras to estimate the quantities of bluefin tuna and releases, catch reporting requirements, and the implementation of the ICCAT regional observer programme.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – I voted against this, not because we do not want bluefin tuna numbers to recover – we do – but because the report, by adopting an international agreement, endorses the EU's right to operate the common fisheries policy – a behavioural-economic, long-term catastrophe, especially for the UK.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Apoio o Relatório do Deputado Gabriel Mato sobre o Plano de recuperação do atum-rabilho.

Cabe à Comissão Europeia elaborar propostas que respeitem as recomendações da ICCAT (Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico). Estamos a adotar as medidas necessárias para colaborar com um plano plurianual de recuperação do atum-rabilho, que termina em 2022.

Depois de vários anos em que se comprimiu o número máximo de capturas autorizadas, parece poder haver algum crescimento, uma vez que existem dados científicos que comprovam que as unidades populacionais possuem níveis de abundância saudáveis.

Concordo com o Relator quando sublinha o objetivo de assegurar condições de concorrência equitativas para todos os operadores que participam na pesca de atum, incluindo os operadores de países terceiros. Caso contrário, se forem aplicadas outras regras às frotas estrangeiras, todos os esforços envidados e restrições aplicadas aos pescadores da UE terão sido em vão.

Apreciei igualmente a referência às armações artesanais, como as armações tradicionais («almadrabas»), na conservação das unidades populacionais. A União Europeia deve prestar especial atenção a estas armações tradicionais, que contribuem para a reconstituição das unidades populacionais de atum, dado que são extremamente seletivas. Além disso, têm muito pouco impacto nos ecossistemas marinhos, graças ao baixo nível de consumo de energia e de capturas acidentais.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Sostengo la proposta di regolamento riguardante il piano pluriennale di ricostituzione degli stock ittici del tonno rosso dell'Atlantico poiché le nuove misure che prevedono un aumento dei livelli di pesca massimi sono sufficientemente supportate da dati scientifici in merito all'attuale livello ottimale di abbondanza. Per l'Italia, in particolare, questo significherà un aumento del 20% dei limiti massimi di cattura ammissibili per l'anno 2016, aumentando sensibilmente la quantità di pescato senza compromettere l'equilibrio del nostro ambiente marino. Si auspica infine che tali misure da includere nel piano di ricostruzione adottate dal 2012 al 2014 siano recepite uniformemente all'interno dell'Unione europea e che tutti gli operatori ittici possano fruirne senza discriminazioni di alcun tipo.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il relatore accoglie con favore questa proposta della Commissione che mira a trasporre le raccomandazioni dell'ICCAT nel diritto comunitario. L'ICCAT ha la facoltà di adottare decisioni («raccomandazioni») per la conservazione e la gestione della pesca nella sua zona di competenza; tali atti sono vincolanti e devono essere recepiti nel diritto dell'Unione. Il tonno rosso è la specie più importante. I pescatori hanno compiuto notevoli sforzi per adeguare le loro catture a un totale ammissibile di catture (TAC) ridotto in conseguenza delle decisioni adottate nel 2006 rispettando le condizioni di pesca stabilite dal piano. Alla luce dell'evoluzione positiva dello stato degli stock, l'ICCAT ha deciso di aumentare leggermente l'assegnazione totale. Il TAC attuale per il 2015 è pari a 15 821 tonnellate e la quota assegnata all'UE è di 9 372,9 tonnellate. Dal 2008 la biomassa di tonno rosso ha registrato una tendenza nettamente positiva. Nel 2014 l'organizzazione regionale ha deciso di aumentare il TAC del 20% per i tre anni successivi (dal 2015 al 2017), poiché fondati dati scientifici, attestano che gli stock si trovano a livelli ottimali di abbondanza, per questo motivo voto favorevole alla relazione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque propone una estrategia de recuperación del atún rojo que involucra a las comunidades pesqueras que dependen de la explotación de dicho recurso pesquero. Son muchos los pueblos del sur de Europa que históricamente se han dedicado a la explotación del atún, y ellos son los principales interesados en la recuperación de su población. En este sentido, el informe incluye varias referencias específicas al arte de la almadraba y a la necesidad de protegerlo en el contexto de los planes de conservación y del reparto de las cuotas de esta especie, favoreciendo estas artes tradicionales antes que la explotación industrial que daña mucho más las poblaciones y que no están vinculadas a ningún territorio. Por la absoluta necesidad de recuperar esta especie tan importante y la necesidad de hacerlo con las comunidades que viven de la misma es por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Si tratta di tema delicato, soprattutto per il nostro paese, perché la questione del tonno rosso apre il dibattito sui criteri della distribuzione delle quote tra i pescatori. Le quote del tonno sono decise in sede ICCAT ma la distribuzione a livello interno viene gestita discrezionalmente dai singoli paesi membri. Nel nostro caso, occorre rivedere criteri che hanno costretto molti operatori di pesca artigianale a dismettere i propri attrezzi per non aver avuto accesso alle quote, nonostante l'aumento decretato dall'ICCAT. Per questo ho sostenuto l'emendamento che contesta l'attuale meccanismo dal monopolio dei grandi armatori, inteso a favorire sistemi di pesca più sostenibili, appunto come quelli utilizzati dalla piccola pesca. Gli Stati membri devono fare di più per rivedere il sistema delle quote, che va a scapito dei piccoli pescatori e del loro futuro.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Celem wniosku jest przetransponowanie do unijnego prawa środków zawartych w wieloletnim planie odbudowy zasobów tuńczyka błękitnopłetwego we wschodnim Atlantyku i w Morzu Śródziemnym, przyjętym przez Międzynarodową Komisję ds. Ochrony Tuńczyka Atlantycznego (ICCAT) na dorocznych posiedzeniach w 2012 r. i 2014 r. Wieloletni plan odbudowy zasobów tuńczyka błękitnopłetwego jest odpowiedzią na znaczący spadek zasobów tej bardzo cennej ryby. Według danych przytaczanych przez ekspertów w ciągu ostatnich 50 lat populacja tego gatunku na zachodnim Atlantyku spadła o 83% a na Morzu Śródziemnym. Obecnie w tych akwenach żyje zaledwie 25% tuńczyków dotychczasowej populacji. Mając na uwadze powyższe poparłem projekt rezolucji.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – As a contracting party since 1996, the European Union is bound to adhere to decisions taken by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas (ICCAT) in order to ensure the conservation of underwater eco-systems under the EU's Common Fisheries Policy.

In the light of ICCAT's previously proposed 15-year recovery plan, Parliament has been called upon to review proposed legislation based on a number of new ICCAT amendments to European Legislation to further safeguard the conservation of bluefin tuna in the Eastern Atlantic, and more specifically, in the Mediterranean. For this reason, I voted in favour of Gabriel Mato's report on the implementation of a legislative replacement for EC 302/2009 concerning a multiannual recovery plan for bluefin tuna within the aforementioned areas as his recommendations follow the ICCAT recommendations.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this report, bringing EU legislation into line with measures enacted by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas (ICCAT), the overarching organisation responsible for the management of tuna. Although the UK has no direct fishing interests in tuna, it is important that the EU, as a member of ICCAT, respects its measures, and helps uphold international agreements on fishing, which is in all our interests.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif réagit aux recommandations contraignantes de la CICTA (Organisation régionale de gestion des pêches à laquelle l'UE est partie) sur la reconstitution des stocks de thons rouges dans l'Atlantique et la Méditerranée.

En 2006, la CICTA a lancé un plan d'action pluriannuel pour reconstituer les stocks et prenant fin en 2022. Il prévoit notamment une réduction des captures de 2007 à 2011, des limitations de la pêche par zones et périodes, une nouvelle taille minimale.

L'objectif est également de renforcer le programme d'inspection internationale via de nouvelles techniques de surveillance, telles que l'utilisation de caméras stéréoscopiques afin d'estimer l'état des stocks. Le rapport rappelle qu'il est toutefois essentiel que ces règles s'appliquent de manière égale entre les exploitants européens et ceux des pays tiers.

Partageant ces conclusions, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui vise à transposer dans le droit de l'UE les mesures adoptées par la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique (CICTA), dont l'UE est partie contractante. Ce règlement a vocation à assurer l'application uniforme des règles relatives à la capacité de pêche et d'élevage du thon rouge au sein de l'UE, et donc d'assurer l'égalité des conditions pour tous les opérateurs.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Le thon rouge reste gravement menacé dans la partie Est de l'Atlantique et en Méditerranée. Bien sûr, la mise en place de quotas a amélioré la situation mais la surpêche menace toujours, ces quotas faisant l'objet d'âpres luttes entre gros thoniers et petits pêcheurs. Il convient donc de trouver un juste équilibre pour sauvegarder l'écosystème marin tout en préservant la pêche artisanale.

Tel est le sens des mesures du plan pluriannuel de reconstitution pour le thon rouge de l'Atlantique Est et de la Méditerranée, adopté par la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique (CICTA). Dans ce cadre, un soutien et une attention particulière seront accordés aux engins artisanaux, tels que les madragues traditionnelles («almadrabas»), qui ont une incidence très faible sur les écosystèmes marins grâce à leur faible niveau de consommation d'énergie et de captures accidentelles et leur niveau élevé de sélectivité.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet de soutenir la transposition de la convention internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique. Le rapporteur a cependant suggéré de freiner l'empressement de la Commission en défendant la procédure de codécision plutôt que les actes délégués. La position de négociation du Parlement européen est ainsi renforcée, ce que je soutiens et estime être un gage démocratique. Pour ces différentes raisons, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Реших да гласувам с „въздържал се“ по няколко причини. Много е важно да правим всичко възможно за справяне с нанесените щети върху морската среда. Още повече, бих искал да припомня, че става дума за най-източните райони на Атлантическия океан и Средиземно море. Рибата тон и останалите организми също са от голямо значение за региона на Черно море. Поради неефективно регулиране, сериозната липса на далновидност и безпристрастно управление, в допълнение към непрекъснато унищожаване на морската среда чрез замърсяване. Намаляващите поради прекомерен улов природни ресурси ни задължават да налагаме по-строги правила за защита на околната среда и да предложим мерки, които да гарантират устойчивост, а не увеличаване на квотите по съвети на експерти. Освен това, ако не сме по-внимателни и критични, може да се озовем в ситуация на икономически и биологичен банкрут, което би създавало зависимост от вносни стоки.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Διαφωνούμε με την λογική των ποσοτώσεων στους διάφορους παραγωγικούς τομείς της οικονομίας των κρατών - μελών. Θεωρούμε ότι οι ποσοτώσεις μειώνουν την αυτάρκεια των κρατών - μελών και προκαλούν μαρασμό στον Νότο, όπου η οικονομία βασίζεται παραδοσιακά σε μεγάλο βαθμό στην πρωτογενή παραγωγή.

Η ΕΕ πρέπει όντως να επιδεικνύει ενδιαφέρον για την διατήρηση των συγκεκριμένων ψαριών αλλά πρέπει να ενδιαφέρεται εξίσου και για την διατήρηση του ίδιου του επαγγέλματος της αλιείας, κάτι που θεωρούμε ότι με την ICCAT είναι αδύνατο, όπως δείχνει η πληθώρα καταγγελιών από επιστήμονες, διεθνείς οργανισμούς και ΜΚΟ που κρούουν τον κώδωνα του κινδύνου σχετικά με τις πολιτικές της.

Τα κράτη - μέλη είναι εκείνα που πρέπει να ενισχύσουν τις προσπάθειες για την διατήρηση βιοποικιλότητας αλλά και της ίδιας της οικονομίας τους. Πρέπει να γίνουν οι απαραίτητες ενέργειες για την ενίσχυση του πληθυσμού του τόνου αλλά θεωρούμε ότι την γενική του μείωση δεν την προκάλεσαν οι παραδοσιακοί ψαράδες αλλά η βιομηχανοποιημένη αλιεία συγκεκριμένων πολυεθνικών εταιρειών.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság az Atlanti Tonhal Halászati Bizottságnak (ICCAT) a kékúszójú tonhal állományának a fennmaradása érdekében tett ajánlásait javasolta az európai halászati jogszabályokba beépíteni. Az Európai Néppárt frakciójával összhangban szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Α Φöld tengereinek 30%-α túlhalászott, α τενγερι χαλλάμάνυοκ βεσζέλυβε κερύλτεκ. Εζέρτ έρθητό, ηογύ α τενγερι χαλλάμάνυοκ φεντάρτασά έρεκεβέν αζ Ευρόπαι Υνιό α τενγερι χαλάσζατ μεγέφελεό κολάτοζάσάρα κένυσζερύλ. Τεχάτ φολύαμáτοσαν ές ηελέντοσέν κσόκκεν α κηαλάσζατ τενγερι χαλέννυισέζ. Εζέρτ α κóζος χαλάσζατι πολιτíκάνακ ηóβαλ ναγύοββ φηγύλεμτε κέλλ φορδίτania α φεντάρθατό χαλένγέσζτέσρε, ναγύισ αζ ακβακουλύράρα, κηελέτεν πεδίγ αζ έδεσβίζι χαλένγέσζτέσρε.

Α μαγυαροσζάγι χαλασάβακ ηελέντοσ ρέσζε Natura 2000 τερίλετεν φεκσζικ. Εζεκ α χαλγαςζαςάγοκ σεμμήλεν βεσζέλυτ σεμ ηελέντενεκ ε τερίλετεκ τεμέσζετι έρετέκρε. Σότ, σοκ εσετεν έππεν α ζάρτ ρενδσζερύ χαλασάβαίνκνακ κóσζονηετόκε αζ άλταλुक λέτρεηοζóτ, ίλετεν μεγóρζóττ έγεγυδι vízes έλόηηλυ táρσυλάσοκ. Κóβετεκεζέκέππεν, αζ έδεσβίζι ακβακουλύράτ κέλλ ελότέρβε ηελεζέζνι ές μινέλ ναγύοββ μετέτέκύ υνιόσ τάμoγáτáσβαν ρέσζεσίτενι. Τoύάββá εζτ α τερίλετεν μεγ κέλλ σζαβαδίτania αζ ίνoκoλoτáλνυλ σζιγoρύ ές φελεσλες φεντάρθατόσάγι ελόίράσoκτόλ, αμelyek κσá α τενγερι χαλάσζατ ές ακβακουλύρα εσετέβεν ίνoκoλoτáλ.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La proposta della Commissione intende recepire le raccomandazioni ICCAT (ovvero la Commissione internazionale per la conservazione dei tonni dell'Atlantico). Il tonno rosso in particolare è sicuramente la specie più importante e il pescato viene appunto regolamentato dall'ICCAT che, avendo stabilito un totale ammissibile di catture, ha costretto i pescatori a notevoli sforzi logistici per adeguare il tonnello di pescato ai limiti consentiti. Tuttavia, un'evoluzione in positivo dello stock disponibile, comprovata da dati scientifici, ha permesso un aumento del totale ammissibile di catture per l'UE, che è passato da 7939 tonnellate nel 2014 a 9372 nel 2015. Ho votato a favore.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A União Europeia é Parte Contratante da Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico (ICCAT), que adotou um plano plurianual de recuperação do atum-rabilho, que termina em 2022.

Para permitir a reconstituição da unidade populacional, o plano prevê uma redução gradual do nível dos totais admissíveis de capturas entre 2007 e 2011, restrições da pesca em determinadas zonas e períodos, um novo tamanho mínimo, medidas relacionadas com as atividades de pesca desportiva e recreativa e com as capacidades de pesca e de cultura, e reforça o programa de inspeção internacional conjunta da ICCAT. O atual TAC, em 2015, é de 15 821 toneladas, cabendo à UE 9 372,9 toneladas.

A proposta contém medidas técnicas, como as relativas às operações de transferência e de enjaulamento de atum-rabilho vivo, incluindo também medidas sobre a utilização de câmaras estereoscópicas para estimar as quantidades de atum-rabilho e de libertações, as exigências em matéria de declaração das capturas e a execução do programa de observação regional da ICCAT, com as quais estou de acordo.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette délibération, parce qu'elle s'attache à protéger les modes de pêche traditionnels, plus soucieux de la protection de l'environnement.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Depois de a espécie ter atingido um estado crítico, o plano plurianual de recuperação do atum-rabilho, adotado pela Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico (ICCAT) em 2006, permitiu uma evolução positiva das respetivas unidades populacionais.

A biomassa desta espécie tem vindo a apresentar uma tendência positiva desde 2008. Em 2014, a ICCAT decidiu aumentar o TAC em 20% para os três anos subsequentes (de 2015 a 2017).

Acompanhamos, em geral, as posições do relator. Acompanhamos igualmente a crítica a um sistema de quotas de pesca que penaliza a pequena pesca, mais sustentável, em benefício dos grandes armadores das principais potências pesqueiras europeias, pelo que votámos a favor da respetiva alteração.

Portugal não tem atualmente pesca extrativa de atum-rabilho. Nos Açores, apenas capturas acessórias na pesca de outros atuns são autorizadas. A quota portuguesa anual de Atum-Rabilho, de 332 toneladas em 2016, é quase totalmente esgotada pelas armadas existentes no Algarve. Justificava-se uma alteração desta situação, tendo em conta o contexto mais favorável no plano da conservação espécie, aumentando a quota nacional e reconhecendo aos pescadores açorianos, da arte de salto e vara, o direito de explorarem este recurso, agora mais abundante nas águas do arquipélago.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – La presente proposta mira a recepire nel diritto dell'Unione europea tutte le misure del piano di ricostituzione del tonno rosso nell'Atlantico orientale e nel Mediterraneo adottate dall'ICCAT. Il progetto getta le basi per una maggiore sensibilità nei confronti della pesca artigianale e per un'implementazione della tecnica degli attrezzi utilizzati. Tuttavia ritengo che alcuni punti cruciali meritino un chiarimento più dettagliato, come le misure pro poste dal regolamento riguardo agli esemplari di tonno rosso catturati accidentalmente e confiscati dalle autorità degli Stati membri. Nella maggior parte dei casi ci si concentra soprattutto nel punire il pescatore che involontariamente ha catturato l'esemplare di tonno, non occupandosi ad esempio del possibile uso del pesce confiscato. Tali chiarimenti, anche in seguito all'introduzione dell'obbligo di sbarco, garantirebbero una migliore applicazione delle nuove disposizioni.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Plán obnovy populácie tuniaka modroplutvého sa ukazuje ako veľmi úspešný a efektívny a reálne sa preto uvažuje o presunutí celkového povoleného výlovu z roku 2017 už na rok 2016. S cieľom zabezpečiť v celej Európskej únii jednotné a účinné uplatňovanie všetkých opatrení plánu obnovy prijatého v rokoch 2012 až 2014 je tento návrh zameraný na ich začlenenie do nariadenia. Stále však pretrvávajú problémy neúčasti Európskeho parlamentu na medzinárodných rokovaníach. Európska Komisia navrhuje transpozíciu budúcich zmien do tohto plánu obnovy prostredníctvom delegovaných aktov. Odobratie tejto – už beztak veľmi obmedzenej – právomoci, ktorú má Parlament v poslednej fáze schvaľovania medzinárodných dohôd, by v praxi znamenalo, že Parlament nebude mať žiadne slovo v ICCAT a ani v budúcnosti na ďalších medzinárodných fórach.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω το πολυετές σχέδιο αποκατάστασης του τόνου στον Ανατολικό Ατλαντικό και στη Μεσόγειο διότι διαφωνώ με την λογική των ποσοστώσεων στους διάφορους παραγωγικούς τομείς της οικονομίας των κρατών - μελών. Θεωρώ ότι οι ποσοστώσεις μειώνουν την αυτάρκεια των κρατών - μελών και προκαλούν μαρασμό στον Νότο του οποίου η οικονομία βασίζεται παραδοσιακά και σε μεγάλο βαθμό στην πρωτογενή παραγωγή.

Όντως η ΕΕ πρέπει να επιδεικνύει ενδιαφέρον για την διατήρηση των συγκεκριμένων ψαριών αλλά πρέπει να ενδιαφέρεται εξίσου και για την διατήρηση του ίδιου του επαγγέλματος της αλιείας. Θεωρώ ότι κάτι τέτοιο δεν μπορεί να γίνει με την ICCAT, όταν υπάρχει τέτοια πληθώρα καταγγελιών από επιστήμονες, διεθνείς οργανισμούς και ΜΚΟ που κρούουν τον κώδωνα του κινδύνου σχετικά με τις πολιτικές τις.

Τα κράτη - μέλη είναι αυτά που πρέπει να ενισχύσουν τις προσπάθειες για την διατήρηση βιοποικιλότητας αλλά και της ίδιας της οικονομίας τους. Πρέπει τα κράτη - μέλη να προβούν στις απαραίτητες ενέργειες για την ενίσχυση του πληθυσμού του τόνου αλλά θεωρώ ότι για την γενική του μείωση δεν ευθύνονται οι παραδοσιακοί ψαράδες αλλά η βιομηχανοποιημένη αλιεία συγκεκριμένων πολυεθνικών εταιρειών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – When dealing with this fishing sustainability, we must safe-guard long term productivity, promote local employment opportunities, encourage the development of a sustainable fisheries policy and a responsible exploitation of fisheries resources. Unfortunately, the current bluefin tuna fishing quota system penalises small-scale fishermen, and needs to be reviewed. Large vessels owners are too dominant and might harm the fishing sustainability.

I therefore support transposal into Union law of the measures of the multiannual bluefin tuna recovery plan in the Eastern Atlantic and the Mediterranean adopted by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas (ICCAT) at its annual meetings between 2012 and 2014. I believe that the technical measures included in the multi-annual recovery plan will lead to positive developments for environment, nature and local employment.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A közös halászati politikáról szóló új alaprendelet 2015. január 1-jétől a kékúszójú tonhalra is kiterjedő kirakodási kötelezettséget vezetett be. Ugyanakkor e kirakodási kötelezettség nem érinti az Unió nemzetközi, például az ICCAT-ajánlásokból eredő kötelezettségeit.

Ezzel kapcsolatban az előadó arra kíván emlékeztetni, hogy az ICCAT-ajánlások átültetésének célja, hogy azokat egységesen alkalmazzák az EU egészében és nem pedig az, hogy újból vitát nyisson olyan kérdésekben, amelyekről – gyakran minden szóra és vesszőre kiterjedő, hosszadalmas tárgyalások után – már döntés született.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor considerando que la Unión Europea es responsable de la gestión de los túnidos y especies afines en el océano Atlántico y mares adyacentes. En 2006 se adoptó un plan plurianual de recuperación del atún rojo, que concluirá en 2022. No obstante, la recuperación espectacular observada en las poblaciones de atún rojo en los últimos años podría justificar una decisión de avanzar a 2016 el total admisible de capturas previsto para 2017 (23 155 toneladas), que seguiría siendo muy inferior al TAC vigente antes de la entrada en vigor del plan de recuperación. Debemos continuar trabajando para conseguir la sostenibilidad de los recursos pesqueros y al mismo tiempo velar por el mantenimiento de una actividad económica tan importante como la pesca, sin olvidar por ello otros actores del sector que precisan de una atención pormenorizada.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Con questa relazione abbiamo espresso chiaramente il sostegno del Parlamento europeo alle attività di pesca artigianale e ai tipi di attrezzi più artigianali e sostenibili, come ad esempio le tonnare tradizionali, e abbiamo rivendicato chiaramente l'intenzione di dare ai consumatori europei il tonno rosso europeo, di qualità, evitando che i prodotti più pregiati finiscano su mercati esteri. Vigileremo sul Consiglio e sugli Stati membri perché le nostre non rimangano parole ma vengano presto trasformate in azioni.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa del PE sul piano pluriennale di ricostituzione del tonno rosso nell'Atlantico orientale e nel Mediterraneo perché lo considero un atto molto importante in difesa della pesca sostenibile, degli interessi di territori, come il Mezzogiorno d'Italia, e di operatori economici spesso sacrificati dinanzi alle esigenze della grande impresa. Penso ai piccoli pescatori, che spesso si sono sentiti strangolati da un eccesso di norme e regole in tema di quote, che fin qui hanno avvantaggiato la grande industria a discapito delle piccole imbarcazioni locali. Il Gruppo S&D si è battuto per definire nuovi sistemi di quote per la pesca del tonno rosso che eliminino il monopolio dei grandi armatori, favoriscano la pesca sostenibile, e promuovano la pesca su piccola scala.

Con l'approvazione dell'emendamento socialista, gli Stati membri potranno usare nell'assegnazione dei contingenti criteri oggettivi di tipo socio-economico e ambientale e rivolgere un'attenzione particolare alla prosperità dei pescatori artigianali, tradizionali e di piccola scala, favorendone le relative tecniche di pesca. È questo un passo importante, nato dall'ascolto diretto dei territori e degli operatori. Ora tocca agli Stati membri di rivedere la rotta e trovare un punto di sintesi alto tra economia, tutela occupazionale e rispetto dell'ecologia.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den mehrjährigen Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer gestimmt. Maritimer Umweltschutz und der Erhalt unserer Artenvielfalt sind eine wichtige Aufgabe der EU, die vor allem im Bereich der gemeinsamen Fischereipolitik zum Tragen kommen muss. All diese Maßnahmen fördern auch Mittelstand und Familienbetriebe in Fischerei und Blue Economy.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der Rote Thun ist ein wichtiger Bestandteil für die Artenvielfalt im Ostatlantik und im Mittelmeer. Deshalb unterstütze ich die Bestrebungen einer europaweit einheitlichen und vor allem nachhaltigen Fangregelung.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. I am pleased to see measures of the multiannual bluefin tuna recovery plan in the East Atlantic and Mediterranean, adopted by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas (ICCAT) between 2012 and 2014, being transposed into EU law.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione, ma soprattutto ho votato a favore dell'emendamento del mio gruppo contro il monopolio dei grandi armatori a tutela della piccola pesca e delle tecniche tradizionali, le vecchie tonnare: tutti sistemi sostenibili che invece scompaiono. È un patrimonio che va tutelato quanto il prezioso tonno rosso

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce projet porte sur une transposition de la convention ICCAT (Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'atlantique). La Commission européenne voulant agir très vite, elle a demandé de pouvoir faire des actes délégués, mais le rapporteur défend à bon droit la procédure de codécision, afin de sauvegarder les prérogatives du Parlement européen.

Certains problèmes ne sont pas résolus par ce plan: il existe notamment un fort gaspillage, via la technique qui consiste à envoyer des bateaux pour nourrir les thons avec des maquereaux.

De même, quelques thoniers seulement profitent des stocks; la pêche artisanale est exclue, alors même que tout le monde prétend la défendre. L'attribution des quotas lui est toujours défavorable, notamment en Méditerranée.

Sur ce point, je note cependant qu'un amendement favorable à un rééquilibrage des quotas en faveur de la pêche artisanale, proche d'un amendement que j'avais moi-même déposé en commission, a été adopté.

Enfin, la Commission européenne comme les députés de la Commission Pêche souhaitent protéger des modes de pêche traditionnels du thon rouge, tels que la madrague. Ces modes de pêche sont très sélectifs et donc respectueux de l'environnement. Ils devraient bénéficier d'un régime spécifique avantageux.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien no se ha votado, lo que votaríamos es poco más que la transposición a la legislación europea del plan de gestión del atún rojo que es producido por la CICA. No estamos de acuerdo con las cuotas que se asignan y consideramos que los Estados pueden hacer presionar a la Comisión y al Consejo para que la posición de UE en la CICA sea proponer la más alta posible en función del estado de la población de atún, dado que nuestras flotas pesqueras están en situación socioeconómica crítica.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Wniosek dotyczący rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie wieloletniego planu odbudowy zasobów tuńczyka błękitnopłetwego we wschodnim Atlantyku i w Morzu Śródziemnym uchylającego rozporządzenie (WE) nr 302/2009.

Zdecydowanie popieram plan odbudowy zasobów tuńczyka błękitnopłetwego we wschodnim Atlantyku i w Morzu Śródziemnym. Stosowanie w całej Unii Europejskiej wszystkich środków zawartych w odbudowie zasobów tuńczyka błękitnopłetwego jest niezbędne do jednolitych i skutecznych działań w tym zakresie. Obecny wniosek ma za zadanie przetransponowanie środków technicznych do unijnego prawa zawartych w wieloletnim planie odbudowy zasobów tuńczyka błękitnopłetwego.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, alongside my fellow Labour MEP colleagues, voted in favour of this report. With this report we can transpose into Union law measures of the multiannual bluefin tuna recovery plan in the Eastern Atlantic and the Mediterranean as adopted by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas (ICCAT) at its annual meetings between 2012 to 2014.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Η πρόταση αποσκοπεί στη μεταφορά στο δίκαιο της Ένωσης των μέτρων του πολυετούς σχεδίου αποκατάστασης του τόνου στο Ανατολικό Ατλαντικό και στη Μεσόγειο που εγκρίθηκε από τη Διεθνή Επιτροπή για τη Διατήρηση του Τόνου του Ατλαντικού κατά την ετήσια συνεδρίαση της μεταξύ 2012-2014. Η πρόταση περιλαμβάνει τεχνικά μέτρα και μέτρα για τη μεταφορά και τον εγκλωβισμό των ζώντων αλιευμάτων τόνου.

Θεωρούμε ότι η ενδεδειγμένη στάση είναι αυτή της υπερψήφισης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe there is a need to rebuild bluefin tuna stock in order to make it sustainable into the future. The application of the ICCAT recommendations will help to ensure a uniform application of the management of tuna stocks across the EU. I also strongly agree with the amendments to support small-scale and traditional tuna fisheries, especially in the inter-institutional negotiations where a review of the quota system takes place. This will help to ensure that large vessel owners will no longer have a monopoly of the quotas. Likewise, I fully supported the Parliament preserving its competencies regarding the transposition of the Regional Fisheries Management Organisation recommendations into EU law. Parliament, as an elected institution, has a right to input into legislation rather than the Commission using delegated or implementing acts which severely restricts the level of scrutiny over the Commission.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I agree with the opinion that rules should be applied in a uniform way in order to ensure a level playing-field for all operators engaged in tuna fishing, including, most importantly, non-EU operators. Otherwise, all the efforts made and restrictions imposed on EU fishermen will have no result if different rules apply to foreign fleets. EU operators should not be penalised by the imposition of stricter measures than those agreed, because the Commission could not impose such measures in the negotiations in ICCAT.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – This proposal calls for the transposition into Union law of the measures of the multiannual bluefin tuna recovery plan, which entered into force in 2007. This plan, set forth by the International Commission for the Conservation of Atlantic, would require uniform application throughout the EU of the measures set forth by the recovery plan between 2012 and 2014 and would incorporate technical measures into a regulation. I have voted in favour of it.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report which is necessary to ensure that the EU complies with international regulations relating to bluefin tuna.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I welcome this report. It mentions that fishermen have made considerable efforts to adjust their catches by complying with the strict fishing laws from the past and bluefin tuna biomass has been showing a dramatically positive trend since 2008.

This report contains technical measures such as those on transfer and caging operations of live bluefin tuna. All in all, this report aims at transposing into Union law measures of the multiannual bluefin tuna recovery plan in the Eastern Atlantic and the Mediterranean adopted by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o višegodišnjem planu oporavka plavoperajne tune u istočnom Atlantiku i Sredozemnom moru i stavljanju izvan snage Uredbe (EZ) br. 302/2009 zbog toga što podržavam prijedlog Europske komisije te promptnu implementaciju međunarodnih odredbi u europskom zakonodavstvu. Smatram da je potrebno osigurati obnovu stokova tuna, odrediti održivu količinu mogućeg ulova, ograničiti ribarenje u pojedinim područjima i razdobljima, te ustanoviti jasna pravila za sportski i rekreacijski ribolov. Takvo što vodi očuvanju bioraznolikosti i morskog ekosustava, koji su ozbiljno ugroženi, zato usklađena i snažna pravila zasigurno doprinose efikasnoj zaštiti plavoperajne tune.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une transposition de la convention ICCAT (Commission internationale pour la conversation des thonidés de l'atlantique). Le rapporteur souhaite défendre les prérogatives du Parlement européen en proposant la procédure de codécision, face à la Commission européenne qui demande la possibilité de faire des actes délégués. Il y a toutefois quelques défauts dans ce rapport, comme l'attribution des quotas qui est défavorable à la pêche en Méditerranée.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I voted against this, not because we do not want bluefin tuna numbers to recover, we do, but because the report, by adopting an international agreement, endorses the EU's right to operate the Common Fisheries Policy – a behavioural-economic, long-term catastrophe, especially for the UK.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Gabriel Mato sur le plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée. Il s'agit de transposer dans le droit de l'Union des mesures adoptées par la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique (CICTA), organisation à laquelle l'Union européenne est partie contractante.

Une réduction graduelle de la capture de cette espèce est prévue, assortie d'un renforcement des inspections. La proposition de règlement préconise par ailleurs une application uniforme pour ne pas pénaliser les pêcheurs européens. Enfin, les spécificités de certaines pêches artisanales sont prises en compte, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui visait à transposer dans le droit de l'union un plan pluriannuel destiné à reconstituer les stocks de thon rouge dans l'Océan Atlantique et la Mer Méditerranée.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – W okresie wzrostu gospodarczego, który nastąpił po zakończeniu II Wojny Światowej, w krajach rozwiniętych zaobserwowano wzrost konsumpcji ryb – w tym tuńczyka – w postaci surowej lub konserwowej, a od ponad 15 lat w Europie i na świecie niezwykle dużą popularność zdobywają japońskie potrawy sushi i sashimi, w przygotowywaniu których niezwykle często wykorzystuje się tuńczyka błękitnopłetwego. Skutkiem ubocznym tego trendu jest obniżenie zasobów tuńczyka we Wschodnim Atlantyku oraz w Morzu Śródziemnym, problem ten dotyczy więc bezpośrednio Unii Europejskiej. Głównymi państwami biorącymi udział w połowach tuńczyka są Hiszpania, Francja, Włochy, Chorwacja, Grecja, Portugalia, Malta i Cypr. Przełowienie doprowadziło do drastycznego zmniejszenia liczebności tego gatunku w ekosystemie.

W 2006 roku powstał pierwszy, długoterminowy, rozłożony na 15 lat plan, mający na celu ochronę zasobów i wzrost populacji tuńczyka. Jak potwierdzają badania naukowe, w 2015 roku populacja tuńczyka po raz pierwszy wzrosła. Dzięki wysokiemu poziomowi wymaganego przez UE nadzoru (większa liczba i częstsza obecność inspektorów, statków, samolotów oraz pozostałych środków kontroli), zwiększono dopuszczalną ilość połowu tuńczyka o 20 % w porównaniu z rokiem 2014.

Zrównoważone rybołówstwo, regulacja zasobów oraz owocna współpraca między państwami Wspólnoty są źródłem sukcesu, który przyczynił się do rozwoju i ochrony cennego gatunku tuńczyka błękitnopłetwego.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich beim Bericht in Bezug auf den mehrjährigen Wiederauffüllungsplan für „Roten Thun“ im Atlantik und dem Mittelmeer. Es ist ein wichtiges Unterfangen, doch nicht alle technischen Änderungen sind tatsächlich zielführend.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as it aims to transpose into Union law measures of the multiannual Bluefin Tuna recovery plan in the Eastern Atlantic and the Mediterranean adopted by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas (ICCAT).

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur le plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée. Ce texte porte sur une transposition de la convention ICCAT (Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique). La Commission européenne a demandé de pouvoir faire des actes délégués, mais le rapporteur défend la procédure de codécision, afin de défendre les prérogatives des députés.

J'ai également soutenu l'amendement 41, qui reprend celui de Sylvie Goddyn proposé en Commission et qui demandait que les États membres veillent à augmenter les quotas attribués aux pêcheurs artisanaux utilisant des modes de pêche traditionnels et sélectifs, afin de protéger les stocks et de développer l'emploi.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce plan pluriannuel car ce type de plan a fait preuve de son efficacité en permettant de reconstituer les stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée.

Je regrette toutefois qu'il ne soit pas assez favorable à la pêche artisanale, qu'il faudrait défendre davantage.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le débat ne portait pas sur le texte en lui-même (ces stocks ont déjà été reconstitués), mais sur la transposition de la convention ICCAT (Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique). Le but était donc de défendre la procédure de codécision, et éviter ainsi que le Parlement ne soit court-circuité.

Par ailleurs, bien que ce plan ne soit pas parfait, il tend à protéger des modes de pêche traditionnels, sélectifs et respectueux de l'environnement. Nonobstant certains aspects insatisfaisants dans ce plan (gaspillage, éviction des pêcheries artisanales, quotas), j'ai voté pour, dans le but de défendre l'esprit global du texte.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Este informe reviste cierta importancia ya que el atún rojo es la especie más importante regulada por la CICA (Comisión Internacional para la Conservación del Atún del Atlántico). En este ámbito, cabe destacar que en 2006 la CICA adoptó un plan plurianual de recuperación del atún rojo que concluirá en 2022. Para reconstituir la población, el plan establece una reducción progresiva del nivel del total admisible de capturas.

Los pescadores han realizado un enorme esfuerzo que se ha materializado en una recuperación espectacular observada en la población de atún rojo. Por este mismo motivo, quedaría justificado un aumento de los volúmenes de capturas. De hecho, en 2014, la organización regional decidió aumentar el nivel del total admisible de capturas en un 20 % para los tres años siguientes.

Se considera necesario que se lleve a cabo una aplicación uniforme por parte del conjunto de la UE. En el caso de que se aplicasen normas diferentes a las flotas extranjeras, todos los esfuerzos realizados y las restricciones impuestas a los pescadores habrán sido en vano. Sobre la base de los hechos sucedidos desde 2006 considero necesaria la aprobación de este informe que beneficiará a los pescadores por los esfuerzos que han realizado anteriormente.

Petr Mach (EFDD), *písenně*. – Zdržel jsem se s tím, že respektuji, že rybářská politika je věcí členských států s přístupem k moři.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Višegodišnji plan oporavka plavoperajne tune, čija je provedba planirana do 2022. godine, a usvojen je 2006. godine, do sada daje pozitivne rezultate. Sve aktivnosti koje su poduzete s ciljem očuvanja plavoperajne tune rezultirale su smanjenjem rizika od nestanka ove životinjske vrste. Provođenjem ovog plana do 2012. godine izlov plavoperajne tune smanjio se za gotovo 2/3, što pozitivno utječe na oporavak vrste te održavanje ravnoteže u morskom životinjskom svijetu.

Podržala sam višegodišnji plan oporavka plavoperajne tune u istočnom Atlantiku i Sredozemnom moru zbog činjenice da su do sada poduzete aktivnosti dovele do značajnih pomaka u procesu oporavka vrste. Smatram da su sve predložene mjere koje se odnose na oporavak i praćenje razvoja plavoperajne tune, dobre i provedive. S obzirom da je 7,5% svih morskih ribljih vrsta u europskim vodama u opasnosti od izumiranja, moraju se poduzeti sve moguće aktivnosti kako bi se takav scenarij izbjegao.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Predloženým nariadením sa zjednocuje uplatňovanie všetkých opatrení plánu obnovy tuniaka modroplutvého, ktorý je platný od roku 2006 do roku 2022. Vzhľadom na pozitívny vývoj populácie sa upravujú kvóty výlovu na roky 2015 až 2017 a upravujú sa technické opatrenia pri sledovaní ich stavu. Komisia je delegovaná na prijímanie aktov, ktoré prevezmú medzinárodné záväzky do práva Únie.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφικώς*. – Ψηφίζω υπέρ της αναβολής της ψηφοφορίας της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση πολυετούς σχεδίου αποκατάστασης του τόνου στον Ανατολικό Ατλαντικό και τη Μεσόγειο και για τη κατάργηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 302/2009 διότι συμφωνώ με τη σχετική πρόταση του εισηγητή.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce plan. Il s'agit en fait d'une simple transposition de la convention ICCAT (Commission Internationale pour la Conservation des Thonidés de l'Atlantique). Bien que ce plan ne résolve pas tous les problèmes (attribution de quotas, gaspillage...), il reste néanmoins nécessaire pour protéger des modes traditionnels de pêche: ces modes étant sélectifs et respectueux de l'environnement, ils devraient bénéficier d'un régime spécifique avantageux.

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome this recovery plan for Bluefin tuna in the eastern Atlantic. I am pleased that it states that 'When implementing the recovery plan, the Union and Member States should pay particular attention to non-industrial fishing activities and to the most artisanal and sustainable gear types, such as traditional traps ("almadrabas", "tonnare"), which contribute very positively to the rebuilding of tuna stocks, due to their high level of selectivity and low environmental impact in marine ecosystems, and which are valuable in scientific terms.'

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio concernente un piano pluriennale di ricostituzione del tonno rosso nell'Atlantico orientale e nel Mediterraneo e recante abrogazione del regolamento (CE) n. 302/2009. Il tonno rosso è la specie più importante regolata dalla Commissione internazionale per la conservazione dei tonnidi dell'Atlantico (ICCAT), di cui l'Unione europea è parte contraente e le cui decisioni, circa la conservazione e gestione della pesca, sono vincolanti per il diritto dell'Unione. Obiettivo della proposta consiste nel racchiudere in un regolamento una serie di misure adottate tra il 2012 e 2014, quali ad esempio misure tecniche sul trasferimento di tonni rossi vivi o disposizioni che riguardano

la dichiarazione delle catture, per così assicurare un'applicazione uniforme in tutta l'Unione europea e garantire pari condizioni a tutti gli operatori nel settore della pesca del tonno.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Per garantire che le nostre riserve di tonno rosso possano ripopolarsi è molto importante mantenere i limiti nelle quote dei pescherecci. Ho votato questa relazione perché sono d'accordo con il relatore circa la necessità di maggiore supervisione delle attività ittiche in modo da salvaguardare una parte importante dell'economia europea.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Wiederaufbau der Thunbestände ist ein wichtiges Anliegen. Dem Berichterstatter ist zuzustimmen, dass der Kommissionsvorschlag in einigen Fällen über das, was von der ICCAT beschlossen wurde, aber auch über das, was der EU-Gesetzgeber vorgesehen hat, hinausgeht. Jedoch sind nicht alle technischen Vorschläge des Berichterstatters zielführend. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in support of this report. The report outlines technical measures that aim to bolster tuna fish stock and ensure a level playing field for all stakeholders in the tuna fishing industry.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'UE est partie contractante à la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique (CICTA). En 2006, la CICTA a adopté un plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge, qui prendra fin en 2022.

Pour rétablir les stocks, le plan de reconstitution prévoit une réduction progressive du niveau du total admissible des captures de 2007 à 2011, des limitations de la pêche dans certaines zones et au cours de certaines périodes, une nouvelle taille minimale...

Compte tenu de l'évolution positive de l'état des stocks, la CICTA a décidé d'accroître légèrement le Total Admissible de Capture(TAC) à 15 821 tonnes, dont 9 372,9 tonnes allouées à l'Union, contre 13 400 tonnes en 2014.

Il s'agit ici de transposer dans le droit de l'Union les décisions de La CICTA en matière de conservation et de gestion des pêches dans sa zone de compétence. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Dans ce rapport, il est question d'une transposition de la convention ICCAT (Commission internationale pour la conversation des thonidés de l'atlantique). Le rapporteur souhaite défendre les prérogatives du Parlement européen en proposant la procédure de codécision, face à la Commission européenne qui demande la possibilité de faire des actes délégués.

Cependant, il y a quelques défauts dans ce rapport, comme l'attribution des quotas qui est défavorable à la pêche en Méditerranée. Néanmoins, d'autres modes de pêche traditionnels, comme la madrague, respectueux de l'environnement, devraient bénéficier d'un régime spécifique avantageux.

Par conséquent, j'ai voté favorablement.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável à proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que estabelece um plano plurianual de recuperação do atum-rabilho no Atlântico Este e no Mediterrâneo, que revoga o Regulamento (CE) n.º 302/2009.

A UE, Parte Contratante da Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico (ICCAT), adotou em 2006 um plano plurianual deste atum, que apenas termina em 2022.

O atum-rabilho é a espécie mais importante regulada pelo ICCAT. Todos os esforços são necessários para que o atum-rabilho continue a aumentar as suas unidades populacionais

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this plan because it helps rebuild the dwindling bluefin tuna population. The plan encourages more sustainable fishing practices such as restricting fishing within certain areas and within certain time periods, and using methods that have a low impact on the general marine ecosystem.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue l'adoption par le Parlement européen de sa position relative à la proposition de règlement sur un plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon dans l'Atlantique est et la Méditerranée. Ce règlement vise à intégrer dans le droit de l'Union les recommandations de la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique ayant pour objectif d'assurer la préservation des stocks de thons et donc la pérennisation des possibilités de pêche.

Les recommandations dont il est question dans ce rapport tiennent compte de l'évolution positive des stocks de thon qui a été observée ces dernières années et qui sont le résultat des mesures de gestion visant à assurer la durabilité de ces stocks. L'incorporation de telles mesures décidées sur la scène internationale dans le droit de l'Union est une étape cruciale permettant leur application uniforme au niveau européen et assurant ainsi la cohérence de la politique commune de la pêche.

En outre, je soutiens la demande du Parlement pour préserver les compétences de notre assemblée en matière de transposition dans le droit de l'Union des mesures décidées au sein des instances internationales de gestion des activités de pêche.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Komisia ICCAT prijala v roku 2006 plán na obnovu populácie tuniaka modroplutvého. Od prijatia plánu spravili európski rybári veľký kus práce, keď sa im zodpovedným prístupom k prijatým pravidlám a šetrným spôsobom lovu podarilo zvýšiť populáciu tuniaka modroplutvého na zdravú úroveň. Je nevyhnutné, aby tieto pravidlá dodržiavali aj rybári z krajín mimo EÚ, čím sa vyhneme výkyvom v raste populácie tuniaka modroplutvého. Takisto týmto považujem za dôležité poukázať na význam podpory tradičného spôsobu lovu pomocou pascí, ktoré boli používané v minulosti a ktoré chránia populáciu rýb a ekosystém. Využívaním týchto tradičných spôsobov sa zabráni zbytočne zvýšenému lovu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which aims at transposing into Union law measures of the bluefin tuna recovery plan in the Eastern Atlantic and the Mediterranean. The aim of this report is to transpose into Union law measures of the multiannual bluefin tuna recovery plan in the Eastern Atlantic and the Mediterranean adopted by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas (ICCAT) at its annual meetings between 2012 and 2014. In principle, I agree on the contents of the report, but there remain some reservations that go beyond the transposition exercise.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le constat fait est que les stocks ont été reconstitués. Le débat porte sur une simple transposition de la convention ICCAT (Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique). La Commission européenne voulant agir très vite, elle a demandé de pouvoir faire des actes délégués, mais le rapporteur défend la procédure de codécision, afin de défendre les prérogatives du Parlement européen. Certains problèmes ne sont pas résolus par ce plan: il existe notamment un fort gaspillage, via la technique qui consiste à envoyer des bateaux pour nourrir les thons avec des maquereaux. De même, quelques thoniers seulement profitent des stocks. La pêche artisanale est exclue, alors même que tout le monde prétend la défendre. L'attribution des quotas lui est toujours défavorable, notamment en Méditerranée. Toutefois, la Commission européenne, comme les députés de la commission Pêche, souhaitent protéger des modes de pêche traditionnels du thon rouge. Ces modes de pêche sont très sélectifs et donc respectueux de l'environnement. Ils devraient bénéficier d'un régime spécifique avantageux. Néanmoins, il sera voté en faveur de ce rapport.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A presente proposta visa assegurar uma aplicação uniforme e efetiva em toda a União Europeia de todas as medidas do plano de recuperação adotadas entre 2012 e 2014 pela Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico.

Subscrevo a posição do relator relativamente à qual a aplicação uniforme deve ter por princípio assegurar condições de concorrência equitativas para todos os operadores da pesca de atum, incluindo, fundamentalmente, os operadores de países terceiros. O relator alerta para o facto de que, caso se apliquem outras regras às frotas estrangeiras, todo o esforço envidado e as restrições aplicadas aos pescadores da União Europeia tenham sido em vão. Os operadores da União Europeia não devem ser penalizados com medidas mais severas do que as acordadas.

Subscrevo igualmente a posição do relator relativamente às especificidades das diferentes artes de pesca do atum. O papel das armações artesanais, como as armações tradicionais, na conservação das unidades populacionais e que, na aplicação do plano de recuperação, a União Europeia deve prestar especial atenção a estas armações tradicionais, que contribuem para a reconstituição das unidades populacionais de atum, dado que são extremamente seletivas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Il s'agit en l'espèce de transposer la convention sur la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique. Le rapport insiste sur le fait que la Commission aurait dû utiliser la procédure de codécision plutôt que d'agir par actes délégués.

Sur le fond, si certains problèmes persistent, notamment quant au fort gaspillage par la technique consistant à envoyer des bateaux pour nourrir les thons avec des maquereaux, ou encore le fait que la pêche artisanale soit exclue (puisque l'attribution des quotas lui est défavorable), la Commission européenne ainsi que la commission Pêche du Parlement européen souhaitent protéger des modes de pêche traditionnels du thon rouge respectueux de l'environnement (comme la madrague). J'ai donc décidé de voter pour ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as it transposes very well the decisions made at International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur le plan pluriannuel de reconstitution pour le thon rouge de l'Atlantique Est et de la Méditerranée. Il s'agit de transposer dans le droit de l'Union le plan adopté par la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique (CICTA), dont l'UE est partie contractante. Les mesures prévues en faveur de la reconstitution des stocks de cette espèce prévoient jusqu'en 2022 la limitation de la pêche dans certaines zones et à certaines périodes, une nouvelle taille minimale des prises, ainsi que le renforcement des mesures d'inspection.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport MATO sur le plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée. Ce rapport vise à transposer dans le droit de l'Union les mesures du plan pluriannuel de reconstitution pour le thon rouge de l'Atlantique Est et de la Méditerranée adopté par la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique (CICTA) entre 2012 et 2014. La CICTA est une organisation internationale chargée de la gestion des thonidés, à laquelle l'Union européenne est partie contractante.

Les recommandations de la CICTA sont des actes contraignants, qui doivent être transposés dans le droit de l'Union. Le plan de reconstitution de la CICTA prévoit les mesures suivantes, valables jusqu'en 2022: limitation de la pêche dans certaines zones et à certaines périodes, nouvelle taille minimale, mesures relatives à la pêche récréative, mesures relatives à l'élevage et renforcement des mesures d'inspection.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le rapport sur le plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée fait état des mesures du plan adopté par la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique. J'ai voté le report en commission pour permettre la négociation d'un trilogue.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La proposta della Commissione recepisce nel complesso le raccomandazioni dell'ICCAT, l'organizzazione regionale di gestione della pesca responsabile della gestione dei tonnidi e delle specie affini nell'oceano Atlantico e nei mari adiacenti, la quale ha adottato un piano pluriennale di ricostituzione del tonno rosso, la cui conclusione è prevista per il 2022. Concordo e sostengo la posizione del relatore che lo scopo del recepimento delle raccomandazioni dell'ICCAT è assicurare un'applicazione uniforme in tutta l'UE e non riaprire la discussione in merito a quanto deciso in seguito a lunghi negoziati. L'applicazione uniforme dovrebbe garantire condizioni paritarie per tutti gli operatori nel settore della pesca del tonno.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Ahogy azt már korábban számos alkalommal hangsúlyoztam, gazdasági kérdésekben a fenntartható fejlődésre kell a legnagyobb hangsúlyt helyeznünk az EU-ban! Ezen belül is kiemelten fontos a természeti erőforrásainkkal való felelősségteljes gazdálkodás. Az ICCAT által 2006-ban elfogadott többéves helyreállítási terv azért jött létre, hogy megállítsa tengereinkben a kékuszójú tonhal állományának további csökkenését, illetve annak mennyiségét egy fenntartható szinten tartsa. Támogatom azokat az intézkedéseket, amelyek ezeknek a céloknak az eléréséhez szükségesek, mint a területi, ill. időszaki halászati korlátozások és a teljes kifogható mennyiség csökkentése.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that aims to contribute to the rebuilding and conservation of tuna stocks, through fishing operations with low impact on marine ecosystems.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut, prin votul meu de astăzi, acest raport, deoarece încheie procedura de transpunere a celor mai noi măsuri privind planul multianual de refacere a tonului roșu adoptate în perioada 2012-2014 în cadrul Comisiei Internaționale pentru Conservarea Tonului din Oceanul Atlantic (ICCAT). Având în vedere că rezultatul ultimelor studii arată că stocurile de ton roșu își revin, mulțumită măsurilor din cadrul planului multianual 2006-2022, consider că este de datoria UE să contribuie la acest efort prin transpunerea în legislația europeană a acestor noi măsuri.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei der Umsetzung des Wiederauffüllungsplans soll die Europäische Union den traditionellen Tonnaren besondere Aufmerksamkeit schenken. Dieser selektive Wiederaufbau der Thunfischbestände unterstützt die äußerst wichtige Regeneration unserer Meeresökosysteme. Aus diesem Grund habe ich mich für diesen Bericht ausgesprochen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve le plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée. Ce plan pluriannuel prévoit un certain nombre de mesures de contrôle pour améliorer la surveillance et la mise en œuvre des restrictions sur les types d'engins de pêche qui peuvent être utilisés ou sur la façon et la saison pendant laquelle ils peuvent être déployés pour la pêche.

Ce plan pluriannuel permet ainsi de transposer en droit européen les recommandations adoptées par la Commission Internationales pour la Conservation des Thonidés de l'Atlantique (CICTA).

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesmärgiks on tagada tuunikala varude taastamiskava meetmete ühtne ja tulemuslik kohaldamine kogu ELis, integreerides need määrusesse.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – I voted against this, not because we do not want bluefin tuna numbers to recover, we do, but because the report, by adopting an international agreement, endorses the EU's right to operate the Common Fisheries Policy – a behavioural-economic, long-term catastrophe, especially for the UK.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Se in origine la politica comune della pesca faceva parte della politica agricola comune, nel corso dell'evoluzione comunitaria essa ha acquistato progressivamente un'identità distinta. Per tale ragione, facendo riferimento alla questione proposta dal relatore sul piano pluriennale di ricostituzione del tonno rosso e considerando che negli ultimi anni ha registrato una tendenza nettamente positiva, ritengo opportuna la proposta dell'Unione europea di recepirle nell'ordinamento europeo con un apposito regolamento. La produzione della pesca europea inoltre corrisponde circa al 3,3% circa di quella mondiale, dato da non sottovalutare per l'economia dei nostri paesi. Certo che l'Unione continuerà a impegnarsi in tal senso, voto positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Prijedlog Uredbe o višegodišnjem planu oporavka plavoperajne tune osigurava promicanje cilja zajedničke ribarske politike tj. reguliranje korištenja živih morskih resursa, pazeći pritom na održivo gospodarstvo, socijalne uvjete kao i na zaštitu okoliša. Potrebno je naglasiti kako je Unija dio Međunarodne komisije za očuvanje Atlantske tune (ICCAT) koja ima pravo usvojiti odluke koje se tiču očuvanja ribarstva i njegovog upravljanja, čime sve usvojene odluke čini obvezujućim.

Svrha ovog prijedloga jest uvođenje u zakonodavstvo Unije mjera donesenih u razdoblju 2012. do 2014. godine temeljem Višegodišnjeg plana oporavka plavoperajne tune u istočnom Atlantiku i Sredozemnom moru, koje su usvojene od strane ICCAT-a.

Plan sadrži regulaciju tehničkih mjera koje bi pomogle u ostvarenju krajnjega cilja, mjere poput regulacije transporta i korištenje stereoskopske kamere u svrhu praćenja količine ulova. U ovom prijedlogu također uvode se odredbe koje daju ovlasti Komisiji da donosi delegirane akte sukladno članku 290. Ugovora o funkcioniranju Europske unije.

Smatram kako zaštita plavoperajne tune može pozitivno utjecati na morski svijet, održivost izlova i oporavka vrste kako bi se zajamčilo dugoročno gospodarsko korištenje te vrste, štitilo ribarstvo te ribari koji ovise o ulovu plavoperajne atlantske tune.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Les stocks ont été reconstitués. Le débat porte sur une simple transposition de la convention ICCAT (Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'atlantique). La Commission européenne voulant agir très vite, elle a demandé de pouvoir faire des actes délégués mais Gabriel Mato défend la procédure de codécision, afin de défendre les prérogatives du Parlement européen.

Certains problèmes ne sont pas résolus par ce plan, notamment un fort gaspillage, via la technique qui consiste à envoyer des bateaux pour nourrir les thons avec des maquereaux. De même, quelques thoniers seulement profitent des stocks; la pêche artisanale est exclue, alors même que tout le monde prétend la défendre. L'attribution des quotas lui est toujours défavorable, notamment en Méditerranée.

Toutefois, la Commission européenne comme les députés de la commission pêche souhaitent protéger des modes de pêche traditionnels du thon rouge, tels que la Madrague. Ces modes de pêche sont très sélectifs et donc respectueux de l'environnement. Ils devraient bénéficier d'un régime spécifique avantageux. J'ai donc voté pour ce rapport.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Il piano pluriennale di ricostituzione del tonno rosso, adottato nel 2006 dalla Commissione internazionale per la conservazione dei tonnidi dell'Atlantico (ICCAT), di cui l'Unione europea è parte contraente, sta dando i suoi frutti. Dal 2008 gli stock di tonno rosso hanno ripreso a crescere e, secondo gli esperti, dal 2014 si trovano a livelli ottimali di abbondanza. Così, dopo anni di duri sacrifici per i pescatori europei, che hanno dovuto accettare severe limitazioni del totale ammissibile di catture (TAC), nel 2014 si è deciso un aumento del TAC del 20% per i tre anni successivi. Accolgo con favore la proposta della relazione di includere in un regolamento tutte le misure del piano di ricostituzione adottate al fine di assicurare la loro uniforme ed efficace attuazione nell'intera UE. Altresì importante mi pare la necessità di garantire condizioni paritarie per tutti gli operatori nel settore della pesca del tonno. Infine, esprimo la mia soddisfazione per l'approvazione dell'emendamento che chiede agli Stati di distribuire le quote per la pesca del tonno in maniera più equa, non solo a favore dei grandi armatori, ma anche dei piccoli pescatori che adottano tecniche di pesca sostenibili.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam prijedlog uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o višegodišnjem planu oporavka plavoperajne tune u istočnom Atlantiku i Sredozemnom moru i o stavljanju izvan snage Uredbe (EZ) br. 302/2009. Međunarodna komisija za očuvanje atlantskih tuna (ICCAT) ima ovlasti donijeti odluke vezane za očuvanje ribarstva. Ti akti imaju obvezujuću snagu, te su dio prava EU-a.

2006. ICCAT je donio višegodišnji plan oporavka plavoperajne tune s ciljem oporavka vrste kroz smanjenje dopuštene razine ulova. Plan uvodi postupno smanjenje dopustivog ulova te mjere vezane za područja i period ulova. Prije plana dopustiv ulov je bio oko 33000 tona, postupno je smanjen te je 2012. godine dosegao 12 900 tona. Mjera se pozitivno odrazila na zalihu vrste te je 2013. dosegao 13 400 tona. Održivo ribarstvo je jedan od temeljnih principa kojeg se moramo pridržavati, provodeći pritom ravnopravnu distribuciju dostupnih kvota.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam nacrt zakonodavne Rezolucije kolege Gabriela Mate o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o višegodišnjem planu oporavka plavoperajne tune u istočnom Atlantiku i Sredozemnom moru i o stavljanju izvan snage Uredbe (EZ) br. 302/2009.

Radi jasnoće, pojednostavnjenja i pravne sigurnosti potrebno je staviti izvan snage Uredbu (EZ) br. 302/2009. Određene odredbe Uredbe (EZ) br. 302/2009 zastarjele su, posebno s obzirom na to da su sada obuhvaćene drugim aktima Unije, i potrebno ih je izbrisati. Ostale je odredbe potrebno ažurirati u svrhu iskazivanja promjena u zakonodavstvu.

Cilj prijedloga jest prenijeti u pravo Unije mjere višegodišnjeg plana oporavka plavoperajne tune (BFT) u istočnom Atlantiku i Sredozemnom moru. Prošle je godine (2015.) prvi puta od uspostave plana oporavka plavoperajne tune 2006. godine znatno povećana ribolovna kvota određena Europskoj uniji (više od 9.372 tone). Posljedica je to znanstveno dokazane obnove fonda, što je rezultiralo dvadesetpostotnim ukupnim povećanjem kvote za izlov plavoperajne tune. Međunarodna komisija za zaštitu atlantskih tuna (ICCAT) zadovoljna je dosadašnjim nastojanjima i ostvarenim rezultatima oporavka tune no vrlo je važno i dalje slijediti znanstvene savjete i cjelokupni plan. ICCAT je i Hrvatskoj u 2015. povećao ulovnu kvotu za 71 tonu u odnosu na 2014., na 461,16 tona.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Nel 2006 l'ICCAT ha adottato un piano pluriennale di ricostituzione del tonno rosso, la cui conclusione è prevista per il 2022. I pescatori hanno compiuto notevoli sforzi per adeguare le loro catture a un totale ammissibile di catture (TAC) imposto dall'ICCAT, che nel 2014 è stato aumentato del 20% per i tre anni successivi (dal 2015 al 2017). Sforzi ricompensati perché la straordinaria ricostituzione degli stock di tonno rosso negli ultimi anni potrebbe giustificare la decisione da parte dell'ICCAT di anticipare al 2016 il TAC previsto per il 2017 (23.155 tonnellate). Inoltre, le raccomandazioni dell'ICCAT tengono conto delle specificità dei diversi attrezzi per la pesca del tonno, in particolare gli attrezzi tradizionali, più artigianali e sostenibili. Tali attrezzi hanno un impatto molto ridotto sugli ecosistemi marini in virtù del loro basso livello di consumo energetico e di catture accidentali. Ho votato a favore di questa proposta che mira a includere in un regolamento tutte le misure del piano di ricostituzione adottate tra il 2012 e il 2014 al fine di assicurare la loro uniforme ed efficace attuazione nell'intera UE. Ciò farà in modo che il recepimento delle raccomandazioni dell'ICCAT abbia un'applicazione uniforme in tutta l'UE e condizioni paritarie per tutti gli operatori nel settore della pesca del tonno.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le plan pluriannuel de reconstruction des stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée, car la pêche reste un enjeu central pour l'Union européenne et notre économie littorale et artisanale.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A presente proposta de regulamento visa transpor para o direito da União as medidas do plano plurianual de recuperação do atum-rabilho no Atlântico Este e no Mediterrâneo, adotadas pela Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico (ICCAT) nas suas reuniões anuais entre 2012 e 2014.

A ICCAT é a organização regional de gestão das pescas (ORGP) responsável pela gestão do atum e espécies afins no Oceano Atlântico e em mares adjacentes, e tem autoridade para adotar recomendações com carácter vinculativo, as quais devem posteriormente ser objeto de transposição para o direito da União.

A proposta aqui em causa contém medidas técnicas, relacionadas, por exemplo, com as operações de transferência e de enjaulamento do atum-rabilho vivo, a utilização de câmaras estereoscópicas para estimar as quantidades de atum-rabilho e de libertações, as exigências em matéria de declaração das capturas e a execução do programa de observação regional da ICCAT.

De um modo geral, o relator considera que a proposta consubstancia uma correta transposição das recomendações da ICCAT. Foram, no entanto, apresentadas alterações por forma a assegurar que as recomendações sejam objeto de aplicação uniforme e que a respetiva transposição permaneça uma competência conjunta do Parlamento e do Conselho.

Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – I voted against this, not because we do not want bluefin tuna numbers to recover, we do, but because the report, by adopting an international agreement, endorses the EU's right to operate the Common Fisheries Policy – a behavioural-economic, long-term catastrophe, especially for the UK.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O atum-rabilho é a espécie mais importante regulada pela Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico que, em 2006, adotou um plano plurianual de recuperação do atum-rabilho terminando em 2022.

Votei a favor deste relatório, que estabelece, atualmente, o total admissível de capturas em 15 821 toneladas, cabendo à UE 9 372,9 toneladas, considerando a sua importância para os pescadores da minha Região, os Açores.

Os pescadores têm envidado esforços consideráveis para ajustarem as respetivas capturas, cumprindo as condições estritas estabelecidas no plano. Por esse facto, e com vista a assegurar uma aplicação uniforme e efetiva em toda a União Europeia, a proposta contém medidas técnicas, incluindo também medidas sobre a utilização de câmaras ester-eoscópicas para estimar as quantidades de atum-rabilho e de libertações.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Segundo o relator, a recuperação observada nos últimos anos nas unidades populacionais de atum-rabilho justifica a decisão de antecipar para 2016 o TAC (Total Admissível de Capturas) previsto para 2017 (23155 toneladas), o qual permanecerá ainda muito abaixo da TAC vigente antes da entrada em vigor do plano de recuperação.

Mesmo assim, porque é algo penalizador para os pequenos pescadores, o grupo S&D conseguiu que uma alteração da sua autoria, destinada a salvaguardar os pequenos pescadores contra qualquer tipo de monopólio, fosse aprovada.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – A fin de asegurar su aplicación uniforme y efectiva en el conjunto de la UE, la presente propuesta tiene por objeto incorporar al ordenamiento de la Unión las últimas medidas, adoptadas entre 2012 y 2014, correspondientes al plan de recuperación del atún rojo adoptado por la Comisión Internacional para la Conservación del Atún Atlántico (CICAA).

Si bien la Comisión transpone correctamente las recomendaciones de la CICAA en la mayor parte de los casos, en ocasiones va más allá de lo decidido por esta y de lo previsto en la legislación de la Unión, no cabiendo penalizar a los operadores de la UE por medio de medidas más estrictas que las acordadas.

Sería incorporada al informe la enmienda socialista que exige un sistema de cuotas para el atún rojo justo con la pesca a pequeña escala. Se aborda además la ausencia del Parlamento Europeo en las negociaciones internacionales.

En definitiva, apoyo la iniciativa que revisa la reglamentación vigente en este ámbito, que estaba obsoleta con respecto a las recomendaciones de la CICAA de los últimos años, al tiempo que solventa algunos aspectos técnicos deficientes, por lo que fue tramitada con amplio consenso en el seno de la Comisión de Pesca del Parlamento Europeo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Hier, le Parlement européen a repris à son compte, la proposition de règlement intégrant toutes les mesures de reconstitution des stocks de thon rouge dans l'Atlantique Est et la Méditerranée adoptées entre 2012 et 2014.

Lors du vote en session plénière, nous avons également adopté à une large majorité un amendement du groupe demandant aux États membres de réexaminer «le système des quotas de pêche du thon rouge, qui pénalise les petits pêcheurs, afin de supprimer le monopole exercé actuellement par les grands armateurs et de favoriser des systèmes de pêche plus durables comme ceux de la pêche à petite échelle».

Avec ce vote, la commission de la Pêche du Parlement européen sera désormais en mesure de lancer des négociations avec le Conseil de l'UE sur ce dossier.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Visiškai pritariu Komisijos pasiūlytam planui. Netgi sakyčiau, Komisija siūlo pernelyg nuosakias priemones. Daugiametė menkai kontroliuojama žvejyba Atlante, Viduržemio jūroje bei kitur bagia priversti prie to, kad netrukus daugelį maistiniu požiūriu vertingų ir ekosistemoms reikalingų žuvų matysime tik vadovėliuose ir muziejuose. Laikas apiboti savo, o ypač – pramonės apetitus. Bent jau tam, kad turėtume ką žvejoti ateityje. Ir laikas mastyti apie aplinkai draugiškesnius ir atsakingesnius maisto šaltinius.

Tokia Saifi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui vise à transposer dans le droit de l'Union les mesures du plan pluriannuel de reconstitution pour le thon rouge de l'Atlantique Est et de la Méditerranée adopté par la Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'Atlantique (CICTA) lors de ses réunions annuelles entre 2012 et 2014.

En 2006, la CICTA a adopté un plan pluriannuel de reconstitution des stocks de thon rouge qui se terminera en 2022. Ces plans pluriannuels comportent un certain nombre de mesures techniques.

Le rapport insiste notamment sur la nécessité d'appliquer de manière uniforme les règles afin d'assurer l'égalité des conditions pour tous les opérateurs participant à la pêche du thon, dont, en particulier, les exploitants de pays tiers. En effet, les opérateurs de l'Union ne doivent pas être pénalisés en étant tenus d'appliquer des mesures qui seraient plus strictes que celles convenues au motif que la Commission n'est pas parvenue à imposer de telles mesures lors des négociations dans le cadre de la CICTA.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – Si bien no se ha votado, lo que votaríamos es poco más que la transposición a la legislación europea del plan de gestión del atún rojo que es producido por la CICA. No estamos de acuerdo con las cuotas que se asignan y consideramos que los Estados pueden hacer presionar a la Comisión y al Consejo para que la posición de UE en la CICA sea proponer la más alta posible en función del estado de la población de atún, dado que nuestras flotas pesqueras están en situación socioeconómica crítica.

Alfred Sant (S&D), in writing. – I qualify as follows my vote in favour. This proposal provides another opportunity to signal that beyond participating in international conservation efforts of fish stocks, and implementing agreed rules, the European Union has another duty: it has to safeguard the way of life and earnings of traditional fishing communities, especially in isolated or peripheral regions and where fishing activities are small scale, conducted by families. Applying to them the logic used to regulate corporations is wrong. Such a logic makes traditional fisheries appear not to be viable, when they are.

Speaking from the experience of Malta, this has needlessly disrupted the work of fishing communities and weakened the social fabric that kept them cohesive. In recent years, the traditional fishing community has been decimated. Quotas, new licences and rules were applied on its operations according to Union directives.

Aquaculture as a source of additional fish supplies is welcome. But economically and socially, it offers no compensation for the loss of traditional fishing. A new effort is needed to create a better framework for the operations of small scale, traditional fishermen. I would urge that this be given priority, before further losses of manpower and resources are experienced in the sector.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor del presente informe porque propone una estrategia de recuperación del atún rojo que involucra a las comunidades pesqueras que dependen de la explotación de dicho recurso pesquero. Son muchos los pueblos del sur de Europa que históricamente se han dedicado a la explotación del atún, y ellos son los principales interesados en la recuperación de su población. En este sentido, el informe incluye varias referencias específicas al arte de la almadraba y a la necesidad de protegerlo en el contexto de los planes de conservación y del reparto de las cuotas de esta especie, favoreciendo estas artes tradicionales antes que la explotación industrial que daña mucho más las poblaciones y que no están vinculadas a ningún territorio. Por la absoluta necesidad de recuperar esta especie tan importante y la necesidad de hacerlo con las comunidades que viven de la misma es por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), per iscritto. – Il nuovo piano di ricostituzione del tonno rosso mira a recepire nel diritto europeo alcune raccomandazioni adottate dall'ICCAT per una migliore gestione di questa preziosa risorsa ittica, presente nell'Atlantico orientale e nel Mediterraneo. Ho sostenuto la posizione del Parlamento in prima lettura in cui si riconosce la necessità di prestare maggiore attenzione alla pesca artigianale e ai tipi di attrezzi più sostenibili che contribuiscono al conseguimento degli obiettivi del piano, grazie al loro elevato livello di selettività e al loro contenuto impatto ambientale. Pur condividendo l'impostazione generale della proposta, avrei tuttavia ritenuto opportuno che fossero chiarite le misure di monitoraggio previste dal regolamento riguardo agli esemplari di tonno rosso catturati accidentalmente e confiscati dalle autorità degli Stati membri. Purtroppo, spesso l'interpretazione di tale misura si traduce nel sanzionare il pescatore per aver pescato seppur involontariamente degli esemplari di tonno. Mi auguro che su questo punto si proceda invece in un'altra direzione, stabilendo, ad esempio, i possibili usi del pesce confiscato. Ritengo, infatti, che a seguito dell'entrata in vigore dell'obbligo di sbarco, tale chiarimento garantirebbe una migliore attuazione delle nuove disposizioni.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – O relator, Gabriel Mato, realizou um trabalho importante e que remete para o Parlamento um conjunto de decisões que, como bem assinala, pertencem ao Parlamento. Isso, conciliado com a importância da proteção do atum-rabilho e do seu plano de proteção, levou-me a votar de forma favorável.

Quero reforçar que a alteração proposta pelos Socialistas & Democratas, em que também votei positivamente, acentua a importância de combater os monopólios na pesca. Apesar de a repartição interna das quotas da pesca ser uma prerrogativa dos Estados, cabe também à União Europeia empenhar-se em favorecer positivamente as pescas artesanais, como as praticadas em Regiões como os Açores e a Madeira. Caso continuemos a dar benefícios às grandes iniciativas, iremos estrangular a pesca de salto e vara, como a que se pratica nas Regiões Ultraperiféricas Atlânticas.

Reitero a necessidade de respeitar as recomendações científicas e de usar sem parcimónia o princípio da precaução. Na pesca do atum, continuam a ser utilizados demasiados dispositivos de agregação de pescado, sem que tenha havido um estudo de impacto ambiental sério.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – While I am in favour of making sure that our fish stocks are protected for future generations, I am against the EU acting like a State by trying to regulate in this area. Nation States should control their own waters and fish stocks.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Although my constituency has a very limited stake in the fisheries industry, being completely landlocked, I do believe that an organised approach for the industry is important for the conservation of this planet. I supported this legislative proposal as it has transposed quite well the decisions that were made at the International Commission for the Conservation of Atlantic Tuna; the proposal mostly contained technical measures relating to the transfer and caging operations of live bluefin tuna and catch controls for this species.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj vďaka prijatým opatreniam Európskej únie sa podarilo pomôcť obnoviť populáciu tuniaka modroplutvého, ktorého druh bol v Stredozemnom mori a Atlantiku ohrozený. Napriek pozitívnemu trendu, ktorý biomasa tuniaka modroplutvého od roku 2008 vykazuje, si však myslím, že ak chceme zachovať terajší uspokojivý stav, je nevyhnutné aj naďalej regulovať a kontrolovať lov tuniaka. Na druhej strane ma teší, že na základe spoľahlivých vedeckých údajov Regionálna organizácia v roku 2014 rozhodla o zvýšení celkového výlovu na nasledujúce tri roky (od roku 2015 do roku 2017) o 20 %. Podporila som návrh spravodajcu, aby sa správa opätovne vrátila do výboru, aby sa mohli uskutočniť ďalšie rokovania medzi Komisiou, radou a EP. Som presvedčená, že aj vďaka viacročnému plánu obnovy populácie tuniaka modroplutvého vo východnom Atlantiku a v Stredozemnom mori sa nám podarí úspešne splniť všetky ciele, ktoré sme si pre túto oblasť do roku 2022 vytýčili. Apelujem však na všetky zainteresované strany na jednotné a účinné uplatňovanie všetkých opatrení plánu obnovy a zabezpečenie rovnakých podmienok pre všetkých prevádzkovateľov zapojených do lovu tuniakov vrátane prevádzkovateľov z krajín mimo EÚ.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – EU je pogodbenica Mednarodne komisije za ohranitev tunov v Atlantiku (ICCAT) in Regionalne organizacije za opravljanje ribištva (RFMO). Ti dve organizaciji sta pristojni za upravljanje tuna in njemu podobnih vrst v Atlantskem oceanu in sosednjih morjih. ICCAT je tako pristojna za sprejemanje priporočil za ohranjanje ribištva, ki pa so obvezujoči in jih je treba prenesti v pravo EU.

Modroplavuti tun je najpomembnejša vrsta, ki jo ureja ICCAT. Leta 2006 je ta organizacija sprejela večletni načrt za obnovo staleža modroplavutega tuna, ki velja do leta 2022. Skupni dovoljeni ulov je pred sprejetjem načrta za obnovo staleža znašal 33.000 ton, leta 2012 pa je dosegel najnižjo raven 12.900 ton. To nakazuje na izjemno pozitivne rezultate omenjenega večletnega načrta.

Poročilo obravnava predlog uredbe, ki bi po vsej EU zagotovilo enotno in učinkovito izvajanje vseh ukrepov načrta za obnovo staleža. Predlog Komisije vsebuje predvsem tehnične ukrepe, kot so na primer ukrepi v zvezi z dejavnostmi prenosa in reje živega modroplavutega tuna v mrežasti kletki, zahteve o poročanju o ulovu in izvajanje regionalnega opazovalnega programa ICCAT.

Menim, da je enotno izvajanje priporočil ICCAT v celotni EU izjemno pomembno. Zaradi omenjenih razlogov sem na plenarnem zasedanju glasoval za sprejetje poročila.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso oggi voto favorevole sulla proposta di regolamento relativo al piano pluriennale di ricostituzione del tonno rosso nell'Atlantico orientale e nel Mediterraneo, al fine di garantire uno sviluppo più sostenibile dello stock e introdurre misure di sostegno alla pesca su piccola scala. Il regolamento è finalizzato a recepire nell'Unione le misure vincolanti di tutela e conservazione approvate a livello internazionale dalla Commissione internazionale per la conservazione del tonno atlantico (ICCAT) e contenute nelle raccomandazioni adottate nelle riunioni annuali nel 2012-2014. Sebbene il regolamento disciplini aspetti meramente tecnici, il tema della pesca del tonno rosso è particolarmente importante per l'Italia, dal punto di vista dei criteri di distribuzione delle quote tra i pescatori. Tali quote sono infatti decise in sede ICCAT ma distribuite a livello nazionale dai singoli Stati membri. Per questo ho votato a favore di un emendamento che invita gli Stati membri a rivedere il sistema di distribuzione delle quote di pesca del tonno rosso al fine di favorire gli operatori di pesca artigianale, che possono assicurare un sistema più sostenibile rispetto ai grandi armatori.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Europska Unija je dio Međunarodne ribarske komisije za očuvanje Atlantske tune (ICCAT) te dio Regionalne ribarske organizacije (RFMO) koja je zadužena za upravljanje tunom kao vrstom na području Atlantskog oceana i okolnih mora. Podržao sam ovaj prijedlog jer treba regulirati ulov tune (u ovom slučaju plavoperajne) koji je usvojen od strane ICCAT-a na godišnjim sastancima između 2012. i 2014. godine.

Interes je obnoviti zalihe tune. To podržavam na način da se ulov ograniči u određenom vremenskom razdoblju, na određenim mjestima, da se odredi količina ulova, ali da se ograniči ulov koji se koristi u rekreacijske svrhe. Ovo pravilo bi se trebalo primjenjivati na sve one koji se bave ulovom tune. Podržavam prijedlog ICCAT-a o korištenju tradicionalnih zamki jer takav način ulova ima neznatan utjecaj na morski ekosustav.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which will ensure the correct transposal into EU law of uncontroversial measures which were agreed at the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska unija je ugovorna stranka Međunarodne komisije za zaštitu atlantskih tuna (ICCAT). Shodno tome ICCAT je donio višegodišnji plan oporavka plavoperajne tune u istočnom Atlantiku i Sredozemnom moru u razdoblju 2006.–2022. Tuna je najvažnija vrsta regulirana ICCAT-om. Ribari su uložili značajne napore kako bi uskladili svoje ulove s odlukama donesenim 2006.

Podržavam ovaj prijedlog Europskog Parlamenta i Vijeća.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o vzpostavitvi večletnega načrta za obnovo staleža modroplavutega tuna v vzhodnem Atlantiku in Sredozemskem morju ter razveljavitvi Uredbe.

Večletni načrt, ki bi se zaključil leta 2022, določa kvote dovoljenega ulova modroplavutega tuna. Do sedaj so ribiči svoj ulov prilagodili dovoljenemu ulovu, s čimer je prišlo tudi do pozitivnega premika pri obnovi staleža.

Podpiram še dodatno povečanje dovoljenega ulova. To je pomembno zlasti za tiste ribiče, ki se ukvarjajo z ulovom modroplavutega tuna na tradicionalen način s tradicionalnimi pastmi, ki imajo zaradi nizke porabe energije in malo naključnega ulova omejen vpliv na morske ekosisteme. Ker so zaradi dosežene kvote morali prenehati z ulovom, so bili ribiči ogroženi.

Pozdravljam tudi jasno stališče poročevalca, da morajo biti predpisi in omejitve povsod upoštevani na enak način.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτως*. – Η πρόταση αποσκοπεί στη μεταφορά των μέτρων του πολυετούς σχεδίου αποκατάστασης του τόνου στον Ανατολικό Ατλαντικό και στη Μεσόγειο στο ευρωπαϊκό κεκτημένο, η οποία εγκρίθηκε από τη Διεθνή Επιτροπή για τη Διατήρηση του Τόνου του Ατλαντικού (ICCAT) κατά την ετήσια συνεδρίασή της μεταξύ 2012 και 2014.

Υπερψηφίσαμε την πρόταση καθώς περιλαμβάνει τεχνικά μέτρα όπως εκείνα που αφορούν τη χρήση στερεοσκοπικών καμερών για τον υπολογισμό των ποσοτήτων τόνου και μέτρα για τη μεταφορά των ζώντων αλιευμάτων τόνου, μέτρα που ευνοούν την ανάπτυξη της γαλαζίας οικονομίας και κυρίως διότι στηρίζει τους μικρούς ψαράδες και επιχειρήσεις της Μεσογείου που εξαρτώνται από την αλιεία τόνου.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Capturile de ton roșu reprezintă una dintre componentele semnificative ale activității de pescuit a statelor membre în apele Oceanului Atlantic și Mării Mediterane. Reglementarea lor unitară la nivelul Uniunii Europene contribuie la refacerea stocurilor și la menținerea unui nivel adecvat de utilizare economică.

UE este parte contractantă a Comisiei Internaționale pentru Conservarea Tonului din Oceanul Atlantic (ICCAT), organizație regională de gestionare a pescuitului tonului și a speciilor asemănătoare din Oceanul Atlantic și din mările adiacente, drept pentru care trebuie să aplice deciziile acesteia.

Având în vedere evoluția pozitivă a stocurilor în ultimii ani, ICCAT a decis în 2013 o creștere ușoară a cotei alocate statelor membre. Aceasta trebuie însă transpusă în mod corespunzător de către Comisie pentru a garanta condiții echitabile tuturor operatorilor angajați în pescuitul de ton și, în special, operatorilor din țări terțe. Cotele stabilite ar trebui să încurajeze micii pescari, care sunt dezavantajați în prezent și care sunt o garanție suplimentară pentru menținerea stocurilor la un nivel acceptabil. Parlamentul European trebuie să se implice în negocierea internațională a acestor cote, pe baza competențelor sale date de cetățenii europeni pe care îi reprezintă. Adoptarea documentului de față este un prim pas în direcția bună.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Le plan de reconstitution tient compte des spécificités des différents types d'engins. Lors de sa mise en œuvre, l'Union et les États membres devraient accorder une attention particulière aux activités de pêche artisanale et aux engins les plus artisanaux et les plus durables, tels que les madragues traditionnelles («almadrabas», «tonnare»), qui contribuent de manière très positive à la reconstitution des stocks de thon, en raison de leur niveau élevé de sélectivité, de leur faible incidence environnementale sur les écosystèmes marins et de leur importance d'un point de vue scientifique.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Mato report on the multiannual recovery plan for bluefin tuna in the Eastern Atlantic and the Mediterranean. The report aims at transposing measures recently adopted by the International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas to which the European Union is party. At the beginning of the 2000s, the bluefin tuna stock drastically dropped, leading to the adoption of a multiannual recovery plan to help rebuilding the stock. Those new measures include provisions on the catch reporting requirement, the fishing seasons and restrictions on the types of gear to be used.

In addition, I also supported the amendment calling for a review of the bluefin tuna fishing quota system in order to encourage sustainable fishing and enable the protection of small-scale fishermen against the monopoly of large vessel owners.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Ce rapport avait vocation à intégrer dans un même règlement toutes les mesures sur le thon rouge adoptées au niveau international depuis 2012. À noter que le traité confie au Conseil et à lui seul la fixation des quotas pour toutes les espèces, il n'était donc nullement question ici de négocier les quantités de captures autorisées.

Le rapport a permis d'acter la mise en œuvre de mesures de gestion et de contrôle particulièrement contraignantes, suite à la crise du thon rouge où nous avons vu chuter dangereusement la biomasse de l'espèce. Par exemple, des observateurs devront être embarqués sur tous les navires sans exception. Aujourd'hui le stock a retrouvé un niveau encourageant dans les eaux européennes et les instances scientifiques internationales ont autorisé l'augmentation des quotas en 2015. C'est la démonstration de l'efficacité des mesures de sauvegarde mises en œuvre jusqu'à présent.

Enfin nous avons voté à la quasi-unanimité un amendement de Plénière préconisant des quotas établis de manière équitable entre les pêcheurs artisans et les autres. Pour le thon rouge comme pour toutes les espèces, il est essentiel que la diversité des métiers de pêche soit préservée.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Pone Pirmininke, balsavau už pranešimą, nes paprastas tunas yra svarbiausia reglamentuojama rūšis. Siekiant atkurti tuno išteklius, numatytas laipsniškas leidžiamo sužvejoti kiekio mažinimas. Pateiktomis rekomendacijomis siekiama vienodo jų taikymo visoje ES, o ne diskusijų atnaujinimo dėl sprendimų, kurie jau buvo priimti po ilgų derybų. Svarbu tai, kad pasiūlymas apima technines priemones, tokias kaip gyvų paprastųjų tunų transportavimo operacijų taisyklės, o taip pat reikalavimus susijusius su žvejybos ataskaitų teikimu bei regioninio stebėtojo programos įgyvendinimu.

Šias nuostatas verta paremti.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o vzpostavitvi večletnega načrta za obnovo staleža modroplavutega tuna v vzhodnem Atlantiku in Sredozemskem morju ter razveljavitvi Uredbe (ES) št. 302/2009 sem podprla, saj menim, da ta vodi k še bolj enotnemu in učinkovitemu izvajanju vseh zastavljenih ukrepov na tem področju po vsej EU.

Mylène Troszczynski (ENF), par écrit. – Les stocks de thon rouge ont été reconstitués. Le débat porte sur une simple transposition de la convention ICCAT (Commission internationale pour la conservation des thonidés de l'atlantique).

Certains problèmes ne sont pas résolus par ce plan: il existe notamment un fort gaspillage, via la technique qui consiste à envoyer des bateaux pour nourrir les thons avec des maquereaux. De même, quelques thoniers seulement profitent des stocks; la pêche artisanale est exclue, alors même que tout le monde prétend la défendre.

L'attribution des quotas lui est toujours défavorable, notamment en Méditerranée.

Toutefois, la Commission européenne comme les députés de la Commission Pêche souhaitent protéger les modes de pêche traditionnels du thon rouge, tels que la madrague. Ces modes de pêche sont très sélectifs et donc respectueux de l'environnement.

Ils devraient bénéficier d'un régime spécifique avantageux.

Je vote donc pour.

Mihai Țurcanu (PPE), în scris. – Raportul referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind un plan multianual de refacere a stocurilor de ton roșu din Oceanul Atlantic de Est și din Marea Mediterană are ca obiectiv asigurarea unei aplicări uniforme și eficace a măsurilor recent stabilite de către Comisia Internațională pentru Conservarea Tonului din Oceanul Atlantic în vederea reconstituirii stocurilor de ton roșu.

UE face parte din ICCAT, aceasta având autoritatea de a adopta decizii pentru conservarea și gestionarea activităților de pescuit în zona sa de competență. În ceea ce privește refacerea stocului de ton roșu, ICCAT a luat măsuri precum reducerea treptată a nivelului capturii totale admisibile, restricții la pescuit în anumite zone și perioade, măsuri referitoare la activitățile de pescuit sportiv și recreativ, măsuri referitoare la capacitatea de creștere și de pescuit, precum și stabilirea unor cote la nivelul Uniunii Europene.

Până în prezent, deciziile luate în cadrul ICCAT au condus la o refacere spectaculoasă a stocurilor de ton roșu, iar în acest sens trebuie continuată aplicarea acestor măsuri pentru o refacere completă. Prin urmare, am votat în favoarea Planului multianual de refacere a stocurilor de ton roșu din Oceanul Atlantic de Est și din Marea Mediterană.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Az Európai Unió az Atlanti Tonhal Védelmére Létrehozott Nemzetközi Bizottság (ICCAT) szerződő fele, amely az Atlanti-óceánban és az azzal határos tengerekben élő tonhalfélék és tonhalszerű fajok kezeléséért felelős regionális halászati gazdálkodási szervezet (RFMO). Az ICCAT 2006-ban többéves, 2022-es lejáratú helyreállítási tervet fogadott el a kékúszójú tonhalra vonatkozóan. Az ICCAT-ajánlások átültetésének célja, hogy azokat egységesen alkalmazzák az EU egészében; és nem pedig az, hogy újból vitát nyisson olyan kérdésekben, amelyekről – gyakran minden szóra és vesszőre kiterjedő, hosszadalmas tárgyalások után – már döntés született. Szavazatommal támogattam a dokumentumot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), in writing. – I voted in favour as this is the transposition of international law and the report is faithful to the ICCAT plan.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Se trata de una propuesta de Reglamento que transpone al Derecho de la Unión Europea las medidas del plan de recuperación plurianual para el atún rojo del Atlántico oriental y el Mediterráneo, adoptado por la Comisión Internacional para la Conservación del Atún Atlántico (CICAA). Creo por lo tanto necesario votar a favor de dicho plan, aunque también es preciso destacar que el compromiso de la UE con estas reglas también ha de producirse por parte del resto de terceros países ya que, sin una aplicación uniforme de las medidas de la CICAA, estas no tendrán resultado.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque propone una estrategia de recuperación del atún rojo que involucra a las comunidades pesqueras que dependen de la explotación de dicho recurso pesquero. Son muchos los pueblos del sur de Europa que históricamente se han dedicado a la explotación del atún, y ellos son los principales interesados en la recuperación de su población. En este sentido, el informe incluye varias referencias específicas al arte de la almadraba y a la necesidad de protegerlo en el contexto de los planes de conservación y del reparto de las cuotas de esta especie, favoreciendo estas artes tradicionales antes que la explotación industrial que daña mucho más las poblaciones y que no están vinculadas a ningún territorio. Por la absoluta necesidad de recuperar esta especie tan importante y la necesidad de hacerlo con las comunidades que viven de la misma es por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit besluit omdat het herstelplan gericht is op de instandhouding en het optimale gebruik van de visbestanden in de Atlantische Oceaan en de Middellandse Zee, zodat we op termijn kunnen komen tot een duurzame visserij in Europa.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – As populações de atum-rabilho têm vindo a apresentar uma tendência positiva desde 2008. Em 2014, a Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico decidiu aumentar o TAC em 20% para os três anos subsequentes (de 2015 a 2017).

Pela nossa parte, acompanhamos a crítica a um sistema de quotas de pesca que penaliza a pequena pesca, mais sustentável, em benefício dos grandes armadores das principais potências pesqueiras europeias.

Importa reconhecer o papel das armações artesanais, utilizadas no Sul de Portugal, no Algarve, bem como o seu potencial e a sua seletividade, e importa também que os pescadores insulares que utilizam a arte do salto e vara, que hoje veem passar o atum-rabilho sem o poder pescar, vejam reconhecido o seu direito a pescar esta espécie.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Wiederaufbau der Thunbestände ist ein wichtiges Anliegen. Dem Berichtersteller ist zuzustimmen, dass der Kommissionsvorschlag in einigen Fällen über das, was von der ICCAT beschlossen wurde, aber auch über das, was der EU-Gesetzgeber vorgesehen hat, hinausgeht. Jedoch sind nicht alle technischen Vorschläge des Berichterstatters zielführend. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Como sabemos, España es un país con una gran tradición de pesca y consumo de atún rojo. Sin embargo, en vista de la alarmante reducción de esta especie en los últimos años, se decidió controlar su captura estableciendo cuotas límite de pesca en toda la UE.

Ante el éxito de estos planes plurianuales para el atún rojo, que han logrado que la especie haya crecido mucho más de lo esperado, creo que es plenamente lícito solicitar un aumento del límite de cuota de pesca de este ejemplar y apoyo plenamente este informe.

Además, también estoy muy de acuerdo en la necesidad de que la UE promueva un plan para uniformizar las condiciones en todos los Estados miembros a este respecto y, sobre todo, de aquellos países de fuera de la Unión Europea. De lo contrario, todos nuestros esfuerzos habrían sido en vano.

Asimismo, y para finalizar, defiendo que se tengan en cuenta las diferentes modalidades de pesca, atendiendo especialmente a las prácticas tradicionales que se utilizan en las almadrabas o en Canarias, pues siempre han realizado una pesca sostenible y, sin duda, se han visto negativamente afectadas por las limitaciones.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore del piano pluriennale di ricostruzione del tonno rosso nell'Atlantico orientale e nel Mediterraneo. La risoluzione contiene misure tecniche come quelle sulle operazioni di trasferimento e di messa in gabbia dei pesci vivi, include poi, le misure sull'uso di telecamere stereoscopiche per stimare i quantitativi di tonno rosso e i requisiti di dichiarazione delle catture. Sono particolarmente soddisfatto dell'approvazione della relazione, in modo particolare per la previsione di nuove quote di distribuzione. Il sistema fino ad oggi in vigore penalizzava in modo particolare i piccoli pescatori danneggiando la sostenibilità della pesca.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do Relatório sobre a proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que estabelece um plano plurianual de recuperação do atum-rabilho no Atlântico Este e no Mediterrâneo e que revoga o Regulamento (CE) n.º 302/2009, por considerar que a proposta da Comissão Europeia transpõe corretamente as recomendações da Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico (ICCAT).

A ICCAT adotou, em 2006, um plano plurianual de recuperação do atum-rabilho que previa uma redução gradual do nível dos totais admissíveis de capturas entre 2007 e 2011. A presente proposta visa integrar num único regulamento todas as medidas adotadas entre 2012 e 2014 pela ICCAT, baseadas no comprovado aumento do atum-rabilho desde 2008, o que se refletiu no gradual aumento do total admissível de capturas a nível internacional.

Contudo, é importante que o sistema de quotas do atum-rabilho seja revisto ao abrigo da nova proposta e que as recomendações da ICCAT sejam transpostas para o direito comunitário e aplicadas uniformemente em toda a UE, assegurando-se condições equitativas para todos os operadores que participam na pesca de atum-rabilho, nomeadamente para os pescadores de pesca artesanal.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Acompanhamos, em geral, as posições do relator. Acompanhamos igualmente a crítica a um sistema de quotas de pesca que penaliza a pequena pesca, mais sustentável, em benefício dos grandes armadores das principais potências pesqueiras europeias, pelo que votámos a favor da respetiva alteração.

Portugal não tem atualmente pesca extrativa de atum-rabilho. Nos Açores, apenas capturas acessórias na pesca de outros atuns são autorizadas. A quota portuguesa anual de Atum Rabilho, de 332 toneladas em 2016, é quase totalmente esgotada pelas armações existentes no Algarve. Justificava-se uma alteração desta situação, tendo em conta o contexto mais favorável no plano da conservação espécie, aumentando a quota nacional e reconhecendo aos pescadores açorianos, da arte de salto e vara, o direito de explorarem este recurso, agora mais abundante nas águas do arquipélago.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za sprejetje Poročila o predlogu o vzpostavitvi večletnega načrta za obnovo staleža modroplavutega tuna v vzhodnem Atlantiku in Sredozemskem morju ter razveljavitvi Uredbe (ES) št. 302/2009, saj bo s tem Evropska Unija izpolnila svoje pogodbene obveznosti, ki izhajajo iz mednarodnih pogodb z Mednarodno komisijo za ohranitev tunov v Atlantiku (ICCAT) in Regionalno organizacijo za opravljanje ribištva (RFMO).

Predlog uredbe bo po vsej EU zagotovil enotno in učinkovito izvajanje vseh ukrepov načrta za obnovo staleža modroplavutega tuna, ohranil preživetje te vrste ribe in omogočil kontroliran ribolov.

6.4. Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik (A8-0368/2015 - Werner Langen)

Dichiarazioni di voto orali

Richard Corbett (S&D). – Mr President, this report has covered a wide range of things linked to competition policy in its broadest sense and there is one issue which is highly topical at the moment, which is the competition faced in our steel sector by what looks like dumping from Chinese steel producers and which is, of course, a competition matter as well as a trade matter. The Commission some time ago proposed to strengthen our defence measures when facing a situation like this but, lo and behold, which is one of the countries that has been blocking that in the Council, which has been holding it up, which has been preventing us from taking more effective action? Why, the United Kingdom! The British Conservative Government is one of the culprits in allowing this situation to arise, without strengthening our hand in dealing with a situation like this.

That compounds their failure to take action nationally, which they, like other governments, could have done within the competition rules of the Treaty. They have failed to do so, and some of them seem tempted from time to time to do what they always do, which is to blame Brussels.

Krisztina Morvai (NI). – Bár nemmel szavaztam, a c) pont nagyon tetszik, és sajnos nagyon aktuális, főleg néhány poszt-szocialista országban. A versenypolitika önmagában az európai demokrácia megőrzésének egyik eszköze annyiban, amennyiben megelőzi, hogy a gazdasági és pénzügyi hatalom kevesek kezében összpontosuljon. Ez utóbbi azt jelenti, hogy kvázi feudális jellegű előjogok alapján az egymással összeolvadó gazdasági és politikai hatalomnak a birtokosai egymás között osztogatják például az európai uniós pénzeket és egyéb lehetőségeket. Ezzel szemben áll a valódi demokrácia, ahol polgárosodás van, és ahol olyan versenypolitikát tart fenn és kényszerít ki az állam, ahol a vállalkozóknak egyenlő esélyeik vannak, függetlenül attól, hogy milyen haveri körökhöz, baráti körökhöz, network-ökhöz tartoznak.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Eiropas Savienības konkurences politika ir zināmā mērā viena no izšķirošajām Kopienas mēroga nozarēm. Tā ietekmē ES ekonomisko attīstību, arī progresā sekmēšanu sociālajā sfērā un starptautiskās attiecības. Tirdzniecībā tai ir viena no svarīgākajām lomām. Bet efektīvākā līdzsvara atrašana starp patērētāju interešu aizstāvēšanu un uzņēmējdarbības klimata uzlabošanu iekšējā un ārējā tirgū ir tas mērķis, ko cenšas perspektīvā panākt šis ziņojums caur iekļautajām rekomendācijām, kas adresētas pirmām kārtām Eiropas Komisijai. Digitālās ekonomikas reformēšana, sociālās saliedētības sekmēšana, ciešāka sadarbības stimulēšana caur nacionālajām konkurences politiku realizējošām iestādēm, banku sektora lomas un nodokļu aplikšanas politikas racionalizēšana — ne tikai tas viss, bet arī efektīvāka antimonopolu patentu politika un daudz kas cits tika minēts šajā ziņojumā. Tas ir apsveicami. Visām šīm lietām jāpiedalās mūsu Savienības konkurences politikas īstenošanā, lai būtu iespējams garantēt gan mūsu iekšējo patērētāju interešu ievērošanu, gan iekšējo konkurenci. Paldies!

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, am votat diferit în acest raport față de Grupul ECR și aceasta pentru că eu cred că o concurență fiscală sănătoasă face parte din esența pieței unice a Uniunii. În acest moment, se estimează că evaziunea fiscală, fraudă fiscală și paradisurile fiscale ne costă pe noi, cetățenii Uniunii Europene, circa 1 000 de miliarde de euro în fiecare an. Practic, nu putem vorbi despre concurență atunci când unele firme plătesc taxe și alte firme nu plătesc taxe. Companiile trebuie împiedicate să-și trimită profitul în paradisuri fiscale și trebuie obligate să-l păstreze în țara sau țările în care au făcut acest profit, tocmai pentru a putea fi taxate. De asemenea, companiile care au sediul fiscal în paradisuri fiscale nu trebuie să fie lăsate să participe la licitații. Ne trebuie o bază de date comună, cu informații despre toate companiile din Uniune, tocmai pentru a le obliga să plătească taxe în Uniune, în țările Uniunii în care fac acești bani.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, dar ndóigh vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo agus tá a lán moltaí maithe ann agus má chuirtear i bhfeidhm iad cabhróidh siad linn san Aontas jabanna a choimeád agus jabanna a chothú amach anseo. Ba mhaith liom cúpla rud a rá faoi chuid de na leasaithe atá ann.

Níor vótáil mé ná mo chomhghleacaithe i bhFine Gael leis an ngrúpa i cúpla ceann. I leasú 76(3) agus leasú 89, staonamar sa vóta sin mar baineann sé le CCCTB agus ní aontaímid leis sin. Is dóigh liom gurb é dualgas an Bhallstáit, agus dualgas an Bhallstáit amháin, cúrsaí cánach a rialú. Freisin staonamar i vóta ar leasú 81(2) mar is dóigh liom go bhfuil an tAontas ag dul níos faide ná an tionscnamh BEPS de chuid OECD.

Ach, tá a lán moltaí maithe ann mar a dúras. Go háirithe, cuirim fáilte roimh na pointí faoi fheirmeoirí agus na praghsanna a fhaigheann siad ag geata na feirme agus an slabhra bia a eagrú amach anseo.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, according to the IMF, the share of world GDP taken up by the 28 members of the EU fell from 30% in 1980 to 17% in 2015. What accounts for that extraordinary shrinkage? It will not do to say that it is just developing countries catching up. You do not have any similar shrinkage or any equivalent one in North America or Australia or other advanced economies. I think we all know what the problem is, it is the over-regulation.

I am not just talking about job-destroying directives like the REACH directive, the AIFMD or the ham-fisted attempts at tax harmonisation and so on, I am talking about the institutionalised corporate lobbying which is based around raising barriers to entry and setting the rules in a way that favour the mega-banks and the multinational corporations and squeeze out their smaller competitors, thereby driving many wealth creators and entrepreneurs into exile if they want to succeed. As long as this system remains, the European Union economically is fated to continue its genteel decline.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, I welcome this report and have supported it and, in particular, it is noteworthy that Parliament supported paragraphs 104, 105, 106 and 107. As the rapporteur for an opinion on the unfair trading practices in the food supply chain, I think this will feed into our work with the Committee on the Internal Market and Consumer Protection on what proposals we might come forward with to solve the problem of unfair trading practices, and indeed help us to look at whether they are anti-competitive. I very much welcome that these are embedded in the document.

Diane Dodds (NI). – Mr President, I voted against this report while agreeing with the authors that we, as legislators, have a duty to promote an economic environment that is competitive. However, this should be one which allows businesses across Europe to enter new markets and which removes barriers to growth in national economies. I would like to deal with the issue of state aid specifically.

In Northern Ireland, the quarrying industry has been beset for many years by an investigation by the Commission into exemptions from the UK aggregates levy given to local operators. While it is positive that the Commission ruled that the majority of these were lawful, its decision to retrospectively collect a decade's worth of levy from those who extracted shale continues to loom large over the future of our industry. In counties Armagh, Down and Fermanagh specifically, this reality has the potential to put small quarry operators out of business. It is important to remember that these companies acted in good faith and are now facing penalties through no fault of their own. I have met with the Commissioner to highlight their plight, but it is important that this should never happen again and that companies can act in good faith.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, this report on competition policy contains many positive suggestions, and these include the issue of state aid in the financial sector, which can lead to the distortion of competition in this sector. Crucially, I agree with the statement in the report which says that 'care must be taken to ensure that regulation does not distort competition to the benefit of large banks'.

Indeed, in Ireland we have a situation in which, since the beginning of January this year there have been limits on the deposits that can be placed in credit unions. Credit unions are not-for-profit, member-owned financial institutions. A cap of EUR 100 000 is in place for those who want to invest in credit unions. Nonetheless, I believe the effect will be to freeze credit unions out of the mortgage market and limit their ability to compete on a level playing field. This, I believe, is anti-competitive, and such regulation is in conflict with EU competition policy. Finally, I welcome and strongly support the call for binding action in the food supply chain against retailers harming farmers and consumers. This is long overdue.

Steven Woolfe (EFDD). – Mr President, Milton Friedman once said that the greatest advances of civilisation, whether in architecture, painting, science, literature, industry or agriculture, have never come from centralised government. Well, here we are sitting in the European Union epicentre of centralised government: centralised in the Council, centralised by unelected Commissioners. And in competition – and this policy in particular – we see once more how this centralised government wants to take control of business and how it acts.

The EU has centralised currencies in the euro, and we now see the damage in the Eurozone and how much unemployment for young people exists. It has centralised rules and regulations, and we can see what the impact on trade of the European Union is. What we must take as a lesson from this is that the European Union should not be centralised any more. Give it back to the nation states and make them free to compete on the world stage.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Tra gli obiettivi dell'UE, assicurare una concorrenza leale e condizioni di parità tra tutte le imprese, assume senz'altro un ruolo chiave nella gestione e nel buon funzionamento del mercato interno. La relazione annuale del Parlamento illustra le iniziative e le decisioni più significative adottate dalla Commissione nell'applicazione del diritto di concorrenza, con lo scopo di apportare le necessarie migliorie a favore di consumatori e imprese. Nel testo presentato, sono stati correttamente trattati alcuni aspetti di rilievo, quali la necessità di prevenire l'eccessiva concentrazione di mercato o di sanzionare casi di abuso di posizione dominante. Pur ritenendo la relazione presentata ben incentrata sulle giuste priorità, ho deciso di astenermi auspicando un ulteriore e più incisivo intervento dell'UE in materia.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia ya que se ha logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, tales como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral (apartado 5), que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia (apartado 46), que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE (apartados 55-59 y 79), que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal o con las prácticas fiscales corporativas ilegales (apartados 62, 68-89) y, finalmente, que el Parlamento pueda codecidir en este último campo (apartado 110).

También se han introducido referencias útiles en el informe a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo se ha incluido en el informe, a propuesta de Jonás Fernández y de Ramón Jáuregui, una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener aspectos muy positivos, continúa desarrollando la concepción neoliberal de la economía que percibe el mercado como agente principal de la economía europea. El presente informe ha incluido numerosas enmiendas presentadas por mi Grupo y más aspectos de una importancia central para la economía europea: desde el respaldo a las decisiones de sancionar a las multinacionales que evaden impuestos, a la crisis originada con el fin de las cuotas lácteas o la investigación de las conexiones entre determinados exgobernantes y las grandes compañías eléctricas. Sin embargo, no se reconoce que los servicios de interés económico general deban ser proveídos por el Estado, se llama a la internacionalización de la contratación pública y del conjunto de la economía europea en clara referencia a la ATCI. Es por todo esto por lo que, pese a los importantes aspectos positivos, no he podido votar a favor del presente informe.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – By way of background information, this is an own-initiative report oriented to set the vision of the European Parliament on the implementation of competition policy by the General Directorate of Competition of European Commission. The Competition Working Group of the Economic and Monetary Affairs Committee drafts every year this report with its analysis of the actions taken during the past exercise and setting its main priorities for the next year.

There were some positive provisions contained within this report such as a focus on abuses of dominant positions and cartels. Moreover, there were progressive provisions in relation to addressing the issue of state aid particularly in the financial sector

However, there were many other provisions which overstepped the competitiveness of the EU, for example a call for a European legislative framework and also the focus on the introduction of the CCCTB. It was for these reasons, that I abstained on the report.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Ψήφισα υπέρ της ετήσιας έκθεσης για την Πολιτική Ανταγωνισμού διότι εκτιμώ ότι, σε γενικό επίπεδο, είναι αρκετά θετική και επισημαίνει όλα τα σημεία που χρειάζονται βελτίωση. Μαζί με συναδέλφους Ευρωβουλευτές από την Σοσιαλιστική Ομάδα, καταθέσαμε μία τροπολογία σχετικά με την ανάγκη στήριξης της βιομηχανίας αλουμινίου στην Ευρώπη, η οποία υποστηρίχθηκε σε ικανό βαθμό από τους υπόλοιπους συναδέλφους και εγκρίθηκε από την Ολομέλεια του Κοινοβουλίου.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die vorliegende Entschließung zum Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik im Jahre 2014 gibt der Kommission klare Leitlinien an die Hand, wie sich das Parlament die zukünftige Wettbewerbspolitik vorstellt. Vor allen Dingen begrüße ich, dass ein Schwerpunkt des Berichts sich für fairen Steuerwettbewerb in der EU einsetzt. Außerdem befürworte ich auch eine stärkere Rolle des Parlaments im Gesetzgebungsverfahren bei wettbewerbsrechtlichen Fragen, was somit eine breitere demokratische Grundlage schaffen kann. Aus diesen Gründen findet der Bericht meine volle Unterstützung.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Des problèmes importants tels que le dumping social, l'économie numérique, la cohésion sociale, les marchés publics, les télécommunications, les pratiques déloyales et illicites utilisées par le secteur bancaire sont soulevés dans ce texte.

Il est notamment demandé d'intégrer dans un instrument législatif des règles relatives aux amendes qui auraient un véritable impact dissuasif en cas d'ententes et de pratiques anticoncurrentielles.

Concernant les aides d'État apportées au système bancaire, elles ne devront plus exister après la mise en place de l'union bancaire et elles devraient être liées à des conditions d'octroi de crédits aux PME.

Les députés invitent à créer un cadre législatif pour l'Union européenne afin d'empêcher les distorsions de la concurrence à travers la planification fiscale agressive et l'évasion fiscale.

Bien que certaines observations soient justes, ce rapport va dans le sens de la création du marché unique. Je me suis donc abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I opposed this report because it calls upon the Commission to take action on matters which should be within the remit of Member States; it seeks to extend the power of a protectionist European Parliament into competition law.

However, a more pressing reason to oppose the report as a whole was that it calls for the introduction of a Common Consolidated Corporate Tax Base. Harmonisation across all 28 Member States is rarely in the interests of all, and specifically in the United Kingdom – which prides itself on being a good place to trade – this can only be bad for business.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui permet au Parlement européen de placer dans la commissaire Vestager son espoir d'une politique de concurrence de l'Union européenne qui sache garantir son rôle de premier plan pour faire respecter l'économie de marché et la concurrence en Europe et les faire progresser à l'échelon international, et pour éviter d'aboutir à une multitude d'exceptions sectorielles et nationales et de seuils d'exemption incontrôlables.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia ya que se ha logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, tales como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral (apartado 5), que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia (apartado 46), que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE (apartados 55-59 y 79), que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal o con las prácticas fiscales corporativas ilegales (apartados 62, 68-89) y, finalmente, que el Parlamento pueda codecidir en este último campo (apartado 110).

También se han introducido referencias útiles en el informe a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo se ha incluido en el informe, a propuesta de Jonás Fernández y de Ramón Jáuregui, una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Zoltán Balczó (NI), írásban. – A Gazdasági és Monetáris Bizottság által benyújtott jelentés felhívásokat és kéréseket fogalmaz meg a versenypolitikáról szóló 2014. évi értékeléssel kapcsolatban a Bizottság irányába. Hangsúlyozza többek között, hogy a hatékony és hiteles versenypolitika nem helyezheti előtérbe kizárólag a fogyasztói árak csökkentését, hanem tekintetbe kell vennie az európai gazdaság stratégiai érdekeit is, nevezetesen: az innovációs képességet, a beruházásokat, a versenyképességet és a fenntarthatóságot, a kkv-k, az induló és a mikrovállalkozások különleges versenyfeltételeit.

A jelentés tartalmaz az általam képviselt párt értékrendjével egyező és azzal ellentétes megfogalmazásokat is, amelyeket a tételenkénti szavazásnál ennek megfelelően értékeltem (elfogadás vagy elutasítás). A végszavazásom az elutasítás volt, mert a jelentés összességében annak az uniós versenypolitikának a jóváhagyása, amelyik a gyakorlatban a gyengébb tagállamok (a periféria) kárára van, hiszen nem tudnak versenyezni a lényegesen fejlettebb, gazdagabb centrumországokkal.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Malgré des constats assez justes – sur les dumpings sociaux, fiscaux et environnementaux – et quelques demandes qui vont dans le bon sens, je ne peux cautionner l'approfondissement du «marché unique européen».

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai approuvé ce rapport, qui souligne notamment la volonté de la commissaire Vestager de faire de la politique de la concurrence, en étroite collaboration avec le Parlement européen, un instrument important de la construction européenne et qui demande que la politique de concurrence renforce la cohésion sociale dans l'Union.

À cet égard, la commissaire vient de prendre une série de sanctions encourageantes en matière d'évasion fiscale opérée par de grandes entreprises. Il ne peut en effet avoir de construction européenne durable sans justice sociale et fiscale.

La résolution insiste également sur la nécessité, au travers de la politique de la concurrence, de lutter contre le dumping social et de promouvoir des normes du travail et environnementales élevées.

Il ne peut en effet s'agir de tenir un discours fondé uniquement sur la compétitivité et la productivité sans égard aux conditions de travail et aux droits des travailleurs.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – Il tema della concorrenza rappresenta uno degli aspetti più rilevanti della politica economica dell'Unione, strettamente legata alla concezione europea di economia sociale di mercato. La lotta ai monopoli, alle concentrazioni eccessive di potere economico e finanziario, è senza dubbio un elemento cruciale per il mantenimento di un sistema democratico efficiente, capace di tutelare i diritti e le prerogative di tutti i cittadini. Ho sostenuto con favore la relazione Langen nella convinzione che procedere verso un miglioramento della politica di concorrenza, significhi lottare contro il dumping sociale nel mercato del lavoro e contro l'evasione e la frode fiscale. Sostengo fortemente la posizione che richiama la necessità di conferire al Parlamento poteri di codecisione in materia di concorrenza, superando le disposizioni degli attuali trattati. Solo rafforzando gli spazi democratici sarà possibile perseguire con successo gli obiettivi dei prossimi anni: innovazione, sostenibilità, welfare, protezione delle condizioni di lavoro e tutela delle PMI.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – Me he abstenido en la votación del informe anual sobre la política de competencia del Parlamento Europeo. Este mantiene una visión globalmente neoliberal de la política de competencia, centrada en el mercado único y sin apenas referencias específicas a los distintos sectores económicos. Si bien dedica bastante espacio a la cuestión de los impuestos, no propone ninguna medida coercitiva para combatir la evasión o elusión fiscal. Algunas enmiendas presentadas por mi Grupo fueron sin embargo incluidas, como las referidas a los abusos en la distribución de alimentos o la competencia social a la baja. Considero que el informe no es muy negativo, pero seguimos sin compartir el enfoque general.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – Agradezco al ponente su labor con todos los grupos para poder aprobar este informe sobre la política de competencia de la Unión. He votado a favor del mismo ya que subraya la importancia de la política de competencia en la Unión. He apoyado el apartado que señala la necesidad de poner fin al dumping social y que en las decisiones de competencias se deba tener en cuenta el impacto social en regiones remotas o aisladas.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel sur la politique de concurrence de l'UE salue le rapport de la Commission sur l'importance de la politique de concurrence tout en demandant à ce que cette politique ne soit pas un frein à la compétitivité des entreprises et que l'objectif ne doit pas être uniquement la baisse de prix mais aussi la défense des intérêts stratégiques de l'UE.

Ce rapport parle notamment du dumping social, des pratiques déloyales ou illicites du secteur bancaire, des cas de position dominante (on parle d'intégrer les amendes dans un cadre législatif pour vraiment dissuader en cas d'ententes)...

On souligne aussi le problème de la concurrence fiscale déloyale entre les États. Les députés recommandent tout un arsenal de mesures comme par exemple la garantie qu'aucun bénéfice ne quittera l'UE sans être imposé. Contradiction quand on connaît le rôle des grandes banques et multinationales dans les affaires européennes et quand on ne fait rien de concret pour lutter contre les paradis fiscaux.

Malgré des observations intéressantes et de bonnes recommandations parfois, ce rapport veut toujours plus de saccage de notre industrie puisqu'il veut aller dans le sens du marché unique alors que nos économies sont trop différentes. Je me suis abstenue.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido quanto contenuto nella relazione del collega Langen sull'analisi della politica di concorrenza dell'UE. Non posso sostenere un testo che nei suoi passaggi fondamentali elogia l'attività della Commissione dipingendola quasi come infallibile. Per quanto riguarda il capitolo degli aiuti di Stato ritengo che l'Europa debba cambiare diametralmente direzione, le politiche sin ora attuate in merito hanno impedito agli Stati membri e ai nostri territori di fronteggiare le multinazionali di paesi terzi e di sostenere la produzione e l'industria europea; l'UE deve cambiare rotta e deve farlo in fretta abbandonando le politiche fallimentari fino a questo momento sostenute; per questi motivi mi sono espressa con voto contrario.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ned rösten.

Betänkandet bygger i grunden på EU:s marknadsliberala doktriner. Redan på utskottsnivå avlogs flera av GUE/NGL-gruppens ändringsförslag som avsåg att skärpta skrivningar t.ex. mot social dumping och kraftfulla åtgärder för att motverka transnationella företags skatteflykt.

Jag är för obligatorisk offentlig landspecifik rapportering av vinster och skatter och för ökad samordning och utbyte av information mellan medlemsländerna för att motverka storföretagens skatteflykt och aggressiva skatteplanering. Men jag motsätter mig förslag vars mål är att ge EU makt över skattepolitiken och på sikt beskattningsrätt.

Jag väljer därför att lägga ner rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia ya que se ha logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, tales como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral (apartado 5), que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia (apartado 46), que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE (apartados 55-59 y 79), que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal o con las prácticas fiscales corporativas ilegales (apartados 62, 68-89) y, finalmente, que el Parlamento pueda codecidir en este último campo (apartado 110).

También se han introducido referencias útiles en el informe a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo se ha incluido en el informe, a propuesta de Jonás Fernández y de Ramón Jáuregui, una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame Europos Parlamentas išreiškia nuomonę dėl metinės Europos Sąjungos konkurencijos politikos ataskaitos. 2014 m. konkurencijos politikos ataskaitoje Komisija pabrėžė, kad tai naujos pradžios Europai metai, kadangi Komisijos Pirmininkas J. C. Juncker naujosios kadencijos Komisijos įgaliojamajame rašte nurodė, kad ir konkurencijos politika turėtų būti „tinkamai prisidedama prie darbo vietų kūrimo ir ekonomikos augimo darbotvarkės įgyvendinimo, be kita ko, bendrosios skaitmeninės rinkos, energetikos politikos, finansinių paslaugų, pramonės politikos ir kovos su mokėsių vengimu srityse“. Naujosios ES konkurencijos politikos gairės tegalėjo būti pradėtos taikyti 2014 m. lapkričio mėn., todėl kyla lūkesčių, kad ateityje ne tik bus vystoma dabartinė

konkurencijos politika, bet ir persvarstyti prioritetai. Svarstant konkurencijos teisės klausimus iki šiol Europos Parlamentas dalyvauja tik pagal konsultavimosi procedūrą. Taigi jo įtaka, palyginti su Komisijos ir Tarybos, deja, ribota. Dėl šios priežasties Parlamentas jau ne kartą ragino pagal Lisabonos sutartį taikyti įprastą teisėkūros procedūrą ir konkurencijos teisei. Tai atrodo reikalinga, nes, pranešėjo nuomone, Komisija, kaip stiprius įgyvendinimo įgaliojimus turinti konkurencijos institucija, negali vienu metu nustatyti gairių formos teisinį pagrindą, o po to būti atsakinga už savo pačios gairių įgyvendinimą ir taikyti dideles pinigines sankcijas.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A versenypolitika fontos eszköz az egyes tagországok vállalatai esélyegyenlőségének megteremtéséhez. Továbbra is alapvetőnek tartom olyan intézkedések bevezetését, amelyek biztosítják, hogy valamennyi, harmadik országból behozott termék megfeleljen az Unió által alkalmazott és a világszerte védett környezetvédelmi, egészségügyi és szociális előírásoknak, hogy ezáltal meg lehessen óvni az európai ipari termelőket a tisztességtelen versenytől, illetve az európai lakosság egészségét a nem kívánt hatásoktól. Ennek egyik jellemző példája a méz esete, amelynek importja és átcsomagolása komoly kérdéseket vet fel ezen a téren.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Skupni notranji trg je ena največjih pridobitev EU, zato so pogoji za zagotavljanje svobodne konkurence na notranjem trgu ključni za njegov obstoj in delovanje. Eden izmed pogojev je prepoved sklepanja sporazumov in dogovorov med podjetji, ki ovirajo trgovino med državami članicami. To namreč lahko vodi v zlorabo prevladujočega položaja na trgu, zato je delo Evropske komisije na tem področju zelo pomembno, saj ta nadzira prevzeme in združitve podjetij v EU, ki vodijo ali lahko vodijo v znatno koncentracijo na trgu in s tem v prevladujoč položaj na trgu.

Temeljni cilj predpisov Unije o konkurenci je zaščititi konkurenco pred izkrivljanjem, saj konkurenca ni sama sebi namen, temveč pogoj za uresničitev prostega in dinamičnega notranjega trga in s tem zagotavljanja pogojev za učinkovito gospodarsko rast.

Predlagana resolucija, ki sem jo seveda podprl, torej ne predstavlja le odziva Parlamenta na ugotovitve Komisije, pač pa služi kot vodilo za reševanje aktualnih vprašanj in pripravo zakonodaje na tem področju. Iz predloga izhaja, da bo morala Komisija pogosteje obveščati države članice o nadzoru nad nedovoljeno državno pomoč in okrepiti nadzor nad digitalnim gospodarstvom. Vprašanja poštene konkurence tudi ne smemo ločiti od vprašanj izogibanja plačevanja davkov, t.i. nepoštene davčne konkurence, saj tudi ta povzroča izkrivljanje konkurence.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Garantire una *fair competition*, e dunque l'esistenza di una concorrenza leale alla base del mercato unico europeo, compreso quello – sempre più importante – digitale, è una delle precondizioni necessarie per il raggiungimento degli obiettivi generali della politica economica dell'Unione europea. Con la risoluzione votata oggi si mira a conferire nuovo slancio alla politica di concorrenza in Europa, ma anche ad ampliare le tutele verso il rispetto di essa. Occorre infatti rafforzare, in un'ottica sempre più coordinata a livello europeo e di crescente cooperazione tra le autorità nazionali antitrust, l'azione di contrasto verso pratiche fiscali passibili di generare effetti distortivi per il mercato. È necessario osteggiare la costituzione di cartelli e prevenire la formazione di posizioni dominanti sul mercato, in particolare quello digitale, che impone un ripensamento e un approfondimento della legislazione corrente in tale ambito. Anche gli Stati devono astenersi dall'attuare politiche fiscali potenzialmente dannose per la competitività e devono garantire eque opportunità di concorrenza. Solo in presenza di un'effettiva applicazione delle norme in materia può essere garantito un accesso equo e non discriminatorio al mercato, di cui possono giovare soprattutto le piccole e medie imprese e, in ultima istanza, tutti i consumatori europei.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Pozdravljam izvješće kolege Coferatia. Vrlo je važno osigurati pravedno jedinstveno tržište. Nadam se da ćemo skoro na europsku agendu uvrstiti i temu jednake kvalitete proizvoda u novijim i starijim državama članicama. Građani mi se svakodnevno žale na razlike i mislim da je nužno o tome govoriti na razini EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Même si ce rapport met en avant un certain nombre de dysfonctionnement (dumping social, marchés publics, pratiques déloyales des banques) qu'il conviendrait de rectifier, ou des suggestions intéressantes (amendes vraiment dissuasives, échange obligatoire et automatique d'informations sur les décisions fiscales anticipées, assiette commune de l'IS, imposition des bénéfices transférés hors de l'Union), il vise en revanche à accélérer la création du Marché Unique dont le résultat est le saccage de notre industrie par la mise en concurrence avec des économies à productivité supérieures.

Je vote donc contre les conclusions de ce rapport.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione sulla relazione annuale sulla politica di concorrenza dell'Unione europea perché ritengo che il mercato unico e la politica di concorrenza dell'UE rappresentino il fiore all'occhiello dell'Unione. Mi trovo particolarmente d'accordo con l'esortazione, rivolta alla Commissione, a porre fine al dumping sociale, che rappresenta un problema reale e pressante che deve essere risolto al più presto.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport rappelle avant tout, l'importance de la politique de concurrence au sein de l'Union européenne mais demande à ce que cette politique ne soit pas un frein à la compétitivité des entreprises. Une large partie de ce rapport aborde le problème des abus de position dominante, nuisibles à la libre concurrence entre les entreprises au sein marché unique. Le rapporteur souligne que l'instauration de sanctions financières plus conséquentes limiterait les ententes ainsi que les pratiques anti-concurrentielles. Enfin pour lutter contre le dumping fiscal au sein de l'Union, il est demandé d'introduire des échanges de données automatiques et obligatoires entre les États membres ainsi que la création d'une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés.

Bien que ce rapport tente de lutter contre le dumping fiscal et contre les abus de position dominante, nous considérons que les solutions avancées contribuent à renforcer le marché unique notamment à travers la création de l'Union bancaire. Or nous estimons que la perte de compétitivité dont sont victimes notre industrie et nos entreprises résulte en grande partie des politiques européennes qui mettent en concurrence des économies trop différentes.

Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea raportului referitor la raportul anual privind politica UE în domeniul concurenței deoarece consider că aceasta este un pilon de bază al economiei sociale de piață în Europa și un instrument esențial pentru buna funcționare a pieței interne a Uniunii.

În domeniul concurenței, Uniunea Europeană și-a câștigat o poziție vizibilă și respectată pe scena internațională. Această reprezentare independentă și unitară pe plan extern, bazată pe competențe clar definite îi permite Uniunii să își etaleze adevărata putere politică, demografică și economică.

Având în vedere provocările erei digitale, instrumentele prevăzute de legislația actuală în domeniul concurenței trebuie revizuite în profunzime. În același timp, sunt de părere că sunt esențiale garantarea unor condiții de concurență echitabile pe piața digitală și combaterea abuzurilor legate de poziția dominantă și de optimizarea fiscală, fapt care, în final, va aduce beneficii consumatorilor.

Salut faptul că normele în materie de concurență și-au dovedit utilitatea de-a lungul multor ani de experiență administrativă din partea Comisiei, fiind dezvoltate în continuare și consolidate în jurisprudența instanțelor europene, astfel încât în prezent putem spune că sunt larg recunoscute și stabile.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. In materia di aiuti di Stato, il testo a firma dell'on. Langen non si discosta minimamente dai precedenti. Eppure quella degli aiuti di Stato, a detta di molti, è una delle politiche che più di tutte hanno impedito agli Stati membri di fronteggiare multinazionali di paesi terzi, o sostenere la produzione e l'industria europea. Invece, il perdurare di visioni liberali classiche, poco adatte ai nostri tempi e alla crisi in atto, sta sicuramente incidendo nel creare una situazione di crescita assai inferiore a quella di ogni altra area economica mondiale.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Tratatul privind funcționarea Uniunii Europene cuprinde la articolele 101–109 norme obligatorii privind concurența pe piața internă, bazate pe o economie de piață deschisă liberei concurențe. Politica Uniunii Europene în domeniul concurenței este un pilon de bază al economiei sociale de piață în Europa, constituindu-se într-un mijloc de protejare a democrației europene, controlând și limitând practicile comerciale neloiale asociate cu monopoliurile și poziția dominantă pe piață, aducând în același timp avantaje consumatorilor, întreprinzătorilor și lucrătorilor, încurajând creșterea economică și inovarea, creând astfel cadrul în care fiecare persoană să aibă o șansă echitabilă de succes.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la raportul anual privind politica UE în domeniul concurenței. Consider totodată deosebit de importantă conferirea prerogativelor de codecizie în politica în domeniul concurenței, mai ales când este vorba de principii fundamentale și orientări legislative cu caracter obligatoriu.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia ya que se ha logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, tales como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral (apartado 5), que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia (apartado 46), que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE (apartados 55-59 y 79), que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal o con las prácticas fiscales corporativas ilegales (apartados 62, 68-89) y, finalmente, que el Parlamento pueda decidirse en este último campo (apartado 110).

También se han introducido referencias útiles en el informe a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo se ha incluido en el informe, a propuesta de Jonás Fernández y de Ramón Jáuregui, una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Chaque année, le Parlement européen réalise un rapport sur la politique de concurrence de l'Union. Dans une Europe sans frontière, il est important que chacun respecte les mêmes règles. La concurrence au sein de l'Union et avec ses partenaires extérieurs doit être loyale. Il faut à tout prix éviter les distorsions de la concurrence telles que les cartels, les situations monopolistiques et les aides d'État.

La Commission européenne a le devoir de faire respecter les règles de concurrence à tous les États membres et à toutes les entreprises qui exercent leurs activités au sein de l'Union ainsi que de les sanctionner en cas d'abus. À travers ce rapport j'ai pu réitérer mes positions en faveur de l'harmonisation fiscale et de la lutte contre le dumping social.

J'ai également rappelé à la Commission l'importance d'examiner le comportement des distributeurs et leurs interactions au niveau national et au niveau européen. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione annuale sulla politica di concorrenza dell'Unione europea. La politica di concorrenza dell'Unione europea rappresenta uno dei pilastri fondamentali dell'economia sociale di mercato in Europa ed è uno strumento essenziale per il funzionamento del mercato interno dell'Unione. La relazione ha sottolineato quanto sia importante, per un'efficace e credibile politica europea di concorrenza, la capacità di innovare, la creazione di condizioni favorevoli per le PMI, le *startup* e le microimprese, la sostenibilità e la promozione di elevati standard ambientali. Con questa relazione, il Parlamento ha espresso alla Commissione europea la necessità di continuare a lavorare per porre fine al dumping sociale, con una particolare attenzione alle regioni remote o isolate. Considerati tutti questi elementi, ho deciso di votare a favore di questa relazione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – By way of background information, this is an own-initiative report oriented to set the vision of the European Parliament on the implementation of competition policy by the General Directorate of Competition of European Commission. The Competition Working Group of the Economic and Monetary Affairs Committee drafts every year this report with its analysis of the actions taken during the past exercise and setting its main priorities for the next year.

There were some positive provisions contained within this report such as a focus on abuses of dominant positions and cartels. Moreover, there were progressive provisions in relation to addressing the issue of state aid particularly in the financial sector

However, there were many other provisions which overstepped the competitiveness of the EU, for example a call for a European legislative framework and also the focus on the introduction of the CCCTB. It was for these reasons, that I abstained on the report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The European Parliament's Report on the EU's Competition Policy encourages the harmonisation of taxation across the EU – for this reason, and to defend tax sovereignty, UKIP voted against the Report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione riguarda l'andamento della politica della concorrenza nell'Unione europea. La relazione presenta punti interessanti, tra i quali il riferimento all'introduzione di una base imponibile comune per l'imposta sulle società, la richiesta di un rafforzamento delle politiche volte ad incoraggiare le denunce di violazione e l'invito ad andare oltre le proposte presentate nel progetto OCSE onde evitare ogni forma di concorrenza fiscale dannosa nel mercato interno. Del tutto condivisibile anche l'invito alla Commissione di esaminare con attenzione la posizione dominante sul mercato di Google e altre piattaforme internet. La relazione tuttavia presenta anche notevoli criticità. Oltre ad appoggiare in maniera eccessiva il lavoro svolto sinora dalla Commissione, la relazione non esorta abbastanza quest'ultima a un rafforzamento dei propri poteri sanzionatori e di inchiesta. Anche il tema della trasparenza non viene affrontato in maniera esaustiva e non vi è alcuna proposta relativa a una revisione della disciplina sugli aiuti di Stato, temi questi ritengo entrambi fondamentali. Per queste ragioni ho preferito astenermi.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it gives a realistic assessment of state of play of the EU Competition policy. However, I could not agree with several paragraphs calling for investigation of Google related to the use of Android systems in mobile devices or accommodation booking engines. I believe we should respect the independence of the competition authorities. They must be free to act independently and should not take actions based on political pressure.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Η συνθήκη για τη Λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης (ΣΛΕΕ) περιλαμβάνει στα άρθρα 101 έως 109 δεσμευτικούς κανόνες για τον ανταγωνισμό στην κοινή εσωτερική αγορά, η οποία βασίζεται σε μία ανοικτή οικονομία με ελεύθερο ανταγωνισμό. Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε ότι η πολιτική ανταγωνισμού μπορεί να συμβάλει στην επίτευξη των στόχων του θεματολογίου για την απασχόληση και την ανάπτυξη, μεταξύ άλλων σε τομείς όπως η ψηφιακή εσωτερική αγορά, η ενεργειακή πολιτική, οι χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες, η βιομηχανική πολιτική και η καταπολέμηση της φοροδιαφυγής. Όμως, εκφράζουμε την διαφωνία μας στην πρόταση για κοινό εταιρικό φορολογικό συντελεστή για τα κράτη μέλη. Τούτο παραβιάζει τη βασική αρχή της ελεύθερης άσκησης οικονομικής πολιτικής.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Το σημερινό ψήφισμα σχετικά με το πόρισμα της Επιτροπής Οικονομικών και Νομισματικών υποθέσεων αποτελεί τμήμα μιας πολύ σημαντικής διαδικασίας διότι αναφέρεται στην ανταγωνιστικότητα που επηρεάζει σε μεγάλο βαθμό τις οικονομικές δραστηριότητες εντός της ευρωπαϊκής επικράτειας. Μολονότι οι προτάσεις του εισηγητή αποτελούν μια θετική βάση, θεωρώ εντούτοις ότι δεν είναι πλήρεις και ότι δεν θίγουν όλα τα σημαντικά ζητήματα με στόχο το όφελος των ευρωπαίων πολιτών. Υπό αυτό το πρίσμα, δεν μπορώ να δεχθώ ότι η προσπάθεια που έγινε είναι επαρκής και για αυτόν το λόγο αποφάσισα να απέχω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho appoggiato il provvedimento. La relazione elogia il lavoro della Commissaria Vestager per la cooperazione con il Parlamento europeo e chiede un maggiore coinvolgimento del Parlamento nella politica di concorrenza. La relazione evidenzia come le decisioni in materia di concorrenza debbano tenere in considerazione l'impatto sociale nelle aree periferiche e più isolate del territorio europeo. Infine si richiede alla Commissione una maggiore trasparenza nei procedimenti di infrazione a carico di società private.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il testo licenziato dalla Commissione ECON non mi sembra perfetto, e infatti c'è stato bisogno di rimaneggiarlo un po' con gli emendamenti e la lista di voto, ma fondamentalmente ho votato a favore di questa relazione perché ho visto in prima persona come la Commissaria Vestager sia molto attenta alla dimensione politica delle sue decisioni e se da un lato non esce dal settore delimitato dalle norme, dall'altro ha quella ragionevolezza che non ti aspetti da una Commissaria, soprattutto se arriva da un paese dell'Europa del Nord. Brava Commissaria, e congratulazioni per il modo in cui conduci questo comparto chiave della politica europea.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The report commends Competition Commissioner Vestager for good cooperation with the European Parliament, and meantime explicitly demands greater involvement of Parliament in competition matters through the ordinary legislative procedure. The report states for the fifth consecutive time that the temporary state aid in the financial sector was necessary for the stabilisation of the global financial system but must be quickly reduced or totally removed and scrutinised as a result of the completion of the Banking Union. It calls on the Commission to put a stop to social dumping, and emphasises that competition policy decisions must take particular account of the social impact in remote or isolated regions. According to the report, the existing rules, related to competition policy infringements, on fines to be imposed on legal persons for infringements must be supplemented by ongoing penalties against the natural persons responsible. It calls on the Commission to incorporate the rules on

finances, for example those imposed in cartel proceedings, into a legislative instrument. Concerning the digital economy, the report notes that the original market models of the competition policy may be inappropriate for the digital economy, and the use of price-based indicators in this dynamic economic sector often fails to achieve the desired outcome.

That is why I have voted for this report.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – The European Parliament's Report on the EU's Competition Policy encourages the harmonisation of taxation across the EU – for this reason, and to defend tax sovereignty, UKIP voted against the Report.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A política de concorrência constitui, desde sempre, um instrumento para uma economia saudável, com benefícios para os consumidores, e não um instrumento em si mesmo. No entanto, como bem assinala o relatório, a política de concorrência deve ser encarada como um instrumento transversal com impactos sociais, na consolidação do mercado interno, na criação de um mercado único digital ou na solidez do sistema bancário.

O Relatório anual para 2014 avalia também a política de concorrência à luz dos compromissos feitos pelo Presidente Juncker e a Comissária Vestager. O relatório aponta que, logo no primeiro ano, a Comissão agiu em todas as áreas prometidas. Nomeadamente, no domínio digital, como no que respeita às práticas abusivas das grandes multinacionais, ou ao nível das ajudas de Estado com prejuízos para os contribuintes.

No entanto a atuação da Comissão não foi sem falha e há larga margem para melhorias. Destaco a transparência dos procedimentos e a necessidade de envolver genuinamente o Parlamento no desenvolvimento dos instrumentos reguladores que, em alguns casos, são autênticas medidas legislativas e, por isso, extravasam a competência de implementação que pertence à Comissão Europeia.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione di iniziativa del Parlamento. La concorrenza dell'Unione europea resta una politica di fondamentale importanza, soprattutto in questa fase nella quale bisogna rafforzarla per ottenere maggiori valori di crescita e occupazione. Nello specifico, mi preme precisare il bisogno di coinvolgere maggiormente il Parlamento europeo nelle questioni relative alla concorrenza, come pure la necessità che la Commissione tenga conto dell'impatto sociale delle sue decisioni, ancora di più nelle regioni remote e isolate, integrando le sanzioni verso le persone giuridiche anche alle persone fisiche responsabili, per rendere più efficace la funzione sanzionatoria. Inoltre, è importante valutare in maniera più severa le pratiche fiscali sleali degli Stati membri.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The report demands greater involvement of the EP in competition matters through the ordinary legislative procedure. I am in favour of competition and support most of the report, but I disagree that competition needs the introduction of CCCTB especially when the economy of states is naturally not on a level playing field. Moreover, state aid for islands needs to be reviewed especially due to the obstacles that their economy faces.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione analizza gli aspetti relativi alla concorrenza nell'UE. Nel testo sono presenti molti spunti ampiamente condivisibili per prevenire l'eccessiva concentrazione di mercato, l'abuso di posizione dominante e i cartelli. Di particolare importanza il riferimento al caso Google e alle altre piattaforme internet. Diversi accenni sono inoltre fatti alle politiche di concorrenza necessarie nell'ambito dei mercati finanziari, in questo caso non vi sono da segnalare punti controversi. Interessanti e meritevoli di supporto anche le parti relative alla *whistleblower policy*, alla CCCTB, alla BEPS e al lavoro della commissione TAXE e il riferimento al caso Luxleaks e alla necessità di avviare al più presto il *country by country reporting*. Buon testo, non sbilanciato, che rispecchia priorità che sono anche le nostre. Tuttavia, passi avanti potrebbero essere fatti sul piano della trasparenza attraverso un maggiore *reporting* al Parlamento europeo. La relazione poteva essere più ambiziosa per quel che riguarda la modifica della legge sugli aiuti di Stato che, a mio parere, dovrebbe essere rivista. Per questo motivo ho deciso di astenermi.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener aspectos muy positivos, continúa desarrollando la concepción neoliberal de la economía que percibe el mercado como agente principal de la economía europea. El presente informe ha incluido numerosas enmiendas presentadas por mi Grupo y más aspectos de una importancia central para la economía europea: desde el respaldo a las decisiones de sancionar a las multinacionales que evaden impuestos, a la crisis originada con el fin de las cuotas lácteas o la investigación de las conexiones entre determinados exgobernantes y las grandes compañías eléctricas. Sin embargo, no se reconoce que los servicios de interés económico general deban ser proveídos por el Estado, se llama a la internacio-

nalización de la contratación pública y del conjunto de la economía europea en clara referencia a la ATCI. Es por todo esto por lo que, pese a los importantes aspectos positivos, no he podido votar a favor del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La politica di concorrenza UE rappresenta uno dei pilastri fondamentali dell'economia sociale di mercato in Europa e, attraverso l'applicazione rigorosa dei principi del diritto, contribuisce al funzionamento del mercato interno dell'Unione beneficia i consumatori, i lavoratori e gli imprenditori e promuove l'innovazione e la crescita. Ho votato a favore di questa risoluzione anche perché affronta il tema delle disuguaglianze tra regioni europee. In particolare, la risoluzione rileva come la politica della concorrenza debba tenere conto degli obiettivi dello sviluppo sostenibile e della coesione sociale, debba sostenere le imprese situate in regioni che soffrono di svantaggi temporanei o permanenti e debba concedere maggiore flessibilità alle regioni che soffrono di gravi problemi economici, come le regioni incluse negli obiettivi di convergenza e di competitività, e alle regioni insulari.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Although the European Parliament has very limited competences with regard to EU competition policy, as this is mainly in the hands of the Commission, the EP drafts a plenary report on all the issues related to competition on an annual basis. In this year's resolution there is a strong emphasis on fighting social dumping in the labour market, on tackling fragmentation and anti-trust behaviour in the EU digital market, and on state aid and tax issues.

I could support the report because of the stance it took on these issues, although I have reservations on tax-related content. It must be noted that the Treaty affords flexibility to Member States in areas of taxation, namely setting rates and tax bases. I mention this as this is of crucial importance for the survival of certain (sometimes smaller) Member States which are isolated from the internal market. Therefore, I voted against those amendments that call for a Consolidated Common Corporate Tax, otherwise, I voted in favour of this EP report.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I am afraid I cannot support this report, which is supposed to be about competition policy, but instead chooses to address many issues of taxation, growing the EU's own resources and enhancing the European Parliament's powers at the expense of national governments. I cannot support calls for a Common Consolidated Corporate Tax Base, nor the attempt to grab even more own resources for the EU by allocating recovered illegal state aid to the EU budget. Similarly I do not feel the European Parliament should be given co-decision powers in the field of competition policy. For all of these reasons I voted against this year's report on competition policy.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport présente la position du Parlement sur le rapport annuel de la Commission pour la politique de concurrence de l'Union. Rendant un avis globalement positif sur le travail de la Commissaire Vestager en charge de ce dossier, le Parlement demande toutefois à être plus impliqué dans la politique de concurrence à travers la procédure législative ordinaire, notamment en ce qui concerne la procédure d'infraction et les amendes.

Pour la cinquième année consécutive, il demande la réduction ou la suppression des aides d'État dans le secteur financier suite à l'achèvement de l'Union bancaire, et à l'arrêt des mesures de dumping social, ce que la France défend par ailleurs.

Pour ces raisons, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – La politique de concurrence de l'UE met en place les règles nécessaires au bon fonctionnement du marché intérieur. Dans son rapport, le Parlement européen appelle la Commission européenne à intensifier ses efforts dans plusieurs domaines, et notamment au niveau du contrôle des fusions et de la lutte contre les abus de position dominante, l'optimisation fiscale et le dumping social. Ces mesures sont importantes pour protéger les consommateurs européens, c'est la raison pour laquelle j'ai soutenu ce rapport.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La concorrenza è senza dubbio uno dei principi chiave intorno ai quali la politica economica della Commissione è stata costruita. Numerose volte però, il dibattito europeo ha messo in discussione un'applicazione ferrea e troppo stringente di queste politiche. È necessario comprendere meglio i limiti di questa politica economica soprattutto in un momento di forte cambiamento per l'industria europea. La produzione dell'acciaio e di altre *commodities* sono state spesso oggetto dell'attenzione delle politiche europee, ma le decisioni prese a Bruxelles hanno trovato numerose opposizioni dai governi nazionali, dalle amministrazioni locali e soprattutto dai produttori. È possibile ripensare a delle politiche che mettano insieme incentivi all'innovazione, limitazioni alle pratiche sleali derivanti da posizioni dominanti di mercato e allo stesso tempo garantire un'economia sociale? In particolare, queste politiche piuttosto che unire l'Europa sembrano creare attriti tra le varie realtà economiche locali. Inoltre, la stretta creditizia e la

disoccupazione sembrano rendere alcune di queste politiche, come quelle delle quote, non più adeguate alle sfide globali che ci attendono. Pertanto ritengo che queste politiche debbano essere frutto di un dialogo più approfondito con le realtà locali e con le categorie sociali interessate al fine di renderle più efficienti e più integrate con l'eterogeneo tessuto economico europeo.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du Rapport Langen sur le rapport annuel sur la politique de concurrence de l'Union européenne. Ce rapport sur la concurrence 2014 montre que la Commission et l'autorité de concurrence, avec plus de 1 000 employés, sont les autorités les plus puissantes en Europe pour garantir le respect des règles de concurrence au sein du marché intérieur.

À travers ce vote, je soutiens l'idée que les amendes de plusieurs milliards d'euros infligées pour ententes illicites sur les prix devraient à l'avenir être complétées par des peines pour les chefs d'entreprises et managers responsables de ces pratiques. Je pense également que les décisions prises dans le cadre de la politique de concurrence doivent particulièrement tenir compte des incidences sociales.

En revanche, je me suis opposée aux paragraphes traitant de la concurrence sur les marchés de denrées périssables. En l'état actuel la politique de concurrence de l'Union européenne n'est pas en adéquation avec les problématiques agricoles, c'est pourquoi je pense que nous devons appeler à une réflexion commune mettant en adéquation politique de concurrence et politique agricole.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Le texte soumis au vote propose quelques inflexions dans le concept de concurrence libre et non faussée défendue sans nuance par la Commission. D'abord, en introduisant la notion d'innovation, il permet d'accueillir le principe de prise de risque et de climat de confiance nécessaire à l'investissement. Ensuite, parce qu'il acte une approche qui n'est pas basée uniquement sur la baisse des prix à la consommation. Enfin, parce qu'il reprend un certain nombre de propositions de la commission Taxe charger d'enquêter sur les rescrits fiscaux.

Le rapport plaide ainsi pour une assiette commune consolidée d'impôt sur les sociétés et la mise en place d'un reporting pays par pays. Il veut également réduire les aides d'État au secteur bancaire ou les conditionner à la délivrance de prêts aux PME. J'ai soutenu également trois amendements portant sur les accords commerciaux TISA et TTIP (notamment sur leur portée anticoncurrentielle et leur impact en termes de dumping social) et sur l'usage préférentiel des médicaments génériques.

Enfin, j'ai apporté ma voix à l'amendement de mon collègue Edouard Martin appelant à une prise en compte des grandes industries consommatrices en énergie qui doivent être accompagnées dans la transition de leur écosystème.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel sur la politique de concurrence de l'Union concerne de nombreux domaines pour lesquels il est nécessaire d'assurer une vigilance extrême comme les écarts de compétitivité au sein de l'Union, l'économie numérique, les marchés publics, les réseaux de télécommunications ou encore les pratiques déloyales qui peuvent être observées dans le système bancaire.

De la même manière, le rapport qui nous est proposé est positif dans la mesure où il s'attache à renforcer les procédures antitrust et la lutte contre les abus de position dominante. Par ailleurs, il est suggéré d'accompagner la lutte contre l'évasion fiscale par un dispositif européen. Outre ces bonnes intentions, le rapport soutient le renforcement de l'implication du Parlement européen par la procédure codécision.

Toutefois, l'ensemble de ces propositions ne sont que des éléments d'une stratégie de renforcement du marché unique européen qui est à la base de la dérégulation européenne que nous connaissons. C'est pourquoi j'ai décidé de m'abstenir.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Не подкрепих този доклад по няколко причини. Една от тях е фактът, че докладът излиза извън рамките на неговите ограничения, силно засягайки въпросите на данъчното облагане. Чрез повтаряне на редица точки от доклада на парламентарната комисия TAXE, той загатва не само за завършването на банковия съюз, но и разпределението на ресурсите за ЕС от незаконна държавна помощ. Прави впечатление назоваването на конкретни случаи, като например Google. По мое мнение това нарушава независимостта на ГД Конкуренция, когато става въпрос за решаването на отделни случаи, както и фактът, че това е извън компетенциите на този доклад. Годишният доклад едва ли може да бъде мястото за такава силна формулировка и широко тълкуване на компетенциите.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Μολονότι η έκθεση τονίζει τις στρεβλώσεις των υφιστάμενων πρακτικών που παρεμποδίζουν την ανάπτυξη, καταστρέφουν τις ΜΜΕ και ευνοούν τη φοροδιαφυγή και τον αθέμιτο ανταγωνισμό, εντούτοις αποφεύγει να τονίσει την αναγκαιότητα εφαρμογής κανόνων ανταγωνισμού και να προτείνει εκείνους τους κανόνες και ελέγχους οι οποίοι δεν θα καταστρέφουν τις εθνικές - τοπικές αγορές (επιβάλλοντας την ενιαία αγορά) αλλά αντιθέτως θα εξαναγκάζουν τις κερδοφόρες πολυεθνικές επιχειρήσεις να συνεισφέρουν στη χρηματοδότηση των κρατών - μελών και θα προωθούν την επιχειρηματικότητα και τη διαφάνεια, ιδίως στις επιχειρήσεις φαρμάκων, τροφίμων, καύσιμων, παροχών υπηρεσιών τηλεπικοινωνίας κτλ.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia (TFUE) prevê regras vinculativas para a concorrência no mercado interno, assente numa economia aberta com livre concorrência, sendo proibidos os acordos e as práticas concertadas entre empresas que afetam o comércio entre os Estados-Membros e que dão origem a uma exploração abusiva da posição dominante no mercado.

Regra geral, e salvo raras exceções, são proibidos os auxílios estatais em benefício de determinadas empresas ou produtos que falseiem a concorrência no mercado interno, podendo, no entanto, ser autorizados pela Comissão sob determinadas condições.

Em suma, o Relatório sobre a Política de Concorrência de 2014 demonstra que a Comissão, a par da autoridade da concorrência, constitui a autoridade decisiva para fazer prevalecer a concorrência no mercado interno. As sanções pecuniárias no valor de milhares de milhões de euros impostas em consequência de acordos de fixação de preços deverão, no futuro, ser eficazmente complementadas por sanções aos dirigentes e gestores das empresas, para evitar de modo mais eficaz este tipo de comportamentos.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport, parce qu'il va dans le sens d'un marché unique.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A política de concorrência da UE não impede a concentração do poder económico e financeiro nas mãos de poucos. Ao contrário, esta é a dinâmica de todo o processo de integração, dada a sua natureza capitalista.

Sujeitar a maioria dos serviços públicos e dos sectores estratégicos da economia à política de concorrência da UE e ao seu mercado único tem servido os objetivos dos grandes grupos económicos privados que pretendem apropriar-se desses serviços e setores, subordinando-os à lógica da procura incessante do lucro máximo e do custo mínimo.

Sob o falso pretexto da concorrência desleal ou das distorções da concorrência, desta política tem resultado legislação cujo objetivo é impedir o controlo público e democrático dos setores estratégicos da economia e a promoção de serviços públicos universais, gratuitos e de qualidade.

Apoiamos o pedido de pôr cobro ao *dumping* social, mas é toda a política da UE que o contraria.

O aprofundamento do mercado único e a eliminação das chamadas restrições de mercado servem os objetivos de concentração monopolista e aprofundam as divergências no seio da UE.

Defendemos que sejam envidados todos os esforços de cooperação entre os Estados-Membros e que haja um verdadeiro comprometimento no combate aos paraísos fiscais e à elisão e evasão fiscais.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Táto predmetná výročná správa umožňuje Európskemu parlamentu robiť politické vyhlásenia v súvislosti so stavom hospodárskej súťaže v Európskej únii. Napriek tomu, že Európska komisia pozorne sleduje pozíciu Výboru ECON, Európsky parlament má v tejto oblasti veľmi limitované kompetencie. Je preto na mieste žiadať Európsku komisiu, aby aktívnejšie bojovala so sociálnym dumpingom na pracovnom trhu, aby sa pokúsila o vylúčenie služieb so všeobecným ekonomickým záujmom z pravidiel súťaže, o trestanie roztrieštenosti a protimonopolného správania v oblasti digitálneho trhu, ale aj mnohé iné neriešené problémy. Politika hospodárskej súťaže by mala podporovať spravodlivé podmienky pre všetky spoločnosti a podnecovať ich účasť na súťaži na vnútornom trhu.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Μολονότι η έκθεση τονίζει τις στρεβλώσεις των υφιστάμενων πρακτικών που παρεμποδίζουν την ανάπτυξη, καταστρέφουν τις ΜΜΕ και ευνοούν τη φοροδιαφυγή και τον αθέμιτο ανταγωνισμό, εντούτοις δεν αναδεικνύει την αναγκαιότητα εφαρμογής κανόνων ανταγωνισμού και δεν προτείνει εκείνους τους κανόνες και ελέγχους οι οποίοι δεν θα καταστρέφουν τις εθνικές - τοπικές αγορές (επιβάλλοντας την ενιαία αγορά) αλλά αντιθέτως θα εξαναγκάζουν τις κερδοφόρες πολυεθνικές επιχειρήσεις να συνεισφέρουν στη χρηματοδότηση των κρατών - μελών και θα προωθούν την επιχειρηματικότητα και τη διαφάνεια, ιδίως στις επιχειρήσεις φαρμάκων, τροφίμων, καύσιμων, παροχών υπηρεσιών τηλεπικοινωνίας κτλ.

Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την ετήσια έκθεση για την πολιτική ανταγωνισμού της ΕΕ.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I would like to welcome the report on Annual Report on EU Competition Policy, recognising the importance of the competition policy in the EU encouraging fair conditions for all companies to compete in the internal market, by also maintaining a high level of social welfare and protection of working conditions.

For that reason, we need to put a stop to social dumping, and ensure that competition policy decisions take particular account of the social impact in remote or isolated regions. We also need to complete the internal market, as there are still areas that are fragmented and incomplete, by ending as soon as possible unjustified market restrictions and distortions of competition. Competition policy should aim, therefore, at strengthening social cohesion in the Union, also by a better convergence and cooperation among national competition authorities in the EU. And, nevertheless, coherence needs to be achieved between the Union's trade and competition policies and the objectives of its industrial policy.

I strongly support the focus to end tax evasion and illegal corporate tax practices that is to be ensured through the EU legislative framework. A democratic strengthening of the competition policy can also be reached through the co-decision power of the Parliament in competition policy.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A 2014. évi versenypolitikai jelentés összességében azt mutatja, hogy a Bizottság és a mintegy 1000 alkalmazottat foglalkoztató versenyhatóság Európában a belső piaci verseny megvalósítására képes legerősebb hatóság. A tiltott árrögzítés miatt kiszabott, milliárdos összegű pénzbírságokat a jövőben hatékonyan ki kell egészíteni a felelős vállalatvezetőkre és menedzserekre vonatkozó büntetésekkel, hogy e magatartásformákat hathatósabban megakadályozzuk.

A Parlament Vestager versenyjogi biztoshoz azt a reményt fűzi, hogy az Unió versenypolitikája biztosítja kiemelkedő szerepét a piacgazdaság és az európai verseny megvalósításában, nemzetközi szinten is előrehalad, és nem torkollik túlságosan sok ágazati és nemzeti kivételbe és ellenőrizhetetlen mentességi küszöbértékbe.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe por estar fundamentado en la necesidad de garantizar el mercado interior y basado en una economía de mercado abierta y de libre competencia. Es necesario dotar al Parlamento de competencias en referencia al Derecho de la competencia, ya que la Comisión no puede ser a la vez la encargada de establecer el marco legal en forma de directrices y luego ser la responsable del cumplimiento de sus propias directrices. Del mismo modo, la Comisión debe incorporar nuevos criterios para la economía digital. La competencia fiscal desleal entre Estados miembros constituye otro foco de preocupación, pues distorsiona en gran medida el mercado interior de la Unión, por lo que debemos trabajar en su eliminación. Del mismo modo, debemos investigar la presencia de expolíticos en los consejos de administración de las grandes empresas energéticas, algo que causa gran rechazo en nuestra sociedad.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia porque hemos logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral, que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia, que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE, que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal y las prácticas fiscales corporativas ilegales y, finalmente, que el Parlamento pueda codecidir en este último campo.

También se han introducido referencias útiles a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo, se ha incluido en el informe, a propuesta de los socialistas españoles, una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia ya que se ha logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, tales como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral (apartado 5), que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia (apartado 46), que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE (apartados 55-59 y 79), que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal o con las prácticas fiscales corporativas ilegales (apartados 62, 68-89) y, finalmente, que el Parlamento pueda codecidir en este último campo (apartado 110).

También se han introducido referencias útiles en el informe a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo se ha incluido en el informe, a propuesta de Jonás Fernández y de Ramón Jáuregui, una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Sono lieto di aver sostenuto il rapporto della commissione economica, che rientra nel dialogo strutturato con la Commissione europea in materia di politica della concorrenza. Riscontro che le priorità del gruppo S&D sono ribadite in particolare in alcuni paragrafi che sottolineano la necessità di prevenire gli effetti negativi in materia occupazionale delle regole della concorrenza UE, con particolare riferimento ai settori di interesse economico generale. Non posso pertanto che sostenere con favore la relazione, che fa anche appello a una più ampia e coerente azione per risolvere conflitti di interesse nella politica della concorrenza, a partire da una più decisa azione contro l'evasione fiscale e contro le pratiche illegali in materia di elusione da parte delle grandi aziende.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione annuale sulla politica di concorrenza dell'UE. Questa relazione segna un nuovo inizio, perché come è stato rimarcato anche in occasione della procedura di investitura della nuova CE, la politica di concorrenza «contribuirà, ove necessario, al programma per l'occupazione, la crescita, anche in settori innovativi come il mercato digitale, la politica energetica, i servizi finanziari, la politica industriale e la lotta all'evasione. Non si tratta più di un mero esercizio rituale e periodico. Il PE è consapevole dei poteri che sono attribuiti alla CE in materia di concorrenza nel mercato interno, basato su un'economia aperta e in libera concorrenza e fermo restando che l'obiettivo di fondo della politica di concorrenza è di evitare distorsioni alla libera concorrenza e quindi al buon funzionamento del mercato interno. Tuttavia, è il tempo di riconoscere al PE maggiori poteri perché è paradossale che la CE stabilisca gli orientamenti di politica di concorrenza annuale e sia essa stessa responsabile dell'attuazione e abbia il potere di irrorare sanzioni, in settori vitali quali gli aiuti di Stato. Sostengo fortemente la richiesta del PE di essere maggiormente informato in materia di controllo e di sorveglianza rigorosa degli aiuti di Stato illegali, *tax rulings*».

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Bericht des Kollegen Langen über den Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik gestimmt – wohl anerkennend, dass der Bericht einige wichtige Punkte benennt: Etwa die Notwendigkeit für mehr Steuergerechtigkeit und Steuertransparenz. Gleichzeitig macht er aber – im vergeblichen Bemühen um eine scheinbar „Große Koalition“ im Europaparlament – zu viele Zugeständnisse, die das Ergebnis verwässern. So kann ich beispielsweise dem Plädoyer einer europäischen Einlagensicherung keinesfalls zustimmen. Das Sparguthaben unserer Bürger ist keine europäische Verfügungsmasse!

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Eine faire Wettbewerbspolitik ist essentiell, um das wirtschaftliche Wachstum und die wirtschaftliche Stabilität Europas weiterhin gewährleisten zu können. Hierfür ist es notwendig, dass das Parlament umfassender in den Schutz des Wettbewerbsrechts eingebunden wird.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the Annual Report on Competition Policy. A strong European competition policy not only ensures that consumers get the best possible deal, but also that small and local business in the West Midlands can compete on a level playing field. In light of the ongoing crisis in the UK steel industry, I particularly welcome paragraph 54, which 'requests a study into whether current EU provisions on state aid inhibit the consolidation and strengthening of competitiveness among European firms vis-à-vis their global competitors.'

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur le rapport de M. Langen. Il contient en effet des remarques et considérations tout à fait pertinentes et de bon sens, notamment sur les dumpings social et fiscal, ou sur la prise en compte de l'économie numérique. Il appelle même, timidement, à quelques révolutions intellectuelles, comme par exemple la redéfinition de la notion de concurrence, en y intégrant le paramètre structure-comportement-résultat. Il prône le soutien des entreprises européennes en compétition au niveau international avec des sociétés qui ne sont pas soumises sur leur territoire aux mêmes contraintes réglementaires qu'elles. Je doute que ces révolutions aient lieu à la Commission.

Cependant, le rapport ne remet pas en cause l'essentiel: cette concurrence s'exerce sur un marché européen qui n'est ni unique ni homogène, puisqu'il ne correspond pas à une entité politique unique et homogène. Les politiques européennes prises dans leur ensemble, loin d'assurer la convergence de vingt-huit économies disparates, en aggravent l'hétérogénéité, voire favorisent les comportements déloyaux, comme avec la directive «détachement». Et cela fait des victimes, nombreuses, trop nombreuses, notamment dans mon pays.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación del informe anual sobre la política de competencia del Parlamento Europeo. Este mantiene una visión globalmente neoliberal de la política de competencia, centrada en el mercado único y sin apenas referencias específicas a los distintos sectores económicos. Si bien dedica bastante espacio a la cuestión de los impuestos, no propone ninguna medida coercitiva para combatir la evasión o elusión fiscal. Algunas enmiendas presentadas por mi Grupo fueron sin embargo incluidas, como las referidas a los abusos en la distribución de alimentos o la competencia social a la baja. Considero que el informe no es muy negativo, pero seguimos sin compartir el enfoque general.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat raportul privind politica UE în domeniul concurenței deoarece este nevoie de o creștere a verificării și de supraveghere a concurenței pe piață. UE a fost fondată ca o economie socială de piață deschisă, bazată pe o concurență liberă, dar și loială, având ca obiectiv creșterea prosperității consumatorilor și a nivelului de trai al cetățenilor. Este nevoie ca presiunea concurenței neloiale asupra IMM-urilor, care reprezintă 98 % din întreprinderile din UE și 67 % din totalul locurilor de muncă, să scadă. Datele arată că încă există evaziune fiscală, fraudă fiscală și paradisuri fiscale care îi costă pe contribuabili 1 000 de miliarde de euro anual. Apărarea comercială împotriva concurenței neloiale și față de importuri non-europene este vitală și Parlamentul European a atras atenția Comisiei asupra acestui fapt. Politica în domeniul concurenței trebuie să acorde o atenție deosebită obiectivelor de dezvoltare durabilă și de coeziune socială.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Alongside fellow Labour MEPs, I voted in favour of the Annual Report on EU Competition Policy. I believe that it is with a strong European competition policy that we can best ensure that our consumers are getting the best possible deal, and that our small and local businesses are competing on a level playing field. Being a part of a 500 million strong consumer market is surely one of the biggest benefits we receive from being a part of the EU, and by developing as well as enforcing strong rules for fair competition, we can ensure more innovation, more opportunity and a better deal for British consumers.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia ya que se ha logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, tales como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral (apartado 5), que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia (apartado 46), que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE (apartados 55-59 y 79), que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal o con las prácticas fiscales corporativas ilegales (apartados 62, 68-89) y, finalmente, que el Parlamento pueda codecidir en este último campo (apartado 110).

También se han introducido referencias útiles en el informe a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo se ha incluido en el informe, a propuesta de Jonás Fernández y de Ramón Jáuregui, una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia ya que se ha logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, tales como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral (apartado 5), que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia (apartado 46), que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE (apartados 55-59 y 79), que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal o con las prácticas fiscales corporativas ilegales (apartados 62, 68-89) y, finalmente, que el Parlamento pueda codecidir en este último campo (apartado 110).

También se han introducido referencias útiles en el informe a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo se ha incluido en el informe, a propuesta de Jonás Fernández y de Ramón Jáuregui, una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Με την έκθεση προωθείται η κοινή φορολογική βάση και εξακολουθεί να επιδιώκεται η απορρύθμιση της αγοράς εργασίας στο πλαίσιο των πολιτικών ανταγωνισμού της ΕΕ. Στην έκθεση ενσωματώθηκαν κάποιες θετικές τροπολογίες για το κοινωνικό ντάμπινγκ και τις φαρμακοβιομηχανίες αλλά, παρά την συμπερίληψη αυτών, θεωρούμε ότι η πλέον ενδεδειγμένη στάση είναι αυτή της καταψήφισης.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to vote against this report due to a number of sensitive issues concerning Ireland, namely CCCTB, EU tax policy and Google's market position.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Iedereen moet gewoon netjes belasting betalen, ook grote bedrijven. Ontduiking en ontwijking van belastingen moet dan ook ferm worden aangepakt. Hoewel ik van oordeel ben dat de inrichting van de belastingwetgeving primair een zaak is van de lidstaten zelf, zouden er op Europees niveau afspraken moeten worden gemaakt om belastingontwijking en -ontduiking van dergelijke bedrijven tegen te gaan.

Openbaarheid over de betaalde belastingen is daarbij een belangrijke stap. Ook is meer transparantie in belastingafspraken tussen lidstaten en bedrijven nodig om wantoestanden - zoals bijvoorbeeld door de afspraken gemaakt door Starbucks en Nederland, door Apple en Ierland en door Amazon en Luxemburg - te voorkomen.

Een geconsolideerde gemeenschappelijke belastingvoet voor bedrijven die vanuit Brussel aan de lidstaten wordt opgelegd, gaat echter veel te ver. Lidstaten moeten daar zelf zeggenschap over houden.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Jahreswettbewerbsbericht des Europäischen Parlaments benennt und bewertet Fragen der Europäischen Wettbewerbspolitik und die Arbeit der Kommission des Vorjahres. Im Jahresbericht 2015 werden einige wichtige Herausforderungen benannt. Beispielsweise die Forderungen nach mehr Transparenz beim Steuerwettbewerb durch die Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer erscheint sinnvoll und verdient Unterstützung. Allerdings finden sich auch eine Vielzahl problematischer Forderungen im Bericht wieder. Die Forderung nach einer europäischen Einlagensicherung als dritte Säule der Bankenunion wird von ALFA nicht unterstützt. Für grundsätzlich falsch halte ich es zudem, dem Europäischen Parlament bei der Wettbewerbspolitik eine größere Mitsprache einzuräumen. Für eine effektive Wettbewerbspolitik ist es gerade grundlegend, dass diese von der Politik unabhängig agieren kann. Die Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörden muss gestärkt und von politischer Einflussnahme befreit werden. Daher konnte ich dem Bericht in dieser Form nicht zustimmen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. – Vi beklagar att det årliga konkurrensbetänkandet fäster så mycket fokus vid framgångsrikt företagande inom den digitala ekonomin och snarare vill reglera än öppna upp förutsättningar för nytt företagande och ökad konkurrens. Vi vill också fästa uppmärksamheten på ett omfattande konkurrensproblem som rör energiunionen och som måste följas upp i nästa års konkurrensbetänkande, nämligen Gazproms försök till monopolisering och till att öka beroendet till rysk gas. Det står i strid med både den inre energimarknadslagstiftningen och med europeiska säkerhetsintressen. Gazproms medvetna försök till marknadsdominans har en omfattning och en betydelse som är långt större för den europeiska marknaden än framgångsrika digitala företag som ständigt utsätts för ny konkurrens men som utvecklas genom sin innovationsförmåga.

Mary Honeyball (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it is through a strong European competition policy that we are able to ensure that our consumers are getting the best possible deal. It also means that our small and local businesses are competing on a level playing field. Being part of a market with half a billion consumers is one of the biggest benefits we get from being in the EU. By developing and enforcing strong rules for fair competition we ensure more innovation, more opportunity, and ultimately a better deal for British citizens and consumers.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – La politique de la concurrence est une des politiques les plus harmonisées dans la mesure où la Commission européenne dispose d'un pouvoir de contrôle extrêmement poussé sur les aides d'État, les fusions et les procédures antitrust. Il s'agit d'un instrument essentiel du bon fonctionnement du marché intérieur.

Ce diagnostic annuel est un exercice sain qui permet au législateur comme aux citoyens de connaître l'état du marché commun. En effet, il faut savoir que l'existence d'ententes provoque des pertes allant de 181 à 320 milliards d'euros, soit environ 3 % du PIB de l'Union, qu'en termes de coûts de l'énergie, le marché unique européen est moins efficace que le marché intérieur des États-Unis, avec des écarts de prix de 31 % contre 22 % aux États-Unis, que, dans de nombreux États membres, une contraction drastique du crédit continue à toucher les PME, lesquelles représentent 98 % des entreprises de l'Union européenne et 67 % des employés.

Si nous pouvons saluer cette réglementation qui est la plus aboutie de toutes les politiques européennes, nous devons continuer à exercer notre vigilance en ce qui concerne les pratiques anticoncurrentielles ou du moins offensives d'entreprises étrangères qui peuvent représenter une menace pour l'emploi en Europe.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – On balance I was able to support this report whilst retaining reservations on some of its content. EU competition policy is extremely important although it must always be framed within the context of a healthy social Europe. Furthermore, whilst I support EU efforts to coordinate efforts against tax evasion, I consider that taxation law itself must remain a Member State competence.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I welcome this report. It is important that the Commission conclude quickly and as comprehensively as possible the proceedings instituted in 2014 against the number of large international companies in relation to the massive tax reductions benefiting them in. Moreover, Parliament has repeatedly called for the ordinary legislative procedure under the Lisbon Treaty to be introduced for competition law.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o godišnjem izvješću o politici tržišnog natjecanja EU-a jer smatram da europska politika tržišnog natjecanja ima ključnu ulogu u jačanju tržišne ekonomije i tržišnog natjecanja unutar Europske unije. U tom kontekstu važno je napomenuti da je jedan od glavnih ciljeva europskog zakonodavstva u području tržišnog natjecanja sprječavanje njegove distorzije te osiguranje zapošljavanja i rasti kako bi se ostvarila potpuno otvorena ekonomija temeljena na slobodnoj konkurenciji. Međutim, potrebno je povećati napore kada je riječ o sprječavanju nepoštenog poreznog natjecanja između država članica te ubrzati vrijeme provođenja istraga od strane Komisije jer nedostaci u tim segmentima u velikoj mjeri negativno doprinose funkcioniranju unutarnjeg tržišta Unije. Stoga, podržavam ulogu Europske komisije i ostalih nadležnih tijela u području tržišnog natjecanja, ali smatram također da su nužna pojedina poboljšanja i promjene.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte soulève un certains nombres de problèmes importants tels que le dumping social, l'économie numérique, la cohésion sociale, les marchés publics, télécommunications, pratiques déloyales et illicites utilisées par le secteur bancaire. Par ailleurs, il est demandé d'intégrer dans un instrument législatif des règles relatives aux amendes qui auraient un véritable impact dissuasif en cas d'ententes et de pratiques anticoncurrentielles.

Concernant les aides d'État apportées au système bancaire, elles ne devront plus exister après la mise en place de l'union bancaire et elles devraient être liées à des conditions d'octroi de crédits aux PME. Les députés invitent à créer un cadre législatif pour l'Union européenne afin d'empêcher les distorsions de la concurrence à travers la planification fiscale agressive et l'évasion fiscale.

Bien que certaines observations soient justes, ce rapport va dans le sens de la création du marché unique, pourtant à l'origine du saccage de notre industrie. Je me suis donc abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing*. – The European Parliament's Report on the EU's Competition Policy encourages the harmonisation of taxation across the EU – for this reason, and to defend tax sovereignty, my fellow colleagues and I voted against the Report.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – This report outlines the European Parliament main recommendations on how to improve EU competition policy and Member States' corporate taxation practices. The increasing digitalisation of our economy requires new European rules on fair taxation and market dominance; this is one of our biggest challenges. The turnover criterion is not enough to determine whether a digital company has a dominant market position. The customer base must also be taken into consideration. We should also review the sanctions procedure. I find it counter-productive that a company which benefited from illegal state aid from a Member State has to return the money to the same Member State.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car une concurrence vigoureuse et une politique proactive sur ces sujets sont nécessaires pour protéger les consommateurs, pour renforcer le marché unique et donc renouer avec la croissance et l'emploi. Le rapport appelle la Commission à intensifier ses efforts dans la lutte contre les abus de positions dominantes et le dumping social.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich halte es für wichtig, bei Kartellverfahren und Fusionen von großen Unternehmen – auch zunehmend im digitalen Bereich – eine starke Kontrolle zu gewährleisten. Vor allem in der digitalen Wirtschaft und im Bereich des Steuerbeihilfenrechts wurden wichtige Entscheidungen getroffen, welche den Nationalstaaten Millionenbeträge an nichtgezahlten Steuern wiederbringen und ein Level Playing Field für europäische Unternehmen, allen voran KMU, eröffnen. Ich stimme dem vorliegenden Bericht zu.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Savienības konkurences likumdošana ir viens no iekšējā tirgus stūrakmeņiem. Tās mērķis ir nodrošināt godīgu vidi uzņēmējdarbībai, kā rezultātā iegūst patērētāji, saņemot preces un pakalpojumus par tirgum atbilstošu cenu un kvalitāti, savukārt uzņēmēji iegūst saprotamus spēles noteikumus. Diemžēl praksē viss nestrādā kā vajadzētu. Mums Eiropas Savienībā vēl pastāv monopoli un kartelī, kuru radītie zaudējumi tautsaimniecībai ir no 181 līdz 320 miljardiem eiro.

Tādēļ svarīgs ir Eiropas Komisijas darbs, kas konkurences likumu ievērošanu uzrauga un pārkāpējus ierobežo, izvirzot tiem apsūdzības un piespriežot sodus. Piemēram, ASV uzņēmums *Microsoft* ir saņēmis sodu no Eiropas Komisijas par 1,68 miljardiem eiro. Tāpat Eiropas Komisija ir izvirzījusi apsūdzības Krievijas valstij piederošajam uzņēmumam *Gazprom* par dominējošā tirgus stāvokļa ļaunprātīgu izmantošanu astoņās Eiropas Savienības valstīs.

Tādēļ uzskatu, ka ir jāturpina stiprināt Eiropas Komisijas spēja šādus nopietnus pārkāpumus izmeklēt un pieskatīt, lai likumi tiek ievēroti un lai nepieļautu negodīgu konkurenci, kas kaitē ne tikai patērētājiem, bet arī daudzajiem godīgajiem uzņēmumiem.

Ņemot vērā augstāk minētos argumentus, balsoju par rezolūciju.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the Annual Report on Competition Policy because it is through a strong European competition policy that we are able to ensure that our consumers are getting the best possible deal, and that our small and local businesses are competing on a level playing field. Being part of a market with 500 million consumers is one of the biggest benefits we get from being in the EU, and by developing and enforcing strong rules for fair competition we ensure more innovation, more opportunity, and ultimately a better deal for British citizens and consumers.

Jude Kirton-Darling (S&D), *in writing*. – Yesterday, Tata Steel UK announced the loss of over 1 000 jobs in its UK steel manufacturing facilities, including in Hartlepool. My thoughts have been with those affected by this decision. They find themselves in the same situation as the thousands of jobs lost in this sector during the last quarter of 2015, including in Redcar at SSI.

On 24 November 2016, the Commission responded to my written question on state aid rules, clearly stating that ‘under EU State aid rules, the steel sector can benefit from several categories of aid: R&D and innovation, training, employment and environmental aid can thus contribute to long-term competitiveness of the sector. Moreover Member States can also mitigate the effect of higher electricity prices to the sector induced by the EU emissions trading scheme.’

The UK steel industry is in free-fall, the UK Government is refusing to pull the parachute open, and soon our entire industry will be irreparably damaged.

That is why I submitted an amendment to today’s annual report on EU Competition Policy calling for Europe-wide action to tackle the crisis in the steel sector. I am delighted that this amendment and the report gained broad support. No more talk: we need concrete action to Save Our Steel.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Jahreswettbewerbsbericht des Europäischen Parlaments benennt und bewertet Fragen der Europäischen Wettbewerbspolitik und die Arbeit der Kommission des Vorjahres. Im Jahresbericht 2015 werden einige wichtige Herausforderungen benannt. Dazu gehört beispielsweise die Forderung nach mehr Transparenz beim Steuerwettbewerb, konkret durch die Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer. Dies halte ich für sinnvoll und es verdient Unterstützung.

Allerdings findet sich auch eine Vielzahl problematischer Forderungen im Bericht wieder. Die Forderung nach einer europäischen Einlagensicherung als dritte Säule der Bankenunion lehnt ALFA kategorisch ab. Für grundsätzlich falsch halte ich es zudem, dem Europäischen Parlament bei der Wettbewerbspolitik eine größere Mitsprache einzuräumen. Für eine effektive Wettbewerbspolitik ist es gerade grundlegend, dass diese von der Politik unabhängig agieren kann. Die Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörden muss gestärkt und von politischer Einflussnahme befreit werden. Daher konnte ich dem Bericht in dieser Form nicht zustimmen.

Elisabeth Köstinger (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für diesen Bericht gestimmt, weil er auch die dringenden Herausforderungen in der Landwirtschaft aufgreift. Insbesondere die Forderung nach verbindlichen Maßnahmen in der Lebensmittelversorgungskette, gegen Einzelhändler, die Landwirten und Verbrauchern schaden, sowie die Einrichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für die Lebensmittelpreise zur Überwachung von missbräuchlichen Verhaltensweisen gegenüber Landwirten und Verbrauchern, haben meine volle Unterstützung!

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – Every year the ECON committee draft its evaluation and new priorities. This report is a key tool for the European Union, since the Commission has more power regarding this topic.

Furthermore, the European Parliament has to analyse the implementation of competition policies. It is essential for the GUE/NGL to evaluate ECON’s activities and reorder to include some social concerns. Even if the final report includes some important points for our political group, I voted abstention since the general content of the report is still very neoliberal.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – A jelentés részben jó célt szolgál, mert nem engedhető meg, hogy a Bizottság egyidejűleg iránymutatások formájában előírja a jogi keretet, majd feleljen saját irányvonalainak végrehajtásáért, és súlyos bírságokat róhasson ki tetszése szerint, vagy politikai motivációk alapján. Utóbbiakra utal a korábban hazámmal szemben, jelenleg pedig Lengyelországgal szemben folytatott hadjárat.

Indokolt, hogy a Lisszaboni Szerződés szerinti rendes jogalkotási eljárást a versenyjogra is terjesszék ki, azaz hogy a vizsgálatokba az Európai Parlamentet vonják be. Az EP Gazdasági és Monetáris Bizottsága által benyújtott jelentés máris több mint száz felhívást és kérést fogalmaz meg a versenypolitikáról szóló 2014. évi értékeléssel kapcsolatban a Bizottság felé.

Egészében mégsem támogatható, mert a periféria államok, illetve később csatlakozott tagállamok hátrányának konzerválását szolgálja egy olyan versenyben, melyben a régi tagok jelentős előnyökkel indultak, lévén, hogy azoknál az állami támogatásokat eredetileg nem korlátozták.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport annuel sur la politique de concurrence de l'Union. J'estime qu'il est en effet important de renforcer la compétitivité de nos entreprises européennes à l'international en demandant à la Commission européenne de ne pas limiter les stratégies commerciales extérieures.

J'ai néanmoins, à l'instar de mes collègues parlementaires français du Groupe PPE, voté en faveur du paragraphe 5 afin d'affirmer mon soutien à la lutte contre le dumping-social et du paragraphe 73 soutenant le caractère public des informations fiscales publiées par les entreprises dans le cadre du mécanisme de rapport «pays-par-pays».

Je me suis également abstenue sur l'amendement 14 déposé par le groupe GUE afin de dénoncer l'attitude non coopérative de nombreuses multinationales vis-à-vis du Parlement européen sur des questions liées à la politique de concurrence dans le cadre des travaux de la commission spéciale TAXE, mais en rejetant la prise de mesures contraignantes à leur encontre.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis, comme les autres députés du Front National, abstenue sur le rapport sur la politique de concurrence de l'Union européenne qui demande à la Commission d'améliorer la mise en place du marché unique. Malgré quelques bonnes demandes et constats sur les dumpings sociaux, fiscaux et environnementaux, et la demande d'augmentation des pouvoirs du Parlement face à la Commission, nous ne pouvons cautionner l'approfondissement du marché unique européen.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car malgré quelques recommandations intéressantes il va dans le sens de la création du Marché unique dont le résultat est le saccage de notre industrie par la mise en concurrence d'économies très différentes.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Het verslag Langen zou volgens de titel een verslag over het Europese mededingingsbeleid moeten zijn. In de praktijk blijkt het echter vooral over het belastingbeleid te gaan. Zo worden verschillende voorstellen uit het TAXE-verslag gekopieerd, voorstellen die wij niet delen. Dat kan toch niet de bedoeling zijn van een verslag over mededinging. Vooral daarom heeft de N-VA tegen dit verslag gestemd.

Daar komt bovenop dat dit verslag de onafhankelijkheid van de Europese Commissie in deze materie niet lijkt te respecteren. Het Europees Parlement waant zichzelf de mededingingsautoriteit. Niet de politiek, maar een onafhankelijke instelling moet echter het mededingingsbeleid beoordelen.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia ya que se ha logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, tales como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral (apartado 5), que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia (apartado 46), que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE (apartados 55-59 y 79), que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal o con las prácticas fiscales corporativas ilegales (apartados 62, 68-89) y, finalmente, que el Parlamento pueda codecidir en este último campo (apartado 110).

También se han introducido referencias útiles en el informe a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo se ha incluido en el informe una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia ya que se ha logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, tales como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral (apartado 5), que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia (apartado 46), que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE (apartados 55-59 y 79), que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal o con las prácticas fiscales corporativas ilegales (apartados 62, 68-89) y, finalmente, que el Parlamento pueda codecidir en este último campo (apartado 110).

También se han introducido referencias útiles en el informe a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo se ha incluido en el informe, a propuesta de Jonás Fernández y de Ramón Jáuregui, una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Como ya sabemos, sobre la base de lo establecido en el TFEU, nuestro mercado interior está basado en una economía de mercado abierta y de libre competencia.

El objetivo fundamental de la legislación de la UE en materia de competencia es proteger esta frente a actividades comerciales que perjudiquen el mercado. Por esta razón, resulta imprescindible alcanzar una competencia efectiva como condición para que, finalmente, podamos gozar de un mercado interior libre y dinámico.

Para conseguirlo, se necesitan esfuerzos coordinados de la Comisión, a través de la Comisaria de Competencia, del Parlamento Europeo y de los Estados miembros. Una de las exigencias que se plantea en el informe es que la Comisión esté obligada a pronunciarse de forma oral y por escrito sobre las propuestas concretas que el Parlamento aprueba por amplia mayoría, y no solo a través del informe anual que ya realiza.

A mi juicio, este informe reviste una gran importancia ya que su aprobación es imprescindible para prohibir acuerdos entre empresas que vayan en contra de la libre competencia y afecten de forma negativa al comercio entre los Estados miembros.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Jahreswettbewerbsbericht des Europäischen Parlaments benennt und bewertet Fragen der Europäischen Wettbewerbspolitik und die Arbeit der Kommission des Vorjahres. Im Jahresbericht 2015 werden einige wichtige Herausforderungen benannt. Beispielsweise die Forderungen nach mehr Transparenz beim Steuerwettbewerb durch die Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer ist sinnvoll und verdient Unterstützung.

Allerdings finden sich auch eine Vielzahl problematischer Forderungen im Bericht wieder. Die Forderung nach einer Europäischen Einlagensicherung als dritte Säule der Banken Union wird von ALFA nicht unterstützt. Für grundsätzlich falsch halte ich es zudem, dem Europäischen Parlament bei der Wettbewerbspolitik eine größere Mitsprache einzuräumen. Für eine effektive Wettbewerbspolitik ist es gerade grundlegend, dass diese von der Politik unabhängig agieren kann. Die Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörden muss gestärkt und von politischer Einflussnahme befreit werden. Daher konnte ich dem Bericht in dieser Form nicht zustimmen.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasuji proti zprávě, jelikož volá po vyšetřování společnosti Google za „prohřešky“ jako dodávání OS Android ve spojení s dalšími produkty. Nesouhlasím také se snahou regulovat firmy typu Uber, Airbnb a další. Jsem také proti zavedení „harmonizovaného základu daně firem“. Jsem pro daňovou konkurenci mezi státy, která zabraňuje vládám uvalovat na občany příliš vysoké daně.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Kako bi se osigurala izgradnja jedinstvenog tržišta potrebno je poduzeti cijeli niz koraka počevši od izgradnje jedinstvenog digitalnog tržišta, e-uprave i provedbe novih propisa javne nabave, preko energetske unije, izgradnje jedinstvenog tržišta kapitala i bankovne unije do onog najvažnijeg – daljnjeg razvoja politike tržišnog natjecanja kao temelja za razvoj jedinstvenog tržišta.

Politiku tržišnog natjecanja treba razviti, administrativno pojednostaviti i demokratski ojačati. U protumonopolskim postupcima pravila o novčanim kaznama definitivno treba proširiti i na odgovorne fizičke osobe. Učinkovita i vjerodostojna politika tržišnog natjecanja mora biti usmjerena prema ostvarivanju strateških interesa europskog gospodarstva kao što su inovacije, ulaganje, konkurentnost i održivost. Otvaranje izvora financiranja poduzetništva za modernizaciju poslovanja i inovacije preduvjet je bez kojeg nećemo pokrenuti jači rast u Europi.

Podržala sam godišnje izvješće o politici tržišnog natjecanja EU-a zastupnika Langena zbog važnosti sprječavanja zlouporabe položaja što predstavlja ozbiljan problem u tržišnom natjecanju. Potpuno se slažem da bi državne potpore bankama trebalo uvjetovati njihovim kreditiranjem malih i srednjih poduzetnika.

Vladimír Maňka (S&D), písomne – Správne vykonávaná politika hospodárskej súťaže je nástrojom zabezpečenia spravodlivých a rovnakých podmienok pre podnikanie v záujme dosiahnutia hospodárskeho prospechu a rastu na spoločnom vnútornom trhu. V záujme zvýšenia transparentnosti a účinnosti kontroly hospodárskej súťaže je nevyhnutné, aby sa čo najskôr legislatívne posilnilo postavenie Európskeho parlamentu vo vzťahu ku Komisii a aby sa dôkladne oddelila legislatívna právomoc od výkonnej a kontrolnej právomoci.

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. – Καταιφιζώ την έκθεση σχετικά με την ετήσια έκθεση για την Πολιτική του Ανταγωνισμού της ΕΕ για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου ενώπιον της Ολομέλειας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 18/1/2016. Κατά την άποψή μου, η εν λόγω έκθεση δεν είναι ούτε πλήρης, ούτε τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – Je me suis abstenu sur ce vote. Ce rapport présente quelques points intéressants et des observations justes, en reconnaissant notamment que la compétitivité des entreprises et la défense des intérêts stratégiques de l'UE sont une priorité. Malgré cela le rapport va dans le sens de la création et du renforcement du Marché Unique, auquel nous nous opposons car il sera économiquement néfaste pour la France. Dans ces conditions je préfère m'abstenir.

David Martin (S&D), in writing. – I voted for this proposal. I particular welcome the paragraph that 'Reiterates that EU Structural Funds may not be used in a way that directly or indirectly encourages the relocation of services or production to another Member State, e.g. by a waiting period for undertakings receiving such funds; stresses that State aid is sometimes necessary in order to guarantee the delivery of services of general economic interest (SGEI), including energy, transport and telecommunications; emphasises that State intervention is often the most effective policy tool for guaranteeing the provision of services that are vital to safeguarding economic and social conditions in isolated, remote or outlying regions and islands in the Union'.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. – La politica di concorrenza è un pilastro fondamentale del mercato unico. Bisogna garantire l'equa concorrenza affinché il mercato continui a crescere verso il suo maggiore potenziale. Come sostiene il relatore, le reti digitali sono uno strumento fondamentale affinché i consumatori e gli investitori possano partecipare equamente al mercato. Considerando il rapido sviluppo delle nuove reti bisogna provvedere a un'adeguata regolamentazione affinché gli obiettivi del mercato unico vengano raggiunti anche nell'area digitale. Ho espresso il mio voto favorevole, chiedendo alla Commissione europea una migliore regolamentazione della concorrenza nell'UE.

Gabriel Mato (PPE), por escrito. – Mi apoyo al informe sobre la política de competencia de la UE en 2014, en el que desde el Parlamento Europeo queremos destacar que, gracias a la labor realizada, la política de competencia de la UE es capaz de afianzar su importante papel en la realización de la economía de mercado y la competencia en Europa, impulsándolo en el plano internacional, y no dé lugar a un sinnúmero de excepciones sectoriales y nacionales e incontrolables umbrales de excepción.

También señalamos que, además de las multas impuestas por la fijación ilícita de precios, es importante complementar esta labor en el futuro mediante multas a los gestores y directivos de empresa responsables, para poder impedir esta práctica de forma más eficaz.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), γραπτώς. – Στην ετήσια έκθεση για την πολιτική του ανταγωνισμού της ΕΕ για το 2014, η Επιτροπή αναφέρει ότι απαιτείται περισσότερη και στενότερη συνεργασία με το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο προκειμένου να εφαρμόζεται σωστά η Συνθήκη της Λισσαβόνας και στον τομέα του ανταγωνισμού. Αυτό αποτελεί και απαίτηση από πλευράς μας έτσι ώστε να υπάρχει διαφάνεια και πραγματικός έλεγχος της εκτελεστικής εξουσίας.

Είναι γνωστό ότι η ΕΕ στηρίζεται στην ανοικτή οικονομία και στον ελεύθερο ανταγωνισμό. Πρέπει συνεπώς να απαγορεύονται οι καταχρηστικές συμφωνίες μεγάλων εταιριών ώστε να αποφεύγονται η συσσώρευση εξουσίας και η καταστρατήγηση των νομοθετικών διατάξεων που δημιουργούν αθέμιτο ανταγωνισμό και επηρεάζουν αρνητικά τόσο την εθνική όσο και την κοινοτική εσωτερική αγορά. Σημαντική αναφορά που αφορά και την Κύπρο θεωρώ την παράγραφο που αναφέρεται στις αθέμιτες και παράνομες ρήτρες και πρακτικές, οι οποίες χρησιμοποιούνται από τον τραπεζικό τομέα στις καταναλωτικές συμβάσεις. Η Επιτροπή καλείται να εξετάσει το ζήτημα ενδελεχώς. Εντούτοις διαφωνώ με τις αναφορές σε μια κοινή ενοποιημένη βάση φορολογίας εταιρειών που αναπόφευκτα στοχεύουν στην σύγκλιση του εταιρικού φορολογικού συντελεστή των κρατών μελών και αποδομούν το ανταγωνιστικό πλεονέκτημα, ιδίως σε μικρά νησιωτικά και απόμακρα κράτη μέλη. Για τον λόγο αυτό καταψήφισα τις σχετικές τροπολογίες.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht setzt sich für mehr Mitbestimmung des Parlaments ein. Diese demokratische Mitwirkung halte ich für essentiell. Jedoch setzt sich der Bericht ebenso für verstärkte Kontrollmechanismen auf EU-Ebene ein, dies führt – in der vorgeschlagenen Form – zu einer weiteren Zentralisierung und einer Entmachtung der Nationalstaaten. Ich enthalte mich daher meiner Stimme.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Dans sa lettre de mission à la tête de la Commission européenne, Jean-Claude Juncker déclarait que la politique de concurrence «contribuerait, (...) à la réussite de notre programme en faveur de la croissance et de l'emploi, y compris dans des domaines tels que (...) les services financiers et la lutte contre la fraude fiscale». Aussi le rapport sur le politique de concurrence de l'UE pour 2014 se penche particulièrement sur les «pratiques fiscales déloyales» en regard avec l'affaire Luxleaks. Mais il se contente d'énumérer les propositions déjà faite par la commission spéciale Taxe, tout en demandant l'établissement d'une commission d'enquête qui nous a déjà été refusée.

Le rapport note que «sur le marché unique, des produits n'ayant pas la même composition d'un lot à l'autre sont distribués aux consommateurs alors que la marque et l'emballage sont identiques» et s'inquiète des éventuelles «conséquences négatives pour les PME» mais pas pour les consommateurs! Car la «concurrence» reste un objectif en soi pour le rapporteur qui indique d'ailleurs que le grand Marché Transatlantique devrait «contenir un chapitre important en matière de concurrence». Je vote contre ce texte. Il reprend dans le pire cas et au plus mauvais moment la récitation des mantras libéraux qui sont la cause de la fraude généralisée.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soulève un certain nombres de problèmes importants tels que le dumping social, l'économie numérique, la cohésion sociale, les marchés publics, télécommunications, pratiques déloyales et illicites utilisées par le secteur bancaire.

Par ailleurs, il est demandé d'intégrer dans un instrument législatif des règles relatives aux amendes qui auraient un véritable impact dissuasif en cas d'ententes et de pratiques anticoncurrentielles.

Concernant les aides d'État apportées au système bancaire, elles ne devront plus exister après la mise en place de l'union bancaire et elles devraient être liées à des conditions d'octroi de crédits aux PME.

Les députés invitent à créer un cadre législatif pour l'Union européenne afin d'empêcher les distorsions de la concurrence à travers la planification fiscale agressive et l'évasion fiscale.

Bien que certaines observations soient justes, ce rapport va dans le sens de la création du marché unique, pourtant à l'origine du saccage de notre industrie.

Je me suis donc abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A regulação da concorrência é fundamental para o bom funcionamento dos mercados. A concorrência perfeita transporta em si a semente da sua própria destruição, pelo que é fundamental que os mercados sejam regulados e que, à mão invisível do mercado, surja a mão visível do Estado, regulando comportamentos, evitando coligações e concertações, bem como abusos de posição dominante.

O Relatório Anual sobre a Política da Concorrência da UE é um instrumento fundamental para análise do estado e da evolução de uma política central na definição do bom funcionamento dos mercados e da prosperidade económica.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I could not support this report as despite having a number of positive points, it calls for the creation of a common consolidated corporate tax base. This would inevitably mean that it is our Union's smaller economies that will be forced to bear the disproportionate brunt of the policies. In effect it will see smaller efficient economies like ours end up subsidising larger less efficient ones.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Une politique de concurrence efficace et crédible doit pouvoir permettre à l'Union européenne de redynamiser son économie. Il ne s'agit pas uniquement d'axer cette politique vers la baisse des prix à la consommation. Il faut également prêter une attention particulière aux intérêts stratégiques de notre économie. La capacité d'innover, l'investissement, la compétitivité et la durabilité doivent être des piliers de notre politique de concurrence.

Pour cela l'Union européenne doit impérativement renforcer son combat contre le dumping social, développer l'économie numérique, achever le marché intérieur et assurer un secteur financier plus juste et transparent en luttant notamment contre l'évasion fiscale.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Malé a stredné podniky tvoria základnú štruktúru ekonomiky každého štátu. Napriek tomu, že veľké podniky poskytujú množstvo pracovných miest a produkujú viac prostriedkov, sú to práve malé a stredné podniky, ktoré držia ekonomiku toho-ktorého štátu nad vodou. Je všeobecne známe, že tieto podniky ťažšie zvládajú nápor administratívy, zmenu legislatívy aj bežný podnikateľský život, pretože ide veľakrát o typ rodinného podnikania, často bez možnosti zamestnávať navyše kvalifikované posily. Je bežnou praxou, že v členských štátoch dochádza v oblasti daní k zvýhodňovaniu veľkých podnikov, čím sa ešte viac komplikuje postavenie malých podnikateľov, ktorí úľavy na daniach nemajú. S ohľadom na tieto podniky a na ekonomiku členských štátov je nevyhnutné, aby sa aj Európsky parlament zapojil do riešenia tejto situácie spolurozhodovaním.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the Annual Report on EU Competition Policy that allows the EP to make political statements on issues related to competition.

However, I have my strong reservations and voted against all paragraphs on CCCTB.

A move towards an EU-wide basis to introduce tax convergence and harmonisation in direct tax matters, imposing a one-size-fits all approach, could put small Member States such as Malta into a disadvantaged position.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az EU versenypolitikája az európai szociális piacgazdaság egyik alappillére és nemcsak az Unió működő belső piacának, hanem az európai demokrácia megőrzésének is egyik alapvető eszköze, amennyiben megelőzi, hogy a gazdasági és pénzügyi hatalom kevesek kezében összpontosuljon. A Gazdasági Bizottság ezzel foglalkozó jelentése megállapítja, hogy a Bizottság feladatai közé tartozik a jövőben a tiltott, a versenyt – vállalkozások és egyes tagállamok vagy e tagállamok alsóbb egységei révén – torzító állami támogatások következetes felülvizsgálata és megelőző ellenőrzése. A szakbizottság jelentése rámutat, hogy a Bizottság korábban különösen a digitális gazdaság terén tanúsított bizonytalanságot, mind azon kérdés esetében, hogy mely esetben áll fenn piaci erőfölény és visszaélésszerű magatartás, mind pedig az összeolvadás ellenőrzése esetében, és megállapítja, hogy a Bizottságnak a verseny értékelésekor nagyobb mértékben kellene a vállalkozás mindenkori üzleti modelljére, nem pedig csupán néhány, a tényleges piaci erőt kevésbé jellemző tényezőre összpontosítania. További problémaként jelzi a jelentés a tagállamok ellenőrzését az állami támogatásokra vonatkozó eljárások tekintetében. Összefoglalásként végül megállapítja, hogy a Bizottság és a versenyhatóság Európában a belső piaci verseny megvalósítására képes legerősebb hatóság. A tiltott árrögzítés miatt kiszabott, milliárdos összegű pénzbírságokat a jövőben kiegészíteni javasolja a felelős vállalatvezetőkre és menedzserekre vonatkozó büntetésekkel e magatartásformák hathatósabb megakadályozása céljából. A jelentés elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport rappelle à la Commission l'importance de la politique de concurrence tout en demandant à ce qu'elle ne soit pas un frein à la compétitivité des entreprises et que l'objectif ne doit pas être uniquement la baisse de prix mais aussi la défense des intérêts stratégiques de l'UE.

Le rapport parle donc du dumping social, de l'économie numérique, de la cohésion sociale, des marchés publics, des télécommunications, et des pratiques déloyales et illicites utilisées par le secteur bancaire.

La concurrence fiscale déloyale entre États est aussi un point soulevé dans le rapport qui invite à créer un cadre législatif pour l'UE afin d'empêcher la planification fiscale agressive et l'évasion fiscale. Il recommande l'introduction d'un échange obligatoire et automatique d'informations fiscales, d'une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés (ACCIS) et de la garantie qu'aucun bénéfice ne quittera l'UE sans être imposé.

Enfin, le rapport estime que le Parlement devrait aussi avoir un pouvoir de codécision sur les questions de politique de concurrence.

Mais, malgré des observations justes et quelques recommandations intéressantes, ce rapport va dans le sens de la création du Marché Unique dont le résultat est le saccage de notre industrie.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia (TFUE) prevê, nos artigos 101.º a 109.º, regras vinculativas para a concorrência no mercado interno comum, assente numa economia aberta com livre concorrência.

Voto a favor do presente relatório, defendendo que deve existir uma livre concorrência entre empresas e que os Estados-Membros apenas se devem confinar ao papel de regulador e supervisionar se existe posição dominante.

A União Europeia tem ainda de apoiar de forma mais vinculada todos aqueles empreendedores que querem começar novos negócios, sobretudo os que se encontram associados à Economia Digital, por terem amplas oportunidades de geração de emprego e criação de riqueza.

Por fim, é extremamente importante que tenham sido tidos em conta, no Regulamento Geral de Isenção por Categoria (RGIC), os auxílios de caráter social ao transporte de residentes das regiões periféricas, o que vem agora reconhecer o problema de conectividade. A conectividade das regiões insulares periféricas também é essencial para manter e desenvolver níveis aceitáveis de iniciativa económica e social através da manutenção de ligações empresariais imprescindíveis.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Langen sur la politique de concurrence de l'Union se félicite du rapport de la Commission européenne sur l'intérêt de la politique de concurrence tout en y apportant quelques bémols qui n'ont rien d'original et qui vont toujours dans le sens d'un approfondissement du marché unique. Le rapporteur regrette ainsi que la seule cible de l'UE soit la baisse des prix (qui conduisent à la déflation, à la baisse des rendements et donc à la faiblesse de l'investissement) au détriment des «intérêts stratégiques de l'UE» (chimère quand on voit que les grands groupes européens préfèrent s'allier avec des entreprises japonaises ou américaines plutôt qu'européennes et tant les intérêts des pays de l'UE sont divergents puisque directement concurrents). S'il fait de la lutte contre l'évasion fiscale une priorité, le rapport privilégie les mêmes solutions européennes (comme ACCIS, véritable serpent de mer...). Parce qu'il s'agit d'un texte foncièrement européiste, et qui veut achever la construction du marché unique, j'ai décidé de voter contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Annual Report on Competition Policy because it is through a strong European competition policy that we are able to ensure that our consumers are getting the best possible deal, and that our small and local businesses are competing on a level playing field. Being part of a market with 500 million consumers is one of the biggest benefits we get from being in the EU, and by developing and enforcing strong rules for fair competition we ensure more innovation, more opportunity, and ultimately a better deal for British citizens and consumers.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport annuel qui porte sur la politique de concurrence de l'Union. Certaines mesures de ce texte demandent un renforcement de la lutte contre le dumping social, ce qui m'apparaît indispensable. J'ai également approuvé les dispositions relatives aux questions de concurrence sur les marchés de denrées périssables. Il s'agit de protéger les agriculteurs et les consommateurs européens contre des abus potentiels de certains distributeurs, notamment dans le secteur laitier.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – La politica della concorrenza UE ha lo scopo di incoraggiare una leale competizione tra tutte le imprese nell'ambito del mercato interno, perseguendo, al tempo stesso, il mantenimento di un alto livello di protezione e benessere sociale e il miglioramento delle condizioni di lavoratori. Per questo motivo, accogliamo l'adozione della presente relazione. Siamo convinti della necessità di vietare ogni accordo o intesa che risultino restrittivi della concorrenza e che possano pregiudicare il commercio tra gli Stati membri o condurre a uno sfruttamento abusivo di posizione dominante. Una concorrenza effettiva non è fine a se stessa, bensì la condizione per la realizzazione di un mercato interno libero e dinamico. Condividiamo l'affermazione del Presidente Juncker: la politica della concorrenza contribuirà, ove necessario, al programma per l'occupazione e la crescita, anche in settori quali il mercato digitale, la politica energetica, i servizi finanziari, la politica industriale e la lotta all'evasione fiscale. Purtroppo non possiamo non constatare che finora il Parlamento è stato coinvolto nella legislazione sulla concorrenza esclusivamente tramite la procedura di consultazione, con una influenza purtroppo limitata, rispetto a quella della Commissione e del Consiglio. Chiediamo quindi l'introduzione della procedura legislativa ordinaria prevista dal trattato di Lisbona anche per la legislazione sulla concorrenza.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le rapport annuel sur la politique de concurrence de l'Union fait suite au soutien apporté par le Parlement à la Commissaire chargée de la concurrence, Madame Margrethe Vestager. J'ai voté en faveur du rapport, rappelant la feuille de route présentée à la Commission pour la réussite du programme en faveur de la croissance et de l'emploi.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione del collega Langen affinché la politica di concorrenza dell'UE assicuri il proprio ruolo primario nel quadro dell'attuazione dell'economia di mercato e concorrenza in Europa. La relazione sulla politica di concorrenza 2014 indica che la Commissione e l'autorità garante della concorrenza rappresentano l'autorità europea con maggiori poteri ai fini dell'attuazione della concorrenza nel mercato interno. Le ammende di diversi miliardi di euro comminate per accordi illeciti sui prezzi dovranno essere in futuro efficacemente integrate da sanzioni nei confronti dei dirigenti e dei manager aziendali responsabili, allo scopo di prevenire in modo più incisivo questo comportamento.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom a jelentés elfogadását, tudván, hogy egy jól működő piacgazdaságban a piaci verseny a hosszú távú fejlődés legfőbb biztosítója. A gazdasági válság kezdete óta az Európai Bizottság több olyan intézkedést is foganatosított, melyek a polgárok szociális igényeit figyelembe véve szembe mentek a szabad verseny elvével, értem ezalatt a bankszektor nagymértékű támogatását a válság éveiben. Ezen lépések jogosságát nem szeretném elvitatni, azonban szorgalmazom, hogy a jelenlegi, növekvő gazdasági környezetben adjuk meg a lehető legnagyobb teret a piaci versenynek, ezzel is biztosítva az EU fenntartható fejlődését minden piaci szegmensben.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that reiterates EU competition law in order to create fair competition among the Member States and to ensure a cohesive and transparent internal market within the European Union.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru raportul anual privind politica UE în domeniul concurenței deoarece politica UE în domeniul concurenței contribuie la îndeplinirea obiectivelor agendei pentru locuri de muncă și creștere economică, inclusiv în domenii precum piața unică digitală, politica energetică și politica industrială.

Invităm Comisia să sprijine toate inițiativele privind dezvoltarea guvernării electronice. Promovarea și introducerea unor sisteme de guvernare electronică în toate statele membre sunt esențiale pentru monitorizarea eficientă a încălcărilor și pentru asigurarea transparenței în sectorul public și în cel privat.

Concurența în sectorul telecomunicațiilor este esențială nu doar pentru stimularea inovației și a investițiilor în rețele, ci și pentru prețuri accesibile și opțiuni de servicii pentru consumatori. De aceea, Comisia trebuie să asigure concurența în acest sector, inclusiv prin alocarea benzilor de frecvență. Totodată, este nevoie de o interacțiune puternică între aplicarea regulilor în materie de concurență și piața internă a energiei, pentru a elimina barierele din calea liberei circulații a energiei la nivel transfrontalier și a construi uniunea energetică.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям проекта за резолюция като вярвам, че политиката в областта на конкуренцията би могла така да допринесе за постигането на целите на програмата за работни места и растеж. Докладът подчертава, че една ефективна и надеждна политика в областта на конкуренцията не трябва да бъде насочена единствено към намаляване на цените за потребителите, а също да отчита стратегическите интереси на европейската икономика: способност за въвеждане на иновации; инвестиции; конкурентоспособност и устойчивост; специалните условия на конкуренция за МСП и стартиращите предприятия и микропредприятията.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da er sinnvolle Ziele wie Wachstum und Beschäftigung behandelt. Zudem thematisiert er die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und eine konsequente Überprüfung und Beobachtung von unerlaubten staatlichen Beihilfen, welche den Wettbewerb unter den Mitgliedsstaaten verzerren. Es wird für das Jahr 2014 aufgezeigt, dass sich die Kommission und die Wettbewerbsbehörde sehr gut durchsetzen konnten und Geldbußen wegen unerlaubter Preisabsprachen in Milliardenhöhe verhängten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui, en commentant le rapport annuel de la Commission sur le droit de la concurrence, fait de l'ouverture à la concurrence un véritable moteur de l'économie sociale de marché, permettant d'achever la cohésion sociale et économique.

Si je reconnais l'importance des règles de la concurrence pour empêcher les plus gros opérateurs économiques d'abuser de leur position dominante et de s'entendre sur les prix, je m'oppose à cette vision qui fait de l'ouverture à la concurrence de tous les secteurs le pilier de la construction européenne.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Muu hulgas pean oluliseks, et raport käsitleb digitaalse ühisturu loomist ja teatud reeglite kokkuleppimise vajadust ning toetab tugevalt e-valitsuse arendamist. Riigiabi osas on juhitud tähelepanu sellele, et kaugematele ja äärepoolseimatele piirkondadele tuleks anda riigiabi eeskirjade kohaldamisel praegusest rohkem manööverdamisruumi. Seda oleks võinud rakendada omal ajal ka Eesti ja Estonian Airi kaasuse puhul.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The European Parliament's Report on the EU's Competition Policy encourages the harmonisation of taxation across the EU – for this reason, and to defend tax sovereignty, UKIP voted against the Report.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Gli accadimenti più recenti hanno messo in evidenza come le imprese cercano di limitare la concorrenza. A tal proposito mi preme ricordare che le regole dell'UE in materia di concorrenza sono pensate per garantire condizioni eque e leali, lasciando nel contempo spazio all'innovazione e promuovendo standard uniformi e lo sviluppo, in particolare delle piccole aziende. Voto positivamente confidando in una politica leale da parte di tutte le imprese.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The heart of the European economy has long been faith in the value of competition. It fosters a healthy environment for business in Europe where companies can generate economic growth, create jobs, and invest in the future. Competition is also good for consumers for the simple reason that it compels producers to offer better deals. Moreover, putting the focus of the report on the digital economy shows how important it is for the future of the EU. The digital industries are among the most promising growth sectors for the EU. This is why it is so crucial that the implementation of EU competition rules in these markets is robust and effective, and I voted in favour of the report.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – I support the report and I consider of key importance that the European Parliament participates from a legislative position in the policy-making process for enhanced EU competition, in view of the needed scrutiny over important topics such as excessive state aid in the banking system or oversight of excessively big or over-dominant market players, in the best possible interest of the citizens and the taxpayers.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Podržavam ovo izvješće jer otvoreno govori o provedenoj politici tržišnog natjecanja EU-a u 2014. godini. Ta je godina bila vrlo izazovna, održani su izbori za novi saziv Europskog parlamenta te je imenovana nova Komisija. Predsjednik Komisije Juncker predstavio je plan i smjernice rada nove Komisije. Povjerenica za tržišno natjecanje obećala je kako će politika konkurencije doprinijeti povećanju radnih mjesta osobito u područjima kao što su pristup digitalnom tržištu rada, energetskej politici, financijskim uslugama, industrijskej politici i borbi protiv neplaćanja poreza.

Doista, politika tržišnog natjecanja uspješno je obuhvatila sva te područja tijekom 2014. godine. Potpomognuta je stimulacija inovativnosti te su osigurana jednaka prava za sve tvrtke, bile one male, srednje ili velike. Također, revidirana pravila o pružanju državne pomoći omogućuju ciljanu potporu za određena područja, kao što su ulaganja u infrastrukturu kako bi se smanjilo opterećenje prijenosnog sustava te u obnovljive izvore energije. Na kraju 2014. godine, u mjesecu studenom Komisija je najavila osnivanje Europskog fonda za strateško ulaganje (EFSI), s ciljem povećanja ulaganja u Europskoj uniji, vrijednu 315 milijardi eura.

Nadam se da će i izvješće za 2015. godinu također prikazati pozitivne i uspješne rezultate, a na nama je svima novi zadatak da ovu godinu učinimo još boljom.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Malgré des observations justes et quelques recommandations intéressantes, ce rapport va dans le sens de la création du Marché Unique dont le résultat est le saccage de notre industrie par la mise en concurrence d'économies très différentes. J'ai donc décidé de voter contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Politika tržišnog natjecanja je važan instrument djelovanja unutarnjeg tržišta EU-a koji bi trebao spriječiti prekomjernu koncentraciju ekonomske i financijske moći u korist malog broja pojedinaca, te težiti povećanju životnog standarda svih građana EU-a. Podatak kako godišnji gubici zbog postojanja kartela iznose između 181 i 320 milijardi eura, što predstavlja otprilike 3 % BDP-a Europske unije, najbolji je poziv za hitnu nadogradnju postojećeg pravnog okvira za provedbu politike tržišnog natjecanja u EU-u.

Pritom, posebno osjetljiv dio je pitanje državnih potpora. One se ne smiju koristiti nezakonito, anti-konkurentski i protekcionistički. No, kada je riječ o državnoj potpori perifernim regijama i otocima treba povećati fleksibilnost, što je ispravno naglašeno u amandmanima 44–48. Pozdravljam odluku da se socijalna pomoć za prijevoz stanovnika koji žive u udaljenim regijama uključi u Uredbu o općem skupnom izuzeću čime je prepoznat problem povezanosti. Nadam se da će se isti princip primijeniti i u Hrvatskoj gdje je pilot projekt hitne helikopterske medicinske službe nedavno prestao s djelovanjem. Provjera državnih potpora se treba temeljiti na shvaćanju da u strateškim i vitalnim sektorima kao što su energija, promet i zdravstvo države moraju moći jamčiti potpunu sigurnost, stalnu opskrbu i pružanje ovih usluga svim svojim građanima.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Podržavam prijedlog Rezolucije o godišnjem izvješću o politici tržišnog natjecanja EU-a kolege Wernera Langena. Politika tržišnog natjecanja jedan je od glavnih instrumenata Europske unije za ostvarenje zajedničkog unutarnjeg tržišta. Iako je jasno kako je zlouporaba vladajućeg položaja zabranjena i predstavlja ozbiljan problem u tržišnom natjecanju, problemi svedjedno postoje. Godišnji gubici zbog postojanja kartela (monopolističkog udruživanja) iznose između 181 i 320 milijardi eura, što predstavlja otprilike 3% BDP-a Unije. Stoga moramo ograničiti nepoštenu tržišnu praksu kao rezultat monopola i vladajućeg položaja na tržištu tako da svaki pojedinac ima poštene izgleda da ostvari uspjeh.

Nadalje, u pogledu troškova energije jedinstveno europsko tržište manje je uspješno od unutarnjeg tržišta SAD-a, s disperzijom cijena od 31% u odnosu na 22% u SAD-u. Također, u mnogim državama članicama ozbiljna kreditna kriza i dalje pogađa mala i srednja poduzeća, koja predstavljaju 98% poduzeća u EU-u i 67% svih zaposlenih. Redefiniranje politike tržišnog natjecanja rezultirati će transparentnijim i konkurentnijim jedinstvenim tržištem koje je ključno za rast i stvaran oporavak. Smatram da je politika tržišnog natjecanja uz jamstvo ravnopravnih uvjeta za sve tržišne dionike važno sredstvo za zaštitu prava i koristi potrošača, građana, poduzeća, posebno malih i srednjih poduzeća, i radnika u okviru socijalnog tržišnog gospodarstva.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il trattato sul funzionamento dell'Unione europea (TFUE) stabilisce, agli articoli dal 101 al 109, le norme vincolanti sulla concorrenza nel mercato interno. L'obiettivo di fondo delle norme in materia di concorrenza è garantire l'assenza di distorsioni per la realizzazione di un mercato interno libero e dinamico. Fino ad oggi, il Parlamento europeo è stato coinvolto nella formulazione della legislazione sulla concorrenza esclusivamente tramite la procedura di consultazione. Pertanto, la sua influenza risulta, purtroppo, essere limitata rispetto a quella esercitata dalla Commissione e del Consiglio. Ho votato a favore di questa relazione e ritengo che, in futuro, maggiore attenzione dovrà essere accordata agli aiuti di stato illegali e alla concorrenza fiscale sleale tra gli Stati membri, pratiche che provocano distorsioni considerevoli del mercato interno dell'Unione. In particolare, vorrei sottolineare che all'interno del testo vi è scritto che le ammende di diversi miliardi di euro, comminate per accordi illeciti sui prezzi, dovranno essere efficacemente integrate da sanzioni nei confronti dei dirigenti e dei manager aziendali responsabili, allo scopo di prevenire in modo più incisivo questo comportamento.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně*. – Vítám ten fakt, že většina mých kolegů hlasovala kladně pro tuto výroční zprávu. Politika hospodářské soutěže Evropské unie je jednou z klíčových oblastí, ve kterých můžou orgány Evropské unie hrát pozitivní roli v podpoře ekonomického růstu. Považuji za důležité, aby Evropská unie vytvořila spravedlivý a efektivní právní rámec, který bude dohlížet nad ochranou spotřebitele, transparentního a jasného systému finančních pomoci a daní. Přestože vyjadřuji jistě pochybnosti nad zněním bodu 89 ohledně narušování hospodářské soutěže, daňových úniků a automatické výměny informací o daňových únicích, věřím, že celkově tato zpráva pomůže vytvořit zdravé a spravedlivé konkurenční prostředí a sníží nezaměstnanost.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie miało dotyczyć polityki konkurencji, ale podejmuje w dużej mierze sprawy opodatkowania. Dlatego nie mogłem poprzeć sprawozdania. Powtórzono w nim wiele zaleceń zawartych w sprawozdaniu TAXE. Postuluje się na przykład wspólną skonsolidowaną podstawę opodatkowania osób prawnych, publiczną sprawozdawczość w podziale na kraje dla korporacji wielonarodowych, dostęp Komisji do danych wymieniających przez organy podatkowe państw członkowskich, zgłaszanie przez Komisję wniosków ustawodawczych wykraczających poza propozycje OECD/G20 dotyczące BEPS oraz powołanie przez Parlament Europejski komisji śledczej, by dokładniej zbadać szkodliwe praktyki podatkowe (w przeciwieństwie do TAXE 2, która pozostaje komisją specjalną, a nie komisją śledczą).

W sprawozdaniu wspomina się o ukończeniu tworzenia unii bankowej (tj. trzeciego filaru, czyli europejskiego systemu gwarantowania depozytów), a nawet o zwiększeniu zasobów własnych UE przez przekazanie do budżetu UE odzyskanej nielegalnej pomocy państwa.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car je suis convaincu que la politique de concurrence est un enjeu primordial pour l'Union européenne. Mais elle doit être un moyen à notre croissance, et pas un frein. C'est pour cela que je soutiens les outils de lutte contre le dumping social notamment et toutes les solutions permettant à nos entreprises de profiter pleinement des opportunités qu'offrent les marchés extérieurs, sur un même pied d'égalité.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The European Parliament's report on the EU's Competition Policy encourages the harmonisation of taxation across the EU – for this reason, and to defend tax sovereignty, UKIP voted against the report.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Congratulo-me com o relatório da Comissão, que sublinha a importância de pôr cobro ao *dumping* social. A política de concorrência da UE, com diferentes impactos nos diferentes Estados-Membros, constitui uma pedra angular da economia social do mercado da Europa e é um instrumento crucial para garantir o bom funcionamento do mercado interno da União.

Este voto favorável não é mais do que uma forma de beneficiar os trabalhadores e empresários, promovendo a inovação, e de aumentar a prosperidade dos consumidores e, consequentemente, os níveis de vida de todos os cidadãos da UE. Para além disso, com este voto, pretendo ainda favorecer a coesão social e o desenvolvimento sustentável com base na estabilidade dos preços e num crescimento económico equilibrado.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – Une concurrence libre, équitable et qui permet l'émergence de champions économiques européens constitue une des conditions sine qua non au bon fonctionnement du marché intérieur et à la protection des consommateurs. C'est pourquoi j'ai apporté mon soutien à ce texte, dans lequel nous réagissons au rapport annuel de la Commission sur la politique de concurrence en 2014. Notre résolution émet des propositions dans divers domaines tels que les procédures antitrust, les aides d'État, le contrôle des fusions notamment dans l'économie numérique, les aides financières et les impôts, la concurrence au niveau mondial ou encore le renforcement démocratique de la politique de concurrence européenne.

J'insiste en particulier sur notre demande que les montants recouvrés à la suite d'une infraction aux règles de l'Union en matière d'aides d'État à caractère fiscal soient reversés aux États membres qui ont subi la pratique illicite, et non à l'État membre qui a accordé l'aide fiscale irrégulière. Ceci me semble absolument nécessaire et justifié.

Je tiens également à saluer la politique courageuse menée par la Commissaire Vestager et les diverses actions engagées sous son autorité, dont nous attendons des résultats.

Liliana Rodrigues (S&D), por escrito. – O Parlamento Europeu participa na legislação em matéria de concorrência apenas através do procedimento de consulta. A sua influência é reduzida em comparação com a da Comissão e do Conselho.

Este relatório defende que as sanções pecuniárias no valor de milhares de milhões de euros impostas em consequência de acordos de fixação de preços deverão ser eficazmente complementadas por sanções aos dirigentes e gestores das empresas, para evitar este tipo de comportamentos. Temos a esperança de que a política da concorrência da UE cimente e desenvolva a economia de mercado na Europa e não evolua no sentido de uma política de exceções setoriais e nacionais e de isenções incontroláveis.

Uma política de concorrência eficaz e credível tem de ter em conta interesses estratégicos da economia europeia, como: a capacidade de inovar; o investimento; a competitividade e a sustentabilidade; as especiais condições de concorrência para as PME, as empresas emergentes e as microempresas e a promoção de elevadas normas sociais e ambientais.

Importante é também que a Comissão ponha cobro ao «dumping» social e que se tenha em conta o impacto social das políticas de concorrência nas regiões mais remotas ou isoladas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe sobre la política de la competencia ya que se ha logrado incluir objetivos claves para el Grupo de los Socialistas y Demócratas, tales como pedir a la Comisión una posición más beligerante contra el dumping social en el mercado laboral (apartado 5), que los servicios de interés económico general estén excluidos de las normas de competencia (apartado 46), que se aborde la problemática de la fragmentación del mercado digital de la UE (apartados 55-59 y 79), que la Comisión mantenga un enfoque prioritario en relación con la evasión fiscal o con las prácticas fiscales corporativas ilegales (apartados 62, 68-89) y, finalmente, que el Parlamento pueda codecidir en este último campo (apartado 110).

También se han introducido referencias útiles en el informe a la necesidad de incorporar flexibilidad en el cumplimiento de la normativa de competencia para las regiones ultraperiféricas e insulares.

Asimismo se ha incluido en el informe, a propuesta de mis compañeros Jonás Fernández y de Ramón Jáuregui, una referencia a la necesidad de regular las comisiones de los cajeros automáticos por tratarse del precio de un servicio cuyo valor de mercado es de difícil fijación, lo que es muy relevante para España en este momento.

Claude Rolin (PPE), par écrit. – Le Parlement européen voudrait que les États qui accordent des aides d'État illégales au moyen d'avantages fiscaux à des entreprises ne récupèrent pas ces aides lorsque la Commission décide qu'il doit y avoir recouvrement. Et que ces sommes que doivent rendre les entreprises devraient directement aller au budget de l'UE. C'est l'une des recommandations comprises dans un rapport sur la politique de concurrence, adopté hier mardi 19 janvier en session plénière.

Le texte du rapport aborde également par ailleurs le cas 'Google' et appelle la Commission à chercher à savoir pourquoi ce géant américain offre le système d'exploitation pour mobiles «Android» uniquement en conjonction avec d'autres services Google et pourquoi les fabricants ne seraient pas autorisés à préinstaller des produits concurrents. Le rapport demande aussi à la Commission d'examiner la position dominante de Google sur le marché dans les secteurs des réservations d'hôtels.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Sveikinu Komisiją atlikus puikų darbą rengiant šią konkurencijos politikos priežiūros apžvalgą. Kartu noriu atkreipti dėmesį į vieną svarbią temą, kurios joje nėra, bet labai tikiuosi, kad kitais metais ji atsiras.

Tai – padėties Europos Sąjungos pirminės maisto gamybos sektoriuje įvertinimas. Manau, niekam ne paslaptis, kad Europos Sąjungos pieno, kiaulienos ir kai kurių kitų maisto produktų sektoriuose yra susiklosčiusi kritinė padėtis. Ūkininkai ir kiti pirminiai gamintojai labai kenčia nuo dėl išorinių priežasčių smukusios paklausos. Nepaisant to, žinoma daug atvejų, kai perdirbėjai ir prekybininkai naudojami tokia situacija ir piktnaudžiauja savo dominuojančia padėtimi rinkoje, mažindami supirkimo kainas.

Taip yra žlugdomas Europos Sąjungos kaimas.

Labai tikiuosi, kad iš 2016 m. Konkurencijos politikos ataskaitos mes galėsime sužinoti, kaip Komisija sprendė gausius konkurencijos pažeidimų atvejus, kaip apgynė sąžiningą konkurenciją žemės ūkio sektoriuje ir kaip nubaudė piktnaudžiavusius savo dominuojančia padėtimi.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de Werner Langen. Alors que la politique de concurrence est marquée par un regain de dynamisme, grâce au volontarisme dont fait preuve la commissaire Vestager, le Parlement européen vient appuyer ce mouvement dans ce rapport. Il se concentre notamment sur les nouveaux enjeux liés à l'économie numérique et considère qu'il est essentiel, et dans l'intérêt des consommateurs, que des conditions de concurrence équitables soient garanties dans ce nouveau contexte.

Ce rapport fixe clairement comme objectif la lutte contre l'optimisation fiscale. Il se félicite des enquêtes ouvertes en 2014 par la Commission sur les aides d'État illicites, s'inscrivant dans le cadre d'une concurrence fiscale déloyale, au bénéfice de certaines entreprises. Il exprime une préoccupation sur la différence entre les règles strictes de concurrence européennes et celles de certains autres pays, moins protectrices. Il rappelle, enfin, que les grandes entreprises internationales doivent apporter une contribution juste et équitable aux finances publiques des États membres.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório demonstra que a Comissão, a par da autoridade da concorrência, é atualmente decisiva para fazer prevalecer a concorrência no mercado interno. Por essa razão, subscrevo a proposta constante do relatório, relativa à extensão da aplicabilidade das sanções pecuniárias aos dirigentes e gestores das empresas, quando estejamos perante acordos de fixação de preços, por forma a evitar de modo mais eficaz este tipo de comportamentos.

Assim, e tendo em vista o cimentar e desenvolver, a nível internacional, do papel fundamental que desempenha a política da concorrência da UE, pretende-se que, doravante, seja possível fazer prevalecer a economia de mercado e a concorrência na Europa, de modo a evitarmos caminhar no sentido de uma política de exceções setoriais e nacionais ou de isenções incontroláveis.

Por estar de acordo globalmente com as propostas constantes deste relatório, atribuí o meu voto favorável.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Reilu kilpailu on EU:n yhteismarkkinoiden perusta. Arvon kollegat, tämä perusta huojuu. Kun paikallinen pienyrittäjä taistelee suoriutuakseen veroista ja pysyäkseen kannattavana, mitä tekee kansainvälinen suuryritys? Siirtää voittonsa Luxemburgiin.

Verosuunnittelu on kirjanpitäjien käyttämä kiertoilmaisu tästä varkaudesta, joka vääristää kilpailua ja asettaa yritykset eriarvoiseen asemaan.

Tosiasiat on myönnettävä. Markkinoiden yhdentyminen EU:ssa on tehnyt voittojen siirtelyn liian helpoksi kansainvälisille suuryrityksille. 1 000 miljardia. Tällainen summa yhtiöveroja jää vuosittain keräämättä EU:n alueella. Näin paljon yhteisiä rahojamme katoaa täysin laillisesti ja täysin moraalityttösti. Tälle on tultava loppu.

Veroparatiiseissa päämajaansa pitävät yritykset pitäisi sulkea pois julkisista kilpailutuksista. En näe mitään syytä antaa suuria rakennusurakoita, tietoliikennehankkeita tai vaikkapa vanhusten hoitopalveluita yrityksille, jotka kirjaavat voittonsa veroparatiiseihin ja tappiot korkean yritysverotuksen jäsenvaltioihin.

Siksi kannatankin EU:n kattavaa yritysrekisteriä, joka kertoo jäsenvaltiolle, minne yritys veronsa maksaa.

On syytä muistaa, että ilman yhteisiä pelisääntöjä ja läpinäkyvyyttä, jotka takaavat reilun kilpailun, veropohjamme rapautuu. Rahat yhteiskunnan tarjoamiin palveluihin joudutaan tällöin ottamaan pieni- ja keskituloisten palkansaajien ansioista. Se on lyhytnäköistä ja väärää politiikkaa. Näistä syistä äänestin mietinnön puolesta.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse le bilan annuel de la mise en œuvre de la politique de concurrence de l'Union au sein des États membres. L'objectif premier d'une politique de concurrence efficace est de permettre la croissance économique. En effet, la politique européenne de concurrence n'a pas comme seul objectif les bénéfices que tirent les consommateurs de la baisse des prix; elle doit reposer sur l'innovation, la compétitivité et l'investissement.

J'ai soutenu ce texte qui appelle la Commission à mettre un terme aux pratiques de dumping social au sein de l'Union et qui demande à ce que la politique de concurrence prenne en considération ses conséquences sociales, notamment dans les régions les plus isolées et défavorisées. Outre la lutte contre le dumping social, l'Union européenne doit s'engager sur la voie d'un marché unique numérique, achever l'harmonisation de son marché intérieur et poursuivre l'intégration au sein même des États membres, particulièrement dans le secteur financier.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché il rapporto sottolinea la collaborazione tra il Parlamento e la Commissione, ma al tempo stesso propone dei punti per migliorare il mercato unico in Europa. Ad esempio è necessario e urgente rispondere alle sfide lanciate dalla digitalizzazione, adattando le regole per la concorrenza ai nuovi modelli di *business*.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación del informe anual sobre la política de competencia del Parlamento Europeo. Este mantiene una visión globalmente neoliberal de la política de competencia, centrada en el mercado único y sin apenas referencias específicas a los distintos sectores económicos. Si bien dedica bastante espacio a la cuestión de los impuestos, no propone ninguna medida coercitiva para combatir la evasión o elusión fiscal. Algunas enmiendas presentadas por mi Grupo fueron sin embargo incluidas, como las referidas a los abusos en la distribución de alimentos o la competencia social a la baja. Considero que el informe no es muy negativo, pero seguimos sin compartir el enfoque general.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – I have abstained on the roll-call votes 'Subject of the Amendment' 76 third part, 'Subject of the Amendment' 81 second part, and 'Subject of the Amendment' 89. I did so because I was a shadow rapporteur for the Annual Report on EU Competition Policy. Otherwise I would have voted against.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Die Rolle des Europäischen Parlaments in der EU-Wettbewerbspolitik muss endlich verbessert werden! Wir wollen auch auf diesem Politikfeld Ko-Gesetzgeber werden – auch wenn wir dafür die Verträge ändern müssen! Es kann nicht sein, dass wir nun in allen relevanten Politikfeldern mitberaten, aber immer noch nicht in der Wettbewerbspolitik – einem Kernbereich der EU. Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU hier demokratischer wird. Ich werde das ebenfalls tun.

Kernthema in diesem Bericht ist für mich die Steuervermeidung: Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, mit der Kommission und dem Parlament enger zusammenzuarbeiten und die nötigen Informationen zur Verfügung zu stellen. Apropos Steuervermeidung: Dazu gehört auch eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer und eine Überprüfung der Mehrwertsteuerrichtlinie. Damit können wir Missbrauch und Steuerdumping wirksam vermeiden.

Und noch etwas: Im Digitalen haben wir es mit einer massiven Konzentration der Marktmacht zu tun. Wie kann es sein, dass die Kommission die Übernahme von WhatsApp durch Facebook ohne Auflagen genehmigte? Solche Fusionen können wir erst dann richtig beurteilen, wenn wir Modelle entwickeln, mit denen wir die wirkliche Marktmacht der Unternehmen beurteilen können.

Frau Kommissarin Verstager ist aufgefordert, schnellstmöglich eine tragfähige Lösung zu entwickeln.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener aspectos muy positivos, continúa desarrollando la concepción neoliberal de la economía que percibe el mercado como agente principal de la economía europea. El presente informe ha incluido numerosas enmiendas presentadas por mi Grupo y más aspectos de una importancia central para la economía europea: desde el respaldo a las decisiones de sancionar a las multinacionales que evaden impuestos, a la crisis originada con el fin de las cuotas lácteas o la investigación de las conexiones entre determinados exgobernantes y las grandes compañías eléctricas. Sin embargo, no se reconoce que los servicios de interés económico general deban ser proveídos por el Estado, se llama a la internacio-

nalización de la contratación pública y del conjunto de la economía europea en clara referencia a la ATCI. Es por todo esto por lo que, pese a los importantes aspectos positivos, no he podido votar a favor del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this policy as it expands the Commission's protectionist policies into our market.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report on the Commission's Annual Report on Competition Policy in the EU because in order to get the best possible deal for our consumers we need a robust and dynamic competition policy which will ensure that our small and local businesses are competing on a level playing-field with the larger businesses. Being part of the world's largest single market, at over half a billion consumers, is one of the largest benefits that we get from being in the European Union. This is great for businesses and consumers in the West Midlands, and I am glad to come to the European Parliament to ensure citizens' voices are being heard when it comes to the evaluation and formation of EU legislation.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Tržišno natjecanje obilježava gospodarski ustroj Europske unije kojim se predstavlja kao moćan akter na međunarodnoj sceni. Odlikuje se osiguravanjem poštenog natjecanja brojnim poduzećima omogućavajući potrošačima veći izbor te bolju kvalitetu proizvoda po nižim cijenama.

Nažalost, postoje i akteri koji se tih pravila ne drže. Stoga je važno poduzeti učinkovite mjere protiv takvih oblika djelovanja koji ozbiljno narušavanju pošteno natjecanje poput zlouporabe vladajućeg položaja, djelovanja kartela, davanja neopravdanih državnih potpora jednom ili malom broju poduzeća dovodeći ih na taj način u prednost itd.

Potrebna je veća kontrola u svim segmentima, pogotovo kod provedbi trgovinskih sporazuma, spajanja poduzeća, načina oporezivanja i poreznih odluka država članica, a upravo pojačanom kontrolom područja vitalnih i strateških sektora poput energije, zdravstva i prometa spriječila bi se bilo kakva mogućnost prestanka opskrbe i pružanja usluga građanima diljem Europske unije.

Istaknuo bih stvaranje novog odbora za porezne odluke (TAXE) kojim će se omogućiti uvid u transparentnost u načinima oporezivanja država članica, samo godinu dana nakon LuxLeaks afere što ukazuje na pomake.

Izričito podupirem cjelokupne napore u borbama protiv nepoštenog i netransparentnog ponašanja na štetu drugih te sam iz tih razloga podržao rezoluciju Parlamenta ističući važnost dostupne i održive energije te sigurnost opskrbe u okviru transparentnih trgovinskih sporazuma.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som uznesenie, lebo politiku hospodárskej súťaže EÚ považujem za kľúčový nástroj Únie a jeden zo základných pilierov sociálneho trhového hospodárstva v Európe. Aj napriek tomu, že základným cieľom pravidiel hospodárskej súťaže v Únii je chrániť hospodársku súťaž pred narušeniami, ešte stále sme svedkami toho, že v mnohých členských štátoch dochádza k vážnym narušeniam hospodárskej súťaže. Je dôležité, aby Komisia hlboko preskúmala existujúce nástroje pre hospodársku súťaž a vzhľadom na nové výzvy vytvorila také podmienky, ktoré budú aj v nasledujúcich obdobiach schopné zabezpečiť také prostredie, ktoré bude podporovať podnikateľskú sféru a rozvoj MSP, ktoré sú hnacím motorom rastu a zamestnanosti. Rovnako si myslím, že politika hospodárskej súťaže musí zohrávať ešte významnejšiu úlohu pri zabezpečovaní toho, aby finančné trhy pre spotrebiteľov boli bezpečnejšie a transparentnejšie. Za mimoriadne dôležité taktiež považujem rýchlejšie a účinnejšie uplatňovanie predpisov EÚ v oblasti hospodárskej súťaže, ktoré môže zabrániť súčasnej roztrieštenosti a pomôcť k odstráneniu mnohých prekážok brániacich prístupu na trh.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore della relazione annuale sulla politica di concorrenza dell'UE con la quale il Parlamento esamina quanto la Commissione sta facendo o ha intenzione di fare al fine di favorire una sana e libera concorrenza tra imprese, nel rispetto delle regole e a vantaggio dei consumatori. Le criticità evidenziate nel rapporto del Parlamento europeo sono molteplici e riguardano diversi settori, tra i quali l'economia digitale e il settore finanziario mi sembrano cruciali. I colossi operanti nell'economia digitale sono tradizionalmente sotto la lente della Commissione, per via del pericolo che le loro dimensioni pongono alla libera concorrenza e in virtù di pratiche commerciali non sempre trasparenti. Il Parlamento ha espresso in questo senso sintonia con la Commissione, invitandola anzi ad accelerare le pratiche volte all'accertamento di eventuali responsabilità. Riguardo alla concorrenza nel settore finanziario, ho voluto evidenziare con i miei colleghi la necessità di applicare in modo uniforme negli Stati membri la normativa europea di sostegno ai sistemi bancari tramite risorse pubbliche, di cui vari paesi si sono avvalsi negli anni della crisi finanziaria e l'eliminazione delle disparità per quelli che intendono ora farvi ricorso.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich.* – Der Jahreswettbewerbsbericht des Europäischen Parlaments benennt und bewertet Fragen der Europäischen Wettbewerbspolitik und die Arbeit der Kommission des Vorjahres. Im Jahresbericht 2015 werden einige wichtige Herausforderungen benannt. Beispielsweise die Forderungen nach mehr Transparenz beim Steuerwettbewerb durch die Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer ist sinnvoll und verdient Unterstützung.

Allerdings finden sich auch eine Vielzahl problematischer Forderungen im Bericht wieder. Die Forderung nach einer Europäischen Einlagensicherung als dritte Säule der Banken Union wird von ALFA nicht unterstützt. Für grundsätzlich falsch halte ich es zudem, dem Europäischen Parlament bei der Wettbewerbspolitik eine größere Mitsprache einzuräumen. Für eine effektive Wettbewerbspolitik ist es gerade grundlegend, dass diese von der Politik unabhängig agieren kann. Die Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörden muss gestärkt und von politischer Einflussnahme befreit werden. Daher konnte ich dem Bericht in dieser Form nicht zustimmen.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne* – Politika hospodárskej súťaže patrí medzi najdôležitejšie nástroje spoločného trhu Európskej únie. Na základe vyhodnotenia výročnej správy je potrebné, aby sa aj politika hospodárskej súťaže EÚ prispôbila novým podmienkam a výzvam na vnútornom trhu. Je nevyhnutné, aby politika hospodárskej súťaže EÚ zohľadňovala špecifiká niektorých odvetví a zamerala sa na vytvorenie podmienok na jednotnom digitálnom trhu. Cieľom súčasnej politiky hospodárskej súťaže by tiež mal byť rozvoj elektronickej verejnej správy a prijatie nových pravidiel verejného obstarávania za účelom rozvoja e-Governmentu. Je potrebné preskúmať aj pravidlá posudzovania štátnej pomoci, kontroly fúzií a zefektívniť vedené antitrustové konania.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Politika tržišnog natjecanja EU-a je temelj socijalnog tržišnog gospodarstva u Europi i važan instrument djelotvornog unutarnjeg tržišta Unije. Europska unija je utemeljena kao otvoreno socijalno tržišno gospodarstvo sa slobodnim tržišnim natjecanjem čiji je cilj povećanje dobrobiti potrošača i životnog standarda svih građana EU-a te s obzirom da Europska unija uspostavlja unutarnje tržište organizirano tako da dovede do održivog razvoja Europe koji se temelji na uravnoteženom gospodarskom rastu i stabilnosti cijena.

Učinkovita i vjerodostojna politika tržišnog natjecanja ne smije se usmjeriti isključivo na sniženje potrošačkih cijena, nego mora pogodovati i strateškim interesima europskog gospodarstva kao što su: inovativnost, ulaganje, konkurencija i održivost, specifični uvjeti tržišnog natjecanja u kojima djeluju mala, srednja i novoosnovana poduzeća te mikropoduzeća te promicanje standarda rada i zaštite okoliša. Smatram da je ključno da Komisija nastavi promicati snažniju konvergenciju i suradnju među nacionalnim tijelima nadležnima za tržišno natjecanje u EU-u, te podržavam izvješće.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – I voted in favour of the report on the Annual Report on Competition Policy because it is through a strong European competition policy that we are able to ensure that our consumers are getting the best possible deal, and that our small and local businesses are competing on a level playing field. Being part of a market with 500 million consumers is one of the biggest benefits we get from being in the EU, and by developing and enforcing strong rules for fair competition we ensure more innovation, more opportunity, and ultimately a better deal for British citizens and consumers.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Godišnje izvješće o politici konkurentnosti Europske unije sadrži sve bitne elemente. Napredak je vidljiv u odnosu na prethodna razdoblja, analizirano je stanje i vidljiv je napredak u postupku stvaranja Bankovne unije. U izvješću se ističe da treba uložiti veće napore kako bi se postiglo adekvatno tržišno natjecanje u izoliranim i perifernim dijelovima Unije. Također, sugerira se preispitivanje postojećeg pravnog okvira tijekom razvoja digitalne ekonomije, jer postojeće zakonodavstvo ima određena ograničenja zbog čega ga treba osuvremeniti. Važno je osigurati apsolutnu nediskriminaciju poslovnih subjekata u digitalnoj ekonomiji, što je do sada često bilo u korist globalnih korporacija.

Podržavam godišnje izvješće o politici konkurentnosti EU-a.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o letnem poročilu o politiki EU na področju konkurence.

Za pravilno delujoč notranji trg Evropske unije je dobro delujoča politika konkurence EU zelo pomembna. Večja kot je konkurenčnost, večje koristi imamo od tega potrošniki: nižje cene in boljše storitve.

V Evropski uniji vlada odprta tržna konkurenca, zato bi si vsi morali prizadevati za čim bolj konkurenčen trg, za čim več tekmovanja med podjetji, za čim več konkurence. Vse to namreč močno vpliva na blaginjo državljanov ter na dvig življenjskega standarda.

Države članice morajo imeti ustrezne mehanizme in tem mehanizmom nameniti tudi zadostno finančno podporo, da zagotavljajo, da na prostem trgu vlada konkurenca med podjetji, da med seboj pravično tekmujejo, brez nepoštenih prednosti.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η ετήσια έκθεση για τον ανταγωνισμό καταγράφει κάθε χρόνο την οικονομική κατάσταση στην ΕΕ και επικεντρώνεται στο πως αυτή θα μπορέσει να γίνει πιο ανταγωνιστική. Διαχρονικά, η αντίληψη των κυρίαρχων κύκλων και της πλειοψηφίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου διαφέρει από τη δική μας άποψη. Οι δυνάμεις του νεοφιλελευθερισμού αντιλαμβάνονται την ανταγωνιστικότητα ως την μείωση των τιμών μέσω της πίεσης των μισθών προς τα κάτω και της μείωσης των φόρων κοινωνικής ασφάλισης, και κατ' επέκταση των κοινωνικών ασφαλίσεων και των κοινωνικών παροχών.

Μολονότι στο κείμενο της έκθεσης εισήχθηκαν κάποιες από τις τροπολογίες της GUE/NGL για το κοινωνικό ντάμπινγκ και τις φαρμακοβιομηχανίες, επιλέξαμε να καταψηφίσουμε το κείμενο διότι αφενός προωθεί την κοινή φορολογική βάση (κάτι με το οποίο διαφωνούμε ως Κύπριοι) και διότι εξακολουθεί να προωθεί την απορρύθμιση της αγοράς εργασίας λόγω των πολιτικών ανταγωνισμού της ΕΕ.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Μολονότι η έκθεση τονίζει τις στρεβλώσεις των υφιστάμενων πρακτικών που παρεμποδίζουν την ανάπτυξη, καταστρέφουν τις ΜΜΕ και ευνοούν τη φοροδιαφυγή και τον αθέμιτο ανταγωνισμό, εντούτοις αποφεύγει να τονίσει την αναγκαιότητα εφαρμογής κανόνων ανταγωνισμού και να προτείνει εκείνους τους κανόνες και ελέγχους οι οποίοι δεν θα καταστρέφουν τις εθνικές - τοπικές αγορές (επιβάλλοντας την ενιαία αγορά) αλλά αντιθέτως θα εξαναγκάζουν τις κερδοφόρες πολυεθνικές επιχειρήσεις να συνεισφέρουν στη χρηματοδότηση των κρατών - μελών και θα προωθούν την επιχειρηματικότητα και τη διαφάνεια, ιδίως στις επιχειρήσεις φαρμάκων, τροφίμων, καύσιμων, παροχών υπηρεσιών τηλεπικοινωνίας κτλ.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam az EU versenypolitikájáról szóló éves jelentés elfogadását. Helyesnek tartom, hogy a jelentés a Bizottság kiemelt figyelmét kérte az uniós fogyasztók kárára elkövetett, a piaci erőfölénnyel való visszaélések kapcsán. Továbbá az is jogos elvárás, hogy szigorúbb ellenőrzés alá essenek a bankágazat által a fogyasztói szerződésekben alkalmazott, tisztességtelen és jogellenes záradékok és gyakorlatok.

Mivel az EP TAXE bizottsága és az Európai Bizottság eddigi munkája ellenére a multinacionális vállalatok adóelkerülési és adócsalási gyakorlatai még mindig jelentős károkat okoznak az EU adófizető polgárainak és a kis- és középvállalkozásainak, rendkívül fontos, hogy a jelentés felkérésének megfelelően a Bizottság továbbra is minden rendelkezésére álló eszközt, így az uniós versenyszabályok értelmében őt megillető hatásköröket is felhasználja az adócsalás elleni harc során. Ennek kapcsán fontosnak tartom azt a kérést is, hogy a tagállamok hozzák nyilvánosságra a feltételes adómegállapításaikra vonatkozó információkat.

Helyes módon, a jelentés az állami támogatások kapcsán azt is kiemeli, hogy ilyen ügyekben a Bizottságnak intenzívebben kell megvizsgálnia a tagállamok által szolgáltatott bizonyítékokat, mivel rendszeresen történnek kísérletek a jogi korlátok megkerülésére.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Jako autor opinii, z upoważnienia Komisji Handlu Międzynarodowego, do sprawozdania dotyczącego polityki konkurencji UE za rok 2014, bardzo się cieszę, że w przyjętym przez Parlament dokumencie znalazły się zaproponowane przeze mnie zapisy wzywające do znacznego pogłębienia współpracy międzynarodowej w celu skutecznego wdrożenia zasad prawa konkurencji. Idealnym rozwiązaniem, którego jestem gorącym zwolennikiem, byłoby wypracowanie wielostronnego porozumienia w sprawie konkurencji w ramach Światowej Organizacji Handlu. Mam nadzieję, że będzie to możliwe w najbliższych latach.

Jeżeli chodzi zaś o samą Unię Europejską, to w moim przekonaniu niezwykle ważne jest silniejsze monitorowanie stanu realizacji coraz bardziej ambitnych umów międzynarodowych zawieranych przez Wspólnotę z krajami trzecimi. Musimy wiedzieć, czy reguły konkurencji są przestrzegane i czy zobowiązania powzięte przez partnerów handlowych są rzeczywiście w pełni wypełniane oraz egzekwowane.

To, na co warto również zwrócić uwagę w sprawozdaniu przyjętym przez Parlament, to zaproponowane przeze mnie zapisy dotyczące konieczności wyrównania dostępu do wszystkich zasobów, ale z wyraźnym podkreśleniem dostępu do źródeł energii, a także jej przesyłu i transportu. W obecnych czasach jednym z istotnych czynników kreujących równość na rynku jest właśnie dostęp do energii.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Concurența liberă și loială constituie una dintre valorile fundamentale ale construcției europene, care a stat la baza concretizării potențialului economic uriaș al statelor membre și al pieței comune. Protejarea sa de către instituțiile europene trebuie să fie, prin urmare, unul din principalele noastre obiective.

Din păcate, Parlamentul European nu deține încă prerogativele necesare pentru a determina în mod decisiv situația existentă. Totuși, în calitate de reprezentanți direcți ai cetățenilor europeni, putem cere Comisiei respectarea anumitor principii. Unul dintre acestea este evitarea abuzurilor de poziție dominantă, pentru a permite tuturor actorilor, mari și mici, să fie prezenți pe piață, prin intermediul politicilor anti-trust. De asemenea, ajutoarele de stat pot afecta în mod negativ concurența liberă, însă în unele cazuri acestea sunt necesare pentru a evita colapsul anumitor domenii ale statelor membre care folosesc o forță de muncă de dimensiuni considerabile. În același timp, nivelul taxelor poate constitui un element de dezechilibru între statele membre, de aceea armonizarea lor la un nivel optim este necesară.

Toate aceste prevederi trebuie să aibă în prim plan interesul cetățenilor europeni și asigurarea unui nivel de trai cât mai ridicat al acestora. Altfel, competiția doar de dragul competiției nu poate genera o societate prosperă și echilibrată.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte et soutiens la demande à la Commission d'intensifier ses efforts en ce qui concerne les enquêtes sur les cas d'abus de position dominante au détriment des consommateurs de l'Union européenne.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report which outlines the European Parliament's main recommendations on how to improve EU competition policy and Member States' corporate taxation practices. The increasing digitalisation of our economy requires new European rules on fair taxation and market dominance; this is one of our biggest challenges. I opposed all the provisions which involves the Google case and Google's dominant position on the hotel reservation sector market.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Depuis trop longtemps, l'Union Européenne est l'idiote du village mondial. Nous nous appliquons des règles de concurrence strictes qu'aucun de nos partenaires commerciaux ne respecte au niveau international, fragilisant ainsi nos entreprises et nos emplois.

Je me félicite donc de l'adoption de ce rapport qui pour la première fois, marque une inflexion du dogmatisme du «tout-concurrentiel». Il admet la nécessaire modération de la règle de concurrence pour l'innovation et la protection de l'emploi. Après les enquêtes diligentées sur les pratiques de Google, il propose des mesures pour que les établissements de l'économie numérique ne puissent plus passer entre les mailles du filet. Il reprend également les propositions du Parlement Européen visant à lutter contre le dumping fiscal, qui constitue une forme de concurrence déloyale. Il appelle ainsi à créer une assiette commune pour l'impôt sur les sociétés et à la déclaration obligatoire des accords fiscaux conclus entre États et multinationales.

Néanmoins, je regrette que la droite, par son vote contre, ait fait échouer deux amendements. L'un aurait permis de souligner les risques anticoncurrentiels du TAFTA, l'autre aurait permis de sanctionner les multinationales qui avaient refusé de répondre à la convocation de la commission spéciale du Parlement sur le dumping fiscal.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La politica di concorrenza UE rappresenta uno dei pilastri fondamentali dell'economia sociale di mercato in Europa ed è uno strumento essenziale per il funzionamento del mercato interno dell'Unione. La relazione del collega Langen esamina alcuni aspetti interessanti cui è necessario dedicare la massima attenzione. Prima tra tutti la questione degli aiuti di Stato, occorre innanzitutto ribadire la necessità di una legislazione certa e che favorisca la crescita e lo sviluppo, creando una sana concorrenza tra le imprese europee e consentendo loro di svolgere un ruolo di primo piano nel commercio internazionale e globalizzato. Vorrei inoltre ricordare che nell'era digitale è quanto mai essenziale adottare norme comuni per superare rapidamente il divario tra paesi. Da ultimo è fondamentale che la Commissione intensifichi gli sforzi riguardo alle indagini sui casi di abuso di posizioni dominanti di mercato a danno dei consumatori dell'Unione europea.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o letnem poročilu o politiki EU na področju konkurence sem podprla, saj to dobro povzame dogajanje na tem področju v zadnjih letih in predstavi temeljne izzive za naprej.

V letu 2014 sta Komisija in organ (ki je s približno 1000 zaposlenimi najmočnejši urad v Evropi za uveljavitev konkurence na notranjem trgu) pobrala globe v višini več milijard EUR zaradi nedovoljenega dogovarjanja o cenah, kar kaže na še vedno številna protizakonita ravnanja podjetnikov v EU.

Učinkovita konkurenca ni sama sebi namen, temveč pogoj za uresničitev prostega in dinamičnega notranjega trga, h kateremu težimo. Še predvsem v dobi digitalizacije pa nadzor nad tem področjem predstavlja dodatni izziv in zahteva pozornost pristojnih evropskih institucij.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación del informe anual sobre la política de competencia del Parlamento Europeo. Este mantiene una visión globalmente neoliberal de la política de competencia, centrada en el mercado único y sin apenas referencias específicas a los distintos sectores económicos. Si bien dedica bastante espacio a la cuestión de los impuestos, no propone ninguna medida coercitiva para combatir la evasión o elusión fiscal. Algunas enmiendas presentadas por mi Grupo fueron sin embargo incluidas, como las referidas a los abusos en la distribución de alimentos o la competencia social a la baja. Considero que el informe no es muy negativo, pero seguimos sin compartir el enfoque general.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I very much welcome the Competition Report of this year and I hope that the Commission will listen to our views and take it into account.

I am particularly pleased to see that Parliament is calling on the Commission to pay attention to those Member States where the board of big energy companies is filled by many ex-ministers and where there is suspicion of oligopolistic practices.

On the other hand, regarding the Google case I welcome paragraphs 34, 35 and 36 of the Competition Report: the Google antitrust case has to move ahead more quickly, and the Commission should step up the pace to solve this case as soon as possible to reach a satisfactory solution.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait suite au rapport annuel de 2014 sur la politique de concurrence de l'UE.

Le rapport parle du dumping social, de l'économie numérique, de la cohésion sociale, des marchés publics, des télécommunications, et des pratiques déloyales et illicites utilisées par le secteur bancaire. Une grande partie du rapport traite aussi des procédures antitrust et des cas d'abus de position dominante. Il y est demandé d'intégrer dans un instrument législatif des règles relatives aux amendes qui auraient un véritable impact dissuasif en cas d'ententes et de pratiques anticoncurrentielles.

La concurrence fiscale déloyale entre États est aussi un point soulevé dans le rapport qui se félicite des enquêtes réalisées par la Commission.

Malgré des observations justes et quelques recommandations intéressantes, ce rapport va dans le sens de la création du Marché Unique dont le résultat est le saccage de notre industrie par la mise en concurrence d'économies très différentes.

Je choisis l'abstention.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Politica Uniunii Europene în domeniul concurenței reprezintă un pilon de bază pentru buna funcționare a pieței unice și a economiei europene. Necesitatea unei concurențe libere și loiale în vederea creșterii prosperității consumatorilor și a nivelului de trai al cetățenilor europeni apare încă de la crearea primelor comunități europene. De-a lungul timpului, această politică a devenit un mijloc de protejare a democrației europene, întrucât împiedică concentrarea excesivă a puterii economice și financiare în mâinile câtorva actori.

Raportul anual privind politica Uniunii Europene în domeniul concurenței subliniază necesitatea unei acțiuni mai ferme din partea Comisiei în anumite domenii. Așadar, este nevoie de garantarea unor condiții de concurență echitabile pe piața digitală și combaterea abuzurilor legate de poziția dominantă și de optimizarea fiscală, fapt care, în final, aduce beneficii consumatorilor. Mai mult, Comisia ar trebui să asigure o mai bună convergență și cooperare între autoritățile naționale din UE în acest domeniu. De asemenea, o politică consolidată în domeniul concurenței poate juca un rol important în efortul de a face piețele financiare să devină mai sigure și mai transparente pentru consumatori.

Prin urmare, am votat în favoarea raportului anual privind politica UE în domeniul concurenței.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió működéséről szóló szerződés (EUMSZ) a 101–109. cikkben kötelező szabályokat foglal magában a közös belső piaci versenyre vonatkozóan, amely a szabad versenyen nyugvó nyitott gazdaságon alapul. A 2014. évi versenypolitikai jelentés összességében azt mutatja, hogy a Bizottság és a mintegy ezer alkalmazottat foglalkoztató versenyhatóság az Európában belső piaci verseny megvalósítására képes legerősebb hatású. A tiltott árrögzítés miatt kiszabott, milliárdos összegű pénzbírságokat a jövőben hatékonyan ki kell egészíteni a felelős vállalatvezetőkre és menedzserekre vonatkozó büntetésekkel, hogy e magatartásformákat hathatósabban megakadályozzuk. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – All in all, the report is of good quality. Although it contains few problematic elements, many green amendments were integrated. On that basis, I voted in favour.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. – Katru gadu karteļu pastāvēšana rada zaudējumus, kas sasniedz EUR 181–320 miljardus, t. i., aptuveni 3 % no Eiropas Savienības IKP. Savukārt izvairīšanās no nodokļu maksāšanas, krāpšana nodokļu jomā un nodokļu oāzes, neiekasētu ieņēmumu veidā ES nodokļu maksātājiem izmaksā aptuveni EUR 1 triljonu gadā.

Uzskatu, ka ir jādara viss, lai izbeigtu konkurences kropļošanu starp nodokļus maksājošiem un nodokļus nemaksājošiem uzņēmumiem. Tāpat arī nav pieļaujami konkurenci kropļojoši valstu nodokļu modeļi, kas rada nevienlīdzīgu konkurenci gan starp uzņēmumiem, īpaši starp lieliem starptautiskiem uzņēmumiem un MVU, gan starp dalībvalstīm, kur šādi nodokļu modeļi netiek piemēroti.

Godīgas ES konkurences politikas īstenošana palīdzēs ne tikai novērst minētās problēmas, bet arī palielinās patērētāju labklājību un paaugstinās ikviena Eiropas Savienības iedzīvotāja dzīves līmeni.

Tādēļ ceru, ka šodien pieņemtā rezolūcija palīdzēs izveidot tādu konkurences politiku, kas nodrošinās tāda vienotā Eiropas tirgus veiksmīgu pabeigšanu, kurā patērētājs neatkarīgi no dzīvesvietas varēs saņemt vienlīdz kvalitatīvu preci vai pakalpojumu, nepārmaksājot negodīgas konkurences un nepamatotu tirgus ierobežojumu dēļ.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Se trata de un informe que aborda puntos clave en la política de competencia de la UE, como la necesidad de retirar la ayuda que se realizó al sector financiero durante la época de crisis, la necesidad de que las decisiones sobre política de competencia tengan en cuenta el impacto social que causan en regiones remotas o aisladas, la necesidad de actualizar las reglas sobre infracciones, así como la importancia de que la política de competencia actúe en lo referente a la economía digital, un área en plena expansión en la que hay que evitar que se produzcan abusos contra los consumidores europeos. Por todo ello, creo necesario votar a favor de dicho informe.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo presenta la propria relazione annuale in cui analizza lo stato della politica di concorrenza nell'UE. La relazione è, in linea generale, condivisibile. Il testo chiede dei passi in avanti, quali l'approfondimento dell'indagine nel caso Google, il sostegno prestato ai *whistleblowers* e l'introduzione della CCCTB. Il testo perde tuttavia l'occasione di spingersi coraggiosamente oltre, chiedendo una maggiore trasparenza e un più ampio coinvolgimento del Parlamento europeo. Nella relazione manca ogni ambizione di modifica della legge sugli aiuti di Stato. Non basta, infatti, che la Commissione sanzioni le multinazionali, è necessario che queste paghino le tasse nei paesi dove svolgono le proprie attività. Per questi motivi, mi sono astenuto dal voto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener aspectos muy positivos, continúa desarrollando la concepción neoliberal de la economía que percibe el mercado como agente principal de la economía europea. El presente informe ha incluido numerosas enmiendas presentadas por mi Grupo y más aspectos de una importancia central para la economía europea: desde el respaldo a las decisiones de sancionar a las multinacionales que evaden impuestos, a la crisis originada con el fin de las cuotas lácteas o la investigación de las conexiones entre determinados exgobernantes y las grandes compañías eléctricas. Sin embargo, no se reconoce que los servicios de interés económico general deban ser proveídos por el Estado, se llama a la internacionalización de la contratación pública y del conjunto de la economía europea en clara referencia a la ATCI. Es por todo esto por lo que, pese a los importantes aspectos positivos, no he podido votar a favor del presente informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I was happy to vote in favour of the Report on the Annual Report on Competition Policy because it is through a strong European competition policy that we are able to ensure that our consumers are getting the best possible deal, and that our small and local businesses are competing on a level playing field. This report is also sympathetic to national needs. To promote the development and competitiveness of European industry, it is vital that our industry is invested in and properly protected, as the recent news from TATA highlighted. The Single Market of over 500 million people is one of the greatest strengths of our Union, and by developing and enforcing strong rules for fair competition we ensure more innovation, more opportunities, and ultimately a better deal for British citizens and consumers.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit jaarverslag over het mededingingsbeleid van de Europese Unie, want door middel van een sterk uitgebouwd Europees concurrentiebeleid zijn we in staat ervoor te zorgen dat de Europese consument steeds de beste prijs en kwaliteit krijgt. Daarnaast zorgt een sterk Europees mededingingsbeleid er ook voor dat onze kmo's in een gelijke markt kunnen concurreren. Door het handhaven van de eerlijke concurrentie houden we de bedrijven dus scherp en zorgen we voor meer innovatie. Dit zal uiteindelijk de 500 miljoen Europese consumenten alleen maar ten goede komen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport annuel sur la politique de concurrence est dans la droite ligne des politiques européennes.

La concurrence y est valorisée comme «socle commun de l'Union européenne» et principal «moteur de l'économie sociale de marché».

Le rapport demande plus d'ouverture à la concurrence et plus d'indépendance des autorités de régulation en la matière.

Ce rapport était censé se pencher sur les conséquences de la concurrence dans les politiques fiscales et agricoles des États membres.

Certes, on reconnaît l'impact des politiques fiscales agressives de certains États membres ou encore les conséquences de la libre concurrence dans le secteur agricole, notamment en ce qui concerne le secteur laitier, mais aucune leçon n'en est tirée.

Si je me félicite que deux amendements déposés par mon groupe, afin de protéger les médicaments génériques et de soutenir les producteurs laitiers ai été adoptés, je n'ai pas pu voter pour cette ode à la concurrence libre et non faussée.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A política de concorrência da UE está longe de ser um instrumento de salvaguarda da democracia europeia. Não impede a concentração excessiva do poder económico e financeiro que continua nas mãos de poucos.

O sujeitar dos serviços públicos e dos setores estratégicos da economia à política de concorrência da UE e ao seu mercado único tem facilitado a vida dos grandes grupos económicos privados que pretendem apropriar-se desses serviços e setores, subordinando-os à lógica da procura incessante do lucro máximo e do custo mínimo, o que tem obviamente um impacto negativo sobre os seus utentes e consumidores, mas também sobre os trabalhadores dessas organizações.

Sempre, sob o falso pretexto da concorrência desleal ou das distorções da concorrência desta política, têm resultado diretivas e regulamentos cujo único objetivo é impedir o controlo público dos setores estratégicos da economia e a promoção de serviços públicos universais, gratuitos e de qualidade.

Rejeitamos, por isso, qualquer apelo à Comissão Europeia para que seja concluído o mercado único nos domínios onde este se encontra supostamente fragmentado e incompleto porque consideramos que o aprofundamento do mercado único acentua o desmantelamento dos instrumentos de regulação soberana das economias alimentando o domínio dos grandes grupos económicos e financeiros.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht setzt sich für mehr Mitbestimmung des Parlaments ein. Diese demokratische Mitwirkung halte ich für essentiell. Jedoch setzt sich der Bericht ebenso für verstärkte Kontrollmechanismen auf EU-Ebene ein, dies führt – in der vorgeschlagenen Form – zu einer weiteren Zentralisierung und einer Entmachtung der Nationalstaaten. Ich enthalte mich daher meiner Stimme.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore del report annuale sulla politica di concorrenza nell'Unione europea. Credo fermamente nel fatto che tutte le compagnie che operano nel nostro mercato debbano essere trattate equamente. Questo, però, non deve tradursi in una semplice riduzione dei prezzi, ma deve accompagnarsi ad elevati standard di protezione sociale e condizioni di lavoro.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Hier war Enthaltung angezeigt, weil freier Wettbewerb auf der Grundlage von Chancengleichheit und Bürokratieabbau zwar unterstützenswert ist, der dogmatische Abbau von Subventionen, wie im Bericht befürwortet, jedoch kleinere und mittlere Betriebe sowie abgelegene Regionen mit schwacher Infrastruktur benachteiligt; deren Schutz findet im Bericht nicht ausreichende Beachtung.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlaments zu dem Thema EU-Wettbewerbspolitik habe ich abgelehnt.

Der Bericht fordert eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (Common Consolidated Corporate Tax Base), country-by-country reporting für multinationale Konzerne und Zugang für die Kommission zu Daten, die zwischen Mitgliedstaaten und Steuerbehörden der Mitgliedstaaten ausgetauscht werden. Ferner fordert der Bericht die Kommission auf, Rechtsvorschriften vorzuschlagen, die weiter gehen als die Vorschläge der OECD bzw. G20 zu BEPS. Ich lehne jede Steuerkompetenz der EU ab.

Des weiteren zielt der Bericht auch auf eine stärkere Beteiligung des Europäischen Parlaments im Bereich der Wettbewerbspolitik, indem es ihm Mitentscheidungsbefugnisse einräumt. Das ist eine klare Verletzung des Subsidiaritätsprinzips und ein weiterer Grund, warum ich gegen diesen Bericht gestimmt habe.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la raportul anual privind politica UE în domeniul concurenței. Salut preocuparea pe care raportorul a arătat-o față de sectorul IMM, criticând modelele de impozitare care au ca efect denaturarea concurenței, creând, în mod special, probleme considerabile întreprinderilor mijlocii. În raport, Comisia este invitată să se asigure că statele membre pun în aplicare la timp noua legislație privind achizițiile publice, precum și noile dispoziții privind luarea în considerare a criteriilor sociale și de mediu și împărțirea contractelor pe loturi, pentru a stimula inovarea și concurența loială și pentru a sprijini IMM-urile pe piețele de achiziții publice, asigurând cel mai bun raport calitate-preț în utilizarea fondurilor publice.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση του συναδέλφου Langen της Επιτροπής Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής για την πολιτική ανταγωνισμού στην ΕΕ. Η ετήσια έκθεση εξετάζει, ανά τομέα, τους βασικούς άξονες ενδιαφέροντος ως προς τις διαδικασίες κατά των μονοπωλίων, τις κρατικές ενισχύσεις, την χρηματοδοτική φορολογία και τις χρηματοδοτικές ενισχύσεις, καθώς και τον έλεγχο των συγχωνεύσεων.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Come ogni anno il Parlamento europeo presenta una relazione d'iniziativa nella quale analizza gli aspetti relativi alla concorrenza nell'UE. Nel testo sono presenti molti spunti ampiamente condivisibili per prevenire l'eccessiva concentrazione di mercato, l'abuso di posizione dominante e i cartelli. Di particolare importanza il riferimento al caso Google e alle altre piattaforme internet. Diversi accenni sono inoltre fatti alle politiche di concorrenza necessarie nell'ambito dei mercati finanziari; interessanti e meritevoli di supporto anche le parti relative alla whistleblower policy, alla CCCTB, alla BEPS e al lavoro della commissione TAXE e il riferimento al caso Luxleaks e alla necessità di avviare al più presto il country by country reporting. Tuttavia, nel testo c'è troppo compiacimento del lavoro

fatto finora dalla Commissione mentre bisognerebbe essere più coraggiosi chiedendo di più alla DGCOMP ad esempio attraverso maggiori poteri di inchiesta e più poteri di imporre sanzioni. Passi avanti potrebbero essere fatti anche sul piano della trasparenza attraverso un maggiore *reporting* al Parlamento europeo. Inoltre, la relazione poteva essere più ambiziosa per quel che riguarda la legge sugli aiuti di Stato che, a mio parere necessita di essere rivista. Per questi motivi ho deciso di astenermi.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozhodl jsem se podpořit tuto zprávu, která obsahuje mnohá doporučení pro zlepšení politiky hospodářské soutěže, která je jedním ze základních pilířů sociálního tržního hospodářství v Evropě a důležitým nástrojem pro patřičné fungování vnitřního trhu EU. Považuji za důležité, aby Evropská komise důsledně vyšetřovala snahy o zneužívání dominantního postavení na trhu a tím chránila nás spotřebitele. Jsem též zastáncem aktualizace obecných pravidel hospodářské soutěže v digitálním hospodářství, která musí odpovídat současné tržní realitě. Považuji za nutné i nadále vést v této oblasti velmi intenzivní dialog s Komisí a do budoucna bych velmi uvítal nahrazení konzultační procedury řádným legislativním procesem.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu, ktorá je odpoveďou Európskeho parlamentu na správu Európskej komisie týkajúcej sa súťažnej politiky za rok 2014, som nepodporila. Hoci vo väčšine prípadov nie je s týmto typom správ žiadny problém, správa pána poslanca Langen ma svojim obsahom a najmä niekoľkými prvkami, s ktorými nesúhlasím, nepresvedčila. Jedným z najvýraznejších problémov pre mňa bol spoločný konsolidovaný daňový základ. Zastávam názor, že daňové otázky by mali zostať v právomoci členských štátov a preto sa s harmonizáciou daňovej oblasti nestotožňujem. Rovnako z dôvodu nesúhlasu s prílišnou harmonizáciou boli pre mňa v rámci tejto správy problematické aj odkazy na bankovú úniu a jej dokončenie. V otázke individuálnych prípadov škodlivých daňových praktík a ich vyšetřovania nesúhlasím s návrhom v správe, podľa ktorého by sa mal zriadiť pre tento účel parlamentný výbor. Myslím si, že kompetencie na vyšetřovanie individuálnych prípadov sú už dané výboru TAXE 2 a mali by mu byť aj ponechané. Zo všetkých týchto dôvodov som hlasovala proti.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório anual sobre a Política de Concorrência da UE, por considerar que esta constitui uma pedra angular da economia social de mercado da Europa e é um instrumento essencial para garantir o bom funcionamento do mercado interno da União.

Para além disso, na ausência de poderes de codecisão, a resolução do Parlamento Europeu sobre o Relatório Anual da Comissão Europeia sobre a Política da Concorrência constitui um dos mais importantes testes da sua supervisão no domínio da política europeia.

Considero, portanto, que o Parlamento Europeu deve continuar a lutar para fazer prevalecer a sua visão no que concerne a certos aspetos da política de concorrência da UE, sobretudo no que diz respeito à sua integração no processo de codecisão relativo a estas matérias. A política de concorrência da UE deve, consequentemente, encorajar a existência de condições para uma competição justa para todas as empresas, por forma a se completar o mercado interno, sobretudo no que diz respeito à luta contra a evasão fiscal e as práticas fiscais corporativas ilegais, ao mesmo tempo mantendo um elevado nível de bem-estar social e de proteção das condições de trabalho.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Sempre sob o falso pretexto da concorrência desleal ou das distorções da concorrência desta política, têm resultado diretivas e regulamentos cujo único objetivo é impedir o controlo público dos setores estratégicos da economia e a promoção de serviços públicos universais, gratuitos e de qualidade.

Apoiamos o pedido de pôr cobro ao dumping social, mas defendemos que ser mais competitivo não pode de forma alguma ter um impacto social negativo, independentemente do grau de isolamento das regiões.

Rejeitamos qualquer apelo à Comissão Europeia para que seja concluído o mercado único nos domínios onde este se encontra ainda fragmentado e incompleto e que sejam eliminadas as chamadas restrições de mercado, pois consideramos que o aprofundamento do mercado único acentuou o desmantelamento dos instrumentos de regulação soberana das economias e que contribui para o escalar da elisão fiscal e da transferência de lucros ao nível dos Estados-Membros.

Defendemos que sejam envidados todos os esforços de cooperação entre os Estados-Membros e que haja um verdadeiro comprometimento no combate aos paraísos fiscais, à elisão e evasão fiscais. Votámos contra.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione d’iniziativa viene presentata annualmente dal Parlamento con lo scopo di fornire un quadro completo degli aspetti inerenti le politiche di concorrenza all’interno dei 28 Stati membri dell’Unione Europea. Il testo presenta diversi spunti cui guardo con favore come il contrasto all’eccessiva concentrazione di mercato o il porre in essere azioni che prevengano le situazioni di abuso di posizione dominante e i cartelli. Si fa particolare riferimento, secondo quest’ottica, al caso *Google* e alle altre piattaforme internet. Ho tuttavia deciso di astenermi durante il voto in seduta Plenaria perché nel testo della relazione emerge un eccessivo compiacimento per il lavoro fatto finora dalla Commissione europea, identificata nelle persone del vecchio Commissario Joaquín Almunia e dell’attuale Commissaria Vestager. A mio avviso il loro operato doveva esser ben più ambizioso. Mi sarei aspettato un testo più coraggioso che prevedesse l’istituzione di maggiori poteri d’inchiesta e investigazione, oltre che un sistema più stringente di sanzioni. Molti passi avanti potevano essere fatti anche sul piano della trasparenza imponendo una rendicontazione più articolata al Parlamento europeo. Inoltre, la relazione avrebbe dovuto occuparsi maggiormente delle norme sugli aiuti di Stato sulle quali è necessaria una profonda riflessione per valutarne efficacia e applicazione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Učinkovito izvajanje politike konkurence je nujno za zagotovitev prostega in dinamičnega notranjega trga. Podprl sem letno poročilo o politiki EU na področju konkurence (2015/2140(INI)), ker menim, da utemeljeno prepoznava trenutne izzive omejevalnih ravnanj in opozarja na pomanjkljivo vlogo Evropskega parlamenta pri sprejemanju zakonodaje s področja konkurenčne prava.

6.5. Die Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU (A8-0373/2015 - Julie Ward)

Dichiarazioni di voto orali

Krisztina Morvai (NI). – A kultúrák közötti párbeszédre szóló jelentést nem tudtam támogatni, különös tekintettel arra, hogy igen kevés szó volt benne azokról a kérdéskörökről, értékekről, amelyekben semmiféle párbeszédnek nincsen helye. Nincs helye kultúrák közötti párbeszédnek például arról, hogy európai nők kimehetnek-e szilveszter éjszaka tömegesen ünnepelni egy közterületre. Nincs helye kultúrák közötti párbeszédnek arról, hogy mi, európai nők utazhatunk-e vonaton, netán férfikísérő nélkül. Nincs helye párbeszédnek arról, hogy sportolhatunk-e, járhatunk-e uszodába. Itt nem párbeszédre van szükség, hanem arra, hogy akik el akarják venni tőlünk azokat a jogokat, amelyekért anyáink és nagyanyáink megharcoltak, a nők egyenjogúsághoz és méltósághoz és szabadsághoz való jogát, azoknak börtönben van a helyük, illetőleg azonnali hatállyal el kell távolítani őket Európából, vissza a feladóhoz.

Marlene Mizzi (S&D). – Grazzi Sur President, meta Jean Monnet kien qed ifassal il-baži tal-Unjoni Ewropea, qal li, kieku dan il-proċess kellu jibdieh mill-bidu, kien jibda mill-kultura u mill-edukazzjoni.

Huwa importanti li l-generazzjoni futura tkun maghmula minn membri tas-soċjetà u b'moħħ miftuh li jirrispetta d-diversità; generazzjoni li tiġġieled fenomeni soċjali bħad-diskriminazzjoni, il-vjolenza, ir-radikalizmu, ir-razziżmu u l-ksenofobija.

Għaldaqstant, nixtieq nifrah lir-rapporteur — u vvutajt favur dan ir-rapport — għar-riżultati finali. Sodisfatta hafna talli ttiehdet inkonsiderazzjoni l-idea tiegħi li għandna nesponu lit-tfal tagħna għal kulturi oħra minn età żgħira, biex tgħinhom jiksbu hiliet bażiċi tal-ħajja u l-kompetenzi meħtieġa għall-iżvilupp personali tagħhom, impjeg fil-futur u ċittadinanza attiva fl-Unjoni Ewropea.

L-edukazzjoni ċivika trid tibda minn età żgħira. Għalhekk nemmen li, fil-kurrikulu tal-iskola, iridu jiġu inklużi zjarat edukattivi fi Stati Membri differenti, biex b'hekk it-tfal, minn kmieni, jiġu esposti u jibdeu japprezzaw id-diversità tal-kulturi Ewropej, tal-lingwa u tal-istorja.

Ċerta li dan irawwem fihom — l-adulti u mexxejja t'għada — sens ta' appartenenza komuni u rispett lejn il-valuri fundamentali Ewropej.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Kultūru daudzveidība ir mūsu pasaules neatņemama sastāvdaļa. Līdz ar to starpkultūru dialogs, kura mērķis ir zināšanu apmaiņa, tradīciju, paražu savstarpēja saprašana, kā arī šo lietu kopums izglītībā ir visai svarīgas lietas. To loma gan mūsu sabiedrībā, gan citur pasaulē nekādā ziņā nevar tikt ignorēta, it īpaši, ņemot vērā nereti ļoti plaši valdošos stereotipus, kas bieži vien ir diezgan negatīvi savā būtībā. Nevalstisko organizāciju atbalsts, izglītības sistēmas pozitīva modernizācija, integrācijas politikas reformēšana lielā mērā tagadējo neefektīvo rezultātu dēļ vairākas Eiropas Savienības dalībvalstīs, kā arī diplomātija, kultūras identitātes saglabāšana un tā tālāk – šo un vairāku citu politiku realizēšana pārnacionālā līmenī ir ne tikai vienkārši svarīga, bet arī vitāli nepieciešama. Jāsaka, ka efektīva kultūras sfēras esošo principu adaptācija un racionāla reformēšana tagadnes un nākotnes izaicinājumiem ir garantija, ka mūsu sabiedrība turpinās efektīvi funkcionēt un mūsu pamatvērtības nepazudīs. Paldies!

Csaba Sógor (PPE). – A kulturális sokszínűség és a kulturák közötti párbeszéd igénye mindig is jelen volt Európában, nem az elmúlt évek bevándorlási hulláma hívta életre. Európa társadalmi sokszínűek, a tagállamokon belül többnyire nem etnikailag homogén nemzetek vannak, hanem a történelem során kialakult közösségek élnek egymás mellett, kölcsönhatásban. Az interkulturális párbeszéd szükségességét nem csupán az új bevándorló kisebbségek és az uniós polgárok vonatkozásában szükséges tárgyalnunk, hanem az Európa területén élő őshonos nemzeti kisebbségek és a tagállamok többségi nemzetei között is. A jelentés hangsúlyozza, hogy az interkulturális párbeszéd kétirányú folyamat és mindkét fél előnyére válik. Sajnos sok esetben azt tapasztaljuk, hogy a tagállamok nem szeretnék tudomást venni a területükön élő nemzeti kisebbségek párbeszédre való készségéről, igényeiről, panaszairól. Ki kell mondanunk, hogy nem működik megfelelően ez a fajta interkulturális kommunikáció, ezért fordulnak a kisebbségek az Európai Unió felé, hogy moderálja ezt a folyamatot és segítse hozzá a kölcsönös megértéshez. Reméljük, hogy a jövőben nagyobb nyitottságot tapasztalunk ezen a téren az európai intézmények részéről.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, podržala sam ovo izvješće jer interkulturalni i međureligijski dijalog smatram ključem za razumijevanje i poštivanje različitosti te postizanje i očuvanje mira. Nažalost, taj je dijalog u današnjem svijetu uvelike izostao, a i mi u Europi često zaboravljamo na kojim je temeljima i vrijednostima izgrađena naša kultura i cijelo naše društvo. Stoga mi je posebno drago da se u izvješću ističe važna uloga obitelji u očuvanju kulturnog identiteta, tradicije i vrijednosti te da ono posebno naglašava da učenje o vlastitoj kulturi počinje u obitelji.

Obitelj je stup našeg društva i moramo učiniti sve što je u našoj moći kako bismo je zaštitili, kao i vrijednosti kojima u njoj učimo našu djecu. Ako uspijemo u očuvanju obitelji, ne moramo strahovati da će naša kultura biti ugrožena jer ćemo odgojiti djecu koja će voljeti svoje i poštovati tuđe, a to je prvi i najvažniji korak u izgradnji mira.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu podpořil, protože jsem si vědom toho, že výchova, lepší poznávání, rovněž základní hodnoty Unie, které jsou vtěleny do článku 5, ať je to tedy právní stát, obrana lidských práv, tak to jsou nepochybně hodnoty, které stojí za to chránit a zároveň je sdělovat i těm kulturám a společnostem, které k této fázi poznání ještě nedospěly.

Nicméně, dovoluji si vyslovit tezi, že mezikulturní dialog je něco jiného než multikulturalismus. Já pokládám za poměrně nebezpečné, abychom nahrazovali vědomí naší identity, našich kořenů a tradic právě touto údajnou hodnotou multikulturalismu. Myslím si, že vyčítat státům, které jsou členy Evropské unie, ale k této fázi vývoje společnosti třeba ještě nedospěly, tento údajný nedostatek, je velmi zpozdilý.

Diane Dodds (NI). – Mr President, as a Member of this House from Northern Ireland, I recognise fully the transformation that can occur in lives, particularly for young people, as a result of engaging positively with those that are assumed to come from a different background or hold diverse beliefs. In light of the spate of terror attacks and the trend of radicalisation witnessed in Europe in recent months, I am in full support of appropriate measures aimed at stopping the recruitment of young people and combating the wave of division and intolerance that besets us.

However, while sending a joint message right across Europe, it is important in this battle that national governments have the primary role to play. This report attempts to influence the nature of national education. It wants to harmonise legislation around cultural heritage and cultural expression. These are matters for sovereign governments to decide, not the European Parliament. Grassroots divisions require grassroots solutions and this is something that the unrelenting federalists in this House today should remind themselves of.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'UE promuove la condivisione ed il rispetto di valori fondamentali quali libertà, democrazia, diritti umani e solidarietà. Ecco perché il dialogo interculturale, basato sul reciproco scambio di vedute ed opinioni da parte di culture diverse, s'inserisce perfettamente negli obiettivi europei, stimolando la reciproca comprensione ed integrazione tra i cittadini. Esortare gli Stati membri all'attuazione di programmi in grado di valorizzare le differenze culturali presenti nelle società odierne, condannando ogni forma di discriminazione o di razzismo, è priorità del dialogo interculturale. Ho espresso voto positivo perché ritengo fondamentale coinvolgere Istituzioni, Stati ed autorità locali nel promuovere la condivisione di buone pratiche rivolte al rispetto della dignità dell'individuo e dei suoi diritti.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Tras los atentados terroristas en Francia y Dinamarca en 2015, los ministros de Educación de los Estados miembros de la UE aprobaron una declaración con el objetivo de promover los valores de libertad y tolerancia a través de la educación. Este informe está en esa misma línea. A pesar de que el informe ha quedado mejorado gracias a las enmiendas presentadas por mi Grupo político que reiteran el valor de la justicia social, señalan la necesidad de promover la diversidad cultural especialmente entre los jóvenes a través de la cultura y los medios de comunicación y promueven la formación en multiculturalidad entre los profesores, he tenido que abstenerme ya que el texto otorga a las confesiones religiosas un papel de representatividad que no me parece compatible con los valores de laicismo imprescindibles para el desarrollo de las creencias individuales en libertad.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Je me suis prononcée contre ce rapport sur le rôle du dialogue interculturel, de la diversité culturelle et de l'éducation dans la promotion des valeurs fondamentales de l'Union.

Ce texte place en effet le problème d'intégration au niveau européen alors que cela relève des compétences exclusives des États selon les traités même de l'UE. De plus, ce texte est très idéologique en mettant en avant que le multiculturalisme serait la grande solution pour lutter contre la radicalisation et le fondamentalisme religieux.

Enfin, ce texte tend à promouvoir le fait que les migrants peuvent enrichir la culture des États membres. Je pense au contraire que l'intégration doit passer par la connaissance et l'apprentissage de la culture d'accueil et la remise en valeur des identités et cultures nationales, ce qui relève du rôle de l'État. Profondément opposé à une harmonisation européenne de la culture, je m'oppose donc à ce texte.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Με την παρούσα έκθεση, το Κοινοβούλιο επιθυμεί να τονίσει τη σημασία του διαπολιτισμικού και διαθρησκευτικού διαλόγου, της πολιτισμικής πολυμορφίας και της εκπαίδευσης, ως προϋποθέσεις για την επικράτηση της ειρήνης και τη διαχείριση των συγκρούσεων, την προάσπιση των θεμελιωδών ανθρωπίνων δικαιωμάτων και την προώθηση του αμοιβαίου σεβασμού και της κοινωνικής ένταξης και συνοχής. Μέσω του διαπολιτισμικού διαλόγου μπορεί να υπάρξει πραγματική επικοινωνία μεταξύ των λαών και να τεθούν οι βάσεις για την προετοιμασία των μελλοντικών γενιών, έτσι ώστε να διαμορφωθεί μία κοινωνία υπεύθυνων πολιτών που θα σέβονται την πολυμορφία και θα ενεργούν για την καταπολέμηση κοινωνικών φαινομένων όπως είναι οι διακρίσεις, ο ρατσισμός, η ξενοφοβία και άλλα. Θεωρώ ότι η εκπαίδευση και ο διαπολιτισμικός διάλογος είναι ο μόνος τρόπος να αντιμετωπίσουμε ως Ευρωπαίοι πολίτες τις κύριες προκλήσεις της σημερινής κοινωνίας και, για αυτό το λόγο, υπερψήφισα την παρούσα έκθεση.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'actualité nous démontre chaque jour davantage l'échec du multiculturalisme. Pourtant ce rapport propose de continuer sur cette voie à grande vitesse.

Les problèmes d'intégration, liés aux vagues successives d'immigration, sont une réalité que les eurocrates ne veulent pas voir. Mais une nouvelle fois l'Union européenne se mêle des politiques nationales en voulant imposer son idéologie et en souhaitant créer un sentiment d'appartenance commune sur un territoire aussi vaste, à l'intérieur duquel les barrières culturelles sont loin d'être toutes franchies, ne serait-ce que les langues.

Notamment, le rapport propose des programmes d'enseignement «accessibles aux enfants réfugiés» alors que c'est une intégration par l'assimilation à nos valeurs nationales qu'il faudrait proposer. Totalement contradictoire, ce rapport affirme une volonté d'intégrer les diversités culturelles, mais propose quelques lignes plus loin de «prendre en considération» différents types de communautarisme.

A l'inverse, nous pensons qu'il est important de défendre notre identité, nos valeurs et nos racines et privilégier la diversité culturelle des États membres et non créer, ex-nihilo, une culture globale.

J'ai par conséquent voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst much of this report refers to matters which everyone can agree on – for example, suggesting that we need greater understanding between different cultures – the remedies proposed for this situation will be a hindrance rather than a help.

In the United Kingdom, education should always be politically neutral. This is enshrined in law under the Education Act of 1996. Therefore I am most concerned by calls for further EU involvement in our education system.

Furthermore, the report frequently calls for taxpayers' money to be spent on various initiatives. Yet far from strengthening the genuine national and local cultures which are so vibrant across Europe, it would rather foster a non-existent 'European culture', forgetting rather conveniently that almost half of all European countries are not even members of the European Union!

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car il est important que les États membres s'engagent à soutenir le rôle du dialogue interculturel dans l'enseignement. J'apporte une attention toute particulière au renforcement l'apprentissage, notamment grâce au développement des programmes financés par l'Union européenne, tels qu'Erasmus +.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama stiprinti kultūrų įvairovės ir švietimo vaidmenį puoselėjant pagrindines ES vertybes. Šis pranešimas paremtas bendru švietimo ministrų susitarimu, kuriuo yra suteikiamos pastangos užkirsti kelią marginalizacijai, netolerancijai, rasizmui ir radikalizacijai bei su tuo kovoti, taip pat išsaugoti lygių galimybių visiems pagrindą. Pritariu konkrečioms rekomendacijoms, kad būtina imtis veiksmų visais valdžios lygmenimis – taip pat ir ES lygmeniu – įskaitant daugiau dėmesio kultūrai įgyvendinant išorės santykius ir ES vystymosi darbotvarkę.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés célja, hogy a 2008-as kultúrák közötti párbeszéd évével és a tagállami egyeztetésekkel kapcsolatos tanulságokat levonja és annak értékeit tovább vigye. Fontos kiemelni, hogy a kultúra és a kulturális politika kialakítása tagállami hatáskör, amit most ezzel a jelentéssel igyekszik az EU a szubszidiaritás alapelvét figyelmen kívül hagyva uniós szintre emelni. További fontos probléma, hogy egy burkolt numerus clausus-t tartalmaz, amelynek keretében az oktatásban és a kultúrában kvázikvóták mentén szabályozhatnák a különböző felekezeti, szexuális hovatartozású személyek csoportjainak a megjelenését, és multikulturális propagandát hoznának létre EU-s szinten szabályozva, a tagállamok kormányainak feje felett. Közös tanulmányi programok létrehozásával és a meglévők kiterjesztésével kívánják elérni a kulturális sokféleség megértését és elfogadását a fiatalok körében. Tudomásul kellene venni azonban, hogy bizonyos vallási, kulturális csoportok semmilyen formában, semmilyen toleráns magatartás mellett nem képesek és nem hajlandóak saját kultúrájukhoz, vallási előírásaikhoz képest a másikat tolerálni. A dokumentumban nem jelenik meg az a felfogás, mely szerint a saját kultúráját ismerő, azt tiszteltben tartó, azt identitása meghatározó részének tekintő emberek képesek az eltérő kultúrában élők megértésére. Mindezek alapján a jelentésről nem szavazatot adtam le.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport multiculturaliste qui entend promouvoir une diversité importée au détriment des diverses spécificités culturelles qui ont fait la richesse de notre Vieux Continent.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai évidemment soutenu ce rapport de ma collègue S&D Julie Ward, qui plaide pour l'intensification d'un dialogue interculturel et interconfessionnel structuré entre toutes les parties prenantes afin de promouvoir les valeurs fondamentales de l'Union.

Elle rappelle le rôle crucial de l'éducation dans toute stratégie interculturelle et souligne que l'Union devrait également renforcer le poids de la culture et de l'éducation dans ses échanges internationaux et sa politique de coopération au développement.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'Europa del secondo decennio del XXI secolo è, senza alcun dubbio, un crogiuolo di identità e tradizioni eterogenee. Le diversità culturali, religiose e linguistiche sono una ricchezza immateriale che lascia trasparire un comune sentire del continente intorno a quei valori che riteniamo essere alla base della società europea. Stato di diritto, giustizia sociale, democrazia e diritti umani sono allo stesso tempo una conquista e un obiettivo costante a cui tendere. Un obiettivo che sembra oggi minacciato dalla crescita di spinte xenofobe e radicalismi religiosi. Ho sostenuto la relazione presentata da Julie Ward con convinzione, consapevole del fatto che la sfida del dialogo interculturale sarà fondamentale per i prossimi anni. L'UE deve promuovere l'istruzione formale, non formale e informale, coinvolgendo il più possibile associazioni, soggetti politici e realtà religiose in un vasto progetto di educazione alla cittadinanza per rispondere efficacemente alle sfide poste dalla globalizzazione e dalle migrazioni. Il tema del lavoro, sicuro e di qualità, non può essere escluso, rappresentando una reale opportunità di integrazione per tutti i cittadini. La sfida per una società europea più aperta e più sicura passa dalla valorizzazione delle attività artistiche, sportive e di volontariato e che permettono di superare i meccanismi di segregazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente informe es un intento de aprovechar el acuerdo común de los ministros de Educación, suscrito en París el 17 de marzo de 2015, sobre la necesidad de realizar esfuerzos combinados para prevenir y combatir la marginación, la intolerancia, el racismo y la radicalización, así como para preservar un marco de igualdad de oportunidades para todos.

El informe identifica tanto oportunidades como desafíos y propone recomendaciones concretas para tomar medidas a todos los niveles de gobierno, así como a escala de la UE, especialmente a través de la educación. Incluye un enfoque amplio que fomenta nuevas reflexiones sobre la naturaleza y los procesos de la violencia política, partiendo de la premisa de que la radicalización es un proceso relacional dinámico y una consecuencia imprevista e impredecible de una serie de acontecimientos perturbadores.

El Grupo GUE/NGL tuvo una buena impresión del informe original. Además, las enmiendas de nuestro Grupo fueron recogidas en los compromisos y aprobadas con ellos. Por lo tanto, he votado a favor del informe.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre el papel del diálogo intercultural, la diversidad cultural y la educación en la promoción de los valores fundamentales de la Unión. Agradezco la labor de la ponente para llegar al acuerdo. Quiero subrayar la importancia de integrar y educar oportunamente a las comunidades segregadas. He votado además en contra de la referencia que se hacía de que dichas comunidades tienen comportamientos contrarios a los valores fundamentales europeos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis fermement opposée à ce rapport qui, de manière irresponsable et dans un total déni de réalité, fait l'apologie du multiculturalisme. Au détriment des événements de ces dernières semaines comme le vote de nombreuses femmes européennes par des migrants, le texte de la socialiste Julie Ward postule que le dialogue interculturel doit être une arme pour lutter contre le racisme et les discriminations, véritables sources de la radicalisation et de l'extrémisme.

Elle en profite d'ailleurs pour tenter d'aller à l'encontre des Traités qui disposent que la culture et l'éducation sont des compétences exclusives des États-Membres et cherche à renforcer l'Union Européenne dans ces domaines, bien que l'incapacité des politiques bruxelloises à régler les problèmes des peuples européens n'ait jamais été plus criante.

Face à tant d'idéologie, j'ai donc déposé au nom du groupe ENL une proposition alternative visant à lutter contre le multiculturalisme et à préserver la capacité des États Membres à établir leurs propres politiques d'intégration, notamment par la remise en valeur des traditions et cultures nationales et par le rappel que c'est aux personnes arrivantes de s'adapter à l'identité nationale du pays qui les accueille, et non l'inverse.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo che il modello di integrazione a tutti i costi per promuovere un dialogo interculturale, che nella totalità dei casi rimane fine a se stesso, non calato nella realtà e propagandistico, sia un modello fallimentare e una delle cause della crisi sociale che l'Europa sta attualmente attraversando, per questo mi sono espressa con voto contrario alla relazione Ward.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat ja till betänkandet.

Betänkandet tar upp viktiga frågor om kulturell och social marginalisering och hur utsatthet kan leda till radikalisering. Betänkandet noterar också den ökade rasismen och xenofobin, och vill ha ekonomiska medel för att bekämpa den. Trots dessa positiva inslag så behåller betänkandet ett okritiskt förhållningssätt till interkulturell dialog. Framförallt anser betänkandet att Europa är ägare av de värderingar som andra grupper behöver ta till sig, det används ordval som att "utsätta barn för andra kulturer", och "segregerade befolkningsgrupper, som betar sig på ett sätt som strider mot europeiska grundläggande värderingar". Denna genomgående attityd visar att Europaparlamentet fortfarande har mycket att jobba på vad gäller att kritiskt granska i sitt eget kulturarv, och att inte bara anta att problemen ligger hos "de andra".

Trots dessa negativa delar har jag valt att rösta ja, eftersom det är ett betänkande som vill lyfta upp dialog istället för polarisering och diskriminering och vill fördela mer resurser till kultur och utbildning.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He apoyado esta propuesta de Resolución que aboga por fortalecer el papel del diálogo intercultural, la diversidad cultural y la educación como vehículo para la paz y como herramienta en la resolución de conflictos promoviendo los derechos humanos, la libertad de pensamiento, el respeto mutuo, la integridad, la diversidad cultural, la inclusión y la cohesión social.

El texto hace hincapié en que un auténtico diálogo intercultural e interconfesional fomenta interacciones positivas y cooperativas, promueve el entendimiento y el respeto entre culturas, favorece la diversidad y aumenta el respeto de la democracia, la libertad y los derechos humanos, así como la tolerancia con valores universales.

Igualmente, considera clave que el diálogo intercultural sea un objetivo de la UE e invertir en una educación inclusiva, accesible y de calidad en todos los niveles que permita desarrollar valores éticos y cívicos. Además, pide una atención renovada a la promoción de una sociedad intercultural basada en la solidaridad, especialmente entre los jóvenes. Y reclama a los Estados miembros y a la Comisión que prevengan los extremismos, como la xenofobia, el racismo y todas las formas de discriminación y marginación, con medidas de refuerzo de la cohesión comunitaria capaces de contrarrestar con éxito las desigualdades socioeconómicas.

Vilija Blinkievičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kadangi Europos Sąjunga išgyvena ypatingą istorijos tarpsnį, kai tapatybės ir bendrumo sampratos ginčijamos, performuojamos ir ginamos. Šį procesą lydi stiprios emocijos, kylančios dėl nuomonių įvairovės ir politinio požiūrio skirtumų. 2015 m. kovo 17 d. Paryžiaus deklaracija yra reikšmingas pareiškimas; sveikintinas jame išdėstytas raginimas valstybėms narėms imtis veiksmų siekiant stiprinti kultūrų dialogo vaidmenį švietimo ir mokymo srityje. ES valstybių švietimo ministrai kartu aiškiai patvirtino, kad pliuralistinės, nediskriminuojančios, tolerantinės ir teisingos visuomenės, kuriose visa širdimi pritariama moterų ir vyrų solidarumui ir lygybei siekiant užtikrinti pagrindinių ES vertybių – žmogaus orumo, laisvės, demokratijos, lygybės, teisinės valstybės principo ir pagarbos žmogaus teisėms – laikymąsi, yra vertybė. Šis pranešimas – tai mėginimas vadovautis bendru švietimo ministrų susitarimu, kuriuo remiantis buvo sutelktos pastangos, būtinos norint užkirsti kelią marginalizacijai, netolerancijai, rasizmui ir radikalizacijai bei su tuo kovoti, taip pat išsaugoti lygių galimybių visiems pagrindą. Pranešime šalia iššūkių įvardijamos galimybės ir pateikiamos konkrečios rekomendacijos imtis veiksmų visais valdžios lygmenimis – taip pat ir ES lygmeniu – įskaitant daugiau dėmesio kultūrai įgyvendinant išorės santykius ir ES vystymosi darbotvarkę. Be to, pripažįstamas unikalus vaidmuo, kurį kultūra gali atlikti kuriant taiką, sprendžiant konfliktus ir užkertant kelią krizėms.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A jelentésben tárgyalt kihívások megkövetelik, hogy a kulturális párbeszéd és a sokféleség transzverzális módon beépüljön minden olyan szakpolitikába, mint például a gyermek- és ifjúsági, a mobilitási, a foglalkoztatási és szociális ügyi, a biztonsági és belügyi, a nőjogi és esélyegyenlőségi, valamint a regionális fejlesztési politika. Jobb és koherensebb együttműködésre van szükség a különféle politikai struktúrák és témakörök között, nemcsak uniós, hanem nemzeti és helyi szinten is.

Az oktatásnak és a kultúrák közötti párbeszédnek fontos szerepe van az állampolgárok aktív és tudatos részvételében a társadalmi, politikai és lokális életben. A tanulás olyan dinamikus folyamat, amely az ember életének végéig tart, amiben fontos a különböző képességek, interkulturális kompetenciák megszerzése is.

A jelentés aláhúzza a család szerepét a kulturális identitás, a hagyományok, az erkölcs és a társadalom értékrendszerének megőrzésében, és hangsúlyozza, hogy a családban kezdődik a gyermekek ismerkedése a társadalom, a nemzet és Európa kultúrájával, értékeivel és normáival. A Fidesz-KDNP képviselőcsoport álláspontjával összhangban szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – V času največje krize po 2. svetovni vojni, s katero se trenutno sooča Evropa, ter hkratne krize vrednot, je lahko spodbujanje medkulturnega dialoga eden izmed načinov reševanja kriznih situacij. Vse preposto se namreč dogaja, da se med sabo poslušamo, a se ne slišimo. Bodisi tega nečemo ali si tega ne želimo. Žal vse prevečkrat zaradi slednjega.

Etnično zaprte soseske, ki mladim ne ponujajo možnosti za osebnotni, socialni in eksistenčni razcvet, rojevajo različne vrste kriminala, tudi terorizem. To je mogoče preprečiti le z ustreznim medkulturnim dialogom, izobraževanjem in vključevanjem. In iskreno predanostjo tem ciljem.

Kulturni dialog je treba vključiti na vsa področja politike, kot so politike v zvezi z otroki in mladimi, izobraževanjem, mobilnostjo, zaposlovanjem in socialnimi zadevami, varnostnimi in notranjimi zadevami ter v zvezi s pravicami žensk in enakostjo spolov in regionalnim razvojem.

Različnost in raznolikost je treba spoštovati, pri čemer pa je treba vedeti, da morebitne kulturne navade iz drugih okolij ne smejo in ne morejo biti nad vrednotami, na katerih je zgrajena sodobna Evropa: svoboda posameznika, enakopravnostjo, spoštovanjem človekovih pravic in vladavino prava. To je mogoče doseči le z željo po poslušanju in sodelovanju in ne z vsiljevanjem.

Poročilo sem seveda podprl.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Sostengo fortemente questa relazione che, in linea con la dichiarazione di Parigi del marzo 2015 e le sfide che si pongono oggi dinnanzi a noi, sottolinea l'importanza del dialogo interculturale come mezzo principe per la realizzazione di una società sempre più coesa e inclusiva. Nell'affrontare le problematiche odierne, quali la crisi dei rifugiati, la radicalizzazione di molti giovani e il fenomeno del terrorismo, non possiamo infatti dimenticare che il confronto fra culture differenti e il dialogo nella diversità sono tra i principi fondanti dell'Unione europea, nata anche e soprattutto per promuovere tali valori. Per rafforzare lo spazio di dialogo europeo e far fronte alle criticità del presente non possiamo che puntare sui giovani e sulla loro educazione, a tutti i livelli e con tutti i mezzi possibili, nella consapevolezza che la cultura e la conoscenza reciproca sono alla base di ogni società realmente armoniosa e fondata sull'integrazione.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam ovo Izvješće koje je fokusirano na ulogu interkulturalnog i međuvjerskog dijaloga sa svim zainteresiranim stranama te ulogu obrazovanja na svim razinama u svjetlu svih nedavnih događanja, a sve s ciljem promicanja ljudskih prava, slobode mišljenja, uzajamnog poštovanja, integriteta, etičkih načela, kulturne raznolikosti, socijalnog uključivanja i kohezije.

Smatram kako samo na takav način stvaramo preduvjet budućeg mira i uspješnog upravljanja sukobima.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto.* – Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo che l'Unione europea con la sua immensa diversità culturale, linguistica e religiosa debba adottare tutte le misure necessarie per proteggere e far progredire il dialogo interculturele. Esso rappresenta una risorsa fondamentale per il nostro futuro e ed è compito nostro preservarlo.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – La cultura rappresenta un *soft power* che l'Unione deve porre al centro della sua azione. L'UE rappresenta nel mondo un faro di civiltà, dove i più alti ideali del pensiero umano tendono a trasformarsi in realtà, per mezzo di riforme legislative e dell'azione progressiva e costante delle istituzioni che il popolo europeo si è democraticamente scelto. Questo livello di conquista civile, sebbene ancora migliorabile e non scevro da difetti ed errori, rappresenta un esempio positivo. Noi europei abbiamo il dovere morale e l'opportunità politica di cogliere ciò che rappresentiamo nel mondo e, per mezzo di quell'importante strumento biunivoco che è il dialogo interculturele, porlo in atto sia con le persone che da altri paesi arrivano nell'Unione che verso coloro che rimangono in aree soggette a criticità ambientali o a conflitti. Eliminando la discriminazione sociale, culturale ed economica delle persone nelle loro comunità si depotenziano alla radice il fondamentalismo e l'estremismo violento. Inserendo il dialogo culturale nella politica esterna dell'Unione svolgeremo il ruolo chiave nel promuovere la democratizzazione, la costruzione della pace e il rispetto dei diritti umani che i nostri valori fondanti ci chiedono.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Rolul dialogului intercultural, al diversității culturale și al educației în promovarea valorilor fundamentale ale UE este unul indiscutabil. Singura cale prin care putem face ca aceste trei instrumente să funcționeze este o implicare mai mare a societății în ansamblul său, a mai multor actori, precum mass-media, educatori, întreprinderi, comunități și lideri religioși. În acest fel, nu numai actorii politici vor avea o contribuție semnificativă în dialogul intercultural.

Fără o cunoaștere profundă a culturii proprii, dar și a altor culturi, nu se poate realiza un dialog intercultural autentic. În acest context, dezvoltarea mobilității educaționale pentru studenți și profesori este o măsură potrivită pentru o cunoaștere mai bună a dialogului și a diversității culturale. Acest fapt poate contribui la încurajarea interacțiunilor, la creșterea diversității și a respectului pentru democrație, libertate și drepturile omului, precum și la creșterea toleranței pentru valorile universale și pentru cele specifice fiecărei culturi.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece se impune promovarea semnificativă a valorilor fundamentale ale UE în situația în care la nivel european există o serie de provocări legate de globalizare, migrație, conflicte religioase și interculturale, precum și de ascensiunea radicalismului.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto.* – Questa relazione della deputata inglese socialista pone l'accento sulla volontà di proseguire sul modello educativo imperante negli ultimi decenni dell'educazione all'accoglienza per una società multi-culturale. Questa relazione chiede nel campo della formazione di imporre agli Stati membri l'imperativo dell'accoglienza per rafforzare il ruolo del dialogo interculturele nell'istruzione e negli ambienti di apprendimento. Poiché questo modello, che per noi è fortemente fallimentare, è una delle cause della crisi sociale che sta attraversando l'Europa. Voto negativo.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris.* – Diversitatea culturală joacă un rol esențial în Uniunea Europeană, nu numai ca o caracteristică fundamentală a construcției europene, ci și ca o resursă culturală. Prin tratatele Uniunii, Carta drepturilor fundamentale a UE și Convenția europeană a drepturilor omului, UE se angajează la respectarea drepturilor minorităților și a tuturor identităților care constituie o bogăție a patrimoniului european.

Metoda prin care câștigăm din această diversitate presupune un cadru de dialog intercultural. După încheierea Anului european al dialogului intercultural (2008), toate activitățile benefice ce presupuneau schimbul și interacțiunea deschisă între persoane, grupuri și organizații din medii culturale diferite sau cu viziuni diferite nu au avut continuitate. Societatea de astăzi, mai ales în contextul evenimentelor din ultimul an, ne arată nevoia unei participări democratice favorabile incluziunii și pentru responsabilizarea cetățenilor.

Dialogul intercultural constituie instrumentul esențial în realizarea acestui deziderat, care să ducă la cultivarea unui sentiment de incluziune și de apartenență mai profund, și astfel la consolidarea democrației. În acest sens, nu trebuie neglijat nici rolul educației, deoarece persoanele asupra cărora o astfel de politică poate avea un impact mai profund și de lungă durată sunt copiii.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Maintenant plus que jamais, le dialogue interculturel devient une nécessité absolue. C'est une notion pourtant assez floue qui se décline en diverses tendances. Il serait donc nécessaire de la définir politiquement pour mieux l'appréhender et mieux l'appliquer. La diversité de nos sociétés nécessite une plus grande ouverture d'esprit, une plus grande ouverture aux autres cultures.

C'est en partie à travers l'éducation et des programmes d'apprentissage que nous parviendrons à réduire la défiance que certaines personnes ont vis-à-vis d'une autre culture. Un des fondements de l'Union européenne est l'unité dans la diversité. Il faut que cette notion devienne une réalité en Europe et en dehors de nos frontières.

En dialoguant avec les autres cultures, les autres religions, on apprendra à mieux vivre ensemble et à promouvoir les valeurs fondamentales de l'Union européenne. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in aula ho dato il mio voto favorevole alla relazione. Sono convinto che il dialogo interculturale in costante sviluppo in Europa è strumento essenziale per l'identità e la coesione di tutta la Comunità. Non v'è chi non veda che per suo tramite si rinsaldano i valori comuni di libertà, giustizia sociale e democrazia, i quali, direttamente scaturenti dai diritti umani, sono messi a dura prova da tendenze xenofobe e radicali dentro e fuori i confini europei proprio per mezzo della compressione del dialogo culturale. Per questo motivo, come ho avuto modo di sottolineare in mie interrogazioni del marzo scorso, tutto il settore dello scambio interculturale ha bisogno di continuo stimolo dall'agenda politica della Commissione, al duplice fine di diffondere il ruolo unico che la cultura europea mantiene nel mondo e, sotto l'aspetto economico, di rinsaldare il suo naturale coefficiente di resilienza rispetto a momenti di recessione come quelli attuali. Concordo di conseguenza con la relazione e con le raccomandazioni proposte, in particolare quelle che auspicano il rafforzamento della capacità di operare scelte di dialogo interculturale, la promozione dell'uguaglianza e l'accettazione della diversità come risorsa.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the report, which was concerned with promoting values of freedom, tolerance, non-discrimination and fighting racism, radicalisation and marginalisation through intercultural dialogue.

I agreed with many aspects of the report for the stance it took in seeing intercultural dialogue as a two-way process, benefiting both parties and voted against amendments that sought to reduce that dialogue in any way to a teaching exercise by Europeans alone.

As such amendments were not included in the final text; I was able to support the report as a whole.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative report. This report provided another dimension in which the EU's scope could be widened in the field of education, external relations, mobility and integration, while promoting 'EU fundamental values'. This report calls for the addition of intercultural dialogue into national curricula, EU representation within the UN, and the harmonising of visa procedures, and calls for additional funding, all for the purpose of preventing radicalisation and helping integration. Whilst we agree that radicalisation, extremism and integration are issues to be tackled, such issues are to be resolved at nation state level. We oppose any calls for the EU to influence or interfere with the education and national curricula of Member States. We feel particularly strongly with regard to the exploiting of EU financial instruments and mobility programmes to justify the free movement of people, all at the taxpayers' expense.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report because I support the EU Education Ministers' agreement that the Member States need to cooperate and promote our fundamental values and combat radicalisation, marginalisation and intolerance. We must focus on intercultural dialogue and strive for mutual understanding in order to achieve a more tolerant and pluralistic society.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione è nel complesso decisamente positiva. Viene riconosciuta la grande importanza del dialogo interculturale come strumento di partecipazione democratica inclusiva e di responsabilizzazione dei cittadini, con un richiamo specifico a gestione di beni comuni e spazi pubblici. Nel testo si rimarca anche la centralità, per l'obiettivo dell'inclusione sociale e della cittadinanza attiva, della costruzione di legami solidi tra la cultura e istruzione. Ancora, sicuramente positivo è il richiamo all'esigenza che l'educazione civica inizi fin nella prima infanzia. Ho votato convintamente a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Τασσόμαστε υπέρ της έκθεσης που βασίζεται στην κοινή συμφωνία των Υπουργών Παιδείας, σύμφωνα με την οποία χρειάζονται συνδυασμένες προσπάθειες για την πρόληψη και την αντιμετώπιση της περιθωριοποίησης, της μισαλλοδοξίας, του ρατσισμού και της ριζοσπαστικοποίησης, καθώς και για τη διατήρηση ενός πλαισίου ίσων ευκαιριών για όλους. Στην έκθεση προσδιορίζονται οι ευκαιρίες αλλά και οι προκλήσεις και διατυπώνονται συγκεκριμένες συστάσεις για δράση σε όλα τα επίπεδα διακυβέρνησης, καθώς και σε επίπεδο ΕΕ, μεταξύ άλλων με την αυξημένη αξιοποίηση του πολιτισμού στις εξωτερικές δράσεις και στο αναπτυξιακό πρόγραμμα της ΕΕ, δεδομένου ότι αναγνωρίζεται ο μοναδικός ρόλος που μπορεί να διαδραματίσει ο πολιτισμός στις ειρηνευτικές διαδικασίες, στην επίλυση των συγκρούσεων και στην πρόληψη των κρίσεων.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Δεδομένου ότι διανύουμε μια ιδιαίτερα τεταμένη περίοδο και ερχόμαστε καθημερινά αντιμέτωποι με τα αποτελέσματα λανθασμένων πολιτικών επιλογών που γεννούν με τη σειρά τους πολιτισμικές συγκρούσεις, μπορούμε να αντιληφθούμε την εμφανή ανάγκη αναθεώρησης των επιλογών μας και υιοθέτησης νέων αντιλήψεων. Το πόρισμα αυτό περιέχει αριθμό ιδιαίτερως θετικών στοιχείων και προτάσεων που μπορούν να αποτελέσουν βάση βελτίωσης των συνθηκών συνεργασίας και κατανόησης των πολιτών. Αυτός είναι ο λόγος που ψήφισα θετικά ως προς την ανάγκη προώθησης των θεμελιωδών αξιών της ΕΕ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente il provvedimento in quanto sono convinto che il dialogo interculturale deve essere considerato componente fondamentale dell'azione esterna dell'UE. La dichiarazione di Parigi del 17 marzo 2015 impone agli Stati membri l'accoglienza per rafforzare il ruolo del dialogo interculturale nell'istruzione e negli ambienti di apprendimento. A tale scopo, occorre dare un appoggio strutturale e sostenibile alle ONG, alle istituzioni che si occupano di ragazzi e giovani, agli istituti di formazione nonché a tutte le organizzazioni interessate e alle iniziative adottate a livello locale.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'UE si è sempre contraddistinta per la predominanza del *soft power* sull'*hard power*, del dialogo contro la guerra, e gli accademici dicono che l'Europa viene da Venere (contrapposta agli Stati Uniti che vengono da Marte). Io non sono sicuro che questo approccio sia sempre il migliore, però sta di fatto che il dialogo interculturale, la diversità culturale e l'istruzione possono fare molto più della repressione nel creare dei cittadini migliori. La storia ci insegna che la violenza funziona solo nel breve periodo, perché prima o poi gli oppressi si organizzano e si liberano. La cultura, invece, benché porti frutti più lentamente, è più duratura e si diffonde in maniera più profonda. Con questi principii in mente ho votato a favore di questa relazione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The European Union faces diverging opinions on notions of identity and belonging. Intercultural dialogue should have a larger role in education, as was suggested by the Paris Declaration of 17 March 2015. Intercultural dialogue and education can provide for a more pluralistic, tolerant society with an emphasis on equality between citizens and a respect for human rights. Culture should be recognised as a tool in peace-building and conflict resolution. Civic education, provided from an early age, would help young people take part in a more democratic society. The promotion of intercultural dialogue would engage individuals suffering from marginalisation, geographic or social isolation. NGOs, youth organisations and training institutions should be provided with structural assistance to help in this cultural exchange.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative report. This report provided another dimension in which the EU's scope could be widened in the field of education, external relations, mobility and integration, while promoting 'EU fundamental values'. This report calls for the addition of intercultural dialogue into national curricula, EU representation within the UN, and the harmonising of visa procedures, and calls for additional funding, all for the purpose of preventing radicalisation and helping integration. Whilst we agree that radicalisation, extremism and integration are issues to be tackled, such issues are to be resolved at nation state level. We oppose any calls for the EU to influence or interfere with the education and national curricula of Member States. We feel particularly strongly with regard to the exploiting of EU financial instruments and mobility programmes to justify the free movement of people, all at the taxpayers' expense.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A União Europeia funda-se num conjunto de valores, partilhados por todos os Estados-Membros, e que derivam, precisamente, dos valores constituintes de cada um destes países. Aqueles, incluem a dignidade humana, a liberdade de religião, a igualdade de género ou a não discriminação com base na cor.

Num momento em que o mundo se vê confrontado com um número de pessoas deslocadas, sem precedentes e a União, em particular, com a maior pressão migratória desde a Segunda Guerra Mundial, o diálogo intercultural assume particular importância. A diversidade cultural e a educação são essenciais para a promoção dos valores que definem a comunidade em que nos inserimos. Este relatório assinala, corretamente, essa importância e aponta alguns caminhos, como seja a colaboração estreita com as Nações Unidas e a ajuda humanitária que garanta o acesso à escola de jovens em campos de refugiados. Apoio, por isso, este relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ritengo sia importante sostenere il dialogo interculturale poiché, nella specificità di questo momento storico, stiamo già sperimentando le sfide legate alla convivenza tra differenti culture. Risulta più che mai necessario riaffermare i principi su cui l'Unione europea è fondata e far percepire questi valori a tutti coloro che si trovano sul territorio dell'Unione, pur non essendone direttamente originari. Concordo altresì sulla necessità di puntare *in primis* sull'istruzione e la formazione, accessibile a tutti e di qualità. Per questi motivi, mi trovo favorevole alla proposta di risoluzione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – With Europe increasingly becoming multicultural and with events clearly showing how some European societies have failed to integrate this reality, the role that education plays in addressing these failures becomes even more pertinent. Cultural diversity does not exclude unity in society, but requires a society that values the meaning of community. Education processes provide key tools in rebuilding communities. I have thus voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione presenta un profilo complessivo estremamente positivo sulla declinazione del ruolo del dialogo interculturale, della diversità culturale e dell'istruzione in rapporto alla promozione dei valori fondamentali dell'Unione europea. Il dialogo interculturale, per come inteso nella relazione, dovrebbe prendere le mosse dal lavoro sviluppato durante l'anno europeo del dialogo interculturale nel 2008. Si invita a tener conto anche del dialogo interreligioso, ritenuto una componente del dialogo interculturale e qualificato come presupposto essenziale per la pace e strumento fondamentale per la gestione dei conflitti. Preservare il rispetto della dignità dell'individuo e dei diritti umani, con particolare riferimento alla libertà di pensiero, coscienza e religione e al diritto alla protezione delle minoranze religiose, contribuendo in misura significativa al rafforzamento della democrazia e allo sviluppo di un senso di inclusione e appartenenza più forte e profondo. Le risorse educative dovrebbero essere riesaminate per promuovere un apprendimento multiprospettico e plurilinguistico e le esperienze e le competenze plurilinguistiche e interculturali degli insegnanti devono essere valorizzate e promosse sistematicamente. Si esortano gli Stati membri e la Commissione a prevenire estremismo, xenofobia, razzismo e tutte le forme di discriminazione e marginalizzazione, attraverso misure di coesione all'interno della comunità. Il mio voto è quindi favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Tras los atentados terroristas en Francia y Dinamarca en 2015, los ministros de educación de los Estados miembros de la UE aprobaron una declaración con el objetivo de promover los valores de libertad y tolerancia a través de la educación. Este informe está en esa misma línea. He votado a favor, porque además el informe ha quedado mejorado gracias a las enmiendas presentadas por mi Grupo político que reiteran el valor de la justicia social, señalan la necesidad de promover la diversidad cultural especialmente entre los jóvenes a través de la cultura y los medios de comunicación y promueven la formación en multiculturalidad entre los profesores.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Poiché l'Europa è caratterizzata da una diversità culturale, sociale, linguistica e religiosa, i valori comuni che tengono unite le nostre società come la libertà, la giustizia sociale, l'equità e la non discriminazione, la democrazia, i diritti umani, lo Stato di diritto, assumono un ruolo fondamentale. Ho votato in favore della risoluzione perché incoraggia la Commissione europea e gli Stati membri a prendere misure adeguate per la promozione del dialogo interculturale, come ad esempio: sviluppare programmi di formazione che promuovano le diversità, promuovere l'utilizzo delle nuove tecnologie dell'informazione e della comunicazione, incoraggiare lo svolgimento di attività artistiche, sportive, educative e formative per tutte le età, nonché di attività di volontariato, al fine di rafforzare i processi di socializzazione e la partecipazione delle minoranze, elaborare strategie che riconoscano il dialogo interculturale come processo di comunicazione interattiva tra le culture e al loro interno allo scopo di garantire rispetto reciproco e pari opportunità, sfruttare gli strumenti finanziari europei, gli strumenti della politica di vicinato e delle relazioni esterne dell'UE, e gli organismi come l'Agenzia dell'Unione europea per i diritti fondamentali.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az interkulturális párbeszéd, a kulturális sokszínűség és az oktatás jelentős szerepet tölthet be az uniós alapértékek előmozdításában, erről szól a Kulturális Bizottság jelentése, amelyet szavazatommal támogattam.

A Szerződésekben lefektetett uniós alapértékek az emberi méltóság, a szabadság, a demokrácia, az egyenlőség, a jogállamiság, valamint az emberi jogok – ideértve a kisebbségekhez tartozó személyek jogait – tiszteletben tartása. Ezeket az értékeket az oktatáson, párbeszédén, sporton keresztül is lehetőség van erősíteni.

A jelentés továbbá külön hangsúlyt fektet az önkéntesség, a sport és a művészetek szerepére a szocializációs folyamat erősítésében. Kifejezetten a nemzeti kisebbségekre nem tér ki a szöveg, hanem inkább a marginalizált közösségek, migránsok és menekültek szocializációs folyamatára összpontosít. Ennek ellenére fontosnak tartom az üzenetét az európai régiókban élő különböző népcsoportok együttélési problémáinak felszámolása érdekében.

Edward Czesak (ECR), in writing. – While ECR strongly supports intercultural dialogue and although this report contains positive elements in reinvigorating dialogue between communities, it has a number of serious faults which prevent us from approving it. Primarily, the report fails to address the specificity and characteristics of cultural dialogue. While referring to EU fundamental values as they are set out in the Treaties, it does not take into consideration existing pluralism in their interpretation, which should be acknowledged and respected. The report seems to neglect that genuine intercultural dialogue requires strong identities of interacting individuals or communities based on deep knowledge of their cultural canons, therefore a good knowledge of history, literature, music, etc. is indispensable. The spirit of the document suggests that a successful intercultural dialogue relies solely on opening up to other cultures by resigning from one's own heritage – the rapporteur strongly objected to incorporating any references to the Christian roots of the Europe despite tabled amendments on behalf of several political groups. Concerns were also raised regarding the form of the report – the text is incomprehensible and consists of lengthy, vague paragraphs made up of fragments that do not match.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The report looks at new ways to approach cultural diversity in a Europe based on diverse opinions and political perspectives in order to promote and foster pluralistic, non-discriminatory, tolerant and just societies. By focusing on values underlined in international human rights frameworks, the report stressed the promotion of the implementation of the UNESCO Convention on the Protection and Promotion of Diversity of Cultural Expression.

The report highlights the need to recognise the importance of the promotion of common core values which hold our societies together, such as tolerance, freedom, the rule of law, equality, democratic participation and citizen empowerment within the context of cultural, social and religious diversity. The report notes the importance of learning mobility, the promotion of volunteer programmes and rights-based, gender-sensitive learning environments as an essential aspect of promoting EU fundamental values in order to promote the fostering of confidence in one's own identity on an EU, local and global level. For this reason I voted in favour of this report.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – Whilst I welcome some elements of this report, particularly its emphasis on the importance of education in integration, which is pertinent given recent tragic events in Paris, I cannot support the report as a whole. It goes too far in promoting EU citizenship and EU representation at international level at the expense of national governments and identity. Some of its proposals on Member State education policies clearly infringe national sovereignty and are outside EU competences. The proposal for an EU cultural attaché to third partner countries and stronger EU representation within UN agencies directly undermines national interests and risks undermining the strength of cultural diversity within Europe. For all these reasons I voted against the report in the final vote.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Susțin poziția raportorului privind încurajarea cetățenilor europeni în vederea realizării unor activități educative și de formare în domeniul artistic și sportiv, destinate persoanelor de toate vârstele, precum și a activităților de voluntariat.

Consider că această activitate este cea mai bună cale de socializare și participare a minorităților, a grupurilor defavorizate, a comunităților marginalizate, a migranților și a refugiaților la viața culturală și socială din comunitatea în care trăiesc și permite învățarea de limbi străine și o mai bună cunoaștere a patrimoniului cultural.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative s'intéresse au rôle de la culture et de l'éducation dans la promotion des valeurs fondamentales de l'Union. Accroître la mobilité des jeunes et des enseignants, ainsi que l'utilisation de la culture dans les programmes externes de développement de l'Union européenne, doit favoriser la compréhension mutuelle et aider à la lutte contre les préjugés ou les extrémismes. Estimant qu'il est essentiel de promouvoir les valeurs de citoyenneté dans toutes les formes et filières de l'enseignement et d'utiliser les programmes européens pour renforcer la formation des enseignants, des éducateurs et animateurs, je me suis prononcé en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Les objectifs définis dans ce rapport traduisent une volonté collective de prévenir la marginalisation, l'intolérance, le racisme et la radicalisation et de préserver un cadre d'égalité des chances pour tous. De plus, ce rapport préconise des actions concrètes à entreprendre au niveau des politiques en matière de culture et d'éducation. C'est la raison pour laquelle j'ai émis un vote favorable.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – I ministri dell'istruzione dell'UE sono stati chiari nell'affermare congiuntamente il valore di una società pluralistica, non discriminatoria, tollerante ed equa, rispettosa dei valori fondamentali dell'UE come la dignità umana, la libertà, la democrazia e l'uguaglianza. La presente relazione rappresenta un tentativo di dare seguito a tale convinzione, promuovendo un sano dialogo interculturale fra tutti i tipi di comunità che conduca a una migliore comprensione e all'accettazione di valori comuni fondamentali. Ho votato a favore di questa relazione poiché ritengo che il dialogo interculturale consenta di affrontare in modo costruttivo stereotipi, pregiudizi e forme di discriminazione, offrendo nuove opportunità alle comunità emarginate e gettando le basi necessarie affinché i popoli del futuro siano forti, fiduciosi e coesi.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Dans la période politique mouvementée que connaît l'Europe (crise des réfugiés, rejet des institutions, repli sur soi, montée des intégrismes...), ce rapport est essentiel. Il constitue le pendant indispensable à des considérations plus sécuritaires pour lutter contre la radicalisation d'une partie de la jeunesse et le décrochage d'une autre. Le dialogue interculturel qui comprend l'ouverture à l'autre, la compréhension et l'acceptation de points de vue différents, la maîtrise des langues, la connaissance d'autres pays et d'autres coutumes doit devenir une véritable politique structurelle de l'Union européenne. Il passe par une mobilité accrue des plus jeunes, au service de la construction de la citoyenneté européenne. Il passe aussi par une éducation aux médias. Le dialogue interculturel est généreux dans ses attentes et porteur d'espoir et de solidarités nouvelles dans ses potentiels. Le dialogue culturel est un agent actif d'une intégration plus poussée pour plus d'unité entre les peuples européens.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport suggère tout d'abord de dépasser largement les compétences de l'Union en traitant de la culture, domaine qui relève des États membres et ne renvoie à aucun déficit fonctionnel de la part de ceux-ci, qui pourrait justifier un transfert de compétences. Par ailleurs, en choisissant d'aborder la question de l'intégration sous l'angle du multiculturalisme, ce rapport est détaché de la réalité et des crises culturelles graves subies par les peuples européens, notamment du fait de l'immigration massive. J'ai donc voté contre ce rapport qui porte atteinte aux identités et aux cultures nationales, affaiblissant progressivement les Nations européennes.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Държавите-членки на Европейския съюз, представляват огромно културно и езиково многообразие, което е наше богатство и трябва да бъде уважавано, но не и да бъде насилствено унифицирано. Нашите народи трябва да запазят своята идентичност, а чрез Европейския съюз да имат възможност на обмяна на добри практики, което да бъде само в помощ за тяхното развитие.

Подписвано на Парижката декларация от март 2015 е важна стъпка в борбата с радикализацията. В тази връзка нашият доклад би могъл да предложи действия, които да обединят държавите членки в техните усилия за засилване на ролята на межкултурния диалог за предотвратяване на радикализацията, но за съжаление не смятам, че целта е постигната. Предлага се идеология, която няма практическа реализация, както и тези, които не засягат темата, а да не говорим за субсидиарността, която е изцяло погасена.

Действия са необходими, но предложената резолюция със сигурност не представлява съобщението, което аз искам да изпратя на моите избиратели. Поради изброените по-горе факти гласувах против.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Η Ευρώπη έχει περιέλθει σε αδιέξοδο και παρόλα αυτά συνεχίζει να υποστηρίζει τον διαπολιτισμικό διάλογο και την πολυμορφία στην εκπαίδευση και στον πολιτισμό, βάζοντας τους Ευρωπαίους πολίτες στο στόχαστρο εκείνων που στην πραγματικότητα είναι ανίκανοι να κάνουν διάλογο και να μοιραστούν τις ίδιες αξίες. Η ενίσχυση του διαπολιτισμικού διαλόγου κυρίως στα εκπαιδευτικά ιδρύματα δεν μπορεί παρά να έχει αρνητικές συνέπειες για την κοινωνία με τον κίνδυνο να επαναληφθούν τα δραματικά γεγονότα που έχει βιώσει η Ευρώπη τους τελευταίους μήνες και να αναζωπυρωθεί ο εξτρεμισμός. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζουμε την παρούσα έκθεση.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La dichiarazione di Parigi sulla promozione della cittadinanza e dei valori comuni di libertà, tolleranza e non discriminazione attraverso l'istruzione, adottata dai ministri dell'istruzione dell'Unione europea a Parigi il 17 marzo 2015, è una dichiarazione incisiva, che impone agli Stati membri l'imperativo dell'accoglienza per rafforzare il ruolo del dialogo interculturale nell'istruzione, imperativo necessario al fine di gettare le basi per la costruzione di comunità del futuro forti, fiduciose, resilienti e coese.

La risoluzione, sulla falsariga della dichiarazione di Parigi, riafferma il valore di una società pluralistica, non discriminatoria, tollerante ed equa, in cui la solidarietà e l'uguaglianza tra donne e uomini siano abbracciate con convinzione nel perseguire i valori fondamentali dell'UE come la dignità umana, la libertà, la democrazia, l'uguaglianza, lo Stato di diritto e il rispetto dei diritti umani (quali sanciti dall'articolo 2 del trattato sull'Unione europea e dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea). L'Europa rappresenta un'immensa ricchezza in termini di diversità culturale, sociale, linguistica e religiosa; in tale contesto, i valori comuni che tengono unite le nostre società come la libertà, la giustizia sociale, l'equità e la non discriminazione, i diritti umani, la tolleranza e la solidarietà, sono fondamentali per il futuro dell'Europa. Per questo motivo, ho votato a favore di questa risoluzione.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A União Europeia encontra-se num momento histórico particular em que as noções de identidade e de pertença são contestadas, reconfiguradas e defendidas, de forma muito emotiva, por parte de uma multiplicidade de vozes e de perspectivas políticas divergentes. Este relatório constitui uma tentativa de progresso com base no comum acordo entre os Ministros da Educação, segundo o qual são necessários esforços combinados no sentido de prevenir e resolver a marginalização, a intolerância, o racismo e a radicalização, bem como preservar um quadro de igualdade de oportunidades para todos.

Tratar os desafios abordados neste relatório exige que o diálogo e a diversidade cultural sejam integrados de um modo transversal em todos os domínios políticos, tais como as políticas para as crianças e os jovens, a educação, a mobilidade, o emprego e os assuntos sociais, a segurança e os assuntos internos, para além dos direitos das mulheres, da igualdade de género e do desenvolvimento regional.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce qu'il donne un rôle inopportun aux migrants.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório contém alguns aspetos positivos mas, em geral, adota uma perspectiva que se revela incapaz de ir à origem dos problemas que levam ao extremismo, à xenofobia e ao racismo, branqueando o papel da UE, dos governos e das suas políticas na promoção de desigualdades, na falta de acesso aos serviços públicos e no ataque a direitos fundamentais, na produção de estigmas, enfim, na promoção de valores contrários aos que se proclamam, na promoção da ingerência e da guerra em vez da Paz.

Mistura-se conceitos e competências a adquirir através da educação e formação que irão alegadamente contribuir para a promoção dos ditos valores fundamentais da UE. Algum do palavreado do relatório é revelador do conteúdo e sentido desses ditos valores (educação para a «liderança», o «empreendedorismo»).

O relatório visa combater a intolerância, o racismo, a dita radicalização e a marginalização, através da promoção do diálogo intercultural. Defende-se uma perspectiva sobre a educação para valores que compreendem o diálogo intercultural como um «processo bidirecional onde ambas as partes beneficiam através de ser capaz de ficar no lugar do outro», em vez de adotar uma abordagem de medo.

São aspetos positivos que coexistem no relatório com os já mencionados aspetos negativos.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – Promoting EU fundamental values. Could not support such values. Bullying and domination are not my idea of values that one could support.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Ťažiskom správy je úloha medzikultúrneho a medzináboženského dialógu so všetkými zúčastnenými stranami a úloha vzdelávania na všetkých úrovniach vo svetle všetkých nedávnych udalostí ako predpoklad mieru a nástroja na zvládanie konfliktov. Je veľmi dôležité prijať medzikultúrny dialóg ako silný a jasne deklarovaný cieľ Európskej únie v oblasti interaktívnej komunikácie vo vnútri a medzi kultúrami a trénovať a pripravovať budúce generácie, aby boli odvážne v riešení problémov a výziev, ktorým budú ako budúci európski občania čeliť, tým že budeme viacej investovať do efektívneho a inovatívneho a ľahko dostupného a kvalitného vzdelávania na všetkých úrovniach. Musíme sa usilovať o to, aby sme mladej generácii ponúkli prístup k vzdelávaniu a k občianstvu a k možnosti získať občianske, sociálne a medzikultúrne zručnosti a kompetencie, ktoré by jej pomáhali rozvíjať etické a občianske hodnoty a byť aktívnymi, zodpovednými a otvorene zmýšľajúcimi členmi spoločnosti a rešpektovať rozmanitosť a boj proti sociálnym javom, ako je diskriminácia, násilie, radikalizmus, rasizmus a xenofóbia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Η Ευρώπη έχει περιέλθει σε αδιέξοδο και παρόλα αυτά συνεχίζει να υποστηρίζει τον διαπολιτισμικό διάλογο και την πολυμορφία στην εκπαίδευση και στον πολιτισμό, βάζοντας τους Ευρωπαίους πολίτες στο στόχαστρο εκείνων που στην πραγματικότητα είναι ανίκανοι να κάνουν διάλογο και να μοιραστούν τις ίδιες αξίες. Η ενίσχυση του διαπολιτισμικού διαλόγου κυρίως στα εκπαιδευτικά ιδρύματα δεν μπορεί παρά να έχει αρνητικές συνέπειες για την κοινωνία με τον κίνδυνο να επαναληφθούν τα δραματικά γεγονότα που έχει βιώσει η Ευρώπη τους τελευταίους μήνες και να αναζωπυρωθεί ο εξτρεμισμός. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την παρούσα έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I believe it is now crucial for the future of the EU to adopt intercultural dialogue as a strong and committed objective in an interactive communication within and between cultures. The aim is to train and prepare future generations to be audacious problem solvers. We must address the challenges that European citizens have to face in an effective and innovative way by investing in inclusive, accessible and quality education at all levels and by giving them access to citizenship education, a precondition of peace and a tool of conflict management.

Moreover, we must support the possibility to acquire civic, social and intercultural skills and competences that should help the citizens of the future to develop ethical and civic values and to become active, responsible and open-minded members of society, respecting diversity and combating social phenomena such as discrimination, violence, radicalism, racism and xenophobia.

Мария Габриел (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах за приемането на този доклад, тъй като в него се отправят конкретни препоръки за предприемане на действия както на европейско, така и на национално равнище за насърчаване на межкултурния диалог и използването на културата като инструмент за укрепването на мира, разрешаването на конфликти и предотвратяването на кризи.

Считам, че е от съществено значение културният диалог и многообразието да са интегрирани хоризонтално във всички области на политиката, като например политиката за децата и младежта, образованието, мобилността, трудовата заетост и социалните въпроси, вътрешните работи и сигурността, както и правата на жените и равенството между половете, и регионалното развитие. Ето защо приветствам ангажимента, изложен в доклада за включването на межкултурния диалог във външните отношения на ЕС, включително в програмата на Съюза за развитие. Насърчаването и защитата на културното многообразие на международната сцена може да е от полза за ЕС и неговите държави членки в техните отношения с останалия свят.

В заключение, подкрепям повишения обмен на добри практики и провеждането на засилен межкултурен диалог, тъй като те безспорно ще благоприятстват намирането на решения на общите предизвикателства, пред които е изправен ЕС понастоящем.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Különös örömmel szavaztam ma meg a kultúrák közötti párbeszédéről szóló jelentést, amely olyan hagyományos értékek védelmét mondja ki, mint a család, a megfelelő oktatás, valamint a kulturális sokszínűség.

A jelentés hangsúlyozza a család szerepét a kulturális identitás, a hagyományok, az erkölcs és a társadalom értékrendszerének megőrzésében, hiszen a családban kezdődik a gyermekek ismerkedése a társadalom kultúrájával, értékeivel és normáival. A jelentés rávilágít a generációk közötti, a társaktól való vagy a családon belül történő tanulás révén végzett következetes munka előnyeire. Úgy gondolom, hogy a jelen helyzetben a társadalom legalapvetőbb egységét, a család szerepét kell erősíteni ahhoz, hogy az európai társadalom egésze erősödjön.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Az ebben a jelentésben tárgyalt kihívások megkövetelik, hogy a kulturális párbeszéd és a sokféleség tranzverzális módon beépüljön minden olyan szakpolitikába, mint például a gyermek- és ifjúsági, a mobilitási, a foglalkoztatási és szociális ügyi, a biztonsági és belügyi, akárcsak a nőjogi és esélyegyenlőségi, valamint a regionális fejlesztési politika. Jobb és koherensebb együttműködésre van szükség a különféle politikai struktúrák és témakörök között, nemcsak uniós, hanem nemzeti és helyi szinten is.

Hangsúlyozni kell a mobilitás és a cserék szerepét az interkulturális párbeszéd elősegítésében. E téren a kihívás a meglévő eszközök teljes mértékű kiaknázása, és ez egyben lehetőséget is kínál, amelyek a résztvevők szélesebb kategóriái által is hozzáférhetők, hogy be lehessen vonni a perifériára szorulás, a földrajzi és társadalmi elszigetelődés és a hátrányos megkülönböztetés egyéb formái által sújtott egyéneket is.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor convencido de la importancia de trabajar en pro de una sociedad plural, no discriminatoria, tolerante y justa en consonancia con los valores fundamentales de la UE de dignidad humana, libertad, democracia, igualdad, Estado de Derecho y respeto de los derechos humanos. Para lograr tan altos objetivos es necesario adoptar un enfoque positivo y es importante trabajar por el diálogo intercultural y la celebración de la diversidad cultural. No hay duda de que la educación y el aprendizaje intercultural en sus diversos escenarios son fundamentales para garantizar un progreso sostenible en el ámbito de la ciudadanía activa.

Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto. – Il messaggio che il Parlamento europeo invia con l'approvazione della relazione della collega Julie Ward che ritengo importante sostenere, è il fermo richiamo al naturale e primo valore su cui si costruisce l'identità culturale dell'Unione: la garanzia del rispetto dei diritti e della dignità umana. Emarginazione, intolleranze, riemergere di fenomeni xenofobici: contro i grandi mali che minacciano oggi la nostra società, gli strumenti più potenti che abbiamo restano inclusione, equità e rispetto della persona che ritroviamo nel nostro DNA di europei, sanciti già nella Carta dei diritti fondamentali. Condivido l'idea che siano il dialogo, la cooperazione e l'istruzione i fattori cardine a supporto della diffusione e della condivisione dei nostri valori, per un sostegno concreto allo sviluppo di una società pluralistica e democratica e auspico inoltre che l'Europa possa pregiarsi presto di essere non solo promotrice ma anche capofila di un sentire comune dal forte carattere solidale e democratico, in cui le pari opportunità siano finalmente ritenute investimento e risorsa e non pericolo da ostacolare.

Arne Gericke (ECR), schriftlich. – Leider musste ich heute gegen den Bericht über die Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU stimmen. Leider deshalb, weil ich überzeugt bin, dass ein echter und aufrichtiger Dialog der Kulturen und Religionen in der heutigen Zeit von enormer Bedeutung ist. Er darf aber auch nicht falsch verstanden oder bewusst missinterpretiert werden. Interkultureller Dialog braucht Toleranz, echte Toleranz. Zudem dürfen Berichte wie dieser nicht missbraucht werden, um etwa nicht berechtigten Einfluss der EU auf nationale oder regionale Bildungspolitik zu fordern.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. – Różnorodność kulturowa, językowa czy religijna jest ogromnym bogactwem Europy, które należy pielęgnować w oparciu o wspólne wartości łączące nasze społeczeństwa, takie jak wolność, równość, sprawiedliwość społeczna i niedyskryminacja.

Dialog międzykulturowy obejmuje otwartą i pełną szacunku wymianę lub interakcję pomiędzy osobami, grupami i organizacjami z różnych środowisk kulturowych lub o różnych światopoglądach. Jest narzędziem wzmacniania roli obywateli i znacząco przyczynia się do ulepszenia demokracji i rozwoju poczucia przynależności.

Kultura powinna stać się też głównym elementem dialogu politycznego. Wkład twórczości artystycznej w różnorodność kulturową jest ogromny, a jej rola w rozpowszechnianiu wartości UE i zachęcaniu obywateli europejskich do rozwijania krytycznego myślenia jest nieoceniona. Dlatego szczególnie cieszy mnie, że moje rodzinne miasto – Wrocław – w 2016 r., pełni zaszczytną rolę Europejskiej Stolicy Kultury, co jest dla miasta, regionu i całego mojego kraju wyzwaniem, by udowodnić, że szeroko rozumiana integracja poprzez kulturę jest możliwa. W tym duchu został też zbudowany całoroczny program obchodów.

Zważywszy jak wielkie znaczenie ma poszanowanie uniwersalnych praw człowieka jako jednostki, jak i praw kulturowych, apeluję o nadanie wyższego priorytetu inicjatywom ukierunkowanym na wspieranie różnorodności kulturalnej i dialogu międzykulturowego. Obszerniejsza współpraca w tym zakresie jest niezbędna, nie tylko na szczeblu UE, ale także na szczeblach regionalnych.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Aktuell ist es besonders wichtig, dass die europäischen Grundwerte klar und für alle verständlich vermittelt werden. Deshalb gilt es, den interkulturellen Austausch innerhalb der EU zu fördern. Auch hochwertige Schulungsprogramme sind hierbei ein wichtiger Bestandteil.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on 'the role of intercultural dialogue, cultural diversity and education in promoting EU fundamental values' because I am convinced by the need for intercultural dialogue, especially in light of dramatic events such as the refugee crisis and the terrorist attacks in Paris. This serves to further reinforce the fact that Europe must tackle these common challenges and promote its fundamental values. I welcome concrete recommendations for action at a national as well as at an EU level including the increased use of culture in external actions and in the EU development agenda. Through these recommendations, the report recognises the unique role that culture, inclusive learning and active citizenship can play in building strong and cohesive communities.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution «sur le rôle du dialogue interculturel, de la diversité culturelle et de l'éducation dans la promotion des valeurs fondamentales de l'Union européenne» est caractéristique des dérives totalitaires de l'Union européenne.

Elle constitue une très claire invitation à politiser les milieux sportifs, associatifs et éducatifs, tout en invitant les États membres à légiférer pour sanctionner les comportements qui paraîtraient contraires à l'esprit de la résolution. En visant, sans le dire et en usant d'allusions, les patriotes et souverainistes soucieux de l'identité et de la souveraineté de leurs nations, la résolution souhaite clore tout débat politique sur l'immigration, l'intégration et le multiculturalisme.

Pour ces raisons, et pour dénoncer le caractère pernicieux de ce projet de résolution, je me suis prononcée contre ce rapport.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Je ne peux résister à l'envie de citer un morceau d'anthologie du rapport de M^{me} Ward, le paragraphe 7: «[le Parlement européen] insiste sur l'importance, en temps voulu, de l'intégration et de l'éducation de communautés ségréguées, dont les comportements vont à l'encontre des valeurs fondamentales européennes».

Mais en attendant ce «temps voulu», nous voilà condamnés à organiser la cohabitation avec ces «communautés ségréguées», qui, si j'ai bien compris, comprennent toutes les communautés sauf les communautés nationales, et dont le comportement serait prétendument une conséquence de la ségrégation, alors que c'est exactement l'inverse.

Dans mon pays, quarante ans de la politique prônée par M^{me} Ward n'ont mené qu'à l'affaiblissement de nos valeurs nationales au nom du respect absolu, voire de la promotion, du droit à la différence. Cette politique a favorisé les revendications agressives de groupes qui, ayant les comportements inappropriés évoqués plus haut, non seulement n'entendent pas en changer, mais rêvent de les imposer à l'ensemble de la société. Et, in fine, elle a mené aux terribles attentats de 2015, dont le ressort était la haine des sociétés d'accueil que l'on ne cesse de dénigrer, d'abaisser, de culpabiliser.

Il est affligeant que certains n'aient toujours pas compris qu'une société multiculturelle devient nécessairement une société multi-confliktuelle.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente informe es un intento de aprovechar el acuerdo común de los ministros de Educación, suscrito en París el 17 de marzo de 2015, sobre la necesidad de realizar esfuerzos combinados para prevenir y combatir la marginación, la intolerancia, el racismo y la radicalización, así como para preservar un marco de igualdad de oportunidades para todos.

El informe identifica tanto oportunidades como desafíos y propone recomendaciones concretas para tomar medidas a todos los niveles de gobierno, así como a escala de la UE, especialmente a través de la educación. Incluye un enfoque amplio que fomenta nuevas reflexiones sobre la naturaleza y los procesos de la violencia política, partiendo de la premisa de que la radicalización es un proceso relacional dinámico y una consecuencia imprevista e impredecible de una serie de acontecimientos perturbadores.

El Grupo GUE/NGL tuvo una buena impresión del informe original. Además, las enmiendas de nuestro Grupo fueron recogidas en los compromisos y aprobadas con ellos. Por lo tanto, he votado a favor del informe.

Beata Gosiewska (ECR), na piśmie. – Zagłosowałam przeciw sprawozdaniu, ponieważ wykazuje ono bardzo przekrojowe i obszerne podejście do problematyki radykalizacji i ekstremizmu. Rozwiązania proponowane w sprawozdaniu naruszają zasadę pomocniczości w dziedzinie edukacji i wychodzą poza zakres kompetencji Unii Europejskiej.

Zaproponowane rozwiązania kompromisowe nie spotkały się z moim uznaniem, gdyż oparte są na zbyt obszernej pojęciach, które nie prowadzą do poprawy sytuacji w dialogu międzykulturowym, różnorodności kulturowej i edukacji.

Theresa Griffin (S&D), in writing. – I, alongside other S&D MEPs, voted in favour of this report on the role of the intercultural dialogue, cultural diversity and education in promoting EU fundamental values. This report highlights the ever growing importance of the need for intercultural dialogue, especially in the light of recent event such as the refugee crisis and terrorist attacks in Paris and reminds us more than ever that Europe must tackle these common challenges and promote its fundamental values.

Sylvie Guillaume (S&D), par écrit. – Quelles réponses donner face au terrorisme qui frappe dramatiquement nos pays? Ces réponses sont multiples, mais si l'on veut s'attaquer profondément à cette question, il nous faut développer plus de dialogue et encourager à la diversité dans nos sociétés. C'est pourquoi j'ai soutenu le rapport de ma collègue Julie WARD.

L'éducation constitue un élément fondamental pour favoriser l'inclusion sociale. Face aux discours de haine et de peur de l'étranger, nous opposons des solutions véritables qui impliquent des investissements importants contre l'intolérance et la marginalisation. L'éducation à la citoyenneté, la mobilité des jeunes, une formation alternative des enseignants, l'éducation aux médias sont autant d'outils utiles pour sortir de l'impasse dans laquelle nous sommes aujourd'hui, et cela devra s'accompagner de financements adéquats et à la hauteur des enjeux.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Με δεδομένες τις τρομοκρατικές επιθέσεις που έλαβαν χώρα στη Γαλλία και τη Δανία στις αρχές του 2015, η έκθεση αποσκοπεί στην αντιμετώπιση της μισαλλοδοξίας, του ρατσισμού, της ριζοσπαστικοποίησης και της περιθωριοποίησης μέσω της προώθησης ενός διαπολιτισμικού διαλόγου στον τομέα της εκπαίδευσης στις αξίες της ΕΕ. Στηρίζαμε την έκθεση διότι λαμβάνει υπόψη της την μεγάλη σημασία που έχουν η κοινωνική δικαιοσύνη και η ισότητα κατά την οικοδόμηση μιας κοινής προσέγγισης του διαπολιτισμικού διαλόγου ΕΕ, διότι επιδιώκει να ενισχύσει την πολιτιστική πολυμορφία σε όλα τα προγράμματα για τη νεολαία αλλά και στους τομείς του πολιτισμού και των μέσων ενημέρωσης, διότι προωθεί την πρόσβαση σε πολυπολιτισμικό και πολυγλωσσικό πλούτο δεξιοτήτων για τους εκπαιδευτικούς και, τέλος, διότι παροτρύνει τα θεσμικά όργανα της ΕΕ να διευρύνουν την ανάλυσή τους ως προς όλες τις μορφές της ριζοσπαστικοποίησης και πολιτικής βίας προκειμένου να αντιμετωπιστούν όλες οι μορφές εξτρεμισμού και διακρίσεων.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I voted in favour of this report as I believe that the European Union should try and foster intercultural dialogue, cultural diversity and education especially when we consider the recent Paris attacks and the massive migration challenges we are currently facing. I support the call for the EU to continue the work initiated during the 2008 European Year of Intercultural Dialogue. The Year, which helped raise awareness of cultural diversity based on common values, is important to help educate people about the values of freedom, tolerance and non-discrimination. Likewise, I was happy that within the report, the rapporteur made specific reference to the cultural benefits which have been given to many young people in Ireland and across Europe who have participated in the Erasmus+ programme. I was also happy to support the call to systematically integrate culture into the EU's development projects and programmes and, therefore, highlight the need to remove obstacles to mobility for artists, educators, academics and culture professionals. To this end, visa procedures should be harmonised and simplified to encourage cultural cooperation with other parts of the world.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I decided to vote in favour of this report because Europe represents an immense richness of cultural, social, linguistic and religious diversity. In this context, the shared values that hold together our societies, such as freedom, social justice, equality and non-discrimination, democracy, human rights, the rule of law, tolerance and solidarity, are all crucial for Europe's future.

It is of great importance that the necessary means are provided, especially financially, to prioritise the funding of programmes designed to foster intercultural dialogue and dialogue between citizens in order to strengthen mutual respect in a context of strong cultural diversity and to address the complex realities of our societies and the coexistence of different cultural identities and beliefs, as well as to highlight the contribution of different cultures to European societies and heritage, and to effectively manage conflicts.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – This report wants to give Member States an outline to reinforce the importance of intercultural dialogue in education. Though the report aims at reinforcing positive intercultural dialogue, it fails to recognise cultural differences and challenges. Furthermore, by trying to restrict solutions rooted in international law about children's education, it infringes upon subsidiarity. While the intentions are good, it is undeniable that the report also seems to rely excessively on broad notions. My group and I firmly believe in the principle of subsidiarity and that is why I have voted against this report.

Richard Howitt (S&D), *in writing*. – This is a debate between those who seem to think cultural diversity is a threat, and the rest of us who celebrate it. To win the argument for mutual understanding, respect, indeed celebration, we need dialogue. That is why we endorse the Paris Declaration commitments to prevent and tackle marginalisation, racism and radicalisation, and recognise the need for inclusive learning to promote integration.

An example of this is shown by my recent visit to 'Fresh Beginnings', a refugee support centre within my own constituency in Colchester. The support being given to help refugees integrate into the North Essex community ranged from free English lessons to volunteers coming in to break down barriers. What I saw in Colchester provides a much better lesson than what we witnessed in Cologne. I have sought to support similar initiatives throughout my constituency including 'Luton in Harmony' and the Stevenage World Forum.

So let us see more such initiatives, by supporting the concrete recommendations for action at all governmental levels, contained in today's report. I am proud the report was written by my British Labour MEP colleague. She is right to conclude that this is the means to create strong and cohesive communities.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – Cultural diversity and intercultural dialogue are at the very heart of what the EU stands for. It is therefore not surprising that the UK Tories joined with UKIP and the fascists in voting against this report. The Tory government at Westminster, abetted by the London media, are leading the UK into an increasingly inward-looking and xenophobic mind-set. During Scotland's recent referendum we were told that independence would lead to Scotland's isolation in Europe; in reality it is our continued membership of the UK which is leading to our isolation.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – This report is an attempt to build on the Education Ministers' common agreement and combines efforts that are needed in order to prevent and tackle marginalisation, intolerance, racism and radicalisation, and also to preserve a framework of equal opportunities for all.

I agree with this initiative, because it identifies opportunities along with challenges and makes concrete recommendations for action at all governmental levels as well as at EU level, including the increased use of culture in external actions and EU development agenda.

The report puts a particular emphasis on the role of volunteering, sport and arts in strengthening socialisation processes. Therefore, the report tackles the issue of education ensuring the involvement of all generations, in particular through lifelong learning opportunities.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za Izvješće o ulozi međukulturnog dijaloga, kulturne raznolikosti i obrazovanja u promicanju temeljnih vrijednosti EU-a, u kojem se govori o međukulturnom dijalogu kao procesu koji se sastoji od otvorene razmjene ili interakcije pune poštovanja između pojedinaca, skupina i organizacija s različitim kulturnim pozadinama ili svjetonazorima. Važno je omogućiti potrebna sredstva, kojima bi se prednost dala financiranju programa za poticanje međukulturnog dijaloga i dijaloga među građanima u cilju jačanja međusobnog poštovanja.

Izvješće je važno s obzirom da se Europa i svijet suočavaju s brojnim izazovima povezanim s globalizacijom, migracijom, vjerskim i međukulturnim sukobima te jačanjem radikalizma. Njime se potiče dionike na usvajanje i ažuriranje jasne politički orijentirane definicije međukulturnog dijaloga te se zalaže da se u području obrazovanja potiče međukulturni i međuvjerski pristup utemeljen na vrijednostima, promicanje međusobnog poštovanja, integriteta, etičkih načela kulturne raznolikosti, socijalne uključenosti i kohezije. Poziva da se međuvjerski dijalog uzme u obzir kao dio međukulturnog dijaloga, što je preduvjet za mir i ključni alat za rješavanje sukoba, te smanjivanje radikalizacije. U Izvješću se ističe da je važno pravovremeno integrirati i obrazovati izdvojene zajednice čije je ponašanje suprotno temeljnim europskim vrijednostima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre ce rapport, car il me semble que l'actualité démontre l'échec du multiculturalisme. Or, ce rapport propose de continuer sur cette voie. Avec mes collègues du Front national, nous pensons qu'il est important de défendre notre identité, nos valeurs et nos racines et de privilégier la diversité culturelle des États membres et non de créer, ex-nihilo, une culture globale.

Diane James (EFDD), *in writing.* – I voted against this non-legislative report. This report provided another dimension in which the EU's scope could be widened in the field of education, external relations, mobility and integration, while promoting 'EU fundamental values'. This report calls for the addition of intercultural dialogue into national curricula, EU representation within the UN, and the harmonising of visa procedures, and calls for additional funding, all for the purpose of preventing radicalisation and helping integration. Whilst we agree that radicalisation, extremism and integration are issues to be tackled, such issues are to be resolved at nation state level. We oppose any calls for the EU to influence or interfere with the education and national curricula of Member States. We feel particularly strongly with regard to the exploiting of EU financial instruments and mobility programmes to justify the free movement of people, all at the taxpayers' expense.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport Ward, qui vise à promouvoir le dialogue interculturel dans la société pour favoriser un meilleur ancrage des valeurs de l'Union européenne. Il s'agit de faire des Européens des citoyens actifs conscients des valeurs de l'Union et qui s'engagent pour leur défense. L'éducation et la formation sont ainsi mises en avant dans la réalisation de cet objectif.

Je me félicite par ailleurs que l'art, le sport et le bénévolat soient également considérés comme des moyens permettant de participer à la vie citoyenne et de favoriser le dialogue. Enfin, le rapport préconise l'intégration de la culture dans les politiques extérieures de l'Union quand celles-ci touchent aux valeurs européennes fondamentales et dans la politique de développement, ce dont je me félicite.

Marek Jurek (ECR), *in writing.* – While ECR strongly supports intercultural dialogue and although this report contains positive elements in reinvigorating dialogue between communities, it has a number of serious faults which prevent us from approving it. Primarily, the report fails to address the specificity and characteristics of cultural dialogue. While referring to EU fundamental values as they are set out in the Treaties, it does not take into consideration existing pluralism in their interpretation, which should be acknowledged and respected. The report seems to neglect that genuine intercultural dialogue requires strong identities of interacting individuals or communities based on deep knowledge of their cultural canons, therefore a good knowledge of history, literature, music, etc. is indispensable. The spirit of the document suggests that a successful intercultural dialogue relies solely on opening up to other cultures by resigning from one's own heritage – the rapporteur strongly objected to incorporating any references to the Christian roots of the Europe despite tabled amendments on behalf of several political groups. Concerns were also raised regarding the form of the report – the text is incomprehensible and consists of lengthy, vague paragraphs made up of fragments that do not match.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui vise à promouvoir le dialogue interculturel pour ancrer au mieux les valeurs de l'Union européenne dans la société. Ce rapport préconise notamment un soutien aux organisations de défense des droits de l'homme pour prévenir et faire face à l'extrémisme.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Wzajemne zrozumienie, tolerancja i zaufanie leżą u podstaw pokojowej koegzystencji, zdajemy sobie z tego sprawę w naszej Wspólnocie, zrzeszającej 28 państw zróżnicowanych etnicznie, religijnie i kulturowo. Potrafimy ze sobą współpracować, dbać o naszych obywateli, budować stabilną i konkurencyjną gospodarkę, dążyć do dobrych relacji z pozostałymi krajami Europy i z innych kontynentów. Musimy też propagować idee wolności, demokracji i szanowania praw człowieka na całym świecie.

„Oświadczenie w sprawie promowania, poprzez kształcenie, obywatelstwa i wspólnych wartości, jakimi są wolność, tolerancja i niedyskryminacja”, przyjęte na nieformalnym posiedzeniu ministrów edukacji państw członkowskich Unii Europejskiej w dniu 17 marca 2015 r. w Paryżu daje wyraz temu przesłaniu. Przesłaniu, że jesteśmy zobowiązani do wzajemnego szacunku, do przestrzegania nienaruszalnych praw jednostki: praw do życia, wolności myśli, sumienia i wyznania, dostępu do edukacji, opieki zdrowotnej, pracy i rozrywki. Sprawozdanie, nad którym głosowaliśmy, rozwija te postulaty i wzywa do wspólnych wysiłków na rzecz szerzenia tych wartościowych idei.

Pamiętajmy też, że promowanie dialogu międzykulturowego niesie ze sobą szansę na zapobieganie postawom radykalnym, ekstremizmowi politycznemu czy też religijnemu, co dziś jest niezmiernie ważne. Czerpiąc z własnych doświadczeń, przekazujemy naszą wiedzę innym, którzy mogą z niej skorzystać.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Europa muss seine Kultur und Identität bewahren, weshalb zuwandernde Menschen sich zur Integration bekennen und sich der Lebensweise und den gesellschaftlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens anpassen müssen. Diese Grundlagen sind nicht verhandelbar und sollten in ihrer Offenheit auch nicht verändert werden. Aus diesem Grund stimme ich gegen diesen Bericht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report because I am convinced by the growing importance of the need for intercultural dialogue, especially in the light of dramatic events such as the refugee crisis and the terrorist attacks in Paris. I welcome that the report makes concrete recommendations for action at all governmental levels as well as at EU level including the increased use of culture in external actions and in the EU development agenda, recognising the unique role that culture, inclusive learning and active citizenship can play in building strong, confident, resilient and cohesive communities of the future.

Sławomir Kłosowski (ECR), *in writing*. – While the ECR strongly supports intercultural dialogue and although this report contains positive elements in reinvigorating dialogue between communities, it has a number of serious faults which prevent us from approving it. Primarily, the report fails to address the specificity and characteristics of cultural dialogue. While referring to EU fundamental values, as they are in the Treaties, it does not take into consideration existing pluralism in their interpretation which should be acknowledged and respected. The report seems to neglect that genuine intercultural dialogue requires strong identities of interacting individuals or communities based on deep knowledge of their cultural canons, therefore a good knowledge of history, literature, music, etc. is indispensable. The spirit of the document suggests that a successful intercultural dialogue relies solely on opening up to other culture by resigning from one's own heritage – the rapporteur strongly objected incorporating any references to the Christian roots of Europe despite amendments tabled on behalf of several political groups. Concerns were also raised regarding the form of the report – the text is incomprehensible and consists of lengthy, vague paragraphs made up of fragments that do not match.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – In light of the dramatic events that Europe has faced in the past months and years, this report aims at building on the common agreement of Education Ministers to tackle intolerance and radicalisation through the promotion of intercultural dialogue. I strongly believe that education and intercultural learning are crucial to prevent violent extremism. Hence, the report recognises intercultural dialogue as a tool for inclusive democratic participation. It also stresses the need to integrate this dialogue in a transversal way in all EU policy areas, calls on the EU and the Member States to implement interactive methods of rights-based learning and proposes to increase public investment in these methods. Therefore, I voted in favour of this report.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Sprawozdanie Julie Ward w sprawie roli dialogu międzykulturowego, różnorodności kulturowej i edukacji w promowaniu podstawowych wartości UE słusznie przywołuje Kartę praw podstawowych UE jako rdzeń europejskich wartości oraz zwraca uwagę na związki pomiędzy radykalizmem, procesem radykalizacji a wykluczeniem społecznym, kulturowym i marginalizacją.

Dialog międzykulturowy redukuje napięcia, ułatwia integrację i znalezienie najlepszych odpowiedzi na wyzwania współczesności i przyszłości. Zgadzam się, że skuteczny dialog międzykulturowy wymaga posiadania wiedzy na temat własnej kultury oraz innych kultur, a także, że jego znaczenie rośnie w kontekście nasilonych procesów globalizacji, migracji, konfliktów religijnych i kulturowych, nasilonej mowy nienawiści. Rozwijanie dialogu międzykulturowego należy traktować nie tylko jako wzmocnienie potencjału i kapitału intelektualnego UE, ale także w kategoriach bezpieczeństwa, ochrony przed ekstremizmami i terroryzmem. Stąd popieram zawarte w sprawozdaniu wezwania do zwiększania mobilności uczniów, studentów i nauczycieli, w tym kadry akademickiej, międzynarodowej współpracy szkół i uczelni, a także inwestycji w integracyjną edukację formalną i nieformalną. Popieram zalecenia dotyczące zachowania różnorodności kulturowej w klasach i wśród kadry, a także edukacji uchodźców i migrantów ekonomicznych.

Zdzisław Krasnodębski (ECR), *in writing*. – While we as the ECR Group strongly support intercultural dialogue and although this report contains positive elements in reinvigorating dialogue between communities, it has a number of serious faults which prevent us from approving it.

Primarily, the report fails to address the specificity and characteristics of cultural dialogue. While referring to the EU fundamental values, as they are in the Treaties, it does not take into consideration existing pluralism in their interpretation which should be acknowledged and respected. The report seems to neglect that genuine intercultural dialogue requires strong identities of interacting individuals or communities based on deep knowledge of their cultural canons, therefore a good knowledge of history, literature, music, etc. is indispensable. The spirit of the document suggests that a successful intercultural dialogue relies solely on opening up to other culture by resigning from one's own heritage – the rapporteur strongly objected incorporating any references to the Christian roots of the Europe despite tabled amendments on behalf of several political groups. Concerns were also raised regarding the form of the report – the text is incomprehensible and consists of lengthy, vague paragraphs made up of fragments that do not match.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur le rôle du «dialogue interculturel, de la diversité culturelle et de l'éducation dans la promotion des valeurs fondamentales de l'Union».

Le texte original de la députée socialiste Julie Ward est une apologie du multiculturalisme et méprise les traités européens, qui prévoient que l'éducation et la culture restent la compétence exclusive des États membres. C'est pourquoi le groupe ENF a proposé une motion alternative ayant pour but de souligner la souveraineté des États membres en matière de culture et d'éducation, de mettre en valeur les différentes cultures et identités nationales, notamment pour combattre l'idée d'une standardisation des cultures nationales au profit d'une «culture globale», et de valoriser l'éducation civique et la nécessité pour chaque citoyen d'intégrer la culture du pays dans lequel il vit.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il tente d'arracher la culture et l'éducation à la compétence des États membres pour en faire des instruments de promotion du multiculturalisme. Il verse en outre dans l'angélisme en affirmant que les migrants peuvent apporter beaucoup à la culture européenne. Ni les attentats de Paris, ni l'anarchie à Calais, ni les agressions sexuelles de Cologne ne semblent ébranler cette certitude irrationnelle.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Nous étions là face à un texte très idéologique, dans la lignée de la folle politique menée par l'Union en matière d'immigration. Ce rapport — porté par une députée socialiste — invitait à la promotion du multiculturalisme en tant que solution aux problèmes d'intégration.

De plus, il proposait de déconstruire davantage la compétence des États membres en matière culturelle, en réattribuant exclusivement cette compétence à l'Union européenne.

Déni de réalité, angélisme aveugle sur les migrants, lutte contre les discriminations en tant que cause principale de radicalisation et d'extrémisme... Toutes les dérives intellectuelles du moment liées à la crise des migrants figurent dans ce rapport, sur lequel j'ai donc voté contre.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Este informe nace a raíz de la situación actual en la que nos encontramos ya que, por desgracia, las nociones de identidad y pertenencia a la UE están siendo cuestionadas o redefinidas. Es por ello por lo que los Estados miembros deben comprometerse a llevar a cabo acciones que refuercen el papel del diálogo intercultural en la educación.

Entre otras cosas, el presente informe pretende prevenir y combatir la marginación, la intolerancia, el racismo y la radicalización, así como preservar un marco de igualdad de oportunidades para todos. El diálogo intercultural debe verse como un proceso bidireccional positivo que beneficia a ambas partes permitiéndoles ponerse en el lugar del otro. Hoy en día podemos encontrar varios ejemplos de estas prácticas de intercambio cultural financiadas por la UE, uno de ellos es el programa Erasmus+, por ejemplo. De igual manera, necesitamos que se desarrolle un aprendizaje integrador en el que se implanten enfoques diferenciados para responder a las necesidades comunitarias específicas.

Finalmente, considero de gran relevancia la aprobación de este informe porque presenta medidas que contribuirán a construir una Europa sólida y coherente. Para que esto sea posible necesitamos cooperación en las políticas llevadas a cabo a nivel europeo, nacional y local.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti zprávě, která vyzdvihuje umělou ideologii multikulturalismu a volá po financování propagandy na školách a vměšuje se do vzdělávací politiky jednotlivých států.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Međukulturni dijalog ima nekoliko ciljeva, a prije svega promiče uvažavanje ljudskih prava, demokracije i vladavine prava. Obrazovanjem, formalnim i neformalnim, kao i osiguravanjem financijskih sredstava podupiru se programi za poticanje međukulturnog dijaloga i dijaloga među građanima u cilju jačanja međusobnog poštovanja i suživota različitih kulturnih identiteta i vjerovanja, isticanja doprinosa različitih kultura europskim društvima i baštini te učinkovitog rješavanja sukoba. Podržavaju se uključive umjetničke, sportske, obrazovne aktivnosti i one za osposobljavanje za sve životne dobi, kao i volontiranje, kako bi se ojačao proces socijalizacije i sudjelovanje manjina, skupina u nepovoljnom položaju, marginaliziranih skupina, migranata i izbjeglica u kulturnom i društvenom životu.

Europa i svijet suočavaju se s brojnim izazovima povezanim s migracijama, vjerskim i međukulturnim sukobima i jačanjem radikalizma, a države članice odgovorne su za stvaranje i provedbu mjera čiji je cilj spriječiti negativne sukobe.

Podržala sam izvješće zastupnice Julie Ward jer međukulturni dijalog kao takav može znatno doprinijeti poboljšanju demokracije. On treba spriječiti etničke, vjerske, jezične i kulturne podjele. Međukulturni dijalog je sredstvo za uključivo demokratsko sudjelovanje i osnaživanje građana, posebno kada je riječ o zajedničkom dobru i javnim prostorima.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – С огромно мнозинство в пленарна зала с колегите ми одобрихме резолюцията относно ролята на межкултурния диалог, културното многообразие и образованието за популяризирането на основните ценности на Европейския съюз.

Европа и светът са изправени пред сериозни проблеми, свързани с имиграционния поток. Голямата задача, която ни предстои, е да интегрираме в нашето общество имигрантите и техните деца, правейки разбираеми за тях основните европейски ценности. Новата ситуация изисква особено внимание и усилия в посока отстояване на европейските ценности и култура, опазване на мира и предотвратяване на конфликти. Убеден съм, че образованието и заложеното в него езиково многообразие са основата за това. Нужен е интегриран подход, който включва сътрудничество не само между европейските държави, но и с партньорите на ЕС, в това число и агенциите на ООН – ЮНЕСКО и УНИЦЕФ. Ето защо гласувах в подкрепа на тази резолюция.

Vladimír Maňka (S&D), *présomne* – Správa zahŕňa udalosti posledných mesiacov v Únii, keď skupiny osôb, ktoré neakceptujú európske základné hodnoty, medzikultúrny a medzináboženský dialóg, zvýšili napätie medzi obyvateľstvom. Protizákonným, násilným, trestuhodným a neľudským spôsobom zasiahli do života nielen v Európe.

Je na zodpovednosti všetkých politikov, aby vopred zabezpečili prijatie opatrení, ktoré vylúčia takéto konanie v Európe a zabezpečia dostatočnú a preventívnu ochranu pred takýmto konaním. V opačnom prípade bude úplne prirodzene v Európe vzrastať nedôvera, odpor a násilie aj medzi samotnými európskymi obyvateľmi, čo v konečnom dôsledku spôsobí rast extrémizmu, neznášanlivosti a napätia.

Νότης Μαριιάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τον ρόλο του διαπολιτισμικού διαλόγου, της πολιτισμικής πολυμορφίας και της εκπαίδευσης στην προώθηση των θεμελιωδών αξιών της ΕΕ διότι δεν την θεωρώ πλήρη και τεκμηριωμένη.

Εντούτοις, επιθυμώ να επισημάνω ότι ο διαπολιτισμικός διάλογος, η πολιτισμική πολυμορφία και η εκπαίδευση μπορούν όντως να παίξουν σοβαρό ρόλο στην προώθηση των θεμελιωδών αξιών της ΕΕ, ιδίως τώρα που, λόγω των έντονων προσφυγικών και μεταναστευτικών ροών, η ίδια η διαπολιτισμικότητα εντείνεται και αυξάνεται αναπόφευκτα.

Οφείλει λοιπόν η Ευρωπαϊκή Ένωση να προωθεί τον διαπολιτισμικό διάλογο μεταξύ των χωρών αλλά και των ανθρώπων. Ταυτόχρονα όμως, οφείλουν τόσο οι πρόσφυγες όσο και οι μετανάστες να σέβονται τον βασικό πυρήνα των αξιών των κρατών μελών της ΕΕ στα οποία φιλοξενούνται. Αυτό σημαίνει ότι η ΕΕ οφείλει να χρηματοδοτήσει μορφές εκπαίδευσης προκειμένου να αντιληφθούν όλοι εκείνοι οι πρόσφυγες που θα παραμείνουν στην ΕΕ, για όσο χρονικό διάστημα παραμείνουν, ότι είναι πρόσκαιρα φιλοξενοούμενοι και ότι οφείλουν να διαβιούν και να συμπεριφέρονται με απόλυτο σεβασμό στον πολιτισμό και τις εθνικές παραδόσεις των κρατών μελών που τους φιλοξενούν. Ιδίως οι μουσουλμάνοι πρόσφυγες πρέπει να εγκαταλείψουν τις πρακτικές της Σαρίας και να σέβονται την εθνική ταυτότητα, τον τρόπο ζωής, τους θεσμούς και τη θρησκεία των χωρών που τους φιλοξενούν.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté contre ce rapport. Ce texte particulièrement dommageable souhaite intégrer le volet culturel comme outil de la politique extérieure de l'Union ce qui, de facto, en ferait une compétence de Bruxelles, alors que les traités eux-mêmes en font une compétence des États membres. Pire, le texte va plus loin en préconisant que les migrants sont une chance pour l'Europe, car ils apportent une autre culture. Sans doute les habitantes de Cologne ne sont-elles pas du même avis...

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this report and note the essential role of teachers in strengthening – in cooperation with families – social ties, generating a sense of belonging and helping young people to develop ethical and civic values.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole circa la relazione sul ruolo del dialogo interculturale, della diversità culturale e dell'istruzione al fine di promuovere i valori fondamentali dell'UE. Il dialogo interculturale ha come obiettivo quello di creare dei collegamenti e delle basi comuni tra culture, comunità e popolazioni diverse per promuovere la comprensione reciproca e l'interazione ed è indispensabile per evitare conflitti e l'emarginazione di cittadini sulla base della loro appartenenza culturale. Libertà, giustizia sociale, equità, non discriminazione, tolleranza, rappresentano una grande ricchezza e sono fondamentali per il futuro dell'Europa. È quindi necessario garantire uno scambio aperto e rispettoso tra le persone, incoraggiare un approccio interculturale e interconfessionale per far sì che principi quali, integrità, diversità culturale, inclusione sociale, siano rispettati. L'Unione europea deve agire e condannare qualsiasi atteggiamento disumano e degradante e le violazioni dei diritti umani e così gli Stati membri, nonché garantire la piena attuazione delle norme antidiscriminazione europee e internazionali nei propri ordinamenti giuridici nazionali.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – L'Europa si trova in un momento in cui deve rafforzare il suo impegno per il dialogo interculturale e la diversità. Aumentando la nostra apertura alla tolleranza e al dialogo, diventiamo più sicuri e più forti quando affrontiamo i problemi attuali. La comprensione dei nostri vicini, nell'Europa e nei paesi limitrofi ci permetterà, come protagonisti per la pace globale, di dedicarci ai problemi dei diritti umani, specialmente quelli di genere e di religione. Queste sono le motivazioni per cui ho votato questa relazione.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – El informe sobre el papel del diálogo intercultural, la diversidad cultural y la educación en la promoción de los valores fundamentales de la UE aprobado por este Parlamento, y que he apoyado, pone de manifiesto que nos hayamos en un momento histórico especialmente relevante en esta materia. Por ello, debemos hacer frente a este desafío, con un enfoque coherente e integrado, en el que haya una mayor cooperación entre las distintas estructuras políticas y áreas temáticas, no solo a escala de la UE, sino también a nivel nacional y local.

Desde el Parlamento Europeo también pedimos que se incluya el diálogo intercultural en las relaciones exteriores de la UE, así como en la agenda de desarrollo de la UE. La cultura desempeña un papel fundamental en el fomento de la democratización, la consolidación de la paz y el respeto de los derechos humanos.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραφπτώς*. – Σήμερα ζούμε σε μια πολυπολιτισμική κοινωνία, σε μια περίοδο συνύπαρξης κάτω από την ίδια στέγη διαφορετικών πολιτισμών και νοοτροπιών. Τρανταχτό παράδειγμα αποτελεί η ίδια η ΕΕ. Παρά την διαφορετική καταγωγή τους, οι πολίτες της ΕΕ χαρακτηρίζονται ως Ευρωπαίοι πολίτες. Αυτή η προσέγγιση αποτελεί σημαντικό όπλο στην προσπάθεια καταπολέμησης των διακρίσεων, του ρατσισμού και της μισαλλοδοξίας και ενισχύει από την άλλη την ομαδικότητα και την ανεκτικότητα στο «διαφορετικό».

Οι θεμελιώδεις αξίες της ΕΕ που πηγάζουν από τις ιδρυτικές Συνθήκες, αξίες όπως η δημοκρατία, η ισότητα και ο σεβασμός των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, αξίες τις οποίες προβλέπει και ο Χάρτης των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της ΕΕ, προβάλλουν την ανάγκη για διαπολιτισμικό διάλογο και αποδοχή της πολιτισμικής πολυμορφίας και του πλουραλισμού.

Ο στόχος αυτός μπορεί να επιτευχθεί μέσα από την εκπαίδευση και την διαπαιδαγώγηση των νέων. Τα εκπαιδευτικά συστήματα πρέπει να προωθούν τον υγιή και δημοκρατικό διάλογο και την συμμετοχή στα κοινά με στόχο την ανάπτυξη του πολιτισμού ως σημαντικό ειρηνευτικό μέσο αντιμετώπισης ανθρωπιστικών κρίσεων. Πρέπει επίσης να προωθούν την ενδυνάμωση της ευρωπαϊκής ταυτότητας διαφυλάσσοντας παράλληλα τα εθνικά και άλλα ιδιαίτερα χαρακτηριστικά. Επομένως, σε αυτό το πλαίσιο, δηλώνω υπέρ του συγκεκριμένου ψηφίσματος και επιθυμώ να τονίσω παράλληλα ότι και η ίδια η ΕΕ πρέπει να συνεισφέρει σε αυτή την προσπάθεια μέσω ειδικών αναπτυξιακών και άλλων προγραμμάτων.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Für mich ist es von größter Priorität, dass Europa seine Kultur, seine Identität und seine Werte bewahrt. Diese Punkte sind für mich nicht verhandelbar. Es darf zu keiner Verwässerung der europäischen Wertegemeinschaft kommen. Der Berichterstatter scheint der Ansicht zu sein, dass eine Veränderung der Kultur, durch die derzeit stattfindende Masseneinwanderung, ein natürlicher Prozess sei und gar bereichernd für unseren Kontinent wäre. Diese Ansichten widersprechen diametral meinen politischen Positionen, daher lehne ich diesen Bericht ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Suite aux attaques qui ont frappé la France l'année passée, les ministres européens de l'éducation ont proposé un texte contre la «marginalisation, l'intolérance, le racisme et la radicalisation». Le Parlement européen vient au moins rappeler que ces bons mots exigent des moyens. Il demande d'augmenter l'investissement public dans l'éducation afin de permettre réellement «l'éducation civique, l'intégration et la justice sociale» dans nos écoles. Les causes profondes des attaques resteront néanmoins non questionnées. La «radicalisation serait» une «conséquence imprévue et imprévisible d'une série de transformations».

Prisonnier d'une vision purement communautariste et essentialiste, ce texte oppose de manière absurde «communautés d'accueil», «communautés religieuses» ou encore «communautés laïques». Sous le vernis des bonnes intentions pointe l'adhésion à la théorie du choc des civilisations dont les S&D tirent l'idée d'un «dialogue des cultures» aussi ridicule que nocif.

Je me félicite de l'engagement à davantage de dépenses publiques dans l'éducation, mais je ne peux me résoudre à soutenir un texte qui passe complètement à côté des vraies causes internationales et géopolitiques des attaques de janvier et novembre 2015. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Alors que l'actualité démontre l'échec d'un monde multiculturel, ce rapport propose de continuer sur cette voie à grande vitesse. Puisque cela ne fonctionne pas, accélérons le processus!

En effet, il est bon de rappeler les problèmes d'intégration, liés aux vagues successives d'immigration. C'est un monde multi-conflictuel qui triomphe.

Est-il nécessaire de rappeler que la politique culturelle reste, selon les traités, une prérogative des États? Une nouvelle fois, l'Union européenne se mêle des politiques nationales en voulant imposer une idéologie et en souhaitant créer un sentiment d'appartenance commune sur un territoire aussi vaste, à l'intérieur duquel les barrières culturelles sont loin d'être toutes franchies, ne serait-ce que les langues.

Il est question, également, d'orienter les programmes d'enseignement. Entre autres, les rendre «accessibles aux enfants réfugiés». Nous proposons au contraire une intégration par l'assimilation à nos valeurs nationales.

Totalement contradictoire, ce rapport affirme une volonté d'intégrer les diversités culturelles, mais propose quelques lignes plus loin de «prendre en considération» différents types de communautarisme.

À l'inverse, nous pensons qu'il est important de défendre notre identité, nos valeurs et nos racines, et de privilégier la diversité culturelle des États et non de créer, ex-nihilo, une culture globale.

Pour ces raisons, j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – É fundamental apostar no desenvolvimento de uma geração de jovens com ambição, motivação, empenho, através do desenvolvimento de competências sociais e cívicas, capacidade de pensamento crítico, fundamentais para promoção do desenvolvimento económico e dos valores basilares da UE. Votei favoravelmente.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because dialogue between different nations and cultural backgrounds within the Union is essential. The resolution will promote intercultural dialogue – so as to prevent xenophobia and racism – while protecting the individuality and different character of each nation.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – Europa is de voorbije maanden in de greep gekomen van een aantal dramatische en gewelddadige gebeurtenissen. Een ongezien aantal vluchtelingen en asielzoekers klopt aan voor bescherming in Europa. Terreuraanslagen, zoals in Parijs, hebben zelfs expliciet tot doel onze Europese samenleving te ontwrichten. De Europese Unie bevindt zich door deze gebeurtenissen op een scharniermoment. Begrippen en waarden zoals identiteit, pluralisme, rechtvaardigheid en gelijkheid staan onder druk en dreigen een andere invulling te krijgen.

Daarom steun ik dit verslag, waarin een lans wordt gebroken voor onze Europese waarden en principes en waarin een aantal maatregelen worden voorgesteld om het actief burgerschap in Europa te bevorderen. Het onderwijs speelt hierin een cruciale rol. Het leren over mensenrechten, het bevorderen van een democratische, pluralistische en rechtvaardige samenleving is van essentieel belang om jonge mensen het engagement, het ondernemerschap en het leiderschap bij te brengen om zo op basis van de universaliteit van onze waarden een blijvende dam op te werpen tegen intolerantie, racisme, radicalisering en gewelddadig extremisme.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Európska únia v poslednom čase čelí skutočne historickým udalostiam. Príchod veľkého počtu cudzincov a ich zaradenie do života v Európe stále nanovo otvára problém integrácie nielen dospelých, ale aj detí. Najjednoduchšie sa zaradia do novej spoločnosti práve deti a mládež, keďže sa rýchlo a prirodzene učia a prijímajú hodnoty, ktoré sú im vstěpované výchovou. Je nesmierne dôležité, aby členské štáty Európskej únie všeobecne pristupovali k deťom citlivo aj pri spoznávaní iných kultúr priateľlivo a nenásilnou formou, čo môže prispieť k vzájomnému porozumeniu medzi členmi rôznych národností a odstrániť rastúci extrémizmus a nezhody s inými kultúrami, či náboženstvami v Európe.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – A Kulturális és Oktatási Bizottság jelentése abból indul ki, hogy az Európai Unió a történelem azon szakaszában jár, amelyben az identitás és a hovatartozás fogalmát vitatják, újraterülosztják és megvédik, a hangok sokfélesége és az eltérő politikai perspektívák miatt komoly felhangokkal. A 2015. március 17-i párizsi nyilatkozatot olyan határozott állásfoglalásnak tekinti, amely üdvözlendő módon felszólítja a tagállamokat, hogy lépjenek fel az interkulturális párbeszéd oktatási és tanulási környezetben játszott szerepének erősítése érdekében.

A jelentés az uniós oktatási miniszterek azon közös megállapodására próbál építeni, hogy közös erőfeszítésre van szükség a marginalizálódás, az intolerancia, a rasszizmus és a radikalizálódás megelőzése és kezelése érdekében, valamint a mindenki számára egyenlő esélyeket nyújtó keretek megőrzéséért.

A jelentés arra is emlékeztet, hogy több jelentőséget kell tulajdonítani a polgári társadalomban rejlő, az interkulturális csere folytatására használható erőnek, hogy a közösségek szerephez juttatása a társadalmi kohéziós folyamat erősítésének központi elemévé váljon. Ezért strukturális és fenntartható támogatást kell nyújtani a civil szervezetek, a gyermek- és ifjúsági szervezetek és képzési intézmények, akárcsak az összes érintett szervezet és a közösségi szinten működő kisebb volumenű kezdeményezések számára.

A jelentést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), par écrit. – Ce rapport de la députée socialiste Julie Ward invite à une grille de lecture à l'échelon européen des problèmes d'intégration en choisissant la promotion du multiculturalisme comme solution à ce problème. Le texte propose d'intégrer le volet culturel comme outil de la politique extérieure de l'UE, cherchant par là à en faire une compétence exclusive de l'Union européenne alors même que les traités en font une compétence des États membres. Ces derniers sont d'ailleurs invités à mener une politique volontariste de promotion du dialogue interculturel pour lutter contre toutes les formes de discrimination et de racisme, véritables sources de radicalisation et d'extrémisme selon M^{me} Ward. Enfin, le texte est porté par la certitude que les migrants peuvent apporter beaucoup aux cultures des États membres, la migration faisant partie intégrante de leur patrimoine culturel. Ce texte idéologique appelle un vote négatif.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – A Europa enfrenta um momento histórico de reconfiguração dos conceitos de identidade e pertença. A radicalização e o extremismo são movimentos que obrigam a uma reflexão e à tomada de medidas numa perspetiva holística. O diálogo e as diversidades culturais devem, por isso, ser integrados de modo transversal em todas as políticas públicas. Sociedades pluralistas, não-discriminatórias, tolerantes e justas, baseadas na solidariedade e igualdade entre homens e mulheres são os princípios basilares do projeto europeu e das sociedades modernas.

Acredito que o diálogo intercultural deve ser incluído nas relações externas da União, como soft power, de forma a promover a proteção da diversidade cultural. Acredito também na importância da mobilidade e dos intercâmbios para promover o contacto entre culturas. A educação, o voluntariado, o desporto e o envolvimento da sociedade civil são também poderosos instrumentos para a coesão social.

Voto a favor deste relatório, por acreditar que a cidadania é um instrumento contra a intolerância, a marginalização, o racismo e a radicalização.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Ce rapport Ward vise à promouvoir le multiculturalisme comme solution aux problèmes d'intégration. Ce texte est un exemple de déni de réalité, puisqu'il propose d'intégrer le volet culturel dans la politique extérieure de l'UE pour en faire une compétence exclusive de l'Union européenne, ce qui s'oppose au droit primaire de l'UE.

Les États sont incités à promouvoir le dialogue interculturel pour lutter contre les discriminations et le racisme...

Cerise sur le gâteau, la rapporteure croit dur comme fer que les migrants sont sources d'enrichissement culturel. Ce texte tombe bien mal au regard des récents événements de Cologne et d'autres villes allemandes...

Considérant que la culture et l'éducation doivent rester de la compétence exclusive des États souverains, de même que la politique d'intégration, mais aussi que ce rapport est parfaitement honteux puisqu'une société multiculturelle ne peut être qu'une société multiconflictuelle, j'ai évidemment voté contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Together with my Labour colleagues, I voted in favour of the report on 'the role of intercultural dialogue, cultural diversity and education in promoting EU fundamental values' because I am convinced by the growing importance of the need for intercultural dialogue, especially in the light of dramatic events such as the refugee crisis and the terrorist attacks in Paris which remind us more than ever that Europe must tackle these common challenges and promote its fundamental values. I welcome the fact that the report identifies opportunities along with challenges and makes concrete recommendations for action at all governmental levels as well as at EU level including the increased use of culture in external actions and in the EU development agenda, recognising the unique role that culture, inclusive learning and active citizenship can play in building strong, confident, resilient and cohesive communities of the future.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte, qui vise à promouvoir le dialogue interculturel dans la société pour favoriser un meilleur ancrage des valeurs de l'Union européenne. Il s'agit de faire des Européens des citoyens actifs conscients des valeurs de l'Union et qui s'engagent pour leur défense. L'éducation et la formation sont ainsi mises en avant dans la réalisation de cet objectif. L'art, le sport et le bénévolat sont également considérés comme des moyens pour participer à la vie citoyenne et favoriser le dialogue. J'ai notamment approuvé les dispositions qui préconisent l'intégration de la culture dans les politiques extérieures de l'Union quand celles-ci touchent aux valeurs fondamentales de l'Europe.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – L'Europa, il mondo, stanno affrontando numerose e difficili sfide connesse alla globalizzazione, alla migrazione, alla crescita di un pericoloso, violento radicalismo che ha drammaticamente insanguinato le città europee, in particolare Parigi. Per combattere l'estremismo in ogni sua forma, il dialogo interculturale è uno dei principali strumenti per migliorare la comprensione reciproca e promuovere i comuni valori europei: pace, libertà, uguaglianza, rispetto dei diritti, democrazia. Valori alla base delle nostre società che traggono origine dalla straordinaria ricchezza della diversità culturale e linguistica che caratterizza il nostro continente. Fondamentale, quindi, 'strutturare' il dialogo interculturale secondo un approccio interculturale, più che multiculturale, coinvolgendo attivamente tutta la società: non solo gli educatori – in particolare nei settori dell'istruzione, cultura e sport – e le autorità pubbliche, ma anche le famiglie, luogo primario di trasmissione dei valori, i media, le chiese, associazioni, comunità religiose e di volontariato. Ripartire, quindi, da una cultura realmente inclusiva e al contempo consapevole della propria storia. Un dialogo interculturale realmente proficuo, che crei rispetto e comprensione reciproca, richiede profonda conoscenza della propria storia, delle proprie radici culturali e tradizioni, dei valori fondamentali alla base della nostra comune cultura europea e che, oggettivamente, derivano in larga misura dalle radici cristiane dell'Europa.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le dialogue interculturel, celui-ci mettant en avant l'importance de favoriser une meilleure diffusion des valeurs de l'Union européenne et de soutenir le rôle de l'éducation, de la formation, de l'art, du sport et du bénévolat.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Con la dichiarazione di Parigi del 17 marzo 2015 si imponeva agli Stati membri l'imperativo dell'accoglienza per rafforzare il ruolo del dialogo interculturale nell'istruzione e negli ambienti di apprendimento, in questo momento storico in cui i concetti di identità e appartenenza vengono contestati, rielaborati, difesi. Sostengo la relazione del collega Ward perché rappresenta un tentativo di dare seguito alla convinzione comune espressa dai ministri dell'istruzione UE, secondo la quale è necessario unire gli sforzi per prevenire e affrontare l'emarginazione, l'intolleranza, il razzismo e la radicalizzazione, oltre a preservare un quadro di pari opportunità per tutti. La relazione individua opportunità e sfide e propone raccomandazioni concrete per intervenire a tutti i livelli governativi e al livello dell'UE, prima fra tutte tenendo in maggiore considerazione la cultura nelle azioni esterne e nell'agenda per lo sviluppo dell'UE.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az elmúlt évek során az Európai Unió nem csak tagállamokkal bővült, de számos új nemzetiséggel, kultúrával, vallással, szokással és hagyománnyal is gazdagodott. Éppen ezért bírnak különös jelentőséggel az olyan értékek, mint a demokrácia, emberi jogok, egyenlőség vagy megkülönböztetésmentesség. Az általam is támogatott jelentés a kultúrák közötti párbeszéd, a kulturális sokszínűség és az oktatás szerepét hivatott megerősíteni. Ennek eléréséhez olyan eszközök használatára hívja fel a figyelmet, mint a fiatal tanárok és diákok mobilitása, iskolák közötti együttműködés, kultúrák közti párbeszéd a közösségi médiában. Úgy gondolom, hogy a jelentésnek komoly szerepe van egy erős, összetartó és rugalmas európai közösség kialakulásában.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that supports education policies as the main vehicle for building reliable and cohesive communities of the future, as well as for preparing them for active citizenship.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin vot acest raport, întrucât am convingerea că la baza UE trebuie să stea componenta culturală, iar valorile fundamentale ale acesteia trebuie promovate prin rolul dialogului intercultural, al diversității culturale și al educației. Valorile comune care structurează toate statele membre, cum ar fi libertatea, justiția socială, egalitatea etc., sunt și vor fi în continuare viitorul Europei.

În acest sens, raportul de astăzi arată cât este de important ca statele membre să protejeze și să promoveze patrimoniul cultural prin adoptarea unei legislații armonizate și a unor acorduri internaționale, în strânsă cooperare cu UNESCO.

De asemenea, salut propunerea raportului ca Comisia Europeană, împreună cu statele membre, să continue și să acorde prioritate inițiativelor de susținere a diversității culturale, a dialogului intercultural și a educației prin intermediul programelor Erasmus, Europa pentru cetățeni, Europa creativă și Orizont 2020, al politicii europene de vecinătate etc, aceste inițiative fiind absolut benefice pentru integrarea și prezervarea patrimoniului cultural european.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der Bericht die europäischen Bürger zur Anpassung an Migranten und Flüchtlinge zwingt. Migranten und Flüchtlinge hingegen werden im Bericht nicht aufgefordert, sich unserer Kultur anzupassen. Vielmehr wird gefordert, dass europäische Kinder schon im Kindesalter verschiedenste Kulturen kennenlernen und die Feiertage der muslimischen Gesellschaft mitfeiern sollen. So sieht der Berichterstatter die Massenmigration als positiv an und erkennt nicht die Gefahren, die sich daraus für unsere Werte und unsere Kultur ergeben.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui promeut le dialogue culturel et inter-culturel, comme outil en faveur de la participation démocratique, le développement de l'éducation civique et l'intégration sociale pour encourager le sentiment d'appartenance commune et éviter les dérives de la radicalisation et du racisme.

Le rapport appelle à augmenter l'investissement public dans l'éducation et rappelle le rôle essentiel des enseignants pour stimuler chez les jeunes une conscience européenne. Le rapport invite également les États membres de l'Union européenne à coopérer davantage pour rendre l'apprentissage et la scolarisation accessibles aux enfants réfugiés, ainsi qu'à garantir l'intégration des étudiants migrants en Europe.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Raportis juhitaakse tähelepanu sellele, et viimastel aegadel üha sagenenud vägivaldsed rünnakud ning üha süvenev äärmuslus tulenevad ühiskonnas esinevast kultuurilisest, sotsiaalsest ja majanduslikust tõrjutusest. Kultuuridevaheline dialoog ja mitmekesisus tuleb integreerida kõikidesse poliitikavaldkondadesse, sh ELi välissuhetesse, ning samuti on vaja keskenduda noortele, teha õppimine kättesaadavaks ja pakkuda paremaid tingimusi ka õpetajatele ja noortega tegelejatele. Selle kõige saavutamiseks on vajalik suurem koostöö kõikvõimalikel tasanditel – nii valitsuste, omavalitsuste, kogukondade, usuühenduste, teadlaste kui ka teiste vahel.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative report. This report provided another dimension in which the EU's scope could be widened in the field of education, external relations, mobility and integration, while promoting 'EU fundamental values'. This report calls for the addition of intercultural dialogue into national curricula, EU representation within the UN, and the harmonising of visa procedures, and calls for additional funding, all for the purpose of preventing radicalisation and helping integration. Whilst we agree that radicalisation, extremism and integration are issues to be tackled, such issues are to be resolved at nation state level. We oppose any calls for the EU to influence or interfere with the education and national curricula of Member States. We feel particularly strongly with regard to the exploiting of EU financial instruments and mobility programmes to justify the free movement of people, all at the taxpayers' expense.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – L'impegno delle istituzioni europee per la tutela sul ruolo del dialogo interculturale e la diversità culturale è fondamentale, e sono felice di poter contribuire con il mio voto positivo. Negli ultimi anni l'Unione europea ha attraversato un momento particolare della storia in cui i concetti d'identità e appartenenza sono stati contestati e quindi nel nostro interesse riuscire a riemergere da questa condizione.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – As elaborated in the report, the EU fundamental values of human dignity, liberty, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights are represented through intercultural dialogue, cultural diversity and education. Aiming towards pluralistic, non-discriminatory, tolerant societies, the education policies of the Member States have to be shaped in this way. As a founder of the Education Bulgaria 2030 project, I am a keen supporter and advocate for education policies that are adjusted to today's reality, challenges and environment. That is why I voted in favour of the report

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Dans un total déni de réalité, le texte propose d'intégrer le volet culturel comme outil de la politique extérieure de l'Union — cherchant par là à en faire une compétence exclusive de l'Union européenne, alors même que les traités en font une compétence des États membres. Ces derniers sont d'ailleurs invités à mener une politique volontariste de promotion du dialogue interculturel pour lutter contre toutes les formes de discrimination et de racisme, véritables sources de radicalisation et d'extrémisme. Enfin, le texte est porté par la certitude que les migrants peuvent apporter beaucoup aux cultures des États membres, la migration faisant partie intégrante de leur patrimoine culturel. Ce rapport est une énième logorrhée de propagande sans lien avec le réel. J'ai bien sûr décidé de voter contre.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea rappresenta un'immensa ricchezza per la sua diversità culturale, sociale e linguistica. In questo contesto, preservare i valori comuni che uniscono le nostre società come la libertà, la democrazia, i diritti dell'uomo, la tolleranza e la solidarietà diventa cruciale per il suo avanzamento. Le numerose sfide attuali tra cui l'immigrazione, i pericoli derivanti dalla radicalizzazione, l'aumento delle disuguaglianze e la violenza delle politiche populiste, esigono che vi sia un impegno comune per evitare una società chiusa in cui siano erosi il senso di appartenenza cittadino nonché la capacità di reazione collettiva. Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che il rafforzamento del dialogo interculturale possa contribuire in maniera significativa alla costruzione di una società plurale e inclusiva. Promuovere il pluralismo culturale è importante per il miglioramento della democrazia e per gettare le basi di una nuova cultura della cittadinanza, che dia forma ad una coscienza collettiva europea. Il dialogo interculturale può dunque essere il luogo privilegiato per la comprensione e lo sviluppo di pratiche democratiche innovative, nonché vettore di un nuovo livello di unità in seno all'Unione.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U pristupu Europske unije treba uzeti u obzir i nastaviti izvrstan rad koji je pokrenut 2008. godine, u kojoj se obilježila Europska godina međukulturnog dijaloga, pojačati razmjena dobrih praksi i promicati novi strukturirani dijalog sa svim dionicima u međukulturnim i međuvjerskim pitanjima. U području obrazovanja trebamo potaknuti međukulturni i međuvjerski pristup utemeljen na vrijednostima kako bi promicali međusobno poštovanje. Međuvjerski dijalog trebamo uzeti u obzir kao dio međukulturnog dijaloga, što je preduvjet za mir i ključni alat za rješavanje sukoba. Potrebno je osposobljavati i pripremiti buduće generacije za smiono rješavanje problema i učinkovito i inovativno pristupiti izazovima s kojima će se europski građani suočiti u budućnosti.

Pritom od osobite važnosti i vrijednosti može biti program ERASMUS kojim se potiče mobilnost mladih i nastavnika te svi oblici suradnje između škola i sveučilišta. Ovo izvješće obuhvaća sve ove prioritete te ga zbog toga podržavam.

Bolesław G. Piecha (ECR), *in writing*. – While ECR strongly supports intercultural dialogue and although this report contains positive elements in reinvigorating dialogue between communities, it has a number of serious faults which prevent us from approving it. Primarily, the report fails to address the specificity and characteristics of cultural dialogue. While referring to EU fundamental values as they are set out in the Treaties, it does not take into consideration existing pluralism in their interpretation, which should be acknowledged and respected. The report seems to neglect that genuine intercultural dialogue requires strong identities of interacting individuals or communities based on deep knowledge of their cultural canons, therefore a good knowledge of history, literature, music, etc. is indispensable. The spirit of the document suggests that a successful intercultural dialogue relies solely on opening up to other cultures by resigning from one's own heritage – the rapporteur strongly objected to incorporating any references to the Christian roots of the Europe despite tabled amendments on behalf of several political groups. Concerns were also raised regarding the form of the report – the text is incomprehensible and consists of lengthy, vague paragraphs made up of fragments that do not match.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Podržavam prijedlog Rezolucije o ulozi međukulturnog dijaloga, kulturne raznolikosti i obrazovanja u promicanju temeljnih vrijednosti EU-a kolegice Julie Ward. Unija sa svojih 28 članica, 24 službena jezika i preko 500 milijuna stanovnika mora iznimnu pažnju posvetiti međukulturnom dijalogu kao procesu koji se sastoji od otvorene razmjene i interakcije pune poštovanja između pojedinaca, skupina i organizacija s različitim kulturnim pozadinama ili svjetonazorima. Međukulturni dijalog nije reguliran nacionalnim, europskim ili međunarodnim pravom jer nije pravni koncept, no temelji se na međunarodnim okvirima čiji je cilj zaštita ljudskih prava i kulturne raznolikosti.

Za kvalitetan međukulturni dijalog potrebno je dobro poznavanje kako vlastite, tako i tuđe kulture. Unija treba uzeti u obzir i nastaviti izvrstan rad koji je pokrenut 2008. godine, u kojoj se obilježila Europska godina međukulturnog dijaloga, pojačati razmjenu dobrih praksi i promicati novi strukturirani dijalog sa svim dionicima u međukulturnom i međuvjerskim pitanjima u kontekstu svih nedavnih dramatičnih događaja: europskim i nacionalnim političarima, lokalnim i regionalnim vlastima, crkvama, vjerskim udrugama i zajednicama te svjetonazorskim i nekonfesionalnim organizacijama, organizacijama i platformama civilnog društva, zaposlenima u području sporta, kulture i obrazovanja, nacionalnim i europskim odborima mladih, academicima i medijima.

Miroslav Poche (S&D), *pisemně.* – Jsem přesvědčen, že mezikulturní dialog, kulturní rozmanitost a vzdělávání hrají jednu z nejdůležitějších rolí při prosazování základních hodnot Evropské unie, tím více v současné době, kdy jsme svědky násilných a dramatických událostí, kterým musíme v posledních měsících čelit. Mezikulturní dialog je dvoucestný proces, v němž si obě strany vyzkouší situaci toho druhého, což vede k větší empatii, dobrovolnictví, rozvoji schopnosti kritického a tvůrčího myšlení a především schopnosti se vypořádat s odlišnými stanovisky. Jako fungující příklady tohoto procesu můžu jmenovat Erasmus plus a různé iniciativy realizované nevládními organizacemi, které jsou financované z fondů EU. Považuji za důležité tyto snahy podporovat i nadále, abychom vybudovali sociální soudržnost mezi lidmi.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Nel tutelare i valori fondamentali dell'UE è necessario unire gli sforzi comuni. Prevenire e affrontare l'emarginazione, l'intolleranza, il razzismo e la radicalizzazione, oltre a preservare un quadro di pari opportunità per tutti, è la chiave per risolvere le attuali sfide. Questa relazione si occupa di promuovere l'inclusione, la partecipazione e la cittadinanza attiva attraverso la messa a punto di nuove politiche per l'istruzione, come ad esempio, programmi di formazione di alta qualità per educatori sia nei settori previsti dalla legge che in quello del volontariato. La relazione sottolinea in particolare il ruolo positivo svolto dal volontariato, dallo sport e dalle arti nel rafforzare i processi di socializzazione. È importante, inoltre, far sì che il patrimonio culturale e la storia non siano utilizzati come uno strumento di divisione ma come un'opportunità d'inclusione. Promuovere i valori fondamentali dell'UE richiede anche una maggiore cooperazione tra le istituzioni internazionali, in particolare tra l'Unione, i suoi Stati membri e le organizzazioni internazionali come le Nazioni Unite e le agenzie a esse legate e un maggiore appoggio strutturale e sostenibile alle ONG, alle organizzazioni che si occupano di ragazzi e giovani, agli istituti di formazione e a tutte le organizzazioni interessate. Per tutto ciò ho votato a favore di questa risoluzione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – W sprawozdaniu promowane są rozwiązania naznaczone ideologią i wychodzi ono poza zakres kompetencji Unii Europejskiej, naruszając zasadę pomocniczości w dziedzinie edukacji. Ma to w szczególności zastosowanie do poprawek ograniczających rozwiązania mające swoją podstawę w prawie międzynarodowym, które przyznaje rodzicom prawo do wyboru sposobu edukacji swoich dzieci. Ponadto w sprawozdaniu odniesiono się do perspektywy płci i uznano wspólnotę LGBTI za wspólnotę marginalizowaną. Dlatego nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté pour le rapport visant à favoriser le dialogue interculturel, car il tend à favoriser un meilleur ancrage des valeurs de l'Union européenne dans la société. Je suis sincèrement convaincu que la défense des valeurs de l'Europe passe par une prise de conscience de la part de ses citoyens. Ce rapport encourage chaque Européen à se faire citoyen actif par le biais de l'éducation et de la formation.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – A Declaração de Paris, de 17 de março de 2015, solicita aos Estados-Membros que ajam no sentido de reforçar o papel do diálogo intercultural nos domínios da educação e da aprendizagem. Os Ministros da Educação da UE foram claros na afirmação conjunta do valor das sociedades pluralistas, não-discriminatórias, tolerantes e justas, nas quais a solidariedade e a igualdade entre homens e mulheres sejam integradas sem reservas, tendo em vista a concretização dos valores fundamentais da UE da dignidade humana, da liberdade, da democracia, da igualdade, do Estado de direito e do respeito pelos direitos humanos. Com efeito, são necessários esforços combinados no sentido de prevenir e resolver a marginalização, a intolerância, o racismo e a radicalização, bem como preservar um quadro de igualdade de oportunidades para todos.

Tendo por base o acordo entre os Ministros da Educação, o presente relatório identifica as oportunidades e os desafios que se colocam neste domínio e apresenta recomendações concretas para a ação a todos os níveis de governação, incluindo o aumento do uso da cultura nas ações externas e na agenda de desenvolvimento da UE e o reconhecimento do seu papel na construção da paz, na resolução de conflitos e na prevenção de crises.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative report. This report provided another dimension in which the EU's scope could be widened in the field of education, external relations, mobility and integration, while promoting 'EU fundamental values'. This report calls for the addition of intercultural dialogue into national curricula, EU representation within the UN, and the harmonising of visa procedures, and calls for additional funding, all for the purpose of preventing radicalisation and helping integration. Whilst we agree that radicalisation, extremism and integration are issues to be tackled, such issues are to be resolved at nation state level. We oppose any calls for the EU to influence or interfere with the education and national curricula of Member States. We feel particularly strongly with regard to the exploiting of EU financial instruments and mobility programmes to justify the free movement of people, all at the taxpayers' expense.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Este relatório faz referência à Declaração de Paris, de 17 de março de 2015, onde é solicitado que os Estados-Membros ajam com o propósito de reforçar o papel do diálogo intercultural nos domínios da educação e da aprendizagem. Concordo que tal é fundamental na resolução adequada das atuais preocupações, sendo que também contribuiu para o estabelecimento dos alicerces para a promoção de comunidades sólidas, confiantes, resilientes e coesas do futuro.

Apoio a necessidade de formulação de políticas de educação que abordem o valor de sociedades pluralistas, não-discriminatórias, tolerantes e justas, nas quais a solidariedade e a igualdade entre as mulheres e os homens sejam garantidas.

Votei favoravelmente o presente relatório por se basear num comum acordo entre os Ministros da Educação, em que é definida a necessidade do estabelecimento de esforços combinados na prevenção e resolução da marginalização, da tolerância, do racismo, da radicalização, assim como na preservação de um quadro de igualdade de oportunidades para todos.

Neste sentido, congratulo o presente relatório por neste constar que a aprendizagem intercultural assume um papel fundamental no progresso sustentável no domínio da cidadania ativa.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce midi, le Parlement européen a soutenu le rapport Ward sur le rôle du dialogue interculturel et de l'éducation.

Aujourd'hui la société occidentale et ses valeurs sont attaquées. Les événements tragiques survenus en Europe ces derniers mois en attestent. Ils prennent des formes multiples, parfois mortelles, mais toujours traumatisantes. En janvier, l'agression d'un enseignant juif à Marseille, simplement parce qu'il portait la kippa, rappelle les heures sombres de notre histoire. Cet acte ne fait que confirmer une résurgence de l'intolérance religieuse et culturelle dans l'Union.

Les chiffres parlent d'eux-mêmes. Selon un rapport du Forum de Coordination pour la lutte contre l'antisémitisme de 2014, pas moins de 109 incidents antisémites ont été recensés en Belgique, et 1 168 en Grande-Bretagne. Plus largement, en 2015, 50 % des Européens pensaient que la discrimination religieuse était un phénomène fréquent. À cet égard, la déclaration de Paris (17 mars 2015) des ministres européens de l'éducation révélait déjà une volonté collective de lutter contre ces fléaux en promouvant les valeurs de l'Union par l'enseignement.

Éduquer la jeunesse d'aujourd'hui à la tolérance est un défi de taille, mais l'Union européenne n'a pas d'autre choix que de le relever.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – La présente résolution entend augmenter le rôle du dialogue interculturel, de la diversité culturelle et de l'éducation dans la promotion des valeurs fondamentales de l'Union. Ces leviers qui développent l'ouverture et la réflexion constituent un outil utile face aux défis qui traversent nos sociétés européennes et mondiales, comme la mondialisation, la migration, les conflits religieux ou interculturels, la montée du radicalisme et de l'extrémisme.

Ainsi, notre Assemblée appelle à une poursuite du travail engagé en 2008 durant l'Année européenne du dialogue interculturel, afin d'élaborer avec les parties prenantes une définition politique claire et actualisée du dialogue interculturel. Tout travail doit se fonder sur une base solide, ce qu'apportera une telle définition.

Ensuite, il faut utiliser de manière optimale les instruments financiers, programmes et initiatives européennes existantes dans l'Union. Je pense par exemple bien évidemment au programme Erasmus+, mais aussi aux programmes «L'Europe pour les citoyens» ou «Europe créative». Ces programmes existent, il faut en tirer parti pleinement.

Enfin, nous demandons que la culture soit intégrée de manière systématique dans les projets et programmes de développement.

Ces propositions me semblent judicieuses et c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce texte.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O diálogo e a diversidade culturais devem ser integrados de um modo transversal em todos os domínios políticos, tais como as políticas para as crianças e os jovens, a educação, a mobilidade, o emprego e os assuntos sociais, a segurança e os assuntos internos, para além dos direitos das mulheres, da igualdade de género e do desenvolvimento regional. É necessária uma cooperação reforçada e mais coerente entre as diferentes estruturas políticas, não só a nível da UE, mas também a nível nacional e local.

Neste relatório, é formulado um pedido particular no sentido de incluir o diálogo intercultural nas relações externas da UE, nomeadamente na sua agenda de desenvolvimento. Penso que a cultura desempenha um papel fundamental no fomento da democratização, da construção da paz e do respeito pelos direitos humanos. O desenvolvimento de um papel dinâmico para a cultura no panorama internacional enquanto um «poder de influência», incluindo a promoção e a proteção da diversidade cultural, pode beneficiar a UE e os seus Estados-Membros nas suas relações com o resto do mundo.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He apoyado esta propuesta de Resolución que aboga por fortalecer el papel del diálogo intercultural, la diversidad cultural y la educación como vehículo para la paz y como herramienta en la resolución de conflictos promoviendo los derechos humanos, la libertad de pensamiento, el respeto mutuo, la integridad, la diversidad cultural, la inclusión y la cohesión social.

El texto hace hincapié en que un auténtico diálogo intercultural e interconfesional fomenta interacciones positivas y cooperativas, promueve el entendimiento y el respeto entre culturas, favorece la diversidad y aumenta el respeto de la democracia, la libertad y los derechos humanos, así como la tolerancia con valores universales.

Igualmente, considera clave que el diálogo intercultural sea un objetivo de la UE e invertir en una educación inclusiva, accesible y de calidad en todos los niveles que permita desarrollar valores éticos y cívicos. Además, pide una atención renovada a la promoción de una sociedad intercultural basada en la solidaridad, especialmente entre los jóvenes. Y reclama a los Estados miembros y a la Comisión que prevengan los extremismos, como la xenofobia, el racismo y todas las formas de discriminación y marginación, con medidas de refuerzo de la cohesión comunitaria capaces de contrarrestar con éxito las desigualdades socioeconómicas.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le dialogue interculturel, la diversité culturelle et l'éducation jouent un rôle important pour lutter contre le radicalisme religieux. C'est le message adopté hier par le Parlement européen, en réaction à la multiplication des attentats de ces derniers mois, dans un rapport qui s'inscrit dans le prolongement de la déclaration de Paris, adoptée en mars 2015 par les ministres de l'éducation.

Le texte voté souligne la nécessité de conjuguer les efforts afin de prévenir et de combattre la marginalisation, l'intolérance, le racisme et la radicalisation, ainsi que de préserver un cadre d'égalité des chances pour tous. Cela passe par «l'augmentation de l'investissement public dans un enseignement formel, non formel ou informel, ouvert, accessible et de qualité». Le texte suggère d'intégrer le dialogue et la diversité culturelle à tous les domaines d'action de l'Union ayant une incidence sur les valeurs fondamentales de l'Union. Il fait notamment référence aux politiques de la jeunesse, de l'éducation, de la mobilité, de l'emploi, des affaires sociales et des affaires étrangères, aux droits de la femme et à l'égalité de genre, ou encore au commerce et au développement régional. Le texte suggère enfin d'intégrer ces questions à la politique extérieure et de développement de l'Union.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Šis pranešimas yra labai svarbus. Kaip tik dabar mes esame kultūrų konflikto liudininkai, o gal net ir dalyviai. Deja, bijau, kad pranešimas parengtas jau per vėlai – politines rekomendacijas skelbti ir praktinius žingsnius įgyvendinti reikėjo daugiau nei prieš dešimtmetį, kai tapo aišku, kad ne visų Europoje gyvenančių kultūrų atstovams yra priimtinos europinės vertybės.

Aš palaikau šį pranešimą, kartu apgailestaudamas, kad jo autoriai per daug tiki dialogu net ir su europines vertybes atvirai niekinančių subkultūrų atstovais.

Virginie Rozière (S&D), par écrit. – J'ai voté pour le rapport de Julie Ward. Alors que l'Europe a été confrontée à des événements dramatiques et d'une extrême violence au cours des mois passés, ce rapport affirme avec force les valeurs de tolérance, de pluralisme et de participation démocratique inclusive de l'Union européenne. Il fait suite à l'engagement pris par les États membres le 17 mars 2015 de renforcer le rôle du dialogue interculturel dans l'enseignement. En effet, c'est l'éducation de la jeunesse qui prépare l'avenir du continent et la construction d'une société plurielle et apaisée.

Ce rapport appelle à définir clairement le dialogue interculturel et à davantage l'intégrer dans nos programmes d'éducation. Il plaide pour un enseignement de qualité, garant de l'égalité sociale et du respect de la diversité culturelle. Il relaie également le nécessaire soutien de l'Europe, par les biais de ses programmes tels que l'Europe pour les citoyens, ou Erasmus+, à l'inclusion civique et sociale et à la mobilité des citoyens. Enfin, il reconnaît le rôle essentiel des ONG, des associations civiles, civiques, sportives et culturelles, ainsi que des NTIC, dans le dialogue entre les cultures et au sein des sociétés.

Fernando Ruas (PPE), por escrito. – Antes do mais gostaria de salientar a pertinência deste relatório de iniciativa e o meu forte apoio ao mesmo, por considerar absolutamente central o papel que a educação assume na promoção dos valores fundamentais da UE.

Assistimos, cada vez mais, a um crescente ceticismo relativamente ao sentimento de identidade e pertença europeias, bem como a um escalar crescente do extremismo e da radicalização, muito em especial em certas franjas económicas e sociais das nossas comunidades.

Nessa medida, o diálogo intercultural, a compreensão mútua e a educação para a pluralidade e diversidade constituem instrumentos ao serviço de uma cultura de paz, resolução de conflitos e prevenção de crises.

Por considerar que o presente relatório efetua um diagnóstico bastante correto da realidade atual e propõe medidas viáveis e credíveis para inverter esta tendência, votei favoravelmente neste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. – J'ai soutenu ce rapport qui rappelle qu'un véritable dialogue interculturel et interconfessionnel favorise la compréhension et le respect entre les cultures et accroît la diversité et le respect de la démocratie, de la liberté et des droits de l'homme.

Le texte encourage également le développement de l'utilisation du dialogue interculturel dans les relations extérieures et rappelle l'importance de la culture et de l'éducation dans la promotion des valeurs fondamentales de l'Union européenne.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente informe es un intento de aprovechar el acuerdo común de los ministros de Educación, suscrito en París el 17 de marzo de 2015, sobre la necesidad de realizar esfuerzos combinados para prevenir y combatir la marginación, la intolerancia, el racismo y la radicalización, así como para preservar un marco de igualdad de oportunidades para todos.

El informe identifica tanto oportunidades como desafíos y propone recomendaciones concretas para tomar medidas a todos los niveles de gobierno, así como a escala de la UE, especialmente a través de la educación. Incluye un enfoque amplio que fomenta nuevas reflexiones sobre la naturaleza y los procesos de la violencia política, partiendo de la premisa de que la radicalización es un proceso relacional dinámico y una consecuencia imprevista e impredecible de una serie de acontecimientos perturbadores.

El Grupo GUE/NGL tuvo una buena impresión del informe original. Además, las enmiendas de nuestro Grupo fueron recogidas en los compromisos y aprobadas con ellos. Por lo tanto, he votado a favor del informe.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Tras los atentados terroristas en Francia y Dinamarca en 2015, los ministros de educación de los Estados miembros de la UE aprobaron una declaración con el objetivo de promover los valores de libertad y tolerancia a través de la educación. Este informe está en esa misma línea. He votado a favor, porque además el informe ha quedado mejorado gracias a las enmiendas presentadas por mi Grupo político que reiteran el valor de la justicia social, señalan la necesidad de promover la diversidad cultural especialmente entre los jóvenes a través de la cultura y los medios de comunicación y promueven la formación en multiculturalidad entre los profesores.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – As medidas propostas neste relatório têm o meu apoio. Corporizam uma estratégia de intervenção europeia integrada e de longo prazo. Resultam da vontade de agir, da necessidade de fazer agora para que mais à frente não voltem a acontecer episódios como os que temos vindo a assistir.

É, por isso, que a aposta numa abordagem valorizadora da diversidade e do diálogo intercultural é um caminho que faz, a todo o tempo e ainda mais numa altura como esta, sentido trilhar. A intensificação da educação formal e informal, enquanto pedra angular para o desenvolvimento sociocultural de uma Europa que se quer um espaço alargado de tolerância e respeito pela diferença, configura uma resposta necessária e consistente.

O relatório apresentado aponta um caminho, que pese embora não se afigure isento de obstáculos e dificuldades, se apresenta capaz de contribuir para o futuro da Europa, pois preconiza a defesa dos valores comuns que mantêm unidas as nossas sociedades, como a liberdade, a justiça, a solidariedade, a democracia, os direitos humanos, o Estado de direito, a tolerância e a solidariedade.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – We do not believe in the EU interfering with the education systems of Member States, particularly with regards to integration and tackling radicalisation. We oppose calls for the EU to spend taxpayers' money.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – President, it was great to see one of my fellow Labour MEPs have her report pass after having worked on it so hard. Naturally, I voted in favour of this report, not only to support my colleague, but also because I believe that it is crucial to adopt intercultural dialogue as a strong and committed objective of the EU through interactive communication within – and between – cultures. There is a growing need for this dialogue, particularly in the light of such dramatic events as the refugee crisis and the terrorist attacks in Paris. Europe must tackle these common challenges and promote its fundamental values.

This report identifies the potential opportunities that could be taken along with the challenges, making concrete recommendations for action at all governmental levels as well as at EU level.

Branislav Škripek (ECR), in writing. – This report on fundamental rights and European values contained some encouraging points; emphasising the importance of defending freedom of religion and conscience and recognising the family as the first place children are introduced to the 'culture, values and norms of their society'. However I voted against this report because it ignored the principle of subsidiarity, seeking to dictate what those values were to sovereign Member States. It also focused on gender ideology and LGBTI rights, rather than rights and responsibilities for all European citizens.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Europska unija izuzetno je dosljedna u poštovanju temeljnih načela koja zagovaraju slobodu, demokraciju, zaštitu ljudskih prava, toleranciju i jednakost. Danas smo, nažalost, svjedoci razmjera koje mogu doseći međukulturni sukobi uzrokovani vjerskim netrpeljivostima te nepoštovanjem drugih kultura i običaja te je iz navedenih razloga potrebno poduzeti što hitnije mjere.

Potrebno je započeti od obrazovanja, odnosno stvaranja povoljnog obrazovnog okruženja koje uključuje učenje o demokraciji, vladavini prava, poštovanju svojeg i tuđeg identiteta u kojem mladi, pogotovo kroz programe mobilnosti, imaju priliku upoznati i druge kulture s kojima se možda nemaju priliku svakodnevno susresti te na taj način pridonijeti ostvarenju međukulturnog dijaloga.

Također, svaki odgoj započinje u obitelji, a kao nositelj društva uvelike pridonosi očuvanju kulturnog identiteta, sustavu vrijednosti i međukulturnom dijalogu. Ne zaboravimo ni ulogu nastavnika, socijalnih radnika, vjerskih udruga koji itekako mogu pozitivno utjecati na djelovanje mladih pojedinaca učeći ih o pravim vrijednostima života.

Zbog navedenih razloga podržao sam rezoluciju Europskog parlamenta jer smatram kako je u današnjim vremenima tema međuvjerskih i međukulturnih odnosa postala izuzetno osjetljiva te je vrijednost dijaloga i međusobnih dogovora tim veća.

Monika Smolková (S&D), písomne – Podporila som aktuálne uznesenie, lebo si myslím, že navrhovanými opatreniami a zmysluplným medzikultúrnym dialógom so všetkými zainteresovanými stranami môžeme v rámci výraznej kultúrnej rozmanitosti dospieť k prehĺbeniu vzájomného rešpektu a tým aj predídeniu radikalizácii a extrémizmu. Určite sa zhodneme na tom, že tradičná kultúrna rozmanitosť sa v súčasnosti čoraz viac prehľbuje a Európa sa tak stáva priestorom s čoraz rôznorodejšou kultúrou. Ja som rada, že rozširovanie Európskej únie, deregulácia zamestnávania a voľný pohyb pracovných síl, ako aj globalizácia priniesli pre Európu mnoho pozitív. Žiaľ, čoraz viac ma znepokojuje to, že v posledných obdobiach sme čoraz častejšie svedkami aj niektorých negatív. Špecifikom posledných dvoch desaťročí je hlavne migrácia príslušníkov vzdialenejších a doposiaľ len sprostredkované poznaných kultúr a subkultúr. Mrzí má, že násilné a dramatické udalosti, ktorým Európa čelí v posledných mesiacoch a rokoch, vytvárajú u európskych občanov určité obavy o svoje životy a existenciu. Verím, že na základe konkrétnych odporúčaní a opatrení tejto správy nadviažeme na výsledky zrealizované počas Európskeho roka medzikultúrneho dialógu (2008) a tým vytvoríme dobré predpoklady pre pevnejšiu a funkčnejšiu Európsku úniu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Obravnavano poročilo predstavlja priložnosti in izzive, pa tudi konkretna priporočila za ukrepanje na vseh upravnih ravneh in na ravni EU. Ta priporočila vključujejo več kulture v zunanjih ukrepih in razvojni agendi EU, s čimer naj bi se priznala edinstvena vloga, ki jo lahko ima kultura pri vzdrževanju miru, reševanju konfliktov in preprečevanju kriz.

Poročilo prav tako odraža zaskrbljenost zaradi nasilnih in dramatičnih dogodkov, s katerimi se v zadnjih mesecih sooča Evropa. Prav tako izpostavlja dejstvo, da je včasih za nasilni ekstremizem lahko kriva kulturna, socialna in ekonomska izključenost posameznikov iz družbe. Strinjam se, da je potrebno spodbujati vključevanje, udeležbo in aktivno državljanstvo.

Za večjo kulturno pluralnost je potrebno dejavno sodelovanje v demokratičnem procesu na vseh ravneh, ne le z udeležbo državljanov v institucionalnih strukturah, temveč tudi z razvojem dialoga in doseganjem soglasja med skupinami z različnimi interesi, različnega izvora in iz različnega okolja.

Menim, da je izredno pomembno zagotoviti sredstva, zlasti finančna, s katerimi bi dali prednost financiranju programov, ki bodo namenjeni spodbujanju medkulturnega dialoga in dialoga med državljani.

Zaradi opisanega, sem poročilo podrl in glasoval za njegovo sprejetje.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore della risoluzione sul ruolo del dialogo interculturale, della diversità culturale e dell'istruzione, perché ritengo che questo testo costituisca una risposta efficace alla sempre più evidente struttura multidimensionale e multiculturale europea, e perché credo sia fondamentale, alla luce degli avvenimenti recenti, promuovere lo scambio interculturale e interreligioso in una dimensione interattiva e inclusiva. Una società inclusiva è una società che investe sull'istruzione accessibile a tutti i livelli, che snellisce le procedure burocratiche per ottenere la cittadinanza, che offre la possibilità di acquisire competenze civiche interculturali e sociali. Creare tale società significa fornire alle generazioni future gli strumenti per gestire e vincere sfide audaci in modo innovativo e per combattere concretamente i fenomeni sociali di discriminazione, violenza, razzismo, xenofobia e radicalismo. Con questa risoluzione, esortiamo quindi tutti i livelli di governo a promuovere sempre più iniziative dirette a sostenere la diversità culturale, il dialogo interculturale, l'istruzione, sfruttando a pieno le risorse finanziarie e le iniziative esistenti a livello europeo.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-Europarlementsleden stemden tegen dit verslag. Het is een goede zaak dat verschillen tussen religies worden onderwezen. Onderwijs draagt immers bij tot een beter begrip van verschillende culturen en tot een betere sociale cohesie. De N-VA-delegatie meent echter dat diversiteit promoten, inclusie bewerkstelligen en socio-economische verschillen wegwerken een aangepast migratie-, integratie- en activeringsbeleid vergen op maat van elk betrokken individu. Voorliggend verslag komt daar helaas niet aan tegemoet.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – S obzirom da Europu krasi beskrajno bogatstvo kulturne, socijalne i jezične raznolikosti te da su u tom kontekstu zajedničke vrijednosti koje povezuju naša društva, kao što su sloboda, socijalna pravda, jednakost i nediskriminacija, demokracija, ljudska prava, vladavina prava, tolerancija i solidarnost, od ključne važnosti za budućnost Europe.

Kulturna baština predstavlja raznolikost kulturnog izričaja te se ona stoga mora zaštititi i promicati usvajanjem usklađenog zakonodavstva i međunarodnih sporazuma u uskoj suradnji s UNESCO-om. Međukulturni dijalog nije reguliran nacionalnim, europskim ili međunarodnim pravom jer nije pravni koncept, no temelji se na međunarodnim okvirima čiji je cilj zaštita ljudskih prava i kulturne raznolikosti. Međukulturni dijalog može znatno doprinijeti poboljšanju stanja demokracije i razvoju veće i dublje uključenosti i osjećaja pripadnosti, te sam stoga podržao izvješće.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – Together with my Labour colleagues, I voted in favour of the report because I am convinced by the growing importance of the need for intercultural dialogue, especially in the light of dramatic events such as the refugee crisis and the terrorist attacks in Paris which remind us more than ever that Europe must tackle these common challenges and promote its fundamental values. I welcome the fact that the report identifies opportunities along with challenges and makes concrete recommendations for action at all governmental levels as well as at EU level.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europu krasi beskrajno bogatstvo kulturne, socijalne, jezične i vjerske raznolikosti. Budući da međukulturni dijalog nije reguliran nacionalnim, europskim ili međunarodnim pravom jer nije pravni koncept, temelji se na međunarodnim okvirima čiji je cilj zaštita ljudskih prava i kulturne raznolikosti. Treba raditi na razvijanju boljeg razumijevanja različitih perspektiva i praksi, povećanju sudjelovanja te slobode i sposobnosti za donošenje odluka, poticanju jednakosti i jačanju kreativnih procesa.

Europska unija treba uzeti u obzir i nastaviti izvrstan rad koji je pokrenut 2008. godine. Iskreni međukulturni i međuvjerski dijalog potiče pozitivne interakcije utemeljene na suradnji, promiče razumijevanje i poštovanje među kulturama, povećava raznolikost i poštovanje demokracije, slobode i ljudskih prava te nastajanje tolerancije prema univerzalnim vrijednostima i vrijednostima specifičnim za pojedine kulture.

Podržavam izvješće gospođe Ward jer postojanje europskih vrijednosti je temelj suživota i razvoja, ali naglašavam i važnost uvažavanja ravnopravnosti spolova.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o vlogi medkulturnega dialoga, kulturne raznolikosti in izobraževanja pri spodbujanju temeljnih vrednot EU.

V Evropski uniji je ogromno kultur, ki se med seboj prepletajo in dopolnjujejo. V današnjem času, ko se soočamo s številnimi konflikti tako med verami kakor tudi med kulturami, je medkulturni dialog še toliko bolj pomemben. Dialog, ki temelji na spoštovanju, sprejemanju in svobodi posameznika.

A vendarle moramo pri tem spoštovati zapuščino naših predhodnikov in ostati zvesti svojim prepričanjem: združení Evropi, ki temelji na vrednotah, kot so solidarnost, mir, demokracija, blaginja, svoboda in pravičnost.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o úloze mezikulturního dialogu, kulturní rozmanitosti a vzdělávání při prosazování základních hodnot Unie, jelikož se domnívám, že její text dobře popisuje současnou nelehkou situaci a zároveň poukazuje na to, jakými prostředky ji zlepšit. Text nijak nerezignuje na základní hodnoty Unie, mezi které v tomto kontextu především patří demokracie, úcta ke každému jednotlivci či zákaz diskriminace. Za těchto předpokladů je třeba mezikulturní dialog rozvíjet jako nástroj k mírovému soužití příslušníků různých etnik či příslušníků různých náboženství. Zásadní roli zde hraje především vzdělání. Nelze než souhlasit s tím, že „smysluplný mezikulturní dialog vyžaduje dobrou znalost své vlastní kultury a ostatních kultur.“

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την σχετική έκθεση διότι ενθαρρύνει την ανταλλαγή ορθών πρακτικών με στόχο την προώθηση του διαπολιτισμικού διαλόγου και της συνεργασίας μεταξύ σχολείων και πανεπιστημίων διαφορετικών κρατών-μελών. Παράλληλα, προωθείται ο διαθρησκευτικός διάλογος ο οποίος προάγει την κατανόηση, τον αλληλοσεβασμό και την ειρήνη, ειδικά σε μια εποχή παγκόσμιων προκλήσεων όπως το προσφυγικό ζήτημα ή η αύξηση του εθνικισμού στις ευρωπαϊκές κοινωνίες, προκλήσεις που είναι βεβαίως απότοκα της καπιταλιστικής κρίσης και των οικονομικο-κοινωνικών ανισοτήτων.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Ευρώπη έχει περιέλθει σε αδιέξοδο και παρόλα αυτά συνεχίζει να υποστηρίζει τον διαπολιτισμικό διάλογο και την πολυμορφία στην εκπαίδευση και στον πολιτισμό, βάζοντας τους Ευρωπαίους πολίτες στο στόχαστρο εκείνων που στην πραγματικότητα είναι ανίκανοι να κάνουν διάλογο και να μοιραστούν τις ίδιες αξίες. Η ενίσχυση του διαπολιτισμικού διαλόγου κυρίως στα εκπαιδευτικά ιδρύματα δεν μπορεί παρά να έχει αρνητικές συνέπειες για την κοινωνία με τον κίνδυνο να επαναληφθούν τα δραματικά γεγονότα που έχει βιώσει η Ευρώπη τους τελευταίους μήνες και να αναζωπυρωθεί ο εξτρεμισμός.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam e jelentést, mely felsorolja azokat a kihívásokat, amelyekkel Európa és a világ szembesül a globalizáció, a migráció, a vallások és kultúrák közötti konfliktusok és a radikalizmus fokozódása kapcsán. Ugyanakkor fontos ajánlásokat is ad, annak érdekében, hogy az Európai Unióban az eltérő kulturális háttérrel vagy világnézettel rendelkező személyek, csoportok között nyitott és tiszteletteljes eszmecsere valósulhasson meg. Egyetértek azzal a megállapítással, hogy az Európai Uniónak elő kell segítenie az Emberi Jogok Egyetemes Nyilatkozatának maradéktalan tiszteletben tartását, úgy nemzetközi szinten, mint a tagállamaiban.

Továbbá támogatom azt az elképzelést, miszerint a kulturális párbeszéd és a sokféleség tranzverzális módon épüljön be olyan szakpolitikába, mint például a gyermek- és ifjúságpolitika vagy a belügy. Jobb és koherensebb együttműködésre van szükség a különféle politikai struktúrák és témakörök között, nemcsak uniós, hanem nemzeti és helyi szinten is.

Végül osztom a jelentéstevők azon véleményét is, hogy a kultúrák közti tisztelet és elfogadás nem csupán a hatóságok és a döntéshozók feladata, hanem a társadalom egészének feladata. Mindazonáltal felhívom a figyelmet az egyes tagállamok e területen végzett aknamunkájára, melynek során nem hogy segítették volna a kultúrák közti párbeszédet, hanem éppen ellenkezőleg, uszító kampányt folytattak. Az Európai Uniónak egyértelműen kell kiállnia az ilyen nyíltan gyűlöletkeltő tevékenységek ellen.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Dzieci nie urodziły się z poczuciem nienawiści do innych, to są emocje i zachowania, które kształtują się wraz z naszym dorastaniem. Ważne jest zatem, aby już od najmłodszych lat działać na rzecz promowania tolerancji, równości i otwartości. Ludzie reprezentujący różne kultury, nacje czy poglądy powinni jak najczęściej spotykać się ze sobą i uczyć, że wszyscy jesteśmy ludźmi, w gruncie rzeczy z podobnymi aspiracjami czy obawami i tylko przez dialog i współpracę możemy się o tym przekonać.

Rezolucja PE ma na celu kontynuowanie dialogu po uzgodnionym porozumieniu ministrów edukacji po listopadowych zamachach w Paryżu. W umowie tej wskazano na konieczność podjęcia wspólnych wysiłków, aby zapobiegać i zwalczać marginalizację, nietolerancję, rasizm i radykalizację, i aby dążyć do równych szans dla wszystkich.

Rezoluția PE propune concrete recomandări privind acțiunile pe toate nivelurile, în special creșterea utilizării culturii în acțiunile externe și în programele de dezvoltare UE, subliniind în special rolul științei, culturii și activității societății civile în construirea unui puternic, rezilient și deschis societate europeană în viitor.

În legătură cu aceasta, am decis să votez în favoarea raportului privind rolul dialogului intercultural, diversității culturale și educației în promovarea valorilor fundamentale UE.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană a pus la bază sa, încă de la fondare, dialogul între toți actorii sociali relevanți și diversitatea culturală. Dialogul intercultural este unul dintre instrumentele esențiale pentru asigurarea coexistenței între diversele grupuri existente la nivelul statelor membre. Educația incluzivă este un alt instrument care asigură participarea tuturor grupurilor sociale în procesul de învățare continuă.

În condițiile crizei migrației, care afectează statele membre în ultima perioadă, este esențială consolidarea și dezvoltarea acestor instrumente, care pot constitui soluții viabile pentru detensionarea situației, prin interacțiunea nemijlocită a reprezentanților diverselor comunități culturale.

Uniunea Europeană trebuie să adopte strategia încurajării dialogului intercultural pentru o mai bună comunicare între diversele grupuri sociale și pentru dezvoltarea unor modalități inovatoare de investiție în educație incluzivă, accesibilă și de calitate. În acest fel, noile grupuri sociale se vor putea integra mai bine în societățile-gazdă și vor deveni membri activi ai societății, contribuind în mod pozitiv la dezvoltarea țărilor respective. În același timp, vor fi combătute mai eficient fenomenele negative ale discriminării, violenței, radicalismului și xenofobiei, care își au rădăcinile în lipsa de informații corecte asupra diverselor comunități culturale.

Din aceste motive, consider că documentul actual este un element important pentru schimbarea în bine a situației actuale.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la proposition de Julie Ward. L'Europe présente une immense richesse en termes de diversité culturelle, sociale, linguistique et religieuse; dans ce contexte, les valeurs partagées qui sont le ciment de nos sociétés, telles que la liberté, la justice sociale, l'égalité et la non-discrimination, la démocratie, les droits de l'homme, l'état de droit, la tolérance et la solidarité, sont essentielles pour l'avenir de l'Europe.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report on intercultural dialogue, cultural diversity and education. Indeed, in a period of troubles for Europe, I believe that intercultural dialogue can play an important role in the fight against all kind of radicalism. In the report adopted we underline the need to combine efforts in an effort to prevent and fight against marginalisation, intolerance, racism and radicalisation, in the context of equal opportunities for all.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – In un momento come quello attuale, segnato da violenti e tragici eventi in Europa, ritengo sia più che mai necessario ribadire la necessità di favorire il dialogo interculturale, attraverso interventi concreti nella vita quotidiana di tutti i cittadini. Istruzione, educazione, formazione e cultura devono essere considerate parole chiave nella nostra quotidianità. Ogni nostra azione ha come fine l'integrazione e la solidarietà, soprattutto verso i molti minori che sono costretti dalla guerra e dalla fame a lasciare il proprio paese d'origine. Occorre dare impulso alla politica estera e di sicurezza comune, anche grazie alla diplomazia culturale, servono, inoltre, segnali forti di integrazione sociale ed economica, possibili ampliando l'accesso alla cultura e alla formazione degli immigrati, con i corridoi educativi per gli studenti nei campi profughi; promuovendo l'inclusione attraverso programmi di cittadinanza attiva e di sostegno a nuove forme di imprenditoria.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o vlogi medkulturnega dialoga, kulturne raznolikosti in izobraževanja pri spodbujanju temeljnih vrednot EU sem podprla, saj sem mnenja, da je treba še posebej na podlagi zadnjih mesecev, ko se pojavlja zaskrbljenost zaradi nasilnih in dramatičnih dogodkov v EU, kulturni dialog vključiti na res vsa področja politike.

Na nacionalni ravni pa je potrebno strukturno podpreti organizacije v tem izobraževalnem procesu. Le tako bomo lahko spodbujali spoštovanje človekovih pravic ter postavili temelje za bolj trdno, vključujočo in pluralno družbo, ki bo lažje reševala morebitne konflikte.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The cultural landscape of the European Union has recently undergone major changes. Its society is becoming more multicultural by the day. An increasingly multicultural society requires a platform where everyone can benefit from cultural diversity. This is exactly the goal of intercultural dialogue and it results in mutual understanding without exclusion. Fostering a multicultural society should not only be limited to cultural practices: the importance of language in this context has to be highlighted. Multi-language learning and multilingual experience has to be promoted in the educational system not only when it comes to the official languages of the EU, but also minority languages.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente informe es un intento de aprovechar el acuerdo común de los ministros de Educación, suscrito en París el 17 de marzo de 2015, sobre la necesidad de realizar esfuerzos combinados para prevenir y combatir la marginación, la intolerancia, el racismo y la radicalización, así como para preservar un marco de igualdad de oportunidades para todos.

El informe identifica tanto oportunidades como desafíos y propone recomendaciones concretas para tomar medidas a todos los niveles de gobierno, así como a escala de la UE, especialmente a través de la educación. Incluye un enfoque amplio que fomenta nuevas reflexiones sobre la naturaleza y los procesos de la violencia política, partiendo de la premisa de que la radicalización es un proceso relacional dinámico y una consecuencia imprevista e impredecible de una serie de acontecimientos perturbadores.

El Grupo GUE/NGL tuvo una buena impresión del informe original. Además, las enmiendas de nuestro Grupo fueron recogidas en los compromisos y aprobadas con ellos. Por lo tanto, he votado a favor del informe.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Rapport très idéologique de la députée socialiste Julie Ward, qui invite à une grille de lecture à l'échelon européen des problèmes d'intégration en faisant la promotion du multiculturalisme.

Dans un total déni de réalité, le texte propose d'intégrer le volet culturel comme outil de la politique extérieure de l'Union, cherchant par là à en faire une compétence exclusive de l'Union européenne, alors même que les traités en font une compétence des États membres. Ces derniers sont d'ailleurs invités à mener une politique volontariste de promotion du dialogue interculturel pour lutter contre toutes les formes de discrimination et de racisme, véritables sources de radicalisation et d'extrémisme.

Enfin, le texte est porté par la certitude que les migrants peuvent apporter beaucoup aux cultures des États membres, la migration faisant partie intégrante de leur patrimoine culturel.

Un texte très idéologique qui ne peut motiver que mon opposition. Je vote donc CONTRE.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – În 2008, în contextul Anului european al dialogului intercultural, dialogul intercultural a fost definit ca o interacțiune deschisă și respectuoasă între persoane, grupuri și organizații din medii culturale diferite sau cu viziuni diferite asupra lumii. Dialogul intercultural este extrem de important, în special într-un cadru ca cel reprezentat de UE, imens patrimoniu al diversității culturale, sociale, lingvistice și religioase.

Dezvoltarea unei interacțiuni consolidate între diferitele societăți ale UE este crucială în vederea consolidării respectului reciproc într-un context al unei puternice diversități culturale, al abordării realităților complexe din societățile noastre și al coexistenței unor identități culturale și convingeri diferite.

Prin urmare este nevoie de mobilizarea tuturor mijloacelor, în special financiare, pentru a susține programele destinate dezvoltării și consolidării dialogului intercultural. Dialogul între diferitele culturi este extrem de important, mai ales în contextul actual de globalizare, migrație, conflicte religioase și interculturale, precum și de ascensiune a radicalismului, în vederea creării unei solidarități și a unei cooperări în fața acestor provocări diverse.

În acest sens, am votat în favoarea Raportului referitor la rolul dialogului intercultural, al diversității culturale și al educației în promovarea valorilor fundamentale ale UE, care prevede stabilirea și consolidarea acestuia prin luarea unor multiple măsuri la nivel european.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió a történelem azon szakaszában tart, amelyben az identitás és a hovatartozás fogalmát vitatják, újraterázzák és megvédik, a hangok sokfélesége és az eltérő politikai perspektívák miatt komoly felhangokkal. A 2015. március 17-i párizsi nyilatkozat határozott állásfoglalás, amely üdvözlendő módon felszólítja a tagállamokat, hogy lépjenek fel az interkulturális párbeszéd oktatási és tanulási környezetben játszott szerepének erősítésére. Ez a jelentés az oktatási miniszterek azon közös megállapodására próbál építeni, hogy közös erőfeszítésre van szükség a marginalizálódás, az intolerancia, a rasszizmus és a radikalizálódás megelőzése és kezelése érdekében, valamint a mindenki számára egyenlő esélyeket nyújtó keretek megőrzéséért. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour as agreed on the general line of the draft report to express support for a coherent and integrated approach to intercultural dialogue, cultural diversity and education, and because most of our amendments of improvement taken on board.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Se trata de un informe no legislativo que pretende impulsar medidas por parte de autoridades nacionales y europeas, tanto en el seno de la Unión como en países terceros, encaminadas al desarrollo de sociedades plurales y tolerantes, donde la solidaridad y la igualdad se consigan mediante la búsqueda de los valores europeos de dignidad humana, libertad, democracia, igualdad, respeto de la ley y respeto de los derechos humanos. Por todo ello, creo conveniente votar a favor de dicho informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Tras los atentados terroristas en Francia y Dinamarca en 2015, los ministros de educación de los Estados miembros de la UE aprobaron una declaración con el objetivo de promover los valores de libertad y tolerancia a través de la educación. Este informe está en esa misma línea. He votado a favor, porque además el informe ha quedado mejorado gracias a las enmiendas presentadas por mi Grupo político que reiteran el valor de la justicia social, señalan la necesidad de promover la diversidad cultural especialmente entre los jóvenes a través de la cultura y los medios de comunicación y promueven la formación en multiculturalidad entre los profesores.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Together with my Labour colleagues, I was proud to vote in favour of this the report 'the role of intercultural dialogue, cultural diversity and education in promoting EU fundamental values'.

The rising tide of hate from both within and without Europe, which has led to acts of violence in Europe and increasing tensions needs to be dealt with. Along with my colleagues I believe that one of the best ways to achieve this is through intercultural dialogue and increased understanding, to promote our values. It is very positive that this report not only looks at the challenges we face, but also sees opportunities in the current troubled landscape.

This report also makes concrete recommendations for action at all governmental levels. The report also recognises the fact the EU needs to be robust in its use of culture as part of its external development policies.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Uiteraard stemde ik voor dit verslag over interculturele dialoog, culturele diversiteit en onderwijs. Meer dan ooit tevoren kan, gelet op de migratiecrisis en de recente aanslagen in Parijs, de interculturele dialoog een belangrijke rol spelen in de strijd tegen het extremisme in al zijn vormen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – À la suite des attentats de 2015, la commission de la culture et de l'éducation du Parlement Européen a souhaité mettre en œuvre un rapport sur le rôle du dialogue interculturel, de la diversité culturelle et de l'éducation.

Renforcer le dialogue interculturel et rappeler les valeurs fondamentales que sont notamment la justice, la liberté, l'égalité, la tolérance, la démocratie et la non-discrimination est effectivement une nécessité au regard des politiques d'abord et avant tout sécuritaires, voire discriminatoires, mises en œuvre, notamment en France.

Ce rapport cherche à définir les concepts à partir de différents travaux et études et insiste sur la nécessité d'avoir des politiques multidimensionnelles et d'inclure tous les acteurs. Il se base notamment sur le respect de la charte des droits fondamentaux.

Ce rapport est pavé de bonnes intentions, mais au-delà de quelques mesures que je pourrais critiquer, il va dans le bon sens. J'ai donc voté pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O relatório reconhece que o diálogo intercultural é uma ferramenta de participação democrática inclusiva e do empoderamento dos cidadãos, em particular em relação aos bens comuns e aos espaços públicos. Considera que, em conformidade com o artigo 167.º, n.º 4, do TFUE, a diversidade e diálogo cultural devem ser integrados de forma transversal em todos os domínios de política da União Europeia.

Contudo, não é branqueando o papel da UE e dos governos de alguns Estados-Membros e das suas políticas na promoção de desigualdades, de falta de acesso aos serviços públicos e de direitos fundamentais, na produção de estigmas, que se promove o multiculturalismo e a tolerância.

Como é possível preconizar a UE enquanto agente de promoção da paz a nível mundial, sendo a mesma UE uma das responsáveis pelas várias guerras a acontecer neste momento?

O diálogo intercultural faz todo o sentido, mas se for consequente e devidamente integrado em políticas sociais inclusivas, que promovam a justiça social, a paz e a solidariedade entre povos e culturas, ou seja, o oposto do que a Europa pratica, seja com os refugiados, seja com os Estados nacionais que procuram as suas próprias vias de desenvolvimento.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Für mich ist es von größter Priorität, dass Europa seine Kultur, seine Identität und seine Werte bewahrt. Diese Punkte sind für mich nicht verhandelbar. Es darf zu keiner Verwässerung der europäischen Wertegemeinschaft kommen. Der Berichterstatter scheint der Ansicht zu sein, dass eine Veränderung der Kultur, durch die derzeit stattfindende Masseneinwanderung, ein natürlicher Prozess sei und gar bereichernd für unseren Kontinent wäre. Diese Ansichten widersprechen diametral meinen politischen Positionen, daher lehne ich diesen Bericht ab.

Daniele Viotti (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore dei questa relazione perché credo nel ruolo del dialogo interculturale e interreligioso e nell'educazione, come strumenti fondamentali per promuovere la pace, facilitare la gestione dei conflitti e promuovere i diritti umani. Tutto questo assume una valenza particolare alla luce dei recenti eventi che hanno scosso l'Europa. Bisogna lavorare soprattutto sui più giovani per diventare membri di una società aperta, che aderisce ai valori dell'UE e che combatte fenomeni come razzismo, radicalismo e discriminazione.

Udo Voigt (NI), schriftlich. – Ablehnung, weil „interkulturelle“ Umerziehungs- und Indoktrinationsprogramme zugunsten ethnischer und anderer Minderheiten aus Sicht nationaler Politik nicht Unterstützung, sondern Ablehnung verdienen.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Die Entschließung des EU-Parlaments zu dem Thema „Die Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU“ habe ich abgelehnt.

Die guten Absichten des Berichts passen nicht zu den ideologisch geprägten Lösungen, die die Kompetenzen der Europäischen Union überschreiten und so das Subsidiaritätsprinzip im Bereich der Bildung verletzen. Dies gilt insbesondere für das Recht der Eltern, zu entscheiden, wie ihre Kinder erzogen werden, das beschränkt werden soll. Auch wegen der Geschlechterperspektive und der ideologischen Hinweise auf LGBT-Gemeinschaft lehne ich ab. Der Bericht versucht zudem, die Harmonisierung des Visaverfahrens zu bewirken und bezieht sich auf Begriffe wie „gemeinsame Grundwerte“ und „Grundlagen der Europäischen Union“, die ich als solche derzeit nicht erkennen kann. Da es sich um einen klaren Verstoß gegen die Grundsätze der Subsidiarität der EU handelt, habe ich der EKR-Linie folgend gegen diesen Bericht gestimmt.

Julie Ward (S&D), in writing. – I welcome the adoption of my report on 'the role of intercultural dialogue, cultural diversity and education in promoting EU fundamental values' because I am convinced by the growing importance of the need for intercultural dialogue, especially in the light of dramatic events such as the refugee crisis and the terrorist attacks in Paris which remind us more than ever that Europe must tackle these common challenges and promote its fundamental values. My report identifies opportunities along with challenges and makes concrete recommendations for action at all governmental levels as well as at EU level, including the increased use of culture in external actions and in the EU development agenda, recognising the unique role that culture, inclusive learning and active citizenship can play in building strong, confident, resilient and cohesive communities of the future. The report was informed through extensive consultation with colleagues in Parliament, academics, educators, NGOs, civil society, faith groups and young people, and I would like to thank them for their invaluable input, and to encourage their use of the final document as adopted without amendment.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat Raportul din proprie inițiativă referitor la rolul dialogului intercultural, al diversității culturale și al educației în promovarea valorilor fundamentale ale UE. Sunt de acord cu faptul că UE, în calitate de actor mondial, ar trebui să includă cultura și schimburile culturale și să mărească ponderea educației în relațiile sale externe și în politica de dezvoltare, ca instrumente pentru consolidarea valorilor fundamentale comune. Raportul pledează pentru includerea dialogului intercultural în relațiile externe ale UE, inclusiv în Agenda de dezvoltare a UE. Este de salutat faptul că raportorul, ținând cont de toate frământările din interiorul, dar și din exteriorul UE, își propune impulsționarea schimbului de bune practici și promovarea unui nou dialog structurat cu toți actorii asupra chestiunilor interculturale și interconfesionale.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Ψήφισα θετικά στην συγκεκριμένη ψηφοφορία που φέρνει τους πολίτες της ΕΕ πιο κοντά μεταξύ τους. Στο τελικό κείμενο έχουν ψηφιστεί οι τροπολογίες που κατέθεσα ως μέλος της επιτροπής Πολιτισμού και Παιδείας και που αφορούν μεταξύ άλλων τη σημασία του αθλητισμού στην κοινωνική ενσωμάτωση και την καταπολέμηση κοινωνικών φαινομένων, τον ρόλο του διαδικτύου και των τεχνολογιών επικοινωνίας αλλά και την ενθάρρυνση ενός διευρυμένου διαλόγου σε διεθνές επίπεδο.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Saluto con soddisfazione l'approvazione della relazione sul dialogo interculturale, la diversità culturale e l'educazione ai valori fondamentali dell'Unione europea. Condivido pressoché completamente il contenuto della relazione: è importante rilevare che il dialogo interculturale e interreligioso e l'istruzione sono elementi fondamentali per la creazione di un clima di pace e importanti strumenti per la gestione dei conflitti. Ciò vale in particolar modo oggi, alla luce dei tragici attentati terroristici appena occorsi. Condivido la relazione in particolare lì dove riconosce che sono necessari sforzi congiunti per prevenire e combattere l'emarginazione, l'intolleranza, il razzismo e la radicalizzazione. Mi preme ricordare poi, che è nostro dovere adoperarci per preservare un quadro di pari opportunità per tutti.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tuto zprávu, protože zvláště s ohledem na nynější situaci související s migrační vlnou považuji za stěžejní snahu o prohlubování mezikulturního dialogu. Ta může napomoci předcházení projevům antisemitismu, xenofobie, rasismu a náboženské nesnášenlivosti. Považuji za klíčové, aby ke vzdělávání a k aktivitám podporujícím informovanost o odlišných kulturách docházelo na všech úrovních občanské společnosti ve všech členských státech Unie.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Sprawozdanie Pani Julie Ward pojawiło się w bardzo właściwym momencie, kiedy w obliczu fali uchodźców Europa została skonfrontowana z pytaniem, jak radzić sobie z problemami powstającymi na styku kultur, bardzo często wynikającymi zwyczajnie z niewiedzy.

Rola dialogu międzykulturowego w promowaniu podstawowych wartości UE powinna zostać w tym kontekście silnie podkreślona. Podobnie jak i rola, jaką może odgrywać sama kultura w stosunkach zewnętrznych UE. Dobra znajomość realiów kulturowych, z pełnym zrozumieniem ich różnorodności, stanowi bowiem element umożliwiający zapobieganie kryzysom oraz niezwykle efektywne narzędzie w rozwiązywaniu konfliktów i zaprowadzaniu pokoju.

Istotnym elementem potrzebnym do osiągnięcia tego celu będzie wykształcenie umiejętności poprzez zawarcie odpowiednich treści w programach edukacyjnych, udostępnianie szkoleń i warsztatów.

Skuteczny dialog międzykulturowy wymaga jednak również wsparcia na poziomie finansowym. Dlatego pragnę jeszcze raz przypomnieć wagę wyposażania w odpowiednie fundusze już istniejących, doskonałych przykładów wspierania wymiany kulturowej i dialogu międzykulturowego, w ramach takich programów unijnych jak Erasmus+ czy partnerstwo miast finansowane ze środków programu „Europa dla Obywateli”.

Ważne jest, aby w procesie walki o różnorodność kulturową i edukację na temat podstawowych wolności europejskich zwracać uwagę na poprawę stanu świadomości i wiedzy nie tylko gospodarzy, a również gości.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – V záverečnom hlasovaní o správe týkajúcej sa medzikulturného dialógu som sa zdržala. Správa sa snaží vo svetle minuloročných útokov v Paríži smerovať k predchádzaniu radikalizácie a extrémizmu prostredníctvom posilnených dialógov medzi rôznymi kultúrami a náboženstvami. Zároveň sa snaží zaviesť toleranciu a rôznorodosť do škôl a posilniť rolu medzikulturnej výmeny, napríklad cez program Erasmus už u detí školského veku a sprístupniť napr. študijné výmeny aj pre znevýhodnené skupiny obyvateľstva, marginalizované deti, či zdravotne postihnuté deti. Správa taktiež podporuje lepšiu a cielenejšiu pedagogickú prípravu učiteľov na situácie, ktoré v súčasnej spoločnosti, aj s ohľadom na vysokú mobilitu v rámci EÚ, ale aj migráciu z tretích krajín, budú zákonite nastávať. Pedagógovia by tak mali mať možnosť vycestovať napríklad prostredníctvom výmenných pobytov, alebo získavať nové znalosti o rôznych kultúrach v programoch celoživotného vzdelávania. Na druhej strane však treba vziať do úvahy, že správa by mohla s ohľadom na jej predmet, a to zahrnutie medzikulturného dialógu do vyučovania, zasahovať do

suverenity členských štátov, a tým porušovať princíp subsidiarity, pre čo som sa v záverečnom hlasovaní rozhodla zdržať.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre o papel do diálogo intercultural, da diversidade cultural e da educação na promoção dos valores fundamentais da UE, por considerar que o relatório constitui uma tentativa de progresso com base em esforços combinados a nível europeu no sentido de prevenir e resolver a marginalização, intolerância, racismo e radicalização, bem como preservar um quadro de igualdade e de oportunidade para todos os cidadãos europeus.

Neste contexto, considero que o relatório identifica de forma bastante clara tanto as oportunidades como os desafios da diversidade cultural existentes na Europa e apresenta recomendações concretas para a ação a todos os níveis de governação, reconhecendo o papel único que a cultura e a educação podem assumir na construção da paz, resolução de conflitos e prevenção de crises.

Consequentemente, penso ser essencial que o diálogo intercultural, a diversidade cultural e a educação se tornem num compromisso forte da UE, para que aos cidadãos europeus seja dado acesso à educação para a cidadania e a possibilidade de adquirirem competências cívicas, sociais e interculturais que os ajudem a desenvolver valores éticos e cívicos, respeitando a existente diversidade europeia e combatendo os problemas sociais de exclusão dentro das suas sociedades.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório soma, a alguns aspetos positivos, uma perspetiva que não vai à verdadeira origem dos problemas que levam ao extremismo, à xenofobia e ao racismo. Branqueando o papel da UE e dos governos de alguns Estados-Membros e das suas políticas na promoção de desigualdades, de falta de acesso aos serviços públicos e direitos sociais e económicos, na produção de estigmas, o relatório «preconiza que a UE, enquanto agente de promoção da paz a nível mundial, deve promover o diálogo intercultural».

Não se fala em medidas de inclusão social concretas mas sempre em integração através do diálogo intercultural, pedindo-se no relatório que haja uma definição atualizada deste conceito, que não se entende muito bem como se vai medir.

Reconhecendo que o diálogo intercultural é uma ferramenta de participação democrática inclusiva, não podemos deixar de salientar que não está no plano das medidas de inclusão concretas, mas abstratas. Por outro lado, a própria UE, ao evocar os supostos valores fundamentais da UE em contraposição com outros, nomeadamente quando ingere em países ou rejeita a entrada daqueles que não têm cidadania de países da UE, nega na prática esse diálogo. Abstivemo-nos.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Medkulturni in medverski dialog sta pomembna v času, ko se Evropa sooča s številnimi izzivi, povezanimi s preseljevanjem, verskimi in medkulturnimi spori in porastom radikalizma. Izobraževanje ima pri urejanju tega izziva izjemno pomembno vlogo.

Toda sprejemanje različnih kultur in praks ne sme iti na račun temeljnih vrednot EU, kot so spoštovanje človekovih pravic, človekovega dostojanstva, svobode, demokracije, enakosti med ženskami in moškimi ter pravne države, ki so zapisani v 2. členu Pogodbe o EU in v Listini o temeljnih pravicah EU.

Čeprav poročilo premalo poudari pomen spoštovanja evropskih univerzalnih temeljnih vrednot, sem ga podprl, med drugim tudi zato, ker le-to poudarja pomen družine in izobraževanja prikrajšanih otrok.

6.6. EU-Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor – Bilanz und Herausforderungen (A8-0360/2015 - Burkhard Balz)

Dichiarazioni di voto orali

Krisztina Morvai (NI). – Többek között azért nem szavaztam meg a pénzügyi szolgáltatások uniós szabályozásáról szóló jelentést, mert olyan dolgokat ír elő a jövőre vonatkozó hatállyal, amelyek a múltban is már érvényes szabályok voltak, és különös jelentőségük lett volna a devizahiteles tragédiák megakadályozására. Mire gondolok itt? A jelentés tartalmazza például az ügyfelek alapos tájékoztatásának a kötelezettségét hitelfelvételkor, eddig is megvolt. Tartalmazza a banki vezetők felelősségét – eddig is kellett volna –, sokuknak már rég börtönben lenne a helyük, illetve az erős bankfelügyeletet. Ez sem értem, hogy miért nem működött. Feltettem a kérdést az európai uniós biztosnak a vita során mit óhajt tenni az Unió a nagyon nagy bajban lévő, tragikus helyzetben lévő devizahitelesek megsegítésére. Természetesen arcátlan módon, szokás szerint nem válaszolt.

Andrejs Mamikins (S&D). Priekšsēdētāja kungs! Jau gandrīz pirms desmit gadiem notikušās globālās finanšu krīzes atskaņas joprojām ir jūtamas Eiropas Savienības ekonomikā kopumā un it īpaši finanšu sfērā, kas pārdzīvoja ievērojamu triecienu, kā mēs zinām. Kamēr finanšu sistēmas reformas, kas pirmām kārtām ietekmē kapitāla tirgus un dažāda līmeņa finanšu pakalpojumus, jau pietiekami ilgi tiek realizētas, šis ceļš pagaidām vēl pilnībā nav noiets. Jāsaka, ka Eiropas Komisijai un visām citām Eiropas Savienības pārnacionāla līmeņa finanšu sfēru regulējošām institūcijām un citām — nacionālajos līmeņos — viennozīmīgi jāstrādā ciešāk vienai ar otru, lai sekmētu gan notiekošo reformu realizēšanu, gan atkārtotu krīzi nenotikšanu. Viens no primārajiem faktoriem, kas izraisīja, starp citu, septītā – devītā gada krīzi, bija banku sistēmas neefektivitāte un vāja tās pārbaudes sistēma. Līdz ar to ir ārkārtīgi svarīgi atzīmēt šo lēmumu, par kuru mēs šodien nobalsojām. Paldies!

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, criza financiară a făcut necesară adoptarea unor măsuri legislative la nivel european. În procesul de aplicare al acestor măsuri, au existat poticniri, au existat diferențe de aplicare în diversele state membre. De asemenea, au existat și prevederi legale care s-au contrazis parțial unele cu altele. Acest raport abordează aceste deficiențe și propune un impact al cadrului legislativ conturat și adoptat în timpul crizei financiare, precum și a modului în care s-a aplicat în diverse state membre, tocmai pentru ca, după această evaluare, să se poată corecta atât legislația, cât și practicile din statele membre care nu au urmat legislația.

Prin urmare, este nevoie de această evaluare, de planificare și de transparență în cadrul procesului legislativ și de o aplicare întocmai a măsurilor luate în cadrul crizei economice sau de luarea unor alte măsuri legislative, după atâția ani în care am văzut cum a evoluat criza economică, adică să adoptăm măsuri care să fie actuale zilei de astăzi.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono più volte intervenuto sulla qualità della normazione in materia finanziaria e della governance del settore. Con la relazione che abbiamo approvato facciamo un passo in avanti verso una maggiore trasparenza del processo legislativo in materia di servizi finanziari, al fine di evitare di ripiombare in una fase recessiva acuta come quella del 2008, con i mutui subprime. Questo rischio è meno astratto di quanto si crede, se illustri economisti preconizzano ormai una «epidemia» del settore energetico per il possibile fallimento delle società dello *shale oil* e se le autorità monetarie dei principali paesi non assumono proattive iniziative.

Concordo con la relazione e mi associo al relatore nella sua preoccupazione sulle incoerenze e sulla mancanza di uniformità nella legislazione, in particolare sugli obiettivi che auspico siano fatti propri da tutti i regolatori coinvolti e cioè la stabilità finanziaria, la protezione dei consumatori e il finanziamento delle piccole e medie imprese. Di conseguenza, la competitività globale dei settori finanziari europei, minacciata anche dalla Cina, dalla *Brexit* e dalle persistenti tensioni nell'area euro, va stimolata con un cambiamento culturale nel settore finanziario che metta al primo posto gli interessi dei consumatori con un approccio coerente e basato sul rischio.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, having being here in the last mandate, right throughout the recession, and seen the continuous efforts being made by yourself, Commissioner, and particularly Commissioner Barnier at the time, to get to grips with the problems and to try and put regulation in place that would ensure that these problems did not occur again, it is good that we should now take stock and look at what is happening and indeed insulate ourselves from any occurrences in the future. The last speaker pointed out, for instance, the possible consequences of shale gas for companies and consequently for the European economy. We can take nothing for granted, and for that reason we have to be vigilant all the time. I particularly welcome the creation of a banking union and the discipline that this will bring into the whole banking system, but as pointed out we have to be on our guard continuously for the future of European citizens.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu z vlastního podnětu, protože si myslím, že dobře ilustruje základní problémy, které vidíme v přístupu právě k financím na evropském trhu – unie kapitálových trhů je ostatně tohoto součástí – a ve srovnání s přístupem k financování právě rozvoje podniků, ale i malých start-upů na úrovni třeba Spojených států amerických. Musíme si uvědomit, že toto je základní problém při rozvoji podniků a sektoru služeb na úrovni Evropské unie. Podlamuje to potom dále rovněž i investice, investování a i možnost vytváření inovací na evropské úrovni. Proto jsem tuto zprávu podpořil a byl bych velmi rád, kdyby byla ze strany Evropské komise respektována při vytváření další legislativy na tomto poli vytváření unie kapitálových trhů.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – L'Unione dei mercati dei capitali si propone di affrontare con determinazione la carenza di investimenti, ampliando e diversificando le fonti di finanziamento per imprese e progetti a lungo termine in Europa. A tal scopo, la Commissione ha proposto un piano d'azione, da completarsi entro il 2019, volto ad agevolare gli investimenti transfrontalieri con l'ambizione di rendere il sistema finanziario europeo più stabile e competitivo. L'Unione dei mercati dei capitali, così come proposta, non risponde alle particolari esigenze di finanziamento delle PMI, bisognose piuttosto di banche locali radicate nella realtà del territorio. Ecco perché ho espresso voto negativo, ritenendo il sistema prospettato non adatto a tutelare le PMI, realizzando al contrario un canale di finanziamento ancora più complesso e costoso.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa ya que pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor de nuestro Grupo, de este informe no se deriva poner en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo. No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, reclamo a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

También me felicito por la inclusión en este informe de enmiendas de la delegación relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra porque supone la ratificación implícita por parte del Parlamento Europeo de la propuesta de la Comisión Europea sobre la Unión de los Mercados de Capitales. Esta propuesta, presentada por el señor Juncker como la solución para solventar los problemas de acceso al crédito y de financiación de la economía europea, es una mera estrategia para introducir el capital especulativo en la financiación directa de pequeñas y medianas empresas. Esta propuesta es absolutamente contraria a los intereses de las pymes de Europa que necesitan que se les garantice el crédito a través del sistema bancario tradicional y no a través de mecanismos cada vez más complejos que dejan todo el riesgo en manos de los pequeños empresarios, que ahora deberán convertirse en accionistas participantes de sus propias empresas. Esta descabellada propuesta provocará más problemas a las pequeñas empresas de aquellos que pretende solucionar, al estar pensada para los intereses de los grandes capitales. Es por todo esto por lo que he votado en contra del presente informe.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – Je me suis abstenu sur ce rapport, qui présente le bilan et les enjeux de la réglementation européenne sur les services financiers.

Le texte évoque la nécessité d'harmoniser cette réglementation qui se révèle de plus en plus complexe et soutient le projet d'une agence européenne de notation publique pour les dettes souveraines. Même si je soutiens ces mesures, je suis fermement opposé à l'union bancaire qui découlerait de la proposition de rupture du lien entre les États souverains et les banques au niveau national.

De plus, ce texte fait un simple bilan de cette réglementation et ne présente pas de propositions concrètes et nouvelles.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Η παρούσα έκθεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, την οποία και υπερψήφισα, καλεί την Ευρωπαϊκή Επιτροπή να λάβει υπόψη της τον αντίκτυπο της υιοθετούμενης νομοθεσίας των τελευταίων χρόνων στις χρηματοπιστωτικές αγορές και ζητεί να διασφαλιστεί η προστασία της ΕΕ από μελλοντικές κρίσεις. Επιπροσθέτως, η συγκεκριμένη έκθεση προσβλέπει στην αποδοτικότητα και στην αποτελεσματικότητα που οφείλει να επιδείξει η νομοθεσία στο περιβάλλον της πραγματικής οικονομίας. Προς αυτήν την κατεύθυνση αναμένεται ότι θα συμβάλλει η δημιουργία της Ένωσης Κεφαλαιαγορών. Συμπερασματικά, η ομάδα των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών στηρίζει την δημιουργία της Ένωσης Κεφαλαιαγορών, με στόχο την εναρμόνιση της χρηματοπιστωτικής νομοθεσίας με την πραγματική οικονομία καθώς και την μείωση της γραφειοκρατίας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte donne peu d'éléments juridiques et de propositions concrètes. Globalement, il reprend les communications de la Commission. Deux aspects essentiels peuvent être soutenus: l'inquiétude face à la complexité et à l'abondance de la réglementation européenne, ainsi que le projet d'une agence de notation européenne et publique sur les dettes souveraines. En revanche, nous ne soutenons pas l'idée de rompre le lien entre les États membres et leurs banques nationales, c'est-à-dire la finalisation de l'Union bancaire.

Par ailleurs, les réformes engagées par le commissaire Hill, sur le chantier de la CMU, soulèvent une interrogation quant à leur finalité, le rayonnement des acteurs de marché américains sur l'Europe. C'est pourquoi, j'ai choisi de m'abstenir.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The EU Financial Services Regulation will prove to be hugely damaging for the City of London. It blames the financial crisis on lack of regulation, showing a complete misunderstanding of how the financial sector operates. Naturally, I voted against this report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – De nombreuses initiatives législatives dans le domaine des services financiers de l'Union ont été lancées ces dernières années en vue de rétablir la stabilité financière et de mettre en œuvre les leçons tirées de la crise. J'ai voté en faveur de cette résolution, car j'estime qu'une évaluation approfondie des effets du cadre régissant les services financiers est nécessaire. Grâce à l'évaluation des effets cumulés et à un contrôle régulier de ces initiatives législatives, l'application des textes sur les services financiers devrait être moins complexe, compréhensible et mieux adaptée aux besoins des petites et moyennes entreprises.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa ya que pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor de nuestro Grupo, de este informe no se deriva poner en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo. No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, reclamo a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

También me felicito por la inclusión en este informe de enmiendas de la delegación relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – apžvelgti ES finansinių paslaugų reglamentą. 2007 ir 2008 m. prasidėjus finansų ir skolų krizei prireikė, kad Europos teisės aktų leidėjai ir tarptautinius standartus nustatančios institucijos imtųsi visapusiškų veiksmų. Nuo 2007 ir 2008 finansų ir skolų krizės ES finansinių paslaugų srityje pradėta vykdyti daug teisėkūros iniciatyvų siekiant atkurti finansinį stabilumą, stiprinti klientų apsaugą ir panaudoti krizės dėka įgytą patirtį. Šis pranešimas vertina šį teisėkūros darbą, šalina finansinių paslaugų teisės aktų leidybos trūkumus ir praneša apie susirūpinimą keliančius klausimus. Pritariu, kad finansinių paslaugų teisės aktuose privalu atsižvelgti į proporcingumą, kuriam reikia skirti daugiau dėmesio. Taip pat reikalingas visapusiškas galiojančių teisės aktų įgyvendinimas ir tvirtas vykdymo užtikrinimas valstybėse narėse. Svarbu, kad finansinis stabilumas ir klientų apsauga išliktų teisės aktų leidėjų prioritetais, daugiau svarbos suteikiant nuoseklus ir rizika grindžiamo požiūrio taikymui.

Zoltán Balczó (NI), írásban. – A jelentés tulajdonképpen vizsgálandó kérdéseket fogalmaz meg a tőkepiaci unió felé vezető út elősegítése érdekében. Előzménye „A tőkepiaci unió kiépítése” című bizottsági zöld könyv, valamint a Parlamentnek a zöld könyvről szóló 2015. július 9-i állásfoglalása. Ezek az anyagok, ahogy a címük is mutatja, a tőkepiaci unió megvalósításáról szólnak. A jelentés abból indul ki, hogy mivel az Unió tőkepiaca továbbra is szétaprózódott, a Bizottságnak olyan intézkedéseket kell tennie, amelyek elősegítik az egységes tőkepiac kialakulását.

Egyes intézkedések a pénzügyi válságok lehetőségének mérséklése érdekében elfogadhatók, bár hangsúlyoznunk kell, hogy a válságok a 90-es években bekövetkezett pénzügyi liberalizáció és dereguláció következményei és szó nincs annak visszafordításáról, hanem csak bizonyos fokú korlátozásáról. Az alapvető cél azonban pénzügyi területen megteremteni az unió teljes integráltságát, ami a pénzügyi területre vonatkozó intézkedések központosítását jelenti, és így egyik eszköze az unió vezetése által kitűzött célnak, az „egyre szorosabb unió”, vagyis egy központosított európai birodalom megteremtésének. Ezzel a céllal nem értek egyet, ezért a jelentés egészét elutasítottam.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Ce texte n'est qu'un exposé convenu sur les réformes en cours en matière de réglementation financière. Le rapporteur se garde bien d'évoquer les sujets qui fâchent, comme la séparation bancaire ou la question de la titrisation. Voilà pourquoi je me suis abstenu.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – À la suite de la crise de 2008, de nombreuses réformes ont eu lieu dans le domaine des services financiers. Le rapport dresse le bilan et apporte de nouvelles idées pour la suite.

Le rapport souligne les incohérences et le manque d'harmonisation potentiels de la législation actuelle. Il précise que des initiatives seront prises afin d'y remédier.

Il appelle à la mise en œuvre intégrale et appliquée de la législation actuelle de manière stricte dans les États membres. La stabilité financière et la protection des consommateurs demeurent les priorités.

J'ai voté en faveur de ce rapport, car il est essentiel de tirer les enseignements du passé afin de pouvoir reconstruire des services financiers viables.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – La crisi economica sviluppatasi a partire dal 2008 ha messo in luce tutti i rischi legati ad una carenza di regolamentazione nel settore finanziario. Le difficoltà dell'economia reale si sono generate a seguito delle forti scosse subite dai mercati azionari, dal sistema bancario e dall'intero complesso delle istituzioni finanziarie. L'impegno dell'UE degli ultimi anni, indirizzato a promuovere un sistema finanziario capace di rispondere meglio agli shock e più trasparente, si è però legato a una valutazione non esaustiva, da parte della Commissione, degli esiti delle riforme promosse. Ho sostenuto la relazione Balz perché sono convinto che si debba favorire il più possibile il percorso verso un'unione dei mercati dei capitali che favorisca l'economia reale. Il nuovo sistema finanziario dovrà basarsi su una rinnovata cultura e garantire ai risparmiatori e agli investitori la possibilità di accedere a informazioni pertinenti, accurate, semplici e affidabili. Bisognerà estendere le iniziative volte a migliorare il finanziamento delle PMI anche alle *start up*, alle microimprese e alle imprese a media capitalizzazione al fine di favorire una crescita stabile e sostenibile e la creazione di nuovi posti di lavoro.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra de este informe de propia iniciativa que repasa los distintos actos legislativos europeos sobre servicios financieros que se han dado en el anterior mandato, tratando de evaluar los logros y los problemas. Pretende de esta manera dar algunas indicaciones de cara a la Unión de los Mercados de Capitales que proyecta para esta legislatura la Comisión. El informe da la bienvenida a proyectos como el Plan Juncker y la Unión de los Mercados de Capitales, además de ser excesivamente positivo respecto a los logros legislativos de la anterior legislatura.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre la evaluación y los retos de la normativa sobre servicios financieros de la Unión: impacto y camino hacia un marco de la Unión más eficiente y efectivo para la regulación financiera y una unión de los mercados de capitales. Acojo con satisfacción el paquete de inversión de la Comisión y destaco la necesidad de contar con una financiación complementaria de las empresas no fundamentada en las entidades bancarias, al tiempo que señalo que uno de los principios fundamentales de la creación de una UMC debe focalizarse en mayor medida en los usuarios finales de los mercados de capitales, esto es, las empresas y los inversores.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la réglementation de l'Union sur les services financiers, qui en fait le bilan et en définit les enjeux, est en réalité un texte assez creux. Il fait un état des lieux sans vraiment de propositions nouvelles.

On peut soutenir la complexité croissante de la réglementation ou la création d'une agence européenne de notation publique des dettes souveraines (pour ne pas subir les agences américaines). Par contre, je ne peux être d'accord sur la nécessité de rompre le lien entre les États souverains et les banques au niveau national, c'est à dire de finaliser l'Union bancaire.

Sur l'Union des marchés de capitaux, je reste réservée, notamment sur la titrisation ou sur l'accès réel des PME aux marchés.

Concernant la CMU, je crains que les réformes proposées ne profitent finalement qu'aux acteurs américains qui dominent dans l'Union depuis Londres. Je me suis donc abstenue.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido la relazione Balz che analizza il bilancio e le sfide concernenti la regolamentazione dell'UE in materia di servizi finanziari. Ritengo necessario ripensare completamente la normativa UE in materia di servizi finanziari, non è sufficiente qualche iniziativa legislativa per dare finalmente stabilità ai mercati finanziari comunitari. C'è bisogno di un cambiamento radicale, che ridia fiducia ad imprese e consumatori. Per tali motivi ho votato contro questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa ya que pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor de nuestro Grupo, de este informe no se deriva poner en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo. No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, reclamo a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

También me felicito por la inclusión en este informe de enmiendas de la delegación relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kadangi 2007 ir 2008 m. kilus finansų ir skolų krizei prireikė, kad Europos teisės aktų leidėjai ir tarptautinius standartus nustatančios institucijos imtųsi visapusiškų veiksmų. Nuo tada ES finansinių paslaugų srityje pradėta vykdyti daug teisėkūros iniciatyvų siekiant atkurti finansinį stabilumą, stiprinti klientų apsaugą ir panaudoti krizės dėka įgytą patirtį. Daugybė teisės aktų jau sėkmingai įvykdyti, laikantis jų įgyvendinimo ir taikymo terminų, kurie jau praėjo arba netrukus praeis. Šis pranešimas savo iniciatyva yra pirmasis žingsnis siekiant įvertinti šį teisėkūros darbą, pašalinti pastebėtus finansinių paslaugų teisės aktų leidybos trūkumus ir pranešti apie išryškėjusius susirūpinimą keliančius klausimus, ypač dėl to, kad nebuvo pakankamai išanalizuotas atskirų teisėkūros priemonių ir jų tarpusavio sąveikos poveikis, taip pat iki šiol nebuvo visapusiškai įvertintas bendras visų teisės aktų poveikis. Europos Parlamentas mano, kad, įgyvendinant svarbias naujas Komisijos iniciatyvas, pavyzdžiui, Investicijų dokumentų rinkinį ir kapitalo rinkų sąjungą, bus pasiekta geresnių rezultatų, jei jos bus pagrįstos esamu finansinių paslaugų reglamentavimu, kuris yra veiksmingas ir efektyvus.

Franco Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano poročilo o oceni stanja trga finančnih storitev v EU sem podprl.

Kljub številnim ukrepom, ki jih je EU sprejela od začetka finančne in gospodarske krize v letu 2008 in so stabilizirali finančne trge v Evropi, ostaja na tem področju še veliko odprtih vprašanj in pobud. Takšni sta denimo pobudi Komisije o uniji kapitalskih trgov in naložbenem svežnju, ki bosta morali temeljiti na dosednji ureditvi finančni trgov.

Nadgrajena ureditev bi morala biti tudi prijazna do malih in srednjih podjetij, ključnih generatorjev gospodarske rasti v EU, močno pa je treba tudi okrepiti vire za financiranje projektov realnega sektorja. Le to bo namreč omogočilo nadaljevanje rasti in zmanjšanje brezposelnosti.

Kot zadnje je treba tudi okrepiti regulacijo finančnih trgov, ki pa ne sme povzročati dodatnih stroškov za realno gospodarstvo.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La revisione della regolamentazione in materia di servizi finanziari ci dà la possibilità di fare il punto della situazione e di proporre dei miglioramenti in un ambito che, come ha evidenziato la crisi finanziaria, ha sempre più ampie ricadute sull'economia reale. Questa relazione, che io sostengo, ha il merito di realizzare un buon equilibrio tra la volontà di facilitare l'accesso ai finanziamenti e la necessità di riesaminare una regolamentazione dimostratasi spesso non idonea a far fronte alle problematiche e alle sfide attuali. Revisionare la normativa in materia di servizi finanziari non significa infatti orientarci verso una progressiva deregolamentazione, ma verso una migliore regolamentazione. Anche in vista della creazione di un'Unione dei mercati dei capitali, occorre una normativa più chiara ed efficace, ma anche maggiormente trasparente e coerente, che sia capace di creare un ambiente più favorevole agli investimenti, prevedendo altresì la creazione di nuovi canali di accesso al credito, di cui possano beneficiare in particolare le piccole e medie imprese e le *start up*. Serve un quadro normativo chiaro e coerente, per garantire stabilità finanziaria e competitività.

Mario Borghesio (ENF), *per iscritto*. – La relazione rappresenta un compendio di buone intenzioni, in parte condivisibili ma con «distinguo» tipo il punto 14 che appare intrinsecamente contraddittorio. Il problema tuttavia risulta costituito dall'assoluto silenzio sull'unico fondamentale presupposto dei buoni propositi vale a dire il ripristino della netta separazione tra i soggetti che si occupano di finanza e quelli che devono esercitare il credito (cd legge Glass Steagall). Senza ciò non può esservi né tutela del risparmio né adeguato credito a favore dell'economia reale. Inoltre la relazione non valuta abbastanza i sistemi di soluzione non conflittuale delle controversie debitorie e infatti demonizza lo *shadow banking* (punto 26) che invece nasce per ovviare alle carenze di credito riscontrate addirittura nell'ambito delle grandi fortune. E soprattutto, non offre misure concretamente applicabili per l'analisi dei rischi sui prodotti derivati atti a tutelare l'interesse diffuso degli investitori e, in particolare, dei piccoli risparmiatori europei.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće koje poziva Komisiju da provjeri utjecaj zakonodavstva na finansijska tržišta proteklih godina te da osigura daljnju zaštitu EU-a od budućih kriza, uz učinkovitost kod financiranja realnog gospodarstva i malog i srednjeg poduzetništva

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport présente peu de propositions nouvelles.

S'il met en exergue la complexité croissante de la réglementation et s'il suggère la création d'une agence européenne de notation, choses sur lesquelles je serais éventuellement d'accord, il prône aussi la mise en place de l'union bancaire, la rupture du lien entre les États et les banques au niveau national, et le principe extrêmement dangereux de la titrisation.

Par conséquent, je me suis abstenue.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo che le azioni intraprese dall'UE in materia di servizi finanziari rappresentino un passo importante sulla strada per il completamento del mercato unico e dell'integrazione europea. In particolare, ritengo sia importante che la regolamentazione su questa materia debba concentrarsi maggiormente sugli utenti finali dei mercati dei capitali, vale a dire le imprese e gli investitori.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La crise financière de 2008 a mis en exergue de nombreux dysfonctionnements concernant la réglementation des activités de marché. C'est dans ce contexte que ce rapport dresse le bilan et les enjeux de la réglementation sur les services financiers. Le rapporteur émet, à juste titre, de vives inquiétudes quant à la complexité des réglementations nationales et promeut une harmonisation des différentes législations qui encadrent ce secteur d'activité. Nous le rejoignons également sur l'idée d'une création d'une agence publique de notation des dettes souveraines.

En revanche, nous considérons que l'union bancaire sera néfaste aux États membres, dans la mesure où elle les empêchera de venir au secours de leur secteur bancaire s'il venait à rencontrer de graves difficultés financières, notamment en termes de capitalisation. Ce nouveau cadre législatif nous apparaît, en effet, dangereux pour les épargnants. De plus, le rapport n'aborde pas la question de la séparation des banques de dépôts et des banques d'affaires, qui est la seule solution efficace pour protéger les épargnants des activités spéculatives que pratiquent certains établissements financiers.

Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – În urma crizei financiare apărută în perioada 2007-2008, au fost lansate o serie de inițiative legislative care au vizat sectorul serviciilor financiare din UE, cu scopul de a restaura stabilitatea financiară, de a consolida protecția consumatorului și de a pune în aplicare învățămintele dobândite în urma crizei. Până în prezent, numeroase acte legislative au fost finalizate cu succes, iar punerea lor în aplicare s-a realizat deja la termenele prevăzute sau urmează să aibă loc în curând.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece prin intermediul lui sunt evaluate deficiențele observate în procesul de legiferare în domeniul serviciilor financiare și sunt puse în evidență anumite preocupări alimentate în special de faptul că impactul măsurilor legislative individuale și al interacțiunilor dintre acestea nu a fost suficient analizat.

Consider că este nevoie de o evaluare aprofundată a impactului cadrului de reglementare a serviciilor financiare și că o astfel de evaluare ar trebui să fie repetată periodic.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – A seguito della crisi finanziaria e del debito (privato, ma si omette apposta di precisarlo) scoppiata nel 2007/2008 sono state lanciate numerose iniziative legislative nel campo dei servizi finanziari dell'UE allo scopo di ripristinare la stabilità finanziaria, rafforzare la protezione dei consumatori e mettere in pratica gli insegnamenti tratti dalla crisi. Questa relazione di iniziativa costituisce un primo passo per tracciare un bilancio di tale lavoro legislativo, nel quadro di nuove importanti iniziative della Commissione quali il pacchetto sugli investimenti e l'Unione dei mercati dei capitali.

È inutile un'operazione di semplice cosmesi a un impianto di regole economiche e finanziarie che hanno reso l'UE, e in particolare l'eurozona, inerme di fronte agli shock esterni e il buco nero mondiale della domanda. Peraltro, affidare alla Commissione la governance dei mercati finanziari (tale è l'Unione dei mercati dei capitali) è come mettere una volpe in un pollaio. La prima e sola azione efficace da intraprendere è lo smantellamento (coordinato, auspicabilmente) dell'Unione economica e monetaria, cui seguirà di conseguenza la dissoluzione dell'Unione bancaria. Voto contrario.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa ya que pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor de nuestro Grupo, de este informe no se deriva poner en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo. No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, reclamo a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

También me felicito por la inclusión en este informe de enmiendas de la delegación relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le bilan et les enjeux du règlement de l'Union relatif aux services financiers. La crise économique et financière apparue en 2008 a conduit à une nécessaire réglementation du secteur financier européen. La plupart des législations européennes en la matière sont totalement ou partiellement mises en œuvre par les États membres. Il est donc opportun à présent d'examiner leur efficacité et leur pertinence. Ce rapport demande à la Commission d'effectuer cette première évaluation pour la fin de l'année 2016 et de régulièrement entreprendre cet exercice.

Il est dans l'intérêt des consommateurs, des investisseurs et des entreprises de mettre en place un cadre réglementaire qui les protège des dérives que nous avons connu avant et pendant la crise. Toutefois, cette réglementation doit être proportionnée et ne doit pas étouffer le secteur financier, qui est indispensable à la relance économique de l'Union.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The Report calls for EU agencies to become more involved in international standard setting (inevitably at the expense of national regulators), accordingly UKIP voted against this dilution of national sovereignty.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report as it is a thorough analysis of the EU Financial Services Regulation. It is true that we need to evaluate and update our regulations in line with the constant changes in the financial sector and these must be coherent, consistent and transparent in order to ensure effective implementation. The report also proposes an interesting notion of a common register which would include references to national implementation of the financial services regulations.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione concerne la realizzazione dell'Unione dei mercati dei capitali, con l'obiettivo di superare la frammentazione dei mercati finanziari riducendo la dipendenza delle imprese dal sistema bancario. Il testo si focalizza su canali di finanziamento alternativi ai prestiti bancari attraverso una maggiore finanziarizzazione dell'economia (da effettuarsi tramite strumenti nuovi, come il *peer to peer lending* e il *crowdfunding*, che via altri già noti come la cartolarizzazione). La soluzione per favorire maggiore crescita e occupazione è stata individuata quindi in nell'ulteriore espansione della finanza, dimenticando che proprio nel prevalere di questa sull'economia reale la crisi stessa ha le sue radici. La proposta, inoltre, che chiede maggiore coerenza sia all'interno della legislazione UE che nel quadro del *framework* internazionale, non tiene conto delle specificità delle PMI europee e dei danni che la standardizzazione dei prodotti finanziari arrecherebbe loro. Ho quindi espresso voto contrario.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Τασσόμαστε υπέρ της έκθεσης πρωτοβουλίας διότι αποτελεί ένα πρώτο βήμα για τον απολογισμό του νομοθετικού έργου στον τομέα των χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών στην ΕΕ και διότι συμβάλλει στην αντιμετώπιση των ελλείψεων που έχουν παρατηρηθεί στη νομοθεσία όσον αφορά τις χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες. Η έκθεση λαμβάνει επίσης υπόψη τις ανησυχίες που έχουν εκφραστεί διότι ο αντίκτυπος των επιμέρους νομοθετικών μέτρων και της αλληλεπίδρασής τους δεν έχει αναλυθεί επαρκώς και διότι ο σωρευτικός αντίκτυπος της νομοθεσίας στο σύνολό της δεν έχει μέχρι στιγμής υποβληθεί σε πλήρη αξιολόγηση. Μια ενδελεχής εκτίμηση αντίκτυπου του πλαισίου των χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών είναι αναγκαία και πρέπει να επαναλαμβάνεται τακτικά.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η ψηφοφορία σχετικά με τη ρύθμιση των χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών στην Ένωση δεν θα μπορούσε να έχει θετικό αποτέλεσμα. Η καταφανής απουσία βασικών αναφορών από την έκθεση, σε συνδυασμό με την έλλειψη καινοτόμων προτάσεων, καθιστούν αυτού του είδους τις προσπάθειες ανούσιες. Γι αυτό το λόγο, αποφάσισα να την καταψηφίσω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho scelto di votare a favore della relazione di iniziativa poiché ritengo che la stabilità finanziaria e la protezione dei consumatori siano una priorità dell'azione dell'organo legislativo. Il provvedimento intende affrontare le lacune riscontrate nella regolamentazione in materia di servizi finanziari. Il relatore ritiene inoltre che la legislazione attuale debba essere attuata pienamente e applicata in maniera rigorosa negli Stati membri.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che non solo non dobbiamo dimenticare la lezione imparata con questa crisi, ma addirittura non dovremmo ancora smettere di osservare perché c'è ancora tanto da imparare. La legislazione che ha fatto seguito in particolare alla crisi del 2007-2008 va implementata e non possiamo permetterci di rilassarci, poiché la distrazione in questo comparto può portare a danni enormi, che si propagano soprattutto a chi non ha colpe, e questo non è politicamente accettabile.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The report calls on the Commission services to complete the first assessment by the end of 2016 and to report on the overall impact and, among other things, on the following: the effects on the different financial sectors, including an appropriate differentiated breakdown of the market participants by size, complexity and business model, and on non-financial entities, possible gaps and loopholes, while considering the possible development of new threats and risks; the actual and expected economic effects, as well as the competitiveness of the European financial sector in the world; the possibilities of benefiting the real economy, including SMEs, consumers and employment; the need to further improve existing, and extend complementary, funding channels, including the effect on access to finance for SMEs and mid-cap companies; the effects on supply and demand of long-term financing; the capacity of ESAs to fulfil the tasks given to them under the current legislative framework and on the steps that may be needed to improve the framework, especially the financing of ESAs in the near future.

The first accumulated impact assessment should be used for a targeted examination of the overall financial services framework, whilst avoiding a broad reopening of recent legislation.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – The Report calls for EU agencies to become more involved in international standard setting (inevitably at the expense of national regulators), accordingly UKIP voted against this dilution of national sovereignty.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Apoio o relatório do Deputado Burkhard Balz sobre a regulamentação da UE em matéria de serviços financeiros e o enfoque no restabelecimento da estabilidade financeira, no reforço da proteção dos consumidores e em pôr em prática os ensinamentos retirados da crise.

Concordo com a crítica do relator de que o impacto das medidas legislativas individuais e das suas interações não foram suficientemente analisados, nem plenamente avaliado o impacto acumulado da legislação em geral.

Espero que as novas iniciativas da Comissão, como o Pacote de Investimento e a União dos Mercados de Capitais, sejam construídas com base na regulamentação existente em matéria de serviços financeiros, que funciona de forma eficaz e eficiente.

Sublinho a preocupação do relator de que a legislação em matéria de serviços financeiros observe o princípio da proporcionalidade, e que seja prestada mais atenção, às PME e ao financiamento das PME. A aplicação da legislação em matéria de serviços financeiros deve ser menos complexa, mais compreensível e mais bem adaptada às necessidades das pequenas e médias empresas.

É fundamental que a estabilidade financeira e a proteção dos consumidores continuem a constituir as prioridades dos legisladores, devendo ser dada maior relevância à aplicação de uma abordagem baseada no risco.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La competitività reale della legislazione europea e dei settori finanziari dell'Unione europea costituisce una sfida cruciale per la regolamentazione in materia di servizi finanziari. Tale regolamentazione dovrebbe essere coerente e proporzionata, soprattutto in relazione alle attuali iniziative sulle PMI e il finanziamento delle PMI. Riguardo a quest'ultime persiste ancora una carenza di informazioni riguardo alla loro situazione finanziaria e questo costituisce uno dei principali ostacoli agli investimenti. Premesso ciò, ho ritenuto di dover votare a favore di tale relazione di iniziativa e mi auguro che ben presto si possa ripristinare una sana stabilità finanziaria, rafforzando soprattutto la protezione dei consumatori, incentivando gli investimenti e mettendo in pratica gli insegnamenti tratti dalla crisi.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Since the financial crisis in 2008 several legislative initiatives in the field of EU financial services have been launched to restore financial stability, to strengthen customer protection and to implement the lessons learnt from the crisis. This report is a stocktake of these legislative instruments and their overall impact. It calls on the Commission to complete the first assessment by the end of 2016 and to report back on the actual and expected economic effects, as well as on the competitiveness of the European financial sector in the world, on the effect on access to finance for SMEs and their long-term financing perspectives. Financial stability and customer protection need to remain the priority of the legislators. I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione di iniziativa accoglie la proposta della Commissione di realizzare una Unione dei mercati dei capitali (CMU) con l'obiettivo di superare la frammentazione dei mercati finanziari riducendo la dipendenza delle imprese dal sistema bancario.

Il focus è su canali di finanziamento alternativi ai prestiti bancari attraverso una maggiore finanziarizzazione dell'economia sia con strumenti nuovi, come il *peer to peer lending* e il *crowdfunding*, sia con strumenti già utilizzati come la cartolarizzazione. Quest'ultima rimane un canale di finanziamento troppo complesso e costoso per rispondere ai bisogni di finanziamento delle PMI, che hanno invece bisogno di banche locali che possono conoscere direttamente il contesto territoriale in cui opera l'impresa.

La CMU renderà il sistema economico più fragile, interconnesso ed esposto a rischi sistemici e a nuove crisi alle spese della crescita e dell'economia reale. Non risolverà il problema del finanziamento delle PMI che hanno bisogno di fonti di credito stabile, sostenibile e a lungo termine.

Inoltre è pericoloso e irresponsabile promuovere l'integrazione dei mercati in mancanza di una riforma strutturale bancaria basata sulla separazione delle attività di credito dalle attività di investimento e di una vera regolamentazione del sistema bancario ombra. Il mio voto è quindi sfavorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra porque supone la ratificación implícita por parte del Parlamento Europeo de la propuesta de la Comisión Europea sobre la Unión de los Mercados de Capitales. Esta propuesta, presentada por el señor Juncker como la solución para solventar los problemas de acceso al crédito y de financiación de la economía europea, es una mera estrategia para introducir el capital especulativo en la financiación directa de pequeñas y medianas empresas. Esta propuesta es absolutamente contraria a los intereses de las pymes de Europa que necesitan que se les garantice el crédito a través del sistema bancario tradicional y no a través de mecanismos cada vez más complejos que dejan todo el riesgo en manos de los pequeños empresarios, que ahora deberán convertirse en accionistas participantes de sus propias empresas. Esta descabellada propuesta provocará más problemas a las pequeñas empresas de aquellos que pretende solucionar, al estar pensada para los intereses de los grandes capitales. Es por todo esto por lo que he votado en contra del presente informe.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie dotyczące roli dialogu międzykulturowego, różnorodności kulturowej i edukacji w promowaniu podstawowych wartości UE stanowi próbę podsumowania prac legislacyjnych dotyczących usług finansowych, próbę zaradzenia stwierdzonym brakom w procesie stanowienia prawa w zakresie usług finansowych oraz próbę zwrócenia uwagi na wynikłe problemy. W sprawozdaniu zwrócono również uwagę na skutki poszczególnych środków legislacyjnych oraz brak odpowiedniej analizy ich wzajemnych powiązań, a także brak pełnej oceny łącznych skutków ogółu przepisów.

W pełni zgadzam się ze stanowiskiem sprawozdawcy, iż jednym z głównych wyzwań dla uregulowań sektora usług finansowych jest globalna konkurencyjność prawodawstwa UE i unijnych sektorów finansowych. Ważna jest również kwestia jakości regulacji w zakresie usług finansowych, która zależy również od koordynacji, terminowości i przejrzystości procesu prawodawczego. Uważając tę inicjatywę za uzasadnioną, zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – An efficient and effective financial services legal framework should ensure financial stability. That is the prerequisite for increasing long-term investment and fostering growth in a competitive EU economy. In this sense, capital markets play an important role in addressing the financing needs of our Member States' economies.

This parliamentary report on the stocktaking and challenges of the EU financial services regulation explores the impacts of legislation on financial markets that were adopted in recent years. It emphasises the need to defend the EU from future financial crises, while being effective in financing the needs of the real economy and SMEs. In fact, a successful capital markets union should enable EU companies of all sizes and at different stages of growth to access EU capital markets in a user-friendly, efficient and low-cost manner. This is why I could support this parliamentary report.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this report as a useful overview of legislation covering financial services: the assessment of individual legislative measures and the lack of analysis on their impact is particularly helpful. The rapporteur is quite right to identify the global competitiveness of EU legislation and the EU financial sectors as an essential challenge in financial services regulation. As a useful contribution to the debate on financial services regulation I welcome this report and am happy to support it.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Un sector financiar cât mai eficient la nivel european nu poate exista fără continuarea digitalizării informațiilor și transparență crescută în utilizarea practică a datelor și informațiilor. Acestea trebuie însă să fie relevante, precise, comparabile, ușor de utilizat, fiabile și prezentate în timp util pentru a asigura un echilibru în ceea ce privește furnizarea către consumatori a informațiilor de care au nevoie pentru a alege produsele cele mai adecvate nevoilor lor și pentru a înțelege riscurile implicate.

Pe de altă parte, sistemul financiar are nevoie de consultanți financiari cu o formare profesională adecvată pentru a putea oferi clienților consiliere în cadrul instituțiilor financiare și servicii corespunzătoare.

În plus, întreprinderile mici și mijlocii ar trebui să beneficieze și ele de programe de educație financiară specifică pentru a li se permite inițierea în folosirea piețelor de capital și a le ajuta să înțeleagă ce costuri și beneficii există pe piața de capital pentru diferitele servicii furnizate de participanții pe piața de capital.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative dresse un premier bilan de la série de textes législatifs produits par les institutions européennes dans le domaine des services financiers suite à la crise financière et économique de 2007/2008.

En préambule, le Parlement européen rappelle que la stabilité financière, la protection des consommateurs et la compétitivité de l'Union dans le secteur financier mondial doivent rester les priorités politiques dans ce domaine. Il suggère que plus d'attention devrait être portée aux études de risque. Je partage également l'analyse selon laquelle les États membres ont une responsabilité importante dans la mise en œuvre des décisions européennes.

Le rapport appelle la Commission européenne à finaliser son évaluation des mesures d'ici fin 2016 et propose de s'intéresser aux impacts économiques des mesures prises depuis 2007/2008, ainsi qu'aux opportunités qui existe pour soutenir l'économie réelle, comme l'accès aux prêts pour les PME et les citoyens.

Considérant qu'un tel examen de qualité est nécessaire afin d'ajuster les règles sans pour autant rouvrir les textes de base et plonger les acteurs économiques dans une incertitude qui ne ferait que les affaiblir, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport, qui établit les recommandations du Parlement européen en vue d'améliorer la réglementation européenne dans le domaine des services financiers. Ces recommandations permettront de mettre en place les principales composantes d'une union des marchés des capitaux au niveau européen, et ainsi renforcer la protection des consommateurs.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Le pericolose fluttuazioni derivanti dal petrolio al ribasso, l'instabilità dei mercati finanziari in Cina e i nodi irrisolti nella struttura economica e finanziaria possono risultare ancora una volta esplosivi per la fragile crescita economica in Europa e in Italia.

Per questo, quando ragioniamo sulle riforme in materia finanziaria in Europa dovremmo agire avendo in mente i possibili pericoli cui potremmo andare incontro se alleggerissimo parte dell'impianto normativo che le istituzioni europee hanno faticosamente portato avanti in questi anni.

Oggi è tempo di rileggere la storia di questi ultimi anni e rafforzare quelle riforme implementate come EMIR ed ancora da implementare come MiFID II e MMF in una chiave di rilancio economico, che non significa ridurne la portata, ma renderle coerenti con un'economia non ancora pronta a nuove sfide globali. È compito di noi legislatori avviare un lavoro che renda l'Unione dei mercati dei capitali una sfida vincente per tutte le economie europee, non soltanto per quelle che hanno già sviluppato piattaforme in questo senso, superando i problemi legati al credito soprattutto per le piccole e medie imprese. Per tali ragioni ho ritenuto necessario votare a favore di questa proposta.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Malgré de bonnes intentions, comme l'amélioration et l'harmonisation d'une réglementation bancaire complexe et peu lisible, ce rapport dresse un simple bilan, assez pauvre. Il ne se consacre pas assez aux sujets de fond qui mériteraient d'être traités, afin de corriger les erreurs à l'origine de la dernière crise financière ou de permettre un financement plus efficace de l'économie, notamment par l'accès des petites et moyennes entreprises (PME) aux marchés financiers. Au contraire, l'union bancaire est in fine soutenue; or, il s'agit d'un projet que nous ne pouvons accepter. Ne souhaitant pas cautionner ce manque d'ambition et de pragmatisme, je me suis abstenue.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Смятам, че текстът на този доклад е доста неутрален и въпреки че засяга деликатни теми като тази за Банковия съюз и дали да участват само държави от еврозоната, е постигнато балансирано съдържание. Затова подкрепих и доклада. В него са повдигнати въпроси, на които трябва да се обърне допълнително внимание като например се подчертава конкурентоспособността на законодателството на ЕС в световен мащаб и фактът, че финансовият сектор на ЕС е основно предизвикателство в регулирането на финансовите услуги.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η αδυναμία του χρηματοπιστωτικού συστήματος να ανταπεξέλθει στην οικονομική κρίση και ο αντίκτυπος αυτής έχουν καταδείξει την έλλειψη κατάλληλων και υψηλής ποιότητας ρυθμίσεων των χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών για όλο και πιο περίπλοκες αγορές και προϊόντα. Το κανονιστικό πλαίσιο πρέπει να περιλαμβάνει όλους τους χρηματοπιστωτικούς τομείς, το τραπεζικό, το ασφαλιστικό, τις αγορές ακινήτων και κινητών αξιών, τα επενδυτικά ταμεία κτλ. Το πλαίσιο που έχουμε ανάγκη θα επιβάλλει τη διαφάνεια στην αγορά, την αποτελεσματικότητα στη μακροληπτική εποπτεία, τη διεθνή ανταγωνιστικότητα των ευρωπαϊκών επιχειρήσεων, την προώθηση της επιχειρηματικότητας, την αποτελεσματικότητα στην άρση των φραγμών στην αγορά, και παράλληλα θα παρέχει δυνατότητα πλήρους εκτίμησης ή/και ποσοτικής ανάλυσης των συνολικών επιπτώσεων και της αλληλεπίδρασης των επιμέρους μέτρων.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – A crise financeira e de dívida soberana que emergiu em 2007/2008 exigiu uma ação global por parte dos legisladores europeus e dos organismos internacionais de normalização. O presente relatório de iniciativa constitui um primeiro passo para fazer um balanço do trabalho legislativo, abordar lacunas observadas na legislação dos serviços financeiros e expressar preocupações que surgiram, em particular, do facto de o impacto das medidas legislativas individuais e das suas interações não terem sido suficientemente analisados, nem ainda plenamente avaliado o impacto acumulado da legislação em geral.

A presente legislação necessita de uma transposição plena e de uma aplicação forte nos Estados-Membros. Considero importante que a estabilidade financeira e a proteção dos consumidores continuem a constituir as prioridades dos legisladores. Realço que a qualidade da regulamentação em matéria de serviços financeiros também depende da coordenação, do calendário e da transparência no processo legislativo.

Edouard Ferrand (ENF), par écrit. – Je me suis abstenu sur ce rapport, parce qu'il ne s'oppose pas à l'union bancaire.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – A teoria económica dominante aponta como principal explicação, e praticamente única, para a crise financeira de 2007/2008 a escassez (ou reduzida aplicação) de regulamentação e supervisão financeiras, a falta de transparência e de notificação. Por esse motivo, temos assistido na UE a uma elevada produção de legislação ao nível da regulamentação e supervisão que, afirmam os seus defensores, impedirá o surgimento de novas crises financeiras. Puro embuste.

Pese embora a importância das alterações introduzidas nesta matéria, os passos mais importantes estão por dar: a separação da banca comercial da banca de investimento e o controlo público da banca. Só estas medidas poderão proteger os trabalhadores e os povos dos Estados-Membros de vir a pagar novas «aventuras» da alta finança.

Com a União dos Mercados de Capitais afirmam querer facilitar o acesso das PME aos mercados de capitais como forma de resolver os constrangimentos que estas enfrentam junto da banca comercial. O seu grande objetivo é, porém, aumentar os lucros do setor financeiro. Afirmam os seus promotores que as melhorias ao nível da legislação encarregar-se-ão de impedir uma crise como a de 2007/2008. Mais um embuste. Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della proposta di risoluzione concernente la regolamentazione dell'UE in materia di servizi finanziari. La mancata uniformità nella regolazione dei suddetti servizi ha spesso portato all'adozione discrezionale di norme meno severe per attrarre le imprese, con risultati negativi per il funzionamento del mercato interno.

Ritengo essenziale in questo particolare settore un'implementazione del processo legislativo in termini di coordinamento e trasparenza, al fine di assicurare una competitività globale dei settori finanziari dell'UE. Per fare ciò, è necessario che le AEV e l'MVU abbiano un ruolo decisivo da svolgere per il conseguimento degli obiettivi di miglioramento della regolamentazione e della vigilanza.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Hospodárska a finančná kríza z prelomu rokov 2007 a 2008 si vyžiadala mnohé opatrenia zo strany európskych zákonodarcov, ktorí museli prijať viaceré opatrenia v oblasti finančných služieb Európskej únie. Táto správa, ktorá je predložená Európskemu parlamentu, sa usiluje o zhodnotenie predmetnej legislatívnej práce. Súčasné právne predpisy si zasluhujú úplné vykonávanie a dôrazné presadzovanie v členských štátoch. Finančná stabilita a ochrana zákazníkov sa musia stať dôležitými prioritami zákonodarcov, pričom väčší dôraz treba pripísať uplatňovaniu konzistentného prístupu založeného na riziku.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Η αδυναμία του χρηματοπιστωτικού συστήματος να ανταπεξέλθει στην οικονομική κρίση και ο αντίκτυπος αυτής έχουν αναδείξει την έλλειψη κατάλληλων και υψηλής ποιότητας ρυθμίσεων των χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών για τις ολοένα και πιο περίπλοκες αγορές και τα προϊόντα αυτών. Το κανονιστικό πλαίσιο πρέπει να περιλαμβάνει όλους τους χρηματοπιστωτικούς τομείς, το τραπεζικό, το ασφαλιστικό, τις αγορές ακινήτων και κινητών αξιών, τα επενδυτικά ταμεία κτλ. και πρέπει να επιβάλει τη διαφάνεια στην αγορά, την αποτελεσματικότητα στη μακροληπτική εποπτεία, τη διεθνή ανταγωνιστικότητα των ευρωπαϊκών επιχειρήσεων, την προώθηση της επιχειρηματικότητας, την αποτελεσματικότητα στην άρση των φραγμών στην αγορά, ενώ παρέχει παράλληλα τα μέσα για την πλήρη εκτίμηση ή/και ποσοτική ανάλυση των συνολικών επιπτώσεων και της αλληλεπίδρασης των επιμέρους μέτρων. Για τους παραπάνω λόγους, υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με τον απολογισμό και τις προκλήσεις της ρύθμισης της ΕΕ για τις χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Although we have an ambitious reform agenda for the EU financial sector that has been launched to strengthen financial regulation and supervision against the background of the 2007-2008 financial crisis, the transposition and implementation of the financial regulatory reform is still ongoing and not yet completed.

Therefore, I welcome the purpose of the report to ensure that the legislation on financial markets continues to defend the EU from future crises while being effective and efficient in financing the real economy and SMEs.

I believe that the creation of the Capital Markets Union should further strengthen this process, as it is an improvement in channelling funding to the real economy. An efficient and effective financial services framework ensuring financial stability is a prerequisite for increasing (long-term) investment and fostering growth in a competitive European economy. But I have to underline, taking into account the importance of the international framework for the EU framework, that we need to increase the EU's influence and promote the legislation we have adopted through a democratic process.

I welcome the creation of a European Public Rating Agency and I stress the objective of maintaining the highest investor protection standards across markets.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A 2007/2008 során kitört pénzügyi és adósságválság átfogó fellépést igényelt az európai jogalkotók és a nemzetközi standardalkotók részéről. Azóta számos jogalkotási kezdeményezést indítottak el az uniós pénzügyi szolgáltatások területén, amelyek célja a pénzügyi stabilitás helyreállítása, a fogyasztóvédelem megerősítése és a válság tanulságainak végrehajtása. Számos jogszabályt már sikeresen meghoztak, és a végrehajtási és alkalmazási határidőket már teljesítették vagy hamarosan teljesíteni fogják.

Ez a saját kezdeményezésű jelentés az első lépés ahhoz, hogy áttekintést nyerjünk erről a jogalkotási munkáról, kezeljük a pénzügyi szolgáltatásokra vonatkozó jogalkotás során feltárt hiányosságokat, és válaszoljunk azokra az aggodalmakra, amelyek különösen azért fogalmazódtak meg, mert az egyes jogalkotási intézkedések hatásait, valamint ezek kölcsönhatásait nem elemezték kellőképpen, és az általános jogszabályok halmozott hatását még nem lehetett teljes mértékben értékelni.

Véleményem szerint az olyan fontos új bizottsági kezdeményezések, mint például a beruházási csomag és a tőkepiaci unió jobb eredményeket érhetnek el, ha a pénzügyi szolgáltatásokról szóló meglévő szabályozáson alapulnak, amely hatékonyan és eredményesen működik.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor de este informe que tiene como misión evaluar la labor legislativa sobre servicios financieros de la UE, a fin de abordar las deficiencias detectadas. La estabilidad financiera y la protección del consumidor deben seguir siendo las prioridades de la UE en esta materia, teniendo siempre en cuenta las interdependencias con las normas internacionales.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor del Grupo socialista, este informe no pone en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo.

No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, pedimos a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

Por último, los socialistas españoles hemos conseguido incluir enmiendas relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa ya que pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor de nuestro Grupo, de este informe no se deriva poner en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo. No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, reclamo a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

También me felicito por la inclusión en este informe de enmiendas de la delegación relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sul bilancio e le sfide concernenti la recente legislazione sui servizi finanziari: impatto e via da seguire per un quadro più efficiente ed efficace, perché ritengo che l'utilità di una regola risieda nella sua capacità di essere efficace nel risolvere i problemi per la cui soluzione è stata pensata.

La scorsa legislatura si è chiusa con una produzione legislativa in materia finanziaria senza precedenti, per effetto della crisi finanziaria importata dagli Stati Uniti. Una parte consistente della stessa è entrata in vigore, un'altra parte è ancora in fase di attuazione.

Conseguentemente, il legislatore europeo ha una grande sfida da cogliere, da un lato verificare in modo appropriato il funzionamento della legislazione in vigore, dall'altro completare l'Unione bancaria, con il terzo pilastro rappresentato dal sistema europeo di assicurazione dei depositi, più che mai necessario per garantire i depositanti europei ovunque essi abbiano i depositi, affinché ci sia un'applicazione uniforme delle regole, e che ci sia certezza nell'applicazione e si riduca la discrezionalità.

Altrettanto impegno richiede l'obiettivo della creazione di un'Unione dei mercati dei capitali che ampli le possibilità di credito per le imprese europee, diversificando la fonte e accrescendo la competitività del sistema.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über das Thema „EU-Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor – Bilanz und Herausforderungen: Auswirkungen der Rechtsvorschriften und Wege zu einem effizienteren und wirksameren EU-Rahmen für die Finanzregulierung und eine Kapitalmarktunion“ gestimmt, weil ich das Grundanliegen dieses Papiers teile: Wir müssen die Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen – und zwar vor allem dahingehend, dass wir die Bürger und Verbraucher besser schützen. Bildhaft gesprochen: Die traurige Geschichte der „Lehman-Oma“ darf sich nie mehr wiederholen. Bessere, anwendbare Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor sind dabei ein wichtiger Schritt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Es ist wichtig, die richtigen Lehren aus der Finanz- und Schuldenkrise zu ziehen. Mit dem heutigen Bericht analysieren wir die festgestellten Mängel und bilanzieren den Erfolg verabschiedeter Gesetzesinitiativen. Dies ist ein wichtiger Schritt in die Richtung einer verbesserten Finanzmarktstabilität.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, and support the wider CMU project, especially with a view to harmonise further financial services legislation, to fill in regulatory gaps where needed, to reduce red tape and to ensure it is effective and efficient in financing the real economy and SMEs. We need better regulation, not deregulation, of financial services.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Le rapport Balz aborde les enjeux de la réglementation financière depuis la crise de 2008. Il évoque à de nombreuses reprises les inquiétudes liées à la complexité croissante de la réglementation et propose quelques pistes intéressantes, comme celle de créer une agence européenne de notation publique pour les dettes souveraines.

D'autres propositions, positives au premier abord, relèvent pour le moment de la profession de foi: c'est le cas par exemple de l'accès des PME aux marchés financiers, qui aurait pourtant l'avantage de compléter et de concurrencer le financement par les banques.

Cependant, d'autres préconisations du rapport n'emportent pas notre adhésion: c'est le cas notamment de la rupture entre les États et les banques au niveau national, dans le but notamment de limiter les risques liés aux dettes souveraines.

Nous sommes également réservés sur la relance de la titrisation, puisque c'est en partie à cause d'une titrisation mal maîtrisée que la crise de 2008 a été déclenchée.

Enfin, ce rapport omet la nécessité de séparer les banques de dépôt et les banques d'affaires, mesure qui permettrait pourtant d'accroître la sécurité du système bancaire.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Je trouve le rapport de M. Balz assez terne et convenu. Certes, au niveau de l'Union européenne, des efforts ont été faits pour remettre un peu d'ordre dans un système financier dont les folies et les errements ont été responsables d'une crise grave, profonde, et dont nous ne sommes pas encore sortis, quoi que l'on en dise. Mais cette réglementation s'est parfois arrêtée au milieu du gué, comme par exemple avec les fonds spéculatifs ou le système bancaire parallèle. En même temps, elle se complexifiait à l'extrême, avec la multiplication d'actes délégués et d'exécution.

Mais le rapport est aussi un constat d'échec. Malgré les aides massives ou la politique d'assouplissement quantitatif de la Banque centrale européenne, les banques ne jouent toujours pas le jeu du financement de l'économie réelle. La solution que ce Parlement appelle de ses vœux est la création d'une union des marchés des capitaux, qui consiste en fait pour ce financement à se passer des banques et à miser sur les marchés, qui n'ont pourtant rien appris de la crise. Je doute que les PME, qui assurent l'essentiel de l'emploi en Europe, y trouvent leur compte.

C'est pourquoi je me suis abstenu.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra de este informe de propia iniciativa que repasa los distintos actos legislativos europeos sobre servicios financieros que se han dado en el anterior mandato, tratando de evaluar los logros y los problemas. Pretende de esta manera dar algunas indicaciones de cara a la Unión de los Mercados de Capitales que proyecta para esta legislatura la Comisión. El informe da la bienvenida a proyectos como el Plan Juncker y la Unión de los Mercados de Capitales, además de ser excesivamente positivo respecto a los logros legislativos de la anterior legislatura.

Theresa Griffin (S&D), in writing. – I, along with other S&D MEPs, voted in favour of this report. This report on stocktaking and the challenges of the EU Financial Services Regulation, supports the Capital Markets Union (CMU) project with a view to harmonising further financial services legislation, filling the regulatory gaps where needed, reducing red tape and ensuring alternative credit channels for the real economy.

Enrique Guerrero Salom (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa ya que pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor de nuestro Grupo, de este informe no se deriva poner en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo. No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, reclamo a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

También me felicito por la inclusión en este informe de enmiendas de la delegación relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa ya que pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor de nuestro Grupo, de este informe no se deriva poner en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo. No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, reclamo a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

También me felicito por la inclusión en este informe de enmiendas de la delegación relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση τάσσεται ξεκάθαρα υπέρ της ένωσης κεφαλαιαγορών, θεωρώντας πως η ΕΕ έχει υποχρέωση να βοηθά τις επιχειρήσεις (κυρίως τις μικρές και μεσαίες) να έχουν εύκολη πρόσβαση στα χρηματοστήρια όλης της επικράτειας της Ένωσης. Όσον αφορά το μέλλον, προωθεί άμεσους ελέγχους από τις Βρυξέλλες στις αρχές των κρατών μελών, κάτι με το οποίο διαχρονικά διαφωνούμε διότι στην πραγματικότητα καταλύει εντελώς την κυριαρχία των κρατών μελών και συγκεντρώνει όλες τις εξουσίες στις Βρυξέλλες.

Λόγω της κάθετης μας διαφωνίας τόσο με την Ένωση Κεφαλαιαγορών όσο και με την συσσώρευση των προνομίων για τη λήψη πολιτικών αποφάσεων και για τη διενέργεια των ελέγχων στις Βρυξέλλες, θεωρούμε τη στάση καταψήφισης ως την ενδεδειγμένη.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of a motion for a European Parliament resolution on stocktaking and challenges of the EU Financial Services Regulation. It also charts the way forward towards a more efficient and effective EU framework for financial regulation and a Capital Markets Union. This own-initiative report is a step forward to address the weaknesses in financial services law-making and to voice concerns on the impact of legislative measures that have not been sufficiently evaluated before being implemented. In particular it rightly highlights the need for a thorough impact assessment of the financial services framework and the need for more proportionality in the financial services legislation with regard to policy initiatives on SMEs and SME funding. I fully support the introduction of an impact assessment by the Commission services as well as ongoing obligatory checks to ensure that the application of financial legislation is understandable and better aligned to the needs of SMEs.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report due to the fact the financial crisis of 2007-2008 and its widespread negative impact were caused, inter alia, by a lack of application of appropriate, high-quality financial services regulation for increasingly complex markets and products. In recent years an ambitious reform agenda for the EU financial sector has been launched to strengthen financial regulation and supervision, restore financial stability and make the financial system more resilient to shocks, limit risks to taxpayers and better serve the needs of investors and the funding needs of the real economy. While the outlook for growth in Europe has improved, full recovery has not yet been achieved. The capital market in the Union remains fragmented, whereas the Capital Markets Union (CMU) potentially offers a valuable framework to safeguard equal access to finance for SMEs throughout the EU and to promote innovative venues for market-based funding. There are nevertheless still specific shortages of credit to SMEs and micro-enterprises deriving also from economic instability and a lack of targeted solutions for the real economy. The capital-market-based context in the United States is often cited, but fundamentally differs from the banking-based EU context, and should not be copied or used as a template.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – Whilst many in the financial services sector have spoken out against various aspects of EU regulation, in reality the events of recent years have shown the potential for catastrophe in the absence of adequate regulation. This is a well balanced report and I accordingly voted in favour.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I welcome this report, because it is an important first step to address shortcomings in financial services law-making. It is very important that financial stability and customer protection remain the priorities of the legislators. I support the Capital Markets Union project which will harmonise further financial services legislation, will fill the regulatory gaps and will ensure alternative credit channels for the real economy.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o pregledu stanja i izazovima u regulaciji financijskih usluga u EU-u: put prema učinkovitijem i djelotvornijem okviru EU-a za financijsku regulaciju i prema uniji tržišta kapitala te njihov utjecaj zbog toga što se time dodatno potiče poboljšanje cjelokupnog procesa regulacije financijskih usluga.

Držim da je potrebno uspostaviti učinkovitu financijsku stabilnost i ojačati zaštitu potrošača te da važeće zakonodavstvo treba u potpunosti implementirati i osigurati primjenjivanje istoga od strane država članica. Time se ojačava konkurentnost europskog zakonodavstva i europskog financijskog sektora, dok je s druge strane potrebno odraditi procjenu utjecaja financijskih usluga čija kvaliteta, u procesu donošenja zakona, znatno ovisi o *timingu*, koordinaciji i transparentnosti. Stoga podržavam ovaj prijedlog rezolucije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport apporte peu d'éléments juridiques et de propositions concrètes. Globalement, le rapport reprend les communications de la Commission.

Nous pouvons le rejoindre sur deux points essentiels: l'inquiétude face à la complexité et à l'abondance de la réglementation européenne, ainsi que le projet d'une agence de notation européenne et publique sur les dettes souveraines. En revanche, nous nous opposons à l'idée de rompre le lien entre les États membres et leurs banques nationales, c'est-à-dire la finalisation de l'union bancaire. Par ailleurs, les réformes engagées par le commissaire Hill, sur le chantier de la CMU, soulèvent une interrogation quant à leur finalité, le rayonnement des acteurs de marché américains sur l'Europe.

Je me suis abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing*. – The Report calls for EU agencies to become more involved in international standard setting (inevitably at the expense of national regulators), accordingly UKIP voted against this dilution of national sovereignty.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – This Stocktaking Report is well balanced. I believe it is particularly important, at this time, that the Commission undertakes a cumulative impact assessment of all measures implemented in the wake of the financial crisis. We need to be sure, as we try to build a Capital Markets Union, that rules we have put in place since 2008 address systemic risk concerns while also leaving room for growth and innovation in European financial markets.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Burkhard Balz sur le bilan et les enjeux de la réglementation européenne sur les services financiers. Suite à la crise financière, de nombreuses législations dans ce domaine ont vu le jour, parfois en ordre dispersé. Ce rapport a par conséquent pour objectif d'en dresser l'état des lieux en vue d'aboutir à un cadre de réglementation plus efficace.

Je me félicite de l'accent mis dans le rapport sur la stabilité financière et la protection des clients. La compétitivité du secteur financier européen et la qualité des législations européennes constituent en effet des enjeux essentiels dans la réglementation internationale des services financiers.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport, pour lequel j'ai voté, visait à faire un bilan de la réglementation financière européenne suite à la crise de 2007/2008. Il souligne la nécessité d'adopter une vision globale de cette réglementation pour inciter le secteur financier à être au service des besoins de financement de l'économie réelle, et soutient aussi la création d'une agence publique européenne de notation afin de ne pas être uniquement soumis à la notation de trois grandes agences américaines.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Finanzmarktregulierungen, die während der Krise mit zunehmender Geschwindigkeit verabschiedet wurden, ohne dass Wechselwirkungen berücksichtigt wurden. Den Wünschen nach mehr Impact Assessments und nach Überprüfung von Wechselwirkungen kann ich nur zustimmen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as it contributes to the building of a better functioning financial market servicing the financial needs of the real economy by addressing loopholes, gaps, inconsistencies, incoherence and disproportionality.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report is on the legislative work of the ECON committee, in particular regarding the Capital Market Union. However, all the shortcomings in financial services have still not been addressed in this report. Furthermore, I think that this outcome is modest on the future challenges that we will have to overcome. Even if I welcome the capital market union and the EFSI, I voted against this report since I was expecting more legislative work towards a more efficient and effective EU framework for financial regulation.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – A jelentés egy olyan cél megvalósítását támogatja, melynek realitása egyre kevesebb, így csak részleteiben támogatható.

Egyes intézkedések a pénzügyi válságok lehetőségének mérséklése érdekében elfogadhatók. Igaz, ezek a válságok a 90-es években bekövetkezett pénzügyi liberalizáció és dereguláció következményei, és a jelentésben szó sincs azok visszafordításáról, csak bizonyos fokú korlátozásáról.

A fő cél pénzügyi területen megteremteni az Unió teljes integráltságát, ami az egyik eszköze az Unió vezetése által kitűzött célnak, az „egyre szorosabb unió”, vagyis egy Egyesült Államok típusú Európai Unió megteremtésének.

Kihagyva ebből a gyengébb országok felzárkóztatását. Ezzel nehéz lenne egyetérteni.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), par écrit. – La résolution sur les marchés de capitaux soutien les orientations actuelles en matière de supervision des flux financiers, leur dynamisation par la titrisation et la création d'un grand marché européen des capitaux, sans poser la question de l'accès au crédit productif.

La résolution qui nous a été proposée part sur les avantages supposés de «l'union des marchés des capitaux» (fluidité des marchés, harmonisation des taux en faveur des pays du Sud). Or, cette union de capitaux se fait pour l'instant sans un fond de résolution européen adéquat du fait de l'opposition allemande. La partie concernant la surveillance bancaire soutient la prise de contrôle de la BCE sur la supervision européenne, sans poser la question de l'absence de contrôle démocratique sur cette institution clef.

Enfin, la Banque centrale européenne a beau injecter des centaines de milliards d'euros dans les circuits financiers européens avec son programme de rachat de dettes, ces fonds restent bloqués par les banques et les acteurs financiers, qui préfèrent les maintenir en bourse. C'est bien qu'il y a un réel problème du crédit productif dans l'Union européenne et de l'accès à celui-ci, or, ce texte n'aborde aucunement ce problème fondamental.

J'ai donc voté contre ce texte.

Marine Le Pen (ENF), par écrit. – Comme les autres députés du Front National, je me suis abstenue sur le rapport sur le bilan et les enjeux de la réglementation de l'Union sur les services financiers. On peut le rejoindre sur les inquiétudes quant à la complexité croissante de la réglementation et la nécessité d'avoir une réglementation harmonisée, cohérente et non redondante. En revanche, on ne saurait le suivre sur la nécessité de rompre le lien entre les États souverains et les banques au niveau national, c'est à dire de finaliser l'union bancaire. Il ne mentionne aucunement la nécessité d'une véritable séparation bancaire, aujourd'hui au point mort.

Sur l'union des marchés des capitaux, nous sommes à la fois favorables à la diversification des modes de financement et réservés sur la titrisation ou sur l'accès réel aux marchés de la plupart des PME, qui ne peuvent accéder de toute façon aux marchés. Sur ce chantier de la CMU, nous craignons au final que les réformes poussées par le commissaire Hill ne profitent, in fine, qu'aux acteurs de marché américains, qui peuvent rayonner en Europe depuis Londres.

Gilles Lebreton (ENF), par écrit. – Je me suis abstenu sur ce rapport. Il a certes le mérite de s'inquiéter de la complexité croissante de la réglementation financière, mais persiste à réaliser l'union bancaire, à laquelle je suis hostile.

Philippe Loiseau (ENF), par écrit. – Ce rapport présente le bilan et les enjeux de la réglementation européenne sur les services financiers.

Il défend notamment la nécessité d'harmoniser cette réglementation, qui se complexifie au fil des ans, et soutient le projet de création d'une agence européenne de notation publique pour les dettes souveraines. Bien que partisan de ces mesures, je ne peux accepter l'union bancaire qui découlerait de la proposition de rupture du lien entre États souverains et banques nationales.

Je me suis abstenu sur ce texte, qui par ailleurs dresse un bilan sans aucune solution nouvelle pour cette réglementation.

Sander Loones (ECR), schriftelijk. – De N-VA-delegatie in het Europees Parlement staat achter dit evaluatieverslag met betrekking tot EU-wetgeving op het vlak van financiële diensten. Wij zijn echter minder enthousiast over het feit dat het verslag melding maakt van de 'grote stappen' die gezet zijn door het van kracht worden van de Solvency II-richtlijn.

De N-VA-Europarlementsleden hebben zich onthouden voor het tekstdeel waarin Solvency II vermeld wordt. Investerings door verzekeraars met een garantie van de federale overheid krijgen een meer gunstige risicoweging dan investeringen waar een Vlaamse regionale garantie achter staat. Dit onderscheid, dat Vlaamse verzekeraars met extra kapitaalkosten opzadelt, is niet te verdedigen. De Europese Unie maakt daarbij een onterechte abstractie van het Belgisch institutionele bestel. Een Vlaamse garantie dient op eenzelfde wijze gewogen te worden als een garantie van de federale overheid. Overigens, voor directe blootstellingen wordt dit onderscheid niet gemaakt.

Deze bepaling dient dan ook te worden bijgestuurd. Zo snel mogelijk. Wij blijven daarom dit probleem aankaarten in het Europees Parlement en bij de Europese Commissie.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa ya que pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor de nuestro Grupo, de este informe no se deriva poner en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo. No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, reclamo a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

También me felicito por la inclusión en este informe de enmiendas de la delegación relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa ya que pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor de nuestro Grupo, de este informe no se deriva poner en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo. No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, reclamo a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

También me felicito por la inclusión en este informe de enmiendas de la delegación relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – A raíz de la crisis financiera y de la deuda que estalló en 2007, la UE ha emprendido numerosas iniciativas en el ámbito de los servicios financieros para restablecer la estabilidad financiera y reforzar la protección del consumidor, entre otros fines.

Este informe pretende llevar a cabo una evaluación de esta labor legislativa para aplicar las lecciones aprendidas durante la crisis y establecer una legislación sobre servicios financieros menos compleja. De igual manera, recalca la importancia de la coordinación, la planificación temporal y la transparencia en el proceso legislativo para alcanzar una regulación de los servicios financieros coherente y de calidad. Entre otros retos, se establece la obligación de los legisladores europeos de que tengan en cuenta las interdependencias con las normas internacionales para evitar contradicciones.

A mi parecer, este informe servirá de gran ayuda para enmendar posibles errores cometidos en el pasado o no afrontados de manera correcta y utilizarlos de referencia de cara al futuro.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Jsem proti této zprávě, která mylně vidí příčiny finanční krize v nedostatečné regulaci. Volá po zasahování do trhu ratingových agentur a dalších regulacích. To by finančnímu trhu jen dále uškodilo.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Financijska kriza zahtijevala je nužne reforme s ciljem bolje regulacije bankarskog sustava te uspostave temelja stabilnosti te vraćanja povjerenja u institucije. Sada je potrebno raditi na konvergenciji financijskih tržišta na razini Europske unije, posebno na uspostavi unije tržišta kapitala koja će otvoriti nove mogućnosti financiranja gospodarstva, osobito malim i srednjim poduzetnicima. Stoga je potrebno što prije dovršiti razvoj sekuritizacije tržišta i reviziju Direktive o prospektu kako bi se omogućio lakši pristup malom i srednjem poduzetništvu na kapitalna tržišta.

Ovo izvješće ne poziva na deregulaciju tržišta već poziva na istraživanje dodatnih mogućnosti, kako bi se financijski sustav dodatno unaprijedio s ciljem jačeg kreditiranja onih koji pridonose gospodarskom rastu, stoga sam ga podržala.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Regulácia finančných služieb by mala byť v súčasnosti viac zameraná na dôslednú kontrolu a vyvodzovanie konzekvencií v oblasti finančných služieb, so súčasným zverejňovaním postihov a dopadov tak, aby plnili prevenčné úlohy. Jednotné a efektívne vykonávanie existujúcich právnych predpisov zároveň zvýši dôveru voči orgánom Únie a členských štátov, ale aj k samotnej legislatíve, čo bude mať globálny pozitívny dosah. Výsledky kontrol a zistení by sa mali odraziť aj v prípadnej potrebnej úprave legislatívy.

Rozširovanie právnej regulácie a prijímanie ďalších nových noriem nemusí byť účinné. Práve naopak, povedie k zhoršeniu prehľadnosti a tým aj ku komplikovanejšej interpretácii noriem.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφπώς*. – Καταψήφίζω την έκθεση με τίτλο «Απολογισμός και προκλήσεις της ρύθμισης των χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών σε επίπεδο ΕΕ: αντίκτυπος και επόμενα βήματα προς ένα αποδοτικότερο και αποτελεσματικό πλαίσιο της ΕΕ για τη χρηματοπιστωτική ρύθμιση και την Ένωση Κεφαλαιαγορών» για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 18.1.2016, δεδομένου ότι η εν λόγω έκθεση, κατά την άποψή μου, δεν είναι ούτε πλήρης, ούτε και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Nous lui reconnaissons quelques bons points, notamment ses inquiétudes sur la complexité croissante de la réglementation, mais nous ne pouvons accepter son idée de rompre le lien entre les États membres et les banques au niveau national. Nous préférons donc l'abstention.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this report, which 'welcomes the objectives of the better regulation agenda; acknowledges the general need to examine the fitness of regulation now and in the future; however, this fitness cannot be decoupled from the functioning of the financial sector as a whole; underlines the role of REFIT in achieving efficient and effective financial services regulation that takes due account of the proportionality principle and in supporting the stocktaking exercise; calls for Parliament to have a bigger role in the decisions and assessments intrinsic to REFIT; recalls that the focus must be on improving regulation, not deregulating; stresses that ensuring transparency, simplicity, accessibility and fairness across the internal market should be part of the better regulation agenda for consumers; stresses also that the EU must not create an unintended compliance burden in the drive to bring about greater harmonisation under the CMU'.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul bilancio e sulle sfide concernenti la regolamentazione dell'UE in materia di servizi finanziari.

L'obiettivo della relazione è di sottolineare l'importanza di un'analisi approfondita degli impatti che le legislazioni hanno e che non sono stati debitamente valutati.

Prioritarie rimangono sia la stabilità finanziaria sia la tutela del consumatore, ed il rapporto identifica come una sfida essenziale nel regolare i servizi finanziari la competitività globale della legislazione UE e dei settori finanziari UE.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Questa relazione conferma che sono già stati fatti molti passi in avanti per superare la crisi finanziaria 2007-2008; ciononostante bisogna continuare a lavorare per prevenire future crisi finanziarie.

Sono d'accordo con il relatore circa l'importanza di sostenere la «real economy», ma non bisogna dimenticare che il settore finanziario è il vero nervo di questa economia. La «real economy» dipende dal settore finanziario, di conseguenza dobbiamo garantire forza a entrambi per continuare sulla strada del progresso. Per questa ragione ho votato a favore della relazione chiedendo più norme per i servizi finanziari.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Los cambios legislativos que hubo que realizar, muchas veces de forma urgente, a raíz de la crisis financiera y de la deuda a partir de 2007, fueron en muchos casos determinantes para afrontar situaciones muy complicadas. Ha llegado el momento, no obstante, de revisar esos actos con el fin de articular una normativa para la regulación financiera y una Unión de los Mercados de Capitales en la UE más eficiente.

Doy mi apoyo al informe del señor Balz, que señala la necesidad de que se haga una evaluación pormenorizada del impacto del marco de los servicios financieros y de que dicha evaluación se respeta con regularidad. Se debe trabajar en este sentido para que la estabilidad financiera y la protección del consumidor sigan siendo las prioridades de los legisladores, haciendo mayor hincapié en la aplicación de un enfoque coherente basado en los riesgos.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Bei dem Bericht handelt sich lediglich um eine Bestandsaufnahme, um mögliche Wechselwirkungen und Widersprüche in der Finanzregulierung ausfindig zu machen. Handfeste legislative Vorschläge, um festgestellte Mängel zu beseitigen, enthält der Bericht nicht. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it highlights the importance of financial stability and consumer protection.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Depuis la crise financière de 2008, de nombreuses initiatives législatives dans le domaine des services financiers de l'Union ont été lancées en vue de rétablir la stabilité financière. Le rapport se félicite de ces mesures et de la création future d'une «union des marchés des capitaux», en faisant semblant de croire qu'une telle union réglerait les problèmes d'investissements, alors que l'atonie de l'investissement est liée en réalité à la faiblesse de la demande adressée aux entreprises, qui provient des politiques de rigueur salariale et budgétaire imposées aux pays de l'Union européenne.

Le projet d'union des marchés des capitaux vise dans les faits à modifier le système financier européen en le faisant basculer du modèle actuel de financement principalement basé sur le crédit bancaire vers un modèle fondé sur la finance de marché. Avec ce modèle, les banques peuvent revendre ces titres de créance sous forme de titres financiers sur les marchés de capitaux (titrisation), ce qui leur permet de prêter en se dégageant de leurs risques, tout en empochant les frais bancaires. Or, c'est cette titrisation qui a largement contribué à la crise financière de 2008.

Je vote contre ce texte manifestement rédigé par le lobby bancaire.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le rapport Balz apporte peu d'éléments juridiques et de propositions concrètes. Globalement, le rapport reprend les communications de la Commission. Nous pouvons le rejoindre sur deux points essentiels: l'inquiétude face à la complexité et à l'abondance de la réglementation européenne, ainsi que le projet d'une agence de notation européenne et publique sur les dettes souveraines. En revanche, nous nous opposons à l'idée de rompre le lien entre les États membres et leurs banques nationales, c'est-à-dire la finalisation de l'Union bancaire.

Par ailleurs, les réformes engagées par le commissaire Hill, sur le chantier de la CMU, soulèvent une interrogation quant à leur finalité, le rayonnement des acteurs de marché américains sur l'Europe. En ayant à l'esprit ces divers points, j'ai décidé de m'abstenir.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O relatório de iniciativa constitui um passo importante para análise e balanço do trabalho legislativo para consolidação da União Económica e Monetária.

Sabendo que a complexidade da regulamentação é também um reflexo da complexidade dos mercados financeiros, não deixo de sublinhar a necessidade de uma maior clarificação e simplificação do acervo jurídico nesta matéria. Apresentei o meu voto concordante às prioridades enunciadas.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because it is important to assess the legislative work that was completed in order to stabilise the economy after the financial crisis. This resolution will address the observed limitations of the legislative work and fully evaluate the impact of the legislative measures.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – La crise financière de 2007-2008 a donné lieu à un ambitieux programme de réforme du secteur financier de l'Union. Il est temps aujourd'hui de faire le bilan pour évaluer la conformité du nouveau cadre aux défis actuels. Nous devons garantir une stabilité financière qui assure la croissance des investissements principalement à long terme. Les marchés financiers doivent mieux répondre aux besoins de financement de l'économie réelle. Toutefois, dans ce rapport nous avons souligné la complexité croissante de la législation. Il est donc essentiel que nous ayons une vision globale afin de garder une cohérence dans la réglementation européenne en vigueur.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on stocktaking and challenges of the EU Financial Services Regulation, which calls on the Commission to look at the impact of legislation on financial markets adopted in the recent years and ensure that it continues to defend the EU from crises while being effective and efficient in financing the real economy and SMEs. On a more general note regarding the Capital Markets Union it is vital to seek new avenues and opportunities to renew the European economy. However, I am not in agreement with introduction of the Financial Transaction Tax in all EU Member States

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A 2007/2008 során kitört pénzügyi és adósságválság óta számos jogalkotási kezdeményezést indítottak el az uniós pénzügyi szolgáltatások területén, amelyek célja a pénzügyi stabilitás helyreállítása, a fogyasztóvédelem megerősítése, a válság tanulságainak levonása és érvényesítése.

A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentésének célja áttekintést nyerni erről a jogalkotási munkáról, kezelni a pénzügyi szolgáltatásokra vonatkozó jogalkotás során feltárt hiányosságokat, és válaszolni azokra az aggodalmakra, amelyek különösen azért fogalmazódtak meg, mert az egyes jogalkotási intézkedések hatásait, valamint ezek kölcsönhatásait nem elemezték kellőképpen.

A jelentés aggasztónak tartja, hogy esetleges ellentmondások és következetlenségek lehetnek a jelenlegi szabályozásban, és nyomon követni javasolja azt az informális kezdeményezést, amelyet a Bizottság már 2014 elején elindított. Az összesített hatásvizsgálat, valamint a következetesség és az arányosság kötelező, rendszeres ellenőrzése biztosítja, hogy a pénzügyi szolgáltatásokra vonatkozó jogszabályok alkalmazása kevésbé legyen bonyolult, érhető legyen a kis- és középszervezetek számára és jobban igazodjon az igényeikhez.

A jelentés szerint a jelenlegi jogszabályok maradéktalan végrehajtására és szigorú alkalmazására van szükség a tagállamokban. Fontosnak tartja, hogy a pénzügyi stabilitást és a fogyasztóvédelmet továbbra is prioritásként kezeljék a jogalkotók, és helyezzenek nagyobb hangsúlyt a kockázatalapú megközelítés következetes alkalmazására. A jelentés elfogadását támogattam.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Finančná kríza, ktorej počiatky siahajú až do roku 2007, otriasla svetovou ekonomikou, Európu nevynímajúc. Členské štáty Európskej únie dodnes pociťujú jej následky, hoci sa situácia zhoršila už takmer pred desiatimi rokmi. Dnes sme svedkami takzvanej legislatívnej smršte, ktorá sa síce snaží zvrátiť negatívny dosah finančnej krízy, ale zároveň môže byť rizikovým faktorom pre nejednotnosť v právnych predpisoch, ktorá sa podpisuje pod oslabenie právnej istoty, pričom tá tvorí jeden zo základných pilierov právneho štátu. S ohľadom najmä na malé a stredné podniky je rozhodujúce, aby sa uskutočňovali kontroly súdržnosti a proporcionality právnych predpisov a aby tieto boli dodržiavané vo všetkých členských štátoch.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport Balz est un texte assez creux sur les enjeux de la régulation financière depuis la crise de 2008 ainsi que les projets d'Union des marchés de capitaux. Il se contente de faire un état des lieux convenu et des propositions reprenant la tendance des textes proposés par la Commission, avec peu d'éléments juridiques ou de propositions nouvelles. On peut le rejoindre sur les inquiétudes quant à la complexité croissante de la réglementation et la nécessité d'avoir une réglementation harmonisée, cohérente et non redondante. En revanche, on ne saurait le suivre sur la nécessité de rompre le lien entre les États souverains et les banques au niveau national, c'est à dire de finaliser l'Union bancaire. Il ne mentionne aucunement la nécessité d'une véritable séparation bancaire, aujourd'hui au point mort. Sur l'union des marchés de capitaux, nous sommes à la fois favorables à la diversification des modes de financement et réservés sur la titrisation ou sur l'accès réel aux marchés de la plupart des PME, qui ne peuvent accéder de toute façon aux marchés. Pour ces raisons, il est préférable de s'abstenir sur ce texte.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Face à crise financière que assola la Unión Europea desde 2007 foram criadas inúmeras iniciativas legislativas, relativamente aos serviços financeiros da EU, para restabelecer a estabilidade financeira, reforçar a proteção dos consumidores e pôr em prática os ensinamentos retirados da crise.

Subscrevo a posição do relator ao considerar que a presente legislação necessita de uma transposição plena e de uma aplicação forte nos Estados-Membros. Considero ainda importante que a estabilidade financeira e a proteção dos consumidores continuem a constituir as prioridades dos legisladores, devendo ser dada maior relevância à aplicação de uma abordagem baseada no risco. Entendo que, para aumentarmos a estabilidade do mercado, possibilitar o financiamento não bancário, investir na economia real e proporcionar um crescimento sustentável a longo prazo, a União Europeia tem que absorver os ensinamentos apreendidos durante a crise.

Defendo que a estabilidade financeira, a proteção dos consumidores, com regulamentação coerente e proporcionada, com informação e de fácil acesso devem continuar a ser a prioridade dos legisladores. É fundamental para almejarmos um crescimento económico sustentável criar um ambiente propício ao investimento, alargando o acesso ao financiamento e desbloqueando o investimento.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Balz est un alignement de poncifs et n'apporte rien de nouveau sur le fond. Il énumère les propositions de la Commission sur la réglementation financière et sur l'union des marchés de capitaux.

Quelques points positifs sont à retenir comme son inquiétude quant à la complexité croissante de la régulation financière qui pèse sur l'activité, ou sur la création d'une agence publique de notation.

Cependant, il suit la Commission sur la nécessité de rompre le lien entre les États et les banques en difficulté, en promouvant l'union bancaire dont on a vu les limites en Italie lors du sauvetage de quatre banques locales.

Rien n'est proposé sur la nécessaire séparation bancaire. Au contraire, on nous remet sur la table l'union des marchés de capitaux qui relancerait la titrisation pour soi-disant financer les PME sur le modèle américain.

Or, de l'aveu même des PME, celles-ci préféreraient privilégier le financement bancaire plutôt qu'une titrisation, qui, aux États-Unis, est surtout du ressort de grands fonds publics.

Je me suis donc abstenue sur ce texte qui paraît bien creux et n'apporte pas grand-chose.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is a balanced report which promotes better regulation in the financial sector; however this is not a synonym for less regulation. In addition, it is important that every five years a report on the cumulative impact of the financial legislation will be produced.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui présente le bilan et les enjeux de la réglementation européenne dans le secteur des services financiers. Ce texte rappelle la nécessité d'une harmonisation qui aille vers la simplification et non les redondances et les complexités supplémentaires. J'ai notamment soutenu les dispositions visant à prévenir l'insécurité juridique, afin d'éviter l'arbitrage réglementaire, qui peut entraîner des coûts de transaction élevés.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le rapport sur le bilan et les enjeux du règlement de l'Union relatif aux services financiers appelle la Commission à présenter une évaluation des mesures législatives prises pour faire face à la crise financière et de la dette publique. J'ai voté en faveur du rapport pour soutenir la demande d'évaluation.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'onorevole Balz perché ritengo sia importante che la stabilità finanziaria e la protezione dei consumatori restino le priorità dei legislatori e che si attribuisca maggior peso all'applicazione di un approccio coerente basato sul rischio.

Credo anche che la competitività globale della legislazione europea e dei settori finanziari dell'UE siano una sfida per la regolamentazione in materia di servizi finanziari, la cui qualità dipende anche dalla trasparenza e dalla tempistica del processo legislativo.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A pénzügyi szabályozás szerteágazó kérdéskörét érintő pozitív változásokra nagy szükség van uniós szinten. A gazdasági válság okozta nehézségek közepette felgyorsult az összeurópai pénzügyi szabályozó rendszer kidolgozása, és az egyes kérdésekben elért eredmények üdvözlendők. Jelen pillanatban azonban a legnagyobb gondot az okozza, hogy a meglévő szabályozás nem egységes, és az így létrejövő joghézagoknak köszönhetően a verseny torzul, illetve a költségvetés bevételi oldalán csökken. A kis tagországoknak, mint amilyen Szlovákia is, a mihamarabbi egységes szabályozás bevezetése nyilvánvaló érdekük, ezért is támogatom a jelentés elfogadását.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that adjusts existing EU financial services regulation through consistent and coherent policies that work effectively and efficiently, particularly aligned with the needs of small and medium-sized entities.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru raportul din proprie inițiativă privind bilanțul și provocările asociate cadrului UE de reglementare a serviciilor financiare întrucât criza financiară din 2007-2008 și impactul său negativ de amploare au fost cauzate, printre altele, de faptul că nu au fost puse în aplicare reglementări corespunzătoare, de înaltă calitate în ceea ce privește serviciile financiare, pentru a răspunde nevoilor asociate unor piețe și produse tot mai complexe.

Instituirea unui cadru eficient și eficace de reglementare a serviciilor financiare, care să asigure stabilitatea financiară, este o condiție prealabilă pentru a majora (pe termen lung) volumul investițiilor și pentru a stimula creșterea economică în cadrul unei economii europene competitive.

Solicităm Comisiei ca, în ceea ce privește uniunea piețelor de capital, să pună în aplicare o abordare integrată și să acorde atenție totodată altor agende politice, cum ar fi dezvoltarea unei piețe unice digitale.

De asemenea, Comisia ar trebui să țină seama de cele mai recente evoluții tehnologice. Comisia trebuie să ia în calcul și amenințările la adresa securității cibernetice și să garanteze că acest aspect constituie o dimensiune integrată a strategiei UE.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu kolegy Balze a jsem přesvědčen, že v rámci dalšího postupu je třeba začít analýzou četných překážek pro přeshraniční přístup, marketing a investice. Současně jsem přesvědčen, že není nutno zahlcovat spotřebitele velkými objemy informací, ale pozornost by měla být zaměřena spíše na kvalitu a srozumitelnost informací umožňujících se informovaně rozhodnout. Hledejme způsoby, jak nalézt rovnováhu, aby byly spotřebitelům poskytovány informace, které potřebují k informovaným rozhodnutím a aby pochopili příslušná rizika, aniž by při tom byly zbytečně zatěžovány podniky, zejména malé a střední podniky.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Im Bericht wird davon gesprochen, dass das Hauptaugenmerk der Gesetzgeber auch weiterhin auf der Finanzstabilität und dem Verbraucherschutz liegen muss. Die derzeitigen Rechtsvorschriften müssen in den Mitgliedstaaten vollständig umgesetzt und strikt durchgesetzt werden. Die europäischen Gesetzgeber müssen auch ein größeres Augenmerk auf die Wechselwirkungen mit den internationalen Standards legen, um die globale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Zudem fordert der Bericht, die Verfahren weiter zu verbessern und die Rechenschaftspflicht der Europäischen Aufsichtsbehörden und des Europäischen Aufsichtsmechanismus in dieser Hinsicht besser wahrzunehmen. Da es aber doch noch einige Unstimmigkeiten in der Umsetzung gibt, habe ich mich bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport fait le bilan du travail législatif de la législature précédente en ce qui concerne la réglementation sur les services financiers et fait des suggestions à la Commission européenne pour sa nouvelle initiative sur l'Union des marchés des capitaux. J'ai voté contre ce rapport qui, tout en se félicitant de l'Union des marchés des capitaux, est trop peu critique à l'égard des législations et des erreurs passées et promeut la prétendue efficacité des réformes structurelles et des politiques budgétaires menées jusqu'ici.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eli finantsteenuste valdkonnas on algatatud õigusakte, et taastada finantsstabiilsus, tugevdada tarbijakaitset ja rakendada kriisist saadud õppetunde. Üksikute seadusandlike meetmete mõju ja nende omavahelist toimet ei ole piisavalt analüüsitud, seega on käesolev algatusraport oluline läbipaistvuse tagamiseks ning finantsteenuseid käsitleva õigusloome puuduste kõrvaldamiseks.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The Report calls for EU agencies to become more involved in international standard setting (inevitably at the expense of national regulators), accordingly UKIP voted against this dilution of national sovereignty.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Presa nota di tutte le azioni intraprese per far fronte alla crisi scoppiata nel 2007/2008, credo sia opportuno puntare alla crescita di lungo termine attraverso, ad esempio, la diversificazione dei canali di finanziamento. Temo poi che le lacune e le incoerenze presenti nell'ordinamento europeo in materia di servizi finanziari possano nuocere all'attività delle PMI occupate a districarsi nel labirinto normativo. Pertanto, accolgo con favore la presentazione della risoluzione che integra e armonizza la disciplina, anche in base alle osservazioni della commissione ITRE, e mi sento di esprimere con fermezza il mio voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Since the financial crisis that hit Europe in 2007/2008, numerous legislative initiatives in the field of EU financial services have been initiated in order to restore financial stability, to strengthen customer protection and to implement the lessons learnt from the crisis. I fully support the report that looks at the impact of these challenges and the way forward towards a more efficient and effective EU framework for financial regulation and a capital markets union. I believe that the present legislation needs full implementation and strong enforcement in all Member States.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Bolja regulacija financijskih usluga u EU-u nameće se kao jedan od prioriteta u stvaranju unije tržišta kapitala što posebno dolazi do izražaja nastupanjem financijske krize 2007. godine. Nadzor financijskog sektora svakako je potrebno pojačati jer time štitimo korisnike financijskih usluga, a to smo svi mi. Prenosjenjem financijske regulative i reformi u nacionalna zakonodavstva potrebno je ubrzati jer je učinkovit i djelotvoran okvir za financijske usluge, i na nacionalnoj i na razini EU-a, jamstvo financijske stabilnosti i preduvjet za povećanje investiranja i poticanje rasta u konkurentnom europskom gospodarstvu. Pri tome je važno voditi računa da se ne pretjera u brojnosti i složenosti propisa što bi moglo uzrokovati probleme u vidu njihova različita tumačenja po pojedinim državama članicama ili neujednačenosti s regulativom EU-a. Rješenje koje se s tim u vezi nameće je sveobuhvatni pristup regulaciji financijskih usluga u Uniji.

Izgradnja funkcionalnijih financijskih tržišta koja odgovaraju na financijske potrebe realnog gospodarstva osobito je nužna zbog stabilnosti pružanja financijskih usluga čime doprinosimo njihovoj boljoj dostupnosti malim i srednjim poduzećima i start-up-ovima koji prema mom mišljenju moraju ostati u fokusu Unije kao glavni generatori gospodarskog rasta i smanjenja nezaposlenosti. Izvješće pred nama predstavlja značajan korak ka djelotvornijoj financijskoj regulaciji te ću ga podržati.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le rapport Balz est un texte assez creux sur les enjeux de la réglementation financière depuis la crise de 2008, ainsi que les projets d'Union des marchés des capitaux. Il se contente de faire un état des lieux convenu et des propositions reprenant la tendance des textes proposés par la Commission, avec peu d'éléments juridiques ou de propositions nouvelles. Je pourrais le rejoindre sur les inquiétudes concernant la complexité croissante de la réglementation. En revanche, impossible pour moi de le suivre sur la nécessité de rompre le lien entre les États souverains et les banques au niveau national, c'est-à-dire de finaliser l'Union bancaire. Je me suis donc abstenu.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam izvješće o pregledu propisa financijskih usluga u Uniji i težnju za preciznijim i sustavnijim oblikom razmatranja njihovih učinaka na financijska tržišta, ali i na realnu ekonomiju. Također, treba podržati projekt unije tržišta kapitala i u tom kontekstu inzistirati na harmonizaciji propisa o financijskim uslugama. Ovim rješenjem postignuta je dobra ravnoteža između tri temeljna cilja u nadzoru financijskih propisa: zaštita potrošača i ulagača, stvaranje novih kreditnih kanala za realnu ekonomiju (posebice mala i srednja poduzeća) te prepoznavanje prepreka koje i dalje postoje u trgovini financijskim uslugama.

Pritom posebno pozdravljam zahtjev za redovnim provjerama proporcionalnosti, dosljednosti i usklađenosti s ciljem pojednostavljivanja postojeće regulacije financijskih usluga kako bi bile jednostavnije i usklađenije s potrebama malih i srednjih poduzeća. U Hrvatskoj, primjerice, postoje veliki problemi s nelikvidnošću malih i srednjih poduzeća, kapitalnim ograničenjima i često s lošom razinom informiranosti onih koji se upuštaju u poduzetnički pothvat. Iz te perspektive, važan dio teksta odnosi se i na prepoznavanje ključne uloge u traženju alternativnih izvora financiranja za mala i srednja poduzeća, posebice u obliku korištenja poduzetničkog kapitala. Napokon, pohvalan je naglasak kojim izvješće potvrđuje predanost Parlamenta učinkovitoj regulaciji i osnaživanju javnih nadzornih institucija Unije, a nikako deregulaciji, imajući na umu sve zaštitne i nadzorne mjere i propise uvedene zbog financijske krize.

Andrej Plenковиć (PPE), *napisan.* – Podržavam prijedlog Rezolucije kolege Burkharda Balza o pregledu stanja i izazovima u regulaciji finansijskih usluga u EU-u: put prema učinkovitijem i djelotvornijem okviru EU-a za finansijsku regulaciju i prema uniji tržišta kapitala te njihov utjecaj. Do finansijske krize koja se pojavila 2007. i njezinih dalekosežnih negativnih posljedica među ostalim je došlo i zbog manjkave primjene odgovarajućih propisa o finansijskim uslugama za sve složenija tržišta i proizvode. Još uvijek aktualna kriza dovela je do neviđenih negativnih posljedica, posebice za realno gospodarstvo i novac poreznih obveznika.

Stoga je iznimno bitno razviti učinkovit i djelotvoran okvir za finansijske usluge kojim se jamči finansijska stabilnost jer je to preduvjet za povećanje dugoročnih ulaganja i poticanje rasta u konkurentnom europskom gospodarstvu. Treba voditi računa da učinkoviti i djelotvorni propisi o finansijskim uslugama u EU-u budu usklađeni, dosljedni (uključujući na međusektorskoj osnovi), proporcionalni, da ne bi trebali biti duplicirani, da moraju biti lišeni nepotrebne složenosti i takvi da ne dovode do pravne nesigurnosti, regulatorne arbitraže i visokih transakcijskih troškova. Primjer potrebe za učinkovitijom finansijskom regulacijom su svakodnevni problemi s IBAN brojevima budući da se isti još uvijek ne smatraju valjanima za izravno terećenje bankovnog računa u jednoj državi članici u korist subjekta u drugoj državi članici.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – A seguito della crisi finanziaria e del debito, scoppiata tra il 2007 e il 2008, sono state lanciate numerose iniziative legislative nel campo dei servizi finanziari dell'UE, allo scopo di ripristinare la stabilità finanziaria, rafforzare la protezione dei consumatori e mettere in pratica gli insegnamenti tratti dalla crisi.

Molti di questi atti legislativi sono già stati attuati e applicati o lo saranno prossimamente. Ma le sfide future non mancano. Una valutazione d'impatto approfondita del quadro dei servizi finanziari, che andrebbe ripetuta a intervalli regolari, con alla base una regolamentazione efficiente potrà, senza dubbio, dare risultati migliori.

Inoltre, delle verifiche obbligatorie sulla coerenza e sulla proporzionalità dovrebbero garantire che l'applicazione della legislazione in materia di servizi finanziari sia meno complessa e che risulti comprensibile e meglio adeguata alle esigenze delle entità di piccole e medie dimensioni. Gli Stati Membri dovranno, dal canto loro, applicare in maniera rigorosa la legislazione attuale. Per tutto ciò ho votato a favore di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – Niniejsze sprawozdanie z własnej inicjatywy stanowi próbę podsumowania prac legislacyjnych dotyczących usług finansowych, zarządzenia stwierdzonym brakiem w procesie stanowienia prawa w zakresie usług finansowych oraz zwrócenia uwagi na wynikłe problemy. W szczególności zwrócono w nim uwagę na skutki poszczególnych środków legislacyjnych oraz brak odpowiedniej analizy ich wzajemnych powiązań, a także brak pełnej oceny łącznych skutków ogółu przepisów. Ustosunkowano się w nim także do ważnych nowych inicjatyw Komisji Europejskiej, takich jak pakiet inwestycyjny i unia rynków kapitałowych, oraz wskazano sposoby osiągnięcia lepszych rezultatów poprzez oparcie ich na istniejących uregulowaniach w zakresie usług finansowych, które funkcjonują skutecznie i wydajnie. Sprawozdawca uważa także, że jednym z głównych wyzwań dla uregulowań sektora usług finansowych jest globalna konkurencyjność prawodawstwa UE i unijnych sektorów finansowych. Sprawozdawca zwraca uwagę, że jakość regulacji usług finansowych zależy również od koordynacji, terminowości i przejrzystości procesu prawodawczego.

Chociaż w sprawozdaniu poruszono trudne tematy takie jak ukończenie unii bankowej i udział państw członkowskich należących do strefy euro i do niej nienależących, sprawozdawcy udało się znaleźć neutralny język, dlatego poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de ce rapport, car la crise financière de 2007-2008 a montré l'urgence d'une réforme du secteur financier de l'Union. Ce rapport est d'autant plus pertinent qu'il fait le point sur la législation actuelle et envoie des messages très concrets sur les points à améliorer.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – No quadro da crise financeira e de dívida soberana, foram lançadas numerosas iniciativas legislativas em matéria de serviços financeiros da UE, tendo em vista o restabelecimento da estabilidade financeira, o reforço da proteção dos consumidores e a implementação dos ensinamentos retirados da crise. A verdade, porém, é que, até à data, nunca foi efetivada uma avaliação completa dos efeitos destas medidas legislativas individuais, das suas interações e do respetivo impacto cumulativo.

O presente relatório de iniciativa constitui um primeiro passo para que se faça um balanço desse intenso trabalho legislativo. Nesta medida, solicita aos serviços da Comissão que, até final de 2016, efetuem uma primeira avaliação e apresentem um relatório sobre o impacto cumulativo da regulamentação da UE em matéria de serviços financeiros, de modo a analisar os seus efeitos, eficácia, eficiência e adequação, a identificar eventuais falhas e lacunas e abordar o papel essencial e as responsabilidades das AES e do MUS neste contexto. Uma tal avaliação passará a revestir carácter periódico, devendo os serviços da Comissão, em colaboração com as AES, o MUS e o CERS, proceder a esta análise e apresentar o correspondente relatório ao Parlamento de cinco em cinco anos. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The Report calls for EU agencies to become more involved in international standard setting (inevitably at the expense of national regulators), accordingly UKIP voted against this dilution of national sovereignty.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O relatório de iniciativa em apreço, enquanto instrumento para o balanço do trabalho legislativo, visa abordar lacunas observadas na legislação dos serviços financeiros e expor preocupações, como sendo o facto de as medidas legislativas individuais não terem sido suficientemente analisadas, a par da insuficiente avaliação do impacto acumulado da legislação em geral.

Em primeiro lugar, aprovei o presente relatório por considerar a relevância das recomendações dirigidas à Comissão, nomeadamente no que diz respeito à construção de iniciativas com base na regulamentação existente em matéria de serviços financeiros, bem como à importância da avaliação regular dos quadros dos serviços financeiros.

Em segundo lugar, por concordar que a relevância da qualidade da regulamentação, no âmbito dos serviços financeiros, depende da coordenação, do calendário e da transparência no processo legislativo. Considero, por isso, que este relatório poderá contribuir para a melhoria deste processo.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – En 2008, la crise financière dite des «subprimes» partie des États-Unis déferlait sur l'Europe, affaiblissant largement et pour longtemps l'économie européenne. Rappelons-nous du prix élevé et des efforts considérables demandés aux contribuables pour venir en aide au secteur bancaire: 26 % du PIB européen a été absorbé à cette tâche. Certes depuis, l'Union européenne n'a pas ménagé ses efforts pour stabiliser le système financier, et en particulier bancaire, et nombreuses sont les législations qui ont été adoptées ces 3 dernières années: mécanisme de résolution unique en cas de faillite des banques, cadre pour gérer les défaillances bancaires et système de garantie des dépôts.

L'heure est donc au bilan à mi-parcours. C'est en tous cas ce qu'a souhaité le Parlement européen, qui a appelé ce mardi la Commission à réaliser une étude d'impact des quarante textes législatifs européens qui ont été mis en œuvre depuis la crise à propos du marché financier. Le but est de pouvoir juger la cohérence et la proportionnalité des règles tout en pointant les éventuels effets secondaires indésirables qui fragiliseraient les PME et les investisseurs.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A crise financeira que emergiu em 2007/8 exigiu uma ação global por parte dos legisladores europeus e dos organismos internacionais de normalização. Desde então, foram lançadas numerosas iniciativas legislativas em matéria de serviços financeiros da UE para restabelecer a estabilidade financeira, reforçar a proteção dos consumidores e pôr em prática os ensinamentos retirados da crise. O presente relatório constitui um primeiro passo para fazer um balanço desse trabalho legislativo, abordando lacunas observadas na legislação dos serviços financeiros e expressando preocupações que surgiram.

Considero que é necessária uma avaliação de impacto exaustiva do quadro dos serviços financeiros e que uma tal avaliação deve ser efetuada com regularidade. Esta tarefa deverá ficar a cargo dos serviços da Comissão e aproveitar a sua ligação com as agências de supervisão.

Considero importante que a estabilidade financeira e a proteção dos consumidores continuem a constituir as prioridades dos legisladores, devendo ser dada maior relevância à aplicação de uma abordagem baseada no risco.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa ya que pide a la Comisión que estudie el impacto de la legislación sobre los mercados financieros adoptada en los últimos años, además de animar a la creación de una Unión de los Mercados de Capitales que deberá contribuir a mejorar la canalización de liquidez a la economía.

Gracias a la labor de nuestro Grupo, de este informe no se deriva poner en cuestión la consideración de la deuda soberana como un activo libre de riesgo. No obstante, seguimos sin disponer de un activo financiero paneuropeo libre de riesgo, lo que se solventaría con la emisión de deuda pública de la Unión. La hipotética emisión de bonos de la Unión no contraviene el artículo 310 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Por tanto, reclamo a la Comisión Europea que aproveche los tipos de interés ultrabajos para crear un Tesoro europeo.

También me felicito por la inclusión en este informe de enmiendas de la delegación relativas a la necesidad de incorporar la perspectiva del consumidor y del pequeño inversor en la Unión de los Mercados de Capitales, así como a la no discriminación por disponer de un código IBAN distinto del emisor del recibo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La crise financière et de la dette de 2007/2008 a nécessité une action globale des législateurs européens. Depuis, de nombreuses initiatives législatives dans le domaine des services financiers ont été lancées en vue de rétablir la stabilité financière, de renforcer la protection des consommateurs et de mettre en œuvre les leçons tirées de la crise.

Ce rapport d'initiative voté hier vise à dresser un premier bilan de ce travail législatif, à remédier aux lacunes constatées dans la législation sur les services financiers et à énoncer des préoccupations qui résultent notamment du fait que les effets des différentes mesures législatives n'ont pas été suffisamment analysées jusqu'à présent. Or, une évaluation approfondie des effets du cadre régissant les services financiers est nécessaire et il conviendrait de répéter cet exercice régulièrement.

Qui plus est, l'application de la législation sur les services financiers devrait être plus compréhensible et mieux adaptée aux besoins des PME. Quant à la stabilité financière et à la protection des consommateurs, elles doivent demeurer les priorités des législateurs, plus de poids devant être donné à l'application d'une stratégie cohérente fondée sur les risques.

Bronis Ropé (Verts/ALE), *raštu*. – Finansinių paslaugų reglamentavimas yra itin jautri sritis, kurioje veikti reikia itin atsargiai ir gerai apgalvojus. Kartu mes turime nepamiršti, kad vienas kertinių Europos Sąjungos tikslų – sukurti laisvą kapitalo judėjimo erdvę vis dar nėra pilnai įgyvendintas. Bent jau tol, kol ES viduje egzistuoja skirtingi kapitalo judėjimo apribojimai. Šis dokumentas – svarbus žingsnis kuriant vieningą europinę kapitalo judėjimo erdvę.

Vienintelė pastaba, kurią jam norėčiau pareikšti – dokumente persama mintis, kad vartotojų apsaugai nereikia daug informacijos. Neva pakanka vien tik kokybiškos. Tačiau kas gi nustatys tos informacijos kokybės standartus? Reglamentas to nenumato. Ar tai atliks pačios finansinės institucijos? Jei taip – ar mes tikime, kad jos užtikrins kokybišką vartotojų informavimą?

Žinoma, ši reglamento nuostata yra labiau informacinio pobūdžio ir teisinės galios neturi. Dėl to balsuoju „už“ ir noriu tikėti, kad vartotojų apsaugos standartai jokių būdu nebus mažinami. Ypač tokioje jautrioje ir didelius nuostolius galinčioje atnešti srityje kaip finansinės paslaugos.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – É relativamente consensual que a crise financeira de 2007-2008 e os seus efeitos negativos foram causados, designadamente, pela falta de aplicação de uma regulamentação dos serviços financeiros adequada e abrangente.

Por isso, a UE lançou mão de um programa lato de reformas para o setor financeiro da união, com o firme propósito de reforçar a regulamentação e a supervisão financeiras, garantir uma menor permeabilidade perante cenários de crise e salvaguardar o mais possível os investidores e contribuintes.

Partilho, por isso, das ideias elencadas pelo relator quanto à necessidade de uma regulamentação dos serviços financeiros da UE coerente e eficaz, que sirva tanto os interesses das empresas como de clientes e investidores, bem como a necessidade de caminhar rumo a uma união dos mercados de capitais, que ponha fim à fragmentação atualmente existente e permita reforçar os mercados de capitais na UE como um complemento ao financiamento assente na banca.

Tendo em conta essas premissas, votei favoravelmente este Relatório de Iniciativa.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui a pour objectif de faire un premier bilan des nombreuses initiatives législatives dans le domaine des services financiers prises par l'Union européenne depuis 2008, année de l'éclatement de la crise financière et de la dette. Il est opportun d'évaluer si ces nouvelles dispositions dans le domaine financier sont adaptées aux défis actuels. En effet, une évaluation des effets du cadre qui régit les services financiers est essentielle. J'ai soutenu ce texte qui rappelle que la législation actuelle doit être appliquée dans l'ensemble des États membres, afin de conserver une cohérence au sein même de l'Union.

Aller vers une Union des marchés de capitaux doit profiter avant tout à l'économie réelle, et s'accompagner de réglementations des services financiers adaptées.

Les priorités de l'Union, en ce qui concerne les services financiers, doivent être la stabilité financière et la protection des consommateurs.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – L'Unione europea ha fatto uno sforzo enorme negli ultimi anni per regolamentare un sistema, quello bancario e finanziario, precipitato improvvisamente in una grave crisi. Molto è stato fatto ma a volte, pressati dalle contingenze, in maniera un po' affrettata. È giunto quindi il momento di esaminare quanto è stato fatto, la sua utilità, gli eventuali errori e proporre le modifiche necessarie per migliorare ulteriormente il sistema.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe de propia iniciativa que repasa los distintos actos legislativos europeos sobre servicios financieros que se han dado en el anterior mandato, tratando de evaluar los logros y los problemas. Pretende de esta manera dar algunas indicaciones de cara a la Unión de los Mercados de Capitales que proyecta para esta legislatura la Comisión. El informe da la bienvenida a proyectos como el Plan Juncker y la Unión de los Mercados de Capitales, además de ser excesivamente positivo respecto a los logros legislativos de la anterior legislatura.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – The proposal for a financial transaction tax (FTT) is under the enhanced cooperation procedure among 11 Member States only.

So it is up to those participating countries to reach an agreement amongst them.

I cannot agree with an FTT that is only applied by a few countries – it is not in their national interest, though if they believe otherwise and would want to choose that option, they should be left to design the tax as they deem fit.

Nor can I agree with an FTT applied only by the European Union when other blocs and countries do not. In a globalised economy, that is a recipe for undermining competitiveness in those areas which apply it.

For these reasons, I have voted against paragraph 35.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra porque supone la ratificación implícita por parte del Parlamento Europeo de la propuesta de la Comisión Europea sobre la Unión de los Mercados de Capitales. Esta propuesta, presentada por el señor Juncker como la solución para solventar los problemas de acceso al crédito y de financiación de la economía europea, es una mera estrategia para introducir el capital especulativo en la financiación directa de pequeñas y medianas empresas. Esta propuesta es absolutamente contraria a los intereses de las pymes de Europa que necesitan que se les garantice el crédito a través del sistema bancario tradicional y no a través de mecanismos cada vez más complejos que dejan todo el riesgo en manos de los pequeños empresarios, que ahora deberán convertirse en accionistas participantes de sus propias empresas. Esta descabellada propuesta provocará más problemas a las pequeñas empresas de aquellos que pretende solucionar, al estar pensada para los intereses de los grandes capitales. Es por todo esto por lo que he votado en contra del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto delinea in maniera equilibrata il bilancio del lavoro legislativo compiuto dagli organismi finanziari a seguito della crisi del debito scoppiata nel 2008.

Ritengo inoltre che la relazione fornisca la giusta occasione per interrogarci non solo sulle lacune riscontrate nella regolamentazione attuale, ma anche sull'impatto complessivo delle misure legislative in materia di servizi finanziari, soprattutto con riferimento alle entità di piccole e medie dimensioni. È infatti giunto il momento di mettere in pratica gli insegnamenti tratti dalla crisi e di analizzare con attenzione le iniziative intraprese fino ad ora, allo scopo di rispondere in maniera efficace e ragionevole alle sfide future.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this because it calls for the EU agencies to become more involved in international standard setting (at the expense of national regulators).

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report from the ECON Committee on the challenges of the EU Financial Services Regulation. I found that this report was fairly well balanced and I'm grateful for the work that the S&D shadow rapporteur, Paul Tang, has done on it. While I support the Better Regulation package from the Commission and its application in the Capital Markets Union project, it must be said that 'Better Regulation' is not the same as 'less regulation'. That said, this report does fill the regulatory gaps where needed and reduce red-tape, which I believe are necessary in the maintenance of a working Capital Markets Union.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Finančná kríza, ktorej bola Európa vystavená v roku 2008, predstavovala zásadný podnet, aby sa Únia začala seriózne zaoberať dosahom finančných služieb na reálnu ekonomiku. Od vypuknutia krízy prišla Komisia s viacerými opatreniami za účelom obnovy finančnej stability či posilnenia ochrany zákazníkov. Podporila som túto správu, keďže jej snahou je zhodnotiť prijaté legislatívne úpravy a poukázať na nedostatky alebo medzery, ktoré musia byť ešte doriešené.

Keďže bola legislatíva týkajúca sa finančnej regulácie prijímaná ako reakcia na krízové udalosti, mnohé právne predpisy môžu byť potenciálne nesúdržné. V správe preto navrhujeme, aby Komisia preskúmala, aký majú tieto predpisy dosah na finančné trhy. Žiadame ju tiež o to, aby sa zaoberala o ochranu účinného a efektívneho financovania reálnej ekonomiky a malých a stredných podnikov. Harmonizácia legislatívy finančných služieb by mala ísť ruka v ruku s vytvorením únie kapitálových trhov. Pre reálnu ekonomiku by bolo prospešné, keby mali podniky prístup aj k alternatívnym spôsobom financovania ako klasickým bankovým produktom. Nie je však možné, aby došlo k deregulácii finančného trhu, na čo Komisiu vyslovene upozorňujeme. Popritom je kľúčové, aby členské štáty začali uplatňovať súčasné pravidlá a aby nevytvárali nadmernú reguláciu. Týmto spôsobom by sa podporilo fungovanie vnútorného trhu a hospodárska súťaž.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Mi sono espresso in senso favorevole sulla relazione relativa alla regolamentazione dell'UE in materia di servizi finanziari, che propone una panoramica completa sull'impatto della legislazione recente in materia e sulla sua efficacia nel finanziare l'economia reale e le piccole e medie imprese. Infatti, ritengo che tutti i settori finanziari siano interessati da profondi cambiamenti, compreso il settore bancario e assicurativo, e necessitino quindi della creazione di un'Unione dei mercati dei capitali come opportunità per rafforzare l'economia dell'UE.

Infatti, considerando che la crisi finanziaria del 2007-2008 e le sue estese ripercussioni negative sono state causate, tra l'altro, dalla mancata applicazione di una regolamentazione dei servizi finanziari adeguata e di qualità per mercati e prodotti sempre più complessi, ritengo doveroso partecipare attivamente alla costruzione di un quadro normativo che garantisca la stabilità finanziaria, rendendo il sistema più resiliente agli shock, limitando i rischi e rispondendo meglio alle necessità degli investitori. Il tutto a beneficio dell'economia reale dell'Unione.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Účinný a efektívny rámec finančných služieb zabezpečujúci finančnú stabilitu je predpokladom zvyšovania (dlhodobých) investícií a podpory rastu v konkurencieschopnom európskom hospodárstve. Okrem navrhovaných opatrení Únie kapitálových trhov je však potrebné prijať aj nástroje určené na doplnkové nebankové financovanie spoločností. Zásadou budovania Únie kapitálových trhov by mal byť predovšetkým dôraz na koncových používateľov kapitálových trhov, t. j. na spoločnosti a investorov, ako aj spotrebiteľov. Regulácia finančných služieb v EÚ by mala byť koherentná, konzistentná, primeraná, neduplicitná a bez nadmernej zložitosti a mala by zabráňovať právnej neistote a vysokým nákladom potenciálnych účastníkov finančných trhov. Je potrebné zdôrazniť potenciál inovačného trhového financovania, najmä možnosti finančných technológií vrátane crowdfundingu a peer-to-peer úverov, najmä zosúladenia príslušných regulačných požiadaviek a zjednodušenia administratívy.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Financijska i dužnička kriza koja je izbila 2007/2008 zahtijevala je opsežan angažman europskih zakonodavaca. Otada su uspostavljene brojne zakonodavne inicijative u području financijskih usluga u Europskoj uniji kako bi se ponovno uspostavila financijska stabilnost, ojačala zaštita potrošača, ali i implementirale pouke naučene u krizi. Važne nove inicijative Komisije kao što su investicijski paket i unija tržišta kapitala će postići bolji rezultat ako se temelje na efikasnoj i efektivnoj regulaciji financijskih usluga.

Potrebno je usmjeriti više pozornosti na mala i srednja poduzeća, kao i na njihovo financiranje. Primjena zakonodavstva koje se odnosi na financijske usluge trebala bi biti manje kompleksna, razumljivija te da bolje odgovara potrebama malih i srednjih poduzeća. Važno je da zaštita potrošača, kao i financijska stabilnost, ostanu prioritet zakonodavcima. Globalna konkurentnost EU zakonodavstva i europskog financijskog sektora ističe se kao bitan izazov u regulaciji financijskih usluga te se treba voditi računa o međuovisnosti s međunarodnim standardima. Ovaj proces treba se dodatno unaprijediti te se treba istaknuti osobita ulogu ESA-e i SSM-a u ovom području. Kvaliteta regulacije financijskih usluga ovisi o vremenu, koordinaciji i transparentnosti u procesu donošenja zakona, te sam stoga podržao izvješće.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – I supported this report, which is primarily a stocktaking exercise of the financial legislation adopted during the last 5 years and a precursor to the CMU. I am particularly supportive of the call for a culture of compliance within financial organisations that puts the interest of the customers first.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Podržavam ovaj pregled stanja, jer su financijska stabilnost i zaštita potrošača imperativi koji ne dopuštaju kompromis.

Nakon iskustva koje je EU i cijeli svijet potreslo 2008. godine, EU je donijela cijeli niz zakonskih propisa koji reguliraju financijsko tržište s ciljem da se nikad ne ponovi kriza tih razmjera. U izvješću se navodi, a odbor ECON podržava taj stav, da je sadašnje zakonodavstvo dobro, ali da treba poraditi na primjeni istog u nekim državama članicama. Većina zakonskih odredbi se već sada uspješno primjenjuje i vidi se njihov pozitivan utjecaj. Izvješće poziva Komisiju da do kraja tekuće godine obavi procjenu učinka zakonodavstva i predloži eventualne promjene ukoliko ih smatra potrebnima. Komisija primarno treba istražiti učinak na gospodarstvo, zapošljavanje i financijski sektor u cjelini.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o oceni stanja in izzivov pri ureditvi EU o finančnih storitvah: učinek in nadaljnji koraki k bolj učinkovitemu in uspešnemu okviru EU za regulacijo finančnega sektorja in unijo kapitalskih trgov.

Finančna kriza je za seboj pustila številne negativne posledice, ki so v nekaterih državah članicah vidne še dandanes. Smo pa s finančno krizo lahko ocenili in izpostavili glavne pomanjkljivosti, ki so pestile naš trg: od pomanjkanja ustrezne regulacije finančnih storitev za vedno kompleksnejše trge do zagotovitve, da se bodo bolje izpolnjevale potrebe vlagateljev ter finančne potrebe realnega gospodarstva. Ker so posledice krize še vedno močno vidne in izražene, je treba z reformami nadaljevati.

Pozdravljam poročilo, ki poudarja potrebo po dodatnem nebančnem financiranju podjetij in tudi, da mora biti ključno načelo pri vzpostavitvi unije kapitalskih trgov večje osredotočanje na končne uporabnike kapitalskih trgov.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση τάσσεται ξεκάθαρα υπέρ της ένωσης κεφαλαιαγορών διότι θεωρεί πως η ΕΕ έχει υποχρέωση να βοηθά τις επιχειρήσεις (κυρίως τις μικρές και μεσαίες) να έχουν εύκολη πρόσβαση στα χρηματιστήρια όλης της επικράτειας της Ένωσης. Αυτό βεβαίως θα οδηγήσει με μαθηματική ακρίβεια στην ακόμα μεγαλύτερη συσσώρευση κεφαλαίου από μεγάλους ευρωπαϊκούς ομίλους, αλλά και στην ενδυνάμωση του μονοπωλιακού κεφαλαίου σε ευρωπαϊκό επίπεδο με στόχο την «ανταγωνιστικότητα» του σε παγκόσμιο επίπεδο. Η έκθεση απλώς εκθειάζει τα βήματα που λήφθηκαν μέχρι σήμερα για ολοκλήρωση της Ένωσης Κεφαλαιαγορών και ζητά εναρμόνιση του πλαισίου με τα παγκόσμια δεδομένα, την ίδια ώρα που προωθεί ανάλογη απορρύθμιση της πρόσβασης εταιριών στο χρηματιστήριο για να μπορούν αυτές να εισέρχονται σε χρηματιστήρια άλλων χωρών. Επίσης, προωθεί για το μέλλον άμεσους ελέγχους από τις Βρυξέλλες στις αρχές των κρατών μελών, κάτι με το οποίο διαχρονικά διαφωνούμε γιατί στην πραγματικότητα διαλύει εντελώς την κυριαρχία των κρατών μελών και συσσωρεύει όλες τις εξουσίες στις Βρυξέλλες.

Δεδομένου ότι η εναντίωση μας στην ολοκλήρωση της ενιαίας αγοράς και στην προσπάθεια ανάπτυξης των μικρομεσαίων επιχειρήσεων μέσα από τα χρηματιστήρια αποτελεί πάγια θέση μας, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η αδυναμία του χρηματοπιστωτικού συστήματος να ανταπεξέλθει στην οικονομική κρίση και ο αντίκτυπος της τελευταίας έχουν αναδείξει την έλλειψη κατάλληλων και υψηλής ποιότητας ρυθμίσεων των χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών για ολόένα και πιο περίπλοκες αγορές και προϊόντα. Το κανονιστικό πλαίσιο πρέπει να περιλαμβάνει όλους τους χρηματοπιστωτικούς τομείς, το τραπεζικό, το ασφαλιστικό, τις αγορές ακινήτων και κινητών αξιών, τα επενδυτικά ταμεία κτλ. Χρειαζόμαστε ένα πλαίσιο που θα επιβάλλει τη διαφάνεια στην αγορά, την αποτελεσματικότητα στη μακροληπτική εποπτεία, τη διεθνή ανταγωνιστικότητα των ευρωπαϊκών επιχειρήσεων, την προώθηση της επιχειρηματικότητας, την αποτελεσματικότητα στην άρση των φραγμών στην αγορά και θα παρέχει δυνατότητες πλήρους αποτίμησης ή/και ποσοτικής ανάλυσης των συνολικών επιπτώσεων και της αλληλεπίδρασης των επιμέρους μέτρων.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a pénzügyi szolgáltatások uniós szabályozásának áttekintéséről és kihívásairól szóló jelentést. A jelenlegi pénzügyi és adósságválság valóban példátlanul káros következményekkel járt Európában, ugyanakkor mostanra az európai intézményeknek sikerült egy olyan pénzügyi szabályozást létrehozni, amely megerősítette az EU pénzügyi struktúráját a jövőbeli válságokkal szemben.

Ugyanakkor egyetérték a jelentéssel abban, hogy az Unió tőkepiaca továbbra is szétaprózódott és a kkv-kat és mikro-vállalkozásokat továbbra is súlyosan érinti a tőkehiány. A tőkepiaci unió valóban értékes keretet kínálhat ahhoz, hogy a kkv-k számára Unió-szerte egyenlő hozzáférést biztosítsanak a finanszírozáshoz, valamint előmozdítsák a piaci alapú finanszírozás innovatív formáinak kialakulását. A tőkepiaci unió lehetőséget adna a kkv-k számára a banki alapú finanszírozás kiegészítésére, mely területen az Egyesült Államok erőteljesebben fejlődött a pénzügyi válságot követően.

Kiemelten fontosnak tartom és örömmel vettem, hogy a jelentés integrált megközelítést javasolt a Bizottságnak a tőkepiaci unió vonatkozásában, megemlítve a digitális egységes piacot is.

Továbbá a jelentéstevő nagyon helyesen hangsúlyozta a fogyasztóvédelem fontosságát a pénzügyi szolgáltatások területén. A minőségi, pontos, felhasználóbarát, megbízható, időszerű és mindenekelőtt érthető nyelvezetű fogyasztói tájékoztatással elősegíthető a megfelelő döntéshozatal. Aggályos azonban, hogy sokszor nem egyértelmű tájékoztatókkal találkozunk a fogyasztó, melynek célja nem a fogyasztói igények szolgálata.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Podczas kryzysu finansowego i gospodarczego Unia Europejska wyprodukowała, pod ogromną presją czasu, niezliczoną ilość nowych zasad i przepisów dotyczących usług finansowych, więcej niż wszystkie wcześniejsze regulacje w tym zakresie razem wzięte. Oczywiście wprowadzenie zmian było konieczne, zważywszy na to, że to właśnie od sektora finansowego rozpoczął się kryzys finansowy w 2008 roku. Jednakże teraz powinniśmy przyjrzeć się uważnie temu, jakie cele zostały osiągnięte, które regulacje faktycznie funkcjonują, a które zostały wprowadzone zbyt pośpiesznie i okazały się nieefektywne.

W sprawozdaniu Parlamentu Europejskiego we właściwy sposób zwrócono uwagę na konieczność zbadania spójności, dokładności, proporcjonalności, wartości dodanej i skutków ekonomicznych regulacji usług finansowych. Parlament wezwał także Komisję Europejskiej do przygotowania kompleksowej oceny wpływu nowych przepisów przed końcem tego roku. Koniecznym jest, aby jak najszybciej pozbyć się z prawodawstwa unijnego niepotrzebnych przepisów tak, aby Unia Europejska lepiej służyła swoim obywatelom i nie tworzyła niepotrzebnych barier dla konsumentów i przedsiębiorców.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Criza financiară din 2007-2008 a constituit o piatră de încercare pentru Uniunea Europeană și statele membre. Cu toate acestea, Uniunea a demonstrat că este capabilă să ofere un răspuns adecvat acestei crize, adoptând reglementări ale sectorului serviciilor financiare menite să asigure stabilitatea acestuia.

În acest moment, este nevoie de o evaluare a acestor reglementări în vederea corectării problemelor și a creării premiselor necesare pentru realizarea uniunii piețelor de capital, care va armoniza și mai mult legislația europeană în domeniul serviciilor financiare. Este nevoie, în primul rând, de crearea instrumentelor de reglementare care sunt necesare pentru a acoperi domeniile neincluse până în prezent. De asemenea, se are în vedere reducerea birocrăției și asigurarea unor canale alternative de creditare pentru economia reală și, în special, pentru întreprinderile mici și mijlocii. Prioritatea trebuie acordată stabilității financiare și protecției consumatorilor, precum și aplicării unei abordări coerente a riscurilor.

Pentru asigurarea calității cadrului de reglementare al serviciilor financiare trebuie îndeplinite și anumite condiții legate de coordonare, planificare și transparență a procesului legislativ. Realizarea uniunii bancare poate fi un pas decisiv în direcția consolidării serviciilor financiare europene integrate și pentru coordonarea politicilor statelor membre în domeniul.

Din aceste motive, se impune adoptarea actualului raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte sur le bilan et les enjeux de la réglementation de l'Union sur les services financiers, même si j'aurais voulu aller plus loin.

Je constate que la crise financière et de la dette que nous traversons a eu des conséquences sans précédent, notamment sur l'économie réelle et l'argent des contribuables. Je salue dès lors le règlement financier approuvé par les institutions européennes au cours des cinq dernières années, lequel a renforcé l'architecture financière de l'Europe en prévision de futures crises.

Nous avons obtenu l'inclusion, par la Commission, d'un niveau efficace de protection des consommateurs et des investisseurs, qui est l'un des principes fondateurs de cette union.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe it is particularly important that the Commission undertakes an impact assessment of all measures that have been implemented in the wake of the financial crisis. Moreover an effective financial services framework ensuring financial stability is a prerequisite for increasing (long-term) investment and fostering growth in a competitive European economy.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće jer smatram da je izvjestitelj uspostavio jako dobar balans između glavnih potreba sektora finansijskih usluga i obveze za višim stupnjem transparentnosti. Doista, transparentnost ne mora nužno biti povezana s velikim količinama informacija, već naglasak moramo staviti na kvalitetu i razumljivost informacija te na taj način omogućiti donošenje dobrih odluka.

Također, potreba za kvalitetnijim informiranjem potrošača ne smije pretpostavljati dubiozne administrativne procedure i nerazumne troškove pa je na nama odgovornost donošenja pametne i manje opterećujuće regulacije koja će zamijeniti dobar dio ove koja je trenutačno na snazi.

Slažem se i s inicijativom za sveobuhvatnije i bolje finansijsko obrazovanje usmjereno na mala i srednja poduzeća s ciljem njihove poduke kako iskoristivati tržišta kapitala. Takve su tvrtke kralježnica europske ekonomije pa je povećanje njihove konkurentnosti od ključne važnosti.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o oceni stanja in izzivih pri ureditvi EU o finančnih storitvah sem podprla, saj sem menja, da dosedanje zakonodajne pobude vsebujejo prvo oceno stanja reform. Vendar pa ne zagotavljajo celovite ocene in analize učinkov.

Poročilo strukturirano ocenjuje, analizira učinke in odpravlja pomanjkljivosti, ki so nastale pri pripravi zakonodaje. Kar pa je prvi korak do izboljšanja celotnega postopka ter še bolj jasne delitve pristojnosti nadzora med ravno EU in državami članicami na tem področju.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe de propia iniciativa que repasa los distintos actos legislativos europeos sobre servicios financieros que se han dado en el anterior mandato, tratando de evaluar los logros y los problemas. Pretende de esta manera dar algunas indicaciones de cara a la Unión de los Mercados de Capitales que proyecta para esta legislatura la Comisión. El informe da la bienvenida a proyectos como el Plan Juncker y la Unión de los Mercados de Capitales, además de ser excesivamente positivo respecto a los logros legislativos de la anterior legislatura.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Before making a big leap forward with the Capital Markets Union, it is fundamental that we are able to assert where exactly is Europe in terms of financial markets legislation.

I hope that this report is useful in this regard and enables the Commission to take a broad view on the current state of play and build a CMU that further diversifies and integrates our financial markets.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Texte assez creux sur les enjeux de la réglementation financière depuis la crise de 2008, ainsi que les projets d'Union des marchés des capitaux. Il se contente de faire un état des lieux convenu et des propositions reprenant la tendance des textes proposés par la Commission, avec peu d'éléments juridiques ou de propositions nouvelles.

On peut le rejoindre sur les inquiétudes quant à la complexité croissante de la réglementation et la nécessité d'en avoir une harmonisée, cohérente et non redondante.

En revanche, on ne saurait le suivre sur la nécessité de rompre le lien entre les États souverains et les banques au niveau national, c'est à dire de finaliser l'Union bancaire. Il ne mentionne aucunement la nécessité d'une véritable séparation bancaire, aujourd'hui au point mort.

Sur l'union des marchés de capitaux (qui tient aujourd'hui en deux textes: la relance de la titrisation et la simplification de la directive «Prospectus»), nous sommes favorables à la diversification des modes de financement, mais réservés sur la titrisation ou sur l'accès réel aux marchés de la plupart des PME, qui ne peuvent accéder de toute façon aux marchés.

Je choisis donc l'abstention sur ce texte.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Libera circulație a capitalurilor a apărut pentru prima dată în Tratatul de la Roma, acum mai bine de 50 de ani. Această libertate face parte din cele patru libertăți fundamentale ale UE, deci ar trebui să fie în centrul pieței unice europene. Din păcate, în ciuda progreselor înregistrate în acest domeniu, piețele de capitaluri sunt în continuare fragmentate și organizate, în general, în funcție de sistemele naționale. Gradul de integrare al piețelor financiare a scăzut din cauza crizei financiare, băncile și investitorii reorientându-se către piețele de origine.

În acest sens, crearea unei uniuni a piețelor de capital reprezintă o inițiativă cheie a programului de lucru al Comisiei Europene. Aceasta ar asigura o diversificare a modurilor de finanțare în cadrul economiei europene și ar reduce costurile, în special pentru întreprinderile mici și mijlocii. Această uniune ar avea ca efect creșterea fluxurilor financiare între investitori și ar multiplica numărul proiectelor de investiții europene, fapt care ar ameliora alocarea riscurilor și a capitalurilor la nivelul UE, permițând Europei să reziste mai bine unor șocuri viitoare

.

Prin urmare, am votat în favoarea Raportului referitor la bilanțul și la provocările asociate cadrului UE de reglementare a serviciilor financiare: impactul și calea de urmat către un cadru UE de reglementare a sectorului financiar mai eficient și mai eficace și către o uniune a piețelor de capital.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A 2007/2008 során kitört pénzügyi és adósságválság átfogó fellépést igényelt az európai jogalkotók és a nemzetközi standardalkotók részéről. Azóta számos jogalkotási kezdeményezést indítottak el az uniós pénzügyi szolgáltatások területén, amelyek célja a pénzügyi stabilitás helyreállítása, a fogyasztóvédelem megerősítése és a válság tanulságainak végrehajtása. Ez a saját kezdeményezésű jelentés az első lépés ahhoz, hogy áttekintést nyerjünk erről a jogalkotási munkáról, kezeljük a pénzügyi szolgáltatásokra vonatkozó jogalkotás során feltárt hiányosságokat, és válaszoljunk azokra az aggodalmakra, amelyek különösen azért fogalmazódtak meg, mert az egyes jogalkotási intézkedések hatásait, valamint ezek kölcsönhatásait nem elemezték kellőképpen, és az általános jogszabályok halmozott hatását még nem lehetett teljes mértékben értékelni. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – Although the main disappointments in the ECON vote were achieving only a call to review the macroprudential framework and the fact that there was no reference at all to 'stranded assets', most of the rest of demands were well reflected and so, as the text as a whole was inoffensive, I voted in favour.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Tras la crisis financiera, se han adoptado varios textos legislativos en el marco de la Unión. Mediante este informe se señala que la estabilidad financiera y la protección del consumidor siguen siendo las principales prioridades de los legisladores. Asimismo se identifica que la competitividad de la legislación europea y de los sectores financieros de la Unión son un desafío esencial en la regulación de los servicios financieros y se pide a los servicios de la Comisión Europea que completen la primera evaluación al respecto antes de 2016, con el objetivo de tener un examen global del estado de los servicios financieros. Por todo ello considero necesario votar a favor de este informe.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Il sistema economico è reso ancora più fragile e maggiormente esposto a rischi di crisi sistemica dall'Unione del mercato dei capitali prospettata da questa relazione, a danno della crescita economica reale, delle imprese e dei risparmiatori europei.

Il testo adottato accentua il ruolo predominante della finanza sull'economia reale. Le necessità particolari di finanziamento della piccola-media impresa, che ha bisogno di fonti di credito stabile e a lungo termine, sono comprese al meglio solo dalle banche locali e non da mercati di capitali soggetti a volatilità e logiche speculative a breve termine, come invece viene proposto. La relazione, all'opposto, rilancia strumenti come la cartolarizzazione, insistendo su un canale finanziario troppo complesso ed oneroso per le PMI.

Ritengo che la spinta verso un'ulteriore integrazione dei mercati ed una uniformazione regolamentare sia pericolosa ed irresponsabile. Il sistema economico europeo resta dunque instabile, senza l'attuazione di una separazione tra le attività bancarie di credito e quelle di investimento. Per questi motivi, ho votato contro questa relazione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra porque supone la ratificación implícita por parte del Parlamento Europeo de la propuesta de la Comisión Europea sobre la Unión de los Mercados de Capitales. Esta propuesta, presentada por el señor Juncker como la solución para solventar los problemas de acceso al crédito y de financiación de la economía europea, es una mera estrategia para introducir el capital especulativo en la financiación directa de pequeñas y medianas empresas. Esta propuesta es absolutamente contraria a los intereses de las pymes de Europa que necesitan que se les garantice el crédito a través del sistema bancario tradicional y no a través de mecanismos cada vez más complejos que dejan todo el riesgo en manos de los pequeños empresarios, que ahora deberán convertirse en accionistas participantes de sus propias empresas. Esta descabellada propuesta provocará más problemas a las pequeñas empresas de aquellos que pretende solucionar, al estar pensada para los intereses de los grandes capitales. Es por todo esto por lo que he votado en contra del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag, dat ons een bredere kijk geeft op de stand van zaken van de wetgevendende maatregelen met betrekking tot de financiële markten. Vooraleer we de kapitaalmarktenunie tot stand brengen moeten we immers eerst zeker zijn dat onze regels, die we in de nasleep van de financiële crisis van 2008 hebben aangenomen, ook evenredig en samenhangend zijn.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Ao imputarmos a crise de 2007 a uma suposta falta de regulação estamos a errar no diagnóstico. Estamos ao mesmo tempo a criar uma ilusão, dando a entender que o sistema financeiro pode ser disciplinado. Estamos a criar a ilusão de que é possível alinhar os interesses da banca e dos fundos de investimento com os interesses das populações e dos trabalhadores.

O mecanismo de supervisão único, assim como o mecanismo de resolução único, não funciona e não resolve os problemas do sistema financeiro tal como pudemos observar recentemente em Portugal, onde a informação foi sistematicamente ocultada e manipulada com o consentimento dos agentes supervisores.

O problema das grandes instituições financeiras, ditas demasiado grandes para falir, não se resolver com meros paliativos que apenas se destinam a procurar dar a ideia de que alguma coisa está a ser feita ficando tudo na mesma. O problema resolve-se com a separação bancária e com o controlo público do sistema financeiro e o tempo depressa se encarregará de nos dar razão.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Bei dem Bericht handelt sich lediglich um eine Bestandsaufnahme, um mögliche Wechselwirkungen und Widersprüche in der Finanzregulierung ausfindig zu machen. Handfeste legislative Vorschläge, um festgestellte Mängel zu beseitigen, enthält der Bericht nicht. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Thema „EU-Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor – Bestandsaufnahme und Herausforderungen: Auswirkungen und Wege zu einem effizienteren und wirksameren EU-Rahmen für die Finanzregulierung und eine Kapitalmarktunion“ habe ich mich enthalten.

Es handelt sich um einen Initiativbericht ohne Gesetzeskraft. Wie stets bei dieser Form von Berichten handelt es sich um eine Musik mit allen möglichen Tönen und Zwischentönen. Nur so gibt es die Möglichkeit, möglichst viele Stimmen in das Orchester zu quetschen. Dementsprechend handelt es sich bei dem Bericht um ein Wunschkonzert. Neben sehr viel Licht ist daher auch Schatten, wegen dem ich dem Bericht nicht zustimmen kann: Er begrüßt das Investitionspaket der Union und ist implizit durchaus positiv gegenüber der europäischen Finanzmarktregulierung im Allgemeinen und allen drei Säulen der Bankenunion im Besonderen gestimmt. Für mich ist dies zu viel, als dass ich meiner Fraktion folgen und zustimmen könnte.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la bilanțul și la provocările asociate cadrului UE de reglementare a serviciilor financiare.

Acest raport din proprie inițiativă reprezintă un prim pas în evaluarea măsurilor adoptate de legiuitorii europeni, dar și de către organismele internaționale, ca urmare a crizei financiare. Raportorul include și recomandări în privința realizării unui cadru UE de reglementare a sectorului financiar mai eficient pentru realizarea unei uniuni a piețelor de capital.

Salut atenția acordată în acest raport sectorului IMM-urilor în raport cu măsurile care au fost luate, dar și din perspectiva îmbunătățirii actualului cadru legislativ.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφώς*. – Η έκθεση του συναδέλφου Bulz έχει ως στόχο την οριοθέτηση του πλαισίου εκείνων των δράσεων και κανόνων που θα καταστήσουν δυνατή μια βελτιωμένη ρύθμιση των χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών στην Ένωση, καθορίζοντας έτσι και την μελλοντική εξέλιξη. Οι περισσότερες πολιτικές ομάδες ενέκριναν το κείμενο στους κόλπους της αρμόδιας Επιτροπής Οικονομικών και Νομισματικών Υποθέσεων. Με την σειρά μου, έδωσα θετική ψήφο για την τελική έγκριση της.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione di iniziativa accoglie la proposta della Commissione di realizzare una Unione dei mercati dei capitali (CMU) con l'obiettivo di superare la frammentazione dei mercati finanziari riducendo la dipendenza delle imprese dal sistema bancario.

Tale Unione va sicuramente nella direzione sbagliata. La soluzione per favorire maggiore crescita e occupazione è stata individuata in un'ulteriore espansione della finanza, dimenticando che la crisi è stata generata proprio dalla predominanza della finanza sull'economia. La CMU di fatto promuove un'ulteriore finanziarizzazione dell'economia, rilancia il prestito non bancario e le cartolarizzazioni. Quest'ultima rimane un canale di finanziamento troppo complesso e costoso per rispondere ai bisogni di finanziamento delle PMI, che hanno invece bisogno di banche locali che possano conoscere il contesto territoriale in cui operano le imprese.

La CMU renderà il sistema economico più fragile, interconnesso ed esposto a rischi sistemici. Essa quindi non risolverà il problema del finanziamento delle PMI che hanno bisogno di fonti di credito stabili, sostenibili e a lungo termine. Da ultimo, vi è l'irresponsabile promozione dell'integrazione dei mercati in mancanza di una riforma strutturale bancaria basata sulla separazione delle attività di credito dalle attività di investimento e di una vera regolamentazione del sistema bancario ombra.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu pána poslanca Balza týkajúcu sa regulácie finančných služieb v EÚ som podporila. Samotná správa sa zaoberá hodnotením regulácie finančných služieb a identifikuje výzvy v tejto oblasti. Hovorí najmä o tom, že by sme sa mali snažiť o lepšie a efektívnejšie uplatňovanie už existujúcich predpisov regulujúcich túto oblasť ako o vytváranie nových, s čím sa ako europoslankyňa už od začiatku stotožňujem v súvislosti s európskou legislatívou ako celkom. Zároveň som privítala, že správa sa zaoberá ochranou spotrebiteľov a malých a stredných podnikov, volá po menšej administratívnej záťaži a rovnakých podmienkach pre všetkých v rámci Európskej únie, ako aj kritizuje nedostatok rozmanitých a výhodných produktov pre spotrebiteľov. Práve tieto skutočnosti ma presvedčili o zahlasovaní v prospech prijatia tejto správy.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre balanço e desafios da regulamentação da UE em matéria de serviços financeiros, por considerar que o mercado de capitais na União permanece fragmentado e que a União dos Mercados de Capitais (UMC) pode oferecer um quadro valioso para salvaguardar o acesso equitativo ao financiamento por parte das PME na UE e promover plataformas inovadoras para o financiamento no mercado, sem que isso signifique desregulamentação do mercado.

A crise financeira de 2007 e o seu impacto negativo foram causados, nomeadamente, pela falta de aplicação de uma regulamentação dos serviços financeiros adequada para mercados cada vez mais complexos. Consequentemente, nos últimos anos, foi lançado um programa ambicioso de reformas no setor financeiro da UE destinado a reforçar a regulamentação e a supervisão financeiras, restabelecer a estabilidade financeira e tornar o sistema financeiro mais resiliente aos choques.

Neste sentido, penso que o relatório identifica claramente que a criação da UMC não significa desregulação, mas sim um melhoramento na canalização dos fundos para a economia real, sublinhando a importância do Parlamento Europeu no completar da União Bancária e destacando a necessidade da criação da Agência Europeia de Rating e de um elevado nível de proteção dos investidores no mercado.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Na UE, a situação é caricata. Ao mesmo tempo que assistimos ao aumento da regulação, é tirada da cartola a União dos Mercados de Capitais. Uma União que afirma querer facilitar o acesso das PME aos mercados de capitais como forma de resolver os constrangimentos que estas enfrentam junto da banca comercial, mas cujo único objetivo é aumentar os lucros do setor financeiro. Afirmam, os seus promotores, que as melhorias ao nível da legislação encarregar-se-ão de impedir uma crise como a de 2007-2008, mas nós estaremos cá para vos dizer que a História se encarregou de nos dar razão. Votámos contra.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione d'iniziativa accoglie la proposta della Commissione di realizzare un'Unione dei mercati dei capitali (o Capital Markets Union - CMU) che ha l'obiettivo di ridurre la dipendenza delle imprese dal sistema bancario a favore dei mercati finanziari.

Ho votato contro questa relazione perché, a mio avviso, la CMU va nella direzione sbagliata in quanto non agisce sulle cause della crisi. La soluzione per favorire maggiore crescita e occupazione è stata individuata in un'ulteriore espansione della finanza attraverso forme alternative di prestito come il *peer to peer lending*, il *crowdfunding* e la cartolarizzazione, dimenticando che la crisi è stata generata proprio dal dominio della finanza sull'economia reale.

L'Unione dei mercati dei capitali così pensata renderà il sistema economico più esposto a rischi sistemici a spese dei risparmiatori. Le PMI non trovano, in questa relazione, risposta alla loro necessità di stabilità dei mercati e di finanziamenti a lungo termine. Nel documento si punta, invece, sui mercati dei capitali soggetti a volatilità e guidati da logiche speculative a breve termine.

Sono convinto che sia pericoloso e irresponsabile promuovere l'ulteriore integrazione dei mercati in mancanza di una riforma strutturale bancaria basata sulla separazione delle attività di credito dalle attività di investimento.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Sektor finančnih storitev je ključni element notranjega trga, ki je bistven za pravilno delovanje evropskega gospodarstva in globalno konkurenčnost.

Pregled stanja obsežnih reform finančnega sektorja in ugotovitev pomanjkljivosti je bilo nujno, da se ugotovi uspešnost reform in nadzoruje rastočo prisotnost finančnih institucij, zato sem podprl poročilo.

6.7. Externe Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen (A8-0369/2015 - Barbara Matera)

Dichiarazioni di voto orali

Ángela Vallina, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, las mujeres no somos un comodín de la sociedad ni esperamos de modo sumiso a que nos digan, y mucho menos una sociedad gobernada por los grandes poderes económicos en detrimento de la ciudadanía, a qué tenemos que dedicarnos. Las mujeres, como los hombres, tenemos el derecho a decidir sobre nuestro futuro, sobre si queremos ser empresarias o asalariadas, madres o no, casadas o solteras.

El emprendimiento es una opción laboral como otras, pero no es en absoluto la solución mágica que resuelve la conciliación familiar y la desigualdad de derechos y de oportunidades que sufrimos las mujeres. La Unión Europea debe promover políticas que eliminen la desigualdad y la brecha salarial; que faciliten verdaderamente la conciliación familiar, construyendo una red de servicios públicos, ayudando a las mujeres a que desarrollen su pleno potencial humano y laboral, sea lo que sea a lo que se quieran dedicar, y no a través de incentivos para que cubran sectores económicos, según le interese en ese momento a la economía.

Las políticas de austeridad implementadas durante los últimos años por la Unión y por muchos de sus Estados miembros han castigado duramente las condiciones de vida de muchos ciudadanos y las mujeres se llevan la peor parte en la familia, en el trabajo y en las tasas de pobreza.

Es hora de que se abandone de una vez por todas la idea de que la mujer, a través de su esfuerzo, dedicación y sumisión, es el comodín que sirve para poner parches en esta sociedad injusta en lo económico y en lo social y que solo nos trae el crecimiento de la desigualdad en la sociedad, y lo estamos viendo todos los días. Por lo tanto, emprendimiento femenino, sí; y ayuda para quien la quiera y todo el apoyo necesario, también; pero explotación de la mujer, no. De ahí la abstención de nuestro Grupo.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, I fully support this report because women's entrepreneurship is an enormous untapped potential for growth and jobs. It is a matter of equality and empowerment. We are not a vulnerable group. Women are important actors in our economy, an asset for our economies, and the time has come for Member States to recognise the full potential of female entrepreneurship and to adopt clear strategies to remove all forms of discrimination and existing obstacles, from facilitating access to capital and reducing red tape to any other form of discrimination. We must also combat stereotypes. Women are too often seen as less credible, not least in sectors such as innovation and technology.

It is crucial to increase business training and education, and to develop a culture of second chance, so that women can believe that they can do it and start a company. I welcome more networks of women, because it is important to support each other, to exchange good practices and to learn from each other. Member States must also create the conditions for women to better conciliate family and work, but this is an issue that has to be dealt with at national level.

Jana Žitňanská (ECR) – Chcem pogratulovať spravodajkyni EPP k schválenej správe, v ktorej pomenúva prekážky, ktorým ženy čelia pri podnikaní. Som presvedčená, že dievčatá a ženy si zaslúžia povzbudenie a podporu pri svojej pracovnej realizácii. No som opatrnejšia pri spôsobe, akým máme na tejto pôde pracovať s predsudkami, ktoré voči ženám pretrvávajú.

Parlament, žiaľ, nemôže určiť, ako si majú rodiny deliť domáce práce, a nemôže sa rozhodnúť, že ženám jednoducho zvýši sebavedomie podporným programom. Čo ale môžeme v členských štátoch spraviť a na čo môžeme apelovať, je ponúknuť ženám možnosti, flexibilitu a viac času na vlastnú realizáciu.

Napríklad v podobe prístupu k zariadeniam starostlivosti o deti a kvalitnej odbornej prípravy na školách. Pretože kvalitnú prípravu na podnikanie potrebujú aj študentky, na ktoré dnes pri podnikaní až tak dôsledne nemyslíme - budúce zdravotné sestry, opatrovatelky, kozmetičky či kuchárky. Práve mnohé z týchto študentiek môžu byť raz úspešné podnikateľky.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, I was happy to support this report as it focuses on women and on trying to encourage them to enter the marketplace and become entrepreneurs or start up their own business. We are focusing on unemployment across Europe and particularly on encouraging SMEs and start-ups. Women have a huge untapped potential there that we need to focus on, and we need to address the issues that are challenging and preventing women from entering the workplace or indeed for having, most importantly, the confidence to start their own business. We hear about many of them, but probably childcare and access to cash would be the two most important. These are broad terms, but we indeed we need to ensure that finance is available and that access to funds is not an obstacle for women. In terms of child care, the support that society can provide – that the governments can provide – in encouraging women is very important. I agree with previous speakers that the state should stay away from behind the front door and let families operate themselves, but certainly we need to ensure that the obstacles in terms of childcare and flexible time are addressed.

Krisztina Morvai (NI). – Megszavaztam azt a jelentést, amely arról szól, hogy milyen akadályok tornyosulnak a nők vállalkozásindításának útjában Európában, bár hangsúlyoznom kell, amit a nőjogi bizottságban mindig hangsúlyozok, hogy nem lehet általában európai nőkről beszélni. Egész mások az akadályok például a poszt-kommunista országokban, mint mondjuk a saját hazámban, Magyarországon, ahol a legfőbb akadály a polgárosodás hiánya, és az, hogy a nőknek nincs induló tőkéjük – és egyébként a férfiaknak sem igazán – vállalkozás indítására. A kommunista elvtársak a nemzeti vagyont leprivatizálták saját részükre, illetőleg szétesztogatták nyugatiaknak, a nemzetnek a pénzeszközöket odaadták nyugati úgynevezett befektetőknek, akik összeszerelő üzemeket hoztak létre ahelyett, hogy megindítottak volna egy polgárosodást tőkeinjekciók juttatásával azoknak, akik méltóságban, emelt fejjel vállalkozókként szeretnének élni, így nagy számban nők is. Nálunk ez a fő akadály.

Biljana Borzan (S&D). – Gospodine predsjedniče, manje od trećine samozaposlenih u Europskoj uniji su žene, a statistike pokazuju da one koje se upuste u poduzetništvo manje riskiraju te su manje sklone širenju posla zbog slabe potpore okoline. Dvostruko veći broj žena nego muškaraca radi na pola radnog vremena. Najvažniji resursi koje poduzetnice trebaju su lakši pristup financiranju te potpora okoline kako bi što lakše uskladile privatne i poslovne obveze.

Jako sam ponosna što je Hrvatska jedna od rijetkih zemalja koja ima nacionalnu strategiju i akcijski plan za razvoj ženskog poduzetništva. Ovo izvješće poziva na pozitivne promjene u ekonomiji, ali i u društvu. Stoga ga svesrdno podržavam.

Csaba Sógor (PPE). – Habár a vállalkozáspolitikát a Lisszaboni Szerződés óta politikai prioritás, az Unió még mindig le van maradva. 2012-ben a vállalkozóknak csupán 31%-a volt nő az Unióban. A jelentés jól rámutat arra, hogy ezen a téren van hova fejlődni. Úgy vélem a nők munkaerő-piaci részvételének fokozása érdekében kulcsfontosságú a munka és a magánélet közötti egyensúly megteremtése. Ehhez járul hozzá a megfizethető és minőségi gyermekgondozási létesítmények megteremtése. Ez ma is fontos feladat.

Ugyanakkor elő kell mozdítanunk a vállalkozói kultúrát az oktatásban, különösen azokon a területeken, amelyeken inkább lányok tanulnak. Ez fontos a vállalkozói szellem fellendítéséhez és az új üzleti környezet megteremtéséhez. Annak érdekében, hogy a valós adatok összhangban álljanak majd az Európa 2020 75%-os foglalkoztatási célkitűzésével, az említett eszközök kiemelt figyelmet érdemelnek a női vállalkozók ösztönzése tekintetében.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! It kā no legāla skatu punkta nekādas starpības starp vīriešiem un sievietēm nav. Legāli, juridiski, uzņēmējdarbības jomā. Un nevar būt, bet statistika rāda kaut ko citu. Diemžēl pašlaik tikai apmēram trešdaļa no visiem uzņēmējiem vai pašnodarbinātām personām Eiropas Savienībā ir sievietes. Un tas nav pareizi. Un tā ir diskriminācija. Visas nepieciešamās reformas ir vitāli svarīgas šajā jomā, lai pielīdzinātu, reāli pielīdzinātu dzimumus. Bet tomēr paralēli gribētos brīdināt, ka neracionāli implementētas dzimumu kvotas attiecībā uz kompāniju direktoru padomēm neko reāli labu atnest nevar. Dzimumu legālā un sociālā vienlīdzība ir nenoliedzami laba lieta, bet jebkuriem procesiem un lēmumiem šajā ziņā jābalstās uz īstas meritokrātijas principiem. Līdz ar to, ja cilvēks ir neatkarīgi no dzimuma profesionāls, viņam obligāti jāieņem šis vai tas postenis. Paldies!

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, dar ndóigh vótáil mé ar son na tuarascála seo agus le mo ghrúpa sna vótaí go léir.

Now this is a topic I have been following for a number of years. I have to say that initially, when I saw the figures in relation to male and female entrepreneurs, I was very surprised at the disparity and I was wondering why there was such a disparity. Colleagues have pointed out some of the reasons, but one of them is confidence, and I that is something that has been ingrained over the years. Therefore, we have to change the circumstances; we have to remove the hurdles, as they are called in this report, so that males and females can become entrepreneurs on equal standing.

The same applies to access to finance. Again, there is a perception that maybe the female entrepreneurs are not getting the same opportunities to get finance as males do when they want to start up, and this obviously has to change. I think it is beginning to change. In my own country, Enterprise Ireland has platforms and supports women for women in business, these are all developing and absolutely vital, and we should encourage them.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, udio žena poduzetnica u ukupnom gospodarstvu Republike Hrvatske je svega 30 %, što je neznatno manje od europskog prosjeka, od čega 23 % čine žene vlasnice tvrtki, a 7 % žene koje su razvile vlastite obrte. Ovo je znatno povećanje u odnosu na 2001. kada su žene poduzetnice u Hrvatskoj činile svega 7 % svih poduzetnika, no žene su sposobne i za puno više.

Potencijal ženskog poduzetništva je velik, no velike su i prepreke s kojima se žene suočavaju u pokušaju pokretanja vlastitog posla. Stoga, podržavam apele upućene u ovom izvješću za stvaranje konkretnih strategija koje će omogućiti smanjivanje birokratskog opterećenja, pomoći u postupku konsolidacije poduzeća, omogućiti pristup kapitalu te uspostaviti dodatne programe obrazovanja.

Smatram da je nužno osmisliti konkretne mjere koje će ženama omogućiti usklađivanje poslovnih obaveza s obiteljskim, što će žene ohrabriti da se upuste u poduzetničku avanturu, a da se pritom ne moraju bojati da će zanemariti ulogu majke ili obiteljske obaveze.

Diane Dodds (NI). – Mr President, I approach today's debate and vote on promoting female entrepreneurship with a renewed sense of what is possible. In my constituency, Northern Ireland, we have a new, female First Minister. This is not only a first for our region of the United Kingdom, but also for my party, as Arlene Foster has now been elected leader as well. This is a huge step in the right direction.

However, Arlene is not a success story for those who advocate bringing change by imposing gender quotas, mainstreaming, or simply handing women opportunities as a principle in and of itself. Instead, she is an example of a woman with rural roots who has worked hard and risen to where she is today on the back of hard work, and who has demonstrated ability and steely determination to succeed for those she represents.

Therefore, to the authors of this report my message is clear: yes, I support your aim to break down all forms of barriers to women entering the workplace; yes, I, too, want to remove obstacles to women accessing education and training, and yes, I want to give women in our society a base from which to display their entrepreneurial skills. However, I do not agree with quotas or any form of monitoring that redirects the emphasis from progress.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, this is an important report on female entrepreneurship and I was very happy to support it. In fact, when we look at the figures, we see that just 31% of the entrepreneurs at EU level are women. So I suppose we have to ask the question: what can we do at a European level, to try and support female entrepreneurship?

Well, one of the facilities that we have available is the microfinance facility. But again, when you look at the figures for 2013, you see that the ratio of male to female applications for this particular fund was 60:40. Therefore, it is clear that we need to do more at European level, and in that context, I was happy to support the amendment which called on the Commission to monitor the implementation of gender mainstreaming into the allocation of EU funds in relation to entrepreneurship. I think the figures for microfinance showed that is necessary.

Also, I believe that the European network to promote women's entrepreneurship helps combat stereotyping, and I am very pleased to see that the Commission this year is setting up an online platform, which will provide training, advice and business mentoring. Also, the creation of the Business Angels Network, with female business angels, will be a help.

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig.* – Idag röstade parlamentet om ett betänkande gällande hinder för kvinnligt företagande i Europa. Betänkandet lyfter fram angelägna frågeställningar, inte minst rörande reformer för ökat entreprenörskap i kvinnodominerande sektorer. Tyvärr fanns det också några paragrafer som jag är mycket kritisk mot. Det gäller bland annat krav på EU-reglering av föräldraledighet. Medlemsstaterna har, liksom en bred folklig opinion i hela unionen, avvisat tanken på det så kallade mammaledighetsdirektivet. Att parlamentet i det läget gör påtryckningar för att påbörja en ny process gällande en EU-reglerad föräldraförsäkring är både olyckligt och i grunden provocerande. Jag röstade mot de paragrafer som lyfte detta. Men eftersom de sammantaget utgjorde en väldigt liten del av betänkandet valde jag ändå att i slutvoteringen rösta ja.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto.* – Nel 2014 il tasso di occupazione degli uomini nell'UE era pari al 70,1%, mentre quello delle donne solo al 59,6%. Percentuali che purtroppo si abbassano ulteriormente se ci rapportiamo al settore dell'imprenditoria femminile in Europa.

I fattori che inducono maggiormente le donne a preferire un impiego dipendente piuttosto che una libera professione sono stati individuati nel difficile accesso ai finanziamenti e nel complicato equilibrio tra lavoro e vita privata, soprattutto per quanto riguarda le regole in materia di maternità.

In armonia con le politiche europee per la crescita economica e la creazione di nuovi posti di lavoro, l'UE deve sostenere le attività imprenditoriali femminili, tentando di soddisfare le richieste e le esigenze di una categoria ancora discriminata da antichi retaggi sociali.

Ho espresso, pertanto, voto positivo confidando nell'attuazione di nuove misure utili a garantire pari opportunità a uomini e donne.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito.* – El informe pretende dar cabida a la preocupación existente sobre las barreras de las mujeres para ejercer el autoempleo, dado que sólo el 34,4 % de los trabajadores por cuenta propia son mujeres.

No obstante, y pese a que el informe resalta la importancia de que la Comisión recopile datos que permitan evaluar las causas, o que se mencione la importancia de la conciliación laboral y personal —reiterando una vez más la necesidad de mejorar la actual Directiva sobre el permiso de maternidad—, el informe tiene un marcado enfoque paternalista al remarcar estereotipos y centrarse en vanagloriar el emprendimiento como forma de combatir la discriminación y desigualdad hacia las mujeres sin entrar a valorar razones estructurales como la violencia simbólica, el desigual impacto de la políticas de austeridad o la destrucción del empleo y los servicios públicos.

Por todo ello me he abstenido.

Louis Aliot (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre ce rapport sur les facteurs externes faisant obstacle à l'entrepreneuriat féminin européen. En effet, en plus de proposer des mesures sans intérêt, le texte est pollué de revendications détournées comme la promotion de l'égalité des genres dans les entreprises, le soutien aux «femmes aux identités multiples» ou encore la mise en place de cellules psychologiques pour les femmes entrepreneurs. C'est donc une série de mesures contribuant à placer la femme en victime qui est proposée ici. En outre, la seule mesure énoncée qui se voudrait intéressante concerne la sensibilisation pendant la formation scolaire, mais cette compétence relève des États membres et non de l'Union européenne.

Si je suis favorable à l'égalité des sexes dans le monde du travail, ce texte très idéologique ne présente que peu d'intérêt et promeut des mesures contre-productives, comme le congé paternité égal.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για την γυναικεία επιχειρηματικότητα διότι θεωρώ ότι τα σχετικά ποσοστά της ΕΕ είναι σε χαμηλό επίπεδο, μόλις 12%, και διότι εκτιμώ ότι αξίζει να δοθεί επιπλέον έμφαση στην γυναικεία επιχειρηματικότητα ως ξεχωριστής προτεραιότητας της οικονομίας. Θέλω επίσης να επισημάνω ότι τα ποσοστά απασχόλησης των γυναικών στην ΕΕ ανέρχονται στο 59% και βρίσκονται μακριά από τον στόχο του 2020 που τοποθετείται στο 75%. Ακόμη, το ποσοστό των αυτοαπασχολούμενων γυναικών είναι 31%. Καταληκτικά, στόχος της έκθεσης είναι η υπερκέρωση των εμποδίων και η αντιμετώπιση των προκλήσεων, καθώς και η αύξηση των ποσοστών στον τομέα της γυναικείας επιχειρηματικότητας, μέσω της πρόσβασης σε επιπλέον χρηματοδοτήσεις και μέσω της στήριξης της κοινωνικής επιχειρηματικότητας που θα προωθήσει με την σειρά της την ισορροπία μεταξύ των δυο φύλων.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport présente une série de mesures pour que les femmes soient davantage représentées parmi les chefs d'entreprise en se fondant sur la pluralité des identités, la remise en cause des modèles familiaux, la mise en place de quotas pour les groupes dits défavorisés... Ce rapport risque à terme de justifier des mesures dommageables, je m'y suis donc opposée.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This demeaning report claims that women entrepreneurs are 'being used as fronts' by men, confess to a lack of entrepreneurial skills, lack self-confidence, assertiveness and willingness to take risks when starting a business. It suggests women entrepreneurs therefore require motivational and psychological support programmes.

I find such a stereotypical characterisation of women to be the most appalling example of everyday sexism, and wonder how the European Parliament could possibly pass such a patronising report given that we live in the 21st century.

It will come as absolutely no surprise to anyone that I voted against this report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération, comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama atlikti Europos moterų verslumo apžvalgą. ES verslumo srityje iki šiol atsilieka: 2009 m. verslumo rodiklis ES 27 siekė 12 proc., o Kinijoje ir JAV – atitinkamai 27 proc. ir 21 proc. Moterų verslumas nusipelno ypatingo dėmesio šiame kontekste, nes ES iki šiol neužtikrinama lygybė ekonominės nepriklausomybės srityje, o moterų užimtumo lygis, 2014 m. ES 28 siekė 59,6 proc., neatitinka nei strategijoje „Europa 2020“ nustatyto 75 proc. užimtumo tikslo, nei prilygsta vyrų užimtumo lygiui (70,1 proc.). Deja pirmoji verslumo kliūtis yra sunki darbo ir asmeninio gyvenimo pusiausvyra. Taip pat moterys mažiau naudojami išorės finansavimu, pvz., banko paskolomis ir tiekėjo kreditais, taigi didesnė tikimybė, kad finansavimas joms atsieis brangiau. Taip nutinka iš dalies, nes moterys turi mažiau žinių apie esamas finansavimo galimybes, atsargiau nei vyrai vertina ekonominės rizikos prisiėmimą arba neturi tiek patirties finansų valdymo srityje, kiek jų kolegos vyrai. Nepaisant didžiulio šios problemos sudėtingumo, būtina spręsti moterų verslininkų, kurias finansinių paslaugų teikėjai diskriminuoja joms bandant gauti kreditą, klausimą.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Parmi de nombreuses mesures sans intérêt se sont glissées des propositions farfelues, comme le soutien des «femmes aux identités multiples» ou l'exigence – directement issue de l'idéologie du genre – de «changer la répartition traditionnelle des rôles au sein de la famille».

Bien qu'il s'agisse d'un rapport d'initiative sans impact législatif, j'ai voté contre ce texte qui risque de justifier des mesures contreproductives comme le congé paternité non transférable, lequel réduirait de facto le congé maternité.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Considérant l'importance de l'entrepreneuriat pour créer de l'emploi et le fait que les femmes représentaient seulement 31 % des entrepreneurs au sein de l'Union européenne en 2012, j'ai approuvé ce rapport qui invite les États membres à adopter des stratégies concrètes afin d'éliminer les obstacles à l'entrepreneuriat féminin. Cela fait en effet partie intégrante de l'égalité entre hommes et femmes, qui doit être une de nos priorités politiques essentielles.

Cela nécessite notamment un meilleur équilibre entre vie professionnelle et vie privée pour tous, le soutien à la création d'entreprises par les femmes, l'accès au financement et la création et le soutien au développement de réseaux.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favour de este informe porque identifica de forma precisa y clara los principales elementos que suponen un obstáculo para la consecución del emprendimiento de las mujeres europeas. El equilibrio entre vida laboral y familiar que el emprendimiento puede ofrecer a la mujer representa también, sin embargo, el primer obstáculo, ya que puede poner a las mujeres en un círculo vicioso en el que las mujeres tienen menos oportunidades de obtener experiencia de gestión para dirigir sus empresas, construir su historial crediticio y obtener la confianza de los inversores. Me gustaría también destacar la importancia del apartado 22, que hace mención del criterio empíricamente refutado sobre la propuesta a la Comisión para introducir cuotas de género en todo tipo de ayudas específicas destinadas a los grupos infrarrepresentados y desfavorecidos, a fin de garantizar que se avanza hacia la paridad empresarial.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'imprenditoria femminile rappresenta uno dei più grandi potenziali non sfruttati dell'Unione europea; nel 2012 solo il 31% degli imprenditori erano donne, un dato negativo soprattutto se considerato alla luce dell'esistenza di realtà nelle quali il nome delle donne viene utilizzato, come prestanome, per ottenere agevolazioni di tipo fiscale e legislativo.

Ho votato a favore della relazione sui fattori esterni che rappresentano ostacoli all'imprenditoria femminile per sostenere l'impegno dell'UE in questo settore. Aprire nuovi spazi alle donne nel mondo del lavoro autonomo significa in primo luogo favorire la crescita e l'occupazione in tutti gli Stati membri, favorendo inoltre positivi meccanismi di cambiamento culturale. Impegnarsi in questa direzione significa rendere disponibili ed economicamente accessibili le strutture di cura per l'infanzia e per l'assistenza agli anziani; significa favorire la conciliazione tra vita privata e attività professionale e un'equa ripartizione delle responsabilità familiari tra donne e uomini.

L'Unione europea deve promuovere un approccio olistico all'imprenditorialità femminile, combattendo stereotipi di genere, favorendo la costruzione di un contesto capace di far sviluppare le potenzialità imprenditoriali delle donne e semplificando l'accesso ai finanziamenti.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe indica que la tasa de emprendimiento femenino va a la zaga en muchos Estados miembros y que en realidad existe un potencial de crecimiento y prosperidad sin explotar. El informe pide que se pongan en práctica estrategias concretas para explotar plenamente ese potencial de las mujeres como empresarias.

Aunque la atención se centra fundamentalmente en el sector privado y el espíritu empresarial, se pueden reconocer referencias positivas a la lucha contra los estereotipos de género y una llamada a los Estados miembros para lograr los objetivos de Barcelona. Si bien es cierto que hay muchos obstáculos para las mujeres empresarias, este informe parte del enfoque que considera que fomentar el espíritu empresarial entre las mujeres es clave para lograr la igualdad de género, algo no compartido desde una perspectiva feminista progresista.

Referencias al importante papel del sector público y a los efectos negativos de las políticas de austeridad de los últimos años están completamente ausentes. Con el temor de que este informe se pueda utilizar para legitimar medidas para aumentar las iniciativas empresariales femeninas como la única solución para mejorar las condiciones de vida de las mujeres, dando mayor peso al sector financiero y privado, me he abstenido en la votación.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport parce qu'il est évident que la lutte contre le chômage des jeunes doit être le cheval de bataille de toute politique de l'emploi.

Mais qu'on ne se berce pas d'illusions. Les banalités et les vérités de La Palisse dont ce rapport est truffé n'apporteront pas de réponse au défi que constitue le chômage des jeunes, qui atteint aujourd'hui des pourcentages effarants dans des pays comme l'Espagne.

L'Europe n'y pourra rien. Et la litanie de rapports qui ont été écrits sur le sujet n'y pourront rien non plus. Car malheureusement, on constate que les pays qui ne sont pas membres de l'Union — je pense à la Suisse ou à la Norvège — se portent mieux dans ce domaine que nos États membres. On devrait se poser la question du pourquoi.

C'est aux États de faire les efforts nécessaires pour stimuler l'emploi des jeunes. Par une politique volontariste en faveur des PME, qui sont les plus grands créateurs d'emploi. Par une politique de baisse des charges et une politique de formation.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur les facteurs faisant obstacle à l'entrepreneuriat féminin doit suggérer des postes pour que les femmes soient plus représentées parmi les chefs d'entreprise.

Ce texte est clairement intrusif et victimisant envers les femmes. Il propose notamment de promouvoir l'égalité de genre dans les entreprises, soutenir les «femmes aux identités multiples», répartir équitablement les tâches ménagères ou changer les rôles habituels dans les familles....

La seule suggestion intéressante ne relève pas de la compétence de l'Union (sensibilisation pendant la formation scolaire) et j'ai donc voté contre ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione è equilibrata e condivisibile, inoltre non cade nella solita retorica donna-uomo cui siamo abituati, per questi motivi mi sono espressa a favore di questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Este informe hace un análisis pormenorizado de los diferentes factores que obstaculizan el emprendimiento de las mujeres en la Unión Europea. Aunque el emprendimiento ha sido una prioridad política desde la adopción del Tratado de Lisboa, la Unión Europea aún lleva un retraso notable: en 2009 la tasa de emprendimiento en la UE-27 era del 12 % frente al 27 % y el 21 % en China y en los Estados Unidos respectivamente. En este sentido, el emprendimiento femenino merece una atención particular, ya que la independencia económica aún no está garantizada en la UE, y la tasa de empleo femenino, el 59,6 % en 2014 en la Unión, está por debajo del objetivo de empleo del 75 % definido en la Estrategia Europa 2020. Los dos obstáculos principales a los que se enfrentan las mujeres emprendedoras son la dificultad de conciliar la vida familiar y laboral, y los problemas de acceso a la financiación, que en algunos casos suponen una discriminación por motivos de género. Por todo ello, he votado a favor del presente informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame Europos Parlamentas nagrinėja Europos moterų verslumo ir karjeros galimybes. Karjeros versle požiūriu moterų ir vyrų skirtumai iki šiol akivaizdūs. 2012 m. ES 28 moterų sudarė tik 31 proc. visų savarankiškai dirbančių piliečių. Tikėtina, kad moterų verslininkės savo bendrovę kurs turėdamos mažiau patirties negu vyrai. Kurdamos savo įmones, moterų dažniau renkasi su žmonių sveikata ir socialiniu darbu susijusius arba švietimo sektorius, o vyrai verslininkai dažniau dirba statybų, transporto ir IRT sektorių grupėse. Kadangi daugumai pastarųjų sektorių būdingas aukštesnis verslumo rodiklis ir jie visi pasižymi didesne ekonomine pridėtinę verte, nenuostabu, kad moterų verslininkių pajamos 2012 m. buvo 6 proc. mažesnės negu vyrų. Be to, jų veiklos mastas ir toliau yra mažesnis negu vyrų: darbdavio pareigas ES 28 eina 23 proc. moterų ir 30 proc. vyrų. Panašu, kad Europos moterų nusprendžia rinktis verslumą ir dėl kitų priežasčių. Moterų neretai sako, kad yra priverstos tai daryti, nes verslumas leidžia joms derinti darbą ir su priežiūra susijusias pareigas, pvz., vaiko ar vyresnio amžiaus asmenų priežiūrą, ir suteikia daugiau galimybių dirbti namuose.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelentéshez hasonlóan én is szívügyemnek tartom a nők vállalkozási tevékenységének megsegítését, kibontakozását, hiszen ez egy kiaknázásra váró hatalmas növekedési és fejlődési lehetőséget jelent. Nem csupán általános gazdasági szinten érvényes (gondolok itt gazdasági megerősödésre, munkahelyteremtésre), hanem a női önmegvalósítás szempontjából is (gazdasági függetlenség, fontos szerep a nemek közötti egyenlőség előmozdításában, példaértékű modell a fiatal generációk számára).

Meg vagyok győződve arról, hogy rendkívül fontos a nők ösztönzése és támogatása a vállalkozói karrier felépítésében, s természetesen meg kell könnyíteni számukra a finanszírozáshoz és az üzleti lehetőségekhez való hozzáférést is. Ugyanilyen fontossággal bír a szakmai és a magánélet összeegyeztetése, hiszen ez az egyensúly segíti elő a lehetőségek kibontakoztatását, a sikeres vállalkozóvá válást. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Delež žensk v podjetništvu je kljub vsem naporom in rahlemu izboljševanju trenda še vedno zelo nizek. Nižje so tudi njihove plače, in sicer približno 6% od plač, ki jih prejema moški.

Razlog za nižjo vključenost žensk v podjetništvo velja iskati v oteženem usklajevanju med poklicnim in zasebnim življenjem, ki je pri ženskah bolj zapleteno kot pri moških.

Sam poznam veliko primerov odličnih podjetnic, ki so hkrati tudi predane matere in jim velikokrat slednje, torej poslanstvo materinstva, daje še večjo motivacijo pri njihovih poklicnih ciljih.

Poročilo tudi opozarja na razlike pri dostopu do financiranja za ženske v podjetništvu, kar terja več pozornosti in raziskav, ki bi odkrile vzroke, zakaj je temu tako.

Kljub zakonsko prepovedani diskriminaciji, obstajajo številni primeri, ki ženskam ne omogočajo enakovrednega dostopa do sredstev. Naloga Komisije in tudi nas poslancev je, da opozarjamo na to in pripravimo ukrepe, ki bodo podobne primere odpravili. Rešitev se morda najde tudi v socialnem podjetništvu, ki je pri ženskah bolj popularno, če se smem tako izraziti.

Z upanjem na izboljšanje stanja, sem predlagano poročilo podprl.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La promozione dell'imprenditorialità è un driver essenziale di occupazione, crescita economica, sviluppo e innovazione, priorità assolute dell'Unione europea e al centro della strategia Europa 2020 per una crescita intelligente sostenibile e inclusiva.

Nonostante questo, i numeri europei sono ben al di sotto dei tassi di imprenditorialità cinesi o statunitensi. Questa problematica si lega a un'altra grande sfida, quella della parità di genere. Le disuguaglianze tra donne e uomini sono evidenti nelle professioni imprenditoriali: nel 2012 le donne rappresentavano soltanto il 31% del totale dei lavoratori autonomi dell'UE-28.

Le cause dietro a questo quadro sono molte, dalla difficoltà nel conciliare vita familiare e carriera professionale fino agli ostacoli nell'accesso ai finanziamenti. Per questi motivi credo che l'unica risposta debba essere la promozione di un approccio olistico all'imprenditorialità femminile, volto a costruire un quadro che permetta alle donne di realizzare le proprie potenzialità, incoraggiando anche una cultura imprenditoriale nell'istruzione e nella formazione, che inoltre le renda più consapevoli delle opportunità economiche e sociali in gioco.

La soluzione a questo problema è prioritaria: ho quindi sostenuto questa relazione, che invita la Commissione a presentare proposte legislative concrete in merito entro la fine del 2016.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les facteurs externes faisant obstacle à l'entrepreneuriat féminin européen.

En effet, ce rapport contient de nombreuses mesures sans intérêt et des propositions que je ne peux soutenir: promouvoir l'égalité des genres dans les entreprises, soutenir en particulier les «femmes aux identités multiples», «assurer une bonne répartition des tâches ménagères» et «changer la répartition traditionnelle des rôles au sein de la famille».

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché sono fermamente convinta che sia compito dell'Unione europea e delle sue istituzioni rimuovere ogni ostacolo allo sviluppo dell'imprenditoria femminile. Infatti, i benefici portati dallo sviluppo dell'imprenditoria femminile sarebbero innumerevoli e avrebbero un impatto positivo su tutta la società, e non solo dal punto di vista economico.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'imprenditoria femminile e il tasso di occupazione delle donne in Europa sono ancora sottodimensionati rispetto agli obiettivi di Europa 2020.

Le difficoltà a garantire l'equilibrio fra lavoro e vita privata, l'accesso ai finanziamenti e alla corretta informazione procedurale, assieme ai pregiudizi di cui sono oggetto impediscono ancora a molte donne di competere alla pari con gli uomini nel mondo dell'imprenditorialità contemporanea.

L'Unione deve adoperarsi per rimuovere gli ostacoli che ancora persistono, sia sul piano materiale che su quello culturale, garantendo le pari opportunità e promuovendo l'imprenditoria femminile che, sia nel settore sociale che in quello più tradizionale, rappresenta un mezzo di emancipazione personale, di promozione sociale e di sviluppo economico non solo per le singole persone ma anche per l'intera comunità economica che tornerà a crescere e a svilupparsi efficacemente soltanto quando il suo tasso di imprenditorialità e di occupazione medio interno si avvicinerà a quanto previsto dagli obiettivi del rapporto Europa 2020.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Dans ce texte, le rapporteur propose des pistes de réflexion afin que les femmes soient mieux représentées parmi les chefs d'entreprise. Le rapport promeut l'égalité des genres dans les entreprises, souhaite que l'on s'assure de la bonne répartition des tâches ménagères dans les foyers, préconise la mise en place des quotas de femmes ainsi que la création de cellules de soutien psychologique en faveur des femmes entrepreneurs.

Ces propositions illustrent la déconnexion croissante entre les technocrates bruxellois et les vraies préoccupations des femmes dans les États membres de l'Union. Ces propositions sont complètement contre-productives, à l'image du congé paternité égal et non transférable, qui contribuera à réduire drastiquement le congé maternité. La seule suggestion valable, à savoir l'initiation à l'entrepreneuriat dans les programmes scolaires, ne relève pas des compétences de l'Union.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Antreprenoriatul în rândul femeilor are nevoie de o atenție sporită din partea autorităților, ținând cont de faptul că independența economică egală nu este încă un fapt realizat în Uniunea Europeană. Participarea egală a bărbaților și a femeilor pe piața muncii ar putea mări în mod semnificativ potențialul economic al UE, confirmându-i totodată caracterul echitabil și favorabil incluziunii.

Consider că rolul femeilor în actuala economie antreprenorială bazată pe cunoaștere este foarte important; tocmai de aceea este esențială creșterea ratei numărului de afaceri desfășurate de acestea.

De asemenea, femeile reprezintă un potențial antreprenorial enorm, iar antreprenoriatul înseamnă creștere economică, crearea de locuri de muncă și capacitatea femeilor, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestui raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – La relazione non presenta alcun problema e non cade nella solita retorica donna-uomo, privilegiare o discriminare le donne a seconda dell'orientamento sessuale, immigrate o meno, ecc. La relazione incoraggia gli Stati membri a riconoscere il valore dell'imprenditorialità femminile per le loro economie e invita gli Stati membri a presentare strategie concrete per sfruttare appieno il potenziale delle donne in quanto imprenditrici. Accoglie con favore la creazione delle varie reti europee di imprenditrici e sollecita gli enti per le pari opportunità degli Stati membri a sensibilizzare i finanziatori riguardo all'obbligo di garantire la parità di trattamento e a studiare la possibilità di introdurre la parità di genere nei mandati di investimento. Incoraggia gli Stati membri a promuovere una cultura imprenditoriale nei programmi di istruzione e formazione e sottolinea l'importanza di prevedere corsi sulla finanza, l'imprenditoria e lo sviluppo di nuove imprese nell'istruzione secondaria, specialmente nei corsi più frequentati dalle ragazze, come l'assistenza sanitaria e altri servizi; invita inoltre le scuole e le università a incoraggiare le ragazze e le donne a studiare materie che aprano possibilità di carriera nella finanza e nei settori a forte crescita, come le tecnologie, comprese le tecnologie verdi. Voto positivo.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Une des priorités à la fois économiques mais également sociales de l'Union européenne consiste à stimuler l'entrepreneuriat. Cela fait partie de la stratégie des trois «E»: emplois, entreprises et esprit d'entreprise. L'Union européenne est, en effet, à la traîne dans ce domaine par rapport aux États-Unis et à la Chine. Dans cette perspective, l'entrepreneuriat féminin nécessite une attention particulière. En Europe, ce sont principalement les hommes qui se lancent dans l'entrepreneuriat. Il faut remédier à cette situation en créant des incitations adaptées au cas des femmes. L'égalité entre les hommes et les femmes en termes de carrière professionnelle et de salaires doit devenir une réalité. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sui fattori esterni che rappresentano ostacoli all'imprenditoria femminile europea, perché ritengo che l'imprenditorialità femminile sia un tema politico chiave per le istituzioni europee.

Purtroppo il gap tra uomini e donne è ancora molto alto nei paesi UE e non solo nel campo imprenditoriale. La maggior parte delle donne non considera l'imprenditoria tra le proprie possibilità di carriera. L'attuale percentuale di donne imprenditrici nell'UE è pari al 33% mentre solo il 34,4% dei lavoratori autonomi dell'UE sono donne. Resta ancora molto da fare, siamo purtroppo molto lontani dalla piena applicazione della legislazione europea. È necessario che l'Europa si impegni a lavorare con le autorità nazionali per affrontare quei settori, come l'accesso al credito e alle reti imprenditoriali, in cui le necessità delle donne imprenditrici non sono ancora sufficientemente soddisfatte. Anche questo tipo di politiche è di importanza decisiva per stimolare la crescita economica, la prosperità e la competitività.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report as I do not see the focus on female entrepreneurship being well-placed since the government has inflicted huge cuts on the public sector where a large majority of women are working (healthcare, education and civil service).

The report calls for concrete strategies to promote a culture of female entrepreneurship but strategies on gender equality and the value of women in the public sector, which are huge issues, have been neglected. For these reasons I could not support the report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative and non-binding report. It included calls to encourage men to become more involved in the housework for example through mandatory paternity leave. It is not for any government and especially EU bureaucrats to interfere with the private lives of families, marriages and partnerships regarding who should do the housework. It included sexist assumptions that women are used as 'fronts' by men to get favourable financial deals; that women underrated their skills and are more likely to confess a lack of self-confidence and assertiveness and thus need psychological support programmes. UKIP believes women and men are equal and the EU has no right to say women are inferior and need demeaning hand-outs. Finally the report calls for the EU to spend more taxpayer's money and bring forward more legislation. The only people that should decide any of these things are our elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report as it rightly points out that women still face indirect discrimination and in 2014 the employment rate for women in the EU was 59.6% in comparison to 70.1% for men. In addition to that, only 31% of entrepreneurs are female. The EU and the national governments need to encourage women to put their ideas into action and most importantly show them what kinds of financial help and expertise are available to them. The report suggests viable plans that can be put into action on national and EU levels and initiatives that will help encourage female entrepreneurship and bring us more towards our Europe 2020 targets.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione volta ad affrontare i problemi che riscontrano oggi le donne nel settore dell'imprenditorialità, purtroppo in Europa ancora caratterizzato da notevoli differenze tra uomini e donne.

Tanti gli ostacoli riscontrati da parte delle donne che vogliono dedicarsi al mondo dell'impresa: l'accesso ai finanziamenti (il settore bancario non vede spesso di buon occhio la partecipazione femminile, arrivando a erogare con maggiore difficoltà fondi in loro favore); il difficile equilibrio lavoro-vita privata e soprattutto la necessità di superare antichi retaggi culturali e sociali che richiedono una piena consapevolezza da parte della società delle pari opportunità che devono essere garantite a uomini e donne. Con questa relazione si è voluto indirizzare alla Commissione europea un invito ad attuare nuove misure e un maggiore impegno per accrescere la partecipazione femminile.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I abstained on the proposal of the report as the final text included particular paragraph explicitly calling for introduction of gender quotas which I strongly oppose. While the text mentions some real issues related to obstacles women face when running a business, quotas are not an appropriate instrument to remedy the situation.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il ricorso all'auto impiego e alla creazione d'impresa ha rappresentato per molte donne la soluzione alla disoccupazione e spesso anche la via privilegiata per conciliare vita familiare e vita lavorativa. Al di là dei motivi che le spingono a optare per l'imprenditorialità, ancora oggi nell'Unione europea soltanto il 31% dei lavoratori autonomi sono donne. Nonostante le normative europee e gli orientamenti comunitari che invitano gli Stati membri a creare condizioni di pari accesso al mercato del lavoro per uomini e donne, per le imprenditrici è ancora difficile ottenere garanzie bancarie e assicurative o accedere al credito, nonostante rispetto agli uomini siano raramente insolventi quando si tratta di rimborsare i prestiti. Tali difficoltà, oltre a scoraggiare l'avvio di nuove attività, ne hanno anche limitato lo sviluppo e ridotto la possibilità di creare occupazione. Per riportare l'Europa sui binari della crescita e raggiungere entro il 2020 l'obiettivo del 75% di occupazione femminile non c'è solo bisogno che la normativa europea

venga implementata, ma occorre che il mondo creditizio superi la diffidenza verso le donne. Uno dei motivi per i quali ho votato a favore è l'invito alla Commissione a vigilare sugli Stati per creare un ambiente favorevole allo sviluppo di impresa femminile.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – Ligestilling er en socialdemokratisk mærkesag. Vi har alle dage arbejdet for et samfund med lige muligheder for alle, og hvor ingen personer udsættes for diskrimination på baggrund af køn. Ikke-diskrimination er det bærende princip. Det princip skal også gælde for EU's fonde. EU-midler bør fordeles på baggrund af projekternes værdi og beskaffenhed, ikke på baggrund af projektansøgerens køn.

Vi vil gerne understrege, at vi finder det meget problematisk, at kvinder i mindre grad end mænd deltager på arbejdsmarkedet, både som lønmodtagere og som iværksættere. En mere ligelig fordeling af barselsorlov mellem mødre og fædre kan være et instrument til at øge kvinders deltagelse på arbejdsmarkedet. Fra EU's side bør man dog respektere, at der findes forskellige nationale systemer til at sikre en mere ligelig fordeling af barselsorloven, hvor det i nogle lande fastsættes gennem lovgivning og i andre af arbejdsmarkedets parter. Det skal fortsat være op til hvert enkelt medlemsland, hvilket system de ønsker at benytte til at sikre mere ligestilling på arbejdsmarkedet. Det mener vi ikke, at man skal lovgive om fra EU's side.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Οι διαφορές μεταξύ ανδρών και γυναικών παραμένουν ορατές στις σταδιοδρομίες στον επιχειρηματικό κόσμο. Στηρίζουμε την έκθεση γιατί η γυναικεία επιχειρηματικότητα αξίζει να τύχει ιδιαίτερης προσοχής, δεδομένου ότι η ισότιμη οικονομική ανεξαρτησία δεν είναι ακόμη δεδομένη εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτως*. – Το ευρύτερο ζήτημα της γυναικείας επιχειρηματικότητας αποτελεί έναν ιδιαίτερης σημασίας τομέα στον οποίο πρέπει να στρέψουμε την προσοχή μας. Η ανάγκη να βρουν οι γυναίκες επιχειρηματίες τις απαραίτητες διεξόδους ώστε να αναπτύξουν τις δραστηριότητες τους είναι ξεκάθαρη και επιτακτική σε μια Ευρώπη που αναζητά τρόπους να επιστρέψει στην υγιή ανάπτυξη. Για το λόγο αυτό, αποφάσισα να ψηφίσω υπέρ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché riconosco il valore dell'imprenditoria femminile quale contributo fondamentale allo sviluppo delle comunità locali e all'inclusione sociale.

Nel 2012 le donne rappresentavano soltanto il 31% del totale dei lavoratori autonomi dell'UE-28. Secondo le statistiche le donne ricorrono meno ai finanziamenti esterni, incontrano difficoltà ad accedere a finanziamenti sotto forma di partecipazione al capitale e tendono a scegliere forme di raccolta del capitale maggiormente onerosi. Sebbene la direttiva 2004/113/CE vieti espressamente ai servizi finanziari di effettuare discriminazioni nell'erogazione dei prestiti bancari, ritengo doveroso insistere sul problema della differenziazione di trattamento nell'accesso al credito per le imprenditrici da parte dei fornitori di servizi finanziari.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi congratulo con l'onorevole Barbara Matera, che ha saputo compilare un elenco lungo ed esaustivo di problematiche collegate all'imprenditoria femminile in Europa. Che si parli di pregiudizi, o di ostacoli materiali, l'economia europea non può e non deve fare a meno delle risorse che le donne possono apportare allo scenario economico. Per queste ragioni ho votato a favore di questa relazione.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative and non-binding report. It included calls to encourage men to become more involved in the housework for example through mandatory paternity leave. It is not for any government and especially EU bureaucrats to interfere with the private lives of families, marriages and partnerships regarding who should do the housework. It included sexist assumptions that women are used as 'fronts' by men to get favourable financial deals; that women underrated their skills and are more likely to confess a lack of self-confidence and assertiveness and thus need psychological support programmes. UKIP believes women and men are equal and the EU has no right to say women are inferior and need demeaning hand-outs. Finally the report calls for the EU to spend more taxpayer's money and bring forward more legislation. The only people that should decide any of these things are our elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Tra le strategie per rilanciare l'economia e creare nuovi posti di lavoro, l'Unione europea non dovrebbe trascurare due fattori fondamentali: permettere l'accesso ad un maggior numero di imprenditori e adottare una strategia per una crescita intelligente e sostenibile.

Purtroppo nel settore dell'imprenditoria femminile esistono ancora troppi casi di discriminazione basata sul sesso, nell'accesso al credito, l'indipendenza economica paritaria non è garantita e gli obiettivi della strategia Europa 2020 fino ad ora non hanno fatto notevoli progressi in tale direzione. Pertanto, per evitare che tali criticità abbiano una ricaduta negativa sull'economia, ritengo sia necessario incentivare maggiori iniziative a favore della promozione dell'occupazione e del rispetto della parità dei sessi.

Sono quindi a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo, auspicando che vengano effettivamente eliminati molti degli ostacoli che minano l'imprenditoria femminile europea.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Data clearly indicates that women's employment rate remains in large disparity with that of men, that the economic crisis has continued to affect their employment prospects and that we are still off the Europe 2020 target. Entrepreneurship is however one medium through which women can use their skills and talents as well as obtain the opportunity to be able to fulfil their aspirations as equal partners in society. Female unemployment continues to have serious consequences on the living conditions of families. The report identifies measures to facilitate female entrepreneurship. I have thus voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione intende affrontare i problemi che riscontrano oggi le donne nel settore dell'imprenditorialità, che in Europa continua ad essere caratterizzato ancora da notevoli differenze tra uomini e donne. Esistono svariati fattori che ostacolano la possibilità delle donne di dedicarsi al mondo dell'impresa e con questa relazione la commissione FEMM ha voluto indirizzare alla Commissione europea un invito ad attuare nuove misure e un maggiore impegno per accrescere la partecipazione femminile.

Tra gli ostacoli individuati vi è quello dell'accesso ai finanziamenti, in considerazione del fatto che il settore bancario non vede spesso di buon occhio la partecipazione femminile, arrivando a erogare con maggiore difficoltà fondi in loro favore. Altro ostacolo è costituito dal difficile equilibrio lavoro-vita privata. Nella relazione si fa anche riferimento alla mancata adozione della direttiva sul congedo di maternità e si richiedono dunque nuove misure al fine di ovviare a questa situazione e mettere le donne nelle condizioni di poter coniugare impegni professionali con vita familiare. Si evidenzia inoltre la necessità di una formazione specifica all'imprenditorialità e il superamento di antichi retaggi che sono innanzitutto culturali e sociali.

Credo sia una buona relazione e quindi il mio voto è favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pretende dar cabida a la preocupación existente sobre las barreras de las mujeres para ejercer el autoempleo, dado que sólo el 34,4 % de los trabajadores por cuenta propia son mujeres.

No obstante, y pese a que el informe resalta la importancia de que la Comisión recopile datos que permitan evaluar las causas, o que se mencione la importancia de la conciliación laboral y personal —reiterando una vez más la necesidad de mejorar la actual Directiva sobre el permiso de maternidad—, el informe tiene un marcado enfoque paternalista al remarcar estereotipos y centrarse en vanagloriar el emprendimiento como forma de combatir la discriminación y desigualdad hacia las mujeres sin entrar a valorar razones estructurales como la violencia simbólica, el desigual impacto de la políticas de austeridad o la destrucción del empleo y los servicios públicos.

Por todo ello me he abstenido.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione del Parlamento europeo per la quale ho votato a favore incoraggia gli Stati membri a riconoscere il valore dell'imprenditorialità femminile per le loro economie e gli ostacoli da superare.

Al fine di ridurre tali ostacoli, il Parlamento europeo ritiene che la dimensione di genere dovrebbe essere pienamente integrata nella futura politica in materia di imprenditorialità ed invita gli Stati membri a presentare strategie concrete per promuovere la cultura dell'imprenditorialità femminile attraverso un più facile accesso ai finanziamenti, l'utilizzo di informazioni e reti, una maggiore istruzione e formazione all'imprenditorialità e tenendo conto che occorre concentrarsi sulle esigenze, le motivazioni e le condizioni relative all'eliminazione degli stereotipi di genere, nonché diverse metodologie di gestione e direzione e nuovi modelli organizzativi e gestionali delle imprese.

Pál Csáky (PPE), írásban. – A nők és a férfiak közötti különbségek nyilvánvalóak a vállalkozói pálya terén. A 2012-es adatok azt mutatják, hogy a 28 tagállamból álló EU-n belül az összes önálló vállalkozói tevékenységet folytató polgárnak csak 31%-a volt nő. A nők a férfiakhoz képest nagyobb valószínűséggel részesítik előnyben a munkavállalóként való dolgozást.

A befektetők tekintetében is léteznek különbségek a téren, ahogy a nők és férfiak saját vállalatukat finanszírozzák. A nők alacsonyabb tőkével és alacsonyabb hitelekkel kezdik meg vállalkozásukat, a férfiaknál gyakrabban vesznek igénybe családtagtól származó finanszírozást, és kisebb mértékben támaszkodnak adósságfinanszírozásra. Előfordulhat, hogy a nők kevésbé tájékozottak a rendelkezésre álló finanszírozási lehetőségekről, és a gazdasági és pénzügyi kockázatvállalás terén óvatosabbak, vagy férfi társaiknál kevesebb pénzügyi igazgatási tapasztalattal rendelkeznek.

A női vállalkozás ösztönzése az Európai Néppárt egyik fő célja. Ahhoz, hogy az európai gazdaság új lendületet kapjon és új munkahelyek teremtsődjenek, az Uniónak több vállalkozásra van szüksége. A női vállalkozásokra több figyelmet kell szánni, részben azért is, mert ez a nők gazdasági függetlenségének jelentős forrása. A jelentés, amelyet ma megszavaztunk, rámutat azokra a tényezőkre, amelyek negatívan befolyásolják a nők vállalkozását, ezáltal erősítve a nőkkel szembeni közvetett diszkriminációt már a vállalkozás létrehozása pillanatától, illetve megoldási javaslatokat is előrevetít.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this report as entrepreneurial spirit is invaluable and we must continue to foster it throughout Europe. With Europe lagging behind with a 12% rate of entrepreneurship compared to a 27% rate in the US and 21% in China, it is now more essential than ever that we utilise the female work force to help induce economic growth and job creation in line with the EU's 2020 targets. The report builds upon the Parliament's 2011 resolution on female entrepreneurship and highlights further initiatives aimed at bridging the gender-gap within enterprise. Although there is no conclusive evidence to suggest direct discrimination within the field, substantial evidence suggests that females are still more likely than men to find obstacles such as access to equity finance. The report suggests that extended measures such as more female representation within the finance sector may combat this.

Rosa D'Amato (EFDD), per iscritto. – I dati parlano chiaro e il divario fra l'imprenditoria maschile e quella femminile è enorme sia in termini occupazionali che di reddito netto percepito. Il carico gravoso relativo alla famiglia e alle cure parentali e la tradizionale ripartizione dei ruoli fra uomini e donne penalizzano le ambizioni e le potenzialità imprenditoriali femminili.

A differenza di quanti sostengono che le donne abbiano una maggiore avversione al rischio e una minore fiducia in se stesse, si dovrebbe ammettere che vi è la tendenza da parte della società a ritenere meno probabile la riuscita di un progetto imprenditoriale femminile, con una conseguente maggiore difficoltà per le donne ad accedere ai finanziamenti.

Il mio voto su questa relazione è favorevole, poiché chiede alla Commissione europea e agli Stati membri di stabilire politiche strategiche e realizzare azioni concrete per permettere una conciliazione tra vita professionale e personale, agevolando l'accesso ai servizi, garantendo accesso al credito, sostegno fiscale e finanziario alle donne imprenditrici, anche attraverso strumenti europei di microfinanza come Progress. Attraverso un ulteriore cambiamento culturale per la rimozione degli stereotipi e di ogni forma di discriminazione, sarà dunque possibile eliminare gli ostacoli e permettere all'imprenditoria femminile di esprimere tutte le proprie potenzialità.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport d'initiative s'inscrit dans le cadre de la stratégie de l'Union européenne pour une croissance intelligente, inclusive et durable (Europe 2020) et de la volonté de favoriser l'entrepreneuriat pour stimuler la création d'emplois. Dans ce contexte, l'entrepreneuriat féminin mérite une attention particulière, car ce rapport soulève la question des discriminations indirectes dont sont victimes les femmes lorsqu'elles créent leur entreprise. Considérant que ce rapport est équilibré, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – J'ai à cœur la question de la place des femmes dans le monde du travail. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport, qui vise à promouvoir l'entrepreneuriat féminin au sein de l'Union, notamment à travers des quotas dans l'attribution des fonds européens.

Isabella De Monte (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che la Commissione europea debba attivarsi con tutti gli strumenti in suo possesso per incoraggiare le ragazze e le donne ad intraprendere carriere imprenditoriali.

Nell'Unione europea solo il 30% degli imprenditori sono donne. Questo è un dato assolutamente insoddisfacente e per tale ragione sono necessarie nuove politiche di riequilibrio e nuove misure che mirino a rimuovere gli ostacoli alla libera espressione della vocazione imprenditoriale femminile e che offrano alle donne strumenti efficaci e opportunità concrete per fare impresa in Europa.

Sarà inoltre importante garantire opportunità di finanziamento all'imprenditoria femminile che, in termini di accesso, si infrangono spesso sullo scoglio di stereotipi culturali negativi in fatto di successo delle donne nel fare impresa.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – 60 % des diplômés universitaires en Europe sont des femmes. Pourtant, elles restent très largement minoritaires dans les postes à responsabilité et ne représentent que 31 % des entrepreneurs. Alors que l'Union européenne traverse une grave crise économique, les femmes entrepreneurs constituent un potentiel exceptionnel pour créer de la croissance et de l'emploi. Il convient donc de soutenir les femmes dans la création d'entreprise ainsi que dans la valorisation de leurs compétences, et plus généralement les accompagner dans leurs projets économiques et professionnels.

L'Union européenne a un rôle concret à jouer en promouvant notamment l'éventail des financements européens de l'activité entrepreneuriale.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – L'entrepreneuriat féminin mérite une attention particulière: l'indépendance économique égalitaire n'est toujours pas une réalité dans l'Union européenne et le taux d'emploi des femmes est en deçà de l'objectif défini dans la stratégie Europe 2020. C'est pourquoi j'ai voté en faveur du rapport MATERA sur les facteurs externes faisant obstacle à l'entrepreneuriat féminin.

À travers ce vote, je souhaite attirer l'attention tout particulièrement sur les besoins de financement des femmes entrepreneurs et soulever la question de la discrimination indirecte dont sont victimes les femmes lorsqu'elles créent leur entreprise. Je regrette cependant l'instauration de quotas hommes/femmes pour toutes les formes d'aide ciblée apportée aux groupes défavorisés et sous-représentés. Ce n'est pas le rôle du Parlement européen d'instaurer de tels quotas, mais celui de chaque État Membre, qui prendra plus spécifiquement en compte les besoins intérieurs.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Először is gratulálni szeretnék Mátéra képviselő asszonynak a kitűnő jelentéshez. Jómagam is szívügyemnek tartom a nők vállalkozási tevékenységének megsegítését, kibontakozását, hiszen ez egy kiaknázásra váró, hatalmas növekedési és fejlődési lehetőséget jelent, nem csupán általános gazdasági szinten (gondolok itt gazdasági megerősödésekre, munkahelyteremtésre), hanem a női önmegvalósítás szempontjából is (gazdasági függetlenség, fontos szerep a nemek közötti egyenlőség előmozdításában, példaértékű modell a fiatal generációk számára).

Meg vagyok győződve arról, hogy rendkívül fontos a nők ösztönzése és támogatása a vállalkozói karrier felépítésében, s természetesen meg kell könnyíteni számukra a finanszírozáshoz és az üzleti lehetőségekhez való hozzáférést is. Ugyanilyen fontossággal bír a szakmai és a magánélet összeegyeztetése, hiszen ez az egyensúly segíti elő a lehetőségek kibontakoztatását, a sikeres vállalkozóvá válást. Szavazatommal természetesen támogattam a jelentést.

Martina Dlabajová (ALDE), *in writing*. – As a previous (female) entrepreneur, I truly believe in promoting female entrepreneurship. It is important to strive for an EU-wide approach to encourage and support women in building their career in the private sector, including facilitating access to finance and business opportunities.

Unfortunately this report goes far beyond this goal and that is the reason why I decided to abstain on the final vote. It feels to me counter-productive to call for additional rules of gender mainstreaming and for gender quotas in distributing EU funds for entrepreneurship. Making business should be simple, and access to finance should be simplified and not vice versa.

Moreover, calling for a mandatory paternity leave as a way of promoting female entrepreneurship seems to be an overstated measure which I cannot support in this context.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relève de l'utopie et de l'idéologie tutélaire, car il fait la promotion d'une vision faussée des relations humaines et de l'identité, en y associant le genre sexuel. Je demeure convaincue que la représentation des femmes, en l'occurrence dans le monde du travail, ne se décrète pas par des règles et des quotas qui faussent la dynamique du mérite et la juste sélection des talents.

Plus grave encore, ce rapport s'attache à promouvoir des changements ou des comportements propres à la structure familiale, dans laquelle l'Union n'a aucune légitimité pour agir. Demeurant du côté de la famille et défendant les libertés, j'ai voté contre ce rapport aussi idéologique qu'intrusif.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Като цяло идеята за някои външни фактори, които биха могли да бъдат пречка за жените предприемачи в Европа би могла да намери подкрепа у мен. Въздържах се обаче при крайното гласуване на този доклад заради наличието на един параграф, където се призовава Комисията да въведе квоти за мъже и жени в процеса на тяхното финансиране, а за мен това не е разрешение на въпроса.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Καταψηφίζουμε την παρούσα έκθεση καταρχάς διότι δεν ανταποκρίνεται στην ελληνική πραγματικότητα. Η ΕΕ θα έπρεπε να θεσπίσει συγκεκριμένες στρατηγικές για την προώθηση της γυναικείας επιχειρηματικότητας με γνώμονα τις πραγματικές ανάγκες των κρατών μελών και όχι γενικά και αόριστα όπως παρουσιάζονται στην έκθεση καθώς πολλές νεοσύστατες γυναικείες επιχειρήσεις δεν μπορούν να προσαρμοστούν και να αναπτυχθούν στην τοπική αγορά.

Επιπλέον, σύμφωνα με την έκθεση, η ΕΕ έχει σκοπό να χρηματοδοτήσει τις δράσεις της γυναικείας επιχειρηματικότητας αλλά γίνεται παράλληλα αναφορά σε επιχορηγήσεις και επενδύσεις προγραμμάτων δια βίου κατάρτισης και επανεκπαίδευσης (PROGRESS), στα οποία είμαστε αντίθετοι.

Τέλος, μέσα από την ελευθερία και την πλήρη ισότητα των δύο φύλων αναδεικνύεται ένας νέος ρόλος για τις γυναίκες στο μεταβαλλόμενο με ταχείς ρυθμούς σήμερα οικονομικό περιβάλλον, ο οποίος ρόλος όμως παραμερίζει το θεσμό της οικογένειας.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Fontosnak tartom a nők vállalkozási tevékenységének megsegítését, kibontakozását, hiszen ez egy kiaknázásra váró hatalmas növekedési és fejlődési lehetőséget jelent, nem csupán általános gazdasági szinten (gondolok itt gazdasági megerősödésre, munkahelyteremtésre), hanem a női önmegvalósítás szempontjából is (gazdasági függetlenség, fontos szerep a nemek közötti egyenlőség előmozdításában, példaértékű modell a fiatal generációk számára).

Meg vagyok győződve arról, hogy rendkívül fontos a nők ösztönzése és támogatása a vállalkozói karrier felépítésében, s természetesen meg kell könnyíteni számukra a finanszírozáshoz és az üzleti lehetőségekhez való hozzáférést is. Ugyanilyen fontossággal bír a szakmai és a magánélet összeegyeztetése, hiszen ez az egyensúly segíti elő a lehetőségek kibontakoztatását, a sikeres vállalkozóvá válást. Szavazatommal természetesen támogattam a jelentést.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – La tasa de empleo femenino se encuentra por debajo de la línea de empleo marcada por la UE. Es por ello que se debe prestar atención a las necesidades de financiación que tienen las mujeres empresarias, a las particularidades de los emprendedores sociales femeninos así como abordar cuestiones como la discriminación indirecta que sufren las mujeres al comienzo de la creación de sus empresas, considerando los obstáculos que existen en el emprendimiento femenino.

Teniendo en cuenta además que Europa necesita más empresarios que amplíen y creen nuevos puestos de trabajo, desde las instituciones europeas debemos fomentar el espíritu empresarial femenino. La Unión Europea debe ofrecer a las mujeres la oportunidad de una mayor integración en los mercados laborales, así como ofrecerles la oportunidad de reforzar su papel de líderes empresariales, propiciando un cambio cultural dentro y fuera de sus empresas que servirá de ejemplo a las niñas y jóvenes.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – Abstive-me na votação sobre a implementação de um regime de quotas de género para os instrumentos de financiamento do empreendedorismo, não porque seja contra a participação das mulheres no mercado de trabalho, mas, muito pelo contrário, porque entendo que o sistema de quotas é discriminatório para com as mulheres.

Este sistema contribui para a manutenção de uma forma de tratamento diferenciado entre géneros e não permite que as mulheres se afirmem pela meritocracia. Assumir um sistema de quotas é aceitar que as mulheres não estão ao mesmo nível dos homens, assunção com a qual discordo total e completamente.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – För mig är jämställdheten en hjärtefråga. Att andelen kvinnliga företagare släpar efter i alla medlemsstater är en förlust för hela samhället. Jag delar helt uppfattningen om behovet av en helhetssyn på kvinnligt företagande, och att kvinnors tillgång till EU-finansiering och ytterligare utvecklingsmöjligheter bör underlättas på olika sätt. Jag tror dock inte att könskvotering är en del av lösningen. Jag röstade därför emot punkt 22 i detta betänkande, men valde ändå att i slutändan ställa mig bakom betänkandet i dess helhet eftersom det innehåller andra viktiga inslag av betydelse för kvinnligt företagande.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Embora o empreendedorismo tenha sido uma prioridade política desde o arranque do Tratado de Lisboa, a União Europeia apresenta ainda algum atraso neste domínio, contando, em 2009, com uma taxa de empreendedorismo de 12 % a nível dos países da UE-27, comparativamente às taxas de 27 % e 21 % da China e dos EUA, respetivamente.

Neste contexto, o empreendedorismo feminino merece especial atenção, uma vez que a igualdade em termos de independência económica continua a não estar garantida na União Europeia e que a taxa de emprego das mulheres, que se fixava em 59,6 % em 2014, a nível da UE-28, não é consentânea nem com o objetivo de 75 % de emprego da Estratégia Europa 2020, nem com a taxa de emprego masculina de 70,1 %.

Quando as mulheres criam empresas, fazem-no mais frequentemente em setores relacionados com a saúde humana, a ação social ou a educação, enquanto os empresários do sexo masculino estão mais presentes em áreas dos setores da construção, dos transportes e das TIC.

Devemos incentivar desde a escola primária o empreendedorismo e combater os obstáculos que o travam.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce qu'il comporte des recommandations qui n'ont rien à voir avec le fond du sujet.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório de iniciativa refere que a taxa de empreendedorismo feminino é muito baixa em muitos Estados-Membros e defende estratégias concretas para explorar plenamente o potencial do empreendedorismo feminino. Aqui se incluem campanhas de sensibilização em bancos e em outras instituições financeiras para assegurar a igualdade de tratamento entre homens e mulheres no acesso ao crédito, quotas por género no que se refere à atribuição de fundos da UE, a promoção de uma cultura de empreendedorismo nos currículos de educação e formação.

O relatório considera que o empreendedorismo feminino desempenha um papel fundamental na luta pelos direitos e igualdade de género. Disparatado, está claro.

Há aspetos positivos relativamente ao combate aos estereótipos de género ou à defesa de alguns serviços públicos e de um melhor equilíbrio entre vida pessoal e profissional. Falta uma referência crítica à retirada da Diretiva Maternidade.

Sendo certo que as mulheres empresárias se deparam com inúmeros obstáculos, há um peso desproporcionado atribuído a alguns dos aspetos abordados neste relatório no que se refere ao seu contributo para a luta pela igualdade de género.

Por outro lado, o papel do setor público e os efeitos negativos das políticas de austeridade estão completamente ausentes do relatório. Abstivemo-nos.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – The important role of the public sector and the negative effects of the last year's austerity policies are completely absent in this report. I voted against.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Napriek tomu, že sa Európska únia snaží v posledných 20 rokoch o zlepšenie postavenia žien, pokiaľ ide o ich podnikateľské kariéry, je stále evidentné, že podiel žien zo všetkých samostatne zárobkovo činných občanov je iba okolo 30 %, čo je alarmujúce číslo. Ženy majú značné problémy pri získavaní financovania svojho podnikania napriek tomu, že presvedčivý dôkaz o tom, že v členských štátoch dochádza k priamej diskriminácii – jednako, neudelenie finančných prostriedkov ženám podnikateľkám môže byť takisto výsledkom hospodárskej logiky, podľa ktorej sa investori usilujú o vyššiu návratnosť investícií, a to vo väčších spoločnostiach zo ziskovej odvetvy, v ktorých dominujú muži, a to aj napriek tomu, že smernica 2004/113/ES výslovne zakazuje priamu alebo nepriamu diskrimináciu v prípade finančných služieb vrátane bankových úverov.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Η γυναικεία επιχειρηματικότητα πράγματι αποτελεί καταλύτη για τη μείωση της ανεργίας και για την ανόρθωση της οικονομίας αλλά μόνο όταν αναπτύσσεται σε μία χώρα με υγιή οικονομία και όχι σε μία χώρα που βρίσκεται σε περίοδο οικονομικής κρίσης, όπως είναι η Ελλάδα, όπου οι επιχειρήσεις συρρικνώνονται και πτωχεύουν.

Καταψηφίζουμε την παρούσα έκθεση καταρχάς διότι δεν ανταποκρίνεται στην ελληνική πραγματικότητα. Η ΕΕ θα έπρεπε να θεσπίσει συγκεκριμένες στρατηγικές για την προώθηση της γυναικείας επιχειρηματικότητας με γνώμονα τις πραγματικές ανάγκες των κρατών μελών και όχι γενικά και αόριστα όπως αυτές παρουσιάζονται στην έκθεση, δεδομένου ότι πολλές νεοσύστατες γυναικείες επιχειρήσεις δεν μπορούν να προσαρμοστούν και να αναπτυχθούν στην τοπική αγορά.

Επιπλέον, σύμφωνα με την έκθεση, η ΕΕ έχει σκοπό να χρηματοδοτήσει τις δράσεις της γυναικείας επιχειρηματικότητας αλλά παράλληλα γίνεται επίσης αναφορά σε επιχορηγήσεις και σε επενδύσεις σε προγράμματα δια βίου κατάρτισης και επανεκπαίδευσης (PROGRESS), στα οποία είμαστε αντίθετοι.

Τέλος, μέσα από την ελευθερία και την πλήρη ισότητα των δύο φύλων αναδεικνύεται ένας νέος ρόλος για τις γυναίκες στο μεταβαλλόμενο με ταχείς ρυθμούς σήμερα οικονομικό περιβάλλον, ρόλος ο οποίος αναπόφευκτα παραμερίζει το θεσμό της οικογένειας. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τους εξωτερικούς παράγοντες που αποτελούν εμπόδιο στη γυναικεία επιχειρηματικότητα στην Ευρώπη.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Female entrepreneurship is a powerful source of economic independence that further integrates women into labour markets; moreover, it strengthens their role as business leaders and induces cultural change both inside and outside their companies.

However, the EU still lags behind with an entrepreneurial rate of 12%. Female entrepreneurship deserves particular attention as equal economic independence is not a given while women's employment rate of 59% is not in line with the 75% target of EU 2020. Of all self-employed, only 31% are female.

It is time for Member States to recognise the value of female entrepreneurship for their economies and the hurdles that need to be overcome. I strongly believe we must focus on work/life balance measures such as paternity, parental and maternity leaves for the self-employed; and grant access to funding. Otherwise, female entrepreneurs will remain an unexploited potential.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce très bon rapport, dans lequel ma collègue Barbara Matera a pris le soin de refléter une analyse précise des obstacles à l'entrepreneuriat féminin européen, en prenant en compte les facteurs indirects et directs.

L'accent mis sur les stéréotypes de genre, à la fois comme freins intériorisés par les femmes et comme freins dans l'accès au financement, est particulièrement pertinent et le rapport propose des solutions intéressantes aux niveaux européen, national et régional.

La sensibilisation des investisseurs et des milieux financiers de manière plus générale est une priorité importante. Je me félicite aussi de l'attention particulière accordée à l'entrepreneuriat dans le secteur des nouvelles technologies de l'information et de la communication. Pour encourager et soutenir l'entrepreneuriat féminin dans ce secteur, les efforts doivent être doublement importants pour réduire l'impact des stéréotypes de genre.

Enfin, le rapport a aussi le mérite de rappeler qu'il est possible de mobiliser les fonds structurels européens pour aider à la conciliation de la vie professionnelle et de la vie privée, qui est elle aussi un élément sous-jacent qui détermine la participation des femmes au marché du travail et encore davantage à l'entrepreneuriat.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Először is gratulálni szeretnék Matera képviselő asszonynak a kitűnő jelentéshez. Jómagam is szívügyemnek tartom a nők vállalkozási tevékenységének megsegítését, kibontakozását, hiszen ez egy kiaknázásra váró, hatalmas növekedési és fejlődési lehetőséget jelent, nem csupán általános gazdasági szinten (gondolok itt gazdasági megerősödésre, munkahelyteremtésre), hanem a női önmegvalósítás szempontjából is (gazdasági függetlenség, fontos szerep a nemek közötti egyenlőség előmozdításában, példaértékű modell a fiatal generációk számára).

Meg vagyok győződve arról, hogy rendkívül fontos a nők ösztönzése és támogatása a vállalkozói karrier felépítésében, s természetesen meg kell könnyíteni számukra a finanszírozáshoz és az üzleti lehetőségekhez való hozzáférést is. Ugyanilyen fontossággal bír a szakmai és a magánélet összeegyeztetése, hiszen ez az egyensúly segíti elő a lehetőségek kibontakoztatását, a sikeres vállalkozóvá válást. Szavazatommal természetesen támogattam a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Először is gratulálni szeretnék Matera képviselőasszonynak a kitűnő jelentéshez. Jómagam is szívügyemnek tartom a nők vállalkozási tevékenységének megsegítését, kibontakozását, hiszen ez egy kiaknázásra váró hatalmas növekedési és fejlődési lehetőséget jelent, nem csupán általános gazdasági szinten (gondolok itt gazdasági megerősödére, munkahelyteremtésre), hanem a női önmegvalósítás szempontjából is (gazdasági függetlenség, fontos szerep a nemek közötti egyenlőség előmozdításában, példaértékű modell a fiatal generációk számára).

Meg vagyok győződve arról, hogy rendkívül fontos a nők ösztönzése és támogatása a vállalkozói karrier felépítésében, s természetesen meg kell könnyíteni számukra a finanszírozáshoz és az üzleti lehetőségekhez való hozzáférést is. Ugyanilyen fontossággal bír a szakmai és a magánélet összeegyeztetése, hiszen ez az egyensúly segíti elő a lehetőségek kibontakoztatását, a sikeres vállalkozóvá válást. Szavazatommal természetesen támogattam a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor teniendo presente que la Unión Europea aún lleva un retraso notable en emprendimiento, ya que la tasa de emprendimiento en la UE-27 es sensiblemente inferior a la del resto de actores mundiales. Para afianzar la recuperación en Europa y crear empleo de calidad, la Unión Europea necesita más emprendedores. En este contexto es especialmente importante el emprendimiento femenino, ya que la tasa de empleo femenino se encuentra por debajo del objetivo de empleo del 75 % definido en la Estrategia Europa 2020 y de la tasa de empleo masculino. El equilibrio entre vida laboral y familiar que el emprendimiento puede ofrecer a la mujer representa también, sin embargo, el primer obstáculo, ya que puede poner a las mujeres en un círculo vicioso en el que tengan menos oportunidades de obtener experiencia de gestión para dirigir sus empresas, construir su historial crediticio y obtener la confianza de los inversores. Por lo tanto, desde las instituciones de la UE debemos trabajar incansablemente en el fomento del emprendimiento de las mujeres europeas así como en la eliminación de las trabas que minan su progreso.

Elisabetta Gardini (PPE), per iscritto. – Tutti i dati dimostrano che esistono ancora disuguaglianze tra uomini e donne nel mondo dell'imprenditoria. Questa relazione mette in evidenza in modo efficace i fattori esterni che ostacolano l'imprenditorialità femminile e sui quali è necessario intervenire al più presto per porre fine a questa situazione inaccettabile e permettere alle donne di realizzare il loro straordinario potenziale.

Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto. – Non posso che sostenere con convinzione questa relazione che ribadisce l'urgenza di assicurare parità di diritti e di opportunità per uomini e donne nel mondo imprenditoriale europeo.

Questa è un'occasione che l'Europa ha di ribadire come la rimozione delle disuguaglianze e la lotta a qualunque forma di discriminazione siano i motori culturali che ne costituiscono le fondamenta e spingono l'Unione allo sviluppo e alla crescita sociale ed economica. Condivido pertanto la necessità di promuovere gli strumenti che agevolino le donne nella conciliazione tra vita privata e vita professionale e sottolineo in particolare l'importanza di prevedere nuovi investimenti finanziari atti a favorire l'incremento e le opportunità a disposizione dell'imprenditoria femminile.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della risoluzione non legislativa del Parlamento europeo sui fattori esterni che rappresentano ostacoli all'imprenditoria femminile europea perché sono fermamente convinta che le imprenditrici e in generale l'imprenditoria femminile rappresentino uno straordinario potenziale per la crescita dell'UE, purtroppo ancora in gran parte inesplorato.

Ho condiviso l'impianto della relazione d'iniziativa, e in particolare quei driver alla partecipazione delle donne nell'economia europea che l'UE ha il dovere di promuovere. Penso al tema dell'accesso al credito ed a finanziamenti adeguati, ma anche al tema delle nuove professioni e della partecipazione delle donne all'imprenditoria digitale.

Inoltre, sono del parere che lo sviluppo nell'UE dell'imprenditoria femminile e dell'economia sociale, in cui le donne possono giocare un ruolo primario, costituisca una grande opportunità di crescita per tutta l'UE. A tal fine un ruolo fondamentale deve avere il tema della conciliazione vita-lavoro, che l'UE deve promuovere negli Stati membri, tramite normative adeguate in materia di congedo parentale e diritti legati alla maternità anche per i lavoratori autonomi.

L'attuale dato del 31% riguardante le donne imprenditrici nell'UE dev'essere rapidamente aumentato se davvero l'UE vuole raggiungere l'obiettivo occupazionale della strategia UE 2020, ed il Parlamento sosterrà con forza le buone politiche che promuovono il lavoro femminile.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den „Bericht über externe Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen“ der Kollegin Matera gestimmt, da ich der Überzeugung bin, dass wir weibliches Unternehmertum grundsätzlich, im Besonderen aber mütterliches Unternehmertum – *momprenership* – entschlossen fördern sollten. Auch bin ich der Überzeugung, dass Unternehmerinnen einen wertvollen Beitrag leisten können, wenn es darum geht, Werte in der Wirtschaft und das Ideal des „ehrbaren Kaufmanns“ (*honourable merchant*) zu fördern.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Besonders in dem Bereich der selbständigen Unternehmer bestehen nach wie vor Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Der heutige Bericht soll Frauen auch zukünftig stärker bei der Gründung eigener Unternehmen unterstützen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported this report, which is aimed at boosting economic growth, creating sustainable jobs and empowering women. At the moment, women make up only a third of entrepreneurs, which means that there is great untapped potential. By addressing issues such as childcare provision, parental leave for the self-employed and encouraging girls to work in areas with high growth potential such as IT and new technologies we can begin to bridge the entrepreneurial gender gap. This has benefits for society as a whole, with some estimates indicating that boosting female entrepreneurship could deliver as much as GBP 60 billion to the UK economy by 2030, and I was delighted to vote in favour of this report.

Julie Girling (ECR), *in writing*. – In the UK, women make up just 18% of entrepreneurs. The economic advantages to encouraging and supporting more women in becoming entrepreneurs are significant. According to research, if the number of female entrepreneurs equalled that of male entrepreneurs, UK GDP could be increased by 10% by 2030. Starting a business is a huge undertaking and many of the one million female entrepreneurs in the UK will testify that 'it's often not as straightforward a career path for women as it is for men'. The Entrepreneur Association suggests that the biggest barrier to women becoming entrepreneurs is confidence and mindset.

This report highlighted a number of practical elements which could help women become entrepreneurs; specific skills based training; peer-to-peer support; access to childcare for women with children; and confidence that banks will treat men and women equally in their application for a start-up loan. There were a small number of elements of this report which the UK Delegation was unable to support, mainly regarding social policy which we believe should be driven by national governments. Overall, the UK Delegation was pleased to be able to support this report.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe indica que la tasa de emprendimiento femenino va a la zaga en muchos Estados miembros y que en realidad existe un potencial de crecimiento y prosperidad sin explotar. El informe pide que se pongan en práctica estrategias concretas para explotar plenamente ese potencial de las mujeres como empresarias.

Aunque la atención se centra fundamentalmente en el sector privado y el espíritu empresarial, se pueden reconocer referencias positivas a la lucha contra los estereotipos de género y una llamada a los Estados miembros para lograr los objetivos de Barcelona. Si bien es cierto que hay muchos obstáculos para las mujeres empresarias, este informe parte del enfoque que considera que fomentar el espíritu empresarial entre las mujeres es clave para lograr la igualdad de género, algo no compartido desde una perspectiva feminista progresista.

Referencias al importante papel del sector público y a los efectos negativos de las políticas de austeridad de los últimos años están completamente ausentes. Con el temor de que este informe se pueda utilizar para legitimar medidas para aumentar las iniciativas empresariales femeninas como la única solución para mejorar las condiciones de vida de las mujeres, dando mayor peso al sector financiero y privado, me he abstenido en la votación.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Susțin raportul referitor la factorii externi care reprezintă obstacole în calea antreprenorialului feminin european. Cunosc foarte bine obstacolele întâmpinate de către femeile antreprenor deoarece am o activitate în domeniu de peste 20 de ani.

Femeile au potențialul și calitățile antropologice necesare pentru a fi un bun antreprenor. Rata scăzută a antreprenorialului feminin în multe state membre, cu toate că în multe din statele membre populația este majoritar feminină, arată că încă există deficiențe.

Comisia a avut de-a lungul anilor inițiative bune, cum a fost rețeaua ambasadorelor antreprenorialului feminin și a mentorilor feminini. Fac parte din aceste rețele și pot spune că aceste inițiative au adus rezultate. Dar încă avem nevoie de investiții în educație și schimbări comportamentale pentru acceptarea implicării femeilor în afaceri.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – In voting in favour of this report with my fellow S&D MEPs, we are working towards boosting economic growth, creating sustainable jobs and empowering women across Europe. Given that women currently only account for a third of entrepreneurs, there remains a huge amount of untapped talent within the labour market. With some estimates suggesting that by boosting female entrepreneurship, as much as GBP 60 billion could be delivered into the UK economy by 2030, it is now more important than ever that we empower and nurture female entrepreneurs.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Először is gratulálni szeretnék Matera képviselő asszonynak a kitűnő jelentéshez. Jómagam is szívügyemnek tartom a nők vállalkozási tevékenységének segítését, kibontakozását. Ez egy kiaknázásra váró, hatalmas növekedési és fejlődési potenciállal bíró terület. Nem csupán általános gazdasági szinten – gondolok itt gazdasági megerősödére, munkahelyteremtésre –, hanem a női önmegvalósítás szempontjából is (gazdasági függetlenség, fontos szerep a nemek közötti egyenlőség előmozdításában, példaértékű modell a fiatal generációk számára).

Meg vagyok győződve arról, hogy rendkívül fontos a nők ösztönzése és támogatása a vállalkozói karrier felépítésében, s természetesen meg kell könnyíteni számukra a finanszírozáshoz és az üzleti lehetőségekhez való hozzáférést is. Ugyanilyen fontossággal bír a szakmai és a magánélet összeegyeztetése, hiszen ez az egyensúly segíti elő a lehetőségek kibontakoztatását, és a sikeres vállalkozóvá válást.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφώς*. – Ως Ομάδα, έχουμε τηρήσει κριτική στάση επί του θέματος της έκθεσης. Είναι αλήθεια πως υπάρχουν πολλά εμπόδια για τις γυναίκες επιχειρηματίες αλλά η κύρια προτεραιότητά μας, από αριστερή φεμινιστική σκοπιά και με στόχο την ισότητα των φύλων, είναι άλλη. Η έκθεση δεν αναφέρεται καθόλου ούτε στον σημαντικό ρόλο του δημόσιου τομέα, ούτε στις αρνητικές επιδράσεις των πρόσφατων πολιτικών λιτότητας. Φοβόμαστε πως αυτή η έκθεση μπορεί να χρησιμοποιηθεί για να δικαιολογήσει μέτρα που θα ενισχύουν την γυναικεία επιχειρηματικότητα ως την μόνη λύση στο πρόβλημα της βελτιστοποίησης των βιοτικών συνθηκών των γυναικών και φοβόμαστε επίσης πως θα δημιουργηθεί απλώς περισσότερος χώρος για τον ιδιωτικό χρηματοπιστωτικό τομέα. Για τους λόγους αυτούς επιλέξαμε την αποχή από την ψηφοφορία.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report as encouraging female entrepreneurship is one of the core issues of the EPP group with the FEMM Committee. It is widely recognised that to bring Europe back to growth and to create new jobs, the European Union needs more entrepreneurs, and its strategy for smart, sustainable and inclusive growth (Europe 2020) explicitly mentions that more concrete policy initiatives are needed to develop European entrepreneurship.

Female entrepreneurship deserves particular attention in this context as equal economic independence is still not a given within the EU and women's employment rate of 59.6% in 2014 at EU -28 level is not in line with the 75% employment target rate of Europe 2020, nor with that of men, of 70.01%. The report wishes to specifically draw attention to the financing needs of female entrepreneurs and raise the question of indirect discrimination of women when they are starting off their companies.

Hans-Olaf Henkel (ECR), schriftlich. – Der Matera-Bericht beinhaltet einige gute Vorschläge wie eine Verbesserung der Kinderbetreuung und eine verbesserte Datenerhebung zur Rolle von Frauen in selbständigen Berufsgruppen. Mit einer gezielten Forderung nach geschlechterspezifischen Finanzierungserleichterungen für Frauen geht er jedoch entschieden zu weit. Dadurch entstehen Wettbewerbsverzerrungen, die gerade bei Unternehmensgründungen ausgeschlossen werden sollten. Auch der Forderung nach einem verpflichtenden Vaterschaftsurlaub kann ich nicht zustimmen. Zwar sollten Väter ermutigt werden, sich häufiger aktiv in der Erziehungsarbeit einzubringen, eine verpflichtende Regulierung durch den Staat stellt jedoch einen unangemessenen Eingriff in das Privatleben der Bürger dar. Aus diesem Grund habe ich dem Bericht insgesamt nicht zugestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

György Hölvényi (PPE), írásban. – Magyar néppárti képviselőként gratulálni szeretnék Matera asszonynak a kitűnő jelentéshez. Jómagam is fontosnak tartom a nők vállalkozási tevékenységének megsegítését, kibontakozását. Ez kiaknázásra váró, hatalmas növekedési és fejlődési lehetőséget jelent, nem csupán általános gazdasági szinten (gazdasági megerősödés, munkahelyteremtés), hanem a női önmegvalósítás szempontjából is. A gazdasági függetlenség fontos szerep a nemek közötti egyenlőség előmozdításában, példaértékű modell a fiatal generációk számára.

Meg vagyok győződve arról, hogy rendkívül fontos a nők ösztönzése és támogatása a vállalkozói karrier felépítésében. Mindent meg kell tennünk, hogy megkönnyítsük számukra a finanszírozáshoz és az üzleti lehetőségekhez való hozzáférést is. Ugyanilyen fontos a szakmai és a magánélet összeegyeztetése, hiszen ez az egyensúly segíti elő a lehetőségek kibontakoztatását, a sikeres vállalkozóvá válást. Szavazatommal természetesen támogattam a jelentést.

Mary Honeyball (S&D), in writing. – Along with my socialist colleagues, I voted for this report which is aimed at boosting economic growth, creating sustainable jobs and empowering women. At the moment, women make up only a third of entrepreneurs. Some estimates suggest increasing levels of female entrepreneurship could deliver as much as GBP 60 billion to the UK economy by 2030. We need to invest in women's potential to contribute to new and growing sectors like the digital economy. We also need to ensure that self-employment pays well and that rights such as maternity leave are guaranteed.

Richard Howitt (S&D), in writing. – Women in the USA are twice as likely to be entrepreneurs as women in Great Britain. The Alan Sugar 'you're fired' male boardroom culture may make good television, but for women, it doesn't always make good business. So I conducted an open surgery, with the Essex Businesswomen's Network, to ask what are the barriers women have to overcome to succeed in business?

Some were traditional barriers to women in employment, including lack of childcare. The network was seen as invaluable to build necessary confidence. But over and over again lack of finance was cited. Jaime in Southend, told me she'd be denied a mortgage to open her own co-working centre. Home baker Sajida in St Albans, Hertfordshire, wanted to expand her business, but can't afford the premises.

Not only do women run just one-third of businesses, but those who start a business have just one-third of the cash too. Banks and other lenders must do more to support women entrepreneurs. So must Europe – when EU 'Progress' loans to small businesses are 50% more likely to go to men.

Women at my surgery in Mark's Tey, kept saying 'empowerment'. I support these proposals to empower women in business.

Ian Hudghton (Verts/ALE), in writing. – This report deals with an important issue: in my own country alone it has been estimated that the economy would be boosted by GBP 7.6 billion if there was a similar level of women-led businesses to those run by men. The Scottish Government has been active in supporting Women's Enterprise Scotland in addressing these issues and I accordingly voted in favour of this report.

Филиз Хюсменова (ALDE), в писмена форма. – Уважаеми г-н Председател, уважаеми колеги, въпреки усилията, които полагаме, неравенството между половете на пазара на труда продължава да съществува. То се отразява както на възнагражденията и пенсионните плащания, така и на възможността жените да заемат ръководни позиции.

Средство за подобряването на тази картина е насърчаването на предприемачеството сред жените и дори превръщането им в работодатели. За целта са необходими програми за подкрепа, консултиране и улесняване на достъпа до финансиране за жените, желаещи да стартират свой бизнес. Важно е и осигуряването на достатъчно и достъпни заведения за детски грижи и грижи за възрастни хора, с оглед особената роля на жените в семейството.

Не на последно място, необходимо е и улесняването на достъпа до образователни и обучителни курсове за създаването и управлението на дружества, които да вдъхнат допълнителна увереност на жените в Европа.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană are nevoie de o creștere economică inteligentă și de durată. Creșterea locurilor de muncă și extinderea domeniului antreprenorial sunt soluții pentru o economie performantă.

Diferențele dintre femei și bărbați sunt încă evidente în domeniul antreprenorial. Бărбаții sunt много по-склонни да разглеждат активностите независими като алтернатива, която е изпълнима. Това е важно, защото в бъдеще да не съществува толкова нееднаквост в областта на antreprenorial между жените и мъжете.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), *kirjallinen*. – Naisten ja naisvaltaisten alojen yrityksiä rasittavat epäoikeudenmukaisesti vanhemmuuden kustannukset.

Haluan ottaa positiiviseksi esimerkiksi naapurimaani Ruotsin, jossa ongelma on ratkaistu ottamalla käyttöön vakuutus-pohjainen maksu. Näin kustannukset tasataan työntekijöiden ja työnantajien kesken. Mielestäni on ensiarvoisen tärkeää, että kaikki työnantajat ja työntekijät osallistuisivat maksujen tasaamiseen, ovathan lapset yhteisiä!

Vanhemmuuden kustannusten tasaamisella naiset saavat tasa-arvoisemmat mahdollisuudet toimia sekä yrittäjinä että työntekijöinä. On väärin, että äidin työnantajat joutuvat nyt maksamaan ne vanhemmuuden kulut, joita ei verovaroin kateta. Lisäksi vanhemmuudenkulujen tasaamisella nuoret naiset saavat päätöksöiden sijaan pysyviä työpaikkoja. Tällä hetkellä naiset ovat epätasa-arvoisessa asemassa työnhakijoina.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o vanjskim čimbenicima koji otežavaju žensko poduzetništvo u Europi jer smatram da žensko poduzetništvo u sebi nosi neiskorišteni potencijal rasta i prosperiteta.

Smanjivanjem već trajnog jaza između poduzetničke aktivnosti žena i muškaraca te povećanjem zastupljenosti žena na upravljačkim položajima ojačala bi se uloga žene kao poslovnog vođe. Takav bi uzor potaknuo i mlađe djevojke da krenu poduzetničkim stopama. Žene imaju ogroman poduzetnički potencijal u kojem leži gospodarski rast, otvaranje radnih mjesta, jačanje položaja žene, ali i izvor njihove ekonomske neovisnosti koji im pruža priliku za daljnju i lakšu integraciju na tržište rada. Upravo zato smatram da se treba što prije krenuti u daljnje jačanje zakonodavstva u ovom području.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il propose des pistes pour que les femmes soient plus représentées parmi les chefs d'entreprise. Sont alors proposées plusieurs mesures qui nous paraissent parfaitement inappropriées, concernant la pluralité des identités, la remise en cause des modèles familiaux ou la mise en place de quotas pour les groupes dits défavorisés.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I, with my fellow MEPs, voted against this non legislative and non-binding report. It included calls to encourage men to become more involved in the housework for example through mandatory paternity leave. It is not for any government and especially EU bureaucrats to interfere with the private lives of families, marriages and partnerships regarding who should do the housework. It included sexist assumptions that women are used as 'fronts' by men to get favourable financial deals; that women underrated their skills and are more likely to confess a lack of self-confidence and assertiveness and thus need psychological support programmes. UKIP believes women and men are equal and the EU has no right to say women are inferior and need demeaning hand-outs. Finally the report calls for the EU to spend more taxpayer's money and bring forward more legislation. The only people that should decide any of these things are our elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – W 2014 r. poziom zatrudnienia wśród nich wynosił niecałe 60% i był dużo niższy niż cel zakładany w strategii „Europa 2020”. Dodatkowo większość z tych, która ma pracę świadczy ją w niepełnym wymiarze lub też w ramach elastycznych form zatrudnienia. Jednym z rozwiązań tego problemu jest promowanie wśród kobiet przedsiębiorczości. Nie należy zakładać, iż kobiety nie chcą być przedsiębiorcami, ale raczej, że są one zniechęcane do tego przez okoliczności zewnętrzne. Sprawozdanie, nad którym głosowaliśmy wskazuje istniejące przeszkody. Jednak moim zdaniem podstawowym problemem są tutaj wciąż istniejące ograniczenia kulturowe i brak realnych mechanizmów wspomagających przedsiębiorczość kobiet. Wydaje się, co zresztą podkreśla sprawozdanie, że dobrym rozwiązaniem byłoby promowanie przedsiębiorczości społecznej.

Dostępne dane pokazują, że kobiety dużo częściej decydują się na zakładanie przedsiębiorstw społecznych, bowiem lepiej wpisują się one w ich poczucie wrażliwości i strategię inwestycyjną. Z kolei uzyskane doświadczenie w tym sektorze gospodarki pomoże części z nich przejść do sektora ekonomii tradycyjnej. Dodatkową wartością jest to, iż przedsiębiorstwa społeczne dużo lepiej wpisują się w problemy, z jakimi boryka się obecnie unijna gospodarka i rynek pracy. Europa tylko zyska, jeżeli w większym stopniu skupimy się na ekonomii społecznej, zarówno jeżeli chodzi o poziom zatrudnienia wśród kobiet, jak i instrumenty rozwiązywania narastających problemów społeczno-gospodarczych.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Barbara Matera relatif à l'entrepreneuriat féminin en Europe. Mon groupe politique, le PPE, soutient fortement l'entrepreneuriat, et donc l'entrepreneuriat féminin, comme moyen de renouer avec la croissance et l'emploi.

Alors que l'égalité dans le taux d'emploi et l'indépendance économique ne sont pas encore acquises, j'estime qu'il est d'autant plus important d'identifier les barrières que rencontrent les femmes quand elles veulent monter une entreprise, afin de pouvoir les détruire ou les surmonter. Enfin, je me félicite que le rapport mette l'accent sur l'entrepreneuriat social et sa meilleure compréhension, qui doit favoriser l'égalité hommes-femmes.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui visait à éliminer les facteurs faisant obstacle à l'entrepreneuriat féminin, qui ne représente aujourd'hui que 31 % des entrepreneurs en Europe, dans le cadre de la stratégie de l'Union européenne pour une croissance intelligente, inclusive et durable (Europe 2020). Ce rapport encourage notamment la mise en place par les États membres d'une stratégie concrète pour favoriser la culture entrepreneuriale chez les femmes.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Przedsiębiorczość można zdefiniować jako cechę charakteru, jako zestaw pewnych umiejętności, sposobu myślenia, planowania i realizacji swych zamierzeń. Człowiek przedsiębiorczy to człowiek ambitny, pewny siebie i skutecznie dążący do osiągnięcia postawionych sobie celów. W sektorze pracy przedsiębiorczość najczęściej oznacza prowadzenie własnego interesu – firmy, spółki, przedsiębiorstwa – w odróżnieniu od bycia zatrudnionym przez pracodawcę.

Dane Eurobarometru pokazują, że wskaźnik przedsiębiorczości w Unii Europejskiej (12%) wciąż jest o połowę niższy niż w Chinach czy USA (odpowiednio 27% i 21%) i to pomimo podniesienia przedsiębiorczości do rangi priorytetu politycznego. Ponadto, wśród Europejczyków prowadzących własność gospodarczą tylko jedna trzecia to kobiety. Jednocześnie to kobiety częściej niż mężczyźni zakładają przedsiębiorstwa – można to wyjaśnić chęcią pogodzenia życia zawodowego z prywatnym, wszak praca na własny rachunek jest zwykle bardziej elastyczna jeśli chodzi o godziny pracy, urlopy, czy możliwości pracy w domu.

Należy zatem wyeliminować przeszkody stojące na drodze przedsiębiorczych kobiet, gdyż stereotypy mówiące np. o mniejszych umiejętnościach czy niższej odporności na presję wśród kobiet skutkują brakiem zaufania niektórych podmiotów, np. banków odmawiających udzielenia kredytu inwestycyjnego. Takie zabobonne wręcz myślenie wciąż potrafi zniechęcić kobiety do podjęcia własnej działalności i prowadzi do dyskryminacji.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Es ist zwar unterstützenswert, ein besseres Umfeld für Unternehmerinnen zu gewährleisten, doch halte ich es für fehlgeleitet, das Ziel über eine stringendere Umsetzung von Gender Mainstreaming und Elternurlaub in nationales Recht und eine striktere Überwachung durch EU-Agenturen zu erreichen. Zudem lehne ich eine verpflichtende Einführung von Geschlechterquoten ab.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es balsoju par rezolūciju, kas uzsver ārējo faktoru atstāto iespaidu un radīto šķēršļus sieviešu uzņēmējdarbībai Eiropā. Es atbalstu sieviešu un vīriešu vienlīdzības veicināšanu un uzskatu, ka jau ir sperti nozīmīgi soļi, lai panāktu vienādas tiesības un attīstības iespējas kā sievietēm, tā arī vīriešiem. Es balsoju pret rezolūcijas punktu, kas paredz obligāto dzimumu kvotu ieviešanu dalībvalstīs, jo uzskatu, ka katrā dalībvalstī demogrāfiskā situācija krasi atšķiras, līdz ar to neuzskatu, ka obligāto dzimumu kvotu ieviešana ir risinājums sieviešu uzņēmējdarbības veicināšanai Eiropā.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as it is aimed at boosting economic growth, creating sustainable jobs and empowering women. At the moment, women make up only a third of entrepreneurs. That is a huge amount of untapped talent. In particular, we need to invest in women's and girls' potential to contribute to the digital economy. Some estimates suggest boosting female entrepreneurship could deliver as much as GBP 60 billion to the UK economy by 2030.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Matera-Bericht beinhaltet einige gute Vorschläge wie eine Verbesserung der Kinderbetreuung und eine verbesserte Datenerhebung zur Rolle von Frauen in selbständigen Berufsgruppen. Mit einer gezielten Forderung nach geschlechterspezifischen Finanzierungserleichterungen für Frauen geht er jedoch entschieden zu weit. Dadurch entstehen Wettbewerbsverzerrungen, die gerade bei Unternehmensgründungen ausgeschlossen werden sollten. Auch der Forderung nach einem verpflichtenden Vaterschaftsurlaub kann ich nicht zustimmen. Zwar sollten Väter ermutigt werden, sich häufiger aktiv in der Erziehungsarbeit einzubringen, eine verpflichtende Regulierung durch den Staat stellt jedoch einen unangemessenen Eingriff in das Privatleben der Bürger dar. Aus diesem Grund habe ich dem Bericht insgesamt nicht zugestimmt.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Először is gratulálni szeretnék Matera képviselő asszonynak a kitűnő jelentéshez. Jómagam is szívügyemnek tartom a nők vállalkozási tevékenységének megsegítését, kibontakozását, hiszen ez egy kiaknázásra váró, hatalmas növekedési és fejlődési lehetőséget jelent, nem csupán általános gazdasági szinten (gondolok itt gazdasági megerősödésre, munkahelyteremtésre), hanem a női önmegvalósítás szempontjából is (gazdasági függetlenség, fontos szerep a nemek közötti egyenlőség előmozdításában, példaértékű modell a fiatal generációk számára).

Meg vagyok győződve arról, hogy rendkívül fontos a nők ösztönzése és támogatása a vállalkozói karrier felépítésében, s természetesen meg kell könnyíteni számukra a finanszírozáshoz és az üzleti lehetőségekhez való hozzáférést is. Ugyanilyen fontossággal bír a szakmai és a magánélet összeegyeztetése, hiszen ez az egyensúly segíti elő a lehetőségek kibontakoztatását, a sikeres vállalkozóvá válást. Szavazatommal természetesen támogattam a jelentést.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – W pełni popieram sprawozdanie Barbary Matery w sprawie czynników zewnętrznych utrudniających przedsiębiorczość kobiet w Europie. Kobiety rzadziej niż mężczyźni uczestniczą w rynku pracy i rzadziej samodzielnie prowadzą firmy, a jeśli już, są one mniejsze i prowadzone w mniej rentownych sektorach. Na to nakłada się duża liczba quasi-firm, powstałych poprzez wymuszone samozatrudnienie kobiet, które de facto wykonują pracę pod nadzorem pracodawcy.

W sprawozdaniu słusznie zwraca się uwagę na niską dostępność usług opiekuńczych jako główną barierę przedsiębiorczości, ale też na dysproporcje w obciążeniu kobiet pracami domowymi. Sprawozdanie, powołując się na cele barcelońskie – zakładające m.in. dostępność usług opiekuńczych na poziomie obejmującym minimum 90% dzieci w wieku 3 lata-wiek szkolny – wzywa państwa członkowskie do dalszych inwestycji w infrastrukturę opiekuńczą, która jest kluczowym narzędziem łączenia obowiązków rodzinnych i zawodowych.

Raport wzywa również Komisję i państwa członkowskie do przeglądu prawa pod kątem eliminacji gorszego traktowania kobiet-przedsiębiorczyń w stosunku do pracownic najemnych, do inwestycji w szkolenia, projekty tworzące sieci przedsiębiorczyń, oferujące monitoring i wymianę dobrych praktyk oraz zwalczające stereotypy płci, jako podstawowe działania upowszechniające przedsiębiorczość kobiet. Popularyzacja przedsiębiorczości kobiet, szczególnie w grupie 45+, jest istotna nie tylko dla jakości życia zaangażowanych kobiet, ale też – poprzez wykorzystanie ich doświadczenia i pracy – pozytywnie wpływa na kondycję całej gospodarki.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté, comme une très large majorité de mes collègues parlementaires européens, pour le rapport de ma collègue Barbara Matera sur les facteurs externes faisant obstacle à l'entrepreneuriat féminin européen. En effet, si l'entrepreneuriat féminin est une de nos priorités dans le cadre de notre stratégie pour l'emploi, trop peu de femmes en bénéficient concrètement: seuls 30 % des entrepreneurs sont des femmes. J'ai donc souhaité, à travers ce vote, dénoncer toutes les difficultés que rencontrent les femmes entrepreneurs dans la recherche de financements externes ainsi que les obstacles freinant le développement de l'entrepreneuriat féminin.

Nous, parlementaires européens, avons clairement appelé au développement d'une véritable culture de l'entrepreneuriat chez les filles et les garçons, chez les femmes et les hommes, par l'intensification des échanges de bonnes pratiques à même de soutenir les femmes désireuses de se lancer dans un projet d'entreprise.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les facteurs externes faisant obstacle à l'entrepreneuriat féminin européen. Parmi de nombreuses mesures sans intérêt se sont glissées des propositions purement idéologiques: promouvoir l'égalité des genres dans les entreprises, soutenir en particulier les «femmes aux identités multiples», s'assurer de la bonne répartition des tâches ménagères et «changer la répartition traditionnelle des rôles au sein de la famille», mettre en place des quotas de femmes pour les aides aux groupes défavorisés, mettre en place des cellules de «soutien psychologique» aux femmes entrepreneurs...

Ce rapport d'initiative sans impact législatif risque toutefois de justifier des mesures contreproductives, comme le congé paternité égal et non transférable (qui, pour des raisons économiques évidentes, ne pourrait que conduire à une réduction du congé maternité). Les rares suggestions de bon sens, comme l'initiation à l'entrepreneuriat dans les formations scolaires, ne relèvent pas des compétences de l'Union.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport délirant, qui salue les «femmes aux identités multiples» (?), et qui cède pourtant aux poncifs sur la faiblesse supposée des femmes en préconisant de mettre en place des cellules de «soutien psychologique» pour aider les femmes entrepreneurs «à renforcer leur confiance en elles»!

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport au titre bienveillant était néanmoins truffé de revendications absurdes, communautaristes, ou encore s'ingérant dans la sphère privée: cellules de «soutien psychologique» aux femmes entrepreneurs, promotion de l'égalité des genres, soutien des «femmes aux identités multiples», répartition des tâches ménagères, voire «changement de la répartition traditionnelle des rôles au sein de la famille»!

En outre, si ce rapport d'initiative est sans impact législatif, il permettrait néanmoins de justifier des mesures contreproductives telles que le congé paternité égal et non transférable (dont la principale conséquence serait la réduction du congé maternité).

Enfin, pour m'insurger, une fois encore, contre l'empiètement de l'Union sur les compétences des États membres, voire dans ce cas sur celles de la famille même, je n'avais d'autre choix que de m'opposer à ce texte.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Matera-Bericht beinhaltet einige gute Vorschläge wie eine Verbesserung der Kinderbetreuung und eine verbesserte Datenerhebung zur Rolle von Frauen in selbständigen Berufsgruppen. Mit einer gezielten Forderung nach geschlechterspezifischen Finanzierungserleichterungen für Frauen geht er jedoch entschieden zu weit. Dadurch entstehen Wettbewerbsverzerrungen, die gerade bei Unternehmensgründungen ausgeschlossen werden sollten. Auch der Forderung nach einem verpflichtenden Vaterschaftsurlaub kann ich nicht zustimmen. Zwar sollten Väter ermutigt werden, sich häufiger aktiv in der Erziehungsarbeit einzubringen, eine verpflichtende Regulierung durch den Staat stellt jedoch einen unangemessenen Eingriff in das Privatleben der Bürger dar. Aus diesem Grund habe ich dem Bericht insgesamt nicht zugestimmt.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Ženy nemají žádné zákonné překážky v podnikání, tudíž jediné, co politici mají udělat, je nechat podnikatele a podnikatelky pracovat, platit nízké daně a nezatěžovat je byrokracií a nesmysly. Není ani úlohou EU volat po jiném rozdělení domácích prací v rodině.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Puno aktivnosti je poduzeto s ciljem jačanja ženskog poduzetništva, smanjenja nezaposlenosti i samozapošljavanja, ali one se nisu pokazale učinkovitima i ne možemo biti zadovoljni postignutim jer je zaposlenost žena i dalje ispod 60%, daleko od ciljanih 75%. Od ukupnog broja samozaposlenih u EU-u je svega 34,4% žena, a njihov je dohodak i dalje niži od muškaraca.

Istim mjerama ne možemo doći do novih rješenja. Nije dovoljna jednokratna financijska potpora i olakšice, već je nužna dugoročna društvena potpora i podrška kako bi žene mogle graditi karijeru u poduzetništvu i uskladiti privatni i poslovni život.

Osiguranje kvalitetne skrbi o djeci i sustav obrazovanja za to su ključni, a usto ženama je važno omogućiti lakši pristup financijskim sredstvima i realizaciji poslovnih ideja.

Podržala sam Izvješće zastupnice Barbare Matera koje traži novi, holistički, pristup poticanju poduzetništva žena. Važno je žurno donijeti konkretne mjere i odgovarajući zakonodavni okvir koji će rezultirati povećanjem udjela žena na tržištu kao i učinkovitim korištenjem primjerenih instrumenata i poticaja, uključujući fondove EU-a, kako bi se omogućila kvalitetna skrb za djecu i druge uzdržavane osobe, fleksibilno radno vrijeme, potpuna zaštita socijalnih prava i mjere za postizanje stvarne ravnoteže i ravnopravnosti u usklađivanju obiteljskih i poslovnih obveza.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Sektory podnikania, ako napr. oblasť školstva, sociálne služby, zdravotnícke, kadernicke a kozmetické služby, sú doménou žien. Na druhej strane je potrebné, aby ženy viac prenikali aj do iných oblastí, napr. financie, stavebníctvo, obchod, atď., kde môžu ženy svojimi schopnosťami prispieť k hospodárskemu rastu a zvyšovaniu zamestnanosti. Pre zvýšený záujem žien o podnikanie treba vytvoriť podmienky, ktoré zohľadnia materskú úlohu žien a ich starostlivosť o deti a rodinu a ktoré budú ženy viac motivovať k zakladaniu živností a firiem. Obce a mestá musia zabezpečiť za primeraných podmienok dostatok miest v materských školách, kvalitnú starostlivosť pre deti po vyučovaní vo forme záujmovej činnosti. Dôležité je dostupné financovanie podnikateľských zámerov a znižovanie byrokratickej záťaže pri podnikaní.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτός*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με τους εξωτερικούς παράγοντες που αποτελούν εμπόδιο στη γυναικεία επιχειρηματικότητα στην Ευρώπη, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη, όπως αναφέρω αναλυτικά και στην σχετική γραπτή παρέμβασή μου επί του θέματος.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Ce texte sans intérêt et sans impact législatif risque de servir de justification pour faire passer des mesures contreproductives en matière de promotion de l'égalité des genres dans les entreprises, de soutien aux femmes «aux identités multiples», de rééquilibre des tâches ménagères... Il envisage de mettre en place des quotas de femmes pour les aides aux groupes défavorisés, des cellules de «soutien psychologique» aux femmes entrepreneurs... Pire, les rares suggestions intéressantes de ce texte ne relèvent même pas des compétences de l'Union! Je m'y oppose donc.

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome this report which calls on the Commission to incorporate the issue of women's entrepreneurship into its post-2015 strategy on equality between women and men.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione concernente fattori esterni che rappresentano ostacoli all'imprenditoria femminile europea.

Si tratta di un tema politico chiave per le istituzioni europee, sinonimo di crescita economica e creazione di posti di lavoro. Benché l'imprenditorialità femminile figuri tra le priorità politiche fin dall'adozione del trattato di Lisbona, l'Unione europea registra ancora un notevole ritardo in quest'ambito.

L'Europa deve sostenere la partecipazione delle donne al mercato del lavoro, incoraggiare gli Stati membri e le regioni a presentare strategie concrete per promuovere la cultura dell'imprenditorialità femminile, concentrandosi sulle esigenze e sulle condizioni relative all'eliminazione degli stereotipi di genere, ed investire in programmi che consentano la formazione continua delle donne lavoratrici e imprenditrici, garantendo loro un continuo aggiornamento e una crescita professionale di qualità, con particolare riguardo al settore commerciale.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Numerosos obstáculos siguen frenando hoy en día la posibilidad de que aumente el número de mujeres emprendedoras en la UE. Desde el Parlamento Europeo queremos destacar, a través del informe que hemos aprobado en el Pleno, la necesidad de eliminar esos frenos, que muchas veces pasan por la dificultad para conciliar la vida laboral y familiar y también, en muchos casos, por las mayores trabas a la mujer para acceder a la financiación.

La autora del informe señala que es más fácil para las mujeres el acceso al emprendimiento social, pero para ello es preciso garantizar la financiación de iniciativas empresariales sociales y es necesario definir y comprender claramente el emprendimiento social, así como efectuar una valoración correcta de las empresas sociales.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Ένας από τους στόχους της ΕΕ είναι η ανάπτυξη της επιχειρηματικότητας των Ευρωπαίων πολιτών, αφού οι αριθμοί δείχνουν ότι η Ευρώπη έχει πιο χαμηλό ποσοστό σε σύγκριση με χώρες όπως οι ΗΠΑ. Για παράδειγμα, όπως αναφέρει η αιτιολογική έκθεση του ψηφίσματος, το ποσοστό επιχειρηματικότητας της Ευρώπης ανήλθε το 2009 στο 12% ενώ στις ΗΠΑ ήταν 27%.

Αναμένεται ότι η ενίσχυση της επιχειρηματικότητας θα μπορέσει να βοηθήσει την οικονομική ανάπτυξη και ευημερία των κρατών μελών διότι θα δημιουργηθούν νέες θέσεις εργασίας και διότι θα αυξηθούν οι πρωτοβουλίες προς την κατεύθυνση της αξιοποίησης των δεξιοτήτων των Ευρωπαίων πολιτών.

Με την υπερψήφιση του συγκεκριμένου ψηφίσματος προσδοκάται ότι θα τύχει ιδιαίτερης προβολής η ανάπτυξη της γυναικείας επιχειρηματικότητας, γεγονός σημαντικό αν αναλογιστούμε ότι μόνο το 31% του αυτοαπασχολούμενου πληθυσμού είναι γυναίκες. Είναι επιτακτική ανάγκη η καταπολέμηση των φραγμών στην γυναικεία επιχειρηματικότητα με τελικό στόχο την ισότιμη οικονομική ανεξαρτησία των δύο φύλων. Δυσμενείς παράγοντες που πρέπει να αντιμετωπιστούν είναι οι έμμεσες συνήθως διακρίσεις σε βάρος των γυναικών από τα χρηματοπιστωτικά ιδρύματα για παροχή πιστώσεων, διακρίσεις οι οποίες απαγορεύονται ρητά με βάση την οδηγία 2004/113/ΕΚ, καθώς και τα κάθε είδους στερεότυπα σε σχέση με τις ικανότητες των γυναικών στον τομέα αυτό.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Eine vernünftige Förderung des Unternehmertums ist unerlässlich für eine funktionierende Wirtschaft. Jedes Unternehmen ist eine Bereicherung und schafft Arbeitsplätze. Dabei sollte nicht nach Geschlecht entschieden werden, ob ein Unternehmen gefördert wird oder nicht. Der Bericht verlangt jedoch eine geschlechterspezifische Förderung. Es ist wichtig, dass Chancengleichheit besteht. Die Bevorzugung eines Geschlechts durch Quoten – wie im Bericht verlangt – oder durch geschlechterspezifische Förderung lehne ich klar ab. Daher stimme ich auch gegen diesen Bericht.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report to encourage female entrepreneurship. Increased female entrepreneurship is a key component to facilitating future economic growth and the creation of more jobs.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Les femmes sont sous-représentées dans l'entrepreneuriat (31 %), particulièrement dans les secteurs traditionnellement masculins comme le BTP. Ce rapport suggère davantage d'efforts dans la lutte contre les discriminations dans l'accès aux financements et les stéréotypes qui dissuadent les femmes et les jeunes filles d'emprunter des filières scientifiques ou technologiques.

Mais il s'inscrit dans la logique européenne actuelle de présenter le «tout entrepreneurial» comme la panacée à la relance de la croissance et des emplois en Europe. Le rôle du secteur public pour la création des emplois est systématiquement passé sous silence. De même que l'impact des politiques d'austérité sur les carnets de commande des PME. Je m'abstiens sur ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'objet de ce rapport est de suggérer des pistes pour que les femmes soient plus représentées parmi les chefs d'entreprise. Sur le fond, cette réflexion est intéressante.

En revanche, sont proposées plusieurs mesures qui nous paraissent parfaitement inappropriées, concernant la pluralité des identités, la remise en cause des modèles familiaux, la mise en place de quotas pour les groupes dits défavorisés... Ce rapport risque à terme de justifier des mesures dommageables, je m'y oppose donc.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de resolução do Parlamento Europeu sobre os fatores externos que obstaculizam o empreendedorismo feminismo europeu. A conciliação entre a vida privada e a vida profissional deve ser apoiada através de políticas concretas.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because encouraging female entrepreneurship and equality is exceedingly important. This resolution will help combat indirect discrimination that female entrepreneurs face, as well as support and advise female entrepreneurs.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – Sinds de lancering van het verdrag van Lissabon is het promoten van het ondernemerschap een politieke prioriteit voor Europa. Om onze economie slagvaardiger te maken en meer nieuwe jobs te realiseren hebben we meer ondernemers nodig. Toch stellen we nog altijd vast dat het ondernemerschap in Europa achterop loopt op de andere grote economieën in de wereld. Terwijl in de VS 21 procent van de bevolking voor het ondernemerschap kiest, kiest in Europa slechts 12 procent van de actieve bevolking voluit voor een zelfstandige activiteit. Van alle zelfstandigen en ondernemers in Europa blijkt dat amper 31 procent onder hen vrouwen zijn. Vrouwen kiezen vaker, ook al om het evenwicht tussen privé en het professioneel leven te bewaren, voor een baan als werknemer.

Met dit verslag wordt een krachtig pleidooi gehouden om de obstakels waartegen potentiële vrouwelijke ondernemers nog altijd aanlopen, op te ruimen. Al te vaak zijn vrouwelijke ondernemers aangewezen op financiële hulp van familie en kennissen. De toegang tot kredietlijnen voor vrouwelijke ondernemers moet daarom worden gefaciliteerd. Ook de maatregelen die worden voorgesteld om komaf te maken met de stereotiepe ideeën over vrouwelijk ondernemerschap en het bevorderen van het vrouwelijk ondernemerschap via opleiding en studiekeuze genieten mijn volle steun.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The EU still lags behind with an entrepreneurial rate of 12%. Female entrepreneurship deserves particular attention, as equal economic independence is not a given while women's employment rate of 59% is not in line with the 75% target of EU 2020. Of all self-employed, only 31% are female. The Matera report targets the hurdles and challenges to achieve a higher female entrepreneurship rate, especially access to funding, social entrepreneurship and work/life balance. That is why I have voted in favour of the report on external factors that represent hurdles to European female entrepreneurship.

Angelika Mlinar (ALDE), *in writing*. – I welcome the adoption of the report on external factors that represent hurdles to European female entrepreneurship. It is time for the Commission to duly promote programmes and funding opportunities for women in business.

The experience shared by the most of the women entering the entrepreneurial sector demonstrates that there is need for coordination and centralisation of information and technical support at the EU level.

For this reason I am promoting a European Business Centre for women working in close cooperation with Member States and companies from the private sector, which would function as a focal point to promote the Commission's initiatives for female entrepreneurs, providing management and technical assistance, creating and boosting existing networks, and monitoring and gender-mainstreaming business initiatives and programmes.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A vállalkozói szellem olyan gondolkodásmód, amely lehetővé teszi az egyének számára, hogy motivációjukat és kapacitásukat egy lehetőség fölismerésére és annak teljes megvalósítására fordítsák. A vállalkozáspolitikai a Lisszaboni Szerződés hatálybalépése óta politikai prioritás, ám az Európai Unió még mindig lemaradásban van: 2009-ben a vállalkozók aránya 12% volt a 27 tagú Unión belül, szemben Kína 27%-os és az Egyesült Államok 21%-os rátájával. Ahhoz, hogy Európa ismét növekedésbe kezdjen, és új munkahelyek jöjjenek létre, az Európai Uniónak több vállalkozóra van szüksége. A nők és férfiak közötti különbségek még mindig nyilvánvalók a vállalkozói pálya terén; 2012-ben a 28 tagú Unión belül az összes önálló vállalkozói tevékenységet folytató polgárnak mindössze 31%-a volt nő.

A 2004/113/EK irányelv kifejezetten tiltja a közvetlen vagy közvetett megkülönböztetést a pénzügyi szolgáltatások, többek között a banki hitelek terén. Nincs bizonyíték arra, hogy közvetlen hátrányos megkülönböztetés valósulna meg a tagállamokban, mivel a női vállalkozóknak való finanszírozásnyújtás elutasítása azon gazdasági logika eredménye is lehet, melynek során a befektetők a nyereségesebb és a férfiak által uralt ágazatokban a nagyobb méretű vállalkozások által biztosított magasabb megtérülésre törekcszenek. Egyes bizonyítékok viszont arra utalnak, közvetett megkülönböztetés, amelyet a finanszírozáshoz való hozzájutás nők általi percepciója is befolyásol, előfordul.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Podporu podnikania žien v Európe považujem za kľúčovú pri riešení viacerých otázok súvisiacich s chudobou. V porovnaní s USA ženy v Európe nepodnikajú v takej miere, hoci niektoré regióny Európy trápí vysoká nezamestnanosť, ktorá sa podpisuje pod nárast chudoby. Ženy, ktoré podnikajú, sú často matkami, keďže podnikanie im umožňuje lepšie si zariadiť čas a môžu sa venovať deťom. Je prirodzené, že sú opatrnejšie v prístupe ku kapitálovému financovaniu v snahe nezvyšovať podnikateľské riziko. Podporujem a vítam uľahčenie prístupu žien podnikateľiek ku grantom a k iným formám pomoci, ktoré by v konečnom dôsledku viedli k zlepšeniu ekonomickej situácie členských štátov, najmä ich chudobnejších regiónov.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'objet du rapport est de suggérer des pistes pour que les femmes soient davantage représentées parmi les chefs d'entreprise.

Parmi de nombreuses mesures sans grand intérêt, se sont glissées des propositions corrompues: promouvoir l'égalité des genres dans les entreprises, soutenir en particulier les «femmes aux identités multiples», s'assurer de la bonne répartition des tâches ménagères et «changer la répartition traditionnelle des rôles au sein de la famille», mettre en place des cellules de «soutien psychologique» aux femmes entrepreneurs...

Ce rapport d'initiative risque toutefois de justifier des mesures contreproductives, telles que le congé paternité égal et non-transférable (qui, pour des raisons économiques évidentes, ne pourrait que conduire à une réduction du congé maternité).

Les rares suggestions de bon sens, comme l'initiation à l'entrepreneuriat dans les formations scolaires, ne relèvent pas des compétences de l'Union. Il appelle donc un vote négatif.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O empreendedorismo assume uma forte preponderância na promoção do emprego, crescimento económico, inovação, desenvolvimento social e redução da pobreza em geral. No entanto, em 2012 as mulheres representavam apenas 31 % dos empresários (10,3 milhões) da UE-28 e apenas 34,4 % dos trabalhadores por conta própria.

Voto favoravelmente o presente relatório que assegura a plena integração da dimensão do género em todas as políticas futuras no domínio do empreendedorismo, devendo-se salvaguardar a necessidade das mulheres conciliarem a vida profissional com a vida pessoal, sobretudo quando estão fora do período de maternidade consagrado na lei.

Defendo que a Comissão e os Estados-Membros devem promover uma maior visibilidade do financiamento da atividade empresarial através da elaboração, entre outras medidas, de mapas de ajudas ao microfinanciamento ao abrigo do Instrumento Europeu de Microfinanciamento «Progress» e a desenvolverem planos de formação para que as mulheres tenham elevados níveis de conhecimento em áreas predominantemente dominadas por homens como é o caso da construção ou tecnologia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à suggérer des pistes pour que les femmes soient davantage représentées parmi les chefs d'entreprise.

Outre les mesures sans grand intérêt qui y sont présentées, on en trouve d'autres bien plus problématiques comme la promotion de l'égalité des genres dans les entreprises, le soutien des femmes aux «identités multiples», s'assurer de la bonne répartition des tâches ménagères et «changer la répartition traditionnelle des rôles au sein de la famille», etc.

S'il s'agit d'un rapport d'initiative sans aucune portée normative (ce qui est normal étant donné qu'il empiète sur les compétences des États membres), il fait la promotion de propositions contreproductives telles que le congé paternité égal et non-transférable (qui pour des raisons économiques évidentes ne pourrait que conduire à une réduction du congé maternité).

Les quelques recommandations de bon sens, comme l'initiation à l'entrepreneuriat dans les formations scolaires, ne relèvent pas des compétences de l'Union européenne.

J'ai donc voté contre ce texte.

Clare Moody (S&D), *in writing*. – This report is aimed at boosting economic growth, creating sustainable jobs and empowering women. At the moment, women make up only a third of entrepreneurs. That is a huge amount of untapped talent. In particular, we need to invest in women's and girls' potential to contribute to the digital economy. Some estimates suggest boosting female entrepreneurship could deliver as much as GBP 60 billion to the UK economy by 2030.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – This report is aimed at boosting economic growth, creating sustainable jobs and empowering women. At the moment, women make up only a third of entrepreneurs. That is a huge amount of untapped talent. In particular, we need to invest in women's and girls' potential to contribute to the digital economy. Some estimates suggest boosting female entrepreneurship could deliver as much as GBP 60 billion to the UK economy by 2030.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur les facteurs externes faisant obstacle à l'entrepreneuriat féminin. En Europe, le taux d'emploi des femmes était de 59,6 % en 2014, soit un taux largement inférieur à l'objectif de 75 % défini dans la stratégie Europe 2020 et surtout au taux d'emploi des hommes de 70,1 %. Dans ce contexte, l'entrepreneuriat féminin doit être développé et doit bénéficier, comme le demande ce texte, d'initiatives de la Commission, notamment en matière de soutien financier.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Le donne rappresentano solo un terzo degli imprenditori nell'Unione europea. Esse devono infatti confrontarsi con ostacoli specifici nell'accesso ai finanziamenti e ai prestiti bancari, per esempio.

Agevolare e semplificare l'accesso ai finanziamenti è dunque indubbiamente un importante passo che gli Stati membri devono compiere, ma lo spettro di intervento di questa risoluzione è giustamente più ampio. Fra le altre misure si esorta infatti a promuovere nei percorsi di istruzione e formazione una cultura imprenditoriale che incoraggi più donne ad intraprendere carriere nei settori redditizi ad alta crescita potenziale, laddove esse sembrano invece concentrarsi su settori considerati meno redditizi come l'assistenza sanitaria, l'istruzione e il lavoro di comunità.

Nei settori della finanza, delle scienze a quelli della tecnologia verde, all'IT passando per gli ambienti digitali gli uomini sono ancora predominanti. È inoltre opportuno includere quote di genere a sostegno mirato e utilizzare i fondi comunitari per garantire, a prezzi accessibili, un'assistenza di qualità per bambini ed anziani, andando ad intervenire trasversalmente sul miglioramento dell'equilibrio vita-lavoro grazie anche alla promozione del congedo di paternità.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Barbara Matera sur les facteurs externes faisant obstacle à l'entrepreneuriat féminin européen.

La promotion de l'entrepreneuriat féminin compte parmi les chevaux de bataille de mon groupe PPE. Il est généralement admis que, pour relancer la croissance en Europe et créer de nouveaux emplois, l'Union européenne a besoin de plus d'entrepreneurs et sa stratégie pour une croissance intelligente, durable et inclusive (Europe 2020) indique explicitement que des initiatives concrètes plus nombreuses s'imposent pour développer l'entrepreneuriat européen.

L'entrepreneuriat féminin mérite une attention particulière dans ce contexte, l'indépendance économique égalitaire n'étant toujours pas une réalité dans l'Union européenne et le taux d'emploi des femmes, à savoir 59,6 % en 2014 au niveau de l'UE-28, étant toujours en deçà de l'objectif défini dans la stratégie Europe 2020, à savoir 75 %, ainsi que du taux d'emploi des hommes (70,1 %).

À la faveur de ce rapport INI, la rapporteure entend attirer l'attention tout particulièrement sur les besoins de financement des femmes entrepreneurs et soulever la question de la discrimination indirecte dont sont victimes les femmes lorsqu'elles créent leur entreprise.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la proposta di relazione incentrata sulla valorizzazione e sullo stimolo dell'imprenditoria femminile.

Sappiamo bene, infatti, che la capacità di fare impresa, soprattutto impresa innovativa e impresa sociale, è una leva importante per azionare e sostenere la crescita in Europa. Tuttavia, le donne sono meno di un terzo del totale degli imprenditori europei e, in generale, la maggior parte delle donne non considera l'imprenditoria tra le proprie possibilità di carriera.

Si tratta, evidentemente, di un problema culturale, di cui l'Unione europea deve farsi carico e a cui deve cercare di porre rimedio: per questa ragione chiediamo uno sforzo ulteriore sia sul piano dei finanziamenti (una maggiore visibilità dei finanziamenti destinati all'attività imprenditoriale e un accesso facilitato al finanziamento delle imprenditrici nei settori innovativi e sostenibili in cui è maggiore la presenza degli uomini) sia in un senso più esteso, predisponendo un approccio olistico all'imprenditorialità femminile, volto a incoraggiare e sostenere le donne nella scelta di una carriera di imprenditrici, anche contribuendo alla creazione di un contesto che consenta alle donne di realizzare pienamente le proprie potenzialità assicurando la conciliazione tra vita professionale e personale, l'accesso alle strutture di cura per l'infanzia e a formazioni calibrate.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – La question de l'entrepreneuriat féminin est de première importance pour le groupe PPE, autant que pour moi-même. J'ai donc apporté mon soutien à un rapport participant à l'indépendance économique égalitaire, ainsi qu'à l'entrepreneuriat social.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Abbiamo bisogno di un'Europa inclusiva, che riconosca alle donne un ruolo da protagonista, anche in ambito imprenditoriale.

È dunque giunto il momento di mettere in campo soluzioni mirate a superare il gap tra uomini e donne in un settore ancora dominato dal genere maschile. Tenuto conto della persistenza di pregiudizi di diversa natura, è necessario che le istituzioni europee si impegnino a sostenere iniziative, la cui felice realizzazione si tradurrebbe in una maggiore opportunità, per le donne, di partecipare alla vita economica comunitaria.

L'individuazione di misure mirate a determinare un maggiore equilibrio tra vita familiare e lavorativa, così come l'abbattimento dei pregiudizi che persistono in materia di accesso al credito contribuirebbero a determinare una più ampia inclusione femminile nel contesto imprenditoriale. Alla luce di tali considerazioni, ho deciso di sostenere la relazione dell'onorevole Matera, la quale affronta, con cognizione e lungimiranza, una tematica finora relegata ai margini del dibattito politico europeo.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Szavazatommal kiálltam a nők vállalkozási tevékenységét akadályozó, külső tényezőket vizsgáló jelentés mellett, hiszen úgy gondolom, hogy Európának minél több vállalkozó szellemű állampolgárra van szüksége. Az ilyen tevékenységek fontos szerepet játszanak a gazdaság fellendítésében, és a vállalkozók innovatív ötleteikkel gyakran hozzájárulnak egyéb ágazatok fejlődéséhez is. A mi feladatunk erre megfelelő körülményeket teremteni és motiválni a vállalkozni vágyó, ambiciózus európaiakat. Ez a jelentés azért fontos, mert felhívja a figyelmet a nők támogatására, hogy ők is megkülönböztetés és előítéletek nélkül érvényesülhessenek a vállalkozók világában.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that supports female entrepreneurship through sustainable and inclusive policies that aim to enable equal economic independence and to develop European entrepreneurship and growth.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat astăzi în favoarea acestui raport deoarece consider că potențialul antreprenorial al femeilor din UE este o resursă prea puțin exploatată în toate statele membre, inclusiv România. Multiplele stereotipuri și discriminarea de gen reprezintă, încă, o mare problemă la nivelul societăților noastre ce descurajează antreprenoriatul femeilor.

Susțin viziunea acestui raport și sprijin demersurile care încearcă să pună bazele unor strategii concrete la nivel european și la nivelul statelor membre cu privire la promovarea și încurajarea antreprenoriatului femeilor.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Meiner Meinung nach handelt es sich hier um keine Ungleichbehandlung – eine Frau hat heutzutage dieselben Chancen wie ein Mann. Frauen neigen zwar eher dazu, den Weg mit Familie und Kindern zu gehen und machen dafür freiwillig Abstriche. Jedoch muss dieser Weg nicht zwingend gewählt werden. So ist es durchaus üblich, dass Männer in Vaterkarenz gehen. Aus diesem Grund habe ich mich bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult.* – Toetasin. Statistika näitab, et jätkuvalt on naisettevõtjaid vähem kui meesettevõtjaid. Tihti on probleemiks kodu ja tööelu ühildamine, kuna stereotüüpselt eeldatakse naistelt töö kõrvalt ka kogu majapidamise haldamist ja laste kasvatamist. Kuna naised tegutsevad sagedamini sektorites, mis on väiksema ettevõtlusmääraga, siis on ka nende netosissetulekud väiksemad. Resolutsioon kutsub üles pöörama sellele valdkonnale suuremat tähelepanu ning soodustama naisettevõtlust – näiteks lihtsustades naiste juurdepääsu rahastamisele, haridusele ja koolitusele ning võimaldades ühitada töö- ja eraelu ja tagada juurdepääs lapsehoiuteenustele. Samuti kutsutakse sellega üles viima sisse isapuhkust riikides, kus seda seni veel ei ole.

Margot Parker (EFDD), *in writing.* – UKIP voted against this non legislative and non-binding report. It included calls to encourage men to become more involved in the housework for example through mandatory paternity leave. It is not for any government and especially EU bureaucrats to interfere with the private lives of families, marriages and partnerships regarding who should do the housework. It included sexist assumptions that women are used as 'fronts' by men to get favourable financial deals; that women underrated their skills and are more likely to confess a lack of self-confidence and assertiveness and thus need psychological support programmes. UKIP believes women and men are equal and the EU has no right to say women are inferior and need demeaning hand-outs. Finally the report calls for the EU to spend more taxpayer's money and bring forward more legislation. The only people that should decide any of these things are our elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto.* – Come evidenziato dalla relazione, è evidente il gap esistente tra gli uomini e le donne per quanto riguarda il progresso delle attività imprenditoriali. Reputo spetti all'Unione europea, tramite il continuo aggiornamento delle sue politiche, supportare lo sviluppo dell'imprenditoria femminile. Credo infatti nella necessità di incrementare le imprese femminili attraverso sovvenzioni o corsi di formazione sulle questioni giuridiche e tecnologiche. Puntare all'eguaglianza tra generi si impone come fondamento per pervenire alla crescita a cui tanto si aspira. Mi sento dunque di votare positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing.* – Entrepreneurship is well known as a catalyst for economic growth and competitiveness. As it stands, however, female entrepreneurs represent only a third of the self-employed in the EU, even though there are more women than men in Europe. Even if they contribute actively to social and economic development, their entrepreneurial potential is underused. As an MEP who actively supports entrepreneurship policies in the EU, I take the chance to vote in favour of the report and support the strengthening of European female entrepreneurship.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Ce rapport d'initiative sans impact législatif risque de justifier des mesures contreproductives, comme le congé paternité égal et non-transférable (qui, pour des raisons économiques évidentes, ne pourrait que conduire à une réduction du congé maternité). Il est très intrusif dans la vie privée des citoyens en voulant leur dicter les comportements qu'il juge appropriés. Les rares suggestions de bon sens, comme l'initiation à l'entrepreneuriat dans les formations scolaires, ne relèvent pas des compétences de l'Union. J'ai donc décidé de voter contre.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto.* – Nell'Unione europea i tassi di disparità nelle carriere imprenditoriali tra donne e uomini suggeriscono che occorre impegnarsi ancora molto per creare una cultura dell'imprenditorialità che garantisca una rappresentazione di genere più equilibrata. Al fine di lottare contro tali differenze è imperativo agire innanzitutto sugli stereotipi che tradizionalmente sostengono la visione di genere nei nostri paesi. Democrazie avanzate non possono accettare che all'interno delle proprie società non sia riconosciuto il valore del ruolo della donna e la sua indiscussa capacità di operare allo stesso livello e negli stessi settori culturalmente pensati per gli uomini.

Ho sostenuto quindi con convinzione questa relazione con lo scopo di incoraggiare la comprensione dei fattori che tengono le donne lontane dal mondo dell'imprenditoria, e di valutare le azioni da attuare per un deciso cambio di prospettiva. Il testo mette in luce dei punti critici sui quali occorre impostare un piano integrato tra la Commissione e gli Stati membri. In particolare occorre assicurare l'avanzamento della direttiva sul congedo di paternità, ideare strategie che sollecitino le università a incoraggiare le giovani ragazze a scegliere profili di studio prevalentemente maschili nonché sviluppare un accesso facilitato ai canali di informazione sull'uso dei finanziamenti europei.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Iako je poduzetnička politika bila jedan od važnijih prioriteta od stupanja na snagu Lisabonskog ugovora, EU još uvijek zaostaje u poduzetništvu (12 % u EU-27 DČ 2009. godine, uspoređujući s Kinom i US, 27 % i 21 %). EU-u je potrebno puno novih poduzetnika, kako bi stvorila nova radna mjesta i pozicije, treba stvoriti novu strategiju pametnog poduzetništva. Ženskom poduzetništvu treba posvetiti posebnu pažnju i osigurati im jednakost i stabilnost, kao i ekonomsku slobodu. Razlika između muškaraca i žena je još uvijek vidljiva - 2012. godine je u EU-u samo 31 % žena bilo samozaposlenih. 30 % žena u poduzetništvu rade pola radnog vremena, dok je muškaraca 12 %.

Ženama je teže skupljati menadžersko iskustvo, voditi poduzeće i steći povjerenje investitora. Također, one počinju s manjim početnim kapitalom i manjim zajmovima.

Stoga se slažem s mjerama predloženim u ovom izvješću kojim se poziva Komisiju da zajamči potpunu integraciju aspekta jednakosti spolova te da pitanje ženskog poduzetništva uvrsti u svoju strategiju u području jednakosti žena i muškaraca za razdoblje nakon 2015. Također, podržavam pozive vladi, upravi i tijelima država članica zaduženim za jednakost spolova da surađuju s financijskim sektorom kako bi se zajamčila jednakost muškaraca i žena.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – U potpunosti podržavam izvješće Barbare Matera o vanjskim čimbenicima koji otežavaju žensko poduzetništvo u Europi. Poticanje ženskog poduzetništva od izrazite je važnosti; ono može imati značajan utjecaj na rast i razvoj državne ekonomije. Iz tog je razloga poticanje ženskog poduzetništva jedan od najvećih prioriteta Odbora za prava žena i ravnopravnost spolova. Kako jednaka ekonomska neovisnost još uvijek nije postignuta unutar Europske unije i zaposlenost žena unutar 28 zemalja u 2014. iznosi samo 59,6 %, što je ispod 75 % predviđenih Europe 2020. strategijom, žensko poduzetništvo zaslužuje osobitu pozornost. Isto je tako bitno spomenuti žensko socijalno ili društveno poduzetništvo, koje je sve popularnije u svijetu, a kojem je cilj integrirati stvaranje ekonomske i socijalne vrijednosti. Iz svih tih razloga od iznimne je važnosti da se zajamči potpuna integracija aspekta jednakosti spolova u sve buduće politike u području poduzetništva te da države članice aktivno surađuju s privatnim sektorom kako bi se u prvi plan stavila poduzeća kojima je cilj promicanje jednakosti spolova i svojih najefikasnijih dosadašnjih praksi.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – Evropská unie potřebuje více podnikatelů, aby se vrátila k růstu a aktivní tvorbě nových pracovních míst. Její strategie pro inteligentní a udržitelný růst navíc jasně zdůrazňuje potřebu politických iniciativ pro podporu podnikání. Rovná ekonomická nezávislost stále není samozřejmostí. Ačkoliv nemáme přesvědčivé důkazy, musíme se možností diskriminace žen podnikatelek, například v přístupu k finančním službám včetně bankovních úvěrů, i nadále vážně zabývat. Čísla ukazují, že poskytovatelé těchto služeb z mnoha logických důvodů stále upřednostňují větší společnosti ze ziskovějších odvětví, kterým tradičně dominují muži. Ženy podnikají více v oblasti zdraví, sociální péče nebo vzdělávání. Tato odvětví nejsou investičně tolik atraktivní, ale o nic méně důležitá. Musíme bojovat proti stereotypům týkajícím se rozdílů ve schopnostech žen a mužů v oblasti podnikání a podporovat jejich chuť se do podnikání pustit.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – All'interno di un'Europa impegnata nella ricerca della crescita economica e della creazione di occupazione, l'imprenditorialità ha un ruolo fondamentale.

In questo contesto, però, l'imprenditorialità femminile risente ancora di differenze di opportunità rispetto a quella maschile. Le donne, spesso, scelgono imprese più piccole, ambiti legati più alla sanità e all'assistenza sociale e ricorrono in misura minore ai finanziamenti esterni, come i prestiti bancari e i crediti da parte dei fornitori. Questo dato è confermato dal fatto che le imprenditrici tendono a incontrare difficoltà nell'accedere ai finanziamenti sotto forma di partecipazione al capitale, hanno un atteggiamento più prudente per quanto riguarda l'assunzione di rischi economici e finanziari e una minore esperienza di gestione finanziaria rispetto ai loro omologhi di sesso maschile.

Sono favorevole a questa relazione di iniziativa e credo che una maggiore presenza di imprenditrici possa rappresentare un elemento propulsivo all'interno del mercato.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně.* – V Evropské unii je stále vysoký rozdíl mezi počtem podnikatelů a podnikatelek, přičemž podnikání je jedním z pilířů zdravé rozvinuté ekonomiky a také způsob, jakým můžeme bojovat proti vysoké nezaměstnanosti a slabému hospodářskému růstu. Vítám snahu, aby i ženy aktivně zakládaly své podniky, dokázaly sladit pracovní a soukromý život, aniž by jim byly kladeny nadbytečné administrativní překážky a zároveň našly podporu ve vytváření flexibilních pracovních příležitostí. Zároveň bychom měli být zdrženliví v direktivních snahách. Tento návrh má nastolit spravedlivou startovní pozici pro všechny a ne uměle upřednostňovat kvótami určitou část populace.

Jiří Pospíšil (PPE), *pisemně*. – Osobně velmi podporuji, aby se více žen zabývalo podnikáním. Čím více podnikatelů a podnikatelek, tím lépe pro každý stát. Na počátku tohoto týdne jsem ve své domovské zemi navštívil vyhlášení ankety „Top ženy byznysu“ a řada příběhů českých podnikatelek mne skutečně ohromila. I proto jsem zprávu podpořil. Nemohl jsem ale zároveň hlasovat pro takové návrhy, jako je prosazování genderových kvót u podpory podnikání nebo výzvy, aby muži v domácnosti více pracovali. Takové návrhy totiž ženám-podnikatelkám vůbec nepomohou.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport développant les facteurs externes à l'entrepreneuriat féminin européen, car il mérite une attention particulière. Afin de relancer la croissance en Europe et de créer de nouveaux emplois, l'Union européenne a besoin de plus d'entrepreneurs, hommes et femmes. Néanmoins, il ne faut pas tomber dans la caricature. Pour le bien du débat et du message que nous souhaitons faire passer. C'est pour cela que je me suis opposé ou abstenu sur un certain nombre de passages très dogmatiques.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Pese embora o empreendedorismo esteja identificado como uma prioridade política desde o arranque do Tratado de Lisboa, a verdade é que União Europeia ainda apresenta algum atraso neste domínio. O empreendedorismo é fundamental para o emprego, o crescimento económico, a inovação, o desenvolvimento e a redução da pobreza em geral. Com efeito, é amplamente reconhecido que, por forma a retomar o crescimento e a criar novos postos de trabalho, a União Europeia precisa de mais empresários e a sua Estratégia para um crescimento inteligente, sustentável e inclusivo (Europa 2020) refere explicitamente que são necessárias iniciativas políticas mais concretas para desenvolver o empreendedorismo europeu.

Neste contexto, o empreendedorismo feminino merece especial atenção, uma vez que a igualdade em termos de independência económica continua a não estar garantida na União Europeia e que a taxa de emprego das mulheres, que se fixava em 59,6 % em 2014, a nível da UE-28, não é consentânea nem com o objetivo de 75 % de emprego da Estratégia Europa 2020, nem com a taxa de emprego masculina de 70,1 %.

O presente relatório versa justamente sobre a questão do empreendedorismo feminino, procurando identificar os respetivos obstáculos e lançando propostas para a sua superação. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative and non-binding report. It included calls to encourage men to become more involved in the housework, for example, through mandatory paternity leave. It is not for any government and especially EU bureaucrats to interfere with the private lives of families, marriages and partnerships regarding who should do the housework. It included sexist assumptions that women are used as 'fronts' by men to get favourable financial deals; that women underrated their skills and are more likely to confess a lack of self-confidence and assertiveness and thus need psychological support programmes. UKIP believes women and men are equal and the EU has no right to say women are inferior and need demeaning hand-outs. Finally the report calls for the EU to spend more taxpayer's money and bring forward more legislation. The only people that should decide any of these things are our elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Congratulo-me com a apresentação deste relatório que pretende fundamentar o emprego, o crescimento económico e a inovação, através do empreendedorismo feminino. O equilíbrio entre a vida profissional e a vida privada que o empreendedorismo pode oferecer às mulheres constitui o primeiro obstáculo ao sucesso. Além disso, as mulheres empresárias só podem conciliar a vida profissional com a vida familiar se existirem estruturas adequadas de acolhimento de crianças e se os pais participarem ativamente no funcionamento do agregado familiar.

Votei favoravelmente este relatório, pois incentiva os Estados-Membros a apresentarem estratégias concretas e a identificarem os obstáculos a ultrapassar. A taxa de empreendedorismo feminino regista um atraso em todos os Estados-Membros e as diferenças entre homens e mulheres são ainda notórias nas carreiras empresariais. Em 2012, de todos os cidadãos da UE-28 que trabalhavam por conta própria, apenas 31 % eram mulheres.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – En Europe, les femmes représenteraient à peine 31 % des entrepreneurs et le plus souvent dans des secteurs considérés comme moins rentables: éducation, soins de santé et travail social. Partant de ce constat, les députés européens ont voté un texte ce mardi incitant les États membres à supprimer les obstacles à l'entrepreneuriat féminin.

Les moyens envisagés pour y parvenir sont multiples: promotion d'une culture entrepreneuriale au sein de nos sociétés ou mise en place de structures d'aide pour faciliter la conciliation entre vie professionnelle et vie familiale pour les femmes. Elles sont deux fois plus nombreuses que les hommes à travailler à temps partiel. Autant de propositions qui vont dans la bonne direction.

En revanche, je ne pense pas que l'instauration de quotas soit la solution la plus adaptée, et le débat sur le congé de paternité n'est certainement pas une priorité européenne lorsque l'on sait la difficulté qu'il y a à trouver un accord entre États membres à ce sujet.

L'entrepreneuriat féminin en Europe n'en reste pas moins un sujet sociétal important qui préfigure l'avènement d'une société occidentale plus libérale, moins codifiée et figée, qui fasse la part belle à l'initiative individuelle.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution, qui cherche à mettre un terme aux facteurs entravant le développement de l'entrepreneuriat des femmes dans l'Union. Ces mesures portent en particulier sur les conditions qui permettront d'aboutir à un meilleur équilibre entre vie professionnelle et vie privée, sur la création de réseaux favorisant l'entrepreneuriat féminin, sur l'amélioration de l'accès aux financements ainsi que sur la promotion de la culture entrepreneuriale dans le cadre des études et de la formation.

Je tiens à rappeler deux éléments importants dans ce contexte. D'une part, l'esprit d'entreprise doit être encouragé tant il apporte des bienfaits au niveau de l'individu mais aussi au niveau de la collectivité dans laquelle il évolue. D'autre part, les femmes ne représentaient que 31 % des entrepreneurs dans l'Union en 2012, ce qui est beaucoup trop peu. Il convient dès lors de créer urgemment les conditions favorables afin de développer l'entrepreneuriat féminin et libérer le potentiel qui y réside.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – As diferenças entre homens e mulheres são ainda notórias nas carreiras empresariais. Em 2012, de todos os cidadãos da UE-28 que trabalhavam por conta própria, apenas 31 % eram mulheres. Quando as mulheres criam empresas, fazem-no mais frequentemente em setores relacionados com a saúde humana, a ação social ou a educação, enquanto os empresários do sexo masculino estão mais presentes em áreas dos setores da construção, dos transportes e das TIC. Não é de estranhar que o rendimento líquido das empresárias tenha sido, em 2012, 6% mais baixo que o dos homens. Além disso, as empresas das mulheres continuam a ser mais pequenas, sendo que apenas 23 % das empresárias são entidades patronais, em comparação com 30 % dos homens.

O equilíbrio entre a vida profissional e a vida privada que o empreendedorismo pode oferecer às mulheres representa um primeiro obstáculo ao seu sucesso, uma vez que pode fazê-las entrar num círculo vicioso em que criam menos oportunidades para adquirir experiência em gestão para conduzir as suas atividades, consolidar o seu historial de crédito e obter a confiança dos investidores. Continuamos a trabalhar para inverter esta situação.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Hier, en séance plénière, le Parlement européen s'est penché sur les raisons qui font que les femmes se lancent généralement moins comme indépendantes que les hommes. Un rapport a été voté appelant la Commission européenne et les États membres à se saisir du sujet et à encourager les femmes à devenir entrepreneurs.

En Europe, les femmes sont deux fois moins nombreuses que les hommes à choisir le statut d'indépendant: elles ne constituaient que 31 % des indépendants recensés dans les 28 États membres de l'Union en 2012. Le texte du rapport adopté passe en revue les obstacles qui empêchent les femmes de se lancer comme entrepreneurs. Par exemple, les femmes ont plus difficilement accès aux financements traditionnels par actions, elles commencent en général leur activité avec un capital moindre et des prêts moins importants.

Le texte voté appelle donc les États membres et la Commission européenne à promouvoir une culture entrepreneuriale dès la formation des jeunes filles, et à envisager des instruments — financiers notamment — pour aider les femmes à se lancer comme indépendantes.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Noriu atkreipti dėmesį į tai, jog šis klausimas nėra toks vienareikšmis, kaip gali pasirodyti. besąlygiškai pritariu teiginiui, kad didesnis moterų verslumas ženkliai prisidėtų prie mūsų visų siekio didinti Europos konkurencingumą.

Kitą vertus, kodėl mes kalbame tik apie verslumą? Juk ne visi turi noro ar gebėjimo vystyti savo verslą? Daug gerų ir sąžiningų žmonių puikiai dirba samdomą darbą viešojo administravimo institucijose ar nevyriausybiniuose organizacijose. O tai nėra verslas. Ir įgūdžiai ar gebėjimai ten reikalingi kitokie. Tačiau darbas viešojo administravimo institucijose ar nevyriausybiniuose organizacijose taip pat prisideda prie geresnės Europos kūrimo.

Palaikau šį pranešimą, tačiau noriu atkreipti dėmesį į tai, kad jis parengtas ne visai tinkamu formatu. Mes turėtume kalbėti ne vien apie moterų verslumą. Mes turime kalbėti apie didesnę jų dalyvavimą darbo rinkoje, bendrai paėmus, darbo rinkoje, kuri apima ir verslą, ir viešąjį, ir nevyriausybinių sektorių.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A União Europeia, tendo por objetivo retomar o crescimento económico e a criação de novos postos de trabalho adotou, na Estratégia Europa 2020 para um crescimento inteligente, sustentável e inclusivo, iniciativas políticas concretas para desenvolver o empreendedorismo europeu.

Por seu turno, o empreendedorismo feminino merece especial atenção, uma vez que a igualdade em termos salariais continua a não estar garantida na União Europeia.

O presente relatório focaliza-se nas necessidades financeiras das mulheres empreendedoras, de forma a diminuir a discriminação indireta que muitas delas ainda são, infelizmente hoje alvo, aquando da sua iniciativa empreendedora.

Visto que é importante conhecer estas realidades - tantas vezes escondidas ou esquecidas - de forma a que consigamos uma Europa laboral, socialmente mais equilibrada, justa e desenvolvida, votei favoravelmente esta resolução.

Tokia Saifi (PPE), *par écrit*. – L'Union européenne a actuellement pour priorité la relance de la croissance et de l'emploi; pour cela, l'Union a besoin de plus d'entrepreneurs. La stratégie européenne pour une croissance intelligente, durable et inclusive indique explicitement que des initiatives concrètes plus nombreuses s'imposent pour développer l'entrepreneuriat européen. Il est important de mettre l'accent sur l'entrepreneuriat féminin, étant donné notamment que le taux d'emploi des femmes, à savoir 59,6 % en 2014 au niveau de l'Union, est bien en deçà de l'objectif défini dans la stratégie Europe 2020.

Ce texte attire ainsi l'attention sur les besoins de financement des femmes entrepreneurs et soulève la question de la discrimination indirecte dont sont victimes les femmes dans la création d'entreprises.

Il est donc important de développer des actions pour exploiter pleinement le potentiel des femmes entrepreneurs.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Un maggiore partecipazione delle donne nel mondo dell'imprenditoria aiuterà la crescita dell'Unione europea, portando nuova forza lavoro, nuovi punti di vista, nuovi modi di fare impresa.

Ancora oggi uno dei maggiori ostacoli che le donne si trovano ad affrontare è la conciliazione casa-lavoro, la cura dei figli o delle persone anziane. Anche l'accesso ai fondi è un problema, perché spesso le donne sono meno propense ad accedere a finanziamenti esteri e basandosi solo sulle loro risorse autolimitano la loro attività e le loro possibilità.

Per cui il compito delle Istituzioni europee dovrebbe essere sia quello di promuovere una cultura finanziaria e dell'imprenditoria fra le donne, sia quello di creare una piattaforma di scambio delle migliori pratiche e delle possibilità esistenti.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe indica que la tasa de emprendimiento femenino va a la zaga en muchos Estados miembros y que en realidad existe un potencial de crecimiento y prosperidad sin explotar. El informe pide que se pongan en práctica estrategias concretas para explotar plenamente ese potencial de las mujeres como empresarias.

Aunque la atención se centra fundamentalmente en el sector privado y el espíritu empresarial, se pueden reconocer referencias positivas a la lucha contra los estereotipos de género y una llamada a los Estados miembros para lograr los objetivos de Barcelona. Si bien es cierto que hay muchos obstáculos para las mujeres empresarias, este informe parte del enfoque que considera que fomentar el espíritu empresarial entre las mujeres es clave para lograr la igualdad de género, algo no compartido desde una perspectiva feminista progresista.

Referencias al importante papel del sector público y a los efectos negativos de las políticas de austeridad de los últimos años están completamente ausentes. Con el temor de que este informe se pueda utilizar para legitimar medidas para aumentar las iniciativas empresariales femeninas como la única solución para mejorar las condiciones de vida de las mujeres, dando mayor peso al sector financiero y privado, me he abstenido en la votación.

Christel Schaldemose (S&D), skriftlig. – Ligestilling er en socialdemokratisk mærkesag. Vi har alle dage arbejdet for et samfund med lige muligheder for alle, og hvor ingen personer udsættes for diskrimination på baggrund af køn. Ikke-diskrimination er det bærende princip. Det princip skal også gælde for EU's fonde. EU-midler bør fordeles på baggrund af projekternes værdi og beskaffenhed, ikke på baggrund af projektansøgerens køn.

Vi vil gerne understrege, at vi finder det meget problematisk, at kvinder i mindre grad end mænd deltager på arbejdsmarkedet, både som lønmodtagere og som iværksættere. En mere ligelig fordeling af barselsorlov mellem mødre og fædre kan være et instrument til at øge kvinders deltagelse på arbejdsmarkedet. Fra EU's side bør man dog respektere, at der findes forskellige nationale systemer til at sikre en mere ligelig fordeling af barselsorloven, hvor det i nogle lande fastsættes gennem lovgivning og i andre af arbejdsmarkedets parter. Det skal fortsat være op til hvert enkelt medlemsland, hvilket system de ønsker at benytte til at sikre mere ligestilling på arbejdsmarkedet. Det mener vi ikke, at man skal lovgive om fra EU's side.

Jasenko Selimovic (ALDE), skriftlig. – För mig är jämställdheten en hjärtefråga. Att andelen kvinnliga företagare släpar efter i alla medlemsstater är en förlust för hela samhället. Jag delar helt uppfattningen om behovet av en helhetssyn på kvinnligt företagande, och att kvinnors tillgång till EU-finansiering och ytterligare utvecklingsmöjligheter bör underlättas på olika sätt. Jag tror dock inte att könskvotering är en del av lösningen. Jag röstade därför emot punkt 22 i detta betänkande, men valde ändå att i slutändan ställa mig bakom betänkandet i dess helhet eftersom det innehåller andra viktiga inslag av betydelse för kvinnligt företagande.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – El informe pretende dar cabida a la preocupación existente sobre las barreras de las mujeres para ejercer el autoempleo, dado que sólo el 34,4 % de los trabajadores por cuenta propia son mujeres.

No obstante, y pese a que el informe resalta la importancia de que la Comisión recopile datos que permitan evaluar las causas, o que se mencione la importancia de la conciliación laboral y personal –reiterando una vez más la necesidad de mejorar la actual Directiva sobre el permiso de maternidad–, el informe tiene un marcado enfoque paternalista al remarcar estereotipos y centrarse en vanagloriar el emprendimiento como forma de combatir la discriminación y desigualdad hacia las mujeres sin entrar a valorar razones estructurales como la violencia simbólica, el desigual impacto de la políticas de austeridad o la destrucción del empleo y los servicios públicos.

Por todo ello me he abstenido.

Ricardo Serrão Santos (S&D), por escrito. – A igualdade de género é um tema que considero particularmente importante e, por princípio, todas as iniciativas tendentes a reduzir o diferencial de oportunidades entre homens e mulheres terão o meu apoio. Neste caso, o relatório de iniciativa aprovado, entre muitas outras medidas, apela aos Estados-Membros para reconhecerem o valor do empreendedorismo no equilíbrio entre a vida profissional e a vida privada dos homens e das mulheres e para eliminarem as barreiras que dificultam ou até impedem o empreendedorismo feminino.

Em termos gerais, este relatório apela a uma atuação com base em conhecimento, enfatizando a importância da recolha de dados repartidos por género por forma a identificar falhas e oportunidades. Por diversas razões que estão plasmadas no relatório, mas incluindo as expostas acima, optei por votar positivamente esta iniciativa.

Jill Seymour (EFDD), in writing. – I voted against this because this crazy report calls on various things such as 'Men to become more involved in house work'. This is in my opinion an anti-men report and does nothing to further real gender equality. In fact it harms it by masking gender tokenism as gender equality. I will never vote in favour of quotas. Merit should be the only factor in employment.

Siôn Simon (S&D), in writing. – Female entrepreneurs have a massive amount of untapped potential, and systemic sexism is not helping address the fact that the EU still lags behind with an entrepreneurial rate of just 12%. I believe that particular attention needs to be given to female entrepreneurs: the employment rate of women in the EU is not reaching the EU 2020 target of 75% (it is currently less than 60%). If we are truly committed to seeing equality between the genders, this is not acceptable and this report addresses the challenges and hurdles that are ahead in this goal, and more specifically in relation to achieving a higher female entrepreneurship rate. This is why I voted in favour of this report.

Branislav Škripek (ECR), písomne – Považujem za dôležité podporovať ženy podnikateľky, pretože podnikanie predstavuje vhodný spôsob zosúladiť súkromného a pracovného života žien. Ženy podnikateľky sa tiež dôležitým spôsobom podieľajú na hospodárskom raste EÚ. Podnikanie tiež umožňuje zvyšovať ich ekonomickú nezávislosť. Nemôžem sa však stotožniť s podporou podnikania žien, ktorá je spojená s vnucovaním povinnej otcovskej dovolenky zo strany EÚ, či zavádzaním rodových kvót vo všetkých formách cielenej podpory poskytovanej ženám, aby sa zaistil pokrok smerom k dosiahnutiu rovnosti v podnikaní. Takého rozhodnutia majú zostať v kompetencii členských štátov. Z tohto dôvodu som musel hlasovať proti tomuto návrhu uznesenia o vonkajších faktoroch, ktoré predstavujú prekážku pre podnikanie žien v Európe.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Žensko poduzetništvo predstavlja potencial rasta i razvoja koji je danas u mnogim članicama Europske unije, nažalost, slabo prepoznat. Žene su suočene s brojnim teškoćama na putu prema vlastitom poduzeću poput nemogućnosti usklađivanja privatnog i poslovnog života, administrativnih opterećenja, diskriminacije u svim sferama poslovnog okruženja počevši od banaka do poslovnih partnera, smatranja da su manje sposobne u vođenju poduzeća itd., što direktno dovodi do manjka samopouzdanja te naposljetku i odustajanja od ulaska u poduzetničko okruženje.

Također, odluke o odabiru zanimanja unaprijed su potaknute tradicionalnim podjelama uloga muškaraca i žena u kojima se muškarcu opredjeljuju za znanstvena i tehnološka područja, a žene za obrazovna, zdravstvena te društvena zanimanja.

Prijeko je potrebno promijeniti uvriježena stajališta te omogućiti ženama ravnotežu između poslovnog i privatnog života, prije svega izmjenom Direktive o rodiljnom dopustu kojom se pozivaju države članice na razmatranje uvođenja očinskog dopusta ukoliko to već nisu uzele u obzir.

Zbog navedenih problema s kojima se poduzetnice suočavaju danas, kao i zbog načina njihova rješavanja, podržao sam rezoluciju Europskog parlamenta s ciljem omogućavanja boljih radnih uvjeta te jednakih mogućnosti na tržištu rada pozivajući ih na usmjeravanje u sektorima novih zelenih tehnologija te ekološkog poduzetništva koji predstavljaju veliki potencijal uz povoljno poslovno okruženje.

Monika Smolková (S&D), písomne – Som rada, že napriek všetkým pretrvávajúcim stereotypom čoraz viac pribúda žien, ktoré začínajú realizovať svoje podnikateľské záujmy. Rovnako ma teší, že participácia žien na pracovnej sile, merané mierou ich ekonomickej aktivity, za obdobie ostatných desiatich rokov v drvivej väčšine krajín EÚ vzrástla. Za mimoriadne pozitívne považujem to, že mnoho žien vrátane Slovenska, odkiaľ pochádzam, sa začína zaujímať aj o obory, ktoré doteraz boli skôr doménou mužov. Napriek určitým pozitívam oblasť podnikania žien v Európe považujem zatiaľ za nedostatočne využitý potenciál, ktorý by rozhodujúcim spôsobom mohol prispieť k rastu zamestnanosti nielen na úrovni jednotlivých členských štátov, ale aj celej EÚ. Mrzí má, že ženy pri vstupe do podnikania sú ešte stále konfrontované s rôznymi spoločenskými a kultúrnymi bariérami, ktoré im často znemožňujú alebo obmedzujú vstup, prípadne úspešný rozbeh podnikateľskej činnosti. Podporila som uznesenie tejto aktuálnej správy, lebo si myslím, že je potrebné prijímať osobitné podporné opatrenia, ktoré predstavujú prekážku pre podnikanie žien v EÚ a zvýšia motiváciu žien pre vstup do podnikateľskej aktivity a podpory prvých fáz rozbehu podnikania.

Michaela Šojdrová (PPE), písomně. – Podpořila jsem zprávu své kolegyně z PPE Barbary Matery o vnějších faktorech, které jsou překážkou podnikání žen v Evropě. Toto téma je mi blízké jako člence Výboru pro práva žen, ale také coby zpravodajce Evropského parlamentu k podpoře podnikání mladých prostřednictvím vzdělávání. Zpráva je relevantní, neboť rozdíly mezi ženami a muži jsou v podnikatelském profesním životě stále zjevné: ze všech občanů EU-28, kteří v roce 2012 vykonávali samostatnou výdělečnou činnost, jen 31 % tvořily ženy.

Zpráva identifikuje řadu překážek, které brání tomu, aby ženy v Evropě více podnikaly. Patří mezi ně například přístup k financování, kde zpráva navrhuje určitá zlepšení. Při hlasování jsem podpořila návrhy, které by znamenaly zlepšení zprávy ve smyslu respektování subsidiarity a nezasahování do detailů chování, které jsou z úrovně EU absurdní. Patří sem např. výzva, aby se muži více účastnili domácích prací, či doporučení, aby Komise zavedla genderové kvóty u všech forem cílené podpory podnikání. Zprávu jsem podpořila i přes těchto několik detailů, které nejsou závazné, protože považuji za důležitější, aby z úrovně Evropského parlamentu zazněl signál podporující iniciativu žen a zvýšenou citlivost vůči překážkám, které ženám brání v lepším sladění rodinného a profesního života.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pismo. – Statistike kažejo, da so ženske leta 2012 v EU predstavljale 31% podjetnikov (10,3 milijona) in da je med samozaposlenimi v EU le 34,4% žensk.

Ti podatki naznanjajo zaostanek stopnje podjetništva med ženskami v vseh državah članicah. To v ozadju skriva neizkoriščen potencial za rast in blaginjo.

Znano je, da podjetnice prispevajo k ustvarjanju novih možnosti za razvoj, zmanjšanju socialne izključenosti in h krepitvi socialne kohezije.

Poročilo poziva Komisijo in države članice, naj priznajo vrednost podjetništva za usklajevanje poklicnega in zasebnega življenja žensk in moških, odpravijo ovire, ki ovirajo ali celo preprečujejo podjetništvo žensk, in sprejmejo usklajen okvir ukrepov v podporo udeležbi žensk na trgu dela. Strinjam se, da je potrebno spremeniti način, na katerega so se v družbi, na delovnem mestu in družini tradicionalno pripisovale spolne vloge.

Zdi se mi vredno izpostaviti, da poročilo prav tako poziva Komisijo in države članice, naj med drugim poveča vidnost financiranja podjetniške dejavnosti s pripravo kart pomoči za mikrofinance v okviru evropskega mikrofinančnega instrumenta Progress ter naj se preučijo možnosti sodelovanja z zasebnim sektorjem pri naložbah v t.i. ženske sektorje.

Ker je podjetništvo žensk bistveno za zaposlovanje, gospodarsko rast, inovacije, razvoj in splošno zmanjšanje revščine, sem na plenarnem zasedanju glasoval poročilu v prid.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – La risoluzione del Parlamento europeo sui fattori esterni che rappresentano ostacoli all'imprenditoria femminile è mirata a creare le condizioni favorevoli per superare ostacoli e vincere sfide per il raggiungimento di un tasso di imprenditorialità femminile più elevato e più in linea con gli obiettivi di Europa 2020 innanzitutto dal 59% al 75%.

Le donne detengono un incredibile potenziale imprenditoriale, che comporta a sua volta crescita economica, posti di lavoro e maggiore responsabilizzazione di coloro che sono impegnate in esperienze e settori sociali nei quali operano in condizione di parità. Le imprenditrici contribuiscono, inoltre, alla creazione di nuove possibilità di sviluppo, alla marginalizzazione dell'esclusione sociale e al rafforzamento della coesione.

La risoluzione incoraggia gli Stati membri a prendere coscienza del problema esistente e ad elaborare strategie concrete per promuovere e diffondere la cultura dell'imprenditoria femminile, invitandoli ad elaborare programmi tesi ad assistere, sostenere e orientare nell'avvio di attività innovative destinate a creare nuove opportunità. Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole a questa risoluzione.

Joachim Starbatty (ECR), schriftlich. – Der Matera-Bericht beinhaltet einige gute Vorschläge wie eine Verbesserung der Kinderbetreuung und eine verbesserte Datenerhebung zu Rolle von Frauen in selbständigen Berufsgruppen. Mit einer gezielten Forderung nach geschlechterspezifischen Finanzierungserleichterungen für Frauen geht er jedoch entschieden zu weit. Dadurch entstehen Wettbewerbsverzerrungen, die gerade bei Unternehmensgründungen ausgeschlossen werden sollten. Auch der Forderung nach einem verpflichtenden Vaterschaftsurlaub kann ich nicht zustimmen. Zwar sollten Väter ermutigt werden, sich häufiger aktiv in der Erziehungsarbeit einzubringen, eine verpflichtende Regulierung durch den Staat stellt jedoch einen unangemessenen Eingriff in das Privatleben der Bürger dar. Aus diesem Grund habe ich dem Bericht insgesamt nicht zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Je potrebné povzbudzovať a podporovať ženy pri budovaní kariéry v podnikaní. Nástroje by mali byť zamerané na podporu vzdelávania, a to predovšetkým za účelom odstraňovania rodových stereotypov pri voľbe odvetví ich pôsobenia. Je potrebné uľahčovať prístup žien - podnikateľiek k financovaniu a podnikateľským príležitostiam a vytvárať prostredie, ktoré by ženám umožňovalo využívať ich potenciál a stať sa úspešnými podnikateľkami a inovátkami.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie in het Europees Parlement onthield zich bij de stemming over dit verslag. De N-VA is een felle voorstander van gelijke kansen voor mannen en vrouwen en werkt aan een sterk, gecoördineerd gelijkheidsbeleid. Door zich te onthouden wil de N-VA delegatie in het bijzonder aankaarten dat (1) we het niet eens zijn met de aanbeveling aan de Commissie om genderquota in te voeren voor elke steun aan ondervertegenwoordigde en benadeelde groepen; (2) het verslag overmatig ingrijpt op aangelegenheden die tot de privésfeer behoren; en (3) het gehanteerde taalgebruik in bepaalde paragrafen erg vrouwonvriendelijk is.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – 2012. u 28 država članica EU-a udio žena među poduzetnicima bio je samo 31 % tj. 10,3 milijuna, te su od ukupnog broja samozaposlenih u EU-u samo 34,4 % žene. Poduzetništvo je od ključne važnosti za zapošljavanje, gospodarski rast, inovacije, razvoj i opće smanjenje siromaštva. Pozvao bih se na članak 16. Povelje o temeljnim pravima Europske unije koji izričito upućuje na slobodu poduzetništva svih građana EU-a, čime se osnažuje i potiče poduzetništvo, uključujući žensko poduzetništvo. Stoga podržavam izvješće i pozivam Komisiju i države članice da prepoznaju vrijednost poduzetništva za ravnotežu između poslovnog i privatnog života žena i muškaraca, da uklone prepreke koje otežavaju ili čak onemogućuju žensko poduzetništvo i da donesu dosljedan okvir mjera kojima će se poduprijeti sudjelovanje žena na tržištu rada.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – This report is aimed at boosting economic growth, creating sustainable jobs and empowering women. At the moment, women make up only a third of entrepreneurs. That is a huge amount of untapped talent. In particular, we need to invest in women's and girls' potential to contribute to the digital economy. Some estimates suggest boosting female entrepreneurship could deliver as much as GBP 60 billion to the UK economy by 2030.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Rezolucija govori o vanjskim čimbenicima koji otežavaju poduzetničku aktivnost žena u Europskoj uniji. Općenito, poduzetništvo je važno jer stvara radna mjesta, a države s jakim poduzetništvom imaju bolju strukturu zaposlenih i relativno veći dohodak. Trenutno nije zadovoljavajuća stopa žena poduzetnica. Jedan od prioriteta žena EPP-a i unutar odbora FEMM, jest razviti što povoljnije uvjete za žensko poduzetništvo. Poduzetništvo je ključno kako bi Unija ostvarivala zadovoljavajuće stope gospodarskog rasta, razvoja i razine zaposlenosti. Strategija europskog poduzetništva je pametan, održiv i uključiv razvoj. Vide se pozitivni koraci u europskom gospodarstvu, ali je potrebno uložiti dodatni napor kako bi stanje bilo daleko bolje.

Podržavam donošenje rezolucije o ženskom poduzetništvu, jer brojni faktori iz vanjskog okruženja, npr. rodni stereotipi i tzv. stakleni krov, ženama otežavaju poduzetničku aktivnost.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o zunanjih dejavnikih, ki ovirajo podjetništvo med ženskami v Evropi.

Enakost spolov je eno izmed pomembnih načel sodobne demokratične družbe. Ženskam in moškim omogoča enako udeležbo na vseh področjih javnega in zasebnega življenja.

Tako kot v zadnjih letih uvajamo uravnoteženo zastopanost spolov na področju političnega udejstvovanja, tako tudi potrebujemo uravnoteženo zastopanost spolov na gospodarskem področju. Številne raziskave s tega področja dokazujejo, da upravni odbori, ki so spolno uravnoteženi, z bistveno bolj celovitimi odločitvami dosegajo boljše rezultate, saj upoštevajo želje in pričakovanja tako ženske kot tudi moške populacije.

Pozdravljam poročilo, ki poziva Komisijo, naj zagotovi popolno vključevanje načela enakosti spolov v vse prihodnje politike na področju podjetništva.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτως*. – Τηρήσαμε αποχή στην ψηφοφορία επί της έκθεσης για την γυναικεία επιχειρηματικότητα στην Ευρώπη διότι κρίναμε ότι η έκθεση είναι ελλιπής και περιλαμβάνει ορισμένες προβληματικές αναφορές. Ως ΑΚΕΛ, είμαστε βεβαίως υπέρ της ενδυνάμωσης της γυναικείας δραστηριότητας και της ισότητας των φύλων σε όλους τους τομείς της κοινωνικο-οικονομικής ζωής. Για εμάς όμως, η ισότητα μεταξύ ανδρών και γυναικών δεν επιτυγχάνεται ούτε μέσα από πολιτικές στηρίξεις του ιδιωτικού κεφαλαίου, ούτε με προώθηση της γυναικείας επιχειρηματικότητας. Η ουσιαστική ισότητα των δύο φύλων επιτυγχάνεται μόνο μέσα από την ουσιαστική καταπολέμηση των στερεοτύπων αντιλήψεων, της βίας και της ανισότητας στους χώρους εργασίας και στις ευκαιρίες εργασίας, αφού η πλειοψηφία των ατόμων που κατακλύζουν τις θέσεις ημιαπασχόλησης και ευέλικτων μορφών εργασίας είναι γυναίκες. Απαραίτητη επίσης είναι η δημιουργία προϋποθέσεων για ισότιμη συμμετοχή στα κέντρα λήψης αποφάσεων αλλά και η δημιουργία σύγχρονων κοινωνικών δομών με υψηλής ποιότητας

κοινωνικές υπηρεσίες. Επίσης, ιδιαίτερα προβληματικό είναι το γεγονός ότι στην έκθεση δεν γίνεται καμιά αναφορά στις επιβλαβείς επιπτώσεις των πολιτικών λιτότητας από την οπτική γωνία της ισότιμης μεταχείρισης ανδρών και γυναικών.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η γυναικεία επιχειρηματικότητα πράγματι αποτελεί καταλύτη για τη μείωση της ανεργίας και για την ανόρθωση της οικονομίας αλλά μόνο όταν αναπτύσσεται σε μία χώρα με υγιή οικονομία και όχι σε μία χώρα που βρίσκεται σε περίοδο οικονομικής κρίσης, όπως είναι η Ελλάδα, όπου οι επιχειρήσεις συρρικνώνονται και πτωχεύουν.

Η έκθεση δεν ανταποκρίνεται στην ελληνική πραγματικότητα. Η ΕΕ θα έπρεπε να θεσπίσει συγκεκριμένες στρατηγικές για την προώθηση της γυναικείας επιχειρηματικότητας με γνώμονα τις πραγματικές ανάγκες των κρατών μελών και όχι γενικά και αόριστα όπως αυτές παρουσιάζονται στην έκθεση, δεδομένου ότι πολλές νεοσύστατες γυναικείες επιχειρήσεις δεν μπορούν να προσαρμοστούν και να αναπτυχθούν στην τοπική αγορά.

Επιπλέον, σύμφωνα με την έκθεση, η ΕΕ έχει σκοπό να χρηματοδοτήσει τις δράσεις της γυναικείας επιχειρηματικότητας αλλά παράλληλα γίνεται επίσης αναφορά σε επιχορηγήσεις και σε επενδύσεις σε προγράμματα δια βίου κατάρτισης και επανεκπαίδευσης (PROGRESS), στα οποία είμαστε αντίθετοι.

Τέλος, μέσα από την ελευθερία και την πλήρη ισότητα των δύο φύλων αναδεικνύεται ένας νέος ρόλος για τις γυναίκες στο μεταβαλλόμενο με ταχείς ρυθμούς σήμερα οικονομικό περιβάλλον, ρόλος ο οποίος αναπόφευκτα υπονομεύει το θεσμό της οικογένειας.

József Szájer (PPE), írásban. – Meg vagyok győződve arról, hogy rendkívül fontos a nők ösztönzése és támogatása a vállalkozói karrier felépítésében, s természetesen meg kell könnyíteni számukra a finanszírozáshoz és az üzleti lehetőségekhez való hozzáférést is. Ugyanilyen fontossággal bír a szakmai és a magánélet összeegyeztetése, hiszen ez az egyenúly segíti elő a lehetőségek kibontakoztatását, a sikeres vállalkozóvá válást.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Promowanie przedsiębiorczości, które zawsze znajdowało się na szczycie agendy politycznej Unii Europejskiej, nabiera szczególnego znaczenia w dobie spowolnionego wzrostu gospodarczego i konieczności tworzenia nowych miejsc pracy. Nie ulega również żadnej wątpliwości, iż swoboda przedsiębiorczości powinna być równie dostępna dla obu płci. Niestety obecnie kobiety w UE stanowią tylko 31% przedsiębiorców. Sytuacja ta jest związana bezpośrednio z istniejącymi barierami ograniczającymi kobietom pełną aktywność w życiu gospodarczym.

W celu poprawy tej sytuacji, w sprawozdaniu PE, znalazły się propozycje dotyczące opieki nad dziećmi i osobami starszymi, aby pomóc kobietom-przedsiębiorcom wykorzystać w pełni ich potencjał i osiągnąć równowagę między życiem zawodowym a rodzinnym.

Kolejną kwestią, na którą zwraca uwagę to sprawozdanie, jest zwiększenie możliwości finansowania przedsiębiorczości kobiet. Według badań kobiety wykorzystują mniej środków zewnętrznych, takich jak kredyty bankowe, niż mężczyźni i mają tendencję do eksploatowania bardziej kosztownego finansowania wewnętrznego. Mniejszy kapitał natomiast częstokroć oznacza po prostu mniejszą szansę na sukces.

W związku z tym zdecydowałem się zgłaszać za sprawozdaniem PE dotyczącym zewnętrznych czynników utrudniających przedsiębiorczość europejskich kobiet.

Dario Tamburrano (EFDD), per iscritto. – Abbiamo votato a favore della relazione poiché affronta le difficoltà delle donne nel settore dell'imprenditorialità in Europa. Infatti gli ultimi dati aggiornati al 2012 dimostrano che solo il 31% dei lavoratori autonomi è composto da donne, le quali ricoprono quindi per lo più posti di lavoro dipendenti.

Nella relazione vengono citate alcune delle principali criticità per le quali si richiede un intervento da parte delle istituzioni: per esempio l'accesso al finanziamento e il difficile equilibrio lavoro-vita privata. Un punto importante che viene citato nella relazione è la mancata adozione della direttiva sul congedo di maternità che tocca anche la questione della suddivisione dei ruoli tra coniugi.

Il superamento di certe vecchie ideologie che relegano il ruolo della donna a quello di casalinga è fondamentale per creare un ambiente imprenditoriale dove uomini e donne abbiano le stesse opportunità carrieristiche e di realizzazione dal punto di vista lavorativo e familiare.

Abbiamo però votato contro il paragrafo che propone di introdurre quote di genere: riteniamo che per avere una reale presenza delle donne in ruoli dirigenziali e lavorativi, si debba lavorare a priori sulle reali pari opportunità, assegnando quindi i ruoli in base alle proprie capacità e competenze tramite criteri meritocratici trasparenti e uguali per tutti.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Nu este singurul raport de pe ordinea de zi care are la bază dificultăți și obstacole în calea înființării și finanțării de afaceri. Atât femeile, cât și tinerii întâmpină dificultăți în primii pași pe care îi pot face pe calea antreprenoriatului, pornind de la educație și terminând cu birocrăția excesivă, pe care o găsim inclusiv în programele europene de asistență acordată acestor categorii.

Comisia Europeană trebuie să monitorizeze atent distribuția capitalului pe genuri, dar, în același timp, să reflecte la posibilitatea reducerii timpului irosit de la inițiativă sau idee la punerea în practică și finanțare.

Este în puterea noastră să facilităm accesul la informații și resurse financiare pentru femei sau pentru tineri și trebuie să profităm de această oportunitate pentru a direcționa finanțele necesare către zonele unde este nevoie de ecosisteme de IMM-uri gestionate de femei sau tineri.

Nu este complicat să înființăm un Centru European de Afaceri pentru Femei. Fără un impact bugetar considerabil putem să integrăm perspectiva de gen și de vârstă în strategiile naționale de business. Cred că putem să conectăm mai bine femeile și tinerii la fondurile structurale pentru a sparge un cerc vicios al inegalității din sistem.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je suis sur la même ligne que M^{me} Matera. Nous demandons aux institutions de l'Union, aux États membres et aux autorités régionales et locales de lutter plus activement, notamment par des mesures concrètes, contre les stéréotypes concernant les caractéristiques et les capacités respectives des femmes et des hommes, qui persistent dans les secteurs où les hommes sont majoritaires, par exemple la science et la technologie, ou encore l'innovation et l'invention.

Dans ces secteurs, les décideurs, les investisseurs, le secteur financier et le marché sont susceptibles de percevoir les femmes comme moins crédibles ou moins professionnelles que les hommes, ce qui signifie que les femmes entrepreneurs sont parfois considérées avec scepticisme par les clients potentiels, les fournisseurs, les partenaires, les banques et les investisseurs, et qu'elles doivent faire preuve d'une bien plus grande ténacité pour prouver leurs connaissances, leurs compétences et leurs capacités, et pouvoir accéder au financement dont elles ont besoin.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Although in 2016 it is of the utmost important to encourage women entrepreneurs and to promote economic growth, job creation and women's empowerment, I decided to abstain on the final vote of this report. Indeed, while I share the view that we need concrete measures to increase the level of women's participation in the labour market, I am opposed to the introduction of quotas for men and women. I believe that these kind of binding measures are not effective.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Le differenze tra donne e uomini sono ancora evidenti nelle carriere imprenditoriali. Molti sono gli ostacoli che influiscono sullo sviluppo dell'imprenditoria femminile, tra cui la difficoltà di conciliazione tra vita professionale e vita privata e le differenze nell'accesso ai finanziamenti esterni, come i prestiti bancari e i crediti da parte dei fornitori.

Come evidenziato nella relazione, le donne detengono un enorme potenziale imprenditoriale e l'imprenditoria femminile è sinonimo di crescita economica, creazione di posti di lavoro e responsabilizzazione delle donne.

È quindi necessario che i governi e le autorità nazionali promuovano in primo luogo la parità salariale tra uomini e donne e che garantiscano, attraverso una piena collaborazione con il settore finanziario l'accesso paritario al capitale. Spetta alla Commissione monitorare con diligenza l'integrazione della prospettiva di genere nell'assegnazione dei fondi dell'UE legati all'imprenditorialità.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o zunanjih dejavnikih, ki ovirajo podjetništvo med ženskami v Evropi, sem podprla, saj sem mnenja, da je evropskemu podjetništvu potrebno dati več konkretnih političnih pobud. Znotraj tega pa so prav ženske tiste, ki so po podatkih še vedno ekonomsko manj neodvisne kot moški in katerih stopnja brezposelnosti je še vedno večja kot pri moških. S spodbudami bi tako v celoti izkoristili potencial podjetnic v družbenem sektorju.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe indica que la tasa de emprendimiento femenino va a la zaga en muchos Estados miembros y que en realidad existe un potencial de crecimiento y prosperidad sin explotar. El informe pide que se pongan en práctica estrategias concretas para explotar plenamente ese potencial de las mujeres como empresarias.

Aunque la atención se centra fundamentalmente en el sector privado y el espíritu empresarial, se pueden reconocer referencias positivas a la lucha contra los estereotipos de género y una llamada a los Estados miembros para lograr los objetivos de Barcelona. Si bien es cierto que hay muchos obstáculos para las mujeres empresarias, este informe parte del enfoque que considera que fomentar el espíritu empresarial entre las mujeres es clave para lograr la igualdad de género, algo no compartido desde una perspectiva feminista progresista.

Referencias al importante papel del sector público y a los efectos negativos de las políticas de austeridad de los últimos años están completamente ausentes. Con el temor de que este informe se pueda utilizar para legitimar medidas para aumentar las iniciativas empresariales femeninas como la única solución para mejorar las condiciones de vida de las mujeres, dando mayor peso al sector financiero y privado, me he abstenido en la votación.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Matera-Bericht beinhaltet einige gute Vorschläge wie eine Verbesserung der Kinderbetreuung und eine verbesserte Datenerhebung zu Rolle von Frauen in selbständigen Berufsgruppen. Mit einer gezielten Forderung nach geschlechterspezifischen Finanzierungserleichterungen für Frauen geht er jedoch entschieden zu weit. Dadurch entstehen Wettbewerbsverzerrungen, die gerade bei Unternehmensgründungen ausgeschlossen werden sollten. Auch der Forderung nach einem verpflichtenden Vaterschaftsurlaub kann ich nicht zustimmen. Zwar sollten Väter ermutigt werden, sich häufiger aktiv in der Erziehungsarbeit einzubringen, eine verpflichtende Regulierung durch den Staat stellt jedoch einen unangemessenen Eingriff in das Privatleben der Bürger dar. Aus diesem Grund habe ich dem Bericht insgesamt nicht zugestimmt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Entrepreneurship and business involves own economic independence, increased self-esteem and personal growth, but also often require a lot of hours of work that often make it difficult to balance work and family. This may be one of the reasons why only 31% of European entrepreneurs are women. There are more, to which the government must face up to increase this figure. I support the proposal to promote gender equality and promote development and sustainable and inclusive growth.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Parmi de nombreuses mesures sans intérêt se sont glissées des propositions corrompues:

- promouvoir l'égalité des genres dans les entreprises,
- soutenir en particulier les «femmes aux identités multiples»,
- s'assurer de la bonne répartition des tâches ménagères et «changer la répartition traditionnelle des rôles au sein de la famille»,
- mettre en place des quotas de femmes pour les aides aux groupes défavorisés,
- mettre en place des cellules de «soutien psychologique» aux femmes entrepreneurs...

Ce rapport sans impact législatif risque de justifier des mesures contreproductives, comme le congé paternité égal et non-transférable (qui, pour des raisons économiques évidentes, ne pourrait que conduire à une réduction du congé maternité). Les rares suggestions de bon sens, comme l'initiation à l'entrepreneuriat dans les formations scolaires, ne relèvent pas des compétences de l'Union.

Je vote donc contre.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea raportului referitor la factorii externi care reprezintă obstacole în calea antreprenoriatului femeilor europene, întrucât rata antreprenoriatului în rândul femeilor este scăzută în toate statele membre și reflectă un potențial neexploatat de creștere și prosperitate.

Este important să înțelegem nevoia Uniunii Europene de mai mulți antreprenori, iar strategia sa pentru o creștere inteligentă, sustenabilă și favorabilă incluziunii (Europa 2020) menționează explicit că, pentru dezvoltarea spiritului antreprenorial european, sunt necesare mai multe inițiative strategice concrete.

Antreprenoriatul în rândul femeilor merită o atenție specială în acest context, independența economică egală nefiind un fapt realizat în Uniunea Europeană, iar rata de ocupare a forței de muncă pentru femei, de 59,6 % în 2014 la nivelul UE-28, nu corespunde obiectivului de ocupare a forței de muncă de 75 %.

Doresc să subliniez impactul negativ al sferei administrative asupra spiritului antreprenorial. Sunt necesare reglementări și o legislație eficientă pentru a capacita economic femeile. În plus, susțin implementarea politicilor privind echilibrul dintre viața profesională și cea personală, precum și o distribuție egală a responsabilităților de familie și prin evidențierea rolului femeilor în promovarea egalității.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A vállalkozói szellemet az uniós jogi keret olyan gondolkodásmódként határozza meg, amely lehetővé teszi az egyének számára, hogy motivációjukat és kapacitásukat egy lehetőség azonosítására és annak teljes megvalósítására fordítsák. Miközben a vállalkozáspolitikát a Lisszaboni Szerződés elindítása óta politikai prioritás, az Európai Unió még mindig lemaradásban van: 2009-ben a vállalkozók aránya 12% volt a 27 tagú Unión belül, szemben Kína 27%-os és az Egyesült Államok 21%-os rátájával. A női vállalkozók különös figyelmet érdemelnek ebben az összefüggésben, mivel az egyenlő mértékű gazdasági függetlenség még mindig nem adott az Európai Unióban. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour as the improving amendments were supported by the rapporteur and included in the text of the report.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Europa ha de seguir impulsando iniciativas para crear empleo. En este sentido, el emprendimiento de las mujeres europeas se antoja un asunto decisivo al que hay que prestar atención. El informe trata este asunto de un modo especial, destacando la necesidad de dotar de apoyo financiero a las mujeres emprendedoras. Por ello, considero necesario votar a su favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Dit onderwerp ligt mij als vrouwelijke politica en voorvechter voor de rechten voor de vrouw nauw aan het hart. In Europa vertegenwoordigen vrouwen slechts 31 % van alle ondernemers, daarenboven ook nog het vaakst in de zachtere sectoren zoals de gezondheidszorg, het onderwijs en het maatschappelijk werk. Dit werd de afgelopen dagen eens te meer duidelijk in de ondervertegenwoordiging van vrouwen in Davos. Ik keurde dit verslag over de externe factoren die een obstakel vormen voor vrouwelijke ondernemers goed, omdat ik de Europese Commissie wil aanzetten tot het promoten van ondernemerschap door vrouwen in alle sectoren.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Les femmes sont encore trop absentes du monde de l'entreprise, n'y représentant que 31 % des emplois de ce secteur. Donc acte.

Le rapport entend promouvoir le développement de l'«entrepreneuriat» des femmes, en améliorant leur environnement par le développement des services en matière de garde d'enfants et du congé de paternité.

La lutte contre les stéréotypes affectant les évolutions de carrière est présentée comme une priorité, tout comme la lutte contre la discrimination dans l'accès aux prêts bancaires.

Je ne peux qu'encourager ce type d'initiatives qui valent pour tout ce qui concerne l'égalité et notamment l'égalité professionnelle des femmes et des hommes. J'ajoute que la question de la garde d'enfants est un problème parental et pas seulement un problème pour les femmes.

L'entrepreneuriat comme seule solution pour réduire le chômage en Europe n'est pour moi qu'un pis-aller qui ne doit pas faire oublier que d'autres politiques sont possibles dans l'Union européenne.

Ainsi, la création d'emplois dans le secteur public et l'impact des politiques d'austérité sur les carnets de commande des PME sont comme par hasard absents de ce rapport.

Je me suis donc abstenue sur ce rapport.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Como consequência das políticas liberais, a dolorosa realidade demonstra que o desemprego, a pobreza e a desigualdade têm rostos femininos. Em todos estes indicadores, as mulheres aparecem sistematicamente à frente dos homens.

Procurar combater esta realidade com esta nova e moderna panaceia do empreendedorismo é totalmente ilusório, pretendendo curar a doença com o agente responsável pela mesma doença.

Os problemas, a discriminação de género no emprego, combatem-se com uma legislação progressista que promova empregos de qualidade estável e bem remunerados. Não podemos promover a precariedade que gera o desemprego feminino e depois vir aqui defender o empreendedorismo feminino.

Se queremos igualdade de género temos de criar condições a todas as mulheres para uma cidadania plena. Isto implica segurança no emprego, combate a todas as práticas de discriminação de género e serviços públicos de qualidade que possam assegurar saúde e educação a todas as crianças.

Não é, infelizmente, o atual rumo da política da UE, mas sê-lo-á um dia com a luta das mulheres e de todos os trabalhadores.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Eine vernünftige Förderung des Unternehmertums ist unerlässlich für eine funktionierende Wirtschaft. Jedes Unternehmen ist eine Bereicherung und schafft Arbeitsplätze. Dabei sollte nicht nach Geschlecht entschieden werden, ob ein Unternehmen gefördert wird oder nicht. Der Bericht verlangt jedoch eine geschlechterspezifische Förderung. Es ist wichtig, dass Chancengleichheit besteht. Die Bevorzugung eines Geschlechts durch Quoten – wie im Bericht verlangt – oder durch geschlechterspezifische Förderung lehne ich klar ab. Daher stimme ich auch gegen diesen Bericht.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Viime vuosina lähes kaikki Euroopan uudet työpaikat ovat syntyneet pk-yrityksiin. EU:n yrittäjistä naisia on kuitenkin vain kolmannes. Naisyrittäjyyteen sisältyy siis paljon kasvupotentiaalia. Meidän on määrätietoisesti kannustettava myös naisia ryhtymään yrittäjiksi ja purettava esteitä yrittäjyyden tieltä. Tässä mietinnössä esiin nousivat muun muassa naisyrittäjien hankaluudet yrityksen rahoituksen hankinnassa sekä kotitöiden ja lastenhoidon kasautuminen naisille. Monissa jäsenmaissa isyysvapaata ei vielä edes tunneta. Historialliset ja kulttuuriset asenteet vaikuttavat myös tyttöjen koulutusala-avalintoihin. Meidän tuleekin kannustaa tyttöjä suuntautuman koulutuksessa enemmän myös luonnontieteisiin, matemaattisiin aineisiin ja teknologiaan. Jokaisella tulee sukupuolesta riippumatta olla samankaltaiset mahdollisuudet toteuttaa itseään ja unelmiaan.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Extramaßnahmen zur besonderen Förderung „weiblichen Unternehmertums“ sind nicht erforderlich, weil in demokratischen Gesellschaften ohnehin Chancen- und Rechtsgleichheit gewährleistet sind. Zudem sind die Grenzen zu Quotenregelungen für Frauen und Gender-Programmen fließend. Als Ausfluß feministischer Mode-Ideologien verdient der Bericht nicht Zustimmung, sondern Ablehnung.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Thema „Externe Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen“ habe ich abgelehnt.

Der Bericht fordert die Mitgliedstaaten auf, eine unternehmerische Bildungskultur und Ausbildung in Schulen und Universitäten zu fördern, um Mädchen und Frauen aufzufordern, eine Laufbahn in wachstumsstarken profitablen Bereichen wie neue Technologien, digitale Umgebungen und IT zu wählen. Ferner fordert der Bericht von der Kommission die Einführung von Gender-Quoten und unterstreicht die angebliche Notwendigkeit für motivierende und psychologische Unterstützung für Frauen, um deren Selbstvertrauen zu unterstützen. Der Bericht fordert ferner die Kommission auf, aktiver die Leistungen von Unternehmerinnen zu kommunizieren und diese auch durch Preise auszuzeichnen. Das bedeutet nun im Klartext, dass dieser Bericht – von Anfang bis Ende – ideologisch geprägt und unsachlich ist. Nicht nur bedeutet er eine Überschreitung der Kompetenzen der EU, sondern auch eine Beleidigung für alle Frauen und Männer. Ein klares Nein von mir.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za rezolucją Parlamentu Europejskiego z dnia 19 stycznia 2016 r. w sprawie czynników zewnętrznych utrudniających przedsiębiorczość kobiet w Europie (2015/2111(INI)). Przedsiębiorczość ma zasadnicze znaczenie dla wzrostu gospodarczego, zatrudnienia, rozwoju innowacji, likwidacji ubóstwa. Decyzja o podjęciu działalności gospodarczej przez kobiety jest wynikiem zderzenia wewnętrznych motywów uwarunkowanych m.in. względami psychologicznymi i zewnętrznymi, bazujących na determinantach społeczno-ekonomicznych. Wskaźnik przedsiębiorczości kobiet, który obrazuje przedsiębiorczość kobiet w krajach UE, wynosił w 2014 r. 31%.

Badania w tym zakresie w stosunku do płci żeńskiej są przeprowadzane znacznie rzadziej niż w odniesieniu do płci męskiej. Z tego również powodu popieram powołanie wyspecjalizowanej jednostki instytucjonalnej ds. aktywności kobiet w UE. Jej zadania opierałyby się na wspieraniu inicjatyw, począwszy od uaktualniania informacji ds. konkurencyjności, a na wprowadzaniu technologii High Tech oraz na jej weryfikacji kończąc. Niemniejsze znaczenie odgrywają tzw. „preinkubatory”. Wspomniany projekt umożliwia otrzymanie wsparcia przed założeniem działalności gospodarczej oraz wprowadzenie wyspecjalizowanych szkoleń czy wymiany praktyk pomiędzy potencjalnymi interesariuszami. Rozwiązanie to pozwoliłoby na wytworzenie się bezpośrednich interakcji skutkujących powstawaniem sieci partnerskich powiązań biznesowych w perspektywie długofalowej.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – This report is aimed at boosting economic growth, creating sustainable jobs and empowering women. At the moment, women make up only a third of entrepreneurs; that represents a huge amount of untapped talent. In particular, we need to invest in women's and girls' potential to contribute to the digital economy. Some estimates suggest that boosting female entrepreneurship could deliver as much as GBP 60 billion to the UK economy by 2030.

Entrepreneurship education and women's mentorship networks have the potential to overcome gender stereotypes and provide positive role models for girls and young women, especially for those in marginalised and vulnerable communities. Having been involved in successful social entrepreneurship prior to my parliamentary life, I particularly wanted to highlight the important role that social enterprise and alternative business models, such as mutuals and cooperatives, can play in overcoming the obstacles that women face.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la factorii externi care reprezintă obstacole în calea antreprenoriatului femeilor europene.

Raportul identifică cei mai importanți factori care împiedică dezvoltarea spiritului antreprenorial în rândul femeilor într-o Uniune Europeană care, spre deosebire de SUA sau China, are o rată antreprenorială extrem de scăzută (2 % în țările UE-27 în 2009, față de SUA cu 21 % sau China cu 27 %). Revenirea Europei la o creștere economică durabilă și crearea de noi locuri de muncă depinde în mare măsură de creșterea numărului de antreprenori europeni.

În condițiile date, consider extrem de importantă implementarea măsurilor care să ducă la dezvoltarea, în general, a spiritului antreprenorial în rândul europenilor și, în mod particular, în rândul femeilor din UE.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Svetová zdravotnícka organizácia definuje rodové roly ako „spoločnosťou vytvorené roly, správanie, aktivity a atribúty, ktoré daná spoločnosť považuje za vhodné pre mužov a ženy“. No materstvo nie je rodovým stereotypom. Pritom práve ono najviac vplýva na ekonomickú aktivitu žien, či už v podnikaní, alebo zamestnaní. Spoločnosť, ktorá chce byť trvalo udržateľná, musí zodpovedné materstvo vyzdvihovať a primerane oceňovať, nie trestať výpadkom príjmu a nižším dôchodkom. Kľúčom k lepšiemu postaveniu žien podnikateľiek je akceptovanie faktu, že každá z nich sa môže stať matkou, nie opakovanie mantry o rode a stereotypoch. Preto by som do budúcnosti uvítala, ak by sme v podobných uzneseniach namiesto o rode viac hovorili o ženách.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Η συγκεκριμένη έκθεση της επιτροπής Δικαιωμάτων των Γυναικών και Ισότητας των Φύλων έχει ως στόχο την υποστήριξη της γυναίκας επιχειρηματία σε όλα τα επίπεδα της αγοράς. Παράλληλα, θέτει επί τάπητος βασικά ζητήματα για την ανάπτυξη του επιχειρείν γενικά. Ασφαλώς την υπερηφίστα.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Creo que uno de los grandes retos de la Unión Europea continúa siendo la igualdad de género en todos los ámbitos y, concretamente, en el laboral. Aún existen claras diferencias entre la tasa de empleo masculina y la femenina. Dichas diferencias quedan reflejadas en las estadísticas llevadas a cabo por Eurostat, donde se aprecia que en la UE un 70,1 % de los hombres forma parte del mundo laboral, frente a un 59,6 % de las mujeres.

Por otro lado, también se ha demostrado que aquellos países con un mayor índice de diversidad e igualdad en las empresas son, en muchos casos, en los que se han alcanzado mayores niveles de bienestar económico y cohesión social.

Teniendo en cuenta estas afirmaciones y el alto nivel de preparación académica y experiencia de un gran porcentaje de mujeres, considero completamente necesario acabar con la diferencia de oportunidades laborales entre hombres y mujeres. Por ello, apoyo firmemente este informe y considero clave promover toda acción necesaria para apoyar el emprendimiento femenino.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre os fatores externos que obstaculizam o empreendedorismo feminino europeu porque considero que o empreendedorismo é fundamental para o emprego, crescimento económico, I&D e redução da pobreza em geral, e que o empreendedorismo feminino, ao registar um atraso em todos os Estados-Membros, esconde um potencial inexplorado de crescimento e de prosperidade para as sociedades europeias. Aliás, o empreendedorismo feminino merece especial atenção, uma vez que a igualdade em termos de independência económica continua a não estar garantida na EU e que a taxa de emprego das mulheres não é consentânea nem com o objetivo de 75% de emprego da Estratégia Europa 2020, nem com a taxa de emprego masculina.

Neste sentido, penso que o relatório apresenta de forma clara como os obstáculos ao empreendedorismo feminino – como o predomínio de mulheres no desemprego, a constante disparidade entre homens e mulheres na atividade empresarial e a sub-representação das mulheres nas atividades de gestão – estão interligados e são difíceis de ultrapassar, e que este deve ser claramente diferenciado do falso trabalho por conta própria e considerado como uma poderosa fonte de independência económica que possibilita às mulheres uma maior integração no mercado de trabalho.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é um relatório de iniciativa que indica que a taxa de empreendedorismo feminino é muito baixa em muitos Estados-Membros. No essencial, este relatório centra-se na ideia de que o setor privado e o empreendedorismo feminismo são a panaceia para a resolução dos problemas económicos e difíceis condições de vida das mulheres. É disso exemplo o incentivo à promoção de uma cultura de empreendedorismo nos currículos de educação e formação.

O relatório insta os Estados e a Comissão a criarem estratégias para explorar plenamente o potencial de mulheres como empreendedoras e advoga que são necessárias campanhas de sensibilização em bancos e em outras instituições financeiras para assegurar a igualdade de tratamento entre homens e mulheres para obter crédito, fazendo a apologia do endividamento e do risco negocial que, do nosso ponto de vista, é negativa. Também não podemos estar de acordo com a introdução de quotas por género no que se refere à atribuição de fundos da UE, que limitaria o acesso a esses fundos. Votámos contra.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione si propone di dare soluzione a quei problemi che si trovano ad affrontare le donne nel settore dell'imprenditorialità e che sono tali da scoraggiare in modo marcato la presenza femminile in questo ambito a livello europeo.

Resiste ancora una tendenza che vede le donne occupare maggiormente posizioni da dipendente, concentrandosi su settori considerati meno redditizi come l'istruzione, l'assistenza sanitaria o il lavoro di comunità. Solo il 31% degli imprenditori europei è donna. Con questa relazione la commissione FEMM ha rivolto un invito alla Commissione europea affinché attui nuove misure che accrescano la partecipazione femminile all'imprenditoria.

Ho votato a favore della relazione con la forte convinzione che sia doveroso superare antichi retaggi culturali e sociali e si realizzino i principi di uguaglianza di genere con la piena consapevolezza del concetto di pari opportunità.

Tra i principali ostacoli da superare vi è innanzitutto quello dell'accesso al credito, dal momento che il settore bancario eroga con maggiore difficoltà finanziamenti alle donne. Nel testo si chiede anche alla Commissione europea di adottare nuove misure che mettano le donne nelle condizioni di poter coniugare impegni professionali e vita familiare, invertendo quella che è spesso la tradizionale suddivisione dei ruoli tra i coniugi.

Milan Zver (PPE), pisno. – Žensko podjetništvo privablja ženske na trg dela ter izboljšuje njihov ekonomski in socialni položaj. Trenutne statistike kažejo, da je le 31% ženskih podjetnic.

Poročilo navaja ovire, ki ženske izključujejo iz določenih poklicnih področij in omejuje njihove podjetniške pobude, kot so med drugim usklajevanje med zasebnim in poklicnim življenjem ter diskriminacija pri dostopu do financiranja in uporabe sredstev. Prav tako ugotavlja, da obstaja velik potencial za žensko podjetništvo v socialnem podjetništvu.

Podprl sem poročilo, ker se strinjam, da je integrirana politika za spodbujanje ženskega podjetništva nujna za zagotovitev vključenosti načela enakosti spolov v vse prihodnje politike na področju podjetništva.

6.8. Bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (A8-0366/2015 - Marek Plura)

Dichiarazioni di voto orali

Jana Žitňanská (ECR) – Gratulujem kolegovi Plurovi k schváleniu správy, ktorá veľmi dobre zachytáva základné východiská pre skvalitňovanie zručností mladých a je tak výborným stimulom pre členské štáty, ktoré dbajú na rozvoj zručností mladých. Pre mňa je mimoriadne dôležitou a z denno-dennej reality vychádzajúcou súčasťou správy skutočnosť, že nezabúda na rovnosť príležitostí, a teda:

— vyzýva úrady a agentúry zamestnávania, aby zvýšili aktivitu pri dodržiavaní Dohovoru OSN o právach osôb so zdravotným postihnutím a pomáhali takto aspoň čiastočne odstraňovať silnú nerovnosť v prístupe na pracovný trh,

— v správe je taktiež obsiahnutá podpora inkluzívneho vzdelávania, ale aj dostupnosť finančnej podpory pre osoby so zdravotným postihnutím, ktoré nesmú byť vylúčené z podnikania.

Rada by som tiež vyzdvihla ešte jeden pre mňa dôležitý princíp, ktorý je v správe obsiahnutý, a síce ide o flexibilitu a ústretovosť voči študentom, ktorá im umožňuje zmenu a úpravu ich študijného zamerania tak, aby neboli stigmatizovaní jedným rozhodnutím, ale v procese štúdia mohli nájsť to, čo ich bude v živote najviac naplňať.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, I am happy to support this report and the focus on young people and ensuring that they have the correct skills to gain employment. One in five of our young people are unemployed. It is higher in some countries across Europe, and yet this is not a new problem. If you look at 1995, youth unemployment was at 21% also, and that is over 20 years ago now. Today's young people are more educated than previous generations, and yet youth unemployment continues to face challenges.

Skills development has been identified in this report, and the development of relevant skills is important. The training and education sector must move and work in this area. It must move and work in conjunction with employers, in conjunction with those who need the relevant skills but who find they do not have them in the cohort of young people available to them. So we need a renewed focus, particularly on the apprenticeship model, and to bring back the apprenticeship model. There is probably too much of an emphasis on pieces of paper and third-level education in our universities that does not provide young people with the necessary skills. I welcome the changes that have happened in my own country with the education and training boards, in which employers and those providing education and training are involved, working together to ensure young people are equipped with the necessary skills.

Krisztina Morvai (NI). – Azért tartózkodtam, ami a jelentésnek a veleje, és ami az A., B. és a C. pontokban olvasható. Idézem: „Az Európai Unióban jelenleg 4,5 millió 15 és 24 év közötti fiatal van munka nélkül, és a nem foglalkoztatott, oktatásban és képzésben nem részesülő 15 és 24 év közötti európai fiatalok száma meghaladja a 7 milliót.” A fiatalok tekintetében a munkanélküliségi ráta Európában 21,4%. A C. pont pedig rámutat, hogy a fiatalokat különösen érintette a válság. Nagyon szeretném kérni, hogy hívjuk már ide el egyszer Angela Merkel asszonyt és kedves pájtásait, és kérdezzük meg, hogy ilyen körülmények között miért abban látják a megoldást a problémára, hogy Ázsiából és Afrikából hívnak be Európába tömegesen migránsokat, mikor ugye éppen elég probléma van az európai fiatalok körében is. Nekik szíveskedjenek munkalehetőséget biztosítani.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Mr President, I voted in favour of this extremely important report aiming to tackle one of the biggest challenges that Europe faces: the unprecedentedly high rate of youth unemployment, which reaches 50% in some Member States. Our objective must be to equip individuals with the necessary transversal competences that support active and responsible citizenship in democratic and increasingly diverse societies, acknowledging that the labour market is changing far too fast and that forecasting precisely the skills the future needs is not really possible. Students should be taught more broadly. We also have to support Member States in enhancing their cooperation and exchanging good practices in the field of education and training, in particular in implementing work-based learning. Young people must have the technical skills, entrepreneurial mind-set, language competences and confidence of course, but they need to adapt over the course of their lifetimes and achieve a sustainable school to work transition.

István Ujhelyi (S&D). – Tisztelt Parlament! Én megszavaztam, támogattam, sőt az elmúlt 1,5 évben aktív képviselője vagyok azon ügynek, amiről most beszélünk, hiszen kevés fontosabb kérdés van Európában ma, mint a fiatalok munkához jutása. 7,5 millió nem foglalkoztatott, oktatásban nem részesülő fiatal van Európában, és ez egy elképesztő adat. Hogyha ez így marad, akkor nem álmodhatunk egy gazdag, fejlődő, békés Európáról.

Azonnali lépések szükségesek az oktatásban, a szakképzésben, a szociális kérdésekben. És miután a jelentés rámutat arra, hogy milyen fontos a tagállamoknak, a kormányzatoknak a felelőssége e kérdésben, én egyszerűen nem értem, hogy egyik oldalról a magyar kormány miért silányítja el, miért teszi tönkre a magyar oktatási rendszert, és azt sem értem, hogy a Jobbik képviselői ennél a rendkívül fontos ügynél itt ebben a Házban, miért tartózkodtak, miért nem támogatták ezt a javaslatot? Én tehát azt javaslom mindannyiunknak, kormányoknak és az európai intézményeknek, hogy tekintsük ezt az egyik legfontosabb kérdésünknek a következő években. Munkahelyet kell teremteni a fiataloknak.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, θέλω να παραθέσω δύο αριθμούς που είναι ενδεικτικοί της μέχρι τώρα αδυναμίας μας να δράσουμε στο φλέγον ζήτημα της απασχόλησης των νέων. Πέντε εκατομμύρια νέοι άνεργοι στην Ευρώπη, δύο εκατομμύρια κενές θέσεις εργασίας: γιατί άραγε δεν παρέχουμε στους νέους τις δεξιότητες που τους λείπουν, ώστε αυτές οι κενές θέσεις εργασίας να γίνουν άμεσα δουλειές με προοπτική;

Τα κράτη μέλη έχουν στη διάθεσή τους πόρους για να βελτιώσουν τα προσόντα και τις δεξιότητες των νέων ανθρώπων που θέλουν να προχωρήσουν, όμως είναι προφανές ότι σε μερικές χώρες ή ψευτομαθητεία τείνει να γίνει συνήθεια. Πρέπει, εδώ και τώρα, να πιέσουμε τα κράτη μέλη για να ενεργοποιήσουν τα συστήματα εποπτείας και παρακολούθησης της απορρόφησης των κοινοτικών πόρων, ώστε η μαθητεία να εξελίσσεται άμεσα σε θέση εργασίας. Ταυτόχρονα, οφείλουμε να ενθαρρύνουμε τη νεανική εξωστρεφή επιχειρηματικότητα με προώθηση των νέων επιχειρηματιών στο Erasmus αλλά και τη συνεργασία των εκπαιδευτικών ιδρυμάτων με τις επιχειρήσεις. Πρόκειται, έχετε, για βήματα μικρά, απλά, αλλά απαραίτητα, τα οποία όμως σε πολλά κράτη μέλη, συμπεριλαμβανομένης της δικής μου χώρας προέλευσης, της Ελλάδος, δεν έχουν γίνει σε επαρκή βαθμό.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Es arī ar lielu prieku nobalsoju par šo kolēģa Plura ziņojumu, jo tas ir ārkārtīgi svarīgi. Jauniešu bezdarbs ir viens no galvenajiem lāstiem vispār Eiropas Savienības ekonomikā, un kas attiecas uz manu valsti — Latviju — jauniešu bezdarbs ir pārtapis par īstu traģēdiju manā zemē. Līdz ar to ir jāapsveic jebkura svira, jebkura metode, jebkurš gājiens, politika un politikas izstrādāšana, lai mazinātu jauniešu bezdarbu. Nelaime vēl ir tāda, ka galvenais, ko tagad prasa darba devēji — lai darbiniekam būtu 25 gadi un tikpat liels stažs. Skaidrs, ka tas nav iespējams. Un, ja nav pieredzes, nepieņem darbā, un nepieņem darbā tāpēc, ka nav pieredzes — tas ir apburtais loks. Mums ļoti nopietni jāturpina tieši šī ievirze, šis vektors, lai mazinātu jauniešu bezdarbu ne tikai Latvijā, ne tikai Austrumeiropā, bet arī visā Eiropas Savienībā, jo manā skatījumā šī problēma ir Nr. 1.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, the higher than 20% youth employment rate in the European Union reflects the severity of the main employment challenges that we have to deal with in our countries. It also shows that here, in the European Parliament, we must constantly strive to keep these issues on our agenda. Among other points, the report rightly identifies the lack of relevant skills for available jobs, and education and training mismatches, as the main shortcomings of the labour and education policies of many Member States.

Another problem that severely affects countries in Central and Eastern Europe, and which we have to deal with urgently, is early school leaving, especially in the case of the more disadvantaged social categories like the Roma. I believe that such issues should receive even more focus in the European Semester and the employment strategies of Member States, so that we make progress towards education systems that keep students in schools, adequately prepare them for professional life and offer them vocational support tailored to the needs of the labour market.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, arís bhí áthas orm tacaíocht a thabhairt don tuarascáil seo agus vótáil mé le mo ghrúpa sna vótaí go léir a bhí ann. Dar ndóigh, is cás truamhéalach é an méid daoine óga atá dífhostaithe san Aontas. Go háirithe, chonaic mé i mo thír féin i rith an chúlú eacnamaíochta daoine óga a bhí cáilithe go maith ag cur isteach ar jab, ag dul os comhair agallaimh agus ansin ag fáil an litir chéanna ag tosú le: “Is oth liom a rá nár éirigh leat an post a bhaint amach an uair seo. Bain triail as arís. Go n-éirí leat.”

Tharla seo arís agus arís eile dá lán daoine. Ní nach ionadh go raibh díomá agus déistin orthu agus chuaigh siad thar lear agus thosaigh sé sin an *brain drain* mar a tugadh air. Tá áthas orm a rá go bhfuil rudaí ag casadh timpeall i mo thír anois agus tá an geilleagar ag fás 6 % i mbliana agus beidh daoine óga ag teacht ar ais chun jabanna a líonadh. Dá bhrí sin, tá súil agam go dtarlódh an rud céanna sna Ballstáit eile san Aontas.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu. Nezaměstnanost mladých lidí samozřejmě souvisí se silou ekonomiky jednotlivých evropských států. Na druhou stranu ten fenomén je tak silný, že my musíme v té věci být aktivní, a proto jsem rád, že tato zpráva byla přijata.

Se zaměstnaností mladých lidí souvisí to, jaké mají vzdělání a jak jsou potom konkurenceschopní na trhu práce. A je zřejmé, že v dnešním globálním světě pouze národní vzdělání nestačí. Proto já velmi rád a velmi výrazně podporuji programy, které přináší Evropská unie, jako je program Erasmus. Říkám to z vlastní zkušenosti jako vysokoškolský kantor, že velmi zkvalitňují kvalitu jednotlivých studentů nejen po jazykové a odborné stránce, ale i po řekneme životní vyzrálosti a vyspělosti, pokud mladý student stráví rok či dva roky v nějaké jiné zemi Evropské unie. Velmi se mi také líbí nový program Erasmus pro mladé podnikatele, který má pomoci mladým podnikatelům. Ta zpráva je dobrá a jsem rád, že byla přijata.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, podržala sam ovo izvješće jer ono prepoznaje ključne probleme s kojima se danas brojne države Europske unije suočavaju, uključujući i Republiku Hrvatsku. Naime, prema podacima EUROSTAT-a iz 2015. godine u Hrvatskoj je stopa nezaposlenosti među mladima do 25 godina u drugom tromjesečju 2015. godine bila čak 43,1 %, što je, nažalost, stavlja u sami europski vrh.

Vjerujem kako predloženim mjerama stanje u Europi možemo poboljšati te pozivam Komisiju i nadležna tijela u državama članicama da osmisle programe i projekte koji će mladima pomoći u ovladavanju potrebnim znanjima i vještinama kako bi bili konkurenti na tržištu rada.

U tom pogledu pozdravljam poziv na bližu suradnju obrazovnog sektora, javnih uprava, poduzeća i civilnog društva, posebno organizacija mladih. Od toga će profitirati mladi, ali profitirat će i gospodarski sektor jer će dobiti kvalificiranu radnu snagu za novootvorena radna mjesta.

Diane Dodds (NI). – Mr President, I welcome the attention given in this report to a cross-cutting approach to tackling youth unemployment, which has at its heart a focus on building a skills base. As a starting point we must recognise that the barriers facing different young people are very diverse, and therefore it is necessary to create synergies within all aspects of government, the community and business in order to maximise the transition from inactivity to opportunity.

This report rightly illustrates that this overarching network should include businesses, with a particular focus on SMEs, statutory education providers and those based in the community, public career services and key relationships between the public and private sectors. Of course, we cannot ignore the expected intrusions into national competence that this report makes. However, the goal of giving young people a true stake in society is one that in the main its authors get right. The ESF Programme has a vital role to play in maximising the work of voluntary organisations who engage with disaffected young people. However, in Northern Ireland the implementation of this fund has been beset by red tape and restrictions.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, what I like about this report is that it puts forward some practical suggestions to assist the 7.5 million young people who are not in employment, education or training. In regard to the skills mismatch – and it is important to remember that this can sometimes be as much about over-qualification as under-qualification – this report proposes that we build strong partnerships between educational establishments, public authorities, local authorities and social partners, etc. to try to help integrate young people into the labour market. This can also be facilitated through second chance education.

But I am pleased to see that, while the report emphasises the need to match skills and jobs, it also emphasises the importance of a holistic education. Education is about life as well as work. I support the call to bring young innovative employers into the ongoing dialogue that I spoke of earlier, and also the idea of mentoring programmes designed to prepare young people for the transition from school to work deserves support.

Finally, the report acknowledges the importance of the creative industries and the number of jobs that can be created using traditional skills.

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig.* – Europaparlamentet röstade idag om ett initiativbetänkande om kompetenshöjande åtgärder för att bekämpa ungdomsarbetslösheten. I betänkandet nämndes flera saker om utbildningspolitik som inte är EU-kompetens. Dessa röstade jag emot, som exempelvis en europeisk ungdomsgaranti och satsningar på traineejobb och utbildningsinsatser i länder som Grekland med hög ungdomsarbetslöshet. Jag röstade även emot ett nytt EU-pris som skulle gå till bästa projekt för att bekämpa ungdomsarbetslöshet. I slutvoteringen röstade jag trots detta för betänkandet i sin helhet då det inte innehöll några skarpa förslag som skulle innebära ny EU-politik på utbildnings- eller arbetsmarknadsområdet.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto.* – L'UE svolge un ruolo di stimolo in campo sociale, cercando di favorire l'incremento dell'occupazione e dell'informazione, oltre che un miglioramento delle condizioni di lavoro.

La disoccupazione giovanile ha purtroppo raggiunto livelli allarmanti in gran parte dei paesi europei, rendendo necessario un risoluto intervento in materia. Una migliore gestione dei fondi europei destinati a tal fine, una semplificazione delle procedure amministrative e lo sviluppo di sistemi di istruzione più flessibili sono gli strumenti individuati per incrementare l'efficacia delle garanzie preposte ai giovani.

Ho votato a favore vista l'importanza dell'instaurazione di un dialogo tra imprese e lavoratori.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito.* – No he podido votar a favor de este informe, puesto que a pesar de que hace una buena radiografía del drama del desempleo juvenil en los países miembros de la UE, las recetas para atajarlo no son ni de lejos las adecuadas para ello a mi juicio. En lugar de promover la creación de empleo público, estable y de calidad para los jóvenes, propone incentivar a los emprendedores y focalizar la formación hacia las necesidades del mercado. Por ese motivo me he abstenido.

Louis Aliot (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre le rapport sur les politiques en faveur du développement des compétences pour lutter contre le chômage des jeunes, malgré le fait qu'il représentait, à l'origine, une bonne initiative dans un contexte de chômage accru chez les jeunes actifs. Ce texte proposait entre autre des mesures visant à favoriser les compétences plutôt que les diplômes, encourager l'orientation dès le plus jeune âge ou encore développer un soutien accru à l'apprentissage.

Si l'emploi des jeunes est en effet une priorité, les mesures évoquées ici restent très vagues et peu adaptables à la conjoncture économique actuelle au vu des réductions budgétaires des États membres. De plus, ces politiques d'emploi des jeunes doivent se concentrer au niveau régional et local et non au niveau européen. Enfin, l'ensemble des amendements ENF ont été rejetés et des revendications idéologiques comme celles de la théorie du genre ou encore les aides au migrants ont été infiltrées.

En outre, la mise en avant de l'entrepreneuriat des jeunes dans ce texte, qui semble compliqué dans le contexte économique actuel, laisse soupçonner une volonté de faire baisser maladroitement les chiffres du chômage.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour of this report overall because it is largely positive and calls for increased support for young people in skills development and gaining employment, including increased public investment in education in general and in school-to-work transition in particular. This report has particular relevance for Ireland where the youth unemployment rate is almost 20%.

However, I voted against aspects within the report that I believe are problematic, particularly where it calls for closer links between educational and vocational training institutions with industry in order to address the skills mismatch, because my view is that education should be provided entirely independent of industry.

During negotiations on this file in the Employment and Social Affairs Committee Sinn Féin MEP Lynn Boylan successfully inserted a call for the removal of 'barriers such as education fees for apprentices' in the text with the support of most groups – including the EPP, which Fine Gael is part of. This was the most important aspect of the report because it is such an important issue in Ireland where the Fine Gael/Labour government have implemented education fees for apprentices.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Με τη συγκεκριμένη έκδοση, το Κοινοβούλιο προσπαθεί να ενισχύσει την συζήτηση για την καταπολέμηση της ιδιαίτερα υψηλής ανεργίας των νέων ειδικά σε χώρες όπως η δική μας. Η έκδοση τονίζει την ανάγκη ενίσχυσης της Εγγύησης για τους Νέους και της Πρωτοβουλίας για την Απασχόληση των Νέων με επιπλέον χρηματοδότηση, με την ενίσχυση προγραμμάτων εκπαίδευσης και με την δημιουργία ίσων ευκαιριών για όλους.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Les propositions floues de ce rapport concernent l'apprentissage, la flexibilité des cursus, les formations en alternance..., propositions qui sont paradoxales vis-à-vis des restrictions budgétaires imposées aux États membres. Par ailleurs, en mettant en exergue les compétences, plus que les diplômes, ce rapport apparaît en lui-même comme un aveu d'échec des systèmes d'éducation nationaux. De plus, il semble beaucoup plus adéquat que les politiques d'insertion des jeunes soient menées en priorité au niveau régional et local, et non pas à l'échelle européenne. Enfin, les amendements, en commission, ont inséré des notions inadéquates et dangereuses, telles que l'intégration des migrants et l'application de la théorie du genre. Par conséquent, j'ai voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – This report proposes opening up British jobs as a matter of course to continental workers through EURES. At a time of high unemployment in the UK, particularly in my constituency of North East England which has the highest unemployment anywhere in the UK, this is clearly contrary to the interests of my constituents.

Given that the majority of such positions are unskilled or semi-skilled jobs, and that the greatest shortage of jobs in my constituency lies in such sectors, the problem is far worse in the North East than elsewhere. In terms of wage compression, it is almost certain that the situation specifically in the North East must be far worse than the 1.88% drop in wages in such sectors which has recently been documented by the Bank of England.

I therefore voted against this report.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – Avec près de 5 millions de chômeurs, le taux d'emploi des jeunes au sein de l'Union européenne reste à un niveau très inquiétant. Cette situation représente une grave menace pour la cohésion sociale et le développement économique de l'Union. Je ne pouvais alors que voter en faveur de ce rapport, car il est urgent d'améliorer l'employabilité des jeunes.

C'est pourquoi je m'engage fortement en faveur de la mobilité européenne et de l'apprentissage, qui, par leur association, offre une voie royale vers l'emploi des jeunes européens. Nous devons exploiter le potentiel de l'apprentissage pour créer des liens entre les entreprises et les établissements d'enseignement supérieur. J'estime que la formation professionnelle permet d'acquérir les compétences nécessaires aux jeunes européens pour une insertion professionnelle réussie et facilite le passage de la formation au marché du travail.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – I thank Mr Plura for his well-drafted report. I believe that this document is very timely as youth unemployment in Europe is one of the pressing challenges which requires a prompt response and concrete solutions. Taking into account the fact that there are approximately 2 million unfilled vacancies in the EU, I think that the idea to get better at making young people's abilities and skills correspond to available jobs through improved cooperation between businesses, representatives of the education sector, employment services and authorities, needs to be implemented as soon as possible. Moreover, in order to avoid young people experiencing delays in access to the jobs market and extended episodes of unemployment, the EU should examine the best practices in the world of school career guidance systems, where schoolchildren are observed from an early school phase to the first steps in the labour market. Likewise high-quality internships could be a good solution for the smooth transition to the job market as well.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – individualių įgūdžių ugdymas ir žinių bei įgūdžių sklaida siekiant kovoti su jaunimo nedarbu. Dabar Europos Sąjungoje yra 4,5 mln. jaunų bedarbių ir kadangi daugiau kaip 7 mln. Europoje gyvenančių jaunuolių neturi darbo, nestudijuoja ir nesimoko. Reikiamų įgūdžių siūlomoms darbo vietoms neturėjimas ir švietimo ir profesinio rengimo neatitiktis yra svarbūs veiksniai, lemiantys jaunimo nedarbą. Individualių įgūdžių ugdymas yra vienas iš svarbiausių integruotos užimtumo ir socialinių reikalų politikos elementų ir kad ugdant įgūdžius galima pasiekti ilgalaikį ekonomikos augimą, padidinti Europos konkurencingumą, kovoti su nedarbu ir didinti Europos bendrovių integraciją. Pritariu raginimams švietimo institucijoms, įmonėms ir pilietinei visuomenei, ypač jaunimo organizacijoms, glaudžiau bendradarbiauti, kad įgūdžiai būtų geriau pritaikyti prie darbo rinkos poreikių. Pritariu raginimams valstybėms narėms, regionų ir vietos valdžios institucijoms drauge su socialiniais partneriais ir mokymo paslaugų teikėjais patvirtinti ir įgyvendinti įgūdžių ugdymo ir poreikių prognozavimo strategijas. Svarbu, kad švietimo ir mokslo paslaugų teikėjai ir įmonės bendradarbiautų, kad sukurtų kvalifikacijų pažymėjimus, kuriuose būtų tiksliai nurodyti realūs įgūdžiai.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Théorie du genre, aide aux sacro-saints «migrants»... Et ça prétend lutter contre le chômage des «jeunes»?

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Actuellement, plus de 7 millions de jeunes de 15 à 24 ans ne travaillent pas, ne suivent pas d'études et ne sont pas en formation.

Pour nombre d'entre eux, victimes de la crise bancaire et libérale, le manque de compétences est un obstacle structurel à l'accès à un emploi durable qui leur permettra de mener un projet de vie.

Extrêmement impliqué dans cette lutte pour l'emploi pour Farciennes, je vois chaque jour les conséquences humaines que cela peut engendrer.

J'ai dès lors évidemment soutenu ce rapport qui souligne que le développement des compétences individuelles et la diffusion des connaissances et des aptitudes constituent un des volets des politiques sociales et de l'emploi intégrées.

Il est évident que les écoles, les organismes de formation et, évidemment, les entreprises doivent faire de cette lutte pour l'emploi une priorité.

Mais le contexte socio-économique global est également essentiel.

La Commission a lancé l'opération «garantie pour la jeunesse», qu'il convient de souligner.

Mais elle ne peut reprendre d'une main ce qu'elle donne de l'autre et doit s'engager dans une véritable politique de relance basée sur l'investissement qui permette de faire reculer le chômage et la pauvreté et donne enfin des perspectives d'avenir à des millions de jeunes Européens.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'impegno contro la disoccupazione giovanile è sempre stato una priorità nella mia attività politica, per questo motivo oggi ho espresso il mio voto favorevole alla relazione Plura che spinge anche per un rafforzamento della garanzia Giovani.

La crisi economica ha generato il più grave problema di disoccupazione nella storia dell'Unione, colpendo più di quattro milioni e mezzo di cittadini al di sotto dei 25 anni. Al fianco di questo dato si trova quello dei 7 milioni di NEET, ragazze e ragazzi che non stanno seguendo un percorso formativo né stanno svolgendo attività di tipo professionale. Si tratta di una situazione potenzialmente esplosiva, foriera di effetti negativi in termini di carriera, salute e mobilità sociale per un'intera generazione.

Stati membri, governi regionali ed enti locali hanno il dovere di intervenire promuovendo strategie per lo sviluppo delle competenze professionali e sostenendo l'istruzione superiore per consentire l'acquisizione di competenze fondamentali per il mondo del lavoro. L'imprenditoria giovanile deve essere promossa così come deve essere valorizzato il ruolo positivo svolto dalle PMI e dagli attori dell'economia sociale e solidale in termini di creazione di posti di lavoro. Solo con un impegno costante delle istituzioni sarà possibile evitare la creazione di una generazione perduta.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe tiene como objetivo identificar las razones de los obstáculos estructurales a los que los jóvenes se enfrentan para encontrar un empleo, y pretende proponer soluciones.

Si bien la mayor parte del contenido del informe final es positivo, ya que pide un mayor apoyo para los jóvenes en el desarrollo de competencias y el empleo, incluyendo una mayor inversión pública en la educación y, más concretamente, en la transición de la escuela al trabajo, estos aspectos en el informe son meras declaraciones de intenciones, y el impacto real en las políticas va a ser limitado.

El informe pone un excesivo énfasis en el papel de la iniciativa empresarial como solución para la reducción del desempleo juvenil. Las continuas referencias a la necesidad de «ajustar mejor las competencias a las necesidades del mercado laboral» y el llamamiento a estrechar los vínculos entre las instituciones educativas y de formación profesional con las empresas para promover ese ajuste competencias-mercado laboral desvirtúan a nuestro parecer el contenido.

Es por ello que, pese a que no puedo estar a favor por el enfoque neoliberal del texto, me he abstenido en la votación del informe para no bloquear importantes avances y aspectos positivos de este.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport parce qu'il est évident que la lutte contre le chômage des jeunes doit être le cheval de bataille de toute politique de l'emploi. Mais qu'on ne se berce pas d'illusions. Les banalités et les vérités de La Palisse dont ce rapport est truffé n'apporteront pas de réponse au défi que constitue le chômage des jeunes, qui atteint aujourd'hui des pourcentages effarants dans des pays comme l'Espagne.

L'Europe n'y pourra rien. Et la litanie de rapports qui ont été écrits sur le sujet n'y pourront rien non plus. Car malheureusement, on constate que les pays qui ne sont pas membres de l'Union — je pense à la Suisse ou à la Norvège — se portent mieux dans ce domaine que nos États membres. On devrait se poser la question du pourquoi.

C'est aux États de faire les efforts nécessaires pour stimuler l'emploi des jeunes. Par une politique volontariste en faveur des PME, qui sont les plus grands créateurs d'emploi. Par une politique de baisse des charges et par une politique de formation.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del informe relativo a las políticas de competencias para combatir el desempleo juvenil. El desarrollo de competencias individuales y la difusión de conocimientos y habilidades son uno de los elementos clave de las políticas sociales y de empleo integradas y pueden permitir que se genere un crecimiento a largo plazo, se favorezca la competitividad europea, se luche contra el desempleo y se construya una sociedad europea más inclusiva, siempre que las políticas de desarrollo de competencias reconozcan las múltiples dimensiones de las necesidades y habilidades de los jóvenes desempleados.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pour lutter contre le chômage des jeunes propose en réalité de ne plus favoriser les diplômes mais plutôt la mise en valeur des compétences. Cela traduit de fait l'échec des systèmes nationaux d'éducation et l'entérine.

Des pistes intéressantes sont pourtant envisagées, comme celle de favoriser l'alternance ou l'apprentissage, d'anticiper les besoins de qualifications des secteurs porteurs ou d'encourager l'orientation dès le plus jeune âge. Mais pas d'aspects pratiques ou concrets, rien que des propositions.

Par contre, dans un contexte d'austérité voulu par l'Union, je suis plutôt d'avis que les politiques d'emploi doivent d'être menées au niveau régional et local et non européen. L'idée de développer l'entrepreneuriat des jeunes est certes louable, mais on ne propose rien de concret et elle revient régulièrement, comme pour occuper les jeunes.

J'ai donc décidé de voter contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La disoccupazione, soprattutto quella giovanile sono un dramma che interessa sempre più intensamente i nostri territori. Il 40% dei nostri giovani è senza lavoro e la causa non sta solo nella crisi economica, ma è da ricercarsi nelle folli politiche che questa Europa ha messo in atto in questi anni. Pur condividendo alcuni passaggi di questo testo, non posso assolutamente condividere la richiesta che si trasferiscano le competenze degli Stati membri alla Commissione per quanto attiene l'individuazione e la definizione delle esigenze in termini di competenze professionali nel mercato del lavoro, già troppo abbiamo concesso, non dobbiamo concedere di più. Per questi motivi mi sono espressa con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ned rösten.

Med en ungdomsarbetslöshet i EU på 21,4 procent så krävs det kraftfulla åtgärder och en nytt ekonomiskt tänkande som betonar offentliga gröna investeringar för nya jobb och en utvecklad välfärdssektor. Detta betänkande förespråkar inte en sådan ny politik, istället betonas framförallt individuell kompetensutveckling och främjandet av entreprenörskap.

Men samtidigt noterar jag de förbättringar som skett under utskottsarbetet med betänkandet, där nu ungdomars rättigheter på arbetsmarknaden betonas på ett bättre sätt. Därför väljer jag att lägga ned rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Tras largos años de crisis, Europa no ha sido capaz de poner freno al drama del desempleo juvenil. Pese a la puesta en marcha por parte de las instituciones de la Unión de iniciativas como la Garantía Juvenil o la Iniciativa de Empleo Juvenil, urge afrontar este drama desde todos los frentes para no frustrar las oportunidades de toda una generación de jóvenes europeos.

Desde luego, las políticas activas de empleo tienen un papel que jugar para ayudar a solucionar este problema. Tal y como señala este informe, el aprendizaje, adquisición y reconocimiento de habilidades y competencias por parte de los jóvenes, ya estén estudiando, trabajando o en situación de desempleo o sin actividad, juega un papel clave tanto para enfrentarse a una más rápida y estable integración en el mercado laboral, como para mejorar los itinerarios de transición entre estudios y trabajo y la calidad de los empleos y las carreras profesionales que van a desarrollar las generaciones más jóvenes de nuestra sociedad.

Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame Europos Parlamentas ieško sprendimų, kaip kovoti su didžiuliu jaunimo nedarbu Europoje. Itin auštas jaunimo nedarbo lygis mūsų laikais yra viena iš didžiausių problemų ES, kurioje beveik 5 mln. jaunų žmonių yra bedarbiai. Tuo pat metu yra 2 mln. laisvų darbo vietų. Ši padėtis kelia didelę grėsmę ES socialinei sanglaudai ir ekonominiam vystymuisi. Aptariant šią situaciją, reikėtų atsižvelgti į šiuos veiksnius: globalizaciją, demografinius pokyčius, ekonomikos krizes, naujas technologijas ir darbo organizavimo pokyčius. Verslo kūrimas ir savarankiškas darbas taip pat yra galimybė dalyvauti darbo rinkoje. Įgūdžių formavimas yra daugialypis procesas, reikalaujantis holistinio požiūrio ir sektorių politikos ribų peržengimo. Dėl pokyčių darbo rinkoje reikia lankstesnių švietimo sistemų, kurios sudarytų galimybes papildyti ir plėtoti žinias ir įgūdžius visais profesinės karjeros etapais. Galimybių patekti į darbo rinką ir dirbti toliau sudaro dviejų rūšių įgūdžiai: bendrieji įgūdžiai (gebėjimas prisitaikyti, mokymasis mokytis, iniciatyva ir verslumas, komunikacijos įgūdžiai) ir specialieji įgūdžiai, susiję su konkrečiomis pareigomis arba darbu. Dėl skirtumų valstybių narių darbo rinkose taip pat reikia nustatyti, kokio lygio valdymas turi veiksmingiausių priemonių įgūdžių poreikiams nustatyti ir apibrėžti.

Franč Bogovič (PPE), *pisno*. – Evropa se po koncu gospodarske krize ponovno obrača k rasti, kar je vsekakor vredno pozdraviti. Gospodarski kazalci kažejo zmerni optimizem, tudi brezposelnost se počasi zmanjšuje. A žal prepočasi, kar vidimo predvsem pri brezposelnosti mladih, ki je še vedno izjemno visoka in zaskrbljujoča. Brez dela je namreč še vedno skoraj pet milijonov mladih iz EU.

Rešitve za zmanjšanje brezposelnosti pri mladih ne bodo prišle čez noč, saj so vzroki za to večplastni in kompleksni. Eden izmed vzrokov so tako izobraževalni sistemi, ki so v številnih državah članicah precej togi in ne odražajo stanja na trgu dela.

V Sloveniji je nedvomno tako, kar se kaže v problemu, ki ga izpostavlja tudi poročilo - na eni strani velika brezposelnost mladih, na drugi strani nezasedena delovna mesta. Zato je po mojem mnenju ključno za reševanje brezposelnosti med mladimi ustrezno reformiranje izobraževalnih sistemov ter njihova prilagoditev na dinamično okolje. Potrebujemo več interdisciplinarnosti, prenosa podjetniških znanj, pridobivanja praktičnih izkušenj med šolanjem itd.

Hkrati je treba izobraževalne institucije tudi hitreje povezati z gospodarskim sektorjem, predvsem v državah, ki imajo slabše razvite sisteme poklicnega izobraževanja.

Močno se strinjam s pobudami, ki jih podaja predlagano poročilo, zato sem ga podprl.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Il livello preoccupante di disoccupazione giovanile è oggi una grande sfida dell'UE, che conta circa cinque milioni di giovani senza lavoro. Accanto alla mancanza di occupazione dobbiamo però considerare che si registrano circa due milioni di posti di lavoro vacanti.

È dunque chiaro che siamo davanti ad un duplice problema: poca occupazione da una parte e mancata corrispondenza tra le competenze dei giovani e quelle domandate dal mercato dall'altra. Questo contesto provoca danni economici e sociali enormi all'Europa.

Per promuovere l'integrazione e l'occupabilità nel mercato del lavoro occorrono azioni e investimenti più ambiziosi oltre che un più mirato coinvolgimento e una più forte cooperazione tra Stati membri. Inoltre, per anticipare le future richieste in termini di competenze, sarà essenziale includere a ogni livello tutti gli attori del mercato del lavoro, adattando in modo più efficace la formazione scolastica e professionale alle richieste del mercato del lavoro.

Questo testo, che sostengo con convinzione, va esattamente in questa direzione.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – La plupart des mesures proposées par ce rapport sont difficiles à concrétiser dans le contexte présent, où les États membres sont contraints d'adopter des budgets restreints. Par ailleurs, il est évident que les politiques d'insertion des jeunes doivent être menées en priorité au niveau régional et local et non au niveau européen. J'ai voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che la disoccupazione giovanile sia una delle peggiori piaghe che affliggono il nostro continente e che, pertanto, debba essere estirpata.

È compito dell'UE e delle sue istituzioni trovare delle soluzioni per sostenere l'occupazione di una generazione che, pur possedendo più competenze delle generazioni precedenti, soffre terribilmente la congiuntura economica attuale. Da ciò dipende il futuro a medio-lungo termine dell'economia europea stessa.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Alla fine del 2014 nell'UE si è registrato un tasso di disoccupazione giovanile medio pari al 21,4%, ovvero oltre 7 milioni di giovani inoccupati. Tuttavia, alla medesima data, risultavano vacanti nell'UE 2 milioni di posti di lavoro. Tale dato evidenzia la necessità di migliorare il raccordo fra il mondo della formazione e quello del lavoro, di sviluppare competenze più flessibili e interdisciplinari.

Cooperazione, partecipazione e partenariati sono i mezzi per aprire un rapporto costruttivo con le PMI e con la multi-forme realtà imprenditoriale europea e allentare gli attuali vincoli amministrativi e finanziari relativi all'avvio di nuove attività imprenditoriali, mediante la semplificazione delle procedure, un accesso agevole al credito, al capitale di rischio e al microfinanziamento, connessioni Internet ad alta velocità garantite, consulenze pluridisciplinari su misura e l'introduzione, ove possibile, di misure di incentivazione per gli imprenditori che assumono giovani disoccupati.

È evidente l'importanza che il microfinanziamento e il programma europeo per l'occupazione e l'innovazione sociale (EaSI) assumono nel conseguimento della piena occupazione giovanile. Solo migliorando il percorso di formazione e creando una rete di sportelli unici ove espletare tutte le procedure amministrative necessarie alla creazione e gestione di un'impresa potremo alzare il tasso di imprenditorialità giovanile sul breve termine.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport tente d'apporter des solutions face au chômage structurel dont sont victimes les jeunes. L'idée centrale du texte consiste à favoriser la mise en valeur des compétences plutôt que les diplômes, ce qui traduit l'échec des systèmes éducatifs dans les États membres de l'Union européenne. Par ailleurs, les pistes envisagées dans ce texte consistent à favoriser l'apprentissage ainsi que la formation en alternance dès le plus jeune âge. De plus, ce rapport promeut les initiatives entrepreneuriales pour les jeunes diplômés. Le rapporteur souhaite également adapter les formations aux besoins des entreprises.

Bien que ces idées aillent dans le bon sens, nous considérons que les États membres de l'Union sont les plus compétents pour résoudre le chômage structurel chez les 18-25 ans. Favoriser l'entrepreneuriat, comme le préconise ce rapport, peut s'avérer efficace à la seule condition qu'il ne soit pas utilisé comme un prétexte pour supprimer les chômeurs des statistiques nationales.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – 4,5 milioane de tineri din Uniunea Europeană cu vârsta cuprinsă între 15 și 24 de ani nu au un loc de muncă în prezent, iar 7 milioane de tineri europeni nu sunt nici încadrați în muncă, nici nu urmează o formă de învățământ sau de formare profesională. Aceste cifre ne determină să acționăm cât mai rapid pentru reducerea numărului extrem de mare de tineri care nu activează pe piața muncii.

Este necesar ca toate eforturile necesare să fie depuse de către autorități pentru a se asigura că sistemele de învățământ pregătesc corespunzător elevii/studenții pentru a se realiza profesional și pentru a garanta cooperarea strânsă între reprezentanții sectorului educației și serviciilor sociale și între angajatori și elevi/studenți.

În vederea reducerii șomajului este nevoie de implementarea unor politici eficace în materie de educație, formare și dezvoltarea competențelor, cu sprijinul angajatorilor, al agențiilor de ocupare a forței de muncă, precum și al altor părți interesate.

Am votat în favoarea acestui raport deoarece investiția în educația antreprenorială este una dintre cele mai rentabile investiții pe care o poate face Uniunea Europeană.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Astensione. La maniera più efficace per abbattere la disoccupazione, dunque anche quella giovanile, è tornare a politiche economiche orientate alla domanda interna: più domanda interna = le nostre imprese aumentano la produzione = più occupazione = più reddito = più domanda interna, e così via in un ciclo virtuoso che è l'opposto di quello attuale imposto dall'UE. Nella relazione non solo non vi è traccia di tutto ciò, ma addirittura si prefigura, quale soluzione più efficace, il trasferimento delle competenze dagli Stati membri alla Commissione per quanto attiene all'individuazione e alla definizione delle esigenze in termini di competenze professionali nel mercato del lavoro.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – La sfârșitul anului 2014, rata șomajului la nivelul Uniunii era de 9,9 %, în timp ce în rândul tinerilor atingea 21,4 %, tinerii fiind astfel cei mai afectați de criză. Deși au studii și competențe superioare celor deținute de generațiile anterioare, tinerii se confruntă cu obstacole structurale semnificative când încearcă să obțină locuri de muncă de calitate (conform standardelor europene și naționale).

Necorelarea dintre educație și formare reprezintă o cauză majoră a șomajului în rândul tinerilor. UE înregistrează în prezent 4,5 milioane de tineri (cu vârsta cuprinsă între 15 și 24 de ani) șomeri, iar peste 7 milioane de tineri europeni nu sunt încadrați pe piața muncii și nici nu urmează o formă de învățământ sau de formare profesională.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la politicile de dezvoltare a competențelor pentru combaterea șomajului în rândul tinerilor, deoarece existența nivelului alarmant de ridicat al șomajului în rândul tinerilor concomitent cu existența a două milioane de posturi vacante în UE creează o situație ce amenință grav coeziunea socială și dezvoltarea economică a UE.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La crise économique et financière de 2008 a eu des conséquences effroyables sur l'emploi au sein de l'Union européenne et dans le monde entier. Le chômage touche énormément de nos concitoyens et les progrès réalisés pour réduire le taux de chômage ne sont pas assez rapides ni assez efficaces.

Les jeunes sont les premières victimes de ce conflit. Dans l'Union européenne, 4,5 millions de jeunes de 15 à 25 ans sont au chômage et plus de 7 millions ne travaillent pas et n'étudient pas. Cette situation ne peut plus durer. D'un côté, nous devons mettre en œuvre les politiques de croissance, de compétitivité et de création d'emplois que nous avons élaborées au niveau européen et de l'autre, les États membres doivent instaurer des politiques sociales efficaces. Je rappelle que de nombreux fonds européens peuvent être destinés à l'aide à l'emploi pour les jeunes et qu'ils doivent, par conséquent, être utilisés pleinement dans cette optique.

J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulle politiche in materia di competenze per contrastare la disoccupazione giovanile.

I numeri parlano chiaro: attualmente nell'Unione europea 4,5 milioni di giovani tra i 15 e i 24 anni sono disoccupati ed oltre 7 milioni di giovani europei in questa fascia d'età non lavorano né frequentano corsi di istruzione o formazione. Questi dati ci fanno capire quanto sia grave la situazione e che, purtroppo, sono proprio i giovani ad essere stati particolarmente colpiti dalla crisi.

Ritengo che un'Europa incapace di garantire un futuro prospero ai propri giovani sia un'Europa senza futuro. Gli Stati membri, i governi regionali e le autorità locali attuino quindi strategie per lo sviluppo e la previsione di competenze, elementi fondamentali delle politiche occupazionali e sociali integrate che possono consentire di contrastare la disoccupazione e costruire una società europea più inclusiva. Inoltre, va migliorata l'iniziativa a favore dell'occupazione giovanile, allo scopo di rendere più agevole l'attuazione di tale importante iniziativa. La relazione contiene questi elementi ed ho quindi votato in suo favore.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution primarily for the reason that it calls for the removal of barriers such as education fees for apprentices. This is particularly relevant for Ireland where the government has implemented successive budget cuts for apprenticeships and are forcing apprentices to pay fees in order to gain a qualification.

I am happy that my Sinn Féin colleagues and I managed to include this important call into the final resolution and hope that it will help in putting pressure on those in power to abolish fees for apprentices.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative and non-binding report. The report called for the EU to spend more money to spread information on European financing instruments. UKIP opposes the EU spending taxpayer's money especially to put out such propaganda. There was a call to create an EU award for the best project that combats youth employment – this would be a complete waste of money and nothing more than a vanity project for the EU. It called for Member States to follow EU country-specific recommendations. It also wanted the EU to interfere with Member States' education and national curriculum, suggesting what subjects should be taught – the EU has no competence in this area. It also called for more money and support for mobility programmes such as Erasmus which advertises British jobs across the EU. UKIP is the only party against open door immigration and will protect British jobs. The only people that should decide any of these things are our elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report as it is a good analysis of the current situation of youth in Europe and it points out promising ideas that should help us tackle the youth unemployment. It rightly notes that there are still almost 5 million unemployed young people but at the same time there are 2 million unfilled vacancies. The report emphasises the importance of education (whether higher or vocational) and calls for a cooperation between the Member States and sharing of good practices.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Non potevo che votare a favore di questa relazione sulle politiche in materia di competenze per la lotta alla disoccupazione giovanile, una delle piaghe maggiori della nostra società e una delle sfide principali dell'UE.

Nella relazione si sottolinea l'importanza di disporre di sistemi di istruzione più flessibili che consentano l'integrazione e lo sviluppo di conoscenze e competenze in tutte le fasi della carriera professionale. Viene altresì sottolineato il ruolo fondamentale svolto dalle imprese, PMI incluse, dagli attori dell'economia sociale e solidale nonché dalle microimprese nella formazione alle competenze professionali e nella creazione di posti di lavoro per i giovani e si mette in evidenza la necessità di fornire ai giovani un'istruzione che li prepari all'imprenditorialità quanto più ampiamente possibile.

Diversi nostri emendamenti sono inoltre stati approvati e incorporati nel testo. Tra questi il ruolo importante che i fondi europei possono rappresentare se utilizzati in modo più efficiente e strategico; l'importanza di una formazione di alta qualità sul luogo di lavoro e di non sfruttare i tirocinanti come una forza lavoro precaria e a basso costo; un'attuazione efficace della garanzia per i giovani che può così contribuire a migliorare l'occupabilità dei giovani e può offrire esperienze di lavoro preziose.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Alla luce dei preoccupanti dati sulla disoccupazione giovanile nei paesi membri, che in alcuni Stati raggiunge percentuali allarmanti, occorre che l'Europa sostenga lo sviluppo delle nuove competenze richieste dall'attuale mercato del lavoro. È necessario che i sistemi d'istruzione dei paesi membri si adattino a questi nuovi sviluppi attraverso una formazione più efficace che integri, ad esempio, le nuove tecnologie nel processo di apprendimento o, anche, che consenta lo sviluppo di competenze trasversali e in linea con gli obiettivi fissati dalla strategia Europa 2020.

Diventa quindi prioritario investire in modelli educativi che associno all'apprendimento teorico anche quello pratico per un più agevole passaggio dal mondo dell'istruzione all'inserimento nel mondo lavorativo. Far fronte alla disoccupazione in Europa deve essere la priorità per i prossimi anni. Un'Europa che sta invecchiando non può permettersi di «sprecare» i talenti e le competenze dei suoi giovani e, a questo proposito, mi auguro che la Presidenza olandese faccia il possibile per sostenere giovani e future generazioni. Ho votato a favore della relazione d'iniziativa perché individua le nuove esigenze formative richieste dal mercato del lavoro che potranno garantire maggiori opportunità occupazionali per i giovani europei.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Τασσόμαστε υπέρ της έκθεσης διότι θεωρούμε ότι η ανεργία των νέων, ανερχόμενη σε τέτοια ανησυχητικά επίπεδα, αποτελεί στις μέρες μας ένα από τα πλέον δυσεπίλυτα προβλήματα στην ΕΕ, όπου υπάρχουν περίπου πέντε εκατομμύρια άνεργοι και, την ίδια στιγμή, δύο εκατομμύρια κενές θέσεις εργασίας. Η κατάσταση αυτή συνιστά σοβαρή απειλή για την κοινωνική συνοχή και την οικονομική ανάπτυξη της ΕΕ. Η έκθεση τονίζει ότι βασική προτεραιότητα της Επιτροπής είναι να δώσει «νέα ώθηση στην απασχόληση, την ανάπτυξη και τις επενδύσεις» και υπενθυμίζει ότι, στο πρόγραμμα εργασίας της για το 2015, η Επιτροπή δεσμεύτηκε να αναλάβει πρωτοβουλίες για την προώθηση της ένταξης και της απασχολησιμότητας στην αγορά εργασίας, μέσω της λήψης μέτρων για την υποστήριξη των κρατών μελών στις προσπάθειές τους για την επαγγελματική αποκατάσταση των νέων. Οφείλουμε επίσης να επαναλάβουμε ότι το Κοινοβούλιο έχει προτείνει, σε τακτά χρονικά διαστήματα, διαφορετικές λύσεις, διότι φρονεί ότι η απασχόληση, η εκπαίδευση και η κατάρτιση των νέων πρέπει να αποτελούν μια από τις βασικότερες πολιτικές προτεραιότητες για την ΕΕ.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Συζητήσαμε σήμερα το ζήτημα της ανεργίας των νέων και των δυνατοτήτων που υπάρχουν για τη καταπολέμησή της μέσω της ενεργοποίησης του YEI. Αυτού του είδους οι πρωτοβουλίες εμπεριέχουν πράγματι θετικά στοιχεία που μπορούν μακροπρόθεσμα να βοηθήσουν στην καταπολέμηση του προβλήματος. Οφείλουμε όμως να παραδεχούμε πως η βασική αιτία ύπαρξης της νεανικής ανεργίας ούτε αναδεικνύεται ούτε και καταπολεμάται με ημίμετρα. Είναι χρέος μας να αναζητήσουμε και να εφαρμόσουμε τις πολιτικές εκείνες που θα δώσουν μια νέα ώθηση στην ευρωπαϊκή οικονομία, βοηθώντας τους νέους να ενταχθούν με ομαλότερο τρόπο στην παραγωγική διαδικασία. Καθώς λοιπόν στο σημερινό ψήφισμα δεν προβλέπονται αυτές οι ενέργειες, θεωρώ πως δεν προσφέρει κάτι το καινούριο και για αυτό το λόγο αποφάσισα να απέχω από τη ψηφοφορία.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho scelto di appoggiare il provvedimento in esame. Il livello allarmante di disoccupazione giovanile rappresenta oggi una delle sfide principali dell'UE, che registra quasi 5 milioni di giovani disoccupati. Tale situazione costituisce una grave minaccia per la coesione sociale e lo sviluppo economico dell'UE.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Nella stesura di questa relazione, l'onorevole Marek Plura ha fatto un ottimo lavoro. È stato bravo a sottolineare come il rilancio dell'occupazione debba passare attraverso lo sfruttamento delle competenze, perché sono finiti i tempi dei generalisti e ciascuno deve creare valore attraverso ciò in cui riesce meglio.

La chiave per un mercato del lavoro moderno è nelle capacità, è nei saperi, e il benessere della mia terra ne è un esempio lampante: dei bravi contadini, dei fantasiosi artigiani, degli industriali visionari hanno saputo valorizzare le loro rispettive potenzialità e realizzarle dando lavoro alla propria famiglia e ai propri dipendenti, e creando ciò che non c'era. Congratulazioni al relatore.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative and non-binding report. The report called for the EU to spend more money to spread information on European financing instruments. UKIP opposes the EU spending taxpayer's money especially to put out such propaganda. There was a call to create an EU award for the best project that combats youth employment – this would be a complete waste of money and nothing more than a vanity project for the EU. It called for Member States to follow EU country-specific recommendations. It also wanted the EU to interfere with Member States' education and national curriculum, suggesting what subjects should be taught – the EU has no competence in this area. It also called for more money and support for mobility programmes such as Erasmus which advertises British jobs across the EU. UKIP is the only party against open door immigration and will protect British jobs. The only people that should decide any of these things are our elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Não obstante as medidas que têm sido tomadas tanto a nível da UE como dos Estados-Membros, o desemprego jovem é ainda um dos problemas atuais com que a Europa se depara, estimando-se que haja cerca de cinco milhões de jovens desempregados.

A entrada no mercado de trabalho e a permanência num emprego são determinadas por duas dimensões de competências: as essenciais (capacidade de adaptação, capacidade de aprender a aprender, espírito de iniciativa e espírito empresarial, capacidade de comunicação) e competências específicas relacionadas com determinados postos ou empregos.

Apoio o relatório, que define um conjunto de políticas a serem encetadas em matéria de educação, formação com vista a diminuir o desemprego dos jovens, estabelecimento de parcerias com entidades empregadoras e entidades locais e regionais.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn leider greifen die bisher vorgesehenen Maßnahmen der EU, um die Jugendarbeitslosigkeit zu begrenzen, nicht so erfolgreich, wie wir es uns versprochen haben. Der vorliegende Bericht betont die Notwendigkeit der Anpassung der Bildungssysteme an die Anforderungen des Arbeitsmarktes. Diese Forderung unterstütze ich, außerdem ist es dringend notwendig, weiter auf die Mitgliedstaaten einzuwirken, dass die bereitgestellten Mittel abgerufen und wirksam eingesetzt werden.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – È ormai ben noto che il livello di disoccupazione giovanile rappresenta una delle odierne sfide principali dell'Unione europea.

Per rispondere in maniera adeguata a questa problematica, bisogna tenere conto di diversi fenomeni tra i quali la globalizzazione, i cambiamenti demografici, le nuove tecnologie e l'organizzazione moderna del lavoro. In questo senso, i sistemi educativi dovrebbero essere più flessibili e in linea con le necessità dei giovani di presentarsi nel mercato del lavoro con un background assodato di conoscenze e competenze. Per fare ciò è necessario che qualsiasi percorso il giovane intraprenda sia in grado di fornirgli le basi per poter essere un valido candidato per le posizioni attinenti alle sue capacità.

Considerando che i giovani sono la risorsa primaria per il futuro dell'Unione, e che queste iniziative favoriranno la coesione sociale, ho deciso di votare a favore della risoluzione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Skills gap and skills/job mismatch have been identified as two of the main causes of youth unemployment. These represent situations whereby youths do not possess the skills required by industry, or where youths are over qualified for the jobs available. This raises a number of questions about the education systems being followed in Member States, including whether education and industry should be considered partners in education, and which skills students need besides subject and thematic knowledge. Entrepreneurship skills and vocational training have often been identified as tools to bridge the skills gap. I have voted in favour of this report.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il livello allarmante di disoccupazione giovanile rappresenta oggi una delle sfide principali dell'UE.

La relazione sottolinea l'importanza di avere sistemi d'istruzione più flessibili, che consentano l'integrazione e lo sviluppo di conoscenze e competenze in tutte le fasi della carriera professionale. Sottolinea il ruolo fondamentale svolto dalle imprese, PMI incluse, dagli attori dell'economia sociale e solidale nonché dalle microimprese nella formazione alle competenze professionali e nella creazione di posti di lavoro per i giovani; mette in evidenza la necessità di fornire ai giovani un'istruzione che li prepari all'imprenditorialità quanto più ampiamente possibile.

Rileva il ruolo importante che i fondi europei possono rappresentare se utilizzati in modo più efficiente e strategico come uno strumento importante per la crescita e lo sviluppo delle università e delle imprese. Evidenzia inoltre, l'importanza di una formazione di alta qualità sul luogo di lavoro nonché quella di non sfruttare i tirocinanti come una forza lavoro precaria e a basso costo. Evidenzia la necessità di semplificare le procedure amministrative di attuazione della garanzia per i giovani, valutare le loro reali necessità occupazionali ed i veri settori di sviluppo lavorativo, nonché l'urgenza di rimuovere ogni ostacolo burocratico che ne possa limitare l'efficacia. Il mio voto è quindi favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor de este informe, puesto que a pesar de que hace una buena radiografía del drama del desempleo juvenil en los países miembros de la UE, las recetas para atajarlo no son ni de lejos las adecuadas para ello a mi juicio. En lugar de promover la creación de empleo público, estable y de calidad para los jóvenes, propone incentivar a los emprendedores y focalizar la formación hacia las necesidades del mercado. Por ese motivo me he abstenido.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La relazione contribuisce a far prendere coscienza di quanto gli alti livelli di disoccupazione giovanile continuino a rappresentare uno dei problemi più difficili per l'Unione.

La ripresa in corso non si è dimostrata capace, di per sé, di invertire il trend ed ha mostrato la necessità di risposte politiche per meglio adattare le competenze alle esigenze del mercato del lavoro. Affrontare la disoccupazione giovanile resta una priorità assoluta; corriamo il rischio di bruciare un'intera generazione di ragazze e ragazzi con profili e curriculum di alto livello che, al di là di ogni altra considerazione, rappresentano un valore aggiunto per l'Europa che non può essere sprecato.

L'iniziativa Garanzia giovani non ha dato i frutti sperati, perché priva di risorse adeguate e soprattutto di un disegno strategico «europeo». Però è da qui che dobbiamo ripartire, rafforzandola e correggendo gli errori e i meccanismi che non hanno funzionato. L'Europa sarà un posto migliore solo se ci saranno opportunità di crescita e di realizzazione concrete per tutti i giovani.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az ifjúsági munkanélküliség az EU egyik legjelentősebb problémája. Jelenleg 5 millió fiatal munkanélküli, ugyanakkor 2 millió üres állás van. A fiatalok rendszerint kevesebb tapasztalata miatt az ifjúsági munkanélküliség érzékenyebb a gazdasági körülményekre, mint az általános munkanélküliség.

A ma elfogadott parlamenti jelentés, amelyet én is megszavaztam, javaslatokat fogalmaz meg az ifjúsági munkanélküliség leküzdésére. Többek között a munkaerő-piaci változások miatt sokkal rugalmasabb oktatási rendszerre van szükség. Az eredményes oktatás-, képzési és készségfejlesztési politikák munkaadók, munkaközvetítő ügynökségek és más vonatkozó érdekelt támogatásával történő végrehajtása ugyanis jelentősen hozzájárulhat az ifjúsági munkanélküliség csökkentéséhez. Továbbá szükséges a felsőoktatási intézmények összekapcsolása a gazdasági szektorral, illetve szükséges a munkaerő-toborzók, az emberierőforrás-gazdálkodási vezetők, a foglalkoztatási szolgáltatók, a munkaadók és az oktatási ágazatban dolgozók megfelelő továbbképzése. A jelentés rámutat arra is, hogy megoldást hozhat a fiatalok vállalkozó kedvének növelése, ehhez viszont elő kell mozdítani a vállalkozói készséget, amely az állami szervek, az oktatási rendszer, a vállalkozások és a civil társadalom felelőssége. Végül pedig a tagállamok munkaerőpiacain meglévő eltérések

miatt meg kell határozni, hogy a kormányzás melyik szintje rendelkezik a leghatékonyabb eszközökkel a szükséges készségek azonosításához és leírásához.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – 5 mln młodych ludzi bez pracy, a jednocześnie 2 mln wakatów to jedno z największych wyzwań w UE. W sprawozdaniu jednoznacznie ukazano rozwój umiejętności jako wielowymiarowy proces wymagający podejścia holistycznego i elastyczniejszych systemów edukacji, które umożliwiłyby pogłębianie wiedzy oraz rozwój umiejętności na wszystkich etapach kariery zawodowej. Z uwagi na różnice między rynkami pracy państw członkowskich należy ustalić, który szczebel zarządzania wyposażony jest w najskuteczniejsze instrumenty pozwalające zidentyfikować i opisać potrzeby w zakresie umiejętności.

W sprawozdaniu wezwano również do promowania najlepszych praktyk oraz do wspierania integracji młodych osób niepełnosprawnych w obszarze edukacji i zatrudnienia za pomocą inwestycji w przedsiębiorczość społeczną lub zachęt finansowych dla organizacji, które je zatrudniają. Podkreślono także, że urzędy pracy powinny bardziej aktywnie usuwać fizyczne przeszkody w dostępie osób niepełnosprawnych do ich usług. Młodzi ludzie bez perspektywy pracy to jedna z największych bolączek i wyzwań UE – dlatego zagłosowałem za przyjęciem dokumentu.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – This report raises awareness on the high level of youth unemployment in the EU, since this causes a serious threat for the social cohesion and economic development of the EU. Further strengthening and the proper implementation of the Youth Guarantee and the Youth Employment initiative will help to tackle this problem, but so much more needs to be done. Better adaptation of skills to the labour market through meaningful training will improve employability and job stability and I believe that we need to train our young people to meet the job demands that are created in the EU. For these reasons I voted in favour of this report.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – This report recognises that due to high levels of youth unemployment in many parts of Europe innovative measures need to be taken to bridge the growing skills mismatch, something which the UK government has recognised since 2010. I welcome this report's call for promotion of best practices and its support for the inclusion of young people with disabilities in education and employment. Importantly this report also clearly recognises the principle of subsidiarity. For all of these reasons I am happy to support this report.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Europa se confruntă în prezent cu o situație contradictorie: datele statistice arată că există circa cinci milioane de tineri șomeri și două milioane de posturi vacante, ceea ce reprezintă o amenințare gravă pentru coeziunea socială și dezvoltarea economică a UE.

Pe de altă parte, nu trebuie să uităm faptul că, generațiile de tineri care au crescut într-o epocă a progreselor tehnologice rapide au nu numai potențial, talente și competențe, ci și valori și priorități diferite de cele ale generațiilor anterioare. Intrarea tinerilor pe piața forței de muncă, dar și păstrarea unui loc de muncă sunt strâns legate de două dimensiuni: competențe-cheie (capacitatea de adaptare, capacitatea de a învăța cum să înveți, spiritul de inițiativă și spiritul antreprenorial, comunicarea) și competențele specifice legate de anumite posturi sau locuri de muncă.

Ca atare, consider că este nevoie de programe și inițiative la nivel european care să creeze o punte între generații, de deschidere față de schimbare, de servicii de recrutare și de ocupare a forței de muncă bine pregătite și cu competențe adecvate pentru a înțelege noua generație.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport d'initiative s'inscrit dans le cadre de la politique en faveur du développement des compétences pour lutter contre le chômage des jeunes. Je suis convaincu que notre système éducatif devrait mieux répondre aux besoins du marché du travail. Les jeunes sont un public très réceptif aux nouvelles technologies qui révolutionnent nos modes de vie, de produire et de consommer. La maîtrise et la compréhension des supports numériques, d'internet ou des réseaux sociaux en sont des exemples clairs. Je suis persuadé que ces atouts constituent une vraie valeur ajoutée au sein d'une entreprise. L'amélioration de l'employabilité des jeunes passe donc par le développement de compétences utiles, à travers l'enseignement et, ne l'oublions pas, la formation professionnelle continue. La création d'entreprises et le travail indépendant font également partie des solutions. Partageant pleinement les objectifs de ce rapport, je me suis prononcé en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport, qui vise à adapter les systèmes éducatifs aux besoins du marché du travail afin de lutter contre le chômage des jeunes au sein de l'Union européenne. La situation actuelle, à savoir que 4,5 millions de jeunes de 15 à 24 ans sont actuellement au chômage en Europe, appelle à des mesures concrètes de toute urgence.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Politiques en faveur du développement des compétences pour lutter contre le chômage des jeunes

Le chômage des jeunes Européens a explosé depuis 2008, passant de 14,7 % à 21,4 % aujourd'hui, ce qui représente 4,5 millions de jeunes de 15 à 24 ans. Même si l'emploi relève principalement de la responsabilité des États membres de l'Union, il est urgent de conjuguer tous les efforts et les initiatives qui visent à lutter contre le chômage des jeunes et à diminuer le nombre de «décrochés» du système scolaire.

Plusieurs domaines sont concernés: la certification des diplômes, la validation des acquis d'apprentissage pendant les temps passés à l'étranger, l'harmonisation des réglementations nationales pour l'apprentissage et les régimes d'assurance.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Plura sur les politiques en faveur du développement des compétences pour lutter contre le chômage des jeunes. Je me félicite ainsi de l'adoption de ce rapport, qui souligne que les systèmes éducatifs devraient être plus flexibles pour permettre de compléter les connaissances et les compétences à tous les stades de la carrière professionnelle, afin de répondre aux besoins du marché du travail et de faire face à un taux de chômage des jeunes qui demeure préoccupant. Je crois par ailleurs que la création d'entreprises et le travail indépendant sont d'autres solutions pour participer au marché du travail.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az elfogadott európai parlamenti határozat elsősorban a fiatalok munkanélküliségével foglalkozik (Magyarország az EU-átlagnál (22%) 1,5%-kal jobb mutatóval rendelkezik) és célja, hogy az Európai Unió még hatékonyabb választ adhasson arra, hogy közel egy fél magyarországinyi fiatal mielőbb állást találhasson egy olyan Európában, ahol mindössze kétmillió betöltetlen álláshely van.

A határozat beleillik abba a trendbe, hogy az Unió végre felismerte: a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, és a fiatalok különösen hátrányos helyzetben vannak, hiszen vagy egyáltalán nem, vagy alig rendelkeznek tapasztalatokkal, illetve korszerű tudással. A jelentés alapvetően két dimenzióját említi a képességeknek: általános, az úgynevezett alapkészségek erősítésének, illetve a további, folyamatos specializálódásának szükségességét a versenyképes tudás szempontjából. Hangsúlyozza a gazdasági élet és az üzleti-pénzügyi szféra felelősségét is.

A fiatalok munkanélkülisége kihívás a családalapítás tekintetében is, nem beszélve arról, hogy a versenyképes kompetenciák (IT-ismeretek, vállalkozásindítás stb.) egyre nagyobb kihívások elé állítják a képzési rendszereket is, amelyeknek reagálniuk, illeszkedniük kell a piaci követelményekhez és fejlődéshez, méghozzá a helyi és regionális sajátosságokhoz igazodva.

Szavazatommal a néppárti álláspontot követtem azzal, hogy a szubszidiaritás elve alapvető és a tagállamok erőfeszítései is nélkülözhetetlenek.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport équilibré et complet faisant le tour de la problématique du chômage des jeunes ou comment réussir à impulser des politiques efficaces pour la génération qui vient.

Il y a d'abord le constat d'une inadéquation entre les formations scolaires et professionnelles proposées et les réalités du marché du travail. Il y a aussi la qualité des systèmes d'orientation des différents États membre qui est pointée du doigt. De même, le rapport souligne le manque d'anticipation sur les métiers d'avenir quand il aurait fallu organiser et systématiser la coopération entre les chefs d'entreprise, les branches professionnelles et les pouvoirs publics – notamment à l'échelon des bassins d'emplois – pour préparer les jeunes aux emplois de demain. La question de l'entrepreneuriat des jeunes n'est pas oubliée dans le cadre des débouchés possibles. Il y a enfin – sans être exhaustif – la question du numérique. Si tous les métiers ne relèveront pas de ce secteur, tous en seront transformés. Cette montée en charge doit être priorisée dans l'agenda politique.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le chômage des jeunes est un phénomène dramatique pour la vitalité des nations européennes et tend à devenir un élément structurel de nos économies. Toutefois, ce rapport ne s'attaque pas aux racines du problème et ne propose pas de réforme des cadres économiques de l'Union qui ont une influence majeure sur les tendances macroéconomiques. Pire, il tente d'insérer des éléments nocifs et éloignés des réalités, comme la théorie du genre, et cherche à favoriser les migrants.

Enfin, l'Union européenne n'a pas vocation à modifier les paramètres des marchés du travail et des États membres. Tout renforcement du marché intérieur serait un facteur grave de déséquilibres sociaux.

Regrettant le manque de lucidité du rapporteur et de mes collègues parlementaires sur ce dossier, j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно политиката в подкрепа на придобиването на умения с оглед на борбата срещу безработицата сред младите хора. Смятам, че той предлага адекватни и приложими мерки, които на практика да помогнат за справянето с този сериозен проблем. Представявам държава членка, в която проблемът с младежката безработица е изключително сериозен. Голяма част от младото население е принудено да напусне държавата заради липса на достатъчно опции за реализация, което води до намаляване на потенциала на държавата. Съгласен съм с отправените предложения в доклада и смятам, че, имайки предвид различията на пазарите на труда в страните членки, обменът на добри практики е стъпка в правилната посока.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφπτώς*. – Τα ανησυχητικά επίπεδα ανεργίας των νέων αποτελούν στις μέρες μας ένα από τα πλέον δυσεπίλυτα προβλήματα στην ΕΕ. Δυστυχώς όμως, οι τρόποι διαμόρφωσης των πολιτικών πρωτοβουλιών για την καταπολέμηση της ανεργίας των νέων που παρουσιάζει η έκθεση δεν με βρίσκουν σύμφωνο. Καταρχάς η έκθεση διατείνεται ότι ένας πρωταρχικός παράγοντας επίλυσης του προβλήματος που πρέπει να ληφθεί υπόψη είναι η παγκοσμιοποίηση. Στη συνέχεια, η έκθεση υποστηρίζει ότι οι συνδικαλιστικές οργανώσεις διαδραματίζουν σημαντικό ρόλο και ωφέλιμο ρόλο στην κοινωνία των νέων πολιτών. Τέλος, επιμένει στην χρησιμότητα της πρακτικής άσκησης ή μαθητείας στο εξωτερικό και υποστηρίζει το EURES και το Erasmus+.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat elsősorban a fiatalok munkanélküliségével foglalkozik (Magyarország az EU-átlagnál (22%) 1,5%-kal jobb mutatóval rendelkezik) és célja, hogy az Európai Unió még hatékonyabb választ adhasson arra, hogy közel egy fél magyarországinyi fiatal mielőbb állást találhasson egy olyan Európában, ahol mindössze kétmillió betöltetlen álláshely van.

A határozat beleillik abba a trendbe, hogy az Unió végre felismerte: a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, és a fiatalok különösen hátrányos helyzetben vannak, hiszen vagy egyáltalán nem, vagy alig rendelkeznek tapasztalatokkal, illetve korszerű tudással. A jelentés alapvetően két dimenzióját említi a képességeknek: az általános, úgynevezett alapkészségek erősítésének, illetve a további, folyamatos specializálódásának a szükségességét a versenyképes tudás szempontjából. Hangsúlyozza a gazdasági élet és az üzleti-pénzügyi szféra felelősségét is.

A fiatalok munkanélkülisége kihívás a családalapítás tekintetében is, nem beszélve arról, hogy a versenyképes kompetenciák (IT-ismeretek, vállalkozásindítás stb.) egyre nagyobb kihívások elé állítják a képzési rendszereket is, amelyeknek reagálniuk, illeszkedniük kell a piaci követelményekhez és fejlődéshez, méghozzá a helyi és regionális sajátosságokhoz igazodva.

Szavazatommal a néppárti álláspontot követtem azzal, hogy a szubszidiaritás elve alapvető és a tagállamok erőfeszítései is nélkülözhetetlenek.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Mientras que hay 24 millones de personas sin empleo en Europa, de los cuales 7,5 millones son jóvenes que no trabajan ni estudian, por otro lado existen alrededor de dos millones de puestos vacantes en la UE. Además, hay muchos jóvenes cualificados y desempleados cuyas habilidades no coinciden con la demanda laboral. Para corregir estos desajustes, es necesario construir fuertes alianzas entre las autoridades en educación, empleo y servicios, los interlocutores sociales y la comunidad empresarial con el fin de apoyar la creación de planes de acción y estrategias para un empleo de calidad.

Este informe expresa la necesidad de que los sistemas de educación sean más flexibles y permitan obtener conocimientos y habilidades en todas las etapas de la carrera profesional para hacer frente a las necesidades del mercado de trabajo y al nivel de desempleo juvenil. También subraya la creación de empresas y el autoempleo como una oportunidad de participación en el mercado laboral, la importancia de las prácticas, la necesidad de incorporar las nuevas tecnologías en el proceso de aprendizaje, una mejor cualificación de las agencias públicas de empleo, así como un uso eficiente de los fondos europeos por parte de los Estados miembros.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La disoccupazione giovanile è la maggiore sfida che l'UE e in particolar modo gli Stati membri dell'Europa meridionale si trovano ad affrontare.

A questo si aggiunge che esistono all'incirca due milioni di posti di lavoro vacanti nell'Unione. Questo fenomeno minaccia la coesione sociale europea ed è perciò vitale, anche per combattere l'abbandono scolastico, superare le politiche di austerità. La relazione Plura individua dei sistemi di istruzione «flessibili», che consentono un costante sviluppo di competenze e conoscenze durante la carriera professionale, come un modo per combattere la disoccupazione.

Noi abbiamo sottolineato come i fondi europei possano essere un elemento utile per la crescita e lo sviluppo delle università e delle imprese e abbiamo richiesto maggiori risorse economiche per informare il pubblico sugli strumenti disponibili. Allo stesso tempo però, sono necessari una vigilanza e un monitoraggio sull'effettivo utilizzo di queste risorse, elementi che sono stati poi incorporati nella relazione. Ho votato a favore.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Att minska ungdomsarbetslösheten i Europa är helt nödvändigt. Att miljontals ungdomar står utanför arbetsmarknaden är skadligt på flera sätt. Dels är det skadligt för medlemsstaternas ekonomier med mängder av arbetsföra personer som står utanför arbetsmarknaden, dels är det skadligt för företagen som inte lyckas rekrytera ny och kompetent arbetskraft, men framförallt är det skadligt för ungdomarna själva som får en sämre start i livet. Det här betänkandet lyfter därför fram ett antal bra saker kring bland annat behovet av att koppla arbetsmarknaden och utbildningarna närmare varandra. Att rösta för betänkandet var för mig självklart, jag röstade däremot nej till att vi ska införa ett pris för projekt som är bra när det gäller arbetslöshetsbekämpning. Jag anser inte att det är EU:s roll och jag är övertygad om att medlemsstaterna värderar mer att få unga människor i arbete än att få ett pris.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O nível elevado de desemprego jovem é, atualmente, um dos problemas mais prementes da UE, registando-se quase cinco milhões de jovens desempregados. Ao mesmo tempo, existem todos os dias na UE cerca de dois milhões de postos de trabalho por preencher. Para debater esta questão, é necessário ter em conta os seguintes fatores: a globalização, as alterações demográficas, a crise económica, as novas tecnologias e as mudanças na organização do trabalho.

A criação de empresas e o trabalho por conta própria constituem igualmente uma oportunidade para participar no mercado de trabalho. A entrada no mercado e a permanência num emprego são determinadas por duas dimensões de competências: competências essenciais (capacidade de adaptação, capacidade de aprender a aprender, espírito de iniciativa e espírito empresarial, capacidade de comunicação) e competências específicas relacionadas com determinados postos ou empregos.

Devido às diferenças nos mercados de trabalho dos Estados-Membros, é ainda necessário determinar qual o nível de governação que dispõe das ferramentas mais eficazes para identificar e descrever as necessidades em termos de competências.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport, parce que les propositions qu'il contient sont dans l'ensemble trop vagues.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório reflete sobre os números do desemprego que tem assolado a União Europeia, focando-se principalmente no desemprego dos jovens. O desemprego, em termos médios, na UE era em 2014 de 9,9% (em Portugal rondava os 20%), sendo o desemprego jovem de 21,4%, sendo que nos países mais afetados, como Portugal, estava acima dos 30%.

O relatório propõe medidas para combater o desemprego dos jovens. Há aspetos positivos, como a defesa do aumento das qualificações, a crítica ao aumento dos custos de frequência dos vários graus de ensino, a valorização das economias locais e do saber-fazer tradicional, a afirmação de uma educação holística (contra a tendência de especialização), a referência à exploração dos estagiários, a defesa do combate a algumas formas de discriminação.

No entanto, existem também aspetos negativos, destacando-se principalmente a defesa da adaptação dos currículos, os programas e a oferta educativa/formativa às necessidades do «mercado de trabalho»; a sobrevalorização do «empreendedorismo», com a defesa da sua inclusão nos programas escolares e a afirmação da mobilidade como resposta aos problemas do desemprego jovem.

A solução para o desemprego dos jovens passa por romper com as políticas que nos têm sido impostas e romper com quem as impõe. Disso depende o presente e o futuro dos jovens.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulle politiche in materia di competenze per la lotta alla disoccupazione giovanile. Per l'Unione europea è di vitale importanza favorire nuovi impulsi all'occupazione, alla crescita e agli investimenti sostenendo gli Stati membri nel far inserire i giovani nel mondo del lavoro. In particolare, occorre promuovere un passaggio agevole dal mondo dell'istruzione a quello del lavoro, collegando l'istruzione teorica con la formazione pratica e garantendo l'acquisizione dei diritti di previdenza sociale da parte dei lavoratori, che non devono trovarsi per alcun motivo in condizioni di sfruttamento. Ritengo importante una rinnovata condivisione delle buone pratiche da parte degli Stati membri, anche attraverso lo sviluppo degli strumenti di monitoraggio e di previsione nel settore del lavoro.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – As the ECB forces Ireland to borrow to burn it is not possible to take this report seriously. These billions should be invested in creating youth employment instead of feeding the banking monster. I voted against.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Riešenie nezamestnanosti mladých ľudí zostáva hlavnou prioritou, ak Európa nechce riskovať stratu celej jednej mladšej generácie. Prvým krokom musí byť ďalšie posilnenie a riadne uplatňovanie záruky pre mladých a mládežníckej iniciatívy zamestnanosti. Je potrebné zvýšiť pozitívny dlhodobý prínos príležitostí, ktoré sú ponúkané mladým ľuďom, konkrétne prostredníctvom zmysluplných školení, ktoré zlepšia ich zamestnateľnosť a pomôžu k vytvoreniu stabilných pracovných miest. Európa bude lepším miestom, ak sa stanú rovnaké príležitosti realitou pre všetkých mladých ľudí v Európe.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Τα ανησυχητικά επίπεδα ανεργίας των νέων αποτελούν στις μέρες μας ένα από τα πλέον δυσεπίλυτα προβλήματα στην ΕΕ. Δυστυχώς όμως, οι τρόποι διαμόρφωσης πολιτικών ρυθμίσεων και πρωτοβουλιών για την καταπολέμηση της ανεργίας των νέων που παρουσιάζει η έκθεση δεν με βρίσκουν σύμφωνο. Καταρχάς, υποστηρίζεται στην έκθεση ότι ένας πρωταρχικός παράγοντας επίλυσης του προβλήματος που πρέπει να ληφθεί υπόψη είναι η παγκοσμιοποίηση. Υποστηρίζεται επίσης ότι ο ρόλος που διαδραματίζουν στην κοινωνία των νέων πολιτών οι συνδικαλιστικές οργανώσεις είναι σημαντικός. Διαφημίζεται επίσης επίμονα η πρακτική άσκηση ή μαθητεία στο εξωτερικό και τονίζεται η υποτιθέμενη χρησιμότητα του EURES και του Erasmus+. Τέλος, υπογραμμίζεται και προβάλλεται η ύπαρξη των ΜΚΟ ως μέσο και εργαλείο για την προώθηση της επιχειρηματικότητας. Για τους παραπάνω λόγους, καταψηφίζω στο σύνολό της την παρούσα έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – It is about time to raise awareness about the high levels of youth unemployment as one of the most challenging problems in the European Union and on the need to develop policy responses, which can better adapt skills to labour market needs, as a way to reduce it.

I support the important progressive proposals included in the report, mainly referring to the quality of job offers and internships and traineeships, the support of education systems and dual training systems, the value of education and training as a fundamental right.

Tackling youth unemployment has to be a top priority if Europe does not want to risk losing a whole generation. A first step must be the further strengthening and proper implementation of the Youth Guarantee and the Youth Employment Initiative. It is fundamental to improve the positive long-term benefits of the opportunities offered to young people, concretely through meaningful training courses that improve their employability, and stable jobs. Europe will be a better place if we make equal opportunities a reality for all young people in Europe.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat elsősorban a fiatalok munkanélküliségével foglalkozik (Magyarország az EU-átlagnál (22%) 1,5%-kal jobb mutatóval rendelkezik) és célja, hogy az Európai Unió még hatékonyabb választ adhasson arra, hogy közel egy fél magyarországi fiatal mielőbb állást találhasson egy olyan Európában, ahol mindössze kétmillió betöltetlen álláshely van.

A határozat beleillik abba a trendbe, hogy az Unió végre felismerte: a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, és a fiatalok különösen hátrányos helyzetben vannak, hiszen vagy egyáltalán nem, vagy alig rendelkeznek tapasztalatokkal, illetve korszerű tudással. A jelentés alapvetően két dimenzióját említi a képességeknek: az általános, úgynevezett alapkészségek erősítésének, illetve a további, folyamatos specializálódásának a szükségességét a versenyképes tudás szempontjából. Hangsúlyozza a gazdasági élet és az üzleti-pénzügyi szféra felelősségét is.

A fiatalok munkanélkülisége kihívás a családalapítás tekintetében is, nem beszélve arról, hogy a versenyképes kompetenciák (IT-ismeretek, vállalkozásindítás stb.) egyre nagyobb kihívások elé állítják a képzési rendszereket is, amelyeknek reagálniuk kell a piaci követelményekhez és fejlődéshez, méghozzá a helyi és regionális sajátosságokhoz igazodva.

Szavazatommal a néppárti álláspontot követtem azzal, hogy a szubszidiaritás elve alapvető és a tagállamok erőfeszítései is nélkülözhetetlenek.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az ijesztően magas ifjúsági munkanélküliség az EU egyik legsúlyosabb problémája, amely 5 millió munkanélküli fiatalot jelent. Ugyanakkor 2 millió üres állás van. Ez a helyzet súlyos kockázatot hordoz magában az EU társadalmi kohéziója és gazdasági fejlődése tekintetében.

Véleményem szerint a helyzet megvitatásakor az alábbi tényezőket kell figyelembe venni: globalizáció, demográfiai változások, gazdasági válság, új technológiák és a munkaszervezés terén bekövetkező változások. Az új vállalkozások alapítása és az önfoglalkoztatás is lehetőséget biztosít a munkaerőpiacon való részvételhez.

A munkaerőpiacon bekövetkezett változások miatt olyan rugalmasabb oktatási rendszerekre van szükség, amelyek lehetővé teszik a tudás és a készségek kiegészítését és fejlesztését a szakmai karrier minden fázisában. A készségek két dimenziója teszi lehetővé a belépést a munkaerőpiacra és a foglalkoztatottság fenntartását: a kulcskompetenciák (alkalmazkodóképesség, a tanulás tanulása, a kezdeményezés és vállalkozói készség, kommunikáció) és a konkrét állásokkal vagy munkákkal kapcsolatos egyedi készségek.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor con la intención de aportar soluciones al alarmante nivel del desempleo juvenil, con casi 15 millones de desempleados jóvenes. Esta situación supone una seria amenaza para la cohesión social y el desarrollo económico de la UE. Son necesarios unos sistemas de enseñanza más flexibles que permitan complementar y desarrollar los conocimientos y las competencias en todas las etapas de la carrera profesional para adaptarnos mejor a un mercado laboral cambiante. Al mismo tiempo, es necesario vincular las instituciones de enseñanza superior con el sector económico.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – La disoccupazione giovanile rappresenta ancora oggi una delle situazioni più preoccupanti per l'Unione europea. Si tratta di una situazione che minaccia il futuro di milioni di giovani e delle loro famiglie. Con questa relazione abbiamo preso in considerazione gli ostacoli strutturali che impediscono ai giovani l'accesso al mercato del lavoro, individuando la necessità di un approccio olistico che superi le politiche strutturali inefficaci del passato.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – L'Europa, per poter accelerare e superare la contingenza della crisi economica, ha bisogno di mettere in campo tutte le misure finanziarie e le strategie politiche di medio e lungo termine che il momento storico, particolarmente delicato, richiede.

Ma immaginare una crescita concreta per il nostro futuro significa innanzitutto ridurre il tasso di inoccupazione dei nostri giovani: 7 milioni di ragazzi non occupati né studenti è un dato inaccettabile, e lo è ancor di più se le analisi ci dicono che in Europa ci sono attualmente 2 milioni di posti vacanti. Vuol dire che attualmente non è stata messa in campo una gestione organica e intelligente della domanda e dell'offerta in campo lavorativo e prima ancora formativo, generando giovani iperqualificati per canali già saturi e larghi settori vivi e ricettivi destinati a soffrire l'insufficienza di manodopera. È un paradosso cui dobbiamo immediatamente metter fine.

Solo regalando ai nostri giovani un accesso più semplice e democratico al mondo del lavoro possiamo pensare a un'accelerazione reale della macchina europea in termini di competitività, sviluppo e nuovi orizzonti imprenditoriali. Trovo pertanto importante supportare questa relazione, sottolineando soprattutto l'urgenza di una nuova filosofia della formazione scolastica: lungimirante, multidisciplinare e strettamente connaturata al panorama e alle necessità della rete professionale.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht über bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit gestimmt. Ein besonderes Augenmerk möchte ich als Europaabgeordneter der Familien-Partei Deutschlands dabei auf eine Zielgruppe lenken: Junge Mütter. Ihre Anliegen, wenn es um einen Start oder eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt geht, müssen durch eine spezielle „skill policy“ gefördert werden, die auch die „skills“ sieht, anerkennt und grenzübergreifend vergleichbar macht, die Mütter und Väter in Erziehungszeit erwerben.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Innerhalb Europas gibt es eine erhebliche Diskrepanz zwischen Regionen, die durch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit geprägt sind, und anderen Regionen, die nur einen geringen Anteil junger Arbeitsloser aufweisen. Soll auch zukünftig der soziale und wirtschaftliche Zusammenhalt in Europa gewährleistet bleiben, muss dieses Problem konsequent angegangen werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported this report as youth unemployment risks creating a lost generation. It is simply vital that young people have access to the required skills in today's labour market. However, the UK Government needs to boost jobs, growth and investment to ensure that there are quality, stable jobs for young people.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe tiene como objetivo identificar las razones de los obstáculos estructurales a los que los jóvenes se enfrentan para encontrar un empleo, y pretende proponer soluciones.

Si bien la mayor parte del contenido del informe final es positivo, ya que pide un mayor apoyo para los jóvenes en el desarrollo de competencias y el empleo, incluyendo una mayor inversión pública en la educación y, más concretamente, en la transición de la escuela al trabajo, estos aspectos en el informe son meras declaraciones de intenciones, y el impacto real en las políticas va a ser limitado.

El informe pone un excesivo énfasis en el papel de la iniciativa empresarial como solución para la reducción del desempleo juvenil. Las continuas referencias a la necesidad de «ajustar mejor las competencias a las necesidades del mercado laboral» y el llamamiento a estrechar los vínculos entre las instituciones educativas y de formación profesional con las empresas para promover ese ajuste competencias-mercado laboral desvirtúan a nuestro parecer el contenido.

Es por ello que, pese a que no puedo estar a favor por el enfoque neoliberal del texto, me he abstenido en la votación del informe para no bloquear importantes avances y aspectos positivos de este.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Rozwój umiejętności na wszystkich etapach kariery zawodowej jest niezbędny w dzisiejszych czasach do otrzymania odpowiedniego zatrudnienia. Wszelkie zmiany w procesie kształcenia powinny być dostosowane do aktualnych potrzeb na rynku pracy. Popieram strategię nabywania umiejętności służące zwalczaniu bezrobocia ludzi młodych. Szczególnie wszelkie próby udoskonalenia programów w zakresie nauk ścisłych jak również wspieranie integracji młodych osób niepełnosprawnych w obszarze edukacji i zatrudnienia, są według mnie niezbędne w zwalczaniu bezrobocia ludzi młodych.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Combaterea șomajului în rândul tinerilor nu trebuie să rămână un slogan.

Consider important ca investițiile să fie îndreptate spre dezvoltarea vocațională a tinerilor, iar tinerii să fie educați prin sisteme de învățământ armonizate cu cerințele pieței, ale economiei reale. Planificarea educației și formării profesionale este vitală pentru diminuarea șomajului în rândul tinerilor, la fel cum este importantă dezvoltarea întreprinderilor mici și mijlocii inovative care pot oferi locuri de muncă.

Apreciez raportul pentru că subliniază importanța cooperării trans-sectoriale și pentru că subliniază importanța dezvoltării locurilor de muncă pe baza produselor tradiționale, prin meserii și profesii care includ elemente tradiționale și culturale. Statele membre și Comisia trebuie să verifice eficiența cheltuielilor în educație și formare profesională.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I, alongside my fellow Labour MEPs, voted in favour of the report on skills policies for fighting youth unemployment. Across Europe some 4.5 million young people find themselves unemployed. In the North West the figure stands at 68 000, that is 13% of all young people in our region, unable to find work. It is now more important than ever that we tackle this issue head on. In supporting the report, we have outlined our plan to support young people into the workplace. The report provides a wide ranging framework for getting our young people into work; through strengthened partnerships between educational institutes and local employers, to improving the quality of career guidance in schools.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Comment mieux faciliter l'insertion dans le marché du travail des cinq millions de jeunes de 15 à 24 ans qui sont au chômage au sein de l'Union et des 7 millions de jeunes Européens qui ne travaillent pas et ne suivent pas d'études ni de formation? Pour répondre à cette question, le Parlement européen appelle à suivre une approche qui se concentre plus sur l'enseignement professionnel, l'apprentissage non formel et innovant, la formation sur le lieu de travail, les stages et la mobilité.

J'ai donc soutenu ce rapport d'initiative, qui va véritablement dans le sens d'une vision pragmatique prenant en compte l'évolution du marché du travail. Davantage de passerelles doivent être créées entre un monde de l'éducation dans lequel de nouvelles méthodes d'enseignement doivent être introduites, et celui de l'entreprise, avec le soutien de tous les niveaux d'autorités publiques.

Le rapprochement de l'école et de l'entreprise peut certainement permettre de renforcer les compétences essentielles (capacités d'adaptation, apprendre à apprendre, sens de l'initiative, esprit d'entreprise et communication), c'est pourquoi nous avons tout intérêt à encourager ces nouvelles pratiques.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat elsősorban a fiatalok munkanélküliségével foglalkozik (Magyarország az EU-átlagnál (22%) 1,5%-kal jobb mutatóval rendelkezik). Célja, hogy az Európai Unió még hatékonyabb választ adhasson arra, hogy egy közel fél magyarországnyi fiatal mielőbb állást találhasson egy olyan Európában, ahol mindössze kétmillió betöltetlen álláshely van.

A határozat jól mutatja, hogy az Unió végre felismerte: a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, tehát azokkal a fiatalokkal, akik különösen hátrányos helyzetben vannak, hiszen egyáltalán nem, vagy alig rendelkeznek tapasztalatokkal, illetve korszerű tudással. A jelentés két dimenzióját említi a képességeknek: az általános, úgynevezett alapkészségek erősítésének, illetve a további, folyamatos specializálódásának a szükségességét a versenyképes tudás szempontjából. Hangsúlyozza a gazdasági élet és az üzleti-pénzügyi szféra felelősségét is.

A fiatalok munkanélkülisége kihívás a családalapítás tekintetében is, nem beszélve arról, hogy a versenyképes kompetenciák (IT-ismeretek, vállalkozásindítás stb.) egyre nagyobb kihívások elé állítják a képzési rendszereket is, amelyeknek reagálniuk kell a piaci követelményekhez és fejlődéshez, méghozzá a helyi és regionális sajátosságokhoz igazodva.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Η έκθεση ασχολείται με ένα άκρως σημαντικό ζήτημα, όπως είναι αυτό της ανεργίας των νέων. Δυστυχώς, περιέχει στοιχεία όπως η διασύνδεση του επιχειρηματικού κόσμου με τα εκπαιδευτικά συστήματα, η κινητικότητα των νέων για πρακτικές ασκήσεις και για εύρεση εργασίας ή ακόμη η εθελοντική απλήρωτη εργασία τα οποία δεν μας επιτρέπουν να την υπερψηφίσουμε.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe there is a need for more flexible education systems that would allow for matching knowledge and skills at all stages of professional career to face the needs of the labour market and the alarming level of youth unemployment. The report underlines that business creation and self-employment also constitute an opportunity for participation in the labour market. It also calls for an efficient absorption of European funds by the Member States. There are, on the one hand, 24 million unemployed people in Europe, including 7.5 million young people not in employment, education or training (NEETs) and on the other 2 million unfilled vacancies in the EU. Many are over-qualified unemployed youths whose skills do not match the demand of the labour market. Hence the need to build up strong partnerships between local authorities, education and employment services and social partners and the business community to support the creation, implementation and monitoring of short- and medium-term sustainable and quality employment strategies.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Plura-Bericht beschäftigt sich mit Fragen der Bildung und Ausbildung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Aktuell gibt es in der EU 7,5 Mio. arbeitslose Jugendliche. Diese sind insbesondere auf die von der Euro-Krise besonders betroffenen Regionen Südeuropas konzentriert. Gleichzeitig gibt es 2 Mio. freie Stellen in der EU, die oftmals nicht besetzt werden können, weil die geforderten Qualifikationen am Arbeitsmarkt nicht verfügbar sind. Der Plura-Bericht macht Vorschläge, die Ausbildung stärker an die Nachfrage anzupassen, ohne sich dabei zu weit in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten einzumischen. Er setzt sich außerdem für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen ein, die einen Großteil neuer Arbeitsplätze schaffen, und darüber hinaus für die Akzeptanz und Förderung unternehmerischen Denkens. Leider wird von der EU und insbesondere vom Europäischen Parlament weiterhin die Bedeutung der gemeinsamen Währung für die Entstehung und Persistenz von Massenarbeitslosigkeit nicht anerkannt. Der Plura-Bericht macht dabei keine Ausnahme, es ist aber im Rahmen des politisch aktuell Möglichen ein guter Bericht und ich habe deshalb meine Zustimmung gegeben. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za sprawozdaniem w sprawie umiejętności służących zwalczaniu bezrobocia wśród młodzieży, gdyż uważam, że trafnie wskazuje ono najważniejsze kwestie, na które należy zwrócić uwagę, jeśli chcemy wykształcić w młodych ludziach potencjał do pracy w innowacyjnej gospodarce. Przede wszystkim sprawozdanie wskazuje na istotny problem, z jakim mierzy się obecnie europejski rynek pracy: duże niedopasowanie umiejętności młodych ludzi do oczekiwań i potrzeb pracodawców. W efekcie, choć w całej Europie mamy kilka milionów wakatów, wielu młodych ludzi pozostaje bezrobotnych. Dlatego też należy podjąć szybkie, zdecydowane działania, aby zaradzić tej sytuacji.

W sprawozdaniu poseł Plura podjął ważną kwestię nauki przedsiębiorczości już od najmłodszych lat. Samozatrudnienie i rozpoczęcie własnej działalności gospodarczej ma duży potencjał w zwalczaniu bezrobocia. Ponadto umiejętności przedsiębiorcze są uniwersalne, kształtują zaradność i pomagają w znalezieniu i wykonywaniu niemal każdej pracy.

Cieszy także, że w sprawozdaniu odpowiednio podkreślono potrzebę współpracy i koordynacji na wszystkich szczeblach – między instytucjami edukacyjnymi, szkoleniowymi, pracodawcami i jednostkami pozarządowymi. Należy także skupić się na optymalizacji wykorzystania dostępnych na poziomie UE instrumentów: Gwarancji dla Młodzieży, instrumentów finansowych i wsparcia z polityki spójności.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat elsősorban a fiatalok munkanélküliségével foglalkozik. Célja, hogy az Európai Unió még hatékonyabb választ adhasson arra, hogy közel ötmillió fiatal mielőbb állást találhasson egy olyan Európában, ahol mindössze kétmillió betöltetlen álláshely van.

Az Unió felismerte, a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is komolyan foglalkozni kell. Ezen belül a fiatalok különösen hátrányos helyzetben vannak, hiszen vagy egyáltalán nem, vagy alig rendelkeznek tapasztalatokkal, korszerű tudással. A jelentés két fontos elemet tartalmaz: általános alapkészségek erősítését, illetve a további, folyamatos specializálódás szükségességét. Ezek nélkülözhetetlenek a versenyképes tudás megszerzéséhez. A dokumentum hangsúlyozza továbbá a gazdasági élet és az üzleti-pénzügyi szféra felelősségét is.

A fiatalok munkanélkülisége kihívás a családalapítás tekintetében is, nem beszélve arról, hogy a

Szavazatommal a néppárti álláspontot követtem, hangsúlyozva a szubszidiaritás elvét és a tagállamok erőfeszítéseinek nélkülözhetetlenségét.

Mary Honeyball (S&D), *in writing*. – Labour MEPs supported this report as it is critical that young people have access to the required skills for the labour market. The UK Government should also be focusing on measures to boost jobs, growth and investment to ensure that there are quality jobs for young people.

Richard Howitt (S&D), *in writing*. – In my constituency, the East of England Director of construction company RG Carter has said we face a 'skills crisis'. The Royal Institution of Chartered Surveyors found 70% of my region's builders could not find available workers.

It's ironic that at the same time the East of England has some 50 000 young people unemployed, the recruitment firm Cooper Lomaz said last month our companies face skill shortages not just in construction, but in accountancy, food manufacturing, engineering, oil, gas and renewables, sales and marketing and IT too. The only answer is to offer high-quality traineeships and apprenticeships.

I back today's report rightly calling for better skills forecasting in the labour market, strengthened co-ordination between education institutions and local employers, and improved schools career guidance.

I call for key EU tools such as ERASMUS+ and the Youth Employment Initiative to be maximised in the East of England in particular. Finally young people are more vulnerable to exploitation, including being forced into precarious work. As a Labour MEP, I believe that if you work regular hours, you should have a regular contract, and that is why we are working to end exploitative zero-hours contracts not just in Britain, but across the EU.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – The economic crisis of recent years has had a particularly detrimental effect on youth employment in many areas of the EU. This is a welcome report and it is essential that efforts are made to address unemployment amongst young people. In my own country the Scottish government has invested in an ambitious Youth Employment Strategy and this has contributed to the highest levels of youth employment in a decade.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The generation raised in an era of rapid technological progress has not only potential, talents and skills, but also values and priorities that differ from those of previous generations. The level of youth unemployment is nowadays one of the most challenging problems in the EU, with almost 5 million unemployed young people. At the same time there are 2 million unfilled vacancies. This situation causes a serious threat for the social cohesion and economic development of the EU.

The report mentions that there are multidimensional skills which make it possible to enter the labour market and remain employed: key competences, adaptability, learning to learn, initiative and entrepreneurship, communication and specific skills related to particular posts or jobs. The report also underlines that there is a need to determine which level of governance has the most effective tools in identifying and describing skills needs. Business creation and self-employment also constitute opportunities for youth to participate in the labour market.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o politici usmjerenoj na razvoj vještina u borbi protiv nezaposlenosti mladih jer smatram da se velika brojka od 4,5 milijuna nezaposlenih u dobi između 15 i 24 godine svakako može smanjiti kvalitetnim rješenjima vezanim za osposobljavanje, educiranje i zapošljavanje mladih, koji bi trebali biti među najvažnijim političkim prioritetima EU-a.

Kriza vezana za zapošljavanje mladih mora se riješiti učinkovitim i održivim otvaranjem kvalitetnih radnih mjesta u Europi. Potrebno je predvidjeti potrebe sutrašnjice i uskladiti vještine mladih s potrebama tržišta rada, te omogućiti prekvalifikaciju. Podržavam ovo Izvješće jer smatram da su mladi predragocjeni za sadašnje i buduće stanje europskog gospodarstva.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car les mesures qu'il propose sur l'apprentissage constituent un paradoxe vis-à-vis des restrictions budgétaires imposées aux États membres. Par ailleurs, en mettant en exergue les compétences, plus que les diplômes, ce rapport apparaît en lui-même comme un aveu d'échec des systèmes d'éducation nationaux. De plus, il semble beaucoup plus adéquat que les politiques d'insertion des jeunes soient menées en priorité au niveau régional et local, et non pas au niveau européen.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I voted against this non legislative and non-binding report. The report called for the EU to spend more money to spread information on European financing instruments. UKIP opposes the EU spending taxpayer's money especially to put out such propaganda. There was a call to create an EU award for the best project that combats youth employment – this would be a complete waste of money and nothing more than a vanity project for the EU.

It called for Member States to follow EU country-specific recommendations. It also wanted the EU to interfere with Member States' education and national curriculum, suggesting what subjects should be taught – the EU has no competence in this area. It also called for more money and support for mobility programmes such as Erasmus which advertises British jobs across the EU. UKIP is the only party against open door immigration and will protect British jobs. The only people that should decide any of these things are our elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – Today 4.5 million young people aged between 15 and 24 are unemployed in Europe. This poses a serious threat to both the economic and social future of Europe.

To deal with such a challenge, we need appropriate instruments which would help the young generation to develop the skills our labour market actually needs. I believe entrepreneurship is one of them; it is the main driving force for growth. We must boost young people's confidence and encourage them to set up their own business. To this end, more should be done on partnership between education and businesses, for example. By applying the recommendations of this report, I think Member States could better use the potential of this new generation.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Marek Plura sur les politiques en faveur du développement des compétences pour lutter contre le chômage des jeunes. La lutte contre le chômage est un des plus gros défis de l'Union européenne et une priorité de toujours pour mon groupe politique, le PPE.

Je salue les pistes développées dans ce rapport, qui insiste notamment sur la flexibilité des systèmes éducatifs et la nécessité de pouvoir faire correspondre ses savoirs et ses compétences à tous les stades professionnels afin de s'adapter aux besoins du marché du travail.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport avait pour volonté de lutter contre l'un des fléaux de l'Europe actuelle: le chômage des jeunes. Il préconise donc un certain nombre de mesures pour créer de l'emploi, notamment en facilitant la création de leurs propres entreprises, en investissant dans l'éducation en adéquation avec les besoins du marché du travail, en favorisant la formation par alternance et en intégrant d'urgence les nouvelles technologies dans les processus d'apprentissage.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Na rynku pracy to młodzi ludzie są pierwszymi ofiarami kryzysu gospodarczego. Według badań naukowych stopa procentowa bezrobocia w kategorii wiekowej poniżej 25 lat jest w krajach UE bardzo wysoka: w swoich publikacjach z sierpnia 2015 roku Eurostat wskazuje, że sięga ona 20,4 %, a w państwach strefy euro nawet 22,3 %. Niemcy (7%) są państwem o najniższym bezrobociu wśród młodzieży oraz jedynym państwem, w którym bezrobocie nie przekracza 10%. Państwami o najwyższym poziomie bezrobocia są 4 kraje Europy południowej: Hiszpania (48,8 %), Grecja (48,3 %), Chorwacja (43,5 %) oraz Włochy (40,7 %).

W 2012 roku Unia Europejska zareagowała na ten problem za pomocą planu zwanego „Unijnym pakietem środków w dziedzinie zatrudnienia” mającym ułatwić młodym ludziom dostęp do rynku pracy poprzez różnorodne środki. Jest to seria dokumentów zawierających wytyczne mające wspierać tworzenie miejsc pracy i doskonalenie polityki zatrudnienia. Głównymi celami programu są: zmniejszenie opodatkowania pracowników, zwiększenie zysku netto, stworzenie nowych miejsc pracy poprzez mobilizację środków unijnych, promowanie szkoleń dostosowanych do rynku pracy oraz obalenie przeszkód prawnych i praktycznych w zakresie swobodnego przepływu pracowników. Poza tym pakiet ten mówi o stworzeniu europejskiego rynku pracy, rozwoju gospodarki ekonomicznej, promocji i wspieraniu samozatrudnienia, przedsiębiorstw współczesnych oraz tzw. start-upów.

Sprawozdanie naszego kolegi Marka Plury wspiera te idee, pod którymi ja również się podpisuję.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fordert Maßnahmen zur besseren Ausbildung von Jugendlichen, den Austausch von Best-Practice-Modellen, die Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten über innovative und zugängliche Ausbildungsmöglichkeiten, sowie Maßnahmen, um Bildung größtmöglichen Vorrang einzuräumen, und die Lockerung von verwaltungstechnischen und finanziellen Anforderungen. Diesen Maßnahmen stimme ich voll und ganz zu.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Savienībā jauniešu bezdarbs ir ļoti nopietna problēma, kam ir jāmeklē efektīvi risinājumi, lai bezdarba līmenis neturpinātu augt. Skaitļi runā paši par sevi — 2014. gadā ES jauniešu bezdarba līmenis bija 21,4 %, kas bija divas reizes augstāks nekā kopējais bezdarba līmenis ES. Krīze pietiekami smagi skāra nodarbinātību, un tāpēc ES ir nepieciešami līdzekļi, kas uzlabotu situāciju Eiropas Savienībā jauniešu nodarbinātības sfērā. Jaunieši ir Eiropas Savienības nākotne un, lai šī nākotne būtu ar panākumiem, Eiropas Savienībai ir nepieciešamas tādas politikas nostādes, kas veicinās jauniešu uzņēmību un prasmes. Vadoties pēc visiem augstāk minētajiem argumentiem, es atbalstīju šo Eiropas Parlamenta rezolūciju.

Tunne Kelam (PPE), in writing. – I voted in favour of this report. Youth unemployment remains high in Europe, reaching 40-50% in some Member States. At the same time many jobs are vacant due to lack of qualified applicants. It is clear that one aspect of the problem is the mismatch of skills and demand on the labour market. Close cooperation between educational institutions, state authorities, and private-sector, student and youth organisations to identify shortcomings should become the norm, so as to have a functioning network that is able to discuss and find solutions.

Europe underestimates the importance of vocational training and of practical experience in both high-school and higher education. Vocational training offers should be developed in close cooperation with the private sector, and should provide a combined system of in-class learning and quality internships and apprenticeships.

Incorporating digital skills and entrepreneurship as integral part of the whole educational system will equip young people to enhance their potential better. Lastly, labour mobility remains low in Europe, whereas some parts suffer from high unemployment and other parts have unfilled jobs. Better mutual recognition of certificates and accompanying language training could give a boost and offer new opportunities especially for young people to find employment.

Afzal Khan (S&D), in writing. – I voted in favour of the report, as it is critical that young people have access to the required skilled in today's labour market. However, the UK Government needs to boost jobs, growth and investment to ensure that there are quality jobs for young people.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat elsősorban a fiatalok munkanélküliségével foglalkozik (Magyarország az EU-átlagnál (22%) 1,5%-kal jobb mutatóval rendelkezik) és célja, hogy az Európai Unió még hatékonyabb választ adhasson arra, hogy közel egy fél magyarországi fiatal mielőbb állást találhasson egy olyan Európában, ahol mindössze kétmillió betöltetlen álláshely van.

A határozat beleillik abba a trendbe, hogy az Unió végre felismerte: a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, és a fiatalok különösen hátrányos helyzetben vannak, hiszen vagy egyáltalán nem, vagy alig rendelkeznek tapasztalatokkal, illetve korszerű tudással. A jelentés alapvetően két dimenzióját említi a képességeknek: az általános, úgynevezett alapkészségek erősítésének, illetve a további, folyamatos specializálódásának a szükségességét a versenyképes tudás szempontjából. Hangsúlyozza a gazdasági élet és az üzleti-pénzügyi szféra felelősségét is.

A fiatalok munkanélkülisége kihívás a családalapítás tekintetében is, nem beszélve arról, hogy a versenyképes kompetenciák (IT-ismeretek, vállalkozásindítás stb.) egyre nagyobb kihívások elé állítják a képzési rendszereket is, amelyeknek reagálniuk, illeszkedniük kell a piaci követelményekhez és fejlődéshez, méghozzá a helyi és regionális sajátosságokhoz igazodva.

Szavazatommal a néppárti álláspontot követtem azzal, hogy a szubszidiaritás elve alapvető és a tagállamok erőfeszítései is nélkülözhetetlenek.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), in writing. – This report aims to identify the reasons why the youth unemployment rate is still increasing and to propose solutions. An alarmingly high level of youth unemployment is nowadays one of the most challenging problems in the EU. It is deplorable though that, despite the initiatives of the European Institutions to reduce youth unemployment, there are two million unfilled vacancies. The rapporteur explores two main fields that could constitute an opportunity for participation in the labour market: business creation and self-employment. Despite the fact that the report acknowledges the need for efficient and sustainable quality job creation in Europe, I decided to abstain. In my view, this position makes it possible to express criticism towards its overemphasis on the role of entrepreneurship in reducing youth unemployment.

Béla Kovács (NI), írásban. – Az EU-ban az ifjúsági munkanélküliség drámai mértékű, 24 milliós, ráadásul közülük 7 millió fiatal semmilyen oktatásban, képzésben nem részesül. Ehhez képest a jelentés a Bizottság erőfeszítéseit dicséri és a gazdasági bevándorlók támogatását szorgalmazza, a tényekre fittyet hányva. Az Európa 2020 stratégiáról is biztosan állítható, hogy nem oldja meg a problémákat.

Mindemellett a jelentés jó irányvonalakat is felvázol, mint a készségfejlesztés, a vállalkozóvá válás segítése, így nem vethető el teljesen, de egy ennél lényegesen erősebb anyagra volna szükség egy ilyen jelentős probléma kezeléséhez, hiszen az ifjúság maga a jövő.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), kirjallinen. – Leikkauspolitiikka ei saa kohdistua koulutukseen, vaikka siihen on varmasti paineita useammissakin maissa. On hyvä muistaa, että se on satsaus tulevaisuuteen!

Taidoista ja yrittämisestä on alettu puhua yhä enemmän. Kuten tässäkin mietinnössä, yrittäjyyttä alleviivataan. On kuitenkin muistettava, ettei kaikista tule yrittäjiä. Tähän ei saa painostaa ihmisiä liikaa, sillä kaikille yrittäjyys ei sovi. Se ei silti tarkoita, ettei yrittäjyyteen voi luoda kannustimia ja muuten helpottaa pienyrittäjiä.

Koulutus ei saa olla kapea-alaista. Sen on oltava geneeristä, alaa hyödyttävää. Lopullinen vastuu työhön opastamiseen pitää olla yrityksellä. Se on osa perehdytystä. On muistettava, ettei koulutusta voi räätälöidä yhden työnantajan tarpeisiin. Tästä kärsisi työntekijä rankasti, jos hän jäisi työttömäksi tai haluaisi vaihtaa työpaikkaa.

Nuorten koulutuksessa on ehdottomasti panostettava digitaalisiin taitoihin sekä kielten opiskeluun. Nämä antavat hyvät valmiudet tulevaisuudenkin työmarkkinoille.

Oppisopimuskoulutuksesta ei myöskään saa tulla ”pakollista”, yrityksiä hyödyttävää halpaa työvoimaa. Vaikka oppisopimuskoulutus yleistyy joissain Euroopan maissa, sama malli ei sovi kaikkialle, ja tämä pitää muistaa! Painopiste täytyy olla edelleen oppilaitoksissa.

Parempaan koulutussuunnitteluun tarvitaan koko yhteiskunnan yhteispeliä, opiskelija- ja nuorisojärjestöt mukaan suunnitteluun sekä kansalaisjärjestöt ja julkinen sektori. Parempi suunnittelutyö yhteistyössä auttaa työmarkkinoiden tarpeissa paremmin.

Gabrielius Landsbergis (PPE), raštu. – Europos Sąjungoje jaunimo nedarbas siekia 21 proc., tai yra kiek mažiau, nei finansinės krizės metu, tačiau skaičiai vistik išlieka dideli. Nebe pirmus metus ieškoma sprendimo būdų, kaip įtraukti jaunuolius į darbo rinką. Manau, kad greta šiandienos skaičių dėl nedarbo jaunų žmonių, turėtume rimtai susirūpinti jų kompetencijomis ir išsilavinimu. Pasaulis sparčiai juda į priekį, atsiranda naujos verslo šakos, kurių vystymui ar kūrimui reikia ne tik profesinių žinių, bet ir kūrybiškumo, išradingumo. Nors švietimo politika yra valstybių narių kompetencijos klausimas, tačiau būtina žiūrėti į geruosių šalių pavyzdžius, kur švietimo sistemos leidžia akcentuoti ne vien žinias ir išsilavinimą, bet ir visapusiškas asmenybės ugdymą, kur ieškoma naujų būdų ugdymo proceso sukūrimui. Noriu atkreipti dėmesį į Tarptautinio moksleivių vertinimo programos (PISA) tyrimų rezultatus, kurie parodo ES valstybių trūkumus, ruošiant jaunuolius gyvenimui. Balsavau už šią rezoliuciją, nes visos išvardintos priemonės yra svarbios, siekiant spręsti jaunimo nedarbą. Tačiau ES turi pabusti ir orientuotis į jaunų žmonių profesinį tobulėjimą, įsivertinti, ar galiojančios švietimo sistemos yra teisingiausios ir efektyviausias kelias į siekį sukurti išsilavinusią, drąsą ir kūrybingą visuomenę.

Marine Le Pen (ENF), par écrit. – J'ai voté contre le rapport sur les politiques en faveur du développement des compétences pour lutter contre le chômage des jeunes.

Le problème du chômage des jeunes prend une tournure endémique. Pour soutenir leur insertion sur le marché du travail, l'une des principales mesures consisterait à favoriser la mise en valeur des compétences. Certaines mesures préconisées dans ce rapport sont justes et nécessaires. Il faut notamment encourager l'orientation dès le plus jeune âge, adapter les formations et rendre les cursus plus flexibles de manière à mieux répondre aux attentes des employeurs, encourager l'apprentissage, la formation en alternance et le tutorat en entreprise, etc.

Bien que bonnes, ces pistes sont retravaillées à la sauce UE et se résument donc à de très vagues propositions, sans aucun apport pratique ou concret. On ne retrouve que des théories fumeuses et des vœux pieux.

Il est évident que les politiques d'insertion des jeunes sur le marché du travail doivent être menées en priorité au niveau régional et local, et non pas au niveau européen. Les réseaux des services publics sont à même d'accompagner les jeunes dans la transition vers l'emploi, en partenariat avec des associations ou des organismes privés, comme avec les entreprises.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Certes, il a le mérite de se préoccuper du chômage des jeunes, mais il est incapable de faire des propositions concrètes. Tous les amendements déposés par les députés FN ont été rejetés.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, bien qu'il constitue une initiative louable dans le cadre de la lutte contre le chômage des jeunes, qui ne cesse de s'accroître.

Au rayon des bonnes mesures, ce texte tend à favoriser les compétences plutôt que les diplômes, à encourager l'orientation juvénile, ou encore à soutenir l'apprentissage.

Néanmoins, les propositions concrètes y sont vagues, ou même absentes. Déconnecté de la réalité économique, ignorant les coupes budgétaires des États membres, ce texte défend une politique d'emploi des jeunes à l'échelle européenne, quand les solutions se trouvent au niveau local et régional.

Enfin, comme souvent malheureusement, les amendements déposés par notre groupe ont été systématiquement rejetés, et le texte final s'est retrouvé pollué par des revendications idéologiques (théorie du genre, aide aux migrants), auxquelles je suis fermement opposé.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el momento en el que nos encontramos, con casi quince millones de desempleados jóvenes, considero necesario que se lleven a cabo medidas para lograr una mayor cohesión social y combatir este grave problema que afecta a un gran conjunto de la población europea.

El desarrollo de competencias puede convertirse en un mecanismo que comporta y fomenta la igualdad de oportunidades en el ámbito del mercado laboral. En el informe, se establece la gran importancia de la movilidad de los trabajadores. Para lograr que esta movilidad se lleve a cabo, es necesario ofrecer cursos de idiomas específicos por sector y formación sobre comunicación intercultural a los desempleados con el fin de reducir las barreras lingüísticas existentes. Se considera también necesaria la colaboración por parte de los Estados miembros mediante la realización de reformas estructurales en todos los niveles educativos. Asimismo, es necesario un sistema de enseñanza flexible que permita complementar y desarrollar los conocimientos y las competencias en todas las etapas de la carrera profesional.

Bajo mi punto de vista, este informe favorece la promoción de la integración y la empleabilidad en el mercado laboral, por lo que sería oportuno que se produjese su aprobación.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Plura-Bericht beschäftigt sich mit Fragen der Bildung und Ausbildung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Aktuell gibt es in der EU 7,5 Mio. arbeitslose Jugendliche. Diese sind insbesondere auf die von der Euro-Krise besonders betroffenen Regionen Südeuropas konzentriert. Gleichzeitig gibt es 2 Mio. freie Stellen in der EU, die oftmals nicht besetzt werden können, weil die geforderten Qualifikationen am Arbeitsmarkt nicht verfügbar sind.

Der Plura-Bericht macht Vorschläge, die Ausbildung stärker an die Nachfrage anzupassen, ohne sich dabei zu weit in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten einzumischen. Er setzt sich außerdem für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen ein, die einen Großteil neuer Arbeitsplätze schaffen, und darüber hinaus für die Akzeptanz und Förderung unternehmerischen Denkens.

Leider wird von der EU und insbesondere vom Europäischen Parlament weiterhin die Bedeutung der gemeinsamen Währung Euro für die Entstehung und Persistenz von Massenarbeitslosigkeit nicht anerkannt. Der Plura-Bericht macht dabei keine Ausnahme, es ist aber im Rahmen des politisch aktuell Möglichen ein guter Bericht und ich habe deshalb meine Zustimmung gegeben.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti, jelikož EU chce řešit nezaměstnanost mladých většími dotacemi do jejich začlenění, vzdělávání atd. Zpráva volá po utrácení peněz daňových poplatníků na evropskou propagandu: „aby bylo využíváno více finančních prostředků na šíření informací o nástrojích evropského financování“.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Puno aktivnosti je poduzeto s ciljem jačanja poduzetništva mladih, smanjenja nezaposlenosti i samozapošljavanja, ali se nisu pokazale učinkovitima i ne možemo biti zadovoljni postignutim jer je više od sedam milijuna mladih Europljana nezaposleno, ne školuje se i ne osposobljava.

Europska unija je kroz zasebni proračun „Inicijativa za zapošljavanje mladih” (YEI - Youth Employment Initiative), zajedno s pridruženim sredstvima Europskog socijalnog fonda (ESF) dodijelila 132,3 milijuna eura za provedbu izravnih intervencija prema mladim osobama.

Dio aktivnosti vezanih za zapošljavanje mladih financira se trenutačno iz ESF-a 2007. –2013. i to kroz tzv. izravnu dodjelu sredstava Hrvatskom zavodu za zapošljavanje, no otvoreno je pitanje koliko se ovih sredstava uistinu vratilo u hrvatski proračun.

Za Inicijativu zapošljavanja mladih Europska komisija uplatila je još početkom 2015. predugjam od 26 milijuna eura koji mora biti potrošen do svibnja 2016., inače se vraća u Europski proračun.

Podržala sam izvješće za politike usmjerene na razvoju vještina u borbi protiv nezaposlenosti mladih jer razvijanje poduzetničkog duha i pozitivne atmosfere prema poduzetništvu počinje od malih nogu stoga je potrebno uvesti posebne programe u svim obrazovnim institucijama, od vrtićke dobi do fakultetske.

Светослав Христов Малинов (PPE), в писмена форма. – На днешното пленарно заседание Европейският парламент прие с голямо мнозинство резолюция за преодоляване на обезпокоително високите нива на младежка безработица в Европейския съюз. Предвид факта, че почти пет милиона млади хора са без работа, при налични над два милиона незаети работни места, приетите мерки имат за цел обучението и адаптацията на младите към нуждите на пазара на труда.

Проблемът с младежката безработица остава един от най-големите политически приоритети. Ако искаме да постигнем по-голяма ефективност в борбата с него, съдействието между представителите на бизнеса, образователните институции и организациите, предлагащи курсове за квалификация и преквалификация, трябва да бъде ключов фактор. Само така можем да постигнем по-голямо съответствие между професионалната подготовка на младите и нуждите на работодателите. Други въпроси, върху които предложението с основание поставя акцент, са борбата с явления като заетост в сивия сектор, договори за нулево работно време и неплатени стажове.

Ето защо, подкрепям поставянето на проблема с високите нива на младежка безработица на дневен ред и призовавам за по-голяма ангажираност и адекватни политики от страна на държавите членки.

Vladimír Maňka (S&D), písomne – Nezamestnanosť mladých ľudí na konci roku 2014 dosahovala 21,4 % , pričom sedem miliónov mladých ľudí vo veku 15 – 24 rokov nebolo zamestnaných a nebolo ani v procese vzdelávania alebo odbornej prípravy. Tieto čísla sú alarmujúce a pre budúcnosť Únie môžu mať hrozivé dopady. Dokladujú, že v procese výchovy mladých ľudí zlyhávajú štátne aj spoločenské mechanizmy. Nezvládame výchovu a motiváciu mladej generácie napriek množstvu finančných zdrojov, ktoré sa do týchto politík nalievajú. Široký potenciál mladých ľudí v nádväznosti na ich schopnosti je častokrát nevyužitý. Čoraz naliehavejšia sa preto javí potreba prehodnotenia systému a kvality vzdelávania s ohľadom na rozvoj digitálnej spoločnosti a dopadov globalizácie, ako aj poskytovania sociálneho a ekonomického zabezpečenia vo väzbe na povinné vzdelávanie, odbornú prípravu a zamestnanosť mladých ľudí.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Παραπέμπω στην από 18ης Ιανουαρίου 2016 σχετική ομιλία μου ενώπιον της Ολομέλειας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και επισημαίνω ότι απέχω από την ψηφοφορία επί της έκθεσης σχετικά με τις πολιτικές δεξιοτήτων για την καταπολέμηση της νεανικής ανεργίας. Επιθυμώ επίσης να τονίσω ότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport. Cette longue litanie de vœux pieux veut lutter contre le chômage des jeunes grâce à des politiques de développement des compétences. Quelques bonnes idées émergent de ce texte, telles que la volonté d'encourager l'apprentissage, la formation en alternance et le tutorat, ou la volonté d'anticiper les besoins en qualifications des secteurs porteurs. Mais ces grandes idées peuvent tout à fait être organisées par les États membres, dont ce sont des prérogatives.

Il nous semble évident que les politiques d'insertion des jeunes sur le marché de travail doivent être menées en priorité au niveau régional et local: les réseaux des services publics sont à même d'accompagner les jeunes dans la transition vers l'emploi, en partenariat avec des associations ou des organismes privés, comme avec les entreprises. L'Union européenne n'a pas besoin de s'en occuper.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this Report which ‘Stresses that “a new boost to jobs, growth and investment” is an essential priority of the Commission and that in its Work Programme for 2015, the Commission committed to taking practical initiatives to promote integration and employability in the labour market, particularly measures to support Member States in getting young people into work; reiterates that Parliament has regularly proposed different solutions stressing that youth employment, education and training should be one of the highest political priorities for the EU’.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Il livello di disoccupazione giovanile ha colpito duramente la maggior parte dei paesi europei, mettendo a dura prova i rispettivi mercati del lavoro, con effetti particolarmente gravi sulle possibilità occupazionali dei giovani, con conseguenze profondamente negative sul futuro delle giovani generazioni. La disoccupazione rimane, difatti, a un livello decisamente allarmante, in costante aumento, registrando quasi 5 milioni di giovani disoccupati. È fondamentale promuovere iniziative concrete, volte ad incoraggiare l'integrazione e l'occupazione nel mercato del lavoro, attuare immediatamente misure di protezione sociale volte a contrastare gli effetti economici e sociali della disoccupazione, nonché misure particolari atte a sostenere gli Stati membri nel far entrare i giovani nel mondo del lavoro.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se zabývá skutečně nesmírně důležitým tématem, a tím je nezaměstnanost mladých lidí. Ti často dokončí studia a ocitnou se na úřadech práce bez jakékoliv naděje na budoucí uplatnění. Vzniká nám tak pomalu, ale jistě tzv. ztracená generace mladých. Situace v Evropě je alarmující, např. ve Španělsku dosahuje nezaměstnanost mladých 55 %. Zpráva obsahuje některé pozitivní aspekty, např. důraz na ucelené vzdělávání a praxi v do budoucna perspektivních oborech. Protože ale nesouhlasím s tím, že hlavním řešením tohoto tragického stavu je podněcování mladých k podnikání a to až v takové míře, že by se obor podnikání měl vyučovat na základních školách, v konečném hlasování jsem se zdržel.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – I giovani sono la nostra risorsa più importante, anche se in Europa è la meno sviluppata, così come dimostra l'altissimo tasso di disoccupazione giovanile. In questo contesto sono d'accordo con il relatore sulla necessità di un lavoro più approfondito per migliorare la situazione dei giovani in Europa. Sostengo quindi le raccomandazioni contenute nella relazione circa la crucialità dell'educazione e dello sviluppo delle abilità individuali affinché il tasso di disoccupazione giovanile in Europa scenda. Dobbiamo essere certi che la gioventù europea sia ben preparata a fronteggiare le sfide dell'economia del XXI secolo e che un'educazione flessibile, a tutti i livelli, è la chiave al futuro.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La alarmante cifra de desempleo juvenil hace necesario que desde la UE y desde este Parlamento sigamos trabajando para poner todas las facilidades que permitan reducir esos niveles y garantizar un futuro para nuestros jóvenes.

En este sentido, doy mi apoyo al informe sobre políticas de competencias para combatir el desempleo juvenil, que pone el énfasis en la necesidad de mejorar las competencias para que los jóvenes puedan acceder y mantener un empleo. Son necesarias tanto competencias generales, como la adaptabilidad, capacidad de aprendizaje, iniciativa y emprendimiento o comunicación, como competencias específicas para puestos o trabajos concretos.

Además, no nos cansamos de señalar que es necesario vincular (también financieramente) las instituciones de enseñanza superior con el sector económico.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραφτώς*. – Οι νέοι αποτελούν σήμερα μια ευάλωτη κατηγορία πολιτών που έχει επηρεαστεί σε πολύ μεγάλο βαθμό από την οικονομική κρίση που πλήττει τα τελευταία χρόνια την ΕΕ. Οι αριθμοί μιλούν από μόνοι τους, αν αναλογιστούμε ότι 4,5 εκατομμύρια νέοι ηλικίας 15-24 χρονών είναι αυτή τη στιγμή άνεργοι σε όλη την Ευρώπη.

Το πρόβλημα είναι ιδιαίτερος έντονο σε Ελλάδα και Κύπρο. Τα ποσοστά ανεργίας είναι ιδιαίτερος υψηλά με αποτέλεσμα να αυξάνεται συνεχώς ο αριθμός των νέων που μεταναστεύουν στο εξωτερικό για να αναζητήσουν απασχόληση.

Τόσο η βασική αιτία της ανεργίας όσο και ένα σημαντικό μέσο καταπολέμησης της μπορούν να αναζητηθούν στην τριτοβάθμια εκπαίδευση. Παρατηρείται έλλειψη δεξιοτήτων απαραίτητων στις διαθέσιμες θέσεις εργασίας και τούτο διότι οι νέοι επιλέγουν να σπουδάσουν κορεσμένα επαγγέλματα που δεν ανταποκρίνονται στις σημερινές ανάγκες της κοινωνίας. Καθίσταται επομένως επιτακτική η ανάγκη να αποκτηθούν από τους νέους εκείνα τα κατάλληλα προσόντα που απαιτεί η σημερινή αγορά εργασίας, υπολογίζοντας ταυτόχρονα και τις μελλοντικές ανάγκες. Η ανάπτυξη δεξιοτήτων όπως είναι η προσαρμοστικότητα και η επικοινωνία, απαραίτητων σε κάθε επάγγελμα, πρέπει να αποτελούν πρώτιστη μέριμνα των εκπαιδευτικών συστημάτων.

Επιθυμώ επομένως να υπερψηφίσω το συγκεκριμένο ψήφισμα ώστε να αποτελέσω μέρος της προσπάθειας εξάλειψης της νεανικής ανεργίας στην Ε.Ε.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält eine Vielzahl guter Vorschläge und berechtigter Anliegen, welche Unterstützung verdienen. Eine Berufsorientierung in die Lehrpläne einzubinden, erachte ich als vernünftig. Ebenso halte ich die Verknüpfung von Ausbildungsstätten mit Unternehmen für ein probates Mittel, um zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beizusteuern. Daher stimme ich diesem Bericht zu.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in support of this report which acknowledges the need for education systems to adapt to the needs of the labour market. The report identifies opportunities that will help combat youth unemployment and facilitate their participation in the labour market.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport suggérant des pistes contre le chômage des jeunes a pour principal mérite de se déclarer fermement contre les coupes dans l'éducation et pour renforcer les créations d'emplois verts non délocalisables. Autrement, il reproduit les poncifs habituels de la droite. À commencer par le développement, dès le collège, de «l'esprit d'entreprise» et de «compétences» professionnelles mais aussi des «compétences démocratiques». Sans oublier le renforcement de la mise sous tutelle de l'éducation par le privé, soi-disant au bénéfice de l'évolution des marchés et au détriment des acquis fondamentaux et civiques des élèves. On retrouve encore une fois la demande de dérégulation de l'entrepreneuriat, panacée de l'UE pour tout demandeur d'emploi et dans n'importe quelle condition. Enfin, au regard des 7 millions de jeunes sans activité dans l'UE, souligner les 2 millions de postes non pourvus ou les «surqualifiés» apparaît particulièrement inique et indigne. Comme lors de la présentation de la Garantie Jeunesse il y a plus de trois ans maintenant, aucun gage n'est donné au-delà des mots en faveur «d'emplois décents et de qualité». Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – C'est un rapport majeur qui mérite toute notre attention.

Mais ce rapport contient de vagues propositions sur l'apprentissage, la flexibilité des cursus, les formations en alternance, etc. Elles constituent un paradoxe vis-à-vis des restrictions budgétaires imposées aux États membres. Par ailleurs, en mettant en exergue les compétences, plus que les diplômes, ce rapport apparaît en lui-même comme un aveu d'échec des systèmes d'éducation nationaux. De plus, il semble beaucoup plus adéquat que les politiques d'insertion des jeunes soient menées en priorité au niveau régionale et local, et non pas au stade européen. Enfin, les amendements, en commission, ont inséré des notions inadaptées et dangereuses, telles que l'intégration des migrants et l'application de la théorie du genre. En conséquence, je vote contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável ao relatório sobre políticas em matéria de competências para combater o desemprego dos jovens.

É deveras preocupante saber que o desemprego jovem na UE atinge quase 5 milhões de jovens. Os jovens foram especialmente atingidos pela crise. Por outro lado, existem dois milhões de postos de trabalho por preencher. Este cenário ameaça gravemente a coesão social e o desenvolvimento económico da UE.

Os jovens são um importante ativo da economia europeia, por isso é urgente que sejam tomadas todas as medidas que façam reverter este cenário.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because it is vital to fight the high rate of youth unemployment in Europe. The resolution advocates more flexible education systems in the Union that allow for matching knowledge and skills at any stage of professional careers. In addition, this resolution calls for an organised and even spread of European funds by Member States.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – Het aanpakken van de jongerenwerkloosheid blijft één van de grootste uitdagingen in Europa. Ondanks het feit dat eind 2014 méér dan 7 miljoen jongeren in Europa zonder job zaten stellen we tegelijk ook vast dat 2 miljoen vacatures niet ingevuld geraken. Het is dus van het grootste belang dat Europa en de lidstaten initiatieven nemen om meer jongeren aan het werk te krijgen.

Een geïntegreerd werkgelegenheidsbeleid betekent dat sneller moet geanticipeerd worden op evoluties op de arbeidsmarkt en dat de ontwikkeling van individuele vaardigheden in overeenstemming moet gebracht worden met de specifieke vraag op de arbeidsmarkt. Het is bovendien aan te bevelen dat, in het kader van sector-overschrijdende samenwerking, onderwijsinstellingen en economische sectoren intensiever gaan samenwerken. Ik sluit mij tevens aan bij de aanbeveling in dit verslag om het Europees banennetwerk Eures en de arbeidsmobiliteit te intensifiëren zodat, zeker in grensregio's, jongeren aangemoedigd worden om werkaanbiedingen van over de grens aan te nemen.

Ten slotte is het ook aanbevolen extra inspanningen te leveren om het ondernemerschap bij jongeren te bevorderen. In die optiek is het aangewezen dat alle lidstaten zich engageren in het Erasmusprogramma voor jonge ondernemers.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Vysoká nezamestnanosť mladých ľudí je jeden z najalarmujúcejších znakov dnešnej doby. Negatívny dosah nezamestnanosti nie je viditeľný len v klesajúcej platobnej schopnosti mladých, ale aj v ich sociálnom či morálnom úpadku. Mladí ľudia nesmú strácať pracovné návyky, pretože bude pre nich čoraz ťažšie zaradiť sa do normálneho spôsobu života. Je potrebné zmeniť prístup vo vzdelávaní, podporovať učňovské a priemyselné školy a ich spoluprácu so zamestnávateľmi, zlepšiť ich meno v spoločnosti a upozorňovať na ne mladých, ktorí sa rozhodujú pre výber školy alebo ktorí nenašli uplatnenie vo svojom odbore a takouto cestou môžu rozšíriť svoje uplatnenie. Absolventov týchto škôl je v Európe žiaľomne málo, hoci ich nástup v pracovnom živote je rýchly a finančne zaujímavý. Takýto prístup by mohol vo zvýšenej miere viesť ku zníženiu nezamestnanosti mladých a následne k zlepšeniu ich životnej situácie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on skills policies for fighting youth unemployment. Tackling youth unemployment remains a top priority if Europe does not want to risk losing a whole generation. A first step must be the further strengthening and proper implementation of the Youth Guarantee and the Youth Employment Initiative. It is fundamental to improve the positive long-term benefits of the opportunities offered to young people, concretely through meaningful training courses, that improve their employability, and stable jobs. Europe will be a better place if we make equal opportunities a reality for all young people in Europe

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság jelentése szerint az EU egyik legsúlyosabb problémája az ijesztően magas ifjúsági munkanélküliség: jelenleg 4,5 millió 15 és 24 év közötti fiatal van munka nélkül, a nem foglalkoztatott, oktatásban és képzésben nem részesülő 15 és 24 év közötti európai fiatalok száma pedig meghaladja a 7 milliót. A munkanélküliségi ráta 2014 végén az Unióban 9,9%, a fiatalok tekintetében azonban ennek több mint a kétszerese, 21,4% volt. Ugyanakkor van 2 millió üres állás. Ez a helyzet súlyos kockázatot hordoz magában az EU társadalmi kohéziója és gazdasági fejlődése tekintetében.

A jelentés megállapítja, hogy az új vállalkozások alapítása és az önfoglalkoztatás is lehetőséget biztosít a munkaerőpiacon való részvételre. Ugyanakkor rámutat, hogy a munkaerőpiacon bekövetkezett változások miatt olyan rugalmasabb oktatási rendszerekre van szükség, amelyek lehetővé teszik a tudás és a készségek kiegészítését és fejlesztését a szakmai karrier minden fázisában.

A munkaerőpiacra való belépést és a foglalkoztatottság fenntartását a jelentés szerint a készségek két dimenziója teszi lehetővé: a kulcskompetenciák (alkalmazkodóképesség, a tanulás tanulása, a kezdeményezés és vállalkozói készség, kommunikáció) és a konkrét állásokkal vagy munkákkal kapcsolatos egyedi készségek. Ugyanakkor szükséges a felsőoktatási intézmények összekapcsolása (pénzügyi értelemben is) a gazdasági szektorral (ipar, szolgáltatások).

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Pour soutenir l'insertion des jeunes sur le marché du travail, l'une des principales mesures consisterait à favoriser la mise en valeur des compétences, plutôt que des diplômes. Cette idée entérine d'une certaine manière l'échec des systèmes nationaux d'éducation et de formation professionnelle.

D'autres pistes sont avancées, par exemple celle consistant à encourager l'orientation dès le plus jeune âge, l'apprentissage, la formation en alternance, et le tutorat en entreprise. Bien que bonnes, ces pistes se résument donc à de très vagues propositions, sans aucun apport pratique.

La plupart de ces mesures sont difficiles à concrétiser dans le contexte présent où les États membres sont contraints d'adopter des budgets restreints. Il est évident que les politiques d'insertion des jeunes sur le marché du travail doivent être menées en priorité au niveau régional et local, et non pas au niveau européen.

L'idée de développer l'esprit d'entreprise pour encourager les jeunes à créer leur propre emploi est récurrente, mais sa portée sera marginale dans un contexte économique particulièrement difficile.

L'entreprenariat des jeunes n'est parfois qu'un instrument utilisé pour les sortir des chiffres du chômage. Il convient de ne pas soutenir ce rapport.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O desenvolvimento das competências individuais e a difusão dos conhecimentos e das competências são um dos principais elementos das políticas de emprego, permitindo gerar um crescimento duradouro, promover a competitividade e combater o desemprego.

Voto favoravelmente o presente relatório, subscrevendo a posição que defende o estabelecimento de maiores níveis de cooperação entre instituições de ensino superior e o mercado de trabalho, uma aposta crescente ao nível do empreendedorismo e novas oportunidades para os jovens.

Importa realçar que existem sensivelmente 22 milhões de desempregados na Europa, incluindo 7 milhões de jovens que não trabalham, não estudam nem seguem qualquer formação (NEET), sendo assim fundamental desenvolver novas competências educacionais que se encontrem associadas às necessidades do mercado de trabalho, sobretudo a nível tecnológico onde existem 2 milhões de vagas por preencher na União Europeia.

Por fim, gostaria de sublinhar o facto de o Programa Garantia Jovem ter produzido resultados bastante satisfatórios. Contudo, acredito que as políticas de emprego jovem devem estar mais focadas na criação de reais oportunidades de emprego e não em programas sociais que não solucionam este flagelo que milhares de jovens desempregados vivem diariamente.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur les politiques en faveur du développement des compétences pour lutter contre le chômage des jeunes envisage de mettre en avant les compétences des jeunes plutôt que leurs diplômes, afin de faciliter leur insertion sur le marché du travail, mais aussi d'encourager l'orientation dès le plus jeune âge, ainsi que l'apprentissage ou la formation en alternance, d'adapter les formations et de rendre les cursus plus flexibles, et d'anticiper les besoins en qualification des secteurs les plus porteurs.

Ces propositions ne sont guère révolutionnaires et sont, pour la plupart, vagues. Par ailleurs, ces mesures nécessiteraient un effort budgétaire impossible dans le cadre contraignant de l'Union européenne.

Par ailleurs, si cette politique doit être menée, c'est à l'échelon local et des États, et non de Bruxelles.

Les poncifs énumérés dans ce texte m'ont conduit à voter contre ce texte.

Clare Moody (S&D), *in writing*. – Labour MEPs supported this report as it is critical that young people have access to the required skilled in today's labour market. However, the UK Government needs to boost jobs, growth and investment to ensure that there are quality jobs for young people.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs supported this report as it is critical that young people have access to the required skilled in today's labour market. However, the UK Government needs to boost jobs, growth and investment to ensure that there are quality jobs for young people.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport relatif à la lutte contre le chômage des jeunes, qui est une de mes priorités. Actuellement, plus de 7 millions de jeunes Européens de 15 à 24 ans ne travaillent pas, ne suivent pas d'études ou de formation. Parmi eux, 4,5 millions sont au chômage.

Dans ce contexte très inquiétant, il est essentiel de développer les compétences des jeunes, afin qu'ils intègrent le marché du travail. Les fonds européens contribuent à l'accès à des formations universitaires et en entreprise. J'ai soutenu les dispositions demandant davantage de moyens financiers pour diffuser des informations sur les outils de financement européens et développer, dans les universités et les entreprises, les connaissances et les compétences nécessaires à la recherche de fonds, à l'étude et à la gestion de projets de financement.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Nell'UE ci sono, da un lato, più di 7 milioni di giovani che non sono né assunti né studenti o iscritti a corsi di formazione (NEET) e, dall'altro, 2 milioni di posti vacanti, con molti giovani disoccupati troppo qualificati le cui capacità non corrispondono alle esigenze del mercato del lavoro.

Il mio voto a favore di questa risoluzione sottolinea la necessità di costruire collaborazioni forti fra servizi di impiego e di formazione e al contempo migliorare la cooperazione e l'interazione fra istruzione scolastica e formazione professionale, amministrazione pubblica, organizzazioni giovanili e studentesche e mondo del lavoro per massimizzare la qualità dell'educazione e della formazione. Per garantire ai giovani un maggiore accesso al mercato del lavoro credo sia importante rivedere i programmi formativi, dove possibile, anticipando le esigenze del mercato del lavoro. Credo inoltre fondamentale che sostenere un dialogo continuo tra gli istituti d'istruzione e i datori di lavoro, così come la condivisione delle buone prassi relative alla formazione professionale e allo sviluppo della formazione basata sulle competenze, ivi comprese quelle pratiche e imprenditoriali, siano fra gli strumenti più incisivi per risolvere il disallineamento delle competenze. L'occupazione, l'istruzione e la formazione dei giovani devono continuare a essere priorità politiche dell'UE.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerato il livello preoccupante della disoccupazione giovanile, fenomeno che colpisce cinque milioni di giovani nell'Unione Europea, e il persistente divario fra la collocazione delle donne nel mercato del lavoro e la loro formazione, accogliamo con favore la relazione Plura. Il testo, infatti, riconoscendo la gravità di un problema che potrebbe pregiudicare lo sviluppo economico e la coesione sociale in Europa, promuove un approccio olistico alla questione. Una strategia che, tenendo conto dell'ampio spettro dei fenomeni, dalla globalizzazione alla crisi economica, che hanno determinato le attuali circostanze, sia in grado di superare il criterio strettamente settoriale che ha caratterizzato l'implementazione delle politiche volte al sostegno occupazionale. L'attuale crisi è, inoltre, strettamente legata ai sistemi educativi europei, spesso distanti dal settore economico. Si rende, quindi, necessaria una politica dell'istruzione in grado di riformare gli istituti universitari, rendendoli più vicini alle necessità del sistema produttivo. A tal scopo, un collegamento fra istituzioni di educazione superiore e aziende, anche in materia di sostegno economico, potrebbe sicuramente agevolare un più efficiente collocamento dei giovani nel mercato del lavoro. Le sfide imposte dalla modernità richiedono, poi, una maggiore flessibilità dei percorsi formativi, a partire dall'integrazione e dall'aggiornamento delle competenze in fasi anche successive all'ingresso nel mercato.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le rapport sur les politiques de lutte contre le chômage des jeunes a reçu mon soutien, celui-ci faisant état des mesures en faveur du développement des compétences. Le rapport a suscité un large consensus en commission et obtenu une approbation équivalente de la part du Parlement.

Il apporte une aide précieuse à la lutte contre le chômage des jeunes, priorité pour l'Union européenne.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il livello allarmante di disoccupazione giovanile rappresenta oggi una delle sfide principali dell'UE, dove si registrano quasi 5 milioni di giovani disoccupati. Sostengo la relazione perché ritengo che occorrono sistemi d'istruzione più flessibili che consentano l'integrazione e lo sviluppo di conoscenze e competenze in tutte le fasi della carriera professionale. Esistono due dimensioni di competenze che consentono di accedere al mercato del lavoro e di mantenere l'impiego: competenze fondamentali e competenze specifiche connesse a posti o a lavori particolari. Occorre altresì determinare quale livello di governance disponga degli strumenti più efficaci per individuare e definire le esigenze in termini di competenze.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm a fiatalok munkanélkülisége elleni küzdelemre vonatkozó jelentést. Egy olyan dokumentum elfogadásáról szavaztunk, amire napjainkban különösen nagy szükség van, hiszen a fiatal munkanélküliek problémája számos tagállamot érint, köztük az én hazámat, Szlovákiát is. Az egyik legalapvetőbb probléma abban rejlik, hogy a munkaerőpiacon való kereslet és kínálat gyakran nem találkoznak. Olyan praktikus megoldásokat kell alkalmaznunk, amelyek lehetővé teszik ezek összehangolását. Ebben pedig úgy gondolom, hogy kulcsfontosságú a minőségi és rugalmas oktatás, amely olyan készségek elsajátítását biztosítja, amelyekre a munkaerőpiacon leginkább igény van. Hatékony eszközként tekinthetünk továbbá a vállalkozói készség előmozdításának különböző formáira, amelyek megva-

lósításához számos európai projekt kínál segítséget.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that encourages youth business creation and participation in the labour market as a means of social cohesion and economic development of the EU.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Аз идвам от страна, където нивата на младежка безработица са едни от най-високите в Европа. Днес младите хора срещат все по-големи трудности при прехода от образование към работа и са често склонни да приемат позиции, които не отговарят на квалификациите им.

Смятам, че за да постигнем интелигентен, устойчив и приобщаващ растеж, е необходимо да инвестираме в образование и умения, в развиване на таланти и създаване на възможности за реализация в живота. Трябва да се насърчава развитието на базови умения и компетенции, като боравенето с информационни и комуникационни технологии (ИКТ), математиката, владенето на чужди езици и мобилността, които позволяват на младите бързо да се приспособяват към променящите се нужди на пазара на труда.

Не на последно място бих искал да изведа на преден план необходимостта от ранно кариерно ориентиране, което да помага на учащите да вземат правилното решение при избор на професия. В заключение искам да кажа, че за да намерим трайно решение на младежката безработица, е необходимо държавите членки да гарантират, че инвестициите в качествено образование и обучение и в развитието на хоризонтални умения са приоритет.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Rata șomajului la nivelul Uniunii era de 9,9 % la sfârșitul anului 2014, iar rata șomajului în rândul tinerilor era de peste două ori mai ridicată, atingând 21,4 %.

Din păcate, există numeroși tineri șomeri supracalificați ale чăрор компетенțe nu corespund cererilor de pe piața muncii. Компетенțele practice, antreprenoriale, de programare și digitale sunt indispensabile pentru dezvoltarea profesională, de aceea subliniez importanța de a pune în aplicare Planul de acțiune Antreprenariat 2020 și Strategia UE privind competențele digitale.

Încurajăm statele membre să includă de urgență noile tehnologii în procesul de învățare și să intensifice, la toate nivelurile și pentru toate tipurile de educație și de formare, activitățile de formare în domeniul TIC și pe cele axate pe dezvoltarea competențelor în domeniul informatic, inclusiv pentru personalul didactic, pentru a oferi programe de studiu mai bine corelate cu evoluțiile digitale și a motiva tinerii să studieze TIC și să se angajeze în cariere legate de aceasta.

Am votat pentru raportul referitor la politicile de dezvoltare a competențelor pentru combaterea șomajului în rândul tinerilor și consider că acordarea unei formări și a unui acces egal tuturor la instrumentele digitale este mai importantă ca niciodată.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport în semn de susținere față de una dintre cele mai importante și necesare politici comune ale UE, și anume combaterea șomajului în rândul tinerilor prin dezvoltarea competențelor acestora. Raportul de astăzi prezintă problemele și dificultățile tinerilor în vederea găsirii unui loc de muncă, problemă care există în toate statele europene, inclusiv România.

Întrucât în ultimii ani, la nivel european, tinerii au fost cel mai mult afectați de pe urma crizei, rata șomajului atingând, în 2014, 21,4 % , trebuie depuse toate eforturile pentru a se asigura faptul că sistemele de învățământ pregătesc în mod corespunzător studenții pentru a se realiza profesional. În acest sens, după cum propune și raportul, statele membre, autoritățile regionale și locale trebuie să adopte și să aplice, împreună cu partenerii sociali și furnizorii de cursuri de formare profesională, strategii de dezvoltare și de anticipare a competențelor cu scopul de a îmbunătăți competențele tinerilor.

De asemenea, am votat acest raport deoarece consider foarte important ca statele membre să susțină și să dezvolte în continuare rolul important pe care îl au angajatorii și antreprenorii în formarea tinerilor la locul de muncă.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям целите, заложи в доклада за по-гъвкави образователни системи и необходимостта от холистично образование. Държавите членки се насърчават да вземат участие в програмата „Еразъм за млади предприемачи“ и да я популяризират сред младите хора, така че те да могат да натрупат опит в чужбина и да придобият нови умения. Програмите Еразъм +, Гаранцията за младежта и Инициативата за младежка заетост са важни инструменти в развитието на образованието и обучението за младите неквалифицирани и нискоквалифицирани. Необходимо е по-добро финансиране, както и бързото прилагане на тези схеми, което да бъде последвано от подходящо наблюдение във всяка държава членка; докладът констатира, че трудовата мобилност в рамките на ЕС остава ниска и акцентира върху значението на мобилността на работниците за създаване на конкурентен трудов пазар.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da es meiner Meinung nach sehr wichtig ist, Jugendliche bei ihrer Berufsauswahl oder bei der Wahl des Bildungsweges zu unterstützen. Besonders Praktika sind für junge Menschen eine gute Möglichkeit, den Einstieg in die Arbeitswelt zu finden. Die Beschäftigung junger Menschen und die Ausbildung sollten zu den obersten politischen Prioritäten der EU zählen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative dédié au chômage des jeunes en Europe, phénomène dramatique qui atteint des niveaux très élevés, alors que 2 millions de postes restent vacants dans l'Union européenne. Ce rapport appelle l'Union à réagir face à cette situation qui constitue une menace non négligeable pour la paix sociale en Europe et à proposer des mesures concrètes pour l'éviter. Il invite par exemple les États membres à adopter des mesures de protection sociale pour contrer les effets économiques et sociaux du chômage des jeunes.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Olukorras, kus noorte töötus on murettekitavalt suur ning teisalt on suur hulk töökohti täitmata, on oluline muuta haridussüsteeme paindlikumaks, et need võimaldaksid täiendada ja arendada teadmisi ja oskusi kõikides kutsealase karjääri etappides. Samuti on oluline arendada majandussektori ja haridusinstituutide omavahelist sidusust.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση με θέμα την καταπολέμηση της ανεργίας, η οποία τα τελευταία χρόνια αποτελεί μείζονα πρόκληση για την Ευρωπαϊκή Ένωση, μία πρόκληση που συνδέεται με την κοινωνική συνοχή και την οικονομική ανάπτυξη της τελευταίας.

Εκείνο το οποίο αξίζει να σημειωθεί είναι ότι στο εν λόγω ψήφισμα, το οποίο συνοδεύεται και από σχετική γνωμοδότηση της Επιτροπής Πολιτισμού και Παιδείας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, τίθεται επί τάπητος το πρόβλημα της αδυναμίας εισόδου των νέων στην αγορά εργασίας ένεκα της αδυναμίας που παρατηρείται στα εκπαιδευτικά προγράμματα των κρατών μελών.

Δεν μπορώ παρά να χαιρετήσω την διακηρυγμένη πλέον πολιτική κατεύθυνση της ΕΕ προς την κατεύθυνση μιας ολοκληρωμένης κατάρτισης των νέων με προγράμματα συνεχούς και δια βίου μάθησης προς αντικατάσταση μιας στείρας εκπαιδευτικής πολιτικής που αγνοεί τις ανάγκες της αγοράς εργασίας και δεν μπορεί να προσαρμόσει τα εκάστοτε εκπαιδευτικά συστήματα των κρατών μελών στην πραγματικότητα.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative and non-binding report. The report called for the EU to spend more money to spread information on European financing instruments. UKIP opposes the EU spending taxpayer's money especially to put out such propaganda. There was a call to create an EU award for the best project that combats youth employment – this would be a complete waste of money and nothing more than a vanity project for the EU. It called for Member States to follow EU country-specific recommendations. It also wanted the EU to interfere with Member States' education and national curriculum, suggesting what subjects should be taught – the EU has no competence in this area. It also called for more money and support for mobility programmes such as Erasmus which advertises British jobs across the EU. UKIP is the only party against open door immigration and will protect British jobs. The only people that should decide any of these things are our elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – La grave situazione in cui versa la politica di occupazione nell'Unione europea ci impone di ricercare tutte le misure atte a contrastare tale fenomeno. Mi compiaccio dei provvedimenti compresi nella risoluzione, quale la previsione di sistemi d'istruzione più flessibili, e auspico una loro pronta attuazione. Sollecito, con il mio voto favorevole, la Commissione e gli Stati membri ad adottare quanto prima le riforme strutturali che il nuovo mercato ci ordina. Ribadisco, quindi, il mio voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Europe faces a number of serious challenges that are only to be overcome by an innovative, digitally savvy and entrepreneurial society; by people who, regardless of their profession or background, have the skills and curiosity to think in new ways. As one of the Commission's eSkills ambassadors, I firmly support policies for education and skills enhancement as way to combat youth unemployment in Europe. That is why I voted in favour of the report.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est un amonçlement de poncifs, de vœux pieux et de mesures sans lien avec le sujet véritable. Les politiques de formation et d'insertion des jeunes sur le marché de l'emploi ne peuvent être efficaces que si elles sont décidées au niveau national, en fonction des réalités de la démographie et de l'économie de chaque pays. Les divergences entre les États membres sont très grandes sur ces deux points, et il est contre-productif de vouloir s'occuper de ce problème à l'échelon européen, comme si les situations étaient identiques partout. J'ai donc décidé de voter contre ce rapport.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Sebbene i giovani europei siano al centro delle politiche dell'Unione, la situazione della disoccupazione giovanile che oggi affligge i nostri paesi ci suggerisce che molto resta ancora da fare. Certo, la crisi economica e la contrazione della domanda hanno rallentato la realizzazione di obiettivi economici ambiziosi, tuttavia le conseguenze attuali superano la questione della disoccupazione in sé stessa e toccano nel profondo una generazione e il proprio avvenire. La disoccupazione giovanile risulta inoltre destabilizzante per gli equilibri sociali a livello europeo, poiché erode la coesione sociale e lo spirito comunitario.

Ho votato per questa risoluzione perché considero necessario operare attivamente e congiuntamente con lo scopo di riportare la realtà occupazionale europea su livelli di crescita. Questo obiettivo è perseguibile applicando una governance che tenga conto dei mutamenti del mercato del lavoro e delle differenze dei mercati nazionali congiuntamente ad un'azione nazionale mirata a fornire sistemi d'istruzione che rendano i giovani competitivi e consapevoli per affrontare il mercato del lavoro odierno dove, oltre a una preparazione teorica generale, occorre aver integrato una serie di capacità operative che permettano l'adattamento al nuovo equilibrio tra domanda e offerta.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nezaposlenost mladih je jedan od najvećih izazovnih problema EU-a te iznosi skoro 5 milijuna što predstavlja ozbiljan problem za ekonomski razvoj i društvenu koheziju EU-a. Treba posebno uzeti u obzir: globalizaciju, demografske promjene, ekonomsku krizu, nove tehnologije te promjene u organizaciji rada. Uz Grčku i Španjolsku, Hrvatska je treća zemlja koju stopa nezaposlenosti mladih najviše pogađa.

Za razdoblje 2014.-2020., Hrvatska raspolaže s više od 132,54 milijuna EUR sredstava iz strukturnih fondova EU-a, i to: 66,36 milijuna iz ESF fonda, te 66,18 milijuna iz YEI-a za razdoblje 2014.-2015. Uz sufinanciranje iz državnog proračuna, a za uspostavu Garancije za mlade Hrvatska raspolaže s gotovo 150 milijuna EUR. Drago mi je vidjeti da, iako su još iznimno visoke, stope nezaposlenosti mladih su kontinuirano u padu, čemu je doprinijela i Garancija za mlade. Osim Garancije, potrebni su nam novi poticaji za „zapošljavanje, rast i ulaganja“, kao ključni prioritet Komisije koja se u svom Programu rada za 2015. obvezala na poduzimanje praktičnih inicijativa za promicanje integracije i zapošljivosti na tržištu rada. Europski fondovi, ako se koriste na učinkovitiji i strateški način, mogu biti izvrsno sredstvo za poticanje rasta i razvoja sveučilišta i poduzeća te na taj način dodatno doprinijeto smanjenju opsega ovog temeljnog problema mlade generacije.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog Rezolucije o politici usmjerenoj na razvoj vještina u borbi protiv nezaposlenosti mladih kolege Mareka Plura. Krajem studenoga 2015. stopa nezaposlenosti u Uniji iznosila je 9,1 %, a stopa nezaposlenosti mladih bila je više nego dvostruko veća te je iznosila 20 %. Hrvatska se posebno teško nosi s ovim problemom budući da je među prvima trima članicama Unije po nezaposlenosti mladih s čak 45 %. Kriza zapošljavanja mladih ne može se riješiti bez učinkovitog i održivog otvaranja kvalitetnih radnih mjesta u Europi. Također, manjak relevantnih vještina (npr. vještina povezanih sa znanosti, tehnologijom, inženjerstvom i matematikom) za 2 milijuna dostupnih radnih mjesta te neusklađenost obrazovanja i osposobljavanja važni su čimbenici koji vode do problema nezaposlenosti. Unatoč tome što su obrazovaniji i posjeduju više vještina u usporedbi s prijašnjim generacijama, mladi se i dalje susreću sa znatnim strukturnim preprekama pri pronalaženju kvalitetnog zaposlenja koje je u skladu sa standardima Unije i nacionalnim standardima. Stoga je naglasak potrebno staviti na izgradnju snažnog partnerstva između lokalnih vlasti, obrazovnih službi i službi za zapošljavanje (općih i specijaliziranih), te socijalnih partnera i poslovne zajednice kako bi se podržala izrada, provedba i praćenje kratkoročnih i srednjoročnih održivih, uključivih i kvalitetnih strategija i akcijskih planova za zapošljavanje.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Nedávná finanční a hospodářská krize zasáhla bezesporu většinu věkových skupin obyvatel, a zejména pak tu mladší. Jelikož průměrná evropská nezaměstnanost mladých občanů vystoupila v průběhu krize až nad dvacet procent a pořád představuje oblast problematickou pro velký počet států Evropské unie, hlasoval jsem pro zprávu o politikách zaměřených na dovednosti v boji proti nezaměstnanosti. Zpráva správně poukazuje na potřebu nastolení meziodvětvové spolupráce a dialogu mezi všemi zainteresovanými stranami, do kterých nepatří jen podnikatelská sféra, ale i místní orgány, sociální partneři a občanská společnost. Nesmíme zapomínat na to, že pokud chceme úspěšně dosáhnout cílů vytyčených v strategii Evropa 2020, nestačí brát ohled pouze na naplnění potřeb trhu práce. Musíme se postarat o to, aby mladí Evropané byli vybaveni potřebnými průřezovými kompetencemi. V tomto ohledu

nesmíme opomenout zejména význam studia jazyků a digitální gramotnost, která se stává stále důležitějším faktorem. Podpořil jsem tuto zprávu, protože se nesmíme nadále spokojovat se situací, kdy se nezaměstnanost mladých týká až 20 milionů Evropanů, a zároveň existují 2 miliony pracovních míst, která jsou neobsazená. Tuto markantní nerovnost sice můžeme odstranit, ale dosáhneme toho jen tehdy, pokud členské státy převezmou svůj díl odpovědnosti a vytvoří si optimální celonárodní strategii, ke které může následně Evropská unie přispět.

Miroslav Poche (S&D), písemně. – To, že je v Evropské unii více než 7 milionů mladých lidí bez zaměstnání nebo dalšího vzdělávání je alarmující. Právě mladá generace má přitom zásadní význam pro budoucnost evropského hospodářství. Jako sociální demokrat jsem přesvědčen o nutnosti dalších opatření na jejich podporu, podporu vzdělání, rozvoje individuálních dovedností a zjednodušení administrativního i finančního přístupu k podnikání. Členské státy se musí spolu se sociálními partnery a poskytovateli odborné přípravy zasadit o zlepšení komunikace a spolupráce mezi vzdělávacími institucemi, správními orgány a podniky. Z evropského hlediska je zásadní také podpora programů Erasmus a Erasmus plus, které jsou klíčovým nástrojem celé EU v zajištění odborného vzdělávání a rozvoje průřezových dovedností. Členské státy také musí přijmout dlouhodobé politiky a efektivně investovat do strategických spoluprací, podpory inovací a nových technologií. Nesmíme se soustředit pouze na naplňování momentálních potřeb trhu práce, ale především na pohodlný rozvoj jedinců a jejich vybavení průřezovými schopnostmi.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – Una delle sfide principali dell'UE è la lotta alla disoccupazione giovanile. All'interno dell'Unione europea si registrano quasi 5 milioni di disoccupati ma si contano anche 2 milioni di posti di lavoro vacanti. Fattori come la globalizzazione, i cambiamenti demografici, la crisi economica, l'avvento delle nuove tecnologie e le modifiche nell'organizzazione del lavoro hanno messo i giovani davanti a serie difficoltà. Occorrono pertanto nuovi sistemi d'istruzione, più flessibili, che consentano lo sviluppo di conoscenze e competenze, anche trasversali, in tutte le fasi della carriera professionale. Uno sviluppo di competenze e un superamento dei «comparti stagni» delle politiche settoriali consentirebbe ai giovani di adattarsi facilmente al mutevole contesto socioeconomico. Da qui la necessità di un'istruzione e di una formazione ampie che forniscano competenze di base di alto livello, competenze imprenditoriali, incentrate sulle tecnologie dell'informazione e della comunicazione (TIC), assieme a competenze linguistiche che consentano alle persone di acquisire e applicare costantemente nuove conoscenze e di agevolare il loro adeguamento ai cambiamenti nel mondo del lavoro. Per tutte queste ragioni sostengo l'approvazione di questa proposta di risoluzione.

Stanislav Polčák (PPE), písemně. – Souhlasím s návrhem usnesení Evropského parlamentu o politikách zaměřených na dovednosti v boji proti nezaměstnanosti mladých lidí. Současná čísla ukazující nezaměstnanost mladých jsou alarmující a výrazné zlepšení statistiky neočekávají. Tudíž podporuji tuto efektivní snahu, jak omezit negativní dopady tohoto problému a pokusit se ho řešit. Zpráva trefně obsahuje klíčové body týkající se problému se zaměstnaností mladých lidí. Považuji za důležité, aby mladí lidé nebyli znevýhodňováni relativním nedostatkem pracovních zkušeností na trhu práce a měli spravedlivé podmínky, jelikož aktivní zapojení mladých do ekonomického procesu je důležitým stimulem budoucího ekonomického růstu. Dnešní mění se svět s sebou také přináší měnící se nároky na dovednosti a znalosti mladých lidí. Kvalitní vzdělávání, podpora studentské mobility a programů jako Erasmus či praktických stáží je jen příkladem efektivních nástrojů na snižování nezaměstnanosti mladých.

Franck Proust (PPE), par écrit. – J'ai voté pour le rapport des politiques en faveur du développement des compétences, car il vise à lutter contre le chômage des jeunes. Je suis en effet convaincu que le système éducatif devrait faire preuve de plus de flexibilité pour permettre le développement des compétences professionnelles à chaque étape d'une carrière. Le chômage des jeunes étant une question prioritaire, j'estime qu'il est impératif d'adapter les systèmes éducatifs aux besoins du marché du travail. J'estime notamment que la France devrait s'inspirer des systèmes qui fonctionnent, comme par exemple en Allemagne, où l'apprentissage est une filière considérée à part entière et avec de très bons débouchés.

Julia Reid (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non legislative and non-binding report. The report called for the EU to spend more money to spread information on European financing instruments. UKIP opposes the EU spending taxpayer's money especially to put out such propaganda. There was a call to create an EU award for the best project that combats youth employment – this would be a complete waste of money and nothing more than a vanity project for the EU. It called for Member States to follow EU country-specific recommendations. It also wanted the EU to interfere with Member States' education and national curriculum, suggesting what subjects should be taught – the EU has no competence in this area. It also called for more money and support for mobility programmes such as Erasmus which advertises British jobs across the EU. UKIP is the only party against open door immigration and will protect British jobs. The only people that should decide any of these things are our elected and accountable government, not unelected bureaucrats in

Brussels.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – No presente relatório é considerado que o nível alarmante de desemprego jovem constitui um dos problemas mais graves da UE e uma ameaça grave para a coesão social e para o desenvolvimento económico.

Neste sentido, votei favoravelmente o presente relatório por concordar que o debate relativo ao desemprego jovem deverá ter por base os seguintes fatores: a globalização, as alterações demográficas, a crise económica, as novas tecnologias e as mudanças na organização do trabalho. Apoio, igualmente, a criação de empresas e o trabalho por conta própria, enquanto oportunidades no mercado de trabalho. Considero, também, que uma abordagem holística que transcenda a polarização das políticas sectoriais é essencial para o desenvolvimento de competências, enquanto processo multidimensional.

Concordo, além disso, que é necessário que os sistemas de ensino se tornem mais flexíveis para que seja possível completar e desenvolver conhecimentos e competências em todas as fases da carreira profissional. Por fim, congratulo o presente relatório por expor a necessidade de associar as instituições de ensino superior e o setor da economia, bem como a relevância de identificar e descrever as necessidades, em termos de competência, nos Estados-Membros, visto que existem diferenças entre os vários mercados de trabalho.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le Parlement européen a soutenu un rapport capital ce midi pour lutter contre le chômage des jeunes. En novembre 2015, selon Eurostat, 20 % des jeunes Européens de 15 à 24 ans étaient au chômage (27,8 % à Bruxelles). Près de 5 millions de jeunes sont sans emploi, alors que 2 millions de postes restent ouverts. Avec un budget de 6 milliards, l'Union doit s'activer pour lutter contre ce problème qui touche au développement économique et à la cohésion sociale de tout son territoire.

J'ai bien sûr soutenu ce rapport essentiel qui met l'accent sur une plus grande flexibilité des systèmes éducatifs face à un marché du travail en perpétuelle mutation, et ce, afin d'assurer une meilleure adéquation entre les connaissances acquises et les compétences nécessaires pour le marché de l'emploi. Ici encore, et ce n'est pas faute de le répéter, l'enseignement doit travailler en phase avec les entreprises pour lutter efficacement contre ce fléau. Un petit pas vient d'être fait, mais de nettes améliorations doivent encore être envisagées.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – Aujourd'hui, plus de 7 millions de jeunes Européens ne travaillent pas, ne suivent pas d'études ou de formation. Le taux de chômage des jeunes est deux fois supérieur aux taux de chômage de l'Union. Quel avenir réserve-t-on à nos sociétés européennes si nous ne sommes pas en mesure d'offrir à tous nos jeunes l'opportunité d'exploiter et de valoriser pleinement leurs talents et leur esprit d'entreprendre? C'est pourquoi je me suis prononcé en faveur de cette résolution qui émet des propositions intéressantes pour lutter contre le chômage des jeunes.

Il faut que tous les niveaux d'action – européen, national, local – et tous les acteurs – publics, privés ou issus de la société civile – participent à cet effort qui doit être collectif et ordonné. Il faut que les leviers d'action que sont l'éducation, les stages, l'apprentissage, la formation tout au long de la vie soient activés, ainsi que les instruments européens tels qu'Erasmus +, la garantie pour la jeunesse ou encore EURES.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Atualmente há 4,5 milhões de jovens entre os 15 e os 24 anos em situação de desemprego na União Europeia e mais de 7 milhões de jovens europeus na mesma faixa etária não trabalham, não estudam e não seguem uma formação. A taxa de desemprego a nível da União era de 9,9 % no final de 2014 e a taxa de desemprego dos jovens mais do que duplicava este valor, situando-se nos 21,4 %.

Esta situação ameaça gravemente a coesão social e o desenvolvimento económico da UE. A solução passará por uma nova abordagem de fatores como a globalização, as alterações demográficas, a crise económica, as novas tecnologias e as mudanças na organização do trabalho. Uma abordagem que volte a centrar a economia nas pessoas e não o contrário.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Tras largos años de crisis, Europa no ha sido capaz de poner freno al drama del desempleo juvenil. Pese a la puesta en marcha por parte de las instituciones de la Unión de iniciativas como la Garantía Juvenil o la Iniciativa de Empleo Juvenil, urge afrontar este drama desde todos los frentes para no frustrar las oportunidades de toda una generación de jóvenes europeos.

Desde luego, las políticas activas de empleo tienen un papel que jugar para ayudar a solucionar este problema. Tal y como señala este informe, el aprendizaje, adquisición y reconocimiento de habilidades y competencias por parte de los jóvenes, ya estén estudiando, trabajando o en situación de desempleo o sin actividad, juega un papel clave tanto para enfrentarse a una más rápida y estable integración en el mercado laboral, como para mejorar los itinerarios de transición entre estudios y trabajo y la calidad de los empleos y las carreras profesionales que van a desarrollar las generaciones más jóvenes de nuestra sociedad.

Por todo ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – L'enseignement professionnel et flexible, l'apprentissage non formel et innovant, la formation sur le lieu de travail, les stages et la mobilité sont autant d'outils que les États membres devraient renforcer pour mieux développer les compétences individuelles des jeunes Européens.

Cette approche figure dans la résolution «sur les politiques en faveur du développement des compétences pour lutter contre le chômage des jeunes», qui a été adoptée hier en séance plénière à Strasbourg. Le message principal du texte, qui a reçu un très large soutien, est qu'il faut aujourd'hui bâtir davantage de ponts entre le monde de l'éducation, qui doit être modernisé (nouvelles méthodes d'enseignement), et celui de l'entreprise, qui doit bénéficier du soutien des autorités publiques (régionales, nationales et européennes). L'objectif étant de faciliter l'insertion sur le marché du travail des cinq millions de jeunes de 15 à 24 ans qui sont au chômage au sein de l'Union et des 7 millions de jeunes Européens qui ne travaillent pas, ne suivent pas d'études ni de formation.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O flagelo do desemprego jovem é hoje uma triste realidade - infelizmente incontornável na nossa União Europeia - afetando já cerca de 5 milhões de jovens europeus.

Contudo, existem ainda 2 milhões de postos de trabalho que continuam por preencher. Para fazer face a esta realidade e diminuir as discrepâncias entre a oferta e a procura de trabalho jovem, o relator propõe um conjunto de medidas nas quais me revejo.

Desde já, destaco como positivo o fomento de uma maior articulação entre as instituições de ensino e o mercado de trabalho (nomeadamente indo ao encontro das necessidades deste último) e a canalização correta e eficaz dos fundos europeus por parte dos Estados-Membros para o incentivo ao empreendedorismo jovem e, com isso, a criação do seu próprio posto de trabalho. São iniciativas louváveis que mereceram o meu voto favorável nesta matéria.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Le chômage des jeunes continue à être un problème économique et social central. En effet, près de 5 millions de jeunes sont sans emploi dans l'Union alors qu'en parallèle, près de 2 millions de postes ne sont pas pourvus.

Afin de répondre à ce problème, il est important de tenir compte des changements intervenus sur le marché du travail et d'adapter ainsi les systèmes éducatifs afin de développer les connaissances et compétences nécessaires pour les différents stades de carrière professionnelle.

En parallèle de ces modifications, il est nécessaire de renforcer les liens entre le système éducatif, à savoir les établissements d'enseignement supérieur, et les entreprises.

La création d'entreprises et le travail d'indépendant sont également des éléments qui peuvent répondre à la lutte contre le chômage des jeunes. Enfin, une meilleure absorption des fonds européens par les États membres est nécessaire.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Bisogna integrare l'insegnamento che viene impartito ai giovani europei con nuove competenze, come quella imprenditoriale e di comunicazione, migliorare la fiducia in se stessi, aiutarli ad aprirsi il proprio business e ad assumersi rischi e responsabilità. Inoltre, bisogna potenziare l'alternanza scuola lavoro e la formazione sul posto di lavoro attraverso il rafforzamento della cooperazione tra istituti educativi e mondo imprenditoriale, così come incoraggiare i giovani a partecipare alle organizzazioni che rappresentano i loro interessi. Solo così, capendo le potenzialità e le debolezze di queste nuove generazioni, potremo sconfiggere una delle piaghe del XXI secolo: la disoccupazione giovanile.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe tiene como objetivo identificar las razones de los obstáculos estructurales a los que los jóvenes se enfrentan para encontrar un empleo, y pretende proponer soluciones.

Si bien la mayor parte del contenido del informe final es positivo, ya que pide un mayor apoyo para los jóvenes en el desarrollo de competencias y el empleo, incluyendo una mayor inversión pública en la educación y, más concretamente, en la transición de la escuela al trabajo, estos aspectos en el informe son meras declaraciones de intenciones, y el impacto real en las políticas va a ser limitado.

El informe pone un excesivo énfasis en el papel de la iniciativa empresarial como solución para la reducción del desempleo juvenil. Las continuas referencias a la necesidad de «ajustar mejor las competencias a las necesidades del mercado laboral» y el llamamiento a estrechar los vínculos entre las instituciones educativas y de formación profesional con las empresas para promover ese ajuste competencias-mercado laboral desvirtúan a nuestro parecer el contenido.

Es por ello que, pese a que no puedo estar a favor por el enfoque neoliberal del texto, me he abstenido en la votación del informe para no bloquear importantes avances y aspectos positivos de este.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Es war überfällig, dass wir als Parlament einen Forderungskatalog aufstellen, was gegen die grassierende Massenarbeitslosigkeit unter jungen Menschen getan werden muss.

Wichtig für mich ist, dass wir unser Bildungswesen so gestalten, dass es auf sich ändernde Anforderungen flexibel reagieren kann. Und dass wir Wissen und Kompetenzen immer wieder an neue Anforderungen anpassen. Das gilt im Übrigen für die gesamte Berufslaufbahn.

Wichtig ist auch der Mentalitätswandel: Wir müssen erreichen, dass junge Menschen lieber ein Unternehmen gründen wollen und etwas riskieren, als nach einem Job beim Staat zu schielen. Unternehmertum, Lust am Risiko, Kreativität – das bringt eine Gesellschaft weiter! Diesen Wandel schaffen wir in den Schulen, wenn wir den jungen Menschen besser erklären, wie Wirtschaft funktioniert und dass sie die Basis unseres Wohlstands und unserer Handlungsoptionen als Gesellschaft ist.

Wichtig ist außerdem, dass wir nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes vorbei ausbilden. Mir als Ingenieur ist die Förderung der MINT-Fächer daher ein besonderes Anliegen. Wir müssen jungen Menschen und vor allem jungen Frauen Interesse an dieser spannenden Ausbildung vermitteln und die großen Berufschancen in diesem Bereich herausstellen.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Znepokojivě vysoká nezaměstnanost mladých lidí patří dnes k jednomu z nejpalčivějších problémů Evropy. Nevyužitý potenciál mladé generace není jen ztrátou pro evropskou ekonomiku, ale v podobě sociálního vyloučení mladých lidí má také závažné dlouhodobé celospolečenské dopady. Oceňuji proto zaměření této zprávy a návrh jsem podpořila.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor de este informe, puesto que a pesar de que hace una buena radiografía del drama del desempleo juvenil en los países miembros de la UE, las recetas para atajarlo no son ni de lejos las adecuadas para ello a mi juicio. En lugar de promover la creación de empleo público, estable y de calidad para los jóvenes, propone incentivar a los emprendedores y focalizar la formación hacia las necesidades del mercado. Por ese motivo me he abstenido.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La disoccupazione giovanile rappresenta una delle sfide principali dell'Unione europea. Alcuni dati ci fanno comprendere meglio la gravità di tale fenomeno: più di 7 milioni di giovani europei né assunti né studenti o iscritti a corsi di formazione, un tasso di disoccupazione giovanile nell'UE pari al 21,4% e allo stesso tempo moltissimi giovani disoccupati qualificati le cui capacità non corrispondono purtroppo alle esigenze del mercato del lavoro.

La relazione votata oggi vuole presentare alcune proposte per contrastare questa allarmante tendenza. In particolare, si sottolinea che a causa del mutamento del mercato del lavoro occorrono sistemi d'istruzione più flessibili che consentano l'integrazione e lo sviluppo di conoscenze e competenze in tutte le fasi della carriera professionale e una revisione dei programmi scolastici per anticipare le future esigenze di mercato. È importante inoltre che gli Stati membri condividano le buone pratiche e collaborino per individuare quali siano le esigenze di competenze relative ai posti di lavoro disponibili. Per queste ragioni ho votato a favore.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Este relatório de iniciativa realça, mais uma vez, uma componente importante de uma das maiores chagas da União Europeia, o desemprego jovem. Nele é realçado que existem 24 milhões de desempregados na Europa, incluindo 7,5 milhões de jovens que não trabalham, não estudam nem seguem qualquer formação. Ou seja, 5% da população Europeia é constituída por desempregados jovens.

Este problema atinge valores particularmente elevados nas regiões ultraperiféricas, incluindo os Açores e a Madeira. O relatório em causa, e que votei positivamente, reconhece os esforços da Comissão Europeia e dos Estados-Membros e apela a novas ações, referindo concretamente, a necessidade de um apoio efetivo aos projetos empresariais socialmente responsáveis, verdes e sustentáveis. O relatório é extenso e inclui medidas interessantes e agrada-me terem sido aprovadas pelo Parlamento Europeu.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report because it calls for greater financial resources to be used to spread information on European financing instruments. This is more Commission interference that I cannot support.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I joined my Labour colleagues in supporting this report as it is incredibly crucial that young people have access to the required skills in today's labour market. Tackling youth unemployment should be a top priority if Europe does not want to risk losing the potential of a whole generation. A first step must be to strengthen and implement properly the Youth Guarantee as well as the Youth Employment Initiative. It is fundamental to improve the positive long-term benefits of the opportunities offered to young people through meaningful training programmes and job placements. The UK Government needs to boost jobs, growth and investment to ensure that there are quality jobs for young people in the near future.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Boj proti nezamestnanosti mladých ľudí musí byť jednou z kľúčových priorít EÚ.

Prijaté uznesenie navrhuje širokú škálu opatrení, ktoré majú byť súčasťou politik zameraných na rozvoj zručností v rámci boja proti nezamestnanosti mládeže. Veľká pozornosť je smerovaná do oblasti vzdelávania a investícií podporujúcich podnikanie mladých ľudí, a to na všetkých úrovniach vzdelávacieho systému. Investície do budúcich generácií sú rozhodujúce pre zaistenie prosperujúcej budúcnosti Európy. Nezanedbať mladých ľudí je najrozumnejší krok od starších generácií a v legislatíve je to zodpovednosť nás, politikov.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Europska unija suočena je s kritičnim problemom nezaposlenosti mladih, pogotovo s činjenicom kako stopa nezaposlenosti drastično varira od jedne države članice do druge. Koliki su razmjeri nezaposlenosti govori podatak kako je danas oko 4,5 milijuna mladih Europljana (između 15 - 24 godina) bez posla, a oko 7 milijuna se ne školuje i ne osposobljava.

Budući da su uzroci nezaposlenosti mnogobrojni, izuzetno je važno pronaći adekvatan način na koji pristupiti svakom pojedincu kako bi se ustanovio problem te definirao što hitniji plan njegova rješavanja omogućujući konkurentnost na tržištu rada.

Smatram kako veliku ulogu ima obrazovni sustav jer predstavlja put ka tržištu rada. Također, mladi bi trebali biti aktivniji u međusobnim dijalozima između obrazovnih ustanova i poslodavaca kako bi se mogle uvidjeti njihove potrebe i sukladno tome reagirati na najbolji mogući način.

Potrebno je preustrojiti obrazovni sustav u smislu poticanja poduzetništva, razumijevanja ekonomije, strukovnih vještina, zelenih poslova te poslova povezanih s tradicionalnim vještinama jer oni ne pridonose samo pojedincu, već i čitavoj zajednici.

Iz tih sam razloga, imajući u vidu posebice visoku stopu nezaposlenosti mladih u Republici Hrvatskoj, podržao rezoluciju Europskog parlamenta.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – V EÚ je momentálne okolo 4,5 milióna mladých ľudí bez práce. To znamená, že približne každý piaty Európan do 25 rokov si nedokáže nájsť v štáte, v ktorom žije, zamestnanie. Nezamestnanosť mládeže považujem za jeden z najzávažnejších problémov EÚ a vážne ohrozenie sociálnej súdržnosti a hospodárskeho rozvoja EÚ, preto som podporila navrhované uznesenie v plnom rozsahu. Mrzí má, že napriek mnohým predkladaným návrhom Parlamentu sa doteraz situácia nezamestnanosti mladých ľudí vo viacerých členských štátoch výrazným spôsobom nezlepšila. Očakávam preto, že tieto členské štáty čo najskôr skončia s touto situáciou a okamžitým zavedením opatrení zabezpečia pre mladých ľudí a ich rodiny dôstojný život a možnosť zárobkovej činnosti. Vychádzajúc zo súčasných nelichotivých štatistických ukazovateľov v oblasti nezamestnanosti mladých ľudí, je našou morálnou povinnosťou urobiť oveľa viac než doposiaľ, pretože verím, že cieľené investície sa stanú jednou z najlepších a najperspektívnejších investícií pre lepší život mladých ľudí v celej Európe. Som presvedčená, že Európa potrebuje potenciál, talent a

zručnosti tejto skupiny ľudí, preto je nanajvýš naliehavá okamžitá potreba vytvoriť pracovné miesta pre mladých ľudí, aby sa zabránilo vzniku dlhodobej nezamestnanosti.

Igor Šoltes (Verts/ALE), písno. – V EU je brezposelnih 4,5 milijona mladih, starih od 14 do 24 let. Več kot 7 milijonov mladih Evropejcev te starosti ni zaposlenih, ne študira in se ne izobražuje. Konec leta 2014 je bila stopnja brezposelnosti v EU 9,9-odstotna, med mladimi pa več kot dvakrat višja (21,4-odstotna). Razberemo lahko, da je finančna in vsesplošna kriza prizadela zlasti mlade.

Problematika brezposelnosti mladih se razteza predvsem na dve ključni težavi. Na eni strani se mladi kljub višji izobrazbi in boljši usposobljenosti v primerjavi s predhodnimi generacijami pri iskanju kakovostne zaposlitve še naprej soočajo z znatnimi strukturnimi ovirami. Na drugi strani prikrajšanim, diskriminiranim in ranljivim osebam pogosto ni dana možnost, da razvijejo svoje talente, sposobnosti in spretnosti, saj socialna politika ni upoštevana v zadostni meri.

Strinjam se, da je za rešitev tega problema potrebno izobraževanju nameniti zadostna finančna sredstva. Poročilo spodbuja sodelovanje, udeležbo in partnerstva v razvoju spretnosti posameznika, širjenju znanja in ustvarjanju novih delovnih mest, rasti ter naložb. Prav tako poudarja ključno vlogo malih in srednjih podjetij ter socialnega podjetništva pri dotični problematiki in izpostavlja pomembnost enakih možnosti vseh mladih.

Menim, da se poročilo primerno sooča s problematiko brezposelnosti mladih ter ponuja dobre rešitve, zato sem glasoval za njegovo sprejetje.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – Ho votato oggi a favore della risoluzione sulle politiche in materia di competenze per la lotta alla disoccupazione giovanile, in risposta al preoccupante tasso di disoccupazione dei ragazzi in Europa e in Italia. Attualmente, in Europa 4,5 milioni di giovani tra i 15 e i 24 anni sono disoccupati; alla fine del 2014 il tasso di disoccupazione dell'Unione era del 9,9%, di cui il 21,4% era rappresentato da disoccupazione giovanile. Considero prioritario risolvere il problema della disoccupazione giovanile in Europa, in particolare attraverso l'acquisizione da parte dei giovani, nel corso del loro percorso di formazione, di competenze applicabili ai posti di lavoro esistenti e che favoriscano il loro ingresso nel mercato del lavoro. Per questo si rende necessaria una stretta cooperazione inter-settoriale tra i servizi per l'impiego e l'istruzione in modo da preparare gli studenti a realizzarsi professionalmente, anche rivedendo i programmi formativi affini alle richieste del mercato.

Bart Staes (Verts/ALE), schriftelijk. – Dit verslag benadrukt hoe belangrijk het is in te zetten op de vaardigheden van jongeren in de strijd tegen jeugdwerkloosheid. Uiteraard is dit van groot belang, maar het is geen wondermiddel. We zullen de jeugdwerkloosheid niet oplossen met alleen maar in te zetten op vaardigheden.

Groene amendementen zorgden ervoor dat dit verslag nu ook focust op het probleem van structurele werkloosheid. We moeten het aanbod van kwalitatieve jobs doen toenemen en structurele en duurzame werkgelegenheid creëren, voor iedereen.

Onderwijs dient niet alleen om jongeren klaar te stomen voor de arbeidsmarkt, maar is ook erg belangrijk voor de persoonlijke ontwikkeling van jongeren. Dat kan dan ook leiden tot het vinden van een gepaste job. Elke jongere is verschillend. Daar moet bij het aanleren van vaardigheden rekening mee worden gehouden.

Sociale actoren moeten gesteund worden in het geven van trainingen en jobcreatie. We moeten durven investeren in sectoren met toekomst, zeer zeker in schone technologie en groene jobs. En we moeten jonge starters en KMO's een duwtje in de rug geven, zodat ze eigen initiatieven kunnen ontwikkelen.

Ook inzetten op gelijke kansen is belangrijk, zeer zeker ook voor mensen met beperkingen. Omdat iedereen zijn of haar vaardigheden ten volle moet kunnen ontwikkelen, stemde ik voor.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich.* – Der Plura-Bericht beschäftigt sich mit Fragen der Bildung und Ausbildung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Aktuell gibt es in der EU 7,5 Mio. arbeitslose Jugendliche. Diese sind insbesondere auf die von der Euro-Krise besonders betroffenen Regionen Südeuropas konzentriert. Gleichzeitig gibt es 2 Mio. freie Stellen in der EU, die oftmals nicht besetzt werden können, weil die geforderten Qualifikationen am Arbeitsmarkt nicht verfügbar sind.

Der Plura-Bericht macht Vorschläge, die Ausbildung stärker an die Nachfrage anzupassen, ohne sich dabei zu weit in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten einzumischen. Er setzt sich außerdem für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen ein, die einen Großteil neuer Arbeitsplätze schaffen, und darüber hinaus für die Akzeptanz und Förderung unternehmerischen Denkens.

Leider wird von der EU und insbesondere vom Europäischen Parlament weiterhin die Bedeutung der gemeinsamen Währung Euro für die Entstehung und Persistenz von Massenarbeitslosigkeit nicht anerkannt. Der Plura-Bericht macht dabei keine Ausnahme, es ist aber im Rahmen des politisch aktuell Möglichen ein guter Bericht und ich habe deshalb meine Zustimmung gegeben.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Primeraná príprava mladých ľudí na trh práce je kľúčom k boju proti nezamestnanosti mladých. Je potrebné vytvárať partnerstvá v procese vzdelávania a odbornej prípravy na národnej aj nadnárodnej úrovni, aby pracovné zručnosti mladých ľudí zodpovedali dopytu na trhu práce. Súčasne je potrebné zvýšiť kvalitu vzdelávania a odbornej prípravy aj prostredníctvom podnikov. Je nevyhnutné, aby mladí ľudia získavali nové zručnosti budúcich mladých podnikateľov a zúčastňovali sa aj neformálneho vzdelávania za účelom rozvoja komunikačných a rozhodovacích schopností.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Krajem 2014. stopa nezaposlenosti u Uniji iznosila je 9,9 %, a stopa nezaposlenosti mladih bila je više nego dvostruko veća te je iznosila 21,4 %. Danas imamo gotovo 5 milijuna nezaposlenih mladih ljudi, ali su još uvijek slobodna 2 milijuna radnih mjesta. Manjak relevantnih vještina za dostupna radna mjesta i neusklađenost obrazovanja i osposobljavanja važni su čimbenici koji vode do nezaposlenosti mladih. Razvoj individualnih vještina i širenje znanja neki su od ključnih elemenata integriranih politika zapošljavanja i socijalnih politika uz čiju pomoć se može omogućiti dugoročan rast, promicati europska konkurentnost, boriti protiv nezaposlenosti i izgraditi uključivije europsko društvo ako se u okviru politika u području razvoja vještina prepoznaju višeslojne potrebe i sposobnosti mladih koji su nezaposleni. Izvješće potiče stvaranje fleksibilnih obrazovnih sustava koji će razvijati profesionalne vještine mladih, te sam ga stoga podržao.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – Labour MEPs supported this report as it is critical that young people have access to the required skilled in today's labour market. However, the UK Government needs to boost jobs, growth and investment to ensure that there are quality jobs for young people.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Podržavam ovaj nacrt izvješća, jer je problem nezaposlenosti, posebno među mladima, jedan od najvažnijih problema Europske unije.

Nezaposlenost je veliki problem u brojnim državama članicama, a posebno je zabrinjavajuće što stopa nezaposlenosti negdje iznosi čak 50 %. U ovom nacrtu izvješća predlaže se više fleksibilnosti u obrazovanju i zapošljavanju. Tržišni trendovi brzo se mijenjaju, a njih treba slijediti i obrazovna politika koja treba reagirati na promjene i organizirati obrazovne programe prema potrebama tržišta. Fleksibilnost je među ključnim čimbenicima suvremenog gospodarstva pa tako trebamo fleksibilno obrazovanje i zapošljavanje. Potrebno je više raditi na promociji samozapošljavanja i poticati mlade da krenu u svijet poduzetništva. Trebamo uložiti maksimalne napore da se broj nezaposlenih, posebno mladih, svede na što nižu razinu te da se zaustavi trend sve kasnijeg ulaska na tržište rada.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o politikah za pridobivanje spretnosti v boju proti brezposelnosti mladih.

Finančna kriza, ki je pred leti zajela vso Evropsko unijo, še danes kaže posledice v nekaterih državah članicah. Najbolj se posledice kažejo v brezposelnosti med mladimi, ki je v nekaterih regijah res zaskrbljujoča.

Okrog 5 milijonov mladih, mlajših od 25 let, je bilo lani brezposelnih v Evropski uniji. To je ogromna številka. V nekaterih državah članicah je več kot 25 % mladih med 15. in 25. letom brezposelnih.

Zato pozdravljam poročilo, ki se tega zaveda in ugotavlja, da sta razvoj spretnosti posameznika ter širjenje znanja in spretnosti dva od glavnih elementov integrirane politike zaposlovanja in socialne politike ter lahko omogočata dolgoročno rast, spodbujata evropsko konkurenčnost, odpravljata brezposelnost in ustvarjata bolj vključujočo evropsko družbo.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro zprávu o politikách zaměřených na dovednosti v boji proti nezaměstnanosti mladých lidí, jelikož se domnívám, že toto téma je důležité reflektovat. Nejedná se o legislativní zprávu, ale „jen“ o text, kterým Evropský parlament přispívá do diskuse na toto téma, přesto obsahuje zajímavé shrnutí situace a návrhy možných řešení. Domnívám se, že řešením není čistě jen podpora jednoho odvětví vzdělávání, ale sofistikovanější přístup reagující na současnou digitální ekonomiku, kdy předpokladem k uplatnění na trhu práce je především schopnost samostatně se rozhodovat, analyzovat, znalost cizích jazyků atd. Toto jsou předpoklady umožňující následný aktivní přístup k profesní dráze.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στοιχεία όπως η διασύνδεση του επιχειρηματικού κόσμου με τα εκπαιδευτικά συστήματα, η κινητικότητα των νέων για πρακτικές ασκήσεις ή για εύρεση εργασίας, αλλά ακόμα και η εθελοντική απλήρωτη εργασία είναι τα κύρια συστατικά στοιχεία που προτείνει ο εισηγητής της έκθεσης για να αντιμετωπίσει η ΕΕ τη ανεργία των νέων.

Προφανώς δεν υπάρχει καμία αναφορά σε δημόσια πολιτική επενδύσεων για βιομηχανοποίηση ή για κρατική μακρόπνοη πολιτική δημιουργίας θέσεων εργασίας, η οποία αφενός θα εκπαιδεύει νέους για να εργοδοτηθούν εκεί και αφενός θα παράσχει εχέγγυα δημιουργίας παράλληλων βιομηχανιών που θα απορροφήσουν νέους ανέργους. Αντίθετα, αφήνει το πρόβλημα της ανεργίας των νέων εντελώς στα χέρια της ελευθερίας της αγοράς, φτάνοντας μάλιστα στο σημείο να αποδέχεται ως θεμιτή την απλήρωτη πρακτική άσκηση ως μέσον απόκτησης εμπειρίας για ενδυνάμωση του βιογραφικού των νέων.

Μολονότι η GUE/NGL κατέθεσε τροπολογίες για τη βελτίωση της έκθεσης, στοιχεία όπως η πλήρης εξάρτηση της καταπολέμησης της ανεργίας από το ήδη αποτυχημένο πρόγραμμα της «εγγύησης για τη νεολαία» και το ουτοπικό «σχέδιο Γιούνκερ» για επενδύσεις δεν μας επιτρέπουν να υπερηφισούμε την έκθεση γιατί δεν βλέπουμε κάτι ελπιδοφόρο σε αυτή πέραν των τετριμμένων, αποτυχημένων πολιτικών που ήδη εφαρμόζονται.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα ανησυχητικά επίπεδα ανεργίας των νέων αποτελούν στις μέρες μας ένα από τα πλέον δυσεπίλυτα προβλήματα στην ΕΕ. Δυστυχώς όμως, οι τρόποι διαμόρφωσης πολιτικών ρυθμίσεων και πρωτοβουλιών για την καταπολέμηση της ανεργίας των νέων που παρουσιάζει η έκθεση δεν με βρίσκουν σύμφωνο. Καταρχάς, υποστηρίζεται στην έκθεση ότι ένας πρωταρχικός παράγοντας επίλυσης του προβλήματος που πρέπει να ληφθεί υπόψη είναι η παγκοσμιοποίηση. Υποστηρίζεται επίσης ότι ο ρόλος που διαδραματίζουν στην κοινωνία των νέων πολιτών οι συνδικαλιστικές οργανώσεις είναι ωφέλιμος. Διαφημίζεται επίσης επίμονα η πρακτική άσκηση ή μαθητεία στο εξωτερικό και προβάλλονται τα EURES και Erasmus+. Τέλος, υπογραμμίζεται και αναδεικνύεται η ύπαρξη των ΜΚΟ ως εργαλείο προώθησης της επιχειρηματικότητας.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A ma elfogadott európai parlamenti határozat elsősorban a fiatalok munkanélküliségével foglalkozik (Magyarország az EU-átlagnál (22%) 1,5%-kal jobb mutatóval rendelkezik) és célja, hogy az Európai Unió még hatékonyabb választ adhasson arra, hogy közel egy fél magyarországinyi fiatal mielőbb állást találhasson egy olyan Európában, ahol mindössze kétmillió betöltetlen álláshely van.

A határozat beleillik abba a trendbe, hogy az Unió végre felismerte: a hosszú ideje munka nélkül lévő, közel 12 millió európai polgár helyzetével is foglalkozni kell, és a fiatalok különösen hátrányos helyzetben vannak, hiszen vagy egyáltalán nem, vagy alig rendelkeznek tapasztalatokkal, illetve korszerű tudással. A jelentés alapvetően két dimenzióját említi a képességeknek: az általános, úgynevezett alapkészségek erősítésének, illetve a további, folyamatos specializálódásának a szükségességét a versenyképes tudás szempontjából. Hangsúlyozza a gazdasági élet és az üzleti-pénzügyi szféra felelősségét is.

A fiatalok munkanélkülisége kihívás a családalapítás tekintetében is, nem beszélve arról, hogy a versenyképes kompetenciák (IT-ismeretek, vállalkozásindítás stb.) egyre nagyobb kihívások elé állítják a képzési rendszereket is, amelyeknek reagálniuk, illeszkedniük kell a piaci követelményekhez és fejlődéshez, még hozzá a helyi és regionális sajátosságokhoz igazodva.

Szavazatommal a néppárti álláspontot követtem azzal, hogy a szubszidiaritás elve alapvető és a tagállamok erőfeszítései is nélkülözhetetlenek.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam e jelentést hiszen az Európai Unióban élő 4,5 millió 15 és 24 év közötti fiatal munkanélküli számára minden egyes munka nélkül töltött nappal egyre kilátástalanabb lesz a jövő, úgy, hogy közben több szakma is munkaerőhiánnyal küzd. Az oktatás és képzés munkaerőpiaccal való ilyen fokú összehangolatlansága azonnali európai szintű választ igényel. A jelentés több olyan javaslatot is tesz, melyek megvalósítása hozzájárulna ahhoz, hogy hatékonyan és széles körűen tegyünk a fiatalokat érintő foglalkoztatási válság ellen.

Támogatom a jelentés azon pontját, melyben szilárd partnerségek létrehozását szorgalmazza a helyi hatóságok, az oktatási és foglalkoztatási szolgáltatások, a szociális partnerek, valamint az üzleti közösségek között. Ugyancsak hasznos felvetés a jelentéstevő részéről, a fiatal, innovatív munkáltatók bevonása az oktatási intézmények és a munkáltatók között zajló párbeszédbe annak érdekében, hogy az oktatás és a szakképzés jobban igazodjon a munkaerő-piaci követelményekhez. Mindemellett kiemelkedő fontosságúnak találok a vállalkozási ismeretek oktatására tett ajánlást is.

E célkitűzés eléréséhez azonban nélkülözhetetlen a jelentés által is hangsúlyozott adminisztratív és pénzügyi előírások csökkentése, az induló vállalkozások kölcsönökhöz, kockázati tőkéhez és mikrofinanszírozáshoz való könnyebb hozzáférése, a személyre szabott szaktanácsadás vagy épp az adott esetben fiatal munkanélkülieket alkalmazó vállalkozók számára ösztönző intézkedések bevezetése.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Edukacja, także ta w zakresie przedsiębiorczości, jest kluczowym elementem służącym zwalczaniu bezrobocia wśród ludzi młodych. Edukacja musi jednak być podporządkowana oczekiwaniom i możliwościom rynku tak, aby młodzi absolwenci czy uczniowie szkół zawodowych byli w stanie szybciej i skuteczniej wejść na rynek pracy. Aby było to możliwe, konieczne jest zapewnienie bliższej współpracy między sektorem edukacji a biznesem, a także włączenie młodych ludzi i organizacji reprezentujących ich interesy w działania na rzecz poprawy ich sytuacji na rynku zawodowym.

W sprawozdaniu PE we właściwy sposób zaakcentowano konieczność promowania wysokiej jakości staży czy tzw. edukacji w systemie dualnym, dzięki której młodzież zdobywa wiedzę niezbędną do wykonywania danego zawodu i może tę wiedzę praktycznie zastosować. Jak słusznie zauważono, nowe pokolenie, które wychowane zostało w dobie szybkiego postępu technologicznego, ma inne talenty, oczekiwania czy możliwości niż poprzednie generacje. Dlatego ważne jest, aby państwa członkowskie, prowadząc swoją politykę w zakresie zatrudnienia, dostosowały je do zmieniającej się rzeczywistości. Zdecydowałem się zatem zagłosować za strategią PE dotyczącą nabywania umiejętności służących zwalczaniu bezrobocia ludzi młodych.

Dario Tamburrano (EFDD), per iscritto. – La relazione affronta il problema della disoccupazione giovanile, uno dei più grandi problemi che abbiamo oggi nell'Unione europea. Molti emendamenti presentati dalla nostra collega portavoce, Laura Agea, sono stati approvati e incorporati all'interno della relazione con nostra grande soddisfazione. Gli emendamenti incorporati sottolineavano: il ruolo importante dei fondi europei se utilizzati in modo efficiente; la diffusione delle informazioni sugli strumenti di finanziamento europei anche in università e imprese; la necessità di ridurre i rischi di abbandono scolastico precoce; una attuazione efficace della garanzia per i giovani che può contribuire a diminuire la disoccupazione tra i giovani creando nuove occasioni di lavoro.

La relazione pone l'accento anche sul ruolo fondamentale dei sistemi di istruzione: devono essere più flessibili per permettere lo sviluppo di conoscenze e competenze appropriate alle opportunità lavorative di oggi. Si evidenzia anche il ruolo delle PMI e delle microimprese come laboratori strategici di apprendimento per i giovani e possibile luogo di formazione e apprendimento.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Ce texte offre l'occasion de rappeler le rôle essentiel des entreprises, notamment des PME, des acteurs de l'économie sociale et solidaire et des microentreprises, dans la formation aux compétences professionnelles et la création d'emplois pour les jeunes.

Soulignons la nécessité d'offrir aux jeunes un enseignement qui les initie à l'esprit d'entreprise de la manière la plus large possible.

Nous devons plaider pour que les programmes de formation incluent le développement, dans un environnement sûr, des compétences professionnelles nécessaires à la création et à la gestion d'entreprises, et pour que soient favorisées les compétences, aptitudes et connaissances entrepreneuriales transversales qui sont effectivement acquises par l'intermédiaire d'expériences concrètes et réelles.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report on skills policies for fighting youth employment. Today almost 5 million young people are unemployed in the EU while there are 2 million unfilled job vacancies: action is needed to bridge the gap. The report acknowledges the existing generational gap and calls for a better understanding of the digital skills of young people: rapid technological progress are not always matched by the current education and recruitment systems. The report calls for increased cooperation between local authorities, social partners and education providers to ensure a more strategic use of EU funds in this area.

Over the past years, the labour market has faced tremendous changes which require more flexible education systems. In this sense, I also welcome the provisions of this report on the role of enterprises, including SMEs, in job creation, the employment of young people, but also in training, for instance thanks to professional experience throughout and after the education cycle. In this respect, for example, I believe Member States should take an active part in the Erasmus Programme for Young Entrepreneurs to encourage young people to lead business projects across the EU and develop new skills.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Le chômage des jeunes culmine à un niveau inacceptable. Plus de 23 % de nos jeunes sont sans emploi. Face au risque de perdre une génération entière, l'Union européenne prend ses responsabilités et propose aux États membres de mettre en œuvre les mesures qui s'imposent.

Forte de cette conviction, j'ai fait le choix de voter pour ce rapport. En reconnaissant le droit fondamental à l'enseignement et à la formation, il signale la nécessité de l'investissement dans l'enseignement, outil principal de qualification et de réussite pour la jeunesse. De plus, ce rapport insiste sur la nécessité de créer des emplois de qualité: la nouvelle génération ne doit pas devenir celle de la précarité!

Surtout, nous demandons le renforcement de la Garantie Jeunesse: chaque jeune doit se voir proposer une solution de formation ou un emploi. Cette position du Parlement Européen, déjà défendue lors du vote sur le budget 2016, a pourtant été écartée par la Commission et le Conseil durant la procédure budgétaire.

Il y a urgence, la Commission doit venir avec une proposition concrète: notre jeunesse n'acceptera pas d'être sacrifiée au nom de l'austérité, la Garantie Jeunesse doit continuer en 2017!

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La disoccupazione giovanile è una piaga per la nostra società. Combatterla deve essere la nostra priorità. Occorrono sistemi d'istruzione più flessibili, multidisciplinarietà, sostegno alla cultura imprenditoriale e maggiori collegamenti scuola-lavoro. Considero estremamente importante coinvolgere i giovani nei processi decisionali, creare partenariati tra autorità locali, servizi per l'impiego e imprese. Occorre inoltre fornire una formazione adeguata agli enti locali per utilizzare i fondi europei in modo più efficace e strategico. Ritengo fondamentale garantire la formazione all'imprenditorialità a tutti i livelli d'istruzione, rimuovere gli ostacoli amministrativi e finanziari all'avvio e alla gestione delle imprese mediante la semplificazione delle procedure, nonché garantire un accesso più facile al micro-finanziamento e al credito.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Iako u Europskoj uniji ima mnogo slobodnih radnih mjesta, i dalje je veliki broj mladih osoba nezaposlen. Smatram da trebamo mladima omogućiti bolji pristup tržištu rada suradnjom i interakcijom među lokalnim vlastima, obrazovnim ustanovama i službama za zapošljavanje, što su i glavni prijedlozi ove rezolucije. Osobito podržavam dio izvješća koji naglasak stavlja na razlike na tržištima rada u državama članicama. Također, smatram da predložena razmjena dobrih praksa u području strukovnog obrazovanja i osposobljavanja može pomoći državama u smanjenju nezaposlenosti mladih, osobito mladih s invaliditetom.

Držim da je prepoznata i važnost očuvanja i prenošenja obrta i zanimanja koji sadrže tradicionalne i kulturne elemente na mlade generacije. No, isto tako nije zanemarena niti nužnost usvajanja vještina povezanih sa znanošću, tehnologijom, inženjerstvom i matematikom, koje su neophodne za profesionalni razvoj pojedinca u 21. stoljeću.

Vjerujem da će provedba ovih preporuka dovesti do smanjenja nezaposlenosti mladih i zato sam podržala ovu rezoluciju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o politikah za pridobivanje spretnosti v boju proti brezposelnosti mladih sem podprla, saj je še vedno visoka stopnja brezposelnosti v EU, kjer je brez dela skoraj 5 mio mladih, po drugi strani pa je 2 mio delovnih mest nezasedenih, res zaskrbljujoč in pereč problem.

Sem mnenja, da je ta predlog naslednji korak k izboljšanju celotnega sistema, ki bi omogočal dopolnjevanje in razvijanje spretnosti mladih v vseh fazah poklicne poti ter tesneje povezal sodelovanje med izobraževalnimi institucijami in gospodarskim sektorjem. Le tako lahko zmanjšamo vrzel, ki se pojavlja na trgu med povpraševanjem in ponudbo delovnih mest.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe tiene como objetivo identificar las razones de los obstáculos estructurales a los que los jóvenes se enfrentan para encontrar un empleo, y pretende proponer soluciones.

Si bien la mayor parte del contenido del informe final es positivo, ya que pide un mayor apoyo para los jóvenes en el desarrollo de competencias y el empleo, incluyendo una mayor inversión pública en la educación y, más concretamente, en la transición de la escuela al trabajo, estos aspectos en el informe son meras declaraciones de intenciones, y el impacto real en las políticas va a ser limitado.

El informe pone un excesivo énfasis en el papel de la iniciativa empresarial como solución para la reducción del desempleo juvenil. Las continuas referencias a la necesidad de «ajustar mejor las competencias a las necesidades del mercado laboral» y el llamamiento a estrechar los vínculos entre las instituciones educativas y de formación profesional con las empresas para promover ese ajuste competencias-mercado laboral desvirtúan a nuestro parecer el contenido.

Es por ello que, pese a que no puedo estar a favor por el enfoque neoliberal del texto, me he abstenido en la votación del informe para no bloquear importantes avances y aspectos positivos de este.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Plura-Bericht beschäftigt sich mit Fragen der Bildung und Ausbildung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Aktuell gibt es in der EU 7,5 Mio. arbeitslose Jugendliche. Diese sind insbesondere auf die von der Euro-Krise besonders betroffenen Regionen Südeuropas konzentriert. Gleichzeitig gibt es 2 Mio. freie Stellen in der EU, die oftmals nicht besetzt werden können, weil die geforderten Qualifikationen am Arbeitsmarkt nicht verfügbar sind.

Der Plura-Bericht macht Vorschläge, die Ausbildung stärker an die Nachfrage anzupassen, ohne sich dabei zu weit in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten einzumischen. Er setzt sich außerdem für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen ein, die einen Großteil neuer Arbeitsplätze schaffen, und darüber hinaus für die Akzeptanz und Förderung unternehmerischen Denkens.

Leider wird von der EU und insbesondere vom Europäischen Parlament weiterhin die Bedeutung der gemeinsamen Währung Euro für die Entstehung und Persistenz von Massenarbeitslosigkeit nicht anerkannt. Der Plura-Bericht macht dabei keine Ausnahme, es ist aber im Rahmen des politisch aktuell Möglichen ein guter Bericht und ich habe deshalb meine Zustimmung gegeben.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support any measure that will help reduce youth unemployment. Whereas the micro, small and medium-sized enterprises represent more than 80% of all jobs, it is important to facilitate and simplify the creation of these businesses. It is also necessary to continue improving the education system, to facilitate the mobility of young people in Europe, improving the efficiency of public administrations and improving the relationship between training and business.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le problème du chômage des jeunes commence à prendre une tournure endémique. Pour soutenir leur insertion sur le marché du travail, l'une des principales mesures consisterait à favoriser la mise en valeur des compétences, plutôt que des diplômes. Cette idée entérine d'une certaine manière l'échec des systèmes nationaux d'éducation et de formation professionnelle.

La plupart des mesures proposées sont difficiles à concrétiser dans le contexte présent où les États membres sont contraints d'adopter des budgets restreints. Il est évident que les politiques d'insertion des jeunes sur le marché du travail doivent être menées en priorité au niveau régional et local, et non pas au niveau européen! Les réseaux des services publics sont à même d'accompagner les jeunes dans la transition vers l'emploi, en partenariat avec des associations ou des organismes privés, comme avec les entreprises. Il n'est donc pas nécessaire que l'UE s'en occupe.

L'idée de développer l'esprit d'entreprise pour encourager les jeunes à créer leur propre emploi est une idée récurrente dont la portée sera marginale dans un contexte économique particulièrement difficile. De plus, cet intérêt pour l'entrepreneuriat des jeunes n'est parfois qu'un instrument utilisé pour «occuper» les jeunes et ainsi les sortir des chiffres du chômage.

Je vote donc contre ce rapport.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea raportului privind politicile de dezvoltare a competențelor pentru combaterea șomajului în rândul tinerilor, întrucât, în prezent, în Uniunea Europeană, 4,5 milioane de tineri cu vârsta cuprinsă între 15 și 24 de ani sunt șomeri, iar peste 7 milioane de tineri europeni nu lucrează și nici nu urmează vreo formă de învățământ sau de formare profesională.

Nu trebuie uitat faptul că tinerii reprezintă motorul economiei europene, așadar este nevoie de investiții importante în educația acestora, astfel încât aceștia să dobândească competențele profesionale căutate pe piața muncii. În acest sens, este nevoie de o cooperare solidă între instituțiile de învățământ, întreprinderi, parteneri sociali și autorități în vederea dezvoltării unor programe de formare mai eficiente și actualizate în vederea dobândirii de noi competențe, precum și pentru facilitarea accesului la oportunități de formare și sisteme îmbunătățite de învățământ profesional și tehnic continuu.

În această perspectivă, ar trebui favorizate tot mai mult, în toate statele membre, activitățile de profesionalizare, precum stagiile, care reprezintă un prim pas în introducerea tinerilor pe piața muncii. Mai mult, cultivarea unui spirit antreprenorial în rândul tinerilor poate conduce la scăderea ratei șomajului în cazul acestora și le poate stimula capacitatea de inserție profesională.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour as reducing employment policies for young people to skills policies is not enough to combat structural youth unemployment. We need to shift from a debate about labour supply and labour demand and focus on changing economic policies which increase unemployment and inequality. This includes investing in the creation of quality jobs for young people.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Se trata de un tema de especial importancia. El desempleo juvenil es un asunto que hemos de combatir para garantizar las oportunidades a una generación de jóvenes europeos que está encontrando a día de hoy grandes dificultades laborales. El desarrollo de la iniciativa de empleo juvenil, la ayuda para la creación de pequeñas empresas, el impulso del emprendimiento juvenil en todos los sectores, la promoción de acciones de formación para los desempleados juveniles así como la coordinación entre autoridades locales, nacionales y europeas a través de las oficinas de empleo para poder favorecer el encuentro de oportunidades profesionales se antoja vital hoy en día. Es necesario seguir promoviendo acciones que ayuden a los jóvenes europeos a encontrar salidas profesionales, sobre todo las encaminadas a ayudar a aquellos que ni estudian ni trabajan. Este informe se encarga de señalar las políticas que pueden ayudar a combatir el desempleo juvenil, por lo que creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor de este informe, puesto que a pesar de que hace una buena radiografía del drama del desempleo juvenil en los países miembros de la UE, las recetas para atajarlo no son ni de lejos las adecuadas para ello a mi juicio. En lugar de promover la creación de empleo público, estable y de calidad para los jóvenes, propone incentivar a los emprendedores y focalizar la formación hacia las necesidades del mercado. Por ese motivo me he abstenido.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I was happy to vote with my Labour colleagues in supporting this report. Youth unemployment and the issues surrounding young people who are neither in education nor training are factors across the EU. Therefore, it is useful that Parliament is helping to develop a strategy to combat youth unemployment with this document. Labour MEPs supported this report as it is critical that young people have access to the required skilled in today's labour market. However, the UK Government needs to boost jobs, growth and investment to ensure that there are quality jobs for young people. This report's stress on identifying key skills that will be needed in the current and future market is highly important, as is its emphasis on the need for high-quality apprentices.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag over de op vaardigheden gerichte beleidsmaatregelen voor de bestrijding van de jeugdwerkloosheid in de Europese Unie. In Europa zitten we enerzijds met 4.5 miljoen jonge mensen zonder job en anderzijds staan er 2 miljoen vacatures open die niet worden ingevuld. Er zijn dus maatregelen nodig die deze kloof overbruggen. Een grote jeugdwerkloosheid is immers een groot gevaar voor de economische en maatschappelijke toekomst van ons continent.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le moins que l'on puisse dire, c'est que le chômage des jeunes est très préoccupant en Europe, le taux s'élevant à 21,4 % à la fin de 2014, soit le double du taux de chômage général et passant les 50 % dans certains États de l'Union européenne, et notamment en Grèce et en Espagne.

Ce rapport avait pour objectif d'identifier les causes du chômage des jeunes et de proposer différentes solutions afin d'y remédier.

Le rapport est loin d'être à la hauteur des enjeux. Il propose toujours les mêmes recettes inadaptées, parmi lesquelles la création d'entreprise comme moyen «durable» pour réduire le chômage alors que l'on sait que c'est une démarche pour le moins dangereuse, notamment sur le long terme. Que dire de la soi-disant nécessité d'équilibrer les compétences des jeunes avec la demande du marché demandant encore et toujours une adaptation aux besoins des entreprises?

Le contenu a certes été amélioré grâce à l'adoption de la majorité des amendements de mon groupe GUE en commission parlementaire, tels que la création d'emplois plus sûrs et durables, notamment dans le secteur économique social et solidaire et dans les énergies renouvelables, ou la volonté de renforcer l'initiative pour l'emploi des jeunes.

Au final j'ai donc choisi de m'abstenir.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – As taxas de desemprego jovem na casa dos 30% ou mesmo superiores – são o espelho de uma UE que promove o desemprego para poder melhor explorar quem trabalha. E as principais vítimas desta exploração são os jovens que sofrem com a precariedade e os baixos salários.

As políticas e as imposições da União Europeia, particularmente nos últimos anos nos países intervencionados pela troika, têm vindo a condenar os jovens ao desemprego, à precariedade e à emigração forçada. Esta é a realidade.

As políticas de desregulação laboral, os baixos salários, a desresponsabilização do Estado pelas políticas de emprego, a mercantilização do ensino, com o aumento dos seus custos de frequência e a prevalência da dita aquisição de competências e da orientação para o mercado em detrimento da formação integral do indivíduo – tudo isto contribui para a situação dramática hoje vivida por milhões de jovens trabalhadores.

As falsas soluções, como o empreendedorismo, essa nova e moderna falácia do neoliberalismo, ou a dita mobilidade, são um verdadeiro engodo através do qual se pretende curar a doença com o germe causador da mesma doença.

A solução é romper com estas políticas e romper com quem as impõe. Disso depende o presente e o futuro dos jovens.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält eine Vielzahl guter Vorschläge und berechtigter Anliegen, welche Unterstützung verdienen. Eine Berufsorientierung in die Lehrpläne einzubinden erachte ich als vernünftig. Ebenso halte ich die Verknüpfung von Ausbildungsstätten mit Unternehmen für ein probates Mittel, um zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beizusteuern. Daher stimme ich diesem Bericht zu.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione che promuove delle politiche per combattere la disoccupazione giovanile grazie allo sviluppo di nuove competenze richieste dal mercato del lavoro. Il problema della disoccupazione giovanile colpisce milioni di giovani cittadini europei, e la sua riduzione rimane una delle priorità, altrimenti l'Europa perderà un'intera generazione. I governi devono impegnarsi per un'adeguata attuazione della *Youth Employment Initiative* e della Garanzia Giovani. È fondamentale aumentare i benefici a lungo termine delle opportunità che offriamo a questa fascia della popolazione.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – So lange die Politik der EU keine wirksamen Grenzen gegen die unkontrollierte Massenzuwanderung aufzurichten imstande ist, sind alle zusätzlichen Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit Augenwischerei; deshalb Ablehnung.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments über bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit habe ich mich enthalten.

Der Bericht hat Licht – aber auch Schatten: Er betont unter anderem, dass es zu den obersten Prioritäten der Kommission gehört, „neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen“ zu setzen. Er fordert eine Auszeichnung der EU für die besten Projekte zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit, die mit dem europaweiten „Europäischen Jugendpreis“ ausgezeichnet werden sollen. Er fordert eine vorausschauende und ergebnisorientierte europäische Kompetenzstrategie als Leitvorgabe für die nationalen Kompetenzstrategien und deren Einbindung in die nationalen Beschäftigungspläne bei gleichzeitiger Bereitstellung eines umfassenden Rahmens für die im Beschäftigungspaket vorgeschlagenen sektorspezifischen Aktionspläne.

Ich sehe dies anders und glaube nicht, dass die Kommission auf diesen Gebieten Aktivitäten entfalten sollte. Ich kann daher nicht der positiven Einschätzung meiner Fraktion folgen.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Zmieniająca się sytuacja makroekonomiczna świata sprawia, iż coraz trudniej jest nadążyć za oczekiwaniami szybko zmieniającego się rynku pracy. W myśl strategii UE na rzecz młodzieży Parlament Europejski wskazuje na ścisłą współpracę instytucji na szczeblu lokalnym, regionalnym, krajowym, europejskim oraz państw członkowskich. Za słuszne uważa się, że polityka względem młodzieży musi opierać się na promowaniu aktywności, przedsiębiorczości, wzmacnianiu kompetencji, mobilności oraz elastyczności na potencjalnym rynku pracy.

Zaproponowane działania na rzecz zwalczania bezrobocia powinny opierać się na udogodnieniach dotyczących harmonizacji systemu edukacji przy jednoczesnej możliwości bycia osobą aktywną zawodowo. Z tego powodu należałoby powziąć inicjatywę modernizacji systemu edukacji, a co za tym idzie dostosować programy nauczania do obecnych i przyszłych prognoz rynku pracy.

Kolejnym równie ważnym elementem jest promocja samozatrudnienia. Działania nakierowane na popieranie inicjatyw i wspieraniu indywidualności. Społeczność młodych ludzi powinna mieć sposobność do zdobywania i pogłębiania niezbędnej wiedzy ukierunkowanej na zakładanie własnych działalności gospodarczych, pozyskiwaniu środków finansowych, aby móc produktywnie ziszczać swoje cele zawodowe.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Together with my Labour colleagues, I supported this report as it is critical that young people have access to developing relevant skills for today's labour market. However, the UK Government needs to boost jobs, sustainable growth and investment to ensure that there are quality jobs for young people. I also want to recall the need to promote curriculum objectives for formal and non-formal education, as well as lifelong learning, targeting all students – both theoretical modules and practical modules, such as student enterprise, including social enterprise projects, working with local communities.

Glenis Willmott (S&D), *in writing*. – Labour MEPs supported this report as it is critical that young people have access to the required skills in today's labour market. The report includes proposals to strengthen co-ordination between education institutions and local employers, improve the quality of career guidance at schools and calling for protection for trainees and apprentices. However, the UK Government needs to boost growth and investment to ensure that there are quality jobs for young people.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Salut adoptarea raportului din proprie inițiativă cu privire la politicile de dezvoltare a competențelor pentru combaterea șomajului în rândul tinerilor.

Am votat acest raport care subliniază necesitatea dezvoltării unor sisteme de învățământ mai flexibile, care să permită completarea și dezvoltarea cunoștințelor și a competențelor în toate etapele carierei profesionale. În acest raport, problema șomajului în rândul tinerilor este abordată ținându-se cont de globalizare, schimbările demografice, criza economică, noile tehnologii și de modificările în organizarea muncii.

Anna Záborská (PPE), *pisomne* – Spáva kolegu Pluru je dôležitá v tom, že nedovoľuje, aby zoslabol záujem tohto parlamentu podieľať sa na riešení vysokej nezamestnanosti mladých ľudí v Európskej únii. Tá je najmä v niektorých členských štátoch skutočne hrozivá a klesá len pomaly.

Je správne, že špeciálna pozornosť je venovaná malým a stredným podnikom, ktoré sú chrbticou ekonomiky. No v texte som nenašla ani jednu zmienku o rodinných podnikoch. Je to škoda, pretože každodenný príklad rodičov, ktorí sa snažia vlastnou prácou postaviť, udržať alebo rozšíriť podnik, ktorý sami založili alebo zdedili, to je tá najlepšia pracovná skúsenosť pre mladého človeka. Rodinné podnikanie má totiž nielen ekonomický rozmer, ale rozvíja aj etiku podnikania a zodpovednosť, ktorá presahuje horizont jednej generácie.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης αυτής, όπως πράττω για κάθε πρωτοβουλία που επιδιώκει να αυξήσει τις θέσεις εργασίας στην Ευρώπη και να μειώσει την ανεργία, ειδικά των νεότερων ανθρώπων. Οφείλουμε με κάθε τρόπο να υποστηρίξουμε τις νέες γενιές.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – A pesar de que en el último año el ratio de desempleo juvenil ha mejorado, este continúa siendo notablemente alto, ya que ronda el 20,7 %, según datos de Eurostat. Este elevado número de jóvenes sin trabajo tiene un impacto negativo tanto en el crecimiento económico como en la productividad y hay que establecer medidas eficaces cuanto antes para lograr frenar esta situación.

Dentro de los principales riesgos que supone el desempleo juvenil se encuentran la pérdida de talento y habilidades de los jóvenes (ya que no tienen la posibilidad de ponerlos en práctica en el mundo laboral), la reducción de la producción y del PIB, y el aumento de los costes económicos, en tanto que es necesaria una mayor inversión en subvenciones sociales y hay una menor cantidad de dinero procedente del pago de impuestos.

Por todo ello, apoyo plenamente este informe, ya que confío en una recuperación económica y en la capacidad de la UE de ofrecer a los jóvenes un trabajo digno y ajustado a sus conocimientos y habilidades.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Nezaměstnanost mladých lidí představuje dlouhodobý problém EU, který vyžaduje co nejrychlejší řešení. Jsem zastáncem hlubší spolupráce mezi školami a zaměstnavateli, která vede k přizpůsobování výuky konkrétním potřebám současného pracovního trhu. Pouze kreativní výuka na školách a špičkové vzdělání učitelé mohou předat dovednosti k následnému snazšímu uplatnění mladých lidí na trhu práce. Dlouhodobě podporuji podnikání mladých, a to především formou start-upů, prostřednictvím nichž dostávají šanci neotřelé projekty talentovaných mladých lidí. Považuji za nutné propojení teoretické výuky s praktickou odbornou přípravou, která výrazným způsobem usnadňuje přechod ze vzdělávacího procesu do procesu zaměstnaneckého.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Popieram sprawozdanie przygotowane przez Komisję Zatrudnienia i Spraw Socjalnych Parlamentu Europejskiego. To ważne sprawozdanie, gdyż nadal mamy w Europie 24 miliony bezrobotnych, w tym 7,5 miliona młodzieży, która się nie uczy ani też nie pracuje. Równocześnie mamy w Unii Europejskiej ponad 2 miliony nieobsadzonych miejsc pracy. Podobne problemy występują też w Polsce i w moim województwie kujawsko-pomorskim. Wielu młodych ludzi ma bowiem kwalifikacje, które nie pokrywają się z zapotrzebowaniem na rynku pracy.

Sprawozdanie słusznie akcentuje potrzebę większego powiązania systemu kształcenia z przedsiębiorstwami i instytucjami. Potrzebne jest też rozwijanie na szerszą skalę umiejętności w zakresie technologii, inżynierii i matematyki, które są coraz bardziej potrzebne w nowoczesnej gospodarce. Moim zdaniem środki unijne wspierające systemy edukacji w poszczególnych państwach oraz małe i średnie przedsiębiorstwa powinny być szerszym strumieniem kierowane na te właśnie cele.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o Relatório sobre políticas em matéria de competências para combater o desemprego dos jovens porque considero que o elevado nível de desemprego jovem é, atualmente, um dos problemas mais urgentes da União Europeia, registando-se quase cinco milhões de jovens desempregados, uma situação que ameaça gravemente a coesão social e o desenvolvimento económico da União.

Considerando que a falta de competências relevantes para os postos de trabalho disponíveis e que a inadequação do ensino e da formação são fatores importantes causadores de desemprego entre os jovens e que, sem a criação de empregos de qualidade, sustentáveis e eficientes na Europa, não é possível resolver a crise do emprego dos jovens, torna-se então de grande relevância reforçar os esforços europeus na criação de mecanismos de promoção do emprego jovem na Europa.

Neste sentido, considero ser fundamental a criação de políticas que melhor adaptem as qualificações existentes às necessidades do mercado de trabalho; que criem empregos de qualidade e que apoiem os sistemas educativos e de formação, considerados como direitos fundamentais. No essencial, é importante melhorar os benefícios de longo-prazo das oportunidades oferecidas aos jovens ao mesmo tempo que se promove o crescimento económico da Europa.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório reflete sobre os números do desemprego que têm acometido a União Europeia, no contexto da dita crise financeira, focando-se principalmente no desemprego dos jovens - o desemprego na UE era em 2014 de 9,9%, sendo o desemprego jovem de 21,4%. Propõe, assim, uma série de definições políticas em termos de competências para combater o desemprego dos jovens.

O relatório tem algumas conceções positivas, focando-se no aumento das qualificações, na crítica às políticas educativas que visam o aumento dos custos de frequência, pedindo uma utilização mais eficaz de financiamentos, a valorização das economias locais e do saber-fazer tradicional como opção de empregabilidade, a afirmação de uma educação holística (contra a tendência de especialização), a não exploração de estagiários, a igualdade de oportunidades para pessoas de grupos desfavorecidos.

No entanto, existem algumas considerações que enevoam o relatório, destacando-se principalmente a tendência de adaptar os currículos e os programas e a oferta educativa/formativa às necessidades do mercado de trabalho. Por outro lado, a valorização do empreendedorismo e a inclusão do empreendedorismo nos programas escolares também são questões que merecem oposição. Finalmente, a afirmação da mobilidade como resposta aos problemas do desemprego jovem é uma questão negativa do relatório.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – La riduzione del livello allarmante di disoccupazione giovanile rappresenta oggi una delle sfide principali dell'UE. Al contempo vi sono due milioni di posti di lavoro vacanti per i quali non si trova personale formato adeguatamente. Tale situazione costituisce una grave minaccia per la coesione sociale e lo sviluppo economico dell'UE.

Il Movimento5Stelle ha lavorato intensamente a questo testo proponendo emendamenti contro la disoccupazione giovanile e adoperandosi affinché venissero approvati. La relazione, a cui ho votato positivamente, sottolinea l'importanza di avere sistemi d'istruzione più flessibili che consentano di integrare e accrescere conoscenze e competenze in tutte le fasi della carriera professionale. Viene evidenziato inoltre il ruolo fondamentale svolto dalle imprese, PMI incluse, dagli attori dell'economia sociale e solidale nonché dalle microimprese nella formazione delle competenze professionali e nella creazione di posti di lavoro per i giovani. Il testo mette in luce anche la necessità di fornire ai giovani un'istruzione che li prepari all'imprenditorialità quanto più ampiamente possibile. Vanno chiarite quali siano le reali necessità occupazionali per il futuro e quali i settori di sviluppo lavorativo per i giovani, puntando su economia sociale e verde, che rappresentano l'obiettivo dei prossimi anni.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Mladim je potrebno omogočiti vključitev na trg dela. EU se z nezaposlenostjo mladih neposredno sooča na dva načina: s finančno pomočjo in s politikami za pridobivanje potrebnih spretnosti.

Parlament je že sprejel mnogo finančnih okvirov, ki lajšajo položaj mladih pri zaposlovanju. Ne gre samo za shemo Jamstvo za mlade, ampak tudi za mnogo drugih projektov, tudi tistih s področja izobraževanja in usposabljanja, ki se danes združujejo v okviru Erasmus+, ki ga spremljam v vlogi stalnega poročevalca EP. Poleg finančne pomoči se za boljšo zaposljivost mladih v EU trudimo z modernizacijo in prilagoditvijo izobraževanja.

Poročilo sem podprl, saj podčrtuje pomembne zadeve, o katerih v EP govorimo že več let: boljše odzivanje izobraževalnih sistemov na potrebe trga dela, pomen znanj s področja naravoslovja, tehnologije, inženirstva in matematike, pomen kvalitetnega poklicnega usposabljanja ter pomen učinkovitega črpanja evropskih sredstev s strani držav članic. Omeni tudi pomoč mladim pri ustanavljanju lastnih podjetij. Samozaposlovanje mladih ima še posebno vrednost.

6.9. Auf dem Weg zu einer Akte zum digitalen Binnenmarkt (A8-0371/2015 - Kaja Kallas, Evelyne Gebhardt)

Dichiarazioni di voto orali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem s radostí podpořil tuto zprávu. Považuji jednotný digitální trh za jedno z hlavních témat Evropského parlamentu a Komise pro toto volební období. Kdyby se podařilo prosadit některé principy, jako posílit online prodej zboží a služeb v rámci přeshraničního obchodu, pak bych byl velmi spokojený.

Zkrátka a dobře, máme Schengen, nemáme vnitřní hranice mezi státy, ale v oblasti digitálních trhů máme stále hranice a ty je třeba odbourat. Výzkumy, které byly udělány, jasně ukazují, že dneska například firmy výrazně prodávají své zboží na internetu uvnitř svých národních států, ale přeshraničně je to číslo velmi malé. Takže za Českou republiku, ze které pocházím, mohu říci, že 26 % českých malých a středních firem prodává na internetu v České republice, ale pouze 7 % i přeshraničně. Je tedy jasné, že je třeba upravit pravidla tak, aby přeshraniční prodej v rámci Evropské unie mohl online fungovat a k tomu tento materiál má sloužit. Proto jsem jej podpořil.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, nos hemos abstenido en la votación del informe sobre el mercado único digital porque, aunque apostamos por la decisión de adaptar la economía a la nueva era digital, no compartimos el eterno mantra de que una mayor competencia y un mercado único sean siempre la solución para que la economía europea cree empleos sostenibles y de calidad. Este informe corre el riesgo de favorecer más a las grandes empresas que a las pymes y a la ciudadanía. Hemos defendido enmiendas para que el mercado digital sea el reflejo de la sociedad que hoy en día queremos. Por ello, debemos garantizar la protección de datos e ir más lejos en la defensa de la neutralidad de la red como principios básicos para la igualdad digital de los ciudadanos y las ciudadanas. Internet debe ser, a día de hoy, un espacio global para la comunicación, la participación y la transformación democrática, como, por ejemplo, ya sucedió en las primaveras árabes. Internet no debe ser solo un nuevo espacio de negocio.

Krisztina Morvai (NI). – Megszavaztam a digitális piacról szóló jelentést, ugyanakkor szomorúan olvastam a jelentés C. pontjában, hogy a kisvállalkozásoknak csak 14%-a használja az internetet értékesítési csatornaként. Gondolom, hogy ebben a mikrovállalkozások is benne vannak, és így a szemem előtt láttam azokat a személyes ismerőseimet, barátainkat, akik otthon vannak többnyire kisgyerekekkel, idős szülőkkel, stb., és csodálatos dolgokat állítanak elő, kézműves munkákat, ajándéktárgyakat vagy éppen régi receptek alapján magyaros lekvárokat, szörpöket. Szeretnék értékesíteni ezeket. Nagyon jól menő vállalkozásaik lehetnének ebből, jó megélhetésük. Vajon miért nem alkalmazzák ezt a lehetőséget? Nem leszek rest, és hogyha hazamegyek, akkor a megfelelő szerveket megkeresem, és rákérdezek, hogy milyenek az adatok otthon Magyarországon az internetes értékesítés vonatkozásában a mikro- és kisvállalkozásoknál, és különösen milyenek az adatok nők esetében, hiszen őnekik ez különösen kényelmes és kézenfekvő megoldás lenne. Hogyan lehetne ezeket az adatokat javítani? Örülök, hogyha ott a bal oldalon is sűrűbben használná a kalapácsát, Elnök Úr!

Biljana Borzan (S&D). – Gospodine predsjedniče, trgovci sa sjedištem u Europskoj uniji obvezni su pridržavati se strogih pravila europskog zakonodavstva, poput roka od 14 dana za odustajanje od kupovine. To je pošteno prema kupcima jer kupuju na neviđeno, ali stvara velike troškove trgovcu. S druge strane, više od 60 % građana Europske unije boji se kupovati *online* jer nisu sigurni koja su im prava u slučaju problema. Prosječnom potrošaču vrlo je teško odrediti ima li *online* trgovac sjedište u Europskoj uniji ili ne.

Uvođenjem prepoznatljive oznake kupci će lakše prepoznati kod koga mogu s povjerenjem kupovati, a poštenu trgovcu će biti privilegirani u srazu s konkurencijom koja se ne pridržava europskih direktiva. Pitanje dostave također treba regulirati. Ona mora biti transparentnija i jeftinija. Ne možemo očekivati veliki rast *online* tržišta dok god se kupci boje da bi umjesto mobitela mogli dobiti ciglu.

Marlene Mizzi (S&D). – In the wake of the digital age, the European Union must fully realise the potential and opportunities offered by the internet and e-commerce for the further development of the single market. The digital revolution provides a limitless array of opportunities to revolutionise each and every sector of the European economy and to change the life of each and every one of us.

Completion of the digital single market, making it available to all EU citizens, is essential in achieving a knowledge-driven economy that would foster competitiveness and economic growth and provide highly-qualified jobs in Europe. It is important that citizens, consumers, SMEs and all those in the most vulnerable position are provided with efficient protection and affordable access to redress in the online world. Citizens need to better understand how to benefit and take full advantage of the digital revolution by using smart technologies and services. Businesses, in particular SMEs, need to be better prepared for the digitalisation of traditional industries so that Europe is equipped for the tasks and demands of the future.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il testo che abbiamo votato definisce con chiarezza quali sono le opportunità e le sfide che attendono l'Europa nella costruzione di un mercato unico digitale veramente integrato e auspico che la Commissione ne colga gli input. Vanno definite norme armonizzate sul commercio transfrontaliero, capaci di tutelare legalmente i consumatori e le aziende nella fase di acquisto e di vendita di contenuti digitali, così come, per ciò che concerne la riforma delle regole sul copyright, vanno messe in campo regole incentrate su una remunerazione equa e adeguata dei creatori e degli altri titolari di diritti.

Bisogna arrivare a un quadro giuridico appropriato riguardo alla lotta alla pirateria e ai contenuti illeciti su internet, che chiarisca definitivamente il ruolo degli intermediari e delle piattaforme online. Solo se l'Unione europea saprà muoversi in questa direzione, con un'attenzione particolare alle opportunità offerte dai *Big Data*, dal *cloud computing* e dall'*Internet of things*, il mercato unico digitale diventerà veramente un volano per la crescita e lo sviluppo capace di creare posti di lavoro di qualità e per i giovani.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, arís thug mé tacaíocht don tuarascáil seo agus vótáil mé le mo ghrúpa sna vótaí go léir. Gan dabht ar bith is ábhar an-tábhachtach é seo agus tagann sé leis an dá ábhar a bhíomar a lua ó chianaibh, is é sin dífhostaíocht i measc an aosa óg agus fiontar agus gnó a chothú i measc na mban.

Gan dabht ar bith is iontach an seans é seo don Aontas. Is féidir linn a lán jabanna a chothú gan aon chaiteachas airgid phoiblí a bheith againn. Deirtear gur féidir linn EUR 415 billiún a chothú do gheilleagar na hEorpa má éiríonn linn é seo a dhéanamh i gceart. Agus sin í an cheist: an féidir linn é a dhéanamh i gceart? Chun é sin a dhéanamh i gceart, caithfimid páirc imeartha léibhéalta a chothú, na bacanna do lucht gnó a chaitheamh amach agus é a dhéanamh níos éasca do shaoránaigh earraí a dhíol agus a cheannach ar an idirlíon.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I was happy to support this report on the Digital Single Market because I think it provides a framework for our digital future. However, I did not support Amendment 24, even though it was an ALDE amendment.

This amendment – rightly I believe – tried to introduce a balance, in that it recognises that digitalisation increases autonomy and flexibility but, as well as that, it gives rise to new challenges, for example in regard to working time, burnout etc. However, I supported the original text because it asked the Commission to conduct a study on the spillover effects of digitalisation and how it impacts greater labour intensity, flexibility, family life etc., as well as the development of the cognitive abilities of children.

I know the world is going digital, but that does not mean that all is well and that we just blindly move forward without considering the possible negative effects of digitalisation. The digital market, like any other, does not in itself guarantee good outcomes. We need to look at its effects, positive and negative. We need to accentuate the positive and mitigate and minimise the negative.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'UE mira alla creazione di un mercato unico digitale che permetta di espandere l'economia digitale, garantendo, al tempo stesso, servizi più competitivi ai consumatori e crescita per le imprese. La strategia consiste nel facilitare l'accesso online a prodotti e servizi in tutta Europa, attraverso un lungo e progressivo percorso legislativo in materia di investimenti in infrastrutture, incremento della partecipazione dei cittadini alla vita digitale e nuove regole per il commercio on-line. Ad oggi, infatti, solo il 15% dei cittadini acquista online da un altro paese e solo il 7% delle imprese vende in un altro paese UE. Ho espresso perciò voto positivo, in considerazione del fatto che la creazione di un mercato unico digitale perfettamente funzionante potrebbe giovare all'economia europea e soprattutto ai suoi cittadini.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe al representar una hoja de ruta clara, progresista y ambiciosa para la realización de un verdadero Mercado Único Digital, a través de la supresión de las barreras para crear nuevas oportunidades en línea dirigidas a los ciudadanos y empresas, especialmente pymes.

La revolución digital está cambiando a Europa radicalmente y tiene un gran potencial para la creación de millones de nuevos puestos de trabajo cualificados y nuevas oportunidades para los consumidores. Por ello, celebro que esta propuesta de Resolución promueva medidas legislativas y no legislativas en beneficio de los consumidores y para preservar la competitividad de nuestra economía social de mercado.

Como socialista estoy especialmente satisfecha con la petición que enviamos a la Comisión para que considere seriamente las condiciones de trabajo en la economía colaborativa y el sector de la paquetería, ya que no podemos aceptar bajos niveles de protección para los trabajadores. Además, pedimos a la Comisión que evalúe qué protección requieren los consumidores en este ámbito y que garantice que la regulación se adecúa al entorno digital.

El informe contiene además un texto potente sobre protección de datos, temas de cultura y medios de comunicación, competencias digitales, infraestructuras e inversiones.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La agenda digital es una de las propuestas menos coherentes de la Comisión Juncker, un cajón de sastre en el que cabe todo: de los derechos de autor al tiempo de trabajo, de las plataformas digitales a la automatización de la industria, de la reforma de las directivas audiovisuales a las de paquetería. De esta forma, sus iniciativas más polémicas quedan diluidas entre otras sometidas a menor escrutinio público.

Nuestras propuestas en este ámbito son conocidas. Apoyaremos a la Comisión en aquellas iniciativas de armonización que mejoren la protección de los trabajadores, el acceso a la producción cultural y la justa remuneración de los autores. Por el contrario, mantendremos nuestra oposición a los nuevos monopolios digitales, a la liberalización de sectores como la paquetería y a la desregulación de servicios por la competencia desleal de empresas en red, sea en el transporte (como Uber) o en cualquier otro ámbito, público o privado.

El informe del Parlamento contiene mejoras respecto a las propuestas de la Comisión, pero su orientación general sigue siendo confusa. Es por ello que he decidido abstenerme en la votación final.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte sur le marché unique numérique car il soutient, à travers l'économie numérique, la fédéralisation de l'Europe et porte atteinte à des domaines de souveraineté des États membres.

En effet, ce rapport propose de mettre en place une harmonisation renforcée de la TVA dans le domaine des envois en ligne et touche ainsi à la souveraineté fiscale des États membres. De plus, il prévoit une concentration des opérateurs nationaux en quelques gros opérateurs au niveau européen ainsi qu'une unification des règles de droit d'auteur et de propriété intellectuelle.

Les mesures de ce texte, ultra-libéral et libre-échangiste, contribueraient à faire perdre toute souveraineté numérique aux États membres, au profit des géants chinois et américains du secteur numérique.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – As far as I can see, the Commission's plans are still not sufficient to guarantee equal access for all to the digital single market.

Many new technologies that can be introduced through the digital single market can be of huge benefit to all citizens across the EU including in Ireland. It is my view that Parliament should make sure that these technologies do benefit all of our citizens – that we don't just put money into the coffers of massive companies.

My colleagues in GUE/NGL tabled amendments in several committees while this report was being negotiated, focused mainly on users' trust in digital services, data protection, digital workers' rights and respecting the principle of net neutrality.

These amendments would have significantly improved the report but they were rejected by other groups, which is why I could not support the overall report.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η Ευρωπαϊκή Επιτροπή έχει τονίσει ότι η ολοκλήρωση της Ψηφιακής Ενιαίας Αγοράς είναι μία από τις προτεραιότητές της. Η παρούσα έκθεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, την οποία και υπερψήφισα, επισημαίνει τις προκλήσεις που πρέπει να αντιμετωπιστούν και σημειώνει την υποστήριξη του στις 16 πρωτοβουλίες που αναμένεται να λάβει η Ευρωπαϊκή Επιτροπή.

Συγκεκριμένα δίνεται ιδιαίτερη προσοχή στην προστασία των καταναλωτών, στην προστασία των προσωπικών δεδομένων, στην ενίσχυση των επενδύσεων σε υποδομές απαραίτητες για την Ψηφιακή Αγορά, στην διατήρηση της πολυσυλλεκτικότητας των Ηλεκτρονικών Μέσων Μαζικής Ενημέρωσης, καθώς και σε θέματα τα οποία είχαν αποσιωπηθεί από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή όπως η αντιμετώπιση των επιπτώσεων στην αγορά εργασίας και την δομή της κοινωνίας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Document phare de cette législature, ce texte apporte un soutien clair du Parlement européen à la communication de la Commission sur l'économie numérique. En effet, ce texte utilise la notion d'économie numérique à des fins politiques en soutenant la construction d'un fédéralisme européen sans évoquer un point essentiel et non négociable à l'heure de la mondialisation et du démantèlement des équipementiers européens: la souveraineté numérique. Sur cette question vitale et dans l'intérêt de notre nation, j'ai voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – European Union regulations are already costing jobs in my constituency. I recently visited a business which has stopped selling to other European countries, but continues to trade with the rest of the world, thanks to such regulations.

The geo-blocking proposals and moves towards a Digital Single Market are dangerous precisely because free trade will continue to be undermined. I voted against this report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération car elle a pour but d'éliminer les obstacles empêchant les entreprises innovantes de se lancer et de se développer. Le marché unique numérique peut contribuer à recréer davantage de croissance et d'emploi. Il a été estimé qu'une fois achevé, le marché unique du numérique pourrait créer 340 milliards d'euros de croissance supplémentaire dans l'Union européenne.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report, as I believe it provides a solid foundation for implementation of the Digital Single Market Strategy for Europe. Technology is becoming an increasingly important part of our everyday lives and will continue to be in the near future, therefore we must aim to set the right regulatory framework which would satisfy consumers', businesses' and states' interests and needs.

I am very pleased that this report seeks to support digital innovation and entrepreneurship. This means that technology would not only enable consumers and businesses to have a better access to products and services but also enhance growth and jobs. Secondly, technology and innovation can help Europe to be more environmental, which is very important if we want to achieve the goals set by the Paris climate change agreement. Thirdly, digitalisation can help society and business to get easier access to information and provide a tool to modernise and improve governance and administration across the EU.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe al representar una hoja de ruta clara, progresista y ambiciosa para la realización de un verdadero Mercado Único Digital, a través de la supresión de las barreras para crear nuevas oportunidades en línea dirigidas a los ciudadanos y empresas, especialmente pymes.

La revolución digital está cambiando a Europa radicalmente y tiene un gran potencial para la creación de millones de nuevos puestos de trabajo cualificados y nuevas oportunidades para los consumidores. Por ello, celebro que esta propuesta de Resolución promueva medidas legislativas y no legislativas en beneficio de los consumidores y para preservar la competitividad de nuestra economía social de mercado.

Como socialista estoy especialmente satisfecha con la petición que enviamos a la Comisión para que considere seriamente las condiciones de trabajo en la economía colaborativa y el sector de la paquetería, ya que no podemos aceptar bajos niveles de protección para los trabajadores. Además, pedimos a la Comisión que evalúe qué protección requieren los consumidores en este ámbito y que garantice que la regulación se adecúa al entorno digital.

El informe contiene además un texto potente sobre protección de datos, temas de cultura y medios de comunicación, competencias digitales, infraestructuras e inversiones.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama naikinti bendros skaitmeninės rinkos kliūtis, uždrausti nepagrįsto geografinio blokavimo praktiką ir kainų diskriminaciją, taip pat skatinti naujoves ir geriau reglamentuoti dalijimosi ekonomiką. Pritariu, kad būtina sudaryti palankias sąlygas inovacijų klestėjimui, naujų įmonių kūrimuisi bei plėtrai, tuo tikslu plėtojant elektroninės valdžios paslaugas ir ES bei šalių lygmens finansavimą. Kartu EP pažymi poreikį plėtoti naujausias technologijas, tokias kaip dideli duomenų rinkiniai, debesijos kompiuterija, daiktų internetas ar trimatis spausdinimas. Pritariu, kad galimybė apsipirkti internetu ES rinkoje neturi būti ribojama pagal vartotojo adresą ar kredito kortelės išdavimo šalį. Tuo įsitikinę europarlamentarai. Būtina uždrausti tokią nepagrįstą praktiką, taip pat nesąžiningą kainų diskriminaciją pagal geografinę vietovę bei užtikrinti laisvą teisėtai internetu įsigyto turinio, prekių ar paslaugų judėjimą, o kartu vienodą vartotojų apsaugą, nesvarbu ar perkama internetu, ar ne.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport qui soutient l'un des projets phares de la Commission dont les eurocrates nous rebattent les oreilles: le marché unique numérique.

Comme avec le marché unique de l'énergie, il s'agit de faire avancer la fédéralisation de l'Europe dans des domaines de souveraineté vitaux, à commencer par la fiscalité: au nom de la fluidification du marché, le projet prévoit une harmonisation renforcée de la TVA dans le domaine des envois en ligne, allant vers un taux unique, pour développer les achats transfrontaliers. Par ailleurs, on se dirige vers une concentration des opérateurs en quelques oligopoles de niveau européen, ce qui rendrait impossible la reprise de leur souveraineté par les États dans cette économie stratégique.

Au final, ce sont nos États et, avec eux, nos concitoyens qui vont être livrés pieds et poings liés aux géants américains des télécoms et de l'internet.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – Ce rapport se félicite de la communication de la Commission intitulée «Stratégie pour un marché unique numérique en Europe» car il estime que la création d'un tel marché, fondé sur un ensemble de règles, pourrait exercer une influence positive sur la croissance et l'emploi et rendre la société plus inclusive.

À titre d'exemple, le commerce électronique génère 500 milliards d'euros par an dans l'Union européenne!

Il faut toutefois avoir en permanence à l'esprit qu'il est important de penser, à chaque étape, à l'inclusion des citoyens les plus faibles. Ceux-ci ne peuvent rester en marge d'une société numérique qui s'est trop souvent développée sans eux. La fracture sociale n'en serait que plus grande.

Par ailleurs il faudra veiller à la protection des consommateurs, la préservation des données personnelles, et lutter contre les contenus illicites qui se trouvent sur le net.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il mercato unico digitale rappresenta un'enorme opportunità per l'UE in termini di crescita e occupazione. Già oggi l'economia digitale, fondata sulla creatività e l'innovazione, rappresenta una realtà importante del continente, grazie anche ai 500 miliardi di euro generati annualmente dal commercio elettronico. Ho votato a favore della relazione «Verso un atto per il mercato unico digitale» perché la sfida sulla competitività dell'Europa non può che giocarsi sul terreno dei modelli di *business* innovativi. Si devono tutelare l'apertura, l'inclusività e la neutralità di Internet favorendo l'accesso alla rete soprattutto in quelle zone, in larga parte rurali, in cui l'infrastruttura digitale è carente o inadeguata.

Il *cloud computing*, i Big Data e l'Internet delle cose sono grandi opportunità ma dovranno essere considerate anche prestando un'attenzione particolare al tema dei diritti e delle condizioni di lavoro dei nuovi lavoratori digitali, valutando con attenzione le ricadute che l'erosione dei normali orari di lavoro e la maggiore intensità dello stesso possono provocare. Infine, sarà importante non solo eliminare i geoblocchi ingiustificati, che favoriscono il proliferare del ricorso a contenuti illegali da parte dei consumatori e una ingiusta discriminazione nei prezzi, ma anche favorire lo sviluppo di un sistema di IVA online semplificata e coerente.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre la iniciativa «Hacia un Acta del Mercado Único Digital», que considera que alcanzar un mercado único digital, basado en un conjunto común de normas, podría fomentar la competitividad de la Unión, tener efectos positivos en el crecimiento y el empleo, relanzar el mercado único y hacer que la sociedad sea más integradora, ofreciendo nuevas oportunidades a los ciudadanos y a las empresas, en particular mediante el intercambio y la puesta en común de innovación.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pour un acte sur le marché unique numérique utilise l'économie numérique pour faire avancer l'Europe fédérale au détriment des États dans différents domaines de souveraineté. Ainsi, il prévoit une harmonisation renforcée de la TVA pour les envois en ligne (taux unique), la concentration des opérations par quelques opérateurs européens et enfin l'unification des règles de droit d'auteur et de propriété intellectuelle pour interdire le blocage de zone.

Ce texte, par contre, refuse de parler de sujets aussi importants que le démantèlement des équipementiers européens dans les télécoms au profit des Chinois et des Américains ou du manque d'investissements à cause de la concurrence, notamment en termes numériques, dans les zones rurales ou périphériques. Enfin, rien n'est dit sur le problème des données personnelles qui diffèrent selon les règles européennes ou américaines, d'autant plus quand nous connaissons les risques avec les affaires d'espionnage. J'ai donc voté contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Guardo con apprensione alla proposta di creare una governance europea, presieduta dalla Commissione, per la gestione del mercato digitale in Europa. Nonostante la rivoluzione digitale in corso richieda grandi sforzi da parte di imprese ed amministrazioni per sfruttare al meglio le potenzialità della tecnologia, sono fermamente contraria all'imposizione di un controllo dall'alto degli scambi digitali di beni, servizi ed informazioni. Perciò mi sono espressa con voto contrario.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ner rösten.

Betänkandet är inte tydligt nog vad gäller frågan om nätneutralitet. GUE/NGL-gruppens ändringsförslag som skulle säkra detta avslogs tyvärr redan på utskottsnivå.

Jag vill att ny teknologi ska vara till fördel för alla medborgare i EU. Det ska inte vara telekom-bolagens intressen som prioriteras. Jag vill också understryka betydelsen av personlig integritet, datasäkerhet och arbetarskyddsfrågor i detta sammanhang.

Vad gäller frågan geo-blocking så har den många dimensioner. Det svenska journalistförbundet betonar i en skrivelse problemet om en ansvarig utgivare i Sverige inte kan använda geo-blocking. De skriver "en svensk webbplats mycket väl bli föremål för rättslig prövning i andra europeiska länder, i vart fall om materialet är tillgängligt för läsning, tittning, lyssning i det landet. Mot den bakgrunden tycker vi att det är närmast en självklarhet att ägaren/den ansvarige utgivaren till denna webbplats måste få avgöra, exvis genom geografisk blockering, i vilka territorier som ett visst medieinnehåll ska få göras tillgängligt resp inte göras tillgängligt."

Detta är en fråga som måste utredas ordentligt innan det är dags för lagstiftning. Jag väljer att lägga ner rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe al representar una hoja de ruta clara, progresista y ambiciosa para la realización de un verdadero Mercado Único Digital, a través de la supresión de las barreras para crear nuevas oportunidades en línea dirigidas a los ciudadanos y empresas, especialmente pymes.

La revolución digital está cambiando a Europa radicalmente y tiene un gran potencial para la creación de millones de nuevos puestos de trabajo cualificados y nuevas oportunidades para los consumidores. Por ello, celebro que esta propuesta de Resolución promueva medidas legislativas y no legislativas en beneficio de los consumidores y para preservar la competitividad de nuestra economía social de mercado.

Como socialista estoy especialmente satisfecho con la petición que enviamos a la Comisión para que considere seriamente las condiciones de trabajo en la economía colaborativa y el sector de la paquetería, ya que no podemos aceptar bajos niveles de protección para los trabajadores. Además, pedimos a la Comisión que evalúe qué protección requieren los consumidores en este ámbito y que garantice que la regulación se adecúa al entorno digital.

El informe contiene además un texto potente sobre protección de datos, temas de cultura y medios de comunicación, competencias digitales, infraestructuras e inversiones.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame Europos Parlamentas nagrinėja bendros Europos skaitmeninės rinkos kūrimą. 2015 m. gegužės 6 d. Komisija priėmė pasiūlymą dėl komunikato „Europos skaitmeninė strategija“, kuriuo numatoma iki 2016 m. pabaigos įgyvendinti 16 iniciatyvų. Sugretinę bendrąją skaitmeninę rinką ir bendrąją rinką, ES teisės aktų leidėjai sužinojo apie didžiules galimybes, leidžiančias klestėti ES verslininkams ir įmonėms, ir po ekonomikos krizės ir su ja susijusių priemonių taikymo visiškai atsigauti ES darbo rinkai. Skaitmeniniame sektoriuje diegiamos inovacijos keičia piliečių bendravimo, dalijimosi, vartojimo ir net elgesio įpročius, todėl jos suteikia vienodas naujas galimybes tiek įmonėms, tiek piliečiams. Aktyvesnis skaitmeninių technologijų naudojimas gali dar labiau padidinti piliečių prieigą prie informacijos ir kultūros, pagerinti jų įsidarbinimo galimybes ir suteikti jiems didesnę produktų pasirinkimo laisvę. Tai taip pat gali padėti atnaujinti ir gerinti valdymą ir administravimą ES ir jos valstybėse narėse. Norint užtikrinti inovacijų klestėjimą ir novatoriškų įmonių plėtrą, būtina skatinti dinamišką ekonomiką, todėl Europos Komisija ir valstybės narės daugiausia dėmesio turėtų skirti būtent šiam tikslui. Taip pat reikia daugiau nuveikti skatinant verslumo kultūrą, įskaitant novatoriškus verslo modelius, ir užtikrinti stipresnius įvairių sėkmingai veikiančių Europos inovacijų centrų ryšius.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A CULT tagjaként egyetértek az EMPL azon véleményével, hogy az oktatási és képzési tananyagok a kritikus gondolkodás és megközelítés elsajátítására, az új média-, digitális és információs eszközök és felületek használatára és alapos megértésére kell irányulnia, hogy az emberek nem csupán végfelhasználói, hanem aktív felhasználói lehessenek ezen új technológiáknak. Az oktatás és képzés, valamint a foglalkoztatás közötti sikeres átmenet biztosításához rendkívül fontos, hogy az emberek átvihető kompetenciákkal rendelkezzenek, amelyek lehetővé teszik megalapozott döntéseiket, valamint kezdeményezőkézségük és önismeretük fejlesztését, ami szintén alapvető fontosságú a digitális egységes piac nyújtotta lehetőségek kihasználásában. Javasolom ezért, hogy a tagállamok vegyék fontolóra az oktatási rendszer, a tananyag és a munkamódszerek holisztikus és ambiciózus módon történő, átfogó átalakításának előnyeit annak érdekében, hogy megfelelően reagálni lehessen a digitális forradalom kihívásaira.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Pri zmanjšanju brezposelnosti v EU ter pospešitvi rasti evropskega gospodarstva lahko zelo pomembno vlogo igra enotni digitalni trg, ki predstavlja enega izmed temeljnih stebrov razvoja EU v naslednjih letih.

Zaradi nacionalnih meja in slabe harmonizacije zakonodaje na področju elektronskih komunikacij je Evropa težko konkurenčna ZDA ali Kitajski, kjer razvoj digitalnih tehnologij poteka bistveno hitreje ravno zaradi odsotnosti ovir, ki obstajajo v Evropi. Zato je treba spodbujati podjetniško kulturo, inovativne poslovne modele ter krepiti povezovanje inovacijskih središč na celini.

Predlog strategije za enotni digitalni trg, ki ga je pred meseci predlagala Komisija, se nanaša na urejanje boljšega dostopa do digitalnih storitev in blaga tako za potrošnike kot podjetja, oblikovanje ustreznih konkurenčnih pogojev za inovativne storitve in izkoriščanje potenciala za rast digitalnega gospodarstva. Obstajajo namreč številne ovire pri čezmejni prodaji preko spleta, ki težijo potrošnike in podjetja, zato je harmonizacija pravil nujna.

Velik problem je tudi geografsko blokiranje, ko storitev ni dovoljena vsem pod enakimi pogoji. Zato Komisija predlaga spremembe direktive o storitvah in uredbe o skupinskih izjemah na področju internetne prodaje.

Potrebujemo tudi krepitev storitev e-uprave, boljši dostop do storitev in njihovo preglednost, veliko vlogo pa igra napredna tehnologija in tudi spodbujanje razvoja na področju telekomunikacij.

Poročilo sem podprl.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La rivoluzione digitale riguarda tutti gli aspetti della nostra società e implica importanti opportunità per imprenditori ed imprese, oltre che la creazione di strumenti innovativi a disposizione di tutti i cittadini europei. Per stimolare questa transizione è prioritario che il quadro normativo europeo incoraggi investimenti pubblici e privati in reti e infrastrutture, punti focali del mercato unico digitale, conformando le leggi all'era digitale ed elaborando urgentemente un quadro legislativo armonizzato che garantisca agli investitori certezza giuridica e coerenza normativa.

Ho sostenuto questa relazione dove, in particolare, si chiede alla Commissione la definizione di una strategia inclusiva, comprendente una strategia per la trasformazione digitale dell'industria, settore che beneficia largamente del valore aggiunto dell'economia digitale. Un piano di questo tipo, insieme ad una rinvigorita fiducia nelle tecnologie digitali, sarà essenziale al fine di aumentare la competitività dell'economia europea, accrescere l'efficienza delle tecnologie e servirsi appieno del potenziale non ancora sfruttato.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo che la realizzazione di un mercato unico digitale, fondato su un insieme di norme comuni, possa promuovere la competitività dell'UE, produrre effetti positivi sulla crescita e l'occupazione, rilanciare il mercato unico e rendere la società più inclusiva grazie alle nuove opportunità offerte ai cittadini e alle imprese, in particolare attraverso lo scambio e la condivisione dell'innovazione. Inoltre, ritengo che sarebbe un fondamentale passo verso il completamento del mercato unico e del processo di integrazione europea.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La Commissione europea ha adottato una strategia di sviluppo delle imprese europee nel mercato unico digitale basata su 16 iniziative da realizzare entro la fine del 2016. L'innovazione nel settore digitale continua a modificare il modo in cui i cittadini comunicano, condividono, consumano e agiscono, introducendo nuove opportunità tanto per le imprese quanto per gli utenti. Un maggiore uso delle tecnologie digitali può inoltre migliorare l'accesso dei cittadini alle informazioni e alla cultura, aumentare le loro opportunità di lavoro e mettere a loro disposizione una più ampia scelta di prodotti; non ultimo è in grado di modernizzare e migliorare la governance e l'amministrazione all'interno dell'Unione e dei suoi Stati membri. L'azione del legislatore deve attuarsi su tre fronti: accessibilità, per migliorare l'accesso di consumatori e imprese a beni e servizi digitali in tutta Europa; ambientale, per creare un contesto favorevole allo sviluppo di reti digitali e di servizi innovativi; socioeconomico, per massimizzare il potenziale di crescita dell'economia digitale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport se sert de l'économie numérique, comme un prétexte pour favoriser la fédéralisation de l'Europe dans des domaines qui relèvent de la compétence des États membres. En outre, le rapporteur prévoit, comme le préconise la Commission européenne, d'harmoniser la fiscalité pour favoriser les achats transfrontaliers. Ce texte promeut également la concentration des opérateurs, ce qui nuira à la souveraineté des États membres dans une industrie que nous estimons stratégique. Enfin, ce texte demande l'unification des législations nationales encadrant la propriété intellectuelle.

Ces propositions sont incontestablement néfastes aux opérateurs de l'industrie du numérique qui seront livrés à la concurrence internationale déloyale. Il en va de la préservation de nos emplois et de notre souveraineté nationale dans un secteur hautement stratégique.

C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport datorită perspectivelor pe care el le oferă. Internetul și tehnologiile digitale transformă lumea în care trăim, pe toate planurile și în toate domeniile. Tocmai din acest considerent, UE trebuie să profite de revoluția digitală și să ofere oportunități digitale cetățenilor și întreprinderilor.

Din păcate, în prezent, din cauza barierelor online, cetățenii nu pot beneficia de o serie de bunuri și servicii, astfel că doar 15 % dintre ei fac cumpărături online dintr-o altă țară. Piața unică digitală pe deplin funcțională ar putea contribui cu 415 miliarde EUR pe an la economia UE și ar putea crea sute de mii de noi locuri de muncă.

Nu în ultimul rând, utilizarea sporită a tehnologiilor digitale poate să îmbunătățească considerabil accesul cetățenilor la informații și cultură, să le amelioreze oportunitățile profesionale și să le ofere o gamă largă de produse.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo. Secondo la Commissione, un mercato unico del digitale per l'UE potrà favorire la competitività delle imprese europee, offrire nuove opportunità a cittadini e imprese e rilanciare crescita e occupazione. In concreto, si tratta di creare una governance della Commissione, avocando competenze degli Stati membri, su materie quali Internet, Internet delle cose, economia collaborativa, diritto d'autore, telecomunicazioni, commercio elettronico, PA in rete; ma, per estensione, anche formazione, mercato del lavoro, welfare, fisco, libertà fondamentali, ecc.

Positivo il richiamo a definire un quadro di riferimento normativo che sia «digital proof» e tecnologicamente neutrale, tuttavia il testo non richiama a sufficienza la necessità che il processo di digitalizzazione non si trasformi, per le PMI e le microimprese dei settori economici tradizionali quali il manifatturiero, in un obbligo sproporzionato rispetto alle loro effettive risorse e necessità di gestione e di mercato. Si tratta di una relazione tutta votata all'esaltazione delle virtù progressive del liberoscambismo e del principio di libera circolazione di tutto e tutti, che però dimentica una questione di principio basilare: il controllo democratico su tutto ciò.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Tabloul de bord al Agendei digitale arată că regiunile UE prezintă niveluri foarte diferite în materie de conectivitate digitală, de utilizare a internetului, de capital uman, de integrare a tehnologiei digitale de către întreprinderi, precum și de servicii publice digitale. Regiunile care înregistrează un scor scăzut la acești cinci indicatori riscă să rateze beneficiile erei digitale. Politicile și stimulentele actuale nu au reușit să asigure infrastructura digitală adecvată, îndeosebi în zonele rurale, astfel că 44,8 % din gospodăriile din UE nu au acces la internet rapid.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la pregătirea unui act legislativ privind piața unică digitală, deoarece consider că realizarea unei piețe unice digitale, pe baza unui set comun de norme, poate stimula competitivitatea UE cu efecte pozitive asupra locurilor de muncă, relansa piața unică și consolida caracterul favorabil incluziunii, oferind cetățenilor și întreprinderilor oportunități noi, în special prin schimbul de inovații.

Menționez totodată faptul că revoluția digitală afectează fiecare aspect al societăților noastre, aducând cu sine oportunități și provocări, având potențialul de a autonomiza și mai mult cetățenii, consumatorii și antreprenorii în moduri noi, diferite de felul în care se putea realiza acest lucru înainte.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe al representar una hoja de ruta clara, progresista y ambiciosa para la realización de un verdadero Mercado Único Digital, a través de la supresión de las barreras para crear nuevas oportunidades en línea dirigidas a los ciudadanos y empresas, especialmente pymes.

La revolución digital está cambiando a Europa radicalmente y tiene un gran potencial para la creación de millones de nuevos puestos de trabajo cualificados y nuevas oportunidades para los consumidores. Por ello, celebro que esta propuesta de Resolución promueva medidas legislativas y no legislativas en beneficio de los consumidores y para preservar la competitividad de nuestra economía social de mercado.

Como socialista estoy especialmente satisfecho con la petición que enviamos a la Comisión para que considere seriamente las condiciones de trabajo en la economía colaborativa y el sector de la paquetería, ya que no podemos aceptar bajos niveles de protección para los trabajadores. Además, pedimos a la Comisión que evalúe qué protección requieren los consumidores en este ámbito y que garantice que la regulación se adecúa al entorno digital.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport intitulé «Vers un acte sur le marché unique numérique». Les nouvelles technologies numériques ont un impact sur la quasi-totalité des secteurs composant notre société. Du secteur agricole au secteur financier en passant par le secteur des transports, le numérique représente une révolution qui a profondément bouleversé leur mode de fonctionnement. La législation européenne doit donc être adaptée à ces évolutions technologiques. La réalisation d'un marché unique du numérique favorisera la compétitivité et la création d'emploi tout en offrant un cadre réglementaire régulant les aspects négatifs que peuvent engendrer de telles technologies.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report which is in essence a strategic report for upcoming work on a Digital Single Market for Europe. My reasons for abstaining were that many crucial amendments, on issues of the utmost importance for citizens, were refused. This included articles on net neutrality, data protection, trust in digital services and open standards.

Net neutrality is essential to protecting consumers' access to high-quality internet and mobile services against service providers' increased profits. The continued neglect in enshrining this principle in the EU's Digital Agenda was my reason for abstaining on this report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted to reject this report. The report calls for greater EU harmonisation and the instigation of EU legislation that will alter Member States' taxation, internet, data sharing and e-commerce policies. UKIP vehemently disagrees with aspects of the text that support the continuation of the VAT MOSS regime as we believe this has been extremely harmful to UK businesses particularly small and medium-sized enterprises.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report as I also agree with some improvements that still need to be made to the proposal made by the European Commission regarding the Digital Single Market, for example in the area of the so called 'geo-blocking', VAT-related issues or digital skills. Overall I welcome the Commission's Digital Single Market strategy. It will help us, among others, to modernise our market and maintain global competitiveness.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione è incentrata sulla comunicazione della Commissione per lo sviluppo di un mercato unico digitale. Essa costituisce il preludio ad una serie di iniziative legislative che, secondo il programma di lavoro della Commissione, dovrebbero essere poi discusse in Parlamento la prossima primavera. La relazione costituisce quindi un primo documento in materia che, per i temi che affronta, merita però sicuramente il nostro sostegno. Ho quindi votato convintamente a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – As stated during the debate in the plenary, this report has my support as it finally presents a relevant EU strategy in digital area. It should give us an impetus to promote and further develop digital economy in Europe and we should use it fully, as we are already late to the game.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Da diversi anni l'Unione persegue l'obiettivo di un mercato unico digitale: un modo nuovo di garantire una sempre maggiore quantità di beni e servizi ai consumatori europei e uno strumento che permetterà alle imprese di superare i confini nazionali e espandersi a livello europeo. Diverse e svariate le potenzialità e le applicazioni delle nuove tecnologie anche per migliorare e modernizzare l'amministrazione pubblica e quindi la vita dei cittadini. Realizzare un progetto così ampio implica un quadro normativo adeguato soprattutto in merito alla tutela e alla salvaguardia dei dati dei cittadini, e in particolar modo in un momento delicato come questo che vede la privacy delle persone sottoposta a severi controlli in tutta Europa. Ma implica anche superare le barriere regolamentari nazionali, puntando a regole comuni che favoriscano l'affermarsi del mercato unico digitale. Infatti, una delle cause che ha frenato il pieno sviluppo dell'e-commerce, che rappresenta un reale motore per la crescita, è stata la frammentazione legislativa. È evidente quindi che occorra un approccio nuovo per preparare un mercato unico digitale in grado di cogliere le potenzialità di sviluppo e di crescita che possono derivare da un miglior uso delle tecnologie informatiche. Per questi motivi ho votato a favore.

Λεωτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Υπερψηφίζω την έκδοση με την οποία το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο επισημαίνει, σε συμφωνία με την Επιτροπή, ότι η διακυβέρνηση και η έγκαιρη ολοκλήρωση της ψηφιακής ενιαίας αγοράς αποτελούν κοινή ευθύνη του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου και της Επιτροπής, ενώ παράλληλα παροτρύνει την Επιτροπή να συνεργαστεί με τους κοινωνικούς φορείς και να επιδιώξει τη συμμετοχή τους στη διαδικασία λήψης αποφάσεων στον μέγιστο δυνατό βαθμό. Θεωρώ ότι η αυξημένη χρήση των ψηφιακών τεχνολογιών μπορεί να βελτιώσει την πρόσβαση των πολιτών στην ενημέρωση και στον πολιτισμό, να αυξήσει τις ευκαιρίες για εξεύρεση εργασίας και να τους παράσχει περισσότερες επιλογές όσον αφορά τα προϊόντα. Έχει επίσης τη δυνατότητα να εκσυγχρονίσει και να βελτιώσει τη διακυβέρνηση και τη διοίκηση στην ΕΕ και στα κράτη μέλη της. Η προώθηση μιας δυναμικής οικονομίας είναι απαραίτητη προκειμένου να ενισχυθεί η καινοτομία και οι καινοτόμες επιχειρήσεις να αναπτύξουν δραστηριότητες μεγάλης κλίμακας. Η στρατηγική για την ψηφιακή ενιαία αγορά διαρθρώνεται γύρω από τρεις άξονες: (1) πρόσβαση: καλύτερη πρόσβαση των καταναλωτών και των επιχειρήσεων σε ψηφιακά προϊόντα και υπηρεσίες σε ολόκληρη την Ευρώπη, (2) περιβάλλον: δημιουργία κατάλληλων συνθηκών και ισότιμων όρων ανταγωνισμού για την ανάπτυξη ψηφιακών δικτύων και καινοτόμων υπηρεσιών, (3) οικονομία και κοινωνία: μεγιστοποίηση του δυναμικού ανάπτυξης της ψηφιακής οικονομίας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτως*. – Το ζήτημα της ενιαίας αγοράς αποτελεί εδώ και καιρό μια αφετηρία προκειμένου να οικοδομήσουμε ένα θετικό πλαίσιο κανόνων και δομών προς όφελος των πολιτών της Ένωσης. Για να το καταφέρουμε όμως, πρέπει να διερευνήσουμε όλες τις πτυχές του ζητήματος με γνώμονα το κοινό συμφέρον όλων. Η έλλειψη αναφορών και λύσεων σε ζητήματα ουδετερότητας και ιδιωτικότητας δεν θεωρώ πως είναι προς όφελος των ευρωπαίων και για αυτό το λόγο αποφάσισα να απέχω από την ψηφοφορία.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché penso che la strategia della Commissione per un mercato unico digitale trasformerà significativamente il mercato del lavoro europeo, stimolando la creazione di nuovi posti di lavoro. La mancanza di armonizzazione legislativa è infatti uno dei principali ostacoli che impediscono alle PMI e ai consumatori di vendere o acquistare online in tutta l'Unione. L'utilizzo delle tecnologie digitali può migliorare l'accesso dei cittadini alle informazioni e alla cultura, aumentare le opportunità di lavoro e mettere a loro disposizione una più ampia scelta di prodotti. Inoltre, la digitalizzazione avrà un ruolo chiave nelle amministrazioni pubbliche contribuendo a migliorarne la governance.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché, anche al di là del merito specifico, si inserisce in un percorso che ci riguarda tutti già da qualche anno e che si ripropone con forza per il futuro: un'azienda che produce beni che interessano al 10% della popolazione, dovendosi confrontare anche con dei *competitor*, probabilmente non troverà conveniente restare su un mercato piccolo e rinuncerà a produrre. Se invece quel mercato è dieci volte più grande, i numeri possono diventare molto più interessanti e, se quell'azienda può sfruttare delle eccellenze in termini di materie prime, di risorse umane, o altro, potrà conquistare il mercato. Questa è l'essenza del mercato unico digitale: uno stratagemma per ingrandire il mercato e fare in modo che chi è bravo possa giocare per una posta ben più alta trascinando con sé tutto l'indotto. È una grande scommessa, che una terra di eccellenze come la nostra non può mancare.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted to reject this report. The report calls for greater EU harmonisation and the instigation of EU legislation that will alter Member States' taxation, internet, data sharing and e-commerce policies. UKIP vehemently disagrees with aspects of the text that support the continuation of the VAT MOSS regime as we believe this has been extremely harmful to UK businesses, particularly small and medium-sized enterprises.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A rápida evolução da Internet e das comunicações alterou o modo como comunicamos, como fazemos negócios e como consumimos no seio do Mercado Interno. Não obstante os resultados alcançados no comércio físico, os europeus enfrentam, muitas vezes, obstáculos na utilização de ferramentas e serviços *on-line*, olhando com desconfiança a sua utilização e enfrentando barreiras em virtude da fragmentação legislativa que se aplica ao comércio *on-line*.

Apoio o relatório Kallas/Gebhardt, que vem no seguimento da Estratégia para o Mercado Único Digital apresentada pela Comissão Europeia, com o intuito de criar um mercado único digital conectado, criador de novos postos de trabalho, num ambiente onde as redes e os serviços digitais possam prosperar, com melhor acesso *on-line* para produtos e serviços digitais e que encare o Digital como um motor de crescimento. Estima-se que o Mercado Único Digital possa representar um aumento anual entre 415 a 500 mil milhões de euros no PIB da UE.

Considero que, na generalidade, é uma boa estratégia, mas precisa de ser trabalhada, sendo o relatório hoje votado um contributo de valor para a concretização das metas que a Comissão Europeia se propôs alcançar num futuro próximo, criando, assim, um Mercado Único Digital conectado, de valor acrescentado para os consumidores europeus.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn es gilt jetzt Maßnahmen zu ergreifen, damit die EU den Sprung auf den bereits fahrenden Zug der Digitalisierung nicht verpasst. Der Zugang für Verbraucher zu rechtmäßigen digitalen Inhalten muss verbessert werden. Mit diesem Vorschlag gehen wir das Problem des Geoblocking und der Preisunterschiede im digitalen Binnenmarkt, an um Verbrauchern den grenzüberschreitenden Zugang zum Binnenmarkt zu vereinfachen.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa importante relazione di iniziativa del Parlamento sul mercato unico digitale. Il Parlamento ha compiuto un importante lavoro e ha prodotto una posizione dal grande contenuto democratico, frutto di una lunga valutazione di interessi differenti e punti di vista diversi. Il mercato unico digitale è posto come obiettivo prioritario dalla Commissione Juncker e la speranza è che davvero si possano adottare al più presto tutte le misure necessarie per renderlo efficace, innovativo e competitivo, con l'obiettivo di rendere il mercato moderno e soprattutto produttivo di crescita e occupazione, ciò di cui abbiamo fortemente bisogno per rispondere alle esigenze dei nostri cittadini e delle nostre imprese.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Creators, consumers and businesses should fully benefit from the potential of the Digital Single Market. A fragmented Digital Single Market limits business opportunities for creators, as well as accessibility to content and services for end users. This own-initiative report 'Towards a Digital Single Market Act' is Parliament's response to the Commission's Digital Single Market Strategy of 6 May 2015.

The report as adopted in the joint committee has a very broad scope and refers to e-commerce, cross-border parcel delivery, geo-blocking, copyright, VAT rules, telecoms framework, audiovisual media, platforms and the role of intermediaries, data protection, e-government, opportunities for increased growth and competitiveness such as big data, standardisation, research, e-skills.

Each of these areas needs a specific approach and proposals in different legislative instruments. The Commission is proposing a step by step approach to these specific areas which I welcome.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione Kallas-Gebhardt si inquadra nella macroiniziativa della Commissione Juncker per un mercato unico digitale. La relazione apre la strada a un'articolata serie di iniziative legislative successive, la maggior parte delle quali dovrebbero arrivare al Parlamento entro il 2016. I grandi argomenti trattati (espansione della partecipazione degli europei nella vita digitale, investimento in infrastrutture, riduzione del *geoblocking*, miglioramento delle regole per l'attività commerciale *on-line*, rinforzo della fiducia del cittadino, ecc.) meritano il nostro sostegno.

I nostri emendamenti principali nella procedura ITRE-IMCO hanno riguardato l'intensificazione del concetto di cittadinanza digitale, le azioni per la lotta contro il *digital divide*, il coordinamento di investimenti pubblici e privati, il rinforzo delle garanzie dei diritti fondamentali, le opportunità specifiche per le piccole e medie imprese, l'attenzione ai diritti dei lavoratori e le norme ambientali quando si facilitano attività transfrontaliere, nonché la cura multidimensionale della fiducia del cittadino. Considerando la natura relativamente poco critica della relazione e l'assenza di criticità, il mio voto è positivo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), por escrito. – La agenda digital es una de las propuestas menos coherentes de la Comisión Juncker, un cajón de sastre en el que cabe todo: de los derechos de autor al tiempo de trabajo, de las plataformas digitales a la automatización de la industria, de la reforma de las directivas audiovisuales a las de paquetería. De esta forma, sus iniciativas más polémicas quedan diluidas entre otras sometidas a menor escrutinio público.

Nuestras propuestas en este ámbito son conocidas. Apoyaremos a la Comisión en aquellas iniciativas de armonización que mejoren la protección de los trabajadores, el acceso a la producción cultural y la justa remuneración de los autores. Por el contrario, mantendremos nuestra oposición a los nuevos monopolios digitales, a la liberalización de sectores como la paquetería y a la desregulación de servicios por la competencia desleal de empresas en red, sea en el transporte (como Uber) o en cualquier otro ámbito, público o privado.

El informe del Parlamento contiene mejoras respecto a las propuestas de la Comisión, pero su orientación general sigue siendo confusa. Es por ello que he decidido abstenerme en la votación final.

Andrea Cozzolino (S&D), per iscritto. – Ho votato in favore della risoluzione del Parlamento europeo che promuove la realizzazione di un mercato unico digitale fondato su un insieme di norme comuni, perché ritengo che esso abbia il potenziale di promuovere la competitività dell'UE, produrre effetti positivi sulla crescita e l'occupazione, rilanciare il mercato unico e rendere la società più inclusiva grazie alle nuove opportunità offerte ai cittadini e alle imprese. In particolare, in questa risoluzione chiediamo alla Commissione e agli Stati membri di adottare tutte le iniziative necessarie per: 1) incoraggiare l'imprenditorialità e in particolare modelli di business innovativi, 2) regolamentare il commercio elettronico transfrontaliero in modo tale da tutelare i consumatori e le imprese, 3) migliorare l'accesso ai contenuti digitali attraverso una disciplina moderna diritto d'autore, 4) adeguare il mercato del lavoro attraverso la riduzione delle asimmetrie tra offerta e domanda di competenza.

Pál Csáky (PPE), írásban. – 2015. május 6-án a Bizottság egy közlemény-javaslatot fogadott el „Európai digitális stratégia” címen. A közlemény-javaslat 2016 végéig végrehajtandó kezdeményezéseket tartalmaz. Pozitívum, hogy az Európai Bizottság elsődleges céljai között jelölte meg az indokolatlan területi alapú tartalomkorlátozás és a fogyasztókkal szembeni, határon átnyúló jellegű diszkrimináció egyéb formáinak megszüntetését. A digitális technológiákba vetett bizalom megerősítése alapvető fontosságú az adatközpontú gazdaság fejlődéséhez. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I strongly believe that legislation in the area of a digital single market should allow new opportunities for users and businesses and new innovative cross-border online services at competitive prices. It should remove barriers between Member States and facilitate access for European businesses, in particular SMEs, micro-enterprises and start-ups to the cross-border market. The EU digital single market has great potential, it could foster competitiveness, have positive effects on growth and jobs, make the society more inclusive, offering new opportunities for unemployed, for young people and women in the job market. So, I voted in favour this report promoting a more dynamic economy and allowing innovation to flourish.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this report as a positive step forward for consumers and the digital industry. We need ambitious actions to complete Europe's Digital Single Market, particularly addressing e-skills for young people, and removing artificial barriers to the development of the collaborative economy. We need a legislative landscape that is innovation-friendly and fosters entrepreneurship. Finally, although I support most of the content of this report, I do want to emphasise that I did not support a Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB), harmonisation of spectrum allocation or extending the scope of the Audiovisual Media Services (AVMS) Directive to include online platforms, and my group requested that these be put to the vote separately to show our opposition to these ideas, which risk undermining the very innovation the Digital Single Market is supporting.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Il mercato unico digitale implica un approccio più distribuito, più partecipato, più decentralizzato verso l'innovazione e questo lo rende potenzialmente rivoluzionario rispetto al vecchio modello, basato su strutture e infrastrutture tradizionali, costose e impattanti. Ma, affinché possa realizzarsi, ci sono questioni rilevanti da risolvere rapidamente, a partire dal *digital divide* (in alcuni casi dovuto anche alle difficoltà economiche conseguenti alla crisi), passando per il livello di alfabetizzazione digitale, la neutralità tecnologica, un equo accesso ai servizi e ai contenuti digitali, arrivando sino alle necessarie infrastrutture ad alta velocità/capacità di mega dati. Ulteriori ambiti che meritano attenzione sono ad esempio la *cyber security*, la protezione dei dati personali, la dipendenza dalla rete, lo stravolgimento della privacy e la difficoltà a staccare la «connessione» per salvaguardare la vita personale.

Tuttavia, le opportunità per le PMI, l'innovazione a livello diffuso, la rivoluzione dell'Internet delle cose e i vantaggi nei settori dell'agricoltura, del turismo, della produzione industriale, della cultura e dei servizi sono apporti innegabili del mercato unico. Esso può inoltre essere sfruttato per il risparmio energetico e delle risorse, per una migliore efficienza e per una più duratura performance dei prodotti, nell'ottica di un'economia circolare. Nonostante quindi alcune perplessità, il mio voto sul report è favorevole.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Susțin poziția raportorului referitoare la faptul că încrederea utilizatorilor și a întreprinderilor în mediul digital este vitală pentru deblocarea deplină a inovării și a creșterii în economia digitală, iar o soluție pentru creșterea acestei încrederi o reprezintă standardele de protecție și securitate a datelor adecvate și un nivel ridicat de protecție și autonomizare a consumatorilor. Acestea pot fi obținute printr-o legislație actualizată pentru întreprinderi.

Nu trebuie să uităm faptul că veniturile anuale generate de comerțul electronic în Uniunea Europeană se ridică la 500 miliarde de euro, el oferind consumatorilor o gamă mai largă de opțiuni, în special în zonele îndepărtate, iar IMM-urilor oportunități noi.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative présente la position du Parlement concernant la communication de la stratégie de la Commission sur le marché unique numérique du 6 mars 2015, un des piliers du programme politique du président Juncker. Ce rapport comporte un certain nombre de recommandations pour tirer bénéfice du potentiel de croissance de l'économie du numérique, en favorisant le développement des entreprises innovantes dans le domaine des nouvelles technologies ou de l'impression 3D et les nouvelles formes de commerce et d'échange comme l'économie du partage. Ce rapport s'intéresse également à la protection des consommateurs en ligne, avec l'interdiction du géoblocage. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative définit les mesures nécessaires à la mise en place d'un marché unique du numérique au niveau européen. Celui-ci va notamment permettre de maximiser le potentiel de croissance de l'économie numérique et de renforcer la sécurité des réseaux et infrastructures numériques.

Dennis de Jong (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Eerst waren we maandenlang aan het bakkeleien over welke parlementaire commissies bevoegd zouden zijn. Vervolgens moesten we bijna 1300 amendementen van collega's doorspitten en nu we dan eindelijk de plenaire stemming hebben, liggen de eerste wetsvoorstellen van de Commissie op dit gebied al voor. Hiermee spant het EP het paard achter de wagen, want het verslag was juist bedoeld om de Commissie te beïnvloeden voordat zij formele wetsvoorstellen zou uitbrengen. Daarom stem ik tegen dit verslag.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'Europa deve imparare ad avere un approccio maggiormente proattivo su dei dossier fondamentali come quelli del mercato unico digitale. In particolare, altre economie nel mondo si stanno muovendo molto velocemente del definire il proprio futuro intorno al digitale e le imprese europee non devono restare indietro, soprattutto quelle che rappresentano il valore aggiunto del nostro sistema: le piccole e medie imprese. Oggi vi è una grave carenza economica e culturale intorno a questo argomento e molto potenziale sia nella burocrazia sia nella collezione di dati rimane inesplorato.

Inoltre, le applicazioni della scienza dei dati sembrano essere una realtà ormai in alcuni paesi europei, mentre in altri vengono ancora visti con una certa paura e diffidenza. È tempo di invertire la tendenza attraverso investimenti mirati sulle nuove tecnologie e sulle nuove competenze legate al mercato digitale come ad esempio la scienza dei dati.

Inoltre, un altro elemento fondamentale riguarda l'introduzione di una maggiore coerenza e dunque integrazione tra i corpus legislativi nazionali in questa materia soprattutto in ambito di privacy ed accesso a informazioni sensibili. È fondamentale dotarsi di questo atto e di tutte le norme necessarie a rendere l'Europa protagonista nel digitale in maniera da posizionarsi sulla frontiera tecnologica più avanzata.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Aujourd'hui, seuls 1,7 % des entreprises de l'UE font pleinement usage des technologies numériques avancées et seulement 14 % des PME utilisent l'internet comme un canal de vente. En 2013, la taille du marché de l'économie de partage était d'environ 3,5 milliards à travers le monde, et on estime qu'elle dépassera 100 milliards dans les prochaines années.

C'est pourquoi la Commission européenne a fait de l'achèvement du marché numérique l'une de ses priorités politiques. Seize initiatives seront mises en place, d'ici la fin de 2016, pour améliorer l'accès des consommateurs de l'UE aux biens et services tout en leur assurant une protection pérenne de haut niveau mais également éliminer les obstacles aux PME, jeunes entreprises et entreprises en expansion, pour que celles-ci puissent saisir les opportunités basées sur les nouvelles technologies de l'information et des communications (TIC).

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – La création d'un marché unique numérique va permettre à l'Europe de rattraper son retard sur les États-Unis en renforçant la compétitivité de son industrie face aux géants numériques mondiaux. J'ai donc voté en faveur du rapport Gebhardt & Kallas pour la création d'un marché unique numérique. La révolution numérique qui s'ouvre offrira un potentiel de croissance immense pour les entreprises européennes et les consommateurs. La confiance de ces derniers est d'ailleurs le pilier central du marché unique numérique.

En ce qui concerne les entreprises, il est absolument indispensable de leur offrir un environnement juridique stable pour qu'elles puissent se développer par-delà les frontières européennes, sans coûts additionnels injustifiés, ni incertitude juridique. Enfin, le développement de l'économie numérique doit s'accompagner d'une protection du droit d'auteur, de la propriété intellectuelle et d'une meilleure lutte contre la contrefaçon sur internet.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A közös szabályrendszeren alapuló digitális egységes európai piac pozitív hozadékai közé sorolható a növekedés, az egységes piac erősítése, illetve a munkahelyteremtés is. Mindazonáltal lehetőséget teremt a vállalkozóknak innovatív ötleteik kiterjesztéséhez, illetve az akadályok nélküli, határon átnyúló elektronikus kereskedelmi piac zavartalan működéséhez. Ezen innovatív irány a társadalom nagy részére hatással van, és ami még ennél is fontosabb, lehetőséget teremt a növekedés eléréséhez.

Fontos megemlíteni, hogy a lehetőségek mellett több kihívással is szembe kell néznie a digitális piac minden résztvevőjének. Annak érdekében, hogy ez a piac gördülékeny, fenntartható és mindenki számára elérhető legyen, törekedni kell a szolgáltatásokhoz való hozzáférés javítására, különös tekintettel a területi alapú, indokolatlan tartalomkorlátozásra. Szintén ide tartozik a földrajzi elhelyezkedés vagy nemzetiség alapján történő, tisztességtelen ársziskrimináció megszüntetésére irányuló javaslat, amelynek direkt hatására alakulnak ki monopóliumok és egyes fogyasztók illegális tartalom felé való orientálódása. Ezen tartalomkorlátozás csorbítja a nemzeti kisebbségek jogait, hiszen egyes tartalmak nem érhetőek el anyanyelvükön. Ebben a kérdésben lépésről lépésre kell előrehaladnunk, a versenybeli problémák megoldását követően.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – La résolution soumise accorde, de mon point de vue, une trop faible place aux enjeux culturels qui sont centraux dans le dossier du numérique. Les technologies numériques, par la transformation profonde des outils, des objets et des usages qu'elles impliquent, affectent directement les métiers de la création et du patrimoine. Ces technologies posent des questions juridiques essentielles – dont les conséquences économiques ne sont pas neutres – sur l'accès aux informations et aux œuvres et sur la rémunération des auteurs. Elles interrogent aussi les missions de services publics, ce qui impose de clarifier – à l'aune de cette révolution digitale – la directive services.

Par ailleurs, au vu du potentiel économique et social du *big data*, de l'internet des objets (notamment dans les domaines de la santé, de l'énergie et de la logistique), je veux souligner l'importance de l'investissement dans des autoroutes de l'information praticables et ouvertes à tous. Le Fonds européen d'investissement stratégique (EFSI) est un outil qui doit pouvoir être actionné sur ce dossier en particulier.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La création d'un marché unique numérique relève d'une dynamique d'intégration fédéraliste qui s'imposerait aux États membres par une harmonisation à marche forcée. La stratégie d'intégration se lit clairement à travers la proposition d'harmonisation de la TVA dans le domaine des envois en ligne, mais également la régulation des opérateurs qui favorisera le regroupement de ceux-ci à l'échelle du réseau européen et enfin à travers l'harmonisation des règles de propriété intellectuelle. Attachée à la souveraineté des États membres dans ce domaine qui a trait aux libertés et à la libre concurrence sur les réseaux, j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „за“ този доклад, защото дава индикации в правилната посока. С бързия темп на развитие на цифровизацията и непрекъсната поява на нови иновативни технологии, ние трябва да сме готови да осигурим обмислени и ефективни бъдещи приложения и ясно законодателство, които не ошетяват творческите индустрии и не възпрепятстват иновациите, и които няма да създадат трудности и негативни последици за потребителите, които би трябвало да се наслаждават на новата дигиталната революция. Независимо от ползите, повтарям още веднъж важността на поддържането на нашия фокус върху подобряването на съществуващата система и решаването на ключови въпроси в целенасочен начин въз основа на задълбочен анализ. Отговаряйки на призивите за радикална промяна, ние ще унищожим творческия сектор и ще нанесем опустошителни вреди на нашите граждани. В моята страна сме свидетели на високи нива на безработица и икономически загуби, причини, дължащи се на нарушения на правата на интелектуална собственост. Също така независимият творчески сектор е силно зависим от системата на авторските права. Ако тя не съществуваше, нямаше да има независим филм; културното наследство ще изчезне. Признавайки значението на иновациите, технологичния напредък и опазването на културното наследство, поставяме подходяща рамка за постигането на този крехък баланс.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Η ενιαία ψηφιακή αγορά αποτελεί την εκσυγχρονισμένη μορφή της καταπιεστικής και ανελεύθερης ΕΕ, η οποία προσπαθεί να απλωθεί σε ελεύθερες ακόμη περιοχές όπως το Διαδίκτυο. Η ψηφιοποίηση του δημοσίου τομέα μπορεί να λύσει πολλά προβλήματα και να εξοικονομήσει πόρους αλλά ενδέχεται από την άλλη να υποβαθμίσει την σημασία των προσωπικών δεδομένων αλλά και να αυξήσει γεωμετρικά το κόστος προστασίας τους.

Το συγκεκριμένο σχέδιο νομιμοποιεί το κοινοτικό bullying κατά των επιχειρήσεων που επιθυμούν να έχουν περιορισμένο κύκλο εργασιών και που επιλέγουν, όπως έχουν κάθε δικαίωμα, να εκτελούν εμπορικές συναλλαγές με όποιες χώρες επιθυμούν.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione Kallas-Gebhardt si incentra sulla comunicazione della Commissione COM(2015)0192, inquadrata nell'iniziativa della Commissione Juncker per un mercato unico digitale. La digitalizzazione dei diversi aspetti della vita economica e sociale viene vista come positiva, in quanto sono stati inclusi alcuni elementi che vanno sostenuti, quali l'espansione della partecipazione dei cittadini alla vita digitale, che va di pari passo con l'investimento in infrastrutture e il miglioramento delle regole per l'e-commerce. Inoltre, è positivo il rilievo dato al concetto di cittadinanza digitale e alla lotta al *digital divide*. A parte alcuni elementi sui quali abbiamo votato contro, come ad esempio il sostegno dato all'EFSI a cui ci opponiamo, la relazione non presenta particolari criticità. Ho votato a favore.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Lagförslag som reglerar digitala inre marknaden, tre huvudområden; (1) bättre tillgång till digitala varor för både konsumenter och företag i hela unionen, (2) skapa gemensamma spelregler så att digitala nätverk och innovativa tjänster kan utvecklas bättre, (3) säkerställa tillväxtpotentialen för digitala tjänster. En utvecklad digital marknad är en viktig förutsättning för att kunna skapa jobb och tillväxt i Europa. Jag har därför röstat för lagförslaget.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Comissão adotou uma proposta de comunicação intitulada «Uma estratégia digital para a Europa», que engloba 16 iniciativas a concretizar até ao final de 2016. A inovação no setor digital está constantemente a mudar a forma como os cidadãos comunicam, partilham, consomem e até se comportam e, por conseguinte, dá origem a novas oportunidades tanto para empresas como para os utilizadores.

A utilização intensificada das tecnologias digitais pode adicionalmente melhorar o acesso dos cidadãos à informação e à cultura, aumentar as oportunidades de emprego e proporcionar-lhes uma escolha mais vasta de produtos. Pode ser igualmente benéfica para a modernização e a melhoria da governação e da administração na UE e nos seus Estados-Membros.

A Estratégia para o Mercado Único Digital divide-se em três partes:

— acesso: melhor acesso dos consumidores e empresas aos bens e serviços digitais em toda a Europa;

— ambiente: criação de condições adequadas e de condições de concorrência equitativas para que as redes digitais e os serviços inovadores prosperem;

— economia e sociedade: otimização do potencial de crescimento da economia digital vertidas neste relatório que votei favoravelmente.

É importante que o orçamento da UE, os orçamentos nacionais, e o quadro legislativo permitam a execução desta estratégia.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce qu'il s'attache à démanteler, dans le domaine du numérique, la souveraineté des États.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A inovação no sector digital muda constantemente a forma como os cidadãos comunicam, partilham, consomem e até se comportam, gerando novas relações sociais e económicas. As tecnologias digitais podem melhorar o acesso dos cidadãos à informação e à cultura, bem como proporcionar-lhes uma escolha mais vasta e diversificada de produtos e serviços públicos e/ou comerciais.

Apesar do potencial que comportam as tecnologias digitais, o mercado único tem sido um instrumento promotor das desigualdades entre Estados-Membros, degradando a produção nacional em Portugal, dificultando particularmente a vida das micro, pequenas e médias empresas que não conseguem fazer face à concorrência europeia e à brutal desigualdade de circunstâncias perante as hegemónicas multinacionais.

Defendemos o fim do bloqueio geográfico. No entanto, tal deverá acautelar o direito dos autores e dos artistas a uma remuneração digna pelas suas produções.

Defendemos que o armazenamento e a gestão dos dados, pela importância crescente que as tecnologias digitais assumem não só na economia como também na sociedade, devem estar sob a alçada do Estado.

A liberalização dos mercados é motivo de profunda preocupação, ainda que se apresente com uma fachada social. A propaganda de promessas de emprego, crescimento, coesão, é sempre mas sempre desmentida pela realidade.

Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché ritengo che le proposte in essa contenute vadano incontro alle esigenze sia delle imprese che dei consumatori. In particolare, ritengo positiva la richiesta di azioni per completare il mercato unico digitale in Europa che abbiano effetti positivi sullo sviluppo delle competitività dell'UE, promuovendo la crescita e l'occupazione. Inoltre, ciò permetterebbe l'emersione e la crescita di nuovi servizi transfrontalieri online innovativi a prezzi competitivi, lo sviluppo della *sharing economy* e l'adozione di strumenti strategici favorevoli all'innovazione per le piattaforme on line che agevolino l'accesso al mercato. Ulteriore misure sulle quali bisogna continuare a investire e lavorare sono lo sviluppo delle *e-skills* dei giovani nelle scuole e nelle università e un piano d'azione per l'e-government nelle pubbliche amministrazioni.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Chýbajúci spoločný súbor pravidiel pre cezhraničný online predaj predstavuje jednu z hlavných prekážok pre malé a stredné podniky a spotrebiteľov, aby mohli slobodne predávať a nakupovať online v celej Európskej únii. Online predaj digitálneho obsahu zostáva z väčšej časti neregulovaný, či už v právnych predpisoch EÚ alebo vnútroštátnych právnych predpisoch. V súčasnosti má spotrebiteľ kupujúci hmatateľný digitálny obsah prístup k celej škále práv, zatiaľ čo spotrebiteľ kupujúci rovnaký digitálny obsah dodaný elektronickými prostriedkami ho nemá. Európska komisia by mala vypracovať plán digitálnej transformácie priemyslu s cieľom zvýšiť konkurencieschopnosť európskeho hospodárstva, zvýšiť efektívnosť a využiť nevyužitý potenciál. To si bude vyžadovať európsky prístup vrátane stratégie stanovovania noriem, ako aj integráciu jednotného trhu v rámci technológií.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), *na piśmie*. – Tempo rozwoju rynku cyfrowego zmieniło naszą rzeczywistość i sposób, w jaki patrzymy na przemysł i konkurencyjność europejskich przedsiębiorstw. Dostrzegam bariery w organizacji rynku cyfrowego, które stanowią utrudnienie dla ich nieskrępowanej działalności i dalszego rozwoju. Polscy mali i średni przedsiębiorcy, pomimo wielu utrudnień, doskonale wykorzystują tę szansę. Niemniej jednak w sprawozdaniu znajduje się zapis wzywający do utworzenia ogólnounijnej, wspólnej, skonsolidowanej podstawy opodatkowania osób prawnych (CCCTB), którego poprzeć nie mogę, tym bardziej w sprawozdaniu, w którym konkurencyjność to jedna z głównych przesłanek.

Podatki to jedna z najważniejszych prerogatyw każdego państwa i chociaż są takie elementy systemu fiskalnego, które podlegają koordynacji unijnej (VAT), zależy mi na tym, żeby to narzędzie polityki państwa pozostawało w polskich rękach. Przede wszystkim jest to sprawozdanie na temat środowiska cyfrowego w UE. Nie mogę zgodzić się, aby przy tej okazji wprowadzono postulat, który prowadziłby do utraty możliwości prowadzenia aktywnej polityki fiskalnej oraz w efekcie – spadku konkurencyjności polskiej gospodarki.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η ενιαία ψηφιακή αγορά αποτελεί την εκσυγχρονισμένη μορφή της καταπιεστικής και ανελεύθερης ΕΕ, η οποία προσπαθεί να απλωθεί σε ακόμη ελεύθερες περιοχές όπως είναι το Διαδίκτυο. Η ψηφιοποίηση του δημοσίου τομέα μπορεί, από τη μία, να λύσει πολλά προβλήματα και να εξοικονομήσει πόρους αλλά, από την άλλη, να υποβαθμίσει την σημασία των προσωπικών δεδομένων αλλά και να αυξήσει γεωμετρικά το κόστος προστασίας τους.

Το συγκεκριμένο σχέδιο νομιμοποιεί το κοινοτικό bullying κατά των επιχειρήσεων που επιθυμούν να έχουν περιορισμένο κύκλο εργασιών και που επιλέγουν, όπως έχουν κάθε δικαίωμα, να εκτελούν εμπορικές συναλλαγές με όποιες χώρες επιθυμούν.

Για τους λόγους αυτούς, η ψήφος μου είναι αρνητική όσον αφορά την πορεία προς μια πράξη για την ψηφιακή ενιαία αγορά .

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – On behalf of UK Conservative MEPs, we support the calls within this report for ambitious, targeted actions to complete Europe's Digital Single Market, including an end to unjustified geo-blocking practices, promotion of e-skills for young people, and an e-government action plan in public administrations. Furthermore we welcome the calls for the Commission and Member States to support the further development of the sharing economy and an innovation-friendly policy towards online platforms. Finally we believe the approach to copyright and portability included in the final report is well balanced.

However, we strongly oppose the endorsement of the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB), which is not relevant to the DSM and has no place in this report, and we will continue to oppose its introduction. In addition we do not support the harmonisation of spectrum allocation, whilst we do recognise the benefits of increased coordination, nor do we support extending the scope of the Audiovisual Media Services (AVMS) Directive to include online platforms as called for in the report. These votes were all roll-called.

Despite these reservations, Conservatives voted in favour of the report given our strong support for the digital single market and the significant opportunities it brings.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Today, we will be able to guarantee better access for consumers and businesses across Europe to the Digital Single Market, creating the right conditions and a level playing field for advanced digital networks and innovative services, and maximising the growth potential of the digital economy. It is very important to have a clear stand on topics such as consumer protection, data protection, big data, infrastructure and investment, media, digital skills and copyright.

I welcome the fact that the report goes beyond the Commission strategy addressing issues which the Commission has neglected, such as platforms, structural changes in society and the impact of digitalisation on the employment world. I am especially satisfied that the issues of workers' rights in the sharing economy and the parcel delivery sector were included in the report.

Finally, I believe we must make more efforts on standardisation, patents and on social protection.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor convencido del gran potencial que tiene la conformación de un verdadero mercado único digital, que abre nuevas oportunidades para fomentar las opciones de negocio mediante el comercio electrónico, a la vez que facilita el cumplimiento de los requisitos administrativos y financieros para las empresas y da capacidades a los clientes a través de la administración electrónica. Estos avances requieren un marco normativo que facilite el desarrollo de la computación en nube, una conectividad de datos móviles sin fronteras y un acceso simplificado a la información y al contenido, preservando la privacidad, los datos personales, la seguridad cibernética y la neutralidad de la red. Debemos eliminar las barreras nacionales a las transacciones efectuadas en línea entre Estados miembros con el objetivo de aumentar la prosperidad de todos los ciudadanos de la UE.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe al representar una hoja de ruta clara, progresista y ambiciosa para la realización de un verdadero Mercado Único Digital, a través de la supresión de las barreras para crear nuevas oportunidades en línea dirigidas a los ciudadanos y empresas, especialmente pymes.

La revolución digital está cambiando a Europa radicalmente y tiene un gran potencial para la creación de millones de nuevos puestos de trabajo cualificados y nuevas oportunidades para los consumidores. Por ello, celebro que esta propuesta de Resolución promueva medidas legislativas y no legislativas en beneficio de los consumidores y para preservar la competitividad de nuestra economía social de mercado.

Como socialista estoy especialmente satisfecha con la petición que enviamos a la Comisión para que considere seriamente las condiciones de trabajo en la economía colaborativa y el sector de la paquetería, ya que no podemos aceptar bajos niveles de protección para los trabajadores. Además, pedimos a la Comisión que evalúe qué protección requieren los consumidores en este ámbito y que garantice que la regulación se adecúa al entorno digital.

El informe contiene además un texto potente sobre protección de datos, temas de cultura y medios de comunicación, competencias digitales, infraestructuras e inversiones.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe al representar una hoja de ruta clara, progresista y ambiciosa para la realización de un verdadero Mercado Único Digital, a través de la supresión de las barreras para crear nuevas oportunidades en línea dirigidas a los ciudadanos y empresas, especialmente pymes.

La revolución digital está cambiando a Europa radicalmente y tiene un gran potencial para la creación de millones de nuevos puestos de trabajo cualificados y nuevas oportunidades para los consumidores. Por ello, celebro que esta propuesta de Resolución promueva medidas legislativas y no legislativas en beneficio de los consumidores y para preservar la competitividad de nuestra economía social de mercado.

Como socialista estoy especialmente satisfecha con la petición que enviamos a la Comisión para que considere seriamente las condiciones de trabajo en la economía colaborativa y el sector de la paquetería, ya que no podemos aceptar bajos niveles de protección para los trabajadores. Además, pedimos a la Comisión que evalúe qué protección requieren los consumidores en este ámbito y que garantice que la regulación se adecúa al entorno digital.

El informe contiene además un texto potente sobre protección de datos, temas de cultura y medios de comunicación, competencias digitales, infraestructuras e inversiones.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Il mercato unico digitale rappresenta un grande traguardo per l'Unione europea. Si tratta di un provvedimento atteso da anni da imprenditori e consumatori, capace di generare un contributo all'economia europea pari a 415 miliardi di euro. In Europa abbiamo grandi eccellenze creative che attendono questo provvedimento, con il quale si porrà finalmente fine a quegli ostacoli che impediscono alle imprese del settore di poter competere alla pari con i competitor oltreoceano. Da questo provvedimento ci attendiamo crescita di posti di lavoro e benefici per tutti i settori, dai servizi alla pubblica amministrazione fino all'educazione. Per questi motivi continueremo a lavorare per arrivare in tempi rapidi a questi risultati.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Trovo molto importante l'approvazione di questa relazione, che delinea la posizione generale del Parlamento europeo su un tema prioritario come quello della realizzazione del mercato unico digitale in Europa. Sottolineo in particolare il lavoro di coordinamento tra molte commissioni parlamentari, che ha permesso al Parlamento di rispondere con una voce forte e unita alla comunicazione della Commissione europea, che presenta la nuova strategia sul digitale come uno dei punti cardine del programma del Presidente Juncker. Attendo pertanto con interesse la presentazione delle numerose strategie normative attese per il 2016, si tratterà di misure su cui la commissione affari giuridici si pronuncerà nell'obiettivo di attuare riforme finalmente innovative in materia di digitalizzazione, copyright, nuovi servizi.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über das Thema „Auf dem Weg zu einer Akte zum digitalen Binnenmarkt“ gestimmt, da er zwei zentrale Forderungen aufgreift, die ich seit meiner Wahl ins Europäische Parlament immer wieder in dieses Plenum einbringe: Zum einen die Entwicklung eines Binnenmarktes, der den Verbrauchern durch günstigere Preise dient und Mittelstand sowie Familienunternehmen durch besseren Onlinezugang fördert. Zum anderen das Thema des Binnenmarktes für Pakete: Wir brauchen hier einen europäischen Markt, wir brauchen eine Art „Roaming-Deckel für Pakete“. Es kann nicht sein, dass ein Paket von Aachen nach Eupen oder von Regensburg nach Prag zehnmal so viel kostet wie ein Paket von Oberammergau nach Flensburg – nur, weil bei den anderen eine nationale Grenze stört.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Neben den wirtschaftlichen Vorteilen für Unternehmen werden insbesondere die Bürger der EU von den Vorteilen eines einheitlichen digitalen Binnenmarktes profitieren. Dies ist wieder ein Beispiel dafür, dass wir von gemeinsamen europäischen Lösungen profitieren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Digital Single Market (DSM), a response to the European Commission's Communication on the DSM, which focused on business to customer online purchasing, transactions, and cross border parcel delivery. The report calls on the Commission to press on with the completion of a Europe-wide Digital Single Market, with emphasis on the need for everyone to have the right to access the internet and use online services, and ensuring superfast broadband is accessible to everyone.

Labour MEPs tabled a number of amendments to address the gaps on social and employment issues, digital skills, public investment and universal access and coverage, and are pleased with the report, but more work needs to be done. The Digital Single Market is a great example of how British consumers benefit from membership of the EU – indeed only last month, the Commission unveiled proposals that will allow travellers to watch iPlayer, Netflix and other digital content while abroad.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché la costruzione del mercato unico digitale è ormai realtà e tutti ci auguriamo che possa essere uno dei grandi successi dell'Unione europea, che di successi ha più che mai bisogno proprio in questo momento. Perché sia un successo, però, bisogna innanzi tutto abbattere il divario digitale e garantire a consumatori e imprese di accedere ai servizi che offre. Ci sono zone e regioni in Europa in cui ancora oggi non è disponibile la banda larga. In questo contesto e a queste condizioni la realizzazione del mercato unico digitale rischia di aumentare il divario tra le regioni più sviluppate e quelle in condizione di arretratezza tecnologica. Questo rischia di diventare ancora più grave se parliamo di *e-governement* più che di *e-commerce*. Ritengo il mercato unico digitale una grande prova di progresso e una straordinaria occasione per il benessere dei cittadini europei. L'obiettivo deve essere lanciare l'Europa verso il futuro stando molto attenti però a non creare cittadini di serie A e cittadini di serie B.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe se enmarca en un intento de dar respuesta a los nuevos retos planteados por las nuevas tecnologías y el contexto de competencia nuevo que se avecina. La economía digital representa una palanca para favorecer el crecimiento, por lo que dudamos de que todo se pueda resolver a través de las reglas del «mercado único».

Algunas partes del texto representan avances (toma en consideración de los riesgos de la digitalización, establecimiento de una base consolidada común del impuesto sobre sociedades, etc.); sin embargo, sobre algunos otros aspectos, el informe no va suficientemente lejos, especialmente en materia de protección de datos, de uso de *software* libre y de neutralidad de la red. Por todas estas razones, me he abstenido en la votación.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Tempo rozwoju rynku cyfrowego zmieniło naszą rzeczywistość i sposób, w jaki patrzymy na przemysł i konkurencyjność europejskich przedsiębiorstw. Niemniej jednak w sprawozdaniu znajduje się zapis wzywający do utworzenia ogólnounijnej wspólnej skonsolidowanej podstawy opodatkowania osób prawnych (CCCTB), którego poprzeć nie mogę, tym bardziej w sprawozdaniu, w którym konkurencyjność to jedna z głównych przesłanek.

Po pierwsze, jest to sprawozdanie na temat środowiska cyfrowego w UE, a nie na temat podatków bezpośrednich, i jest to jeden z powodów, dla którego nie mogę poprzeć tekstu zawierającego takie wezwanie. Ponadto, nie mogę zgodzić się na postulat, który prowadziłby do utraty możliwości prowadzenia aktywnej polityki fiskalnej oraz w efekcie do spadku konkurencyjności gospodarek UE o najniższych stawkach CIT. Argument, że w obszarze podatków trwa nieuczciwa konkurencja wewnątrz Unii, jest nadużyciem i jednostronną interpretacją sytuacji przez niektóre państwa członkowskie, a na ujednoliceniu po prostu straciłyby mniejsze państwa członkowskie.

W końcu, jeden z powodów, dla którego obecności tego zapisu w tekście końcowym poprzeć nie mogę, jest wynikiem pojawiających się w przeszłości nacisków na niektóre państwa, które oskarżane były o stosowanie „wyjątkowo szkodliwej konkurencji podatkowej”. Ten sposób wypowiedzi pod adresem suwerennych państw członkowskich prowadzących własną politykę fiskalną jest po prostu nie do zaakceptowania.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Piața unică digitală este extrem de importantă pentru UE. Strategiile abordate pentru dezvoltarea pieței unice digitale pot duce la o dezvoltare economică eficientă. Internetul crește viteza schimburilor comerciale, dar și viteza schimbului de informații între cetățeni și administrația publică.

Piața unică digitală trebuie dezvoltată ținând seama de incluziunea socială și de nivelul de educație diferit în spațiul european. De aceea, consider că dezvoltarea pieței unice digitale trebuie făcută în directă corelare cu investițiile fondurilor de coeziune.

În același timp, Comisia trebuie să se asigure că există un cadru juridic clar pentru combaterea criminalității cibernetice și protecția datelor personale. Dezvoltarea tehnologică nu are voie să lezeze drepturile consumatorilor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Along with my Labour Party colleagues I voted in favour of this Report calling for a fairer Digital Single market in the EU. Labour MEPs tabled a number of amendments to address the gaps on social and employment issues, digital skills, public investment and universal access and coverage, and are pleased with the report, but more work needs to be done.

The Digital Single Market is a great example of how British consumers benefit from membership of the EU – indeed only last month, the Commission unveiled proposals that will allow travellers to watch iPlayer, Netflix and other digital content while abroad.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport.

Pour garantir la confiance des consommateurs et des entreprises dans les nouveaux services numériques, il est indispensable de garantir un niveau élevé de protection des données. L'innovation et plus généralement la croissance de l'économie numérique ne pourront se faire que si nous incitons à des modèles commerciaux qui renforcent cette confiance.

Par ailleurs, je pense que la numérisation de l'industrie doit être sérieusement encouragée par la Commission européenne par l'adoption de normes européennes ou mondiales. Cela représente pour l'industrie et pour toutes nos PME des opportunités que les différents secteurs productifs ne peuvent pas laisser passer.

En outre, la fiscalité liée au numérique doit être adaptée à cette nouvelle économie, il est donc urgent d'élaborer des normes communes qui répondent aux spécificités de ce secteur qui évolue si rapidement.

Enfin, l'accès à l'internet des zones rurales ou isolées doit être défendu au niveau européen. Pour ces régions, c'est un manque à gagner économique et social. Il faut donc favoriser les investissements publics-privés dans ces zones.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe al representar una hoja de ruta clara, progresista y ambiciosa para la realización de un verdadero Mercado Único Digital, a través de la supresión de las barreras para crear nuevas oportunidades en línea dirigidas a los ciudadanos y empresas, especialmente pymes.

La revolución digital está cambiando a Europa radicalmente y tiene un gran potencial para la creación de millones de nuevos puestos de trabajo cualificados y nuevas oportunidades para los consumidores. Por ello, celebro que esta propuesta de Resolución promueva medidas legislativas y no legislativas en beneficio de los consumidores y para preservar la competitividad de nuestra economía social de mercado.

Como socialista estoy especialmente satisfecho con la petición que enviamos a la Comisión para que considere seriamente las condiciones de trabajo en la economía colaborativa y el sector de la paquetería, ya que no podemos aceptar bajos niveles de protección para los trabajadores. Además, pedimos a la Comisión que evalúe qué protección requieren los consumidores en este ámbito y que garantice que la regulación se adecúa al entorno digital.

El informe contiene además un texto potente sobre protección de datos, temas de cultura y medios de comunicación, competencias digitales, infraestructuras e inversiones.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen a aussi son mot à dire sur la façon dont il envisage le développement d'un marché numérique à l'horizon 2020. C'est pourquoi j'ai soutenu ce rapport d'initiative qui fixe deux priorités essentielles: améliorer l'accès au marché unique numérique pour les consommateurs et les entreprises de toute l'Europe, et créer un environnement propice et des conditions de concurrence équitable pour des services innovants et des réseaux numériques avancés. Il doit être mis fin aux pratiques de géoblocage et aux discriminations tarifaires injustifiées.

Tout en stimulant ce grand marché, nous devons aussi veiller à prendre en compte une juste rémunération des créateurs. Il n'est pas acceptable que les géants du web accaparent les richesses sans les redistribuer et investir dans les contenus culturels. Le numérique doit être l'allié, non l'ennemi, d'une culture vivante et de qualité.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe al representar una hoja de ruta clara, progresista y ambiciosa para la realización de un verdadero Mercado Único Digital, a través de la supresión de las barreras para crear nuevas oportunidades en línea dirigidas a los ciudadanos y empresas, especialmente pymes.

La revolución digital está cambiando a Europa radicalmente y tiene un gran potencial para la creación de millones de nuevos puestos de trabajo cualificados y nuevas oportunidades para los consumidores. Por ello, celebro que esta propuesta de Resolución promueva medidas legislativas y no legislativas en beneficio de los consumidores y para preservar la competitividad de nuestra economía social de mercado.

Como socialista estoy especialmente satisfecho con la petición que enviamos a la Comisión para que considere seriamente las condiciones de trabajo en la economía colaborativa y el sector de la paquetería, ya que no podemos aceptar bajos niveles de protección para los trabajadores. Además, pedimos a la Comisión que evalúe qué protección requieren los consumidores en este ámbito y que garantice que la regulación se adecúa al entorno digital.

El informe contiene además un texto potente sobre protección de datos, temas de cultura y medios de comunicación, competencias digitales, infraestructuras e inversiones.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – 2015. május 6-án a Bizottság „Európai digitális stratégia” címen tizenhat 2016 végéig végrehajtandó kezdeményezésről döntött. A néppárti magyar delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a Kallas–Gebhardt jelentést, amely az Európai Parlament válasza a Bizottság által javasolt stratégiára.

A digitális egységes piac új lehetőségeket nyit meg a gazdaság e-kereskedelmen keresztül történő fellendítésére, továbbá megkönnyíti a vállalkozások számára a közigazgatási és pénzügyi előírásoknak való megfelelést, az e-kormányzáson keresztül pedig erősíti a fogyasztók jogait. A digitális belső piac olyan szabályozási keretet kíván, amely elősegíti a felhőalapú számítástechnika, a határok nélküli mobil adatkapcsolat, valamint az információkhoz és a tartalmakhoz való egyszerűsített hozzáférés fejlődését, s mindeközben garantálja a magánélet és a személyes adatok védelmét, a kiberbiztonságot és a hálózatsemlegességet.

Az elfogadott jelentés további lépéseket javasol a digitális egységes piac teljessé tételéhez, valamint kitér a digitális egységes piac megvalósításának a társadalom és a gazdaság egészére gyakorolt hatásaira.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφώς*. – Πρόκειται για μια έκθεση ιδίας πρωτοβουλίας σχετικά με την ψηφιακή ενιαία αγορά η οποία περιέχει θετικές αναφορές όπως είναι για παράδειγμα η ανάγκη προστασίας των ΜΜΕ και των εργασιακών δικαιωμάτων, η ανάγκη διασφάλισης των προσωπικών δεδομένων, η ενίσχυση των μέτρων ασφάλειας και υγείας για τους εργαζόμενους, καθώς και για η διαφύλαξη του χαρακτήρα του Διαδικτύου ως ανοικτής, ουδέτερης, ασφαλούς και χωρίς αποκλεισμούς πλατφόρμας προς το συμφέρον των πολιτών. Ταυτόχρονα όμως εντοπίζονται αρκετές αρνητικές αναφορές όπως είναι οι προτάσεις για περαιτέρω εναρμόνιση των νομοθεσιών προς όφελος των μεγάλων εταιρειών, η προώθηση της ψηφιακής αγοράς ως εργαλείο για εξυπηρέτηση των στόχων της εξωτερικής πολιτικής της ΕΕ καθώς και η προώθηση των ευρωπαϊκών συστημάτων δορυφορικής πλοήγησης. Για την Κύπρο είναι πολύ αρνητική η αναφορά στην ανάγκη να υπάρξει κοινή ενοποιημένη βάση φορολογίας εταιρειών σε επίπεδο ΕΕ καθώς και ένα ενιαίο σύστημα ΦΠΑ

Για αυτούς τους λόγους θεωρούμε ως ενδεδειγμένη τη στάση της αποχής.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report as the rapidly evolving use of the internet and mobile communications has changed the way citizens, companies and their employees communicate, access information and knowledge, invent, consume, share, participate and work. This has expanded and changed the economy, facilitating access by small and medium-sized companies to a potential customer base of 500 million customers within the EU, as well as to global markets, and allowing individuals the opportunity to develop new, entrepreneurial ideas and business models.

All Union policies and legislation in the area of the Digital Single Market should allow new opportunities for users and businesses and new innovative cross-border online services at competitive prices to emerge and grow, remove barriers between Member States and facilitate access for European businesses, in particular SMEs and start-ups, to the cross-border market, as key for growth and employment in the EU, while recognising that these opportunities will inevitably involve structural changes and taking a holistic approach, including the social dimension, and the need for the digital skills gap to be quickly filled. Building a data economy depends heavily on a legal framework that encourages the development, curation, maintenance and augmentation of databases, and is therefore dependent on a legal framework that is innovation-friendly and practical.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht setzt insofern ein Zeichen, als die Digitalisierung der Wirtschaft nun in den Mittelpunkt der EU-Agenda gerückt ist. Alle Parteien sind sich darin einig, dass die in der Informations- und Kommunikationsbranche verzeichneten Fortschritte dem privaten und öffentlichen Sektor dabei helfen können, Zeit und Kosten zu sparen. Investitionen in die Branche können Wachstum und neue Arbeitsplätze schaffen. ALFA setzt sich in Brüssel dafür ein, dass beide Sektoren von der digitalen Revolution profitieren, dass regulatorische Barrieren behoben werden und dass in die notwendige Infrastruktur investiert wird. Mit dem Bericht ist der erste Schritt in die richtige Richtung getan, weshalb ich dafür gestimmt habe. Jedoch muss sich die EU über eine Sache im Klaren sein: Wenn wir einen erfolgreichen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen wollen, dann müssen wir marktwirtschaftliche Maßnahmen einleiten und nicht neue europäische Behörden schaffen. Wir brauchen mehr Freiheit, mehr Markt und weniger Bürokratie. Der langsame Liberalisierungsprozess der letzten 20 Jahre ist einer der Hauptgründe dafür, dass wir heute im IKT-Bereich hinterherhinken. Der Staat muss seine Anteile an Telekomunternehmen abgeben, weil er nicht als Hauptaktionär eines Telekomunternehmens den Wettbewerb regulieren kann. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – S'il ne s'agit que d'un rapport d'initiative, la problématique abordée est toutefois fondamentale puisqu'elle dresse le portrait de notre économie future.

Je suis tout à fait favorable à la construction d'un marché unique du numérique. Nous avons les talents, nous avons les idées, mais nous manquons d'un marché unifié qui, dans certains domaines, est dominé par les entreprises étatsuniennes.

La réalité est que nous avons accumulé un retard que nous devons non seulement rattraper mais également dépasser en proposant des idées novatrices afin de devenir les leaders du marché du futur.

Il y a dans la révolution numérique un potentiel de croissance inexploité, et je suis inquiet de voir nos jeunes talents et nos jeunes entreprises s'exporter aux États-Unis afin d'y trouver les débouchés que l'Europe n'offre pas.

Je pense que nous avons ici un vivier de croissance que la France, par l'éducation, par la formation, par la fiscalité et par une réforme du code du travail, doit intégrer dans sa pensée économique et encourager pour devenir un pays qui respecte ses traditions mais qui a aussi l'audace d'investir dans l'avenir.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – I supported this wide-ranging report which represents a reasonable compromise. My own group has been instrumental in promoting the text supporting the use of open source software by public administrations and I am pleased that this is included in the final text.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The report underlines consumer protection, data protection, infrastructure and investment, media, digital skills and copyright. It goes beyond the Commission strategy addressing issues such as platforms, structural changes in society and the impact of digitalisation on the employment world. We have to maximise the growth potential of the digital economy. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasovao sam za Izvješće o aktu „Prema jedinstvenom digitalnom tržištu” (2015/2147(INI)), s obzirom da je to izuzetno važan dokument kojim se promovira i potiče europsko gospodarstvo, stvara ga inovativnim i konkurentnim u svjetskim okvirima. To je logičan i neophodan nastavak političke i gospodarske integracije Europske unije. Potrebno je nastaviti s uklanjanjem barijera koje ometaju rast digitalne ekonomije. Izvješće poziva zaustavljanje prakse blokiranja sadržaja, kako bi se potaknula slobodna cirkulacija robe i usluga, uključujući zakonsko dostupni sadržaj; podržava natjecanje u telekomunikacijskom sektoru kako bi se pružila potrošačima kvalitetna usluga po povoljnim cijenama; Izvješće podržava inovacije od ekonomije dijeljenja prema novim oblicima tehnoloških i ekonomskih inovacija; podržava online platforme. Upravo platforme su budućnost i mogu biti motor gospodarskog rasta u EU-u. E-vlada, e-zdravstvo i e-društvo su ključni alati za snižavanje birokracije i kvalitetnijeg svakodnevnog života građana, dok e-trgovina osnažuje i nudi bolji izbor potrošačima. Izvješće poziva na postavljanje jednog skupa pravila i prava potrošača za online prodaju i digitalne sadržaje. Izvješćem se želi da internet postane otvorena i neutralna platforma, platforma za inovacije i komunikacije kako bi se spriječila cenzura i očuvala sloboda izražavanja.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – J’ai voté contre ce texte car il apporte un soutien clair du parlement européen à la communication de la Commission sur l’économie numérique. En effet, ce texte utilise la notion d’économie numérique à des fins politiques. Il participe à l’évidence à la construction d’un fédéralisme européen sans évoquer un point essentiel et non négociable à l’heure de la mondialisation et du démantèlement des équipementiers européens: la souveraineté numérique.

Diane James (EFDD), *in writing.* – I, with my colleagues, have voted to reject this report. The report calls for greater EU harmonisation and the instigation of EU legislation that will alter Member States’ taxation, internet, data sharing and e-commerce policies. UKIP vehemently disagrees with aspects of the text that support the continuation of the VAT MOSS regime as we believe this has been extremely harmful to UK businesses, particularly small and medium-sized enterprises.

Petr Ježek (ALDE), *in writing.* – The 21st century economy is becoming more and more digitalised. In order to effectively adapt to this, we need an open market which encourages innovation and investment while deterring protectionism. I voted in favour of the report on the digital single market as it emphasises the importance of embracing changes brought about by digitalisation in an online world which has no borders.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J’ai voté en faveur du rapport de mes collègues Evelyne Gebhardt et Kaja Kallas pour une stratégie pour un marché unique du numérique. Ce rapport est la réponse du Parlement européen à la Stratégie pour le numérique du président Jean-Claude Juncker qui en a fait une des priorités de son mandat. Il aborde des thématiques très différentes qui vont du commerce en ligne, aux droits d’auteur, en passant par la TVA, les médias et la protection des données. Le numérique est un des enjeux du monde de demain, et le Parlement européen, en se positionnant sur ses questions, entend préparer l’Union pour que celle-ci soit en pointe dans l’ensemble des domaines que recouvre le numérique.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie.* – W dobie technologii cyfrowych, obecnych niemal w każdej dziedzinie naszego życia, prawodawstwo regulujące sposoby korzystania, możliwości dostępu czy dystrybucji programów i treści multimedialnych budzi ogromne zainteresowanie. Wszak siłą rzeczy dotyczy to, w mniejszym lub w większym stopniu, niemal wszystkich obywateli: zarówno osób prywatnych, małych i średnich przedsiębiorstw, jak i wielkich, międzynarodowych korporacji. Skuteczne korzystanie z technologii cyfrowych daje większe możliwości znalezienia zatrudnienia, dostęp do szerszej liczby produktów, zróżnicowane metody błyskawicznej wymiany informacji, niesie też usprawnienia administracyjne.

W maju ubiegłego roku Komisja Europejska opublikowała komunikat pt. „Strategia jednolitego rynku cyfrowego dla Europy” obejmujący 16 inicjatyw, które mają zostać zrealizowane do końca 2016 r., a które przedmiotowe sprawozdanie, nad którym dzisiaj głosujemy, wspiera i rozszerza. Wśród nich największy nacisk położono na ujednolicenie przepisów dotyczących sprzedaży online w taki sposób, aby miały one zastosowanie we wszystkich państwach członkowskich, niezależnie od miejsca, z jakiego towar jest nabywany i sprzedawany. Taki „transgraniczny” charakter legislacji z całą pewnością ułatwi konsumentom kupno i ewentualny zwrot bądź reklamację produktów.

Jednolity rynek cyfrowy powinien również oznaczać pewien standard jakości sieci cyfrowych, świadczenia usług dostępu do internetu, a zwłaszcza zniesieniu ograniczeń w transmisji danych.

Cieżko wyobrazić sobie dziś przyszłość bez dostępu do najnowszych technologii, dlatego musimy wspierać cyfryzację we wszystkich sektorach gospodarki.

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – Die angeführten Lösungsansätze, die für die Schaffung des digitalen Binnenmarktes notwendig sind, treffen das Thema genau im Kern. Der Bericht erkennt die Hindernisse und Hürden an, mit denen Unternehmer und Konsumenten im Moment konfrontiert sind, wenn sie die Vorteile eines digitalen Europas nutzen wollen, und will diese mit möglichst flexiblen Mitteln ohne große regulatorische Komplikationen lösen. Daher stimme ich für diesen Bericht.

Krišjānis Kariņš (PPE), rakstiski. – Es atbalstīju Eiropas Parlamenta rezolūciju par virzību uz digitālā vienotā tirgus izveidi, jo uzskatu, ka digitalizācijai ir milzīgs potenciāls veicināt Eiropas Savienības ekonomikas augšupeju gan veicinot IKP izaugsmi, gan veidojot labu investīciju vidi, gan radot tūkstošiem jaunu darba vietu.

Ja varam teikt, ka Eiropas Savienībā vienotais tirgus tā tradicionālajā formā jau darbojas, tad digitālajā tirgū vēl joprojām pastāv sadrumstalotība un pastāv 28 dažādi tiesību akti katrā dalībvalstī. Šāda situācija nav pieņemama un nav ES iedzīvotāju interesēs. Vienoti noteikumi atvieglos pārrobežu tirdzniecību, sniegs uzņēmumiem lielākas izvēles iespējas pārrobežu darījumiem un samazinās administratīvo slogu, īpaši mazajiem un vidējiem uzņēmumiem.

Šī rezolūcija arī uzsver, ka ir nepieciešams rast risinājumu tam, kā izbeigt ģeogrāfisko bloķēšanu un cenu diskrimināciju pēc atrašanās vietas. Ja iedzīvotājs iegādājas pakalpojumu vai precī tiešsaistē, tad viņam vajadzētu būt tiesībām šo pakalpojumu baudīt neatkarīgi no viņa atrašanās vietas, kredītkartes izdošanas valsts vai nacionālās piederības.

Tunne Kelam (PPE), in writing. – I voted in favour of this report. The report points out what the EU has to accomplish to enable a well-functioning digital single market and makes good proposals to fully enhance the potential of the DSM.

Geo-blocking is one of main obstacles to be removed. Blocking content and building pricing policy based on geographical location is discriminatory and in contradiction with the nature of a digital single market that should provide services and goods equally across the EU. Similarly to geo-blocking, cross-border payments also hinder e-commerce. Instant e-/m-payments across the EU must become a reality based on common standards. The review of the Payment Services Directive comes at the right time and must be accomplished as soon as possible.

The report rightly points out the lack of digital skills among European citizens and calls for the development of a skills strategy that should especially target disadvantaged groups in the population. E-governance must be advanced. The aim should be that our citizens can fully interact with authorities also online and are relieved from the burden to introduce the same data multiple times. Lastly, digital functions only with security. I am glad that a political agreement on data protection package and an informal agreement on NIS have been achieved.

Afzal Khan (S&D), in writing. – I voted in favour of the report. Labour MEPs are protecting the rights of workers in the new online economy, and calling for everyone to have the right to access the internet and use online services, be they young, old, disabled or isolated.

Béla Kovács (NI), írásban. – Az Unió kereskedelmi jogszabályainak harmonizációja nagyrészt megtörtént, de a digitális piac még széttagolt, pedig ezen a területen indokolt az egységesítés javítása, hiszen jelentős a határokon átnyúló forgalom aránya. Meg kell szüntetni a fogyasztókkal szembeni indokolatlan területi diszkriminációt és tartalomkorlátozást, erősíteni kell a fogyasztóvédelmet.

A digitális piac kapcsán is meg kell találni az egyensúlyt a túlzott elvárásokkal szemben, a realitás talaján maradva. Nem fogja megoldani Európa felhalmozódott gazdasági bajait és a munkanélküliség problémáját sem, de kétségtelen, hogy az online platformok számának gyors növekedése már eddig is gazdasági fellendüléshez vezetett az Unióban, és új távlatokat nyitott.

Joggal merülnek fel adatvédelmi aggályok. A szabályozásnak biztosítania kell, hogy mindenki teljes mértékben rendelkezhesen saját adatainak kezelése felett.

Nehéz lesz megtalálni a harmóniát a digitális világ, az ebből fakadóan mindent elöntő elgépiesedés, virtualitás és az ember, mint lélekkel bíró testi-szellemi lény jövője között, de kötelességünk erre törekedni.

Marju Lauristin (S&D), kirjalikult. – On aeg, et Euroopa saaks digivaldkonnas lahti „vana maailma” mainest. Vajame tõelist digitaalset ühisturgu, sellega seotud innovatsiooni ja teadustegevust toetavat poliitikat. Võttes arvesse liikmesriikide vahel eksisteerivaid suuri erinevusi seoses digiteenuste kasutamise ja e-valitsemise ja internetiregulatsioonides ning uute ärimudelite ja e-oskuste osas, peaksid ELi riigid tegema ühiseid jõupingutusi nende erinevuste ületamiseks. Euroopa peab tegema otsustava hüppe digiajastusse.

Constance Le Grip (PPE), par écrit. – J’ai voté pour le rapport d’initiative relatif au marché unique du numérique, dossier sur lequel je me suis beaucoup investie et j’ai déposé de nombreux amendements. Ce rapport doit permettre de poser les jalons d’un environnement juridique européen stable pour une économie numérique européenne plus performante. Les entreprises ont besoin de sécurité juridique pour se développer au-delà des frontières et les consommateurs pour pouvoir acheter et vendre en ligne en toute confiance dans toute l’Europe.

Mais la création d’un marché unique du numérique doit également pouvoir nous permettre de lutter contre la contrefaçon sur internet et de nous défendre contre les géants américains et demain chinois. Ainsi, j’ai voté contre le paragraphe 73 de ce rapport qui estimait que la responsabilité juridique limitée des plateformes revêtait un caractère « essentiel », alors même que les Google, Apple, Facebook et autre Amazon tirent aujourd’hui des bénéfices énormes d’un marché de 500 millions de consommateurs en contournant l’impôt, bafouant les règles européennes, écrasant les concurrents et ne participant pas vraiment au financement des produits culturels, du fait, en partie, de cette responsabilité juridique limitée devenue obsolète et aberrante.

Marine Le Pen (ENF), par écrit. – J’ai voté contre le rapport sur le marché unique numérique. Ce texte utilise l’économie numérique comme un prétexte pour faire avancer la fédéralisation de l’Europe dans des domaines de souveraineté. En matière de fiscalité par exemple, il prévoit une harmonisation renforcée de la TVA dans le domaine des envois en ligne, allant vers un taux unique, pour développer les achats transfrontaliers.

Ce rapport est ultra-libéral et libre-échangiste. Il fait volontairement l’impasse sur la question vitale de la souveraineté numérique pour livrer pieds et poings liés nos États aux géants américains des télécoms et de l’internet. Il en va de même de la souveraineté des États sur les données personnelles, du démantèlement des équipementiers européens dans les télécoms, au profit des entreprises chinoises et américaines, et du manque d’investissements du fait de la concurrence à outrance (fracture numérique).

Gilles Lebreton (ENF), par écrit. – J’ai voté contre ce texte ultra-libéral car il utilise l’économie numérique pour accroître la fédéralisation de l’Europe, notamment par une harmonisation renforcée de la TVA sur les envois en ligne pour développer les achats transfrontaliers.

Il sert d’autre part de puissants intérêts financiers en favorisant la concentration des opérateurs au niveau européen, ce qui rendra plus difficile la reprise par la France de sa souveraineté dans ce domaine.

Philippe Loiseau (ENF), par écrit. – Le titre de ce rapport n’évoquait déjà rien de bon. Le contenu a suivi dans cette voie vers l’ultra-libéralisme et le libre-échangisme total. Il utilise l’économie numérique comme un prétexte pour faire avancer la fédéralisation de l’Europe dans différents domaines de souveraineté.

La fiscalité est ainsi impactée, puisqu’une harmonisation renforcée de la TVA vers un taux unique est évoquée, dans un souci de fluidification du marché. Autres mesures développées par ce texte, la concentration des opérateurs de télécommunications en quelques gros opérateurs européens, ainsi que l’unification des règles de droits d’auteur et de propriété intellectuelle (en vue d’interdire les blocages de zone).

La souveraineté numérique des États est ainsi battue en brèche et livrée aux géants – américains – des télécoms et de l'internet. Enfin, ce rapport induit une perte inadmissible de souveraineté nationale sur la question des données personnelles, une question cruciale pour nous tous. J'ai voté farouchement contre ce texte déplorable.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe al representar una hoja de ruta clara, progresista y ambiciosa para la realización de un verdadero Mercado Único Digital, a través de la supresión de las barreras para crear nuevas oportunidades en línea dirigidas a los ciudadanos y empresas, especialmente pymes.

La revolución digital está cambiando a Europa radicalmente y tiene un gran potencial para la creación de millones de nuevos puestos de trabajo cualificados y nuevas oportunidades para los consumidores. Por ello, celebro que esta propuesta de Resolución promueva medidas legislativas y no legislativas en beneficio de los consumidores y para preservar la competitividad de nuestra economía social de mercado.

Como socialista estoy especialmente satisfecho con la petición que enviamos a la Comisión para que considere seriamente las condiciones de trabajo en la economía colaborativa y el sector de la paquetería, ya que no podemos aceptar bajos niveles de protección para los trabajadores. Además, pedimos a la Comisión que evalúe qué protección requieren los consumidores en este ámbito y que garantice que la regulación se adecúa al entorno digital.

El informe contiene además un texto potente sobre protección de datos, temas de cultura y medios de comunicación, competencias digitales, infraestructuras e inversiones.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Para ofrecer nuevas oportunidades tanto a ciudadanos como a empresas, así como para fortalecer la competitividad en la UE, es necesario relanzar el mercado único y lograr una sociedad más integrada.

Por ello, en el presente informe se considera imprescindible el fomento de una economía más dinámica que permita la innovación y elimine las barreras a las empresas, tanto a las de nueva creación como a las que están en fase de expansión, así como a las empresas innovadoras y a las pymes. En este ámbito, entre otras medidas, se incluyen nuevos modelos de financiación para las empresas de nueva creación de la UE. De igual manera, el informe pretende evitar el bloqueo geográfico injustificado, acabar con aquellas actividades profesionales o modelos de negocio que violan los derechos de autor, reducir los obstáculos relacionados con el IVA en las ventas transfronterizas y luchar contra los contenidos ilícitos en Internet. Para mejorar la accesibilidad de las personas con discapacidad, hemos realizado una serie de enmiendas que, finalmente, se reflejan en el texto final.

Debido a la gran importancia de todos los aspectos tratados anteriormente, apoyo este informe, ya que contribuirá a transformar positivamente algunos segmentos cruciales del mercado laboral.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht setzt insofern ein Zeichen, als die Digitalisierung der Wirtschaft nun in den Mittelpunkt der EU-Agenda gerückt ist. Alle Parteien sind sich darin einig, dass die in der Informations- und Kommunikationsbranche verzeichneten Fortschritte dem privaten und öffentlichen Sektor dabei helfen können, Zeit und Kosten zu sparen. Investitionen in die Branche können Wachstum und neue Arbeitsplätze schaffen. ALFA setzt sich in Brüssel dafür ein, dass beide Sektoren von der digitalen Revolution profitieren, dass regulatorische Barrieren behoben werden und dass in die notwendige Infrastruktur investiert wird. Mit dem Bericht ist der erste Schritt in die richtige Richtung getan, weshalb ich dafür gestimmt habe. Jedoch muss sich die EU über eine Sache im Klaren sein: Wenn wir einen erfolgreichen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen wollen, dann müssen wir marktwirtschaftliche Maßnahmen einleiten und nicht neue europäische Behörden schaffen. Wir brauchen mehr Freiheit, mehr Markt und weniger Bürokratie. Der langsame Liberalisierungsprozess der letzten 20 Jahre ist einer der Hauptgründe dafür, dass wir heute im IKT-Bereich hinterherhinken. Der Staat muss seine Anteile an Telekomunternehmen abgeben, weil er nicht als Hauptaktionär eines Telekomunternehmens den Wettbewerb regulieren kann.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Do hezkých řečí o digitálním trhu je zabaleno volání po jednotném zdanění a jednotné regulaci. Digitální trh potřebuje svobodu a ne více evropské regulace.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Razvoj tehnologije posljednjih desetljeća uvelike je poboljšao i olakšao poslovanje poduzetnika. Upotreba interneta i mobilnih komunikacija promijenila je način na koji građani, trgovačka društva i njihovi zaposlenici komuniciraju, pristupaju informacijama, dijele i upotrebljavaju znanje. Na ovaj način malim i srednjim poduzetnicima olakšava se put prema, ne samo tržištu Europske Unije, nego i ostalim globalnim tržištima. Ipak, unatoč očiglednom napretku, postoji jako puno prostora za razvoj koji se može ostvariti uspostavom ovakvog oblika tržišta, prije svega u e-trgovanju jer samo 15 % potrošača koristi mogućnost online kupovine iz druge države, dok je ukupna prodaja dobara i usluga iz Republike Hrvatske prema zemljama Europske Unije u 2014. godini, iznosila je 9 %.

Činjenica da samo 7 % malih i srednjih poduzetnika iz EU-a prodaje svoje proizvode i usluge u inozemstvu dovoljno govori o potencijalu ovakvog tržišta. Tomu u prilog ide i podatak da se samo 14 % malih i srednjih poduzetnika koristi internetom kao prodajnim kanalom i tu se javljaju velike mogućnosti za napredak. Na jedinstveno digitalno tržište potrebno je potpuno primijeniti EU-ovu politiku tržišnog natjecanja jer bi na taj način omogućili jednake uvjete za sve sudionike tržišta, a bolja kontrola tržišta smanjila bi mogućnost manipulacije i cjenovne diskriminacije kupaca. Stoga sam podržala ovo Izvješće.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма.* – Чрез приетата днес с 551 гласа „за“ резолюция Европейският парламент даде подкрепата си за стратегията на Европейската комисија за единен цифров пазар и ясно покажа намерението си активно да учествува в нейното реализиране. Оттук нататък се върви по начертаната пътна карта от 16 иницијативи, които трябва да бъдат изпълнени до края на 2016 г.

Цифровите технологии създават огромни възможности за споделяне и бизнес, но в момента е налице правна разпокъсаност и несигурност. Единният цифров пазар е хоризонтална политика, засягаща въпроси от защита на потребителите и необосновано географско блокиране, през трансграничен превоз на колетни пратки и ДДС, до авторското право, киберсигурност и неприкосновеност на личния живот. Ето защо, правилната рамка за регулиране на тези въпроси е на европейско ниво.

Смятам, че основна цел на новото законодателство трябва да бъде осигуряването на по-добър достъп на потребителите и предприятията до онлайн стоки и услуги, независимо от това в коя държава членка на ЕС се намират. Присъединявам се към призива да се установят трансгранични правила за електронна търговия. Особено важно е потребителите да имат същите права и защита, без значение дали пазаруват в интернет, или в традиционните магазини. Убеден съм, че единният цифров пазар ще доведе до значителен тласък на конкурентоспособността, растежа и работните места.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – E-vide ir kļuvusi par neatņemamu mūsu dzīves daļu. Tāpēc ir pilnīgi loģiski, ka atklātās iespējas un esošais potenciāls jāizmanto, lai pozitīvi ietekmētu eiropiešu ikdienas dzīvi. Tas attiecas uz visām skartajām nozarēm — no uzņēmējdarbības un izglītības līdz kultūrai un drošībai.

Pašlaik, pat pakāpeniski attīstoties pār nacionālaj ES līmeņa sistēmai — tātad, digitālam vienotajam tirgum —, joprojām pastāv 28 atsevišķas attiecīgas politikas veidošanas un īstenošanas sistēmas, kas noved pie zināmiem šķēršļiem, piemēram, ierobežo patērētāju iespējas, kā arī drošības sistēmu aktīvāku attīstību vairāku nereti pilnībā atsevišķu sistēmu esamības dēļ.

Maksimāla digitalizēšana, PVN aplikšanas lielāka standartizēšana, drošību stimulējošo centienu sekmēšana un pārējo soļu realizēšana perspektīvā ļautu ne tikai sniegt milzīgu atspērienu ES ekonomikas attīstībai, bet arī citām nozarēm, piemēram, informācijas apmaiņai, izglītībai vai arī ekoloģijai tieši caur zemāku koksnes pielietošanu augstākas vairāku materiālu digitalizēšanas pakāpes dēļ. Galvenais, protams, ir paralēli garantēt pastāvīgu un maksimāli stabilu elektrības esamību.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Dôležitosť a potrebnosť jednotného digitálneho trhu ako nevyhnutného nástroja na uľahčenie a zjednodušenie komunikácie a budovania hospodárskych a obchodných vzťahov nielen pre firmy, podniky a verejnú správu, ale aj pre fyzické osoby a spotrebiteľov, je už dnes samozrejmé. Je to cesta k zvyšovaniu hospodárskeho rastu a prostredníctvom efektívnej komunikácie a zlepšovania služieb aj cesta k zvyšovaniu kvality života v štátoch Únie.

Za dôležité však pokladám, aby v tomto procese boli vytvorené podmienky na budovanie moderných digitálnych sietí a na získavanie potrebných zručností a zároveň aby boli vytvorené najmä legislatívne a kontrolné mechanizmy na zachovanie dôveryhodnosti a bezpečnej ochrany osobných údajov užívateľov jednotného digitálneho trhu.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πορεία προς μια νομοθετική πράξη για την ψηφιακή ενιαία αγορά διότι την θεωρώ πλήρη και τεκμηριωμένη.

Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris. – Am votat pentru raportul privind piața unică digitală deoarece Europa are nevoie urgentă de un cadru legislativ și de criterii clare pentru a crea o piață funcțională în acest domeniu. Fragmentarea pieței unice, faptul că toate cele 28 de state membre au fiecare propriile norme digitale reprezintă mari obstacole pentru dezvoltarea în special a IMM-urilor și a start-upurilor.

Doar 1,7 % din întreprinderile din UE utilizează tehnologiile digitale și doar 14 % din IMM-uri utilizează internetul pentru vânzări. Pentru a crește competitivitatea la nivel mondial, Europa trebuie să construiască în cel mai scurt timp o economie digitală, un set comun de norme digitale, să dea acces liber și gratuit la internet pentru toate IMM-urile și să elimine blocajul geografic și discriminările de preț în funcție de localizarea geografică sau de naționalitate.

Subliniez importanța dezvoltării sistemelor europene de radionavigație prin satelit, a investițiilor în rețelele de comunicații rapide și în digitalizarea sectorului energetic, a contoarelor și a rețelilor inteligente. Viitoarea legislație privind piața unică digitală trebuie să creeze, de asemenea, condițiile necesare pentru omologarea de tip pentru instalarea la bordul autovehiculelor a sistemului eCall și extinderea accesării serviciilor de urgență 112 la toți utilizatorii europeni.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce texte. Ce rapport utilise l'économie numérique comme un prétexte pour faire avancer la fédéralisation de l'Europe dans des domaines qui appartiennent pourtant encore aux États membres: fiscalité (avec une harmonisation renforcée de la TVA dans le domaine des envois en ligne), concentration des opérateurs en quelques gros opérateurs «européens», unification des règles de droit d'auteur et de propriété intellectuelle (pour interdire les blocages de zone), etc. Le résultat est un texte ultra-libéral et libre-échangiste qui sacrifie la souveraineté de nos États sur l'autel des géants américains des télécoms et de l'internet.

David Martin (S&D), in writing. – I voted for this report and note with alarm that 44.8% of households in the EU do not have access to fast internet, and that current policies and incentives have failed to deliver adequate digital infrastructure, particularly in rural areas.

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. – La relazione «Verso un atto sul mercato unico digitale» mi trova favorevole. Il mercato unico digitale è uno dei settori principali per una crescita economica e per la creazione di migliaia di nuovi posti di lavoro, aprendo nuove opportunità d'incentivazione dell'economia, tramite il commercio elettronico, e facilitando nello stesso tempo la conformità amministrativa e finanziaria per le imprese. Un mercato unico digitale è fondamentale in quanto capace di offrire ai consumatori servizi migliori a prezzi migliori, contribuire alla crescita delle imprese, rafforzare il ruolo dei cittadini, dei consumatori e degli imprenditori, con l'accesso online più semplice a prodotti e servizi in tutta l'Europa e migliorando le condizioni affinché le reti e i servizi digitali possano svilupparsi.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), písemně. – Zpráva o jednotném digitálním trhu je bezpochyby jedním z nejdůležitějších témat celého stávajícího legislativního období. Jsem si vědom modernizace doby a až překotně zrychleného vývoje v oblasti digitálního trhu. Internet se stal nedílnou součástí každodenního života v podstatě všech občanů, kteří jej využívají nejen k vyhledávání informací, ale i k nákupům online a sdílení informací na sociálních sítích. Nejednotnost pravidel na vnitřním trhu způsobuje řadu překážek jak pro provozovatele, tak i uživatele. Podporujeme síťovou neutralitu a rovněž odstranění geoblockingu. Zároveň však naše frakce upozorňuje na některá rizika spojená s tímto vývojem, např. nedostatečnou ochranu pracujících s internetem z domova, obtížnost přizpůsobení se novým technologiím pro starší generaci občanů a v neposlední řadě i nedostatečnost ochrany osobních údajů a dat. Proto jsem se při konečném hlasování zdržel.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. – Il ruolo che Internet gioca nell'economia europea varia velocemente. Dunque è sempre più importante che ogni persona nell'UE abbia accesso a una rete Internet rapida e affidabile. Come si dice nella relazione, quasi il 45% dei cittadini dell'UE non ha un accesso alla rete e bisogna quindi garantire che anche questa fetta di popolazione, con l'accesso alla rete Internet, possa contribuire all'economia del secolo XXI.

Considerando i cambiamenti dell'economia digitale, dobbiamo assicurare maggiore protezione dalle attività illegali. Una volta garantita la sicurezza, la rete Internet potrà essere foriera di una maggiore crescita. Sono quindi d'accordo con i colleghi Gebhardt e Kallas sulla necessità di un maggiore lavoro per approfittare di tutto il potenziale dell'economia digitale.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La comunicación de la Comisión titulada «Una Estrategia para el Mercado Único Digital de Europa» deja bien claro que, si somos capaces de crear un mercado único digital que funcione y con normas claras, estaremos poniendo las bases para que esta actividad sea una de las claves para el crecimiento y el empleo en el futuro, para relanzar el mercado único y para hacer que la sociedad europea sea más integradora, ofreciendo nuevas oportunidades a los ciudadanos y a las empresas.

Debemos trabajar, por tanto, para conseguir crear un mercado único digital transparente, eficiente y eficaz, que ayude a recuperarnos de la crisis sufrida en los últimos años y en el que esté garantizada la libre competencia, para lo que la Comisión debe garantizar un marco seguro y que permita a este sector desarrollar todo el potencial que tiene.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Einige vorgeschlagene Punkte, wie z. B. den Ausbau der Rechtssicherheit, halte ich für vernünftig und notwendig. Doch leider lässt der Bericht viele Fragen offen. Beispielsweise die Frage der Finanzierung. Ein wichtiger Punkt wäre zudem der Infrastrukturwettbewerb, doch auch dieser bleibt im Bericht unerwähnt. Ich enthalte mich daher meiner Stimme.

Emma McClarkin (ECR), *in writing*. – Today's vote is a welcome step towards deepening and expanding the single market. A strong digital single market brings large benefits for SMEs, consumers and to technology start-ups.

Crucially I welcome the prominent role and appreciation given to Intellectual Property Rights here. Whilst the Digital Single Market is beneficial to consumers, I am pleased to see there is recognition of the work and creativity behind these products and services, and it has steered clear of upsetting business models that currently function effectively.

However, I am wary of the direction and instruction this report gives to the AVMS review prior to the completion of the Commission's REFIT exercise. Elements of the text, for example, risk chipping away at the country-of-origin principle, which would damage the very core of a directive that currently functions well for all; any move towards a country-of-destination approach is a slippery slope that we must remain alert to, particularly when we have yet to see the evidence on which to base this.

The outcome of the vote is a positive step for the internal market, for consumers and for SMEs but we must remain cautious of how it is shaped in actual legislation.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport considère que «la réalisation d'un marché unique numérique [...] pourrait favoriser la compétitivité de l'Union, exercer une influence positive sur la croissance et l'emploi, relancer le marché unique et rendre la société plus inclusive, en offrant de nouvelles possibilités aux citoyens et aux entreprises, en particulier par l'échange et le partage d'innovation». Au-delà des belles paroles, on note que la Commission comme les rapporteurs envisagent la révolution numérique uniquement en termes économiques, sans vraiment prendre en compte les utilisateurs.

Quelques avancées sont tout de même présentes dans ce texte, comme la limitation du géoblocage (c'est-à-dire l'impossibilité d'accéder à certains services sur l'internet en fonction de l'adresse IP liée à un pays). Mais la question des frais de *roaming* est soigneusement éludée tout comme les aspects liés à la neutralité du net. De ce fait je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte est un document phare de la législature: il apporte un soutien clair du parlement européen à la communication de la Commission sur l'économie numérique. En effet, ce texte utilise la notion d'économie numérique à des fins politiques. Il participe à l'évidence à la construction d'un fédéralisme européen sans évoquer un point essentiel et non négociable à l'heure de la mondialisation et du démantèlement des équipementiers européens: la souveraineté numérique. Sur cette question vitale et dans l'intérêt de notre nation, je m'oppose à ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório «Rumo ao Ato para o Mercado Único Digital».

A inovação no setor digital é uma constante, que muda a forma como os cidadãos comunicam, partilham e se comportam. Assim sendo, surgem novas oportunidades quer para as empresas quer para os utilizadores. Uma maior utilização das tecnologias digitais pode ajudar a melhorar o acesso dos cidadãos à informação e à cultura, aumentar as oportunidades de emprego e ainda proporcionar-lhes uma escolha mais vasta de produtos.

As políticas e a legislação da UE no que diz respeito ao mercado único digital devem propiciar novas oportunidades para utilizadores e empresas num universo de 500 milhões de consumidores da UE. Para isso é essencial a remoção das barreiras entre Estados-Membros e facilitar o acesso por parte de empresas europeias, especialmente PME e *start-ups*.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this initiative because the Union needs a common digital market to remain competitive in the global arena. This initiative will set rules on e-commerce, copyright, and cross-border parcel delivery, among others.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – L'Europe doit rejoindre au plus vite le convoi du numérique qui concerne tous les aspects de la vie des citoyens, des jeunes, des hommes publics et des hommes d'affaires, jusqu'à en changer la démocratie elle-même. L'économie numérique est bien une mine de création d'emplois, d'innovation et de croissance. Nous faisons un saut technologique en combinant les machines, les réseaux, les télécommunications et l'ordinateur.

Néanmoins, elle ne peut se réaliser au mépris du respect de la protection des données et de la vie privée. Si chaque citoyen européen a droit à l'internet et au haut débit où qu'il se trouve, il a droit aussi au respect de sa vie privée. Je suis donc en faveur d'un marché unique numérique régulé qui place l'individu au cœur de ses préoccupations.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Digitálny trh je jednou obrovskou príležitosťou na úplné rozbehnutie ekonomík štátov. Online predaj či elektronická verejná správa ešte stále nie sú dostatočne využívané a to napriek tomu, že počet ľudí, ktorí používajú digitálne technológie, neustále rastie. Dnes nie je ničím výnimočným, že ich ovládajú deti aj seniori. Využitie jednotného digitálneho trhu má veľký potenciál a jeho podporu považujem za mimoriadne potrebnú. Napriek tomu, že som za jeho urýchlený štart, považujem za rovnako dôležité aj prijatie vyhovujúcej dôslednej legislatívy, ktorá upraví spoločný cezhraničný online predaj, ktorý síce bežne využívame, ale ktorému dodnes chýba jednotná úprava. Takisto vnímam ako podstatnú vec úpravu podnikateľskej kultúry v digitálnej oblasti a ochranu spotrebiteľov.

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Eerst waren we maandenlang aan het bakkeleien over welke parlementaire commissies bevoegd zouden zijn. Vervolgens moesten we bijna 1300 amendementen van collega's doorspitten en nu we dan eindelijk de plenaire stemming hebben, liggen de eerste wetsvoorstellen van de Commissie op dit gebied al voor. Hiermee spant het EP het paard achter de wagen, want het verslag was juist bedoeld om de Commissie te beïnvloeden voordat zij formele wetsvoorstellen zou uitbrengen. Daarom heb ik tegen dit verslag gestemd.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – This resolution represents Parliament's position on Commission's action plan for achieving a Digital Single Market. Specifically this refers to tackling issues such as geo-blocking, the reform of the copyright regime, the faster roll-out of both mobile and wired broadband internet and to incentivising the use of e-commerce services throughout Europe. These elements are essential for the EU's economic competitiveness, growth and more job opportunities for its citizens. It is a balanced resolution that I believe to correctly identify the means to create a single market for digital services and therefore it has my vote.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A digitális egységes piac hatalmas lehetőséget kínál az uniós vállalkozások és vállalatok bővüléséhez, valamint a gazdasági válság és az annak nyomán hozott intézkedések által megtépzott uniós munkaerő-piac teljes körű helyreállításához. A digitális ágazat újításai nyomán folytonosan változik a polgárok kommunikációja, megosztási és fogyasztási szokásai, sőt viselkedése is, ezért az innováció mind a vállalkozások, mind a fogyasztók számára új lehetőségeket jelent. A digitális technológiák használatának terjedése továbbá megkönnyíti a polgárok hozzáférést az információhoz és a kultúrához, növeli foglalkoztatási esélyeiket, és a termékek szélesebb skáláját teszi elérhetővé számukra. Lehetőséget kínál továbbá az Unió és a tagállamok kormányzásának és ügyintézésének hatékonyabbá tételére.

Az Ipari, Kutatási és Energiaügyi Bizottság, valamint a Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság közös jelentése válasz az Európai Bizottság 16 javaslatára, további részleteket tartalmaz a digitális egységes piac teljessé tételéhez szükséges lépésekről, valamint a digitális egységes piac megvalósításának a társadalom és a gazdaság egészére gyakorolt hatásáról. Rámutat, hogy a dinamikus gazdaságösztönzés elengedhetetlen ahhoz, hogy az innováció virágzásnak induljon, és az innovatív cégek terjeszkedjenek, ezért az Európai Bizottságnak a tagállamokkal együtt erre kellene összpontosítania. Többet kell tenni a vállalkozói kultúra előmozdítása érdekében, beleértve az innovatív üzleti modelleket, valamint Európa számos sikeres technológiai központjának összekapcsolása érdekében. A jelentés elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce document apporte le soutien du Parlement européen à la Commission sur l'économie numérique et, sous le prétexte de réguler l'économie numérique, il fait le jeu de la fédéralisation de l'Europe.

Ainsi, il prévoit une harmonisation de la TVA pour aboutir à un taux unique. De plus, il concentre les opérateurs vers quelques gros opérateurs européens qui rendraient difficiles le retour à une souveraineté numérique nationale.

Nous nous opposons donc à ce texte qui va contre toute notion de souveraineté nationale mais vers plus d'Europe fédérale.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Defendo um mercado digital em que as *start-ups* possam crescer e progredir no espaço europeu em detrimento de terem de emigrar para o Silicon Valley.

Temos de apoiar as *start-ups* europeias facilitando o acesso a financiamento de capital de risco, criar um sistema de impostos simplificado em toda a União Europeia e apostar numa redução da burocracia que facilite a criação de novas empresas.

Sou ainda favorável às novas empresas tecnológicas na área da economia da partilha que contribuem muito positivamente para o crescimento económico, a geração de emprego e a criação de riqueza por toda a Europa.

No entanto, defendo que esta atividade deve ser regulada à escala europeia. Deve existir um sistema comum de pagamento de impostos e deve ser acautelada a segurança dos consumidores. Não podemos clamar que queremos uma Europa inovadora e simultaneamente bloquearmos as *start-ups* e estas novas formas de negócio.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte accorde un blanc-seing à la communication de la Commission européenne sur l'économie numérique.

La Commission se sert de l'économie numérique comme d'un cheval de Troie de la fédéralisation forcée puisque le texte comprend une harmonisation renforcée de la TVA dans le domaine des envois en ligne et a pour objectifs l'instauration d'un taux unique pour les achats transfrontaliers mais aussi la promotion des grands opérateurs économiques au niveau européen, au lieu des opérateurs nationaux, afin de saper tout pouvoir stratégique des États sur la question.

Enfin, il est prévu une harmonisation des droits d'auteur et de la propriété intellectuelle. Bref, ce texte s'oppose clairement à la souveraineté des États membres et ne mentionne pas les conséquences délétères des politiques de concurrence sur l'investissement en infrastructure. J'ai donc voté contre ce texte.

Clare Moody (S&D), *in writing*. – The Digital Single Market is a great example of how British consumers benefit from membership of the EU – indeed, only last month the Commission unveiled proposals that will allow travellers to watch iPlayer, Netflix and other digital content while abroad.

We also need to ensure the digital economy does not leave behind people in certain workplaces, and in rural or remote communities. All EU countries, including the UK, must invest more in superfast broadband, and roll it out quicker and wider.

Our future lies in being a knowledge economy. I am pleased we are taking steps at an EU level to deliver this; I hope the UK Government is taking note.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour is protecting the rights of workers in the new online economy, and calling for everyone to have the right to access the internet and use online services, be they young, old, disabled or isolated.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la stratégie pour un marché unique du numérique européen. Il s'agit de renforcer la compétitivité des entreprises européennes face aux géants numériques mondiaux, dans ce secteur au potentiel de croissance immense. L'accent est également mis sur la sécurité: les citoyens doivent bénéficier de la même protection quand ils achètent en ligne que lorsqu'ils achètent dans les magasins traditionnels.

En ce qui concerne les entreprises, il est absolument indispensable de leur offrir un environnement juridique stable pour qu'elles puissent se développer par-delà les frontières européennes, sans coûts additionnels injustifiés, ni incertitude juridique. Le rôle et la responsabilité des plateformes et des intermédiaires de l'internet devront être précisés: ils doivent être responsables des contenus qu'ils diffusent. J'ai approuvé les dispositions portant sur la protection du droit d'auteur et de la propriété intellectuelle, afin de mieux lutter contre la contrefaçon et de protéger les ayants droit, qui doivent pouvoir bénéficier de la valeur créée sur l'internet.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerata la crescente rilevanza del mercato digitale e la necessità di una progressiva integrazione europea nei settori strategici delle nostre economie, accogliamo con favore la relazione. Il lavoro che il Parlamento europeo sta compiendo sul mercato unico digitale è di cruciale importanza, mirando esso a ridurre le barriere di accesso al mercato digitale e a aumentare le opportunità di impresa e investimento pur salvaguardando e, in alcuni casi accrescendo, i diritti dei consumatori, soprattutto in materia di protezione dei dati personali. Oltre a queste priorità, il rapporto sostiene nuovi investimenti nell'educazione digitale, al fine di rispondere alla crescente domanda proveniente dal mondo del lavoro. Ritengo poi che il mercato unico digitale possa garantire molteplici effetti migliorativi per i consumatori europei, che avranno la reale possibilità di avere accesso a prezzi più competitivi per beni e servizi, grazie all'ingresso in un mercato più ampio e competitivo. Sempre il mercato unico digitale potrebbe essere foriero di opportunità per le piccole e medie imprese, che potranno beneficiare di nuove opportunità di investimento e di impresa in settori ad alto valore aggiunto, della creazione di nuovi posti di lavoro e di un mercato potenziale estremamente grande e in costante crescita.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le marché unique numérique, considérant qu'une meilleure cohérence du marché doit être poursuivie. Le marché unique permettra une amélioration conséquente de la diffusion des biens et services numériques en Europe, favorisant ainsi la croissance de notre économie numérique européenne.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con favore la presente relazione che fornisce una risposta alle 16 proposte presentate dalla Commissione europea e chiarisce maggiormente le azioni da adottare per completare il mercato unico digitale come pure le conseguenze che la sua attuazione avrà sulla società e sull'economia nel suo insieme. La strategia per il mercato unico digitale è strutturata in tre parti: migliorare l'accesso dei consumatori e delle imprese ai beni e servizi digitali in tutta Europa; creare un contesto favorevole e parità di condizioni affinché le reti digitali e i servizi innovativi possano svilupparsi; massimizzare il potenziale di crescita dell'economia digitale. È necessario promuovere un'economia dinamica affinché l'innovazione fiorisca e le aziende innovative crescano, ed è pertanto su tale obiettivo che la Commissione europea e gli Stati membri dovrebbero incentrare i loro sforzi.

József Nagy (PPE), *írásban*. – 2016-ra eljutottunk oda, hogy kortól és szociális helyzettől függetlenül az EU lakosságának túlnyomó többsége érintett a digitalizációban. A munkaerőpiacon folyamatosan növekszik azoknak a pozícióknak a sora, melyek betöltéséhez magas fokú digitális készségekre van szükség, illetve az egységes digitális piac egyedülálló lehetőséget biztosít a kkv-knak és a mikro-vállalkozásoknak a növekedés előmozdítására és a munkahelyteremtésre. Nem hagyhatjuk, hogy a szlovákiai vállalkozások és ezáltal Szlovákia lépéshátrányba kerüljön egy ilyen kiemelt és nagy jelentőségű témában, ezért támogatom az intézkedéscsomag elfogadását és az abban megfogalmazott akcióterv mielőbbi megvalósítását.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will not only improve citizens access to information, but will also maximise the growth potential of the digital economy and will improve governance and transparency in the EU and its Member States, within a single market.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Постигането на цифров единен пазар означава преди всичко осигуряване на растеж и работни места чрез окончателното премахване на границите между държавите членки и на достъп за бизнеса до трансграничния пазар. Точно поради тази причина подкрепих този доклад, който намирам за балансиран и обективно отразяващ реалността.

В днешни времена дигиталната революция засяга всеки един аспект от нашия живот. Благодарение на интернет имаме достъп до всякакъв тип цифрово съдържание и това е неизменна част от нашето всекидневие. За съжаление обаче, в рамките на ЕС около 45% от домакинствата все още нямат достъп до бърз интернет, а в голяма част от селските райони няма адекватна дигитална инфраструктура.

В заключение искам да отбележа, че насърчаването на цифровата и медийната грамотност трябва да залегне като приоритет в образователните институции, за да могат всички да се възползват пълноценно от предимствата на взаимосвързаните електронни услуги.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – O piață unică digitală trebuie să asigure servicii de calitate și să faciliteze viața de zi cu zi a consumatorilor finali, să încurajeze inovarea și să creeze noi oportunități pentru întreprinderi și cetățeni.

Rezoluția referitoare la pregătirea unui act legislativ privind piața unică digitală dezvoltă aspectele legate de acțiunile care trebuie întreprinse pentru finalizarea pieței unice digitale și de consecințele pe care aceasta le va avea asupra societății și asupra economiei în ansamblu.

În calitate de coordonator al S&D ITRE, susțin importanța investițiilor în infrastructură și în rețelele de comunicații rapide și foarte rapide, alocarea și gestionarea eficientă a spectrului de frecvențe și desfășurarea rapidă a tehnologiei 5G și a serviciilor în bandă largă cu acces ultrarapid, standarde ridicate de protecție a datelor și securitatea transferurilor internaționale de date, eliminarea geoblocării și îmbunătățirea accesului consumatorilor la conținut.

Pentru a reduce decalajul digital, solicităm Comisiei să aibă în vedere o serie de măsuri și revizui legislative: revizuirea normelor UE din domeniul telecomunicațiilor, revizuirea cadrului de interoperabilitate, inclusiv a mandatelor Comisiei în cadrul organizațiilor europene de standardizare, precum și o strategie pe termen lung privind utilizările viitoare ale diferitelor benzi de frecvențe care sunt necesare în special pentru desfășurarea rețelilor bazate pe tehnologia 5G.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, která by měla být odrazovým můstkem k vypracování a předložení 16 legislativních iniciativ v oblasti digitálního trhu, u kterých bude mít EP spolurozhodovací pravomoc, a tedy bude klíčovým aktérem. V rovině konkrétních opatření naše úsilí musí směřovat například k ukončení praxe blokování digitálního obsahu na základě zeměpisné polohy, zajištění rovnocenné ochrany spotřebitele bez ohledu na to, zda si digitální obsah koupil online nebo v kamenném obchodě a nalezení inovativních řešení v oblasti přeshraničního doručování zásilek tak, aby došlo ke zlepšení služeb a snížení nákladů.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Настоящий доклад разглежда действията, които трябва да бъдат предприети за завършване на цифровия единен пазар и ефекта върху обществото и икономиката като цяло. Европа трябва да използва големия потенциал на сектора на ИКТ, за да цифровизира промишлеността и да поддържа конкурентоспособността си в световен план.

Подкрепям този доклад и вярвам, че цифровата революция засяга всички аспекти на нашите общества, което ще доведе до нови предизвикателства и възможности. Тя има потенциал да даде по-големи възможности на гражданите и предприемачите по един нов начин. Частните инвестиции във високоскоростни и свръх-високоскоростни мрежи за комуникация са изискване за напредъка в областта на цифровите технологии.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Geoblocking ist nicht nur ein Problem des Verbraucherschutzes, sondern auch eines der Meinungsfreiheit. Ungerechtfertigte Praktiken des Geoblocking, wie zum Beispiel eine Diskriminierung von Verbrauchern aufgrund ihrer IP-Adressen, der Postanschrift oder des Ausstellungslands der Kreditkarte, müssen so schnell wie möglich abgeschafft werden. Der Zugang zu Waren und Dienstleistungen muss für Konsumenten verbessert werden. Leider fehlen die richtigen Ansätze, um dem Bericht in dieser Form zustimmen zu können, weshalb ich mich meiner Stimme enthalten habe.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport d'initiative sur le marché unique numérique car s'il fait un état des lieux intéressant de la situation du numérique en Europe aujourd'hui, et appelle légitimement la Commission européenne à adopter une véritable vision pour une Europe connectée, il propose un avenir du numérique essentiellement basé sur la dérégulation et l'ouverture des marchés.

Or, une telle vision ne permettra pas de conjuguer les deux grands enjeux du marché unique du numérique, à savoir de tenir suffisamment compte du rôle des acteurs économiques du numérique, et en particulier des *start-up* et des petits fournisseurs indépendants et alternatifs, et de permettre, tout en les protégeant, aux citoyens de bénéficier d'un accès libre aux nouvelles technologies numériques.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ELi digitaalsel ühisturul on suur potentsiaal aidata kaasa ettevõtjate ja ettevõtete arengule ning see aitaks kaasa ka finantskriisist väljumisele. Ühisturg võimaldab tarbijatele ja ettevõtetele paremat juurdepääsu digitaalsetele kaupadele ja teenustele ja toetab digitaaltöökude ja uuenduslike teenuste arendamiseks võrdseid võimalusi.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση η οποία προβλέπει μια στρατηγική για τη δημιουργία μιας ελεύθερης και ασφαλούς ψηφιακής ενιαίας αγοράς. Σύμφωνα με έρευνα της Επιτροπής, η ενιαία ψηφιακή αγορά θα μπορούσε να συμβάλει με περίπου 520 δισεκατομμύρια ευρώ στο ΑΕΠ της ΕΕ των 28.

Ωστόσο οι ευρωπαίοι πολίτες αντιμετωπίζουν εμπόδια όταν χρησιμοποιούν διαδικτυακές υπηρεσίες και εργαλεία. Μόνο το 15% των πολιτών αγοράζει μέσω του Διαδικτύου από άλλη χώρα της ΕΕ και μόλις το 7% των μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων πωλεί σε άλλη χώρα της ΕΕ. Οι κανονιστικοί φραγμοί που εξακολουθούν να υπάρχουν και ο κατακερματισμός της αγοράς συνεπάγονται την απώλεια αγαθών και υπηρεσιών για τους πολίτες και επιβράδυνση της ανάπτυξης των επιχειρήσεων.

Με την υιοθέτηση της έκθεσης στοχεύουμε στην κατάργηση των εμποδίων, έχοντας πάντα σαν προτεραιότητα την προστασία των καταναλωτών αλλά και την ενίσχυση του ευρωπαϊκού επιχειρηματικού πνεύματος.

Πρέπει να δώσουμε έμφαση στην αξιοποίηση όλων των δυνατοτήτων της ενιαίας ψηφιακής αγοράς, στην αντιμετώπιση του προβλήματος της έλλειψης δεξιοτήτων, στην εδραίωση κλίματος εμπιστοσύνης, ασφάλειας και βεβαιότητας μεταξύ των καταναλωτών. Τονίζω επίσης τη σημασία της υψηλής ταχύτητας πρόσβασης στο Διαδίκτυο για όλους τους Ευρωπαίους πολίτες χωρίς διακρίσεις.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted to reject this report. The report calls for greater EU harmonisation and the instigation of EU legislation that will alter Member States' taxation, internet, data sharing and e-commerce policies. UKIP vehemently disagrees with aspects of the text that support the continuation of the VAT MOSS regime as we believe this has been extremely harmful to UK businesses, particularly small and medium-sized enterprises.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Credo che l'Europa, tramite la creazione del mercato unico digitale, stia rispondendo efficacemente alle sfide che i continui mutamenti delle tecnologie digitali stanno proponendo. Ritengo che l'abbattimento delle barriere e dei regolamenti locali comporterebbe una enorme crescita con conseguente creazione di migliaia di posti lavoro. È evidente il mio appoggio alla risoluzione che, tra le altre importanti innovazioni, prevede una modernizzazione delle amministrazioni pubbliche (e-governance) che comporterà una riduzione dei costi e un miglioramento dei servizi al cittadino. Esprimo il mio voto favorevole.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Creating a Digital Single Market is Europe's priority and in order to achieve it, it is crucial to improve access to goods and services by eliminating unjustified practices of blocking geographically and unfair price discrimination on the basis of nationality or geographical location. Increasing consumer confidence in online services and online stores will increase confidence in digitalisation as a whole. During my mandate as an MEP, I am committed to supporting the implementation of the DSM. I am, therefore, in favour of the report.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam strategiju jedinstvenog digitalnog tržišta za Europu, jer smatram kako bi postizanje jedinstvenog digitalnog tržišta, koje se temelji na zajedničkom skupu pravila, moglo potaknuti konkurentnost EU-a, imati pozitivne učinke na rast i zapošljavanje, ponovno pokrenuti jedinstveno tržište i stvoriti uključivije društvo, pružajući nove mogućnosti građanima i poduzećima.

Smatram kako bi bolja regulacija pristupa zakonodavstvu koji je zadan kao digitalan, bio u cilju prevladavanja pravne rascjepkanosti jedinstvenog tržišta, smanjenju administrativnog opterećenja tj. uklanjanju prepreka za poduzeća, posebno ona inovativna, mala i srednja, novoosnovana i rastuća poduzeća.

Povjerenje građana i poduzeća u digitalno okruženje ključno je za potpuni rast inovacija i rasta u digitalnom gospodarstvu. Isto tako jačanje njihovog povjerenja s pomoću zaštite podataka i sigurnosnih standarda visoke razine ima svrhu postići bolje, konkurentnije i za sve potrošače sigurnije prekogranično tržište za e-trgovinu.

E-trgovina donosi 500 milijardi EUR godišnje u Europskoj uniji te je važna za nadopunjavanje trgovine koja se ne provodi na internetu, dok istodobno potrošačima pruža veći izbor, posebno u udaljenim područjima, a malim i srednjim poduzećima nove mogućnosti. Zbog svih pozitivnih strana ove strategije, u potpunosti je podržavam.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte apporte le soutien du parlement européen à la communication de la commission sur l'économie numérique. il l'utilise comme prétexte pour faire avancer la fédéralisation de l'Europe dans des domaines de souveraineté: fiscalité: au nom de la fluidification du marché, il prévoit une harmonisation renforcée de la TVA dans le domaine des envois en ligne, allant vers une taux unique, pour développer les achats transfrontaliers; concentration des opérateurs en quelques gros opérateurs de niveau européen, ce qui rendrait impossible la reprise de leur souveraineté par les États dans cette industrie stratégique; unification des règles de droit d'auteur et de propriété intellectuelle pour interdire les blocages de zone.

Ce texte est ultra-libéral et libre-échangiste. Il fait volontairement l'impasse sur la question vitale de la souveraineté numérique pour livrer pieds et poings liés nos États aux géants américains des télécoms et de l'internet. Il en va de même de la souveraineté des États sur les données personnelles, du démantèlement des équipementiers européens dans les télécoms, au profit des Chinois et des Américains, du manque d'investissements du fait de la concurrence à outrance (fracture numérique). J'ai donc voté contre.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La realizzazione di un mercato unico digitale in Europa è probabilmente uno degli obiettivi più importanti da realizzare nel corso di questa legislatura, considerato l'impulso che può dare alla crescita, all'occupazione e all'innovazione tecnologica. Ho votato a favore di questa relazione, perché non solo ha recepito la buona proposta della Commissione, ma l'ha decisamente migliorata, ad esempio per quanto riguarda l'impatto sull'occupazione e la società nel suo complesso, che la rivoluzione digitale può determinare.

Se è vero che dobbiamo fare del nostro meglio per «liberare» le forze del mercato che favoriranno l'innovazione, la competitività, in particolare delle PMI e la concorrenza, è altrettanto importante governare questi cambiamenti. Bisogna tutelare i diritti dei consumatori europei, garantendo la sicurezza delle reti e la protezione dei dati personali, assicurare un'elevata qualità dei nuovi posti di lavoro, difendendo i diritti dei lavoratori attraverso l'applicazione di norme esistenti o con l'adozione di nuove, se necessario. Sono altrettanto soddisfatta per il lavoro che è stato fatto a proposito del riconoscimento del valore della *sharing economy* e del bisogno di una sua chiara regolamentazione a livello europeo, della tutela degli autori di opere artistiche e culturali e dell'importanza riconosciuta agli investimenti e allo sviluppo dell'*e-governance* e delle reti.

Tonino Picula (S&D), napisan. – Strategija jedinstvenog digitalnog tržišta za Europu jedna je od važnijih i kompleksnijih inicijativa Komisije i mnogo obećaje u pogledu potencijala za poticaj rasta, inovativnosti, konkurentnosti i zapošljavanja. Tri su temeljna cilja ove inicijative: bolji pristup jedinstvenom digitalnom tržištu za poduzetnike i potrošače, stvaranje povoljnih i ravnopravnih uvjeta za inovativne usluge i digitalne mreže te maksimiranje potencijala za rast digitalne ekonomije. S druge strane, ono što ovo izvješće čini posebno važnim je uključivanje novih i manje prepoznatih dimenzija u pogledu učinaka i aspekata JDT-a kao što su strukturalne promjene u društvu, utjecaj digitalizacije na tržište rada i zaposlenost te posebice radnička i socijalna prava. Pritom treba pohvaliti poziv da se ispituju učinci digitalizacije na psihološko stanje radnika, narušavanje tradicionalnog radnog vremena, rad od kuće i zaštitu na radu te kognitivne sposobnosti i razvoj djece.

Također, podržavam poziv za većim poticanjem razvoja digitalnih vještina u obrazovnom sustavu kao i zahtjev za većim ulaganjem u medijsku i internetsku pismenost mladih. U Hrvatskoj se, primjerice, i dalje premalo ulaže u opremu, obrazovanje nastavnika ali i podizanje svijesti djece i mladih o važnosti odgovornog korištenja interneta, što je također povezano s nedostatkom tržištu prijeko potrebnih informatičkih vještina radnika.

Andrej Plenković (PPE), napisan. – Suglasan sam s izvješćem zastupnica Kaje Kallas i Evelyne Gebhardt na temu „Prema aktu o jedinstvenom digitalnom tržištu.” U fokusu izvješća jedan je od najbitnijih stupova programa Predsjednika Junckera za ovu Komisiju. Izvješće je opsežno te obuhvaća, između ostalog, pravila o e-trgovini, prekograničnu dostavu paketa, zemljopisne blokade, zaštitu autorskih prava, upravu porezom na dodanu vrijednost, telekomunikacijski okvir, audio-vizualni medij, platforme i ulogu posrednika, zaštitu podataka, e-upravu, prilike za povećani rast i konkurenciju kao što su veliki podaci, standardizacija, istraživanje i e-sposobnosti. Digitalna tehnologija, koja ne poznaje granice, nudi nam niz mogućnosti, a na nama je da u potpunosti iskoristimo odlične prilike koje nam ista nudi. Da bi to učinili potrebno je imati hrabrosti da prekoračimo nacionalne prepreke u području regulative o telekomunikacijama, propisa o autorskim pravima i zaštiti podataka, primjene propisa o tržišnom natjecanju te mnogo više. Povezano jedinstveno digitalno tržište rezultiralo bi dodatani rast u iznosu od 250 milijardi EUR tijekom mandata sljedeće Komisije, istovremeno otvarajući stotine tisuća novih radnih mjesta, a pogotovo za mladež koja je u potrazi za poslom. Takvo jedinstveno tržište bi dakako pridonijelo kreiranju dinamičnog društva baziranog na znanju. Važno je istaknuti da bi takvo tržište uvelike poboljšalo svjetsko gospodarstvo koje se digitalizira munjevitom brzinom.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – L'innovazione nel settore digitale introduce nuove opportunità tanto per le imprese quanto per gli utenti. La strategia per il mercato unico digitale è strutturata in tre parti: migliorare l'accesso dei consumatori e delle imprese ai beni e servizi digitali in tutta Europa, creare un contesto favorevole e parità di condizioni affinché le reti digitali e i servizi innovativi possano svilupparsi e massimizzare il potenziale di crescita dell'economia digitale.

Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che, lavorando insieme con la Commissione e gli Stati membri, si possa arrivare a un maggiore uso delle tecnologie digitali per modernizzare e migliorare la governance e l'amministrazione pubblica all'interno dell'Unione europea. Inoltre, è bene tenere a mente che in futuro saranno necessarie maggiori risorse pubbliche e private per rafforzare la sicurezza informatica e la crittografia della comunicazione online, impedire gli attacchi informatici e aumentare la conoscenza in merito alla sicurezza informatica di base tra gli utenti dei servizi digitali. Mi auguro che, attraverso un atto legislativo per il mercato unico digitale, gli imprenditori e le imprese europee possano prosperare ed essere competitivi a livello mondiale.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), na piśmie. – Tempo rozwoju rynku cyfrowego zmieniło naszą rzeczywistość i sposób, w jaki patrzymy na przemysł i konkurencyjność europejskich przedsiębiorstw. Niemniej jednak w sprawozdaniu znajduje się zapis wzywający do utworzenia ogólnounijnej wspólnej skonsolidowanej podstawy opodatkowania osób prawnych (CCCTB), którego poprzec nie mogę, tym bardziej w sprawozdaniu, w którym konkurencyjność to jedna z głównych przesłanek.

Po pierwsze, jest to sprawozdanie na temat środowiska cyfrowego w UE, a nie na temat podatków bezpośrednich, i jest to jeden z powodów, dla którego nie mogę poprzeć tekstu zawierającego takie wezwanie. Ponadto, nie mogę zgodzić się na postulat, który prowadziłby do utraty możliwości prowadzenia aktywnej polityki fiskalnej oraz w efekcie do spadku konkurencyjności gospodarek UE o najniższych stawkach CIT. Argument, że w obszarze podatków trwa nieuczciwa konkurencja wewnątrz Unii, jest nadużyciem i jednostronną interpretacją sytuacji przez niektóre państwa członkowskie, a na ujednoliceniu po prostu straciłyby mniejsze państwa członkowskie.

W końcu, jeden z powodów, dla którego obecności tego zapisu w tekście końcowym poprzeć nie mogę, jest wynikiem pojawiających się w przeszłości nacisków na niektóre państwa, które oskarżane były o stosowanie „wyjątkowo szkodliwej konkurencji podatkowej”. Ten sposób wypowiedzi pod adresem suwerennych państw członkowskich prowadzących własną politykę fiskalną jest po prostu nie do zaakceptowania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le marché numérique, sur l'internet, est une immense réserve de croissance potentielle. Il s'est fortement développé ces dernières années; nous sommes de plus en plus nombreux à faire nos achats sur l'internet, à louer et regarder des films sur l'internet. Le marché numérique est cependant sous-exploité par nos entreprises en Europe, et la cause est très simple: il existe des barrières qui empêchent l'émergence d'un marché numérique unique, commun et européen.

Aujourd'hui, il est parfois impossible de se faire livrer un produit à cause de notre lieu de résidence, impossible de regarder une vidéo depuis l'étranger. Nous venons de voter un texte clé au Parlement européen qui appelle à lever tous ces obstacles. Ainsi, nos entreprises pourront entrer en compétition directe avec les géants américains ou asiatiques. C'est bon pour notre économie, et bon pour nos emplois.

Mais nous ne devons pas lever les barrières à n'importe quelle condition. L'internet doit demeurer un espace de liberté, mais pas une zone de non-droit. Je souhaite donc développer un marché numérique à l'européenne, où nous protégeons les droits d'auteur, où nous rendons responsables les grandes plateformes de vidéos et de musique du contenu qu'elles diffusent.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP has voted to reject this report. The report calls for greater EU harmonisation and the instigation of EU legislation that will alter Member States' taxation, internet, data sharing and e-commerce policies. UKIP vehemently disagrees with aspects of the text that support the continuation of the VAT MOSS regime as we believe this has been extremely harmful to UK businesses; particularly small and medium-sized enterprises.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – No presente relatório é dada resposta às 16 propostas apresentadas pela Comissão Europeia, em 6 de maio de 2015, na Comunicação intitulada «Uma estratégia digital para a Europa». Nesta comunicação é exposta a Estratégia para o Mercado Único Digital, que se baseia, de um modo geral, no pressuposto de que a inovação no setor digital pode contribuir para o surgimento de novas oportunidades para as empresas e para os utilizadores.

Votei favoravelmente o presente relatório por defender o envolvimento da Rede de Cooperação no domínio da Defesa do Consumidor, bem como a clarificação do direito comunitário da concorrência em vigor. Também congratulo o presente relatório por fazer referência à necessidade de rever o regulamento de isenção por categoria em vigor no domínio das vendas na Internet e das limitações territoriais, com o propósito de ser mais facilmente aplicável por retalhistas e organizações de defesa dos consumidores. Para além disso, votei favoravelmente o relatório por considerar importante o investimento na digitalização da administração pública, que permitirá que o controlo das decisões fique mais próximo dos cidadãos, proporcionando o aumento do acesso aos serviços e a transparência dos mesmos. Apoio, portanto, a otimização do potencial de crescimento da economia digital.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Fini le géoblocage qui empêche de regarder à l'étranger les JT ou les matchs de foot diffusés en streaming sur les sites des chaînes nationales, fini aussi d'être privé de regarder le podcast des émissions télé étrangères. C'est en tout cas la volonté du Parlement européen qui a appelé ce mardi à la mise en œuvre rapide d'un marché unique numérique autour de 16 propositions formulées par la Commission en mai 2015.

Parmi ces dernières, je citerai en priorité le souhait d'arriver rapidement à une couverture étendue du réseau 4G qui ne concerne actuellement que 15 % des Européens en zone rurale, en application du principe d'accès universel. D'autres mesures sont également urgentes: la suppression du géoblocage et ses restrictions basées sur l'adresse IP, la baisse des frais de livraison dans le commerce électronique transnational afin de booster les ventes en ligne.

Il faudra bien sûr attendre quelques années avant que tout cela devienne réalité, mais cette révolution numérique pleine de promesses permettra à l'Europe, si elle fait les bons choix et rapidement, de générer 415 milliards d'euros de richesse supplémentaire chaque année et d'entrer de plain-pied dans la société cognitive du 21^{ème} siècle.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur le marché unique numérique. En effet, en aval de ce document d'orientation stratégique, qui peut paraître abstrait, se profile l'adoption de 16 initiatives européennes d'importance et bien concrètes.

Car l'enjeu est de faire de l'Union européenne l'un des leaders de la quatrième révolution industrielle, avec la création d'un véritable marché du commerce électronique transfrontalier. S'il est mené à bien, ce projet favorisera la compétitivité de l'Union, exercera une influence positive sur la croissance et l'emploi, et relancera le marché unique de manière significative. Ce processus contribuera aussi, à la condition de combler de manière décisive notre déficit en compétences numériques, à rendre notre société plus inclusive, en offrant de nouvelles possibilités aux citoyens, aux consommateurs et aux entreprises européennes tout en stimulant les échanges et le partage de l'innovation.

Pour y parvenir, un mot clé: la confiance, tant des consommateurs que des entreprises. Ce qui pose aussi la question d'un environnement réglementaire adéquat, en particulier pour les plateformes et les intermédiaires, esquissée dans le texte. Celui-ci souligne enfin les potentialités offertes par l'économie du partage, sans verser dans l'angélisme: nous y rappelons les défis qu'elle représente pour le législateur.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Apenas 1,7% das empresas europeias recorrem plenamente às tecnologias digitais avançadas e somente 14% das PME utilizam a Internet como canal de vendas. A inovação no sector digital está constantemente a mudar a forma como os cidadãos comunicam, partilham, consomem e até se comportam e, por conseguinte, dá origem a novas oportunidades tanto para as empresas como para os utilizadores. A utilização intensificada das tecnologias digitais pode melhorar o acesso dos cidadãos à informação e à cultura, aumentar as oportunidades de emprego e proporcionar-lhes uma escolha mais vasta de produtos. Pode também ser benéfica para a modernização e melhoria da governação e da administração na UE e nos seus Estados-Membros.

Alguns dos pontos abordados neste relatório relacionam-se com: o direito relativo às vendas em linha; a aplicação mais rigorosa do direito derivado conexo; o direito da concorrência relativo ao comércio eletrónico; a administração pública em linha; a criação de condições adequadas e de condições de concorrência equitativas para redes digitais e serviços inovadores avançados.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe al representar una hoja de ruta clara, progresista y ambiciosa para la realización de un verdadero Mercado Único Digital, a través de la supresión de las barreras para crear nuevas oportunidades en línea dirigidas a los ciudadanos y empresas, especialmente pymes.

La revolución digital está cambiando a Europa radicalmente y tiene un gran potencial para la creación de millones de nuevos puestos de trabajo cualificados y nuevas oportunidades para los consumidores. Por ello, celebro que esta propuesta de Resolución promueva medidas legislativas y no legislativas en beneficio de los consumidores y para preservar la competitividad de nuestra economía social de mercado.

Como socialista estoy especialmente satisfecha con la petición que enviamos a la Comisión para que considere seriamente las condiciones de trabajo en la economía colaborativa y el sector de la paquetería, ya que no podemos aceptar bajos niveles de protección para los trabajadores. Además, pedimos a la Comisión que evalúe qué protección requieren los consumidores en este ámbito y que garantice que la regulación se adecúa al entorno digital.

El informe contiene además un texto potente sobre protección de datos, temas de cultura y medios de comunicación, competencias digitales, infraestructuras e inversiones.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution non législative adoptée hier constitue la réponse du Parlement à la feuille de route présentée en mai 2015 par la Commission. Le texte s'articule autour de deux objectifs clés: premièrement, améliorer l'accès au marché unique numérique pour les consommateurs et les entreprises de toute l'Europe; deuxièmement, créer un environnement propice et des conditions de concurrence équitable pour des services innovants et des réseaux numériques avancés. Il vise également des objectifs plus transversaux, comme lorsqu'il demande à la Commission de lancer une étude sur les effets secondaires de la numérisation (i.e. sur le développement des facultés cognitives des enfants).

Mais il écarte les questions les plus controversées, comme par exemple l'impossibilité de concilier le principe de la territorialité des droits d'auteur et la fin du blocage géographique. Enfin, j'ai pour ma part soutenu un amendement disposant que la Commission et tous les États membres doivent rigoureusement défendre le principe de neutralité du net et qui demande à cet égard à la Commission de préserver l'ouverture de l'internet en tant que plateforme mondiale de communication, de production, de participation, de création, de diversité culturelle et d'innovation, dans l'intérêt des citoyens, des consommateurs et de la réussite des entreprises européennes dans leur ensemble.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Visiškai palaikau siekį skatinti europinės skaitmeninės rinkos plėtrą. Skaitmeninės paslaugas ir jų poveikį globaliam konkurencingumui galima lyginti tik industrinio amžiaus pradžia. Šalys, kurios XVIII–XIX amžiuje nesugebėjo sureaguoti į pramoninės gamybos atsiradimą ar paskatinti jos plėtrą, pavėlavo į industrinį amžių ir todėl paskui turėjo sunkiai vyti išvalgesniąsias. Ir jokie natūralūs fizikiniai dydžiai, kaip teritorijos dydis, turtinga kultūra ar ilga istorija negalėjo kompensuoti to, kad valstybė nesugebėjo laiku pradėti industrializacijos.

Lygiai tas pats taikytina ir kalbant apie skaitmeninę rinką. Jei mes nespėsime sudaryti sąlygų skaitmeninio verslo plėtrai, sąlygų, kurios leistų kad būtų Europos įmonės taptų globalios skaitmeninės rinkos lyderėmis, mes pralaimėsime skaitmeninės lenktynės. Ir jokie dydžiai, kaip ES teritorija, kultūrinis paveldas ar dabartinė gerovė mums nepadės.

Todėl sveikinu šį Parlamento savo iniciatyva parengtą dokumentą, kuriame akcentuojami pagrindiniai uždaviniai kuriant skaitmeninę rinką. Juo mes ne tik raginame mažinti administracinius apribojimus verslui, tačiau atkreipiame dėmesį į kitą svarbų elementą – valdymo kokybę. Būtent skaitmeninių technologijų pagalba galime ir turinti užtikrinti tokią viešojo administravimo sistemos veiklą, kuri sudarytų sąlygas didinti Europos konkurencingumą, o piliečiams suteiktų pagrindą didžiuotis savo gimtosiomis šalimis – Europos Sąjungos narėmis – bei visa Europos Sąjunga.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Le marché unique numérique est l'une des grandes priorités de la Commission Juncker. Le 6 mai dernier, elle a dévoilé son plan d'action pour construire ce marché. Le rapport de Kaja Kallas et d'Evelyne Gebhardt presse la Commission d'agir dans tous les domaines de sa stratégie et va même au-delà. Il appelle à une harmonisation complète du cadre légal de la vente en ligne afin de mieux protéger les consommateurs et d'améliorer la confiance de ces derniers. Il se place par ailleurs dans une perspective d'innovation et de soutien aux jeunes pousses, essentiels au dynamisme européen.

Toutefois, le rapport accorde une part trop faible à la culture et aux créateurs, tout autant source de richesse pour l'Europe que les *start-ups*. Il contient des dispositions ambiguës sur le blocage géographique et la responsabilité des plateformes, alors que vont s'ouvrir d'importantes discussions sur la portabilité, les droits d'auteur, les services audiovisuels, et que l'Europe doit précisément affirmer le rôle du numérique dans le dynamisme de la création culturelle.

Pour ces raisons, et malgré ces réserves, j'ai voté pour ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A revolução tecnológica e a digitalização a que se tem assistido nos últimos tempos levaram a Comissão Europeia a colocar o Mercado Único Digital na sua lista de prioridades.

A inovação digital e a sua consequente expansão às mais diversas áreas do quotidiano traduzem-se na necessidade premente de regulamentar este mercado de forma justa e sólida, permitindo não só otimizar os desafios atuais e futuros, como também potenciar o usufruto das oportunidades que a mesma oferece.

Para além disso, a proteção da privacidade dos cidadãos europeus em matéria digital é uma questão fundamental e que não pode ser deixada de parte, sendo por isso necessário e urgente a regulamentação deste mercado para que o tratamento de dados digitais garanta a segurança e confiança dos cidadãos num Mercado Único Digital.

Esta resolução mereceu, por isso, o meu voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la création d'un marché unique numérique qui permettra à l'Europe de renforcer la compétitivité de son industrie face aux géants numériques mondiaux. L'UE doit au plus vite prendre le train du numérique, rattraper son retard sur les États-Unis et construire un environnement juridique et économique favorable à la création de futurs champions européens dans le secteur du numérique. La constitution d'un marché unique du numérique s'accompagne de perspectives de croissance économique, de nombreux emplois mais aussi de plus grands bénéfices pour les consommateurs.

J'ai soutenu ce texte qui fait aller de pair le développement d'une économie numérique avec la protection du droit d'auteur, la propriété intellectuelle ainsi que de meilleurs outils pour lutter contre la contrefaçon sur l'internet. L'Union doit s'engager pleinement sur la voie du numérique en offrant des opportunités immenses de croissance, un cadre juridique stable et en préservant nos industries culturelles.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché le Istituzioni europee devono promuovere attivamente la rivoluzione digitale in tutti i settori, dalle infrastrutture, all'armonizzazione legislativa, alla digitalizzazione dell'industria manifatturiera e delle competenze. I temi da discutere sono molteplici ma è stato fatto un ottimo lavoro di collaborazione tra le due commissioni e tra i diversi gruppi politici che hanno dato un impianto olistico alla relazione. Ora, attraverso gli atti legislativi, sarà compito anche del Parlamento definire meglio i criteri per realizzare un mercato digitale unico europeo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe se enmarca en un intento de dar respuesta a los nuevos retos planteados por las nuevas tecnologías y el contexto de competencia nuevo que se avecina. La economía digital representa una palanca para favorecer el crecimiento, por lo que dudamos de que todo se pueda resolver a través de las reglas del «mercado único».

Algunas partes del texto representan avances (toma en consideración de los riesgos de la digitalización, establecimiento de una base consolidada común del impuesto sobre sociedades, etc.); sin embargo, sobre algunos otros aspectos, el informe no va suficientemente lejos, especialmente en materia de protección de datos, de uso de *software* libre y de neutralidad de la red. Por todas estas razones, me he abstenido en la votación.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Als Berichterstatter der EVP für die Stellungnahme des Arbeits- und Sozialausschusses habe ich mich mit den sozialen Seiten der zunehmenden Digitalisierung und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt beschäftigt. Dabei sind mir drei Dinge besonders wichtig gewesen:

Erstens: Wir müssen massiv in die digitale Befähigung der Menschen investieren. Am besten mit europaweit standardisierten und zertifizierten Schulungen, Ausbildungs- und Stellenprofilen. Das erhöht gleichzeitig die dringend benötigte Arbeitskräftemobilität.

Zweitens: Wir dürfen nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes vorbei ausbilden. Deshalb müssen die gefragtesten Ausbildungen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern sowie in den technischen Berufen gefördert werden. Bei Frauen müssen wir besonders das Interesse an diesen vermeintlichen Männerberufen wecken.

Drittens: Wir haben mit dem Europäischen Sozialfonds und der Jugendbeschäftigungsinitiative finanzielle Möglichkeiten, die Digitalisierung in der Arbeitswelt aktiv zu gestalten.

Lasst uns diese Möglichkeit nutzen, um damit sozial Benachteiligte im Digitalen fit zu machen, und Unternehmer können mit dem Geld ihre weniger qualifizierten Mitarbeiter gezielt fördern.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre la iniciativa «Hacia un mercado único digital» porque por experiencia ya sabemos que la competitividad que propone la Unión Europea es totalmente incompatible con el empleo y con los derechos laborales. Esta propuesta está hecha para fomentar el consumismo a ultranza poniendo a disposición de los consumidores y las consumidoras los productos de las grandes empresas que van a ser las que tengan capacidad para hacer negocio. Es totalmente irresponsable que la Comisión y el Consejo sigan profundizando en propuestas de este tipo que destruyen más empleo del que generan y que además van a agudizar el cambio climático y el despilfarro energético.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La risoluzione approvata oggi rappresenta la posizione del Parlamento europeo in merito alla nuova strategia per il mercato unico digitale in Europa. Condivido il testo e in particolare modo le richieste di porre termine alle pratiche di *geoblocking* non giustificate, di rimuovere le barriere per le piccole e medie imprese, di promuovere lo sviluppo delle competenze digitali dei giovani nelle scuole, di incentivare la pubblica amministrazione elettronica e di adottare strumenti strategici favorevoli all'innovazione per le piattaforme online. Mi auguro, inoltre, che si sappiano cogliere le opportunità offerte dalla *sharing economy* e dalla digitalizzazione dell'economia europea, al fine di migliorare l'accesso dei consumatori ai beni e ai servizi e offrire nuove opportunità di crescita alle imprese.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Sou solidário com o interesse da criação de um mercado digital único. Tanto pela oportunidade de criação de novos negócios, mas, essencialmente, pela oportunidade de gerar novos empregos, parece-me que o quebrar de barreiras entre os países da União Europeia e o estabelecimento de regras comuns em muito pode auxiliar o comércio digital na maior comunidade económica mundial.

A anterior estratégia da Comissão Europeia assenta em três pilares: (1) incrementar o acesso de consumidores e empresários aos bens e serviços digitais, (2) desenvolver as condições das redes e serviços para que estes possam prosperar e (3) aproveitar o crescimento da economia digital. No entanto, como é apontado no relatório de iniciativa em votação, há ainda diversas oportunidades de melhoria. Entre elas, destaco a necessidade de se criar um processo para que as compras internacionais, consequentes das aquisições em linha, possam ter preços acessíveis e justos.

Outro dos pontos que este relatório de iniciativa toca e que destaco é a necessidade de proteger os trabalhadores das entidades que expedem as encomendas adquiridas em linha. O relatório de iniciativa que foi votado é importante e será consequente pelo que conta com o meu apoio.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution – this calls for more Commission interference within our market which I am against.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – In order to protect the rights of workers in the new online economy I voted in favour of this report calling for everyone to have a right of access to the internet and to be able to use online services without discrimination.

The Commission's proposal rests on three pillars: Firstly, 'better access for consumers and businesses across Europe to digital services'; Secondly, the creation of 'the right conditions and a level playing field for advanced digital networks and innovative services'; and thirdly, the maximisation of the growth potential of the digital economy.

I was especially glad to see that the Socialists and Democrats Group were able to have those involved in the parcel delivery and logistics sector included in the text as well as recognition of the rights of those working in the new and growing sharing economy.

We need better provisions for data protection and proper investment in the infrastructure of the digital economy.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Jednotný digitálny trh prinesie viaceré pozitíva: ruší roaming, či často nezmyselné geografické blokovanie. Stanovuje jasnejšie pravidlá cezhraničného online nakupovania, no nekladie dostatočný dôraz na ochranu spotrebiteľa. Negatívne vnímam, že jednotný trh dostatočne nereguluje pornografiu na internete. Napriek tomuto negatívu som však hlasoval za prijatie návrhu uznesenia Európskeho parlamentu o iniciatíve s názvom Smerom k aktu o jednotnom digitálnom trhu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Internet i digitalna tehnologija uvelike olakšavaju svakodnevni život milijunima Europljana. Omogućuju lakši pristup informacijama, razvoj trgovine, poticanje konkurentnosti.

Stvaranjem jedinstvenog digitalnog tržišta bi se, između ostalog, poboljšao pristup i prenosivost digitalnih roba i usluga, smanjile diskriminacijske aktivnosti poput uskraćivanja pristupa na temelju lokacije i nacionalnosti, omogućila jednostavna prekogranična dostava paketa prilikom e-kupovine, povećala zaštita podataka preispitivanjem direktive o e-privatnosti koja se trenutačno odnosi samo na telekomunikacijske usluge te jamčio visok stupanj zaštite potrošača.

Pozdravljam ovu inicijativu Europske komisije smatrajući kako su ideje povoljne za stanovništvo diljem Europe, kao i za državljane Republike Hrvatske jer bi se time stvorilo zajedničko tržište temeljeno na pravednom tržišnom natjecanju potičući rast i zapošljavanje, smanjenje PDV-a te visoku razinu međusobne suradnje korištenjem novih tehnologija i inovacija kojima bi se potrošačima omogućio što veći izbor proizvoda po što povoljnijim cijenama.

Isto tako, važno je istaknuti potencijal novih informacijskih te komunikacijskih tehnologija za gospodarstvo i društvo u cjelini, prije svega povezivanjem sa sektorima od iznimne važnosti kao što su energetika, obrazovanje, zdravstvo, financijske usluge itd.

Uzevši sve komponente u obzir, s druge strane nikako ne smijemo zaboraviti na prava potrošača, zaštitu osobnih podataka, zaštitu autorskih prava kao i poštivanje pravednog tržišnog natjecanja.

Monika Smolková (S&D), písomne – Podporila som uznesenie, lebo jednotný digitálny trh považujem za jedinečnú šancu pre všetky členské štáty EÚ vybudovať podmienky pre online svet, ktorý už teraz je súčasťou bežného života ľudí a podnikateľov. O jeho opodstatnení svedčí aj štúdia, ktorá bola vypracovaná pre Parlament a ktorá hovorí o tom, že plne implementovaný jednotný digitálny trh by mohol priniesť ročný nárast európskeho HDP vo výške 415 až 500 miliárd eur. Žiaľ, ako správa konštatuje, iba 1,7 % podnikov EÚ plne využíva moderné digitálne technológie a len 14 % MSP využíva internet ako predajný kanál. Verím, že zavedenie jednotného digitálneho trhu založeného na súbore spoločných pravidiel, bude pozitívne vplyvať na rast a tvorbu pracovných miest a znovu naštartuje jednotný trh EÚ. Očakávam, že v záujme prekonania právnej roztrieštenosti jednotného trhu, zníženia administratívnej záťaže a podpory rastu a inovácie Komisia prehodnotí existujúce právne predpisy, či sú pre dané obdobie vhodné. Som presvedčená o tom, že predkladaná stratégia môže spotrebiteľom priniesť väčšiu ponuku, a to najmä v odľahlých oblastiach, a malým a stredným podnikom poskytnúť nové príležitosti.

Michaela Šojdrová (PPE), písomně. – Zpráva o směřování k Aktu o jednotném digitálním trhu je myslím dobrým základem pro vytváření nezbytného legislativního rámce pro poskytovatele i uživatele digitálních technologií v Evropské unii. Musím ocenit to, že se jedná o složité vyjednaný kompromis mnoha odborných i politických zájmů, který obsahuje stanovisko šesti parlamentních příslušných výborů. Jako místopředsedkyně Výboru pro vzdělávání a kulturu mohu konstatovat přijatelnost výsledné zprávy v oblastech, které považuji z našeho hlediska za zásadní, a to je zajištění ochrany autorských práv, bezpečnost a ochrana dětí před zneužíváním na internetu a v neposlední řadě zpřístupnění digitálního obsahu pro účely vzdělávání a kultury.

Jsem přesvědčená o tom, že ochrana autorských práv není v rozporu s dostupností obsahu pro uživatele ani s konkurenceschopností evropského digitálního trhu. Je v zájmu občanů EU, kteří mají právo na dostupnost, mají také právo na kvalitní obsah a ten se bez ochrany autorských práv tvůrců zajistit nedá. Důležitým legislativním úkolem bude také zajištění digitálních služeb před zneužíváním dětí, které jsou důvěřivé a snadno zranitelné. Zpráva proto vyzývá Komisi i členské státy, aby přijaly zvláštní opatření v boji proti sexuálnímu vykořisťování dětí na internetu, aby podpořily všechny iniciativy, které již dnes o větší bezpečnost dětí usilují.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Hitro rastoča uporaba interneta in mobilnih komunikacij je spremenila način, kako državljani, podjetja in njihovi uslužbenci komunicirajo, dostopajo do informacij in znanja, izumljajo, trošijo, delijo, sodelujejo ter delajo. S tem se je razširil trg, spremenilo se je gospodarstvo, malim in srednjim podjetjem pa je to olajšalo dostop do kroga 500 milijonov potencialnih potrošnikov v EU in do svetovnih trgov. Prav tako je to posameznikom omogočilo razvijanje novih podjetniških zamisli in poslovnih modelov.

Strinjam se, da bi morale vse politike in zakonodaja EU na področju enotnega digitalnega trga omogočati nastajanje novih priložnosti za uporabnike in podjetja. Povzročiti bi morale oblikovanje novih inovativnih čezmejnih storitev po konkurenčnih cenah, odpraviti ovire med državami članicami ter olajšati dostop evropskim podjetjem do čezmejnega trga.

Poročilo opredeljuje razloge za nujnost enotnega digitalnega trga in vsebuje dobre predloge ter ukrepe. Kot takšne lahko omenim izboljšanje pravnega varstva potrošnikov v okviru digitalne vsebine, okrepitev prenosljivosti in interoperabilnosti pri kroženju zakonito pridobljene oziroma razpoložljive vsebine, odprava neupravičenega geografskega blokiranja, varstvo podatkov in temeljnih pravic v kibernetnem prostoru, ustanovitev skladov za inovacije itd.

Ker se zavedam pomembnosti enotnega digitalnega trga in prednosti, ki jih ta prinaša, sem na plenarnem zasedanju glasoval za sprejetje poročila.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole sulla proposta di risoluzione con la quale il Parlamento europeo presenta la sua posizione in merito alla strategia della Commissione per la creazione del mercato unico digitale, presentata nel maggio 2015. Lo sviluppo del mercato unico digitale vale 415 miliardi di euro all'anno per l'economia europea e può creare 3,8 milioni di nuovi posti di lavoro. Per questo occorre che l'Europa agisca per creare un vero mercato unico digitale, armonizzando le condizioni di competitività per le aziende, sviluppando competenze innovative ed eliminando le barriere esistenti, anche nei settori dei servizi finanziari e nella tassazione. Non possiamo più permetterci di avere un ruolo marginale nell'ambito dell'innovazione, dello sviluppo delle reti e dei servizi digitali. Oggi la sfida si gioca sulla gestione dei Big Data, dell'Internet delle cose, della *sharing economy*, partite fondamentali in cui l'Europa deve riprendere un ruolo guida, assecondando la sua vocazione alla ricerca e all'innovazione.

Adesso dobbiamo partire da questo documento per creare, in maniera coraggiosa, le condizioni per uno sviluppo digitale armonioso e veloce, creando insieme il più grande mercato del mondo per i prodotti e servizi digitali e aprendo alla concorrenza anche settori al momento chiusi.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht setzt insofern ein Zeichen, als das die Digitalisierung der Wirtschaft nun in den Mittelpunkt der EU-Agenda gerückt ist. Alle Parteien sind sich darin einig, dass die in der Informations- und Kommunikationsbranche verzeichneten Fortschritte dem privaten und öffentlichen Sektor dabei helfen können, Zeit und Kosten zu sparen. Investitionen in die Branche können Wachstum und neue Arbeitsplätze schaffen. ALFA setzt sich in Brüssel dafür ein, dass beide Sektoren von der digitalen Revolution profitieren, dass regulatorische Barrieren behoben werden und dass in die notwendige Infrastruktur investiert wird. Mit dem Bericht ist der erste Schritt in die richtige Richtung getan, weshalb ich dafür gestimmt habe.

Jedoch muss sich die EU über eine Sache im Klaren sein: Wenn wir einen erfolgreichen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen wollen, dann müssen wir marktwirtschaftliche Maßnahmen einleiten und nicht neue europäische Behörden schaffen. Wir brauchen mehr Freiheit, mehr Markt und weniger Bürokratie. Der langsame Liberalisierungsprozess der letzten 20 Jahre ist einer der Hauptgründe dafür, dass wir heute im IKT-Bereich hinterherhinken. Der Staat muss seine Anteile an Telekomunternehmen abgeben, weil er nicht als Hauptaktionär eines Telekomunternehmens den Wettbewerb regulieren kann.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Jednotný digitálny trh je dôležitou platformou pre rozvoj podnikania na spoločnom európskom trhu. Jednotný digitálny trh zabezpečí voľný pohyb tovaru, služieb a investícií aj prostredníctvom elektronických služieb. Prioritou je vybudovanie spravodlivej súťaže na spoločnom trhu za súčasnej ochrany spotrebiteľov a ich osobných údajov. Jednotný digitálny trh podporuje cezhraničný elektronický obchod, odstraňuje diskrimináciu prostredníctvom geo-blokingu a redukuje administratívne zaťaženie podnikateľov pri plnení registračných povinností voči štátnym orgánom.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Korištenje interneta i mobilnih komunikacija koji se brzo razvijaju promijenili su način na koji građani, trgovačka društva i njihovi zaposlenici komuniciraju, pristupaju informacijama i znanju. To je proširilo i promijenilo gospodarstvo, što malim i srednjim poduzećima olakšava put prema 500 milijuna mogućih kupaca u EU-u, kao i globalnim tržištima, a pojedincima daje priliku za razvoj novih, poduzetničkih ideja i poslovnih modela. U 2013. godini veličina tržišta ekonomije dijeljenja u svijetu je iznosila oko 3,5 milijardi, a Komisija danas predviđa potencijal rasta iznad 100 milijardi. Smatram da bi postizanje jedinstvenoga digitalnog tržišta, koje se temelji na zajedničkom skupu pravila, moglo potaknuti konkurentnost EU-a, imati pozitivne učinke na rast i zapošljavanje, ponovno pokrenuti jedinstveno tržište i stvoriti uključivije društvo, pružajući nove mogućnosti građanima i poduzećima, posebno razmjenom i dijeljenjem inovacija. Potrebno je ojačati provedbu poduzetoga horizontalnog pristupa, uključujući pravodobno donošenje 16 inicijativa jer digitalni pokretači utječu na svakog građanina i sve dimenzije društva i gospodarstva. Stoga pozdravljam izvješće i Komunikaciju na temu „Strategija jedinstvenog digitalnog tržišta za Europu”.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – Labour is protecting the rights of workers in the new online economy, and calling for everyone to have the right to access the internet and use online services, be they young, old, disabled or isolated.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Strategija jedinstvenog digitalnog tržišta temelji se na tri jedinice, a to su bolji pristup internetskim dobrima i usluga svim građanima i poduzećima u Europskoj uniji, stvaranje zakonodavnih uvjeta za digitalnu mrežu i usluge te optimiziranje uvjeta za rast u europskoj digitalnoj ekonomiji na čemu Komisija intenzivno radi. Bolji pristup za sve pravne i fizičke osobe podrazumijeva kvalitetniju pograničnu suradnju, niže stope PDV-a, dostavu visoke kvalitete bez obzira na granične barijere i sprječavanje neopravdanih prekograničnih barijera. Stvaranje zakonodavnih uvjeta za digitalnu mrežu podrazumijeva preispitivanje zakonskog okvira i njegovo usklađivanje s tržišnim trendovima te rad na povjerenju u digitalnu trgovinu. U 2016. godini Komisija namjerava stvoriti uvjete za nesmetan protok podataka, pokrenuti integrirani plan normizacije i slične aktivnosti.

Podržavam ovo izvješće, jer stvara uvjete za konkurentnije tržište i veće mogućnosti izbora za potrošače.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo Aktu za enotni digitalni trg naproti.

V današnjem času je digitalna tehnologija postala del življenja. Prisotna je že skoraj povsod in z njo se vsakodnevno srečujemo. Internet postaja iz dneva v dan pomembnejši ter tako izpodriva ostale medije.

A vendarle je na trgu še vedno veliko ovir, zato je potrebno trg prilagoditi naglim spremembam ter tako uvesti enotni digitalni trg. Tako politike kot tudi vsa zakonodaja EU bi se morala temu prilagoditi ter tako omogočiti nove priložnosti za uporabnike in podjetja, zlasti mala, srednja in zagonska podjetja, da lažje pridejo do kapitala ter tako prispevajo k rasti in zaposlovanju v Evropski uniji, ki se še vedno pobira od zadnje finančne in gospodarske krize.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro přijetí zprávy o směřování k Aktu o jednotném digitálním trhu. Tato nelegislativní zpráva reaguje na jeden ze základních programových bodů současné Evropské komise, kterým je vybudování jednotného digitálního trhu v Evropské unii a jehož realizaci zpráva podporuje. Jednotného digitálního trhu se týká řada témat, která spadají do kompetencí mnoha výborů včetně Výboru pro právní záležitosti. Vítám proto, že stanovisko Výboru pro právní záležitosti bylo zohledněno a součástí zprávy je také problematika nových pravidel přeshraničního obchodu, kde je třeba zdokonalit právní ochranu spotřebitelů v on-line prostředí, otázka blokování na základě zeměpisné polohy, kdy je třeba vyřešit problém nespravedlivého blokování na základě zeměpisné polohy, či téma modernizace autorskoprávních předpisů, kde panuje shoda na potřebě modernizace těchto předpisů s ohledem na stav současného digitálního prostředí.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – I support the calls within this report for ambitious, targeted actions to complete Europe's Digital Single Market, including an end to unjustified geo-blocking practices, promotion of e-skills for young people, and an e-government action plan in public administrations. Furthermore we welcome the calls for the Commission and Member States to support the further development of the sharing economy and an innovation-friendly policy towards online platforms. Finally, I believe the approach to copyright and portability included in the final report is well balanced.

However, I strongly oppose the endorsement of the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB), which is not relevant to the DSM and has no place in this report, and the Conservative Delegation and the ECR Group will continue to oppose its introduction. In addition we do not support the harmonisation of spectrum allocation, whilst we do recognise the benefits of increased coordination, nor do we support extending the scope of the Audiovisual Media Services (AVMS) Directive to include online platforms as called for in the report. These votes were all roll called.

Despite these reservations, I voted in favour of the report given our strong support for the digital single market and the significant opportunities it brings.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Τηρήσαμε αποχή στην ψηφοφορία επί της έκθεσης αυτής διότι τάσσεται υπέρ της δημιουργίας μιας ευρωπαϊκής ψηφιακής ενιαίας αγοράς, στην οποία οι νέες τεχνολογίες θα αξιοποιούνται για την περαιτέρω ανάπτυξη της ανταγωνιστικότητας και για εξυπηρέτηση των αναγκών της αγοράς. Στόχος των πιο πάνω δεν είναι άλλος από την εξυπηρέτηση των συμφερόντων του μεγάλου κεφαλαίου και των πολυεθνικών. Μια τέτοια πολιτική μας βρίσκει αντίθετους, αφού εμείς θεωρούμε ότι η τεχνολογική ανάπτυξη και η ψηφιακή αγορά πρέπει να αξιοποιείται προς την κατεύθυνση της βελτίωσης της ποιότητας ζωής των ανθρώπων. Ιδιαίτερα αρνητική για την Κύπρο είναι και η αναφορά που υπάρχει στην έκθεση όσον αφορά την ανάγκη να υπάρξουν κοινή ενοποιημένη βάση φορολογίας εταιρειών σε επίπεδο ΕΕ καθώς και ένα ενιαίο σύστημα ΦΠΑ.

Πρέπει εντούτοις να επισημανθεί ότι στην έκθεση υπάρχουν και επιμέρους θετικές αναφορές για την ανάγκη για προστασία των ΜΜΕ και των εργασιακών δικαιωμάτων, για διασφάλιση των προσωπικών δεδομένων, ενίσχυση των μέτρων ασφάλειας και υγείας για τους εργαζόμενους, καθώς και για διατήρηση του Διαδικτύου ως ανοικτή, ουδέτερη, ασφαλής και χωρίς αποκλεισμούς πλατφόρμα προς το συμφέρον των πολιτών.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η ενιαία ψηφιακή αγορά αποτελεί μια εκσυγχρονισμένη μορφή της καταπιεστικής και ανελεύθερης ΕΕ, η οποία προσπαθεί να απλωθεί σε ελεύθερες ακόμη περιοχές όπως είναι το Διαδίκτυο. Η ψηφιοποίηση του δημοσίου τομέα μπορεί να λύσει πολλά προβλήματα και να εξοικονομήσει πόρους αλλά μπορεί από την άλλη να υποβαθμίσει την σημασία των προσωπικών δεδομένων αλλά και να αυξήσει γεωμετρικά το κόστος προστασίας τους.

Το συγκεκριμένο σχέδιο νομιμοποιεί το κοινοτικό bullying κατά των επιχειρήσεων που επιθυμούν να έχουν περιορισμένο κύκλο εργασιών και που επιλέγουν, όπως έχουν δικαίωμα, να εκτελούν εμπορικές συναλλαγές με όποιες χώρες επιθυμούν.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a jelentést, hiszen az EU-ban igen jelentős forgalmat generáló elektronikus kereskedelem számos új lehetőségeket biztosít a kkv-k számára is. Teljes mértékben egyetérték a jelentéstevőkkel, mikor azt kéri a Bizottságtól, azonosítsa és számolja fel az elektronikus kereskedelmet gátló akadályokat, úgy mint a közös szabványok hiányát, a nem megfelelő fogyasztóvédelmi tájékoztatást, valamint a határokon átnyúló fizetési módokhoz való elégtelen hozzáférést, annak érdekében, hogy valóban határokon átnyúlóvá válhasson az elektronikus kereskedelmi piac.

Ahhoz, hogy ki tudjuk használni a digitális gazdaságban rejlő innovációs és növekedési potenciált, nélkülözhetetlen, hogy a polgárok és az üzleti vállalkozások megbízzanak a digitális környezetben, hisz a digitális vállalkozások üzleti modellje a felhasználók bizalmára épül. Ezt az adatvédelmi és biztonsági normák, illetve magas szintű fogyasztóvédelem és fogyasztói tudatosság révén tudjuk biztosítani.

A modern, digitális egységes piac létrehozásához számos más, a jelentés által felvetett ajánlást kell megfontolni. Ilyen az indokolatlan területi alapú tartalomkorlátozás felülvizsgálata, a nagy sebességű kommunikációs hálózatokba történő magánberuházások ösztönzése egy stabil uniós szabályozói keret révén, illetve a digitális készségek elsajátításának elősegítése és az általános médiaműveltség és internetes műveltség szintjének növelése Európa-szerte.

Végül örömmel láttam, hogy a jelentés kitért a közösségi gazdaság jelentette kihívásokra és felszólította a Bizottságot, hogy azonosítsa be az annak útjában álló akadályokat.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Stworzenie Jednolitego Rynku Cyfrowego ma kluczowe znaczenie dla wzrostu konkurencyjności w ramach Unii Europejskiej. Wspólnota musi stworzyć sobie szanse na skuteczną rywalizację o rolę lidera w technologicznym wyścigu ze Stanami Zjednoczonymi i krajami azjatyckimi. Wprowadzenie zmian służących zniesieniu barier na rynku cyfrowym da impuls do pobudzenia wzrostu gospodarczego i tworzenia nowych miejsc pracy w Europie, co według szacunków może przynieść unijnemu PKB dodatkowe 415 mld euro.

Przed wszystkim jednak Jednolity Rynek Cyfrowy będzie służył Europejczykom, zarówno konsumentom, jak i przedsiębiorcom, dzięki takim działaniom, jak zniesienie blokowania geograficznego, zagwarantowanie przejrzystszych zasad prawa autorskiego, wprowadzenie ułatwień w sektorze transgranicznego przesyłu paczek, rozwój nowych modeli biznesowych, czy w końcu wprowadzenie ułatwień związanych z VAT przy sprzedaży transgranicznych.

Z uwagi na ogromne znaczenie, jakie Jednolity Rynek Cyfrowy ma dla rozwoju gospodarczego Unii Europejskiej, zdecydowałem się poprzeć sprawozdanie Parlamentu Europejskiego.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – La relazione d’iniziativa è la prima di un’articolata serie d’iniziative legislative che seguiranno. Nonostante molti dei nostri emendamenti durante la procedura ITRE-IMCO siano stati diluiti dai compromessi, abbiamo votato positivamente la relazione perché comprende alcuni temi importanti per il Movimento, come l’allargamento della partecipazione dei cittadini nella vita digitale, la riduzione del *geoblocking* e il miglioramento delle regole per l’attività commerciale on-line.

Un altro punto passato e per noi importante è il paragrafo che invita la Commissione a promuovere un quadro giuridico e politico volto a contrastare la criminalità informatica e i contenuti illeciti su Internet, come per esempio l’incitamento all’odio. Tra le misure proposte in questo senso abbiamo: la creazione di una base giuridica adeguata per permettere all’Europol di svolgere le sue attività per contrastare i contenuti illeciti su Internet; misure speciali per combattere lo sfruttamento sessuale online dei minori oltre che tutte le misure necessarie per rendere internet un ambiente sicuro anche per i bambini; e la collaborazione con le parti interessate nel promuovere campagne di educazione e di sensibilizzazione.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Comisia Europeană a făcut o prioritate, în ultimii ani, din reglementarea comunitară a pieței unice digitale. În acest sens, au fost lansate 16 inițiative privind diverse aspecte sectoriale ale pieței digitale europene.

Acestea sunt grupate pe trei direcții principale, printre care un acces mai bun pentru consumatorii și companiile europene la piața unică digitală, crearea condițiilor adecvate pentru rețele digitale avansate și servicii noi, respectiv maximizarea potențialului de creștere a economiei digitale. Principalele probleme cu care se confruntă statele membre în aceste direcții sunt protecția consumatorilor, protecția datelor cu caracter personal și a informațiilor sensibile, infrastructura și investițiile, media digitale, educația digitală, drepturile de autor, comerțul electronic, geolocația, conținutul ilegal, interoperabilitatea și standardizarea, guvernarea electronică.

Trebuie să fim conștienți că procesul de digitalizare produce schimbări structurale ale societății și ale modelului de ocupare a forței de muncă. În acest context, UE și statele membre trebuie să se adapteze la cerințele situației actuale.

Prioritatea noastră trebuie să fie, însă, în primul rând, asigurarea faptului că acest proces se desfășoară în favoarea cetățenilor noștri, le creează toate beneficiile potențiale și nu afectează în mod negativ forța de muncă. Doar în aceste condiții piața unică digitală își va îndeplini menirea sa.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous voulons améliorer l’accès des consommateurs européens aux biens et services en ligne, faire disparaître les différences de traitement entre les achats hors ligne et en ligne ou encore les discriminations liées au blocage géographique.

Tant d’obstacles pour les PME et les consommateurs subsistent: ils expliquent les chiffres affligeants du commerce en ligne en Europe. Alors que seulement 4 % des transactions européennes en ligne sont transfrontalières (contre 42 % de transactions nationales et 54 % en provenance des États-Unis), 45 % des ménages européens ne disposent pas de l’internet rapide!

Il est urgent de mettre en place un marché numérique efficace tant pour l’économie que pour l’emploi ou l’intégration sociale.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Digital Single Market Act report. I consider digitalisation of our economy as a viable tool which can boost growth and cut costs of our citizens and businesses without creating a public debt. Therefore I welcome the strategic proposal on the DSM adopted by the Commission in May 2015 and a report adopted jointly by the ITRE and IMCO Committees in December 2015.

As a member of the ITRE committee, which together with IMCO was the leading committee for this file, I really appreciate work done by Parliament and all colleagues involved in this task, which was definitely not easy. I consider this report as an important contribution to the Digital Single Market strategy. I also appreciate the focus on e-government, a level playing field and SMEs and start-ups in particular. The right digital environment and non-regulatory framework can help our businesses grow and be more competitive. And I really hope the EU will be able to deliver.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o Aktu o strategijah za bolj enotnemu digitalnemu trgu naproti sem podprla, saj lahko spodbujanje večje uporabe digitalnih tehnologij, oblikovanje enakih konkurenčnih pogojev ter zakonodajnih okvirjev omrežja izboljša dostop državljanov do informacij, poveča njihove zaposlitvene priložnosti in jim zagotovi večjo izbiro izdelkov. Gledano širše pa spodbuja izkoriščanje potencialov in priložnosti, ki jih digitalizacija prinaša, ter posledično konkurenčnost evropskega gospodarstva.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe se enmarca en un intento de dar respuesta a los nuevos retos planteados por las nuevas tecnologías y el contexto de competencia nuevo que se avecina. La economía digital representa una palanca para favorecer el crecimiento, por lo que dudamos de que todo se pueda resolver a través de las reglas del «mercado único».

Algunas partes del texto representan avances (toma en consideración de los riesgos de la digitalización, establecimiento de una base consolidada común del impuesto sobre sociedades, etc.); sin embargo, sobre algunos otros aspectos, el informe no va suficientemente lejos, especialmente en materia de protección de datos, de uso de *software* libre y de neutralidad de la red. Por todas estas razones, me he abstenido en la votación.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht setzt insofern ein Zeichen, als die Digitalisierung der Wirtschaft nun in den Mittelpunkt der EU-Agenda gerückt ist. Alle Parteien sind sich darin einig, dass die in der Informations- und Kommunikationsbranche verzeichneten Fortschritte dem privaten und öffentlichen Sektor dabei helfen können, Zeit und Kosten zu sparen. Investitionen in die Branche können Wachstum und neue Arbeitsplätze schaffen. ALFA setzt sich in Brüssel dafür ein, dass beide Sektoren von der digitalen Revolution profitieren, dass regulatorische Barrieren behoben werden und dass in die notwendige Infrastruktur investiert wird. Mit dem Bericht ist der erste Schritt in die richtige Richtung getan, weshalb ich dafür gestimmt habe. Jedoch muss sich die EU über eine Sache im Klaren sein: Wenn wir einen erfolgreichen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen wollen, dann müssen wir marktwirtschaftliche Maßnahmen einleiten und nicht neue europäische Behörden schaffen. Wir brauchen mehr Freiheit, mehr Markt und weniger Bürokratie. Der langsame Liberalisierungsprozess der letzten 20 Jahre ist einer der Hauptgründe dafür, dass wir heute im IKT-Bereich hinterherhinken. Der Staat muss seine Anteile an Telekomunternehmen abgeben, weil er nicht als Hauptaktionär eines Telekomunternehmens den Wettbewerb regulieren kann.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I strongly welcome this report and I believe that it can foster EU competitiveness, have positive effects on growth and jobs, relaunch the Single Market and make society more inclusive, offering new opportunities to citizens and businesses.

I believe that the digital single market should be principle-based and technologically neutral. It is important to guarantee the trust of citizens and businesses in the digital environment through data protection and high security standards.

Free cross-border e-commerce and removal of existing regulatory barriers is essential to boost the digital economy. I also insist on the crucial principle of net neutrality, it should be applied and respected in order to guarantee neutral flow of information.

Moreover this Digital single market strategy should go in parallel with the Commission's Google antitrust case and the Commission should make sure that the principle of non-discrimination is strictly applied by Google.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce texte est un document phare de la législature car il apporte le soutien du parlement européen à la communication de la commission sur l'économie numérique.

L'économie numérique devient ici un prétexte pour faire avancer la fédéralisation de l'Europe dans des domaines de souveraineté: fiscalité; au nom de la fluidification du marché, il prévoit une harmonisation renforcée de la TVA dans le domaine des envois en ligne, allant vers une taux unique, pour développer les achats transfrontaliers; concentration des opérateurs en quelques gros opérateurs de niveau européen, ce qui rendrait impossible la reprise de leur souveraineté par les États dans cette industrie stratégique; unification des règles de droit d'auteur et de propriété intellectuelle pour interdire les blocages de zone.

Je vote donc CONTRE ce texte.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Evoluția rapidă a internetului și a comunicațiilor mobile a schimbat modul în care utilizatorii comunică, accesează informații și cunoștințe, inovează, consumă, ducând la extinderea și schimbarea economiei, facilitând accesul întreprinderilor mici la o bază de posibili clienți de 500 de milioane de consumatori în UE, precum și la piețele mondiale, și oferind oamenilor ocazia de a dezvolta idei și modele de afaceri antreprenoriale noi.

Infrastructura digitală este coloana vertebrală a pieței unice digitale, prin urmare, este necesară elaborarea unui plan de transformare digitală pentru industrie, în vederea creșterii competitivității economiei europene, pentru a spori eficiența și a valorifica potențialul neexploatat. De asemenea, consolidarea încrederii în tehnologiile digitale este esențială pentru dezvoltarea economiei bazate pe date, clarificând normele privind dreptul de proprietate asupra datelor și portabilitatea datelor, garantându-le cetățenilor controlul asupra propriilor date.

Salut realizarea unei piețe unice digitale, pe baza unui set comun de norme, care ar putea stimula competitivitatea UE, ar putea avea efecte pozitive asupra creșterii și locurilor de muncă, relansa piața unică și consolida caracterul favorabil incluziunii al societății, oferind cetățenilor și întreprinderilor oportunități noi, în special prin schimbul de inovații.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2015. május 6-án a Bizottság „Európai digitális stratégia” címen közleményjavaslatot fogadott el, amely 2016 végéig végrehajtandó kezdeményezést tartalmaz. A digitális egységes piac és az egységes piac összevetése során a jogalkotók számára világossá vált, hogy az előbbi hatalmas lehetőséget kínál az uniós vállalkozások és vállalatok bővüléséhez, valamint a gazdasági válság és az annak nyomán hozott intézkedések által megtépzott uniós munkaerőpiac teljes körű helyreállításához. A dinamikus gazdaság ösztönzése elengedhetetlen ahhoz, hogy az innováció virágzásnak induljon, és az innovatív cégek terjeszkedjenek, ezért az Európai Bizottságnak a tagállamokkal együtt erre kellene összpontosítania. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour as this raises good points on: consumer rights in the digital age, where consumers should have the same high level of protection online as offline; portability; the prevention of geo-blocking; data protection and cyber security; the need for tax coordination including the Common Consolidated Corporate Tax Base; goods should be taxed the same regardless of whether they are digital or physical; innovation funding including crowdfunding; a high level of consumer rights; the need for technology-neutral future-proof solutions regarding online services and service providers, without creating a one-size-fits-all approach; and maintaining the definition of the E-Commerce Directive on intermediary liability.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. – Laikā, kad pasaulē samazinās ekonomiskās izaugsmes rādītāji un ražošanai ir tendence pārcelties prom no Eiropas, jāizmanto esošie un jārod jauni resursi attīstības paātrināšanai. Uzskatu, ka ir īstais laiks, lai pieredzi un zināšanas digitālās ekonomikas jomā izmantotu attīstībai, jo sevišķi jaunajās dalībvalstīs, piemēram, Latvijā, kura jau šobrīd veidojas par līderi digitālās ekonomikas jomā.

Lai digitālā ekonomika spētu attīstīties, nepieciešams digitālais vienotais tirgus, kas būtu balstīts uz kopīgiem Eiropas Savienības noteikumiem. Ir jālikvidē vairāki šķēršļi, kas traucē MVU, jaunuzņēmumiem un izaugsmes uzņēmumiem izmantot iespējas, ko sniedz jaunās tehnoloģijas, piemēram, lielie dati, mākoņdatošana, lietiskais internets, 3D druka un citas.

Patērētājiem ir svarīgi, lai tiktu likvidēta ģeobloķēšana jeb interneta satura ierobežošana pēc klienta atrašanās vietas un tiktu stiprināta patērētāju aizsardzība tiešsaistē. Šobrīd diemžēl ne tikai atšķiras audiovizuālo materiālu pieejamība dažādās valstīs, bet arī, pērkot tiešsaistes digitālo saturu, piemēram, telefonu aplikācijas, pircēju tiesības nav aizsargātas. Tāpat lētākām jāklūst pārrobežu paku piegādēm, kuras šobrīd nereti ir neadekvāti augstas vai vispār nepieejamas.

Tāpat, lai uzņēmējdarbība internetā jeb tā saucamā e-komercija attīstītos straujāk, būtiski ir veicināt iedzīvotāju uzticību tai — rūpējoties par personas datu aizsardzību un veidojot vienotus noteikumus uzņēmējiem un patērētājiem visā Eiropā.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este informe de propia iniciativa se constituye como la respuesta a la Estrategia para el Mercado Único Digital de la Comisión Europea del pasado mes de mayo. De este modo, el Parlamento Europeo pretende manifestar su posición general frente a aspectos de importancia como las reglas de comercio electrónico, el *copyright*, las reglas del IVA, el marco legal de las telecomunicaciones, los medios audiovisuales, la protección de datos, el gobierno electrónico o las oportunidades de crecimiento y competitividad en ámbitos como el del *big data*, la estandarización o la investigación. Por todo ello, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La agenda digital es una de las propuestas menos coherentes de la Comisión Juncker, un cajón de sastre en el que cabe todo: de los derechos de autor al tiempo de trabajo, de las plataformas digitales a la automatización de la industria, de la reforma de las directivas audiovisuales a las de paquetería. De esta forma, sus iniciativas más polémicas quedan diluidas entre otras sometidas a menor escrutinio público.

Nuestras propuestas en este ámbito son conocidas. Apoyaremos a la Comisión en aquellas iniciativas de armonización que mejoren la protección de los trabajadores, el acceso a la producción cultural y la justa remuneración de los autores. Por el contrario, mantendremos nuestra oposición a los nuevos monopolios digitales, a la liberalización de sectores como la paquetería y a la desregulación de servicios por la competencia desleal de empresas en red, sea en el transporte (como Uber) o en cualquier otro ámbito, público o privado.

El informe del Parlamento contiene mejoras respecto a las propuestas de la Comisión, pero su orientación general sigue siendo confusa. Es por ello que he decidido abstenerme en la votación final.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I and my Labour colleagues are protecting the rights of workers and businesses in the new online economy, and calling for everyone to have the right to access the internet and use online services, be they young, old, disabled or isolated. The internet is a valuable resource for the whole community that is revolutionising the way that we operate; we cannot afford to either stifle online entrepreneurship or allow it to be compromised by business interests.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze akte aangezien dit het concurrentievermogen van de ganse Europese Unie kan bevorderen en een nieuwe impuls aan onze interne markt zal geven. We hebben behoefte aan een open markt: enkel zo kunnen we succesvol inspelen op de digitalisering van de economie.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le secteur du numérique a une importance croissante dans tous les domaines de la vie de chacun d'entre nous.

C'est pourquoi les enjeux économiques ne peuvent être déconnectés des autres enjeux. Or, c'est ce que fait ce rapport en considérant que l'avenir de la politique numérique passe nécessairement et uniquement par la dérégulation et l'ouverture des marchés. La concurrence permet «aux consommateurs d'avoir plus de choix». C'est un grand classique des politiques européennes mais on sait malheureusement ce qu'il en est. Une pluralité réelle de choix pour une minorité et du «low cost» pour la grande majorité.

Le Parlement européen a perdu une occasion de porter un projet ambitieux prenant en compte l'ensemble des enjeux, à commencer par la garantie d'un accès égal et universel aux services numériques pour réduire vraiment la fracture numérique.

Les inquiétudes concernant la protection des travailleurs du numérique ou encore les droits d'auteurs n'ont même pas été évoquées et encore moins prises en compte.

Une occasion perdue pour prendre réellement en compte l'intérêt général dans ce secteur important pour l'avenir. J'ai donc voté contre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O mercado digital contém inúmeras potencialidades para a sociedade em geral e para os cidadãos em particular. Contudo, como qualquer avanço tecnológico, são as políticas que determinam ou não as assimetrias na apropriação das vantagens que advêm do uso e da generalização destas tecnologias.

O mercado único digital deve, por isso, ser colocado não ao serviço das grandes empresas multinacionais, mas antes ao serviço de uma estratégia de desenvolvimento centrada na melhoria das condições de vida das populações e dos trabalhadores.

Não faz sentido falar em digitalização da economia se a este fenómeno não forem associadas melhorias nas condições de trabalho das empresas, por exemplo com uma redução do tempo de trabalho tornado possível pelo uso destas tecnologias.

Não sendo assim, serão os mesmos de sempre a beneficiar dos avanços tecnológicos, perpetuando-se este paradoxo da modernidade em que o avanço tecnológica se acompanha de um prolongamento dos horários de trabalho.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Einige vorgeschlagene Punkte, wie z. B. den Ausbau der Rechtssicherheit, halte ich für vernünftig und notwendig. Doch leider lässt der Bericht viele Fragen offen. Beispielsweise die Frage der Finanzierung. Ein wichtiger Punkt wäre zudem der Infrastrukturwettbewerb, doch auch dieser bleibt im Bericht unerwähnt. Ich enthalte mich daher meiner Stimme.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Thema „Auf dem Weg zu einer Akte zum digitalen Binnenmarkt“ habe ich abgelehnt.

Es geht dabei um die Positionierung des EU-Parlamentes zu der Frage eines digitalen Binnenmarktes. Der Bericht enthält sehr viel Schatten. Unter anderem fordert er die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten auch künftig Initiativen zur Förderung des Unternehmertums und insbesondere von innovativen Geschäftsmodellen zu entwickeln. Meiner Ansicht nach sollte sich die Politik aus der Förderung von Geschäftsmodellen heraushalten, denn sie ist nicht der bessere Unternehmer. Gar keinen Sinn sehe ich in der Forderung, dass die Kommission gemeinsam mit den Interessenträgern die Durchführbarkeit der Einführung sektorspezifischer EU-Qualitätssiegel für Online-Verkäufe prüfen soll. Ich lehne auch betont eine weitere Harmonisierung der Paketzustelldienste ab. Völlig daneben ist die Diagnose, dass es „Fälle von Marktversagen“ gebe, in denen die Mittel der öffentlichen Hand dazu genutzt werden sollen, „um öffentliche WLAN-Netze in größeren und kleineren Kommunen zu fördern“. Ich lehne zudem die Einrichtung einer „EU-Meldestelle für Internetinhalte“ ab, gleich welche Inhalte dorthin gemeldet werden sollen.

Im Ergebnis ist mir ein zersplitterter digitaler Markt lieber als einer, den die EU nach ihren Vorstellungen harmonisiert. Viel Gutes kann daraus nicht entstehen.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report that calls for protecting the rights of workers in the new online economy, and for everyone to have the right to access the internet and use online services, be they young, old, disabled or isolated. The internet is a common good for humanity and ensuring its good governance will help bring its benefits to all people in the world. I believe Europe has much to contribute to ensure a shared governance of the internet is based on clear, fair, inclusive and transparent rules. My views on this are informed by my active involvement with the European Internet Foundation and by my attendance at the Internet Governance Forum in Brazil, in November 2015.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la pregătirea unui act legislativ privind piața unică digitală, care reprezintă răspunsul Parlamentului la Strategia digitală pentru Europa, adoptată de Comisia Europeană în 6 mai 2015.

Armonizarea pieței digitale europene cu piața unică reprezintă o imensă oportunitate pentru antreprenorii și întreprinderile din UE de a prospera, dar și pentru piața muncii din UE de a-și reveni pe deplin după criza economică și măsurile ulterioare.

Raportul răspunde celor 16 propuneri prezentate de CE și dezvoltă aspectele legate de acțiunile care trebuie întreprinse pentru finalizarea pieței unice digitale și de consecințele pe care realizarea pieței unice digitale le va avea asupra societății și asupra economiei în ansamblu.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Uznesenie „Smerom k aktu o jednotnom digitálnom trhu“ podporuje stratégiu Komisie EÚ a zároveň so znepokojením upozorňuje na rozdielne národné prístupy v regulácii internetu a obchodu vykonávaného on-line. Uznesenie tiež poukazuje na to, že dôvera občanov a podnikov v digitálnom prostredí je nevyhnutná pre rast digitálnej ekonomiky, pričom je potrebné zlepšiť ochranu dát, štandardy bezpečnosti a ochrany spotrebiteľa. Uznesenie žiada Komisiu, aby dala vypracovať štúdiu o dopadoch digitalizácie tak na rodinný život, na rozvoj poznávacích schopností detí, na väčšiu intenzitu práce a na psychickú pohodu pracovníkov. Okrem toho text zdôrazňuje, že v prípade porušenia ľudskej dôstojnosti, podnecovania k nenávisti alebo rasizmu cez internet, by mal byť zákaz všetkých audiovizuálnych mediálnych služieb v EÚ realizovaný rovnako a účinne členskými štátmi pri plnom rešpektovaní základných práv v Charte Európskej únie. Tiež požaduje od Komisie, aby navrhla konkrétne opatrenia v boji proti sexuálnemu zneužívaniu detí prostredníctvom internetu a pre účinnú spoluprácu medzi všetkými zúčastnenými stranami, a to aj prostredníctvom podpory vzdelávania a osvetových kampaní.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτως*. – Υποστήριξα με την θετική μου ψήφο την παρούσα πράξη ως μέλος της επιτροπής Εσωτερικής Αγοράς και Προστασίας των Καταναλωτών της οποίας ήταν και βασική αρμοδιότητα. Η ενιαία ψηφιακή αγορά αποτελεί αναγκαιότητα τόσο για την αγορά και την οικονομία, όσο και για τους ίδιους τους πολίτες. Η παρούσα έκθεση μετά από εκτενή διάλογο σε όλα τα επίπεδα, κατέληξε σε ένα κείμενο που θέτει τις απαραίτητες προϋποθέσεις για την δημιουργία ενός ευέλικτου και αποδοτικότερου ψηφιακού πλαισίου, με πολλαπλάσια οφέλη για τους καταναλωτές, τις επιχειρήσεις, την οικονομία, την δημιουργικότητα και τις επικοινωνίες.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Il mercato unico digitale è uno dei settori più promettenti e impegnativi in termini di progresso e crea potenziali vantaggi in termini di efficienza, pari a 260 milioni di euro annui. Esso apre nuove opportunità d'incentivo all'economia tramite il commercio elettronico, facilitando nel contempo la conformità amministrativa e finanziaria per le imprese ed emancipando i clienti tramite l'e-government. I servizi di mercato e quelli governativi sviluppati nel mercato unico digitale stanno evolvendo dalle piattaforme elettroniche a quelle mobili, sono sempre più presenti e offrono accesso a informazioni e contenuti in qualsiasi momento, luogo e da qualsiasi dispositivo.

Quest'evoluzione necessita però di un quadro normativo e questa relazione ha proprio come compito quello di aprire la strada a un'articolata serie di iniziative legislative secondo il programma di lavoro della Commissione. I grandi temi trattati come l'espansione della partecipazione dei cittadini europei nella vita digitale, l'investimento in infrastrutture, la riduzione del *geoblocking*, il miglioramento delle regole per le attività commerciali on-line, il rinforzo della fiducia nel cittadino ecc., meritano sicuramente ampio sostegno.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore della relazione d'iniziativa «Verso un mercato unico digitale». Penso che la rivoluzione digitale rappresenti contemporaneamente una sfida e un'opportunità decisiva per l'Europa e credo che, con la relazione approvata oggi, il Parlamento europeo chiarisca in modo inequivocabile quali sono le priorità per i cittadini e le imprese europee.

Questa transizione, a mio parere, ha il potenziale per creare milioni di nuovi posti di lavoro e può sicuramente garantire nuove opportunità ai consumatori europei. Non possiamo, tuttavia, negare gli impatti negativi che tali cambiamenti possono causare come, in particolare, la crescente precarizzazione del lavoro causata, tra le altre cose, da una *sharing economy* non adeguatamente governata.

Mi trovo particolarmente d'accordo con il testo approvato oggi, in particolare lì dove invita la Commissione ad esaminare con attenzione le condizioni di lavoro per questi nuovi settori in espansione, così da assicurare adeguati livelli di tutela dei lavoratori.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozhodl jsem se podpořit tuto zprávu, protože nové komunikační technologie stále více využíváme ve svém každodenním životě a vytvoření jednotného digitálního trhu usnadní využívání technologií nám spotřebitelům. Souhlasím s tím, že je nutné zajištění bezpečnosti a ochrany dat občanů ve virtuálním prostředí. Považuji za důležité bojovat proti kybernetické kriminalitě a nelegálnímu obsahu, včetně nenávistných projevů. Digitalizaci veřejné správy v Evropě považuji za nezbytný krok ke zlepšení transparentnosti, a to například umožněním přístupu občanů k úředním dokumentům. V současné době má hospodářství globální povahu, a proto považuji za nutné, aby byl pohyb dat v rámci jednotného digitálního trhu umožněn nejen v EU, ale i mimo ni.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Túto správu som podporila. Oblasť jednotného digitálneho trhu je podľa môjho názoru v súčasnosti veľmi významná a prispôbenie legislatívy rýchlo sa rozvíjajúcim digitálnym technológiám nesmierne dôležité. Táto správa je odpoveďou na zverejnenú stratégiu Európskej komisie týkajúcu sa jednotného digitálneho trhu a volá práve po cieľených akciách, ktoré by dopomohli k jeho dokončeniu. Rozhodne súhlasím s myšlienkou, že elektronický obchod je v súčasnosti spotrebiteľmi čím ďalej tým viac využívaný a je potrebné zabezpečiť rovnakú ochranu, či už pri nákupoch online alebo offline, a či sa spotrebiteľia rozhodnú kúpiť si hmotné výrobky, služby, alebo digitálny obsah. Rovnako súhlasím s názorom, že je potrebné zastaviť tzv. geo-blocking, ktorý nielenže zamedzuje spotrebiteľom prístup k zaplatenému digitálnemu obsahu, ale často vedie aj k nespravodlivej cenovej diskriminácii na základe zemepisnej polohy. Dôležitá je aj aktuálnejšia úprava ochrany práv duševného vlastníctva a výzvy na zabezpečenie dostatočných digitálnych zručností pre všetky skupiny obyvateľov. A hoci mi v správe chýba viac odkazov na prístupnosť digitálnych technológií pre zdravotne postihnuté osoby, správe som napriek tomu dala svoj hlas.

Damiano Zoffoli (S&D), *per iscritto*. – Il mercato unico digitale ha davvero la possibilità di cambiare l'Europa. Ha la possibilità di creare migliaia di posti di lavoro ma soprattutto di dare nuove opportunità a tutti i consumatori e cittadini europei. Con questa relazione chiediamo anche alla Commissione di vigilare perché le condizioni dei lavoratori nel settore delle consegne siano tutelate. Non meno importante, si affronta il problema del *geoblocking*, una frontiera virtuale che va eliminata.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o Relatório «Rumo ao Ato para o Mercado Único Digital» por considerar que alinhar a União Europeia com a revolução digital implica a criação de um mercado único. As prioridades e linhas de ação definidas pela Comissão e aprovadas pelo Parlamento para a criação de um Mercado Único Digital, constituem-se como um bom contributo num caminho que a União tem de continuar a trilhar.

Isto significa, entre outros, dar acesso a mais europeus aos serviços e recursos digitais abrindo novas oportunidades de investimento, crescimento e emprego, e novas oportunidades para a requalificação das pessoas e para a investigação e inovação tecnológicas. Num tempo de desalento torna-se importante a existência de um impulso mobilizador e agregador dos esforços dos 28 Estados-Membros para a criação de um Mercado Único Digital, baseado numa identidade digital europeia capaz de projetar a força dos 500 milhões de consumidores europeus no desenho, regulação e dinâmica competitiva dos mercados digitais. Estes referenciais comuns a uma União Digital devem incluir os valores da inclusão, universalidade e neutralidade no acesso; diversidade cultural; prevenção de movimentos monopolistas e incentivo às redes de PME; defesa da privacidade e valorização dos direitos de escolha dos indivíduos e das comunidades.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Apesar do potencial que comportam as tecnologias digitais, o mercado único tem sido um instrumento promotor das desigualdades entre Estados-Membros, degradando a produção nacional em Portugal, dificultando particularmente a vida das micro, pequenas e médias empresas, que não conseguem fazer face à concorrência europeia e à brutal desigualdade de circunstâncias perante as hegemónicas multinacionais.

Defendemos o fim do bloqueio geográfico. No entanto, tal deverá acautelar o direito dos autores e dos artistas a uma remuneração digna pelas suas produções.

Defendemos que o armazenamento e a gestão dos dados, pela importância crescente que as tecnologias digitais assumem não só na economia como também na sociedade, devem estar sob a alçada do Estado.

A liberalização dos mercados é motivo de profunda preocupação, ainda que se apresente com uma fachada social. A propaganda de promessas de emprego, crescimento, coesão, é sempre mas sempre desmentida pela realidade.

Votámos contra.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione risponde alla comunicazione della Commissione europea all'interno dell'iniziativa più ampia che vede la creazione di un mercato unico digitale con il quale si intende concretizzare il concetto di cittadinanza europea anche a livello digitale.

Credo sia particolarmente importante che il Parlamento abbia deciso di programmare il futuro sviluppo del mercato unico digitale partendo da tre concetti fondamentali quali l'uguaglianza, la partecipazione e la fiducia, attorno ai quali la natura stessa di «cittadinanza digitale» deve essere costruita se vogliamo che sia stabile e che funzioni.

I cittadini europei impareranno a sfruttare il potenziale del mercato unico digitale solo se sentiranno di essere adeguatamente tutelati e se riusciremo a garantire che per i consumatori, e in particolare gli acquirenti, valgano gli stessi diritti che possono invocare nella vita quotidiana degli scambi commerciali. Per queste ragioni mi sono espresso favorevolmente.

Il documento della Commissione apre la strada a un'articolata serie di iniziative legislative successive. Mi auguro che le proposte che la Commissione presenterà nei prossimi mesi tengano conto di questi principi che il Parlamento ha voluto così chiaramente evidenziare nella propria posizione e per i quali io mi sono speso.

Milan Zver (PPE), pisno. – Evropska unija nujno potrebuje enotni digitalni trg, saj se naše digitalno gospodarstvo ne razvija dovolj hitro in ni konkurenčno amerškemu, ki je svetlobna leta pred Evropo.

Leta že govorimo o evropski digitalni uniji, a digitalni svet se v petih letih (kolikor ponavadi traja uveljavljanje evropske zakonodaje) povsem preoblikuje.

Vesel sem, da ima Evropska komisija do zaključka tekočega leta namen končati vseh 16 pobud za enotni digitalni trg. Odstraniti moramo ovire, ki podjetjem onemogočajo izkoriščanje celotnega evropskega trga in potrošnikom tako ponuditi večjo izbiro. Tako zmaga evropsko gospodarstvo in potrošniki.

Če želimo, da ima enotni digitalni trg možnosti za uspeh, moramo začeti pri zaupanju državljanov in podjetij v digitalno ekonomijo.

Ključne so tudi naložbe v infrastrukturo naslednjih generacij informacijsko-komunikacijskih tehnologij in širitev obstoječih kot sta 4G in optično omrežje. Dostopnost do hitrih internetnih povezav po konkurenčnih cenah je ključnega pomena za razvoj digitalnega trga.

Nujna je odprava ovir za čezmejni razvoj e-poslovanja. V prvi vrsti gre tukaj za stroške čezmejne dostave paketov in različna pravila obdavčevanja.

Podprl sem poročilo, saj evropsko gospodarstvo čim prej potrebuje resen enotni digitalni trg, na katerem se bo gradila uspešnost in konkurenčnost evropskega gospodarstva v svetovnem merilu. Naj naslednji Google, Facebook, Apple, Amazon oz. Steve Jobs, Bezos ali Gates pride iz Evropske unije.

Presidente. – Con questo si concludono le dichiarazioni di voto.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta, sospesa alle 14.35, è ripresa alle 15.05)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (17./18. Dezember 2015) (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (17./18. Dezember 2015) (2015/2989(RSP)).

Donald Tusk, President of the European Council. – Mr President, the December European Council debated in fact all the major crises that confronted Europe in 2015. Whether it was the refugee and migration crisis, EMU reform or Brexit, in all of these discussions we made some progress but for sure not enough. Let us have no doubt that 2016 will also be overshadowed by these challenges. Our community is experiencing a stress test. And what is most challenging is that we are being tested on all possible fronts at the same time. Today, let me say it loud and clear. I will not rest until we work out solutions to all these challenges. Our strength comes from our unity. Therefore, keeping European unity will continue to be my main goal in 2016.

Let me start with the migration and refugee crisis, an existential challenge for the EU. As you remember, I have emphasised for months, in fact from the very beginning of the migration crisis, that there is no good alternative to border protection. This is a *conditio sine qua non* of any effective migration policy. Unless we can guard Europe's external border properly, we will fail as a political community.

After the December European Council, we can be a bit more optimistic. The leaders' discussion concentrated on ways and means of strengthening external border control. All leaders acknowledge that protecting Schengen requires difficult decisions. In this context, we agreed to rapidly examine the Commission's proposal of strengthening the EU's external borders, including the idea of the European Border Guard. This is a priority for the Dutch Presidency and we should have political agreement in the Council by June.

The agreement by Greece to accept a Rapid Border Intervention Team from Frontex already in December is another indication that we have started to move in the right direction when it comes to guarding the external border. Despite political progress, I have to admit that there is a clear delivery deficit on many fronts, from hotspots and security screening in frontline countries to relocation and returns. The action plan with Turkey, although promising, is still to bear fruit.

I share the sentiment expressed by Prime Minister Rutte that we have no more than two months to get things under control. The statistics over the Christmas period are not encouraging, with over 2 000 arrivals in the EU per day, according to Frontex. The March European Council will be the last moment to see if our strategy works. If it does not, we will face grave consequences such as the collapse of Schengen. For sure, this kind of alternative to our strategy is not pleasant, and so I appeal that Member States implement the strategy in full.

Let me turn to the UK. In December, leaders had a substantive and constructive discussion on the UK question. Prime Minister Cameron set out his position in detail, in particular regarding benefits and free movement. He explained his request for a model based on four years and reiterated the openness to alternative solutions, but only if they achieve the same objective. Leaders voiced their concerns on specific issues, but also demonstrated willingness to look for compromises. Building on this positive debate, we agreed to work together to find solutions in all four baskets raised by Prime Minister Cameron: relations with the euro area, sovereignty, competitiveness, and on benefits and free movement. Hard work on all these baskets is progressing and, as we speak, my people are working with the Commission to bring us closer to the solution.

In the run-up to the February European Council, I will table a concrete proposal for a deal with the UK to all EU leaders. Let me stress again that from the very beginning of these negotiations I have been very clear. There will be no compromise on fundamental values like non-discrimination and free movement. At the same time, I will do everything in my power to find a satisfactory solution, also for the British side. As of today, the result of the referendum is more unpredictable than ever before. Time is of the essence here, and this is why I will work hard to strike a deal already in February. It will not be easy but it is still possible.

The European Council also discussed counter-terrorism in the light of the Paris tragedy. These outrageous acts have only strengthened Europe's resolve to fight terrorism. Leaders agreed to operationalise our policies, including systematically sharing information on foreign fighters through Schengen and Europol, as well as between Member States' authorities.

Security services should conduct a joint threat analysis if it can prevent future attacks. Europol has already reported a significant rise in information exchange on foreign fighters through its new Counter-Terrorism Centre with almost every Member State contributing data. Without vigilance and real cooperation, we cannot defeat this threat and the likelihood of further attacks remains very high. I urge all States to cooperate fully.

The European Council was an opportunity for the leaders to assess the state of play in building the Energy Union. There is significant progress in the level of interconnections between states on the gas and electricity markets, including the parts of Europe that have been isolated until now. When I proposed the Energy Union concept as Polish Prime Minister, this was one of my major goals.

I am happy to see clear progress, but still we need more. The European Council asked for all relevant legislation to be brought forward, including on strengthening the transparency on the gas market. Talking about the Energy Union, leaders had an exchange on the Nord Stream II project. Some of them were very critical, and we also discussed the conditions that need to be met by major energy infrastructure projects. We reiterated that any new infrastructure should be fully in line with the Energy Union objectives, not to mention the obvious obligation that all projects have to comply with all EU laws, including the third Energy Package.

These are clear conditions for receiving support from the EU institutions or any Member State – political, legal or financial. Now the ball is in the court of the Commission, but the political message of the European Council is clear and goes in a similar direction to the position expressed by the European Parliament.

Leaders praised President Hollande and congratulated him on the successful hosting of the COP21 and on the agreement of the first ever, legally-binding global climate deal. We have asked the Commission and the Council to assess fully what the Paris Agreement implies for our own energy and climate policy mix.

Last, but certainly not least, the European Council addressed economic challenges. Leaders confirmed their commitment to work towards completing EMU further, based on the Five Presidents' report. Even if Europe is overwhelmed by the migration crisis, we cannot afford to wait with the necessary EMU reforms for better days. In this spirit, ministers were asked to advance their work rapidly on a number of areas, including the Banking Union. The European Council also emphasised the importance of deepening the single market in key areas. Delivering a digital single market and building a capital markets union is our top priority.

Finally, I want to warn against the increasingly alarmist rhetoric on the future of Europe. Neither naivety nor excessive pessimism will get Europe the results it needs. As Europeans, we have to be both realistic and confident about our values and beliefs. I am reminded of Arnold Toynbee's famous remark that civilisations die from suicide, not by murder. Europe is stronger than some may think, and we still have the power and the public mandate to do what is necessary.

(Applause)

Jean-Claude Juncker, *président de la Commission*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil européen, après les mots choisis qu'a trouvés le président du Conseil européen, si je devais résumer en deux mots les conclusions du dernier Conseil européen – de la migration au terrorisme, de l'Union économique et monétaire au Royaume-Uni, en passant par les relations extérieures –, je dirais qu'elles sont le parfait reflet d'une Europe en «polycrise».

Nous avons beaucoup parlé ces derniers mois de la crise grecque, de la crise des réfugiés et d'autres crises, mais l'Europe est en réalité confrontée à une conjonction de crises multiples, complexes, «multistratificationnelles», venant de l'extérieur ou de l'intérieur de l'Union européenne et qui surviennent toutes en même temps. Nous sommes clairement dans une situation difficile, qui appelle à dépasser les égoïsmes nationaux et à retrouver l'esprit pionnier de la construction européenne, son élan et sa solidarité. Nous pouvons, si nous le voulons, apporter une réponse européenne responsable et solidaire aux crises multiples auxquelles nous sommes confrontés. Nous pouvons et nous devons le faire, car seulement plus de solidarité européenne permettra à chacun de nos pays de surmonter ces crises. C'est indispensable si nous voulons préserver ce dont nous avons bénéficié jusqu'à présent, par exemple notre marché intérieur ou bien encore

l'espace Schengen, et si nous voulons aussi apporter des éléments qui manquent encore pour parfaire la construction européenne.

Monsieur le Président, la Commission a déjà présenté tous les éléments nécessaires pour gérer avec efficacité l'urgence de la crise des réfugiés. S'ils avaient déjà été mis en œuvre par les États membres, nous serions aujourd'hui dans une situation bien meilleure. C'est pourquoi, quand j'entends dire qu'il n'y a pas de réponse européenne à la crise des réfugiés, c'est à la fois faux et vrai. C'est faux, parce que la Commission, travaillant en bonne intelligence avec le Parlement, a apporté tous les éléments d'une réponse européenne. C'est vrai, parce que cette réponse ne sera effective et n'aura de résultats concrets que lorsque tous les États membres passeront des paroles aux actes. Certains, souvent très rapides à critiquer l'Union et Bruxelles, comme on dit, doivent se regarder dans le miroir et constater que, oui, Bruxelles, c'est aussi eux, les États membres et leurs gouvernements. Le manque d'action de l'Union est aussi dû au manque de mise en œuvre des engagements pris collectivement au nom de l'Union.

Comme le Conseil l'a souligné, il revient aux États membres d'accélérer nos efforts pour que les «hotspots», la relocalisation et la réinstallation ne soient pas des concepts vides, mais deviennent de véritables instruments efficaces d'une reprise en main ordonnée d'une gestion européenne de la migration. J'en appelle une fois de plus à ce Parlement pour que nous avancions avec toute la célérité nécessaire dans la mise en place d'un corps européen de gardes-frontières et de gardes-côtes.

À frontières communes, gestion commune: si nous ne comprenons pas cela, Schengen ne survivra pas. Une Europe avec des frontières intérieures, voilà une époque que les jeunes d'aujourd'hui n'ont pas connue de leur vivant, et c'est très bien ainsi. Il ne faut pas que cela change. Frontières intérieures, génération Erasmus et internet, ce sont des choses qui ne vont pas ensemble. Je ne suis pas sûr non plus que les quelque 1,7 million de travailleurs frontaliers, qui traversent nos frontières au quotidien, se réjouiraient de la fin de l'espace Schengen, ni que les entreprises de transport souhaiteraient avoir à subir des pertes financières en raison de la réintroduction des frontières. Il y a 24 millions de voyages d'affaires en Europe par an, il y a 57 millions de transports routiers transfrontaliers par an, tout cela coûte de l'argent. Le coût du non-Schengen est très élevé. Ce n'est pas un programme pour la croissance et l'emploi, c'est un programme contre la croissance et contre l'emploi. Il faudra donc tout faire pour sauver cet espace, tout en sachant que cela passe par une politique européenne de migration légale bien maîtrisée. C'est la raison pour laquelle la Commission présentera sous peu ses propositions sur la migration légale et aussi une révision des règles de Dublin pour les demandeurs d'asile.

Herr Präsident! Wenn es um den Schutz unserer Grenzen geht, dann reicht es nicht, sie nur von unserer Seite aus zu betrachten. Man muss die Grenzen der anderen, die Grenzen, die wir mit anderen teilen, auch mit deren Augen betrachten. Dann reichen nicht nur Gipfel – so wichtig diese auch sind.

Es braucht auch hartnäckige, tagtägliche Kleinarbeit. Nicht Arbeit an Absichtserklärungsformulierungen, sondern konkrete Kleinarbeit: Heizkörper, Decken, gemeinsame Standards, gemeinsame Registrierung betreffend.

Ebenso beharrlich arbeiten wir auch mit der Türkei zusammen. Diese hat erste begrüßenswerte Schritte unternommen, um den gemeinsamen Aktionsplan umzusetzen. So hat sie unter anderem eine Visumpflicht für Syrer aus Drittländern eingeführt, und sie arbeitet daran, den Arbeitsmarkt für syrische Flüchtlinge zu öffnen. Das sind sehr wichtige Schritte.

Doch es bleibt noch schrecklich viel zu tun, um den Flüchtlingsstrom nachhaltig und spürbar zu reduzieren. Der gemeinsame Aktionsplan muss in Gänze umgesetzt werden, und zwar schnell!

I do not like all the headlines I read day after day, but I have nothing against those headlines when they talk about hard work that produces good results. December's historic agreement on climate change demonstrated the European Union's capacity for global leadership. In Paris, the European Union worked hard for a deal that was ambitious and legally binding and that is what we have achieved, but the real work starts now. The Commission is assessing the Paris Agreement so that we can move on to agreeing on new steps. In the meantime, the EU Member States will have to continue setting the example and implement current commitments, so we will need to collectively agree 2020 targets.

Regarding the United Kingdom's relationship with the European Union, the European Council held a constructive debate on the four baskets that the British Government set out. Let me underline what I said at the time: none of those four baskets are simple or easy to address and we are treating each of them seriously. But let me also underline that the Commission, as I said before, wants a fair deal for Britain. The Union is stronger with Britain inside and Britain is stronger inside the Union. That is why we think that the deal we are seeking has to be a fair deal for the European Union too. The Commission is working together with colleagues and representatives at the Council in that direction.

I would like to conclude by paying tribute once more to the work of this Parliament. I have been witnessing this Parliament for more than 12 months now, and I have to say that our coordinated action is producing good results. And this Parliament has helped the Commission to deliver good results. When we needed speed and when we needed flexibility, flexibility for our new proposals, Parliament was there and Parliament delivered. I am grateful for this support and confident that we will continue in the same spirit this year and in the next years.

(Applause)

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Meine Herren Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir jetzt auf das Jahr 2016 blicken, dann schauen viele Bürger natürlich sorgenvoll auf dieses Jahr, die Terrorherausforderung, die Migrationsfragen, die wirtschaftliche Entwicklung, die Summe der Krisen, die bereits Jean-Claude Juncker und auch Donald Tusk angesprochen haben.

Trotzdem möchte ich zunächst zum Jahresauftakt noch einmal auf das zurückkommen, was ich auch in der Dezember-Plenarrede gesagt habe, nämlich an die Erfolgsgeschichten zu erinnern, den Menschen Mut zu machen, dass es mit Europa gemeinsam gelingen kann. Ich sehe beispielsweise Federica Mogherini hier sitzen. Ich war stolzer Europapolitiker vor wenigen Tagen, als ich sie gemeinsam mit dem iranischen Außenminister gesehen habe, um den Iran-Deal darzustellen, um da deutlich zu machen, dass wir als Europäer einen Beitrag zum Frieden auf dieser Welt leisten, dass keine Atomwaffen produziert werden. Ein großer Erfolg Europas – mein Dankeschön dafür!

(Beifall)

Wir haben in der Freitagspressekonferenz unseres Kommissionspräsidenten die Zahlen mitbekommen, die der Juncker-Plan mittlerweile versinnbildlicht. Tausende von Betrieben in Europa profitieren mittlerweile von den Milliarden, die wir gemeinsam bereitgestellt haben. Und Paris als Symbol für den Kampf gegen den Klimawandel ist auch ein europäischer Erfolg. Deswegen ist es wichtig, dass wir an das erinnern, wenn wir Menschen von unserem Projekt überzeugen wollen.

Im Dezember-Rat – das ist mein zweiter Punkt, den ich ansprechen will – stand die Diskussion um Großbritannien im Mittelpunkt. Ich denke, dass David Cameron im Rat die Ideen, die Vorstellungen sehr positiv präsentiert hat und auch viele Freunde gefunden hat. Viele der Ideen, die David Cameron einbringt, sind Ideen, die Europa besser machen können, wenn wir es gemeinsam anpacken. Ich möchte ausdrücklich unterstützen, was er zum Thema Wettbewerbsfähigkeit, zu Innovation, zu *better regulation*, zu *big* und *big things* und zu *small* und *small things* gesagt hat. Da hat er die volle Unterstützung der EVP-Fraktion, und wir wollen da auch einen Erfolg.

Zugegeben, schwieriger wird es bei den Fragen des Sozialmissbrauchs. Jeder will gegen Sozialmissbrauch kämpfen. Aber ich muss auch zu Beginn des Jahres klar machen, dass wir als EVP es nicht dulden können, wenn es zu Diskriminierung von europäischen Bürgern kommt. Diese Brücke muss uns gelingen.

Ich habe in der britischen Debatte eine Grundsatzfrage, die mich umtreibt, weil ja in London sehr stark über die Frage *ever closer union* diskutiert wird. Ich verstehe die Sorgen, die damit auch verbunden sind: Immer mehr Kompetenzen für Brüssel, immer mehr Macht in Brüssel – das wird sicher kritisch diskutiert. Aber ich bitte auch in der Diskussion, die da stattfindet, den Text ganz zu lesen. Es steht dort nämlich:

„ever closer union“ of „peoples“ – not of institutions, not of Brussels, not of states – of peoples.

Und das ist eine perfekte Beschreibung von der Idee Europas. Nach den schlimmen Kriegen, die wir auf diesem Kontinent hatten, zu sagen: Menschen sollen zusammenkommen – *ever closer union of peoples*. Insofern werde ich auch dafür, den Text auch in der britischen Debatte ganz zu lesen, weil er eine wundervolle Beschreibung dessen ist, was wir als Lektion aus den schlimmen Kriegen unseres Kontinents hatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte einen dritten Punkt ansprechen: das große Thema Migration. Die Leitplanken sind für uns als EVP klar: Wenn in Syrien Krieg herrscht, 250 000 Menschen mittlerweile gestorben sind, dann muss dieser Kontinent helfen. Eine Abriegelung von Grenzen, wo wir uns nicht mehr bereit erklären zu helfen, kann es mit uns nicht geben. Und andererseits wissen wir auch, dass die Zahlen, die wir in vielen Bereichen haben, herausfordernd sind, auch zu hoch sind und wir zu verlässlichen, nachhaltigen Zahlen zurückkommen müssen. Das sind die beiden Leitplanken.

Ich möchte für meine Fraktion deutlich machen, dass wir es sehr begrüßen, dass die Kommission eine Reihe von Gesetzestexten vorgelegt hat. Bei uns steht die Zusage im Raum dass wir, Herr Kommissionspräsident, die Vorschläge auch schnell bearbeiten werden, um deutlich zu machen, dass Europa liefert. Was jetzt zu tun ist, ist schlicht und einfach, Recht umzusetzen und durchzusetzen. Wenn von den 1,1 Millionen Menschen, die zum Beispiel in meinem Heimatland, in Deutschland, angekommen sind – 1,1 Millionen im letzten Jahr – nur 40 % Syrer sind, dann müssen wir Recht umsetzen und dafür sorgen, dass diejenigen, die eben keinen Fluchtgrund haben, auch nicht aufgenommen werden in der Europäischen Union und auch rückgeführt werden.

Wir müssen Recht auch in einer zweiten Hinsicht durchsetzen. Wir alle haben die Kölner Vorgänge der Silvesternacht im Kopf. Ja, wir wollen Menschen schützen, aber es muss klargestellt werden, dass derjenige, der Recht bricht und der die Traditionen, sprich die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Kultur in Europa nicht respektiert, dann auch sein Gastrecht verwirkt und abgeschoben werden muss. Auch das muss klar sein.

Und als Drittes müssen wir Recht durchsetzen bei der Hilfe in den Herkunftsländern. Herr Ratspräsident, das ist ein Appell vor allem an den Rat. Wenn im Rat festgelegt wird: Wir finanzieren drei Milliarden Euro für die Türkei, die Kommission Vorschläge macht, das Europäische Parlament schnell das Budget ändert, wir – Europa – liefern bei den Geldern, und wir dann das Trauerspiel erleben, dass beispielsweise Italien nicht oder nur mit Gegengeschäften bereit ist, diese zugesagten Gelder dann auch wirklich zu überweisen, dann beschädigt das die Glaubwürdigkeit Europas und der europäischen Staatenlenker. Und deswegen noch einmal der Appell: Dieses Verhalten, insbesondere von Matteo Renzi – ich muss es so deutlich ansprechen –, beschädigt die Glaubwürdigkeit, und dieser Verlust an Glaubwürdigkeit ist die Ursache von Populismus in Europa. Nicht, dass wir Zusagen machen, sondern dieser Verlust von Glaubwürdigkeit ist das Problem, das hinter dem Populismus steht. Wir sind bereit, Antworten zu geben. Lassen Sie uns 2016 entsprechend anpacken!

(Beifall)

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Domnule Weber, vă amintiți că și în decembrie v-am pus o întrebare și văd că dumneavoastră continuați să ne dați sfaturi și să vorbiți foarte frumos aici. Întrebarea mea este: nu credeți că ceea ce ați spus acum vizavi de politica refugiaților și emigranților ar fi trebuit doamna Merkel să gândească la început? Acum punem condiții: să respecte cultura noastră și să respecte condițiile din țara noastră, dar nu s-a pus această condiție de la început. Ce părere aveți? S-a făcut o greșală sau nu?

Manfred Weber (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte”*. – Ich fordere alle auf, darüber nachzudenken, wie wir mit der Migrationsfrage umgehen.

Ich sage noch einmal ausdrücklich, wenn in Syrien, und bitte hören Sie zu, wenn in Syrien 250 000 Menschen mittlerweile durch diesen Bürgerkrieg ermordet wurden, wenn mittlerweile fast 14 Millionen Menschen aus diesem Land fliehen, weil dort Krieg herrscht, weil dort Bomben geworfen werden, dann muss jeder in Europa sich seiner Verantwortung stellen und sagen: Gerade als christlicher Kontinent müssen wir dann Menschen, die aus diesen Regionen fliehen, auch Hilfe anbieten. Das ist das Erste, wo glaube ich gerade manche in Polen zuhören sollten.

Das Zweite ist auch klar: Ganz Europa hat Leistungsgrenzen. Wir werden über Zahlen reden, die wir einzuhalten haben und die wir definieren müssen, was Leistungsfähigkeit angeht und beide Punkte müssen seriös diskutiert werden.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, las conclusiones del último Consejo han generado en mi Grupo preocupación y decepción, un sentimiento que se viene produciendo Consejo tras Consejo. Y no es porque no se hayan adoptado decisiones, porque no se hayan tomado acuerdos. Se ha hecho sobre temas importantes: emigración, terrorismo, Unión Económica y Monetaria. El problema está en que, cuando uno lee las conclusiones del Consejo de junio, del Consejo de octubre o de las reuniones informales de septiembre y de noviembre, hay que leer muy detenidamente para darse cuenta de que no son las mismas conclusiones.

Parece que estemos condenados una y otra vez a seguir la misma secuencia: la Comisión prepara y propone, los Estados miembros reunidos en el Consejo toman decisiones, y los Estados miembros en sus países ignoran e incumplen las decisiones que han tomado en el Consejo. Este es el mito de Sísifo: estamos continuamente volviendo al punto original.

Hablemos de los temas: terrorismo. Sigue sin resolverse el tema del intercambio de información. Esta mañana el señor Juncker nos ha señalado que estamos como estábamos en el año 2001 después de los atentados de Nueva York. Es verdad que aplaudo la propuesta anunciada esta mañana por el señor Juncker de combatir la financiación del terrorismo.

Si hablamos de la emigración, no están funcionando los «hotspots», no está funcionando la reubicación y se está deteriorando el clima moral, social y político dentro de la Unión.

Si hablamos de la economía, no existe en las conclusiones del Consejo, pero el desempleo sigue siendo alto, la inversión sigue bajando y la desigualdad sigue creciendo.

Por tanto, ¿nos vamos a conformar, como Sísifo, que sabía que estaba condenado a volver una y otra vez al punto de partida? Hagamos caso a Toynbee, al que usted mismo acaba de citar: evitemos nuestro propio suicidio. Si no evitamos nuestro propio suicidio se cumplirá también el mito de Sísifo con nosotros. Seremos incapaces de avanzar y esa será nuestra muerte política.

Geoffrey Van Orden, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, too often the European Union seems more concerned with finding a role for itself, with institutional self-preservation and driving forward political integration. It tries to do too much and ends up doing little or making things worse. In fact, many other problems – economic, political, security – are consequences of the EU's own policies. We welcome the support of other governments and sensible Members of this House for the reforms sought by the British Prime Minister. The opportunity for change should be grasped enthusiastically.

MEPs should be the first to recognise that the citizens of our countries do not want ever closer union. They want national governments responsible to them for their actions. They want a European Union that costs less and which spends its resources more effectively. They want an EU that cuts red tape and removes barriers to trade and competitiveness and which moves rapidly to conclude free trade agreements with countries such as India and our transatlantic partners. They certainly do not want the whole nature of our countries changed by the massive uncontrolled influx of people from other cultures, and clearly our countries should be able to adjust their benefit systems as necessary and should be given greater flexibility in the scope and duration of suspending EU rules for public policy or national security reasons.

We should recognise how sensible David Cameron's policy towards refugees has been, dealing with the problem at source, helping those in the refugee camps and accepting limited numbers of the most vulnerable. Perhaps the Commission should be looking at ways to reduce the pull factors and reviewing the limitations imposed by international laws such as the Refugee Convention and ECHR and, as Mr Weber said, most refugees do not come from Syria.

Terrorism is a separate matter from migration, although not entirely unrelated. We welcome the PNR agreement. This is an important breakthrough, but we still need to go further. Much of the cooperation that people want is best done between our national police and security agencies.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. — Mr President, first of all I have to tell you that I hesitated a little bit to participate in this debate because we are repeating ourselves time and again. It is the fourth or the fifth time that we have exactly the same debate, and I agree with Mr Guerrero, who used a very active comparison, namely the myth of Sisyphus. Every time we say 'Yeah, we need European border and coast guard', where is it? It is now months since the Commission put that proposal on the Council's table, and still we are waiting for that. Meanwhile, everybody knows what the first thing to do is: register, monitor and secure our external borders.

When I hear, Mr Van Orden, that you are praising Mr Cameron's policy on refugees, I feel that you should go – maybe with me or a number of other volunteers – to the camps in Calais and in Dunkirk where they are living in the mud. There are pregnant women and children who are not allowed to come into Britain, in spite of the fact that their families are living in Britain. They are not allowed to come in. That is the so-called 'open policy' of a Conservative Government. I can tell you, it is a shame when you go there and when you see in what circumstances these people have to live. It is easy to talk about the southern borders of Europe, but you can see what is happening on the western borders of Europe. My fear is that we no longer have Schengen being applied in Denmark, in Sweden, in Austria, in Slovenia, or in Hungary, so what will happen if Germany is doing that tomorrow? That could be the end of Schengen. That could be the end of the European Union

(Applause)

Yeah, OK that is what you want. You want to return to your British Empire that no longer exists, but the reality is a little bit different. The reality is that, today, this all is falling apart because of a lack of decisiveness by Member States. It is not the European Union that has a lack of decisiveness; it is the Council, which meets time and again. I hope every time that they are going to take decisions on the European border and coast guard, on the new migration and economic migration policy, on a new asylum system, on a relocation system, and on a mandatory relocation system for the refugees.

What is happening? 290 people have been relocated officially of the 160 000 proposed by the European Commission, and everybody knows that even that is theoretical, because in reality there are more than one million people already inside the European Union and in need of a new system.

My plea to you, Mr Tusk, is this: you are going to have an exceptional summit on 18 February, I think, on Brexit. Well, I propose a change. Hold an exceptional summit on the refugee crisis. Brexit can wait until March or April. The most urgent thing to tackle now is to finally take decisions with the Member States on each of the four points that are necessary: a relocation system, a migration system, a new asylum system and, at the same time, the first thing to do is set up a European border and coastguard.

That seems to be far more important than starting the whole discussion about the Brexit, because you will maybe find a way out of the Brexit so that Britain remains in the European Union, but we could find ourselves without a European Union if we continue like this.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Gerard Batten (EFDD), *blue-card question*. – Mr Verhofstadt, you and I come from completely different points of view, but I always enjoy listening to you and I always respect what you say because in what you say there is a very clear, honest and logical policy. It just happens to be totally different from what I believe in. You actually do believe in closer integration, politically and economically and you know what the real meaning of ever closer union of the peoples of Europe means, and I respect that.

The people I do not respect are the people on my own side who pretend not to know what it means or that it is not happening. May I ask you a question, and extend you an invitation? When we have our referendum in Britain, will you please come and argue for the 'stay in' side so that we can have an absolutely honest and clear debate?

Guy Verhofstadt (ALDE), *blue-card answer*. – I accept the invitation. I think the first who is laughing then is Mr Farage – he likes that, to have a debate about it. But you have to go a little bit further into your reasoning. What would the state of the British economy be without the internal market on the European continent? What would be the weight of the City of London if they could no longer trade in euros, when 70 or 80% of all the trading in the City of London is done in euros? I think that Britain has to remain in Europe, and it is completely crazy to think that you can go back in history and do it on your own. That is not working in the globalised world of tomorrow.

(Applause)

Inês Cristina Zuber, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, o centro da resposta que o Conselho aqui dá ao drama dos migrantes, onde estão incluídos os refugiados, é, na prática, reforçar os mecanismos de expulsão. A pretexto do aumento do número de refugiados, a União Europeia está a montar uma verdadeira caça a todos os migrantes que não sejam requerentes de asilo. Nestas conclusões, fala-se do aumento da operacionalidade dos *hotspots*, os pontos de registo que servirão para expulsar mais rapidamente os migrantes do território da União Europeia. Fala-se de aumentar a identificação dos migrantes, de apoiar países, como a Itália ou a Grécia, nas chamadas operações de retorno, mas que são, na verdade, operações de expulsão. Prometeu-se à Turquia 3 mil milhões de euros, a troca da contenção dos migrantes nos seus territórios, sabe-se lá em que condições de dignidade e de violação dos seus direitos. Mas isso não importa: o que importa é a União Europeia desfazer-se do problema que ela própria criou e continua a criar, através da desestabilização e da ingerência no Médio Oriente e no Norte de África.

O que o Conselho deveria decidir era deslocar, sim, os fundos da agência Frontex, da Europol e de recursos do Fundo de Segurança Interna – enfim, todos os recursos alocados à vigilância, ao controlo de fronteiras e à repressão – para o acolhimento (desse praticamente não se fala nas suas conclusões), para a integração social (muito menos se fala nas conclusões) e para a criação de rotas legais e seguras. Seria, sim, uma solução digna e humanitária.

Ulrike Lunacek, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Meine Herren Präsidenten, meine Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herrn auf den Tribünen! Der Gipfel im Dezember hat zumindest einmal deutliche Selbstkritik der Regierungen gebracht, nämlich dass das Krisenmanagement in der Flüchtlingsfrage nicht funktioniert. Jetzt muss man sagen: Einsicht wäre der erste Schritt zur Besserung. Doch was wir bis heute – einen Monat und an einen Tag später – sehen, ist, dass dieses Krisenmanagement in der Flüchtlingsfrage immer noch nicht funktioniert, und das ist ein katastrophales Bild.

Die Aufnahmезentren, die sogenannten Hotspots, funktionieren immer noch nicht. Die Verteilung der Asylsuchenden funktioniert immer noch nicht. 160 000 waren vorgesehen – bisher waren es 290. Das trägt überhaupt nicht dazu bei, dass die Bevölkerung wirklich glauben kann, dass wir gemeinsam in der Europäischen Union hier Lösungen bringen.

Herr Ratspräsident Tusk, ich stimme da auch mit Herrn Verhofstadt überein: Es wäre notwendig, dass der nächste Gipfel tatsächlich einer ist, wo Sie endlich den Ratsmitgliedern sagen: Wir sind gemeinsam Europa. Nicht Brüssel ist Europa, sondern jede und jede Regierung, jeder und jeder Mitgliedsstaat, und nur gemeinsam können wir das lösen.

Denn was sonst passiert: Schengen-Grenzen wieder einzuführen, das ist eine Spirale der Schikanen, die zum Scheitern führen wird. Das ist von nationalstaatlicher Seite provozierte Rückschritt. Ich muss da auch mein eigenes Heimatland und die österreichische Bundesregierung kritisieren.

Jetzt auf einmal erklärt der Außenminister – und betreibt dabei ein zynisches Spiel mit den Flüchtlingen –, je mehr Grenzen, desto mehr Druck auf Griechenland, desto schneller wird es eine europäische Lösung geben. Das ist zynisch. Wir brauchen gemeinsame Lösungen auf der europäischen Ebene und das sollte der nächste Gipfel, Herr Ratspräsident Tusk, auch machen. Brexit kann warten und wird hoffentlich auch warten.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I am looking forward to Guy Verhofstadt, the Liberal Group leader, coming to the United Kingdom to take part in the Brexit debate. His passionate defence of a United States of Europe and a European army is, I know, sincerely held, and I am sure that the Liberal Democrats will be delighted.

(Laughter)

It has now been a month since the last European summit. I don't know about a week being a long time in politics, but there has been a sea change in that month and I think that one event has woken people up to the folly of EU leaders: the Juncker common asylum plan, the Merkel call which led to a stampede.

Those of us who have warned that unlimited numbers of people from different cultures without security checks would pose a threat to the cohesion of our societies were roundly abused for doing so. And then we came to New Year's Eve: Munich, the main train station closed down because of a terrorist threat, the intelligence coming from Syria and Iraq. The very same train station that in September people had stood at holding up their placards: 'Refugees Welcome'. That irony was not lost on me.

But it is what happened in Cologne – where we saw the mob, up to a thousand young males in the street, sexually assaulting and harassing women – which is, I think in many ways, one of the most disgraceful public order events that we have seen in modern-day Europe. And yet there was an attempt by the police and the press to cover it all up, and even the suggestion from some German politicians that German young women should change their dress and their mode of behaviour in the street, which I thought was a total insult. There is even a name for these assaults in Egypt, because they have now become commonplace and part of everyday life. We ought to have the courage to send out a message to say these assaults must never be acceptable in any European town or city and we will do our damndest to make sure that it never happens again.

(Applause)

When we go to the next European summit, where Mr Cameron is going to conclude his renegotiation, I have no doubt there will be a compromise on the fairly minor issue of migrant benefits and I have no doubt that he will come back from that summit with a few promissory notes for the future about Britain's relationship. But what he is not going to be talking about is our ability to get back control of our borders, and the British people know that those young men in Cologne, in a few years' time, will have EU passports and be free to come to Britain.

To give you an idea of how big the sea change has been. Daily Telegraph commentator Allison Pearson, who had said she was undecided on Brexit because she did not have enough information, wrote this the other day: 'After Cologne, the EU referendum is about nothing less than the safety and security of British women. We, the Euroclueless, need to woman up and vote for the right of our daughters and granddaughters to live as they choose and to smile in the street. No more Mrs Don't Know – let's get the hell out.'

I hope 2016 is our year of deliverance.

(Applause)

Der Präsident. – Ich muss zunächst um Folgendes bitten: Wir hatten bei Frau Lunacek eben eine *blue card*, also eine Frage, die an sie gerichtet werden sollte, hier im Eifer des Gefechts übersehen. Da kommen wir gleich kurz darauf zurück.

Aber zunächst Herr Farage, zu Ihrer Wortmeldung wollte sich Herr Verhofstadt melden.

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, I would just like to say that on sexual harassment his party, UKIP, has a whole record. So he should maybe use different language in this.

(Heckling from UKIP Group)

Nigel Farage (EFDD). – Mr President, is this reasonable behaviour? We have had it more than once from this gentleman. Surely we should all be equal in this Chamber and treated fairly and with decency and courtesy and respect.

(Applause from certain quarters)

Der Präsident. – Sie hatten mir noch nicht die Gelegenheit gegeben, irgendetwas zu sagen, Herr Farage. Aber Sie haben ja in der Ihnen eigenen Effizienz sich schnell das Wort wieder genommen.

Herr Verhofstadt wird gerne sicher den Grund seiner Äußerung über sexuelle Belästigung in Verbindung mit Ihrer Partei substantiieren.

Wenn er das nicht kann, werde ich ihn zur Ordnung rufen. Wenn er das kann, werden wir dem nachgehen. Wir haben das jedenfalls erst einmal registriert.

Frau von Storch: Sie hatten sich gemeldet, um Frau Lunacek noch eine Frage gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu stellen.

Beatrix von Storch (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ an Ulrike Lunacek*. – Frau Lunacek, eine ganz kurze Frage zwischen Österreich und Deutschland. Wann, ab welcher Anzahl von Migranten ist Deutschland Ihrer Meinung nach berechtigt, seine Grenzen zu schützen? Wie viele Migranten muss Deutschland aufnehmen, in Zahlen ausgedrückt, gerundet auf Millionen?

Ulrike Lunacek (Verts/ALE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ an Beatrix von Storch*. – Frau von Storch, Sie wissen ganz genau, dass diese Frage nach den Zahlen nicht funktioniert.

Wie würden Sie das denn machen, wenn Sie – was hoffentlich nie der Fall sein wird – an einer Regierung sind und dann sagen: Okay, Deutschland nimmt 1 Million auf und bei dem oder der einemillionundersten Migranten schicken Sie dann das deutsche Heer hin und geben den Schießbefehl, oder wie? Das funktioniert nicht mit den Obergrenzen!

Vicky Maeijer, *namens de ENF-Fractie*. – De uitkomsten van de Europese Raad van december vorig jaar waren niet veel anders dan die van de tientallen toppen ervoor. Er werden weer symbolische maatregelen op papier gezet, maar de enige oplossing voor het stoppen van de asielinvasie, het sluiten van de grenzen, daar wil de Europese elite nog steeds niet aan! En dat is ook te zien in het nieuws van de afgelopen weken.

Meer dan eenendertigduizend asielzoekers hebben deze maand de oversteek al gemaakt. Dat is 21 keer zoveel als in de hele maand januari vorig jaar. Georganiseerde massa aanrandingen in Keulen, Hamburg, Frankfurt door asielzoekers. Aanrandingen in Zweden, België, Nederland en Oostenrijk, een zelfmoordaanslag in Istanbul door een terrorist die als zogenaamde vluchteling Turkije binnenkwam. Een Nederlandse cameraploeg die werd belaagd in het tentenkamp in Calais en een poging tot steniging van twee transseksuelen in Dortmund door immigranten.

Voorzitter, de balans van een jaar vergaderen in Brussel: meer asielzoekers, meer terroristen en niet te vergeten, vele doden en slachtoffers van aanranding en verkrachting. Mijn partij, de Partij voor de Vrijheid, wil dat Nederland zijn grenzen sluit. We moeten ons land beschermen om te behouden wat we hebben opgebouwd: veiligheid, vrijheid, welvaart en onze cultuur. Dat mogen we niet kapot laten maken.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, μια ενιαία γραμμή διαπερνά τις αποφάσεις του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου και μεθοδεύει εμφύδιση της ONE, δηλαδή ενιαία εφαρμογή της αντεργατικής πολιτικής για τα κέρδη του κεφαλαίου, συμβούλια ανταγωνιστικότητας και δημοσιονομικά συμβούλια για αυτόματη περικοπή μισθών, συντάξεων και κοινωνικών παροχών και για ενοποίηση των αγορών. Αυτά συμπληρώνονται με την κλιμάκωση ιμπεριαλιστικών επεμβάσεων και πολέμων, με την αντι-τρομοκρατική εκστρατεία να γίνεται ένα ακόμη πρόσχημα για την κατάκτηση νέων αγορών ενεργειακών πηγών και δρόμων ενέργειας. Όλα αυτά γεννούν την ανεργία, την φτώχεια, τους πολέμους, το προσφυγικό δράμα.

Το Συμβούλιο αποφάσισε την ένταση της καταστολής κατά των προσφύγων και των μεταναστών, τη δημιουργία hot spot για τη διαλογή του πάμφθηνου εργατικού δυναμικού που θα περνά τα ξυπνα σύνορα ενώ η πλειοψηφία θα αναχαιτίζεται ή θα πνίγεται στο Αιγαίο, θα απελαύνεται ή θα αποθηκεύεται στην Ελλάδα.

Η δημιουργία της δύναμης καταστολής που θα είναι η ευρωπαϊκή συνοριοφυλακή και ακτοφυλακή, μιας δύναμης που θα έχει δικαίωμα επέμβασης χωρίς να απαιτείται συναίνεση των κρατών, βάζει στη λαϊμητόμο των ευρωενωσιακών συμφερόντων τα κυριαρχικά δικαιώματα της Ελλάδας και προωθεί παζάρια συνδιαχείρισης του Αιγαίου με την Τουρκία υπό ευρώ-νατοϊκή ομπρέλα. Ποτέ δεν έπαψε να αποδεικνύεται καθημερινά ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση και ο καπιταλισμός που αυτή υπηρετεί δεν αλλάζουν και ότι μόνο η πάλη των λαών μπορεί να ανατρέψει ριζικά αυτή την κατάσταση.

Der Präsident. – Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sich zur Geschäftsordnung melden wollen, Herr Verhofstadt?

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr Zarianopoulos, you have put a question to me and I answer by saying that if you go to Google and you Google 'UKIP and harassment' you will have the answer to the question that you have put to me.

Der Präsident. – Okay, vielen Dank für den Hinweis.

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, soyons francs face aux problèmes migratoires: nous avons tous échoué. Les États membres d'abord, les plus grands comme les plus petits, les plus ouverts comme les plus fermés, les pays hors Schengen autant que les pays de Schengen et l'Union européenne elle-même. Le programme de relocalisation des réfugiés ne portait que sur 10 % du total des entrées réelles et – comme cela a été rappelé tout à l'heure – il a été réalisé à 1 ou 2 pour 1 000 à peine.

La leçon à tirer est claire: le national-égoïsme, ça ne marche pas, ce n'est plus une option. Un État membre ne peut pas à la fois se faire gloire de rejeter sur ses voisins le problème et ensuite de se tourner vers eux pour obtenir, à travers l'Union, le financement de ses investissements publics. Un État membre ne peut pas à la fois décider seul d'accueillir tous ceux qui se présenteront, puis appeler à l'aide ceux de ses partenaires qui ont fait un choix politique différent. Lequel de nos États membres peut espérer, tout seul, traiter le problème dans un pays d'origine, en paix ou en guerre, ou dans un pays de transit, tel que la Turquie ou la Libye? Quant au Conseil européen, Monsieur le Président du Conseil européen, comment peut-il prétendre être l'instance souveraine de l'Union et laisser ses membres de retour chez eux, se vanter publiquement de ne pas appliquer ses propres décisions? Ressaisissons-nous! Divisés, nous subissons tous les événements internes et externes; unis, nous avons la capacité de les maîtriser tous.

Il y a un temps pour l'émotion, il y a un temps pour la raison et il y a un temps de retour à ce qui doit être la première qualité des élus que nous sommes: la responsabilité.

PRÉSIDENTE DE MME SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

Tanja Fajon (S&D). – Evropska unija že leta drvi iz krize v krizo. Gasimo eno, pride nova.

Po decembrskem vrhu tudi približno nisem optimistka, ko govorimo o reševanju razmer z begunci in migranti. Težave imamo povsod, pri premeščanju, vračanju, varnosti na mejah, sodelovanju s Turčijo.

Decembra sem na tem mestu voditeljke pozvala, naj obranijo Schengen, naj izvajajo sprejete ukrepe. Medtem so nastale nove ograde, nove mejne kontrole, naraščajo nacionalistična retorika, nestrpnost, ksenofobija.

V Sloveniji, moji državi, kot tudi drugod ljudi skrbi, skrbi jih, da nas je evropska solidarnost pustila na cedilu. Skrbi nas, kaj bo prinesla pomlad. Na tisoče novih obupanih priseljencev po balkanski poti, ki jih bomo prisiljeni ustaviti z ograjami? Potrebujemo ukrepe, ki bodo delovali.

Pred tremi leti, kolegi, je Unija dobila naziv Nobelove nagradenke za mir. To mora ostati naša temeljna motivacija za povezovanje, za mir, uveljavljanje demokracije in človekovih pravic doma in v svetu.

Dejstvo je, da se nobena država z izzivi migracij, terorizma in podobno ne bo mogla spopasti sama.

Da, moramo biti realisti, pesimizem nas ne bo pripeljal do rezultatov. Da, moramo ravnati enotno in ne z egoizmi, z nacionalistično, celo radikalno retoriko. A morda moramo tudi manj govoriti in se več dogovoriti, manj obljubljati in tudi več ukrepati.

Spoštovani, smo v težki situaciji. In sramota je, da tedne in tedne, tudi v tej instituciji ponavljamo iste stvari, medtem pa razpadajo vrednote Evrope.

Da. Politični samomor. Ampak kdo bo nosil odgovornost? Pridružujem se pozivu k izrednemu vrhu in, ja, če skupnih rešitev ne bo, se bojim, da tudi Unije ne bo.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Pani Przewodnicząca! Rada powinna znaleźć określenia, które w zgodzie z prawem międzynarodowym opisują związek między zagrożeniem terrorystycznym a polityką migracyjną. Komisja powinna dokonać przeglądu projektów, które noszą zagrożenie gloryfikacji działalności terrorystycznej – przywołuję ostatnie szokujące przykłady palestyńskie. I trzecia sprawa. Społeczeństwo Wielkiej Brytanii z uwagą przygląda się relacjom między instytucjami Unii Europejskiej a państwami członkowskimi. W mojej ocenie dzisiejsza debata na temat Polski zwiększa zagrożenie Brexitem.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, esta semana concluye un semestre europeo marcado por el golpe financiero a Grecia. A la lección de dignidad y coraje democrático del pueblo griego para recuperar su soberanía, la Unión Europea respondió con un memorándum humillante, que consagra la peor cara del proyecto europeo.

Para que no crezca el euroescepticismo, tenemos que abandonar el proyecto de la Europa de los recortes sociales, de la ATCI y la guerra contra el Estado del bienestar, y reconducir el proyecto europeo hacia la defensa de los derechos sociales y los derechos humanos. Tenemos una Europa cada vez más desigual, de la que ustedes no hablan. Una Europa de dos velocidades, que relega a los países del sur a una ciudadanía de segunda, cada día más empobrecida y sin derechos sociales.

Por otro lado, ¿qué autoridad moral puede tener un presidente de la Comisión investigado por el trato de favor a multinacionales para recomendar a España el tipo de gobierno que debe formar? No diga tampoco, señor Juncker, que Europa aporta respuestas a la crisis humanitaria cuando empleamos más dinero en reforzar fronteras que en garantizar el derecho al asilo.

Laura Ferrara (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, divisioni e diffidenze continuano a connotare gli intenti e le azioni degli Stati europei su temi quali migrazione, sicurezza, unione economica e monetaria. Ancora oggi, Presidente Juncker, ci ha parlato di molteplici crisi, dicendo che alcuni sono molto veloci a criticare Bruxelles anziché a guardarsi allo specchio e giudicare il proprio governo. Le chiedo, Presidente Juncker, era un riferimento al governo italiano? Perché in questi giorni dalla stampa abbiamo appreso della sua irritazione nei confronti del premier italiano Renzi, che a quanto pare sarebbe ritenuto inadeguato, un interlocutore inadeguato per Bruxelles.

Bene, per noi del Movimento 5 Stelle questa non è una novità. È da tempo, infatti, che denunciavamo la mancanza di adeguatezza e di credibilità di un governo che, peraltro, non è neanche eletto dai cittadini e dunque incapace di rappresentarne le necessità, sia a livello nazionale sia a livello europeo. Ci meravigliamo allora di come la Commissione europea se ne accorga soltanto adesso, ma più che della mancanza di dialogo tra lei, Presidente Juncker, e il nostro premier Renzi, ci si dovrebbe preoccupare della mancanza di dialogo e di sintonia con tutti quei cittadini che sono stanchi, a cui sono imposte delle politiche dalle quali si sentono danneggiati. C'è una palese crisi di rappresentatività.

Di fronte a tali divisioni, a tali diffidenze, a tali incomprensioni, di fronte a riunioni e a decisioni istituzionali che sono adottate a porte chiuse, perché le riunioni del Consiglio europeo sono tenute a porte chiuse, non sono registrate, né sappiamo quali siano le posizioni di ciascuno Stato membro. Allora di fronte a tutto questo, in spregio alla democrazia diretta su cui dovrebbe basarsi l'Unione europea, si fa fatica a capire cosa realmente stia accadendo, come stiano di fatto le cose e soprattutto quali interessi vengano realmente tutelati. E allora, Presidente Juncker, Presidente Tusk, chiedo a voi di spiegarcelo meglio, chiedo come stanno realmente le cose. Mi piacerebbe avere una risposta su questo.

Mara Bizzotto (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sono confusa e molto molto preoccupata perché solo pochi mesi fa, qui dentro, si diceva che l'immigrazione era una grande opportunità per l'Europa. Ora timidamente si ammette che è un problema. E mentre continuate a discutere del problema l'emergenza immigrazione ci mette in ginocchio. Solo l'anno scorso in Europa sono arrivati un milione di migranti e il flusso continua ad aumentare. Con le vostre folli decisioni avete portato l'Europa nel caos. Intanto le nostre città sono invase da migliaia di clandestini che approfittano della nostra accoglienza e se ne fregano delle nostre leggi, rubano, spacciano, stuprano. I fatti di Colonia sono la prova che l'Unione europea ha fallito davanti all'immigrazione incontrollata. Volete veramente risolvere il problema? Chiudete le frontiere! Volete veramente aiutare i cittadini? Usate le risorse per aiutare loro e non i finti profughi!

Volete veramente fermare le violenze nelle nostre città? Rispedite i clandestini nei paesi di origine! Servono poche regole e basta bla bla bla che continuiamo a sentire qua dentro.

Ελευθέριος Συναδινός (ΝΙ). – Κυρία Πρόεδρε, όταν η Επιτροπή ανακοινώνει μεγαλεπήβολα σχέδια για την αντιμετώπιση του μεταναστευτικού και της τρομοκρατίας, επιβεβαιώνομαι στην πεποίθησή μου ότι πρέπει είτε να αλλάξουμε τους Επιτρόπους, είτε τους συμβούλους αυτών, είτε όλους μαζί. Τζιχαντιστές σκοτώνουν αθώους αλλά εσείς αποφασίζετε να χαρίσετε τρία δισεκατομμύρια ευρώ στην Τουρκία, η οποία βοηθά, εξοπλίζει και συνδιαλέγεται με το Ισλαμικό Κράτος. Σας καλώ λοιπόν να δεχθείτε την Τουρκία στην Ένωση και, αντίστοιχα, ας φύγει η Ελλάδα ώστε να λυθούν αυτόματα όλα τα προβλήματά σας. Πού είναι το σχέδιο επανεγκατάστασης και αναδιανομής; Που είναι το σχέδιο επανεισδοχής; Μας λέτε ότι θα δημιουργηθεί ένα Ευρωπαϊκό Σώμα Συνριοφυλακής και Ακτοφυλακής. Κύριοι της Επιτροπής, απαλλάξτε μας από την υποχρέωση να ακούμε τις ανοησίες σας. Πόσος χρόνος και χρήματα θα χρειαστούν για να καταστήσετε επιχειρησιακά έτοιμο αυτό το Σώμα; Βάση ποιας Συνθήκης και νομοθεσίας θα επιχειρεί; Από πού θα βρεθούν τα απαραίτητα κονδύλια; Λάβατε υπόψη σας τις αρχές της αναλογικότητας και της επικουρικότητας;

Η Συνθήκη της Ένωσης ορίζει ρητά ότι η φύλαξη των εθνικών συνόρων είναι αποκλειστική αρμοδιότητα των κρατών μελών. Στην Ιταλία σχεδιάζετε την εμπλοκή της ευρωπαϊκής ναυτικής δύναμης της Μεσογείου, μιας δύναμης η οποία, με την άδεια και τον συντονισμό της Ελλάδος, μπορεί κάλλιστα να επιχειρεί και στο Αιγαίο.

Esteban González Pons (PPE). – Señora Presidenta, empezamos un año muy difícil para la Unión Europea y lo sabemos desde el principio. Los viejos problemas siguen ahí -como decía Enrique Guerrero-, aunque algunos presenten nueva cara como, por ejemplo, el ataque a las mujeres que se ha producido en Centroeuropa o el incremento del racismo y de la xenofobia. Pero también tenemos nuevos problemas, como el procedimiento que ha abierto la Comisión a Polonia en defensa del Estado de Derecho. Y, por cierto, el señor Tusk, como Presidente del Consejo, podría dar la opinión del Consejo a esta Cámara, ya que no la hemos oído en su primera intervención. Tampoco la hemos oído en la intervención de la Comisión.

No soy un adivino, pero puedo decir que el año que viene seguiremos hablando de inmigración, porque la guerra de Siria no ha terminado, porque después del invierno vendrán nuevas oleadas de refugiados, porque los Estados miembros no están aplicando una política común sobre refugiados.

No soy un adivino, pero puedo decir que seguiremos hablando de terrorismo, porque sigue siendo una amenaza inminente y no compartimos información, porque en lo que llevamos de año ya se han producido dos atentados gravísimos -y quiero recordar a los nueve ciudadanos alemanes muertos en Turquía-.

No soy un adivino, pero sé que seguiremos hablando de empleo. Sé que seguiremos hablando de economía, seguiremos hablando de mercado único y seguiremos hablando de unión fiscal y monetaria. Vamos a hablar de China.

No soy un adivino, pero creo que debemos hablar y hablaremos, principalmente, del Reino Unido. Porque Europa sin el Reino Unido pierde, pero el Reino Unido sin Europa también pierde. Yo creo que ha llegado la hora de que les digamos a nuestros amigos británicos lo que ellos les decían a los escoceses: «Better together».

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Paul Rübig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich glaube, es ist entscheidend, auch einmal herauszuarbeiten, was die Strategie in der Flüchtlingskrise ist zwischen Spanien und Griechenland. Wir sollten keine Pauschalurteile fällen, sondern wir sollten schauen, wo Recht eingehalten wird und wo vor allem europäisches Recht durchgesetzt wird. Könnten Sie das vielleicht kurz auf den Punkt bringen?

Esteban González Pons (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – Señor Rübig, es muy importante que la Comisión su trabajo en el tema de los refugiados; lo está haciendo. Es muy importante que el Consejo se tome en serio las necesidades de los europeos; espero que lo esté haciendo. Pero, sobre todo, es muy importante que los Estados miembros apliquen lo que decide la Unión Europea; no lo están haciendo.

Maria João Rodrigues (S&D). – Madam President, we are dealing with overlapping crises but I believe that we should clearly identify the central problems which must be tackled if you want to keep the European Union, if you want to keep the union of Europeans.

I believe that the two central problems are, firstly, managing the refugee crisis and, secondly, bringing down unemployment in Europe. I believe that we need to tackle these two problems together. That is why I would like to propose that three big investment initiatives should be launched which can create a lot of new jobs, particularly for young people, dealing with three main objectives. The first is to build up a real European border, the second is to adapt our societies to integrate refugees, and the third is to cooperate with the countries of origin in order to manage the flow of refugees.

To build up a real European border is a big undertaking. It involves physical infrastructure, logistics and software, among other things. Adapting our towns and cities is also a big investment initiative because this means housing, education and urban planning. Thirdly, in cooperation you can bring many young people to participate in such an action. So this is the kind of proposal we should come up with.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora Presidenta, hoy en este Pleno el Presidente de la Comisión Europea, el señor Juncker, el Comisario de Migración, Asuntos de Interior y Ciudadanía, señor Avramopoulos, y el señor Tusk, Presidente del Consejo Europeo, deberían presentar su dimisión.

Dimisión, por el fracaso en la gestión de la crisis de refugiados y refugiadas. Dimisión, porque la propuesta de la Comisión Europea de acoger a ciento sesenta mil personas se ha quedado en la ridícula cifra de doscientas setenta y dos. Dimisión, porque bajo su responsabilidad miles de personas se han ahogado en el Mediterráneo y millones de personas sobreviven en condiciones inhumanas en los campos, y porque la Unión Europea se ha convertido en un territorio insolidario y cruel.

La propuesta que el Consejo pone encima de la mesa son tres mil millones de euros para Turquía. Para que este país haga el trabajo sucio; para que impida que los refugiados y las refugiadas lleguen a Europa; para que la solidaridad quede en manos de un Gobierno que viola los derechos humanos de forma sistemática. Destinan tres veces más a reprimir a los refugiados y las refugiadas en Turquía que a ayuda humanitaria. Otro motivo más para que dimitan los tres.

Peter Lundgren (EFDD). – Fru talman! Ett år som varit fullt av misslyckanden ligger bakom EU, och ett nytt år fullt av möjligheter för nya misslyckanden ligger nu framför EU-samarbetet.

Vi ser ett yttre gränsskydd som totalhavererat och till följd av detta ser vi en massinvandring av närmast bibliska proportioner, utan någon som helst kontroll av de människor som släpps in. Och som en följd av detta ser vi nu terrorattacker i en alltmer ökande takt. Vi ser sexuella övergrepp av ett slag vi aldrig tidigare sett i Europa. EU levererar inte det man lovat medlemsstaterna, och jag ifrågasätter starkt om vi ska betala full medlemsavgift från mitt land.

Det ni som vanligt lyckas med är att höja era löner. Herr Juncker och herr Tusk åtnjuter nu en lönehöjning på 700 euro, vilket ger en månadslön på 31 272 euro retroaktivt från juli förra året. Hur kan ni ens i er vildaste fantasi tro att ni företräder Europas folk?

Janice Atkinson (ENF). – Madam President, in December the rapes and sexual assaults and the sexual harassment of women were off the agenda and, at the Germans' request, the subject is off the agenda this week, too. In towns across Europe, all liberal, tolerant societies are turning against the mass influx of migrants. In Germany, transgender women are stoned. In Sweden, schoolgirls are sexually assaulted at a music event. In Austria, girls are assaulted at school. And barbarians are sending their migrants on buses to Mrs Merkel who then sends them back again. That is unfair to genuine asylum seekers.

German colleagues, Angela Merkel welcomed 800 000 – now you have 1.2 million. You give them passports. They bring their families. That is potentially 10 million extra. Then they can take those passports and their families and move to the UK. That is the size of my constituency in the South-East, and the Czech Republic. So how do we deal with this? We build more camps. We house them in the Middle East, in North Africa, and we support them, and eventually they may go back, because this is a clash of civilisations and when that happens, we know where that can lead.

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, οι προσφυγικές και μεταναστευτικές ροές συνεχίζουν αμείωτες και μάλιστα σε αναλογία δύο μετανάστες προς ένα πρόσφυγα. Είναι χαρακτηριστική η περίπτωση των Τουρκικών Αερογραμμών, οι οποίες, με σαράντα ευρώ, μεταφέρουν χιλιάδες μετανάστες από τις χώρες του Μαγκρέμπ και το Μαρόκο με μοναδικό προορισμό την Ευρωπαϊκή Ένωση, διότι είναι γνωστό ότι από αυτές τις χώρες δεν χρειάζεται βίζα για να μεταβεί κανείς στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Οι παράνομοι διακινητές συνεχίζουν να δρουν ανενόχλητοι· μόνο στις τρεις τελευταίες εβδομάδες του 2016, 77 άνθρωποι έχασαν τη ζωή τους στο Αιγαίο μεταξύ των οποίων αναρίθμητοι νέοι και παιδιά. Η πραγματική λύση είναι ο τερματισμός των συγκρούσεων στη Συρία, είναι η επιστροφή των προσφύγων στις εστίες τους και η ασφαλής παραμονή στα σπίτια τους. Λύση δεν μπορεί να είναι να υψώνουμε τείχη στα εθνικά σύνορα των χωρών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Χρειάζεται αλληλεγγύη και προστασία των εξωτερικών συνόρων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, των εξωτερικών συνόρων των λαών της Ευρώπης.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kollegen! Die Luft wird dünner. Auch bei uns Zuhause in Deutschland wird die Luft dünner, weil die Menschen sehr wohl merken, dass wir es scheinbar nicht in den Griff kriegen.

Wir – damit zeigen sie dann leider auf Brüssel und nicht auf die Hauptstädte der Mitgliedstaaten. Wir sind in der verdammten Pflicht zu beweisen, dass wir es aber hinbekommen.

Mittlerweile sind es deutsche Minister, die sich im öffentlichen Widerspruch zur Kanzlerin aus der Partei von Herrn Kollegen Weber hinstellen und sagen: Wir müssen die Grenzen schließen oder einen Plan dafür haben. Dabei wissen wir alle, dass mit der Grenzschließung kein Problem gelöst ist, gar kein Problem gelöst ist, sondern zusätzliche Probleme geschaffen werden.

Wenn wir aber wirklich überzeugen wollen, dann müssen wir zu Hause mehr bieten, als das, was ich nach dieser Debatte bieten kann. Wenn ich nach Hause komme und sage: Der Herr Tusk hat hier gesprochen und hat gesagt: Alle *major crises* haben wir angesprochen, wir haben eine konstruktive Diskussion mit Herrn Cameron gehabt, wir müssen den Binnenmarkt intensivieren, wir haben uns mit der Energieunion beschäftigt. Nein, die wollen ganz genau wissen: Was geschieht denn nun?

Insofern glaube ich, dass wir mit diesen Debatten aufhören sollten. Wir brauchen auch keinen Bericht aus dem Rat mehr, wenn es nur heißt: Wir haben uns damit beschäftigt. Das glauben wir Ihnen, aber wir wollen Ergebnisse sehen! Vielleicht brauchen Sie so etwas, Herr Präsident Tusk, wie der Papst: Sperren sie alle zusammen ein und lassen sie erst wieder heraus, wenn sie konkrete Ergebnisse haben, wenn der weiße Rauch hochsteigt und wirkliche Ergebnisse da sind.

Aber alle zwei Monate zusammenzukommen um sich gegenseitig zu erzählen, dass die Probleme immer noch da sind, dazu brauchen wir keinen Rat.

Darf ich einen letzten Satz zu Ihnen persönlich sagen: Ich möchte mich bedanken für die Art, wie Sie gestern eine schwere Aufgabe gemeistert haben. Denn wir brauchen eine Demokratiediskussion, aber kein Polen-Bashing. Sie haben gestern einen guten Beitrag dazu geleistet.

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Przewodnicząca! Panie Pośle, pan zakwestionował stawkę na ochronę granic zewnętrznych i prowadził wewnątrz niemiecką politykę. Jeśli mielibyśmy zrezygnować ze ścisłej ochrony granic zewnętrznych, to jaki byłby środek zaradczy? Co pan konkretnie proponuje, bo wygłosił pan krytykę innych, ale nie usłyszałem żadnej pozytywnej odpowiedzi ze strony socjalistów. Jakie jest przesłanie, jaka jest odpowiedź socjalistów na ten problem?

Knut Fleckenstein (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Die Antwort der Sozialdemokraten ist die Antwort, die dieses Parlament gegeben hat: Wir müssen die Außengrenzen schützen oder kontrollieren. Nur dann haben wir auch einen guten Grund, darauf zu verzichten, Schengen kaputt zu machen. Das ist die Aufgabe der Ministerpräsidenten und Staatslenker: Sie müssen endlich miteinander verabreden, wie sie es tun, sehr konkret. Und wer nicht mitmachen will, muss überlegen, ob er in Schengen gut zu Hause ist. Denn wenn wir alle anfangen, unsere Grenzen dichtzumachen, dann haben wir kein Schengen mehr, dann brauchen wir allerdings auch diese Diskussion nicht mehr.

Glenis Willmott (S&D). – Madam President, it makes my heart sink that, once again, here we are discussing a problem of David Cameron's making, rather than the real challenges facing the EU. I am sure the EU leaders at the December Council felt the same. But it is important that a deal is done; that is not because I am backing Cameron's negotiations – his priorities are not my priorities.

For example, where are the proposals to end loopholes in working rights legislation that are used by exploitative employers to undercut terms and conditions? We can take heart that some of the more damaging proposals originally floated are no longer on the table. Anti-Europeans on the Right were pushing for an attack on EU legislation on working rights – a move that would have undermined the direct benefits that working people see from our EU membership.

That these subjects are no longer under discussion will help us to make the case for Britain's continuing membership of the EU, because this referendum is going to be about working people: the part-time check-out assistant who gets equal rights because we are in the EU; the factory worker for whom health and safety is not red tape, but a matter of life and death; the workers in companies large and small, whose businesses depend directly or indirectly on trade with Europe.

For all these people, for all working people, there are no circumstances under which they would be better off outside the EU. That is why we need to see a deal done and a deal done soon, because only then can we get on with a British referendum and put an end to the uncertainty that is bad for Britain and bad for Europe.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la molteplice crisi dell'Europa ha in sé il rischio che possa essere l'inizio di una disgregazione. Noi ne siamo ben consapevoli e per questo vogliamo fare di tutto, come ha detto anche a lei, Presidente Juncker, che farà di tutto per invertire la rotta, per salvare l'Europa. Noi abbiamo a cuore l'Europa di oggi e il suo futuro, per questo noi italiani, qui in Parlamento, e il nostro governo vogliamo risposte adeguate.

Vogliamo per esempio che si faccia ciò che si dice sull'immigrazione, che si vada avanti sulla flessibilità per la crescita e il lavoro, vogliamo, insomma in poche parole, un'Europa più solidale e più progressista. Siamo europeisti, siamo ambiziosi, abbiamo vinto le elezioni su un progetto di rilancio, non di messa in discussione dell'Europa, di rilancio e vogliamo essere semplicemente coerenti con questi impegni e queste promesse. Devo dire, peraltro, e ogni volta tocca cadere un po' in basso per rispondere a Weber, che io non so chi sia colui che gli dà le informazioni sull'Italia, ma gli dico di cambiare suggeritore perché le sbaglia tutte quando parla di noi e del nostro governo e vorrei dirgli sarebbe facile che la credibilità dell'Europa l'ha messa a rischio chi, come lui e i suoi amici credo, ha voluto un'ostilità ideologica che ha messo i cittadini in difficoltà, aumentato le diseguaglianze. Noi vogliamo solo lavoro e agenda sociale.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señora Presidenta, decía el señor Tusk, en su intervención, que Europa es más fuerte de lo que creemos. Y déjenme decirle que ese es el problema, la falta de credibilidad. Porque, incluso a quienes hoy estamos aquí, defendiendo el proyecto europeo, nos cuesta, en muchos momentos, explicar lo injustificable.

Hoy los refugiados no ocupan las grandes portadas de los periódicos, pero no por ello deja de existir una realidad vergonzosa. ¿A qué esperan los Gobiernos nacionales para reubicar a los miles de refugiados que hoy están soportando temperaturas extremas en los campos? ¿Alguien se pone en su lugar o es capaz de pensar que fueran nuestros propios hijos quienes estuvieran en esta situación?

Me dirijo al Consejo. Me dirijo a los Gobiernos nacionales. Dejen de hacernos sentir vergüenza y cumplan con sus obligaciones, porque los problemas son muchos y las soluciones son urgentes y necesarias.

Илияна Йотова (S&D). – Искам да Ви благодаря, г-н Юнкер, за всички усилия, които Комисията полага за разрешаване на емигрантската криза. Едновременно с това няма как да не отбележа една особеност на всички решения на Съвета – винаги употребата на бъдеще време. И това не е само граматическа особеност, но и доказателство за слабите резултати, които Съветът постига.

Давате ли си сметка, г-н Туск, че най-силният глас, който се чува в момента в Европа, е за затваряне на границите? Дори идеята за нова Агенция за засилена охрана не се възприема от някои държави членки. Още повече, г-н Председател, дейността на тази агенция ще обхваща само шенгенска Европа, а не всички външни граници на Съюза. Защо?! Нямаме отговор.

Липсва информация за напредъка на сътрудничеството с Турция, нещо повече – данните сочат повече от скромни резултати. Много неизвестни крие т.нар. доброволно презаселване от Турция на сирийски граждани в Европа. Никой не дава обяснение за това. Остават отворени и въпросите за реадмисията.

Elisa Ferreira (S&D). – Senhora Presidente, há dezanove dias, a resolução de bancos na zona euro passou a ser feita a nível europeu, com um método completamente novo – o método do *bail-in*. E é sobre isto que queria falar, porque, em 2015, o Conselho Europeu falhou dois compromissos solenes. O primeiro que falhou foi o de criar uma linha de crédito comum – era previsto que fosse o mecanismo europeu de estabilidade a fornecer essa linha, que assegurasse, em caso de necessidade, o financiamento do fundo de resolução comum –, que deveria estar pronta antes da entrada em vigor. Este compromisso foi parte do acordo com o Parlamento Europeu e consta do relatório dos cinco presidentes. Mas falhou ainda um segundo compromisso, este de 2012, no tempo de Herman Van Rompuy, segundo o qual o novo mecanismo de resolução único seria acompanhado de uma garantia comum de depósitos bancários.

A ausência destes dois compromissos fragiliza a relação de confiança nas instituições europeias. Esperamos que, em 2016, o Conselho seja capaz de cumprir aquilo a que se comprometeu.

Interventions à la demande

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, δύο είναι οι όροι-κλειδιά για την αντιμετώπιση της πιο επείγουσας κρίσης από τις κρίσεις που βιώνουμε. Η κρίση του μεταναστευτικού χρειάζεται εφαρμογή των δεσμεύσεων των κρατών μελών και χρειάζεται επίβλεψη των συμφωνιών για την εφαρμογή τους με τις τρίτες χώρες. Σε ό, τι αφορά το πρώτο, θα τολμούσα να πω ότι είναι ώρα να σκεφτείτε με ποιους τρόπους θα μπορούμε να ενεργοποιήσουμε ένα μηχανισμό κυρώσεων για την μη εφαρμογή της υποχρεωτικής μετεγκατάστασης στα κράτη μέλη.

Πιστεύω ακράδαντα ότι η ανισορροπία της συνεισφοράς στη μεταναστευτική κρίση αποτελεί θρυαλλίδα στα θεμέλια της Ένωσης. Δεν μπορούν οι μικροί, οι αδύναμοι και αυτοί που μαστιζονται από την κρίση να σηκώνουν δυσανάλογα βάρη σε σχέση με τους ισχυρούς. Σε ό, τι αφορά την εφαρμογή των συμφωνηθέντων με τις τρίτες χώρες, είναι ανάγκη η Τουρκία να κάνει πολύ περισσότερα βήματα. Μόνο τις τελευταίες δεκαπέντε μέρες έφτασαν στην Ελλάδα από την Τουρκία, 30.000 άνθρωποι εκ των οποίων ελάχιστοι ήταν πρόσφυγες. Κυρίως δε, επαναπροωθούνται οι παράτυποι μετανάστες, χρειαζόμαστε ένα μηχανισμό...

(Η Πρόεδρος διακόπτει την ομιλήτρια)

Tibor Szanyi (S&D). – Végighallgatva ezt a vitát bennem azért fölöttött az, hogy mit is csinálunk mi itt az Európai Parlamentben. Én méltatlannak érzem azt, hogy tagországokban elkövetett hibákért, cikk-cakkokért itt a Bizottságot vagy a Tanácsot tegyük felelőssé. Szóval itt a tagországoknak rendkívül komoly felelősségük van. Például Merkel asszony befogadó szavait üdvözlöttük sokan, de azért csak ott maradt a kérdés, hogy valakinek joga van-e, akár egy német kancellárnak is, joga van-e 1 millió embert behívni egy közös térbe? Aztán persze mindannyian küszködünk ezzel. Aztán van, aki épített kerítést és van, aki nem. És ami a legfontosabb. Most megint záródni akarnak bizonyos kerítések. Mi lesz a Balkánnal? Azt hogy fogjuk kezelni? Ezek az igazi kérdések, és én szerintem itt vissza kell utasítani a tagállami önállóságot és igenis, igenis sarkára kell állnia a Tanácsnak meg a Bizottságnak.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, čvrst stav Europskog vijeća o potrebi vraćanja kontrole nad vanjskim granicama mogu samo pozdraviti jer mislim da je danas svima jasno da je loša migracijska politika Unije i nekih europskih lidera dovela do ogromnih problema s kojima ćemo se suočavati ne samo narednih mjeseci nego vjerojatno i cijelo iduće desetljeće. Moramo se konačno pribitati i shvatiti da uz ovakve razmjere migracija prema Europi države članice ne mogu provoditi pravila koja su pisana za primjenu u kontroliranim uvjetima, a ne u kataklizmama.

Politika azila uvedena je kako bismo kao napredna civilizacija dali zaštitu pojedincima i skupinama kojima prijeti životna opasnost u matičnim državama, a ne cijelim narodima. Nastavimo li primati migrante u ovolikom broju kao posljednjih nekoliko mjeseci, produbit ćemo sigurnosne i socijalne probleme diljem Europe. U takvim okolnostima još puno dobrih pravila više neće biti provedivo, a pozitivni će učinci europske integracije brzo biti poništeni.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το μεταναστευτικό είναι ακόμη ένα σοβαρό πρόβλημα το οποίο, δυστυχώς, η Ευρωπαϊκή Ένωση αντιμετώπισε με εσφαλμένο τρόπο. Το άφησε να δημιουργηθεί, του επέτρεψε να διογκωθεί και τώρα δεν έχει το θάρρος να το επιλύσει με τον προβλεπόμενο τρόπο. Η λύση του προβλήματος δεν είναι να υψώνουμε στα σύνορα τείχη ούτως ώστε να καταργήσουμε στην πράξη τη Συνθήκη Schengen .

Η λύση του προβλήματος είναι να σταματήσουν οι πόλεμοι που δημιουργούν πρόσφυγες και μετανάστες. Μέχρι τότε όμως, η λύση πρέπει να αναζητηθεί στην Τουρκία και εκεί πρέπει να εγκατασταθούν τα κέντρα διαλογής προσφύγων, τα λεγόμενα hot spots, ούτως ώστε να μην επιτρέπεται στους ανθρώπους αυτούς να έρχονται στην Ελλάδα κατά εκατοντάδες χιλιάδες. Επίσης, εάν υπάρχει μία χώρα στην οποία πρέπει να εγκατασταθεί Ευρωπαϊκή Δύναμη, αυτή είναι η Τουρκία. Μόνο έτσι θα μπορούσε μια τέτοια Δύναμη αφενός να μην επιτρέπει στο επίσημο κράτος να εκμεταλλεύεται τους παράνομους μετανάστες στην επιδίωξη επίλυσης των εθνικών του θεμάτων και αφετέρου να αποτρέπει τους διεφθαρμένους κρατικούς φορείς από την κερδοσκοπία εις βάρος αυτών των δύστυχων ανθρώπων. Από την άλλη πλευρά, οι ελληνικές δυνάμεις ακτοφυλακής μπορούν και να επιβλέπουν και να επιτηρούν τα σύνορα της Ελλάδος.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedo Rady, pane předsedo Komise, já velmi vítám iniciativu o společné ochraně hranic, která byla na Radě v prosinci 2015 představena, ale zároveň jsem zklamaná v tom, když slyším, že má být dohoda odložena o víc než sedm měsíců, tedy na červen 2016. Tady v diskusi jsme slyšeli požadavek většiny poslanců, aby tato iniciativa byla schválena co nejdříve. Já bych vás chtěla k tomu vyzvat, máte k tomu kompetenci a máte také odpovědnost a slyšíte, že máte velkou podporu Evropského parlamentu v tom, abyste dosáhli shody co nejdříve.

Chci se vás zeptat, co brání tomu, aby na příští Radě, může být i mimořádná Rada, protože je mimořádná situace, třeba již v únoru, bylo dosaženo dohody a s ochranou hranic bylo započato co nejdříve?

(Fin des interventions à la demande)

Jean-Claude Juncker, président de la Commission. – Madame la Présidente, mes très chers collègues, je comprends ceux qui se sentent fatigués par les mêmes répétitions chaque mois, chaque semaine et chaque jour. Mais aussi longtemps qu'en dépit des efforts du président Tusk, les États membres n'auront pas traduit dans les faits les décisions qu'ils ont prises, nous devrons répéter qu'ils ont manqué à leurs obligations – pas tous, mais un nombre assez impressionnant. Par conséquent, il y a rien d'anormal à ce que nous répétions à intervalles réguliers les mêmes appels.

Ensuite, j'ai cru comprendre dans certaines interventions que la Commission est considérée comme insuffisamment active. En suivant les lignes de mon calepin, je ne trouve pas de constat de ce type. Je vous rappellerais simplement qu'à la suite des priorités fixées préalablement par la Commission, nous nous concentrons sur les politiques résolument orientées vers la croissance et vers l'emploi, raison pour laquelle nous avons lancé, en novembre 2014, le plan d'investissement qui portait sur 315 milliards d'euros. Il ne vous aura pas échappé – ou serait-ce le cas? – que, d'ores et déjà, 40 milliards sur les 315 milliards de ce plan d'investissement ont été mobilisés et affectés à 47 grands projets d'infrastructures, dont 11 en Italie, et à 7 000 petites et moyennes entreprises.

Il ne vous aura pas échappé non plus que la Commission a su lancer l'agenda de la sécurité, l'agenda de l'énergie, toutes les actions qui découlent nécessairement de la mise en place du marché numérique et ainsi de suite. Je ne vois donc pas en quoi la Commission, au cours de la première année de son mandat, aurait chômé. Nous avons été, me semble-t-il, très actifs.

Sur les quelques problèmes qui ont été mentionnés en marge du débat, je n'ai pas l'impression que – puisque quelqu'un m'y a invité amicalement – je devrais démissionner parce que nous n'arrivons pas à résoudre dans de bonnes conditions le problème des réfugiés. Il ne faut pas baisser les bras ni perdre courage, il faut maintenant faire en sorte que les actions qui ont été décidées soient réalisées. Pour le reste, Monsieur le Président, je n'ai pas d'autres observations à faire.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ*Präsident*

Donald Tusk, *President of the European Council*. – Mr President, first of all it is absolutely right that today we have a problem with implementation.

When it comes to the migration crisis, I have no doubt that today we are at a very critical moment regarding the implementation of our decisions. But this is perhaps the first time when I feel that this is a critical juncture for the political system in Europe. The EU is based on an assumption that all Member States are ready to act with goodwill and to respect our common decisions. Without this method and this determination, our work has no meaning. You are absolutely right.

What is most critical today is that I have no problems reaching compromises at the level of the European Council. On the contrary, it is too easy to achieve compromise, but the next day almost no one is ready to respect our common decisions. This is a really critical moment, not only because of the matter of immigration, but for Europe as a political organisation. It is truly difficult to discipline Member States today.

Neither I nor the Commission receives much thanks. I am sorry to say that if the first principle – that we are ready to respect each other and our decisions – is not respected then we will have a huge problem implementing anything at all. Maybe this is because the scale of the challenge is so unprecedented. This is the very brutal truth. Neither Europe as an organisation nor the Member States were sufficiently prepared to face this completely new – in terms of numbers – problem concerning migration. This is true.

I cannot agree with Mr Verhofstadt's assessment when it comes to our discussion about external borders. I am sorry, but the discussion about the idea of strengthening our external borders is quite fresh. If you remember, as I do, at the beginning of our discussion about the migration crisis, there was a different topical issue, not external borders. I am really satisfied with what the Commission has done in strengthening the external borders and on the quite new idea about common external border guards in Europe. As you know, some elements of this idea are still controversial for some Member States, for many reasons. It is still quite a demanding challenge to explain and to convince them that we need this new and controversial – but absolutely necessary – new measure.

What we need today is to solve some problems as quickly as possible. This is why it is my intention to dedicate the February European Council meeting to the issue of the UK. I hope it will be our last European Council meeting about it. But the February meeting will also be devoted to an assessment of implementation regarding the migration crisis and our action plan with Turkey. The next European Council in March will also concern the migration crisis.

Esteban González Pons asked about Poland. As I said a few days ago at a meeting with the political groups here at Parliament, the EU has a right and an obligation to engage in a tough and open dialogue with the authorities of every EU Member State where the rule of law and norms of democracy may be violated. But please do not expect me to be happy and full of enthusiasm when the procedure on Poland is launched.

You must understand that this is something really difficult for me. I know that the Commission acted in good faith. I have no doubt in that. We could discuss how some of the Commission's measures, methods and decisions could have been tougher or softer. There was also a discussion within the Commission about timing and some procedural nuances, but the Commission took the decision. I am absolutely sure that this decision is an optimal one and I fully support it without any doubts. Believe me, seeking conflict between institutions, especially in this case, makes no sense. I am absolutely sure that we will continue to cooperate very closely also with regard to Poland.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Los eurodiputados socialistas hemos exigido un cambio de rumbo en el Consejo con el fin de ejecutar las decisiones que se adoptan en las cumbres y evitar el fracaso del proyecto europeo. Las conclusiones del último Consejo han generado en mi Grupo preocupación y decepción, un sentimiento que se viene produciendo Consejo tras Consejo. Parece que estemos condenados una y otra vez a seguir la misma secuencia: la Comisión prepara y propone, los Estados miembros reunidos en el Consejo toman decisiones, y los Estados miembros en sus países ignoran e incumplen las decisiones que han tomado en el Consejo. En cuanto a los temas, en el ámbito del terrorismo sigue sin resolverse el tema del intercambio de información. En cuanto a la inmigración, los «hotspots» no están funcionando, mientras que la situación de los refugiados es vergonzosa. Por su parte, la economía sigue en horas bajas: el desempleo sigue siendo alto, la inversión sigue bajando y la desigualdad sigue creciendo. Por tanto, evitemos nuestro propio suicidio y reclamemos un cambio de rumbo que ponga fin a la incapacidad de la UE para avanzar. Lo contrario, significará su muerte política.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – Los eurodiputados socialistas hemos exigido un cambio de rumbo en el Consejo con el fin de ejecutar las decisiones que se adoptan en las cumbres y evitar el fracaso del proyecto europeo. Las conclusiones del último Consejo han generado en mi Grupo preocupación y decepción, un sentimiento que se viene produciendo Consejo tras Consejo. Parece que estemos condenados una y otra vez a seguir la misma secuencia: la Comisión prepara y propone, los Estados miembros reunidos en el Consejo toman decisiones, y los Estados miembros en sus países ignoran e incumplen las decisiones que han tomado en el Consejo. En cuanto a los temas, en el ámbito del terrorismo sigue sin resolverse el tema del intercambio de información. En cuanto a la inmigración, los «hotspots» no están funcionando, mientras que la situación de los refugiados es vergonzosa. Por su parte, la economía sigue en horas bajas: el desempleo sigue siendo alto, la inversión sigue bajando y la desigualdad sigue creciendo. Por tanto, evitemos nuestro propio suicidio y reclamemos un cambio de rumbo que ponga fin a la incapacidad de la UE para avanzar. Lo contrario, significará su muerte política.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Los eurodiputados socialistas hemos exigido un cambio de rumbo en el Consejo con el fin de ejecutar las decisiones que se adoptan en las cumbres y evitar el fracaso del proyecto europeo. Las conclusiones del último Consejo han generado en mi Grupo preocupación y decepción, un sentimiento que se viene produciendo Consejo tras Consejo. Parece que estemos condenados una y otra vez a seguir la misma secuencia: la Comisión prepara y propone, los Estados miembros reunidos en el Consejo toman decisiones, y los Estados miembros en sus países ignoran e incumplen las decisiones que han tomado en el Consejo. En cuanto a los temas, en el ámbito del terrorismo sigue sin resolverse el intercambio de información. En cuanto a la inmigración, los «hotspots» no están funcionando, mientras que la situación de los refugiados es vergonzosa. Por su parte, la economía sigue en horas bajas: el desempleo sigue siendo alto, la inversión sigue bajando y la desigualdad sigue creciendo. Por tanto, evitemos nuestro propio suicidio y reclamemos un cambio de rumbo que ponga fin a la incapacidad de la UE para avanzar. Lo contrario, significará su muerte política.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Los eurodiputados socialistas hemos exigido un cambio de rumbo en el Consejo con el fin de ejecutar las decisiones que se adoptan en las cumbres y evitar el fracaso del proyecto europeo. Las conclusiones del último Consejo han generado en mi Grupo preocupación y decepción, un sentimiento que se viene produciendo Consejo tras Consejo. Parece que estemos condenados una y otra vez a seguir la misma secuencia: la Comisión prepara y propone, los Estados miembros reunidos en el Consejo toman decisiones, y los Estados miembros en sus países ignoran e incumplen las decisiones que han tomado en el Consejo. En cuanto a los temas, en el ámbito del terrorismo sigue sin resolverse el tema del intercambio de información. En cuanto a la inmigración, los «hotspots» no están funcionando, mientras que la situación de los refugiados es vergonzosa. Por su parte, la economía sigue en horas bajas: el desempleo sigue siendo alto, la inversión sigue bajando y la desigualdad sigue creciendo. Por tanto, evitemos nuestro propio suicidio y reclamemos un cambio de rumbo que ponga fin a la incapacidad de la UE para avanzar. Lo contrario, significará su muerte política.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Los eurodiputados socialistas hemos exigido un cambio de rumbo en el Consejo con el fin de ejecutar las decisiones que se adoptan en las cumbres y evitar el fracaso del proyecto europeo. Las conclusiones del último Consejo han generado en mi Grupo preocupación y decepción, un sentimiento que se viene produciendo Consejo tras Consejo. Parece que estemos condenados una y otra vez a seguir la misma secuencia: la Comisión prepara y propone, los Estados miembros reunidos en el Consejo toman decisiones, y los Estados miembros en sus países ignoran e incumplen las decisiones que ellos mismos han adoptado. En el ámbito del terrorismo sigue sin resolverse el tema del intercambio de información. En cuanto a la inmigración, los «hotspots» no están funcionando, mientras que la situación de los refugiados es vergonzosa. Por su parte, la economía sigue en horas bajas: el desempleo

sigue siendo alto, la inversión menguando y la desigualdad creciendo. Por tanto, evitemos nuestro propio suicidio y reclamemos un cambio de rumbo que ponga fin a la incapacidad de la UE para avanzar. Lo contrario, significará su muerte política.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – È stato un Consiglio molto complicato quello del dicembre scorso, a chiusura di un anno difficile, a tratti drammatico, di certo pieno di contraddizione. Costretto ad immobilismo forzato per le profonde differenze di vedute tra Stati membri, ma consapevole che progredire e prendere decisioni è l'unico modo che l'Unione europea ha di sopravvivere, il Consiglio del 17 e 18 dicembre in fondo ci ha mostrato ancora una volta che il Consiglio si confronta, litiga, discute, mette in evidenza ed elenca i problemi senza mai risolverne uno. Nel 2015 non si è fatto altro che parlare di immigrazione e ricollocamento. Il risultato oggi è che forse meno dell'1% dei migranti viene ricollocato in altri paesi europei. Anche gli altri temi all'ordine del giorno non hanno visto nessuna conclusione concreta, ma solo il perpetuarsi delle contraddizioni. La questione delle sanzioni alla Russia ne è un esempio.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Los eurodiputados socialistas hemos exigido un cambio de rumbo en el Consejo con el fin de ejecutar las decisiones que se adoptan en las cumbres y evitar el fracaso del proyecto europeo. Las conclusiones del último Consejo han generado en mi Grupo preocupación y decepción, un sentimiento que se viene produciendo Consejo tras Consejo. Parece que estamos condenados una y otra vez a seguir la misma secuencia: la Comisión prepara y propone, los Estados miembros reunidos en el Consejo toman decisiones, y los Estados miembros en sus países ignoran e incumplen las decisiones que han tomado en el Consejo. En cuanto a los temas, en el ámbito del terrorismo sigue sin resolverse el tema del intercambio de información. En cuanto a la inmigración, los «hotspots» no están funcionando, mientras que la situación de los refugiados es vergonzosa. Por su parte, la economía sigue en horas bajas: el desempleo sigue siendo alto, la inversión sigue bajando y la desigualdad sigue creciendo. Por tanto, evitemos nuestro propio suicidio y reclamemos un cambio de rumbo que ponga fin a la incapacidad de la UE para avanzar. Lo contrario, significará su muerte política.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Mit ihrer Aussage „Wir schaffen das“ hat die deutsche Kanzlerin einen Massenansturm nach Deutschland, Österreich und Schweden ausgelöst, also in jene Länder mit den höchsten monetären Anreizen für Asylsuchende und Wirtschaftsmigranten, die mit 60 Prozent die größte Gruppe der Zuwanderer darstellen. Die Folge waren 2015 1,1 Millionen registrierte Asylbewerber in Deutschland und 90 000 in Österreich, Dunkelziffer unbekannt. Laut EU-Kommission werden bis Ende 2016 weitere drei Millionen Asylsuchende erwartet, der Familienzuzug ist dabei noch nicht eingerechnet. Ein solcher Massenansturm stellt die betroffenen Staaten vor fast unlösbare Aufgaben. Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssysteme sind überfordert, ebenso das Rechtssystem und in Folge der nationale Haushalt. Ob Integrationsmöglichkeit und —fähigkeit für eine so große Anzahl von Personen überhaupt gegeben ist, darf bezweifelt werden. Schweden hat deshalb die Grenzen bereits dichtgemacht und Österreich eine Obergrenze eingeführt. Nur Deutschland macht weiter mit seiner Willkommenskultur. Die EU muss endlich tätig werden und die Außengrenzen wirksam schützen. Diese Aufgabe, die eine EU-Kernkompetenz darstellen sollte, kann nicht an die Türkei delegiert werden. Wenn es nicht gelingt, die EU-Außengrenzen wirksam und nachhaltig zu schützen, dann haben die Mitgliedstaaten keine andere Wahl, als nationale Maßnahmen zu setzen – ein Faktum, dem bei der Ratssitzung im Dezember nur wenig Beachtung geschenkt wurde.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Los eurodiputados socialistas hemos exigido un cambio de rumbo en el Consejo con el fin de ejecutar las decisiones que se adoptan en las cumbres y evitar el fracaso del proyecto europeo. Las conclusiones del último Consejo han generado en mi Grupo preocupación y decepción, un sentimiento que se viene produciendo Consejo tras Consejo. Parece que estamos condenados una y otra vez a seguir la misma secuencia: la Comisión prepara y propone, los Estados miembros reunidos en el Consejo toman decisiones, y los Estados miembros en sus países ignoran e incumplen las decisiones que han tomado en el Consejo. En cuanto a los temas, en el ámbito del terrorismo sigue sin resolverse el tema del intercambio de información. En cuanto a la inmigración, los «hotspots» no están funcionando, mientras que la situación de los refugiados es vergonzosa. Por su parte, la economía sigue en horas bajas: el desempleo sigue siendo alto, la inversión sigue bajando y la desigualdad sigue creciendo. Por tanto, evitemos nuestro propio suicidio y reclamemos un cambio de rumbo que ponga fin a la incapacidad de la UE para avanzar. Lo contrario, significará su muerte política.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Los eurodiputados socialistas hemos exigido un cambio de rumbo en el Consejo con el fin de ejecutar las decisiones que se adoptan en las cumbres y evitar el fracaso del proyecto europeo. Las conclusiones del último Consejo han generado en mi Grupo preocupación y decepción, un sentimiento que se viene produciendo Consejo tras Consejo. Parece que estemos condenados una y otra vez a seguir la misma secuencia: la Comisión prepara y propone, los Estados miembros reunidos en el Consejo toman decisiones, y los Estados miembros en sus países ignoran e incumplen las decisiones que han tomado en el Consejo. En cuanto a los temas, en el ámbito del terrorismo sigue sin resolverse el tema del intercambio de información. En cuanto a la inmigración, los «hotspots» no están funcionando, mientras que la situación de los refugiados es vergonzosa. Por su parte, la economía sigue en horas bajas: el desempleo sigue siendo alto, la inversión sigue bajando y la desigualdad sigue creciendo. Por tanto, evitemos nuestro propio suicidio y reclamemos un cambio de rumbo que ponga fin a la incapacidad de la UE para avanzar. Lo contrario, significará su muerte política.

Monika Smolková (S&D), *písomne* — Rada EÚ na svojom zasadnutí 17. a 18. decembra 2015 rokovala o naliehavých otázkach, medzi ktorými dominovala migračná kríza, terorizmus, prehĺbenie ekonomickej a monetárnej únie a vyjednávanie dohody s Britániou. Na rokovaní sa predstavitelia jednotlivých členských štátov dohodli na podpore pohraničnej a pobrežnej stráže, ktorej konkrétny návrh má vytvoriť holandské predsedníctvo. Návrh, s ktorým musíme súhlasiť, ale prečo prišiel až v decembri roku 2015? Ak by spoločná, integrovaná ochrana vonkajších hraníc EÚ bola témou v decembri roku 2014, nemusela Európa čeliť nekontrolovanej migrácii, nevládnutiu ich registrácie a infiltrácii nežiaducich ľudí, ktorí sú nebezpeční z hľadiska terorizmu. Aj riešenie vzťahov s Tureckom a dohody týkajúce sa pomoci pri riešení problému s migrantmi priamo v Turecku prišli oneskorene – domnievam sa, že minimálne jeden rok. Aj keď vyjednávanie s Tureckom je veľmi komplikované, ale trojmiliardová pomoc by mala zlepšiť situáciu migrantov v tureckých záchytných táboroch po stránke sociálnej, zdravotnej, ale aj humanitárnej, aby títo migranti nemali dôvod utekať ďalej do Európy a aby po nastolení mieru v ich domovskej krajine sa mohli vrátiť do svojej vlasti.

(Die Sitzung wird für einige Augenblicke unterbrochen)

10. Lage in Polen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Lage in Polen (2015/2989(RSP)).

Meine Damen und Herren, ich weise jetzt bereits darauf hin, dass es in diesem Debattenblock kein *Catch-the-eye-Verfahren* gibt und dass ich auch keine *blue cards* zulassen werde.

Nein, nein, wir lassen jetzt hier keine Geschäftsordnungsdebatte zu. Wir steigen jetzt in diese Debatte ein. Da können Sie sich bemühen, soviel Sie wollen. Das ist in der Konferenz der Präsidenten so festgelegt worden, das ist in den Fraktionen mitgeteilt worden, das wusste auch Ihre Fraktion.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Szydło, herzlich willkommen im Europäischen Parlament.

Meine Damen und Herren, die Entscheidung, über die Maßnahmen der Kommission zu debattieren, einen Dialog einzuleiten, um die Lage in Polen auf der Grundlage des Rahmens zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips zu bewerten, ist eine erstmalige Debatte dieser Form im Europäischen Parlament.

Das ist ein völlig neues Instrument. Es hat eine solche Debatte und ein solches Verfahren bis heute noch nicht gegeben. Das Instrument ist im März 2014 von der Kommission erstmalig vorgestellt worden. Es ist ein sogenannter Frühwarnmechanismus eingerichtet worden. Die Rechtsstaatlichkeit, das ist uns allen klar, die Frage der Gewaltenteilung ist keine rein prozedurale Frage, sondern ein Kernbestand unserer europäischen Demokratie und unseres Gesellschaftsmodells.

Deshalb ist diese Debatte ganz sicher auch eine zentrale Debatte für zukünftige Verfahren dieser Art. Ich gehe deshalb davon aus, dass wir sehr konzentriert hier arbeiten werden und das im gegenseitigen Respekt tun.

Noch einmal an die Ministerpräsidentin Polens ein herzliches Willkommen und auch meinen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, an dieser Debatte teilzunehmen.

Wir kommen nun zur Aussprache selbst.

Bert Koenders, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, the European Union is not only a market, it is also a Union built on common values. The EU Treaties are eloquent and crystal clear. Article 2 states the values on which this Union is founded and reaffirms that these values are common to all Member States. Membership of our Union entails not only benefits, but also responsibilities. Among the foremost responsibilities of each Member State is respect for the Union's fundamental values, not least the rule of law, democracy, and fundamental rights. It is what makes us as Member States, and also as a Union, unique in the world.

These values are shared not only because they are written on paper, but because they have been brought to life in pluralistic and open societies over the last decades, sometimes against stiff opposition. They are fundamental because they provide essential guarantees for the freedom of our citizens and the functioning of our democracies. However, neither the rule of law nor other fundamental values can be taken for granted. This continent brought forth the three most deadly and venomous political doctrines that we have known. Our ancestors fought over these doctrines and finally overcame them. We have learned our lessons the hard way, and we have vowed countless times that we would never return to those dark days, but would build a new community on this continent where freedom and peace would reign. We have been successful in this endeavour and the secret of that success is that we put democracy and the rule of law first. It was crucial then and it remains crucial today that we continue to do so.

Ensuring respect is a constant challenge that governments have to live up to, and yet we must be honest. No one country has a monopoly on virtue and no one country has a monopoly on vice. We all have deficiencies, but the true strength of our democracies is that we can identify these deficiencies, debate them, acknowledge them and fix them. That is what democracy is all about.

This also implies that we are ready to have open discussions about the best way to protect these values in times of change. Today's debate in which the Council – and I thank you for that – has been invited to speak, has been triggered by the most recent measures introduced by the newly democratically elected Polish Government, including the position of the Constitutional Tribunal, and the governance of public media.

Both the independence of tribunals and the freedom and pluralism of our media are indispensable elements in ensuring the rule of law in a democratic society. The Council has repeatedly stressed that media freedom and pluralism are fundamental values and essential pillars of democracy. This is due to their important role in ensuring transparency and to their impact on public opinion and on the participation of citizens in decision-making processes.

On several occasions the Council has also highlighted the independence of the judiciary as a core value emerging from the constitutional traditions of Member States. It is not for the Presidency to pass judgment, especially not at this juncture in time. The Council has not discussed the situation, but I do want to briefly say something about Poland. Not many countries have suffered from European history as Poland has, divided, occupied, purged and ravaged, but the Polish spirit has never died. It has fought for its independence and its identity even under the Soviet yoke, and while its government was in exile, Polish soldiers helped to liberate my country in 1945, and for that I will be eternally grateful.

(Applause)

And now in 2016, 11 years after Poland joined the European Union, it has thrust itself forward into the circle of big powers. It has succeeded in establishing itself as a confident and successful European political and economic power, and it has grown into a democratic state with strengthened institutions. And the Polish people have been able to do this because they could build upon a tradition, having had one of the earliest enlightened constitutions in Europe as its Constitution of 1791 attests. The Polish people deserve huge respect for what they have accomplished and in their quest for sovereignty they have found themselves at the heart of the European Union.

The Presidency is grateful for being given the opportunity to participate in this debate. Parliament has always shown great dedication to the protection of rule of law, democracy and fundamental rights in the Union. It is no secret that my country, the Netherlands, home to Grotius and host to many international tribunals, feels it must embed fundamental rights and the rule of law in its foreign and European policies. In 2013, together with Germany, Finland and Denmark, we sent a letter to our partners arguing the need for a platform to debate the rule of law. If we can talk about fish and finance, why not also talk about fundamental rights and the rule of law? That is also why we are organising a rule of law seminar on migration in Strasbourg on 2 February. We hope to have many participants from the relevant institutions.

Already two months ago the Council held its first annual dialogue on the rule of law in the Union. We will organise a second rule of law dialogue in the May General Affairs Council. We will use the outcome of the February seminar as a basis for this discussion. Our Presidency is thus committed to ensuring respect for these core values.

Of course, the Council is not acting alone in these matters of fundamental importance. On the contrary. The Commission plays in our view a vital role in monitoring developments in this field across the Union, especially in its role as guardian of the Treaties. I also wish to highlight the role played by the Council of Europe and its Venice Commission in these questions. Both the European Commission and the Venice Commission, in accordance with their roles, are looking into the developments of our discussion today, and we would suggest that this debate is carried out in an impartial and cooperative spirit, and that progress can be made after a thorough analysis of the facts.

The Vice-President of the Commission will update us on the work of the Commission and the next steps after the College's decision last week to launch a structured dialogue with the Polish authorities, and Prime Minister Szydło, with whom I had the honour to talk today, will have the opportunity to address this Chamber and share her government's position. I welcome her participation today which can only contribute to the necessary dialogue within our European democracy.

Der Präsident. – Bevor ich dem Herrn Vizepräsidenten der Kommission das Wort erteile, eine kurze Bemerkung:

Meine Damen und Herren auf den Tribünen, liebe Gäste. Sie sind uns herzlich willkommen. Es sind – glaube ich – eine ganze Menge Menschen heute sehr weit hierher gereist. Ich muss Sie aber darauf hinweisen, dass nach unserer Geschäftsordnung Beifalls- und Missfallenskundgebungen von den Tribünen nicht vorgesehen sind.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Neutralität bewahren könnten. Vielen Dank.

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, on behalf of President Juncker and my colleagues in the Commission, I want to set out for you the reasons why the Commission has decided to assess the recent developments in Poland, and how we hope to move forward in a constructive and facts-based dialogue with Poland to prevent the emergence of a systemic threat to the rule of law.

The main reason for beginning this assessment under the 2014 Rule of Law Framework is the situation concerning the Polish Constitutional Tribunal, and in particular the dispute about the nomination of a number of judges of the Tribunal. In principle, this should be an issue for the Constitutional Tribunal itself to resolve. However, as things stand, the other institutions of the Polish State have not complied with the judgments rendered by the Constitutional Tribunal on the matter. This has given rise to uncertainty regarding the functioning of the Constitutional Tribunal.

Furthermore, the Polish Parliament has decided to shorten the mandates of the President and Vice-President of the Tribunal. On 28 December last year, an amendment to the law on the Constitutional Tribunal entered into force which appears to render the functioning of the Constitutional Tribunal considerably more difficult. Given the central position of the Tribunal within the Polish judicial system, we risk seeing the emergence of a systemic threat to the rule of law.

Concerns have also been raised as regards the new media law. The rule of law, as defined in our Rule of Law Framework, requires the respect for democracy and fundamental rights. Media freedom and pluralism are also closely connected with fundamental rights, in particular the freedom of expression. This is why the Commission considers it necessary to assess this law in the light of the rule of law. The European Union is founded on a common set of values enshrined in Article 2 of the Treaty on the European Union, which include, in particular, the respect for the rule of law. Mutual trust among EU Member States and their respective legal systems depends on the confidence that the rule of law is observed in all Member States. When national rule of law safeguards seem to come under threat, the EU needs to act.

I would also note that the Constitutional Tribunal in Poland has a key role to play in ensuring that the legislative reforms currently envisaged in Poland comply with the Constitution. For this reason as well, it is essential to resolve the present dispute concerning the Constitutional Tribunal as a matter of urgency, so that the Tribunal can fully play its role as a national rule-of-law mechanism.

I wrote to Poland twice on these matters on 23 and 30 December last year. However, the replies we received then were not complete and not sufficient to dispel our concerns.

The Rule of Law Framework allows us to assess the matter in a structured manner together with the Polish authorities. We should make use of the Rule of Law Framework in an open and constructive manner, in a spirit of cooperation, not of confrontation. We have just received, I think an hour or so ago, another letter in answer to the letter I sent last week and we will assess it, indeed, in a constructive and cooperative manner to see what the answers are to the questions we sent last week. Obviously, I cannot go into that already now, we need to assess it carefully, as we just received the letter an hour ago.

I would like to stress firstly that we are at the beginning of the process under the Framework. The Framework has a preventive nature, and the start of a detailed, factual and legal assessment in no way implies any automatic move to decisions at later stages. That will depend purely on the facts – and answering us so quickly will help to stimulate that dialogue and to have a constructive dialogue with the Polish Government.

We will engage in this dialogue in an impartial, evidence-based and cooperative way. It goes without saying that the Commission fully respects the sovereignty of the Republic of Poland, and carries out its duties in an objective and non-partisan manner, as for any other Member State in line with the duties imposed on the Commission by treaties, signed and ratified by sovereign states – the Members of the European Union.

Finally, we will conduct our assessment in close cooperation with the Venice Commission of the Council of Europe. I welcome that, following my suggestion, the Polish Government has itself asked for an opinion of the Venice Commission on the reform of the Constitutional Tribunal.

I want to repeat, this is the spirit in which we wrote to the Polish Government last week, and I have a feeling this is also the spirit in which the Polish Government has responded to our letter of last week. We will make a careful analysis of the response and then enter into further dialogue with the Polish Government to hopefully solve this issue shortly.

Beata Szydło, premier Polski. — Szanowny Panie Przewodniczący! Szanowny Panie Przewodniczący! Panie Ministrze! Szanowni Państwo! Dziękuję bardzo za to, że mogę dzisiaj w Parlamencie Europejskim opowiedzieć o Polsce. Dziękuję za to zaproszenie, za umożliwienie, mam nadzieję, rzeczowej, dobrej, merytorycznej debaty. Dla mnie to jest bardzo ważne, żebyśmy mogli dzisiaj rozwiązać Państwa wątpliwości, jeżeli takie są, co do zmian, które wprowadzamy w Polsce. A wprowadzamy je dlatego, że w wyniku demokratycznych wyborów, które odbyły się w październiku 2015 r., polscy obywatele w tym demokratycznym akcie wyborów zdecydowali, że chcą, żeby właśnie takie zmiany, które zostały zaproponowane przez mój obóz rządzący – przez Prawo i Sprawiedliwość – zostały wdrożone. To jest decyzja polskich obywateli. Dziękuję za to, że mogę dzisiaj tutaj przemawiać do tak szacownego grona w imieniu polskiego rządu, ale przede wszystkim właśnie w imieniu polskich obywateli, dla których wolność, równość, sprawiedliwość i suwerenność są wartościami niezbywalnymi. To są wartości, o które Polacy walczyli przez długie lata i które cenimy sobie ponad wszystko. Właśnie wolność, suwerenność, równość i sprawiedliwość to te wartości, na podstawie których wytyczamy rozwój naszego państwa. Bardzo mi zależy na tym, abyście Państwo, po moim wystąpieniu, byli przekonani, że Polska jest częścią zjednoczonej Europy w takim samym wymiarze i znaczeniu, jak częścią są państwa, które wy reprezentujecie.

Szanowni Państwo! Wydaje mi się, że te głosy, które my bardzo często w Polsce odbieramy z bólem, głosy niesprawiedliwe, głosy, które oceniają Polskę, polskie państwo, ale również polski rząd w sposób nieuprawniony, że są one tylko i wyłącznie wynikiem niedoinformowania czy też wygłaszane są przez tych, którzy mają po prostu złą wolę, ale wierzę też głęboko, że są oni w mniejszości, bo my, Europejczycy, powinniśmy budować naszą wspólnotę właśnie w oparciu o zaufanie, poszanowanie różnorodności i budowanie w ramach tego naszego zróżnicowania jedności, jaką jest Unia Europejska. Podjęliśmy to wyzwanie, podjęliśmy je, bo drogie są nam wartości bezpieczeństwa i jedności i wiemy doskonale, że tylko zjednoczona Europa, silna siłą swoich państw, jest w stanie przeciwstawić się tym wyzwaniom, które również dzisiaj stoją przed nami, o których musimy wszyscy razem z otwartą przyłbicą rozmawiać.

Polacy są otwarci na to, by wspierać Europę w trudnych decyzjach. Polacy są otwarci na to, by wspierać Europę w podejmowaniu tych wyzwań. Jesteśmy częścią zjednoczonej Europy. To jest dla nas ogromna wartość. Polska historia, o której była również tutaj mowa, o której mówił pan Henderson, za co dziękuję bardzo, jest bardzo trudną historią. To jest historia, która znaczyła naszą drogę do dnia dzisiejszego. Nasi ojcowie, nasi dziadowie przelewali krew za to, byśmy dzisiaj mogli cieszyć się wolnością, byśmy mogli być częścią równej i zjednoczonej Europy, ale też przelewali krew za wolność innych narodów europejskich. Przez wiele lat, przez dziesiątki lat musieliśmy walczyć o prawo do wyrażania własnych opinii, do budowania własnej państwowości. Wywalczyliśmy to i nie damy sobie tego odebrać, bo to jest idea, której nauczyła nas zjednoczona Europa. Jesteśmy Europejczykami. Jesteśmy z tego dumni. Polacy w wyborach, które odbyły się jesienią ubiegłego roku, wybrali program, z którym my poszliśmy do wyborów – my, przedstawiciele dzisiaj rządzącego ugrupowania Prawo i Sprawiedliwość. Wybrali program, który przede wszystkim skierowany jest do tych obywateli, którym dzisiaj po latach transformacji, również uczestnictwa w Unii Europejskiej, nie najlepiej w Polsce się żyje. Może dla Państwa to jest dziwne, ale Polska, choć jest w Unii Europejskiej, choć to duży kraj, ciągle jeszcze boryka się z takimi problemami jak duże bezrobocie wśród młodych ludzi, jak niskie zarobki młodych ludzi. Wiele polskich dzieci ciągle jeszcze marzy o tym, żeby jedyny ciepły posiłek zjeść w szkole. Są w Polsce emeryci, którzy połowę swojej emerytury wydają na leki i bardzo często muszą dokonywać dramatycznych wyborów: czy wykupić receptę, czy też opłacić rachunki. Taka rzeczywistość też jest w Polsce. Wielu Polaków ma poczucie, że zostali w tym procesie transformacji pominięci. My dzisiaj chcemy zbudować Polskę taką, jaka jest Unia Europejska – Polskę równości, równych szans. Chcemy, żeby Polska na tej drodze do równych szans rozwijała się jeszcze szybciej. Mamy program, w którym proponowaliśmy takie rozwiązania, które stosowane są w wielu krajach europejskich. Wzięliśmy dobre wzory z poszczególnych państw Unii Europejskiej, bo uważamy, że trzeba uczyć się od tych, którym się powiodło, którzy potrafią to zrobić, ale też wiemy, że wielu polskich obywateli ma dzisiaj poczucie tego, że muszą mieć wreszcie stworzone równe szanse i program, który realizujemy, jest właśnie takim programem. Te wybory, które przesądziły o tym, że tworzymy dzisiaj rząd, decyzja naszych obywateli zobowiązała nas do tego, byśmy wprowadzali dobre zmiany. Te dobre zmiany, na które umówiliśmy się w wyborach z naszymi wyborcami, na które umówiliśmy się z Polakami. I od początku działania naszego rządu to realizujemy. Zrealizowaliśmy te postulaty, które według Polaków powinny tworzyć podstawy i fundamenty polskiego rozwoju i państwa. Robimy to zgodnie z prawem, szanując konstytucję, szanując ustawy, szanując wreszcie traktaty europejskie, bo jeszcze raz powtórzę: jesteśmy częścią Unii Europejskiej, byliśmy, jesteśmy i będziemy częścią Europy, tej Europy rozwijającej się, Europy równej szansy. Tak sobie wyobrażamy Europę, że Europa będzie szanowała wszystkich Europejczyków, będzie troszczyła się o rozwój wszystkich państw, które ją budują. To jest nasza przyszłość i chcemy być aktywnym członkiem takiej Unii Europejskiej.

Polska od wieków považała rządy prawa i zasady praworządności. Tak, jesteśmy państwem, które jako pierwsze wprowadziło w Europie konstytucję i konstytucja dla Polaków to świętość. I nie doszło, Szanowni Państwo, w ostatnim czasie do żadnego złamania konstytucji w Polsce. Dlatego muszę powiedzieć, że choć cieszę się, że mogę dzisiaj przed Państwem tutaj występować, mogę prezentować stanowisko Polski, to nie widzę podstaw do tego, byśmy poświęcali tak wiele słów i tak wiele czasu polskim sprawom, bo wydaje mi się, że wiele ważnych, niezwykle ważnych spraw, i problemów, które zasługują na pochylenie się i naszą uwagę, obecnie istnieje w Europie.

Ale jestem tu, bo chcę podjąć dialog, o którym była mowa. Chcę opowiedzieć Państwu o Polsce, chcę wyjaśnić wszystkie wątpliwości i wierzę w to głęboko, że z dobrą wolą, z jaką się tutaj spotkam, będziemy mogli po tej debacie wyjść wszyscy w przekonaniu, że oto Polska jest silnym, dobrze rozwijającym się członkiem Unii Europejskiej i że wszyscy jesteśmy z tego dumni.

Szanowni Państwo! Są dwie wątpliwości, o których była tutaj mowa: dotyczące Trybunału Konstytucyjnego i dotyczące mediów, ustawy o mediach. Trybunał Konstytucyjny, Szanowni Państwo, ma się w Polsce bardzo dobrze. Działa. Nawet dzisiaj, zaledwie kilka godzin temu, podjął jedno ze swoich postanowień, pracuje, nic złego się nie dzieje. Wprowadzone przez nas zmiany w Trybunale Konstytucyjnym – w ustawie o Trybunale Konstytucyjnym – są zgodne z obowiązującymi w Europie standardami i w niczym nie odbiegają od uregulowań, jakie stosują inne kraje Unii Europejskiej. Musieliśmy zmienić ustawę o Trybunale Konstytucyjnym, ponieważ w czerwcu 2015 r. poprzedni Sejm, poprzednia koalicja rządząca przyjęła ustawę o Trybunale Konstytucyjnym, która została zresztą 3 grudnia 2015 r. przez Trybunał Konstytucyjny zakwestionowana – orzeczono, że jest w części niekonstytucyjna. I ten wspomniany wyrok Trybunału Konstytucyjnego kwestionujący ustawę przyjętą, przypomnę, przez poprzedni Sejm, przez poprzednią koalicję rządzącą, oraz liczne opinie ekspertów nakazywały naprawienie tych błędów. Z naruszeniem konstytucji dokonano przedwczesnego wyboru sędziów Trybunału, którzy mieli objąć urząd już po nowych wyborach parlamentarnych. Musieliśmy to naprawić – 14 z 15 sędziów miało być nominowanych przez odchodzącą koalicję rządzącą, tymczasem Komisja Wenecka, na którą powołałam się tutaj, w swej opinii z 1997 r. wyraźnie stwierdza, że „system wyboru sędziów Sądu Konstytucyjnego winien być nakierowany na zapewnienie bardziej demokratycznej reprezentacji w jego składzie, zaś partia rządząca nie powinna mieć możliwości obsadzania wszystkich stanowisk wedle swojego wyboru”. Tak jednak uczyniono, mimo że w tym okresie przejściowym również pan prezydent elekt zwrócił się o to, żeby takich decyzji nie podejmowano. Decyzja prezydenta dotycząca powstrzymania się od przyjęcia ślubowania od osób wybranych na stanowiska sędziowskie z naruszeniem demokratycznych standardów umożliwiła podjęcie przez nowy Sejm uchwał korygujących te nadużycia. Podjęcie przez Sejm uchwał anulujących wybór dokonany z naruszeniem demokratycznych standardów oraz dokonujących ponownego wyboru sędziów jest prerogatywą Sejmu, zaś Trybunał Konstytucyjny 7 stycznia 2016 r. przyznał, że nie ma kompetencji do oceny konstytucyjności tych decyzji. Z punktu widzenia prawa mamy w Polsce 15 zaprzysiężonych sędziów Trybunału – dokładnie tyle, ile przewiduje konstytucja. Wciąż też zdecydowana większość sędziów Trybunału Konstytucyjnego została wybrana przez poprzednią większość parlamentarną. Jedynie 5 z 15 sędziów to ci wybrani przez większość parlamentarną wspierającą mój rząd.

Prawo i Sprawiedliwość nigdy nie dążyło do zdominowania Trybunału. Co więcej, nigdy nie chcieliśmy większości w Trybunale. Naszym dążeniem było jedynie zapewnienie równowagi. Chcę też Państwu oświadczyć, iż zgadzamy się, by 8 z 15 sędziów było wskazanych przez opozycję. To jest pozytywna zmiana podejścia do postrzegania praw opozycji, która radykalnie odróżnia nas od naszych poprzedników. Szanujemy opozycję i jej prawa. Chcemy dialogu, chcemy wspólnego rozwiązywania spraw ważnych dla Polski i dla Polaków.

Aby zapewnić pluralistyczny charakter decyzji Trybunału obecny parlament zdecydował, by tak jak w wielu innych krajach Unii, Trybunał orzekał co do zasady w pełnym składzie. Nie powinno to budzić wątpliwości. Taka sytuacja ma miejsce również w niektórych krajach Unii Europejskiej, gdzie Trybunał musi obradować zawsze w pełnym składzie. Dodatkowo też, co budzi u niektórych wątpliwości, uznano, że decyzje podejmować powinien kwalifikowaną większość dwóch trzecich głosów. Ponieważ decyzje podejmowane przez Trybunał Konstytucyjny de facto decydują o kształcie unormowań konstytucyjnych, uznano, że powinny one zapadać taką samą większością, jaką Zgromadzenie Narodowe uchwała konstytucję.

W wielu krajach sędziów Sądu Konstytucyjnego wybiera się większością dwóch trzecich. Są w Europie kraje, gdzie część spraw rozpatrywanych przez Trybunał Konstytucyjny wymaga większości dwóch trzecich. Zresztą Państwo doskonale o tym wiecie, bo wielu z was reprezentuje właśnie te państwa. Warto również podkreślić, że wymóg ten będzie skłaniał sędziów do poszukiwania kompromisów i nada ich decyzjom bardziej pluralistyczny i inkluzywny charakter.

Należy wreszcie wyjaśnić nieporozumienia, jakie narosły wokół wykonania wyroków Trybunału Konstytucyjnego, jakie zapadły w grudniu ubiegłego roku. Warto wyraźnie podkreślić, iż trwająca polemika wokół Trybunału ma charakter polityczny, a nie prawny. Trybunał Konstytucyjny jest sądem prawa, a nie sądem faktów. Ocenia konstytucyjność norm prawnych, a więc rozstrzyga o tym, czy zaskarżona norma będzie nadal obowiązywała. W przeciwieństwie do sądów powszechnych Trybunał Konstytucyjny nie dokonuje natomiast ocen konkretnych działań. Normy, które Trybunał uznał w grudniu za niekonstytucyjne, utraciły już moc obowiązującą i nie będą więcej stosowane. Zostały definitywnie wyeliminowane z systemu prawnego i jest to jedyna prawna konsekwencja tych wyroków. Nie ma więc potrzeby wykonywania ich w jakiś dodatkowy sposób.

Jednak chcę też przed Państwem jeszcze raz podkreślić, że spór o Trybunał ma w tej chwili w Polsce wymiar polityczny, a nie merytoryczny i jako taki w mojej ocenie powinien być rozwiązany na gruncie porozumienia i kompromisu politycznego w Polsce. To jest wewnętrzna sprawa Polski i dlatego powinniśmy tę sprawę rozwiązać sami. Ja taką gotowość zgłaszam i będę rozmawiać z opozycją, żeby zaproponowane przez nas rozwiązania zechciała przyjąć.

Szanowni Państwo! Jeżeli chodzi o zmiany w mediach publicznych, zostały one wprowadzone przez większość parlamentarną i w niczym nie naruszają europejskich standardów dotyczących publicznych nadawców.

Co więcej, rozpoczęte przez nas zmiany są próbą przywrócenia mediom publicznym w Polsce autentycznego charakteru apolityczności i bezstronności. Do tej pory wiele środowisk w Polsce twierdziło, że bezstronność, neutralność i obiektywizm nie są zachowane. Media publiczne wymagają w naszej ocenie takich zmian, które przywrócą pluralizm i równy dostęp wszystkim stronom oraz wprowadzą standardy neutralności i rzetelności. To jedyny cel zmian, jakie wprowadzamy. Trzy tygodnie temu polski parlament uchwalił nowelizację ustawy o radiofonii i telewizji, będącą pierwszym etapem reformy mediów publicznych. Do reformy wzywało Stowarzyszenie Dziennikarzy Polskich na swoim kongresie nadzwyczajnym. W pierwszym etapie reformy uporządkowaliśmy kwestie nadzoru właścicielskiego nad mediami publicznymi, który do tej pory był nie tylko niezgodny z europejskimi standardami, ale okazał się też nieefektywny, prowadząc do zapaści finansowej mediów publicznych.

Dlatego niezbędne było rozdzielenie funkcji regulatora rynku mediów, jakim jest Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji, od realizacji właścicielskich kompetencji Skarbu Państwa, wyrażających się w mianowaniu zarządów podmiotów operujących na rynku medialnym. O konieczności przyjęcia takiego modelu wyraźnie mówi opinia Komisji Weneckiej z 2010 r. Żadna z konstytucyjnie gwarantowanych funkcji Krajowej Rady jako regulatora rynku medialnego nie została naruszona i pozostaną one niezmienne. Obecnie rząd pracuje nad kolejną nowelizacją ustawy o radiofonii, zakładającą nadanie nowej formy organizacyjnej nadawcom publicznym oraz zapewniającą stabilne podstawy ich finansowania. W przypadku zmian wprowadzanych w mediach publicznych wzorujemy się na rozwiązaniach, które stosowane są w wielu państwach Unii Europejskiej.

Szanowni Państwo! Rząd Rzeczypospolitej Polskiej jest otwarty na dialog i na debaty. Chcemy budować porozumienie w Polsce ze wszystkimi klubami parlamentarnymi, zarówno z klubami opozycyjnymi, jak i z tymi klubami, które dzisiaj wspierają polski rząd we wprowadzaniu dobrych zmian dla Polski. Jesteśmy otwarci na dialog i rozmowę, jesteśmy otwarci na to, by wspólnie rozwiązywać polskie problemy. Myślę, że dla nas wszystkich ważne jest to, byśmy w tych działaniach czuli wsparcie ze strony Unii Europejskiej, żebyśmy mieli poczucie, że Polska jako wolny i suwerenny członek Unii Europejskiej może zawsze liczyć na wsparcie i że w decyzjach dotyczących wewnętrznych spraw pozostaje zachowana nasza wspólnota, nasza suwerenność.

Szanowni Państwo! Jestem gotowa odpowiedzieć na wszystkie Państwa pytania. Jestem gotowa udzielić wszelkich informacji, tak samo jak wszyscy przedstawiciele mojego rządu. Polska to piękny kraj, Polacy to dumny naród. Chcemy być liderem Unii Europejskiej. To są nasze marzenia, to są marzenia Polaków. Zbyt długo czekaliśmy na to, by cieszyć się wolnością, sprawiedliwością i suwerennością, byśmy dzisiaj te ważne dla nas wartości zaprzepaścili. To jest dla nas, dla wszystkich Polaków bezcenne.

Bardzo serdecznie dziękuję Państwu za wysłuchanie mnie. Wierzę głęboko, że moje wyjaśnienia zaprezentują Państwu nową jakość tych informacji, które uzyskaliście Państwo o Polsce. Jestem głęboko przekonana, że właśnie w dialogu i porozumieniu będziemy wspólnie budowali dobrą przyszłość Unii Europejskiej.

Esteban González Pons, en nombre del Grupo PPE. – Señor Presidente, señora Primera Ministra, el presidente de mi Grupo, Manfred Weber, es alemán. Por eso, con todo respeto, ha decidido cederme, como vicepresidente, su turno, para que nadie utilice la nacionalidad como excusa y eluda su responsabilidad.

Señora Primera Ministra, la segunda mayor delegación de mi Grupo parlamentario es polaca. Pero hoy, con todo respeto, no pronunciaré un polaco nuestro principal discurso, para que nadie se excuse en razones de política interna y eluda su responsabilidad. Señora Primera Ministra, no es normal que en Europa tengamos que tomar precauciones para que las palabras no se conviertan en armas políticas. No, no es normal.

Le está hablando un español, un español del Partido Popular, pero en mi lugar podría estar cualquier otro diputado de mi Grupo, porque todos pensamos lo mismo. Europa es, antes que nada, un conjunto de valores democráticos y, después, un mercado. Repito: primero, una comunidad de valores y, solo después, un mercado. Por eso, en nombre de todos, me gustaría tener la certeza de que usted piensa lo mismo: que Europa no es Bruselas, que Europa no es Berlín, que Europa no es París, que Europa somos quinientos millones de personas que queremos convivir.

El pueblo polaco ha luchado contra todas las dictaduras y las ha derrotado. Primero, contra el nazismo, y los europeos estuvimos con Polonia. Luego, contra el comunismo, y los europeos estuvimos con Polonia. Ahora todos los europeos luchamos juntos contra el terrorismo. Pero el autoritarismo no siempre viene de fuera. El autoritarismo no entiende de épocas ni de lugares. Su única finalidad es acabar con nuestro sistema de valores, nuestros derechos y nuestras libertades. Los polacos saben, por desgracia tan bien como los españoles, como los portugueses, como los italianos, como los alemanes, como los rumanos, como los eslovenos, como los franceses o como los griegos que el peor de los autoritarismos siempre ha venido de dentro. Que la destrucción del poder judicial y el control de los medios de comunicación puede ser un principio para acabar con la democracia.

El problema no es Polonia. El problema es el autoritarismo, se reproduzca donde se reproduzca. Los errores del pasado, incluso los más atroces y abominables, están ahí para no repetirlos, no para revivirlos todos los días. La Europa de la que todos formamos parte está basada en la reconciliación, no en el rencor. Somos la Europa del respeto y la dignidad humana, la Europa fundada en el Derecho romano y en la moral cristiana, la Europa que no reconoce más imperio que el imperio de la ley. Eso es de lo que se debate hoy aquí. Queremos aclarar si existe la posibilidad de que alguno de esos valores pueda estar en peligro.

Aquí nadie viene a prejuzgar ni a condenar. Venimos a analizar hechos y acciones y este, señora Primera Ministra, es el momento de aclarar los malentendidos, si es que fuera necesario. Nadie quiere aplicar al Gobierno polaco una condena preventiva y menos que nadie el Grupo parlamentario popular. Los miembros polacos del Grupo parlamentario popular jamás lo consentirían. Esperamos, por tanto, los resultados de este diálogo con la Comisión y animo a los señores comisarios a que actúen con la misma prudencia y moderación con que lo han hecho hasta ahora. En cuestiones de orden interno, señora Primera Ministra, dispone usted de toda la legitimidad para desarrollar su programa de gobierno como mejor le parezca. Le juzgarán los votantes polacos cuando llegue el momento.

Pero en lo que nos afecta a todos, como es, por ejemplo, la defensa del Estado de Derecho, los amigos no debemos engañarnos. Los buenos socios, con todo respeto, debemos mirarnos frente a frente y debemos decirnos la verdad. Como nos hemos dicho la verdad con el Gobierno griego. Como nos estamos diciendo la verdad con el Gobierno británico. Así, esperamos que hoy, aquí, usted y nosotros nos digamos la verdad y reconozcamos las cosas como son.

Señora Primera Ministra, no se trata de la ley. Se trata de los valores. Usted, como cualquier Gobierno legítimo, puede cambiar la ley. Pero ni usted ni ningún Gobierno legítimo puede cambiar los valores. Eso nunca, señora Primera Ministra.

(Aplausos)

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, i socialisti democratici sono senza dubbio dalla parte delle migliaia di polacchi che hanno sfilato in queste settimane per lo Stato di diritto e per la democrazia. Qui, signora Primo ministro, noi apprezziamo il tono che ha avuto il suo intervento. Noi non vogliamo fare un processo al suo paese, né provare a rovesciare un esito democraticamente realizzato nella sua nazione. Lei ha tutto il diritto e il dovere di governare, nella piena autonomia delle scelte, ma nel rispetto dei valori, dei principi e del diritto europeo.

La Polonia è uno dei pilastri dell'Unione per storia e vocazione, soprattutto nella sua lotta contro i totalitarismi del ventesimo secolo. Il popolo polacco è un esempio per tutti noi. Le misure adottate dal suo governo, signora Primo ministro, negano questa storia di libertà. Una Corte costituzionale indipendente e dei mezzi di informazione liberi sono i presupposti di uno Stato di diritto. Pertanto, abbiamo ritenuto giusta e tempestiva la decisione della Commissione europea e ringraziamo in maniera particolare il vicepresidente Timmermans.

L'Unione Europea non è un matrimonio di convenienza e nemmeno un capro espiatorio. L'Unione è innanzitutto una comunità di valori, di libertà e di democrazia. L'Europa ha bisogno di una Polonia libera e forte: rifletta, signora Primo ministro, sui provvedimenti che ha adottato in uno spirito di dialogo e di confronto, così come ha detto poc'anzi il vicepresidente Timmermans. La Polonia è un grande paese, noi non l'abbandoneremo, lei non la porti su una via che non è consona alla sua storia e alla sua tradizione!

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, as we assembled here this afternoon I could sense MEPs chomping at the bit to lay into the Polish Government. But before you unleash a volley of words, let me make a plea for everyone to take a step back, to allow the European Commission and the Venice Commission of the Council of Europe to work with the Polish Government to address the concerns that have been expressed. Having spoken to Polish MEPs, ministers and the Prime Minister earlier today, it is clear that they have no intention of undermining pluralism and the rule of law.

When the last government passed a law to stuff the Constitutional Court with their nominees before they left office, why is it that the Commission did not open an investigation, or MEPs here did not complain? Why the sudden complaints when the new government seeks to appoint only five out of 15 judges on a constitutional court? We should welcome the constructive talks that President Duda has held with the court's president. We should welcome the Polish Government inviting the Venice Commission to give its opinion. We should welcome the new government's separation between the regulator and the broadcaster.

But when the new government tries to bring its practices in line with other countries and EU law, it is accused of political interference in the media. Now when I worked on the Audiovisual Media Services Directive, I was shocked by the number of MEPs from one large Member State who sat on the boards of public broadcasters and who were interfering in legislation, ignoring the obvious conflict of interest. In this Chamber, there are former national politicians who would phone editors of newspapers, or TV stations, complaining and leading some of them to be sacked. So, if you decide to gang up today on the democratically elected government of Poland, you would also be pointing fingers at the people who voted for that government. And do not be surprised if the Polish people respond by electing more Eurosceptic politicians, as in Hungary, Italy and France. So in this climate, I would appeal everyone to be careful about their choice of words.

When Mr Berlusconi came to this Parliament and made comments linking Mr Schulz to Germany's National Socialist past, many here were offended. So I ask you to consider your reaction when a German politician goes on the media to talk about elements of a coup in Poland and compares the Polish Government to Vladimir Putin. You must realise just how offensive this is to the Polish people, who had to endure Russian imperialism, who had to endure German National Socialism, and who had to endure Soviet Socialism.

So let us, in this House, focus on the real crises facing the EU: migration, the Eurozone and low growth. And let us allow the Polish Government to work constructively with the European Commission and the Venice Commission to reach conclusions based on facts and fairness. Given the historic suffering of the Polish people at the hands of tyranny, and their noble fight for liberation from their oppressors, I have no doubt that the new Polish Government will cooperate with all those who wish to cooperate with them to ensure that Poland reinforces the freedom, the pluralism and the democracy for which the Polish people fought for so long.

(Applause)

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank the Prime Minister for her presence and for the tone that she has used. I am going to try to follow your path and your example on the tone, Prime Minister – not always easy for me. You and your party won the elections, and you and your party got a strong mandate to lead your country. We respect this, and we have to respect this. In fact, as a Liberal Democrat, I may not like all of your policies, but they are not our policies. That is your responsibility. This is how it works in a real democracy: on the basis of a broad majority. It is your right to reshape the media landscape, to reform the civil service. I can tell you that when I was Prime Minister, I did similar things myself. But that is not the point here.

What makes us concerned and alarms most Members here in the House, and what a democrat never does, is the use or abuse of a huge majority to dismantle the checks and balances in the country. That does not happen. Why? Because this is at the core of European democracy. It is a system of checks and balances that makes it possible to enact laws when these laws are in contradiction with the Polish Constitution.

I think that the legislation on the Constitutional Tribunal, which your majority rushed through the Parliament – I think it was on Christmas Day – does exactly this. It eliminates, it paralyses, in fact, the Constitutional Court, and I have to tell you that this was not announced in the manifesto of your party before the elections. It is not – and I am going to be very precise – the composition or the nominations (Mr Kamall) that will be the problem; it is not the quorum, which you have increased, that will be the problem; it is not the two-thirds majority that you impose that is the problem; it is not even the enforced chronological order of cases that is now introduced as a new rule. Some of the Member States – you said it yourself – also have some of these rules, but they do not have them all together. That is precisely the point. It is the combination of all four elements that definitely paralysed the courts and made it impossible for them to do their work. I will tell you very clearly: it is fair enough, Mr Kamall, that the Polish Government has rectified the mistake made by the previous majority. But you do not rectify it by then paralysing this Constitutional Court.

From your tone, it seems that you feel yourself that there is a problem. I feel it in your voice, and that is why you followed the advice of Mr Timmermans to ask for the opinion of the Venice Commission, which is a good thing. But let me say one thing, it would be a very bad thing if we brought Poland eastwards to another system.

(Jeers from the Chamber.)

It is true, Mr Kamall, I have once used the word 'Putin', and I know that Mr Kaczyński does not like Putin or Russia, and neither do I. He is not on the blacklist, but I am. So with these policies Mr Kaczyński is helping Mr Putin, because the inconvenient truth here is that Mr Putin does not like European unity. He has an obsession with destroying European unity, and what is happening in Poland could help him in his course.

Never forget, Mr Prime Minister, history has proven that Polish unity and strength go hand-in-hand with European unity and strength, and vice-versa. But I have, in fact, no doubt and I have faith. I think there is no problem, because there are the Polish people and the Polish citizens. Knowing the Polish people, who gave rise to Solidarność, they fought against repression; they fought for their freedom, for democracy, for the freedom of religion and for the rule of law. All this they did. Well, I know that the Polish people will never accept giving up their democracy. So my plea to you, Prime Minister, is this: I would like to encourage you not so much to listen to me or to us, but to listen to the majority of your own citizens who want their country to remain in the world community of democracies in the future.

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Premierministerin Szydło! Danke, dass Sie heute hierher in das Europäische Parlament gekommen sind, um sich auch kritischen Fragen zu stellen.

Sie sind als Regierungschefin selbstverständlich in der Pflicht und auch in dem Recht, verfassungsmäßige Aufgaben und Befugnisse wahrzunehmen. Das stellt überhaupt keiner in Frage. Es ist vorhin bereits hier gesagt worden, dass die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und auch die Wahrung der Menschenrechte zu den Grundprinzipien der EU gehören. Und das erfordert aber eben unabhängige Gerichte und auch unabhängige Medien. Das genau ist die Frage, die wir an Sie stellen. Es ist eine Frage, und ich finde es deshalb auch gut, dass Sie sich bereit erklärt haben, ein entsprechendes Gutachten der Venedig-Kommission einzuholen. Wir werden darüber sicher dann auch weiterdiskutieren.

Deshalb begrüßen wir es auch, dass die Kommission ein Prüfverfahren eingeleitet hat. Ein Prüfverfahren! Und dieses Prüfverfahren, das zum ersten Mal zur Anwendung kommt, weil es eben vorher so in dieser Form nicht existiert hat, sollte prinzipiell jedes Mal, wenn in einem Mitgliedstaat Zweifel oder Fragen auftreten, angewandt werden, und zwar unabhängig von dem Mitgliedstaat und unabhängig von den politischen Konstellationen in dem Mitgliedstaat. Das muss unsere Art und Weise sein, sehr sachlich und in einem direkten strukturellen Dialog miteinander umzugehen und uns dabei gegenseitig zu respektieren. Es geht nicht um die demokratische Legitimität der polnischen Regierung, sondern um die Rechtsstaatlichkeit des Handelns. Und aus diesem Grund wollen wir miteinander in der Diskussion bleiben.

Die Probleme – und darauf möchte ich allerdings auch aufmerksam machen – in Polen sind nicht vom Himmel gefallen. Neoliberale und marktradikale Strukturreformen, die auch schon Vorbedingung für den EU-Beitritt gewesen sind, haben eben nicht Entwicklung und Wohlstand für alle gebracht. Enttäuschung, Frust und sozial Ausgeschlossene wurden ignoriert. Damit haben aber auch viele Menschen in Polen und auch in anderen osteuropäischen Staaten eben nicht in erster Linie über die Vorzüge der Europäischen Union diskutiert, nämlich über die Frage der Werte, die Frage von Demokratie, Freiheit, Gleichheit, sondern die Europäische Union vor allem auch als das Subjekt wahrgenommen, das mitverantwortlich ist für die sozialen Spaltungen in der Gesellschaft. Ich finde, darüber muss man diskutieren.

Da können auch Sie mit Ihrer Regierung heute nicht sagen: „Wir sind ja jetzt erst gewählt worden, wir beseitigen das, was vorher gemacht worden ist.“ Es gab auch vorher schon eine Regierung, in der die PIS vertreten war, und es gab vorher eine liberale Regierung, in der beispielsweise die Frage der Armutsbekämpfung überhaupt nicht diskutiert, nicht thematisiert worden ist. Insofern finde ich, muss es so sein, dass es in der EU keine doppelten Standards gibt, dass die Rechte, die Grundrechte, die Menschenrechte für alle gelten.

Und deshalb meine Bitte auch an Sie, Frau Szydło: Sie haben vorhin gesagt, Polen möchte Champion sein innerhalb der Europäischen Union. Ich wäre sehr dafür, ich brauche keine deutsche Führungsrolle. Ich möchte einen Umgang miteinander und ich bin der Ansicht, dass gerade die osteuropäischen, mitteleuropäischen Staaten, die 2004 beigetreten sind, noch sehr viel nachzuholen, aber auch sehr viel einzubringen haben. Vielleicht haben wir in diesem Beitrittsprozess und im Folgeprozess auch riesengroße Fehler innerhalb der EU gemacht. Meine Bitte wäre: Wenn Sie sagen, Sie wollen Champion sein, bitte stellen Sie sich der Frage der Migration! Es kann nicht sein, dass dann Polen genau sagt: „400 in diesem Jahr“ – das kann es nicht sein, bitte nicht! Das ist eine der zentralen Fragen.

Eine zweite Frage, eine zweite Bitte abschließend noch: Ich denke, eines wäre auch noch wichtig. Polen hat ein Opt-out bei der Grundrechtecharta. Wäre es jetzt nicht ein gutes Zeichen, ein wirklich starkes Zeichen, wenn Sie dieses Opt-out aufheben und damit auch die polnischen Bürger und Bürgerinnen in den vollen Genuss der europäischen Grundrechtecharta kommen lassen?

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Sehr geehrte Frau Premierministerin! Sie haben das ja wahrscheinlich schon verstanden, die Diskussion heute hier kreist einerseits um die Sorgen, um das, was in Polen passiert, um die Rechtsstaatlichkeit in Polen.

Aber hinter dieser Debatte spüren Sie sicher auch die Sorgen um die Europäische Union insgesamt. Nicht funktionierende Rechtsstaatlichkeit, kein Respekt vor dem Rechtsstaat, das würde bedeuten, dass in der EU wenig geht. Der Binnenmarkt, die ganze europäische Gesetzgebung, die Garantie für die Grundfreiheiten, nichts geht in Europa, wenn wir nicht den Respekt vor Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten.

Ich finde richtig, dass Sie uns noch einmal erinnert haben an die Bedeutung und die Rolle der polnischen Nation in der Europäischen Union, auch gerade für das Werden der Europäischen Union, so wie sie heute ist. Als deutsche Europapolitikerin möchte ich ausdrücklich all den Stimmen widersprechen, die in den letzten Wochen laut geworden sind und die gefragt haben – anlässlich der Diskussion über Gesetzgebung Ihrer Regierung –, ob es überhaupt richtig gewesen ist, die Polen und die anderen ost- und zentraleuropäischen Staaten in die EU aufzunehmen? Waren die reif dafür?

Ich bin da komplett anderer Auffassung und weiß sehr genau, dass wir dem Kampf der Polen, der in meiner persönlichen Zeitrechnung in diesem magischen August 1980 in meinem Leben begonnen hat, eine Rolle zu spielen, dass wir diesem Kampf der Polen nicht nur Freiheit und Demokratie für Polen, sondern einen ungeheuren Zugewinn für Demokratie, Stabilität und Sicherheit in der ganzen Europäischen Union verdanken.

Aber weil ich genau das so sehr schätze und zu bewerten weiß, fällt es mir so schwer, mir vorzustellen, dass das alles wahr ist, was ich über die Entwicklung in Warschau, seit Sie die Regierung übernommen haben, höre, und zwar nicht von Scharfmachern, sondern von Bürgern Polens, die uns das erzählen. Das sind auch nicht nur parteipolitische Konkurrenten von Ihnen. Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich Mateusz Kijowski hier begrüßen, der für KOD heute nach Straßburg gereist ist und der für die weitere Debatte eben auch eine wichtige Position vertritt.

Ich finde, dass Guy Verhofstadt die Probleme in der Auseinandersetzung um die Rechtsstaatlichkeit richtig beschrieben hat. Es geht nicht nur um Personalentscheidungen. Es geht um den Eindruck, dass eine Regierungsmehrheit zu einem Diktat greift und nicht mehr die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition sucht. Über Nacht haben Sie bestimmte Entscheidungen getroffen, die man normalerweise länger diskutiert.

Meine Fraktion ist ausdrücklich dafür, dass dieser Rechtsstaatsmechanismus, den wir uns aus Erfahrungen mit Ungarn gegeben haben, genutzt wird und dass geprüft wird. Über Konsequenzen würden wir allerdings gerne am Ende der Debatte entscheiden und nicht, wie einige deutsche Kollegen das getan haben, schon jetzt Sanktionen diskutieren.

Was uns auch besorgt, ist die Frage eines möglichen selektiven Vorgehens. Wir waren als grüne Fraktion immer der Auffassung, dass wir Instrumente brauchen, um Rechtsstaatlichkeit zu prüfen und zu versuchen, das zu garantieren, weil das die Europäische Union ja im Kern zusammenhält. Aber was uns nicht behagt, ist der Eindruck, dass parteipolitische Interessen manchmal schützen, wenn man mehr vorgehen müsste gegen Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit.

Deswegen würden wir uns wünschen, dass die Debatte um die Kopenhagen-Kommission, eine Beratungskommission für die Europäische Kommission, die gegen die Selektivität rüstet, fortgesetzt wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz, w imieniu grupy EFDD. – Pani Premier! Szanowni Państwo! Jako pierwszy polski europosel przemawiający w tej debacie chciałbym stanowczo podkreślić, że sprawy polskie powinny być rozwiązywane w Polsce i przez Polaków.

(oklaski)

Dlatego żałuję, że kilka osób nie może pogodzić się z przegraną i żałośnie donosi na swój kraj. Ta debata jest niepotrzebna, motywy jej zwołania są niejasne, a podstawy prawne są wątpliwe – tak jak pani premier wspominała w swojej wypowiedzi. Wbrew jednak intencjom będą korzyści z tej debaty. Wzrastają nastroje eurosceptyczne w Europie. Włosy razem z premierem socjalistą, Niemcy czy Węgrzy coraz częściej występują przeciw unijnym politykom i instytucjom, które zajmują się nie tym, do czego zostały powołane.

My Polacy mamy bardzo złe doświadczenia jeśli chodzi o ingerencję obcych polityków w nasze sprawy. Kiedy ponad dwieście lat temu nad stanem polskiej demokracji z z troskaniem pochylili się Rosja, Prusy, Austria – zresztą po donosie paru zaprzańców – zakończyło się to trzema rozbiorami Polski i utratą niepodległości na sto dwadzieścia pięć lat. W ubiegłym wieku z kolei ledwo wydostaliśmy się z komunistycznego systemu, gdzie komisarze sowieccy spieszyli z bratnią pomocą. Teraz okazuje się, że z bratnią pomocą występują komisarze europejscy. Dla Europy najlepiej i najbezpieczniej jest, gdy polskimi problemami zajmują się wyłącznie sami Polacy.

(oklaski)

Michał Marusił, w imieniu grupy ENF. – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Premier! Szanowni Państwo! Dziękuję panie Jarku, bo jesteśmy bardzo bliscy w sposobie naszego myślenia. Zabieram głos jako członek grupy Europa Narodów i Wolności, ale również jako Polak. Jako Polak nie martwię się tym, że obca konkurencja nas, Polskę, krytykuje. To przecież może oznaczać, że władze polskie podjęły jakieś decyzje, czy jakieś działania ewidentnie zgodne z polskim interesem państwowym i polskim interesem narodowym, więc raczej powinno mnie to cieszyć. Nie martwię się też specjalnie opiniami zarówno pozytywnymi, jak i negatywnym, jakie padają na tej sali, bo nie mają one wpływu na sytuację w Polsce – tam rozwiązujemy swoje problemy.

Natomiast problemem jest sam fakt, że ta debata tutaj się odbywa. To jest właśnie problem Europy, bo ta debata jest ostentacyjną manifestacją mieszania się czynników zewnętrznych w wewnętrzne sprawy suwerennych państw – i to jest choroba Unii Europejskiej. Ta debata nic nie mówi, bo nie może niczego powiedzieć, o politycznej kondycji Polski. Natomiast ta debata bardzo wyraźnie i bardzo wiele mówi o katastrofalnej sytuacji politycznej Unii Europejskiej jako pewnego projektu politycznego. Jest ucieczką od wszelkich realnych problemów, których Unia Europejska w tym kształcie nie jest zdolna rozwiązać. Więc mówiąc jako członek grupy politycznej Europa Narodów i Wolności pragnę przed Państwem podkreślić i apeluję, żeby to w końcu zauważyć, że ten projekt się wyczerpał, że biegnie już tylko siłą pewnej inercji. Jeżeli Europa ma odzyskać kondycję, jeżeli ma się rozwijać i zapewnić nam bezpieczeństwo, trzeba wypracować nową formułę koegzystencji europejskich, suwerennych i niepodległych państw – i to stoi przez nami jako zadanie i to jesteśmy winni naszym ojczyznom i naszym rodakom.

(oklaski)

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Ja nie jestem demokratą. Demokracji nienawidzę, demokracją pogardzam, ale wy jesteście demokratami. W takim razie przyjmijcie do wiadomości, że lud polski, legalnie i demokratycznie, wybrał PiS. Chcieliście demokracji, no to ją macie. Demokracja to tyrania większości, więc PiS, mając za sobą większość, będzie robiło, co chce. Jeśli uważacie Państwo, że PiS to jest bardzo zła partia – ja się z tym zgadzam – to pomyślcie, jak złe musiały być poprzednie rządy, jaka ogromna była korupcja, złodziejstwo, pogarda dla człowieka i tłumienie wolności słowa, czego osobiście doświadczam, że udręczony polski lud wybrał PiS jako jedyną partię dającą nadzieję, że poprzednich władców uda się powsadzać do więzień, bo tam jest ich miejsce. A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Milan Zver (PPE). – Spoštovana predsednica vlade. Ko smo pred dvema letoma sprejemali mehanizem za odkrivanje sistemskih tveganj glede vladavine prava v državah članicah, mnogim to ni bilo všeč. Prepričan sem, da smo naredili prav. Tu ne gre le za vprašanje Poljske, ampak za veliko več, gre za spoštovanje vladavine prava nasploh, ki je osrednja evropska vrednota.

Uporaba novega mehanizma Evropske komisije bi bila po mojem mnenju še bolj kot za Poljsko upravičena kje drugje, tudi v moji Sloveniji, če sem iskren.

Znano je, da slovensko sodstvo funkcionira slabo. Glede na poročilo Evropskega sodišča za človekove pravice je Slovenija na prvem mestu po njenih kršitvah, poleg tega pa po navedbah Eurostata uživa sodstvo v Sloveniji najnižji ugled.

Zato niti ne preseneča, glede na nekatera dejstva, ki kažejo na politično zlorabo dela sodišč. Sedem let so po sodiščih vlačili dvakratnega predsednika vlade in vodjo slovenske opozicije Janeza Janšo in ga tri tedne pred parlamentarnimi volitvami zaprli brez vsakršnega dokaza. Res je, da je kasneje ustavno sodišče vse obtožbe in obsodbe razveljavilo, a politične posledice so ostale.

Politična zloraba se kaže tudi v tem, da je prejšnji mesec, v decembru, policija vdrla v prostore največje opozicijske stranke SDS in hotela zaseči strežnik, ki vsebuje elektronsko korespondenco tisočih in tisočih članov iz zadnjih petnajstih let.

Veliko je še takih zgodb. Zato Evropska komisija doslej ni bila odzivna na težave, s katerimi, na eklatantne kršitve človekovih pravic, na kar smo opozarjali, in ki so jih povzročali že tudi ljudje, ki so že v prejšnjem sistemu kršili človekove pravice. Zato Slovenija potrebuje, še veliko bolj kot Poljska, tovrstno pomoč na svoji poti v polno vladavino prava.

Tanja Fajon (S&D). – Tudi približno ni moja namera danes, da bi kritizirala Poljsko ali poljski narod, nasprotno, v zadnjih tridesetih letih je bila Poljska inspiracija milijonom Evropejcev kot zgodba o gospodarskem in političnem uspehu. In danes je nepogrešljiva članica Unije.

To se ni zgodilo samo po sebi, to je rezultat močnih in neodvisnih institucij in tudi kritičnih medijev. Pa vendar, ko so temeljne vrednote družbe ogrožene, je naša dolžnost, da na to opozorimo. Najnovejši predlogi poljske vlade so zelo zaskrbljujoči. Kot nekdanjo novinarko me posebej skrbi nov zakon o javnih medijih, ki je korak nazaj v zagotavljanju neodvisnosti. Žal.

Preseneča me, gospa predsednica vlade, da trdite drugače kljub zelo resnim opozorilom vrste medijskih organizacij. In prepričali nas boste le, če bodo naslednji koraki te temeljite reforme javnih medijev uvedli ukrepe in ravnotežja, ki so nujna za jamstvo svobode in pluralizem, in ne nasprotno.

Pozdravljam odločitev Komisije, da preveri učinke zakonodajnih sprememb skozi dialog, ki je nujen za vsako iskanje rešitev. Komisije pa tudi ne sme biti strah, da sprejme ukrepe, če je ogrožena vladavina prava, pa najsi bo to v Varšavi, Budimpešti, Bratislavi, Sloveniji ali kateri koli drugi članici Unije.

Ryszard Antoni Legutko (ECR). – Pani Premier! Panowie Przewodniczący! Chciałbym poruszyć cztery kwestie. Pierwsza to sprawa języka. Z satysfakcją odnotowuję ton i język, jakim dzisiaj rozmawiamy w czasie tej debaty. Jest to ton na tyle mocny i perswazyjny, że nawet szanowny kolega Verhofstadt się do tego dostosował, co mnie niezmiernie cieszy. Chciałem również powiedzieć, wyrazić nadzieję, że ten język zostanie utrzymany, bo to, z czym mieliśmy do czynienia do tej pory, to była niespotykana językowa agresja, która się dokonywała na rządzie Polski, zanim jeszcze ten rząd powstał, co jest jednak swoistym rekordem świata. Padały stwierdzenia niszczące język i możliwość komunikacji. Jeżeli mówi się, że w Polsce dokonano zamachu stanu, to znaczy, że ten, kto to mówi, nie rozumie sensu słów, których używa, albo specjalnie ten sens zmienia.

(oklaski)

Druga sprawa to fakty. Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Przeczytałam dokument, który się pojawił po spotkaniu Kolegium Komisarzy, i to jest niedobry dokument. Moje pytanie jest takie – skąd Komisja czerpie informacje o faktach? Kto te informacje Państwu przekazuje, kto robi analizy prawne? Opis faktów pozostawia wiele do życzenia, ale najbardziej dziwi mnie to, że informacje przyszły ze strony przedstawicieli polskiego rządu już wcześniej. Nie ma ani śladu tych informacji, tak jak byście Państwo to wszystko wyrzucili do kosza. Skąd Państwo w takim razie czerpiecie informacje? Z mediów? Jak to powstaje? Jak może powstać taki dokument, na podstawie którego podejmuje się decyzję?

(oklaski)

Panowie, przyznajcie się, że z jesteście z faktami na bakier – taka jest prawda.

Trzecia sprawa, o której chciałem powiedzieć, to sprawa podwójnych standardów. To jest niestety chroniczna, głęboka i potencjalnie śmiertelna choroba, jaka toczy Unię Europejską. Przewodniczący Pittella i przewodnicząca Harms mówili właśnie o demonstracjach, jak to ich serca są razem z tymi demonstrantami.

Proszę Państwa, przez ostatnie osiem lat pojawiały się w Polsce często wielokrotnie liczniejsze demonstracje. Jakoś serca Państwu nie krwawiły, ja nie słyszałem na tej sali, żeby pani Harms, pan Pittella czy ktoś inny solidaryzował się z tymi tłumami ludzi.

(oklaski)

Chodź oni tu byli, byli w Strasburgu, byli w Brukseli tuż przed gmachem Parlamentu. Czy ktoś z Państwa wychodził, rozmawiał, o co im wszystkim chodzi, może to jacyś ludzie, którzy mają coś ważnego do powiedzenia? Proszę Państwa, przez ostatnie osiem lat w Polsce, i proszę to traktować jako istotną, powiedziałbym nawet kluczową informację, mieliśmy w Polsce do czynienia z czymś w rodzaju państwa jednopartyjnego. To było państwo jednopartyjne, to znaczy, że jedna partia kontrolowała praktycznie wszystkie instytucje.

(oklaski)

Słyszę nagle tutaj dzisiaj od Państwa, że nie chodzi o sprawy personalne. Gdyby moja partia wstawiła czternastu sędziów do piętnastoosobowego Trybunału Konstytucyjnego, to w tej Izbie rozpętałoby się piekło. A ja tu słyszę, że nic się nie stało, bo to są sprawy personalne.

(oklaski)

Gdzie byliście Państwo, gdy masowo wyrzucano dziennikarzy z mediów publicznych? Wszystkich! Słyszeliście dokładnie to, co usłyszeliście. Wszystkich z wyjątkiem jednego usunięto. Bardzo szybko. I co, gdzie była jakaś reakcja? Żadnej reakcji nie było. Te podwójne standardy niestety pokazują, że w Unii Europejskiej jest tak, że są kraje bardziej równe i kraje mniej równe. Są partie bardziej równej i partie mniej równe. Jeżeli to będzie się dalej toczyć się w ten sposób, no to niestety my tu nie padniemy tego ofiarą, tylko Unia Europejska padnie ofiarą. Działając w ten sposób działacie Państwo przeciw Unii Europejskiej.

I sprawa ostatnia – to jest przekraczanie kompetencji. Panie Przewodniczący, Panie Komisarzu, wiecie doskonale, że instrument, którym Państwo się posłużyli, jest instrumentem prawnie podejrzanym. Służby prawne Rady skrytykowały go w sposób zasadniczy, nie ma on dobrego uzasadnienia w traktatach, niektórzy mówią, że w ogóle nie ma żadnego uzasadnienia w traktatach. Państwo tutaj w Parlamencie planują uchwalenie jakiejś rezolucji. Ja słyszę, że ma być badanie faktów, rezolucja zatem ma powstać przed zbadaniem faktów, to znaczy, że Państwo już wiecie dokładnie, jaki jest problem. To po co w takim razie badać fakty? Innymi słowy cała ta akcja, jak i konstrukcja, wydaje mi się nie tylko – i to zresztą Państwo powiedzieli – nie tylko przekroczeniem kompetencji, bo Komisja Europejska nie będzie przecież mówić, jaką większością ma decydować sąd konstytucyjny w Polsce, ale ze słów Państwa wynika, że to ma być swoiszego rodzaju precedens. Państwo chcecie przejąć tego typu kompetencje, które Państwu nie przysługują, i przez fakty dokonane móc działać w ten sposób, powiedziałbym nie do końca legalny, także w przyszłości – i to też jest bardzo niedobre.

(oklaski)

Sophia in 't Veld (ALDE). – Mr President, I would like to welcome the Prime Minister and both supporters and opponents of the government. This shows that the European Parliament is the arena for a debate about our shared values. This is not about interfering in national matters or attacking one country or another. This is about standing up for the core values of the European project.

The Polish Government, with the majority that it has won, has the responsibility to maximise the space for opposition and criticism, not minimise it. You have to strengthen checks and balances and not weaken them. I have listened to you very carefully, Madam Prime Minister, but I am not fully reassured when I hear your party leader taking Mr Orbán as an example, who in turn takes Mr Putin as an example. I do feel that the European Commission initiative is justified, but it does seem arbitrary and there are accusations of party politics. Why Poland, not Hungary, or indeed why no questions about the state of emergency in France?

The debate here shows that there is a need for an EU-wide mechanism that is based on objective and transparent criteria to assess all the Member States and EU institutions in the same way. I see Mr Timmermans smiling because he knows that we are elaborating such a mechanism here in Parliament. I would be delighted, Mr Timmermans and Mr Koenders, if the Council and Commission would take up the invitation of the European Parliament and elaborate such a mechanism for the whole of the European Union together.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, condivido la preoccupazione di molti colleghi. Il neonazionalismo del suo Governo, signora Szydło, i provvedimenti che secondo tanti polacchi limitano i poteri della Corte costituzionale e dei media: tutto ciò contraddice i principi del progetto europeo. Al tempo stesso vorrei ricordare questo: se la Polonia ha votato un governo così critico dell'Unione, è perché l'Unione stessa con le sue politiche di austerità ha creato in quel paese disuguaglianze gravissime e un risentimento sociale che solo la destra ha saputo intercettare. Anche la giustizia sociale è un diritto europeo. Invito infine a non usare criteri diversi in Ungheria, Polonia, o ieri in Italia. I governi vanno trattati allo stesso modo. La Polonia non deve pagare un prezzo più alto solo perché il partito al governo fa parte di un gruppo meno potente del Partito popolare.

Judith Sargentini (Verts/ALE). – Voorzitter, laat er geen twijfel over bestaan, de Groenen maken zich zorgen over de wetswijzigingen die zijn doorgevoerd door de Poolse regering over de anti-democratische tendensen. Maar ik wil hier in het bijzijn van de Nederlandse minister van Buitenlandse Zaken het ook hebben over omgangsvormen met onze bureaus, over het organiseren van dat wederzijds vertrouwen waar commissaris Timmermans het over had.

Zo is daar Nord Stream, de gaspijpleiding van Rusland naar Duitsland en Nederland. Polen wordt daarin genegeerd en de vrees van Polen voor Rusland wordt opzijgeschoven. Dat is onverstandige politiek, mijnheer Koenders. En zo was er het Polen-meldpunt van Geert Wilders. Daar is in dit Parlement stevig over gedebatteerd. Premier Rutte, de Nederlandse premier, wilde zich niet distantiëren van dat meldpunt. De premier is uitgenodigd om dat hier in dit Parlement te komen toelichten. Hij heeft dat geweigerd.

Dat werd door Centraal- en Oost-Europese landen niet geapprecieerd. Zij voelden zich geschoffeerd omdat de Nederlandse regering stil bleef. Dat leidt niet tot vertrouwen, minister!

Voorzitter, wij moeten elkaar in Europa de maat nemen, de les lezen. Maar alleen maar en juist dan zijn wij succesvol, als wij bereid zijn elkaars gevoelens te onderkennen en daarnaar te handelen.

Petr Mach (EFDD). – Dámy a pánové, čelíme zde skandální situaci, kdy Evropská unie zahájila řízení vůči Polsku, které má skončit až odebráním hlasovacích práv. A za co? Co strašného Polsko provedlo? Že zavádí dvoutřetinové kvorum pro rozhodování ústavního soudu? Že prosazuje nová vláda svoji vizi vůči veřejnoprávním médiím? Za něco, co existuje a co se běžně děje v mnoha dalších zemích Evropské unie? To je samozřejmě směšné a jde o záminku. Co vadí Evropské komisi? Že zvítězila strana, která nemiluje současnou podobu Evropské unie. Že se chce postavit proti nespravedlivému diktátu migračních kvót, to si myslím, že je pravý důvod. Podle mě nejde o nic jiného, než o nehorázné vměšování do záležitostí svrchované země.

John Fitzgerald Kennedy v roce 1963 v obklíčeném Západním Berlíně řekl slavnou větu: „*Ich bin ein Berliner.*“ Dneska je potřeba stát při Polsku, na které nespravedlivě útočí Evropská komise, a proto dovoďte, abych zakončil jako hrdý, svobodný občan: „*Ja jestem Polakiem.*“

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, Madame le Premier ministre, mes chers collègues, M. Schulz nous a parlé de coup d'État, et même d'une prétendue «poutinisation» de la politique polonaise. Oh là là! Oui, le PiS est un parti populaire. L'attaque de la Pologne actuelle, c'est l'attaque d'un système européen contre la démocratie et contre les peuples qui ont choisi la souveraineté, la liberté et l'indépendance dans la solidarité. Des peuples qui croient encore aux racines chrétiennes de l'humanisme, et dont l'humanisme n'est pas la fabrication d'un nouvel ordre européen, suprême désordre. Oui, la Pologne est un peuple de résistants à qui l'on doit la chute du mur. Oui, la Pologne, et son peuple, résistent, car elle est conservatrice, elle a des valeurs anciennes et vraies: la famille composée d'un père et d'une mère, le respect de la vie; elle croit en la vérité, au droit, à la justice. Elle est catholique, et non pas libérale entre les mains de sectes contrôlant la société par la finance et les médias.

Chers collègues, le système européen est en faillite. Sa démocratie est une dictature qui oblige les peuples à revoter dès qu'ils disent non à un traité ou qui ignore tout simplement le vote contre la constitution européenne, par exemple. Le coup d'État permanent, c'est le système européen. La Pologne, la Hongrie, la Slovaquie, la République tchèque, les pays amis de la révolution de velours – que j'avais rassemblés avant la chute du mur – résistent désormais contre cette dictature prête à attaquer, à déstabiliser, à destituer tout gouvernement qui ne travaille pas pour les puissances étrangères qui gouvernent ici et cherchent à gouverner les peuples européens.

L'Alsacien que je suis résiste également contre l'arrogance allemande. Nous, les Français patriotes, ne supportons plus, avec les Polonais, qu'un pays – l'Allemagne – décide de l'économie de la zone euro, de l'immigration et de la conformité de la démocratie aux critères du nouveau Reich européen.

Je demande à cette assemblée de retrouver son bon sens. Oui, la Pologne est attaquée parce qu'il y a délit de conservatisme social, humain et chrétien. Croyez-moi, cela ne fait que commencer. La révolte des peuples est lancée, elle vous balaiera et c'est ce que vous méritez. L'heure est proche.

Der Präsident. – Ich muss das jetzt leider noch einmal wiederholen.

Meine Damen und Herren auf den Tribünen. Das ist in unserer Geschäftsordnung strikt untersagt.

Ich wäre deshalb dankbar, wenn Sie aufhören würden, Beifall zu spenden. Wir sind hier gastfreundlich. Aber im polnischen Parlament würden Sie keine fünf Minuten gelduldet, wenn Sie sich so verhalten.

Deshalb bitte ich Sie jetzt noch einmal inständig, davon Abstand zu nehmen.

Aymeric Chauprade (NI). – Monsieur le Président, Madame le Premier ministre, chers collègues, lorsque j'entends M^{me} Harms ou M. Verhofstadt, je me dis que ce n'est pas la Pologne qui a un problème avec l'état de droit et la démocratie, mais les institutions européennes. Lorsque j'entends la Commission européenne parler du prétendu problème de la Pologne, je me dis que cette Commission a un problème avec les faits et avec les réalités. A-t-elle regardé le temps de parole dans la vie politique polonaise avant l'élection du PiS? A-t-elle regardé la constitution de la Cour constitutionnelle avant l'élection du PiS? Croyez-vous que le peuple polonais, qui a tant lutté pour sa liberté, accepterait de la sacrifier comme cela?

Je lisais récemment l'entretien d'un politologue polonais, Piotr Kaziński, qui n'est d'ailleurs pas particulièrement connu pour être proche du parti «Droit et justice» et qui affirme, lui-même, qu'il n'y a absolument aucune dérive fascisante en Pologne.

Je voudrais rappeler quand même que, dans mon pays – la France –, les membres du Conseil constitutionnel, directement, comme les dirigeants du service public audiovisuel, indirectement, sont aussi nommés par les présidents de la République, du sénat et de l'assemblée nationale, ce qui pourrait être interprété comme une forme de tutelle du pouvoir. Il est donc évident, chers collègues, que la Commission utilise de faux prétextes pour déstabiliser un gouvernement élu démocratiquement. Et je suis donc aujourd'hui – je le dis – polonais, de tout cœur avec le peuple polonais pour faire respecter la liberté...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Jan Olbrycht (PPE). – Szanowna Pani Premier! Szanowni Państwo! Polska jest naszym wspólnym dobrem – dobrem wszystkich Polaków – i musimy o nie dbać. Jesteśmy dumni z naszego kraju i działań Polaków, którzy byli przez ostatnie lata stawiani za wzór na arenie europejskiej, choć w wielu przypadkach różnili się co do kierunków działań proponowanych przez inne państwa. Dziś jest nam przykro, że Polska staje się przedmiotem debaty publicznej w Europie. To zdarza się po raz pierwszy w historii naszego członkostwa w Unii. Mamy nadzieję, że po raz ostatni.

Pani premier dobrze wie, że my nie inicjowaliśmy ani nie chcieliśmy organizacji tej debaty w Parlamencie Europejskim. Ta debata, bez względu na jej wynik, niestety wpłynie na wizerunek Polski na arenie międzynarodowej. Wiemy, że wygraliście ostatnie wybory parlamentarne w Polsce. Nie kwestionujemy wyniku demokratycznych wyborów ani prawa do dokonywania zmian wynikających z odmiennych programów politycznych. Bardzo często powtarzacie Państwo w kraju, że zwycięzca bierze wszystko. Jeżeli tak myślicie, to jest oczywiste, że oznacza to, iż zwycięzca nie tylko przejmie kontrolę nad instytucjami państwowymi, nad stanowiskami, ale także całkowicie odpowiada za zmiany dokonywane w państwie prawa, jeżeli nie ma tutaj sytuacji zagrożenia, o czym Państwo wiecie, że taki jest nasz pogląd, i zwycięzca bierze także odpowiedzialność za wizerunek Polski w Europie i na świecie. Bierze odpowiedzialność również za tę debatę. Polacy i Polska nie zasługują na działania, które wzbudzają takie kontrowersje. Jest nam bardzo przykro z tego powodu.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident, geschätzte Frau Ministerpräsidentin! Ich begrüße diese heutige Debatte, dass sie geführt wird, dass sie zeitnah geführt wird und dass sie differenziert und sachlich geführt wird.

Es geht nicht um eine Vorverurteilung Polens – wir wollen kein Polen-Bashing. Polen ist ein bedeutendes Land, das die europäische Geschichte und Identität geprägt hat. Die Menschen in Polen haben den wohl wesentlichsten Beitrag zur Überwindung der kommunistischen Diktatur geleistet. Europa ohne Polen wäre ein Torso.

Deshalb ist es nicht egal, was in Polen passiert. Wir respektieren das Votum des polnischen Volkes, aber wir sind besorgt, wenn die ersten Maßnahmen der neuen Regierung Ängste bei großen Teilen der Bevölkerung hervorgerufen haben. Der Machtwechsel ist das Prinzip der Demokratie. Er darf nicht dazu führen, dass die Regeln so geändert werden, dass eine solche in Zukunft nicht mehr möglich ist. Diese Angst haben viele Menschen in Polen. Die Maßnahmen der Regierung im Justiz- und Medienbereich haben diese Befürchtung genährt.

Der Respekt vor den Unterlegenen, vor den Minderheiten, ist ebenso ein Prinzip der Demokratie. Auch hier gibt es viele Beschwerden und Klagen in diese Richtung. Polen hat uns die Institution des Runden Tisches geschenkt. Ich möchte die Regierung auch daran erinnern, dass Dialog ein wichtiger Wert ist. Es ist wichtig und positiv, dass wir diese Debatte hier führen, um die Situation aufzuklären, und dass es auch die Gelegenheit gibt, unmissverständliche Handlungen zu setzen. Die Debatte soll offen und direkt, fair und objektiv geführt werden. Dann gewinnt Polen und dann gewinnt Europa.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident! Zunächst einmal, Frau Ministerpräsidentin, meinen Respekt dafür, dass Sie sich dieser teilweise grotesken Inquisition auch persönlich stellen.

Herr Weidenholzer, Sie haben eben zu Recht darauf hingewiesen, dass hier keine Vorverurteilung stattfinden soll. Nur muss ich hier mal den Präsidenten dieses Hauses fragen, was es denn ist, wenn er meint, Polen sei eine Demokratie nach Putins Art. Handelt es sich dabei nicht um eine Vorverurteilung? Herr Schulz, ich habe mich in meinem Leben öfter schon mal vergaloppiert, und ich habe immer wieder darauf geachtet, dass ich mich, wenn ich bei einem Fehler erwischt wurde, dann auch dafür entschuldigt habe. Meinen Sie nicht, dass jetzt und heute die Gelegenheit ist, sich dafür zu entschuldigen?

(Beifall)

Herr Professor Legutko hat darauf hingewiesen, dass wir hier eine Doppelmoral feststellen müssen. Ich bin auch dieser Meinung, und ich möchte Ihnen einmal ein paar andere Beispiele für Doppelmoral vorstellen. Ich finde, die Kommission sollte sich statt mit Polen erst einmal auch mit den Rechtsverstößen der europäischen Institutionen befassen oder denen der großen Länder. Ich gebe Ihnen mal drei Beispiele: die zahlreichen Brüche des Maastricht-Vertrages durch die Eurogruppe, oder der regelwidrige Aufkauf von Schrottpapieren durch die EZB, oder der Bruch des Dubliner Abkommens durch Kanzlerin Merkel. Und warum interessiert sich die Kommission für das polnische Verfassungsgericht, aber nicht dafür, dass drei ehemalige Richter des deutschen Verfassungsgerichts die Flüchtlingspolitik in Deutschland für verfassungswidrig erklärt haben?

Was die Medienpolitik in Polen betrifft: Herr Oettinger, Sie sollten vielleicht einmal der Frage nachgehen, warum der zwangsgebührenfinanzierte deutsche Staatsfunk jahrelang über den Euro, monatelang über die Flüchtlingswelle mit einer rosaroten Optik berichtet hat und tagelang über die massenhaften Übergriffe nordafrikanischer Männer auf Frauen in Köln überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren! Mehr als sich selbst haben die Deutschen den Fall der Mauer den Polen zu verdanken. Ich erinnere mal an Solidarność, von denen einige Mitglieder heute in der Regierung von Frau Szydło Verantwortung tragen. Erst wollten die deutschen Politiker das Weltklima retten, dann den Euro, dreimal Griechenland, die Flüchtlinge der Welt, und jetzt wollen sie auch noch die polnische Demokratie retten. Meine Damen und Herren! Wenn ein Volk keinen Nachhilfeunterricht braucht für Freiheit und Demokratie, dann ist es das polnische!

Cecilia Wikström (ALDE). – Herr talman! Jag vill vara tydlig med att säga att även om vi idag till viss del kritiserar vad som sker i Polen så måste vi också understryka att vänner alltid måste kunna diskutera på ett öppet sätt med varandra och ändå förbli vänner. Polen utgör en mycket viktig del av ett enat Europa, men grundläggande mänskliga fri- och rättigheter måste skyddas i varje EU-land, oaktat regering.

Herr kommissionär Timmermans, det är fullt berättigat att kommissionen granskar det som sker i Polen. Men det är ett hyckleri att man inte på samma sätt har granskat Ungern när det gäller mediernas och rättsstatens oberoende. Det är hög tid för kommissionen att behandla alla konsekvent och på ett lika sätt när det gäller grundläggande rättigheter och rättsstatens oberoende.

Fru statsminister, avslutningsvis, fortsätter ni på den inslagna vägen så finns risken att vi kommer att se grundläggande rättigheter sättas på undantag i land efter land. Jag ber er: Inled inte detta EU-domino så att vi ser land efter land falla, istället för att stå upp och värna de grundläggande rättigheterna, utan låt oss tillsammans försvara och värna de värden och principer som detta gigantiska EU-projekt bygger på och som vi vill lämna efter oss till kommande generationer på ett bättre sätt än när vi fann dem.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Monsieur le Président, si j'ai bien compris les explications qu'on nous a données, on réduit la démocratie pour renforcer la démocratie.

La Pologne demande à être exonérée de la charte des droits fondamentaux au nom même de l'amélioration des droits. Je fais une autre remarque. Quel crédit donner à notre débat cet après-midi, quand les institutions européennes ont décidé d'offrir trois milliards d'euros à la Turquie de M. Erdogan qui, lui aussi, poursuit les journalistes, les emprisonne et met la justice au pas? En vérité, l'Europe du marché a bien supplanté l'Europe des valeurs de la liberté, des droits humains et du pluralisme de la presse.

J'ai proposé, il y a déjà un bon moment, de créer un observatoire européen chargé de veiller au pluralisme de la presse et des médias dans tous les pays. Il n'est pas trop tard pour le faire, ce serait un pas en avant.

On pourrait créer d'ailleurs le même observatoire sur les enjeux et les instruments de la justice et du droit dans chacun des pays européens.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Mr President, I am speaking as President of the EFA Group in this Parliament. In 2011, during the last official census in Poland, 847 000 people declared they had Silesian identity. Only four days ago, Jerzy Gorzelik called, on behalf of over 140 000 people, for the recognition of Silesians as an ethnic minority in Poland. During a debate in the Polish Parliament on this issue, the ruling party MPs threatened Silesians with persecution and even executions.

Silesians are still not listed in the law of national and ethnic minorities and on the regional languages of 2005. This is a very alarming and distressing situation. Are we standing in front of a revival of aggression and oppression against minorities in Poland? It would be an anti-democratic shame.

Nicolas Bay (ENF). – Monsieur le Président, Madame le Premier ministre, après Viktor Orbán, c'est à votre tour de devoir venir ici pour répondre aux accusations scandaleuses dont votre gouvernement fait l'objet de la part des eurocrates. En somme, il vous est reproché d'appliquer le programme qui vous a valu d'arriver au pouvoir à l'issue d'élections parfaitement démocratiques, un programme volontariste qui vise notamment à protéger les Polonais des folles décisions prises par Bruxelles en matière d'immigration. Au lieu de faire appel à toujours plus d'immigrés pour relancer votre démographie, vous misez plutôt sur les familles polonaises que vous avez décidé d'aider, avec notamment votre mesure de 500 zlotys par enfant.

Après ce débat houleux, où l'on s'en est pris violemment à votre pays, je tenais pour ma part à vous remercier de nous montrer qu'une autre Europe est possible, une Europe des nations souveraines et des peuples libres qui refusent de renoncer à ce qu'ils sont. Je me réjouis de voir qu'avec vos voisins hongrois, tchèques et slovaques, vous êtes en train de former, à l'est de l'Europe, un bloc cohérent qui refuse le diktat euromondialiste. Alors, vive la Pologne, vive la Hongrie, vive les peuples libres et fiers de notre vieux continent!

Beata Szydło, premier Polski. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Bardzo dziękuję za wszystkie głosy. One są ważne, bardzo ważne i myślę, że we wszystkich tych głosach pojawia się rzecz podstawowa, która powinna się pojawić się na tej sali – troska o Unię Europejską, o jej przyszłość, o jej kształt. Polska chce, żeby Unia Europejska była stabilna, Polska chce, by Unia Europejska nie była wstrząsana różnego rodzaju kryzysami. Polska nie wywołuje tych kryzysów, ale Polska chce aktywnie uczestniczyć w takim prowadzeniu polityki europejskiej, które pozwoli nam tego uniknąć.

Dziękuję za wszystkie głosy krytyczne, za wszystkie głosy, czyli również te, które wyrażały wsparcie dla mojej ojczyzny i rządu. Dla nas to jest bardzo ważne. Przyjechałam do Państwa, żeby podzielić się informacjami i mam wrażenie, tak starałam się przynajmniej wykorzystać te swoje pierwsze wystąpienia, by podać szczegółowe fakty dotyczące dwóch kwestii, które dla wielu z Państwa są wątpliwe, czyli kwestii Trybunału Konstytucyjnego i kwestii ustawy medialnej.

Przyznam też szczerze, że myślałam, iż w Państwa wystąpieniach pojawią się szczegółowe pytania odnoszące się do tych spraw, ale tak naprawdę tych pytań nie było wiele. Mogę sądzić, że wynika to z tego powodu, że po prostu nie ma problemu, więc Państwo nie macie o co pytać, a nasza dyskusja jest dla nas wszystkich kłopotem, co również zostało tu wskazane przez Pana profesora Legutkę. Jest kłopotem, z którym ja też mam kłopot ze względu na to, że nie zgadzam się, by Komisja Europejska zastosowała w stosunku do Polski taką decyzję, jaką podjęto. Ale jestem otwarta na informowanie, uważam, że wartością nadrzędną jest przyszłość Unii Europejskiej i wszyscy jako członkowie tego wspianego gremium powinniśmy się troszczyć, aby instytucje, które tworzą Unię Europejską, pracowały jak najlepiej, a przede wszystkim musimy bardzo odważnie dyskutować o ich kompetencjach.

Dlatego jestem gotowa wszystkich informacji udzielać, tak jak zrobiłam to wcześniej. Jeszcze, jeżeli Państwo pozwolicie, powtórzę pewne ważne fakty, które wydaje mi się być może umknęły Państwu w mojej wcześniejszej wypowiedzi.

Uważam, że Polska nie zasługuje na to, żeby w tej chwili być ocenianą przez Komisję Europejską, bo w Polsce nie są łamane ani prawa człowieka, ani zasady demokratycznego państwa prawa, a wszystkie sprawy, które w tej chwili w Polsce są realizowane, są realizowane zgodnie z konstytucją, z ustawami i traktatami Unii Europejskiej. Jesteśmy suwerennym państwem, jesteśmy wolnym narodem. Dodam taką dygresję, że w polskim parlamencie na trybunach można klaskać czy wyrażać swoje zadowolenie bądź nie, więc tym się różnimy, ale to jest poczucie wolności, głębokie poczucie wolności polskiego narodu. W polskim parlamencie publiczność również może odzywać się i może swoje emocje wyrażać.

Kochamy naszą wolność, staramy się tej wolności strzec jak żrenicy oka, bo zbyt wiele za tę wolność zapłaciliśmy. Nauczyła nas nasza historia, o której tutaj też była mowa, że polskie sprawy powinniśmy załatwiać w naszym polskim domu, bo ilekroć załatwiali je za nas inni, wychodziliśmy na tym bardzo źle. I to jest moja troska, żebyśmy nie przynosili tu spraw, co do których nie twierdzę, że nie ma pomiędzy nami sporu politycznego, bo przecież spór polityczny jest podstawą debaty demokratycznej, jest podstawą demokracji, ale toczmy ten spór tam, gdzie jest na to miejsce – w polskim parlamencie. Toczmy ten spór tam, gdzie jest na to miejsce. Najlepszym dowodem na to, że państwo polskie jest państwem demokratycznym jest to, że również przybywający tutaj w tej chwili w Parlamencie Europejskim w czasie tej debaty polscy obywatele mogą bez przeszkód wyrażać swoje niezadowolenie z działań rządu w czasie manifestacji, które były organizowane, nikt im w tym nie przeszkadzał. Polska jest demokratycznym państwem. Ja przyjeżdżam dzisiaj do Państwa jako premier demokratycznego państwa zatroskany o to, byśmy wspólnie wypracowali model naszego funkcjonowania w Unii Europejskiej i byśmy nie musieli toczyć takich debat, które moim zdaniem nie mają w tej chwili podstaw do tego, by je toczyć.

Przyjeżdżam tutaj również, proszę Państwa, bo mam głębokie poczucie odpowiedzialności nie tylko za to, co dzieje się w Polsce, ale mam głębokie poczucie odpowiedzialności za to, co dzieje się w Europie. Mówicie Państwo o migracji – to jest poważny problem – i Państwo o tym doskonale wiecie. Polska przyjęła około miliona uchodźców z Ukrainy, ludzi, którym nikt nie chciał pomóc, oni są dzisiaj u nas i pomagamy im, o tym też trzeba rozmawiać, ale Polska i polski rząd, bo szanujemy państwo prawa i szanujemy decyzje podjęte przez rząd poprzedni, jest gotowa uczestniczyć w tym dalej. Uczestniczymy w dyskusji i w procesie, który w tej chwili wypracowuje Unia Europejska w sprawie migracji. Potrafimy sobie z tym poradzić, musimy sobie wszyscy Państwo na to odpowiedzieć, i my i wy, a szczególnie tutaj, w tym miejscu, w Parlamencie Europejskim, bo tego oczekują dzisiaj od was obywatele Europy zatroskani o swoje bezpieczeństwo. Pracujmy nad tym – to jest bardzo ważne, to jest wielkie wyzwanie dla Europy. Ja nie chcę żeby w moim kraju, Polsce, ludzie się bali, żeby narastały obawy antyeuropejskie. Zróbmy wszystko, by Europa rozwijała się w spokoju i by była wspólnotą suwerennych, równych, sprawiedliwie rządzonych państw.

Polski rząd nie zrezygnuje z programu, do którego zobowiązaliśmy się wobec wyborców. Były demokratyczne wybory, Polacy wybrali właśnie taki program, wybrali właśnie nas. Wygraliśmy wybory, ale wygraliśmy je dlatego, że tak zdecydowali Polacy, i będziemy realizować ten program, na który Polacy czekają, bo bardzo często mają niestety poczucie tego, że nie było do tej pory wystarczającej sprawiedliwości dla wszystkich obywateli. My chcemy Polski sprawiedliwej, uczciwej i równo rządzonej dla wszystkich, Polski równych szans, Polski rozwoju. Dla nas, dla Polaków bardzo ważne jest to, by mierzyć się z tymi najlepiej rozwijającymi się państwami Europy. Chcemy, żeby takie same szanse miały wszystkie państwa Europy Środkowo-Wschodniej. Jesteśmy młodymi członkami Unii Europejskiej, weszliśmy do Unii Europejskiej z bagażem naszej historii, my wszyscy z Europy Środkowo-Wschodniej, ale przyszliśmy z ogromną nadzieją. Przyszliśmy do Europy, która dla nas była marzeniem, była wielkim wyobrażeniem o wolności, uczciwości i równości – i chcemy w takiej Europie być. Nie jest nam łatwo, mamy wiele trudności, musimy pokonać jeszcze wiele barier, ale chcemy to robić, jesteśmy zdeterminowani.

Polsce potrzebna jest dzisiaj ciężka praca nad uzdrowieniem państwa, które musi dawać ochronę słabszym i nie bać się silnych. To powiedział zmarły tragicznie lider naszego środowiska, prezydent Lech Kaczyński. W ten sposób definiował wyzwania stojące przed Polską. Te wyzwania ciągle są aktualne i przed nami, a święty Jan Paweł II, wielki Polak, wielki Europejczyk, powiedział „nie lękajcie się”. Nie lękajmy się, Szanowni Państwo, budować równej, sprawiedliwej Europy. Zróbmy to wspólnie, razem. Uczynmy wszystko, żeby każdy Europejczyk miał poczucie tego, że ma równe szanse i jest równo traktowany. Polska nie zasługuje dzisiaj na to, by być na cenzurowanym.

Jeszcze raz przypomnę, że w przypadku Trybunału Konstytucyjnego – musieliśmy zmienić ustawę, ponieważ poprzedni rząd w czerwcu 2015 roku skierował dalej projekt ustawy, tj. przyspieszył prace nad projektem ustawy, który, co ciekawsze, został złożony w 2013 roku, ale przez dwa lata nic nie zrobiono, dopiero po wyborach przegranych przez poprzedniego prezydenta procedurę przyspieszono. Złamano konstytucję, co orzekł Trybunał Konstytucyjny. My chcemy doprowadzić do tego, żeby były równe prawa, żeby opozycja miała większość w Trybunale Konstytucyjnym – taka jest nasza propozycja.

Mówicie Państwo o mediach – przecież takie zasady, na jakich budujemy w tej chwili media w Polsce, są chociażby we Włoszech i w innych państwach europejskich. Wiecie to Państwo, bo to u Was w domu tak się dzieje, że nie robimy niczego, czego nie ma w innych państwach europejskich. Możemy dzisiaj dyskutować o wielu kwestiach, które są ważne, ale wydaje mi się, że – powiem to jeszcze raz – mamy problem z tą debatą, bo tak samo wyraził obawy i miał wątpliwości co do tych nowych ram określonych przez Komisję Europejską rząd polski w 2014 r., kierowany przez obecnego przewodniczącego Donalda Tuska, który był wtedy premierem, i polski rząd w swojej opinii stwierdził, opierając się również na opiniach polskich analityków, polskich prawników, ale przede wszystkim na służbach prawnych Rady Europejskiej, że te nowe ramy instytucjonalne, wcześniej zaprezentowane przez służby europejskie, są dla polskiego rządu nie do przyjęcia. Mamy z tym problem, proszę Państwa, i musimy go rozwiązać.

Mogę mieć dzisiaj poczucie niesprawiedliwości, że to Polska jest poddana temu eksperymentowi, ale jestem tutaj i uważam, że moim obowiązkiem w stosunku do Polski, do polskiego państwa, którym mam zaszczyt kierować, ale również w stosunku do Parlamentu Europejskiego, do Komisji Europejskiej, jest przyjechać tutaj i rzeczowo wyjaśnić, jak idą sprawy w Polsce, bo to jest potrzebne dziś nam wszystkim, ale przede wszystkim jest to potrzebne do budowania autorytetu Unii Europejskiej i instytucji europejskich.

(oklaski)

Der Präsident. – Wir kommen jetzt zu einer abschließenden Runde der Sprecher, die jeweils eine Minute Redezeit haben.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Szanowny Panie Przewodniczący! Z przyjemnością zauważam, że pan González Pons powiedział: „nie ma innego imperium w Europie jak tylko imperium prawa”. Nawet pani Zimmer powiedziała: „nie chodzi o demokrację, ale o przestrzeganie prawa”. I słusznie. Albo mamy demokrację, albo mamy praworządność, bo często bywa tak, że prawo domaga się jednego, a większość domaga się czegoś innego i trzeba dokonać wyboru. Mówiłem o tym setki razy, kilka razy w tym parlamencie. W Polsce mamy doskonałą ilustrację. Gdy ktoś podnosił, że zmiany w Trybunale Konstytucyjnym są sprzeczne z prawem, działacze PiS mówili: no to co, my jesteśmy wybrani demokratycznie, a sędziowie nie są.

Jestem za praworządnością, za niezależnością sądów, ale czy wiecie Państwo, że za poprzedniej władzy, przewodniczący owego Trybunału pisał pismo do premiera, czy wolno uznać ustawy za sprzeczne z konstytucją. I był to wymóg prawny. Jednak by rządziło prawo, musi ono być jasne i zrozumiałe. Niestety w Polsce pod okupacją Unii Europejskiej prawo stało się całkowicie niejasne i niezrozumiałe, a poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Michał Marusik, w imieniu grupy ENF. – Panie Przewodniczący! Na rozważanie politycznych czy prawnych dylematów Polski zdecydowanie nie tutaj jest miejsce. Te dylematy rozważane były, są i będą w ramach instytucji państwa polskiego, więc proszę Państwa, więcej spokoju, więcej radości, więcej optymizmu, więcej wiary w Europę. Nie takie potęgi już przeszły do historii. Było wielkie, wieczne Cesarstwo Rzymskie, był wielki Związek Radziecki i nie ma ich, a Azja istnieje. Jeżeli nawet Unia Europejska przejdzie do podręczników historii, to Europa będzie istnieć. To jest w końcu kilkadziesiąt narodów, które jednego tylko pragną: wolności i sprawiedliwości, więc proszę Państwa, dajmy spokój tym naszym śmiesznym sporom i pomyślmy o Europie. Jeżeli tu jest ktoś, komu zależy na pomyślności Europy, to niech się zastanowi, co zrobić, żeby się nie mieszać do każdego kraju, nie mieszać się do każdej branży, do każdej firmy, nie mieszać się do każdej rodziny, w końcu nie mieszać się do spraw każdego człowieka. Niech ludzie żyją życiem wolnym i dostatnim. Niech Europa będzie Europą narodów, wolności i sprawiedliwości. Dziękuję! Wierzymy w Europę!

A jeżeli można jeszcze słów więcej, bo widzę, że czas mi się nie skończył, to proszę Państwa, cieszę się ogromnie, że ta debata sprowokowała zdroworozsądkowe myślenie na tej sali, bo my byliśmy zasklepieni we własnych sporach, które są oderwane od rzeczywistości, jaka kształtuje byt wokół nas i w całej Europie i w naszych krajach, z których tutaj przyjechaliliśmy, więc jeżeli ten zdrowy rozsądek zwycięży i ta debata zacznie być toczona wokół realiów, problemów Europy, to na pewno będziemy narodami uśmiechniętymi, zadowolonymi, rozwijającymi się, bezpiecznymi.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz, w imieniu grupy EFDD. – Pani Premier! Szanowni Państwo! W Polsce sytuacja jest normalna i mówię to jako przedstawiciel opozycji. Demokracja parlamentarna działa, muszę powiedzieć „niestety”, podpisując się pod tym, co obaj moi przedmówcy powiedzieli. Dzisiejsza debata dotyczy przede wszystkim granic kompetencji Komisji Europejskiej i instytucji europejskich. Mamy do czynienia z ciągłym przesuwaniem tych granic, z dokładaniem kolejnych kompetencji, które nie mają swojego uzasadnienia w prawie unijnym. Komisja Europejska kreuje się na jakiś super rząd, szefa wszystkich szefów, nadzorcę rządów narodowych.

Trzeba to jasno powiedzieć: nie ma zgody na ingerencję Komisji Europejskiej w wewnętrzne sprawy suwerennych państw narodowych. Dobre rady polityków niemieckich czy belgijskich zatrzymajcie dla siebie. Zajmijcie się swoimi problemami, bezrobociem niszczącym wasze społeczeństwa, imigrantami, którzy niszczą wasze kultury i poniżają wasze kobiety, kryzysem ekonomicznym spowodowanym przez głupotę waszych polityków.

Szanowna Pani Premier! Proszę przyjąć gratulacje za Pani dzisiejsze wystąpienia. Jestem przekonany, że przyszłość Polski leży tylko w rękach Polaków i od nas jest zależna. Wszystkiego najlepszego!

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Premierministerin! Ich war mit vielen polnischen Kollegen im Winter 2013/2014 immer wieder auf dem Maidan in Kiew.

Darunter waren auch viele Kollegen von Ihrer Partei. Diese Kollegen haben sich sehr für die Rechtsstaatlichkeit, den Weg der Ukraine in Richtung Westen, und auf jeden Fall gegen einen wachsenden und rückkehrenden autoritären Einfluss des Kreml und Präsident Putins – nicht nur in der Ukraine –, sondern auch in der Europäischen Union, eingesetzt.

Ich muss Ihnen sagen, was mir in Ihrer Reaktion in dieser Debatte wirklich wehtut, ist, dass Sie Abgeordneten applaudieren, die offensiv auf die Zerstörung der Europäischen Union hinarbeiten und die dafür von Präsident Putin finanziert werden. Sie sollten sich überlegen, in welcher Allianz Sie da sind, und das sollte auch in Polen diskutiert werden.

Ich möchte zu der allgemeinen Einordnung unserer Diskussion sagen, dass wir meiner Ansicht nach wieder an einem Punkt sind, an dem wir verstehen müssen, dass wir die unbequeme Auseinandersetzung um Normen der Rechtsstaatlichkeit, um demokratische Regeln, Dinge, die nicht einheitlich in europäisches Recht gesetzt sind, dringend führen müssen. Denn hinter der jetzigen Debatte um Rechtsstaatlichkeit in Polen schwingt ja tatsächlich auch die Diskussion darüber, was uns zusammenhält, warum wir einfach nicht mehr positiv definiert kriegten, was unsere europäische Identität ist. Warum driften Leute und Staaten auch nach Wahlen davon weg?

Das ist das, was die Europäische Union in Sachen Polen leisten muss. Weil ich die Zivilgesellschaft gut kennengelernt habe, habe ich größtes Vertrauen, dass die polnische Gesellschaft nicht zulassen wird, dass dieses Land wieder autoritär regiert wird.

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Premierministerin! Ich mache mir die ganze Zeit Gedanken darüber, warum ich das Gefühl habe, dass nicht das auf den Tisch gepackt worden ist, was tatsächlich hätte benannt werden müssen. Und ich sage wie Rebecca Harms auch: Mich hat es ebenfalls sehr irritiert, dass Sie gerade bei den Äußerungen, bei denen es um den Zustand der Europäischen Union ging – auch den Forderungen, die Union möge zerstört werden –, offenkundig etwas suggeriert haben oder von sich gezeigt haben, was nicht zu Ihren Äußerungen von vorhin passt.

Sie haben vorhin erklärt, Sie sind Europäer, Ihre Partei, Ihre Regierung, wir sind Europäer, wir wollen Champion sein, wir wollen ganz vorne stehen. Aber doch nicht, indem es wieder einen Rückzug ins Nationale gibt! Das, was wir in der Europäischen Union brauchen, ist tatsächlich eine Korrektur, es ist tatsächlich eine grundlegende Reform. Was wir brauchen, ist, dass auf der Basis der Grundrechte die Europäische Union wieder zu sich findet, dass die Bürger und Bürgerinnen, die Menschen, die in unseren Mitgliedstaaten leben, die Europäische Union für sich als einen Mehrwert begreifen, etwas, wofür sie streiten wollen, weil das eben die Alternative zum nationalen Gegeneinander ist, auch zu einer Wiederkehr von Kriegen und von Auseinandersetzungen, wie wir sie in der Vergangenheit hatten, dass wir alle in Würde leben können.

Genau deshalb habe ich eigentlich die Hoffnung gehabt, von Ihnen ein Signal zu bekommen, dass Polen sich auch bewusst als eine Brücke zwischen West- und Osteuropa versteht. Wir wissen sehr wohl, oder zumindest ein Teil der Abgeordneten weiß sehr wohl um die Probleme in vielen ost- und mitteleuropäischen Staaten. Wir wissen es. Wir wissen, dass da vieles zu klären und aufzuarbeiten und neu zu ordnen ist. Aber genau da wäre Ihre Funktion. Das ist meine Bitte: Ziehen Sie sich nicht zurück, applaudieren Sie nicht diesen Herren! Das sind die Falschen, davon haben Sie bestimmt keinen Mehrwert für Polen.

Guy Verhofstadt, on behalf of the ALDE Group. – Thank you Mr President. I have to tell you, Prime Minister, that I admire you in a certain sense, because after a few weeks you are already using all the tricks of a Prime Minister in office, for example by saying: ‘Yes, I am here to respond to your questions’, and nobody had real remarks on what is happening. I think the Commission and I myself have described what the problem is, and what the problem is with this change in the Constitutional Court. Let me explain it again, because maybe the interpretation was not good into Polish.

The system is simple: you have nominated three, out of five in total, new judges to the Constitutional Court, and these three with new rules you have made – you have given a right of veto to three PiS Members. That is what you are doing. Three members of your party can block any decision in the Constitutional Court based on the new rules you have made.

That is what is happening, and you do not respond to this? You find it very normal that this is happening, and the only argument you have is to say, and this is also what Mr Legutko is saying, ‘Yes, but the Platforma made mistakes’. That is true, the Platforma did make mistakes, but you were elected, you received the victory to do better than Platforma, not to make the same mistakes as Platforma. That is democracy and you do exactly the same things Mr Legutko is referring to: ‘They did things that we did not like, a one-party state, and now it is our turn to make a one-party state for the coming years’.

So, I have only one question for you, and I think you can respond to this at least, as Prime Minister. If the Venice Commission gives a negative opinion, will you follow that opinion of the Venice Commission?

Ryszard Antoni Legutko, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! My mamy dwóch podstawowych wrogów. Jednym wrogiem jest niewiedza, a drugim wrogiem są uprzedzenia. Z uprzedzeniami bardzo trudno walczyć nawet przy pomocy arytmetyki, bo to nie jest tak, że jeżeli mamy Trybunał Konstytucyjny o proporcjach dziewięć do sześciu i ma on obradować w pewnym składzie oraz obowiązuje konstytucyjna większość, to taki Trybunał jest zablokowany. To jest jakiś kompletny nonsens. To po prostu jest absurd, który nie zasługuje na to, żeby odpowiadać. Nie ma niczego złego w takiej konstrukcji i żeby pan nie wiem jak arytmetycznie to obracał, to i tak pan tego nie udowodni, bo jest to całkowicie racjonalna i normalna konstrukcja.

I pytanie jest również takie: czy ten Trybunał, który jest bardziej reprezentatywny i nie pozwala na arbitralne decydowanie poprzez pięciu sędziów, jak było poprzednio, czy to jest Trybunał lepszy, czy gorszy? Otóż jest to Trybunał lepszy z punktu widzenia standardów i nie ma argumentu, który jest w stanie to podważyć. To jest Trybunał po prostu lepszy. Proszę Państwa, chętnie usłyszę argument podważający to, bo ja takiego nie znam. Może gdzieś jest, ale ja go nie znam.

I sprawa mediów: czy teraz mamy media lepsze czy gorsze? Czy mamy jedną narrację, tak jak do tej pory, czy mamy wiele narracji? Otóż mamy wiele narracji, teraz mamy wiele narracji. A co z tymi dziennikarzami, którzy zostali wyrzuceni osiem lat temu? Oni wracają. Czy to znaczy, że nie trzeba ich przyjmować, bo znowu ma być jedna narracja? Nie, nie ma jednej narracji, i tyle.

Enrique Guerrero Salom, en nombre del Grupo S&D. – Señor Presidente, señora Primera Ministra, en el debate que acabamos de celebrar hay tres líneas que yo creo que son claramente identificables. En primer lugar, un homenaje bastante general al papel que ha jugado Polonia en la defensa de su soberanía a lo largo de la historia, un reconocimiento a lo que ha hecho Polonia por la recuperación de la democracia en Europa, pero al mismo tiempo una preocupación clara por las decisiones que está tomando su Gobierno en lo que se refiere a los medios de comunicación y al Tribunal Constitucional.

Todo el mundo ha reconocido que usted tiene la legitimidad electoral suficiente para llevar a cabo su programa de gobierno. No hay ningún problema con eso. Simplemente que la mayoría democrática no justifica eludir los valores democráticos, no justifica no proteger el pluralismo, y el pluralismo se defiende en el control al gobierno y en la libertad de los medios de comunicación.

Varios de los intervinientes han exteriorizado: «Yo soy polaco». Algunos tengo que decirle que eran «amistades peligrosas», pero yo voy a retomar también esa expresión: voy a considerarme polaco, pero de todos los polacos, del 50 % que ha ido a votar y del 50 % que no ha ido a votar y que por no votar no ha perdido sus derechos. Y de quienes han ido a votar, del 38 % que le ha dado la legitimidad para gobernar y del 62 % que no la ha apoyado.

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Primera Ministra, quiero agradecerle el tono y quiero agradecerle su presencia en este largo debate en el Parlamento Europeo. Me gustaría que la manera como ha hablado usted aquí, tan favorablemente, de la Unión Europea sea también seguida por su partido en Polonia y que ese discurso tan europeísta que usted tiene cuando viene al Parlamento Europeo lo tenga también su partido cuando estamos en Polonia.

No me ha tranquilizado escucharle decir que el Tribunal Constitucional es un órgano político, porque los tribunales constitucionales políticos no sirven para nada. De los que nos podemos fiar es de los tribunales constitucionales jurídicos. Tampoco me ha tranquilizado, en absoluto, que usted diga que el Gobierno es el que va a garantizar la objetividad de los medios de comunicación. Cuando escucho a un Gobierno decir que va a garantizar la objetividad de los medios de comunicación siempre imagino a la zorra poniendo orden entre las gallinas. El Gobierno es el último que debe tratar de garantizar la objetividad de los medios de comunicación si es que queremos que los medios de comunicación sean libres.

Le repito lo que he dicho antes: no se trata de la ley. Usted está legitimada para cambiarla. Se trata de los valores; esos no puede cambiarlos nadie. No se trata de Polonia; se trata del Gobierno polaco. Confundir un gobierno con una nación es uno de los ejercicios más peligrosos que se pueden hacer en política. No se trata de la soberanía; se trata del Estado de Derecho. No se trata de la política; se trata de la libertad. Como decía Manfred Weber, se trata de la unidad y no de la división. Y yo también voy a terminar como lo ha hecho Enrique Guerrero. Algunos que no le convienen nada como compañía se han proclamado hoy polacos. Todos los europeos nos podemos proclamar polacos, porque somos europeos. Y le voy a decir más: estamos orgullosos por ser europeos de ser polacos. Solo le pedimos, ya que usted ha ganado las elecciones, que nos lo ponga fácil.

Beata Szydło, *premier Polski*. – Opinia Komisji Weneckiej – czekamy na nią wciąż. Ja chcę przypomnieć Państwu to, o czym już mówiłam: polski rząd sam wystąpił do Komisji Weneckiej o opinię. Nie musiał nas do tego nikt zachęcać. Będziemy się jej oczywiście wnikliwie przyglądać, czekamy na nią. Uważam, że dużo łatwiej byłoby nam również użyć argumentów, aby nie toczyć dzisiaj tej debaty o Polsce, gdybyśmy tę opinię już mieli, bo wierzę głęboko, że będzie to opinia obiektywnie pokazująca, że sytuacja prawna Trybunału Konstytucyjnego w Polsce jest doskonała.

My nie zmieniliśmy zasad wyboru Trybunału Konstytucyjnego. Poprzedni parlament również wybierał Trybunał Konstytucyjny: dwie trzecie spośród piętnastu to dziesięć – trudno, żeby dziesięciu zablokowało grono piętnastu. Myślę, że to jasne.

Ja przedstawiam Państwu argumenty, chcę je przedstawiać, choć uważam – i jeszcze raz to podkreślę – uważam, że ta debata jest zupełnie niepotrzebna. Ale jestem tutaj, bo szanuję to, że Parlament Europejski z troską i – mam nadzieję – obiektywnie chce pochylić się nad tym problemem.

Szanowni Państwo! Nie będę odnosić się do wypowiedzi, które uważam za obraźliwe i które moim zdaniem nie powinny paść w tej Izbie. Takie jest moje poczucie godności obywatela Unii Europejskiej. My nie jesteśmy partią nacjonalistyczną i takie sformułowania uważam za obraźliwe. Nie będę ich komentować. Ale, drodzy Państwo, powiem jeszcze raz: rząd polski został wybrany w demokratycznych wyborach przez polskich obywateli i rząd polski kieruje dzisiaj polskim państwem z nadania, z mandatu suwerena, czyli obywateli. I to nie jest tak, że rząd polski jest czymś innym niż Polska, niż nasza ojczyzna.

Takie są demokratyczne wybory również w Państwa krajach. Nie wyobrażam sobie, żebym ja powiedziała, że nie szanuję rządu hiszpańskiego czy holenderskiego, ale szanuję Holandię czy Hiszpanię. Nie! Szanuję rząd narodu, który ja szanuję i państwa, które szanuję. Mogę się z Państwem nie zgadzać, takie jest nasze prawo. To jest właśnie fundament i podwalina Europy, że są różne zdania, mamy różne opinie, bardzo często się nie zgadzamy, ale dyskutujemy. I to jest ta wielka wartość, która dla mnie, dla moich obywateli, dla naszych obywateli, dla Polski jest niezwykle istotna. Bo my, Szanowni Państwo, przez dziesiątki lat nie mieliśmy prawa do dyskusowania.

Mówicie Państwo o sprawiedliwości i równości, bardzo się z tego cieszę. Wierzę, że Unia Europejska z troską pochyli się nad sprawami polskiej gospodarki. Była tu mowa o Śląsku. Ja mieszkam niedaleko Śląska, właściwie mogę powiedzieć, że czuję się bardzo silnie związana z tą ziemią, jestem z Małopolski, ale mieszkam na granicy Śląska i Małopolski. Śląsk to wspaniały region, Ślązacy to wspaniali ludzie, ale Śląsk potrzebuje dzisiaj pomocy Unii Europejskiej. Bądźcie Państwo solidarni ze Śląskiem, pomóżcie polskim kopalniom. To jest dla nas wielki problem.

Ślązacy dzisiaj pytają mnie tak: czy Unia Europejska pochyli się nad naszymi problemami, czy dostrzeże to, że my potrzebujemy dzisiaj tej pomocy, czy zostawi nas tak, jak kiedyś zostawiła polskie stocznie? Proszę wybaczyć, ale takie pytania i takie rozgoryczenie też jest w Polsce. My tłumaczymy, rozmawiamy i chcemy, żeby Polacy przede wszystkim mieli poczucie, że Unia Europejska jest z nimi zawsze wtedy, kiedy potrzebują tej pomocy. I dlatego ja dzisiaj też tutaj jestem, bo wierzę w Unię Europejską, wierzę w Europę, wierzę w społeczeństwo obywatelskie, o którym Państwo tutaj tak dużo mówicie. I muszę powiedzieć, że w moim rządzie został powołany pełnomocnik do spraw społeczeństwa obywatelskiego, bo bardzo poważnie traktujemy tę kwestię. Mamy pełnomocnika do spraw społeczeństwa obywatelskiego (w poprzednim rządzie tego nie było), i wierzę głęboko, że dobry przykład płynący z Polski, również w budowaniu społeczeństwa obywatelskiego – a mamy wspaniałe przykłady z naszej historii, mamy zryw Solidarności, mamy to wszystko, co Polska wniosła do Europy – że to jest fundament, na którym będziemy mogli budować wspólną Europę równych, suwerennych państw. Pozwólcie nam Państwo, zgodnie z wolą polskich obywateli, zrealizować nasz program, pozwólcie nam rządzić, pozwólcie nam pokazać, że Polska jest państwem, które bardzo poważnie traktuje prawo, konstytucję, które bardzo poważnie traktuje Unię Europejską.

Ja jestem Europejką, jestem z tego dumna, ale przede wszystkim jestem Polką i jestem z tego dumna.

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, there must be a problem of translation, because the speech was delivered in Polish and I naturally followed in English; my Polish is very bad. Did you say you would now follow the Venice Commission opinion or not? Yes or no; that I understand in Polish. Yes or no?

Beata Szydło, premier Polski. – Ja nie mam kłopotu z tłumaczeniem. Ja rozumiem, że Pan jest dociekliwy, bo chce Pan bardzo dobrze poznać polskie sprawy, i dziękuję Panu Przewodniczącemu, że łamiemy zdaje się troszeczkę tryb postępowania, ale bardzo się cieszę, bo przyjeżdżając tutaj przejechałam sporo kilometrów, setki kilometrów, żeby Państwu udzielić pełnej odpowiedzi i rozwiać wszelkie wątpliwości.

Nie mam kłopotów ze zrozumieniem Państwa. Mam wrażenie, że być może to my wzajemnie musimy się słuchać, słyszeć, co mówimy do siebie i chcieć się zrozumieć. Najgorsze jest budowanie opinii opartej o stereotypy, a nie o fakty, więc rozmawiamy o faktach. Tej opinii jeszcze nie ma. Na pewno ta opinia, na którą czekamy, jeżeli zostanie wydana, będzie przez nas bardzo wnikliwie rozpatrzona.

Der Präsident. – Okay, aber Herr Kollege Verhofstadt: Auch mit der Antwort müssen Sie fertig werden, da müssen Sie jetzt durch. Das ist hart für Sie, aber damit müssen Sie jetzt fertig werden.

Bert Koenders, President-in-Office of the Council. – Mr President, this was a very important but also sensitive debate. I think it was very clear from the exchanges we have heard, also in the last minute. But I nevertheless think it was a very important debate. All of us, all of you, have spoken on the importance of the rule of law as a founding stone for our cooperation, with very, very few exceptions, if any.

First of all, that is a positive sign, but we all realise when we talk about the rule of law it obviously becomes very quickly not only a legal issue, but also a political issue, and that is understandable. It is an issue about sovereignty issues, about institutional balances, about political choices. Yes, the debate on the rule of law is therefore intrinsically also political and it is therefore important that you discuss it here today in the Parliament.

All of you have made clear that nobody is holy. We have to exclude double standards. We have a task in front of all of us. It is not just finger-pointing, it is ensuring that all of us in a very difficult time of the European Union look at our own foundations for the rule of law.

I speak here on behalf of the Council of Ministers. We have not met on this yet, but I have tried to assure you that on the side of the Council, the rule of law is key and we have agreed on a few areas. One is the issue of the new mechanism that the Commission and the Council have established. It is an annual dialogue on the rule of law, and the Commission adopted a Rule of Law Framework in March 2014. It is important to work now with this new mechanism and a question was raised to me, to what extent we would go in a strengthened or other mechanism. I have not seen an approved proposal yet from the side of the European Parliament; we will obviously have to look at it if that comes.

We have a mechanism right now, and you see that it is important to start working on it with full respect and dialogue between all of us from the different institutions. In that sense, I would say on behalf of the Presidency that we are committed, as you know, to assuring the respect for the core values of our Union. The Commission is currently making an analysis of the facts, it is in constant dialogue with the Polish Government, and it plays in that sense a vital role in monitoring developments in the fields across the Union, especially in its role as guardian of the Treaty. You know where the Presidency stands and you know where the Commission stands, and it was very important that you had the opportunity to talk to the Polish Prime Minister, who has gone out of her way to stand before you today and answer your questions and listen to your comments.

I have gathered from the spirit of discussion, which is sometimes sensitive, first of all that there is a need for dialogue: that everybody agrees to. A serious dialogue. Secondly, that there is – as I have heard from all sides – a need to look at the facts in an objective way and, as was mentioned by the Commissioner, in a spirit of cooperation. On that basis, it was important that the Venice Commission was mentioned. From our side, you may rest assured that the Presidency will follow this process closely, and you may rest assured that with all our collective efforts – all our critical appraisals, letters, debates and articles – in Europe we will continue to foster and strive for the rule of law. Because, ultimately, only in such a vibrant society can there be a rule of law. If one thing has become abundantly clear here in this lively debate today, politically speaking, the rule of law is colour-blind.

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, Frau Premierministerin, meine Damen und Herren Abgeordnete! In der Europäischen Union kommt den Medien eine eigenständige Bedeutung zu.

Die Unabhängigkeit der Medien ist ein hohes Gut und die Vielfalt der Medien ist ebenso ein hohes Gut. Deswegen hat die Kommission bei Beschwerden und Anfragen nicht nur das Recht, sie hat die Pflicht zu prüfen, ob Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien in Europa gefährdet oder gewahrt und gestärkt sind. Nicht weniger und nicht mehr haben wir zu tun.

In dem neuen kleinen polnischen Mediengesetz geht es um drei Gremien. Es geht um den Vorstand, es geht um den Aufsichtsrat von TVP und PR, also dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen und dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk von Polen. Es geht um den Aufsichtsrat für beide Unternehmen, und es geht um den Medienregulator.

Bisher wurde der Aufsichtsrat, der aus sieben Personen bestand, wie folgt zusammengesetzt: ein Vorschlag der Kulturminister, ein Vorschlag der Schatzminister, d. h. zwei von der Regierung, und fünf wurden in einem offenen Wettbewerbsverfahren vom Medienregulator festgelegt.

Durch die zum Jahreswechsel beschlossene Änderung ist neu, dass der Aufsichtsrat von sieben auf drei Mitglieder verkleinert wird und alle drei durch persönliche Entscheidung vom Schatzminister festgelegt werden.

Zweitens: der Vorstand. Der Vorstand kann in Zukunft ohne Angabe von Gründen und jederzeit berufen und abberufen werden. Diese Entscheidung trifft wiederum der Aufsichtsrat, der vom Staatsminister alleine bestimmt worden ist. In Zukunft kann das Statut von TVP und PR ohne Medienregulator und ohne Parlament geändert werden.

Wir machen uns also auch Gedanken, ob diese Entwicklung in der nicht die Vielfalt der Parteien, sondern die Regierung alleine näher an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk heranrückt, die Unabhängigkeit des Rundfunks gefährdet.

Die Frage prüfen wir. Wir sind dankbar, dass die Regierung uns dazu den Dialog zugesagt hat. Wir bieten auch an, diesen Dialog fortzuführen, wenn das große Mediengesetz wie angekündigt im Februar oder März vorgestellt werden soll.

Wir bitten darum, dass dann die Chance auf einen Dialog vor der Verabschiedung besteht. Wir fänden es besser, wenn rechtsstaatliche Fragen nicht rückwirkend geprüft werden müssen, sondern ein enger konstruktiver, beratender Dialog zwischen Kommission und Mitgliedstaat und dessen Regierung und Parlament vor der Verabschiedung geführt werden kann.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, there are so many things to which I could react today, but given the hour I will be very brief. There are three points. The first point is: after hearing all this discussion about sovereignty, I maintain that Poland is now more sovereign, more a master of its own destiny, than in the thousand years before it became a Member of the European Union. By pooling its sovereignty with other European nations, for the first time in its history Poland has borders that are no longer disputed by its neighbours. That is true sovereignty, Madam Prime Minister. That is a true achievement of all European nations, and Poland in the first place.

Secondly, all Members of the European Union have signed, of their own free will, and ratified through their national parliaments, European Treaties, thus entering into obligations as far as maintaining the rule of law is concerned. Not just that, but you are even allowing the way you maintain those obligations to be judged by the Court in Luxembourg, to be controlled by the Commission in Brussels, to be discussed in the European Parliament, and even to be challenged by other Member States of the European Union. So when there is an issue of the rule of law, there is no hiding behind national sovereignty, because you have agreed in the Treaty you have signed and ratified that these issues can be discussed at the European level. That is a fact, Mr Legutko – a man who loves facts so much. Let me give you some more facts about the issue at hand. And by the way, Mr Legutko, you have full right to your own opinions, but sadly not to have your own facts. Let me raise a few issues.

We have no objection, Madam Prime Minister, to the principle that the composition of the Constitutional Tribunal should be balanced. We also fully agree that the constitutional law and customs of Poland should be respected. But our concern that remains is that the Constitutional Tribunal has interpreted and applied these laws, yet these judgments are only partially being followed by you. I am not referring to the judgment you have been referring to all the time, which is the one of 3 December in which the Court said that the old parliament appointed too many judges. But there is also the judgment of 9 December, in which the Court invalidated a law of the new parliament because it had cancelled all the previous appointments, including those that the previous parliament had been fully entitled to make. Please, in our dialogue that we are going to continue, react to that point. And by the way, if you so cherish the opinion of the Venice Commission – and you have asked for it; I thought you did it because I suggested it, but apparently not – then why do you not wait with the implementation of the laws until the Venice Commission has time to give its opinion? Now you have just gone along with it, so the Venice Commission will have to come afterwards.

Well, the question remains of how Poland will solve these issues because only by solving these issues of the composition can the Tribunal again fully play its role as a rule of law safeguard. We also expect clarifications and the other reforms which have been adopted concerning the Constitutional Tribunal.

The rule of law, and especially – especially – the separation of powers is of concern to all of us. We have learned, through painful European history, that we need the tripod of democracy, respect for human rights, and respect for the rule of law. None of these can flourish without the other two. You can never use democracy as an argument against the rule of law. Nor can you use democracy as an argument against respect for human rights. We learned that through painful history, and Poland has always been the greatest victim of that painful history. And now we see a free, proud, independent Poland – not in spite of the European Union, but because of the European Union. That is why I believe in maintaining a constructive dialogue with the Polish Government, because I believe we can solve these issues in conformity with the rules that all Members of the European Union have adhered to.

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, ich muss Sie bitten, auch Sie, Frau Szydło, jetzt zum Abschluss dieser Diskussion zu kommen.

Sie haben jetzt erneut das Wort erbeten, Frau Ministerpräsidentin. Sie sind selbstverständlich unser Gast. Ich kann und möchte Ihnen dieses Recht nicht verwehren. Aber ich muss darauf hinweisen, dass ich anschließend wieder in eine Diskussion einsteigen müsste, was ich aber nach der Geschäftsordnung sozusagen nicht kann, weil wir die Debatte mit den Äußerungen von Herrn Timmermans abgeschlossen habe.

Ich gehe also davon aus, dass das, was Sie uns jetzt sagen, einen informativen Charakter hat. Es kann kein weiterer Debattenbeitrag sein, sonst müsste ich hier weiteren Kollegen das Wort geben.

Beata Szydło, premier Polski. – Bardzo dziękuję Panie Przewodniczący za to, że mogę jeszcze zabrać głos na koniec. Ja po prostu chciałam Państwu bardzo serdecznie podziękować, bo myślę, że to jest ważna debata dla nas wszystkich, na pewno dla Polski, ale myślę, że też dla Parlamentu Europejskiego, dla Państwa. Bardzo serdecznie dziękuję i jeszcze raz podkreślam, że Polska jest państwem prawa, demokratycznym państwem prawa, które przestrzega konstytucji i wszystkich ustaw, które są w Polsce obowiązujące i również przede wszystkim traktatów – jesteśmy członkiem Unii Europejskiej.

Bardzo serdecznie dziękuję za głosy. Wierzę w to głęboko, że ta informacja przeze mnie przekazana, na którą Państwo oczekiwaliście, pomoże Państwu wyrobić sobie opinię. Jestem oczywiście zawsze do Państwa dyspozycji.

Może jeszcze na koniec, Panie Przewodniczący, jeżeli Pan pozwoli, bo Pan Komisarz zadał pytanie, dlaczego nie czekaliśmy na opinię Komisji Weneckiej wprowadzając w życie ustawę o Trybunale Konstytucyjnym, która, jeszcze raz przypomnę, poprawiała ustawę, którą zakwestionował Trybunał, sam Trybunał Konstytucyjny. Nie czekaliśmy na opinię Komisji Weneckiej tak jak Państwo tutaj w Europarlamencie nie czekaliście na tę opinię, tylko zorganizowaliście dzisiejsze spotkanie i tak jak Komisja nie czekała na opinię Komisji Weneckiej, ale myślę, że wszyscy, Szanowni Państwo, powinniśmy mieć głębokie poczucie, że nasza dyskusja i nasz wspólny dialog zbliża nas wszystkich do tego, co najcenniejsze, i jaką wartością jest Unia Europejska.

Dziękuję Państwu serdecznie jeszcze raz za spotkanie!

(oklaski)

Der Präsident. – Frau Ministerpräsidentin! Vielen Dank für Ihre Intervention. Vielen Dank auch für den Dank, den Sie dem Europäischen Parlament abgestattet haben.

Ich möchte mich auch bei Ihnen bedanken, Frau Ministerpräsidentin. Die Tatsache, dass Sie hierhergekommen sind und sich dieser Debatte gestellt haben, ist ein gutes Zeichen. Das unterscheidet Sie von vielen derjenigen, die Ihnen hier Beifall geklatscht haben, die nämlich der Meinung sind, die Debatte hätte hier nichts zu suchen.

Deshalb danken wir Ihnen. Sie unterscheiden sich dadurch in wohlthuender Weise von vielen, die Ihnen Beifall geklatscht haben. Vielen Dank.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – La Commissione europea è pronta a sanzionare la Polonia per la nuova legge sui media appena varata. Bruxelles sta infatti pensando di attivare la procedura prevista dall'articolo 7 del trattato sull'Unione europea che prevede financo la sospensione del diritto di voto di uno Stato membro in seno al Consiglio nel caso di violazione grave e persistente dei valori sanciti all'articolo 2 dello stesso trattato.

Il nuovo governo polacco è stato accusato di attentare alla libertà dei media e al pluralismo informativo, perché la nuova legge, tra le altre cose, riserva al Ministero del Tesoro, e non più al Consiglio Nazionale Radiotelevisivo (l'equivalente di AGCOM), il potere di nomina e revoca dei vertici delle aziende radiotelevisive pubbliche. Situazione analoga con le norme approvate dal governo Renzi circa la governance della RAI, che concedono un potere senza precedenti al Presidente del Consiglio, in contrasto con quanto stabilito dalla Consulta nella Sentenza n. 225 del 1974. La Commissione europea, pertanto, fa bene a cercare di vederci chiaro nel caso della Polonia e ad eliminare ogni dubbio e lo stesso dovrebbe fare nei confronti dell'Italia: lo Stato di diritto, la libertà di espressione e il pluralismo informativo sono infatti troppo importanti per la democrazia.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I have been contacted by a significant number of people in Poland following their recent General Election result. The majority, but by no means all, suggest that there is no problem with democracy in Poland; indeed, that there were greater issues before the election of the current government. They assert that criticism of Poland in this regard is politically motivated. My position on this is clear: it is not for me, for MEPs, or the European Union, to intervene in Polish domestic politics. I am no expert on Polish domestic politics, I do not profess to be such, and it would be just as inappropriate for me to comment on the same as it would be for Polish politicians to interfere in the United Kingdom. This whole debate is therefore a nonsense and should not be taking place at all.

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – De ingrepen van de nieuwe Poolse regering zijn bijzonder verontrustend. De onafhankelijkheid van het grondwettelijk hof en van de openbare omroep zijn in het geding. Dat zijn fundamentele waarden van de Europese Unie, die verankerd zijn in artikel 2 van het Europees Verdrag.

Het is daarom essentieel dat de Europese Commissie een grondige doorlichting en overleg met de Poolse regering opstart om tot een oplossing te komen. De Commissie is hier, als hoedster van de Verdragen, het best geplaatst om op te treden via het mechanisme voor de rechtsstaat, dat hiervoor in 2014 in het leven werd geroepen.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – L'attaque contre la Pologne de la part de l'UE est une attaque inadmissible contre la démocratie et contre les peuples qui ont choisi le PiS (Parti Droit et Justice) pour les représenter. C'est un combat des technocrates bruxellois et des bien-pensants contre une nation libre et indépendante qui préserve ses valeurs avec convictions.

Le système européen est le coup d'État permanent. Quand on ne pense pas comme M^{me} Merkel et comme le système, on fait revoter ou bien comme ici, on accuse de délit de conservatisme humain, social et chrétien. Comme si l'UE devait abandonner toutes ses valeurs qui font son socle et son identité depuis des millénaires pour faire naître une Europe passoire et mondialisée soumise à l'austérité et aux diktats allemands!

La Pologne nous montre désormais qu'une autre Europe est possible, une Europe souveraine comme c'est le cas aussi en Hongrie, en République tchèque ou en Slovaquie. Je me réjouis que ce débat me permette de témoigner tout mon soutien à la Pologne, à son peuple et à ses dirigeants.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A baloldali és liberális frakciók újabb pártpolitikai akciója gyengíti az európai egységet, ami pedig a valóban fontos válságok kezelésének feltétele. A közleműltban megtartott szabad és demokratikus lengyelországi választásokon többséget szerzett kormánynak joga van a baloldali és liberális politikai dogmákat figyelmen kívül hagyva politizálni. Egy-egy tagállam demokratikus döntését nem lehet felülírni sem Brüsszelben, sem Strasbourghban. Európa előtt sürgős, az egész integráció jövőjét meghatározó kihívások állnak. A migrációs válság közel sem ért véget, a terrorveszély növekszik, európai megoldás pedig továbbra sem körvonalazódik; az Egyesült Királyság az Unióból való kilépést fontolgatja; a görög gazdasági válság továbbra is kockázatot jelent az egész európai gazdaságra. Ezen problémák megoldása helyett a baloldali frakciók a parttalan pártpolitikai vitákat sorolják előre. A jelenlegi válsághelyzetben ez árt az Unió megítélésének és cselekvőképességének.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A baloldali és liberális frakciók újabb pártpolitikai akciója gyengíti az európai egységet, ami a valóban fontos válságok kezelésének feltétele. A közleműltban megtartott szabad és demokratikus lengyelországi választásokon többséget szerzett kormánynak joga van a baloldali és liberális politikai dogmákat figyelmen kívül hagyva politizálni. Egy-egy tagállam demokratikus döntését nem lehet felülírni sem Brüsszelben, sem Strasbourghban. Európa előtt sürgős, az egész integráció jövőjét meghatározó kihívások állnak. A migrációs válság közel sem ért véget, a terrorveszély növekszik, európai megoldás pedig továbbra sem körvonalazódik; az Egyesült Királyság az Unióból való kilépést fontolgatja; a görög gazdasági válság továbbra is kockázatot jelent az egész európai gazdaságra. Ezen problémák megoldása helyett a baloldali frakciók a parttalan pártpolitikai vitákat sorolják előre. A jelenlegi válsághelyzetben ez árt az Unió megítélésének és cselekvőképességének.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Изразявам подкрепата си за президента Анджей Дуда и министър председателя Беата Шидло. Смятам, че управлението на „Право и справедливост“ ще допринесе за благоденствието и просперитета на Полша, както и за реформирането на Европейския съюз. Комисарят Йотингер иска да постави Полша под наблюдение заради новия закон, касаещ държавните медии. За пореден път ставаме свидетели на двоен стандарт, тъй като направените промени имат за цел да деполитизират държавните медии и да ги направят по-обективни. Това не са ли ценностите, за които се бори ЕС? Разбира се, че са, но когато са предложени от консервативни и национално-отговорни партии и в ущърб на статуквото, наложено от евро-федералистите, това вече е недопустимо. Призовавам Комисията да не се намесва във вътрешните работи на суверенните държави членки и то най-вече на политическа основа, явно заемайки страната на загубилата Гражданска платформа от ЕНП. Всички от групата на ЕКР, и в частност „Право и справедливост“, защитаваме идеите на правовата държава, демокрацията и икономическия просперитет. Всичко това в рамките на нашите национални държави, а не в една свръх-държава каквато искате да създадете вие от ЕНП и Социал-демократите. Нашата борба е за реформиране на Съюза и връщане към идеята за „Обединена Европа на нациите“!

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A baloldali és liberális frakciók újabb pártpolitikai akciója gyengíti az európai egységet, ami a valóban fontos válságok kezelésének feltétele. A közelmúltban megtartott szabad és demokratikus lengyelországi választásokon többséget szerzett kormánynak joga van a baloldali és liberális politikai dogmákat figyelmen kívül hagyva politizálni. Egy-egy tagállam demokratikus döntését nem lehet felülírni sem Brüsszelben, sem Strasbourgban. Európa előtt sürgős, az egész integráció jövőjét meghatározó kihívások állnak. A migrációs válság közel sem ért véget, a terrorveszély növekszik, európai megoldás pedig továbbra sem körvonalazódik; az Egyesült Királyság az Unióból való kilépést fontolgatja; a görög gazdasági válság továbbra is kockázatot jelent az egész európai gazdaságra. Ezen problémák megoldása helyett a baloldali frakciók a parttalan pártpolitikai vitákat sorolják előre. A jelenlegi válsághelyzetben ez árt az Unió megítélésének és cselekvőképességének.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne – Poľsko je tak po Maďarsku ďalšou z členských krajín, ktorej prijímané zákony sa zdajú byť v rozpore so spoločnými hodnotami, na ktorých stojí Európska únia. Zmluva o EÚ jasne vymedzuje slobodu, demokraciu, rovnosť, právny štát, ako aj rešpektovanie ľudských a menšinových práv. Sankčný mechanizmus pri ich nedodržíavaní však vôbec nie je jednoduché použiť. Vyžaduje si jednomyselné rozhodnutie Rady o existencii závažného porušenia týchto hodnôt a následné hlasovanie kvalifikovanou väčšinou za prijatie sankcií. Medzi tie patrí napríklad pozastavenie hlasovacieho práva členského štátu. Využitie terajšieho mechanizmu voči Poľsku je tak veľmi málo pravdepodobné, pretože maďarský premiér už avizoval, že takýto návrh nepodporí. Odstránenie súčasnej nemožnosti a „bezzubosti“ Európskej Únie pri vymožitelnosti platného práva týkajúceho sa jej základných hodnôt bude riešiť Správa o stave demokracie, právneho štátu a základných práv v Európskej únii. Faktom zostáva, že napriek kohéznej politike, či politike súdržnosti, ktorých hlavnými nástrojmi sú práve európske fondy, sa regionálne rozdiely v rámci Európskej Únie darí odstraňovať len veľmi pomaly. Ich zastavenie by situácii určite nepomohlo a išlo by proti politike rastu, zvyšovania konkurencieschopnosti a vytvárania pracovných miest. To musia byť stále jedny z hlavných priorít súčasnej Európskej komisie.

Kinga Gál (PPE), írásban. – A baloldali és liberális frakciók újabb pártpolitikai akciója gyengíti az európai egységet, ami a valóban fontos válságok kezelésének feltétele. A közelmúltban megtartott szabad és demokratikus lengyelországi választásokon többséget szerzett kormánynak joga van a baloldali és liberális politikai dogmákat figyelmen kívül hagyva politizálni. Egy-egy tagállam demokratikus döntését nem lehet felülírni sem Brüsszelben, sem Strasbourgban. Európa előtt sürgős, az egész integráció jövőjét meghatározó kihívások állnak. A migrációs válság közel sem ért véget, a terrorveszély növekszik, európai megoldás pedig továbbra sem körvonalazódik; az Egyesült Királyság az Unióból való kilépést fontolgatja; a görög gazdasági válság továbbra is kockázatot jelent az egész európai gazdaságra. Ezen problémák megoldása helyett a baloldali frakciók ismét kettős mércét alkalmazva a pártpolitikai vitákat sorolják előre. A jelenlegi válsághelyzetben ez árt az Unió megítélésének és cselekvőképességének.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na písmie. – Komisja Europejska jako strażniczka traktów jest władna uruchomić procedury pozwalające na podjęcie działań w przypadku systemowych zagrożeń dla praworządności w państwie członkowskim UE. Na tej podstawie rozpoczęła w ubiegłym tygodniu proces monitorowania stanu demokracji, praworządności i praw podstawowych w Polsce. To nowa procedura, która weszła w życie w 2014 roku. Ponieważ społeczność europejską niepokoją działania polskiego rządu, w tym pospiesznie przyjęte ustawy nieuwzględniające konsultacji społecznych, jak te dotyczące Trybunału Konstytucyjnego czy mediów publicznych – konieczna okazała się parlamentarna debata z udziałem premier polskiego rządu Beaty Szydło.

Cieszę się gotowością polskich władz do poważnych rozmów i wyjaśniania decyzji podjętych przez rząd PiS, podobnie jak deklarowana przez panią premier otwartość na dialog zarówno w Polsce, jak i na arenie unijnej. Oby nie była tylko pustą formułką. Liczę, że mając na celu dobro wszystkich Polaków, sejmowa większość zechce teraz współpracować także z opozycją. Dla nas europosłów kluczową sprawą jest utrzymanie dotychczasowej bardzo dobrej reputacji Polski w Europie, będącej wynikiem pracy wielu rządów oraz zbudowanej wielkim wysiłkiem Polaków, którą zawirowania polityczne mogą bezpowrotnie nadszarpnąć.

Mam nadzieję, że ciągle możliwa jest korekta kontrowersyjnych działań rządu i nie dojdzie do zastosowania kolejnego kroku wspomnianej procedury zawartego w artykuł 7 Traktatu UE, przewidującego nałożenie na państwo członkowskie sankcji, które bardziej od rządów dotykają przede wszystkim obywateli.

Beata Gosiewska (ECR), na piśmie. – W październiku 2015 roku polscy obywatele w wolnych, demokratycznych wyborach wybrali nowy rząd. Była to suwerenna decyzja Narodu Polskiego, którą należy uszanować i która zobowiązuje nas, partię rządzącą, do przeprowadzenia zmian zapowiadanych w kampanii wyborczej. Zmian opartych na niezwykłych wartościach – wolności, równości, sprawiedliwości i suwerenności, które nadadzą nowy a zarazem właściwy kierunek rozwoju naszego państwa. Wszystkie działania polskiego rządu podejmowane są z poszanowaniem polskiej konstytucji oraz polskiego i europejskiego prawa. Polska konstytucja, jako pierwsza w Europie, jest dla Polaków szczególnie ważna a powołany do jej ochrony Trybunał Konstytucyjny pracuje w sposób prawidłowy.

Wprowadzone przez rząd zmiany w ustawie medialnej są konieczne by przywrócić polskim mediom pluralizm. Komisja Europejska przekroczyła swoje kompetencje chcąc ingerować w wyłączne uprawnienia polskiego rządu i wewnętrzne sprawy Polski. Zwłaszcza, że jak dotąd trudno było zwrócić uwagę KE na Polskę. Nie reagowała ona przez ostatnie 8 lat rządów koalicji PO-PSL, kiedy co chwilę ujawniano nowe afery destabilizujące sytuację w kraju, czy masowo usuwano prawicowych dziennikarzy z mediów publicznych, nie reagowała też na prośby o pomoc w ustaleniu przyczyn katastrofy smoleńskiej, pomimo iż z takimi petycjami do Parlamentu Europejskiego zwróciło się prawie milion polskich obywateli. Raz jeszcze apeluję o rozwagę w ocenie wewnętrznej sytuacji w Polsce.

György Hölvényi (PPE), írásban. – A baloldali és liberális frakciók újabb pártpolitikai akciója gyengíti az európai egységet, ami pedig a valóban fontos válságok kezelésének feltétele. A közleményben megtartott szabad és demokratikus lengyelországi választásokon többséget szerzett kormánynak joga van a baloldali és liberális politikai dogmákat figyelmen kívül hagyva politizálni. Egy-egy tagállam demokratikus döntését nem lehet felülmúlni sem Brüsszelben, sem Strasbourgban. Európa előtt sürgős, az egész integráció jövőjét meghatározó kihívások állnak. A migrációs válság közel sem ért véget, a terrorveszély növekszik, európai megoldás pedig továbbra sem körvonalazódik; az Egyesült Királyság az Unióból való kilépést fontolgatja; a görög gazdasági válság továbbra is kockázatot jelent az egész európai gazdaságra. Ezen problémák megoldása helyett a baloldali frakciók a parttalan pártpolitikai vitákat sorolják előre. A jelenlegi válsághelyzetben ez árt az Unió megítélésének és cselekvőképességének.

Benedek Jávor (Verts/ALE), írásban. – Ahogy számos alkalommal megpróbáltam felhívni a figyelmet a Magyarország-vitákra, azok nem hazámról szóltak, hanem arról, fel tudunk-e hatékonyan lépni a közös európai demokratikus értékeink megőrzéséért, amikor azokat veszélyeztetik.

Többek között az EU részéről elmulasztott hatékony fellépés sajnálatos következménye az, ami most Lengyelország kapcsán aggodalomra, vitára ad okot. A lengyel kormány jogállamiságot sértő intézkedései kísértetiesen hasonlítanak a kétharmados magyar kormány önkényes intézkedéseire 2010-ből, negatív példát mutattunk a kormánybarát alkotmánybírák megválasztásával és a közmédia leplezetlen kormánycsatornává alakításával. Az EU akkor csupán részleges választ tudott adni, a magyarországi demokrácia rendszerszintű erodálódását képtelen volt megakadályozni, részben hozzájárulva a magyar társadalomban mára széles körben tapasztalható apátiához.

Az új lengyel kormány felállása óta rövid idő telt el, de a társadalomban már most mutatkoznak az elégedetlenség jelei: az alkotmánybírók megválasztása elleni 50 ezres tüntetés ennek figyelemreméltó megnyilvánulása.

Nyomasztó kérdés, hogy vajon magyar mintára a lengyel társadalom is apátiába fordul-e, vagy köszönhetően többek között a hatékonyabb európai fellépésnek, sikerül a lengyel kormány jogállamiság ellen tett lépéseit megfékezni, így bizonyítva, hogy az EU valóban elsősorban a választópolgár érdekeiért dolgozik. A mély apátia fellazítja a jogállamiság stabilitását, így az EU-nak mindent meg kell tennie, hogy megakadályozza az ilyen társadalmak létrejöttét.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – A baloldali és liberális frakciók újabb pártpolitikai akciója gyengíti az európai egységet, ami a valóban fontos válságok kezelésének feltétele. A közleműltban megtartott szabad és demokratikus lengyelországi választásokon többséget szerzett kormánynak joga van a baloldali és liberális politikai dogmákat figyelmen kívül hagyva politizálni. Egy-egy tagállam demokratikus döntését nem lehet felülírni sem Brüsszelben, sem Strasbourghban. Európa előtt sürgős, az egész integráció jövőjét meghatározó kihívások állnak. A migrációs válság közel sem ért véget, a terrorveszély növekszik, európai megoldás pedig továbbra sem körvonalazódik; az Egyesült Királyság az Unióból való kilépést fontolgatja; a görög gazdasági válság továbbra is kockázatot jelent az egész európai gazdaságra.

Ezen problémák megoldása helyett a baloldali frakciók a parttalan pártpolitikai vitákat sorolják előre. A jelenlegi válsághelyzetben ez árt az Unió megítélésének és cselekvőképességének.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), na piśmie. – Z przykrością i żalem przyjmuję fakt, że w związku z kontrowersjami wokół decyzji legislacyjnych powołanego niedawno w Polsce rządu Prawa i Sprawiedliwości i wszczętą z tego powodu przez Komisję Europejską procedurą kontroli praworządności, w Parlamencie Europejskim odbyła się debata poświęcona obawom o przestrzeganie w Polsce zasad demokracji. Ubolewam, że Polska, do niedawna prymus Europy, wnosząca do UE prężną gospodarkę, energię, świeżość spojrzenia, a przede wszystkim autentyczne poparcie dla wspólnoty europejskiej, staje się przedmiotem troski i zaniepokojenia pozostałych państw członkowskich.

Mam nadzieję, że złożone podczas debaty deklaracje premier Beaty Szydło o dumie z bycia częścią wspólnoty europejskiej przekują się na decyzje, w których polski rząd podtrzyma proeuropejski kurs, a Polska znowu stanie się aktywna w budowaniu silnej, solidarnej Europy. Jednocześnie przepraszam wszystkie koleżanki i kolegów europosłów, od tygodni zalewanych setkami maili pisanych przez zwolenników obecnego rządu, za treść i formę tych listów. Zapewniam, że nie są one reprezentatywne dla polskiego społeczeństwa.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – Европа е в криза и с всеки изминал ден тя затъва все по-дълбоко по спиралата на неизпълнени обещания и унищожаване на европейската солидарност. Неспособност, а според мен и липсата на политическа воля за общ подход мобилизират крайния избирател, докато обезкуражават поддръжниците на обединена Европа.

В този политически вакуум и контекст се отварят възможности за недемократични действия, като тези, предприети от новосформираното полско правителство. Недопустимо е държавата, която първа е започнала прехода в Източна Европа, да прави такава крачка назад в демократичните норми чрез подсигуриране на инструменти за политическа намеса в медиите в страната. Недопустими са и политически чистки и назначения в съдебната система, която трябва да гарантира закрила на всички граждански права и свободи.

Силно вярвам обаче, че моделът за справяне с поредната серия от потъпкване на демократични ценности в Европа, предизвикана от дясно-центристки партии, трябва да бъде предложен от ЕС. Не са обикновените граждани тези, у които трябва да търсим вината. Съветът трябва да се ангажира с намирането в най-скоро време на решение срещу растящия популизъм в Европа. Светът извън ЕС ни напомня всеки ден, че има алтернатива на мира. Не може да допуснем тази алтернатива да стане ежедневие за нашите граждани и да унищожи граденото вече няколко поколения.

Kati Piri (S&D), schriftelijk. – Het is goed dat de Europese Commissie gaat onderzoeken of de nieuwe wetten in Polen een aantasting van de rechtsstaat zijn. De situatie is zeer zorgwekkend en er moeten duidelijke grenzen worden gesteld.

Als na Hongarije ook de Poolse regering ongestraft de rechtsstaat kan uithollen, verliest de Europese Unie niet alleen haar geloofwaardigheid als voorvechter van mensenrechten, maar ook haar interne effectiviteit. Het risico op een domino-effect naar andere Europese lidstaten is reëel: als de EU nu niet optreedt, wanneer dan wel? Uiteraard heeft een democratisch gekozen regering ruimte om beleid op zijn manier in te vullen, maar er moet een grens worden gesteld aan wat wij in Europa toelaatbaar vinden. Die grens had in 2010 al gesteld moeten worden toen in Hongarije rechters met vervroegd pensioen werden gestuurd, een “onafhankelijke” mediaraad werd ingesteld om “niet objectieve” journalisten te beboeten en de kiesdistricten in het voordeel van Fidesz werden aangepast.

Deze Hongaarse kwestie was aanleiding voor Frans Timmermans, toen nog minister, om samen met een aantal collega's het non-interventiebeginsel binnen de EU ter discussie te stellen. Het is nu aan het Nederlands voorzitterschap om dit door te trekken: als Europese kernwaarden in het geding zijn, moet daartegen worden opgetreden.

Dariusz Rosati (PPE), *na piśmie*. – Szanowna Pani Premier! Chciałbym wykorzystać okazję, że jest Pani uczestnikiem debaty Parlamentu Europejskiego na temat stanu praworządności w Polsce. Bardzo proszę o odpowiedź na następujące pytania, które już uprzednio zostały nakreślone przez Komisję i Parlament:

1. Dlaczego prezydent Andrzej Duda łamie konstytucję nie zaprzysięgając trzech konstytucyjnie wybranych sędziów?
2. Dlaczego Prawo i Sprawiedliwość (PiS) nie wycofuje się z ustawy o nowelizacji Trybunału Konstytucyjnego, która paraliżuje jego pracę i zaburza mechanizm kontroli i równowagi?
3. Jak PiS ma zamiar zapewnić obiektywność i rzetelność mediów, gdy nowelizacja ustawy o radiofonii i telewizji przewiduje pełne podporządkowanie mediów publicznych obozowi rządzącemu?

Z przykrością stwierdzam, że niestety nie odniosła się Pani do wątpliwości podniesionych przez Komisję oraz Parlament. Instytucje te nie uzyskały odpowiedzi na zasadnicze pytania, więc należy uznać, że Pani Premier nie odniosła sukcesu w wyjaśnieniu kontrowersyjnych zmian wprowadzonych przez rząd, który Pani reprezentuje.

Algirdas Saudargas (PPE), *raštu*. – Kalbant apie padėtį Lenkijoje būtina atsižvelgti į tam tikrą kontekstą. Iki tol valdžioje buvusios partijos į atsakingus postus skirdavo joms lojalius asmenis. Ankstesni konstitucinio tribunolo teisėjai buvo paskirti dar nepasibaigus buvusių teisėjų kadencijoms. Tokiu būdu ankstesnė valdžia užsitikrino, jog pralaimėjus rinkimus (kaip ir įvyko), konstituciniame tribunele liks jų paskirti asmenys. Skirtingai nei dabar, tai neatkreipė ES institucijų bei žmogaus teisių organizacijų dėmesio, o tokie dvigubi standartai nėra toleruoti. Vis dėlto, tenka sutikti, jog naujosios valdžios pasirinkimas tęsti susiformavusią neigiamą praktiką Lenkijoje nėra tinkamas ir turėtų būti nutrauktas. Tačiau Europos Parlamente kalbėjusi premjerė Beata Szydło išskleidė abejones dėl galimų nedemokratišų procesų Lenkijoje. Ji dar kartą patvirtino, jog Lenkija ir toliau išliks atsakinga, solidaria ES nare, gerbiančia Europos vertybes ir teisės aktus. Tuo pačiu ji aiškiai pabrėžė, kad Lenkijoje teisėtai piliečių išrinkta valdžia išsaugos savo teisę vykdyti reformas. Tikiu, jog premjerė bei jos komanda atsakingai vertina ne tik jai patikėtą piliečių atsakomybę, bet ir savo kaip ES bendruomenės dalies įsipareigojimus. Taip, itin svarbu, kad teisės viršenybės principas išliktų esminiu principu Lenkijos politikoje. Tačiau bet kokią nerimą ateityje turime išsklaidyti pagarbios diskusijos, o ne nepamatuotų kaltinimų ar grasišinimų būdu, ką ne kartą pastaraisiais mėnesiais girdėjome iš ne vieno aukštas pareigas užimančio pareigūno lūpų.

György Schöpflin (PPE), *in writing*. – It is highly regrettable that at this time the left side of the house should be focusing their attention on Poland and not on other, far more dangerous problems. The government of Poland was elected democratically and has the right to pursue policies that it regards as appropriate, whether one approves of these policies or not. That is democracy.

The EU should concentrate its efforts on resolving problems arising from terrorism, from the migrant crisis, the fate of the euro, the future of Ukraine, the future of the United Kingdom's relationship with the EU, the collapse of state authority in the Middle East, to name but a few. Playing party politics at this time is irresponsible and raises question marks over the future of the EU itself.

József Szájer (PPE), írásban. – A baloldali és liberális frakciók újabb pártpolitikai akciója gyengíti az európai egységet, ami pedig a valóban fontos válságok kezelésének feltétele. A közleműltban megtartott szabad és demokratikus lengyelországi választásokon többséget szerzett kormánynak joga van a baloldali és liberális politikai dogmákat figyelmen kívül hagyva politizálni. Egy-egy tagállam demokratikus döntését nem lehet felülről sem Brüsszelben, sem Strasbourgban. Európa előtt sürgős, az egész integráció jövőjét meghatározó kihívások állnak. A migrációs válság közel sem ért véget, a terrorveszély növekszik, európai megoldás pedig továbbra sem körvonalazódik; az Egyesült Királyság az Unióból való kilépést fontolgatja; a görög gazdasági válság továbbra is kockázatot jelent az egész európai gazdaságra. Ezen problémák megoldása helyett a baloldali frakciók a parttalan pártpolitikai vitákat sorolják előre. A jelenlegi válsághelyzetben ez árt az Unió megítélésének és cselekvőképességének.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – A vitában többször felmerült a párhuzam a magyarországi demokrácia lebontásának folyamatával. Ennek kapcsán két szempontra hívnám fel a figyelmet, a lengyel helyzet kezelése szempontjából is fontos tanulsgként: 1./ Az EP és a Bizottság eddigi figyelmeztetései, vitái szinte hatástalanok voltak az Orbán-rezsim politikájára, amely – néhány taktikai jellegű jogi korrekciótól eltekintve – fokozta egy korrupt, autoriter, EU-ellenes rezsim kiépítését – *nota bene* az Unió tagjaként. 2./ Orbán ma legalább két területen súlyosabb kihívást jelent az EU számára, mint – egyelőre – a Kaczinsky-féle politika: a.) Putyin által inspirált keleti és energia-politikájával aláássa a CFSP és az energiaunió keretében megfogalmazott közös európai törekvéseket; b.) a rezsim lényege a korrupció, ezen belül az európai támogatások szinte teljes egészében politikai barátok érdekei és saját családi vállalkozások céljai szerinti kisajátítása. E parlamenti vitánk egyik fontos üzenete kell, hogy legyen, hogy az európai intézmények részéről végre célzottabb, konkrétabb, a rezsim finanszírozását is hatékonyan korlátozó fellépésre van szükség – *mutatis mutandis* – mind a magyar, mind a lengyel demokratikus, európai értékek szerinti jogállam helyreállítása érdekében.

Isabelle Thomas (S&D), par écrit. – Après la Hongrie et le gouvernement de Victor Orbán, c'est maintenant la Pologne qui bascule dans l'autoritarisme nationaliste: l'Union européenne se doit de prendre des mesures pour endiguer la dérive qui menace l'État de droit. À l'instar du Fidesz, son homologue hongrois, le parti «Droit et justice» d'Andrzej Duda s'est attaqué à la liberté de la presse. Le nouveau président a également pris le contrôle de la Cour polonaise chargée du contrôle de constitutionnalité, et ce au mépris de cette même Constitution.

Le gouvernement polonais s'attaque donc frontalement à la démocratie et à l'État de droit, en bafouant le principe de séparation des pouvoirs. L'Union européenne doit répondre avec fermeté pour éviter l'«orbanisation» de toute l'Europe de l'Est. Je suis résolue à ce que nous engagions une procédure de «sauvegarde de l'État de droit» en Pologne comme en Hongrie. Jean-Claude Juncker et le Parti Populaire Européen doivent prendre leurs responsabilités: nous devons également sanctionner sévèrement la Hongrie! Les Européens ne comprennent pas que nous tolérions de telles dérives.

László Tőkés (PPE), írásban. – A baloldali és liberális frakciók újabb pártpolitikai akciója gyengíti az európai egységet, ami pedig a valóban fontos válságok kezelésének feltétele. A közleműltban megtartott szabad és demokratikus lengyelországi választásokon többséget szerzett kormánynak joga van a baloldali és liberális politikai dogmákat figyelmen kívül hagyva politizálni. Egy-egy tagállam demokratikus döntését nem lehet felülről sem Brüsszelben, sem Strasbourgban. Európa előtt sürgős, az egész integráció jövőjét meghatározó kihívások állnak. A migrációs válság közel sem ért véget, a terrorveszély növekszik, európai megoldás pedig továbbra sem körvonalazódik; az Egyesült Királyság az Unióból való kilépést fontolgatja; a görög gazdasági válság továbbra is kockázatot jelent az egész európai gazdaságra. Ezen problémák megoldása helyett a baloldali frakciók a parttalan pártpolitikai vitákat sorolják előre. A jelenlegi válsághelyzetben ez árt az Unió megítélésének és cselekvőképességének.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Donald Tusk, az Európai Tanács konzervatív, lengyel elnöke téved, amikor azt gondolja, hogy a lengyel civilek elég erősek ahhoz, hogy ellenálljanak a kormány illiberális hatalomépítésének. Mi, magyarok is ezt hittük. Az orbáni vírus pedig immár veszélyes fertőzőként terjed tovább. Ha az Európai Unió érdemben képes megmutatni, hogy ilyen politikának nincs helye a közösségünkben, akkor meg lehet akadályozni a továbbterjedését. Ha továbbra is csak szócsata van, és egy országot akarnak egészében megbélyegezni, nem pedig azok kormányait, akkor újabb antidemokratikus, populista politikusok fognak megerősödni. Európai populistái, egyesüljete! Ha az európai közösség és a konzervatív Néppárt időben és érdemben megoldotta volna a „magyar ügyet”, akkor most nem lenne „lengyel ügy” sem. Elég abból, hogy a józanabb európai jobboldal még mindig falaz Orbánnak. Elég abból, hogy az Európai Néppárt megtűri, sőt támogatja az orbáni vírus terjedését. Ha Európát leteríti az illiberális vírus, az elsősorban a Néppártiak felelőssége lesz.

Janusz Wojciechowski (ECR), na piśmie. – Wysoka Izbo! Dziękuję za to zainteresowanie Polską mimo wielkich problemów w Europie, zwłaszcza w Niemczech. Mam trzy pytania do pana przewodniczącego Junckera: Po pierwsze – jakie są podstawy traktatowe wszczęcia komisyjnego śledztwa wobec Polski? Artykuł 7 takiej podstawy nie zawiera, inne artykuły też nie.

Po drugie – sędzę, że wszczęcie procedury wobec Polski wynika nie z gazet, tylko z dogłębnych analiz prawnych Komisji. Kto opracował te analizy i kiedy Pan je przedstawi?

Po trzecie – Polski Trybunał Konstytucyjny ma większość sędziów z wyboru opozycji, orzeka większością 2/3 głosów, w kolejności wpływu spraw. Co w tym złego? W czym polski trybunał jest gorszy od trybunału luksemburskiego, który Pański kraj zamierza właśnie zlikwidować? Słyszał Pan o tym? Dlaczego Luksemburg może suwerennie nawet zlikwidować swój trybunał, a Polska swojego zmienić nie może? Niech Pan wyjaśni te podwójne standardy Europejczykom. A na Sylwestra za rok zapraszam do Polski. Jest demokratycznie, miło i bezpiecznie!

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

11. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

12. Friedensprozess in Kolumbien (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno la discussione sulla dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sul processo di pace in Colombia 2015/3033(RSP).

Federica Mogherini, Vice President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, these are very important times for Colombia. Let me say that, for once, among many different difficult situations in the world around us and far away, this is a place in the world where we have signs of hope and change. I am very glad that you decided to organise this debate on the peace process because I am convinced that this year can be the year where we have good news after an armed conflict that has lasted for over half a century.

Two hundred and twenty thousand people have died and over six million have been forcibly displaced. Countless others have been kidnapped, and these appear to have been victims of violence. The first peace negotiations were held more than 30 years ago, and today in Havana we finally see the chance of a breakthrough. Let me say that this opportunity for peace, for good news – sometimes we do have good news, as happened a few days ago in Vienna on Iran – cannot be missed.

Personally, I had been following the Colombian peace process even before becoming the Union's High Representative. I was already in Bogotá as an Italian Prime Minister and, since I started my role in the European Union institutions, I have supported, on behalf of the European Union, my friend President Juan Manuel Santos's courageous efforts. Over this year, our relationship with Bogotá has grown stronger in many different ways, from the visa waiver agreement to Colombia's engagement in our mission, Atalanta.

Just a few months ago I decided to appoint Eamon Gilmore as my special envoy for the peace process to demonstrate and strengthen the EU's active commitment to it. I was particularly glad that this decision was taken with the full support of President Santos. Eamon Gilmore's direct involvement in the peace process in Northern Ireland and his political experience made him a perfect, ideal candidate who, as I said, has already been very well received in these first months with all the contacts he had among the parties, even in recent days. He is currently in Bogotá, and I know that he is looking forward to meeting the members of the Committee on Foreign Affairs (AFET) later this month to explain his role, share his views on the prospects and the remaining challenges of the peace process and discuss with the members of AFET the way in which the European Union can better contribute to supporting this process.

Let me give you an update on the state of play. We have all seen the landmark agreement that was reached last December on the victims. This agreement offers a sound basis for truth, justice and reconciliation. We all know that reconciliation is the only possible real base for any peace process to move forward in a sustainable way. This agreement can ensure that the truth about the conflicts, its roots and each actor's responsibilities is known and acknowledged. It can bring justice and guarantee the non-repetition of crimes, can make it possible to move beyond the conflict and look to the future and can ensure that the disappeared are accounted for. It is crucial to heal the wounds and, for those who have lost their loved ones, to grieve the loss and cope with it. The agreement can also guarantee appropriate reparations to the victims, either individually or collectively. This is probably the first time a peace agreement has given such a central role to victims. There is no other way towards reconciliation, and the culture of political divergences can be solved peacefully through politics and elections.

The agreement walks a thin line – we know that very well and the Colombians know it very well – between preventing impunity and making peace possible. It was not an easy task, but the deal has managed to strike a good balance. The two sides have also committed to making the effective protection of human rights a top priority. This includes a strong focus on human rights defenders. Their extremely precious work too often makes them the target of threats and violence. Colombia started from a difficult position in this regard, but it has also made very good progress over the past few years. In spite of a security situation that remains challenging in a number of regions, such commitments by the two sides will help consolidate progress.

Of course, the Havana negotiation is not over yet. We are talking about a process that is still ongoing. Important issues still need to be addressed. Just to quote a number of them: the modalities for a definitive ceasefire and its verification, the disarmament, demobilisation and reintegration of former combatants, the arrangements for guaranteeing their physical security, and how to implement the agreement. Still, I am confident that the negotiation can not only be concluded, but can be concluded rapidly in line with the commitments taken by President Santos.

As an agreement comes close – hopefully – we must also think of what comes next on how to support the peace that it is now possible to build. Experience shows that implementing a peace agreement is often the most challenging part of it. Vested interests may stand in the way. A new mentality will need to replace the old ways of doing things and all parties will have to confirm their dedication to peace, well beyond the signature of a deal or even its ratification through a plebiscite. This is why our work and Eamon Gilmore's mandate is focused very much on the implementation phase and how we can support it with all the different means that we have. European Union engagement will not decrease once an agreement is signed and ratified – on the contrary.

On land and rural development, political participation or human rights, we will keep encouraging deep change in the country along the lines that will be agreed in Havana. It is these reforms that can bring sustainable peace and not just peace in Colombia. The European Union will be with Colombia all along the way. We are together with Colombia today, we will be there at the moment when the peace agreement is signed – soon, hopefully – and we will be there to help the parties implement it fully. My colleague Neven Mimica and I have been working together to set up an EU trust fund which will pool contributions from the EU budget and from willing Member States. We are already seeing contributions coming in. We are currently finalising the preparatory work for this fund in close contact with interested Member States and, as I said, there is a growing interest in this. The trust fund will have to be ready by the time the peace agreement is concluded. It will complement Colombia's own financial efforts in close coordination with other donors and partners of the country.

We are not just offering good intentions but constant political support that is very much needed and concrete means to make this work in a sustainable way, for when the agreement is signed, for when it starts to be implemented and for future decades. Through our political support, our work with international partners and our financial assistance, the European Union is making, and will continue to make, a crucial contribution to the success of the peace process in Colombia.

These are days that are very important for Latin America, days of change, days of new challenges, and – potentially – days of reconciliation. Such change needs to be driven, encouraged and accompanied. When the opportunity for positive change arises for once, our European Union has a specific interest in playing a key role. That is what we are also doing in Colombia – and not only there – and I know that I can count on you for support in doing this because, as we focus on managing the crisis in the conflicts around us, we cannot afford to lose sight of the positive and encouraging steps that can be taken around the world, helping us stabilise, as in this case, a conflict that lasted for 40-50 years or prevent further destabilisation and conflict. Even when they look far off, they do affect the stability and the security of the world, so it is our primary interest in the European Union to support and facilitate them with the maximum of our efforts and, as I said, our political and also financial support.

Luis de Grandes Pascual, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Vicepresidenta / Alta Representante, la relación de hechos que ha expresado aquí con todo detalle la señora Mogherini me ahorra el repetirlos. Lo ha hecho con rigor, lo ha hecho con justicia, lo ha hecho con solidaridad. Merecía la pena, porque hoy es un día histórico. Por eso, mis palabras serán juicios de valor sobre esa relación fáctica. Y yo quiero decir, como primer punto y con solemnidad, que, a nuestro juicio, Colombia, con su conducta, se ha hecho merecedora de este respaldo que le va a prestar el Parlamento Europeo en este momento que, sin duda, es histórico.

Este es un momento histórico que ha tenido precedentes. Otros lo han intentado: encontrar mediante el diálogo entre antagonistas algún tipo de solución. Yo quiero recordar que antes del Presidente Santos lo intentaron los Presidentes Betancur, Gaviria, Pastrana o el mismo Presidente Uribe, aunque ahora tenga reticencias. Pero no es menos cierto que el Presidente Santos, si culmina este proceso histórico de paz, tendrá en la historia de Colombia un pedestal absolutamente merecido.

Y por nuestra parte, señora Mogherini, hemos hecho también un esfuerzo para estar a la altura de las circunstancias. Este Parlamento, tan distinto, tan diferente y plural, ha logrado una propuesta de Resolución consensuada de siete grandes grupos políticos que, de forma unívoca, van a aprobar, de una forma muy mayoritaria, esa propuesta de Resolución con los principios y valores que creemos que son dignos de este momento.

Yo creo que Colombia se ha hecho acreedora con su conducta —repito— a esta deferencia. Por tanto, lo que falta, señora Mogherini, es lo que he dicho. Hacen falta recursos para acompañar el desarrollo de este proceso. Este proceso que ha culminado con una justicia que no va a permitir la impunidad, que va a presidir la equidad y que va a permitir naturalmente que Colombia emprenda un momento histórico que sin duda merece. Y todos estaremos dispuestos a coadyuvar a ese destino.

Ramón Jáuregui Atondo, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, muchas gracias señora Mogherini por su presencia y por sus palabras. Yo querría decirle, en primer lugar, que, como todos sabemos, la humanidad ha puesto ya desde hace mucho tiempo en evidencia que terminar una guerra es mucho más difícil que comenzarla. La humanidad nos ha demostrado que negociar con un grupo terrorista el final de la violencia es muchísimo más difícil que combatirlo. Que combatirlo policialmente incluso.

Creo que -como usted ha dicho- estas dos grandes conquistas de Colombia en los próximos meses marcan efectivamente un momento histórico para Colombia, porque no olvidemos que probablemente están poniendo final a lo que ha sido una tradición trágica de más de 50 años no solo en Colombia sino en otros muchos países de América del Sur y de Centroamérica, donde, durante muchos años, muchos grupos políticos pensaron que la violencia era legítima para alcanzar sus objetivos políticos. Hoy, probablemente, estamos en el final de esa trágica historia y de esa trágica equivocación, porque yo soy de los que piensa que nunca hubo razones para matar; que nunca hubo razón para la violencia.

Pienso que la decisión de Colombia tiene un enorme mérito y el Parlamento Europeo no podía estar lejos de esa decisión. Hemos tomado una decisión, como acaba de decir el señor de Grandes, que es una decisión importante: es oportuna. Es muy oportuna porque la paz puede llegar dentro de unos pocos meses definitivamente. Es comprometida porque hemos hablado de todo lo que ha pasado en Colombia y hemos comprometido a la Unión Europea y hemos comprometido a los diferentes grupos políticos. Y es valiente, sobre todo, porque es unánime y, por primera vez, en un acontecimiento de política internacional, decidimos unánimemente todo el Parlamento Europeo en favor del proceso de paz.

La paz no es perfecta, sabemos que hay mucha gente en contra, pero es paz, y por eso es importante recordar que no hay caminos para la paz, que «la paz es el camino», como decía Gandhi. Este gran encuentro de la paz, que ha sido capaz de resolver tantos problemas, es una grandísima noticia que merece nuestro apoyo, muy bien expresado por el nombramiento del señor Gilmore y por el fondo fiduciario que tenemos que poner en marcha.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Mogen we nog optimistisch naar de toekomst kijken? Verschillende crises wereldwijd om ons heen doen ons soms twijfelen, maar in Colombia doet het recente vredesproces met de FARC ons hopen op het einde van dit conflict. Een aroma van vrede hangt in de lucht. Gelukkig.

De voorlopige akkoorden zouden tegen 23 maart afgerond moeten worden en moeten leiden tot de inlevering van wapens. In de ECR-resolutie roepen we de partijen op om ondertussen de onduidelijkheden over transitionele justitie en herstel voor slachtoffers te verduidelijken. Het Colombiaanse vredesproces mag hier niet stoppen. Ook de hoofdstukken van het ELN-geweld en dat van de paramilitaire milities moeten worden afgesloten.

Want een groot deel van de paramilitairen heeft niet deelgenomen aan de demobilisatie en het integratieprogramma. Enkele gevreesde milities blijven vandaag nog zowel tegen FARC als tegen de regeringstroepen strijd leveren. Ook die kankers in de Colombiaanse samenleving moeten worden aangepakt.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, para explicar el alcance de esta propuesta de Resolución, debo empezar felicitando el trabajo realizado por las partes en Colombia para conseguir que la verdad, la justicia y la reparación de las víctimas se pongan al servicio de la no repetición. En estos procesos se habla muchas veces del precio de la paz. Los colombianos, sus instituciones y su sociedad conocen perfectamente el precio de la guerra, de la violencia, y han decidido dejar de pagarlo. Han aplicado a ello pragmatismo, voluntad e imaginación y lo están consiguiendo. Y ello merece nuestro más decidido apoyo.

Un buen ejemplo de cómo se puede acompañar este esfuerzo con mucho más que palabras es el empeño y acierto desplegados por la señora Mogherini, a la que quiero agradecer su esfuerzo, en este proceso. Y es un ejemplo de lo que debería ser la acción exterior de la Unión Europea.

Espero que esta Resolución contribuya en la misma dirección, porque certifica el apoyo del Parlamento Europeo a Colombia y su ciudadanía. Un respaldo que se basa en el respeto de sus decisiones, en el reconocimiento de sus aciertos, en la condena de la violencia como herramienta de acción política y en una expresa referencia a la aplicación de la legislación internacional destinada a evitar en todo el mundo la impunidad de los delitos de lesa humanidad.

Por esas razones, este documento es una expresión de solidaridad activa con las víctimas. Se compromete con un proceso social, político y económico que surge desde la ciudadanía y sus instituciones para poner en marcha una nueva convivencia con derechos, desarrollo, justicia social y reconciliación. Esperemos que contribuya, además, a terminar con la doble victimización que han sufrido todos los colombianos, porque cuando la etiqueta de tu país se tiñe de sangre, se asocia con el conflicto y la violencia. El aislamiento, el desdén y el boicot castigan con la pena del desprestigio a quienes ya sufrían mucho.

En definitiva, sí a esa nueva Colombia de paz y convivencia, que está transformando rápidamente una sociedad en conflicto en un país de oportunidades.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, desde el Grupo GUE/NGL queremos estar a la altura para acompañar este proceso de paz que empezó el 19 de noviembre de 2012, porque es un conflicto terrible: 218 000 víctimas mortales, 70 000 desaparecidos, el país con más sindicalistas asesinados, el segundo país del mundo en cuanto a víctimas civiles por minas y seis millones de desplazados internos.

Tiene causas estructurales este conflicto y así lo han evidenciado los borradores que han firmado o que han preparado las FARC y el Gobierno colombiano sobre el campo, la participación política, la solución del problema de las drogas o el acuerdo sobre las víctimas. Evidencia los asuntos que hay que tratar para que este cese de fuego bilateral se consolide por la vía popular de los acuerdos, es decir, esté basado en la verdad, en la justicia en la reparación y en las garantías de no repetición.

Ahora necesitamos desmontar los grupos paramilitares al servicio de las élites ultra y de algunas multinacionales extractivas —algunas europeas—; restituir las tierras despojadas —la solución integral del acceso a la tierra—; que el Estado colombiano haga uso de su responsabilidad de proteger a su población, sobre todo a los activistas de los movimientos sociales, políticos y sindicalistas; garantizar la presencia en Colombia del Alto Comisionado de las Naciones Unidas para los Derechos Humanos y, por supuesto, prestar apoyo económico, pero condicionado a la firma del acuerdo de paz y a mecanismos de verificación internacional.

Jordi Sebastià, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor Presidente, ante todo muchas gracias, señora Mogherini, por estar aquí, por venir a este Parlamento a menudo a hablar y también a escucharnos. Creo que esta propuesta de Resolución es motivo claro de alegría y creo que este Parlamento debe congratularse por el grado de consenso que hemos conseguido. Y quiero felicitar, en nombre de mi Grupo, a todos los que han negociado para que de aquí salga un apoyo claro y decidido al proceso de paz en Colombia.

Las víctimas no merecen otra cosa, y el proceso, todo el esfuerzo que todas las partes implicadas han estado haciendo, tampoco. Y es importante que la Unión Europea se implique, que demuestre al mundo que celebramos acuerdos comerciales, que intercambiamos bienes y negocios, pero también que sabemos transferir nuestra ayuda para paliar el sufrimiento de personas, sin importar el dónde. Y que eso de que somos el referente de los derechos humanos, a veces podemos hacerlo realidad.

Ahora debemos implicarnos en que el apartado 8, en el que se pide a los Estados miembros la creación de un fondo para acompañar la fase posconflicto, se haga realidad. Solo quiero lanzar una llamada de atención a ese otro foco de violencia, esparcimiento y muerte —como ha señalado un diputado— que son los grupos paramilitares ahora llamados bandas criminales o «bacrim». Esos grupos, creados con la cooperación de las fuerzas armadas, son los causantes todavía hoy de mucho sufrimiento y dolor, están vinculados al narcotráfico y actúan como meros gánsteres. No debemos olvidar ese punto crucial si queremos llegar a un acuerdo de paz global en Colombia. No nos podemos permitir un cabo suelto ahora que el proceso con las FARC avanza en buena dirección.

Pongamos en la agenda el problema y demos todo nuestro apoyo para solucionarlo, como hemos hecho ahora.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, buon pomeriggio all'Alto rappresentante. Bene, non possiamo che essere d'accordo con il sostegno alla risoluzione, perché — come avete già detto — è chiaro che è un momento storico, un momento importante, ma è anche un momento da cui inizia una nuova epoca per la Colombia. Ed è una nuova epoca in cui bisogna stare molto attenti, perché quello che a me preoccupa è cosa succederà domani, perché l'accordo, il processo di pace è sì un buon accordo, però non tiene in considerazione tante cose, come per esempio il risarcimento per le vittime, dove si prenderanno i soldi, o molti altri punti che sono rimasti irrisolti, che non abbiamo messo nella risoluzione perché chiaramente come Parlamento europeo vogliamo dare un segnale forte, ma che, io temo, possano essere dei punti problematici per il futuro. Quindi accogliamo con grande felicità questa nuova pagina di storia, però sappiamo che dobbiamo lavorare tanto per il futuro alla Colombia.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, Colombia está viviendo una etapa crucial de su historia, como se ha dicho. Recientemente se han reanudado en La Habana las negociaciones para alcanzar ese acuerdo definitivo antes del 23 de marzo. El objetivo es poner fin a más de cincuenta años de conflicto y enfrentamientos que han causado grandes sufrimientos, muertes, cuantiosas víctimas y numerosísimos desplazados internos.

Las relaciones de la Unión Europea con Colombia son muy importantes y en los últimos años se han intensificado. Ya ha mencionado la señora Mogherini la importancia del Acuerdo Comercial Multipartes, que está desplegando sus efectos positivos de suerte que para Colombia la Unión Europea es ya el segundo socio comercial más importante.

Destaco también el papel clave desempeñado por este Parlamento para conseguir la supresión de visados a los ciudadanos colombianos. El acuerdo firmado el pasado 2 de diciembre es una prueba del impulso que la Unión Europea quiere dar a las relaciones con Colombia y con sus ciudadanos. Este Parlamento quiere animar mañana a la culminación con éxito del llamado proceso de paz y pedir que la Unión Europea y sus Estados miembros lo sigan respaldando, contribuyendo también al fondo fiduciario que acompañará a la fase posconflicto.

Estamos en un momento de alcance histórico. Colombia está decidida a salir del túnel tenebroso de violencia. Colombia es un gran país, uno de los más importantes de América Latina, y el cierre definitivo de lo que el Presidente Santos llamó «ciclos históricos de violencia» facilitará el pleno despliegue de su enorme potencial no solo en el plano interno, sino también en el plano internacional.

Richard Howitt (S&D). – Mr President, I have had the privilege of personally observing the peace talks in Havana at the invitation of both sides, helping contribute my own country's experience of securing peace in Northern Ireland. As someone who has campaigned for peace and human rights in Colombia throughout my time at this Parliament, I believe an historic breakthrough can and will be achieved.

Today the suffering continues. In recent weeks, a 14-year-old girl was killed, and two Patriotic March activists have been murdered. We acknowledge the stopping of air strikes by the government and the unilateral ceasefire undertaken by the FARC, but further gestures towards peace, including on the treatment of prisoners, are still required. However, the agreement on victims was a huge achievement of the parties. It was this that persuaded me that the course of peace is now irreversible. It was an agreement which recognised the responsibility of both sides for the conflict and now their joint responsibility for peace.

Those who have attacked the peace process for so-called impunity should recognise there remains full accountability for war crimes under the jurisdiction of the International Criminal Court, and in agreement for reparations and restorative justice which enables an end to conflict.

I join the High Representative in underlining our deep commitment for the EU to support the implementation of peace. As tomorrow's resolution makes clear, we want to follow the Northern Ireland model for our support to peace initiatives to be administered independently with the full participation of both sides of civil society. We must also assist with security guarantees so that the democratic opposition can act free from persecution. There must be no repeat of the massacre of the Unión Patriótica, no more deaths, no more failed peace processes, but peace with justice, justice for Colombia. The time for peace has come.

Davor Ivo Stier (PPE). – Señor Presidente, después de más de cincuenta años de un conflicto armado que ha desgarrado a Colombia y ha costado más de doscientas mil vidas, el Gobierno de Colombia y las FARC han alcanzado un acuerdo de esencial importancia sobre la creación de una jurisdicción especial para la paz, que deberá satisfacer los derechos de las víctimas y establecer los cimientos de una paz estable y duradera. Este acuerdo tiene una relevancia que podría ser histórica si se llega exitosamente a la fase de su implementación.

Por ello, desde el Parlamento Europeo queremos expresar nuestra satisfacción por el acuerdo de septiembre pasado, pero también brindar nuestro apoyo para que se concluya un acuerdo definitivo de paz antes del 23 de marzo. En este sentido, señora Mogherini, usted ha nombrado al exministro irlandés de Asuntos Exteriores, Simon Gilmore, como enviado especial de la Unión para el proceso de paz en Colombia. Y esa ha sido seguramente una decisión acertada.

La Unión debería ahora profundizar su apoyo con un fondo fiduciario para acompañar la fase posconflicto en Colombia, como se propone en nuestra propuesta de Resolución. Y me alegra saber que usted y el Comisario Mimica están trabajando en ello. Al igual que el Comisario Mimica, vengo de Croacia y allí conocemos bien la importancia del apoyo de la comunidad internacional a los procesos de reconciliación. Por ello, teniendo en cuenta esta experiencia, quisiera recalcar que es necesario que la Unión Europea acompañe activamente a Colombia en este proceso de paz.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Mogherini, queria felicitá-la pelo trabalho desenvolvido neste domínio. Todos nós sabemos que um processo de paz, como aquele que tem vindo a ser consolidado na Colômbia, é frágil e difícil, e é nossa obrigação fazer convergir todos os esforços. Mas importa realçar que este processo de paz tem uma característica muito importante – foi focado nas vítimas e não nas partes conflituantes. Esta opção é notável, porque é uma opção pioneira, e o acordo assinado em dezembro bem mostra esse facto e é um pilar deste processo.

A União Europeia tem dado um contributo importante em todo este caminho e a dimensão comercial não é despiciente, porque, para além da dimensão económica do acordo estabelecido com a Colômbia e com o Peru, também foi estabelecido um importante compromisso para trabalharmos em conjunto em prol da paz, da democracia, do respeito dos direitos humanos e da promoção do bem-estar dos povos.

Por isso, esta resolução, que hoje aqui debatemos, combina uma tripla perspetiva muito importante. Em primeiro lugar, dá prioridade ao fomento de uma paz duradoura, baseada na defesa das populações, das vítimas do conflito e do reforço da sociedade civil. Mas, em segundo lugar, assume a parceria comercial entre a União Europeia e a Colômbia, com uma plataforma para a promoção não apenas da recuperação económica, mas também dos valores e das práticas de respeito pela paz, pelos direitos humanos e pela democracia plena. Finalmente, esta resolução saúda o espírito compromisso demonstrado pelas partes e apela ao desenvolvimento de uma cultura de não-violência e de desenvolvimento da confiança na sociedade colombiana.

Estes esforços geraram novas plataformas de entendimento e cooperação, e a União Europeia pode e deve, como tem feito até aqui, continuar a apoiar de forma consistente este processo.

(O orador aceita responder a uma pergunta segundo o procedimento «cartão azul», nos termos do artigo 162.º, n.º 8 do Regimento)

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question. – We live in a world where the 24-hour news cycles constantly bring us coverage of tragic global conflicts, as we see on a daily basis. Do you agree with me that the beacon of hope provided as countries like Colombia move towards peace often go under-reported in our media, and that perhaps we should better remember and recognise the progress that has actually been made as the newsreels have moved on?

Carlos Zorrinho (S&D), Resposta segundo o procedimento «cartão azul». – Senhor Presidente, muito obrigado pela pergunta que me é colocada. A verdade é que todos os dias temos novos conflitos, todos os dias temos novos desafios, mas cada vez que um conflito e cada vez que um desafio é enfrentado com qualidade e com sucesso, há mais esperança e há mais possibilidades de resolver os outros a que, entretanto, ainda não conseguimos dar resposta similar.

Tunne Kelam (PPE). – The conflict in Colombia has been dragging on for almost half a century, resulting in almost a quarter of a million deaths and six million displaced persons. The lengthy peace talks have now culminated in the Havana Agreement last December and I fully agree with Ms Mogherini that this is a landmark achievement we need to value. What is encouraging is that agreements have been already reached on such key issues as land reform, political inclusion of FARC members, drug crops, etc., but after the long process of violence it is just and fair that these other victims deserve the centre of attention.

Now the question is how to heal the wounds? How to make reconciliation? The December agreement foresees an integral system of truth, justice, reparation, etc., but first of all we need to reach a workable comprehensive deal by the end of March to implement a permanent ceasefire and then for FARC to lay down its arms. FARC is one of the last bastions of the twentieth century Cold War militant ideology that relied on violent revolution. They failed, but paramilitary groups, too, have seriously undermined democracy.

Finally, in all these encouraging developments one can perceive also the beneficial influence of Pope Francis, who has said we do not have the right to allow another failure. Let us hope and do everything to achieve this.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor Presidente, en primer lugar quiero felicitar sinceramente al Presidente Santos. El Presidente Santos ha sido valiente y ha asumido los riesgos. Valentía y riesgos combinados que han concluido en los acuerdos felices del 23 de septiembre. A este respecto, me interesa destacar, como han hecho otros, la creación de una jurisdicción especial para la paz, una política de desarrollo agrario integral, una política de participación política y alguna respuesta al problema de las drogas ilícitas. Pero víctimas, tierras, impunidad, desplazamientos y justicia son, a mi juicio, cuestiones que merecen un mayor nivel de compromiso.

Espero que haya un acuerdo definitivo el 23 de marzo y espero que Colombia tenga la confianza que merece en el interior y en el exterior. La Unión Europea confía en Colombia, lo ha demostrado con reiteración: el nombramiento de Eamon Gilmore como enviado especial para el proceso, el Acuerdo Comercial o la liberalización de visados son ejemplos que ilustran la confianza a la que me acabo de referir.

Pero todavía Colombia tiene un gran reto por delante, como se ha señalado: la fase del posconflicto y la construcción de la paz. Para ello es fundamental la ayuda que le pueda prestar la Unión Europea. Por eso es necesario el impulso y el compromiso del fondo fiduciario de acompañamiento y también muchas otras cosas, a las que no es ajeno el inicio de negociaciones con el ENL y con otras fuerzas paramilitares que todavía perturban la paz y la convivencia pacífica de los colombianos.

Alojz Peterle (PPE). – Pozdravljam dosedanje rezultate mirovnega procesa v Kolumbiji, ki edini lahko zagotovi trajni mir po desetletjih nasilja in žrtev. Sprava in mir nimata alternative. Prepričan sem, da bo to omogočilo novo kakovost sožitja v Kolumbiji in sprostilo njen bogati razvojni potencial.

Čestitam političnim voditeljem in podpornikom mirovnega procesa za dosežene uspehe, posebej pa izražam hvaležnost papežu Frančišku in duhovnemu voditelju Šri Šri Ravi Šankarju za njun bistven prispevek k odločitvi sprtih strani za nenasilno uveljavljanje politične volje. Marec naj pomeni novo stran v zgodovini Kolumbije in v dobro njenih ljudi.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Wysoka Pani Przedstawiciel! Porozumienie z 23 września w sprawie ustanowienia specjalnego sądu dla pokoju oraz z 15 grudnia w kwestii ofiar wojny domowej w Kolumbii, zawarte pomiędzy przedstawicielami rządu w Bogocie a partyzantami FARC, to istotny krok w trwających od trzech lat negocjacjach pokojowych. Pięćdziesiąt lat wojny domowej pochłonęło setki tysięcy ofiar, głównie cywilów. Konflikt zmuszał miliony ludzi do ucieczki ze swoich domów. Tortury i uprowadzenia, a także przymusowy pobór dzieci do wojska były codziennością mieszkańców tych regionów. Dlatego z zadowoleniem należy przyjąć wrześniowe i grudniowe układy z Hawany w sprawie specjalnego sądu oraz odszkodowań i identyfikacji wszystkich ofiar konfliktu. W 2016 roku – w tym roku, w roku ostatecznego porozumienia pokojowego – dzięki temu staje się to bardzo prawdopodobne. Po zakończeniu wojny domowej potrzebna będzie pomoc dla regionów zniszczonych przez działania wojenne. Dlatego ważne są działania Unii Europejskiej na rzecz zrównoważonego rozwoju Kolumbii i wsparcia najbardziej potrzebujących prowincji tego kraju, oraz wpływu na rozwój administracji rządowej i cywilnej w regionach, gdzie jurysdykcja rządu centralnego jest znikoma lub żadna.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Kolumbia to niechlubny przykład w sytuacji, w której jedni uważają, że mogą narzucić innym siłą, przemocą swoje warunki. To jest także memento: te 45 lat wojny domowej, te prawie ćwierć miliona zabitych, te siedem milionów poszkodowanych to jest memento dla wielu państw na całym świecie, także dla wielu polityków i partii politycznych w Europie, którzy myślą, że siłą można zmieniać rzeczywistość, siłą działać przeciwko własnemu państwu i własnemu narodowi. My wszyscy w Europie powinniśmy na takie państwa patrzeć i pokazywać je jako zły przykład, ale z drugiej strony oczywiście cieszyć się, że i Unia Europejska, i Stany Zjednoczone, a także nawet takie państwa jak Kuba przyczyniły się do tego, że jesteśmy może na wyciągnięcie ręki od pokoju, i oby się tak stało, obyśmy ten pokój osiągnęli.

Interventi su richiesta

José Inácio Faria (ALDE). – Senhora Alta Representante, Senhor Presidente, caros Colegas, 2016 poderá ser o ano mais decisivo da história recente da Colômbia, com a assinatura do acordo de paz com a guerrilha das FARC, prevista para março, pondo termo a um conflito que, em meio século, matou mais de 220 mil pessoas e marcou a sociedade colombiana para sempre.

A União Europeia, que sempre incentivou o estabelecimento das negociações de paz, terá que, neste momento decisivo, oferecer todo o seu apoio ao Governo de Juan Manuel Santos na aplicação deste acordo definitivo de paz, bem como nos complexos desafios do pós-conflito, planos que exigirão enormes recursos: apoiar o fortalecimento da economia, a reinserção de guerrilheiros, a transformação das guerrilhas em partidos políticos e compensação das vítimas, em nome de uma paz durável e duradoura na Colômbia.

Caros Colegas, acredito ainda que a solução para a consolidação do processo de paz na Colômbia passará inevitavelmente pela reconciliação nacional, como muito bem disse a Senhora Mogherini, em nome dessa paz durável na Colômbia.

Termino, Senhor Presidente, esperando e desejando que este Parlamento tenha uma postura para com a Colômbia diferente daquela que lamentavelmente teve para com a Venezuela no seu recente processo de transição democrática, onde primou pela ausência.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor Presidente, no es el texto que yo o mi Grupo redactaríamos, pero me complace mucho que este Parlamento debata una propuesta conjunta de apoyo al proceso de paz en Colombia. Debemos felicitarnos de todo lo conseguido ya entre el Gobierno y las FARC, pese a las dificultades e imprevistos, y debemos felicitar también a la sociedad colombiana. Y animar al Gobierno y al ELN a que concreten cuanto antes el diálogo entre ambos. Señora Mogherini, en mi opinión, es fundamental que la ayuda europea llegue no solo al Estado colombiano, sino también a los territorios, a las regiones. Que se garantice la paz territorial.

Por último, me gustaría subrayar que es cuando menos sorprendente que el Estado español, que apoya el proceso en Colombia, y me alegro de que lo haga, niegue, en cambio, la posibilidad de una resolución en clave democrática al conflicto político en el País Vasco. Yo quiero animar a todos y a todas a que también se impliquen en mi país.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Luis de Grandes Pascual (PPE), pregunta de «tarjeta azul». – Señor Juaristi, ¿cómo tiene usted la desfachatez de equiparar un diálogo entre un Estado democrático, que reconoce errores, y unas fuerzas que llevan haciendo lo que pueden —y yo no quiero naturalmente entrar en valoraciones— con el tema de un diálogo supuesto entre una organización terrorista como ETA y un Estado democrático? ¿Cómo tiene esa desfachatez, señor Juaristi?

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), respuesta de «tarjeta azul». – Gracias, señor de Grandes, por su pregunta. Es sentido común. Cualquier conflicto político, cualquier resolución de cualquier conflicto político, se aborda hablando, dialogando y negociando. Es lo que ustedes están apoyando en Colombia. Y me parece muy bien, me alegro muchísimo de que lo hagan. Pero en Europa, además de Irlanda, cuyo proceso de paz también apoyó este Parlamento, hay también otros procesos que necesitan el apoyo institucional de la Unión Europea. Y también la implicación de su Gobierno. Eso es absolutamente necesario y es el modo de arreglar los conflictos políticos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor Presidente, en primer lugar, yo creo que era importante que el Parlamento Europeo lanzara un mensaje claro y contundente de apoyo al proceso de paz. Creo que lo lograremos mañana y es un paso adelante muy positivo. Quiero agradecer también las palabras de la Alta Representante y también los esfuerzos que está haciendo para acompañar el proceso, lo que creo que es muy importante. El único mensaje que yo quisiera trasladar es que es el momento de no dormirse, de no pensar que está todo hecho. Los acuerdos parciales deben irse cumpliendo, y eso es muy importante, pero quedan muchas cosas por hacer.

A nosotros nos preocupa el tema de la tierra, de los desplazados, de los indígenas, el tema de las mujeres, que viene recogido en la propuesta de Resolución, y el de los feminicidios que han ocurrido en Colombia durante demasiados años, que también viene recogido. Y dos cosas para nosotros muy importantes, señora Mogherini: la primera, el tema de los paramilitares y su desmantelamiento, que ha sido señalado por muchos diputados; es una cuestión fundamental, pues sin eso no va a haber paz. Y la segunda cosa que quería señalarle como tema esencial es la protección de los defensores de los derechos humanos, que han sufrido ataques constantes durante demasiados años y cuya protección tiene que ser un objetivo principal de la Unión Europea. Así que, nada más, simplemente animarla a que la Unión Europea acompañe en la medida de lo posible en todos estos aspectos para que el proceso culmine en buenas condi-

ciones y como todos deseamos.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor presidente, onorevoli colleghi, in Colombia finalmente il buio in fondo al tunnel è un po' meno buio. Non esistono accordi e processi di pace perfetti, niente potrà riportare indietro le lancette e gli orrori della storia, ma concludere un conflitto che dura dagli anni '60 è già un piccolo miracolo. Tante questioni sono irrisolte, a partire dal significato dell'espressione «restrizioni di libertà per chi confessa», passando ancora per le responsabilità dei comandanti delle milizie irregolari, le sanzioni per i crimini contro l'umanità e il narcotraffico, i risarcimenti alle vittime e ancora la partecipazione dei rei alla vita politica, per non parlare delle sanzioni agli sponsor dei criminali di guerra. Auspichiamo che i colloqui all'Avana li chiariscano.

È fondamentale però che non si tolleri alcuna amnistia per i crimini più gravi e che si combatta veramente il narcotraffico, aiutando i contadini che spesso sono più vittime che complici. E che si rientri, anche da parte dello Stato colombiano, nell'alveo di un pieno Stato di diritto e di un pieno rispetto dei diritti civili e politici di ogni cittadino. Da ultimo, come Unione dobbiamo anche onorare i nostri impegni economici per gli aiuti, lo dobbiamo al futuro dei giovani colombiani e alla speranza che i nuovi nati non sappiano mai cosa voglia dire la parola «guerra».

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το τελικό στάδιο της ειρηνευτικής διαδικασίας ανάμεσα στην κυβέρνηση της Κολομβίας και τους αντάρτες του FARC θα ολοκληρωθεί το Μάιο του 2016. Στις 15 Δεκεμβρίου υπεγράφη συμφωνία για την αποζημίωση των θυμάτων του πεντηκονταετούς πολέμου, ενώ οι ειρηνευτικές διαπραγματεύσεις για να περιοριστούν οι επιχειρήσεις του στρατού δρομολογούνται από το 2012.

Με την ειρηνευτική διαδικασία αναμένεται καταρχάς να σταματήσει η παλαιότερη και πλέον μακροχρόνια διαμάχη στη Λατινική Αμερική, μια αντιπαράθεση που είχε τουλάχιστον 220.000 θύματα και οδήγησε σε πολιτικές διώξεις της αντιπολίτευσης και των συνδικαλιστών ηγετών. Παράλληλα, προβλέπονται αποζημιώσεις των θυμάτων της σύγκρουσης καθώς και μέτρα για την καταπολέμηση της διακίνησης των ναρκωτικών αλλά και για την ανάπτυξη της αγροτικής οικονομίας.

Επομένως, είναι αναγκαίο να ολοκληρωθούν οι ειρηνευτικές διαπραγματεύσεις στην Κολομβία ώστε να ξεκινήσουν έρευνες για τους εξαφανισθέντες της πολύχρονης σύρραξης και να συσταθεί ειδική επιτροπή που θα αποσαφηνίσει τα όσα συνέβησαν στον εμφύλιο πόλεμο. Η ειρηνευτική διαδικασία άλλωστε μπορεί να οδηγήσει στη διαμόρφωση μιας δημοκρατικής Κολομβίας υπό τον όρο ότι θα διαλυθούν οι παραστρατιωτικές οργανώσεις.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señor Presidente, gracias, señora Mogherini, una vez más. Respetamos muchísimo su trabajo. De las doscientas veinte mil personas fallecidas en Colombia en todos estos años, un 81 % eran civiles y miles de víctimas han pasado desapercibidas durante décadas, no solo por la estrategia de ocultamiento, sino por la rutinización de la violencia y la indiferencia social e institucional, como asegura el historiador colombiano Gonzalo Sánchez.

Los cálculos de la distribución de responsabilidades de la violencia son sustantivos en términos de verdad y memoria, pero no atenúan la responsabilidad que cada víctima reclama. Y no se trata de concitar odio o venganza, sino de justicia, de repudio y de reflexión. Las víctimas y la sociedad colombiana necesitan la asunción de responsabilidades sin impunidad. Incluso en nuestra cuidada propuesta de Resolución no está de más recordar que la sociedad civil no participa en la mesa de negociaciones y que, hasta el momento, el grado de impunidad en los crímenes supera el 90 %. En algunas fuentes se habla de un 98 %. No se trata solo de invocar que no habrá impunidad. Es preciso ser exigentes en la asunción de responsabilidades y en la aplicación real de la justicia, que invocamos y esperamos. Y esto vale tanto para Colombia como para cualquier lugar donde se hayan vulnerado los derechos humanos, por ejemplo, España.

(Fine degli interventi su richiesta)

Federica Mogherini, Vice President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, let me start by saying what someone else in this room has said: we are not there yet. It is very encouraging. A major step – I would say a historic step – was taken in December, solving one of the most difficult parts of the negotiations in a difficult, complicated, but I think very constructive and encouraging way. But we are not there yet.

That is why I underline – as I did in introducing our debate – that our support does not focus only on the follow-up to the agreement and implementation, but also, in these coming weeks and months, on trying to accompany the negotiations, trying to support them and also trying to support the strong leadership and vision of President Santos, who is certainly taking bold and impressive steps in this direction, and also supporting the country – all of it – in this process.

Regarding the territories, I very much share the reference to the fact that we need to make sure that our support goes all the way down (for me, somehow, it is going up!) to where people live. When it comes to civil society and human rights defenders – I specifically mentioned this in my introductory remarks – this is a role for the European Union, and we know that very well, as is encouraging and supporting the country as a whole and its people as a whole.

I believe, for instance, that what we have done on the visa waiver was particularly important because it showed not only the support that the European Union was giving to the process, and the intention to support implementation of the process, but also that this is part of a bigger picture which is the excellent bilateral relations that the European Union has with Colombia, and also that this is framed into an even bigger picture which is the strategic relations between the European Union and Latin America, and in particular with some countries in Latin America with which our relations are developing in an extremely positive way, especially in the last year.

President Santos and I met probably four or five times in the last year and past couple of months. The last time was in December in Brussels where we witnessed together the signing of the visa waiver, but we were meeting regularly before that. I would say we were having a meeting every couple of months, every time that we crossed each other around the world, whether in the margins of the Cumbre de las Americas or in the General Assembly, to pass the message to him, but first of all to listen to him about what we could do to better support the process.

Even the decision to appoint a Special Envoy and to identify him or her – in this case it is him – in Eamon Gilmore came out of a conversation with President Santos, who believed this would be a positive sign, and a positive experience in negotiating the process given the experience that Gilmore has with the Northern Ireland process, and on working on the follow-up, which might be even more difficult than the process of agreeing on the agreement itself.

Let me also say that I believe this is – and some of you mentioned this – an example of what the European Union's role can be in the world. It is first of all a sign that our engagement is precious, including in places that we might perceive as being far away from us.

Our focus in these dramatic times is obviously on our neighbourhood, in our region: south, east, and I would also say north and west. It might be strange to hear this from an Italian but I believe that our work on the Arctic has to be substantial and consistent because it is probably the new frontier for many things.

Certainly we have a priority in making sure that our region becomes a little bit safer and more stable than it is now, but our added value is incredibly high, including in places around the world: in Asia, in Latin America, in Africa. Not necessarily everywhere, but in specific places where history, politics, sometimes the economy, sometimes people-to-people exchanges and culture mean that the links and ties make our position and our contribution somehow special and valuable for institutions or people.

This is one of those cases. This is the global role of the European Union. This is our strength. This is the strength of our contribution, somehow, to peace in the world. I know that these are words that sometimes we feel a little bit naive in saying but, at the end of the day, this is our interest: promoting and trying to facilitate peace in the world.

But this is also the role of the European Union: investing in some models for trying to find a way out of conflicts. Some of you said that it is much more difficult to put an end to a conflict than to start a conflict. I could not agree more. That is why it is much more convenient for us to invest in conflict prevention than to try to find a way out of a conflict that has already exploded.

But there is a way – I would say a European way – of facilitating dialogue, facilitating cooperation, finding mediation, encouraging compromise also, because this comes from our history too. This will come up in the following debate on the situation in Syria and the debate after that on tensions in the Middle East.

At the end of the day, it is always the same story. European history is a history of conflicts – centuries of conflicts – that we have somehow spread around the world, dragging others into our own conflicts and wars, and which we finally managed to stop at the point when we discovered that regional cooperation and reconciliation within Europe was the way out.

That brought us peace, stability and prosperity, even if we sometimes tend to forget this today. So it is our European way that can bring hope and in some way good stories around the world. It is also the role of the European Union to invest in good stories, making them possible, and, once they do happen, making them sustainable, making them last and making them work, which is not something that we can ever take for granted.

Let me finish by saying that I really appreciate the unity you are showing in this, in the debate and in the vote you are going to take. Let me say that I am completely sure that our friends in Colombia are going to notice and appreciate this. These are exactly the kind of signs that also bring an added value to a difficult process, in terms of encouragement and political support, which is precious in these difficult times.

Some of you mentioned Pope Francis. Let me conclude by quoting him on something that is also somehow a European way of seeing things. Pope Francis said that the night of violence can turn into a day with no sunset, a day of concord and justice so that there can be lasting peace. Please, we cannot afford another failure on the path to peace and reconciliation. This is the spirit, I think, in which we engage, we continue to engage, with our Colombian friends, knowing that the way ahead is still difficult and we should not take it for granted, but knowing that it is possible. I am also convinced that 2016 can be the year when this conflict finally comes to an end and Colombia can find its peace.

Presidente. – Comunico di aver ricevuto 7 proposte di risoluzione conformemente all'articolo 123, paragrafo 2, del regolamento.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani, mercoledì 20 gennaio, alle 12.30.

13. Lage in Syrien (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la dichiarazione del vicepresidente della Commissione/alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulla situazione in Siria (2015/2517(RSP)).

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs. – Mr President, in Syria we are facing the biggest humanitarian tragedy in our region since the Second World War. Six and a half million Syrians are internally displaced, and if the fighting continues these could be the refugees of tomorrow. Around 400 000 Syrians have no access to humanitarian aid, especially in areas that are besieged. We now have 4.6 million Syrian refugees in the neighbouring countries, with chances being high that this number will continue to grow due to intense fighting on the ground.

Starvation inside Syria is used as a means of warfare against the weakest and most vulnerable people on the ground, in particular against women and children. The Syrian Government has now guaranteed humanitarian access in Madaya, but this is far from being enough. In other ongoing sieges, people have been trapped for months, unable to exit, with no access to food, no access to medication and no access to basic services. Several local ceasefires reached in recent months are a reason for hope, for example in the Waer neighbourhood of Homs, but still they stopped far short. The goal of a nationwide ceasefire between the government and the opposition is an urgent one.

The bombings and targeting of civilian areas and structures such as hospitals and schools, in particular by the Syrian regime and its allies, are unacceptable. This is why it is crucial that, in parallel with the efforts to start a political process, we call for all parties to cease all attacks and bombing of civilian targets, to put an end to the sieges of civilian areas and to fully respect international humanitarian law. It would be a disaster if, as we manage hopefully to start the political process, the situation on the ground does not improve; the credibility of the whole process would suffer enormously.

Some progress was made in the fight against Da'esh in Iraq, but less so in Syria. Let me say very clearly that the terrorist group cannot and will most probably not be fully defeated if the civil war in Syria continues. Daesh bases its own survival and its propaganda on sectarian strife and chaos in Syria and in Iraq, and only a united Syria – only a Syria that puts an end to its own civil war and finds ways to reconciliation – will defeat Daesh once and for all.

In these weeks and days, this is somehow a real condition to not only fight, but also to defeat, Daesh. We have worked hard to build such a united front outside Syria and inside Syria, with the European Union playing a crucial role first and foremost for humanitarian reasons, but also because we know very well that ending the war in Syria concerns our own security because it is clearly the condition to better fight against Daesh, and it is in our own interests. The consensus we reached in the International Syria Support Group – first in Vienna with two rounds of difficult but successful talks, and then in New York in December – led to the unanimous adoption of UN Security Council Resolution 2254 last December.

Finally, we managed to unite the international community around a roadmap, endorsing the talks in Vienna, their format and their content, and showing the Syrians and the regional actors that there is unity on the international side to indicate the way forward.

The resolution calls for intra-Syrian talks between the government and the opposition. Preparations are underway and the talks are foreseen to start in Geneva next week. The resolution sets up a schedule of six months for the establishment of inclusive and credible governance in Syria and a target of 18 months for free and fair elections based on a new Syrian constitution with the clarification of the fact that wherever the election takes place it will have to see the Syrians outside Syria taking part in it too.

In parallel with the political process, the resolution also calls for the development of confidence-building measures between parties in conflict and for a mechanism of implementation and the monitoring of ceasefire. This is clearly a very ambitious calendar, a very ambitious agenda, but it is clear that we cannot afford to waste time and we have to set high objectives in order to have some hope that the process starts. As peace gets closer – as the possibility of starting this process gets real – we see that the resistance from the enemies of peace is getting even stronger. I believe we should consider the current phase as a window of opportunity that was not there in the past years. Let me say that this window might not be open forever if we miss this chance, and let me add that I believe that we finally managed to bring all the different regional actors around the same table on the Syrian conflict partly because we managed last July to find an agreement on the Iranian deal, opening the way for the possibility – although not yet the reality – of a different kind of cooperation in the region. We will discuss that in the next debate. The conditions are there again, but the way forward will be bumpy, difficult and challenging for all.

The UN Special Envoy for Syria, Staffan de Mistura, has our full and united support. We have put this issue on the agenda of all the last Foreign Affairs Council meetings – the last one took place just yesterday – and we discussed at length on how, united, we can support the process and the work of Staffan de Mistura. I am in constant contact with him; I met him just a few days ago in Brussels to discuss exactly the preparation of the talks, the way ahead, and how the European Union as such, together with the Member States, in a coordinated way, can further contribute to the implementation of the UN Security Council Resolution.

Yesterday, the Foreign Affairs Ministers discussed Syria and our further work on the implementation of this resolution. The European Union and the Member States will provide support to the intra-Syrian talks and the entire transition process in terms of mediation, expertise and consensus-building. We will support the ceasefires, and once the ceasefires are in place – whether local ceasefires or a national ceasefire – we are preparing to step up our aid to the Syrian people. This also includes local governance needs, rehabilitation and reconstruction of the country, because it is key that, as we are trying to do in Iraq, liberated areas or areas in times of ceasefire or peace are immediately supported with humanitarian aid wherever the access of humanitarian aid is possible.

As you know, the European Union is the biggest donor to the management of the Syrian crisis, with almost EUR 5 billion that we have mobilised so far. The Ministers also agreed yesterday on a European Union common approach and preparation towards the upcoming Syria-London conference that will be hosted in London by the UK and co-hosted by Germany, Norway and Kuwait on 4 February. We have already prepared substantial support to Turkey. We are putting together further additional comprehensive support packages for Jordan and Lebanon, not only to support them in their remarkable work in protecting and hosting refugees, but also to strengthen the resilience of the two countries, which has been tested in different ways in each country, and it is a top priority for the European Union to invest in the resilience of these two countries in order to prevent them from facing major security, social, economic or political problems that could turn the crisis in Syria into something even bigger.

In addition, we need to be ready for the fast deployment of humanitarian and civilisation aid once the conditions change inside Syria to make sure that, if and when we get to the point of something close to peace, the country can be rebuilt in all forms.

Later in the evening, we will discuss the current tensions between Saudi Arabia and Iran. Let me just reiterate that I had lengthy discussions with the Foreign Ministers of both countries to convey the message that it is vital that the Syrian talks are protected and that there is no serious spillover of these bilateral tensions over this multilateral process that has finally, and in a difficult way, started. It is also vital that together as Europeans, in a coordinated way, and together with our partners, starting with the United States but also others, we pass on the same message to all the interlocutors in the region.

All those with influence over the warring parties inside Syria should help them walk the difficult path towards peace. Confidence-building measures in particular have to be implemented immediately to create a favourable environment for the talks, and to guarantee that the process is credible and delivers to the Syrian people immediately.

This is a critical phase for the political process. What we agreed on in Vienna and New York with regional and international actors has to become reality on the ground, otherwise it will not fly. Only the Syrian parties and people can make this happen with the help of the international community, which, as I see, is ready to do that.

Last week I met with Riad Hijab, the coordinator of the Syrian opposition's High Negotiations Committee, and I confirmed the EU's readiness to support these talks and to provide capacity-building during negotiations and afterwards and during the political transition when it starts. We also support the work of the UN Envoy for inclusive representation in the talks and accompany him in the difficult task of arranging the way in which the talks can be organised. Only a comprehensive representation of Syrian groups will help us to reach the much needed consensus for the way ahead.

Let me also say something that is not normally mentioned: the role of Syrian society in managing the way out of this conflict. I believe the civil society inside Syria will play a major role in the implementation and monitoring of confidence-building measures, for example local ceasefires, and so the civil society in its different parts and ways needs to be brought into the discussion as early as possible, and all minorities and religious groups should have a say. Excluding this or that group on sectarian or ethnic grounds would be a non-starter. Inclusiveness is the only way forward towards national reconciliation and will be the most powerful and the most effective way to defeat Daesh: we have seen this in the past in Iraq. We have to try to avoid the mistakes that were made in previous years.

The work to build a democratic, non-sectarian, inclusive Syria has only just begun, but we are finally heading in the right direction. Peace in Syria is possible, and we have shown in the last year that some incredible things and positive things are indeed possible. The transition can start and Daesh can be defeated.

The international and regional players have finally united after five years, five long years of work to make it possible, and it is now time for the Syrians to take this opportunity to start the transition, to stop the war, and to stop Daesh, and they will need to know – as we have been telling them all – that we will be at their side, continuing to work for the unity of the international community and the region to make this process possible.

I have just received news that relates to the previous discussion: if I may give the good news to plenary, Mr President, the Colombian government and FARC have just announced a Havana agreement on a bilateral ceasefire and a mechanism to implement it. We have just received a call from our ambassador in Bogotá, so do this more often!

Presidente. – Vicepresidente, apriamo sulle sue dichiarazioni sulla situazione in Siria il dibattito. Sentiamo innanzitutto le valutazioni dei gruppi politici.

Mariya Gabriel, au nom du groupe PPE. – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, tout d'abord, merci pour votre engagement et vos messages clairs. Oui, vous l'avez démontré qu'aujourd'hui: l'enjeu, pour l'Union européenne, est de veiller à ce que des progrès soient réalisés à la fois sur le plan politique et sur le plan humanitaire. Dans cette optique, j'aimerais attirer l'attention sur quatre éléments.

Premièrement, le fonds fiduciaire «Madad» et la contribution des États membres. Nous le savons: pour gérer la situation humanitaire, il faut agir aujourd'hui, mais aussi anticiper demain. Les États membres doivent tenir leurs promesses et ne pas oublier que c'est, là aussi, une réponse à la crise des réfugiés qui les occupe tant.

Deuxièmement, en vue des pourparlers à Genève, il est clair que l'évolution de la situation sur le terrain doit refléter l'engagement de toutes les parties dans ce processus politique, non seulement comme gage de bonne foi, mais aussi pour éviter toute déconnexion entre les aspirations des Syriens et les accords obtenus entre les représentants participant aux négociations en amont de la transition.

Troisièmement, la question cruciale de la composition de la délégation de l'opposition et des participants aux négociations. Deux remarques: d'une part, les divisions entre les membres du groupe international de soutien sur cette question ne doivent pas nuire au processus entre Syriens – la résolution du Conseil de sécurité de décembre 2015 est claire sur ce point; d'autre part – mais je sais que l'envoyé spécial de Mistura y prête une attention particulière –, la participation des femmes, élément clé par principe, est comme un investissement pour l'avenir de la Syrie.

Enfin, l'échange de vues que vous avez eu hier avec le ministre des affaires étrangères de la Jordanie, tout comme le dialogue soutenu avec le Liban, sont des points très positifs. Comme vous l'avez dit: gérer les crises, oui; investir dans des partenaires clés dans la Méditerranée, doublement oui, et ce au-delà de la crise des réfugiés. Cela aussi relève de la situation en Syrie, dont nous tirons des enseignements.

Victor Boştinaru, în numele grupului S&D. – Domnule preşedinte, războiul civil din Siria intră în al şaselea an, deja. Şi săptămâna trecută am asistat îngroziţi la tragedia de la Madaya, care a oferit încă o mostră a nebuniei pe care războiul, violenţa, confruntarea o pot aduce într-o ţară. Am trăit cu imaginea copiilor sirieni murind de foame şi am fost fericiţi când, într-un final, un convoi umanitar a reuşit să pătrundă într-un oraş asediat, în care aproape 40 de mii de persoane trăiau foamea de luni de zile. Alte oraşe de la frontiera de vest a Siriei sunt în aceeaşi situaţie. Reiterez aici declaraţia Secretarului General ONU, Ban Ki-moon: „utilizarea înfometării ca armă este o crimă de război şi va trebui să fie tratată astfel”.

Este evident că avem nevoie de o soluţie politică imediată şi aceasta poate fi posibilă doar prin implementarea Acordului de la Viena şi a Rezoluţiei 2254, care au fost adoptate cu sprijinul substanţial al Uniunii Europene şi al dumneavoastră. Avem nevoie de o soluţie politică ştiind că doar aceasta poate crea condiţii pentru o pace durabilă. Bombardamentele, inclusiv cele ruseşti, care distrug fără discernământ ţinte civile, construcţii şi, de asemenea, ţintesc în opoziţia moderată sunt contraproductive.

O soluţie politică trebuie să implice, aşa cum aţi menţionat, Iran, Turcia, Rusia, Arabia Saudită, ceilalţi actori locali şi regionali şi, în acest sens, salut efortul ONU pentru *confidence-building measures* şi doresc succes Conferinţei donatorilor pentru Siria, care va avea loc la 4 februarie.

Ştim foarte bine că pacea în Siria este garanţia pentru înfrângerea Daesh, este garanţia pentru reducerea fluxului de refugiaţi şi este în egală măsură garanţia că această nebunie a violenţei, pe care Daesh a generat-o, va fi înfrântă. Vă doresc succes!

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Twee kwesties wil ik aansnijden in de Syrische tragedie. De uithongering van minstens 400.000 burgers in belegerde gebieden en de ontrecting van de christelijke minderheid door de Syrische Koerden.

Madaya is synoniem geworden voor bewuste uithongering van de burgerbevolking voor oorlogsdoeleinden. Daaronder lijden evenzeer de burgers van Fou'ah en Kafraya (bij Idlib), Nubl en Zahra (bij Aleppo) en Deir al-Zor, waar 200.000 Syriërs worden belegerd door de Islamitische Staat. Wat ik vandaag gehoord heb over wat daar gebeurt is schrikbarend. Al deze plaatsen liggen in gebieden waar toestellen van de anti-IS-coalitie vliegen, waaronder die van enkele Europese landen.

Mijn vraag - die ik ook aangeleverd krijg uit de regio zelf - aan de Hoge Vertegenwoordiger: Waarom worden hier uitsluitend door de Russen voedselpakketten gedropt en hoor je niets over Europa?

Voorts vraag ik uw aandacht voor de rechtspositie van christenen en kerken in het Koerdische gebied in Syrië. Confiscatie van huizen en bezittingen van gevluchte christenen en Koerdische aanvallen op controleposten in christelijke wijken in de plaatsen al-Hakaseh en Qamishli vragen om een krachtige, afwijzende Europese reactie. Ik heb sympathie voor de Koerden, maar rechten zijn er voor iedereen. Het gaat niet om een Koerdificeringsproces in Syrië, dat lijdt al genoeg!

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would firstly, like to congratulate the Vice-President on Colombia. I will be happy to be here in a few months' time, even at midnight, to congratulate her also on Syria. I do not want to be redundant because a lot of what she has said would be my conclusions having read through the rather large file in the last couple of days, but let me say a few words anyway.

Firstly, it is clear that the five bloody years of a very bloody war has had its influence, its impact. It has had its impact primarily, of course, on the Syrians, but it can be felt across the world. We can see the devastating consequences of the Daesh terrorist attacks on the French, the Russians, the Turks, the Lebanese and the Saudis, just to mention some of them.

I think that last year was a wake-up call for Europeans, in particular. The Syrian war is clearly reshaping politics across the continent, especially as the response to a surge of Syrian refugees has called even the European Union's *raison d'être* into question. The November 2015 terrorist attacks in Paris have meant in reality that the threat is driving day-to-day concerns across the continent. I very much believe that we will make progress in Geneva. We cannot fail, but there are four points which I think are preconditions, and for the sake of time, I will exceptionally read them out.

Firstly, all sides, including the Assad regime, Russia and Iran, must abide by the UN Security Council resolution 2254: 'fulfil its demand to immediately cease military attacks against civilians, and to allow humanitarian aid across Syria to help all people in need, including the besieged areas'. Of course, Madaya has to be mentioned among them. Any political situation is hardly imaginable without concrete humanitarian improvements for the people in Syria.

Secondly, that the talks have a clear agenda and deliver a real political transition towards non-sectarian inclusive governance without Assad. The EU must step up its efforts on the international scene and get all the other regional and global powers to respect the agreements made and to constructively back this process.

Finally, de-escalating the broader war in Syria: this is a prerequisite for any effective campaign against ISIS. No military strategy against a group that is detached from the wider Syrian dynamics will be effective, as many of the key actors needed to defeat ISIS have their own priorities. I wish you the best of luck, and of course I am happy that that the Czech Embassy in Syria, now being the last EU embassy, will be providing a helping hand on the humanitarian side, especially on the infrastructure we have in place.

PUHETTA JOHTI ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

Τάκης Χατζηγεωργίου, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, δεν ξέρω πραγματικά αν υπάρχει κανείς σε αυτή την αίθουσα που μπορεί να πει κάτι ουσιαστικό, κάτι υλοποιήσιμο για τη Συρία. Αν υπάρχει κανείς τέτοιος ανάμεσά μας, ίσως πρέπει να αναζητηθεί ανάμεσα σε μια χούφτα ανθρώπων μέσα σε αυτή την αίθουσα, οι οποίοι, όταν όλοι μιλούσαν για Αραβική Άνοιξη, εμείς φωνάζαμε όσο πιο δυνατά μπορούσαμε πως, αντίθετα, έρχεται βαρύς παγωμένος Αραβικός Χειμώνας. Μας κοιτούσαν τότε κάποιοι με θυμηδία.

Σήμερα λοιπόν με τα εκατομμύρια των προσφύγων, με τις εκατοντάδες χιλιάδες των νεκρών, με τους πνιγμούς στο Αιγαίο, αν υπάρχει ακόμη λύση, ας την επιδιώξουν αυτοί οι ηγέτες της Ευρώπης και του κόσμου, φέρνοντας στο ίδιο τραπέζι τις αντιμαχόμενες πλευρές στη Συρία, φιλοκυβερνητικές και αντιπολιτευόμενες.

Οι κίνδυνοι μεγαλώνουν με την ένταση μεταξύ Σαουδικής Αραβίας και Ιράν, αλλά και με την πλήρη ανάπτυξη των πολεμικών μηχανών της Τουρκίας κατά των Κούρδων μέσα στην ίδια τη χώρα τους. Αλλά για να είμαστε δίκαιοι προς όλους, θέλω να σας απευθύνω μια έκκληση κυρία Mogherini, κάντε ένα τηλεφώνημα στον τέως πρόεδρο των Ηνωμένων Πολιτειών, τον κ. Bush, και διηγηθείτε του τα καθέκαστα της πολιτικής του στην περιοχή. Τα καθέκαστα μία απρονοησίας και μιας πολιτικής - το λέω με ειρωνεία - οξυδέρκειας. Πέστε του «πέντε εκατομμύρια πρόσφυγες, τριακόσιες χιλιάδες νεκροί και χιλιάδες πνιγμένοι στη Μεσόγειο», απλά για να ξέρει ότι γυρνάει πίσω.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Hohe Vertreterin! Die Wiener Gespräche im November hatten neue Hoffnungen auf Friedensverhandlungen in Syrien geweckt.

Inzwischen ist dieser Prozess bereits wieder ins Stocken geraten, und es ist fraglich, ob das diesen Monat in Genf geplante Treffen überhaupt stattfinden kann. Es ist abzusehen, dass die Verhandlungen so lange nicht vorankommen, wie es zu wesentlichen kritischen Punkten keine Einigung gibt. Zu den zentralen Vorbedingungen der syrischen Opposition zählt, dass die Regierungstruppen und ihre Verbündeten sowohl das Bombardement von Zivilisten als auch Hungerblockaden beenden.

Diese Forderungen bleiben bisher unerfüllt, wie es auch die grausamen Zustände im belagerten Madaya verdeutlicht haben. Die EU muss daher insbesondere Druck ausüben auf Syriens Verbündete Russland und Iran, damit dieser Krieg gegen Zivilisten ein Ende findet.

Des Weiteren muss bis zu einer nächsten Verhandlungsrunde geklärt werden, welche Akteure beteiligt werden. Insbesondere für eine Teilnahme der syrischen Kurden sollte sich die EU deutlich positionieren. Grundsätzlich gilt, für einen möglichst inklusiven Ansatz zu plädieren.

Ebenso ist von zentraler Bedeutung, sich für eine Verbesserung der humanitären Situation syrischer Zivilisten einzusetzen – auch in den Nachbarländern. Bei der für Februar in London angesetzten Geberkonferenz sollte die EU sicherstellen, dass ausreichende Mittel für humanitäre Hilfe in der Region zur Verfügung gestellt wird und dass diese rechtzeitig bei der leidenden Bevölkerung ankommt.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. — Signora Presidente, onorevoli colleghi, sui colloqui intrasiriani previsti per il 25 gennaio vorrei sapere se anche all'Alto commissario risulti che in realtà lo stesso incontro potrebbe essere rinviato a causa di mancati accordi. Lo stesso De Mistura ha ammesso che non sa esattamente quali entità dell'opposizione dovrà partecipare ai dialoghi, quindi mi pare che siamo ancora piuttosto lontani. Certo, obiettivi ambiziosi, ma bisogna anche sapere per quale via raggiungerli.

Io credo che si debbano anche dire parole di verità sui responsabili della situazione umanitaria, non soltanto denunciarla, ma denunciare anche il ruolo, per esempio, dell'ala fondamentalista dell'opposizione siriana, della Turchia, lei non ci parla mai del ruolo della Turchia, eppure mi pare che sarebbe interessante sapere la posizione dell'Unione europea in merito al commercio clandestino di petrolio siriano e iracheno dall'Isis alla Turchia attraverso il territorio siriano, il sapere se sono veri o veridici i filmati russi. Noi dobbiamo sapere qual è la situazione, noi Europa, di quest'area attraverso le comunicazioni che ci arrivano da Mosca. E poi, lotta al Daesh e concludo: ma la lotta al Daesh la sta facendo la Russia, i bombardamenti russi. Questa è la verità. Altre cose non esistono. Questa è la verità!

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, 200 000 victimes humaines, 300 trésors de l'humanité menacés, notamment, par le vandalisme islamiste, les malheureux chrétiens de Syrie chassés de chez eux, tués, égorgés, crucifiés, leurs enfants contraints d'assister, comme à Hassaké, à la décapitation des leurs. Il faut évidemment que cela cesse, mais pour que cela cesse, il y a un certain nombre de conditions à remplir.

La première est d'abord de discuter avec le gouvernement légal de ce pays, quoi que l'on en pense par ailleurs, qui est un interlocuteur que l'on ne peut pas contourner. La deuxième est qu'il faut que la Turquie, l'Arabie saoudite et le Qatar cessent leur aide au mouvement djihadiste. La troisième est qu'il faut associer tous les États intéressés, y compris l'Iran, la Russie et bien sûr les membres permanents du Conseil de sécurité. La quatrième est qu'il ne faut pas avoir la naïveté de croire que l'on va tout régler simplement par une majorité électorale se dégageant d'élections libres auxquelles participeraient même les réfugiés qui ont quitté le pays. Les djihadistes n'accepteront jamais aucun accord de ce type! Il faut donc — et c'est la cinquième condition — que la paix soit rétablie, au besoin par la force. Cette force doit être une force internationale fournie par des États musulmans qui ne soient pas partie à ce conflit et guidée par les membres permanents du Conseil de sécurité des Nations unies. Ce ne sont pas les bombardements occidentaux qui vont ramener la paix dans ce malheureux pays.

Jaromír Štětina (PPE). – Paní předsedající, Islámský stát a režim prezidenta Asada jsou hlavními hráči občanské války. Asadův režim přitom stojí a padá se spoluprací se zahraničními spojenci. Rusko v září loňského roku vystoupilo vojensky na podporu Asadova režimu v okamžiku, kdy Asadovi oponenti získávali převahu. De facto Asadův režim zachránili, prodloužili válku a způsobili novou vlnu uprchlíků.

Bohužel se v poslední době ozývají v Evropské unii hlasy volající po spolupráci s Asadem a Ruskou federací. Například český prezident Miloš Zeman otevřeně vyzval k podpoře Asada. I u nás doma, v Evropském parlamentu, se čím dál tím častěji ozývají názory, že je třeba spolupracovat s Ruskem v boji proti teroru. Tuto situaci považuji za absurdní a schizofrenickou ze dvou důvodů. Za prvé, jsou to výzvy spolupracovat se zemí, která se sama dopouští státního teroru. Na jedné straně chceme Rusko sankcionovat, na druhé s ním spolupracovat? Za druhé, Asadův režim je pro průměrného Syřana mnohem nebezpečnější než Islámský stát.

Zatímco IS má za rok 2015 na svědomí zhruba 1 400 mrtvých civilistů, Asad zapříčinil za stejnou dobu smrt více než 12 000 Syřanů, včetně 2 600 dětí a 2 000 žen. Toto srovnání přináší *Syrian Network for Human Rights*, seriózní organizace pracující i pro OSN.

Přináší i počty Syřanů, kteří byli Asadovým režimem podrobeni mučení. Porušení lidských práv ze strany vládního režimu se vymyká i praktikám teroristů Islámského státu.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Die Ereignisse in Syrien sind eine ungeheure Tragödie. Hunderttausende Tote, zerstörte Landschaften, die Hälfte der Bevölkerung hat ihre Lebensgrundlage verloren, fast fünf Millionen sind ins Ausland geflüchtet, wir kennen alle diese Zahlen. Die benachbarten Regionen stehen vor unvorstellbaren Belastungsproben, und die Flüchtlingswelle wird auch zur Zerreißprobe für die Europäische Union.

Ein rasches Ende des Syrienkriegs ist notwendiger denn je. Wir alle sehnen diesen Tag herbei. Die UN-Resolution ist für viele das berühmte Licht am Ende des Tunnels, weil sie zum ersten Mal alle Konfliktparteien an den Tisch bringt. Ich meine, dass die Hoffnung durchaus berechtigt ist, dass sich etwas bewegt. Ich möchte hier an dieser Stelle auch der Hohen Vertreterin ganz ausdrücklich für ihre Bemühungen danken, die sie oft auch jenseits des Lichts der Öffentlichkeit in dieser Richtung gemacht hat.

Während wir alle gespannt auf die nächsten Wochen schauen, geht der Krieg weiter. Menschen sterben, manche verhungern, Menschen fliehen vor den Bomben, die den Krieg beenden sollen, und vor den Fassbomben des Regimes. Und Da'esh ist immer noch nicht besiegt.

Es reicht nicht, auf das große Wunder zu hoffen, sondern wir müssen parallel dazu endlich unsere Zusagen einhalten. Wir brauchen sichere Gebiete, wohin die Menschen zurückkehren können. Die meisten Menschen wollen das. Ich habe das selber in Kobane gesehen: Jeden Tag Tausende Menschen, die wieder zurück wollen, obwohl alles zerstört ist. Viele Menschen werden den Frieden nicht erleben, weil sie verhungern. Die humanitäre Art des Bombardements sind Rosenbomber.

Es gibt noch viele politische Gefangene. Wir brauchen diese Menschen zum Aufbau der Demokratie, darunter etwa den Internetaktivisten Bassel Khartabil, einen Demokraten der ersten Stunde. Wir wissen nicht, ob er noch lebt. Und wir sollten auch überlegen, dass wir einen neuen Marschallplan für die Region auflegen. Dies ist die Basis, damit Menschen auch zurückkehren können.

Marietje Schaake (ALDE). – Madam President, now the Iran deal has been implemented, I call on the High Representative to involve the Islamic Republic of Iran to stop the war in Syria and to cease its support for Assad. The images of starving children in Madaya remind us of the ongoing horrors that innocent people in Syria are suffering. It is 2016 and it seems as if we have forgotten that we pledged 'never again'. They are still being bombed by Assad and Russian airstrikes alike, and we must do more. In fact the EU must do all it can. We should all ask more of ourselves in this incredibly dire situation.

We must show more leadership because, without it and without serious commitment to humanitarian aid that has to be ongoing, refugees will continue to flee from in and around Syria. It is unacceptable and also very unhelpful that we only start to consider Syria suffering a crisis when it impacts us through ISIS terror or through refugees coming to Europe. I think that has been the motive for too many Member States and it has to end. We need to do more.

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Madame la Présidente, chers collègues, dans quelques semaines, les Syriens connaîtront un bien triste anniversaire: cinq années de guerre. Le fameux printemps arabe promis s'est révélé en réalité un cauchemar pour les populations civiles. La Syrie est en proie au chaos, auquel les gouvernements occidentaux ont largement contribué par leur soutien à la rébellion syrienne, composée de djihadistes relativement modérés.

Le désastre des interventions américaines et françaises en Iraq et en Libye n'a pas servi de leçon. Aujourd'hui encore, l'ennemi numéro un est le régime syrien, accusé d'affamer les 40 000 habitants de Madaya. Mais on oublie de dire que cette ville est tenue par des islamistes du Front al-Nosra et les salafistes d'Ahrar al-Sham. J'ajoute que, selon les journaux locaux, ces derniers détournent l'aide internationale pour la revendre à prix d'or.

Permettez-moi aussi de rappeler la souffrance des habitants de Foua et Kefraya, qui sont assiégés par les rebelles islamistes en raison de leur loyauté au gouvernement syrien. À l'heure où l'État islamique recule en Iraq et en Syrie, mais repart à l'offensive en Libye et fait des émules dans le monde, il est urgent que nos nations normalisent leurs relations diplomatiques avec le gouvernement syrien, le dernier rapport de l'organisation pour l'interdiction des armes chimiques affirmant que les autorités syriennes ont entièrement détruit leurs stocks d'armes chimiques. Il devrait nous y inciter.

Afzal Khan (S&D). – Madam President, recently we have seen harrowing images of starving children, women and elderly people in the Syrian town of Madaya. Starvation and siege is being used by the Syrian regime as a weapon of war and collective punishment. Food, water and medicine cannot be bargaining chips. Let us be clear: using starvation and siege as weapons is a war crime. Madaya is not the only Syrian city under siege: the UN estimates that 400,000 people are going hungry in 14 areas.

The EU should assist in ensuring that immediate access for the delivery of humanitarian assistance is possible. ISIS and its counterparts will continue to grow for as long as the international community continues to allow this starvation, torture and the massacre of millions. We must continue on the plan of action agreed on in the Vienna process. With the support of the international community, we can negotiate a political solution and a transition. Your decision, Madam High Representative, to give trade preferences to Jordan is a welcome move. I also welcome, in this respect, Saudi Arabia's efforts in bringing all the oppositions together and forming a broad coalition of Muslim countries dedicated to fighting terrorism. We, the EU, are urging Iran and Saudi Arabia to find a way to work together to end the region's worst humanitarian crisis. It is time to end the conflict and bring peace and prosperity to all the people of Syria.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question. – Mr Khan, your leader Jeremy Corbyn has said that ISIS has its strong points. Do you agree with him, and if so, what are they?

Afzal Khan (S&D), *blue-card answer*. – Well, all I know is that we need to deal with ISIS: they use the name of Islam in causing so much harm in the whole world, and I think the more we work together in order to eliminate ISIS the better.

Andrea Cozzolino (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, al punto in cui siamo nella discussione di stasera, quello che possiamo aggiungere è sollecitare lei – oltre al lavoro importante che sta facendo in tutto lo scenario locale – a concentrare credo tutti gli sforzi per rendere credibile che le decisioni prese in sede ONU a dicembre, attraverso la risoluzione 2254, la *roadmap* che è stata definita il calendario, siano nelle prossime settimane e nei prossimi giorni davvero misure concrete. Quindi consegnarle questo atto di fiducia di tutto il Parlamento.

Lavorare perché davvero questa opportunità che si è aperta possa essere praticata e vinta sapendo che ci sono tanti ostacoli lungo la strada. C'è una tragedia umanitaria in corso. Io insisto, l'ho detto già l'altra volta quando ci siamo incontrati in quest'Aula, c'è soprattutto la tragedia di una generazione di ragazzi e di ragazze siriani, soprattutto di bambini, su cui noi dovremmo concentrare uno sforzo, davvero un vero e proprio Piano Marshall educativo. E poi c'è la violenza crescente, la difficoltà di realizzare il cessate il fuoco. A me paiono due condizioni essenziali – finisco – superare e lavorare per superare le diffidenze che ci sono tra i vari gruppi che compongono lo schieramento anti daesh e poi soprattutto, credo, diffondere quel clima positivo che l'accordo sull'Iran ha gettato ...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Eugen Freund (S&D). – Frau Präsidentin! Wir beklagen zu Recht immer wieder, dass unsere Beschlüsse oder auch die Absichtserklärungen der Staatengemeinschaft sehr langsam umgesetzt werden.

Der Friedensprozess um Syrien gehört leider auch in diese Kategorie. Weil Sie gerade von guten Nachrichten gesprochen haben, die Sie bekommen haben im Zusammenhang mit Kolumbien, habe ich jetzt schlechte Nachrichten. Es gibt nämlich Auseinandersetzungen darüber – schreibt jetzt die New York Times am Abend –, wer vonseiten der Opposition am Montag am Tisch sitzen soll und ob das Meeting überhaupt zustande kommen wird.

Dabei sterben jeden Tag Dutzende Syrer, weil wir zwar alle den Frieden wollen, aber den Weg dorthin nur im Kriechtempo gehen. Letztes trauriges Beispiel sind die jetzt schon mehrmals erwähnten Hilfsmaßnahmen für die Stadt Madaya. Gekommen sind sie erst, als die Menschen schon vor Hunger starben. Der Friedensprozess ist natürlich schwierig. Aber so wie bei den Atomverhandlungen mit dem Iran muss sich Europa hier noch stärker einbringen. Nicht nur wegen der Flüchtlinge, sondern auch wegen der Menschen, die dort noch, noch leben! Und ich fürchte –

We switch to English now:

Perhaps you should start working the phones and get all this people together right away

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, το δράμα του Συριακού λαού συνεχίζεται με χιλιάδες νεκρούς και εκατομμύρια εσωτερικούς και εξωτερικούς προσφυγές. Μια χαράματα ελπίδας άνοιξε μετά τις συναντήσεις της Βιέννης, όπου με τη συμμετοχή όλων των εμπλεκόμενων καταλήξαμε σε μια καθαρή διαδικασία επίλυσης. Όμως παρά την χορήγηση ανθρωπιστικής βοήθειας, μόλις το προηγούμενο Σαββατοκύριακο είχαμε πέντε νεκρούς από αστία στην πόλη Madaya, ενώ το Daesh δολοφόνησε 135 αμάχους και απήγαγε περίπου τετρακόσους.

Πρέπει να αναλάβουμε πιο ενεργό ρόλο προκειμένου να εφαρμοστεί με συνέπεια το χρονοδιάγραμμα και προκειμένου να υπάρξει μια ενιαία και ειρηνική Συρία, μακριά από επικίνδυνα γεωστρατηγικά σενάρια που απειλούν τις χώρες της περιοχής.

Τέλος, θέλω να αναφερθώ στο θέμα της προσφυγικής κρίσης. Είναι προφανές ότι δεν είναι δυνατόν να υπάρξει αποκλιμάκωση χωρίς ομαλοποίηση στη Συρία. Είναι επίσης απαραίτητο να εφαρμόσουν οι Ευρωπαίοι ηγέτες τις αποφάσεις που έχουν ληφθεί και ιδίως αυτές που αφορούν την μετεγκατάσταση, και να μην επιστρέφουν στις χώρες τους μετά από κάθε σύνοδο αποφασισμένοι να υπονομεύσουν τη συμφωνία με την απραξία τους.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, smatram da je od presudne važnosti pronaći političko rješenje sukoba između svih zainteresiranih strana kako bi se situacija u Siriji počela nakon 5 godina rata postupno razrješavati i kako bi mirovni pregovori dali rezultate. Opasnost koju Daesh predstavlja suviše je ozbiljna te iziskuje zajedništvo i hitnu reakciju.

Prema dostupnim podacima Daesh je samo u veljači 2015. godine napao 35 kršćanskih sela, otimajući preko 250 ljudi te tjerajući njih 3000 iz vlastitih domova. Situacija danas još je gora. Izgladnjivanje, protjerivanje i ubijanje kršćana predstavlja težak gubitak za sve nas, a osobito za Siriju, čije društvo mora shvatiti kako je poštovanje ljudskih prava i vjerskih sloboda jedan od temelja svakog demokratskog razvoja. Mi moramo učiniti sve što je u našoj moći kako bismo potaknuli sve aktere na poduzimanje konkretnih akcija protiv Daesha te na postizanje toliko potrebnog mira.

Marju Lauristin (S&D). – Madam President, I would first like to thank Ms Mogherini for all she is doing, but especially for this very, very cautious but nevertheless hopeful message which she brought here today concerning developments, concerning the window of opportunity. We have to use that, and in this sense I also want to say that maybe we have to start thinking more about the post-conflict future of Syria, giving a message also to the people of Syria, including people who are now here in refugee lines and camps.

You said very rightly that we should not repeat the mistakes made in Iraq and Afghanistan. One of those was that these countries were not provided by the West, by the democratic part of the world, with the human resources needed to build up a new democratic Iraq. What we can do really is give a message to the young people in these refugee lines that maybe their best future, the best realisation of their hopes, will be to prepare themselves to be trained and educated in order to go back to Syria, not only to improve their own lives, but also to give a future for Syria. That could be part of this Marshall Plan because really now we need a Marshall Plan for the future Syria.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η ήττα του Daesh εξαρτάται άμεσα από το πέρας του εμφύλιου πολέμου στη Συρία και τη δρομολόγηση της ειρηνευτικής διαδικασίας για την πολιτική επίλυση του Συριακού και για την δημοκρατική συγκρότηση του κράτους της Συρίας, με νέο Σύνταγμα και δημοκρατικές εκλογές. Ταυτόχρονα, πρέπει να απομονωθούν οι δυνάμεις που στηρίζουν και συνεργάζονται με τους τζιχαντιστές και αυτό αφορά πρωτίστως την Τουρκία, τη Σαουδική Αραβία και το Κατάρ, που υποθάλπουν και βοηθούν τους τζιχαντιστές.

Αντ' αυτού, η Ευρωπαϊκή Ένωση όχι μόνο ανέχεται τα παιχνίδια της Άγκυρας αλλά επιπλέον της δίνει και προίκα 3 δισεκατομμύρια ευρώ για την εκ μέρους της Τουρκίας δήθεν βοήθεια στο προσφυγικό πρόβλημα. Στο προσφυγικό, όπου η Τουρκία βοηθά τα δουλεμπορικά κυκλώματα που μεταφέρουν κάθε μέρα χιλιάδες πρόσφυγες στα νησιά του Αιγαίου, τα οποία δεν αντέχουν άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες. Αν θέλουμε να προσεγγίσουμε λοιπόν την κατάσταση με μεγαλύτερη ενεργητικότητα, αν επιθυμούμε να αντιμετωπίσουμε τα προβλήματα, τότε θα πρέπει τα hot spots να δημιουργηθούν εκεί που είναι οι πρόσφυγες, δηλαδή να γίνουν στην Τουρκία.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora Presidenta, señora Alta Representante, yo discrepo en algunas cosas. Se dice que no hay avances en Siria. Evidentemente, no hay los que se desearía cuando tenemos amigos tan democráticos como Turquía o como Arabia Saudí, que están haciendo, no solo la vista gorda, sino incluso permitiendo el contrabando de petróleo, y que incluso ahora están bombardeando a su propia población en el Kurdistán. Lo que no vimos es avances de esa supuesta coalición que no se coordinaba con los Gobiernos.

Deberíamos cambiar, yo creo, la visión -esa visión obsesiva que tienen los Estados Unidos- y tener nuestra propia visión -de la Unión Europea- y seguir lo que nos ha marcado: que tenemos que hablar también con el Gobierno sirio. Sttafan de Mistura se estaba quejando de que posiblemente no se pueda dar el diálogo intrasirio. El futuro de Siria no lo tienen que marcar ni los Estados Unidos ni la Unión Europea, ni siquiera Rusia, lo tienen que marcar los propios sirios y las sirias con ese plan que avanza en Viena, en Nueva York y, posiblemente, en Ginebra.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor presidente, onorevoli colleghi, dopo tante ambiguità da parte di molte delle potenze coinvolte, 400 mila morti, 6, 5 milioni di rifugiati, finalmente è partito quel tavolo negoziale che in tanti auspicavamo. Ci sarebbe molto da dire su requisiti degli interlocutori selezionati: duole ricordare che diverse organizzazioni incluse nella lista da parte dei sauditi presentano ambiguità quanto a estremismo e jihadismo.

Ma la vera domanda da porsi è: gli attori regionali più coinvolti vogliono davvero questa pace? Se dovessi giudicare la recente tensione alimentata dalla rabbia saudita dopo l'esecuzione di Nimr al-Nimr direi di no. Forse certe priorità dell'agenda politica sono più importanti, ne riparleremo dopo. E non parliamo della posizione turca. Il vero nodo politico che dobbiamo risolvere è il futuro di Assad, che è ben lungi dall'essere risolto. E su questo tema in tanti, Russia, Iran, USA, continuano a prendere tempo.

È innegabile comunque che il momento sia positivo per questa potenziale cooperazione e allora mi chiedo: qual è l'azione prioritaria che dobbiamo svolgere? Dobbiamo tagliare armi e soldi a Daesh. La legislazione di Qatar e Kuwait è ancora insufficiente per garantire questo obiettivo, i finanziamenti continuano ad arrivare. Ancora oggi raffinerie e pozzi lavorano in Siria e in Iraq, i traffici non sono interrotti per il commercio. Se li vogliamo sconfiggere la strada maestra è questa, anche se per perseguirla ci vogliono scelte difficili.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η γνώμη μου είναι ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση διστάζει και στην περίπτωση της Συρίας να εφαρμόσει την πολιτική εκείνη που εγγυάται την επίλυση του προβλήματος. Προτιμά απλώς να ασχολείται γενικά με το ζήτημα, σαν να επρόκειτο για φιλολογικής φύσεως ενασχόληση, χωρίς να λαμβάνει τα μέτρα εκείνα που μπορούν να επιλύσουν το πρόβλημα. Ο χρόνος πιέζει, η ανθρωπιστική κρίση στη χώρα επιδεινώνεται καθημερινά, πολλοί άμαχοι χάνουν τη ζωή τους είτε από τις συνεχιζόμενες μάχες, είτε από την εγκληματική δράση του Daesh αλλά η Ευρωπαϊκή Ένωση απλώς παρατηρεί απαθώς τα γεγονότα.

Είναι λίγες και πολύ απλές οι κινήσεις που πρέπει να γίνουν. Πρώτα απ' όλα, πρέπει να απομονωθούν οι χώρες εκείνες που ενισχύουν τους τζιχαντιστές, δηλαδή η Τουρκία, το Κατάρ, η Σαουδική Αραβία. Δεύτερον, πρέπει, υπό την αιγίδα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να κληθούν άμεσα σε διαπραγματεύσεις η Ρωσία, ο πρόεδρος Άσαντ, οι Κούρδοι της Συρίας και η Συριακή αντιπολίτευση. Πρέπει να αποφασίσουν για τη μορφή που θα έχει η νέα διακυβέρνηση της χώρας και όλοι μαζί να στραφούν εναντίον του ISIS ώστε να τον εξουδετερώσουν και να λήξει αυτή η αιματοχυσία, η οποία δεν περιποιεί τιμή ούτε στην πολιτισμένη ανθρωπότητα ούτε στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, let me first of all say that yes, I am trying to indicate some signs of hope because I am really convinced that if we do not identify the reasons for hope on the way ahead, it is very difficult to work on the change that is needed to get to a better place. But, indeed, the way is going to be difficult and long.

Please do not expect any dramatic turning point any time soon. What we have finally done is to be on the right track, but we are far from having a solution to the war or an end to the war. However it is true that if you look back one year ago to when we had no unity within the international community, no unity in the region and no path, no process, no roadmap, no calendar, then we are certainly in a much better place today, and this allows us to have a sense of direction and to create the conditions for the talks to start, for the roadmap to be implemented, the calendar to be fulfilled.

I believe this is our role as the European Union, coordinated with all our Member States, both those that are sitting at the table and those that are not sitting there. That is also why, for me, it is extremely important to constantly put the issue of the Syrian crisis on the agenda of the Foreign Affairs Council to make sure that all 28 are fully involved in the process and that, when we are sitting there, all the European Union is present and there is constant feedback both ways.

I am glad that we can do the same with Parliament because, as you know very well, Parliament is for me a very important actor in our external action. But this is, I believe, our role: not so much setting conditions or preconditions, but trying to create the conditions for the talks to start and to be productive, in strong cooperation with the United Nations.

Many of you asked questions about the composition of the opposition's delegation, the time, the modalities, the formats of the talks, whether the talks will happen on Monday of next week or whether they will be delayed. We have obviously discussed all of that, not just with the Foreign Affairs Ministers yesterday but I also discussed these issues personally with Staffan de Mistura just before he debriefed the Security Council yesterday.

Let me also say that there is a specific role for the UN Special Envoy, supported by the Support Group, but we have, I believe, as the European Union, to preserve the role of the United Nations in trying to define the modalities and the time of negotiations that they are going to lead. Also to guarantee that all the different actors in the region, and internationally, feel comfortable enough with the fact that the leading role of the UN guarantees that all are on an equal footing.

What is important for us as Europeans and what we are making clear is, as I said at the beginning, that in one way or another – that is in the hands of the UN Special Envoy to define – but in one way or another, we manage to find ways of guaranteeing that the entire Syrian society, all the different Syrian groups – those that were in Riyadh at the Conference and those that were not, provided that they sign up to the political process and they fight against Daesh, al-Nusra and the terrorist groups that are concentrically defined as terrorist groups – all of them find their own way of getting into the process and feel ownership. Because, as many of you said, the key point is having the Syrians decide on the future of the country and also on the present of their country – the Syrians, all Syrians, meaning also as I stressed, those that are outside the country.

What is also important is something that our colleague Mr Cozzolino said: working on the generations. We are losing generations of Syrians. They are losing their lives, they are losing their education, they are losing hope and this is something that Syria and the region will pay for, not just for years but for decades to come.

This is also why we are investing a lot of our finance, our money, but also our work in education programmes because we have to guarantee that a country that had a very high level of education for the overall population manages to continue to invest in its own future, because when the time comes that we have to work on the reconstruction of the country, we will have to have generations of Syrians ready to engage in a very difficult process of material and non-material rebuilding of the country.

So the knowledge, the competences, the experience, the education of entire generations has to be taken care of now, because otherwise we will have serious problems in five, 10, 15, 20 years from now. Also in terms of radicalisation because the young generations that are experiencing today only war, conflict, starvation, and life in refugee camps in the best option might not necessarily be the best citizens of tomorrow. So this is clearly not only a humanitarian must, but also a clear interest that we have in investing too in our own security and stability for the future.

Let me finish by saying that many questions were raised relating to debates that we will have either later tonight – the tensions between Saudi Arabia and Iran and the regional developments linked to that – and the situation in Turkey, the situation of religious minorities beginning with Christians: all things on which we have debates today, tomorrow, the day after tomorrow.

Here let me stress again one thing that I have shared with you already in the past. I very much enjoy spending time with you and exchanging views and I find it extremely useful for my work both in the Commission or in the Council as European Union High Representative, but I would suggest as a former member of parliament, not the European Parliament but a national one, I would humbly suggest that you find a way of defining a calendar for foreign policy debates that manages to focus on some key issues, that manages also to communicate to the outside world that Parliament is focusing on foreign affairs priorities month after month. This is a humble suggestion that maybe we could find a way of organising our work in order not to repeat similar discussions over the two or three days that we spend together every month.

Let me finish with one point. Someone raised a very specific point on support to Jordan in relation to trade. Let me say that we discussed this at length yesterday with Nasser Judeh, the Foreign Minister of Jordan, in a bilateral meeting and with the Foreign Affairs Council. I had the honour and the pleasure to discuss this with Her Majesty the Queen of Jordan last week in Brussels. This is going to be a proposal that I will put forward to support Jordan not only through financial support, but also with some exceptional temporary and targeted measures to increase and facilitate their trade with the European Union.

They are developing in view of the London Conference a very creative and ambitious plan to create job opportunities together for Jordanians and Syrian refugees, which I believe is going to be extremely important to making integration of Syrian refugees in the host communities sustainable in the mid-term, in the long term, without creating a conflict in these host communities, because the perspective of hosting Syrians in large numbers for a long time in a country that is surrounded by crisis and is not rich in natural resources in any particular way might create social or economic conflicts that we need to prevent.

I hope we can count on the support of this Parliament to work in this direction as well; not only financial support, direct support, for the hosting of refugees and the protection of refugees in the case of Jordan, but also trade measures that can help Jordan in the mid-term to invest in job creation and economic investment.

I will finish here, thanking you very much for the input that is for me extremely precious for the way ahead, hoping that the way forward will be as encouraging as it has been in these last three to four months, and that we will manage, in partnership with our main friends and partners in the region and on a global level, to facilitate and move this very difficult process forward, but again, finally, I think on the right track.

PUHEMIES. – Keskustelu on päättynyt.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η κατάσταση στη Συρία βρίσκεται εκτός κάθε ελέγχου. Οι νέες φρικιαστικές ειδήσεις για εκτελέσεις 400 αμάχων από το ισλαμικό κράτος στο Ντεϊρ Εσσόρ, οι πέραν των 220000 νεκρών του πολέμου από το 2011 και οι 4 εκατομμύρια πρόσφυγες που δημιουργήθηκαν από τότε είναι ένα βαρύ τίμημα που πληρώνει ο Συριακός λαός. Η Ευρωπαϊκή Ένωση παίζει έναν υποκριτικό ρόλο στηρίζοντας τις ΗΠΑ στην ανάφλεξη του πολέμου και γυρίζοντας την πλάτη στους πρόσφυγες που αιτούνται ασύλου στα εδάφη της. Μέχρι στιγμής, πέραν των 310000 Σύριων έχουν ζητήσει άσυλο στην Ευρωπαϊκή Ένωση, και οι κυβερνήσεις ορισμένων κρατών μελών ανησυχούν κατά πόσο αυτοί οι άνθρωποι είναι Χριστιανοί ή τους γδύνουν από τα λίγα τιμαλφή που κατάφεραν να φέρουν μαζί τους για να επιχορηγήσουν δήθεν την στέγασή τους. Φτάνει η υποκρισία. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να σταματήσει άμεσα να γίνεται ουραγός της εξωτερικής πολιτικής της ΗΠΑ και πρέπει να στηρίξει έμπρακτα την ειρήνευση της περιοχής. Ως Αριστερά, βρισκόμαστε στο πλευρό των προσφύγων αλλά και του Συριακού λαού,στηριγμένοι στις αρχές μας της αλληλεγγύης των λαών.

14. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

15. Lage in Saudi-Arabien und Iran (Aussprache)

PUHEMIES. – Esityslistalla on seuraavana komission varapuheenjohtajan / unionin ulkoasioiden ja turvallisuuspolitiikan korkean edustajan julkilausuma Saudi-Arabian ja Iranin tilanteesta (2015/2518(RSP)).

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. — Madam President, before I get into the details of this topic, let me say a few words on what happened in Vienna on Saturday, where we showed that, exactly six months after having reached an agreement with Iran on their nuclear programme, Iran fulfilled the commitments we had agreed on. The IAEA verified this compliance and the international community, through the E3+3, the joint commission that I coordinate and that I, and my successor after me, will continue to coordinate for the whole duration of the agreement, verified that this has been done and therefore that the deal has been implemented.

Let me reiterate that six months ago there were many people, in Europe, the region and the world, who were deeply sceptical as to whether we would ever manage to implement this agreement. They were betting on the possibility that Iran would not follow up the agreement with concrete deeds. Let me say that most of all it is a nuclear negotiation, a nuclear agreement, and this is the core of our satisfaction: the fact that we have prevented a major risk of nuclear proliferation and maybe even the possibility of a conflict in the region.

This is the first reason for satisfaction, but there is another element of satisfaction linked to the fact that we have shown that multilateralism and diplomacy can work. As we saw in the previous debate, not only can it work in terms of reaching an agreement, it can also deliver in terms of implementation.

So, in these difficult times there is good reason for hope. And let me also say, as I get to the real issue of our debate, though the two are closely connect, that there are two other elements for hope. One is the door that now opens for relations between Iran with the rest of the world – starting with the Europeans – and for us Europeans to engage in Iran in different ways and in different sectors. Finally, last but not least – and perhaps most importantly – this agreement could open the way to a different kind of relationship in the region.

Here we come to the issue of tonight because, after managing to hold negotiations for 13 years, with difficulties and ups and downs and a lot of scepticism, and achieving that historic result against all odds, we now have to invest in the possibility of a different kind of cooperation in the region.

We are not naïve; we know very well that this will not be easy, that this will not happen overnight and that we will face obstacles and setbacks. The willingness of Iran to further cooperate on regional matters will have to be tested. But the fact that they have stated this willingness is already a step forward in respect to the past. Their will to implement the agreement they signed in July will also be tested. But just think back one year ago. Many believed we would never manage to agree on a strong deal with Iran, a verifiable and implementable deal, and we proved them wrong. If we keep working hard and together – united as Europeans and with the rest of the international community – I am sure we can keep surprising the sceptics somehow.

Dialogue among all regional powers, starting with Saudi Arabia and Iran is – we are united in believing – the only way out of the current turmoil in the Middle East. In the past few years, a struggle for regional hegemony has mixed with revamped ethnic and confessional tensions. Terrorist groups such as Daesh are fostering sectarianism to throw the region into even greater chaos and bolster their own power. International disputes between Saudi Arabia and Iran can easily play into the narrative of a war of religion between Sunni and Shia Muslims, and we know this very well. The risks of this are huge. New frictions can block the difficult path towards peace in Syria, as we have just discussed, but also in Yemen. We did not discuss that this time, but I think we will tomorrow. These frictions can destabilise Iraq and Lebanon, the two countries in the region that are most exposed to sectarian tensions. They can destabilise entire Muslim communities worldwide, from Asia to Africa, in the Horn and in the Sahel.

Bilateral tensions can, in this way, potentially inflame the region even more, prevent political processes from either starting or yielding results, and potentially inflame the war. This is why we are trying to contain and de-escalate these tensions in close coordination among ourselves as Europeans, with all the Member States. We are ensuring that we, our international partners, including the United States and, to mention just one, the Foreign Minister of Indonesia – whom I had on the phone just before her trip to Tehran and Saudi Arabia a few days ago – send a similar message to try and facilitate the containment and the de-escalation of the conflict. This shows how important this issue is in at least three continents, if not four, because potentially this could inflame communities around the world.

As you may know, we reacted immediately on 2 January 2015 to the execution by the authorities of the Shia cleric, Sheikh Nimr al-Nimr, and 46 other individuals, most of whom had been convicted on terrorism charges in relation to their links to Al-Qaeda. As I expressed in the statement that I issued on the same day, the death penalty can in no way be sustainable or an efficient response to crime or terrorism. The EU opposes capital punishment under any circumstances, and we shall continue to consistently advocate for the universal abolition of the death penalty. This also refers to Iran, whose human rights record is worrying. This is the message that I conveyed, not only to the Foreign Minister of Saudi Arabia, but also to the Foreign Minister of Iran, whom I contacted at that time.

The specific case of Sheikh Nimr al-Nimr raises very serious concerns regarding issues such as freedom of expression and the respect of basic civil and political rights. These should be safeguarded in all cases. Also let me stress that, in the framework of the fight against terrorism, we have also taken an immediate position on the reactions in Iran because nothing can justify an attack on embassies or consulates, as happened with the Saudi Embassy in Tehran and the consulate in Mashhad.

In the conversations I had with both the Iranian and the Saudi foreign ministers in the wake of these events, I stressed the need for Iran to abide by its international obligations. This also means ensuring the protection of diplomatic premises in all circumstances. In my phone call with both sides and in the contacts we had afterwards (we met with Mr Zarif over the weekend, among other people) the main message I passed on was to try to manage the bilateral tensions without inflaming the risk of spill-overs, especially in the region, to preserve our efforts for peace in Syria and Yemen and to avoid further destabilisation in the area, especially with regard to Iraq and Lebanon. I was given reassurances by both sides on the need to find a way of preserving this process. As we have said, for the Syria process to begin and have

some chance of succeeding, it must be supported by all the regional players.

For the same reason, to try to find common ways of protecting the process, early this year I discussed the situation, and the risks of it degenerating, with the UN special envoy for Syria, Staffan de Mistura, the Secretary-General of the Arab League, ministers of many Arab and African countries, and with some Asian ministers. We are also coordinating messages and actions, not only with our partners, but first and foremost among Europeans. This was the case yesterday at the Foreign Affairs Council, where we discussed and agreed on common lines in this regard.

Finding a negotiated solution to the current conflicts in the Middle East is in everybody's interest, especially everyone in the region. Protracted war can only benefit terrorists of all kinds, and it can only let instability spread further well beyond the borders of the Middle East; we in Europe know that very well.

This is not a zero-sum game, and this is the other strong message we are passing on to our Iranian and Saudi friends. If the wars in Syria and in Yemen and the tensions in the region do not stop, everybody will lose. There is not a single place in the region that can benefit from the escalation of tensions. The only alternative to a win-win solution, where everybody sees their interests recognised, is chaos and further chaos.

It took us months to gather all regional powers around the same table to discuss peace in Syria. As we said, the same goes for Libya, a country from which we had encouraging news today since we managed to unite the region's international actors in a process along similar lines to that which we put together for Syria. We cannot afford to waste any of these positive trends and we cannot afford to expose them to tensions that need to stay contained – if possible at a bilateral level.

The European Union will keep doing all that we can to promote dialogue, and fight sectarianism. This is because we have learned our own EU lesson. I said this in the previous debate, about Colombia. This is the EU lesson. It is only regional cooperation that brings peace and prosperity, and we have experienced this for 60 years now. Only through this kind of regional understanding, cooperation and partnership did we manage to overcome centuries of war and conflict and experience peace in our region.

This is our way. We believe it is regional cooperation – and never confrontation or competition – that is beneficial for all. This is particularly true for an area of the world like the Middle East.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Madame la Haute représentante, chers collègues, comme nous le savons, les tensions entre l'Arabie saoudite et l'Iran ont atteint un nouveau point culminant. L'Arabie saoudite et certains de ses alliés arabes sunnites ont rompu leurs relations diplomatiques avec Téhéran en début d'année, tout cela après que des protestataires, rendus furieux par l'exécution par Riyad d'un important leader chiite le 2 janvier, ont attaqué l'ambassade saoudienne à Téhéran.

L'exécution de 47 personnes, dont le cheik al-Nimr, par décapitation et fusillade, est la plus grande exécution effectuée par l'Arabie saoudite depuis 1980. Il n'est pas nécessaire de rappeler le fait que nous rejetons la peine de mort de manière catégorique et, comme la haute représentante l'a dit, il faut tenir cet engagement. Il ne faut pas oublier non plus que le bilan de l'Iran, pour ce qui est de la peine capitale, n'est pas du tout glorieux. L'année dernière, alors même que des avancées avaient été réalisées sur le nucléaire, l'Iran a enregistré 1 084 exécutions. C'est pour cela que je suis content que nous ayons pu ajouter l'Iran au débat d'aujourd'hui, parce que la proposition initiale venant de nos amis de gauche – communistes, socialistes, libéraux et Verts – était de discuter uniquement de l'Arabie saoudite et de critiquer ce qui s'y passe.

Je crois que nous sommes maintenant devant une nouvelle phase de la confrontation entre les chiites et les sunnites. Je sais que nous avons du mal à accepter la force politique de ce clivage religieux. Je crois que c'est une erreur et qu'il faut prendre très au sérieux ce que la haute représentante a également dit, c'est-à-dire notre tentative d'aplanir ce conflit, car c'est un conflit qui aura des conséquences dramatiques pour nous dans les années à venir.

Richard Howitt, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, tonight we should welcome the implementation of the Joint Comprehensive Plan of Action and, as rapporteur, the High Representative will have this Parliament's further support to pursue a new path of cooperation with Iran. But that now includes efforts to de-escalate tensions, recognising the fact that Europe has common interests with both Riyadh and Tehran in energy security, conflict resolution and the fight against terrorism, but also common differences on the death penalty, democratic standards, justice on religious minorities and restrictions against women. Both countries should refrain from allowing external financing, which can destabilise other countries and, directly or indirectly, support extremist groups.

I would like to ask Mrs Mogherini again which human rights safeguards have been applied to the EU's counter-terrorism agreement with the Gulf States, given that some of the people the Saudis executed have been identified by human rights groups not as terrorists, but as political dissidents. I also ask her to respond to the legal opinion which suggested that targeting of civilians in Yemen means that continued arms sales to Saudi Arabia are in breach of the EU's Code of Conduct. I hope and believe we have succeeded in halting a nuclear arms race in this region, and urgent action is now needed to stop one in conventional arms too.

In many countries, Shia and Sunni Moslems cohabit peacefully. In Europe, we should be respectful about religious differences within Islam, which have existed for centuries, but should also be determined to seek political cooperation, which is needed for the future. Both Iran and Saudi Arabia can have a role to play in the region that does not have to be at the cost of the other. Each could be part of a new collective security structure in the Middle East, and each could be a partner of the European Union. Whilst others are severing diplomatic ties, we should be intensifying them.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Laten wij nuchter zijn. Noch het wahhabitische koninkrijk Saudi-Arabië, noch de sjii'tische Islamitische Republiek Iran dragen momenteel bij aan de humanitaire urgentie van een stabiel Midden-Oosten. Zowel Riyad als Teheran bestrijden de Islamitische Staat, echter wel met uiteenlopende doelstellingen.

En die Islamitische Staat heeft ook Europa, ons continent, in het vizier. Dat brengt mij bij de visie van een Duitse kenner van de Saudische politiek. Omdat de jihadisten internationaal over steeds betere netwerken beschikken, moet het Westen wel verder samenwerken met Saudi-Arabië, indien het al-Qaida en de Islamitische Staat effectief wil bestrijden. Dat moet u ook weten. De inlichtingendiensten van diverse lidstaten van de Europese Unie zijn wel bekend met Riyad.

Hoge Vertegenwoordiger, in hoeverre bedreigt de Europese toenadering tot Iran - je zou bijna spreken van een soort omhelzing als ik u hoor - een gezamenlijke bestrijding van het jihadisme met Saudi-Arabië, want dat staat op gespannen voet.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, señora Mogherini, lo que une a Arabia Saudí y a Irán es más que lo que los separa. Periodistas y blogueros detenidos por actividades pacíficas, impunidad en violencia de género y discriminación, tortura institucionalizada, campeones en ejecuciones per cápita: casi igualados en lo que va de año, con medio centenar cada uno. Así es como las Naciones Unidas y las principales ONG describen a Irán y a Arabia Saudí.

Además de estas estremecedoras similitudes, hay otra muy significativa: el poder del petróleo. La dependencia energética de Arabia Saudí y oscuros negocios como la venta de armas han lastrado nuestra defensa de los derechos humanos. Ya caímos en esa trampa y ahora podemos cometer el mismo error con Irán. Que Irán abandone su programa nuclear es una buena noticia para la seguridad y la paz internacional, pero no puede ser una excusa para rebajar nuestras exigencias en materia de derechos humanos. Recuperar nuestro liderazgo comercial, sí, pero sin renunciar a nuestra influencia para que el Gobierno iraní cumpla sus acuerdos internacionales. No olvidemos la elección de Arabia Saudí: dependencia energética igual a falta de compromiso con los derechos humanos.

El éxito en las relaciones de la Unión Europea con Irán no solo habremos de medirlo en función del número de contratos que logren nuestras empresas sino, sobre todo, en cómo hemos mejorado la vida de los iraníes, que sufren la violación sistemática de sus derechos humanos por parte de su Gobierno, en especial la que afecta a más de la mitad de su población, las mujeres. Oprimidas, discriminadas, vejadas, anuladas. Es necesario insistir e insistir hasta alcanzar resultados concretos, como que el relator especial de las Naciones Unidas pueda entrar en Irán y realizar su trabajo.

Miguel Urbán Crespo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, señora Mogherini, el mayor exportador de petróleo del mundo ha ejecutado al menos a 2 200 personas en las últimas décadas. A la mayoría de ellas se les negó una asistencia adecuada durante el juicio y se les obligó a firmar documentos —incluidas confesiones— que no comprendían. El número de ajusticiados se ha disparado de forma drástica desde la llegada al trono del Rey Salmán el pasado enero. Y ahora parece que tenemos un problema.

El problema es que durante demasiado tiempo ustedes han tenido a Arabia Saudí como socio preferente en la región gracias a los jugosos contratos de infraestructuras y armamento de las empresas españolas, francesas, británicas o alemanas, que han pagado con clamorosos silencios oficiales la violación sistemática de los derechos humanos, como una estrategia de compra de voluntades que incluye a Gobiernos y medios de comunicación europeos, como demostraron las filtraciones de Wikileaks. O, por ejemplo, la entrada de Arabia Saudí en el Comité de Derechos Humanos de las Naciones Unidas gracias al apoyo del Gobierno de Gran Bretaña.

Señora Mogherini, con estas ejecuciones, el inestimable socio de las multinacionales europeas no pretende más que atizar el fuego sectario en la región. Está haciendo política internacional con estas muertes. Ustedes tienen que tomar una decisión: seguir dando premios Sájarov a activistas saudíes mientras miran para otro lado para hacer negocio, o bien dar pasos definidos por la democracia y el respeto de los derechos humanos, aunque les cueste algunos contratos en Irán y en Arabia Saudí.

Alyn Smith, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would like to thank Ms Mogherini and welcome her to Parliament again. In the time available, I would mention Iran only insofar as to welcome progress and say I am very much looking forward to welcoming Iran back in from the cold. We, the EU, have a huge incentive and a huge potential to engage with the forces of progress within the Republic. Ms Mogherini, many congratulations thus far and continue with your efforts.

It is all the more concerning that, as we see progress with Tehran, we see the Kingdom of Saudi Arabia actually deteriorating: we see increasing repression at home, we see a real budget crisis which is driving much of the domestic politics of the Kingdom and we see disastrous military interventions in its near abroad, especially in regard to Yemen. EU engagement with the Kingdom of course is very different state by state, but my own state, the UK, has since 2010 sold GBP 5.6 billion worth of arms to Saudi Arabia. These are being used in Yemen with disastrous consequences. This has been harshly criticised by Edward Santiago, the head of Save the Children's Yemen office. He said that the UK gives the impression that diplomatic relations and arms sales trump the lives of Yemen's children: harsh criticism there.

Turning back to the EU, we do have a community of values enshrined in laws and international agreements. It is a very concrete question, Ms Mogherini, and I will write to you tomorrow. I think there is a considerable degree of dubiety over the legality under our laws, under our international agreements, of arms sales to Saudi Arabia, especially as they are being used in Yemen. What assessment have your services made of that legality? If there has been no assessment, do you not think that perhaps there should be?

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, tutti gli interlocutori sono uguali, ma alcuni interlocutori sono più uguali degli altri, specie se hanno le maggiori riserve di petrolio al mondo e tanti miliardi di dollari da investire. Questa parafrasi di Orwell descrive bene la tolleranza dell'intero Occidente davanti a violazioni di diritti umani e dei diritti e delle libertà civili e politiche, davanti alla predicazione estremista e al ruolo in sanguinarie guerre per procura che infiammano il Medio Oriente. Tutto quasi sotto silenzio.

E adesso queste 47 condanne a morte, che hanno portato a un'escalation senza precedenti, come interpretarle? Un tentativo di mostrare i muscoli per rinsaldare il sostegno intorno a casa Saud? Volontà di alzare il prezzo del petrolio in crollo totale per via del ritorno del commercio della produzione iraniana? O ancora obbligare gli alleati a schierarsi, influenzando anche la campagna elettorale americana e spingendo i vari candidati a sconfessare l'apertura obamiana sugli accordi sul nucleare?

Sono domande ancora senza risposta, ma l'unica certezza è che è sempre più imprescindibile per noi pretendere dai nostri alleati intransigenza totale nella lotta contro il terrorismo, contro i finanziatori del terrorismo e i suoi predicatori; coerenza con i nostri principi e valori, in particolare contro la pena di morte; e pretendere anche che gli Stati membri interrompano il flusso di armamenti di cui l'Arabia è stata primo importatore al mondo nel 2014, altrimenti il sangue delle vittime in Yemen e altrove ricadrà anche sulle stelle della nostra bandiera.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran läuft Gefahr, in eine heiße Phase zu kommen. Schon jetzt gibt es Stellvertreterkriege in Syrien und im Jemen. Eine bewaffnete Auseinandersetzung würde die ganze Region an den Abgrund treiben. Das hätte unvorstellbare Auswirkungen auch für Europa. Deshalb kann niemand daran interessiert sein, dass sich das so entwickelt. Ich begrüße es, dass der Iran nach Abschluss der Nuklearverhandlungen endlich wieder Teil der internationalen Gemeinschaft geworden ist. Es ist wichtig, dass in einer so fragilen Region Staaten agieren und nicht *stateless actors* und keine gescheiterten Staaten. Niemand kann an einer Destabilisierung interessiert sein.

Zwei Punkte kurz: Alle Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, durch die Unterstützung von Akteuren wie Da'esh die Region aus dem Gleichgewicht zu bringen, sind gefährlich, und wir dürfen nicht den Mantel des Schweigens darüber ausbreiten.

Zweitens: Stabilität erreicht man nicht durch Repression, Stabilität erreicht man langfristig durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Wahl im Iran wird zeigen, ob das Land auf dem richtigen Weg ist. Saudi-Arabien ist leider noch weit von diesen Entwicklungen entfernt. Auch die letzten Ereignisse haben uns das eindeutig bewiesen. Wir können nicht entscheiden, wohin sich Saudi-Arabien entwickelt, aber wir haben es in der Hand, indem wir unsere Waffenlieferungen an Saudi-Arabien endlich beschränken.

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Ziel unserer Politik muss es doch sein, Frieden und Menschenrechte im Nahen Osten zu verwirklichen. Die Vorgänge in dieser Region sind gerade für uns in Europa von zentraler Bedeutung, weil ja aus Syrien und aus dieser Gegend die meisten Flüchtlinge zu uns kommen. Fakt ist aber, dass im Gegenteil die Menschenrechte sowohl in Saudi-Arabien als auch im Iran mit Füßen getreten werden und dass beide Länder in Kriege verwickelt sind, nicht nur im Jemen, sondern auch Saudi-Arabien indirekt durch Finanzen in Syrien und im Irak.

Das heißt, wir haben aber jetzt als EU eine Chance, weil sich Saudi-Arabien etwas von den USA weg bewegt zu Europa hin. Wir haben eine ähnlich günstige Situation im Iran. Das heißt, jetzt können wir unsere Forderungen leichter durchbringen, und das ist logischerweise Frieden. Das heißt erstens Stopp des Engagements in diesen Kriegen, zweitens Menschenrechte und drittens für uns selbst Stopp der Waffenexporte in diese Länder.

Victor Boştinaru (S&D). – Doamnă preşedinte, recenta escaladare a tensiunilor dintre Iran şi Arabia Saudită reprezintă o evoluţie profund îngrijorătoare care planează asupra unei regiuni şi aşa marcată de grave crize şi riscă să exacerbeze confruntarea dintre sunniţi şi şiiţi, la nivel regional şi global.

Singura posibilitate pentru a ieşi din criză este ca UE să-şi aducă propria contribuţie la punerea la masa negocierilor a celor două părţi. Trebuie să prevenim ca procesul de la Viena privind Siria să fie compromis, iar Irakul să devină din nou teatru de confruntare între şiiţi şi sunniţi. Acordul nuclear cu Iranul a confirmat dividendele păcii, ale negocierilor, iar Uniunea Europeană este îndreptăţită să joace pragmatic în relaţiile cu cele două părţi pentru a preveni escaladarea pe mai departe.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo sul nucleare ha senza dubbio cambiato lo scenario in Medio Oriente. L'ostilità e la chiusura degli americani nei confronti dell'Iran e la loro alleanza con i sauditi sono stati per anni elementi fondanti della politica in Medio Oriente. Anche se una guerra aperta fra Iran e Arabia viene esclusa, è certo che in questa regione, oltre all'irrisolta questione israelo-palestinese, la rivalità fra Iran e Arabia e le divisioni fra sciiti e sunniti saranno sempre più determinanti.

L'Unione europea ha giocato un ruolo fondamentale nei negoziati sul nucleare iraniano con l'Alto rappresentante Federica Mogherini, che ancora una volta ringraziamo. Questo accordo, che rappresenta ad oggi uno dei pochi segni di speranza, deve essere solo il primo passo per un dialogo più largo con l'Iran, che include temi regionali come i rapporti con la Siria, lo Yemen, il Libano, l'Iraq, l'Afghanistan e che l'ultima azione saudita mira a mettere in discussione. L'Europa, impegnata in un'azione di stabilizzazione della regione per prevenire il terrorismo e il dramma dell'immigrazione, frutto delle guerre, deve evitare che le provocazioni da qualunque parte provengano mettano in crisi la faticosa ricerca della pace in Siria. Dobbiamo ribadire la nostra forte opposizione all'uso della pena di morte in ogni circostanza. Tutto ciò richiede comunque più Unione europea, più Unione e più Europa.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, a execução do Xequê Al-Nimr e 46 outras pessoas constituiu uma provocação irresponsável, que só podia fazer escalar a tensão regional e global, visando obstruir as conversações de Viena sobre a Síria. Falhando em proteger Embaixada e Consulado sauditas, as autoridades iranianas, por seu lado, caíram na armadilha dos setores mais sectários e belicistas de Riade.

A União Europeia deve investir no diálogo com Teerão, sobretudo agora que o acordo sobre o programa nuclear está a ser cumprido e as sanções foram levantadas, e por isso quero felicitar vivamente pela sua liderança, Senhora Mogherini, neste processo. Na União Europeia podemos e devemos fazer críticas a Teerão, quando são necessárias, designadamente sobre direitos humanos, mas não devemos deixar de trabalhar com o Irão – onde há, apesar de tudo, um estado funcional – para acabar com a guerra na Síria e para combater o Daexe e outras organizações terroristas que de lá irradiam, com patrocinadores sauditas, catarianos, de outros países do Golfo e da Turquia, o que não é mais possível ser ignorado pelos governos europeus, que disso têm de tirar consequências para o relacionamento com estes países.

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio l'Alto rappresentante per aver riferito in quest'Aula sull'attuale situazione delle relazioni tra Arabia Saudita e Iran. Ci preoccupa in modo particolare, anche alla luce del dibattito che si è appena concluso, il possibile rinvio della Conferenza di pace sulla Siria, soprattutto alla luce della consapevolezza che la speranza per la pace risiede nel dialogo fra tutti gli attori coinvolti, dialogo che ovviamente non può prescindere dalla cooperazione tra le due potenze regionali profondamente coinvolte negli eventi siriani.

In secondo luogo, non si deve in alcun modo correre il rischio che l'inasprirsi delle tensioni diplomatiche tra i due Stati possa offuscare il grande risultato ottenuto con l'accordo sul nucleare iraniano. Infine, ci fa piacere che abbia sottolineato la questione dei diritti umani e dello sforzo costante per l'abolizione della pena di morte, perché non sono questioni secondarie né di parte, ma devono coerentemente rientrare nella nostra azione verso tutti i partner, in qualsiasi circostanza in cui essi siano messi a rischio.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, the recent developments in Saudi-Iranian relations have a great potential to further destabilise the Middle East. The execution of the Shia cleric al-Nimr was an irresponsible act by the Saudi Government, further exacerbating sectarianism. Iran, on the other hand, has failed in its duty to protect the Saudi embassy from a mob attack. The decision of Saudi Arabia to cut off diplomatic and indeed any kind of relations with Iran, however, is disproportionate.

A different path, nevertheless, is possible. The implementation of the nuclear agreement with Iran and the lifting of sanctions against Iran pave the way for a constructive engagement with Iran in the regional crisis. Syria is a place to start. Saudi-Iranian tensions should not be allowed to derail the fragile progress on peace talks on Syria. There is now a roadmap and timetable for such talks as decided by the UN Security Council resolution.

I call on both sides to show responsibility and restraint in this conflict. But I would like to stress that for a peaceful future in the region it is essential that Saudi Arabia does a lot more to stop the funding of terrorist groups originating in the country and the spread of extremist Wahhabi ideology which inspires such terrorist acts as the attacks in Paris and Beirut or the bombing of the Russian civilian airliner over Egypt.

Catch-the-eye procedure

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl ocenit kroky, které uskutečnila paní představitelka Mogheriniová. Myslím si, že její kroky jsou poměrně promyšlené a i konsistentní. Chtěl bych se zeptat s ohledem na to, jaké rozhodnutí bylo učiněno právě tuto sobotu, zdali to znamená pro íránskou opozici, která je reprezentována například NCRI, paní Radžáviovou a ostatními platformami, že je Evropská unie opustí.

Já pevně věřím, že tomu tak nebude, že budeme sledovat další vývoj v Íránu i u těchto skupin, které představují nemalou část společnosti. Pevně věřím, že to, co paní Mogheriniová zmiňovala, to znamená zmírňování napětí, že skutečně bude trvalým přínosem Evropské unie i právě v těchto neklidných dobách a v neklidných částech světa.

Afzal Khan (S&D). – Madam President, the recent events in Saudi Arabia and Iran have further destabilised an already fragile Middle East. I am worried that by taking sides in this conflict the EU will worsen the situation. I am particularly concerned that further inflaming Sunni-Shia sectarianism will have an adverse effect on resolving conflict in Syria and Yemen, and may well open conflicts in other parts of the world. However, there is still hope to do the right thing for the Middle East. I welcome the lifting of sanctions and it will lead to the substantial foreign investment whose benefits will improve the lives of Iranian citizens.

Let us continue supporting meaningful reforms in Saudi Arabia. I was impressed meeting the first woman elected to a municipal council. They and the youth of Saudi Arabia are the future and we in the EU must support them. Both sides need to respect the principle of non-interference in other sovereign states. A stable and prosperous Middle East requires that neither Iran nor Saudi Arabia feel left behind.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, within Islam there is a difference between Sunni and Shia, a difference within Sunni between the Sufis and Wahhabism, and so on. And not even all Wahhabis support the brutal punishments in Saudi Arabia, but the export of such ideology, without a political counterbalance like the Saudi monarchy, leads inexorably to ISIS doctrine and the situation in Syria.

ISIS hates everything we hold dear. We must fight those who would kill me for being a Christian or throw others off buildings for being gay with every fibre of our being. But the British Labour leader has the audacity to speak of ISIS's strong points. Even a British Labour MEP today failed to defend that point when I gave him the opportunity earlier. Many here believe in the European Union flag. I believe in the Union Jack flag; Corbyn believes in the white flag. He is not fit to lead Labour.

(End of catch-the-eye procedure)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. –Madam President, let me start by saying that indeed there is, and has always been a Sunni-Shia divide. We are also facing a Sunni-Sunni divide, which we have to be aware of, and that is definitely complicating the picture in the region and far beyond.

Let me also share with you something that many of our friends and partners in the region, in the Muslim world, share with us: that there is not so much a religious confrontation, but a political confrontation that uses religious or sectarian divides to its own purposes and that Sunni and Shia live together in many places in the world, including Europe, and had done so for centuries before this politicisation of the sectarian divide came to the stage.

I believe that our role here can be to help and facilitate a wise investment in what some of you defined as a collective security architecture in the region – that could really be the way forward to guarantee peace and security to a region that is crucial to the world, and that it is exactly this lack of vision, of a common security architecture, that is probably amplifying these tensions in a very dangerous way. How can we help in this respect? That is also something that there is a valid interest to facilitate.

First of all, some of you said ‘not taking sides’: we have working relations and open channels that in some cases work, both with Iran and with Saudi Arabia and, for sure, the implementation of the deal we have with Iran on its nuclear programme opens up further possibilities for our bilateral relations with Iran to develop. We have relations with Iran and with Saudi Arabia that we can use with a clear agenda that we have to make clear to our partners and to the other actors in the region. That includes different aspects, including the bilateral confrontations that are taking place now, including the regional dynamics, including the need to invest in political solutions to the many crises we have in the region, including the need to strengthen the resilience of key countries that are particularly exposed to this political use of sectarian divides as in the case of Iraq, Lebanon and others, including internal developments of the countries, and including human rights, which are always on the agenda whenever we discuss with both our Saudi Arabian and our Iranian partners. Let me say to those of you that mentioned the issue of oil that you probably have to update your reflections on this, because I believe the oil prices that the world is facing today have put us in a completely different situation, including in our relations with the Gulf. So, indeed, we have a political agenda. We have clear political agenda, no taboos, everything is on the table. And somehow we are in a privileged situation when it comes to talking with our partners in the region, because our agenda is clear, transparent and coherent. Yes, indeed, there are some different economic or trade agendas, some belonging to our Member States, but as the European Union we do not have anything like that so we have a greater margin for manoeuvre in political discourse with them.

I believe we definitely have to continue to invest in our relations with Iran and Saudi Arabia, first of all with the people of these two countries, in all different forms we can put in place. We must also continue our work on two central lines of external action: our foreign policy is the first – full respect of international law – and the second, at the top of our agenda not only with Saudi Arabia and Iran but also with many other countries in the world, is our work for the abolishment of the death penalty in the world. That is based on our principles, on our practice and also on our experience that tells us that it is not effective: it is not only something we believe is inhuman, but it is also not effective in preventing or fighting crime, including fighting terrorism.

So let me thank you for the support you have given to our alliance of action in this respect. I think this will be helpful for the way forward and let me thank you again for the contribution to our work in this region that is so crucial and so close, not only to our hearts, but also to our direct interests when it comes to security and stability.

PUHEMIES. – Keskustelu on päättynyt.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Tunne Kelam (PPE), in writing. – The debate on Saudi Arabia and Iran is a debate on future stability in the Middle East region, and stability in the world.

Both countries are known for supporting radical and terrorist movements in their wider neighbourhood, contributing to destabilisation and inciting new conflicts. Still, it is hypocritical to complain about executions in Saudi Arabia when under Rouhani Iran has executed more than 2 000 individuals, making Iran the No 1 in the world in executions per capita.

The current conflict between Saudi Arabia and Iran is part of a wider intra-Islamic conflict for the hegemony in Middle East. The best and most reliable way to avoid these two concentrating on their rivalry will be their practical compliance with their obligations to respect human rights of their citizens. It is highly indicative that the nuclear deal with Iran has not taken into account Tehran's disastrous human rights record.

As the West is building its hopes on ‘moderate’ Rouhani, one is overlooking the fact that the person really pulling the strings is Ayatollah Ali Khamenei. He is set on gaining time and restoring economic relations with the West, while continuing even more intensively the export of terrorism in Middle East and suppressing human rights at home.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), in writing. – Undoubtedly, the past few months have been crucial for Iran and Saudi Arabia. On the one hand, the nuclear deal allows Iran to return to the international scene. On the other, it is obvious that after the death of King Abdullah, Saudi Arabia has taken a different path and the increasing numbers of death penalties prove that fact. The execution of the prominent Shia cleric has completely shaken both the Muslim world and the fragile political situation in the Middle East. This has resulted in the rupture of diplomatic relations between Iran and Saudi Arabia – two powerhouses, major rivals of the Muslim world and important players in the conflicts in Syria, Iraq and Yemen. This further instability in the region comes at a particularly sensitive moment – the growing influence of Daesh and the worst refugee crisis of our time. Therefore, the EU should play an active role in diplomatic efforts to de-escalate

tensions between the two countries. The peace process in the Middle East fully depends on good relations between both powers, and any deepening of the conflict could have incorrigible consequences.

16. Unschuldsvermutung und Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren (Aussprache)

PUHEMIES. – Esityslistalla on seuraavana Nathalie Griesbeckin kansalaisvapauksien sekä oikeus- ja sisäasioiden valio-kunnan puolesta laatima mietintö ehdotuksesta Euroopan parlamentin ja neuvoston direktiiviksi eräiden

syyttömyysolettamaan liittyvien näkökohtien ja läsnäoloa oikeudenkäynnissä koskevan oikeuden lujittamisesta rikosoi-keudellisissa menettelyissä (COM(2013)0821 - C7-0427/2013 - 2013/0407(COD)) (A8-0133/2015).

Nathalie Griesbeck, rapporteure. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, bien que l'heure soit très tardive, je suis très heureuse d'évoquer dans un débat, ce soir, cette directive sur la présomption d'innocence, sur laquelle nous travaillons depuis de longs mois et sur laquelle nous sommes parvenus, enfin, après ces travaux parfois difficiles en termes de négociations, à un accord et même, pourrais-je dire, à un bon accord. Cet accord consacre un texte ambitieux, de nature législative, sur ce grand principe du droit pénal, pour le respect de nos droits de la défense à tous, nous, les citoyens européens.

Le 31 mars dernier, mes chers collègues, vous m'aviez donné un mandat clair. La position de notre Parlement était forte et solide. Elle demandait une plus grande protection pour les suspects ou les personnes poursuivies, une directive ambitieuse pour protéger les droits des Européens et une directive harmonisant les dispositions nationales plutôt vers le haut que vers le bas.

Voici, en quelques points, le contenu de cette directive: le droit de ne pas être accusé publiquement par les autorités publiques avant son jugement est consacré par ce texte. Je vous cite un exemple récent: lors des attentats de *Charlie Hebdo* dans mon pays, un jeune lycéen de ma circonscription – Mourad Hamyd – a été accusé d'avoir participé aux attentats, alors qu'il assistait tranquillement au cours de mathématiques. Son nom fut partout, dans tous les médias, sur les réseaux, alors qu'il était totalement innocent. Son nom fut sali, mêlé à des attentats horribles, ce fut une expérience traumatisante. Cette directive européenne propose d'interdire toute déclaration publique ou décision officielle émanant d'autorités publiques qui présenterait ou même insinuerait qu'une personne suspectée est coupable avant le jugement. Le texte comporte des définitions claires de la déclaration publique et de la notion d'autorité publique.

Deuxièmement, et c'est une victoire pour le Parlement, la directive contient un nouvel article sur la façon dont sont présentées les personnes soupçonnées, qui peuvent, lors de l'audience ou en public, se trouver derrière des parois vitrées ou des cloisons, être menottées, munies de fers à entraver, vêtues de vêtements de prisonniers, et cette façon de présenter les personnes peut suggérer pleinement la culpabilité de la personne d'entrée de jeu et nuire à son droit à la présomption d'innocence. Désormais, nous devons veiller à ce que les suspects ou les personnes poursuivies ne soient pas présentés d'une façon qui risque de suggérer leur culpabilité.

La directive, enfin, consacre pleinement le grand principe *in dubio pro reo*, selon lequel tout doute quant à la culpabilité d'une personne doit évidemment profiter à cette personne, et lorsqu'il y a doute sur la culpabilité, la personne doit être acquittée.

Enfin, le fait que la charge de la preuve pèse sur l'accusation est un principe même du droit pénal, et c'est une évidence. Dans le texte, certains ont voulu rendre possible, à un moment donné, le renversement de la charge de la preuve comme un principe. Ce fut l'une de nos batailles, voire notre ligne rouge, et nous avons réussi à avancer et faire en sorte que cet élément n'existe que dans des cas restreints, où il existe une présomption de culpabilité.

La directive consacre aussi le droit de conserver le silence, et elle fait, ce qui est dans ce domaine une vraie avancée en matière de droit, du droit au silence un droit absolu. Cela semble évident, mais, dans certains cas, le silence peut être utilisé en tant que tel contre une personne comme élément induisant, là aussi, sa culpabilité. La directive consacre le droit d'être présent au procès et, surtout, dernier point, en ce qui concerne l'obtention des preuves, un paragraphe fait référence aux règles nationales d'admissibilité des preuves et de l'équité des procédures. Nous nous sommes battus pour obtenir un considérant additionnel et c'est une vraie première dans un texte européen, puisqu'il est fait clairement référence à l'article 3 de la CEDH et à la jurisprudence, qui indiquent que lorsqu'une preuve est obtenue via la torture, elle prive totalement d'équité toute la procédure.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to congratulate and thank Ms Griesbeck and all the shadow rapporteurs for their work and dedication on this file, which made a swift agreement on this directive possible. This text is not merely a statement of principle. Our objective was to make the presumption of innocence effective in all the Member States. This directive will strengthen the right to a fair trial and protect the rights of suspects and accused persons in the European Union.

Today great disparities in the protection of the presumption of innocence exist in Europe, as evidenced by the recent and still-too-frequent condemnations of Member States by the European Court of Human Rights. The compromise text on which you will vote tomorrow is carefully balanced. It is based on the European Convention on Human Rights and the case law of the European Court of Human Rights.

The directive prohibits public references to guilt, and it contains clear rules on the burden of proof. The burden of proof is on the prosecution, and any doubt is to benefit the suspect or accused person. The right to remain silent and the right not to incriminate oneself are protected. The directive will also harmonise the right to be present at the trial, which is an important aspect of the right to a fair trial.

The Commission would like to add two declarations to this compromise. The first is a clarification of our understanding of the text concerning the right to remain silent and the right not to incriminate oneself. The second is our position on the question of the burden of proof. The Commission regrets the deletion of a paragraph on its initial proposal on presumptions of fact or law. Our concern was that, as such presumptions already exist in Member States, it is important to have them regulated in the text of the directive so that all the safeguards for defendants are precisely set out.

This being said, the overall compromise is highly satisfactory. The standards set in this directive will become EU law and will be enforced as such. The Commission will closely follow the transposition and the implementation of this directive in Member States and will ensure that it is correctly applied in practice.

Commission's statements (Written Text)

1. Relating to Article 6 on the burden of proof

'The Commission regrets the deletion of article 5, paragraph 2, of its proposal for a Directive on the strengthening of certain aspects of the presumption of innocence and of the right to be present at trial in criminal proceedings. The Commission considers that the compromise in relation to Article 6 may lead to problems in the implementation of this Directive, in terms of legal certainty, monitoring and operability, which may increase the risk of unnecessary litigation, in particular at national level.'

'However, the Commission does not stand in the way of the adoption of this Directive.'

2. Relating to Article 7, paragraph 6, on the right to remain silent and the right not to incriminate oneself

'The Commission considers that Article 7, paragraph 6, of the Directive on the strengthening of certain aspects of the presumption of innocence and of the right to be present at the trial in criminal proceedings must be interpreted as merely confirming the possibility for Member States to decide that, with regard to minor offences, the conduct of the proceedings, or certain stages thereof, may take place in writing or without questioning of the suspect or accused person by the competent authorities.'

'In contrast, this provision does not allow derogating from the rights enshrined in Article 7, and it may notably not be interpreted as obliging a suspect to make any statements in relation to the facts at issue or allowing a Member State to draw negative consequences from the exercise of the suspects' right to remain silent.'

Kinga Gál, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I would like to thank and congratulate the rapporteur, Nathalie Griesbeck, for her excellent job with this very complex and important file. The presumption of innocence is a fundamental principle of law and an essential element of the right to a fair trial. The piece of legislation that we are about to vote on is a very important contribution to guaranteeing fair trials in the European Union and ensuring respect for the rights of the defence.

As EPP shadow rapporteur, I am satisfied by this balanced document. For us, it was important to guarantee the rights of the suspects and accused persons, reinforcing the very basic principle of the presumption of innocence without endangering the sense of law enforcement. I am glad we achieved a rightly balanced compromise and were able to set up a minimum standard in legal proceedings that, once in force in all Member States, will contribute to the efficiency of our common legal system in Europe.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Eine Richtlinie zur Unschuldsvermutung – warum? Ist das nicht ein selbstverständliches Prinzip demokratischer Rechtsstaaten, fest verankert in den Rechtssystemen unserer Mitgliedstaaten? Ja. Und dennoch: Von 2007 bis 2012 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 26 Verstöße gegen dieses Prinzip festgestellt, in elf Mitgliedstaaten.

Doch nicht nur die Unschuldsvermutung muss gestärkt werden. In den Verhandlungen mit dem Rat – wir haben es gehört – gab es auch Versuche, das Recht zu schweigen, sich nicht selbst zu belasten, abzuschwächen und auch eine Beweislastumkehr einzuführen. Das hätte bedeutet, nicht der Staat, die Anklagebehörde, muss die Schuld nachweisen, sondern der Beschuldigte seine Unschuld. Auch dank der guten Arbeit unserer Berichtersteratterin Natalie Griesbeck konnten wir dies verhindern. Und wir haben auch verhindert, dass beschuldigte Menschen ohne Not wie bereits verurteilte dargestellt werden, etwa durch das Tragen von Fußfesseln oder die Präsentation vor Gericht in einem Käfig.

Europäische Verfahrensregeln werden immer wichtiger. Die notwendige europäische Zusammenarbeit von Polizei und Justiz bei der Strafverfolgung erfordert umgekehrt gemeinsame Standards bei den Rechten von Beschuldigten und Angeklagten. Ich würde mir übrigens auch vom Rat mehr Fortschritte bei der noch offenen Richtlinie zur Prozesskostenhilfe wünschen.

Also ganz klar: Ja! Wir brauchen europäische Gesetzgebung zur Unschuldsvermutung und zu anderen Verfahrensrechten. Der jetzt vorliegende Text ist ein guter Kompromiss. Aber das beste Gesetz nützt nichts, wenn es nicht zur Anwendung kommt. Und deshalb: Auch an dieser Stelle – der Rat ist nicht da –, erwarte ich von unseren Regierungen, dass sie diese und andere Gesetze effektiv umsetzen und auch in der Praxis zur Anwendung bringen.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *w imieniu grupy ECR*. – Koleżanki i Koledzy! Bardzo dziękuję pani poseł Griesbeck za pracę nad sprawozdaniem dotyczącym umocnienia domniemania niewinności i za ten dobry efekt, bo sprawozdanie zostało opracowane w wersji kompromisowej i racjonalnej i rzeczywiście otwiera perspektywę umocnienia tej kluczowej dla prawa karnego zasady w porządkach prawnokarnych państw członkowskich. Polska po upadku komunizmu, w momencie w którym stała się państwem wolnym, zbudowała prawo karne oparte na zasadzie domniemania niewinności i ją honorujące. Wyliczano główne elementy i zalety tego sprawozdania. Nie chcę ich powtarzać.

Chcę bardzo wyraźnie powiedzieć, że popieramy sprawozdanie w tej wersji, w jakiej wyszło z rozmów trójstronnych. Natomiast wszelkie poprawki odrzucamy. Są one niebezpieczne, ryzykowne i powodują ryzyko paraliżu postępowania karnego. Więc grupa EKR poprze sprawozdanie w takiej wersji, w jakiej jest rekomendowane przez panią poseł Griesbeck, w wersji, w jakiej wyszło z rozmów trójstronnych. Poprawki, jak wspominałem, zawierają szereg pomysłów nieracjonalnych z punktu widzenia efektywności prawa karnego. Czekamy na inne dyrektywy w zakresie prawa karnego, przede wszystkim na ważną dla bezpieczeństwa obywateli Europy dyrektywę antyterrorystyczną. Mam nadzieję, że i w Radzie, i w Parlamencie Europejskim bardzo szybko ruszą prace nad tą dyrektywą.

Gerard Batten, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, this report considers adopting some of the principles enshrined for centuries in English common law, for example the presumption of innocence, the burden of proof being on the prosecution, the right to silence and not incriminate oneself, and the right to be present at one's own trial. How ironic it is, then, that the British Parliament has already abandoned those principles by adopting the EU's own legal instruments. Take the presumption of innocence enshrined in common law for at least eight centuries: under a European arrest warrant, a citizen can be surrendered and imprisoned in a foreign country without a scrap of evidence being presented against them in an English court. This in itself is to abandon the principle of the presumption of innocence. The first duty of English Members of Parliament is to protect the freedoms and liberties of their own people; instead, ours have shamefully betrayed us.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jiří Pospíšil (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Já jsem velmi pozorně poslouchal příspěvek svého kolegy a mám dotaz. Není právě díky tomu, že máme evropský zatýkácí rozkaz, který umožňuje vydávat občany Evropy do jiných států Evropy, nutné, abychom měli minimální standard trestního práva procesního? Alespoň tak experti na trestní právo procesní v České republice argumentují. Vydáváme občany do jiných států Evropy, musíme mít podobné trestní právo procesní.

Gerard Batten (EFDD), *blue-card answer*. – It is under the European Arrest Warrant that innocent British citizens have been imprisoned and mistreated in hellhole prisons in countries like Greece, when if there had been a proper extradition procedure the judge would have been able to look at the evidence, decide there wasn't any and not extradite them. I'm sure I can remind you that there used to be – and still is – something called the European Convention on Extradition, which can be adopted instead of the European Arrest Warrant when Britain hopefully abandons it, and under which we can still extradite people – but on the basis of real evidence, looked at by a real court, when it can be considered that there is a real case against them to be answered. Only then can they be extradited, not before.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, la présomption d'innocence est un droit fondamental, mais la France n'a nul besoin de l'Union européenne pour la protéger. L'article 9 de la déclaration de 1789 le fait mieux qu'aucune directive rédigée dans un jargon abscons. J'estime d'ailleurs que la procédure pénale devrait relever de la seule souveraineté des États membres. L'Union est de toute façon incapable de protéger ce beau principe sans l'abîmer. Sa proposition de directive en atteste. Son article 5 admet, par exemple, le renversement de la charge de la preuve, en faisant peser celle-ci sur l'accusé, plutôt que sur l'accusateur. Selon moi, c'est contraire à la présomption d'innocence. De façon encore plus inquiétante, son considérant 17 autorise l'utilisation de la contrainte pour obliger les suspects à fournir des informations. Pourquoi pas la torture pendant qu'on y est? Des amendements vont sans doute supprimer ces errements, mais sur le plan des principes, le mal est fait.

L'Union n'est en réalité qu'une Europe des banques et des lobbies, elle ne comprendra jamais rien à la liberté qui lui est fondamentalement étrangère.

Alessandra Mussolini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il collega che mi ha preceduto ha detto «in Francia già c'è la presunzione di innocenza», allo stesso modo anche in Italia ci sono le leggi dove è sancito il *favor rei*, ma viene costantemente violato. Ecco l'importanza di questa direttiva. Soprattutto io vorrei toccare questo punto che è molto importante: l'equilibrio dei diritti tra difesa e accusa. Molto spesso in Italia, io parlo ad esempio delle donne, faccio questo esempio, noi oggi abbiamo indossato questa maglietta proprio per le donne di Colonia che sono state molestate e violentate, molto spesso la vittima ha una difesa minore rispetto allo stupratore, al branco. E questa è una cosa molto grave.

Quindi mi auguro che questa direttiva possa realmente trovare applicazione anche come standard minimi, ma speriamo che si possano sempre più alzare in tutti gli Stati europei, membri dell'Unione europea, per dare quello che si dice anche nella direttiva, la fiducia nei sistemi giudiziari. È chiaro che si rivolge soprattutto e solamente ai reati penali ed è molto importante, soprattutto (no un minuto e mezzo, Presidente) per quanto riguarda la divulgazione, anche di notizie, è la cosa più importante, e mi auguro che questa possa essere recepita dai magistrati e dalla stampa. Per quanto riguarda il reo, l'imputato, il sospettato, l'indagato che non si faccia passare immediatamente come già colpevole in tutte le fasi del procedimento. Questa è una cosa molto importante.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io voglio ringraziare anche l'onorevole Griesbeck per l'ottimo lavoro svolto. La presunzione di innocenza è infatti un principio base dello Stato di diritto, ma l'assenza di un quadro comune di garanzie ne ha consentito violazioni e ha ostacolato la fiducia fra gli Stati, specie in ambiti delicati ma cruciali. Penso per esempio al mutuo riconoscimento di certe misure di confisca preventiva, fondamentali nella lotta alla criminalità organizzata.

Questa direttiva intende colmare la lacuna. La commissione LIBE aveva rafforzato la proposta della Commissione e mi rallegro che il testo finale preservi molti di quegli avanzamenti cui avevo io stessa cercato di contribuire attraverso alcuni emendamenti. Anche su alcuni aspetti particolarmente delicati, quali l'onere della prova, le condizioni per il ricorso a poteri coercitivi, la possibilità di considerare la condotta degli imputati ai fini della sentenza, anche su questi aspetti sono state raggiunte soluzioni equilibrate. Una corretta interpretazione giudiziaria, all'occorrenza, ove necessario anche sotto la guida delle Corti europee, potrà assicurare certamente un miglioramento delle normative e delle prassi nazionali che dovranno ora conformarsi ai vincoli costituzionali europei.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní komisařko, je trošku symbolické, že dneska tady sedíme a projednáváme tuto směrnici, kdy vy sama máte zkušenost s vinou a nevinou v českém soudnictví a kdy jste byla vláčena několik měsíců přes česká média jako vinna za to, co jste nikdy nespáchala. Proto mi dovoluťe nejdřív vyjádřit velký obdiv k vám, že jste to ustála. Vy jste vzorný případ toho, proč tato směrnice má být aplikována v praxi. Měli bychom totiž považovat každého obžalovaného za nevinného, dokud se neprokáže jeho vina. Považuji za automatické, že by to nemělo být v žádném členském státě Evropské unie jinak. Je to základní princip právního řízení a musí být garantován jak každému obviněnému, tak i každému podezřelému. Je to jeden z klíčových nástrojů, jak můžeme zaručit spravedlivý proces v celé Evropské unii. Domnívám se, že Evropská unie toto právo nesmí jen prosazovat, ale také musí dohlížet, aby bylo jednotlivými státy dodržováno.

Daniel Buda (PPE). – Doamna președinte, Uniunea Europeană, prin instituțiile sale a fost preocupată mereu de respectarea drepturilor și valorilor fundamentale prevăzute în Declarația Universală a Drepturilor Omului.

Prezumția de nevinovăție constituie un drept, dar și o valoare, care a beneficiat de o atenție sporită atât din partea statelor membre, cât și din partea instituțiilor europene. Consolidarea acestora, dar și identificarea unor mecanisme care să o garanteze pe întreg parcursul unui proces penal, au constituit provocări serioase în cadrul unor sisteme judiciare extrem de complexe și, în același timp, diferite.

Plecând de la premisa că deciziile judecătorești trebuie să fie considerate echivalente, indiferent de statul membru în care au fost luate, înțelegem necesitatea dezvoltării unei cooperări judiciare în acest domeniu între statele membre ale Uniunii Europene. În acest sens, este nevoie de instituirea unor standarde comune minime privind dreptul la un proces echitabil pe întreaga durată a procesului penal. Reținem, astfel, că este extrem de important ca orice persoană acuzată de săvârșirea vreunei infracțiuni să aibă acces la un avocat în cadrul procedurilor penale, dar nu în ultimul rând să i se ofere posibilitatea de a comunica cu terțe persoane și mai ales cu autoritățile consulare pe perioada privării de libertate.

Adoptarea prezentei directive constituie o garanție în plus a respectării dreptului la un proces echitabil, astfel încât o persoană să nu fie considerată vinovată de către o autoritate publică înainte de stabilirea vinovăției printr-o hotărâre judecătorească definitivă.

Емил Радев (PPE). – Г-жо Председател, презумпцията за невинност е основополагащ елемент от наказателното производство в една демокрация със справедлива съдебна система. Ние в Европа имаме уникалната възможност да демонстрираме на света насоката на развитие на наказателното право и на процесуалните права на обвиняемите.

Считам за изключително постижение факта, че презумпцията за невинност ще се прилага на всички етапи от момента, в който дадено лице е заподозряно или обвинено в извършване на престъпление, до окончателното решаване на въпроса дали лицето е извършило съответното престъпление и окончателното потвърждаване на това решение. По този начин ще се гарантира максимално справедливо производство за обвинените и те ще имат възможност за адекватна защита, каквато е и целта на настоящото предложение.

Друго основно постижение на директивата е забраната публичните власти да се произнасят предварително относно виновността на дадено лице, без това да пречи на работата на прокуратурата. Единствено съдът е този, който може да определи виновността в зависимост от представените му доказателства.

Не на последно място приветствам факта, че заподозрените не трябва да бъдат представяни по начин, който да ги прави да изглеждат виновни. Начинът на представяне може много да повлияе на обществените настроения, което директивата цели да избегне. В същото време не трябва да се препятства ограничаването на движението на заподозрените от гледна точка на сигурността или при заплахата да избягат.

Вярвам, че минималните правила на европейско ниво по отношение на презумпцията за невинност и правата, свързани с този принцип, ще допринесат за гарантиране правото на справедлив съдебен процес, за укрепване на взаимното доверие и ефективно прилагане на принципа за взаимно признаване.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the presumption of innocence before being found guilty is a fundamental pillar of democracy, and it's good that we emphasise that here this evening, but it isn't often observed in every case. Sometimes it can be difficult to observe. Particularly, for instance, over the last few years, because of the economic recession, certain people became very unpopular: people like developers, bankers, and indeed politicians when they were accused of crimes and these became high profile in the media for their alleged crime. But they were often presumed to be guilty before the actual trial, and they and their families often suffered far more from the opprobrium, the angst and being ostracised as a result of it than they would from the penalty of a set amount of time in prison if they were found guilty. We definitely need to try and underpin these two basic principles as much as we can.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή οδηγία για την ενίσχυση του τεκμηρίου της αθωότητας του κατηγορουμένου σε ποινική δίκη την οποία συζητούμε σήμερα, αποτελεί ένα βήμα προς την κατεύθυνση της περαιτέρω κατοχύρωσης των θεμελιωδών δικαιωμάτων. Ιδιαίτερα σημαντικό είναι να καταστεί σαφές ότι το τεκμήριο αθωότητας, σύμφωνα με την οδηγία αυτή, περιλαμβάνει και τις τυχόν παράπλευρες διοικητικές συνέπειες της άσκησης ποινικής δίωξης, όπως, παραδείγματος χάριν, την αυτοδίκαιη θέση υπαλλήλου σε κατάσταση αργίας .

Πρέπει να γίνει δεκτό ότι παρόμοιες ρυθμίσεις των εθνικών νομοθεσιών είναι θεμιτές μόνο όταν πρόκειται για αναγκαία μέτρα ενόψει του είδους και της φύσης του ποινικού αδικήματος και υπό την προϋπόθεση ότι έχουν προσωρινό χαρακτήρα και ότι οι συνέπειές τους αίρονται πλήρως σε περίπτωση απαλλαγής του κατηγορουμένου στην ποινική δίκη. Η εξαίρεση των διοικητικών διαδικασιών από το τεκμήριο αθωότητας που προβλέπεται στην 6η αιτιολογική σκέψη της οδηγίας αφορά μόνο τις αυτοτελείς ενέργειες των διοικητικών αρχών.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já k tomu chci říct jednu věc. Já nejsem příznivcem toho, když se samovolně harmonizují určité části právních řádů národních zemí. Ale v případě trestního práva procesního jde, podle mého názoru, o jinou věc.

Paní komisařka to ví, já jsem byl v České republice ministrem spravedlnosti, když se zaváděl evropský zatýkácí rozkaz. Tehdy bylo hlavní námitkou českých poslanců – ano, budeme vydávat české občany do Řecka, do Německa, do jiných zemí, ale kde je zaručeno, že v těchto státech bude stejný standard ochrany jejich procesních trestních práv? A k tomu právě, aby ve všech zemích byl stejný standard trestního práva procesního, má přispět návrh, který dnes projednáváme. Já jej tedy podporuji, gratuluji paní zpravodajce, protože pokud mají být evropští občané vydáváni do všech zemí osmadvacítky, musíme mít ve všech zemích zajištěn základní standard trestního práva procesního. Bez toho evropský zatýkácí rozkaz nemůže fungovat.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, the Directive on the Presumption of Innocence is another step on our long journey towards a truly European area of freedom, security and justice. It follows after other directives, like the Directive on the Right to Interpretation and Translation in Criminal Proceedings, adopted in 2010; the Directive on the Right to Information in Criminal Proceedings, adopted in 2012; and the Directive on the Right of Access to a Lawyer adopted in 2013.

I would like to encourage you to vote in favour of this directive tomorrow. I am already looking forward to the vote on the Directive on Specific Safeguards for Children Suspected or Accused in Criminal Proceedings, which was agreed before Christmas.

Finally, I am convinced that we will also be able to negotiate on the Directive on Legal Aid in the same constructive and responsible spirit.

Nathalie Griesbeck, *rapporteuse*. – Madame la Présidente, pour conclure en quelques mots, je voudrais, à la suite des interventions des collègues, souligner qu'en dépit de l'existence de législations nationales sur la présomption d'innocence et sur les composantes de ce principe, il y a encore de nombreuses violations de ce droit qui subsistent en Europe – on en a eu plusieurs exemples – et, en lien avec cela, une érosion même de ce droit fondamental. C'est pourtant un droit fondamental, un droit essentiel pour éviter l'arbitraire et les abus dans les procès, et, comme l'a rappelé l'un des collègues à l'instant, l'un des piliers de la démocratie. C'est pourquoi il était important que nous parvenions à cet accord – un accord solide à l'heure où la démocratie et l'état de droit subissent des accroc ou des assauts au sein même de l'espace européen.

Juriste de formation, je suis fière d'avoir pu participer à l'élaboration de cette directive, n'en déplaise à mon collègue Lebreton qui a taxé le texte d'abscons et d'interminable. Une directive qui contient 15 articles, c'est relativement bref et plutôt digne de l'attention, dans tous les cas, des juristes. Je suis contente aussi, et cela rejoint la majorité des propos des collègues, que cette directive poursuive l'établissement de la feuille de route de l'Union en matière de droits procéduraux, et surtout, au fond, la construction d'une Europe à laquelle nous sommes nombreux à aspirer, une Europe qui soit respectueuse des droits de la défense et qui soit une Europe cohérente entre les États membres et entre les droits de leurs citoyens.

Je voudrais, pour conclure, remercier évidemment du fond du cœur les rapporteurs fictifs pour le travail ardu et constant qu'ils ont apporté pour la construction de ce texte, remercier M^{me} Jourová qui, pour la Commission, a été attentive et d'une grande aide, le Conseil, avec la présidence lettone, d'abord, puis la présidence luxembourgeoise, ensuite, qui a finalisé avec nous ce texte, et toutes les équipes qui ont travaillé très dur pour parvenir à ce résultat. J'espère que demain, il se dessinera une large majorité de notre Parlement pour entériner cette directive sur la présomption d'innocence, qui s'inscrit, comme cela a été dit par plusieurs des collègues et par vous, Madame la Commissaire, dans une architecture d'ensemble sur les droits procéduraux.

PUHEMIES. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan huomenna 20. tammikuuta 2016.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La cooperazione giudiziaria penale necessita di basi comuni per la salvaguardia dei diritti fondamentali ed è quindi molto importante che le misure parte del pacchetto sui diritti procedurali europei vengano approvate in tempi rapidi. Esse sono il segno del livello di condivisione raggiunto in materia dagli Stati dell'Unione e devono tendere al rialzo delle garanzie. La presunzione di innocenza e il diritto a presenziare ai procedimenti penali sono tra i punti saldi di un equo processo, come dimostra il fatto che siano previsti tanto dalla Convenzione europea dei diritti dell'uomo, quanto dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea nonché dal Patto internazionale sui diritti civili e politici e dalla Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo. Nonostante quindi il testo proposto non sia particolarmente ambizioso, è doveroso procedere alla sua adozione, in modo da contribuire comunque a rafforzare la cooperazione giudiziaria.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – L'impegno dell'Unione europea sul fronte delle garanzie procedurali nei confronti degli imputati assume particolare importanza con riferimento alla presunzione d'innocenza. La Commissione ha inviato al Parlamento una proposta poco ambiziosa, che ci siamo impegnati a migliorare, innanzitutto eliminando l'inaccettabile clausola che consentiva l'inversione dell'onere della prova, che, invece, deve sempre spettare alla pubblica accusa, contestualmente all'affermazione del principio «in dubio pro reo».

Abbiamo altresì rafforzato la formulazione del diritto di non autoincriminarsi, di non cooperare e di restare in silenzio, stabilendo anche che l'esercizio di tale diritto non può essere utilizzato contro indagati o imputati. La presunzione d'innocenza, inoltre, per essere effettiva deve valere in tutte le fasi del procedimento, fino alla sua definitiva conclusione. Ciò impone una particolare cautela nei confronti delle autorità pubbliche che, pur lasciando impregiudicate le prerogative della pubblica accusa e la libertà d'informazione, devono sempre evitare di presentare l'imputato come colpevole prima della sentenza definitiva.

Nell'ottica di un auspicabile ravvicinamento delle legislazioni in materia di procedura penale, questa direttiva, pur non raggiungendo ancora il massimo delle garanzie, già assicurate da alcuni Stati membri, dalla Carta dei diritti fondamentali e dalla CEDU – che rimangono comunque impregiudicate – costituisce sicuramente un positivo e condivisibile risultato.

*
* *

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, επειδή είναι αρκετά αργά και παρακολουθούμε τη συζήτηση εδώ και αρκετές ώρες προσπαθώντας να συμμετάσχουμε στο catch-the-eye, θα ήθελα να σας ρωτήσω τι σκοπεύετε να κάνετε στην επόμενη συζήτηση. Θα δώσετε το λόγο μόνο σε τρεις συναδέλφους ή θα εφαρμόσετε τη διαδικασία catch-the-eye; Είναι σημαντικό να το ξέρουμε ούτως ώστε να μην αναμένουμε άδικα. Αν είναι να δώσετε το λόγο μόνο σε δύο τρεις συναδέλφους, τότε προφανώς δε μπορούμε να παραμείνουμε απλώς και μόνο ως ακροατές. Πείτε μας σας παρακαλώ τι θα κάνετε για να το ξέρουμε.

President. – It is for the President to decide how many catch-the-eye speeches we will have.

17. Gasverbrauchseinrichtungen - Seilbahnen - Persönliche Schutzausrüstungen (Aussprache)

PUHEMIES. – Esityslistalla on seuraavana yhteiskeskustelu

— Vicky Fordin sisämarkkina- ja kuluttajansuojavaliokunnan puolesta laatimasta mietinnöstä ehdotuksesta Euroopan parlamentin ja neuvoston asetukseksi henkilönsuojaimista (COM(2014)0186 - C7-0110/2014 - 2014/0108(COD)) (A8-0148/2015),

— Catherine Stihlerin sisämarkkina- ja kuluttajansuojavaliokunnan puolesta laatimasta mietinnöstä ehdotuksesta Euroopan parlamentin ja neuvoston asetukseksi kaasumaisia polttoaineita käyttävistä laitteista (COM(2014)0258 - C8-0006/2014 - 2014/0136(COD)) (A8-0147/2015) ja

— Antonio López-Istúriz Whiten sisämarkkina- ja kuluttajansuojavaliokunnan puolesta laatimasta mietinnöstä ehdotuksesta Euroopan parlamentin ja neuvoston asetukseksi köysiratalaitteistoista (COM(2014)0187 - C7-0111/2014 - 2014/0107(COD)) (A8-0063/2015).

Vicky Ford, rapporteur. – Madam President, thank you for the opportunity to speak on the issue of personal protective equipment. This file has been an interesting case study in how the single market operates for both businesses and consumers across the 28 different countries, in the roles of the Commission, the Council of Ministers and the European Parliament, and in how they interact. It has also been a case study on why it is important to have a seat at the negotiating table.

Just a few weeks ago, many of us saw the shocking images of a factory in Turkey manufacturing thousands of fake life jackets. Instead of helping a person to float, these jackets would make it more likely that the wearer would drown. In order to prevent fake, fraudulent or dangerous equipment from entering our markets, the European Union has had common standards on personal protective equipment for 25 years. This covers lifejackets, crash helmets and safety harnesses – sort of equipment that is used in many different workplaces.

I am sure colleagues will remember the recent Ebola crisis, where PPE was crucial to protect nurses and doctors from infection. When PPE fails, lives can be lost. Our European rules not only cover the responsibility of the manufacturers, but of importers and distributors too. They make it easier for our market surveillance authorities to track products that are found to be dangerous and to remove them from the market. Having a common standard in Europe can often help our manufacturers to secure sales in other parts of the globe, thus boosting our own trade.

The technical changes in the report that we are discussing today will help simplify and modernise 25 years of legislation. This is welcomed by manufacturers, consumer organisations and market players along the supply line, and I welcome it too.

But one of the key quandaries of a single market is always how much standardisation is necessary. In the Commission's initial approach, they suggested increasing the scope of the legislation to domestic gloves. Now I believe we need a better approach to regulation, and new laws should be based on a clear analysis of the costs and benefits. There was no impact assessment to justify this increase in the scope. Furthermore, I do not believe we need an EU-level agreement on what we wear in our homes to do the washing up. I went into politics to get out of the kitchen not to write rules about what people do in their own sinks. I would like to thank my colleagues from the Parliament's Internal Market Committee for voting to reject this Commission suggestion to extend the scope to domestic gloves.

We then went into negotiation with the Council – the representatives of 28 European governments. After much discussion, they agreed with most of what the MEPs had suggested. There will be No EU law on washing-up gloves. There will be No EU law on those handmade artisanal products which we see in our Christmas markets and craft fairs. But 27 of those ministers voted by a large majority that they would like to have an EU law on factory-made oven gloves. I personally do not see that need, but I do respect their democratic decision. Furthermore, given that many countries – including my own – already have a market standard on this product, I do not believe that this particular element would add cost to the consumers. I am therefore happy to concede to the Member States' elected democratic governments on this point.

The gloves are off – at least the washing-up gloves – as are the umbrellas – one more minute, please – but by being at the table, we have made a hundred different amendments to the legislation, all making it simpler, clearer, less bureaucratic and also safer in life saving equipment. I hope that this will make it easier for businesses and consumers to trade.

Catherine Stihler, *rapporteur*. – Madam President, I would like to thank the shadows, the Commission and the Council for their cooperation on this gas appliances file.

For those of us across the EU who have turned on their gas fire tonight or cooked their dinner on a gas cooker this evening, this proposal will ensure that these day-to-day household products we all take for granted are safe, do what they say they will do, and can be bought or sold across the European Union. Therefore, these new proposals set an example that, by cooperating together to create one set of rules affecting gas ovens, gas cookers and gas central heating systems, we can ensure the greatest safety of these products, which cover 500 million EU citizens. The mandatory essential requirements and the conformity assessment procedures to be followed by manufacturers must be identical in all Member States.

Tomorrow's vote in plenary will be on the final text agreed upon in the trialogues. I hope everyone will be able to endorse the agreement, as I believe we have managed to find a good compromise between all parties involved. Subject to a positive vote in plenary tomorrow, the regulation will be transposed into national law by all Member States by January 2018.

The gas appliances sector covers a wide range of products, from simple portable cookers to boilers in big buildings. The current EU stock of gas appliances is at 470 million and growing, with more than 30 million units being sold annually. The annual sales for installed gas appliances account for around EUR 40 billion, and the annual turnover for fittings alone is around EUR 1.7 billion. With the scale of this market, it is absolutely imperative to set the highest manufacturing standards possible when producing and placing gas appliances on the EU market, in order to ensure the health and safety of persons and domestic animals.

When talking about health and safety, I would like to highlight this evening the issue of carbon monoxide. When a fuel burns, it generally reacts with the surrounding oxygen and produces carbon dioxide. However, when fuels are unable to burn fully, they produce the dangerous gas known as carbon monoxide, which is poisonous. I have insisted on certain references to carbon monoxide poisoning in this regulation, and I am happy to see this language reflected in the final text. However, not enough is being done by national governments and the EU in this respect and its importance seems to be downplayed despite statistics. In the UK carbon monoxide – often referred to as a silent killer – injures around 200 people per annum, and around 40 of such injuries are fatal. These deaths are all avoidable.

The case of British children Bobby and Christi Shepherd, who died in 2006 of carbon monoxide poisoning at the Louis Corcyra Beach Hotel in Corfu as a result of a faulty boiler, has provoked widespread anger and calls for change. The coroner in the case, David Hinchliff, has called for the tightening of EU-wide regulations in this area in order to prevent future deaths. The travel guidance group, Holiday Travel Watch, has estimated that half a million UK holidaymakers are at risk of CO poisoning every year. According to the World Health Organisation (WHO), CO kills more people annually than HIV-Aids or skin cancer.

Currently there are No EU laws setting out minimum safety standards for hotels in Europe to comply with, meaning there exist varying levels of safety in hotels across Europe. Labour MEPs certainly feel this is clearly a cross-border issue deserving legislative action. Consumers deserve to be properly protected, no matter where they choose to stay. In the absence of further proposals for legislation on hotel safety, Labour MEPs support the review of the 1986 Council recommendation and want to see a firm provision for carbon monoxide safety within this revision. This is the only current EU legislative tool containing guidelines for hotels and fire and gas safety.

Without any new regulation, we want to see specific research provisions on carbon monoxide safety and the use of carbon monoxide detectors. There is currently also no body which collects pan-European data on carbon monoxide. If the effectiveness of EU measures taken in this area is to be assessed, this must be remedied.

I hope that you will agree with me that it is essential to deal with the importance of gas safety and carbon monoxide and that we must take further action. Thank you very much, Madam President, for your discretion on this subject.

Antonio López-Istúriz White, Ponente. – Señora Presidenta, existen actualmente alrededor de diecisiete mil quinientas instalaciones de transporte por cable en Europa occidental y en los Alpes. La industria europea mantiene una posición dominante en el mercado global de las instalaciones de transporte por cable —abarca un 60 % del mercado mundial—, siendo la industria del esquí el mercado principal de la tecnología del transporte por cable. Hablamos de cuatro mil puestos de trabajo directamente relacionados con las empresas de instalaciones de transporte por cable y de millones de usuarios en Europa y en el mundo. Estos números ponen en evidencia la importancia de garantizar una elevada protección del consumidor y una plena armonización de los requisitos técnicos, así como normas claras y detalladas que sean aplicables de modo uniforme en toda la Unión, creando un verdadero marco paneuropeo que marcará una pauta a nivel global y creando estándares comunes.

La armonización del mercado interior es un reto que los miembros de la Comisión de Mercado interior y Protección del Consumidor y yo mismo nos tomamos muy en serio. Desde la creación, en 1951, de la Comunidad Europea del Carbón y del Acero, el proceso de integración económica ha sido el motor principal en torno al que se ha construido una progresiva integración política. Un mercado interior armonizado permite una mayor integración económica y un mayor crecimiento de nuestras empresas. Hoy más que nunca, ante discursos antieuropeos, hay que poner en evidencia los beneficios de la Unión y todo el camino que todavía podemos recorrer para generar crecimiento y riqueza para nuestras empresas. Con esos tres informes que debatimos hoy aquí, damos un paso más hacia un mercado interior más eficaz, amigo de las empresas y de los consumidores.

El mercado de las instalaciones de transporte por cable se caracteriza por un alto grado de especialización. Por este motivo, estamos ante un informe de elevado contenido técnico. La Directiva de 2000, que hoy reemplazamos por un Reglamento, originó diversas divergencias en la transposición, que mañana suprimiremos. En realidad, el Reglamento que aprobaremos mañana permite una plena armonización y nos permite a todos cumplir con el compromiso político general de trabajar por la mejora de la reglamentación y la simplificación del entorno normativo europeo. Con esta propuesta se armonizan las condiciones para la introducción en el mercado de subsistemas y componentes de seguridad destinados a instalaciones de transporte por cable y se garantiza la libre circulación de estos productos en la Unión Europea.

A tal efecto, se garantiza la aplicación uniforme en toda la Unión, una armonización total, ya que los Estados miembros no pueden imponer requisitos nuevos o más estrictos en su legislación nacional. Esto confiere a la industria la garantía de que su mercancía cumple los requisitos técnicos para venderse en todos los países europeos y, por otro lado, se evitan los costes innecesarios de la transposición. No obstante, los Estados miembros seguirán siendo competentes para regular otros aspectos de las instalaciones de transporte por cable, como el uso del suelo, la ordenación del territorio y la protección del medio ambiente.

La mejora de la claridad jurídica fue otro de los objetivos fundamentales de este Reglamento. El nuevo Reglamento indica su ámbito de aplicación y enumera claramente las exclusiones. La propuesta aporta precisión, en particular en lo que respecta a las instalaciones de transporte por cable que sirven para el transporte de personas como también para las actividades de ocio. Se excluyen del ámbito de aplicación las instalaciones usadas con fines de ocio en ferias o parques de atracciones y las instalaciones históricas con más de treinta años. Se cumple así una petición de muchos Estados miembros, que se encargarán de las normas de seguridad para estas instalaciones.

Por último, hay que señalar todavía la integración de los subsistemas en los procedimientos de evaluación de la conformidad que se emplean para los componentes de seguridad. Tratar los subsistemas de manera diferente que los sistemas supondría dar lugar a distorsiones del mercado y diferencias de trato. Así, la propuesta mantiene los procedimientos de evaluación de la conformidad para los componentes de seguridad, extendiéndolos a los subsistemas.

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Madam President, first I would like to thank the Committee on the Internal Market and Consumer Protection and congratulate the rapporteurs Ms Ford, Ms Stihler and Mr López-Istúriz White for their hard work on the three files, which made it possible to find a satisfactory compromise which will, hopefully, help us to swiftly adopt the three regulations at first reading.

A thorough and deeper single market is one of the priorities of the Commission. This package demonstrates that we are also not falling short on delivery. It is an important step in assuring a simpler legal framework. The three regulations on personal protective equipment, gas appliances and cableway installations cover a significant part of the products circulating in our internal market. They concern a vast range of products which millions of EU citizens use on a daily basis. It is crucial that single market legislation ensures that these products are safe and, of course, as regards personal protective equipment in particular, that this actually provides adequate protection.

We also need to ensure that the companies producing those products can count on the legal framework that meets their needs and allows them to be competitive and prosper: a legal framework that is clear and does not impose an excessive burden. This package is really a major step forward in our endeavour to simplify the regulatory environment as the so-called 'new approach' directives are changed into regulations, which will be directly applicable in every EU Member State. This will significantly facilitate the life of enterprises. Instead of analysing and researching 28 national transposition laws, companies can directly refer to one single text available in all official languages of the European Union.

With the adoption of the package we are also a step closer to completing the implementation of the new legislative framework, which will make the whole of our single market legislation much more consistent and easier to apply. New obligations have been introduced for importers and distributors, who now have a very clear set of tasks and checks that they must carry out before importing products from third countries into the EU. New rules on traceability will make it possible to follow a product throughout the entire distribution chain. The package will also give better tools to market surveillance authorities, allowing them to fight more efficiently against unsafe and non-compliant products on the EU market. This will be to the benefit of all companies, making them comply with the applicable rules. It will also reduce unfair competition. The benefits of this package are for all: for consumers, enterprises and authorities. And they are clearly there.

Let me make one short remark on an institutional issue. It must be clear – and the recently-concluded negotiations on the interinstitutional agreement on better law-making have confirmed this – that comitology committees are not the same as Commission expert groups. With the new interinstitutional agreement coming into place shortly, the Commission will pay closer attention to the role of the committees.

The adoption of these proposals will doubtless have a positive effect on entrepreneurship and competitiveness in Europe. Thus, considering the agreement that has been achieved by the co-legislators and the benefits and significant added value for enterprises, citizens and national administrations, as I illustrated previously, the Commission welcomes the agreed compromise package.

Commission's Statements on:

1. Report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on cableway installations [COM(2014)0187 - C7-0111/2014 - 2014/0107(COD)] - Committee on the Internal Market and Consumer Protection. Rapporteur: Antonio López-Istúriz White (A8-0063/2015)

'With regard to recital 65 and the possibility of the European Parliament to be invited to meetings of expert groups, the Commission will implement this recital in accordance with its practice in the implementation of point 15 of the Framework agreement on relations between the European Parliament and the European Commission. Meetings of the Comitology Committee are explicitly excluded under this arrangement. Concerning the reference to infringements in the same recital, the Commission considers this misleading as infringements proceeding are discussed with Member States in the context of the procedures set out under article 258 TFEU.'

'The Commission regrets the adoption of Article 44(5) and recital 64 that creates confusion and legal uncertainty, and may compromise institutional balance. The role of the Comitology Committees which ensure control by Member States on the Commission's exercise of implementing powers is defined only by Regulation No (EU) 182/2011, adopted on the basis of Article 291, third paragraph, TFEU. Therefore, no other secondary legislative act can alter or would need to specify further this role. In particular, the Comitology Committees should not perform the functions which are those of the Commission's Groups of Experts. In addition, the rules of procedures of committees are adopted by the committees on the basis of Regulation No (EU) 182/2011. As such they are to be applied when the Committee exercises its role defined by Regulation No (EU) 182/2011. Any reference to rules of procedures outside this context is superfluous and inappropriate. It also risks complicating the functioning of the committee.'

2. Report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on appliances burning gaseous fuels [COM(2014)0258 - C8-0006/2014 - 2014/0136(COD)] - Committee on the Internal Market and Consumer Protection. Rapporteur: Catherine Stihler (A8-0147/2015)

'With regard to recital 74 and the possibility of the European Parliament to be invited to meetings of expert groups, the Commission will implement this recital in accordance with its practice in the implementation of point 15 of the Framework agreement on relations between the European Parliament and the European Commission. Meetings of the Comitology Committee are explicitly excluded under this arrangement. Concerning the reference to infringements in the same recital, the Commission considers this misleading as infringements proceeding are discussed with Member States in the context of the procedures set out under article 258 TFEU.'

'The Commission regrets the adoption of Article 42(5) and recital 73 that creates confusion and legal uncertainty, and may compromise institutional balance. The role of the Comitology Committees which ensure control by Member States on the Commission's exercise of implementing powers is defined only by Regulation No (EU) 182/2011, adopted on the basis of Article 291, third paragraph, TFEU. Therefore, no other secondary legislative act can alter or would need to specify further this role. In particular, the Comitology Committees should not perform the functions which are those of the Commission's Groups of Experts. In addition, the rules of procedures of committees are adopted by the committees on the basis of Regulation No (EU) 182/2011. As such they are to be applied when the Committee exercises its role defined by Regulation No (EU) 182/2011. Any reference to rules of procedures outside this context is superfluous and inappropriate. It also risks complicating the functioning of the committee.'

3. Report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on personal protective equipment [COM(2014)0186 - C7-0110/2014 - 2014/0108(COD)] - Committee on the Internal Market and Consumer Protection. Rapporteur: Vicky Ford (A8-0148/2015)

'With regard to recital 52 and the possibility of the European Parliament to be invited to meetings of expert groups, the Commission will implement this recital in accordance with its practice in the implementation of point 15 of the Framework agreement on relations between the European Parliament and the European Commission. Meetings of the Comitology Committee are explicitly excluded under this arrangement. Concerning the reference to infringements in the same recital, the Commission considers this misleading as infringements proceeding are discussed with Member States in the context of the procedures set out under article 258 TFEU.'

'The Commission regrets the adoption of recital 51 and article 44 (5) that creates confusion and legal uncertainty, and may compromise institutional balance. The role of the Comitology Committees which ensure control by Member States on the Commission's exercise of implementing powers is defined only by Regulation No (EU) 182/2011, adopted on the basis of Article 291, third paragraph, TFEU. Therefore, no other secondary legislative act can alter or would need to specify further this role. In particular, the Comitology Committees should not perform the functions which are those of the Commission's Groups of Experts. In addition, the rules of procedures of committees are adopted by the committees on the basis of Regulation No (EU) 182/2011. As

such they are to be applied when the Committee exercises its role defined by Regulation No (EU) 182/2011. Any reference to rules of procedures outside this context is superfluous and inappropriate. It also risks complicating the functioning of the committee.'

Laura Agea, *relatrice per parere della commissione per l'occupazione e gli affari sociali*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, commissaria Bienkowska, come relatrice del parere che la commissione per l'occupazione e affari sociali ha dato sulla relazione sui dispositivi di protezione individuale vorrei ricordare che il parere è stato approvato all'unanimità dalla commissione per l'occupazione e molte sono state le indicazioni fornite, perché riteniamo, come commissione per l'occupazione, che il tema della sicurezza dei lavoratori sia estremamente importante.

Abbiamo indicato che venissero dati degli strumenti fatti ad hoc per chi ne usufruisce, che venisse tenuto conto delle diverse conformità, delle diverse conformazioni degli utilizzatori, un'informazione adeguata, un linguaggio abbastanza comprensibile per chi utilizza questi strumenti. Ci rammarichiamo che il coinvolgimento della commissione occupazione rispetto alla relazione sia stato minimo e che le indicazioni importanti, soprattutto sulla comunicazione, che doveva essere data ai fruitori di questi strumenti, sia stata estremamente risicata. Ci riserviamo comunque di verificare quali sono esattamente le condizioni della relazione ed eventualmente dare il nostro okay alla relazione.

Pascal Arimont, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche zu Ihnen als EVP-Verhandlungsführer zu diesem Vorschlag einer Verordnung zu persönlichen Schutzausrüstungen.

Der europäische Binnenmarkt zeichnet sich weltweit durch hohe Standards im Verbraucherschutz aus. Ich würde sogar sagen und behaupten, nirgends wird ein Verbraucher so gut geschützt wie oder durch die EU. Konkret geht es hier bei dieser Verordnung um sehr hohe Standards bei Schutzhelmen, Ohrenschützern, Fahrradhelmen, Sonnenbrillen und Warnwesten. Es geht nicht um den selbst gehäkelten Topflappen, es geht nicht um Spülhandschuhe.

Diese Verordnung betrifft daher jeden einzelnen von uns. Wenn ich meiner kleinen Tochter einen Fahrradhelm kaufe, wenn mein Vater als Heimwerker eine Atemschutzmaske oder unzählige Arbeitnehmer auf dem Bau einen Schutzhelm aufsetzen, dann muss jeder darauf bauen können, dass ein optimaler Schutz garantiert ist – und das in ganz Europa.

Wir brauchen daher hohe verbindliche Standards, die den Verbraucher vor Artikeln schlechter Qualität schützen. Für uns als EVP war es aber auch wichtig, die kleinen und mittleren Unternehmen des herstellenden Gewerbes zu unterstützen, diese neuen Vorgaben auch konkret umsetzen zu können. Und das ohne zu große bürokratische Auflagen, denn dem Mittelstand fehlt für überzogenen Papierkram ganz einfach die Zeit. Was nutzen daher die besten Vorschriften, wenn nachher niemand in der Lage ist, diese umzusetzen?

Ich begrüße in diesem Zusammenhang vor allem unsere Einigung zu einem vereinfachten Verfahren zur Rezertifizierung. Dies bedeutet, wenn ein Hersteller am Produkt nichts ändert und das Produkt nach wie vor allen gesetzlichen Bestimmungen entspricht, dann sollte er auch nicht abermals für diese Zulassung bezahlen müssen.

Hier können wir also zeigen, dass wir beides können. Auf der einen Seite den Verbraucher in ganz Europa effizient vor Betrug und schlechter Qualität schützen und auf der anderen Seite auf die übertriebenen bürokratischen Vorgaben verzichten. Aus diesem Grund werbe ich ganz eindrücklich und ausdrücklich für die Unterstützung für diesen Bericht.

Kerstin Westphal, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Regulierung von persönlicher Schutzausrüstung ist mit Sicherheit kein Thema, mit dem wir Abgeordnete große Anerkennung bei den Verbrauchern und Verbraucherinnen erhalten. Manchmal gilt es als Nischenthema. Aber dennoch: Es ist ein Thema, in dem viele wichtige Punkte behandelt werden. Eben die Sicherheit, wie gerade vom Kollegen angesprochen, die versprochen und die aber auch entsprechend eingehalten wird. Schutzausrüstungen beispielsweise für Feuerwehrleute, Helme, brandsichere Kleidung; aber auch für die Forstleute, die schnittsichere Hosen haben müssen. Schutzbekleidungen, die nicht weniger als 224 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Europäischen Union dringend benötigen.

Aber es geht nicht nur um Schutzausrüstungen für Profis, sondern es geht auch um solche für den privaten Gebrauch. Ja, Frau Vorsitzende Ford, es geht auch um die Backofenhandschuhe, auch da muss Sicherheit gewährleistet sein. Denn überall, wo Sicherheit auf der Verpackung steht, muss natürlich auch Sicherheit drin sein. Das haben wir auch geschafft. In den Verhandlungen sowohl mit dem Rat als auch mit der Kommission waren wir uns beständig der Gefahr bewusst, zu bürokratisch zu sein. Deshalb haben wir ja auch einige Dinge herausgenommen, beispielsweise die Spülhandschuhe, aber eben auch die Sportbekleidung, die da schlicht und einfach nichts verloren hat.

Zudem haben wir auch einige Erleichterungen für die Hersteller erreicht: Sie bekommen Rechtssicherheit und können nun darauf vertrauen, einfach und schnell ihre Baumusterprüfungen verlängert zu bekommen. Verbraucher sowie Hersteller, aber auch Marktüberwachungsbehörden haben mit dieser Regulierung ein ganzes Stück an Gesetzgebung an die Hand bekommen. Ich empfehle das Verhandlungspaket meiner Fraktion zur Annahme.

Daniel Dalton, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I welcome the revision of the cableways legislation, which will cut red tape for businesses that want to sell into the EU. They will also make it easier for national authorities to check safety regulations, and it stops the protectionist measures employed by some Member States. But the Commission got it wrong by including historic cableways, and I am delighted that they have now been excluded from the scope of this regulation. This is great news for Bridgnorth Cliff Railway in Shropshire, which next year celebrates its 125th birthday. It originally started as a way to help local people avoid climbing the 200 steps between the high and low town in Bridgnorth, but it has evolved into a major tourist draw and a vital source of income for the town. It already complies with national health and safety legislation, so it is safe, but forcing it to comply with new one-size-fits-all rules on replacement parts would likely have led it to being shut down, given the expense of trying to get its custom-made parts to fit the new requirements. It's great to see that in this case at least, a one-size-fits-all approach has been stopped in its tracks and historic tourist attractions like Bridgnorth Cliff Railway can continue to be enjoyed by future generations.

Dita Charanzová, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, Madam Commissioner, these three files might not be the sexiest topics, especially at this point of time. But, because of the work of all us involved in the negotiations, every European citizens will be a little safer after tomorrow's votes. Citizens will know that when they go to work, take a hot shower or take a ski lift to the top of a mountain – no matter where they are in Europe – the highest safety standards will apply. I am also happy that common sense prevailed in these negotiations. So, for instance the historical cableways like the one in Prague – the Petřín cableway – are excluded from the regulation.

For me, these files are good examples of where European harmonisation just makes common sense. Unless there is a justifiable reason that a technical standard should be different between one Member State and another, common technical regulations help to increase competition in the marketplace. Lower over-regulation and make our lives easier and safer. Madam Commissioner, I would like to encourage the Commission to continue to use its legislative powers to harmonise where it makes sense and the benefit is clear. Such acts are vital to a well-functioning single market.

Jiří Maštálka, *za skupinu GUE/NGL*. – Paní předsedající, jak bylo řečeno, je možná škoda, že je tak pozdě večer a my se zabýváme touto otázkou, která určitě zajímá občany Evropské unie. Cílem Komise, jak bylo řečeno, je nahradit původní směrnice z roku 1989 nařízením, které by zajistilo povinné a jednotné užívání OOP ve všech členských státech.

Je třeba zmínit, že jde o významný hospodářský význam pro evropský trh, který je odhadován v roce 2010 přibližně na deset miliard EUR a nadále roste, což stimulují zejména moderní technologie, technologické inovace, jako nová vlákna, inteligentní tkaniny a nanomateriály. Domnívám se, že většina navrhovaných změn je pozitivní. Nicméně některé považuji za problematické.

Například začlenění osobních ochranných prostředků proti teplu, vlhku a vodě nebo rozmanitost jazykových režimů zvolená pro různé informace, které je třeba sdělovat, nebo nesoulad mezi desetiletou lhůtou pro uchovávání technické dokumentace a pětiletou lhůtou pro platnost osvědčení o shodě. Klíčovou otázkou tohoto návrhu podle mě je, jak dosáhnout rovnováhy mezi ochranou zájmů spotřebitelů a výrobců, zejména malých a středních podniků, a prosazením používání osobních ochranných prostředků do globální politiky pro předcházení rizikům na pracovištích. Věřím, že tímto nařízením přispějeme k bezpečnosti našich občanů.

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, ‘harmonisation’ and ‘European Union’ are words that go hand in hand. It is no surprise, therefore, to see a debate on three legislative reports aiming to increase harmonisation between Member States. The one-size-fits-all approach of EU regulation is far from perfect, and these regulations in discussion are no exception. The UK Government, for example, has highlighted concerns at the Personal Protective Equipment Regulation and announced that it opposes this regulation passing. Yet, as we all know too well, the UK will be forced to accept it. I am sure that we could all agree that prosperous, mutually beneficial and efficient trade between nations is desirable by all. But it is the growing number of harmonised regulations: are they really necessary? I am afraid I am not yet convinced.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Doamnă președintă, în calitate de raportor din partea Grupului PPE pentru raportul doamnei Stihler, aş dori să le mulțumesc și să îi felicit pe cei trei raportori, doamna Ford, doamna Stihler și domnul Antonio López, pentru toată munca depusă de-a lungul ultimelor luni.

Noul regulament privind aparatele consumatoare de combustibili gazoși reprezintă un exemplu de legislație, de armonizare a Uniunii, asigurând atât libera circulație a aparatelor consumatoare de gaz, cât și introducerea pe piață sau punerea în funcțiune a aparatelor consumatoare de combustibili gazoși care să îndeplinească standarde mai ridicate privind siguranța consumatorului, diminuând astfel și riscurile de siguranță legate de gaz și asigurând, în același timp, utilizarea mai rațională a energiei. De la simple aragazuri portabile până la mari centrale pentru clădirile foarte mari, în Uniunea Europeană stocul actual de aparate consumatoare de gaz este de 470 de milioane, în creștere, vânzându-se peste 30 de milioane de unități în fiecare an.

Mă bucur și sunt foarte recunoscător că doamna raportor, doamna Stihler, a îmbrățișat ideea de a introduce și amenda textul din punct de vedere al siguranței consumatorului, adăugând modificări legate de măsurile de precauție care ar fi trebuit și care trebuie să fie avute în vedere pentru a evita și preveni intoxicarea persoanelor cu gaz, inclusiv cu monoxid de carbon, și scurgerea oricăror substanțe ce ar putea provoca probleme de sănătate și securitate, intoxicarea cu monoxid de carbon fiind o principală cauză de decese asociată utilizării aparatelor consumatoare de gaz. Noua legislație va aduce în mod clar beneficii cetățenilor europeni.

Lara Comi (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, caro Commissario, la realizzazione del mercato unico è un obiettivo politico di primaria importanza, che dobbiamo perseguire con ogni sforzo, ormai sono anni che siamo in questa direzione. Il rafforzamento dell’armonizzazione delle legislazioni nazionali nei diversi settori resta un passaggio fondamentale, che non solo unifica e semplifica il quadro normativo per gli operatori del mercato, ma garantisce livelli più elevati di protezione del consumatore e in più migliora la vita dei nostri cittadini, questo è anche il nostro obiettivo.

In qualità di relatore della relazione sulla strategia per il mercato unico di beni e servizi, per la quale abbiamo condiviso molte osservazioni insieme, stiamo portando avanti questo approccio, evidenziando la necessità di eliminare effettivamente gli ostacoli concreti che avvengono nell’armonizzazione del sistema. Parliamo spesso volte di un’Unione economica ma in realtà non esiste questa a trecentosessanta gradi e quindi uno degli obiettivi che ci poniamo è quello di armonizzare sempre più il sistema ed eliminare questi ostacoli.

Le tre relazioni, per le quali mi congratulo con i relatori, che adotteremo domani vanno proprio in questa direzione: quella di rendere più efficace l’armonizzazione passando da direttiva a regolamenti. Questo è il vero passo avanti, è quello che secondo me come Parlamento e come Commissione dovremo sempre di più utilizzare, in modo tale che il regolamento venga adottato il più presto possibile, in modo estremamente rapido nei singoli Stati membri. È questo il vero senso, secondo me, dell’Europa e anche del ruolo del Parlamento europeo. Si tratta di ambiti, come abbiamo visto nelle tre relazioni, diversi ma molto significativi anche da un punto di vista economico. Pertanto, l’auspicio è che migliorandone le regole, gli effetti positivi si possano produrre anche sul fronte occupazionale ed economico, che è quello che ci preoccupa oggi.

Paul Rübzig (PPE). – Frau Präsidentin! Ich glaube, es geht auch darum, dass wir bei der Harmonisierung wirtschaftliche Effekte erzielen und vor allem für die kleinen und mittleren Betriebe die Marktzugängigkeit auch dementsprechend regulieren.

Darum ist eigentlich auch klar, dass die Verordnung über die Seilbahnen hier eine wesentliche Rolle spielen wird, weil die natürlich sehr stark im Tourismus verwendet werden, aber auch in Zukunft für die *smart cities* eine große Bedeutung haben. Gerade bei den *smart cities* wird man sehen, dass die Seilbahnen natürlich sehr wenig Lärm produzieren, auch sehr wenig Feinstaub, so dass auch über Brücken, über dementsprechende Hindernisse, die Seilbahn gut genutzt werden kann.

Klar ist es, dass das einheitliche Sicherheitsniveau auch die Unfälle im Straßenverkehr reduzieren kann, und dass die Warenverkehrsfreiheit klar zeigt, dass Europa dem Binnenmarkt ordentlich nützen kann und dass damit natürlich auch neue zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können, weil diese hohe europäische Sicherheitskultur natürlich auch ein Exportschlager ist. Unsere Seilbahnhersteller haben hier die Märkte schon weltweit bearbeitet, womit für Leben und Sicherheit ein wichtiger Beitrag geleistet wurde.

Es werden hier in diesem Bereich Milliardenumsätze erzielt. STOA, der Wissenschaftsausschuss im Europäischen Parlament (*Science and Technology Options Assessment*) hat gerade die Seilbahnen auch für nachhaltigen Transport und für nachhaltige Mobilität in den Studien dementsprechend als wichtig erachtet. Diese Nachhaltigkeit, gemeinsam mit der E-Mobilität, wird in Zukunft eine wesentlich größere Rolle spielen.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, firstly I think that everybody agrees that these are not headline topics, but they are nevertheless very important for consumers. I think it is fantastic that we have MEPs here in the House who are prepared to give their time, energy and expertise in dealing with issues like this when they get very little publicity out of it.

But they can be sure of one thing. Their work is actually going to save the lives of European citizens because of the harmonisation of standards and ensuring that everything is done according to spec. We are covering three areas here: cable installations, gas appliances and protective equipment. Obviously, in relation to cableways, we have 60% of the world's cableways – 17 500 in Europe. In my own country, the little island, Dursley Island, is dependent on a cable car to connect it with the mainland, so obviously, the higher the standard, the greater the security.

In relation to gas appliances, we have 30 million stoves, boilers and cookers in Europe. Again, these can lead to major accidents. Carbon monoxide, in particular, is the highest killer in relation to these. In my own country we have had a very successful carbon monoxide awareness campaign. Again, having strong legislation here, harmonised across Europe, is very sensible and of course helps us to complete the single market.

Regarding the final area – personal protective equipment – I think all we have to do is listen to Vicky Ford, who showed us what can happen with inferior products which can come onto the marketplace. So, by having standards set here and by ensuring they are applied, it will encourage both the producers that there is a legal framework which they can work by, and also consumers that they have the highest possible standards, which they will be able to see on the labels on the various appliances they buy.

Alberto Cirio (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io credo che oggi noi stiamo affrontando una discussione relativamente a un argomento, che è estremamente importante, che può toccare tutte le materie e non soltanto quelle che sono oggetto di questi documenti, perché evidentemente l'armonizzazione della normativa a livello europeo è un fattore estremamente importante. Sarebbe opportuno immaginare un'Europa dove evidentemente le norme fossero uguali per tutti e tutti i cittadini europei fossero uguali di fronte alle norme, perché questo aiuterebbe – credo – anche ad avere una visione dell'Europa più comprensiva e che magari rappresentasse maggiormente tutti i cittadini europei.

Oggi, in particolare, noi votando e discutendo in questi giorni, in questa sessione plenaria, l'armonizzazione delle norme sugli impianti a fune, quindi su tutto ciò che riguarda l'impiantistica delle stazioni montane della nostra Europa, credo che facciamo un grande passo avanti della tutela di tutte le nostre stazioni, perché è evidente, per chiunque abbia a un certo tipo di competenza nel settore, come a distanze, spesso limitatissime di chilometri, quindi a un chilometro di distanza in generale, due stazioni sciistiche, magari una in Francia e una in Italia, abbiano normative che sono completamente diverse e che le pongono peraltro in una condizione anche di concorrenza sleale l'una nei confronti dell'altra. Per cui, credo che oggi si stia facendo un passo avanti importante e che argomenti come questi, cioè andare ad armonizzare la normativa europea, dovrebbero in un certo qual modo toccare pian piano tutti i settori della nostra società economica.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já se chci také připojit ke svým předřečníkům, v zásadě vše důležité již bylo řečeno. Dovolte mi, abych pouze řekl, že také považuji tuto problematiku za mimořádně důležitou. Chci říci paní komisařce, že považuji za důležité to, co na první pohled vypadá jako pouhá formalita, že se od směrnic přistupuje k nařízením.

Byl jsem v České republice pět let odpovědný za implementaci směrnic do národního právního řádu a dobře vím, jaké rozdíly potom mezi jednotlivými národními úpravami existují. To znamená jedna směrnice a dvacet osm různých implementací. Pokud tedy chceme vytvářet opravdu jednotný trh s jednotnými pravidly, tak je podle mého názoru mnohem lepší použít nařízení, které zkrátka platí jako jeden právní předpis pro celé území Evropské unie. Takže přechod od směrnic k nařízením je v tomto případě podle mého názoru mimořádně důležitý a samozřejmě i obsahově to, co dneska projednáváme a co bude, doufejme, platit, je mnohem lepší než dosavadní právní úprava v několika roztržitých směrnících.

Kolegové zde již hovořili o jednotlivých výrobcích, o tom, že zde budou jednotná pravidla pro požadavky na tyto výrobky. Já chci zvláště poděkovat zpravodajům a chci se vyjádřit k projednávání ve Výboru pro vnitřní trh a ochranu spotřebitelů, kde se podařilo racionalizovat to, jaké požadavky mají být zvláště na výrobky, které mají podobu osobních ochranných prostředků. To si myslím, že je velmi dobře. Děkuji a návrh podporuji.

Catch-the-eye procedure

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, συζητούμε ένα πάρα πολύ σοβαρό θέμα το οποίο έχει σχέση και με την ασφάλεια των καταναλωτών αλλά και με την ασφάλεια των ιδίων των εργαζομένων.

Είναι προφανές ότι η οικονομική παγκοσμιοποίηση και η απελευθέρωση του εμπορίου οδήγησαν στην μεταφορά της παραγωγής στις αναπτυσσόμενες χώρες. Εκεί δε, η προσπάθεια να μειωθεί το κόστος και να έχουν οι επιχειρήσεις μεγαλύτερο κέρδος είχε ως συνέπεια την εξασθένηση των προδιαγραφών ασφαλείας. Αποτέλεσμα ήταν λοιπόν να έχουμε εμπορεύματα και πολλές συσκευές στην Ευρώπη που αποδείχθηκαν επικίνδυνες και ιδίως συσκευές αερίου, οι οποίες ήταν εισαγόμενες από την Κίνα και προξένησαν πάρα πολλά δυστυχήματα, λόγω διαρροής του μονοξειδίου του άνθρακα. Σε χώρες μάλιστα με ενεργειακή φτώχεια όπως η Ελλάδα, η οποία έχει χτυπηθεί από το μνημόνιο, τα περιστατικά αυτά αποκτούν δυστυχώς ακόμη πιο δραματικό χαρακτήρα. Είναι σημαντικό που λαμβάνονται αυτά τα μέτρα.

(End of catch-the-eye procedure)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the Members very much for all their comments on this package. This is the first time in my short (one-year) experience in the Commission that I have heard so many unanimous positive opinions, so I want once again to warmly thank the rapporteurs for cooperating so closely and ensuring consistency throughout the three texts, as well as with the new legislative framework package.

Let me just very shortly stress three key points. With those three regulations, we will have a simpler, fairer and more modernised legal framework. Replacing the directive with regulations will make life less burdensome for companies and we will be better equipped to fight non-compliant and potentially unsafe products, which is essential for our citizens and for protecting honest companies. Members, I therefore call again on your strong support for this package and would like to thank you very much, especially the rapporteurs, for your efforts.

Vicky Ford, rapporteur. – Madam President, our single market is meant to make it easier to trade across the 28 countries of 500 million consumers, and sometimes we do not need a one-size-fits all approach – but sometimes we do. Tonight we have been talking about keeping people safe from gas boilers so that they do not die from carbon monoxide problems, fall off a chairlift when it collapses or die or become injured because of personal protective equipment. Rules that we have had in Europe for 25 years have now been simplified, modernised and clarified.

By being at the table involved in the detail, we have negotiated a better position. On my own report I tabled 146 amendments to the Commission proposal. 117 of those are in the final legislation, including a new procedure to make it easier for small companies. We have made it less bureaucratic whilst maintaining safety, and done in a manner that should not increase costs for consumers or manufacturers. I hope this will make it easier to trade.

My colleague from UKIP said she did not understand why we need this legislation. She has not talked in a single debate or tabled a single amendment. When it comes to making the rules by which our businesses and consumers trade, I would rather be at the table negotiating a deal, because in Europe, if we are not at the table, we risk being on the menu.

Catherine Stihler, rapporteur. – Madam President, I would like to thank all the rapporteurs. The warm words that we have heard this evening from colleagues have been really touching. I would like to say to Mr Kelly that we do all this work and get very little recognition, yet tonight we are trying to save lives. That is something that the few of us who are in this Chamber this evening should remember. Why we are here, even at ten minutes to midnight, is really important.

On the value of the single market, Ms Ford is absolutely right that we work together, we come up with a compromise and then we sit at the table. If UKIP had their way, they would have us leave the EU, have no say and we would still have to pay for the privilege. It is not a workable solution. We need to make sure that the UK remains in the European Union, that we have our say and that we influence policies that influence the single market.

I think it was the previous Dutch Presidency, all those years ago, which described the EU as this beautiful thing, this beautiful piece of process, but something very precious and something that we need to make sure we keep working upon. The fact that we have a single market with 500 million consumers, covering 28 countries, and tonight we can sit and make decisions that impact all of those people in a sensible, positive way, is something that is very precious and worth defending.

Thank you for your time this evening. Thank you for all your support. It has been a privilege working with people who want to make sure the single market works for our citizens.

Antonio López-Istúriz White, ponente. – Señora Presidenta, creo que como todos, estoy encantado con este trabajo conjunto con la señora Stihler y con la señora Ford. Creo que entre todos hemos hecho un buen trabajo, todos los componentes, aunque siempre hay alguna excepción; siempre hay alguien que no quiere participar en esto, pero bueno, ya es normal. En nuestro caso creo que hemos dado un paso enorme en el mercado interior, que es para lo que yo me integré en esta comisión. Yo soy nuevo en ella, y estoy muy orgulloso de que con este informe haya podido trabajar con las dos ponentes y creo que he aprendido muchísimo de las dos.

Quiero simplemente detallar unos cuatro puntos importantes sobre el informe final del que yo he tenido el honor de ser ponente. Hay más información para los consumidores, con una mención reforzada al sitio web de los productores en los considerandos y artículos; la redacción del artículo relativo al sistema de freno de los sistemas de transporte por cable se mantiene fiel al principio de neutralidad tecnológica y permitirá una competencia leal entre todos los actores de este mercado; un considerando nuevo relativo a sanciones -quiero mencionar aquí a una ponente alternativa, Lucy Anderson, que ha insistido muchísimo en esta cuestión- que ha logrado reforzar el sistema de sanciones de la propuesta de Reglamento; y, por último, hemos subsanado las preocupaciones de los Estados miembros en cuanto a las instalaciones históricas, que suelen presentar un elevado interés turístico.

Como responsable del Grupo del Partido Popular Europeo para este informe agradezco también a los ponentes alternativos su colaboración en este paquete sobre la armonización del mercado interior, lo que permitió que todas las enmiendas que eran conformes con las competencias de la Comisión de Mercado Interior y Protección del Consumidor fueran positivamente valoradas, llegando a un resultado muy satisfactorio del que todos los miembros de la Comisión IMCO nos podemos enorgullecir.

PUHEMIES. – Yhteiskeskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan huomenna.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The internal market of the European Union is an area of prosperity and freedom, giving 500 million Europeans access to goods, services, jobs and business opportunities of 28 Member States. While the construction of an internal market requires continuous efforts, the further deepening of the single market could yield significant gains for EU consumers and businesses if the remaining barriers are eliminated.

The Commission proposals for a regulations on appliances burning gaseous fuels, personal protective equipment (PPE), and cableway installations, update and align with the New Legislative Framework on the marketing of products. The PPE rules are now in need of updating to reflect the new developments in technology. I thus welcome the proposal, which lays down requirements for design and production of PPE to ensure the health and safety of users and the free movement of PPE in the EU market.

Apart from the harmonised approach, the new legislation does not imposing excessive burdens for businesses. This simplified and modernised legislation is needed especially for facilitating the inclusion of the Small and Medium enterprises in the market.

A harmonised internal market will facilitate greater economic growth. With the three reports we are taking a step towards a more effective Single Market which will be both business and consumer friendly.

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

19. Schluss der Sitzung

(Istunto päättyi klo 23.50.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/806

15.1.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 20. JANUAR 2016

(C/2024/806)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 18. bis 21. Januar 2016

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Arbeitsplan	4
3. Tätigkeitsprogramm des niederländischen Ratsvorsitzes (Aussprache)	7
4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	49
5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	49
6. Arbeitsplan	49
7. Abstimmungsstunde	50
7.1. Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten mit Lettland (A8-0370/2015 - Claude Moraes) (Abstimmung)	50
7.2. Unschuldsvermutung und Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren (A8-0133/2015 - Nathalie Griesbeck) (Abstimmung)	50
7.3. Persönliche Schutzausrüstungen (A8-0148/2015 - Vicky Ford) (Abstimmung)	50
7.4. Gasverbrauchseinrichtungen (A8-0147/2015 - Catherine Stihler) (Abstimmung)	50
7.5. Seilbahnen (A8-0063/2015 - Antonio López-Istúriz White) (Abstimmung)	50

Inhalt	Seite
7.6. Einwände gegen den delegierten Rechtsakt über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen (B8-0044/2016) (Abstimmung)	50
7.7. Einwände gegen den delegierten Rechtsakt im Hinblick auf die besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen für Getreidebeikost und andere Beikost (B8-0067/2016) (Abstimmung)	50
7.8. Friedensprozess in Kolumbien (RC-B8-0041/2016, B8-0041/2016, B8-0042/2016, B8-0053/2016, B8-0054/2016, B8-0055/2016, B8-0061/2016, B8-0062/2016) (Abstimmung)	51
8. Stimmerklärungen	51
8.1. Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten mit Lettland (A8-0370/2015 - Claude Moraes)	51
8.2. Unschuldsvermutung und Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren (A8-0133/2015 - Nathalie Griesbeck)	67
8.3. Persönliche Schutzausrüstungen (A8-0148/2015 - Vicky Ford)	99
8.4. Gasverbrauchseinrichtungen (A8-0147/2015 - Catherine Stihler)	122
8.5. Seilbahnen (A8-0063/2015 - Antonio López-Istúriz White)	144
8.6. Einwände gegen den delegierten Rechtsakt über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen (B8-0044/2016)	167
8.7. Einwände gegen den delegierten Rechtsakt im Hinblick auf die besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen für Getreidebeikost und andere Beikost (B8-0067/2016)	182
8.8. Friedensprozess in Kolumbien (RC-B8-0041/2016, B8-0041/2016, B8-0042/2016, B8-0053/2016, B8-0054/2016, B8-0055/2016, B8-0061/2016, B8-0062/2016)	205
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	227
10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	227
11. COP 21 (Aussprache)	227
12. Humanitäre Lage in Jemen (Aussprache)	238
13. Lage im Südosten der Türkei (Aussprache)	247
14. Assoziierungsabkommen sowie vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine (Aussprache)	258
15. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen EU/Kosovo (Aussprache)	277
16. Systematischer Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS (Aussprache)	284
17. Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) (Aussprache)	300

Inhalt	Seite
18. Prioritäten der EU für die Tagungen des UNHCR 2016 (Aussprache)	314
19. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	323
20. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	323
21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	323
22. Schluss der Sitzung	323

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 20. JANUAR 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Arbeitsplan

Der Präsident. – Bevor wir zum Tätigkeitsprogramm der niederländischen Ratspräsidentschaft kommen, muss ich Sie mit einer Geschäftsordnungsfrage konfrontieren.

Sie sind darüber informiert, dass die Konferenz der Präsidenten beschlossen hatte, den Ausschuss für innere Angelegenheiten und bürgerliche Freiheiten zu bitten, sich mit der Situation in Dänemark hinsichtlich der dortigen Gesetzgebung bei Sozialhilfe für Flüchtlinge zu befassen.

Ich habe auf Wunsch der Konferenz der Präsidenten den Ausschuss für innere Angelegenheiten und bürgerliche Freiheiten gebeten, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Die Koordinatoren des Ausschusses haben mit Mehrheit beschlossen, die Angelegenheit nicht unmittelbar zu beraten, sondern erst in einer der nächsten Sitzungen.

Herr Lamberts hat mich daraufhin mit der Bitte seiner Fraktion kontaktiert, mit Mehrheit des Parlaments – spontan – auch ohne Prüfung im LIBE-Ausschuss die Angelegenheit jetzt, für heute oder für morgen, auf die Tagesordnung der Plenarsitzung zu setzen, was wir tun könnten.

Ich habe daraufhin alle Fraktionen im Hause konsultiert, um zu sehen, ob es dafür eine Mehrheit gibt. Die eindeutige Mehrheit der Fraktionen hat mir bis heute Morgen geantwortet, dass sie keine Notwendigkeit sieht, die Angelegenheit heute auf die Tagesordnung zu setzen.

Das ist das, was ich Ihnen hier mitteilen muss.

Philippe Lamberts, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, visiblement donc, il y a beaucoup de personnes qui n'ont pas envie de discuter de la situation au Danemark. Je pense que c'est une question de crédibilité pour l'Union européenne et, pour cette instance, de traitement équitable des États.

Hier, nous avons consacré un temps considérable, et justifié, à la situation en Pologne. Nous avons, par le passé, consacré un temps considérable, et justifié, à la situation en Hongrie. Nous avons une situation qui est en train de se développer au Danemark qui, je pense, nécessite que nous en débattions.

Nous avons offert à la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures l'occasion d'en débattre avant un éventuel débat en plénière. Je constate que les responsables de cette commission ont joué la montre et veulent remettre cela à plus tard, sachant très bien que la mesure aura d'ici là été adoptée au Parlement danois. J'insiste donc et vous demande tout simplement, en votre qualité de président – vous me dites avoir consulté les responsables des groupes politiques –, de mettre aux voix la proposition, parce que je sais qu'à l'intérieur des groupes politiques, tout le monde ne souhaite pas remettre ce débat à plus tard. Je pense donc que le meilleur moyen de s'en assurer est de faire procéder, maintenant, à un vote sur la mise à l'ordre du jour de la situation au Danemark pour cette session-ci et de mettre cette proposition aux voix par appel nominal et nous verrons bien. Chacun se prononcera: si nous perdons, nous perdons, si nous gagnons, nous inscrirons ce point à l'ordre du jour.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich unterstütze die Bitte von Herrn Lamberts ausdrücklich. Ich muss auch zum Ausdruck bringen, dass ich schon sehr irritiert und verwundert bin. Die Konferenz der Präsidenten hat den Antrag der Grünen, der in der Konferenz gestellt worden ist, sich diese Plenarwoche bereits mit dem Thema zu befassen, auf Intervention von einigen Fraktionsvorsitzenden unter der Konditionalität, dass der LIBE-Ausschuss am vergangenen Montag tagt, praktisch ein Stück aufgehoben. Aber es war immer klar, dass der volle Antrag gilt, dass in dieser Sitzungswoche darüber gesprochen wird, wenn es nicht zu der Sitzung des LIBE-Ausschusses oder der LIBE-Koordinatoren kommt. Aus diesem Grund sollten wir jetzt hier abstimmen. Wir sollten festhalten, wie wirklich die Verhältnisse hier sind.

Ich muss nochmal sagen, der politische Kern der Weigerung im LIBE-Ausschuss, praktisch diese Woche zusammenzutreten und eine Debatte jetzt zu ermöglichen, besteht ja offensichtlich darin, dass es kein Signal von diesem Parlament aus geben soll, vor der Beschlussfassung im dänischen Parlament eine klare Ansage zu machen. Das ist der entscheidende Punkt!

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. — Mr President, my Group agrees that it is very important to discuss this matter, contrary to what Mr Lamberts thinks. I have been told that even the Danish Government is very eager to come here and discuss with the European Parliament – they were even ready to come this week – and yes, it is important to discuss it before the vote takes place in the Danish Parliament, but I think it is a bit artificial to push for a debate here, this week, in this plenary.

There is an opportunity on Monday, there is another meeting of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) and I would ask you, President, to contact the Chair and coordinators of LIBE again and ask them to consider it to be included on the agenda for Monday.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich habe bereits am Montag zu Beginn der Tagesordnung die Position der EVP vorgestellt. Jetzt haben wir einen neuen Sachstand, nämlich dass sich unsere Experten im Haus, die Kollegen aus dem LIBE-Ausschuss, die Koordinatoren, also die, die von den Fraktionen als Experten für Innenthemen benannt worden sind, beraten haben und zum Ergebnis gekommen sind, dass keine Dringlichkeit besteht, über das Thema zu reden. Ich finde, dass auch die Grünen einfach respektieren sollten, dass die Fachleute bei uns im Haus keine Dringlichkeit sehen.

Wir haben ganz normale Sitzungen, die jetzt anstehen, nämlich die Innenausschusssitzung. Die dänische Regierung hat ausdrücklich angekündigt, gerne zu kommen und für eine Debatte zur Verfügung zu stehen. Deswegen sollten wir doch einfach die Kollegen die Arbeit machen lassen. Ich möchte heute einmal zum Ausdruck bringen, es geht bei dieser Gesetzgebung in Dänemark um die Fragestellung, Asylbewerber mit den Dänen gleichzustellen, weil auch Dänen, die Geld haben, keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Es geht um nicht mehr und nicht weniger.

Herr Präsident! Ich möchte einmal sagen: Wenn wir zukünftig, lieber Herr Lamberts und liebe Grünen, bei jeder Gesetzgebung, die in Europa läuft, uns als Oberparlament aufspielen und versuchen, alle anderen zu belehren, was grüne Ideologie bedeutet, dann beschädigen wir das europäische Projekt – dann beschädigen wir das europäische Projekt! Meine Fraktion hat Respekt vor dem, was im dänischen Parlament gemacht wird.

(Beifall)

Anders Primdahl Vistisen, *for ECR-Gruppen*. – Hr. formand! Det vil være en helt urimelig magtdemonstration fra Europa-Parlamentets side, hvis man begynder at gribe ind i den interne danske lovgivningsprocedure. For det første har Danmark et opdrag på hele dette område, der for nyligt er blevet genbekræftet af vælgerne. For det andet ville det, hvis det skulle undersøges, om Danmark virkelig er et demokrati eller ej, være Europa-Kommissionen og hr. Timmermans og ikke Den Grønne Gruppe i Europa-Parlamentet, der skulle indlede undersøgelser. For det tredje er der tale om et forslag, der endnu ikke er vedtaget i det danske Folketing. Vi ved dog fra førstebehandling i Folketinget, at det er et forslag, der nyder umiddelbar bred opbakning. Det er et ALDE-parti, der har stillet forslaget. Det er støttet af S&D-partiet i Danmark. Det er støttet af EPP-partiet i Danmark. Og det er støttet af ECR-partiet i Danmark. Så måske skulle vi respektere det nationale demokrati fremfor at lege overdommere hernede og vurdere, hvad der er godt og dårligt i de enkelte medlemsstater.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, mi Grupo prefiere mantener la decisión de la Conferencia de Presidentes y apoyar a la mayoría de los coordinadores de la Comisión LIBE, que han decidido tratar este asunto previamente al debate en el Pleno.

Sin embargo, no necesariamente comparto algunos de los argumentos que se han expresado anteriormente. Yo creo que la situación en Dinamarca merece, desde luego, un debate profundo en este Parlamento y, precisamente porque merece un debate profundo, creo que no debe ser un debate espontáneo, sino que debe ser un debate sostenido, con rigor, en la Comisión LIBE y, posteriormente, en el Pleno del Parlamento.

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist eindeutig.

Wir haben ein Meinungsbild hier im Haus. Herr Lamberts möchte, dass wir jetzt darüber hier abstimmen, um heute oder morgen über die Angelegenheit im Plenum zu beraten. Frau in't Veld hat vorgeschlagen, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten sich am kommenden Montag zunächst noch einmal mit der Angelegenheit befassen soll. Das sind die beiden unterschiedlichen Vorschläge.

Ich glaube, es gibt eine klare Mehrheit hier im Haus für den Vorschlag von Frau in't Veld. Ich glaube, das kann man sehen. Ich weiß, Herr Lamberts, Sie sind dagegen – das war mir völlig klar. Aber es ist schon die Aufgabe des Präsidenten zu schauen, wie die Mehrheiten hier im Plenum sind.

Bevor wir zur Abstimmung darüber kommen – ich lasse über den Antrag in't Veld zunächst abstimmen –, hat sich Herr Gollnisch zur Geschäftsordnung gemeldet.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, mon rappel au règlement se fonde sur les articles 152 et 154 de celui-ci. Je pense qu'en tout état de cause, Monsieur le Président, aucune mise aux voix de cette proposition n'aurait été immédiatement possible.

En effet, l'article 152 de notre règlement est parfaitement clair: l'ordre du jour de la session doit être adopté en début de session. Il y a, il est vrai, une possibilité de modification dans le cadre de l'article 154, c'est-à-dire d'une motion d'urgence. Cependant, celle-ci doit d'abord être annoncée par le président, ensuite être traduite dans toutes les langues officielles et ne peut être discutée qu'à la séance qui suit l'annonce du président. En tout état de cause, par conséquent, la procédure qui a été suivie ou qui risquait d'être suivie jusqu'à présent était contraire au règlement de notre institution.

Der Präsident. – Herr Gollnisch, Sie lesen die Geschäftsordnung zwar immer intensiv, aber Sie verstehen sie nicht richtig.

Die Situation ist eindeutig: Der Präsident kann vorschlagen, die Tagesordnung zu ändern. Dieses Recht ist dem Präsidenten übertragen. Also spontane Änderungen der Tagesordnung kann ich vorschlagen. Das ist der Grund, warum ich gestern die Fraktionen um eine Rückmeldung gebeten habe, wie zu diesem Punkt die Meinung der Fraktionen ist. Diese Konsultation hat eine eindeutige Mehrheit ergeben, die sich auch gerade hier widerspiegelt hat. Die Mehrheit ist nicht dafür, die Tagesordnung heute spontan zu ändern. Das ist der Grund, warum ich es bisher auch nicht vorgeschlagen habe.

Es ist eine andere Frage, ob ein Mitglied dieses Hauses den Antrag stellt, dass das Plenum empfiehlt, dass sich ein Ausschuss mit der Angelegenheit befasst. Das ist der Antrag der Kollegin in't Veld, den ich deshalb auch ohne Probleme zulassen kann, weil er im Übrigen auch der weiter gehende Antrag ist.

Deshalb ist meine Empfehlung die, dass wir über den Antrag der Kollegen in't Veld abstimmen.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, vu que c'était la proposition que la Conférence des présidents avait faite, je voudrais que nous mettions d'abord aux voix, et donc que vous, en votre qualité de président, mettiez d'abord aux voix la proposition de tenir le débat ici en plénière. D'ailleurs, c'est aussi chronologiquement l'ordre normal. Ensuite, si cette proposition est refusée, alors vous pourriez mettre la proposition de Madame in't Veld aux voix pour que la commission LIBE s'en occupe lundi prochain.

Der Präsident. – Herr Lamberts, ich verstehe Ihre Position – ich bin aber anderer Meinung.

Wenn das Plenum einen Antrag hat, der darauf abzielt, dass, bevor das Plenum selbst diskutiert, noch einmal ein Ausschuss sich damit befassen soll, muss ich erst darüber abstimmen lassen.

Wenn das keine Mehrheit findet, sondern die Mehrheit der Meinung ist, wir sollen jetzt abstimmen über die Tatsache, dass wir direkt hier ohne Ausschuss diskutieren, dann werde ich darüber abstimmen lassen. Das ist doch völlig klar. Aber der Antrag von Frau in't Veld geht weiter. Der Antrag lautet: Der LIBE-Ausschuss wird aufgefordert, in der kommenden Woche Montag sich noch einmal darüber auszutauschen. Ich lasse jetzt darüber abstimmen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

3. Tätigkeitsprogramm des niederländischen Ratsvorsitzes (Aussprache)

Der Präsident. – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zum Tätigkeitsprogramm des niederländischen Ratsvorsitzes (2015/2963(RSP)).

Mark Rutte, President-in-Office of the Council. – Mr President, it is an honour to address you today, as Prime Minister of the country that for the next six months has the privilege of holding the Presidency of the EU Council. It is a fine tradition that each new Presidency outlines its plans before this Parliament. And it is also entirely logical, because the European Parliament is where all the lines of the EU converge, so we will be working together closely over the next few months. The Dutch Presidency looks forward to this opportunity, I can assure you. Together with you, we will work hard to achieve as much as possible for the people of Europe.

How we see the EU depends in part on when and where we were born. I was born in 1967 and, living in The Hague, my family's conversation at the dinner table often revolved around politics and society, including the latest developments in European cooperation. Like the first direct elections to the European Parliament in 1979 — a discussion I can still remember. I was only 12, so I could not vote yet, but I did feel somehow it was a big deal. After all, for my parents' generation, European cooperation was linked directly to history. For that generation, above all, it meant '*nie wieder Krieg*' – no more war.

For younger generations, Europe does not carry the same emotional charge – if at all. The reality is that many people are slowly but surely growing sceptical about the EU. The way they see it, the EU interferes in their lives for no good reason, while achieving few results. Its benefits seem far removed from everyday life. At the same time – rightly or wrongly – the irritation people feel about rules made in 'Brussels' is never far away, and I believe there is only one way to counteract this: we need to achieve concrete results and make sure they are visible, and we need to stick to areas where the EU can achieve more than Member States can by themselves. In short, Europe must be relevant to people's daily lives. Over the next few months, the Netherlands wants to help to make that happen.

It is clear that the Netherlands is taking over the Presidency of the EU in difficult times. We are seeing a massive influx of refugees, fleeing a bloody conflict that is happening all too close by. The situation on our eastern border is also complex and fragile, and the EU's relations with Russia are troubled. The barbaric attacks in Paris have shown once again that we cannot take our free and democratic way of life for granted. And all this is going on while Europe is recovering from the worst economic crisis since the Second World War. Far too many people are still unemployed. None of these problems can be solved by a single country acting alone: the countries of Europe share a big responsibility.

Against this backdrop, the Netherlands has been preparing intensively for the Council Presidency. Two months ago, for example, I welcomed a delegation from this Parliament at the Hall of Knights in The Hague's Binnenhof, at the heart of our parliamentary democracy. It was a successful, productive visit, and we addressed a number of pressing issues, but there was also a historical symbolism to the occasion, because the Hall of Knights played a special role in the early history of European cooperation. In 1948 it was the venue of the Congress of Europe, which would go down in history as the dawn of the European Community. The Congress was attended by 750 delegates from 26 European countries: politicians and academics, artists and journalists, philosophers and business leaders. They included great Europeans whom we remember to this day, from Konrad Adenauer and Jean Monnet to Altiero Spinelli and Paul-Henri Spaak. The event's honorary chairman was Winston Churchill, who spoke passionately about the importance of cooperation based on common values, common economic interests and common security needs: three pillars that have lost none of their relevance today.

The Congress in The Hague laid the foundations for the Council of Europe, the European Coal and Steel Community and the Treaty of Rome. It even discussed – only three years after the end of the Second World War – the idea of a monetary union, a single market without borders and a representative assembly. It was a conference full of lofty ideals and grand institutional visions, and in the decades that followed, those ideals and those visions would slowly but surely take concrete form.

One of the Dutch delegates was Foreign Minister Dirk Stikker. Fifty years ago, when he published his memoirs, Stikker looked back at the early days of European cooperation, which he called ‘an age-old dream’. He wrote, ‘It has been attempted by conquerors, pondered by philosophers, sought by scholars, and sabotaged as well as extolled by politicians – often at the same time. It is not a simple thing, to be accomplished with a bit of good will and the stroke of a pen.’ This is the tradition in which we stand today. ‘Europe’ is a large, complex, shared project that can only move forward one step at a time. I do not believe that anyone in those early years could have imagined quite how complex the project would be at times – both technically and politically. But the founders might also have been pleasantly surprised at many of the things the Member States have jointly achieved over the years: our free and open democratic systems; the unprecedented prosperity and welfare enjoyed by Europeans today; the power of our single market. We can be proud of these achievements, but we must be vigilant, because they need to be maintained.

This is the tradition in which we will fulfil our duties as Presidency holder. The tradition of cooperation that transcends what countries can achieve alone. The tradition of working step by step, *Schritt für Schritt*, towards a goal. We must be committed and determined, but also pragmatic and realistic. That is the approach we want. I promise you that we will put our long Dutch experience of coalition-building and consultation to full use. There is plenty for us to build upon. Take the political priorities of the European Commission under the leadership of Jean-Claude Juncker, or the strategic agenda of the European Council. And let us not forget the calculation made by this Parliament that we are missing out on EUR 1.25 trillion a year by not making full use of the single market, for example in the digital domain. In short, Europe does not need new lofty ideals or grand visions. It needs results. It needs to deliver. And for that, we first need to follow up on what we have agreed. Keeping promises and sticking to agreements should be the new normal for Europe. A deal is a deal. That’s a key principle for the Dutch Presidency.

Of course, I say that partly in the light of the most urgent issue we face at the moment: the continual flow of refugees from Syria, Iraq and other countries. It is crucial that the agreements we made with Turkey last year are carried out fast, to relieve the pressure on our external borders. It is crucial to offer refugees a humanitarian alternative to risking their lives at sea in flimsy boats. We need safe reception in the region. It is also crucial that we get Europe’s borders under control, especially in Greece. And that the ‘hotspots’ we have agreed on are put in place. We must also get the registration of refugees sorted out as soon as possible so that every Member State can play its part.

We are all in this together. It is precisely at difficult times like this that we need that shared sense of responsibility. Let me be clear: the current numbers are not sustainable. We are running out of time. We need a sharp reduction in the number of refugees in the coming six to eight weeks. So it is both logical and necessary that we devote a lot of time and energy to the refugee crisis in the month ahead. That is a priority, and the Netherlands Presidency will give it as much focus as possible. At the same time, I would like to commend the European Parliament on its study of ‘The Cost of Non-Europe’, which I mentioned a moment ago. Because however pressing many issues are, we cannot lose sight of our long-term goals in areas like innovation, economic growth and job creation. We are putting the economic crisis behind us, and the European economy is finally picking up again. But one in ten adult Europeans is still out of work, and that is simply too many. And for young people it is very hard to get a foot in the labour market door. So it is good to see the European Parliament mapping ways of getting more people in work.

A key goal of the Dutch Presidency is to move forward with all existing initiatives, plans and projects aimed at innovative growth and more jobs, and of course enhancing the stability of the eurozone will remain a focus of those efforts. But above all, we must seize the existing opportunities in our internal market. The figure I mentioned before – EUR 1.25 trillion – is double the size of the Dutch economy. It would mean millions of jobs for millions of people. We cannot ignore that opportunity. How could we explain that to future generations? I believe that the Commission, the Council and you – the Members of the European Parliament – broadly agree on what we want to achieve here. The Dutch Presidency will do all it can to foster a good working dynamic, and to ensure that the institutions can work together as effectively as possible for the sake of all those in Europe who are desperately trying to find work: above all, our young people.

The debate on the future of our European institutions is going on – in one way or other – in almost every Member State. I believe there is growing consensus that the EU needs to focus on areas where cooperation is either essential, such as the migration issue, or clearly adds value, such as the single market. 'Focus' includes cutting back on the excessive regulations that restrict people and companies. Our Presidency fully endorses the Commission's priorities and work programme, which are founded on these principles.

It is also good that we are debating the Union's future so openly, and I say that, of course, with particular reference to the position of the United Kingdom. The UK is a very important partner. Leaving the EU would be bad for the UK and bad for the EU, but we should never reduce that debate to the question of 'more or less Europe?' The question is how to build a better Europe: a Europe that makes the best choices and achieves the most benefits for its people.

Certainly, in some areas, the EU needs to step back and the Commission is now addressing this to good effect, but there are also areas in which we are not yet making the most of EU cooperation. The perfect example is of course the single market, which is not only an engine of economic growth and innovation, but also the cement that binds us together and makes us strong. That is why we need to keep a deeper and fairer single market high on the agenda. When it comes to deepening the market, I am thinking mainly of services and the digital market: two sectors that are almost completely untapped, even though most Europeans earn their living in one or the other.

We need to facilitate online shopping in other Member States, attune legislation to the digital age, and tackle unfair geo-blocking. In the market for services, the Dutch Presidency will also be pressing for States to reduce the number of regulated professions. But I am also thinking of the challenges and opportunities in the area of energy and climate change. At last month's successful summit in Paris the EU presented a strong, united front. In the follow-up process, it is now vital that we make full use of the single market's innovative potential. That is something the Dutch Presidency wants to take forward.

We also need to make sure that all workers receive equal pay for equal work in equal circumstances. Yes, it is a question of fairness, but not of fairness alone, because a fairer single market will help maintain support for free movement, and will help guarantee that the market functions properly. So this issue will also get a big push during our Presidency.

Dirk Stikker was right: European cooperation is not a simple thing, accomplished with a bit of goodwill and the stroke of a pen. In many cases, the EU does not have ready-made solutions for the problems we face. Every country has its own interests and considerations, and negotiations can be tough. It is a bit like a football match: it is not the style of play that matters, but the final result. And as we all know, Europe scores most of its goals in injury time.

Europe has shown that it can tackle some major crises. The financial and economic crisis prompted us to step up oversight of our banks and to place our currency on a more solid footing. We have taken a common line on Russia's actions in Ukraine, and we have closed a deal with Turkey on the refugee crisis. Step by step we are moving forward. That is in keeping with the European tradition, and it is in that conviction that the Netherlands is looking ahead to its Presidency.

Our first and most important ambition in the months to come is to be a good and effective Presidency: one that makes sure that all 28 Member States can play their part. One that serves the process effectively, and takes account of everyone's interests. But also a Presidency with the ambition to achieve concrete results. We can only do that by working closely with the European institutions, and above all, the European Parliament.

The Netherlands looks forward to working with all of you. Indeed, it is only by working together that we can solve the problems facing the Union. Let us do so with the same resolve shown by Sir Winston Churchill when he addressed the Hall of Knights in The Hague in 1948: 'We cannot rest upon benevolent platitudes and generalities,' he said. 'Our powers may be limited, but we know, and we must affirm, what we mean and what we want.' In other words, there is a job to be done, so let's get to work.

Jean-Claude Juncker, *Präsident der Kommission*. – Sehr verehrter Herr Präsident, werter Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Als Mark Rutte mir vor zwei drei Monaten zum ersten Mal das Programm des niederländischen Vorsitzes vorgestellt hat, habe ich mir gedacht: Die Niederländer haben doch einen tüchtigen Premierminister, denn der Mann kann Gedanken lesen.

Denn er hat genau das vorgetragen, was die Kommission dachte, dass er vortragen sollte. Ich stelle fest: große Übereinstimmung zwischen den Vorhaben des niederländischen Ratsvorsitzes und den Absichten der Europäischen Kommission, so wie sie in unserem eigenen Arbeitsprogramm in den letzten Jahren und auch Monaten vorgelegt wurden.

Sie übernehmen, Herr Ministerpräsident, den Vorsitz der Europäischen Union zu einem Augenblick, in dem die europäische Wirtschaft sich sichtlich erholt und wieder Farbe im Gesicht bekommt. Die europäische Wirtschaft wird in diesem Jahr um 2 % wachsen – 2 % sind nicht genug. Die Arbeitslosigkeit senkt sich auf 9,2 % ab – diese Arbeitslosenzahl ist zu hoch.

Aber sowohl die Europäische Union als auch das Euro-Währungsgebiet sind nicht mehr unter den Klassenletzten anzutreffen. Trotzdem gilt, dass wir wachsam bleiben müssen und es gilt, dass wir die Wachstumskräfte, die es in der europäischen Wirtschaft gibt, stärken, ihnen Muskeln geben, ihnen Beine machen.

Deshalb haben wir den Europäischen Investitionsplan auf den Weg geschickt. Bis heute sind 50 Milliarden Euro an effektiv getätigten Investitionen in unserer Bilanz aufzufinden. Es wurden 47 große Infrastrukturprojekte auf den Weg geschickt, über 81 000 kleine und mittelständische Unternehmen profitieren von diesem Europäischen Investitionsplan, und wir stehen erst am Anfang, denn es bleibt ja noch eine lange Strecke zurückzulegen, bis wir die 315 Milliarden Investitionsausgaben erreicht haben, die wir uns ins Logbuch geschrieben haben.

Investitionstätigkeit findet nur statt, wenn die Regulierungsdichte abnimmt: *better regulation*. Dies ist auch einer der Hauptakzente des niederländischen Ratsvorsitzes. Die Kommission ist dabei, diesen Absichtenkatalog, den wir uns zu Anfang unseres Mandates an die Hand gegeben hatten, in die Tat umzusetzen.

Unter der Leitung von Frans Timmermans, dem ersten Vizepräsidenten, hat die Kommission dafür gesorgt, dass die Regulierungslandschaft durchforstet wurde. Wir haben über 100 Initiativen der Vorgängerkommission zurückgezogen und wir haben pro Jahr eigentlich nur 23 neue Initiativen ins Auge gefasst. Es gibt also eine deutliche Absenkung, ein Abtragen der Regulierungsdichte. Die europäische Wirtschaft, wie auch die Menschen, brauchen weniger Regulierung, damit mehr im Leben passiert.

Der niederländische Ratsvorsitz ist gut beraten, einige Hauptpunkte des Aktionsprogramms der Europäischen Kommission sehr bewusst in Angriff zu nehmen. Das trifft zu auf den digitalen Binnenmarkt, das trifft zu auf die Energieunion, das trifft zu auf die Kapitalmarktunion. Alle drei Punkte liegen im Rahmen der Vervollständigung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, weil die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ja auch eine Wirtschaftsunion ist. Diese Modernisierungsschübe braucht die europäische Wirtschaft außergewöhnlich dringend.

Genauso ratsam wäre es, wenn der niederländische Vorsitz sich mit Begeisterung auf die Vervollständigung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und vornehmlich der Bankenunion stürzen würde.

Ein gutes Beispiel, um zu zeigen, dass es uns jetzt ernst ist, bestünde darin, dass man sich dem Thema gemeinsame europäische Einlagensicherung mit mutigem Schritt nähert. Ich kann den Ratsvorsitz in seiner Absicht, falls er sie dann hat, nur unterstützen und meine guten Wünsche mit auf den Weg geben.

Évidemment, la crise des réfugiés à laquelle le Premier ministre a fait référence occupe nos esprits. Je ne voudrais pas répéter, devant vous, ce que j'ai dit hier à deux reprises en plénière, mais il est évident – tout comme le Premier ministre l'a dit – que nous devons redoubler d'efforts pour faire en sorte que les décisions que nous avons prises au niveau du Conseil des ministres et du Conseil européen soient mises en application.

Il en va de même pour l'application du plan d'action conjoint que nous avons négocié avec la Turquie. Il est urgent que toutes les dispositions de ce plan d'action soient mises en œuvre concrètement dans les semaines à venir. Cela m'amène à reconsidérer devant vous tous les problèmes gravitant autour de l'espace Schengen. Je veux répéter ici, comme je l'ai fait hier et avant-hier, que Schengen est menacé parce que nous avons un comportement qui se caractérise par sa légèreté. Nous fermons l'une après l'autre les frontières en Europe. Lorsque nous les aurons toutes fermées, nous constaterons que le coût économique du non-Schengen est considérable.

Rappelez-vous qu'il y a 1,7 millions de travailleurs transfrontaliers en Europe. Souvenez-vous du fait qu'il y a 57 millions de mouvements de transports routiers transfrontaliers. Rappelez-vous que le coût est énorme. Rien que sur le pont entre le Danemark et la Suède, la réintroduction des contrôles aux frontières comporte un coût de 300 millions d'euros. Les pénalités, sous forme de délais d'attente aux frontières pour le transport routier, se chiffrent à trois milliards. Le non-Schengen a donc un coût.

Si les frontières sont fermées, si le marché intérieur commence à souffrir des conséquences non maîtrisées, parce que non maîtrisables, de la réintroduction des frontières, il est évident que viendra le jour où nous nous demanderons s'il nous faut vraiment une monnaie unique si nous n'avons plus de marché intérieur et si nous n'avons plus de libre circulation des travailleurs. Tout se tient et tous les éléments doivent faire l'objet d'une analyse détaillée.

Si nous voulons sauvegarder Schengen, il faut de toute urgence nous doter d'un système de contrôle des frontières extérieures et côtières. La Commission a fait une proposition et je voudrais que le Conseil et le Parlement se pressent et accélèrent le rythme de l'examen de ce texte. Je sais que le gouvernement néerlandais en fait une priorité en demandant aux ministres des affaires intérieures et de la justice de se réunir au moins une fois par mois pour pouvoir accélérer ces travaux. La Commission vous présentera, au cours des semaines à venir, un texte sur la migration légale, parce que nous pensons que des frontières intérieures sûres, des frontières extérieures sécurisées et la migration légale sont trois choses qui vont ensemble.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, après avoir pris la parole hier deux fois sur le même sujet, et par peur de me répéter, je terminerai ici mon introduction à ce débat.

Bedankt voor uw aandacht. Veel succes.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Meine Herren Präsidenten, Herr Premierminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa muss liefern! Ich möchte Ihnen als neuem Ratspräsidenten zunächst die volle Unterstützung der Europäischen Volkspartei signalisieren. Wir wollen gemeinsam mit der neuen Präsidentschaft liefern.

Ich muss aber gleich mit der Tür ins Haus fallen, weil nämlich auf der Ratsseite aus unserer Sicht leider Gottes ein großes Problem vorhanden ist, nämlich die Frage der Glaubwürdigkeit. Sie hatten in Ihren einführenden Worten, in Ihrem Ausblick auf die Präsidentschaft darauf hingewiesen, dass ein Deal ein Deal ist. Jetzt stehen wir aber vor der Fragestellung, dass im Rat vereinbart worden ist, der Türkei drei Milliarden Euro anzubieten, um vor Ort Bedingungen zu schaffen, dass die Menschen nicht fliehen müssen, und die Gelder kommen nicht zusammen. Brüssel liefert, die Kommission und wir im Europäischen Parlament stellen in einem schnellen Verfahren die Gelder bereit, und der Rat liefert nicht. Deswegen, Herr Premierminister, ist es die wichtigste Aufgabe, Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, im Rat die Themen, die beschlossen worden sind, auch umzusetzen.

(Beifall)

Die Prioritäten sind richtig. Das hat Jean-Claude Juncker zum Ausdruck gebracht. Die Fragestellungen der Eurozone, die Sie mit aufgreifen, der innere Reformprozess, den Europa braucht, um Wettbewerbsfähigkeit zu erzeugen, um in einer globalisierten Welt stark zu bleiben, liegen auf dem Tisch. Ich bin Ihnen dankbar, dass das auch weiter betrieben wird. Ich glaube, dass die Facetten des Binnenmarkts extrem wichtig sind, dass wir ihn stärken. Ich würde Sie bitten, nicht nur über die neuen Gesetzgebungsthemen zu reden, zum Beispiel Energiebinnenmarkt, Digitales, sondern auch in den Räten über die Implementierung zu reden, über die Umsetzung zu reden, dass das, was in Europa beschlossen wird, auch auf nationaler Ebene vollzogen wird. Auch das gehört mit auf den Tisch.

Und dann gibt es zwei große Themen, die uns umtreiben: Das eine große Thema ist natürlich die Frage der Migration. Gestern hat Donald Tusk hier im Europäischen Parlament gesagt, dass wir noch zwei Monate haben – Sie sprechen auch von einer ähnlichen Größenordnung –, um die Fragen in den Griff zu kriegen. Insofern steht Ihre Präsidentschaft vor einer gewaltigen Herausforderung und auch in einer großen Verantwortung, den Schengen-Raum zu verteidigen, die Schengen-Idee aufrechtzuerhalten und das durchzuführen. Ich möchte Ihnen auch für meine Fraktion versichern, dass wir bei den Gesetzgebungsthemen, die Jean-Claude Juncker und die Kommission auf den Tisch gelegt haben – ich spreche nur zwei an: die sicheren Drittstaaten und die Frage Frontex –, auch für ein *fast track procedure* offen sind. Wir wollen schnell zu Ergebnissen kommen. Diese Themen müssen während der niederländischen Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden.

Dazu gehören auch die Fragen der Sicherheit. PNR und Datenschutz haben wir erledigt. Aber es gibt weitere Themen. Bereits gestern hat die Kommission den Vorschlag zum Austausch der Daten im Strafregisterbereich vorgelegt, wonach bei Straftaten in Europa die Vernetzung beim Datenaustausch der Justizbehörden verbessert werden soll. Auch hier sichern wir Ihnen die schnelle Abarbeitung zu.

Das letzte große Themenfeld ist dann die Wirtschaft, die ökonomische Entwicklung. Wir gehen hoffnungsvoll, so wie Jean-Claude Juncker das zu Recht gesagt hat, ins Jahr 2016. Aber wir müssen dranbleiben. Da steht für uns die Handelspolitik im Mittelpunkt. Wir werden in den nächsten Wochen über CETA reden, über die Handelsbeziehungen zu Kanada. Wir werden weiter TTIP auf dem Tisch haben. Bei den Verhandlungen unterstützt meine Fraktion die zuständige Kommissarin umfassend. Wir wollen diese Abkommen. Wir stehen dazu, dass Handelspolitik Arbeitsplätze schafft und damit auch Zukunft schafft. Und ich hoffe auch, dass Sie Ihre Bürger in den Niederlanden überzeugen können, dass es sich bei der Vereinbarung mit der Ukraine um ein Handelsabkommen handelt. Es geht nicht um die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union, es geht um Handelspolitik. Ich hoffe, dass wir die Bürger in den Niederlanden davon auch überzeugen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! All das zusammengekommen ist schon groß genug. Aber die ganz große Frage ist natürlich, wie wir die Menschen von unserem Projekt überzeugen. Und dafür ist eine neue Präsidentschaft eine Chance. Deswegen möchte ich Ihnen danken für den Einstieg, den Sie heute gewählt haben, und die Botschaft, die Sie mitgebracht haben. Die erste Botschaft, um Menschen vom Projekt Europa zu überzeugen, ist nämlich: Wir müssen Antworten geben, wir müssen in der Sache liefern und versuchen, die Fragen der Menschen im Alltag mit unseren Beiträgen auf europäischer Ebene zu klären. Dieser pragmatische Ansatz ist zunächst wichtig.

Und das Zweite, was Sie heute zum Ausdruck gebracht haben und wofür ich mich bedanke, ist Ihr Einstieg in die Rede, nämlich zu reflektieren, wie denn vor Jahren, vor Jahrzehnten, über Europa geredet worden ist, nämlich auch mit einer Geschichte, mit einer Erzählung zu Europa, nicht nur Fakten, Fakten, Fakten, sondern Emotion. Und vielleicht müssen wir darüber wieder mehr reden, über die Emotionen, die mit Europa mitschwingen.

Als Sie über die Kritik an Europa gesprochen haben, die wir alle teilen, in Sachen Bürokratie und so weiter, da waren unsere Populisten laut. Sie haben applaudiert, sie haben sich gefreut, weil sie sich bestätigt fühlen. Aber sie wurden dann im Laufe Ihrer Rede immer leiser, weil Sie dann über die großen Fragen unserer Zeit gesprochen haben, über Russland, darüber, Frieden zu sichern, darüber, wie wir Wirtschaft, wie wir Arbeitsplätze für die Bürger schaffen. Dann werden die Populisten leise, weil sie dann wissen, dass ihr Ansatz nicht trägt, dass sie keine Antworten haben für die Zukunft unseres Kontinents. Und deswegen lassen Sie uns diese Story, diese Geschichte erzählen, dass es besser ist, wenn Europa zusammenarbeitet.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Nicola Danti (S&D), Domanda «cartellino blu». — Signor Presidente, onorevoli colleghi, ecco l'opportunità all'onorevole Weber di parlarci di un capitolo che non ha affrontato stamani, lo affronta sempre: non ha parlato male dell'Italia, del governo e del Partito democratico e del Presidente Renzi, quindi se magari adesso io le dò un minuto in più per affrontare anche questo capitolo, che lei affronta sempre. Se no lei, onorevole Weber, potrebbe parlarci invece del *Nord Stream*, che non lo dice mai, del *Nord Stream* e della doppia morale che lei e il suo paese avete, quelli che di giorno fanno la guerra alla Russia, di notte ci fanno gli accordi.

Manfred Weber (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Danti, wenn Sie erlauben: Im Gegensatz zu Ihnen spreche ich hier nicht als normaler Abgeordneter, sondern als Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, in der ich die Ehre habe, Vorsitzender sein zu dürfen.

In der Sache Renzi kann ich gern noch einmal darauf hinweisen, dass ich das angesprochen habe. Ich glaube, wenn wir im Rat drei Milliarden Euro für die Türkei zusagen, wenn alle Staats- und Regierungschefs sich in Brüssel treffen und drei Milliarden Euro für die Türkei beschließen, alle Regierungschefs anwesend sind, dann finde ich es ganz normal, dass das dann auch von den Finanzministern umgesetzt wird. Das ist für mich ein normaler Ansatz. Nicht mehr und nicht weniger wollte ich zum Ausdruck bringen, und das werde ich auch zukünftig zum Ausdruck bringen.

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Primo ministro, nei prossimi sei mesi la sua Presidenza sarà di fronte ad un bivio decisivo: essere corresponsabile, pur non volendolo, dell'ulteriore declino del progetto europeo o essere protagonista, come lei ha detto, come lei vuole, del suo rilancio. Il nostro gruppo, il gruppo dei Socialisti democratici, vuole aiutarla. Vuole aiutarla sulla strada del rilancio e per sostenere la ripresa economica, come ricordava il Presidente Juncker, non basta rafforzare il mercato interno, serve un cambio di passo nella politica economica e sociale e ci aspettiamo dagli Stati membri un impegno a rafforzare il piano di investimenti. Da subito dobbiamo inoltre porre le condizioni per una capacità fiscale dell'Unione.

Bisogna mettere gli Stati membri nella condizione di investire. Per questo noi insistiamo sempre sul concetto della flessibilità. Non è un *refrain* musicale, è una possibilità concreta di investire, di creare economia, di creare nuovi posti lavoro. Flessibilità che, come ha ricordato Juncker, deve valere anche sui rifugiati. Si dovrà poi andare avanti con la *banking union* e approvare la garanzia europea dei depositi. Sulla fiscalità ci aspettiamo una svolta che sostenga gli sforzi della Commissione.

Non si può essere ossessionati dal dogma della disciplina dei bilanci pubblici e poi consentire a imprese multinazionali di sottrarre alle casse pubbliche centinaia di miliardi di euro. Le tasse vanno pagate dove si fanno i profitti e per questo chiediamo alla Presidenza olandese di sostenere le proposte indicate nella relazione Ferreira - Theurer. Innanzitutto vogliamo una rapida approvazione del *public country-by-country reporting* e sull'Europa sociale e sulla sostenibilità ambientale. Anche qui serve uno scatto, il dumping sociale è una sciagura. Il nostro gruppo vuole che la sua Presidenza venga ricordata per il suo contributo determinante all'approvazione di un buon *labour mobility package*. Attendiamo nelle prossime settimane la presentazione da parte della Commissione di questo pacchetto e soprattutto la revisione della direttiva *posting of workers*.

Per noi – lo ricordiamo al Presidente Juncker che è sensibile – questa è una linea rossa e fa parte del patto sulla base del quale noi abbiamo votato la Commissione europea.

Sulla crisi dei rifugiati, le soluzioni sono sul tavolo e le ha messe la Commissione europea, non le devo ricordare, le ha ricordate poc'anzi il Presidente Juncker. Va superato lo stallo che è creato da alcuni Stati membri e lo voglio dire a lei, lo voglio dire a Tusk, sono ore, non giorni, non settimane, che vanno spese per convincere gli Stati riottosi e riluttanti, perché poi arriva la primavera e la situazione diventerà ancora più difficile. Anche su Schengen i segnali che arrivano da alcuni Stati membri non sono per nulla incoraggianti. Sento parlare di mini Schengen. Vedo Stati membri che reintroducono i controlli alle frontiere. Sono scelte sbagliate, sono scelte inefficaci e persino dannose, come ha ricordato Juncker, per l'economia europea.

L'Europa, concludo, non deve chiudersi in se stessa. Lancio un appello perché si apra nelle prossime ore un corridoio umanitario per salvare le città siriane strette nella morsa del gelo e della fame. Dobbiamo guardare lontano, oltre i nostri confini e su tanti dossier come il *conflict minerals* l'Europa può mostrare che è una grande forza di cambiamento. Signor Primo ministro, buona fortuna e buon lavoro.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Raymond Finch (EFDD), blue-card question. – Mr Pittella, in this huge shopping list you have just given you did not mention TTIP. What are you going to do? Is your Group, as we know, going to support TTIP, which as we all know is a bosses' charter, or are you going to stand against it and stand with the workers of Europe?

Gianni Pittella (S&D), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Caro collega, lei non è molto attento ai lavori parlamentari, perché il nostro gruppo si è espresso chiaramente anche sul TTIP. Noi non votiamo nulla a scatola chiusa. Per noi valgono le condizioni e una delle condizioni fondamentali è la revisione del sistema di arbitraggio. Se ci sono condizioni diverse prenderemo in esame la possibilità di votare a favore, altrimenti il nostro sarà un voto contrario.

Syed Kamall, on behalf of the ECR Group. – Mr President, the Dutch Prime Minister and I were both born in the same year, in the same month, in fact within a day of each other. We have seen the EU change much in our lifetime, and in your speech, Prime Minister, you laid out the road along which the EU has travelled over time. But now we are at a fork in that road, and by the end of your Presidency we will determine which fork to take. Will we take the road that sees our migration crisis continue, fudges decisions over the eurozone and sees a country, my country, possibly vote to leave? Or will we take the EU along the road to recovery, to a reformed EU that allows our citizens to harness the spirit of enterprise, to create jobs and growth? And at that fork in the road stands a traffic cop for the next six months, and that will be you, Prime Minister.

And it is great to see that there are still some real market liberals left in the ALDE group rather than the pseudo-socialists that we see lined up in this Parliament. But your Dutch Presidency is right to focus on the key to recovery, the economy. Because if the European Union does not have innovative and growing economies, we cannot offer opportunities to young people who want a job, we cannot provide the resources needed to tackle the situation in Syria and the refugee crisis, we cannot tackle any of the other challenges we face. So your priority of cutting red tape that ties down businesses is one that the European Conservatives and Reformists Group welcomes.

But we have seen all too often how presidencies become so desperate to get legislative agreements on their report card that they agree to any old rubbish. So my group will judge your Presidency not on the quantity but the quality of legislation that we see passed in the next six months. We will look to you to remove obstacles to trading across the single market, especially the digital single market. We will look to you to advocate enforcement of existing rules such as the EU Stability and Growth Pact. And, as well as a digital single market, we will look to you to quickly move on proposals on capital markets and energy proposals.

We hope that the Dutch reputation for pragmatism will ensure that these proposals will not simply create more bureaucratic regulatory unions. In capital markets we do not necessarily need another union but transparent, efficient capital markets that allow entrepreneurs to access alternative sources of finance and not rely on banks alone.

For energy, rather than focus on a bureaucratic union, we should be looking to interconnect energy grids, diversify supply and improve energy efficiency and conservation.

But, as we look ahead today, your greatest challenge will be the refugee and migration crisis, and as you try to find solutions we hope you will rely less on imposed solutions and instead focus on cooperation and countries taking responsibility. Any leader that sends out an open invitation to all, regardless of whether they are genuinely fleeing persecution and war or seeking to queue-jump the legal migration channels, needs to take responsibility for the impact on their country and other countries. Those countries that are failing to protect the Schengen zone's external borders need to live up to their responsibility. And all of us here and in the Commission should be helping countries to cooperate, to find solutions that are fair to Member States, to find solutions that are fair to their neighbours, and to find solutions fair to the people seeking asylum.

We will certainly see one referendum during your Presidency; we may see two. The outcome of both of these referendums may depend on whether we can show the people that we are listening to them and that we can offer them solutions and not more problems. It is a heavy burden on your shoulders, and we in the European Conservatives and Reformists look forward to working with you to tackle the crisis with better solutions, to allow countries to cooperate better, and to steer the EU in a better direction.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Gerard Batten (EFDD), *blue-card question*. – Mr Kamall, you spoke about the need for a reformed Europe. Unlike yourself and the Dutch Prime Minister, I am unfortunately old enough to remember the last referendum, under Harold Wilson's Labour government, when we had a few inconsequential, cosmetic changes which were paraded as a great reform and nobody can now remember what they were.

In terms of reform do you not think it is a major omission from Mr Cameron's list of reforms that he does not want to restore the supremacy of Parliament and have the ability to reject unwanted law? Are not all his reforms meaningless without that central key reform, which is we take back supremacy of law to our own Parliament? Do you agree or disagree?

(Applause)

Syed Kamall (ECR), *blue-card answer*. – Mr Batten, I was brought up to be tolerant to those more elderly and to have respect for the elderly, and I can understand why your memory fails you. You certainly do not remember the details of the 1975 referendum and actually, you may not remember some press reports last week in the UK media that in fact said that David Cameron, the Prime Minister, is looking at ideas on how to reassert the supremacy of the British Parliament. Maybe it is your listening skills. But what I would say to you, Mr Batten, is please, at the end of the day, whatever your view, we have plenty of time for the debate, at the end of the day it is the British people who will decide whether to stay or to leave the EU.

Guy Verhofstadt, *namens de ALDE-Fractie*. – Zo heeft minister-president Rutte ook al meegemaakt wat wij hier elke maand meemaken. Dat is het interne debat in Groot-Brittannië. Volgens mij is er hier meer debat dan in het Britse parlement, Mark. Maar goed, het weze zo. U ziet, Groot-Brittannië zou niet kunnen zonder de Europese democratie. Waar zouden ze anders namelijk hun debatten kunnen voeren indien we het Europees Parlement niet zouden hebben?

Het Nederlandse voorzitterschap komt eraan en de verwachtingen zijn altijd hoog gespannen. Het is niet voor niets dat er een Verdrag van Amsterdam en een Verdrag van Maastricht bestaat. Ik stel nu natuurlijk niet voor dat onder het Nederlandse voorzitterschap onmiddellijk een nieuw verdrag wordt afgesloten. Dat lijkt me niet heel realistisch. Maar we hebben natuurlijk wel veel hoop dat het Nederlandse voorzitterschap iets kan doen aan de diepe crisis waarin Europa is verzeild.

Ik zie - u heeft het ook aangehaald - drie prioriteiten. De topprioriteit is natuurlijk de vluchtelingen crisis. Wat u gezegd hebt is eigenlijk bijna precies hetzelfde als wat voorzitter Tusk gisteren heeft gezegd: "We hebben twee maanden, anders is Schengen dood". Ik vraag me af of Schengen al niet dood is. Als er grenscontroles zijn in Slovenië, in Hongarije, in Oostenrijk, in Denemarken en in Zweden en als daar nog Duitsland bijkomt, dan blijft er eigenlijk niets meer over van Schengen. Ik weet dat u op 18 februari een bijzondere top plant over het Brexit-verhaal. Misschien zouden we wel eerder een extra top moeten hebben over de vluchtelingen crisis in plaats van over de Brexit. Want dat is dringend. Zoals Jean-Claude Juncker het heeft gezegd: we zitten te wachten met het Europees Parlement op het voorstel van de Europese grens- en kustwacht. Wij zijn klaar. We hebben voorgesteld om een *fast track procedure* te volgen. Manfred Weber heeft het deze morgen nog herhaald. Het probleem is wanneer de Raad ja gaat zeggen en dus ik heb één verzoek aan u. Die Brexit, die is zeer interessant, daar kunnen we nog wel op terugkomen, maar zorg ervoor dat in de komende weken de grens- en kustwacht aanvaard wordt door alle leden van de Europese Raad. Want daar begint het. Er komen 3 000 vluchtelingen per dag binnen in Griekenland ,wat toont dat het akkoord met Turkije nog altijd niet optimaal werkt. Dus dat lijkt mij de prioriteit.

Mr President, the second priority is the internal market. I would like to tell you, Mr Kamall, that I agree completely with you but your voting pattern is a little bit different. Yesterday we voted here on the harmonisation of spectrum in the Langen report, but we voted against the ECR, against harmonisation of spectrum. Yesterday we voted about one regulator in the digital market, we voted against the ECR on that issue. They want the digital market, a harmonised digital market, but they do not want it to be Europe that creates the digital market. It has to become the digital market "spontaneously". Well, a digital market does not come spontaneously; a digital market comes if you have the right legislation on the European level in place and we encourage you, Prime Minister, to come forward in the tradition of Jan Willem Beyen, the first Dutch person who defended the idea in the 1950s to have a customs union, an internal market.

We all know only 35% of the internal market exists; 65% is still closed: digital, telecom, capital markets. All this is closed; services are closed. My proposal is that the Dutch Presidency should agree on a timetable, so that in 2019 we have a full opening of the internal market. That should be a big achievement, because the actual growth we have – I agree with Mr Juncker on this – 1.5–2% is mainly expansive monetary policy by the ECB: low interest rates, low oil prices and a weak euro. We need, structurally, this fully-fledged internal market, and I hope then that the voting pattern of Mr Kamall and his Group is going to be a little bit different than yesterday. Not only words, but also action, Mr Kamall.

Finally, the Brexit: I think you did a fantastic thing in your introduction, Mr Rutte. You have effectively given the greatest British statesman as an example: his speech in the Hague, but moreover his intervention in 1946 in Zurich at a university where he said that not only for economic but for geopolitical reasons, Britain has to remain in a united Europe. The Soviet Union may have disappeared, but in the meanwhile we have Putin – one of the friends of Mr Farage – and while the threat in the Middle East may be different, in the meanwhile we have terrorism. So, let us make a deal with Mr Cameron, and it has to be a deal with balance – we have interests too – and let us not forget that only a united Europe is in the geopolitical interest not only of Britain, but of all European states.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Der Präsident. – Herr Kollege Verhofstadt! Ich kann jetzt hier eine Lotterie veranstalten. Ihre Reden lösen geradezu Fluten von *blue cards* aus.

(Herr Verhofstadt ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Vicky Ford (ECR), blue-card question. – Mr Verhofstadt, I wanted to ask you about the internal market. We have heard the Dutch Prime Minister talk about the need to unlock that economic benefit, that EUR 1.25 trillion, from further cooperation on the single market. We have heard the Socialists say that they do not really care about it: I am glad that they are so rich that they can leave that money untouched.

The problem is so often that we try to unlock that benefit but just replace 28 regulations with an even more expensive one at European level. Do you therefore promise that your group will not vote for legislation that adds more cost? Will you commit to a burden reduction target to reduce red tape, and will you not add more costs through more social legislation, more legislation on our shared economy and more legislation and more costs on data, for example? Do you promise to commit to reducing costs for our economy?

Guy Verhofstadt (ALDE), blue-card answer. – I do nothing else than to try to reduce costs and reduce bureaucracy here in this House, with the new interinstitutional agreement I have negotiated, also in the name of your Group, Ms Ford, with the two other institutions, and with Mr Timmermans. But, that said, I think that often it is better to have one simple European directive instead of 28 different national regulations.

Take for example, Ms Ford, the case of Spotify. Spotify went to the US instead of rolling out as a Swedish company. It needed to go to the United States instead of Europe because it had to comply with 28 national regulations, 28 different regulations. So one European rule is far better and less costly than 28 different national ones.

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Sie, Herr Rutte, haben sich einen langen Blick zurück in die Geschichte gestattet und mit der Komplexität der Entwicklung der EU ein bisschen kokettiert.

Ich verstehe Sie so, dass Sie die Union während Ihrer Präsidentschaft praktisch verwalten wollen. Sie haben auch darauf verwiesen, einen Schritt zurückzugehen und – um es einmal etwas ironisch zu sagen – ich wusste gar nicht, dass Sie Anleihen bei Lenin nehmen, bei dessen strategischem Werk: zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück. Das haben wir etwas umgewandelt: zwei Schritte seitwärts und einen Schritt zurück.

Ich denke, das gibt aber dann nicht die notwendige Antwort darauf, wie denn die EU wirklich alltagstauglich werden kann. Was sagen Sie denn den Leuten? Meinen Sie, für die Bürger und Bürgerinnen der EU ist es wichtig, wie die Gewinne der Banken steigen und wie von einem Teil der Bevölkerung das Vermögen steigt und ein immer größerer Teil zunehmend ausgegrenzt wird, sich auch sozial ausgegrenzt fühlt und damit letztendlich auch eine Abwehr gegenüber der Europäischen Union postuliert.

Wir haben gestern hier die Diskussion mit der polnischen Premierministerin gehabt. Das war eindeutig. Der Blick auf unsere Mitgliedstaaten in Osteuropa sollte uns doch deutlich machen, dass es um mehr geht, als nur zu sagen: Wir müssen die marktradikalen Reformen weiterführen und dann noch glauben, wir könnten qualitativ hochwertige Arbeitsplätze damit schaffen.

Da beißt sich die Katze in den Schwanz. Das wird nicht funktionieren. Das hat bisher nicht funktioniert. Das hat zum Anwachsen von Prekarität geführt. Das ist der Punkt, über den geredet werden muss. Da kann ich eben nicht akzeptieren, dass Sie einfach so denken: weitermachen, so wie bisher, vielleicht ein bisschen langsamer.

Das Spannungsfeld, das gestern hier auch zu spüren war, das hat die polnische Premierministerin sehr deutlich gemacht. Wer genau hingehört hat, hat gemerkt, ihr geht es nicht um eine EU, die sich weiterentwickelt, ihr geht es um ein Europa der Nationalstaaten. Das ist etwas anderes. Ich möchte Sie bitten, in Ihrer Verantwortung als Präsident der Europäischen Union für die nächsten Wochen und Monate genau dem auch entgegenzuwirken.

Dann stelle ich Ihnen die Frage nach der Migration. Was heißt denn das: Ein Deal ist ein Deal und sechs bis acht Wochen haben wir Zeit? Was bedeutet denn das? Ist die Union dann bereit, nach sechs bis acht Wochen auch der Türkei auf die Finger zu klopfen und zu sagen, was ihr da in der Südosttürkei macht, das geht nicht? Es geht nicht, dass wir für die Reduzierung der Flüchtlingszahlen akzeptieren, dass Ihr einen aggressiven Kampf gegen Menschen, gegen Zivilisten, in einem Teil dieses Landes führt?

Sie könnten doch beispielsweise eine ganz konkrete Aktion, ein kleines Puzzleteil, auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen liefern. Beispielsweise, indem Sie den *warlords* die Geldquellen nehmen. Indem wir endlich den Handel mit Rohstoffen so überwachen, wie er tatsächlich von der OSZE vereinbart worden ist. Dann lassen Sie uns doch während Ihrer Präsidentschaft die Verhandlungen zur Verordnung zu Konfliktrohstoffen aufnehmen und rasch zu einer Einigung führen. Das Parlament hat dazu schon sehr gute Grundlagen gelegt.

Legen Sie auch bitte ambitioniertere Ziele für den Kampf gegen den Klimawandel fest. Auch dazu haben Sie die Gelegenheit, Sie haben die Möglichkeit und Sie haben für diesen Punkt die Unterstützung des Parlaments.

Eine letzte Frage noch. Ich möchte nicht unhöflich sein, aber ich muss sie stellen: Was werden Sie denn mit den Ergebnissen des Referendums zum Abkommen mit der Ukraine machen?

Sie als Präsident der Europäischen Union, wenn die Mehrheit der Bürger in ihrem Land ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Philippe Lamberts, namens de Verts/ALE-Fractie. – Meneer Rutte, hartelijk welkom in ons Parlement. Ik hoor u dikwijls zeggen dat de EU eigenlijk geen visie nodig heeft maar wel resultaten. Ik stel u één vraag: “Was u ooit premier van Nederland geworden als u geen visie had inzake uw toekomst?” Dat denk ik niet. Als Europa nu dik in de problemen zit, is dit precies door een gebrek aan visie. Wij maken een monetaire Unie zonder een fiscale en een sociale Unie. Dat kan niet werken. Wij maken een Unie met vrij verkeer zonder een gemeenschappelijk asiel- en migratie- en grensbeleid. Dit kan niet werken en dat toont aan dat er een gebrek aan visie is eerder dan een gebrek aan resultaten. Er zijn zeer belangrijke Nederlandse burgers in de Europese Unie: Frans Timmermans is er, de hoogste ambtenaar is een Nederlander, u bent een Nederlander, het hoofd van de Eurogroep is een Nederlander. En welke soort visie hoor ik? Jeroen Dijsselbloem zegt: “Vergeet Schengen, wij hebben een mini-Schengen nodig.” En als ik uw vergelijking tussen de Europese Unie en het Romeinse Rijk hoor, dan denk ik dat deze visie misschien verkeerd is.

Maar goed, u hebt gelijk. Laten we over resultaten spreken. Zal het onder het Nederlandse voorzitterschap zijn dat Schengen uit elkaar zal vallen? Zonder een goed functionerende registratie en een verdelingsschema zal het niet werken. Ik weet dat de uitdaging zeer groot is en ik hoor u zeggen dat dit voor jullie een prioriteit is, maar op dit gebied zijn er nu resultaten nodig. Zal het onder het Nederlandse voorzitterschap zijn dat één van de grootste landen de EU verlaat? We hebben het er al over gehad en ik zal daarover niet meer zeggen. Zal het tijdens het Nederlandse voorzitterschap zijn dat de overeenkomst EU-Oekraïne afgeschoten wordt? Ik verwacht van u als premier van Nederland dat u uw nek uitsteekt om die campagne te winnen en niet alleen maar D66 of GroenLinks laten spelen. U hebt daar een verantwoordelijkheid, meneer Rutte.

Wij hebben resultaten nodig. U hebt COP21 vermeld. Dat is ook zeer belangrijk. Ik stel vast dat daar een overeenkomst is gesloten om de opwarming van de aarde tot maximaal twee graden te beperken en indien mogelijk tot anderhalve graad. Dat betekent dat Europa zijn doelstellingen moet herzien omdat al onze wetgeving gericht is op het streefdoel van twee graden. Daar is werk nodig en dat verwacht ik van u.

Tot slot zal ik mijn laatste minuut gebruiken om over iets te spreken wat u niet vermeld hebt. Nederland zal dit jaar geen Europees kampioen zijn in het voetbal. Maar Nederland is wel een Europees kampioen op een ander vlak dat u niet vermeld hebt en dat is belastingontwijking. Er zijn ook wel anderen die om deze titel wedijveren, maar de Nederlanders zijn misschien wel Europees kampioen op dit vlak. Ik zie dat Portugese bedrijven die geen enkele activiteit in Nederland hebben, op een "legale" of totaal kunstmatige manier naar uw land verhuizen. Ik zie dat de grootste supermarktketen van Litouwen, Maxima genoemd, naar Nederland verhuist, terwijl die geen enkele activiteit in uw land heeft. Hoe lang zal Nederland als teamspeler beschouwd kunnen worden door de andere 27 lidstaten als Nederland geld blijft stelen van zijn buurlanden? Ik vind dit totaal onaanvaardbaar. Ik hoor niets van uw prioriteiten inzake een meer gemeenschappelijke aanpak van bedrijfsbelastingen. De Commissie heeft een aantal initiatieven op dit gebied genomen, maar u zegt daarover niets. Dat betekent dus dat Nederland daar eigenlijk geen belang bij heeft. Ik ben trouwens al meerdere keren bij jullie op bezoek geweest. Ik heb Eric Wiebes gezien, ik heb Dijsselbloem gehoord en daarover is niets gezegd. Jullie blijven spelen tegen de anderen en jullie zijn zeker niet alleen, maar dit spel moet stopgezet worden.

David Borrelli, a nome del gruppo EFDD. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, il governo olandese ha indicato tre principi alla base della sua azione nei prossimi sei mesi: focalizzarsi sulle cose essenziali, una crescita innovativa e posti di lavoro, mettere in connessione le istituzioni e i cittadini.

Ora un'Europa capace di focalizzarsi sulle cose essenziali è un'Europa capace di governare la variabile fondamentale dell'azione politica: il tempo. Già, il tempo, quello che ci impone di agire in fretta per arrestare il cambiamento climatico. L'Europa ha davanti la sfida di due importanti riforme. Quella per un'economia circolare e quella per la riduzione delle emissioni di CO₂. L'economia circolare può diventare un reale motore per il cambiamento del modello economico europeo, però deve essere adeguatamente supportata per esprimere questa forza e messa in equilibrio con tutti gli attori economico-sociali, in particolare le PMI europee, che dovranno adattarsi a questa trasformazione.

Il tempo, quello che manca troppo spesso per salvare le tante vite di disperati che tentano di raggiungere le nostre coste. Ben venga quindi in tempi rapidi la creazione di una Guardia europea di frontiera e di una strategia che sappia dare concreta attuazione al meccanismo di ricollocamento. Il tempo per impedire che due generazioni, quelle degli over 50 e quella dei giovani sfiduciati, vengano definitivamente estromesse dal mercato del lavoro. Chiediamo una crescita innovativa, trainata dalla strategia per un mercato unico digitale, ma anche una crescita partecipativa che ponga al centro il reddito di cittadinanza.

È evidente che la vostra Presidenza si colloca in un momento non facile. Dovrete fare buon uso degli strumenti propri di una buona Presidenza europea, e precisamente: la capacità di mediare, quella di portare a buon fine i dossier legislativi pendenti, quella di essere flessibili per essere pronti di fronte alle urgenze impreviste. Tuttavia sarà necessario saper agire nell'interesse di tutti i cittadini dell'Unione, non solo di coloro che appartengono a questa o a quella latitudine.

Un liberismo spinto in politica commerciale, come quello che vorrebbero alcuni paesi, non è sostenibile se non è accompagnato da un quadro normativo forte sul *made in* e sugli strumenti di difesa commerciale. Ma dello sblocco di questi dossier non c'è traccia nel programma della Presidenza olandese che, invece, volge lo sguardo alla questione del riconoscimento OMC alla Cina. Non è più tempo per declinare le priorità dell'Europa per paese. Quello che occorre oggi è un'unità di intenti in un'Europa che sempre più si sta divaricato tra blocchi economici e politici a diversa vocazione. La valutazione del semestre a vostra guida sarà fatto su questo, buon lavoro.

Marcel de Graaff, *namens de ENF-Fractie*. – Ik feliciteer de heer Juncker met deze nieuwe voorzitter van de Raad van ministers: een echte uitvoerder van EU-beleid, een pragmaticus zonder visie. Een voorzitter die bewezen heeft er niet voor terug te schrikken ouderen het verzorgingstehuis uit te gooien, de zieken op straat te zetten, om vervolgens de vrijgekomen gebouwen vol te stoppen met de hartelijk welkom geheten migranten. Een grijs radertje in de EU-machine van het kwaad, die wel moslims een fijne ramadan toewenst maar zwijgt wanneer zijn vrienden op het Stationsplein in Keulen honderden vrouwen aanranden. Het is fijn om een dergelijke voorzitter te hebben, die maar al te graag miljarden betaalt aan Brussel, miljarden stuurt naar corrupte landen als Griekenland en Oekraïne en bijdraagt aan de miljarden die in de zakken verdwijnen van het beest van Ankara.

Nederland heeft een prioriteitenlijst opgesteld. Het wil een innovatieve Unie, een Unie die zich beperkt tot hoofdzaken, een Unie die verbindt. En weet u wat dit betekent? Meer Europese Unie, meer bankenunie, meer belastingunie, meer Unie in bewaking van de buitengrenzen, meer Unie in energievoorziening, meer Unie in het toetreden van corrupte landen, meer Unie in het binnenhalen van vluchtelingen, meer Unie in het leeghalen van de pensioenfondsen en meer Unie in het plunderen van spaarrekeningen voor failliete banken.

Dus welk resultaat mogen wij verwachten van dit 62 miljoen kostende Nederlands voorzitterschap? Meer Europese Unie. Maar ook een nog grotere kloof tussen politiek en burgers, die een totaal andere kant op willen, een nog grotere economische puinhoop in de lidstaten, die sociaal en financieel barsten onder de druk van miljoenen niet-inzetbare en niet-integreerbare migranten, nog meer ontwrichting van duizenden levens van vrouwen die aangerand en verkracht zijn door testosteronbommen uit islamitische landen en vooral meer islamitische cultuur. En dan bedoel ik: eerwraak, vrouwenbesnijdenis, groepsverkrachting, jodenhaat, onthoofdingen, stenigingen en aanslagen. Want voor de wegekijkers onder mijn gehoor, sinds 11 september 2001 zijn er meer dan 22 000 islamitische aanslagen geweest met meer dan 125 000 doden.

Daarom heb ik het volgende voorstel voor de heer Rutte: blijf niet langer hier rondhangen. Ga zo snel mogelijk terug naar Den Haag, sluit alle mannelijke asielzoekers preventief op, legaliseer pepperspray, zodat vrouwen zichzelf kunnen beschermen, voer administratieve detentie in voor mogelijke terroristen en vooral sluit de nationale grenzen om deze terreurdreiging te stoppen. Maar, meneer Juncker, ook dit alles hoeft u onder deze voorzitter niet te vrezen.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Janice Atkinson (ENF). – Mr President, I just wanted to ask Mr Rutte why he did not listen to a single word that my colleague here said. Is it because you are frightened that Geert Wilders may take over your position in 2017? I suggest you listen, otherwise you are out the door.

Le Président. – Le carton bleu c'est pour poser des questions aux députés qui ont parlé, pas pour poser la question au Président de la Commission.

Diane Dodds (NI). – Mr President, the Dutch Prime Minister takes over the Presidency of the European Union at a time when more and more citizens feel a disenchantment with the actions of the European elite and indeed the increasing drive of these institutions to interfere in the decisions of sovereign governments, as seen in this house both yesterday and today. In the United Kingdom we await with interest the outcome of our Prime Minister's renegotiation – a renegotiation much flaunted by him, but underwhelming to most of us. At the core of the EU's problems is that European leaders are selling their people short, ignoring the need for substantial and radical reform.

Mr Rutte, you listed the problems and many had hoped to see a greater willingness to face these concerns head-on under the Dutch Presidency. In a poll published last weekend in the United Kingdom the 'leave' campaign was six points ahead. The wave of euroscepticism that abounds – not just in the United Kingdom, but in many other Member States – cannot be ignored forever. In the United Kingdom we look forward to the next six months, not just because of the Dutch Presidency but because of the opportunity for real democratic accountability.

Esther de Lange (PPE). – Ik moet enigszins beschaamd vaststellen dat het van de Belgen moet komen om u erop te attenderen dat wij in dit huis voornamelijk onze moedertaal spreken. Nu weet ik dat wij Nederlanders er heel erg prat op gaan dat wij veel vreemde talen spreken. We hebben daar in Nederland zelfs een uitdrukking voor: “een Frans Timmermansje doen”. Maar ik denk dat je toch wel wat trotser kunt zijn op je moedertaal en ik zal u dan ook in het Nederlands toespreken.

Ik zal u ook danken in het Nederlands, mijnheer Rutte, voor het feit dat u uw speech begon met het verhaal dat er gewoon zaken zijn die je beter samen doet in Europa dan als lidstaat alleen. Na het donkerbruine visitekaartje, dat de heer De Graaff hier van Nederland heeft afgegeven, ben ik u er dankbaar voor dat u daarmee uw speech begon. Want het vergt moed in die verzuurde Nederlandse discussie over Europa om te zeggen: “We kunnen niet alles alleen, sommige dingen doe je beter samen”.

Ik geef u nog een tip: *do not mention the “F”-word!* En dan bedoel ik “football”. Ik ben hier omringd door collega's die wél naar het Europees kampioenschap gaan. Als u bij elke speech die u de komende zes maanden houdt voetbalparallellelen gaat trekken, dan heb ik een zeer moeilijk bestaan en hebben mijn collega's in dit Huis een zeer moeilijk bestaan. Dus misschien beter niet.

U heeft wel begrepen uit de reacties van collega's dat uw woorden worden gewogen. Uitlatingen over een mini-Schengen van een lidstaat of vijf, zes leiden hier tot grote vraagtekens. Net zoals dit Huis verwacht dat u er alles aan zult doen om het Oekraïne-referendum te winnen en dat u wellicht duidelijkheid verschaft over wat u gaat doen. In het geval van een “ja” lijkt me dat duidelijk. Maar wat doet u in het geval van een “nee”?

Dan kom ik bij migratie, het kernpunt van de discussie. U spreekt hier over een *sharp reduction*. U spreekt in Nederland over het terugbrengen van de instroom naar nul. Nul lijkt me onrealistisch, maar ik deel uw ambitie om die instroom te beperken, anders is het draagvlak weg in de gemeenten en bij de burgers die nu hard bezig zijn om opvang te regelen.

Mijn vraag aan u is: wat gaat u concreet doen? U gaat prat op concrete resultaten. Wat zijn uw concrete tussenstappen de komende zes maanden om dat voor elkaar te krijgen? Staat u achter de voorstellen over terugkeer, over een kustwacht, die de Europese Commissie heeft gedaan? En waar mogen wij u dus over zes maanden op afrekenen? Veel succes!

Paul Tang (S&D). – De Nederlandse minister-president heeft gewaarschuwd voor de “dikke ik”. Er zijn tal van voorbeelden waarbij egoïsme doorschiet en overgaat in hufterigheid, variërend van de middelvinger van boze automobilisten tot bonussen voor falende bankiers. De “dikke ik” is ook in Europa te zien. Daar zijn voorbeelden van: hekken tegen vluchtelingen, onbelaste winsten naar belastingparadijzen, schrijnende arbeidsvoorwaarden door schijn-BVs. Nederland heeft als voorzitter de onderwerpen niet altijd voor het uitkiezen. Er zijn niet te vermijden onderwerpen waarbij een voorzitter niet anders kan dan pragmatisch zijn om partijen en landen op één lijn te brengen en woorden om te zetten in daden. Want, inderdaad, de tijd dringt.

Maar pragmatisme alleen zal niet volstaan. Er is ook een strijd nodig tegen de 'dikke ik' en voor een werkend Europa. Een Europa, waarin burgers kunnen rekenen op onafhankelijke rechters en vrije media, niet alleen binnen onze grenzen maar ook in Oekraïne en Turkije, waarin geloof of afkomst iemand niet bij voorbaat verdacht maakt, zoals de heer de Graaff net heeft gedaan, waarin soevereiniteit van landen niet verwordt tot het vermogen om problemen over de schutting bij de burens te flikkeren. Nederland heeft een lange traditie in het herbergen van verschillen in geloof en afkomst. Dat is een Nederlandse traditie, meneer de Graaff, en toch, ondanks die verschillen, weten wij samen te werken. In die traditie zal de PvdA-delegatie ook het Nederlandse voorzitterschap zien.

Wij zien heel graag een Nederlandse voorzitter die begrijpt dat Turkije de vluchtelingenstroom niet tot nul kan terugdringen zolang het Syrisch conflict zich voortsleept en die begrijpt dat vluchtelingen perspectief moeten hebben via werk en onderwijs. Wij zien graag een voorzitter die zich inzet voor het aanpakken van schijnconstructies en discriminatie op de arbeidsmarkt, die vooroploopt in het tegengaan van belastingontwijking. Dit punt is meerdere malen aan de orde gekomen. Nederland is daar minimaal Europees kampioen. En we zien graag een voorzitter die helpt om het akkoord van Parijs verder uit te werken. Dat zijn keuzes van mens boven markt, dat zijn keuzes voor een werkend Europa en tegen die "dikke ik".

Peter van Dalen (ECR). – Als basketballer neem ik kennis van uw opmerking over voetbal, maar wij hebben wel één ding gemeenschappelijk: wij willen resultaten boeken. Daar gaat het natuurlijk om in Europa. De geloofwaardigheid van de Europese Unie staat op het spel. Er wordt heel veel besproken, maar als het over uitvoering en handhaving, dan gebeurt er echt onvoldoende. Laat Nederland dat omkeren en veranderen.

Ik denk bijvoorbeeld aan mensenrechten en met name godsdienstvrijheid, Pakistan. Wij gaan binnenkort het stelsel van algemene tariefpreferenties herzien voor de ontwikkelingslanden. Juist een land als Pakistan profiteert daar enorm van. Maar wat zien we in Pakistan? Minderheden zoals hindoes, ahmadis en christenen worden stelselmatig onderdrukt door die zogenaamde blasfemiewetten. Zelfs bij kleine incidenten wordt al godslastering in de strijd geworpen en verdwijnen mensen in de gevangenis, met mevrouw Asia Bibi als het bekendste slachtoffer. Zij heeft een doodstraf opgelegd gekregen!

Dat misbruik moeten we stoppen. Nederland moet Pakistan *pushen* om werkelijk te voldoen aan mensenrechten en godsdienstvrijheid. Gebeurt dat niet, dan gaat dat stelsel van tariefpreferenties voor Pakistan in de ijskast.

Dan de vluchtelingen: ook binnen Europa hebben wij natuurlijk te maken met een groot vraagstuk, te weten de vluchtelingen. Hoe gaan wij de geloofwaardigheid van Europa herstellen? Wij moeten vluchtelingen eerlijk verdelen over alle lidstaten. Solidariteit is nodig. Zet u dat bovenaan de agenda! En laten wij concreet voor oplossingen zorgen.

Neem Calais, een redelijk overzichtelijk probleem. En wat zien we daar? Al jaren verblijven daar nu al duizenden mensen die verder willen trekken. Vrachtwagenchauffeurs worden bedreigd, cabines worden opengetrokken, lading kapotgemaakt. Pak nou zo'n concreet voorbeeld aan. Organiseer daar nu eens een extra top over binnen een paar weken. Dan kun je concreet resultaat boeken.

En nu wij toch spreken over vervoer, denk ik ook aan een heel ander, maar wel relevant punt: de oneerlijke concurrentie van luchtvaartmaatschappijen als Emirates, Easyjet en Qatar Airways. Zij worden gesubsidieerd door hun staten en kunnen dus tegen dumprijzen vliegen. Daar kunnen wij met de KLM niet meer tegenop! Pak nou zo'n punt in Europa samen met andere luchtvaartmaatschappijen aan!

Dus, Voorzitter, het gaat uiteindelijk om afspraken nakomen, handhaven. Misschien niet zo sexy, maar daar boek je resultaten mee en daarmee kun je de geloofwaardigheid herstellen.

Tenslotte twee punten. Corrigeer de fout, mijnheer Rutte, die gemaakt is tijdens het laatste Nederlandse voorzitterschap in 2004. Toen is de Europese Unie begonnen met de toetredingsonderhandelingen met Turkije. Stop dat! Een groot deel van Turkije noch de hoofdstad ligt in Europa. En daarnaast zien we dat daar een politiestaat is gekomen. Tegenstanders van het regime wacht of de gummiknuppel of gevangenis. Dat moeten we stoppen. Stop de toetreding van Turkije!

Punt twee, u zei het al terecht, Brexit. Zet alles op alles om een Brexit te voorkomen. Een Brexit zou rampzalig zijn en dat moeten we met elkaar verhinderen. Veel succes. Laten we bouwen aan geloofwaardigheid!

[De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Stimate coleg, ați vorbit de importanța crizei refugiaților. În același timp, propuneți oprirea negocierilor cu Turcia. Vă întreb concret: cum vedeți atunci rezolvarea crizei dacă excludeți un partener ca Turcia din această problemă? Și, în al doilea rând, ce părere aveți: nu ar fi trebuit ca președintele, premierul Olandei să ne spună ceva despre faptul că fiecare țară acum își face graniță proprie? Practic, Schengen este pe cale de dizolvare. Nu am auzit poziția președintelui. Ce părere aveți?

Peter van Dalen (ECR), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Kijk, Voorzitter, we krijgen nu een combinatie. Turkije is nodig, er wordt geld gegeven, 3 miljard euro, en de toetredingsonderhandelingen worden geïntensiveerd. Op die manier wordt Turkije dan de Europese Unie ingerommeld. Dat wil ik niet! Ik zou denken dat u aan mijn zijde stond, want juist van een socialistische fractie zou ik verwachten dat u tegen een politiestaat bent, tegen een land als Turkije, waar tegenstanders de gummiknuppel of gevangenschap wacht! Laten wij met Turkije een afspraak maken over een verbeterd partnerschap, maar absoluut niet over toetreding. Niet aan beginnen!

Sophia in 't Veld (ALDE). – Welkom, meneer Rutte, het is een plezier om u hier te zien. U zegt terecht dat burgers sceptisch zijn over de Europese Unie vanwege te veel regeltjes, en die zijn ook heel irritant. Maar, meneer Rutte, dat is niet de reden waarom de burgers zich afkeren van de Europese Unie, Ze keren zich af omdat ze de Europese Unie niet zien presteren als het gaat over de eurozonecrisis, de vluchtelingencrisis, terreur, enzovoort, enzovoort. Maar het echte probleem is niet de EU. Het zijn de nationale regeringen die elke keer weer elke oplossing torpederen in een eindeloze reeks van toppen waar veel wordt gepraat maar geen actie komt. U wilt pragmatisch zijn, daar ben ik het helemaal mee eens. Laten we dus ophouden met de theoretische discussies over nationale soevereiniteit, en zorgen voor resultaten. Dus geen cosmetische en symbolische dingetjes, maar echte hervormingen van de EU. Met het schrappen van schoolmelk-subsidies zullen we de grote uitdagingen echt niet aanpakken. Dus gebruik uw goede contacten met David Cameron om samen te werken aan een sterker, slagvaardiger Europa, want dat overtuigt de burgers en in ons beider landen zullen in het komende jaar de burgers kunnen stemmen. Ik ga ervan uit dat zowel u als Cameron alles uit de kast zullen halen om mensen te overtuigen.

Tot slot tijdens het Nederlands voorzitterschap vindt de tussentijdse herziening van het meerjarig financieel kader plaats en dan zeggen de meeste burgers: “Wat?” Dat is die volstrekt archaïsche ondoelmatige begroting van de EU, die vastligt voor 7 jaar, zodat we niet eens kunnen reageren op onvoorziene omstandigheden, zoals de vluchtelingencrisis. Dat is volslagen absurd. Ik hoor dat de Europese Commissie de plannen voor een ambitieuze hervorming op ijs heeft gelegd en ik reken dan ook op het Nederlandse kabinet om alles op alles te zetten voor een radicale hervorming van de Europese begroting, want de volgende kans, meneer Rutte, is pas weer in 2026. U heeft onze steun voor ingrijpende hervormingen voor een sterker en slagvaardiger Europa.

Dennis de Jong (GUE/NGL). – Ook van mijn kant een hartelijk welkom aan de heer Rutte. Het Nederlands voorzitterschap is helaas het voorzitterschap van de crises. We kennen premier Rutte als iemand die wars is van vergezichten en de problemen praktisch wil aanpakken. Toch vraag ik om visie. De crises komen namelijk niet uit de lucht vallen, maar hebben een vergelijkbare oorzaak.

De Europese Unie was de afgelopen jaren een speeltje voor grote bedrijven en geen Europa van en voor de burgers. Dat werd heel duidelijk toen de burgers in Nederland en Frankrijk in 2005 neen zeiden tegen de Europese grondwet, maar toch werd die grondwet doorgedrukt via het Verdrag van Lissabon. Maar er is meer: de Britten worden een steeds federaler Europa ingerommeld hoewel ze vanaf de toetreding heel duidelijk hebben gemaakt dat niet te willen. En nu dreigt er een Brexit. Bij het afschaffen van de binnengrenscontroles werd er door niemand bij gezegd dat er een asielbeleid op Europees niveau zou komen. Ik keur de houding af van die Oost-Europese lidstaten die geen asielzoekers willen overnemen. Maar ik begrijp wel dat mensen zich daar overvallen voelen. Voeg daarbij de dictaten aan Griekenland, aan Portugal en Ierland, terwijl de onevenwichtigheden in de eurozone gewoon blijven bestaan. Bij de invoering van de euro was dat er niet bij verteld. Terwijl de Brusselse bubbel heel goed wist dat de euro zou leiden tot een enorme overdracht van bevoegdheden op financieel-economisch gebied.

Meneer Rutte, u heeft nu een geweldige kans om het vertrouwen van de burgers in Europa te herstellen. En dan niet via een leuk appje, zoals minister Koenders deze week voorstelde, maar door de Nederlandse kiezer eindelijk serieus te nemen als op 6 april in Nederland een referendum over het verdrag met Oekraïne wordt gehouden. Zeg de Nederlandse kiezer dat u ervoor gaat zorgen dat het verdrag met Oekraïne niet in werking treedt als er voldoende opkomst is en de meerderheid nee zegt.

Een beetje visie kan geen kwaad.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Welkom, minister-president Rutte. We hopen op een succesvol Nederlands voorzitterschap. Ik wil beginnen met een quote: “We zetten in op versterking van de economische groei. We moeten zorgen voor banen in Europa en achterstanden tegengaan.” U zult waarschijnlijk denken: nou ja, dat is wel een beetje ons voorzitterschap. Dat was Balkenende, 1 juli 2004. Eigenlijk sinds elk voorzitterschap zet elke voorzitter weer banen en groei centraal. Dat moeten we leveren, dan komt het allemaal goed met het vertrouwen in Europa.

Misschien moeten we toch een keer bedenken dat die toenemende eurosceptis en het afkeren van Europa door iets anders komt. Het komt door een gebrek aan geloofwaardigheid. Prachtige verhalen in Brussel of Straatsburg houden, maar ondertussen thuis in Berlijn, in Parijs, in Den Haag een eigen verhaal houden waarin je je afzet tegen Brussel of Straatsburg. In die zin is het fijn om een keer te horen dat u het Europees Parlement zo belangrijk vindt, want dat heb ik u in Den Haag nog niet zo heel vaak horen zeggen.

Laten we naar het geloofwaardigheidsprobleem gaan. Europa heeft een geloofwaardigheidsprobleem in Griekenland. Daar de economie kapot bezuinigen en ondertussen in Brussel een investeringsplan van Juncker uitkleden tot een minimaal bedrag. In Polen hebben we een geloofwaardigheidsprobleem. Door nu over waarden te praten en te praten over een Unie van waarden, maar ondertussen door te gaan met Nord Stream, ook Nederland. In Frankrijk, door proefballoonnetjes op te laten over mini-Schengen waar Frankrijk niet eens bij hoort. Wat is dat voor een geloofwaardigheid? In Portugal, door over sluitende begrotingen te praten in Portugal, maar ondertussen de 20 grootste bedrijven te lokken naar Amsterdam om daar de inkomsten ervan te krijgen zonder enige economische activiteit. In onze omringende landen door te praten over opvang in de regio maar ondertussen te bezuinigen op ontwikkelingssamenwerking en 0 euro over te maken aan het VN-Voedselprogramma, wat wel beloofd is. Of in Nederland door continu te praten over het afdragen van soevereiniteit, wat we niet willen als het over de EU gaat, maar ondertussen tonnen soevereiniteit te willen weggeven als het over TTIP gaat. Dat is de geloofwaardigheid!

Het wordt tijd dat Nederland leiderschap toont om echt geloofwaardig te worden. Dat betekent herlocatie, meer dan die 50, het geld overmaken dat we beloofd hebben, stoppen met Nord Stream 2, echt naar een sociaal Europa gaan waarin we ons eigen handelsoverschot aanpakken en niet alleen maar kijken naar de tekorten in het zuiden, maar ook ons overschot in het noorden, en tot slot in het Oekraïne-debat, echt campagne voeren. Niet alleen omdat het associatieakkoord een handelsakkoord is, maar juist ook omdat het belangrijk is voor Oekraïne dat het geen politieke speelbal is tussen Rusland en Europa. Dat is een geloofwaardig Europa. Dat is het leiderschap van Nederland dat we nodig hebben tijdens dit voorzitterschap.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.)

Annie Schreijer-Pierik (PPE), “blauwe kaart”-vraag. – Voorzitter, ik heb een vraag aan mijn collega Bas Eickhout. Het gaat over Europa. Maar waardoor is Europa ontstaan? Europa was vrede en voldoende voedsel, voedselzekerheid en daar heb je boeren-, familie- en gezinsbedrijven en een leefbaar platteland bij nodig. Ik heb via u een concrete vraag ook aan Mark Rutte. Als het gaat om Nederland en Europa, gaat het dan alleen om markt en innovatie? Het geld moet toch ook bij de boerenbedrijven terecht komen. Hoe kijkt u daar tegenaan, in de overweging dat we op weg zijn naar 2020, het gemeenschappelijk landbouwbeleid? Hoe zorgen we er samen voor dat we de zekerheid behouden? En als het gaat over natuurbeleid, de vogel- en habitatrichtlijn, hoe zorgen we ervoor dat de boeren niet onteigend worden en dat we in Europa de zekerheid behouden dat boeren-, familie- en gezinsbedrijven blijven bestaan?

Bas Eickhout (Verts/ALE), *“blauwe kaart”-antwoord*. — Collega Schreijer, altijd in voor een leuk landbouwdebat. Laat ik even bij het CDA beginnen. U heeft jarenlang voor de liberalisering van het landbouwbeleid gepleit. Alsmaar meer de markt op en vooral voedsel produceren om te exporteren. Als vervolgens die mondiale prijzenmarkt hard is voor de boeren, wilt u ineens geld. Wat is het nou, CDA? Liberalisering of inderdaad landbouwbeleid op Europees niveau? Ik weet het niet meer, maar het CDA is totaal de weg kwijt in deze kwestie.

En over natuur in Nederland: de echte reden waarom op dit moment de boeren zo onder dwang staan is vooral de uitbreiding van wegen, bedrijfsterreinen en al dat soort zaken, veel meer dan de natuur. U moet eens naar de juiste vijand gaan kijken in plaats van uw obsessie met Natura 2000.

Nigel Farage (EFDD). — Mr President, as we welcome the Dutch Prime Minister, Mr Rutte, to the hot seat of the six-month revolving Presidency, I would like to take the opportunity to address him. Mr Rutte, I note you are a keen historian because you were quoting Winston Churchill for us this morning, and indeed Mr Verhofstadt backed you up.

You are quite right, post-war Churchill did encourage integration, especially between France and Germany, but he made it absolutely clear at all times that the United Kingdom should not be a part of it and I would like you please to acknowledge that. I also very much doubt that, 50 years after his death, Churchill would approve of the club the way it is, because he was a democrat.

This EU faces an existential crisis. Indeed, there is an outbreak of a contagious disease. It is not a new one; the Greeks first came across it a couple of thousand years ago. The virus in its new form began in Denmark in the early 1990s, but was put down with a heavy German hand. There have been a couple of outbreaks in Ireland, but substantial European money again cured the outbreak. But the red alert in 2005, when the contagion swept across the Netherlands and France, frankly has never gone away, and I think now we have simultaneous outbreaks of the disease. In Denmark it now looks to be wholly irreversible and, in my own country, despite decades of our political establishment denying its existence, a recent opinion poll showed that sufferers may now be actually in a majority. What surprised me about your speech, as the Dutch Prime Minister, is that you did not mention the fact that 427 000 of your own citizens have outed themselves in public, declared themselves to be carriers, called a referendum for 6 April and encouraged the rest of the country to join in. I suppose it must be embarrassing for you.

The diagnosis, by the way, will not be popular in this House: the disease is called democracy. People want to have a say on their future. Mr Juncker here says that there will be a continental crisis if the Dutch vote no. Well I'll drink to that, is all I can say. When you add to that Schengen, and when you add to that people's utter revulsion at what happened in Cologne, I think that you are going to have a very, very hot time over the course of the next six months.

Whether we can, the peoples of Europe, break this Union between now and the end of June, I do not know. But I will tell you what, we going to have a damn good go.

(Applause from UKIP Group)

Harald Vilimsky (ENF). — Herr Präsident! Mein Vorredner Nigel Farage und ich sind zwar nicht in derselben Fraktion, aber ich kann eines sagen: Recht hat er natürlich.

Die Europäische Union ist heute an einem negativen Kulminationspunkt all ihrer Entwicklungen angelangt. Im Bereich Wirtschaft, im Bereich Währung, Soziales, Arbeitsmarkt, Sicherheit. Noch nie hat Europa so schlecht funktioniert wie heute.

Natürlich habe die drei EU-kritischen Fraktionen des Hauses Recht: EFDD, ENF und ECR. All die kritischen Stimmen, die hier vorgebracht werden, sind Stimmen von Sorgen und Ängsten der Bürger quer durch Europa. Wir hatten ein Europa, das funktioniert hat. Ein Europa souveräner Staaten, das in Freundschaft zueinander auf Augenhöhe miteinander hier in eine gute Zukunft gegangen ist.

Aber erst ab dem Weg der Zentralstaatlichkeit hat Europa eine negative Entwicklung genommen – haben in Europa Zank und Hader Einzug gehalten. Ich sage nur als Stichwort: Polen, Ungarn, Dänemark, das Verfahren, das jetzt eröffnet wird. Ich will gar nicht die vielen negativen Stimmen Südeuropas in Richtung Deutschland und Österreich im Zuge der ganzen Währungskrise erwähnen.

Das ist nicht ein Europa, das funktionieren kann. Das ist nicht ein Europa der Freundschaft und der positiven Zukunft. Das ist ein Europa des Zanks und des Haders. Wir sollten all die negativen Entwicklungen im Bereich der Währung korrigieren. Ich habe nichts gegen eine gemeinsame Währung, wenn sie funktionierte. Nur: Der Euro funktioniert nicht. Der Euro vernichtet Wohlstand, der Euro vernichtet Kaufkraft und daher sollte der Euro zerteilt werden, vielleicht in zwei Zonen – oder Rückkehr in nationale Währungen. Das hat funktioniert.

Ebenfalls die Frage von Schengen. Ich hätte nichts dagegen, wenn wir Grenzen offen lassen können. Nur Faktum ist: es funktioniert nicht. Organisierte Kriminalität schwappt in die Länder Westeuropas ein. Wir haben eine Flüchtlingswelle und eine Welle illegaler Migranten, mit der Terrorismus nach Europa kommt. Daher: Schengen sistieren, Grenzen wieder hochziehen.

Natürlich hat Großbritannien Recht, jetzt ein Referendum zu machen. Ich behaupte, dass in allen Mitgliedstaaten Abstimmungen stattfinden sollten, denn Europa kann nicht funktionieren, wenn es nicht wieder das Herz und das Hirn der Menschen erreicht, sondern ganz im Gegenteil immer mehr auseinanderdriftet.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Wir haben heute die Vorstellung des Programms des niederländischen Ratsvorsitzes erlebt, welches von vornherein auf einer Täuschung beruht.

Denn, wie können Sie sagen, Herr Präsident, wir erleben einen Zustrom von Flüchtlingen, die vor blutigen Kriegen fliehen? Es ist doch real, dass 80 % der Flüchtlinge nicht vor Kriegen fliehen, sondern sie fliehen vor Armut – es sind Wirtschaftsflüchtlinge. Daraus resultiert natürlich eine ganz andere Politik. So brauchen wir keine humanitäre Hilfe, damit sie besser nach Europa kommen, sondern man muss diesen Flüchtlingen in ihren Heimatländern helfen, damit sie dort eine Perspektive haben, und nicht etwa wieder fliehen müssen.

Darüber haben wir nichts gehört. Wir haben nichts darüber gehört, wie Sie die Sicherheit und Ordnung in Europa aufrechterhalten wollen. Die Ereignisse von Köln müssen Ihnen doch zu denken geben. Was wollen Sie dagegen tun, dass sich Köln nicht an anderen Orten in Europa wiederholt? Schengen und Dublin sind de facto außer Kraft. Bis wann wollen Sie die Ordnung in Europa wieder herstellen?

Jan Olbrycht (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Prezydencja holenderska przypada na okres, w którym będą rozstrzygane dwie istotne kwestie. Po pierwsze, Parlament Europejski w czasie prezydencji holenderskiej będzie zajmował się wypracowaniem swojego stanowiska w sprawie rewizji perspektywy finansowej. Zdajemy sobie sprawę, że zgodnie z procedurami pierwszy ruch należy do Komisji Europejskiej, ale Parlament nie będzie w tej sprawie czekał i będzie gotowy mniej więcej w miesiącu czerwcu, w związku z czym zwracam na to uwagę i liczymy na to, że prezydencja holenderska – nawet jeżeli tego nie ma w programie – będzie partnerem w tych rozmowach.

Po drugie, jest istotne zainteresowanie prezydencji holenderskiej kwestiami miast i obszarów miejskich. Z bardzo dużym zainteresowaniem grupa posłów zajmujących się kwestiami miejskimi obserwuje prace przygotowawcze i działania prezydencji holenderskiej. Mam na myśli kwestie agendy miejskiej, ale również przygotowanie spotkania w Amsterdamie, które ma skończyć się dokumentem „pakt amsterdamski”. Zapowiedzi i pierwszy projekt tego dokumentu są bardzo ciekawe, interesujące i pokazują, że prezydencja holenderska zwraca uwagę na jeden z najpoważniejszych problemów Unii Europejskiej, czyli kwestie dotyczące miast i obszarów miejskich oraz szans i problemów, które na tym polu występują. Z niecierpliwością czekamy na konkretne propozycje prezydencji holenderskiej dotyczące miast.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, the Dutch Presidency will be confronted with the daunting challenge of responding to the refugee crisis and protecting the Schengen area. But you can be sure that if you want European citizens to be united in this great undertaking, you also need to ensure much stronger recovery.

Much stronger recovery means, to start with, an ambitious strategy for growth and jobs, updating Europe 2020 and making the best use of the energy transition and the digital revolution. This is definitely needed. But let me say that the single market is important but it is not enough. You need to ensure that the investment plan will be implemented much more swiftly. You also need to tackle the difficult problems of tax avoidance and tax evasion in Europe. We can no longer go on with the unfair competition between multinationals and SMEs, between Member States. We need to support the Commission action plan on tax policy and make sure that we have full transparency, we have country-by-country reporting and we ensure that taxes are paid where profits are made.

But then we also have another problem, namely the euro area. The euro-area crisis is still there. We cannot be mistaken about this. It is still there which means that the problem is not only stability, but bringing convergence upwards – upward social and economic convergence. To do this you need to make sure that all members of the euro area have similar investment conditions. This will depend on completing the banking union and on providing a proper fiscal capacity for the euro area. This is also an important roadmap for the Dutch Presidency to push for.

Kosma Złotowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Premierze! Nie jest dzisiaj trudno mówić, jakie powinny być priorytety prezydencji holenderskiej, gdyż problemów do rozwiązania, które napotyka na swojej drodze Unia Europejska, jest aż nadto. Oczywiście wszyscy mamy świadomość, który z nich skupia dzisiaj w największym stopniu uwagę obywateli Unii. Jest to potrzeba znalezienia rozsądnego kompromisu w sprawie kryzysu imigracyjnego – takiego kompromisu, który zastąpi dotychczasową politykę przymusowej relokacji. Jesteśmy dzisiaj mądrzejsi o wydarzenia z Paryża. Znamy trudną sytuację kierowców w rejonie Calais czy też wiemy już, mimo prób autocenzury mediów, co działo się w noc sylwestrową w Kolonii i innych miastach Europy. Warto w końcu wykorzystać te doświadczenia. Chciałbym także powiedzieć naszym holenderskim partnerom, że jedną rzeczą w natłoku pracy na pewno nie muszą się martwić, choć pewnie po wczorajszej debacie w tej Izbie już to wiedzą – polska demokracja, Panie Premierze, ma się świetnie.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE). – Mr President, I would like to welcome the Dutch Presidency and I will continue now in Dutch, my own language.

Het is van vitaal belang dat wij nuchter blijven en dat wij de vluchtelingencrisis bezweren. Dit echter wel op basis van de wet op de medemenselijkheid ten opzichte van degenen die moeten vluchten voor geweld en natuurlijk ook met inachtneming van de belangen van de samenleving die de vluchtelingen moet opnemen. En dat betekent dat het bewaken van de Schengen-buitengrenzen van vitaal belang is.

Want dan kunnen wij onderscheid maken, onderscheid tussen echte asielzoekers en vluchtelingen, tussen personen die pretenderen dat te zijn en arbeidsmigranten die zich niet als asielzoekers of vluchtelingen in deze grote stromen mogen mengen. Daar zijn andere oplossingen voor.

Voorzitter, het beschermen van de buitengrenzen betekent ook dat het gemakkelijker wordt om criminelen en terroristen aan te pakken. Bij open buitengrenzen kan de staat de burgers niet meer beschermen. Het afstand doen van Schengen is economisch een ramp en daarom moeten wij handelen. U herinnert zich ongetwijfeld nog al die vrachtwagens voor de grenzen. Burgers kunnen dan niet meer vrij reizen.

Er is veel gesproken over Sir Winston Churchill. Churchill keek de vijand in de ogen en wist dat hij geen deals moest maken met agressieve staten. Dat betekent dat wij Poetin moeten dwingen het internationaal recht te respecteren en zich terug te trekken uit landen waar hij niet behoort te zijn. Na de ramp met de MH17 heeft de regering gezegd: 'degenen die verantwoordelijk zijn moeten voor de rechter komen' en we hebben Groot-Brittannië nodig binnen de Europese Unie om ook dat mogelijk te maken.

(De spreker gaat in op een 'blauwe kaart'-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.)

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Ochrona granic zewnętrznych Unii – czy nie uważa Pan, że zanim będziemy szukali nowych instrumentów, przede wszystkim powinniśmy kontynuować politykę zwalczania nielegalnej imigracji, zwalczania jej na morzu, a ściśle biorąc, tak jak zapowiadaliśmy, zwalczania jej tam, gdzie działa mafia przemytu ludzi? Do tej pory nasze działania były bardzo rachityczne i to nie tylko działania morskie, ale nawet działania dyplomatyczne dla uzyskania w tej sprawie mandatu ONZ. Czy zgadza się Pan ze mną?

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), "blauwe kaart"-antwoord. – Daar kwam mijn betoog op neer. Dat betekent dat we de plannen die bij de Commissie liggen inderdaad gaan uitvoeren. Als het Nederlands voorzitterschap dat bereikt is het een geslaagd voorzitterschap!

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – Welkom minister-president. Veel Nederlanders hebben hun vertrouwen in Europa verloren. Dat is eigenlijk ook geen wonder, want u zei het al: “Belofte maakt schuld” en politici doen zelden wat ze beloven. Ook ontbreekt het Europa aan idealen. Want de enige gezamenlijke gedeelde waarde die wij nog lijken te hebben is de euro. En geld maakt niet gelukkig.

Als je goed naar het Europese beleid kijkt, dan zie je dat Europa alles doet voor die euro en voor de interne markt. Ook Nederland! Nederland lijkt daarmee wel een marktkoopman die zijn handelsmissies en zijn euro en zijn geld wil beschermen. Maar Europa is hier toch niet de marktmeester, Voorzitter.

We zien die interne markt en de drang naar geld in alle associatieverdragen en vrijhandelsakkoorden weer terug. Dat is toch niet het doel van Europa? De premier zei dat we geen nieuwe idealen nodig hebben, maar zonder idealen heb je toch ook geen visie. Hoe weet je welke koers je moet varen als je niet weet waar je heen wilt?

Voorzitter, ik heb geen idee waar dit Nederlands voorzitterschap naartoe wil. Want als je kijkt naar de concrete plannen en de concrete beloftes die ons bijvoorbeeld de afgelopen week zijn gedaan, dan is de enige die heel duidelijk was minister Van Dam, die zei: “dierenwelzijn is een hoge prioriteit voor het Nederlands voorzitterschap”.

Maar wat gaat Nederland doen? Zou het niet mooi zijn als dat nu eens een keer helemaal duidelijk wordt? Zou het niet mooi zijn als Nederland ervoor zorgt dat de Roemeense zwervhonden niet langer gedood en vervolgd worden? Dat er een eind komt aan het onverdoofd castreren van varkens en dat de ellenlange diertransporten worden ingekort? Voorzitter, dat zou heel erg mooi zijn.

Doe wat u belooft en maak een einde aan het lijden van dieren. Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Mr President, we can only wish the Prime Minister well for this Presidency because Europe faces several challenges. I would like to draw to his attention that the issue of economic and monetary union must stay on the table of priorities.

I can only warn you, Prime Minister, that the euro crisis is not over but is only contained by the ECB's actions. If we have another economic challenge at international level, the instability could come back. We have the Five Presidents' Report, which has never been seriously discussed in the Council. So something you could do is put this report on the table, because this table is not only about a common deposit insurance. It is much more. We know that we have to integrate further to make the euro work. Please use your Presidency to tackle these challenges.

Finally, I agree with what several Members have said. In order to stabilise the belief and secure the trust of the people we cannot afford one-sidedness. We should no longer speak simply about less regulation and the common market. Making achievements in that direction is important in order to have better regulation and the chance of a common market, but we must also be effective when it comes to Europe's values of social justice, environmental protection and democracy. So please do not be one-sided, but serve everybody who has doubts about the state of Europe.

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! Välkomna till Europaparlamentet, det nederländska ordförandeskapet. Det kommer att bli ett mycket intressant halvår som ligger framför er. Ett av ämnena kommer att bli folkomröstningen om associeringsavtalet med Ukraina – mycket intressant med tanke på att avtalet startar i januari redan. Herr Juncker, med krishoten hängande över sig, uppmanar de nederländska väljarna att inte rösta emot avtalet då det kan öppna dörrarna till en kontinental kris, enligt Juncker. Vilken fantastisk inställning till demokratin att från EU uppmana väljarna i Nederländerna hur de ska rösta.

Invandringen kommer också att vara ett hett ämne. Sverige och Nederländerna är ganska lika. I Sverige har regeringen slutligen insett att gränskontrollerna behövde införas igen. Hur ser det ut i ert land, med en prognos på 90 000 nyanlända under 2016? Det har utvecklats till en tävling mellan elitpolitiker här i kammaren om vem som är mest godhjärtad i invandringsfrågan, men ingen av er tar ju ansvar för den utveckling och påverkan det får i era hemländer.

Hur ser framtiden ut för t.ex. Nederländerna och Sverige? Vi har många debatter hela tiden om jobbskapande för europeiska invånare. Så hur är det möjligt att leverera lögnen om att vi ska skapa jobb till alla nyanlända när vi inte ens är kapabla att skapa jobb till våra egna folk?

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Olaf Stuger (ENF), *"blauwe kaart"-vraag*. — Meneer Lundgren heeft het referendum even aangehaald en door zijn woorden heen hoor ik toch nog een beetje angst of dat wel goed zal aflopen. Op dit moment is het kamp van de neestemmers bereid om maar één ding te doen om de mensen in Nederland te motiveren nee te stemmen en dat is het gezicht van de heer Juncker op de posters te plakken. Dat moet op zich al voldoende zijn, dan weet Nederland waar het aan toe is. Maar daaronder kunnen we dan nog, en ik ben heel kort, nog even zeggen hoe hij zijn politiek voert, namelijk met een klein aantal beslissingen de boel zo complex maken dat we niet meer terugkunnen. Is het dat, meneer Lundgren, wat u misschien een klein beetje gerust kan stellen?

Peter Lundgren (EFDD), *svar ("blått kort")*. – Naturligtvis är det så att EU kommer att försöka, med vad man kan, att påverka medborgarna i Nederländerna att rösta så som man önskar. Det är den utveckling vi har sett bli värre och värre egentligen hela tiden. Det är en utveckling som inte är i linje med demokratin och jag anser att den bör upphöra. EU ska inte lägga sig i och försöka styra hur medlemsstaterna ska rösta i frågor som rör deras egna länder.

Gianluca Buonanno (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Presidente olandese, io inizio il mio discorso chiedendole scusa. Scusa perché lei oggi qua inizia con il suo governo e con i suoi membri questo semestre e si vede uno spettacolo di questo genere.

C'è l'Europa che le sta dicendo, che qua tutti le dicono cosa deve fare, l'Europa che le dice cosa deve fare e qui dentro saremo in cinquanta. Cioè, questa è l'Europa che si preoccupa del prossimo semestre olandese. E questa è una cosa che non funziona. Mentre lei parlava io ho visto delle donne che si mettevano il rossetto, chi ovviamente guarda il telefonino, chi pensa ai cavoli suoi, chi magari da qua fuori ha il caffè che beve, ma non si sta preoccupando dei veri problemi dell'Europa.

Allora io le consiglierei di fare questo: in Italia c'è un film che si chiama «Quo vado», che ha fatto il record di incassi, fatto da un signore che si chiama Checco Zalone, e in realtà si chiama Luca Medici, e dal regista Nunziante, che parla dei difetti delle riforme italiane mettendole in tono scherzoso, ma che ha fatto capire esattamente come funziona l'Italia. Faccia lei, io invito Zalone a far la stessa cosa sull'Europa e lei lo guardi questo film, perché capirà come tante volte tutti i politici parlano, i governanti parlano, ma poi fanno esattamente il contrario di quello che dicono e la gente non è stupida.

Io sono un sindaco di una cittadina italiana, ma la gente normale – non qua che sembra di stare su Marte, sembra di stare su Marte qua – la gente normale vuole le soluzioni concrete. Sembra di essere come in quei cantieri sull'autostrada dove c'è scritto «Lavoriamo per voi» e uno arriva in autostrada, ci sono chilometri di coda e nel cantiere o non c'è nessuno o ci sono due persone che fanno girare due secchielli. Questa è l'Europa di oggi. Così come nei clandestini, ma si può dire mesi fa «smisteremo decine di migliaia di clandestini» e dopo mesi abbiamo smistato duecento clandestini? Ma questa è l'Europa che funziona? Questa è l'Europa che non funziona! Questa è un'Europa di falliti! Quindi le auguro con la bacchetta magica di risolvere qualche problema.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre, vous prenez la présidence du Conseil dans un moment critique. Beaucoup estiment que 2016 est l'année de tous les dangers pour l'Union européenne. On parle de risque d'explosion à cause de la sortie possible du Royaume-Uni, mais aussi parce que les intérêts des États membres n'ont jamais été aussi divergents entre eux. Et surtout – vous y avez fait allusion –, les peuples refusent de plus en plus leur asservissement à ce super-État euromondialiste qu'on leur construit petit à petit depuis 60 ans et qu'ils vivent de plus en plus comme un carcan.

Cette Europe arrive au bout de ses contradictions, et l'une d'elles est de faire en sorte qu'à Bruxelles, les gouvernements viennent dire et faire des choses très différentes de ce pourquoi les peuples les ont élus. Par exemple, votre propre gouvernement, Monsieur le Président, proposait, il n'y a pas deux mois, un resserrement géographique et réglementaire de l'espace Schengen. Mais aujourd'hui, vous allez devoir défendre exactement l'inverse. Et la Slovaquie, qui prendra votre suite, ira dans le même sens, alors qu'elle conteste aujourd'hui devant la Cour de justice le quota de migrants que l'on voudrait lui imposer. Il y a forcément un moment où il faudra choisir: ou bien servir les peuples, ou bien servir l'institution «Union européenne», qu'ils désavouent de plus en plus.

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, le Parlement attend de la présidence néerlandaise qu'elle place très haut dans son ordre du jour la réforme de la fiscalité des entreprises multinationales.

Pendant des années, les multinationales ont su jouer de la concurrence fiscale entre nos États pour parvenir, dans de nombreux cas, à ne pas payer la quasi-totalité des impôts normalement dus pour les bénéfices qu'elles réalisaient en Europe. Tous nos États membres ont joué à ce petit jeu, dans lequel les Pays-Bas ont été particulièrement efficaces. Ce temps est révolu, tout comme celui du secret bancaire, et pour la même raison. Nos opinions publiques ne le supportent plus. C'est pourquoi le G20, l'OCDE, la Commission européenne – dont je salue les efforts – et le Parlement ont ouvert l'ensemble du dossier avec, de notre part, une philosophie simple: oui à la concurrence fiscale, mais appliquons désormais à la fiscalité les principes et les règles que nous appliquons dans tous les autres domaines dans l'Union – et je sais que les Pays-Bas y tiennent particulièrement –: l'équité, la transparence et la loyauté, alors qu'aujourd'hui, dans ce domaine, prévalent l'obscurité, la déloyauté et l'injustice.

Nous devons agir à deux niveaux: au niveau de l'Union, il s'agit de s'accorder pour une définition commune du bénéfice imposable, et nous pourrions alors nous concurrencer loyalement sur les taux, comme nous le faisons depuis 40 ans pour la TVA. Au niveau planétaire, nous devons nous accorder entre nous et avec nos partenaires sur les recommandations de l'OCDE. Dès la semaine prochaine, la Commission européenne va adopter un paquet global sur ce sujet. Nous attendons de la présidence néerlandaise qu'elle soit en mesure de parvenir à un accord politique avant la fin du mois de juin, et nous attendons aussi la coopération que nous espérons de sa part dans la commission que j'ai l'honneur de présider au Parlement européen.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Was will die niederländische Präsidentschaft? Ich will mich auf wenige Aspekte aus dem Innenausschuss konzentrieren. Sie wollen eine Position des Rates zur europäischen Grenz- und Küstenwache, und auch die Zusammenarbeit mit Drittländern ist Ihnen wichtig. Aber streben Sie wirklich europäische Lösungen an, oder ist das alter Wein in neuen Schläuchen?

Grenz- und Küstenwache. Ja, unsere Außengrenzen sind europäische Grenzen. Eine verbesserte Grenzkontrolle unter Einhaltung humanitärer und internationaler Verpflichtungen ist gemeinsame europäische Verantwortung. Doch worin genau besteht künftig die Aufgabe für die Staaten ohne eine Außengrenze? Nach der gemeinsamen Kontrolle kommt die gemeinsame Verantwortung für ankommende Flüchtlinge. Mir fehlen bisher klare und verbindliche Aussagen.

Die Drittländer: Wollen Sie Herkunfts- und Transitstaaten unterstützen, damit sie Menschen aufnehmen beziehungsweise ihnen eine Perspektive bieten und so die Zahl der Flüchtlinge reduzieren? Oder wollen Sie ernsthaft, etwa bei der Zusammenarbeit mit der Türkei, die Zahl der ankommenden Flüchtlinge nach Europa gegen null entwickeln? Das wäre Verleugnung eigener Verantwortung und Abschottung mit erkennbar katastrophalen Auswirkungen. Es gibt Berichte über Verstöße gegen das Verbot der Abweisung, willkürliche Inhaftierungen und sogar Rückführungen nach Syrien.

Ich erwarte, dass Ihre Präsidentschaft klare Signale setzt für eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik innerhalb und außerhalb der EU. Politische Führung ist im Rat notwendig. Packen Sie es an, dann werden wir Sie unterstützen! Und, Herr Rutte, eine allgemeine Anmerkung: Europa ist für den Alltag der Menschen relevant, aber in den Mitgliedstaaten wird das nicht immer deutlich ausgesprochen.

(Die Rednerin lehnt es ab, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – Beste premier Rutte, beste collega's, voeten op de grond en niet blind de vlucht vooruit nemen. De opeenvolgende crisissen hebben de ontgoocheling en het wantrouwen ten opzichte van de Europese samenwerking alleen maar vergroot. En eerlijk gezegd, je kan het de mensen niet kwalijk nemen. Nu blind blijven roepen om "meer Europa" is allerm minst de oplossing. "Europa waar noodzakelijk, nationaal (en ik voeg daar graag regionaal aan toe) waar mogelijk" is het motto van het Nederlands voorzitterschap. Dit is de enige juiste houding. Niet pretenderen dat Europa de oplossing is voor alles, maar de nodige bescheidenheid aan de dag leggen. Een open debat, zonder taboes. In Vlaanderen staan de Nederlanders daarvoor gekend. Alleen zo kan de Europese samenwerking haar relevantie aantonen.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.)

Liisa Jaakonsaari (S&D), sinisen kortin kysymys. – Te sanoitte, että tarvitaan vähemmän Eurooppaa. Kerron teille, että eilen ensimmäinen turvapaikanhakija on paletunut kuoliaaksi Lapissa. Itärajalta, Venäjältä tulee yhä enemmän turvapaikanhakijoita. Korruptoituneet ovat keränneet maksuja. Eikö tässä rajojen valvonnassa tarvita enemmän Eurooppaa – Te kategorisesti sanotte, että tarvitaan vähemmän Eurooppaa – jotta ihmishenkiä voidaan pelastaa?

Anneleen Van Bossuyt (ECR), "blauwe kaart"-antwoord. – Neen, wat ik heb gezegd is "Europa waar noodzakelijk en nationaal waar mogelijk". Zeker in de vluchtelingencrisis is er inderdaad een rol is weggelegd voor Europa, zeker, onder andere de sterkere controle aan de buitengrenzen is iets waar we enkel met een sterke Europese samenwerking iets aan zullen kunnen doen. Maar dat betekent niet dat we voor eender welk probleem altijd een Europese oplossing zullen moeten hebben. Dat is wat ik gezegd heb.

Marielle de Sarnez (ALDE). – Monsieur le Président, vous le savez tous les deux et vous le dites sans cesse, les défis n'ont été jamais aussi nombreux: la question de l'économie et de l'emploi, évidemment, la crise des migrants, la crise des réfugiés, les terroristes, la déstabilisation du monde, de la Syrie, de la Libye, et tout cela aux portes de notre Union européenne. Face à ces crises et à ces défis, les citoyens européens sont en droit d'attendre que leurs dirigeants politiques européens fassent preuve de courage, de volonté et de détermination, prennent des décisions, s'y tiennent et gouvernent enfin de façon efficace.

Or, qu'avons-nous en face – à part vous deux bien sûr – ? Nous avons un Conseil qui ne prend pas de décisions, ou si peu, et, quand il en prend, ne les respecte pas. Nous avons le repli sur soi, une crise de la gouvernance ainsi qu'une crise de la prise de décisions. Or, nous savons tous ce qu'il faut faire. Nous parlons de Schengen. Vous ne sauverez et nous ne sauverons Schengen que si nous prenons enfin vraiment la décision de contrôler nous-mêmes nos frontières extérieures. C'est un exemple et nous pouvons continuer longtemps ainsi. Je vous demande, à vous et aux dirigeants politiques, de faire avancer et de prendre les décisions, faute de quoi les populismes ne cesseront de progresser dans l'Union européenne.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, το πρόγραμμα της ολλανδικής προεδρίας προδιαγράφει δυστυχώς τη συνέχιση των ιδίων πολιτικών που οδήγησαν τους λαούς της Ευρώπης στη βαθιά κρίση. Η ενίσχυση των μέτρων καταστολής, οι έλεγχοι στα σύνορα, οι φράχτες, δηλαδή η δημιουργία της «Ευρώπης φρούριο» ενάντια στους πρόσφυγες, καθώς και η συνέχιση των ιδίων νεοφιλελεύθερων πολιτικών της σκληρής λιτότητας θα οξύνουν ακόμα περισσότερο την ανθρωπιστική κρίση.

Γι' αυτό ζητούμε κύριε Πρωθυπουργέ από την ολλανδική προεδρία να προωθήσει μια ανθρωπιστική προσέγγιση στη διαχείριση των προσφύγων, να προωθήσει μέτρα για την κοινωνική ανάπτυξη, για την καταπολέμηση της ανεργίας και για την αντιμετώπιση των ανισοτήτων στην Ευρώπη. Όσον αφορά την Τουρκία, επιμένουμε πως πρέπει να σταματήσει η υποκρίσια της Ευρωπαϊκής Ένωσης που θεωρεί τη χώρα ασφαλή προορισμό και επιμένει να την ενισχύει οικονομικά, τη στιγμή που η Τουρκία δεν παίρνει κανένα μέτρο για την στήριξη των προσφύγων και συνεχίζει να παραβιάζει καθημερινά τα ανθρώπινα δικαιώματα του λαού της. Όσον αφορά την ενεργειακή Ένωση, αναμένουμε να υλοποιηθούν μερικές από τις θέσεις που διατύπωσε στην έκθεσή του το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και συγκεκριμένα να προωθηθούν μέτρα για την καταπολέμηση της ενεργειακής φτώχειας και να αξιοποιηθούν τα κοιτάσματα φυσικού αερίου της Ανατολικής Μεσογείου για να ενισχυθεί η ενεργειακή ασφάλεια της Ένωσης.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – Mr Sylikiotis, Turkey certainly does not respect its engagements, nor does Greece guard its border – the external border of the European Union. This is a crisis for the European Union: it is a crisis for the Schengen area, it is going to be a crisis for the euro currency and then it will be a huge crisis for the European Union. We have to stop it now. Do you not think that we have to guard and defend the external borders of the European Union in order to preserve this wonderful organisation for Europeans?

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), απάντηση «γαλάζια κάρτα». – Κύριε Πρόεδρε, επιθυμώ πρώτα-πρώτα να πω ότι δεν πρόκειται να αντιμετωπιστεί η κρίση αν αναμένουμε απλώς από τα κράτη μέλη που είναι στην πρώτη γραμμή να διαχειριστούν αυτά τα προβλήματα. Η κρίση είναι πρόβλημα ολόκληρης της Ένωσης και πρέπει να στηριχτούν χώρες όπως η Ελλάδα για να μπορέσουν να αντιμετωπίσουν τα σοβαρά προβλήματα που δημιουργεί το προσφυγικό. Σε ό,τι αφορά την Τουρκία, νομίζω ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει τους μηχανισμούς για να επιβάλει τις πολιτικές της στην Τουρκία, ώστε πρώτα-πρώτα να σέβεται αυτή τα ανθρώπινα δικαιώματα, να σέβεται τις πολιτικές ελευθερίες, αλλά και να διαχειρίζεται τις προσφυγικές ροές που φτάνουν στη χώρα βάσει μιας ανθρωπιστικής προσέγγισης.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Mr President, I would like to say to the Prime Minister that in times of Euro-scepticism like ours what is missing for me in his programme are specific measures and policies in order to face in new ways the challenges before us. Our inability to respond to the new challenges in new institutional, political and cultural ways is probably our biggest weakness, which cannot be overcome with old recipes and mere goodwill. We have to abandon and not fall back into our rigid old, much too old and well known, manners. We have to appeal to citizens, groups and nations, to seek and find new paths of dialogue and co-existence.

That is why the Union should without any reluctance count on the contribution of still stateless nations like those I represent here – Scotland, Wales, Catalonia or the country of Valencia. They can definitely bring closeness, enthusiasm and efficiency to the European project. Indeed the future of Europe depends not on each being apparently innovative but on each being really innovative.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Képviselő Úr! Ön az új kihívásokról szólt néhány gondolatot, és egyet is érték azokban, amiket Ön felsorol. Viszont tisztelettel kérdezem, hogy mit gondol arról az új jelenségről, hogy ha még itt Kelet-Európa felé akár a német határ, osztrák határ, szlovén határ, horvát határ, még egy-két kerítést húzunk, akkor milyen kihívásokkal fogunk szemben állni a Balkán területén, ahol egyébként nem európai uniós tagországok vannak, de a menekültek ott fognak felgyülemelni?

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE), blue-card answer. – I do not think these are new challenges. These are also very old challenges, because the problem of immigration is a very old problem in Europe. We have to solve these problems in a different way, in a new way. That is what I propose.

Presidente. – Devo avvertire tutti i colleghi che da adesso in poi non è più possibile accettare i cartellini blu perché abbiamo venti minuti di ritardo e tantissimi oratori che sono stati previsti.

Jane Collins (EFDD). – Mr President, the rape and sexual abuse of women by male Muslim gangs – usually in crowds to protect the perpetrators, and carried out as a punishment for women in public – is now happening in Europe, thanks to Angela Merkel's and the EU's policies. It has been happening in Muslim countries for years. Amongst the migrants that we have waved through into Europe, there will be fundamentalist Islamics and some Daesh supporters, and we are going to see more of this behaviour.

In the North of England over the last twenty years, groups of Pakistani men have subversively and systematically raped young white girls, and some have been convicted, while some Labour-run councils have turned blind eyes to these crimes for the fear of rocking the multiculturalism boat – and that is according to one of their own MPs.

Every person in this Chamber and every UK politician should stand up against this and put women and children first and forget their own politics.

Krisztina Morvai (NI). – Miniszterelnök Úr! Újdonságot mondok-e Önnek azzal, hogy Európa polgárai szeretnék tudni, hogy mit kíván Ön személyesen és a most kezdődő holland elnökség – ezáltal az Európai Unió – tenni az egyre növekvő migránsáradattal kapcsolatban? Kérem, hogy válaszoljon erre a kérdésre. Nem szeretnék abba a hibába esni, hogy Öntől kérdezek és én válaszolom meg, de várjuk a választ erre a kérdésre. Várjuk a választ arra is, hogy meddig fog tartani még a csönd az Európai Unióban Európa fekete éjszakájával, 2015. december 31-ével kapcsolatban, mindazzal, ami Kölnben történt. Óhajtják-e ezt feltárni és egyáltalán a nők elleni, egyre szaporodó, migránsok általi erőszak jelenségével kívánnak-e foglalkozni? És kívánnak-e foglalkozni a Calais-ban szenvedő kamionsofőrök helyzetével? Kívánnak-e erre valamiféle megoldást találni? Várom válaszait.

Luis de Grandes Pascual (PPE). – Señor Presidente, señor Presidente en ejercicio Rutte, bienvenido al Parlamento en unos días difíciles y en un momento complicado para Europa. Le corresponde tomar el testigo en momentos en que Europa atraviesa algún tipo de dificultades, que no ha dejado usted de describir.

Sin duda, el mayor de los retos es la crisis de los refugiados. La canalización de los flujos migratorios constituye un objetivo que precisa una respuesta compleja y que no se solucionará sin atajar las causas del mismo. Tenemos que dar también una respuesta eficaz para contener y gestionar el flujo de refugiados de Siria, garantizando en su gestión un correcto equilibrio entre los distintos Estados miembros. Las respuestas a este reto se deben afrontar desde una perspectiva común y europea. Durante esta Presidencia también vamos a tener que luchar contra el llamado por ellos mismos «Estado Islámico» tanto fuera como dentro de nuestras fronteras.

Pero ofrecer una respuesta adecuada a estos desafíos no debe suponer un cercenamiento de uno de los preciados logros de la Unión: Schengen —la libre circulación de personas y mercancías, y la eliminación de las fronteras interiores—. No podemos permitir que dañen los cimientos del proyecto europeo y en este caso hay que hacer mucho caso a las reiteradas advertencias del Presidente Juncker. Sigámosle, porque, a nuestro juicio, está en posesión de una verdad que nos afecta a todos.

El marco geopolítico actual en el que se encuentran la Unión Europea y sus Estados miembros viene definido por una creciente inestabilidad y, en estas circunstancias, el Consejo Europeo de 2016 analizará los trabajos realizados para la renovación de la estrategia global de la política exterior y de seguridad.

Señor Presidente, ha hablado de economía y ha hablado de cosas importantes. Yo creo que también es muy importante la mención al desarrollo de la unión económica y monetaria y, en concreto, también al establecimiento de la unión de capitales. España apuesta decididamente por su posición en el Sistema Europeo de Garantía de Depósitos, donde tiene una posición firme y también de carácter europeo.

No tenemos mucho tiempo, señor Presidente. Sencillamente, cuente con España de forma leal y constructiva para que esta crisis, en la que tenemos múltiples problemas, podamos aprovecharla y sea una oportunidad.

Bernd Lange (S&D). – Meine Herren Präsidenten, Herr Ratsvorsitzender! Ich stimme Ihnen zu, dass Europa sich auf die zentralen Elemente der Politik zu konzentrieren hat.

Dazu gehört zweifelsohne die Handelspolitik. In Ihrer Ratspräsidentschaft haben wir sicherlich die Gelegenheit, die Ampel für faire Handelspolitik weiter auf grün zu stellen – in zwei Richtungen. Zum einen hinsichtlich der Stärkung der Entwicklung in weniger entwickelten Ländern. Da haben Sie ja mit der großen Konferenz zu globalen Wertschöpfungsketten in Amsterdam einen guten Start hingelegt, da müssen wir weitermachen.

Wir werden die Frage der Revision der allgemeinen Zollpräferenzen in Ihrer Ratspräsidentschaft haben. Da muss man auch noch einmal genauer gucken, dass man gerade dort stärkt, wo faire Wertschöpfungsketten angesagt sind, wo faire Produktion und die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten und Umweltstandards garantiert werden.

Wir werden auch über die Konfliktrohstoffe reden. Ich hoffe, dass wir gemeinsam sicherstellen können, dass Rohstoffe, die in der Europäischen Union verwandt werden, für faire Arbeitsbedingungen in ihren Herkunftsländern sorgen, und das verbindlich. Dann auch die andere Dimension: Die Frage der Stärkung unserer industriellen Entwicklung hängt von fairer Handelspolitik ab.

Deswegen, Herr Ratsvorsitzender, durchbrechen Sie die Blockade im Rat und lassen Sie moderne Handelsschutzinstrumente Wirklichkeit werden! Es kann nicht sein, dass wir seit April 2014 auf eine Position des Rates warten.

Auch hinsichtlich der Diskussion über den Marktwirtschaftsstatus von China brauchen wir eine klare Perspektive, damit wir auch nach dem Dezember 2016 unsere Handelsschutzinstrumente so einsetzen können, dass Dumping ausgeschaltet wird. Lassen Sie uns auch hier gemeinsam eine vernünftige Perspektive entwickeln.

Ich bin zuversichtlich, dass wir faire Handelspolitik in Ihrer Ratspräsidentschaft nach vorne bringen können.

Roberts Zīle (ECR). – Premjerministra kungs! Ja jums no labi mērķētām prioritātēm izdotos izpildīt tikai vienu: ieviest patiesu Eiropas Savienības robežkontroli un izbeigt iespēju migrantiem tikt pāri robežām — un kur nu vēl pārvietoties tranzītā —, tad jūsu prezidentūru jau varētu nosaukt par veiksmīgu.

Ja Jums izdotos vēl izbeigt dažu dalībvalstu un Eiropas Komisijas bezjēdzīgās pūles ieviest kvazi-automātisku vai citu līdzīgu piespiedu realokācijas sistēmu patvēruma meklētājiem, tas būtu vēl viens solis uz priekšu, un prezidentūra būtu vēl veiksmīgāka.

Jo no šīs sadales nav jēgas! Kāds uzurpējis tiesības Eiropas Savienības vārdā lemt par paša migranta izvēli par to, kurā dalībvalstī iegūt bēgļa statusu. Turklāt pretēji viņa paša gribai, un, beigu beigās, tas nenovērsīs šo migrantu staigāšanu Eiropas Savienības ietvaros, jo viņi ies uz to valsti, par kuru viņi ir samaksājuši kontrabandistiem un kura viņus ir ielūgusi. Un tad to varēs apturēt tikai ar iekšējo robežu ieviešanu, kas sadrupinās Šengenu.

Un, visbeidzot, ja jums enerģētikas prioritātē izdotos arī apturēt *Nord Stream 2* gāzes projektu, tad jūsu prezidentūra būtu vienkārši lieliska!

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident, Herr Ministerpräsident Rutte! Ich habe drei Wünsche an Ihre Ratspräsidentschaft. Ich bin hier ganz hinten in der Mitte, wenn sie kucken wollen, wo ich bin.

Drei Wünsche an Ihre Ratspräsidentschaft, die auch zu dem passen, was sie als Prioritäten genannt haben. Sie hatten zunächst gesagt, es gibt eben die *cost of non-Europe*. Ich beziehe mich da zunächst auf den Luftverkehr, weil ich Verkehrspolitikerin bin. Es gibt eine ganze Menge Kosten, die zum Beispiel deshalb verursacht werden, weil wir keinen einheitlichen europäischen Luftraum haben.

Da gibt es ein Problem: Gibraltar heißt es. Im Grunde genommen würde ich mir sehr wünschen, dass Sie es während Ihrer Ratspräsidentschaft schaffen, zu sehen, dass wir nicht Souveränitätsfragen außen vor lassen, denn das ist ja eine andere Sache – eine diplomatische Aufgabe –, sondern wirklich sehen, wie wir die Verbindungen von Menschen verbessern können. Das ist die eine Sache.

Das Zweite ist die Küstenwache. Die europäische Küstenwache. Diese wäre – Guy Verhofstadt hat es angesprochen – ganz dringend erforderlich, um eben tatsächlich unsere Außengrenzen besser zu schützen. Da ich gerade beim Meer bin: Ich setze mich für Meerespolitik und maritime Wirtschaft ein. Blaues Wachstum ist ein großes Potenzial. Die Niederlande haben eine lange Küste. Ich hoffe, dass wir da gut zusammenarbeiten, und ich denke, wir bekommen gute Resultate hin.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o aprofundamento do mercado único é apresentado como a panaceia de todos os males – o desemprego, a pobreza ou a ausência de crescimento. Sucede que este aprofundamento, para além de impulsionar o ataque a direitos, serviços públicos e funções sociais do Estado, é uma das forças motrizes das desigualdades crescentes entre os Estados-Membros – aliás, como as políticas comuns, o euro e a União Económica e Monetária, uma implacável máquina de divergência.

O instrumento que poderia mitigar esta divergência ou, desejavelmente, contrariá-la – o orçamento da União Europeia – foi reduzido à indigência, é o mais baixo de sempre. Não se vislumbra que a situação se possa alterar durante a presidência holandesa, embora fosse imperioso fazer uma revisão intercalar, que aumentasse substancialmente esse orçamento, mais ainda quando já se percebeu a quem vai servir o plano Juncker – fundamentalmente às grandes potências e aos seus grupos económicos.

Numa zona euro ainda mergulhada na crise, continua a ignorar-se o problema das dívidas da periferia, que estão entre as maiores do mundo e há muito demonstraram a sua e insustentabilidade. Quanto aos refugiados, a União Europeia continua a demonstrar uma das suas faces mais desumanas.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, condivido che al primo posto tra le priorità della Presidenza olandese ci siano migrazione e sicurezza internazionale. Dopo Parigi, dopo Colonia, dopo il bollettino quotidiano sicuramente è la priorità delle priorità. Lei, Presidente Rutte, ha detto che abbiamo bisogno di ridurre il numero dei rifugiati nei prossimi due mesi, che i numeri attuali sono insostenibili. Condivido.

Il problema vero sono però le frontiere esterne. Allora dobbiamo lavorare celermente alla Guardia costiera e di frontiera, far funzionare gli *hotspot* e dobbiamo rendere vivibili le condizioni dei profughi nei paesi di prima accoglienza. Lo ha detto recentemente anche la commissaria Kristalina Georgieva. Se nei campi profughi il 70% dei bambini sfuggiti al massacro siriano non va a scuola, se togliamo quindi ai più giovani una speranza di vita normale, le famiglie si muovono.

Però vede, caro Presidente Rutte, dovrà poi spiegare bene a certi governi e anche a certe parti politiche la differenza che c'è tra questi rifugiati, queste famiglie e i clandestini, *pardon*, migranti economici come vuole il politicamente corretto. Perché vede la confusione è proprio tra questo, tra rifugiati e clandestini, che fa sì che tra i migranti noi abbiamo in certi paesi il 75% di presenza maschile, in altri arriviamo all'85, in certi casi al 90% di uomini. Questo un problema che avevamo messo sotto il tappeto e che è esploso a Colonia.

Ci troviamo ad affrontare problemi enormi e li affrontiamo, come ha detto lei, nel corso di una crisi economica la più drammatica del dopoguerra. Però questa situazione la dobbiamo risolvere, altrimenti non risolviamo neanche i problemi della crisi economica, perché questa situazione fa vacillare Schengen e con Schengen il mercato unico. È un prezzo molto alto. Chiudo con un rammarico: avremmo potuto votare in questa plenaria il PNR, ossia il registro dati passeggeri, mi auguro che lo facciamo nella prossima plenaria. Le auguro buon lavoro e che il suo pragmatismo la guidi.

Isabelle Thomas (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, après lecture du programme de la présidence néerlandaise, je tiens à saluer l'ambition de votre présidence. Mais serez-vous conséquent quant à ses implications budgétaires? Vous ne pouvez ignorer que nous venons de voter un budget 2016 au maximum de ses flexibilités. Alors oui, il faut concrétiser – si je vous lis – notre sécurité avec nos moyens civils et militaires en matière de défense et à nos frontières. Mais avec quels crédits? Alors oui, notre croissance a besoin de projets de recherche financés par l'Union, mais savez-vous que 86 % de bons projets sont refusés faute de moyens, et non d'accessibilité, comme vous l'écrivez. Alors oui, il faut travailler sur le prochain cadre financier pluriannuel, mais nous ne pouvons pas pour autant passer outre la révision du cadre actuel, pas seulement parce que la révision est inscrite dans le MFF – *a deal is a deal, as you said* –, mais aussi pour poursuivre la lutte contre le chômage des jeunes, dont les crédits d'engagement sont suspendus pour 2016, pour relancer la recherche européenne, qui est une condition de la croissance, pour financer nos mesures de sécurité commune, et tout ce que je ne peux pas dire en une minute.

Je finirai en précisant que lorsque l'on ne paie pas 17 milliards d'euros de factures, la flexibilité ne suffit pas: il faut trouver de nouvelles recettes pour l'Union.

Timothy Kirkhope (ECR). – Mr President, rarely has there been a tougher time than the EU is facing now, so it is a tough time to hold the Presidency: a security crisis, a migrant crisis, a Europe in need of economic recovery and renegotiations with the UK. But I am an optimist and I think we can overcome these challenges. I am encouraged by the Dutch Presidency's key proposal to chair a Union that focuses on the essentials. It may not be the most dynamic of aims for a Presidency, but doing less and doing it better, and aiming for simplicity over grand gestures, is the key to good lawmaking and finding the necessary solutions to our collective challenges.

As rapporteur for the migrant relocation mechanism, I encourage a sensible and measured approach to the upcoming proposals for Dublin, the Schengen code, resettlement and security. I hope that this is a Presidency that will also deliver the better regulation for a better Europe that we all seek.

Fredrick Federley (ALDE). – Herr talman! Välkommen premiärministern från Nederländerna till Europaparlamentet. Jag är som alltid glad när det är liberaler som har en ledande position i Europa. Särskilt i denna tid är det viktigt att vi har liberaler på tunga positioner, för vi ser hur en våg av nynationalism väller in över Europa och vi vet att receptet för att skapa konflikter, det är mer av nationalism och det är ekonomisk stagnation. Det skapar associaa motsättningar. Det gör att vi ställer grupper emot varandra.

Den migrationsutmaning som vi står inför kommer sig mycket av att vi inte på europeisk nivå har lyckats lösa de här frågorna. För tar vi mängden människor som kommer – med den ekonomiska förmåga vi har hade vi kunnat hantera detta på ett ansvarsfullt och humanistiskt sätt.

Istället pratar vi idag om att bygga gränser runt Europa, vi pratar om att bygga gränser mellan EU:s medlemsländer och det är en direkt konsekvens av nynationalism och ekonomisk stagnation. Jag sätter stort hopp till att det holländska ordförandeskapet klarar att guida oss igenom både ekonomiska och migrations- och säkerhetspolitiska utmaningar.

András Gyürk (PPE). – Miniszterelnök Úr! Képviselőtársaim! Az energiaunióról szóló parlamenti jelentés néppárti felelőseként üdvözlöm, hogy a holland elnökség prioritásai között szerepel az előrettekintő klíma- és energiapolitika. Egyetértek azzal, hogy Önök kiemelten kívánják kezelni a fenntarthatósági célkitűzések megvalósítását és a 2015-ös párizsi klímacsúcsból fakadó feladatok végrehajtását. Azt gondolom ugyanakkor, hogy ha energiapolitikáról beszélünk, akkor szólnunk kell az európai ipar nemzetközi versenyképességének védelméről is. A magas energiaárak, adminisztratív terhek és a nem megfelelő kereskedelempolitika következtében az európai energiaintenzív iparágak veszélyben vannak. Ezért is üdvözlöm, hogy a Bizottság február közepén szervez egy konferenciát az energiaintenzív iparágak előtt álló kihívásokról, és bízom abban, hogy kézzel fogható hozadéka lesz ennek a találkozónak.

Arra kérem ugyanakkor a holland elnökséget, hogy a klímapolitika mellett az iparpolitikai és a kereskedelempolitikai megfontolások is szerepeljenek kellő hangsúllyal az agendáján. Jó példa lehet erre az emissziókereskedelmi rendszer folyamatban lévő reformja során a szénszivárgásnak kitett iparágak megfelelő kezelése. Vagy hosszabb távon, a határon történő szén-dioxid-kiigazítás lehetőségének megvizsgálása. A kereskedelempolitikai döntések meghozatalakor pedig törekedni kell arra, hogy azon harmadik országokból származó termékek, amelyek csak azért versenyképesebbek az Európában előállítottaknál, mert kevésbé szigorú környezetvédelmi vagy pl. munkaerő-védelmi előírásoknak kell megfelelniük, ne tudjanak az Európai piacokra betörni.

Miniszterelnök úr! Meglátásom szerint csak a klímapolitikai, iparpolitikai és kereskedelempolitikai szempontok együttes teljesülése biztosíthatja Európa gazdasági növekedését és szolgálhatja további munkahelyek létrehozását.

Richard Corbett (S&D). – Mr President, I would like to thank Prime Minister Rutte for an impressive speech with a historical sweep, which reminded us that Churchill was among those who launched the process of European integration, something the current crop of British Conservatives seem to have forgotten.

But, Prime Minister, you went on to focus criticism, where it seems that you agree with them, on the alleged problem of excessive regulation that the European Union inflicts on Member States. There are three things wrong with that analysis. First, the Union only ever has legislation if national ministers in the Council have agreed that it is necessary to have common rules. Second, when we get it right, common rules are an exercise in cutting red tape for businesses by having a single set of rules, instead of 28 divergent ones. Third, those rules are about making our market fair. We have common rules to protect consumers, to protect workers, to protect the environment and to ensure fair competition. When we get it right, appropriate regulation is not a burden, but is an asset.

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident! Herr Präsident Juncker hat uns in seiner Geschichtsstunde am 9. September 2015 aufgeklärt: Flucht und Flüchtlinge gehören zu Europa.

Nach den Ereignissen in der Silvesternacht 2015 auf der Kölner Domplatte muss auch Präsident Juncker umlernen – das war ein Menetekel. Aber einen Satz aus Junkers Geschichtsstunde möchte ich unterstreichen: Wir brauchen mehr Europa in unserer Asylpolitik. Wir brauchen in Europa ein gemeinsames stringentes Asylrecht. Aus zwei Gründen: Bei unterschiedlichem Asylrecht in der EU wird man das eine gegen das andere ausspielen. Um die Asylgesetze haben sich Begleitgesetze gebildet, die das primäre Asylrecht aushebeln können und damit wirkungslos machen.

Ich wünsche mir, gerade für diejenigen, die wirklich Asyl zum Überleben brauchen, ein striktes Asylgesetz. Wir müssen den Menschen helfen, die unsere Hilfe am dringendsten nötig haben. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie machen sich um Europa verdient, wenn Sie die Aufgabe eines gemeinsamen Asylrechts anpacken und zu Ende bringen.

Мария Габриел (PPE). – Г-н Председател, Холандия поема председателството на Европейския съюз в един исторически за европейската интеграция момент. Изправени сме пред предизвикателства, с чието преодоляване ще затвърдим или не способността на Европейския съюз да превръща трудностите във възможности и да излезе и този път по-силен след криза.

В този контекст, ако Холандия успее да бъде медиатор в постигането на компромиси, но има смелостта да защитава твърдо общите ни европейски достижения, решителна крачка напред ще бъде направена.

В тази връзка има четири акцента: в областта на миграцията – важно е да отидем отвъд спешните мерки. Говорим за дългосрочни такива. Добре е, че Председателството се концентрира върху механизма за преместване. Но би ми се искало да чуя нещо повече за листата със сигурни страни на произход. Приоритет трябва да бъде и съхраняването на Шенген и приемането в него на страни, като България, които успешно охраняват границите.

В областта на борбата с тероризма – основно препятствие остава предпазливостта на държавите да си сътрудничат и обменят данни. Какво ще предприеме Председателството, за да насърчи обмена на информация между националните служби за сигурност и европейските бази данни? Нужна е оперативна съвместимост, но и взаимно доверие. Другият въпрос е свързан с ролята и необходимостта от по-голяма видимост на Европейския координатор за борбата с тероризма. Смята ли Председателството да предприеме стъпки в тази посока?

Още два въпроса – трафикът на хора. 2016 година е ключова: изтича стратегията на Комисията; предстои работа по докладите за постигнатия напредък и прилагането на директивата в тази област. Този въпрос трябва едновременно ясно да бъде разграничен, но и третиран наравно с другия също толкова страшен феномен, какъвто е борбата с контрабандата на мигранти.

И накрая не мога да не споделя с Вас, г-н Министър-председател, разочарованието си от невключването в програмата Ви на единственото законодателно досие за равенството на половете, а именно Директивата за жените в управителните съвети на дружествата. Искане ми се да вярвам, че и през Вашето председателство няма да се отдалечим от крайното положително решение.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, la présidence néerlandaise commence à un moment où, sous la présidence luxembourgeoise, beaucoup a été fait sur la question de la lutte contre le terrorisme, notamment avec les négociations qui ont été engagées pour faire adopter le PNR. Un volet tout entier – celui de la lutte contre le financement du terrorisme – reste à défricher. Sur ce sujet, je n'ai pas entendu de votre part une détermination ou des orientations assez claires. Pouvez-vous nous dire ce que vous entendez faire sous votre présidence dans ce domaine?

De la même manière, j'imagine que votre présidence ne va pas rester insensible à la décision que la Commission européenne a prise au sujet d'un système fiscal existant en Belgique. En effet, dans ce domaine, en cohérence et en écho avec les travaux menés dans ce Parlement européen par la commission TAXE à la suite du scandale de LuxLeaks, il me semble que beaucoup est à faire et à entreprendre, non seulement dans l'Union européenne tout entière, mais aussi dans votre pays. Vous pourriez profiter de votre présidence pour montrer l'exemple, y compris pour répondre aux demandes constantes de ce Parlement européen pour faire que la déclaration pays par pays soit adoptée dans de bonnes conditions, c'est-à-dire rendue publique.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, I would like to say to the Prime Minister that we know that we are in a very difficult time, we are under pressure, but this pressure can be used as the way finally to get good decisions. I hope, Prime Minister, that good decisions will come from your Presidency in months to come.

Let me mention two areas. Firstly, unlike Mr Lambert, I believe the commitments of your Presidency to tackle the programme of taxation in Europe. Due to work done by the Commission and Parliament, we can make and achieve huge progress in months to come and I hope your finance minister will share the commitment presented at the meeting of the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) and will push it through.

At the same time I want to remind that the anti-BEPS directive that is currently being prepared by the Commission is only a partial solution to the problem. I would like to ask you to show commitment and dedicated energy to getting support for the CCCTB project in the Council and I hope you will succeed.

More importantly for our citizens, let me talk about migration. On migration we just do not need words and meetings, we need solutions. We have good proposals, we have good tools and we just have to implement them. Let me mention all of them or most of them: protection of the borders, a list of safe countries, treaties with our neighbours, better law enforcement, a repatriation programme and fair sharing of the cost. I would kindly ask you to really act on time. We need a quick solution for a better future, not just meetings, not just declarations, but a solution. I hope you will use your experience and your credibility to secure the necessary agreement in the Council.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un doveroso augurio alla Presidenza olandese, con l'aspettativa che sappia davvero costruire quel punto di interesse comune, il punto d'interesse comune europeo sulle grandi questioni, a partire da quelle delle migrazioni, e sappia anche chiedere al Consiglio di essere un'istituzione seria, cioè un'istituzione che fa quello che ha deciso di fare davanti agli occhi dei cittadini nelle sue conclusioni, perché ne va della credibilità dell'Europa. Chiediamo di battersi contro lo sfaldamento di Schengen, perché quello è l'inizio di altri sfaldamenti, della distruzione di altre pietre miliari dell'Unione europea, come c'ha ricordato questa mattina il Presidente Juncker.

Le chiediamo anche, signor Presidente, che ponga particolare attenzione ad alcuni temi nel suo programma. Parto da quello dell'innovazione legata anche al piano delle ricerche. Sappiamo tutti qui, in quest'Aula per le grandi battaglie che abbiamo fatto, che il nostro bilancio pluriennale ha fatto poche scelte qualificanti. Una di queste è *Horizon*. Abbiamo investito lì molte risorse perché valgono per la scienza, valgono per le sfide sociali, valgono per l'industria, per la competitività e la ripresa economica. Voi dovete fare a metà, diciamo, di questo piano di *Horizon* una valutazione, una semplificazione, ma anche, secondo me, una grossa concentrazione degli obiettivi. Non perdiamo una delle poche scelte qualificanti di questo bilancio europeo e valorizziamolo al massimo. Confidiamo in questo lavoro della Presidenza e l'appoggeremo.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, queria, em primeiro lugar, cumprimentar a Presidência holandesa pelo seu programa. É um programa muito ambicioso e que está no caminho essencialmente certo.

Gostava apenas de sublinhar dois aspetos. O primeiro tem a ver com a questão dos refugiados e, portanto, com o problema das migrações, e aqui, sinceramente, gostava de ver um maior empenho da Presidência holandesa na criação de uma guarda de fronteiras e de uma guarda costeira, porque acho que esse é o pilar essencial, por um lado, para defendermos as nossas fronteiras, mas para criarmos também aquilo que será o embrião de uma política de segurança e até de uma política de defesa da União Europeia. Se nós tivermos esta força, que é uma força em parte militar, em parte policial, a funcionar – e infelizmente os resultados do Conselho de dezembro foram decepcionantes – penso que nós podemos dar um grande passo em frente em matéria de proteção das nossas fronteiras e em matéria de defesa do estatuto dos refugiados, e até de política de migração para a União.

O segundo aspeto é um aspeto mais negativo e tem a ver com a questão do comércio internacional. É que eu verifico que nas prioridades da Presidência holandesa não há espaço para o Mercosul. O Mercosul fez, no ano passado, a sua oferta à União Europeia. Como é que pode a Presidência holandesa deixar para trás países como o Brasil, a Argentina, o Uruguai e o Paraguai? Como é que pode haver aqui uma aposta, como nós vemos, no caso, por exemplo, do México, na renegociação, e se esteja a criar o espaço comercial mais importante da América Latina, e a UE esteja completamente em paralisia?

Isto é estranho, especialmente vindo da Presidência holandesa, que tem relações históricas com o Brasil e que tem o espaço de Suriname e das Antilhas holandesas mesmo nesta frente. É estranho que um país com esta tradição tenha esquecido o Mercosul.

Jutta Steinruck (S&D). – Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, Sie haben Recht: Die EU muss endlich im Alltag der Menschen ankommen, und zwar positiv. Europäischer Alltag bedeutet auch, nicht in Armut leben, eine gute Arbeit haben und auch eine, von der man leben kann. Um die Zweifel der Menschen an Europa auszuräumen, muss Fairness das Leitmotiv Ihrer Präsidentschaft sein. Das heißt ganz konkret Armutsbekämpfung, faire Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wir brauchen schnellstmöglich das Mobilitätspaket inklusive einer Revision der Entsenderichtlinie. Die Schlupflöcher, die die Ausbeutung und den Unterbietungswettbewerb zulassen, müssen endlich geschlossen werden. Das gilt auch für den digitalen Binnenmarkt. Der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist hier ebenso wichtig, und der muss auch ebenso wichtig sein wie die wirtschaftlichen Freiheiten.

Die Probleme sind bekannt. Gehen Sie sie an! Es ist wichtig, dass wir die Menschen in Europa weiterhin vom Projekt Europa begeistern.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče nizozemske vlade, Vaše predsjedanje dolazi u teškim trenucima kada je Europa puna briga te suočena s krizom izvana i iznutra. Očekivanja su visoka, a mi očekujemo europsko jedinstvo, ali i europsku odlučnost. Shvatili smo Vaše prioritete i naravno, prije svega sveobuhvatni pristup migracijama i međunarodnoj sigurnosti. Nestabilnost izvan Europske unije svakako povećava sigurnosne rizike uključujući i terorizam. Svjesni ste da su događaji u Parizu pojačali brigu oko ovih problema. Striktna kontrola naših granica je svakako neophodna, a ona uvjetuje da odlučno implementirate paket mjera u vezi migracija koji je predstavila Komisija.

Osobno vjerujem da će Schengen opstati, ali trebate uzeti u obzir da se neke države članice EU-a, poput Hrvatske, iz koje dolazim, još uvijek zalažu kako bi ispunile kriterije za Schengen, a mi ovdje govorimo o njegovu ukidanju i o tome kako je ugrožen.

Svakako treba uspostaviti čuvanje vanjske granice, implementirati akcijski plan s Turskom, jer je evidentno da drugog rješenja nema. Podržavam Vaš drugi prioritet, Europa kao inovator i stvaratelj novih radnih mjesta, posebno se ovdje obraćam s obzirom na zapošljavanje mladih.

Također, podržavam Vaš treći prioritet - zdrave financije, snažna eurozona. Vodite računa o poreznoj politici. Očekuje se Vaše djelovanje vezano za mala i srednja poduzeća i konkurentnost u odnosu na multinacionalne kompanije. Vaš dugoročni cilj klimatske i energetske politike također je jasan - dakle, kombinacija kratkoročnih i dugoročnih ciljeva može dovesti do dobrog predsjedanja.

Ne bih ovdje htjela zaboraviti jednakost spolova koju ne spominjete u vašem programu o sudjelovanju žena u upravama tvrtki. Smatram da je to jedan od najvažnijih stupova društva. Možda ste u Nizozemskoj postigli te kriterije, međutim očito u EU-u to još nismo postigli.

Péter Niedermüller (S&D). – Miniszterelnök Úr! Önök egy kitűnő, minden fontos kérdésre kiterjedő, professzionális programot állítottak össze. „Business as usual” mondhatnám, csak éppen a helyzet nem az. Az Európa Unió történetének talán legnagyobb válságát éli át. A populizmus és a bezárkózás kultúrája, politikája egyre terjed. Európa újra megosztottá vált, mintha a berlini fal sosem omlott volna le – Nyugat-Európa, Kelet-Európa. Nézze meg Miniszterelnök úr, mi történik a kelet-európai tagországokban. Ezeknek az országoknak az Európai Unió egykor példát és reményt jelentett, ma pedig hátat fordítanak neki és megvetik az alapvető európai értékeket. Ugyanakkor több millió európai érzi úgy, hogy az Európai Unió cserbenhagyta őket, hogy az Unióban nincs elég politikai és morális bátorság, hogy szembe forduljon a populista kormányokkal, hogy megvédje azt, amit lassan hatvan éve építünk, hogy megvédje az alapvető értékeinket.

Mit mondanak Önök ezeknek a polgároknak, mit üzennek nekik? Én Hollandia nagy csodálója vagyok, és tiszta szívemből remélem, hogy Önöknek lesz elég ereje és bátorsága, hogy szembenézzenek ezzel a kihívással.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, both we and Prime Minister Rutte have a lot of important challenges ahead, and we risk forgetting that some of these challenges are more important than others. Prime Minister, your Presidency's most important challenge will be very fundamental: to keep the Union together.

Everything that we have been able to achieve is in some way challenged at a time of many centrifugal powers in the Union and in Europe. Member States that are not following the rules should be forced to stick to the rules, not by making the European Parliament a political court, but by ensuring that we follow the legal procedures. The refugee situation must be dealt with; the well-functioning border controls; an asylum process that we need in order to ensure that everyone can and will take their responsibilities. We need to ensure that the British, when they vote, have every opportunity and every reason to vote in order to stay in the European Union.

We all know who would be the most happy ones if Europe is disintegrating, and we have no reason to make those dark forces happy. You need to stick to a strong European Union regarding the challenges we have to the European peace order coming from Russia. A lot of people say that we should go back to business as usual and I can support that, but we cannot do that until business is as usual, and that means that Russia needs to respect European and international laws and agreements. They need to stick to the rules that make it possible to have business as usual.

Roberto Gualtieri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Primo ministro, rilanciare la crescita e l'occupazione è, insieme alla crisi dei rifugiati, la principale priorità dell'Unione. Come ha ricordato il Presidente Juncker la ripresa economica è in atto ma è ancora insufficiente. Trovo apprezzabile nel programma della Presidenza olandese l'impegno a portare avanti il progetto dell'unione del mercato dei capitali e il completamento dell'unione bancaria, a partire dal sistema europeo di garanzia dei depositi. Unione del mercato dei capitali e unione bancaria sono essenziali per la crescita e la stabilità ed è bene ricordare che la condivisione del rischio attraverso i mercati dei capitali e del credito è in sé uno strumento per la sua riduzione.

Ulteriori passi, se ragionati ed equilibrati, per la riduzione del rischio possono essere esaminati ma anticipare soluzioni prima e al di fuori del quadro internazionale di Basilea sarebbe inaccettabile e controproducente. Infine, occorre sapere che specialmente di fronte alla crisi dei mercati emergenti l'Unione deve rafforzare la sua domanda interna. Il consolidamento fiscale deve essere sostenibile e non affossare la ripresa e i paesi con più spazio fiscale devono usarlo. E quanto più uso faranno tanto più saranno credibili nel chiedere ad altri il rispetto delle regole.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, θεωρώ ότι η ολλανδική προεδρία έχει ενώπιον της σημαντικές προκλήσεις και ότι οίγουρα πρέπει να δώσει προτεραιότητα στο προσφυγικό πρόβλημα. Για μας δεν αποτέλεσε και δεν αποτελεί καμία έκπληξη το γεγονός ότι η Τουρκία, για μια ακόμη φορά, δεν τήρησε τα συμφωνηθέντα. Πολύ ορθά, ο Επίτροπος της Ευρωπαϊκής Ένωσης κύριος Hahn, επισήμανε επίσης ότι η Τουρκία για μια ακόμη φορά δεν τηρεί και δεν αναγνωρίζει αυτά τα οποία συμφωνήθηκαν.

Αλλά πείτε μου πότε η Τουρκία τήρησε τα συμφωνηθέντα. Μήπως όταν υπέγραφε η Τουρκία το πρωτόκολλο της Άγκυρας για τις κυπρογενείς της υποχρεώσεις το οποίο αρνείται μέχρι σήμερα να υλοποιήσει; Μήπως όταν, αδιαφορώντας πλήρως για τις αρχές και τις αξίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα όχι μόνο εντός της Τουρκίας αλλά και εκτός της Τουρκίας και ιδιαίτερα στην Κύπρο; Όταν διατηρεί στρατό κατοχής σε ευρωπαϊκό έδαφος; Όταν ποτέ μα ποτέ δεν τήρησε και δεν σεβάστηκε καμία συμφωνία στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο;

Πιστεύω ότι και για το προσφυγικό, ο χαρακτηρισμός που αρμόζει στο θέμα της Τουρκίας στις σχέσεις με την Ευρωπαϊκή Ένωση αποδίδεται με μόνο μία λέξη: κοροϊδία. Κοροϊδία των συμφωνηθέντων, διότι ενώ η Ευρωπαϊκή Ένωση προσέτρεξε και άνοιξε το κεφάλαιο 17 για την Τουρκία, η Τουρκία έγραψε τα συμφωνηθέντα στα παλαιότερα των υποδημάτων της. Δεν σεβάστηκε και δεν αναγνώρισε τίποτα. Αν κάποιος εξετάσει τη γεωγραφία της περιοχής, τότε θα δει τις τεράστιες ευθύνες της Τουρκίας για το προσφυγικό. Τα τουρκοσυριακά σύνορα απέχουν πολύ μακριά, εκατοντάδες χιλιόμετρα, από τις ελληνικές ακτές, και όμως η Τουρκία αφήνει τους πρόσφυγες ανεξέλεγκτους να φτάσουν μέχρι εκεί. Αυτή είναι η Τουρκία: αντί να βοηθά στην επίλυση του προσφυγικού, χτυπά και ισοπεδώνει τους Κούρδους που είναι οι μοναδικοί που ουσιαστικά μάχονται ενάντια στην τρομοκρατία.

Εγώ θα καλέσω την ολλανδική προεδρία όχι μόνο να πιέσει αλλά και να πείσει την Τουρκία να υλοποιήσει τις κυπρογενείς της υποχρεώσεις έναντι της Κύπρου. Θα καλέσω την ολλανδική προεδρία να ενισχύσει τον πρόεδρο της Κυπριακής Δημοκρατίας, τον Νίκο Αναστασιάδη και να στηρίξει τις ειλικρινείς του προθέσεις για την επίλυση του κυπριακού προβλήματος. Θα της ζητήσω να σταθεί και να συμπαρασταθεί έστω και αυτή τη όση στιγμή σε μια χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης η οποία υφίσταται κατοχή κατόπιν εισβολής από χώρα με την οποία θέλουμε να συνεργαζόμαστε και την οποία θέλουμε να θεωρούμε αξιόπιστο εταίρο. Η Τουρκία – αν κρίνουμε από τις πράξεις της – δεν ήταν, δεν είναι και δεν μπορεί να γίνει αξιόπιστος εταίρος της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, the Dutch Presidency has a chance to bring real and positive change on two issues that I would like to highlight. First of all, a continuing development of the Energy Union. Central to this is to ensure continued development of renewable energy sources and linking the electricity market of Europe better and closer, to bring costs down for European citizens and companies. The North Sea offers Europe an unparalleled opportunity to generate 8% of our electricity supply from wind and other renewables by 2030, while at the same time realising savings of EUR 5 to 13 billion a year. In short, I believe the Dutch Presidency should bring the countries surrounding the North Sea together and go for that vision.

Finally, I think we need to deliver on the fight against tax fraud. In 2016, Europe needs to deliver on the conclusions of the European Parliament TAXE 1 Committee. The Council especially must now recognise a need for across-the-board country-by-country reporting. We need to fight tax fraud; we need tax justice now.

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Premierze! Prezydencja zawsze ma swoje ambitne priorytety, a później życie weryfikuje jej rzeczywiste cele. Wydaje mi się, że po pierwsze prezydencja będzie musiała się zmierzyć z problemem migracji, a w szczególności uszczelnienia granicy zewnętrznej Unii Europejskiej. To jest warunkiem koniecznym do utrzymania swobody przepływu osób i towarów, a tym samym całego wspólnego rynku, i utrzymania strefy Schengen. Potencjalne koszty likwidacji strefy Schengen – zarówno dla obywateli, dla firm, jak i dla sektora usług transportu i wielu innych – zostały między innymi przedstawione przez pana przewodniczącego Junckera.

Drugim kluczowym politycznym zagadnieniem będą negocjacje związane z Wielką Brytanią i potencjalnym Brexitem. Negocjowane zmiany będą rzutowały nie tylko na relacje Unia Europejska–Wielka Brytania, ale również na przyszłość całej Unii. Trzeba pamiętać, żeby były akceptowalne dla wszystkich członków, wszystkich stron i wszystkich krajów i żeby nie podważały podstaw, na których oparta jest Unia Europejska, na przykład prawa do świadczeń społecznych tych, którzy pracują jako migranci w Wielkiej Brytanii.

Po trzecie, musimy sobie odpowiedzieć na pytanie, co dalej z europejską polityką klimatyczną po COP w Paryżu. Unia Europejska prowadzi najbardziej zaawansowaną politykę klimatyczną, jednak nie wszyscy ją podzielają. Chcemy być liderem, ale nie wszyscy chcą to uznać. Po ustaleniu szczytu przyszedł czas na urealnienie tej polityki, co nie znaczy, że nie mamy być ambitni, ale że nadmiar ambicji będzie często szkodliwy dla gospodarki, chociażby przez ucieczkę emisji („carbon leakage”), co grozi przemysłowi Unii Europejskiej.

Po czwarte, chciałem zwrócić uwagę na potrzebę pracy nad pakietem dotyczącym gospodarki o obiegu zamkniętym (gospodarki recykulacyjnej) – projektem, który ma wielki potencjał znaczącego przemodelowania gospodarki Unii.

I po piąte, przegląd wieloletnich ram finansowych. Pytanie, czy utrzymamy dotychczasowe zasady? Czy nie będzie presji na nieracjonalne zmiany?

Kathleen Van Brempt (S&D). – Met een aantal dingen die u gezegd heeft ben ik het eens, met name dat Europa relevant moet zijn, dat Europa resultaten moet afleveren, maar ook dat Europa zijn beloftes moet nakomen. Ik wil het over een heel belangrijke belofte hebben. U heeft er welgeteld een halve zin aan besteed maar afgelopen jaar, eind 2015, hebben we in Parijs een onwaarschijnlijk belangrijk klimaatakkoord gesloten, waarbij de Europese Commissie trouwens een heel belangrijke rol heeft vervuld. Ik heb daarover toch wel een vraag. De komende zes maanden zal het heel belangrijk worden om dat akkoord in Parijs, dat ambitieus is - want we willen eigenlijk naar niet meer dan anderhalve graad -, om te zetten in eigen doelstellingen. De doelstellingen die we eerder hebben afgesproken, zullen onvoldoende zijn en moeten worden aangescherpt. Ik vraag me af of u als Nederlands voorzitterschap (want u heeft toch zelf niet zo'n bijzonder goede *track record* inzake klimaat) de moed en de sterkte zult hebben om die aanpassingen te doen en een ambitieus klimaatbeleid op poten te zetten.

Pavel Poc (S&D). – Pane premiére, nejste první předsednictví, která má v programu přimět Evropskou komisi konečně stanovit kritéria pro endokrinní disruptory. Já vás prosím, doufám, že vy budete to předsednictví, které nám konečně pomůže tohle prosadit, protože tyto látky nás zabíjejí. Zabíjejí evropskou populaci a jsem rád, že mezi těmi velkými problémy migrace a podobně zůstalo i životní prostředí. Děkuju vám za to, rádi vám pomůžeme, pomozte i vy nám. Jsem strašně spokojen, že je ve vaší vůli řešit otázku antimikrobiální rezistence. Pokud ji nevyřešíme, naše zdravotní systémy ztratí antibiotika a ten tlak, který na ně bude, je neskutečně obrovský. Co se týká vaší priority zdravých evropských financí, pane premiére, možná by stačilo, kdyby v Holandsku skončila praxe *mailbox companies* a daňových dohod. Stačí, když začnete doma.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señor Presidente, señor Primer Ministro, el señor de Grandes hablaba en nombre de España. Yo no seré tan osada. No voy a hablar en nombre de un país, pero creo que sí puedo reproducir aquí el sentimiento de una gran parte de la ciudadanía española y europea. Y es la necesidad de que seamos capaces, entre todos, de resolver las grandes crisis que hoy tiene Europa.

Aquí se ha hablado de la crisis de los refugiados, se ha hablado de la lucha contra el terrorismo, pero también hay cuestiones fundamentales que, desde su Presidencia, ustedes tendrán la gran responsabilidad de resolver. Hablemos de la necesidad de impulsar la agenda social. Hablemos de las reformas en materia económica para posibilitar un crecimiento justo, para posibilitar la creación de empleo y que podamos devolver las oportunidades perdidas a tanta y tanta gente que está esperando de nosotros actuaciones concretas y urgentes.

Y tampoco olvidemos que la política de igualdad es algo fundamental: la política de igualdad entre hombres y mujeres —la mitad de la población europea—, las Directivas que hoy están bloqueadas en el Consejo y que ustedes tendrán la gran responsabilidad de sacar adelante.

Clare Moody (S&D). – Mr President, Europe represents hope for the future of Britain, whether it is about trade, protecting workers' rights, the environment, our security or maintaining a powerful voice in the world. Your priorities demonstrate the reason why Britain's future should be in the EU.

I welcome the commitment to delivering fairness in the workplace and the importance of investment into research and innovation as well as the need to teach new skills for the fast-evolving digital economy. Our future lies in a knowledge economy with fairly rewarded and fairly treated workers. The EU's investment in research provides for new materials for manufacturing, for breakthrough treatments for cancer, and creates jobs in the vibrant digital sector. I look forward to the work of the Dutch Presidency and what it will deliver to reinforce Britain's place in the EU.

(Applause)

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Primeiro-Ministro, saúdo o ambicioso programa da Presidência holandesa da União Europeia e a capacidade de escolha que ele demonstra. São quatro prioridades, mas são quatro prioridades que, para serem tratadas com resultados, implicam a mobilização de todos os recursos e de todas as agendas da União Europeia.

Responder aos desafios das migrações e às ameaças de segurança é uma prioridade fortemente interligada com a confiança de uma aposta bem-sucedida na inovação e na criação de emprego. Ao mesmo tempo, a inovação e a criação de emprego beneficiarão da liderança assumida na concretização da Agenda do Clima, aprovada em Paris, e da aposta na tradição energética e na revolução digital.

Mas queria, Senhor Primeiro-Ministro, apontar uma falha também na prioridade da sua presidência: os tratados comerciais. A Holanda tem uma forte tradição nos tratados comerciais. Era muito importante o avanço na parceria transatlântica e no Mercosul. Apelo a que o Mercosul seja uma prioridade da Presidência holandesa.

István Ujhelyi (S&D). – Tisztelt Miniszterelnök Úr! Ha tegnap abból a székéből a lengyel miniszterelnök asszony, néhány hónappal ezelőtt a magyar miniszterelnök ugyanilyen, európai értékekből táplálkozó felelős beszédet tartott volna, akkor kevesebb problémának néznénk elébe itt az Európai Unióban. Tetszett a beszéd, de mégis olyanra kell rákérdeznek, amiről nem beszélt. Mert egy vagyok – magyarként – annak a 105 millió új európai uniós állampolgári közösségnek a tagjaként, egy vagyok azok közül, akik aggódnak amiatt, mert mást sem olvasunk hetek, hónapok óta, mint hogy a holland elnökség konkrét lépéseket tervez tenni a kétsebességes Európa – a mag és a kizoruló félben lévő, perifériára kerülő országok Európája – érdekében. Elnök úr, tervez-e ilyen lépéseket? Mert akkor mi nagyon nehéz helyzetbe kerülünk. Mert néhány felelőtlen, populistá kelet-közép-európai kormányfő helyett nem büntethetik ezt a 105 millió állampolgárt. Erre adjon nekem választ.

Tanja Fajon (S&D). – Naredite končno nekaj glede Evrope. To mi je ravno napisal moj sodržavljan Slovenije na Twitter.

Začetek vašega predsedovanja, gospod premier, je ključen, morda celo prelomen. Od vas bo odvisno, kam bo šla Evropa, in v težkih časih ste prevzeli predsedovanje.

Sami ste rekli, da nam zmanjkuje časa, zato pričakujem, da boste svoje kolege takoj zelo jasno postavili pred dejstvo, da brez delujočih ukrepov ne bo Schengna, nastala bo izjemna gospodarska in politična škoda.

Nisem slišala, da bi omenili Zahodni Balkan. Ob vseh težavah, s katerimi se spopada regija na poti v Unijo, stabilnost in že tako krhke odnose močno načenja še balkanska pot z begunci, zato vas pozivam, da več naredite za pomoč regiji, tudi na makedonsko-grški meji.

In ko omenjam gospodarsko škodo. Potrebujemo delovna mesta, rast. Veliko boste naredili, če zajezite davčne goljufije in oaze, zmanjšate regulacijo, da bodo lahko zadihala posebej majhna in srednje velika podjetja.

Želim vam veliko sreče, predvsem pa zelo odločno vodenje!

Evelyn Regner (S&D). – Mr President, tax fraud by multinationals on a grand scale, social dumping and refugees being treated beyond all principles of fundamental rights: those are the challenges of your Presidency right now, and all those problems cannot be solved at national level – not in the Netherlands, not in Austria, not in Poland. You said you were born in 1967, being part of an optimistic generation, so use your time in the Presidency to work on the willingness of Member States to ensure they do not act selfishly, narrow-mindedly and trying to find solutions at national level. It is absolutely strange to find solutions at national level concerning the refugee crisis. We have to do that all together, and it is your responsibility right now to take this chance again and repeat it to work against tax fraud, social dumping and those national refugee crisis solutions.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ*Präsident*

Jean-Claude Juncker, *Präsident der Kommission*. – Sehr verehrter Herr Präsident! Ich habe diese Woche dreimal hier im Haus reden dürfen. Man hat Ministerpräsident Rutte so viele Fragen gestellt, dass ich es für angebracht halte, dass ich ihm meine Redezeit abtrete.

Mark Rutte, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I would like to thank everyone very much. There have been so many questions that I feel awful for the fact that I can only try in 10 minutes to answer a couple of them, but I can assure you that I made many notes. We will study them carefully, so nothing will be lost. Everything will be studied. Not everything will be taken on board – that will be difficult – but there have been many insights which we will make full use of in making a success of our Presidency.

First of all, thanks to the President of the Commission for his words of encouragement and support. I think one of the issues he highlighted is the question of Schengen and how we proceed with it. There were also questions from Mr Lamberts, from Mr de Grandes Pascual, from Ms Toia and others on this, and this all has to do with the question of how we deal with the refugee crisis in the coming weeks. I think we have to do two things at the same time. We have to make a success of the package, the proposals the Commission put forward on border control, on a voluntary settlement scheme and some of the other proposals, to bring them forward as soon as possible. It will not happen in the next six to eight weeks; we will need more time to do that, whilst at the same time for the next six to eight weeks we have to make sure that we get the current influx of refugees under control.

How should we do this? There were many questions from Ms de Lange, Ms Sippel, Ms Gardini, Mr Rangel, Ms Šuica and many others – Mr Zimmer, Mr Verhofstadt. It is my intention to work, with the Commission and with my colleagues on the Council, very closely with Turkey to make a success of the Turkey-EU agreement. It needs to be seen to deliver in terms of lowering the numbers very considerably in the next six to eight weeks, while at the same time we have to make a success out of the relocation scheme which has been agreed, yes, I know by QMV, at the October Joint Council.

This is what we have to do in the next six to eight weeks, at the same time working on the more fundamental questions of border control, and the more fundamental questions of resettlement, of voluntary settlement, in the future. But we have to make a clear distinction. I believe that everybody wants to keep Schengen on board. Here I would say in reaction to Jean-Claude Juncker and others mentioning this issue that, in my view, what is now happening in Denmark, Sweden and other countries is not about closing Schengen or making sure that Schengen is no longer valid. I think what these countries are doing is trying to deal with the crisis at the moment. It is all temporary. It is not a full closure of these borders, and we have to make sure that we do deliver in the next six to eight weeks so that it does not come to a situation where we have to do more.

I want to thank Mr Weber for his very kind words, for 'Unterstützung' (support). Indeed 'Glaubwürdigkeit' (credibility) is a key word for the next six months and even beyond.

Implementierung und Migration – das sind ja die wichtigen Wörter für die nächsten sechs Monate – und auch Sicherheit und Wirtschaft.

And yes, we will work on the free trade agreement with Canada. We will try to push forward the Transatlantic Trade and Investment Partnership, and I do believe, along with Mr Weber, that we need this, and also the Ukraine agreement. We need the Ukraine agreement because it is, on the one hand, a free trade agreement, but it also has to do with stability on the borders of the European Union. It is not about pre-accession. That is why I, in the Dutch referendum, will make a clear plea, together with my colleagues, in support of this agreement with Ukraine.

I want to thank Mr Pittella for his very kind words of support. I do agree that in the whole area of the labour mobility package and the Posting of Workers Directive there is a lot we need to do in the next couple of months, and we will try to push this together with the Commission. I think the deeper and fairer market in the European Union will go hand in hand. This is also to Ms Steinruck and so many others who made a point on this.

Mr Pittella also asked me about the situation concerning the humanitarian corridor for Syrian refugees, and I can assure him that the Dutch Presidency is continuing the work of previous Presidencies to pursue and further implement the common solutions Europe needs to solve this crisis, and the facilities for the Syrian refugees we need to work on in the region. I believe that is the best humanitarian corridor we can think of.

I also want to thank Mr Kamall of the ECR Group for his kind words of support. I agree with him: it is about quality of legislation, not quantity of legislation, and with him and others we will work on the digital single market, the capital markets and the Energy Union.

I would like to thank Mr Verhofstadt of the ALDE Group for his kind words of support for the next six months. There is a lot to be done. Of course, on refugees, I am not sure whether a special summit will be the solution but it will certainly be discussed, no doubt at a level of the European Council.

I would also like to thank Ms Zimmer for her kind words of support. I think she challenged me about this question of whether the European Union is a union of nation states or something else. Here, I would say that as a Union it is clear that we pool sovereignty. That is a clear given, to address the common challenges that Europe faces – the economy, climate, energy, migration and, at the same time, security. But we are more than just an intergovernmental organisation. Europe consists of nation states. They are the foundation of the EU and they are, therefore, I believe, the master of the Treaties, but thank you so much for that challenge and this is indeed an important question. Your question on the referendum of Ukraine and the Netherlands I have already answered.

I very much agreed with Mr Borrelli on the question of the circular economy.

Mr Lamberts and many others asked questions on the issue of tax avoidance and how we will deal with that during the Dutch Presidency. There were also questions from Mr Lamassoure, Mr Niedermayer, Mr Kofod and of course Mr Pittella. I can assure you that, during our presidency, the Netherlands wants to play an active role in the fight against tax avoidance by multinationals. It is a focal point for the Netherlands to reach an international agreement on increasing transparency and improving convergence between national tax systems. As we all know, the Commission is expected to present its anti-tax avoidance package, including a directive with measures against tax avoidance, later this month. Mr Pittella referred to the Ferreira-Theurer report. It contains far-reaching and interesting suggestions and recommendations. I think at this stage I would prefer to wait for the tax avoidance package which the Commission intends to present, and then the Council will take a position. And, to respond to the point of Mr Lamassoure, we will try to do this as soon as possible – I am not sure it is possible by June — but indeed as soon as possible to take a view on this very important matter.

Mevrouw De Lange, u vroeg mij om vooral te voorkomen dat ik met voetbalmetaforen kom de komende tijd. Ik zal dat doen. Het is al pijnlijk genoeg dat Nederland dadelijk gaat juichen voor de Rode Duivels. Althans, dat zal ik doen.

Ik ben het eens met de heer Tang wanneer hij het heeft over het belang van perspectief voor Syrische vluchtelingen, bijvoorbeeld in Turkije op het gebied van onderwijs en gezondheidszorg.

Ik ben het eens met de heer van Dalen dat we heel scherp moeten letten op de concurrentie uit andere delen van de wereld op het gebied van onze vliegtuigindustrie en dat we zeker moeten weten dat er gelijke concurrentievoorwaarden zijn.

Ik was blij met de zeer pragmatische insteek van mevrouw in 't Veld, die opnieuw, zoals ik ook in het Nederlandse parlement een paar keer merkte, nogal verschilt van de benadering van haar partijleider, de heer Pechtold. Zij stelt een zeer pragmatische aanpak van de problemen in de Europese Unie voor. Dat spreekt mij aan en ik hoop dat zij ook in haar partij nog meer mensen kan overtuigen van deze benadering.

Many asked me about my vision on the European Union, particularly some of your Members.

Wir alle wissen, was Helmut Schmidt gesagt hat: 'Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.'

That deals with that point, and I believe it also answers the questions by Ms Hazekamp and Mr de Jong.

Er was een interessante discussie tussen meneer Eickhout en Annie Schreijer-Pierik.

We agree that agriculture and fisheries are of great importance to the EU economy and food security. The challenge will be to feed 9 billion people globally in 2050. Climate policy, smart agriculture, combating food and water waste are all important and prominent issues for the Netherlands Presidency programme. The central element, of course, is the review of the common agriculture policy in 2020. We must take the interests of farmers and food producers to heart. Here I fully agree with Mrs Schreijer-Pierik's approach on this issue.

I thank Mr Farage, Mr Vilimsky and Mr Voigt for their very critical remarks. I am not sure I will be able to convince them in the next six months about our approach, but I can assure them that I will do my utmost to listen.

Mr Olbrycht asked a question on the Pact of Amsterdam and the position of cities within the European Union. I consider them the engines of innovation, so the Pact of Amsterdam has my full support. We will work on this.

Meneer van Baalen, u vroeg over de vluchtelingen crisis. Een gebalanceerde benadering, ik ben het daar zeer mee eens. We moeten ook precies weten wie er wel en niet mag binnenkomen. Belangrijk is ook een betere bescherming van de buitengrenzen, ook om daarmee te voorkomen dat terreur een kans krijgt en een verdere voet aan de grond zou krijgen binnen de Europese Unie. Ik ben het daar zeer mee eens.

Mr Buonanno, I would like to thank you for the film tip. I will certainly try to look at 'Quo Vado?' as soon as possible and then see whether it can help us in the Presidency.

Mevrouw Van Bossuyt, zeer veel dank voor de ondersteunende woorden.

I think I am almost at the end of my time. Again, there are so many others who spoke. I can only tell you I wrote everything down, we will make sure that we make maximum use of all your insights, I look forward to working with all of you over the next six months, and this debate has really fired me up for that relationship between the Dutch holding the Presidency of the Council and this esteemed European Parliament.

(Applause)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Dėkoju už pristatytus Olandijos pirmininkavimo prioritetus ateinančiam pusmečiui, tačiau pasigendu iniciatyvų, kuriomis kovojama su skurdu, ypač su vaikų skurdu Europoje. Kova su vaikų skurdu turėtų būti vienas iš pagrindinių prioritetų mūsų socialinėje darbotvarkėje. Paradoksas, kad šiuo metu Europos Sąjungoje, labiausiai išsivysčiusiame žemyne, daugiau negu vienas iš keturių vaikų gyvena skurde, o daugelyje šalių skurdas labiau gresia vaikams negu suaugusiems. Mums kuo skubiau reikalingos naujos konkrečios priemonės, pavyzdžiui, Parlamento siūloma Vaikų garantija, pagal kurią kiekvienas vaikas galėtų gauti nemokamas sveikatos ir vaikų priežiūros, ugdymo, deramo apgyvendinimo ir tinkamos mitybos paslaugas. Tai galėtų būti panaši priemonė į dabar jau veikiančią Jaunimo užimtumo iniciatyvą. Mes, Europos Parlamente, labai tikimės perėmusios pirmininkavimo vairą Olandijos palaikymo, kad Vaikų garantija su jai skirtu biudžetu būtų sukurta kuo skubiau. Privalome visi kartu kovoti su skurdu nuo kuo jaunesnio amžiaus, kad visi vaikai turėtų vienodas galimybes ir nebūtų pasmerkti skursti.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – Benvenuto e in bocca al lupo signor Primo ministro. In questi sei mesi incombono sfide definitive con cui l'Unione Europea dovrà confrontarsi: immigrazione, terrorismo e Brexit in primis. Solo una maggiore cooperazione tra gli Stati membri offrirà la svolta necessaria nella gestione dei flussi migratori e dei rifugiati. La tenuta dell'area Schengen è a rischio e urge la prioritaria creazione di un'intelligence europea. È strategica la menzione che lei ha fatto ai giovani: un'Europa che voglia un futuro deve coltivarlo nella gioventù. La Presidenza incoraggi quindi lo sviluppo di un approccio globale per ridurre disoccupazione ed esclusione sociale tra i giovani. Va quindi sfidato e raggiunto l'obiettivo dell'innovazione e sostenibilità nel settore agricolo, nella semplificazione della PAC, che

rientra tra le priorità di ogni Presidenza che voglia combattere lo spreco di cibo e voglia garantire la sicurezza alimentare. Va inoltre ricostruito il tessuto economico europeo delle PMI, sfruttando il loro coefficiente di resilienza rispetto a momenti di recessione come quelli attuali. La catena dei valori europei va quindi rinsaldata, contro ogni radicalizzazione e terrorismo, con più Europa, ma anche con un'Europa più vicina ai cittadini. Il tempo è breve. Buon lavoro!

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. – Mi trovo pienamente d'accordo con le parole del Presidente Juncker. È vero, l'Europa sta affrontando in questi ultimi tempi una crisi dopo l'altra, o meglio, una crisi accanto all'altra. L'economia, i migranti, la quasi uscita della Grecia, il Brexit, il terrorismo che avanza. È un momento di prova per la casa europea, ma è anche il momento di provare che le nostre fondamenta sono solide. Dobbiamo rimanere uniti, lavorare insieme, in maniera concreta e vicina ai cittadini dell'Unione. Siamo riusciti a trovare un accordo con la Grecia, dobbiamo trovarne uno anche con la Gran Bretagna. Non è perdendo pezzi per strada che andremo lontani. Così come non è annullando Schengen che risolveremo il problema dei migranti. Chiudere le frontiere ha un costo economico altissimo, ma non solo, non è nello spirito della costruzione europea. Per risolvere una crisi che ci minaccia non dobbiamo fare dei passi indietro, dobbiamo fare dei passi avanti. Dobbiamo concentrarci su una politica di immigrazione comune, dobbiamo dare prova di solidarietà tra tutti noi membri dell'Unione e verso i paesi extra-europei che in questo momento hanno bisogno di noi.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Ακούσαμε σήμερα ωραία λόγια από τον Πρωθυπουργό της Ολλανδίας για την ιστορία και για το μέλλον της Ευρώπης, αλλά κανένα συγκεκριμένο σχέδιο για το εξάμηνο της ολλανδικής προεδρίας που έχει αρχίσει. Ακούσαμε ότι πρέπει να μειωθούν άμεσα οι προσφυγικές ροές αλλά καμία ιδέα για το πώς μπορεί να γίνει αυτό, ούτε για το πώς θα υποχρεωθεί το καθεστώς Erdoğan να τερματίσει την ανοχή του προς τους Τούρκους δουλεμπόρους οι οποίοι εκμεταλλεύονται με αισχρό τρόπο το δράμα των προσφύγων. Ακόμη, ακούσαμε ευχολόγια για την ευρωπαϊκή οικονομία και ότι πρέπει να τηρούνται τα συμφωνημένα. Υπενθυμίζω ότι ανάμεσα στα συμφωνημένα δεν βρίσκονται μόνο οι διατάξεις των Συνθηκών περί δημοσιονομικής πειθαρχίας, αλλά και οι διατάξεις του Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων περί αξιοπρεπούς διαβίωσης, προστασίας της υγείας, κοινωνικής ασφάλισης και άλλες που παραβιάζονται συστηματικά μέσω των πολιτικών λιτότητας. Η Ευρώπη χρειάζεται αλλαγή πορείας πριν να είναι πολύ αργά. Χρειαζόμαστε περισσότερη αλληλεγγύη τόσο μεταξύ των ευρωπαϊκών κρατών, όσο και στο εσωτερικό των κοινωνιών τους, με ενίσχυση των πιο αδύναμων ώστε να καταστεί εφικτή η κοινή πορεία. Διαφορετικά η Ένωση θα κινδυνεύσει με κατάρρευση και οι συνέπειες για τους λαούς της θα είναι τότε δραματικές.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Nei sei mesi di lavoro che la Presidenza olandese ha davanti a sé, mi auguro che dimostri di saper affrontare le difficili sfide che ci attendono, in un momento così critico per il progetto europeo stesso. È da apprezzare che tra le priorità della nuova Presidenza olandese ci sia la questione dei migranti e della sicurezza internazionale: abbiamo bisogno di soluzioni comuni ed efficaci per risolvere la crisi epocale che sta investendo il nostro continente. Allo stesso tempo, invece, è molto preoccupante che altrettanta attenzione non sia stata data alla necessità di rilanciare l'Europa attraverso la valorizzazione dell'industria europea e dell'economia reale, nel quadro di un completamento del mercato interno europeo. Sembra che la nuova Presidenza olandese non abbia tratto alcuna utile lezione dopo anni nei quali ha prevalso la visione miope di un modello di sviluppo economico esclusivamente legato alla finanza e ai servizi. Questo non sconvolge però, dal momento che, proprio nel programma di lavoro della Presidenza, si afferma a chiare lettere che la questione del riconoscimento dello status di economia di mercato alla Cina e del conseguente depotenziamento degli strumenti di difesa commerciale europei, come quelli antidumping, è già decisa. Sarebbe un durissimo colpo per l'industria europea.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Obecna sytuacja polityczno-gospodarcza Europy stawia przed prezydentą holenderską szereg wyzwań, które wymagać będą od Unii Europejskiej podjęcia zrównoważonych, solidarnych i mądrych działań, dlatego z tym większym zainteresowaniem zapoznałem się z programem prezydencji. Cieszę się, że znalazły się w nim kwestie szczególnie w moim przekonaniu ważne, takie jak zapowiedź działań w dziedzinie uproszczeń prawa czy rozwój Unii Energetycznej. W odniesieniu do tego pierwszego, niedawno przyjęliśmy rezolucję na temat uproszczeń w polityce spójności, których wprowadzenie stanowi czynnik niezbędny dla zwiększenia efektywności oddziaływania tej polityki. Liczę, że prezydencja weźmie pod uwagę zawarte w niej zalecenia. Z satysfakcją przyjąłem też fakt, że prezydencja za jedne ze swoich priorytetów obrała dalszy rozwój Unii Energetycznej oraz zmniejszenie unijnej zależności energetycznej. W tym aspekcie liczę na monitorowanie kwestii budowy Nord Stream 2, którego powstanie stoi w sprzeczności z tymi celami.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Președinția olandeză trebuie să ia măsuri concrete pentru crearea pieței unice digitale și pentru implementarea proiectelor referitoare la Uniunea energetică. Aceste două piețe vor avea un efect pozitiv asupra creșterii economice și a creării de locuri de muncă în domenii inovatoare. Președinția olandeză trebuie să se angajeze activ în atingerea obiectivelor Uniunii Energetice prin promovarea regulilor comune pe piața energetică. UE trebuie să facă pași decisivi pentru a-și consolida politica energetică bazată pe competitivitate, durabilitate și securizarea aprovizionării. Fondul European de Investiții este o unealtă în mâna Președinției olandeze care trebuie să încurajeze promovarea proiectelor de investiții în modernizarea infrastructurii energetice, a conectivității transfrontaliere a rețelilor și să promoveze tehnologiile care favorizează eficiența energetică. Simplificarea și uniformizarea regulilor și a normelor digitale europene trebuie să fie prioritatea zero pentru construirea pieței digitale. Președinția olandeză trebuie să se focalizeze asupra drepturilor consumatorilor și ale lucrătorilor transfrontalieri din domeniul digital. Integrarea în continuare a pieței unice referitoare la internet și consolidarea încrederii consumatorului în tehnologiile digitale, asigurând securitatea, transparența și confidențialitatea sunt aspecte de care trebuie să se țină cont. Consumatorii trebuie să fie informați referitor la utilizarea datelor lor, în special în cazul serviciilor furnizate în schimbul datelor.

József Nagy (PPE), *písmom* – Najväčšia výzva je vytvorenie pohraničnej stráže EÚ, ktorá ako jediná dokáže zastaviť ilegálnu migráciu a obnovenie schengenského voľného pohybu. Musia vytvoriť prvú stálu ozbrojenú zložku Bruselu, ktorá bude operovať na územiach členských krajín v čase, keď populistí strašia stratou suverenity. Pred referendumom vo Veľkej Británii to môže byť aj o zániku EÚ alebo naopak aj o jej budúcej federalizácii.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Președinția olandeză a UE are posibilitatea să abordeze pe perioada mandatului său o serie de propuneri de impact în domeniul energiei și al telecomunicațiilor. În domeniul telecomunicațiilor, este nevoie de un cadru de reglementare modern pentru companiile de telecomunicații, care să consolideze concurența, competitivitatea și investițiile în acest sector. De asemenea, este necesară revizuirea pieței angro pentru serviciile de roaming și propunerea unui cadru armonizat și pentru alocarea spectrului de frecvențe, iar pentru eGuvernare avem nevoie de un plan de acțiune ambițios și cuprinzător. Președinția olandeză și-a propus, de asemenea, să contribuie la obiectivele uniunii energetice de a reduce dependența energetică și de a asigura energie la prețuri accesibile. Astfel, în perioada următoare, va avea loc revizuirea directivei privind etichetarea energetică, iar propunerea de reproiectare a pieței energiei electrice are scopul de a spori flexibilitatea sistemului energetic și de a coordona politicile privind securitatea aprovizionării. O altă propunere legislativă cu impact asupra industriei europene o reprezintă revizuirea ETS. Subliniez că trebuie să ne asigurăm că obiectivele și țintele propuse nu vor fi îndeplinite în detrimentul industriei europene și al locurilor de muncă.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Sveobuhvatan pristup migracijama i međunarodnoj sigurnosti, liderstvo Europe u inovacijama i otvaranju radnih mjesta, europske financije usmjerene prema budućnosti te dugoročna klimatska i energetska politika dobro su balansirani prioriteti koje je Kraljevina Nizozemska najavila za slijedećih 6 mjeseci predsjedanja EU-om. Imajući u vidu kako su poljoprivreda i ribarstvo vitalne grane europske ekonomije te pružaju sigurnost stanovnicima Europe u opskrbi kvalitetnom hranom, vjerujem da će nizozemsko predsjedništvo staviti naglasak na „climate-smart” pristup poljoprivredi i smanjenju količine bačene hrane.

Izazovi europske poljoprivredne politike ogledaju se u prekomjernom administrativnom teretu za poljoprivrednike pa očekujem da nizozemsko predsjedništvo aktivno nastavi s politikom pojednostavljenja Zajedničke poljoprivredne politike. Smatram nužnim pojačati brigu za male poljoprivrednike i obiteljska poljoprivredna gospodarstva jer obiteljska poljoprivredna gospodarstva čine temelj Zajedničke poljoprivredne politike. Pozivam nizozemsko predsjedništvo da se zauzme za rješavanje problema s kojima su suočeni poljoprivrednici na tržištu opskrbe hranom i da pomogne donošenju regulative na europskoj razini kako bi suzbili nepoštenu trgovačku praksu.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – Without being make or break for the European Union, the first six months of 2016 could be make and break for current major European policies. Overall, the main challenge is to maintain political coherence. This should be a priority for the Dutch Presidency. The rift between the north and south of the Union can be seen by all. It has been honed by the Eurozone's governance rules, confirmed by the results of the recent national elections in the south and highlighted by the ongoing spat between the Italian government and the Commission. A rift between the west and the east has now also become palpable. It has been spurred by the immigration crisis but is driven too by a growing disparity in economic structures and different approaches to political methods. These have hitherto been masked by the perceived need to counter Russian 'expansionism'. Meanwhile, the possibility of a major EU player leaving the Union is further compounding uncertainties. By putting a priority on promoting political cohesion, starting

with immigration, the Dutch Presidency could help to lay the basis for an effective consolidation of EU decision making. At present, institutionally, it is probably in the best position to do so.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Holandské predsedníctvo prichádza v ťažkých časoch. Rozhodnutia prijaté v najbližších mesiacoch budú pre dlhodobé a funkčné riešenie migračnej krízy zásadné. Je pozitívne, že Holandsko sa chce sústrediť na dobudovanie jednotného vnútorného trhu. Na druhej strane som očakával väčší dôraz na podporu malého a stredného podnikania.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Proseguimento nella strada dell'austerità, rigore, riforme strutturali, fedele attuazione delle raccomandazioni della Commissione, ulteriore rafforzamento dei meccanismi di coordinamento e della governance economica, completamento della unione bancaria, unione dei mercati dei capitali, rilancio della cartolarizzazione. Queste sono solo alcune delle priorità dell'agenda politica dell'Olanda, dopo il deludente semestre di Presidenza lussemburghese. Ricordiamo che l'Olanda risulta tra i maggiori responsabili dei problemi che oggi proclama di voler risolvere invocando il rispetto delle regole. Quelle stesse regole che, con il beneplacito della Commissione europea, ha sistematicamente violato, come quelle sui surplus commerciali eccessivi e gli aiuti di Stato in ambito fiscale. Da uno dei maggiori paradisi fiscali al mondo, che ha prosperato per anni sulle spalle dei partner europei, non mi aspetto nulla di più che un semestre «business as usual», in assoluta continuità con l'eccellente lavoro di sabotaggio diplomatico a qualsiasi in ambito fiscale svolto dalla Presidenza Juncker, nonché con la durissima linea incarnata dal suo ministro delle finanze, Dijsselbloem, che ha già dato prova di quanto continuo, per l'Europa dei falchi, la cooperazione, buon senso ed equità nella gestione della crisi.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Președinția olandeză a UE are un rol crucial în armonizarea pozițiilor statelor membre în problema refugiaților, scopul primordial fiind salvagardarea spațiului Schengen. Astăzi, spațiul Schengen este în pericol, iar colapsul lui înseamnă colapsul Uniunii.

Președinția olandeză își preia mandatul într-o perioadă caracterizată de provocări fără precedent pentru UE. Cea mai importantă prioritate a acesteia, abordarea integrată a problemei migrației și a securității internaționale, este corect stabilită, dar nu reflectă îndeajuns caracterul urgent al măsurilor necesare.

Avem nevoie de mai multă ambiție. Trebuie să recunoaștem eșecul UE în tratarea crizei refugiaților. Nu am reușit să formulăm un răspuns comun european la criza refugiaților. Trebuie să spunem răspicat: nu toți migranții care vin în Europa pot să rămână în Europa. Avem nevoie de o regulă clară pentru a distinge între refugiați și migranții economici. Avem datoria morală să oferim protecție refugiaților din Siria, dar trebuie să identificăm migranții economici care trebuie îndrumați înapoi spre țările lor de origine.

Mecanismul Dublin trebuie revizuit de urgență pe baza propunerii CE așteptată pentru luna martie. Este nevoie de o reformă radicală a Frontex, care să ducă la protejarea eficientă a granițelor externe ale UE. Astfel, salvând spațiul de liberă mișcare, împiedicăm dezintegrarea Uniunii noastre.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Numa breve leitura do programa da Presidência holandesa, salta-nos de imediato a atenção para o tema primeiro e principal intitulado «uma abordagem compreensiva das migrações e da segurança internacional», uma abordagem que tem todos os ingredientes que não deveria ter. Numa mixórdia de assuntos e problemas que devem ser devidamente tratados nos seus lugares distintos pela sua natureza completamente diferente, a Presidência holandesa segue a linha da UE de meter terrorismo e migrantes no mesmo saco, na mesma abordagem «compreensiva», como o próprio texto diz, interligada.

O texto continua referindo que a questão da segurança externa e interna da UE é um assunto a tratar em conjunto, colando a ideia de falta de segurança ao fluxo de migrantes, referindo uma «abordagem integrada de assuntos tão complexos como a crise migratória, o terrorismo e a cibersegurança», defendendo claramente «soluções comuns nas áreas da justiça, segurança, asilo e migrações». A deliberada confusão entre migrantes e segurança dos cidadãos da UE é bem exemplificativa do carácter xenóforo e racista das políticas da UE. Nós não estamos a falar de medidas isoladas de qualquer governo da UE. Estamos perante o Programa da Presidência do Conselho da UE, uma das principais instâncias de decisão da União Europeia. Inaceitável.

*
* * *

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, I would like to speak under the rules concerning conduct in the Chamber. I have been trying to listen to the Dutch Prime Minister's concluding remarks. It is one thing to cheer or jeer or barrack or heckle during a debate, because that is a democratic interchange of ideas. But what we have had here now is an absolute shambles. I have tried to listen to the Prime Minister above the hubbub of people having conversations with their backs turned. What other Parliament in the world would behave in such a manner and treat a Head of Government with such disrespect?

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Batten. Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Hinweis.

Ich teile übrigens Ihre Auffassung, aber vielleicht fangen Sie mal bei Ihren Kollegen rund um Sie herum an, sie zu bitten, nicht während der gesamten Debatte zu reden.

Steven Woolfe (EFDD). – Mr President, I am raising a very concerning matter which I know you personally will take deeply to your heart. On Monday, my colleague James Carver raised a point of order here on the EU funding an organisation in Israel called B'Tselem. B'Tselem's *raison d'être* is the protection of people from torture and terrorism. Unfortunately, activists in that organisation have now been caught selling the details of Palestinian individuals selling land to Israelis, who have then been tortured and killed. I would urge you to investigate this matter and the use of EU money – otherwise people will regard the EU as having blood on its hands.

Der Präsident. – Ich habe das zur Kenntnis genommen, wir werden dem nachgehen.

IN THE CHAIR: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vice-President

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

6. Arbeitsplan

President. – I have an announcement to make on the consultation. Following the consultation with the political groups, I wish to put the following proposal to the House for a change to tomorrow's agenda. The debate on the oral question on the opening of the FTA negotiations with Australia and New Zealand is to be wound up by a resolution to be put to the vote in the February I part-session. Are there any objections?

Helmut Scholz, on behalf of the GUE/NGL Group. – Madam President, we are against having the vote in February I and, in accordance and in agreement with the co-rapporteurs, Mr Bernd Lange and Mr Daniel Caspary, we would like to propose having the vote in February II. We do not see the necessity of urging things on because only in the Committee we are voting on the resolutions of next week.

President. – OK, this is your argument. Then I will put to the vote the proposal for February II.

(the proposal was approved)

7. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

7.1. Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten mit Lettland (A8-0370/2015 - Claude Moraes) (Abstimmung)

7.2. Unschuldsvermutung und Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren (A8-0133/2015 - Nathalie Griesbeck) (Abstimmung)

7.3. Persönliche Schutzausrüstungen (A8-0148/2015 - Vicky Ford) (Abstimmung)

7.4. Gasverbrauchseinrichtungen (A8-0147/2015 - Catherine Stihler) (Abstimmung)

7.5. Seilbahnen (A8-0063/2015 - Antonio López-Istúriz White) (Abstimmung)

7.6. Einwände gegen den delegierten Rechtsakt über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen (B8-0044/2016) (Abstimmung)

7.7. Einwände gegen den delegierten Rechtsakt im Hinblick auf die besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen für Getreidebeikost und andere Beikost (B8-0067/2016) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Keith Taylor (Verts/ALE). – Madam President, this vote comes down to whether we want to continue fuelling a growing obesity epidemic or whether we want to protect the health of our children and future generations. The Commission has proposed continuing to allow 30% of energy in baby foods to come from sugar. This, I believe, is unacceptable and way above what the World Health Organisation (WHO) recommends. They recommend limiting intake of free sugars to less than 10% of total energy intake and to less than 5% for additional health benefits. So my resolution calls upon the Commission to go back to the drawing board with this proposal and to bring it in line with the WHO recommendations.

So to give all European children a better, healthier future, I urge you all to vote in favour.

Miguel Arias Cañete, Commission. — Madam President, the adoption of the delegated regulation without further delay would put an end to the uncertainty created by the deferral of the date of adoption which the legislator had already set for 20 July 2015. The delegated regulation would set clear rules for operators and enforcement authorities and would enable the manufacturers to anticipate its enforcement, in particular for the labelling requirements. The Commission confirms the commitment already given by its services to consult the European Food Safety Authority in early 2016 on the totality of the compositional requirements for processed cereal-based food and baby food, including with respect to the sugar levels and taking into account the latest scientific evidence. On the basis of EFSA's advice, the Commission will be able to revise as appropriate the compositional requirements for these foods.

7.8. Friedensprozess in Kolumbien (RC-B8-0041/2016, B8-0041/2016, B8-0042/2016, B8-0053/2016, B8-0054/2016, B8-0055/2016, B8-0061/2016, B8-0062/2016) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

8. Stimmerklärungen

8.1. Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten mit Lettland (A8-0370/2015 - Claude Moraes)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il trattato di Prüm del 2005 ha stabilito nuove modalità e regole per il miglioramento degli scambi di informazioni tra gli Stati membri in merito al potenziamento della collaborazione transfrontaliera. Lo scambio e la condivisione di informazioni di polizia tra i paesi dell'UE permette di creare una rete di comunicazione e di cooperazione particolarmente utili alla lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera. Il Consiglio ha così deciso di estendere tale rete di collaborazione anche alla Lettonia, permettendo alla stessa di ricevere e di trasmettere i dati di immatricolazione dei veicoli. Ho espresso voto positivo perché ritengo che la lotta alla criminalità transfrontaliera e al terrorismo siano oggi priorità assolute che esigono la collaborazione e l'impegno di tutti.

Tim Aker, Louise Bours, James Carver, David Coburn, Jane Collins, William (The Earl of) Dartmouth, Mike Hookem, Diane James, Margot Parker and Julia Reid (EFDD), *in writing*. – This is very much a procedural matter in which Latvia is included into the Prüm Directive. We abstained on this issue because it is completely up to Latvia if they want to be a part of this Directive.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este es un informe relativo al acceso de Letonia al Tratado de Prüm, cuyo objetivo es el intercambio de datos entre países para la lucha contra la delincuencia. Nuestra posición es contraria al Tratado, debido a que consideramos que no garantiza la protección de datos y permite a los cuerpos de seguridad de los diferentes Estados intercambiar información sin ningún tipo de transparencia o posibilidad de fiscalización. Sin embargo, en la Decisión 2008/616/JHA del Consejo se establecen una serie de criterios relativos a la protección de datos, para los cuales es necesario que los Estados completen un cuestionario. Al haberlo completado recientemente Letonia, lo que se vota es su acceso a los nuevos criterios de protección de datos que, aunque insuficientes, mejoran las disposiciones iniciales del Tratado. Por este motivo, nos hemos abstenido en esta votación.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur l'échange automatisé de données relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie.

En effet, ce texte vise à approuver la proposition de décision d'exécution du Conseil autorisant la Lettonie à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel dans le cadre de la consultation automatisée de données relatives à l'immatriculation des véhicules.

Fermentement opposé à la transmission de données à caractère personnel des citoyens français, je ne peux soutenir ce rapport.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της συγκεκριμένης έκθεσης σχετικά με την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δεδομένων αναφορικά με τις άδειες κυκλοφορίας οχημάτων (ΑΚΟ) στη Λετονία καθώς αυτή εντάσσεται στο συνολικό πλαίσιο της διασυννοριακής και δικαστικής συνεργασίας μεταξύ των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε ποινικές υποθέσεις. Βελτιώνεται έτσι η ανταλλαγή πληροφοριών μεταξύ των αρχών που είναι αρμόδιες για την πρόληψη και τη διερεύνηση αξιόποινων πράξεων.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte permet à la Lettonie de recevoir et de transmettre des données personnelles. Avec mes collègues du Front National, nous sommes fermement opposés à ce genre de transmission automatique et généralisée de données relatives à des citoyens français. C'est pourquoi, j'ai voté contre le rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I felt it was appropriate to abstain on this, as the United Kingdom has an opt-out from the relevant legislation. It would be morally questionable for me to cast an affirmative vote on something which does not relate to the United Kingdom in any way.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – pradėti automatinį keitimąsi transporto priemonių registracijos duomenimis (TPRD) su Latvija.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cet avis positif du Parlement qui concerne la volonté du Conseil d'autoriser, en ce qui concerne les données afférentes à l'immatriculation des véhicules, la participation de la Lettonie au dispositif mis en place par le traité de Prüm, qui promeut l'échange de données en matière de lutte contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière entre les États signataires.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho appoggiato con il mio voto la relazione sul progetto di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio in Lettonia dello scambio automatizzato di dati di immatricolazione dei veicoli. Si tratta di un provvedimento di natura tecnica che conferma il rispetto della Lettonia delle disposizioni generali relative alla protezione dei dati, stabilite nella decisione del Consiglio 2008/615/GAI. Si tratta di un passaggio importante che ho voluto sostenere e che permette al paese baltico di essere inserito nel sistema di ricezione e trasmissione di dati sulle immatricolazioni.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se enmarca en el Convenio de Prüm (firmado en 2005 por algunos Estados miembros) sobre cooperación policial y judicial, que pone énfasis en el acceso a las bases de datos nacionales de identificación de personas (huellas dactilares, ADN...) y matriculación de vehículos.

En concreto, se vota autorizar al Consejo para que ejecute su Decisión relativa al establecimiento del intercambio automatizado de datos de matriculación de vehículos en Letonia. Las evaluaciones y experiencias piloto previstas han sido validadas por el Consejo.

El Grupo GUE/NGL se ha opuesto tradicionalmente a todos los acuerdos enmarcados en el Convenio de Prüm, pero como la decisión versa sobre medidas destinadas a salvaguardar la privacidad y la protección de datos, nos hemos abstenido.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer su trabajo al ponente en este informe, que he apoyado, para el establecimiento del intercambio automatizado de datos respecto a los datos de matriculación de vehículos en Letonia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur des échanges automatisés de données relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie doit autoriser la Lettonie, en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel aux fins de la consultation automatisée de données relatives à l'immatriculation des véhicules.

Je suis fortement opposée à la transmission automatique et généralisée des données à caractère personnel de citoyens français. Je crois plutôt indispensable au cas par cas d'engager des coopérations entre États, si nécessaire. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Moraes che tratta dello scambio automatizzato di dati per l'immatricolazione dei veicoli tra la Lettonia e l'UE è condivisibile e priva di criticità, ho quindi inteso sostenerla col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución legislativa relativa al establecimiento del intercambio automatizado de datos respecto a los datos de matriculación de vehículos (DMV) en Letonia. Se trata de una cuestión de trámite, por la que se implementa la «Decisión Prüm» de profundización de la cooperación transfronteriza en el ámbito de la lucha contra el terrorismo y la delincuencia transfronteriza.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano resolucijo, ki potrjuje stališče Sveta do predloga za izmenjavo podatkov o registraciji vozil v Latviji, sem podprl.

Menim, da je medsebojna izmenjava informacij o vozilih potrebna tako iz razloga preprečevanja kaznivih dejanj oz. iskanja krivcev slednjih kot tudi zagotavljanje višje stopnje varnosti na evropskih cestah. Z ustreznim kaznovanjem prekrškarjev, seveda.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis profondément opposée à tout transfert de données à caractère personnel, surtout de manière automatique et généralisée.

Par conséquent, j'ai voté contre ce rapport.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che lo scambio automatizzato dei dati di immatricolazione dei veicoli in Lettonia rappresenti un passo importante nella lotta al terrorismo internazionale, permettendo uno scambio più rapido delle informazioni tra le autorità degli Stati membri.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Evoluția cooperării transfrontaliere are scopul de a susține lupta împotriva terorismului și a criminalității internaționale. Trebuie să reținem că Europa este atractivă pentru investitori și datorită cadrului legislativ care păstrează și promovează schimbul de date pentru a garanta o securitate sporită a cetățenilor. Pentru a atinge acest obiectiv al cooperării și a continua dezvoltarea în toate sectoarele într-un cadru securizat, Uniunea trebuie să susțină un sistem privind schimbul de informații cât mai eficient, fapt care, și în cazul Letoniei, s-a dezvoltat pe baza Deciziei 2008/615/JAI. Având în vedere că această țară a implementat deja complet principiile fundamentale privind protecția datelor în sistemul ei legislativ, a completat chestionarele privind înmatricularea vehiculelor și, mai mult, la un test pilot, a obținut o evaluare de succes, consider că poate acum să furnizeze date personale în conformitate cu Decizia 2008/615/JAI privind schimbul automat de date.

Susțin obiectivul european de cooperare și securitate și, tocmai de aceea, am votat în favoarea acestui raport privind lansarea schimbului automat de date privind înmatricularea vehiculelor în Letonia.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore. Semplice testo di accordo (come altri già votati nelle scorse sessioni) sullo scambio di informazioni per l'immatricolazione dei veicoli con la Lettonia. Come per i casi precedenti non si ravvisano problematicità.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato favore della relazione sul progetto di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio in Lettonia dello scambio automatizzato di dati di immatricolazione dei veicoli. La Lettonia ha completato con successo i questionari sugli scambi di dati delle immatricolazioni di autoveicoli, effettuando anche un'esperienza pilota con i Paesi Bassi e attuando appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati stabilite nella decisione del Consiglio 2008/615/GAI. Inoltre, una relazione globale di valutazione che sintetizza i risultati del questionario, della visita di valutazione e dell'esperienza pilota in materia di scambio di dati, è stata presentata al Consiglio, il quale ha concluso che la Lettonia ha attuato appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati. Pertanto, al fine di inserire anche la Lettonia nel sistema di ricezione e trasmissione di tali informazioni e dati, ho votato a favore dell'accoglimento progetto di esecuzione in esame.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report which was basically the process by which Latvia would start receiving and sharing data with nations operating within the Prüm Decision. Although opposed to the Prüm Decision which allows exchange of data such as DNA, fingerprints and vehicle registration data, I abstained rather than voted against as this particular procedure was concerned with mere consent to Latvia joining, and therefore concerned their sovereign choice to join.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report so that Latvia can exchange vehicle registration data with other countries after a series of questionnaires and tests. The aim of this, among others, is to allow for a more effective combat against cross-border crime.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore del testo, che concerne la proposta di decisione di esecuzione del Consiglio mirante ad autorizzare la Lettonia a ricevere e trasmettere, via scambio automatizzato, dati di immatricolazione dei veicoli ai sensi della decisione 2008/615/GAI del Consiglio sul rafforzamento della cooperazione transfrontaliera. Si tratta di provvedimenti importanti, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και θεωρούμε σημαντική την αναβάθμιση της διασυνοριακής συνεργασίας, ιδίως όσον αφορά την καταπολέμηση της τρομοκρατίας και του διασυνοριακού εγκλήματος.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Μολονότι το ψήφισμα σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δεδομένων σχετικά με τις άδειες κυκλοφορίας οχημάτων στη Λετονία εμπεριέχει θετικά στοιχεία, εντούτοις δεν έχω πειστεί ότι εξασφαλίζεται ο αποκλεισμός πιθανής πρόσβασης στο σύνολο ευαίσθητων προσωπικών δεδομένων πολιτών και, υπό αυτή την έννοια, διατηρώ αμφιβολίες για τον θετικό αντίκτυπο του ψηφίσματος. Για τον λόγο αυτό επέλεξα την αποχή.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espresso favorevolmente sulla proposta del Consiglio relativa all'avvio in Lettonia dello scambio automatizzato dei dati di immatricolazione dei veicoli poiché ritengo sia funzionale a migliorare la cooperazione transfrontaliera per una comune lotta alla criminalità e al terrorismo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'avvio di questo scambio è, in un mercato unico degno di questo nome, un atto semplicemente dovuto che non può non trovarmi d'accordo. Per questo motivo ho votato a favore di questa relazione.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Decisão 2008/615/JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiras procede substantivamente à incorporação do Tratado de Prüm no ordenamento jurídico comunitário, mantendo o objetivo de estimular uma maior cooperação entre as forças de segurança dos Estados-Membros, especialmente através de uma maior troca de informação.

Como já afirmei diversas vezes, esta troca de informações é essencial no domínio da segurança, bem como resulta e promove maior confiança mútua entre os Estados-Membros. Por isso, certos requisitos têm de ser respeitados, nomeadamente os princípios da necessidade e da proporcionalidade.

Assim, para que se verifique o intercâmbio automatizado de dados de registo de veículos, cada Estado-Membro deve assegurar que são implementadas as normas de proteção de dados. Esta decisão do Conselho vem, corretamente, autorizar o início do intercâmbio automatizado, uma vez que a Letónia procedeu à sua correta implementação.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Lo scambio automatizzato di dati d'immatricolazione dei veicoli è in linea con la volontà politica di una maggior cooperazione transfrontaliera. Lo scambio automatizzato di dati migliorerà la nostra sicurezza e ci darà le capacità necessarie per lottare al meglio contro il terrorismo. Per questi motivi, ho votato a favore.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Automated data exchange on vehicle registration data (VRD) is an effective tool in cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime. As Latvia has fulfilled its obligation on the digitalisation and transmission of dactyloscopic data, for the purposes of automated searching of VRD, Latvia should be entitled to receive and supply vehicle registration data.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Questa proposta di decisione di esecuzione del Consiglio mira ad autorizzare la Lettonia a ricevere e trasmettere lo scambio automatizzato di dati di immatricolazione dei veicoli ai sensi della decisione 2008/615/GAI del Consiglio sul rafforzamento della cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera. Il mio voto su questa relazione è favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este es un informe relativo al acceso de Letonia al Tratado de Prüm, cuyo objetivo es el intercambio de datos entre países para la lucha contra la delincuencia. Nuestra posición es contraria al Tratado, debido a que consideramos que no garantiza la protección de datos y permite a los cuerpos de seguridad de los diferentes Estados intercambiar información sin ningún tipo de transparencia o posibilidad de fiscalización. Sin embargo, en la Decisión 2008/616/JHA del Consejo se establecen una serie de criterios relativos a la protección de datos, para los cuales es necesario que los Estados completen un cuestionario. Al haberlo completado recientemente Letonia, lo que se vota es su acceso a los nuevos criterios de protección de datos que, aunque insuficientes, mejoran las disposiciones iniciales del Tratado. Por este motivo, nos hemos abstenido en esta votación.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is a straightforward procedural vote on a text which has already been adopted by the Council with regards to the exchange of data between Member States on vehicle registration. Because of the provisions within the Treaty of Amsterdam, the Parliament was called to approve the decision, which facilitates better exchange of data between Latvia and the other Member States with regards to vehicles. This type of exchange of data can help authorities better facilitate their fight against terrorism and cross-border crime, and is already used throughout various other Member States.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – L'objectif de ce rapport est de renforcer la coopération transfrontalière afin de lutter contre le terrorisme et la criminalité. C'est la raison pour laquelle j'ai approuvé ce texte prévoyant l'échange automatisé de données relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La proposition de décision du Conseil que ce rapport approuve cherche à accentuer le flux de transfert de données personnelles à des fins de consultation automatisée dans le domaine de l'immatriculation des véhicules. La transmission automatique de données est un élément qui s'inscrit dans une tendance actuelle à la privation des libertés dans un espace défini, sous prétexte d'une lutte contre le terrorisme. Or, ce dernier prospère grâce à l'effondrement de nos frontières, au laxisme judiciaire et au manque de moyens des services nationaux dans la lutte contre les réseaux concernés. Les données échangées seront celles d'une très large majorité de citoyens innocents tandis que la criminalité, notamment transfrontalière, continue d'échapper à la surveillance généralisée. Je suis opposée à cette méthode contreproductive et liberticide de lutte contre la criminalité et le terrorisme. C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно проекта за решение за изпълнение на Съвета за започването на автоматизиран обмен на данни по отношение на данни за регистрацията на превозните средства в Латвия. Латвия е попълнила въпросника относно защитата на личните данни, както и въпросника относно регистрацията на превозните средства. Латвия също така е извършила успешно пилотно изпитване с Нидерландия. Въз основа на общата оценка, на 8-ми октомври 2015 Съветът заключи, че Латвия е въвела изцяло общите разпоредби за защита на данните.

Смятам, че тези мерки могат да подпомогнат борбата с тероризма и да допринесат за по-доброто сътрудничество между държавите членки в областта на сигурността. Затова подкрепям доклада.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Εκτιμώ ότι εξακολουθούν να υφίστανται νομοθετικά κενά και διαδικαστικές ασάφειες σε ό,τι αφορά τη διασυνοριακή συνεργασία για την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας, όπως επίσης και σχετικά με την εφαρμογή της απόφασης του Prüm και του ευρωπαϊκού προτύπου ανταλλαγής πληροφοριών.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce que je suis opposé à la transmission automatique et généralisée de données à caractère personnel de citoyens français.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório visa o lançamento, na Letónia, do intercâmbio automatizado relativo a dados de registo de veículos (DRV), no contexto do aprofundamento da cooperação transfronteiriça – Decisão de Prüm (2008/615/JAI) – na luta contra o terrorismo e a criminalidade.

O fornecimento de dados pessoais, previsto no âmbito dessa decisão, não pode ocorrer até que as disposições gerais em matéria de proteção de dados sejam transpostas para o direito nacional no território dos Estados-Membros que participem nessa transmissão.

A Convenção de Prüm, assinada em maio de 2005, em Prüm (Alemanha), entre sete Estados-Membros – Áustria, Bélgica, França, Alemanha, Luxemburgo, Espanha e Holanda – tem por objetivo a intensificação e a aceleração das trocas de informações entre autoridades.

Sabemos que, a pretexto do combate ao terrorismo e ao crime, a UE tem vindo a montar um sistema de vigilância que reduz as liberdades e as garantias dos cidadãos, e que põem em causa a soberania dos Estados no que respeita ao controlo e à salvaguarda de dados e de informação. O objetivo é o de criar uma estrutura supranacional, que progressivamente imporá aos Estados-Membros, estratégias e ações fora do controlo nacional e democrático.

Pelo exposto, votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto riguardante lo scambio automatizzato di dati d'immatricolazione dei veicoli in Lettonia, poiché potrà contribuire alla cooperazione transfrontaliera tra le forze dell'ordine nella lotta contro il terrorismo e la criminalità transfrontaliera.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δεδομένων σχετικά με τις άδειες κυκλοφορίας οχημάτων (ΑΚΟ) στη Λετονία καθώς εξακολουθούν να υφίστανται νομοθετικά κενά και διαδικαστικές ασάφειες σε ό,τι αφορά στη διασυνοριακή συνεργασία για την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας, καθώς επίσης και σε ό,τι αφορά στην εφαρμογή της απόφασης του Prüm και του ευρωπαϊκού προτύπου ανταλλαγής πληροφοριών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on automated data exchange with regard to vehicle registration data (VRD) in Latvia, as it will strengthen cross-border law-enforcement cooperation in the EU.

Kinga Gál (PPE), *in writing*. – With today's vote we authorised Latvia to receive and supply personal data in accordance with the Council Decision regarding Vehicle Registration Data.

We favour this decision as it falls in the broader effort to strengthen cooperation among Member States on improving cross-border data exchange, which is crucial for law enforcement authorities in fighting criminal organisations and terrorism.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del intercambio automatizado de datos respecto a los datos de matriculación de vehículos (DMV) en Letonia con el fin de facilitar una mayor integración de Letonia en esta materia en el conjunto de la UE.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den technisch einwandfreien und nützlichen Bericht über den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über den automatisierten Austausch von Fahrzeugregisterdaten mit Lettland gestimmt. Grundsätzlich bin ich für eine Vereinfachung und Angleichung der Autozulassung und Überführung innerhalb Europas – zum Vorteil der Bürger.

Tania González Peñas Y Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se enmarca en el Convenio de Prüm (firmado en 2005 por algunos Estados miembros) sobre cooperación policial y judicial, que pone énfasis en el acceso a las bases de datos nacionales de identificación de personas (huellas dactilares, ADN...) y matriculación de vehículos.

En concreto, se vota autorizar al Consejo para que ejecute su Decisión relativa al establecimiento del intercambio automatizado de datos de matriculación de vehículos en Letonia. Las evaluaciones y experiencias piloto previstas han sido validadas por el Consejo.

El Grupo GUE/NGL se ha opuesto tradicionalmente a todos los acuerdos enmarcados en el Convenio de Prüm pero como la decisión versa sobre medidas para salvaguardar la privacidad y la protección de datos, nos hemos abstenido.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – W głosowaniu poparłam uruchomienie na Łotwie zautomatyzowanej wymiany danych w odniesieniu do danych rejestracyjnych pojazdów. Łotwa w pełni zastosowała się do wytycznych wyżej wymienionego projektu oraz z sukcesem przeprowadziła program pilotażowy z Holandią. Zautomatyzowana wymiana danych w odniesieniu do danych rejestracyjnych pojazdów jest niezwykle ważna w procesie zwalczania terroryzmu i przestępczości transgranicznej.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this Implementing Decision to authorise Latvia to exchange automated vehicle registration data.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Επιλέξαμε την αποχή. Μολονότι η έκθεση σχετίζεται με την «απόφαση Prüm» στην οποία έχουμε με συνέπεια αντιταχθεί, εντούτοις αυτή η εφαρμοστική απόφαση έχει να κάνει με τα μέτρα διασφάλισης της προστασίας δεδομένων που θα πρέπει να τηρούνται πριν από κάθε ανταλλαγή προσωπικών δεδομένων. Έχουμε σταθερά υποστηρίξει ουσιαστικά μέτρα προστασίας δεδομένων ούτως ώστε το πλαίσιο που διέπει την κάθε ανταλλαγή προσωπικών δεδομένων να είναι αυτό της δικαιοσύνης.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report on automated data exchange with regard to vehicle registration data (VRD) in Latvia, which approves the Council draft and calls on the Council to notify Parliament if it intends to depart from the text approved by Parliament.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui est en réalité une simple formalité puisque le Parlement européen est seulement consulté.

La décision d'exécution du Conseil consiste à autoriser l'échange et la consultation automatisés de données à caractère personnel relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie.

Je pense que, dans la lutte contre le terrorisme et contre la criminalité transfrontalière, nous devons rassembler tous les outils à notre disposition pour pouvoir identifier les menaces et traquer les criminels et terroristes.

L'échange d'informations sur les immatriculations des véhicules n'est certainement qu'un petit maillon, mais il me paraît nécessaire dans ce combat contre ceux qui attentent à notre liberté et à notre sécurité.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report that will step up cross-border cooperation in combating terrorism and cross-border crime through the launch of automated data exchange with regard to vehicle registration data.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene podataka iz registra vozila u Latviji zbog toga što se time jača borba protiv terorizma i prekograničnog kriminala, te osnažuje prekogranična suradnja između država članica Unije. Smatram da razmjena informacija i podataka treba biti brza i učinkovita, te da je potrebno osigurati poboljšanje kvalitete informacija kako bi se jamčila načela sigurnosti, slobode i pravde.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport autorise la Lettonie à recevoir et à transmettre des données personnelles. Avec mes collègues du Front National, nous sommes opposés à ce genre de transmission automatique et généralisée de données relatives à des citoyens français. J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Claude Moraes sur l'échange automatisé de données relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie. Le Conseil a pris une décision d'exécution et consulte le Parlement pour autoriser l'échange et la consultation automatisés de données à caractère personnel relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui consiste à autoriser l'échange et la consultation automatisés de données à caractère personnel relatives à l'immatriculation des véhicules entre la Lettonie et l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Aufgrund datenschutzrechtlicher Überlegungen und Vorbehalte enthalte ich mich bei diesem Vorschlag.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es balsoju par projektu Padomes lēmumam par to, lai Latvija sāktu transportlīdzekļu reģistrācijas datu (TRD) automatizētu apmaiņu.

Es uzskatu, ka šis ir apsveicams lēmums, kas palīdzēs Latvijas tiesībsargājošajām iestādēm un citām drošības iestādēm darboties daudz efektīvāk, nodrošinās vēl labāku datu aizsardzības sistēmas funkcionēšanu un lielāku drošību Eiropas Savienības pilsoņiem.

Datu aizsardzība un automatizēta informācijas apmaiņa starp ES dalībvalstu kompetentajām iestādēm ir ļoti aktuāls temats, ņemot vērā pēdējā gada notikumus, un šis ir uzskatāms par pozitīvu soli uz drošāku Eiropu. Lai uzlabotu cīņu pret terorismu un organizēto noziedzību ir jānodrošina efektīva datu un informācijas apmaiņa vismaz Savienības iekšienē, tajā pašā laikā ievērojot pilsoņu datu aizsardzību un iedzīvotāju tiesības uz datu privātumu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as it aims to increase cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime, and following the pilot project in Latvia, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report is a consent procedure to an EU Council implementing decision, regarding cross-border data exchange with Latvia regarding vehicle registration data. The Council decided through the Decision to authorise Latvia to receive and supply personal data regarding vehicles. The GUE/NGL has been opposed to this Parliament report, since this report is not only on how to safeguard data protection but also on prior to any exchange of personal data. Given that data protection and data exchange are two important considerations I preferred to abstain.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'échange automatisé de données relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie. Ce vote n'est pas dirigé contre la Lettonie. Le rapport approuve la proposition de décision d'exécution du Conseil visant à autoriser la Lettonie, en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel aux fins de la consultation automatisée de données relatives à l'immatriculation des véhicules. Or je suis opposée à la transmission automatique et généralisée de données à caractère personnel de citoyens français.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il autorise la Lettonie à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel. Or je suis opposé à ce type de transmission automatique et généralisée de données relatives à des citoyens français.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Je me suis prononcé contre ce rapport qui autorise la Lettonie à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel dans le cadre de la consultation automatisée de données relatives à l'immatriculation des véhicules. La lutte contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière ne doit pas se faire au détriment de citoyens honnêtes et de leurs libertés individuelles, et ne justifie pas qu'on utilise automatiquement leurs données personnelles.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Con este informe se da luz verde a la implementación de la «Decisión Prüm» relativa a la lucha contra la delincuencia en el ámbito del intercambio automatizado de datos de matriculación de vehículos en Letonia, con la que estamos de acuerdo, por lo que he votado a favor.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este es un informe relativo al acceso de Letonia al Tratado de Prüm, cuyo objetivo es el intercambio de datos entre países para la lucha contra la delincuencia. Nuestra posición es contraria al Tratado, debido a que consideramos que no garantiza la protección de datos y permite a los cuerpos de seguridad de los diferentes Estados intercambiar información sin ningún tipo de transparencia o posibilidad de fiscalización. Sin embargo, en la Decisión 2008/616/JHA del Consejo se establecen una serie de criterios relativos a la protección de datos, para los cuales es necesario que los Estados completen un cuestionario. Al haberlo completado recientemente Letonia, lo que se vota es su acceso a los nuevos criterios de protección de datos que, aunque insuficientes, mejoran las disposiciones iniciales del Tratado. Por este motivo, nos hemos abstenido en esta votación.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zržel jsem se, jelikož nechci bránit Lotyšsku ve výměně dat týkajících se registrace vozidel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Izvješće o nacrtu provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene podataka iz registra vozila u Latviji posebno uzima u obzir produbljivanje prekogranične suradnje s ciljem suzbijanja terorizma i prekograničnog kriminala. Automatizirana razmjena podataka ima za cilj jačanje prekogranične suradnje u provođenju zakona u Europskoj Uniji te praktičnu primjenu Odluke iz Prüma i europskog modela razmjene informacija.

Podržala sam izvješće zastupnika Moraesa jer obuhvaća razmjenu podataka kada kriminalni događaji imaju prekograničnu dimenziju. U takvim slučajevima predloženi model može primijeniti samo kada je to nužno i razmjerno, a na temelju posebnih okolnosti koje ukazuju da bi kazneno djelo moglo biti počinjeno.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. – Pārrobežu sadarbības stiprināšana ir viens no Eiropas Savienības integrācijas politikas stūrakmeņiem un aptver vairākas jomas, tajā skaitā arī transportēšanu un, konkrēti, uz transportlīdzekļiem attiecināmo politiku.

Man kā Latvijas Republiku pārstāvošam deputātam bija liels gods kļūt par šī Padomes īstenošanas lēmuma projekta ēnu referentu, it īpaši ņemot vērā potenciālos labumus, ko šī prakse varēs atnest gan manai dzimtenei, gan partnervalstīm.

Automatizēta transportlīdzekļu reģistrācijas datu apmaiņa gan paaugstinās šīs jomas efektivitāti pašā Latvijā, gan sekmēs attiecību attīstību ar pārējām ES dalībvalstīm, kā arī — kas pēdējā laikā ir kļuvis daudz aktuālāks un svarīgāks nekā iepriekš — stimulēs drošības esamību mūsu Savienības ietvaros. Katrai valstij jādod sava artava progresā šajā sfērā.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δεδομένων σχετικά με τις άδειες κυκλοφορίας οχημάτων (ΑΚΟ) στη Λετονία διότι την θεωρώ πλήρη και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport. Le Conseil, afin de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, autorise la Lettonie à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel. Cela lui permettra de consulter automatiquement les données relatives à l'immatriculation des véhicules. Le Parlement européen devait approuver cette proposition de décision d'exécution du Conseil. Nous nous y opposons fermement, car nous sommes contre cette transmission automatique et généralisée de données à caractère personnel.

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio in Lettonia dello scambio automatizzato di dati di immatricolazione dei veicoli. La trasmissione di dati personali può avvenire solo dopo l'attuazione di una serie di disposizioni concernenti la protezione dei dati, la cui verifica si effettua con una relazione di valutazione fondata su un questionario, che deve essere completato da uno Stato membro non appena questi ritenga di soddisfare le condizioni preliminari per lo scambio di dati nella pertinente categoria di dati. La Lettonia ha completato il questionario sulla protezione dei dati e il questionario sullo scambio di dati d'immatricolazione dei veicoli.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione perché ritengo importante garantire la partecipazione della Lettonia allo scambio automatizzato dei numeri d'immatricolazioni dei veicoli. Si tratta di un passo verso una maggiore sicurezza stradale in Europa.

Georg Mayer (ENF), schriftlich. – Prinzipiell ist gegen einen Fahrzeugregisterdatenaustausch mit Lettland nichts einzuwenden. Jedoch müssen die entsprechenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen gewahrt bleiben. Im Bericht kommt nicht klar hervor, ob dies gewährleistet werden kann. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – Il s'agit d'autoriser la Lettonie à recevoir et à transmettre les plaques d'immatriculation, données à caractère personnel, de ses fichiers de police avec ceux d'autres États Membres. La législation comporte certes un point sur la protection des données et les limites de son usage, mais les failles de ces législations sont connues. En France, la CNIL s'est d'ailleurs inquiétée de cette législation. Et surtout, ce dossier participe d'une tendance générale de fichage aussi bien des délinquants que des citoyens. Ces fichiers sont par la suite croisés avec les données de passeports ou autres pour déterminer des «profils» de chaque citoyen. Un Big Brother soi-disant pour lutter contre le terrorisme, un argument dont Snowden a largement démontré l'inefficacité. C'est surtout un moyen d'accroître les quantités de données sur les citoyens pour les mettre à disposition des États-Unis, pays avec lequel la Lettonie entretient des relations particulièrement étroites en matière de défense. Compte tenu du caractère belliciste du gouvernement de ce pays et de son hostilité à la Russie, notre voisin et partenaire, il ne me paraît pas prudent d'inciter ce pays à la surveillance des gens pacifiques. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), par écrit. – Ce rapport autorise la Lettonie à recevoir et à transmettre des données personnelles. Avec mes collègues du Front National, nous sommes opposés à des transmissions automatiques et généralisées de données relatives à des citoyens français. J'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre o projeto de decisão de execução do Conselho relativa ao lançamento na Letónia do intercâmbio automatizado no que respeita a dados de registo de veículos. Dado que as disposições gerais relativas à proteção de dados previstas na Decisão 2008/615/JAI foram incorporadas na legislação nacional da Letónia, esta pode participar no intercâmbio dos referidos dados.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this resolution because I believe Member States' individual law enforcement authorities require all the tools possible in order to increase the exchange of information and combat crime.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue l'avis positif donné par le Parlement européen au projet de décision du Conseil relative au lancement de l'échange automatisé de données concernant l'immatriculation des véhicules en Lettonie. Je me réjouis de l'évaluation concluante faite sur la mise en œuvre par la Lettonie des dispositions relatives à la protection des données et dont le respect est le préalable nécessaire au lancement des échanges automatisés dont il est ici question. La Lettonie pourra désormais recevoir et transmettre de telles données personnelles. Il s'agit là d'un pas supplémentaire dans le domaine si crucial de la coopération transfrontalière en matière de justice et des affaires intérieures. Le terrorisme et la criminalité ne connaissant pas de frontières, il faut se réjouir de tout approfondissement de la coopération entre États membres visant à lutter plus efficacement contre ces fléaux.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The proposed Council Implementing Decision aims to authorise Latvia to receive and supply personal data pursuant to Decision 2008/615/JHA from the date of entry into force of the Decision with respect to automated data exchange regarding Vehicle Registration Data. Latvia has completed the questionnaire on data protection and the questionnaire on Vehicle Registration Data (VRD) exchange. It carried out a successful pilot run with the Netherlands. That is why I voted in favour of the report on automated data exchange with regard to vehicle registration data (VRD) in Latvia.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács végrehajtási határozattervezetet nyújtott be, amely szerint Lettország megfelel a terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelemre irányuló, határokon átnyúló együttműködés megerősítéséről szóló 2008/615/IB tanácsi határozatban foglalt feltételeknek, és ezért föl kívánja hatalmazni Lettországot, hogy személyes adatok fogadásával és továbbításával részt vegyen a gépjármű-nyilvántartási adatokra vonatkozó automatizált adatcserében. Az Európai Unióról szóló szerződés értelmében a Tanács a határozat elfogadása előtt konzultálni köteles az Európai Parlamenttel. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament hagyja jóvá a tervezetet. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport approuve la proposition du Conseil visant à autoriser la Lettonie, en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel aux fins de la consultation automatisée de données relatives à l'immatriculation des véhicules. L'objectif est louable, mais nous sommes opposés à la transmission automatique et généralisée de données à caractère personnel de citoyens français.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – À luz do disposto no artigo 25.º, n.º 2, da Decisão 2008/615/JAI do Conselho, de 23 de junho de 2008, relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiras, em particular no domínio da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras, a transmissão de dados pessoais ao abrigo da referida decisão só pode ser efetuada quando as disposições gerais relativas à proteção de dados previstas no capítulo 6 dessa decisão tenham sido incorporadas na legislação nacional do território dos Estados-Membros que participem nessa transmissão.

A Letónia cumpriu com o plasmado no artigo 20.º da Decisão e, deste modo, deverá ser habilitada a receber e transmitir dados pessoais nos termos do artigo 12.º da Decisão 2008/615/JAI.

Pelo exposto, o presente relatório tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport approuve la proposition de décision d'exécution du Conseil visant à autoriser la Lettonie, en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel aux fins de la consultation automatisée de données relatives à l'immatriculation des véhicules.

Je suis opposée à la transmission automatique et généralisée de données à caractère personnel de citoyens français.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which concerns a pilot project carried out by Latvia with the Netherlands regarding the exchange of information regarding vehicles between the two Member States. This project is part of an old Council decision to increase cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime. Following the pilot project in Latvia, evaluations have shown no hindrance to EU data protection standards.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dont l'objectif était d'approuver la décision d'exécution du Conseil autorisant l'échange et la consultation automatisés de données à caractère personnel relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie. Il s'agit d'approfondir la coopération transfrontalière dans le cadre du modèle européen d'échange d'informations, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le rapport sur l'échange automatisé de données relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie, qui a reçu mon soutien, entre dans le cadre d'une procédure classique de consultation du Parlement européen.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore sulla proposta del Consiglio relativa all'avvio in Lettonia dello scambio automatizzato dei dati di immatricolazione dei veicoli in modo da migliorare la cooperazione transfrontaliera per una comune lotta alla criminalità.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this legislative proposal that will implement methods of combating cross-border crimes, support the data supply in regard to vehicle registration data and advance in initiating a common database of vehicle registration data at a European level.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich meiner Stimme enthalten, da der Bericht Lücken enthält und das Verfahren noch Unklarheiten in Bezug auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus aufweist. So ist nicht hinreichend klargestellt, wie die Umsetzung des Beschlusses erfolgen soll.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Läti on täitnud vajalikud nõuded liitumaks sõidukite registreerimisandmete kogumise andmevahetusprogrammiga, mille eesmärgiks on parandada riikidevahelist koostööd terrorismi ja kuritegevusega võitlemiseks ja ennetamiseks.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – È ormai pacifico che la criminalità transfrontaliera e il terrorismo impongono una reazione efficace da parte degli organismi europei e degli Stati membri. Ritengo pertanto che l'avvio in Lettonia dello scambio automatizzato di dati di immatricolazione dei veicoli, peraltro da questa già sperimentato con i Paesi Bassi, sia un ulteriore passo da compiere in quanto inquadrabile nel novero delle misure volte a rendere più sicuro il territorio europeo. Affermo quindi di votare positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Uzimajući u obzir odluku Vijeća o povećanju pogranične suradnje, osobito u borbi protiv terorizma i pograničnog kriminala, prikupljeni osobni podaci neće se moći koristiti sve dok države članice koje su uključene u prikupljanje ne uvedu odredbe o zaštiti istih. Kako bi se utvrdilo da li je zaštita podataka u skladu s odlukom Vijeća, potrebno je napisati evaluacijsko izvješće bazirano na anketi, procjeni s terena te probnom testu.

U borbi protiv terorizma i prekograničnog kriminala od iznimne je važnosti dijeliti informacije, međutim iste treba i zaštititi. Što je više zemalja s pozitivnom namjerom uključeno u prevenciju terorizma i ostalih kriminalnih aktivnosti, veće su šanse da će do prevencije i doći.

Latvija je dovršila anketu o zaštiti podataka, anketu o razmjeni podataka iz registra vozila te je uspješno provela probni test s Nizozemskom. Na osnovi ukupne evaluacije, 8.10.2015. godine Vijeće je donijelo odluku u kojoj kaže kako je Latvija uspješno primijenila odredbe iz Poglavlja 6. o zaštiti podataka.

Neke zemlje poput Danske i Irske sudjeluju u usvajanju i primjeni predloženog akta, dok Ujedinjeno Kraljevstvo isti akt nije obvezno primjenjivati.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport approuve la proposition de décision d'exécution du Conseil visant à autoriser la Lettonie, en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel aux fins de la consultation automatisée de données relatives à l'immatriculation des véhicules. Je suis opposé à la transmission automatique et généralisée de données à caractère personnel des citoyens et je vote donc contre ce texte qui menace les libertés.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam nacrt provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene podataka iz registra vozila u Latviji. Ovo je još jedna odluka u nizu ostvarenih oblika suradnje u području prekogranične razmjene informacija, a posebice je važna u smislu zajedničkih napora država članica u sprečavanju terorizma i prekograničnog kriminala. Pozdravljam ovo zeleno svjetlo Latviji kako bi mogla sudjelovati u pružanju i primanju osobnih podataka s navedenim ciljevima, s obzirom da je zadovoljila sve uvjete u pogledu zaštite osobnih podataka.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – U potpunosti podržavam izvješće Claudea Moraes o nacrtu provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene podataka iz registra vozila (VRD) u Latviji. Prema članku 4. aneksa Odluke 2008/616/JHA, upitnik izrađen od strane relevantne radne grupe Vijeća Europe obuhvaća svaku automatiziranu razmjenu podataka i mora biti ispunjen od strane države članice čim ista vjeruje da ispunjava preduvjete za dijeljenje podataka u relevantnoj kategoriji podataka.

Latvija je ispunila upitnik o zaštiti podataka te o razmjeni podataka iz registra vozila. Uspješan „pilot run” je Latvija provela s Nizozemskom. U listopadu 2015. Vijeće je zaključilo da je Latvija u potpunosti implementirala generalne provizije o zaštiti podataka iznijete u članku 6. Odluke 2008/615/JHA. Slijedom navedenog, a u svrhu automatiziranog traženja podataka iz registra vozila, Latvija bi trebala dobiti pravo na primanje i opskrbu osobnih podataka prema članku 12. Odluke 2008/615/JHA.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Lettonia, dopo aver completato il questionario sulla protezione dei dati, quello sullo scambio di dati relativo all'immatricolazione dei veicoli (DIV) e dopo aver condotto uno studio pilota con i Paesi Bassi, ha ottemperato appieno alle disposizioni generali relative alla protezione dei dati conformemente alla decisione 2008/615/GAI del Consiglio. Per questo motivo, con risoluzione del 9 luglio 2015 sull'agenda europea in materia di sicurezza, il Parlamento europeo approva il progetto di decisione del Consiglio relativo all'avvio in Lettonia dello scambio automatizzato di dati di immatricolazione dei veicoli. Per questo motivo ho votato a favore di questa decisione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur l'échange automatisé de données relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie. Il s'agit en effet d'une formalité administrative, car le Parlement n'est que consulté, mais c'est un acte important par le message que nous délivrons.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A partir da aprovação desta proposta do Conselho, a Letónia está autorizada a receber e a fornecer dados respeitantes ao registo de veículos no aprofundamento da cooperação transfronteiras, facto especialmente importante no domínio da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución legislativa relativa al establecimiento del intercambio automatizado de datos respecto a los datos de matriculación de vehículos (DMV) en Letonia. Se trata de una cuestión de trámite, por la que se implementa la «Decisión Prüm» de profundización de la cooperación transfronteriza en el ámbito de la lucha contra el terrorismo y la delincuencia transfronteriza.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui, vu la décision 2008/615/JAI du Conseil du 23 juin 2008 relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, et la résolution du Parlement européen du 10 octobre 2013 sur le renforcement de la coopération transfrontalière en matière répressive dans l'Union: mise en œuvre de la «décision Prüm» et du modèle européen d'échange d'informations, vient approuver le projet du Conseil et charger le Président du Parlement européen de transmettre la position du Parlement au Conseil et à la Commission.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente este relatório sobre o projeto de decisão de execução do Conselho relativo ao lançamento na Letónia do intercâmbio automatizado no que respeita a dados de registo de veículos. Atendendo à atual luta contra o terrorismo e a criminalidade organizada, a União Europeia viu-se forçada a estreitar a sua cooperação transfronteiriça e, para tal, a contribuição da Letónia na transmissão e receção de dados pessoais no que diz respeito ao intercâmbio automatizado de dados sobre dados de registo de veículos é fundamental, razão pela qual apoiei este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à autoriser la Lettonie à recevoir et à transmettre les données relatives à l'immatriculation des véhicules. Ce texte s'inscrit dans la volonté de favoriser l'échange d'informations entre les États membres de l'Union européenne et de renforcer la coopération transfrontalière.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este es un informe relativo al acceso de Letonia al Tratado de Prüm, cuyo objetivo es el intercambio de datos entre países para la lucha contra la delincuencia. Nuestra posición es contraria al Tratado, debido a que consideramos que no garantiza la protección de datos y permite a los cuerpos de seguridad de los diferentes Estados intercambiar información sin ningún tipo de transparencia o posibilidad de fiscalización. Sin embargo, en la Decisión 2008/616/JHA del Consejo se establecen una serie de criterios relativos a la protección de datos, para los cuales es necesario que los Estados completen un cuestionario. Al haberlo completado recientemente Letonia, lo que se vota es su acceso a los nuevos criterios de protección de datos que, aunque insuficientes, mejoran las disposiciones iniciales del Tratado. Por este motivo, nos hemos abstenido en esta votación.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sullo scambio automatizzato di dati di immatricolazione dei veicoli in Lettonia perché permetterà di compiere un passo avanti importante nella lotta contro il terrorismo e la criminalità transfrontaliera. Le circostanze attuali richiedono una collaborazione più che mai efficiente tra le forze dell'ordine europee e nazionali sullo scambio di dati personali. È necessario, tuttavia, che gli Stati membri interessati attuino alcune disposizioni generali in modo da poter dare il via a questa trasmissione. La Lettonia, a seguito della verifica di tale condizione effettuata sulla base di un questionario e di un progetto pilota, ha dimostrato di aver attuato pienamente le disposizioni generali e pertanto può procedere allo scambio dei dati di immatricolazione dei veicoli, dando in questo modo un contributo significativo alla prevenzione delle più gravi forme di criminalità e attività terroristica.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report as this does not affect the UK.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I am happy to see that this report passed with such large support in the plenary as it did in the Committee. This report concerns the proposed Council Implementing Decision which aims to authorise the exchange of information of vehicle registration data in Latvia, pursuant to the Prüm Treaty, and I support the intentions of the decision.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Vykonávacím rozhodnutím, ktoré sme dnes v Parlamente schválili, pristúpi Lotyšsko k systému automatizovanej výmeny údajov o evidencii vozidiel. Bude sa tak podieľať na európskej spolupráci v boji proti terorizmu a cezhraničnej kriminalite. K tejto spolupráci sa Lotyšsko pripája až teraz, pretože bolo potrebné, aby zabezpečilo dostatočnú ochranu osobných údajov a otestovalo samotný systém výmeny údajov. Preto som rada, že sa aj táto krajina bude podieľať na ochrane vnútornej bezpečnosti.

V súlade s týmto nariadením o výmene údajov bude Lotyšsko zapojené do cezhraničného transferu informácií o profiloch DNA, daktyloskopických údajov a špecifických registračných údajov vozidiel. Poskytovať tieto dáta bude najmä v súvislosti so závažnými udalosťami s cezhraničným rozmerom za účelom predchádzania teroristických útokov, ale aj s cieľom zvýšiť cezhraničnú policajnú spoluprácu. Aby bola táto spolupráca efektívna, zriadi lotyšská vláda národný kontaktný bod. Policajné zložky Lotyšska budú prostredníctvom neho môcť vstupovať do spolupráce so susediacimi krajinami, ak to bude nevyhnutné na zabezpečenie poriadku pri veľkých udalostiach cezhraničného charakteru. Ak chceme zabezpečiť bezpečnosť vo vnútri Schengenského priestoru, je potrebné, aby sa všetky krajiny zapájali do boja proti kriminalite. Aj toto je jedna z ciest, ako vzájomnú spoluprácu upevniť.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Gre za poročilo o nespornem postopku posvetovanja, v katerem želi Svet od Evropskega parlamenta poizvedeti, ali je izmenjava podatkov o registraciji vozil med Latvijo in drugimi državami članicami primerna.

Pravna podlaga te odločitve so določbe o varstvu podatkov iz poglavja 6 Sklepa 2008/615/JHA (Prüm). Svet je pripravil poročilo o oceni zaščitnih ukrepov za varstvo podatkov v Latviji. Pri tem je izhajal iz podatkov, pridobljenih na podlagi vprašalnika, ocenjevalnega obiska in preskusa. Tako je Svet zaključil, da Latvija spoštuje vse določbe prej omenjene zakonodaje. Ker se je med procesom ugotovila skladnost in primernost izmenjave podatkov o registraciji vozil med Latvijo in državami članicami, sem na plenarnem zasedanju glasoval za sprejetje poročila.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Zbog borbe protiv terorizma na temelju Odluke Vijeća 2008/615/PUP došlo je do ubrzanja početka automatske razmjene podataka te se osobni podaci iz registra vozila mogu koristiti unutar zakonom utvrđenog teritorija tj. unutar država članica Europske unije, ali iste (osobne podatke) je potrebno i odredbom zaštititi. Odluka za automatsku razmjenu podataka donesena je na temelju ispunjavanja pojedinih uvjeta (Izvjешće o procjeni).

8. listopada 2015. godine Vijeće je utvrdilo da je Latvija u potpunosti provela opće odredbe o zaštiti podataka u skladu s Odlukom 2008/615/PUP. Ovom Odlukom Vijeće je ovlastilo Latviju da može primati i davati osobne podatke u skladu s propisima (unutar država članica). Što je više zemalja uključeno u prevenciju protiv terorizma i kriminala veća je mogućnost da će se isti suzbiti te zbog toga podržavam ovaj prijedlog.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which concerned a pilot project carried out by Latvia and the Netherlands regarding the exchange of information on vehicles between the two Member States. This project, according to subsequent evaluations, had no adverse impact on EU data protection standards.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Prema odluci Vijeća potrebno je unaprijediti pograničnu suradnju sa susjednim državama kako bi se spriječili eventualni teroristički napadi i druge prijetnje. Međusobna razmjena podataka je nužna kako bi se ukazalo na potencijalne prijetnje, ali zaštita podataka mora biti na visokom nivou. Kako bi se stvorili uvjeti za sigurnu međunarodnu razmjenu podataka potrebo je stvoriti okolnosti u kojima su svi osobni podaci sigurni. Latvija je uspješno završila anketu o sigurnosti podataka i razmjeni sa susjednim državama kako bi spriječila terorizam i pogranični kriminal, a isti postupak je u tijeku i u drugim zemljama članicama. Ujedinjeno Kraljevstvo izuzeto je iz ove odluke Vijeća. Latvija je s Nizozemskom uspješno provela razmjenu podataka iz registra vozila. Vijeće je izvijestilo kako je Latvija uspješno provela anketu i da je uspješno promijenila odredbu u poglavlju vezanom za zaštitu podataka.

Podržavam ovaj prijedlog jer je zaštita podataka beskompromisno važna, a razmjena podataka je nužna u okolnostima u kojima se trenutno nalazimo.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sam za poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave podatkov iz registrov vozil v Latviji.

Latvija je v preteklosti uspešno opravila preskus glede varstva podatkov ter izpolnila vprašalnik o izmenjavi podatkov iz registrov vozil v Latviji. Ker je uspešno opravila tudi evalvacijski obisk, je s tem izpolnila pogoje, da za namene izmenjave podatkov iz registrov vozil v celoti izvaja splošne določbe o varstvu podatkov.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η έκθεση αφορά τη διαδικασία έγκρισης ψηφίσματος του Συμβουλίου, το οποίο τέθηκε σε εφαρμογή και θεσπίζει μια διασυνοριακή συνεργασία μεταξύ της Λετονίας και άλλων χωρών σχετικά με την εντατικοποίηση ενεργειών για ανταλλαγή δεδομένων που αφορούν τις άδειες κυκλοφορίας οχημάτων.

Τηρήσαμε αποχή στην ψηφοφορία επί της εν λόγω έκθεσης διότι τα μέτρα που προωθούνται δεν προστατεύουν επαρκώς τα προσωπικά δεδομένα. Εκτιμούμε επίσης ότι ελλοχεύει σοβαρός κίνδυνος παραβίασης μιας σειράς ατομικών και συλλογικών ανθρωπίνων δικαιωμάτων καθώς προωθούνται μέθοδοι παρακολούθησης και καταστολής όχι τόσο των εγκληματικών κύκλων όσο των οργανωμένων κοινωνικών συνόλων.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Εκτιμώ ότι υφίστανται νομοθετικά κενά και διαδικαστικές ασάφειες σε ό,τι αφορά στη διασυνοριακή συνεργασία για την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας, καθώς επίσης και σε ό,τι αφορά στην εφαρμογή της απόφασης του Prüm και του ευρωπαϊκού προτύπου ανταλλαγής πληροφοριών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amely fontos lépés az Egységes Európai Piac kiteljesítése felé, emellett a határokon átnyúló együttműködést, azon belül főként a terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni küzdelmet is erősíti. Meg kell jegyezni, hogy a határozat a személyes adatok átadásával kapcsolatos része addig nem léphet életbe, míg az előfeltételek – mint például az adatvédelem biztosítása – nem kerülnek átültetésre az érintett nemzeti jogszabályokba. Az előfeltételeket Lettország teljesítette, így megnyílhat az út az együttműködés előtt. A gépjármű- nyilvántartási adatok automatikus cseréje összhangban van más vonatkozó európai tanácsi rendeletekkel, és azt holland–lett pilot együttműködési program előzte meg. Továbbá fontosnak tartom megemlíteni, hogy Lettország mellett Dánia és Írország is lépéseket tesz a határozat elfogadására és alkalmazására.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du projet du collègue Moraes sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatives à l'immatriculation des véhicules en Lettonie. Ce programme est un symbole d'une meilleure interaction entre les services européens.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to Vehicle Registration Data (VRD) in Latvia. This aims to authorise Latvia to receive and supply personal data in accordance with Council Decision 2008/615/JHA from the date of entry into force of the Decision with respect to automated data exchange regarding Vehicle Registration Data.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Kako bi što više doprinijeli snažnoj borbi protiv terorizma i organiziranog međunarodnog kriminala, podržavam izvješće izvitelja Moraesa o automatiziranoj razmjeni podataka iz registra vozila u Latviji. Prekogranična suradnja između institucija na ovaj će način biti podignuta na veću razinu, a u ovo vrijeme, kada su organizirani međunarodni kriminal i terorizam dosegnuli svoj vrhunac, takva razmjena podataka je i više nego dobrodošla.

Budući da je Latvija jedna od članica Schengena, a čija se funkcionalnost, učinkovitost i sigurnost u posljednje vrijeme često dovodi u pitanje, ovakva razmjena podataka može uvelike doprinijeti sigurnosti građana.

Ovim putem također želim pozvati institucije na učinkovitu implementaciju ovakvih odredbi koje za cilj imaju pojačane mjere u borbi protiv svih oblika prijetnji, kako nacionalnoj sigurnosti zemalja članica, tako i globalnoj sigurnosti.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave podatkov iz registrov vozil v Latviji sem podprla, saj bo to poglobilo sodelovanje na mednarodni ravni, zlasti na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu, kar pa je v današnjem času zaradi vseh dogajanj nujno potrebno.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se enmarca en el Convenio de Prüm (firmado en 2005 por algunos Estados miembros) sobre cooperación policial y judicial, que pone énfasis en el acceso a las bases de datos nacionales de identificación de personas (huellas dactilares, ADN...) y matriculación de vehículos.

En concreto, se vota autorizar al Consejo para que ejecute su Decisión relativa al establecimiento del intercambio automatizado de datos de matriculación de vehículos en Letonia. Las evaluaciones y experiencias piloto previstas han sido validadas por el Consejo.

El Grupo GUE/NGL se ha opuesto tradicionalmente a todos los acuerdos enmarcados en el Convenio de Prüm, pero como la decisión versa sobre medidas para salvaguardar la privacidad y la protección de datos, nos hemos abstenido.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport approuve la proposition de décision d'exécution du Conseil visant à autoriser la Lettonie, en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel aux fins de la consultation automatisée de données relatives à l'immatriculation des véhicules.

Nous sommes opposés à la transmission automatique et généralisée de données à caractère personnel de citoyens français.

Je vote contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unióról szóló szerződés előírásainak megfelelően a Tanács konzultált a Parlamenttel. A terrorizmus és a határokon átnyúló bűnözés elleni hatékony fellépéshez meg kell erősíteni a határokon átnyúló együttműködések. Ezért szavazatommal támogattam a javaslatot.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. – Esmu gandarīta, ka Latvija ir sekmīgi īstenojusi izmēģinājuma darbības ar Nīderlandi un ieviesusi visus vajadzīgos datu aizsardzības noteikumus, un tādējādi kopā ar citām Eiropas Savienības dalībvalstīm, piemēram, Beļģiju, Zviedriju, Vāciju, Nīderlandi, Lietuvu, Igauniju, Poliju, varēs piedalīties ES automobiļu reģistrācijas datu automatiskajā apmaiņas sistēmā.

Latvijas pievienošanās vienotajai automatizētajai transportlīdzekļu reģistrācijas apmaiņas sistēmai ir ārkārtīgi būtiska no vairākiem aspektiem. Tā nodrošinās pārrobežu sadarbību, kā arī palīdzēs novērst smagus noziedzīgus nodarījumus vai arī terorisma draudus, ja tādi rastos.

Ir ārkārtīgi svarīgi, ka tagad Latvijai būs iespēja 24 stundas dienā un septiņas dienas nedēļā nepieciešamības gadījumā piesaistīt citas valsts policijas darbinieku palīdzību, lai nodrošinātu sabiedrisko kārtību un drošību, vai arī novērstu noziedzīgu nodarījumu, piemēram, masu pasākumu laikā.

Allaž esmu uzsvērusi, ka valsts un tās iedzīvotāju drošībai ir jābūt vienai no prioritātēm, tādēļ ceru, ka Latvijas pievienošanās automašīnu reģistrācijas sistēmai palielinās Latvijas iedzīvotāju drošību, kā arī varēsim palīdzēt novērst un izmeklēt kriminālus noziegumus un terorismu citās Eiropas valstīs.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un asunto que fue aprobado por una gran mayoría en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior y que ha sido sometido al procedimiento legislativo de consulta al Parlamento Europeo por el que esta casa procede a aprobar el proyecto del Consejo y le pide que o bien se le informe si se propone apartarse del texto aprobado por el Parlamento Europeo o bien le consulte de nuevo si se propone modificar sustancialmente el texto aprobado por el Parlamento Europeo. Por todo ello, considero necesario votar a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este es un informe relativo al acceso de Letonia al Tratado de Prüm, cuyo objetivo es el intercambio de datos entre países para la lucha contra la delincuencia. Nuestra posición es contraria al Tratado, debido a que consideramos que no garantiza la protección de datos y permite a los cuerpos de seguridad de los diferentes Estados intercambiar información sin ningún tipo de transparencia o posibilidad de fiscalización. Sin embargo, en la Decisión 2008/616/JHA del Consejo se establecen una serie de criterios relativos a la protección de datos, para los cuales es necesario que los Estados completen un cuestionario. Al haberlo completado recientemente Letonia, lo que se vota es su acceso a los nuevos criterios de protección de datos que, aunque insuficientes, mejoran las disposiciones iniciales del Tratado. Por este motivo, nos hemos abstenido en esta votación.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Terrorisme en georganiseerde misdaad kennen geen nationale grenzen. Daarom kan ik verdere samenwerking tussen lidstaten die dit probleem op een effectieve wijze willen opsporen en bestrijden, alleen maar toejuichen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Queremos alertar que o fornecimento de dados pessoais, previsto no âmbito dessa decisão, não pode ocorrer até que as disposições gerais em matéria de proteção de dados, estabelecidas na referida decisão, tenham sido transpostas para o direito nacional no território dos Estados-Membros que participem nessa transição.

O objetivo da Decisão de Prüm consiste, assim, na intensificação e na aceleração das trocas de informações entre autoridades.

Sabemos que, a pretexto do combate ao terrorismo e ao crime, a UE tem vindo a montar um sistema de vigilância que reduz as liberdades e as garantias dos indivíduos, e que põe em causa a soberania dos Estados no que respeita ao controlo e à salvaguarda de dados e de informação. O objetivo é de criar uma estrutura supranacional, que progressivamente imporá aos Estados-Membros estratégias e ações fora do controlo nacional e democrático.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Prinzipiell ist gegen einen Fahrzeugregisterdatenaustausch mit Lettland nichts einzuwenden. Jedoch müssen die entsprechenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen gewahrt bleiben. Im Bericht kommt nicht klar hervor, ob dies gewährleistet werden kann. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτως*. – Ψήφισα υπέρ στην ψηφοφορία επί της συγκεκριμένης έκθεσης τεχνικού χαρακτήρα που αφορά την Λετονία. Η έκθεση εγκρίθηκε από την αρμόδια επιτροπή με μεγάλη πλειοψηφία.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o automatizovanej výmene údajov o evidencii vozidiel v Lotyšsku som podporila. Lotyšsko splnilo všetky podmienky potrebné na začatie automatizovanej výmeny a preukázalo implementáciu príslušného rozhodnutia Rady. Myslím si, že takáto spolupráca medzi krajinami pomôže v boji proti terorizmu a cezhraničnému zločinu, ktorý v súčasnosti nadobúda výrazné rozmery. Keďže si myslím, že je potrebné podporovať spoluprácu a dôveru medzi členskými štátmi, správa v záverečnom hlasovaní dostala moju podporu.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Este pretende ser um processo de aprovação da decisão do Conselho respeitante à Decisão 2008/615/JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça - Decisão de Prüm - na luta contra o terrorismo e a criminalidade. Em concreto este relatório visa o lançamento na Letónia do intercâmbio automatizado no que respeita a dados de registo de veículos (DRV).

Este relatório enquadra-se na Convenção de Prüm, que foi assinada em 27 de maio de 2005 em Prüm (Alemanha), entre sete Estados-Membros - Áustria, Bélgica, França, Alemanha, Luxemburgo, Espanha, e a Holanda. O objetivo da Decisão de Prüm consiste, assim, na intensificação e na aceleração das trocas de informações entre autoridades.

Sabemos que, a pretexto do combate ao terrorismo e ao crime, a UE tem vindo a montar um sistema de vigilância que reduz as liberdades e garantias dos indivíduos, e que põem em causa a soberania dos Estados no que respeita ao controlo e salvaguarda de dados e informação. O objetivo é criar uma estrutura supranacional que progressivamente imporá aos Estados-Membros estratégias e ações fora do controlo nacional e democrático.

Pelo exposto, voto contra.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem osnutek izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave podatkov iz registrov vozil v Latviji, saj bo krepil čezmejno sodelovanje na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu.

8.2. Unschuldsvermutung und Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren (A8-0133/2015 - Nathalie Griesbeck)

Oral explanations of vote

Nirj Deva (ECR). – Madam President, one of the most important things that have come down from our legal traditions in the United Kingdom is the tradition of the Magna Carta that no-one should be held in trial and arrested without due cause and no-one can be kept in prison for a long period of time without due cause. This tradition that everyone, including the monarch himself, is under the law has been one of the most important attributes of our legal system: the presumption of innocence until proven guilty.

If we have a different structure, then the state becomes the dominant partner and the citizen becomes the junior partner in that relationship whereas, when we have the state to prove that you are guilty, then you are required to state the rights of the citizen first.

Krisztina Morvai (NI). – Az ártatlanság vélelmével kapcsolatos jelentést természetesen megszavaztam. Annál is inkább, mert az ártatlanság vélelmének elvére igen nagy szükség van a mindenkori állampolgár, a mindenkori egyén védelme érdekében a mindenkori hatalom túlzásaival, visszaélésével szemben. Különösen látjuk ezt akkor, amikor politikai okokból kíván a büntetőeljárás indításának és az őrizetbe vételnek a lehetőségével élni a hatalom, mint azt a román állam teszi magyar testvéreinkkel szemben az úgynevezett Beke István-ügyben. Itt látjuk azt, hogy mi lenne a jelentősége az ártatlanság vélelmének. Történetesen az, hogy a bizonyításnak a terhe a hatóságokon van. Bizonyítékokat kell, illetőleg kellene prezentálni a terhelteknek a bűnösségére – ez nem történik meg. Hasonlóképpen ugye az őrizet és az előzetes letartóztatás nem tekinthető előrehozott büntetésnek, ezért pl. megenged... *(Az elnök megvonta a szót a képviselőtől.)*

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu. Včera při rozpravě jsem vysvětloval, proč považuji za důležité, abychom měli jednotný základ trestního práva procesního v Evropě, a to z toho důvodu, že máme evropský zatýkácí rozkaz a vydáváme občany po Evropě. Ale už jsem nestihl říci, a proto jsem se přihlásil dneska do debaty, že je dobře, že prošla ta verze návrhu, která byla připravena Evropským parlamentem, a byly odstraněny některé nedostatky, které byly v původním návrhu, který přišel z Komise.

Zvláště důležité považuji to, že byl vypuštěn návrh Komise, který umožňoval výjimku a průlom do zásady, že důkazní břemeno v trestním řízení musí být vždycky na obžalobě, musí být tedy na státu, nikoliv na občanovi. Nevím, proč Komise tento základní princip chtěla prolomit. Stejně tak došlo k zpřesnění některých pojmů, jako například to, jak je chápáno trestní řízení, protože v každé zemi je upraveno v trochu jiné působnosti. Takže je dobře, že prošla verze Evropského parlamentu, je určitě lepší.

Andrejs Mamikins (S&D). – Nevainīguma prezumpcija ir viens no vissvarīgākajiem jurisprudences stūrakmeņiem. Tā ir tiesiska Bībelē, un faktiski šis princips funkcionē visā pasaulē.

Ideja ir galvenā, un šī ideja jāīsteno, un es atbalstu un balsoju par atbalstu šodienas lēmumam. Jāsaka, ka spēka pielietojšanas nepieļaujamība kriminālu procedūru īstenošanas laikā, nepieļaujamība raksturot cilvēku kā noziedznieku publiski vai masu medijos, un tas, ka tieši apsūdzības pusei jāpierāda tiesā tā vaina. Tās ir absolūtas tiesības apsūdzētajiem atrasties tiesas zālē procesa laikā. Šo principu turpmāka vispārēja sekmēšana nepieciešama mūsu kopienai.

Atkārtoti, ka es balsoju par. Tas palīdzēs mūsu vērtību reālai īstenošanai, pastiprināšanai, jo tiesiskums ir jebkuras veselīgas valsts un sabiedrības īpašība.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo agus tá áthas orm gur vótáil an chuid is mó de na Feisirí i bhfabhar comh maith mar téann sé le réasún na moltaí atá ann.

For instance, the recommendations there include prohibiting public authorities from providing information to the media, if it would demerit the principle of the presumption of innocence. That is a very important point. Not allowing the reversal of the burden of proof principle, not allowing authorities to use force to obtain information from an accused person, and placing very strict limitations on cases where a judgment may go ahead in the absence of the accused.

All these elements are crucial to ensure that we have a just and fair criminal system and that the criminal proceedings are done in as a transparent and clear a manner as possible, and this of course underpins what the European Union is all about: a Union of values, respecting the rights of everybody, and this is a very important aspect of it.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, 800 years ago we established the principle of *habeas corpus*, that you should not be arrested or detained without purpose, and now in the name of the creation of a European criminal justice system and particularly through the mechanism of the European Arrest Warrant, that principle has been abandoned.

I was involved in a constituency case where a young man in what was very obviously a case of mistaken identity spent two years in detention in Greece, 11 months of it in one of the nastiest prisons in Europe, for the sake of a criminal action that was dismissed almost the moment it came to court because it was so very obviously a false case. Now that is no presumption of innocence; being detained without any charge being brought for that length of time one can only conclude that the process is the punishment. So now, in this anniversary of Magna Carta, to be told that we are going to be given the presumption of innocence by the European Union, I find insulting.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl rovněž zmínit to, že loni uplynulo 800 let od přijetí tak zásadní listiny, jakou Magna Carta Libertatum je. Pro nás jako pro Parlament bylo skutečně zásadní setrvávat nejen na obsahových zárukách spravedlivého procesu, spravedlivého řízení, ale i na té formě, i na těch formálních pravidlech. Na proceduře, která skutečně potom tvoří kostru spravedlivého procesu. A ukazuje se, že v některých zemích po staletí ověřené principy prostě fungují a tvoří ucelený komplex. Není možné z nich potom vyjímát určitá práva a oslabovat je. Celek garancí, které poskytuje jak Listina základních práv a svobod, ale i ty garance, které byly staletími ověřené, prostě tvoří rámec spravedlivého procesu i v trestních věcech. Proto jsem tu zprávu podpořil.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – La presunzione di innocenza è un principio fondamentale e corollario indispensabile del giusto processo, previsto nello Stato di diritto per impedire ogni forma di arbitrarietà o d'abuso nei procedimenti giudiziari. Tale principio sancito è nella Carta dei diritti fondamentali dell'UE all'articolo 48, dove la presunzione d'innocenza viene considerata principio generale dell'Unione europea. All'interno della politica di cooperazione giudiziaria l'armonizzazione delle legislazioni nazionali in materia di diritti procedurali garantirà il rispetto del principio del giusto processo in tutta Europa, oltre che la concreta realizzazione della cittadinanza europea. Ho espresso voto positivo poiché ritengo indispensabile instaurare una relazione di reciproca fiducia tra i sistemi giudiziari nazionali.

Tim Aker, Louise Bours, James Carver, David Coburn, Jane Collins, William (The Earl of) Dartmouth, Mike Hookem, Diane James, Margot Parker and Julia Reid (EFDD), in writing. – The United Kingdom has an opt-out on this legislative proposal, therefore the vote will not affect us. We abstained for two reasons; the first is that we of course believe in the presumption of innocence for anyone that has been accused of a crime and the UK has a longstanding history in protecting that value, we however do not believe that it should be the EU that decides this for Member States. The second reason is that we feel that we should not interfere on those situations that affect other Member States and not ours.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de esta propuesta de Directiva ya que nos parece muy importante la introducción de criterios mínimos a nivel europeo que fueren a los Estados miembro a respetar la presunción de inocencia y otros derechos de las personas detenidas, como el de estar presente durante su juicio. Una de las principales ideas que se introducen en esta propuesta de Directiva es el blindaje del derecho al acceso de todas las personas detenidas a algún tipo de ayuda legal, aunque sea de manera provisional. Nos parece positivo que, ante los cambios regresivos que están experimentando los sistemas judiciales de diferentes países europeos, se blinde la presunción de inocencia y se impidan los juicios en ausencia del acusado.

No se han incluido algunas de las cuestiones clave para nosotras como la inclusión del derecho a permanecer en silencio o algunas medidas relativas a la custodia de las pruebas, a menudo violadas en el Estado español en casos relacionados con la persecución de activistas sociales. Sin embargo, consideramos que el resultado final introduce mejoras al blindar derechos e introducir medidas de protección de los derechos de las personas detenidas.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – Ce rapport vise à adopter une proposition de directive sur la présomption d'innocence et le droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales.

Si je reconnais le droit à la présomption d'innocence, ainsi que ses principes centraux, comme un droit fondamental, je m'oppose fermement à l'immixtion de l'UE dans les affaires de droit pénal, qui est une compétence exclusive des États membres.

Opposé à l'harmonisation du droit pénal au niveau européen, j'ai voté contre ce rapport.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Ψήφισα υπέρ της συγκεκριμένης έκθεσης καθώς ενισχύει συγκεκριμένες πτυχές του τεκμηρίου της αθωότητας και παρέχει τις αναγκαίες εγγυήσεις στις ποινικές διαδικασίες που διενεργούνται σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης. Δημιουργεί έτσι την κατάλληλη ισορροπία που απαιτείται μεταξύ των κατασταλτικών μέτρων και του δικαιώματος του κάθε ατόμου σε δίκαια δίκη. Εκτιμώ ότι η θέσπιση κανόνων που διέπουν το τεκμήριο της αθωότητας αποτελούν σημαντικό βήμα προς την κατοχύρωση αυτής της ισορροπίας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La procédure pénale ne devrait relever que de la souveraineté des États membres. L'Union européenne entreprend d'harmoniser par le bas ce principe. Par exemple, en ce qui concerne la charge de la preuve, le texte la fait basculer au détriment de l'accusé. J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I felt it was appropriate to abstain on this, as the United Kingdom has an opt-out from the relevant legislation. It would be morally questionable for me to cast an affirmative vote on something which does not relate to the United Kingdom in any way.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution législative, fruit d'un long travail de ma collègue Nathalie Griesbeck, car c'est un texte législatif concret qui œuvre pour les droits de la défense de chaque citoyen. La présomption d'innocence est un droit fondamental et surtout un principe essentiel pour prévenir les jugements arbitraires et les abus dans les procédures pénales.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Komisija pateikė galutinį procesinių teisių rinkinį, į kurį įtraukti trys pasiūlymai dėl direktyvų, skirtų įtariamųjų ir kaltinamųjų procesinėms teisėms baudžiamosiose bylose stiprinti. Šios trys direktyvos sudarys sąlygas baigti kurti esamą ES teisinę bazę, susijusią su įtariamųjų ir kaltinamųjų teise į gynybą baudžiamuosiose procesuose visoje Europos Sąjungoje. Tai pagrindinės priemonės, kuriomis siekiama užtikrinti teisingą bylos nagrinėjimą visoje Europos Sąjungoje ir visišką teisės į gynybą pagarbą. Nekaltumo prezumpcija yra viena pagrindinių teisių ir esminis principas siekiant išvengti savavališkumo ir bet kokio piktnaudžiavimo baudžiamuosiose procesuose. Šiuo siūlymu pabrėžiamas poreikis pateikti nuorodas į Europos žmogaus teisių konvenciją, ES pagrindinių teisių chartiją, Tarptautinį pilietinių ir politinių teisių paktą ir Visuotinę žmogaus teisių deklaraciją. Taip pat pritariu siūlymams, kuriais siekiama patikslinti direktyvos taikymo sritį: asmenis, kuriems ji taikoma, laiką, kuriuo ji taikoma ir jos materialinę taikymo sritį.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Ce rapport législatif concerne la proposition de la Commission qui vise à garantir un niveau minimal de protection du principe de la présomption d'innocence dans l'ensemble des États membres ainsi qu'à renforcer le droit des personnes poursuivies à assister à leur procès.

Les éléments principaux concernent la présomption d'innocence, la charge de la preuve, le droit à ne pas s'incriminer soi-même, de ne pas coopérer et d'assister à son procès.

La rapporteure a amendé cette proposition afin de renforcer son caractère protecteur pour les citoyens, en particulier en ce qui concerne l'impossibilité de renversement de la charge de la preuve au détriment des suspects, l'inadmissibilité des preuves recueillies en violation du principe de la présomption d'innocence et l'étendue de cette dernière.

À l'heure où certains gouvernements européens mettent en péril les droits fondamentaux, j'ai évidemment soutenu ce rapport.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La presunzione di innocenza costituisce uno dei principi fondamentali alla base della legislazione degli ordinamenti giuridici europei in materia di diritto e procedura penale, sancito dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione e, precedentemente, dalla Convenzione europea dei diritti dell'uomo. La relazione Griesbeck, sulla proposta di direttiva sul rafforzamento di alcuni aspetti della presunzione di innocenza e del diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali, rappresenta un passo importante, a livello UE, verso la definizione di standard minimi applicabili su tutto il territorio dell'Unione. Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo necessario rafforzare i meccanismi di tutela degli imputati e degli indagati al fine di evitare casi di arbitrarietà di giudizio e abusi nei procedimenti penali. Il testo presentato riafferma il diritto al silenzio, il diritto a non autoincriminarsi e a non cooperare, delineando gli elementi centrali del principio di innocenza e ribadendo l'importanza del diritto di assistere al processo. La limitazione dei casi in cui è possibile svolgere processi in contumacia rappresenta un aspetto centrale che deve essere attentamente considerato nella nuova direttiva per tutelare il diritto al giusto processo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – La ponente, aunque acoge favorablemente la propuesta de Directiva por la que se refuerzan ciertos aspectos de la presunción de inocencia y el derecho a estar presente en el propio juicio en los procesos penales, opina que la Comisión ha adoptado un enfoque demasiado limitado y cuestiona la falta de ambición de la propuesta inicial, que conlleva el riesgo de que se produzca una armonización de las disposiciones nacionales a la baja. Por ello propone modificaciones cuyo objetivo es una mayor protección de las personas sospechosas y acusadas en Europa. Las enmiendas presentadas por distintos grupos amplían y precisan los aspectos referidos a la presunción de inocencia, la carga de la prueba, el derecho a no autoinculparse y a no cooperar, el derecho a permanecer en silencio, el derecho a estar presente en el propio juicio y el derecho a la repetición del juicio, modificando sensiblemente la propuesta de la Comisión, que contenía aspectos inaceptables como la inversión de la carga de la prueba, la admisión, en determinadas circunstancias, del uso de la coerción para la obtención de información o la admisión de la renuncia «tácita» a estar presente en el propio juicio.

Hemos votado a favor de la Resolución.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Mi enhorabuena a Nathalie Griesbeck por el excelente trabajo y el acuerdo al que se ha llegado en la Comisión LIBE sobre la presunción de inocencia y el derecho a estar presente en el propio juicio en los procesos penales. La Directiva será aplicable a todas las fases del proceso penal hasta que adquiera firmeza la resolución final sobre si la persona ha cometido o no la infracción penal en cuestión. Además, los Estados miembros garantizarán que se presume la inocencia de los sospechosos y acusados hasta que se pruebe su culpabilidad con arreglo a la ley.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose d'adopter une proposition de directive portant renforcement de certains aspects de la présomption d'innocence et du droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales. La présomption d'innocence est un droit fondamental.

Néanmoins, le rapport est aussi d'avis que la Commission a adopté une approche trop minimale et il questionne le manque d'ambition de cette proposition initiale qui risquerait d'harmoniser les dispositions nationales «vers le bas».

Le droit pénal est une compétence des États membres. Je m'oppose à l'ingérence de l'Union et à toute tentative de créer un droit pénal «européen». J'ai donc décidé de voter contre ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo che la presunzione di innocenza sia un diritto fondamentale e un principio essenziale per evitare qualsivoglia arbitrarietà e qualsiasi abuso nei procedimenti penali. La relazione oggetto di voto è condivisibile ed equilibrata ho quindi inteso sostenerla col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo en primera lectura alcanzado con el Consejo sobre la propuesta de Directiva que la Comisión presentó en noviembre de 2013 relativa a la presunción de inocencia y el derecho a estar presente en el propio juicio en los procesos penales.

Esta propuesta, que forma parte del paquete de garantías procesales, contribuye a reforzar el derecho a un juicio justo en los procesos penales estableciendo unas normas mínimas relativas a ciertos aspectos de la presunción de inocencia y del derecho a estar presente en el juicio, así como a garantizar que sospechosos y acusados en procesos penales en los Estados miembros gocen, en toda la Unión, de un nivel común y elevado de protección y del pleno respeto de las garantías procesales, sin perjuicio de que en un determinado Estado miembro se apliquen unas normas que ofrezcan una mayor protección.

Mediante el establecimiento de estas normas mínimas sobre la protección de los derechos procesales de los sospechosos o acusados, se reforzará la confianza de los Estados miembros en los sistemas de justicia penal de los otros Estados miembros y se contribuirá de este modo a facilitar el reconocimiento mutuo de las resoluciones judiciales en materia penal.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame Europos Parlamentas nagrinėja, kaip užtikrinti tam tikrus nekaltumo prezumpcijos ir teisės dalyvauti nagrinėjant baudžiamąją bylą teisme elementus. Šiuo Europos Parlamento ir Tarybos direktyvos pasiūlymu siekiama Europos Sąjungoje užtikrinti tam tikrus įtariamųjų arba kaltinamųjų teisių baudžiamosiose bylose elementus tol, kol jų kaltumas nebus patvirtintas galutiniu nuosprendžiu, ir sustiprinti teisę dalyvauti nagrinėjant bylą teisme. Komisija atliko poveikio vertinimą ir šį klausimą nuodugniai išnagrinėjo: padaryta išvada, kad būtina imtis priemonių dėl tam tikrų nekaltumo prezumpcijos aspektų, siekiant dar labiau užtikrinti šią pagrindinę teisę. Norint įgyvendinti jau priimtų priemonių (įskaitant svarbiausiąją iš jų – direktyvą dėl teisės turėti advokatą), susijusių su procesinėmis teisėmis baudžiamajame procese, bendrus tikslus, prieš tai visose ES valstybėse narėse dar reikia užtikrinti tam tikro būtiniausio lygio nekaltumo prezumpcijos principo apsaugą. Dabartinis pasiūlymas taip pat padės sustiprinti teisinės asmenų, susijusių su Europos prokuratūros atliekamais tyrimais, apsaugos priemones. Neseniai pateiktame Tarybos reglamento pasiūlyme nustatyta, kad įtariamasis turi visas ES teisės aktais nustatytas teises, taip pat kitas teises, tiesiogiai įtvirtintas Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartijoje, taikomas pagal galiojančius nacionalinius teisės aktus, ir jame aiškiai nurodyta teisė į nekaltumo prezumpciją.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A büntetőeljárás során az ártatlanság védelme egyes vonatkozásainak és a saját tárgyaláson való jelenlét jogának megerősítéséről szóló jelentés kiemelt módon járul hozzá a tisztességes eljárás garantálásához az Európai Unióban és szavatolja a védelemhez való jogot. Számomra fontos volt, hogy biztosítva legyen a vádlott vagy gyanúsított egyik legalapvetőbb joga, az ártatlanság védelme. Ez nagyobb védelmet biztosít a vádlott vagy gyanúsított számára Európában anélkül, hogy aláaknázná az igazságszolgáltatás megfelelő menetét.

Sikerült egy kiegyensúlyozott kompromisszumot kitárgyalni a minimum standardok felállításának során a büntetőeljárás ezen aspektusában. Miután ezt minden tagállam gyakorlatba ülteti, a közös európai jogrendszerünk válik hatékonyabbá.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Predlagano poročilo, ki sem ga podprl, dokončuje evropski pravni okvir na področju pravic obrambe osumljenih ali obdolženih oseb v kazenskih postopkih po vsej Evropski uniji. Tri nove direktive tako vzpostavljajo pomemben instrument za zagotovitev pravičnega sojenja po celotni EU.

Spremembe se nanašajo v glavnem na prisotnost obdolžencev na sojenjih, področje uporabe direktive in zaščito osumljenцев in obdolžencev pred prenaqljenimi izjavami o krivdi. Pri slednjem se strinjam z mnenjem poročevalke, da domnevo nedolžnosti kršijo predvsem mediji in tisk.

Ob spektakularnih aretacijah, katerim smo npr. v Sloveniji velikokrat priča, ali med sodnim procesom so vse kamere uprte v obdolžence, njihovo življenje je postavljeno na glavo, krivi so, še preden jim je dokazana krivda. Slednje tako lahko traja veliko let. Četudi je na koncu sodba oprostilna, je posameznik doživljenjsko zaznamovan kot kriv - po zaslugi medijev.

Zato zelo podpiram predlagane rešitve o krepitvi domneve nedolžnosti, ki jih določajo navedene direktive.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Podržavam ovo Izvešće o prvom čitanju sporazuma u kaznenom postupku. Smatram kako je učinkovito postupanje u kaznenom postupku i dalje ključno kako bi se uspostavila odgovarajuća ravnoteža između represivnih mjera i prava pojedinca na pravično suđenje. Usvajanje pravila koje uređuju presumpciju nevinosti svakako je važan korak u uspostavljanju ravnoteže.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Si les principes évoqués par ce rapport, comme la présomption d'innocence, le droit de garder le silence, le droit de ne pas coopérer, le fait que la charge de la preuve repose sur l'accusation, que le doute doit bénéficier à l'accusé, sont des principes que je soutiens, je suis par contre fermement opposée à toute ingérence du droit européen dans le droit national.

Je ne vois par ailleurs aucune nécessité de créer un droit pénal européen.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che la presunzione di innocenza e il diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali rappresentino il pilastro sui cui si basano lo Stato di diritto e la nostra società e che, pertanto, debbano essere tutelati in ogni modo da tutte le autorità ed istituzioni a tutti i livelli, senza eccezione.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – O Uniune Europeană viabilă nu poate exista fără o justiție eficientă. Demersurile legislative în curs ale Uniunii Europene susțin funcționarea cadrului procesual, iar pilonii juridici trebuie consolidați și aplicați uniform pentru a se recunoaște libertățile cetățenilor, pe care a fost construită Uniunea. Prezumția de nevinovăție este un drept fundamental și un principiu esențial pentru evitarea arbitrarului și a oricărui abuzuri în cadrul procedurilor penale, precum și un principiu aflat la baza protejării dreptului la un proces echitabil. Această propunere de directivă este cu atât mai importantă cu cât, actualmente, în numeroase state membre, se constată o reducere a drepturilor persoanelor suspectate și inculcate, precum și o erodare a principiului prezumției de nevinovăție, încălcarea subzistând și la nivelul mass-media. Atât prezumția, cât și dreptul de a fi prezent la proces în cadrul procedurilor penale urmăresc să garanteze un anumit nivel minimal de protecție în toate statele membre și să consolideze dreptul persoanelor puse sub acuzare. Astfel, conchid că este necesar să garantăm o legislație adecvată a statelor membre pentru a preveni aceste atingeri, tocmai de aceea am votat în favoarea acestui raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – La proposta della Commissione europea è stata giustamente e profondamente emendata dalla Commissione LIBE. La rielaborazione intende rafforzare il diritto a un equo processo nei procedimenti penali, stabilendo norme minime comuni (con uno standard più alto di quello proposto dalla Commissione) relative ad alcuni aspetti della presunzione di innocenza e del diritto di presenziare al processo. Voto a favore.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di direttiva sul rafforzamento di alcuni aspetti della presunzione di innocenza e del diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali. La direttiva fa parte del pacchetto definitivo sui diritti procedurali, presentato dalla Commissione, che ha l'obiettivo di completare il corpus giuridico europeo esistente in materia di diritti della difesa degli indagati o imputati in procedimenti penali all'interno dell'Unione europea. Si tratta di strumenti chiave per garantire un processo equo in tutta l'Unione e il rispetto assoluto dei diritti della difesa quali sanciti dai trattati europei, dalla Carta dei diritti fondamentali dell'UE e dalla Convenzione europea dei diritti dell'uomo. Alcuni importanti aspetti riguardanti la presunzione di innocenza, che è un diritto fondamentale essenziale per evitare arbitrarità e abusi nei procedimenti penali, sono stati rafforzati, grazie all'affermazione del diritto di assistere al processo e all'ampia limitazione dei casi in cui sia possibile svolgere processi in contumacia.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which seeks to reinforce the ECHR, EU Charter, International Covenant on Civil and Political Right and the Universal Declaration on Human Rights in terms of guaranteeing the presumption of innocence and right to be present at trial. There are also provisions enshrining the right to remain silent and safeguards in place for when an accused cannot be present in trial.

These guarantees have been provided for under Irish law for decades, the presumption of innocence being an indispensable part of due process and the right to a fair trial.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it makes some very important amendments to the Commission proposal. For example, it is important that the person is presumed to be innocent from the beginning of the proceedings until the very end of the trial and not only in criminal proceedings. Additionally the report stresses that coercion cannot be used against the suspect when trying to obtain information and that violence, whether physical or psychological is unacceptable. The report also limits the number of cases in which the judgement can be announced in the absence of the accused.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La direttiva sul rafforzamento di alcuni aspetti della presunzione di innocenza e del diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali fa parte del pacchetto sui diritti procedurali europei e riguarda un principio cardine del diritto penale. Nonostante il testo finale non sia ambizioso quanto avrebbe potuto, non presenta però particolari criticità, ed è necessario che venga approvato in una prospettiva generale di miglioramento della cooperazione giudiziaria in ambito penale tra gli Stati membri. Mi sono quindi espresso favorevolmente.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφικώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση διότι επιδιώκει την ενίσχυση του δικαιώματος σε δίκαιη δίκη στο πλαίσιο ποινικών διαδικασιών, με τη θέσπιση ελαχίστων κανόνων για ορισμένες παραμέτρους που άπτονται του τεκμηρίου της αθωότητας και του δικαιώματος παράστασης του κατηγορουμένου στη δίκη του. Με τη θέσπιση ελαχίστων κανόνων για την προστασία των δικονομικών δικαιωμάτων των υπόπτων ή κατηγορουμένων, η παρούσα οδηγία θα ενισχύσει την εμπιστοσύνη των κρατών μελών στα συστήματα απονομής ποινικής δικαιοσύνης των άλλων κρατών μελών, και μπορεί, ως εκ τούτου, να συμβάλει στη διευκόλυνση της αμοιβαίας αναγνώρισης των αποφάσεων σε ποινικές υποθέσεις.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφικώς*. – Το ψήφισμα σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την ενίσχυση ορισμένων πτυχών του τεκμηρίου αθωότητας και του δικαιώματος παράστασης του κατηγορουμένου στη δίκη του στο πλαίσιο ποινικής διαδικασίας αποτελεί μια ιδιαίτερα θετική κίνηση που στόχο έχει όχι μόνο τη διατήρηση αλλά και την ενίσχυση των υπαρχόντων κανόνων και δικαιωμάτων προς όφελος των πολιτών. Ζητήματα όπως αυτό του τεκμηρίου αθωότητας βρίσκονται σήμερα στο προσκήνιο περισσότερο από ποτέ. Εξ αιτίας της συνεχιζόμενης οικονομικής και πολιτικής κρίσης που ταλανίζει την Ευρώπη, χρειάζεται να προνοούμε ώστε να προστατεύσουμε θεμελιώδη δικαιώματα των πολιτών. Υπό αυτό το πρίσμα, θεωρώ πως το κείμενο που ψηφίσαμε έχει θετικό αντίκτυπο και για αυτό το λόγο το υπερψήφισα.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore del provvedimento poiché considero la presunzione di innocenza un diritto fondamentale e un principio essenziale per evitare qualsivoglia arbitrarietà e qualsiasi abuso nei procedimenti penali nonché il principio alla base della protezione del diritto a un processo equo. La relazione della deputata Nathalie Griesbeck sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio sul rafforzamento di alcuni aspetti della presunzione di innocenza e del diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali intende migliorare la qualità della tutela riservata a tali diritti processuali e a quelli a essi collegati. Nello specifico elimina la clausola che consente di invertire l'onere della prova in sede processuale che deve spettare sempre alla pubblica accusa; rafforza la formulazione del diritto di non autoincriminarsi, di non cooperare e di restare in silenzio, affermando che qualsiasi elemento di prova ottenuto in violazione di tali diritti dovrebbe essere dichiarato irricevibile. Fa inoltre espressamente divieto di costringere od obbligare le persone a rendere dichiarazioni o a rispondere a domande.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Con il mio voto ho voluto sancire il mio accordo su questa proposta di direttiva. Si tratta di un passo avanti, a mio avviso, nella definizione di norme comuni anche su tematiche di competenza non strettamente transnazionali, ma sulle quali non è accettabile che da un lato all'altro di un confine di Stato si possano applicare regole diverse. Siamo ancora nel campo della procedura, ma ciò non toglie che vi sia spazio per coordinare ulteriormente e, al di là della scelta politica di perseguire o meno un comportamento come reato, quanto meno le tutele di base per gli imputati siano le stesse.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The presumption of innocence is a fundamental principle of the legal process and one of the most important rights of the defence and according to the directive, Member States have to ensure that accused persons are presumed innocent until proven guilty under the law. The proposals in the text are very reasonable. They include banning public authorities from providing information to the media if it would demerit the principle of the presumption of innocence, prohibiting authorities from using force to obtain information from an accused person and placing very strict limitations in cases when a judgement may go ahead in the absence of the accused. All of these are crucial to ensure that we have a just and fair criminal system and that criminal proceedings are done in the most transparent way.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Um dos sucessos mais tangíveis e apreciados pelos cidadãos europeus é o espaço Schengen. Pelas piores razões, tem sido evidente quase diariamente como este espaço de livre circulação exige equilíbrios delicados, cooperação e solidariedade que requerem – sempre – uma confiança mútua entre os seus membros. O domínio da justiça faz parte desse conjunto de instrumentos que visa promover a confiança mútua e, simultaneamente, proteger os cidadãos.

Devemos assegurar um nível mínimo de garantias processuais penais em todo o continente que abranja todos, sem distinguir nacionalidades. Dada a sua complexidade e proximidade do núcleo de soberania dos Estados, foram identificados vários direitos, como o da presunção de inocência, que necessitaram desta harmonização.

O acordo alcançado nas negociações com o Conselho é bom, e vejo por isso com muito agrado a sua aprovação.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La presunzione di innocenza è un diritto fondamentale per evitare qualsivoglia arbitrarietà o abuso nei procedimenti penali, nonché un principio che è alla base della protezione del diritto a un processo equo. Accolgo quindi con favore la presentazione da parte della Commissione del pacchetto definitivo sui diritti procedurali, contenente tre proposte di direttiva e quindi ulteriori disposizioni volte alla protezione degli indagati o imputati da dichiarazioni di colpevolezza premature, infatti spesso la presunzione di innocenza viene violata dai media o dalla stampa, oppure il diritto al silenzio, al non auto incriminarsi e di non cooperare e il diritto ad assistere al processo.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Everyone charged with a penal offence has the right to be presumed innocent until proven guilty according to law in a public trial. This means that the accused has been afforded all the necessary judicial guarantees for his defence. We need to strengthen cooperation between Member States so as to enhance the protection of individual rights. Procedural rules should guarantee the same rights, ensuring that people will not be treated unfairly according to the jurisdiction dealing with their case. The Union's objective is to provide citizens with a high level of safety within an area of freedom, security and justice by developing common action among the Member States.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Questa proposta fa parte del secondo pacchetto presentato dalla Commissione sui diritti procedurali diretto ad avvicinare le relative normative degli Stati membri nell'ottica del miglioramento della cooperazione giudiziaria in materia penale. Si tratta di strumenti chiave per garantire un processo equo in tutta l'Unione e il rispetto assoluto dei diritti della difesa quali sanciti dai trattati europei, dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea e dalla Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU). La presunzione di innocenza è un diritto fondamentale e un principio essenziale per evitare qualsivoglia arbitrarietà e abuso nei procedimenti penali nonché un principio che è alla base della protezione del diritto a un processo equo, a norma dell'articolo 6 della CEDU, dell'articolo 48 della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea nonché del Patto internazionale sui diritti civili e politici e della Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo. La proposta iniziale della Commissione non era abbastanza ambiziosa e il testo finale non rappresenta un esempio di armonizzazione verso l'alto. Tuttavia, ritengo che strumenti come questo e le altre direttive del pacchetto diritti procedurali siano strumenti imprescindibili per facilitare e migliorare in futuro la cooperazione giudiziaria in campo penale tra gli Stati membri. Il mio voto è quindi favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor ya que nos parece muy importante la introducción de criterios mínimos a nivel europeo que fueren a los Estados miembros a respetar la presunción de inocencia y otros derechos de las personas detenidas, como el de estar presente durante su juicio. Una de las principales ideas que se introducen en esta propuesta de Directiva es el blindaje del derecho al acceso de todas las personas detenidas a algún tipo de ayuda legal, aunque sea de manera provisional. Nos parece positivo que, ante los cambios regresivos que están experimentando los sistemas judiciales de diferentes países europeos, se blinde la presunción de inocencia y se impidan los juicios en ausencia del acusado. No se han incluido algunas de las cuestiones clave para nosotras como la inclusión del derecho a permanecer en silencio o algunas medidas relativas a la custodia de las pruebas, a menudo violadas en el Estado español en casos relacionados con la persecución de activistas sociales. Sin embargo, consideramos que el resultado final introduce mejoras al blindar derechos e introducir medidas de protección de los derechos de las personas detenidas.

Pál Csáky (PPE), írásban. – A Bizottság 2013-ban előterjesztette az eljárási jogokról szóló csomagot, amely három irányelvjavaslatot tartalmaz. A büntetőeljárás során az ártatlanság védelme egyes vonatkozásainak és a saját tárgyaláson való jelenlét jogának megerősítéséről szóló irányelvjavaslat ezek egyike. Az irányelv, amely rámutat arra, hogy az ártatlanság védelme alapvető jog és lényeges alapelv, amely az önkényesség és a visszaélések elkerülését szolgálja a büntetőeljárások során, a luxemburgi elnökség alatt került a végleges formájába. Az ártatlanság védelme a tisztességes eljáráshoz való jog védelmét megalapozó elv, amely kimondja, hogy minden vádlott vagy gyanúsított személy ártatlanként kezelendő, amíg be nem bizonyítják ennek ellenkezőjét. A bizonyítás terhe pedig a vád feladata. A javaslat elsősorban az ártatlanság védelmének elvére, a bizonyítási teherre, az önvádra kötelezés tilalmára, az együttműködés megtagadásához való jogra, a hallgatáshoz való jogra, a saját tárgyaláson való jelenlét jogára, valamint a perújítás jogára összpontosít.

A mai szavazás hivatalosan is megerősítette a Tanács és a Parlament intézményközi tárgyaláson elért közös szövegét, ezáltal biztosítva, hogy a gyanúsítottak vagy a vádlottak az egész Unióban kellően magas szintű védelemben részesüljenek.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this legislative resolution as it approves the latest text proposed during the recent trialogue stage. This text, is more advanced than the one negotiated within the Committee and emphasises the right for persons to be fully presumed innocent until proven guilty by a competent court. The text introduces and reinforces specific legal safeguards, such as the right to remain silent and the right to be present at a trial. These instances further reinforce the rights and privileges already defined in European and International Human rights instruments and work towards ensuring that everyone is considered equal in the eyes of the law and a fair trial is assured.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I abstained on the final vote on this report as the UK has decided not to opt in to this directive. This is partly because the broad principles and safeguards contained within it are already reflected in UK law, but mostly because I share the British Government's view that EU action in this area is not necessary, and it should be left to Member States.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport législatif concerne la présomption d'innocence et le droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales. La présomption d'innocence est en effet un principe fondamental obligeant les États à considérer toute personne innocente tant que celle-ci n'a pas été reconnue coupable devant la loi. Ce nouveau texte s'appliquera à toutes les étapes à partir du moment où une personne est suspectée. Il prévoit notamment l'interdiction pour les autorités publiques de faire des déclarations publiques sur des présumés coupables. Par ailleurs, la charge de la preuve est de la responsabilité du procureur. Considérant que ce rapport constitue un pas important vers la création d'un espace judiciaire européen, j'ai voté en faveur.

Andor Deli, Norbert Erdős, Kinga Gál, András Gyürk, Ádám Kósa és József Szájer (PPE), írásban. – A büntetőeljárás során az ártatlanság védelme egyes vonatkozásainak és a saját tárgyaláson való jelenlét jogának megerősítéséről szóló jelentés kiemelt módon járul hozzá a tisztességes eljárás garantálásához az Európai Unióban és szavatolja a védelemhez való jogot. A Néppárt számára fontos volt, hogy biztosítva legyen a vádlott vagy gyanúsított egyik legalapvetőbb joga, az ártatlanság védelme. Ez nagyobb védelmet biztosít a vádlott vagy gyanúsított számára Európában, anélkül, hogy aláaknázná az igazságszolgáltatás megfelelő menetét.

Sikerült egy kiegyensúlyozott kompromisszumot kitárgyalni a minimum standardok felállításakor a büntetőeljárás ezen aspektusában. Miután ezt minden tagállam gyakorlatba ülteti, a közös európai jogrendszerünk válik hatékonyabbá.

Isabella De Monte (S&D), per iscritto. – La proposta di direttiva della Commissione europea sul rafforzamento di alcuni aspetti della presunzione di innocenza e del diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali mira a garantire un processo equo in tutta l'Unione nel rispetto dei diritti di difesa quali sanciti dai trattati europei, dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea e dalla Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU). Ho votato a favore di questa relazione poiché ritengo importante evitare qualsivoglia arbitrarietà e qualsiasi abuso nei procedimenti penali, garantendo una protezione adeguata del diritto a un processo equo.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à proposer un cadre européen pour le renforcement de la protection de la présomption d'innocence et du droit d'assister à son procès, dans le cadre des procédures pénales.

Toutefois, le droit pénal est une matière fondamentale de la justice déjà malmenée par les récentes réformes. L'ingérence de l'Union européenne n'est pas acceptable dans ce domaine et touche tant à des prérogatives régaliennes qu'au corpus de droits fondamentaux que la France a élaboré. Attachée à la souveraineté des États, notamment en matière pénale, j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Докладът относно презумпцията за невинност, отнасящ се до директивата със същата тематика, цели да определи минимални стандарти, които да се прилагат като правото да не се представя обвиняемият като „виновен“ преди окончателна присъда, принципа, че прокуратурата трябва да докаже „виновност“, правото за присъствие по време съдебното заседание, правото на отказ от даване на показания и така нататък. Въпреки че оценявам положително доклада, гласувах „въздържал се“, тъй като не съм съгласен с някои аспекти от него, които бяха постигнати след проведени се триалози с Люксембургското председателство.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Συνιστούν θεμελιώδεις διατάξεις εκείνες που αφορούν το δικαίωμα σε δίκαιη δίκη στο πλαίσιο των ποινικών διαδικασιών, τη θέσπιση κανόνων για ορισμένες πτυχές του τεκμηρίου αθωότητας και του δικαιώματος παράστασης του κατηγορουμένου σε δίκη, την ισότιμη και υψηλού επιπέδου προστασία με πλήρη εγγύηση των δικονομικών διατάξεων. Σε επίπεδο Ένωσης αυτό πρέπει να μεταφράζεται σε υιοθέτηση ή/και εξίσωση με το υψηλότερο επίπεδο προστασίας που ισχύει ενδεχομένως σε ένα κράτος μέλος. Οι αυθαιρεσίες και οι καταχρήσεις της προανακριτικής και ποινικής διαδικασίας στην περίπτωση των πολιτικών διώξεων της Χρυσής Αυγής στην Ελλάδα αποδεικνύουν ότι οι ευρωπαϊκοί θεσμοί νομοθετούν επιλεκτικά και εφαρμόζουν ποινική δικονομία à la carte όταν σιωπούν ή όταν αποφεύγουν να αντιδράσουν στην καταπάτηση των θεμελιωδών αρχών της «εν αμφιβολία υπέρ του κατηγορουμένου» (in dubio pro reo), και του τεκμηρίου της αθωότητας.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo rapporto poiché esso è diretto ad avvicinare le normative degli Stati membri nell'ottica del miglioramento della cooperazione giudiziaria in materia penale. Si tratta di strumenti chiave per garantire un processo equo in tutta l'Unione e il rispetto assoluto dei diritti della difesa quali sanciti dai trattati europei, dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea e dalla Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU) completando il corpus giuridico europeo esistente in materia di diritti della difesa degli indagati o imputati in procedimenti penali all'interno dell'UE. La proposta di direttiva presentata dalla Commissione sul rafforzamento di alcuni aspetti della presunzione d'innocenza e del diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali riguarda un principio cardine del diritto penale. La presunzione d'innocenza è un diritto fondamentale e un principio essenziale per evitare arbitrarietà ed abusi nei procedimenti penali nonché un principio alla base della protezione del diritto a un processo equo, a norma dell'articolo 6 della Convenzione europea dei diritti dell'uomo, dell'articolo 48 della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea, del Patto internazionale sui diritti civili e politici e della Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Comissão apresentou o «Pacote final – Direitos processuais» onde estão contidas três propostas de diretiva, na sequência da adoção dos primeiros três instrumentos do roteiro da União Europeia para o reforço dos direitos processuais. Estas três diretivas permitirão concluir o quadro jurídico europeu em matéria de direito de defesa dos suspeitos ou arguidos em processos penais em toda a União Europeia.

A proposta reforça determinados aspetos da presunção de inocência e do direito de comparecer em tribunal em processo penal.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce que je considère que la procédure pénale et le droit pénal doivent rester du ressort des États membres.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório tem por base a apresentação do «Pacote final – Direitos processuais», que contém três propostas de diretiva que se inserem no roteiro da UE para o reforço dos direitos processuais. Estas diretivas visam concluir o quadro jurídico europeu em matéria de direito de defesa dos suspeitos ou arguidos em processos penais em toda a UE. Vale a pena assinalar que está em curso, em certos Estados-Membros, um processo de redução dos direitos e das garantias dos suspeitos e arguidos.

A presunção de inocência é um princípio essencial para evitar a arbitrariedade e qualquer abuso em processos penais, e é um princípio subjacente à proteção do direito a um processo equitativo, em conformidade com o artigo 11.º, n.º 1, da Declaração Universal dos Direitos do Homem, que diz que «toda a pessoa acusada de um ato delituoso presume-se inocente até que a sua culpabilidade fique legalmente provada no decurso de um processo público em que todas as garantias necessárias de defesa lhe sejam asseguradas».

Estando no fundamental de acordo com o conteúdo da proposta, vale a pena assinalar que o direito português, no essencial, já oferece estas garantias.

Independentemente da apreciação desta proposta em concreto, os objetivos de harmonização no plano jurídico merecem-nos consabidas reservas e desacordo.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Efektívne procesné záruky v trestnom konaní na úrovni Európskej únie naďalej zastávajú jedinečnú úlohu a vytvárajú rovnováhu v Európskej únii medzi represívnymi opatreniami a právom jednotlivca na spravodlivý proces. Prijatie pravidiel, ktorými sa riadi prezumpcia neviný, je dôležitý krok k vytvoreniu tejto rovnováhy. Víтам preto návrh smernice, ktorý predložila Európska komisia, o posilnení určitých aspektov prezumpcie neviný a práva byť prítomný na konaní pred súdom v trestnom konaní. Prezumpcia neviný je jedným zo základných práv a hlavných zásad v snahe zabrániť svojvôli a akýmkoľvek zneužitiam v trestnom konaní, pričom táto zásada sa premieta do ochrany práva na spravodlivé súdne konanie.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Είναι θεμελιώδες το δικαίωμα σε δίκαιη δίκη στο πλαίσιο των ποινικών διαδικασιών όπως θεμελιώδεις ανάγκες είναι η θέσπιση κανόνων για ορισμένες πτυχές του τεκμηρίου αθωότητας και του δικαιώματος παράστασης του κατηγορουμένου σε δίκη και η ισότιμη και υψηλού επιπέδου προστασία με πλήρη εγγύηση των δικονομικών διατάξεων. Σε Ενωσιακό επίπεδο, αυτό μεταφράζεται σε υιοθέτηση ή/και εξίσωση με το υψηλότερο επίπεδο προστασίας το οποίο ενδέχεται να ισχύει σε ένα κράτος μέλος. Οι αυθαιρεσίες και καταχρήσεις της προανακριτικής και ποινικής διαδικασίας στην περίπτωση των πολιτικών δώξεων της Χρυσής Αυγής στην Ελλάδα αποδεικνύουν όμως ότι οι ευρωπαϊκοί θεσμοί εφαρμόζουν τη νομολογία επιλεκτικά και εφαρμόζουν ποινική δημοκρατία à la carte, σιωπώντας και μη αντιδρώντας στην καταπάτηση θεμελιωδών αρχών όπως η αρχή «in dubio pro reo» (εν αμφιβολία υπέρ του κατηγορουμένου) και το τεκμήριο της αθωότητας. Για το λόγο αυτό καταψηφίζω την σχετική έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I fully support the removal of a specific reference to presumption of facts or law concerning criminal liability (reversal of the burden of proof) from the operative part of the text: this was a key achievement. Similarly, the agreement on the text of the right to remain silent represents a significant improvement on the Commission proposal and the Council's general approach. With regard to public references to guilt undermining the presumption of innocence and the role of the media, the result is satisfactory. The same goes for the text agreed upon in relation to in absentia trials.

Effective procedural safeguards in criminal proceedings at EU level remain crucial to establish the appropriate balance in the EU between repressive measures and the individual's right to a fair trial. The adoption of rules governing the presumption of innocence is an important step in establishing that balance.

Мария Габриел (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на този доклад, защото той представлява важна стъпка за завършване на действащата европейска правна уредба в областта на правата на защита на заподозрените, обвиняемите или преследваните по наказателни производства в рамките на Европейския съюз.

Това предложение за директива на Европейския парламент и Съвета е от ключово значение, защото понастоящем в много държави членки на ЕС защитата на правата на заподозрените и обвиняемите е занижена и принципът за презумпция за невинност бива нарушаван. Презумпцията за невинност е основен правен принцип, позволяващ да бъдат избегнати злоупотребите в хода на наказателните производства. С приемането на този доклад се цели укрепването на правото на заподозрените или обвиняемите по наказателни производства в целия Европейски съюз да се ползват от презумпцията за невинност до доказване на вината им с окончателно съдебно решение, както и да се гарантира правото на лицата да присъстват на съдебния процес срещу тях.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az előadóval hasonló módon üdvözlöm, hogy a Bizottság előterjesztette az eljárási jogokról szóló végleges csomagot, amely az eljárási jogok megerősítését célzó európai uniós ütemterv keretében elfogadott első három eszköz nyomán három irányelvjavaslatot tartalmaz. Ez a három irányelv lehetővé teszi az Európai Unióban a büntetőeljárásokban a gyanúsítottak vagy vádlottak védelmét szolgáló jogokkal kapcsolatos, meglévő európai jogi eszköztár véglegesítését. A három irányelv alapvető eszköz a tisztességes eljárás egész Európai Unióban történő garantálása, valamint az uniós Szerződésekben, az Európai Unió Alapjogi Chartájában és az emberi jogok európai egyezményében (EJEE) garantált védelemhez való jog teljes körű tiszteletben tartásának biztosítása érdekében.

Továbbá támogatom tehát a büntetőeljárás során az ártatlanság védelme egyes vonatkozásainak és a saját tárgyaláson való jelenlét jogának megerősítéséről szóló bizottsági irányelvjavaslatot. Az ártatlanság védelme alapvető jog és lényeges alapelv, amely az önkényesség és a visszaélések elkerülését szolgálja a büntetőeljárások során, továbbá a tisztességes eljáráshoz való jog védelmét megalapozó elv, az emberi jogok európai egyezményének 6. cikke, az Európai Unió Alapjogi Chartájának 48. cikke, valamint a Polgári és Politikai Jogok Nemzetközi Egyezségokmánya és az Emberi Jogok Egyetemes Nyilatkozata értelmében. Ez az irányelvjavaslat annál is inkább fontos, mert napjainkban az Európai Unió számos tagállamában a gyanúsítottak és vádlottak jogainak csorbulása és az ártatlanság védelme elvének megkopása tapasztalható.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor con la finalidad de reforzar los derechos procesales en la UE. Se trata de unos instrumentos clave para garantizar un juicio justo en toda la Unión Europea y el respeto absoluto de los derechos de la defensa que garantizan los Tratados europeos, la Carta Europea de los Derechos Fundamentales y el Convenio Europeo de los Derechos Humanos. Debemos ser siempre ambiciosos en nuestra defensa de los derechos y libertades básicas, por lo que la propuesta de la Comisión representa un paso positivo.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Con questa direttiva l'Europa richiama non tanto ai principi che già esistono, a livello nazionale e internazionale, ma all'applicazione di questi diritti fondamentali che spesso sono disattesi, come confermato dalla Corte europea dei diritti dell'uomo. Il principio di presunzione di innocenza è un elemento fondamentale per garantire il diritto a un processo equo e per evitare arbitrarietà e abusi. Vigileremo affinché questo principio venga applicato negli ordinamenti nazionali, si ponga fine alle violazioni del passato e finalmente ogni cittadino sia realmente ritenuto innocente fino alla sentenza definitiva.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Menschenrechtspolitiker habe ich für den Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Anwesenheit in Strafverfahren gestimmt, da er europäisches Strafrecht in internationalen Verfahren stärkt und mehr Gerechtigkeit garantiert.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Ergänzung der bestehenden Rechtsvorschriften im Bereich der Verteidigungsrechte Verdächtigter und Beschuldigter ist wichtig, um ein europaweit faires und einheitliches Verfahren gewährleisten zu können.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – This draft directive is part of a package of proposals to further strengthen procedural rights for citizens in criminal proceedings, which includes one on safeguards for children, and another on legal aid. Labour MEPs support the idea of establishing minimum standards across the EU in areas as fundamental as the presumption of innocence. The report outlines effective procedural safeguards in criminal proceedings at EU level which will strengthen an individual's right to a fair trial. Along with Ireland and Denmark, the UK will not opt in to this directive so there is no conflict between national constitutional rules and secondary EU law.

Tania González Peñas, Lola Sánchez Caldentey Y Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – La ponente, aunque acoge favorablemente la propuesta de Directiva por la que se refuerzan ciertos aspectos de la presunción de inocencia y el derecho a estar presente en el propio juicio en los procesos penales, opina que la Comisión ha adoptado un enfoque demasiado limitado y cuestiona la falta de ambición de la propuesta inicial, que conlleva el riesgo de que se produzca una armonización de las disposiciones nacionales a la baja. Por ello propone modificaciones cuyo objetivo es una mayor protección de las personas sospechosas y acusadas en Europa. Las enmiendas presentadas por distintos grupos amplían y precisan los aspectos referidos a la presunción de inocencia, la carga de la prueba, el derecho a no autoinculparse y a no cooperar, el derecho a permanecer en silencio, el derecho a estar presente en el propio juicio y el derecho a la repetición del juicio, modificando sensiblemente la propuesta de la Comisión, que contenía aspectos inaceptables como la inversión de la carga de la prueba, la admisión, en determinadas circunstancias, del uso de la coerción para la obtención de información o la admisión de la renuncia «tácita» a estar presente en el propio juicio.

Hemos votado a favor de la Resolución.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Prezumția de nevinovăție și dreptul de a fi prezent la proces în cadrul procedurilor penale este o problemă extrem de importantă și ține de viața și de demnitatea persoanelor. Am votat raportul, pentru că eu cred că este nevoie de o mai bună aplicare în toate statele membre a articolului 11 alineatul (1) din Declarația Universală a Drepturilor Omului adoptată de ONU în 1948. Cred în nevoia ca persoanele suspectate sau inculcate să se bucure de o protecție corespunzătoare împotriva declarațiilor publice incriminatorii anterioare condamnării definitive. Statele membre ar trebui să asigure condițiile necesare pentru ca persoanele suspectate sau inculcate să se înfățișeze sau să se prezinte în sala de judecată înainte și în timpul procesului în mod adecvat, pentru că încătușarea sau ținerea într-o boxă de siclă creează impresia de vinovăție înainte de a fi judecat. Cred de asemenea în prevederea raportului legată de dreptul la tăcere al acuzatului. Acest drept nu trebuie să aducă atingere dreptului la un proces echitabil. Dreptul de a păstra tăcerea nu poate fi utilizat sub nicio formă împotriva persoanei.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Along with my Labour Party colleagues, I voted in favour of this draft directive which is part of a package of proposals to further strengthen procedural rights for citizens in criminal proceedings, including one on safeguards for children, and another on legal aid. I support the idea of establishing minimum standards across the EU in areas as fundamental as the presumption of innocence. The report outlines effective procedural safeguards in criminal proceedings at EU level which will strengthen an individual's right to a fair trial. Along with Ireland and Denmark, the UK will not opt in to this Directive so there is no conflict between national constitutional rules and secondary EU law.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Fruit des négociations entre le Conseil et le Parlement, la directive relative à la présomption d'innocence constitue une pierre essentielle dans le paquet législatif relatif aux droits procéduraux des citoyens dans les procédures pénales ; le paquet inclut également une proposition contenant des garanties pour les enfants et une autre couvrant l'aide juridique. La présomption d'innocence consacre, pour sa part, un principe de droit fondamental qui doit s'appliquer à tous les stades de la procédure pénale. Dans le cadre des négociations, il faut souligner la position particulièrement ferme du Parlement face au Conseil pour faire respecter un principe de droit fondamental selon lequel la charge de la preuve doit peser sur l'accusation. Le compromis trouvé permet aussi de consacrer le droit au silence comme droit absolu. Il renforce également les dispositions relatives au droit de ne pas s'incriminer soi-même. Le texte ainsi obtenu est équilibré et très satisfaisant. Les États membres auront deux ans pour transposer ce texte ; il faut donc espérer qu'il permette au plus vite d'harmoniser les modalités essentielles entourant la présomption d'innocence. Au Parlement, nous y serons attentifs.

Τάκης Χατζγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Μετά από μια πολύ καλή έκθεση από την εισηγήτρια της ALDE κ. Griesbeck, η ομάδα μας υπερψήφισε την έκθεση στη συζήτηση της LIBE. Η πρώτη ανάγνωση της έκθεσης από το Συμβούλιο ήταν πολύ πιο συντηρητική από την έκθεση του Ευρωκοινοβουλίου. Οι δύο θεσμοί είχαν μια μακρά συζήτηση και στο τέλος ο συμβιβασμός επιτεύχθηκε κάπου στο μέσο. Εν τούτοις, η τελική έκθεση εμπεριέχει σημαντικές νίκες για το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, όπως είναι κυρίως η μη ανατροπή του τεκμηρίου αθωότητας. Αυτό ήταν ένα από τα κυριότερα στοιχεία για μας. Σε γενικές γραμμές, η εκτίμηση μας είναι πως η οδηγία σέβεται την νομολογία του Ευρωπαϊκού Δικαστηρίου Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων και σε κάποιες περιπτώσεις μάλιστα πηγαίνει ακόμη πιο μακριά. Γι αυτό και υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I along with ALDE voted in favour of the Presumption of Innocence Directive which is one of a package of three directives, the other two being legal aid and specific safeguards for children, that are all aimed at strengthening the rights of individuals in criminal proceedings. I welcome this step forward to ensuring individuals' rights are respected in criminal proceedings and that there are fairer trials for all EU citizens. Of particular importance in this directive is that the principle of 'innocent until proven guilty' remains across Member States and that the final text agrees is a positive result for EU citizens who will have access to fair trials across the EU.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as the Commission proposal seeks to guarantee a minimum level of protection for the principle of presumption of innocence in all Member States and to enhance accused persons' right to be present at their trials. The proposal therefore focuses mainly on the principle of presumption of innocence, the burden of proof, the right not to incriminate oneself and not to cooperate, the right to remain silent, the right to be present at one's trial and the right to a retrial. In general, I welcome the approach adopted at the time and endorse almost all of those amendments; in particular, those seeking to prevent the reversal of the burden of proof to the detriment of suspects or accused persons and to ensure that evidence gathered in breach of the principle of presumption of innocence are inadmissible. The report also tables a number of additional amendments seeking to clarify

the scope of the presumption of innocence, in particular as regards public references to guilt before conviction and thereby to ensure that suspects or accused persons enjoy a sufficiently high level of protection throughout the EU.

György Hölvényi (PPE), írásban. – A büntetőeljárás során az ártatlanság véelme egyes vonatkozásainak és a saját tárgyaláson való jelenlét jogának megerősítéséről szóló jelentés kiemelt módon járul hozzá a tisztességes eljárás garantálásához az Európai Unióban és szavatolja a védelemhez való jogot. A Néppárt számára fontos volt, hogy biztosítva legyen a vádlott vagy gyanúsított egyik legalapvetőbb joga, az ártatlanság véelme. A módosítás nagyobb védelmet biztosít a vádlott vagy gyanúsított számára Európában, anélkül, hogy aláaknázná az igazságszolgáltatás megfelelő menétét.

Sikerült egy kiegyensúlyozott kompromisszumot kitárgyalni a minimumkövetelmények felállítása során a büntetőeljárás e szakaszára nézve. Ha az új szabályt minden tagállam átülteti a gyakorlatba, közös európai jogrendszerünk hatékonysága nagy mértékben növekszik majd.

Brice Hortefeux (PPE), par écrit. – Les institutions, dans le cadre des négociations interinstitutionnelles, sont parvenues à proposer une approche équilibrée en ce qui concerne la présomption d'innocence et le droit d'assister à son propre procès dans le cadre des procédures pénales. Aussi, ai-je décidé de soutenir cette approche.

Pour les Français, de manière générale, le droit au procès équitable est un principe acquis. Cela n'est malheureusement pas aussi manifeste dans tous les États membres.

En réalité, notre lecture varie d'un pays à l'autre et c'est pourquoi les législateurs ont souhaité définir, dans le respect des souverainetés nationales, des règles minimales communes régissant certains aspects du droit à la présomption d'innocence et le droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales.

Ian Hudghton (Verts/ALE), in writing. – The UK has decided not to opt in to this legislation and that is a position I can support. The Commission failed to show that this proposal brings any added value and accordingly it fails to meet the subsidiarity requirements set out in the EU Treaty. I therefore abstained in this vote.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), in writing. – I have voted in favour of this report that guarantees a minimum level of protection for the principle of presumption of innocence in all Member States. This is a fundamental right that represents the key to preventing arbitrary judgments and any abuse of process in criminal proceedings.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu direktive Parlamenta i Vijeća o jačanju određenih vidova pretpostavke nedužnosti i prava na nazočnost na suđenju u kaznenom postupku jer je to način putem kojeg se određuju minimalni europski standardi prava koji čine princip pretpostavke nedužnosti. Smatram da se time osnažuju prava pojedinaca u kaznenim postupcima i jamče poštena suđenja za sve europske građane. Međutim, jasno je da još uvijek postoje kršenja spomenutih načela diljem Europske unije, te da su potrebne pojedine prilagodbe i izmjene. U tom kontekstu podržavam amandmane izjaviteljice, te nastavno tome i dotično izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Avec mes collègues du Front National, nous considérons que la procédure pénale ne devrait relever de la souveraineté des États membres. L'Union européenne entreprend une entreprise d'harmonisation par le bas de ce beau principe. Par exemple, en ce qui concerne la charge de la preuve, le texte la fait basculer au détriment de l'accusé. J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), in writing. – Although presumption of innocence is a fundamental principle of law enshrined in the EU charter of fundamental rights, there are still reports of violations of this principle by some Member States.

This new directive seeks to better ensure that the right to be presumed innocent until proven guilty in criminal proceedings is respected in the EU. It significantly improves citizens' rights to a fair trial as well as the provisions on public statement about accused persons. Moreover, Member States should ensure appropriate presentation of the person so as not to create an impression of guilt. These changes will help to avoid any arbitrariness and abuse during criminal proceedings.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Nathalie Griesbeck sur la présomption d'innocence et le droit d'assister à son procès. Ce texte vise à mettre en place des règles minimales communes régissant certains aspects du droit à la présomption d'innocence et le droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales. La présomption d'innocence est un principe fondamental du système judiciaire et la base du droit à la défense. Elle sera désormais mieux protégée à toutes les étapes jusqu'au rendu du verdict.

Cette résolution a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui vise à garantir le respect du droit à un procès équitable dans l'Union en définissant des règles minimales communes à tous les pays, notamment concernant le droit à la présomption d'innocence et le droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Grundsätzlich handelt es sich hierbei um Mechanismen der Strafrechtspflege, die in allen Mitgliedstaaten angewendet werden sollten. Dennoch sollte das Strafrecht eine nationale Angelegenheit bleiben, ohne den Versuch einer europäischen Harmonisierung. Außerdem ist dies ein Versuch, den Weg zu einer europäischen Staatsanwaltschaft zu ebnen, welcher ich kritisch gegenüberstehe. Aus diesen Überlegungen enthalte ich mich meiner Stimme.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. Labour MEPs support the idea of establishing minimum standards across the EU in areas as fundamental as the presumption of innocence.

Jude Kirton-Darling (S&D), *in writing*. – This draft directive is part of a package of proposals to further strengthen procedural rights for citizens in criminal proceedings, which includes one on safeguards for children and another on legal aid. Labour MEPs support the idea of establishing minimum standards across the EU in areas as fundamental as the presumption of innocence. The report outlines effective procedural safeguards in criminal proceedings at EU level which will strengthen an individual's right to a fair trial. Along with Ireland and Denmark, the UK will not opt in to this directive so there is no conflict between national constitutional rules and secondary EU law.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The Commission had to establish minimum procedural rights for suspects or accused persons, and to address the issue of presumption of innocence, in order to promote better cooperation. Until now, we have three directives on this topic: the right to interpretation, the right to information and the right of access to a lawyer in criminal proceedings.

I voted in favour since it improves four important elements: statements must not reflect an opinion that the person is guilty; the directive applies also to criminal proceedings; authorities must not use coercion in order to obtain information from a suspect or an accused person; last but not least it defines what the right to remain silent is.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Ha valaki, hát én tudom, mit jelent az ártatlanság vélelmének sárba tiprása. Hihetetlen összefonódások vannak a politika, az elvileg független igazságszolgáltatás egyes szereplői és a sajtó között, amikről nemrégén rántotta le a leplet a sokat látott német újságíró, Udo Ulfkotte.

Ez a jelentés az alapvető szabadságjogok erősítését szolgálja, fontos eljárásjogi garanciákat is rögzít, elősegíti a polgároknak a jogállamiságba vetett, erősen megingott bizalmának helyreállítását. Ritkán találkozom ilyen összeszedett, konkrétumokat tartalmazó, valóban támogatandó jelentéssel.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – La directive sur la présomption d'innocence va permettre que cette notion clef, pour défendre les droits fondamentaux, soit incorporée d'ici deux ans dans l'ensemble des législations nationales des États membres de l'Union européenne.

Concrètement, le texte demande que la charge de la preuve repose sur les procureurs; il reconnaît le droit des accusés au silence, sans qu'il ne soit retenu contre eux et demande aussi qu'un mis en examen ne soit pas automatiquement menotté, ou ses mouvements entravés.

Ces pratiques peuvent paraître communes, mais les traditions juridiques sont différentes selon les États et il est surtout important que l'Union européenne empêche tout recul des droits fondamentaux, alors que certains gouvernements peuvent être tentés de les remettre en cause. Il est également important de montrer que l'Union européenne peut être source de progrès, de défense de certains droits, alors que sa politique économique reste associée, à juste titre, à de graves récessions sociales. J'ai donc soutenu cette directive.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la présomption d'innocence et droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales. Il s'agit évidemment de droits fondamentaux auxquels je suis attachée. Ces droits sont garantis en France et dans les autres États membres. Or ce rapport reproche à la Commission une approche trop minimale et questionne le «manque d'ambition» de cette proposition initiale qui risquerait d'harmoniser les dispositions nationales «vers le bas». Le droit pénal est une compétence exclusive des États membres. Je m'oppose à l'ingérence de l'Union et à toute tentative de créer un droit pénal «européen».

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car j'estime que la procédure pénale devrait relever de la seule souveraineté des États membres. L'Union européenne instrumentalise la présomption d'innocence – ce beau principe que la France a proclamé dans l'article 9 de la déclaration de 1789 – pour augmenter son champ d'intervention. Et pour quel résultat? Pour risquer d'harmoniser la présomption d'innocence vers le bas, tant le rapport hésite à prendre parti sur des problèmes fondamentaux comme par exemple sur l'éventuel renversement de la charge de la preuve au détriment de l'accusé.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Encore une immixtion de l'Union européenne dans les compétences propres aux États. En l'occurrence, si ce rapport défend des principes élémentaires de droit pénal auxquels je souscris bien évidemment (présomption d'innocence et ses corollaires, tels que le droit de garder le silence, le droit d'assister à son procès...), il est hors de question que l'Union européenne fasse preuve d'ingérence dans ce domaine crucial qu'est la justice. Oui aux spécificités étatiques dans des domaines de compétence aussi importants, et non à l'instauration d'un droit pénal européen. Mon vote contre ce texte n'est donc pas motivé par une remise en question des principes pénaux en question, mais par une ferme volonté de ne pas abandonner ce pan spécifique de notre souveraineté nationale à l'Europe.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El informe recoge un acuerdo en primera lectura sobre la base de una propuesta de Directiva que la Comisión presentó en noviembre de 2013, relativa a la presunción de inocencia. El Parlamento aprobó un mandato de negociación en abril de 2015 después de abordar la tramitación en profundidad de la propuesta. En la Comisión LIBE, el resultado sobre el informe fue satisfactorio y coherente con las líneas políticas progresistas y, aunque en el Pleno hubo cambios, el resultado final de la negociación es aceptable y respeta las líneas rojas de nuestro Grupo político, por lo que he votado a favor.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta propuesta ya que nos parece muy importante la introducción de criterios mínimos a nivel europeo que fueren a los Estados miembros a respetar la presunción de inocencia y otros derechos de las personas detenidas, como el de estar presente durante su juicio. Una de las principales ideas que se introducen en esta propuesta de Directiva es el blindaje del derecho al acceso de todas las personas detenidas a algún tipo de ayuda legal, aunque sea de manera provisional. Nos parece positivo que, ante los cambios regresivos que están experimentando los sistemas judiciales de diferentes países europeos, se blinde la presunción de inocencia y se impidan los juicios en ausencia del acusado.

No se han incluido algunas de las cuestiones clave para nosotras como la inclusión del derecho a permanecer en silencio o algunas medidas relativas a la custodia de las pruebas, a menudo violadas en el Estado español en casos relacionados con la persecución de activistas sociales. Sin embargo, consideramos que el resultado final introduce mejoras al blindar derechos e introducir medidas de protección de los derechos de las personas detenidas.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El informe que estamos tratando surge a raíz de la propuesta de Directiva de la Comisión Europea por la que se refuerzan ciertos aspectos de la presunción de inocencia y el derecho a estar presente en el propio juicio en los procesos penales. Según la ponente, este esfuerzo no es suficiente. A día de hoy, los derechos de las personas acusadas son cada vez menores y el principio de presunción de inocencia se está degradando.

Como ya sabemos, la presunción de inocencia es un derecho fundamental, además de un principio básico para evitar la arbitrariedad en el ámbito judicial. Es por ello por lo que debe tener un gran respaldo jurídico. En el informe se pretende que la Directiva se aplique tanto a personas físicas como a personas jurídicas, desde el momento en que la persona es sospechosa, durante el proceso y hasta la conclusión del mismo. De la misma forma, el informe también pretende prevenir o reprimir las declaraciones de culpabilidad prematuras.

Desde mi punto de vista, la aprobación de este informe es imprescindible para garantizar un juicio justo en toda la Unión Europea y para aumentar el respeto de los derechos de defensa garantizados en los Tratados europeos.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se, jelikož považuji za samozřejmé ctít princip presumpce neviný a elementární právní ochranu obviněných v EU.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Cilj prijedloga Direktive Europskog parlamenta i Vijeća jest osnažiti određene vidove prava osumnjičenih ili optuženih osoba. Pravo na pošteno suđenje jedno je od temeljnih načela demokratskog društva koje je zagarantirano člankom 47. Povelje i člankom 6. Europske konvencije o ljudskim pravima (EKLJP). Pravo optužene osobe da prisustvuje na vlastitom suđenju trebalo bi biti zajamčeno u Uniji.

Načelom učinkovitosti zakonodavstva EU-a zahtijeva se od država članica da uspostave prikladne i učinkovite pravne lijekove u slučaju povrede prava koja pojedinci imaju u skladu sa zakonodavstvom Unije. Izneseni prijedlozi uglavnom se odnose na sljedeća prava: pravo da osobu javno tijelo ne proglasi krivom prije donošenja konačne presude, činjenicu da je teret dokazivanja na tužiteljstvu, pravo osobe da ne inkriminira samu sebe, pravo na šutnju, pravo prisutnosti na vlastitom suđenju i pravo na ponovno suđenje. Odbor za pravna pitanja detaljno je razmatrao iznesene prijedloge, te je donesen niz amandmana koji su jednoglasno usvojeni.

Podržala sam izvješće zastupnice Nathalie Griesbeck jer svaka osoba ima pravo uživati dovoljno visoku razinu zaštite na suđenju u kaznenom postupku, a na državama članicama je da primjene odgovarajuće mehanizme zaštite i osiguraju pretpostavke nedužnosti.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Prezumpcia neviný je samozrejmom súčasťou každého demokratického právneho poriadku a právneho štátu. Posilnenie prezumpcie neviný a práva byť prítomný na konaní pred súdom v trestných veciach zvyšujú zodpovednosť štátu pri dôkladnom vyšetrovaní každého skutku. Majú zásadný dosah na naplnenie práva na spravodlivé konanie. Konanie v neprítomnosti musí byť obmedzené v nevyhnutnej miere a musí byť jednoznačne zákonným spôsobom odôvodnené. Obmedzenie osobnej slobody musí byť vždy zákonným spôsobom odôvodnené.

Zároveň je však dôležité, aby boli vytvorené materiálne, personálne a legislatívne podmienky na rýchle a včasné konanie tak, aby sa skutky čo najrýchlejšie vyšetrili a nedochádzalo plynutím času k mareniu dôkazov a vyšetrovania.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την ενίσχυση ορισμένων πτυχών του τεκμηρίου αθωότητας και του δικαιώματος παράστασης του κατηγορουμένου στη δίκη του στο πλαίσιο ποινικής διαδικασίας διότι είναι μια πλήρης και τεκμηριωμένη έκθεση.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre. N'en déplaie à la Commission européenne le droit pénal est une compétence des États membres dont l'Europe n'a pas à se mêler. Nous reconnaissons que la présomption d'innocence est un droit fondamental, de même que tous les principes qui l'entourent (charge de preuve sur l'accusation, droit de conserver le silence, droit de ne pas s'auto-incriminer et de ne pas coopérer, droit d'assister à son procès...). Cette tentative de l'Union de créer un droit pénal «européen» est déplacée, c'est pourquoi nous nous y opposons.

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome the Commission's proposal for a directive on the strengthening of certain aspects of the presumption of innocence and of the right to be present at trial in criminal proceedings. The presumption of innocence is a fundamental right and a principle which is key to preventing arbitrary judgments and any abuse of process in criminal proceedings, and which underpins protection of the right to a fair trial as set out in Article 6 of the European Convention on Human Rights, Article 48 of the Charter of Fundamental Rights of the European Union, the International Covenant on Civil and Political Rights and the Universal Declaration of Human Rights. The proposal for a directive is made all the more important by the limitation of the rights of suspects and accused persons and the erosion of the principle of the presumption of innocence that is currently being seen in several EU Member States.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole circa la relazione sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio sul rafforzamento di alcuni aspetti della presunzione di innocenza e del diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali. Tale proposta, che si concentra sulla presunzione d'innocenza, sulla tutela processuale dei minori durante il procedimento penale e sul diritto all'ammissione provvisoria al patrocinio a spese dello Stato nei procedimenti penali, ha come obiettivo quello di garantire ai cittadini dell'Unione europea il diritto a un equo processo, aumentare la fiducia reciproca nei sistemi degli Stati membri, per favorire il mutuo riconoscimento delle rispettive decisioni giudiziarie e garantire il rispetto assoluto dei diritti di difesa, come sanciti nei trattati europei.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), písemně. – Dnes jsem hlasovali o zprávě, která je součástí balíčku tří návrhů směrnic cílených na posílení procesních práv v EU. Tyto tři směrnice umožní finalizovat evropský právní systém, který existuje v oblasti práv na obhajobu u osob podezřelých, obžalovaných nebo obviněných v rámci trestního řízení v celé Evropské unii. Jedná se o klíčové nástroje, které by měly zaručit spravedlivý proces v celé Evropské unii a naprosté dodržování práv na obhajobu, jak je zaručují evropské smlouvy, Evropská listina základních práv a Evropská úmluva o lidských právech. Vítám proto návrh směrnice Evropské komise, kterou se posilují některé aspekty presumpce nevinoty a práva být přítomen při trestním řízení před soudem. Presumpce nevinoty je základním právem a základní zásadou, která slouží k vyloučení svévolného postupu a jakéhokoli zneužití v trestním řízení, a je zásadou, která stojí v pozadí ochrany práva na spravedlivý proces v souladu s článkem 6 Evropské úmluvy o lidských právech, článkem 48 Listiny základních práv Evropské unie, s Mezinárodním paktem o občanských a politických právech a s Všeobecnou deklarací lidských práv. Hlasoval jsem proto pro návrh.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. – Dobbiamo fare in modo che i diritti procedurali abbiano una tutela minima uniforme in tutti gli Stati membri. Accolgo con favore la proposta di direttiva votata oggi auspicando non solo un adeguato recepimento nelle legislazioni di tutti gli Stati membri, ma anche una vasta comunicazione affinché i cittadini siano informati circa i loro diritti.

Gabriel Mato (PPE), por escrito. – He dado mi apoyo al informe sobre la propuesta de Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo por la que se refuerzan ciertos aspectos de la presunción de inocencia y el derecho a estar presente en el propio juicio en los procesos penales.

Es importante trabajar para que en toda la Unión se garanticen estos derechos, y por eso también hemos recalado desde el Parlamento Europeo que es preciso asegurar que los sospechosos y acusados en procesos penales en los Estados miembros gocen, en toda la Unión, de un nivel común y elevado de protección así como del pleno respeto de las garantías procesales, sin perjuicio de que en un determinado Estado miembro se apliquen unas normas que ofrezcan una mayor protección.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), γραπτώς. – Η Επιτροπή έχει καταθέσει τρεις αξιοσημείωτες προτάσεις οδηγίας που αφορούν το τεκμήριο αθωότητας και το δικαίωμα παράστασης του κατηγορουμένου στην ποινική δίκη. Προστατεύονται από τις Συνθήκες της ΕΕ όσο και από τον Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων και την ΕΣΔΑ, τα δύο προαναφερόμενα δικαιώματα συνιστούν βασικούς τρόπους προστασίας του υπόπτου ή κατηγορουμένου σε ποινική διαδικασία και εχέγγυα διεξαγωγής δίκαιης δίκης για σωστή απονομή της δικαιοσύνης.

Μέσα σε αυτό το πλαίσιο και προκειμένου να επιτευχθεί πραγματικά η διεξαγωγή αμερόληπτης δίκης, θα πρέπει να γίνουν κάποιες τροποποιήσεις στις προτάσεις της Επιτροπής. Αυτές οι τροποποιήσεις τις οποίες θεωρώ σημαντικές και υπερηφίζω είναι, για παράδειγμα, η απαγόρευση πρόωρων εκτιμήσεων ενοχής από την ενάσκηση του δικαιώματος σιωπής το οποίο δεν πρέπει να έχει αρνητική επίδραση στην έκβαση της δίκης, αλλά και η απαγόρευση διατύπωσης κατηγοριών από τα μέσα ενημέρωσης πριν από την καταδίκη του κατηγορουμένου. Παράλληλα, θα πρέπει να είναι ξεκάθαρο ότι το βάρος απόδειξης της ενοχής του κατηγορουμένου είναι πέραν κάθε λογικής αμφιβολίας, όπως ισχύει και στο Κυπριακό Δίκαιο και, επομένως, εάν στο τέλος της δίκης το δικαστήριο διατηρεί κάποια αμφιβολία για την ενοχή του κατηγορουμένου θα πρέπει να τον αθωώσει. Τέλος, οι περιπτώσεις διεξαγωγής δίκης ερήμην του κατηγορουμένου θα πρέπει να μειωθούν στον απόλυτο βαθμό.

Georg Mayer (ENF), schriftlich. – Das Strafrecht ist eine nationale Angelegenheit und bedarf keiner europäischen Harmonisierung. Zudem besteht die Gefahr, dass dieser Vorschlag zu einer weiteren Erschwerung in der Strafrechtsverfolgung führt. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – Le programme de Stockholm a mis l'accent sur le renforcement des droits des personnes dans la procédure pénale. Le Conseil européen a donc invité la Commission à envisager de proposer des droits procéduraux minimaux pour les suspects ou des accusés, dans le but de promouvoir une meilleure coopération dans ce domaine dans l'Union européenne. La proposition de la Commission amendée par le Parlement permet effectivement de garantir la présomption d'innocence. «Les suspects doivent être présumés innocents jusqu'à preuve du contraire par une décision définitive rendue conformément à la loi, dans un procès au cours duquel ils ont eu toutes les garanties nécessaires à leur défense». Mais aussi le droit de garder le silence, d'être présent à son procès et le droit à un procès équitable. Le texte veille également à ce que la fardeau de la preuve repose sur l'accusation. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Avec mes collègues du Front National, nous considérons que la procédure pénale ne devrait relever de la souveraineté des États membres. L'Union européenne entreprend une entreprise d'harmonisation par le bas de ce beau principe. Par exemple, en ce qui concerne la charge de la preuve, le texte la fait basculer au détriment de l'accusé. J'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre o reforço de certos aspetos dos direitos dos suspeitos ou arguidos em processo penal, designadamente o de serem presumidos inocentes até que a sua culpabilidade seja provada através de uma decisão definitiva e o de comparecerem no próprio julgamento.

A presunção de inocência e o direito de comparecer em tribunal em processo penal são valores fundamentais para que possamos qualificar um Estado como Estado de Direito, valor consagrado no artigo 6.º da CEDH, no artigo 48.º da CDFUE, no PIDCP e na DUDH.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it is essential that the Union strives to prevent abuses in criminal proceedings. This resolution seeks to ensure that the right to be present at trial in criminal proceedings is observed in all Member States because it is a key component of the presumption of innocence.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je me réjouis que le Parlement européen ait adopté cette législation qui vise à renforcer un droit aussi fondamental que celui de la présomption d'innocence dans les procédures pénales. La justice ne pourra être vertueuse que si elle garantit effectivement le principe élémentaire qu'est celui de considérer une personne innocente aussi longtemps qu'elle n'a pas été jugée coupable. C'était une priorité pour le Parlement européen de garantir le principe que la charge de la preuve ne soit en aucun cas renversé. Ceci implique donc que tout doute quant à la question de la culpabilité profite à la personne poursuivie. En outre, le texte rappelle une série de droits liés au droit de la présomption d'innocence comme le droit de garder le silence, de ne pas s'incriminer ou encore le droit d'assister à son procès.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Prezumpcia neviný a práva obvineného v trestnom konaní patria od najstarších čias k najzákladnejším právam európskeho právneho systému. Bez ich bezpodmienečného dodržiavania nemôžeme hovoriť o právnom štáte a spravodlivom konaní. Nevyhnutnosť dodržiavania procesných ustanovení a ich neustáleho zlepšovania spočíva v tom, že pred súd môže byť postavený každý jeden z nás. Život prináša rôzne situácie, ktoré často nevieme ovplyvniť. Stačí jedna malá chyba z nepozornosti, či zlyhanie ľudského faktora a človek je vystavený postupu orgánov činných v trestnom konaní. Zákonný postup orgánov činných v trestnom konaní a najmä možnosť osobne sa zúčastniť na konaní umožňujú obvinenému v dostatočnej miere chrániť svoje procesné práva. Nezabúdajme, že dôstojnosť človeka musí byť aj v trestnom konaní na prvom mieste. Víтам každú novú právnu úpravu, ktorá dôstojnosť obvineného človeka viac ochraňuje.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Effective procedural safeguards in criminal proceedings at EU level remain crucial to establish the appropriate balance in the EU between repressive measures and the individual's right to a fair trial. The adoption of rules governing the presumption of innocence is an important step in establishing that balance. That is why I voted in favour of the report on presumption of innocence and right to be present at trial in criminal proceedings.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság európai parlamenti és tanácsi irányelvre irányuló javaslatot nyújtott be a büntetőeljárás során az ártatlanság védelme egyes vonatkozásainak és a saját tárgyaláson való jelenlét jogának megerősítésére vonatkozóan. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében úgy foglal állást, hogy a javaslat alapvető eszköz a tisztességes eljárás egész Európai Unióban történő garantálása, valamint az uniós Szerződésekben, az Európai Unió Alapjogi Chartájában és az emberi jogok európai egyezményében (EJEE) garantált védelemhez való jog teljes körű tiszteletben tartásának biztosítása érdekében, ezért a Parlament a tervezetet számos módosítással fogadja el. A jelentés elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'adopter une proposition de directive portant renforcement de certains aspects de la présomption d'innocence et du droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales. La présomption d'innocence est un droit fondamental. Le principe selon lequel la charge de la preuve pèse sur l'accusation et selon lequel tout doute éventuel sur la culpabilité devrait bénéficier à l'accusé, le droit de conserver le silence, le droit de ne pas s'auto-incriminer et de ne pas coopérer, le droit d'assister à son procès sont également des éléments centraux de la présomption d'innocence. Ce sont des principes que nous reconnaissons. Ce rapport est cependant d'avis que la Commission a adopté une approche trop minimale et s'interroge sur le manque d'ambition de cette proposition initiale qui risquerait d'harmoniser les dispositions nationales «vers le bas». Le droit pénal est une compétence des États membres. Nous nous opposons à l'ingérence de l'Union et à toute tentative de créer un droit pénal européen; pour cette raison, nous ne pouvons voter en faveur de ce texte.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório tem o meu voto favorável por versar substancialmente sobre o reforço de certos aspetos da presunção de inocência e do direito de comparecer em tribunal em processo penal.

O princípio da presunção da inocência, ou da não culpabilidade, é um princípio fundamental do processo penal e estabelece o estado de inocência como regra em relação ao arguido da prática de infração penal. A presente proposta visa garantir que o princípio da presunção da inocência seja aplicado em todas as fases da ação penal.

Nesse sentido, entendo ser fundamental alargar o âmbito de aplicação de um princípio fundamental do Estado de direito, a «presunção de inocência do arguido», também plasmado na Declaração dos Direitos do Homem e do Cidadão, na Declaração Universal dos Direitos Humanos e na Convenção Europeia dos Direitos do Homem.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le droit pénal est une compétence des États membres. Je m'oppose à l'ingérence de l'Union et à toute tentative de créer un droit pénal «européen».

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – This draft directive is part of a package of proposals to further strengthen procedural rights for citizens in criminal proceedings, which includes one on safeguards for children, and another on legal aid. Labour MEPs support the idea of establishing minimum standards across the EU in areas as fundamental as the presumption of innocence. The report outlines effective procedural safeguards in criminal proceedings at EU level which will strengthen an individual's right to a fair trial. Along with Ireland and Denmark, the UK will not opt in to this Directive so there is no conflict between national constitutional rules and secondary EU law.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dont l'objectif est de définir des règles minimales communes régissant certains aspects du droit à la présomption d'innocence et du droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales. Ce texte, qui fait partie du paquet sur les droits procéduraux, vise à garantir le respect du droit à un procès équitable. Il s'agit également de renforcer la confiance des États membres dans le système de justice pénale des autres États membres et, par conséquent, de faciliter la reconnaissance mutuelle des décisions en matière pénale.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la relazione sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio sul rafforzamento di alcuni aspetti della presunzione di innocenza e del diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali. Essa mira a garantire in tutti gli Stati membri un livello minimo di tutela del principio della presunzione di innocenza, oltre che a rafforzare il diritto degli imputati di essere presenti al processo a loro carico. La presunzione di innocenza rappresenta un diritto fondamentale e un principio essenziale che ogni stato dell'Unione deve garantire all'imputato, al fine di evitare una possibile arbitrarietà di giudizio e un eventuale abuso nei procedimenti, come già sancito nella Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo, nonché nella Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea. È cruciale che la questione si affronti a livello europeo, così da garantire una tutela uniforme all'interno degli Stati membri ed evitare lo scadere dei diritti degli indagati e imputati, soprattutto in materia di presunzione di innocenza nonché delle garanzie procedurali. In questo quadro, è fondamentale che l'Unione garantisca diritti quali la facoltà di non rispondere, il diritto ad un nuovo processo, l'onere della prova e il diritto a presenziare al proprio processo.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le rapport sur la présomption d'innocence et le droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales vise à garantir le respect du droit à un procès équitable. J'ai voté en faveur du rapport considérant que l'édition de règles de procédures communes est fondamentale.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Non è raro che, la verità giudiziaria, l'unica che conta davvero, venga influenzata, e distorta, da congetture e interpretazioni arbitrarie da parte di terzi. Sebbene il principio della presunzione di innocenza rappresenti una caposaldo dello Stato di diritto, esso viene spesso sacrificato sull'altare di interessi estranei a quelli puramente giudiziari. Il documento in oggetto descrive, in maniera equilibrata e trasversalmente condivisibile, la necessità di assicurare, all'indagato o all'imputato, il diritto ad essere considerate innocente fino all'espressione dell'ultimo grado di giudizio. Condividendo il contenuto e le aspettative di questo documento, ho deciso di sostenerlo con il mio voto favorevole.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az ártatlanság vélelmével és a tárgyaláson való jelenlét jogának megerősítésével kapcsolatos jelentést szavazatommal támogatom, hiszen az Európai Unió számos tagállamában még mindig gyakran sérülnek meg a vádlottak alapvető jogai. A jelentés segítségével képesek leszünk egy minimális szint bevezetésére az ártatlanság alapelveinek védelme érdekében, ami hozzájárulhat többek között az egyes tagállamokban hozott döntések kölcsönös elfogadásához és egymásba vetett bizalmuk megerősítéséhez is.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that aims to set a common set of regulations across Member States in order to enforce the presumption of innocence and further rights in criminal procedure trials.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Durch diesen Bericht besteht die Gefahr, dass eine Verfolgung von potentiellen Straftätern weiter erschwert wird. Folglich habe ich mich dagegen ausgesprochen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport, s'inscrivant dans le processus de Stockholm, met l'accent sur la protection des personnes inculpées et sur la nécessité de mise en œuvre d'une procédure permettant une base légale minimale de droits pour les suspects, afin d'harmoniser en Europe le principe de la «présomption d'innocence». J'ai voté en faveur de ce rapport qui permet de garantir une sécurité juridique ainsi que d'éviter des abus dans les procédures pénales. Le rapport rappelle également les conventions européennes et internationales que l'Union est tenue de respecter en la matière. Finalement, grâce à ce rapport, l'Union renforce donc le principe de la charge de la preuve pesant sur l'accusation, le principe selon lequel le doute éventuel sur la culpabilité devrait bénéficier à la défense, ainsi que le droit de conserver le silence et le droit d'assister au procès.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesmärk on eelkõige tagada süütuse presumptsiooni kaitse teatav miinimum-tase kõigis liikmesriikides ning tugevdada süüdistatavate õigust viibida isiklikult kohtulikult arutelul.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerando che la legislazione europea in materia di diritti della difesa degli indagati o imputati in procedimenti penali svolge un ruolo chiave per garantire l'equo processo, valutato con grande favore la proposta di rafforzare alcuni aspetti della presunzione di innocenza e del diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali presentata dal relatore in merito alla proposta della Commissione considerata debole e poco chiara in alcuni punti. Pertanto voto favorevolmente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – I believe it is every suspect's or accused person's right to be presumed innocent until proven guilty by a final judgment. Europe needs a fair justice system guaranteeing fair trials everywhere in the European Union and ensuring complete respect for the rights of the defence. That is why I voted in favour of the report.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Smatram da svaki optuženik ima pravo na pravično suđenje. Krivnja sa mora dokazati i pobornik sam presumpcije nevinosti. Važno je osumnjičenima omogućiti sve uvjete za pripremu obrane te voditi računa da povjerljive informacije iz kaznenog postupka ne dospiju u javnost tijekom njegova trajanja kako ne bi potaknule javnost na vjerovanje u krivicu tih osoba. Dakle, treba biti oprezan u izjavama koje se daju medijima tijekom sudskih procesa. Sud bi u svome radu trebao biti nepristran i drago mi je što su članovi Odbora u izvješću to naglasili.

Upotreba sile nije način za prikupljanje informacija jer, osim što je nehumana i predstavlja povredu ljudskog dostojanstva, njome se ne mogu dobiti vjerodostojni iskazi strana u kaznenom postupku. Prirodno je omogućiti osumnjičeniku pravo da samog sebe ne inkriminira i podržavam stav iznesen u izvješću kako se nesuradnja ne smije smatrati potvrdom krivnje. Pravo na šutnju moramo zadržati kao mogućnost, kao i pravo na ponovljeno suđenje u slučaju pojave novih dokaza kako bismo očuvali pravičnost suđenja.

Na kraju ističem kako bi optuženici za teška kaznena djela za koje je predviđena kazna zatvora morali biti prisutni na suđenju. Ovo izvješće učvršćuje pravo na pošteno suđenje, pruža dobre i konkretne prijedloge i stoga sam ga podržala.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport porte sur une proposition de directive qui vise à renforcer certains aspects de la présomption d'innocence et du droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales. La présomption d'innocence est un droit fondamental. Le principe selon lequel la charge de la preuve pèse sur l'accusation et selon lequel tout doute éventuel sur la culpabilité devrait bénéficier à celui-ci, le droit de conserver le silence, le droit de ne pas s'auto-incriminer et de ne pas coopérer, le droit d'assister à son procès sont également des éléments centraux de la présomption d'innocence. Ce sont des principes que je reconnais, bien évidemment, et défends avec force. Mais le rapport est d'avis que la Commission a adopté une approche trop minimale et questionne un «manque d'ambition» qui risquerait d'harmoniser les dispositions nationales «vers le bas». Le droit pénal est une compétence souveraine des États

membres. Je m'oppose fermement à l'ingérence de l'Union et à toute tentative de créer un droit pénal «européen». Je vote donc contre ce rapport.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione Griesbeck perché ha saputo migliorare la proposta di direttiva della Commissione sul rafforzamento di alcuni aspetti della presunzione di innocenza e del diritto di presenziare al processo nei procedimenti penali. Il pacchetto definitivo sui diritti procedurali, di cui la direttiva fa parte, definirà un quadro giuridico comune europeo in grado di garantire un processo equo e il rispetto assoluto dei diritti della difesa, così come sanciti dai trattati europei, dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea e della Convenzione europea dei diritti dell'uomo. In particolare, trovo particolarmente positiva la decisione di cambiare la proposta della Commissione, sostenuta invece dal centro-destra, laddove proponeva un'inversione dell'onere della prova a carico della difesa. Altrettanto importanti ritengo siano quei passaggi che ribadiscono il diritto dell'imputato a restare in silenzio, per non contribuire alla propria incriminazione; che stabiliscono l'allargamento di questi diritti anche alle persone fisiche e ai procedimenti amministrativi che potrebbero comportare conseguenze penali; che affermano la necessità del rispetto della presunzione di innocenza nelle dichiarazioni pubbliche, in particolare di media e stampa.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Smatram da je u kriznim vremenima, koja nažalost često pogoduju atmosferi straha, linča i društvenog zatvaranja, posebno važno inzistirati na pretpostavci nevinosti kao jednom od temeljnih načela pravednog sudskog postupka. Jednako tako, primjenu ovog načela treba pratiti snažna vladavina prava i neovisno pravosuđe. Samo učinkovitim i dosljednim proceduralnim jamstvima zaštite možemo osigurati očuvanje prava optuženih i osumnjičenih osoba. U tom smislu posebno važnim smatram članak 4. ovog prijedloga koji inzistira na zabrani pre-judiciranja i upućivanja na krivnju prije dokazane krivnje od strane javnih tijela.

Nadalje, važna postignuća su eliminacija izvornog dijela teksta kojim se htjelo u određenim slučajevima dopustiti izokretanje tereta dokazivanja i načela *in dubio pro reo*, ali i iskazana predanost zaštiti prava na šutnju. Osim toga, a također vezano uz prava pojedinaca i konkretno uz pravo nazočnosti, pohvalno je što su u izmjenama značajno postroženi uvjeti vođenja postupka i donošenja odluka u slučajevima kada dotična osoba nije prisutna. Predanost Unije snažnoj regulativi koja jamči pravo na pravično suđenje trebala bi u ovom obliku izvršiti jači pritisak na sve one države i za sve slučajeve u kojima je ovo pravo dovedeno u pitanje.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće zastupnice Nathalie Griesbeck o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o jačanju određenih vidova pretpostavke nedužnosti i prava biti nazočan na suđenju u kaznenom postupku. Pravo na nazočnost na suđenju u kaznenom postupku jest esencijalno pravo obrane. Isto je tako to pravo ključno za ispunjavanje prava na pravedno suđenje dodijeljeno člankom 6. Europske konvencije za zaštitu ljudskih prava iz 1953. Stoga vjerujem da će osnaživanje prava biti nazočan na suđenju u kaznenom postupku uvelike doprinijeti aplikaciji prava na pravedno suđenje. Pretpostavka nedužnosti je isto tako važna, a Europska komisija je to prepoznala tijekom temeljitog pregleda pitanja nedužnosti te zaključila da je mjera o pojedinim aspektima pretpostavke nedužnosti potrebna kako bi se to fundamentalno pravo osnažilo.

Hrvatska je u veljači 2013. imala sastanak s predstavnicima ministarstava pravosuđa članica Europske unije specifično o pretpostavci nedužnosti te samim time dokazala kako brine o ljudskim pravima i njihovoj provedbi. Smatram da bi ova direktiva uvelike ojačala prava pojedinaca u kaznenom postupku na što je Stockholmski program stavio naglasak. Veoma je važno da se uklone percepcije da se prava osumnjičenih ili optuženih osoba ne poštuju u svakoj fazi jer isto ima zaista štetan učinak na uzajamno povjerenje i pravosudnu suradnju.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Commissione ha presentato il pacchetto definitivo sui diritti procedurali contenente tre proposte di direttiva che consentiranno di completare il corpus giuridico europeo esistente in materia di diritti concernenti la difesa degli indagati o imputati in procedimenti penali all'interno dell'Unione europea. La presunzione di innocenza è un diritto fondamentale e un principio essenziale per evitare qualsivoglia arbitrarietà e qualsiasi abuso nei procedimenti penali. Inoltre, l'articolo 4 della proposta di direttiva costituisce una disposizione fondamentale per proteggere gli indagati o imputati da dichiarazioni di colpevolezza premature. Occorre, pertanto, garantire che gli Stati membri si dotino di una legislazione adeguata per prevenire determinate violazioni. Il diritto al silenzio, il diritto di non autoincriminarsi e di non cooperare, di cui agli articoli 6 e 7 della proposta di direttiva, sono altresì elementi centrali della presunzione di innocenza. Infine, il diritto di assistere al processo è un elemento fondamentale della presunzione di innocenza, che attualmente è protetto solo dalla legislazione europea nel quadro del mandato di arresto europeo. La proposta di direttiva offre l'opportunità di migliorare le tutele previste da tale strumento.

Appoggio l'approvazione di questa proposta di risoluzione al fine di garantire a tutti i cittadini gli strumenti volti a tutelarli da qualsivoglia abuso di carattere giudiziario.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Il met notamment en exergue la présomption d'innocence et le droit d'assister à son procès, deux principes aujourd'hui fondamentaux de notre droit national.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A presente proposta de diretiva faz parte de um pacote mais vasto destinado a reforçar os direitos dos suspeitos ou arguidos em processo penal, por forma a garantir o pleno respeito dos respectivos direitos de defesa e um processo equitativo em toda a União Europeia. Para o efeito, estabelece normas mínimas relativas a certos aspetos da presunção de inocência e do direito de comparecer no próprio julgamento.

Em 4 de novembro de 2015, o Conselho e o Parlamento chegaram a acordo quanto a esta proposta, tendo o Parlamento conseguido alcançar alguns objetivos, designadamente no que se refere: à clarificação do âmbito de aplicação temporal da diretiva (a diretiva é aplicável em todas as fases do processo, desde o momento em que uma pessoa é considerada suspeita ou constituída arguida até à conclusão definitiva do processo); à proibição de qualquer declaração das autoridades públicas que presumam a culpa do arguido ou suspeito; e à consagração do princípio segundo o qual o ónus da prova recai sobre a acusação e do direito ao silêncio.

Trata-se de uma iniciativa particularmente importante, na medida em que a presunção de inocência é uma dimensão essencial do direito a um processo equitativo.

Votei, por isso, favoravelmente.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A presunção de inocência é um direito fundamental e um princípio essencial para evitar a arbitrariedade e qualquer abuso em processos penais. A proposta de diretiva que votei favoravelmente é especialmente importante, já que está em curso, em muitos dos Estados-Membros da União Europeia, uma redução dos direitos dos suspeitos e arguidos, bem como uma erosão do princípio da presunção de inocência.

A Comissão adotou, inicialmente, uma abordagem minimalista e que pode nivelar «por baixo» as disposições nacionais. Assim sendo, a proposta é clarificar o âmbito de aplicação da diretiva, quer a nível pessoal, temporal e material. O direito de guardar silêncio, o direito de não se autoincriminar, de não colaborar de comparecer no próprio julgamento são igualmente elementos fundamentais. Face ao exposto, votei favoravelmente o presente relatório.

É essencial proteger as pessoas suspeitas ou arguidas de declarações de culpabilidade prematura e importa que os Estados-Membros garantam uma legislação apropriada para evitar as habituais violações de presunção de inocência dos meios de comunicação social.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – La présomption d'innocence est un droit fondamental des citoyens afin d'éviter toute décision arbitraire durant les procédures pénales. C'est ce qu'ont rappelé les députés européens ce midi en adoptant à une très large majorité (577 voix pour) la nouvelle directive sur la présomption d'innocence négociée par mon amie Nathalie Griesbeck pour le Parlement européen.

Évidemment, cette nouvelle législation européenne ne vise pas à interférer dans l'organisation des systèmes judiciaires et les procédures pénales actionnées par les autorités publiques qui restent un pouvoir régalien des États membres, mais bien à fixer des normes minimales pour des procès équitables dans toute l'Union européenne.

Car, malgré l'existence de législations nationales sur la présomption d'innocence, de nombreuses violations de ce principe subsistent encore en Europe. C'est pourquoi cette directive européenne est importante en ce qu'elle harmonise des aspects essentiels de la présomption d'innocence, tels que le droit de ne pas être accusé par les autorités publiques avant un jugement ou encore les conditions d'admissibilité des preuves.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A adoção de regras que garantam a presunção da inocência é um importante passo para o equilíbrio entre as medidas repressivas e o direito dos indivíduos a um julgamento justo. O Tribunal dos Direitos Humanos entende que há alguns requisitos mínimos para a presunção de inocência que devem ser comumente respeitados: o direito de não ser publicamente apresentado como culpado pelas autoridades antes do julgamento; o ónus da prova que deve recair sobre a acusação; o direito do acusado ser informado das acusações contra ele; o direito de ser presente a um tribunal; o direito de não cooperar e de permanecer em silêncio (e de ser informado deste direito). Estes são requisitos que todos os Estados-Membros da UE devem respeitar. Só assim podemos ter a legitimidade necessária para os exigirmos a países terceiros.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo en primera lectura alcanzado con el Consejo sobre la propuesta de Directiva que la Comisión presentó en noviembre de 2013 relativa a la presunción de inocencia y el derecho a estar presente en el propio juicio en los procesos penales.

Esta propuesta, que forma parte del paquete de garantías procesales, contribuye a reforzar el derecho a un juicio justo en los procesos penales estableciendo unas normas mínimas relativas a ciertos aspectos de la presunción de inocencia y del derecho a estar presente en el juicio, así como a garantizar que sospechosos y acusados en procesos penales en los Estados miembros gocen, en toda la Unión, de un nivel común y elevado de protección y del pleno respeto de las garantías procesales, sin perjuicio de que en un determinado Estado miembro se apliquen unas normas que ofrezcan una mayor protección.

Mediante el establecimiento de estas normas mínimas sobre la protección de los derechos procesales de los sospechosos o acusados, se reforzará la confianza de los Estados miembros en los sistemas de justicia penal de los otros Estados miembros y se contribuirá de este modo a facilitar el reconocimiento mutuo de las resoluciones judiciales en materia penal.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Nous avons adopté le projet d'accord trouvé en novembre dernier entre le Parlement européen et le Conseil de l'Union européenne sur la directive sur la présomption d'innocence. Cette directive doit faire en sorte que le principe de la présomption d'innocence soit appliqué partout dans l'Union et les États membres devront agir en fonction tant que la culpabilité du suspect n'aura pas été prouvée, par exemple en évitant de lui mettre des menottes, sauf si ces mesures sont strictement nécessaires. Le texte adopté reconnaît que la charge de la preuve doit reposer sur les procureurs et que tout doute émis devrait profiter à l'accusé. En outre, le droit au silence ne devrait pas, non plus, être utilisé contre les individus. Une fois adopté formellement par le Conseil, les États membres auront deux ans pour transposer ce texte.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente este relatório que vem reforçar certos aspetos da presunção de inocência e do direito de comparecer em tribunal no âmbito do processo penal.

Há que estabelecer direitos processuais mínimos para suspeitos e acusados, garantir o respeito pelo princípio da presunção de inocência, a fim de promover uma sistema mais justo e equilibrado.

Da proposta, destaco a inversão do ónus da prova a cargo do acusado, o direito de permanecer em silêncio e a cláusula de não regressão como instrumentos ao serviço dos cidadãos, que veem conferir um novo quadro de garantia e salvaguarda dos seus direitos em processo penal.

Pelas razões acima aduzidas, apoiei este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la proposition de directive de la Commission européenne portant renforcement de certains aspects de la présomption d'innocence et du droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales.

La présomption d'innocence est un droit fondamental et un principe essentiel pour éviter l'arbitraire et tout abus dans une procédure pénale. C'est un principe qui sous-tend la protection du droit à un procès équitable.

Cette directive sera applicable à toutes les étapes de la procédure pénale, à partir du moment où une personne est soupçonnée d'avoir commis une infraction pénale ou une infraction pénale alléguée, ou est poursuivie à ce titre, jusqu'à ce que la décision finale visant à déterminer si cette personne a commis l'infraction pénale concernée soit devenue définitive.

Le droit d'assister à son procès, le droit de garder le silence ou encore la charge de la preuve sont également précisés dans ce texte.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta propuesta de Directiva ya que nos parece muy importante la introducción de criterios mínimos a nivel europeo que fueren a los Estados miembro a respetar la presunción de inocencia y otros derechos de las personas detenidas, como el de estar presente durante su juicio. Una de las principales ideas que se introducen en esta propuesta de Directiva es el blindaje del derecho al acceso de todas las personas detenidas a algún tipo de ayuda legal, aunque sea de manera provisional. Nos parece positivo que, ante los cambios regresivos que están experimentando los sistemas judiciales de diferentes países europeos, se blinde la presunción de inocencia y se impidan los juicios en ausencia del acusado.

No se han incluido algunas de las cuestiones clave para nosotras como la inclusión del derecho a permanecer en silencio o algunas medidas relativas a la custodia de las pruebas, a menudo violadas en el Estado español en casos relacionados con la persecución de activistas sociales. Sin embargo, consideramos que el resultado final introduce mejoras al blindar derechos e introducir medidas de protección de los derechos de las personas detenidas.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Considero a presunção de inocência um princípio fundamental da lei e um elemento essencial para que possa haver um julgamento justo. Como foram registados casos de repetidas violações deste princípio, a Comissão tomou a iniciativa de legislar propondo uma nova Diretiva. A iniciativa da Comissão inclui disposições para reforçar a proteção de crianças suspeitas ou acusadas e o direito ao apoio legal, entre outros. O relatório votado em plenário reforça alguns aspetos, como os relacionados com a proteção adicional de pessoas vulneráveis. Em acordo com a iniciativa da Comissão e com a perspetiva refletida no relatório, votei positivamente esta iniciativa.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report as this does not affect the UK.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this draft directive which is part of a package of proposals to further strengthen procedural rights for citizens in criminal proceedings, which includes one on safeguards for children, and another on legal aid. I support the idea of establishing minimum standards across the EU in areas as fundamental as the presumption of innocence. The report outlines effective procedural safeguards in criminal proceedings at EU level which will strengthen an individual's right to a fair trial. Along with Ireland and Denmark, the UK will not opt in to this Directive so there is no conflict between national constitutional rules and secondary EU law.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne – Podporila som uznesenie, lebo prezumpciu nevinu a právo obvinených osôb byť prítomný na konaní pred súdom považujem za jednu zo základných zásad každej demokratickej spoločnosti a mala by byť zaručená v rámci celej Únie. Som rada, že takýto návrh prichádza, pretože v poslednom období sme svedkami toho, že vo viacerých členských štátoch EÚ dochádza k obmedzovaniu práv podozrivých a obvinených osôb a tiež k narúšaniam zásady prezumpcie nevinu. Verím, že navrhovaná smernica posilní právo na spravodlivé konanie v trestnom konaní a posilní dôveru členských štátov v systémy trestného súdnictva iných členských štátov. Aj keď niektoré členské štáty sa už riadia koncepciou trestnej zodpovednosti právnických osôb podľa svojich vnútroštátnych predpisov, som presvedčená, že tieto pravidlá týkajúce sa určitých aspektov prezumpcie nevinu a práva byť prítomný na konaní pred súdom vo vlastnej veci môžu pomôcť práve členským krajinám, ktoré nemajú spracovanú žiadnu koncepciu. Myslím si, že prijatím tejto smernice zaručíme minimálnu úroveň ochrany prezumpcie nevinu vo všetkých členských štátoch a tým aj posilníme právo obvinenej osoby byť prítomný na konaní pred súdom vo vlastnej veci.

Igor Šoltes (Verts/ALE), písomne – Komisia je novembra 2013 predstavila sveznenj ukrepov „Končni sveznenj - procesne pravice“, ki vsebuje predloge treh direktiv. S temi direktivami bo mogoče dokončati evropski pravni okvir na področju pravic obrambe osumljenih ali obdolženih oseb v kazenskih postopkih po vsej EU.

Gre za ključne instrumente za zagotovitev pravičnega sojenja po vsej EU in za popolno spoštovanje pravic obrambe. Menim, da je izredno pomembno, da sta v tem sveznju ukrepov okrepljena domneva nedolžnosti in pravice biti navzoč na sojenju v kazenskem postopku.

Domneva nedolžnosti je temeljna pravica in bistveno načelo, s katerim se je mogoče izogniti samovoljnosti in zlorabam v kazenskih postopkih. Načelo domneve nedolžnosti vsebuje pravico do molka, prenaša breme dokazovanja na tožilstvo ter vključuje načelo „in dubio pro reo“ (v dvomu v korist obtoženega). Pravica biti navzoč na lastnem sojenju pa je temeljni element domneve nedolžnosti, ki je trenutno v evropski zakonodaji zaščitena le v okviru evropskega naloga za prijete in okvirnega sklepa o priznavanju izvrševanja kazenskih sodb, izrečenih v odsotnosti.

Strinjam se, da je nujno, da se okrepi zaščita, ki jo predvidevajo ti instrumenti, ter da se zagotovi korist, ki bi jo s tem imele vse osumljene in obdolžene osebe v kazenskem postopku.

Zaradi opisanega, sem poročilo podprl.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan – Podržavam prijedlog koji se nastavlja na dosad usvojene povezane Direktive (2010/64/EU o pravu na tumačenje i prijevod; 2012/13/EU o pravu na informaciju; 2013/48/EU o pravu na pristup odvjetniku u kaznenom postupku). Cilj je ove Direktive jačanje prava na pošteno suđenje u kaznenom postupku utvrđivanjem minimalnih pravila o određenim vidovima pretpostavke nedužnosti i pravu biti nazočan na suđenju. Utvrđivanjem minimalnih pravila o zaštiti postupovnih prava osumnjičenih ili optuženih osoba, ova bi Direktiva trebala ojačati povjerenje država članica u sustave kaznenog pravosuđa drugih država članica te time olakšati uzajamno priznavanje odluka u kaznenim stvarima. Uzimajući u obzir izvješće Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove i mišljenje Odbora za pravna pitanja, podržavam ovo izvješće.

Catherine Stihler (S&D), in writing – This draft directive is part of a package of proposals to further strengthen procedural rights for citizens in criminal proceedings, which includes one on safeguards for children, and another on legal aid. Labour MEPs support the idea of establishing minimum standards across the EU in areas as fundamental as the presumption of innocence. The report outlines effective procedural safeguards in criminal proceedings at EU level which will strengthen an individual's right to a fair trial. Along with Ireland and Denmark, the UK will not opt in to this directive so there is no conflict between national constitutional rules and secondary EU law.

Dubravka Šuica (PPE), napisan – Pretpostavka nedužnosti i prava prisustvovanja na suđenju su temeljna prava pojedinca. Uopće nije dvojbeno da svako ima pravo na obranu. Već sada postoje tri prava koja svatko može konzimirati, a to su pravo na prijevod i tumačenje, pravo na informacije i pravo na odvjetnika u pravosudnom postupku. Ovaj prijedlog predlaže da se pojedinac smatra nevinim pred tijelima javne vlasti sve dok mu se ne dokaže krivnja. Pravo na šutnju i odbijanje suradnje su bitne stavke ovog prijedloga.

Podržavam ovaj prijedlog, jer prava pojedinca ne smiju biti podložna nikakvim utjecajima te svaki pojedinac ima pravo na obranu svoje nevinosti pred sudbenim vlastima.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta za krepitev nekaterih vidikov domneve nedolžnosti in pravice biti navzoč na sojenju v kazenskem postopku.

Podpiram določitev minimalne ravni varstva načela domneve nedolžnosti v vseh državah članicah ter krepitvi pravice biti navzoč na sojenju. Prav tako je obdolženim osebam v kazenskih zadevah v državi članici potrebno zagotoviti skupno visoko raven varstva brez poseganja v višje standarde varstva, ki se morebiti uporabljajo v posamezni državi članici.

Pozdravljam, da poročilo smatra obrnjeno dokazno breme v kazenskih postopkih za nesprijemljivo ter da vztraja pri načelu, po katerem breme dokazovanja krivde nosi tožilstvo.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Στηρίζαμε την έκθεση που αφορά την ενίσχυση ορισμένων πτυχών του τεκμηρίου αθωότητας και του δικαιώματος παράστασης του κατηγορουμένου στη δίκη του, στο πλαίσιο ποινικής διαδικασίας, καθώς οι δικονομικές διαδικασίες οφείλουν πρώτα από όλα να σεβονται τα θεμελιώδη δικαιώματα και να μην προβαίνουν σε διακρίσεις. Ο νόμος οφείλει να είναι ίσος απέναντι σε όλους. Σε αντίθετη περίπτωση, αυξάνεται η αμφισβήτηση και η έλλειψη εμπιστοσύνης προς την δικαιοσύνη της κοινωνίας, γεγονός που οδηγεί σε βίαιες εκδηλώσεις και σε αύξηση της εγκληματικότητας.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Είναι θεμελιώδες το δικαίωμα σε δίκαιη δίκη στο πλαίσιο των ποινικών διαδικασιών όπως θεμελιώδεις ανάγκες είναι η θέσπιση κανόνων για ορισμένες πτυχές του τεκμηρίου αθωότητας και του δικαιώματος παράστασης του κατηγορουμένου σε δίκη και η ισότιμη και υψηλού επιπέδου προστασία με πλήρη εγγύηση των δικονομικών διατάξεων. Σε Ενωσιακό επίπεδο, αυτό μεταφράζεται σε υιοθέτηση ή/και εξίσωση με το υψηλότερο επίπεδο προστασίας το οποίο ενδέχεται να ισχύει σε ένα κράτος μέλος. Οι αυθαιρεσίες και καταχρήσεις της προανακριτικής και ποινικής διαδικασίας στην περίπτωση των πολιτικών διώξεων της Χρυσής Αυγής στην Ελλάδα αποδεικνύουν όμως ότι οι ευρωπαϊκοί θεσμοί εφαρμόζουν τη νομολογία επιλεκτικά και εφαρμόζουν ποινική δημοκρατία à la carte, σιωπώντας και μη αντιδρώντας στην καταπάτηση θεμελιωδών αρχών όπως η αρχή «in dubio pro reo» (εν αμφιβολία υπέρ του κατηγορουμένου) και το τεκμήριο της αθωότητας.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Domniemanie niewinności, jest jednym z podstawowych praw człowieka, mającym swoje odzwierciedlenie zarówno w porządkach prawnych poszczególnych państw, jak i w prawie międzynarodowym. Zasada ta jest kluczem do uniknięcia nadużyć w trakcie postępowania karnego.

Niestety, pomimo istnienia domniemanie niewinności w krajowych systemach karnych państw członkowskich od stuleci, nadal mają miejsca naruszenia tej zasady. Harmonizacja prawa domniemanie niewinności zapewni minimalne standardy dotyczące sprawiedliwego procesu w całej Unii Europejskiej. Dzięki temu prawa obywateli europejskich zostaną wzmocnione. W związku z tym głosowałem za tym sprawozdaniem.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Prezumția de nevinovăție este unul dintre conceptele care stau la baza sistemelor juridice ale statelor membre ale UE. Aplicarea sa în practică însă întâmpină o serie de dificultăți legate de posibilele încălcări, uneori involuntare, ale acestui drept. Una dintre principalele probleme care apar este încălcarea dreptului de a păstra tăcerea în contextul în care aceasta poate duce la inculparea unui suspect. O altă problemă privește asigurarea proporționalității măsurilor punitive cu valoarea prejudiciului creat. De asemenea, probleme apar și atunci când expunerea mediatică exagerată a unui suspect, uneori produsă cu o contribuție importantă a autorităților publice, lezează în mod nejustificat dreptul la apărare al acestuia.

Oricum, sarcina de a aduce dovezi în cadrul unui proces trebuie să rămână în sarcina acuzării, conform principiilor de drept existente la nivel european. Utilizarea unor măsuri de constrângere pentru obținerea unor probe direct de la acuzat nu este compatibilă cu practicile europene și ar trebui să ducă la invalidarea probelor respective. În același timp, dreptul de a fi prezent la propriul proces, în condițiile unei proceduri penale, trebuie să fie garantat, cu excepția cazurilor în care persoana acuzată renunță la acest drept. Adoptarea actualului raport constituie o garanție suplimentară a respectării drepturilor cetățenilor europeni.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les éléments principaux de la proposition ont donc trait au principe de la présomption d'innocence, à la charge de la preuve, au droit de ne pas s'incriminer soi-même et de ne pas coopérer, au droit de conserver le silence, au droit d'assister à son procès et au droit à une nouvelle procédure de jugement. C'est un bon rapport et je me suis prononcé pour.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I voted in favour of the agreement reached on the directive on the presumption of innocence. This directive aims to ensure that the principle of the presumption of innocence is applied throughout the EU and the Member States must act accordingly until the guilt of the suspect has been proved.

The text adopted recognises that the burden of proof must lie with the prosecution and that the accused must have the benefit of any doubt. Additionally, the right to remain silent must not be used against individuals, a European Parliament press release explains. Once formally adopted by the Council, the Member States will have two years to transpose the text.

Isabelle Thomas (S&D), par écrit. – Trop souvent, l'Union européenne est perçue comme un monstre technocratique éloigné des préoccupations de nos concitoyens. Elle est pourtant un formidable outil pour promouvoir et garantir les droits de chaque Européen.

Alors que l'Europe traverse une vague de régression des droits humains et de la liberté d'expression, je soutiens pleinement ce rapport qui vise à défendre le droit à la présomption d'innocence et à garantir le principe d'un procès équitable pour tous.

Face au Conseil, à la Commission européenne et à la droite, le Parlement européen s'est battu contre toute possibilité d'inverser la charge de la preuve: tout personne est présumée innocente jusqu'à ce que sa culpabilité soit prouvée.

Cette proposition de directive, une fois approuvée par le Conseil, devra être transposée dans le droit de tous les États Membres. Ainsi, chaque Européen sera dorénavant présumé innocent, aura droit à une défense et pourra garder le silence au cours d'un procès.

C'est en bâtissant des remparts contre l'arbitraire, en garantissant les droits de tous, que l'Union européenne est grande et se rapproche de ses citoyens. Je me félicite donc de l'adoption de ce texte.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Pone Pirmininke, kaip piliečių laisvių komiteto narys balsavau už pranešimą. Direktyva, kurią šiandien svarstėme Parlamente, leis baigti kurti ES teisinę bazę, susijusią su įtariamųjų ir kaltinamųjų teise į gynybą baudžiamuosiuose procesuose visoje Europos Sąjungoje. Direktyva apima priemones, kurios būtinos siekiant užtikrinti teisingą bylos nagrinėjimą Europos Sąjungoje bei absoliučią pagarbą teisei į gynybą, kurią garantuoja Europos Sąjungos sutartys, Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartija ir Europos žmogaus teisių bei ir pagrindinių laisvių konvencija.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – Direktiva u kojoj je riječ o jačanju određenih vidova pretpostavke nedužnosti i prava biti nazočan na suđenju u kaznenom postupku sadrži brojne korisne preporuke, od kojih bih posebno istaknula pravo optuženika da se smatra nevinim dok mu se ne dokaže krivnja.

Istaknula bih i jedno od najvažnijih prava, a to je pravo prisutnosti na suđenju koje mora biti dostupno svim optuženima i osumnjičenima jer bi se time trebalo smanjiti broj slučajeva u kojima su osuđeni u odsutnosti. Iako smatram da ovo izvješće sadrži mnogo korisnih odredbi za zaštitu osumnjičenih osoba prava na pošteno suđenje, držim da je prijedlog kojim se želi proširiti opseg Direktive na pravna tijela neutemeljen i neprihvatljiv.

Zbog toga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta za krepitev nekaterih vidikov domneve nedolžnosti in pravice biti navzoč na sojenju v kazenskem postopku sem podprla, saj sem mnenja, da bodo predstavljene tri direktive z naslovom „Končni sveženj - procesne pravice“ pripomogle k dokončanju evropskega pravnega okvira na področju pravic obrambe osumljenih ali obdolženih oseb v kazenskih postopkih. Spoštovanje pravic obrambe ter samo sojenje bo tako bolj pravično v celotni Evropski uniji.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), in writing. – I agree to any proposal that serves to improve the legal certainty of people and ensure that everyone has the right to be presumed innocent until proven otherwise.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'adopter une proposition de directive portant renforcement de certains aspects de la présomption d'innocence et du droit d'assister à son procès dans le cadre des procédures pénales. La présomption d'innocence est un droit fondamental. Le principe selon lequel la charge de la preuve pèse sur l'accusation et selon lequel tout doute éventuel sur la culpabilité devrait bénéficier à celui-ci, le droit de conserver le silence, le droit de ne pas s'auto-incriminer et de ne pas coopérer, le droit d'assister à son procès sont également des éléments centraux de la présomption d'innocence. Ce sont des principes que nous reconnaissons.

Ce rapport est cependant d'avis que la Commission a adopté une approche trop minimale et questionne le «manque d'ambition» de cette proposition initiale qui risquerait d'harmoniser les dispositions nationales «vers le bas».

Le droit pénal est une compétence des États membres. Nous nous opposons à l'ingérence de l'Union et à toute tentative de créer un droit pénal «européen».

Je vote contre ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Bizottság előterjesztette az eljárási jogokról szóló végleges csomagot, amely az eljárási jogok megerősítését célzó európai uniós ütemterv keretében elfogadott első három eszköz nyomán három irányelvjavaslatot tartalmaz. Ez a három irányelv lehetővé teszi az Európai Unióban a büntetőeljárásokban a gyanúsítottak vagy vádlottak védelmét szolgáló jogokkal kapcsolatos, meglévő európai jogi eszköztár véglegesítését: a három irányelv alapvető eszköz a tisztességes eljárás egész Európai Unióban történő garantálása, valamint az uniós Szerződésekben, az Európai Unió Alapjogi Chartájában és az emberi jogok európai egyezményében (EJEE) garantált védelemhez való jog teljes körű tiszteletben tartásának biztosítása érdekében. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – Voted in favour so legal guarantees for the presumption of innocence and the right to be present at trial will be harmonised and strengthened in Member States' laws on criminal proceedings.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La presunción de inocencia es un principio fundamental del proceso legal y uno de los derechos de defensa más importantes. De acuerdo con esta Directiva, los Estados miembros tendrán que asegurar que los sospechosos y los acusados se presuman inocentes y solo dejen de serlo cuando la ley demuestre su culpabilidad. Hablamos de un texto que ha sido objeto de un amplio compromiso en el proceso legislativo, por lo que creo conveniente votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta propuesta de Directiva ya que nos parece muy importante la introducción de criterios mínimos a nivel europeo que fuercen a los Estados miembro a respetar la presunción de inocencia y otros derechos de las personas detenidas, como el de estar presente durante su juicio. Una de las principales ideas que se introducen en esta propuesta de Directiva es el blindaje del derecho al acceso de todas las personas detenidas a algún tipo de ayuda legal, aunque sea de manera provisional. Nos parece positivo que, ante los cambios regresivos que están experimentando los sistemas judiciales de diferentes países europeos, se blinde la presunción de inocencia y se impidan los juicios en ausencia del acusado.

No se han incluido algunas de las cuestiones clave para nosotras como la inclusión del derecho a permanecer en silencio o algunas medidas relativas a la custodia de las pruebas, a menudo violadas en el Estado español en casos relacionados con la persecución de activistas sociales. Sin embargo, consideramos que el resultado final introduce mejoras al blindar derechos e introducir medidas de protección de los derechos de las personas detenidas.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Het vermoeden van onschuld is één van de meest fundamentele principes van het Handvest van de grondrechten van de Europese Unie. Het oordelen binnen strafprocedures is een heikele en gevaarlijke onderneming: zich vergissen kan en mag nooit een optie zijn. De schade van een gerechtelijke vergissing in een strafprocedure is immers immens, de impact ervan kan het verdere leven van een persoon ruïneren. Deze nieuwe richtlijn heeft daarom tot doel ervoor te zorgen dat het vermoeden van onschuld in strafzaken in de ganse EU beter wordt gerespecteerd.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – La protection de la présomption d'innocence dans le contexte actuel est fondamentale.

Elle ne peut pas être à géométrie variable en fonction des individus ou du contexte.

La proposition de directive soumise au Parlement européen a pour objectif de mettre en œuvre une base minimum de droits pour les personnes inculpées.

Alors que la proposition initiale de la Commission européenne tendait à une harmonisation vers le bas de la directive, le Parlement européen a proposé un texte plus ambitieux et a rappelé que la présomption d'innocence est là pour éviter les formes d'abus et d'arbitraire et protéger le droit à un procès équitable.

Le Parlement européen a notamment introduit des dispositions réaffirmant le droit de conserver le silence, le droit d'assister à son procès et le principe selon lequel tout doute bénéficie à l'accusé. Ces propositions ont été acceptées par le Conseil.

Alors que le tout sécuritaire et le risque d'arbitraire s'étendent un peu partout dans les États membres de l'Union, il paraît important de mettre en œuvre un socle européen de droits permettant de protéger les droits de la défense. J'ai donc voté pour cette directive.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório contém três propostas de diretiva, na sequência da adoção dos primeiros três instrumentos do roteiro da União Europeia para o reforço dos direitos processuais. Estas três diretivas visam concluir o quadro jurídico europeu em matéria de direito de defesa dos suspeitos ou arguidos em processos penais em toda a União Europeia.

Num momento em que está em curso, em certos Estados-Membros da União Europeia, a redução dos direitos dos suspeitos e arguidos, importa relevar que a presunção de inocência é um direito fundamental e um princípio essencial para evitar a arbitrariedade e qualquer abuso em processos penais, bem como um princípio subjacente à proteção do direito a um processo equitativo.

Estando, no fundamental, de acordo com o conteúdo da proposta, esta inscreve-se, porém, na criação de um quadro jurídico europeu que, visando a harmonização entre Estados-Membros, pretende impor-se às legislações nacionais.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Strafrecht ist eine nationale Angelegenheit und bedarf keiner europäischen Harmonisierung. Zudem besteht die Gefahr, dass dieser Vorschlag zu einer weiteren Erschwerung in der Strafrechtsverfolgung führt. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Thema „Unschuldsvermutung und Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren“ habe ich mich enthalten.

Es geht um die Einführung minimaler Anforderungen an rechtsstaatliche Verfahren in den Mitgliedstaaten der EU, um das gegenseitige Vertrauen in die jeweiligen nationalen Verfahren zu stärken. Dabei betrifft er insbesondere Selbstverständlichkeiten wie die Unschuldsvermutung und das Recht, beim Verfahren anwesend sein zu dürfen. Ziel ist eine Klarifizierung der Anforderungen an ein faires Verfahren nach Artikel 6 Absatz 1 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK). Das Vorhaben knüpft an vergangene Arbeiten an.

Ich habe gegen diese Entschließung gestimmt, weil ich der Meinung bin, dass es Aufgabe aller Mitgliedstaaten ist, ein faires Verfahren zu gewährleisten, wenn sie EU-Mitglieder sein wollen. Das muss Aufnahmevoraussetzung sein. Es erschließt sich mir nicht, warum eine absolute Selbstverständlichkeit durch EU-Recht noch erzwungen werden muss.

Glenis Willmott (S&D), *in writing*. – This draft directive is part of a package of proposals to further strengthen procedural rights for citizens in criminal proceedings, which include one on safeguards for children and another on legal aid. Labour MEPs support the idea of establishing minimum standards across the EU in areas as fundamental as the presumption of innocence. The report outlines effective procedural safeguards in criminal proceedings at EU level which will strengthen an individual's right to a fair trial. Along with the Ireland and Denmark, the UK will not opt in to this directive, so there is no conflict between national constitutional rules and secondary EU law.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Ψήφισα υπέρ ακολουθώντας την πρόταση της εισιγήτριας κ. Griesbeck σε τούτη την έκθεση για την οποία αρμόδια ήταν η Επιτροπή Πολιτικών Ελευθεριών, Δικαιοσύνης και Εσωτερικών Υποθέσεων.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Considero que, en el ámbito de lo judicial y de lo penal, es importante defender los derechos del acusado y asegurar que su integridad moral sea en todo momento protegida y garantizada. Para ello, su trato como presunto inocente es fundamental hasta que no sea demostrado lo contrario. Asimismo, dotarle con el derecho a estar presente en el propio juicio es otro modo de permitirle disfrutar de sus plenos derechos, lo cual va unido a la presunción de inocencia.

Opino que lo que defiende y solicita este informe son principios fundamentales del proceso legal y un derecho que debería ser ofrecido a todo ciudadano. Creo firmemente en los beneficios que estas leyes supondrían para la sociedad y por ello muestro mi apoyo al informe. Para sustentar mi posición al respecto, cuento con el respaldo de mi experiencia como ciudadano español, ya que en mi país todas estas leyes están vigentes y el funcionamiento del área judicial es satisfactorio.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Presumpce neviný je základním principem soudního řízení, a proto jsem se rozhodl podpořit tuto směrnici, která posiluje aspekty presumpce neviný a práva být přítomen při trestním řízení. Považuji za důležité, aby ve všech členských státech Evropské unie byly nastaveny stejné standardy uplatňování presumpce neviný. Souhlasím i s dalšími navrhovanými body směrnice, jako je například to, že právo nevypovídat automaticky neznamená přiznání se k činům ze strany obžalovaného.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – V hlasovaní o smernici týkajúcej sa prezumpcie neviný som sa zdržala. Táto smernica má za cieľ stanoviť minimálne pravidlá týkajúce sa prezumpcie neviný a tak zaručiť, že všetci v rámci Európskej únie budú požívať aspoň minimálnu úroveň ochrany. Samotné pravidlá sa týkajú najmä práva byť prítomný na konaní vo svojej veci, práva nebyť označovaný za vinného až do konečného rozhodnutia vo veci, miery potrebných dôkazov, dôkazného bremena, ako aj ďalších procesných práv. Je samozrejme veľmi dôležité, aby sa v rámci trestnoprávných konaní prísne dodržiaval princíp prezumpcie neviný, až kým osobe nie je nado všetku pochybnosť vina preukázaná a je o nej rozhodnuté. Na druhej strane však nesúhlasím s niektorými prvkami, ktoré návrh smernice obsahoval. Smernica napríklad navrhovala príliš široké opravné prostriedky pre prípad, keď je porušené právo byť prítomný na súdnom procese, ktoré sa vzhľadom na svoju prílišnú benevolenciu môžu nakoniec skončiť ich zneužívaním. Práve preto, hoci si myslím, že prezumpcia neviný je jedným zo základných princípov, ktoré sa musia dodržiavať, som sa v tomto hlasovaní zdržala.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório tem por base a apresentação pela Comissão do «Pacote final – Direitos processuais», que contém três propostas de diretiva, na sequência da adoção dos primeiros três instrumentos do roteiro da União Europeia para o reforço dos direitos processuais. Estas três diretivas visam concluir o quadro jurídico europeu em matéria de direito de defesa dos suspeitos ou arguidos em processos penais em toda a União Europeia.

A presunção de inocência é um direito fundamental e um princípio essencial para evitar a arbitrariedade e qualquer abuso em processos penais e um princípio subjacente à proteção do direito a um processo equitativo.

Estando, no fundamental, de acordo com o conteúdo da proposta, esta inscreve-se na criação de um quadro jurídico europeu que visa a harmonização entre Estados-Membros, pretende impor-se às legislações nacionais.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog Direktive določa minimalna pravila glede nekaterih vidikov domneve nedolžnosti, načela zakonitosti in upoštevanja načela kontradiktornosti in ravnotežja med pravicami strank v kazenskem postopku.

Med drugim poudarja, da je domneva nedolžnosti kršena, če sodni ali drugi javni organi s sodno odločbo ali javno izjavo osumljene ali obdolžene osebe označijo, kot da bi bila njihova krivda že dokazana, ne da bi jim bila predhodno dokazana krivda v skladu z zakonom.

Podpiram predlog Direktive, saj je njen namen zagotavljanje temeljna procesna jamstva v kazenskih postopkih in omogočati pravico do pravičnega sojenja brez poseganja v višje standarde varstva, ki se morebiti uporabljajo v posamezni državi članici.

8.3. Persönliche Schutzausrüstungen (A8-0148/2015 - Vicky Ford)

Oral explanations of vote

Andrejs Mamikins (S&D). – Kopienas mērogā legālā sistēma individuālo aizsardzības līdzekļu (IAL) atrašanai vienotajā tirgū darbojas jau vairāk nekā gadsimta ceturksni. Tomēr skaidrs, ka, ņemot vērā, cik tālu kopš 1989. gada nonākusi gan Savienības likumdošana šajā jomā, gan arī IAL tehniskā attīstība, ir viennozīmīgi pienācis laiks modernizēt Padomes direktīvu, kas arī regulē IAL laišanu Eiropas Savienības vienotajā tirgū.

Es atbalstu šo ievirzi, jo individuālās aizsardzības sistēmām, kuras aktīvi pielieto ne tikai profesionāļi, piemēram, ugunsdzēsēji vai karavīri, bet arī citi cilvēki, kam kāda iemesla dēļ tas kļuvis nepieciešams, jāatbilst virknei dažādu noteikumu, pirmkārt, kvalitātes un pielietošanas ziņā.

Līdz ar to es apsveicu šo priekšlikumu Eiropas Parlamenta un Padomes regulai, kuras mērķis ir sekmēt šos IAL izmantošanas aspektus, un atkārtot, ka nobalsoju par.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtarán, vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo comh maith. Dar ndóigh tá an-chuid oibre déanta ag an rapóirtéir, Vicky Ford, agus tá moladh tuillte aici maidir leis seo.

This is an important legislative change and I am pleased that products will now be subject to a conformity assessment, informing buyers of this, and contact details should be on the product in order to help market surveillance authorities. I support this report and the rapporteur's calls for linguistic obligations for importers, such as the use of the official language of the importer country in marking their contact details on the equipment and a use of language that is easily understandable for consumers for precautionary instructions. I particularly agree with the rapporteur's call for an obligation on the manufacturers to ensure that instructions are clear and understandable and to ensure that recorded performances, i.e. to check standards of the protection provided, are all in order. Transparency and efficiency is of the utmost importance to ensure maximum protection of EU citizens in the context of personal protective equipment.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, je skutečností, že ochrana osob skutečně jde ruku v ruce s technologickým vývojem a naráží jak na příležitosti, tak na zásady jednotného vnitřního trhu.

Je třeba si přiznat, že zavedení nebo zlepšení pravidel pro ochranu osob prostě bude mít dopady jak na rozpočty právnických osob, tak samozřejmě i konkrétních pracovníků, tak i veřejných rozpočtů. Nicméně já jsem se při podpoře tohoto návrhu, k němuž se hlásím – a opravdu děkuji paní zpravodajce, protože odvedla výborný kus práce –, rozhodl tuto podporu právě porovnat a dát na misky vah s těmi riziky, která jsem zde nastínil. Myslím si, že u ochrany osob, u ochrany pracovníků bychom neměli ztrácet ty příležitosti, které nová právní úprava přinese. To znamená, byť jsou zde jisté problémy, tak nemůžeme trpět úlevy.

Written explanations of vote

Tim Aker, Louise Bours, James Carver, David Coburn, Jane Collins, William (The Earl of) Dartmouth, Mike Hookem, Diane James, Margot Parker and Julia Reid (EFDD), in writing. – UKIP has opposed this proposal on the principle that we are against further harmonisation of the internal market. This relates specifically to the change of the legislation from a directive to a regulation. Furthermore, we are also particularly concerned with the inclusion of products that are intended for private use against heat (i.e. oven gloves) in the scope of this legislation. UKIP believes this breaches the principle of proportionality and we therefore support the UK Government's recommendation in voting against this proposal.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a introducir aspectos positivos que buscan mejorar la seguridad de este tipo de equipamientos individuales, el Reglamento mantiene aspectos desarrollados a la medida de los intereses de la industria. Esta propuesta acarrea determinados vacíos que pueden suponer problemas en la implementación del principio de precaución en la producción y comercialización de este tipo de equipamientos individuales. La propuesta del Parlamento permite la subcontratación de los organismos de evaluación, lo que supone una amenaza para la seguridad de los citados productos al dejar en manos del mercado las decisiones sobre el cumplimiento de las medidas de seguridad establecidas. Sin embargo, el Reglamento contiene a su vez medidas que mejorarán la seguridad de estos equipos. Es por esto por lo que he decidido abstenerme en la votación del presente informe.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – Ce texte propose un règlement destiné à remplacer la directive de 1989 sur les équipements de protection individuelle (EPI). Parmi les modifications, on trouve un élargissement des catégories d'EPI (exemple des EPI sur mesure), la nécessité de joindre une déclaration de conformité à chaque EPI, la désignation de nouveaux organismes certificateurs et un délai raccourci de mise en conformité.

J'ai voté contre ce texte, car les modifications qu'il propose auront des répercussions financières sur les fabricants, et donc sur les ménages et les entreprises. De plus, elles entraîneront une complexification conséquente de leur chaîne de production, ces derniers étant déjà soumis à des normes très rigides.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Ο συγκεκριμένος κανονισμός του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, τον οποίο υπερψήφισα, ευθυγραμμίζει την τωρινή νομοθεσία με τη διάταξη για τη δέσμη των νομοθετικών μέτρων για τα εμπορεύματα που υιοθετήθηκε το 2008 με την απόφαση της Ευρωπαϊκής Επιτροπής 768/2008, η οποία αναφερόταν σε ένα κοινό πλαίσιο για την εμπορία των προϊόντων. Αυτό αφορά τις απαιτήσεις για το σχεδιασμό και την κατασκευή του εξοπλισμού προσωπικής προστασίας που τίθεται σε διάθεση στην αγορά, προκειμένου να εξασφαλιστεί η προστασία των χρηστών και των κανόνων σχετικά με την ελεύθερη κυκλοφορία τους στην Ένωση. Επίσης, περιλαμβάνει κανόνες για την εποπτεία της αγοράς και τις υποχρεώσεις για τους οικονομικούς φορείς καθώς και για τους εργοδότες. Καταληκτικά, η αρχική έκθεση εγκρίθηκε στην Επιτροπή Εσωτερικής Αγοράς και Προστασίας των Καταναλωτών τον Απρίλιο του 2015 και στη συνέχεια ακολούθησαν τέσσερις τριμερείς διαλόγους με στόχο να βρεθεί μια συμφωνία σε πρώτη ανάγνωση.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Ce rapport entraînera un surcoût de production des équipements de protection individuelle (EPI), ce qui augmentera les prix et mettra un bâton dans les roues des fabricants qui se voient ajouter des normes de plus en plus sévères. Au final, ce seront les ménages qui seront pénalisés puisqu'ils ne pourront plus acheter ce type d'équipements devenus trop chers malgré des gains de sécurité négligeables. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – This was a bizarre report, written by a British Conservative MEP, yet opposed by Her Majesty's Conservative Government. It rather implies that the left hand does not know what the right hand is doing. On the subject of hands, the inclusion of items such as oven gloves and umbrellas in 'personal protective equipment' is rather stretching a point.

I find little to add to the comments of Her Majesty's Government, which notes that the inclusion of such items 'breaches the principle of proportionality'. Indeed, I see no reason why the UK government should not have the competence to deal with such matters as oven gloves and umbrellas instead. It was therefore entirely consistent with my principles to vote against.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Nuo 1989 m. asmeninių apsaugos priemonių teikimas ES rinkai visapusiškai suderintas pagal Tarybos Direktyvą 89/686/EEB. Pastaruosius 25-erius metus šia direktyva užtikrintas bendrosios rinkos veikimas. Nepaisant to, galiojantys asmeninių apsaugos priemonių teisės aktai turi būti atnaujinti pagal Naująją teisės aktų sistemą (NTAS), kuri yra bendrosios rinkos prekių taisyklių racionalizavimo ir supaprastinimo priemonių rinkinys. Atsižvelgiant į tai, kad dabartiniai teisės aktų reikalavimai yra painūs ir dubliuojasi, šiuo reglamentu išaiškinamas ekonominės veiklos vykdytojų vaidmuo, stiprinamas veikėjų bendradarbiavimas ir įvedamos bendros apibrėžtys. Taip pat išaiškinti rinkos priežiūros institucijų įgaliojimai, suteikiantys galimybę sekti ir grąžinti nesaugias bendrajai rinkai pateiktas prekes.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai approuvé ce rapport, qui vise à élargir le champ d'application de l'actuelle directive relative aux équipements de protection individuelle (tout dispositif ou moyen destiné à être porté ou tenu par une personne en vue de la protéger contre un ou plusieurs risques susceptibles de menacer sa vie ou sa santé), afin de mieux protéger la santé et la sécurité des utilisateurs d'EPI. Elle supprime notamment les exclusions des produits pour usage privé assurant une protection contre la chaleur, l'humidité et l'eau.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sui dispositivi di protezione individuale. Il testo, dal carattere tecnico, ha come obiettivo la sostituzione della direttiva 89/686/CEE del Consiglio che presenta problemi di chiarezza e ripetitività. In termini generali, esso si impegna a tutelare la sicurezza dei lavoratori affrontando un duplice problema che coinvolge da un lato il mancato utilizzo dei sistemi di protezione individuale, dall'altro il loro impiego in maniera scorretta. Il nuovo regolamento mira ad aggiornare e semplificare il quadro normativo, chiarificando in particolare i punti relativi al sistema di collegamento e all'obbligo di importatori e distributori di informare le autorità di vigilanza in caso di rischio derivante da DPI non conformi. Vista la rilevanza di queste proposte ho deciso quindi di votare a favore della relazione Ford.

Xabier Benito Ziluaga, Tania González Peñas, Lola Sánchez Caldentey y Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Nos abstenemos en la votación de este informe porque, en líneas generales, la propuesta de Reglamento es positiva en tanto que reemplaza una Directiva que data de 1989 y clarifica términos que daban lugar a interpretaciones ambiguas.

Ahora bien, vemos dos problemas importantes que no han podido corregirse: en primer lugar, que el número de partes interesadas que respondieron a la encuesta de la Comisión para evaluar el impacto fue muy bajo. En segundo lugar, la nueva legislación supone un peso excesivo para las pequeñas empresas, ya que la nueva normativa supondrá unos costes comparativamente altos de traducción y burocracia.

Esto se quiso corregir con enmiendas en la comisión, pero fueron rechazadas. De ahí que nos abstengamos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – Quiero agradecer la labor llevada a cabo por la ponente Vicky Ford en este excelente informe sobre equipos de protección individual, que he apoyado. Este Reglamento establece los requisitos sobre el diseño y la fabricación de los equipos de protección individual que vayan a comercializarse, para garantizar la protección de la salud y la seguridad de los usuarios y establecer las normas relativas a la libre circulación de los equipos en la Unión.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Ce rapport doit mettre en oeuvre un règlement qui aura des conséquences financières pour les fabricants d'EPI (mise en conformité et alourdissement administratif) et pèsera donc in fine sur le prix et donc sur les consommateurs et les entreprises.

Les fabricants sont déjà soumis à des normes sévères et le législateur va contraindre les fabricants à des remises en question permanente. Les améliorations pour la santé ou la sécurité sont minimales et ne justifient pas ces nouvelles normes. J'ai donc décidé de voter contre.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Pur condividendo le esigenze di semplificazione e aggiornamento della normativa in tema di sicurezza e protezione individuale, avrei preferito che queste modifiche venissero apportate per mezzo di una direttiva piuttosto che attraverso un regolamento. Per questo motivo mi sono espressa con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), skriftlig. – Jag har lagt ner rösten för dessa tre betänkanden som handlar om att inrätta nya förordningar (istället för direktiv).

Konsekvensen av dessa betänkanden blir att inget medlemsland i EU får lagstifta om högre skydds- och miljöbestämmelser vad gäller linbaneanläggningar, anordningar för förbränning av gasformiga bränslen samt personlig skyddsutrustning. Det anser jag vara principiellt fel.

Att ha en minimigräns för miljö- och skyddsåtgärder som alla medlemsländer måste uppnå är en sak, men det är fel att besluta att inget medlemsland självständigt ska kunna förbättra sin lagstiftning när det gäller att skydda människor och miljö. Därför lade jag ner rösten.

José Blanco López (S&D), por escrito. – Con la propuesta de Reglamento relativa a los equipos de protección individual (EPI) se desea armonizar el marco común para la comercialización de estos productos. En particular, el Reglamento aclara el papel de los agentes económicos, fortalece la cooperación entre los distintos participantes e introduce definiciones comunes. El objetivo prioritario de este informe ha consistido en que la seguridad de los trabajadores solamente se puede proteger por medio de equipos verdaderamente eficaces, toda vez que con mucha frecuencia los accidentes en el puesto de trabajo están provocados no solo por la no utilización de equipos de protección adecuados sino, también, por su utilización incorrecta. La propuesta también incluye normas sobre la vigilancia de los mercados y obligaciones de los operadores económicos así como de los trabajadores.

Por ello he votado a favor de esta propuesta.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kadangi būtina atnaujinti asmeninių apsaugos priemonių direktyvą, kuri galioja pastaruosius 25-erius metus. Dabartiniai teisės aktų reikalavimai yra painūs ir dubliuojasi, šiuo reglamentu išaiškinamas ekonominės veiklos vykdytojų vaidmuo, stiprinamas veikėjų bendradarbiavimas ir įvedamos bendros apibrėžtys. Europos Parlamento atliktame šio pasiūlymo *ex-ante* poveikio vertinime pažymėta, kad susirūpinimą kelia Komisijos sprendimas pritaikyti pirminės direktyvos taikymo sritį. Parlamentas nemano, kad reikia smarkiai pritaikyti taikymo sritį, kadangi šiuo pasiūlymo projektu pirmiausia siekiama užtikrinti tinkamą reglamentavimo sistemos veikimą ir įgyvendinimą, o ne jos tikslų įgyvendinimą. Todėl tam, kad šio sektoriaus veikėjams būtų užtikrintas teisinis aiškumas, pranešėja siekė, kad taikymo sritis būtų panaši į pirminės direktyvos. Kad būtų užtikrintas greitas derybų dėl šio dokumento užbaigimas, Parlamentas mano, kad reikia pritari daugeliui Tarybos pasiūlymų dėl pasiūlymo suderinimo su Naująja teisės aktų sistema.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Z osebno zaščitno opremo se srečuje veliko število ljudi v Evropi, bodisi poklicno bodisi v prostem času.

Že sam naziv, torej „zaščitna oprema“, opozarja na to, da mora biti proizvodnja tovrstne opreme, ki posameznika ščiti pred določenimi nevarnimi vplivi, ustrezno regulirana in urejena. Takšna oprema mora zato biti ustrezno testirana, pomembna pa je tudi vrsta proizvodnje in materiali, iz katerih se ti izdelki proizvajajo.

Zato podpiram prizadevanja Komisije in Sveta po izboljšanju pogojev za uporabo osebne zaščitne opreme, ki jih vsebuje predlagano poročilo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Kao doktorica medicine rada i sporta podržavam izvješće jer uključuje sve važne elemente za zdravlje radnika. Čestitam kolegici Stihler na odrađenom poslu.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Le rapport sur les équipements de protection individuelle doit mettre en œuvre un nouveau règlement apportant des modifications infimes qui auront des conséquences financières importantes pour les fabricants d'EPI.

Le surcoût de production induit par cette révision du règlement sera supporté par les ménages et les entreprises alors que les améliorations en termes de sécurité et de santé sont minimales et ne justifient pas l'établissement de nouvelles normes.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre ce rapport.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che il la normativa che regola il commercio dei DPI (Dispositivi di protezione individuale) necessiti di alcune piccole modifiche che ne incrementino l'efficienza e che, allo stesso tempo, migliorino le condizioni di sicurezza degli individui che li utilizzano.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – I DPI (Dispositivi di protezione individuale) sono presenti nel mercato dell'UE dal 1989. Per venticinque anni la normativa vigente nel settore ha permesso al mercato unico di funzionare, tuttavia oggi è necessario aggiornarla in linea con il nuovo quadro normativo (NQN) che delinea il pacchetto di misure volte allo snellimento e alla semplificazione dei regolamenti in materia di beni presenti sul mercato unico. In particolare, in risposta alle preoccupazioni espresse con riferimento ai vigenti requisiti normativi ritenuti poco chiari e ripetitivi, il regolamento in esame chiarisce il ruolo degli operatori economici, rafforza la cooperazione fra attori e introduce definizioni comuni. L'approccio comune a norma del NQN è da sostenere perché migliora e precisa in modo più efficace le competenze delle autorità di vigilanza del mercato e consente la localizzazione e la restituzione dei beni non sicuri che possono essere stati introdotti nel mercato unico, migliorando così la sicurezza dei lavoratori e la qualità dei beni in commercio.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Funcționarea pieței unice de desfacere a Uniunii Europene este intrinsec legată de consolidarea cooperării dintre diversele părți implicate și ar putea fi optimizată prin introducerea unor definiții comune pentru armonizarea și simplificarea reglementărilor privind mărfurile la nivelul întregii piețe, fapt pe care îl propune și regulamentul de față. Evoluțiile recente în domeniul comunicațiilor și necesitatea de adaptare a echipamentelor individuale de protecție (EIP) la utilizatorii săi finali fac necesară implementarea unor instrumente specifice care să le permită utilizatorilor finali să înțeleagă corect modul de folosire a EIP, mai ales pentru a fi protejați împotriva riscurilor de la locul de muncă. Dacă lucrătorii sunt conștienți de aceste aspecte și informați corect și corespunzător, ei vor fi nu doar protejați, ci și implicați în chestiuni care îi privesc în mod direct.

Garantarea securității lucrătorilor poate fi obținută numai prin intermediul unor instrumente de o eficacitate incontestabilă, având în vedere că, deseori, practic, accidentele de muncă sunt determinate nu doar de neutilizarea unor sisteme de protecție adecvate, ci și de utilizarea incorectă a acestora. Am votat în favoarea măsurilor propuse, acestea asigurând faptul că directiva existentă nu poate da naștere la interpretări care să-i submineze eficacitatea și securitatea juridică.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Anche per questo provvedimento, il tema è simile ad altri testi normativi recentemente approvati nella commissione per il mercato interno. In questo caso la relatrice è la stessa presidente di IMCO. Esigenze di semplificazione e di aggiornamento relativi a temi quali la sicurezza hanno giustificato l'aggiornamento, da parte della Commissione europea, della direttiva 686 del 1989. La nostra delegazione avrebbe preferito, anche in questo caso, avere una direttiva, anziché un regolamento. Si noti che l'Italia è il leader nella produzione europea di dispositivi di protezione individuale. Il voto di astensione è dettato dalla necessità di cautelarsi nei confronti di norme che, potenzialmente, potrebbero creare costi di adattamento al nostro sistema produttivo. In verità, le imprese italiane non ci hanno fatto pervenire elementi di perplessità e il testo frutto dell'accordo con il Consiglio sembra pacifico e non

portatore di elementi di tensione.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sui dispositivi di protezione individuale. Come indicato nel testo votato, è necessario sostituire la direttiva 89/686/CEE del Consiglio, al fine di aggiornare l'intero quadro normativo in materia di questo tipo di beni presenti sul mercato unico e di snellire e semplificare le fonti del diritto ancora in vigore. Il regolamento in esame chiarisce il ruolo degli operatori economici, rafforza la cooperazione fra tutti i soggetti interessati, introduce definizioni comuni e precisa le competenze in capo alle autorità di vigilanza del mercato. Vengono inoltre introdotti l'obbligo in capo agli importatori e ai distributori di informare il fabbricante e le autorità di vigilanza del mercato in caso di dispositivi non conformi. Il testo che ci è stato presentato realizza appieno gli obiettivi che erano stati individuati e ho quindi votato in suo favore.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report which had as its aim the replacement of an existing piece of legislation with a regulation. My reasons for abstaining were that there was little to no consultation with stakeholders on the initial proposals, meaning that the environmental impact, costs and red tape associated with new provisions were not taken into account.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report as the current Council Directive on Personal Protective Equipment needs updates and alterations in line with the modern trends and requirements. The report outlines measures that will, among others, allow the consumer to be more informed.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore del rapporto della collega Ford perché il testo mira, tra l'altro, ad armonizzare i requisiti di salute e di sicurezza dei dispositivi di protezione individuale (DPI) in tutti gli Stati membri.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τη θέση της εισηγήτριας, η οποία υποστηρίζει ότι πρέπει να θεσπιστούν αυστηρές απαιτήσεις όσον αφορά τα μέσα ατομικής προστασίας. Δεδομένου ότι η παρούσα πρόταση αποσκοπεί πρωτίστως στον εκσυγχρονισμό και την απλούστευση ενός συστήματος που ήδη λειτουργεί αποτελεσματικά, η εισηγήτρια πιστεύει ότι δεν είναι απαραίτητο να επέλθουν σημαντικές αλλαγές στους στόχους. Αντιθέτως, με βάση τις επιφυλάξεις που έχουν διατυπώσει τα κράτη μέλη και οι ενώσεις των επιχειρήσεων στον τομέα του εξοπλισμού ασφάλειας, οι τροπολογίες που έχουν κατατεθεί αποβλέπουν στην αποκατάσταση της σαφήνειας σε ορισμένους τομείς.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η ψηφοφορία σχετικά με την ανανέωση του ρυθμιστικού πλαισίου των μέσων ατομικής προστασίας δεν μπορεί παρά να είναι πάντοτε επίκαιρη, καθώς αφορά άμεσα μεγάλο αριθμό οικονομικών παραγόντων, ενώ παράλληλα οι προεκτάσεις του αγγίζουν το σύνολο των πολιτών. Υπό αυτό το πρίσμα, θεωρώ πως οποιαδήποτε προσπάθεια εκσυγχρονισμού και εναρμόνισης των ισχυόντων κανόνων έχει θετικό αντίκτυπο για την Ευρώπη και για αυτό το λόγο αποφάσισα να υπερψηφίσω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sui dispositivi di protezione individuale. A partire dal 1989 la presenza sul mercato dell'UE di materia dispositivi di protezione individuale (DPI) è pienamente armonizzata dalla direttiva 89/686/CEE del Consiglio. Ciononostante la normativa attuale in materia di DPI necessita di un aggiornamento in linea con il nuovo quadro normativo, che rappresenta un pacchetto di misure concepite per snellire e semplificare i regolamenti in materia di beni presenti sul mercato unico. Il regolamento sui DPI che sostituisce la direttiva vigente 89/686/CEE risponde alla necessità di innalzare la protezione della salute e della sicurezza degli utenti e garantire la libera circolazione dei DPI nel mercato dell'UE.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Le imprese italiane sono leader europee nella produzione di dispositivi di protezione individuale. È dunque un'ottima notizia questa ulteriore armonizzazione delle norme tecniche per ridurre le possibili barriere non tariffarie che i nostri prodotti fronteggiano quando entrano negli altri mercati. La grande forza dell'UE, e la più grande ragione per cui vale la pena di stare in Europa, è proprio questo grandissimo mercato potenziale per i prodotti italiani, e aiutare le imprese a cogliere questo potenziale è il nostro compito di deputati. Per queste ragioni ho votato a favore di questa proposta di regolamento.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The proposal for the Regulation on Personal Protective Equipment (PPE) aims at updating the current Council Directive 89/686/EEC and aligning it with the New Legislative Framework (NLF) on the marketing of products. It is important that guidelines for using Personal Protective Equipment are transparent to avoid misuse, ensuring protection of EU citizens. I support the proposed amendments for technical and linguistic clarifications and the use of the official language of the importer country to be clearly marked on all PPE.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A presente proposta de Regulamento sobre os equipamentos de proteção individual vem atualizar, no alinhamento do Novo Quadro Legislativo, a Diretiva 89/686/CEE, harmonizando e dando clareza às exigências regulamentares neste domínio.

Não obstante a diretiva ter atingido com sucesso os seus objetivos na criação de um mercado único e assegurar um elevado nível de proteção para os utilizadores de equipamentos de proteção individual, alguns problemas foram encontrados na sua implementação.

Os EPI são quaisquer meios ou dispositivos destinados a serem utilizados por uma pessoa contra possíveis riscos ameaçadores da sua saúde ou segurança durante o exercício de uma determinada atividade.

Apoio o Relatório Ford por considerar que esta nova proposta altera e esclarece uma série de disposições da diretiva em vigor, harmonizando-a com as disposições da Decisão n.º 768/2008/CE que estabelece um quadro comum para a comercialização de produtos.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn damit werden wir Arbeiten in einem sichereren Arbeitsumfeld ermöglichen und damit gleichzeitig Arbeitnehmern einen verlässlichen Schutz bieten. Die geltende Rechtslage ist unzureichend und daher begrüße ich, dass der Bericht Begriffsbestimmungen vereinheitlicht und die Aufgaben der jeweiligen Wirtschaftsakteure klarstellt. Damit können wir die Qualität des Arbeitsmarktes auf ein würdiges Niveau anheben und das Arbeiten an sich sichern.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione in quanto condivido l'aggiornamento della direttiva vigente per allinearla al nuovo quadro legislativo, nonché la previsione dello strumento del regolamento che migliora l'armonizzazione tra i differenti sistemi nazionali. Il miglioramento dei dispositivi di protezione individuale rafforza senza dubbio la sicurezza di chi li indossa e diminuisce i rischi alla salute.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The proposal for a regulation on personal protective equipment aims at updating the current directive and aligning it with the New Legislative Framework on the marketing of products. The proposal has a harmonised approach regarding the obligations on economic operators, improved cooperation between actors and common definitions. I voted in favour.

Richard Corbett (S&D), *in writing*. – Personal protective equipment (PPE) is worn or used to protect a person's health and safety, such as goggles or helmets worn by builders on a construction site. Today's vote will help improve the existing rules, and ensure better compliance of PPE manufacturers. Having common standards across the whole European market helps improve effectiveness, while lessening costs.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a introducir aspectos positivos que buscan mejorar la seguridad de este tipo de equipamientos individuales, el Reglamento mantiene aspectos desarrollados a la medida de los intereses de la industria. Esta propuesta acarrea determinados vacíos que pueden suponer problemas en la implementación del principio de precaución en la producción y comercialización de este tipo de equipamientos individuales. La propuesta del Parlamento permite la subcontratación de los organismos de evaluación, lo que supone una amenaza para la seguridad de los citados productos al dejar en manos del mercado las decisiones sobre el cumplimiento de las medidas de seguridad establecidas. Sin embargo, el Reglamento contiene a su vez medidas que mejorarán la seguridad de estos equipos. Es por esto por lo que he decidido abstenerme en la votación del presente informe.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A 89/686/EGK tanácsi irányelv az egyéni védőeszközök uniós piacon való forgalomba hozatalát teljes körűen harmonizálja. Az irányelv egy működő egységes piacot tett lehetővé. A ma jóváhagyott és együttdöntési eljárásban született rendelet aktualizálja ezt a tanácsi irányelvet.

Mivel a javaslat elsődlegesen egy már jó működő rendszer korszerűsítésével és egyszerűsítésével foglalkozik, a Parlament előadója úgy vélte, hogy nem szükséges jelentősen módosítani célkitűzéseit. A módosítások arra összpontosítottak, hogy egyértelműséget teremtsenek számos területen. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie to jest zakończeniem prac nad jedną z trzech procedur dostosowania technicznego, aktualizującą prawodawstwo mające zastosowanie do produktów w zakresie środków ochrony indywidualnej, kolei linowych i urządzeń gazowych w stosunku do „nowych ram prawnych”. Na mocy nowych ram prawnych obowiązki nałożone na producentów, importerów oraz organy nadzorujące rynek są w dużej mierze ujednolicone, co spowoduje zmniejszenie obciążeń administracyjnych oraz zwiększy pewność prawa dla wszystkich podmiotów uczestniczących w wytwarzaniu produktów wprowadzanych na rynek UE i w nadzorze nad nimi. Zmniejszenie obciążeń administracyjnych – jestem za. Zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which will update the existing Personal Protective Equipment (PPE) legislation in line with the New Legislative Framework (NLF), which is a package of measures designed to streamline and simplify regulations on goods across the Single Market. This deals with requirements for the design and manufacture of PPE which is being made available on the market in order to ensure the protection of users and rules on its free movement in the Union. The report deals with the modernisation and simplification of an already well-functioning system regarding PPE.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I support the final agreement on personal protective equipment, which avoids any unnecessary expansion of the scope of the Regulation. I particularly welcome the exclusion of oven gloves from the proposal, which the Commission had originally suggested to cover even though these products were not regulated as PPE previously. Their inclusion in the scope would have entailed a significant increase in costs for manufacturers of such gloves, without any clear corresponding consumer benefit.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – La proposta di regolamento del Parlamento e del Consiglio sui dispositivi di protezione individuale (DPI) semplifica e migliora la legislazione in vigore, costituita da una direttiva ormai obsoleta. Una misura legislativa che finalmente definisce un quadro normativo europeo armonizzato e chiaro, interpreta e applica le disposizioni riguardo a prodotti di uso quotidiano per i cittadini e i lavoratori europei, quali abbigliamento e copricapi protettivi, giubbotti salvagente e occhiali da sole. Il regolamento che ho votato, inoltre, stabilisce standard tecnici comuni, requisiti di conformità e sicurezza e norme specifiche di vigilanza del mercato dei dispositivi di protezione individuale. Una serie di misure tecniche che servono per aumentare ulteriormente la protezione della salute degli utilizzatori di tali prodotti, tutelare la loro sicurezza e garantire condizioni di concorrenza eque e semplificate per le imprese europee che producono tali prodotti. L'aggiornamento delle norme europee è necessario per il completamento del mercato unico e per il corretto funzionamento di un settore rilevante per l'industria europea e italiana, come quello dei dispositivi di protezione individuale, che conta oltre 4000 imprese e un fatturato medio annuo stimato in vari miliardi. Un settore di cui l'Italia è leader e principale produttore.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport vise à mettre à jour la législation européenne en matière d'équipements de protection individuelle, datant de 1989. Le texte prévoit des mesures d'harmonisation en vue d'assurer une meilleure protection des utilisateurs d'équipements comme les casques de vélo ou les gants de cuisine grâce à des standards communs. Soutenant ces objectifs, j'ai voté pour ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette proposition car elle participe à une plus grande clarté ainsi qu'à une amélioration de la législation applicable aux équipements de protection individuelle. Cette mesure est bénéfique aux utilisateurs puisqu'elle vise à renforcer la protection de leur sécurité et de leur santé.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione poiché ritengo che la normativa attuale in materia di dispositivi di protezione individuale (DPI) richieda un aggiornamento in linea con il nuovo quadro legislativo. In risposta alle preoccupazioni espresse con riferimento ai vigenti requisiti normativi ritenuti poco chiari e ripetitivi, il regolamento in esame chiarisce il ruolo degli operatori economici, precisa le competenze delle autorità di vigilanza del mercato, rafforza la cooperazione tra i diversi attori coinvolti e introduce definizioni comuni.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le remplacement de la directive de 1989 sur les équipements de protection individuelle par le nouveau texte que soutient ce rapport constitue un élargissement significatif du champ d'application des normes qui concernent de nombreux producteurs d'équipements de protection. Il s'agit d'une transformation financièrement lourde à supporter pour les entreprises, risquant de tirer les prix à la hausse. Le gain de sécurité apporté par ces nouvelles normes n'est pas à la hauteur de l'impact réglementaire et économique. C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно предложението за регламент на Съвета относно личните предпазни средства. Този доклад е свързан с актуализиране на законодателството, приложимо за продукти в областта на личните предпазни средства, въжени линии и газови уреди на „новата законодателна рамка“. Съгласно новата нормативна уредба, задължения, наложени на производителите, вносителите и органите за пазарен надзор, до голяма степен са стандартизирани, което ще доведе до намаляване на административната тежест и подобряване на правната сигурност за всички участници в производството и контрола на продуктите, пуснати на пазара в ЕС. Докладът беше изготвен от моята колежка Вики Форд и я поздравявам за добре свършената работа. Смятам, че докладът съответства на позицията на групата и на моята лична, а именно към повече права на държавите членки.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Η ευημερία των επαγγελματιών διαφόρων τομέων που πρέπει να χρησιμοποιούν τα μέσα ατομικής προστασίας είναι κάτι που αφορά όλους τους πολίτες των κρατών μελών. Κρίνουμε ότι η αναβάθμιση και η επικαιροποίηση της υπάρχουσας νομοθεσίας και των σχετικών οδηγιών θα καλύψει πολλά κενά που υπάρχουν στην ασφάλεια των χρηστών. Είναι ανάγκη να καλυφθεί το κενό ως προς την ασφάλεια που δημιουργούν τα ως επί το πλείστον εισαγόμενα από την Ασία προϊόντα και ευελπιστούμε ότι έτσι θα περιοριστεί.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A colocação de equipamentos de proteção individual (EPI) no mercado da UE foi totalmente harmonizada pela Diretiva do Conselho 89/686/CEE. Nos 25 anos que se sucederam, esta diretiva permitiu o bom funcionamento do mercado único. No entanto, a atual legislação sobre EPI necessita de ser atualizada.

Ora, o presente regulamento clarifica o papel dos operadores económicos, reforça a cooperação entre intervenientes e introduz definições comuns. A proposta trata essencialmente da modernização e simplificação de um sistema cujo funcionamento já é bom, não sendo necessárias alterações substanciais aos seus objetivos. Assim, com base nas reservas emitidas pelos Estados-Membros e pelas federações das indústrias do setor da segurança, as alterações visam a clarificação de certos aspetos. O relatório propõe, ainda, a eliminação do prazo de validade máximo de cinco anos aplicável ao certificado de exame UE de tipo, tendo em conta as reservas emitidas pelos operadores económicos.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport parce qu'il comporte trop de lourdeurs administratives et constitue un risque d'accroissement des coûts de production pour les entreprises.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Propõe-se que a Diretiva 89/686/CEE seja substituída por um regulamento, dada a pouca flexibilidade na transposição da mesma. Esta diretiva tinha como finalidade harmonizar os requisitos em matéria de saúde e segurança para os Equipamentos de Proteção Individual (EPI) em todos os Estados-membros, bem como suprimir os entraves ao comércio desses equipamentos.

O presente regulamento estabelece requisitos para a conceção e o fabrico de EPI destinados a serem disponibilizados no mercado, a fim de assegurar a proteção da saúde e a segurança dos utilizadores e de estabelecer regras sobre a livre circulação de EPI na UE.

É fundamental que os EPI não ponham em risco a saúde ou a segurança das pessoas, os animais domésticos ou os bens. Assim, é imperioso que estejam bem definidas regras em matéria de saúde e segurança e, por conseguinte, que as mesmas sejam respeitadas.

Por outro lado, revela-se igualmente essencial que as PME dos Estados-Membros que atuam neste sector, nomeadamente as fabricantes, possam receber os apoios necessários (técnicos e financeiros) para responder correta e atempadamente às mudanças introduzidas pelo regulamento, uma vez que tais alterações jurídicas não deverão constituir uma forma encapitada de favorecer as maiores empresas do setor e, por conseguinte, o aumento da concentração do poder de mercado.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto ritengo che le misure in essa contenute favoriscano un alleggerimento degli oneri amministrativi e una maggiore certezza giuridica per tutti i soggetti impegnati nella produzione e nella vigilanza dei prodotti immessi sul mercato UE.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Uvádzanie osobných ochranných prostriedkov na trh Európskej únie je smernicou Rady 89/686/EHS upravené už od roku 1989. Po takom dlhom období však dozrel čas na aktualizáciu existujúcich právnych predpisov v tejto oblasti v súlade s novými pravidlami o tovare v rámci jednotného trhu. Plne podporujem prísne požiadavky týkajúce sa osobných ochranných prostriedkov, pretože tento predmetný návrh sa zameriava iba na modernizáciu a zjednodušenie už dobre fungujúceho a existujúceho systému, ktorý už roky v Európskej únii funguje.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Η ευημερία των επαγγελματιών διαφόρων τομέων που οφείλουν να χρησιμοποιούν τα μέσα ατομικής προστασίας είναι κάτι που αφορά όλους τους πολίτες των κρατών μελών. Εκτιμώ ότι η αναβάθμιση και η επικαιροποίηση της υπάρχουσας νομοθεσίας και των σχετικών οδηγιών θα καλύψουν πολλά κενά που υπάρχουν στην ασφάλεια των χρηστών. Θεωρώ επίσης ότι οι διαστάσεις του προβλήματος ασφαλείας που δημιουργούν τα εισαγόμενα προϊόντα από την Ασία κυρίως θα περιοριστούν και για αυτό και υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τα μέσα ατομικής προστασίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The regulation aligns the current legislation to the provisions of the goods package adopted in 2008 and in particular to the Decision 768/2008/EC on a common framework for the marketing of products. This concerns requirements for the design and manufacture of personal protective equipment (PPE) which is being made available on the market in order to ensure the protection of users and rules on its free movement in the Union. It includes rules on market surveillance and obligations for economic operators as well as employers. The committee vote was uncontroversial. I voted in favour of the report.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az egyéni védőeszközökkel kapcsolatos szigorú követelményeket. Mivel a javaslat elsődlegesen egy már jó működő rendszer korszerűsítésével és egyszerűsítésével foglalkozik, az előadó úgy véli, hogy nem szükséges jelentősen módosítani célkitűzéseit. Ehelyett a tagállamok és a biztonsági ipari szövetségek megfogalmazott érdekei alapján a módosítások arra összpontosítottak, hogy egyértelműséget teremtsenek számos területen.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor ante la necesidad de actualizar la legislación que regula los equipos de protección individual, que data de 1989. En sus veinticinco años de vigencia, esta Directiva ha posibilitado un mercado único operativo, pero ahora es necesario realizar una actualización conforme al nuevo marco legislativo, aclarar el papel de los agentes económicos, fortalecer la cooperación e introducir definiciones comunes.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sui dispositivi di protezione individuale perché ho condiviso la necessità evidenziata dalla Commissione europea di ammodernare la normativa vigente, che risale agli anni 90, rispetto all'evoluzione del quadro normativo di etichettatura dei prodotti e delle tecnologie disponibili. Sono a favore di una normativa che garantisca certezza giuridica agli operatori di mercato, tuteli la salute e sicurezza dei lavoratori e degli utenti coniugando esigenze di mercato e la sicurezza sul lavoro. Ritengo, infatti, che quest'ultima possa essere garantita solo con dispositivi davvero efficaci e calibrati rispetto alle caratteristiche dell'utente. Sono a favore di una normativa che permetta a un settore in cui l'industria italiana da sempre è leader di crescere ancora, con un'armonizzazione delle regole europee che elimini dal mercato quei concorrenti sleali e che riconosca la qualità dei prodotti anche rispetto alla sicurezza di chi li usa. Plaudo quindi alla definizione delle diverse categorie d'utenti, ai requisiti di documentazione tecnica anche tramite il ricorso alle nuove tecnologie, e al ruolo assegnato alle autorità nazionali di vigilanza.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Sozialpolitiker unterstütze ich jede Maßnahme zur Förderung und zur besseren Anwendbarkeit von Arbeitsschutzvorgaben. Persönliche Schutzausrüstungen spielen dabei eine entscheidende Rolle – sie retten Leben. Ich habe deshalb für den hervorragenden Bericht der Fraktionskollegin Vicky Ford gestimmt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – The use of requisite personal protective equipment can be essential for a person's health and safety, be it at home or at work. I voted in favour of this proposal, which will harmonise and improve the existing rules in this area and thus ensure better compliance of PPE manufacturers.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτικό*. – Είναι ανάγκη να εξευρεθεί η σωστή ισορροπία μεταξύ της μεγαλύτερης δυνατής προστασίας των καταναλωτών και της επιπλέον δαπάνης που τούτο συνεπάγεται για τους παραγωγούς ούτως ώστε μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις να μην οδηγηθούν στην πτώχευση. Ο σκιώδης εισηγητής της Ομάδας μας κατέθεσε πέντε τροπολογίες που κινούνταν προς αυτή τη κατεύθυνση στην Επιτροπή.

Δεδομένου ότι το τελικό κείμενο της έκθεσης δεν αντανakλά τις προτάσεις μας, επιλέξαμε την αποχή στη τελική ψηφοφορία στην Ολομέλεια.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this resolution to update the existing personal protective equipment (PPE) legislation. This revision is in line with the New Legislative Framework (NLF) which is a package of measures designed to streamline and simplify the regulation of goods across the Single Market. Given that this proposal deals primarily with the modernisation and simplification of an already well-functioning system, this update correctly focuses on some concerns expressed by Member States. In particular, it now requires importers and distributors to inform the manufacturer, as well as Market Surveillance Authorities MSA, where they believe there is a risk of non-conforming PPE. Furthermore, it will require Member States to notify manufacturers if a notified body has ceased activity and requires any appeal procedure to be transparent and accessible.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I decided to support this report as since 1989, the placing of personal protective equipment on the EU market has been fully harmonised through Council Directive 89/686/EEC. In the intervening 25 years, this directive has enabled a functioning single market. Despite this, the existing PPE legislation is in need of updating in line with the New Legislative Framework (NLF) which is a package of measures designed to streamline and simplify regulations of goods across the Single Market. In particular, in response to concerns that current regulatory requirements are confusing and duplicative, the Regulation clarifies the role of economic operators, reinforces cooperation between actors and introduces common definitions. The common approach under the NLF also clarifies the powers of market surveillance authorities enabling the tracking and returning of unsafe goods placed on the single market. The existing PPE Directive provides that Member States must allow the marketing of all products compliant with the Directive and must not allow the marketing of non-compliant products. Given that neither lower nor higher standards are allowed by the existing Directive, it is unlikely that there will be significant practical operational implications by replacing it with a Regulation.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this report that provides technical clarifications for the regulation of the European Parliament and of the Council on personal protective equipment.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o osobnoj zaštitnoj opremi zbog toga što se time jamči slobodno kretanje osobne zaštitne opreme i njezinih korisnika uz visoku razinu sigurnosti, dok se istovremeno jača jedinstveno tržište.

Podržavam činjenicu da je potrebno jasno definirati osnovne uvjete kako bi se osobna zaštitna oprema mogla staviti na tržište u skladu sa zdravstvenim i sigurnosnim zahtjevima. Smatram također da je nužno osigurati tijelima koja su zadužena za nadzor nad tržištem mogućnost praćenja i povlačenja nesigurnih proizvoda s tržišta. U tom kontekstu držim da je potrebno nastaviti sa započetom modernizacijom i pojednostavljenjem dotičnog sistema, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Ce rapport infère un surcoût de production des équipements de protection individuelle (EPI), en conséquence de quoi les prix augmenteront. Ce texte met un bâton dans les roues des fabricants en leur rajoutant des normes de plus en plus sévères. Au final, ce sont les ménages qui seront pénalisés puisqu'ils ne pourront plus acheter ce type d'équipements devenus trop chers. Le tout pour des gains de sécurité négligeables. J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Vicky Ford sur les équipements de protection individuelle. L'objet de ce texte est la mise à jour de l'actuelle directive en encourageant une meilleure coopération pour bénéficier notamment de définitions communes au niveau européen.

Philippe Juvin (PPE), par écrit. – Ce rapport, pour lequel j'ai voté, porte sur le renforcement et l'harmonisation de la législation sur les équipements de protection, comme les gants de travail, les casques, les combinaisons, les masques et autres protections de travail.

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – Ich enthalte mich meiner Stimme. Die Absichten des Vorschlags sind gut gemeint, doch der praktische Nutzen, wie beispielsweise bei Topflappen, ist nur bedingt nachvollziehbar. Die marginalen Zugewinne im Verbraucherschutz gehen dabei mit einem Mehr an Bürokratie einher.

Afzal Khan (S&D), in writing. – Personal protective equipment (PPE) means equipment designed and manufactured to be worn or held by a person for protection against one or more risks for his or her health or safety. I voted in favour of this report as it will help to harmonise and improve the existing rules, thus ensuring better compliance of PPE manufacturers. It is about making sure products used in homes and factories are safe. Health and safety is not about red tape – it is about saving lives and protecting people's health.

Béla Kovács (NI), írásban. – Jelentős haladás tapasztalható az EU-ban a munkavédelem területén, és ennek további erősítését jól szolgálja ez a jelentés.

Fontos cél, hogy olyan termékeket dolgozzanak ki és vezessenek be, amelyek a végfelhasználók igényeihez vannak igazítva. Valóban figyelembe kell venni, ki a felszerelés viselője, és különbséget kell tenni a felhasználók kategóriái között is. A munkahelyi baleseteket és az egészségkárosodást minden lehetséges módon el kell kerülni és az uniós szintű fellépés sokat segíthet ebben.

Számos intő jel figyelmeztet a múltbéli hiányosságokra, gondoljunk csak az azbeszt feldolgozása, beépítése, alkalmazása által kiváltott döbbenetes számú egészségkárosodásra, halálesetre és az azóta is ketyegő bombaként eltávolításra váró szigetelésekre.

Marine Le Pen (ENF), par écrit. – J'ai voté contre le rapport sur les équipements de protection individuelle. Les pré-occupations des ménages et des entreprises est à des années lumières d'une nouvelle réglementation sur les EPI déjà fort exigeante. Ce règlement aura des conséquences financières importantes pour les fabricants d'EPI (mise en conformité et alourdissement des procédures administratives), donc sur le prix final du produit mis sur le marché. Le surcoût de production qu'induirait cette révision du règlement sera in fine supportée par les ménages et les entreprises. Le législateur va contraindre les fabricants à des remises en question permanentes de leur chaîne de production, ce qui sera très problématique pour les fabricants déjà soumis à des normes sévères. Les améliorations en termes de sécurité et de santé (voire de l'environnement) sont minimales et ne justifient pas l'établissement de nouvelles normes.

Gilles Lebreton (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport car il induit un surcoût de production des équipements de protection individuelle (EPI), ce qui augmentera leur prix. Ce texte est décourageant pour les fabricants, qui sont soumis à des normes de plus en plus sévères, et risque d'inciter les ménages à ne plus acheter leurs produits devenus trop chers. Et tout cela pour des gains de sécurité négligeables.

Philippe Loiseau (ENF), par écrit. – J'ai voté contre cette proposition de règlement, destiné à remplacer la directive de 1989 — jugée obsolète — sur les équipements de protection individuelle (EPI). Parmi les modifications induites par ce texte figurent un élargissement des catégories d'EPI, la nécessité de joindre une déclaration de conformité par chaque EPI, ainsi que la désignation de nouveaux organismes de certification et la réduction du délai de mise en conformité.

Ces modifications auront des répercussions financières sur les entreprises productrices de tels équipements et sur leurs clients, qu'ils soient particuliers ou professionnels. Enfin, et comme souvent avec les règlements européens, celui-ci va surcharger une législation déjà très contraignante pour les producteurs d'EPI.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Este Reglamento alinea la legislación actual a las disposiciones del paquete de productos aprobado en 2008 y, en particular, a la Decisión (CE) n.º 768/2008 sobre un marco común para la comercialización de los productos. Esto se refiere a los requisitos para el diseño y la fabricación de equipos de protección individual (EPI) que se ponen a disposición en el mercado para asegurar la protección de los usuarios y a disposiciones sobre su libre circulación en la Unión. Incluye normas sobre vigilancia de los mercados y obligaciones de los operadores económicos, así como de los trabajadores. Mi Grupo político considera razonable el acuerdo final, por lo que he votado a favor.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a introducir aspectos positivos que buscan mejorar la seguridad de este tipo de equipamientos individuales, el Reglamento mantiene aspectos desarrollados a la medida de los intereses de la industria. Esta propuesta acarrea determinados vacíos que pueden suponer problemas en la implementación del principio de precaución en la producción y comercialización de este tipo de equipamientos individuales. La propuesta del Parlamento permite la subcontratación de los organismos de evaluación, lo que supone una amenaza para la seguridad de los citados productos al dejar en manos del mercado las decisiones sobre el cumplimiento de las medidas de seguridad establecidas. Sin embargo, el Reglamento contiene a su vez medidas que mejorarán la seguridad de estos equipos. Es por esto por lo que he decidido abstenerme en la votación del presente informe.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti, protože nesouhlasím s tím, aby se harmonizace v oblasti ochranných prostředků, jako jsou rukavice na déšť a rukavice proti žáru, dále řešily detailním nařízením.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Države članice trebale bi poduzeti sve potrebne mjere kojima bi osigurale da se proizvodi koji su obuhvaćeni ovom Uredbom mogu staviti na tržište samo ako ne ugrožavaju zdravlje i sigurnost korisnika kao i drugih osoba.

Kada uzmemo u obzir činjenicu da trošak koji snose socijalna osiguranja i poduzetnici iznosi 5,9% domaćeg bruto proizvoda te da se primjerenom zaštitom radnika promiče dobrobit, produktivnost, prevencija rizika korištenjem kvalitetne zaštitne opreme ključno je za smanjenje nezgoda na radu i profesionalnih bolesti.

Svi gospodarski subjekti koji sudjeluju u opskrbnom i distribucijskom lancu trebali bi poduzeti odgovarajuće mjere kojima bi osigurali da je na tržištu dostupna samo osobna zaštitna oprema koja je sukladna s ovom Uredbom.

Podržala sam izvješće zastupnice Vicky Ford zbog toga što je pravo na zdravlje i sigurnost temeljno pravo i svi radnici moraju uživati zakonsko jamstvo na radne uvijete u kojima se poštuje njihovo zdravlje, sigurnost i dostojanstvo.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Predložený návrh smernice spresňuje súčasnú úpravu v oblasti ochranných pracovných prostriedkov. Cieľom je zjednotenie spoločných definícií a zároveň racionalizácia a zjednodušenie doterajších predpisov – napr. úprava vyhlásenia o zhode, ktoré umožní hospodárskym subjektom poskytnúť papierovú kópiu alebo odkaz na webovú stránku, presnejšie formulované požiadavky na zamestnávateľov, ktorí sú povinní poskytnúť zamestnancom OOP.

Táto úprava by mala byť praktickejšia, zrozumiteľnejšia a jasnejšia tak pre zamestnávateľov, ktorí sú povinní OOP obstaráť, ako aj pre ich výrobcov a samotné kontrolné a bezpečnostné orgány.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τα μέσα ατομικής προστασίας, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 19/1/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Les EPI (équipements de protection individuelle) sont des équipements destinés à protéger une personne contre un risque susceptible de menacer sa sécurité ou sa santé, principalement au travail, mais aussi dans le cadre de pratiques sportives ou de loisirs (chaussures de sécurité, vêtements de protection, lunettes de soleil, harnais...). Entre autres choses, ce règlement va introduire de nouvelles «catégorie» d'EPI, ce qui va élargir le champ d'application du texte, une obligation de joindre une déclaration de conformité à chaque EPI mis à disposition sur le marché, et la désignation de nouveaux organismes certificateurs et un délai raccourci de mise en conformité. Ce texte se veut positif mais n'aura en fait que très peu d'impact en termes de sécurité et de santé. En revanche, il aura des conséquences financières importantes pour les fabricants d'EPI et ce surcoût de production sera supporté par les ménages et les entreprises. L'emploi lui-même risque de souffrir de cette réglementation. Rien ne justifiait l'établissement de nouvelles normes.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this Report and support strong requirements regarding personal protective equipment.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e Consiglio sui dispositivi di protezione individuale. Si tratta di una proposta di regolamento sui dispositivi di protezione individuale che ha l'intento di aggiornare la vigente direttiva 89/686/CEE, allineandola con il nuovo quadro legislativo, relativa alla commercializzazione dei prodotti. Il regolamento in esame chiarisce il ruolo degli operatori economici, rafforza la cooperazione fra attori e introduce definizioni comuni.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o návrhu nařízení, kterým Komise hodlá nahradit zastaralou směrnice o osobních ochranných prostředcích. Za pomoci nařízení by došlo k plné harmonizaci a vzniku přímo aplikovatelné, jednotné právní úpravy napříč všemi členskými státy EU. Ačkoliv obecně návrh vítám a považuji jej za velice důležitý, zejména díky jeho vztahu k bezpečnosti a ochraně zdraví na pracovišti, jsou v návrhu některé pasáže, které hodnotím jako problematické. Jde např. o rozšiřování některých kategorií osobních ochranných pomůcek, některé podle mě neopodstatněné zvýšené administrativní požadavky na výrobce apod. I když jsem si plně vědom významu tohoto sektoru, který se navíc rychle rozvíjí, zejména díky novým technologiím, jako jsou nanomateriály, kvalitní látky apod., v konečném hlasování jsem se zdržel.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Es preciso que desde la UE aprobemos unos requisitos estrictos en lo que se refiere a los equipos de protección individual. Apoyo la posición del Parlamento Europeo con respecto a esta propuesta de Reglamento, que busca modernizar y simplificar el sistema actual, que tan buenos resultados ha dado.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der praktische Nutzen der vorgeschlagenen Maßnahmen ist nur eingeschränkt nachvollziehbar. Dem marginalen Zugewinn im Bereich des Verbraucherschutzes steht eine weitere Bürokratisierung gegenüber. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported this report that updates existing legislation on personal protective equipment and turns the existing directive into a regulation.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce texte vise à définir via un règlement les exigences essentielles auxquelles doivent satisfaire les équipements de protection individuelle pour pouvoir être mis à disposition sur le marché de l'Union européenne. Ces équipements très divers rassemblent des éléments de protection privé, tels que les casques de moto ainsi que les équipements de protection professionnel. Les amendements du Parlement ajoutent à la liste initiale d'équipements prévue les équipements de protection contre le déficit en oxygène (par exemple, le matériel de plongée), les produits chimiques, les agents biologiques, les rayonnements et la contamination radioactive. Je vote pour ce texte qui favorise la sécurité.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport infère un surcoût de production des équipements de protection individuelle (EPI), en conséquence de quoi les prix augmenteront. Ce texte met un bâton dans les roues des fabricants en leur rajoutant des normes de plus en plus sévères. Au final, ce seront les ménages qui seront pénalisés puisqu'ils ne pourront plus acheter ce type d'équipements devenus trop chers. Le tout pour des gains de sécurité négligeables. J'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre a proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho relativo aos equipamentos de proteção individual.

Apesar de a colocação de equipamentos de proteção individual (EPI) estar harmonizada desde 1989, e de funcionar bem no mercado único, neste momento há uma necessidade de atualizar a legislação em vigor com o Novo Quadro Legislativo.

Tal atualização consiste num pacote de medidas concebidas para melhorar e simplificar a regulamentação aplicável às mercadorias no mercado único. É importante que haja mais fiscalização no nosso mercado capaz de localizar e devolver as mercadorias não conformes.

A segurança dos nossos trabalhadores é fundamental.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this resolution because the safety of our workers is paramount. The proposed measures regarding personal protective equipment (PPE) are aimed at ensuring legal certainty and the effectiveness of the directive.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – En soutenant ce règlement, on veut assurer la sécurité de certains vêtements de protection comme les gilets de sauvetage, les casques de vélo, les lunettes de soleil. Les modifications apportées sont indispensables pour une législation adaptée aux produits du XXI^e siècle. La protection des consommateurs ne se limite pas à veiller à ce que le juste prix soit payé, mais aussi à l'assurance que le produit acheté soit sûr et de bonne qualité. Je soutiens ce règlement qui s'inscrit dans la foulée de l'accord interinstitutionnel du 22 septembre dernier, qui veille à la sécurité des produits dans un monde globalisé, et qui n'entrave pas le marché, en permettant aux fabricants de bénéficier d'une procédure simplifiée pour renouveler leurs certificats de conformité avec les règles de santé et de sécurité.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Právna úprava bezpečnosti a ochrany zdravia pri práci a s ňou súvisiaca právna úprava osobných ochranných prostriedkov sú už dlhé roky v Európskej únii na veľmi vysokej úrovni. Napriek tomu, že v tejto oblasti nemá legislatíva veľké nedostatky, vítam každý návrh, ktorý smeruje k zlepšeniu bezpečnosti pracovníkov. Vieme, že pri práci je vždy prítomné riziko a absolútna bezpečnosť sa nedá zaručiť. Je potrebná každá nová právna úprava, ktorá vylepšuje bezprostrednú ochranu pracujúcich, v tomto prípade používanie osobných ochranných prostriedkov. Vyzdvihujem a oceňujem v predkladanom texte najmä novú úpravu testovania a skúšok ochranných prostriedkov, pri ktorých musí byť tiež zabezpečená vysoká miera ochrany pracujúcich ľudí.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Since 1989, the placing of personal protective equipment (PPE) on the EU market has been fully harmonised through Council Directive 89/686/EEC. In the intervening 25 years, this directive has enabled a functioning single market. Despite this, the existing PPE legislation is in need of updating in line with the New Legislative Framework (NLF) which is a package of measures designed to streamline and simplify regulations of goods across the Single Market. In particular, in response to concerns that current regulatory requirements are confusing and duplicative, the Regulation clarifies the role of economic operators, reinforces cooperation between actors and introduces common definitions. The common approach under the NLF also clarifies the powers of market surveillance authorities enabling the tracking and returning of unsafe goods placed on the single market. That is why I have voted in favour of the report on personal protective equipment.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság az egyéni védőeszközök uniós piacon való forgalomba hozatalára vonatkozó európai parlamenti és tanácsi rendelet elfogadására tett javaslatot. Az egyéni védőeszközök uniós piacon való forgalomba hozatalát a 89/686/EGK tanácsi irányelv harmonizálja. Az eltelt 25 év alatt az irányelv megfelelőnek bizonyult, működő egységes piac létrehozását tette lehetővé, ennek ellenére aktualizálni kell az új jogalkotási kerettel, az áruk egységes piaci szabályozásának egyszerűsítésére és egyszerűsítésére szánt intézkedéscsomaggal összhangban. A Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság jelentésében úgy foglalt állást, hogy a Parlament a javaslatot több mint másfél száz módosító indítvánnyal ugyan, de támogassa. A jelentést megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A presente proposta visa adequar a Diretiva do Conselho 89/686/CEE relativa aos equipamentos de proteção individual, atualizando-a e adaptando-a de acordo com o Novo Quadro Legislativo.

A Diretiva do Conselho 89/686/CEE garantiu, ao longo dos últimos 25 anos, o bom funcionamento do mercado único, sendo que não serão necessárias alterações de relevo.

Defendo a presente proposta por melhorar e simplificar a regulamentação aplicável às mercadorias no mercado único, pela clarificação do papel dos operadores económicos, dos poderes das autoridades de fiscalização do mercado e por reforçar a cooperação entre intervenientes.

Pelo exposto, o presente relatório tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce règlement aura des conséquences financières considérables pour les fabricants d'EPI (mise en conformité et alourdissement des procédures administratives) donc sur le prix final du produit mis sur le marché.

Le surcoût de production qu'induirait cette révision du règlement sera in fine supportée par les ménages et les entreprises.

Le législateur va contraindre les fabricants à des remises en question permanentes de leur chaîne de production, ce qui sera très mal perçu par les fabricants déjà soumis à des normes sévères.

L'emploi risque de pâtir de cette nouvelle réglementation.

Les améliorations en termes de sécurité et de santé (voire d'environnement) sont minimales et ne justifient pas l'établissement de nouvelles normes. Je vote contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative aux équipements de protection individuelle. Il s'agissait d'approuver la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil, dont l'objectif est d'améliorer le marché intérieur et la protection des consommateurs pour ce type de produits.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerata la necessità di adeguamento della direttiva attualmente in vigore, varata nel 1989, rispetto al nuovo quadro normativo (NQN), accogliamo con favore la relazione Ford. In particolare, la riforma è intesa come strumento di semplificazione e chiarimento delle normative attuali, oggetto di critiche per la loro supposta ripetitività e scarsa precisione. Il testo proposto va, inoltre, nella direzione di rafforzare la cooperazione fra i vari soggetti, istituzionali e non, fornendo definizioni e regole, comuni per tutta l'Unione Europea, circa il trattamento riservato ai beni introdotti nel mercato europeo la cui sicurezza sia dibattuta. Concordiamo, poi, nell'intento del relatore di non sconvolgere il quadro normativo attuale modificandone gli obiettivi. La riforma è, infatti, intesa ad aggiornare e migliorare gli strumenti forniti dalla precedente direttiva, condividendone però gli scopi. Il fine dell'atto legislativo, infatti, è quello di garantire la massima sicurezza degli utilizzatori di dispositivi di protezione individuale, lavoratori e consumatori, all'interno di un quadro comunitario comune. Condividiamo anche le innovazioni in materia di sorveglianza del mercato e circa gli obblighi riconducibili alla responsabilità aziendale. Infine, il testo appare coerente con la strategia di armonizzazione del mercato comune adottata dalla Commissione Europea.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – La proposition de règlement relatif aux équipements de protection individuelle a su dégager un large consensus. J'ai voté en faveur du rapport pour témoigner mon soutien à une proposition que je considère juste et claire.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Questa proposta di regolamento sui dispositivi di protezione individuale (DPI) mira ad aggiornare la direttiva 89/686/CEE del Consiglio allineandola al nuovo quadro legislativo sulla commercializzazione dei prodotti. Al suo interno contiene un pacchetto di misure concepite per snellire e semplificare i regolamenti in materia di beni presenti sul mercato unico rispondendo alla necessità di innalzare la protezione della salute e della sicurezza degli utenti e garantire la libera circolazione dei DPI nel mercato dell'UE. Ho deciso quindi di sostenere il documento con il mio voto favorevole.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A jelentés elfogadásának támogatásával reményeim szerint sikerül elérni, hogy az egyéni védőeszközöket használó munkavállalók a jövőben még nagyobb biztonsággal használhassák ezeket az eszközöket, és az esetleges egészségkárosodások száma a lehető legkisebb értékre csökkenjen. Hogy ez mihamarabb megtörténjen, támogatom az európai szabályozási környezet egyszerűsítését és az egyéni védőeszközöket gyártó cégek közötti versenyfeltételek mielőbbi kiegyenlítését, ezzel is elősegítve az EU-s munkavállalók munkakörülményeinek javítását.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this report on PPE (personal protective equipment) according to which all Member States should improve their current regulations, taking into consideration that health and safety protection is extremely important for all EU citizens.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Susțin prin votul meu de astăzi raportul privind echipamentele individuale de protecție, deoarece consider că este extrem de important ca legislația în domeniu să fie una clară și completă. Legislația în domeniu are la bază o directivă a CEE din 1989 careia i-au fost aduse completări pe parcursul anilor, ceea ce a făcut ca această legislație să aibă lacune și prevederi ce îngreunează procesul birocratic. În acest context, completarea, clarificarea și simplificarea legislației va aduce beneficii majore atât producătorilor, cât și beneficiarilor acestor echipamente de protecție.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, která zajišťuje větší bezpečnost ochranných prostředků, a tedy znamená zvýšení ochrany spotřebitele, aniž by přitom docházelo k vytvoření nadměrné administrativní zátěže. EP v tomto případě zdárně korigoval návrh Komise, který chtěl do působnosti směrnice zahrnout i běžné ochranné prostředky používané v domácnosti, jako jsou kuchyňské rukavice a chňapky, což by vedlo k dodatečným nákladům pro jejich výrobce a v konečném důsledku k jejich zdražení pro konečné spotřebitele.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Europäische Unternehmer sind verpflichtet, den Mitarbeitern die notwendige persönliche Schutzausrüstung (PSA) zur Verfügung zu stellen. Im Winter sind das z. B. Schuhe mit entsprechend rutschfester Sohle. Die PSA-Richtlinie ermöglicht zudem den freien Warenverkehr von persönlichen Schutzausrüstungen. Leider sind in den letzten Jahren einige gefälschte oder sicherheitsgefährdende Schutzhelme und Rettungswesten auf den europäischen Markt gelangt. Im Bericht fehlt mir die Verschärfung der Richtlinie im Hinblick auf die oben genannten Fälle. Aus diesem Grund habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport relatif aux équipements de protection individuelle vise à remplacer un texte plus ancien, datant de 1989. Bien que les modifications ne soient pas très nombreuses, son champ d'application s'élargit. Cependant, ni les dispositions relatives aux salariés, ni les opinions des PME, ni des mesures visant une simplification des procédures n'ont finalement été incluses dans le rapport, ce qui m'a conduit à m'abstenir lors du vote en plénière.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Isikukaitsevahendeid reguleeriva määrusega lahendatakse olukord, kus praegused kehtivad nõuded on segadustekitavad ja dubleerivad, tegemist on kehtivate õigusaktide ajakohastamisega.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – La disciplina in merito ai dispositivi di protezione individuale (DPI) risale alla direttiva 89/686/CEE del Consiglio; la quale, pur avendo avuto ottimi esiti, necessita di un aggiornamento. Pertanto, alla luce del nuovo quadro normativo volto a snellire e velocizzare le procedure, ritengo che gli emendamenti proposti dal relatore sul progetto di regolamento sui DPI aventi lo scopo di evitare le ripetizioni e chiarire i punti di difficile comprensione siano auspicabili, soprattutto in virtù del fatto che la tutela dell'utilizzatore finale passa attraverso dispositivi efficaci e la capacità di utilizzarli in modo corretto. Voto quindi positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – PPE is equipment that protects users against health or safety risks at work and is used in a wide range of jobs and industries. The PPE rules, for example, are now in need of updating to reflect the new technologies development, without lowering the existing standards. I believe the safety of any European citizen should be maximised and that is why I support the personal protective equipment proposal for a regulation.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Cilj ovog prijedloga jest uvesti izmjene u Direktivi 89/686/EEC o osobnoj zaštitnoj opremi (OZO), koje bi osigurale još viši nivo zaštite ljudskog zdravlja i sigurnosti, istodobno garantirajući pošteno natjecanje na europskom tržištu OZO-a.

Također, prijedlog nalaže proizvođačima OZO-a izradu tehničke dokumentacije kako bi se osiguralo njeno izdavanje u skladu s pravilima i standardima Europske unije.

Uz pojednostavljivanje same definicije tj. kategorizaciju OZO-a, potrebno je svu osobnu zaštitnu opremu, čija je namjena zaštita od utapanja, povreda od ručne motorne pile, visokotlačnih rezača, rana od metka, uboda nožem, štetnih zvukova, podvrgnuti najstrožim proceduralnim provjerama.

Predložene izmjene dale bi jasnu uputu proizvođačima i korisnicima, što bi rezultiralo ostvarivanjem dodatnog povjerenja između njih. Isto tako, potrebno je potaknuti nadležna tijela kako bi inspekcije bile što češće i što strože što bi svelo nesreće na minimum.

Prijedlog će biti primjenjiv dvije godine nakon stupanja na snagu, kako bi se proizvođačima, nadležnim tijelima te državama članicama, dalo dovoljno vremena za prilagodbu.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Cette proposition de règlement remplace la directive de 1989 sur les équipements de protection individuelle (EPI). Ce nouveau règlement aura des conséquences financières importantes pour les fabricants d'EPI (mise en conformité et alourdissement des procédures administratives) donc sur le prix final du produit mis sur le marché. Le surcoût de production qu'induirait cette révision du règlement sera in fine supportée par les ménages et les entreprises. Le législateur va contraindre les fabricants à des remises en cause permanentes de leur chaîne de production alors qu'ils sont déjà soumis à des normes sévères. L'emploi risque d'en pâtir. Les améliorations en termes de sécurité et de santé (voire d'environnement) sont minimales et ne justifient pas l'établissement de nouvelles normes. Je vote donc contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), napisan. – Postojeću regulativu u području osobne zaštitne opreme potrebno je uskladiti s novim zakonodavnim okvirom (NLF) kojim se nastoje simplificirati suvišni, zbunjujući i duplicirajući akti. U tom smislu važno je pojasniti ulogu različitih strana, posebice ekonomskih operatera, i precizirati ovlasti tijela koja nadziru tržište i prate tijek nesigurnih dobara.

Također, pohvalna su postignuća ovog dobro uravnoteženog teksta u pogledu pravila oko dizajna i proizvodnje same zaštitne opreme, njezinog reklamiranja, ali i prava pojedinaca na privatnu uporabu iste. U cjelini podržavam napore ovog prijedloga uredbe da se učvrsti važnost prava radnika na sigurnost na poslu, uzimajući u obzir da je ta sigurnost često izazvana upravo nepoznavanjem potrebne zaštitne opreme, ali i njezinom pogrešnom uporabom.

Andrej Plenković (PPE), napisan. – U potpunosti podržavam izvješće zastupnice Vicky Ford o prijedlogu uredbe Europskog Parlamenta i Vijeća o osobnoj zaštitnoj opremi. Cilj prijedloga za regulativu osobne zaštitne opreme jest ažuriranje postojeće Direktive Vijeća 89/686/EEC te usklađivanje iste s novim zakonodavnim okvirom o marketingu proizvoda.

Ono što je važno istaknuti jest da regulativa ima veliku sposobnost stvaranja harmoniziranog pristupa obvezama ekonomskih operatera, poboljšavanja suradnje između aktera i zajedničkih definicija kao i preobrazbe direktive u regulaciju. Iz razloga što postojeća direktiva ne dozvoljava niže ni više standarde, značajne praktične implikacije neće nastati zbog promjene instrumenata. Ključno je spomenuti da isključivo instrumenti koji su u potpunosti efikasni mogu garantirati sigurnost radnika. Nezgode na radnim mjestima često se dogode uslijed nekorištenja prikladne zaštitne opreme ili pak korištenje iste na krivi način.

Posljednje, no nikako manje bitno, jest napomenuti kako bi zaštita morala biti prilagođena onima koji je koriste, primjerice kategorizacijom iste prema spolu, dobi ili pak posebnim potrebama.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – La normativa attuale in materia di dispositivi di protezione individuale (DPI), seppur ben funzionante, richiede un aggiornamento in linea con il nuovo quadro normativo (NQN), che rappresenta un pacchetto di misure concepite per snellire e semplificare i regolamenti in materia di beni presenti sul mercato unico. In particolare il regolamento in esame chiarisce il ruolo degli operatori economici e introduce definizioni comuni. Inoltre, si propone di eliminare i cinque anni di validità massima dell'attestato di certificazione UE poiché, secondo gli operatori economici, tale periodo è eccessivamente breve considerata la normale vita dei DPI. Auspicando che si possa arrivare presto a una conclusione dei negoziati su questo fascicolo, ho votato a favore.

Jiří Pospíšil (PPE), písemně. – Chtěl bych na tomto místě vyzdvihnout návrh Výboru pro vnitřní trh a ochranu spotřebitelů, který z regulace vyjmul například kuchyňské chňapky a ukázal tím, že lze hledat rozumný kompromis mezi ochranou spotřebitele, požadavky jednotného trhu a pozicí výrobců. Zpráva si proto zaslouží podporu i těch z vás, kteří nejsou přímo členy našeho výboru.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Il est essentiel de garantir au mieux la protection des utilisateurs d'équipement de protection individuelle. C'est pour cela que j'ai approuvé ce texte, qui devient aujourd'hui un règlement. Un moyen de faire appliquer la réglementation plus uniformément.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Parte-se do princípio de que apenas através de instrumentos verdadeiramente eficazes é possível proteger, de modo irrepreensível, a segurança dos trabalhadores, tendo em conta que, muitas vezes, os acidentes no local de trabalho são provocados pela ausência de sistemas de proteção adequados e pela sua utilização incorreta. É necessário aumentar a dignidade do mundo laboral e reduzir tanto quanto possível as eventuais dúvidas e más interpretações.

O Relatório que votei favoravelmente pretende clarificar aspetos relativos aos equipamentos de proteção individual como obrigar os importadores e distribuidores a alertarem, tanto o fabricante como as autoridades de fiscalização do mercado, sobre a potencial existência de um equipamento de proteção individual não conforme e ainda obrigar a que quaisquer procedimentos de recurso sejam transparentes e acessíveis.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu le texte sur les équipements de protection individuelle, qui reprend les termes de l'accord conclu entre les institutions sur les exigences normatives à prévoir à l'égard de ces produits, de manière à assurer leur libre circulation dans l'Union et un degré élevé de protection de leurs utilisateurs, que ce soit à des fins privées ou professionnelles.

À quoi correspondent concrètement les équipements de protection individuelle? Il s'agit entre autres des chaussures et des gants de sécurité, des gilets de sauvetage, des casques de chantier, des protections auditives, des lunettes de protection, des harnais de sécurité.

En tant que rapporteur de mon groupe politique sur ce texte, je me réjouis du résultat finalement obtenu. En particulier, nous sommes parvenus à définir une procédure simplifiée pour le renouvellement des certificats en ce qui concerne les équipements n'ayant pas été modifiés depuis leur précédente certification, tout en maintenant un «filet de sécurité» pour tous.

Avec ces nouvelles règles équilibrées, nous atteignons notre objectif, en évitant les charges inutiles et en renforçant la sécurité.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Decidi votar favoravelmente nesta proposta que tem por intuito substituir a Diretiva 89/686/CEE do Conselho relativa aos equipamentos de proteção individual.

Trata-se de uma proposta que pretende adotar um regulamento onde se garanta um ainda mais elevado nível de proteção da saúde e segurança humana face ao que anteriormente possuíamos, salvaguardando ainda a existência de um quadro de concorrência leal para os operadores económicos no mercado da União e a simplificação do quadro regulador nesta área.

Uma vez que estou globalmente de acordo com as medidas constantes neste relatório, atribuí-lhe o meu voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – La mise sur le marché de l'Union européenne d'équipements de protection individuelle (EPI) a été entièrement harmonisée à partir de 1989 grâce à la directive 89/686/CEE. Aujourd'hui, il est nécessaire d'aligner la législation relative aux EPI actuellement en vigueur sur le nouveau cadre législatif (NCL), un paquet de mesures destinées à améliorer et à simplifier la réglementation applicable aux produits au sein du marché unique.

J'ai soutenu ce rapport qui souligne que l'approche commune dans le contexte du NCL clarifie les pouvoirs des autorités de surveillance du marché en permettant le suivi et le retour de produits dangereux mis sur le marché unique.

Le texte rappelle également les obligations auxquelles sont tenus les opérateurs économiques.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Podpořila jsem toto nařízení, protože přináší aktualizovaný soubor opatření, jejichž záměrem je zefektivnit a zjednodušit předpisy týkající se osobních ochranných prostředků v rámci jednotného trhu, a nová pravidla zároveň posílí ochranu koncových uživatelů celé řady osobních ochranných prostředků.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a introducir aspectos positivos que buscan mejorar la seguridad de este tipo de equipamientos individuales, el Reglamento mantiene aspectos desarrollados a la medida de los intereses de la industria. Esta propuesta acarrea determinados vacíos que pueden suponer problemas en la implementación del principio de precaución en la producción y comercialización de este tipo de equipamientos individuales. La propuesta del Parlamento permite la subcontratación de los organismos de evaluación, lo que supone una amenaza para la seguridad de los citados productos al dejar en manos del mercado las decisiones sobre el cumplimiento de las medidas de seguridad establecidas. Sin embargo, el Reglamento contiene a su vez medidas que mejorarán la seguridad de estos equipos. Es por esto por lo que he decidido abstenerme en la votación del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La proposta di regolamento votata oggi mira a semplificare e aggiornare le norme in vigore relative ai dispositivi di protezione individuale (DPI) al fine di alleggerire gli oneri amministrativi e migliorare la certezza giuridica per tutti i soggetti impegnati nella produzione e nella vigilanza dei prodotti immessi sul mercato europeo. Ho votato a favore della relazione perché ritengo che la semplificazione della normativa rappresenti un vantaggio sia per il produttore, che potrà così ridurre i costi superflui, sia per il consumatore, al quale sarà comunque garantito un elevato livello di protezione e sicurezza. Sono soddisfatto, infine, che non siano stati inclusi nel campo di applicazione del regolamento i prodotti destinati all'uso privato per la protezione contro condizioni atmosferiche non estreme o contro l'umidità e l'acqua, perché tale disposizione avrebbe comportato un notevole aumento dei costi per i fabbricanti, senza nessun evidente vantaggio per i consumatori.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Os equipamentos de proteção individual são fundamentais para inúmeras atividades. Desde 1989 que há legislação comunitária sobre esta temática. Foi esta legislação que, através de uma Diretiva, permitiu harmonizar as diferentes legislações existentes e abrir o mercado único também para esta tipologia de produtos que tem hoje um valor estimado de 10 mil milhões de euros por ano. No entanto, resultante dos novos desafios técnicos, do incremento das exigências de segurança e de alguma proliferação de legislação avulsa, houve sempre necessidade de produzir nova legislação que respondesse a esses desígnios. Na presente situação, houve que atualizar e alinhar a legislação com o Novo Quadro Legislativo, que consiste num pacote de medidas concebidas para melhorar e simplificar a regulamentação aplicável às mercadorias no mercado único. Por estas razões, votei positivamente este relatório.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as it is ridiculous that the EU are trying to regulate things like oven gloves.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This legislative proposal on personal protective equipment from Vicky Ford was well written and I voted in favour of it. Personal protective equipment is essential to protect a person's health and safety whether they are at work or at home. The vote today will help to harmonise and improve the rules that already exist providing for personal protective equipment for manufacturers of the product.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – It is very important that people protect themselves in a good way. Therefore I supported this resolution as it contains improvements both in protecting the user and in the manufacturing of this equipment and regulates European standardisation on it.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som uznesenie, lebo som presvedčená, že existujúce právne predpisy o osobných ochranných prostriedkoch (OOP) je potrebné aktualizovať v súlade s novým právnym rámcom, ktorý je balíkom opatrení zameraných na racionalizáciu a zjednodušenie predpisov o tovare v rámci jednotného trhu. Taktiež súhlasím s tým, aby OOP boli v súlade s právnymi predpismi Únie a na trh sa dostávali len vtedy, ak neohrozujú zdravie a bezpečnosť používateľov, prípadne iných osôb. Víтам opatrenia, na základe ktorých sa v nariadení stanovuje rámec dohľadu nad trhom výrobkov a kontrolou výrobkov, ktoré sú v zhode s týmito harmonizovanými požiadavkami. Za pozitívny prvok nariadenia považujem možnosť výsledovateľnosti OOP v rámci celého dodávateľského reťazca, ktorá môže prispieť k zjednodušeniu a zefektívneniu dohľadu nad trhom. Očakávam, že aj na základe tohto nariadenia sa bude väčšia pozornosť venovať prácam, u ktorých nie je možné overiť súlad s ustanoveniami o pridelení OOP (nelegálna práca, práca v domácnosti), a v rámci EÚ a jednotlivých členských štátov sa zvýši informovanosť o prijatom nariadení.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Dnes jsem hlasovala pro přijetí pozměňovacích návrhů Parlamentu k návrhu nařízení EU o osobních ochranných prostředcích, který má primárně za cíl modernizovat a aktualizovat stávající směrnici s novým právním rámcem.

Návrh nařízení je konkrétní tam, kde je současná směrnice matoucí a nejasná, což doposud způsobovalo rozdílné výklady pravidel pro zajištění bezpečnosti osobních ochranných prostředků v jednotlivých zemích EU. Návrh nového nařízení má za cíl zjednodušit regulační prostředí v této oblasti a zároveň zajistit, aby na trh EU vstupovaly pouze ty výrobky, které splňují všechny bezpečnostní standardy i pravidla pro volný pohyb v rámci jednotného trhu.

Za pozitivní považuji, že Parlament vyloučil z nařízení osobní ochranné prostředky pro soukromé použití chránící proti teple, jako jsou například kuchyňské chňapky.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo se nanaša na predlog uredbe o osebni zaščitni opremi.

Osnovna predpostavka predloga uredbe je bila, da se lahko zaščita delavcem na povsem nemoten način zagotovi samo z zelo učinkovitimi instrumenti. Pri tem je seveda potrebno upoštevati, da do nezgod pri delu ne pride le zaradi neuporabe ustrezne zaščitne opreme, pač pa tudi zaradi njene napačne uporabe. Menim, da bo zaščitna oprema učinkovita le, če bo oblikovana in dana na trg v ustrezni obliki, pri čemer pa se bodo upoštevali različni uporabniki.

Poročilo o predlogu uredbe med drugimi poudarja nekatere povsem tehnične vidike uredbe z željo po vključitvi vseh kategorij tveganja in vse možne primere. Tako naj bi se v čim večji meri preprečila pravna negotovost ali napačna razlaga.

Strinjam se, da za izboljšanje delovnega okolja ne potrebujemo le naložbenih politik, pač pa tudi neizpodbitne zaščitne ukrepe. Pod te lahko štejemo vse, od minimalnih zahtev za varnost delavcev pa do ukrepov za zaščito delavcev in ustrezno izboljšanje kakovosti delovnega okolja.

Zaradi opisanega sem na plenarnem zasedanju glasoval za sprejetje poročila o predlogu uredbe o osebni zaščitni opremi.

Ivan Štefanec (PPE), *písmne* – Vzhľadom na vývoj a zjednodušovanie pravidiel vstupu výrobkov na jednotný trh bolo potrebné aktualizovať aj predpisy o osobných ochranných prostriedkoch. Týmto nariadením sa stanovujú požiadavky na návrh a výrobu osobných ochranných prostriedkov (OOP), ktoré sa sprístupňujú na trhu, s cieľom zaistiť ochranu používateľov a pravidiel ich voľného pohybu v Únii. Je potrebné stanoviť pravidlá pre výrobcov a dovozcov, a to predovšetkým ich identifikovateľnosť a povinnosť uviesť kontaktné údaje priamo na obale. Dôležitá je aj povinnosť priložiť pokyny na použitie jednotlivých ochranných pomôcok ku každému samostatne predávanému spotrebiteľskému baleniu. Kontrolu splnenia týchto povinností majú zabezpečiť distribútori, ktorí sú povinní zabezpečiť plnenie povinností podľa tohto nariadenia.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam uvjete osiguranja zaštite zdravlja i sigurnosti korisnika jer prijedlog nalaže proizvođačima osobne zaštitne opreme izradu tehničke dokumentacije kako bi se osiguralo njezino izdavanje koje bi bilo u skladu s vladajućim pravilima i standardima EU-a. Osobnu zaštitnu opremu je potrebno podvrgnuti proceduralnim provjerama, a radi se o osobnoj zaštitnoj opremi čija je namjena zaštita od utapanja, povreda od ručne motorne pile, visokotlačnih rezača, rana od metka, uboda nožem, štetnih zvukova. Nesreće je potrebno svesti na minimum zato su potrebne češće inspekcije, a predložene izmjene bi dale jasnu uputu proizvođačima i korisnicima, što bi rezultiralo ostvarivanjem dodatnog povjerenja između njih.

Ovome prijedlogu dajem podršku jer nam je cilj visoka razina zaštite zdravlja i visoka razina sigurnosti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o osebni zaščitni opremi.

Podpiram oblikovanje enotnega trga glede osebne zaščitne opreme, ki mora imeti pred očmi v prvi vrsti potrošnika, ki mu moramo zagotoviti visoko raven varstva. Za vsako osebno zaščitno opremo, ki se na novo pojavi na notranjem trgu Evropske unije, moramo določiti bistvene zahteve in pogoje, pod katerimi lahko konkurira na evropskem trgu.

Pozdravljam predlagano spremembo, da bi bilo med predstavitvami opreme in preskusi na terenu treba sprejeti ustrezne ukrepe za zagotovitev varnosti ljudi. Prav tako predlog spremembe določa, da preskusi na terenu ne bi smeli biti zasnovani za preskušanje učinkovitosti osebne zaščitne opreme, ampak za ocenjevanje drugih vidikov, ki niso povezani z zaščito, kot so udobnost, ergonomija in oblika.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η ευημερία των επαγγελματιών διαφόρων τομέων που οφείλουν να χρησιμοποιούν τα μέσα ατομικής προστασίας είναι κάτι που ενδιαφέρει όλους τους πολίτες των κρατών μελών. Θεωρώ ότι η αναβάθμιση και η επικαιροποίηση της υπάρχουσας νομοθεσίας και των σχετικών οδηγιών θα καλύψουν πολλά κενά που υπάρχουν στην ασφάλεια των χρηστών. Εκτιμώ επίσης ότι το πρόβλημα ασφάλειας που δημιουργούν τα εισαγόμενα προϊόντα από την Ασία κυρίως θα περιοριστεί.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Modul de comercializare a produselor de larg consum la nivelul statelor membre trebuie să constituie permanent o problemă de interes pentru instituțiile europene. În această privință, este nevoie de o aliniere a legislației europene la prevederile pachetului legislativ adoptat în 2008, mai ales la Decizia (CE) 768/2008 cu privire la cadrul comun pentru comercializarea produselor. Sunt vizate în special cerințele privind proiectarea și producerea echipamentelor individuale de protecție care sunt introduse pentru prima oară pe piața europeană, dar și regulile de liberă circulație pe teritoriul Uniunii. Acestea includ prevederi legate de supravegherea comercializării și respectarea obligațiilor operatorilor economici și companiilor implicate. Nu sunt incluse produsele pentru autoapărare, o serie de produse casnice pentru uz personal, unele produse decorative sau artizanale. Principala problemă este implementarea acestor norme în practică, pentru care Comisia trebuie să vegheze în mod activ. Totuși, adoptarea actualului raport constituie un progres important în domeniu și vine în sprijinul cetățenilor, îmbogățind paleta de produse sigure și certificate între care ei pot să aleagă. Același lucru este valabil și în cazul raportului privind aparatele consumatoare de combustibili gazoși.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I voted in favour of the regulation on the safety of personal protective equipment such as life jackets or bicycle helmets. Since 1989, the placing of personal protective equipment (PPE) on the EU market has been fully harmonised through Council Directive 89/686/EEC. In the intervening 25 years, this directive has enabled a functioning single market. Despite this, the existing PPE legislation is in need of updating in line with the New Legislative Framework (NLF) which is a package of measures designed to streamline and simplify regulations of goods across the Single Market.

In particular, in response to concerns that current regulatory requirements are confusing and duplicative, the regulation clarifies the role of economic operators, reinforces cooperation between actors and introduces common definitions. The common approach under the NLF also clarifies the powers of market surveillance authorities enabling the tracking and returning of unsafe goods placed on the single market.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Kadangi mastas ir esminiai reikalavimai susiję su sveikata ir saugumu bei atitikties įvertinimo procedūromis turi būti vienodi visose valstybėse narėse, tai reikėtų juos įvesti taikant ataskaitoje siūlomą būdą.

Dėl to derėtų 89/686/EEB direktyvą pakeisti reglamentu, kuris būtų tinkama teisinė priemonė padėsianti sukurti aiškias ir išsamias nuostatas, kurios nesuteiktų valstybėms narėms skirtingo jų interpretavimo galimybių. Mūsų, kaip Parlamento, prioritetas buvo pasiūlyti pakeitimai, kurie užtikrintų, kad galiojanti direktyva nesukeltų interpretacijų, kurios galėtų kokiū nors būdu paveikti teisės veiksmingumą ir tikrumą. Pagrindinė prielaida yra tokia, kad tik labai veiksmingų priemonių dėka galima užtikrinti darbuotojų saugumą, atsižvelgiant ir į tai, kad labai dažnai nelaimingi atsitikimai darbo vietose įvyksta ne tik dėl to, kad nesinaudojama saugumą užtikrinančiomis priemonėmis, bet dėl neteisingo jų naudojimo. Kiekvienas pasiūlymas galintis padidinti piliečių, o ypač darbininkų, saugumą yra vertas palaišymo balsavimo metu.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – Podržala sam unapređenje i nadogradnju Uredbe o osobnoj zaštitnoj opremi jer smatram da će se tim promjenama postići pojednostavljenje i modernizacija tog sektora.

Također, podržavam napore za smanjenje administrativnih opterećenja u cilju poboljšanja zakonodavne sigurnosti svih sudionika u proizvodnji i nadzoru proizvoda koji se nalaze na tržištu Europske unije. Ipak, kako bi se osiguralo postizanje svrhe ove Uredbe, važno je da svaka država članica izvještava ukoliko smatra da pojedina oprema ne udovoljava uvjetima i ne zadovoljava sigurnosne uvjete. Osim toga, držim da je iznimno bitno to što ovim izmjenama nije proširen djelokrug Uredbe jer bi dodavanje novih stavaka uzrokovalo značajan porast troškova proizvođačima opreme, a potrošači ne bi imali jasnu korist od takvih promjena. Isto tako, smatram da države članice moraju usmjeriti svoje napore prema tome da navedeni proizvodi ne ugrožavaju zdravlje čovjeka.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o osebni zaščitni opremi sem podprla, saj ta uredba dopolnjuje in posodablja že obstoječo iz leta 1989.

Nov predlog, ki pojasnjuje vlogo gospodarskih subjektov, še bolj krepi sodelovanje med akterji ter natančneje opredeljuje pooblastila organov za nadzor trga. Omogoča še natančnejše sledenje ter vračanje nevarnih proizvodov, danih na enotni trg. Strožji nadzor pomeni večjo varnost ter dodatno zaupanje v kvaliteto osebne zaščitne opreme končnih potrošnikov.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce règlement aura des conséquences financières importantes pour les fabricants d'EPI (mise en conformité et alourdissement des procédures administratives) donc sur le prix final du produit mis sur le marché.

Le surcoût de production qu'induirait cette révision du règlement sera in fine supporté par les ménages et les entreprises.

Le législateur va contraindre les fabricants à des remises en question permanentes de leur chaîne de production, ce qui sera très mal perçu par les fabricants, déjà soumis à des normes sévères.

Les améliorations en termes de sécurité et de santé (voir d'environnement) sont minimales et ne justifient pas l'établissement de nouvelles normes.

Il est intéressant de savoir que la Commission a tenté de réglementer sur les maniques (gants de cuisine), tentative heureusement rejetée par les députés mais significative quant à l'absence totale de tout sens des priorités.

Je vote contre le texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 1989 óta az egyéni védőeszközök (PPE) uniós piacon való forgalomba hozatalát a 89/686/EGK tanácsi irányelv teljes körűen harmonizálja. A beavatkozás 25 éve alatt az irányelv egy működő egységes piacot tett lehetővé. Ennek ellenére a meglévő PPE-jogszabályt aktualizálni kell az új jogalkotási kerettel, az áruk egységes piaci szabályozásának egyszerűsítésére és egyszerűsítésére szánt intézkedéscsomaggal összhangban. Voksommal támogatam a javaslatot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour to maintain or improve the high level of consumer protection and ensure consistency of the regulations with the goods package.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. – Esmu gandarīta, ka līdz ar šo regulu ir izdevies izveidot harmonizētus noteikumus, kas vērsti uz labāku lietotāju aizsardzību, vienlaikus samazinot birokrātisko nosacījumu apjomu, kas jāizpilda ražotājiem.

No tā, vai tiek lietoti individuālie aizsardzības līdzekļi — prettrieciena ķiveres, drošības stiprinājumi, glābšanas vestes —, ir atkarīga cilvēku veselība un pat dzīvība. Šiem līdzekļiem, kurus ik dienas izmanto daudzās darbavietās un sportā, ir jābūt absolūti drošiem un jāpilda savas funkcijas.

Šo produktu lietošanā un ražošanā pēdējos 25 gados — kopš izstrādāti esošie ES individuālo aizsardzības līdzekļu drošības standarti — mainījies ir ļoti daudz. Savādāka kļuvusi gan darba vide, kurā šie produkti tiek izmantoti, gan arī parādījušās jaunas, nereti vēl ekstrēmākas sporta nodarbes, kurās bez minētajiem produktiem neiztikt. Tādēļ esmu gandarīta, ka esam pieņēmuši noteikumus, kas ievērojami modernizēs esošo likumdošanu, nosakot augstākus drošības standartus.

Tajā pat laikā ir būtiski, ka birokrātiskā slodze neapgrūtinās ražotājus, kuru produkti, piemēram, dekoratīvie plīts un trauku mazgāšanas cimdi, lietussargi vai apģērbs ar dekoratīviem atstarojošajiem elementiem, nav paredzēti ekstrēmiem apstākļiem.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La propuesta pretende poner al día la actual Directiva 89/686/EEC del Consejo para alinearla con el nuevo marco legislativo de la comercialización de los productos. Hablamos de un expediente que ha sido objeto de enmiendas de carácter técnico y lingüístico y que ha contado con un gran apoyo en su comisión parlamentaria, por lo que considero necesario votar a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a introducir aspectos positivos que buscan mejorar la seguridad de este tipo de equipamientos individuales, el Reglamento mantiene aspectos desarrollados a la medida de los intereses de la industria. Esta propuesta acarrea determinados vacíos que pueden suponer problemas en la implementación del principio de precaución en la producción y comercialización de este tipo de equipamientos individuales. La propuesta del Parlamento permite la subcontratación de los organismos de evaluación, lo que supone una amenaza para la seguridad de los citados productos al dejar en manos del mercado las decisiones sobre el cumplimiento de las medidas de seguridad establecidas. Sin embargo, el Reglamento

contiene a su vez medidas que mejorarán la seguridad de estos equipos. Es por esto por lo que he decidido abstenerme en la votación del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit voorstel tot verordening dat er op gericht is de huidige, vaak verwarrende, regelgeving te moderniseren.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A referida diretiva tinha como finalidade harmonizar os requisitos em matéria de saúde e segurança para os EPI em todos os Estados-Membros e suprimir os entraves ao comércio desses equipamentos.

O presente regulamento estabelece requisitos para a conceção e o fabrico de EPI (novos no mercado da UE quando aí colocados), destinados a serem disponibilizados no mercado, a fim de assegurar a proteção da saúde e a segurança dos utilizadores e estabelecer regras sobre a livre circulação de EPI na UE.

É fundamental que os EPI não ponham em risco a saúde ou a segurança das pessoas, os animais domésticos ou os bens. Deste modo, é imperioso que estejam bem definidas regras em matéria de saúde e segurança e, por conseguinte, que as mesmas sejam respeitadas.

Por outro lado, revela-se igualmente essencial que as PME dos Estados-Membros que atuam neste setor, nomeadamente os fabricantes, possam receber os apoios necessários (técnicos e financeiros) para responder correta e atempadamente às mudanças introduzidas pelo regulamento, uma vez que tais alterações jurídicas não deverão constituir uma forma encapotada de favorecer as maiores empresas do setor e, por conseguinte, o aumento da concentração do poder de mercado.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der praktische Nutzen der vorgeschlagenen Maßnahmen ist nur eingeschränkt nachvollziehbar. Dem marginalen Zugewinn im Bereich des Verbraucherschutzes steht eine weitere Bürokratisierung gegenüber. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über persönliche Schutzausrüstungen habe ich abgelehnt.

Diese Verordnung gilt für persönliche Schutzausrüstung, die als neu auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht wird – entweder von einem in der Union niedergelassenen Hersteller produziert aus einem Drittland eingeführt.

Mit dem Vorhaben soll die bestehende Rechtslage an den neuen Regulierungsansatz angepasst werden, ohne den Regelungszugriff auszuweiten. Das ist nicht vollends gelungen.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tuto zprávu, která aktualizuje stávající právní předpisy v této oblasti. Domnívám se, že zjednodušení a zefektivnění těchto předpisů je krok správným směrem. Souhlasím s vyjasněním některých pojmů a zavedení jasných definic, které umožňují stejný výklad tohoto nařízení ve všech členských státech Unie. Považuji za důležité, aby se na trh EU dostaly jen ty výrobky, které skutečně ochrání zdraví zaměstnanců při výkonu jejich profesí.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Com o argumento de que praticamente não existe flexibilidade na transposição das diretivas baseadas nos princípios da nova abordagem para o direito nacional, é proposto que a Diretiva 89/686/CEE seja substituída por um regulamento.

A referida diretiva tinha como finalidade harmonizar os requisitos em matéria de saúde e segurança para os Equipamentos de Proteção Individual em todos os Estados-Membros e de suprimir os entraves ao comércio.

O presente regulamento estabelece requisitos para a conceção e o fabrico de EPI (novos no mercado da UE quando aí colocados), destinados a ser disponibilizados no mercado, a fim de assegurar a proteção da saúde e a segurança dos utilizadores e de estabelecer regras sobre a livre circulação de EPI na UE.

É fundamental que os EPI não ponham em risco a saúde ou a segurança das pessoas, os animais domésticos ou os bens.

Por outro lado, revela-se igualmente essencial que as PME dos Estados-Membros que atuam neste setor, nomeadamente as fabricantes, possam receber os apoios necessários (técnicos e financeiros) para responder, correta e atempadamente, às mudanças introduzidas pelo regulamento. Uma vez que tais alterações jurídicas não deverão constituir uma forma encapotada de favorecer as maiores empresas do setor e, por conseguinte, o aumento da concentração do poder de mercado.

Votámos a favor.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podpiram predlog uredbe, saj je njen namen zagotovitev visoke ravni zaščite javnih interesov, kot sta zdravje in varnost ter zaščita uporabnikov in po potrebi drugih oseb ter poštena konkurenca na trgu Unije.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind echipamentele individuale de protecție (EIP) care reprezintă opinia Parlamentului European cu privire la Directiva 89/686/CEE prin care, începând din anul 1989, introducerea pe piața UE a echipamentelor individuale de protecție a fost pe deplin armonizată. Raportul adoptat de Parlament contribuie la actualizarea legislației privind EIP și clarifică rolul operatorilor economici, dar și competențele autorităților de supraveghere a pieței, cu ajutorul cărora sunt posibile urmărirea și returnarea mărfurilor nesigure introduse pe piața unică.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Τα μέλη της Επιτροπής Εσωτερικής Αγοράς και Προστασίας των Καταναλωτών ενέκριναν την έκθεση της Vicky Ford. Ομοίως, έδωσα την θετική μου ψήφο, ως μέλος της ίδιας Επιτροπής.

8.4. Gasverbrauchseinrichtungen (A8-0147/2015 - Catherine Stihler)

Oral explanations of vote

Andrejs Mamikins (S&D). – Kamēr vairāki Eiropas Savienības iedzīvotāji kurināšanas mērķim izmanto koksni, ogles, petroleju vai arī speciāli pārstrādātas, bioloģiskas un cita veida paliekas, gāzveida kurināmie turpina būt vispopulārākie degvielu starpā. Mājas apkure, ūdens uzsildīšana, transporta degviela – ņemot vērā patērētāju nereti pastāvīgo ikdienas tuvumu gāzveida kurināmā iekārtām, es, protams, apsveicu šo vēlmi uzlabot drošības situāciju.

Saindēšanās ar gāzi, pirmkārt, tvana gāzi, vai jebkura substanču sūce var viennozīmīgi nodarīt visai nopietnu kaitējumu cilvēku un mājdzīvnieku veselībai. Līdz ar to pārnacionālās likumdošanas lielāka unifikācija ar mērķi standartizēt kvalitāti visās 28 dalībvalstīs ir nepieciešama un, protams, apsveicama.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, cosúil leis an tuarascáil deiridh tá moladh tuillte ag an rapóirtéir, Catherine Stihler, maidir leis an tuarascáil seo, agus arís tá a lán céille ag baint leis. Dá bhrí sin, bhí mé i bhfabhar na tuarascála agus vótáil mé i bhfabhar comh maith.

So this regulation is very important because it changes the directive that was there already, and it helps us to complete the single market, which of course we have heard about this morning from the Dutch Presidency and which is now very much in vogue, particularly in relation to gas, because gas is going to be a very important part even as we move to renewables. Renewables can be intermittent, so gas is going to be a very important part of our energy mix into the future. For that reason the gas appliances should be to the very highest standards, because some of these boilers, etc. can emit carbon monoxide, which is a deadly killer. But these proposals will help to ensure the highest possible standards and protection for consumers.

Written explanations of vote

Tim Aker, Louise Bours, James Carver, David Coburn, Jane Collins, William (The Earl of) Dartmouth, Mike Hookem, Diane James, Margot Parker and Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Whilst UKIP are not against standardised safety proposals which help to ensure that citizens are better protected against harmful appliances reaching the market, we are opposed to this proposal on the grounds that we are against further harmonisation of the internal market. This relates specifically to the change of the legislation from a directive to a regulation.

Marina Albiol Guzmán, Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo Y Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor del presente informe porque considero que amplía la protección de la salud de los usuarios de todo tipo de aparatos de combustibles gaseosos. Este tipo de equipamientos, tanto en el ámbito doméstico como en el no doméstico, suponen determinados riesgos para la salud, como el riesgo de intoxicación con gases como el monóxido de carbono. Este tipo de riesgo provoca numerosos accidentes mortales cada año y es absolutamente necesario que nuestro marco jurídico emprenda acciones vinculantes para impulsar la fabricación, el control y la revisión de este tipo de equipos para garantizar que se minimizan los riesgos para el usuario. El informe mejora considerablemente la propuesta inicial de la Comisión Europea en la reducción de dichos riesgos y es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – Ce texte a pour objectif de remplacer la directive de 2009 concernant les appareils à gaz dans le but de simplifier la législation et en définissant les obligations des opérateurs économiques concernés (fabricants, mandataires, importateurs et distributeurs).

Les mesures principales de ce texte reposent sur l'obligation que les fours à gaz soit installés et entretenus par des professionnels pour des raisons de sécurité, sur l'obligation d'informer les consommateurs des risques sanitaires et sécuritaires, et sur la mise en place d'un marquage CE (conforme aux exigences) des appareils.

Cependant, ce texte ne présente que très peu de modifications par rapport à la directive actuelle. De plus, sous prétexte d'une volonté de renforcement de sécurité, il présente un objectif politique visant à l'harmonisation du marché intérieur. J'ai donc voté contre ce rapport.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Ψήφισα υπέρ στην ψηφοφορία επί της έκθεσης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με τις οικιακές και μη οικιακές συσκευές που προορίζονται για ορισμένες ειδικές εφαρμογές αερίου και σχετικά με τα εξαρτήματα τους που προορίζονται να ενσωματωθούν σε τέτοιες συσκευές. Πρόκειται για σημαντικότερη έκθεση διότι αφορά τη διάθεση στην αγορά των εν λόγω προϊόντων και την προστασία των καταναλωτών κατά τη χρήση των εν λόγω προϊόντων. Συμπερασματικά, η ομάδα Δημοκρατών και Σοσιαλιστών τάσσεται υπέρ της εφαρμογής βασικών κανόνων προκειμένου να αποφευχεται οποιαδήποτε δηλητηρίαση από διαρροή αερίων που είναι επιβλαβή για την υγεία και την ασφάλεια των καταναλωτών.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Peu de changement dans ce texte par rapport à la directive en vigueur, dont le but premier est l'harmonisation du marché intérieur, et non la sécurité, comme il l'est prétendu. J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – I do not oppose international standards in such matters in any way. Indeed, in many ways I would describe myself as a globalist. Whilst I do not support the European Union, I support British membership of organisations such as the United Nations, the International Organisation for Standardisation, the G7, the G20, the Commonwealth, and many, many more.

The UK already has such regulations concerning the burning of gaseous fuels, so there is no need for us to further add to the regulatory burden. This report seeks to harmonise where harmonisation is unnecessary (and explains why I support the organisations listed above but not the European Union). I voted against.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama pakeisti Direktyvą 2009/142/EB, kuria užtikrinamas laisvas dujinių prietaisų judėjimas ir kuria smarkiai prisidedama prie bendrosios rinkos sukūrimo ir jos veikimo ir suvienodinamos sąlygos, kuriomis rinkai pateikiami ir pradedami naudoti dujinį kurą deginantys prietaisai. Dujų sektoriui tenka svarbus vaidmuo ES ekonomikoje: vien dujinių prietaisų sektoriuje dirba 476 000 žmonių. Prie dujinių prietaisų priskiriama daugybė gaminių, pradedant nešiojamomis viryklėmis ir baigiant dideliems pastatams skirtais katilais, o šiuo metu ES dujinių prietaisų yra 470 milijonų ir jų vis daugėja. Pritariu, kad teisinės priemonės pakeitimas iš direktyvos į reglamentą atitinka bendrą politinį įsipareigojimą siekti geresnio reglamentavimo ir supaprastinti reglamentavimo aplinką. Juo nustatomos aiškios ir išsamios taisyklės, kurios bus pradėtos taikyti vienodai tuo pačiu metu visoje Sąjungoje. Visų pirma, privalomi esminiai reikalavimai ir atitikties vertinimo procedūros, kurių turi laikytis gamintojai, visose valstybėse narėse turi būti vienodi.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport, qui soutient la proposition de règlement visant à simplifier et à harmoniser la législation européenne relative au marché intérieur des appareils à gaz en renforçant la sécurité des consommateurs et l'utilisation rationnelle de l'énergie.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Stihler sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sugli apparecchi a gas. Si tratta di una proposta di carattere tecnico che integra la precedente regolamentazione del settore, mantenendo un focus sul controllo della messa sul mercato di questi apparecchi e la protezione dei consumatori. L'obiettivo principale è quello di garantire un'uniformità della legislazione in tutto il territorio europeo, ponendo un'attenzione particolare sui requisiti essenziali e sulle procedure di valutazione.

Xabier Benito Ziluaga, Tania González Peñas, Lola Sánchez Caldentey Y Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de este informe porque nos parece evidente que hay aspectos de la anterior Directiva que habían quedado obsoletos a la luz de los desarrollos tecnológicos. La nueva legislación avanza en la armonización legislativa intraeuropea. Además, el informe contiene elementos que son positivos para la protección del consumidor, como mejoras en el etiquetado.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré voter contre ce rapport sur la proposition du Parlement et du Conseil concernant les appareils à gaz.

Certes, l'objectif affiché est celui de la sécurité et de la santé des usagers, puisque le rapport définit notamment des obligations pour les opérateurs économiques concernés, notamment en ce qui concerne le risque de production de monoxyde de carbone par certains appareils; ainsi, un four à gaz, par exemple, ne pourra être installé et entretenu que par un professionnel en charge de vérifier la sécurité de la combustion.

Si j'ai à cœur la sécurité et la santé de mes concitoyens, j'ai cependant dû m'opposer à ce texte qui, d'une part, n'apporte rien de nouveau ou de différent par rapport à la précédente directive sur le sujet et, d'autre part, sous couvert de plus de protection, a en réalité comme cadre l'harmonisation du marché intérieur par voie réglementaire, c'est-à-dire ce marché unique européen qui a pour but, à terme, une économie globalisée au détriment du bien commun national.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur condividendo le esigenze di armonizzazione nel mercato interno perseguita da questo provvedimento, avrei preferito che venisse attuato per mezzo di una direttiva che avrebbe concesso un'autonomia maggiore agli Stati membri e invece si è optato per un regolamento, estremamente più vincolante, per questo motivo mi sono espressa con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ner rösten för dessa tre betänkanden som handlar om att inrätta nya förordningar (istället för direktiv).

Konsekvensen av dessa betänkanden blir att inget medlemsland i EU får lagstifta om högre skydds- och miljöbestämmelser vad gäller linbaneanläggningar, anordningar för förbränning av gasformiga bränslen samt personlig skyddsutrustning. Det anser jag vara principiellt fel.

Att ha en minimigräns för miljö- och skyddsåtgärder som alla medlemsländer måste uppnå är en sak, men det är fel att besluta att inget medlemsland självständigt ska kunna förbättra sin lagstiftning när det gäller att skydda människor och miljö. Därför lade jag ner rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo alcanzado en primera lectura con el Consejo sobre el Reglamento relativo a los aparatos de combustibles gaseosos y los equipos que sean nuevos en el mercado de la Unión en el momento de su comercialización.

Este Reglamento, que adapta la legislación actual a las disposiciones del paquete de productos adoptado en 2008 y, en particular, a la Decisión n.º 768/2008/CE sobre un marco común para la comercialización de los productos, se aplica a los aparatos de combustibles gaseosos domésticos y no domésticos destinados a una serie de aplicaciones específicas y a los equipos diseñados para ser incorporados en tales aparatos. Con esta nueva legislación se establecen normas armonizadas para la puesta en el mercado de estos productos y para la protección de los consumidores cuando utilizan dichos productos, en especial la prevención de intoxicaciones por gas y la fuga de cualquier sustancia dañina para la salud y seguridad.

Vilija Blinkievičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame Europos Parlamentas pritaria pasiūlymui dėl reglamento dėl dujinį kurą deginančių prietaisų, kuriuo siekiama pakeisti Direktyvą 2009/142/EB. Ši direktyva, kuria užtikrinamas laisvas dujinį prietaisų judėjimas, yra derinamųjų Sąjungos teisės aktų pavyzdys. Šia direktyva smarkiai prisidedama prie bendrosios rinkos sukūrimo ir jos veikimo ir suvienodinamos sąlygos, kuriomis rinkai pateikiami ir (arba) pradedami naudoti dujinį kurą deginantys prietaisai, patenkantys į jos taikymo sritį dėl dujų saugos rizikos ir racionalaus energijos vartojimo. Direktyva 2009/142/EB nustatomi esminiai reikalavimai, kuriuos dujinį kurą deginantys prietaisai turi atitikti, kad juos būtų galima tiekti ES rinkai. Dujų sektoriui tenka svarbus vaidmuo Europos Sąjungos ekonomikoje: vien dujinį prietaisų sektoriuje dirba 476 000 žmonių. Prie dujinį prietaisų priskiriama daugybė gaminių, pradedant nešiojamomis viryklėmis ir baigiant dideliems pastatams skirtais katilais, o šiuo metu ES dujinį prietaisų yra 470 milijonų ir jų vis daugėja: kasmet parduodama daugiau kaip 30 milijonų vienetų.

Franc Bogovič (PPE), pismo. – Tudi sam podpiram novi predlog uredbe, ki ureja nova pravila glede prostega pretoka plinastih naprav na notranjem trgu EU. Gre za izjemno pomembno področje, saj je v EU kar 470 milijonov plinastih naprav, od preprostih prenosnih kuhalnikov do kotlov za velike stavbe, njihovo število pa še narašča.

Predlagana uredba nadomešča trenutno veljavno direktivo, ki se je izkazala za precej problematično v postopkih harmonizacije z nacionalnimi zakonodajami držav članic. Z izbiri uredbe, ki velja v državah članicah neposredno, bodo slednje lahko prihranile stroške, povezane s prenosom direktive. Poleg tega oblika uredbe preprečuje tveganje razhajanj pri prenosu, kar bi lahko privedlo do različni ravnai varnosti in izkrivljanja notranjega trga. Opozoriti velja tudi, da je predlog usklajen z zakonodajo EU, ki ureja oskrbo z energijo in energijsko učinkovitost. Po novem bo oprema morala imeti tudi oznako CE, kar bo olajšalo certificiranje proizvodov, ki se dajajo na trg.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Trovanja ugljiknim monoksidom su vrlo česta pojava u Hrvatskoj. Zato mi je drago da se usvojio moj amandman o važnosti redovnog servisiranja i kvalitetne izrade takvih proizvoda radi sigurnosti potrošača.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che le modifiche apportate alla normativa concernente gli apparecchi a gas contribuiscano grandemente alla chiarificazione e semplificazione della disciplina in materia imponendo norme chiare e organiche che diverranno applicabili in modo uniforme in tutta l'Unione contemporaneamente.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Ce règlement vise à remplacer la directive européenne de 2009 concernant les appareils à gaz. Le texte ne change pas le champ d'application de la précédente directive mais modifie certaines dispositions notamment en ce qui concerne les obligations des acteurs économiques. Concrètement, seuls les professionnels pourront réaliser l'installation et l'entretien des appareils à gaz. Ce type d'appareils représente en effet un danger pour les consommateurs car il peut dégager du monoxyde de carbone si son installation n'est pas correctement effectuée. Le rapport demande également aux autorités nationales de veiller à ce que les consommateurs soient mieux avertis des menaces que représentent les appareils à gaz.

Ce règlement apporte très peu de modifications à la précédente directive en termes de sécurité pour les usagers. En revanche, pour la Commission européenne, ce nouveau règlement constitue une étape supplémentaire dans sa volonté d'harmoniser entièrement le marché intérieur. L'Union européenne utilise donc un faux prétexte à des fins purement politiques.

C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Sectorul gazului are un rol important în economia UE și creează 476 000 de locuri de muncă numai în sectorul aparatelor consumatoare de gaz. Uniunea Europeană urmărește să asigure funcționarea corespunzătoare a pieței interne pentru aparatele consumatoare de combustibili gazoși. Aceasta impune norme clare și detaliate, care vor deveni aplicabile în mod uniform în același timp pe întreg teritoriul Uniunii. Cerințele esențiale obligatorii și procedurile de evaluare a conformității care trebuie urmate de către producători trebuie să fie identice în toate statele membre. Textul, care este în conformitate cu Actul privind piața unică, va fi consolidat din punctul de vedere al siguranței consumatorului, adăugându-se modificări legate de măsurile de precauție ce trebuie avute în vedere pentru a evita intoxicarea persoanelor cu monoxid de carbon, aceasta fiind principala cauză a deceselor asociate utilizării aparatelor consumatoare de gaz în Europa. Toate măsurile propuse în raport sunt mijloace adecvate pentru a obține o transparență a legislației Uniunii Europene și a asigura libera circulație a aparatelor consumatoare de gaz, de aceea am votat favorabil în vederea înlocuirii directivei.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – La natura di questo regolamento è assolutamente tecnica. Nessun aspetto politico è emerso durante il dibattito nella commissione per il mercato interno, tant'è vero che il negoziato tra Consiglio, Parlamento e Commissione si è svolto rapidamente. Il provvedimento rientra nell'ambito di un processo di armonizzazione in seno al mercato interno. Tra gli scopi vi sono la semplificazione e l'aggiornamento tecnico delle norme relative ai prodotti che, sul nostro mercato, sono connessi ad un uso sicuro del gas e ad un uso razionale dell'energia. La nostra delegazione avrebbe preferito che si mantenesse il testo sotto forma di direttiva, mentre la Commissione europea ha preferito adottare un regolamento (meno spazio di azione per gli Stati membri). Il voto di astensione è una cautela per evitare che, in futuro, eventuali problematiche legate a questa normativa possano rivelarsi negative. Certo, al momento il nostro settore produttivo non ha espresso preoccupazioni, ma preferiamo un atteggiamento di maggiore prudenza.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'harmonisation européenne des règles relatives aux appareils à gaz était nécessaire en vue d'améliorer l'efficacité de ce secteur. Une des priorités de l'Union est de compléter le marché unique. Cela permettrait aux entreprises de bénéficier d'un environnement plus favorable au bon déroulement de leurs activités et aux consommateurs d'obtenir les mêmes protections quel que soit le pays dans lequel ils résident. J'ai voté en faveur de ce rapport qui met parfaitement en exergue la nécessité de compléter le marché unique et la nécessité d'utiliser de manière rationnelle l'énergie.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sugli apparecchi a gas. La precedente normativa già garantiva la libera circolazione degli apparecchi a gas, armonizzando le condizioni per l'immissione sul mercato e la messa in servizio di tali attrezzature e fissando i parametri necessari ad evitare rischi sul piano della sicurezza e i requisiti essenziali che devono essere soddisfatti per poter essere commercializzati nell'UE. La proposta di regolamento impone norme chiare e organiche che diverranno applicabili in modo uniforme in tutta l'Unione: in particolare, i requisiti essenziali obbligatori e le procedure di valutazione della conformità dei fabbricanti dovranno essere identici in tutti gli Stati membri. La proposta contiene inoltre disposizioni relative ai prodotti, fissando gli obblighi degli operatori economici interessati. Il testo che ci è stato presentato appare completo ed esaustivo e per questo ho votato per il suo accoglimento.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this legislation which would regulate how appliances burning gaseous fuels would enter the market.

Most of the content is technical and contains provisions on labelling, assessments, risks to health and safety of persons and animals and how to deal with references to poisonous substances such as carbon monoxide.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report because it provides good amendments to the existing text which improve consumer safety and allow the consumer to be better informed about the product.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Insieme alla delegazione M5S Europa, ho votato a favore del rapporto della collega Catherine Stihler perché il testo mira, tra l'altro, ad armonizzare i requisiti di salute e di sicurezza degli apparecchi a gas in tutti gli Stati membri. La tutela della sicurezza dei consumatori è fondamentale e imprescindibile.

Dita Charanzová (ALDE), *písemně*. – V rámci hlasování jsem podpořila návrh nařízení, které upravuje pravidla pro užívání domácích zařízení na plyn. Týká se například v Česku oblíbených plynových průtokových ohříváčů neboli karem. V EU jsou tyto přístroje nejčastější příčinou úmrtí v souvislosti s plynem, také u nás se bohužel čas od času dozvídáme o obětech otravy oxidem uhelnatým. Nařízení přijaté EP jasně definuje standardy, které musí všechny plynové spotřebiče splňovat, a také vyžaduje jejich certifikaci v souladu s evropskými standardy. Toto jednoznačně přispěje k tomu, že na našem trhu budou dostupná pouze prověřená zařízení a dojde k posílení prevence vůči možným nehodám.

Λεωτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού για τις συσκευές αερίου που πρόκειται να αντικαταστήσει την οδηγία 2009/142/ΕΚ. Η παρούσα οδηγία αποτελεί παράδειγμα εναρμόνισης της Ενωσιακής νομοθεσίας για την εξασφάλιση της ελεύθερης κυκλοφορίας των συσκευών αερίου και έχει συμβάλει σημαντικά στην ολοκλήρωση και τη λειτουργία της ενιαίας αγοράς αφού εναρμονίζει τις προϋποθέσεις για τη διάθεση στην αγορά ή/ και τη θέση σε λειτουργία συσκευών αερίου που εμπίπτουν στο πεδίο εφαρμογής της σε σχέση με κινδύνους για την ασφάλεια του φυσικού αερίου και την ορθολογική χρήση της ενέργειας. Υπενθυμίζεται ότι ο τομέας του φυσικού αερίου διαδραματίζει σημαντικό ρόλο στην οικονομία της ΕΕ.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά τις συσκευές αερίου έχει οικονομικές αλλά και οικολογικές προεκτάσεις στην καθημερινότητα όλων των ευρωπαίων πολιτών. Ως εκ τούτου, οι προτάσεις της έχουν ιδιαίτερο ενδιαφέρον. Αν μάλιστα συνοψολογίσουμε το γεγονός ότι προβλέπει αναβάθμιση, ισχυροποίηση αλλά και εναρμόνιση των κανόνων που σχετίζονται με την ασφάλεια των πολιτών και με ορθές πρακτικές εμπορίου, προκύπτει αβίαστα το συμπέρασμα ότι οφείλουμε να ψηφίσουμε υπέρ.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho votato in modo favorevole la relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sugli apparecchi a gas. La proposta di regolamento sugli apparecchi a gas è intesa a sostituire la direttiva 2009/142/CE, che contempla un'ampia gamma di prodotti di consumo – apparecchi usati per cuocere, refrigerare, climatizzare, riscaldare ambienti, produrre acqua calda, illuminare o lavare. La modifica dello strumento giuridico da direttiva a regolamento è in linea con l'impegno politico generale di semplificare e armonizzare la produzione legislativa. Nella relazione si propone che il regolamento si applichi in modo più specifico agli apparecchi a gas a uso domestico e non domestico destinati a determinate applicazioni così come agli accessori, sottolineando che questi ultimi andrebbero contrassegnati anche con il marchio CE.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Quando si parla di normativa tecnica, è sempre una buona notizia il passaggio da direttiva a regolamento. Infatti, lo spazio di manovra lasciato dalla direttiva nasconde sempre barriere non tariffarie e ostacoli tecnici all'ingresso in un mercato nazionale, che il regolamento può finalmente evitare. Si tratta di sacche di inefficienza che vengono ridotte, a vantaggio delle imprese (e l'Italia ne ha tantissime) eccellenti le quali, soprattutto quando sono medio-piccole, non hanno la possibilità di adattarsi a tutti i mercati ma beneficiano di un'apertura per via normativa. Per questo motivo ho votato a favore di questa proposta di regolamento.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – A proposta de Regulamento sobre os aparelhos a gás pretende substituir a Diretiva 2009/142/CE, vindo harmonizar as condições de colocação no mercado e/ou colocação em serviço dos aparelhos a gás no que diz respeito aos riscos de segurança e à utilização racional de energia, permitindo aplicar de modo uniforme em toda a União regras claras ao setor dos aparelhos a gás.

O setor do gás desempenha um papel primordial na economia da UE e emprega, só no setor dos aparelhos a gás, 476 000 pessoas. Os aparelhos a gás abrangem uma vasta gama de produtos, desde os simples fogões portáteis às caldeiras para grandes edifícios e, atualmente, as existências de aparelhos a gás atingem os 470 milhões na UE, registando um crescimento constante, com vendas anuais de mais de 30 milhões de unidades.

Apoio o Relatório Stihler por considerar que as disposições inseridas, como resultado do alinhamento com a Decisão relativa ao Novo Quadro Legislativo, são satisfatórias e que as alterações introduzidas a fim de reforçar a segurança dos consumidores, como evitar o envenenamento de pessoas por monóxido de carbono (que é a principal causa de morte na Europa relacionada com aparelhos a gás), enriquecem o novo texto legislativo.

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich begrüße die Einführung verbindlicher Anforderungen an Gasverbrauchseinrichtungen. Aus binnenmarktpolitischen Gesichtspunkten und auch angesichts unserer Bemühungen um eine bessere Rechtsetzung und eine Vereinfachung des rechtlichen Umfelds sind zwingend einzuhaltende und identische Konformitätsbewertungsverfahren in allen Mitgliedstaaten angezeigt.

Lara Comi (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore di questa relazione. Concordo con la scelta del regolamento per aumentare il livello di armonizzazione tra le diverse normative nazionali, che avrà senz'altro delle ricadute positive per il mercato unico. Il settore delle apparecchiature a gas ha, infatti, una notevole importanza per l'economia europea. Concordo con le modifiche introdotte che mirano a migliorare la sicurezza dei consumatori, soprattutto per ciò che attiene il rischio di avvelenamento da monossido di carbonio, che è la principale causa di mortalità in questo settore.

Pál Csáky (PPE), írásban. – A ma jóváhagyott, a gázüzemű berendezésekről szóló rendelet a 2009/142/EK irányelvet kívánja felváltani. Ez az irányelv az uniós harmonizációs jogi szabályozás példája, amely a gázüzemű berendezések szabad mozgását biztosítja. Az irányelv jelentősen hozzájárult az egységes piac kiépítéséhez és működéséhez, és harmonizálta a hatálya alá tartozó gázüzemű berendezések forgalmazásának és/vagy üzembe helyezésének feltételeit, tekintettel a gázzal járó biztonsági kockázatokra és az energia ésszerű használatára. A 2009/142/EK irányelv rögzíti azokat az alapvető követelményeket, amelyeket a gázüzemű berendezéseknek teljesíteniük kell ahhoz, hogy az uniós piacon forgalmazhatók legyenek. Az irányelv sikeres működése ellenére széleskörű egyetértés alakult ki azzal kapcsolatban, hogy az irányelvet tökéletesíteni kell.

Az irányelvet azért változtatták meg rendeletre, mert a teljes harmonizáció elvével összhangban a tagállamok nemzeti joga nem kötheti szigorúbb vagy további követelményekhez a gázüzemű berendezések forgalomba hozatalát. Így a kötelezően teljesítendő alapvető követelményeknek és a gyártók által követendő megfelelőség-értékelési eljárásoknak is egyformáknak kell lenniük minden tagállamban. A rendelet eszköze megtakarítja a tagállamoknak az irányelv átültetésével járó költségeket. Ezen túlmenően a rendelettel elkerülhető az eltérő átültetés veszélye, aminek nyomán eltérhet a biztosított védelem szintje, és torzulhat a belső piac. Az intézményközi tárgyalásokon megszületett rendelet közös szövege, amelyet a Parlament ma jóváhagyott, támogatható volt.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Sprawozdanie to jest elementem kończącym prace nad trzema procedurami dostosowania technicznego, dostosowującymi do „nowych ram prawnych” przepisy mające zastosowanie do produktów z zakresu środków ochrony indywidualnej, kolei linowych i urządzeń gazowych. Na mocy nowych ram prawnych w dużej mierze ujednolicono obowiązki nałożone na producentów, importerów oraz organy nadzoru rynku, co spowoduje zmniejszenie obciążeń administracyjnych oraz zwiększy pewność prawa dla wszystkich podmiotów uczestniczących w wytwarzaniu produktów wprowadzanych na rynek UE i nadzorze nad nimi.

Jeśli chodzi o urządzenia gazowe, podzielam stanowisko szczególnie w kwestii wymogów w zakresie przeprowadzania konserwacji przez profesjonalnych serwisantów i sformułowań użytych w odniesieniu do zatrucia tlenkiem węgla. W uzgodnionym tekście uniknięto wprowadzenia obowiązku profesjonalnej konserwacji wszystkich urządzeń gazowych, w tym gazowych kuchenek turystycznych, które zaprojektowano tak, by ich konserwację mogli w części przeprowadzać użytkownicy, polegając raczej na krajowych przepisach w celu zapewnienia bardziej zdroworozsądkowego rozwiązania. Jeśli chodzi o przypadki zatrucia tlenkiem węgla, w pełni popieram prace przeprowadzone przez sprawozdawczynię w tym obszarze, by zwiększyć świadomość tego problemu. Zagłosowałam za przyjęciem sprawozdania.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – Despite the successful Directive 2009/142/EC, that sets out essential requirements that appliances burning gaseous fuels must comply with in order to be made available on the EU market, there are issues mainly related to simplifying the European regulation environment in the field of gas appliances and fittings, clarifying and aligning existing provisions. Hence I voted in favour of the proposal for a regulation of appliances burning gaseous fuels, which intends to replace Directive 2009/142/EC. The regulation will align the provisions to the goods package adopted in 2008 and to the Decision EC 768/2008 on a common framework for the marketing of products.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – As a shadow draftsman on this report for my group I am pleased with the agreement reached, after extensive negotiations. It will reduce red tape for manufacturers and national authorities. We have avoided some of the more problematic original proposals in Parliament, such as professional servicing for typically self-maintained appliances such as camp stoves, by allowing national rules to be applied where those exist.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – La nuova proposta di regolamento approvata oggi aggiorna e migliora la precedente legislazione in vigore sul settore delle apparecchiature a gas – ad esempio caldaie, cucine, forni, barbecue e funghi riscaldatori - la direttiva 2009/142/CE. Una misura legislativa che finalmente definisce un quadro normativo europeo armonizzato e preciso, interpreta e applica in maniera uniforme le disposizioni riguardo alle apparecchiature a gas a uso domestico e non, che sono quotidianamente utilizzate dai cittadini europei. Il regolamento che ho sostenuto, inoltre, definisce standard tecnici condivisi, requisiti di conformità e sicurezza, come il contrassegno dei prodotti con il marchio CE, e norme specifiche di vigilanza del mercato degli apparecchi a gas. Una serie di misure tecniche che servono per aumentare ulteriormente la sicurezza di persone, promuovono un utilizzo più razionale ed efficiente dell'energia e allo stesso tempo garantiscono condizioni di concorrenza eque per le imprese europee. Sono convinto che il completamento del mercato interno e una protezione sempre più efficace dei consumatori siano intrinsecamente connesse e dovrebbero andare di pari passo. Le nuove norme votate oggi sono dunque un eccellente esempio di applicazione dei principi di migliore regolamentazione, necessaria al pieno funzionamento del mercato unico.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport législatif vise à mettre à jour la législation européenne sur la libre circulation des appareils à gaz, datant de 2009, via l'harmonisation des conditions de mise sur le marché ou de mise en service des appareils à gaz. Le gaz est en effet un secteur d'importance dans l'économie européenne, il couvre une large gamme de produits (réchauds, chaudières). Chaque année, plus de 30 millions d'appareils sont vendus. L'objectif premier de ce texte est d'améliorer la sécurité des consommateurs et d'éviter les intoxications au monoxyde de carbone, qui sont la première cause de décès en Europe en ce qui concerne les appareils à gaz. Considérant que la filière du gaz en Europe emploie près de 480 000 personnes et apporte de nombreuses solutions pratiques aux consommateurs, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à améliorer et simplifier la législation applicable aux appareils à gaz. Cette mesure entend ainsi renforcer le gage de qualité des produits proposés sur le marché de l'UE.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La proposta di regolamento impone condizioni per l'immissione sul mercato e la messa in servizio di apparecchi a gas che diventeranno applicabili in modo uniforme in tutta l'Unione, evitando il rischio di divergenze nel recepimento che potrebbero condurre a livelli diversi di protezione della sicurezza e arrecare distorsioni al mercato interno. Ho votato a favore di questa relazione poiché ritengo che la modifica dello strumento giuridico da direttiva a regolamento si ponga in linea con l'impegno politico generale ad adoperarsi per una migliore regolamentazione e una semplificazione del contesto normativo.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Élément du paquet «harmonisation du marché intérieur», la proposition de règlement modifiant une directive de 2009 renforce les contraintes réglementaires pesant sur l'installation et l'utilisation des appareils à gaz. Si l'obligation d'information et d'étiquetage des produits concernés est par ailleurs accentuée, il n'en demeure pas moins que le gain de sécurité pour les consommateurs est mineur. En revanche, ce texte participe du renforcement du marché intérieur et de l'harmonisation réglementaire, raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – За съжаление в моята страна много често има случаи на избухнали газови бутилки, както за битови нужди, така и тези, които са прикрепени към автомобили иначе задвижвани с бензин. За съжаление всички тези случаи водят или до летален край или носят трайни последици върху хората, който ползват тези уреди. Това е една от причините да подкрепя този доклад. Другата такава е, че чрез него се цели едно стандартизиране на тези уреди, което ще доведе до голяма степен до намаляване на административната тежест, както и подобряване на всякакъв вид сигурност за гражданите на ЕС.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Η ασφάλεια των χρηστών ή αυτών που βρίσκονται σε χώρους με συσκευές αερίου είναι αρκετά σημαντικό θέμα, εάν λάβουμε επίσης υπόψη ότι το αέριο ως καύσιμο γίνεται όλο και πιο διαδεδομένο. Η επικαιροποίηση και η προσπάθεια για ομοιογενοποίηση των κανόνων που αφορούν τις συγκεκριμένες συσκευές μας βρίσκει απόλυτα σύμφωνους.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O setor do gás desempenha um papel primordial na economia da UE e emprega, só no setor dos aparelhos a gás, 476 000 pessoas. Os aparelhos a gás abrangem uma vasta gama de produtos, desde os simples fogões portáteis às caldeiras para grandes edifícios. Atualmente, há 470 milhões de aparelhos a gás na UE. Todos os anos são vendidas mais de 30 milhões de unidades.

O novo regulamento impõe normas claras e circunstanciadas que serão aplicáveis de modo uniforme e em simultâneo em toda a União. Em conformidade com os princípios de harmonização total, os Estados-Membros não estão autorizados a impor exigências mais rigorosas ou suplementares na sua legislação nacional relativa à colocação no mercado de aparelhos a gás.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce qu'il s'attache davantage à un souci d'harmonisation qu'à un impératif de sécurité.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Propõe-se que a Diretiva 2009/142/CE seja substituída por um regulamento, dada a pouca flexibilidade na transposição da mesma. Esta diretiva estabelecia regras para a colocação no mercado e a colocação em serviço dos aparelhos a gás, i.e., aparelhos que queimam combustíveis gasosos utilizados para cozinhar, refrigerar, condicionar o ar, aquecer o ambiente, produzir água quente, iluminar ou lavar, bem como queimadores com ventilador e geradores de calor a serem equipados com esses queimadores.

O presente regulamento deverá aplicar-se aos aparelhos domésticos e não-domésticos, destinados a um certo número de aplicações especificadas e aos equipamentos destinados a serem incorporados nesses aparelhos, e abrange também os aparelhos e equipamentos importados de países terceiros.

É fundamental que os referidos aparelhos não comprometam a garantia necessária de um elevado nível de proteção da saúde e segurança das pessoas e garantam a proteção dos consumidores e dos bens, bem como a utilização racional da energia.

Revela-se igualmente essencial que as PME que atuam neste sector, nomeadamente as fabricantes, possam receber os apoios necessários (técnicos e financeiros) para responder correta e atempadamente às mudanças introduzidas pelo regulamento, uma vez que tais alterações legislativas não deverão constituir uma forma encapotada de favorecer as maiores empresas do setor e, por conseguinte, o aumento da concentração do poder de mercado.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore del progetto di risoluzione legislativa in materia di apparecchi a gas. Ritengo positivo l'aggiornamento del nuovo quadro normativo in termini di armonizzazione e semplificazione, che alleggerirà gli oneri amministrativi e migliorerà la certezza giuridica per tutti gli attori impegnati nella produzione e nel controllo dei prodotti immessi sul mercato dell'UE.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Η ασφάλεια των χρηστών ή αυτών που βρίσκονται σε χώρους με συσκευές αερίου είναι αρκετά σημαντικό θέμα, εάν λάβουμε επίσης υπόψη ότι το αέριο σαν καύσιμο γίνεται όλο και πιο διαδεδομένο. Η επικαιροποίηση και η προσπάθεια ομογενοποίησης των κανόνων που αφορούν τις συγκεκριμένες συσκευές με βρίσκει απόλυτα σύμφωνο και υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά τις συσκευές αερίου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The regulation aligns current legislation to the provisions of the goods package adopted in 2008 and in particular to Decision 768/2008/EC on a common framework for the marketing of products. It applies to domestic and non-domestic appliances intended for a number of specified applications burning gaseous fuels and to fittings designed to be incorporated into such appliances. It concerns the placing on the market of these products and protection of consumers while using the products concerned. Our main achievements concern rules to prevent gas poisoning and the leakage of any substances harmful to health and safety. I voted in favour of the report.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az egyéni védőeszközökről szóló rendeletre irányuló javaslatához kapcsolódó munkánk során első számú célunk olyan módosítások előterjesztése volt, amelyek biztosítják, hogy a jelenlegi irányelv ne adjon lehetőséget a hatékonyságát és jogbiztonságát aláásó értelmezésekre. Az alapfeltételezés az, hogy csak valóban hatékony eszközökkel biztosítható a munkavállalók biztonsága, figyelembe véve, hogy a munkahelyi baleseteket nemcsak a nem megfelelő egyéni védőeszközök használata okozza, hanem sokszor azok nem megfelelő alkalmazása is.

Azt is megállapítottuk, hogy a védőeszköz tényleges hatékonysága úgy biztosítható, ha olyan termékeket dolgoznak ki és vezetnek be, amelyek a végfelhasználók igényeihez vannak igazítva. Ezért hangsúlyozzuk, hogy figyelembe kell venni, ki a felszerelés viselője, és különbséget kell tenni a felhasználók következő kategóriái között: férfiak, nők, fiatal munkavállalók és fogyatékossgal élők. Úgy véljük továbbá, hogy a kétértelműség és a félreértelmezés lehetőségének a minimalizálása érdekében felül kell vizsgálni a rendelet műszaki előírásainak bizonyos szempontjait, hogy azok valamennyi kockázati kategóriára és eshetőségre kiterjedjenek.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He apoyado la propuesta de Reglamento sobre los aparatos de combustibles gaseosos, destinada a sustituir a la Directiva 2009/142/CE. El cambio de instrumento jurídico, de directiva a reglamento, se atiene al compromiso político general de trabajar por la mejora de la reglamentación y la simplificación del entorno normativo y tiene como finalidad garantizar el correcto funcionamiento del mercado interior para los aparatos de gas. Impone normas claras y detalladas que serán de aplicación de manera uniforme y simultánea en toda la UE. Asimismo, no debemos olvidar que el sector del gas desempeña un importante papel en la economía de la UE y, solo en el sector de los aparatos de gas, emplea a 476 000 personas.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo raggiunto tra il Parlamento europeo e il Consiglio sul regolamento del PE e del Consiglio in materia di apparecchi a gas perché ritengo che l'armonizzazione delle normative e dei requisiti per la commercializzazione di tali prodotti nel mercato interno sia un interesse primario per molti cittadini che utilizzano regolarmente tali prodotti. Penso a un settore che occupa circa 476.000 addetti nell'Unione, con quasi 470 milioni di unità vendute: la scelta dello strumento giuridico del regolamento è quindi opportuna, perché consentirà di armonizzare i mercati e impedirà agli Stati membri di aggravare ulteriormente i requisiti per la commercializzazione degli apparecchi a gas, favorendo la libera concorrenza nel mercato unico. Sono favorevole quindi a un'armonizzazione delle condizioni di vendita sul mercato di tali prodotti in modo che la normativa rispecchi il nuovo quadro normativo UE in materia di commercializzazione di prodotti, dando un'ulteriore spinta verso il completamento del mercato unico.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Gasverbrauchseinrichtungen gestimmt, da er einige technisch sehr wichtige Neuerungen enthält, die dem Fortschritt und der Sicherheit der Bürger Rechnung tragen. Dieser Bericht ist ein Beitrag zur Entbürokratisierung durch Modernisierung der bestehenden Vorgaben.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Gasbranche ist ein wichtiger Wirtschaftszweig innerhalb der EU. Besonders der Bereich der Gasverbrauchseinrichtungen schafft viele Arbeitsplätze. Deshalb unterstütze ich den freien Verkehr von Gasverbrauchseinrichtungen. Von einer weiteren Deregulierung kann diese Industrie besonders profitieren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – This regulation is absolutely necessary, given that gas appliances cover a wide range of products and the fact that the number of gas appliances in the EU is estimated at 470 million and growing. A further 30 million units are sold every year. The sheer quantity of appliances therefore necessitates a high level of protection of the health and safety of persons, domestic animals and property. The report aims to achieve this by setting harmonised requirements and more transparent rules for gas appliance manufacturers.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφικώς*. – Πρόκειται για τεχνικού περιεχομένου έκθεση που περιλαμβάνει όλες τις τυπικές διατάξεις της νομοθεσίας της ΕΕ σχετικά με τα εμπορεύματα και καθορίζει τις υποχρεώσεις των σχετικών οικονομικών φορέων (παραγωγοί, αντιπρόσωποι, εισαγωγείς και διανομείς). Για αυτό και την υπερψηφίσαμε.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report so as to ensure that appliances burning gaseous fuels on the market fulfil the requirements providing for a high level of protection of health and safety for users and for rational use of energy. With the previous directive, there was a lack of clarity with regard to the scope and definitions, which this new regulation aims to improve. This new regulation will also help to improve the functioning of the internal market for gas appliances and help to prevent distortions by some Member States not applying essential health and safety requirements or conformity assessment procedures. Unfortunately it is not within the scope of this regulation to include mandatory standards for carbon monoxide alarms or to require the fitting of a carbon monoxide alarm wherever a gaseous appliance is installed. This is something I had inquired about with the rapporteur and the legal services. Nevertheless, I am happy that there is a recognition of the dangers posed by carbon monoxide in the regulation and that it allows Member States to legislate on periodic inspections or installer training when deemed necessary.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report due to the important role the gas sector plays in the EU economy. The gas sector employs 476 000 people and gas appliances cover a wide range of products, from simple portable cookers to boilers for big buildings. The current EU stock of gas appliances is at 470 million and growing with no more than 30 million units being sold annually. I concur with the rapporteur that the change of legal instrument from a Directive to a Regulation is in line with the general political commitment to strive for better regulation and to simplify the regulatory environment.

Richard Howitt (S&D), *in writing*. – Six people died and more than 300 were left injured in Essex last year as a result of gas-related incidents. Carbon monoxide poisoning kills. In the last five years, the Gas Safe Register found dangerous appliances in one in six homes in this, just one of the six counties in my East of England constituency.

I am not just talking about gas fires and cookers; from the smallest portable camping stoves to industrial boilers for big buildings, the current EU stock of gas appliances is at 470 million and growing, with more than 30 million units being sold annually. Given this magnitude, a high level of safety is absolutely essential.

I welcome this report, proposed by my British Labour MEP colleague, which aims to achieve this higher level of safety by setting common requirements and more transparent rules for gas appliance manufacturers in Europe. This is the perfect example of the EU not simply looking to improve the lives of people, but actually to save them.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this report with regard to appliances that use gaseous fuels taking into consideration that the gas sector is an important sector in the EU economy. The current EU stock of gas appliances is at 470 million and growing, with more than 30 million units being sold annually.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o aparatima na plinovita goriva zbog toga što smatram da je potrebno da se pravila u dotičnom sektoru ravnomjerno primjenjuju diljem Unije kako bi se povećalo povjerenje potrošača u kvalitetu proizvoda, te ojačao nadzor nad tržištem. Od ključne je važnosti zaštititi zdravlje i sigurnost korisnika te potaknuti racionalno korištenje energije u vidu održivosti i konkurentnosti sektora i dosljednosti energetske politike Europske unije. Mjere predostrožnosti moraju svakako biti na prvome mjestu kako bi se izbjegli svi oblici mogućeg trovanja ugljičnim monoksidom, koji je glavni uzrok smrti kada je riječ o aparatima na plinovita goriva.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte présente peu de changement par rapport à la directive en vigueur. La raison sous-jacente de ce rapport est l'harmonisation du marché intérieur, et non la sécurité comme il l'est prétendu. J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Catherine Stihler concernant le règlement sur les appareils à gaz. Cette proposition de règlement vise à remplacer la directive 2009/142/CE, qui harmonise les conditions de mise sur le marché et de mise en service des appareils à gaz en garantissant des exigences essentielles pour être vendus dans le marché unique. Le texte renforce ainsi la sécurité des consommateurs et les mesures de précaution ont été modifiées pour mieux lutter contre les intoxications au monoxyde de carbone.

Ce texte a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui poussait à harmoniser les conditions de mise sur le marché des appareils à gaz, en imposant notamment des normes de sécurité ainsi qu'à une utilisation rationnelle de cette énergie.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich meiner Stimme. Die Vorschläge könnten zwar zu besseren Exportmöglichkeiten beitragen, doch besteht auch die Gefahr einer finanziellen Mehrbelastung für den Bürger bei Gewinnen im Bereich CO₂-Reduktion und Sicherheit.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. Gas appliances cover a wide range of products, from simple portable cookers to boilers for big buildings, and the current EU stock of gas appliances is at 470 million and growing, with more than 30 million units being sold annually. Given this magnitude, a high level of protection of the health and safety of persons, domestic animals and property are absolutely essential and the report aims to achieve this by setting harmonised requirements and more transparent rules for gas appliance manufacturers.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les appareils à gaz, étant donné que le texte présente peu de changement par rapport à la directive en vigueur et que l'objectif est non un objectif de sécurité mais relatif à l'harmonisation du marché intérieur par voie réglementaire. Il fait partie du paquet «Harmonisation du marché intérieur», et le souci de la sécurité du public n'est en fait qu'un prétexte.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il présente peu de changement par rapport à la directive en vigueur. Son objectif vise moins une amélioration de la sécurité qu'un surcroît d'harmonisation du marché intérieur.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Jusqu'ici, les appareils à gaz étaient régis par une directive européenne de 2009. Le but de ce rapport est de la remplacer, afin de simplifier la législation en définissant les obligations des opérateurs économiques du secteur (fabricants, mandataires, importateurs, distributeurs).

Ce texte oblige les acheteurs ou détenteurs d'un four à gaz à le faire installer et entretenir par un professionnel pour des raisons sécuritaires, à informer les consommateurs sur les risques sanitaires et sécuritaires des produits, et à mettre en place un marquage CE conforme aux exigences.

Sous couvert de simplification, ce rapport change peu ou prou la réglementation existante. De plus, sous prétexte sécuritaire, il s'inscrit dans une volonté d'harmoniser le marché intérieur.

Je me suis ainsi prononcé contre ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El Reglamento adapta la legislación actual a las disposiciones del paquete de productos adoptado en 2008 y, en particular, a la Decisión n.º 768/2008/CE sobre un marco común para la comercialización de los productos. Se aplica a los aparatos de combustibles gaseosos domésticos y no domésticos destinados a una serie de aplicaciones específicas y a los equipos diseñados para ser incorporados en tales aparatos. Se refiere a la puesta en el mercado de estos productos y la protección de los consumidores cuando utilizan dichos productos. Mi Grupo político considera razonable el acuerdo final, por lo que he votado a favor.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Nesouhlasím, aby EU dále řešila harmonizace těchto spotřebičů, tyto pravomoci mají vzejít z mezinárodní dohody států a výrobců.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U izvješću zastupnice Stihler naglašena je potreba redovnog održavanja aparata na plinovita goriva kako uređaji koji su na tržištu ne bi ugrožavali zdravlje i sigurnost potrošača niti njegove okoline.

Ova inicijativa je u suglasnosti sa elementima jedinstvenoga tržišta koje dalje potiče povjerenje korisnika i jamči visoku kvalitetu usluga kako u Europskoj uniji tako i u Hrvatskoj. Ključno je ojačati javnu svijest o potrebama redovnog održavanja plinskih uređaja kako bi manje štetili okolišu, ali i smanjili mogućnosti trovanja ugljičnim monoksidom, zato sam podržala ovo Izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – V EÚ sa ročne predá 30 miliónov plynových spotrebičov. Podporujem prijatie zjednotenej úpravy pri nakladaní a regulácii s plynovými zariadeniami na vnútornom jednotnom trhu EÚ. Povinné základné postupy a posudzovania zhody, ktoré musia rešpektovať všetci výrobcovia plynových spotrebičov a zariadení, prispejú k zvýšeniu bezpečnosti výrobcov a zároveň k odstráneniu prekážok pri ich uvádzaní na vnútorný trh.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Απόχω από την ψηφοφορία επί της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά τις συσκευές αερίου διότι θεωρώ ότι δεν είναι πλήρης.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Ce rapport inutile n'apporte rien de nouveau et se contente de remplacer un texte déjà existant en y changeant de petites dispositions. Ce texte en lui-même n'a pas pour objectif la sécurité mais l'harmonisation du marché intérieur par voie réglementaire.

Voter contre ne portera pas atteinte à la sécurité de nos citoyens et nous nous opposons fermement à toute étape visant à renforcer le marché intérieur.

David Martin (S&D), *in writing*. – I support the proposal for a Regulation on appliances burning gaseous fuels which intends to replace Directive 2009/142/EC. This Directive is an example of Union harmonisation legislation, ensuring the free movement of gas appliances. It has contributed considerably to the completion and operation of the Single Market and it harmonises the conditions for the placing on the market and/or putting into service of appliance burning gaseous fuels covered within its scope with regard to gas safety risks and rational use of energy. Directive 2009/142/EC sets out essential requirements that appliances burning gaseous fuels must comply with in order to be made available on the EU market.

The gas sector plays an important role in the EU economy and employs 476 000 people in the gas appliances sector alone. Gas appliances cover a wide range of products, from simple portable cookers to boilers for big buildings and the current EU stock of gas appliances is at 470 million and growing, with more than 30 million units being sold annually.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Favorevole alla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio in materia di apparecchi a gas. La direttiva è volta a garantire la libera circolazione e il corretto funzionamento del mercato interno degli apparecchi a gas e degli accessori che sono nuovi sul mercato dell'Unione, al momento della loro immissione in commercio. Stabilisce, inoltre, i requisiti essenziali che gli apparecchi a gas devono rispettare per poter essere messi a disposizione sul mercato dell'UE, in particolare, i requisiti essenziali obbligatori e le procedure di valutazione della conformità che i fabbricanti devono seguire devono essere identici in tutti gli Stati membri.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Gli apparecchi a gas rappresentano un problema sensibile nel quale bisogna trovare un giusto bilanciamento tra esigenze di sicurezza e garanzia della concorrenza. Votando a favore di questa relazione, sostengo anche l'auspicio per una maggiore protezione dell'ambiente e della salute dei cittadini.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La regulación de los aparatos de combustibles gaseosos es fundamental para garantizar la seguridad en un ámbito que afecta a millones de ciudadanos en Europa, y debemos avanzar también en la armonización de la legislación de todos los países miembros en esta materia.

Apoyo el informe sobre la propuesta de modificar la normativa, pasando de una directiva a un reglamento, y las enmiendas que hemos aprobado para mejorar el contenido de la propuesta desde el punto de vista de la seguridad del consumidor y con medidas de precaución que deben tenerse en cuenta para evitar casos de intoxicación por monóxido de carbono, que es la principal causa de mortalidad en Europa relacionada con los aparatos de gas.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Auf der einen Seite bringt eine Verordnung mehr Klarheit und Sicherheit für die Produktion und Verwendung von Gasverbrauchsanlagen, jedoch werden dadurch auch nationale Kompetenzen weiter beschnitten. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte présente peu de changement par rapport à la directive en vigueur. La raison sous-jacente de ce rapport est l'harmonisation du marché intérieur, et non la sécurité, comme il le prétend. J'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável ao Relatório sobre a proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho relativo aos aparelhos de gás.

É extremamente importante que os requisitos essenciais obrigatórios e os procedimentos de avaliação da conformidade que os fabricantes devem cumprir têm de ser idênticos em todos os Estados-Membros, especialmente os requisitos que dizem respeito à segurança dos aparelhos de gás.

Só assim estarão reunidas as condições que permitirão a livre circulação dos aparelhos de gás.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this resolution in order to create a uniform set of rules for all Member States to ensure that the market for gas burning appliances can function properly.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – L'adoption de ce règlement vise avant tout à assurer aux consommateurs et aux professionnels concernés une protection nécessaire et identique, quel que soit le lieu où le produit (la cuisinière à gaz, la chaudière) est fabriqué. Dès lors, il était indispensable d'introduire des obligations tant à l'égard des opérateurs économiques qu'en ce qui concerne les entités nationales chargées de la vérification du respect des normes de sécurité. La libre circulation des biens est une des pierres angulaires de la construction européenne. Elle nous oblige à optimiser notre coopération et à renforcer notre compétitivité. Elle ne peut se faire au détriment de la protection des consommateurs mais doit bien au contraire rester au service de ces derniers.

Miroslav Mikolášik (PPE), *pisomne* – Informácia o tom, že na území Európskej únie sa v súčasnosti používa 470 miliónov plynových spotrebičov a ich počet neustále narastá, je dostatočným dôvodom na to, aby bola prehodnotená právna úprava, ktorá je síce v súčasnosti na vysokej úrovni, ale jej zmena zo smernice na nariadenie prispeje k lepšej regulácii odvetvia. Považujem za veľký prínos ustanovenia, ktoré sa zaoberajú pravidlami, ktoré musia spotrebiče spĺňať, aby sa zamedzilo otrave oxidom uhoľnatým. Otrava týmto plynom je v súčasnosti najčastejšou príčinou úmrtia v súvislosti s plynovými spotrebičmi v Európe. Správu o tomto stave považujem za alarmujúcu. Keďže predaj plynových spotrebičov sa každý rok zvyšuje, je našou povinnosťou, aby tieto ustanovenia v právnych predpisoch nechýbali a aby sa tým zamedzilo zbytočným stratám na životoch.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on appliances burning gaseous fuels, which aligns current legislation to the provisions of the goods package adopted in 2008 and in particular to Decision EC 768/2008 on a common framework for the marketing of products. It applies to domestic and non-domestic appliances intended for a number of specified applications burning gaseous fuels and to fittings designed to be incorporated into such appliances. It concerns the placing on the market of these products and protection of consumers while using the products concerned.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság a gázüzemű berendezések belső piacának szabályozására vonatkozó európai parlamenti és tanácsi rendelet elfogadására tett javaslatot. Jelenleg a 2009/142/EK irányelv rögzíti azokat az alapvető követelményeket, amelyeket a gázüzemű berendezéseknek teljesíteniük kell ahhoz, hogy az uniós piacon forgalmazhatók legyenek. A jogszabályt az új jogalkotási kerettel, az áruk egységes piaci szabályozásának egyszerűsítésére és egyszerűsítésére szánt intézkedéscsomaggal összhangban aktualizálni kell. A Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság jelentésében úgy foglalt állást, hogy a Parlament a javaslatot kétszáznál több módosító indítvánnyal ugyan, de támogassa. A jelentést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce règlement remplace une directive de 2009 concernant les appareils à gaz conformément à l'objectif de simplification de la législation. Ce texte définit les obligations des opérateurs économiques concernés (fabricants, mandataires, importateurs et distributeurs), déjà largement existantes au niveau national. Étant donné que le texte présente peu de changements par rapport à la directive en vigueur et que l'objectif n'est pas un objectif de sécurité, mais une harmonisation du marché intérieur par voie réglementaire, nous ne voterons pas en faveur de ce texte.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A presente proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho relativo aos aparelhos a gás pretende substituir a Diretiva 2009/142/CE. Esta diretiva garante a livre circulação de aparelhos a gás e contribuiu, em larga escala, para a realização e o funcionamento do mercado único e a harmonização das condições de colocação no mercado e/ou colocação em serviço dos aparelhos a gás.

Subscrevo a posição da relatora relativamente à mudança de instrumento jurídico de uma diretiva para um regulamento, em conformidade com o compromisso político geral de envidar esforços com vista a uma melhor regulamentação e a uma simplificação do quadro regulamentar. O regulamento permitirá diminuir os custos inerentes à transposição de uma diretiva, assim como permite evitar os riscos de divergência na transposição, que podem resultar em diferentes níveis de proteção da segurança e distorcer o mercado interno.

Pelo exposto, o presente relatório tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un règlement relatif à la sécurité et à la santé des usagers, ce qui nous oblige à la prudence dans le positionnement de notre vote.

Étant donné que le texte présente peu de changement par rapport à la directive en vigueur et que l'objectif n'est pas lié à la sécurité, mais à l'harmonisation du marché intérieur par voie réglementaire, je m'oppose à ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative aux appareils à gaz. Il s'agissait d'approuver la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil, dont l'objectif est d'améliorer le marché intérieur et la protection des consommateurs pour ce type de produits. Le secteur des appareils à gaz est très important dans l'Union: il emploie 476 000 personnes et couvre une large gamme de produits. Plus de 30 millions d'appareils sont vendus chaque année.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Stihler. La proposition de règlement entend remplacer la directive 2009/142/CE, qui est un exemple de législation d'harmonisation de l'Union, garantissant la libre circulation des appareils à gaz. Elle a grandement contribué à l'achèvement et au fonctionnement du marché unique et harmonise les conditions de mise sur le marché et/ou de mise en service des appareils à gaz relevant de son champ d'application en ce qui concerne les risques pour la sécurité liés au gaz et l'utilisation rationnelle de l'énergie. La directive 2009/142/CE définit les exigences essentielles auxquelles doivent satisfaire les appareils à gaz pour pouvoir être mis à disposition sur le marché de l'Union. Des dispositions ont été introduites à la suite de l'alignement sur la décision relative au nouveau cadre législatif (NCL).

Le secteur du gaz joue un rôle important dans l'économie de l'Union, et ne serait-ce que dans le secteur des appareils à gaz, 476 000 personnes sont employées. Les appareils à gaz couvrent une large gamme de produits, des simples réchauds à gaz jusqu'aux chaudières de grands bâtiments, et le stock actuel d'appareils à gaz en Europe s'élève à 470 millions et est en pleine croissance, avec plus de 30 millions d'appareils vendus chaque année.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Nell'ottica di un'azione volta al miglioramento e alla semplificazione del quadro normativo europeo, il testo, che postula la modifica dello strumento giuridico da direttiva a regolamento, non può che incontrare il nostro favore. Considerata, poi, la grande importanza ricoperta dal settore degli apparecchi a gas, sia in campo occupazionale sia in termini di consumi, la proposta legislativa è positiva perché atta al miglioramento del funzionamento del relativo mercato interno. Il regolamento, infatti, imponendo una normativa comune a tutti gli Stati membri, che, quindi, non potranno integrarne le previsioni attraverso atti legislativi nazionali, garantirà una maggiore armonizzazione e integrazione del mercato unico. Le norme procedurali imporranno, invero, un comune rispetto di standard e norme a tutti i produttori comunitari, a prescindere dalla nazione di appartenenza, in grado, quindi, di prevenire qualsiasi tipo di effetto distorsivo sui mercati. La proposta appare, poi, molto coerente con le politiche europee in campo ambientale e in materia di tutela dei consumatori. La nuova regolamentazione, infatti, appare aperta al rispetto e all'attuazione delle normative in materia di efficienza energetica. Postulando, poi, un rafforzamento dell'attività di vigilanza, s'inserisce organicamente nella più ampia politica di tutela dei diritti dei consumatori.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – La proposition de règlement concernant les appareils à gaz trouve sa place dans la recherche d'une plus grande sécurité des consommateurs. J'ai donc voté en faveur du rapport, permettant notamment la mise à jour de l'indication du respect des normes européennes pour plus de transparence.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espressa a favore sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sugli apparecchi a gas. Tale proposta è destinata a sostituire la direttiva 2009/142/CE, che stabilisce i requisiti essenziali che gli apparecchi a gas devono rispettare per poter essere messi a disposizione sul mercato UE, con nuove disposizioni per consentire l'allineamento al nuovo quadro legislativo. Inoltre ha contribuito al completamento e al funzionamento del mercato unico, poiché armonizza le condizioni per l'immissione sul mercato e/o la messa in servizio di apparecchi a gas che rientrano nel suo campo di applicazione riguardo ai rischi del gas sul piano della sicurezza e all'uso razionale dell'energia.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A gázüzemű berendezésekről szóló jelentés összetett célokat szolgál. Javulást hoz a fogyasztóvédelem terén, segíti az uniós jogharmonizációt és az egységes piac kiteljesítését. A jelentés uniós szinten harmonizálja a gázüzemű berendezések forgalomba hozatalának feltételeit, ezáltal csökkenti az ezekhez a berendezésekhez kapcsolódó biztonsági kockázatot és elősegíti az energia ésszerű felhasználását. A jelentésről való szavazáskor ezeket a fontos tényezőket vettem figyelembe. Fontos tudni, hogy a szén-monoxid-mérgezés uniós szinten a vezető halálozási okok között szerepel, az ez irányú erőfeszítéseket támogatnunk kell minden téren. Emellett a gázszektor munkaerőpiacon vállalt szerepe uniós szinten is jelentős! Valamivel kevesebb, mint félmillió munkavállalót alkalmaznak ebben a szektorban. A szabályozást úgy kell alakítani, hogy ezeknek a munkavállalóknak a jövőjére ne gyakoroljon negatív hatást.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will regulate the gas appliances sector by creating a single market which will have a positive impact on the European Union in terms of businesses and consumers.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht unterstützt die Umwandlung der bereits bestehenden Richtlinie für Gasverbrauchseinrichtungen in eine Verordnung und begründet dies mit der Notwendigkeit eines besseren gesetzlichen Rahmens. Dies führt aber auch zu einer weiteren Beschneidung nationaler Kompetenzen, weshalb ich mich meiner Stimme enthalten habe.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport plutôt technique concerne le marché et l'utilisation des appareils à gaz en Europe. Il permet de passer d'une directive à un règlement et, par conséquent, de pousser plus loin l'harmonisation au sein de l'Union. Avec des définitions et clarifications supplémentaires, ainsi qu'avec l'introduction de mesures sur l'écoconception de ses dispositifs, ce rapport me paraît positif, ce pourquoi j'ai voté pour.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Direktiiv soodustab oluliselt ühtse turu toimimist ja lõpuleviimist, selles sätestatakse olulised nõuded, millele küttegaasiseadmed peavad vastama, et neid saaks ELi turul kättesaadavaks teha.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Osservando che il settore del gas ha un ruolo chiave nell'economia dell'Unione e che gli apparecchi a gas racchiudono una vasta gamma di beni che comporta un ragguardevole giro di affari (circa 470 milioni di unità per oltre 30 milioni l'anno), giudico utile il passaggio della normativa da direttiva a regolamento; in quanto, rendendo la normativa direttamente applicabili negli Stati membri, si evita che questi impongano requisiti aggiuntivi o più severi. Stante poi la mia partecipazione alle Commissioni ENVI e ITRE, accolgo con molto favore le nuove disposizioni e gli emendamenti proposti dal relatore che si pongono nell'alveo della politica energetica dell'Unione. È quindi consequenziale il mio voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The gas sector has an important role in the EU economy, as well as in my home country, Bulgaria. The current EU stock of gas appliances is at around 470 million and growing, with more than 30 million units being sold annually. The proposal sets out essential requirements that appliances burning gaseous fuels must comply with in order to be made available on the EU market and I voted in favour of the report.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Predložena uredba ne mijenja svrhu Direktive 2009/142/EC o aparatima na plinovita goriva, već modificira neke odredbe kako bi jasno odredila i ažurirala njezin sadržaj.

Neke od najvažnijih promjena koje ova uredba predlaže su ukidanje zastarjele temperaturne granice od 105°C iz definiranih okvira, uvođenje specifičnih definicija za ovo područje koje nisu pokrivene Direktivom 2009/142/EC, uvođenje usklađenog sadržaja i oblika komunikacije između država članica o tipu plina i pritiska za opskrbu koji se koristi u svakoj od njih, objašnjenje odnosa između Direktive 2009/142/EC i ostalih EU propisa te pojašnjenje određenih dijelova Direktive 2009/142/EC.

Predložena uredba biti će primjenjiva dvije godine nakon stupanja na snagu, kako bi se proizvođačima, nadležnim tijelima te državama članicama, dalo dovoljno vremena za prilagodbu. Zbog omogućavanja prijelaznog razdoblja bez poteškoća, prijelazne odredbe su predviđene za proizvode proizvedene pod Direktivom 2009/142/EC.

Vrlo bitna za proizvođače, a i za korisnike jest činjenica kako ova uredba predlaže stroža pravila pri testiranju aparata na plinovita goriva, čime se rizik od ozljeda dovodi na minimum.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Étant donné que le texte présente peu de changement par rapport à la directive en vigueur et que l'objectif est non pas la sécurité mais l'harmonisation du marché intérieur par voie réglementaire, je vote contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Kada govorimo o harmonizaciji propisa s ciljem poboljšanja unutarnjeg tržišta dobara, posebnu pozornost treba posvetiti onim proizvodima, sastojcima i dijelovima koji mogu predstavljati prijetnju zdravlju i sigurnosti. U tom smislu, pozdravljam ovaj prijedlog uredbe o aparatima na plinovita goriva koji se odnosi na različite kućanske i nekućanske aparate i pripadajuću opremu.

S obzirom da prodaja ovih proizvoda unutar Unije doseže čak 30 milijuna komada godišnje, dodatno su važna i pohvalna postignuća u harmonizaciji propisa kojima bi se spriječilo curenje štetnih plinova (posebice ugljičnog monoksida) ili drugih tvari štetnih za zdravlje i sigurnost svih. Promjena iz direktive u uredbu osigurat će jasna i precizirana pravila koja se jednako mogu primjenjivati u svim državama članicama te spriječiti razlike u prenošenju koje potencijalno vode distorzijama na tržištu ili pak različitim razinama sigurnosti proizvoda.

Napokon, važno je istaknuti da je uredba dosljedna i usklađena s energetsom politikom u smislu energetske učinkovitosti i obnovljive energije.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Ovim prijedlogom uvelike bi se doprinijelo harmonizaciji zakonodavstva unutar Europske unije kao i osiguravanju slobodnog kretanja plinskih aparata. Njime se upotpunjuje slobodno tržište i harmoniziraju uvjeti za uporabu te stavljanje aparata na plinovita goriva na tržište s obzirom na rizik vezan uz sigurnost opskrbe plinom te racionalne uporabe energije. Kako plinski sektor ima vitalnu ulogu u ekonomiji Europske unije, zapošljavajući 476 000 ljudi samo u sektoru plinskih uređaja, ovaj je prijedlog od značajne važnosti. Zaliha plinskih uređaja u Europskoj uniji je oko 470 milijuna, od kojih je više od 30 milijuna prodano godišnje, a te brojke neprestano rastu. Značajna je činjenica da je ova inicijativa usklađena s jedinstvenim europskim aktom kojime se naglašava važnost da se potrošačima osigura povjerenje u kvalitetu proizvoda na tržištu te pojača tržišna prisмотра.

Iz svih navedenih razloga podržavam izvješće zastupnice Catherine Stihler o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o aparatima na plinskih uređaja.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La direttiva 2009/142/CE fissa i requisiti essenziali che devono essere soddisfatti dagli apparecchi a gas per essere commercializzati nell'UE. Questa proposta di regolamento intende sostituire la direttiva 2009/142/CE, con norme chiare e organiche che diventeranno applicabili in modo uniforme in tutta l'Unione, senza tuttavia cambiarne il campo di applicazione. In questo modo i requisiti essenziali obbligatori, e le procedure di valutazione della conformità che i fabbricanti devono seguire, saranno identici in tutti gli Stati membri. In base al contenuto della direttiva 2009/142/CE gli accessori degli apparecchi a gas non recano il marchio CE. Visto che gli accessori devono soddisfare i requisiti essenziali, in modo tale da poter svolgere in modo corretto lo scopo cui sono destinati quando vengono integrati nelle apparecchiature, si propone di inserire il marchio CE anche per quest'ultimi. Un altro aspetto importante che viene sottolineato in questa relazione è la protezione dei consumatori al fine di rafforzare la loro fiducia in merito alla qualità dei prodotti presenti sul mercato. Ritengo utili tutte queste modifiche alla direttiva vigente e per questo motivo ho votato favorevolmente.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – I tato zpráva posiluje vnitřní trh a není pouhou regulací pro regulaci. Z tohoto důvodu jsem se ji i jako člen Výboru pro vnitřní trh a ochranu spotřebitelů rozhodl podpořit.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce règlement car il définit les exigences essentielles auxquelles doivent satisfaire les appareils à gaz sur le marché de l'Union européenne. Le secteur du gaz joue un rôle important dans l'économie de l'Union. Ce texte accorde une attention toute particulière à la sécurité des consommateurs. Il met l'accent sur les mesures de précaution contre les intoxications au monoxyde de carbone, qui restent la première cause de décès en Europe liée aux appareils à gaz.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Este relatório que votei favoravelmente visa garantir o bom funcionamento do mercado interno dos aparelhos a gás e impõe normas claras que serão aplicadas uniformemente e em simultâneo em toda a União Europeia, fazendo com que nenhum Estado-Membro possa impor exigências suplementares na sua legislação nacional.

Votei favoravelmente este relatório, pois prevê o reforço das medidas de precaução para evitar a intoxicação por inalação de monóxido de carbono, uma das principais causas de morte na Europa relacionada com aparelhos a gás.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – São estabelecidos requisitos essenciais que os aparelhos a gás devem respeitar para poderem ser disponibilizados no mercado da UE. Impõe normas claras e circunstanciadas que serão aplicáveis de modo uniforme e em simultâneo em toda a União.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo alcanzado en primera lectura con el Consejo sobre el Reglamento relativo a los aparatos de combustibles gaseosos y los equipos que sean nuevos en el mercado de la Unión en el momento de su comercialización.

Este Reglamento, que adapta la legislación actual a las disposiciones del paquete de productos adoptado en 2008 y, en particular, a la Decisión n.º 768/2008/CE sobre un marco común para la comercialización de los productos, se aplica a los aparatos de combustibles gaseosos domésticos y no domésticos destinados a una serie de aplicaciones específicas y a los equipos diseñados para ser incorporados en tales aparatos. Con esta nueva legislación se establecen normas armonizadas para la puesta en el mercado de estos productos y para la protección de los consumidores cuando utilizan dichos productos, en especial la prevención de intoxicaciones por gas y la fuga de cualquier sustancia dañina para la salud y seguridad.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta substitui a Diretiva 2009/142/CEE, relativa à livre circulação de aparelhos a gás e representa um passo extremamente importante para a realização e pleno funcionamento do mercado único, bem como para a harmonização das condições de funcionamento e de colocação no mercado de aparelhos de/a gás.

Os aparelhos a gás abrangem uma vasta e variada gama de produtos tanto de uso doméstico como de uso comercial/industrial, desempenhando este sector um papel importante na economia da União, assegurando quase meio milhão de postos de trabalho. Refira-se ainda que o número atual de aparelhos existente na Europa tem verificado um forte crescimento nos últimos anos.

Com a substituição da anterior diretiva, é dado mais um passo para o aprofundamento do Mercado Único no sentido de uma maior harmonização legislativa no âmbito das condições de colocação e funcionamento deste tipo de aparelhos no mercado, nomeadamente no que diz respeito à implementação de maiores exigências quanto à sua segurança e quanto à utilização racional da energia.

Pelo exposto, votei favoravelmente este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui porte sur un règlement visant à remplacer la directive de 2009 concernant la libre circulation des appareils à gaz. Cette directive définissait notamment les exigences essentielles que doivent satisfaire les appareils à gaz pour pouvoir être mis à disposition sur le marché de l'Union.

L'objectif de ce texte est d'améliorer la sécurité des consommateurs, étant donné que les intoxications au monoxyde de carbone sont la première cause de décès en Europe en ce qui concerne les appareils à gaz, tout en conservant les objectifs de compétitivité du secteur du gaz en Europe.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – La relazione propone di sostituire la vigente direttiva in materia di libera circolazione, l'immissione sul mercato e/o la messa in servizio degli apparecchi a gas nell'ottica di una maggiore armonizzazione delle norme dell'Unione europea. Dobbiamo sostenere qualsiasi iniziativa che miri al completamento e al funzionamento del mercato unico, per questo ho votato a favore di questa iniziativa.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Podpořila jsem toto nařízení, protože přináší aktualizovaný soubor opatření, jejichž záměrem je zefektivnit a zjednodušit společné základní požadavky a postupy posuzování shody, jimiž se musí řídit výrobci při uvádění plynových spotřebičů na trh. Za úspěch zpravodajky považuji zejména prosazení požadavků ohledně preventivních opatření, aby se zabránilo otravám osob způsobeným oxidem uhelnatým. Ty jsou totiž hlavní příčinou úmrtí v Evropě v souvislosti se spotřebiči plynových paliv.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe porque considero que introduce una serie de medidas que redundan en la minimización de los controles de seguridad aplicados a los aparatos de combustibles gaseosos, rebajando el actual control por parte de los Estados miembros. Asimismo, he advertido la inclusión de aspectos orientados a la eliminación de la cláusula de salvaguarda, dejando la puerta abierta a la autorregulación por parte de las empresas.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione adottata oggi perché mira a semplificare e aggiornare le norme in vigore relative agli apparecchi a gas al fine di alleggerire gli oneri amministrativi e migliorare la certezza giuridica per tutti i soggetti impegnati nella produzione e nella vigilanza dei prodotti immessi sul mercato europeo. Il campo di applicazione della proposta riguarda gli apparecchi usati per cuocere, refrigerare, climatizzare, riscaldare ambienti, produrre acqua calda, illuminare o lavare, e include, rispetto alla precedente direttiva, i dispositivi di sicurezza, di controllo e di regolamentazione e rispettivi sottogruppi incorporati in apparecchi a gas. Ritengo che in un settore particolarmente a rischio di incidenti quale quello degli apparecchi a gas, la sicurezza del consumatore debba essere particolarmente tutelata; grazie alla nuova regolamentazione, i nuovi apparecchi immessi nel mercato europeo garantiranno un ulteriore aumento della sicurezza e della protezione dei cittadini, nonché un utilizzo razionale dell'energia. Sono soddisfatto, inoltre, che la relazione si riferisca all'avvelenamento da monossido di carbonio come a uno dei

tanti problemi legati all'uso degli apparecchi a gas, e non come all'unico problema riscontrabile, come era stato invece inizialmente previsto.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A proposta de Regulamento pretende reforçar a harmonização do mercado europeu no que aos aparelhos a gás diz respeito. Como já acontecia na legislação que aqui se altera, a proposta exclui os aparelhos especificamente desenhados para cumprir tarefas no processo industrial. O texto que agora é votado já foi alvo de harmonização por parte dos colegisladores. Porque me parece que esta proposta de regulamento induz uma melhoria em termos de segurança doméstica e introduz vantagens para o consumo informado, votei positivamente esta proposta.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this proposal as I do not wish to see EU Regulation in this area.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Sektor plynárenstva hrá dôležitú úlohu v hospodárstve EÚ a zamestnáva 476 000 ľudí len v odvetví plynových spotrebičov. V súčasnosti sa v EÚ používa 470 miliónov plynových spotrebičov a ich počet neustále rastie (každý rok sa ich predá 30 miliónov). Podporila som uznesenie, lebo aktuálne nariadenie podobne ako dve ďalšie nariadenia o ktorých parlament rokuje (lanovkové zariadenia, osobné ochranné prostriedky) prichádza s opatreniami a návrhmi, ktoré majú zabrániť riziku možným odlišným transpozíciám a na trh sa vždy dostali iba také výrobky, ktoré sú v súlade s príslušnými nariadeniami a nepredstavujú pre nikoho riziko. Za uznesenie som hlasovala aj preto, že Európa potrebuje v oblasti spotrebičov spaľujúcich plynne palivá taký právny rámec, ktorý zlepši právnu reguláciu a zjednoduší regulačné prostredie. Od nového nariadenia očakávam, že jeho aplikáciou v praxi sa zabezpečí, aby spotrebiče spaľujúce plynne palivá a ich príslušenstvá splňali harmonizované požiadavky zabezpečujúce vysokú úroveň ochrany zdravia a bezpečnosti osôb, domácich zvierat a majetku a využívanie energie bolo čo najracionálnejšie.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Dnešním schválením pozměňovacích návrhů k návrhu nařízení EU o spotřebičích plyných paliv Evropský parlament přispěl ke zvýšení bezpečnosti občanů Evropské unie. Cílem nového návrhu, který dnes prošel prvním čtením, je změnit právní rámec ze směrnice na nařízení. Touto legislativní formou se lépe zabrání rozdílným prováděním v jednotlivých členských státech, a bude tak zaručena stejná ochrana bezpečnosti.

Na území EU se v domácnostech i mimo ně denně využívá přes 470 milionů vařičů, bojlerů a dalších plynových spotřebičů. Upřesněním a sladěním stávajících pravidel pro výrobce a dovozce i ze třetích zemí bude posílen dozor nad trhem a kontrola výrobků, čímž by se mělo mimo jiné předcházet otrávám plynem a únikům zdraví škodlivých a nebezpečných látek, které jsou hlavní příčinou úmrtí v Evropě v souvislosti s plynovými spotřebiči. Velmi vítám, že se tak novým nařízením zavedou přísnější požadavky zejména na ochranu zdraví a bezpečnost, což by mělo přispět i ke zvýšení důvěry spotřebitelů v kvalitu výrobků.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo se nanaša na predlog uredbe o napravah na plinasto gorivo, ki naj bi nadomestila Direktivo 2009/142/ES. Sprememba pravnega instrumenta iz direktive v uredbo bi v skladu s splošnimi političnimi prizadevanji prinesla boljše zakonodajo in poenostavitev regulativnega okolja. Predlagana uredba naj bi tako zagotavljala ustrezno delovanje notranjega trga plinskih naprav.

Plinski sektor ima pomembno vlogo v gospodarstvu EU in zaposluje 476.000 ljudi. Plinske naprave zajemajo širok spekter izdelkov, ki jih je v EU trenutno 470 milijonov, njihovo število pa še raste.

Predlog uredbe vsebuje značilne določbe za harmonizacijsko zakonodajo Unije za proizvode in določa obveznosti ustreznih gospodarskih subjektov (proizvajalcev, pooblaščenih predstavnikov, uvoznikov in distributerjev) v skladu s sklepom o novem zakonodajnem okviru. Besedilo uredbe vključuje tudi številne predloge sprememb, ki prinašajo večjo težo varstvu potrošnikov, ter vključuje predloge sprememb o previdnostnih ukrepih, ki bi jih bilo treba upoštevati za preprečitev zastrupitve ljudi z ogljikovim monoksidom.

Menim, da je ključnega pomena, da je tako pomemben sektor ustrezno zakonodajno urejen ter da za dotično panogo določa primerne regulativne ukrepe. Zaradi omenjenega sem poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o napravah na plinasto gorivo podprl.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržao sam izmjene i dopune Direktive 2009/142/EC koja zagovara da svi uređaji koji su na plinovita goriva, a dostupni su na tržištu, ispunjavaju uvjete koji bi morali osiguravati visoku razinu zaštite zdravlja i visoku razinu sigurnosti korisnika, ali i njegove imovine te racionalno korištenje energije. Uredba predlaže stroža pravila testiranja svih vrsta aparata na plinovita goriva što je bitno za proizvođače i za korisnike jer bi se time rizik od mogućih ozljeda sveo na minimum.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Plinski sektor ima važnu ulogu u gospodarstvu EU-a te zapošljava 476 000 ljudi. Plinski uređaji pokrivaju širok spektar proizvoda. Ovdje govorimo o jednostavnim prijenosnim štednjacima pa sve do kotlova za velike zgrade. Ova je inicijativa u skladu sa zakonom o jedinstvenom tržištu, koji je naglasio potrebu da se osigura povjerenje potrošača u kvalitetu proizvoda na tržištu i važnosti jačanja nadzora nad tržištem. To je u skladu s energetsom politikom Unije te ne utječe na primjenu i provedbu zakonodavstva Unije u području energetske učinkovitosti i obnovljivih izvora energije. Nadalje, ova inicijativa podržava politiku Komisije po pitanju pojednostavljenja regulacija. Svjesna sam svih prednosti ovog prijedloga i zato ga podržavam.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o napravah na plinasto gorivo. Poročilo prinaša nekaj pomembnih predlogov sprememb, ki jih podpiram. Eno izmed teh je predlog spremembe, da se iz uredbe izločijo naprave, ki imajo zgodovinsko in umetniško vrednost in se ne dajo v uporabo kot starine, ter druge naprave, ki se uporabljajo za razstavne ali zbirateljske namene.

Prav tako pozdravljam predlog spremembe, da se črta predlog Komisije, da bi morali proizvajalci opreme izdati certifikat o skladnosti opreme, v katerem bi morali zagotoviti informacije o skladnosti opreme z zahtevani iz te uredbe. Izdajanje certifikatov o skladnosti opreme bi namreč za podjetja pomenilo samo dodatno delo in še večjo zmedo pri izpolnjevanju njihovih obveznosti.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ασφάλεια των χρηστών ή αυτών που βρίσκονται σε χώρους με συσκευές αερίου είναι πολύ σημαντικό θέμα, ιδίως αν ληφθεί υπόψη ότι η χρήση αερίου ως καυσίμου γίνεται όλο και πιο διαδεδομένη. Είναι ουσιώδης ανάγκη να επικαιροποιηθούν και να καταστούν ομοιογενείς οι κανόνες για τις συγκεκριμένες συσκευές.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Sektor gazowy ma istotne znaczenie dla gospodarki i obywateli Unii Europejskiej, zatrudniając nawet do pół miliona Europejczyków nie tylko w sektorze energetycznym, ale także przy produkcji urządzeń spalających paliwa gazowe. Warto zauważyć, że gaz używany jest zarówno w bardzo prostych kuchennych sprzętach przenośnych, jak i najbardziej zaawansowanych technologicznie kotłach przemysłowych.

Proponowane rozporządzenie ma na celu ujednolicenie warunków wprowadzania do obrotu i oddawania do użytku urządzeń spalających paliwa gazowe. Rozporządzenie to nie tylko określa obowiązki, jakie spoczywają na producentach tych wyrobów, ale także powinności importerów i dystrybutorów.

Można mieć nadzieję, że wprowadzenie tego rozporządzenia może przyczynić się do zmniejszenia strat wynikających z użytkowania wadliwych czy niesprawnych urządzeń spalających paliwa gazowe.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je suis pour ce texte tendant à l'harmonisation. Le secteur du gaz joue un rôle important dans l'économie de l'Union et, ne serait-ce que dans le secteur des appareils à gaz, 476 000 personnes y sont employées. Les appareils à gaz couvrent une large gamme de produits, des simples réchauds à gaz jusqu'aux chaudières de grands bâtiments, et le stock actuel d'appareils à gaz s'élève à 470 millions et est en pleine croissance, avec plus de 30 millions d'appareils vendus chaque année.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this proposal to set up an EU regulation instead of Directive 2009/142/EC. This Directive enabled harmonisation of the conditions for placing on the market appliances burning gaseous fuels. Turning the directive into a regulation is in line with my agenda for better regulation as it will simplify the regulatory environment. This was confirmed by the Commission's impact assessment. In addition, Member States will not be allowed to impose any additional requirements in their national legislation.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam prijedlog za regulaciju aparata na plinovita goriva koji bi zamijenio dosadašnji i osigurao slobodnu kretanju uređaja na plin. Smatram da će se ovim prijedlogom uskladiti uvjeti plasiranja takvih aparata koji će dati doprinos jednostavnijoj regulaciji zaštite okoliša i osigurati pogodnije funkcioniranje tržišta za aparate na plinovita goriva. Isto tako, podržavam postavljene jasne ciljeve od kojih će koristiti imati i proizvođači i potrošači, uzimajući u obzir sigurnosne mjere i racionalnu raspodjelu energije. Smatram da su za pravilno i učinkovito funkcioniranje unutarnjeg tržišta potrebna zajednička pravila za aparate na plin u pogledu rizika za zdravlje i sigurnost zbog upotrebe plina, kao i njihove energetske učinkovitosti.

Budući da je prijedlog u skladu s aktom jedinstvenog tržišta koji naglašava povjerenje kupaca u kvalitetu proizvoda kao i mnoga poboljšanja u rješavanju potencijalnih i mogućih problema, glasovala sam za njegovo usvajanje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o napravah na plinasto gorivo sem podprla, saj glede na to, da ima plinski sektor pomembno vlogo v gospodarstvu EU (samo v sektorju plinskih naprav zaposluje 476 000 ljudi) in da je vsako leto prodanih več kot 30 milijonov plinskih naprav, menim, da je potrebno že obstoječo Direktivo 2009/142/ES posodobiti. Nova direktiva, ki poenostavlja evropsko regulativno okolje, predvsem z razjasnitvijo in poenotenjem veljavnih določb, ima večjo težo z vidika varstva potrošnikov. Prav tako podpiram predloge sprememb o previdnostnih ukrepih za preprečitev zastrupitve ljudi z ogljikovim monoksidom, ki je glavni vzrok smrti v zvezi s plinskimi napravami v Evropi.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le règlement ne présente que très peu de changement par rapport à la directive déjà en vigueur (transposition dans les lois nationales). L'objectif est n'est pas lié à la sécurité mais à l'harmonisation du marché intérieur par voie réglementaire.

Je m'y oppose. Je vote donc contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelentésjavak támogatja a gázüzemű berendezésekről szóló rendeletre irányuló javaslatot, amellyel a 2009/142/EK irányelvet kívánják felváltani. Ez az irányelv az uniós harmonizációs jogi szabályozás példája, amely a gázüzemű berendezések szabad mozgását biztosítja. Az irányelv jelentősen hozzájárult az egységes piac kiépítéséhez és működéséhez, és harmonizálja a hatálya alá tartozó gázüzemű berendezések forgalmazásának és/vagy üzembe helyezésének feltételeit, tekintettel a gázzal járó biztonsági kockázatokra és az energia ésszerű használatára. Az Unióban jelenleg 470 millió gázüzemű berendezés van, és ez a szám egyre növekszik, mivel évente 30 millió egységet értékesítenek. Szavazatommal támogattam a dokumentumot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour to maintain or improve the high level of consumer protection and ensure consistency of the regulations with the goods package.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. – Latvijā, sākoties apkures sezonai, slimnīcā katru gadu nonāk vidēji 60 līdz pat 70 pacientu, kas saindējušies ar tvana gāzi. Visbiežāk šo dzīvībai bīstamo saindēšanos iemesls ir gāzes katlu noplūdes.

Esmu gandarīta, ka Eiropas Parlamentā esam izstrādājuši stingrākus noteikumus attiecībā uz gāzes iekārtām. Kā tikām prasījuši Iekšējā tirgus un patērētāju aizsardzības komitejā, ražotājiem būs pienākums gāzes iekārtas projektēt tā, lai neveidotos oglekļa monoksīda jeb tvana gāzes vai citu veselībai kaitīgu vielu uzkrāšanās.

Līdz ar šo regulu ievērojami drošāki kļūs gan boileri, gan gāzes plītis, cepeškrāsnis, restes cepšanai, āra sildītāji, kā arī apkures katli. Likums nosaka arī to, ka jebkura veida gāzes iekārtas uzstādīt un apkalpot drīkstēs tikai profesionāļi. Jāpiebilst, ka pašlaik ES ir aptuveni 470 miljoni gāzes sadedzināšanas iekārtu, un šis skaits turpina pieaugt — ik gadu tiek pārdoti vairāk nekā 30 miljoni. Arī Latvijā pieaug interese par autonomo gāzes apkuri mājokļos.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta pretende reemplazar la Directiva 2009/142/CE, que constituye un ejemplo de la armonización de la legislación, ya que asegura la libre circulación de los aparatos de gas. Con esta modificación se pretenden fijar ciertos requisitos esenciales relativos a la seguridad y el uso racional de la energía para armonizar las condiciones de la distribución y comercialización de los aparatos de combustibles gaseosos. Por todo ello, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I was happy to vote in favour of this report. Gas appliances are a big part of our lives and the economy, from simple portable cookers to the industrial boilers needed for big buildings. The current European stock stands at 470 million and growing, that is almost one for every single citizen in the EU. This stock is also growing, with more than 30 million units being sold annually. The sheer size of the area means that safety measures are vital for the health and happiness to our citizens. This report helps to maintain a high level of protection for persons, domestic appliances and properties. This can be achieved by harmonising safety requirements across the EU and creating more transparent rules for gas appliance manufacturers. It is vital that we continue to do so in the coming years.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor het omzetten van de richtlijn in een verordening. Dit zal immers de toepasselijke regelgeving vereenvoudigen en nationale overheden zullen niet langer zomaar aanvullende eisen in hun nationale wetgeving kunnen opleggen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – É proposto que a Diretiva 2009/142/CE, que estabelecia regras para a colocação no mercado e a colocação em serviço dos aparelhos a gás, seja substituída por um regulamento.

O presente regulamento deverá aplicar-se aos aparelhos domésticos e não-domésticos, destinados a um certo número de aplicações especificadas e aos equipamentos destinados a serem incorporados nesses aparelhos, e abrange os aparelhos e os equipamentos novos fabricados por um fabricante estabelecido na UE ou aparelhos e equipamentos, novos ou usados, importados de um país terceiro.

É fundamental que os referidos aparelhos não comprometam a garantia necessária de um elevado nível de proteção do interesse público, nomeadamente a saúde e a segurança das pessoas e dos animais domésticos, a garantia da proteção dos consumidores e dos bens e a garantia da utilização racional da energia.

Por outro lado, revela-se igualmente essencial que as PME dos Estados-Membros que atuam neste setor, nomeadamente as fabricantes, possam receber os apoios necessários (técnicos e financeiros) para responder correta e atempadamente às mudanças introduzidas pelo regulamento, uma vez que tais alterações legislativas não deverão constituir uma forma encapotada de favorecer as maiores empresas do setor e, por conseguinte, o aumento da concentração do poder de mercado.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Auf der einen Seite bringt eine Verordnung mehr Klarheit und Sicherheit für die Produktion und Verwendung von Gasverbrauchsanlagen, jedoch werden dadurch auch nationale Kompetenzen weiter beschnitten. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Gasverbrauchseinrichtungen habe ich abgelehnt.

Diese Verordnung gilt für Gasverbrauchseinrichtungen und Ausrüstungen, die als neu auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht werden – entweder von einem in der Union niedergelassenen Hersteller produziert oder aus einem Drittland eingeführt.

Mit dem Vorhaben soll die bestehende Rechtslage an den neuen Regulierungsansatz angepasst werden, ohne den Regelungszugriff auszuweiten. Das ist nicht vollends gelungen.

Glenis Willmott (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of new safety rules for gas appliances to help keep UK consumers safe. Strict safety requirements are really important in this industry, as gas appliances include a huge range of products, from simple portable cookers to boilers. This report aims to achieve this by setting harmonised requirements and more transparent rules for gas appliance manufacturers.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind aparatele consumatoare de combustibili gazoși care va înlocui Directiva 2009/142/CE. Această directivă reprezintă un exemplu de legislație de armonizare a Uniunii, asigurând libera circulație a aparatelor consumatoare de gaz. Sectorul gazului are un rol important în economia UE și creează 476 000 de locuri de muncă numai în sectorul aparatelor consumatoare de gaz.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης, η οποία είχε εγκριθεί με μεγάλη πλειοψηφία από την αρμόδια επιτροπή.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o Relatório sobre a proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho relativo aos aparelhos a gás, que substitui a Diretiva 2009/142/CE, que estabelece requisitos essenciais que os aparelhos a gás devem respeitar para poderem ser disponibilizados no mercado da União Europeia. Considero, portanto, que esta Diretiva é um exemplo de harmonização da legislação da União Europeia, que garantirá não só a livre circulação de aparelhos a gás, como também permitirá uma harmonização total das condições de colocação no mercado e/ou colocação em serviço dos aparelhos a gás abrangidos pelo seu âmbito de aplicação, no que diz respeito aos riscos de segurança relacionados com o gás e à utilização racional da energia. Penso ainda ser importante o facto de a presente iniciativa estar em linha com o Ato para o Mercado Único, garantindo a confiança dos consumidores na qualidade dos aparelhos a gás disponíveis, através da imposição de normas claras que serão aplicáveis de modo uniforme e em simultâneo em toda a União, sobretudo no que diz respeito ao reforço da fiscalização do mercado dos aparelhos a gás.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – É proposto que a Diretiva 2009/142/CE seja substituída por um regulamento.

A referida diretiva estabelecia regras para a colocação no mercado e a colocação em serviço dos aparelhos a gás, i.e., aparelhos que queimam combustíveis gasosos utilizados para cozinhar, refrigerar, condicionar o ar, aquecer o ambiente, produzir água quente, iluminar ou lavar, bem como queimadores com ventilador e geradores de calor a serem equipados com esses queimadores.

É fundamental que os referidos aparelhos não comprometam a garantia necessária de um elevado nível de proteção do interesse público, nomeadamente a saúde e a segurança das pessoas e dos animais domésticos, a garantia da proteção dos consumidores e dos bens e a garantia da utilização racional da energia.

Por outro lado, revela-se igualmente essencial que as PME dos Estados-Membros que atuam neste setor, nomeadamente as fabricantes, possam receber os apoios necessários (técnicos e financeiros) para responder, correta e atempadamente, às mudanças introduzidas pelo regulamento. Uma vez que tais alterações legislativas não deverão constituir uma forma encapotada de favorecer as maiores empresas do setor e, por conseguinte, o aumento da concentração do poder de mercado, votámos a favor.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Trg z napravami na plinasto gorivo ima pomembno vlogo v evropskem ekonomskem prostoru; sektor zaposluje okoli 476 000 ljudi, vsako leto je prodanih 30 milijonov enot. Predlog uredbe tako določa bistvene zahteve, ki jih morajo izpolnjevati plinske naprave. Ker bodo predlagani ukrepi še okrepili varstvo potrošnikov, zmanjšali tveganje za nesreče pri uporabi naprav ter prispevali k racionalnejši porabi energije, sem glasoval za predlog uredbe.

8.5. Seilbahnen (A8-0063/2015 - Antonio López-Istúriz White)

Oral explanations of vote

Lucy Anderson (S&D). – Madam President, there are many thousands of cable cars operating in Europe today. It is vital that they are safe and that the public has full confidence in their safety. This new regulation will help ensure up-to-date and strengthened design and construction standards for the future of cable car transport, including in sporting and urban settings.

As the lead member for this measure for the Socialists and Democrats, I warmly welcome the new rules and the fact that they were overwhelmingly adopted by this Parliament. I also welcome the extensive work that has been undertaken to achieve this improvement in cable car regulation, and especially to put in place clearer drafting and a tougher penalties regime to prevent and to deal with breaches of the law.

Andrejs Mamikins (S&D). – Eiropas Savienība ir pasaulē vadošais reģions trošu ceļu iekārtu izmantošanā. Apmēram 17 500 vietējās iekārtas sastāda vispār 60 % no pasaules kopējā skaita. Eiropas Savienība ieņem arī vadošas pozīcijas šādu iekārtu ražošanā. Līdz ar to ir absolūti loģiski un pareizi, ka jaunās regulas mērķis tādējādi būs aizstāt veco direktīvu par trošu ceļu iekārtām cilvēku pārvadāšanai.

Attiecīgās likumdošanas atjaunošana paralēli centieniem ņemt vērā jaunākos standartus pasažieru drošības garantēšanā un tehnikas reglamentu sastāda jaunās regulas pamatu. Tas ir svarīgi, kā arī svarīgi ir tas, ka jaunajā regulā netiek skartas vēsturiskas konstrukcijas, lauksaimniecībā un mežkopībā darbinātas iekārtas, kā arī citas iekārtas, kuras izmantojamas tikai izpriecās mērķiem, nevis personu transportēšanai. Vērtēju pozitīvi!

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, cosúil leis an dá thuarascáil roimhe seo tá an tuarascáil seo ag tabhairt seans dúinn an margadh aonair a chur i bhfeidhm arís. Dar ndóigh, vótálas i bhfabhar. Bhí mé ag an díospóireacht aréir agus bhí a lán Feisirí ag caint agus ag tabhairt tacaíochta dó — ní nach ionadh.

Because this again is a very important little piece of legislation, maybe not the most high profile, there may be no publicity out of it for the rapporteur, but nevertheless it helps to make European Union citizens safer because the application of harmonised standards and rules in relation to the safe installation of cableways, the marketing of components, subsistence and infrastructure is an important piece of work for the benefit of workers and the general public. I also feel it is a sensible approach to leave out historical cableways from this area.

Agus arís, tá an jab déanta go maith ag an rapóirtéir.

Written explanations of vote

Tim Aker, Louise Bours, James Carver, David Coburn, Jane Collins, William (The Earl of) Dartmouth, Mike Hookem, Diane James, Margot Parker and Julia Reid (EFDD), in writing. – UKIP has opposed this proposal on the principle that we are against further harmonisation of the internal market. This relates specifically to the change of the legislation from a directive to a regulation.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor del presente informe debido a que supone un incremento y mejora del alcance del Reglamento propuesto, mejorando aspectos fundamentales como la seguridad para los pasajeros en todo tipo de instalaciones de transporte por cable. El informe del Parlamento incrementa el alcance del Reglamento gracias a que incluye una referencia no solo a instalaciones turísticas de montaña, sino también a las instalaciones deportivas, de carácter histórico, etc. Asimismo, un aspecto muy positivo es la repetida mención del principio de precaución, que queda claramente establecido como un principio fundamental en el desarrollo y la autorización de instalaciones de este género, incrementando los requisitos que este tipo de equipamiento debe cumplir. Es por esta objetiva mejora para la seguridad y el control de todas las instalaciones basadas en el transporte por cable por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport visant à remplacer la directive de 2000 sur les installations à câble.

En effet, malgré quelques propositions techniques intéressantes, ce règlement ne répond pas à un quelconque besoin des professionnels concernés et ne fait que renforcer les contraintes normatives auxquelles ils sont soumis.

Enfin, la directive actuelle présente un niveau satisfaisant d'exigence, dans un secteur qui se porte bien. Il n'est donc pas utile de la modifier.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which deals with safety aspects related to cableway installations. Although being primarily concerned with harmonising standards throughout the EU, many safety aspects are still left to the control of national Member States such as the appointment of competence national authorities to control cableways, analysis procedures by those bodies, market surveillance and penalties for breach of safety standards.

The regulation further puts in place a notification system for when a defect is detected in one country, and is assumed not to be confined to the territory of that country. Given that the aims are to provide protection for users, operators and workers, I was happy to support the proposals.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Με την παρούσα έκθεση, το Κοινοβούλιο και το Συμβούλιο προτείνουν την εφαρμογή κανονισμού για τις εγκαταστάσεις με συρματοσχοίνα, έτσι ώστε να ευθυγραμμιστεί η παρούσα νομοθεσία με τις διατάξεις της δέσμης νομοθετικών μέτρων για τα εμπορεύματα που ψηφίστηκε το 2008 και πιο συγκεκριμένα με την απόφαση της Ευρωπαϊκής Επιτροπής 768/2008 για τη διαμόρφωση κοινού πλαισίου για την εμπορία των προϊόντων. Ο καινούργιος κανονισμός που προτείνει η έκθεση που υπερψήφισα έχει σκοπό να βελτιώσει τον τομέα της επιτήρησης της αγοράς και της ασφάλειας των καταναλωτών και των λοιπών χρηστών των εγκαταστάσεων με συρματοσχοίνα. Οι βουλευτές της Ομάδας των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου καταφέραμε επίσης να γίνει ρητή αναφορά στην αρχή της προφύλαξης όπως επίσης και στην ενίσχυση της ασφάλειας των καταναλωτών και των λοιπών χρηστών.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport oblige à estampiller «CE» les installations à câbles. Une fois de plus, l'Union se permet une exigence inutile et coûteuse alors qu'il existe déjà de nombreux contrôles de qualité. C'est pourquoi je m'y suis opposée.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – As with the previous report, the Health and Safety Executive in the United Kingdom already has appropriate legislation in place. Further harmonisation will not enhance public safety but will generate further bureaucracy. I therefore voted against this proposal.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération, comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama suderinti lynų kelio įrenginių posistemų ir saugos komponentų pateikimo rinkai sąlygas ir užtikrinti šių gaminių laisvą judėjimą ES. Visi saugos komponentai ir posistemiai turės būti projektuojami ir gaminami laikantis šiam reglamente nustatytų esminių reikalavimų. Lynų kelio įrenginių atžvilgiu šiam reglamente taip pat numatomas visiškas esminių reikalavimų, kuriuos jie turi atitikti, suderinimas. Šiuo reglamentu panaikinama ir pakeičiama 2000 m. kovo 20 d. Direktyva 2000/9/EB dėl keleivinių lynų kelio įrenginių.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution, qui soutient la proposition de règlement visant à harmoniser les conditions de mise sur le marché des sous-systèmes et des constituants de sécurité destinés aux installations à câbles et à assurer la libre circulation des produits au sein de l'Union. Selon cette proposition, tous les constituants de sécurité et les sous-systèmes devront être conçus et fabriqués en conformité avec les exigences essentielles fixées dans la proposition de règlement.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho sostenuto la relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo agli impianti a fune. Il provvedimento, che presenta un alto grado di tecnicità, ha come obiettivo l'armonizzazione della legislazione degli Stati membri in materia di progettazione, fabbricazione e immissione sul mercato di sottosistemi e componenti di sicurezza per gli impianti a fune. Il testo presentato dal collega Antonio López-Istúriz White chiarifica in particolare le differenze nell'applicazione della normativa tra impianti adibiti al trasporto di persone e impianti a fune utilizzati per attività ricreative. Data la qualità della relazione e la mia condivisione dei contenuti ho deciso di votare a favore della sua approvazione.

Xabier Benito Ziluaga, Tania González Peñas, Lola Sánchez Caldentey Y Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – Votamos a favor, puesto que se trata de un informe que convierte una directiva en un reglamento para la armonización de las medidas de seguridad en las instalaciones de transporte por cable. Se trata de avanzar un paso más en la armonización a nivel europeo sin menoscabar la capacidad de regular de los Estados miembros en asuntos delicados en términos, por ejemplo, de instalaciones históricas o del patrimonio cultural.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito.* – Quiero agradecer al ponente su trabajo y el esfuerzo realizado para llegar a un acuerdo en relación con la propuesta de Reglamento sobre instalaciones de transporte por cable que establece normas sobre la comercialización y la libre circulación de subsistemas y componentes de seguridad de dichas instalaciones. Asimismo, contiene normas relativas al diseño, construcción y puesta en servicio de instalaciones nuevas de transporte por cable. Doy la bienvenida a este acuerdo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit.* – Il ne m'a pas paru opportun de voter favorablement à cette proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif aux installations à câbles. Première erreur: le seul véritable but du règlement est de remplacer une directive européenne de 2000 afin d'éviter toute loi nationale de transposition, c'est-à-dire de passer encore outre les prérogatives des parlements nationaux.

La directive en vigueur encadre déjà la construction et l'exploitation des installations de câbles comme les funiculaires, les téléphériques, les téléskis, etc. Le futur règlement ne cherche qu'à harmoniser les normes européennes en matière de sous-systèmes et de constituants — notamment l'obligation de fournir une déclaration de conformité de ceux-ci estampillés «CE» -, au nom du sacrosaint marché unique. Pourtant, les entreprises européennes dominent déjà ce secteur, notamment un groupe franco-italien qui réalise 80 % du chiffre d'affaires de celui-ci dans l'UE.

On a donc une nouvelle fois une tentative d'hyperproduction normative — les normes en vigueur étant suffisantes — à l'européenne au détriment même de nos intérêts économiques et industriels.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto.* – La relazione López-Istúriz White che analizza la semplificazione e il miglioramento dei criteri di sicurezza per gli impianti a fune è condivisibile ed equilibrata. Ritengo il testo oggetto di voto privo di particolari criticità, condivido la scelta del relatore di specificare in maniera precisa i campi di applicazione di questo regolamento e l'esclusione degli impianti storici come le antiche funicolari presenti in molte delle nostre città, tutti accorgimenti che vanno nella direzione di contenere l'aggravio dei costi per le aziende attive nel settore. Per tutti questi motivi ho votato a favore.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig.* – Jag har lagt ner rösten för dessa tre betänkanden som handlar om att inrätta nya förordningar (istället för direktiv).

Konsekvensen av dessa betänkanden blir att inget medlemsland i EU får lagstifta om högre skydds- och miljöbestämmelser vad gäller linbaneanläggningar, anordningar för förbränning av gasformiga bränslen samt personlig skyddsutrustning. Det anser jag vara principiellt fel.

Att ha en minimigräns för miljö- och skyddsåtgärder som alla medlemsländer måste uppnå är en sak, men det är fel att besluta att inget medlemsland självständigt ska kunna förbättra sin lagstiftning när det gäller att skydda människor och miljö. Därför lade jag ner rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito.* – La presente propuesta de Reglamento relativo a las instalaciones de transporte por cable es un ejemplo más de armonización de la legislación de la Unión. Con esta propuesta se desea armonizar las condiciones para la introducción en el mercado de instalaciones de transporte por cable nuevas, incluyendo los subsistemas y los constituyentes de seguridad. Las instalaciones por cable son principalmente ascensores de tracción por cable tales como ferrocarriles, funiculares, teleféricos, telecabinas, telesillas y telesquíes y otras instalaciones con fines turísticos o deportivos. El nuevo Reglamento mejora la vigilancia del mercado y la seguridad de los consumidores y otros usuarios. Además, se hace una mención explícita al principio de precaución (seguridad de los productos y de los consumidores).

Por ello he votado a favor de esta propuesta.

Vilija Blinkievičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame Europos Parlamentas pritaria pasiūlymui dėl reglamento dėl lynų kelio įrenginių, kuris yra derinamųjų Europos Sąjungos teisės aktų pavyzdys. Pasiūlymu siekiama suderinti lynų kelio įrenginių posistemų ir saugos komponentų pateikimo rinkai sąlygas ir užtikrinti šių gaminių laisvą judėjimą ES. Visi saugos komponentai ir posistemiai turės būti projektuojami ir gaminami laikantis šiamo reglamente nustatytų esminių reikalavimų. Lynų kelio įrenginių atžvilgiu šiame reglamente taip pat numatomas visiškas esminių reikalavimų, kuriuos jie turi atitikti, suderinimas. Teisinės priemonės pakeitimas iš direktyvos į reglamentą atitinka bendrą politinį išpareigojimą siekti geresnio reglamentavimo ir supaprastinti reglamentavimo aplinką. Sprendimas atlikti šį pakeitimą priimtas atsižvelgus į būtinybę užtikrinti vienodą įgyvendinimą visoje Europos Sąjungoje. Kadangi šiame reglamente numatytas visiškas suderinimas, valstybės narės savo teisės aktuose negali nustatyti griežtesnių ar papildomų reikalavimų. Vis dėlto valstybės narės ir toliau turės teisę reglamentuoti kitus su lynų kelio įrenginiais susijusius aspektus, pvz., žemės naudojimą, regioninį planavimą ir aplinkos apsaugą. Šiuo klausimu yra sveikintina tai, kad pasirinktas reglamentas, kadangi tokiu būdu bus išvengta nereikalingų perkėlimo į nacionalinę teisę išlaidų ir bus įvestos aiškos ir išsamios taisyklės, kurios bus taikomos vienodai visoje Europos Sąjungoje.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Tudi predlagano poročilo o novi uredbi o žičniških napravah se mi je zdelo vredno podpreti. Njen bistven namen je namreč harmonizirati pogoje za dajanje podsistemov in varnostnih elementov žičniških naprav na trg in zagotoviti njihov prosti pretok v EU. To pomeni, da bodo morali biti vsi varnostni elementi konstruirani in proizvedeni v skladu z zahtevami iz navedene uredbe.

Enako kot pri poročilu o osebni zaščitni opremi, gre tudi v tem primeru za spremembo pravnega instrumenta iz direktive v uredbo, kar zagotavlja enotno izvajanje zakonodaje po vsej EU. Ne glede na to državam članicam ostaja še naprej pristojnost urejanja drugih vidikov, povezanih z žičniškimi napravami, kot so namembnost zemljišč, regionalno načrtovanje in varstvo okolja.

Predlagana uredba bo vsebovala tudi določbe o nadzoru trga za žičniške naprave, od nje pa se pričakuje tudi večja pravna jasnost za uporabnike.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che le modifiche apportate alla normativa concernente gli impianti a fune contribuiscano grandemente alla chiarificazione e semplificazione della disciplina in materia imponendo norme chiare e organiche che diverranno applicabili in modo uniforme in tutta l'Unione contemporaneamente.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – L'attuale proposta di regolamento sugli impianti a fune rappresenta un esempio di normativa di armonizzazione dell'Unione europea. L'armonizzazione delle condizioni di immissione sul mercato dei sottosistemi e dei componenti di sicurezza per gli impianti a fune è utile a garantire la libera circolazione di tali prodotti nell'UE. L'obbligo previsto dalla proposta di progettare e fabbricare, in conformità coi requisiti fondamentali stabiliti dal nuovo regolamento, tutti i componenti di sicurezza e i sottosistemi, aumenta il grado di sicurezza dei cittadini che utilizzano impianti a fune, sia per trasporto persone che per la movimentazione delle merci, garantendo un'attuazione uniforme in tutta l'Unione con regole chiare e dettagliate che eviteranno costi di recepimento o di adeguamento secondario, guardando al criterio del massimo standard come fattore di protezione del mercato interno e della sicurezza del consumatore/utente del sistema di impianto a fune.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Ce règlement vise à remplacer la directive européenne actuelle qui encadre la construction et l'exploitation des installations à câbles, comme les téléphériques, les télécabines ou les télésièges. Ce rapport préconise d'harmoniser les normes européennes en matière de sous-systèmes et de constituants de sécurité. En outre, le nouveau règlement, que ce texte promeut, exigerait l'intervention d'organismes notifiés dans la phase de production et de conception ainsi qu'une analyse de sécurité de tous les projets d'installation en cours.

Nous considérons que la législation actuelle garantit suffisamment la sécurité des usagers de ce type d'installations. Par conséquent ce nouveau règlement nous apparaît inutile, voire nuisible aux acteurs d'un secteur d'activité en bonne santé, dans la mesure où les fabricants subiront des contraintes supplémentaires.

J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Condițiile pentru introducerea pe piață a subsistemelor și a componentelor de siguranță pentru instalațiile pe cablu și asigurarea liberei circulații a acestor produse în UE sunt un exemplu al necesității de armonizare a legislației europene. Uniunea depune eforturi pentru o mai bună legiferare, în vederea asigurării liberei circulații a acestor produse. Toate componentele de siguranță și subsistemele vor trebui proiectate și fabricate în conformitate cu cerințele esențiale stabilite în acest regulament, fapt care va spori calitatea produselor și siguranța persoanelor. Remarcăm că statele membre își păstrează totuși competențele privind reglementarea altor aspecte legate de instalațiile pe cablu, cum ar fi utilizarea terenurilor, amenajarea regională și protecția mediului, cu toate că se optează pentru o punere în aplicare prin regulament. Alegerea este binevenită, întrucât va elimina costurile inutile de transpunere și va impune norme clare și detaliate care vor fi aplicabile în mod uniform pe întreg teritoriul Uniunii.

Am votat favorabil acest raport, deoarece consider că atât pentru aceste măsuri propuse, cât și pentru schimbarea instrumentului juridic din directivă în regulament, este adecvat să simplificăm substanțial cadrul de reglementare și să evităm riscul transpunerii divergente.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. In pratica, il testo non contiene aspetti politicamente problematici. Tra gli scopi della Commissione europea vi sono quello della semplificazione e del miglioramento dei criteri di sicurezza. Gli interessi delle aziende del nostro territorio sembrano sufficientemente tutelati dal provvedimento.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo agli impianti a fune. La proposta vuole armonizzare le condizioni di immissione sul mercato dei sottosistemi e dei componenti di sicurezza per gli impianti a fune e garantire la libera circolazione di tali prodotti nell'UE. Tutti i componenti di sicurezza e i sottosistemi dovranno essere progettati e fabbricati in conformità dei requisiti fondamentali previsti dal regolamento. Quest'ultimo, inoltre, prevede la complessiva armonizzazione dei requisiti fondamentali che devono essere rispettati da tali impianti adibiti al trasporto di persone, abrogando e sostituendo la direttiva 2000/9/CE, del 20 marzo 2000. Infine, sono indicate con chiarezza le esclusioni dal campo di applicazione del regolamento, come ad esempio gli impianti a fune utilizzati per attività ricreative in luna park e parchi di divertimento. Il testo che ci è stato presentato realizza appieno gli obiettivi che erano stati individuati e per questo ho votato per il suo accoglimento.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which deals with safety aspects related to cableway installations. Although being primarily concerned with harmonising standards throughout the EU, many safety aspects are still left to the control of national Member States such as the appointment of competence national authorities to control cableways, analysis procedures by those bodies, market surveillance and penalties for breach of safety standards.

The Regulation further puts in place a notification system for when a defect is detected in one country, and is assumed not to be confined to the territory of that country. Given that the aims are to provide protection for users, operators and workers, I was happy to support the proposals.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report so that the existing legislation can be updated in line with the New Legislative Framework (NLF) on the marketing of products. This will increase transparency and improve safety of the products.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Oggi votiamo il terzo testo per la tutela della sicurezza dei consumatori. Siccome è una condizione imprescindibile, insieme alla delegazione M5S Europa, ho votato a favore del rapporto del collega Antonio López-Istúriz White perché il testo mira, tra l'altro, ad armonizzare i requisiti di sicurezza degli impianti a fune in tutti gli Stati membri.

Dita Charanzová (ALDE), písemně. – Jsem ráda, že se podařilo z působnosti nařízení vyjmout historické lanové dráhy. V ČR jsme takto de facto zachránili například dnešní podobu lanovky na Petřín nebo obdobnou atrakci v Karlových Varech. U těchto zařízení nebude striktně vyžadováno, aby jejich součástky byly v souladu s daným nařízením. To by ostatně u historické strojovny petřínské lanovky nebylo vůbec myslitelné. Samozřejmě to neznamená, že tyto provozy budou méně bezpečné, musí splňovat základní bezpečnostní normy, které si upravuje Česká republika vlastní legislativou. Nařízení plně podporuji, jelikož pro provozovatele vleků a lanovek budou platit jasnější pravidla a pro spotřebitele to znamená větší jistotu, že jsou zařízení bezpečná nejen u nás, ale po celé Evropě.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Υποστηρίζουμε την πρόταση κανονισμού σχετικά με τις εγκαταστάσεις με συρματοσχοίνα διότι αποσκοπεί στην εναρμόνιση των όρων τοποθέτησης στην αγορά υποσυστημάτων και κατασκευαστικών στοιχείων ασφαλείας για εγκαταστάσεις με συρματοσχοίνα, και στην εξασφάλιση της ελεύθερης κυκλοφορίας των προϊόντων αυτών στην ΕΕ. Όλα τα κατασκευαστικά στοιχεία ασφαλείας και τα υποσυστήματα θα πρέπει να έχουν σχεδιαστεί και κατασκευαστεί σε συμμόρφωση με τις ουσιώδεις απαιτήσεις που προβλέπονται από τον κανονισμό.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η ενίσχυση του πλαισίου κανόνων που προστατεύουν τους καταναλωτές σε πανευρωπαϊκό επίπεδο οφείλει να παραμένει διαρκώς στο επίκεντρο της προσοχής μας. Ως εκ τούτου, η σημερινή συζήτηση που αφορά στην εναρμόνιση των κανόνων ασφαλείας σχετικά με εγκαταστάσεις και εξοπλισμούς συρματοσχοίων δεν θα ήταν δυνατό να τύχει αρνητικής υποδοχής. Δεδομένου λοιπόν ότι θεωρώ θετικό το συγκεκριμένο ψήφισμα, αποφάσισα να ψηφίσω υπέρ.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho scelto di appoggiare la relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento e del Consiglio sugli impianti a fune poiché sostengo l'esigenza di semplificare e armonizzare la produzione legislativa. Il regolamento proposto sugli impianti, il cui campo di applicazione riguarda gli impianti a fune, i loro sottosistemi e componenti di sicurezza, sostituisce la direttiva vigente 2000/9/CE, adeguando così la legislazione al nuovo quadro normativo.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato convintamente a favore di questa proposta di regolamento, dopo aver presentato, già diversi mesi fa, un'interrogazione in merito. Tuttavia, benché questo regolamento sia un passo avanti, mi restano alcune perplessità: in questo testo si stabiliscono i requisiti tecnici per gli impianti, mentre permangono delle disparità normative relative agli aspetti gestionali delle sciovie. Mi riferisco a figure professionali che potrebbero essere accorpate ma che le leggi dei singoli Stati prevedono (distorcendo la concorrenza a favore di altri Stati che hanno una legislazione più blanda e quindi comportante meno costi per le imprese) e che non sono giustificate da una maggiore sicurezza. Il prossimo passo da compiere riguarda quindi questi altri aspetti.

Deirdre Clune (PPE), in writing. – The Commission proposal for this regulation aims at updating existing EU legislation on cableway installations and thereby bringing it also into line with the New Legislative Framework (NLF) on the marketing of products. There are several thousand cableways in Europe today and it is important that citizens feel safe when using one. The new regulation will help ensure up-to-date and stronger design and construction standards for the future of cableway installations.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – A presente proposta de Regulamento pretende harmonizar as condições de colocação no mercado de subsistemas e componentes de segurança para as instalações por cabo e assegura a livre circulação destes produtos na UE, revogando a Diretiva 2000/9/CE.

As instalações por cabo são principalmente sistemas de elevação, tais como funiculares, teleféricos, telesquis e outras instalações para o turismo ou com fins desportivos.

Apoio o relatório White por considerar que, por um lado, a mudança de instrumento jurídico permite uma melhor regulamentação e simplificação do quadro regulamentar, estando alinhado com a Decisão relativa ao Novo Quadro Legislativo, e porque a nova proposta introduz mais clareza e baseia-se no princípio da precaução.

Lara Comi (PPE), per iscritto. – Ho sostenuto, col mio voto favorevole, questa relazione che mira ad aggiornare la legislazione esistente in materia di impianti a fune. Condivido, in particolare, l'introduzione di disposizioni che migliorano la sorveglianza del mercato.

Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo, Lidia Senra Rodríguez Y Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor del presente informe debido a que supone un incremento y mejora del alcance del Reglamento propuesto, mejorando aspectos fundamentales como la seguridad para los pasajeros en todo tipo de instalaciones de transporte por cable. El informe del Parlamento incrementa el alcance del Reglamento gracias a que incluye una referencia no solo a instalaciones turísticas de montaña, sino también a las instalaciones deportivas, de carácter histórico, etc. Asimismo, un aspecto muy positivo es la repetida mención del principio de precaución, que queda claramente establecido como un principio fundamental en el desarrollo y la autorización de instalaciones de este género, incrementando los requisitos que este tipo de equipamiento debe cumplir. Es por esta objetiva mejora para la seguridad y el control de todas las instalaciones basadas en el transporte por cable por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Pál Csáky (PPE), írásban. – A kötélpálya-létesítményekről szóló rendeletre irányuló javaslat az uniós harmonizációs jogszabály egyik példája. A javaslat a kötélpálya-létesítményekbe beépítendő részegységek és biztonsági alkatrészek forgalomba hozatali feltételeinek harmonizációját és az említett termékek Unión belüli szabad mozgásának biztosítását tűzi ki célul. Minden biztonsági alkatrészt és részegységet a rendeletben előírt alapvető követelményeknek megfelelően kell tervezni és gyártani. A rendelet a kötélpálya-létesítmények tekintetében azon alapvető követelmények teljes harmonizációját is előírja, amelyeknek meg kell felelniük. A rendelet egyben hatályon kívül helyezi és felváltja a személyszállító kötélvontatású vasutakról szóló 2000/20/EK irányelvet.

Az irányelvet azért változtatták meg rendeletre, mert a rendelet teljes harmonizációról rendelkezik, a tagállamok nemzeti jogukban nem írhatnak elő szigorúbb vagy további követelményeket. A rendelettel elkerülhető az eltérő átültetés veszélye, aminek nyomán eltérhet a biztosított védelem szintje és torzulhat a belső piac. Az intézményközi tárgyalásokon megszövegezett rendelet közös szövege, amelyet a Parlament ma jóváhagyott, támogatható volt.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Sprawozdanie to jest podsumowaniem prac Parlamentu nad trzema procedurami dostosowania technicznego, dostosowującymi do „nowych ram prawnych” przepisy mające zastosowanie do produktów w zakresie środków ochrony indywidualnej, kolei linowych i urządzeń gazowych. Na mocy nowych ram prawnych w dużej mierze ujednolicono obowiązki nałożone na producentów, importerów oraz organy nadzoru rynku, co spowoduje zmniejszenie obciążeń administracyjnych oraz zwiększy pewność prawa dla wszystkich podmiotów uczestniczących w wytwarzaniu produktów wprowadzanych na rynek UE i nadzorze nad nimi.

Uważam, iż w sprawozdaniu słusznie wskazano na dużą wagę w zakresie ochrony zabytkowych kolei linowych przed objęciem ich pełnym zakresem rozporządzenia, ponieważ części zamienne urządzeń takich zabytkowych kolei produkowane są na miarę, a urządzenia te jako takie nie mogłyby zostać objęte badaniami, o których mowa w rozporządzeniu, bez konsekwencji w postaci kosztów, które prawdopodobnie uniemożliwiłyby dalsze funkcjonowanie takich kolei. Mając powyższe na uwadze zgłosiowałem za przyjęciem sprawozdania.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The report is on the proposal for a regulation which will repeal and replace Directive 2000/9/EC of 20 March 2000 relating to cableway installations designed to carry persons. This regulation applies to new cableway installations and covers subsystems and safety components which are new to the Union market when they are placed on the market. The new regulation improves market surveillance and safety for consumers and other users, hence I voted in favour of the report

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I support this report as a sensible agreement which should reduce administrative burden and enhance consumer safety. I particularly welcome the common-sense approach taken to historic cableways, which have been excluded from the scope of the regulation. Such visitor attractions as Bridgnorth's Cliff Railway already comply with national health and safety requirements and would have found it very difficult to meet the standardised replacement parts requirements of the regulation given their custom-built nature. Thanks to this agreement these historic tourist attractions can continue to be enjoyed by generations to come.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – L'Italia, insieme alla Germania, la Francia, l'Austria e la Svizzera, dispone di più della metà dei 17.500 impianti a fune presenti in Europa. Sistemi di risalita quali funicolari, funivie, teleferiche, cabinovie, seggiovie, sciovie e altri impianti a fini turistici o sportivi sono essenziali per il funzionamento di tutto il settore sciistico e di trasporto urbano, i suoi mercati principali. L'obiettivo che si prefigge la nuova proposta è quello di aggiornare e migliorare la precedente legislazione in vigore, la direttiva 2000/9/CE. Una misura che finalmente chiarisce il quadro normativo europeo, definendo in maniera precisa il suo campo di applicazione, interpreta rigorosamente e applica in maniera uniforme le disposizioni in un mercato che riveste un ruolo importante per l'economia del nostro paese. Il

regolamento approvato definisce standard tecnici condivisi, requisiti di conformità e sicurezza, marcatura e vigilanza del mercato degli impianti a fune e porta al miglioramento della sorveglianza e della sicurezza per i cittadini, gli sportivi ed ogni altro tipo di utilizzatore. Il voto di oggi rappresenta un altro passo in avanti verso un obiettivo prioritario per l'Unione e per il gruppo dei socialisti e democratici: il completamento del mercato interno europeo e il suo pieno e corretto funzionamento.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif vise à mettre à jour la législation européenne en matière d'installations à câbles et de commercialisation des équipements. Il s'agit notamment des funiculaires, des télécabines ou des téléphériques, très présents dans les régions montagneuses.

L'objectif principal de ce texte est de renforcer la sécurité liée à ces installations, grâce à des règles communes pour l'évaluation de conformité et la surveillance du marché par les autorités publiques. À noter que les installations historiques sont exclues du champ de ce texte.

Considérant que ces règles visent à introduire des normes de sécurité communes et protectrices au niveau de l'Union, sans bureaucratie supplémentaire pour les entreprises, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à améliorer et à simplifier la législation applicable aux installations à câbles. Cette mesure est bénéfique aux utilisateurs puisqu'elle vise à offrir un niveau élevé de protection de la sécurité des utilisateurs.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La proposta di regolamento mira ad armonizzare le condizioni di immissione sul mercato dei sottosistemi e dei componenti di sicurezza per gli impianti a fune adibiti al trasporto di persone, garantendo la libera circolazione di tali prodotti nell'UE. Ho votato a favore di questa relazione poiché ritengo che la modifica dello strumento giuridico da direttiva a regolamento si ponga in linea con l'impegno politico generale ad adoperarsi per una migliore regolamentazione e una semplificazione del contesto normativo. La scelta del regolamento, infatti, consente di evitare il rischio di divergenze nel recepimento, imponendo norme chiare e dettagliate applicabili in modo uniforme in tutta l'Unione.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Bien que le texte comprenne plusieurs points techniques intéressants, ce règlement n'est pas justifiable par une demande ou un quelconque besoin en provenance des professionnels du secteur (fabricants, entreprises). Il apparaît que les normes déjà en vigueur en la matière sont satisfaisantes. Considérant qu'une inflation normative est à éviter chaque fois que cela est possible, selon l'adage «trop de réglementation tue la réglementation», j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Всяко едно наше решение, което води до намаляване на административната тежест, както и подобряване на сигурността на хората от ЕС, винаги ще срещне моята подкрепа, разбира се, ако няма някакви задни мисли. Лифтовете обикновено се използват, когато хората се отдават на почивка и искат да се наслаждат на почивката си в планината. Ето защо ние трябва да осигурим тяхната сигурност и да им позволим те да се наслаждават на гледките около тях, а не да се притесняват за сигурността си. Ето защо аз подкрепям този доклад, като се надявам това да е, ако не цялостно решение за тази сигурност, поне една крачка към него.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Εκτιμώ ότι πρόκειται για ένα θετικό νομοθέτημα διότι η χρήση συρματοπλέγματος σε εγκαταστάσεις που αφορούν ανθρώπινες ζωές, τόσο για λόγους αναψυχής, όσο και για επαγγελματικούς λόγους, απαιτεί σοβαρότατους ελέγχους και πιστοποιήσεις ασφαλείας. Το ίδιο βεβαίως ισχύει για την μεταφορά προϊόντων. Το σημαντικό είναι να τηρηθούν όλα αυτά τα μέτρα και να μην υπάρξουν συμφέροντα που θα εκμεταλλευτούν την ανθρώπινη ζωή.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A presente proposta pretende harmonizar as condições de colocação no mercado de subsistemas e componentes de segurança para as instalações por cabo e assegurar a livre circulação destes produtos na UE. Todos os componentes de segurança e os subsistemas terão de ser concebidos e fabricados em conformidade com os requisitos essenciais previstos no regulamento. No que respeita às instalações por cabo, o regulamento também prevê a harmonização total dos requisitos essenciais a que devem obedecer. O regulamento revoga e substitui a Diretiva 2000/9/CE, de 20 de março de 2000, relativa às instalações por cabo para transporte de pessoas.

Dado que o regulamento prevê uma harmonização total, os Estados-Membros não estão autorizados a impor exigências mais rigorosas ou suplementares na sua legislação nacional. No entanto, os Estados-Membros continuam a ser competentes para regulamentar outros aspetos relativos a instalações por cabo, como o uso do solo, o ordenamento do território e a proteção do ambiente. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce qu'il ne s'attache pas à exiger de véritables normes de sécurité supplémentaires.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Propõe-se que a Diretiva 2000/9/CE seja substituída por um regulamento, dada a pouca flexibilidade na transposição da mesma. Esta diretiva estabelecia regras para as instalações por cabo concebidas, construídas e exploradas tendo em vista o transporte de pessoas, limitando-se a estabelecer os requisitos essenciais aplicáveis a essas instalações.

O regulamento estabelece regras sobre a disponibilidade no mercado e a livre circulação dos subsistemas e componentes de segurança de instalações por cabo e prevê regras aplicáveis à conceção, à construção e à entrada em serviço das novas instalações por cabo. Aplica-se na sua integralidade às novas instalações por cabo e às alterações de instalações por cabo que exijam uma nova autorização.

É fundamental que as instalações por cabo não ponham em risco a saúde e a segurança das pessoas e dos bens, sendo imperioso que estejam bem definidas regras em termos de segurança e que as mesmas sejam respeitadas.

Por outro lado, revela-se igualmente essencial que as PME que atuam neste setor, nomeadamente as fabricantes, possam receber os apoios necessários (técnicos e financeiros) para responder correta e atempadamente às mudanças introduzidas pelo regulamento, de forma a não favorecer as maiores empresas do setor e, conseqüentemente, o aumento da concentração do poder de mercado.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto le misure in essa individuate riducono gli oneri amministrativi e migliorano la certezza giuridica per i produttori e per chi si occupa della vigilanza dei prodotti; inoltre ritengo positiva la misura riguardante gli impianti a fune storici i quali potranno continuare a funzionare senza il ricorso a costi molto probabilmente proibitivi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τις εγκαταστάσεις με συρματοσχοίνα διότι η χρήση συρματοπλέγματος σε εγκαταστάσεις, είτε για λόγους αναψυχής, είτε επαγγελματικούς, με ενδεχόμενο αντίκτυπο σε ανθρώπινες ζωές, απαιτεί σοβαρότατους ελέγχους και πιστοποιήσεις για θέματα ασφαλείας. Το ίδιο βέβαια ισχύει και για την μεταφορά προϊόντων. Το σημαντικό της υπόθεσης είναι να τηρηθούν όλα τα θεσμοθετημένα μέτρα και να μην υπάρξουν συμφέροντα που θα εκμεταλλευτούν την ανθρώπινη ζωή.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Regulation aligns current legislation to the provisions to the goods package adopted in 2008 and in particular to Decision 768/2008/EC on a common framework for the marketing of products. It applies to new cableway installations and covers subsystems and safety components which are new to the Union market when they are placed on the market. The regulation does not apply to cableway installations of historical construction, installations intended for agricultural or forestry purposes, cableway installations for the service of mountain shelters and huts intended only for the transport of goods and specifically authorised persons and on-site or mobile equipment exclusively designed for leisure and amusement purposes and not as a means for transporting persons. The new regulation improves market surveillance and safety for consumers and other users of cableway installations. A main achievement is the inclusion of the explicit mentioning of the precautionary principle, as well as enhanced safety for consumers and other users. I voted in favour of the report.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Támogatom a kötélpálya-létesítményekről szóló rendeletre irányuló javaslatot, amely az uniós harmonizációs jogszabály egyik példája. A javaslat a kötélpálya-létesítményekbe beépítendő részegységek és biztonsági alkatrészek forgalomba hozatali feltételeinek harmonizációját és az említett termékek Unión belüli szabad mozgásának biztosítását tűzi ki célul. Minden biztonsági alkatrészt és részegységet a rendeletben előírt alapvető követelményeknek megfelelően kell tervezni és gyártani. A rendelet a kötélpálya-létesítmények tekintetében azon alapvető követelmények teljes harmonizációját is előírja, amelyeknek meg kell felelniük. A rendelet hatályon kívül helyezi és felváltja a személyszállító kötélvontatású vasutakról szóló, 2000. március 9-i 2000/20/EK irányelvet.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta, que pretende armonizar las condiciones para la introducción en el mercado de subsistemas y constituyentes de seguridad destinados a instalaciones de transporte por cable y garantizar la libre circulación de estos productos en la UE. Asimismo, es muy positivo que se evitarán los costes innecesarios de la transposición y se impondrán normas claras y detalladas que serán aplicables de modo uniforme en toda la Unión.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Es ist Winter – Skisaison. Europaweit nutzen Millionen von Bürgern Seilbahnen, um das Ziel ihres Skivergnügens zu erreichen. Millionen Menschen – viele Familien – müssen in eine Technik vertrauen können, die auf einem europäischen Binnenmarkt basiert. Ich begrüße deshalb Bemühungen der EU, hier durch eine Aktualisierung und Harmonisierung der technischen Vorgaben für mehr Sicherheit zu sorgen. Ich habe deshalb für diesen Bericht gestimmt und wünsche allen Wintersportfreunden ein unfallfreies Vergnügen. Egal, ob in der Seilbahn oder auf der Piste!

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Freier Warenverkehr und einheitliche Sicherheitsstandards sind seit jeher Kennzeichen eines freien europäischen Binnenmarktes. Deshalb begrüße ich es, dass dies nun zukünftig auch für Produkte der Seilbahnindustrie gelten wird.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Cableways are a common feature in ski and sports resorts across the EU and also play a key role in many urban transport systems. This regulation will help to harmonise the rules to make sure that newly constructed cableways meet stringent health and safety requirements, protecting the passengers and workers who travel on them.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Cableways are a common feature in ski and sports resorts across the EU and also play a key role in many urban transport systems. Today's vote will help to harmonise the rules to make sure that newly constructed cableways meet stringent health and safety requirements, protecting the passengers and workers who travel on them.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Ανησυχούσαμε ότι ο κανονισμός θα ήταν πλήρως εναρμονιστικός και ότι θα εμπόδιζε τα κράτη μέλη να επιβάλουν πιο αυστηρά ή επιπλέον μέτρα στην εθνική τους νομοθεσία. Ο κανονισμός περιέχει όμως κάποιες εξαιρέσεις και τα κράτη μέλη διατηρούν την ικανότητα να νομοθετούν σε άλλους τομείς που αφορούν τις εγκαταστάσεις με συρματόσχοινα, κάτι που θεωρούμε πως βελτιώνει την ασφάλεια. Γι αυτό και υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Regulation on Cableway Installations. The regulation will repeal and replace Directive 2000/9/EC of 20 March 2000 relating to cableway installations designed to carry persons. As the diverging transposition in the implementation report of Directive 2000/9/EC was identified as a problem, I welcome this change to a regulation from a directive. The change takes into account the need to ensure a uniform implementation throughout the EU. As the regulation foresees total harmonisation, Member States are not allowed to impose more stringent or additional requirements in their national legislation, but Member States will remain competent to regulate other aspects relating to cable installations such as land-use, regional planning and environmental protection. Furthermore, it will avoid unnecessary transposition costs and impose clear and detailed rules which will become applicable in a uniform manner throughout the EU.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report as it endorses the proposal for a Regulation on cableway installations which is an example of Union harmonisation legislation. The proposal sets out to harmonise the conditions of placing on the market of subsystems and safety components for cable installations and to ensure the free movement of these products in the EU. All safety components and subsystems will have to be designed and manufactured in compliance with the essential requirements provided for by the Regulation. With regard to the cableway installations, the Regulation also foresees total harmonisation of the essential requirements to which they must comply.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this report as it sets out to harmonise the conditions of placing on the market of subsystems and safety components for cable installations and to ensure the free movement of these products in the EU.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o žičarama jer se time usklađuju uvjeti za stavljanje na tržište podsustava i sigurnosnih komponenata žičara, te se jamči slobodno kretanje ovih proizvoda unutar Europske unije što izravno utječe na jedinstveno tržište. Kako bi se takvo što ostvarilo, potrebno je osigurati jedinstvenu implementaciju pravila diljem Unije, uzimajući u obzir da pod kompetencijom država članica ostaju pojedini aspekti žičara poput regionalnog planiranja i zaštite okoliša. Povrh toga, nužno je osigurati pravnu jasnoću kako bi se zakonodavstvo u dotičnom području implementiralo na dosljedan i učinkovit način.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport exige que les installations à câbles soient estampillées «CE». Il s'agit là encore d'une exigence inutile et coûteuse, compte tenu des nombreux contrôles de qualité déjà existants. J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Antonio Lopez-Isturiz White concernant le règlement sur les installations à câbles. Il s'agit, avec ce texte, de mettre à jour la législation européenne existante au regard du nouveau cadre législatif. Le but est donc de clarifier les normes européennes et d'aboutir à une harmonisation entre les États membres. L'approche harmonisée concernera notamment les procédures d'évaluation de la conformité et le label CE.

Ce texte a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui visait à harmoniser les conditions de mise sur le marché des installations à câbles (téléskis, funiculaires, télécabines, etc.), à renforcer la sécurité liée à ces installations et à assurer une libre circulation de ces produits au sein de l'Union.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die Maßnahmen des vorliegenden Berichts schaffen große Sicherheitsgewinne im Seilbahnbereich. Ich stimme deshalb für diesen Vorschlag.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the report, as it will help to harmonise the rules to make sure that newly constructed cableways meet stringent health and safety requirements, protecting the passengers and workers who travel on them.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les installations à câbles. Ce texte, même s'il comporte quelques points techniques intéressants, ne laisse apparaître aucune exigence de sécurité supplémentaire réclamée par les fabricants ou les entreprises du secteur. Un règlement n'est donc a priori pas utile puisque les normes en vigueur sont déjà satisfaisantes et que le secteur européen d'activité est en bonne santé.

Le marquage CE n'étant pas un marquage d'origine mais une contrainte supplémentaire de contrôle qualité exigée aux fabricants, il convient de refuser une surenchère normative qui pénalise de toute façon les acteurs du secteur.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il exige que les installations à câbles soient estampillées «CE». Or, il s'agit d'une exigence superflue compte tenu des contrôles de qualité existants.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Si ce rapport ne contient rien de choquant, j'ai tout de même voté contre.

En effet, il vise à remplacer la directive de 2000 régissant les installations à câbles (téléphériques, funiculaires, télécabines, etc.). Pourtant, cette directive présentait déjà un niveau d'exigence satisfaisant, notamment en matière de normes de sécurité. Enfin, ce règlement ne répond pas à un besoin spécifique des professionnels concernés et ne fait que renforcer les contraintes normatives (dont le marquage CE), auxquelles ils doivent faire face. Nul besoin donc d'en rajouter pour un secteur qui se porte globalement bien.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El Reglamento alinea la legislación actual a las disposiciones del paquete de productos aprobado en 2008 y, en particular, a la Decisión n.º 768/2008/CE sobre un marco común para la comercialización de los productos. Se aplica a las instalaciones de transporte por cable nuevas e incluye los subsistemas y los constituyentes de seguridad que sean nuevos en el mercado de la Unión cuando se coloquen en el mercado. El nuevo Reglamento mejora la vigilancia del mercado y la seguridad de los consumidores y otros usuarios de las instalaciones de transporte por cable. Los principales logros del Grupo S&D incluyen la mención específica del principio de precaución, así como una mayor seguridad de los consumidores y usuarios. Por estas razones he votado a favor del mismo.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Nesouhlasím, aby EU dále řešila harmonizace těchto zařízení, tyto pravomoci mají vzejít z mezinárodní dohody států a výrobců.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Podržala sam izvješće zastupnika Antonia Lopez-Isturiz White jer smatram da je potrebno uskladiti sve uvjete stavljanja na tržište podsustava i sigurnosnih komponenti za žičare. Države članice moraju poduzimati sve potrebne mjere ako se utvrdi da bi odobrena žičara mogla ugroziti zdravlje, sigurnost osoba i imovine da se ograniče uvjeti rada ili da se zabrani njen rad.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Návrhom nariadenia sa harmonizujú požiadavky na lanovkové zariadenia a ich uvádzanie na vnútorný trh Európske únie, čím sa zjednocuje regulačné prostredie.

Nielen samotné zariadenia, ale aj všetky komponenty a subsystemy budú musieť spĺňať stanovené požiadavky. Upravuje a zjednocuje sa dohľad nad trhom s týmito zariadeniami.

To všetko prispeje k zjednoteniu úrovne ochrany a bezpečnosti týchto zariadení a zároveň sa odstránia prekážky pri ich uvádzaní na trh.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τις εγκαταστάσεις με συρματοσχοίνα για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 19/1/2016 και διότι πρόκειται για πλήρη και τεκμηριωμένη έκθεση.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce rapport doit remplacer une directive de 2000 en vigueur afin d'éviter toute loi nationale de transposition. Elle encadre la construction et l'exploitation des installations à câbles (funiculaires, téléphériques, télécabines, télésièges, etc.) avec une harmonisation des exigences de sécurité. Le futur règlement s'intéresse, lui, à harmoniser les normes européennes en matière de sous-systèmes et de constituants de sécurité, désormais inclus dans la définition élargie des «installations à câbles».

Ce texte ne laisse apparaître aucune exigence de sécurité supplémentaire réclamée par les fabricants ou les entreprises du secteur. Il se limite finalement à ajouter une contrainte supplémentaire et à jouer à la surenchère normative. Nous nous y opposons.

David Martin (S&D), *in writing*. – I support the proposal for a Regulation on cableway installations which is an example of Union harmonisation legislation. The proposal sets out to harmonise the conditions of placing on the market of subsystems and safety components for cable installations and to ensure the free movement of these products in the EU. All safety components and subsystems will have to be designed and manufactured in compliance with the essential requirements provided for by the Regulation. With regard to the cableway installations, the Regulation also foresees total harmonisation of the essential requirements to which they must comply. The Regulation shall repeal and replace Directive 2000/9/EC of 20 March 2000 relating to cableway installations designed to carry persons.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Favorevole alla proposta di regolamento del Parlamento e del Consiglio relativo agli impianti a fune. Il presente regolamento si applica ai nuovi impianti a fune e disciplina i sottosistemi e i componenti di sicurezza che sono nuovi per il mercato dell'Unione al momento dell'immissione sul mercato. La proposta è intesa ad armonizzare le condizioni di immissione sul mercato dei sottosistemi e dei componenti di sicurezza per gli impianti a fune e garantire la libera circolazione di tali prodotti nell'UE. Si tratta quindi di una proposta di regolamento della Commissione che mira ad aggiornare la legislazione esistente dell'Unione in materia di impianti a fune, portandola in linea con il nuovo quadro legislativo) relativo alla commercializzazione dei prodotti.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Questa relazione garantirà una maggiore sicurezza per i cittadini europei, in particolar modo nelle zone turistiche dotate d'impianti a fune. La trasformazione della precedente direttiva in un regolamento è un segnale importante in questa direzione.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Quiero felicitar a mi compañero Antonio López-Istúriz por el informe que hemos aprobado para reforzar la seguridad de las instalaciones de transporte por cable que se utilizan para el transporte de personas y que, además, armonizará en toda Europa las normas aplicables a este sector.

Era preciso actualizar las normas en este ámbito, que databan del año 2000, para garantizar así una elevada protección de los ciudadanos y establecer normas técnicas detalladas que serán aplicables de modo uniforme en toda la UE.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Europaweite Sicherheitsstandards für Seilbahnen sind zu befürworten, um möglichen Unglücken vorzubeugen. Zudem wurde die VO in einigen Punkten entschärft, um Betreiber und Hersteller kleiner Lifтанlagen nicht übermäßig zu belasten. Ich stimme diesem Bericht daher zu.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I support this report which updates existing EU legislation on cableways.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport vise à harmoniser le règlement en matière d'appareil à gaz. Le rapport introduit l'obligation d'un marquage «CE» sur les appareils à gaz afin d'en garantir la conformité. Il étend cette obligation aux équipements liés. Ces règles et mesures sont en effet essentielles pour prévenir l'intoxication au gaz, notamment au monoxyde de carbone (CO), et les fuites de toute substance nocive pour la santé et représentant un danger pour la sécurité. Le rapport précis pousse le souci du détail jusque à définir la «cuisson», puisque les appareils incriminés sont le plus souvent des appareils de cuisson. C'est «l'art ou la pratique qui consiste à préparer ou chauffer de la nourriture en vue de sa consommation au moyen de la chaleur et d'une vaste gamme de méthodes».

De la chimie à la gastronomie l'Europe a encore beaucoup de chemin à faire. Je vote pour ce texte qui, même s'il vise principalement à permettre une meilleure efficacité du marché, permettra également d'accroître l'information et la sécurité des utilisateurs.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport oblige à ce que les installations à câbles soient estampillées «CE». Il s'agit là encore d'une exigence inutile et coûteuse, compte tenu des nombreux contrôles de qualité existants. J'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o Relatório sobre a proposta de regulamento do Parlamento e do Conselho relativo às instalações por cabo.

A presente proposta visa uma harmonização das condições de colocação no mercado de subsistemas e componentes de segurança para as instalações por cabo e assegurar a livre circulação destes produtos na UE.

É extremamente importante que todos os componentes de segurança e os subsistemas terão de ser concebidos e fabricados em conformidade com os requisitos essenciais previstos no regulamento. A par dos referidos requisitos, devem ainda ser reforçadas as medidas de fiscalização do mercado da União.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this resolution in order to harmonise the safety regulations and free movement of cableway installations, creating a uniform set of guidelines across the Union.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Cette proposition de règlement est le résultat d'un accord interinstitutionnel sur la sécurité des produits pris en septembre 2015 concernant les installations à câbles (funiculaires et télécabines). Il a pour objectif de simplifier et d'actualiser les dispositions de la directive 2000/9/CE en vue d'une meilleure sécurité juridique.

En remplaçant la directive par un règlement, on recourt à un instrument juridique approprié qui, en imposant des règles claires et détaillées, introduit des obligations identiques aux opérateurs économiques et aux entités nationales chargées de la vérification du respect des normes de sécurité. C'est le seul moyen d'avoir une mise en œuvre uniforme dans l'ensemble de l'Union.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Harmonizácia podmienok uvádzania subsystémov a bezpečnostných komponentov pre lanovkové zariadenia na trh je otázka zaistenia bezpečnosti pre širokú verejnosť. Lanové zariadenia sú využívané najčastejšie v cestovnom ruchu, v rekreačných zariadeniach alebo vo verejnej doprave. Všetky tieto miesta sú navštevované veľkým počtom bežných ľudí, veľaokrát ich využívajú rodiny s malými deťmi. Je preto v záujme nás všetkých, aby sme spravili všetko, čo môže pomôcť k zabezpečeniu najlepšej úrovne bezpečnosti na celom území Európskej únie v tejto oblasti a práve jednotné podmienky uvádzania na trh týchto zariadení, ako aj ich komponentov vnímam ako rozhodný krok k jej dosiahnutiu. Jednotný trh v oblasti lanových zariadení je najlepšou cestou, ako sa vyhnúť kolísajúcej úrovni ochrany bezpečnosti a nastaviť normu, ktorá bude všeobecne platná na celom území Európskej únie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on cableway installation, which aligns current legislation to the provisions of the goods package adopted in 2008 and in particular to Decision EC 768/2008 on a common framework for the marketing of products. It applies to new cableway installations and covers subsystems and safety components which are new to the Union market when they are placed on the market. Cableway installations are mainly lift systems, such as funicular railways, aerial ropeways, cable cars, gondolas, chairlifts, drag lifts and other installations for tourism or sports purposes. The Regulation does not apply to cableway installations of historical construction, installations intended for agricultural or forestry purposes, cableway installations for the service of mountain shelters and huts intended only for the transport of goods and specifically authorised persons, and on-site or mobile equipment exclusively designed for leisure and amusement purposes and not as a means for transporting persons. The new regulation improves market surveillance and safety for consumers and other users of cableway installations.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság a kötélpálya-létesítményekbe beépítendő részegységek és biztonsági alkatrészek forgalomba hozatali feltételeinek harmonizációjára és az említett termékek Unión belüli szabad mozgásának biztosítására vonatkozó európai parlamenti és tanácsi rendelet elfogadására tett javaslatot. A rendelet felváltja a személyszállító kötélvontatású vasutakról szóló 2000/20/EK irányelvet. A rendelet a kötélpálya-létesítményekre vonatkozó rendelkezéseket összehangolja a 2008-ban elfogadott árucsomaggal és különösen a termékek forgalomba hozatalának közös keretrendszeréről szóló 768/2008/EK határozattal. A Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság jelentésében úgy foglalt állást, hogy a Parlament a javaslatot csaknem százötven módosító indítvánnyal ugyan, de támogassa. A jelentést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de remplacer par un règlement une directive en vigueur qui encadre la construction et l'exploitation des installations à câbles (funiculaires, téléphériques, télécabines, télésièges, téléskis, etc.). Si la directive établit les exigences harmonisées de sécurité, le futur règlement vise quant à lui à harmoniser les normes européennes en matière de sous-systèmes et de constituants de sécurité, désormais compris dans la définition élargie des installations à câbles. Le texte ne laisse apparaître aucune exigence de sécurité supplémentaire réclamée par les fabricants ou les entreprises du secteur. Il n'est donc a priori pas utile compte tenu des normes en vigueur déjà satisfaisantes et de la bonne santé du secteur d'activité européen. Le marquage CE n'étant pas un marquage d'origine, mais une contrainte supplémentaire de contrôle qualité imposée aux fabricants, il convient de refuser une surenchère normative qui pénalise de toutes les manières les acteurs du secteur.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A presente proposta de regulamento, relativo às instalações por cabo, pretende substituir a Diretiva 2000/9/CE e tem como objetivo harmonizar as condições de colocação no mercado de subsistemas e componentes de segurança para as instalações por cabo e assegurar a livre circulação destes produtos na UE.

A alteração tem em conta a necessidade de assegurar uma aplicação uniforme em toda a União.

Subscrevo a posição do relator relativamente à mudança de instrumento jurídico de uma diretiva para um regulamento, com o objetivo de envidar esforços para uma melhor regulamentação e simplificação do quadro regulamentar. O regulamento permitirá diminuir os custos inerentes à transposição de uma diretiva, assim como permite evitar os riscos de divergência na transposição, que podem resultar em diferentes níveis de proteção da segurança e distorcer o mercado interno.

Pelo exposto, o presente relatório tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte ne laisse apparaître aucune exigence de sécurité supplémentaire réclamée par les fabricants ou les entreprises du secteur.

A priori; un règlement n'est donc pas utile puisque les normes en vigueur sont déjà satisfaisantes et que le secteur européen d'activité est en bonne santé.

Le marquage CE n'étant pas un marquage d'origine mais une contrainte supplémentaire de contrôle qualité exigée aux fabricants, il convient de refuser une surenchère normative qui pénalise de toute façon les acteurs du secteur.

Clare Moody (S&D), *in writing*. – Cableways are a common feature in ski and sports resorts across the EU and also play a key role in many urban transport systems. Today's vote will help to harmonise the rules to make sure that newly constructed cableways meet stringent health and safety requirements, protecting the passengers and workers who travel on them.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Cableways are a common feature in ski and sports resorts across the EU and also play a key role in many urban transport systems. Today's vote will help to harmonise the rules to make sure that newly constructed cableways meet stringent health and safety requirements, protecting the passengers and workers who travel on them.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative aux installations à câbles. Il s'agissait d'approuver la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil, dont l'objectif est d'améliorer le marché intérieur et la protection des consommateurs pour ce type de produits.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo favorevolmente l'adozione di questa proposta di regolamento relativa agli impianti a fune, perché costituisce un concreto esempio di normativa di armonizzazione dell'Unione europea. La proposta è, infatti, volta ad armonizzare le condizioni di immissione sul mercato dei sottosistemi e dei componenti di sicurezza per gli impianti a fune e garantire la libera circolazione di tali prodotti nell'UE. Tutti i componenti di sicurezza e i sottosistemi dovranno essere progettati e fabbricati in conformità dei requisiti fondamentali contenuti nel presente regolamento, che si basa sul principio generale di precauzione e di tutela dei consumatori. Dal momento che il regolamento stabilisce l'armonizzazione totale, gli Stati membri non saranno più autorizzati a imporre nella legislazione nazionale requisiti supplementari o più rigorosi. Ci rallegriamo, infine, della scelta di proporre il provvedimento attraverso un regolamento, in tal modo si eviteranno tutti gli inutili costi di recepimento e si imporranno norme chiare e dettagliate applicabili, da subito ed in modo uniforme, in tutta l'Unione. Tale scelta è stata, inoltre, dettata dalla volontà di evitare il rischio di divergenze nel recepimento, il che potrebbe portare di conseguenza a livelli diversi di protezione della sicurezza e della salute dei consumatori europei e ad ostacolare il mercato interno.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur les installations à câbles, jugeant nécessaire d'accorder la législation actuelle avec le nouveau cadre législatif.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La proposta mira ad armonizzare le condizioni di immissione sul mercato dei sottosistemi e dei componenti di sicurezza per gli impianti a fune e garantirne la libera circolazione nell'UE. Tutti i componenti di sicurezza e i sottosistemi dovranno essere progettati e fabbricati in conformità dei requisiti fondamentali di cui al regolamento. Il regolamento abroga e sostituisce la direttiva 2000/9/CE, del 20 marzo 2000, relativa agli impianti a fune adibiti al trasporto di persone. Ho votato a favore del provvedimento poiché sostengo l'esigenza di semplificare e armonizzare la produzione legislativa.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A fogyasztóvédelemre nagyon fontos hangsúlyt fektetek, ezért is támogatom a jelentést, mely előírja a kötélpálya-létesítményekbe beépítendő részegységekkel és biztonsági alkatrészekkel szemben támasztott minimális követelményeket, illetve biztosítja a forgalomba hozatal egységes feltételeit és garantálja ezeknek a termékeknek az Unión belüli szabad mozgását. Az eddig érvényes jogszabályok alapján nehezen volt meghatározható, mely termékek esnek a szabályozás hatálya alá. Ezt a tapasztalat alapján a gyártók több esetben is saját javukra fordították. Reményeim szerint ez a joghézag a jövőben megszűnik és ennek köszönhetően a kötélpálya létesítményekkel összefüggésbe hozható balesetek száma is csökkenni fog.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will facilitate free movement of cable installations and will increase efficiency in the market of subsystems.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui vise à moderniser les législations relatives aux câbles sous-marins et permet une meilleure application au sein de l'Union, par le passage d'une directive à un règlement. Ainsi, le rapport préconise une harmonisation totale des règles et des conditions de mise sur le marché des sous-systèmes et composants de sécurité pour les installations à câbles; il établit également les exigences de sécurité nécessaires pour les utilisateurs, les exploitants, les travailleurs et les tiers. Le domaine de la protection environnementale, de l'autorisation de mise sur le marché, la question de la gestion du respect des installations d'avant 1986 demeurent de la compétence des États membres de même que la gestion «sur terre» des câbles sous-marins.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da europaweite Sicherheitsstandards für Seilbahnen dahingehend zu befürworten sind, dass sie möglichen Unglücken vorbeugen. Außerdem sollen Betreiber und Hersteller von kleineren Liftanlagen nicht übermäßig durch Auflagen belastet werden, ohne aber die Sicherheit der beförderten Personen außer Acht zu lassen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Ettepanekuga tahetakse ühtlustada kõisteede alarmsüsteemide ja ohutusstandardide turulelaskmise tingimused ja tagada nimetatud toodete vaba liikumine ELis, samuti ajakohastatakse õigusakte.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Noto con piacere che il nuovo regolamento abroga e sostituisce la direttiva 2000/9/CE, armonizzando la disciplina e inibendo agli Stati la creazione di regimi differenti che creerebbero distorsioni del mercato e differenze di trattamento. Ritengo inoltre sia prioritario, così come chiarito dal relatore, fare chiarezza in merito ai dispositivi a fune oggetto della normativa e gli impianti esclusi, fugando in tal modo i persistenti dubbi in materia. In base a quanto detto, mi sento di votare positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Cable installations have a strong market in Europe. I am in favour of the report as it is necessary to have a high level of consumer protection with clear standard rules to apply in a unified manner across the EU.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog jer smatram kako bi države članice trebale poduzeti sve potrebne korake kako bi osigurale da se žičare mogu pustiti u uporabu samo ako su u skladu s ovom Uredbom i ako ne mogu ugroziti zdravlje ili sigurnost osoba ili sigurnost imovine, ako se pravilno ugrađuju i održavaju te koriste u skladu s njihovom namjenom.

Također, dajem podršku ovom prijedlogu jer jasno ističe kako bi pri stavljanju podsustava i sigurnosnih komponenti na tržište svaki uvoznik na podsustavu ili sigurnosnoj komponenti trebao navesti svoje ime, registrirano trgovačko ime ili registrirani zaštitni znak i poštansku adresu na kojoj je dostupan, kao i mrežne stranice ako postoje. Iznimke bi trebale biti predviđene za slučajeve kada to ne dopušta veličina ili vrsta podsustava ili sigurnosne komponente. Države članice trebale bi utvrditi pravila o kaznama koje se primjenjuju za kršenje ove Uredbe i osigurati njihovu primjenu. Predviđene kazne trebale bi biti učinkovite, u skladu s težinom prekršaja.

S obzirom da žičare predstavljaju alternativni oblik javnog prijevoza te mogu pridonijeti ostvarivanju ciljeva smanjenja emisija stakleničkih plinova podržavam ovaj prijedlog kojim se osuvremenjuje postojeći propis Unije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le texte ne laisse apparaître aucune exigence de sécurité supplémentaire réclamée par les fabricants ou les entreprises du secteur. Un règlement nouveau n'est donc pas utile puisque les normes en vigueur sont satisfaisantes et que le secteur d'activité est en bonne santé. Le marquage CE n'est pas un marquage d'origine mais une contrainte supplémentaire de contrôle qualité imposée aux fabricants. Je refuse cette surenchère normative qui pénalise les acteurs du secteur et je vote donc contre ce texte au mieux inutile.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Ovim prijedlogom uredbe o žičarama teži se harmonizaciji uvjeta tržišnog plasmana podsustava i sigurnosnih dijelova žičara kako bi se osigurala njihova sloboda kretanja na unutarnjem tržištu. Pohvalno je što se teži maksimalnoj harmonizaciji kako bi se osigurala jednostavnija, bolja i sigurnija pravila. U tom smislu je i bolje da se radi o uredbi, a ne direktivi.

Žičare su definirane kao sustavi dizala, poput uspinjača, visećih žičara, visećih žičara s kabinama, sedežnica, vučnica i drugih žičara koje se upotrebljavaju u turističke ili sportske svrhe. Pozitivno je što povijesne i muzejske vučne instalacije te one koje su u šumarskoj ili agrikulturnoj funkciji nisu uključene u uredbu budući da je cilj obuhvatiti sigurnosne aspekte javne uporabe, odnosno uporabe u javnom prijevozu. Smatram da je pitanje sigurnosti, uz važnost tržišnog nadzora i harmonizacije, ključno za ovu uredbu i na kvalitetan način riješeno tekstom prijedloga.

Andrej Plenковиć (PPE), *napisan*. – Suglasan sam s izvješćem o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o žičarama koji je pripremio kolega Antonio López-Istúriz White. Predložena regulativa, koja cilja ažurirati postojeće zakone o žičarama u Europskoj uniji, razjašnjava uključivanje podsistema i sigurnosnih komponenti žičara u obujam regulative. Jedna od svrha ovoga prijedloga jest upućivanje na poteškoće koje su nastale prilikom provedbe Direktive 2000/9/EC. Na primjer, vlasti, prijavljena tijela, te proizvođači imaju potpuno različite odgovore na pitanje je li specifičan tip instalacije obuhvaćen Direktivom 2000/9/EC i stoga mora biti proizveden te certificiran u skladu s zahtjevima i procedurama direktive. Takav pristup može dovesti do distorzije marketinga i različitog tretmana ekonomskih operatera što je u potpunosti kontradiktorno jedinstvenom i usklađenom unutarnjem tržištu Europske unije. Stoga smatram da će ovaj prijedlog biti od velikog značaja te ga u potpunosti podržavam.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Questa proposta di regolamento mira a sostituire la direttiva 2000/9/CE, del 20 marzo 2000, relativa agli impianti a fune adibiti al trasporto di persone. Ho votato a favore perché lo scopo di questa iniziativa è quello di armonizzare le condizioni di immissione sul mercato dei sottosistemi e dei componenti di sicurezza per gli impianti a fune e garantire la libera circolazione di tali prodotti nell'UE. Tale scelta evita il rischio di divergenze nel recepimento, il che può portare a livelli diversi di protezione della sicurezza e a ostacolare il mercato interno. Si ritiene altresì importante migliorare la coerenza del testo col nuovo quadro normativo (NQN) e introdurre norme specifiche sulla vigilanza del mercato. La proposta ha, inoltre, il privilegio di rendere più chiaro il campo di applicazione che si applica agli impianti a fune concepiti per il trasporto di persone, ai sottosistemi e ai componenti di sicurezza destinati a tali impianti.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Ve srovnání s ochrannými pomůckami nebo spotřebiči na plynná paliva se může zdát, že lanovky nejsou našimi častými společníky a někdo by mohl mít pochyby o tom, zda je nutná předložená regulace. I zde ovšem jde o stejná pravidla uvnitř jednotného trhu a jsem přesvědčen, že návrh přichází z našeho Výboru pro vnitřní trh a ochranu spotřebitelů v racionální podobě, která si zaslouží vaši podporu.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Congratulo-me com a apresentação deste relatório que, por um lado, visa harmonizar as condições de colocação no Mercado de subsistemas e componentes de segurança para as instalações por cabo e, por outro, procura assegurar a livre circulação destes mesmos produtos na UE.

Votei favoravelmente o presente relatório, porque, apesar de este assegurar uma aplicação uniforme em toda a União, permite também que os Estados-Membros continuem a poder regulamentar aspetos que dizem respeito às instalações por cabo (uso do solo, ordenamento do território e proteção do ambiente). Desta forma, será possível assegurar a compatibilidade com a decisão relativa ao novo quadro legislativo (NQL), bem como a fiscalização do mercado. Também no que respeita aos subsistemas, são mantidos os procedimentos de avaliação da conformidade no que diz respeito aos componentes de segurança previstos na Diretiva 2000/9/CE, relativa às instalações por cabo.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A proposta pretende harmonizar as condições de colocação no mercado de subsistemas e componentes de segurança para as instalações por cabo e assegurar a livre circulação destes produtos na UE. Todos os componentes de segurança e os subsistemas terão de ser concebidos e fabricados em conformidade com os requisitos essenciais previstos no regulamento.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a, hier, gravé dans le marbre des propositions de règlement renforçant la sécurité de certains produits. L'une d'entre elles porte sur les infrastructures câblées (funiculaires, télécabines). Les modifications que le Parlement européen apporte aux règlements permettront de simplifier et de moderniser la législation en place depuis 25 ans, qui vise à empêcher la mise sur le marché de produits de sécurité contrefaits ou frauduleux. Ces modifications introduisent notamment certaines obligations incombant aux opérateurs économiques et aux entités nationales chargées de la vérification du respect des normes de sécurité. Les fabricants bénéficieront, par ailleurs, d'une procédure simplifiée pour renouveler leurs certificats de conformité avec les règles de santé et de sécurité.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito à proposta da Comissão Europeia para o regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que tem por objetivo a atualização da legislação da União em vigor relativa às instalações de cabos destinados ao transporte de pessoas, tais como: funiculares, telecabinas, telecadeiras, teleféricos ou funitéis.

Este regulamento vem substituir a Diretiva 2000/9/CE, respeitante às instalações por cabo, por um regulamento que estabelece regras sobre a conceção e construção destas instalações bem como a sua disponibilização no mercado e a livre circulação dos subsistemas e componentes de segurança que lhe estão subjacentes.

Deste modo, pretende-se não só assegurar um elevado nível de segurança das instalações por cabo para utilizadores, trabalhadores e terceiros, como também estabelecer os requisitos essenciais de segurança a respeitar.

Esta proposta constitui, por isso, mais um passo no aprofundamento do mercado único (bem patente no facto de ser a substituição de uma Diretiva por um Regulamento), bem como mais um exemplo de harmonização legislativa da União que garante não só a livre circulação no mercado único da UE, como garante também as mesmas condições para a colocação no mercado deste tipo de instalações.

Pelo exposto, votei favoravelmente este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette proposition de règlement relatif aux installations à câbles, qui vise à harmoniser la législation de l'Union. La proposition a pour objectif d'harmoniser les conditions de mise sur le marché des sous-systèmes et des constituants de sécurité destinés aux installations à câbles et à assurer la libre circulation de ces produits au sein de l'Union.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Podpořila jsem toto nařízení, protože přináší aktualizovaný soubor podmínek dodávání dílčích systémů a bezpečnostních prvků pro lanové dráhy na trh a zajištění volného pohybu těchto výrobků v EU. Velmi vítám explicitní zmínku o tom, že ustanovení tohoto nařízení vycházejí ze zásady předběžné opatrnosti. Považuji ji za základní princip zajištění bezpečnosti výrobků ve prospěch jejich uživatelů.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – In Europa occidentale e sulle Alpi vi sono attualmente circa 17.500 impianti a fune e il settore sciistico rappresenta tuttora il mercato principale per le relative tecnologie. Inoltre, l'Italia, la Germania, l'Austria, la Francia e la Svizzera dispongono del 50% degli impianti europei. Ho espresso pertanto il mio voto a favore della relazione che mira ad armonizzare le condizioni di immissione sul mercato dei componenti di sicurezza per gli impianti a fune e garantire la libera circolazione di tali prodotti nell'UE. La proposta prevede che la nuova normativa di armonizzazione si applichi ai nuovi impianti a fune (funivie, seggiovie, sciovie e funicolari), e che tutti i componenti di sicurezza siano progettati e fabbricati in conformità dei requisiti fondamentali stabiliti nel regolamento. Grazie al gruppo ECR, inoltre, sono stati esclusi dalla piena applicazione del regolamento gli impianti a fune di natura storica, poiché i pezzi di ricambio sono prodotti su misura e, in quanto tali, non sarebbero potuti rientrare nella portata delle verifiche previste dal regolamento senza incorrere in costi proibitivi per il loro funzionamento.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Atualmente, existem na União Europeia 17 500 instalações por cabo ou, como são mais comumente conhecidos, teleféricos. Também em Portugal estão instalados alguns destes equipamentos em Portugal Continental e na Madeira. Esta proposta de legislação clarifica a terminologia aplicável e, essencialmente, harmoniza ao nível dos Estados-Membros algumas questões até agora em aberto e relacionadas com a segurança. Parece-me que a proposta apresenta melhorias importantes em relação à situação atual e daí ter votado em sentido positivo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this proposal as I do not wish to see EU regulation in this area.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted on this legislative report which will help to harmonise the rules to make sure that new constructed cableways will meet the much needed requirements for health and safety, which will protect the passengers who travel on them as well as the workers on board. As many of my constituents go on holiday to ski and sports resorts across Europe, where cableways are a common feature, this legislation should be able to make their holidays that bit less risky.

Branislav Škripek (ECR), písomne – Návrh uznesenia Európskeho parlamentu o návrhu nariadenia Európskeho parlamentu a Rady o lanovkových zariadeniach vhodným spôsobom reagoval na potrebu úpravy zastaralej legislatívy v tejto oblasti. Súčasne predložený návrh zohľadnil aj požiadavky Slovenskej republiky, ktorá požadovala vyňať z rozsahu lanové zariadenia používané na lesné účely. Z tohto dôvodu som hlasoval za prijatie tohto uznesenia.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitívno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne – Novým nariadením o lanovkových zariadeniach dôjde k právnej zrozumiteľnosti a tým aj k lepšiemu vykonávaniu príslušných zákonných ustanovení. Preto som uznesenie podporila. Verím, že návrhom sa zabezpečí harmonizácia podmienok uvádzania subsystémov a bezpečnostných komponentov pre lanovkové zariadenia na trh a voľný pohyb týchto výrobkov v rámci EÚ. Súhlasím so spravodajcom, že všetky bezpečnostné komponenty a subsystémy budú musieť byť navrhované a vyrobené v súlade so základnými požiadavkami tohto nariadenia. Od nariadenia očakávam, že výrobcovia pred uvedením na trh EÚ budú dôslednejšie vykonávať postupy posudzovania zhody, a zabezpečia, aby označenie subsystémov a bezpečnostných komponentov a spracovaná dokumentácia boli vždy k dispozícii príslušným vnútroštátnym orgánom za účelom vykonávania kontroly. V danom kontexte považujem za dôležité aj to, aby členské štáty stanovili jednoznačné pravidlá týkajúce sa sankcií uplatniteľných za porušenie tohto nariadenia a zabezpečili aj ich dôsledné uplatňovanie.

Michaela Šojdrová (PPE), písomně. – Dnes jsem v Evropském parlamentu podpořila zprávu o návrhu nařízení o lanových drahách, která výrazně změnila původní návrh Evropské komise. Hlavním cílem tohoto nařízení je harmonizovat bezpečnostní prvky lanových drah a podmínky dodávání jejich dílčích systémů na trh ve všech členských státech Evropské unie. Nařízení zavádí konkrétní pravidla týkající se dozoru nad trhem tak, aby byla zajištěna maximální úroveň ochrany zdraví a bezpečnosti osob a majetku.

Parlament podpořil návrh Výboru pro vnitřní trh a ochranu spotřebitele. Pro zprávu Evropského parlamentu jsem hlasovala i přesto, že jsem byla upozorněna na dílčí nedostatek týkající se definice historických lanových drah. Jejich zařazení do této kategorie je ponecháno na rozhodnutí jednotlivých členských států a zůstanou i nadále vyňaty z působnosti tohoto nařízení. Tento nedostatek je možné odstranit v dalším legislativním procesu.

Pozitivní naopak je, že návrh nařízení jasně stanovuje dosud nejasný rozdíl mezi lanovými drahami určenými pro přepravu osob a pro volnočasové aktivity.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pismo. – Poročilo se nanaša na predlog uredbe o žičniških napravah, katerega namen je harmonizirati pogoje za dajanje podsistemov in varnostnih elementov žičniških naprav na trg in zagotoviti njihov prosti pretok v EU.

Vsi varnostni elementi in podsistemi bodo, na podlagi omenjene uredbe, morali biti konstruirani in proizvedeni v skladu z bistvenimi zahtevami iz uredbe. Uredba prav tako popolnoma harmonizira bistvene zahteve, ki jih morajo izpolnjevati žičniške naprave. To pomeni, da države članice v svojih nacionalnih zakonodajah ne smejo naložiti strožjih ali dodatnih zahtev.

Menim, da je uredba primerna rešitev, saj bo preprečila nepotrebne stroške prenosa, določena pa bodo tudi jasna in natančna pravila, ki se bodo enotno izvajala po vsej EU. Uredba jasneje opredeljuje zlasti žičniške naprave, namenjene za prevoz in prosti čas, prav tako pa izključuje tiste naprave, ki se uporabljajo za prosti čas na sejmiščih ali v zabaviščnih parkih.

Prav tako uredba usklajuje postopke ugotavljanja skladnosti, ki so na voljo za podsisteme, s postopki, ki se že uporabljajo za varnostne elemente.

S predlogom uredbe se strinjam, prav tako pa se zavedam pomembnosti čim večje harmonizacije znotraj EU na tem področju, zaradi česar sem poročilo na plenarnem zasedanju podprl.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržavam prijedlog Uredbe o žičarama koja je primjer harmoniziranog zakonodavstva unutar EU-a. Svrha prijedloga je harmonizacija uvjeta pod kojima se sub-sistemi i sigurnosne komponente za žičare stavljanju na tržište te osiguranje slobodnog kretanja ovih proizvoda unutar Unije. Sve sigurnosne komponente i sub-sistemi morat će zadovoljavati standarde koje propisuje Uredba. Uredba će pri tom zamijeniti Direktivu 2000/9/EK od 20. ožujka 2000. godine koja se odnosi na žičare za prijevoz ljudi.

Promjena pravnog instrumenta koji se primjenjuje, odnosno zamjena direktive uredbom, nastoji osigurati bolju regulaciju i pojednostavniti regulatorni okvir. Uredbom će se izbjeći nepotrebni prijevozni troškovi te će se postaviti jasna i detaljna pravila koja će biti primjenjiva na cijelom području Unije. Također, Uredba će smanjiti rizik različite transpozicije, odnosno osigurat će jednaku razinu zaštite sigurnosti na cijelom području Unije, kao i spriječiti devijacije na internom tržištu.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – Cableways are a common feature in ski and sports resorts across the EU and also play a key role in many urban transport systems. Today's vote will help to harmonise the rules to make sure that newly constructed cableways meet stringent health and safety requirements, protecting the passengers and workers who travel on them.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o žičniških napravah.

Na ravni Evropske unije potrebujemo enotne ukrepe, ki bodo določili osnovne zahteve za varnost in zdravje ljudi, varstvo okolja in potrošnikov, ki veljajo za žičniške naprave, podsisteme in njihove varnostne elemente. Poročilo med drugim predlaga spremembo, da bi morali žičniške naprave, ki so po nacionalni zakonodaji opredeljene kot zgodovinske naprave, ter njihovi podsistemi in varnostni elementi biti izvzeti s področja uporabe te uredbe. Vsekakor vse predlagane spremembe gredo v smer večje zaštite in varnosti potrošnikov.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφιώς.* – Η χρήση συρματοπλέγματος σε εγκαταστάσεις, είτε για λόγους αναψυχής, είτε επαγγελματικούς, με ενδεχόμενο αντίκτυπο σε ανθρώπινες ζωές, απαιτεί σοβαρότατους ελέγχους και πιστοποιήσεις για θέματα ασφαλείας. Το ίδιο βέβαια ισχύει και για την μεταφορά προϊόντων. Το σημαντικό της υπόθεσης είναι να τηρηθούν όλα τα θεσμοθετημένα μέτρα και να μην υπάρξουν συμφέροντα που θα εκμεταλλευτούν την ανθρώπινη ζωή.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris.* – Instalațiile pe cablu destinate transportului de persoane nu mai reprezintă de mult o imagine care aparține exclusiv stațiunilor turistice sau zonelor montane cu acces limitat. Sistemele ascensoare, cum ar fi funicularele, telefericele, telecabinele, telegondolele și telescaunele, contribuie la mobilitatea cetățenilor, luptând cu provocările ce țin în mod normal de transportul tradițional în mediul urban, cum sunt congestia și calitatea scăzută a aerului.

Am votat în favoarea acestui raport, care își propune să armonizeze modalitățile prin care sunt introduse pe piața internă subsistemele și componentele de siguranță pentru instalațiile pe cablu și condițiile prin care se asigură libera circulație a acestora pe teritoriul Uniunii Europene.

Personal, nu pot decât să salut o astfel de măsură, care va facilita adoptarea acestui mod de transport în mediul urban, unde ne confruntăm la scară mică cu cele mai serioase probleme de poluare, care au implicații grave asupra sănătății cetățenilor europeni.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – J'ai voté pour ce texte qui aborde la question du champ d'application de la directive 2000/9/CE relative aux installations à câbles. Comme l'a établi l'analyse d'impact, qui a été positivement évaluée par l'unité de l'évaluation ex ante de l'impact du Parlement, une majorité de parties prenantes cite l'amélioration de la clarté juridique parmi les objectifs essentiels.

Pavel Telička (ALDE), *in writing.* – I voted in favour of this proposal for a regulation on cableway installations. The current framework under which the conditions of placing onto the market safety components for cable installations was established by Directive 2000/9/EC from 2000. Turning the directive into a regulation will simplify the current regulatory environment and ensure a uniform implementation throughout the EU. This regulatory change is in line with the better regulation agenda that I support.

In addition, the proposal clarifies the scope of the regulation by specifying it is applicable only to cableway installations designed to transport persons and the related subsystems and safety components.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izmjene zakonodavstva o žičarama jer novi zakonodavni okvir donosi standardizirane obveze proizvođačima, uvoznicima i tijelima za nadzor tržišta, što će dovesti do znatnog smanjenja administrativnih prepreka, kao i do jasnijeg regulatornog okruženja za sve gospodarske subjekte. Osim toga, postupak ocjenjivanja sukladnosti, odnosno odabir nasumičnog uzorka i pregledavanja svih njegovih podsustava ili sigurnosnih komponenata smatram prikladnim i objektivnim načinom utvrđivanja hoće li uzorak biti prihvaćen ili odbijen.

Osobito podržavam napore za omogućavanjem uporabe alternativnih tehničkih rješenja, kao i stavljanje žičara povijesne konstrukcije izvan područja primjene ove uredbe, te stavljanje istih pod nadležnost nacionalnih zakonodavstava.

Također, podržavam odluku da zemlje članice u svojoj nadležnosti i dalje imaju regulaciju ostalih aspekata kada je riječ o žičarama kao što su uporaba zemljišta, prostorno planiranje i zaštita okoliša.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o žičniških napravah sem podprla, saj sem mnenja, da je treba uskladiti pogoje za dajanje podsistemov in varnostnih elementov žičniških naprav na trg in zagotoviti njihov prosti pretok v EU. Podpiram dejstvo, da bodo morali biti varnosti elementi in podsistemi, kjer se to še posebej nanaša na naprave za prosti čas, prevoz ter turistične zgodovinske naprave, konstruirani in proizvedeni v skladu z bistvenimi zahtevami iz te uredbe. Glavni cilj Evropske Unije je zagotoviti končnim uporabnikom večjo varnost pri uporabi naprav.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le règlement (remplaçant une directive déjà existante) exigerait:

— l'intervention d'organismes notifiés dans la phase de production et de conception;

— de fournir une déclaration de conformité des sous-systèmes et des constituants de sécurité estampillés «CE»;

— une analyse de sécurité de tous les projets d'installations en cours est exigée conditionnant leur exploitation éventuelle.

Remarque: sont en revanche exclus du champ d'application du règlement les ascenseurs et d'autres matériels spécifiques.

Il est intéressant de noter qu'aucune exigence de sécurité supplémentaire n'est réclamée par les professionnels du secteur.

Un règlement n'est donc a priori pas utile puisque les normes en vigueur sont satisfaisantes et que le secteur européen d'activité est en bonne santé. Le marquage CE n'étant pas un marquage d'origine mais une contrainte supplémentaire de contrôle qualité exigée aux fabricants, il convient de refuser une surenchère normative qui pénalise de toutes les manières les acteurs du secteur.

Je vote contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelentéstevő támogatja a kötélpálya-létesítményekről szóló rendeletre irányuló javaslatot, amely az uniós harmonizációs jogszabály egyik példája. A javaslat a kötélpálya-létesítményekbe beépítendő részegységek és biztonsági alkatrészek forgalomba hozatali feltételeinek harmonizációját és az említett termékek Unión belüli szabad mozgásának biztosítását tűzi ki célul. Minden biztonsági alkatrészt és részegységet a rendeletben előírt alapvető követelményeknek megfelelően kell tervezni és gyártani. A rendelet a kötélpálya-létesítmények tekintetében azon alapvető követelmények teljes harmonizációját is előírja, amelyeknek meg kell felelniük. Támogattam a dokumentumot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour to maintain or improve the high level of consumer protection and ensure consistency of the regulations with the goods package.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una propuesta que también pretende actualizar la legislación existente en las instalaciones de transporte por cable de acuerdo con el nuevo marco legislativo de comercialización de los productos. Por ello considero necesario votar a favor de del informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor het omzetten van de richtlijn in een verordening. Dit zal immers de toepasselijke regelgeving vereenvoudigen en voor een uniforme toepassing in de gehele Europese Unie zorgen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Diretiva 2000/9/CE estabelecia regras para as instalações por cabo concebidas, construídas e exploradas tendo em vista o transporte de pessoas, limitando-se a estabelecer os requisitos essenciais aplicáveis a essas instalações.

As instalações por cabo definem-se como um sistema completo, implantado no local, constituído por uma infraestrutura e por subsistemas, concebido, construído, montado e posto em serviço com o objetivo de transportar pessoas e em que a tração é assegurada por cabos dispostos ao longo do percurso.

O regulamento estabelece regras sobre a disponibilidade no mercado e a livre circulação dos subsistemas e componentes de segurança para instalações por cabo e prevê regras aplicáveis à conceção, à construção e à entrada em serviço das novas instalações por cabo.

É fundamental que as instalações por cabo não ponham em risco a saúde e a segurança das pessoas ou os bens, sendo imperioso que estejam bem definidas regras em matéria de segurança e, por conseguinte, que as mesmas sejam respeitadas.

Por outro lado, revela-se igualmente essencial que as PME dos Estados-Membros que atuam neste setor, nomeadamente as fabricantes, possam receber os apoios necessários (técnicos e financeiros) para responder correta e atempadamente às mudanças introduzidas pelo regulamento.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Europaweite Sicherheitsstandards für Seilbahnen sind zu befürworten, um möglichen Unglücken vorzubeugen. Zudem wurde die VO in einigen Punkten entschärft, um Betreiber und Hersteller kleiner Liftanlagen nicht übermäßig zu belasten. Ich stimme diesem Bericht daher zu.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Seilbahnen habe ich abgelehnt.

Diese Verordnung gilt für Seilbahnen, Teilsysteme und Sicherheitsbauteile, die als neu auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht werden – entweder von einem in der Union niedergelassenen Hersteller produziert oder aus einem Drittland eingeführt.

Mit dem Vorhaben soll die bestehende Rechtslage an den neuen Regulierungsansatz angepasst werden, ohne den Regelungszugriff auszuweiten. Das ist nicht vollends gelungen.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind instalațiile pe cablu, care este un exemplu de armonizare a legislației Uniunii. Regulamentul adoptat de PE vizează armonizarea condițiilor pentru introducerea pe piață a subsistemelor și a componentelor de siguranță pentru instalațiile pe cablu și asigurarea liberei circulații a acestor produse în UE

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφώς*. – Είμαι μέλος της Επιτροπής Εσωτερικής Αγοράς και Προστασίας των Καταναλωτών, αρμόδιας επί της ουσίας για την παρούσα έκθεση. Ψήφισα υπέρ στην ψηφοφορία επί του τελικού της κείμενου, όπως έπραξαν στην μεγάλη τους πλειοψηφία οι συνάδελφοί μου από διάφορες πολιτικές ομάδες.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o Relatório sobre a proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho relativo às instalações por cabo, que substitui a Diretiva 2000/9/CE relativa às instalações por cabo para transporte de pessoas. Considero que esta Diretiva é um exemplo de total harmonização da legislação da União Europeia relativamente às condições de colocação no mercado de subsistemas e componentes de segurança para as instalações por cabo, assegurando não só a livre circulação destes produtos na União Europeia como também a segurança dos cidadãos europeus. Penso ainda ser importante o facto de a presente iniciativa estar em linha com o Ato para o Mercado Único, significando que todos os componentes de segurança e os subsistemas terão de ser concebidos e fabricados em conformidade com os requisitos essenciais previstos no regulamento, evitando-se os riscos de divergência na transposição do regulamento pelos Estados-Membros, o que poderia resultar em diferentes níveis de proteção da segurança e distorcer o mercado interno.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – É proposto que a Diretiva 2000/9/CE seja substituída por um regulamento.

A referida diretiva estabelecia regras para as instalações por cabo concebidas, construídas e exploradas tendo em vista o transporte de pessoas, limitando-se a estabelecer os requisitos essenciais aplicáveis a essas instalações.

O regulamento estabelece regras sobre a disponibilidade no mercado e a livre circulação dos subsistemas e componentes de segurança por instalações por cabo e prevê regras aplicáveis à conceção, à construção e à entrada em serviço das novas instalações por cabo.

É fundamental que as instalações por cabo não ponham em risco a saúde e a segurança das pessoas ou dos bens. Deste modo, é imperioso que estejam bem definidas regras em termos de segurança e, por conseguinte, que as mesmas sejam respeitadas.

Por outro lado, revela-se igualmente essencial que as PME dos Estados-Membros que atuam neste setor, nomeadamente as fabricantes, possam receber os apoios necessários (técnicos e financeiros) para responder, correta e atempadamente, às mudanças introduzidas pelo regulamento. Uma vez que tais alterações legislativas não deverão constituir uma forma encapotada de favorecer as maiores empresas do setor e, consequentemente, o aumento da concentração do poder de mercado, votámos a favor.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog uredbe prinaša sklop ukrepov, ki bodo harmonizirali pogoje za dajanje podsistemov in varnostnih elementov žičniških naprav na trg in zagotovili njihov prosti pretok v EU. Podpiram namen Uredbe, da žičniške naprave izpolnjujejo zahteve, ki jamčijo visoko raven zaščite zdravja in varnosti oseb, zato sem glasoval za predlog.

8.6. Einwände gegen den delegierten Rechtsakt über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen (B8-0044/2016)

Written explanations of vote

Tim Aker, Louise Bours, Jane Collins, William (The Earl of) Dartmouth, Mike Hookem, Diane James, Margot Parker and Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The Generalised Scheme of Preferences Plus (GSP+) is a trade scheme whereby the EU meddles in the internal politics of third countries by making tariff-free access to EU markets subject to implementation of international conventions – in areas including labour rights and related civil-society issues. According to the resolution's authors, Kyrgyzstan has failed to meet the (politicised) requirements necessary for GSP+ treatment. The Commission disagrees, having granted Kyrgyzstan eligibility for GSP+ in November 2015 following that country's own-initiative application. The resolution's authors call for repealing the Commission delegated act that would activate GSP+ treatment for Kyrgyzstan.

Though UKIP believe the EU should not force countries to change their sovereign laws in order to trade favourably with it, Kyrgyzstan made a choice on its own initiative to gain GSP+ treatment. On these grounds, UKIP MEPs voted to abstain.

Marina Albiol Guzmán, Javier Couso Permu, Paloma López Bermejo, Lidia Senra Rodríguez Y Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción al Reglamento Delegado de la Comisión por el que se aplica un sistema de preferencias arancelarias generalizadas a la República del Kirguistán, sistema conocido como SPG+, al oponerme al acto delegado por el que la Comisión Europea pretende modificar el Reglamento por un proceso acelerado. Teniendo en cuenta informes de la Comisión de Aplicación de Normas de la Organización Internacional del Trabajo, del Comité contra la Tortura, del Comité para la Eliminación de la Discriminación Racial y del Comité de los Derechos del Niño, la preocupante situación de los derechos humanos en estos ámbitos, así como las disposiciones discriminatorias también por orientación sexual en el país, me ratifican en la necesidad de que las disposiciones del acuerdo sean analizadas con detenimiento, ante las notables deficiencias detectadas en relación con varios convenios pertinentes del Reglamento SPG+. Convencida pues de que el respeto de los derechos humanos tiene que prevalecer frente a los intereses comerciales de la UE, he apoyado la propuesta de objeción al Reglamento Delegado.

Max Andersson, Peter Eriksson och Bodil Valero (Verts/ALE), skriftlig. – Vi är positiva till att i framtiden lägga till Kirgizistan i förteckningen över förmånsländer inom det allmänna preferenssystemet GSP+ med de tullförmåner detta innebär men EU borde väntat med beslutet. Det kirgiziska parlamentet väntas anta ett lagförslag mot homosexuell propaganda som strider mot internationell människorättslagstiftning. FN och ett flertal internationella organisationer riktar dessutom skarp kritik mot landet för att inte tillämpa antagna konventioner och brister bland annat vad gäller barns rättigheter, användandet av tortyr och behandling av människorättsförsvarare.

Vi anser att detta är ett missat tillfälle för EU och Europaparlamentet att påverka landet i riktning mot större öppenhet och respekt för mänskliga rättigheter och därför stödjer vi resolutionen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Il est hors de question de permettre à un acte délégué d'étendre le domaine des préférences commerciales généralisées, ce qui ne pourrait qu'aggraver la situation des entreprises européennes. J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – I object to the principle of delegated acts, but in this particular instance I felt that it would be unwise to oppose this act in case it were to damage Kyrgyzstan's trade with the European Union. I therefore reluctantly abstained on this vote.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už prieštaravimą deleguotajam aktui dėl bendrųjų muitų tarifų lengvatų sistemos. Komisijai suteiktas įgaliojimas nustatyti, kad prašančiajai šaliai būtų suteikta speciali darnaus vystymosi ir gero valdymo skatinamoji priemonė, įtraukiant tą šalį į BLS+ lengvatomis besinaudojančių šalių sąrašą. Paraišką pateikusi valstybė turi įvykdyti tam tikras sąlygas siekdama tapti šalimi, kuriai taikoma BLS+, ir šis statusas nėra suteikiamas automatiškai. Tarptautinės darbo organizacijos standartų taikymo komitetas savo ataskaitoje Kirgizijos Respubliką nurodė tarp šalių, kurios kompetentingoms institucijoms vis dar neįvykdė reikiamų sąlygų. Kirgizijos Respublikos vyriausybė nedalyvavo diskusijose dėl savo šalies susijusių įsipareigojimų vykdymo. Svarbiausi trūkumai: nelaisvėje laikomų asmenų nuolatinis ir paplitęs kankinimas bei netinkamas elgesys su jais, greitų, nešališkų ir išsamių tyrimų nuolatinis nevykdymas, negebėjimas visiems nelaisvėje laikomiems asmenims, ypač tiems, kuriems taikomas kardomasis kalinimas, suteikti visas pagrindines teises garantijas ir kt. Kadangi atitinkamų konvencijų stebėjimo įstaigos nustatė svarbius trūkumus, susijusius su tam tikromis BLS+ atitinkamomis konvencijomis, todėl pritariu prieštaravimui 2015 m. lapkričio 25 d. Komisijos deleguotajam reglamentui, kuriuo taikoma bendrųjų muitų tarifų lengvatų sistema.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – Cette résolution fait objection au règlement délégué du Conseil par lequel celui-ci octroyait un schéma de préférences tarifaires généralisées au Kirghizstan.

Le Parlement estime en effet que les violations des droits de l'homme au Kirghizstan font obstacle à l'octroi d'un tel statut préférentiel.

J'ai approuvé cette résolution.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – Oggi ho votato contro la proposta di risoluzione del Parlamento europeo sul regolamento delegato della Commissione, del 25 novembre 2015, che modifica l'allegato III del regolamento (UE) n. 978/2012 relativo all'applicazione di un sistema di preferenze tariffarie generalizzate. La proposta, avanzata dal gruppo GUE/NGL, pur evidenziando problemi reali che riguardano violazioni dei diritti umani, dei principi di uguaglianza e di non discriminazione da parte della Repubblica del Kirghizistan non rappresenta a mio parere una risposta efficace. Presentare un'obiezione ad un atto delegato della Commissione che ha lo scopo di istituire un regime speciale di incentivazione per lo sviluppo in Kirghizistan non aiuterebbe ad affrontare e superare le difficoltà del paese. La risposta dell'Unione non deve passare attraverso l'obiezione ma deve esplicitarsi in un costante impegno di natura politica verso l'affermazione dello Stato di diritto, per questo motivo non ho sostenuto la proposta di risoluzione.

Xabier Benito Ziluaga, Tania González Peñas, Lola Sánchez Caldentey Y Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de esta objeción porque nos parece contradictorio que se otorgue el estatus GSP+ a Kirguistán cuando informes de organizaciones internacionales de notable credibilidad han llamado la atención sobre violaciones de los derechos humanos en este país. El estatus GSP+ se otorga a países en desarrollo con la clara condición de que cumplan una serie de requisitos de buenas prácticas. En 2013 el Comité contra la Tortura alertó sobre el uso sistemático de la tortura en Kirguistán, fallas del imperio de la ley y abusos. La OIT, por su parte, clasificó en 2015 a Kirguistán entre los países con menor protección para los trabajadores.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de Resolución presentada por parte del Grupo GUE/NGL sobre el sistema de preferencias arancelarias generalizadas. La Comisión está haciendo un seguimiento exhaustivo de las mismas y no estoy de acuerdo con la objeción presentada.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai souhaité soutenir cette résolution de la GUE portant sur une objection à un acte délégué sur un schéma de préférences tarifaires généralisées.

Si, en effet, les raisons invoquées par ce groupe politique pour s'opposer à un tel acte délégué peuvent sembler bancales, relevant notamment de l'ingérence et d'un certain impérialisme culturel concernant la République kirghize, il est certain qu'il n'est pas opportun actuellement d'offrir à ce pays un régime de préférences tarifaires, notamment un abaissement, voire une suppression progressive des droits de douane visant ses exportations à destination de l'UE.

Outre le fait que le Kirghizstan ne respecte pas actuellement les conventions dites «pertinentes» prévues par le règlement (UE) n° 978/2012 pour devenir bénéficiaire du SPG+, je suis en règle générale opposée par principe à ce que soit étendu le domaine de préférences commerciales qui s'inscrit dans la logique d'un marché unique globalisé.

C'est pourquoi j'ai voté en faveur de cette résolution.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Da sempre mi sono opposta al sistema di preferenze tariffarie generalizzate in vigore nell'UE e questo non perché ritengo che questo strumento non sia utile, ma perché ritengo che dovrebbe essere calmiato e limitato a un numero inferiore e meglio selezionato di paesi beneficiari. Sono convinta che l'obiezione a questo atto delegato voluta dal gruppo GUE nei confronti del solo Kirghizistan sia di natura esclusivamente politica, per questo motivo mi sono espressa con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Sistema de Preferencias Generalizadas (SPG) es un instrumento comercial clave de la política comunitaria de ayuda al desarrollo, mediante el cual la Unión Europea proporciona un acceso preferencial al mercado comunitario de productos originarios de países y territorios en desarrollo mediante la exoneración total o parcial de los derechos arancelarios. Con este instrumento, la UE pretende contribuir a reducir la pobreza en los países en desarrollo, al tiempo que garantizar los derechos humanos fundamentales y promover el desarrollo sostenible. La inclusión de un país en el Sistema de Preferencias Generalizadas requiere una evaluación individual del cumplimiento de los requisitos exigidos en el Reglamento, incluyendo la ratificación de una serie de convenios internacionales, así como un seguimiento del cumplimiento de tales requisitos.

Kirguistán se beneficia en la actualidad del Sistema de Preferencias Generalizadas (SPG) pero, el 25 de noviembre de 2015, la Comisión decidió proponer la concesión de su acceso al SPG +, motivo por el cual he votado en contra de la propuesta de objeción a su concesión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavimo metu buvo atmesta ši rezoliucija, kurioje Europos Parlamentas nagrinėja Komisijos įgaliojimus, kad prašančiąjį šalį, šiuo atveju Kirgiziją, būtų suteikta speciali darnaus vystymosi ir gero valdymo skatinamoji priemonė, įtraukiant šią šalį į lengvatomis besinaudojančių šalių sąrašą. Europos Parlamentas pažymi, kad atitinkamų konvencijų stebėjimo įstaigos nustatė svarbius trūkumus, susijusius su tam tikromis atitinkamomis konvencijomis, ir mano, kad minėtieji trūkumai yra rimtas pažeidimas, trukdantis veiksmingai įgyvendinti atitinkamas konvencijas. Tiek komitetas prieš kankinimą, tiek Rasinės diskriminacijos panaikinimo komitetas, tiek Vaiko teisių komitetas – visi jie savo ataskaitose nurodė žmogaus teisių ir laisvių pažeidimus bei įvairius trūkumus.

Franco Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlaganega sklepa o nasprotovanju delegiranemu aktu o shemi splošnih tarifnih preferencialov nisem podprl, saj ne vidim razlogov za to oz. so me argumenti Komisije prepričali, da je sprejetje delegiranega akta upravičeno.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho deciso di votare contro questa obiezione all'atto delegato relativo a un sistema di preferenze tariffarie generalizzate perché ritengo che essa manchi, sostanzialmente, di fondamento.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – A acorda unei țări solicitante beneficiul regimului special de încurajare a dezvoltării durabile și al bunei guvernante, adăugând țara respectivă pe lista țărilor care beneficiază de SGP+, este un pas important în dezvoltarea acelei țări, fapt pentru care Uniunea dorește să se asigure că susține consolidarea unui sistem democratic și că toate măsurile ce decurg de aici se îndreaptă în direcția siguranței cetățenilor și respectării drepturilor lor fundamentale. Însă, în Republica Kârgâză, în urma evaluărilor mai multor organisme, printre care Comitetul contra torturii (CAT), Comitetul pentru eliminarea discriminării rasiale (CERD), Comitetul Organizației Internaționale a Muncii pentru aplicarea standardelor (CAS), Comitetul pentru drepturile copilului, a reieșit clar că această țară mai are de parcurs procese consistente pentru a demonstra că dorește îmbunătățirea vieții cetățenilor săi și consolidarea unui sistem de drept. Nicidecum nu poate fi acceptabilă prezența torturii, exploatarea copiilor, încălcării dreptului la apărare și discriminării etniilor minoritare. Prin urmare, am votat în favoarea acestui raport cu privire la formularea de obiecțiuni privind aplicarea unui sistem generalizat de preferințe tarifare în cazul Kârgâzstan.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione. La nostra delegazione si è sempre opposta al sistema di preferenze tariffarie generalizzate in vigore nell'UE (ed alla sua recente riforma), non certo perché non riteniamo che questo tipo di strumenti non siano utili e doverosi (dovrebbero facilitare il commercio di paesi poveri o meno sviluppati), ma perché riteniamo che dovrebbero essere limitati a un numero notevolmente inferiore di beneficiari. A godere del sistema SGP+, infatti, non sono solo paesi dalle condizioni economiche disagiate, ma pure realtà produttive che possono creare distorsioni del mercato con le loro esportazioni verso l'Europa (si pensi al tessile del Pakistan o al pescato delle Filippine, per esempio). Per queste ragioni, quindi, ci sembra strumentale un'obiezione nei confronti del Kirghizistan, uno Stato ex Sovietico dell'Asia centrale che sicuramente non rappresenta un problema in termini di potenziale concorrenza nei confronti del nostro sistema produttivo e che, guarda caso, sembra avvicinarsi politicamente alla Russia di Putin.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sul regolamento delegato della Commissione, del 25 novembre 2015, che modifica l'allegato III del regolamento (UE) n. 978/2012 relativo all'applicazione di un sistema di preferenze tariffarie generalizzate. La Commissione ha il potere di adottare atti delegati per concedere ad uno Stato richiedente di usufruire del regime speciale di incentivazione per lo sviluppo sostenibile e il buon governo, in virtù del quale non vengono applicati dazi all'importazione per oltre 6.000 linee tariffarie provenienti dalle nazioni beneficiarie.

Per ottenere tale regime, ogni paese deve soddisfare precise condizioni, poiché questo status non viene conferito automaticamente, ma richiede una valutazione caso per caso. In capo alla Repubblica del Kirghizistan, che ha richiesto la concessione di questi benefici, sono state rilevate numerose violazioni, come la pratica diffusa della tortura e dei maltrattamenti delle persone arrestate, il mancato svolgimento di indagini tempestive ed imparziali, e altre infrazioni ai principi di uguaglianza e di non discriminazione. Tali elementi inficiano gravemente l'attuazione effettiva delle pertinenti convenzioni di cui all'allegato VIII del regolamento citato e pertanto, al fine di comunicare alla Commissione che il regolamento delegato non può entrare in vigore, ho votato in favore del testo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this GUE/NGL resolution which objected to the inclusion of the Kyrgyz Republic in the EU's Generalised Scheme of Tariff Preferences.

GSP beneficiary countries benefit from tariff preferences under arrangements with the EU and the status is given to developing countries vulnerable due to a lack of diversification and insufficient integration with the international trading market. Countries can only benefit from GSP if they have signed up to and ratified core international conventions on human rights and labour rights.

Although the Kyrgyz Republic has done this on its face, the Committee Against Torture and International Labour Organisation have listed it as one of the countries most failing its obligations. There are numerous instances of human rights violations including legislation against the LGBT community, torture and ill treatment by the criminal justice system, deaths in custody and threats against human rights defenders.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo votato contro la richiesta di un sistema di preferenze tariffarie generalizzate nei confronti del Kirghizistan.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Ψηφίζουμε κατά της πρότασης ψηφίσματος, η οποία επισημαίνει ότι τα όργανα παρακολούθησης διαφόρων συμβάσεων που συνδέονται με το ΣΓΠ (Σύστημα Γενικευμένων Προτιμήσεων της ΕΕ) έχουν εντοπίσει εμφανείς καταπατήσεις από την Δημοκρατία της Κιργιζίας και θεωρεί ότι οι παραπάνω καταπατήσεις συνιστούν σοβαρή έλλειψη αποτελεσματικής τήρησης των οικείων συμβάσεων που περιλαμβάνονται στο παράρτημα VIII του κανονισμού περί ΣΓΠ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio dissenso poiché non ritengo sussistenti i presupposti formali e sostanziali del provvedimento.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro questa obiezione perché trovo che la Commissione abbia lavorato bene nel preparare questo atto e perché lo trovo coerente con il mandato legislativo ricevuto.

Ritengo che il messaggio politico inviato dal gruppo che ha sollevato questa obiezione sia ormai superato, e che si debba fare i conti con la realtà.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – The Generalised Scheme of Preferences Plus (GSP+) is a trade scheme whereby the EU meddles in the internal politics of third countries by making tariff-free access to EU markets subject to implementation of international conventions – in areas including labour rights and related civil-society issues. According to the resolution's authors, Kyrgyzstan has failed to meet the (politicised) requirements necessary for GSP+ treatment. The Commission disagrees, having granted Kyrgyzstan eligibility for GSP+ in November 2015 following that country's own-initiative application. The resolution's authors call for repealing the Commission delegated act that would activate GSP+ treatment for Kyrgyzstan.

Though UKIP believe the EU should not force countries to change their sovereign laws in order to trade favourably with it, Kyrgyzstan made a choice on its own initiative to gain GSP+ treatment. On these grounds, UKIP MEPs voted to abstain.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The EU may proceed to define and pursue common policies and actions in order to foster the sustainable economic, social and environmental development of developing countries, with the primary aim of eradicating poverty, thus I voted in favour.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The EU's 'Generalised Scheme of Preferences' (GSP) allows developing country exporters to pay less or no duties on their exports to the EU. This gives them vital access to EU markets and contributes to their economic growth. Standard/general GSP arrangement offers generous tariff reductions to developing countries, while the GSP+ enhanced preferences mean full removal of tariffs on essentially the same product categories as those covered by the general arrangement. In fact, these are granted to countries which ratify and implement core international conventions relating to human and labour rights, environment and good governance. The objection of the GUE group claims that monitoring bodies of the relevant conventions have detected some shortcomings in connection to a number of the GSP+-relevant conventions, and that these shortcomings constitute a failure to implement effectively the relevant conventions. In this specific case I am more in line with the original proposal of the Commission and thus voted for the delegated regulation to enter into force.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I voted against this objection, which takes no account of the positive steps taken by Kyrgyzstan to improve their human rights record including efforts to guarantee the independence of judges and the direct applicability of international treaties (including the Convention on Torture) before the courts. GSP+ is a very important tool in further motivating Kyrgyzstan to continue reforms. Indeed, it is the very objective of GSP+ to help poor and vulnerable countries like Kyrgyzstan to improve their record in implementation of international conventions, despite strenuous economic conditions. So I feel it is counter-productive to exclude Kyrgyzstan from GSP+.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La République kirghize continue de violer de nombreuses conventions internationales, pratique la torture, ne permet pas aux détenus de bénéficier d'un avocat et laisse s'installer des conflits ethniques en son sein. Il n'y a donc aucune raison d'accorder à ce pays une exonération des droits de douane avec l'Union européenne, grâce au schéma SPG+, pour des raisons de «bonne gouvernance».

Étant attachée au respect du droit international, et notamment des conventions, j'ai voté pour cette objection.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „против“ възражението срещу делегирания акт относно схемата за общи тарифни преференции за Киргизстан, тъй като смятам, че не са взети предвид напредъкът и развитието в кавказката република. Напротив, смятам, че тя трябва да остане част от споразумението за устойчиво развитие и добро управление, тъй като ще се отрази благоприятно за бъдещото ѝ развитие и по-специално за изпълнението на международните конвенции, въпреки трудните икономически условия.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Σύμφωνα με την πρόταση ψηφίσματος, η κυβέρνηση της Δημοκρατίας της Κιργιζίας δεν τήρησε τις υποχρεώσεις της όσον αφορά τα πρότυπα για την ένταξή της ως δικαιούχος χώρα του ΣΓΠ+ αλλά αντίθετως προέβη σε καταπατήσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων και σε ενέργειες που συνιστούν διακρίσεις, δημιουργούν ανισότητες και επιφέρουν φήμωση της ελευθερίας της έκφρασης. Επισημαίνεται εξάλλου στην Επιτροπή ότι ο κατ' εξουσιοδότηση κανονισμός για την τροποποίηση του Παραρτήματος III του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 978/2012 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την εφαρμογή συστήματος γενικευμένων δασμολογικών προτιμήσεων δεν μπορεί να τεθεί σε ισχύ.

Είμαστε υπέρ της κατάργησης της συμφωνίας ΕΕ-Κιργιζίας αλλά εκτιμούμε ότι η συγκεκριμένη πρόταση ψηφίσματος εξυπηρετεί άλλα συμφέροντα και αποτελεί εκδήλωση της ήδη υφιστάμενης έλλειψης δημοκρατίας στην ΕΕ. Θεωρούμε επιπλέον ότι η Επιτροπή, με το πρόσχημα της υπεράσπισης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, επιδιώκει να ασκήσει εξωτερική πολιτική αντίθετη με τα συμφέροντα των Ευρωπαίων πολιτών.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O SPG é constituído por um regime geral e por dois regimes especiais, incluindo o regime especial de incentivo ao desenvolvimento sustentável e à boa governação (SPG+), segundo os quais não serão cobrados quaisquer direitos sobre a importação de mais de 6 000 posições pautais dos países beneficiários. O Parlamento da República do Quirguistão ignorou a Resolução do Parlamento Europeu, de 15 de janeiro de 2015, e propôs um projeto de legislação que viola o princípio de que a orientação sexual e a identidade de género são questões pertencentes à esfera do direito individual à privacidade, tal como garantido pela legislação internacional sobre direitos humanos, nos termos da qual a igualdade e a não discriminação devem ser protegidas e a liberdade de expressão deve ser garantida. Por isso, concordo que o Regulamento Delegado não pode entrar em vigor.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – É conhecida a situação de instabilidade política que tem sido vivida no Quirgizistão na última década, as dificuldades e as contradições que daí resultam. Independentemente do desconhecimento em concreto de notícias que confirmem a atualidade e o rigor do relato expresso nesta objeção, são conhecidas as pressões e a ingerência que têm sido desenvolvidas pelo Ocidente nesta antiga república soviética, resultante do jogo geopolítico de controlo daquela região e das ambições imperiais que lhe subjazem. Pressões que se amplificaram recentemente pelo processo de adesão daquele país à União Económica Euro-Asiática – uma decisão soberana que deve ser respeitada. Neste contexto, não acompanhamos a posição de apelo à imposição de sanções.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Είμαστε υπέρ της κατάργησης της συμφωνίας ΕΕ-Κιργιζίας διότι η συγκεκριμένη πρόταση ψηφίσματος εξυπηρετεί άλλα συμφέροντα και αποτελεί άλλη μια ένδειξη της ήδη υπάρχουσας έλλειψης δημοκρατίας στην ΕΕ. Επιπλέον, η Επιτροπή επιδιώκει, με την πρόφαση της υπεράσπισης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, να ασκήσει εξωτερική πολιτική αντίθετη προς τα συμφέροντα των ευρωπαίων πολιτών.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A C(2015)08213 felhatalmazáson alapuló bizottsági rendelet és az Európai Unió működéséről szóló szerződés 290. cikke alapján megállapítom, hogy a vonatkozó egyezmények ellenőrző szervei kiemelkedő hiányosságokat állapítottak meg a GSP+ rendszer vonatkozó egyezményei tekintetében, és úgy vélem, hogy a fent említett hiányosságok komoly hiányosságot jelentenek a GSP-rendelet VIII. mellékletében felsorolt vonatkozó egyezmények tényleges végrehajtása tekintetében. Továbbá kifogásolom az általános tarifális preferenciák rendszerének alkalmazásáról szóló 978/2012/EU rendelet III. mellékletét módosító 2015. november 25-i felhatalmazáson alapuló bizottsági rendeletet (C(2013)9133).

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato contro l'obiezione presentata dal gruppo della GUE sul regolamento delegato della Commissione, del 25 novembre 2015, che modifica l'allegato III del regolamento (UE) n. 978/2012 del Parlamento europeo e del Consiglio relativo all'applicazione di un sistema di preferenze tariffarie generalizzate (SPG) perché ritengo importante aprire un rapporto negoziale e commerciale con la Repubblica del Kirghizistan. Condivido la posizione del Gruppo S-D nel rigettare l'obiezione all'applicazione delle preferenze tariffarie, perché considero che dei buoni rapporti commerciali, e in generale la politica commerciale, siano uno strumento importante anche per elevare i diritti e spingere le autorità locali verso un percorso di apertura e riconoscimento dei diritti dei cittadini di quel paese. Con questo voto non intendiamo abbassare la guardia rispetto alle problematiche presenti nel paese, ma intendiamo lanciare un messaggio distensivo che possa portare la Commissione ad affrontare tali tematiche nell'ambito dei rapporti commerciali tra UE e Kirghizistan.

Arne Gericke (ECR), schriftlich. – Ich habe gegen den Entschließungsantrag der GUE/NGL zu „Einwänden gegen den delegierten Rechtsakt über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen“ gestimmt, da dieser Text zahlreiche irreführende oder fehlerhafte Forderungen und Folgerungen enthält. Das ändert nichts an der Tatsache, dass ich das Instrument der „delegierten Rechtsakte“ als Europaabgeordneter und Bürgervertreter weiter für einen großen Fehler meiner Vorgänger im Europäischen Parlament halte. Hier haben einst Abgeordnete blind einen Weg geebnet, der die Kraft der heutigen Abgeordneten gegenüber der EU-Kommission unnötig schwächt.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), skriftlig. – Vi ifrågasätter inte resolutionens beskrivning av situationen för de mänskliga rättigheterna i Kirgizistan. Vi vill dock inte bestrida den berörda delegerade akten eftersom de tullförmåner Kirgizistan får ta del av genom det allmänna preferenssystemet förhoppningsvis kan verka som ett incitament för landet att genomföra positiva förändringar. Vi anser att kommissionen nu har ett mycket stort ansvar att noggrant följa utvecklingen i Kirgizistan, bl.a. genom sitt övervakningsorgan, för att säkerställa att landet fullt ut ratificerar och tillämpar samtliga relevanta konventioner gällande mänskliga rättigheter, arbetstagares rättigheter, miljöskydd och gott styre.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Η ΕΕ έχει παραχωρήσει εμπορικές προτιμήσεις σε αναπτυσσόμενες χώρες μέσω του Συστήματος Γενικευμένων Δασμολογικών Προτιμήσεων (ΣΓΔΠ) από το 1971. Το ΣΓΔΠ στηρίζει τις χώρες αυτές στην προσπάθεια τους να αναλάβουν ειδικά βάρη και ευθύνες που πηγάζουν από την επικύρωση 27 διεθνών συμβάσεων για τα ανθρώπινα και εργατικά δικαιώματα, την προστασία του περιβάλλοντος και την καλή διακυβέρνηση καθώς και από την αποτελεσματική εφαρμογή αυτών των συμβάσεων. Το Κιργιστάν έχει κάνει αίτηση για το ΣΓΔΠ. Η Επιτροπή έχει εξετάσει την αίτηση και έχει αποφασίσει πως το Κιργιστάν πληροί τα απαραίτητα κριτήρια. Η γνώμη μας είναι πως υπάρχουν σοβαρές αντιφάσεις και αστοχίες στην εφαρμογή των συμβάσεων από το Κιργιστάν, και αυτό το αναγνωρίζει και η έκθεση της Επιτροπής.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I voted against the resolution objecting to the decision to grant GSP+ status to Kyrgyzstan. Kyrgyzstan's application gives an encouraging sign of the progress the country is making and by engaging in GSP+, we can push for further progress by the Kyrgyzstani Government. As one of the poorest countries in the region the government faces significant challenges while at the same time trying to introduce reforms and GSP+ status can go towards helping combating this widespread poverty through investment and reform. Regarding the draft law on sexual orientation, this of course is a matter of concern but the key point is that it remains a draft at the moment and it would be disproportionate to base a criterion for a serious failure on a law which does not exist. I believe that it will be through the granting of GSP+ that we can better monitor and address the issue and hopefully prevent its adoption as part of GSP+ dialogue.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to vote against this report as the parliament of the Kyrgyz Republic has ignored the European Parliament's resolution of 15 January 2015 on the country's homosexual propaganda bill, and moved the bill forward to pass its second reading. This draft legislation violates the important principle that sexual orientation and gender identity are matters falling within the sphere of the individual right to privacy, as guaranteed by international human rights law, according to which equality and non-discrimination are to be protected and freedom of expression is to be guaranteed.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted against this motion for a resolution on generalised tariff preferences taking into consideration that the Kyrgyz Republic has ignored the European Parliament's resolution of 15 January 2015 on the country's homosexual propaganda bill.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam protiv rezolucije o Delegiranoj uredbi Komisije od 25. studenoga 2015. o izmjeni Priloga III. Uredbi (EU) br. 978/2012 Parlamenta i Vijeća o primjeni sustava općih carinskih povlastica jer je to prijedlog rezolucije političke grupacije koja očito nije imala nikakve šanse dobiti podršku Parlamenta, te sam stoga odlučio slijediti stav ALDE grupe i glasao sam protiv rezolucije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection puisqu'il est impensable de permettre à un acte délégué d'étendre le domaine des préférences commerciales généralisées, ce qui ne pourrait qu'aggraver la situation des entreprises européennes.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution de la Gauche unitaire européenne sur l'objection à un acte délégué sur un schéma de préférences tarifaires généralisées pour le Kirghizstan. Cette objection visait à rejeter les préférences tarifaires accordées au Kirghizstan. Les motifs données par la GUE ne justifiaient pas à mes yeux la totale remise en cause de cet acte délégué de l'Union européenne.

Cette objection a été rejetée, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den Vorschlag. Er greift unverhältnismäßig in das innerstaatliche Gefüge und Rechtssystem Kirgisistans ein.

Ska Keller, *schriftlich, im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Wieder einmal wurden wir von der Kommission ohne vorherige Auseinandersetzung über Kriterien und Konsequenzen mit einer Bitte um stillschweigende Zustimmung konfrontiert. Ohne die heute abgestimmte Resolution, die sich gegen die Vergabe von GSP+ ausspricht, würde Kirgisistan nach einer automatischen Frist sang- und klanglos in dessen Genuss kommen. Dieses Regime sieht für Exporte in die EU erhebliche Zollerleichterungen im Gegenzug für Ratifizierung und Implementierung von 27 Konventionen zu Arbeitsrechten und Umweltfragen vor.

Internationale Menschenrechtsorganisationen haben erhebliche Zweifel an der Umsetzung dieser Konventionen. Zivilgesellschaftliche Organisationen im Land beklagen, nie konsultiert worden zu sein.

Innerhalb der zentralasiatischen Ländergruppe sticht Kirgisistan positiv heraus als Land mit Mehrparteiensystem und Wahlen. Außenpolitisch schloss das Land ein wichtiges Wassermanagementabkommen mit Kasachstan und vermied so auf diplomatischem Weg Konflikte in der Region. Zweifellos ist der Weg vom sowjetischen Teilstaat zur funktionierenden Demokratie lang. Es bleibt noch viel zu tun. Seit einer EP-Dringlichkeitsresolution zu Kirgisistan im Januar 2015 wurden die ausgesprochenen Empfehlungen dort in den Wind geschrieben.

Wenn die Kommission das EP ernst nimmt, sollte sie die Abgeordneten in heiklen Fällen vor weitreichenden Entscheidungen konsultieren. GD TRADE bewies oft genug, zu Menschenrechtsfragen weder Ahnung noch Strategie zu haben. Diese aber sollten vor jeder Handelsvereinbarung mit dem EP besprochen werden. Daher heute das Ja der Grünen/EFA-Fraktion zur Zurückweisung des Kommissionsvorschlags.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution concernant l'objection à un acte délégué sur un schéma de préférences tarifaires généralisées. Ce texte énumère un nombre d'atteintes aux droits fondamentaux au Kirghizstan. Je ne vois pas pourquoi on accorderait à ce pays le bénéfice du régime spécial d'encouragement en faveur du développement durable et de la bonne gouvernance, ce qui consiste à exonérer de droits de douane certaines importations depuis ce pays.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti námítce, abych udržel volný obchod s Kyrgyzstánem, na který by nemělo mít vliv odlišné vnímání politiky vůči menšinám. Veškerá omezování obchodu mají vždy opačný efekt a vedou k utužení politiky místních vlád.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Carinske povlastice predviđene su posebnim dogovorom o poticajima za održivi razvoj i dobro upravljanje pod uvjetom da je ratificirala sve potrebne konvencije i da se u najnovijim raspoloživim zaključcima nadzornih tijela ne navode ozbiljni propusti u učinkovitom provođenju bilo kojih od tih konvencija. S obzirom da su nadzorna tijela odgovarajućih konvencija otkrila bitne propuste u čitavim nizom konvencija koje su relevantne za OPS+ te da navedeni problemi predstavljaju ozbiljan propust u učinkovitoj provedbi odgovarajućih konvencija iz Priloga VIII. Uredbi o OPS-u.

Podržala sam prigovor jer se za stjecanje carinskih povlastica treba izvršiti procjena za svaki pojedinačni slučaj kako bi se zadovoljili svi potrebni uvjeti zbog činjenice da se carinske povlastice ne dodjeljuju automatski.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Eiropas Savienībai attiecībās ar attīstības valstīm nereti darbojas t. s. vispārējo tarifa preferenču sistēma, kuras ietvaros šādu partnervalstu eksportētājiem ir iespēja maksāt mazākus tarifus par ES iekšienē eksportētām precēm vai vispār tos nemaksāt. Pašlaik šajā jomā darbojas Regula (ES) Nr. 978/2012, kuru tomēr pagājušā gada 25. novembrī Komisija grozīja ar Deleģēto regulu (ES) Nr. C(2015)8213.

Šis balsojums lielā mērā notika tāpēc, ka Kirgizstāna, kas pieteicās VPS+ sistēmas piemērošanai tās eksportētājiem, joprojām neveica izmaiņas savā iekšpolitiskajā līnijā cilvēktiesību, starpkopienu attiecību, darba likumdošanas un citos gadījumos. Tā vēsturiski sanāca, ka ES ārpolitika, t. sk. tirdzniecības politika, bieži ir atkarīga no vērtību ņemšanas vērā. Un šeit problēma ir tāda, ka Kirgizstānas varas iestāžu jau diezgan ilglaicīga rīcība lielā mērā nekorelē ar šīm vērtībām, kaut gan dažus gadus iepriekš noteikti bija jūtams progress. Līdz ar to, kamēr situācija nemainīsies, nav īsti pieļaujams nedz iekļaut Kirgizstānu VPS+ valstu sarakstā, nedz arī apstiprināt augstāk minēto Komisijas deleģēto regulu.

Ir viennozīmīgi nepieciešams sniegt atbalstu mūsu partnervalstīm, bet tikai tad, kad notiek arī zināmā mērā aktīva kustība pretī.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό της Επιτροπής, της 25ης Νοεμβρίου 2015, για την τροποποίηση του Παραρτήματος III του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 978/2012 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την εφαρμογή συστήματος γενικευμένων δασμολογικών προτιμήσεων. διότι εκτιμώ ότι πρόκειται για μία πλήρη και τεκμηριωμένη πρόταση.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. L'Union européenne peut accorder à un pays demandeur le bénéfice d'un régime spécial tarifaire si ce demandeur respecte le développement durable et la bonne gouvernance SPG+ (régime spécial des préférences généralisées). Ce régime permet, entre autres, d'être exonéré de droits de douanes sur 6 000 lignes tarifaires. Les conditions pour être SPG+ sont de favoriser le développement durable, de protéger les droits de l'homme et la démocratie.

Or, la République kirghize est coupable de graves manquements: elle pratique toujours la torture, les conflits ethniques y sont monnaie courante, les accusés sont toujours dans l'impossibilité d'avoir un avocat, etc. Dans ces conditions, on ne peut pas prétendre que la République kirghize a une «bonne gouvernance», et il est normal de l'exclure de ce schéma.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La Commission propose d'octroyer un nouveau statut au Kirghizstan lui permettant des exonérations de droit de douane, et ce, par le biais d'un acte délégué dans lequel ni le Parlement ni le Conseil n'ont leur mot à dire. Cette résolution à l'initiative de mon groupe conteste la validité de l'acte. Les actes délégués sont censés porter sur des «éléments non essentiels d'actes législatifs», mais sont régulièrement le moyen pour la Commission de passer en force.

Ce nouveau statut accordé au Kirghizstan n'est pourtant pas anodin. Il est en théorie concédé aux pays sur la base de leur bon respect des conventions internationales clefs en matière de droits de l'homme. Or, le Kirghizstan les bafoue régulièrement: usage de la torture par les forces de répression, système juridique corrompu, liberté d'expression malmenée comme l'ont démontré encore récemment les différents organismes internationaux de suivi.

Sur le fond politique comme sur la forme utilisée, cet acte de la Commission est un énième symbole des droits de l'homme à géométrie variable défendus par la Commission et aussitôt remisés au placard quand ils ne permettent pas d'étendre la zone de libre-échange de l'Union. L'intention antirusse de cette nouvelle tentative d'annexion ne peut m'échapper. Je soutiens cette initiative qui le dénonce

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un acte délégué visant à étendre le domaine des préférences commerciales, ce qui ne pourrait qu'aggraver la situation des entreprises européennes.

J'ai donc voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei contra a proposta de resolução que formula objeções ao ato delegado relativo a um sistema de preferências pautais generalizadas.

Considero que existem condições para a aprovação do ato delegado no âmbito do artigo 290º do TFUE.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Európska únia už dlhé roky podporuje rozvojové krajiny udeľovaním obchodných preferencií prostredníctvom systému všeobecných colných preferencií. Táto podpora nie je automatická, ale podmienená splnením určitých podmienok, a preto sa vyžaduje, aby krajina, ktorá sa uchádza o status zvýhodnenej krajiny podľa systému všeobecných colných preferencií, svojím konaním plnila určené podmienky. V prípade, že krajina tieto podmienky neplní, nemôže byť zaradená do zoznamu zvýhodnených krajín. Výbor Medzinárodnej organizácie práce na vykonávanie noriem MOP, Výbor proti mučeniu, Výbor pre odstránenie rasovej diskriminácie, ako aj Výbor pre práva dieťaťa potvrdili závažné porušenia noriem a podmienok stanovených Európskou úniou zo strany Kirgizskej republiky. Z tohto dôvodu súhlasím, aby uznesenie bolo postúpené Komisii a aby jej bolo oznámené, že delegované nariadenie nemôže nadobudnúť účinnosť.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted against the resolution on the objection to the delegated act on a scheme of generalised tariff preferences because I do not oppose the delegated act, as no major serious and systematic failures have been found in the Kyrgyz application. In this case the GSP+ instrument can be used as an incentive to bring about further positive changes in the Kyrgyz Republic.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A GUE/NGL képviselőcsoport állásfoglalásra irányuló indítványt nyújtott be az általános tarifális preferenciák rendszerének alkalmazásáról szóló 978/2012/EU európai parlamenti és tanácsi rendelet III. mellékletét módosító 2015. november 25-i felhatalmazáson alapuló bizottsági rendeletre vonatkozóan. Az indítvány megállapítani javasolja, hogy a Kirgiz Köztársaságban számos emberi jogi kérdésben súlyos hiányosságok állapíthatóak meg, így az ország nem felel meg azoknak a 978/2012/EU rendelet 9. cikkének (1) bekezdésében meghatározott feltételeknek, melyeket a kérelmező országoknak teljesíteniük kell ahhoz, hogy a GSP+ rendszer kedvezményezettjeivé váljanak. Az indítvány ezért azt javasolja, hogy az Európai Parlament emeljen kifogást a C(2013)9133 számú, az általános tarifális preferenciák rendszerének alkalmazásáról szóló 978/2012/EU rendelet III. mellékletét módosító 2015. november 25-i felhatalmazáson alapuló bizottsági rendelettel szemben, és így az ne lépessen hatályba. A tervezet elfogadását támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Ao abrigo do art. 10.º, n.º 4, do Regulamento (UE) n.º 978/2012, a Comissão pode adotar atos delegados para estabelecer ou alterar o Anexo III, a fim de conceder ao país requerente o regime especial de incentivo ao desenvolvimento sustentável e à boa governação (SPG+), mediante o aditamento desse país à lista de países beneficiários do SPG+.

O SPG é composto por um regime geral e por dois regimes especiais, incluindo o SPG+ em que, de acordo com este último, não serão cobrados quaisquer direitos sobre a importação de mais de 6 000 posições pautais dos países beneficiários.

Atendendo a que foram detetadas deficiências importantes relativas a várias convenções pertinentes relativas ao regime SPG+, defendo que o(s) país(es) beneficiário(os) devem assumir um compromisso vinculativo, no sentido de manter a ratificação das convenções incluídas na lista do respetivo Anexo VIII e de assegurar a sua aplicação efetiva.

Considerando as deficiências apontadas como falhas graves na aplicação efetiva das convenções pertinentes, defendo que o Regulamento Delegado deve ser alterado.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La République kirghize viole de nombreuses conventions internationales, continue notamment la pratique de la torture, laisse s'installer des conflits ethniques. Il n'y aurait aucun sens à lui faire bénéficier, pour raison de «bonne gouvernance» de droits de douane nuls avec l'Union, grâce au schéma SPG+. Je vote donc en faveur de cette résolution.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre l'objection de la GUE au schéma de préférences tarifaires généralisées pour le Kirghizstan, celle-ci encourageant la déstabilisation en préférant l'usage de sanctions. La stabilisation politique devrait davantage être encouragée par le soutien de l'Union à l'économie kirghize.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la risoluzione relativa al regolamento sull'applicazione di un sistema di preferenze tariffarie generalizzate poiché non ritengo sussistenti i presupposti formali e sostanziali del provvedimento.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted against this motion taking into consideration that the Parliament of the Kyrgyz Republic has ignored the resolution on 15 January 2015 with regard to the individual right to privacy, as guaranteed by international human rights law.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, întrucât cunosc prevederile și beneficiile programului SGP+, dar și problemele Republicii Kârgâze în materie de respectare a drepturilor omului. Consider că Uniunea Europeană trebuie să răspundă cu o singură voce acestei probleme, acesta fiind unul dintre cele mai importante fundamente ale UE. Așa cum afirmă și documentul adoptat astăzi, organismele de supraveghere ale convențiilor relevante au depistat, în cadrul Republicii Kârgâze, deficiențe importante în ceea ce privește respectarea obligațiilor înscrise în convenția SGP+ și consider că deficiențele menționate trebuie luate în calcul în vederea implementării efective a programului.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'objection à l'acte délégué concernant l'octroi du schéma de préférences tarifaires généralisées au Kirghizstan, au vu du non-respect par ce pays de plusieurs conventions de l'Organisation mondiale du travail, du Comité contre la torture ou encore de la convention relative aux droits de l'enfant. La Commission devrait tenir compte de ces éléments et ne pas inclure le Kirghizstan dans sa liste de pays ayant des tarifs préférentiels.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud vastuväite esitamist. Kõrgõzstani tuleb veenda edasi liikuma reformidega, et parandada nii sealset majanduskeskkonda kui ka inimõiguste olukorda, tariifsete soodustuste kava jõusse jätmise võiks motiveerida neid edasi liikuma.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il sistema delle preferenze generalizzate (SPG) è diretto ad aiutare i PVS tramite agevolazioni alle loro esportazioni allo scopo di renderli partner a pieno titolo nel commercio internazionale. In virtù di quanto ho appreso dalla lettura dell'obiezione, non credo che l'appoggio alla stessa sia la strada migliore da percorrere e non intendo fornire il mio sostegno. Pertanto, voto negativamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Pozivam Kirgistan na poštivanje ljudskih prava i vrijednosti, te se zalažem za veću gospodarsku razmjenu između Kirgistana i Europske unije. Takva suradnja dovela bi do stvaranja boljih veza tj. doprinijela bi daljnjem jačanju demokracije i ljudskih prava u toj državi. Vjerujem kako bi ukidanje općih carinskih povlastica dovelo do štetnih posljedica za Kirgistan i njegove stanovnike, stoga smatram kako je od iznimne važnosti produbiti trgovinske odnose s tom zemljom u cilju poboljšavanja svakodnevnih života njegovih građana. Daljnjim sankcijama mogla bi se narušiti bilo kakva mogućnost napretka u odnosima Kirgistana i Europske unije, što bi dovelo do negativnih posljedica za sve sudionike. Napredak Kirgistana tj. napor koji ulaže u jačanje sloboda treba pozdraviti i pomoći im u njihovom daljnjem naporu, kako bi što prije došlo do još većih promjena u demokraciji i zaštiti ljudskih prava. Zbog svih negativnih posljedica do kojih bi dovelo ukidanje općih carinskih povlastica ne podržavam ovu rezoluciju tj. priговор na delegirani akt o sustavu općih carinskih povlastica.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Sur le fond, je soutiens cette objection à l'acte délégué sur un schéma de préférences tarifaires généralisées, malgré quelques réticences par rapport aux formulations choisies. Je vote donc pour.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Uzimajući u obzir situaciju u Kirgistanu, podržavam rezoluciju o ovim uredbama koje se tiču primjene sustava općih carinskih povlastica. Prema izvješćima različitih odbora stanje ljudskih prava u Kirgiskoj Republici je zabrinjavajuće, a Vlada Kirgiske Republike nije ispunila svoje obveze prema UN-u i drugim međunarodnim organizacijama i odborima u pogledu izvještaja o zadovoljenju pojedinih normi, a što je preduvjet potreban kako bi država postala korisnica sustava općih carinskih povlastica. Konkretno, govorimo o izvješćima koja upozoravaju na rasprostranjenosti prakse mučenja, izostanka osnovne pravne zaštite, političke i policijske represije, etničke diskriminacije, te raširene pojave najtežih oblika kršenja prava djece poput spolnog iskorištavanja, otmice maloljetnica, fizičkog zlostavljanja, itd. Alarmantan je i kirgiski prijedlog zakona o homoseksualnoj propagandi koje narušava pravo pojedinca na privatnost, kao i slobodu izražavanja. Europska unija mora promicati dobru vladavinu, ljudska prava i demokratska načela i inzistirati na poštivanju ovih vrijednosti u odnosima s trećim zemljama i partnerima.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai rejeté l'objection formulée par la GUE à l'octroi du GSP au Kirghizistan. Ce pays, qui souffre de difficultés économiques et politiques, doit voir son économie survivre à certaines pressions extérieures. Je soutiens donc l'idée d'aider temporairement et modestement un pays qui ne doit pas s'enfoncer dans une potentielle instabilité.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* – El Sistema de Preferencias Generalizadas (SPG) es un instrumento comercial clave de la política comunitaria de ayuda al desarrollo, mediante el cual la Unión Europea proporciona un acceso preferencial al mercado comunitario de productos originarios de países y territorios en desarrollo mediante la exoneración total o parcial de los derechos arancelarios. Con este instrumento, la UE pretende contribuir a reducir la pobreza en los países en desarrollo, al tiempo que garantizar los derechos humanos fundamentales y promover el desarrollo sostenible. La inclusión de un país en el Sistema de Preferencias Generalizadas requiere una evaluación individual del cumplimiento de los requisitos exigidos en el Reglamento, incluyendo la ratificación de una serie de convenios internacionales, así como un seguimiento del cumplimiento de tales requisitos.

Kirgistan se beneficia en la actualidad del Sistema de Preferencias Generalizadas (SPG) pero, el 25 de noviembre de 2015, la Comisión decidió proponer la concesión de su acceso al SPG +, motivo por el cual he votado en contra de la propuesta de objeción a su concesión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit.* – Hier, nous nous sommes prononcés sur une motion d'objection à un règlement délégué adopté par la Commission européenne fin 2015 concernant le statut préférentiel SPG+ octroyé au Kirghizistan dans le cadre du système de préférences commerciales généralisées (SPG) de l'Union. Cette motion d'objection a été déposée pour alerter de la détérioration de la situation des droits de l'homme au Kirghizistan telle que rapportée par de nombreuses ONG.

Il est à noter que le SPG + est un système de préférences tarifaires octroyées par les États membres de l'Union aux pays en développement qui font preuve d'efforts en matière de bonne gouvernance (mise en œuvre de conventions internationales sur les droits de l'homme, les droits du travail et le développement durable). Or, un dernier rapport de la Commission sur le Kirghizistan énumère des cas graves de torture systématique en garde à vue dans le pays et il dénonce des négligences sur les droits des femmes et des enfants et des discriminations contre les Ouzbeks.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O SPG é constituído por um regime geral e por dois regimes especiais, incluindo o regime especial de incentivo ao desenvolvimento sustentável e à boa governação (SPG+), segundo os quais não serão cobrados quaisquer direitos sobre a importação de mais de 6 000 posições pautais dos países beneficiários.

O Quirguistão, segundo o relatório, para tornar-se um país beneficiário do SPG+, tem que preencher um conjunto de requisitos, designadamente, a ratificação de todas as 28 Convenções constantes da lista do respetivo Anexo VIII do Regulamento (UE) n.º 978/2012.

As reservas e deficiências elencadas neste relatório de objeção carecem de alguma sustentação fáctica, pelo que, e com base no princípio da «mudança pela aproximação», considero que a entrada deste país no SPG+ representará para a União uma forma adicional de pressão, de controlo e de monitorização da implementação das 28 Convenções respeitantes aos Direitos Humanos, Direitos Laborais e Preservação Ambiental. Esta pressão objetiva não existiria, caso este país estivesse fora deste sistema, pelo que o cumprimento efetivo das 28 Convenções será o verdadeiro teste à sua permanência no sistema preferencial.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report as I do not wish to see the EU in charge of British Trade relations, but at the same time I do want Britain to have trade relations with other nations.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted against this motion because, while I do sympathise with the need to highlight the abuses in Kyrgyzstan, I do not believe that the problems flagged up in the file are going to be addressed by withdrawing this delegated act.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovi statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Uznesením Európskeho parlamentu o delegovanom nariadení Komisie z 25. novembra 2015, ktorým sa mení príloha III k nariadeniu Európskeho parlamentu a Rady, ktorým sa uplatňuje systém všeobecných colných preferencií, sme splnomocnili Komisiu prijať delegované akty s cieľom stanoviť alebo zmeniť prílohu III, a tým udeliť žiadajúcej krajine osobitné stimulačné opatrenia pre trvalo udržateľný rozvoj a dobrú správu vecí verejných zaradením tejto krajiny do zoznamu zvýhodnených krajín podľa systému všeobecných colných preferencií. Vzhľadom na to, že orgány monitorujúce príslušné dohovory zistili v Kirgizsku výrazné nedostatky v súvislosti s radom dohovorov týkajúcich sa všeobecných colných preferencií a uvedené nedostatky predstavujú závažné zlyhania, EP požadoval vysloviť námietku voči delegovanému aktu Komisie z 25. novembra 2015, ktorým sa mení príloha III k nariadeniu č. 978/2012, ktorým sa uplatňuje systém všeobecných colných preferencií.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Systém všeobecných colných preferencií zvýhodňuje niektoré štáty pri prístupe na trh Európskej únie. Status krajiny sa neudeluje automaticky, ale po splnení stanovených podmienok. Keďže bolo zistené, že Kirgizská republika nespĺnila podmienky a boli zistené vážne nedostatky v oblasti obmedzovania ľudských práv, princípov právneho štátu, diskriminácie menšín, zneužívania detí a v ďalších závažných otázkach, bolo potrebné vysloviť námietku voči delegovanému nariadeniu Komisie (EÚ) č. C(2015)08213 z 25. novembra 2015, ktorým sa mení príloha III k nariadeniu (EÚ) č. 978/2012, ktorým sa uplatňuje systém všeobecných colných preferencií.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Glavni je cilj općeg sustava povlastica olakšati zemljama i područjima u razvoju povlašten pristup tržištu EU-a smanjenjem carina za njihove proizvode. Carinskim povlasticama na tržištu EU-a trebalo bi se zemljama u razvoju omogućiti veće sudjelovanje u međunarodnoj trgovini, čime bi ostvarile dodatne izvozne priloge koje zatim mogu iskoristiti za provedbu svojih politika održivog razvoja i smanjenja siromaštva kao i diversifikaciju svojih gospodarstava. Na temelju općeg sustava povlastica od tih se zemalja ne očekuje niti zahtijeva da EU-u omoguće recipročan povlašten pristup svojim tržištima. Zbog navedenih razloga sam glasovao protiv ovog prigovora na delegirani akt o sustavu općih carinskih povlastica.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Podržavam prigovor na delegirani akt o sustavu općih carinskih povlastica, jer Kirgistan nije zadovoljio dogovorene zahtjeve.

Europska unija pojedinim zemljama odobrava povlašteni carinski režim. U navedenom slučaju Europska unija odobrila je Kirgistanu plasman određenih dobara na tržište Unije uz povlaštene carinske uvjete, ali Kirgistan nije zadovoljio zahtjeve Unije. Stoga trebamo privremeno obustaviti taj proces, dok Kirgistan ne zadovolji uvjete EU-a.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem proti resoluciji o delegirani uredbi Komisije o spremembi Priloge III k Uredbi Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sheme splošnih tarifnih preferencialov.

Resolucija ugotavlja, da so organi za spremljanje iz zadevnih konvencij ugotovili pomembne pomanjkljivosti glede številnih pomembnih konvencij GSP+. A vendarle menim, da navedene pomankljivosti, ki so jih ugotovili organi, niso resna napaka pri učinkovitem izvajanju ustreznih konvencij iz Priloge VIII k Uredbi o GSP.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφώς.* – Σύμφωνα με το ψήφισμα, η κυβέρνηση της Δημοκρατίας της Κιργιζίας δεν τήρησε τις υποχρεώσεις όσον αφορά τα πρότυπα για την ένταξη της ως δικαιούχος χώρα του ΣΓΠ+ αλλά αντίθετα συνέχισε τις καταπατήσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων, τις διακρίσεις, τις ανισότητες και τον αποκλεισμό της ελευθερίας της έκφρασης. Τούτο σημαίνει ότι ο κατ' εξουσιοδότηση κανονισμός για την τροποποίηση του Παραρτήματος III του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 978/2012 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την εφαρμογή συστήματος γενικευμένων δασμολογικών προτιμήσεων δεν μπορεί να τεθεί σε ισχύ. Η συγκεκριμένη πρόταση ψηφίσματος εξυπηρετεί άλλα συμφέροντα και αποτελεί άλλη μια ένδειξη της ήδη υπάρχουσας έλλειψης δημοκρατίας στην ΕΕ. Επιπλέον, η Επιτροπή επιδιώκει, με την πρόφαση της υπεράσπισης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, να ασκήσει εξωτερική πολιτική αντίθετη προς τα συμφέροντα των ευρωπαίων πολιτών.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris.* – Aplicarea unui sistem generalizat de preferințe tarifare (SGP) de către Uniunea Europeană este un instrument util pentru dezvoltarea relațiilor comerciale cu țări terțe. Încheierea unor astfel de înțelegeri între UE și alte state este de natură să elimine obstacolele în calea liberului schimb, dar și să sporească influența Uniunii la nivel mondial.

Realizarea acestui tip de acorduri implică respectarea anumitor valori și norme europene de către statele terțe, inclusiv în domeniul guvernării democratice. În prezent, Comisia propune promovarea unui astfel de acord, de la SGP la SGP+ în relația cu Kârgâzstanul. În ciuda beneficiilor neîndoielnice pe care le implică o astfel de măsură, persistă o serie de probleme interne, care pun sub semnul întrebării oportunitatea acestui pas important.

În mod concret, este vorba despre menținerea unor practici reprobabile, cum ar fi tortura și privarea abuzivă de libertate, corupția din sectorul judiciar, rata mare a deceselor în detenție, conflictele etnice, discriminarea minorităților (inclusiv sexuale), relele tratamente aplicate minorilor.

În aceste condiții, actuala rezoluție constată, pe bună dreptate, că e nevoie de o reconsiderare a măsurii preconizate de Comisie și de susținere a remedierii domeniilor deficitare din această țară. Din acest motiv, rezoluția este oportună și trebuie să fie susținută.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – J'ai voté pour ce texte, qui relève que les organes de surveillance des conventions pertinentes ont constaté des lacunes manifestes en rapport avec une série de conventions pertinentes relatives au SPG+ et considère que les lacunes exposées ci-dessus constituent un manquement grave dans la mise en œuvre effective des conventions pertinentes.

Pavel Telička (ALDE), *in writing.* – I opposed the objection raised by the GUE/NGL Group to granting generalised tariff preferences to Kyrgyzstan. Up to now Kyrgyzstan's application has been encouraging: the Committee against Torture in its last report mentions some of the positive elements that were achieved, for instance towards compensation of victims or guaranteeing the independence of judges. Many reforms are yet to be introduced, but I believe this is only within the GSP+ monitoring that we can closely accompany it.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Glasovala sam protiv prigovora na delegirani akt o sustavu općih carinskih povlastica, koji je pokrenuo Klub zastupnika Europske ujedinjene ljevice - Nordijske zelene ljevice jer smatraju da Kirgistan ne napreduje u provođenju odredbi Konvencije protiv mučenja i drugih okrutnih, neljudskih ili ponižavajućih postupaka kažnjavanja. Smatram da u prigovoru nisu uzeti u obzir pozitivni koraci Vlade Kirgistana kao jedne od najsiriomašnjih zemalja u regiji.

Naime, vlada Kirgiske Republike poduzela je pozitivne korake glede poboljšanja na području ljudskih prava raznim inicijativama za borbu protiv nasilja nad ženama, unaprjeđenjem Zakona o izbjeglicama, uvođenjem edukacijskih programa o ljudskim pravima za javne dužnosnike i suce, nastojanjem da jamči neovisnost sudaca te izravnom primjenom međunarodnih ugovora pred sudovima.

Uz to, smatram da su opće carinske povlastice dodatna motivacija Kirgistanu za nastavak reformi, kao i za jačanje njihovog gospodarstva, povećanje izvoza i promicanje industrijalizacije, te ih zbog toga ne trebamo ukinuti.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog resolucije o nasprotovanju delegiranemu aktu o shemi splošnih tarifnih preferencijalov sem zavrnila, ker se ne strinjam z ugovorom, ki je bil predložen. Menim, da je delegirani akt v skladu z vsemi pravili in tako verodostojen.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – Votamos A FAVOR de esta objeción porque nos parece contradictorio que se otorgue el estatus GSP+ a Kirguistán cuando informes de organizaciones internacionales de notable credibilidad han llamado la atención sobre violaciones de los derechos humanos en este país. El estatus GSP+ se otorga a países en desarrollo con la clara condición de que cumplan una serie de requisitos de buenas prácticas. En 2013 el Comité contra la Tortura alertó sobre el uso sistemático de la tortura en Kirguistán, fallas del imperio de la ley y abusos. La OIT, por su parte, clasificó en 2015 a Kirguistán entre los países con menor protección para los trabajadores.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk.* – Ik stemde tegen omdat er geen grote of systematische fouten in de Kirgizische aanvraag gevonden zijn. Daarenboven kan het GSP+ instrument dienen als stimulans om verdere positieve veranderingen in de Kirgizische republiek tot stand te brengen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito.* – Reconhecemos a existência de dificuldades na República do Quirguistão, muitas delas decorrentes de políticas agressivas e imperialistas, cujas consequências recaem sempre nas populações e nos trabalhadores.

Não acompanhamos a avaliação que está subjacente ao anulamento do ato delegado. Mais, entendemos que os problemas existentes naquele país deverão ser resolvidos pela população local, no mais estrito respeito pela sua soberania.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich.* – Die Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Thema „Einwände gegen den delegierten Rechtsakt über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen“ habe ich abgelehnt.

Ziel des Antrags ist, Kirgisistan von gewissen Privilegien abzuschneiden, welche die Sonderregelung für nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Staatsführung (APS +) einräumt. Darunter sind u. a. Vorteile bei der Verzollung.

Der Antrag berücksichtigt indes nicht die positiven Schritte, die Kirgisistan bis heute bereits gemacht hat. Als eines der ärmsten Länder in der Region hat Kirgisistan einige beachtliche Schritte zur Verbesserung seiner Menschenrechtsbilanz vorgenommen, zum Beispiel bei der Gewährleistung von Opferentschädigung und der Einführung von Menschenrechtsbildungsprogrammen für Beamte und Richter. Die EKR ist der Auffassung, dass dies honoriert werden sollte durch das APS +, das ein sehr wichtiges Instrument für weitere Reformen in Kirgisistan sein kann. Die bisherigen Bemühungen Kirgisistans ignoriert der Antrag, so dass ich mitsamt meiner Fraktion dagegen gestimmt habe.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Conhecemos a situação de instabilidade política que tem sido vivida no Quirgístão na última década, as dificuldades e as contradições que daí resultam. Desconhecemos notícias que confirmem na atualidade o relato expresso nesta objeção. Temos bem presente as pressões e a ingerência que tem sido imposta pelo Ocidente nesta antiga república soviética, resultante do jogo geopolítico de controlo daquela região, pressões que se amplificaram recentemente pelo processo de adesão daquele país à União Económica Euro-Asiática. Rejeitamos a posição de apelo à imposição de sanções a um país soberano que procura dinamizar o seu projeto próprio de desenvolvimento.

Votámos contra.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem proti sprejetju delegirane Uredbe, ker menim, da ne bo pripomogla k rešitvi ugotovljenih kršitev temeljnih človekovih pravic v državah pogodbenicah. Ugotovitve so zaskrbljujoče in v okviru obstoječih shem je treba vzpostaviti strožji nadzor nad upoštevanjem mednarodnih konvencij glede človekovih pravic in pravic delavcev v nerazvitih državah, pogodbenicah trgovinskih sporazumov, ter učinkovito sankcionirati kršitve.

8.7. Einwände gegen den delegierten Rechtsakt im Hinblick auf die besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen für Getreidebeikost und andere Beikost (B8-0067/2016)

Written explanations of vote

Tim Aker, Louise Bours, David Coburn, Jane Collins, Mike Hookem, Diane James, Margot Parker and Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the objection to delegated act on the specific compositional and information requirements for processed cereal-based food and baby food. We in UKIP believe that all infant products should be safe and used appropriately and that all parents and carers should receive accurate information about infant and young child feeding. We oppose misleading promotions and we believe in the importance of preventing child obesity and supporting zero tolerance for pesticides in infant food.

Marina Albiol Guzmán, Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo Y Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción porque el PE debe frenar un acto delegado con el que la Comisión Europea pretende mermar las exigencias nutritivas y de transparencia e información de los alimentos elaborados a base de cereales y alimentos infantiles, por ejemplo permitiendo una tasa de hasta un 30 % de azúcares en la comida infantil, contradiciendo así los dictámenes de la OMS. Además, estoy firmemente en contra de que la Comisión intente aprobar este tipo de medidas a través de actos delegados, intentando evitar así al Parlamento Europeo.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which rejected a Commission proposal to allow 30% of the energy in a baby food to be derived from sugar. This dangerous proposal flew in the face of health expert advice and was rightly rejected by the majority of Parliament, and I was happy to support the rejection of the proposal. The World Health Organization (WHO) recommends that less than 10% of a food's total energy intake should be from free sugars and a further 5% is recommended for additional health benefits. With worrying levels of childhood obesity in Ireland, both North and South, and a warning from the WHO that Ireland is due to become the most obese country in Europe if current trends continue, it is right that this proposal, which should never have been put forward in the first place, was rejected.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Mit dieser Resolution lehnt das Parlament einen Kommissionsvorschlag ab, der zur Folge gehabt hätte, dass Babynahrung viel mehr Zucker als von der Weltgesundheitsorganisation empfohlen enthalten könnte. Weil erhöhter Zuckerkonsum heute schon zu einem Großteil der bekannten Zivilisationskrankheiten führt, ist es besonders wichtig und richtig, die Kleinsten davor zu schützen. Gleiches gilt übrigens auch für den Einsatz gentechnisch veränderter Stoffe. Auch wenn ich der Entschließung zugestimmt habe, finde ich bedauerlich, dass die zur Abstimmung stehenden Punkte hinsichtlich einer Nulltoleranz gegenüber Pestiziden keine Mehrheit fanden. Ich für meinen Teil werde mich nach wie vor für einen Stopp krebserregender Stoffe, wie z. B. Glyphosat, einsetzen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La proposition d'objection présentée a pour effet de retarder une nouvelle réglementation positive en matière d'information et de limitation des pesticides dans la nourriture pour enfants en bas âge. Un vote négatif s'imposait donc.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, primarily because I do not believe in the principle of delegated acts which place power in the hands of the unelected Commission and take it away from the elected Parliament.

However, I do note that there are significant health concerns with sugary additives to baby food. I also oppose misleading advertising and labelling, although it is important to point out that such matters are already regulated at a national level, including through the Advertising Standards Authority.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už EK sprendimo dėl leistino cukraus kiekio kūdikių maiste atmetimą, nes jame neatsižvelgta į pasaulines rekomendacijas. Nors Pasaulio sveikatos organizacija rekomenduoja, kad iš cukraus būtų gaunama ne daugiau kaip 10 proc. kūdikiams skirtu maisto energetinės vertės, šiuo metu ES leidžiama naudoti ir platinti kūdikių maistą, kurio iki 30 proc. energetinės vertės gaunama iš cukraus. Pritariu, kad kūdikių maiste leidžiamą cukraus kiekį reikia gerokai sumažinti, atsižvelgiant į PSO rekomendaciją. Pritariu, kad ženklinant ir platinant perdirbtus kūdikiams skirtus maisto produktus „reikėtų aiškiai nurodyti, kad šie produktai netinkami vartoti mažesniems kaip 6 mėnesių kūdikiams“, nes tokius kūdikius rekomenduojama maitinti vien tik motinos pienu. Taip pat pritariu raginimams kūdikiams skirtame maiste uždrausti naudoti genetiškai modifikuotus organizmus bei nanotechnologijas.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une objection à un acte délégué qui a vocation à réglementer la composition et les informations des aliments pour bébés à partir de 4 mois. Le rapporteur souligne l'importance de l'allaitement maternel, certes souhaitable mais pas toujours possible. Il demande également une révision du taux de sucre maximum autorisé et l'interdiction totale du glyphosate.

Néanmoins, le renvoi du texte ne produira pas nécessairement les effets escomptés et risque surtout de retarder quelques réelles avancées, notamment en ce qui concerne les informations sur les emballages.

Par ailleurs, l'EFSA doit produire en 2016 deux avis sur la composition et les pesticides autorisés. Ces avis donneront lieu à des révisions de cet acte délégué. Il faut savoir que les produits dits de «baby-food» sont les produits les plus normés et contrôlés. Il est presque certain qu'une mère bien intentionnée qui ne veut pas acheter de produits spécialisés expose son enfant à plus de pesticides (multipliés par 10 dans le lait maternel par exemple ou non-contrôlés sur les produits frais) qu'avec des produits dits industriels très normés. Les industriels sont déjà prêts à l'appliquer et ce texte ne nuira pas plus aux bébés qu'actuellement, au contraire.

Voilà pourquoi j'ai voté contre cette objection.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Cette résolution vise à s'opposer à un règlement du Conseil qui fixe les conditions de composition des préparations à base de céréales et des denrées alimentaires pour bébés. Le Parlement estime en effet que le règlement ne prévoit pas de mesures suffisantes pour protéger les nourrissons et les enfants en bas âge contre l'obésité, et que la teneur maximale en sucre devait être considérablement réduite pour être ramenée à un niveau conforme aux recommandations de l'OMS.

Bendt Bendtsen (PPE), *skriftlig*. – Jeg har gjort indsigelse mod Kommissionens retsakt. Det har jeg gjort, fordi vi er nødt til at passe på vores børn og babyer. Jeg har forstået, at Kommissionen med forslaget vil fastholde de europæiske grænseværdier for bl.a. sukker i babymad, selvom WHO's anbefalinger ligger på et betragteligt lavere niveau. Jeg har også noteret mig, at den nødvendige analyse fra EU's fødevarer sikkerhedsagentur EFSA ikke foreligger.

Jeg opfordrer til, at Kommissionen straks sørger for, at det nødvendige analysegrundlag kommer på plads, så EU's grænseværdier er ordentligt funderet, og så vi har vished for, hvordan folkesundheden påvirkes af sukkerindhold og forarbejdede fødevarer i kost til babyer og små børn. Så kan vi vedtage EU-regler, som giver mening og merværdi for Europas borgere. Det forventer jeg, at Kommissionen sætter i gang med det samme.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Gli alimenti per lo svezzamento ricoprono un ruolo fondamentale nella fase del passaggio da una dieta interamente a base di latte materno a una dieta che prevede l'introduzione di alimenti di natura solida. Ciascuno di questi prodotti deve rispettare elevati standard in termini di qualità e avere una formulazione che permetta al lattante di ricevere i nutrienti necessari per la sua specifica fase di sviluppo. L'OMS ha recentemente pubblicato una raccomandazione che prevede un'assenza totale di sale e zucchero aggiunti negli alimenti complementari per lattanti. Si tratta di una presa di posizione decisamente più restrittiva rispetto a quanto disposto nella parte 3 dell'allegato I del regolamento delegato presentato dalla Commissione, che prevede che il 30% dell'energia fornita dagli alimenti per la prima infanzia possa provenire dallo zucchero. Proprio tenendo in considerazione questo elemento ho deciso di votare a favore dell'obiezione, ritenendo che la Commissione non sia stata sufficientemente attenta alla dimensione della tutela della salute dei bambini.

Xabier Benito Ziluaga, Tania González Peñas, Lola Sánchez Caldentey Y Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del acto delegado, que procura se tengan en cuenta cuestiones como los requisitos de composición de los alimentos para bebé y las pruebas científicas de los efectos del azúcar añadido, el principio de precaución para tecnologías emergentes (nanotecnología) no suficientemente testadas, que el glifosato y demás pesticidas sean considerados sustancias a las que debe aplicarse una tolerancia cero, etc. Todos los Estados miembros han ratificado el Código Internacional para la Comercialización de Sucedáneos de la Leche Materna, destinado a asegurar que los sustitutos de la leche materna se usen de forma segura.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection à un acte délégué sur les exigences spécifiques en matière de composition et d'information applicables aux préparations à base de céréales et aux denrées alimentaires pour bébés.

L'acte délégué en question a en effet pour ambition de réglementer la composition et les informations des aliments pour bébés à partir de 4 mois, un objectif louable et nécessaire.

Le renvoi de ce texte proposé par l'écologiste anglais Keith Taylor semble inopportun puisqu'il ne ferait que retarder les avancées en matière d'information sur les emballages.

Les aliments pour bébés sont aujourd'hui les produits les plus contrôlés et on ne peut que s'en féliciter puisqu'il en va de la santé et de la sécurité alimentaire de nos enfants.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione in voto rallenterebbe un processo di revisione già stabilito. Per questo motivo mi sono espressa con voto contrario.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La Comisión no ha presentado al Parlamento y al Consejo el informe sobre la composición de los preparados para niños de corta edad previsto en el artículo 12 del Reglamento (UE) n.º 609/2013, condición necesaria para las estrategias nacionales destinadas a reducir la obesidad infantil.

Asimismo, la Comisión pretende permitir que la energía que aportan los alimentos infantiles proceda en un 30 % del azúcar, propuesta que contradice todos los dictámenes sanitarios de la OMS, que ha recomendado reducciones significativas en la ingesta total de azúcar.

Por ello, he votado a favor de la presente Resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje Europos Parlamentas nagrinėja perdirbtų grūdinių maisto produktų ir kūdikiams skirtų maisto produktų sudėties ir informacijos apie juos teikimo reikalavimus. Komisija nepateikė Parlamentui ir Tarybai ataskaitos dėl mažų vaikų maitinimo mišinių, kaip numatyta Reglamento (ES) Nr. 609/2013 12 straipsnyje, o tai būtina sąlyga rengiant nacionalines vaikų nutukimo mažinimo strategijas. Europos Parlamentas mano, kad šiame Reglamente nenumatyta pakankamai priemonių, skirtų kūdikiams ir mažiems vaikams apsaugoti nuo nutukimo ir didžiausias leidžiamas cukraus kiekis turėtų būti gerokai sumažintas, atsižvelgiant į Pasaulio sveikatos organizacijos (PSO) rekomendacijas. Be to, atsižvelgiant į didelį kūdikių ir jaunų vaikų endokrininės sistemos pažeidžiamumą, turėtų būti taikomas bendras griežto pesticidų netoleravimo principas. Bet kokios nuo visiško pesticidų netoleravimo principo nukrypti leidžiančios nuostatos turėtų būti aiškiai išvardytos Reglamento priede, kuris turėtų būti reguliariai atnaujinamas siekiant nuolat mažinti didžiausią leidžiamą koncentraciją, atsižvelgiant į naujus mokslinius įrodymus dėl veikliųjų medžiagų ir jų metabolitų poveikio sveikatai. Europos Parlamentas taip pat siūlo, kad reikėtų persvarstyti ženklinimo ir platinimo nuostatas atsižvelgiant į Pasaulio sveikatos asamblėjos (PSA) rekomendacijas dėl kūdikiams ir mažiems vaikams skirtų maisto produktų.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Úgy gondolom, hogy további intézkedések szükségesek a csecsemők és a kisgyermekek elhízással szembeni védelme érdekében, ezért a WHO ajánlásainak megfelelően az engedélyezett maximális cukorszintet jelentősen csökkenteni kell. A magyar alaptörvénynek megfelelően biztosítani kell a GMO-mentes termékek előállítását. Meggyőződésem, hogy a csecsemők és kisgyermekek védelme érdekében általános elvként zero toleranciát kell alkalmazni a növényvédő szerekre. A hatóanyagok és azok bomlásanyagainak egészségre gyakorolt hatásáról szóló új tudományos bizonyítékok tükrében rendszeresen frissíteni kell a szabályozást a folyamatosan szigorúbb maximum maradványszintek felé.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Tudi predlaganega sklepa o zavrnitvi delegiranega akta o posebnih zahtevah za sestavo in informacijah pri žitnih kašicah in otroški hrani nisem podprl, saj bi zavrnitev lahko pomenila posledice za prehrabno industrijo, ki že dlje časa čaka navedeni delegirani akt.

Ocenjujem, da predlog delegiranega akta ustrezno varuje zdravje majhnih otrok in dojenčkov, ki so največji uporabniki žitnih kašic, če se smem tako izraziti. Bojim se, da bo z zavrnitvijo delegiranega akta prišlo do škode za evropsko prehrabno industrijo. A na Komisiji je sedaj, da odgovori na očitke in pripravi sprejemljivejši akt.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Il voto di oggi fornisce un importante segnale sulla posizione che il Parlamento europeo intende tenere in materia di alimentazione infantile e dimostra il suo allineamento alle raccomandazioni generali dell'Organizzazione mondiale della sanità. Poiché l'OMS raccomanda di limitare l'assunzione di zuccheri a meno del 10% del consumo totale di energia nel corso della prima infanzia, non potevamo che respingere la proposta della Commissione, secondo la quale gli zuccheri avrebbero potuto continuare a rappresentare fino al 30% dell'apporto calorico degli alimenti per bambini. Tale disposizione non solo sarebbe stata contraria alla già citata posizione dell'OMS, ma anche ai consigli per la salute provenienti dai comitati scientifici degli Stati membri.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Komisija je jednostavno prepisala odredbu iz 1996. prema kojoj hrana za bebe može sadržavati i do 30 posto šećera i zato podržavam ovaj prigovor. Svjetska zdravstvena organizacija je 2015. objavila preporuku da se u hranu za bebe do dvije godine uopće ne bi trebalo dodavati šećer i sol. Uvođenje hrane s velikim udjelom šećera, posebno u tako ranoj fazi, može doprinijeti većem broju pretilih djece i utjecati na razvoj sklonosti prema okusima koji se kod djece još razvijaju.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questa obiezione a un atto delegato sulle prescrizioni specifiche in materia di composizione e di informazione per gli alimenti a base di cereali e gli alimenti per la prima infanzia perché ritengo che le disposizioni contenute nell'atto in questione non tengano in sufficiente considerazione le principali raccomandazioni dell'Organizzazione mondiale della sanità e che, pertanto, presenti delle importanti lacune dal punto di vista scientifico.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – È importante rendere pubblico l'elenco delle «riunioni bilaterali» che la Commissione ha tenuto con le parti interessate nella redazione del regolamento integrante le prescrizioni specifiche in materia di composizione e di informazione per gli alimenti a base di cereali e gli alimenti per la prima infanzia (C(2015)06507 – 2015/2863 (DEA) sia per trasparenza che per rafforzare la fiducia dei cittadini nelle istituzioni e nel processo decisionale della UE. Anche per questo auspichiamo che la Commissione rispetti le indicazioni dell'OMS in merito all'alimentazione infantile, con particolare riguardo alla limitazione dell'apporto zuccherino nell'alimentazione dei lattanti e dell'eliminazione del glifosato nei lavoratori dell'industria alimentare per i danni alla salute dei minori che questa sostanza comporta. La strada per il benessere dell'Unione passa prima di tutto dalla buona tutela della salute dei nostri

bambini e dalla loro corretta alimentazione.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – În prezent, alimentația necorespunzătoare este principala cauză de boală și de mortalitate la nivel mondial, în timp ce securitatea globală a hranei este un obiectiv important asumat de Uniune și demersurile în acest sens, având în vedere impactul asupra acestui segment din populație, trebuie făcute prin consultarea cu organismele mondiale de cercetare, ținând seama în special de punerea sub semnul întrebării a alăptării și agravarea obezității infantile. Pe lângă faptul că etichetarea și comercializarea produselor ar trebui revizuite în conformitate cu recomandările Adunării Mondiale a Sănătății referitoare la alimentele destinate sugarilor și copiilor de vârstă mică, nu putem să nu amintim că este necesară o transparență în procesul decizional al UE, oferindu-se acces public la documentele reuniunilor Comisiei din timpul procesului de elaborare a regulamentului delegat.

Am votat în favoarea acestei rezoluții, deoarece consider necesar ca Uniunea Europeană să clarifice și să adapteze aceste aspecte care țin de sănătatea și alimentația optimă a cetățenilor săi, în special a categoriilor precum sugarii și copiii de vârstă mică, ce reprezintă o populație deosebit de vulnerabilă în ceea ce privește perturbatorii endocrini și alți contaminanți.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Il testo dell'obiezione, presentato dai Verdi, è volto a chiedere un abbassamento dei livelli massimi di zuccheri in linea con le raccomandazioni OMS. A tale proposito, va specificato come la Commissione europea abbia già manifestato l'intento di richiedere a EFSA una revisione e un aggiornamento dei criteri compositi degli alimenti per la prima infanzia ormai datati e risalenti ad un'opinione scientifica di diversi anni fa. L'industria italiana ritiene quindi che le ragioni a sostegno dell'obiezione siano già tenute in considerazione dalla Commissione, che a tal fine ha messo in moto la corretta procedura. L'approvazione dell'obiezione di fatto otterrebbe l'effetto inverso a quello prefissato, ritardando un processo di revisione già previsto. Infine, la ragione profonda di questa obiezione è la promozione a tappe forzate dell'allattamento al seno, insostituibile sul piano delle difese immunitarie, ma non sempre possibile e potenzialmente più pericoloso dei prodotti industriali, poiché concentra le sostanze chimiche consumate dalla madre.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'obiezione a un atto delegato sulle prescrizioni specifiche in materia di composizione e di informazione per gli alimenti a base di cereali e gli alimenti per la prima infanzia. Il Parlamento ha deciso di opporsi a questo atto delegato in quanto la Commissione non ha presentato al Parlamento e al Consiglio la relazione sulle formule per la prima infanzia come disposto dall'articolo 12 del regolamento (UE) n. 609/2013, che costituisce un necessario presupposto per le strategie nazionali volte a ridurre l'obesità infantile. Inoltre, la parte 3 dell'allegato I del regolamento delegato prevede che il 30% dell'energia fornita dagli alimenti per la prima infanzia possa provenire dallo zucchero. Ciò è contrario a quanto consigliato dall'Organizzazione mondiale della sanità (OMS), che raccomanda una forte riduzione dell'apporto totale di zucchero, in particolare per i lattanti e i bambini nella prima infanzia. Considerando questi elementi, ho deciso di votare a favore di questa obiezione, opponendomi così a questo atto delegato.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This vote was to reject proposals that would have allowed 30% of the energy in baby foods to be derived from sugar. Given the high amounts spent by the government every year on conditions such as obesity and diabetes, and the proven difficulties in weaning young infants from sugary foods, it was essential that the existing cap was not allowed to be raised. The WHO recommends limiting intake of sugars to less than 10% of total energy intake, therefore this was a no-brainer.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted against this as I believe that the emerging technologies in the area of food processing, such as GMOs and nanotechnologies, should be prohibited in cereal-based food and most importantly in baby food. Their long-term effects are not yet known to us and not enough studies have been carried out in this area so it would be very unsafe and unreasonable to use them in these foods.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo testo che pone delle obiezioni a un atto delegato sulle prescrizioni specifiche in materia di composizione e di informazione per gli alimenti a base di cereali e gli alimenti per la prima infanzia. Il testo, infatti, raccomanda di ridurre il tenore massimo di zucchero in modo che corrisponda alle indicazioni dell'Organizzazione mondiale della sanità (OMS). L'OMS consiglia di limitare il tenore di zucchero a meno del 10% del consumo totale di energia, ma secondo la proposta della Commissione europea gli zuccheri potrebbero continuare a fornire fino al 30% l'apporto calorico negli alimenti per bambini. Una quantità eccessiva di zucchero negli alimenti per l'infanzia non proteggerebbe i lattanti e bambini contro l'obesità, per questo motivo ho supportato il veto a tale progetto legislativo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Εμμένουμε στις αντιρρήσεις μας σχετικά με τον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό της Επιτροπής διότι θεωρούμε σφάλμα την απουσία πρόβλεψης επαρκών μέτρων για την προστασία των βρεφών και των μικρών παιδιών από την παχυσαρκία. Δεδομένης εξάλλου της ιδιαίτερης ευπάθειας του ενδοκρινικού συστήματος των βρεφών και των μικρών παιδιών, εκτιμούμε ότι πρέπει να εφαρμόζεται, ως γενική αρχή, πολιτική μηδενικής ανοχής για τα φυτοφάρμακα.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Οι συζητήσεις γύρω από την ανάγκη αναθεώρησης και βελτίωσης των κανόνων που διέπουν την παραγωγή και εμπορία τροφών είναι ως εξ ορισμού βαρύνουσας σημασίας. Ιδιαίτερως οι περιπτώσεις που αφορούν τη διατροφή παιδιών και νεογνών χρήζουν προσεκτικής εξέτασης. Ως εκ τούτου, θεωρώ πολύ σημαντική τη φύση του ψηφίσματος αυτού, το οποίο τονίζει την ανάγκη υιοθέτησης ενός αυστηρότερου πλαισίου κανονισμών. Για αυτό το λόγο αποφάσισα να το υπερψηφίσω, θεωρώντας πως λειτουργεί προστατευτικά για το σύνολο της ευρωπαϊκής κοινωνίας.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto negativo in quanto non ritengo che il regolamento delegato della Commissione sia carente nelle disposizioni volte a proteggere la sicurezza alimentare degli infanti.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro questa obiezione per due motivi importanti: il primo è che, visti i casi recenti di comunicazione, non credo più all'Organizzazione mondiale della sanità e quindi non ritengo più attendibili le sue raccomandazioni e non penso che la legislazione si debba adeguare a ciò che dice un ente che ha dimostrato di essere estremamente fazioso. Il secondo motivo, più giuridico, riguarda il vuoto normativo che quest'obiezione creerebbe e che va assolutamente evitato affinché le imprese possano agire in un quadro legislativo chiaro e prevedibile.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto negativo in quanto la Commissione ha già chiesto all'EFSA una revisione ed un aggiornamento dei criteri compositi degli alimenti per l'infanzia, oramai datati. Pertanto, l'approvazione di tale obiezione non farebbe altro che ritardare un processo di revisione già programmato.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – In Annex I of the Commission's proposal the compositional requirements concerning sugars are taken over from previous legislation, and have not been revised since 1996. The Commission was given a time frame of 2 years to adopt the delegated acts, however it said that EFSA has not yet had time to carry out a study and provide scientific advice. This lack of action means only that such foods can contain added sugar up to a maximum of 30%. In 2015, the World Health Organisation published a recommendation that salt and sugar should not be added to complementary foods for infants and young children in the first two years of their life. Considering the time lapse and new evidence I cannot accept the Commission's position and therefore voted in favour of this objection.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette proposition de résolution soutenue par le groupe des Verts suggère de s'opposer au projet de décision de la Commission dans le cadre d'un acte délégué sur les exigences relatives aux préparations pour bébés à base de céréales, sous prétexte que les teneurs en sucre sont trop élevées. Je tiens à rappeler que la Commission a respecté son mandat en appliquant les normes internationales les plus strictes. Elle a également annoncé qu'une nouvelle étude serait menée par l'Agence européenne pour la sécurité alimentaire et que des mesures seraient prises en fonction de ses résultats. Pour ces raisons, je me suis opposé à cette objection.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the objection to the delegated act on the specific compositional and information requirements for processed cereal-based food and baby food. We in UKIP believe that all infant products should be safe and used appropriately and that all parents and carers should receive accurate information about infant and young child feeding. We oppose misleading promotions and we believe in the importance of preventing child obesity and supporting zero tolerance for pesticides in infant food.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection qui porte sur la teneur autorisée en sucres dans les préparations à base de céréales et aliments pour bébés, car elle me semblait infondée.

Non seulement le niveau de sucre est entièrement aligné sur la norme du Codex alimentarius (la réglementation alimentaire mondiale), tel que révisé en 2006, mais l'acte délégué prévoit également des normes extrêmement élevées en matière de composition de ces aliments spécifiques, notamment afin de réduire leur teneur en sucre, sel et matières grasses. De plus, la Commission s'est engagée à demander rapidement à l'EFSA une réévaluation concernant les normes de composition de ces produits, afin de les restreindre davantage si nécessaire.

Enfin, parler du niveau de sucre d'un aliment donné n'a pas beaucoup de sens, c'est le niveau de sucre consommé dans le cadre du régime alimentaire général qui compte.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie heeft het bezwaar tegen het voorstel van gedelegeerde handeling over bewerkte levensmiddelen op basis van granen en babyvoeding niet gesteund.

De bestaande wetgeving (namelijk verordening (EU) nr. 609/2013) zorgt er terecht voor dat de EU de meest strikte normen hanteert inzake babyvoeding. De gedelegeerde handeling moet mee zorgen voor een consistente interpretatie en toepassing van deze wetgeving in de hele EU-28 en tegelijk adequate bescherming bieden aan deze kwetsbare groep. Hiervan moet zo snel als mogelijk werk worden gemaakt. Het bezwaar steunen zou echter een bekrachtiging van het status-quo betekenen.

Het pleidooi voor een nultolerantie inzake bestrijdingsmiddelenresiduen lijkt realistisch noch praktisch werkbaar: de wetgeving bevat nu al – opnieuw terecht – uiterst strikte maximumgehalten aan bestrijdingsmiddelenresiduen.

Een terecht discussiepunt en reden tot bezorgdheid is echter het toegestane suikergehalte. De N-VA steunde de amendementen waarin wordt gevraagd het gehalte aan toegevoegde suikers te beperken en rekening te houden met het wetenschappelijk bewijs omtrent de gevolgen van toegevoegde suiker en met de bevindingen in het EFSA-onderzoek hierover. In het kader van de strijd tegen obesitas verwelkomt de N-VA het uitdrukkelijke engagement van de Europese Commissie ter zake.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Je me suis associé pleinement à ce rapport sur l'alimentation des bébés et des enfants d'âge précoce qui indique qu'un certain nombre de règles émanant de l'OMS notamment et de précautions ne sont pas réunis concernant la composition et l'étiquetage des préparations à base de céréales et aux denrées alimentaires pour bébés.

Les jeunes enfants sont un public vulnérable, en Europe et dans le monde, qu'il s'agit de protéger avant toute chose. Les habitudes alimentaires et la détermination du goût sont fondamentales dans la santé humaine. L'introduction de sel et de sucre de manière artificielle et précoce renforce la prévalence à l'obésité et aux maladies cardio-vasculaires. Nous avons donc demandé à la Commission de revoir sa copie.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Cette objection vise à promouvoir l'alimentation des bébés exclusivement par la voie de l'allaitement. Certes, ce dernier permet des apports immunitaires irremplaçables, mais il s'avère parfois impossible voire même dangereux si la mère a ingéré des produits chimiques. À l'inverse, la nourriture industrielle est étroitement contrôlée. Dans la mesure où cette objection risque d'avoir un effet contre-productif, notamment en retardant les informations relatives à l'alimentation des bébés, j'ai voté contre.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „против“ възражението срещу делегирания акт за специфичните състав и информационни изисквания за преработените храни на зърнена основа и детските храни, тъй като смятам, че съществуващото законодателство по темата със състава на храните е твърде разнородно и трябва да се работи в посока на подобряването му. Не отричам факта, че нивата на консумация на захар растат главоломно и през XXI век се сблъскваме с един нов проблем, а именно затлъстяването. Гласувах „против“ не защото искам да блокирам приемането на този делегиран акт, а защото смятам, че Комисията трябва да се придържа към поетите си ангажimenti.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Ο κατ' εξουσιοδότηση κανονισμός δεν περιλαμβάνει επαρκή μέτρα για την προστασία των βρεφών και των μικρών παιδιών από τα μεταποιημένα τρόφιμα. Η παρούσα πρόταση ψηφίσματος περιέχει τις αντιρρήσεις που έχουν εκφραστεί και καλεί την Επιτροπή να καθυστερήσει την έκδοση της εν λόγω κατ' εξουσιοδότηση πράξης έως ότου δημοσιευθεί η δική της έκθεση σχετικά με τα παρασκευάσματα για μικρά παιδιά. Αναμένεται επίσης η δημοσιοποίηση των απόψεων της EFSA ενόψει αναθεώρησης, όσον αφορά τα αποδεικτικά στοιχεία για τη ζάχαρη και την πρώιμη κατανάλωση μεταποιημένων τροφίμων σε συνάρτηση με τις συστάσεις σχετικά με τη βέλτιστη διατροφή των βρεφών και των μικρών παιδιών και δη σε σχέση με την υπονόμευση του θηλασμού και την όξυνση του φαινομένου της παιδικής παχυσαρκίας. Είναι σαφές ότι ο κατ' εξουσιοδότηση κανονισμός δεν πρέπει να τεθεί σε ισχύ.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione facente riferimento al regolamento (UE) n. 609/2013 sui prodotti alimentari destinati a una alimentazione particolare, perché essa affronta 4 temi importanti: l'obesità nella prima infanzia e la necessità di ridurre sostanzialmente il livello massimo di zucchero consentito in linea con le raccomandazioni dell'OMS; i contaminanti e la tolleranza zero per i pesticidi come principio generale; l'etichettatura e la chiara indicazione che gli alimenti per la prima infanzia non sono adeguati ai lattanti al di sotto dei 6 mesi e non dovrebbero compromettere la raccomandazione relativa all'allattamento esclusivo al seno per i primi 6 mesi; la trasparenza e la pubblicazione delle riunioni bilaterali che la Commissione ha tenuto con le parti interessate durante il processo di elaborazione del regolamento delegato. La mia decisione è stata dettata dal fatto che sia l'OMS che i comitati scientifici degli Stati membri raccomandano una significativa riduzione dell'apporto totale di zucchero; avvertono che l'introduzione di tali alimenti contribuisce probabilmente ai crescenti livelli di obesità infantile e può incidere sullo sviluppo delle preferenze di gusto nei bambini; infine, che per i lattanti e i bambini nella prima infanzia, in particolare, i livelli di zuccheri aggiunti dovrebbero essere mantenuti al minimo.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Spädbarn och småbarn är en särskilt sårbar grupp när det gäller hormonstörande ämnen och andra främmande ämnen. Vad de äter och dricker är således av extra stor betydelse för deras hälsa, och regelverket kring t ex modersmjölksersättningar och näringstillskott för barn måste därför vara strikt och vetenskapligt baserat. Av den anledningen har vi ställt oss bakom kravet på en ny delegerad akt som tar hänsyn till resultaten av EFSA: s översyn av beredda spannmålsbaserade livsmedel och barnmat och som bygger på vetenskaplig evidens om effekterna av tillfört socker. Vi har dock valt att inte invända mot denna delegerade akt, eftersom vi inte vill bromsa tillämpningen av EU-förordning nr 609/2013 om livsmedel för särskilda grupper och därigenom bidra till att skapa rättslig osäkerhet.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Atualmente, a má alimentação constitui, de longe, a principal causa mundial de doença e de morte – ultrapassando a soma dos valores do tabaco, do álcool e da inatividade física. A própria OMS recomenda que as crianças sejam alimentadas exclusivamente por aleitamento materno durante os primeiros seis meses de vida, que, a partir desta idade, o leite materno seja complementado com uma série de alimentos adequados, seguros e ricos em nutrientes e que não sejam adicionados sal e açúcar aos alimentos complementares.

Todos os Estados-Membros aprovaram o Código Internacional de Comercialização dos Substitutos do Leite Materno, bem como as suas 16 resoluções subsequentes, que se destinam a assegurar que todos os pais e prestadores de cuidados recebam informações objetivas e verdadeiramente independentes, a eliminar os obstáculos ao aleitamento materno e a garantir que os substitutos do leite materno, se necessários, sejam utilizados de forma segura.

No entanto, as medidas do Regulamento delegado não são suficientes para proteger os lactentes e as crianças pequenas contra a obesidade e o nível máximo de açúcar permitido deve ser significativamente reduzido, em conformidade com as recomendações da OMS. Daí concordar que este regulamento não deve entrar em vigor.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce que l'acte délégué ne présente pas plus d'inconvénients que la législation actuelle dans ce domaine.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A principal objeção a este ato delegado diz respeito ao modo como a indústria publicita e põe no mercado os produtos com alimentos transformados à base de cereais e alimentos para bebés.

Considera-se que as medidas do Regulamento delegado não são suficientes para proteger os lactentes e os bebés contra a obesidade infantil. As regras propostas por este ato delegado transformam estes produtos em potenciais cavalos de Troia para introduzir quantidades de açúcar acima das recomendadas pela Organização Mundial de Saúde para bebés com mais de 6 meses.

Tratando-se de alimentos direcionados para consumidores com o sistema endócrino mais vulnerável (lactentes e crianças pequenas), pede-se justificadamente que seja aplicado o princípio de tolerância zero para pesticidas.

São feitas várias críticas à Comissão Europeia, que subscrevemos.

Defende-se uma melhor e mais precisa rotulagem e a proibição da publicidade aos produtos especializados para condições médicas específicas, já que estes se devem restringir a fornecer dados científicos aos médicos que os prescrevem, não induzindo os pais em erro. Não devem ser referidas vantagens para a saúde no consumo destes produtos, devendo as regras de rotulagem e comercialização ser revistas de acordo com as recomendações da OMS relativas aos alimentos para lactentes e bebés.

Votámos favoravelmente.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Υπερψηφίζω την σχετική πρόταση ψηφίσματος καθώς ο κατ' εξουσιοδότηση κανονισμός δεν περιλαμβάνει επαρκή μέτρα για την προστασία των βρεφών και των μικρών παιδιών από τα μεταποιημένα τρόφιμα.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Úgy vélem, hogy a felhatalmazáson alapuló rendelet nem tartalmaz elégséges intézkedéseket a csecsemők és a kisgyermekek elhízással szembeni védelmére, és az engedélyezett maximális cukorszintet jelentősen csökkenteni kell, a WHO ajánlásainak megfelelően. A csecsemők és kisgyermekek endokrin rendszerének különleges sérülékenységére tekintettel, általános elvként zéró toleranciát kell alkalmazni a növényvédő szerekre. A növényvédő szerekre vonatkozó zéró tolerancia elvétől való valamennyi eltérést kifejezetten fel kell sorolni a III. mellékletben, amelyet a hatóanyagok és azok bomlásanyagainak egészségre gyakorolt hatásáról szóló új tudományos bizonyítékokat követően rendszeresen frissíteni kell a folyamatosan szigorúbb maximum maradványszintek felé.

Az átláthatóság és a közvélemény uniós intézményekben és uniós döntéshozatalban való bizalmának kiépítése érdekében nyilvánosságra kell hozni azon kétoldalú ülések listáját (ezek időpontjainak és résztvevőinek feltüntetésével), amelyeket a Bizottság a felhatalmazáson alapuló rendelet kidolgozási folyamata során az érdekelt felekkel folytatott.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado en contra de la objeción con la finalidad de garantizar que el Reglamento Delegado incluya suficientes medidas para proteger a los lactantes y los niños de corta edad contra la obesidad, en consonancia con las recomendaciones de la OMS. Es imprescindible garantizar la salud y el bienestar de los ciudadanos europeos, más aun teniendo en cuenta el grupo al que se dirige el Reglamento Delegado, los niños de corta edad.

Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto. – Ho sostenuto convintamente la proposta di respingere l'adozione dell'atto delegato sugli alimenti per la prima infanzia. Condivido in particolare quanto affermato nel testo in materia di protezione della prima infanzia dall'obesità: il regolamento delegato non contiene infatti sufficienti misure per proteggere i bambini, soprattutto per il livello massimo di zucchero consentito in linea con le raccomandazioni dell'OMS.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sull'obiezione relativa al regolamento delegato della Commissione del 25 settembre 2015 che integra il regolamento n. 609/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio per quanto riguarda le prescrizioni specifiche in materia di composizione e d'informazione per gli alimenti a base di cereali e gli alimenti per la prima infanzia, perché ritengo che l'alimentazione corretta ed equilibrata debba costituire una sfida condivisa della politica e delle istituzioni per affermare nuovi stili di vita e nuove abitudini alimentari, garantendo benessere e salute alle generazioni future. Ritengo che gli zuccheri assunti in quantità pari o addirittura superiori al 10% siano determinanti negativi di salute, poiché un apporto energetico e calorico eccessivo è causa certa di numerose patologie metaboliche, prima delle quali l'obesità. Ritengo fondamentale, quindi, perseguire l'obiettivo della promozione dell'allattamento al seno, organizzando campagne di sensibilizzazione e di promozione incardinate sulle rilevanze scientifiche in relazione ai vantaggi nutrizionali e alle ricadute positive legate alla relazione madre-bambino. Investire sulla prevenzione significa, infatti, anche ridurre i costi della sanità pubblica. Accogliamo quindi favorevolmente l'impegno assunto dalla Commissione in aula per la definizione del nuovo atto delegato che dovrebbe concludersi al massimo nell'arco di 12 mesi.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für die Einwände gegen den delegierten Rechtsakt im Hinblick auf die besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen für Getreidebeikost und andere Beikost gestimmt und dabei klar gemacht: Ich will eine gesunde Babykost. Ich will keine Experimente mit Nanotechnologie, Gentechnologie oder erhöhtem, verstecktem Zuckergehalt. Europäische Gesetzgebung muss hier Eltern, Kinder und verantwortungsvolle Produzenten stärken – nicht die billigen Trickser. Gleichzeitig sage ich: Die gesündeste Nahrung für unsere Kleinsten ist die Muttermilch. Dies zu fördern, muss ebenfalls erklärtes Anliegen Europas sein. Mein Ziel ist ein uneingeschränkt stillfreundliches Europa!

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Nach wie vor fehlen essentielle Bestandteile in der Verordnung, um die Nahrungsmittelsicherheit für Säuglinge und Kinder wirklich zu verbessern. Das Niveau der Fettleibigkeit bei Kindern hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Gerade hier müssen wir weitere Maßnahmen ergreifen.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – M. Taylor a présenté une objection à un acte délégué de la Commission. Cet acte délégué concerne la réglementation des aliments pour bébés, quand ces derniers commencent à manger des aliments solides. Ce texte venait simplement préciser que les aliments devaient désormais porter la mention obligatoire: «Ne convient pas aux enfants de moins de 4 mois».

Bien entendu, l'allaitement est à privilégier, aussi longtemps que la maman le peut, et je soutiens toute mesure qui permet d'allaiter plus longtemps, mais toutes les mamans ne peuvent pas suivre les recommandations de l'Organisation mondiale de la santé: allaitement exclusif les 6 premiers mois. Il faut donc une réglementation drastique sur les aliments de substitution, et de suite, pour protéger la santé de nos enfants. La réglementation en place est déjà très contraignante et peut encore être améliorée.

L'EFSA doit ainsi fournir cette année deux recommandations, portant notamment sur le taux de sucre maximum que peuvent contenir ces aliments. J'aviserai à ce moment s'il convient de faire objection, en rappelant que l'équilibre nutritionnel des enfants repose avant tout sur les parents.

J'ai donc voté contre cette objection.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Along with my Labour Party colleagues, I voted in favour of this report. Given the obesity epidemic and especially concerns about childhood obesity – one in three 11-year-olds in Europe are overweight or obese – it is ridiculous to allow so much added sugar in baby food. Giving very young children highly sweetened foods can also influence their developing taste preferences and make them more likely to consume unhealthy, sugary food in the future.

Labour MEPs want lower maximum sugar levels in baby food – we must ensure babies get the best start in life, and that means reducing the amount of sugar allowed in baby food.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection, car ses justifications m'ont parues complètement infondées. Visant à remettre en cause un projet de texte sur les aliments destinés aux nourrissons et aux enfants en bas âge (les petits pots notamment), il véhiculait beaucoup de fausses informations.

S'adressant à des populations vulnérables, il est normal que ces aliments répondent à des normes de composition stricte, afin de limiter la teneur en sel, matières grasses saturées, et sucres. C'était justement l'objet du texte de la Commission, qui confirmait les exigences de composition actuelles et les normes nutritionnelles en vigueur, parmi les plus élevées au monde.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η αντίρρηση βασίζεται στο ότι το συγκεκριμένο μέτρο δεν υιοθετεί τα αναγκαία μέτρα για να εμποδιστεί η παχυσαρκία, κυρίως στα νήπια και τα μικρά παιδιά, αφού επιτρέπει πολύ ψηλά επίπεδα ζάχαρης στις τροφές σε αντίθεση με όλες τις εισηγήσεις του Παγκόσμιου Οργανισμού Υγείας. Δεδομένου ότι η κακή διατροφή είναι η σημαντικότερη αιτία παθήσεων και θανάτων παγκοσμίως, συμφωνούμε και υπερψηφίζουμε την αντίρρηση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this objection to a delegated act on the compositional and information requirements for processed cereal-based food and baby food as I believe MEPs should have an opportunity to re-open negotiations on the sugar content of such products. The current proposal allows baby foods to provide 30% of their energy from sugar, which flies in the face of WHO recommendations which set the maximum levels at 10%. Levels of 30% are outdated and do not take the latest findings into consideration. According to estimates from the WHO's Childhood Obesity Surveillance Initiative, around one in three children in the EU aged 6-9 years were overweight, or obese, in 2010. Information from various different studies suggests that this number has increased steadily over the past 20 to 30 years. Childhood obesity is closely linked to an increased intake of carbohydrates and fats. Therefore a limit of 10% sugar in baby foods would be a significant step in fighting childhood obesity and, hopefully,

today's positive vote will now allow this to happen.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted against this report because the European Union has an obligation to promote high-quality public health principles, standards and legislation in its relations with non-EU countries and international organisations in the field of public health and a duty to establish an effective health protective framework. The delegated regulation does not contain sufficient measures to protect infants and young children against obesity and the allowed maximum sugar level should be substantially lowered in line with WHO recommendations.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – The Commission's proposal to allow baby foods to contain sugar far in excess of WHO guidelines was simply ludicrous. The EU is facing an obesity crisis which brings with it massive problems for individuals and public health services. I fully support this House's objection to the delegated act and congratulate my colleague Mr Taylor in steering this through parliament.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution on the specific compositional and information requirements for processed cereal-based food and baby food. The World Health Organization clarifies that healthy food is a primary step in the good and healthy development of a baby. A primordially negative factor of obesity for children is sugar added in the early stages of developing, thus the amount of sugar added to baby foods should be reduced.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za rezoluciju Parlamenta o Delegiranoj uredbi Komisije o dopuni Uredbe (EU) br. 609/2013 u vezi s posebnim zahtjevima u pogledu sastojaka i informacija za prerađenu hranu na bazi žitarica i dječju hranu jer se time ulaže prigovor na Delegiranu uredbu Komisije. Zaštita dojenčadi i male djece treba biti primaran cilj Delegirane uredbe, međutim u istoj maksimalna razina šećera je previsoka, te se ne primjenjuje u potpunosti nulta stopa tolerancije za pesticide.

Loša prehrana jedan je od glavnih uzroka bolesti i smrti na svjetskoj razini, te stoga smatram da kad je riječ o dječjoj hrani treba biti posebno oprezni i koristiti se najvišim mogućim standardima. S druge strane, potrebno je također povećati povjerenje javnosti u institucije EU-a i transparentnost procesa donošenja odluka.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les aliments pour bébés sont déjà très efficacement contrôlés, cette objection s'affole inutilement des conséquences du texte contesté. J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre l'objection à un acte délégué sur les exigences spécifiques en matière de composition et d'information applicables aux préparations à base de céréales et aux denrées alimentaires pour bébés. Je considère l'objection comme infondée dans la mesure où l'acte délégué prévoit déjà des standards très élevés en matière de teneur en sucre, en sel et en matières grasses.

Cette objection a été adoptée, ce que je regrette.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für diesen Bericht. Er stellt fest, dass in den betroffenen delegierten Rechtsakten der Kommission nicht genügend Maßnahmen vorgesehen sind, um Fettleibigkeit bei Kindern und Säuglingen vorzubeugen, und dass der Zuckerhöchstgehalt in Übereinstimmung mit den bestehenden WHO-Empfehlungen gesenkt werden sollte. Angesichts der Anfälligkeit des endokrinen Systems bei Säuglingen und Kleinkindern sollte auch eine Nulltoleranz für Pestizide zum allgemeinen Standard erhoben werden. Der Forderung, die entsprechenden delegierten Rechtsakten zurückzunehmen, stimme ich aus diesen Gründen zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the objection as the delegated regulation would allow baby foods to continue to contain up to three times more sugar than is recommended by the World Health Organization and it fails to protect infants and young children against obesity.

Elisabeth Köstinger (PPE), *schriftlich*. – Eltern soll die freie Wahl bei der Ernährung ihrer Kinder ermöglicht werden. Bei Berufstätigkeit der Mutter oder krankheitsbedingter Unmöglichkeit ist ein Ersatz des Stillens durch Getreidebeikost unerlässlich. Außerdem braucht es keine zusätzlichen Warnhinweise.

Aus diesen Gründen habe ich gegen den Einwand zum delegierten Rechtsakt der Getreidebeikost gestimmt.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Egy igen fontos állásfoglalás született, amely joggal emel kifogást a felhatalmazáson alapuló bizottsági rendelettel szemben.

Egészségünket, betegségeinket nagyrészt a csecsemőkori táplálás alapozza meg. Egész életre szóló allergiás betegségek és ezek szövődményei „köszönhetőek” a tápszergyártók nemtörődömségének és profitérdekeinek. Elfogadhatatlan a Bizottság engedékenysége a növényvédő szerek és a mesterséges cukrok kapcsán.

Fontos elvárás az átláthatóság érdekében és a korrupció gyanújának elkerülésére, hogy nyilvánosságra kerüljön a kétoldali ülések listája időpontokkal, résztvevőkkel, melyeket a Bizottság a felhatalmazáson alapuló rendelet kidolgozási folyamata során az érdekelt felekkel folytatott. Lényeges, hogy minden lehetséges módon törekedni kell annak elősegítésére, hogy a csecsemők életük első hat hónapjában anyatejet kapjanak kizárólagosan.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je n'ai pas soutenu l'objection à un acte délégué sur les exigences spécifiques en matière de composition et d'information applicables aux préparations à base de céréales et aux denrées alimentaires pour bébés. Le rapporteur souligne l'importance de l'allaitement maternel, certes souhaitable mais pas toujours possible. Il demande également une révision du taux de sucre maximum autorisé et l'interdiction totale du glyphosate. Le renvoi de ce texte ne produira pas nécessairement les effets escomptés. Il ne fera que retarder les avancées, notamment certaines informations sur les emballages.

Par ailleurs, l'EFSA doit produire en 2016 deux avis sur la composition et les pesticides autorisés. Ces avis donneront lieu à des révisions de cet acte délégué. Il faut savoir que les produits dits de «baby-food» sont les produits les plus normés et contrôlés. Il est presque certain qu'une mère bien intentionnée qui ne veut pas acheter de produits spécialisés expose son enfant à plus de pesticides qu'avec des produits dits industriels très normés. Les industriels sont déjà prêts à l'appliquer et ce texte ne nuira pas plus aux bébés qu'actuellement, au contraire.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection car j'estime qu'elle s'affole inutilement des conséquences du texte contesté. Les aliments pour bébés sont en effet très bien contrôlés.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti námitce s cílem udržet vyšší vůli, pokud jde o regulaci množství cukru ve stravě.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam prijedlog rezolucije zbog toga što je loša prehrana daleko najveći uzrok bolesti i smrti na svjetskoj razini, veći čak od duhana, alkohola i fizičke neaktivnosti razmatranih zajedno.

Komisija nije podnijela Parlamentu i Vijeću izvješće o hrani za malu djecu koje se zahtijeva Uredbom (EU) br. 609/2013 (članak 12.) i koje je nužni uvjet za nacionalne strategije za smanjenje pretilosti djece. Maksimalnu razinu šećera trebalo bi znatno smanjiti u skladu s preporukama SZO-a.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Kamēr jebkuram cilvēkam dzīvības uzturēšanai ir nepieciešama pārtikas patērēšana, iespējams, visatkarīgākā grupa šajā ziņā ir tieši bērni, it īpaši zīdaiņi, kuru gadījumā pārtikas kvalitāte un maksimālā drošība ir principiāli svarīga. Tāpēc apsveicu Eiropas Parlamenta pieņemto rezolūcijas priekšlikumu, kurš tika izstrādāts kā reakcija uz Komisijas 2015. gada 25. septembra deleģēto regulu.

Zīdaiņu un mazu bērnu aizsardzība pret aptaukošanos, absolūta pieļaujamo cukuru līmeņu minimizācija atbilstoši Pasaules Veselības organizācijas standartiem, pilnīga pesticīdu nepieļaujamība, pēc iespējas skaidrāka marķējuma sistēma un, protams, visas sistēmas maksimāla pārredzamība — ja mēs gribam, lai mūsu nākotnes paaudzes būtu veselīgas, viennozīmīgi jāgarantē drošība jomā, ar kuru regulāri sastopas jebkurš cilvēks visas savas dzīves laikā un kurā nekādu “atlaižu” principā nevar būt.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό της Επιτροπής για τη συμπλήρωση του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 609/2013 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου, όσον αφορά τις ειδικές απαιτήσεις ως προς τη σύνθεση και τις πληροφορίες για τα μεταποιημένα τρόφιμα με βάση τα δημητριακά και τις παιδικές τροφές, διότι εκτιμώ ότι πρόκειται για μια πλήρη και τεκμηριωμένη πρόταση.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté contre cette objection. Le député Keith Taylor fait objection à un acte délégué sur la composition et les informations des aliments pour bébés à partir de 4 mois. Le rapporteur fait entre autres l'éloge de l'allaitement maternel, certes souhaitable mais pas toujours possible, et demande une révision du taux de sucre maximum autorisé et l'interdiction totale du glyphosate.

Le renvoi de ce texte nous semble un peu inutile puisqu'il ne fera que retarder les avancées. De plus, les produits pour bébé sont déjà les produits les plus normés et les plus contrôlés. Le texte de la Commission ne nuira pas plus aux bébés qu'actuellement, au contraire. Cette opposition est donc inutile.

David Martin (S&D), in writing. – I voted for this resolution. Given the obesity epidemic and especially concerns about childhood obesity – one in three 11-year-olds in Europe are overweight or obese – it is ridiculous to allow so much added sugar in baby food. Giving very young children highly sweetened foods can also influence their developing taste preferences and make them more likely to consume unhealthy, sugary food in the future. Labour MEPs want lower maximum sugar levels in baby food – we must ensure babies get the best start in life, and that means reducing the amount of sugar allowed in baby food

Jiří Maštálka (GUE/NGL), písemně. – Dnes jsme diskutovali téma nemalého významu, a to složení stravy pro nejmenší děti, které z různých důvodů nemohly být kojeny nebo u nichž bylo kojení ukončeno. Samozřejmě souhlasím s tím, že mateřské mléko je pro kojence nenahraditelné a samozřejmě se jedná o to nejlepší, co dítě může dostat. Pokud však kojení není možné, musíme se zabývat i tím, aby byla zajištěna kvalita a co nejlepší složení umělé výživy pro děti. Ze studií WHO vyplývá, že špatné stravování představuje zdaleka nejvýznamnější celosvětovou příčinu nemocí a úmrtí – větší než tabák, alkohol a fyzická nečinnost dohromady. Naučit děti správným stravovacím návykům je proto nadmíru důležité. Souhlasím s předloženou námitkou, která upozorňuje na příliš vysoký obsah sacharidů v umělém kojeneckém mléku, stejně tak jako na zavádějící reklamy na takové výrobky, které de facto snižují význam kojení. Hlasoval jsem pro přijetí návrhu.

Georg Mayer (ENF), schriftlich. – Säuglings- und Kinderschutz im Nahrungsmittelbereich ist ein sehr wichtiges Thema. Eltern müssen transparent erkennen können, welche Inhaltsstoffe die entsprechenden Lebensmittel haben und müssen auf die Produkte vertrauen können. Das Verbot von GMO und Nanotechnologie in Getreidebeikost ist sehr zu begrüßen. Ich stimme diesem Bericht daher zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – La résolution propose de rejeter l'acte délégué de la Commission au sujet des denrées alimentaires destinées aux nourrissons et aux enfants en bas âge. En effet, la Commission permettait aux aliments pour bébés de fournir 30 % de leur énergie en sucre, ce qui est supérieur aux recommandations de l'OMS et des comités scientifiques des états membres, le sucre étant un facteur important d'obésité. De plus la résolution demande une tolérance zéro pour les pesticides, compte tenu de la vulnérabilité particulière du système endocrinien des nourrissons et des jeunes enfants. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), par écrit. – L'adoption de cette objection ne fera pas avancer les études en cours à l'EFSA (Autorité européenne de sécurité des aliments) sur la composition des produits et la présence des pesticides.

L'équilibre alimentaire se conçoit sur l'ensemble de l'alimentation et non aliment par aliment. Les industriels et les normes ne devraient pas se substituer à l'éducation nutritionnelle et au bon sens des parents.

Aussi, la motivation profonde de cette objection est la promotion à marche forcée de l'allaitement, irremplaçable sur le plan des défenses immunitaires mais pas toujours possible et potentiellement plus dangereux que les produits industriels car il concentre dans le lait les produits chimiques consommés par la mère.

J'ai donc voté contre cette proposition.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei contra a proposta de resolução do Parlamento Europeu sobre o regulamento delegado no que respeita aos requisitos específicos em matéria de composição e informação aplicáveis aos alimentos transformados à base de cereais e aos alimentos para bebés.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Ako lekár a otec som s obavou prijal informáciu, že dotknuté delegované nariadenie umožňuje, aby 30 % energie v detských potravinách pochádzalo z cukru. Dnes čelíme zvýšenej obezite nielen medzi dospelými ľuďmi, ale alarmujúca je miera obezity medzi deťmi. Obezita je jednou z príčin, prečo vznikajú rôzne ťažké, mnoho ráz nevyliciteľné choroby. Pokiaľ budú deti vo zvýšenej miere prijímať cukor už v útlom veku, nepodarí sa nám odstrániť obezitu ani mnohé iné civilizačné ochorenia, ktoré s ňou priamo súvisia. Je našou povinnosťou prijať všetky opatrenia smerujúce k tomu, aby strava určená pre deti bola vyvážená a vyrobená z kvalitných surovín. Súhlasím s tým, aby takéto nariadenie nenadobudlo účinnosť.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the objection to delegated act on the specific compositional and information requirements for processed cereal-based food and baby food because the introduction of such high levels of sugar to foods – especially so early – would have contributed to the rising levels of childhood obesity and may affect the developing taste preferences of children. For infants and young children in particular, added sugar levels should be kept to a minimum.

It is an important step in helping to ensure that EU rules on baby food are designed with their health as the utmost priority. The proposal by the Commission would have allowed baby foods to contain far higher levels of sugar than those recommended by the World Health Organization (WHO).

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság állásfoglalásra irányuló indítványt nyújtott be a 609/2013/EU európai parlamenti és tanácsi rendeletnek a feldolgozott gabonalapú élelmiszerekre és bébitelekre vonatkozó különös összetételi és tájékoztatási követelmények tekintetében való kiegészítéséről szóló, 2015. szeptember 25-i (EU) .../... felhatalmazáson alapuló bizottsági rendeletre vonatkozóan. Az indítvány megállapítani javasolja, hogy a felhatalmazáson alapuló rendelet nem tartalmaz elégséges intézkedéseket a csecsemők és a kisgyermekek elhízással szembeni védelmére, továbbá nem felel meg annak a jogos igénynek, hogy a csecsemők és a kisgyermekek endokrin rendszerének különleges sérülékenysége tekintetével, általános elvként zéró toleranciát alkalmazzon a növényvédő szerekre, az ettől engedélyezett valamennyi eltérést tételesen felsorolva a III. mellékletben. Ennélfogva azt javasolja, hogy az Európai Parlament emeljen kifogást a felhatalmazáson alapuló rendelettel szemben, és így az ne léphessen hatályba. A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'objection à cet acte délégué qui a vocation à réglementer la composition et les informations des aliments pour bébés à partir de 4 mois est portée par un écologiste anglais, Keith Taylor. Celui-ci souligne l'importance de l'allaitement maternel, la révision du taux de sucre et l'interdiction totale du glyphosate.

Cependant, ce sont déjà des mesures que les industriels sont prêts à appliquer et cet acte délégué risque de retarder les avancées de la réglementation dans ce domaine, notamment au niveau des informations sur les emballages.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Regulamento (UE) n.º 609/2013, na parte 3 do anexo I, permite que 30 % da energia dos alimentos para bebés seja obtida a partir de açúcar (7,5 g açúcar/100 kcal equivalem a 30 kcal fornecidas por açúcar por cada 100 kcal de energia) contrariando as recomendações de saúde da Organização Mundial da Saúde, que aconselha reduções significativas no consumo total de açúcar.

Subscrevo que a introdução destes alimentos, principalmente numa fase tão precoce, pode contribuir para o aumento das taxas de obesidade infantil e pode afetar o desenvolvimento das preferências alimentares das crianças e que, no caso dos lactentes e das crianças pequenas, os níveis de adição de açúcar devem ser reduzidos ao mínimo.

É importante salientar que a OMS recomenda que as crianças sejam alimentadas exclusivamente por aleitamento materno nos primeiros seis meses de vida, e que, a partir desta idade, o leite materno seja complementado com uma série de alimentos adequados, seguros e ricos em nutrientes e que não sejam adicionados sal e açúcar aos alimentos complementares.

Defendo que deveriam ser tidas em linha de conta as recomendações da OMS e dos comités científicos dos Estados-Membros, para posteriormente adotarmos o Regulamento Delegado.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le renvoi de ce texte via cette objection ne produira pas nécessairement les effets escomptés: il ne fera que retarder les avancées, notamment certaines informations sur les emballages.

Par ailleurs, l'EFSA doit produire en 2016 deux avis sur la composition et les pesticides autorisés. Ces avis donneront lieu à des révisions de cet acte délégué.

Il faut savoir que les produits dits de «baby-food» sont les produits les plus normés et contrôlés. Il est presque certain qu'une mère bien intentionnée qui ne veut pas acheter de produits spécialisés expose son enfant à plus de pesticides (multipliés par 10 dans le lait maternel par exemple ou non contrôlés sur les produits frais) qu'avec des produits dits industriels très normés. Les industriels sont déjà prêts à l'appliquer et ce texte ne nuira pas plus aux bébés qu'actuellement, au contraire.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je me suis opposée à ce rapport dont l'objectif était de rejeter un acte délégué portant sur la composition des aliments pour bébés. Je regrette que ce texte ait été adopté car l'acte délégué prévoyait déjà des standards extrêmement élevés en matière de composition en sucre, en sel et en matières grasses, rendant cette objection infondée.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – L'objection à un acte délégué sur les exigences spécifiques en matière de composition et d'information applicables aux préparations à base de céréales et aux denrées alimentaires pour bébés était pour moi infondée. J'ai voté contre l'objection, celle-ci ne prenant pas en compte les standards particulièrement élevés déjà prévus par l'acte.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto contrario in quanto non ritengo che il regolamento delegato della Commissione sia carente nelle disposizioni volte a proteggere la sicurezza degli alimenti per la prima infanzia

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – According to a report created by the Commission, one in three children aged between 6-9 years old in EU is overweight or obese. Consequently, I voted for this motion as it is necessary to implement a set of rules in order to diminish these risks.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem proti vyslovení námitky, protože se domnívám, že návrh nařízení Komise je kvalitně připravený a dostatečně chrání zdraví dětí. Levice v EP v tomto případě chybně, ne-li záměrně účelově, interpretuje data a doporučení Světové zdravotnické organizace a klade nereálné požadavky. Naproti tomu postup Komise má oporu v postoji průmyslu, spotřebitelských organizací i členských států včetně ČR, které se k němu vyjádřily souhlasně.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich unterstütze diesen Bericht, da die Qualität der Nahrung von Babys besonders wichtig ist und Kinder sich nicht zu früh an zu süße Nahrung gewöhnen sollten. Die EU-Kommission wollte bis zu drei Mal so viel Zucker zulassen wie von der WHO empfohlen. Noch dazu kommen falsche Versprechen seitens der Hersteller, die gesunde und altersgerechte Ernährung suggerieren, indem sie Bilder von Obst und Vollkorngetreide auf den Produktverpackungen anbringen und so die eigentlichen Inhalte verschleiern. Stark zuckerhaltige Lebensmittel können neben Zahnschäden auch zu ungesunden Essgewohnheiten und Übergewicht führen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rejet de l'acte délégué de la Commission relatif aux exigences spécifiques en matière de composition et d'information applicables aux préparations à base de céréales et aux denrées alimentaires pour bébés. Cette objection se justifie car l'acte ne prend pas les mesures nécessaires pour prévenir l'obésité chez les nourrissons et les jeunes enfants, notamment via la réduction de la teneur en sucre recommandée par l'OMS. De plus, il serait nécessaire d'interdire la présence de pesticides dans ce type d'alimentation, en raison de la vulnérabilité particulière des jeunes

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Ei toetanud vastuväite esitamist. Arvestades et hetkel on teatud nõuetes kokku lepitud, peaksid need jõustuma ja nendest lähtudes tuleks edasi liikuda, et olukorda paremaks muuta.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Considero il problema di fondamentale importanza dato che negli ultimi anni i livelli di sovrappeso e obesità nei bambini europei sono aumentati in maniera significativa ed è nostro dovere attuare una strategia mirata a contrastare la situazione. Nonostante ciò, non credo che l'approccio presentato nell'obiezione sia la strategia da adottare, che ritengo debba essere riveduta. Pertanto mi sento di votare negativamente.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Podržala sam Rezoluciju Europskog parlamenta o Delegiranoj uredbi o dopuni Uredbe (EU) Europskog parlamenta i Vijeća u vezi s posebnim zahtjevima u pogledu sastojaka i informacija za prerađenu hranu na bazi žitarica i dječju hranu kojom se ulaže prigovor na Delegiranu uredbu Komisije. Smatram da u skladu s načelom predostrožnosti u hrani za dojenčad ne bi smjelo biti neprovjerenih i tehnologija u nastajanju, poput GMO-ova i nanotehnologije, čije dugoročne opasnosti još nisu poznate. Zbog osjetljivosti dojenčadi i mogućeg utjecaja pesticida na njihov endokrini sustav smatram da je potrebno uvesti nultu toleranciju na pesticide u dječjoj hrani. Također smatram, kao i stručnjaci Svjetske zdravstvene organizacije, da je u prvih šest mjeseci djetetova života najbolja hrana majčino mlijeko. Nemogućnost dojenja nažalost je poremećaj od kojeg, zbog stresa, nepovoljnih uvjeta rada, dijelom i kao posljedice nedovoljne brige društva u pojedinim zemljama s lošim zakonodavnim okvirom o porodičnom dopustu, mlade majke sve više pate, ali nije pravilo i razlog za izbjegavanje isticanja ove važne preporuke Svjetske zdravstvene organizacije. Zbog tih sam razloga podržala ovu Rezoluciju i očekujem da će novi prijedlog Komisije uvažiti prigovor Parlamenta.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – L'objection est portée Keith Taylor, écologiste anglais. Il fait objection à un acte délégué qui a vocation à réglementer la composition et les informations des aliments pour bébés à partir de 4 mois. Le rapporteur souligne l'importance de l'allaitement maternel, certes souhaitable mais pas toujours possible. Il demande également une révision du taux de sucre maximum autorisé et l'interdiction totale du glyphosate. Le renvoi du texte sur lequel porte l'objection ne produira pas nécessairement les effets escomptés et ne fera que retarder les avancées, notamment certaines informations sur les emballages. Par ailleurs, l'EFSA doit produire en 2016 deux avis sur la composition et les pesticides autorisés. Ces avis donneront lieu à des révisions de l'acte délégué.

Il faut savoir que les produits dits de «baby-food» sont les produits les plus normés et contrôlés. Il est presque certain qu'une mère bien intentionnée qui ne veut pas acheter de produits spécialisés expose son enfant à plus de pesticides (multipliés par 10 dans le lait maternel par exemple ou non contrôlés sur les produits frais) qu'avec des produits dits industriels très normés. Les industriels sont déjà prêts à l'appliquer et ce texte ne nuira pas plus aux bébés qu'actuellement, au contraire. Je vote contre l'objection.

Tonino Picula (S&D), napisan. – Podržavam prigovor na Delegiranu Uredbu Komisije kojom bi se dopustila viša razina prisutnosti šećera u dječjoj hrani (30 % energetske vrijednosti, tj. 7,5 g šećera/100 kcal) nego što je preporučeno od strane Svjetske zdravstvene organizacije. Ovakvim rješenjem bio bi ugrožen zdravi razvoj djece, tj. konzumiranje hrane s tim razinama šećera u ranoj dobi može doprinijeti rastućoj pretilosti djece i razviti nezdrave navike, što je posebno zabrinjavajuće s obzirom da je loša prehrana vodeći temeljni uzrok bolesti na svjetskoj razini. Također treba uzeti u obzir znanstvena istraživanja i nalaze o sigurnoj uporabi nadomjestaka majčinog mlijeka i osigurati da se prilikom označivanja proizvoda naglasi prikladna dob konzumacije. Ovo je, između ostalog, i dužnost Unije kao međunarodne organizacije koja vodi u promicanju kvalitetnih načela javnog zdravlja. Nažalost, i u Hrvatskoj je prema Pravilniku o prerađenoj hrani na bazi žitarica i dječjoj hrani za dojenčad i malu djecu dozvoljena razina do 7,5 g šećera/100 kcal te se nadam skoroj promjeni te odredbe.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – La parte terza dell'allegato I del regolamento (UE) n. 609/2013, relativo agli alimenti destinati ai lattanti e ai bambini nella prima infanzia, prevede che il 30% dell'energia fornita dagli alimenti per la prima infanzia possa provenire dallo zucchero. Ritengo che il regolamento delegato della Commissione (C(2015)06507) contenga sufficienti misure per proteggere adeguatamente i lattanti e i bambini nella prima infanzia dall'obesità e fissi regole chiare per gli operatori del settore e le autorità competenti. Infatti, la Commissione europea si è impegnata a tal merito consultando l'Autorità europea per la sicurezza alimentare (European Food Safety Authority) e tenendo conto dei più recenti dati scientifici. Ho votato contro questa proposta di risoluzione perché sono del parere che la Commissione sarà in grado, se necessario, di rivedere i requisiti essenziali per la composizione di questi alimenti per l'infanzia.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Chtěl bych zdůraznit, že jsem sice usnesení jako celek nepodpořil, ale zároveň jsem proti využívání GMO, protože jsem v této oblasti skeptický. Zvláště v oblasti, kterou projednáváme, bych byl v nákládání s GMO opatrný.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis opposé à cette objection, comme mes collègues du PPE, car nous trouvons que l'acte délégué prévoit déjà des exigences très élevées en matière de composition de ces aliments. Je veux notamment parler de leur teneur en sel, matières grasses et sucre. Il n'y a par conséquent aucune utilité à faire doublon avec une nouvelle procédure qui viendrait retarder l'objectif final.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A razão de ter votado esta objeção ao ato delegado, prende-se com as dúvidas quanto à obesidade, contaminantes, rotulagem e transparência no que respeita ao Regulamento da Comissão. Entendo, portanto, que as medidas não são suficientes para proteger os lactentes e as crianças pequenas contra a obesidade e que o nível máximo de açúcar permitido deve ser significativamente reduzido, em conformidade com as recomendações da Organização Mundial de Saúde. Entende ainda que deve ser dada tolerância zero aos pesticidas, de modo a estabelecer limites máximos de resíduos cada vez mais rigorosos, com base em novas provas científicas sobre os efeitos para a saúde das substâncias ativas e respetivos metabolitos.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – As medidas do Regulamento delegado não são suficientes para proteger os lactentes e as crianças pequenas contra a obesidade. Daí esta objeção. O nível máximo de açúcar permitido deve ser significativamente reduzido, em conformidade com as recomendações da OMS. A rotulagem e a comercialização de alimentos transformados para bebés devem deixar claro que os produtos não são adequados para crianças com menos de seis meses de idade e não devem comprometer a recomendação relativa ao aleitamento materno exclusivo durante os primeiros seis meses. Toda a rotulagem e comercialização devem ser revistas de acordo com as recomendações da Assembleia Mundial da Saúde relativas aos alimentos para lactentes e crianças pequenas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Comisión no ha presentado al Parlamento y al Consejo el informe sobre la composición de los preparados para niños de corta edad previsto en el artículo 12 del Reglamento (UE) n.º 609/2013, condición necesaria para las estrategias nacionales destinadas a reducir la obesidad infantil.

Asimismo, la Comisión pretende permitir que la energía que aportan los alimentos infantiles proceda en un 30 % del azúcar, propuesta que contradice todos los dictámenes sanitarios de la OMS, que ha recomendado reducciones significativas en la ingesta total de azúcar.

Por ello, he votado a favor de la presente Resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans cette résolution, en plus de voter positivement lors du vote final, j'ai soutenu les amendements qui recommandent de réduire l'apport de sucres libres à moins de 10 % de l'apport énergétique total dans les préparations à base de céréales et les denrées alimentaires pour bébés et qui estiment que ramener l'apport de sucres à moins de 5 % présenterait des avantages supplémentaires pour la santé des nourrissons.

J'ai en outre soutenu la disposition mentionnant que, conformément au principe de précaution, les technologies émergentes telles que les OGM, devraient être interdites dans les denrées alimentaires pour bébés et enfants.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Relativamente a esta matéria, o grupo parlamentar do PPE, do qual faço parte, decidiu não objetar a este Ato Delegado e aceitar o compromisso firmado pelo Senhor Comissário Miguel Arias Cañete em consultar a Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos, com vista à revisão das normas e requisitos de composição e informação dos alimentos transformados à base de cereais, com respeito aos níveis de açúcar que possuem.

No entanto, dados da OMS demonstram que as quantidades de açúcar em alimentos possibilitadas pelo Ato Delegado se encontram acima das doses recomendadas para bebés, pelo que considero urgente que sejam reanalisadas todas as medidas deste ato delegado, designadamente também no que se refere à rotulagem e publicidade aos produtos especializados para condições médicas específicas.

Em face do exposto, mas aceitando o compromisso do Senhor Comissário, considereei mais prudente abster-me.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Päätin äänestää tässä asiassa ryhmääni vastaan ja kannattaa parlamentin vastalauseetta komission ehdotukseen.

Päätös ei ollut vaikea. Meidän tulisi vähentää sokerin käyttöä, ei lisätä sitä. Komission ehdotus olisi toteutuessaan tarkoittanut, että vauvanruoassa sallittu sokerimäärä olisi ylittänyt kolminkertaisesti Maailman terveysjärjestön WHO:n suosituksen.

On päivän selvää, ettei tällainen ehdotus edistä lasten ja nuorten terveyttä. Lukuisat tutkimukset ovat osoittaneet, että liian sokeripitoinen ruokavalio lisää lasten ylipainoa ja vaikuttaa haitallisesti lasten makutottumuksiin. Erityisesti imeväisiä tulisi suojella liialta sokerin saannilta.

Näistä syistä komission on parempi palata takaisin piirustuspöydän ääreen ja esittää parlamentille tiukempi, WHO:n suositusten mukainen ehdotus.

Haluan vielä muistuttaa, että komission ei tulisi ottaa kevyesti elintarvikesäätelyä. Itse vastustan geenimanipuloituja elintarvikkeita sekä liiallista kasvismyrkköjen käyttöä. Ruokaa päätyy usein enemmän jäämiä kuin valmistajat ilmoittavat.

Toivon, että myös nämä näkökannat heijastuvat komission tulevaan työhön.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), in writing. – There is a childhood obesity crisis affecting a large number of children in Europe and storing up health problems for tomorrow's adults. Infant and childhood diet profoundly affects child health and future eating habits. Too much sugar in baby foods can lead to over-consumption of sugar and inappropriate calorie intake in the long term, causing obesity and increasing the risk factor for conditions such as type 2 diabetes, heart disease, and some cancers. The sugar limits set for baby foods can have major consequences, so we need to get them right. We cannot ignore the big discrepancy between the recent WHO recommendations and the Commission's proposal. I am delighted a majority of colleagues joined me in backing this resolution and look forward to the Commission's revised proposal.

Jasenکو Selimovic (ALDE), skriftlig. – Spädbarn och småbarn är en särskilt sårbar grupp när det gäller hormonstörande ämnen och andra främmande ämnen. Vad de äter och dricker är således av extra stor betydelse för deras hälsa, och regelverket kring t ex modersmjölksersättningar och näringstillskott för barn måste därför vara strikt och vetenskapligt baserat. Av den anledningen har jag ställt mig bakom kravet på en ny delegerad akt som tar hänsyn till resultaten av EFSA:s översyn av beredda spannmålsbaserade livsmedel och barnmat och som bygger på vetenskaplig evidens om effekterna av tillfört socker. Jag har dock valt att inte invända mot denna delegerade akt, eftersom jag inte vill bromsa tillämpningen av EU-förordningen nr 609/2013 om livsmedel för särskilda grupper och därigenom bidra till att skapa rättslig osäkerhet.

Jill Seymour (EFDD), in writing. – I voted in favour of this as I wish to see the delegated act stopped. This should be a matter for sovereign parliaments, not the EU Commission.

Siôn Simon (S&D), in writing. – I supported this Motion for a Resolution because I find that there are several issues with this delegated act. As this motion points out, there are not sufficient measures to protect infants and young children from obesity as the maximum level of sugar is far too high and should be in line with the recommendations of the World Health Organisation.

Furthermore, I feel that there were several issues with transparency in this delegated act and that the Commission should delay the adoption of this delegated act until its own report on young-child formula is published and until the EFSA has published its review regarding the evidence on sugar and the early introduction of processed foods in relation to optimal infant and young-child feeding recommendations.

Monika Smolková (S&D), písomne – Podporila som uznesenie EP o vykonávaní nariadenia Komisie z 25. septembra 2015, ktorým sa dopĺňa nariadenie Európskeho parlamentu a Rady, pokiaľ ide o osobitné požiadavky na zloženie potravín spracovaných na báze obilnín a detských potravín a na informácie o nich. Keďže Komisia nepredložila Parlamentu a Rade správu o výžive malých detí, ktorá sa od nej požaduje a ktorá je nevyhnutnou podmienkou na vytvorenie vnútroštátnych stratégií na zmenšenie výskytu detskej obezity, EP svojim unesením vznáša námietku voči delegovanému nariadeniu Komisie. Opatrenia uvedené v delegovanom nariadení nie sú dostatočné na ochranu dojčiat a malých detí pred obezitou a maximálne povolené množstvo cukru by malo sa v súlade s odporúčaniami WHO podstatne znížiť. Tiež vzhľadom na mimoriadnu citlivosť endokrinného systému dojčiat a malých detí by sa mala na pesticídy vzťahovať zásada nulovej tolerancie. Prijatým uznesením sme vyzvali Komisiu, aby odložila prijatie delegovaného aktu, pokiaľ neuverejní svoju správu o výžive pre malé deti.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Nepodpořila jsem námitku proti nařízení Komise o požadavcích na složení a informace u obilných příkrmů a potravin pro malé děti. Bohužel námitka nakonec prošla, i když nepřesvědčivou většinou, a tím došlo k vetování nařízení Komise.

Nařízení, které stanovovalo optimální přísun cukru pro kojence, odpovídalo výživovým požadavkům stanoveným rámcově Světovou zdravotnickou organizací (WHO). Také stanovisko vlády ČR, které jsem měla k dispozici, hovořilo ve prospěch nařízení Komise.

Pozitivním aspektem je, že z usnesení vypadl požadavek na nulovou toleranci pesticidů, který byl vzhledem k realitě iluzorní. Povolený obsah pesticidů Komise bedlivě dozoruje a její rozhodnutí se zakládají na doporučeních Evropského úřadu pro bezpečnost potravin, což považuji za dostatečnou záruku.

Pro odmítnutí prováděcího nařízení jsem neměla žádný věcný ani odborný důvod, a proto jsem pro ně nehlasovala. Nyní bude muset Komise předložit nařízení nové.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Otroška hrana ima lahko po določbah delegirane uredbe 30% energijske sestave iz sladkorja. SZO in znanstveni odbori v posameznih državah članicah priporočajo močno zmanjšanje skupne količine zaužitega sladkorja. Uvedba tovrstnih živil v tako zgodnjih letih lahko prispeva k povečanju debelosti pri otrocih in utegne vplivati na razvoj njihovega okusa. Menim, da je na tej točki smotrno omeniti, da je slaba prehrana v današnjem času zdaleč največji vzrok bolezni in smrti po svetu. Dotični predlog resolucije nasprotuje delegirani uredbi, saj naj ne bi vsebovala ustreznih ukrepov za zaščito dojenčkov in majhnih otrok pred debelostjo. Uredba bi morala najvišjo dovoljeno količino zaužitega sladkorja bistveno znižati, v skladu s priporočili SZO. Strinjam se, da bi morala biti količina dodanega sladkorja, zlasti za dojenčke in majhne otroke, minimalna. Zaradi slednjega sem podprl predlog resolucije glede posebnih zahtev za sestavo in informacije pri živilih na osnovi predelanih žit in otroški hrani.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'obiezione sul progetto di atto delegato che avrebbe permesso agli alimenti per bambini di continuare a contenere livelli molto più elevati di zucchero (fino a tre volte in più) rispetto a quelli raccomandati dall'Organizzazione mondiale della sanità (OMS). Con questo voto il Parlamento chiede la riduzione del limite di tenore di zucchero nell'UE per soddisfare le raccomandazioni dell'OMS ed evitare l'incremento dell'obesità infantile, che già oggi costituisce un problema serio a causa di abitudini alimentari sbagliate. Inoltre, il testo approvato oggi ricorda che in conformità al principio di precauzione, le tecnologie emergenti come gli OGM e le nanotecnologie, i cui rischi a lungo termine non sono noti, dovrebbero essere vietate negli alimenti destinati all'infanzia.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Nisam podržao ovaj Prigovor na delegirani akt o posebnim zahtjevima u pogledu sastojaka i informacija za prerađenu hranu na bazi žitarica i dječju hranu na Uredbu (EU) br. 609/2013 Europskog parlamenta i Vijeća od 12. lipnja 2013. o hrani za dojenčad i malu djecu, hrani za posebne medicinske potrebe i zamjeni za cjelodnevnu prehranu pri redukcijskoj dijeti te o stavljanju izvan snage Direktive Vijeća 92/52/EEZ, direktiva Komisije 96/8/EZ jer neke osobe trebaju takve sastojke budući da nisu u mogućnosti dobiti zbog zdravstvenih ili profesionalnih razloga. Također smatram da je ostavljen izbor potrošačima, ali da ih je iznimno važno pravovaljano informirati o sastojcima istih.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Odbor ENVI apelira na Komisiju da odgodi njezinu primjenu kako bi se još bolje usuglasili stavovi o sadržaju prerađene dječje hrane i informacija na ambalaži. Naime, prema prijedlogu Europske komisije, dječja hrana i dalje može sadržavati do tri puta više šećera u odnosu na preporuke Svjetske zdravstvene organizacije. Smatram da to nije prihvatljivo jer se na taj način ne spriječava rizik od pretilosti.

Podržavam odgađanje stupanja na snagu ove rezolucije o sastojcima i informacijama na dječjoj hrani, a loša prehrana je i najveći uzrok smrtnosti u svijetu pa je potrebno od najranije dobi poticati kvalitetniju prehranu.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti resoluciji o delegirani uredbi Komisije o dopolnitvi Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta glede posebnih zahtev za sestavo in informacije pri živilih na osnovi predelanih žit in otroški hrani.

Menim, da je delegirana uredba Komisije zadovoljiva ter da vsebuje dovolj ukrepov za zaščito dojenčkov in majhnih otrok pred debelostjo. Prav tako se ne strinjam z navedbami iz resolucije glede onesnaževal, označevanj in preglednosti. Zato predlagane resolucije nisem podprla.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Υπερψηφίσαμε την εν λόγω ένσταση που αφορά τα κριτήρια σύνδεσης και πληροφόρησης των ειδικά επεξεργασμένων παιδικών και βρεφικών τροφών με βάση τα δημητριακά, τα οποία θεσπίζονται σύμφωνα με την κατ' εξουσιοδότηση πράξη που απορρέει από το άρθρο 11 του Κανονισμού ΕΕ 609/2013.

Σύμφωνα με την ένσταση, ο πρόσφατος κανονισμός που αφορά τις ειδικές απαιτήσεις για τις συγκεκριμένες μεταποιημένες τροφές δεν προβλέπει τα απαραίτητα μέτρα για την πρόληψη της παχυσαρκίας και διη στα νήπια και τα μικρά παιδιά. Επίσης, διατηρεί το επίπεδο ζάχαρης στις τροφές αυτές σε υψηλά ποσοστά σε σχέση με τα επίπεδα που συνιστά ο Παγκόσμιος Οργανισμός Υγείας.

Η εισαγωγή τέτοιων τροφίμων είναι πιθανό να συμβάλει στην αύξηση των επιπέδων της παιδικής παχυσαρκίας. Σύμφωνα με ειδικούς του Παγκόσμιου Οργανισμού Υγείας, τα επίπεδα σακχάρου ειδικά στις βρεφικές τροφές πρέπει να διατηρούνται στο ελάχιστο για να μην προκαλούν ενδοκρινικές διαταραχές και μελλοντικές παθήσεις στα βρέφη.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Ο κατ' εξουσιοδότηση κανονισμός δεν περιλαμβάνει επαρκή μέτρα για την προστασία των βρεφών και των μικρών παιδιών από τα μεταποιημένα τρόφιμα. Η παρούσα πρόταση ψηφίσματος διατυπώνει αντίρρηση, καλεί την Επιτροπή να καθυστερήσει την έκδοση της παρούσας κατ' εξουσιοδότηση πράξης έως ότου δημοσιευθεί η δική της έκθεση σχετικά με τα παρασκευάσματα για μικρά παιδιά και έως ότου η EFSA δημοσιεύσει την αναθεώρησή της όσον αφορά τα αποδεικτικά στοιχεία για τη ζάχαρη και την πρώιμη κατανάλωση μεταποιημένων τροφίμων σε συνάρτηση με τις συστάσεις σχετικά με τη βέλτιστη διατροφή των βρεφών και των μικρών παιδιών, και ειδικότερα όσον αφορά την υπονόμευση του θηλασμού και την όξυνση του φαινομένου της παιδικής παχυσαρκίας και επιθυμεί τέλος να ενημερώσει την Επιτροπή ότι ο κατ' εξουσιοδότηση κανονισμός δεν μπορεί να τεθεί σε ισχύ.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam az állásfoglalási indítványt mely elutasítja a Bizottság rendelettervezetét. Ezzel kapcsolatban fontosnak tartom az Egészségügyi Világszervezet ajánlását, mely szerint korlátozni szükséges a szabad cukrok bevitelét a teljes energiabevitel kevesebb, mint 10%-ára, sőt mindemellett további 5%-os csökkentést javasol a további előnyök érdekében. Egyetértek azzal, hogy a magas cukortartalmú élelmiszerek növekvő mértékben járulnak hozzá a gyermekkori elhízáshoz, és hogy ezek befolyásolják a gyermekek ízlésének kialakulását is. Osztom azt a véleményyt, hogy különösen csecsemők és kisgyermekek esetében a nem megfelelő táplálkozás a legtöbb betegség kiváltó oka.

Támogatom, hogy Bizottság minél hamarabb nyújtson be új felhatalmazáson alapuló jogi aktust, amely figyelembe veszi az Európai Élelmiszer-biztonsági Hatóság kapcsolódó megállapításait. Emellett az optimális csecsemő- és kisgyermek-táplálási ajánlások tekintetében tudományos bizonyítékokat is figyelembe kell venni. Úgy vélem, hogy mindezek hozzájárulnak a helyes táplálkozás kialakításához, mely végső soron egyértelmű közegészségügyi haszonnal jár.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Siguranța alimentară a produselor comercializate în cadrul statelor membre UE este unul din principalele obiective ale instituțiilor europene. Reglementarea sectorului alimentar trebuie să țină cont de cele mai înalte standarde în domeniu.

Cu atât mai mult, reglementările privind alimentele destinate copiilor trebuie să țină cont în cel mai înalt grad de standarde speciale de siguranță, pentru că orice scăpare poate cauza tragedii greu de imaginat. În acest sens, se impune etichetarea cât mai detaliată a alimentelor pentru copii comercializate la nivel european, în vederea evitării utilizării anumitor substanțe de către sugari și copii de vârstă mică. De asemenea, este nevoie de un control mai riguros al nivelului de zaharuri consumate de sugari și copiii mici, care poate duce la obezitate. Se impune o toleranță zero față de prezența pesticidelor în produsele alimentare.

Toate deciziile privind siguranța alimentară trebuie să fie luate în mod transparent, pentru a permite tuturor părților interesate să participe la procesul decizional. În vederea susținerii acestor decizionate și pentru îmbunătățirea regulamentului delegat al Comisiei în acest domeniu, este necesară adoptarea actualei rezoluții.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Je me prononce contre toutes les dérogations au principe de la tolérance zéro pour les pesticides, qui devraient être explicitement citées à l'annexe III, laquelle devrait être régulièrement mise à jour avec des limites maximales de résidus toujours plus strictes, à la lumière des nouveaux éléments scientifiques démontrant les effets des substances actives et de leurs métabolites sur la santé.

J'ai également voté pour l'amendement 2 qui consacre le principe de précaution en matière d'OGM.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I opposed the objection raised by the Greens/EFA group on the draft delegated act by the Commission on the specific compositional and information requirements for processed cereal-based food and baby food. According to Regulation No 609/2013 on Foods for Specific Groups, the Commission is responsible for drafting specific compositional and information requirements for processed cereal-based food and baby food. Current compositional requirements are about 20 years old and were agreed based on studies dating back to 1989-1990. The Commission draft, which is opposed by this objection, complies with the most recent relevant Codex Alimentarius standards from 2006. Although some of the findings may be outdated it is already a considerable improvement on the current situation and I find it regrettable that its entry into force will be delayed until a new study is published.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv prigovora na delegirani akt o posebnim zahtjevima u pogledu sastojaka i informacija za prerađenu hranu na bazi žitarica i dječju hranu jer smatram da je odbijanje Komisijinog prijedloga preoštra reakcija. Naime, iako se u pojedinim dijelovima slažem s izjaviteljem, na primjer u dijelu kojim se navodi da se treba smanjiti unos šećera u opću populaciju, Komisija se obvezala da će razmotriti konačnu razinu sastojaka šećera tijekom 2016. godine, odnosno nakon što Europska agencija za sigurnost hrane objavi svoje mišljenje o navedenoj temi. Jasno mi je da se trenutačne razine čine visoke, no smatram da nije potrebno u potpunosti odbaciti ovaj akt te podržavam Komisiju u njezinoj predanosti da izmijeni razine dodanih šećera nakon što dobije potpune podatke.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o nasprotovanju delegiranemu aktu o posebnih zahtevah za sestavo in informacijah pri žitnih kašicah in otroški hrani sem podprla, ker so dojenčki in majhni otroci skupina prebivalcev, ki je še posebej dovzetna za dodatke v prehrani.

Debelost otrok je resna težava, s katero se srečuje vse preveč otrok. Nedopustno je, da s pretirano reklamo in postavljanjem prenizkih standardov spodbujamo uživanje živil, ki dolgoročno škodujejo zdravju. Še posebej je to nedopustno, če gre za prehrano dojenčkov. Še posebej pri otrocih moramo biti pazljivi, saj se moramo zavedati, da je slaba prehrana v današnjem času daleč najpogostejši vzrok bolezni in smrti po svetu.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – L'objection vise un acte délégué qui a vocation à régler la composition et les informations des aliments pour bébés à partir de 4 mois. Le rapporteur souligne l'importance de l'allaitement maternel, certes souhaitable mais pas toujours possible. Il demande également une révision du taux de sucre maximum autorisé et l'interdiction totale du glyphosate.

Le renvoi de ce texte ne produira pas nécessairement les effets escomptés, il ne fera que retarder les avancées, notamment certaines informations sur les emballages. Par ailleurs, l'EFSA doit produire en 2016 deux avis sur la composition et les pesticides autorisés. Ces avis donneront lieu à des révisions de cet acte délégué. Il faut savoir que les produits dits de «baby-food» sont les produits les plus normés et contrôlés. Il est presque certain qu'une mère bien intentionnée qui ne veut pas acheter de produits spécialisés expose son enfant à plus de pesticides (multipliés par 10 dans le lait maternel par exemple ou non contrôlés sur les produits frais) qu'avec des produits dits industriels très normés. Les industriels sont déjà prêts à l'appliquer et ce texte ne nuira pas plus aux bébés qu'actuellement, au contraire.

Je vote donc contre cette objection.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Bizottság nem nyújtott be jelentést a Parlamentnek és a Tanácsnak a kisgyermekek táplálásáról, amint ezt a 609/2013/EU rendelet előírja, ami a gyermekkori elhízás csökkentésére irányuló nemzeti stratégiák szükséges feltétele. Jelenleg a nem megfelelő táplálkozás világszerte a betegségek és az elhalálozás messze legfontosabb kiváltó oka. A WHO azt ajánlja, hogy a csecsemőket életük első hat hónapjában kizárólag anyatejjel táplálják, és hathónapos koruktól kezdve az anyatejet különböző megfelelő, biztonságos és tápanyagban gazdag kiegészítő élelmiszerekkel egészítsék ki, azonban a kiegészítő élelmiszerekhez ne adjanak hozzá sót és cukrot. Szavazatommal támogatam a javaslatot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted to reject draft EU rules on baby food, which would have allowed baby foods to contain far higher levels of sugar than those recommended by the World Health Organization (WHO). I voted to put the health of babies and children first. The health risks associated with excessive sugar consumption are now widely accepted. The role of the Regulation should be to try and address this risk, particularly for infants and children, who are the most vulnerable consumers.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción porque el PE debe frenar un acto delegado con el que la Comisión Europea pretende mermar las exigencias nutritivas y de transparencia e información de los alimentos elaborados a base de cereales y alimentos infantiles, por ejemplo permitiendo una tasa de hasta un 30 % de azúcares en la comida infantil, contradiciendo así los dictámenes de la OMS. Además, estoy firmemente en contra de que la Comisión intente aprobar este tipo de medidas a través de actos delegados, intentando evitar así al Parlamento Europeo.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – On this I voted to call on the Commission to rethink its strategy for lax limits on sugar. Childhood obesity levels are far too high across Europe and we need to tackle this problem at source. Too high levels of sugar in children's food. Anything less is simply treating the symptom rather than the underlying cause. We cannot allow our children to be pumped full of sugar, and the best way to do this is to ensure that companies lower the level of sugar in children's food. The Commission must put the future of our children first and foremost, full stop.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution s'oppose à un projet d'acte de la Commission prolongeant notamment l'autorisation de niveaux de sucre trois fois supérieurs aux recommandations de l'Organisation mondiale de la santé dans les denrées alimentaires pour nourrissons et jeunes enfants.

Même si je ne partage pas toutes les analyses de cette résolution, le plus important me paraît être de poursuivre dans l'idée du principe de précaution et de tout faire pour protéger les jeunes enfants et les nourrissons.

L'introduction d'aliments trop sucrés affecte tout particulièrement le développement des jeunes enfants et contribue à la hausse de l'obésité infantile, y compris en influant leur goût à court et long termes. C'est un problème de santé publique de plus en plus alarmant.

De plus, conformément là aussi aux recommandations des organismes internationaux en matière de santé, la tolérance zéro doit prévaloir quant aux pesticides contenus dans ces produits alimentaires.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté en faveur de cette résolution s'opposant au projet d'acte de la Commission et je me félicite qu'il ait été adopté.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Considera-se, na resolução, que as medidas do Regulamento delegado não são suficientes para proteger os lactentes e os bebés contra a obesidade infantil. As regras propostas por este ato delegado transformam estes produtos em potenciais cavalos de Troia para introduzir quantidades de açúcar acima das recomendadas pela Organização Mundial de Saúde para bebés com mais de 6 meses.

No ato delegado em causa, a Comissão propõe que seja aceite que 30% da energia contida no alimento seja proveniente de açúcares, quando a OMS recomenda um máximo de 10%, sendo os 5% o ideal.

Além disso, e tratando-se de um alimento direcionado para consumidores com o sistema endócrino mais vulnerável (lactentes e crianças pequenas), pede-se que seja aplicado o princípio de tolerância zero para pesticidas.

A Comissão Europeia não apresentou ainda o há muito esperado relatório acerca dos leites para bebés e o Regulamento (UE) n° 609/2013 foi aprovado antes de a Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos ter publicado o parecer científico sobre a composição de base das fórmulas para lactentes e fórmulas de transição, de 5 de agosto de 2014.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Säuglings- und Kinderschutz im Nahrungsmittelbereich ist ein sehr wichtiges Thema. Eltern müssen transparent erkennen können, welche Inhaltsstoffe die entsprechenden Lebensmittel haben und müssen auf die Produkte vertrauen können. Das Verbot von GMO und Nanotechnologie in Getreidebeikost ist sehr zu begrüßen. Ich stimme diesem Bericht daher zu.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Thema „Einwände gegen den delegierten Rechtsakt im Hinblick auf die besonderen Zusammensetzungs- und Informationsanforderungen für Getreidebeikost und andere Beikost“ habe ich zugestimmt.

Während meine Fraktion zwar die Bedenken vieler Akteure in Bezug auf den Zuckerkonsum teilt, doch den Rechtsakt gleichwohl begrüßt, bin ich der Meinung, dass die vorgetragenen Bedenken überzeugend sind. Die von der Kommission vorgeschlagenen Grenzwerte gehen nicht weit genug. Ich halte es für einen Fehler, erst den Rechtsakt anzunehmen und darauf zu hoffen, dass die Kommission ihn zeitnah überarbeitet. Besser ist es, schlechte Vorschläge der Kommission sofort zurückzuweisen und umgehende Nachbesserung zu verlangen. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Kontrollbefugnisse des Parlaments bei nachrangigem Recht ohnehin nicht besonders ausgeprägt sind. Deshalb sollte das Parlament hier proaktiv von seinen Rechten Gebrauch machen und der Kommission auch Kleinigkeiten nicht durchgehen lassen.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Ako lekárka som vždy zdôrazňovala veľký význam dojčenia, vyváženej stravy a zdravého životného štýlu. Právne predpisy EÚ týkajúce sa bezpečnosti potravín sú už veľmi detailné a stanovujú veľmi vysoké štandardy a jasné požiadavky pre označovanie potravín, čo všetko je v prospech spotrebiteľa.

Aby sa spotrebiteľom umožnilo prijímať informované rozhodnutia, európske právne predpisy stanovujú pravidlá týkajúce sa informácií na etiketách výrobkov, čo núti výrobcov potravín uvádzať najmä dátum spotreby, bezpečnostné upozornenia, nutričné vlastnosti a detaily o recyklácii.

Vedci a lekári sa zhodujú v tom, že materské mlieko je najlepšou stravou pre všetky zdravé dojčatá, pretože poskytuje dostatočný prísun všetkých živín na podporu ich rastu a rozvoja. Zloženie materského mlieka sa kontinuálne mení, zatiaľ čo zloženie dojčenskej výživy zostáva v čase stabilné, a preto dojčenská výživa nemôže v skutočnosti nahradiť materské mlieko.

Každý potravinársky výrobok pre deti musí byť nutrične vyvážený a musí brať do úvahy postupne sa diverzifikujúci stravovací režim.

Všeobecné vedecké stanovisko je, že živiny a doplnky stravy by mali byť pridávané do detskej výživy iba v prípade, ak sú nevyhnutné z nutričného hľadiska alebo vývoja.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Námietka, o ktorej sme hlasovali, sa týkala zloženia potravín spracovaných na báze obilnín a detských potravín a smerovala proti delegovanému aktu Európskej komisie, a to najmä proti povolenému obsahu cukru v detských potravinách. Toto niekoľko násobne prekračovalo množstvo cukru, ktoré je odporúčané Svetovou zdravotníckou organizáciou. Myslím si, že v súčasnom stúpajúcom trende detskej obezity nie je potrebné, aby sa energetický príjem detí zvyšoval ešte aj takto zbytočným spôsobom, a teda aby sme vedome išli proti zdraviu budúcej generácie. Rovnako som vyjadrila svoj súhlas s pridaním článku o dodržiavaní predbežnej opatrnosti v súvislosti s novými technológiami, ku ktorým radíme napríklad geneticky modifikované organizmy a nanotechnológie. Keďže vo všetkých týchto prípadoch ešte neexistujú dostatočné dôkazy o ich dopadoch na ľudské zdravie, myslím si, že minimálne v potravinách určených pre malé deti by mali byť zakázané.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a objeção ao ato delegado sobre os requisitos específicos em matéria de composição e informação aplicáveis aos alimentos transformados à base de cereais e aos alimentos para bebés dado que a Comissão Europeia não apresentou ao Parlamento Europeu e ao Conselho o relatório sobre as fórmulas destinadas a crianças pequenas, exigido pelo Regulamento (UE) n.º 609/2013 (artigo 12º), que constitui um requisito para a adoção de estratégias nacionais que visem reduzir a obesidade infantil. Para além disso, o regulamento delegado permite que 30 % da energia dos alimentos para bebés seja obtida a partir de açúcar, o que contraria todas as recomendações de saúde da Organização Mundial da Saúde e dos comités científicos dos Estados-Membros, que aconselham reduções significativas no consumo total de açúcar, suscetível de contribuir para o aumento dos níveis de obesidade infantil e que pode afetar o desenvolvimento das preferências alimentares das crianças a longo prazo.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A principal objeção a este ato delegado diz respeito ao modo como a indústria publicita e põe no mercado os produtos com alimentos transformados à base de cereais e alimentos para bebés. Considera-se que as medidas do Regulamento Delegado não são suficientes para proteger os lactentes e bebés contra a obesidade infantil. As regras propostas por este ato delegado transformam estes produtos em potenciais cavalos de Troia para introduzir quantidades de açúcar acima dos recomendados pela Organização Mundial de Saúde para bebés com mais de 6 meses.

Tratando-se de alimentos direcionados para consumidores com o sistema endócrino mais vulnerável (lactentes e crianças pequenas), pede-se justificadamente que seja aplicado o princípio de tolerância zero para pesticidas.

São feitas várias críticas à Comissão Europeia, que subscrevemos. Votámos a favor.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – L'OMS raccomanda di limitare l'assunzione di zuccheri a meno del 10% del consumo totale di energia, chiarendo che attenersi al limite del 5% offrirebbe maggiori garanzie di prevenire l'insorgenza di determinate malattie. Secondo la proposta della Commissione europea, tuttavia, gli zuccheri potrebbero continuare a rappresentare fino al 30% dell'apporto calorico degli alimenti per bambini, ovvero ben tre volte di più di quanto raccomandato. L'introduzione di tali livelli elevati di zucchero negli alimenti, specialmente in così tenera età, avrebbe contribuito all'incremento dell'obesità infantile e potrebbe influenzare le preferenze alimentari dei bambini. In particolare, sempre secondo le raccomandazioni dell'OMS, per i neonati e i bambini piccoli, i livelli di zucchero aggiunto dovrebbero essere ridotti al minimo. Dato che a tutt'oggi, la cattiva alimentazione rappresenta in assoluto la causa principale di malattia e morte a livello mondiale, ancor più del fumo, dell'alcool e dell'inattività fisica considerati insieme, trovo sconcertante la proposta della Commissione. Mi sono espresso dunque a favore di questa proposta di risoluzione perché sono convinto che il livello di zucchero massimo consentito negli alimenti debba essere portato in linea con le prescrizioni dettate dall'OMS.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlagane resolucije nisem podprl, ker menim, da obstoječa določila Uredbe (EU) št. 609/2013 Evropskega parlamenta in Sveta glede posebnih zahtev za sestavo in informacije pri živilih na osnovi predelanih žit in otroški hrani primerno uresničujejo zdravstvena načela in standarde ter vzpostavljajo učinkovit zdravstvenovarstveni okvir.

8.8. Friedensprozess in Kolumbien (RC-B8-0041/2016, B8-0041/2016, B8-0042/2016, B8-0053/2016, B8-0054/2016, B8-0055/2016, B8-0061/2016, B8-0062/2016)

Oral explanations of vote

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořil toto usnesení. Dovolil jsem si vystoupit z toho důvodu, že většinou zde debatujeme o tom, jak jsou lidská práva ve světě pošlapávána, kde a v jaké podobě probíhají ozbrojené konflikty nebo občanské války. Tady je v zásadě pozitivní výjimka, kdy jsme přijali usnesení, ve kterém vítáme mírový proces v samotné Kolumbii. Proto jsem s radostí toto usnesení přijal, protože opravdu je pravdou, že po padesáti letech tvrdé občanské války v této latinskoamerické zemi, v Kolumbii, konečně svítá jasná konkrétní naděje, že konflikt bude ukončen a že dojde k příměří mezi vládou a revolučními ozbrojenými složkami.

Celá ta dohoda, která je připravována více než čtyři roky má, myslím, racionální podtext, a pokud bude ratifikace dokončena během tohoto roku, myslím si, že v Kolumbii konečně bude moci zavládnout mír.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētājas kundze! Jāsaka, ka Kolumbijas pilsoņu karš ir viens no ilgstošākajiem konfliktiem vispār modernajā pasaulē, modernajā vēsturē, ar simtiem tūkstošiem upuru, miljoniem iekšēji pārvietotu personu un vairākiem nolaupītajiem.

Man bija izdevība pagājušajā gadā Ārlietu komitejas sēdes ietvaros tikties ar Kolumbijas prezidentu, un ir skaidrs, ka tagad tas fakts, ka miera process pakāpeniski attīstās un nesen tika sasniegts ļoti labs rezultāts — Vispārējā nolīguma 5. pants tieši par upuriem, kuri arī atrodas neregulēšanas centrā, — tas ir ļoti svarīgs un pozitīvs solis šajā virzienā.

Nevar neatzīmēt grūtības, ar kurām saskaras iesaistītās puses — gan konflikta dalībnieki, gan starpnieki. Starpnieki, kā mēs zinām, ir Kuba, Norvēģija, Čīle, Venecuēla, arī Vatikāns. Starpnieki ir paveikuši lielu darbu, bet viennozīmīgi šis darbs vēl ir jāturpina un vēl daudz kas ir jāizdara, un ir ļoti labi, ka mēs šodien kā Eiropas Parlaments izdarījām kārtējo soli šajā virzienā.

Written explanations of vote

Clara Eugenia Aguilera García, José Blanco López, Soledad Cabezón Ruiz, Iratxe García Pérez, Eider Gardiazabal Rubial, Enrique Guerrero Salom, Sergio Gutiérrez Prieto, Javi López Y Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – He votado a favor de esta Resolución porque considero que el proceso de paz en curso en Colombia entre el Gobierno de ese país y la guerrilla de las FARC tiene un carácter histórico y podría, efectivamente, llegar a poner fin a cincuenta años de conflicto armado interno, a lo largo de los cuales el pueblo colombiano ha padecido un sufrimiento enorme, con efectos negativos también sensibles en los países vecinos. El final de ese conflicto y la llegada de la paz repercutirán positivamente no solo en Colombia sino en el conjunto de la región.

Los acuerdos alcanzados hasta la fecha tienen, además, un carácter innovador por las instituciones de justicia transicional que crean y el papel otorgado a las víctimas y a los principios de reparación, verdad, justicia y no repetición del conflicto. Se trata de una apuesta compleja para un país como Colombia, que necesita el apoyo internacional para culminar con éxito el proceso.

Tim Aker, Louise Bours, David Coburn, Jane Collins, William (The Earl of) Dartmouth, Mike Hookem, Diane James, Margot Parker and Julia Reid (EFDD), in writing. – UKIP abstained on the Colombia Peace Process because, although we are fully supportive of the peace talks and hope that a peaceful settlement can be reached, we do not believe that the EU should be taking positions, or interfering, in such matters.

Marina Albiol Guzmán, Javier Couso Permuy, Paloma López Bermejo, Lidia Senra Rodríguez Y Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor a pesar de que la Resolución sobre el proceso de paz en Colombia aprobada por este Parlamento no se refiere a las causas profundas del conflicto armado que azota desde hace décadas al país andino. Desde la Izquierda Unitaria Europea hemos querido estar a la altura de lo requerido y lanzar una señal inequívoca y explícita de total apoyo al proceso de paz en estos momentos en los que un acuerdo está cerca, tras tres años de negociaciones entre el Gobierno de Colombia y la guerrilla de las FARC en La Habana.

Para llegar a buen puerto, este proceso ha de estar basado en la verdad, la justicia, la reparación y la garantía de no repetición, la restitución de las tierras, el acceso a la participación política o el acuerdo sobre las víctimas. Ahora bien, para mí la condición *sine qua non* es el desmantelamiento de los grupos paramilitares al servicio de élites colombianas y de multinacionales extractivas, algunas de ellas europeas. El Gobierno ha de asumir su responsabilidad de proteger a su población y, en particular, a los activistas de los movimientos sociales, políticos y sindicalistas, que siguen siendo objeto de amenazas o incluso asesinados.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Ψήφισα υπέρ του εν λόγω ψηφίσματος διότι θεωρώ ότι βρισκόμαστε μπροστά σε ένα ιστορικής σημασίας γεγονός, αυτό της σύναψης συμφωνίας μεταξύ κυβέρνησης και επαναστατικών ενόπλων δυνάμεων της Κολομβίας για τη μεταβατική δικαιοσύνη, μια συμφωνία που θα αποτελέσει καθοριστικό βήμα για την επίτευξη οριστικής ειρήνης και θα δώσει τέλος σε αυτή τη μακροχρόνια ένοπλη σύγκρουση στη Λατινική Αμερική. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν πρέπει να αφήσει αυτή την ιστορική στιγμή να πάει χαμένη και καλείται συνεπώς να υποστηρίξει με κάθε τρόπο τις συνομιλίες που θα θέσουν τέλος σε 50 χρόνια ένοπλης σύγκρουσης.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Le processus de paix en Colombie est une démarche qu'il est utile de soutenir, mais l'Union ne peut en cette affaire que parasiter les États directement concernés ainsi que l'ONU, dont le rôle dans la restauration et le maintien de la paix a ici toute sa place.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Most such reports coming before the European Parliament adopt language which make it difficult for me to support as someone who opposes British membership of the European Union. However, the text of this report was different. It recognised the problems in Colombia and supported the peace process. It promoted action by individual Member States, not by the European Commission. It did not propose further European Union funding. Consequently, I was delighted to be able to vote in favour of this report.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque considero que el proceso de paz en curso en Colombia entre el Gobierno de ese país y la guerrilla de las FARC tiene un carácter histórico y podría efectivamente llegar a poner fin a cincuenta años de conflicto armado interno, a lo largo de los cuales el pueblo colombiano ha atravesado un sufrimiento enorme, con efectos negativos también sensibles en los países vecinos. El final de ese conflicto y la llegada de la paz repercutirán positivamente no sólo en Colombia, sino en el conjunto de la región.

Los acuerdos alcanzados hasta la fecha tienen además un carácter innovador por las instituciones de justicia transicional que crean y el papel otorgado a las víctimas y a los principios de reparación, verdad, justicia y no repetición del conflicto. Se trata de una apuesta compleja para un país como Colombia, que necesita del apoyo internacional para culminar con éxito.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl Kolumbijos taikos proceso ir galutinio taikos susitarimo įgyvendinimo. Pritariu, jog būtina, kad Europos Sąjungos valstybės narės įsteigtų patikos fondą, iš kurio po konflikto būtų skiriama parama ir kuriame galėtų dalyvauti bendruomenės ir pilietinės visuomenės organizacijos, ir kad būtų atsižvelgta į aukų įvardytus prioritetus – tiesą, teisingumą, žalos atlyginimą ir garantijas, kad konfliktas nepasikartos. Tiek Kolumbijos vyriausybė, tiek FARC turi dėti politinių pastangų, kad suvienodintų priešingus savo požiūrius pamažu kurdamos kompromisui palankią aplinką, kuri sudarytų sąlygas tvirtai bei ilgalaikiai taikai. Taip pat labai svarbu, kad siekiant taikos kartu ryžtingai būtų siekiama kovoti su nelygybe ir skurdu, drauge sąžiningai sprendžiamos iš savo gyvenamųjų vietų perkeltų asmenų ir bendruomenių problemos, galimybė gauti deramą darbą, darbo ir socialinių teisių pripažinimas visoje Kolumbijoje. Teigiamas aspektas tai, kad bus peržiūrėta Kolumbijos karinė doktrina siekiant veiksmingai ir greitai reaguoti į naujus po konflikto kilsiančius iššūkius.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé la résolution commune qui prend acte avec satisfaction des accords obtenus entre le gouvernement colombien et les FARC en faveur de la paix. Le Parlement y souligne les efforts soutenus fournis par les différents acteurs impliqués et l'importance des accords portant sur la réforme rurale intégrale, la participation politique et l'ouverture démocratique pour bâtir la paix ainsi que sur la solution au problème des drogues illicites.

Le Parlement souhaite que les négociations aboutissent au plus vite pour mettre fin aux violences et aboutir à une paix durable dans un pays trop longtemps frappé par la violence.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Da più di cinquant'anni la Colombia è dilaniata da una terribile guerra civile che vede contrapporsi il governo nazionale e diversi gruppi di guerriglieri; tra questi spiccano le Forze armate rivoluzionare della Colombia (FARC). A partire dal 2012 sono stati avviati dei dialoghi esplorativi all'Avana che hanno portato il governo della Colombia e le FARC a concludere, nel settembre del 2015, un accordo per la creazione di una giurisdizione speciale per la pace. L'Unione ha promosso negli ultimi anni un percorso di collaborazione economica e politica con il paese americano, impegnandosi concretamente per favorire la cessazione delle ostilità. Ho sostenuto la risoluzione sul processo di pace in Colombia perché ritengo che si debba continuare a supportare questo percorso anche favorendo l'avvio delle trattative con l'Esercito di liberazione nazionale, altra formazione guerrigliera coinvolta nel conflitto. La fine degli anni della violenza, degli omicidi, delle sparizioni di civili potrà affermarsi solo con l'impegno di tutta la società colombiana supportata dalla comunità internazionale. Le vie del rispetto dei diritti umani, della lotta alle disuguaglianze e alla povertà potranno aprire la Colombia a un futuro di pace.

Xabier Benito Ziluaga, Tania González Peñas, Lola Sánchez Caldentey Y Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución conjunta final sobre el proceso de paz en Colombia porque, aunque no se ahonda en las causas profundas del conflicto, sí rescata muchos elementos positivos, como la inclusión de paramilitares en su definición de acciones terroristas, y la referencia a la importancia de la participación de las víctimas, las ONG y la sociedad civil en el proceso de paz. Además, incluye un llamamiento al Gobierno (recordando su responsabilidad) para que brinde protección a los sindicalistas y los defensores de los derechos humanos. En definitiva, es una Resolución que apoya al conjunto del pueblo colombiano en sus objetivos para la consecución de la paz.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur cette résolution concernant le processus de paix en Colombie.

Certes, je suis bien évidemment en faveur de tout dialogue et/ou action multilatéral qui pourrait conduire à un règlement pacifique au conflit armé intérieur en Colombie, lequel dure depuis plus de cinquante ans et a causé de grandes souffrances à la population, que ce soit par les actes terroristes ou les actions des groupes paramilitaires.

Cependant, l'Union européenne n'a pas vocation à se substituer aux États souverains, ni même à l'ONU, lorsqu'il s'agit de processus touchant aux droits régaliens de nations souveraines pour les premiers ou à la mission de maintien de la paix pour la seconde.

Comme le rappelle pourtant la résolution, «le gouvernement colombien, son assemblée législative et le peuple colombien sont souverains pour fixer les paramètres de cette juridiction spéciale pour la paix», et il n'y a pas, de ce fait, de raison pour l'UE de s'ingérer dans un tel processus, quelles que soient les bonnes intentions derrière.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo di fondamentale importanza che l'UE sostenga il processo di stabilizzazione in Colombia, al fine di riportare la situazione sociopolitica alla normalità, perciò ho votato a favore di questa risoluzione.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos dėl paramos taikos procesui Kolumbijoje. Šio daugiau kaip 50 metų trukusio ir milijonų aukų pareikalavusio vidaus konflikto užbaigimas ir tvirtos bei ilgalaikės taikos užtikrinimas Kolumbijoje yra ne tik šios šalies, bet ir Europos Sąjungos bei tarptautinės bendruomenės prioritetas, kaip matyti iš daugelio įvairių šalių, regioninių ir tarptautinių organizacijų, įskaitant pačią Europos Sąjungą, pareiškimų dėl paramos taikos procesui. Europos Parlamentas palankiai vertina ir remia iki šiol Kolumbijos vyriausybės ir Kolumbijos revoliucinių ginkluotųjų pajėgų pasiektus susitarimus, kuriais siekiama taikos Kolumbijoje, ir atkreipia dėmesį į susitarimus dėl visapusiškos kaimo reformos, politinio aktyvumo ir atvirumo demokratijai siekiant kurti taiką, taip pat į susitarimus dėl neteisėtų narkotikų problemos sprendimo ir Specialiojo taikos teismo įsteigimo, apimančius Tiesos nustatymo, gyvenimo kartu ir konfliktų prevencijos komisijos ir specialiojo padalinio, atsakingo už konflikto metu arba dėl jo dingusių asmenų paiešką, ir Kriminalinių grupuočių tyrimo ir išardymo padalinio įsteigimą. Parlamentas reiškia pageidavimą, kad derybos baigtųsi kiek įmanoma greičiau ir galutinai užbaigtų konfliktą ir į šiuolaikinę Kolumbijos istoriją būtų įrašytos kaip tikras laimėjimas, ir šiuo tikslu ragina visas šalis, visas politines jėgas Kolumbijoje ir visą Kolumbijos visuomenę teigiamai prisidėti siekiant nutraukti smurtą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Kolumbia látszólag messze van, de az ott folyó, több mint 50 éves belső fegyveres konfliktus és annak lezárása tanulsággal szolgálhat közelebbi régiók számára is. A szembenálló felek által végrehajtott akciók hatalmas szenvedést okoztak a lakosságnak. A konfliktus lezárása és a szilárd és tartós kolumbiai béke megvalósítása alapvetően fontos nem csak Kolumbia, de az Európai Unió és a nemzetközi közösség számára is, amint azt a különböző országok, valamint regionális és nemzetközi szervezetek, köztük az Európai Unió békefolyamatot támogató számos nyilatkozata is jelzi. Ezért üdvözlöm a folyamat elkezdését, s figyelemmel kísérem annak végrehajtását.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Nei mesi di settembre e dicembre 2015, il governo colombiano e le FARC hanno annunciato la conclusione di due accordi riguardanti una giurisdizione ad hoc per la costruzione di una pace stabile e duratura nel paese. Il riconoscimento dei diritti delle vittime, l'inclusione della società civile e delle ONG nella conclusione degli accordi sono elementi particolarmente rilevanti in questo contesto, che fanno ben sperare per i prossimi sviluppi verso una vera e partecipata transizione democratica. L'Unione europea accoglie con fiducia l'apertura politica e culturale delle FARC da una parte e la perseveranza e gli sforzi mostrati dal governo colombiano dall'altra, ribadendo la disponibilità ad assistere il paese nell'attuazione degli accordi o nella delicata fase post-conflitto, impegno auspicato anche dalla risoluzione del Parlamento che sostengo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu Izjavu o mirovnom procesu u Kolumbiji, koja poziva na stvaranje bilateralnog sporazuma i konačnog prekida vatre kao pretpostavke stvaranju potpunog i trajnog mira.

Smatram kako Europski parlament mora zauzeti koherentan i dobro koordiniran odgovor u ovoj situaciji, što će pomoći daljnjem rastu podrške za daljnje pregovore i stvaranje sporazuma.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che la buona riuscita del processo di pace in Colombia rappresenti un obiettivo importante sotto molteplici punti di vista e che sia compito della comunità internazionale tutta, e quindi anche dell'Unione Europea, sostenere questo processo per risolvere questa situazione di guerriglia che si protrae da quasi 30 anni.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il processo di pace che le FARC e il governo della Colombia hanno intrapreso dopo cinquant'anni di violenti scontri che hanno causato grandi sofferenze alla popolazione, sia in seguito ad attacchi terroristici che ad azioni di gruppi paramilitari, e che ha provocato, tra l'altro, omicidi, sparizioni forzate, sequestri, violenze sessuali, abusi contro minori, sfollamenti interni ed esterni della popolazione, scoppio di mine antiuomo e oltre 200 mila vittime di morte violenta di vario genere nella sola Colombia, è da sostenere con tutte le risorse politiche e diplomatiche che l'Unione e i suoi Stati membri possono mettere in campo, in quanto fondamentale non solo per la pacificazione della Repubblica colombiana ma anche per la stabilizzazione dell'area e l'indebolimento del narcotraffico internazionale che ha prosperato nella situazione di costante guerra civile che ha caratterizzato la storia della Colombia dal dopoguerra ad oggi. Auspichiamo che il processo di pace proceda spedito, con la collaborazione della comunità internazionale, per poter attuare rapidamente le riforme di cui la popolazione colombiana necessita e aprire una nuova – e migliore – pagina nella storia della Colombia moderna.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul politic și de cooperare dintre Uniunea Europeană și Comunitatea Andină a avut drept rezultat și această rezoluție binevenită privind încurajarea stabilizării păcii în Columbia. Menținerea stabilității este un proces complex, la care trebuie lucrat pe mai multe paliere, de la rezolvarea problemelor grupurilor armate ilegale și a traficului de droguri la justiția de tranziție, apoi dezvoltarea alternativă și rurală și, desigur, demobilizarea și reintegrarea foștilor combatanți, inclusiv prin programe psihosociale pentru copiii soldați și femeile combatante care au suferit abuzuri sexuale. Toate formele de suferință cauzate de astfel de conflicte trebuie condamnate și este important să se țină seama în special de dreptul victimelor conflictului la reparații integrale, veritabile și corecte pentru daunele fizice, morale și materiale suferite. Am votat în favoarea acestei rezoluții, deoarece consider că Uniunea Europeană trebuie să sprijine punerea în aplicare pe deplin și în întregime a acordului de pace și eforturile depuse de guvernul columbian și de FARC de a ajunge la acordurile semnate până în prezent cu privire la participare politică și deschidere democratică, oferind prin acesta un exemplu pozitiv de proces de soluționare a conflictelor.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Contesto confuso ma con prospettive di stabilizzazione della situazione conflittuale e tentativo di riportare equilibrio e pacificazione fra le opposte fazioni nel contesto nazionale colombiano.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le processus de paix entre le gouvernement colombien et les Forces armées révolutionnaires de Colombie (FARC) s'achemine enfin. Les deux forces antagonistes ont réussi à trouver des accords réalistes sur certains sujets qui les divisaient tels que la réforme rurale, la gestion du trafic de drogues illicites et la création d'une juridiction pour la paix.

Cependant, de nombreux efforts doivent encore être accomplis. L'Union européenne est un partenaire politique, économique et commercial de la Colombie. Elle souhaite que ce conflit qui dure depuis plus de cinquante ans et qui a fait de nombreuses victimes dans la population colombienne s'arrête. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sul processo di Pace in Colombia. Dopo oltre tre anni di trattative in corso all'Avana, il paese si dirige, a passi oramai spediti, verso la firma dell'accordo tra il governo e il principale gruppo guerrigliero, le FARC. Per raggiungere questo risultato importantissimo l'impegno della Chiesa colombiana e della Santa Sede sono stati cruciali. Ma va anche ricordato l'intervento dell'Unione europea, che con il suo costante sostegno ai negoziati ha contribuito a trovare rapidamente un accordo globale che apra la strada verso un armistizio e porre fine a mezzo secolo di sofferenze in Colombia. Il cammino, anche se è ancora in salita, non appare comunque impossibile. Ora, anche con il contributo dell'Europa, si deve fare ogni sforzo per raggiungere un accordo di pace, che rappresenta una speranza concreta nello scenario internazionale dilaniato dalla «terza guerra mondiale a pezzi».

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Colombia vive una fase di endemica crisi dalla metà degli anni '60, la società civile colombiana, così come i difensori dei diritti umani, sono minacciati dallo stato di guerriglia che perdura nel paese. Il 20 dicembre scorso le FARC hanno proclamato unilateralmente un cessate-il-fuoco dopo che 3 dei 6 punti in agenda hanno visto un accordo con il Governo. Questioni allarmanti, come denuncia *Amnesty* nel suo rapporto 2014/15, sono rappresentate dall'impunità garantita ai paramilitari che hanno deposto le armi, così come dalle esecuzioni extragiudiziali delle forze armate. Lo stato di guerriglia viola chiaramente i diritti di larghe fasce della popolazione. Ho votato a favore della risoluzione in quanto sostiene il processo di pace iniziato all'Avana, invitando l'UE e soprattutto gli Stati membri e i donatori a garantire l'appoggio finanziario promesso. Stimola il coinvolgimento nel processo di pace e nei suoi sviluppi operativi della società civile e delle sue organizzazioni. Invita a garantire uno specifico appoggio alle Comunità etniche e a combattere e sanzionare il traffico di stupefacenti, ma soprattutto plaude al fatto che le parti abbiano convenuto che non esisterà amnistia per i crimini più gravi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Στηρίζουμε την πρόταση ψηφίσματος και ευχόμαστε να ολοκληρωθούν οι διαπραγματεύσεις το συντομότερο δυνατό ώστε να αρχίσει να εφαρμόζεται η τελική ειρηνευτική συμφωνία. Η πρόταση ψηφίσματος χαιρετίζει τις ιστορικές συμφωνίες που έχουν μέχρι στιγμής επιτευχθεί από την κυβέρνηση της Κολομβίας.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di appoggiare il provvedimento. Il 23 settembre 2015 il governo della Colombia e le FARC hanno annunciato la conclusione di un accordo sulla creazione di una giurisdizione speciale per la pace a norma del diritto internazionale che soddisfi i diritti delle vittime e contribuisca alla costruzione di una pace stabile e duratura. Il Parlamento accoglie con soddisfazione l'accordo e riconosce lo sforzo politico, il realismo e la perseveranza di cui hanno dato prova sia il governo della Colombia che le FARC nell'avvicinare le rispettive posizioni divergenti, creando progressivamente uno spazio di impegno che ha consentito di compiere progressi nel conseguimento di una pace stabile e duratura. Inoltre sottolinea l'importanza di far sì che la costruzione della pace comporti anche un impegno deciso a favore della lotta contro le disuguaglianze e la povertà.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo che lo spirito di conciliazione e di superamento del conflitto in essa presente debba animare qualunque sforzo della comunità internazionale di fronte a questo genere di questioni. Inoltre trovo che il testo della risoluzione presentata e fortemente voluta dal PPE sia equilibrato come si conviene quando si parla di affari di un altro Stato, pur nel rispetto dei principi di cui il mio gruppo politico è portatore.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ritengo che l'Unione europea, la quale si basa su principi inderogabili come la pace e la democrazia, dovrebbe sostenere il processo di pace in Colombia. Ormai sono già passati cinquant'anni dallo scoppio del conflitto con la perdita di migliaia di vite umane.

Plaudo dunque alla volontà manifestata dal capo di Stato colombiano e dalla FARC nel porre fine a questa guerra e di aver raggiunto un'intesa sulle conseguenze giudiziarie della guerra, e accolgo altresì con piacere la firma dell'accordo di pace.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The parliamentary resolution focuses on the recent political developments in Colombia vis-a-vis the Peace negotiations between the Government and Revolutionary Armed Forces of Colombia following the internal armed conflict in the country. The resolution condemns the various murders, disappearances enforced, kidnappings, sexual violence and child abuse that has occurred within the country and calls for more efforts to reach peace and stability in the region. While reinstating the EU and Colombia's solid political framework of economic and trade cooperation, the resolution speaks about the responsibility of the Colombian state to promote human rights within its territory and the necessity for the state to ensure equitable economic and social development as a prelude for peace. For this reason I voted in favour of this resolution

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – À travers mon vote, j'ai souhaité soutenir les efforts de consolidation de la paix entre le gouvernement colombien et les Forces armées révolutionnaires de Colombie (FARC). La mise en place d'un fonds fiduciaire permettra de financer la mise en place d'un système de justice post-conflit et de réparations afin de mettre un terme à l'impunité.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Certes, il ne convient pas de s'opposer à un processus de paix, qui, à première vue, va dans le sens du bien commun. En revanche, il s'agit de savoir si l'Union européenne ne risque pas de parasiter les États dans leurs fonctions régaliennes ainsi que l'Organisation des Nations unies dans son rôle premier de maintien de la paix et de gestion des processus post-conflit. Pour ces raisons, je me suis abstenue.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Този мирен процес в Колумбия вече отне доста дълго време и според мен вече трябва да се вземат мерки той да приключи. Надявам се, че след като ООН започне да го наблюдава, ще свърши. Надявам се наистина жертвите да бъдат обезщетени, макар че едва ли това ще притъпи тяхната болка. Намирането на изчезналите по време на конфликта също е една крачка в правилната посока. Наистина се съмнявам, че партизаните и техните лидери, които са отговорни за много убийства, ще си получат заслуженото, но едва ли мога да кажа кой заслужава наказание в една държава, която открито се издържа от разпространението на кокаин. Все пак се надявам мирният процес в Колумбия да стигне до решаване и спиране на военните действия. По този начин ще изгасне още една точка на картата, в която се водят военни действия, и отново това ще е с помощта на ЕС.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Καταψηφίζουμε την παρούσα πρόταση ψηφίσματος, καθώς αποτελεί μια ακόμα παρέμβαση στα εσωτερικά τρίτου κράτους. Κανείς δεν έχει ορίσει την Ένωση παγκόσμιο επιτηρητή ώστε να απαιτεί από ανεξάρτητα κράτη να συμμορφωθούν με τους νόμους που αυτή ορίζει. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν πρέπει να επεμβαίνει στα εσωτερικά των χωρών ειδικά σε θέματα που άπτονται της ειρήνης και της ασφάλειας.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O fim deste conflito interno, que durante mais de 50 anos provocou milhões de vítimas, e a consecução de uma paz estável e duradoura na Colômbia constituem uma prioridade, em primeiro lugar para o país, mas também para a União Europeia e para a comunidade internacional. A UE e a Colômbia instituíram um quadro de estreita cooperação política, económica e comercial não só para reforçar as relações económicas e comerciais entre as partes, mas também reforçar a paz, a democracia, o respeito pelos direitos humanos, o desenvolvimento sustentável e o bem-estar dos cidadãos.

É importante que as negociações sejam concluídas o mais rapidamente possível, a fim de determinar o termo definitivo do conflito que constituirá um verdadeiro marco na história moderna da Colômbia, solicitando, para o efeito, que ambas as partes, que todas as forças políticas da Colômbia e que o conjunto da sociedade colombiana deem o seu contributo positivo para pôr termo à violência.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Subscrevemos uma resolução que continha elementos muito positivos relativamente ao processo de Paz na Colômbia. Destacamos:

— A explicitação da verdadeira natureza do conflito, desmontando algumas mistificações correntes;

— A defesa da paz, através de um cessar-fogo bilateral, a renúncia ao uso da violência e a reconciliação;

— O apelo à extensão do processo à ELN (não uma negociação tripartida, mas que o governo possa avançar com um processo paralelo);

— A prossecução de políticas que promovam a igualdade e o desenvolvimento, destacando-se a reforma agrária;

— O fim das políticas de perseguição a grupos e forças de esquerda e a sindicatos;

— O estabelecimento de comissões de verdade e de apoio às vítimas da guerra, o perdão e a amnistia relativamente a crimes políticos, mas não no caso de genocídio e crimes contra a humanidade, com a participação de vítimas e ONGs;

— A rejeição do Tratado Comercial UE-Colômbia-Peru.

Esta resolução conjunta, assinada por vários grupos políticos, perde algumas referências importantes e vê serem acrescentadas outras, numa lógica legalista, conservadora e euro-centrada. Todavia, a resolução não altera o que nos parece essencial neste processo – apoiar o processo de paz e a negociação entre iguais, sem estigmatizar oficialmente as FARC, permitindo direitos políticos e económicos que eram reivindicados há décadas.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne – Mierový proces v Kolumbii nemôže zostať zo strany Európskej únie nepovšimnutý, pretože ide o historický okamih, ktorý si zaslúži plné uznanie zo strany Európskej únie a jej predstaviteľov. Musíme všetkými možnými dostupnými prostriedkami podporiť mierové rozhovory, ktoré dajú bodku za 50 rokmi ozbrojeného konfliktu. Po viac ako jeden a pol roku rokovanií kolumbijská vláda a Revolučné ozbrojené sily Kolumbie dosiahli prelomovú dohodu o prechodnom súdnictve, čo predstavuje obrovský posun vpred a snahu o nastolenie mieru a ukončenie dlhotrvajúceho ozbrojeného konfliktu v Latinskej Amerike. Obe strany konfliktu sa záväzne dohodli na tom, že najneskôr do 23. marca 2016 uzavrú konečnú mierovú dohodu. Toto uznesenie preto jasne deklaruje politickú podporu Európskeho parlamentu mierovému procesu, a to najmä vo fáze jeho začiatočnej realizácie.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς – Καταψηφίζω την παρούσα πρόταση ψηφίσματος διότι αποτελεί μια ακόμα παρέμβαση στα εσωτερικά τρίτου κράτους. Κανείς δεν έχει ορίσει την Ένωση παγκόσμιο επιτηρητή ώστε να απαιτεί από ανεξάρτητα κράτη να συμμορφωθούν με τους νόμους που αυτή ορίζει. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν πρέπει να επεμβαίνει στα εσωτερικά των χωρών, ειδικά σε θέματα που άπτονται της ειρήνης και της ασφάλειας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing – After more than one year and a half of negotiations, the Colombian Government and the Revolutionary Armed Forces of Colombia have finally reached a ground-breaking agreement on transitional justice, which is a definitive step forward to a conclusive peace in the long-lasting armed conflict in Latin America. The transitional justice agreement has resolved some of the most serious sticking points and makes any derailment of the peace process highly unlikely.

I strongly support the call for a bilateral and definitive ceasefire agreement and for starting a similar process with the ELN (National Liberation Army) guerrillas in order to have a complete and lasting peace in Colombia.

The EU cannot let this historic moment get away. We must give full support to the talks that will put an end to 50 years of armed conflict.

Mariya Gabriel (PPE), par écrit – J'ai voté en faveur de cette résolution, car c'est une nouvelle marque de soutien du Parlement européen au processus de paix en Colombie. La résolution souligne qu'il s'agit d'un accord unique qui met, pour la première fois dans l'histoire, l'accent sur les victimes, en assurant une justice sans impunité et la réparation des dommages subis.

Par ailleurs, la résolution rappelle que c'est la première fois qu'est créé un sous-comité sur le genre afin de garantir l'intégration de la dimension de l'égalité hommes-femmes dans les négociations.

Enfin, il est important de soutenir ce processus de paix notamment dans un contexte de renforcement de notre partenariat, avec la conclusion en ce moment d'un accord d'exemption de visa.

Francesc Gambús (PPE), por escrito – He votado a favor de apoyar el proceso de paz en Colombia convencido de que puede traer la paz, la reconciliación y el progreso. Debemos apoyar la conclusión de las negociaciones tan pronto como sea posible y ofrecer la ayuda de la UE para llegar a la aplicación del acuerdo de paz definitivo. Las partes involucradas en el proceso de paz han promovido un acuerdo histórico cuyos logros principales incluyen el reconocimiento de las víctimas, la promoción de la justicia sin impunidad y la verdadera reparación de los daños.

Elisabetta Gardini (PPE), per iscritto – Dopo 51 anni di guerra civile, l'accordo di pace raggiunto dal governo colombiano rappresenta un traguardo storico. Plaudo in particolare all'inserimento nell'accordo di una clausola sulla creazione di una commissione per il chiarimento della verità, per la convivenza e la non reiterazione, così come le misure previste per la riparazione delle vittime.

In questo momento così decisivo è fondamentale che l'Europa si dimostri una forza di pace che vigili sulla conclusione e l'efficace implementazione di un accordo che porti pace e giustizia al popolo colombiano.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione comune, presentata a nome dell'articolo 123 del regolamento, sul sostegno al processo di pace in Colombia.

Il conflitto civile interno che si protrae nel paese sudamericano da circa cinquant'anni, ha infatti causato immani sofferenze alla popolazione; ritengo dunque sia giunto il momento di garantire al paese la possibilità di conseguire una pace stabile e duratura e di voltare pagina rispetto ad una storia drammatica fatta di brutali omicidi, sequestri, stupri, sparizioni e di ogni genere di abuso sui civili.

In questa direzione è quindi positivo l'accordo, dello scorso dicembre 2015, tra il governo colombiano e le FARC, frutto di un raro realismo e perseveranza politica che riuscirà forse ad avvicinare due posizioni finora inconciliabili, a far cessare la violenza e a dare giustizia alle innumerevoli vittime.

Sottolineo, infine, l'importanza di affiancare al processo di pace anche un impegno forte nella lotta alla povertà e alle disuguaglianze sociali e un sostegno deciso all'occupazione e alla tutela dei diritti umani, oltre ad un'azione decisa per trovare una soluzione al problema del traffico di droga.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für die Resolution zum Friedensprozess in Kolumbien gestimmt. Dieses Land leidet seit Jahrzehnten unter dem blutigen Bürgerkrieg – und es sollte nicht nur erklärtes Ziel des Friedensnobelpreisträgers Europa sein, hier bei der Herbeiführung und dem Erhalt eines stabilen Friedens zu helfen. Wir dürfen in der aktuellen weltpolitischen Lage froh sein um jeden Ort in der Welt, an dem wir helfen können, für Stabilität und Frieden zu sorgen. In Kolumbien stehen die Chancen gut – Gott sei Dank!

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Colombian peace process, and call on EU Member States to set up a trust fund to support the post-conflict phase, inter alia by funding the prosecution of war criminals and help for their victims to seek truth, justice, reparations and guarantees of non-repetition. It is vital that the peace process is accompanied by a determined effort to combat inequality and poverty, including fair solutions for people and communities forced off their lands.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favour di questa risoluzione perchè l'Europa deve ribadire e rafforzare il proprio sostegno al percorso di pacificazione nazionale avviato nel 2012 con le FARC. E' un passo fondamentale per il miglioramento della situazione dei diritti umani ed allo sviluppo economico e civile del paese.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Rozmowy pokojowe rządu Kolumbii z Rewolucyjnymi Siłami Zbrojnymi Kolumbii są niezwykle ważne do osiągnięcia stabilizacji w tym kraju.

Popieram dążenia obu stron do porozumienia oraz liczę, że zaplanowana data podpisania dokumentu końcowego dotyczącego między innymi sprawiedliwości okresu przejściowego nie ulegnie zmianie. Na uznanie zasługuje także kompromis rządu Kolumbii i FARC w sprawie odszkodowania dla ofiar konfliktu zbrojnego.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφώς*. – Αποτελεί πάγια θέση μας ότι οι συγκρούσεις πρέπει να επιλύονται με ειρηνικό τρόπο και ότι οι προσπάθειες όλων οφείλουν να κινούνται προς αυτήν την κατεύθυνση. Στηρίζαμε το κοινό ψήφισμα διότι θεωρούμε ότι σήμερα γίνεται μια σημαντική προσπάθεια μεταξύ της κυβέρνησης της Κολομβίας και του FARC ώστε να επέλθει ειρήνευση στην περιοχή. Η συμφωνία της 19ης Ιανουαρίου στην Αβάνα αποτελεί ένα ακόμη σημαντικό βήμα στην όλη διαδικασία για την επίτευξη μιας τελικής συμφωνίας ειρήνης στην Κολομβία.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was very pleased to support the resolution supporting the Colombian Peace Process following the conclusion of negotiations between the Colombian Government and the FARC in 2015. The internal armed conflict has for over 50 years caused untold suffering to its people and given rise to atrocities such as assassinations, enforced disappearances, kidnappings, sexual violence, population displacements and the scourge of anti-personnel mines.

The General Agreement for the termination of the conflict establishes a five-point agenda covering integral agricultural development policy, political participation, a solution to the problem of illicit drugs and victims reparation and justice, finally clearing the way for the end of the conflict by 23 March 2016.

I particularly welcome the resolution's call for the peace process to be accompanied by a determined effort to combat inequality and poverty, including finding fair solutions for people and communities forced off their lands, and providing Colombia's people with access to decent work and ensuring recognition of their social and labour rights as well as welcoming the establishment of a Subcommittee on Gender to ensure gender mainstreaming in negotiations and the participation of victims of sexual violence and women's rights organisations in the peace talks.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as putting an end to this internal conflict, which has raged for 50 years, leaving millions of victims, and securing a stable and lasting peace in Colombia are a first priority both for that country and the European Union and the international community, as demonstrated by the many statements made in support of the peace process by various countries and regional and international bodies, including the European Union. It reiterates the readiness to provide all possible assistance to support the implementation of the final peace agreement, and renews its call on European Union Member States to create a trust fund to accompany the post-conflict phase, in which communities and civil society organisations are invited to participate, and to take due account of the priorities expressed by the victims in terms of truth, justice, reparations and guarantees of non-repetition. The report also stresses how important it is for the peace process to be accompanied by a determined effort to combat inequality and poverty, including by finding fair solutions for people and communities forced off their lands, and providing all of Colombia's people with access to decent work and ensuring recognition of their social and labour rights.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – During the peace talks that began in November 2012, the Colombian government and the FARC have agreed on four topics (land reform, political participation of rebels, drug trafficking and transitional justice). The motion for a resolution addresses the transitional justice deal, which states that prisoners who own up to their crimes will not go to prison but face 'alternative forms' of punishment, making the incarceration of guerrilla leaders unlikely. Given the crucial importance of these peace talks and the need for a balanced deal, I have voted in favour of this resolution.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za rezoluciju Europskog parlamenta o potpori mirovnom procesu u Kolumbiji, s obzirom da EU kao aktivni „igrač” u stvaranju stabilnijeg svjetskog okruženja temeljenog na demokratskim vrijednostima, mora imati aktivnu ulogu u stvaranju mira, stabilnosti i prosperiteta u zemlji koja je više od 50 godina opterećena unutarnjim oružanim sukobom. U tom smislu podržavaju se sve aktivnosti kako vladinih institucija i FARC-a, tako i vanjskih zemalja uključenih u okončavanje sukoba i stvaranja uvjeta za trajni mir, demokratsko okruženje, borbu protiv siromaštva te primjenu opće prihvaćenih međunarodnih pravila kojima se sankcioniraju najteži zločini. Podržavam poziv državama članicama Europske unije da osnuju uzajamni fond za razdoblje nakon završetka sukoba.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – On ne peut que se réjouir du processus de paix en Colombie. Toutefois, l'Union ne peut en cette affaire que parasiter les États directement concernés ainsi que l'ONU, dont le rôle dans la restauration et le maintien de la paix a ici toute sa place. J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – This resolution reaffirms that peace in Colombia is a priority for the EU. Full implementation of the peace agreement will be the real challenge. The creation of an EU Trust Fund to support the post-conflict phase is a concrete way for the EU to be with Colombia all the way towards sustainable peace. This fund will help victims of the recently-ended 50-year internal conflict to seek truth, justice, reparations and prosecute war criminals. I believe this is an important step for Latin America and I hope it will encourage other countries to follow the same positive path.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur le processus de paix en Colombie. Les différents groupes parlementaires du Parlement européen estiment que l'Union européenne devrait favoriser le processus de paix qui a cours en Colombie entre le gouvernement et les Forces armées révolutionnaires de Colombie (FARC). Les deux parties doivent poursuivre les efforts pour arriver à une résolution du conflit qui les oppose. Dans le même temps, il est nécessaire de poursuivre les criminels de guerre et de prévoir des réparations pour les victimes.

Cette résolution a été adoptée, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die gemeinsame Resolution. Die Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien angesichts der vielen zivilen Opfer ist mir ein besonderes Anliegen, und die EU soll alles in ihrer Macht stehende tun, diesen Prozess voranzutreiben!

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as it welcomes the agreement between the government and the Revolutionary Armed Forces of Colombia (FARC), and calls on the National Liberation Army (ELN) to commit to peace and to enter into similar negotiations. This agreement deserves the support of the European Parliament, because we are probably witnessing the end of more than 50 years of violence in Colombia.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution because the ongoing Colombian peace process represents to us a historic opportunity to end one of the longest and bloodiest internal conflicts on the Earth. Colombia's decades of civil conflict resulted in the death of more than 6 million people, the displacement of 220 000 people and the disappearance of 45 000 people. These numbers are not only shocking, but also are a warning. In fact, they remind us that we should not miss this opportunity to end violence, drug trafficking, arms trafficking, slavery, terrorism, massive violation of human rights and atrocities committed by both sides. Therefore, the EU should have an active role in the negotiation process in order to guarantee that a final peace deal will be signed. Because Colombia's problems are not only its responsibility, particularly since they have become regional and global ones.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la résolution sur le processus de paix en Colombie, comme les autres députés du Front national. Bien entendu, je ne suis jamais opposée à un processus de paix, mais il faut quand même rappeler que l'Union européenne n'a pas sa place dans cette affaire, sauf à parasiter les États dans leurs fonctions régaliennes et l'ONU dans son rôle premier de maintien de la paix et de gestion des processus post-conflit.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Jsem odpůrcem různorodého násilí v Kolumbii, rekrutování nezletilých vojáků apod. Nemyslím ale, že je úlohou Parlamentu přijímat k problémům všude na světě usnesení.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – EU daje potporu sporazumu postignutom između strana da se po potpisivanju konačnog mirovnog sporazuma uspostavi povjerenstvo za utvrđivanje istine, suživot i neponavljanje, kao neovisan i nepristran izvansudski mehanizam kako bi se zajednički sastavio istinit povijesni prikaz onoga što se zbilo, zbog toga što se mirna budućnost i zadovoljavanje prava svih žrtava mogu zasnivati samo na istinitom opisu prošlosti i preuzimanju svih odgovornosti.

EU i Kolumbija od 2013. imaju bliske gospodarske i trgovinske odnose uređene trgovinskim sporazumom između Kolumbije i Perua te EU-a i njegovih država članica, čiji krajnji cilj nije samo osnažiti gospodarske veze između obuhvaćenih strana već i sklopiti partnerstva koja će nadilaziti samu trgovinsku razmjenu te tako doprinijeti jačanju mira, demokraciji i dobrobiti njihovih građana.

Podržala sam prijedlog rezolucije zbog toga što je izgradnja trajnog i postojanog mira u Kolumbiji okončanjem unutarnjeg sukoba, koji traje više od 50 godina i koji je prouzročio milijune žrtava, ponajprije važna za Kolumbiju, ali i za Europsku uniju i međunarodnu zajednicu, što je i iskazano u brojnim deklaracijama raznih zemalja te regionalnih i međunarodnih organizacija, pa i Europske unije, u kojima se podupire mirovni proces.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Kolumbia je v súčasnosti krajinou s druhým najvyšším počtom utečencov, čo je dôsledok dlhodobého vnútorného konfliktu medzi vládou a jednotkami ľavicových hnutí. Tento stav ovplyvňuje aj okolité štáty, najmä Venezuelu, kde väčšina utečencov odišla. V záujme eliminácie a riešenia tohto konfliktu je potrebné, aby Únia prostredníctvom všetkých svojich diplomatických zložiek bola nápomocná pri mierovom procese a dohliadala na šetrenie skutkov, súdne procesy a výkon rozhodnutí tak, aby tieto boli v súlade s medzinárodnými zmluvami a dohovormi o základných ľudských právach.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφώς*. – Ψηφίζω υπέρ της κοινής πρότασης ψηφίσματος υπέρ της ειρηνευτικής διαδικασίας στην Κολομβία για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 19 Ιανουαρίου 2016 αλλά και διότι θεωρώ την εν λόγω έκθεση πλήρη και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this Resolution which welcomes the agreements made to date between the Government of Colombia and the FARC to achieve peace in Colombia and highlights the agreements on a comprehensive rural reform, political participation and democratic opening to build peace, solving the problem of illicit drugs and the establishing a Special Jurisdiction for Peace, including a Commission for the Clarification of the Truth, Coexistence and Non-Repetition and the Special Unit for the Search for People considered to have Disappeared in the context of and on account of the conflict, in addition to the Unit for the Investigation and Dismantling of Criminal Organisations.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o návrhu společného usnesení, který hodnotí a vítá mírový proces probíhající v Kolumbii. Interní konflikt, který v Kolumbii probíhá více než 50 let, si vyžádal miliony obětí. V usnesení zdůrazňujeme, že prioritou pro EU a mezinárodní společenství jako takové je samozřejmě dosažení stabilního a trvalého míru v Kolumbii. Vítám samozřejmě dohody, kterých bylo dosud dosaženo mezi kolumbijskou vládou a FARC s cílem dosáhnout v Kolumbii míru. V usnesení rovněž zdůrazňujeme význam dohod o komplexní agrární reformě, politické účasti a demokratizaci zaměřené na budování míru. Další prioritou pak musí být řešení problému nelegálních drog a vytvoření zvláštních mírových soudů, které zahrnují vytvoření komise pro pravdu, soužití a neopakování minulosti, a rovněž vytvoření zvláštního útvaru pro hledání osob, které byly prohlášeny za nezvěstné v souvislosti s konfliktem nebo v jeho důsledku. Usnesení jsem v konečném hlasování podpořil.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Apoyo la Resolución aprobada por el Parlamento Europeo para que desde aquí apoyemos el proceso de paz que se desarrolla en Colombia.

Son evidentes los avances logrados por el Gobierno colombiano y todas las partes implicadas en el proceso de paz, que han promovido un acuerdo único en la historia que tiene como ejes el reconocimiento a las víctimas, la justicia sin impunidad y la verdadera reparación de los daños sufridos.

Por eso, queremos que las negociaciones culminen cuanto antes y ofrecemos la ayuda de esta Cámara para la aplicación del acuerdo definitivo de paz.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Gewalt ist kein politisches Mittel und so sind alle Bemühungen, welche den Friedenprozess in Kolumbien nachhaltig und effizient fördern, zu unterstützen. Der Bericht ist stimmig und greift konkrete Punkte auf, welche dazu beitragen können, dass der Konflikt zufriedenstellend gelöst wird.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le conflit armé intérieur en Colombie, qui dure depuis plus de cinquante ans, est à l'origine d'assassinats, de disparitions forcées, d'enlèvements, de violences sexuelles, d'abus sur mineurs, de déplacements de populations, etc. Néanmoins, une table de négociations entre le gouvernement colombien et les Forces armées révolutionnaires de Colombie (FARC) a été instaurée à La Havane (Cuba) le 19 novembre 2012, ce qui a permis la conclusion, le 23 septembre 2015, d'un accord en vue de la création d'une juridiction spéciale pour la paix qui satisfasse les droits des victimes et contribue à instaurer une paix stable et durable.

La résolution «prend acte avec satisfaction des accords obtenus à ce jour entre le gouvernement colombien et les FARC en faveur de la paix en Colombie». La résolution prend également note du rôle important joué par Cuba, le Chili, le Venezuela et la Norvège. Elle insiste enfin sur l'importance d'un «véritable effort de lutte contre les inégalités et la pauvreté» pour instaurer la paix. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le processus de paix en Colombie est une démarche qu'il est utile de soutenir, mais l'Union ne peut en cette affaire que parasiter les États directement concernés ainsi que l'ONU, dont le rôle dans la restauration et le maintien de la paix a ici toute sa place. En conséquence, je m'abstiens.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de resolução sobre o processo de paz colombiano.

A consolidação da paz contribuirá para combater as desigualdades e a pobreza e o reconhecimento de direitos sociais e políticos.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in support of the peace process in Colombia in order to end armed conflict between the Colombian Government and FARC. The resolution also calls on other combatants to commit to the peace process in order to improve the lives of the Colombian people as well as to tackle the flow of illegal drugs which contribute to armed violence across the region.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Il est primordial que 2016 marque la fin de la crise que traverse la Colombie, une crise qui dure depuis bien trop longtemps. Après 50 ans de conflit armé sans interruption, un conflit qui a fait plus de 220 000 victimes, dont 81,5 % de civils, et 15 000 disparus, il est essentiel d'apporter notre soutien à ce pays dans le processus de paix entamé en 2012 et d'encourager la signature définitive d'un accord annoncée en mars 2016.

C'est pourquoi nous nous réjouissons de l'adoption de cette résolution marquant notre volonté d'accompagner la Colombie dans ce processus de paix en vue de la mise en place d'un État de droit stable, fondé sur un système judiciaire qui respecte les droits de ses citoyens. Non seulement ce texte souligne les efforts entrepris par le gouvernement colombien et les FARCS, d'une part, et la communauté internationale, d'autre part, afin de trouver un accord de paix, mais celui-ci souligne également la nécessité de continuer à encourager le processus de négociations. La Colombie est un partenaire de l'Union auquel nous nous devons d'apporter encouragements, assistance et soutien.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Konflikt v Kolumbii trvá už od roku 1964, čo znamená, že sú ním zasiahnuté celé generácie Kolumbijčanov. Celý svet s úľavou prijal informáciu, že znepriatelené tábory boli schopné pristúpiť k rokovaniam o ukončení nepokojov a uzavrieť dohodu, ktorej súčasťou je aj prísľub oboch strán, že sa budú snažiť, aby sa násilie neopakovalo. Dnes už nie je najdôležitejšie zaoberať sa tým, kto spôsobil viac škôd. Dôležité je pozerať sa dopredu so zameraním na dosiahnutie pokoja a spravodlivosti. Plne podporujem úsilie oboch strán o dosiahnutie mieru a túto iniciatívu vysoko vyzdvihujem. Takisto som s potešením prijal informáciu o dohode medzi vládou a FARC o odškodnení obetí, ktorých počet za päťdesiat rokov konfliktu nesmierne narástol. Vyzývam strany, aby pokračovali v úsilí o dosiahnutie pokoja, ktorý Kolumbia tak veľmi potrebuje.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – After more than a year and a half of negotiations, the Colombian Government and the Revolutionary Armed Forces of Colombia (FARC) have reached a ground-breaking agreement on transitional justice, which is a definitive step forward to a conclusive peace in the long-running armed conflict in Latin America. The transitional justice agreement has resolved some of the most serious sticking-points and it makes any derailment of the peace process highly unlikely. This resolution will convey the political support of the EP for the peace process, especially in the implementation phase. The EP must present a coherent and well-coordinated response to this historic occasion. Moreover, it will help to create momentum for rising public support in Colombia for the talks. That is why I have voted in favour of this resolution

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A kolumbiai békefolyamattal kapcsolatban hét politikai csoport, a PPE, az ECR, az ALDE, a Verts/ALE, a GUE/NGL, az S&D valamint az EFDD nyújtott be állásfoglalásra irányuló tervezetet. A politikai csoportok a tervezetet illetően megállapodásra jutottak, a kompromisszumos javaslatot megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Os 50 anos de conflito interno na Colômbia provocaram milhões de vítimas e um constante sofrimento na população colombiana. Congratulo-me com os esforços do Governo e das FARC para alcançar a paz e os inúmeros acordos já assinados entre as partes, para a execução do acordo definitivo de paz. Apoio a assistência da União e de várias entidades da sociedade civil e considero, extremamente importante, que a comunidade internacional, caso necessário, acompanhe e apoie a fase pós-conflito.

Voto a favor desta Proposta de Resolução, por acreditar que os acordos alcançados vão permitir que um País dividido e assolado por este conflito armado possa agora reerguer-se e focar-se na criação de um Estado de Direito, para as pessoas e atento à melhoria das condições de vida dos colombianos.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur le soutien au processus de paix en Colombie. Ce texte rappelle que l'instauration de la paix doit s'accompagner d'un véritable effort de lutte contre les inégalités et la pauvreté. Il demande en particulier un soutien pour les quelques groupes qui ont souffert des conflits de façon disproportionnée, à l'instar des Afro-Colombiens et des populations autochtones. Le cadre de coopération créé par le mémorandum d'accord de novembre 2009 entre l'Union européenne et la Colombie prévoit non seulement de renforcer les relations économiques et commerciales entre les parties, mais aussi de consolider la paix, la démocratie, le respect des droits de l'homme, le développement durable et le bien-être des citoyens.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la résolution sur le processus de paix en Colombie, celle-ci mettant en avant les gains obtenus par les différents accords entre le gouvernement colombien et les FARC, et réaffirmant le soutien de l'Union en faveur des négociations pour la paix.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espressa favorevolmente sulla risoluzione del Parlamento europeo sul sostegno al processo di pace in Colombia, tenendo anche conto della stretta cooperazione politica, economica e commerciale fra l'UE e la Colombia.

Il 23 settembre 2015 il governo della Colombia e le FARC hanno annunciato la conclusione di un accordo sulla creazione di una giurisdizione speciale per la pace a norma del diritto internazionale che soddisfi i diritti delle vittime e contribuisca alla costruzione di una pace stabile e duratura.

Il Parlamento accoglie con soddisfazione l'accordo e riconosce lo sforzo politico, il realismo e la perseveranza di cui hanno dato prova sia il governo della Colombia che le FARC nell'avvicinare le rispettive posizioni divergenti, creando progressivamente uno spazio di impegno che ha consentito di compiere progressi nel conseguimento di una pace stabile e duratura.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin vot acest raport, deoarece consider că sprijinirea procesului de pace în favoarea partenerilor politici, economici și comerciali ai UE este și va fi una din cele mai importante politici externe ale Uniunii Europene. În acest sens, raportul de astăzi prezintă actuala situație instabilă în care se găsește Columbia, măsurile luate de către guvernul columbian pentru a o îmbunătăți și caracterul important pe care îl are Columbia în relația cu UE. De asemenea, salut faptul că statele europene intenționează să creeze un fond fiduciar care să servească în etapa post-conflict, la care să poată participa comunitățile și organizațiile societății civile și care să țină seama de prioritățile exprimate de victime în materie de adevăr, justiție, despăgubiri și garanții de nerepetare.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Colombias 50 aastat väldanud riigisises relvakonflikti lõpetamine on oluline nii Colombia enda, tema naaberriikide kui ka ELi jaoks ning rahvusvaheline üldsus peab Colombiat toetama hiljuti sõlmitud kokkulepete teostamisel.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Dopo decenni di conflitto, il presidente colombiano Juan Manuel Santos ha aperto i negoziati con il gruppo di ribelli Forze armate rivoluzionarie della Colombia (FARC), per discutere di un cessate il fuoco bilaterale e definitivo, nell'ambito dei colloqui di pace in corso. Presa visione delle risoluzioni dei vari gruppi parlamentari in merito, mi sento di esprimere il mio plauso per gli sforzi delle parti al fine di arrivare a una pace stabile e quindi duratura. Mi sento inoltre di manifestare la mia approvazione per la decisione presa dal governo colombiano e dalle Forze armate rivoluzionarie della Colombia (FARC) di istituire una commissione della verità avente lo scopo di far luce sul sanguinoso conflitto.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – I welcome the results of the peace process in Colombia, which alone can ensure lasting peace after decades of violence and victims. Reconciliation and peace have no alternative. I am convinced that peace will enable a new quality of co-existence in Colombia and help release its rich development potential. I congratulate the political leaders and supporters of the peace process for their achievements. I am thankful to Pope Francis and to spiritual leader Sri Sri Ravi Shankar for contributing in the peace process. They have contributed vitally to the decision of the conflicting parties for a non-violent exercise of political will. Definitely, the signature and full implementation of the agreement will also open a new era of enhanced cooperation, between the EU and Colombia.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Smatrajući kako je Kolumbija nakon pedesetogodišnjeg rata koji je rezultirao milijunima žrtava, zaslužila konačno okončanje sukoba i postizanje trajnog mira, pozdravljam napore koje su kolumbijske vlasti i FARC i svi akteri sukoba uložili kako bi započeli pregovore o prekidu sukoba i izgradnji trajnog mira. I Europska unija doprinosi ostvarenju toga cilja i stoga sam podržala ovu Rezoluciju Europskog parlamenta o potpori mirovnom procesu u Kolumbiji. Smatram da Europska Unija mora aktivno podržavati nastojanje da se osigura trajni mir u Kolumbiji, kao i posvetiti pažnju očuvanju prava žrtava i njihovih obitelji. Upravo zaštita pojedinaca koje je ovaj razoran sukob najviše pogodio, trebala bi biti jedan od temelja na kojem će se izgraditi dugotrajan mir u Kolumbiji. Vjerujem kako će prekid sukoba te ispunjavanje dogovorenih točaka imati pozitivne učinke na kolumbijsko društvo. Okončanje nasilja i izgradnja mira moraju biti praćeni borbom protiv siromaštva, stoga mi je drago da je postignut i povijesni sporazum o cjelovitijoj agrarnoj reformi kojom se država obvezala dati zemlju na korištenje i obradu siromašnom stanovništvu. Duboko vjerujem da je poljoprivreda jedan od ključeva oporavka kolumbijskog stanovništva, koji će, na kraju doprinijeti i prosperitetu i razvoju gospodarstva cijele zemlje.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Bien évidemment, je soutiens, sur le principe, les processus de paix équilibrés, mais je dénie à l'Union européenne le droit de s'immiscer dans ce type de sujets internationaux. C'est aux États concernés et à l'ONU d'agir, certainement pas à l'Union. Je préfère donc m'abstenir.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Le trattative per assicurare un accordo di pace durevole in Colombia stanno entrando in una fase decisiva ed è necessario che l'Unione europea sostenga con tutte le sue forze questo processo, che intende mettere fine a un conflitto che da più di cinquanta anni infligge enormi sofferenze al popolo colombiano. Gli accordi raggiunti a L'Avana tra governo colombiano e Forze armate rivoluzionarie colombiane (FARC) vanno nella giusta direzione.

Entrambe le parti hanno dato prova di perseveranza e realismo, nel loro impegno per affermare i diritti delle vittime e contribuire alla creazione di una pace stabile e durevole, basata sull'accertamento della verità, l'applicazione della giustizia e la previsione di riparazioni. Elementi decisivi, perché il processo di pace possa effettivamente funzionare, sono anche gli accordi sottoscritti per una riforma agraria generalizzata, la partecipazione politica e l'apertura democratica, per permettere a tutte le forze politiche colombiane di contribuire al processo di pacificazione, di sviluppo economico e sociale del Paese.

Ritengo notevolmente importante la creazione, per la prima volta nella storia, della sottocommissione di genere, che avrà il compito di assicurare la partecipazione delle donne al processo di ricostruzione sociale e di assicurare che le vittime di violenza sessuale ricevano giustizia.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Pozdravljam sporazum o osnivanju Specijalizirane jurisdikcije za mir kojom se u Kolumbiji, po prvi put nakon nekoliko desetljeća sukoba, udaraju stabilni temelji održivom miru unutar kolumbijskog naroda, odnosno između kolumbijske vlade i FARC-a. Ova rezolucija samo je kruna potpore i nastojanja Europske unije da potpomogne razvoj mira, stabilnosti i demokracije u Kolumbiji. Također, bitnim smatram dio teksta rezolucije koji poziva države članice Unije na osnivanje uzajamnog fonda kojim bi se potpomogla provedba ovog mirovnog sporazuma.

Važna je i činjenica da sporazum podrazumijeva uravnoteženo shvaćanje potrebe za pomilovanjem s jedne strane, te za kažnjavanjem odgovornih s druge strane. Imajući na umu sukobe na području bivše Jugoslavije, ali i vlastito političko iskustvo s obzirom na osjetljivo stanje u Bosni i Hercegovini, posebno bih istaknuo važnost dva aspekta mira za Kolumbiju: osnivanje Povjerenstva za utvrđivanje istine, suživot i neponavljanje te uravnoteženi društveni i gospodarski razvoj na čitavom teritoriju države. Suočavanje s prošlošću te utvrđivanjem istine bitni su elementi kojima se može osigurati tranzicijska pravda. Istovremeno, održivi mir moguć je samo kada su sve skupine u društvu ravnopravne i zaštićene od oskudice.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Nakon nekoliko pokušaja pokretanja mirovnog procesa u Kolumbiji trenutačni mirovni pregovori s Kolumbijskim revolucionarnim oružanim snagama (FARC), inicirani od strane kolumbijskog predsjednika Santosa, obećavaju vrlo mnogo. Naime, Sporazum o najvažnijem pitanju, onom o odštetama za žrtve te pravdu, postignut je krajem 2015., a završni sporazum predviđen je za ožujak 2016. Ipak, važno je napomenuti kako najteži dio cjelokupnog mirovnog procesa tek dolazi, a on uključuje provedbu sklopljenih sporazuma, što će dakako biti usporeno mnogim preprekama. EU je važan dio ovog mirovnog procesa, osobito jer je pokazala izrazitu želju da ponudi pomoć kroz stvaranje zaklade za podršku perioda koji dolazi nakon sukoba. EU se obvezala pomoći Kolumbiji s 26 milijuna EUR, od kojih će najveći dio, 21 milijun, biti namijenjen za program čiji je primarni cilj pomoći Kolumbiji u svladavanju društvenih i ekonomskih nedostataka u marginaliziranim regijama te regijama koje su zahvaćene sukobima. U potpunosti sam suglasan s odlukom Visoke predstavnice o imenovanju Eamona Gilmorea, bivšeg zamjenika premijera i ministra vanjskih poslova koji je bio direktno uključen u mirovni proces Sjeverne Irske, za EU-ova izaslanika za mirovni proces u Kolumbiji.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jsem velmi rád a podporuji dohody, kterých bylo dosud dosaženo mezi kolumbijskou vládou a FARC s cílem dosáhnout v Kolumbii míru. Jsem si vědom politického úsilí, realismu a vytrvalosti, které prokázala jak kolumbijská vláda, tak FARC ve snaze sblížit své protichůdné postoje a vytvořit postupně prostor pro kompromis. Jsem pevně přesvědčen, že jednání budou co nejdříve završena tak, aby byl konflikt definitivně ukončen a ukončení jednání se stalo milníkem v moderních dějinách Kolumbie. Jako sociální demokrat pevně věřím, že násilí není legitimní metodou politického boje a že je nutné přijmout demokracii se všemi jejími důsledky a požadavky. Pro Kolumbii bude také důležité, aby budování míru bylo doprovázeno rozhodným úsilím v boji proti nerovnosti a chudobě, a jsem si rád, že EU poskytne Kolumbii v této oblasti významnou podporu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Dopo 50 anni di conflitto interno in Colombia, il governo e le forze armate rivoluzionarie della Colombia (FARC) stanno cercando di arrivare alla creazione di una giurisdizione speciale, che risolva in modo soddisfacente la questione principale e più problematica dei negoziati, definendo un termine di sei mesi per firmare un accordo definitivo di pace prima del 23 marzo 2016.

Il Parlamento europeo chiede agli Stati membri che venga istituito un fondo fiduciario per accompagnare la fase post-conflitto e per finanziare il perseguimento dei criminali di guerra e aiutare a risarcire le vittime. Il processo di pace dovrebbe essere accompagnato anche da uno sforzo determinato volto a combattere la disuguaglianza e la povertà.

Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione e plaudo al fatto che le forze armate colombiane abbiano annunciato di recente l'intenzione di rivedere la dottrina militare della Colombia per preparare le forze armate a rispondere rapidamente ed efficacemente alle nuove sfide poste dalla fase post-conflitto, assolvendo nel contempo alla funzione di garante degli accordi di pace.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je soutiens le processus de paix actuellement en cours en Colombie. Après des années de guerre civile, il est temps pour ce pays de renouer avec la paix et la stabilité. De nombreux efforts sont encore à fournir, mais l'Europe se doit aussi d'envoyer des messages de ce type afin de rappeler ses valeurs.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Depois das demonstradas posições antagónicas, este relatório acolhe com agrado e apoia os acordos alcançados entre o Governo da Colômbia e as Forças Armadas Revolucionárias da Colômbia para alcançar uma paz duradoura e estável no país, e chama a atenção para os acordos sobre uma reforma rural integral, a resolução do problema das drogas ilícitas e a criação de uma Jurisdição Especial para a Paz. Isto inclui a criação de uma Comissão para o Esclarecimento da Verdade, a Coexistência e a Não Repetição, bem como da Unidade para a Busca de Pessoas dadas como Desaparecidas no contexto e em resultado do conflito e a Unidade de Investigação e Desmantelamento de Organizações Criminosas.

Esta busca pela paz promove um acordo único na História que coloca as vítimas no centro da abordagem e define como prioridade a verdade, a justiça sem impunidade, a reparação efetiva dos danos sofridos e a não repetição. Em face do exposto, votei favoravelmente este relatório.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur le processus de paix en Colombie. L'instauration d'une paix stable et durable en Colombie est une priorité pour l'Union européenne dans le cadre de sa coopération politique, économique et commerciale étroite avec le pays. Le conflit armé intérieur dure depuis plus de 50 ans et a causé de grandes souffrances à la population, que ce soit par des actes terroristes ou par les actions des groupes paramilitaires.

Afin d'accompagner au mieux la Colombie dans la phase post-conflit, nous demandons aux États membres de créer un fonds fiduciaire destiné notamment à mettre un terme à l'impunité, à parvenir à la vérité ainsi qu'à juger et à sanctionner les auteurs des crimes commis pendant le conflit afin qu'ils ne se reproduisent plus et que les victimes obtiennent réparation.

Enfin, il est important de lutter en amont contre les inégalités et la pauvreté en aidant par exemple les personnes et communautés déplacées, en garantissant l'accès à un travail décent ainsi que la reconnaissance des droits sociaux et du travail sur le territoire colombien.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Esta resolução visa transmitir o apoio político do Parlamento Europeu ao processo de paz entre o Governo Colombiano e as FARC. Este é um momento histórico. Foram 50 anos de conflito armado e o PE não pode deixar de apoiar. É igualmente importante reconhecer o papel das associações de vítimas, das ONG e da sociedade civil para o êxito destes acordos.

Vincamos o apelo para que o Exército de Libertação Nacional (ELN) se empenhe também no processo de paz na Colômbia, solicitando ao Governo colombiano que inicie um processo de negociação paralelo que possa desenvolver-se em termos semelhantes.

Destaco a sugestão de criação de uma subcomissão de género para assegurar a integração da dimensão de género nas negociações e a participação das vítimas de violência sexual e de organizações de defesa dos direitos das mulheres nas conversações de paz. Isto deve constituir uma fonte de inspiração para outros processos de paz em todo o mundo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui considère que la fin de ce conflit interne, qui en plus de cinquante ans a fait des millions de victimes, et l'instauration d'une paix stable et durable en Colombie sont une priorité pour ce pays, mais aussi pour l'Union européenne et la communauté internationale.

Le texte de la résolution lance également un appel à l'armée de libération nationale (ELN) afin qu'elle s'engage fermement, dans les plus brefs délais, en faveur de la paix en Colombie, et l'exhorte à entamer avec le gouvernement colombien des négociations parallèles susceptibles de se dérouler dans des conditions semblables.

Enfin, nous avons accueilli la décision du 1^{er} octobre 2015 de Federica Mogherini, haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité, de nommer Eamon Gilmore, ancien ministre des affaires étrangères et du commerce de la République d'Irlande, envoyé spécial de l'Union européenne pour le processus de paix en Colombie, et salué par ailleurs la mission de suivi de la situation des droits de l'homme, dans le contexte faisant suite aux accords de paix, que le Haut-Commissariat des Nations unies aux droits de l'homme est appelé à remplir en Colombie.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os laços especiais que unem a UE com a Colômbia têm permitido instituir um quadro de estreita cooperação política, económica e comercial, estabelecido pelo Memorando de Entendimento de Novembro de 2009 e pelo Acordo Comercial entre a UE e os seus Estados-Membros, por um lado, e a Colômbia e o Peru por outro (assinado em Junho de 2012, ao qual decidiu aderir entretanto o Equador, tendo as negociações sido concluídas com este último país em Julho de 2014) em que o objetivo foi não só reforçar as relações económicas e comerciais entre as partes, mas também reforçar a paz, a democracia, o respeito pelos direitos humanos, o desenvolvimento sustentável e o bem-estar dos cidadãos.

Considerando os notáveis esforços políticos para a consolidação da paz e um esforço no combate às desigualdades e no progredir da garantia total e permanente dos direitos humanos, estas foram razões fundamentais para votar favoravelmente neste relatório que é de importância extrema as relações UE - Colômbia.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution, qui marque le soutien de l'Union à la Colombie dans son processus de paix entamé en 2012. Après cinquante ans, sans interruption, de conflit armé entre les autorités colombiennes et les Forces armées révolutionnaires de Colombie (FARC), mars 2016 doit être l'occasion de la signature d'un accord de paix final, comme prévu par l'accord sur entre les forces en présence. Ce conflit, qui a fait près de 230 000 victimes, doit laisser place à un réel Etat de droit. C'est pour cela que cette résolution appelle à la mise en place d'un fonds fiduciaire spécial pour la Colombie, afin d'accompagner les victimes pour les aider à obtenir vérité, justice et réparations.

Il s'agit pour l'Union d'être aux côtés de la Colombie et de saluer les efforts politiques dont ont fait preuve à la fois les autorités colombiennes et les FARC.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – La proposta è stata appoggiata dalla grande maggioranza dei gruppi politici in Parlamento. Quello che sta accadendo oggi in Colombia è straordinario e il Parlamento europeo deve supportare il difficilissimo risultato raggiunto e promuovere una conclusione dei negoziati il prima possibile.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this as I do not wish for the EU to get involved with foreign affairs.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – In the last vote of today, I voted to support the talks that could put an end to 50 years of armed conflict, and the EU cannot let this historic moment get away.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – After many years of fighting between the Colombian government and the FARC there is finally a chance for peace. This resolution supports the parties to negotiate further and stop the violence. That is why I voted in favour.

Monika Smolková (S&D), *pisomne* – Vnútorný ozbrojený konflikt v Kolumbii trvá už vyše päťdesiat rokov, spôsobil obyvateľstvu veľké utrpenie, či už v dôsledku teroristických zásahov alebo činnosti polovojenských skupín, a viedol okrem iného k vraždám, núteným zmiznutiam, únosom, sexuálnemu násiliu, zneužívaniu maloletých, vnútornému a vonkajšiemu presídľovaniu obyvateľstva a pohrome protipechotných mín. Preto pre EÚ, medzinárodné organizácie a súčasnú vládu Kolumbie je prioritou ukončenie vnútorného konfliktu a dosiahnutie stabilného a trvalého mieru. Dôležitú úlohu v tomto mierovom procese majú Kuba a Nórsko ako ručiteľské krajiny a Čile a Venezuela ako krajiny asistujúce v mierovom procese a veľká vďaka patrí aj pápežovi Františkovi za jeho spoluprácu na tejto úlohe. EÚ pozitívne hodnotí aj oznámenie kolumbijských armádnych zložiek o tom, že sa chystajú revidovať vojenskú doktrínu Kolumbie s cieľom pripraviť armádu tak, aby efektívnejšie a pohotovejšie reagovala na nové úlohy v období po konflikte a aby slúžila ako záruka mierových dohôd.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – EU in Kolumbija imata politične odnose, ki temeljijo na dialogu in medsebojnem spoštovanju v okviru Memoranduma o soglasju z dne 28. 11. 2009. Od leta 2009 med njima poteka tudi politični dialog, ki je osredotočen na človekove pravice. 19. 11. 2012 se je s podpisom splošnega dogovora za razrešitev konflikta in izgradnjo stabilnega in trajnega miru med vlado Kolumbije in FARC izpolnila želja kolumbijskega naroda, da živi v miru. Isti stranki sta 15. 12. 2015 sklenili tudi dogovor o žrtvah konflikta, ki vključuje posebno pristojnost za mir ter zavezo o človekovih pravicah. Ta dogovor se šteje kot bistven korak za izgradnjo stabilnega in trajnega miru ter priznava vse žrtve konflikta kot državljane s pravicami.

Strinjam se, da so takšni pogovori bistvenega pomena za dosego sporazuma za stabilen in trajen mir, ki pomeni konec pol stoletja trajajočega oboroženega notranjega konflikta. Podpiram vse tekoče pogovore za čim hitrejšo dosego končnega premirja in popolnega prenehanja sovražnosti.

Resolucija izpostavlja problematične točke mirovnega procesa v Kolumbiji ter predlaga primerne rešitve za izboljšanje tamkajšnjega stanja. Kot takšne lahko omenim vzpostavitev učinkovitega sistema, s katerim se bo lahko preverila povezava med zločini in oboroženim konfliktom, ter poziv Kolumbiji, naj razpusti paravojaške skupine. Zaradi opisanega sem resolucijo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne* – Ukončenie vnútorného konfliktu v Kolumbii, ktorého obeťami sa v priebehu viac ako päťdesiatich rokov stali milióny ľudí, a dosiahnutie stabilného a trvalého mieru v Kolumbii sú pre túto krajinu, ale aj pre Európsku úniu a medzinárodné spoločenstvo vrcholnou prioritou. Je potrebné prijať nástroje a opatrenia za účelom budovania mieru.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – EU i Kolumbija od 2013. imaju bliske gospodarske i trgovinske odnose uređene trgovinskim sporazumom između Kolumbije i Perua te EU-a i njegovih država članica, čiji krajnji cilj nije samo osnažiti gospodarske veze između obuhvaćenih strana već i sklopiti partnerstva koja će nadilaziti samu trgovinsku razmjenu te tako doprinijeti jačanju mira, demokraciji i dobrobiti njihovih građana. U okviru toga sporazuma EU je ukinula vize za kolumbijske građane, do čega je došlo na drugom sastanku na vrhu između EU-a i CELAC-a u lipnju 2015. godine. Izgradnja trajnog i postojanog mira u Kolumbiji okončanjem unutarnjeg sukoba, koji traje više od 50 godina i koji je prouzročio milijune žrtava, ponajprije je važno za Kolumbiju, ali i za Europsku uniju i međunarodnu zajednicu, što je i iskazano u brojnim deklaracijama raznih zemalja te regionalnih i međunarodnih organizacija, pa i Europske unije, u kojima se podržava mirovni proces. Pozdravljam Sporazum postignut 23. rujna 2015. između vlade Kolumbije i Revolucionarnih oružanih snaga Kolumbije (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – FARC) o stvaranju Specijalizirane jurisdikcije za mir, kojim se na zadovoljavajući način rješava glavno i najteže pitanje u okviru pregovora te pozdravlja zajedničku odluku da se utvrdi rok od šest mjeseci kako bi se konačni mirovni sporazum potpisao prije 23. ožujka 2016. godine.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Podržavam prijedlog rezolucije o mirovnom procesu u Kolumbiji. Napredak je vidljiv u brojnim područjima vlasti i funkcioniranja društva.

Europska unija je kolijevka demokracije, tolerancije i solidarnosti te kao takva podržava sustavno i financijski brojne mirovne procese u svijetu. Kolumbija je nažalost bila dio tih mirovnih procesa zbog problema u državi, ali ohrabruje činjenica da su vidljivi brojni pozitivni pomaci. Pozitivni pomaci su vidljivi i u drugim državama Latinske Amerike, a Kolumbija je postala primjer u regiji. Potrebno je uložiti još dosta napora da bi se riješili nagomilani problemi. EU će i dalje pružati podršku mirovnom procesu u Kolumbiji.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za skupni predlog rezolucije o mirovnem procesu v Kolumbiji.

V Evropskem parlamentu velikokrat razpravljamo o kršitvah človekovih pravic po svetu, oboroženih spopadih in državljanskih vojnah. Ta resolucija je drugačna. Pozdravlja doseženi mirovni proces v Kolumbiji po 50 letih državljanske vojne, ki je terjala ogromno žrtev. To je pomemben korak naprej do tega, da bo prišlo do podpisa premirja med vlado ter odporniškim gibanji.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Τα μέλη της Ομάδας της Ευρωπαϊκής Ενωτικής Αριστεράς επιτύχαμε να υιοθετηθούν στο κείμενο αρκετά σημαντικές αναφορές. Απαριθμώ ορισμένες από αυτές, όπως την αναφορά στη δράση των παραστρατιωτικών ομάδων, το κάλεσμα προς την κυβέρνηση να παρέχει προστασία σε συνδικαλιστές και υπερασπιστές των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, την αναφορά στην ανάγκη να συμμετέχουν οι πολίτες στη ειρηνευτική διαδικασία. Για τους λόγους αυτούς και παρά την διαφωνία μας με μεμονωμένες αναφορές (π.χ. για τις τρομοκρατικές οργανώσεις) ψηφίσαμε υπέρ του κειμένου.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να προσεγγίζει προσεκτικά και με γνώμονα το Διεθνές Δίκαιο τις υποθέσεις ξένων κρατών, και κυρίως χωρών που δεν είναι μέλη της. Οποιαδήποτε προσπάθεια ανάμειξης αποτελεί ωμή παρέμβαση στις εσωτερικές υποθέσεις των χωρών, ειδικά σε θέματα που άπτονται της ειρήνης και της ασφάλειας.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a határozati javaslatot, amely jól tükrözi a Kolumbiában szemben álló politikai felek közötti kiegyezés esélyét, illetve a nemzetközi közösség, ezen belül különösen az Európai Unió ennek érdekében tett erőfeszítéseit. A március 29-én aláírt tervezett megállapodás még számos ponton pontosításra és kiegészítő garanciákra szorul, az elfogadásáról szóló referendum sikere érdekében. Ugyanakkor már jelen állapotában is megítélesem szerint lényeges és előremutató elemeket tartalmaz, többek között a katonaság szerepének korlátozása, a kábítószer-kereskedelem visszaszorítása, valamint a lakosság biztonságát szolgáló intézkedések vonatkozásában.

Az EU külkapcsolatai, globális pozícióinak megerősítése szempontjából is indokoltnak tartom a jelentésben és a főképviselő szóbeli kiegészítésében is megjelenő elkötelezettséget, miszerint az Európai Unió a megállapodás életbelépése után, a jövőben is figyelemmel kíséri és politikai és pénzügyi támogatásban részesíti a kolumbiai belső politikai megbékélés folyamatát.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Ćwierć miliona zabitych, 27 tysięcy porwań, tysiące dzieci zmuszonych do noszenia broni i ponad 7 mln poszkodowanych to bilans wojny domowej, która trwa od ponad pół wieku w Kolumbii. W końcu, po 30 latach bezskutecznych rozmów pokojowych, istnieje znaczna szansa na znalezienie historycznego porozumienia między stroną rządową a bojówką FARC.

W swojej rezolucji Parlament Europejski wezwał do jak najszybszego zakończenia rozmów. Zwrócono w nim także uwagę na konieczność wsparcia finansowego, logistycznego i politycznego Unii Europejskiej w implementacji porozumienia pokojowego w Kolumbii. Zaapelowano także do państw członkowskich UE o utworzenie funduszu powierniczego wspierającego pokonfliktowy etap procesu pokojowego, przy uwzględnieniu priorytetów wskazanych przez ofiary zbrodni, jakimi są dochodzenie prawdy, sprawiedliwość i zadośćuczynienie oraz gwarancja, że konflikt już nigdy się nie powtórzy.

Rezolucja ta jest bardzo ważnym elementem zaangażowania Unii w promowanie pokojowych rozwiązań w konfliktach zbrojnych, dlatego też w pełni poparłem jej zapisy.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris.* – Ultimele evenimente care au avut loc în Columbia reprezintă o nouă speranță pentru dezvoltarea internă pașnică a acestei țări. Acordul semnat de guvernul columbian cu Forțele Armate Revoluționare ale Columbiei (FARC) privind asigurarea justiției de tranziție oferă premisele unei soluționări durabile a acestui conflict armat intern, după mai mult de 50 de ani. Acest acord implică o serie de amnistieri pentru membrii FARC, menite să asigure creșterea încrederii între cele două părți, element care este considerat esențial pentru încheierea unui acord de pace în viitorul apropiat. Uniunea Europeană a susținut constant procesul de pace din Columbia, unul dintre partenerii săi importanți în America Latină. Suntem martorii unui moment istoric, ce ar putea duce la încheierea

unuia dintre cele mai lungi și sângeroase conflicte civile din lume. De aceea, trebuie să salutăm această evoluție pozitivă a situației și să încurajăm încheierea unui acord definitiv de încetare a focului. În același timp însă nu trebuie să uităm de conflictul similar dintre guvernul columbian și Armata de Eliberare Națională, în cazul căruia este nevoie de un acord similar. Doar în aceste condiții, Columbia și cetățenii săi vor putea evolua către o situație normală, în cadrul căreia își vor putea atinge potențialul real de dezvoltare.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Cependant j'insiste pour que la Colombie continue ses réformes en faveur du respect des droits du travail et des droits humains de manière générale.

Nous lançons également un appel à l'armée de libération nationale (ELN) afin qu'elle s'engage fermement, dans les plus brefs délais, en faveur de la paix en Colombie, et l'exhortons à entamer avec le gouvernement colombien des négociations parallèles susceptibles de se dérouler dans des conditions semblables.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the joint resolution on the peace negotiations in Colombia. By voting on this text I expressed my support for a definitive end to the conflict as soon as possible. Over the past months the EU High Representative as well as the EU Special Envoy, Eamon Gilmore, supported Colombians in the implementation of a possible peace agreement. The EU will also contribute to the introduction of a ceasefire follow-up mechanism and weapons handover.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Uspostavljanje mira među zaraćenim stranama dugotrajan je i težak proces, a on u Kolumbiji traje već predugo. Ključne točke sporazuma između pobunjenika i kolumbijske vlade djeluju ohrabrujuće u smjeru uspostavljanja mira i nastavka normalnog života za građane. Kompenzacija žrtava, utvrđivanje istinitih činjenica o sukobu, pronalazak nestalih i jamstvo sigurnosti za žrtve sukoba, ali i sve ostale građane, ključni su koraci koji bi trebali dovesti do uspostavljanja mirnog i normalnog suživota.

U nadi da će se konačan mirovni sporazum doista potpisati u ožujku ove godine, podržala sam ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o mirovnem procesu v Kolumbiji sem podprla, saj sem mnenja, da bo ta po desetletjih nasilja, številnih žrtvah (teh je je bilo do sedaj že več kot 220.000) ter prisilnega preseljevanja več kot 6 milijonov ljudi omogočil bistven korak bliže koncu konflikta ter trajnemu miru v državi.

Sporazum, ki postavlja v ospredje pomoč žrtvam, reševanje problema prepovedanih drog ter vzpostavitev pravičnega sodnega sistema, bo dolgoročno državljanom omogočil večjo kakovost bivanja v državi, zagotovil pravičnost in prispeval k napredku kolumbijskega gospodarstva. Pravilno je, da Evropska unija aktivno podpira Kolumbijo pri postavljanju temeljev demokracije in trajnostnega miru.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I welcome the agreements made to date between the Government of Colombia and the FARC to achieve peace in Colombia and highlights the agreements on a comprehensive rural reform, political participation and democratic opening to build peace, solving the problem of illicit drugs and the establishing a Special Jurisdiction for Peace, including a Commission for the Clarification of the Truth, Coexistence and Non-Repetition and the Special Unit for the Search for People considered to have Disappeared in the context of and on account of the conflict, in addition to the Unit for the Investigation and Dismantling of Criminal Organisations.

With this vote, we recognise the political effort, realism and perseverance demonstrated by both the Government of Colombia and the FARC in reconciling their conflicting views and gradually creating an area of commitment that has allowed progress to be made in achieving a stable and lasting peace and thus securing an agreement that is unique in history, places the victims above any other consideration and whose priorities are truth, justice, reparation and non-repetition; acknowledges, moreover, the important role played by victims' associations, NGOs and civil society in securing these agreements.

We call on the National Liberation Army (ELN) to commit firmly and decisively, without further delay, to peace in Colombia.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Je choisis l'abstention pour ce texte.

Il ne s'agit pas là de m'opposer au processus de paix, mais simplement de rappeler que l'Union n'a rien à faire dans cette affaire, sinon parasiter les États dans leurs fonctions régaliennes et l'ONU dans son rôle premier de maintien de la paix et de gestion des processus post-conflit.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A több mint 50 éven át tartó és több millió áldozattal járó belső konfliktus lezárása és a szilárd és tartós kolumbiai béke megvalósítása alapvetően fontos nem csak Kolumbia, de az Európai Unió és a nemzetközi közösség számára is, amint azt a különböző országok, valamint regionális és nemzetközi szervezetek, köztük az Európai Unió békefolyamatot támogató számos nyilatkozata is jelzi. Támogattam a frakcióm közös javaslatát.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – Voto a favor porque, tras más de medio siglo de guerra y más de 220 000 muertos según datos oficiales (el 80 % son civiles), por primera vez las negociaciones de paz parecen avanzar. Esta esperada Resolución del PE apoya el proceso de paz y destaca entre otros los acuerdos sobre la reforma rural, la creación de una comisión para el esclarecimiento de la verdad, la convivencia y la no repetición y el establecimiento de una subcomisión de género. Aun así, debemos recordar que Verdad, Justicia, Reparación y No repetición no pueden quedar en bellas palabras sino que deben crearse instituciones garantes de estos principios que estén libres de contradicciones judiciales.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta propuesta de Resolución se pretende dar apoyo al proceso de paz en Colombia tras el acuerdo alcanzado entre el Gobierno de Colombia y las Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) el pasado miércoles 23 de septiembre de 2015. Por ello creo necesario votar a favor de esta propuesta de Resolución.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze resolutie over het vredesproces in Colombia omdat het de overeenkomst tussen de overheid en de FARC verwelkomt. Daarnaast doet deze resolutie een oproep aan het National Liberation Army (ELN) om ook vredesonderhandelingen aan te gaan. Vanuit het Europees Parlement moeten we dit vredesproces steunen omdat er na meer dan vijftig jaar geweld in Colombia eindelijk hoop is op vrede.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me félicite que le Parlement européen ait voté une résolution équilibrée en faveur du processus de paix en Colombie, pays plongé dans un conflit meurtrier depuis plus de 60 ans.

M'étant rendue en Colombie, dans le cadre d'une mission du PGE en juin dernier, je sais combien les Colombiens espèrent un accord de paix définitif.

C'est donc un accord historique auquel sont en train de parvenir le gouvernement colombien et les FARC; le verrou concernant la mise en place d'une juridiction spéciale pour la paix afin de défendre les droits des victimes et d'un tribunal capable de juger les responsables du conflit y compris les paramilitaires.

La volonté de mettre en place des mécanismes de justice réparatrice aptes à indemniser toutes les victimes, de procéder à une amnistie large, d'associer l'ensemble du peuple colombien et d'arriver à un cessez-le-feu bilatéral dans les meilleurs délais sont des points majeurs de l'accord, y compris l'implication de l'ensemble des acteurs du conflit et notamment de l'autre guérilla de l'Armée de libération nationale.

Le processus de paix doit désormais arriver à son terme malgré les obstacles posés par l'ancien président Alvaro Uribe. Il était important que le Parlement soutienne le processus, j'ai donc voté pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução contém elementos positivos. Fica mais claro o enquadramento do conflito com a referência explícita aos paramilitares. Contudo, nada diz sobre a verdadeira natureza destas forças paramilitares, que são, na prática, o braço armado do governo, através do qual este age de forma impune.

É de grande importância referir o papel das associações de vítimas e outras organizações civis em todo o processo de mediação. Contém apelos específicos ao governo no sentido de defender os interesses de camadas específicas da população, com especial destaque para sindicalistas e ativistas, que têm sido vítimas preferenciais da ação dos grupos paramilitares e que qualquer Estado de Direito deveria proteger.

Lamentamos que se tenha ido mais longe na responsabilização do regime colombiano, que sempre boicotou os muitos processos de paz, apostando sistematicamente na via da repressão violenta, sempre com o apoio dos Estados Unidos, que detêm naquele país uma das suas maiores bases militares da América Latina.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Gewalt ist kein politisches Mittel und so sind alle Bemühungen, welche den Friedenprozess in Kolumbien nachhaltig und effizient fördern, zu unterstützen. Der Bericht ist stimmig und greift konkrete Punkte auf, welche dazu beitragen können, dass der Konflikt zufriedenstellend gelöst wird.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Υποστήριξα την συγκεκριμένη πρόταση ψηφίσματος διότι η σταθερότητα και η προάσπιση της ειρήνης αποτελεί πρωταρχικό μας μέλημα. Το κείμενο αυτό έχει ως σκοπό την προώθηση και την προάσπιση της ειρήνης και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στη Κολομβία.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – V Kolumbii se po více než padesát let odehrával ozbrojený konflikt, který si vyžádal velké množství obětí, proto jsem se rozhodl podpořit návrh tohoto usnesení, který směřuje k nastolení trvalého míru ve státě. Mírové uspořádání světa je jednou z priorit Evropské unie, a proto podporuji její zapojení a snahy o nastolení míru. Kroky, kterých se již podařilo dosáhnout, jako například zvláštní mírové soudy, jsou zcela jistě milníky v historii země. Domnívám se ale, že je potřeba důsledně naplňovat všechny doposud uzavřené dohody, což vyžaduje i pokračující aktivní roli EU, protože pouze takto je možné dosáhnout skutečného míru.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh spoločného uznesenia o mierovom procese v Kolumbii som podporila. Myslím si, že je dôležité vyslať signál, že Európsky parlament podporuje mierový proces, ktorý, dúfajme, ukončí päťdesiatročné obdobie vnútorného ozbrojeného konfliktu, pri ktorom obyvateľstvo v dôsledku teroristických aktivít alebo útokov polovojenských skupín veľmi trpelo. Počas tohto obdobia dochádzalo k mnohým vraždám, únosom, zmiznutiam, sexuálnemu násiliu, či zneužívaniu maloletých. Preto je pozitívne, že mierové rozhovory, ktoré začali už v roku 2012 v Havane, konečne prinesú pokoj, ale hlavne pravidlá pre odškodňovanie obetí, zriadenie špeciálnej komisie na hľadanie zmiznutých ľudí a vylúčenie akejkoľvek amnestie alebo milosti za zločiny proti ľudskosti, genocídu a závažné vojnové zločiny. Dúfam teda, že sa podpísanie mierovej dohody podarí uskutočniť tak, ako je predpokladané do marca tohto roku a svojim hlasom som ukončeniu tohto pre obyvateľov Kolumbie strašného obdobia vyjadrila svoju podporu.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de resolução comum a favor do processo de paz colombiano, por considerar que um processo de paz como aquele que tem vindo a ser consolidado na Colômbia é sempre um processo frágil e difícil, mas que é nossa obrigação fazer convergir todos os esforços para um desfecho positivo, cada vez mais próximo, apesar de ainda não totalmente garantido.

Realço ainda que o processo de paz na Colômbia tem sido focado nas vítimas e não nas partes conflitantes, uma opção notável por ser pioneira. Aliás, o acordo sobre as vítimas do conflito assinado em dezembro de 2015 é um pilar chave deste processo de paz, um processo que será tanto mais resiliente quanto mais forte for o papel da sociedade civil e um processo que visa o fim da violência em todas as suas formas.

Neste sentido, penso que a reparação dos danos causados por um conflito com mais de 50 anos de duração tem de ser uma prioridade e que os acordos estabelecidos consagram exatamente essa perspetiva. A União Europeia deu, de facto, um contributo importante para aquilo que foi sendo adquirido neste processo.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Não podemos deixar de dizer que esta resolução tem aspetos positivos, nomeadamente ao assumir o compromisso da defesa da paz, através de um cessar-fogo bilateral, renunciando ao uso da violência e apelando à reconciliação e, portanto, apoiando as negociações de paz e a sua continuidade.

Positivamente, é ainda de relevar o apelo à extensão do processo ao ELN, a defesa expressa de políticas que promovam a igualdade e o desenvolvimento, destacando-se a reforma agrária, a defesa do fim das políticas de perseguição a grupos de esquerda e a sindicatos, entre outros.

Embora não responsabilize claramente o responsável pelo conflito colombiano – o terrorismo de Estado levado a cabo pelos governos colombianos – nem demonstre claramente a injustiça social a que o povo colombiano tem sido sujeito desde há décadas, a resolução defende, no essencial, a continuação e sucesso do processo de paz.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem resolucijo o mirovnem procesu v Kolumbiji, ki bo kolumbijskemu prebivalstvu omogočil izgradnjo stabilnega in trajnega miru po 50 letih nenehnih oboroženih spopadov. Mirovna pogajanja postavljajo temelje za pravičen gospodarski in družbeni razvoj ter vladavino prava.

President. – That concludes the explanations of vote.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 13.25 and resumed at 15.00)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

11. COP 21 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung von Laurent Fabius, Vorsitzender der Klimakonferenz von Paris zu COP 21 (2016/2524(RSP)).

Sehr geehrter Herr Minister Laurent Fabius! Wir freuen uns sehr, dass Sie der Einladung, mit uns über das Klimaabkommen von Paris zu sprechen, nachgekommen sind.

Ich darf Sie herzlich im Europäischen Parlament willkommen heißen.

Meine Damen und Herren! Am 12. Dezember vergangenen Jahres wurde in Paris ein historischer Schritt unternommen. Zum ersten Mal haben sich alle Länder der Erde verpflichtet, den Kampf gegen den Klimawandel verbindlich aufzunehmen.

195 Staaten haben sich auf klare und ehrgeizige Ziele zum Klimaschutz geeinigt.

Es ist klar, dass der Erfolg immer viele Väter und Mütter hat, deshalb möchte ich bei dieser Gelegenheit und im Namen des Europäischen Parlaments all denjenigen danken, die über viele Jahre für einen Erfolg dieser Pariser Konferenz gearbeitet haben.

Ich möchte Herrn Kommissar Cañete danken, der luxemburgischen Präsidentschaft und dem gesamten Verhandlungsteam der EU. Aber zweifellos haben Sie, Herr Außenminister Fabius, als Präsident der Klimakonferenz einen riesigen Anteil am Erfolg dieses Gipfels.

Ihnen gelang es mit großem diplomatischem Geschick, die unterschiedlichen Interessen der Teilnehmer miteinander zu versöhnen. Sie haben gezeigt, dass die Europäische Union eine Führungsrolle beim Klimaschutz einnehmen kann und einnehmen will – wir glauben auch, einnehmen muss! Denn jetzt sind die Länder auch verpflichtet, ihre Zusagen zu erfüllen und das Vereinbarte umzusetzen.

Ich glaube, vor allen Dingen hier im Hause ist es unstrittig, dass wir unser Versprechen gegenüber den Entwicklungsländern einhalten müssen. Der Erfolg von Paris zeigt: Wenn wir zusammenstehen, können wir viel erreichen.

Deshalb ist es für uns eine große Ehre, Herr Minister, dass Sie heute bei uns sind. Lieber Laurent Fabius, noch einmal herzlich willkommen!

Laurent Fabius, *Président de la conférence de Paris sur la climat COP 21*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire Cañete, Mesdames et Messieurs les parlementaires, chers amis, je voudrais d'abord remercier beaucoup le président Schulz de m'avoir invité, comme président de la COP 21, à vous présenter les grandes lignes de l'accord qui a été adopté le 12 décembre dernier à Paris, et à vous parler également, puisque je pense que c'est ce qui vous intéressera, des prochaines étapes.

L'année 2015 a été difficile partout dans le monde, et singulièrement pour l'Europe. Dans ce contexte, la conférence de Paris sur le climat a constitué, elle, un espoir. Elle a permis, ce qui est rare, un rassemblement de l'ensemble des nations. Elle a montré que la diplomatie et le multilatéralisme, sous certaines conditions, pouvaient parvenir à des résultats importants. J'ai d'ailleurs eu l'occasion, en octobre dernier, d'exposer, devant vos commissions de l'environnement et des affaires étrangères, les critères de ce que serait un bon accord à Paris. Mais, à l'époque, on ne savait pas quels seraient les résultats. Or, à travers les 29 articles que comporte l'accord de Paris et les 140 points de la décision qui l'accompagne, ces critères d'un bon accord ont été remplis.

Nous avons obtenu un accord universel, qui repose sur les contributions nationales de 187 pays, ce qui est considérable. L'accord est reconnu comme ambitieux; il inclut, à long terme, la limitation du réchauffement climatique à 2 degrés, ainsi que l'engagement à poursuivre les efforts pour atteindre 1,5 degré et la neutralité carbone dans la deuxième moitié du siècle. C'est un accord dynamique; un mécanisme de revue quinquennale des engagements est prévu, ce qui est très important. Un premier rendez-vous est fixé en 2023, mais un bilan des efforts aura lieu dès 2018, ce qui permettra une discussion pour un rehaussement des engagements. En ce qui concerne le suivi des engagements, un cadre commun de transparence est défini, avec ce qu'on appelle des flexibilités en fonction des capacités de chaque État.

L'accord est juridiquement contraignant, autant qu'il pouvait l'être compte tenu des contraintes politiques de plusieurs États, et, enfin, l'accord est en général reconnu comme juste; la notion de différenciation est déclinée sur l'ensemble des sujets et une solidarité des pays riches interviendra envers les pays les plus vulnérables, avec notamment l'engagement de respecter, puis de dépasser, l'objectif des 100 milliards de dollars annuels au profit des pays vulnérables et de fixer un nouvel objectif chiffré avant 2025. En disant cela, je résume l'économie des principales dispositions. Ces résultats auxquels, à vrai dire, peu de gens croyaient avant la COP, doivent beaucoup aux Européens, comme vous l'avez dit, Monsieur le Président Schulz. Cela est vrai notamment en ce qui concerne le niveau d'ambition de l'accord, et je veux saluer, en particulier, l'engagement qui s'est manifesté dans le rapport de M. Pargneaux, ici présent, qui s'intitule «Vers un nouvel accord international sur le climat à Paris», que vous aviez adopté en octobre 2015, avant la conférence. Je veux également saluer, très amicalement, l'engagement fort du commissaire Cañete, avec lequel je dois dire, sans le compromettre, nous avons passé des nuits blanches, et de la présidence luxembourgeoise, en l'occurrence la ministre Carole Dieschbourg, qui nous a énormément aidés. Je veux remercier, évidemment, à travers vous, chacun de vos pays qui a permis ce succès.

Au-delà de l'accord proprement dit, la COP 21 a permis d'associer à la cause climatique, pour la première fois à cette échelle, un nombre important d'acteurs non gouvernementaux. En effet, plus de 5 000 villes, régions, entreprises, investisseurs et ONG, issus de 180 pays ont pris, à cette occasion, des engagements. Il y a donc la sphère étatique et il y a l'aspect non étatique. Plusieurs projets ambitieux, dont l'impact devrait se mesurer avant même 2020, ont été lancés lors de la conférence. Au final, je pense qu'une dynamique de basculement a été enclenchée vers le développement bas carbone; à mon avis, cette dynamique est irréversible. On utilise souvent le mot «historique», un petit peu à tort et à travers, mais, en l'occurrence, je crois que, pour une fois, le mot «historique» n'est pas galvaudé et que, dans la lutte indispensable contre le dérèglement climatique, il y aura un avant Paris et après Paris. Cependant, Mesdames et Messieurs, beaucoup reste évidemment à faire pour préciser et pour appliquer cet accord historique.

L'année 2015, si je résume, a été celle des négociations et des décisions, et 2016 doit être ce que j'appellerais volontiers l'année des quatre «P». Qu'est-ce que je veux dire par là? Le premier «P» est le processus de signature et de ratification. C'est en effet le 22 avril qu'aura lieu à New York, aux Nations unies, l'ouverture de l'accord à la signature. Vous savez certainement qu'au moins 55 pays représentant 55 % des émissions de gaz à effet de serre doivent ratifier l'accord pour que celui-ci entre en vigueur, et il faut bien sûr que le maximum de dirigeants, européens et mondiaux, soient présents en ce 22 avril. L'Union européenne a été l'une des premières à publier sa contribution nationale, en mars 2015, et elle doit continuer, selon moi, à montrer l'exemple en signant l'accord de Paris dès le 22 avril, puis en le ratifiant dans les meilleurs délais.

Le deuxième «P», ce sont les précisions concernant à la fois l'accord de Paris et la décision qui y est jointe. En décembre, des principes ont été posés, des objectifs définis; il s'agit maintenant de s'accorder sur la manière de les traduire en actes. Ce sera l'objet, en mai, à Bonn, de la première réunion du groupe chargé de préparer les décisions d'application. Nous devons en particulier – vous le comprendrez – aboutir à une définition commune et précise des financements pour le climat; nous devons déterminer les modalités exactes de ce qu'on appelle la revue quinquennale des engagements nationaux, et nous devons fixer des règles pour la transparence dans le suivi des engagements. Je serai bien sûr présent à ces réunions.

Le troisième «P» renvoie à la période pré-2020. Au-delà de la mise en œuvre de l'accord, dont l'entrée en vigueur, je vous le rappelle, est prévue en 2020, un suivi sera nécessaire concernant l'action avant 2020. C'est ce qu'on appelle le plan d'action Lima-Paris, qui rassemble à la fois les initiatives des États et des acteurs non gouvernementaux. Je pense à quoi? Je pense, par exemple, à l'Alliance solaire internationale, lancée par le Premier ministre indien, M. Modi, qui regroupe quasiment tous les pays entre les tropiques du Cancer et du Capricorne. Je pense à la «mission innovation», initiative d'ordre public-privé, lancée avec le président Obama, Bill Gates et d'autres investisseurs pour le développement des technologies propres. Je pense – et la France y a mis sa marque – à la généralisation des systèmes d'alerte précoce face aux catastrophes, ce qu'on appelle le système CREWS, et au système d'assurance climatique dans les pays vulnérables, sur lequel l'Allemagne, notamment, a beaucoup travaillé. Je pense aussi à la protection des forêts tropicales et je voudrais insister sur nos engagements financiers en faveur des énergies renouvelables en Afrique, qui devront être honorés rapidement et complètement. Sur tous ces projets concrets et sur bien d'autres, des progrès significatifs devront avoir lieu dès cette année 2016.

Le dernier «P» est la préparation de la COP 22, qui aura lieu à Marrakech fin 2016 et nous allons y travailler avec nos amis marocains dans le même esprit que les Péruviens avaient travaillé avec nous pour préparer la COP 21, afin d'obtenir cette fois-ci un succès à Marrakech en novembre. Nous tiendrons donc avec nos amis marocains, et toute une série de responsables internationaux, beaucoup de réunions informelles et formelles, selon la méthode qui a bien réussi à Paris.

Au-delà de ces quatre séries d'actions, ces quatre «P», nous devons aussi avancer dans les secteurs importants qui n'étaient pas couverts par l'accord de Paris et pour lesquels une action est indispensable: le transport aérien, notamment, le transport maritime et un accord de principe qui a été trouvé par les parties au protocole de Montréal pour préparer, en 2016, un amendement visant à éliminer les gaz réfrigérants HFC, fortement émetteurs de gaz à effet de serre, et là, des décisions rapides devront intervenir. Aucune des négociations que je viens de citer, qui se feront dans des cadres différents, ne sera facile, mais le succès de Paris et l'urgence des actions indispensables devraient nous permettre d'obtenir des résultats également dans ces domaines importants.

Mesdames et Messieurs les parlementaires, dans le contexte prometteur ouvert par l'accord de Paris, je suis convaincu, et j'espère, que l'Union européenne poursuivra son engagement au service de la préservation de notre planète. À cet égard, plusieurs initiatives me paraissent nécessaires.

La première concerne la ratification, par l'Union, de l'amendement de Doha relatif aux engagements pour la deuxième période du protocole de Kyoto. Seuls quelques pays manquent à l'appel; il faudrait qu'ils répondent à cet appel. Une deuxième initiative devra porter sur la mise en œuvre, par notre Union, des engagements pris à Paris pour 2030 en matière d'atténuation. Plusieurs négociations nous attendent, notamment la réforme du marché carbone ETS et le partage de l'effort dans les secteurs qui ne relèvent pas de l'ETS – je pense notamment aux bâtiments, aux transports et à l'agriculture. Il serait excellent que le Parlement puisse avancer dans son processus décisionnel, en particulier pour la première lecture de la révision de la directive ETS.

Il faudra également saisir le projet d'union européenne de l'énergie pour réaliser la transition énergétique en Europe, en insistant sur les nouveaux emplois qui peuvent ainsi être créés, car – j'insiste – la transition écologique n'est pas seulement une contrainte, c'est aussi une opportunité majeure. De nombreux textes seront mis sur la table par la Commission en 2016 afin d'avancer sur cet ambitieux projet – je pense notamment au renforcement de nos engagements en matière de développement des énergies renouvelables ou d'efficacité énergétique. Là encore, je compte sur le Parlement européen pour nous aider à avancer rapidement.

Enfin, nous devons renforcer notre action européenne en faveur du développement durable chez nos partenaires du Sud. L'Union européenne, qui est déjà, je le rappelle, le premier bailleur dans le domaine du climat, devra poursuivre et, si possible, amplifier son appui à l'égard de ces pays sur les plans financier, technologique et en termes d'expertise.

Au total, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, la conférence de Paris est donc incontestablement un succès dans la lutte contre le dérèglement climatique, même si elle ne constitue évidemment pas le point final. L'action devra donc se poursuivre et l'Union européenne y assumera une responsabilité majeure. Dans les travaux à venir, votre Parlement jouera un rôle singulier pour porter toute l'ambition européenne.

Enfin, Monsieur le Président, mes derniers mots seront pour souligner un point qui n'est pas souvent rappelé et que je considère comme essentiel. L'accord de Paris ne concerne pas seulement le climat au sens étroit; il va servir l'environnement en général, la biodiversité, la santé publique, la sécurité alimentaire et, plus largement, le développement. Mais c'est aussi, et j'insiste, un accord pour la sécurité et pour la paix. Soyons bien attentifs à ce point. Raréfaction de la nourriture et de l'eau, risque de migration massive des populations provoquée par les conséquences du réchauffement climatique, menace de conflits liés à la maîtrise des ressources fossiles: un dérèglement climatique incontrôlé conduirait au bout du compte à des conflits généralisés. En refusant, comme vous l'avez fait à Paris, cette dérive, en orientant le monde vers les énergies renouvelables et décarbonées, l'accord du 12 décembre, auquel vous avez puissamment contribué, fait donc œuvre de paix pour les générations actuelles et futures. Dans notre monde assurément chaotique, dangereux et incertain, cette contribution à la sécurité internationale est une composante majeure de l'accord de Paris, où l'Europe a pris et prendra sa pleine part.

Peter Liese, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch erst einmal dem französischen Außenminister, Herrn Laurent Fabius, ganz herzlich gratulieren! Ihre Verhandlungsführung war einer der wichtigen Punkte, einer der Schlüsselpunkte, die zu einem erfolgreichen Abkommen in Paris geführt haben. Das haben Sie wirklich gut gemacht und Ihre ganze Energie und Ihr politisches Gewicht in diese Sache hineingeworfen. Aber ich bedanke mich auch, dass Sie persönlich und Sie, Herr Präsident, sich bei dem Kommissar Miguel Arias Cañete bedankt haben. Und ich freue mich, dass hier in diesem Plenum sogar mein Kollege von den Grünen, Bas Eickhout, im Dezember nicht anders konnte, als Miguel Arias Cañete zu loben. Ich denke zurück an die Zeit, als wir uns da noch auseinandersetzen mussten. Der Kommissar macht einen guten Job und hat ganz besonders vor Paris und in Paris einen guten Job gemacht.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Außenminister: Dieses Abkommen hat eine Bedeutung nicht nur für den Klimaschutz, sondern es ist ein ganz wichtiges Zeichen in diesen unruhigen Zeiten, in diesem schwierigen Jahr 2015. Die Welt ist unruhig, und wir haben es geschafft, Sie haben es geschafft, ein Abkommen zustande zu bringen, in dem sich teilweise Länder gemeinsam verpflichtet haben, die gegeneinander Krieg führen. Das ist ein Wert an sich. Über 190 Länder haben sich konkret verpflichtet, wie sie Treibhausgase reduzieren, wir haben das Langfristziel der Kohlenstoffneutralität. All das ist ein großer Durchbruch. Ich bin aber ein bisschen skeptisch, was dieses Ziel von 1,5 Grad angeht. Wenn wir mal ehrlich sind, haben wir bei den Verpflichtungen, die die einzelnen Staaten in Paris eingegangen sind, noch nicht einmal genug Verpflichtungen, um die 2 Grad zu erreichen. Ich hätte mir gewünscht, wir bringen das wirklich hin, dass wir die 2 Grad erreichen und dass wir da auch sicher sein können, bevor wir über eine Verschärfung sprechen.

Wir haben zu Recht angesprochen, dass beim Thema Flugverkehr und Seeverkehr eine Menge zu tun ist. Europa hätte sich gewünscht – insbesondere das Parlament –, dass wir das in Paris schon klar regeln und einen Auftrag an die ICAO und die IMO geben. Schade, dass das nicht gelungen ist. Aber ich finde es richtig, dass Sie angesprochen haben, dass in diesen Sektoren etwas getan werden muss. Ich möchte Sie ganz persönlich bitten, auch in Ihrer Regierung – so wie wir das in anderen Regierungen, auch in dem Land, das ich am besten kenne, tun müssen – darauf hinzuweisen: Es gibt eine Gesetzgebung in Europa. Und wenn die internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO nicht in der Lage ist, eine Reduktion der Treibhausgase zu erreichen – Reduktion, nicht nur Stabilisierung –, dann tritt unsere Gesetzgebung inklusive für den internationalen Flugverkehr wieder in Kraft. Und diesmal müssen wir glaubwürdig sein. Es kann nicht sein, dass alle Sektoren teilweise sehr drastische Ziele umsetzen müssen – ich habe heute noch einmal mit der

Stahlindustrie gesprochen, für die ist es wirklich sehr, sehr ambitioniert –, und dass andere Sektoren nicht erfasst werden. Ich glaube, hier müssen wir eine faire – ambitionierte, aber fairere – Umsetzung hinbekommen, damit wir nicht einzelne Sektoren zu stark belasten.

In diesem Sinne wollen wir gemeinsam an der Umsetzung arbeiten. Ich freue mich darauf. Das ist aber noch ein ganz hartes Stück Arbeit.

Kathleen Van Brempt, *au nom du groupe S&D.* – Monsieur Fabius, bienvenue ici au Parlement.

Mr President, let me congratulate Mr Fabius in the name of the whole group for the excellent work he has done as the French Presidency. Mr Fabius, the way you prepared the COP21, the way you managed it, was brilliant and outstanding and there was a result. So, thank you so much.

But let me thank you too, Mr Commissioner. The Commission also took a very important role. You managed to keep ambitions high, you were building bridges towards the different coalitions who negotiated and you supported the French Presidency, and maybe the combination of the two of you made the agreement happen. It cannot be overestimated how important that is. For the very first time, in Paris nearly all states all over the world – developing countries and emerging economies – have committed themselves to taking the necessary measures to tackle climate change. In that sense, Paris is the very first universal agreement, and that is crucial and of crucial importance for the future.

As you mentioned yourself, Mr Fabius, 2015 was on its way to becoming an *annus horribilis* with the problems in the war in the Middle East, Ukraine, the refugee crisis and, of course, the attacks in Paris. These events made the world look divided, and made Europe look divided. The climate agreement in that sense is a game changer and a reason to become at least a little bit optimistic about the future, and Paris – the city of lights – has also become the city of hope. That is very encouraging.

However, not everything was a success, we have to admit that. One of the most striking examples is the international aviation and shipping industry. We all know that they stand for a lot of emissions: the emissions of these two sectors, for instance, can be compared with the emissions of South Korea and Germany put together, and these are rising. In the years to come, by 2050, they will rise by 270% and we have to admit that we failed in that we could not include that in the agreement. So, my additional question to both of you is this: how will we deal with that in the next year to come? How will we make sure that these two very important sectors will be part of future implementation?

On the level of agreement – and here I do not agree with my colleague from the PPE – I think that agreement on 2°C decreasing to 1.5°C is very important and that, if we want, we can achieve that. But then, that will mean that we cannot lean back. We cannot lean back in Europe either. We have a good agreement, but it is this just on paper. If we want to succeed, we need to implement it and that means – I am looking to the Commissioner in particular – more ambitious targets than we have had up until now.

We had targets for 2030 and 2050. We have to admit that we took the lower end of these targets when the IPCC made the calculations. We said 80% for 2050. We should go now to the higher end, and make sure that our emissions go down 95% by 2050. So we need to look to the world, but we can only look to the world if we take our own responsibilities. I am looking to the Commission again: when can we see further developments in that sense? That needs to be done prior to the finalisation of the revision of the current legislation, for example, as mentioned, before the ETS.

Let me conclude by addressing you again, Mr Fabius, as a final remark. We are very grateful for the work you have done. As I said before, there is a lot of work in front of us and you are not only the President of the COP21 but also the Foreign Minister of a very important Member State, so you now have the moral duty – together with all of us, of course – to take up that responsibility, and we are counting on you.

Ian Duncan, *on behalf of the ECR Group.* – Mr President, it was a hell of a result. An extraordinary result emerged from Paris. I get the feeling that afterwards, rather like over-indulging in a night of celebration, many people woke up scratching their heads and trying to work out exactly what it was they had agreed to the night before, because in reality, some of those agreements are quite extraordinary, and rather like checking your phone to find those slightly embarrassing text messages or the slightly unusual tweets you sent when you should not have sent them, we have in fact discovered that inside this bold and extraordinary agreement is genuine boldness, and that represents the 1.5°C ambition which is being mentioned.

Now I listened to my colleagues, one for and one against these things, but whatever it means, we are moving forward at a pace and we must not lose sight of the destination we are going towards. I am conscious, however, that the European Union's ambitions themselves represent only a 70% chance of hitting our 2050 targets and I think again that ambition must be reconsidered. Listening to Commissioner Arias Cañete, who has much to be thankful for again in what he brought back from Paris, this represents full decarbonisation. All of these things will be serious challenges for this Chamber and we must embrace those challenges and we must live up to the ambitions Minister Fabius set in Paris. Congratulations, Minister. It was an extraordinary achievement.

Gerben-Jan Gerbrandy, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, let me also start by thanking Minister Fabius for his superb role in Paris in negotiating this agreement. It is truly a historic agreement that gave a clear signal that the world is, in an irreversible way, going towards a low carbon economy. Although I do agree with all those who say that Paris was just an agreement on paper, we should not underestimate the value of paper. We needed this paper agreement in order to come to the real action on the ground.

Talking about action, just like Peter Liese, I would like to emphasise that we do need to do more than we agreed upon in Paris, not only to stay below the 2°C but – even more importantly – to come near the 1.5°C. And talking about actions, I would like to concentrate on the EU actions. We do have the EU policies in place, but are they sufficient, given the Paris agreement? What about carbon leakage? The idea of carbon leakage is based on the assumption that the rest of the world is not doing what we are doing. That is going to change now. So what are we going to do about carbon leakage now? What about the 2020, 2030 and 2050 targets, given the 1.5°C benchmark? I am really looking forward to the comments from Minister Fabius on whether he believes that the EU should step up its efforts.

Finally, I would like to talk about competitiveness because, if the Paris agreement made one thing clear to our economy, it is that low carbon will be more competitive than high carbon and that is a very crucial notion. To give you one example, we had a historic moment this week at the Amsterdam Stock Exchange, where one company that is leading in sustainability, Unilever, for the first time in history became more valuable than a company that it is not seen as one of those leaders, Royal Dutch Shell. It was a really historic moment which I believe was much more than a coincidence.

Talking about competitiveness, Minister Fabius, I am slightly concerned here because Europe is falling behind in its investment in clean technology. So my clear question to you is: do you believe that, in order to safeguard European competitiveness, we should step up our efforts towards a low carbon economy in Europe?

Anne-Marie Mineur, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Minister Fabius, hartelijk dank voor uw komst naar Straatsburg. Ik heb niet eerder de gelegenheid gehad om u te feliciteren met het resultaat van de klimaatconferentie in Parijs vorige maand. Dat wil ik bij deze graag doen.

U kent waarschijnlijk de tekst uit een liedje van Billie Holiday “*The difficult will do right now, the impossible may take a little while*”. Die uitspraak is ook hier van toepassing. Het moeilijke is gedaan, nu is het onmogelijke aan de beurt. En er is veel te doen. Europa moet meer ambitie tonen. We moeten definitief weg van fossiele brandstof en overschakelen naar alternatieve, duurzame energiebronnen. We moeten verstandiger en zuiniger omgaan met onze energie. Het isoleren van woningen zou een mooi begin zijn van de kant van de lidstaten en het levert ook een hoop werk op. De lage olieprijs is een goede aanleiding voor landen om de subsidie op fossiele energie af te schaffen, zei u in Le Monde van vorige week. Dat voorstel steun ik van harte.

Maar laten we eerlijk zijn, van het Nederlands voorzitterschap zal het niet komen. Ik vroeg vorige week aan staatssecretaris Sharon Dijksma wat ze gaan doen om het klimaatakkoord ten uitvoer te brengen, maar ze weigerde om daarop in te gaan. Vanmorgen hebben we onze premier Mark Rutte gehoord en hij wil alleen de interne markt verder ontwikkelen. Nu is er niets tegen om in te zetten op de ontwikkeling van technologische ontwikkeling, zoals u zelf ook voorstelt, maar we kunnen daar niet op rekenen. Europa moet leiderschap tonen en radicaal inzetten op duurzame energie en de ambities opschroeven.

Uw voorzitterschap van de Conference of Parties duurt nog tot de volgende conferentie in Marrakech in 2016 en ik wil graag een beroep op u doen om te helpen het onmogelijke te bereiken. 2015 was het jaar van de onderhandelingen en besluiten, zei u, ook in *Le Monde*. 2016 moet het jaar worden van de uitvoering en de actie. Onze diplomatie blijft sterk gemobiliseerd. Ik hoop dat u in die taak Europa en het Nederlands voorzitterschap meeneemt in een ambitieuzer programma dan wat er nu voorligt.

Yannick Jadot, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, merci d'être présents. Au fond, vous auriez dû être là comme un invité – je pense – au milieu des votes, quand la plénière est présente dans son ensemble, tant ce sujet est important et mérite d'être débattu devant tous les parlementaires. Tout le monde vous a légitimement félicités — votre équipe et vous-même — pour le très beau travail qui a été accompli à Paris. J'espère que vous saurez transmettre aux présidences suivantes la qualité du travail et la façon dont vous avez travaillé, parce que je crois que vous avez aussi réinventé une forme de présidence de la COP. On dit souvent que vous aviez été hésitant au début quand il s'agissait, pour la France, de proposer sa candidature. Je suis absolument convaincu aujourd'hui que vous avez vécu l'un des moments les plus forts de votre carrière.

Alors, évidemment, la COP 21, avec son objectif de se rapprocher de 1,5 °C, nous impose de sortir des énergies fossiles. Cet accord est d'une contrainte faible, reconnaissons-le. Nous allons voir, effectivement, comment nous allons construire les modalités de mise en œuvre, mais c'est une contrainte faible. Au fond, cela repose forcément sur des cercles vertueux qui vont nous emmener des 3 °C d'aujourd'hui – qui reflètent la réalité des engagements des États, à savoir le chaos climatique – vers les 1,5 °C. Mais pour avoir ces cercles vertueux, il faut que tout le monde s'y mette.

Alors, aujourd'hui, les conditions sont favorables comme elles ne l'ont jamais été. Nous voyons à quel point les énergies renouvelables – par exemple, le photovoltaïque ou l'éolien terrestre – sont des énergies plus compétitives que le pétrole, le gaz, le nucléaire et bientôt le charbon. Mais, en même temps, quand nous regardons les derniers chiffres relatifs aux investissements sur les énergies renouvelables, nous voyons que toutes les régions du monde progressent en matière d'investissement dans les énergies renouvelables, sauf l'Europe, et notamment à cause de la France, où les investissements ont été réduits de moitié en 2015, au moment où ils progressaient partout.

Ensuite, quand nous avons écouté le débat de ce matin, dans la présentation du programme de la présidence ne figurait qu'une phrase sur le climat, Monsieur le Ministre, une seule phrase sur le climat! Si c'est cela l'ambiance au Conseil sur la question climatique, je crains qu'au fond, ce cercle vertueux entre les États, les entreprises, les collectivités territoriales et les ONG ne se mette pas en place. Vous avez donc là une responsabilité énorme – ainsi que le commissaire –, à savoir celle de changer l'ambiance au sein du Conseil. Nous avons un rendez-vous important: celui du sommet avec le Conseil. S'appliquer à aller vers 1,5 °C – et le commissaire le sait très bien –, c'est changer nos objectifs en 2020, parce que, de toute façon, nous sommes au-delà des objectifs fixés. Mais en 2030, c'est purger le marché carbone, c'est changer l'objectif des énergies renouvelables comme des économies d'énergie. Et là, vous avez une responsabilité, sinon le Conseil ne bougera pas.

Enfin, une dernière demande, Monsieur Fabius, s'il vous plaît. Nous voyons cet incroyable mouvement en matière de désinvestissement. Alors, la France peut-elle prendre l'initiative d'une conférence internationale associant les grands acteurs de la finance, des banques et des institutions sur le désinvestissement, dans la perspective de Marrakech? Prenez cette initiative au nom de la France, et nous continuerons le mouvement.

Marco Affronte, *a nome del gruppo EFDD*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie ministro per essere qui e anche per il lavoro che avete svolto a Parigi, che abbiamo tutti apprezzato. L'accordo per forza di cose è un compromesso, perché c'erano seduti attorno al tavolo 195 paesi, quindi non poteva essere diversamente. Come ogni compromesso ha dei punti positivi, che sono già stati ricordati da lei e dai colleghi, e altri invece negativi, sui quali vorrei focalizzarmi su alcuni di questi.

È deludente per esempio che scompaia la parola decarbonizzazione: il nostro obiettivo doveva essere smettere di emettere, invece ci troviamo con una definizione che è un po' ambigua perché dice di raggiungere un equilibrio tra l'emissione di origine antropica e la rimozione attraverso le fonti di gas serra. Si parla di tecnologia di emissioni negative, le quali semmai andrebbero a bilanciare quelle positive che quindi evidentemente restano. Ci siamo creati un alibi ed è un alibi che prevede delle tecnologie avanzate e un enorme utilizzo del suolo.

Nello scenario dell'accordo queste tecnologie sono assolutamente cruciali, ma attualmente sono in uno stato molto sperimentale, molto costose e non sappiamo se funzionano, al momento non funzionano dappertutto. Ora le chiedo espressamente, noi vorremmo sapere qual è la capacità reale di implementare queste tecnologie a emissioni negative su larghissima scala e quali saranno le misure prese dai governi per facilitare questo processo?

Un altro punto è il mercato, il sistema ETS. Si tratta di un sistema che a nostro avviso non funziona, non è riuscito a stimolare gli investimenti in nuove tecnologie per ridurre le emissioni e su questo si sono innescate delle frodi e delle speculazioni finanziarie. L'istituzione di un mercato globale, come è auspicato nell'accordo di Parigi, ci preoccupa ancora più per il ritardo che causerebbe nell'applicazione di altre politiche che in Unione europea hanno invece avuto un impatto più incisivo delle ETS, come le tariffe incentivanti per le fonti rinnovabili e le misure di risparmio e di efficienza energetica.

Infine, dobbiamo chiudere un gap che c'è fra la percezione della realtà e la realtà stessa, altrimenti metteremo in atto i cambiamenti troppo lentamente. L'articolo 12 dell'accordo è buono e gli diamo il benvenuto, ma va implementato con decisione e servono messaggi precisi e proporzionati ai problemi. Servono adesso e soprattutto devono essere diretti ai cittadini e alle amministrazioni locali, perché anche a questo livello si lavori con impegno. Bisogna far capire che cosa ci stiamo giocando e che non c'è più tempo per giocare.

Olaf Stuger, *namens de ENF-Fractie*. — Afgelopen week is in Duitsland aangetoond wat eigenlijk iedereen al wist, namelijk dat de media aan de leiband lopen van de heersende politieke elite. Als het gaat over vluchtelingen moet er positief worden geschreven, gaat het over het klimaat dan moet er een doemscenario worden geschetst. En de spindoctor van de Commissie had ook niet zo heel veel moeite om die twee elementen aan elkaar te koppelen en het begrip klimaatvluchteling te introduceren. "Klimaatvluchteling": manipulatieve framing waar Frank Underwood nog een puntje aan kan zuigen, een soort van dubbele turbopropagandamotor die voor alle problemen van de EU in één keer een oplossing zou moeten zijn. Maar het liep anders. Het effect van deze zogenaamde klimaatvluchteling was eigenlijk alleen maar dat hij voor opwarming zorgde in Keulen en in andere Europese steden en voor verdere afkoeling van het enthousiasme voor de EU. En vooral met dat laatste ben ik erg gelukkig.

Zoltán Balczó (NI). — Az Európai Parlament december 15-i ülésén itt foglalkozott részleteiben a párizsi klímakonferencia eredményeivel. Miért kellett most ezt újra napirendre venni? Láthatóan azért, hogy a Parlament köszönetet mondjon Fabius miniszter úrnak, aki a klímatalálkozó elnöke volt. A kölcsönös köszönetnyilvánítások el is hangzanak. Ebben nincs is baj, de néhány kérdés ettől még megválaszolatlan. Milyen súlyúak a kötelezettségvállalások? Mi történik akkor, ha az Egyesült Államokban 2016-ban republikánus politikai többség lesz, akik tudjuk, hogy nem osztják az Obama adminisztrációnak a klímavédelmi elkötelezettségét. Mi történik ekkor? A második legnagyobb kibocsátó. A kiotói jegyzőkönyvet aláírta, nem ratifikálta.

És egy másik kérdés: ha az EU támogatja a fejlődő országokat anyagilag a klímaberuházásokban, ez azt is jelenti, hogy pl. Magyarország, mint az EU tagja, támogatja azt a Kínát, amely a világ második legnagyobb gazdasága, hatalmas pénzügyi tartalékokkal? Szóval van még néhány megválaszolatlan kérdés.

Laurent Fabius, *président de la conférence de Paris sur le climat COP 21*. — Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, je vous remercie beaucoup pour vos commentaires, vos questions. Je remercie ceux qui sont intervenus, ceux qui ne sont pas intervenus. J'allais vous dire, Monsieur le Président, qu'ayant entendu ce que j'ai entendu, je suis prêt à venir tous les jours, car c'était un véritable lit de roses.

Plus sérieusement, je reviendrai sur les compliments que vous avez faits à l'égard du commissaire Cañete: ils sont justifiés. À l'égard de la diplomatie française, je serai un petit peu plus nuancé, mais je garde cela pour la fin. En revanche, premièrement, plusieurs d'entre vous sont revenus sur la question des 1,5 et 2 degrés et de l'ambition qui est, je crois, remarquable et qui est d'ailleurs reconnue par tout le monde dans cet accord. J'avoue qu'on aurait pu ne pas se mettre d'accord, parce qu'après tout, les conférences précédentes n'avaient quand même pas donné un exemple de réussite parfaite, comme on le dit au quai d'Orsay. Mais le risque principal, en tout cas le risque que j'identifiais, était que nous nous mettions d'accord, mais sur une ambition minimum – et nous en avons souvent parlé, tu te le rappelles. Or, il faut être honnête: tout n'est pas réglé. Cela dit, le succès de Paris, au fond, est d'être arrivé à un accord entre 195 pays sans aucune opposition – et les gens étaient libres – sur un contenu qui est très ambitieux. Et c'est là qu'intervient la notion des 2 et 1,5 degrés. Vous avez vu, et cela a donné lieu à de longues discussions, que la rédaction n'est pas exactement la même pour les 2 et les 1,5 degrés. Pour les 2 degrés, ce n'était déjà pas facile à obtenir; je me rappelle, pour avoir remplacé le président Hollande au G20, que j'avais déjà eu beaucoup de mal à arriver à obtenir les 2 degrés. Et là, que s'est-il passé? Il y a eu une espèce de dynamique des conférences internationales qui plaide en faveur du multilatéralisme. Il y a eu des interventions extrêmement fortes de la part, notamment, des petites îles, de leurs représentants, qui ont dit que, bien sûr, les 2 degrés, c'est très bien, mais si vous n'écrivez pas 1,5 degré et si vous ne prenez pas les dispositions pour aller vers 1,5 degré, vous dites implicitement que nous, nous n'existons plus. Ce n'est pas simplement la question de savoir si l'on peut vivre bien ou pas: nous allons être couverts, nous ne pourrions plus exister. Cet argument était tellement fort qu'il a convaincu des pays qui n'étaient pas spontanément en faveur du 1,5 degré. Je vais m'exprimer avec les mains. Aujourd'hui, quand on fait la somme de toutes les CPDN, nous sommes plutôt sur la trajectoire des 3 degrés, il faut être honnête. Ce dont il s'agit, à travers l'accord de Paris et, maintenant, les décisions subséquentes, puisque tout cela est à horizon assez long, c'est de passer d'une trajectoire de 3 degrés à une trajectoire de 2 degrés et de 1,5 degré. Et cela passe par toute une série d'actions concrètes et par un point que plusieurs d'entre vous ont souligné, à savoir des innovations technologiques et des investissements majeurs. Au départ, je n'étais pas le grand spécialiste mondial de ces questions, je dois en faire confession, mais bon, je suis un esprit laborieux, donc je me suis plongé dans le sujet. Je suis absolument convaincu qu'il va y avoir des changements technologiques majeurs qui rendront la hiérarchie financière des énergies tout à fait différente de ce qu'elle est aujourd'hui. Comme plusieurs d'entre vous l'ont déjà souligné, dans certains cas, les énergies renouvelables sont déjà beaucoup moins chères, lorsque l'on fait la somme des coûts directs et indirects, que des énergies très polluantes comme le charbon. Nous irons de plus en plus dans ce sens-là. L'ambition donc, d'une part, de l'accord et, d'autre part, son caractère universel n'ont pas été contradictoires, mais ils ont été complémentaires, et c'est là l'un des grands succès de Paris.

Deuxièmement, plusieurs d'entre vous sont revenus à juste raison sur les secteurs aérien et maritime dans le transport international. Alors, là-aussi, je serai carré. Il y avait plusieurs parties, notamment l'Union européenne, qui voulaient que nous fassions mention des transports internationaux dans l'accord. Mais vous connaissez le mécanisme, qui est le mécanisme d'un consensus. Il est apparu assez rapidement que ce point se heurtait à une vive opposition – appelons les choses par leur nom – de plusieurs pays émergents et de pays du Golfe, et donc le consensus n'était pas possible. Cela ne fait absolument pas obstacle à ce que l'OACI et l'OMI, les deux organisations internationales compétentes en la matière, prennent des mesures en ce sens. L'Europe, la présidence de la COP 21 et tous ceux qui sont de bonne volonté vont se mobiliser cette année en ce sens. L'OACI s'est fixée pour objectif de parvenir d'ici septembre 2016 à un accord pour stabiliser les émissions du secteur aérien après 2020, et pourquoi pas pour les baisser. L'Union européenne, si je peux donner un sentiment, doit être en pointe sur ce sujet et promouvoir bien en amont des compromis.

En ce qui concerne le secteur maritime, les discussions, reconnaissons-le, sont moins avancées, mais le respect des objectifs inscrits dans l'accord de Paris implique que des négociations soient ouvertes sans tarder dans le cas de l'OMI. Dans un premier temps, il me semble que l'UE devra encourager la reconnaissance des niveaux d'émissions du secteur maritime et la mise en place d'un système de mesure des émissions mondiales dans ce secteur. Mais vous avez absolument raison, il faut, parce que cela représente des émissions de gaz à effet de serre considérables, que cette année, des progrès importants soient réalisés dans ces deux secteurs.

Troisièmement, plusieurs d'entre vous sont intervenus, et vous avez tout à fait raison, sur les thèmes bas carbone, beaucoup de carbone, compétitivité, etc. C'est absolument central. Il n'y a pas une opposition entre, d'un côté, les émissions de gaz à effet de serre et, de l'autre, les exigences de la compétitivité ou de l'emploi. Bien sûr, il faut des transformations, il faut des mesures d'accompagnement, mais, là encore, je suis absolument convaincu que la compétitivité, non seulement pour des pays comme les nôtres, mais aussi au niveau mondial, doit se marier avec une progression vers le bas carbone, et c'est là où l'on rejoint la question – je crois que c'est M. Jadot qui l'a posée – des désinvestissements ou des investissements. Oui, vous avez déjà vu qu'en dehors même de l'investissement public, qui est très important et essentiel, dans le secteur privé, il y a un basculement qui est en train de s'opérer, et tant mieux; il faut que nous puissions l'accélérer. Il faut d'abord, me semble-t-il, que les pays réduisent progressivement les subventions en faveur des combustibles fossiles. Ce principe, je vous le rappelle, a été fixé par le Conseil européen en mai 2013 et la France avait plaidé pour une position ambitieuse, par exemple, dans l'encadrement des crédits à l'exportation pour les centrales à charbon. Il faut que ce mouvement soit général et, j'allais dire, profitons du fait que les prix du pétrole sont bas. Vous connaissez les chiffres: on parle de 100 milliards que nous, pays riches, devons attribuer aux pays pauvres pour le climat, mais les sommes qui sont consacrées aux subventions des énergies fossiles dépassent les 500 milliards par an; nous avons donc les ordres de grandeur en tête.

Ensuite, pour répondre à M. Jadot, il faut encourager les acteurs du secteur privé à ne pas investir, ou même à désinvestir, dans les secteurs fortement carbonés et, dès la COP 21, c'est un mouvement que nous voyons: le premier fonds souverain, qui est un fonds norvégien, a donné instruction qu'il y ait des désinvestissements dans ce secteur, au point même que le gouverneur de la Banque centrale d'Angleterre estime que la prochaine bulle financière pourrait bien se produire dans le secteur carboné, parce qu'on va s'apercevoir que ce secteur, bien sûr, va avoir des difficultés, alors que des investissements massifs y ont été faits. Je pense qu'en ce qui concerne le secteur privé, on peut demander aux banquiers centraux et aux agences de notation de prendre désormais en compte d'une manière systématique le risque climatique et de rendre obligatoire la publication de l'empreinte carbone: voilà des mesures qui ne sont pas hors de notre portée et qui seraient extrêmement utiles. Cela étant, parallèlement à cette tendance au désinvestissement, il faut maintenir un effort constant en faveur des investissements dans les énergies renouvelables; les besoins sont immenses. L'Union européenne a des instruments: le plan Juncker, les Fonds structurels, les projets de la BEI etc., qui peuvent et doivent, me semble-t-il, être mobilisés. Vous avez un Conseil européen au mois de mars et, à cette occasion, je crois que la Commission fera le point sur l'évaluation pour la mise en œuvre de l'accord de Paris. Il s'agit vraiment de directions vers lesquelles nous pouvons aller.

Enfin, le dernier point – et je ne veux pas être trop long – portera sur les compliments, je ne trouve pas d'autres mots, que vous avez formulés à propos de la présidence française. Je vous ai déjà dit qu'en ce qui concerne l'Union européenne, le rôle du commissaire Cañete et celui de la présidence luxembourgeoise, je n'ai aucune réserve. En revanche, pour ce qui est de la diplomatie française, même si celle-ci, par mon intermédiaire, a rougi en vous écoutant – d'autant plus que notre modestie est connue de tous –, en réalité, j'y réfléchissais, notre rôle et le mien, a tout simplement été de favoriser, et de traduire de manière diplomatique, un alignement tout à fait remarquable des planètes.

La première planète, c'était la planète elle-même. L'année 2015 a été l'année la plus chaude jamais enregistrée, avec des catastrophes considérables et une prise de conscience de la part de l'opinion, et cette situation désastreuse a, si je puis dire, un bon côté; elle a rendu encore plus évident le fait qu'il fallait qu'il y ait un accord, et cela a favorisé une prise de conscience. La première planète donc, qui est la nôtre, est un élément d'alignement.

La deuxième planète – je veux vraiment lui rendre hommage – est la planète scientifique. Je veux rendre hommage, ici, aux remarquables travaux des scientifiques, et en particulier aux travaux du GIEC, qui ont établi le caractère incontestable du réchauffement et chiffré les menaces. Lorsque nous faisons des réunions publiques, il y a 5, 10 ans, etc., la moitié de la réunion était consacrée à savoir si oui ou non il y avait un dérèglement climatique et la deuxième partie de la réunion était consacrée à savoir s'il était dû à l'action humaine. Désormais, je ne dis pas que ces débats ont complètement disparu, mais ils ont largement disparu, en tout cas dans beaucoup de nos pays, et c'est grâce aux travaux des scientifiques. Cette planète scientifique nous a beaucoup aidés.

La troisième planète est la planète que j'appellerai politico-sociétale. Il y a eu des pays grands émetteurs de gaz à effet de serre qui ont pris des positions très fortes: la Chine, premier émetteur qui, pour des raisons évidentes, qui sont des raisons pratiques, économiques, sociétales et sociales, a joué un rôle très important, le président Obama, qui s'est engagé fortement et, bien sûr, l'Union européenne, et d'autres pays encore, mais cela a permis qu'il y ait, en accompagnement, une évolution très forte des milieux économiques, l'engagement des communes, l'engagement des régions, l'engagement des ONG, l'engagement de grandes voix spirituelles et religieuses, et c'est tout ceci, cette planète que j'appelle politico-sociale, qui est un élément tout à fait nouveau, qui a fait qu'évidemment, la conférence de Paris se présentait dans des circonstances tout à fait différentes de celles de la fameuse conférence de Copenhague.

Et enfin, la quatrième planète, c'est la planète diplomatique. Notre tâche a consisté, avec tous les pays, et singulièrement avec l'Union européenne, à favoriser les convergences et à traduire tout cela en un accord international, avec ses 29 articles et ses 140 points de décision.

On me demande souvent: mais le travail de diplomate, etc. Je dis, avec un peu d'humour, que je ne comprends pas totalement les raisons de ce succès, mais que je préfère ne pas comprendre les raisons d'un succès, plutôt que d'avoir des explications brillantes pour expliquer un échec, mais une fois que j'ai dit cela, au fond, quand je revois un peu le travail que nous avons fait, c'est un peu un travail de sculpteur. Vous savez, le sculpteur prend des blocs d'argile, il prend d'abord les principaux blocs, qui étaient la Chine, les États-Unis, l'Europe, l'Inde, et il fallait agréger tous ces blocs et puis leur donner une certaine forme. Ensuite, il y a les plus petits blocs, qui sont nécessaires aussi parce que, sans consensus, il n'y a pas d'accord. Il fallait donner une forme à tout cela, mais sans perdre aucun de ces blocs et, finalement, c'est ça, le travail que nous avons fait dans un esprit de transparence, de confiance, qui a été souligné. À la fin de ce spectacle — tout à l'heure, je remettrai un petit marteau à M. Schulz, qui est devenu le marteau le plus célèbre -, et c'est assez rare dans des conférences internationales, tout le monde s'est embrassé. Mais ce n'était pas quelque chose de convenu; nous avons eu le sentiment que dans un monde vraiment très dur, très dangereux, très compliqué et très incertain, pour l'une des premières fois, grâce au travail de tous, il y avait vraiment quelque chose qui allait permettre non seulement à la génération actuelle, mais aux générations futures, de vivre mieux. Comme cela a été souligné, évidemment, ce sont des circonstances que l'on ne rencontre pas toujours politiquement dans sa vie, je vous remercie donc tous d'avoir rendu cela possible.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Semnarea Acordului de la Paris reprezintă un adevărat succes pe care îl atribuim întregii umanități, fără să neglijăm rolul jucat în acest proces de Parlamentul European. Pentru a înțelege cu adevărat reușita acestei conferințe, este suficient să privim rezultatele tuturor conferințelor precedente privind schimbările climatice, care s-au dovedit cu totul ineficiente. Limitarea încălzirii temperaturii globale la 2 grade Celsius și angajamentul ca, în timp, să se facă eforturi pentru a ajunge la 1,5 grade este un deziderat care se va concretiza prin inovații tehnologice și investiții de anvergură. De aceea, toate statele trebuie să reacționeze cât mai curând în vederea semnării și ratificării acordului. Uniunea Europeană trebuie să rămână în continuare un exemplu pentru ceilalți actori mondiali și să fie primul semnatar al acordului, întrucât procesul se va încheia după ratificarea acestuia de către toate statele membre.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – O acordo obtido na COP 21 é importante; espera-se que seja assinado entusiasticamente pelos Estados e, essencialmente, que seja posto em ação. Em Paris, verifiquei em detalhe o empenho e a responsabilidade demonstrados pelos diferentes interlocutores. Agora, é um dever de todos tornar consequente o que foi estabelecido.

A identificação do impacto da sociedade industrial nas alterações climáticas não é recente. Em 1957, o oceanógrafo Roger Revelle chamou a atenção para o facto de estarmos a sujeitar o planeta a uma experiência geofísica de larga escala nunca ensaiada e impossível de repetir. Basicamente, a sociedade industrial passou a libertar para a atmosfera, num curtíssimo período de tempo, o carbono sequestrado pelas florestas durante milhões de anos e que constituiu o garante da vida no planeta. Algo de muito errado estava a acontecer.

Mas, numa sociedade baseada no negócio, o discurso político da negação bloqueou a necessidade de mudança. Ouvi CEO de empresas petrolíferas referirem-se ao petróleo, aos combustíveis fósseis, como «energia solar armazenada», baralhando e distraíndo a atenção. Citando a recente encíclica do Papa Francisco: «... a responsabilidade social e ambiental das empresas reduz-se, na maior parte dos casos, a uma série de ações de publicidade e imagem.»

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

(Die Sitzung wird für wenige Minuten unterbrochen.)

12. Humanitäre Lage in Jemen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Ich ersuche auch, Interviews nicht hier im Saal zu führen, sondern außerhalb.

I would like to ask to have interviews taken outside of the hall and not inside. Thank you very much.

Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur humanitären Lage in Jemen (2016/2515(RSP)).

Bert Koenders, President-in-Office of the Council. – Madam President, I would first of all like to thank this Parliament for holding this important and very timely debate to discuss the humanitarian situation in Yemen. Let us face it, Yemen is too much of a neglected, even forgotten, crisis. It is absolutely necessary that we devote attention to what has been described as a humanitarian crisis of catastrophic proportions, surpassing all others when measured by the number of people in need of immediate assistance.

In spite of repeated international condemnation, we are witnessing continuous disregard for the very basic principles of international humanitarian law and human rights law. Civilians and civilian infrastructures are being targeted by all parties to the conflict on an almost daily basis. We are particularly concerned by the recent attacks on Médecins Sans Frontières (MSF). Their facilities in Yemen have been attacked, leading to casualties which are yet another example of the violations of international law that occur during this war.

The intensity of the humanitarian crisis is constantly on the rise. Humanitarian organisations estimate that 21.2 million Yemeni people – that is 82% of the total population – are in need of humanitarian assistance; 14.4 million are suffering from food insecurity; 14.1 million are in need of health care and 19.3 million lack access to water and sanitation.

The European Union has been actively contributing to efforts aimed at resolving the current conflict and restoring basic rights for ordinary Yemenis. We are doing so on several tracks. On the humanitarian front, the Commission increased its emergency assistance for Yemen by EUR 17 million in December, bringing the total amount of Commission support in the crisis to EUR 52 million for 2015. Some Member States already contribute to emergency and humanitarian assistance and more will follow. The funding benefits the most vulnerable people, including internally displaced persons, refugees, migrants trapped in Yemen and those affected by the pre-existing nutrition and food crisis, all of whose situations have deteriorated due to the conflict.

The European Union will continue to call on all parties to allow access for delivery of humanitarian aid. However, the level of humanitarian funding is only one aspect of the problem. We know this. With a population dependent on imports for 90% of its basic needs, the lifting of all restrictions on commercial imports is equally important. In this respect the European Union is working very closely with the United Nations and other partners to expedite the implementation of the United Nations verification and inspection mechanism to allow the flow of humanitarian and commercial goods into Yemen, to which it is contributing EUR 2 million.

The second track is political. The escalation of hostilities in the second half of 2014, and more prominently since March 2015, has gravely obstructed the achievements and the implementation of the Yemeni transition and have left the country on the brink of a humanitarian disaster. The European Union, as stated in the conclusions of 20 April and 16 November 2015, strongly believes that the solution to this crisis must be a political one. Achieving an inclusive political settlement, fully in line with the framework provided by the Gulf Cooperation Council (GCC) initiative, the outcomes of the National Dialogue Conference and relevant United Nations Security Council resolutions is the only sustainable way to alleviate the plight of the Yemeni people.

After United Nations facilitated talks in Geneva in June, a second round was held in Bern, Switzerland in December 2015. The European Union is closely coordinating with the United Nations to continue playing a helpful role with the parties to ensure that the third meeting can take place in the coming days.

The conflict has now involved a number of regional players. We encourage all relevant actors to play a positive role towards a lasting political solution of the crisis. One of the main concerns of the European Union remains the implementation of immediate steps leading to a durable ceasefire. Previous ceasefires have failed to take hold due to multiple violations by the parties and it is crucial that the parties implement confidence-building measures, including the full respect of international human rights and humanitarian law and the release of political prisoners. Permanent access for humanitarian and emergency assistance to reach the suffering population, in particular in the city of Taiz, but also in Saada and other affected regions, must be guaranteed.

In Yemen's dramatic situation, ensuring accountability for violations is an important part of the process to achieve a lasting settlement in the current conflict. The United Nations Human Rights Council adopted a compromise resolution on 2 October 2015 on technical assistance and capacity building for Yemen in the field of human rights, which sets the conditions for a national commission of inquiry, which the EU expects to work independently. I reiterate our call for the independent investigation of all alleged violations of international human rights law and international humanitarian law. The European Union looks forward to the High Commissioner's oral update at the Council's 31st session and to a comprehensive written report during its 33rd session.

Mariya Gabriel, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, chers collègues, la situation au Yémen constitue une triple urgence: humanitaire, sécuritaire et politique.

Sur le plan humanitaire, tout d'abord, la situation au Yémen, après moins d'un an de conflit, est quasiment pire que celle de la Syrie après cinq ans. C'est l'une des crises humanitaires les plus graves actuellement, selon les Nations unies. L'engagement politique actuel ne reflète cependant pas cet état de fait. Nous devons appeler les États membres et le reste de la communauté internationale à contribuer davantage au plan révisé de réponse humanitaire. J'ajoute que nous devons être attentifs à ce que l'aide humanitaire soit impartiale vis-à-vis des civils, victimes de cette guerre civile.

Sur le plan sécuritaire, nous savons que la menace est double. Le vide laissé par un État failli et cette guerre civile est déjà exploité par al-Qaïda et Daech. Par ailleurs, le risque réel – comme je l'ai déjà dit – est l'extension et la jonction de plusieurs zones d'instabilité et d'insécurité. Le Yémen est comme un trait d'union entre la péninsule arabique et l'Afrique. Anticipons encore davantage ce danger au-delà de l'aide humanitaire d'urgence que l'Union a fournie à la Somalie et à Djibouti.

Enfin, sur le plan politique, l'Union européenne a un rôle à part entière à jouer. J'ai deux remarques: d'une part, nous devons soutenir les efforts des Nations unies pour que les négociations soient entamées, et faire davantage pour que le Yémen reste à l'ordre du jour. D'autre part, dans une perspective à moyen et à long terme, investissons encore davantage dans le renforcement de nos relations politiques avec les pays du Golfe et de la Ligue arabe pour construire un partenariat. Sans cela, nous prouverions que nous n'avons pas tiré les leçons des conflits qui ont éclaté dans certains des pays du «printemps arabe», dont les racines historiques et géopolitiques sont multiples.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora Presidenta, cuando una crisis humanitaria proviene de un conflicto bélico, especialmente si es un conflicto interno de un país, el objetivo fundamental debe ser conseguir el cese de las hostilidades y tratar de alcanzar una paz justa y sostenible. Porque mientras el conflicto dura lo que se produce es, en primer lugar, la pérdida de vidas humanas; en segundo lugar, la destrucción de las infraestructuras esenciales que más tienen que ver con las necesidades de aquellos que tienen menos acceso al agua, a la educación o a la sanidad; y, en tercer lugar, el desplazamiento de la población y la pérdida también de oportunidades para toda una generación. Y, desde el punto de vista humanitario, se produce la violación constante de los derechos humanos y la ignorancia de los principios de la acción humanitaria. Todo este tipo de cuestiones se concentran en la situación que estamos viviendo en Yemen.

Como ha señalado el representante del Consejo y también en este caso de la Comisión, en Yemen prácticamente el 80 % de la población —más de veinte millones de personas— tiene necesidades, y se están produciendo violaciones continuas de los derechos humanos. Mi Grupo y, particularmente yo, como responsable de la acción humanitaria —ponente permanente de este Parlamento—, apoyamos el esfuerzo del Consejo Europeo en abril y en noviembre para apoyar a las Naciones Unidas en la búsqueda de una paz segura y sostenible, con cese de las hostilidades, con respeto de los derechos humanos y con permisión del acceso humanitario para responder a las necesidades de los millones de personas que en estos momentos carecen de lo más esencial.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, as one of the poorest countries in the world, reliant upon imports for over 90% of its food even before the outbreak of the war, Yemen is now facing an extreme humanitarian crisis and the UN and other aid agencies have made it quite clear in their assessment that the situation is extremely dire.

The EU and its Member States have given much money in aid, with my own country, the UK, having invested some GBP 250 million in aid over the last five years. But now, however, we must consider the futility of sending such money to Yemen only for these investments to be bombed and destroyed by the military attacks of Saudi Arabia. Repeated sources show that public buildings, vital infrastructure and civilian areas have been tragically hit by the Saudis' very poorly targeted bombing campaigns, the results of which have been over 6 000 civilians killed to date. Saudi Arabia and Iran's ongoing race for regional, sectarian supremacy is growing ever bolder, and it is those in the periphery that are most suffering now as they become caught up in this terrible proxy war.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the people in Yemen are slowly dying of hunger and disease and they are wiped out by bombings by the coalition that is 'Saudi-led', but it is followed by the US and the UK. Prime Minister Cameron this week said: 'We are trying to do everything we can to make sure that the work done by Saudi Arabia is properly targeted'. Well, obviously this is not working. It is a disgrace that your proposals – and by this I mean those of the Dutch Government, to have an inquiry into the war crimes perpetrated in Yemen through the UN – were actively boycotted by Saudi Arabia, and also that France and the UK did not support the Netherlands. The EU, if it wants to be strong, needs a common position.

In the Committee on Foreign Affairs you spoke of exporting stability which I believe is a noble goal, but it should start by the EU seeking to end the export of weapons to Saudi Arabia. I would like to ask you whether you are willing to work towards an embargo in the Council, at least of bombs, fighter jets and combat helicopters, and whether you are willing to pressure anyone who may be using cluster bombs, which are disproportionate and are allegedly used in Yemen.

I want to ask whether you agree that the violence in Yemen underlines the need for the EU to review its relationship with Saudi Arabia and actually make it more even-handed with the relationship we have with the Islamic Republic of Iran. After the nuclear deal, there is room to engage that country also with regard to ending the violence in Yemen. Iran, like Saudi Arabia, must be pushed to be a part of the solution and end the violence in the Middle East.

Lastly, the blockades of sea, land and air have hampered humanitarian aid delivery which is so desperately needed and this hampering kills people, according to Doctors Without Borders, who also claim that people have stopped coming to hospitals because they believe these have been targeted in a worrying pattern.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Charles Tannock (ECR), blue-card question. – You specifically mentioned the United Kingdom, as I gather, trying to veto or prevent an investigation proposed by Holland into war crimes in the Yemen. Do you have any direct evidence to suggest that Saudi Arabia has deliberately targeted hospitals or schools? There are reports, but if your government has got such evidence, why does it not go public about it? Because clearly that is a very serious accusation, and I would be ashamed to think that the United Kingdom would try and protect such a thing.

Marietje Schaake (ALDE), blue-card answer. – Thank you, Mr Tannock, for your question. I think there are two issues in my remarks which may have been confused. One is the proposal by the Dutch Government – I am sure Minister Koenders can elaborate if that is necessary – that was supposed to be executed by the UN and which was successfully blocked – I would say unfortunately, because I think an independent inquiry into the crimes perpetrated is key. What I was citing in terms of a pattern of targeted attacks on hospitals is a claim that is made by the respected international NGO 'Doctors Without Borders'. I was not attributing that observation to the Dutch Government but citing what 'Doctors Without Borders' has said it observes.

Marie-Christine Vergiat, au nom du groupe GUE/NGL. – Madame la Présidente, théâtre d'un formidable mouvement populaire en 2011, le Yémen est depuis dix mois au cœur d'un conflit meurtrier qui oppose, d'un côté, une coalition pilotée par l'Arabie saoudite et, de l'autre, les houthis, alliés aux forces de l'ex-président Saleh. Au nom d'une grille de lecture binaire, on veut nous faire croire qu'il n'y a là qu'un conflit interne entre «bons» sunnites et «méchants» chiites – les uns soutenus par l'Arabie saoudite, aspirant à la stabilité à ses frontières, et les autres par un Iran en mal d'influence régionale. C'est méconnaître l'histoire du pays, les jeux d'alliance des uns et des autres et la complexité de la situation politique et sociale.

Une chose est sûre: la population yéménite, déjà parmi les plus pauvres du monde, fait les frais d'un mélange de sous-développement, de compétition entre AQPA et Daech, et du bellicisme de l'Arabie saoudite, ce royaume aux pratiques moyenâgeuses, sur lequel les occidentaux ferment les yeux. En effet, jusqu'à quand le Yémen restera-t-il un conflit oublié? Va-t-on répéter les erreurs du conflit syrien? Il ne faut pas se satisfaire de dénonciation ni d'aide humanitaire. Il faut agir sur les acteurs et ne pas se contenter de se cacher derrière l'ONU et les États-Unis.

Barbara Lochbihler, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Seit März 2015 eskaliert der Konflikt im Jemen und stürzt damit das Land in eine humanitäre Katastrophe.

Die Leidtragenden sind Zivilisten, darunter zwei Millionen Kinder, die von Unterernährung bedroht sind. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen unbedingt sicherstellen, dass ausreichend humanitäre Hilfe für den Jemen zur Verfügung steht. Im Konflikt im Jemen stehen sich zwei fragile Allianzen gegenüber: Im Norden die Huthi-Rebellen, verbündet mit dem ehemaligen Präsidenten Salih. Das Lager des Präsidenten Hadi kooperiert mit politischen Kräften, denen auch Separatisten aus dem Süden angehören.

Verkompliziert wird der Konflikt durch die Einmischung der Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran. Die Huthi-Rebellen erhalten Waffen aus dem Iran. Saudi-Arabien greift mit seiner Luftwaffe direkt ein. Beide Lager verstoßen gegen internationales Recht. Bereits mehr als 2 800 Zivilisten wurden sowohl durch Luftangriffe der Saudis, als auch durch Raketenbeschuss der Huthi-Rebellen getötet.

Unter den von der Koalition bombardierten zivilen Zielen sind Krankenhäuser, Schulen und Lebensmittellager. Die Vereinten Nationen berichten über Einsätze von Streubomben. Von der Eskalation des Konflikts profitieren vor allem dschihadistische Gruppen wie Al-Qaida oder Da'esh. Wir fordern deshalb, jegliche Waffenlieferungen an die Konfliktparteien, einschließlich Saudi-Arabiens, zu unterlassen.

Statt einer weiteren Eskalation durch Waffenlieferungen Vorschub zu leisten, muss eine politische Lösung unter Führung der UN gefunden werden.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, qual è il modo migliore per silenziare il dissenso interno? Spesso è proprio concentrarsi sul nemico esterno, ergendo la minaccia totale davanti alla quale ogni altra divergenza deve essere accantonata, pena l'essere considerati traditori o terroristi. Proprio a questo devono aver pensato i sauditi imbarcandosi nell'ennesima guerra per procura contro gli iraniani in Yemen, sponsor della cospicua minoranza Houthi.

La coalizione che comanda non avanza, però, secondo i piani. Doveva essere lo strumento per fare sfoggio delle rinnovate ambizioni militari del paese e invece le conquiste di Aden e la più recente di Dubab, cruciale per il controllo dello stretto di Bab el Mandeb, hanno causato migliaia di morti, 60% a causa dei bombardamenti aerei indiscriminati, di cui molti anche donne e bambini, 3 milioni di sfollati, 16 milioni di yemeniti senza acqua potabile e senza assistenza sanitaria e nel frattempo il cessate il fuoco fallisce e l'inizio dei colloqui di pace si allontana.

Quel che è ancora più grave è il numero elevatissimo di violazioni di diritti umani verificato dalla stessa Organizzazione delle Nazioni Unite: oltre ottomila da aprile 2015, quando già la coalizione era sotto l'egida della risoluzione ONU 2216. Il segretario generale Ban Ki Moon comincia ad avanzare dubbi sulla gestione saudita. Io francamente mi chiedo cosa altro debba succedere prima che si apra un'inchiesta ufficiale, il minimo che si debba fare. Non vorrei dover pensare che tutta questa distrazione di tanti Stati europei e degli Stati Uniti, che peraltro talvolta supportano logisticamente con l'intelligence, come accaduto nell'operazione Decisive Storm, l'Arabia Saudita, siano considerati il prezzo da pagare per evitare un attacco pubblico totale dell'Arabia stessa all'accordo sul nucleare iraniano.

Chiedo all'Alto rappresentante che oggi non c'è, ma lo chiedo al ministro di non lesinare alcuno sforzo per rilanciare il processo di pace, ma di assumere una linea fermissima nel condannare le violenze e nel pretendere tale inchiesta, perché altrimenti, a forza di chiudere gli occhi per proteggere l'utile, finiremo per diventare ciechi davanti all'indispensabile.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, dans sa déclaration du 10 janvier dernier, la haute représentante a condamné le nouveau bombardement d'un hôpital dans le nord du Yémen, qui a fait six morts et plusieurs blessés graves, dont des membres du personnel de Médecins sans frontières (MSF). Elle a parlé – je cite – d'«attaques qui ciblent délibérément des opérations humanitaires et des civils». Mais la Commission se garde bien d'exiger l'ouverture d'une enquête, comme le demande pourtant MSF. Je rappelle qu'il s'agit du troisième hôpital dirigé par MSF qui est visé directement par la coalition antichite emmenée par l'Arabie saoudite.

De même, nous ne vous entendons guère condamner l'usage d'armes à sous-munitions par les Saoudiens, des armes pourtant interdites par une convention de l'ONU, signée en 2008. Ah! Pardon, j'oubliais que nos amis saoudiens ont obtenu avec leurs pétrodollars de présider le Conseil des droits de l'homme de cette même ONU. Mais permettez-moi de rappeler qu'à l'époque où il n'y avait que de pauvres bédouins en Arabie saoudite, le Yémen était déjà une grande civilisation – celle de la reine de Saba, dont parle l'Ancien Testament. Alors, arrêtons de laisser mourir les Yéménites sous les bombes saoudiennes et empêchons les irréparables destructions de leur patrimoine plurimillénaire!

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la gravità della situazione in Yemen dovrebbe imporre la più stretta collaborazione fra le organizzazioni umanitarie e le parti coinvolte. Esprimiamo, quindi, la più viva preoccupazione perché proprio nel pieno della crisi umanitaria che sta devastando la popolazione, abbiamo assistito invece anche a contrasti tra quanti, invece, dovrebbero stare dalla stessa parte per trovare delle soluzioni. Siamo preoccupati soprattutto per quello che sta vivendo proprio la popolazione: gli ospedali, è stato ricordato, sono a corto di medicinali di base, il programma alimentare mondiale ha rilevato che circa 13 milioni di persone sono a rischio di fame, tra cui 6 milioni in disperato bisogno di assistenza alimentare. E le notizie che abbiamo raccolto dicono che la coalizione guidata dall'Arabia Saudita ha causato più di 2.500 vittime civili e bombardamenti a depositi di medicine e centri di soccorso. Approfitto allora di questo dibattito per rinnovare con forza l'appello affinché sia intrapresa un'immediata azione diplomatica a sostegno della popolazione yemenita e che si crei un corridoio umanitario con l'imposizione del cessate il fuoco, dando nuovo vigore ai negoziati di pace.

Javier Nart (ALDE). – Señor Presidenta, el conflicto en Yemen es un conflicto histórico. Yo estuve en 1975 allí como corresponsal de guerra y no ha cambiado nada. Los bakil contra los suníes, o sea zaidíes, en este caso bajo el nombre de Ansar Alá — algunos los llaman hutíes— y, además, Arabia Saudí interviniendo, como ha intervenido desde 1920, en guerras continuas, para tener una influencia decisiva en Yemen. En este momento, el conflicto es un conflicto histórico. Es uno de los tantos que la región viene sufriendo.

El gran problema en este momento es la intervención brutal, criminal, de Arabia Saudí, que, en un conflicto interno, la convierte, además, en una masacre, por su intención hegemónica en el área. Es una intervención hegemónica que lleva a cabo, además, a través de mercenarios, entre ellos casi tres mil colombianos. Ya va siendo hora de que a nuestros llamados amigos les digamos que basta. No podemos establecer la paz en Yemen si lo primero que no establecemos es la expulsión de los agentes externos de agresión a un conflicto interno.

En consecuencia, estoy completamente de acuerdo con la conferencia de paz, pero para llegar a ella hay que expulsar a los agresores, en este caso, los saudíes.

James Carver (EFDD). – Madam President, I am in close contact with the leaders of the South Arabian Assembly who work within the Southern Movement seeking an independent South Yemen. I am disturbed that despite the best efforts of the Southern Movement and the militia attached to their cause, they remain under siege in Aden from forces allied to Sunni fundamentalists rather than Iranian-backed Houthis. In recent weeks Southern Movement supporters managed to free Aden and the surrounding areas, but the lack of support from Saudi Arabia has seen the situation deteriorate again, allowing extremist forces back.

I have been told that Southern Movement forces are ready and able to bring the south under control and that they have no intention of crossing into what was north Yemen. They indicate that the potentially stabilising elements in Yemen are the clans which can bring peace to their areas, yet the Saudis will not allow this. Throughout Yemen the population is suffering and dying because Saudi Arabia and Iran continue to play politics, ensuring no lasting solution to the Yemeni crisis.

If we are serious about securing for Yemen a stable and hopeful future, international actors must actively engage with those on the ground rather than relying on the usual suspects who seem to go around in circles at such a tragic cost.

Eugen Freund (S&D). – Frau Präsidentin! So viel Leid und so wenig Bemühungen, dieses Leid zu mindern. Stellvertreter, die ihr Einflussgebiet auf dieses strategisch wichtige Gebiet ausweiten wollen. 6 000 Menschen haben bisher schon ihr Leben verloren, und jeden Tag werden es mehr. Sechseinhalb Millionen Menschen leiden an Hunger. Es gibt kaum sauberes Wasser, selten Strom. Das ist der Jemen heute.

Es ist daher vordringlich, dass so schnell wie möglich Friedensverhandlungen aufgenommen werden. Gleichzeitig kann man nicht oft genug betonen, wie wichtig es ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen in dieser Konfliktregion ihre so wichtige Arbeit ungehindert durchführen können. Wir, die Europäische Union, müssen die Vereinten Nationen dabei unterstützen, dass ein dauerhafter Waffenstillstand und danach Friedensverhandlungen zustande kommen, aber wir dürfen nicht gleichzeitig als Waffenexporteure zusätzlich Munition für eine ohnehin schon explosive Lage liefern. Nur ein breiter politischer Schulterschluss, der dazu führt, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen, kann diesen Konflikt bereinigen.

Mühsam erzielte Fortschritte, die dieses Land auch wirtschaftlich wieder auf sichere Beine stellen sollten, werden nach den Bombardierungen – von welcher Seite auch immer – wieder zu Trümmerhaufen. Von dem Chaos und den blutigen Auseinandersetzungen profitieren auch in diesem Land wieder die Kämpfer von al-Qaida oder Da'esh – mit direkten Auswirkungen auf Europa. Immerhin soll einer der Terroristen beim Anschlag in Paris ein Terrorcamp im Jemen besucht haben.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, 6.000 vittime, circa 3.000 civili coinvolti, credo che siano sufficienti come dati per capire la gravità della situazione in Yemen che sicuramente non è una novità, perché lo Yemen versa in queste condizioni difficili da sempre, ma è diventato un vero proprio scenario di guerra per procura, ma soprattutto di divertimento bellico di alcune grandi potenze.

Grandi potenze che – è bene ricordare sempre – sono nostre amiche. Perché mi sembra che si sono proposte tante cose, si sono fatti dei bei proclami, favoriamo appunto il processo di pace, interveniamo, facciamo questo, facciamo quell'altro, però non mi sembra che ci sia chiarezza e fermezza nel dire che l'Arabia Saudita, che è la principale attrice in questo conflitto, le armi gliele vendiamo noi. Perché gliele vende, ad esempio, il governo italiano, da cui continuano a partire navi con rifornimenti di bombe, gliele vende il Regno Unito, gliele vendono gli Stati Uniti d'America. E noi siamo sempre un po' troppo deboli nel seguire quelle che sono le indicazioni del nostro leader di politica estera. Forse in un caso come questo, se vogliamo essere credibili, dovremmo essere un po' più rigidi e forti nei confronti dell'Arabia Saudita.

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la situazione in Yemen è letteralmente drammatica. Più dell'80% degli yemeniti ha bisogno di assistenza umanitaria. Stiamo parlando di 21 milioni di persone che sono allo stremo. La situazione peggiora di giorno in giorno, vengono attaccate cliniche, ospedali, centri di accoglienza. Certo, la situazione non è peggiore rispetto ad altre zone del Medio Oriente, infatti lo Yemen non può e non deve essere considerato come un caso isolato di guerra civile, va inserito nel contesto di una grande conflittualità che affligge praticamente tutta la zona.

Lo Yemen è da anni una pedina della contesa tra Arabia Saudita e Iran. Lo scontro politico e ideologico tra Riad e Teheran si consuma anche a Sana'a che è soprattutto terra di Al Qaeda. Che il rappresentante dell'Onu per i diritti umani in Yemen sia stato di recente dichiarato persona non gradita è preoccupante. Dobbiamo sostenere l'ONU per un cessate il fuoco immediato. Il paese è pronto a scoppiare e bisogna comunque non prescindere da una convinta lotta al terrorismo e al fondamentalismo.

Catch-the-eye-Verfahren

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedkyně, já si velmi vážím úsilí, které prokázaly evropské instituce právě při řešení humanitární situace v Jemenu. Nicméně pokládám za velmi nešťastné, abychom byli pouze diváky soupeření mezi Íránem a Saúdskou Arábií v tom regionu. Myslím si, že by to bylo nejen nešťastné vzhledem k roli a k financím, které jsme do těchto oblastí již poslali jako Evropská unie, ale bylo by to i velmi ostudné ve vztahu k civilnímu obyvatelstvu. Tudíž v okamžiku, kdy se Saúdská Arábie takto dlouhodobě staví do pozice, řekneme, aktéra vojenských koalic, ale zároveň i partnera Spojených států amerických a Evropské unie, si myslím, že bychom měli jak s ní, tak samozřejmě nyní i s Íránem jednat o tom, aby nedělaly z tohoto regionu svoji vlastní střelnici. Bylo by to vhodné s ohledem na postavení Evropské unie a samozřejmě na ochranu civilního obyvatelstva.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la situazione umanitaria in Yemen è grave. Quasi due terzi della popolazione necessita di aiuti e assistenza. Il paese è terreno di scontro di una guerra che molti analisti definiscono «per procura» tra l'Arabia Saudita e l'Iran che si sfidano su linee settarie per l'egemonia della regione. La situazione si aggrava di ora in ora. Le Nazioni Unite hanno classificato la crisi umanitaria in corso di livello 3, la categoria più alta. L'80% della popolazione, 20 milioni di persone, ha bisogno di assistenza umanitaria urgente. Le bombe non risparmiano nessuno, e ancora una volta ad essere colpiti sono civili inermi e operatori umanitari. Nei giorni scorsi per la terza volta in pochi mesi un ospedale, supportato da Medici senza frontiere, è stato colpito. Le parti in conflitto dovrebbero astenersi immediatamente dal prendere di mira le infrastrutture civili. Il disprezzo del diritto umanitario, oltre a causare vittime innocenti, ostacola gli sforzi a portare una soluzione politica alla crisi. L'Unione europea deve far sentire la sua voce senza balbettii e assicurare, lavorando insieme alla comunità internazionale, una soluzione politica alla crisi.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, τον περασμένο Οκτώβριο ο επικεφαλής του Ερυθρού Σταυρού δήλωνε ότι η Υεμένη, μετά από πέντε μήνες πολέμου, μοιάζει με τη Συρία μετά από πέντε χρόνια πολέμου. Από το Μάρτιο του 2015 έχουν χάσει τη ζωή τους δέκα χιλιάδες άνθρωποι, εκ των οποίων πολλοί άμαχοι και μεταξύ αυτών 630 παιδιά. Ταυτόχρονα, εκτυλίσσεται μια μεγάλης κλίμακας ανθρωπιστική κρίση καθώς, σύμφωνα με τον ΟΗΕ, σε σύνολο πληθυσμού 21 εκατομμυρίων, τα 19 εκατομμύρια δεν έχουν πρόσβαση σε πόσιμο νερό, τα 14 εκατομμύρια δεν έχουν πρόσβαση σε τρόφιμα και περίπου 320 000 παιδιά υποσιτίζονται λόγω του εναέριου και ναυτικού αποκλεισμού που έχει επιβάλει η Σαουδική Αραβία σε μια χώρα που εισάγει για να καλύψει το 90% των αναγκών της. Μετά από τον βομβαρδισμό ενός καταυλισμού προσφύγων, σχολείων και μονάδων υγείας, ήρθε να προστεθεί στη λίστα των παράπλευρων απωλειών χτύπημα σε ιατρικό κέντρο των Γιατρών Χωρίς Σύνορα ενώ ταυτόχρονα η Αραβική Συμμαχία κατηγορείται από διεθνείς παρατηρητές, ότι κάνει χρήση βομβών διασποράς. Η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει ηθικό καθήκον να αναγνωρίσει τα εγκλήματα πολέμου που τελούνται στην Υεμένη. Η Επιτροπή πρέπει να προτείνει μέτρα κατά των ιδυνόντων.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Bert Koenders, President-in-Office of the Council. – Madam President, let me start with one issue that was mentioned: we cannot be just observers. I think this is a very important statement because we cannot be only observers, and we are not only observers. The present situation in Yemen – I think all of you have mentioned that this afternoon – is of very deep concern to all members of the Council, and I am very glad to speak on behalf of Federica Mogherini, the High Representative, on this issue.

Let me just say on a personal note, I have been to Yemen a lot. Yemen was a country where we had a ‘pre-announced’ crisis: a high population growth rate, ecological disasters, a very difficult environment and bad governance, and that combination has led, especially in the region that Yemen finds itself in, to the crisis we are seeing now. It is a catastrophic situation. All the humanitarian actors have described the humanitarian situation as catastrophic – you did, and all of us are extremely concerned. So the question is then, are we observers or not? Let me say that the proactive role, also of the High Representative, is that we are one of the few actors who can speak to all parties and can engage. I think this is important specifically since the humanitarian crisis can only be resolved if it is also in line with progress on a political solution. I think many of you have said that this afternoon, and I can quote many of the people who have spoken this afternoon that this is actually the key issue that we are faced with.

Of course, this also concerns issues of human rights. Now the United Nations Human Rights Council – and obviously I am not speaking here in a national position, I have my views as a member of the Dutch Government on this – adopted a compromise resolution – yes, a compromise resolution – on 2 October 2015 which sets out the conditions for a national commission of inquiry which the EU expects to work independently. I want to underline that again here today. I reiterate our call for the independent investigation of all alleged violations of international human rights law and international humanitarian law, and the European Union will therefore also actively follow and expect the High Commissioner’s update at the upcoming Council session, and obviously also a comprehensive written report on this in the future. That is very important. Many of you have raised not only the issue of the humanitarian situation, but also the respect for international humanitarian law.

We are aware and concerned by what seems to be credible reports on the use of cluster munitions in populated areas. And we also note – and I think this is important, you asked about investigations – we note with satisfaction that the High Commissioner for Human Rights has seized this matter immediately and will closely follow OHCHR’s investigation into this matter.

On the issue of arms, as you know at the moment an arms embargo on Saudi Arabia is not a response to the region’s current challenges, but it is important that the issue concerning common position 2008/944 of the CFSP will be discussed in the Council working group on conventional arms exports, chaired by the EEAS.

Many of you asked, obviously, about the regional aspect of all these issues, including on the role of the tension with Saudi Arabia, and to what extent this spat has an impact on Yemen's UN-facilitated talks. Well, first of all, it should not. It should not. All the international community and all the main regional actors are already actively working, including the High Representative, to support the talks regarding the situation in Yemen, and they must be maintained. Every effort should be made to avoid jeopardising these talks, and I hope also there will be some progress in the coming days. We expect that the process and the meetings can happen, although recent indications tell us that the timing may slip, and early February seems likely now.

We fully support the efforts of the UN Special Envoy, Ismail Ould Cheikh Ahmed, who has been relentlessly travelling to the region and to Yemen to ensure that this is possible. We are comforted by the declarations of the Government of Yemen and the Saudi authorities regarding their commitment – and this is important – to these negotiations, and expect that they will proceed with the aim of implementing a sustainable ceasefire and confidence-building steps leading to the implementation of United Nations Security Council Resolution 2216.

On the issue of Médecins Sans Frontières, this is also an issue that for very good reasons is being raised by the members of the European Parliament. We have seen more attacks on MSF in recent weeks and months in various places around the world, and of course that needs investigation. I also expect the High Commissioner for Human Rights to report on this in the coming discussions that I have mentioned.

The question was whether we are reaching out to Tehran: yes, we are. Iran has been politically supportive of the Houthis movement, and it is our hope that it will now positively use its privileged contacts with that group to promote a peaceful settlement. Iran is an important regional player – I could go into all the details, but we discussed this last night – but the EU encourages and is also in a position to talk to the parties, to encourage the Iranian authorities to play a constructive role towards lasting political settlement in the region, including in Yemen because this is absolutely crucial. Some of you mentioned, correctly, that if that does not happen then obviously it is only ISIS and other groups of an extremist nature that will profit from that.

I would like to thank you very much, Madam President, for giving me the possibility to talk about Yemen. I feel that this is not only very urgent, if you look at the number of people who are in extreme distress, but it requires all the political attention that you have given it this afternoon. We have learned the hard way that instability in the wider Gulf and Middle East region can have a direct impact also on our own stability and security. This crisis will not only come to an end through an inclusive political settlement, but we will have a physical and social reconstruction of the country. If you go to Sana'a even today you will see the destruction of the old parts of the city. It is an enormous task which no government can bear alone, so I am sure that massive international support will be necessary.

In any case, the European Union intends to continue engaging its Member States and partners in the region towards a concerted, coordinated and strategic approach by the international community and the Government of Yemen to the country's reconstruction, and stands ready to play its part in efforts for the benefit of all Yemenis.

Die Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Minister, auch für Ihre ausführlichen Erklärungen.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet während der nächsten Tagung statt, also nicht morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Andi Cristea (S&D), în scris. – Îmi exprim profunda îngrijorare cu privire la conflictul dramatic și violent, precum și la grava criză umanitară din Yemen, în care 21 de milioane de persoane, reprezentând 80 % din populație, au nevoie urgentă de ajutor, iar 6 milioane de persoane au nevoie de asistență vitală imediată. În timp ce luptele continuă în mai multe zone, accesul umanitar pentru furnizarea de provizii esențiale de alimente și combustibil rămâne extrem de limitat. Condamn cu fermitate seria de atacuri asupra personalului medical și a facilităților și îmi exprim convingerea că este necesar ca părțile implicate în conflict să respecte dreptul internațional umanitar și dreptul internațional al drepturilor omului. Este deosebit de important ca toate părțile la conflict să ia măsuri ferme împotriva grupărilor teroriste, care reprezintă o amenințare directă pe plan intern și extern. Doar un consens politic larg în cadrul negocierilor sub egida ONU poate oferi o soluție durabilă, restaura pacea și păstra unitatea, suveranitatea, independența și integritatea teritorială a Yemenului. Uniunea Europeană trebuie să ofere sprijin tuturor actorilor regionali, care ar trebui să acționeze în mod responsabil și constructiv pentru a oferi posibilitatea unei dezamorsări a crizei și pentru a se evita

extinderea instabilității regionale.

13. Lage im Südosten der Türkei (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage im Südosten der Türkei (2016/2530(RSP)).

Johannes Hahn, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, I welcome the opportunity to join you today. The continued deterioration of the overall security situation in the south-east of Turkey is extremely disquieting.

The EU has repeatedly expressed its concerns about the situation, including in its latest statements of 22 December and then recently on 16 January, and is following developments closely. Some of the political problems on both sides have also been exacerbated by the current crisis, including the threat from Daesh, as demonstrated by the latest attack in Istanbul on 12 January and the attacks last year in Suruç and Ankara. However, a stable south-east is important, not just for Turkey from a political, economic and security perspective, but for the European Union and the wider region as well.

We absolutely need to preserve the political space which we have worked hard to create so that a transition can start in Syria. The only possible and effective response is to deal with the conflicts that we have in our region in a united way. This will be the best way to effectively counter and defeat Daesh on the ground. We must be very careful not to allow the breakdown of the Kurdish peace process and fuel further tensions in the southeast. In all our interactions with Turkey, we continue to urge all parties to guarantee the rule of law in the country and to call for an immediate ceasefire and an urgent return to the Kurdish peace process. The high-level political dialogue on 25 January 2016 will be another opportunity to raise these issues.

Important progress has been made over the past two years, and this should not be thrown away. The peace process remains the best opportunity in a generation to solve a conflict that has claimed far too many lives. We have also been clear that the PKK must cease its attacks against Turkey. It must stop declaring autonomous districts within the south-east and re-engage in political dialogue. Resuming talks and negotiations within the peace process is the only way forward.

We will continue to reassure Turkey that the European Union takes the PKK threat very seriously, and that the EU Member States have also acted robustly against the PKK. The PKK has been a listed organisation for the purposes of fuel sanctions since 2002. The Council unanimously endorsed this decision in March 2015, and it will remain so for the foreseeable future.

However, while I recognise Turkey's legitimate right to defend itself against the PKK, we have also emphasised –and will continue to emphasise – in our dialogue with the Turkish authorities, that measures taken against the PKK must be proportionate, targeted and should not endanger the democratic political dialogue. The measures currently being taken by security services in the south-east, which includes the use of long-lasting curfews, have resulted in extreme disruptions to essential services such as healthcare and means of communication. The proportionality and legality of such operations must be ensured, and should comply with international human rights standards. Some of the sensitivities have existed for decades, and it will require real courage from all parties to address these long-standing and deeply-felt issues.

The Commission will work with the new government on all reforms in the areas of the rule of law and fundamental rights, freedom of religion and expression. I look forward very much to hearing the views of the honourable Members of Parliament.

Renate Sommer, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Wie ist die Realität im türkischen Südosten?

Seit Wochen Ausnahmezustand. Seit fünfzig Tagen Ausgangssperre in Diyarbakir. Türkische Sicherheitskräfte gehen mit schweren Waffen gegen die Zivilbevölkerung vor. Viele Menschen – auch Kinder, Frauen, Alte – tot! Tote liegen in den Straßen, können tagelang nicht geborgen werden, weil auf alles geschossen wird, was sich bewegt.

Ähnliche Situationen gibt es in anderen Städten: in weiteren 17 kurdischen Städten und Vierteln – es gleicht einer Belagerung. Es gibt Versorgungsengpässe, nicht nur nicht bei Strom, Telefon und Internet, sondern es gibt tagelang keinen Zugang zu Nahrung, Wasser und Strom. Die Situation ist unmenschlich! Die Menschen verlassen die Städte, zurückkehren dürfen sie nicht. Über eine Million Menschen sind betroffen. 250 000 Menschen sind schon auf der Flucht.

Vorgeblich, Herr Kommissar, ist es ein Kampf gegen die PKK. Aber tatsächlich ist es ein Kampf gegen die Kurden, auf dem Rücken der Zivilbevölkerung. Der Südosten ist eine Kriegszone geworden. Es kann und darf nicht sein, dass wir uns dazu so moderat verhalten, dass wir dazu schweigen. Es darf nicht sein, dass die Mitgliedstaaten, dass wir wegen der Flüchtlingskrise wegsehen und die türkische Regierung sogar noch mit der Eröffnung neuer Verhandlungskapitel belohnen wollen.

Die Türkei steuert auf einen Bürgerkrieg zu. Die EU muss aktiv intervenieren und vermitteln, damit der Friedensprozess fortgesetzt wird, wieder aufgenommen wird. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit und unserer europäischen Werte, dass wir uns einmischen. Wir haben eine Verantwortung.

Ein letzter Satz, Frau Präsidentin. Es ist in unserem eigenen Interesse, dass wir einen Exodus verhindern, sonst gibt es eine neue Flüchtlingswelle der Kurden in die EU.

Kati Piri, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, the situation in the southeast of Turkey is very worrying. Since the fighting between the PKK and the state security forces restarted this summer, the situation on the ground is deteriorating still further. Imagine living in the Silopi, Cizre or Sur districts. Most people left their houses in a hurry when an open-ended, round-the-clock curfew was declared in early December. At that time, more than 200 000 people had to flee. Heavy fighting is going on day and night between the security forces and the PKK youth militias who have built barricades and dug trenches in the middle of these neighbourhoods.

The anti-terrorism operations heavily affect the civilian population: not being able to leave your house for more than 40 days; so-called Esedullah forces who intimidate the local population; and an increasing number of civilian deaths, including of children and elderly people. How is it possible that a 16-year-old boy can bleed to death on the streets without receiving any medical aid?

The attacks by the PKK last week killing police officers and their family members can in no way be justified, but why are there crackdowns on peaceful protesters? In this regard, I am also gravely concerned about the intimidation and prosecution of more than 1 000 academics who signed a petition calling for peace. How can reasonable people calling for the violence to stop be labelled traitors and promoters of terrorism?

The right of Turkey to fight against terrorism is not questioned here today. The general feeling, however, is that the operations are a collective punishment rather than aiming at restoring public order. It is time that the EU made a strong and determined call for a ceasefire and for the peace talks to be restarted. The curfews must be lifted and those people who can be part of a peace campaign must be empowered and supported.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Meneer Hahn, ik heb aandachtig geluisterd naar wat u gezegd heeft, maar ik moet me aansluiten bij de vorige sprekers. De realiteit is dat het Turkse leger Koerdistan herschappen heeft in een oorlogsgebied en in een bloedbad. Het geweld raast willekeurig door de Koerdische dorpen, hele wijken worden met de grond gelijk gemaakt, inwoners wachten in hun schuilplaatsen tot het geweld stopt en op straat liggen de lichamen. In essentie is dit geweld het gevolg van het groeiende autoritarisme van Erdogan en van zijn partij. Zijn prioriteit is niet de strijd tegen IS, zijn prioriteit is de absolute macht en de strijd tegen de Koerden.

De westerse bondgenoten houden zich stil: geen kritiek, geen veroordeling. We hebben Erdogan nodig om de vluchtelingen-crisis in te dijken en daarom, meneer Hahn, ben ik beschaamd, diep beschaamd omdat de Europese Unie zijn ruggengraat niet durft te rechte(n) om de Koerdische burgers te verdedigen, om ze te beschermen. Dit oude, trotse volk in de regio, de enige betrouwbare bondgenoot in de strijd tegen IS, krijgt een mes in de rug. Ik wil weten wat de Europese Commissie zal doen. De toetredingsgesprekken worden hervat. Maak een prioriteit van de bescherming van minderheden, maak er een voorwaarde van. Ik dacht dat de geschiedenis ons geleerd had dat zwijgen nooit de goede keuze is.

Alexander Graf Lambsdorff, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Situation im Südosten der Türkei ist schrecklich, Sie haben das hier zutreffend beschrieben, es ähnelt wirklich einem Kriegsgebiet.

Man kann der türkischen Regierung in diesem Zusammenhang viel vorwerfen. Was man ihr nicht vorwerfen kann, ist, dass sie diesen Konflikt begonnen hat. Am 22. Juli 2015 hat die PKK den Waffenstillstand und den Friedensprozess aufgekündigt, indem sie zwei türkische Polizisten in ihrem Auto ermordet hat. Das war der Beginn der Auseinandersetzung. Was die PKK völlig falsch eingeschätzt hat, ist, dass die türkische Regierung in Ankara und die türkischen Streitkräfte geradezu dankbar für diese Gelegenheit waren, einen Konflikt wieder anzuspitzen, anzuheizen, der – und da bin ich mit Herrn Demesmaeker völlig einverstanden – einem zunehmend autoritären Regierungsstil von Herrn Erdoğan natürlich gelegen kommt.

Dieser Angriff auf die beiden Polizisten geschah zwischen den beiden Wahlgängen in der Türkei im letzten Jahr, und die AKP wollte ihre absolute Mehrheit, die sie im Juni verloren hatte, im Herbst wiedergewinnen. Genau das ist ihr gelungen. Seitdem ist dieser Konflikt so eingefahren, wie er das jetzt im Moment ist.

Natürlich muss der Friedensprozess wiederbelebt werden, und natürlich muss die PKK einsehen, dass sie die Türkei militärisch niemals besiegen kann. Ihre Geländegewinne in Syrien zusammen mit der PYD, der Demokratischen Unionspartei, mögen sie in der Illusion bestärken, sie könne mit militärischen Mitteln auch im Südosten der Türkei etwas erreichen. Das ist Unsinn! Es wird nur politisch funktionieren. Und es ist höchste Zeit für die PKK, genau das zu verstehen. Aber auch für die Türkei, die Regierung in Ankara. Sie muss verstehen, dass die Autonomie, eine Selbstständigkeit, eine kulturelle Selbstbestimmung der kurdischen Gebiete im Südosten der Türkei mehr sein muss als nur Entwicklungshilfe, mehr sein muss als nur wirtschaftliche Maßnahmen. Es muss eine Form der Selbstverwaltung geben, die diesen Namen auch wirklich verdient. Und zu dem, was die Akademiker betrifft und den zunehmenden Autoritarismus, hat Frau Piri alles Richtige gesagt.

Τάκης Χατζηγεωργίου, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL.* – Κυρία Πρόεδρε, έρχομαι από συνεδρία της Μικτής Επιτροπής Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας στην οποία παρίστατο και ο Πρέσβης της χώρας. Οφείλω να σας πω ότι ο εκπρόσωπος της Επιτροπής έριξε σχεδόν όλο το βάρος της ευθύνης για τα όσα συμβαίνουν στη νοτιοανατολική Τουρκία στο PKK. Είναι δυνατόν να βρίσκεται μια περιοχή μισού εκατομμυρίου ανθρώπων σε κατ' οίκον περιορισμό εδώ και δυο μήνες και να ανήκουν όλοι αυτοί οι άνθρωποι στο PKK; Δεν νομίζω ότι υπάρχουν πολλοί άνθρωποι που μπορούν να πιστέψουν κάτι τέτοιο. Αν όμως συμβαίνει, τότε πρόκειται περί επανάστασης και όχι περί τρομοκρατικής δραστηριότητας τόσων πολλών ανθρώπων. Έλαβα προ ολίγου καιρού μήνυμα από βουλευτή του HTP που βρίσκεται εγκλωβισμένος σε σπίτι στην περιοχή του Sur. Το σπίτι του βάλλεται από τανκς και από στρατιώτες. Ίσως – μου είπε – αυτό το τηλεφώνημα που έκανε να είναι το τελευταίο τηλεφώνημα που κάνει στη ζωή του. Θεωρώ ότι βρισκόμαστε αντιμέτωποι με ένα πρόβλημα που οφείλει η Τουρκία να αντιμετωπίσει διότι οι υποχρεώσεις της είναι μεγάλες. Εκτιμώ ότι καθήκον της Ευρωπαϊκής Ένωση είναι να περάσει αυτό το μήνυμα καθαρά στην Τουρκία.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group.* – Madam President, the situation in the south-east of Turkey is indeed deplorable, as everybody has said. It is disastrous, and civilians are being killed almost every day.

But let us not forget that the situation is not only very bad in the Kurdish areas; it is very bad all over Turkey. For example, we had the peace call from the academics. It is really great that they are doing it – they are really heroes. But what happens is not that they get applauded by all sides, but rather they are being threatened by President Erdoğan and even threatened by a mafia boss. Their lives and their freedom are under threat, and we should do everything we can to support them.

But while most of us probably agree about the problems in the south-east and all over Turkey, we might not all have the same ideas about what we ourselves, as the EU, contributed to these problems, and what we are going to do about that now. To my mind, it was a big mistake to have the accession negotiations with Turkey blocked by a couple of Member States, because that gave Erdoğan the possibility to instrumentalise the problems in the accession process at home in his internal policies. He did that well, and that is also our fault. So let us not repeat this mistake.

As for what to do now, the European Union needs always to be strong on human rights, also with regard to Turkey. We need to, and should, cooperate with Turkey on refugees in order to help Turkey cope with the situation, but also to help refugees. But under no circumstances should we trade away human rights at the cost of the human rights of refugees.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, Turkey's treatment of the Kurdish people, not just within their own borders but also against those bravely fighting IS in Iraq and Syria, is a scandal. All will have been pleased when the armed conflict between Turkey and the PKK was brought to a mostly peaceful conclusion, yet now we are witnessing the Turkish authorities rekindle that fight. What is worse is that, not content with President Erdoğan's attack on a free press and journalists, his wrath is now being directed towards the Kurdish people. Damningly, evidence mounts highlighting collusion between Turkish authorities and Islamic State in the region, including support for oppressive actions towards Kurds. This is a timely reminder of the fundamental differences between Turkish and European values and is further proof that Turkey must never be allowed to join the European Union.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Marcel de Graaff, *namens de ENF-Fractie*. – De westerse waarden van vrijheid, democratie en mensenrechten gaan niet samen met islam, met het islamitische Turkije. Dat bewijst Turkije iedere dag met eerst het opsluiten van politieke tegenstanders en vervolgens het monddood maken van kritische journalisten. En nu beschiet en terroriseert het de eigen burgerbevolking in het zuidoosten.

Omdat de Commissie denkt dat het beest van Ankara vluchtelingen zal tegenhouden sluit zij de ogen voor deze misdaden tegen de menselijkheid en voor zijn chantagepolitiek. Ik vraag de heer Hahn: denkt u echt dat die miljoenen vluchtelingen die veilig in hun Turkse kampen zaten door een windvlaag richting de EU gedreven zijn of hebben ze een zetje gekregen van de Turkse overheid? U moet stoppen met steun aan het Ottomaanse Rijk en met uitbreiding daarvan tot aan de Noordzee. Wat gebeurd is met de Armeniërs, wat nu gebeurt met de Koerdische bevolking is ons voorland. Laat ik glashelder zijn: Turkije hoort niet bij Europa. Veroordeel Turkije en stop definitief de onderhandeling over toetreding tot de Europese Unie.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr de Graaff, lassen Sie mich zunächst einmal Ihnen antworten. Ich halte es für unerträglich und unanständig, Millionen und Abermillionen von Muslimen mit zu verhaften, wenn einer in der Türkei wie Herr Erdoğan Recht und Gesetz mehr und mehr in den Hintergrund rückt und andere unterdrückt. Das ist eine ziemliche Frechheit, die wir nicht so hinnehmen dürfen.

Zweitens: Es ist richtig, terroristische Angriffe finden unseren entschiedenen Widerstand, und das gilt für alle Arten von Terrorismus, auch in der Türkei. Es ist auch richtig, dass Vizepräsident Timmermans mit der türkischen Regierung ein Abkommen ausgehandelt hat, das gemeinsame Anstrengungen zur Abmilderung der Flüchtlingskrise beinhaltet. Es ist auch richtig, dass dieser Deal mehr Verhandlungen über den Beitritt beinhaltet. Leider haben sie die falschen Kapitel ausgewählt. Hätten sie gleich die Kapitel 23 und 24, nämlich Recht und Freiheit genommen, dann hätten wir eine Diskussion mit der Türkei auch über die Themen gehabt, über die wir heute diskutieren. Das wäre mir sehr wichtig gewesen.

Es ist die Aufgabe der Kommission, deutlich zu machen, dass wir für den Friedensprozess werben. Das tun Sie auch. Es sind deutliche Worte notwendig gegen den türkischen Präsidenten und seine Politik, denn diese Hunderttausende von Kurden sind nicht alle Mitglieder der PKK. Es geht um unsere Glaubwürdigkeit, dass wir mit den Türken gemeinsam Probleme lösen können, aber deshalb nicht blind und taub werden.

Charles Tannock (ECR). – Madam President, the policies of the Turkish Government are becoming increasingly erratic and authoritarian. The recent arrest of 27 academics is an extension of the already routine harassment and detention of journalists. Meanwhile, as a result of Turkey's military campaign against the PKK, which is banned by the EU as a terrorist organisation, hundreds of Kurdish civilians have been killed and disproportionate curfews and the restriction of civil liberties are being imposed in Kurdish areas. Such a view is emblematic of the Turkish authorities' continued view that it is the Kurds that should be viewed as the biggest threat in the region, rather than Islamist terrorists such as ISIS.

As evidenced by its policy in Syria, Turkey remains focused on preventing the emergence of a Kurdish enclave, rather than fully committing itself to fighting ISIS. Furthermore, there is evidence that Turkey is failing to cooperate in stemming the flow of migrants to Europe, and it is even, as reported in the British press, allegedly deporting some refugees back to Syria. It is time that EU leaders called on Turkey to live up to its NATO and EU candidate commitments rather than continually apologising for its slide towards autocracy under President Erdoğan.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Also ich habe aufmerksam zugehört: Es gibt einen Rückfall in Autoritarismus, es gibt eine Kollusion der türkischen Regierung mit sunnitischen Milizen im Irak, es gibt eine Verletzung des Abschiebungsverbots, also *non-refoulement* nach Syrien, es gibt ein erratic behaviour der türkischen Regierung.

Meine Frage, Charles, ist: Die Konservativen in Großbritannien waren immer die stärksten Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei. Hat sich diese Haltung geändert?

Charles Tannock (ECR), blue-card answer. – I think I asked you, Count Lambsdorff, in the last debate over Turkey whether you would be in favour of withholding any of the pre-accession funds, to which you gave me a very opaque answer. I will give you the simple answer that it remains the official party view of the Conservative Party and the British Government that Turkey should, at some stage, become a member of the European Union. Nevertheless, there are grave concerns about the change of course that Turkey has adopted in the last few years and it is a very long way away from being fit to be a member of the European Union at present. In the meantime, we have to ensure that Britain remains a member of the European Union.

Marietje Schaake (ALDE). – Madam President, the deal on migration that Mr Timmermans rushed through at the most unfortunate moment seems to be the reason why the very dangerous situation in the south-east of Turkey is being met with deafening silence from the EU and its Member States, and that must end. Many topics other than migration need to be addressed – human rights and the rule of law and, crucially, the EU must call on the AKP Government to return to the peace negotiating table with the PKK, and they should end the disproportionate collateral damage on civilians.

Terrorism can never be justified and the democratic path for the Kurdish people in Turkey is the key alternative that must be given room, and when academics call for an end to violence that is their freedom. It is essential for the EU to find in Turkey a reliable partner as a candidate Member State, as a NATO partner, and as an active member of the coalition against ISIS. That should be the priority of targets. Let us make sure and be cautious that counter-terrorism is not used as an excuse to restrict the freedoms and rights of people in Turkey altogether.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Madame la Présidente, depuis plus d'un mois, l'armée turque mène une opération d'une rare violence dans le sud-est de la Turquie, faisant de cette région majoritairement peuplée de Kurdes une zone de guerre avec plus de 50 villes sous couvre-feu. La répression s'abat sur les élus du HDP, qui ne sont pas tous kurdes et encore moins tous membres du PKK, mais aussi sur les journalistes, les syndicalistes et les universitaires qui ont osé signer une pétition dénonçant ces opérations.

La lutte contre le terrorisme a bon dos. Non, ce n'est pas le PKK qui est à l'origine du conflit: ça, c'est la version d'Ankara. Les civils sont les principales victimes du conflit, parmi lesquelles de nombreuses femmes et des enfants, y compris très jeunes. Des terroristes de 5 ans: mais de qui se moque-t-on?

Monsieur le Commissaire, l'Union européenne doit cesser d'avoir une vision unilatérale en la matière. Elle doit peser de tout son poids pour faire cesser les violences, ramener les partis à la table des négociations et obliger le gouvernement turc à reprendre le processus de paix. Les droits des minorités, qu'elles soient culturelles ou religieuses, doivent être reconnus. Les discriminations et la répression à leur encontre doivent cesser. Madame la Présidente, mes chers collègues, je pense qu'il y a urgence à organiser une délégation officielle de notre Parlement en Turquie.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Fru talman! "Ni kommer att förgöras i husen, lägenheterna och de skyttegravar som ni har grävt. Alla turkiska styrkor kommer att kämpa tills hela sydöst rensats från terrorister och tills fred råder. Vi kommer inte att ge upp." Så ska president Erdoğan uttryckt sig i ett tal den 15 december.

Man får förmoda att han vill att vi ska tro att det handlar om hans kamp mot PKK, men verkligheten visar att hans krig i sydöstra Turkiet, dvs. norra Kurdistan, är ett krig mot i huvudsak civila. Under de senaste fyra månaderna har över 160 civila kurder dödats, de flesta kvinnor och barn.

Igår kväll gick jag igenom de många videoklipp, nyhetsrapporteringar och artiklar jag fått skickade till mig de senaste månader av både kurder och turkar i Sverige – en information inifrån som visar något helt annat än den bild Erdoğan vill sprida till oss. Och det är skrämmande. Man kan ju t.ex. fråga sig om det verkligen behövs mängder av soldater för att övermanna en ensam tant.

Vi står på randen till ett inbördeskrig och om inte vi sätter press på Erdoğan, vem ska då göra det? Vi kan inte se mellan fingrarna hur länge som helst i utbyte mot löften att stoppa flyktingströmmar.

Edouard Ferrand (ENF). – Madame la Présidente, mes chers collègues, je vais vous livrer un secret: il y a quelques minutes, j'étais encore avec la délégation Turquie. Je vous représentais au sein de cette délégation, qui est très importante et qui ne s'était pas réunie, mes chers collègues, depuis dix mois. Durant toute cette période, la délégation de la Turquie ne s'est pas réunie au sein du Parlement européen. Et pourquoi? Parce qu'à chaque réunion de délégation est présent l'ambassadeur de la Turquie auprès de l'Union européenne et que ce dernier parle plus que n'importe quel député présent dans cette délégation. Je pense que c'est un déni de démocratie. Aujourd'hui, la Turquie est présente dans l'Union européenne, non pas physiquement, mais à travers les actes.

Par rapport au sujet qui nous intéresse aujourd'hui, je voudrais vous dire qu'il n'y a pas un jour en Turquie sans attentat ou sans meurtre. Malheureusement, la Turquie est au centre même de notre actualité. Il ne faut pas confondre le peuple kurde et la Turquie. Je pense également qu'il faut faire attention au fait que, sous couvert de lutter contre Daech, la Turquie a décidé de lutter contre son opposition et qu'à ce titre, la Turquie fait une nouvelle fois preuve d'un manque de démocratie réelle dans ses actes et au sein de l'Union européenne.

Victor Boştinaru (S&D). – Madam President, I will reiterate that I am among the friends and supporters of Turkey and of the strengthening of cooperation between the EU and Turkey. But what is happening today in Turkey is, first of all, detrimental to Turkey's best interests. The violence and escalation on the south-eastern side of Turkey represent a real danger which should be stopped.

We need first and foremost for political dialogue between the government and the Kurdish representatives to go back to the point where the government of Turkey had already achieved important results in the peace process. Now these achievements have been lost and we are coming to a point which could be a point of no return if the escalation continues further.

I will reiterate that it is first and foremost in the best interests of Turkey to prevent further destabilisation and the escalation of violence which can turn into a civil war. And yes, the EU does have the responsibility – the EU, the Commission, Parliament – to condemn without exception all wrongdoings by our partners, including Turkey. They are our long-term partners that we have to cooperate with on our common challenges, common values, but also to commonly share our values in the future, and have the courage to engage with Turkey on the need to call for an immediate ceasefire, the peace process and official visits in this area which is somehow forbidden to Western access.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει επιτέλους να πάψει να εθελουφλεί μπροστά στις κατάφωρες παραβιάσεις των δικαιωμάτων του κουρδικού λαού που διαπράττει ο τουρκικός στρατός στις νοτιοανατολικές επαρχίες της χώρας. Οι βιαιότητες του τουρκικού στρατού έχουν εξαναγκάσει διακόσιες χιλιάδες ανθρώπους, κατά πλειοψηφία Κούρδους, να εγκαταλείψουν τις εστίες τους. Ολόκληρες πόλεις έχουν αποκλεισθεί και οι κάτοικοι έχουν εγκλωβιστεί λόγω της απαγόρευσης κυκλοφορίας. Εκλεγμένοι δήμαρχοι και πολιτικοί του φιλοκουρδικού κόμματος HDP, δίδονται ποινικά ενώ άλλοι βρίσκονται ήδη στη φυλακή, σε ένα όργιο αυταρχισμού από πλευράς τουρκικής κυβέρνησης. Σύμφωνα με τα τουρκικά μέσα ενημέρωσης, η κυβέρνηση της Τουρκίας θέλει να έχει ολοκληρώσει αυτή τη δήθεν αντιτρομοκρατική επιχείρηση μέχρι την άνοιξη. Προειδοποιούμε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση βρίσκεται ενώπιον μιας πρωτοφανούς εξάρσης στρατιωτικής βίας και ο χρόνος που διαθέτει για να επέμβει στα πλαίσια του διεθνούς δικαίου είναι περιορισμένος. Ζητούμε λοιπόν από την Ευρωπαϊκή Ένωση να λάβει άμεσα μέτρα κατά της Τουρκίας και να της κλείσει την πόρτα προς την Ευρώπη, αντί να θωπεύει την Άγκυρα και να ανέχεται τα ανατολίτικα τερτίπια της.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – Mr Marias, I truly understand that you are a Greek and that is very important, but do you not think that the European Union should intervene in some way and send a letter to President Erdoğan and our representatives in order to try to broker talks between the Government of Turkey and the Kurdish representatives? Because, you know, destabilisation of Turkey would mean the destabilisation of Greece, and of Europe as well.

Νότης Μαριάς (ECR), απάντηση με «γαλάζια κάρτα». – Κύριε συνάδελφε, είναι δεδομένο ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να βρει τρόπους προκειμένου να αναγκάσει την Τουρκία να εφαρμόσει επιτέλους τους κανόνες για τα ανθρώπινα δικαιώματα. Αυτό πρέπει να γίνει με τη λήψη μέτρων διότι, μέχρι στιγμής, η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν κάνει άλλο από το να θωπεύει την Τουρκία, να ανέχεται τις παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων όχι μόνο κατά των Κούρδων, αλλά και κατά των άλλων υπολοίπων Τούρκων πολιτών, να ανέχεται τις παραβιάσεις του διεθνούς δικαίου, να ανέχεται την κατοχή αυτή τη στιγμή του 37% της Κύπρου, να ανέχεται την παρουσία στρατευμάτων μέσα σε χώρα που είναι μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Πρέπει να ληφθούν μέτρα για να καταλάβει η Τουρκία τι πρέπει να κάνει.

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señora Presidenta, la verdad es que me molesta especialmente cuando se utiliza o instrumentaliza la situación de los refugiados y refugiadas que huyen a millones de las guerras y persecuciones en esta región. Son algunos Estados miembros de la Unión y la propia Turquía quienes lo están haciendo. El Estado turco masacra a cientos de civiles kurdos y la Unión Europea prefiere cerrar los ojos y taparse los oídos. Y eso es sencillamente inaceptable.

Señor Comisario, más allá de sus buenas palabras e intenciones, lo que transmiten los hechos, lo que refleja la actitud de los Estados miembros, sus tratos con Turquía, abandonando a los kurdos a su suerte, es insano. La Unión Europea no puede seguir callada ante la violación sistemática de los derechos individuales y colectivos del pueblo kurdo por parte del Estado turco.

Jean Lambert (Verts/ALE). – Madam President, I first visited this region of Turkey some 15 years ago. A time of martial law, we saw ghost villages, the oppression of the people there, and now we are back to that point. As others have said, that golden possibility of a peace process has been thrown away, not least by a government that could not accept a pro-peace Kurdish-led party beating the prohibitive 10% threshold in the election before last. But we have also seen NATO allies permit Turkish attacks on the PKK in exchange for access to bases in Turkey for attacks on ISIS.

The PKK is not ISIS. Yes, it also has carried out attacks against civilians, that must be condemned, but this parity is a really important question that governments need to deal with in order for us to get back to a peace process, and an end to violence across the country, to be able to concentrate on the real threat.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Die Türkei ist ein Beitrittskandidat und wir haben die Verhandlungen wiederbelebt.

Dieser Status erlaubt es uns auch, kritische Fragen zu stellen. Kritische Fragen zur Situation von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Die Entwicklungen in den letzten Wochen in der Türkei sind äußerst besorgniserregend und sie stehen im Zusammenhang mit der Kurdenfrage.

Die gegenwärtige Regierung glaubt, diese mit Gewaltanwendung lösen zu können und dafür einen Freibrief zu haben. Nach einer jahrelangen Phase der Gespräche und der Annäherungen haben wir heute wieder bürgerkriegsähnliche Zustände. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

Herr Kommissar, ich fordere Sie auf, die türkische Seite darauf hinzuweisen, dass dies nicht in unserem beiderseitigen Interesse ist. Es ist wichtig, dass Europa an beide Seiten appelliert, unverzüglich die Kampfhandlungen einzustellen und sich als Vermittler zur Verfügung stellt. Das Vorbild könnte das Friedensabkommen in Nordirland sein, wo auch alle Konfliktparteien an den Tisch gekommen sind – auch jene, die man damals als Terroristen eingestuft hat.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, το καθεστώς Erdoğan καταδικάζει στην πείνα τους πολίτες στη Νοτιοανατολική Τουρκία μέσω των απαγορεύσεων κυκλοφορίας που έχει επιβάλει επί εβδομάδες ολόκληρες. Επιτίθεται εναντίον κουρδικών πόλεων και χωριών με βαρέα όπλα και καταπατά συστηματικά τα δικαιώματα των κατοίκων τους στη ζωή, την προσωπική ελευθερία και ασφάλεια, καθώς και την απαγόρευση των βασανιστηρίων. Η προμελετημένη αυτή σφαγή και η εκτόπιση εκατοντάδων χιλιάδων Κούρδων από τις εστίες τους παραβιάζει τόσο το διεθνές δίκαιο όσο και το τουρκικό Σύνταγμα. Το καθεστώς Erdoğan αρνείται την πρόσβαση ανεξάρτητων παρατηρητών στις κουρδικές περιοχές και καταδικώνει πολυάριθμους διανοούμενους που έχουν καταγγείλει τις απάνθρωπες πρακτικές του. Με την ανοχή της απέναντι στα εγκλήματα αυτά, η Ευρωπαϊκή Ένωση προδίδει τις ιδρυτικές της αξίες, εκείνες του σεβασμού της ανθρωπίνης αξιοπρέπειας και των θεμελιωδών δικαιωμάτων. Η προσπάθεια κατευνασμού του καθεστώτος Erdoğan είναι λάθος. Η μόνη γλώσσα την οποία μπορεί να καταλάβει είναι η γλώσσα των πολιτικών και οικονομικών κυρώσεων.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, πολύ άξιοι συνάδελφοι περιέγραψαν πιστά την κατάσταση που υπάρχει στη Νοτιοανατολική Τουρκία μετά την κλιμάκωση των συγκρούσεων. Δεν θα επαναλάβω τα λόγια τους, θα επαναλάβω όμως τα λόγια του Selahattin Demirtaş, προέδρου του HDP. Το HDP είναι κόμμα που υποστηρίζεται μαζικά από την κουρδική μειονότητα και όχι μόνο από αυτήν. Το HDP δεν προκάλεσε τον πόλεμο, το HTP δεν καθοδηγεί τη σύγκρουση, δεν την ελέγχει. Από τη μία πλευρά βρίσκεται το χέρι του προέδρου Erdoğan και από την άλλη βρίσκεται το χέρι του PKK. Αυτά είπε ο Πρόεδρος Demirtaş. Θα πρότεινα στο Σώμα και στον Επίτροπο Hahn να καλέσουμε την Τουρκική Εθνοσυνέλευση να πάρει μια γενναία πρωτοβουλία η οποία θα οδηγήσει στη κατάπαυση του πυρός και στην ειρηνευτική διαδικασία. Και θέλω να προσθέσω ότι αν χρειάζεται θάρρος για να πάρεις τα όπλα να προστατευθείς απέναντι στην ασύμμετρη κυβερνητική βία, χρειάζεται ακόμα μεγαλύτερο θάρρος για να ξεπεράσεις τις προκλήσεις και να οδηγήσεις την ειρηνευτική διαδικασία.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ho confermato l'appello dei 1.820 accademici turchi e confermo che una solidarietà mondiale si è creata con il popolo curdo, colpito da un massacro deliberato e pianificato. In decine di città il coprifuoco è permanente da mesi, mancano cibo, medicine. Sono assalite anche città senza barricate. A centinaia di uccisi si nega la sepoltura.

I firmatari dell'appello sono considerati complici del terrorismo. Sono violate la Costituzione turca e le leggi internazionali. La lotta al terrorismo è puro pretesto. Lo scopo è spezzare un popolo che aspira solo a essere riconosciuto come parte del proprio paese. Migliaia di turchi sperano in una mediazione europea e dell'ONU perché tra governo e ribelli curdi si riapra il negoziato interrotto da Erdogan, perché cessi l'eccidio subito. Rispondendo a una mia interrogazione la signora Mogherini dice che Erdogan è nostro alleato su migranti e contro l'ISIS. L'argomentazione non tiene nemmeno un minuto.

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Képviselő Asszony! Ön valóban komoly személyes vállalásokat tesz ebben az egész kérdéskörben, és én ezt nagyon becsülöm. Ugyanakkor nem gondolja-e, hogy érdemesebb lenne, vagy emellett érdemes lenne az intézményi kapcsolatokat fölhasználni? Nevesítetten azokat a parlamenti közgyűléseket, pl. a NATO Parlamenti Közgyűlést összehívni, amelyik egyébként ezt a kérdést intézményesen tudná rendezni?

Barbara Spinelli (GUE/NGL), *Risposta a una domanda «cartellino blu».* – Posso confermarle che contatti sono presi non solo con l'Alto rappresentante, ma con l'ONU e soprattutto con il Consiglio d'Europa.

Javi López (S&D). – Señora Presidenta, la espiral de violencia en Turquía continúa. Una violencia que se recrudece en el sureste del país, una espiral de violencia que tiene tintes de castigo colectivo sobre la comunidad kurda, con decenas de miles de desplazados, centenares de muertos y centenares de personas indiscriminadamente detenidas.

Nosotros debemos hoy, aquí, solemnemente, pedir un alto el fuego, pedir que se retomen las negociaciones que se vieron truncadas este verano, como única fórmula para resolver el conflicto que hoy se vive en Turquía. Y a la vez, cabe recordar en un momento como este, en el que estamos intensificando nuestra cooperación —que creemos necesaria, probablemente más necesaria que nunca— con Turquía, que esta cooperación no puede ser, en ningún caso, moneda de cambio de nada, tampoco de la gestión de la crisis de los refugiados, ni tampoco puede eximirnos de denunciar aquello que veamos intolerable, como lo que hoy está pasando en Turquía. Por eso, hoy nos toca hacerlo solemnemente.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Gianluca Buonanno (ENF), *Domanda «cartellino blu».* – Grazie Presidente, volevo chiedere al mio collega questo: se anche lui ritiene il fatto che la Turchia non si comporta certo bene, ma non si comporta certo bene da tantissimo tempo – si parla anche di secoli – della storia della Turchia. Ma perché se la Turchia non si comporta bene secondo lei è giusto che l'Europa gli abbia già dato 10 miliardi di euro e si appresta a dargliene altri 3? Cioè, se uno si comporta male è giusto dargli dei soldi?

Javi López (S&D), *respuesta de «tarjeta azul».* – Señor Buonanno, a mí no me parece bien cómo se comporta Turquía en muchas ocasiones, pero cuando se habla del dinero para Turquía no se habla de dinero para el Estado turco, ni para el Gobierno turco, se habla de dinero para los refugiados que hoy padecen y viven en Turquía: refugiados sirios. En cuanto al comportamiento, a mí muchas veces no me parece bien cómo se comporta usted, pero respeto lo que dice y lo que hace.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei aggiungere con forza la mia voce a quella dei miei colleghi socialisti e non solo, che mi hanno preceduto nel denunciare la grave situazione in corso ormai da settimane nel sudest della Turchia, che ci riporta ad anni bui. Quanto sta accadendo non può passare inosservato da parte dell'Europa e finora le richieste di cessate il fuoco non hanno avuto ascolto. Siamo ormai al punto in cui le violenze rischiano di sfociare in una vera guerra civile senza che vi sia alcuna indagine ufficiale sull'azione delle forze di sicurezza, né attenzione da parte della comunità internazionale, nonostante il numero di sfollati si aggiri ormai intorno alle 300 mila persone.

Quello che chiediamo alla Commissione è di sollevare la questione già in occasione della prossima visita dell'Alto rappresentante Mogherini ad Ankara e più in generale in tutti gli ambiti delle relazioni UE-Turchia, affinché si arrivi presto a un cessate il fuoco e a un rilancio del processo di pace. Il Parlamento europeo ha sempre sostenuto il processo di pace curdo e non possiamo ora nasconderci dietro possibili convenienze politiche dettate dal ruolo della Turchia nella crisi migratoria.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, myslím, že se všichni shodneme na tom, že Turecko je strategický partner pro Evropskou unii. Ale my také očekáváme, že je to oboustranný vztah a že Evropská unie je respektována Tureckem a že Turecko nebude zneužívat této situace k prosazování svých jednostranných politických zájmů. Zatím v této chvíli útočí proti obyvatelstvu a zneužívá této situace. Jsem velmi zneklidněna odpovědí pana ambasadora Yenela, který před půlhodinou odpovídal členům delegace ve Smíšeném parlamentním výboru EU-Turecko. Konstatoval, že zásahy armády na jihovýchodě Turecka jsou prostě legitimní a nutné. To je myslím nepřipustné. Já očekávám, že Evropská komise nebude mlčet a že se postaví proti tomuto ataku vůči civilistům na jihovýchodě Turecka.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dal dicembre 2015 diverse zone del Sud-Est della Turchia sono sottoposte ad un coprifuoco di 24 ore al giorno. Nelle aree interessate vivono oltre 200.000 persone, molte delle quali non sono in grado di procurarsi il cibo né di ricevere cure mediche. Desta preoccupazione la serie di arresti che ha riguardato accademici che avevano sottoscritto un appello per la pace e avevano criticato le operazioni militari in corso nel Sud-Est del paese. I firmatari hanno ricevuto minacce di morte sui social media.

Ancora, da quando è stato applicato per la prima volta il coprifuoco, sono stati uccisi centinaia di civili. Questa vicenda contribuisce a rendere difficile la situazione di un paese, la Turchia, che aspira a entrare nell'Unione europea. Chiudo con le parole di Can Dündar, direttore di un quotidiano turco di opposizione attualmente in carcere, che rivolgendosi al primo ministro italiano Matteo Renzi chiede di non ignorare le violazioni dei diritti umani in Turchia in cambio di un accordo sui migranti. Questa riflessione la giro all'Assemblea.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, в Югоизточна Турция се води гражданска война. Това е точната дума. Тази война се води от десетилетия, а сега се засили от неосунитското правителство на Ердоган и Давутоглу. Същевременно това правителство води незаконни бойни действия и незаконно окупира територии в Сирия и в Ирак, и продължава да окупира гръцки Кипър в продължение на десетилетия.

Същевременно същото това правителство продължава и извършва етническо прочистване и геноцид в кюрдските територии, там, където са кюрдите и в Сирия, и в Ирак. Това са точните думи и аз съм учуден от това, че в тази зала има колеги, които се правят, че не разбират и не знаят.

Същевременно Европейският съюз направи чисто политическо самоубийство, подавайки се на рекета на Ердоган, като му обеща милиарди, за да продължи да води тези бойни действия. Твърдя, че това е самоубийство и твърдя, че поведението на правителството в Анкара по отношение на кюрдите е геноцид, етническо прочистване, и то трябва да бъде прекратено, както и преговорите с тази държава, която няма никакво място в Европейския съюз, защото не е европейска и защото продължава да прави такива неща.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η Τουρκία φλερτάρει με τον αυταρχισμό. Ο Erdoğan χτίζει, με την ανοχή της Ευρώπης, την σύγχρονη Τουρκική Αυτοκρατορία του πάνω σε πτώματα Κούρδων αμάχων και στη δυστυχία εκατομμυρίων προσφύγων, πάνω στα συντρίμια της Δημοκρατίας, του κράτους δικαίου και των θεμελιωδών δικαιωμάτων, πάνω στην ανυπαρξία ελευθερίας έκφρασης, ανεξαρτησίας της Δικαιοσύνης και ελευθερίας του τύπου, με μαζικές εκκαθαρίσεις στη δημόσια διοίκηση και με συλλήψεις και κατηγορίες για εθνική προδοσία αντιφρονούντων ακαδημαϊκών και Κούρδων πολιτών και πολιτικών.

Οι απαγορεύσεις κυκλοφορίας, η στρατιωτική και αστυνομική βία, δημιουργούν πόλεις φαντάσματα με εκατοντάδες χιλιάδες εκτοπισμένους. Η Τουρκία αδιαφορεί και για το σχέδιο δράσης που συμφωνήσατε στο προσφυγικό και για τους διακινητές. Στους 31 χιλιάδες υπολογίζονται οι πρόσφυγες που πέρασαν το Αιγαίο αυτό τον μήνα με 8 και 9 μποφόρ. Ποιος λοιπόν σε αυτή την αίθουσα μπορεί να υποστηρίξει ότι η κατάσταση αυτή παραπέμπει σε ασφαλή χώρα;

Από αυτό το βήμα κύριοι συνάδελφοι καλώ την Ύπατη Εκπρόσωπο να αναλάβει άμεσα πρωτοβουλίες, ώστε να επιστρέψουν οι δύο πλευρές στο τραπέζι των διαπραγματεύσεων και να σταματήσει ο αέναος κύκλος της κλιμάκωσης της βίας.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señora Presidenta, todos sabemos que lo que está sucediendo en las provincias kurdas no puede explicarse -como pretende el Gobierno- simplemente en términos de lucha contra el terrorismo. Académicos silenciados, alcaldes detenidos, edificios destruidos, barrios ocupados, más de ciento cincuenta civiles muertos. La única explicación radica en la actuación de las fuerzas de seguridad contra la población civil de pueblos y ciudades, como nos acaban de explicar los alcaldes de Mardin, de Diyarbakir y de Van. Hay demasiada distancia entre la explicación del Gobierno y las informaciones que nos llegan de Human Rights Watch o de Amnistía Internacional, que ilustran dramáticamente lo que realmente sucede.

La Unión Europea no puede mirar para otro lado en nombre de una supuesta mayor exigencia del acuerdo con Turquía en el terreno de los refugiados. Tampoco podemos limitarnos a pedir el alto el fuego desde aquí o a condenar lo evidente. Yo le pido, señor Comisario, le exijo —debería decir— que las instituciones europeas intervengan inmediatamente. No basta con delegaciones técnicas del Parlamento, como las que se desplazarán a Ankara en pocas semanas y de las que yo mismo formaré parte. Hay que designar ya a un enviado especial para la zona, con plenos poderes para reunirse con todas las partes, para abrir el camino a un auténtico alto el fuego.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, quanto costa e con che moneta si paga il prezzo per aver evitato il collasso dell'accoglienza europea? Collasso di un'accoglienza inadeguata davanti alla crisi migratoria. Si paga in euro, in sangue e in dignità: i tre miliardi di euro li pagano i contribuenti europei, con la speranza che non vengano utilizzati per altri scopi se non quello di soccorrere i rifugiati. Il sangue lo versano in grandi quantità i curdi turchi, discriminati e vessati in ogni modo, che in quanto cittadini di un importante Stato NATO sono curdi scomodi, diversamente dai loro cugini siriani e iracheni.

La dignità la perdono le istituzioni europee, quando rilanciano negoziati e rapporti con un governo – e non parlo del popolo ma del governo – che calpesta libertà di espressione e di associazione, che utilizza censura e intimidazione e che perpetra un vero e proprio attacco razziale nei confronti della minoranza curda. Parole delle Nazioni Unite, non mie. Ormai arrestano anche giornalisti e professori universitari. A me non sembrano misure né proporzionate, né adeguate e né giustificabili. Quanto lungo le tollereremo? Quanto a...

(il Presidente interrompe l'oratore)

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η κατάσταση στη Νοτιοανατολική Τουρκία καλύπτεται από ένα πέπλο μυστικότητας και σιωπής. Δυστυχώς και αυτό οφείλεται στην ανοχή της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τα δυτικά μέσα ενημέρωσης αναπαράγουν μόνο ειδήσεις που αφορούν σε απώλειες των τουρκικών δυνάμεων ασφαλείας, αποκρύπτοντας επιμελώς στις αναφορές τους τα εγκλήματα κατά της ανθρωπότητας που διαπράττει το καθεστώς του αιμοσταγούς Erdoğan.

Η γεωγραφική θέση των μαχόμενων – για το δικαίωμα στη ζωή και ευημερία – Κούρδων αποτελεί δίοδο και γέφυρα για τις παράνομες πράξεις και δολοφονίες μεταξύ της Τουρκίας και των Τζιχαντιστών του Ισλαμικού κράτους. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να σχεδιάσει πολύ προσεκτικά τις γεωστρατηγικές και γεωπολιτικές της κινήσεις σε μια σκακιέρα με χαρακτηριστικά μια τεράστια σύγκρουση συμφερόντων και μια ογκωδέστατη συγκέντρωση αντιμαχόμενων παρατάξεων. Το χάος που επικρατεί μεταξύ των Κούρδων της Τουρκίας, Συρίας και Ιράκ, του Daesh, των Ουαχαμπιτικών ομάδων, των Σιιτών, Σουνιτών και Χριστιανών, με τη φανερή ή μυστική ανάμειξη των ξένων δυνάμεων, θα οδηγήσει μοιραία σε μια σύρραξη με παγκόσμιες διαστάσεις.

Csaba Sógor (PPE). – Ha a mai dél-kelet-törökországi állapotokat tekintjük, akkor azt látjuk, hogy a török állam a teljes kurd mozgalomra megpróbálja kiterjeszteni a terrorizmus vádját, a média pedig minden rendelkezésre álló eszközzel a kurdok befekettítésére törekszik a közvélemény szemében. Az erőszakcselekmények mindennaposak, a kurdok számára pedig minden egyes nappal távolabb kerül a néhány hónapja már elérhető közelségbe került béke megállapodás. A török társadalom egy része is támogatná a békétárgyalásokat, sőt a török parlament, kormánypárt és ellenzék képviselői között is akadnak támogatók, mint ahogy azt a nemzetközi válságcsoport is szorgalmazza. Azt gondolom, hogy az Uniónak erőteljesebben fel kell lépnie a kurd-török tárgyalások felújítása érdekében.

Még akkor is, ha egyes vélemények szerint Törökország migrációs válságban nyújtott segítségének az az ára, hogy a kurd kérdést a saját módszereikkel rendezhetik el. Ne feledjük, egy olyan országról beszélünk, amely csatlakozási tárgyalásokat folytat az Európai Unióval. Nem lehet tehát közömbös számunkra, hogy milyen súlyos jogsértések történnek a területen.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, δεν νομίζετε ότι πρέπει να σταματήσουμε να κλείνουμε τα μάτια μπροστά στην πραγματικότητα και να γίνουμε πιο ειλικρινείς μεταξύ μας σε σχέση με την Τουρκία; Άραγε επειδή γίνονται εκλογές στην Τουρκία έγινε αυτή και δημοκρατική χώρα; Αυτή είναι η χώρα που συνεχίζει να κατέχει το 38% της Κύπρου, να διώκει τους αντιφρονούντες, να φυλακίζει δημοσιογράφους, να συνεργάζεται με το ISIS και να στέλνει πρόσφυγες στην Ελλάδα και κατ'επέκταση στην Ευρώπη.

Αυτή τη στιγμή που μιλούμε, πραγματοποιεί γενοκτονία σε βάρος του κουρδικού λαού και όχι σε βάρος του PKK. Αυτήν την Τουρκία θέλετε για εταίρο; Μπορείτε, λόγω του προσφυγικού, να κλείνετε τα μάτια σε εγκλήματα κατά της ανθρωπότητας; Ένας είναι ο δρόμος: πραγματικός εκδημοκρατισμός της Τουρκίας. Για να γίνει αυτό, πρέπει να ακολουθήσει η Ευρώπη τον κατάλληλο «οδικό χάρτη», χωρίς εκπτώσεις για εξυπηρέτηση οποιοδήποτε άλλων συμφερόντων.

(End of catch-the-eye procedure)

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Danke für diese Diskussion, die auch sehr wichtig ist für die Verfestigung unserer Meinungsbildung. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die Vizepräsidentin, Kommissionsmitglied Stylianidis und meine Wenigkeit am Montag in Ankara Gespräche führen werden, *high level political dialogue*. Seien Sie versichert, dass wir dieses Thema dort ganz intensiv ansprechen werden.

Auch wenn heute öfter über die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen gesprochen wurde, sind wir hier ja noch in einem sehr frühen Stadium, was etwa die Kapitel 23 und 24 anbelangt, aber wir sind in der Vorbereitungsphase. Jeder, der sich mit dieser Materie einigermaßen beschäftigt, weiß ganz klar, dass in der Vorbereitung, aber insbesondere in der tatsächlichen Durchführung dieser Beitrittsverhandlungen der größte Hebel besteht, auf Dinge Einfluss zu nehmen.

Dann gibt es eben den Lackmustest auch für die türkische Regierung, zu zeigen, wie ernst sie es meint mit rechtsstaatlichen Überzeugungen entsprechend internationalen europäischen Standards. Das ist dann zu prüfen und auszutesten. Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist nur möglich, wenn man unseren Überzeugungen, Prinzipien und rechtlichen Strukturen folgt. Verhandlungen in diesem Bereich sind nicht Verhandlungen, sich einander anzunähern, sondern hier geht es darum, sozusagen den europäischen Werte- und Rechtsbestand zu übernehmen. Das ist der Gegenstand der Verhandlungen, das können die Verhandlungen leisten. Insofern haben wir in dieser Phase sicherlich den stärksten Hebel. Wir sollten das ausprobieren. Ich glaube, in dieser Richtung sind wir alternativlos, wenn wir etwa der kurdischen Bevölkerung in der Türkei helfen wollen.

In diesem Sinne freue ich mich auch, dass einige türkische Bürgermeister hier sind, die mit vielen von uns heute Gespräche geführt haben, auch die Möglichkeit genutzt haben, uns entsprechend Informationen aus erster Hand zu geben. Auch das ist ganz wichtig, um hier eine entsprechende Meinungsbildung zu haben.

Jedenfalls vielen Dank für die Diskussion. Und danke auch, dass Sie dieses Thema auf der internationalen Agenda halten.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Alyn Smith (Verts/ALE), in writing. – Turkey is a potential EU member, a member of the Euro-Mediterranean partnership and an important trade partner of the EU. More recently, Turkey has undertaken to play a key role in supporting the EU's efforts to manage the refugee crisis and received EUR 3 billion aid package. The EU has very close ties with Turkey, but our cooperation and friendship shouldn't stop us from openly criticising our partners when such criticism is due. Turkey has launched a high-risk offensive against the PKK. The scale of the military operations being carried out in towns and cities by police and military units is truly shocking. In southeast Turkey, civilians have been killed and several towns have been put under curfew for weeks on end. I've met with Ms Figen Yüsekdağ, co-chair of the HDP, and I was deeply concerned with her account of the events in Turkey, including violent crackdowns on protests and rapidly shrinking space for political opposition. As Turkey's partner, the EU must support the peace process and call on both parties of the conflict to agree on an immediate ceasefire, end and denounce all violent acts and start negotiating in good faith for the end of hostilities.

14. Assoziierungsabkommen sowie vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the statement by the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on the Association Agreements/Deep and Comprehensive Free Trade Agreements with Georgia, Moldova and Ukraine.

Johannes Hahn, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, I am grateful, on behalf of the High Representative, for this opportunity to take stock of where we are concerning the Association Agreement and the implementation, as approved a year ago in this House, with Ukraine, Georgia, and Moldova.

For Ukraine, the DCFTA can bring significant economic benefits. Ukrainian businesses will now receive stable and predictable preferential access to the largest market in the world, with 500 million customers, and EU enterprises will be able to benefit from easier access to the Ukrainian market, so we must help Ukraine develop the right conditions to encourage new business and investment relationships. Over 20 meetings were held in trilateral format to address alleged Russian concerns about the DCFTA implementation. Now Ukraine faces a number of measures imposed by Russia impeding trade and transit and will need our support here too.

In 2016 we will be stepping up our efforts to support Ukraine with more coordination with EU Member States and greater visibility for our work. Particularly on the implementation of the DCFTA, we will build on current support programmes to improve the business climate, provide support to small and medium-sized enterprises, and help Ukraine find new markets. Ukraine needs to show it is open for business by aligning with EU standards in key sectors and taking decisive action on the rule of law. The Support Group for Ukraine is playing a key role with the Commission in all these areas.

Despite very challenging circumstances, the Ukrainian Government has made progress in implementing the Association Agreement. The National Anti-Corruption Bureau and the new national police force have started to work. The selection process for an anti-corruption prosecutor has been completed. The government has also adopted a law on the natural gas market, which aims at bringing the gas sector of Ukraine into line with the EU Third Energy Package.

These developments were welcomed at the second Association Council in Brussels which was held on 7 December, but we should not underestimate the challenges ahead. The fight against corruption, reform of the judiciary and the public administration, as well as amendments to the constitution, particularly the second reading on decentralisation, will require courage and political will.

Shortly before Christmas, we published our final report on Ukraine's implementation of the visa liberalisation action plan which concluded that, since the necessary process has been made and the number of additional commitments undertaken by the Ukrainian leadership, a positive recommendation for visa-free travel could be made. We aim to present a legislative proposal to pave the way for visa liberalisation with Ukraine soon.

Turning to Moldova, the country has made great strides in concluding and implementing the Association Agreement and DCFTA with the European Union. Since 1 January the region of Transnistria also has the possibility to trade preferentially under the DCFTA, making an important contribution to our conflict resolutions, but recent Moldovan governments have not implemented important reforms. We are currently witnessing a highly unstable political situation, which is also an obstacle to the effective implementation of the Association Agreement and making full use of opportunities.

The country is in great need of stable leadership, with the determination and energy required to address a number of problematic issues, including high-level corruption. This is necessary before Moldova can proceed with other key reforms, in particular in the justice, financial and media sectors and the reform of the public administration. I have just received information that there was a positive vote on the new government and I hope this is now a stable one. I think we should support any government that is ready to undertake the necessary reforms, and it is also important to provide the necessary substantial support in terms of staff, human resources, but also, if needed, and this is definitely the case, in terms of money, provided that there is a positive assessment by the IMF.

Finally, as regards Georgia, impressive efforts have been made to implement the Association Agreement and the results are already visible, with strong growth in foreign direct investment. Other indicators also show promising signs. The visa liberalisation action plan has proven to be an effective tool for promoting a range of reforms, but Georgia has gone beyond the action plan benchmarks and taken further steps to reform the judiciary as well as the Prosecutor's Office. In this regard, we also closely monitor the authorities to ensure that there is no unlawful conduct targeting the constitutional court and its personnel. The result was our positive report last December and with Georgia, too, we will press ahead now with legislation to achieve full visa liberation as soon as possible.

In summary, we can be happy that we have already come so far with our three Association Agreement partners, but we still have a long way to go and no room at all for complacency. I look forward to hearing the honourable Members' views during this debate today.

Andrej Plenković, u ime kluba PPE. – Gospođa potpredsjednice, u svojih minutu i 30 malo ću se više osvrnuti na situaciju u Ukrajini, a moje kolege Gahler i Štetina će više govoriti o Moldovi i Gruziji. Pogotovo danas o Moldovi gdje je bilo glasovanje o povjerenju, ali čujem i određene proteste koji se trenutačno zbivaju u moldavskom parlamentu.

Današnja tema „Sporazum o pridruživanju” izuzetno je pertinentna i dolazi u dobro vrijeme. Stupanje na snagu Sporazuma o slobodnoj trgovini između Ukrajine i EU-a doživjelo je dugotrajne pregovore, ali isto tako nedovoljna uvjerenja Rusije da će ovaj ugovor imati određene negativne posljedice za nju. Nažalost, vidjeli smo protumjere koje je Rusija poduzela i koje štete trgovini. Mislim da bi EU trebala pomoći Ukrajini u ovoj situaciji.

Također, očekujem od Komisije vrlo skoro konkretan zakonodavni prijedlog koji će se odnositi na daljnju liberalizaciju viznog režima, kada je riječ o ukrajinskim državljanima, jer upravo to 2 godine nakon Majdana naši ukrajinski prijatelji očekuju.

Treće je da trebamo nastaviti s potporom sigurnosti u provedbi sporazuma iz Minska, decentralizaciji i snažnoj provedbi svih obaveza i sporazuma o pridruživanju gdje mi kao parlamentarni odbor za pridruživanje od strane Parlamenta dajemo snažnu podršku i Vijeću i Komisiji u tom procesu.

Posljednje, želimo da se predstojeći referendum u Nizozemskoj u travnju odvije na način da se omogući pozitivan rezultat i stupanje Sporazuma o pridruživanju na snagu.

Knut Fleckenstein, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen, dass seit dem 1. Januar dieses Jahres de facto alle drei Staaten an Bord sind.

Mit dem Assoziierungsabkommen bietet die EU ihren östlichen Nachbarn ein umfassendes Angebot der politischen Kooperation und der wirtschaftlichen Integration – auch ohne EU-Mitgliedschaft. Damit unsere EU-Nachbarn von diesem Kooperationsangebot auch voll und ganz profitieren können, müssen sie jedoch weitreichendere Reformen in Wirtschaft und Handel sowie bei der Angleichung der Rechtsvorschriften umsetzen. Je mehr Reformen umgesetzt werden, umso größer wird der Nutzen sein, den diese Länder davon haben.

Ich freue mich, dass es heute gelungen ist, in der Republik Moldau eine neue Regierung zu wählen. Ich wünsche dem neuen Ministerpräsidenten und seiner Mannschaft viel Erfolg. Wir erwarten auch viel von ihnen, denn Worte sind genug gesprochen – wir müssen konkrete Taten sehen.

Ich freue mich darüber, dass es in Georgien große Fortschritte gibt, auch wenn wir darauf achten werden, dass beispielsweise in der Medienpolitik Entscheidungen sehr viel transparenter als bisher vorgenommen und begründet werden. Ich freue mich über die Fortschritte in der Ukraine, von denen Herr Kommissar Hahn gesprochen hat. Aber auch da gilt: Das hohe Maß an Korruption muss weiter bekämpft werden.

Es ist wichtig für uns, auch in Bezug auf Minsk, dass die Verfassungsänderung in den nächsten Tagen weitergeht, weil wir alle wissen, wenn das nicht geschieht, muss alles wieder von vorne anfangen, und das wäre wirklich zum Schaden des Landes.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ asszony*Alelnök*

Barbara Spinelli (GUE/NGL), *Domanda «cartellino blu»*. – Vorrei chiedere al collega se è al corrente, visto che ha parlato del nuovo governo in Moldavia, del fatto che il nuovo governo fa capo a un partito, il partito democratico, legato a uno dei più potenti e più corrotti oligarchi del paese, che si presenta con l'etichetta europea, ma resta quell'oligarca legato alle mafie che è.

Knut Fleckenstein (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Spinelli! Es tut mir leid. Ich habe auch von diesen Gerüchten gehört, und ich weiß auch, dass es dort Probleme zu lösen gibt. Aber die 57 Abgeordneten des Parlaments, die einen neuen Ministerpräsidenten gewählt haben, sind alle frei gewählte Abgeordnete, und die werden hoffentlich schon eine richtige Entscheidung getroffen haben.

Anna Elżbieta Fotyga, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! W tym roku minie dwadzieścia pięć lat od rozwiązania Związku Sowieckiego. Pomimo tak długiego czasu wpływy Moskwy są ciągle czynnikiem destabilizującym w regionie. W stosunku do takich jak Gruzja, Ukraina, Mołdawia w ciągu ostatnich lat nasiliły się, utrudniając procesy reform. W stosunku do bliskiego sąsiada mojego kraju – Ukrainy – jest to już otwarta agresja z aneksją części terytorium. Wspieramy wysiłki reformatorskie we wszystkich trzech krajach. Zależy nam, żeby jak najszybciej wdrożone zostały ułatwienia wizowe. Polska ma dobre doświadczenia z migracją ze Wschodu, zwłaszcza z tych państw. Mamy setki tysięcy Ukraińców w Polsce, to jest migracja przede wszystkim zarobkowa i – nie bójmy się tego – stanowi pozytywny czynnik.

Bardzo popieramy wspólną rezolucję w tej sprawie. Liczymy na to, że zostanie przyjęta przez Parlament Europejski w jutrzejszym głosowaniu.

Johannes Cornelis van Baalen, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the European Union needs stable neighbours, but also a democratic Russia would need stable neighbours. The Russians do of course the opposite: they destabilise. It is in the interests of all that we talk with the three countries we mentioned to help them, to assist them, and the agreements we speak about are vital in this respect.

A stable economy, economic growth, the re-establishment of the rule of law, the fight against corruption – and we should, of course, financially support them, and we do, but every euro spent should be accounted for. This would mean that in a few years' time these countries will be able to export stability and not only consume stability. I have visited the three countries also on a party-to-party basis and I am positive about the results we are seeing there. Much must be done, can be done and should be done.

I think that my colleagues in this Parliament who have worked together with the parties in Moldova to form a new government, have done a great deal. We should thank them for that, and all the Association Agreements should be ratified, including the Association Agreement with Ukraine.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Úr! Ön említette, hogy Oroszország destabilizáló hatással van az ukrajnai és ez által európai folyamatokra. Kérdezem Öntől, hogy Önnek mi a véleménye azokról az – egyébként szintén szintén destabilizáló – szándékokról, amelyek pl. az ezeket a társulási megállapodásokat semmissé tevő népszavazásokban nyilvánulnak meg?

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), *blue-card answer*. – The people who know my position in Dutch politics know that I do not think that referenda are the right way to make decisions, because normally in a referendum it is not about the issue, it is about whether you like the government or not. The Dutch Government should look at the results of the referendum, and it has its own responsibility. I hope that the government will take its own responsibility. Of course, in the meantime we will fight for the fact that we want to convince our citizens to vote 'yes'.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tim Aker (EFDD), *blue-card question*. – You talk about wanting a democratic Russia, which is very honourable, but surely this Union should get its own house in order. How can we lecture the Russians when this Union ignored the constitution votes in France and the Netherlands and ignored the Lisbon Treaty votes in Ireland? Surely this place should get its own house in order before lecturing anyone else.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), *blue-card answer*. – There are No Dutch soldiers on foreign soil in the European Union, not in your country or other countries. So it is Russia which has to explain and has to account for what it did and does, and a democratic Russia – we hope that the country becomes democratic – that is good for Russia and for the Russians. That is an ideal, but they have to do it themselves, there I agree with you, but we may help them.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich glaube, wir müssen noch einmal gründlich nachdenken.

Die EU-Kommission hat mit Rückendeckung des Rates Freihandels- und Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Moldawien und Georgien durchgesetzt, die in der gesamten Region wirtschaftlichen Niedergang hervorgerufen haben. Die Abkommen haben in kürzester Zeit die gewachsenen Produktions- und Handelsnetze in der Region zerstört. Die EU ist nicht in der Lage, die Verluste auszugleichen. Die soziale Not wird täglich schlimmer, die Korruption zerfrisst die Gesellschaften.

Warum lassen Sie die Dinge so eskalieren? In der Ukraine starben bereits mehr als 9 000 Menschen in einem vermeidbaren Krieg. Moldawiens bis heute agierende Regierung sperrt inzwischen die Stimmen der Opposition in Verliese und auch in Georgien verschlechtert sich die Gesamtsituation.

Die GUE/NGL-Fraktion bleibt dabei: Dringend notwendig ist eine Neubewertung und —ausrichtung der Nachbarschaftspolitik nach Osten und der Beziehungen zur Russischen Föderation, also auch mit den Nachbarn der Nachbarn. Dazu muss ein Ende des Konfrontationskurses der EU gegenüber Russland und der Eurasischen Union gehören, sowie die Bereitschaft gemeinsam – und zwar mit allen 28 EU-Mitgliedstaaten und den Nachbarschaftsländern – zum Aufbau eines gemeinsamen Raums des Friedens und des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts zu kommen.

Das ist es, was in der gegenwärtigen zugespitzten internationalen Situation, angesichts der Notwendigkeit, auch umfassend Fluchtursachen zu beseitigen, erforderlich ist, wonach sich die Menschen angesichts der realen Verhältnisse in ihren Ländern sehnen. Am 6. April wird die Bevölkerung der Niederlande darüber abstimmen. Und meine Frage an sie ist, ob sie das Abkommen mit der Ukraine für richtig hält. Werden Sie das Ergebnis respektieren?

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonaşului albastru“* – Stimate coleg, am reţinut în expunerea dumneavoastră următoarea frază: „Comisia a impus acordul de liber schimb cu ţările pe care le analizăm astăzi”. În primul rând, explicaţi cuvintele „Comisia a impus”, pentru că suntem într-un parlament democratic şi aici nimic nu se impune - se discută, se votează - şi cum aţi vedea, dacă nu ar fi acordul de liber schimb, vecinătatea noastră cu ţările de care vorbim?

Helmut Scholz (GUE/NGL), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Der Verhandlungsprozess und der Abschluss dieses Abkommens sind über einen langen Zeitraum erfolgt, natürlich auch mit allen politischen Eliten und Verantwortungsträgern in diesen Ländern, auch mit der Ukraine. Ich war selber anwesend, als im Europäischen Parlament das Freihandelsabkommen parafiert wurde. Trotzdem: Was ich damit aussagen wollte, ist, dass wir viel gründlicher über die historisch gewachsenen ökonomischen Beziehungen hätten nachdenken müssen und von vornherein hätten in Rechnung stellen müssen, dass diese Abkommen die heutige Realität beeinflussen.

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Heidi Hautala, *on behalf of the Vets/ALE Group*. – Madam President, the association agreements are very powerful tools to ensure that these three countries go through the necessary reforms that will result in the rule of law, democracy and respect of fundamental freedoms and human rights, and we have already seen that all three are struggling to go through those processes. It is not very easy, and we have to give them all the support we can. That is why I believe we have to show them that parliamentary oversight of these processes is important. We can also show them how the best practices of our EU Member States have given Parliament a real say on EU integration processes and the transposition of EU legislation. That is what we are trying to do in the European Parliament right now. We can, perhaps, conclude that this parliamentary support has so far been the strongest in Ukraine, and perhaps we can learn from that and adopt the same kind of means and procedures for Moldova and Georgia.

I believe that to go through the necessary reforms of the justice sector, media freedoms, etc., is the best guarantor of independence and sovereignty for these countries, and we all know that Russia casts a very long shadow over all three. We also need to make sure that there is a full monitoring of the reforms, that they are not just for show, and there I believe that the EU could do even better.

Concerning the forthcoming referendum in the Netherlands, we should take note of it. We should hope that the Dutch people are fully aware that this is about Ukraine's place in the geopolitical landscape – whether it will have the right to join Europe as it wishes, or whether it will be left at the mercy of Russia.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – I notice in your speech you speak about respecting independence and sovereignty of the countries we are discussing, but then you talk about association with the European Union, which even its fondest supporters say is about pooling independence and sovereignty, and those of us who dislike it say it is about giving it up altogether. So there is a complete contradiction there in what you are suggesting. Are you saying that I should jump out of the frying pan of the Russian control into the fire of the EU?

Heidi Hautala (Verts/ALE), blue-card answer. – Thank you very much for this interesting question. I really believe that the independence today means that we can also pool our forces across national borders, but we are doing it in a voluntary way in the European Union. I think it is absolutely incorrect that you make this comparison between what used to be the Soviet Union and what is the European Union today.

Tiziana Beghin, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Ucraina, Georgia, Moldova: quanti sforzi sta facendo l'Europa per alimentare una contrapposizione con la Russia che non va da nessuna parte? Non bastavano i miliardi di euro che l'Unione ha già versato come assistenza all'Ucraina, il primo gennaio scorso è entrato anche in vigore l'accordo di libero scambio, mentre quello di associazione è già in vigore da più di un anno.

Ma cosa è cambiato in Ucraina dall'inizio dei negoziati? C'è stata una riforma dello Stato? C'è stata una vera lotta alla corruzione? Anch'io sono stata in Ucraina con i colleghi della commissione INTA qualche mese fa e nessuno ha saputo spiegarmi perché, nel paese per eccellenza degli oligarchi, non sia presente una legge credibile sul conflitto d'interesse. Forse l'Ucraina sta seguendo l'esempio italiano?

Ma soprattutto c'è un grande assente in tutto questo: la Russia. In una qualunque strategia destinata ai paesi ex sovietici non si può ignorare la stretta collaborazione che dovremmo avere per permettere un vero e continuo sviluppo economico dell'area. Perché allora la Commissione e, soprattutto il Consiglio, continuano a isolarla e isolarci? Perché si continua ad andare allo scontro diretto, usando Georgia, Moldova e Ucraina, quando abbiamo capito che quest'approccio non porta a nulla?

Quello che davvero mi stupisce è che per anni non abbiamo avuto la minima considerazione per questi paesi e adesso invece scopriamo che sono i nostri vicini più cari e che hanno bisogno di noi. Smettiamola di giocare ai buoni samaritani e ammettiamo che quello che si sta cercando di fare è creare una zona cuscinetto per isolare la Russia. E l'unico modo per fare questo, visto che l'Unione non possiede una politica estera, sono gli accordi di associazione, di partenariato e di libero scambio. Vi sembra familiare? Si chiama guerra fredda!

Laurențiu Rebega, în numele grupului ENF. – Doamnă președintă, da, știm cu toții, avem nevoie de întărirea parteneriatului de Est, având în vedere contextul geopolitic actual, dimensiunea bilaterală nemaifiind suficientă. Trebuie, așadar, să depuneți un efort mai susținut pentru susținerea Georgiei, Moldovei și Ucrainei.

Toți știm că aceste state se confruntă cu mari probleme în ceea ce privește statul de drept. Uniunea Europeană nu trebuie să se implice în procesul lor intern, dar trebuie să le dea un imbold suplimentar în procesul de implementare a ideii europene. Am făcut-o până acum greșit.

Moldova este unul dintre cele trei state care, în momentul de față, se confruntă cu o conjunctură politică dificilă și o instabilitate financiară devenită deja perpetuă. Este foarte importantă depășirea acestui moment și revenirea într-o etapă de stabilitate, care să permită menținerea și avansarea parcursului Moldovei. Este esențială reconfirmarea interesului și sprijinului Uniunii pentru Moldova, care rămâne și unul din partenerii-cheie pentru păstrarea echilibrului în această zonă.

Ce faceți pentru acestea? Uniunea Europeană trebuie să-și păstreze angajamentul față de Moldova și să se asigure că aceasta rămâne într-o zonă de stabilitate, altfel nu putem aștepta sau cere reforme. Ce ați făcut până acum? Moldovenii au înregistrat deja progrese importante în ceea ce privește anti-discriminarea, justiția și libera circulație și trebuie subliniat că în implementările acordurilor de liber schimb, Moldova se situează pe un loc fruntaș în creșterea comerțului cu Uniunea Europeană, potrivit datelor furnizate de Eurostat. Georgia, care a beneficiat de un supliment economic datorită unei mai bune implementări a reformelor, a înregistrat aproape o jumătate din procente moldovenilor; îi criticăm în continuare pe moldoveni.

De aceea, în prim planul preocupărilor guvernului de la Chișinău trebuie să fie reșezarea implementării acordurilor de liber schimb și, în continuare, menținerea unei situații stabile, care să permită construirea unui sistem de reforme solide și durabile, atât la nivel instituțional, economic, cât și politic. Așadar, din partea Chișinăului ne așteptăm la un angajament politic reînnoit pentru reformele agreeate cu Uniunea Europeană pe baza Agendei de Asociere, dar și din partea Europei de o susținere adevărată.

Reformele și consolidarea stabilității Moldovei sunt procese interdependente, care se completează și se întăresc reciproc. Eforturile depuse în procesele de tranziție ale Moldovei și ale celorlalte două țări trebuie ghidate, rolul Europei fiind acela de educator.

(Președinta a întrerupt vorbitorul)

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin! Die Bildung einer neuen Regierung in Moldova ist zu begrüßen. Sie muss umgehend an die Arbeit gehen. Sie muss sich als eine tatkräftige Regierung erweisen, denn es steht schlecht um die Demokratie in der Republik Moldau. Das Modernisierungsprogramm und die Reformen müssen dringend wieder aufgenommen werden, die Annäherung an die EU muss weitergehen. Das Land braucht zum Beispiel einen unabhängigen Generalstaatsanwalt, das Land braucht wirksame Korruptionsbekämpfung. Die Bürger der Republik Moldau wollen eine Aufklärung der Verbrechen im Bankensektor, sie wollen eine Stabilisierung des Staates und der Wirtschaft.

Die EU ist bereit, dabei zu helfen. Aber ohne ausreichende eigene Anstrengungen der moldauischen Eliten wird es keine Verbesserung geben. Wir erwarten die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten, wir erwarten Rechtsstaatlichkeit, wir erwarten Pluralismus in der Demokratie, das heißt, auch im Medienbereich, wir erwarten entschlossene und erfolgreiche Reformarbeit. All diese Erwartungen haben auch die Bürger von Moldau. Das Land hat deshalb keine Zeit zu verlieren. Die Europäische Union muss mit der moldauischen Administration detaillierte Reformschritte und einen Zeitplan festlegen. EU-Fachleute müssen diese Marschroute in den Ministerien durchsetzen, damit unsere Hilfe erfolgreich sein kann. Die Bürger von Moldau wollen nämlich bessere Lebensumstände. Das Land darf nicht noch mehr Bürger verlieren, die ihr Glück im Ausland suchen. Wir wollen Moldau auch nicht als EU-Partner verlieren.

Victor Boștinăru (S&D). – Doamnă președintă, în acest moment în care dezbatem, Parlamentul Republicii Moldova, după cum ați aflat, a investit noul guvern, Pavel Filip. Acest vot vine după o lungă perioadă de severă instabilitate politică și de neimplementare a angajamentelor asumate atât față de Uniune, cât și față de cetățenii Republicii Moldova. Lunile acestea pierdute au dus la pierderea unei părți din încrederea cetățenilor în instituțiile democratice și în partidele politice din Moldova. Iată de ce este atât de important ca rolul și performanța acestui guvern, odată instalat, să se vadă prin restabilirea situației economice și sociale, precum și prin implementarea fără ezitare a reformelor asumate. Instalarea noului guvern reprezintă în același timp un semn pozitiv pentru stabilitatea atât de necesară Republicii Moldova, dar, mai ales, este imperativ efortul de creștere și de câștigare a încrederii cetățenilor acestei țări.

Domnule comisar, înainte de a încheia, vă spun că, la Chișinău, astăzi au venit doi reprezentanți ai forțelor ostile democrației și stabilității, cu zborul unui avion de la Moscova și că forțe ostile democrației au încercat să pătrundă în Parlamentul Republicii Moldova pentru a-l bloca și a-i bloca activitatea și aștept din partea Comisiei Europene o reacție la această încercare de destabilizare.

Sajjad Karim (ECR). – Madam President, may I firstly welcome the commitment shown by Georgia, Moldova and Ukraine to their association agreements and the DCFTAs with the European Union. As a co-Chair of the EU-Georgia Parliamentary Association Committee, I would like to particularly highlight the added value of the Association Agreement and the DCFTA to Georgia's reform processes. Already we are seeing the early results of these agreements, with Georgia having a good pace of approximation of Georgian legislation to EU standards. The latest trade statistics show that EU imports from Georgia have risen by 15% despite negative economic trends in the region. I would also like to congratulate Georgia on the progress made in all areas covered by the visa liberalisation action plan, as confirmed by the Commission in December; with Georgia on its own merits now meeting all the requirements for visa-free travel, we therefore swiftly expect as co-legislators that the European Commission will submit to us the legislative proposal needed so that we can demonstrate our commitment to Georgia.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Madam President, how could it be that the association agreements, which aim to promote peace, stability and prosperity, can be against someone's interests? Those who sit in the Kremlin say exactly this: it is against Russia. Why is this so? For one basic reason: the rule of law and democracy next door is so much in contrast to what is happening in Russia today. The choice for Georgia, Moldova and Ukraine is this: either Europeanisation or being embraced by 'Russkiy Mir'.

In this context, I wish to stress the following. I call on the Georgian Government to cherish freedom of the media and fully respect the independence of the constitutional and other courts. I urge the new Moldovan Government, appointed just two hours ago, not to waste time in tackling reforms that are so long-awaited, and I remind the Ukrainian Government of the ideals of the Maidan and I call on them finally to start cutting the heads of the beast named corruption.

Jiří Maštálka (GUE/NGL). – Paní předsedající, naše skupina vypracovala návrh usnesení k tomuto tématu, který jsem podpořil. V tomto návrhu jsme poukázali na významné nedostatky v politice Evropské unie ve vztahu k těmto třem zemím, o kterých dnes debatujeme. Asi nejzávažnější chybou je a debata to ukazuje, že Komise nebere přes dosavadní zkušenosti v úvahu historické vazby, které vznikly na tomto teritoriu, včetně vazeb na Rusko. Jak na Ukrajině, tak v Moldavsku, tak v Gruzii se přesvědčujeme, že reformy, které jsou nezbytné pro samotné přežití a ekonomický a sociální rozvoj těchto zemí, stabilní právní prostředí, nejsou ani při velkých investicích z Evropské unie naplňovány. Vzniká otázka, kdo rozkradl ty investice z těch elit, které tam byly a které jsme podporovali. Musíme si být vědomi, že naším rozhodnutím na sebe bereme odpovědnost za osud více než čtyřiceti milionů lidí. Bez Ruska bude tento projekt odsouzen k neúspěchu.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Ko je pred letom in pol v Ukrajini, ko so se izpeljale volitve, zmagala tako imenovana proevropska struja in takrat seveda se je razvilo veliko upanje, da bo tudi s pomočjo pridružitvenega sporazuma Moldavija lahko hitro stopala po poti pomembnih reform, ki seveda bo po eni strani dvignila zaupanje v politiko in po drugi strani poskrbela za večje blagostanje državljanov in državljanov Moldavije.

Potem seveda se je zgodilo kar nekaj žalostnih stvari v Moldaviji, vključno seveda z bančnimi zadevami, s finančnimi zadevami, s pravosodjem, tudi s svobodo medijev.

Zdaj nova vlada daje novo upanje, na nas pa je seveda, da Moldaviji pomagamo, kolikor se da, da čim prej resno stopi k reformam in s tem omogoči tudi realizacijo tako imenovanih pridružitvenih sporazumov in stopi korak naprej.

Mike Hookem (EFDD). – Madam President, during a recent trip to Ukraine I discovered that, despite two revolutions, the democracy people crave is still elusive and the old establishment still clings to power. This situation creates three major problems. Firstly, the greatest obstacle to democracy is corruption. This is endemic and seems to blight from what I saw and the people I spoke to, all levels of the political and judicial system. Secondly, there is the problem of political prisoners held as scapegoats for systemic failure. Finally, there are the Ukrainian people who continue to feel let down, disenfranchised and ignored by the political elite. But with rampant inflation, falling pensions, an average wage of only USD 200 a month and soaring energy prices eating into their salary, who can blame them?

It therefore beggars belief that, due to its obsessive, expansionist policies and empire-building, the EU continues to betray the ideas of the Maidan Revolution by propping up a corrupt and uncaring government with nearly EUR 2 billion in loans. The fact is, despite protestations to the contrary from officials desperate to expand the EU's influence ever further east – particularly in one of the most oil- and gas-rich territories in the world – what the people of the Ukraine crave is independent democracy. Instead, they have been offered the new form of dictatorship which the EU represents.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, mes chers collègues, dans notre politique d'élargissement, que cherchons-nous? Que voulons-nous? Voulons-nous la paix, cherchons-nous la paix ou voulons-nous la guerre? Je voudrais parler en tant qu'Alsacien, parce que nous sommes aujourd'hui à Strasbourg. L'Alsace, lorsqu'elle a été à l'origine de la Première et de la Deuxième Guerre mondiale, a été dans un camp contre un autre camp, au lieu d'être un pont. Lorsqu'elle l'a voulu, est-elle devenue le pont? Elle est devenue la capitale de l'Europe.

Dans notre politique d'élargissement, cherchons-nous une confrontation – c'est-à-dire à mettre dans un camp contre un autre camp – ou bien cherchons-nous à faire des ponts pour ces pays qui appartiennent à deux cultures, d'une part, à l'Occident et, d'autre part, à l'Orient, étant pris à la fois dans l'influence occidentale et dans celle – il faut le dire aussi – de la Russie, et même de l'Asie? Je vous suggère, et je vous implore, de faire de votre politique des ponts pour la paix.

Jaromír Štětina (PPE). – Paní předsedající, dámy a pánové, dnešní usnesení se týká vývoje ve třech zemích, s nimiž Evropská unie uzavřela asociační dohody, a to Ukrajiny, Moldavska a Gruzie. Dovoluji si připomenout, dámy a pánové, že tyto tři země mají ještě jeden společný jmenovatel. Části území všech těchto zemí jsou okupovány Ruskou federací.

Jako stínový zpravodaj asociační dohody s Gruzii velmi oceňuji úsilí této země při její implementaci, i když naše usnesení nepostrádá kritiku týkající se nebezpečí ohrožení svobody slova a selektivní justice. Zdůrazňujeme, že existence politické opozice je klíčová pro vyvážený a zralý politický systém, a vyzdvihujeme, že jakýkoliv akt násilí vůči členům kterékoli politické strany by měl být okamžitě a důkladně prošetřen. Pro mě osobně je nepřijatelné, že někteří členové opozice zůstávají nadále ve vězení. Je nutné zlepšit politické klima, odstranit konfrontaci a polarizaci a zajistit dialog napříč stranami v zájmu posilování demokracie a právního státu.

Rád bych upozornil i na to, že nový gruzínský ministerský předseda Giorgi Kvirikašvili vyzval k ukončení polarizace a zdůraznil, že jeho kabinet je otevřený spolupráci se všemi politickými skupinami v parlamentu. Není nejmenší pochybnosti o tom, že demokratická Gruzie patří do Evropské unie.

Richard Howitt (S&D). – Madam President, after the setbacks of the Riga Summit, tonight there are glimmers of hope that the prospects for the Eastern Partnership are being rekindled with the completion of the ratification of Georgia's Association Agreement by all 28 Member States last month and the free trade deal with Ukraine officially coming into effect at the start of the year. The Minsk agreement may have been questioned, but it has not been destroyed and, alongside the efforts the Commissioner referred to on Transnistria, we should welcome political developments in Moldova this very day, which look to have brought a political crisis to an end.

However, it is clear in Moldova, and in Ukraine in particular, that it is necessary for the EU to undertake deep engagement in order to strengthen Europe-facing movements in these countries. I do hope that the country which suffered most from the MH17 disaster will support political progress in Ukraine, which could help prevent such terrible events from happening again. On Georgia, selective justice and corruption are problems in all the countries of the neighbourhood, not one country. The EPP should not engage in selective politics, but support Georgia's aspirations too.

Finally, regarding our neighbours' neighbours, once again I place on record that my group supports the Commission's tentative work on studying possibilities for relations between the European Union and the Eurasian Union. And we support political dialogue with Moscow, but not to bargain over sovereign countries or to weaken our approach on sanctions. Socialists and Democrats do not deny or underestimate different perspectives, but we do want to make genuine attempts to bridge them.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președinte, în ultimele zile s-a dus pe față o bătălie pe viață și pe moarte pentru soarta Republicii Moldova. Rămâne Moldova cu oligarhii, cu mafia și cu rușii sau merge Moldova pe drumul european și pe drumul democrației? A fost instabilitate politică până astăzi, când s-a votat un nou guvern, dar haideți să fim onești și să spunem adevărul: a fost instabilitate politică pentru că guvernul a căzut în octombrie 2015, iar, la căderea acestui guvern, au pus umărul și din cei din Partidul Democrat din Republica Moldova, care fac partea din familia europeană socialistă, din Partidul Socialist European. Președintele acestui partid, domnul Lupu, chiar a venit aici la Strasbourg și a

cerut lumină și sfaturi de la colegii socialiști. Poate ne spun colegii socialiști ce l-au sfătuit să facă: să cadă guvernul, să negocieze ca să ia mai multă putere?

Avem un nou guvern acum, din care fac parte și comuniștii. Ceea ce cerem de la acest guvern este să respecte condițiile acordului de asociere, tocmai ca să dovedească că au intenții bune pentru Republica Moldova.

Javier Nart (ALDE). – Señora Presidenta, yo creo que tomamos nuestros deseos por realidades. Cuando estamos hablando de democracia en Ucrania, en Moldavia, en Georgia, tenemos que tener en cuenta que lo que hay son oligarcas, como consecuencia de la corrupción del sistema soviético y de la captación de recursos por parte de una serie de personas. Estos oligarcas crean partidos políticos y estos partidos políticos son en último término quienes gestionan estos países. La corrupción, por lo tanto, no es un hecho atípico, es la lógica consecuencia cuando los negocios se convierten en la política.

Moldavia ha sufrido el saqueo de 1 000 millones de euros por parte de tres bancos respaldados por el Banco Nacional —uno de ellos tenía, además, el nombre de «Banco social»—.

En el caso de Georgia, se trata de un país posesión de un oligarca cuyo partido político es simultáneamente el eje del poder. Todos los miembros más importantes del Gobierno —el Presidente, el Ministro de Exteriores— pertenecen al Banco Cartu o han pertenecido al Banco Cartu.

¿Cómo pensamos que es posible...

(La Presidenta retira la palabra al orador)

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – Op 6 april gaan Nederlanders naar de stembus om zich uit te spreken in een referendum over het associatieakkoord met Oekraïne. Eurocraten in Brussel doen alsof een stem tegen dat associatieakkoord een stem vóór oorlog is en een stem tegen democratie en tegen vooruitgang. Maar dit associatieakkoord gaat helemaal niet over democratie voor Oekraïners. Dit associatieverdrag gaat over handel en groei, meer handel, meer Europa en meer ruimte voor multinationals. En in de groeiende Europese Unie zien we dat de ambities en de normen dalen.

Gelijk speelveld lijkt een toverwoord maar we zien nu bijvoorbeeld al dat Europa megastallen subsidieert in Oekraïne. Nog meer dieren, nog meer producten, en producten die hier in Europa al lang verboden zijn, zoals bijvoorbeeld foie gras en legbatterijeieren. Deze producten laten we goedkoop toe op onze markt. Dus als Nederland in het referendum nee zegt tegen het associatieakkoord dan kan Europa daar niet omheen. Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Madam President, if we compare the resolutions submitted by different political groups as well as today's interventions on the issue, it seems that we are speaking of completely different Georgias, Moldovas and Ukraines. How is it possible? My answer is blind eyes, lies and double standards. Blind eyes on the irresponsibility of the governments of these countries supplied with oligarchs. Lies on prospects of future EU membership for these countries. The Dutch Prime Minister told us openly this morning that the Association Agreement is not a pre-accession. For the European Union this is like being a man using a woman sexually without promising to marry her. Double standards – why are Nadia Savchenko and Oleg Sentsov the only persons in detention to be cared about? Why is there a silence of prisoners of conscience in Ukraine and Moldova, such as Grigory Petrenko and Ruslan Kotsaba?

Petr Mach (EFDD). – Kolegové, my tu debatujeme o dohode mezi Evropskou unií a Ukrajinou. Zapomínáme ale, že tato dohoda ještě není ratifikována. Zanedlouho se bude v Nizozemsku konat referendum o této dohodě a podle průzkumů Nizozemci tuto dohodu odmítnou. Proč? Protože mají dost povýšené politiky Evropské unie, která vede k jedné katastrofě za druhou. Vzpomeňme si, že tato dohoda byla rozbuškou státního převratu na Ukrajině a následného konfliktu.

Takže až Nizozemci tuto dohodu odmítnou, máme šanci sjednat tuto dohodu znovu a lépe. A já navrhuji, aby ta dohoda byla skutečně jenom o volném obchodu, aby nevrážela klín do ukrajinské společnosti, do moldavské společnosti, aby nekomplikovala těmto zemím obchodní vztahy s Ruskem, aby nevalovala na tyto země všechny naše nesmyslné regulace a nařízení. Pak bude moci existovat harmonický obchod mezi námi a Ukrajinou a nevnese do těchto zemí další konflikty.

Olaf Stuger (ENF). – Collega Hazekamp heeft het al aangegeven: op 6 april gaat het Nederlandse volk naar de stembus om te stemmen in het referendum over Oekraïne. Dat is een spannend moment. Onze minister van Buitenlandse Zaken, de heer Koenders, heeft al uit de doeken gedaan hoe de Nederlandse regering deze campagne gaat aanpakken. Maar u bent natuurlijk benieuwd hoe het nee-kamp de campagne gaat aanpakken. Dat is nog niet helemaal bekend maar er schijnen stemmen op te gaan om maar één ding te doen en dat is zo vaak mogelijk de foto van de heer Juncker te laten zien. Dat zou voldoende moeten zijn. Want het Nederlandse volk weet voldoende als ze het gezicht van de heer Juncker zien: liegen, draaien, drinken en nog meer liegen. We zijn klaar. De Commissie zal waarschijnlijk denken slim genoeg te zijn om dit nog tot een goed einde te brengen. Maar ik verzeker u dat het Nederlandse volk vele malen slimmer is en dat zal spoedig blijken.

elnök asszony. – Képviselő Úr! Higgye el, hogy a hozzászólása megfelelő lett volna, hogyha Juncker elnök úrról ezeket a jelzőket nem teszi meg.

Sandra Kalniete (PPE). – Madam President, I would like to speak about the EU-Ukraine Agreement. Its entry into force was postponed until 1 January 2016 due to Russian objections. It is an irony of history that now its future is challenged not by Mr Putin but by Dutch citizens.

However, I want to believe that one of the world's most advanced nations, among the first in Europe to embrace modern freedoms, a trade and technology powerhouse and leader on human rights, will support the freedom aspirations of another European nation and will let the freedom of trade and human exchange advance in the relations between the European Union and Ukraine.

We should never forget that the EU shares over 1 300 kilometres of border with Ukraine. That is why a secure and prosperous Ukraine is in our own strategic interests. Stability and trade across this border means more secure borders for the Union. Ukraine is an important trade partner for the European Union. It is the largest European country, with fairly well developed industrial, agricultural and technology sectors. The agreement allows European businesses free access to this huge market. We have to be aware that a Ukraine closely associated with the EU is the best safeguard against the revisionist powers who want to redraw European borders.

Tim Aker (EFDD). – Madam President, on a point of order, can you explain under what rule under the Rules of Procedure you as the Chair are allowed to give editorial comment on the previous speaker's speech? As the President, and what one would assume is a neutral Chair, what rules give you the right to give editorial comment on what any Member of this House says? Can you explain the rules that give you that power, please?

(Applause from EFDD Group)

elnök asszony. – Hát, ha kíváncsi rá, természetesen el tudom mondani. Úgy gondolom, hogy képviselőtársunk éppen... Képviselő Úr! Meghallgat? Éppen az Európai Bizottság elnökét sértette meg. Úgy gondolom nem helyénvaló az Európai Parlamentben, másrészt abszolút nem tartozott a témához. Nincs több lehetősége hozzászólásra. Köszönöm képviselő úr, nincs lehetősége, foglaljon helyet kérem. Attól függetlenül, hogy Ön itt kiabál ebben a Parlamentben és nem megfelelően viselkedik, nem fogok teret adni ennek a viselkedésnek. Megbeszélhetik maguk között, nem tartozik a tárgyhoz. Következő képviselő, Martin képviselő úr. Egyébként, hogyha továbbra is kiabálni szeretnének, javaslom, hogy a termen kívül tegyék ezt. Így legyen.

David Martin (S&D). – Madam President, I want to start by saying that I fully welcome the agreement between Ukraine and the European Union and despite what we have heard from the other side of the House, we need to keep stressing that this is an agreement between two sovereign trading partners. No one has forced this agreement on Ukraine. No one has forced this agreement on the European Union. We have come to it voluntarily and the aim is to improve trade and investment between our two groups, and also to ensure that the living standards of the people of Ukraine are improved as a result of this agreement.

Can it succeed? Well it is early days but I think that if we look at the agreements with Georgia and Moldova, we can see that we have a good starting point. Trade between those two countries and the European Union has increased significantly since the comprehensive trade agreements came into being. Of course, that is of itself not enough and we have to do more to make sure that ordinary citizens of Georgia and Moldova benefit from the trade agreements, that living standards are improved in their country.

Likewise with Ukraine. Our partnership there gives us the opportunity to start working with our Ukrainian friends, to tackle corruption, which is a serious problem in that country, to improve the price of energy available to ordinary citizens, which has gone up as a result of changes there. We need to make sure that energy poverty does not exist in that country.

Finally, let me say that although it is for the Dutch people to decide what they do in their referendum, I hope they will not give a free gift to the Russians who have tried to divide this continent and have also done that partly by financing some of the right-wing Putin friends we have on the other side of this Chamber.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Mam nadzieję, że są rzeczy, które nas łączą. Tą rzeczą muszą być pewne wspólne europejskie wartości i to, żeby były one też szansą dla naszych sąsiadów, a Ukraina jest naszym sąsiadem. Myślę, że jest ona państwem nie mniej związanym z europejską historią, kulturą, cywilizacją, tradycją niż niektórzy obecni członkowie Unii Europejskiej, dość odlegli, bądź co bądź, od Europy. Dobrze, że w niej są, ale chciałbym, żeby Europa była szersza. Musimy także wspierać Gruzję, choć mam przed sobą kopie e-maili, które do mnie przychodzą i których autorzy wyrażają zaniepokojenie o losy więźniów politycznych w tym kraju. Mam nadzieję, że władze w Tbilisi będą dalej szły europejską drogą wspólnie z opozycją, a nie osobno. Głęboko w to wierzę. Mam nadzieję, że Parlament Europejski będzie je na tej drodze wspierał.

Marietje Schaake (ALDE). – Associatieakkoorden helpen de EU om allerlei afspraken met landen te maken, voorwaarden voor handel, regels over mensenrechten en de rechtsstaat. Hoewel Oekraïne een belangrijke partner voor de EU is, is het zeker niet het enige land met wie we dit soort regels afspreken, van Israël tot Chili, van Egypte tot Zuid-Afrika. In Nederland is in het bijzonder aandacht voor het akkoord met Oekraïne omdat er op 6 april aanstaande een referendum is over de vraag of de handtekening van Nederland, na steun van de regering en de Tweede Kamer, onder deze afspraken moet blijven staan. Sommige mensen vrezen dat het akkoord stilletjes tot toetreding van Oekraïne zal leiden. Maar het tegendeel is waar. Juist wanneer een land niet in aanmerking komt voor toetreding is een associatieverdrag een hele handige en goede manier om afspraken vast te leggen. Het is goed dat de EU Oekraïne helpt bij het aanpakken van corruptie en het hervormen van de economie en de samenleving. Een stabiel en welvarend Oekraïne is goed voor mensen in het land zelf, maar ook goed voor Europeanen. Daarom roept D66 alle Nederlanders op om op 6 april te gaan stemmen bij het referendum en vóór te stemmen.

Steeve Briois (ENF). – Madame la Présidente, la mise en œuvre des accords d'association avec l'Ukraine, la Géorgie et la Moldavie ne répond à aucun impératif économique pour les États membres de l'Union européenne. Bien au contraire, et compte tenu des niveaux économiques relativement faibles de ces trois pays, rien ne justifie actuellement d'élargir une zone de libre-échange à des pays qui ont des niveaux de développement aussi faibles.

La zone de libre-échange génère déjà, vous le savez, de véritables drames économiques et sociaux en Europe. Je tiens également à vous préciser – je vous l'apprends peut-être – qu'en Moldavie, par exemple, le salaire minimum mensuel est de 43 euros. La Moldavie, c'est 30 % de la population qui vit sous le seuil de pauvreté, mais c'est aussi une économie souterraine qui représente 40 % du PIB. Par conséquent, dans le contexte de l'embargo russe, la Géorgie et l'Ukraine constituent de véritables armes de concurrence déloyale massive pour nos agriculteurs, qui ont beaucoup de mal et sont confrontés à des difficultés pour exporter leurs produits agricoles.

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Kommissar! Ich glaube, dass es in der Diskussion, die wir heute über Georgien, Moldawien und die Ukraine führen, um die Bedeutung geht, dass wir in der Lage sind, dieses auch von unserer Seite zu implementieren, aber noch mehr, dass diese Länder das implementieren können.

Ich freue mich, dass man heute in Moldawien einen Premierminister gewählt hat – unter Umständen, die nicht erfreulich sind. Aber ich hoffe, dass man dennoch trotz dieser schwierigen Konzeption in der Lage ist, daraus noch das Beste zu machen um die nächsten drei Jahre vernünftig zu gestalten, und dass es eine Regierung ist, die wirklich die drei Jahre hält.

Nach Georgien kucken wir natürlich mit Sorge. Wenn wir gestern den Brief des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs bekommen haben, muss man bei allen sonstigen positiven Bemerkungen sagen, dass die Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Gerichte usw. in einem solchen Land gewährleistet sein muss.

Aber ich möchte vielleicht einen Hauptpunkt auf das Thema Ukraine setzen. Die Ukraine

Verzeichnet viele positive Entwicklungen. Wir sehen jetzt, dass auch die Entwicklungen hin zur Reform des Justizsystems vernünftig anlaufen. Aber wir sehen auch gleichzeitig, dass wir innerhalb der Europäischen Union in der Diskussion sind, ob wir die Sanktionen aufrechterhalten können, um den notwendigen Druck auf die Ukraine auszuüben, damit wir die Frage der Ostukraine in eine unseren Vorstellungen nach positive Entwicklung hineinbringen und das *Minsk Agreement* geschaffen werden kann.

Deswegen ist es außerordentlich wichtig, dass der russischen Seite dadurch kein Alibi gegeben wird, dass es auch von der ukrainischen Seite nicht eingehalten wird. Deswegen halte ich es für wichtig, dass die konstitutionellen Zusagen der Dezentralisierung zumindest im Verfassungsprozess beschlossen werden.

Das muss hier noch nicht implementiert werden. Aber man sollte Russland in dieser Frage keine Vorlage geben, so dass der Druck dadurch bei unseren internen Diskussionen aufgehoben wird. Diesen Rat sollten wir der Ukraine auch in dieser Stunde geben.

Tonino Picula (S&D). – Gospodo predsjednice, već prve godine primjene ovog sporazuma izvoz Gruzije u EU porastao je za 15, a Moldavije za čak 62 %. Očekujemo porast izvoza iz Ukrajine. Međutim, kao i u slučaju drugih trgovinskih sporazuma smatram da slobodnu trgovinu mora pratiti i slobodno kretanje ljudi. Uvjeti su ispunjeni i vjerujem da nema razloga za zadržavanje viznog režima za Ukrajinu i Gruziju. EU treba pomoći zemljama Istočnog partnerstva, osim deklarativno i politički, svakako i ekonomski uz strogo nadziranu implementaciju sporazuma.

No, naravno, ključni je moment odnos Europske unije prema Rusiji. Rusija je u konfliktu sa sve tri zemlje – bilo da se radi o aneksiji Krima, okupaciji Abhazije i Južne Osetije ili kada je u pitanju Transnistrija. Ali bez obzira na sankcije, neophodan je trilateralni dijalog EU – Ukrajina – Rusija.

Nadam se da predstojeći referendum u Nizozemskoj neće dodatno otežati već dovoljno težak europski put Ukrajine.

Kosma Złotowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Nikt nie ma wątpliwości, że Ukraina, Gruzja i Mołdawia to państwa europejskie, że były i są one ważną częścią wspólnoty wartości, która jest fundamentem Unii Europejskiej. Pogłębienie więzi łączącej te państwa z Unią to nie tylko kwestia pragmatyzmu, ale w dużej mierze nasza historyczna powinność. Umowy stowarzyszeniowe i o pogłębionej współpracy są ważnym krokiem na drodze do ściślejszej integracji i cieszy fakt, że ich implementacja przebiega pomyślnie.

Oczywiście nie możemy wykluczyć błędów, opóźnień, ale ten proces w obecnej trudnej sytuacji międzynarodowej na wschodzie Europy jest zbyt ważny, by niewielkie niedociągnięcia mogły zmienić obrany przez te państwa kierunek. Działania podejmowane przez Federację Rosyjską, by storpedować przebieg modernizacji gospodarek na Ukrainie, w Gruzji i w Mołdawii, zwłaszcza wymierzone w Kijów zawieszenie strefy wolnego handlu między tymi krajami, to kolejny dowód na to, że Moskwie nie zależy na współpracy, ale na nieustannej konfrontacji. Takie działania powinny nas tylko mobilizować do zwiększenia wysiłków i większego wsparcia naszych wschodnich partnerów.

Илхан Ключюк (ALDE). – Г-жо Председател, уважаеми колеги, преди всичко трябва да отбележим напредъка, постигнат от всички страни, и да приветстваме желанието на Грузия, Молдова и Украйна за тясно асоцииране с Европейския съюз. Прилагането на споразуменията несъмнено има положително въздействие по отношение на търговията, стимулирането на реформи и икономически растеж.

Разбира се, Европейският съюз не трябва да спира до тук. Политиката на Източното партньорство доказва, че не е геополитическа заплаха за трети страни, а дългосрочна стратегия в полза на стабилността, просперитета и демокрацията на европейския континент.

Ето защо е необходимо да продължим да подкрепяме и трите държави. Да завършим либерализирането на визовия режим с Грузия и Украйна. Да обърнем по-задълбочено внимание и по дипломатически път да търсим решение на замразените конфликти в страните от Източното партньорство. И не на последно място, да продължим наблюдението върху спазването на принципите на демокрацията, което ще е гарант за по-нататъшните реформи от страна на Грузия, Молдова и Украйна.

Daniel Caspary (PPE). – Frau Präsidentin! Ich bin der Europäischen Kommission, und auch Ihnen, Herr Kommissar Hahn, sehr dankbar, dass Sie in den letzten Monaten diese sehr guten Abkommen ausgehandelt haben. Was mir ganz besonders am Herzen liegt: Hier haben Staaten freiwillig, aus eigener Entscheidung heraus mit uns Abkommen verhandelt, es hat sie niemand dazu gezwungen. Aber es darf sie auch niemand davon abhalten, mit uns am Ende Abkommen zu schließen.

Wenn ich mir anschau, dass wir zum Beispiel im Außenhandelsbereich auch sehr viel Rücksicht genommen haben, dass wir am Beispiel Ukraine auch bewiesen haben, dass es uns nicht darum geht, Sachen einfach durchzuexecutieren, wie wir das als Europäische Union und die Ukraine gemeinsam hätten machen können, dass wir uns noch ein Jahr Zeit genommen haben, mit Russland im Gespräch zu sein, darüber zu verhandeln, wie man dieses Abkommen in Kraft setzen kann, wie man mögliche Schwierigkeiten zwischen Europa, der Ukraine und Russland im Vorfeld noch ausräumen kann, dann war das sicherlich vorbildlich. Ich bedauere außerordentlich, dass Russland die Chance nicht genutzt hat. Ich bedauere außerordentlich, dass wir jetzt zum Jahresanfang wieder sehen müssen, dass Russland de facto wieder zusätzliche Schwierigkeiten gegen ukrainische Produkte eingeführt hat. Ich wäre sehr dankbar, wenn man hier den Gesprächsfaden aufrechterhalten könnte.

Es muss möglich sein, dass Länder in Europa im Jahr 2016 mit den Ländern, mit denen sie zusammenarbeiten wollen und vertragliche Vereinbarungen schließen wollen, das tun können, ohne dass irgendein Dritter sich hier einmischt und das zu verhindern versucht. Ich rufe daher insbesondere die russische Regierung und den russischen Präsidenten auf, sich auf ihre Verantwortung zu besinnen.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, the last decade has undoubtedly proven difficult for Georgia. The August 2008 war severely worsened relations with Russia and these have only recently started to recover from economic difficulties. Yet despite all this Georgians have achieved the almost impossible: numerous successful reforms, especially of the judiciary, the strengthening of democracy, economic development – all of which contributed to the eventual conclusion of the EU-Georgia Association Agreement and will soon result in the finalisation of the visa liberalisation dialogue.

The fact that some of my colleagues regularly criticise Georgia, often on issues which have actually long been resolved, is most regrettable. The same applies for our resolutions, colleagues. What in the world has happened to quality writing? We purport to be the citadel of democracy, yet whom are we trying to lecture here? Georgia, which is the cradle of European civilisation, with its millennia-old traditions and statehood? If we really are who we purport to be, a standard of proper conduct has to be upheld in everything we do here in Parliament.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Dlaczego Unia Europejska powinna uprawiać politykę wschodnią? Jaki jest sens polityki wschodniej? Taki oto – Unia Europejska ma dobrych sąsiadów na Wschodzie, ma Ukrainę i Mołdawię, społeczeństwa, które chcą żyć w prawie, wolności i sprawiedliwości, które chcą budować ściśle więzi ekonomiczne i polityczne ze zjednoczoną Europą, które chcą płacić trudną cenę wolności, jaką społeczeństwo ukraińskie zapłaciło na Majdanie. Wreszcie, wbrew temu co mówią koledzy i koleżanki przemawiający chyba w interesie Federacji Rosyjskiej, polityka Europy, polityka Unii Europejskiej daje w tej sferze pokój i stabilność. Pokój i stabilność są zagrożone przez imperializm Putina, a nie przez wytrwałą politykę Unii Europejskiej. Jestem nie tylko za układami stowarzyszeniowymi, ale także za ich realizacją, jak najbardziej intensywną.

Cristian Dan Preda (PPE). – Doamnă președintă, aș vrea în primul rând să salut intrarea în vigoare la 1 ianuarie 2016 a Acordului de liber schimb cuprinzător și aprofundat între Uniunea Europeană și Ucraina. Pe de altă parte, aș vrea să salut progresele pe care atât Ucraina, cât și Georgia le-au făcut în implementarea planului de acțiune pentru liberalizarea vizelor. Suntem cu toții în așteptarea unui mesaj foarte clar din partea Uniunii în privința liberalizării vizelor.

Aș vrea, în timpul pe care îl mai am la dispoziție, să spun câteva cuvinte despre Moldova. În momentul în care discutăm, Parlamentul Moldovei este ocupat de protestatari. Sunt protestatari mobilizați de două partide controlate în întregime de Moscova. Aceasta după ce, cu greu, s-a reușit un vot pentru un guvern care este, la rândul lui, produsul unui oligarh care este creația Moscovei. Trebuie să spunem că, în acest moment, din păcate, suntem în Moldova în fața unei confruntări între partide care se reclamă în continuare de la o identitate europeană și de la un plan pro-european, dar care sunt sub controlul unor oligarhi pro-ruși, și respectiv, partide controlate direct de Moscova și care vor alegeri anticipate. Suntem într-o fundătură, este o criză foarte gravă și probabil că rezultatele acestei confruntări vor fi mai grave, mă tem, decât ceea ce s-a întâmplat în Ucraina în urmă cu 2 ani. Uniunea a făcut tot ce s-a putut: am sprijinit proiectele care erau legate de drumul european, dar suntem, în acest moment, într-un joc care este controlat, din păcate, de Moscova.

Andi Cristea (S&D). – Madam President, by signing the Association Agreements, Moldova, Ukraine and Georgia have chosen a path of close political association and economic integration with the EU. As Chair of the EU-Moldova PAC, I see the value and political significance of this resolution, not only in the implementation assessment, but especially in its clear message on the way ahead.

Moldova has gone through an unprecedented political period since the last general election. The new prime minister and his parliamentary majority have the unique opportunity and responsibility to finally provide the country with a stable and predictable political process. Such an environment is a precondition for any thorough reform ambition conducive to genuine and profound progress.

By conforming to the European path and implementing the association agenda, I am certain that the country's pressing issues will finally be addressed – but the most difficult political effort for the incoming executive will be that of regaining the citizens' trust.

Andrzej Grzyb (PPE). – Pani Przewodnicząca! Jako przedstawiciel Polski, z doświadczeniem również w polskim parlamencie, zaangażowany w proces integracji wiem, jak dużym wyzwaniem jest przeprowadzenie potrzebnych, częstokroć bardzo trudnych reform dostosowawczych i jednocześnie jak trudno jest utrzymać przy tych procesach dostosowawczych poparcie społeczne, w szczególności w takich krajach jak Mołdawia, jak Ukraina, jak Gruzja.

My oczywiście oczekujemy tego wysiłku zgodnie z podjętymi zobowiązaniami, ale też musimy zrobić wszystko, aby wspierać te kraje, jak również ich społeczeństwa, żeby wytrwali w tym wysiłku. Dlatego z zadowoleniem przyjmuję postępy na drodze liberalizacji ruchu wizowego. Mołdawia jest tutaj liderem. Ale również cieszą potwierdzone przez Komisję Europejską kryteria, jeżeli chodzi o Ukrainę i Gruzję. Ponieważ czas się kończy, to chcę podnieść jednak jedną rzecz. To, co niepokoi, to zapowiedziane w Holandii referendum nad zatwierdzeniem układu o stowarzyszeniu z Ukrainą. Myślę, że powinniśmy uczynić wielki wysiłek, aby pomóc Ukrainie, by to referendum wypadło pozytywnie.

Joachim Schuster (S&D). – Frau Präsidentin! Seit dem 1. Januar ist das Freihandelsabkommen mit der Ukraine endgültig in Kraft, und das ist auch gut so.

Gleichwohl erfüllt einen die ökonomische Lage in der Ukraine mit großer Sorge. Das Land befindet sich in einer tiefen ökonomischen Krise, die soziale Spaltung vertieft sich, rund ein Drittel der dortigen Bevölkerung lebt inzwischen dort an oder unter der Armutsgrenze. Dieser soziale Sprengstoff muss meiner Überzeugung nach dringend entschärft werden.

Ich glaube, unsere bisherige Politik der Unterstützung und auch die Freihandelsorientierung reichen dafür alleine nicht aus, sondern es bedarf ergänzender Anstrengungen. Ergänzende Anstrengungen vor Ort zur Förderung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung, ergänzender Anstrengungen zur Belebung der Investitionen in die Infrastruktur und in die Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung der Wirtschaft, und auch Anstrengungen zur Abfederung sozialer Härten der Strukturreform, wie sie etwa bei der Erhöhung der Energiepreise entstanden sind.

Die EU muss sich diesen Herausforderungen, gemeinsam mit der ukrainischen Regierung, stellen, damit der Prozess der Annäherung der Ukraine an Europa, allen Menschen zugutekommt und nicht an der sozialen Zuspitzung scheitert. Wir brauchen im Kern letztlich eine grundlegende Reform der ökonomischen Komponenten der europäischen Nachbarschaftspolitik.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, Association Agreements (AA) and the Deep and Comprehensive Free Trade Areas (DCFTA) are one of the most advanced tools we have at our disposal to promote closer cooperation with our neighbours. In the case of Georgia, Moldova and Ukraine, we made an important political choice to strengthen our ties and bring them closer to the EU. These agreements were partly a response to the aspirations of those countries and their citizens to put their relations with the EU on a higher level.

In the situation in which the countries are juggling different internal reforms and external pressures, the AAs and DCFTAs should stimulate reform processes and economic growth. We have to be supportive of the reforms, but also demanding, especially when it comes to consolidating democracy, eradicating corruption and strengthening the rule of law. These are the values which are associated with the EU. Delivering on them is a crucial test for our partners but also for the EU's image and credibility in the neighbourhood.

Kati Piri (S&D). – Deze verdragen die de Europese Unie getekend heeft met Georgië, Oekraïne en Moldavië, zijn de meest ambitieuze in hun soort en deze associatieakkoorden moeten zorgen voor meer stabiliteit, democratie en welvaart op het hele Europese continent, dus ook in ons belang. Veel moeilijke hervormingen zijn het afgelopen jaar al doorgevoerd in deze landen. Maar als je kijkt zie je dat er nog steeds drie hardnekkige problemen blijven. Een daarvan is corruptie. De strijd tegen corruptie moet de basis zijn voor alle vooruitgang. Met name Moldavië en Oekraïne kampen nog met dit probleem. Er moet nog een echte omslag komen in de juridische sector en helaas, de “winner takes all”-mentaliteit blijft overheersen in deze drie landen.

Een ander iets dat zij gemeen hebben is de dreiging en de agressie van hun grote buurland Rusland. Het is goed dat de EU met deze drie ambitieuze verdragen sluit, die niet over lidmaatschap gaan, wel over intensieve samenwerking. En ik hoop dan ook dat de meerderheid van de Nederlandse bevolking op 6 april een ja zegt tegen het associatieakkoord met Oekraïne.

Siegfried Mureșan (PPE). – Doamnă președintă, evident, toate cele trei țări, Georgia, Republica Moldova și Ucraina, au de câștigat de pe urma acordului de asociere și acordului de liber schimb. Însă, în ciuda potențialului, vedem, în Republica Moldova, situația s-a înrăutățit de-a lungul ultimelor luni. Instabilitatea politică a generat instabilitate economică. Inflația este la cel mai ridicat nivel din ultimii 7 ani, moneda națională pierde valoare, iar investițiile străine scad, ceea ce înseamnă mai puțină creștere economică, șomaj mai mare în perioada următoare.

Pe baza acestei situații, oamenii sunt, evident, victime ușoare ale propagandei pro-ruse și cred că noi nu putem asista nepăsători. De aceea, cred că este important să facem următoarele două lucruri în perioada următoare: 1) Comisia Europeană să trimită o echipă comună împreună cu Fondul Monetar Internațional imediat acum, după instalarea guvernului - o echipă comună care să analizeze cum poate fi Republica Moldova ajutată financiar și 2) înalți funcționari europeni să participe activ la redactarea programului de lucru al viitorului guvern și la reformele necesare în această țară.

Clare Moody (S&D). – Madam President, I am delighted this resolution welcomes the efforts that Georgia has made to implement the Association Agreement with its DCFTA. I also welcome the fact that, since this agreement, trade between the EU and Georgia has significantly increased. But this agreement is about far more than trade. It is about shared values and deepening our long-standing relationship. We need to support the work that has been done, and is being done, to develop a free and open political environment and to achieve social cohesion. The social dimension of these agreements is vital to building and maintaining the confidence of citizens in our shared values.

There is still work to be done, but without doubt, progress is being made, in particular through dialogue and reconciliation. Finally, I welcome the Commission's progress report on the visa liberalisation action plan and look forward to the related legislative proposals and approval.

Gunnar Hökmark (PPE). – Madam President, it is very interesting to listen to the voices of Putin in this chamber, because this defines very much what this issue is about. They dislike and do not want to express respect for the territorial integrity of these countries. They do not want to support the independence and national sovereignty of these countries. They are against free trade and open markets and transparent energy trade. They are against visa liberalisation. They are against cooperation in the fight against corruption and bureaucracy and disrespect for the rule of law. They are defending the interests of Putin in Europe, and it is shameful.

It also reminds us what this is about: defending an open Europe, ensuring that European values are strong, and doing what we can in order to support the citizens of these countries.

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, jsem velmi rád, že dnes můžeme projednávat usnesení o Ukrajině, Gruzii a Moldavsku v jejich úsilí prohlubovat spolupráci s Evropskou unií. Je důležité říci, že je to úsilí, ke kterému se rozhodly svobodně a které jim nebylo nikým vnuceno. Evropský parlament již několikrát projevil svoji vůli podporovat nejen vlády těchto zemí, ale také občanskou společnost ve všech jejích podobách. Pomoc tak nespočívá pouze v hospodářské oblasti, protože občanskou společnost tam podpoříme nejlépe tím, že zajistíme svobodné šíření informací a svobodný dialog.

Jsem proto rád a chtěl bych poděkovat Evropské komisi a zejména paní Mogheriniové za útvar StratCom, který se snaží bojovat proti propagandě současného ruského režimu. Jsem přesvědčen, že tyto snahy by se měly nadále zachovat a ještě rozvinout, a doufám, že Komise tak učiní.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Styczeń 2016 roku to przełom czy kolejny etap na pięknej i dobrej drodze dążenia Mołdawii, Gruzji, Ukrainy do znalezienia się w rodzinie demokratycznych państw Europy, ale musimy pamiętać, że to wszystko, co dzieje się między Unią Europejską a tymi państwami, odbywa się na dwóch płaszczyznach. Jedna to jest ta wspaniała, dzięki której te państwa, a szczególnie ich narody, mogą zmierzać drogą rozwoju gospodarczego, za którym idzie także wzrost dobrobytu, zwiększenie miejsc pracy, zmniejszenie wykluczenia społecznego. Ale z drugiej strony mamy do czynienia z agresywną postawą zwłaszcza Federacji Rosyjskiej, ale nie tylko – również państwa, które chce blokować, hamować dążenie tych wolnych narodów i demokratycznie rozwijających się państw do wolności. My jako Europejczycy powinniśmy wspierać ich na tej drodze.

„Catch the eye” eljárás.

Andrea Bocskor (PPE). – Biztos Úr! Ukrajna hosszú utat tett meg, hogy a posztsovjét rendszerrel szakítva, európai szellemű reformokba kezdjen. Ez a folyamat még nem zárult le, és az Európai Unióval kötött társulási szerződéssel, illetve a szabadkereskedelmi szerződés január 1-jei életbelépésével Ukrajna új lehetőségeket kapott a fejlődésre. E szerződés leépíti a vámokat, hozzáférést biztosít egy új, 500 milliós piachoz, ami a kereskedelmi kapcsolatok bővítése révén impulzust ad a gazdaságnak. Ezeket a lehetőségeket regionális szinten is hasznosítani kell, így pl. fontos lenne újraalakítani a kétezres évek elején sikeresen működő Kárpátalja Szabad Gazdasági Övezetet és az ehhez hasonlókat.

Ez keretet biztosítana a külföldi vállalkozók és a tőke megyébe való bevonzására, a hazai és külföldi vállalkozások közötti kapcsolatok elmélyítésére, Kárpátalja és a vele szomszédos országok, régiók gazdasági integrációjára. Ennek köszönhetően számos új munkahely jöhetne létre, ami javítaná a gazdaságot, az infrastruktúrát és a lakosság életszínvonalát. Tehát égetően szükség lenne ennek a különleges gazdasági övezetnek a visszaállítására, hiszen az oda áramló befektetések révén megoldható lenne az ipar fejlesztése, az oktatási, kulturális, turisztikai és sportlétesítmények korszerűsítése, a határátkelők és a közútrendszer fejlesztése.

elnök asszony. – Ön a leghitelesebb ismerője az ukrán eseményeknek.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Doamnă președintă, în primul rând, Uniunea Europeană trebuie să se asigure că dreptul acestor trei țări, Republica Moldova, Ucraina și Georgia, de a-și alege propriul drum, este respectat. Propriul drum spre libertate, democrație, economie de piață, respectul drepturilor omului, respectul mass-media, independența justiției și nu spre un sistem autocratic, dictatorial, care este îmbrățișat de puterea de la est, care știe toți cine este, Rusia. Și aici este vorba de conducerea rusă, nu de poporul rus pentru care avem toată stima și respectul cuvenit. Politica de confruntare promovată de Rusia nu este în avantajul nici al Europei și al țărilor din Europa, nici al Rusiei. Toată lumea are de suferit. O Europă unită, trebuie să le spunem rușilor, este și în interesul Rusiei. Și, în final, și am terminat doamna președintă, vreau să le spunem colegilor noștri care susțin conducerea rusă că dacă toate aceste trei țări...

(Președinta a întrerupt vorbitorul)

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η συμφωνία της Ευρωπαϊκής Ένωσης με τη Γεωργία, τη Μολδαβία και την Ουκρανία που υπογράφηκε το 2014 προβλέπει την κατάργηση του μεγαλύτερου μέρους των τελωνειακών περιορισμών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των χωρών αυτών, με αποτέλεσμα τα αγροτικά προϊόντα αυτών των χωρών να πλημμυρίσουν την Ευρώπη σε μια περίοδο που οι Έλληνες και οι άλλοι Ευρωπαίοι αγρότες αντιμετωπίζουν τεράστια οικονομικά προβλήματα λόγω της κρίσης αλλά και του ρωσικού εμπάργκο.

Επιπλέον, η συμφωνία ελεύθερων συναλλαγών που θα εφαρμοστεί από το 2016 θα ενισχύσει τις μεγάλες επιχειρήσεις σε βάρος των μικρών και αναποτελεσματικών επιχειρήσεων των τριών αυτών χωρών. Ανησυχούμε επίσης για τη διαφθορά που επικρατεί στις χώρες αυτές, στις οποίες δεν λειτουργεί το κράτος δικαίου. Τέλος, διερωτώμαι ποια θα ήταν η τύχη αυτής της συμφωνίας, αν είχαν κληθεί να αποφασίσουν με δημοψήφισμα οι Έλληνες, οι Ιταλοί και οι άλλοι πολίτες, όπως συμβαίνει τώρα με το ολλανδικό δημοψήφισμα.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, snažno podržavam ovaj sporazum s Gruzijom, Moldovom i Ukrajinom iz jednostavnog razloga – zato što te države, ti narodi, svi njezini građani itekako imaju pravo na europsku perspektivu.

Zato mislim da ste, g. povjereniče Hahn, napravili dobar posao. Napravili ste dobar posao u našem istočnom susjedstvu i vjerujem da će ova perspektiva koja se otvara građanima Gruzije, Moldove i Ukrajine biti iskorištena. Međutim, perspektiva koja se otvara mora biti, naravno, iskorištena za uvođenje pravih europskih vrijednosti u tim državama. I to ne samo zbog njih, nego i zbog nas i naše vjerodostojnosti da se ti sporazumi ne shvate krivo, jer oni nisu ni protiv Rusije ni protiv bilo koje druge države, nego su u korist građana Gruzije, Moldove i Ukrajine te demokracije na europskom kontinentu.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, rejeito alguns acordos que permitirão às multinacionais europeias apropriar-se das ricas terras da Ucrânia, dos seus minerais ou das suas águas, ou do ferro da Geórgia, das madeiras, da energia hidráulica, e também beneficiar da sua situação, como corredor de transporte Europa-Cáucaso-Ásia.

O Comissário já nos falara no interesse nos seus milhões de consumidores. Mas estes povos devem saber também qual é a situação dos povos do sul da Europa, depois de as multinacionais europeias se apropriarem dos nossos recursos e ocuparem os nossos mercados.

É preciso também dizer a esses povos que, com a aplicação da política de austeridade, na Galiza, no meu país, após 30 anos de União Europeia, voltámos a ter fome. Mais de 50 % dos jovens estão desempregados e mais de 22 % das pessoas em risco de pobreza e exclusão social. Muitos milhares de agricultores desapareceram e muitas empresas foram fechadas. Este é o modelo da União Europeia que lhes oferecemos.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Ačiū, gerbiama pirmininke, gerbiamas komisare, kolegos, laisvos prekybos susitarimai ir kitas jų lygmuo – asociacijos sutartys – yra vieni iš nedaugelio efektyvių Europos Sąjungos išorės santykių instrumentų. Europos Sąjunga savo steigimo sutartyse yra įsipareigojusi plėsti laisvės, demokratijos ir gero valdymo erdvę visame pasaulyje. Mainais už tai siūlome didelės prekybos su Europos Sąjunga galimybes. Primenu – Gruzija, Moldova ir Ukraina yra itin artimos mūsų kaimynės. Jų stabilumas ir gerovė yra viena iš ramybės visoje Europoje sąlygų. Kartu, kolegos, norėčiau paraginti atlaidžiau žiūrėti į valstybių partnerių pastangas, Komisijos norėčiau paprašyti daugiau veikti kaip pagalbininkai, padedančiai valstybėms partnerėms pasiekti užsibrėžtus tikslus, o ne skubėti bausti už menkiausias klaidas.

Tim Aker (EFDD). – Madam President, thanks to UKIP, this year, or maybe next year, the United Kingdom will have its referendum on our membership of the European Union. But we are not alone.

This year, in April, the Netherlands will vote on its accession deal with the Ukraine, and my plea to Dutch patriots across the pond is: put a spanner in the works. Say 'no' to this institution; say 'no' to this Union that disrespects your democracy. It was not so long ago that you said 'no' to the European Constitution, but this place decided to ignore that, dump the constitution and rebrand it as the Lisbon Treaty.

A 'no' vote in the Netherlands means that the United Kingdom has a fillip going into its referendum. My plea to the British people watching this now is: 'we are not alone'. Millions of people across this Union, across this continent, are sick and tired of this place, this institution. We yearn for our democracy back; we yearn for our borders to be returned and we yearn for the peoples of our nation states to be in control. We are public servants and it is time the people had the final say.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση πιέζει να εφαρμοστούν οι συμφωνίες συνδέσεως και οι συμφωνίες Ελευθέρων Συναλλαγών με την Γεωργία, τη Μολδαβία και την Ουκρανία. Αυτές όμως οι συμφωνίες δημιουργούν προβλήματα σε ορισμένα κράτη μέλη. Συγκεκριμένα, οι συμφωνίες Ελευθέρων Συναλλαγών δημιουργούν συνθήκες αθέμιτου ανταγωνισμού για τα γεωργικά και τα κτηνοτροφικά προϊόντα των χωρών του ευρωπαϊκού Νότου ανάμεσα στις οποίες ανήκει και η πατρίδα μου η Ελλάδα. Επιπλέον, δημιουργούν και πολιτικής φύσεως προβλήματα. Η Μολδαβία, παραδείγματος χάρι, έχει συνάψει διμερείς σχέσεις με το ψευδοκράτος της κατεχόμενης από την Τουρκία Βορείου Κύπρου. Οι υπήκοοι της Μολδαβίας μπορούν συνεπώς να πηγαίνουν στην περιοχή αυτή χωρίς βίζα. Το γεγονός αυτό όμως παραβιάζει το διεθνές δίκαιο που απαγορεύει την ντε φάκτο αναγνώριση κατεχομένων περιοχών. Παράλληλα προσβάλλει και την Κύπρο που είναι μέλος της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Με αυτά τα δεδομένα, πώς μας ζητείτε να εγκρίνουμε αυτές τις συμφωνίες;

(A „catch the eye” eljárárs vége.)

Johannes Hahn, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, honourable Members, first and foremost I would like to thank you, Madam President, for your very clear statement concerning President Juncker.

On Ukraine, Georgia and Moldova, these three partners have made a courageous choice to align themselves more closely with the European Union by undertaking ambitious and far-reaching reforms. They do this in the face of significant challenges coming both from within their countries and from the outside, and unlike some of their predecessors, they do this without the firm promise of EU membership at the end of the process. So we owe our partners our full and unwavering support as they travel on this road.

The EU will offer them support, whether it is financial, technical or political. We have every interest in ensuring that our partners succeed in these efforts, because their success will also be our success and their failure would be our failure. But ultimately, this process must be one that is owned by our partners and done because it is the right thing for them to do, not because we asked them to do it. This is the message which I gave clearly to the Ukrainian and Georgian Governments when I visited Kiev and Tbilisi last November, and I believe their actions demonstrate that they fully understand this.

On Moldova and the very recent events: the situation is tense, no doubt, and I appeal to everybody, to every party inside and outside the Parliament, to have a peaceful political debate and to refrain from any kind of violence. I can reassure you that the High Representative, Federica Mogherini, and myself are in permanent contact with our delegation on the ground to contribute to a peaceful solution of the situation and to help the country.

Having said that – and this is another example – political association and economic integration of our Eastern partners will be a marathon, not a sprint, and it will require the active and sustained support of this House. My colleagues and I will continue to keep you fully informed of developments in the coming months and years, and I thank you for this very lively debate.

elnök asszony. – Hat állásfoglalásra irányuló indítványt juttattak el hozzám a vita lezárásaként.

A vitát lezárom.

A szavazásra 2016. január 21-én, csütörtökön kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich unterstütze diese Entschließungsanträge, denn ich begrüße als Delegationsmitglied für Georgien die für die Region wichtige engere Zusammenarbeit. Außerdem sehe ich in den Abkommen den richtigen Weg für einen engeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss mit der Europäischen Union. Ich bedauere die Reaktion Russlands und dessen einseitiges Aufheben seines Freihandelsabkommens mit der Ukraine zu dem Zeitpunkt, an dem das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft getreten ist. Diese Handelsbeschränkungen beeinträchtigen die ukrainische Wirtschaft und die finanzielle Lage der Ukraine.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Europejskie aspiracje Gruzji, Mołdawii i Ukrainy są bardzo ważne, ale – poza oczywistym kursem w stronę UE – łączy je jeszcze jeden bardzo istotny element, wspólny mianownik, o którym w kontekście tych trzech państw nie można zapominać. Jest nim Rosja. Rosja, która wciąż uznaje je za swoją wyłączną strefę wpływów i odgrywa bardzo destabilizującą rolę, prowadząc aktywną wojnę na wschodzie Ukrainy, dokonując aneksji Krymu, okupując gruzińskie terytoria Abchazji i Osetii Południowej oraz uniemożliwiając rozwiązanie zamrożonego konfliktu w Naddniestrzu. Mówiąc o tych państwach, o koniecznych reformach, o ich dążeniach i aspiracjach, nie możemy zapominać o Rosji. I w tym kontekście należy zawsze i bezwarunkowo udzielać Gruzji, Mołdawii i Ukrainie wszelkiego wsparcia, na jakie nas stać. Jak pokazała nam sytuacja Krymu, Ługańska i Doniecka Rosjanie nie cofną się przed niczym, żeby utrzymać te państwa w swojej strefie wpływów. Często w takich debatach padają słowa, że skoro rozmawiamy o tych państwach powinniśmy skupić się tylko na wewnętrznej sytuacji, walce z korupcją i wprowadzanych zmianach. To nieprawda. Mówiąc o nich musimy zawsze pamiętać o tych siłach, które na jakiegokolwiek zmiany patrzą bardzo niechętnie, a które czyhają na każde potknięcie władz w Tbilisi, Kijowie i Kiszyniowie.

15. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen EU/Kosovo (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Külügyi Bizottság ajánlása az EU–Koszovó stabilizációs és társulási megállapodásról (10725/2/2015 – C8-0328/2015 – 2015/0094(NLE)) (Előadó: Lunacek Ulrike) (A8-0372/2015).

Ulrike Lunacek, rapporteur. – Madam President, as Vice-President of this Parliament in charge of the Sakharov Prize network I would like to start before going into details of the SAA with commemorating the Sakharov Prize laureate from 1998, Ibrahim Rugova, who died just 10 years ago on 23 January 2006. He is still the symbol of Kosovo independence, a symbol of nonviolent struggle, a great poet and leader of Kosovo-Albanians whom I would like to commemorate here at the start of this debate.

I now come to the EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement (SAA). It was negotiated between October 2013 and May 2014; it was initialled in July 2014; the Council agreed to its signature on 22 October 2015 and then it was signed here in Strasbourg on 27 October by the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy Federica Mogherini and by Commissioner Johannes Hahn, on behalf of the EU, and also by the Republic of Kosovo's Prime Minister Isa Mustafa and the Minister for European Integration Bekim Çollaku. The Kosovo Assembly ratified it on 2 November 2015. Now it is up to us here tomorrow to vote for this Stabilisation and Association Agreement of the European Union with Kosovo and afterwards it can enter into force.

This is a historic moment for Kosovo because for the first time the EU and Kosovo will have contractual relations. It is the first official formal step on the way to full EU integration and to becoming a member of the European Union. Yes, it has taken some time because of Kosovo being a new country, its independence was just eight years ago, and in the Council too it took some time, but let me express my welcome for the fact that the five Member States who still have not recognised Kosovo have also given their consent.

This is a big step forward and I would just like to urge them to move forward on that and go on to recognise Kosovo. Some of these countries have ministers visiting Kosovo, meeting with government officials, so please just go ahead and recognise Kosovo, this youngest republic in the European Union. I can tell you that it does not hurt. It would just help people.

So what is this SAA about? As I said, it introduces contractual relations for the first time. It provides for enhanced political dialogue, trade integration and new forms of cooperation. It covers numerous sectors, be they strengthening of democratic principles or human rights, but also a framework for cooperation on sectors such as education, energy, environment, justice and home affairs and many more. It also sets out rights and obligations and it provides a powerful incentive for the implementation and institutionalisation of reforms, because Kosovo still needs reforms and there the government has to move on.

It also creates opportunities for investment but at the same time good governance is required through the application of European standards and approximation to European Union laws. Furthermore it creates great opportunities for enhancing contacts between people, between experts, between citizens, in sectors such as education, environment and culture, but also of course on combating crime and trafficking, and it foresees further strengthening of relations and cooperation with neighbouring countries, thus contributing also to stability in the region.

But of course this exchange between people, between citizens, also needs both Kosovo and the European Union to move ahead with visa liberalisation. Kosovo is the only country in the region where citizens still cannot travel freely. They feel locked in. So this SAA is a very important step but visa liberalisation has to come. The best would be now in the next couple of months.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Madam President, let me start by thanking you for your support for the continuing development of EU-Kosovo relations. I also want to thank the Foreign Affairs and International Trade Committees and rapporteurs – Ulrike Lunacek in particular – for their support.

Tomorrow's vote on the Stabilisation and Association Agreement, renegotiated with Kosovo, is testament to this focus. The SAA is a milestone in EU-Kosovo relations and of critical importance for the future of Kosovo and the whole Western Balkans.

The agreement is the first formal contractual relationship that ties the European Union and Kosovo together. It allows Kosovo to join the rest of the region, sharing the benefits of deepening political and economic interdependence and sharing in the common European perspectives that make peace, stability and prosperity our joint goal.

The agreement will help Kosovo with much-needed economic reform underpinned by the rule of law. This should ensure a more predictable business environment, leading to much-needed growth and jobs. The agreement helps establish a stable legal framework and gradual approximation with EU laws and standards. It also promotes the free movement of goods, services and capital and envisages higher standards and increased choice and lower prices for Kosovo citizens.

It should stimulate Kosovo's progress in the area of transport and energy as it foresees the gradual integration into Europe's energy markets and the development of quality infrastructure. The agreement should also strengthen regional cooperation. Under its terms, Kosovo commits itself to a visible and sustainable improvement in relations with Serbia. This is an essential principle of our agreement. The continuation of the EU-facilitated dialogue with Serbia is therefore a legal obligation.

Kosovo will need to implement the agreements it has reached and continue to work towards further agreements. As we have seen over the last few months, this sometimes involves taking difficult decisions and the need for compromise.

Finally, I want to underline that the agreement includes provisions that commit Kosovo to high international standards in terms of respect for democratic principles. This is of particular relevance to the challenges Kosovo is facing at the moment. It means that the institutions set up to ensure democratic government and the rules that allow these institutions to do their work should be respected.

It also means there can be no obstruction to free and transparent political discourse. Obstruction and violence have no place in a democratic system. Allow me to use this opportunity to call on Kosovo's politicians to engage in a free political exchange to solve the differences in a way that is worthy of the country's European perspective: without obstructions, without violence and without threats and intimidation.

Allow me to thank you once more for your support, and I look forward to the debate.

Adam Szejnfeld, *autor projektu opinii Komisji Handlu Zagranicznego*. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! W imieniu Europejskiej Partii Ludowej chcę jednoznacznie poprzeć wdrożenie układu o stabilizacji i stowarzyszeniu między Unią Europejską a Kosowem.

Kosovo to mały kraj na zachodzie Bałkanów, ale też musimy pamiętać, że to jest ostatni kraj spośród tych wszystkich, z którymi podpisujemy te umowy. Najważniejsze jest to, co prezentował już pan komisarz. Umowa ta niesie ze sobą wiele dobrych rozwiązań dla Unii Europejskiej, a przede wszystkim dla tego małego państwa i tego małego narodu, który cierpi biedę, chyba największą spośród wszystkich narodów Europy. Mamy więc tutaj szansę na wsparcie i wspomnienie Kosowa. Z drugiej jednak strony będzie to także korzystne dla Unii Europejskiej, chociażby w aspekcie migracji, która jest dzisiaj bardzo dużym problemem i wyzwaniem.

Lars Adaktusson, för PPE-gruppen. – Fru talman! Det är en glädjande och historisk händelse när stabiliserings- och associationsavtalet med Kosovo nu är på väg att bli verklighet. Avtalet är en milstolpe för Kosovo och innebär bland annat nya möjligheter för landets ekonomi. Besvärande hinder när det gäller den inre marknaden försvinner och med avtalet bekräftas att Kosovos framtid är europeisk.

Samtidigt kan vi konstatera att europeisk integration inte kan tas för given. Den kräver politisk vilja och den kräver politisk beslutsfattande. Det handlar inte minst om att implementera överenskomna reformer. I det sammanhanget noterar jag att parlamentets föredragande, fru Lunacek, har påtalat vikten av att intensifiera arbetet för att bekämpa korruptionen. Detta är centralt. Korruptionen är ett avgörande hinder för Kosovos fortsatta utveckling.

Den politiska viljan måste också omfatta genomförandet av avtal som kan vara impopulära bland de egna väljarna men som samtidigt är avgörande för en normalisering av relationerna med grannlandet. Detta är ett ansvar som åligger regeringen, men också oppositionens företrädare. Avslutningsvis vill jag uttrycka mitt stöd till detta historiska första formella avtal mellan EU och Kosovo.

Pier Antonio Panzeri, a nome del gruppo S&D. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questo Accordo di associazione e stabilizzazione con il Kosovo rappresenta un passo importante perché può creare le condizioni per un avanzamento del processo di avvicinamento all'Unione europea. È un accordo, come detto, che stabilisce relazioni contrattuali che garantiscono un maggiore dialogo politico, un'ulteriore integrazione commerciale e nuove forme di cooperazione nei diversi settori.

Certo, quest'accordo è importante ma non è risolutivo. La situazione in Kosovo rimane ancora molto problematica, come abbiamo visto nelle recenti, gravi manifestazioni, e l'esigenza di un consolidamento democratico delle strutture istituzionali kosovare è questione fondamentale per assicurare una positiva prospettiva al paese e alla regione balcanica. E ne abbiamo bisogno soprattutto nella fase attuale, che è caratterizzata da enormi problematiche, come quella migratoria, che fanno della regione balcanica e del Kosovo un crocevia estremamente delicato sul quale dobbiamo mostrare una grande attenzione perché è chiaro che può essere foriero di grandi problemi anche per quanto riguarda l'Unione europea.

Per queste ragioni, nel dare il nostro pieno consenso all'accordo di associazione e stabilizzazione, crediamo nello stesso tempo utile invitare la Commissione europea ad accompagnare il Kosovo verso obiettivi più avanzati. Abbiamo assolutamente bisogno che questo paese si avvii seriamente sulla strada delle riforme e del consolidamento democratico.

Ангел Джамбазки, от илето на групата ECR. – Г-жо Председателстващ, уважаеми колеги, моята група ЕКР приветства Споразумението за стабилизиране и асоцииране на Косово с Европейския съюз. Аз приветствам и поздравявам г-жа Луначек за подготовката.

Косово е в изключително трудна ситуация – институциите и независимите регулатори са силно политизирани, съдебната система не функционира коректно, няма напредък в борбата срещу организираната престъпност и корупцията, а икономическата среда и високата безработица карат хората да бягат от страната.

Интеграцията е жизненоважна за Косово, защото страната има нужда от помощ в изграждането на своята държавност и институции, а косоварите имат нужда от работни места, развитие на бизнеса, икономически растеж и покачване на жизнения стандарт.

Надявам се, че Споразумението ще стабилизира страната и ще помогне за установяването на етнически мир в страната. Няма друг регион в Европа, като Балканския полуостров, където етническото разбирателство да влияе толкова много на самото съществуване на държавите.

За да избегнем напрежение и конфликти на етническа основа, не бива да си затваряме очите и омаловажаваме нарушенията на правата на етническите общности, както в Косово, така и в останалите страни от региона и предприседнителния пакет. Говоря за българите в Македония, българите и гораните в Косово, хърватите в Сърбия и на много други национални общности, българите в Сърбия също, останали извън пределите на своите страни след опустошителните войни в края на изминалия век.

Jozo Radoš, u ime kluba ALDE. – Gospodo predsjednice, gospodine povjereniče, u ime ALDE grupe dajem punu potporu potpisivanju i skorom stupanju na snagu Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju s Republikom Kosovom i jednako tako očekujem da će uskoro doći do potpisivanja okvirnog sporazuma o sudjelovanju Kosova u programima Europske unije. Kosovo je zemlja koja je suočena s unutrašnjim poteškoćama, nestabilnostima u jednako tako nestabilnoj regiji. Treba znati da dvije zemlje prostora jugoistočne Europe, Srbija i Bosna i Hercegovina nisu priznale Kosovo. Postoji niz otvorenih, međusobnih pitanja, neke političke snage ne žele, ne priznaju *de facto*, skriveno ili ne, zemlje u kojima žive, nagovješćuju promjene granica što na tom prostoru vjerojatno ili gotovo sigurno ne bi prošlo bez novih sukoba.

Zato je važno da se ovaj Sporazum u potpunosti vrlo ambiciozno primjenjuje. To nije samo gospodarski sporazum, to je sporazum koji uključuje i izgradnju demokratskih institucija, izgradnju cijeloga društva, jačanje pravosuđa, tako da je vrlo važno da se te komponente ovoga sporazuma iskoriste vrlo ambiciozno i vrlo predano. To je u interesu Europske unije. To je jednako tako u interesu građana Kosova jer samo na takav način ćemo dobiti Kosovo koje će moći vrlo uskoro podnijeti zahtjev za članstvo u Europskoj uniji i time se pridružiti ostalim zemljama regije kako bi na takav način, uz pomoć toga puta prema Europskoj uniji dobili zemlju koja će biti stabilna i regiju koja će biti stabilna jer to je prostor koji se nalazi unutar Europske unije, i naravno i interes Europske unije, a ne samo građana Kosova i ostalih zemalja je da taj proces pridruživanja Europskoj uniji bude što je moguće kvalitetniji i što je moguće brži.

Javier Couso Permuy, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señora Presidenta, en nuestro Grupo no hemos variado nuestra postura sobre Kosovo, al cual consideramos un pretendido Estado, impuesto al margen de la comunidad y del Derecho internacional. De hecho, la autoproclamada República de Kosovo no pertenece a las Naciones Unidas y no es reconocida por más de la mitad de sus miembros, incluyendo mi país. Aún sigue rigiendo la Resolución 1244 de las Naciones Unidas, que debe supervisar las instituciones de autogobierno de Kosovo a la espera de un acuerdo político. Y, a día de hoy, ni el Gobierno de la República de Serbia ni las autoridades provisionales del autogobierno han concluido todavía una solución política diferente al *status quo* actual.

Detrás de algunas posiciones de apoyo a Kosovo, más que el Derecho internacional está Camp Bondsteel, la segunda mayor base militar de los Estados Unidos en el mundo, cercana a Oriente Próximo, al Cáucaso, a Rusia, que permite el control sobre oleoductos y corredores energéticos vitales.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, στα Βαλκάνια οξύνονται επικίνδυνα οι ιμπεριαλιστικές αντιθέσεις λόγω της γεωστρατηγικής τους θέσης δίπλα σε περιοχές που σπαράζονται από ανταγωνισμούς και πολέμους και που αποτελούν πέρασμα προσφύγων αλλά και αγωγών ενέργειας, όντας πεδίο μεγάλων επενδύσεων και προγεφύρωμα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του NATO σε περιοχές με έντονο ενδιαφέρον και για τη ρωσική αστική τάξη.

Η πολεμική επέμβαση Ευρωπαϊκής Ένωσης και NATO έφερε τη διάλυση της Γιουγκοσλαβίας, έσπασε προτεκτοράτα και καλλιέργησε εθνικούς και θρησκευτικούς διχασμούς στους λαούς για την εξυπηρέτηση των Ευρωνατοϊκών συμφερόντων και των τοπικών αστικών τάξεων. Η συζητούμενη συμφωνία σύνδεσης αναγνωρίζει ντε φάκτο ένα τέτοιο προτεκτοράτο, το Κόσοβο. Τεράστιες ευθύνες έχει και η ελληνική κυβέρνηση που πράττει το ίδιο. Πυροδοτεί εθνικισμούς, αλτρωτισμούς μεγαλοϊδεατισμούς, εδαφικές διεκδικήσεις και προωθεί αλλαγές συνόρων, όπως είναι η επίσημως επαπειλούμενη ένωση Αλβανίας και Κοσόβου σε ενιαίο κράτος που θα τρέφει βλέψεις εναντίον γειτονικών χωρών όπως η FYROM και η Ελλάδα. Μια ανάλογη αναζωπύρωση εθνικισμών εξυπηρετεί και η απαράδεκτη συγκρότηση Ομάδας λόμπι ευρωβουλευτών με την ονομασία «Φίλοι της Μακεδονίας». Οι λαοί πρέπει να επαγρυπνούν. Συμφέρον τους είναι να αντιπαλέψουν τα ιμπεριαλιστικά σχέδια και να ανατρέψουν τον καπιταλισμό που σπέρνει πολέμους και δυστυχία και προσφυγιά...

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, first of all I would like to congratulate Kosovo's government and parliament on finalising and adopting this agreement – it is a milestone in our relations with Kosovo. Establishing contractual relations will open new opportunities on the road to closer integration between Kosovo and the EU.

The agreement provides an incentive for the implementation of reforms in Kosovo. As one of the poorest countries in the region, Kosovo should take this agreement as an opportunity for economic and social growth, but also as a chance to make substantial political and institutional reforms. The EU shares responsibility for development in this region. We therefore have to tighten our relations with these countries and their citizens. The SAA with Kosovo is a step in this direction. The next step should lead to visa-free travel for Kosovars. This will be crucial to enable Kosovo businesses and people to fully benefit from the SAA. In other words, with the SAA we have taken an important step, dismantling barriers in our relations with Kosovo. We should be ready to take the next step, dismantling the barriers in our relations with the Kosovan people.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo predsjednice, pozdravljam potpisivanje Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju s Kosovom nakon nepunih godinu dana pregovora. Kao voditelj Izaslanstva za odnose s Kosovom, vjerujem da će Europski parlament sutra dati svoju suglasnost njegovom sklapanju. To je svojevrsno priznanje predanosti Kosova punopravnom članstvu i europskoj budućnosti kao ključnim ciljevima. Istodobno, ovime je završen proces uspostave ugovornih odnosa sa zemljama Zapadnog Balkana.

Ovaj sporazum je važan korak jer može stvoriti prilike za investicije, rast i financijski razvoj kroz primjenu europskih standarda i zakona Europske unije. No, daljnji napredak će ovisiti o konstruktivnoj suradnji svih političkih dionika, što još uvijek nije slučaj. Ponovo se, nažalost, zbiva regionalni problem opstrukcije oporbe u Parlamentu i nasilne reakcije vlasti. Ružni prizori kojima svjedočimo u zadnje vrijeme zaista su neprilične za zemlju koja ima europske aspiracije. Potrebno je nastaviti s borbom protiv terorizma i radikalizacije, mjerama za smanjenje broja ilegalnih migranta i tražitelja azila u EU-u, ali i radom na spuštanju visoke stope nezaposlenosti što je ključni preduvjet za uspjeh ovih nastojanja.

Nadam se da će Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju, kao prvi ugovor Kosova i Europske unije, biti poticaj tolikim institucionalnim i zakonodavnim reformama koje Kosovo treba usvojiti i primijeniti. Bilo bi, naravno, izvrsno da na tom putu najmlađa europska država što prije dobije i nepodijeljenu europsku podršku.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, napori koje su kosovske vlasti poduzele kako bismo došli do potpisivanja ovog sporazuma najbolji su jamac europske perspektive Kosova. Riječ je o mladoj demokraciji pred kojom se nalazi još puno izazova i ozbiljnih zadataka pa je iznimno važno da su vlasti doista posvećene procesu euroatlantskih integracija.

Taj je proces veliki test za državu Kosovo, ali i za Europsku uniju koja mora pokazati liderstvo i optimalnu razinu zajedničke vizije država članica kad je riječ o našem europskom dvorištu.

U kontekstu Kosova tu prije svega mislim na međunarodno priznanje. Koliko smo mi doista iskreni prema Kosovu kad je riječ o njihovoj europskoj perspektivi ako neki od nas još uvijek ne priznaju ni samo postojanje ove države?

Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju nije ni prvi ni najvažniji korak na europskom putu Kosova. Taj ključni korak je međunarodno priznanje od strane svih država članica pa ovim putem pozivam one koje dosad nisu priznale Kosovo da to konačno učine.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, στις 10 Ιουνίου του 1999, το Συμβούλιο Ασφαλείας του ΟΗΕ έδωσε το Κόσσοβο υπό μεταβατική ηγεσία, δημιουργώντας κρατίδιο εντός της Γιουγκοσλαβίας και αργότερα της Σερβίας. Το Κόσσοβο, υπό την ιστορική, γεωγραφική, πνευματική και ηθική πραγματικότητα, είναι η καρδιά της Σερβίας και η ψυχή του σερβικού λαού. Δεκαεπτά χρόνια αργότερα και 627 συνολικά από τη Μάχη του Κοσσυφοπεδίου μεταξύ των Ηνωμένων Σέρβων, Βόσνιων και Κροατών εναντίον των Οθωμανών Τούρκων, η οποία σταμάτησε την προέλασή τους στη Δυτική Ευρώπη, κάποιοι ανιστόρητοι και αφελείς πολιτικοί προωθούν τη Συμφωνία Σταθεροποίησης και Σύνδεσης Ευρωπαϊκής Ένωσης-Κοσόβου. Αυτό είναι έγκλημα.

Το Κόσοβο δεν είναι κράτος ούτε υφίσταται Κοσοβάρικο Έθνος. Δεν πρέπει να ξεχνάμε τα εγκλήματα των κομμουνιστών του Τίτο που μετάλλαξαν κράτη και βίασαν κυριολεκτικά την ιστορική αλήθεια, δημιουργώντας Μακεδονικές ονειρώξεις και κοσοβάρικα εκτρώματα. Η προσχώρηση του Κοσσυφοπεδίου θα αποτελέσει αποδοχή της δια της βίας αλλαγής συνόρων ενός κράτους με μονομερή απόσχιση σερβικού εδάφους, βασιζόμενο στα εθνотικά κίνητρα των Αλβανών – όπως ακριβώς επιδιώκετε όλοι εσείς να συμβεί με την τουρκική εισβολή και κατοχή του βορείου τμήματος της Κύπρου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, all these countries from Eastern Europe have to and will join the European Union one day. It is in the interests of Europe and of all these countries.

I would like to congratulate Ms Mogherini for the historic agreement that she brokered in August last year between Serbia and Kosovo, working towards the complete normalisation of relations between Belgrade and Priština. However, Belgrade did not recognise the independence of Kosovo, and there are five European Union countries that have still not recognised Kosovan independence. So this mechanism which we are now implementing is a *sui generis* mechanism to bring Kosovo closer to the European Union. Probably the Commission and the Member States will have to find a way for this country to start accession negotiations with the European Union without it having been recognised by all Member States.

(The President cut off the speaker)

„Catch the eye” eljárás.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I have listened to the debate, a very mature debate, where most were in favour, some against this SAA. Obviously being in the EPP Group and on the Committee on International Trade, I am very much in favour and I look forward to Kosovo developing and in particular to its people enjoying a higher standard of living and greater confidence as this agreement comes into being, creating more trade and more jobs and a higher standard of living. Also I would say that I look forward to the day when Kosovo will become a full member of the European Union.

Coming as I do from the other side of Europe, Ireland, a small country off the west coast of Europe, that joined in 1973 and has benefited enormously from EU membership ever since, I can say that we would not dream of leaving the European Union, whatever our friends from the United Kingdom might do. I think the same will probably apply to Kosovo and other countries in that region because they have a lot to offer in terms of creating stability for us, a better neighbourhood and of course internal reforms which will be needed as well.

Tibor Szanyi (S&D). – A stabilizációs és társulási megállapodások az Európai Unió nyugat-balkáni bővítési politikájának immár bevált hatékony eszközeiként sorolhatók. A térség stabilitása, demokratikus fejlődése érdekében éppen ideje, hogy Koszovó is profitálhasson az Unióval való szorosabb együttműködés lehetőségeiből – beleértve a vízummentes utazás perspektíváját is. Sajnálom vagy sajnálatos, hogy e folyamat kiteljesedését továbbra is gátolja az a tény, hogy öt európai uniós tagállam változatlanul nem ismeri el Koszovó önálló államiségát. Talán ennek az egyezménynek az életbelépése megfelelő alkalom lehet e tagállamok számára a jogilag és politikailag túlhaladott helyzet korrigálására. Ez meggyőződésem szerint a Pristina és Belgrád közötti párbeszéd és nem mellesleg közvetve a szerb csatlakozási folyamat politikai feltételeit is javítaná.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Hilde Vautmans (ALDE). – Het verslag van vandaag van mevrouw Lunacek gaat over een belangrijk stabilisatie- en associatieakkoord. Dat is een eerste en een heel belangrijke stap naar een verdere toenadering tot de Europese Unie. Het verdient dan ook onze volledige steun. We zullen binnenkort ook over het voortgangsrapport 2015 stemmen. Als het goed gaat, mag het ook gezegd worden. Er is vooruitgang. We moeten Kosovo volledig ondersteunen om een maatschappij van vrijheid en vooruitgang te worden.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Tudi sam bi se zahvalil poročevalki, gospe Lunacek, za izvrstno opravljeno delo in za ves trud, ki ga je vložila v vsebino tega poročila.

Mislím, da je pridružitveni sporazum ključnega pomena in pomeni pravzaprav okno v svet za Kosovo, ki je v zadnjih letih, desetletjih živel eno težkih obdobj.

Ta sporazum pravzaprav pomeni odprta vrata za prost pretok dobrin, ljudi, blaga, tudi uveljavitve, končno, tako imenovanega vizumskega režima. In ta sporazum seveda omogoča tudi velik prostor na področju razvoja energetike, infrastrukture in pa seveda odpira možnosti za reševanje tudi okoljskih izzivov, ki na Kosovu niso zanemarljivi.

Predvsem pa moramo paziti: Kosovo tudi igra pomembno vlogo pri zagotovitvi stabilnosti v regiji in to je tudi potem odgovornost Evropske unije.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Es ist kein Geheimnis, dass die Mehrheit unserer Bürger die größte Gefahr für Europa gegenwärtig im militanten Islam sieht. Würden wir diese Ängste der Bevölkerung ernstnehmen, dann wäre wohl auch ein EU-Kurs des Kosovo keine Option.

Doch genau diesen Kurs behält unser Bericht bei. Und das, obwohl heute in der Schweizer Zeitung „Blick“ die Frage aufgeworfen wurde: „Wird Kosovo der erste islamische Staat Europas werden?“ In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, dass die Saudi-Arabier dort den Großteil der Moscheebauten finanzieren. Zur Erinnerung: Saudi-Arabien ist das Land, wo erst im vergangenen Jahr die Folter an Raif Badawi durchgeführt wurde, was auch die Berichterstatteerin zu Recht anprangerte, und wo in Serie geköpft wird. Für das saudi-arabische Königreich wäre das Kosovo ein perfektes trojanisches Pferd in der Union. Man muss kein Hellseher und keine Cassandra sein, um diese Gefahr auch deutlich zu erkennen. Für mich ist daher eine Assoziierung oder gar eine Mitgliedschaft unrealistisch und höchst gefährlich.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Mr President, the Stabilisation and Association Agreement between the European Union and Kosovo is an important step on Kosovo's European path. It is a key contribution to the Union's Stabilisation and Association Process for the Western Balkans. It allows Kosovo to join the mainstream with the rest of the region, sharing the same perspective, the same vision and the same future.

This includes, by the way, a clear European perspective given that a possible future Member of the European Union has to share European values, and this includes, for example, a clear division between the state and religion. So this is something we should keep in mind.

But the next challenge is implementation. The agreement will need time to kick in, it will not show results immediately. The agreement needs to be implemented in the manner and on the base that was agreed. It is not a magic cure that can fix all of Kosovo's problems. However, I have no doubt that the agreement will help foster a sense of belonging; that it will provide a structure that is shared by others in the region; that it will offer a framework that supports Kosovo in its efforts to meet the aspirations of its citizens, a framework of peace, stability and prosperity.

Let me also take the opportunity of this debate to once again call on the government and the opposition in Kosovo to get around the table and discuss their differences. The political crisis Kosovo is facing has already taken far too much time, time that Kosovo can ill afford. Kosovo's politicians owe it to the people to find solutions urgently. Kosovo's citizens deserve nothing less. I continue to count on the support of this House to help Kosovo in its efforts to get closer to Europe.

Ulrike Lunacek, *rapporteur*. – Madam President, Commissioner, colleagues, I would like to thank you all – even those who are for not recognising countries – for your support for this report on the Stabilisation and Association Agreement. This is a very important step, as I have already said.

I just want to refer to one of the non-supporters from GUE. I need to correct him, because more than half of the UN member states (111) have already recognised Kosovo. So it would be high time for Kosovo to become a member of the United Nations and its organisations.

Since all of the arguments have been exchanged now, I would like to end with two things. I would like to go back to commemoration of Ibrahim Rugova that I started with this evening, because he is a strong symbol of non-violent struggle. I would like to use that in order to urge the opposition parties in the Kosovo Assembly to follow Rugova's example and to return to work in the assembly that they were elected to and not keep blocking the parliament's work, because violence should not have a place in this youngest republic's parliament – in the parliament of this youngest republic on this European continent.

And now to finalise, let me just mention something very different, which is very positive news for Kosovo. Last Thursday, a Kosovo short film – the first ever produced in Kosovo – was nominated for the Academy Awards for the best live action short film. It is called Shock. It is about friends. It is about two boys living during the war, which has already been over for a long time. I would really love to see this Kosovo film awarded an Oscar for best short film on 28 February 2016. It would be a great boon for this young country.

(Applause)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 21. Januar 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Već sam izjavio da ću otvoriti najveći šampanjac kada i zadnja zemlja s Balkana postane članica EU-a. Vjerojatno će to biti Kosovo. Danas počinje maraton Kosova prema EU-u. Slavit ću jer vjerujem da će članstvo u EU-u svih zemalja s Balkana omogućiti mir i stabilnost, nakon mnogih stoljeća, svim građanima Balkana. Moramo jasno poručiti građanima Kosova da ekstremizmi koji se pojavljuju neće doprinijeti europeizaciji Kosova. Potrebno je jasno poručiti da Kosovo mora uspostaviti partnerske odnose sa Srbijom i pogotovo stvoriti mehanizme zaštite srpske zajednice na Kosovu. Iz tih razloga podržavam sve ono što u ovom trenutku čine premijeri Srbije Vučić i Albanije Rama. To je odlična pretpostavka za dugoročno stabiliziranje Balkana. Pozivam i 5 država EU-a koje nisu priznale Kosovo da to učine u korist mira u Europi.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Leping on suur samm Kosovo lähenemisel ELile ning peaks positiivselt mõjuma nii Kosovo majandusele kui ka ühiskonnale tervikuna. Leping tihendab ELi ja Kosovo poliitilist dialoogi, elavdab majandussuhteid ning mitmete sektorite koostöövõimalusi. Majandusliku ja poliitilise stabiilsuse saavutamisele Kosovos aitab aga laiemalt kindlasti kaasa ka kogu regiooni stabiilsuse saavutamisele.

16. Systematischer Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zum systematischen Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS (2016/2529(RSP)).

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*.
– Mr President, I apologise but it is dealing partially with what was discussed before on Moldova.

Let me first of all say that this debate touches on something that is particularly relevant and very much linked to other debates we held last night: the situation in the Middle East and sectarianism is one of the diseases of our age. For centuries, countless faiths and ethnicities have lived together in the Middle East – more than in any other parts of the world. Of course, sectarian conflicts have always existed, but the diversity of the Middle East has never ever been as vulnerable as it is today.

For too long, too many actors have fostered sectarian divisions in a struggle for regional power and this is what we are seeing now. Today, we see the devastating effects of such behaviour. Daesh has turned sectarian strife into a core theme of its propaganda and of its actions. They have used it as a tool for recruitment and as an excuse for claiming oil rich lands – not much to do with religion, but a lot about power.

Before I go into more detail on how to tackle the mass murder of minorities, let me be clear on one important thing: Daesh is not just a threat to minorities. A few days ago we learned that Daesh has allegedly killed more than 100 people and kidnapped hundreds in the Syrian city of Deir al-Zor. According to the first reports, all of them were Sunni Muslims. If you look at the numbers of victims in the current conflicts, the vast majority of them are Muslims. This is true in Syria and Iraq, as well as in Nigeria or in Pakistan, and also in Europe we have Muslim victims of terrorist attacks. All faiths, all peoples are victims and united in the fight against terror. This is I think the first duty we have: to send a signal, to send this message. We are all in this. We are all united in this.

Still, we cannot ignore that the plight of individuals belonging to religious minorities, including Christians, in Daesh-controlled areas of Syria and Iraq is dramatic. Christian communities, Kurdish cities, the enslavement of Yazidi women, Shabaks, Druze, Assyrians, we can forget none of them. Faced with terrible atrocities, we need more than condemnation. You can imagine my frustration every time that we come out with a statement condemning – we have to do that because it is a sign of constant attention, which these communities need. But on the other side, we all know very well that condemning is not enough. We need concrete support for these people, so let me focus on actions we have taken in defence of minorities in the Middle East.

First, financial support: we are providing very concrete financial support. The European Union and the Member States are the leading donors for Syria with over EUR 5 billion in assistance. We have been among the first to provide assistance to the Yazidis and Christians in Iraq – I visited some of them exactly last year at Christmas – and to the Kurds in Kobane.

The EU also remains the second largest donor to Iraq. Our funds are helping to bring life back to the regions liberated from Daesh, and we all know that this is central for making it possible for the pluralism of this society to survive. When we say that we must help minorities stay in their land, in the lands where they have lived for centuries, that is exactly what I mean. The European instrument for democracy and human rights supports civil society projects promoting freedom of religion or belief. This goes together with implementing legislation that safeguards the rights of persons belonging to minorities in both Syria and Iraq.

As the war still goes on, it can be difficult to look at the future and work on a post-war Middle East. I know that very well. Still, we need to always keep in mind that our long-term goal is that of a peaceful and inclusive democracy. We need to start investing in a peaceful future today if we want tomorrow to be a better one. Let me be completely sincere on this: the resources we have invested, although very important ones, are far from sufficient. Humanitarian response plans for Syria and Iraq were under-funded in 2015. This needs to change under the new humanitarian response plans for 2016, and we have worked on this. The European Union continues to contribute to humanitarian aid, and let me say I count very much on this Parliament's support for our action to be strengthened this year. It will be important to commit to a strong pledge at the upcoming London Conference of Donors for Syria that will be co-hosted by the UK, Germany, Norway, Kuwait and the United Nations on 4 February this year.

Apart from financial support, we have other fields of action. The second one is guaranteeing that justice will be done – accountability. This is a crucial step towards peace and national reconciliation. This is why the European Union supports the Independent International Commission of Inquiry on Syria, which collects evidence on the violations committed in view of future legal action. The EU also provides political and financial support to efforts from civil society to promote accountability in Syria. Our European Union has called for the UN Security Council to refer the situation in Syria to the International Criminal Court. As for Iraq, we are aware that minority groups, in particular the Yazidis, have demanded that the crimes committed against them by Daesh be considered genocide.

Third field of action – we are seeking the broadest engagement of relevant regional actors and of international organisations. This is because we believe that it is, for sure, a task for the European Union – but not for the European Union alone – to protect minorities in the Middle East. Since the beginning of the crisis, we have sought to involve our Muslim partners first and foremost on the solution of it. We are part of the global coalition countering Daesh and contribute to its objectives with non-military means, as you know.

Let me also stress that our condemnation of the crimes of Daesh will never be as powerful as those of the Muslim religious authorities. They are our best allies in this fight. We have, in particular, cooperated with the Organisation of Islamic Cooperation an engagement which led us to the consensual adoption of a UN resolution on fighting religious intolerance. I have, in particular, in the last months upgraded our cooperation with the Organisation of Islamic Cooperation.

The EU also supports the proposal by France and the Accountability, Coherence and Transparency Group that the Security Council develops a code of conduct whereby permanent members agree to refrain from using their veto with respect to those mass atrocities which the responsibility to protect seeks to prevent. We are happy to see that this proposal is gradually gaining more support within the larger UN membership.

The fourth field of action, maybe the most urgent one: we are on the front line of all diplomatic efforts to find a political solution to the war in Syria and join forces against Daesh and, let me add, supporting the work of the Iraqi authorities towards national inclusion and reconciliation.

We are finally getting to a stage in Syria where the Syrian parties can finally, hopefully, sit together and try to find their own way out of the war. After five years of bloodshed, reconciliation and peace will not be easy for sure, but is it possible – and more than possible, necessary. There is no other way to preserve the incredible diversity of the Middle East. Building up strong and inclusive societies – strong and inclusive democracies where all people have a say, where all rights are guaranteed, where living together is possible and it is safe and good for all.

Despite the hardships, minorities in the Middle East have not lost hope. Just one month ago, the Catholic community in Aleppo celebrated the beginning of the Catholic jubilee of mercy. They did so by opening a holy door in the local church of Saint Francis. Life goes on, faith goes on, and it is a powerful symbol of forgiveness, of faith and confidence in a better future. In a recent interview, the Catholic Bishop of Aleppo quoted an Islamic proverb which goes this way: ‘Allah provides even for a black ant on a black rock crawling in a dark night,’ and he continued, ‘we are not alone and the bells of our churches will keep tolling’.

These people have not lost hope. Personally, I am not a believer, but I am a strong believer in the rights of all to live in peace and respect. I am a strong believer in the value of diversity, in the richness of different communities sharing their identities, their stories, their wisdom, their past and their future, the hopes and aspirations, their lives. That is the strength of open societies: the capacity to live together, and this has been and is the strength of the European Union and of the Middle East. We cannot let them down, and the only way to make sure we do not let them down is to obstinately push for a political solution to the current crisis. We have discussed that yesterday night in this room – to reject all sectarianism, to keep working for a regional settlement of all disputes and for national reconciliation.

Our friends in the Middle East have not lost hope. If we care about them, we have to keep working for peace and let us not lose hope either.

(Applause)

Lars Adaktusson, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, let me begin by thanking the High Representative, Ms Mogherini, for her important statement. Christians in Iraq and Syria are, on a daily basis, abducted, raped, tortured and forced to flee their homeland. The total number of Christians has dropped dramatically. Christianity, and its individuals, traditions and historic sites, are being wiped out. Let us be clear: it is absolutely imperative to stop Islamic State.

For some time, it has been reported that crimes against humanity are going on. Sadly, the situation is worse. ISIS is guilty of the most detestable, cruellest crimes defined in international law. A great number of the world's leading lawyers affirm that the ongoing persecution is met by the strictest definition of genocide.

In December, the President of this Parliament, Mr Schulz, said that the persecution of Christians is undervalued and has not been properly addressed. We have to change that. For the sake of the victims, for the fundamental right of restitution and reconciliation, we have an historic obligation to call these evil ...

(The President cut off the speaker)

Josef Weidenholzer, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! In diesem Haus haben wir uns schon des Öfteren mit Da'esh, mit dieser Todeskultur, der nichts heilig ist, beschäftigt. Da'esh bekämpft alles, was nicht seinen rigiden Postulaten entspricht, radikal und total: Ungläubige, Schiiten, Sunniten, Aleviten, Christen und Jesiden. In zwei Entschliefungen hat sich dieses Haus bereits damit beschäftigt, mit jesidischen Frauen und mit den assyrischen Christen. Gerade heute haben wir erfahren, dass Da'esh ein 1400 Jahre altes Kloster, Sankt Elias, in der Nähe von Mossul dem Erdboden gleich gemacht hat.

Wir müssen diesen Kampf weiter führen, konsequent und unnachgiebig. Wir müssen die Ursachen und Hintergründe aufarbeiten, weil wir Bedingungen herstellen müssen, unter denen künftig wieder Demokratie, Religionsfreiheit, Menschenrechte möglich sind. Wir müssen jetzt schon beginnen, mit Versöhnungsarbeit anzufangen, um die Grundlagen für die künftige Entwicklung zu legen. Vor allem brauchen aber jene Menschen unsere Unterstützung, die immer noch in der Geiselhaft der Terroristen sind: Hunderte Christen, Tausende jesidische Frauen. Sie leiden und sie werden wie Ware behandelt, sie sind eine Einnahmequelle für Da'esh. Jesidische Frauen werden verkauft auch in Länder, mit denen wir Wirtschaftsbeziehungen pflegen, wie Saudi-Arabien. Für die assyrischen Christen wird ein Lösegeld von 25 Millionen Dollar verlangt, und das soll abgewickelt werden über Banken, die ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I am very disappointed that this Parliament has opted to use the title 'systematic mass murder' in what is clearly genocide. Last year I visited the Kurdistan region of Iraq and met with Iraqi Christian refugees. Their plight as well as that of the Yazidis and other minorities is clearly due to a concerted campaign by ISIS to systematically rid Iraq and the wider Middle East of all non-Sunni Muslims. Religious minorities have seen their communities in the areas controlled by ISIS or Daesh destroyed, as men have been systematically executed and women have been captured as sex slaves.

Yesterday's report by the UNHRC highlighted these details in no uncertain terms and noted that such crimes, and I quote: 'may in some instances amount to war crimes, crimes against humanity and possibly genocide'. It is time for us now to take action that will remove such equivocation of labelling these crimes as such and put pressure on the UNSC and the P-5 to refer ISIS and its leadership under the terms of command responsibility to the ICC. I understand from my meetings with a KRG that the Iraqi Government is...

(The President cut off the speaker)

President. – Mr Tannock...

(Mr Tannock continues speaking)

Colleague...

(Mr Tannock: 'You cut me off every bloody time, Mr President, what's wrong with you?')

Mr Tannock, there is nothing wrong with me but every time the interpreters ask you to slow down, and I try to give a sign (*bangs desk with gavel*) – not to interrupt you – but you simply do not react; you even increase the speed. It is not possible to read out speeches where normal people need four minutes and you want to do it in two minutes. It is not possible to keep up the order in the House, otherwise the booths stop the service. If you do not check your speed, I will take the floor off you.

Charles Tannock (ECR). – Mr President, you are abusing my privilege as an MEP to speak at the velocity I wish to speak at and deliver my speech in. I am very sorry, that is not your prerogative and I wish to appeal to President Schulz. It is the second time you have stopped me mid-track while I have been speaking on a very important topic. Most people here can perfectly well understand my English. Can I please complete my speech?

President. – Mr Tannock, I will interrupt you more often if you want, and it is not true that you can speak as fast as you like. In the rules it is clearly laid down that if a booth stops interpreting then the whole session has to be interrupted and this is why you cannot speak as fast as you want.

(*Mr Tannock: 'There is no such rule, Mr President, you made it up!'*)

Javier Nart, en nombre del Grupo ALDE. – Señor Presidente, es imposible entender Oriente Próximo sin la presencia de diferentes comunidades. Es imposible entender Oriente Próximo sin la presencia de la comunidad judía —que ya ha desaparecido—, sin la presencia de las diferentes comunidades cristianas —caldeas, asirias, siriacas, católicas, maronitas—. El problema no es simplemente lo que está ocurriendo con el Estado Islámico. Los cristianos de Irak comenzaron a marcharse masivamente tras la invasión estadounidense.

En Israel y en la Palestina ocupada cada vez quedan menos cristianos, de forma que Belén, que era mayoritariamente cristiana, hoy tiene una rigurosa minoría cristiana. Se marchan. Y se marchan porque la vida es imposible vivirla y porque las diferentes comunidades necesitan protegerse a sí mismas en espacios cerrados. Y de esta forma nos vamos encontrando cómo los drusos se defienden de los demás; cómo los yazidíes tienen que autodefenderse; cómo los chiíes, cómo los suníes, los alauíes, los maronitas, las diferentes comunidades se convierten en islas estancas. Y esto es una tragedia.

Porque hay una necesidad para Europa. Si no tenemos espíritu solidario, por lo menos tengamos sano egoísmo. Nuestra necesidad es que en Oriente Próximo exista una potente comunidad cristiana, porque históricamente ha existido y porque significa la mejor referencia y el mejor puente de comunicación. Ya destruimos una comunidad islámica ejemplar en Bosnia por abandonarla y ahora hemos abandonado a las diferentes comunidades: yazidíes y cristianos. Dejémonos de retórica, necesitan defensa activa, no simplemente una condena metafísica. No les hemos dado nada, ni siquiera esperanza.

Ангел Джамбазки (ЕСР). – Г-н Председател, за втори път проявявате неуважение към моя колега и го прекъсвате по време на важни речи. Настоявам да му се извините и ще уведомя Председателството за тази тенденциозна политика, която провеждате към моя колега.

Der Präsident. – Sie brauchen nicht das Präsidium zu verständigen, das werde ich bereits tun.

Es gibt in dieser Geschichte eine lange Vorgeschichte und ich versuche immer, den Kollegen Tannock durch dieses Zeichen (*der Präsident schlägt mit seinem Hammer auf das Pult*) aufmerksam zu machen, dass er langsamer spricht.

Hier gibt es einen Notknopf, der leuchtet immer dann, wenn es den Kabinen zu schnell geht. Das ist keine tendenzielle Entscheidung. Wenn Herr Tannock auf diese Sache nicht reagiert, dann unterbreche ich ihn, und nachdem er sich so aufgeführt hat und nicht einmal zugehört hat, habe ich ihm das Wort gänzlich entzogen.

Das ist voll im Einklang mit der Geschäftsordnung und da stehe ich auch jede Präsidiumsentscheidung durch.

Es spricht jetzt Herr Kollege Le Hyaric.

(*Zwischenrufe von Herrn Tannock.*)

Ich werde über diesen Punkt, über die Geschäftsordnung heute Abend nicht mehr Ihnen diskutieren. Ich werde das Präsidium damit befassen.

Patrick Le Hyaric, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Daech et ceux qui s'y rattachent sont la figure du rejet violent et criminel de toutes les valeurs humaines, de toutes les pensées, de la pensée elle-même, camouflée derrière le paravent d'une religion qu'ils salissent en torturant, massacrant, tuant, décapitant tout ce qui ne leur ressemble pas: les démocrates, les jeunes, les créateurs, les musiciens, les Kurdes, les minorités religieuses vivant sous leur talon de fer et de sang.

Chrétiens, yézidis, alaouites, coptes de Libye... N'oublions pas d'ailleurs que les principales victimes de ces mercenaires fascistes sont les musulmans. Il faut donc combattre sans merci ces monstres, ce qui ne doit pas nous exonérer d'une réflexion sur les sources qui ont permis de fabriquer ce terrorisme-fascisme: une certaine morgue occidentale, la culture de la loi du plus fort, l'odeur du pétrole et de l'argent, que Daech aime par-dessus tout, et les guerres.

Les institutions doivent agir sans faiblir pour protéger les minorités religieuses, faire reculer le nihilisme criminel de Daech et aider réellement les peuples à sortir de leurs difficultés, de la misère, en recherchant un nouveau cadre de partenariat euro-méditerranéen pour un codéveloppement humain.

Bodil Valero, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! Angreppen mot religiösa minoriteter i världen har ökat markant den senaste tiden – mot kristna, mot shiiter, mot yazidier och mot andra religiösa grupper. Daesh attackerar blint alla som inte tror på detsamma som dem. De flesta offren är muslimer, men Daesh har också dödat tusentals kristna och tvingat hundratusentals att fly sina hem. De har förstört över hundra kristna kulturella och religiösa kulturarv, bl.a. i Nineve och Palmyra.

I Sverige finns idag en av världens största diasporor av assyrier, syrianer och kaldéer, och den har vuxit snabbt till följd av Daesh etniska rensning i Mellanöstern. Hundra år efter folkmordet 1915 ser vi hur historien återupprepar sig när samma folk återigen fördrivs och mördas. Syriens kristna befolkning har minskat till mindre än en tiondel och därmed är en religion som existerat i regionen i över 2 000 år allvarligt hotad.

Det är viktigt att vi därför benämner det som sker idag som ett pågående folkmord och brott mot mänskligheten och det är oerhört viktigt att vi agerar innan de har fullbordats. För tidigare krig i religionens namn har varit förödande för vår region, och jag menar att EU kan och borde göra ännu mer för att få de krigande parterna att upphöra med den svälttaktik som vi ser – vi har sett fruktansvärda bilder kablas ut i media den senaste tiden – men också för att häva blockaden av humanitärt bistånd till norra Syrien, där olika religiösa och etniska minoriteter lever. Alla religiösa och etniska minoritetsgrupper ska ha rätt att leva i sina historiska och traditionella hemländer i värdighet, jämlikhet och trygghet.

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I would like today to raise the tragic issue of the persecution of Christians in refugee camps. After escaping the horrors most people only see on their TV screens, many Christians face targeted persecution because of their faith in UN-registered camps right across the Middle East. Perhaps even more shockingly, this behaviour has been witnessed in Germany, with families returning to Iraq rather than suffer the continued persecution they face by radical Islamists here in Europe. This is for those Christians that are lucky enough to make it to Europe.

The persecution in these camps means that many Christians are forced to leave. It is from these camps that legitimate refugee cases are processed. The situation they face is so bad that only a tiny percentage of Christians are processed by the UN. This is scandalous at a time when they are at their most vulnerable and are supposed to actually be in a safe haven; surely these people should not have to continue to suffer in this way.

Georg Mayer, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident! Nahezu täglich vernehmen wir inzwischen schon Gräueltaten des IS, und wir diskutieren hier, ich weiß nicht zum wievielten Mal schon, über diesen IS. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Terroristen lachen sich krumm über Diskussionen, die wir hier führen. Wir diskutieren darüber, ohne wirklich etwas in der Hand zu haben, ohne wirklich den Menschen, die vor Ort Hilfe brauchen würden, helfen zu können. Vor wenigen Tagen erst wieder sind 300 Menschen in Dair az-Zaur getötet worden.

Aber nicht nur Mord steht auf der Tagesordnung dieser Terroristen, systematische Vergewaltigung und Versklavung von Menschen gehören ebenso zu deren Gewaltherrschaft. Und besonders hart trifft es – und das ist ja das Thema – Andersgläubige, die diesem Terror ohne Schutz ausgesetzt sind. Mossul etwa, eine Stadt mit einer 1 600 Jahre alten christlichen Tradition, ist seit 2014 christenfrei. Damit rühmt man sich auch noch vor Ort. Dies ist passiert durch Mord und Vertreibung der ansässigen Christen.

Machen wir uns keine Illusionen, geschätzte Kollegen: Der IS wird auch vor Europa nicht Halt machen. Er hat auch vor Europa nicht Halt gemacht, wie uns das vergangene Jahr gezeigt hat. Sein erklärtes Ziel ist es, den Westen christenfrei zu machen. Diesem Massen- und Völkermord müssen wir mit aller Härte entgegentreten. Worte allein werden da nicht genügen.

Diane Dodds (NI). – Mr President, I welcome this debate in the House tonight. It is absolutely right that we in this Parliament, who enjoy the benefits of peaceful representative democracy in our Member States, should stand united in condemning the mass murder of religious minorities by Daesh. Weekly, we here often see images of mass killings, beheadings, gang rapes, hangings, and endless other barbaric acts perpetrated by fanatical jihadists.

However, this Parliament should go further and recognise this barbarity for what it is: genocide and war crimes directed against Christians and other religious minorities. This afternoon I was pleased to attend the presentation by Open Doors of their watch list of those countries where Christians are most persecuted. I was struck by the simple fact that persecution against Christians is rising year-on-year.

They estimated that, before the war in Syria, 400 000 Christians were in Aleppo. Today there are 6 000 ...

(The President cut off the speaker)

Michèle Alliot-Marie (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, dans la convention du 9 décembre 1948, l'ONU qualifie de génocide tous les actes qui sont commis dans l'intention de détruire, en tout ou en partie, un groupe national, ethnique, racial ou religieux. Nous sommes bien, avec les crimes qui sont commis à l'encontre des chrétiens, pas seulement des chrétiens – je suis d'accord avec vous –, mais à l'encontre des chrétiens particulièrement, dans le cadre d'un génocide. Il est indispensable que notre Parlement demande à l'ONU que ce soit reconnu. Pourquoi, me direz-vous? Ce n'est pas un mot comme les autres: génocide est un mot qui a une portée juridique et un sens juridique, et, en même temps, c'est un mot qui a une portée psychologique et diplomatique importante. C'est la raison pour laquelle il est indispensable que nous prenions cette initiative.

Aujourd'hui, bien entendu, ce n'est pas simplement par le droit que l'on peut lutter contre Daech. Il faut des armes et de la diplomatie, mais il faut aussi utiliser le droit. C'est un signal fort donné à l'égard des chrétiens et de l'ensemble des minorités, mais surtout des chrétiens, car – ne l'oublions pas – ils sont très seuls. Et nous, qui nous réclamons des racines chrétiennes de l'Europe, nous avons un devoir particulier à leur égard.

Afzal Khan (S&D). – Mr President, let me start by thanking the High Representative for her statement in this matter. People in Iraq and Syria are consistently being raped, tortured or killed on a daily basis by the so-called Islamic State. According to the Qur'an, 'whosoever kills a soul, it shall be as if he had killed all humanity and he who saves a life, it shall be as if he had given life to all humanity'. ISIS destroys places of worship, mosques, churches and other places of cultural heritage, but the Qur'an teaches that the places of worship are supposed to be not only respected, but protected and defended. ISIS eradicates the ethnic and cultural minorities who have coexisted for centuries, as they do not subscribe to their twisted beliefs.

While the Qur'an reads that there is no compulsion in faith, the Islam that I and the millions of Muslims in Europe and around the world follow rejects the inhumane methods of ISIS. But rejecting it is not enough. We must act. Whether in Europe or the Middle East, communities are stronger when they work together to combat terrorist propaganda and to administer programmes that celebrate diversity and empower minorities. Everyone has a right to fundamental freedoms and respect of their human rights, regardless of their beliefs or ethnicity. It is our duty to stand in solidarity with the oppressed.

Ryszard Antoni Legutko (ECR). – Mr President, the concept of systematic mass murder is suitable in journalism, not in official political statements. The right word is genocide. The law does not know the concept of systematic mass murder, whereas genocide is a clearly defined concept in law; it has legal weight. So use this concept, Madam High Representative: if you use it once, use it more often, use it all the time in this context. Who are the victims of the genocide? Yes, religious minorities – Muslims to be sure – but primarily Christians. Why not say it over and over and over again, Madam High Representative? Many thousands of Christians are being murdered every year. There have been several genocides in the past. The amazing thing is that each time they were perpetrated they were not called genocide out of fear of political expediency – the identification came later, and that is a shame. Are we going to do this shameful evasion today? Yes: there is genocide of Christians today.

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, ISIS's genocide of religious minorities raises two questions: why, and what can be done about it? The cause is ideological. Some say that ISIS represents a perversion of Islam. In fact, it represents a literalist interpretation of the Qur'an. The Qur'an speaks of making war on infidels, killing infidels and striking terror into the hearts of infidels. The Qur'an endorses beheadings, crucifixions and slavery. Even the systematic rape of non-Muslim women is justified by the verse that says: 'Those you have taken with your right hand you may possess'. ISIS represents a revival of the original ethos of the Mohammedan cult that conquered its way up to France before being driven back in the 8th century. Thank God, not Allah, most Muslims do not follow this literalist interpretation.

How can ISIS be defeated? A military defeat needs a coalition between the West and those Islamic countries that do not want to live under the barbarism of ISIS. ISIS's funding and supply lines must be terminated. The civilised world has to realise that literalist Islam has no place in liberal democratic society. We should end mass immigration from Islamic countries and set about integrating those Muslims already here. And why do the leaders of the Christian churches not recognise a recruitment opportunity and launch an ideological crusade to convert European Muslims to Christianity?

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Wiele razy zabierałem głos w sprawie prześladowanych chrześcijan. Według Open Doors ponad 100 milionów chrześcijan jest prześladowanych w świecie z powodu wiary. Ginie od 105 do 170 tysięcy chrześcijan rocznie. Dane te dają podstawę, by twierdzić, że najbardziej prześladowaną grupą religijną na świecie są właśnie chrześcijanie, choć giną również i inni przedstawiciele mniejszości, ale sytuacja nabrała jeszcze bardziej okrutnego wymiaru wraz z wybuchem okrucieństw Daisz i innych ekstremistycznych grup na Bliskim Wschodzie, jak również w Afryce.

Tu nie możemy mówić o prześladowaniu, tu musimy mówić już o ludobójstwie. Chrześcijanie są atakowani. Niszczono jest ich mienie, ich miejsca kultu. Są okaleczani i zmuszani do zmiany wyznania. Są również przedmiotem handlu. Ich organy są używane w handlu. Takie dochodzą do nas stamtąd informacje. Te informacje są również przedmiotem rejestracji ze strony różnych organizacji, w tym również kościelnych i pozarządowych. Trudno nie nazwać tej sytuacji po imieniu, że to jest po prostu ludobójstwo. Ale cierpią również inne mniejszości religijne: muzułmanie, mniejszości muzułmańskie, jazydzi i inne mniejszości. Musimy w tej sprawie zrobić więcej niż do tej pory. To jest konieczne. To jest obowiązek cywilizowanego świata.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, numerosi rapporti indicano che le violenze commesse contro le minoranze religiose in Iraq e in Siria, cristiani, yazidi, turkmeni e altre piccole comunità, sono aumentate drasticamente nelle aree sotto controllo dello Stato islamico. Nei territori occupati dall'Isis questi mette in pericolo l'esistenza stessa delle persone appartenenti alle minoranze, divenute vittime di omicidi di massa, stupri, schiavitù e traffico di organi. Per proteggere la loro vita e non doversi convertire all'Islam coloro i quali riescono a evitare le uccisioni di massa decidono di fuggire. Le uccisioni di massa e i tentativi di fuga stanno mettendo i gruppi più fragili a rischio di sterminio e non credo si sia sbagliato usare questo termine, anche con le conseguenze che può avere sul piano del diritto internazionale.

L'Unione europea deve continuare a condannare le violazioni dei diritti umani commesse nello Stato islamico contro le minoranze religiose irachene e siriane. È necessario, inoltre, che la Commissione rinforzi il suo impegno umanitario in risposta alla crisi e contribuisca a una maggiore sensibilizzazione su questo problema. Come lei ha detto, signora Mogherini, al pari dei processi migratori anche la violenza nei confronti delle minoranze religiose potrà essere adeguatamente affrontata se i conflitti oggi aperti nella regione mediorientale troveranno una risposta unitaria e univoca e un impegno comune dell'Unione europea e dei suoi Stati membri. In attesa di questo, però, si faccia tutto quanto è possibile per difendere davvero le minoranze.

Bas Belder (ECR). – Momenteel wordt de christelijke Syrische stad Sadad direct bedreigd door IS. Achtergebleven mannen verdedigen dus vandaag de dag deze stad. Zij en andere christelijke zelfverdedigingseenheden in de regio - het gebeurt ook op andere plaatsen - verdienen alle, ja alle concrete Europese steun, ook om ze militair te trainen.

Treurig genoeg leert juist de stad Sadad nog een andere les. Jaren eerder, in oktober 2013, richtten de strijders van het Free Syrian Army en Jabhat al-Nusra onder de inwoners van Sadad een waar bloedbad aan. Tientallen doden, om niet te spreken van martelingen. Kortom, religieuze minderheden worden in Syrië door alle milities beschouwd als aanhangers van Bashar al-Assad en zijn derhalve hun leven niet zeker.

Het is meer dan tijd dat de EU en haar lidstaten zich het lot van religieuze vluchtelingen aantrekt, in de regio zelf en binnen de eigen grenzen. Aan christelijke bijstand zal het daar en hier echt niet ontbreken.

György Hölvényi (PPE). – A kérdés az, hogy mit tehetünk? A kérdés az, hogy mit tehetünk, és hogyha ezt tesszük föl, akkor azonnal válaszolni is kell rá. A realitásból, a valóságból kell kiindulni, és a valóság az, hogy itt genocídiumról van szó. Ezt meg kell tanulnunk, sajnos el kell fogadnunk. De ez cselekvésre kell, hogy készítsen. Nekem – megmondom őszintén – elegendő van abból, hogy az elmúlt időszakban több mint tízszer foglalkoztunk keresztény és más kisebbségek ügyeivel, készítettünk különböző beadványokat, de a tettek ehhez képest, amekkora probléma van, egyáltalán nem követ-ték. Ezért én nagyon fontosnak tartom, magam is tapasztaltam Irakban, hogy az Unió humanitárius programokkal példásan az üldözöttek mellé áll.

És megmondom őszintén az Ön őszintesége is igen megkapó volt. Mégis azt kérdezem ma a Bizottságtól: milyen módon tudunk jobban együtt dolgozni a lokális megoldásokért? Milyen lépéseket kíván tenni a Bizottság egy kétezer éves őshonos keresztény közösség maradásáért? Maradékról beszélünk már, hisz gyakorlatilag több mint egymillió ember eltűnt. Melyek a stratégiai tervek az elvándorlás feltartóztatására? Nagyon sokat beszélünk a pénzekekről, de közben elfelejtkezünk arról, hogy a különböző egyházak, felekezetek képviselői közvetlenül nem tudnak ma se európai uniós támogatásokhoz hozzájutni. A térségben minden egyes látogatásom alattámasztotta, hogy semmi más nincs. Valóságon alapuló európai cselekvésre van szükség. Ebben kérjük a Bizottság szerepvállalását és partnerség... *(Az elnök megvonta a szót a képviselőtől.)*

Ana Gomes (S&D). – A inação internacional na Síria, no Iraque e na Líbia deixou iazidis, cristãos, curdos, xiitas, sunitas, amazighs, tubus e outras minorias religiosas e étnicas completamente à mercê da violência bárbara do Daexe e outras organizações terroristas. Nada me custou mais do que ouvir, no Curdistão iraquiano, jovens iazidis que haviam conseguido escapar ao Daexe e precisavam de ajuda para se recuperarem e para libertar os mais de 4000 ainda escravizados por esta banda assassina.

É incompreensível que a União Europeia ainda não tenha tomado a iniciativa de pedir ao Conselho de Segurança da ONU que refira o genocídio dos iazidis e outros crimes do Daexe contra a humanidade ao Tribunal Penal Internacional, como pede o governo do Curdistão iraquiano. Mas como nos disseram os patriarcas cristãos de Dohuk e Erbil, se queremos defender as culturas e as minorias pré-islâmicas no Médio Oriente, temos de as ajudar a ter condições de segurança para ficarem nas suas casas e terras, e não para fugirem para a Europa. Temos de fazer mais e melhor, articulando ajuda humanitária e desenvolvimento para que tenham condições para ficar e sobreviver. Mas sobretudo temos que nos organizar e coordenar na luta contra o Daexe e outras cabeças da hidra terrorista, e contra quem a apoia na vizinhança, na nossa vizinhança, e também dentro da própria União Europeia.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Nie byłoby tej tragedii albo miałyby znacznie mniejsze rozmiary, gdybyśmy od lat pamiętali prostą zasadę, że bezpieczeństwo i wolność wspólnot chrześcijańskich na Bliskim Wschodzie powinny być zasadniczą przesłanką naszej polityki. Być może nie jedyną, ale taką, którą zawsze bierzemy pod uwagę przy podejmowaniu decyzji i wtedy, kiedy definiujemy przeciwników i sojuszników.

Oczywiście jeżeli chodzi o pogranicze syryjsko-irackie, w tej chwili widzimy ten dramat, w związku z którym musimy stosować pomoc humanitarną i wszystkie środki, o których dzisiaj mówiliśmy. Natomiast możemy wyciągnąć wnioski. Zdecydowanie popieram wniosek, który pierwszy chyba zgłosił Lars Adaktusson, o uznanie za ludobójstwo tego, co się tam dzieje. Apeluję też, żebyśmy zaczęli potępiać nienawiść antychrześcijańską i pogardę antychrześcijańską, która przemilcza akty nienawiści antychrześcijańskiej.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, last year more than 7 000 Christians were murdered purely because of their belief. Two years ago this number was 2 000. The Iraqi Christian population has declined fourfold in 12 years.

Christians are clearly the most persecuted and devastated religious group in the world. Last year can be seen as a year of spillover, in which a trend of dominating intolerance has become central. We have to face this intolerant racism which refuses to co-exist and whose acts need finally to be qualified not only as terrorist deeds, but as crimes against humanity and, on several occasions, as genocide.

What has to be done? First, we must actively mainstream freedom of religion in relations with third countries and, through EU Member States and the UN, refer crimes against Christian and other religious minorities to the International Criminal Court. Second, EU foreign policy needs a crucial change of attitude. We need to understand that safeguarding freedom of religion in real terms brings about an added value because freedom of religion in action is a powerful contribution to neutralising extremism. Third, EU foreign policy in the Middle East should stress above all religious equality. This will pave the way to a solution in which the EU is interested. Return home the masses...

(The President cut off the speaker)

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è vero, stiamo assistendo oggi nei territori occupati dal Daesh a una sequenza di omicidi di massa sistematici e a persecuzioni, ma verso le comunità cristiane in Siria, in Iraq, in Gambia e in altri paesi si tratta di un vero e proprio crimine di genocidio, secondo la definizione dell'ONU, perché i cristiani costituiscono il gruppo religioso più perseguitato, come è stato ricordato, con quasi 100 mila vittime ogni anno e la fuga di milioni di cristiani da alcuni paesi africani e del Medio Oriente. Dobbiamo riconoscerlo ufficialmente in sede ONU e pretendere coerenza dalla comunità internazionale.

C'è una tragica coerenza tra questi omicidi di massa e l'accanimento sistematico dei terroristi del Daesh contro i simboli del patrimonio culturale e religioso in Siria e in Iraq. Ultimo il monastero di Sant'Elia a Mosul, che rappresenta un vero e proprio, come è stato detto, genocidio culturale. Riconosco, cara rappresentante Mogherini, il suo forte impegno, coerente sul fronte di aiuti umanitari concreti, sul fronte del dialogo che sta promuovendo, sulla prevenzione e sul possibile – come dire – ripristino di condizioni di pacificazione, ma penso che dobbiamo di più difendere, ovunque, il diritto di religione come il diritto di culto.

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, today we are focusing again on the systematic mass murder of religious minorities by ISIS. Why do we not call it what it is: a genocide? This is the same question as my colleagues have asked. Christians in Syria are killed or displaced because of their faith. Only half of the 1.25 million Christians remain, and in other regions 80% or more have been eradicated. Without action, No Christians will remain there, and situation of Yazidis is very similar.

Many churches are destroyed or turned into mosques. This happens in Syria and Iraq, but also in Turkey. I call upon you, Madam High Representative, to present concrete steps that the Commission will implement to stop this. Moreover, this threat is here in the EU as well. We have seen Christians in the refugee camps in Europe being attacked by other refugees because of their faith. What action will the Commission take?

If we want to stop this systematic mass murder and give these religious groups hope, we must recognise them as genocide and help the democratic self-administration in northeastern Syria, in the Rojava canton, with both weapons and aid.

Antonio Tajani (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le previsioni ci dicono che nel 2020 in Iraq e in Siria non ci saranno più cristiani, né ci saranno più yazidi. Non possiamo rimanere indifferenti a quello che sta accadendo, ha ragione l'ex segretario di Stato americano, Hillary Clinton, quando parla di vero e proprio genocidio. Noi non possiamo, come Europa, non associarci alla presa di posizione di una delle grandi protagoniste della politica americana, probabile futuro presidente degli Stati Uniti.

L'Europa ha il dovere di far ascoltare la propria voce. Ben vengano tutte le iniziative umanitarie, ben venga tutto il sostegno a chi soffre in questo momento, ben vengano iniziative politiche, ma l'Europa deve far ascoltare la propria voce in maniera forte. Alla violenza si reagisce con la forza! È in ballo la difesa dei nostri valori!

L'Europa esiste perché crede nella centralità della persona, nella libertà religiosa, nella libertà di espressione. È il trattato che ci impone di difendere anche al di là dei confini dell'Unione i nostri valori. E difendere la libertà religiosa, definire genocidio ogni giorno la persecuzione nei confronti dei cristiani e degli yazidi, in quella parte del mondo, deve essere una priorità, perché, ripeto, è in ballo la difesa dei valori fondanti la nostra Unione. Se rinunciamo alla difesa dei valori avremo un'Europa sempre più debole e limitata a occuparsi di banche e poco altro.

Neena Gill (S&D). – Mr President, Daesh has been systematically killing, torturing, kidnapping and sexually enslaving members of minority groups, including Christians and Yazidis, in Iraq and Syria.

Only this week, 400 people were killed or kidnapped by them in Syria, and today it was confirmed that the oldest Christian monastery in Iraq was razed to the ground. But we should also have other areas – like Pakistan and Afghanistan, where the Taliban have been rebranding into Daesh – on our radar. The EU and the UN must take urgent action to protect the Shias, Sikhs, Hindus, Muslims, Christians and other minority groups there from extremist attacks.

My West Midlands colleague Rob Ffello MP has been pressing the UK Government to call on the UN to treat the Daesh atrocities against religious minorities as a genocide. I urge you, High Representative, to back this initiative. Many voices at the UN speak louder than one, and this will help send a clear message to members of Daesh that they will face justice for the atrocities that they are committing now.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Chrześcijanie są najbardziej prześladowaną mniejszością religijną na świecie. Jak odnotowano w ubiegłorocznej rezolucji Parlamentu Europejskiego, ofiarą zabójstw pada każdego roku ponad 150 tysięcy chrześcijan. Od dłuższego czasu systematycznie i planowo, w sposób barbarzyński chrześcijanie mordowani są przez bojowników Państwa Islamskiego, którzy także niszczą ich świątynie, obcinają chrześcijanom głowy, palą żywcem bądź topią.

Działania ISIS możemy określić jako ludobójstwo. Już w ubiegłym roku zakwalifikowania mordów chrześcijan przez ISIS jako ludobójstwo domagało się w Stanach Zjednoczonych wielu kongresmenów. Inicjatywa ta jednak utknęła. Po dzisiejszej debacie widać, że są w Parlamencie Europejskim posłowie, i to z największej grupy politycznej, którzy chcieliby, abyśmy my jako pierwsi nazwali zbrodnie Państwa Islamskiego po imieniu, czyli ludobójstwem. I uważam, że tak właśnie powinniśmy zrobić.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, en 2015 este Parlamento ya se pronunció varias veces sobre los crueles ataques contra las minorías religiosas en Oriente Próximo y África. Nuestra Resolución del pasado abril decía que los cristianos son hoy el colectivo religioso más perseguido del mundo, lo que también se repitió en conferencias celebradas en esta Casa en julio y en diciembre.

En todas las instituciones europeas debemos prestar especial atención a la dramática situación de los cristianos y ayudarles. Y especialmente grave —como se ha dicho— es el comportamiento cruel del Dáesh y otros grupos terroristas con los cristianos y otras minorías religiosas. Conocemos bien las denuncias de los arzobispos de Mosul, Kirkuk y Bagdad sobre la persecución de los cristianos en Irak y la destrucción de sus iglesias y lugares de culto. Hoy hemos sabido de la destrucción del monasterio de San Elías, al lado de Mosul. Un dato que me parece elocuente de la disminución de los cristianos en la región es que actualmente suponen el 4 % de la población de Oriente Próximo, mientras que hace un siglo eran en torno al 20 %. Lógicamente, la derrota del Dáesh y la solución del conflicto de Siria contribuirían a mejorar este estado de cosas.

En los últimos meses, muchas voces, señora Mogherini, desde muy diversas y prestigiosas instancias, reclaman que estas acciones de violencia se califiquen de genocidio. A mí me gustaría conocer su punto de vista y el del Consejo, o si no se ha pronunciado, o si va a hacerlo. En todo caso, creo que los crímenes del Dáesh no pueden quedar impunes y que tenemos que reclamar que las Naciones Unidas se involucren muy activamente en este tema.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dobbiamo riconoscere che oggi le forme di totalitarismo islamico hanno preso il sopravvento. In tanti luoghi del mondo per i cristiani la scelta è tra convertirsi, essere messi a morte o scappare. Solo in Siria 700 mila cristiani hanno abbandonato il loro paese. Significa che il 56% dei cristiani se n'è andato dalla Siria e anche in Iraq sono più che dimezzati. Solo piccoli e pochi dati perché tutti i dati sono univoci nel dirci che i cristiani sono la comunità più perseguitata al mondo.

In alcune regioni, come è già stato ricordato, nemmeno gli aiuti delle Nazioni Unite arrivano ai cristiani perché i campi profughi, dove ci sono gli aiuti dell'ONU, sono evitati dai cristiani che hanno paura di recarsi addirittura nei campi profughi gestiti dalle Nazioni Unite. Noi siamo rimasti tutti sconvolti dalle immagini delle decapitazioni dei cristiani copti dall'Isis, ma continuiamo a sottovalutare questo genocidio. E come dobbiamo chiamarlo? Come volete chiamarla una persecuzione di tali dimensioni, per cui, in Bosnia, per esempio, dal 1991 in dieci anni il numero dei cristiani è calato del 92,2%? E guardate che il genocidio – porre la questione non è porre una questione linguistica – è già stato detto, ma soprattutto parlando di genocidio noi inseriamo il fenomeno in un quadro giuridico più forte, che prevede una strategia d'azione internazionale molto più forte.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Kilku kolegów już wspominało o zniszczeniu przez dżihadystów z Państwa Islamskiego kolejnego zabytku kultury – pochodzącego z VI wieku klasztoru Świętego Eliasza w Mosulu. Tak zwane Państwo Islamskie jest odpowiedzialne za zniszczenie setek obiektów religijnych i zabytków. ISIS niszczy wszystko, co uważa za sprzeczne z ich interpretacją islamu. Mniejszości etniczne i religijne na opanowanych przez nich terenach są stopniowo unicestwiane. Chrześcijanie są torturowani i mordowani. Niszczony jest ich dziedzictwo kulturowe. Odbiera im się ich cały dobytek. Sytuacja ta prowadzi do dramatycznego spadku liczby chrześcijan, którzy zamieszkiwali te tereny od wieków. Z około 2,5 miliona ich liczba spadła do 800 tysięcy. W ciągu kilku lat może dojść do całkowitej zagłady tej mniejszości. Akty przemocy wymierzone są także przeciwko innym: jazydom, Turkmenom czy Kurdom.

Społeczność międzynarodowa musi podjąć zdecydowane kroki. Należy zapewnić przestrzeganie prawa do wolności wyznania, posiadania własnego światopoglądu oraz pielęgnowania własnej kultury, a czyny popełniane przez ISIS powinny być rozpatrywane w kategoriach zbrodni przeciwko ludzkości oraz ludobójstwa.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor Presidente, las minorías perseguidas necesitan también justicia y reparación. El martes, el Alto Comisionado de las Naciones Unidas para los Derechos Humanos identificó estos crímenes como genocidio y, como es de dominio público, están tipificados claramente en el Estatuto de la Corte Penal Internacional.

Por eso, señora Mogherini, comparto las cuatro acciones a las que usted se ha referido en su intervención: fondos, justicia, compromiso internacional y diplomacia. Pero a mi juicio, además de la reparación, la justicia es la «A» de este abecedario. ¿Por qué? Pues porque cuando acabe el terror, y acabará, no puede haber impunidad y los terroristas deben saber que serán perseguidos por la Corte Penal Internacional, que serán juzgados y que serán condenados por sus crímenes. Esa es también una tarea de usted, señora: impulsar la acción de la Corte Penal Internacional.

Андрей Ковачев (PPE). – Г-н Председател, геноцидът срещу християни, язиди и други малцинства от страна на „Ислямска държава“ в Сирия и Северен Ирак доведе до прогонването на стотици хиляди по време на т. нар. „кампания по налагане на исляма“. В същото време в Ирак поради репресиите и убийствата от 2003 година до днес християнското население е намаляло шест пъти – до 275 000, а в Сирия от 2011 година две-трети са по-малко – до 500 000.

Отговорът и отговорността за ужасната ситуация, която носи не само сирийското правителството, но и международната общност, която в Съвета за сигурност не успя да постигне съгласие за навременна интервенция в страната. Това можеше да ограничи и масовото желание за преселение към европейските граници от засегнатите региони.

Г-жо Могерини, за да се справим успешно с тероризма, мигрантската криза, радикалния ислям, първо страните членки трябва да изпълняват своите поети ангажменти, които не изпълняват, особено финансовите. И второ, европейското сътрудничество в сферата на сигурността и отбраната трябва да бъде засилено чрез създаване на европейска разузнавателна и отбранителна структура. В интерес на хората там, но и в наш интерес е да спрем варварите.

Ramona Nicole Mănescu (PPE). – Mr President, I would first like to congratulate my colleague, Mr Adaktusson, and thank Commissioner Mogherini for her support on this. I shall now switch to my own language.

Domnule președinte, pe întreg teritoriul controlat de Daesh se comit atrocități care ținesc minoritățile yazidi, šiită și creștină. Uciderea lor, sclavia sexuală și tortura sunt realități trăite de minoritățile religioase și reprezintă crime împotriva umanității care trebuie declarate drept genocid. Nu trebuie să ne fie teamă să acceptăm realitatea. De la declarația lui al-Baghdadi care spune că este imposibilă coexistența cu evreii și creștinii și până la graffiturile din Suedia care amenință: 'Convertiți-vă sau muriți!', acțiunile Daesh arată intenția clară de a distruge, parțial sau în totalitate, un grup național etnic, rasial sau religios. În Irak, numărul creștinilor a scăzut de la 1 400 000 la 275 000, iar în Siria cu peste 50 % în ultimii 5 ani.

Recunoașterea oficială a genocidului, alături de implicațiile legale, va genera o acțiune mai fermă a comunității internaționale. După recunoașterea genocidului de la Srebrenica, când numărul victimelor a fost de 20 %, comunitatea internațională a promis: *Never again!* Ce mai așteptăm?

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor Presidente, en este Parlamento, Señorías, se nos llena la boca a la hora de hablar de toda clase de libertades, pero a mí me gustaría escuchar más voces que hablan alto y claro de la libertad religiosa. Libertad para creer, para poder hacer la señal de la cruz y no morir por ello. No hablo solo como cristiana, que lo soy y estoy orgullosa de serlo, sino como una defensora de los derechos humanos que no puede tolerar más los sistemáticos asesinatos de cristianos en Oriente Próximo a manos de terroristas del Estado Islámico. Aquí están los precios de las yazidíes y de las cristianas que son vendidas: las mujeres se venden por cincuenta euros; las niñas de diez años, por cien euros. Los cristianos solo tienen tres salidas: convertirse, huir o morir.

Yo no quiero formar parte de ese silencio cómplice y pido a la Comisión, a este Parlamento, a las Naciones Unidas, que hagan lo posible y lo imposible para frenar este genocidio. Las víctimas miran hacia nosotros y nosotros tenemos que actuar por ellas.

¡Y hagámoslo ya!

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, ubojstva, mučenja, progoni, zabrana kršćanskih simbola, uništavanje crkava... Kršćani na Bliskom Istoku suočeni su s jednim jednim izborom: ostati kršćani i dovesti svoj život u pitanje ili se odreći kršćanstva kako bi preživjeli.

Nad kršćanima se provodi zločin nad svim zločinima. No trebaju li kršćani u potpunosti nestati s prostora Bliskog Istoka da bismo se složili da ISIS nad njima provodi genocid?

Prije 1. Svjetskog rata bilo je 20 % kršćana na Bliskom Istoku. Danas ih je svega 4 %. U posljednjih 10 godina broj kršćana u Iraku pao je s 1,4 milijuna na oko 300 000 dok je u Siriji pao s 1,25 milijuna na 500 000. U Mosulu nema više niti jedne od 45 kršćanskih crkava. Oko 140 crkava je uništeno u Siriji.

Najstariji kršćanski samostan u Iraku preživio je 1400 godina da bi postao hrpa prašine. U središnjem dijelu Sirije je buldožerom razrušen samostan iz 5. stoljeća. Kršćane se ubija i progoni s namjerom da se cijela jedna religija u potpunosti uništi.

Kako drugačije shvatiti upozorenje ISIS-a: „Osvojiti ćemo vaš Rim, uništiti ćemo vaše križeve i zatočiti vaše žene. Ako to ne uspije nama, uspjeh će našoj djeci i djeci naše djece i prodat će vašu djecu u roblje.” To su riječi ISIS-a.

Kršćani su najprogonjenija religija na svijetu. Nad njima se provodi genocid. Budimo hrabri priznati to i poduzmimo konačno nešto da se taj strašni zločin (*predsjedavajući je zastupnici uzeo riječ*)

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já si myslím, že ta debata ukázala, že skutečně jde o téma, které si zasluhuje naši soustředěnou pozornost. Rád bych ve svém vystoupení upozornil, že náboženské menšiny nemají mnohde nejen šanci vést uspokojivý život, ale skutečně mnohde ani vést svoji existenci, žít svůj život. Například v Číně se s výraznou diskriminací právě potýkají křesťané.

A nelze odhlížet ani od skutečnosti, že přímo v Evropě se cítí velmi nekomfortně například zdejší židé. To, že se objevují informace, že právě židé opouštějí Evropu, to také není dobrá vizitka. Ale nikde není povaha těch zásahů do života náboženských minorit tak zřejmá a má takový genocidní charakter, jako právě na území ovládaném Dá'iš. Já jsem přesvědčen o tom, že násilnosti, které se na obětech dějí pro jejich náboženskou víru, zde odmítáme všichni, to vyplynulo z diskuse. A chtěl bych vyzdvihnout model, na který se propracovala naše civilizace, to znamená, tolerance, nediskriminace, možnost poklidného soužití nábožensky odlišných kultur. Ve jménu těchto principů, ale také v zájmu mezinárodní spravedlnosti musíme dění na Blízkém východě odsoudit, ale nejen to, měli bychom důsledně podpořit pokračování a prohloubení akce mezinárodního společenství. Pokud tomu napomůže označení zvěrstev páchanými Dá'iš za genocidu, tak má toto označení moji podporu.

Der Präsident. – Wir kommen nun zum Catch-the-eye-Verfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind erheblich zu spät dran und ich habe wieder doppelt so viele Wortmeldungen wie ich berücksichtigen kann. Ich habe mich jetzt entschlossen, das so zu machen, dass ich aus jeder Fraktion, aus der sich Kollegen gemeldet haben, einen Kollegen drannehme und dabei denjenigen berücksichtige, der auch nach den Informationen der Dienste bisher noch nicht so oft zu Wort gekommen ist.

Catch-the-eye-Verfahren

Anna Záborská (PPE) – To, čo robí Dá'iš, musí tento Parlament aj Európska Komisia oficiálne nazvať pravým menom – genocída. Zároveň musíme dôrazne žiadať, aby Bezpečnostná rada OSN prijala uznesenie, aby sa násilnými skutkami teroristov tzv. Islamského štátu začal zaoberať medzinárodný trestný tribunál.

Vraždenie a násilie zamerané na kresťanov a ďalšie náboženské menšiny, ktoré sa odohráva na území Iraku a Sýrie, je porovnateľné s vyvražďovaním v Srebrenici a Rwande. Kresťania, ktorí tu žijú, čakajú na medzinárodné uznanie ich utrpenia, čakajú od nás solidaritu a spravodlivosť. Ak pravdivo pomenujeme tieto hrozné skutky ako genocídu, budeme zároveň vedieť lepšie ochrániť sýrskych a irackých kresťanov pred násilím, ktoré je páchané radikálnymi salafistami priamo v európskych utečeneckých táboroch.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, уважаеми колеги, уважаема г-жо Комисар, няма никакво съмнение и безспорен факт е, че „Ислямска държава“ избива в Север Ирак и в Сирия десетки хиляди язиди, християни, кюрди и представители на шиитски малцинства. Това всички ние го знаем и това е казвано много пъти в тази зала поне една година.

Само че от всичките изявления в тази зала в тази една година не произлезе абсолютно нищо. Искам да споделя с Вас следното разсъждение: „Ислямска държава“ не се бори с декларации, не се бори с разисквания, не се бори с много вitiesвати, но за сметка на това празни приказки. Не се бори със заобикалянето на проблема. Не се бори, когато се стремим да избегнем думата „ислямски“, обясняваме как една религия била мирна, а друга не била. Не се бори, когато се опитваме да прикрием факта, че съседната ни държава, Турция, подпомага „Ислямска държава“, финансирайки я, организирайки я, лекувайки я, снабдявайки я с оръжие.

Всички тези неща трябва да се кажат, да бъдат ясни, защото иначе няма да постигнем нищо от това, за което си говорим. Това, което трябва да се случи, уважаема г-жо Могерини, е да се постигне споразумение с цялата международна общност за сухоземна операция.

Νεοκλῆς Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η τραγική κατάσταση που έχουν δημιουργήσει οι συνεχείς δολοφονίες και οι μαζικές εξοντώσεις μελών θρησκευτικών μειονοτήτων από το ISIS προσλαμβάνει ανεξέλεγκτες διαστάσεις. Οι Χριστιανοί, οι Γιαζίντι, οι Δρούζοι, οι Ασσύριοι, τα μέλη άλλων θρησκευτικών μειονοτήτων απειλούνται καθημερινά. Το ISIS έχει στόχο να τους εξαφανίσει. Μιλούμε για γενοκτονία. Γι' αυτό δεν αρκούν τα ευχολόγια. Πρέπει να μιλήσουμε με ειλικρίνεια και να πάρουμε αποφασιστικά μέτρα. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν είναι άμοιρη ευθυνών για τα όσα συμβαίνουν. Με την ανοχή της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τόσο η Γαλλία όσο και η Γερμανία εξοπλίζουν τους τζιχαντιστές, ενώ μέχρι σήμερα η Ένωση παραμένει ουραγός των ΗΠΑ και των σχεδίων της για επαναχάραξη των συνόρων της ευρύτερης Μέσης Ανατολής, συμβάλλοντας έτσι στην αποσταθεροποίηση της περιοχής. Φτάνει πια η υποκρισία. Είναι επιτακτική ανάγκη να αντιμετωπιστούν άμεσα οι αιτίες που δημιουργήσαν και ενίσχυσαν το ISIS, να τερματιστούν οι ξένες επεμβάσεις και οι πόλεμοι στον αραβικό κόσμο και να στηρίξουμε έμπρακτα πρωτοβουλίες για ειρήνευση στη Μέση Ανατολή.

Tim Aker (EFDD). – Mr President, I wish we could discuss blasting ISIS back to the Stone Age where their barbaric ideology belongs, but instead we are reaping the consequences of a shocking foreign policy. We are left with harmful Tory government defence cuts from an administration that prefers foreign aid to strong armed forces, and we have a leader of the Labour Party who would negotiate with these ISIS animals. Britain can do so much better than this, and it is time for us to reassert ourselves and say to these animals who threaten our freedom and our way of life: you will never win.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Ich habe eine grundsätzliche Frage, wie ich Sie künftig interpretieren darf, bei aller Wertschätzung Ihrer sonst sehr guten Vorsitzführung. Sie sagten doch eben – und das habe ich noch im Ohr –, dass jede Fraktion berücksichtigt wird. Ich sehe hier niemanden aus meiner Fraktion, der sich zu Wort gemeldet hat. Sie haben natürlich auch noch das Problem, dass ein Fraktionsloser sich zu Wort gemeldet hat. Ich verstehe daher nicht, dass Sie etwas ankündigen, was Sie als Sitzungspräsident dann nicht halten. Da würde ich Sie ersuchen, Ihre traditionell sehr korrekte Geschäftsführung auch weiterhin anzuwenden und darauf zu achten, ob sich jemand zu Wort gemeldet hat. Denn sonst kann man nicht nachvollziehen, was Sie ankündigen.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Obermayr. Ich meine, mich auch dieses Mal korrekt verhalten zu haben. Sie haben sich vorher gemeldet und ich dachte, Sie wollten eine „blaue Karte“ zeigen, wo ich doch darauf hingewiesen habe: *no blue cards*.

(Zwischenrufe von Herrn Obermayr.)

Herr Obermayr, ich erteile Ihnen das Wort.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Ich möchte mich in vieler Hinsicht anschließen.

Es ist ganz besonders wichtig, dass wir heute diese Massenmorde an Christen und Jesiden und die Verbrechen der IS besprechen und auch dementsprechend thematisieren. Leider bleibt es ja viel bei Worten und das ist doch zu wenig. Wir müssen aber auch in Erinnerung rufen, dass die Attacken gegen die betroffene Bevölkerungsgruppe, diese Religionsgruppe, leider Gottes auch bei uns in unseren Aufnahmезentren weitergehen, und da ist eine besondere Solidarität vonseiten der aufnehmenden Länder angebracht.

Es ist – und es wurde heute schon gesagt: Völkermord. Da heißt es natürlich auch, dass Europa gefordert ist, die Länder, die das dulden, fördern oder wegsehen, auch dementsprechend in die Verantwortung zu nehmen. Ich denke an Saudi-Arabien, ich denke an die Emirate, die hier offensichtlich lange Zeit zugehört haben und vielleicht auch noch zusehen.

Wir dürfen uns in Europa nicht verhöhnen lassen. Wir müssen hier Aktivitäten setzen. Der Westen muss auf Seite der Unterdrückten und insbesondere unserer christlichen Brüder stehen.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs. – Mr President, let me start with the issue of the definition of genocide. It was not through reticence that I did not address this issue in my opening remarks, but because a definition of genocide depends on very precise legal criteria. This work is ongoing in the competent institutions, namely in the United Nations in the appropriate framework.

The only reference so far to genocide in UN documents is the one made on 13 March 2015 in the report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR) on the human rights situation in Iraq and in the light of abuses committed by the so-called Islamic State in Iraq and the Levant, and associated groups. This report compiles information about acts of violence perpetrated against civilians on account of their affiliation, or received affiliation, to an ethnic or religious group. This report concludes that some of this violence, considering the overall information, may constitute genocide in the case of the Yazidis, and other violence may amount to crimes against humanity and war crimes in relation to Christians, Turkmen, Sabaeen Mandaean, Kaka'e, Kurds and Shia.

This is – if we want to be precise and consistent with the legal framework we are dealing with, because many of you made reference to the fact that it is not just a word but has legal implications – this is the legal framework in which we are acting.

You can be sure that we are working – as you know very well, the European Union as such does not have a seat in the United Nations, but we can open this debate next time if you want to – and following these developments within the appropriate frameworks, which are those of the United Nations. But let me also stress that, in parallel to that, we have to act concretely and not just take a principled approach: that is indeed extremely relevant because the region is looking to us and the minorities are looking to those who can defend them with words, which are important, but also with acts.

Let me start with something that was mentioned in a very concrete way by one of you, namely the issue of justice and accountability. As I mentioned before, but let me underline it again, the European Union supports the Independent International Commission of Inquiry on Syria, which collects evidence on the violations committed. This is extremely relevant in view of future legal actions, and the European Union – as was underlined by one of your interventions – has indeed called for the UN Security Council to refer the situation in Syria to the International Criminal Court.

Let me make these two points very clear. And let me also stress in conclusion – because I am also aware that we are running late, and I do not want to contribute too much to us being even later – that there are three or four things that are absolute priorities for us to do in order to protect religious minorities in the Middle East.

First, liberate the areas that have been occupied by Daesh in Iraq and Syria in particular, and make them safe, returning these areas to normal life. This is where our humanitarian assistance comes in – in Iraq because we have more access and we can support more access there and, hopefully more and more, in Syria.

Second, create the conditions for inclusive communities and societies in these countries. I would say recreate the conditions, because we are talking, as many of you have underlined, of societies that for centuries, if not thousands of years, have been living together in peace and understanding, living together, finding their differences as a source of the richness of their societies.

And this is a point that is particularly relevant to me, more so even than from a political point of view, but from a human point of view – and I am surprised this did not come up today in the debate because this is, as far as I have heard, for instance from the Christians in Erbil last year, the issue that they are debating the most – which is whether it is safer and better for us to stay in the Middle East or to leave, with all the debates about preserving or recreating the plurality in the societies of the Middle East. This is a debate that in particular the Christian communities in the regions that were occupied by Daesh in Iraq are posing themselves. This is a debate that I believe we have first of all to respect and to follow carefully in our own debate, but I believe that we also have the duty to offer them the possibility to have the option to create safe conditions to leave these areas.

This goes back to what some of you have underlined, namely to support refugees – all refugees, including the ones from minority backgrounds – and to protect their rights, wherever they are, in whatever place in the region they are, and also to create the conditions for them to stay or to return to their communities if they wish to do so in order to preserve or restore the plurality of societies in the Middle East. I personally believe that this is in itself a value because that is one of the places in the world where different backgrounds, different religions, different communities and different ethnicities have been living and showing the world how it is possible to live together. Then we have to do the big thing: end the conflicts. Because at the end of the day that is what allows minorities to go back.

An additional point concerns what comes afterwards, and sometimes also not in places where conflicts are but in places that are on the verge of major crises, which means investing in the openness of societies, in the democracy of the institutions, in the respect for human rights and the rule of law, and in pluralism and inclusiveness in countries all around the world, not only in the Middle East.

Now we are talking about a specific case, that of Daesh, but, as many of you mentioned, this is something that is happening everywhere in the world – in Africa and Asia, and not forgetting Libya, where we had victims who were Christians of different origins, in Ethiopia and Egypt where people were killed only recently. We have to look at the bigger picture and act immediately with first of all our humanitarian support, work on the conditions for the respect of minorities and pluralism and inclusiveness in the immediate term and in the long term, and put all our diplomatic efforts into putting an end to the crisis and defeating what in this case is the great source of problems for the religious minorities in the Middle East, namely Daesh.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet während der nächsten Tagung statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Csaba Sógor (PPE), in writing. – All around the cradle of Christianity, the Middle East, Christians have for long been facing continuous persecution, the result of which is that Since the beginning of the 20th century until today, the Christian population of the Middle East has dropped from approximately 14% to 4% today.

However, the violence, mass killings and executions carried out by the Islamic State in the last years go beyond what we ever thought could be possible. In Syria IS systematically abducts hundreds of Christians, demands exorbitant ransoms for the prisoners or executes them. In Northern Iraq – in former times home to tens of thousands of Christians – Christians who do not convert or flee also face the threat of execution. In 2014 Mosul was already cleared of Christians, now there is a threat that they may disappear altogether from the country. This barbaric onslaught claiming thousands of innocent lives and erasing the region's diverse heritage is nothing short of genocide and we are not doing what we could and should to stop it.

17. Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) (2015/3034(RSP)).

Federica Mogherini, vice-présidente de la Commission. – Monsieur le Président, ce n'est pas un temps ordinaire pour l'Europe, c'est clair. Nous faisons face à des défis sans précédent. Nos citoyens nous demandent quel est le sens de notre Union. D'aucuns prétendent que l'Union à 28 est trop complexe et trop plurielle pour prendre de bonnes décisions au cours de cette époque difficile. Je pense que notre réponse, face aux horribles attentats de Paris, a surpris beaucoup d'observateurs. Certains d'entre eux avaient prédit qu'à l'heure la plus sombre, l'Europe aurait été divisée et déchirée par des luttes intestines.

J'ai participé à tous les Conseils et à tous les sommets européens après le vendredi 13 novembre. Laissez-moi donc vous dire qu'à partir du premier jour, la réponse de l'Union européenne a été celle d'une vraie Union. Comme vous le savez, après les attaques terroristes de Paris, la France a demandé le soutien des autres États membres comme cela est prévu à l'article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union européenne. Lors du Conseil des ministres de la défense, le 17 novembre, les États membres ont envoyé un message très fort d'unité et de solidarité à la France.

Beyond the political message, Article 42(7) of the Treaties contains concrete obligations for Member States. Indeed, the Member States have an obligation to – «shall» – provide aid and assistance to the Member State under attack with all the means in their power. This formulation is usually understood as referring to the use of military means, but no doubt Article 42(7) also covers assistance through other instruments or means of support of a non-military nature. The article expresses a high level of commitment. It is up to each Member State to determine the exact nature of the aid and assistance it will ultimately provide, but the framework is European. The core principle is «unity in diversity».

France asked for the support of the European Union and the European Union replied in a united way. The French Minister of Defence presented two specific requests to the Ministers. First, to support any operations that France would be conducting against Daesh in Syria and Iraq, and second, to backfill any lack of resources that may occur in international military missions or operations as a result of French redeployments to fight Daesh.

France has approached Member States bilaterally with specific requests, following the European Council in its defence composition, with the constant involvement also of the EU crisis management structures and my personal constant updates. There are no specific procedures, as you know, for the implementation of Article 42(7) and, as you know, the article has never before been invoked in our European history. The implementation can therefore be adapted to the specific circumstances. While Article 42(7) does not specifically provide for a role of the European Union structures, its instruments and mechanisms may be used in countering the threats to Member States. And as I said, even if this is not specifically provided for in the wording of the Article of the Treaty, we in the Council, at the request of France, agreed on involving the European Union structures all along the path towards the implementation of the provisions.

At the Council meeting I offered EU support from the outset, including, for instance, in coordinating any request that might have had an impact on EU CSDP missions or operations. Accordingly, France provided information on the implementation process both in the Political and Security Committee as well as in the Military Committee. Let me add that until now, French engagement in the fight against Daesh has not had any consequences for the EU missions and operations where France is active.

The flexibility of Article 42(7) would also allow any state invoking it to also have recourse to other complementary international security arrangements. The Article itself refers explicitly to the fact that, «commitments and cooperation in this area shall be consistent with commitments under the North Atlantic Treaty Organisation for those states which are members of it.»

The mechanism to transform political solidarity into concrete, real action is strong and I think today we all realise that there is no nation state that can stand alone against the threats we face, and that it is our unity, also in this field, that is our strength. The diversity of our defence assets, the specific character of our foreign policies, is far from being a liability. It constitutes the strength of our Union. No other power in the world can mobilise such a variety of foreign policy and defence instruments all together.

Unity in diversity, that is our strength. We can use it without being scared to use all the provisions of the Treaty if and when they serve a national and/or a collective interest. We often complain about our divisions. Let me say that it is also a case of being proud of our unity and strength where we find it.

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Frankreich hat als erstes Land nach den verabscheuungswürdigen Anschlägen in Paris die Beistandsklausel nach Artikel 42 Absatz 7 zur Anwendung gebracht.

Wir als Parlament und wir als EVP-Fraktion begrüßen die einhellige Unterstützung aller Mitgliedstaaten als Reaktion darauf. Wir sind uns aber auch bewusst, dass dieser Artikel in erster Linie auch eine politische Angelegenheit ist und dass die Situation für das Land, das als erstes diesen Präzedenzfall geschaffen hat, nicht besonders bequem ist.

Frankreich musste sich also selber darum kümmern zu definieren, was es braucht, und dann von einem zum andern Mitgliedstaat gehen, um Hilfe zu bekommen. Wir hatten als Parlament bereits Ihre Vorgängerin, ich glaube, es war im Jahr 2012, aufgefordert, praktische Maßnahmen und Leitlinien für den Fall vorzuschlagen, dass dieser Artikel in Anwendung gebracht wird, und auch zu untersuchen, wie man konkret reagieren sollte und wer wofür zuständig sein würde. Das ist leider bisher nicht geschehen. Sie haben das ja auch gesagt.

Wir haben wieder einmal eine Situation erlebt, wo die Grenzen zwischen innerer Sicherheit und äußerer Sicherheit verschwimmen. Deswegen wäre es so wichtig, dass wir wirklich alle Möglichkeiten, die der Vertrag uns bietet, auch aktivieren. Im Bereich der inneren Sicherheit ist es doch offenbar, dass die Polizeibehörden, die Grenzschutzbehörden, auch die Inlandsgeheimdienste, ihre Informationen, über die sie verfügen, teilen, dass man sich gegenseitig informiert, dass man nicht erst wartet, bis etwas geschieht.

Im Bereich der äußeren Sicherheit sind wir weiterhin überzeugt, dass die Mitgliedstaaten, die enger zusammenarbeiten wollen, die sich mehr auch gemeinsam engagieren wollen, auch dafür sorgen können, dass durch die Aktivierung der permanenten strukturierten Zusammenarbeit eine bessere Planung und eine bessere Durchführung gemeinsamer Aktionen möglich wird.

Der Präsident. – Ich hatte zu Beginn vergessen anzukündigen – die Kollegen haben seit der letzten Aussprache gewechselt –, dass wir so weit hinter dem Zeitplan sind, dass auch in dieser Aussprache keine „blaue Karte“, wie schon bei den beiden vorangegangenen Aussprachen, zugelassen sein wird.

Ioan Mircea Pașcu, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, after hearing what has been said I can only regret that the report I prepared in 2012 was four years too early. I will not repeat what we asked in that report but received no answer to; there are people here, such as Geoffrey Van Orden, who know the history of this report.

Sadly the invitation, as I say, was ignored. Consequently since France has invoked Article 42(7), instead of Article 222 which deals expressly with terrorism, we need to improvise setting a precedent for all future similar situations. As a former Defence Minister I can see value in sailing in uncharted waters, but who is to guarantee that today's precedent will prove enough tomorrow?

The situation is one more illustration that the EU is in danger of drifting towards a world of its own, more and more divorced from reality. As we did not assume Article 42(7) would never be invoked, we did not exercise our preventive diplomacy tools when possible, having now to have recourse to crisis management, and even conflict resolution, much more costly solutions, in dealing with the conflicts on our doorstep.

In a world dominated by power politics, the EU cannot rely on the moral superiority of not using military force in its defence. The truth is that the EU is under assault without having solved its internal problems, and its response cannot rely exclusively on soft power. If the EU does continue to ignore the realities surrounding us, I am very much afraid it will suffer the same fate as the League of Nations at the end of the 1930s – something which we all want to avoid.

Geoffrey Van Orden, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, at this moment we should be focused on combating a real terrorist threat and, in particular, on assisting France and other close allies that have been under recent terrorist attack, not trying to advance misplaced EU defence ambitions by federalists in this House. The ECR Group therefore strongly opposes the joint resolution calling for permanent structured cooperation in defence, the establishment of a permanent EU headquarters to plan collective defence, and movement towards an autonomous European Defence Union, by definition separate from NATO. This is dangerous nonsense, as realists understand only too well.

We have long warned about the dangers of EU meddling in defence, which can only be at the expense of our national sovereignty and of NATO, the indispensable alliance credible to our potential enemies and deeply reassuring to our allies. Many were dismayed when the Lisbon Treaty included a mutual defence clause – a cosmetic imitation of NATO's Article 5 but with no foundation. The EU itself has no capability to provide collective defence. In any case, 22 EU countries are NATO members, and the small remainder, with just one exception, have participated in some way in NATO activity. There is no excuse for the inclusion of Article 42(7) in an EU treaty and certainly not for its invocation, unless of course your aim is to be provocative or you want deliberately to see NATO sidelined.

Urmas Paet, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the activation of the mutual defence clause by France has given us an opportunity, and also an obligation, to define its purpose and benefits. The mutual assistance clause gives us a singular opportunity to establish the grounds for a strong and sustainable European Defence Union, to be ready to face the security threats and challenges. So far, it has been interpreted as a bilateral obligation for states to help the one that needs it.

However, we must make sure that the correct action plan is put in place so that everybody understands their obligations when a state decides to invoke this article. A state in need must be able to get comprehensive help very fast from all Member States. Time is of the essence in these cases. We must also keep in mind that this is not a substitute for NATO Article 5, which has the task of coordinated response to a threat against one Member State. The new paradigm we are facing with increasing terrorist attacks forces us to deal with many aspects that have so far either been left unnoticed or simply ignored. The Schengen system is getting its share right now, with states closing their borders and threatening to demolish the free movement principle that the EU is built upon.

Europe's internal security must be strengthened and intelligence information shared to fight terrorists and avert terrorist plots. For the intelligence network to be fully functioning and operative we should consider creating a European Intelligence Agency, or at least enable Europol to have more competences to be able to implement, *de facto*, a transversal intelligence network within the Member States. A proper legal framework to constrain and control arms and ammunition on the EU market must also be established, as well as tightened export rules.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, señora Alta Representante, rechazamos la activación de esta cláusula de defensa mutua porque supone errar la respuesta. En vez de solucionar, aviva el fuego y convierte a la Unión Europea en una alianza militar.

Discrepamos totalmente de la interpretación dada por Francia. Por mucho que se empeñen, un atentado terrorista no es un acto de guerra. Esta interpretación es un fraude al Derecho internacional. Es volver a la lógica de la guerra contra el terror donde solo caben respuestas civiles: acción policial, inteligencia, cortar la financiación, cortar el apoyo internacional, y siempre dentro del Estado de Derecho. No podemos perder nuestras libertades. No podemos dedicarnos a matar moscas a cañonazos. Trece años y la guerra contra el terror ha sido un fracaso: ha destruido Estados seculares, ha causado millones de muertos y centenares de miles de refugiados y ha creado un monstruo como el Estado Islámico. No todo vale, parece un atajo pero es un laberinto porque, además, al ser un acuerdo bilateral intergubernamental no ayuda al control parlamentario en el proceso de activación.

Volvamos a las vías más pacientes, al respeto del Derecho internacional, a la Carta de las Naciones Unidas, a la no intervención. Ayudemos a los Estados, ataquemos las asimetrías y la pobreza y hagamos ya un embargo de armas.

Bodil Valero, för Verts/ALE-gruppen. – Herr talman! Först av allt vill jag än en gång skicka en tanke till alla de offer och deras anhöriga som drabbades i de fruktansvärda terrorattackerna i Paris och på andra platser runtom i världen. Terrorism måste självklart bekämpas, men det viktigaste är att förebygga den och det är viktigt att vi använder rätt verktyg.

Idag diskuterar vi en resolution med både bra och dåliga inslag, och den är ju ett svar på president Hollandes beslut att återropa den s.k. *mutual assistance clause*. Hollande kallade attacken mot Paris för en krigshandling och förklarade sedan krig mot terrorismen, precis som Georges W. Bush efter 11 september. Bush krig mot terrorismen har pågått i många år, men med facit i hand så vet vi att det snarare lett till ökade motsättningar och mer terrorism.

I Paris begicks terrorattacken av EU-medborgare som vuxit upp här. Attacken var ett vidrigt brott men inte en attack från en främmande stat. Daesh är inte en stat och därför ska attacken mötas med polisiära metoder. Vi menar att det är en farlig utveckling om vi skapar en praxis där brott beivras av militär istället för polis och på ett sätt så att alla medlemsländer dras in i detta s.k. krig. Vi borde istället använt oss av artikel 222, som de facto handlar om bl.a. terroristattacker.

Vi diskuterar gärna hur EU ska utveckla sin gemensamma säkerhets- och försvarspolitik, men vi vill inte att den sammanblandas med en *home-grown* terroristattack här i Europa. Vi vill inte se en ökad militarisering av EU på det sätt som vi menar att resolutionen förespråkar och därför har vi valt att inte ställa oss bakom den gemensamma resolutionen, utan hålla fast vid den vi själva skrivit och som mer speglar våra gröna värderingar.

Mike Hookem, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, in the UK we are always being told that we will not have an EU army, but the aftermath of the Paris attacks removed any last traces of doubt anyone might have over where we are heading. Even Tony Blair is now openly calling for an end to national sovereignty by giving control to Brussels of the troops that he, more than any other Prime Minister, sent to war. Personally, whenever Tony Blair says something – particularly about the military – I think that the best advice is to do the opposite. Unlike Mr Blair, I took the oath of allegiance to Her Majesty the Queen when I was a serving soldier. I think you would be hard pressed to find anyone who would do the same for Mr Juncker. We already have the foundations with a mutual defence clause, but what would happen should we have another conflict where Europe is divided? What if Argentina, drunk on the support of Jeremy Corbyn, decided to attack the Falkland Islands again? Would France stop all defence sales and join in a UK-led defence of the islands? The most important role any government plays is to protect its country. That is why, with their support of the Lisbon Treaty, UK MPs did the British people a huge

(The President cut off the speaker)

Franz Obermayr, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident! Als Österreicher bin ich stolz auf die bewaffnete Neutralität meines Heimatlandes.

Wie die Mehrheit meiner Landsleute habe ich kein Verständnis, wenn Schritte unserer Regierungschefs, ob rot oder schwarz, unsere militärische Unabhängigkeit schrittweise aushöhlen. Durch die Beistandspflicht des EU-Vertrags wird Österreich mittelbar zum NATO-Mitglied – allein schon aufgrund der seit 2003 bestehenden strategischen Partnerschaft –, ohne Mitspracherechte, dafür mit Unterstützungspflichten.

So verwundert es auch nicht, dass Österreich mittlerweile fast selbstverständlich Teil der sogenannten *EU Battlegroup* ist. Soweit zur Analyse der Lagebeurteilung. Solidarität allerdings, unter Wahrung nationaler Eigenheiten, ist nach meinem Verständnis in dieser Bedrohungssituation selbstverständlich ein Fundament Europas. Doch dementsprechend darf auch diese Beistandspflicht keineswegs zu einer militärischen Partnerschaft durch die Hintertür führen. Auch nicht, wenn es sich um eine transatlantisch militärische Partnerschaft handelt.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το Κομμουνιστικό Κόμμα της Ελλάδας καταδικάζει το κοινό ψήφισμα που προβλέπει τη δημιουργία μόνιμου πολιτικοστρατιωτικού αρχηγείου επιχειρήσεων με βάση το άρθρο 42 της Ευρωσυνθήκης. Τόσο η συγκρότηση αυτού του νέου Στρατηγείου της Ευρωπαϊκής Ένωσης όσο και η ίδια η ενεργοποίηση της λεγόμενης ρήτρας αμοιβαίας άμυνας, σηματοδοτούν κλιμάκωση της ιμπεριαλιστικής επέμβασης στη Συρία και στην ευρύτερη περιοχή με θύματα τους λαούς. Αποτελούν ενίσχυση της στρατιωτικοποίησης της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην κατεύθυνση συγκρότησης Ευρωστρατού σε σύνδεση με το ΝΑΤΟ. Αιματοκυλάτε τους λαούς για το εάν θα περάσει από τη Συρία ο αγωγός του Κατάρ – σχέδιο των Ηνωμένων Πολιτειών και της Ευρωπαϊκής Ένωσης ή ο Ρώσικος από το Ιράν. Τα ίδια δεν κάνατε και στη Λιβύη ή στο Ιράκ και στο Αφγανιστάν; Τα προσχήματα και τα κηρύγματα αλληλεγγύης Ηνωμένων Πολιτειών, Ευρωπαϊκής Ένωσης - ΝΑΤΟ και των κυβερνήσεών τους δεν πείθουν. Τα ιμπεριαλιστικά σχέδιά τους έχουν και την ενεργή στήριξη της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ/ΑΝΕΛ. Ο ελληνικός λαός πρέπει να εναντιωθεί στους ιμπεριαλιστικούς πολέμους απαιτώντας να μην υπάρξει καμία εμπλοκή της Ελλάδας σε αυτούς. Ο πλούτος ανήκει στους λαούς, αυτοί μόνο μπορούν και πρέπει να τον καρπώνονται.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass es ein unausweichlicher Akt der Solidarität war, dem Wunsch der Franzosen zu folgen, die Artikel 42 Absatz 7 als Rechtsgrundlage genommen haben.

Ich finde, dass das auch der richtige Artikel ist. Ich finde, dass es nicht richtig gewesen wäre Artikel 5 des NATO-Vertrags zu nehmen, weil dies eine Konfrontation des Westens mit der islamischen Welt gewesen wäre und wir diesen Ansatz sehr viel breiter wählen müssen. Der Artikel 222 ist Terror innerhalb der Europäischen Union. Hier ist aber der Krieg außerhalb der Europäischen Union. Aber wir müssen feststellen, dass dies natürlich eine Frage der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ist – keine europäische Operation der Europäischen Union.

Aber was wir hier tun müssen, ist die Frage, ob wir hier nicht Dienstleister sein können. Dienstleister, dass in einer vernünftigen Weise kooperiert wird: Einer macht das, die Deutschen senden Beobachtungsflugzeuge, die Dänen schicken sieben Fighter. Wer organisiert das? Ich glaube, dass es wichtig wäre, dass wir in solchen Fragen gemeinsame Strategien für *just in case* vorbereiten, dass wir Hauptquartiere haben, die Koordinierungsaufgaben in Dienstleistung für die Nationalstaaten wahrnehmen, um auf diese Art und Weise schneller handeln zu können, effizienter handeln zu können, mit weniger Risiko für unsere Soldaten handeln zu können und schneller dem Ziel entgegenzukommen, hier einen Krieg zu beenden. Darum geht es nämlich. Um einen Krieg im Mittleren Osten, der für uns alle gefährlich ist.

Wir müssen sehen, dass die Verbindung des Krieges im Mittleren Osten mit dem internationalen Terrorismus ja hier eine völlig neue Dimension ist. Wir haben nicht mehr einen klassischen Krieg zwischen Staaten, wir haben Krieg um Territorien, und gleichzeitig wird in unseren Territorien von Teilen dieser Streitkräfte mit einer anderen Form von Terrorakten Krieg geführt.

Darauf haben wir mit den klassischen Antworten der NATO bisher keine Möglichkeit, etwas zu tun. Ich glaube, dass dies ein Hinweis ist, Frau Hohe Beauftragte, die Fragen von Hauptquartier, *permanent structured cooperation*, und solche Fragen in den Vordergrund zu rücken. Nicht um mehr Kompetenz zu haben, sondern als Dienstleister zu agieren.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, a cláusula de defesa mútua invocada pela França depois dos últimos atentados terroristas em Paris abre o desafio de passarmos das palavras aos atos na política comum de segurança e defesa. Basta visitar uma das linhas da frente contra o Daexe, no Curdistão iraquiano, e constatar a desgraça de os países europeus não se articularem sequer no apoio aos combatentes pesmerga.

A ameaça terrorista nunca foi tão sentida pelos nossos cidadãos e globalmente. Exige que, sob a orientação estratégica da Alta Representante, os Estados-Membros adotem procedimentos específicos para aplicar a cláusula de defesa mútua, que reúnam recursos e se coordenem pela segurança dos cidadãos e para defender o interesse estratégico de um mundo regulado pela *rule of law*.

De nada serve declarar a obrigação de solidariedade se os nossos governos não ultrapassarem conceitos obsoletos de soberania, se não adotarem procedimentos específicos para pôr em prática a cláusula de defesa mútua e para avançar na política de segurança e defesa, que é um instrumento crucial, entre outros, para sermos eficazes no combate ao terrorismo, na Europa e globalmente.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Panie Przewodniczący! Ku zaskoczeniu obserwatorów i prawników po atakach w Paryżu Francja przywołała artykuł 42 ust. 7 zamiast przewidzianego dla ataków terrorystycznych artykułu 222. Wyrażając wolę procedowania w dwustronnych negocjacjach z państwami członkowskimi dla takiej procedury Rada wyraziła jednomyślne poparcie Francji. Wszelkie dalsze działania – a już z tej debaty widzimy, że może być z tym związany pewien kłopot – wymagają również jednomyślnej decyzji Rady.

Hilde Vautmans (ALDE). – Het is voor het eerst dat een lidstaat het artikel 42, lid 7, heeft ingeroepen. Het is bovendien uniek dat het een unanieme ja heeft gekregen van de 27 landen.

Ik wil twee punten onder uw aandacht brengen:

1. Was het niet beter geweest dat de Europese Unie zelf dit artikel had ingeroepen, dat u zelf het initiatief hierin genomen had? Hadden we dan niet een meer échte Europese reactie gehad? Denkt u eraan om een procedure uit te werken, zodat de volgende keer de Europese Commissie hierin zelf stappen kan ondernemen indien het nodig is?

2. Mevrouw Mogherini, voor mij is het echt een momentum, een katalysatormoment. Als we nu, na deze gebeurtenissen, geen stappen voorwaarts kunnen zetten in de uitbouw van een Europese defensie, een echte Europese strijdkracht, dan weet ik niet wanneer het nog zal gebeuren. Dus heel concreet: hoe gaat u gebruik maken van dit momentum om over te gaan tot de uitbouw van een echte defensie-unie?

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, για πρώτη φορά έχουμε ενεργοποίηση της ρήτρα αμοιβαίας συνδρομής. Ειπώθηκε ότι δέχονται επίθεση οι αξίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης και ότι απειλείται η ασφάλεια των Ευρωπαίων πολιτών και ότι επιβάλλεται αλληλεγγύη όλων προς όλους, αμέριστη και απλόχερη, γιατί οι ανθρώπινες αξίες δεν έχουν εθνική ταυτότητα. Όμως ποιος είναι εχθρός, κύριοι συνάδελφοι; «Η κόλαση είναι οι άλλοι» έλεγε ο Jean-Paul Sartre, και αυτός είναι ο κίνδυνος: ο τρόπος με τον οποίο υπερασπιζόμαστε τις ανθρώπινες αξίες να τις απαξιώνει και να γίνεται τροφοδότης αυτής της κόλασης.

Ποιος και γιατί βομβάρδισε και διέλυσε τις χώρες αυτές και πνίγονται σήμερα χιλιάδες πρόσφυγες στη Μεσόγειο; Ποιος εξόπλισε τους τζιχαντιστές; Υπάρχει κανείς που να πιστεύει ότι η υποχρέωση για παροχή στρατιωτικής βοήθειας και συνδρομής θα περιορίσει ή θα σταματήσει την κατάσταση αυτή;

Αλλαγή πολιτικής χρειάζεται κύριοι συνάδελφοι και κυρία Mogherini. Αλλαγή που θα αποκλείει πλήρως πολιτικές παρεμβάσεων και αποκλεισμών και θα προσανατολίζεται αποκλειστικά και μόνο στη χρησιμοποίηση μη στρατιωτικών μέτρων με σκοπό τον περιορισμό της φτώχειας, την κοινωνική και οικονομική ανάπτυξη και την συμμετρική συνεργασία.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Monsieur le Président, après l'émotion des attentats et des belles paroles convenues, la réalité de notre incapacité collective à lutter durablement et efficacement contre le terrorisme nous rattrape.

Cette clause de défense mutuelle, fondée notamment sur l'article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union européenne, est utilisée de manière aussi inédite qu'exceptionnelle et met en danger le développement d'une véritable politique de sécurité et de défense commune, que beaucoup d'entre nous réclament, tous partis politiques confondus. L'usage de cette clause est d'autant plus hors sujet que les terroristes qui ont frappé la France venaient de notre pays, et nous ferions mieux de nous préoccuper des solutions à apporter en Europe pour lutter contre la désintégration du lien social et du vivre-ensemble.

Ce débat ce soir au Parlement n'est pas à la hauteur. Nous ne sommes pas associés aux décisions, notamment par rapport à cet article, pas plus que la haute représentante, M^{me} Mogherini. Cette clause est le symbole même de la régression de la construction européenne. Elle privilégie une logique bilatérale au sein d'une organisation communautaire. Il y a donc urgence et, vraiment, la France, qui a œuvré pour la construction d'une défense européenne, et moi, en tant que Française, ne comprenons pas du tout cet article qui va à l'encontre de cette défense européenne.

Michèle Alliot-Marie (PPE). – Monsieur le Président, je voudrais, au nom du peuple français, remercier d'abord tous les pays qui ont apporté leur soutien à cette clause. Je voudrais les remercier, bien sûr, pour ce que certains ont fait très concrètement et, d'une façon générale, pour le message de solidarité qui a été lancé à cette occasion.

Dans le même temps, Madame la Haute représentante, il est vrai que les interrogations sur la mise en œuvre de cette clause posent aussi la question de savoir ce que nous sommes capables de faire pour nous défendre, parce que – je le répète – tous les pays, mes chers collègues, sont susceptibles d'être frappés par le terrorisme. Certains l'ont déjà été et d'autres le seront malheureusement aussi. Et ce n'est pas l'OTAN qui peut répondre à cela.

Comme ancien ministre de la défense, j'ai beaucoup travaillé au sein et en dehors de l'OTAN. Cette dernière n'est pas la structure adéquate pour cela. Nous avons besoin de défendre nos concitoyens. C'est le premier devoir d'un État, et un État seul aujourd'hui ne peut pas le faire. Quelles que soient les actions, toutes sont internationales. Ce n'est pas un renoncement à la souveraineté, c'est une organisation pratique.

Alors, Madame la Haute représentante, nous avons effectivement besoin de faire avancer l'Europe de la défense très concrètement. Vous nous en avez parlé et nous avez affirmé votre conviction en la matière. Il faut maintenant avancer et nous préciser quels vont être les calendriers. D'abord, les calendriers de mise en œuvre d'un quartier général permanent: nous avons besoin d'anticiper, de prévoir et d'être capables de réagir tout de suite. Aujourd'hui, nous ne le sommes pas tant que nous n'avons pas cet état-major permanent. Ensuite, il est vrai qu'il y a une grande unité dans la diversité ou une grande diversité dans l'unité. Cela signifie, en particulier, qu'il faut développer les coopérations structurées permanentes. Nous pouvons le faire. C'est aussi quelque chose de pragmatique et de concret. Madame la Haute représentante, j'attends vos réponses.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, chers collègues, après les attaques terroristes du 13 novembre 2015, le président français, François Hollande, a invoqué l'article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union européenne lors de son discours prononcé devant le Parlement français en congrès le 16 novembre 2015.

Face à la barbarie, face aux crimes abjects, face à l'envie de mort sur notre territoire, la solidarité européenne était la seule et unique réponse. Aujourd'hui, cette solidarité est symbolisée par cet article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union européenne. Oui, la France a besoin d'une assistance mutuelle de l'Europe, car, bien souvent, elle est seule pour combattre ceux-là mêmes qui nous attaquent. Beaucoup d'États membres ont très rapidement répondu positivement à l'invocation de cet article. Je salue ces décisions, leurs décisions.

Alors que vous devez communiquer une nouvelle stratégie globale de politique étrangère et de sécurité pour l'Union européenne d'ici juin 2016, Madame la Haute représentante, il est important que cette invocation par la France de la clause de défense mutuelle puisse prendre une dimension opérationnelle. En effet, c'est la première fois qu'un État membre utilise cette clause. Alors, faisons du coup d'essai un coup de maître, relançons le chantier de la défense européenne, comme un certain nombre de collègues viennent de l'indiquer. Nous ne pouvons plus nous voiler la face. L'Europe a des défis sécuritaires partagés par l'ensemble de ses États membres et ceci dans son voisinage immédiat: Sahel, Proche-Orient, Moyen-Orient. La conclusion est simple: notre sécurité est commune, elle est régionale, elle ne peut pas être dispersée. Face à cette situation, seule une véritable Europe de la défense sera à la hauteur. L'Europe ne peut pas se reposer seulement sur un pays comme la France, et la France ne pourra pas raisonnablement s'occuper seule de la sécurité de l'Europe. N'ayons donc pas peur de dire à ceux qui veulent toujours moins d'Europe qu'ils se trompent du

tout au tout et qu'au contraire, c'est uniquement par plus d'Europe que nous arriverons à mater et à combattre ces terroristes dans cette guerre qui nous occupe. Voilà la réalité, voilà notre chantier politique majeur qui redonnera à l'Europe le prestige qu'elle a perdu dans ces années de crise.

Je vous remercie, Madame la Haute représentante, chers collègues, de votre attention. Je pense qu'il s'agit d'un débat majeur et que nous devons aujourd'hui, dans notre débat au Parlement européen, en relation avec vous et le Conseil européen, y apporter les réponses qu'attendent non seulement les Françaises et les Français, mais aussi les 500 millions d'Européennes et d'Européens.

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ganz klar, dass Frankreich die Unterstützung, die Solidarität, die aktive Hilfe von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei der Abwehr der terroristischen Bedrohung verdient, der Frankreich ausgesetzt ist und der auch wir ausgesetzt sind. Aber dass die Mehrheitsfraktionen in diesem Parlament, die Sozialdemokraten und die Christdemokraten, dies nun zum Anlass nehmen, eine europäische Verteidigungseinheit begründen zu wollen, sozusagen die Vorstufe zu einer europäischen Armee, das ist unangemessen. Es ist nicht der Fall, dass wir deshalb eine europäische Armee brauchen, weil Frankreich einem terroristischen Angriff ausgesetzt ist. Es ist einfach so, dass wir ein funktionierendes Verteidigungs- und Sicherheitssystem mit der NATO haben, und innerhalb der NATO sollten wir allen militärischen Bedrohungen begegnen. Die Solidarität der Mitgliedstaaten zeigt sich dadurch, dass sie freiwillig agieren, indem sie Frankreich ihre Unterstützung mit ihren nationalen Streitkräften, mit ihren militärischen Möglichkeiten anbieten. Mehr als das ist nicht vonnöten.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor Presidente, Señorías, los atentados de París buscaban instaurar un clima y un régimen de terror entre la población, levantando muros de sospecha y de odio entre vecinos. Si la respuesta a la barbarie es suspender derechos, recortar libertades y encerrarnos en casa, la victoria del terrorismo será total. El problema es que Hollande y la Unión Europea están reeditando la estrategia militarista de la Administración Bush cuando declaró la guerra global contra el terror. Saquemos lecciones de la catástrofe que supuso la invasión de Irak. Catorce años después, las bombas solo han logrado traer más bombas. Por eso, rechazamos la activación del apartado 7 del artículo 42, que convierte a la Unión Europea en una alianza militar.

Combatamos el fanatismo, combatamos la barbarie, combatamos el fascismo con más democracia, negándonos a participar en el falso mercadeo entre derechos y seguridad.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, gracias señora Mogherini por sus comentarios y explicaciones sobre la aplicación del artículo 42, apartado 7, y las instituciones de la Unión. Desde luego, el ataque terrorista que llevó a la aplicación de la cláusula citada fue un ataque contra todos los europeos y todos debemos hacer frente común a la amenaza yihadista. Yo celebro la unanimidad solidaria de los ministros europeos de Defensa cuando se reunieron pocos días después de los atentados. La coordinación y cooperación entre los Estados miembros, así como con nuestros socios internacionales, incluidos los del mundo árabe, es fundamental.

Hoy por hoy, lo primordial es la lucha contra el Daesh, y también la solución del conflicto en Siria. La coalición internacional está realizando una importante labor allí, pero la vía militar tampoco es suficiente. Espero que la reunión del 25 de enero sirva para avanzar, pese a las tensiones recientes entre Arabia Saudí e Irán.

Pero junto a Siria hay diversos escenarios en los que juntos debemos seguir luchando contra el terrorismo. Me refiero a Irak, a Yemen, a Libia, al Cuerno de África, al Sahel; en otras palabras: a nuestra inmediata vecindad y a los vecinos de nuestros vecinos. Allí el terrorismo está encontrando espacios donde desarrollar sus capacidades, poniendo así en riesgo la seguridad y la estabilidad local y regional y, en último término, nuestra propia seguridad europea.

Y termino con un último comentario: los diversos atentados en suelo europeo y el incremento de la tensión y los conflictos en nuestra vecindad son un motivo para avanzar -como ya se ha dicho- en la profundización de la dimensión europea de la defensa y en la puesta en marcha de los diversos mecanismos que contempla el Tratado de Lisboa.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, gospodo Visoka predstavnice, nakon terorističkih napada u Parizu prošle godine, francuski ministar obrane se po prvi put u povijesti pozvao na članak 42. stavak 7. Ugovora o Europskoj uniji i zbog „oružanog napada na području Francuske” od svih zemalja-članica zatražio „svu pomoć i podršku, koliko je u njihovoj moći”.

Mnogi pogrešno interpretiraju taj dio Lisabonskog sporazuma kao svojevrsni pandan članku 5. Sjevernoatlantskog ugovora, kojim se, u slučaju napada na neku članicu Saveza, sve ostale obvezuje da joj priskoče u pomoć.

Europski partneri praktično ne mogu odbiti francusku molbu jer to ne bi bilo solidarno. I mnogi su doista odgovorili potvrdno. Istina je da se Francuskoj može pomoći na različite načine i nije nužno da ta podrška bude vojna.

Ali, opet se još zaoštrenije postavljaju mnoga pitanja o unutarnjoj sigurnosti Europske unije koja idu dalje od zaštite nacionalnih država. Najbolji odgovor bi bio kada bi zajednička sigurnosna i obrambena politika prestala biti najslabija karika europskih integracija.

Prijedlog o zajedničkim obrambenim snagama prvi put je izašao u javnost tijekom 2014. kada smo čuli da Europska unija većom sinergijom obrambenih politika i uvođenjem jedinstvenog obrambenog sustava može uštedjeti između 21 i 60 milijardi eura. Međutim, razvitak zajedničke sigurnosne i obrambene politike vrlo često postavlja više pitanja nego što na njih odgovara. Možda treba poći baš od pitanja da ona nije objedinjena ni među općim upravama Europske komisije.

Николай Барекв (ECR). – Г-н Председател, г-жо Могерини, терорът е сред нас, защото няма кой да го спре на границата, а не защото нямаме обща армия. Вместо единна армия, някой трябва да пази границите на Европа. Европа е изправена пред най-голямата опасност за запазването на мира откакто съществува Европейският съюз.

Престъпните методи на зомбираните от ДАЕШ хора заплашват всяка държава – член на Европейския съюз. Европейските правителства са заставени да водят наистина война, която изисква огромни финансови ресурси. Като представител на Република България, която е външна граница на Европейския съюз с Турция и икономически най-слабата държава в Европа, настоявам страната ми да получи равни възможности за отбрана с тези на западноевропейските партньори.

Не трябва Европейският съюз да дублира НАТО. Защото моята родина е плацдарм на хибридната война на две бивши империи, като Русия и Турция. Вместо единна европейска армия Европейският съюз е длъжен да плати и осигури охраната на своята източна граница, като подкрепи финансово България. Да не разчитаме Турция и ислямът да ни пазят от самите тях.

Sandra Kalniete (PPE). – Mr President, our debate today is a stark reminder that, six years after the entry into force of the Lisbon Treaty, there are still no implementing arrangements for the mutual defence clause and its invocation has largely been symbolic and political rather than practical. Unlike for Article 5 of the North Atlantic Treaty, there is no contingency planning and no structures at the European level for the implementation of the clause.

The response to attacks in Paris and the whole developments of the last few years have proven that we do need a European Defence Union, which would include countries that wish to cooperate closer on defence matters, to move ahead on the legal basis of permanent structured cooperation. We also need a permanent European civil military headquarters tasked with contingency planning, including for collective defence, in close cooperation with NATO. In fact, closer EU-NATO cooperation is key to defending our States, societies and infrastructures in the future. We do not need to reinvent the wheel, but jointly prepare for all kinds of attacks, be they traditional military or highly sophisticated non-military. This is exactly where the EU has a key role to play.

Neena Gill (S&D). – Mr President, this is, as you know, the first time the mutual defence clause is being invoked, and how we deal with it will serve as a precedent. We need to take a long-term view and develop concrete guidelines that will allow us to respond fast and effectively in the future.

Let this also be an opportunity to strengthen cooperation on defence and intelligence- sharing. It is difficult to justify to our taxpayers that EU Member States collectively spend many times more on defence than any other major powers, yet are militarily less effective, simply because we do not work together. How can we justify terrorists slipping under the radar because we failed to share life-saving information? How do we tackle the flow of firearms on the black market without blocking cross-border circulation vital to our economy? EU cooperation provides the answer. This does not mean taking sovereignty away from national governments, nor stepping aside of NATO – a point made very clear in article 42(7). It means being smart: supporting clusters, role specialisation, joint research and procurement, increasing market integration. I urge the Council to make defence cooperation a priority.

Andrej Plenković (PPE). – Gospodine predsjedniče, poštovana Visoka predstavnice Mogherini, nakon brutalnog terorističkog napada u Parizu, Francuska je odlučila pozvati se na klauzulu o uzajamnoj obrani iz članka 42. stavka 7. Ugovora o Europskoj uniji po prvi put i time je stavila u fokus spremnost Europske unije i država članica da u praksi provedu odredbe koje nam ugovor iz Lisabona omogućuje.

Ovaj izbor doživio sam kao način da se prije svega akcentuira bilateralna suradnja i doprinos država članica, o čemu svjedoče informacije o snažnom angažmanu niza članica da pomognu Francuskoj, te da se Francuska rastereti na pojedinim drugim važnim vojnim operacijama diljem svijeta.

Na nama je da na temelju rezolucije i današnje rasprave vidimo kako možemo pojačati mehanizme kontinuirane suradnje koja će uključiti i institucije Europske unije u kontekstu širih napora na kojima Vi, Visoka predstavnice, radite ove godine, a to je izrada globalne strategije Europske unije za vanjsku, sigurnosnu i obrambenu politiku. S obzirom na to zanima me kako ćemo provedbu članka 42. stavka 7., imajući na umu i članak 222. i članak 5. Sjevernoatlantskog ugovora i članak 51. Povelje Ujedinjenih naroda, staviti u kontekst našeg napora da Europska unija bude vjerodostojnija i na području obrane. Stoga su Akcijski plan o obrani i Bijela knjiga o obrani sigurno jedan od prioriteta koji ćemo imati ovih šest mjeseci i u vrijeme nizozemskog predsjedanja.

Boris Zala (S&D) – Naša rezolúcia správne požaduje rovnaké bezpečnostné garancie pre všetkých občanov Európskej únie a rovnako správne požaduje aj miesto Európskej únie v Bezpečnostnej rade OSN. Ale obe tieto požiadavky a požiadavku Francúzska na základe artiklu 42 Lisabonskej zmluvy, nie je možné naplniť na bilaterálnej úrovni.

Obe tieto požiadavky – bezpečnostné garancie občanom a miesto EÚ v Bezpečnostnej rade OSN – môže umožniť len existencia európskeho velenia a spoločnej európskej armády. Malej, operatívnej, ale k dispozícii Európskej únii ako celku. A to nie je všetko, rovnako potrebujeme európsku spravodajskú službu. Bez týchto dvoch orgánov spoločného velenia a európskej spravodajskej služby, tie úlohy, ktoré Lisabonská zmluva vyžaduje na ochranu našich občanov, nie je možné splniť.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, the challenge presented by Islamist terrorists is a shared programme for every EU Member State and every citizen. That is why it calls for solidarity and mutual assistance. The Paris attacks and the French invoking 42(7) can be seen as a wake-up call or catalyst for conducting more active and much more coordinated security and defence policies. The point is now to discover and exhaust all security related potential involved in the Treaty on the European Union. The fact is that this potential is still more on a theoretical level. The question is also whether Article 222 TFEU should be used in parallel to 42(7), because this would allow us to put all relevant EU means at the disposal of the victims. There is an urgent need to strengthen EU cooperation with NATO to make both sides' respective security and defence arrangements compatible, especially in cases of armed aggression on the territory of a Member State. A last practical conclusion: to efficiently use the EU existing capacities, the EU needs a permanent Syrian military headquarters, at both strategic and operational levels. It needs a centre which has to deal with contingency plans.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, les attentats terroristes qui ont sauvagement frappé la France n'ont pas seulement touché les Français, mais aussi tous les Européens. La seule action possible pour lutter efficacement contre le terrorisme doit donc être une solution européenne. La clause de défense mutuelle est une première étape de cette réponse européenne. Il s'agit d'une disposition cruciale dans notre système de solidarité. Cette obligation de solidarité est aussi un acte politique fort en ces temps de crises et de menaces directes qui pèsent sur notre territoire. Plusieurs pays ont répondu positivement à l'appel de la France, et je tiens à saluer la réactivité et l'engagement de certains États membres.

L'investissement effectif des pays européens est, bien entendu, très diversifié, et il faut que les promesses soient suivies d'actes concrets, mais, même si les contributions individuelles peuvent paraître limitées et additionnées les unes aux autres, elles sont loin d'être négligeables. L'activation de la clause de défense mutuelle offre une excellente occasion pour renforcer la politique de défense et de sécurité. Nous devons nous saisir de cette occasion pour définir une stratégie claire en matière de défense. Mutualiser nos forces et nos moyens n'est plus une option, c'est une nécessité absolue. Nous ne pouvons plus nous permettre d'agir chacun de son côté, selon nos convictions et nos priorités, les priorités étant dorénavant communes: lutter contre Daech, mettre un terme à la guerre en Syrie et stabiliser la Libye. L'Union se doit d'agir comme un seul bloc pour faire la différence.

Андрей Ковачев (PPE). – Г-н Председател, г-жо Могерини, европейските граждани искат от нас бързи и ефективни решения, защото опасността е тук, при нас. Всяка страна членка трябва солидарно да помогне с това, с което може, а в актуалната криза заедно със САЩ, арабските страни, Иран и под егидата на ООН и започналия Виенски процес, трябва да гарантираме работещо решение за мирното бъдеще на Сирия и Ирак, където да могат да се върнат мигрантите, намиращи се сега на територията на Европейския съюз.

Г-жо Могерини, активирането от страна на Франция на член 42(7) нека да използваме като катализатор и положим основите на силен и устойчив европейски отбранителен капацитет, включително европейска разузнавателна служба, европейска армия и охрана на външните граници, за да можем да посрещнем множеството външни и вътрешни заплахи за Европейския съюз.

Като първа стъпка в тази посока следва да се изгради постоянна европейска гражданско-военна централа на стратегическо и оперативно ниво, която да координира както прилагането на планове за действие при извънредни ситуации, а също така и сегашната, както и бъдещите операции по активирането на чл. 42(7) и чл. 42(2), разбира се, в тясна координация и сътрудничество със структурите на НАТО и в никакъв случай дублиране, а допълване на тези структури.

Не на последно място, успешното решаване на проблеми като миграцията, борбата с тероризма и радикалния ислям, предполага изпълнението на поетите ангажменти. Срамно е, когато лидерите в Брюксел вземат решения и след това, връщайки се в своите столици не ги изпълняват, особено що се отнася до финансовите ангажменти.

Pytania z sali

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, vjerujem da je svakome razumno jasno kako ovu terorističku prijetnju nijedna država članica ne može samostalno ukloniti i da nam treba zajednički koordinirani pristup.

Francuska treba našu pomoć i mi joj je moramo pružiti, ne zato što nas obvezuje članak 42.7 Ugovora o Europskoj uniji, nego zato što je to ispravno i u interesu svih nas.

No, nisam sigurna da je aktivacija članka o uzajamnoj obrani najbolji način jer time priznajemo da je Francuska žrtva oružane agresije, a nju može izvršiti samo druga država. Tako bismo praktički Islamskoj državi sami dodijelili status države, što je u potpunoj suprotnosti s našim dosadašnjim pristupom.

Unatoč naporima terorista da si priskrbe obilježja državnosti, Islamsku državu trebamo nastaviti tretirati isključivo kao terorističku organizaciju. Smatram stoga da aktivacija članka o uzajamnoj obrani nije u interesu Unije i njezinih saveznika, što nipošto ne isključuje nužnu pomoć država članica Francuskoj na dobrovoljnoj bazi.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, (signor Presidente, ottimo italiano) la richiesta del governo francese di attivare la clausola di mutua assistenza prevista dall'articolo 42, comma 7, se da un lato è condivisibile, almeno in via di principio visto i tragici eventi di Parigi, dall'altro rappresenta sicuramente un'occasione mancata e forse un errore dal punto di vista giuridico.

A questo proposito l'articolo 222, che disciplina espressamente il caso in cui uno Stato membro sia vittima di un attacco terroristico, appariva e appare sicuramente più corretto da invocare. ISIS, infatti, non può considerarsi uno Stato che è l'unica entità che può compiere un attacco armato a meno di non legittimarla come tale. Senza considerare poi che tale scelta sancisce la prevalenza del metodo intergovernativo su quello comunitario. Ciò che è avvenuto, infatti, è che la Francia ha unilateralmente iniziato a bombardare la Siria e i vari Stati europei sono stati chiamati singolarmente a darle una mano. L'Europa, invece, non è stata coinvolta, non si è stati in grado di dare una risposta univoca e coordinata. Un'occasione mancata per dimostrare l'unità europea, specialmente nella lotta al terrorismo.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, σύμφωνα με τη ρήτρα αμοιβαίας άμυνας που ορίζεται στο άρθρο 42 παράγραφος 7 της Συνθήκης και στο άρθρο 222 της Συνθήκης λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, προβλέπεται ρητά ότι οι δράσεις υποστήριξης ενός κράτους μέλους που έχει δεχθεί τρομοκρατική επίθεση αφορούν αποκλειστικά και μόνο το έδαφός του, μετά από αίτηση των πολιτικών του αρχών. Τονίζουμε λοιπόν ότι η ρήτρα αυτή δεν μπορεί να χρησιμοποιηθεί για παραβίαση της εθνικής κυριαρχίας κανενός κράτους. Συνεπώς το αίτημα της Γαλλίας για υποστήριξη στρατιωτικών αποστολών σε Αφρική και Μέση Ανατολή είναι νομικά αβάσιμο. Ας σημειωθεί εδώ ότι οι στρατιωτικές αυτές αποστολές στην καλύτερη περίπτωση είναι τυχοδιωκτικές και ουδόλως συνδράμουν στην καταπολέμηση της τρομοκρατίας, όπως ξεκάθαρα φάνηκε στην συριακή κρίση το 2011. Άλλωστε, όπως τονίζει έρευνα ανεξάρτητης δεξαμενής σκέψης, και όπως επιβεβαιώνεται διαρκώς από πληροφορίες που διαρρέουν στον Τύπο, πέραν του Daesh, ένα μεγάλο μέρος της συριακής ένοπλης αντιπολίτευσης την οποία υποστήριξε θερμά η Γαλλική Δημοκρατία αποτελείται από ομάδες ισλαμιστών, γεγονός που φανερώνει το ποιόν των συγκεκριμένων οργάνωσεων και γεγονόσ που προσποιούνται ότι αγνοούν οι ευρωπαϊκές κυβερνήσεις. Τα κράτη μέλη οφείλουν να μείνουν μακριά από εξωτερικές επεμβάσεις και ιμπεριαλιστικούς πολέμους.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το άρθρο 42 παράγραφος 7 της Συνθήκης της Ευρωπαϊκής Ένωσης σχετικά με τη ρήτρα αμοιβαίας άμυνας αποτελεί μία υψηλού επιπέδου δέσμευση των κρατών μελών να στηρίξουν ένα άλλο κράτος το οποίο, είτε δέχεται σε ενεστώτα χρόνο επίθεση στο έδαφός του, είτε απειλείται με μελλοντική στρατιωτική προσβολή. Αυτή είναι μία πολύ ωραία απόφαση η οποία υπονοεί την αποφασιστικότητα της Ευρωπαϊκής Ένωσης να επιδείξει αλληλεγγύη προς τα κράτη μέλη της. Πόσο όμως πραγματικά πιστεύουμε σε αυτή τη δέσμευση;

Εδώ και πολλά χρόνια, όπως γνωρίζετε πολύ καλά, η Τουρκία απειλεί την Ελλάδα, ένα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, με πόλεμο (*casus belli*), εάν ασκήσει νόμιμα δικαιώματά της. Επίσης η Τουρκία δεν αναγνωρίζει την ύπαρξη ενός άλλου κράτους μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της Κύπρου και την απειλεί ανάλογα.

Ποια είναι η στάση την οποία έχει επιδείξει η Ευρωπαϊκή Ένωση απέναντι σε αυτή την προσβολή; Έχει μήπως απαιτήσει από την Τουρκία να πάψει να συμπεριφέρεται κατά αυτό το τρόπο; Εάν σε αυτή την απλή περίπτωση δεν έχει καταφέρει η Ευρωπαϊκή Ένωση να επιδείξει αποφασιστικότητα, πώς περιμένουμε να επιδείξει αποφασιστικότητα όταν τα πράγματα είναι δύσκολα και απαιτούν στρατιωτική επέμβαση;

(Koniec pytań z sali)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs. – Mr President, let me first start by saying that here we are clearly facing a kind of threat that probably was not clearly perceived or conceived of even six years ago with the Lisbon Treaty, because it is quite clear that we have an internal threat – let us remember that the terrorists had EU nationalities in this case – but with a clear external link, because there were references, links, training, resources, support that were linked with what is happening in Syria and Daesh. Clearly the line between the external and the internal even only six years ago was much better defined than it is today.

So this is the nature of the threats – and let me underline that this is also a reply to those of you, a couple if not more, who referred to the need to defend our borders. Let us remember that the attacks in Paris were unfortunately perpetrated by people who hold EU passports. So it is not just a matter of defending the territory from the outside, it is also a much more complex issue of how we secure our citizens, how we guarantee the safety of our citizens from a threat that is at the same time internal and external, and we have to put together different kinds of measures there. I think and hope that the global strategy we are working on will also help us to redefine a common direction on how to guarantee the security of our citizens in these times – times that are themselves new and different.

Having said that, let me reply to some specific points that were raised. First of all, the use of Article 42(7) rather than Article 222. Obviously it is for single Member States to take the political decision as to which article they want to invoke in terms of asking for assistance from other Member States. But let me clearly compare the two articles in question.

Article 42(7) refers to ‘armed aggression’ or ‘armed attack’ – we have different linguistic versions in different languages – on the territory of a Member State, while Article 222 refers to a terrorist attack or a natural or man-made disaster. In terms of obligation, in both cases Member States have an obligation to act. In terms of contributions, in the case of Article 42(7) assistance comes from individual Member States while, as some of you have underlined, Article 222 also calls for mobilising EU instruments.

In terms of implementation – and here comes what is I think the most interesting point for our debate in the future – Article 42(7) leaves the implementation process open. Here I observe that the guidelines you were somehow indicating would have been useful in 2012 were not produced. I believe that today we are seeing the implementation of this article, putting together all our resources, all our services and intelligence. This is something that we managed somehow between the decision that we shared with the French Government to use Article 42(7) and the moment when this decision was shared with the Member States in the Defence Council, a period of more or less 24 hours – it was certainly a quick reaction from the European Union services that we were able to gather at very short notice, but I believe the work that both our legal services and our structures that handle this level of assistance worked extremely well, as did the coordination between Member States.

But coming back to implementation, Article 222 on the contrary foresees that the European Union has a coordinating role because of the potential involvement of European Union instruments. But let me say something that I underlined in my introductory remarks: even though the wording of Article 42(7) does not call for any kind of specific role for the European Union in terms of implementation, we decided jointly with France and all the Member States during the Council meeting of 17 December, if I remember correctly, to have all the relevant EU structures and institutions, including myself, directly involved at all stages of implementation. That was a political choice and I believe this political choice demonstrated the willingness of all of us to use this article as a way of strengthening the role of the European Union in this field.

There is one element that might seem technical but is, I believe, important. Elmar Brok mentioned this, namely the location of the requested action is different when it comes to Article 42(7) compared with Article 222, because in the case of Article 222 assistance is in principle provided inside the territory of the Member State to reinforce its capacities during the crisis, while in the case of Article 42(7) France was clearly requesting assistance in external theatres. So I believe this was an element that was considered during those hours.

Indeed, there were other articles that could have been used apart from these two, because you all know very well that we have Article 44 that has never been used and that would have implied EU-CSDP action – a military mission, with some Member States, the ‘willing’ Member States the article says if I remember correctly, taking the responsibility in conjunction with the Council to lead, on behalf of the European Union, a CSDP mission or operation.

My political assessment has always been and still is, and I believe the Council strongly supports this vision, that it is not and it would not be appropriate for the European Union as such to have a military operation or mission against Daesh. This is a political choice. This is not a technical use of the treaties, and I believe that also in this House most of you would agree with me in saying that at the moment – and the situation might change or might have changed years from now – I would not see a CSDP role for the European Union for a military intervention against Daesh in Syria and Iraq. Not while we have other forms of engagement of the European Union, such as the implementation phase of Article 42(7) in all stages, which is somehow an upgrade of the role of the European Union institutions and structures compared with the wording of the article, which is a political sign. And on the other side, as you know very well, we have

the diplomatic and humanitarian work and the work of the European Union within the anti-Daesh coalition when it comes to our global commitment against Daesh and against terrorism.

When it comes to the NATO issue, let me say that for those Member States who are also members of NATO, EU mutual assistance is a complementary element to NATO's collective defence. This is clearly stated in Article 42(7) which says that commitment and cooperation in this area shall be consistent with commitments under the North Atlantic Treaty Organisation for those states which are members of it. So no overlapping, no competition, no distance or divergence, simply a complementary possibility. And let me also add in more general terms that in this first year and a couple of months that we have been together in office, in parallel, I as High Representative of the European Union and Jens Stoltenberg as Secretary General of NATO, we have strengthened the cooperation between NATO and the European Union in a very significant way. I would expect this to take even more concrete form as we develop our strategy from now until June, and as NATO prepares for the NATO summit at the beginning of July. The two processes run in parallel. Obviously we have completely different paths, but these are communicating paths, and we exchange views, especially on those fields where our cooperation can be complementary for the benefit of all – for instance, in those fields where the European Union has a clear and specific added value when it comes to cyber threats or cyber security. So there are fields of cooperation that are growing stronger and stronger.

The French decision that the Council has shared to call for Article 42(7) was and is a clear sign, first that the European Union can and should be seen as an effective security provider, first and foremost by its Member States. Second, it is a sign that solidarity is indeed part of our Union. Third, that all articles of the Treaties can be used. And let me say on this that we do not need ideological debates or theoretical debates: first of all, we cannot afford theoretical debates at this time when the security of our continent is at stake; but we do not need ideological debates either, we need to put in place and use the instruments we already have, and we need to create the political conditions for doing this together, united, highlighting the added value of the European Union also in the security and defence dimension where it can be an increasingly precious and vital tool to serve national interests, in some cases in a more effective way than a purely national approach.

The European Union has an added value in this respect. Let me mention the 17 missions and operations we already have around the world that are an instrument and a tool for all the Member States together to act in different theatres where, together, we work better than we would do alone or through other means. Because there are specific dimensions where the EU instruments work better than a NATO instrument or a UN peacekeeping mission or other kinds of missions. This is already something that the European Council unanimously recognises. Both the European Council conclusions, of December 2015 and June 2015, indicate clearly a sense of direction towards investing more in the dimension of CSDP, and I am confident that also with the help of this House the necessary work, the political work we need to prepare, is going to be done to achieve the implementation of the treaty provisions fully and successfully and, let me say, for the safety, the security and the benefit of all European citizens.

Przewodniczący. – Otrzymałem siedem projektów rezolucji złożonych zgodnie z art. 123 ust. 2 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 21 stycznia 2016 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Gerbiamas pirmininke, kolegos, Europos Sąjunga išgyvena itin sudėtingą laikotarpį. Nebesuvaldomi imigrantų srautai, ES piliečių radikalizacija, teroristinės atakos ir nuolatinė teroristinių išpuolių grėsmė reikalauja imtis naujo ir ryžtingo požiūrio į Europos saugumą. Pirmą kartą ES istorijoje buvo panaudotas 42 ES sutarties straipsnis prašant karinės paramos, tačiau, kaip matome, Europos Sąjungoje nėra aiškios tvarkos kaip traktuoti šio straipsnio nuostatas. Europos Sąjunga turi kuo skubiau imtis veiksmų bendrosios saugumo ir gynybos politikos srityje. Mums reikalinga labai aiški ES lygmens karinė struktūra, kuri turėtų aiškias strategines užduotis bei tinkamus pajėgumus užtikrinti kolektyvinę gynybą.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), in writing. – For the first time, the mutual defence clause was invoked after the horrendous attacks by Daesh in Paris. Looking into the future, this case must be invoked in all in-depth political discussions on the multidimensional nature of European security and defence. I also welcome the invitation to the VP/HR of the EU for Foreign Affairs and Security Policy to propose a clear structure for ensuring an effective response in the event that a Member State calls upon the mutual defence clause.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), na piśmie. – Budujące jest jednogłośnie i pełne wsparcie wyrażone wobec Francji przez wszystkie państwa członkowskie UE w obliczu tragedii, która zmusiła ten kraj do przywołania klauzuli wzajemnej obrony. Przywołanie art. 42 ust. 7 TUE jest przede wszystkim aktem politycznym, a Rada Europejska oraz Parlament Europejski są miejscami na debatę polityczną. Każde pierwsze użycie klauzuli wymaga świadomości, że w przyszłości będzie ona stosowana w różnych sytuacjach. Dlatego niezwykle istotne jest, aby obecna sytuacja tworzyła precedens, ale z drugiej strony, aby wyznaczała procedury jej stosowania w indywidualnych przypadkach. Ponieważ żadna analiza ani wytyczne nie były osiągalne w momencie aktywacji art. 42 ust. 7 TUE przez Francję, niezbędne było podjęcie działań ad hoc. Jasno widoczna jest jednak potrzeba określenia praktycznych kroków, wytycznych i procedur dla zapewnienia wspólnej i efektywnej odpowiedzi w przypadku, gdy państwo członkowskie przywołuje klauzulę wzajemnej obrony.

Rola instytucji UE w tej procedurze powinna zostać wzmocniona i obejmować przede wszystkim koordynację udzielanej pomocy. W tym celu UE potrzebuje stałego cywilno-wojskowego sztabu na poziomie operacyjnym i strategicznym, uwzględniając istniejące zdolności państw członkowskich. Struktura ta miałaby za zadanie planowanie strategiczne i operacyjne, włączając w to również wzajemną obronę, zgodnie z art. 42 ust. 7 i art. 42 ust. 2 TUE i ich przyszłe zastosowania w bliskiej współpracy z odpowiednimi strukturami NATO.

18. Prioritäten der EU für die Tagungen des UNHCR 2016 (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Wiceprzewodniczącej Komisji i Wysokiej Przedstawiciel Unii do Spraw Zagranicznych i Polityki Bezpieczeństwa w sprawie priorytetów UE na posiedzenie UNHCR w 2016 r.

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs. – Mr President, as you know, I have spent the most part of this year in office travelling the world, and in doing so I have had the chance to look at Europe and our European Union through the eyes of our friends and partners. When they look at us, they immediately think of two things: our economic strengths – even after the crisis, hoping the crisis is actually passed – and our work for human rights. Let me take this debate not just as an opportunity to list the priorities we have at the UN Human Rights Council in 2016. Let me also say a few words on how we wish to promote human rights all around the world, and what human rights are to us.

I believe the main tools we have to support human rights worldwide are multilateralism and engagement with all the relevant actors and stakeholders. This is why the Human Rights Council is so central. It is the place where resolute action can be agreed against grave humanitarian rights violations, and it is also the UN central venue for forging new partnerships to advance human rights around the world. It is where we seek to promote justice and equality, as well as collaborative and inclusive approaches in the face of discrimination, repression and violence. As such, at HRC31 we will be prioritising two of the worst cases of human rights violations and abuses: the DPRK, which you will be discussing tomorrow in this hemicycle, and Syria, which we discussed yesterday.

The DPRK continues to be one of – if not the – most oppressive States in the world. The freedoms of expression, religion and movement are almost non-existent. Hundreds of thousands of people remain detained in political prison camps and other detention facilities. Many of these people have not been convicted of any internationally recognised crime. At HRC31, we will be co-presenting with Japan a strong resolution addressing this grave human rights situation. The resolution will call for accountability and extend the mandate of the Special Rapporteur. It will also press for effective follow-up by the DPRK to the universal periodic review process and for a resumption of reporting to Treaty monitoring bodies.

Closer to us, Syria is by far the world's largest humanitarian disaster, with no parallel in recent history. Our first priority in the current political talks is to allow humanitarian access to the largest part of the country. Such focus will be reflected in the resolution on Syria. The recent axis of aid in Madaya was a positive step, but it is just a first step that needs to be followed by many others, and relevant ones. In the long run, peace in Syria will require justice and accountability for all. Putting together the pieces of Syrian society will not be easy. Reconciliation will need, first of all, recognition of the immense suffering of the Syrian people. To this end, we will support further extension of the Commission of Inquiry's mandate, which we also discussed in a previous debate this evening, as this remains the sole evidence-gathering tool in support of potential future justice mechanisms.

The Human Rights Council is also a place where positive developments can be recognised, so our other country-specific priority will be on Myanmar/Burma, whose historic elections in November are a much welcome step forward.

We still have ongoing concerns, in particular with regard to ethnic and religious minorities. We will then present a resolution which recommends to the new government that takes office in April to take swift and bold action to address these issues, and which ensures continuing UN scrutiny of the developments in the country.

We will also be presenting two thematic resolutions: one on freedom of religion or belief to underline EU support to the fight against the religious intolerance in all forms and expressions – and again, we come back to an issue we discussed a few hours ago – and one jointly with a Latin America and Caribbean group on the rights of the child. On freedom of religion, we will also be organising a side-event where the Special Rapporteur will present the key findings in his report with the participation of civil society. This is in line with our belief that we could not discuss basic human rights without civil society representatives. Throughout the whole year, the European Union will keep working with partners to promote and protect the space of civil society and – let me stress this – the role of human rights defenders in UN proceedings and in all countries.

Before closing, let me mention two further issues of particular importance for our work on human rights: the credibility of the UN Human Rights Forum, and our own credibility. The first lies primarily in the independence, integrity and effectiveness of the Office of the High Commissioner for Human Rights. The EU has been, and will remain, an important partner in staving off attempts to place its activity under the scrutiny or guidance of UN Member States. This is essential to preserve its credibility.

The European Union has also extended concrete cooperation to help the Office of High Commissioner perform its vital task, that is, to service all the HRC-endorsed mechanisms and provide meaningful assistance for the implementation of international human rights agreements. This includes political backing and financial support under the European Instrument for Democracy and Human Rights.

Let us come to ourselves. Worldwide, we are perceived as a champion of human rights, and rightly so. Sometimes this is a good perception, while some other partners have some doubts about our role, but this does not stop us. On the contrary, this motivates us even more. Let me tell you that, over the past year, this perception has been challenged. The current events are putting us to the test. It is not just the refugee crisis, it is also the long-term effects of the economic crisis and the growing sense of instability for our citizens. They need to find a way out of the past crisis with a shift in policies that is significant and visible.

These are clearly not easy times, but if we lose sight of fundamental rights for all inside Europe, all can be lost before we even realise it. You, here in this Hemicycle, represent half a billion European citizens. There are very few of you right now, but still. Our entire political class faces a tough challenge: to make our politics reflect what is best in us – what is best in Europe – and we have a choice. We can focus on our fears, foster them and let them tear this Union apart, or we can bet on the values that made us strong, on our diversity, on our solidarity, and restart the engines of this European Union. It is clearly no easy task, but it is one we definitely cannot fail.

Andrzej Grzyb, w imieniu grupy PPE. – Panie Przewodniczący! Wysoka Pani Przedstawiciel! Chciałem po pierwsze podziękować wszystkim zaangażowanym w negocjacje tegorocznej rezolucji w sprawie priorytetów Unii Europejskiej na posiedzenie Rady Praw Człowieka Organizacji Narodów Zjednoczonych. Po pierwsze, to dobra wiadomość, że w tym roku przyjmujemy naszą rezolucję na czas, jeszcze zanim zostaną przyjęte ostateczne priorytety Unii Europejskiej, a jednocześnie dziękuję tutaj pani wysokiej przedstawiciel za otwartość i gotowość do debaty z nami, co mam nadzieję zapewnia szersze ujęcie priorytetów wskazanych przez Parlament w stanowisku, z którymi delegacja uda się na sesję rozpoczynającą się z końcem lutego.

Chcę również podkreślić to, co powiedziała pani wysoka przedstawiciel, że takim istotnym elementem tego zaangażowania europejskiego jest właśnie wielostronność oraz zaangażowanie w prawa człowieka.

Po drugie, w tegorocznym stanowisku spotykamy bardzo szeroki katalog spraw istotnych dla poszanowania praw człowieka. Do nich należy między innymi usprawnienie funkcjonowania samej Rady, również funkcjonowanie Międzynarodowego Trybunału Karnego, prawa obywatelskie i polityczne, kwestia stałego punktu jakim jest zniesienie i ograniczenie, względnie moratorium na wykonanie kary śmierci, wolność religijna, sytuacja obrońców praw człowieka, prawa społeczne i ekonomiczne oraz relacje biznesu oraz praw człowieka, które odgrywają coraz ważniejsze znaczenie w świecie. Oczywiście kwestia kryzysu migracyjnego, który jest połączony w dużej części również z kryzysem humanitarnym, przeciwdziałanie terroryzmowi a także prawa człowieka w różnych aspektach związanych z klimatem czy też w kontekście wydarzeń sportowych.

Po trzecie podkreślamy, że wolność religijna jest fundamentalnym prawem człowieka, zgodnie z uniwersalną Deklaracją Praw Człowieka jest gwarantowana przez Międzynarodowy Pakt Praw Obywatelskich i Politycznych.

Ostatnie zdanie Panie Przewodniczący – odnosimy się do prawdopodobnie największego od dekad kryzysu migracyjnego. Podkreślamy, że ma on nie tylko europejski, ale przede wszystkim międzynarodowy, światowy charakter i trzeba tu wielostronnych działań.

Soraya Post, för S&D-gruppen. – Herr talman! Tack till den höge representanten för ett bra anförande som visar på tydlig respekt för de mänskliga rättigheterna. Jag vill också tacka kollegerna som har varit med i förhandlingarna för att ta fram den här resolutionen och kollegor som också har visat, med stor respekt, vikten av den här resolutionen.

Det är en väldigt viktig resolution för arbetet med respekten för de mänskliga rättigheterna som vi ska rösta om imorgon. Det är en resolution som Europaparlamentet tar med sig till FN:s råd för mänskliga rättigheter i nästa sammanträde i Genève i mars. Vi visade i denna resolution att vi noggrant följer situationen för respekten för de mänskliga rättigheterna i världen och att arbetet för mänskliga rättigheter är av högsta prioritet i vår utrikespolitik. Och den visar på Europaparlamentets prioriteringar inför FN:s råd för mänskliga rättigheter.

Jag skulle vilja påstå att det är just i tid av konflikt och kris som vi inte får vackla, utan det är särskilt viktigt att vi just då vidhåller och står upp för de mänskliga rättigheterna, både inom EU och i vår utrikespolitik. Mänskliga rättigheter är grunden för ett demokratiskt samhälle.

I resolutionen så berör vi flera viktiga områden: respekten för mänskliga rättigheter vad det gäller flyktingar och migranter, där humanitära korridorer och humanitära visum är viktiga för att skydda de mänskliga rättigheterna för de människor som flyr krig och förföljelser. Den påminner också om det fortsatt aktuella arbetet med genomförandet av Beijingplattformen och rätten till utbildning och hälsa som grundläggande mänskliga rättigheter och om vikten av kvinnors deltagande i fred och konfliktlösning samt kvinnors jämställda representation på alla nivåer av beslutsfattandet. Resolutionen berör också barns rättigheter, klimatflyktingar och hbtq-personers rättigheter, där vi tyvärr ser en oroande utveckling av en ökning av kränkningar. Resolutionen inkluderar också som en prioritet ett urval av länder där vi uppmärksammar situationen för mänskliga rättigheter.

Utöver dessa har vi också tagit med Europeiska rådets slutsatser vad det gäller fredsprocesser i Mellanöstern vilket är särskilt viktigt med tanke på den situation som råder. Jag är glad också att vi här i resolutionen uppmärksammar nekandet av inträde för FN:s speciella representant för de mänskliga rättigheterna i de ockuperade områdena i Palestina, vilket medför allvarliga begränsningar för möjligheten av övervaka situationen och omöjliggör FN:s arbete där.

Resolutionen uppmärksammar också situationen för människorättskampar, då vi ser att deras handlingsutrymme begränsas alltmer på flera håll i både Europa och i världen. Trots dödshot och repressalier arbetar många aktivister oavbrutet för de mänskliga rättigheterna.

Jag hoppas att vi imorgon kommer att sända en stark signal till dem som samlas i Geneve nästa månad. Det är viktigare än någonsin att EU kan visa politiskt ledarskap vad gäller respekten för de mänskliga rättigheterna. EU är och bör vara en stark aktör i det internationella samarbetet för främjandet och respekten för de mänskliga rättigheterna.

Beatrix von Storch, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir diskutieren hier im leeren Plenum des Parlaments die Prioritäten der Europäischen Union beim Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen. Wir tun dabei dann so, als ob die Europäische Union ein souveräner, ein eigenständiger Staat wäre mit einer eigenständigen Außenpolitik, was sie nicht ist. Deshalb ist die Debatte im Ansatz ein bisschen schief. Aber da Sie nun da sind, bitte ich Sie, Frau Mogherini, als Außenbeauftragte gleichwohl sehr herzlich: Machen Sie bitte die Verfolgung der Christen, die Verfolgung und Ermordung der Christen in der Welt zu einem Topthema der Vereinten Nationen. Bei allen anderen Minderheiten sind wir laut und protestieren. Aber das Thema der Christenverfolgung muss ganz oben auf die Agenda, bevor es zu spät ist. Setzen Sie sich dafür ein, bitte!

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, señora Mogherini, gracias por su claridad y determinación. Quiero comenzar dando igualmente las gracias a los grupos políticos del Parlamento que suscriben esta propuesta de Resolución común y, especialmente, al ponente, el señor Grzyb, por el extraordinario trabajo de búsqueda de consenso y priorización de valores compartidos. Solo de este modo se puede responder al mandato que nos han dado los ciudadanos.

Para ser miembro del Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas, la Asamblea General debe tener en cuenta la contribución a la promoción y protección de los derechos humanos realizada por los países candidatos. Una vez que estos son elegidos, los miembros se comprometen a defender por un periodo de tres años los niveles exigidos en esta materia. Cualquier ciudadano que escuche esto y constate que países como Venezuela o Arabia Saudí forman parte del Consejo muy probablemente no dé crédito y se pregunte cómo es posible que países que violan los derechos humanos de forma sistemática ayuden a que otros Estados cumplan con sus obligaciones al respecto.

¿Va a enseñar Venezuela a otros países cómo tratar la libertad de expresión, la independencia judicial o el Estado de Derecho, con setenta y cuatro presos políticos encarcelados cuyo único delito es pensar de modo distinto al del Gobierno del señor Maduro? ¿O va Arabia Saudí a mostrar al resto del mundo el camino para acabar con la pena de muerte —una de las prioridades de la Unión Europea, por cierto—, cuando en 2015 ha batido su récord de ejecuciones en los últimos veinte años?

La Asamblea General de las Naciones Unidas tiene el derecho de suspender a un miembro del Consejo si considera que está cometiendo violaciones de derechos humanos durante su periodo de membresía. En este punto, ese ciudadano seguramente se preguntará a qué espera la Asamblea General para proceder a la suspensión de Venezuela y Arabia Saudí. No podemos permitir que estos países minen la credibilidad de las instituciones que monitorizan los derechos humanos en el mundo. El primer paso lo debemos dar nosotros, el conjunto de los Estados de la Unión Europea. ¿Cómo? Por ejemplo, no votando, en ningún caso, a favor de la elección de países que no cumplen el requisito fundamental establecido y, por supuesto, haciendo público su voto.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, je n'aime pas la façon dont nous travaillons sur ces sujets dans cette maison. Habituellement, nous votons des résolutions sans tenir compte de l'ordre du jour du CDH, alors même que ses travaux de session ont déjà commencé. Cette fois, le Parlement européen vote une résolution effectivement plus tôt, tant mieux. Mais nous ne prenons pas plus en compte les priorités du CDH. Cette approche n'est pas efficace, nous ne pouvons pas travailler au sein des instances onusiennes sans égard pour les travaux de l'institution. Et ce n'est pas vous, Madame la Haute représentante, que je mets en cause. Au contraire, je vous remercie de votre intervention.

Oui, les États membres auraient tout à gagner à examiner attentivement et, mieux encore, à mettre en œuvre les recommandations du CDH, notamment sur le logement, sur la dette, sur les droits des femmes, ou encore sur les droits économiques et sociaux. Oui, l'Union européenne perd en crédibilité dans ces domaines quand elle ne peut continuer à demander aux pays tiers de se conformer à des droits qu'elle respecte de moins en moins elle-même. Alors, pour toutes ces raisons, la GUE/NGL a choisi de ne pas s'associer à cette résolution et s'abstiendra sur son vote.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Hohe Vertreterin! Unsere Entschließung zur März-Sitzung des Menschenrechtsrats in Genf ist rechtzeitig fertig, und ich hoffe, die EU-Delegation wird die Empfehlungen und Forderungen bei ihrer Prioritätensetzung und ihren Verhandlungen berücksichtigen.

Der UN-Menschenrechtsrat ist das zentrale globale Menschenrechtsgremium, und die EU als Regionalorganisation ist gut beraten, sich dort aktiv in die Arbeit und in die Debatten einzumischen, sei es zu den Ländersituationen, wie auch zu den thematischen Weiterentwicklungen. Ebenso fordern wir, dass die EU weiterhin finanziell die Arbeit des Menschenrechtsrats unterstützt und politisch agiert, um die Unabhängigkeit dieses Gremiums zu gewährleisten. Leider sind in diesem Gremium auch Regierungen mit einer ausgewiesenen katastrophalen Menschenrechtsbilanz vertreten. Daher wäre es wichtig, dass sich EU-Mitgliedstaaten entschieden gegen die Wahl derartiger Staaten in den Menschenrechtsrat positionieren. In allen multilateralen Gremien kann die EU an Einfluss gewinnen, wenn sie mit einer Stimme spricht.

Immer wieder hören wir den Vorwurf, Menschenrechte seien Instrumente sogenannter imperialistischer Einmischung in innere Angelegenheiten. Auch deshalb ist es wichtig, dass die EU aktiv versucht, gemeinsam mit Regierungen des globalen Südens Resolutionen auf den Weg zu bringen, zum Beispiel die Resolution zum Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung. Daher bedauere ich das negative Stimmverhalten von EU-Mitgliedstaaten zu Themen, die insbesondere für Staaten des globalen Südens von Bedeutung sind, zum Beispiel die Resolution zu illegalen Finanzströmen, zur Auslandsverschuldung, zum Recht auf Bildung.

Abschließend möchte ich feststellen, dass die Entschließung eine sehr gute Grundlage ist für die Positionierung der EU im Menschenrechtsrat. Und auch ich möchte Herrn Grzyb danken für seine sehr gute Verhandlungsführung.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, Alto rappresentante, bene, la discussione di oggi ci offre l'occasione per fare il punto sul rispetto dei diritti umani al mondo ed è davvero un peccato che siamo così pochi, anche perché avremmo potuto parlare delle responsabilità da prenderci come europei.

La risoluzione è positiva e la sosterremo, contiene le nostre osservazioni sulla protezione dei popoli indigeni e la lotta al fenomeno criminale del *land grabbing*. Siamo felici anche per il riconoscimento del diritto a una dignitosa situazione economica e sociale. Esprimiamo tuttavia una grande preoccupazione per il fatto che i membri del Consiglio sono spesso scelti tra Stati che più violano i diritti fondamentali, come la Cina, la Russia, l'Arabia Saudita, l'Etiopia.

Le minacce ai diritti fondamentali sono diffuse su larghissima scala e non solo per i gravissimi atti di terrorismo e di fenomeni a esso collegati. Basta pensare alla recrudescenza di esecuzioni capitali, agli attacchi contro cooperanti internazionali e attivisti, agli arresti di oppositori politici, alle gravissime violazioni ai danni di migranti lungo tutte le fasi del loro viaggio, agli effetti del cambiamento climatico, che sono ricompresi in questa risoluzione. Con questa risoluzione chiediamo al Consiglio dei diritti umani e alle Nazioni Unite di essere ogni giorno sempre più all'altezza del compito affidatogli, sperando che il 2016 sia un anno più positivo del 2015.

Gerolf Annemans, *namens de ENF-Fractie*. – Als allerlaatste onderwerp in een heel drukke dag, enkele ogenblikken vóór middernacht, met 15 van de meer dan 741 leden in dit Parlement, gaan we debatteren over mensenrechten. Als ik van slechte wil was zou ik bijna zeggen dat we daaruit kunnen afleiden wat de plaats van de mensenrechten in de Europese Unie is. Ik ben echter niet van slechte wil, ik ben hier enkel om u te herinneren aan en om de zaak van de mensenrechten in verband te brengen met de immigratie en de manier waarop die in 2015 onder impuls van de EU-politiek volledig uit de hand gelopen is door een foute interpretatie van Schengen, door een foute interpretatie van de Conventie van Genève en door de opengrenzenpolitiek van de Europese Unie.

Mensenrechten hebben een stabiele omgeving nodig en met uw immigratiepolitiek hebt u in Europa die stabiele omgeving om zeep geholpen. We hebben dat op een gruwelijke manier gezien in Keulen, waar voor de eerste keer op Europees grondgebied massaal mensenrechten zijn geschonden. Wanneer u immigratie verder organiseert, moet u ook in het oog houden dat men mensenrechten niet zomaar gratis krijgt. Mensenrechten, daarvoor is een stabiele omgeving nodig en niet de verwaterde culturele omgeving die opengesteld wordt voor veel te veel van de van ons afwijkende cultuur.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι ένας από τους μεγαλύτερους παίκτες στην παγκόσμια σκακιέρα με δυνατότητες που επηρεάζουν σε σημαντικό βαθμό τις διεθνείς εξελίξεις. Πρέπει λοιπόν να συνεργάζεται στενά με τον ΟΗΕ για το χειρισμό των σοβαρών θεμάτων που απασχολούν τη διεθνή κοινότητα. Ένα από αυτά, το πιο σοβαρό και επείγον, είναι το μεταναστευτικό. Για να επιλυθεί το πρόβλημα αυτό πρέπει να το εξετάσουμε με πραγματιστική προσέγγιση.

Δεν νοείται να προσπαθούμε να φιλοξενήσουμε τους μετανάστες στην Ευρώπη και παράλληλα να μην προσπαθούμε να εξαλείψουμε τις αιτίες που προκαλούν τη μετανάστευση ώστε να τη σταματήσουμε. Δεν πρέπει να ενδιαφερόμαστε μόνο για τα ανθρώπινα δικαιώματα των μεταναστών και στη συνέχεια να τους επιτρέπουμε να έχουν παραβατική συμπεριφορά στις χώρες στις οποίες φιλοξενούνται. Επιπλέον, δεν κερδίζουμε κάτι εάν καταδικάζουμε μεν την παράνομη μετακίνηση και διακίνηση των ανθρώπων αλλά αφήνουμε δε ανεξέλεγκτους να δρουν τους παρανόμους διακινητές. Τέλος, δεν δείχνουμε ούτε σοβαρότητα ούτε αποφασιστικότητα όταν επιτρέπουμε στην Τουρκία να περιπαίζει την Ευρωπαϊκή Ένωση, προσποιούμενη ότι θέλει να συμβάλει στην επίλυση του μεταναστευτικού, και όταν ανεχόμαστε να μας εκβιάζει για να επιταχύνουμε τις διαδικασίες της εντάξεώς της.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord rappeler qu'il y a un mois, nous avons débattu et adopté à large majorité, ici, le rapport annuel sur les droits de l'homme et la démocratie dans le monde et la politique de l'Union en la matière. Dès lors, il m'est très difficile de comprendre pourquoi nous allons, si peu de temps après, voter un texte qui est, jusqu'à un certain point, similaire au rapport annuel.

En effet, dans cette résolution censée exprimer la position du Parlement sur les priorités de l'Union au Conseil des droits de l'homme des Nations unies, tous les sujets ayant une quelconque relation avec les droits de l'homme sont abordés: des femmes aux drones, du sport au commerce. Je pense que, par cette résolution, nous déformons complètement le sens du terme «priorité» et nous répétons un travail déjà fait. Il est essentiel à mes yeux que, l'année prochaine, la résolution du Parlement sur cette question soit plus courte et plus en accord avec son objectif. Nous pourrions, par exemple, choisir cinq priorités et nous arrêter là. Pour les positions du Parlement sur toutes les autres thématiques liées aux droits de l'homme, nous avons le rapport annuel.

Le deuxième point sur lequel je voudrais m'arrêter concerne la seconde partie du texte qui couvre théoriquement la liste des pays sous examen périodique universel, car il y a là une incohérence flagrante, suite à l'insistance de la gauche, qui voulait, et ce n'est pas la première fois, cibler et stigmatiser Israël. On a introduit dans la liste respective, je cite, «Middle East Peace Process», c'est le paragraphe 89. Il va sans dire que ce n'est pas un pays et que l'examen périodique universel n'a rien à voir avec cela. Si nous voulons être pris au sérieux en tant que Parlement, il faut éviter ce genre d'incohérence. C'est pourquoi le groupe PPE a décidé d'introduire un vote séparé sur ce paragraphe, et si ce dernier n'est pas éliminé, nous voterons contre la résolution.

Richard Howitt (S&D). – Mr President, as the rapporteur on corporate responsibility, I hope the forthcoming session of the UN Human Rights Council and this Parliament's delegation to it will continue to advance the priority given to business and human rights.

As paragraph 28 of our resolution makes clear, this Parliament believes the European Union and its Member States should engage constructively in the intergovernmental working group on a legally-binding instrument. Previously the EU left the room after the first day, which I understand may be subject to some criticism in the report of the UN working group, which is due to be presented in March. Preventing and boycotting a human rights mechanism is not where Europe should be.

Our resolution makes clear that taking part in what is an open-ended working group is not an alternative to the Accountability and Remedy Project of the High Commissioner on domestic law remedies, nor is it an alternative to promoting the UN Guiding Principles on Business and Human Rights, to which the EU Member States could demonstrate their commitment by completing the process and agreeing national action plans.

I understand the EU may even be considering a resolution in Geneva criticising the UN working group. This is the path of confrontation with which this Parliament cannot agree.

For my Group, I do not agree with all of the proposals being discussed in the working group. For example, I believe human rights should apply to all business and not just the transnational corporations. But surely Europe must be in the room to diplomatically express our disagreement and to demonstrate to others what we so often say to them: to be prepared to listen to different views.

And the final part of what I want to say: I will respond to what my friend and colleague, Mr Preda, says about paragraph 89. He makes it a key vote, and his Group says they will vote against the resolution if it fails. What does that paragraph say? It supports compliance with international humanitarian law and international human rights law; it calls for the viability of the two-state solution; and it calls for support for the special rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories. I say to him and his Group, in all truth: we have a consensus about moving forward on Middle East peace. We believe that voting for those principles is right to get peace between Israel and Palestine. If he and his Group choose to disagree on that in the course of this resolution, they are wrong.

Hilde Vautmans (ALDE). – Mevrouw Mogherini, het is laat op de avond en we zijn hier nog met heel weinig mensen in de zaal, maar we spreken wel over heel erg belangrijke zaken. We gaan straks, morgen, stemmen over de resolutie om de prioriteiten vast te leggen.

Ik wijs kort op drie, vier punten.

1. Terecht spreken we over de vrouwenrechten. Ik ben als ALDE-lid heel erg fier dat we ook spreken over de seksuele en reproductieve rechten en gezondheid. Voor mij valt daar ook abortus onder, zeker na seksueel geweld. Ik weet, mevrouw Mogherini, dat u die mening ook deelt, “baas in eigen buik”.

2. Kinderrechten, we spreken daar heel vaak over. Vandaag doet Unicef een *save the children*-oproep. Duizenden kinderen lopen in de kou op die vluchtroutes. We moeten er toch voor zorgen dat we geen kinderen laten doodvriezen nu op die vluchtroutes.

3. Er wordt verwezen naar Burundi. In maart heb ik erop gewezen dat er een genocide gaande is en heb ik ervoor gepleit iets te doen. Ik wil dit hier vandaag herhalen.

4. Tot slot: Israël, Palestina. Israël wordt niet als land met de vinger gewezen, maar we willen wel heel graag de conclusies van die belangrijke raad in herinnering brengen.

Davor Ivo Stier (PPE). – Gospodine predsjednice, podržavam što je kolega Preda rekao i, doista, bila bi šteta da Klub europske pučke stranke mora uskratiti potporu ovoj rezoluciji zbog neuravnoteženog teksta kad je riječ o procesu na Bliskom istoku. Jer inače ova rezolucija ima doista dobre, kvalitetne dijelove. Ja ću istaknuti ovdje paragraf 9. rezolucije, koji se dotiče sve češćih revizija ustava u zemljama u razvoju, posebice u Africi, kako bi vladajuće strukture tamo zaobišle postavljena ustavna ograničenja na trajanje predsjedničkog mandata. Takvi postupci nerijetko rezultiraju građanskim pobunama, nasiljem. O tome smo više puta u ovome domu raspravljali, npr. kad smo imali rezoluciju o Burundiju. No, nije to jedini primjer.

Nažalost, možemo konstatirati da postoji trend nazadovanja u procesu demokratizacije u mnogim afričkim državama, što nažalost dovodi i do sustavnog kršenja ljudskih prava. Istina je da se u tim državama održavaju izbori, ali je nerijetka situacija u kojoj vladajuća stranka pobjeđuje na svim izborima s više od 80 % glasova. Osim europskih institucija, i naše europske političke grupacije trebale bi više voditi računa o tome, u suradnji s takvim afričkim strankama i pokretima. Važnost dobre vladavine je nešto što UN prepoznaje u programu za održiv razvoj 2030., pogotovo s razvojnim ciljem 16. i mislim da bi upravo to trebao biti prioritet naše vanjske razvojne politike pa tako i prioritet u radu Vijeća UN-a za ljudska prava.

Therese Comodini Cachia (PPE). – Sur President, ma hemmx dubju li d-drittijiet tat-tfal jixirqilhom attenzjoni partikulari. Ghalkemm il-Konvenzjoni dwar id-Drittijiet tat-Tfal hija fost l-aktar ratifikata, l-implimentazzjoni tagħha tfalli f'diversi setturi. Il-politika, bhas-soċjetajiet li tirrifletti, mhux dejjem tagħraf il-qofol tal-aħjar interess tat-tfal. Huma membri shah tas-soċjetà, li l-vulnerabilità tagħhom iġġibhom vittmi tal-aġir tal-adulti ta' madwarhom, isofru l-effetti ta' ambjent inniġġes b'povertà, vjolenza, diskriminazzjoni, u sfruttar iehor.

Huwa għalhekk mehtieg li l-Unjoni Ewropea tkompli fil-hidma tagħha sabiex tassigura li l-Konvenzjoni ma tkunx biss fost l-aktar Konvenzjonijiet ratifikati, iżda tkun l-aktar Konvenzjoni implimentata. Rajna r-reazzjoni tan-nies għal ritratt ta' kadavru ta' tifel li għereq fil-vjaġġ tiegħu lejn hajja aħjar. Kemm hemm tfal li mietu f'dawn il-vjaġġi li ma nafux bihom, u kemm hemm tfal li qegħdin isofru hruxija li ma narawx ritratt tagħhom? Huwa l-obbligu tagħna, l-Unjoni Ewropea, li nikxfu l-hruxija li jbatu dawn it-tfal u nassiguraw li qed nagħmlu kollox biex inwaqqfuha.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor Presidente, la defensa de los derechos humanos es una seña de identidad de la Unión Europea, que, junto al Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas, pone el foco de atención allí donde es necesario defender a quienes sufren persecución y falta de libertad revisando una serie de países, entre los que este año se encuentra Venezuela.

A pesar de que este Parlamento prohibió la misión de observación a este país, el Grupo Popular permitió que tres de mis compañeros y yo pudiéramos acompañar al pueblo venezolano en ese momento histórico en el que quienes defendían la libertad lograron vencer democráticamente a un Gobierno que no es democrático.

Pero todo ese caudal de esperanza puede quedar en papel mojado si el Presidente de Venezuela ignora la voluntad del pueblo, por ejemplo oponiéndose a la Ley de Amnistía que pide la salida inmediata de todos los presos que están en la cárcel por denunciar violaciones de los derechos humanos del régimen venezolano.

Pido a la Comisión y a este Parlamento que exijan firmemente a las autoridades venezolanas la liberación de los presos políticos. ¿Durante cuánto tiempo puede Maduro seguir no queriendo escuchar los gritos de su pueblo que claman libertad?

Eduard Kukan (PPE) – V tomto roku nás čaká mnoho výziev úzko spätých s agendou ľudských práv. Samotná Európa čelí v tomto smere bezprecedentným výzvam - takým ako vlny migrácie, terorizmu, či zvyšujúca sa nestabilita v našom blízkom susedstve. Aj z týchto dôvodov budú ľudsko-právne otázky čoraz naliehavejšie. Treba preto správne nastaviť naše priority na tento rok v Rade OSN pre ľudské práva.

Ľudské práva tvoria základ modernej Európy. Mali by sme preto byť lídrom v presadzovaní tejto agendy v OSN. Tiež by sme sa mali preto bližšie zamerať na agendu ľudských práv v súvislosti s migráciou. Prvoradou úlohou by preto malo byť posilňovanie humanitárnej a rozvojovej pomoci a prispievanie k znižovaniu chudoby v kritických regiónoch sveta.

Je však potrebné čeliť tiež dôsledkom a posilniť medzinárodnú spoluprácu a ďalšie kroky vedúce k boju proti medzinárodným sieťam obchodovania s ľuďmi, ale tiež k agende posilňovania ochrany práv žien a detí.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Wysoka Pani Przedstawiciel! UNHRC posiada unikalny mandat społeczności międzynarodowej, w tym Unii, w zakresie promowania i ochrony praw człowieka na świecie. Ważne jest, aby członkowie tego organu byli wybierani spośród państw, które te prawa respektują. Niestety kryteria członkostwa w tym zakresie pozostają nieuregulowane, co stanowi zagrożenie dla skuteczności i bezstronności tej rady. Powszechne przeglądy okresowe w poszczególnych państwach dokonywane przez Radę Praw Człowieka ONZ są potrzebnym mechanizmem, jednak istnieje potrzeba uwzględnienia w nich różnych grup interesów, zwłaszcza organizacji społeczeństwa obywatelskiego. Rekomendacje zawarte w przeglądzie są sygnałem także dla innych państw i powinny przełożyć się na współpracę i efektywne rozwiązania na poziomie krajowym oraz regionalnym.

Prawa człowieka powinny być także respektowane w świecie biznesu. Zarówno Unia, jak i ONZ powinny dołożyć starań, aby wyznaczyć standardy dla przedsiębiorstw i państw członkowskich w zakresie godnych warunków pracy i wspierania rozwoju lokalnych społeczności. Mam nadzieję, że Unia będzie aktywnie uczestniczyć w sesjach Rady Praw Człowieka, także poprzez interwencje w kwestiach związanych z prawami człowieka i egzekwowaniem odpowiedzialności za ich łamanie.

Pytania z sali

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, στις προτεραιότητες της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει να συμπεριληφθούν οι παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην Τουρκία αλλά και στα Σκόπια. Δράττομαι της ευκαιρίας μάλιστα να τονίσω την πλήρη και κάθετη αντίθεσή μου στην πρωτοβουλία της ευρωβουλευτού από την Κροατία Marijana Petir να προχωρήσει στη δημιουργία ανεπίσημης ομάδας φιλίας με το όνομα «Φίλοι της Μακεδονίας» και με στόχο τη στήριξη των Σκοπίων.

Υπενθυμίζουμε στην εν λόγω ευρωβουλευτή ότι τα Σκόπια αναγνωρίζονται από την Ευρωπαϊκή Ένωση με την προσωρινή ονομασία FYROM και με κανένα άλλο όνομα. Πρέπει να γνωρίζει η εν λόγω ευρωβουλευτής ότι δεν θα επιτρέψουμε στα Σκόπια και στους κάθε λογής συνοδοιπόρους τους να οικειοποιηθούν το όνομα της Μακεδονίας μας.

Καταγγέλλω λοιπόν ενώπιον του Σώματος την προκλητική και συνάμα παράνομη δημιουργία της φιλοσκοπιανής ομάδας με τον τίτλο «φίλοι της Μακεδονίας» και ζητώ από τον πρόεδρο του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου Martin Schulz να προχωρήσει στις δέουσες ενέργειες για την πλήρη εφαρμογή και στην εν λόγω υπόθεση των αποφάσεων του ΟΗΕ που σχετίζονται με την ονομασία των Σκοπίων.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Davor Ivo Stier (PPE), *pitanje podizanjem plave kartice.* – Gospodine Marias, znate li da je takva neformalna grupa postojala i prije, prema tome ništa novo se nije dogodilo?

I drugo pitanje, kakve veze ima ovo što ste rekli s temom o kojoj danas raspravljamo?

Νότης Μαριάς (ECR), *απάντηση «γαλάζια κάρτα».* – Κύριε Πρόεδρε, θέλω να απευθυνθώ στο συνάδελφο και να του πω ότι έθεσα ένα σοβαρό θέμα: τα Σκόπια αναγνωρίζονται με το όνομα FYROM. Παρανόμως εσείς χρησιμοποιείτε το όνομα Μακεδονία. Πρέπει να γνωρίζετε, όσοι δημιουργήσατε αυτή την ομάδα, ότι αυτό που κάνετε συνιστά παραβίαση και του τρόπου λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης που αναγνωρίζει τα Σκόπια με το όνομα FYROM. Καταλάβετε το αυτό, μια για πάντα.

(Koniec pytań z sali)

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, I will not prolong much longer our stay in this Hemicycle. I would just like to thank you all, especially those who stuck to the actual topic of our debate, which has shown a joint commitment of all Groups to our work on human rights. As many of you have said, this is not only a clear principle and value of the European Union, this is also our mission to protect and promote – neither one of these by itself is enough – to protect and promote human rights both inside and outside the Union.

Let me say that, in this work, the support and also the guidance of the European Parliament is crucial. We try to do all that we can to use our external instruments together, jointly, to fulfil this mandate, to be a relevant player on human rights, with some concrete results on the ground. Sometimes this is evident, sometimes this is less evident. In most cases this happens and in most cases around all our human rights priorities, whether it is concrete single cases of human rights defenders, or whether it is the big issues around which we mobilise our work, such as abolition of the death penalty or economic and social rights – the list is long – in all these cases either it is the European Union making the difference, with the European Parliament, with the Member States, with all our tools, or the situation is more difficult. So we know we have not only some values, some principles, but I would say also some interests, because defending and promoting human rights around the world is also responding to a direct interest in stability and security worldwide, because there is no possibility of a stable environment if there is no respect for human rights. This is something that, again, is not only a value and a principle, but also a clear responsibility that we have – inside our borders and outside them.

I would like to thank this Parliament for the continued support it gives to our action in this respect, and also let me personally thank the EU Special Representative for Human Rights, Stavros Lambrinidis, who knows this Hemicycle very well, for the excellent work that he is doing to support this mission that we are all together taking forward.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 21 stycznia 2016 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), na piśmie. – Zwracam uwagę, że do tej pory nie została zrewidowana Karta Narodów Zjednoczonych i niezależnie od skoordynowanego stanowiska państw członkowskich UE, każde z nich dysponuje możliwością zgłoszenia swojego poglądu na temat poważnych naruszeń praw człowieka na świecie. W sprawozdaniu pomija się takie przypadki mające miejsce na Krymie po zagarnięciu tego terytorium Ukrainy przez Federację Rosyjską. W areszcie przebywa wciąż Nadia Sawczenko. Tematyka ta nie została włączona do obrad Rady Praw Człowieka. W ostatnim czasie doszło do serii podejrzanych śmierci wysokich przedstawicieli rosyjskich służb specjalnych, a także wieloletnich działaczy opozycji demokratycznej (Borys Niemcow, Władimir Pribiłowski). Światło dzienne ujrzy także raport na temat okoliczności śmierci Litwinienki.

Wszystkie te wydarzenia nakazują pochylić się nad dramatyczną sytuacją praw człowieka w Rosji pomimo zaangażowania w dialog w innych obszarach. Podobne uwagi odnoszą się do Chin. Nie ujęto również spraw związanych z permanentnym naruszaniem praw podstawowych jednostek i całych zbiorowości w Iranie, w tym publicznych egzekucji. Niestety na te braki nie zwróciła uwagi w swoim stanowisku żadna z instytucji UE. Także rezolucja PE nie zawiera takich elementów. Cieszę się, że sprawę Krymu omawiano w Kongresie USA, Radzie Europy oraz ONZ w Nowym Jorku. Jedną z polskich organizacji pozarządowych PAUCI opracowała także wstrząsający raport w tej sprawie.

David Martin (S&D), in writing. – The situation in Burundi is extremely serious. Violence is escalating inside the country and there is growing evidence of arms being distributed among some of those living in refugee camps in neighbouring states. Given the situation in Burundi and the implications for the wider East African community if the situation does not improve it is vital that the EU makes this a priority for UNHCR sessions this year.

19. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

20. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

22. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 23.40)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/807

15.1.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 21. JANUAR 2016

(C/2024/807)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 18. bis 21. Januar 2016

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
3. Petitionen: siehe Protokoll	4
4. Gestiegene Bedrohung durch den Terrorismus (Aussprache)	4
5. Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland (Aussprache)	26
6. Tätigkeiten des Petitionsausschusses 2014 (Aussprache)	35
7. Antrag auf Schutz der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll	44
8. Abstimmungsstunde	44
8.1. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen EU/Kosovo (A8-0372/2015 - Ulrike Lunacek) (Abstimmung)	44
8.2. Ernennung der Mitglieder des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (Abstimmung)	44
8.3. Assoziierungsabkommen sowie vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine (RC-B8-0068/2016, B8-0068/2016, B8-0069/2016, B8-0077/2016, B8-0078/2016, B8-0079/2016, B8-0080/2016) (Abstimmung)	44
8.4. Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) (RC-B8-0043/2016, B8-0043/2016, B8-0045/2016, B8-0051/2016, B8-0057/2016, B8-0058/2016, B8-0059/2016, B8-0060/2016) (Abstimmung)	45

Inhalt	Seite
8.5. Prioritäten der EU für die Tagungen des UNHRC 2016 (RC-B8-0050/2016, B8-0050/2016, B8-0052/2016, B8-0056/2016, B8-0063/2016, B8-0064/2016, B8-0065/2016, B8-0066/2016) (Abstimmung)	45
8.6. Tätigkeiten des Petitionsausschusses 2014 (A8-0361/2015 - Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)	45
9. Stimmerklärungen	45
9.1. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen EU/Kosovo (A8-0372/2015 - Ulrike Lunacek) ...	45
9.2. Ernennung der Mitglieder des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie	75
9.3. Assoziierungsabkommen sowie vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine (RC-B8-0068/2016, B8-0068/2016, B8-0069/2016, B8-0077/2016, B8-0078/2016, B8-0079/2016, B8-0080/2016)	89
9.4. Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) (RC-B8-0043/2016, B8-0043/2016, B8-0045/2016, B8-0051/2016, B8-0057/2016, B8-0058/2016, B8-0059/2016, B8-0060/2016)	119
9.5. Prioritäten der EU für die Tagungen des UNHRC 2016 (RC-B8-0050/2016, B8-0050/2016, B8-0052/2016, B8-0056/2016, B8-0063/2016, B8-0064/2016, B8-0065/2016, B8-0066/2016)	150
9.6. Tätigkeiten des Petitionsausschusses 2014 (A8-0361/2015 - Lidia Joanna Geringer de Oedenberg)	176
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	206
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	206
12. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	206
12.1. In Indien inhaftierte EU-Bürger, insbesondere italienische, estnische und britische Staatsbürger ..	206
12.2. Äthiopien	212
12.3. Nordkorea	218
13. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll	224
14. Abstimmungsstunde	224
14.1. In Indien inhaftierte EU-Bürger, insbesondere italienische, estnische und britische Staatsbürger (B8-0081/2016, B8-0084/2016, RC-B8-0085/2016, B8-0085/2016, B8-0090/2016, B8-0093/2016, B8-0096/2016, B8-0099/2016)	224
14.2. Äthiopien (RC-B8-0082/2016, B8-0082/2016, B8-0086/2016, B8-0087/2016, B8-0091/2016, B8-0095/2016, B8-0100/2016, B8-0121/2016)	225
14.3. Nordkorea (RC-B8-0083/2016, B8-0083/2016, B8-0088/2016, B8-0089/2016, B8-0092/2016, B8-0094/2016, B8-0097/2016, B8-0098/2016)	225
15. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	225

Inhalt	Seite
16. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	225
17. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	225
18. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	225
19. Unterbrechung der Sitzungsperiode	225

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 21. JANUAR 2016

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

1. Eröffnung der Sitzung

(Ședința a fost deschisă la ora 8.30)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. Petitionen: siehe Protokoll

4. Gestiegene Bedrohung durch den Terrorismus (Aussprache)

Președintele. – Primul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind Declarațiile Consiliului și ale Comisiei pe tema intensificării amenințării teroriste (2016/2519(RSP)).

Bert Koenders, *President-in-Office of the Council.* – Mr President, on this occasion, ten weeks after the Paris terrorist attacks, I would like to be able to say that most probably we will never again witness such a heinous attack in Europe. Unfortunately, I am not convinced that this is true. On the contrary, judging from recent events, the terrorist threat seems to be increasing in the European Union, but also in its vicinity and further afield, as the recent attacks in Istanbul, Jakarta, Ouagadougou and Charsadda in Pakistan have shown.

As the Presidency, we will do everything within our powers to improve the Union's capacity to counter this threat and to protect our citizens. In this context, counter-terrorism will be a key topic at the informal meeting of the Justice and Home Affairs Ministers next week in Amsterdam. The Presidency also attaches great importance to the rule of law and to getting the balance right in this respect in the fight against terrorism. Obstacles to the exchange of information on foreign terrorist fighters and the way forward to clear these obstacles will be first and foremost on the agenda. Another issue that we will address is information sharing between Member States on firearms and explosive precursors. Implementation of the measures agreed is key, as indicated in the EU Internal Security Strategy 2015-2020.

The Heads of State and Government statement on counter-terrorism of 12 February 2015, after the Charlie Hebdo attacks, remains the framework the European Union needs to implement urgently, as called for by the European Council. You can be assured that the Presidency will spare no effort to promote rapid progress in its implementation. Progress has been made over the past months and was set out in a public report by the European Union Counter-Terrorism Coordinator in late November.

Information sharing and operational cooperation are top priorities identified by the Council. Progress has been made. The agreement on the European Union PNR Directive will support police and intelligence agencies in tracking down possible terrorists and criminals by accessing travel details of passengers.

On 1 January, Europol launched the European Counter-Terrorism Centre (ECTC). This is a more robust platform through which Member States can increase information sharing and operational coordination. This includes the monitoring and investigation of foreign terrorist fighters, as well as the trafficking of illegal firearms and terrorist financing. In November 2015 Member States committed to seconding counter-terrorism (CT) experts to the ECTC to form an enhanced cross-border investigation support unit. Europol is actively engaged in supporting ongoing CT investigations in several Member States. The progress of contributions to the various EU databases is being monitored and discussed in the Council.

Outside the European Union context, cooperation and information sharing among security services will be stepped up in the context of the Counter Terrorist Group (CTG), and the Commission will soon present its proposal on updating the European Criminal Records Information System for the systematic sharing of criminal records data for people connected to terrorism.

Furthermore, we have started discussing the proposal to amend to framework decision on combating terrorism. On 2 December 2015, the Commission presented a draft directive with a view to collectively implementing UN Security Council Resolution 2178 and the additional Protocol to the Council of Europe Convention. Negotiations on this directive are already under way and we hope to be in a position to achieve an agreement in June this year.

Apart from enhancing the exchange of law enforcement information, countering radicalisation and recruitment remains a priority. An EU approach is needed, taking into account that over 5 000 citizens have left to fight for terrorist organisations in Iraq and Syria. Concerning integration and non-discrimination, we should create opportunities for all. We should do much more on tolerance and anti-Muslim hatred, further inter-religious dialogue and communicate our values. Education is key and we look forward to Commission initiatives in this context.

But prevention alone is not enough. The return of well-trained radicalised individuals poses a genuine security threat. At European Union level, the main tool we have for sharing best practices is the Radicalisation Awareness Network. This network has made impressive strides in recent months, facilitating the flow of best practice and expertise between Member States. We can also begin to share expertise with third countries. The immediate focus here will be the Middle East, the North Africa region and Turkey.

It is a fact that the internet is one of the primary channels for radicalisation, publishing and proliferating illegal content. The establishment of an Internet Referral Unit within Europol's Counter-Terrorism Centre has improved our ability to obtain the removal of terrorist threats. On 3 December 2015 the EU Internet Forum was launched. The objective is to identify and remove terrorist content and to develop effective counter-narratives. In this context, cooperation with the providers is obviously important.

The discussion of the Commission's proposal for an EU action plan against illicit trafficking in and use of firearms and explosives has begun. The Presidency aims to reach a general approach on this new proposal.

Finally, I would like to mention the border police package, which is also important in the context of the fight against terrorism, as we have to strengthen controls at the EU's external borders. Border security is not a top priority under our Presidency. On this issue one should of course be careful about mixing migration and terrorism. We cannot turn our eyes away from the threat, but let us not forget that the vast majority of migrants are fleeing situations of conflict and even fleeing from terrorism themselves. The close cooperation with key partners, such as the United States, is continuing. Furthermore, we will continue to strengthen our counter-terrorism engagement with partners in North Africa, the Middle East, Turkey and the Western Balkans.

Let me conclude by saying that I think we all share the same objectives. Among other things, this was demonstrated by your resolution of February last year on anti-terrorism and the reports adopted by the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs at the end of last year. We look forward to a fruitful cooperation.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, as you all know, 2015 has been a turning point in Europe's experience of terrorism. Terror has claimed the lives of 150 innocent people – too many lives lost, and too many lives scarred.

We have to be realistic: the terrorist threat in the European Union is high. The terrorist threat is there. We are determined to respond with resolve and resilience, and at the same time to uphold our values of tolerance, democracy and respect for fundamental rights.

From day one of this Commission, we stressed that combating terrorism was a common European responsibility. Our European Agenda on Security has been on the table, as you know, since last April. We have drastically accelerated its delivery with the political agreement on the EU PNR, the proposal for a directive on terrorism, the November firearms package, the action plan on firearms trafficking, the EUROPOL Regulation adopted in December, the reinforced RAN Centre of Excellence to counter radicalisation, the launch of the EU internet forum to counter harmful content online and, just this week, the proposal to exchange the criminal records of non-EU nationals.

These are all tangible measures to strengthen our security across borders, and more is coming. 2016 will be the year when we go after terrorist money. We need to deprive terrorists of their financial resources. In early February, we will put our ideas forward with a concrete timetable.

Our Borders Package of last December is also a critical piece of the puzzle, because it will allow the systematic security checks of all people leaving and entering the EU. It is clear that we need to improve the management of our external borders in order to enhance internal security and safeguard Schengen.

I want to be clear, once again, on a related point: refugees, who are crossing our borders because they need international protection, and who are entitled to international protection, are not terrorists. I want to reaffirm that we will never equate refugees with terrorists. We cannot, and we must not, allow fear to prevail.

Let me finally turn to information sharing: this is a sensitive, but as you will understand, a very crucial issue. As you know, it is one of the central pillars of our Security Agenda. The EU tools are there to facilitate the exchange of information between national law enforcement authorities. The Schengen Information System, Europol's databases and the Prüm framework should be used to the maximum by the Member States. Member States need to trust each other more: they need to share more information, between themselves and also with Europol. Law enforcement authorities across Member States, including specialised law enforcement agencies, all work for the same purpose: the security of our citizens. We need to understand that, collectively, we are all safer. The threats we face are common. Our approaches to the threats need to be common too. This is not a competition. We reinforce each other if we cooperate. Information is already being exchanged at various levels – but we need more of it, not less.

Next week, we will officially launch the European Counter Terrorism Centre at Europol. It has been operational since 1 January 2016. The Centre can become the hub of our counter-terrorism operations if we make the best use of it, and if Member States share information. This centre can only succeed in its mission if we all help it to succeed. The support provided by Europol to French and Belgian investigators after the Paris attacks is the best example of the role that the European Counter Terrorism Centre could play: cross-checking data, facilitating information-sharing and providing analytical and operational assistance to the national services on the ground.

One year ago, following the Charlie Hebdo attacks, we stressed that our response would not be dictated by fear or driven by hasty conclusions. The Commission proposed several concrete actions which are part of a comprehensive approach, and in this collective effort we have made progress. But recent events remind us that we still need to do much more. Now is the time to act and to strengthen our cooperation.

Let us make 2016 a turning point for Europe to tackle terrorism decisively, head-on, in all its aspects.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρουνιδη, εξ ονόματος της ομάδας PPE. – Κύριε Πρόεδρε, σήμερα το περιοδικό Dabiq με τον τίτλο «Just terror» γράφει επί λέξει:

«Let Paris be a lesson for those nations that wish to take heed.»

Αντλαμβανόμαστε ότι η δημοσίευση των φωτογραφιών των τρομοκρατών που χτύπησαν στο Παρίσι τις προάλλες αποτελεί έκφραση της βούλησης να διαφημιστεί μια πολιτική της τρομοκρατίας. Η πολιτική της τρομοκρατίας όμως δεν μπορεί να περάσει στην Ευρωπαϊκή Ένωση και τούτο γιατί η Ευρωπαϊκή Ένωση διαπνέεται από τις αρχές και τους κανόνες της πολιτικής της δημοκρατίας. Σήμερα, σύμφωνα με τις έρευνες της Europol, περίπου έξι ή πέντε χιλιάδες ευρωπαίοι πολίτες είναι τρομοκράτες. Αυτό θα το επιτρέψουμε να συνεχίζεται; Πώς μπορούμε να το ελέγξουμε; Τι έχουν κάνει η Ευρωπαϊκή Ένωση και το Συμβούλιο; Έχουμε κάνει βήματα, πολύ σημαντικά. Η απάντησή μας στους τρομοκράτες είναι ότι ο φόβος δεν πρόκειται να επικρατήσει. Πώς μπορεί όμως να ελεγχθεί αυτό το φαινόμενο; Υπάρχουν οι δομημένες ομάδες, υπάρχουν τα δίκτυα των τρομοκρατών, υπάρχουν στόχοι: ανθρώπινες ζωές, περιθωριοποίηση της Ευρώπης, κλείσιμο συνόρων. Είναι πολύ ορθή η πολιτική την οποία ακολουθούμε και δεν μπορούμε να συγχέουμε τη μετανάστευση με την τρομοκρατία, διότι δεν έχει καμία σχέση το ένα φαινόμενο με το άλλο, ανεξάρτητα αν με την ανεξέλεγκτη ροή των μεταναστών πολλές φορές παρεισφρέουν και τρομοκράτες. Δεν υπάρχει περίπτωση όμως για το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, για την Ευρωπαϊκή Ένωση, για την ευρωπαϊκή αντίληψη του κόσμου, να ταυτιστούν αυτά τα δύο φαινόμενα. Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, αυτό το οποίο πρέπει να προσέξουμε και μάλιστα πολύ σοβαρά, είναι με ποιον τρόπο θα κατορθώσουμε να ελέγξουμε το φαινόμενο. Θα το ελέγξουμε μέσα από το Διαδίκτυο, θα το ελέγξουμε μέσα από τη συνεργασία των κρατών μελών, θα το ελέγξουμε μέσα από τη συνεργασία με τρίτες χώρες, διότι η τρομοκρατία έχει πρόσωπο, ένα εξαιρετικά απεχθές πρόσωπο, στο οποίο η απάντηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν μπορεί παρά να είναι περισσότερη Δημοκρατία.

(Η ομιλήτρια δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Zarówno w tym co pani mówiła, jak i w tym, co mówił pan komisarz Avramopoulos, jest dużo racji. Nie należy wiązać różnych zjawisk: uchodźstwa z imigracją, imigracji z poparciem dla terroryzmu czy nawet poparcia dla terroryzmu z terroryzmem. Ale czy naprawdę nie widzi pani poseł, że to obecność wielomilionowych społeczności muzułmańskich stworzyła podglebie dla terroryzmu w Europie, który już dzisiaj, niestety, jest zjawiskiem europejskim, a nie egzotycznym, nie importowanym?

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE), απάντηση με «γαλάζια κάρτα». – Κύριε συνάδελφε, εφόσον δεν συνδυάζουμε τα δύο φαινόμενα θα πρέπει να έχουμε μια στρατηγική ελέγχου των εξωτερικών συνόρων της Ευρώπης. Προς τον σκοπό αυτό δουλεύει η Ευρωπαϊκή Ένωση, ούτως ώστε τέτοια φαινόμενα να αποτραπούν. Η επιλογή της παρεμπόδισης των ανθρώπων από το να έρχονται στην Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μας χαρακτηρίζει. Η Ευρωπαϊκή Ένωση μπορεί να ελέγχει τα εξωτερικά της σύνορα, αλλά η διακίνηση των πολιτών και των εμπορευμάτων μέσω της Schengen και η κυκλοφορία των ιδεών ανήκουν στις αρχές που διαπνέουν ακριβώς την δική μας Ένωση.

Birgit Sippel, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Die terroristischen Attentate der letzten Monate in Europa – aber auch anderswo – richten sich nicht gegen bestimmte Menschen. Sie haben das Ziel, Angst zu verbreiten und somit Freiheit und Demokratie zu zerstören. Deshalb ist klar: Klare Kante gegen Terrorismus, Verteidigung unserer freien Gesellschaften!

Was heißt das? Zunächst: Der derzeitige Terrorismus ist kein nationales Phänomen. Deshalb müssen die vorhandenen europäischen Instrumente zur Ermittlung und zum Informationsaustausch deutlich besser genutzt werden. Besser vorbeugen: Dazu gehört, terroristische Propaganda im Internet zu entlarven, illegale Inhalte zu löschen und deren Verfasser zu ermitteln; Terroristen den Geldhahn zudrehen und vor allem Radikalisierung in Europa entgegenzutreten, durch Integration sowie flächendeckende Beratungs- und Ausstiegsprogramme.

Menschen schützen, Täter und Anstifter verurteilen: Unsere Mitgliedsstaaten sind gefordert, die personelle und sachliche Ausstattung von Polizei und Justiz angemessen zu gestalten. Es darf keine rechtsfreien Räume geben. Ermittlungen müssen analog und digital effektiv durchgeführt, gerichtliche Verfahren zeitnah aufgenommen werden.

Die effektive europäische Strafverfolgung braucht EU-weit vergleichbare Definitionen für Straftaten und für Strafen terroristischer Taten. Die Kommission hat ja hierzu einen Vorschlag vorgelegt. Und auch: Faire Verfahren müssen immer gewährleistet werden, auch damit Verfahren nicht an unzulässigen Beweismitteln scheitern.

Abschließend: vorbeugen, schützen und verfolgen. Die Instrumente des Rechtsstaates müssen konsequent genutzt werden. Nur so werden wir das Vertrauen in den Rechtsstaat erhalten und zugleich Terrorismus erfolgreich entgegentreten.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR*. – Уважаеми дами и господа, без съмнение терористичната заплаха е може би най-голямото предизвикателство пред държавите членки в днешния ден. „Ислямска държава“ и другите терористични организации дълго време бяха подценявани, както са подценявани и процесите на самоизолация и радикализация сред младите мюсюлмани в много европейски гета след провала на теориите за интеграцията и за мултикултурализма.

Част от европейските лидери, обаче, продължават безразсъдната политика по отношение на държавите, които открито финансират, организират и лекуват терористични организации, като Турция, Саудитска Арабия и Катар. Време е това лицемерие, тази политика на широко затворени очи да бъде прекратена.

На държавите, които финансират тероризъм, които лекуват и обучават терористи, не трябва да се плаща откуп, както постъпи Европейският съюз с Турция, а трябва да се прекратяват преговорите за членство и да се налагат санкции. На тези, които го организират, като Саудитска Арабия, трябва да се налагат търговски санкции, а не да се търгува лицемерно с тях.

Крайно време е да престанем с празните приказки, особено след Париж и след Кьолн, ако не искаме това да се превърне в наше всекидневие. Въпрос на цивилизационен и ценностен избор.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, terrorism has spread into our lives, values, societies and our way of living. The scope of the threat is broad and thus requires a European response in close cooperation with our partners around the world.

A European riposte to the asymmetric war should focus in my view on the following issues: terrorism financing, internal and external security, and the root causes of terrorism.

We must adapt our legislation to better prevent and track terrorism financing. It is not expensive to conduct attacks such as those in Paris. We need tighter rules on tools like prepaid cards and stricter anti-money-laundering rules. Regarding ISIS there are some ten sources of its financing. We must strangle them all, starting with oil trafficking.

Europe cannot be insecure. We must reinforce security measures at all levels, from local to EU-wide. Of course they should be effective but not excessive. At European level, cooperation between Member States, their police and other law enforcement services is the key. We must not repeat the mistakes of the past. At the same time, we must better protect and control our external borders. The alert is high. It is crucial that all our border and coast guards and police know who enters and leaves Europe. External border control is also the best way to fight arms trafficking effectively and limit terrorists' access to arms.

There is, however, a long-term task. Many radicalised people were born and raised in Europe and some then became foreign fighters and some conducted attacks against their own country. Teams with expertise and on-the-ground experience should develop integration projects which local authorities should then implement.

Inês Cristina Zuber, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, a estratégia deliberada da União Europeia na luta contra o terrorismo é de cerceamento da liberdade democrática e das liberdades individuais. Insistindo na tese peregrina da falsa dicotomia liberdade/segurança, apoiando uma visão militarista do alegado combate ao terrorismo que, ao invés de enfraquecer, fortalece as lógicas do ódio e da guerra.

A recorrente imposição de acrescidas medidas atentatórias de direitos e liberdades fundamentais, que acompanha sempre o incremento da escalada de militarização das relações internacionais, de guerra e de ingerência e de destabilização de Estados soberanos, alimenta o crescimento de forças racistas, xenófobas e fascistas e a sua ação de terror.

Crimes hediondos, como os que foram cometidos em Paris ou como os que há anos vêm sendo perpetrados em vários locais em todo o mundo, o que exigem é uma política de paz nas relações internacionais e o respeito pelo Direito Internacional, que ponha fim às ingerências e às agressões contra Estados soberanos, nomeadamente na região do Médio Oriente, as quais têm conduzido ao recrudescimento dos grupos terroristas.

Jan Philipp Albrecht, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I am delighted to hear the Presidency outlining most of what the Commission proposes and I would be very happy if it were possible to work more quickly towards solutions on fighting terrorism than was possible in the past. It was Member States that blocked many measures to set common standards in the area of criminal proceedings, cooperation on organised crime and terrorism, and especially information sharing between institutions and authorities of the Member States and Europol or other agencies at the European level, and it is still not working.

Information sharing, especially when it comes to information on suspects and risks, is still not working, and it is this that we need to strengthen: not gathering loads of data on individuals who are not relevant at all for investigators, but concentrating on the quick exchange of information on persons who are suspicious and areas where there are risks.

That is also needed not only for effectiveness, but because we are still in rule-of-law-based democracies and we have to respect the fundamental values which we defend here against the terrorists. It was reiterated just days ago by the Strasbourg Court of Human Rights, with regard to a case in Hungary, that you always need to have a suspicion or risk in order to retain data on individuals. So we should stick to that and strengthen that and not build further information-gathering measures.

Steven Woolfe, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, the first rule of any government is the protection of its people, and the protection of the people of Europe from terrorism is at least something, I recognise, you understand as being serious. But in order to deal with the problem of terrorism you must at first know who your enemy is and who your friends are. You must know where they share your values and where they come from and this is where the analysis of the European Union is failing. You have to understand the problem, you have to understand where they are, and you have to understand what they are doing here.

The first part of the problem, Minister, is that in the language of yourself and of the Commissioner – I quote from you: ‘the vast majority of migrants are fleeing terrorism’ – that quite frankly is not true. We know that the vast majority of migrants are economic migrants; the vast majority of *asylum seekers* are genuinely people fleeing terrorism: that is the first part of the problem you must address.

The second part of the problem, you must understand, is that the open borders that you have created and are not willing to challenge – you do not know who has come in, you do not know where they are and you do not know how they get here – creates the last form of terrorism, the internal terrorism that the women in Cologne and Bonn and Berlin and Sweden and all other parts of Europe that suffered over New Year’s Eve will have to face. That is your problem.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Ivan Jakovčić (ALDE), *blue-card question*. – *(Due to a technical problem the speaker agreed to ask the question in English)* You said many things and I agree with you, but do you agree with me that terrorism is a universal threat? We also have terrorism inside Europe – you remember what happened in Northern Ireland, in Germany, in Italy, in Norway or in other countries in Europe. That is our European problem – it is European terrorism. We are not speaking only and just about the terrorists who are coming into Europe. I think that terrorism is a universal threat for us and that we have to combat all types of terrorism. Do you agree with me?

Steven Woolfe (EFDD), *blue-card answer*. – Sir, may I add that your English is excellent in comparison to my understanding and knowledge of your language, and I welcome that. You are quite right that terrorism is an international problem. It stretches and hurts and pains families across the globe, and yes, we have our own problems with individuals here – and we have that on a home-grown basis. But the issue that we are facing today is ISIS and the evil ideology that is attempting to turn man against man and woman against woman, and we have to have a solution – not just a European Union solution, but a global solution. That is the way forward, and the only way that we can tackle it.

Vicky Maeijer, namens de ENF-Fractie. – Vandaag spreken wij hier over de verhoogde terreurdreiging en het lijkt voor velen van u steeds weer als een verrassing te komen dat Europa het doelwit is van islamitische terreur. Dat komt omdat men, ondanks de aanslagen in Parijs, Kopenhagen, Brussel, Madrid en Londen, nog steeds de verkeerde analyse maakt van de reden waarom het Westen onder vuur ligt van wie het op ons hebben voorzien.

Ondanks de vele doden die al zijn gevallen uit naam van de islamitische staat ontkent u dat deze terroristen hun inspiratie halen uit de Koran. Ondanks het feit dat is vastgesteld dat terroristen de asielinvasie gebruiken om de Europese Unie binnen te komen, doen sommigen hier dat nog steeds af als hysterie. En ondanks de acute dreiging van aanslagen in heel West-Europa blijft de politieke elite hier nog steeds geloven in de utopie die multiculturalisme heet.

Voorzitter, de enige juiste analyse moet zijn dat de islam het grootste gevaar is, de islam is uit op werelddominantie. Maar er heerst nog een ander groot gevaar in Europa: het gevaar van de laffe politiek correcte elite, die het beestje niet bij de naam durft te noemen, maar wel door een opengrenzenpolitiek het Europese continent met de islamitische invasie laat overstromen.

Dat de vele slachtoffers van terreur, aanrandingen en verkrachtingen nog steeds geen reden vormen om een einde aan deze invasie te maken is dan ook voor mij onbegrijpelijk. Sterker nog, alleen de eerste weken van deze maand kwamen er alweer eenendertigduizend asielzoekers in Griekenland aan, onder hen vast en zeker jihadisten en hordes testosteronbommen vol minachting voor vrouwen. En zij maken dankbaar gebruik van Schengen.

Zonder grenzen is er geen veiligheid mogelijk en het is niet de vraag of, maar wanneer we de volgende aanslag of georganiseerde massa-aanranding kunnen verwachten. Dus, als u echt die verhoogde terreurdreiging en de veiligheid van de inwoners van onze Europese landen serieus neemt, dan wordt het tijd dat u erkent dat de enige oplossing in de strijd tegen terreur het sluiten van de nationale grenzen is, het terugsturen van al die zogenaamde asielzoekers naar waar zij vandaan komen, en de islamisering van het Europese continent een halt toeroepen.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ξαφνικά η Ευρώπη ανακάλυψε την τρομοκρατία. Τόσο το κίνημά μας η Χρυσή Αυγή, όσο και άλλα εθνικιστικά κινήματα σε ολόκληρη την Ευρώπη προειδοποιούσαν εδώ και πάρα πολλά χρόνια για το τι επρόκειτο να συμβεί. Μας κατηγορείτε για Ισλαμοφοβικούς. Πείτε το αυτό στους γονείς των παιδιών που πήγαν στο Bataclan να διασκεδάσουν και δεν γύρισαν ποτέ στο σπίτι τους. «Δεν θα υποκύψουμε», λέτε, «στην τρομοκρατία», όταν πρωτεύουσες ευρωπαϊκών χωρών έχουν το στρατό στους δρόμους για να αντιμετωπίσουν την απειλή. Έχετε χάσει την επαφή με την πραγματικότητα και την καθημερινότητα του Ευρωπαίου πολίτη. Οι πολιτικές σας των ανοιχτών συνόρων, της κατάρρευσης των αξιών και του πρωτοφανούς ρατσισμού εις βάρος των γηγενών δεν μπορούσαν παρά να προσφέρουν γόνιμο έδαφος στον σπόρο του ισλαμικού φονταμενταλισμού. Όσο και να προσπαθείτε, μέσω των μέσων μαζικής ενημέρωσης να το αποκρύψετε, η τρομοκρατία στην Ευρώπη έχει ισλαμική ταυτότητα.

Η οργανωμένη επίθεση στην Κολωνία την 1η του έτους εναντίον γυναικών, είναι τρομοκρατικό χτύπημα. Έστειλαν το μήνυμα: «είμαστε εδώ και θα τις γυναίκες, τις κόρες και τις αδελφές σας!» και εσείς προτείνετε στις γυναίκες να μην ντύνονται προκλητικά και να μη φορούν αρώματα. Τα περισσότερα τζαμιά που λειτουργούν αυτή τη στιγμή στην Ευρώπη δεν είναι παρά φυτώρια τρομοκρατών. Ποια είναι η λύση; Εγκαταλείψτε τις ιδεολογικές σας αγκυλώσεις, θωρακίστε την ήπειρό μας από τα εκατομμύρια που συρρέουν κάθε χρόνο παράνομα.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, caro ministro, caro Commissario, grazie per le parole che avete detto e per il tentativo che condividete con noi, membri del Parlamento europeo, di affrontare con intelligenza, dignità e lungimiranza il grande dramma delle violenze terroristiche in Europa, in Medio Oriente, in Africa e su molti scenari mondiali. Questi giorni le notizie non confortano e, a maggior ragione, ci pregiamo di poter dire, come Parlamento europeo, che l'azione che stiamo tentando nell'Unione europea, sia sulle politiche di gestione dei dati col PNR, sia nel tentativo di condividere una ragionevole ma ferma politica di difesa del nostro continente, stanno andando nella direzione corretta. Ma non basta. Lo vediamo: i fronti su cui la nostra debolezza, inevitabile debolezza, si esprime sono molti, sono molti e c'entrano anche col tema dell'immigrazione.

Io condivido chi correttamente, anche durante questo dibattito, ha deciso di negare un nesso di causalità tra l'immigrazione e il terrorismo. È sbagliato associare in modo generico i due fenomeni, ma è altrettanto sbagliato negare che i due fenomeni possano avere cause comuni. È sbagliato pensare che se le aree islamiche normalmente producono fenomeni terroristici come quelli che drammaticamente hanno toccato il nostro continente, è sbagliato ritenere che quel fronte, dove spesso troviamo uomini che utilizzano il Corano come un breviario per somministrare violenza, possano essere lasciati nelle condizioni di continuare a farlo. Smettiamo di pensare che si possa evitare di portare democrazia nei paesi in cui non c'è, perché l'assenza di democrazia e l'assenza di civiltà che la nostra tradizione cristiana ci ha consegnato sono la prima causa di quei fenomeni terroristici.

Tanja Fajon (S&D). – Svet pretresajo novi in novi teroristični napadi. Ta teden je napad pretresel Pakistan, minuli vikend Burkino Faso.

Leto 2015 si bomo tudi v Evropi žal zapomnili z grenkobo. Skrbi naraščajoč pojav terorizma. Mladi ljudje, rojeni v Evropi, ki zaradi izključenosti iz družbe podležejo radikalizaciji. Izzivi so izjemni.

Terorizem predstavlja nevarnost miru in svetovni ureditvi, a še kako je pomembno, da vsakič znova ločimo in poudarimo: ne smemo povezovati beguncev s terorizmom! Večina beguncev beži zaradi terorizma in vojn.

Varnost ljudi je nujna, a zgolj ukrepi za krepitev varnosti so obsojeni na neuspeh, v kolikor ne bomo teh ustrezno pospremili s socialnimi politikami doma, pa tudi zunaj Evrope, za preprečevanje radikalizacije.

Vzroke kriz moramo naslavljal pri njenih izvorih. Evropa nujno potrebuje tudi jasno strategijo, kako ravnati s povratniki.

Izmenjava informacij, da, to je ključ. Dokler ta ne bo med državami delovala, potem, žal, noben ukrep ne bo pomagal. Zato pa je ključna tudi izgradnja zaupanja.

Države članice morajo aktivneje sodelovati pri izmenjavi podatkov o kriminalu, sledenju in financiranju tujih borcev, terorističnih celic, sledenju orožja in drugih grožnjah evropske varnosti.

Preseneča me drža Sveta, ki ni pristal na obvezno izmenjavo podatkov o morebitnih teroristih v novi direktivi PNR, kljub dejstvu, da bi ta lahko preprečila marsikatero tragedijo.

Odločneje se moramo zoperstaviti radikalni islamistični propagandi na družbeni omrežjih, opolnomočiti moramo starše in uveljaviti starševska dovoljenja za potovanja mladostnikov, več glasu moramo dati žrtvam, učinkoviteje odkrivati ter rehabilitirati v družbo problematične, radikalizirane posameznike.

Boj proti terorizmu mora zajemati varnostne ukrepe ob polnem spoštovanju človekovih pravic.

(Govornica se je strinjala, da bo sprejela vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka (člen 162(8)).

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Poseł! Wedle mojej pamięci to socjaliści byli jedną z grup, która spowalniała prace nad dyrektywą PNR. Parę tygodni temu Komisja wystąpiła z nowym projektem dyrektywy antyterrorystycznej. To jest dobra dyrektywa. Chciałbym zapytać panią jako przedstawicielkę grupy socjalistów, czy socjaliści poprą dyrektywę antyterrorystyczną przedłożoną przez Komisję czy tak jak w przypadku dyrektywy PNR będziemy mieć do czynienia z blokowaniem prac nad nią?

Tanja Fajon (S&D), odgovor na vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka. – Spoštovani kolega, hvala za vaše vprašanje.

V tem trenutku je pomembno predvsem poudariti, da je nujna izmenjava informacij, vendar pa nikakor ne smemo iti predaleč v smeri poseganja v lastno zasebnost.

Nekaj je izmenjava informacij o terorizmu, organiziranemu kriminalu, tako da bo vse odvisno od tega, kaj vse bo tudi prinašal predlog in kako bodo potekala pogajanja.

Beatrix von Storch (ECR). – Herr Präsident! Wir reden heute über die gestiegene Bedrohung durch Terror. Paris war Terror. Köln war auch Terror. Köln in Zahlen: 883 Anzeigen, 30 Verdächtige, die Hälfte davon Asylbewerber und elf davon seit September nach Deutschland eingereist.

Wir können nicht über den Terror reden, ohne auch über die Migrantenkrise zu reden. Ein Täter von Paris war Asylbewerber in Deutschland. Acht bis zehn Millionen Flüchtlinge sind jetzt auf dem Weg von Syrien und Irak nach Deutschland, sagt unser Entwicklungsminister. Niemand sagt, das seien alles Terroristen. Aber die Terroristen unter ihnen missbrauchen unsere offenen Grenzen. Und es sind zu viele.

Wer für offene Grenzen verantwortlich ist, der verantwortet auch mit deren Taten, und das sind durch Tun oder durch Unterlassen in Deutschland Herr Seehofer, der sehr viel redet, die CDU-Fraktion, die sehr viele Briefe schreibt, und das ist unsere Frau Bundeskanzlerin. Sie wird in die Geschichte eingehen als Zerstörerin Europas, auch wenn sie jetzt bald zurücktritt.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señor Presidente, el Consejo y la Comisión yo creo que han coincidido mucho en la lista de tareas que son necesarias para ser más eficaces ante la creciente amenaza terrorista. Y todo eso está muy bien, yo creo que está muy bien encaminado. Y les agradecemos que hayan sido ustedes coherentes y concordantes. Ahora bien, hay debilidades. Y yo, en lo que ustedes han dicho, veo dos debilidades fundamentales.

Por una parte hace falta voluntad porque, ante una amenaza global, necesitamos una respuesta también global y perfectamente bien conectada, y hay países que no colaboran suficientemente en las bases de datos, hay países que no colaboran en el intercambio de información o en las agencias de información. Y eso es una debilidad clara, porque ellos están conectados y nosotros tenemos que estar perfectamente conectados para ser eficaces.

Y la segunda debilidad son la prevención y la detección precoz. Será una amenaza global, pero la actuación tiene que ser local y no tenemos un mapeo de puntos calientes. No tenemos un protocolo sobre qué actuaciones son buenas prácticas o no. Ustedes van a celebrar un encuentro porque en algún lugar ha habido buenas prácticas. No. Tenemos que ser muchísimo más sistemáticos. La actuación local es fundamental para evitar riesgos y para evitar problemas añadidos, y tienen que trabajar muchísimo más en lo que es la mayor debilidad: la prevención y el trabajo precoz en la red local.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkartyás kérdés. – Tisztelt Képviselő Asszony! Ön két nagyon fontos kihívásról beszélt, bár én egy harmadikról szeretném kérdezni Önt. Nem tart-e attól, hogy egyes kormányok túlreagálják a veszélyeket és a kihívásokat? Tudnék konkrét példát is mondani, a magyar kormány, amelyik rendkívüli állapot bevezetésére készül. Ezt valójában Ön hogyan értékeli, hogy egyes kormányok nem feltétlen a megfelelő eszközökhöz nyúlnak és ezzel szintén veszélyeztetik az európai polgárok biztonságát és szabadságát?

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), respuesta de «tarjeta azul». – Señor Szanyi, me encanta que me haga esta pregunta. Lógicamente, una de las tentaciones y de los riesgos es que los Gobiernos, al hacer frente al fanatismo, al hacer frente a los terroristas, puedan exceder los límites de la ley. Por supuesto que siempre tenemos que actuar de acuerdo con la ley, evitando la impunidad, pero también defendiendo los derechos humanos, nuestros derechos fundamentales y nuestro Estado de Derecho porque, si no, habríamos perdido la batalla contra el terrorismo, que es la batalla de nuestras libertades y de lo que hemos conquistado: nuestro Estado de Derecho. La ley, toda la ley y sin impunidad, pero sin ningún abuso. Nada de eso funciona. Los abusos siempre funcionan como un bumerán.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor Presidente, la lucha contra el terrorismo no pasa por una falsa elección entre nuestra seguridad y nuestros derechos y libertades. Estamos ante un desafío que requiere a la vez incrementar la eficacia de la acción del Estado y reafirmar un compromiso incuestionable con la democracia y los derechos humanos, tanto dentro como fuera de nuestras fronteras. Es necesario cortar las vías de financiación y abastecimiento logístico del Estado Islámico. Debemos apoyar a las fuerzas democráticas en el mundo árabe y reforzar la sociedad civil en Siria e Irak. Es necesario neutralizar las redes de captación, mejorando los sistemas de coordinación de nuestros servicios de inteligencia. Y es también nuestra responsabilidad proteger a los refugiados que huyen del terror.

Desde luego, la mejor manera de combatir el extremismo es lograr que la gente se sienta parte de una sociedad cohesionada y cultivar las oportunidades sociales y económicas en las comunidades vulnerables. Muchos terroristas han nacido en Europa y este fenómeno solo se combate con políticas de inclusión social, especialmente a través de la educación.

Judith Sargentini (Verts/ALE). – Ik hoorde de eurocommissaris spreken over een voorstel dat hij wil doen om terrorismefinanciering tegen te gaan. U heeft dat al een paar keer aangekondigd, maar ik wil graag begrijpen wat het doel ervan eigenlijk is.

Als je kijkt naar de aanslagen in New York, *nine eleven*, dan waren die eigenlijk op een koopje. Het is raar om te zeggen, maar al met al kosten die niet veel. Ook de aanslagen bij de marathon in Boston waren op een koopje. Bovendien kosten de aanslagen in Parijs uiteindelijk ook niet veel. Er wordt natuurlijk wel heel erg veel geld door bijvoorbeeld Daesh verspijkerd, maar dat gebeurt met name in Syrië, in het Midden-Oosten, om bijvoorbeeld de salarissen van de eigen strijders te betalen.

Dus wat willen wij? Willen wij door terrorismefinanciering te volgen een opsporingsmethode organiseren? Weinig geld laat helaas weinig sporen na, dus ik begrijp het niet. Of willen we - en dat zou ik ook begrijpen - een soort van "pluk ze"-beleid voeren? Haal het geld weg, ontnem hen de mogelijkheid om terrorisme te plegen. Als het weinig kost, is dat niet effectief. Dus leg het mij uit, want ik ben geïnteresseerd in wat het doel is.

President. – Plus they use a feudal Arabic system of transferring the money.

Laura Ferrara (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'incremento della minaccia terroristica non deve indurre a pagare un alto prezzo in termini di compressione di libertà e di diritti per ottenere maggiore sicurezza dalle minacce soprattutto interne all'Europa e non soltanto esterne alle sue frontiere. Anche se la responsabilità di combattere tale fenomeno riguarda principalmente gli Stati membri, l'Unione europea può dare un contributo rilevante.

Occorre allora garantire un'efficiente e coordinato scambio di informazioni, migliorare il dialogo tra le banche dati e i servizi di intelligence nazionali, altrimenti rimane come alternativa ciò che si sta verificando, ovvero il ricorso alla reintroduzione dei controlli alle frontiere interne da parte degli Stati membri. In sintesi, occorre migliorare l'uso degli strumenti che già si hanno e non continuare a collezionare sempre più dati. Le organizzazioni terroristiche si combattono con il loro isolamento politico, individuando e tagliando i loro canali di finanziamento e di approvvigionamento dei dati. Raggiungere questi risultati non è impossibile, ciò che occorre è soltanto la volontà politica di realizzarli.

Gianluca Buonanno (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio anche chi rappresenta oggi il governo olandese. Sono desolato e adesso mentre parlo mi incavolerò, mi incizzerò, perché siamo 751 in quest'aula, 751, saremo in 30 qui dentro, ci sono più funzionari che deputati! E questa è l'Europa che cerca di risolvere i problemi, che parla di un tema così importante come il terrorismo? Ma cazzo, io mi ribello a questa Europa, ma come fa esserci un'Europa del genere! Ma che vergogna è? Cosa diciamo noi al popolo europeo? Quando succedono gli attentati tutti a piangere come i coccodrilli! Quello che è successo a Parigi, quello che era successo a Londra, a Madrid e quello che è successo a New York.

E noi cosa diciamo? Ehh, sì, ci sono gli islamici, c'è terrorismo! Ma che vergogna è questa? Questa è l'Europa che vuole combattere? Questa è l'Europa che vuole difendere gli europei? Questa è l'Europa degli zombi! Sono dagli zombi! Perché quelli che comandano hanno le guardie del corpo, hanno le macchine blindate, hanno tutto, e mai li attaccheranno! È il popolo che viene attaccato e noi cosa diciamo? Grazie all'islam. Intanto diamo miliardi e miliardi alla Turchia e la vogliamo dentro nell'Europa. 90 % della Turchia è fatta di islamici. Io non ce l'ha con gli islamici, ci mancherebbe altro, però noi siamo europei, siamo occidentali facciamo vedere che abbiamo le palle!

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Ivan Jakovčić (ALDE), Domanda «cartellino blu». – Visto che avete accettato la mia «carta blu» lo dirò in italiano così mi capirà più facilmente. Non vi pare «ipocrisia» quando lei arriva adesso in questo momento, poco fa, qui nell'Aula e dopo se ne andrà subito via? Perché io sono qui ogni giorno dalla mattina fino alla sera e lei viene qui, come anche il vostro presidente Salvini, dice che in Aula non c'è nessuno e dopo se ne va via. Questa è «ipocrisia». È d'accordo con me?

Gianluca Buonanno (ENF), Risposta a una domanda «cartellino blu». – A tutti quelli che applaudono, dico di andare a guardare i miei dati: sono su 751 deputati al sedicesimo posto per produzione, per presenze in Aula, per voti. Quindi non le devi dire a me queste cose qua, perché io vengo qua, lavoro, mi do da fare, sono al sedicesimo posto e faccio pure il sindaco.

Tu non so che cosa fai dal mattino alla sera ma io so cosa faccio io. Chiaro?

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «carton bleu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), pregunta de «tarjeta azul». – Señor Buonanno, con todo respeto, yo no sé si usted ha conocido terroristas, yo sí. Yo he vivido trece años con escolta policial y mi hermano fue asesinado por terroristas. Y le aseguro que lo que necesitamos aquí es no montar ningún espectáculo y ser muy, muy eficaces, y para eso tenemos que tener espíritu de colaboración.

Usted ha hablado de una Europa de zombis, desde luego yo no soy una zombi. He venido aquí a trabajar y a aportar todo lo que sé. Porque yo sí sé cómo se fanatizan y cómo se radicalizan los terroristas y he conocido a terroristas de todos los estilos porque he trabajado muchos años en ello. No nos insulte a quienes estamos aquí trabajando, no hace falta que estemos trescientas personas diciendo tonterías, lo que hace falta es que los que estemos digamos cosas sensatas y usted, señor, se ha marcado un golpe de efecto, pero eso no es serio y se lo digo con todo cariño.

Gianluca Buonanno (ENF), Risposta a una domanda «cartellino blu». — Bene, io non ce l'avevo, caro collega, con lei, perché chi è qua presente ovviamente non è nella critica che stavo facendo, ci mancherebbe! Però io ce l'ho con quelli che governano quest'Europa, che certamente non verranno mai toccati, che certamente non avranno le mogli che gli toccano il sedere magari qualche islamico come a Colonia, o le stuprano, queste cose non ci sono. Qui non ci sono. Certo, e tutti quelli che applaudono qua, come quattro scimmiette, lì così, ma datevi da fare, andate in giro a lavorare, non stare qua così come dei bamba!

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι λαοί έχουν πλέον μεγάλη πείρα. Από τους μουτζαχεντίν, τον Osama bin Laden και την al-Qaeda, μέχρι το Ισλαμικό Κράτος, όλοι τους γαλουχήθηκαν από το ΝΑΤΟ, τις Ηνωμένες Πολιτείες, την Ευρωπαϊκή Ένωση και τις μοναρχίες του Κόλπου για τα συμφέροντά τους.

Όλοι αυτοί αποτελούν διαχρονικά το βολικό πρόσχημα για ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις όπου γης. Σπέρνετε αραβικές ανοίξεις που εξελίσσονται σε βαρυχειμωνιά για τους λαούς και θερίζετε ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις που βαφτίζετε αντιτρομοκρατικές εκστρατείες με πολυπλόκαμους μηχανισμούς καταστολής και φακελώματος.

Σκόπιμα η Ευρωπαϊκή Ένωση επιχειρεί να τσουβαλιάσει το ριζοσπαστισμό των λαών και τους πρόσφυγες μαζί με την τρομοκρατία για να μπορέσει να ενισχύσει το νομικό της οπλοστάσιο απέναντι στο εργατικό λαϊκό κίνημα και για να βάλει στο γύψο τα εργατικά λαϊκά δικαιώματα και τις ελευθερίες. Θέλει να ενοχοποιήσει τον αγώνα για την ανατροπή μιας καπιταλιστικής βαρβαρότητας την οποία η ίδια υπερασπίζεται. Απέναντι στη βάρβαρη αντεργατική επίθεση που προωθούν η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι κυβερνήσεις, είναι προδιαγεγραμμένο ότι οι λαοί θα ξεσηκωθούν. Σαν το αποφασίσουν, θα δείξουν την δύναμή τους.

Monika Hohlmeier (PPE). – Herr Präsident! Zunächst einmal etwas zur Geschäftsordnung. Ich würde den Präsidenten des Hauses bitten, dass man Abgeordnete, wenn sie Beleidigungen gegen die Regierungschefs unserer Länder und ihre Frauen aussprechen und gegen sie aufhetzen, und das angeblich im Namen der Menschen, dann darauf hinweist, dass das keine parlamentarische Art und Weise ist, miteinander umzugehen.

Nun zur sachlichen Frage: Terrorismus ist eine der größten Bedrohungen. Und, liebe Kollegin, ich kann mich Ihnen anschließen, ich war zwanzig Jahre lang begleitet von Leibwächtern und unsere Familie bedroht von Terroristen. Aus dem Grund weiß ich ziemlich gut, wie sich Menschen fühlen, die bedroht sind.

Aber dieser Schlag des Terrorismus hat noch einmal eine andere Dimension. Er richtet sich gegen Menschen, und zwar gegen all diejenigen, die nicht dem kruden, wirren und irren Verständnis des IS oder von al-Qaida folgen. Er richtet sich gegen junge Menschen, die Restaurants besuchen, die tanzen gehen, die ein Fußballstadion besuchen oder ein Fest auf einem Platz feiern.

Aus diesem Grund ist es mir ein wichtiges Anliegen, sehr klar zu sagen: Liebe Mitgliedstaaten, der Datenaustausch muss tatsächlich besser werden. Gesetzliche Lücken, die eventuell im gut gemeinten Datenschutz entstanden sind, müssen entsprechend so behoben werden, dass die Daten konsequent ausgetauscht werden können.

Wir müssen auch Eurodac-Daten mit den Täterdaten abgleichen, damit sich Terroristen nicht einfach unter Flüchtlinge mischen können, damit nicht andere wieder sagen können, deswegen müsste die Grenze geschlossen werden. Nein, wenn sich ein Terrorist irgendwo in einem Flugzeug versteckt, dann verbieten wir nicht den Flugverkehr, sondern wir versuchen zu verhindern, dass sie in die Flugzeuge kommen oder sich unter Flüchtlinge mischen können.

Des Weiteren müssen wir auch die Methoden der gegenseitigen Rechts- und Fahndungshilfe und die Möglichkeiten dazu wesentlich beschleunigen und ausbauen. Wir müssen die Straftäter und Gefährder vollständig in europäische Datenbanken übertragen und nicht nur immer teilweise, damit jedes Land weiß, wer Straftäter ist und wer Gefährder ist, und man entsprechend vorgehen kann und die Polizeibehörden unterrichten kann.

Man muss den Polizeibeamten aber den Rücken stärken und ihnen kein Misstrauen aussprechen, denn sie müssen tagtäglich gegen diese Schwerverbrecher kämpfen und brauchen unser Vertrauen, unseren Rückhalt und nicht ständig Belehrung darüber, was sie nur alles falsch machen. Denn es ist leichter, vom Sofa aus die Dinge zu beurteilen, als tatsächlich draußen an der Front zu stehen und handeln müssen.

Wir müssen die neuen Technologien nutzen, und ich bitte die Ratspräsidentschaft, sowohl PNR als auch Europol und die ganzen Fragen, die mit Datenschutz und Datenschutzpaket und -richtlinie zusammenhängen, rasch zu verabschieden.

Ein Punkt ist tatsächlich wichtig: Finanzquellen austrocknen ist ein Baustein und der vielen Bausteinen, den wir angehen müssen. Denn Bekämpfung des Terrorismus funktioniert nur, wenn wir ihm konzentriert und geschlossen und in rechtsstaatlicher und demokratischer Weise etwas entgegenzusetzen haben.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Ангел Джамбазки (ECR), въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта. – Уважаема колега, как ще коментирате информацията в медиите, че на немски полиции, на немски служители по сигурността е било нареждано по политическа линия да прикриват престъпления заради произхода на извършителите им? Говоря за събитията от Новогодишната нощ.

Monika Hohlmeier (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Dzhambazki! Zunächst einmal gilt es, die Straftat aufzudecken und nicht vorrangig erst einmal Nationalitäten festzustellen. Das kann man danach noch tun. Und wenn Nationalitäten im Zusammenhang mit Straftaten eine Rolle spielen, dann fließt das entsprechend mit ein. Aber ich benenne nicht erst die Nationalität und anschließend diskutiere ich über die Straftat, und ich ordne Straftaten auch nicht nur Nationalitäten zu, sondern ich möchte, dass Straftaten geahndet werden. Mein Problem ist, dass es zu viele *no-go-areas* gibt, dass es zu viele Banlieues gibt, dass es zu viele Molenbeeks gibt und dass es zu viele Zonen gibt, in denen zu wenig eingegriffen wird, wo die Kleinstraftaten gar nicht mehr geahndet werden und sich dadurch eine Kultur entwickelt, die eine Unkultur ist und die Menschenrechte zerstört.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Zdzisław Krasnodębski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Ja chciałem się pani zapytać, jak pani też ocenia fakt, że wydarzenia w Kolonii nie były przez cztery–pięć dni w ogóle prezentowane w mediach, że nie odbyła się nad tym debata publiczna, że nie tylko, jak mówił kolega Dzhambazki, policja dostawała rozkazy zatrzymania informacji, ale że w ogóle niemiecka opinia publiczna, także opinia w całej Europie w związku z tym, nie była informowana o tych faktach? Jak to się ma do problemu, o którym obecnie dyskutujemy – do problemu terroryzmu?

Monika Hohlmeier (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Krasnodębski! Es hat Kritik daran gegeben, dass ein öffentlich-rechtlicher Sender erst zwei Tage später berichtet hat. Die meisten Medien haben bereits relativ prompt danach berichtet. Was relativ schwierig ist, ist, dass wir eine Auseinandersetzung in Deutschland darüber führen – ich sage es ganz ehrlich, in München hat das nicht stattgefunden –, dass es zu solchen Zuständen wie in Köln nicht kommt, wenn man frühzeitig *no-go-areas* und Kleinsttrafaten ausreichend bestraft und verfolgt. Aus diesem Grund gilt es, präventiv konsequent vorzugehen und auch Kleinststraftätern und denjenigen, die sie organisieren, das Handwerk zu legen, denn nur dadurch entstehen die Probleme, und nicht durch andere Dinge.

Péter Niedermüller (S&D). – A borzalmas párizsi merényletek óta Európa a terror fenyegetettségében él. A félelem érthető, a veszély nem lebecsülendő. Mégis azt kell mondanom, még ebben a helyzetben is meg kell őrizni a józanságunkat. Ragaszkodnunk kell a liberális demokráciák alapját jelentő szabadsághoz. Nem szabad engednünk a szélsőjobboldali és populisták, amelyek aljas módon kihasználják az emberek félelmét, riogatnak, félelmet és idegengyűlöletet gerjesztenek. Ki kell mondanunk: nincs olyan terrorveszély, ami feljogosít bárkit is arra, hogy durván megkurtítsa az alapvető jogokat, az állampolgári jogokat. A terrorizmustól való félelem sokszor arra sarkall bennünket, hogy olyan biztonsági intézkedéseket hozzunk, amelyek szembe mennek a liberális demokrácia alapelveivel, saját európai kultúránk alappilléreivel, vívmányaival.

De épp ezt akarják a terroristák, ezt akarja a populisták, szélsőjobboldali politika. Lerombolni azt a szabad világot, amit az elmúlt 60 évben felépítettünk. Mi pedig azt mondjuk, a biztonság elválaszthatatlan az alapvető jogok tiszteletben tartásától, a szabadságtól. Éppen ezért világossá kell tenni: még több adat, még tömegesebb megfigyelés nem vezet eredményre. Nem több, hanem az eddiginél jóval hatékonyabb, sokkal inkább együttműködő titkosszolgálati munkára van szükség, és mindenekelőtt közös európai titkosszolgálatra. De ez nem lesz elég! Mindent meg kell tennünk, hogy a bevándorlók második, harmadik generációja ne radikalizálódjon, hanem itt, az európai társadalomban találja meg a jövőjét. Oktatás és képzés! Befogadás és integráció! Valós esély a boldogulásra! Ezek a terrorizmus elleni harc legfőbb eszközei.

Világossá kell tenni: a társadalmi integráció nem jelent erőszakos kulturális asszimilációt, de azt is, hogy az integrációnak nincs alternatívája. Európát, a szabadságot, a nyitott társadalmat mindig meg fogjuk védeni.

(A felszólaló hozzájárul egy, az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése értelmében feltett kék kártyás kérdés megválaszolásához).

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Czy Pan nie myśli, że ten język: „populizm”, „ekstremizm” to jest po prostu język wykluczenia? To jest mowa nienawiści wobec milionów Europejczyków, ich demokratycznie wyrażanych poglądów, ich demokratycznie wybieranych przedstawicieli. Czy naprawdę, posługując się dalej tym językiem, są państwo w stanie zbudować jakiegokolwiek dialog społeczny na temat największego kryzysu, jaki Europa dzisiaj przeżywa, i problemów, które wspólnie musimy rozwiązać?

Péter Niedermüller (S&D), Kékkártyás válasz. – Azt gondolom, nagyon világos volt a mai vitában is, hogy itt, parlamenti képviselők közül ki az, aki a terrorizmusról beszél, aki a fenyegetettségéről beszél, aki a megelőzésről beszél. És kik azok, akik kihasználják ezt az alkalmat arra, hogy az iszlám, a bevándorlás, a menekültek és a Korán ellen érveljenek. Azt gondolom, ilyen típusú beszédre ebben a parlamentben nincs szükség. A tényekről, a problémákról kell beszélni, és nem félelmet és idegengyűlöletet kelteni.

James Nicholson (ECR). – Mr President, can I first of all say that 2015 has brought back to us the serious problems we face with terrorism and especially in Europe. I think we have to face the reality that Europe has a serious problem with its borders, especially the Schengen borders. That has got to be dealt with because nowhere in Europe is completely safe anymore, while we may like to think it is.

Where I come from in Northern Ireland we suffered over four decades of terrorism. I survived an assassination attempt myself and I want to make it very clear in this House that I am not a zombie, and those who talk the way they talked in this debate should, I think, really hang their heads in shame. The victims of terrorism have been forgotten about time and time again. They are not thought about, they are forgotten about, as we go on to the next atrocity, the next crime. That is what cannot be allowed to happen. Can I say above all else we need in Europe good information exchange and cooperation right across borders and between all the police forces in Europe to combat this.

Marielle de Sarnez (ALDE). – Monsieur le Président, la menace terroriste est globale, mondiale, intérieure et extérieure. Face à cette menace, nous avons besoin d'unité, de volonté et, surtout, de passer aux actes aujourd'hui – pas demain, pas après-demain, mais aujourd'hui – et d'agir dans quatre directions.

Premièrement, nous devons contrôler, comme toutes les grandes puissances du monde, et surveiller nos frontières de façon effective. Deuxièmement, nous devons rendre l'échange de renseignements obligatoire entre les pays européens. Dans le cas contraire, on raconte des histoires. Troisièmement, nous devons mettre sur les rails une politique de défense commune européenne, car la menace est aux portes de l'Europe. Quatrièmement, nous devons avoir une stratégie en matière de politique étrangère pour nous efforcer de trouver des issues aux conflits, en particulier en Syrie et en Libye.

En conclusion, je vous le dis, si nous pouvons faire tout cela à 28, faisons-le, mais si nous ne pouvons pas agir tous ensemble, décidons alors d'agir à quelques-uns: que quelques pays prennent l'initiative d'avancer. Je souhaite que, de ce point de vue, la France et l'Allemagne retrouvent l'inspiration et la vision qui, aujourd'hui, font cruellement défaut à l'Union européenne.

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Herr Präsident! In Pakistan werden bewaffnete Drohnen eingesetzt im Antiterrorkampf, und dabei sind schon eine ganze Menge Zivilisten ums Leben gekommen. In einem Dorf, in dem das passiert ist, hat man mit Kindern gesprochen, die haben gesagt, wir sind richtig froh, wenn die Sonne nicht scheint und alles bedeckt ist, dann kann uns nichts passieren. Wenn man sich überlegt, dass Kinder Angst haben müssen vor manchen Antiterrormaßnahmen, dann stimmt doch da etwas nicht. Was ich sagen will: Unsere Maßnahmen und Mittel gegen den Terrorismus sind oft – nicht immer, aber oft – überhaupt keine Antiterrormaßnahmen, sondern sie sind Abschreckungsmaßnahmen. Und das ist doch das Problem. Sie schrecken doch weniger beispielsweise Da'esh ab, die mittlerweile reichste Mördertruppe der Welt, sondern sie schrecken ganz normale Leute ab, Kinder in diesem Fall.

Ich sage Ihnen: Wir werden kein Jota vorankommen im Antiterrorkampf, kein Jota, wenn wir Feuer ausschließlich mit Feuer bekämpfen. Was wir tun müssen, ist, die Quellen von Terrorismus endlich auszutrocknen. Nicht als eine unter vielen Maßnahmen, sondern als eine vorrangige Maßnahme. Ich rede gar nicht nur von den finanziellen Mitteln und davon, dass wir schon seit langen Jahren zuschauen, dass beispielsweise von Saudi-Arabien der Waffentransport sehr wohl für Da'esh läuft, dass die Türkei lieber die PKK bombardiert als Da'esh.

Wir brauchen wirkliche Konsequenzen aus einer solch desolaten Politik. Und wir müssen etwas tun, dass Menschen sich nicht für die Mitwirkung am Terrorismus stark machen und entscheiden und dass die Bevölkerung nicht Da'esh unterstützt, weil sie sonst von niemandem unterstützt wird. Da liegen die Probleme. Wir brauchen Konfliktlösungsstrategien und Versöhnungsstrategien. Die Einschränkung von Grundrechten trägt eher dazu bei, unsere zivilgesellschaftlichen Kräfte zu schwächen. Darum kann es ja wohl nicht gehen.

Diane James (EFDD). – Mr President, let us be blunt about the current situation: the terrorist threat is effectively civil war – incoming individuals joining already internally-based dissidents, targeting key infrastructure to create maximum fear and disruption within our societies.

We must, however, recognise that terrorists now control territory from which to export their violent ideology and have access to millions of dollars to fund their activities. Within the EU, as well as the UK, their best resource is Schengen. Borderless travel facilitates weapons, explosives and unfettered terrorist-ideology exportation as well as people. Second only to Schengen is a banking network that facilitates the financing of terrorism. So, Commission, in your deliberations please face the facts. Isolate by ending Schengen, and starve by taking steps to tackle the financing as two key means of combating this terrorist threat.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já si myslím, že naše reakce na teroristické útoky musí být v každém případě uvážlivá, ale také rozhodná a důsledná. Apeluji na to, abychom se předtím, než budeme zavádět nové normy do našeho právního systému, přesvědčili, zda již ty současné nejsou dostačující. Například jsem se ptal českého ministra vnitra, jak jsou vyměňovány informace mezi státy, a on mi říkal, že je tam řada problémů. Ostatně několikanásobné a opakované započítávání uprchlíků ze strany agentury Frontex je toho dokladem. Já si myslím, že především nesmíme zůstat nečinní, protože nečinnost nahrává teroristům, kteří jsou nepřáteli demokracie, našich společností, křesťansko-židovských kořenů. Nečinnost a nedůslednost však také nahrává populistům a extrémistům našich společností, které s teroristy pojí odsudky k liberální demokracii, ale i k Evropské unii.

Já jsem stoprocentně přesvědčený, že právě dnes jsme povinni naši unii hodnot obhajovat, jakkoliv je to obtížné a jakkoliv se to může v krátkém časovém horizontu jevit politicky nevýhodné. Nepochybuji, že v delším časovém ohledu tyto naše hodnoty obhajujeme, protože nesnášenlivost, předsudky, nenávisť a terorismus nikdy svobodného člověka neporazí. Mohou nás podlomit v kolenou, ale naše hodnoty nezlomí, protože jsou v historii ověřené a osvědčené.

Jak se ukázalo, populistické a extrémistické politické síly v Evropě získávají finanční podporu z Ruska. Myslím si, že tento moment bychom neměli přehlížet. Měli bychom být tady v této věci rovněž rozhodní a trochu lituji toho, že jsme nevyužili příležitosti apelovat na Komisi, aby tuto otázku zkoumala. Ostatně toto zkoumání nyní provádí Kongres Spojených států amerických a myslím si, že bychom se i my měli k tomuto vrátit. Hlavním nepřítelem současných hlavních ruských představitelů bohužel není IS, čečenští radikálové či Ukrajinci. Hlavním nepřítelem Ruska je naše společná jednota Evropy.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Monsieur le Président, face au terrorisme, les États membres ne peuvent plus agir seuls. L'Union doit assurer la coordination et la cohérence des politiques nationales, car c'est la sécurité européenne qui est en jeu. Face au terrorisme, les socialistes et démocrates demandent plus d'Europe.

Plus d'Europe, cela exige un partage systématique des informations entre les services policiers, judiciaires et de renseignement des États membres. Europol, avec son nouveau centre de lutte contre le terrorisme, doit devenir une agence européenne à part entière. Lutter contre le terrorisme, c'est également s'attaquer à son financement. Le renforcement et l'harmonisation des pouvoirs des cellules de renseignements financiers ou encore l'amélioration de l'efficacité du système de gel européen des avoirs terroristes sont autant de mesures sur lesquelles il faut avancer au plus vite.

Enfin, face au recrutement de jeunes Européens, toujours plus nombreux, par l'État islamique, nous devons nous attaquer aux racines du terrorisme, par une politique systémique de prévention de la radicalisation. L'Europe et ses États membres doivent investir davantage de moyens pour développer et financer les mesures préventives, de l'échelon local au niveau européen, à l'école, dans les quartiers, dans les entreprises, mais aussi sur l'internet. Nous avons l'ardente obligation de démontrer, par nos politiques publiques, que nos jeunes – tous nos jeunes – ont leur place dans notre société. Nous devons rappeler avec force nos valeurs communes de respect et de solidarité avec toutes les religions, y compris la religion musulmane, qui composent notre communauté européenne.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Panie Przewodniczący! Chciałem powiedzieć, że się zgadzam z kolegami, którzy mówili o tym, że terroryzm to też jest problem wewnątrz europejski. Przypomnę, że obecnie ISIS popierany jest przez co dziesiątego Brytyjczyka i co szóstego mieszkańca Francji. Badania pokazują także, że mniejsze jest poparcie dla ISIS w krajach arabskich niż w krajach europejskich. Wśród państw wysyłających największą liczbę wojowników ISIS *per capita*, obok takich państw jak Arabia Saudyjska, Uzbekistan, Albania, przodują Belgia, w której znajduje się również Parlament Europejski, instytucje europejskie, Szwecja, Francja – i to powinno być przedmiotem naszej refleksji. Przede wszystkim fakt, że głównym celem rekrutacji przez terrorystów stają się młodzi ludzie pozbawieni poczucia tożsamości, zakorzenienia i wzorców społecznych, dzieci imigrantów, często w drugim, trzecim pokoleniu, ludzie rozdarci między ojczyznę przodków a krajem zamieszkania, w żadnym z nich nie czujący się u siebie, a także dzieci z rozbitych domów, patchworkowych rodzin poszukujący poczucia stabilności, postaw nieobciążonych relatywizmem i dlatego ulegających urokowi radykalnych ideologii bądź fundamentalizmowi religijnemu.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Hilde Vautmans (ALDE), "blauwe kaart"-vraag. – Wel, collega, u verwijst naar België, naar mijn land, als zouden de *foreign fighters* vooral vanuit ons land gestuurd worden. Ik betwist natuurlijk niet dat er wel degelijk *foreign fighters* zijn die vanuit ons land vertrekken, en wij zetten daar ook echt op in.

Maar ik zou heel graag van u vernemen wat over heel Europa - want het probleem doet zich voor in alle Europese landen - uw actiepunten zijn om te verhinderen dat jongeren die in Europa opgroeien inderdaad daarginds een oorlog gaan voeren die niet de hunne is.

Zdzisław Krasnodębski (ECR), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Najpierw bym się zapoznał się z problemem i w związku z tym mam dla Pani propozycję i także dla naszych kolegów. Spędzamy wiele godzin w Parlamencie Europejskim, a tuż obok niedaleko parę kilometrów dalej w dzielnicy znajdującej się w pobliżu Parlamentu Europejskiego zbierają się ludzie, którzy potem planują zamachy. Może byśmy zrobili kiedyś wycieczkę etnograficzną i poszli tam wszyscy razem i zobaczyli realność Europy i wtedy wrócilibyśmy do realności, bo powrót do realności jest podstawą tego, żeby postawić właściwą diagnozę i znaleźć rozwiązania problemu, o którym Pani mówi.

Hilde Vautmans (ALDE). – Ik wil heel graag de collega uitnodigen om met mij mee te gaan naar Mechelen, waar wij een liberale burgemeester hebben. Vanuit Mechelen is geen enkele *foreign fighter* vertrokken. Daar zetten we in op integratie om mensen in de gemeenschap op te nemen, zodat ze zich hier betrokken voelen!

Dus, collega, ik nodig u heel graag uit om volgende week met mij mee te rijden om een bezoek te brengen aan de stad Mechelen, waar ze de strijd degelijk hebben gevoerd. En voor de collega's die mee willen, jullie zijn uiteraard ook van harte welkom!

Ana Gomes (S&D). – Não temos sabido proteger os cidadãos, os nossos cidadãos, face à ameaça terrorista e à criminalidade organizada conexas, que não nos apanha de surpresa e nos impõe que trabalhemos coordenadamente a nível europeu, porque, sozinho, nenhum país conseguirá vencê-la.

Estamos a pagar o preço da descoordenação na Síria, no Iraque, na Líbia e na questão palestina. Precisamos trabalhar pela paz e pela segurança na vizinhança e de atacar as fontes de financiamento do terrorismo, como o tráfico de seres humanos, de armas, de petróleo e de drogas, incluindo por governos que se dizem nossos aliados, como a Arábia Saudita, a Turquia e o Catar. Precisamos de nos coordenar no apoio às forças que resistem no terreno, como os pesmerga, e prestar ajuda mais eficaz às populações deslocadas e refugiadas para que reocupem e reconstruam zonas libertadas, como o Sinjar, pois não é com muros e com o fim de Schengen, o encerramento de fronteiras, que impediremos de vir quem foge da barbaridade.

Internamente sofremos de desunião e desconfiança; resistimos a partilhar informação contra o terrorismo e a agir contra o crime organizado; falhamos em criar um efetivo PNR europeu, em contrariar a propaganda recrutadora; e, com as políticas neoliberais que criam mais desemprego e guetos, facilitamos mesmo a campanha radicalizadora dos próprios jovens europeus que se juntam às fileiras do chamado Estado Islâmico, dentro das nossas fronteiras e até dentro das nossas prisões.

Além do desconcerto que exibimos, ajudamos terroristas com a vaga de xenofobia, que agora miseravelmente ataca os refugiados que fogem ao terrorismo e à guerra e que temos a obrigação de acolher. Não precisamos de inventar nada; precisamos de vontade política e de sentido de interesse estratégico num mundo regulado pelo *rule of law* e pelos direitos humanos. As soluções estão numa articulação inteligente e coerente das nossas políticas de segurança interna e externa. Precisamos é que os nossos governos trabalhem em conjunto. Este é um problema europeu e a principal arma de que precisamos é de união, de União Europeia.

(A oradora aceita responder a uma pergunta segundo o procedimento «cartão azul» nos termos do artigo 162.º, n.º 8, do Regimento)

Marita Ulvskog (S&D), fråga ("blått kort"). – Jag vill gärna höra vad Ana Gomes säger om det som vi diskuterade också under förra talarens inlägg, där herr Krasnodębski nämnde just t.ex. Sverige och att vi har många unga människor som har åkt för att kämpa tillsammans med ISIS.

Integration och att man har en bättre och jämnare fördelning av flyktingarna måste väl ändå vara grunden för detta. Om Krasnodębskis hemland tog emot fler unga män och kvinnor som flyr, så kanske det skulle bli mindre av den här typen av aktiviteter. Vad säger ni fru Gomes?

Ana Gomes (S&D), blue-card answer. – Well, my country has actually volunteered to accept up to 5 000 refugees in these coming months, but they are not coming because the system is not working. But those who have come are, actually, indeed properly supported to be socially integrated. Having access to work, for instance, is very important apart from other aspects – to actually work according to the rules in our society. Social inclusion is the most important thing, and all the economically liberal policies that have only been fostering social exclusion and discrimination, in particular in communities of migrants, is actually what has been helping the terrorists recruit young people within our borders and to fight both abroad and against us.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident! Allein in Deutschland hat sich die Zahl der Terrorverfahren im letzten Jahr verdreifacht.

Darunter sind immer mehr Verfahren gegen IS-Unterstützer. Menschen, die oft auch im Strom der Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Leider funktioniert die Vernetzung der Behörden nicht, wofür ich Ihnen ein Beispiel nennen möchte: Am 7. Januar 2016, dem Jahrestag des Attentats von Charlie Hebdo, wurde in Paris ein Mann erschossen, der mit dem Schlachterbeil zwei Polizisten angegriffen hatte. Dieser Mann wurde später als Tarek Belgacem identifiziert.

Der Marokkaner Belgacem hatte sich in Deutschland aufgehalten und hier mindestens sieben verschiedene Identitäten angenommen: So war er als Syrer, als Georgier und als Tunesier registriert. In Deutschland und in anderen europäischen Ländern hat er eine ganze Reihe von Straftaten begangen. Bekannt geworden sind: Drogenhandel, Sozialhilfemissbrauch, Beleidigung, Drohung, Diebstahl, Verstoß gegen das Waffengesetz, Körperverletzung, Raub und sexuelle Belästigung. Die Wände seiner Wohnung waren mit IS-Symbolen verziert.

Trotz dieser Vergehen konnte sich Belgacem offensichtlich frei in ganz Europa bewegen. Mein Land Deutschland ist ein Unsicherheitsfaktor bei der europäischen Terrorbekämpfung.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Diese terroristischen Anschläge werden immer häufiger, bedrohlicher, dreister und sie sind wirkungsvoll, weil sie Grundfundamente unserer freiheitlichen Ordnung destabilisieren und weil sie auch in der weiteren Folge den Bestand dieser Union gefährden.

Der Kampf gegen diese terroristische Bedrohung ist notwendig und wichtig und verdient unsere ganze Aufmerksamkeit. Aber diese terroristische Bedrohung hat den Namen: Da'esh-IS. Wir sollten darüber reden. Wir sollten nicht diese Diskussion für Polemiken missbrauchen. Viele Menschen haben auch den Eindruck, dass viel geredet, aber nicht effizient gehandelt wird.

In diesem Haus haben wir zwei Maßnahmen beschlossen und heftig diskutiert. Das eine war der Bericht zur Deradikalisierung, das andere die EU-PNR. Ich hege immer noch Zweifel, ob das wirklich nicht auch dazu führt, dass der Heuhaufen an Informationen größer wird – aber wir haben diese Maßnahmen beschlossen. Was wir jetzt brauchen, sind kurzfristige Aktionen. Wir sollten uns überlegen, ob diese Daten auch wirklich gut analysiert sind, ob sie gut aufbereitet werden. Wir brauchen mehr und besser geschultes Personal bei der Polizei. Wir sollten uns auch überlegen, warum die nationalen Geheimdienste ihre Informationen nach wie vor bei sich behalten, warum sie nicht miteinander kooperieren.

Ich weiß, dass wir Sie nicht verpflichten können, Herr Kommissar, aber vielleicht fallen Ihnen Methoden ein, die Geheimdienste dazu zu bringen, ihr Wissen, das sie reichlich haben, auch miteinander zu teilen. Das glaube ich, wäre das allerwichtigste, um in der nächsten Zeit Erfolge zu erzielen.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, sabemos que 2015 ha sido el año de mayor mortandad terrorista de la historia de Europa después de la espantosa masacre en Madrid en el año 2004. Por tanto, la pregunta no es si nos van a volver a golpear, sino dónde y cuándo. Y lo harán contra todos nosotros, la ciudadanía de una civilización regida por el Derecho y de libertades, que es Europa. Que no puede ser sacrificada en el altar de una seguridad nacional descoordinada.

Por tanto, hay que saber usar la cabeza fría con sensatez, como se ha dicho, y no cometer el error de pensar que la extranjería, la inmigración o los refugiados, sin más, son una amenaza contra la seguridad, ni tampoco, por supuesto, que el pánico o el miedo sean una respuesta. No lo son.

El camino correcto es completar Schengen, la Guardia Europea de Fronteras. El camino correcto es una comunidad europea de inteligencia con información compartida. El camino correcto es completar el Derecho penal europeo y una agencia europea de policía. Y la protección de las víctimas del terrorismo. Y, finalmente, tener muy claro que no hay que ceder.

El camino, además, es saber que la yihadización de la exclusión social requiere recuperar el combate europeo contra la marginación y contra la desigualdad y el diálogo con las comunidades que se han visto afectadas especialmente por esa austeridad recesiva, que ha extremado y exasperado las desigualdades en Europa, y que está detrás, es el trasfondo, de esta incrementada marginalización de la exclusión que ha llevado a muchos europeos, nacidos en Europa y residentes europeos, a cometer atentados terroristas en Europa.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, just several decades ago different parts of Europe were plagued by internal conflicts with various nationalistic groups. Those times are over. The advent of the globalisation age has removed any meaningful boundaries. Terrorism is no longer linked to any borders; it is both global and much more radical than even before. Like in Northern Ireland or Spain, there can be no peaceful resolution. The only reasonable way to combat the current wave of radicalisation in Europe, including active propaganda and ISIS membership, is a complete overhaul of the existing policies on integration, judiciary and prosecution, and security of financial transactions, as well as counter-propaganda in the case of those susceptible to such radicalisation, not to mention a more assertive foreign policy in relation to those who openly or allegedly contribute to these processes. I mean Saudi Arabia, Turkey, Qatar or anywhere else. I am not proposing to forsake and abolish our core values. Our first and foremost objective is to guarantee the safety of our citizens, not endanger them even more.

Διδασκαλία «Catch-the-Eye»

Franč Bogovič (PPE). – Najprej moramo zelo jasno vedeti in povedati, kaj so ključni razlogi za razmah terorizma.

Prvič, veliko mladih Evropejcev je razočaranih, brez prihodnosti. Nastajajo velika geta v evropskih metropolah, ki so prava gojišča terorističnih celic. Od tam odhajajo mladi Evropejci tako v Islamsko državo, kakor tudi izvajajo teroristične napade po Evropi.

Odstranitev diktatorskih režimov v Libiji, Iraku, dogodki v Siriji in Afganistanu imajo za posledico nastanek teroristične Islamske države, velikega toka migrantov in beguncev, ki so destabilizirali Evropo.

Islamska država in tudi nekatere arabske države financirajo terorizem in so najavile islamizacijo Evrope in teroristične napade na Evropo.

Terorizem nima meja, zato mora priti do popolne izmenjave podatkov in popolnega sodelovanja varnostnih služb in skupen boj proti terorizmu. Odpraviti je treba vzroke za nastanek terorizma.

Pri ukrepanjih, spoštovana Komisija, pa bodite sorazmerni in ne vznemirjajte poštenih Evropejcev, kot jih vznemirjate s sedanjo direktivo o orožju, kjer ste se lotili predvsem tistih, ki imajo legalno orožje, pozabili pa na to, da je nelegalna trgovina pravi izvor terorizma.

Πρόεδρος. – Όχι, το αίτημα για μπλε κάρτα ήρθε με τη λήξη της ομιλίας, δεν το δέχομαι. Νομίζω ότι οι ευρωβουλευτές μπορούν να καταλαβαίνουν τι λέει ο ομιλητής πριν τελειώσει. Παρακαλώ το αίτημα για μπλε κάρτα να διατυπώνεται έγκαιρα αλλιώς δεν θα το κάνω δεκτό, πολύ περισσότερο που είμαστε στη διαδικασία catch-the-eye.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, în perioada de criză se probează cel mai bine dacă o organizație, o familie, o uniune rezistă sau nu. Mai mult ca oricând, Uniunea Europeană are nevoie de unitate pentru a asigura siguranța cetățenilor noștri și acest lucru trebuie să fie permanent pe agenda Consiliului și a Comisiei. Reprezentantul Consiliului ne-a spus aici că trebuie ameliorată ura împotriva musulmanilor, dar, în același timp, trebuie să vă propuneți, domnule comisar, și soluții pentru a-i face pe musulmani să înțeleagă condițiile de acceptare în Europa, să ne înțeleagă și să accepte cultura europeană, dacă au ales să trăiască în Europa sau dacă au fost obligați s-o facă datorită conflictelor și problemelor economice. Aici s-a greșit în momentul în care a început criza refugiaților.

Este nevoie de mai multă coerență în comunicare la nivel național și european, mai ales din partea Consiliului. Comisia și Consiliul trebuie să prezinte cetățenilor europeni un plan clar, care să gestioneze problema refugiaților din zonele de conflict și a migranților economici. Nu putem lăsa la voia întâmplării și a interpretării fiecărui cetățean problema refugiaților și nici nu putem muta state întregi în Europa. De aceea, Comisia și Consiliul trebuie să lucreze împreună și să prezinte Parlamentului European, dar și statelor membre un plan de măsuri coerent. Solidaritatea prost gestionată poate submina securitatea.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η καταπολέμηση της τρομοκρατικής απειλής θα γίνει αποτελεσματική μονάχα όταν αναγνωριστεί η αφετηρία της, δηλαδή η προσχώρηση μεγάλων μερίδων του πληθυσμού και ιδιαίτερα των νέων της Μέσης Ανατολής στον φονταμενταλισμό. Ταυτόχρονα, πρέπει να διερευνηθούν σε βάθος τα αίτια αυτού του πολιτικού και κοινωνικού φαινομένου. Επιπλέον, πρέπει να αναγνωριστεί ο τυχοδιωκτισμός με τον οποίο κάποια ευρωπαϊκά κράτη και πρωτίστως η Γαλλία παρεμβαίνουν στρατιωτικά στη Μέση Ανατολή από το 2011.

Τέλος, οι ίδιες οι χώρες της Ευρώπης οφείλουν να αναγνωρίσουν την τεράστια αποτυχία των πολιτικών ένταξης των μουσουλμάνων, να επανακινήσουν τα σχετικά προγράμματα που εγκαταλείφθηκαν για ιδεοληπτικούς λόγους μετά τη δεκαετία του 80 και να απεμπόλησουν τις ρητορικές μίσους από την πολιτική αντιπαράθεση, μέσω των οποίων αυτοεκπληρώνεται η θεωρία της πολιτιστικής και πολιτισμικής σύγκρουσης. Ήρθε η ώρα η Ευρώπη να ακολουθήσει ένα άλλο υπόδειγμα στις διεθνείς και διαπολιτισμικές σχέσεις με τα κράτη της Μέσης Ανατολής και της Βορείου Αφρικής.

António Marinho e Pinto (ALDE). – Senhor Presidente, o combate ao terrorismo começa com o combate ao racismo, à xenofobia e ao fanatismo, e prossegue com uma luta incessante pela democracia, pelo Estado de Direito e pelas liberdades individuais, sobretudo pela liberdade de circulação de todos os cidadãos europeus. A Europa em que acredito e por que luto é, como ensina Jorge Steiner, uma Europa que é filha de Atenas e do Iluminismo, mas também filha de Jerusalém e das três religiões reveladas, ou seja, uma Europa culturalmente construída a partir das três religiões de Jerusalém: o cristianismo, o judaísmo e o islamismo.

Durante séculos, a Europa perseguiu e tentou mesmo exterminar muitos dos seus cidadãos, os judeus, e agora, sob o pretexto do combate ao terrorismo, prepara-se para segregar, perseguir e expulsar os muçulmanos.

Senhor Presidente, Senhor Comissário, Senhor Ministro, o combate contra a radicalização tão em voga deve começar pelo combate à intolerância que está perigosamente a desenvolver-se no seio da Europa.

Πρόεδρος. – Κύριε συνάδελφε επειδή έχετε μετάσχει στη συζήτηση και επειδή τώρα εφαρμόζουμε διαδικασία catch-the-eye, θεωρώ ότι δεν είναι σωστό να σας δώσω το λόγο με «γαλάζια κάρτα». Αυτή τη στιγμή δίνεται η δυνατότητα σε ομιλητές που δεν ήταν εγγεγραμμένοι στον κατάλογο να μιλήσουν και αυτοί.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, 2015. su obilježili teroristički napadi u izvedbi Islamske države i njezinih simpatizera diljem svijeta, a prema posljednjim informacijama iz obavještajne zajednice 2016. nažalost neće biti ništa mirnija.

Na ovakve najave ne treba reagirati panično, ali ni nonšalantno. Europa treba pojačati sigurnosne mjere kako bi zaštitila svoje građane, a naše snage sigurnosti moraju imati otvorene ruke za pravovremeno postupanje prema svima koji šuraju s ekstremistima i teroristima na našem tlu.

Međudržavna suradnja nikad nije bila važnija i moramo joj maksimalno otvoriti put. To znači da nadležne službe država članica trebaju biti u međusobnoj koordinaciji bez da im nadnacionalna tijela s nedefiniranim ovlastima stvaraju šum u komunikacijskom kanalu.

Ovo su trenuci kad moramo biti operativni, brzi i učinkoviti zbog sigurnosti naših građana, a sve je ostalo sporedno. Očekujem da buduće odluke Vijeća i Komisije o ovoj temi budu na tom tragu.

José Inácio Faria (ALDE). – Senhor Presidente, os recentes ataques terroristas na Turquia e no Burquina Faso, depois dos perpetrados em 2015, reforçam a evidência não apenas do aumento da ameaça terrorista, mas também do seu carácter transnacional e das suas pretensões universalistas, que exigem uma resposta global e holística de forma a preveni-lo e a combatê-lo.

Na luta contra o terrorismo, a União Europeia tem que não só reforçar a cooperação nas componentes militar e de segurança, mas também na prevenção da radicalização, no fim às fontes de financiamento, bem como no apoio logístico e nos cuidados médico-hospitalares aos combatentes que nas frentes de guerra defendem com as suas próprias vidas os nossos valores e o nosso modelo civilizacional.

Caros Colegas, é por isso uma vergonha ouvir da boca de um soldado pesmerga que os combatentes feridos e a precisarem de cuidados médico-hospitalares na Europa tenham que pagar do seu próprio bolso os tratamentos realizados aqui na Europa, e de que precisam, porque não têm ajuda suficiente da União Europeia.

Senhor Presidente, lanço uma vez mais o apelo para que o combate da União Europeia ao terrorismo não implique o sacrifício dos direitos humanos e que não permita que os refugiados se tornem nas vítimas colaterais dos terroristas que, na realidade, são precisamente os que estão na primeira linha das atrocidades cometidas.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Δημήτρης Αβραμόπουλος, Μέλος της Επιτροπής. – Κύριε Πρόεδρε, έλεγα να επωφεληθώ της ευκαιρίας για να θυμηθώ λίγο τα ελληνικά μου - αφού προεδρεύετε - αλλά προτιμώ να μιλήσω στα αγγλικά. Ευχαριστώ γι' αυτό.

Mr President, I am following this debate with great interest, as you will understand, and I want to express from the very beginning my thanks for your full support for our engagement and commitment to fight terrorism. This is a topic that leaves no one indifferent or uninterested and I believe that in this room we really foster a common consciousness beyond the fact that we are committed politically to fight terrorism.

Ms Sargentini, I would like to answer your question which is of great importance, although at the beginning in my introductory remarks I was very clear on that. Terrorist attacks, even the ones that are not organised by a wider network, cost money – money for equipment, for logistics, for falsified documents. I want to assure you that we shall follow that money to help and support the prevention and investigation of terrorist attacks. Soon we shall come back in order to discuss this issue further. I do not think I need to demonstrate or prove once more our commitment, as I said at the beginning, to the fight against terrorism and for the security of our citizens. I think we can all agree that much progress has been made to deliver our European Agenda on Security, but we are of course not there yet as long as the terrorist threat is still out there.

The threat we face is tangible and we need actions that can make a difference at all levels of our societies. We need each other to achieve results – the European Union institutions, Member State governments, national and also local authorities, law enforcement authorities, intelligence services, but also civil society.

I would like to come back to what I said at the beginning. Member States need to trust each other more. They need to share more information between themselves but also with Europol. On a personal basis I can say that I am not happy with their cooperation so far. Unfortunately, most of the Member States, I am sorry to say, keep the best of the information for themselves. Now is the moment to make a step forward.

Our work is not over. The Commission will enhance and redouble its efforts in this area in 2016. Concrete actions are on the horizon, particularly as regards terrorist financing. I count on your support in these efforts. We need to move forward quickly and effectively with European solutions to the common European problem of terrorism. Thank you very much for your attention and once again thanks for your support for our efforts.

Bert Koenders, *President-in-Office of the Council*. – Mr. President, I wanted to thank the Members of the European Parliament for a very interesting debate on terrorism. Let us start by saying that terrorism is a very multifaceted monster that requires a range of answers. There is not one simple answer to the threat of terrorism.

I also fully understand the range of emotions that we have in this Parliament on this issue today. Let us remember first of all the victims and their families and their children, and I take that very seriously. In their honour, let me assure you that the Council very active in ensuring that we cooperate better, I will say something about that in a second. I would also caution against using the issue of terrorism for simple political agendas, be they from one side or from the other. We must be united in the fight against terror and understand that it is a very complex phenomenon – like an octopus – where we have to work on prevention and repression, on law enforcement and sharing, on trust between countries and on fighting Islamic State.

If we do not work on that together and we just make this an element of political agendas then we are not going to move forward. I heard the words ‘political elite’ from – I think – Mr Buonanno. I am here representing not the Dutch Government but the Council, which is based on governments of different political persuasions and this is very difficult for me to hear. The Members here probably make EUR 100 000 per year, I do not know exactly. With all due respect parliamentarians and ministers make money, but if Mr Buonanno is part of the political elite then I am as well, and neither he nor I has a greater right to talk on behalf of the people than anyone else.

Everybody is working, so am I. We are representing our people, we might have different views, but we are not going to have this debate on the basis of simplifications. We cannot accept that, the issue of terror is much too complicated. Let me say as well that if we are cool-headed and dare to analyse what is going on and we cooperate, then together we can move forward. But if we are going to work towards division, that is exactly what the terrorists want from us, namely to see us divide into opposing camps. Terrorism is a strategy that entails inspiring fear in the population and among politicians; if divisions between us appear then we are not going in the right direction.

So let us be cool-headed, let us think through what we have to do. Yes that is prevention, yes that is repression, yes that is working together and yes that is fighting Islamic State. The Commissioner was very right to say this, and this is also what the Council is trying to do. We had a conference 10 days ago in the Netherlands which was based on the anti-ISIS coalition and the global coalition against terrorist fighters. What is the issue there? The issue is that we have to combine trust, share and stop.

We have to trust each other in ensuring that an exchange of information is taking place, and ask why it does not always happen and why should it happen more often. Everybody here has said that. The Council is in agreement with the Members on this.

But it is very understandable to ask why we have to share information. That means, and that was the lesson from last week, cooperation between law enforcement, between intelligence, between civil society and others. It is a working method and we have to improve and increase and strengthen it. The strongest answer our societies can provide is resilience. Resilience and belief in our values, which are based on democracy and the rule of law. I say that not just to applaud these values; they are the only way to fight terror and come up with very, very concrete answers.

Let me say few things on that, because in the end it boils down to implementation. I agree with this. We can have all these debates. The Council is working in different areas to strengthen our cooperation. It is important that we reached an agreement between Parliament and the Council last December on PNR. Like the majority of MEPs in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, the Council is confident that an EU PNR will have a major impact on detecting terrorist suspects. The European Union has already adopted a number of measures for the collection and exchange of personal data between law enforcement authorities, and the transfer and processing of PNR data aims to complement the existing tools.

Organised crime and terrorist activities involve international travel and finance. This includes the smuggling of persons or drugs, or terrorists having access to training camps outside the European Union. PNR data will allow law enforcement authorities to identify persons who were previously not suspected of being involved in organised crime. It was – I think – Ms Hohlmeier who brought up the issue of a link between the agreement on the PNR directive and on the Data Protection Directive. I am aware of these concerns. I share them, President Schulz has passed them on to us, and we have replied to him.

Our two institutions agree on the need to ensure that this vitally important legislation will be adopted and enter into force as soon as possible. You can be sure that the Council has taken and will continue to take all action required to ensure that these files are adopted with all due diligence, while also ensuring that their translation and legal linguistic revision are conducted in such a manner as to render the text as clear, consistent and legally sound as possible. We will ensure that our institutions continue to work as closely as possible – you have my commitment on this – and ensure that no avoidable delay occurs in the conclusion of these crucial dossiers. We have reached agreement on both files: PNR and data protection. Let me assure you we will not backtrack on our commitments.

I said already something about the need to cooperate, whether obligatory or not. In my view, that is not the issue. As we know, under Article 42 of the TEU, national security remains the sole responsibility of each Member State. There is, accordingly, no legal basis for an EU intelligence agency. This does not mean that there is not an enormous need for this element of trust, share and stop. We are in the process of working in many different Council formations that sit on this.

Let me also assure those who are worried about this that we are constantly talking about balance. I say to anybody who wants to have a simple agenda between privacy and repression, between thinking that it is all about the Qur'an or it has nothing to do with fundamentalist tendencies and that the issue is Islam: 'Go ahead, it will not solve the issue'. The Council is working on a combined effort on prevention and repression. It is important that we take very seriously the issues of rule of law and of our values because that is exactly what is being attacked. The way we fight this awful scourge has to be within the limits. That is why we constantly continue to work on this issue.

Yes, that means also prevention. That is not a soft policy. That is a very hard policy. It is ensuring that people do not get radicalised, and that also has to do with economic opportunity and discrimination. I say, not as a defence, that if we want to be effective we have to look at the whole chain of radicalisation and de-radicalisation. The closing of frontiers is not an answer to that. The same person who said we have to close the frontiers said that we need more international cooperation with the rest of the world right now. Let us do that.

Our meeting last week included countries that are aware of this issue. We also have to strengthen our cooperation in the intelligence field, with countries in North Africa and elsewhere. In respect of the timetable for our cooperation it is important we have these debates regularly, and this is the case. It is also necessary that we as an executive be controlled by our national parliaments but also with a debate here.

We are faced with an enemy that has a great capacity to move around, and this has nothing to do with borders as we are talking about moving within our societies and internationally. We therefore have to step up our efforts. We have to share in the trust and to make sure that the divisions we have – which are legitimate – do not simultaneously lead to a lack of effectiveness against the threat of terror.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Plusieurs propositions ont été annoncées par la Commission. La mise en place d'un corps de gardes-frontières européens, une réforme ciblée du code Schengen pour des contrôles systématiques aux frontières extérieures de l'Union, un élargissement d'ECRIS aux casiers judiciaires des non-Européens. Ces propositions, je les réclame maintenant depuis longtemps. Mais pourquoi tant de temps et de vies perdues avant qu'elles ne soient faites? Dans mon rapport sur la prévention de la radicalisation, voté le 25 novembre, j'ai porté de nombreuses autres mesures. Je souhaite que la Commission et les États membres s'engagent à la mise en place d'une responsabilité pénale des géants du Net qui ne coopèrent pas face à la diffusion massive de contenus de propagande terroriste. Des mesures fortes en matière de lutte contre le financement du terrorisme doivent également être mises en place. La lumière doit être faite sur la responsabilité de certains pays du Golfe dans le financement du terrorisme. Nous avons également besoin d'un TFTS européen, un système de détection des circuits de financement du terrorisme, sur le modèle de l'accord que nous avons avec les États-Unis. Ce qu'il nous a manqué jusqu'à présent, c'est de la volonté politique! N'abandonnons pas les citoyens européens aux terroristes et agissons!

5. Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη αφορά την προφορική ερώτηση προς την Επιτροπή σχετικά με την έναρξη διαπραγματεύσεων για τη Συμφωνία Εμπορικών Σχέσεων με την Αυστραλία και τη Νέα Ζηλανδία, που κατέθεσαν οι κύριοι Bernd Lange και Daniel Caspary, εξ ονόματος της Επιτροπής Διεθνούς Εμπορίου (O-000154/2015 - B8-0101/2016) - (2015/2932(RSP)).

Bernd Lange, Verfasser. – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der neuen Handelsstrategie ja gehört und gelesen, dass die globalen Wertschöpfungsketten auch gerade in Asien und im Pazifischen Raum eine zentrale Rolle spielen und diese Regionen in den Fokus von vielen Handelszusammenhängen kommen. Gerade angesichts des Abschlusses des Pazifischen Abkommens der USA mit elf Partnern, des TPP, zeigt sich das ja sehr deutlich. Insofern ist es richtig und logisch, dass wir uns auch hinsichtlich unserer Beziehungen zu Australien und Neuseeland auf den Weg machen. Das Europäische Parlament hat zu dieser Frage auch einen Workshop durchgeführt, und wir haben intensiv diese Fragestellung eines Handelsabkommens mit Neuseeland und Australien diskutiert.

Dabei ist natürlich klar, dass wir auf der einen Seite eine sehr enge Wertegemeinschaft mit Australien und Neuseeland haben. Wir sind geprägt von ähnlichen demokratischen Strukturen und wir sind geprägt von ähnlichen wirtschaftlichen Vorstellungen. Insofern gibt es da einen großen Korb von Gemeinsamkeiten.

Australien ist vom Umsatz des Handels her gesehen an 21. Stelle der Handelsbeziehungen der Europäischen Union und Neuseeland an 51. Stelle, also nicht ganz so im Zentrum des wirtschaftlichen Austauschs, aber eben auch nicht unbedeutend.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch sensible Sektoren. Gerade im Agrarbereich – über Milch und Zucker haben wir sowieso eine heftige Diskussion –, aber auch im Fleischbereich, was gentechnisch veränderte Organismen betrifft, und auch, was die Frage von Schafen und Schaffleisch anbelangt. Auch die Frage der geografischen Herkunftsbezeichnungen wird in Europa und in Australien unterschiedlich gehandhabt.

Aber wir sind natürlich auf dem Weg, globale Regeln aufzustellen, und das ist richtig und notwendig angesichts einer globalisierten Welt. Ich und der Ausschuss sind der festen Überzeugung, dass diese Regeln natürlich am besten mit Ländern gesetzt werden, die *like-minded* sind, demokratisch strukturiert sind. Insofern bin ich auch der festen Überzeugung, dass wir, wenn wir mit Australien und Neuseeland reden, ambitionierter mit ihnen zu reden haben, als das in dem Transpazifischen Abkommen, dem TPP, das die Vereinigten Staaten ausgehandelt haben, geschehen ist.

Bisher haben wir keine Folgenabschätzung, bisher haben wir auch noch kein *scoping exercise*. Insofern brauchen wir eine genauere Analyse der Konsequenzen für so ein Handelsabkommen. Und insbesondere vor der Frage der Kapazitäten der Europäischen Kommission sollten Sie, Herr Kommissar, vielleicht auch noch einmal darauf eingehen, dass dieses Jahr das erste Mal gewesen ist, dass die Mitarbeiterzahl der DG TRADE gekürzt worden ist. Angesichts dieser Situation sind natürlich die großen Herausforderungen im Handelsbereich kaum zu schaffen. Ich bin der festen Überzeugung, Handelspolitik ist ein zentrales Instrument der europäischen Politik, und deswegen brauchen wir auch eine vernünftige Ausstattung der DG TRADE.

Wir vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und wir vertreten die Interessen der EU. Deswegen brauchen wir Transparenz und Klarheit, und deswegen haben wir eine Anfrage zur mündlichen Beantwortung gestellt, die in der Februar-II-Tagung mit einem Entschließungsantrag ergänzt wird. Gerade die Frage, warum jetzt die Verhandlungen starten sollen, welche Risiken es für uns angesichts von TTP gibt, welche Konsequenzen ein Abkommen mit Australien und Neuseeland im asiatisch-pazifischen Raum haben wird, und natürlich auch die Frage, welche zeitliche Komponente eine Rolle spielt – das alles wollen wir von der Kommission wissen.

PRÉSIDENCE DE MME SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Madam President, Australia and New Zealand are the European Union's like-minded partners, partners with whom we share so much in terms of common values and approaches, and strengthening these relationships is a priority. That is why, in 2015, the European Union concluded negotiations for political framework agreements with both Australia and New Zealand, with the aim of further strengthening these partnerships on the basis of joint values and principles such as respect for democratic principles, human rights and fundamental freedoms, the rule of law and the joint promotion of international peace and security.

The European Union has healthy and mature trade and investment relations with both Australia and New Zealand. The European Union is the biggest foreign investor, the biggest service trade partner and the third largest merchandise trade partner with Australia. The European Union is New Zealand's largest source of merchandise imports, its second-largest source of service imports and its second-largest foreign investor. Australia and New Zealand have concluded free trade agreements with China, ASEAN, Japan, Korea, the United States and, most recently, the Trans-Pacific Partnership. This leaves European exporters of goods, services and investors in a comparatively less favourable situation than their competitors in those countries. For example, in practice, cars imported from the European Union will only pay import duties to Australia once.

The European Union is the largest investor in Australia and the second largest in New Zealand, but Chinese investors still have easier access to Australia and New Zealand under their free trade agreements.

The European Union also has strong interests in government procurement, where we aim to top up New Zealand's and Australia's commitments in the World Trade Organisation's Agreement on Government Procurement. For the European Union, there are a number of well-known sensitive agricultural products such as dairy, beef, sheepmeat and sugar. It is worth noting that countries with well-known agricultural sensitivities, for example Japan and Korea, have managed to conclude free trade agreements with Australia and New Zealand, signalling that such sensitive issues can be managed. It is also worth noting that Australia and New Zealand already benefit from preferential access to the European Union for these sensitive products as a result of various tariff-rate quotas.

As regards geographical indications, the European Union's approach differs from New Zealand and Australia. New Zealand has announced that it will bring into force its Geographical Indications for Wine and Spirits Registration Act. In the case of Australia, we already have a wine agreement covering wine geographical indications. We want to see full protection of geographical indications beyond wines and spirits, including food products as well. The Free Trade Agreement negotiations would provide the opportunity to find solutions.

In recent meetings between the Presidents of the Commission and the Council and the Prime Minister of New Zealand in October last year, and separately with the Prime Minister of Australia in November last year, there was agreement to begin work towards the launch of negotiations on the respective free trade agreements. The Commission will carry out its impact assessment, including a public consultation. In parallel, the bilateral scoping exercise will be carried out. Both elements need to be finalised before the Commission requests authorisation from the Council to start negotiations.

The Commission will keep the European Parliament, notably through the Committee on International Trade (INTA) and INTA's monitoring group for Australia and New Zealand, closely informed of developments as we take this important process forward.

Daniel Caspary, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, geschätzter Herr Kommissar! Ich bin sehr dankbar, dass wir heute die Gelegenheit haben, über das Thema Australien und Neuseeland – die beiden Freihandelsabkommen – zu sprechen.

Wir haben die Situation, dass es nur sehr, sehr wenige WTO-Mitgliedstaaten gibt, mit denen wir noch keine Handelsabkommen am Verhandeln sind, oder mit denen wir keine Handelsabkommen abgeschlossen haben – es gibt gerade sechs an der Zahl. Wenn man sich anschaut, wie Australien und Neuseeland aufgestellt sind, und bedenkt, dass wir viele ihrer Werte und Überzeugungen teilen, dann ist das ein Argument, warum wir bitte dringend diese Verhandlungen starten sollten.

Zum zweiten: Wir haben die Situation, dass wir mit vielen Ländern in der Region Verhandlungen abgeschlossen oder am Laufen haben. Wenn wir unser Handelsabkommen mit Südkorea anschauen, das ist in Kraft. Wenn wir unsere Freihandelsabkommen mit Japan und anderen Ländern in der Region anschauen, die wir am Verhandeln sind. Wir verhandeln über ein Investitionsschutzabkommen mit China. Daher ist es aus meiner Sicht dringend an der Zeit, dass wir auch sicherstellen, dass unsere Handelsbeziehungen mit Australien und Neuseeland auf eine solide Basis, auf eine neue vertragliche Basis, gestellt werden.

Ich wäre dankbar, wenn wir im Vorfeld der Mandatserteilung sicherstellen könnten, dass wir die Interessen aller Beteiligten mit einbringen können. Ich denke, wir haben allen Grund dazu, dass wir diejenigen sehr frühzeitig an Bord holen, die wirtschaftliche Interessen in Australien und Neuseeland haben, um über unsere offensiven Interessen zu sprechen.

Ich wäre aber auch sehr dankbar, wenn Sie die Gelegenheit nutzen, vor allem auch mit denjenigen zu sprechen, die Sorgen haben. Wir hören in den letzten Tagen und Wochen aus dem Bereich der Landwirtschaft einiges an Wünschen und Kritik und einiges an Sorgen. Wie haben einige europäische Regionen, vor allem die weiter entfernt gelegenen Regionen, die Sorge haben. Ich rufe Sie jetzt schon dazu auf: Bitte nutzen Sie seitens der Kommission die Gelegenheit, hier gut zuzuhören, damit Sie dann auch in dem Mandatsvorschlag entsprechend auf die Wünsche auf der einen Seite und auf die Bedenken auf der anderen Seite eingehen können. Ich kündige jetzt schon an, dass wir im Europäischen Parlament alles daransetzen werden, dann auch vor der Mandatserteilung durch den Rat noch einmal ausführlicher in einer Entschließung unsere Wünsche und Positionen darzulegen.

Karoline Graswander-Hainz, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar, werte Kolleginnen und Kollegen! Diese Abkommen mit Australien und Neuseeland dürfen keinstenfalls Selbstzweck, nein, sie müssen Mittel zum Zweck sein. Das bedeutet: Sie müssen Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger haben.

Wir erwarten uns Wirtschaftswachstum und damit verbunden einen Anstieg an Arbeitsplätzen. Besonders wichtig ist uns, dass die europäischen Standards nicht gesenkt werden, so wie der Erhalt und der Schutz der öffentlichen Dienstleistungen. Aber auch, dass das geistige Eigentum und die geographischen Herkunftsangaben, und vor allem der Agrarbereich als einer der sensibelsten Bereiche geschützt werden.

Die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards sowie der Umweltstandards hat für uns höchste Priorität. Hier sind wir zu keinen Kompromissen bereit. Deshalb fordern wir auch ein ambitioniertes Nachhaltigkeitskapitel.

Wie bei allen Abkommen setzen wir uns vehement für die Transparenz der Verhandlungen und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft ein.

Emma McClarkin, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, the EU now has the opportunity over the coming years to negotiate a modern, 21st-century trade agreement with like-minded partners: Australia and New Zealand. These are two Commonwealth countries with which we share similar values, levels of development and historical and cultural ties.

They are also committed to the multilateral agenda at the WTO. At the same time, Australia and New Zealand hold equal ambitions for opening new trading markets at bilateral level, offering the EU the chance to strengthen Asia-Pacific relations. As we have heard in public meetings, they are approaching these talks with a blank canvas in areas ranging from geographical indications to investment protection. We have a real opportunity, therefore, to negotiate an ambitious new model for a trade deal that is bold enough to tackle modern day issues – issues such as the digital economy, e-commerce and rules of origin, and of course, a dedicated chapter for SMEs, for which trade agreements provide the most benefits. I would therefore be supporting these negotiations through the scoping exercises, and I hope that we can quickly conclude a successful agreement.

Hannu Takkula, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, first of all, I am very pleased that both these oral questions to the Commission and the resolutions of the Committee on International Trade (INTA) on the opening of the free trade negotiations with Australia and New Zealand are included together in this debate.

The EU has actually been negotiating free trade agreements with many third countries for many years, creating stable economic relations which make economic growth possible and leave us less vulnerable in cases of instability. But we are still lagging behind in this field. The EU is the only big trading bloc which has not negotiated an FTA with one of the most important global economies, Australia. This is all the more surprising as the EU has long traditions with both Australia and New Zealand, cooperating closely in many fields, and we share the same fundamental values. Moreover, we should not be left behind and out of the circle which is starting to build up around Australia, New Zealand, Asia and North America. By deepening and strengthening cooperation and good relations with these countries, we could set international standards and promote fair and sustainable values for trade.

So I have to ask the following question: why has the EU not yet started negotiations with Australia and New Zealand? Both the EU and Australia and New Zealand have clearly stated that we are willing to start this procedure, and I am strongly convinced that all of these countries would benefit from this agreement. As has been the case with all the other FTA negotiations, we would have the power to negotiate the substance of the FTA. I strongly urge the Commission to start preparing the scoping exercise very soon and fully commit to taking the next step towards negotiating a mutually beneficial FTA with Australia and New Zealand.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, señor Comisario, un dogma es una proposición tenida por innegable. Desde que se establece un dogma sobre el raciocinio, y cuanto más se repite más obvio parece. Hoy ese dogma es que esta crisis-estafa se soluciona exportando más en lugar de potenciando la demanda interna, y de ahí esta fiebre por los tratados de libre comercio.

Sale a la luz el hecho de que no hay un acuerdo de mutuo acceso preferencial y algunos se echan las manos a la cabeza y esgrimen como único argumento: «Con todos los que hemos firmado, ¿cómo se nos han podido escapar Australia y Nueva Zelanda?». Si se va a negociar un acuerdo con estos dos Estados espero que no nos dejemos llevar por el dogmatismo y que sepamos tomar perspectiva; que pensemos, por ejemplo, en qué medida beneficiará el acuerdo a los trabajadores y a la protección medioambiental, o si el acuerdo mejorará la sanidad en las tres partes. Pero esas no son las preguntas que a la mayoría de ustedes les preocupan.

Sigan ustedes trabajando para las multinacionales, que nos tendrán hasta el final enfrente y en pie defendiendo los derechos de los de abajo y de la tierra. Comercio sí, por supuesto, pero no a cualquier precio.

Maria Heubuch, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Landwirtschaftliche Produkte sind für Australien und besonders Neuseeland wichtige Exportprodukte. Deshalb sollte bei den Auswirkungen eines potenziellen Freihandelsabkommens mit Neuseeland und Australien auch die Landwirtschaft wirklich im Zentrum der Diskussion stehen. Aber leider steht in dem vorgeschlagenen Entwurf der Entschließung nichts zu diesem Thema.

Die Produktionskosten für Milch sind in Neuseeland wesentlich niedriger als bei uns. In Deutschland zum Beispiel sind sie 10 Cent höher als in Neuseeland. Herr Lange hat schon gesagt, wir werden Probleme bei Rindfleisch, bei Schafffleisch, aber auch bei Zucker bekommen. Die europäische Milch- und Fleischwirtschaft steht aber schon sehr unter Druck. Unsere Höfe bekommen hier schon nicht mehr genügend Geld – nicht zuletzt auch wegen der europäischen Politik in diesem Bereich, die immer auf Exportoffensiven setzt und nicht daran denkt, dass Produkte, die wir nicht absetzen können, am billigsten sind, wenn wir sie erst gar nicht produzieren.

Wenn wir jetzt noch die europäischen Bäuerinnen und Bauern in eine unmittelbare Konkurrenz mit Neuseeland und Australien setzen, dann gießen wir hier am Markt noch Öl ins Feuer. Deshalb fordern wir Grüne auch in dieser Entschließung, dass die Milch aus den Verhandlungen ausgenommen wird und dass negative Effekte auf die Landwirtschaft verhindert werden müssen.

Das ist auch im Sinne der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die auch sehr gern regional essen. Im Übrigen macht es keinen Sinn, Produkte um die ganze Welt zu schippen, wenn wir sie vor Ort auch produzieren können.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, aprire negoziati per un accordo moderno, equilibrato e comprensivo con paesi quali la Nuova Zelanda e l'Australia rappresenta senz'altro uno dei passi che l'Unione dovrà compiere per avvicinare i mercati europei con quelli dei paesi che hanno concluso l'accordo transpacifico. Si tratta sicuramente di mercati interessanti per i nostri investimenti e per le nostre esportazioni, che però nascondono anche possibili minacce.

Mi riferisco al settore agricolo, come la collega, che, purtroppo, ancora una volta rischia di essere merce di scambio nelle nostre scelte geopolitiche. Non possiamo avere un accordo senza tenere in debita considerazione anche le peculiarità e le problematiche del settore lattiero-caseario, già fortemente colpito dall'embargo russo e bistrattato nelle discussioni sulle indicazioni geografiche in accordi come per esempio il TTIP. Ci vorrà dunque chiarezza su tale settore, un'esclusione dei settori più sensibili dagli accordi e massima trasparenza nei negoziati. La lezione del TTIP ci ha insegnato che le scelte di politica commerciale devono tenere in considerazione le richieste dei cittadini e noi vigileremo perché in questo processo la voce dei cittadini sia ascoltata.

Christofer Fjellner (PPE). – Fru talman! De här frihandelsförhandlingarna är både angelägna och akuta. De är angelägna för att Nya Zeeland och Australien är två av sex länder som vi inte har något preferentiellt handelsavtal med eller förhandlar om preferentiella handelsavtal med. De enda andra fyra är alltså Nordkorea, Ryssland, Kina och Taiwan. Och Australien och Nya Zeeland förtjänar att vara i bättre sällskap i EU:s handelspolitik än så. Det är akut också eftersom det nya stora frihandelsavtalet med Stilla oceanen förändrar handelsmönster, och de handelsmönstren förändras så att det är Europa som är de största förlorarna. Vi behöver egna handelsavtal med de här länderna för att ge våra företag förutsättningar att exportera.

Det här har dessutom förutsättningar att bli något av de bästa frihandelsavtal vi kan ha, och jag förväntar mig att kommissionen är väldigt ambitiös när det gäller båda regelharmonisering och inte minst dataflöden. De här är troligtvis två av de länder i världen som står oss närmast och ska vi börja arbeta med att bygga globala standarder så ska Europa leda den processen tillsammans med dem står oss närmast.

Det finns en del olyckskorpar, jag hörde några här idag, som varnar för jordbruksprodukter. Australien och Nya Zeeland är stora jordbruksexportörer, men jag vill påminna om att de har en gigantisk och växande regional marknad. Och vi ligger på andra sidan jordklotet. Vi behöver nog inte tro att vi blir den stora marknaden för Australien och Nya Zeeland, oavsett vad handelsavtalet levererar.

Jag har två förväntningar på kommissionen. Den första är att man använder de här avtalen till att göra en ny guldstandard för europeiska frihandelsavtal, att det här blir det mest ambitiösa som vi har. Den andra förväntan jag har på kommissionen är att man inte fastnar i oändliga förhandlingar. Det här kan levereras snabbt om man ligger på, och det förväntar jag mig att kommissionen gör.

David Martin (S&D). – Mr President, I also warmly welcome the Commission's intention to open negotiations on these two free trade agreements. The Asia-Pacific region where, bear in mind, 90% of world growth is estimated to happen over the next decade, is vital for us and with their European heritage, their relative proximity to the Asian market and their membership of the TPP, Australia and New Zealand can be very important partners for us.

Given their experience in trade negotiations, these agreements have the potential to be exemplary. They can, for example, be very speedy and efficient, which is not something we can say about other trade negotiations. They have the potential to be of a very high quality with a strong, sustainable development chapter providing a template for the wider Asia-Pacific region and, given Australia's experience in particular with investment, I think they should prove very sympathetic to tackling the flaws in the existing investor-state dispute system and that gives us an opportunity to have a high-quality investment chapter in this agreement. So for all these reasons, it is good that we are making progress with these two countries.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jude Kirton-Darling (S&D), blue-card question. — In July 2013, the Australian Government formally responded to the UK Government's balance of competence review, stating Australia's wish for the UK to remain inside the EU. As we now debate the prospects of an EU trade deal with Australia and New Zealand, do you think that a UK exit from the EU could harm our vital economic relations with these two old friends and allies?

David Martin (S&D), blue-card answer. – Well, absolutely. There are some in this House who have argued that we should create an alternative free trade zone with our former empire and current Commonwealth partners. What this these negotiations prove, and what the agreements with Singapore and Canada and most of our African agreements demonstrate, is that the Commonwealth values our links with the European Union and wants to trade with a wider European Union, benefiting them, benefiting the UK, and benefiting the European Union. So far from deserting the European Union, it helps our Commonwealth cousins that we remain in.

Jan Zahradil (ECR). – Paní předsedající, Evropská unie zaostává v uzavírání smluv o volném obchodu, zejména pokud jde o asijsko-pacifický region. Spojené státy jsou před námi, mají velkou rámcovou dohodu TPP s celou řadou zemí. My v podstatě máme dnes bilaterální dohodu s Vietnamem, která je před ratifikací a bude to ještě trvat několik let, dva nebo tři roky; máme dohodu se Singapurem, která je zmrazená a čeká na rozhodnutí Evropského soudního dvora. Jinak nemáme v ruce nic.

Takže je v našem zcela životním zájmu si otevřít možnost vstupu na nové trhy. Austrálie a Nový Zéland byly dlouho zájemci a dávaly to jasně najevo a já myslím, že je nejvyšší čas taková jednání zahájit, že tahle bariéra mlčení se musí prolomit. Vítám proto tuto aktivitu a doufám, že povede k rychlému a oboustranně přijatelnému výsledku.

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, j'ai eu récemment l'occasion d'un échange avec M^{me} la commissaire Malmström sur la protection des produits sensibles des régions ultrapériphériques dans les différents accords commerciaux. Je voudrais rappeler ici, devant le Parlement européen, l'engagement pris par la commissaire auprès des députés européens de veiller à cette protection. À l'ouverture de cette négociation avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande, nous sommes donc relativement confiants dans la prise en compte, par la Commission, de la mise en œuvre de la protection des sucres spéciaux des régions ultrapériphériques qui – vous le savez – pourrait se trouver fragilisée. Nous attendons de la commissaire qu'elle y veille personnellement, conformément aux assurances qui nous ont été données.

Luigi Morgano (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, L’Australia e la Nuova Zelanda sono solo geograficamente distanti dall’Unione europea, con loro condividiamo, infatti, gli stessi valori democratici e interessi comuni su questioni fondamentali. Una vicinanza di valori, quindi, che negli anni ha portato ad uno stretto partenariato e ad accordi bilaterali. A febbraio la delegazione Australia e Nuova Zelanda del Parlamento europeo, a cui sono onorato di partecipare, si recherà in Australia. Incontreremo non solo le massime cariche istituzionali, ma anche i rappresentanti del mondo economico.

È bene, quindi, apprendere che la Commissione ha intenzione di aprire accordi di libero scambio, quindi aprire negoziati, con questi due paesi. L’avvio di accordi moderni – di qualità e nello stesso tempo equilibrati – che tengano conto della sensibilità di certi settori, a partire da quello agricolo, comprese le indicazioni geografiche, potrebbe essere l’occasione per risolvere questioni irrisolte, rafforzare il ruolo geopolitico dell’Europa nella regione Asia-Pacifico ma, soprattutto, offrire importanti opportunità alle aziende europee, con positive ricadute per i cittadini dell’Unione, anche in termini di crescita e occupazione, come è stato giustamente sottolineato.

Jacqueline Foster (ECR). – Madam President, as Vice-Chair of the Delegation for relations with Australia and New Zealand, I welcome the opportunity to have this debate and the positive news that talks are now under way with a view to concluding these trade agreements with both Australia and New Zealand. These discussions are long overdue and too often spurious, and protectionist reasons are used by some Member States and parliamentarians in this House to prevent progress, as we have heard today. At one stage these countries were even challenged on their human rights record, which is quite disgraceful. It should be remembered that thousands of members of the armed forces of these countries lost their lives during the 20th century liberating this continent and therefore, Commissioner, I now expect these talks to move forward quickly and these FTAs to be concluded as quickly as possible. This is a win-win situation and there will be benefits on both sides.

Emmanuel Maurel (S&D). – Madame la Présidente, chère Sylvie Guillaume, j’entends les collègues nous dire qu’il ne faut pas perdre de temps et que nous avons du retard par rapport aux États-Unis, qui ont récemment conforté leur position dans la zone Pacifique. Cependant, je crois quand même qu’il convient de procéder, comme à chaque fois, avec un peu de prudence, car, certes, nous avons des valeurs communes avec l’Australie et la Nouvelle-Zélande, surtout sur les droits fondamentaux et la démocratie, mais nous avons aussi de vraies différences de cultures commerciales.

L’Australie et la Nouvelle-Zélande ignorent complètement la notion d’«indication géographique». En matière de services, elles sont adeptes des listes négatives, alors même que nous sommes plutôt attachés aux listes positives. Alors, pourquoi faut-il être prudent? Ma collègue précédente dit que c’est un accord gagnant-gagnant, mais lorsque nous regardons concrètement le sujet agricole, l’Europe a tout à craindre de cette ouverture. Il faut vraiment être vigilant, parce que l’agriculture dans ces deux pays est intensive et industrielle, les normes sont moins contraignantes, et il ne faudrait pas que nous nous retrouvions en fin de compte avec une agriculture européenne menacée, notamment dans le secteur laitier. Donc, comme nous le disons en France, «il faut, certes, se hâter, mais se hâter lentement».

Interventions à la demande

Mairead McGuinness (PPE). – Madam President, I thank the Commissioner for his opening remarks. Many colleagues in the House have mentioned the agriculture sector as being a particularly sensitive area. I would like more elaboration on how that will be handled in terms of these negotiations. Clearly we want more trade, that is good for everybody, but we do need to take into account these particular sensitivities.

But there is a bigger question. Europe is engaged in many different trade negotiations, some have been completed and some are still ongoing. And my question to the Commission is: who is watching the overall impact of these agreements that are being negotiated in parallel, particularly their impact on the agriculture sector? Because – as colleagues have pointed out – we do have a common agriculture policy. We have a very different farm structure; we want to keep farming in the peripheral regions. So could you address that particular issue about the cumulative impact of different sets of trade negotiations on the specific agricultural sector?

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea, l'Australia e la Nuova Zelanda condividono valori e interessi democratici e hanno lo stesso punto di vista su questioni globali di estrema rilevanza, quali diritti umani, la sicurezza, lo sviluppo e la protezione dell'ambiente. Non si capisce quindi per quale motivo l'Australia e la Nuova Zelanda rimangano due tra i pochi membri dell'Organizzazione mondiale per il commercio con i quali l'Unione europea non ha alcun accordo di accesso preferenziale reciproco al mercato e nemmeno trattative in corso in tal senso.

Ritengo che la stipulazione di accordi ambiziosi con paesi come l'Australia e la Nuova Zelanda siano invece essenziali, in quanto possono consentire all'Unione europea e ai suoi Stati membri di integrarsi ulteriormente nella catena di valore della regione Asia-Pacifico. Ritengo quindi che la Commissione debba impegnarsi per avviare al più presto negoziati e favorire la stipulazione di accordi di libero scambio e di accesso preferenziali moderni, innovativi e trasparenti con partner vicini come l'Australia e la Nuova Zelanda, due paesi moderni, avanzati e con sistemi democratici tra i più avanzati al mondo.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η συμφωνία ελεύθερου εμπορίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης με την Αυστραλία και τη Νέα Ζηλανδία θα οδηγήσει στην εξάλειψη των τελωνειακών δασμών, με αποτέλεσμα η Ένωση να πλημμυρίσει από εισαγόμενα γεωργικά κτηνοτροφικά και γαλακτοκομικά προϊόντα, σε μια περίοδο που οι Έλληνες αγρότες, οι Γάλλοι και οι υπόλοιποι αγρότες της Ευρωπαϊκής Ένωσης δίνουν κυριολεκτικά αγώνα επιβίωσης. Επιπλέον, η συμφωνία θα ενισχύσει ακόμη περισσότερο τα συμφέροντα των πολυεθνικών σε βάρος των μικρομεσαίων επιχειρήσεων της Ένωσης, τη στιγμή που οι μικρομεσαίες χειμάζονται, λόγω της ίδιας οικονομικής κρίσης και της μερκελικής λιτότητας που έχει καθηλώσει τη ζήτηση και την κατανάλωση. Επίσης, η συμφωνία δίνει το δικαίωμα στις πολυεθνικές να ζητήσουν αποζημίωση από τις χώρες μέλη της Ένωσης στις οποίες δραστηριοποιούνται σε περίπτωση δήθεν παραβίασης των δικαιωμάτων τους. Επομένως, θεωρώ ότι για όσο διάστημα η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει τεράστιες στρατιές ανέργων, το άνοιγμα των αγορών και η εμβάθυνση της παγκοσμιοποίησης μάλλον θα αυξήσει τη φτώχεια και την ανεργία στην Ένωση παρά θα βοηθήσει στην ανάπτυξη.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, Europska unija drugi je trgovinski partner Australije, a treći Novog Zelanda. S druge strane, Australija je 16. trgovinski partner Unije, a Novi Zeland tek 51. Bilateralna trgovina s Australijom iznosi oko 40 milijardi eura i pokazuje trend rasta uz jako pozitivan saldo.

Iz ovih je brojki vidljivo kako postoji veliki potencijal daljnjeg razvoja trgovinskih odnosa s ova dva tržišta. Sporazum o slobodnoj trgovini logičan je korak, ali i nešto više od toga.

Nakon potpisivanja transpacičnog sporazuma između SAD-a i zemalja pacifičkog obruča te zbog sve jače trgovinske prisutnosti Kine u tom dijelu svijeta, Unija je prisiljena ojačati svoj partnerski odnos s ovim zemljama želi li ostati globalni igrač.

Ako dođe do otvaranja pregovora, nadam se da će oni biti puno transparentniji od onih o TTIP-u kako bi građani na vrijeme dobili pravi uvid u sve pozitivne, ali i potencijalno negativne učinke sporazuma.

Richard Ashworth (ECR). – Madam President, I would like to thank the Commissioner for opening trade negotiations. I would like to make two points: first, I acknowledge the concerns of some sectors of the agricultural industry and, while it is clear they must be accommodated sensitively, there is a danger that these are being largely overstated. I want to stress that this is a win-win deal, bringing equal benefit to both sides.

Secondly, this deal is about much more than trade: it is about shared values, about strong emotional ties, and about strong historic ties – ties which should have been recognised long ago. I urge the Commissioner, therefore, to press ahead as quickly as possible with this FTA.

(Fin des interventions à la demande)

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Madam President, let me reiterate the Commission's intention to take the next steps towards launching negotiations for the free trade agreements with Australia and New Zealand. In doing so, the Commission will follow the relevant rules and practices, prepare the appropriate impact assessment and take the other preparatory steps, such as scoping exercises, so as to be in a position to request authorisation from the Council to formally launch these free trade agreement negotiations.

The Commission has set out its new approach to trade policy issues in the Trade for All communication of last October. The communication sets out our commitment to, and the approach we will propose for, key issues such as trade and sustainable development, including labour and environmental issues, for public services and for investment dispute resolution. So the approach we will take to the prospective free trade agreements with Australia and New Zealand has been clearly set out and this is what we will seek to put in place through these negotiations. As in other negotiations, the Commission is strongly committed to ensuring the transparency of the negotiations, and in particular information, analysis and dialogue with the European Parliament will underpin and steer our work.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu en février.

Déclarations écrites (article 162)

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I would like to thank the Commissioner for providing us with some elements concerning the preparation of a free-trade agreement between the EU and Australia and New Zealand. Since the publication of the Commission's new trade and investment strategy in which the strengthening of these relationships is considered a priority, there has been a positive drive towards the real start of the negotiations.

Having said that, one must wonder why it took us so long to engage in this direction. The EU has negotiated or started to negotiate agreements with all key trade partners but these two and this despite the fact that Australia and New Zealand are, except for geographically, our very close allies not only in bilateral trade, but also in multilateral trade agenda. The EU is Australia's number one trade partner and key source of foreign investments too. However, the Australian Government managed to forge deals with the US and Canada under the TPP arrangement and with China much earlier than with us. I believe that, reflecting this context, it should be a priority for this year to initiate the scoping exercise with these two countries and show we mean it seriously.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Un processus préalable à l'ouverture de discussions avec la Nouvelle-Zélande et l'Australie est en cours, démarche qui pourrait aboutir à des accords de libre-échange. Bien qu'il soit essentiel de contribuer à resserrer les liens entre l'Union et ces deux pays partenaires, le volet agricole de tels accords est très sensible, et l'Union européenne ne doit en aucun cas brader son agriculture sur l'autel de la diplomatie. Alors que nos filières d'élevage, productrices de viande et de produits laitiers, traversent une crise sans précédent, l'ouverture du marché européen à de tels concurrents directs serait dangereuse.

Laissez-moi vous donner quelques chiffres: la Nouvelle-Zélande est le premier exportateur mondial de produits laitiers et le deuxième exportateur de poudre de lait. Elle est le cinquième exportateur mondial de viande bovine. L'Australie est quant à elle le deuxième exportateur mondial de lait et le troisième exportateur de viande bovine. D'autres secteurs sont également concernés, tels que les grandes cultures et le sucre. Aussi j'appelle la Commission européenne à se concentrer sur les accords en cours de négociation et non seulement de limiter au maximum les concessions agricoles mais de favoriser l'exclusion de nos produits sensibles.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Salutiamo con soddisfazione l'apertura delle trattative con Australia e Nuova Zelanda per la definizione di un accordo commerciale atto alla creazione di un'area di libero scambio. I due paesi sono, infatti, stretti alleati dell'Unione europea e condividono con essa lo stesso approccio alle grandi questioni globali. L'obiettivo, in linea con la politica commerciale europea, è quello di favorire la crescita economica e, contemporaneamente, contribuire a definire le regole del grande terreno di gioco della globalizzazione. La vicinanza valoriale, per esempio in materia di scambio di dati, la complementarità, particolarmente forte in campo agricolo per via del diverso susseguirsi delle stagioni, e il volume contenuto degli scambi garantiscono un basso livello di rischio per il settore produttivo europeo. Al fine di garantire il massimo livello di certezza, sarà, in ogni caso, importante che la Commissione appronti uno studio d'impatto, con particolare riferimento ai mercati di latticini e carne, e inserisca delle clausole di salvaguardia. Inoltre, i negoziati s'inseriscono coerentemente nella strategia di rinnovata attenzione rivolta ai partner commerciali dell'area Asia-Pacifico. I due paesi, infatti, hanno strettissimi legami con le economie emergenti della regione, ad esempio

Cina e ASEAN, e, quindi, potrebbero rappresentare un potenziale porto di accesso a questi dinamici mercati.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. – Un processus préalable à l'ouverture de discussions est en cours, et le lancement de négociations en vue d'accords de libre-échange entre l'Union européenne et l'Australie et la Nouvelle-Zélande offrira de nouvelles perspectives et opportunités pour nos entreprises. Afin de préparer au mieux ces futures négociations, il est indispensable que la Commission européenne réalise, dans les meilleurs délais, des analyses d'impact complètes et précises afin de pouvoir anticiper les effets de tels accords sur notre marché. L'objectif sera de négocier des accords de libre-échange ambitieux et équilibrés, et ce, dans un esprit de réciprocité et de bénéfices mutuels.

Dans l'optique de l'ouverture de ces négociations, je tiens à souligner dès à présent que les produits agricoles seront un point extrêmement sensible de ces futures discussions. Une exclusion des négociations des produits les plus sensibles sera nécessaire ou tout du moins, le cas échéant, la mise en place de contingents spécifiques ou de périodes transitoires appropriées. Il sera également primordial d'obtenir la reconnaissance et la protection de nos indications géographiques protégées. Enfin, je tiens à préciser que l'Australie et la Nouvelle-Zélande présentent chacune des spécificités propres et qu'en ce sens, des accords distincts devront être négociés.

6. Tätigkeiten des Petitionsausschusses 2014 (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, au nom de la commission des pétitions, sur les activités de la commission des pétitions au cours de l'année 2014 (2014/2218(INI)) (A8-0361/2015).

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, sprawozdawczyni. – Pani Przewodnicząca! Będziemy głosować dzisiaj nad ostatecznym kształtem sprawozdania dotyczącego działalności Komisji Petycji w 2014 roku. W pracy Komisji Petycji jestem zaangażowana od 2004 roku, zatem przez ponad dekadę śledzę jej działania i obserwuję, w jaki sposób pośrednio lub bezpośrednio rezultaty pracy tej komisji wpływają na legislację unijną. Na poziomie prawnym skargi obywateli wpływające do Komisji Petycji są sprawdzianem implementacji prawa wspólnotowego w państwach członkowskich. Ilość petycji jest wciąż wysoka, co świadczy o tym, że ciągle mamy do czynienia z brakiem należytego przestrzegania prawa lub ze złym jego wdrożeniem. Liczba petycji z drugiej strony świadczy też o rosnącej świadomości obywateli Unii Europejskiej i o tym, że wiedzą, iż mogą skutecznie dochodzić swoich praw w Parlamencie Europejskim.

W roku 2013 po wcześniejszym rokrocznym stałym wzroście liczby petycji odnotowaliśmy szczytowy poziom otrzymanych skarg. W objętym sprawozdaniem 2014 roku nastąpił nieznaczny ich spadek. Z danych statystycznych wynika, że w omawianym okresie do Parlamentu Europejskiego wpłynęło 2714 petycji, czyli o 6% mniej niż w 2013. Ponadto w 2014 roku zamknięto 1877 petycji, co stanowi niemal 10-proc. wzrost w porównaniu z danymi z 2013 roku.

Ciągle jednak czas rozpatrywania petycji nie jest zadowalający. Musimy dążyć do tego, by każda z wnoszonych petycji miała szansę być poddana jak najszybszemu rozpoznaniu, a jednocześnie by jej rozpatrzenie rozwiązywało dany problem w sposób efektywny i skuteczny.

Mam nadzieję, iż wraz z zastosowaniem zaawansowanych technologii informatycznych nasze kontakty z obywatelami będą sprawniejsze, a problemy szybciej rozwiązywane. Nowy portal internetowy uruchomiony w listopadzie 2014 roku już usprawnił wcześniejszy system bazujący na witrynie internetowej. Obywatele składają za pośrednictwem nowego portalu petycje drogą elektroniczną, dysponują wszystkimi niezbędnymi informacjami na temat uprawnień Parlamentu, mogą się zarejestrować, złożyć petycję, pobrać dokumenty towarzyszące, uzyskać informacje na temat etapu rozpatrywania ich petycji, oraz otrzymywać powiadomienia w postaci automatycznie generowanych wiadomości email na temat zmian statusu petycji. Składający skargi coraz częściej wykorzystują drogę internetową. 80% petycji otrzymanych w 2014 roku zostało wysłanych emailem. W 2013 roku odsetek ten był o 5% niższy.

Na koniec mojego wystąpienia chciałabym podziękować wszystkim posłom zaangażowanym w pracę nad sprawozdaniem. Dzięki Państwa zaangażowaniu udało nam się stworzyć sprawozdanie pełniejsze, lepiej oddające specyfikę działalności Komisji Petycji, a teraz z chęcią wysłucham Państwa opinii.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission generally welcomes Ms Geringer de Oedenberg's report, which recognises the Commission's role in assisting the Committee on Petitions with cases raised by petitioners. In 2014, of the 790 admissible and followed-up petitions, 688 were forwarded to the Commission.

The Commission shares the report's opinion that there is a good working relationship between the Committee on Petitions and the Commission. It welcomes the more careful screening that has been put in place by the committee on which institution or body is the best place to respond to a given petition. The Commission does not, however, agree with the report's observations that the Commission imposed restrictions on procedural grounds to inhibit inquiries into the substance of petitions or suggested closing files without waiting for the outcome of the examination of the issues they raise.

Indeed, the Commission would like to assure the honourable Members that it responds to all the requests of the Committee on Petitions which fall within its competence and endeavours to assist the committee as best it can. No procedural restrictions have ever been imposed concerning the handling of petitions. However, there may well be cases where the Commission cannot provide any detailed response to the committee as it has no competence in the matter. In such cases, the Commission informs the committee of the matter accordingly. Any decision to close a petition rests with the committee itself.

The report calls on the Commission to be represented in committee debates by an official with the highest possible rank. On this point, the Commission would like to reassure the committee that it always sends its most competent officials for the issues concerned to the PETI meetings, and has indeed not received any indications to date from PETI members or from the PETI secretariat that it was represented at an inappropriate level.

Regarding the report's call for the transposition of EU law, the Commission would like to recall that it actively remedies instances of incorrect transposition of EU law through the EU Pilot and infringement procedures. As part of the Better Regulation Agenda, the Commission has reinforced its preventive action to support Member States in the implementation process of Union legislation.

Turning to the issue of making information on the developments in infringement proceedings directly linked to petitions available to the committee, I would like to clarify that such information is already available. The Commission reports on its work in the annual report on monitoring the application of EU law, where it explains how it exercises its powers as guardian of the Treaties, including a follow-up to petitions received from Parliament.

The Commission also shares infringement-related information with Parliament, in line with the current framework agreement, and discloses information on infringement procedures in the form of press releases, in particular at the stages of reasoned opinion and referral to the court. In addition, the decisions on infringement proceedings can be consulted on the Commission's searchable database available on europarl.eu. Moreover, the Commission is currently examining ways to improve the traceability of files on which petitions from Parliament are sent to the Commission. Turning to the Commission's interpretation of Article 51 of the Charter of Fundamental Rights, it would like to recall that it is in line with the standing jurisprudence of the Court of Justice.

Regarding the report's remarks on the European Citizens' Initiative, the Commission remains fully committed to assisting the European Citizens' Initiative's work, so that it reaches its full potential. The Commission has already implemented – and will continue to implement – important measures to improve the functioning of the instrument under the current framework, in close cooperation with Parliament, the Member States and other EU bodies and stakeholders. The Commission provided Parliament with more detailed information in relation to these aspects in the plenary debate of 26 October 2015.

The Commission is considering further new actions to be implemented in several of the key areas highlighted in the Parliament Resolution on the European Citizens' Initiative. However, as only three years have passed since the regulation's effective entry into application, it is still too early to launch a legislative revision. The Commission will, however, continue to work in 2016 to further assess the possible need for such a revision at a later stage.

Turning to the calls on the Commission to implement the Ombudsman's recommendations and to take into account the PETI Committee opinion on the TTIP negotiations, the Commission is committed to maximising transparency wherever this can be done without undermining their core elements of confidentiality, considered essential for the negotiations. Many of the Ombudsman's recommendations have already been implemented or are in the process of being implemented. The Commission examined the citizens' initiative on TTIP in the context of Article 11 of the Treaty of European Union, but it did not register it because the conditions laid down in Regulation No 211 of 2011 were not met.

The Commission welcomes the report's observations on the importance of the European Year of Citizens and it will continue to provide information and sustained participation in European democracy in the future, including by means of citizens' dialogue in the Member States. To this end, the Commission consistently deploys the Europe for Citizens' programme, in the application of which projects strengthening and facilitating the participation and involvement of European citizens in the European decision-making process are being funded.

Finally the Commission thanks the committee for its support for SOLVIT. The Commission agrees that SOLVIT should be further developed, and is currently working together with the Member States to develop SOLVIT to its full potential.

In conclusion, I would like to reassure Parliament of the Commission's continued and strong commitment to cooperating closely with it on petitions, which are a cornerstone of EU citizenship and a fundamental right under the Treaty.

Heinz K. Becker, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Jahresbericht des Petitionsausschusses zeigt sehr Erfreuliches über die erfolgreiche Arbeit der Abgeordneten im Ausschuss. Lassen Sie mich zum vorliegenden Bericht ein paar Fragen stellen.

Soll die mit dem Generalsekretariat des Europäischen Parlaments verbundene sogenannte Welle-Reform für Tausende Petitionen im Interesse der Bürger ein rasches Antworten garantieren und ein transparentes Bearbeiten? Soll die höhere Effizienz der Ausschussarbeit durch die Funktion interner Ausschussberichterstatter sichergestellt werden? Soll die Bedeutung und wesentliche Rolle des Europäischen Gerichtshofs explizit betont werden? Soll die Rolle der Kommission als Hüterin der Verträge und der korrekten Verwaltung der EU-Institutionen herausgestellt werden? Und soll verhindert werden, dass die *fact finding missions* für politische Propaganda insbesondere vor Wahlen missbraucht werden können? Ich denke, Sie werden spontan eher Ja dazu sagen.

Es ist daher für mich vollkommen unverständlich, dass die Berichterstatterin nicht Kooperation gezeigt hat, nicht einmal das Gespräch mit mir als Schattenberichterstatter der EVP gesucht hat. Ich danke der Berichterstatterin ausdrücklich dafür, dass sie nicht verhindert hat, dass die Koordinatoren der Fraktionen zuletzt sehr erfreuliche weitere Fortschritte machen konnten, damit wir heute eine sinnvolle Abstimmung erleben.

Ich glaube, wir müssen die Interessen der Bürger sicherstellen; das ist unsere Aufgabe. Ich appelliere an alle im Plenum, durch ein Ja zu den heute zur Abstimmung stehenden Änderungsanträgen, insbesondere jener, die ich vorhin ausgeführt habe, diesem Auftrag der Menschen gerecht zu werden. Die Berichterstatterin hat darüber hinaus im vergangenen Jahr mit der Mehrheit dem damaligen Bericht zugestimmt.

Soledad Cabezón Ruiz, *en nombre del Grupo S&D.* – Señora Presidenta, Señorías, la mayor expresión de la democracia, lo que da sentido a la política, no es ni más menos que la participación de la ciudadanía en ella. Y, por ello, la Comisión de Peticiones debe ser una herramienta básica para garantizar dicha participación o dicho derecho.

Como se ha dicho aquí, son numerosas las peticiones que se han recibido a lo largo del año 2014 en la comisión, ya sea anunciando la conculcación de derechos fundamentales, la mala transposición de directivas o las importantes preocupaciones de la ciudadanía en los diferentes Estados miembros. Es una obligación, por nuestra parte, dar una respuesta adecuada. Por supuesto, también en tiempo y en forma.

Y por ello apelo hoy, aquí, a la implicación de todo el Parlamento Europeo, por supuesto de la Comisión, aquí presente, y de los Estados miembros para dar una señal inequívoca de que las instituciones europeas están al servicio de la ciudadanía europea. Y por eso le pediría una vez más a la Comisión que tenga a bien elaborar una comunicación que establezca claramente las obligaciones de cada una de estas partes, para dar una respuesta adecuada a los peticionarios.

Νότης Μαριάς, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κυρία Πρόεδρε, η Επιτροπή Αναφορών αποτελεί το θεσμικό όργανο στο οποίο οι πολίτες της Ένωσης μπορούν να προσφύγουν για την προάσπιση των δικαιωμάτων τους και τον έλεγχο της σωστής εφαρμογής του δικαίου της Ένωσης. Η Επιτροπή Αναφορών έχει πλέον εξελιχθεί σε ένα φόρουμ διαλόγου ανάμεσα στα διάφορα επίπεδα εξουσίας της Ένωσης και των κρατών μελών της και τους ίδιους τους πολίτες.

Μία από τις πιο σημαντικές αποφάσεις της Επιτροπής Αναφορών είναι αυτή του Οκτωβρίου 2015, η οποία έκανε αποδεκτή την εισήγησή μου να κριθεί παραδεκτή η αναφορά των αγωνιστών της Εθνικής Αντίστασης ΠΕΑΕΑ-ΔΣΕ για το ζήτημα των οφειλών της Γερμανίας προς την Ελλάδα. Έτσι καλείται πλέον για πρώτη φορά η Γερμανία να τοποθετηθεί δημόσια, σε ένα ευρωπαϊκό ημι-δικαιοδοτικό όργανο όπως είναι η Επιτροπή Αναφορών, για τα ζητήματα των πολεμικών επανορθώσεων, του αναγκαστικού κατοχικού δανείου, των αποζημιώσεων των συγγενών των χιλιάδων Ελλήνων πολιτών που εκτελέστηκαν από τα γερμανικά στρατεύματα κατοχής και αυτών που δολοφονήθηκαν στα ναζιστικά στρατόπεδα συγκέντρωσης.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, señor Comisario, me gustaría empezar mi intervención destacando el especial valor y significado que tiene la Comisión de Peticiones para la democracia participativa y para este Parlamento. Es la auténtica ventanilla abierta a los ciudadanos. Que más de 500 millones de europeos, como los que nos acompañan hoy aquí, puedan trasladar directamente a la Cámara sus demandas y marcar la agenda política, tiene un valor único. Las cifras revelan que las principales preocupaciones y denuncias tienen que ver con la justicia, el medio ambiente, el mercado interior y los derechos fundamentales. Como legisladores, tenemos que tomar buena nota de ello.

Resulta llamativo y debe preocuparnos que países como el mío, España, estén siempre a la cabeza en cuanto a número de peticiones —especialmente de infracciones—, compartiendo podio con Grecia e Italia. Me gustaría pedir a sus Gobiernos que estos países se apliquen.

Quiero subrayar la necesidad de una mayor coordinación y cooperación entre la Comisión y otras instituciones y organismos de la Unión Europea, así como con los Parlamentos nacionales y con las propias comisiones de este Parlamento.

El reto principal es estar a la altura de las expectativas de los ciudadanos y ser instrumentos eficaces para hacer valer y defender sus derechos. Para mí tiene especial significado el apartado 21, donde lamentamos que la Carta de los Derechos Fundamentales no haya sido adoptada aún por todos los Estados miembros y que su aplicación resulte confusa.

Quiero destacar, por último, que la interpretación estricta del artículo 51 de la Carta, en virtud del cual la Comisión Europea se declara repetidas veces incapaz de actuar en el ámbito de los derechos fundamentales, es un desafío y un empeño conjunto que debemos y vamos a abordar de inmediato en esta comisión para adoptar un nuevo enfoque.

Marina Albiol Guzmán, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, que la Unión Europea se construyó de espaldas a los ciudadanos y ciudadanas y pensando solo en los intereses del capital financiero es una realidad. Que este Parlamento está muy lejos del pueblo y que las instituciones europeas son poco democráticas y no responden a las necesidades reales de los europeos y europeas es evidente cuando observamos que las políticas que se imponen son claramente en favor de las élites económicas. De hecho, el único contacto real de esta institución con la ciudadanía es la Comisión de Peticiones y es a través de las peticiones que se presentan donde mejor observamos la distancia que existe entre el Parlamento Europeo y la realidad.

Están ustedes a años luz de la gente a la que quieren representar. Llegan decenas de peticiones rechazando la ATCI y, fundamentalmente, el ISDS, esos tribunales de arbitraje que permiten a las multinacionales pasar por encima de leyes, gobiernos y parlamentos estatales. Pero aquí, en el Parlamento Europeo, la mayoría hace oídos sordos y vota en favor de continuar las negociaciones de este Tratado, hecho a la medida de las grandes corporaciones. Decenas son también las peticiones que llegan exigiendo el fin de una política migratoria que choca frontalmente con la Carta de los Derechos Fundamentales. Pero en este Parlamento siguen apostando por los CIE, por la represión, por la violencia en las fronteras y por las deportaciones. Queda claro que este Parlamento tiene las puertas cerradas a las necesidades reales de los europeos y sus aliados. Los únicos aliados son los lobbies, que representan ...

(La Presidenta retira la palabra a la oradora)

Julia Reda, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would like to thank the rapporteur and my colleagues for the great work done on this report, with shadow meetings where all the Groups had the possibility to have their voices heard.

In times where many are calling the European project into question, the work of the Petitions Committee is more important than ever. The treatment that petitioners receive may shape their attitude towards the European Union for ever. Responsiveness to citizens is important, but not at the expense of the quality of our work. We need to finally address the ever-larger backlog of petitions by increasing the resources available to the committee. We must design the petition process with the petitioner in mind. That means simple, clear and transparent rules on admissibility of petitions. We have made some progress towards usability by introducing the petitions portal, but it still has fundamental flaws that need to be fixed for this portal to really provide an added value to people.

The most important task is to strengthen the quality of our follow-up. We need greater involvement of the other committees in the House in petitions that fall into their area of expertise. We need the Commission to step up its game and to take the inquiries more seriously. As the guardian of the Treaty, it is not the Commission's role to repeat whatever Member State authorities say. After all, the right to petition is a fundamental right and it must be treated as such.

Unfortunately, the lack of commitment from the Commission is also apparent in its treatment of European Citizens' Initiatives. The best way to frustrate people and to put them off civic engagement is introducing new participation instruments with huge entry barriers and then ignoring even those initiatives that have passed the hurdles. This treatment of ECIs has been repeatedly criticised by the European Ombudsman, whom I would like to thank on this occasion for her outstanding work in making the European Union more accountable and working with the Petitions Committee. It is this spirit – of service to the citizens – that must guide the Petitions Committee, Parliament and all the EU institutions in their work.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io vorrei partire da un altro dato, il dato delle petizioni irricevibili: rappresentano il 39% delle petizioni che riceviamo ed evidentemente questo dato sottolinea come ci sia una scarsa comprensione, una confusione su quelli che sono i campi di attività dell'Unione europea e quindi una completa e piena consapevolezza di quello che è il diritto alla petizione che tutti i cittadini europei dovrebbero aver ben presente e poter appunto utilizzare.

Chiaramente l'obiettivo è quello di poter risolvere le problematiche che vengono sottolineate e vengono espresse dai territori e quindi noi, dal punto di vista appunto delle istituzioni comunitarie, dovremmo essere in grado di poter dare delle risposte efficaci. Anch'io sottolineo come il portale purtroppo ad oggi ancora non funziona e come l'altro strumento importante che è stato introdotto, l'ICE, l'iniziativa dei cittadini europei, è purtroppo stato solamente un grande inganno per i cittadini europei.

Sylvie Goddyn, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, l'activité de la commission des pétitions s'est ralentie en 2014, avec 2 714 pétitions reçues, soit une baisse de 6 % par rapport à 2013. Malgré cela, le rapport Oedenberg propose de conférer des moyens supplémentaires à la commission des pétitions. Plus de moyens, mais pour quoi faire?

En 2014, 1 070 pétitions reçues ont été déclarées irrecevables, 760 recevables et 817 closes. Beaucoup de pétitions sont irrecevables, car le champ des compétences de l'Union européenne est assez mal connu des citoyens. De même, les critères de traitement des pétitions ne sont pas toujours juridiques ou techniques, mais sont aussi politiques; cela peut aussi décourager les citoyens.

Mais le principal sujet de fond abordé dans le rapport, c'est la démocratie participative, avec les initiatives citoyennes européennes. Force est de constater que sur ce sujet, c'est un échec. D'une part, parce que ces initiatives ne permettent pas d'abroger des textes législatifs ou d'arrêter les travaux préparatoires, mais, d'autre part, parce que ces initiatives sont foulées aux pieds par la Commission européenne lorsqu'elles ne vont pas dans son sens. On l'a d'ailleurs vu avec le rejet de l'initiative citoyenne européenne contre le traité transatlantique: malgré plus de 3 millions de signatures récoltées, la Commission européenne a refusé de l'enregistrer. Pour se justifier, elle a prétendu que la négociation du traité ne relevait pas de sa seule responsabilité, mais aussi de celle du Conseil européen. Pourtant, un précédent existe: en 2013, l'initiative «Swiss-out» sur l'accord de libre-échange entre la Suisse et l'Union européenne avait été enregistrée par la Commission. On voit bien que les arguments techniques de la Commission dissimulent des partis pris politiques. De même, lorsque la Commission enregistre des initiatives, rien ne se passe. Nous l'avons vu avec la vivisection et le droit à l'eau. Alors, faute

de résultats, les Européens se découragent et se détournent de plus en plus des initiatives citoyennes, comme ils se détournent des pétitions. Le rapport Odenberg semble le déplorer mais il ne s'attaque pas vraiment à la cause du problème.

Krisztina Morvai (NI). – A Petíciós Bizottság munkájáról szóló jelentés köszönőviszonyban sincs az én személyes tapasztalataimmal és az Európai Bizottság itt jelenlévő képviselőjéhez fordulok. Őhöz vagy őtől kérek magyarázatot, nem látom, hogy rajta lenne a fülhallgató, de bizonyára jól beszéli a mi nyelvünket, a magyart. Tehát nyilván követi azt, amit mondok, hiszen azért van itt. Felmutatok Önnek és oda is fogok adni a felszólalásom után egy fél A4-es oldalnyi dokumentumot. Ez egy döntés, amit mostanában hozott a Petíciós Bizottság, közel egy év elteltével, a magyar devizahitel-áldozatok ügyében. Tehát közel 1 millió magyar és egyébként több millió európai embert érintő ügyben, akik családok és bankok és bankárok magatartásának következtében ugye devizában, svájci frankban és más devizákban adósodtak el.

Beadtak egy jogászok által írt, 15 oldalas, nagyon részletes petíciót, amire kapták ezt a fél oldalas választ. Kérdezem Önt, biztos úr – ezek szerint közös nyelvünkön, magyarul – hogy az o) ponttal, miszerint minden petíciót gondosan, komolyan, hatékonyan, gyorsan, átláthatóan és egyedi módon meg kell vizsgálni, hogyan egyeztethető össze az, hogy egy év elteltével egy féloldal, primitív választ adott ebben a fontos kérdésben a Petíciós Bizottság?

Peter Jahr (PPE). – Frau Präsidentin! Insgesamt hat der Petitionsausschuss eine erfolgreiche Bilanz vorgelegt. Aber es gibt natürlich noch Reserven. Drei möchte ich betonen – in Ergänzung zu den Dingen, die Kollege Becker schon erwähnt hat.

Erstens: Es ist wichtig, dass wir deutlicher und schneller zwischen zulässigen und unzulässigen Petitionen und Petitionen unterscheiden, wo wir nicht zuständig sind. Denn das spart ganz einfach Zeit, uns mit den Petitionen intensiver zu beschäftigen, für die wir ganz einfach auch zuständig sind.

Zweitens: Wir sollten konsequenter auf die Einhaltung des Zeitregimes achten, damit ist die sogenannte Welle-Reform beziehungsweise der *life circle* der Petitionen gemeint. Das heißt für mich: Neun Monate nach Einreichung der Petition muss die Petition dem Ausschuss für eine erste Beratung beziehungsweise eine erste Beschlussfassung vorgelegt werden.

Drittens: Es gibt Petitionen, bei denen die Mitglieder des Ausschusses der Auffassung sind, dass bestehende Gesetze novelliert werden oder verbessert werden müssen. Hier gilt es, die Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen deutlicher zu verbessern. Das gilt im Übrigen auch für die Zusammenarbeit mit den Petitionsausschüssen der nationalen Parlamente, weil ich denke, hier haben wir noch die größten Reserven.

Ich will auch nicht vergessen, noch ein Dankeschön an die Mitarbeiter des Petitionsausschussessekretariats loszuwerden, die es mit uns als Mitgliedern des Petitionsausschusses nicht immer einfach haben. Aber wir streiten und kämpfen ja immer für die Sache oder in der Sache.

Ich denke, der Petitionsausschuss ist für mich gelebte Demokratie in der Europäischen Union. Bürgerinnen und Bürger können sich direkt an die Europäische Union wenden, das heißt, der Petitionsausschuss ist für mich der Seismograf. Wir, die Mitglieder des Petitionsausschusses, spüren direkt, wir wissen genau, was in Europa los ist.

Deshalb mein Tipp an die Kommissare und an die Mitglieder des Europäischen Parlaments: Wenn Sie Volkes Stimme hören wollen – ungeschminkt und direkt –, dann kommen Sie öfter in den Petitionsausschuss. Wenn Sie keine Zeit dazu haben, dann lesen Sie unsere Protokolle.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, it is a wonderful thing that our constituents have the right to petition this House for non-judicial support in cases in which they feel that they have been wronged or powerful interests need checking. In my first year as a Member of the Committee on Petitions, the voice of people from across Europe has clearly been heard, raising concrete concerns about the TTIP negotiations, violations of EU workers' rights and historic miscarriages of justice such as the petition brought by the 1984 Cammell Laird strikers.

I have been struck that many of the petitioners who come to our committee are desperate, as all other avenues have been blocked or cut off. In hearing, debating and advocating on behalf of our constituents, the committee has an essential role to play in European democracy. That is why we should promote the role of petitions in the work of the European Parliament. We should demonstrate as MEPs in this House that we are here by the people and for the people.

Cecilia Wikström (ALDE). – Madam President, I would like to thank the rapporteur and all the colleagues for the good work and for the compromise spirit shown this week and in this report.

The Petitions Committee, of which I am chair, is a bridge between the EU's citizens and its institutions. The committee should be the door for the citizens of Europe to bring their concerns and their ideas to the attention of their elected representatives. It is important today to underline that this report focuses on the work in the committee in 2014 — a special year since it was an election year to the European Parliament, reflected in the work of the committee. It is a pleasure to call attention to the fact that we, together with the secretariat and the Head of Unit of the Petitions Committee, have managed to increase the efficiency of the work in the committee since 2014. Our internal modernisation of working methods, which we started late in 2014, bears fruit today. I find it positive that we managed to persuade the Commission to appoint its First Vice-President as our Commissioner and I look forward to working with all of you to ensure even better service for petitioners and all the citizens of the EU.

Margrete Auken (Verts/ALE). – Fru formand! Tak for en god betænkning. Jeg vil ikke gentage alle de ting, der allerede er blevet sagt. Jeg har for kort tid. Jeg vil blot understrege, at jeg synes, vi har fået et bedre samarbejde, især med fagudvalgene. Det kan dog stadigvæk blive forbedret. Jeg vil også takke for samarbejdet med ombudsmanden. Dernæst vil jeg godt pege på to ting, hvor der stadig er rum for forbedring: Vi har for det første simpelthen for få ressourcer til at kunne leve op til vores opgave som det borgernære udvalg. Det bør forbedres. For det andet har vi heller ikke gode nok »fact finding missions«. Det er et af de bedste steder at møde borgerne, og det instrument skal vi styrke og forbedre.

Og lad mig så lige komme med en lille klagesang: I de nordiske lande, Danmark, Finland og Sverige, har vi ingen andragender. Det skyldes, at de ikke aner, at udvalget eksisterer, og de forstår ikke, hvad det hedder. Jeg plejer i forbindelse med mine kampanjer hjemme at sige, at det arbejde, jeg gør hjemad til, er »striptease in the dark«! Kunne vi ikke få det forbedret, så vi også fik nordiske borgere til at deltage i dette arbejde? Vi har aktive nordiske medlemmer i udvalget.

Tim Aker (EFDD). – Madam President, it is interesting to see opposition to TTIP, the Transatlantic Trade and Investment Partnership, in this document and it is also encouraging. Thousands of my constituents wrote to me expressing serious concern that TTIP will open up our NHS to private competition and creeping privatisation, but also concern about the inter-state dispute settlement which will allow private companies to sue national governments for changes in policy that result in loss of profits. This is simply outrageous and I hope that the committee and the Members of this House see sense and that this deal is dropped.

But there is also a fail-safe for my constituents who do not want TTIP. We have our referendum coming up, so anyone watching this will know that if you want to dump TTIP, dump the EU when we have our referendum.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Madam President, I would like to stress the significance of the annual report on the activities of our committee. It does not only give the full view of what has been done in 2014, but it also represents a possible change for the future in the way we handle the petitions in our committee. The proper treatment of EU citizens who exercise their right to petition is very important: it influences trust in the Petitions Committee, and it also gives a certain credibility to EU institutions. I support the idea that petitions are the major instrument for our citizens to be more effectively involved in the democratic process of the EU and at EU level.

In this regard, I believe that the EPP plenary amendments are crucial to this report, because they clearly indicate the obligation to comply with the administrative procedure. This is very important, because we tend to fail to realise that the administrative procedure is very important in our work. These rules are guiding principles in the whole lifecycle of the petition, and this makes the whole mechanism more focused on real results. Whatever we do, we have to make sure that we don't give false hopes to the petitioners. We have to handle the petitions in a more transparent way, we have to make sure that citizens are properly addressed and that their issues are properly addressed in our committee, and we have to reduce the likelihood of politicisation of our agenda.

There is still a lot to be done in in our committee, but I am certain that we can win this battle to find a proper definition of the admissibility of petitions. We have to find a good way to explain to petitioners why their petition is inadmissible, and also why their petition needs to be closed at times.

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la commissione per le petizioni svolge il ruolo fondamentale di avvicinare i cittadini alle istituzioni europee. È il *front-office* del Parlamento, è la commissione PETI che contribuisce appunto a fare del Parlamento un'istituzione davvero democratica. Sappiamo bene quanto l'Unione europea sia percepita come fredda e distante e come troppo spesso i cittadini abbiano l'impressione di avere voce solo durante le elezioni, ma la sua attività non serve solo ai cittadini, è fondamentale anche per noi.

È guardando ai temi spesso sollevati dalle petizioni che capiamo dove e in cosa l'Unione europea deve cambiare. Le loro richieste, le petizioni, devono diventare le nostre priorità. Ma per lo stesso motivo è inammissibile che queste vengano esaminate con ritardo notevole, a volte anche a un anno dal loro invio. Si trovi un modo per risolvere un problema che rischia di vanificare il loro stesso significato e che certo non è dipendente dalla volontà di funzionari e di membri della commissione, che lavorano incessantemente.

Julia Pitera (PPE). – Pani Przewodnicząca! Komisja Petycji realizuje zagwarantowane w traktatach prawa obywateli Unii Europejskiej do zwracania się do Parlamentu Europejskiego w ich trudnych, codziennych sprawach, pod warunkiem że wchodzi one w zakres działalności Unii Europejskiej. Dzięki efektom pracy Komisji Petycji można usuwać problemy w procesie implementacji prawa unijnego. Te zadania i cele sprawiają, że cały czas trwa proces doskonalenia funkcjonowania Komisji Petycji. Członkowie komisji z grupy EPL aktywnie uczestniczą w tym procesie.

W jednej z nieuwzględnionych przez sprawozdawcę poprawek zaproponowanych przez naszą grupę jest motywowanie państw członkowskich do ustawowego uregulowania obowiązku powołania komisji petycji w parlamentach narodowych. Zagadnienie to było tematem dyskusji w 2015 roku z udziałem członków Komisji Petycji. Nie wszystkie parlamenty państw członkowskich mają bowiem takie komisje w swoich strukturach, a takie rozwiązanie znacząco wpłynęłoby na skuteczność współpracy Komisji Petycji z parlamentami narodowymi. Pozwoliłoby to na przekazywanie parlamentom narodowym spraw nie wchodzących w zakres działalności Unii.

Inna również nieuwzględniona poprawka dotyczy opieki nad dziećmi. Opiekę nad dziećmi sprawują przecież nie tylko rodzice będący w formalnym związku małżeńskim, lecz również pary żyjące w wolnych związkach. Nieuwzględnienie tego może rodzić poważne konsekwencje w sporach o opiekę nad dziećmi.

Ważna poprawka dotyczy długości procedowania nad petycjami. Jako członek grupy roboczej zajmującej się petycjami w sprawach dzieci sprzeciwiam się sztucznemu utrzymywaniu jako otwarte petycji, co do których brakuje nam kompetencji. Taki stan jedynie potęguje złudne nadzieje na pozytywne rozpatrzenie sprawy. Wzywam więc do jej przyjęcia. Pominięcie tych ważnych poprawek sprawia, że sprawozdanie z prac Komisji Petycji za 2014 rok nie jest wyczerpujące.

Pál Csáky (PPE). – Nagyon fontos a petíciós jog garantálása, hiszen az uniós polgárok egyik kommunikációs eszközéről beszélünk. A petíció a polgárok szemében kapu az Európai Unió felé, nekünk képviselőknél és a többi uniós intézménynek pedig segítség a munkánkhoz. A jelentésben olvasható viszont, hogy a beérkezett petíciók száma az Unió teljes lakosságának lélekszámához viszonyítva szerény. Ezt saját tapasztalataim alapján is vissza tudom igazolni. Dél-szlovákiai magyar ajkú polgárként és képviselőként számos megkeresés érkezik hozzám. Nem azt mondom, hogy minden egyes probléma petíció tárgya lehet, de azt igen, hogy nagyon sok valószínűleg megfelelő petíciónak. A 2014. évi tevékenységi jelentésben említett alapjogok, diszkrimináció, szabad mozgás és környezetvédelem területén találhatók olyan problémák és uniós polgári jogos sérelmek, amelyek kivizsgálására bizony a Petíciós Bizottság lenne hivatott.

Ezért továbbra is elsősorban a tájékoztatásra szeretném felhívni a figyelmet. A polgárok nagy többsége vagy nem tud, vagy csak keveset a petíciós jogról. Az előző évi statisztikákban a magyar vagy akár a szlovák nyelvű petíciók száma elenyésző. PETI alelnöki szerepemet tehát elsősorban abban látom, hogy a közép-európaiakhoz is közelebb hozzam munkánkat és a petíciós jogot. A petíciókon keresztül pedig az uniós polgárok ellenőrzést gyakorolhatnak az uniós jogszabályok kialakítására és alkalmazására. Hiányolom viszont a jelentésből azokat a korábbi jelentésben lefektetett garanciákat, amelyek előbbre vihetnék a Petíciós Bizottság munkáját. Sajnálom, hogy a Parlament főtitkára által 2014-ben bevezetett igazgatási reform Bizottságra vonatkozó részei nem jelentek meg a jelentésben. Mindez a petíciós joggal élő uniós polgárok érdekeit szolgálná és növelné az intézményünkbe vetett bizalmat.

Interventions à la demande

Mairead McGuinness (PPE). – Madam President, can I just compliment the work of the Petitions Committee, not only as a former member but now as a Member who deals with the issue of international parental child abduction, and I very much welcome the cooperative spirit with which we work in in this area. It is really important that we do that.

A previous speaker mentioned petitions concerning children or difficulties where there are cross-border relationships. I think we're going to get more and more of these coming to us. We don't always have a good solution for those who are impacted, but we give – and are charged with giving – some guidance to those who are suffering. They are the most emotional and difficult petitions and queries that we deal with, and I would ask, as we are continuing to operate in this area – so that the work of my office can complement the work that the Petitions Committee is doing – that we work collectively for the review of the Brussels II Regulation. I think that will be crucial for us.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señora Presidenta, según el Eurobarómetro de mayo de 2015 la confianza de la ciudadanía en la Unión Europea es del 40 % nada más y se debe a muchas razones: la crisis de los refugiados, las políticas de austeridad de la Troika, el abandono de zonas rurales, la defensa del «fracking» y sobre todo la falta de apoyos en asuntos tan graves como la talidomida o la hepatitis C.

Los que trabajamos en la Comisión de Peticiones conocemos muy de cerca estos problemas y por eso le exigimos a la Comisión Europea que se implique más, que dé respuestas apropiadas y que deje de echar balones fuera, que sea más ágil. Recuerden que nuestra función es escuchar y dar soluciones políticas a los problemas reales y dejar de ser simples tecnócratas.

(Fin des interventions à la demande)

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Madam President, I would like to express my thanks to Ms Geringer de Oedenberg for her very interesting report. I would also like to take this opportunity to thank those Members who have intervened in this morning's debate for their comments, which I have very carefully noted.

The right to petition is a cornerstone of EU citizenship and a fundamental right under the Treaty. Demonstrating to Europe's citizens that we take their concerns seriously into consideration will serve to strengthen their trust in the European institutions. The Commission repeats its commitment to work in close cooperation with the Parliament and Committee on Petitions to ensure the effective and efficient handling of petitions.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, sprawozdawczyni. – Pani Przewodnicząca! Jako główna sprawozdawczyni niezmiernie cieszę się, że miałam możliwość tworzenia sprawozdania w grupie silnie zaangażowanych i kreatywnych osób. Była to owocna praca, która pokazuje nie tylko aktualny stan prac komisji, ale przede wszystkim daje wytyczne, jak kierować jej działaniami w przyszłości. Sprawozdanie ma na celu dalszą poprawę pracy nad petycjami. Jeżeli niektórzy z nas oceniają krytycznie pewne wnioski wskazane w sprawozdaniu, jest to tylko i wyłącznie dobra wiadomość. To sygnał nad jakimi obszarami wciąż pozostaje nam pracować. Jest przed nami niewątpliwie jeszcze dużo do zrobienia, jednak każdy krok przybliża nas do uzyskania coraz lepszych rezultatów i tym samym sprawniejszego działania na rzecz naszych obywateli.

Bardzo dziękuję panu komisarzowi Avramopoulosowi za szczegółowe wyjaśnienia związane z moim sprawozdaniem. Praca nad sprawozdaniem wymagała połączonych wysiłków wielu osób. Chciałabym serdecznie podziękować wszystkim kontrsprawozdawcom, których propozycje, uwagi i odpowiedzi były dla mnie bardzo cenne, a są to posłowie: Marina Albiol, Heinz Becker, Beatriz Becerra, Eleonora Evi, profesor Notis Marias, Julia Reda. Chciałabym podziękować także wszystkim koordynatorom i doradcom, pracownikom sekretariatu komisji zaangażowanym w pracę nad sprawozdaniem, a wśród nich Soledad Cabezón, Vivienne Byrne, Nicolaidzie Khier-Koskina, Karolinie Lecocq Perez i mojej osobistej asystentce Karolinie Kocherskiej. Myślę, że mimo wielu początkowych różnic udało nam się razem stworzyć rzetelne sprawozdanie wraz z wytycznymi co do przyszłych działań Komisji Petycji.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu aujourd'hui.

(La séance est suspendue quelques instants dans l'attente de l'heure des votes)

Déclarations écrites (article 162)

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Desde la entrada en vigor del Tratado de Lisboa el 1 de diciembre de 2009, la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea es un instrumento jurídicamente vinculante. Permite a los ciudadanos presentar ante el Parlamento Europeo sus preocupaciones sobre el impacto de las distintas políticas de la UE y la legislación en su vida cotidiana. Las principales políticas abordadas por los peticionarios son la justicia y los derechos fundamentales, el medio ambiente y el mercado interior. La iniciativa de la Comisión para agrupar los mecanismos formales e informales de la denuncia en una página «Tus Derechos» representa un importante paso adelante. Sin embargo, la distinción entre los mecanismos formales (denuncias a la Comisión, peticiones al Parlamento Europeo y reclamaciones al Defensor del Pueblo Europeo) y los mecanismos informales (Solvit, Red CEC, FIN-Net) debe aclararse mejor a los ciudadanos. Por otro lado, un análisis de las estadísticas muestra que las principales razones por las que se declaran inadmisibles las peticiones son que los peticionarios siguen confundiendo las competencias de la Unión Europea con las competencias nacionales, y que confunden las instituciones de la Unión Europea con las del Consejo de Europa, en particular, el Tribunal Europeo de Derechos Humanos.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

7. Antrag auf Schutz der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll

8. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

8.1. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen EU/Kosovo (A8-0372/2015 - Ulrike Lunacek) (Abstimmung)

8.2. Ernennung der Mitglieder des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (Abstimmung)

8.3. Assoziierungsabkommen sowie vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine (RC-B8-0068/2016, B8-0068/2016, B8-0069/2016, B8-0077/2016, B8-0078/2016, B8-0079/2016, B8-0080/2016) (Abstimmung)

— *Prima della votazione sul paragrafo 26:*

Michael Gahler (PPE). – Herr Präsident! Nachdem endlich eine neue Regierung in Moldawien ins Amt gekommen ist, mussten wir den Text aktualisieren. Das habe ich in Abstimmung mit dem Kollegen Fleckenstein in der sozialistischen Fraktion getan. Wenn Sie auf Ihre Abstimmliste schauen, sehen Sie den Text. Er beginnt mit:

„Welcomes the creation of a new government after a long period of stalemate and unsuccessful attempts to form a government“

und endet:

„reminds the Moldovan parties of the need to enhance political stability in order to guarantee a sustainable success of the reforms and hopes that the new government will be able to deliver substantial results“.

(L'emendamento orale è accolto)

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident! Wir schlagen vor, folgende Änderung vorzunehmen: „takes note of the upcoming Dutch ...“ und nicht „... expresses deep concern about the context surrounding ...“. Also: „Takes note of ...“.

„Takes note of the upcoming Dutch consultative referendum on the EU-Ukraine AA/DCFTA“ [und nicht] „Expresses deep concern about the context surrounding the upcoming Dutch consultative referendum on the EU-Ukraine AA/DCFTA“. [Also:] „Takes note of“.

(L'emendamento orale è accolto)

Dennis de Jong (GUE/NGL). – Absolutely Mr President, there were 40 – more than 40 – people standing up and you did not count correctly. So we want it to be checked.

Presidente. – Era così chiaro. La votazione è chiusa.

8.4. Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) (RC-B8-0043/2016, B8-0043/2016, B8-0045/2016, B8-0051/2016, B8-0057/2016, B8-0058/2016, B8-0059/2016, B8-0060/2016) (Abstimmung)

8.5. Prioritäten der EU für die Tagungen des UNHRC 2016 (RC-B8-0050/2016, B8-0050/2016, B8-0052/2016, B8-0056/2016, B8-0063/2016, B8-0064/2016, B8-0065/2016, B8-0066/2016) (Abstimmung)

8.6. Tätigkeiten des Petitionsausschusses 2014 (A8-0361/2015 - Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

9. Stimmerklärungen

Presidente. – L'ordine del giorno reca le dichiarazioni di voto.

9.1. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen EU/Kosovo (A8-0372/2015 - Ulrike Lunacek)

Dichiarazioni di voto orali

Krisztina Morvai (NI). – A koszovói társulási megállapodással kapcsolatban tartózkodással szavaztam, a következők miatt. Az igen szavazat mellett szólt volna az, hogy a nemzetközi közösség elérte, hogy Koszovóban a szerbeknek teljes körű autonómiája legyen. És logikusan következtettem arra, hogyha ez így történt, akkor a magyaroknak a jelenlegi Szerbia területén, Délvidéken is el lehet majd érni a teljes körű autonómiát, illetőleg nemzeti önrendelkezést. Amiért viszont mégsem szavazhattam igennel az az, hogy szemtanúja voltam annak, amint Dél-Magyarországra áramlottak a koszovói menekültek, akik szegénységre panaszkodtak, korrupcióra panaszkodtak, teljes káoszra az országukban. Na most az csodával lenne határos, hogyha fél évvel ezelőtt vagy egy szűk évvel ezelőtt ez így volt, most meg olyan paradicsomi állapotok lennének, amit ez a jelentés leír, és ami alapján társulási szerződésre kerülne sor.

Nirj Deva (ECR). – Mr President, this issue of stabilisation of Kosovo is a very important element in the progress of the European Union's arrangements for peace and stability in the Mediterranean region. Kosovo has gone through an extraordinary amount of turmoil and there have been instances where we have looked at Kosovo as an example of a country that can go from a position of conflict to a position of peace. Given that we have ignored and forgotten some of the issues that have been relating to Kosovo for some time because we have been preoccupied with other matters in other directions, it is salutary for us to remember that today we have brought back to the forefront of our minds a country which has suffered an incredible amount and that we have to extend the hand of friendship wherever possible in that

regard.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Ich habe für den Bericht gestimmt.

Natürlich ist nicht alles gut im Kosovo, da gibt es eine ganze Menge zu kritisieren. Das betrifft die politischen Dinge, das betrifft auch die Fälle von Korruption und ein nicht vollständig ausgebautes rechtstaatliches Rechtssystem.

Andererseits müssen wir mit dem Kosovo zusammenarbeiten. Es muss noch etwas zwischen einer Vollmitgliedschaft und einer Nichtmitgliedschaft geben. Wir müssen uns mehr mit unseren Nachbarstaaten beschäftigen. Denn wir sehen ja, wenn die Menschen, die dort wohnen, keine Hoffnung haben auf wirtschaftliche Stabilisierung, keine Hoffnung haben auf politische Stabilisierung, dann machen sie sich auf den Weg und versuchen, in der Europäischen Union ansässig zu werden.

Wir kennen die Konflikte, die dadurch entstehen. Deshalb ist eine Zusammenarbeit, Stabilisierung im Sinne einer wirtschaftlichen und politischen Verbesserung, außerordentlich wichtig. Allein der Versuch ist es wert. Deshalb habe ich zugestimmt.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Stabilizācijas un asociācijas nolīguma noslēgšana starp Eiropas Savienību un Kosovu ir svarīgs solis Rietumbalkānu reģionālās situācijas stabilizācijā, un tas ir principiāls ieguldījums Kosovos tālākajā integrācijā ar mūsu Savienību. Ļoti gribas cerēt, ka tas sekmēs iekšējā stāvokļa uzlabošanos, demokrātiju, cilvēktiesību vērtību veicināšanu, pozitīvu ekonomisko un sociālo attīstību, pārmaiņas. Bet papildus iepriekš teiktajam es gribētu paziņot, ka šodienas balsojumu bija svarīgi attīstīt tālāk, jo nekādā ziņā nedrīkst neņemt vērā serbu minoritātes diezgan vājo sociālo, ekonomisko, politisko stāvokli Kosovos ziemeļos, un, lai gan tiešā veidā uz šo jomu šis nolīgums neattiecas, nolīgumam jāklūst par signālu, ka kosoviešiem un serbiem, kā arī Kosovai un Serbijai jācenšas dzīvot savstarpējā mierā un jākultivē efektīva sadarbība. Es esmu par šo. Paldies!

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come ha sostenuto l'Alto rappresentante Federica Mogherini, con la firma dell'accordo di stabilizzazione e di associazione tra Unione europea e il Kosovo si avvia una nuova fase nelle relazioni tra i 28 Stati membri e questo paese. L'accordo rappresenta infatti un importante contributo alla stabilità e alla prosperità nella regione e contribuirà ad aiutare ad intraprendere le riforme necessarie che permettono le condizioni per crescere in modo stabile e sostenibile, per attuare le riforme indispensabili e per creare opportunità commerciali e di investimento. Ora governo kosovaro continui a lavorare nel processo di riforme che consentiranno al paese di ammodernarsi, di crescere dal punto di vista economico e competitivo e, di conseguenza, dare un futuro migliore ai propri cittadini. Il Kosovo deve ancora affrontare molte sfide, mi auguro quindi che il governo si impegni a fare le scelte necessarie e coraggiose per continuare con successo i negoziati con l'Unione europea.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem také hlasoval pro návrh dohody. I když pět zemí Evropské unie stále neuznává Kosovo jako samostatný stát, jsem přesvědčen, že je v našem zájmu to, co říkali již tady také moji kolegové. Je v našem zájmu stabilizovat situaci na Balkáně a nabídnout zemím v našem bezprostředním sousedství takové vztahy, které jim pomohou v jejich ekonomickém rozvoji a dlouhodobě jim dají možnost, šanci vstoupit do Evropské unie.

To, že cesta Kosova do Evropské unie asi není úplně jednoznačná, není krátká, bude to trvat delší dobu, než v Kosovu proběhnou nutné a potřebné reformy státu a celé společnosti, to je zřejmé. Ale my dnes Kosovu dáváme jasnou šanci, jasnou možnost více spolupracovat s námi, s Evropskou unií a dlouhodobě tak začít usilovat o členství v Evropské unii. A to si myslím, že pro Balkán a tedy pro celou Evropu je mimořádně důležité. Proto jsem návrh podpořil.

Csaba Sógor (PPE). – Örömmre szolgál, hogy a mai szavazással várhatóan életbe léphet a Koszovó és az Európai Unió közötti stabilizációs és társulási megállapodás és csatlakozom azokhoz, akik Koszovó elismerésére bátorítják azt az öt tagállamot – köztük saját országomat, Romániát is –, amelyek eddig ezt nem tették meg. Ugyanakkor szeretném aláhúzni, hogy a Nyugat-Balkán országainak sikeres európai integrációja elképzelhetetlen az itt őshonos etnikai csoportok együttélésének rendezése, világos és számonkérhető szabályok felállítása nélkül. Bár a megállapodás nem sok szót veszteget erre a területre, csak általánosságokban beszél a kisebbségekhez tartozó személyek védelméről, a tapasztalat sajnos azt mutatja, hogy ez nem elegendő: a már csatlakozott országokban visszalépés figyelhető meg a kisebbségi jogok alkalmazása területén, az általános vállalatokat nem tartják be a tagállamok, az EU pedig nem fordít elég figyelmet erre a területre, annak ellenére sem, hogy ez 40 millió uniós polgárt érint.

Azt gondolom, a koszovói albánok pontosan tudják, mit jelent kisebbségnek lenni, most rajtuk a sor, hogy méltányos együttélési ajánlatot tegyenek a Koszovóban élő szerb kisebbségnek.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, právo na sebeurčení národů je jedním ze základních práv vtělených do Charty OSN a dalších usnesení Valného shromáždění OSN. Mimochodem tehdy dokonce na popud Sovětského svazu, to znamená toho státu, který nyní právo na sebeurčení a vlastní svobodu nových národů upírá.

Já jsem podpořil tuto asociační dohodu, protože si myslím, že Kosovo je státem, naplňuje veškeré znaky státu, i když samozřejmě výkon té státní moci do jisté míry budí pochybnosti v některých otázkách, to nebudu popírat. Ale nechci zde polemizovat s kolegyní z Maďarska paní Morvaiovou, nicméně si myslím, že právě Maďarsko a ostatní státy by měly mít zájem na stabilizaci a přidružení Kosova k Evropě, na nálezní jeho stabilní budoucnosti. To si myslím, že je právě bezpečnost i nás a našeho celého kontinentu. V tomto smyslu plně podporuji stanovisko, které řekl můj předchůdce pan Sógor.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Dal 2000 il Kosovo beneficia di un regime commerciale preferenziale con l'UE, che prevede un accesso al mercato europeo in esenzione da dazi e da contingenti, tranne che per taluni prodotti agricoli e della pesca.

L'Accordo di stabilizzazione ed associazione tra UE e Kosovo stabilisce nuovi rapporti contrattuali in grado di rafforzare il dialogo politico tra le istituzioni e migliorare l'integrazione e la cooperazione commerciale.

L'accordo rappresenta un primo passo verso il formale e progressivo processo di adesione della Repubblica del Kosovo, garantendo tra l'altro nuove opportunità d'investimento, crescita e sviluppo delle imprese.

In virtù di tali ragioni ho espresso voto favorevole.

Tim Aker (EFDD), in writing. – UKIP does not support the further expansion of the EU, or the development of EU foreign relations or a foreign policy. The signing of this agreement represents developments in all these areas. As such we voted against.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – El Acuerdo de Estabilización y Asociación entre la UE y la autoproclamada República de Kosovo establece relaciones contractuales entre las partes en materia de diálogo político y relaciones comerciales. A pesar de que cinco Estados miembros de la UE no han reconocido a Kosovo, esta región es oficialmente considerada como potencial candidata a entrar en la Unión Europea desde que el Consejo Europeo le atribuyó una «perspectiva europea» en el año 2003. Este Acuerdo de Estabilización y Asociación UE-Kosovo, que entraría en vigor al concluirse el procedimiento de ratificación, está considerado como un significativo paso formal hacia la adhesión de Kosovo a la UE.

Ahora bien, he votado en contra de la propuesta de aprobación de este Acuerdo, puesto que con este Acuerdo la UE reconoce de forma implícita a Kosovo como Estado, así como su unilateral declaración de independencia, en violación de la Resolución 1244/1999 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas.

Resulta intolerable que desde el Parlamento Europeo se pretenda presionar a los Estados miembros, entre ellos España, que no reconocen a Kosovo, lo que constituye una injerencia política en competencias de los Estados. Además, este Acuerdo supone la creación de una zona de libre comercio que también rechazo.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – Ce rapport vise à faire entrer en vigueur l'accord de stabilisation et d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et le Kosovo.

Il propose, entre autres, de renforcer le dialogue politique et de favoriser l'intégration commerciale. Il prévoit également la mise en place de nouvelles formes de coopération. Cet accord s'inscrit donc pleinement dans le cadre de l'intégration européenne et du processus d'adhésion du Kosovo dans l'Union européenne.

Opposé à la politique d'élargissement de l'Union européenne, j'ai voté contre ce rapport. De plus, ce rapport porte atteinte à la souveraineté des États qui n'ont pas encore reconnu la République du Kosovo, puisque l'UE les encourage à le faire. Enfin, il faut garder en mémoire que les partis au pouvoir à Pristina sont responsables de l'éradication de tous les non-Albanais.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – On the EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement (SAA) we supported an abstention. We obviously support enhanced political dialogue and cooperation, especially strengthening of democratic principles and human rights.

The SAA also includes provisions aiming to promote European standards in areas such as competition, procurement, intellectual property and consumer protection, but it is vague as to what it means and to what extent when it states that it aims to establish a free trade area, or closer trade integration.

However while the report was ratified in the Kosovo Parliament, it was boycotted and not supported by all the opposition parties, and the main opposition leader and MP, Albin Kurti, was arrested illegally for his parliamentary stances.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Επέλεξα την αποχή στην ψηφοφορία επί του ψηφίσματος για την επικύρωση της Συμφωνίας Σταθεροποίησης και Σύνδεσης μεταξύ Ευρωπαϊκής Ένωσης και Κοσσυφοπεδίου διότι, αν και στηρίζουμε την ευρωπαϊκή προοπτική της περιοχής αυτής (γεγονός που εξηγεί γιατί δεν ψήφισα κατά), ωστόσο δεν της αναγνωρίζουμε το καθεστώς χώρας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – En associant le Kosovo à l'UE, une étape décisive vers l'adhésion de ce pays des Balkans à l'Union européenne est franchie. Avec mes collègues du Front national, nous sommes fermement opposés à tout élargissement de cette Union européenne. En outre, cela reviendrait à cautionner les pratiques de gouvernement très douteuses de ce pays malheureusement noyauté par la mafia albanaise. C'est pourquoi j'ai choisi de voter contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe in democracy and transparency, and therefore I believe that my vote on this matter should be a matter of public record. In that spirit, I wish to confirm that I voted against.

This legislative resolution obliges the Republic of Kosovo and its people to meet EU-imposed obstacles before being allowed to trade with the EU. I believe that the deepening of economic and trade relations between Kosovo and the United Kingdom is a matter for Her Majesty's Government.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette deliberation, comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Dėl ES ir Kosovo stabilizacijos ir asociacijos susitarimą (SAS) spalio 27 d. Strasbūre pasirašė Komisijos pirmininko pavaduotoja Federica Mogherini ir ministras pirmininkas Isa Mustafa. Kosovo Respublikos nacionalinė asamblėja nedelsdama ratifikavo susitarimą 2015 m. lapkričio 2 d. SAS nustatomi sutartiniai santykiai, kuriais numatomas geresnis politinis dialogas, glaudesnis prekybos integravimas ir naujos bendradarbiavimo formos. Jis apima daugelį sektorių, įskaitant pagarbą demokratijos principams bei žmogaus teisėms ir jų stiprinimą, bendradarbiavimo tokiuose sektoriuose kaip švietimas, energetika, aplinka, teisingumas ir vidaus reikalai sistemos nustatymą. Be to, SAS apima nuostatas, kuriomis siekiama skatinti Europos standartų taikymą tokiose srityse kaip konkurencija, viešieji pirkimai, intelektinė nuosavybė, vartotojų apsauga, ir juo siekiama sukurti laisvosios prekybos zoną.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – L'accord de stabilisation et d'association prévoit un dialogue politique renforcé et une intégration économique plus étroite. Il implique un renforcement des principes démocratiques et des droits de l'homme et crée un cadre de coopération dans des secteurs tels que l'éducation, l'énergie, l'environnement, la justice ou les affaires intérieures. L'accord, que j'ai approuvé, est une étape importante pour le rapprochement entre l'Union européenne et le Kosovo.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La regione balcanica rappresenta una parte fondamentale della storia, della cultura e della civiltà europea. Dopo la terribile stagione delle guerre e delle violenze molti paesi di quest'area d'Europa sono stati accolti all'interno del grande progetto politico ed economico rappresentato dall'Unione europea. Il Kosovo, proclamatosi indipendente nel 2008, ha intrapreso un percorso di apertura, consolidamento delle istituzioni democratiche e affermazioni dei diritti civili che deve ancora giungere a pieno compimento.

Ho votato a favore dell'accordo di stabilizzazione e di associazione tra UE e Kosovo perché credo si tratti di un passo importante verso il rafforzamento del dialogo politico e lo stabilimento di più stretti rapporti commerciali. Lo sviluppo economico e sociale del paese non può che passare attraverso una completa stabilizzazione dell'intera regione, realizzabile anche attraverso forme di cooperazione con l'Unione in materia di giustizia e affari interni. L'Europa ha già mostrato una grande attenzione verso i paesi che si trovano ai suoi confini, e con questo testo si impegna a proseguire un importante lavoro in questa direzione. Per questi motivi ho deciso di votare a favore a favore dell'accordo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación por cuanto, si bien la Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el Derecho internacional ni la Resolución 1244/1999 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas y que el proceso de estataización de Kosovo es irreversible, el dictamen tampoco implica que la antigua provincia tenga derecho fundado a ser reconocida por terceros. La situación de Kosovo tiene un complejo sustrato político y por ello tiene que ser abordada y resuelta políticamente, mediante un acuerdo que en cualquier caso integre a Serbia, que neutralice a los nacionalismos serbio y kosovar, que suponen una amenaza interna permanente para la paz, que salvaguarde los derechos de las minorías étnicas en la zona y que garantice a medio plazo la salida de potencias militares extranjeras de la zona. Por ello, el Acuerdo de Estabilización y Asociación que propone refrendar el Consejo y que se orienta principalmente a la «profundización de las relaciones económicas y comerciales» resulta prematuro y yerra en la priorización de acciones conducentes a una real y duradera estabilización de la zona.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Acojo con gran satisfacción el resultado de la votación del Acuerdo de Asociación de la UE con Kosovo. Es un importante paso para el reconocimiento del país. Espero que la votación de hoy sirva para que los seis Estados miembros de la UE que aún no han reconocido Kosovo lo hagan.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis formellement opposée à ce rapport de Madame Lunacek sur l'accord de stabilisation et d'association UE-Kosovo. Ce type d'accord, on le sait, est l'étape incontournable avant l'intégration d'un pays au sein de l'Union européenne.

En pleine crise de légitimité, et alors même que des États piliers de l'UE comme le Royaume-Uni envisagent de plus en plus sérieusement de quitter celle-ci, Bruxelles s'entête et préfère foncer la tête la première dans le précipice plutôt que d'envisager une seule seconde de prendre du recul et de faire le constat de ses erreurs passées.

Par ailleurs, envisager l'intégration d'une entité qui n'est toujours pas reconnue comme État ni par l'ensemble des pays sur la scène internationale, ni par certains États membres de l'UE, est un camouflet réservé au principe de souveraineté étatique, d'autant que l'UE ose faire les gros yeux à ces nations souveraines qui ne veulent pas reconnaître ce narco-territoire comme État.

Rappelons que le Kosovo, outre d'être une plateforme tournante de trafics en tous genres, notamment le trafic de drogue, est né dans le sang du massacre de la minorité serbe.

Dans ces conditions, il me semble irresponsable d'envisager son adhésion à l'UE.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo che la relazione Lunacek sia poco equilibrata e non condivisibile, per questo non ho inteso sostenerla col mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ned rösten.

Stabiliserings- och associeringsavtalet med Kosovo är det sista stabiliserings- och associeringsavtal som ingås med länder från västra Balkan. Associeringsavtalet innefattar olika politiska åtgärder som kan få stora konsekvenser för ekonomi, miljö och sociala villkor i Kosovo.

Jag anser att folket i Kosovo bör ha det avgörande beslutet i denna viktiga fråga. Den bästa formen för ett folkligt förankrat beslut i avgörande frågor är folkomröstning. En omfattande demokratisk debatt om fördelar och nackdelar med associeringsavtalet borde genomföras i Kosovo innan beslut fattas på bästa demokratiska sätt. Därför lägger jag ned rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de Estabilización y Asociación (AEA) entre la UE y Kosovo se negoció entre octubre de 2013 y mayo de 2014 y se rubricó en julio de 2014. En octubre de 2015 el Consejo acordó su firma para el 27 de ese mes. La Asamblea kosovar lo ratificó el 2 de noviembre de 2015.

Desde que se produjo la declaración unilateral de independencia de Kosovo en 2008, España ha mantenido la misma postura, defendiendo los principios de integridad territorial de los Estados y de respeto del Estado de Derecho, principios en los que se fundamenta también la Unión Europea. Ejerciendo la discrecionalidad que permite el Derecho internacional, el Gobierno de España no reconoció la declaración unilateral de independencia, considerándola contraria al Derecho internacional, al vulnerar los principios de soberanía e integridad territorial reconocidos a Serbia y garantizados por el Acta final de Helsinki.

En coherencia con la posición del Estado español y en aras de una actitud constructiva para no bloquear un acuerdo que introducirá medidas que beneficiarán a la población kosovar, he decidido abstenerme en la votación.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rekomendacijos, kadangi ES ir Kosovo stabilizacijos ir asociacijos susitarimas (SAS) yra labai svarbus pirmas oficialus žingsnis, siekiant Kosovo Respublikos integracijos Europoje. Europos Parlamentas tikisi, kad Kosovo Respublikos ir ES santykiai bus ir toliau stiprinami, be kita ko, skubiai įvedant bevizį režimą Kosovo piliečiams. Be to, Parlamentas ragina Tarybą priimti sprendimą pasirašyti ir sudaryti bendrąjį susitarimą dėl Kosovo dalyvavimo ES programose, nes taip bus sustiprintas Kosovo ir ES bendradarbiavimas įvairiuose sektoriuose. Šios programos turėtų būti sutelktos į konkrečias sritis, atitinkančias europiniame kelyje Kosovo priisimtus įsipareigojimus, ir turėtų būti skaidriai ir nedelsiant įgyvendintos. Šis susitarimas yra esminis dokumentas stabilizacijos ir asociacijos procese. Juo nustatomos teisės bei pareigos ir jis yra galinga reformų įgyvendinimo ir institucionalizavimo paskata. Šio susitarimo pagrindu bus sudarytos sąlygos investicijoms, augimui, verslo plėtrai, stiprinimui, tuo pačiu ir geram valdymui, taikant Europos standartus ir teisės aktų derinimą su ES teisės aktais, be kita ko, sukuriant laisvosios prekybos zoną. Be to, juo sudaromos galimybės stiprinti žmonių ir ekspertų tarpusavio ryšius tokiuose sektoriuose kaip švietimas, aplinka, kova su nusikalstamumu ir neteisėta prekyba, kultūra ir numatoma toliau stiprinti santykius ir bendradarbiavimą su kaimyninėmis šalimis ir taip prisidėti prie stabilumo užtikrinimo regione.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A javasolt stabilizációs és társulási megállapodás (STM) Koszovóval a nyugat-balkáni országokkal kötött stabilizációs és társulási megállapodások közül utolsóként jönne létre. Koszovóra az Unió 2000 óta preferenciális kereskedelmi rendszert alkalmaz, amely alapján bizonyos mezőgazdasági és halászati termékek kivételével vám- és kvótamentesen hozzáférhet az Unió piacához. A javasolt stabilizációs és társulási megállapodás lényegében azonos szabályrendszert határoz meg: korlátozásmentes hozzáférést biztosít az ipari termékek és a mezőgazdasági termékek többsége tekintetében (kivéve az élő szarvasmarhákat és húsvukat, a cukortermékeket, egyes bortelemékeket).

Az uniós export tekintetében úgy vélem, hogy Koszovó esetében az ipari, mezőgazdasági, feldolgozott mezőgazdasági és halászati termékekre, valamint a borra és szeszes italokra alkalmazott vámok fokozatos csökkentésére vonatkozó átmeneti időszakok elengedhetetlenek lesznek a szabadkereskedelmi övezetnek a tervek szerint 10 évig tartó zökkenőmentes létrehozásához, figyelemmel arra, hogy az EU Koszovóval szembeni külkereskedelmi többlete jelentős, és az elmúlt pár évben kissé növekedett.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Veseli me, da sem oddal svoj glas v podporo sklepu o sklenitvi Stabilizacijsko-pridružitvenega sporazuma med EU in Kosovim. S sporazumom se tako vzpostavlja boljši politični dialog, tesneje trgovinsko povezovanje in nove oblike sodelovanja. Zajema več sektorjev, vključno s spoštovanjem in krepitvijo demokratičnih načel in človekovih pravic, ter vzpostavlja okvir za sodelovanje v sektorjih, kot so izobraževanje, energija, okolje, pravosodje in notranje zadeve. Spodbuja se tudi sprejetje evropskih standardov na področjih konkurence, javnih naročil, intelektualne lastnine, idr.

Na Kosovu je sedaj, da začne s korenitimi reformami. Območje Kosova je namreč v izjemno težavnem položaju. Brezposelnost je visoka, prebivalstvo se množično odseljuje, stopnja korupcije je tudi med najvišjimi v Evropi.

Upam, da bo sprejeti sporazum resnično ustvaril priložnosti za naložbe in rast, razvoj podjetij, kar je za prihodnost Kosova ključno. Pozdravljam tudi okrepljeno sodelovanje med Beogradom in Prištino, ki tlakuje pot do prihodnosti brez konfliktov, ki že desetletja potekajo med njima. Prepričan sem, da bo k temu pripomogel tudi začetek predpristopnih pogajanj med EU in Srbijo. Mesto držav Z Balkana je v EU!

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o sporazumu o stabilizaciji i pridruživanju između EU-a i Kosova.

Smatram kako je ovaj Sporazum vrlo važan prvi formalni korak u procesu pristupanja EU-u, te će stvoriti mogućnosti za investicije, rast, razvoj poslovanja, dobro upravljanje kroz primjenu europskih standarda i približavanje zakonima EU-a.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the further expansion of the EU, or the development of EU foreign relations or a foreign policy. The signing of this agreement represents developments in all these areas. As such we voted against.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che l'Accordo di stabilizzazione e di associazione UE-Kosovo rappresenti un importante passo verso l'entrata del Kosovo nell'Unione europea e un importante strumento di crescita economica e stabilità per una nazione giovane come il Kosovo.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il rafforzamento dei rapporti col Kosovo e il rapporto commerciale privilegiato volto all'inclusione della regione nell'area di libero scambio europea è funzionale all'inclusione della regione nel sistema europeo. Solo un Kosovo pienamente europeo potrà svilupparsi economicamente e rafforzarsi culturalmente, rendendo più solide le proprie istituzioni democratiche e le pratiche di difesa dei diritti civili. L'Unione europea deve farsi carico di tutelare e instradare il proprio vicinato verso la strada dello sviluppo e della democrazia, con particolare riguardo a quei territori che hanno vissuto una storia travagliata, sofferta e complessa come il Kosovo negli ultimi trent'anni. L'accordo di stabilizzazione e di associazione (ASA) UE-Kosovo è un punto chiave nel processo di normalizzazione dei rapporti dell'area e di superamento dell'isolamento regionale dei territori dell'ex Jugoslavia a cui tutti noi dobbiamo dare il nostro contributo, sia nelle sedi europee che in quelle degli Stati di provenienza.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le rapport de M^{me} Lunacek propose d'adopter un accord de stabilisation et d'association UE-Kosovo. Ce type d'accord constitue un préalable à l'intégration de cette province qui d'ailleurs n'est toujours pas reconnue comme un État au sens du droit international.

Alors que l'Union européenne est confrontée à de nombreuses volte-face de la part de ses États membres, notamment de la Hongrie, de la Pologne et aujourd'hui du Danemark et de l'Italie, le Parlement européen et la Commission européenne s'obstinent à poursuivre leur politique d'élargissement. Outre ses conséquences économiques, il convient de souligner que dans un contexte régional miné par des tensions inter-religieuses et inter-ethniques, l'adoption d'un tel accord aggraverait la déstabilisation des Balkans. Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul de stabilizare și de asociere dintre Uniunea Europeană și Kosovo (ASA) are ca obiectiv stabilirea unor raporturi contractuale și consolidarea unui dialog politic, astfel încât să se creeze noi forme de cooperare și integrare comercială. Mai mult, prin intermediul acestui acord sunt promovate o serie de principii democratice, transpuse în cadrul unor politici de cooperare în sectoare precum educația, energia, mediul, justiția și afacerile interne. Există prevederi și în ceea ce privește promovarea standardelor europene în domenii precum concurența, achizițiile publice, proprietatea intelectuală și protecția consumatorilor, acordul vizând de asemenea și înființarea unei zone de liber schimb. Prin intermediul acestui act, se vor crea premisele pentru creșterea economică și dezvoltarea de oportunități pentru investiții, oferind de asemenea un stimulent remarcabil pentru implementarea și instituționalizarea reformelor. M-am exprimat în favoarea acestui raport, deoarece consider că este esențial în vederea procesului de integrare europeană a Republicii Kosovo și a consolidării bunei guvernante prin promovarea principiilor democratice și standardelor europene.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo. L'ASA (accordo di stabilizzazione e di associazione) è un primo passo verso il processo formale di adesione all'UE e il percorso di integrazione europea del Kosovo. Il Parlamento europeo attende con interesse l'ulteriore rafforzamento delle relazioni tra la Repubblica del Kosovo e l'Unione europea, anche attraverso la rapida introduzione del regime di esenzione dal visto per i cittadini del Kosovo. Il Parlamento invita inoltre il Consiglio ad adottare la decisione di firmare e concludere l'accordo quadro sulla partecipazione del Kosovo ai programmi UE, che rafforzerà la cooperazione tra il Kosovo e l'UE in diversi ambiti. Tali programmi dovrebbero essere incentrati su settori specifici corrispondenti agli impegni assunti dal Kosovo nel suo percorso europeo ed essere attuati in modo trasparente e senza indugio.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the further expansion of the EU, or the development of EU foreign relations or a foreign policy. The signing of this agreement represents developments in all these areas. As such we voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this recommendation as I support the Stabilisation and Association Agreement between EU and the European Atomic Energy Community and Kosovo, which seeks to establish an even firmer relationship between the parties. The provisions outlined in the agreement provide good groundwork for the establishment of a free trade area between the EU and Kosovo. This further cooperation aims to encourage good practices and promotion of European standards in areas such as competition, public procurement and human rights.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta di un voto singolo per approvare l'accordo di stabilizzazione ed associazione tra UE e Kosovo.

L'accordo, che aiuta a migliorare il dialogo politico e ad aprire il commercio tra UE e Kosovo, è stato firmato nell'ottobre 2015 dal capo della politica estera europea, Federica Mogherini, e ratificato dal parlamento nazionale del Kosovo lo scorso novembre.

Tutte le questioni affrontate in questo accordo ricadono all'interno della competenza dell'UE. Questo lo rende un accordo «solamente dell'UE»: non ha, infatti, bisogno di essere ratificato dai singoli Stati membri. Il Parlamento europeo non può intervenire sul testo dell'accordo ma può esprimere unicamente parere positivo o negativo. Il mio voto è stato favorevole.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση και υπενθυμίζουμε ότι η Κυπριακή Δημοκρατία δεν αναγνωρίζει την μονομερώς ανακηρυγθείσα ανεξαρτησία του Κοσσυφοπεδίου και παραμένει πλήρως προσηλωμένη στον σεβασμό της κυριαρχίας και της εδαφικής ακεραιότητας όλων των κρατών, συμπεριλαμβανομένης της Σερβίας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Το ζήτημα της αναγνώρισης του Κοσσυφοπεδίου παραμένει σημείο τριβής για μεγάλο χρονικό διάστημα. Οι διαδικασίες αναβάθμισης και βελτίωσης των συνθηκών στη περιοχή είναι προς όφελος των πολιτών των περιοχών αυτών. Μολονότι υπάρχουν θετικά στοιχεία στη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου, η σύναψη συμφωνιών με το Κοσσυφοπέδιο προκαλεί συζητήσεις τόσο σε νομικό όσο και σε πολιτικό επίπεδο, λόγω των γνωστών προβλημάτων που υπήρχαν και πιθανώς συνεχίζουν να υπάρχουν στην περιοχή. Ως εκ τούτου, θα πρέπει να είμαστε ιδιαίτερα προσεκτικοί όταν οι αποφάσεις και τα ψηφίσματά μας μπορούν να επηρεάσουν και κυρίως να διαμορφώσουν μια δεδομένη κατάσταση. Τούτων δοθέντων, αποφάσισα να απόσχω από τη ψηφοφορία.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di decisione del Consiglio in merito alla conclusione, a nome dell'Unione, dell'accordo di stabilizzazione e di associazione tra l'Unione europea e la Comunità europea dell'energia atomica, da una parte, e il Kosovo, dall'altra. Questo accordo stabilisce i rapporti contrattuali che prevedono un dialogo politico rafforzato, una più stretta integrazione commerciale e nuove forme di cooperazione in ambito di diritti umani, istruzione, ambiente, energia, giustizia e affari interni e mira a creare una zona di libero scambio. L'ASA è un primo passo molto importante verso il processo formale di adesione all'UE e il percorso di integrazione europea della Repubblica del Kosovo, per cui si attende un rafforzamento attraverso l'introduzione del regime di esenzione dal visto per i cittadini Kosovari.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo progetto di decisione perché ritengo che una buona politica di vicinato sia fondamentale per prevenire molti problemi non da poco. Non a caso, i flussi migratori a cui stiamo assistendo adesso sono il risultato di una politica di vicinato, e di una politica estera in senso più ampio, che hanno fatto acqua da tutte le parti.

Questo accordo con il Kosovo è una grande spinta verso la modernizzazione e verso una maggiore interoperabilità delle infrastrutture, in particolare di quelle legali, che possono permettere alle nostre imprese di fare affari lì. Inoltre, il fine ultimo di questi passi è quello di ridurre la povertà in Kosovo, con la conseguenza di importare meno criminalità da lì e di creare un mercato di sbocco aggiuntivo per i nostri prodotti. È una situazione conveniente per tutti.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the further expansion of the EU, or the development of EU foreign relations or a foreign policy. The signing of this agreement represents developments in all these areas. As such we voted against.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn nur durch eine enge Zusammenarbeit mit der EU werden wir erreichen, dass der Kosovo seine Rolle als Partner der EU findet. Um an unserem Binnenmarkt teilnehmen zu können, müssen europäische Standards wie Wettbewerbsregeln oder der Schutz geistigen Eigentums gewährleistet sein. Ich hoffe, dass wir mit diesem Abkommen mehr Stabilität im Balkan erreichen und den politischen Dialog stärken, der vor allem für Fragen der Energieversorgung und des Umweltschutzes grenzüberschreitend geführt werden muss.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the further expansion of the EU, or the development of EU foreign relations or a foreign policy. The signing of this agreement represents developments in all these areas. As such we voted against.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La creazione di uno spazio di libero scambio tra UE e Kosovo risulta importante poiché già dal 2014 le relazioni commerciali con il suddetto paese, grazie alle agevolazioni incentivate dall'abbattimento dei dazi, hanno generato un surplus considerevole in favore dell'Unione.

Mi trovo quindi favorevole alla conclusione dell'accordo di stabilizzazione con il Kosovo, poiché questo non farebbe altro che migliorare ulteriormente i rapporti tra i due partner commerciali. Si avranno ricadute positive nella cooperazione, creando inoltre una solida base per la definizione di riforme in tale paese nella prospettiva di avvicinare le legislazioni a buon pro non solo degli scambi economici, ma anche a livello sociale e dei diritti umani.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This legislative resolution represents an association agreement strengthening EU relations with Kosovo on sectors that are of fundamental importance to the rule of law, commercial as well as social development. It provides a framework of assistance and cooperation which can lead to sustained and stable reforms. I have thus voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El Acuerdo de Estabilización y Asociación entre la UE y la autoproclamada República de Kosovo establece relaciones contractuales entre las partes en materia de diálogo político y relaciones comerciales. A pesar de que cinco Estados miembros de la UE no han reconocido a Kosovo, esta región es oficialmente considerada como potencial candidata a entrar en la Unión Europea desde que el Consejo Europeo le atribuyó una «perspectiva europea» en el año 2003. Este Acuerdo de Estabilización y Asociación UE-Kosovo, que entraría en vigor al concluirse el procedimiento de ratificación, está considerado como un significativo paso formal hacia la adhesión de Kosovo a la UE.

Ahora bien, he votado en contra de la propuesta de aprobación de este Acuerdo, puesto que con este Acuerdo la UE reconoce de forma implícita a Kosovo como Estado, así como su unilateral declaración de independencia, en violación de la Resolución 1244/1999 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas.

Resulta intolerable que desde el Parlamento Europeo se pretenda presionar a los Estados miembros, entre ellos España, que no reconocen a Kosovo, lo que constituye una injerencia política en competencias de los Estados. Además, este Acuerdo supone la creación de una zona de libre comercio, que también rechazo.

Pál Csáky (PPE), írásban. – 2013 októbere és 2014 májusa között tárgyalás folyt az EU és Koszovó közötti stabilizációs és társulási megállapodásról. A megállapodást 2014 júliusában írták alá. A Koszovói Köztársaság parlamentje 2015. november 2-án erősítette azt meg. Az Európai Parlament előtti jelenlegi egyetértési eljárás befejezése során a stabilizációs és társulási megállapodás hatályba léphet.

A megállapodás alapján egy szerződéses kapcsolat alakul majd ki, mely fokozott politikai párbeszédet, szorosabb kereskedelmi integrációt és az együttműködés új formáit biztosítja. Számos területre terjed majd ki, többek között a demokratikus elvek és az emberi jogok tiszteletben tartására és megerősítésére, illetve különböző ágazati együttműködési keretek létrehozására, például az oktatás, az energia, a környezetvédelem, az igazság- és belügyek terén. A stabilizációs és társulási megállapodás olyan rendelkezéseket is tartalmaz, amelyek célja az európai normák előmozdítása olyan területeken, mint például a verseny, a közbeszerzések, a szellemi tulajdon és a fogyasztóvédelem. Befektetési, növekedési és üzleti fejlesztési lehetőségeket teremt, és ezzel egyidejűleg meg fogja erősíteni a jó kormányzást az európai normák és az uniós jogszabályokhoz való közelítés révén.

A mai szavazáson a Parlament egyetértését adta, hogy a Tanács elfogadja a Koszovó uniós programokban való részvételéről szóló keretmegállapodás aláírására és megkötésére vonatkozó határozatot.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Układy o stabilizacji i stowarzyszeniu stanowią część procesu stabilizacji i stowarzyszenia z UE, w którego centrum znajdują się kraje Bałkanów Zachodnich. Układ o stabilizacji i stowarzyszeniu UE–Kosowo został podpisany w dniu 27 października. Jest to jeden z kluczowych dokumentów w procesie stabilizacji i stowarzyszenia. Określa on prawa i obowiązki oraz stanowi silną zachętę do wdrażania i instytucjonalizacji reform. Układ o stabilizacji i stowarzyszeniu stworzy możliwości w zakresie inwestycji, wzrostu i rozwoju biznesu, umacniając jednocześnie dobre sprawowanie rządów poprzez stosowanie standardów europejskich i harmonizację z prawem UE, również w ramach tworzenia strefy wolnego handlu.

Z zadowoleniem przyjąłem niedawne podpisanie układu o stabilizacji i stowarzyszeniu między Unią Europejską a Kosowem. Układ stanowi dla tego kraju pierwszy krok na drodze ku integracji europejskiej. Mam nadzieję, że to porozumienie z UE pozwoli ustabilizować sytuację w Kosowie oraz pomoże zaprowadzić pokój między różnymi grupami etnicznymi i zapewnić dobrobyt w kraju.

Mając powyższe na uwadze zagłosowałem za przyjęciem dokumentu.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this report, which will allow the entry into force of the Stabilisation and Association Agreement between the EU and Kosovo (SAA). This is the first formal step towards the EU accession process and European integration path of Kosovo. The SAA establishes contractual relations which provides for enhanced political dialogue, closer trade integration and new forms of cooperation. It will create opportunities for investment, growth, business development and good governance through the application of European standards and approximation to EU laws.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I welcome this agreement as an important step, helping to stabilise the Western Balkans and enhance economic development, the rule of law and democracy in Kosovo. It is vital that we continue to work on reducing the potential for further conflict in this part of Europe, and improving the long-term prosperity and stability of Kosovo is central to that aim.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – L'accordo di stabilizzazione e di associazione (ASA) tra l'Unione europea e il Kosovo si colloca nel quadro più ampio delle strette relazioni tra Unione europea e Balcani occidentali. È l'ultimo a essere concluso con i paesi dei Balcani occidentali e il primo tra Unione europea e Kosovo, e avrà sicuramente il merito di aprire una nuova fase nelle relazioni tra le due parti. Considero molto positivo che l'accordo contenga, tra le altre, disposizioni relative alla promozione delle norme europee nei settori della concorrenza, degli appalti, della proprietà intellettuale e della tutela dei consumatori, elementi essenziali del modello del nostro mercato interno, nell'ottica più ampia di un percorso di integrazione europea. Soprattutto, auspico che le politiche di cooperazione incluse nell'accordo,

relative a vari ambiti politici, e nel quadro della progressiva istituzione di una zona di libero scambio, potranno incentivare e facilitare lo sviluppo socioeconomico della regione, promuovendone la stabilità. L'obiettivo è quello di rafforzare ed estendere ulteriormente le relazioni tra Unione europea e Kosovo, non pregiudicando però, e anzi rispettando, la posizione degli Stati membri sullo status di quest'ultimo. Per questo, ho votato a favore del progetto di decisione del Consiglio per la conclusione dell'accordo.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport présente la décision du Parlement, nécessaire dans le cadre de la procédure d'approbation (ratification) de l'accord de stabilisation et d'association (ASA) entre l'Union européenne et le Kosovo. Cet accord vise à promouvoir les relations diplomatiques et les échanges commerciaux sur un grand nombre de secteurs entre les pays de l'Union européenne et le Kosovo. Cet accord contribuera aussi à la mise en œuvre de nombreuses réformes dans l'éducation, l'emploi, l'énergie, l'environnement, la justice ou les affaires intérieures. Considérant que ce rapport est équilibré, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the further expansion of the EU, or the development of EU foreign relations or a foreign policy. The signing of this agreement represents developments in all these areas. As such we voted against.

Luis de Grandes Pascual (PPE), *por escrito*. – En mi propio nombre y derecho y representando a la delegación española del Grupo PPE en calidad de secretario general, queremos manifestar, en relación con la aprobación por parte del Parlamento del Acuerdo de Estabilización y Asociación UE-Kosovo, que nos hemos abstenido en la votación final, ya que el Acuerdo concierne solamente a las competencias exclusivas de la UE y no a las de los Estados miembros, y no afecta en modo alguno a la posición de los Estados miembros que, como España, no han reconocido la declaración unilateral de Kosovo como Estado independiente.

Igualmente, hacemos constar que no compartimos el contenido de la «breve justificación» con que la ponente acompaña la Resolución. Dicho texto no ha sido sometido en ningún momento a enmiendas y posterior votación, ni en la Comisión de Asuntos Exteriores ni en el Pleno.

Finalmente lamentamos que, en la Resolución, la mención de Kosovo no vaya acompañada de su correspondiente asterisco y nota a pie de página.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – L'accord d'association entre l'Union européenne et le Kosovo permettra d'intensifier nos liens avec ce pays voisin dans de nombreux domaines tels que la gouvernance, la coopération judiciaire, la protection des consommateurs, la propriété intellectuelle, la coopération énergétique ou encore la protection de l'environnement.

Cet accord apportera également un soutien à ce pays des Balkans dans son processus de réformes politiques et économiques. Sept ans après avoir déclaré son indépendance, le Kosovo reste marqué par de graves difficultés économiques, une corruption répandue et un important mouvement d'émigration de sa population vers les pays voisins.

Il faut toutefois noter que cet outil de coopération entre l'Union européenne et le Kosovo n'a pas de lien avec une perspective d'adhésion de ce pays à l'Union européenne. La Commission européenne s'est d'ailleurs engagée en 2014, avec sagesse, à faire une pause dans l'élargissement pour consolider ce qui a été réalisé entre les 28.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à normaliser les relations entre l'Union européenne et un «État» qui n'est pourtant reconnu ni par l'Organisation des Nations unies, ni par deux membres permanents de son Conseil de sécurité, à savoir la Chine et la Russie, ni par quatre États membres de l'Union européenne, ni par l'Inde. En outre, reconnaître cette entité reviendrait à détourner l'attention d'un des véritables enjeux qu'est l'influence considérable de la mafia albanaise sur place.

Enfin, après le scandale de corruption dénoncé au sein de la mission Eulex, l'Union européenne gagnerait à limiter son immixtion dans les sujets qui concernent les Balkans, d'autant qu'elle s'est illustrée par son incapacité à agir contre l'épuration ethnique des non-Albanais. Opposée à l'ingérence de l'Union dans les affaires intérieures des États, j'ai naturellement voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Като докладчик в сянка по докладите за Косово, приветствам и подкрепям сключването на Споразумение за стабилизиране и асоцииране на Косово с Европейския съюз. Това споразумение е първа стъпка към евроинтеграцията на страната и определя условията за участие в европейските политики и финансови инструменти. Но правото за ползване на европейските средства се дава при условие че страната прилага ключови реформи в сферата на държавността, правосъдието, борбата срещу корупцията и организираната престъпност. Страната е в тежко институционално положение и именно за това тя се нуждае от насоки и помощ в изграждането на своята държавност, а косоварите имат нужда от работни места и покачване на жизнения стандарт, за да спрат да напускат страната си. Освен достъпа до европейските средства, споразумението предвижда и по-нататъшно либерализиране на визовия режим, което ще се случи, когато Косово е изпълнило всички условия, поставени от Европейската комисия.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Το Κοσσυφοπέδιο υπό την πνευματική και ηθική έννοια είναι η καρδιά της Σερβίας και η ψυχή του Σερβικού Λαού. Η προσχώρηση του Κοσσυφοπεδίου θα αποτελέσει αποδοχή της αλλαγής συνόρων ενός κράτους δια της βίας, όπως ακριβώς συνέβη με την τουρκική εισβολή και κατοχή του βορείου τμήματος της Κύπρου και της μονομερούς απόσχισής σερβικού εδάφους που πηγάζει από εθνотικά κίνητρα των Αλβανών. Το Κοσσυφοπέδιο δεν είναι κράτος, ούτε υφίσταται κοσοβάρικο έθνος. Δεν πρέπει να ξεχνάμε τις παρανομίες των γιουγκοσλάβων κομμουνιστών του Τίτο, που μετάλλαξαν κράτη και βίασαν κυριολεκτικά την ιστορική αλήθεια, δημιουργώντας μακεδονικές ονειρώξεις και κοσοβάρικα εκτρώματα.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – O Acordo de Estabilização e de Associação entre a UE e o Kosovo (AEA) foi negociado entre outubro de 2013 e maio de 2014 e foi rubricado em julho de 2014. O AEA estabelece relações contratuais que preveem um reforço do diálogo político, uma maior integração comercial e novas formas de cooperação. Abrange vários setores, incluindo o respeito e o reforço dos princípios democráticos e dos direitos humanos, a definição de um quadro para a cooperação em setores como a educação, a energia, o ambiente, a justiça e os assuntos internos. Inclui também disposições destinadas a promover as normas europeias em domínios como a concorrência, os contratos públicos, a propriedade intelectual e a proteção do consumidor, e tem por objetivo a criação de uma zona de comércio livre.

Concordo que o AEA é um primeiro passo formal de grande importância para o processo de adesão à UE, devendo o Conselho adotar a decisão de assinar e concluir o acordo-quadro relativo à participação do Kosovo nos programas da UE, o qual reforçará a cooperação entre o Kosovo e a UE em diferentes setores.

Edouard Ferrand (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport, parce que je ne reconnais ni la légalité, ni la légitimité du Kosovo sur le plan du droit international.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – A presente recomendação encerra, em si mesma, duas vertentes que retratam bem a postura imperialista deste processo de integração capitalista europeu.

Por um lado, a consagração de um chamado Acordo de Estabilização e Associação que, sem ser ratificado por via da livre expressão popular, confirma um processo de adesão que impõe a um povo a perda de soberania e a subjugação às políticas macroeconómicas neoliberais da União Europeia, a criação de uma zona de comércio livre, que culmina o processo de integração dos Balcãs e a fragmentação do território da Jugoslávia.

Por outro lado, e pior que o primeiro, a continuação da formalização do estabelecimento de relações com um território, como se de um legítimo país se tratasse, após o gravíssimo precedente que se abriu no plano do direito internacional com a declaração unilateral de independência da província sérvia do Kosovo, e que a UE tem procurado legitimar. Uma decisão ilegal, que não reconhecemos, que criou um protetorado por via da agressão e ocupação militar pelos EUA, NATO e UE. Votámos contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne – Dohoda medzi Európskou úniou a Kosovom je kľúčovým dokumentom procesu stabilizácie a pridruženia Kosova k Európskej únii. Okrem toho, že sú v nej jasne vymedzené práva a povinnosti, poskytujeme Kosovu zároveň významný stimul na uskutočnenie a inštitucionalizáciu potrebných reforiem. Touto dohodou vytvárame príležitosti na zintenzívnenie kontaktov nielen medzi odborníkmi v oblasti vzdelávania, boja proti zločinu a pašovaniu či kultúre, ale aj medzi ľuďmi. Stanovujeme tiež ďalšie posilňovanie vzťahov a spoluprácu so susednými krajinami, ktoré môžu prispieť k stabilite v regióne. V neposlednom rade chcem ale upozorniť, že Kosovo dodnes neuznali niektoré členské štáty Európskej únie.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Το Κοσσυφοπέδιο υπό την πνευματική και ηθική έννοια είναι η καρδιά της Σερβίας και η ψυχή του Σερβικού λαού. Η προσχώρηση του Κοσσυφοπεδίου θα αποτελέσει αποδοχή της αλλαγής συνόρων ενός κράτους δια της βίας, όπως ακριβώς συνέβη με την τουρκική εισβολή και κατοχή του βορείου τμήματος της Κύπρου και της μονομερούς απόσχισής σερβικού εδάφους που πηγάζει από εθνοτικά κίνητρα των Αλβανών. Το Κοσσυφοπέδιο δεν είναι κράτος, ούτε υφίσταται κοσοβάρικο έθνος. Δεν πρέπει να ξεχνάμε τις παρανομίες των γιουγκοσλάβων κομμουνιστών του Τίτο, που μετέλλαξαν κράτη και βίασαν κυριολεκτικά την ιστορική αλήθεια, δημιουργώντας μακεδονικές ονειρώξεις και κοσοβάρικα εκτρώματα. Για όλους τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω τη σύναψη της συμφωνίας σταθεροποίησης και σύνδεσης ΕΕ-Κοσσυφοπεδίου.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A javasolt stabilizációs és társulási megállapodás (STM) Koszovóval a nyugat-balkáni országokkal kötött stabilizációs és társulási megállapodások közül utolsóként jönne létre. Koszovóra az Unió 2000 óta preferenciális kereskedelmi rendszert alkalmaz, amely alapján vám- és kvótamentesen hozzáférhet az Unió piacához, bizonyos mezőgazdasági és halászati termékek kivételével. A javasolt stabilizációs és társulási megállapodás lényegében azonos szabályrendszert határoz meg: korlátozásmentes hozzáférést biztosít az ipari termékek és a mezőgazdasági termékek többsége tekintetében (kivéve az élő szarvasmarhákat és húsukat, a cukortermékeket, egyes bortermékeket, a „baby-beef”-termékeket és egyes halászati termékeket).

Az uniós export tekintetében az előadóval egyetértésben úgy vélem, hogy Koszovó esetében az ipari, mezőgazdasági, feldolgozott mezőgazdasági és halászati termékekre, valamint a borra és szeszes italokra alkalmazott vámok fokozatos csökkentésére vonatkozó átmeneti időszakok elengedhetetlenek lesznek a szabadkereskedelmi övezetnek a tervek szerint 10 évig tartó zökkenőmentes létrehozásához, figyelemmel arra, hogy az EU Koszovóval szembeni külkereskedelmi többlete jelentős, és az elmúlt pár évben kissé növekedett.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del Acuerdo de Estabilización y Asociación (AEA) para que, una vez conseguida la aprobación del Parlamento Europeo, permita la entrada en vigor del AEA, que establece relaciones contractuales que permiten un diálogo político reforzado, una mayor integración comercial y nuevas formas de cooperación y comprende múltiples temas, como el respeto y la consolidación de los principios democráticos y de los derechos humanos.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione, a nome dell'Unione, dell'accordo di stabilizzazione (ASA) tra l'Unione europea e la Comunità europea dell'energia atomica, da una parte, e il Kosovo, dall'altra. Ritengo, infatti, che questo accordo rappresenti un passaggio chiave nel processo di stabilizzazione del paese, fondamentale per il pieno riconoscimento della sovranità della giovane Repubblica e per una sua completa integrazione nel sistema europeo e pone un importante fondamento per l'adesione formale all'Unione europea. Ritengo, inoltre, che l'ASA ponga importanti presupposti per una più stretta collaborazione tra l'UE e la Repubblica del Kosovo in materia di istruzione, ambiente, cultura e lotta al crimine organizzato e auspico, infine, che questa cooperazione si sviluppi, maturi nel tempo e abbracci maggiori e diversi ambiti d'azione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen EU/Kosovo gestimmt, da ich es geopolitisch für wichtig halte, die Länder des Balkans in ihrer demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung so zu unterstützen, dass sie mittelfristig eine echte Perspektive auf Mitgliedschaft in der EU haben. Ich wünsche mir diesbezüglich aber auch schnelle Fortschritte in der Entwicklung einer echten Blue-Card-Initiative für diese Länder.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Von einem Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen werden beide Seiten profitieren. Hiermit schaffen wir Anreize für Unternehmen, weitere Investitionen zu tätigen und ermöglichen gleichzeitig einen engeren politischen Dialog.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of giving consent to the EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement, an important first formal step in Kosovo's integration into Europe – a key contribution to the development of a safe and prosperous neighbourhood for the EU. The agreement will form the backbone of strengthened political association and economic integration between the EU and Kosovo. The agreement enhances EU-Kosovo political dialogue and trade relations, and fosters closer cooperation in many sectors, including energy, the environment, and justice and home affairs.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Il s'agit ici de ratifier un accord dont tout le monde sait qu'il est une première étape sur la voie de l'adhésion du Kosovo à l'UE. Il organise une coopération avec ce pays, et libéralise les échanges commerciaux mais aussi l'octroi de visas aux citoyens Kosovars.

Comme d'habitude, l'Union européenne fait les choses à l'envers. Elle le fait prétendument pour améliorer une situation qu'elle ne peut pas ignorer: situation économique désastreuse, corruption, rôle des mafias, implication des partis au pouvoir dans l'épuration ethnique des non-Albanais. Elle offre cependant au Kosovo ce qui devrait n'être que la récompense d'un processus interne de réformes, notamment dans les domaines de la démocratie et de l'état de droit, théoriquement pourtant sacro-saints pour l'Union européenne...

Ce n'est pas la seule absurdité. La Commission, en négociant et signant seule, et le Parlement, ont leur part de responsabilité. Mais le Conseil a donné son feu vert également. À l'unanimité, si j'en crois la base juridique, donc sans opposition des cinq États membres de l'Union européenne qui persistent à ne pas reconnaître l'indépendance du Kosovo. C'est déjà un scandale. Un autre est que ce soit un Conseil «Agriculture et Pêche» qui l'ait fait ! On marche vraiment sur la tête!

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación por cuanto, si bien la Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el Derecho internacional ni la Resolución 1244/1999 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas y que el proceso de estatalización de Kosovo es irreversible, el dictamen tampoco implica que la antigua provincia tenga derecho fundado a ser reconocida por terceros. La situación de Kosovo tiene un complejo sustrato político y por ello tiene que ser abordada y resuelta políticamente, mediante un acuerdo que en cualquier caso integre a Serbia, que neutralice a los nacionalismos serbio y kosovar, que suponen una amenaza interna permanente para la paz, que salvaguarde los derechos de las minorías étnicas en la zona y que garantice a medio plazo la salida de potencias militares extranjeras de la zona. Por ello, el Acuerdo de Estabilización y Asociación que propone refrendar el Consejo y que se orienta principalmente a la «profundización de las relaciones económicas y comerciales» resulta prematuro y yerra en la priorización de acciones conducentes a una real y duradera estabilización de la zona.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Along with my colleagues in the European Parliamentary Labour Party, I voted in favour of this report. The Stabilisation and Association Agreement (SAA) between the EU and Kosovo is a very important first formal step towards the EU accession process and the European integration path of Kosovo. The SAA provides a powerful incentive for the implementation and institutionalisation of reforms. The SAA will create opportunities for investment, growth, business development, good governance through the application of European standards and approximation to EU laws.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Δεν μπορούμε να συναινέσουμε στην έγκριση της συγκεκριμένης συμφωνίας για δύο κυρίως λόγους. Ο πρώτος και σημαντικότερος λόγος είναι διότι η υπογραφή της συγκεκριμένης συμφωνίας προϋποθέτει την αναγνώριση του Κοσσυφοπεδίου ως κράτους, θέση με την οποία η Κυπριακή Δημοκρατία διαφωνεί, όπως εξάλλου και άλλα κράτη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Δεύτερον, η συμφωνία δεν έχει μόνο πολιτική διάσταση αλλά είναι συμφωνία ελεύθερου εμπορίου και εμείς έχουμε πολλάκις διατυπώσει την αντίθεση μας σε τέτοιου είδους πολιτικές που προωθεί η ΕΕ. Για αυτούς τους λόγους θεωρούμε την καταψήφιση ως την ενδεδειγμένη στάση

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this report due to the fact that the SAA establishes contractual relations which provide for enhanced political dialogue, closer trade integration and new forms of cooperation. It covers numerous sectors, including the respect for and strengthening of democratic principles and human rights, establishing a framework for cooperation on sectors such as education, energy, environment, justice and home affairs. The SAA also includes provisions aiming to promote European standards in areas such as competition, procurement, intellectual property and consumer protection, and it aims to establish a free trade area. The SAA is a very important first formal step towards the EU accession process and the European integration path on the Republic of Kosovo. The European Parliament looks forward to a further strengthening of relations between the Republic of Kosovo and the EU.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Das Assoziierungsabkommen beinhaltet in erster Linie die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Deshalb begrüßen wir das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo, lehnen innerhalb der derzeitigen EU eine Vollmitgliedschaft des Kosovo jedoch ab. Aus den genannten Gründen habe ich für die Empfehlung gestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the further expansion of the EU, or the development of EU foreign relations or a foreign policy. The signing of this agreement represents developments in all these areas. As such we voted against.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Unije, Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju, s jedne strane, i Kosova, s druge strane, kojom se daje suglasnost za sklapanje Sporazuma.

Podržavam integriranje svih zemalja jugoistoka Europe u Europsku uniju a SSP je važan prvi formalni korak u procesu pristupanja EU-u i europskih integracija Republike Kosovo. Sporazum je ključni dokument u procesu stabilizacije i pridruživanja, postavlja prava i obveze, te pruža poticaj za provedbu i institucionalizacije reformi. SSP uspostavlja ugovorni odnos koji se osigurava politički dijalog, bliže trgovinske integracije i nove oblike suradnje u brojnim sektorima uključujući poštovanje i jačanje demokratskih načela i ljudskih prava.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Associer le Kosovo à l'UE constitue une étape décisive vers l'adhésion de ce pays des Balkans à l'Union européenne. Or, avec mes collègues du Front National, nous sommes opposés à tout nouvel élargissement de cette Europe déjà tentaculaire. En outre, s'associer au Kosovo reviendrait à cautionner la gouvernance trouble de ce pays, noyauté par la mafia albanaise. J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My colleagues and I do not support the further expansion of the EU, or the development of EU foreign relations or a foreign policy. The signing of this agreement represents developments in all these areas. As such we voted against.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la recommandation sur la conclusion de l'accord de stabilisation et d'association entre l'Union européenne et le Kosovo. L'approbation du Parlement est nécessaire pour ratifier cet accord de stabilisation et d'association qui insiste sur le respect de principes démocratiques. Après son entrée en vigueur, cet accord doit favoriser la mise en marche de réformes au Kosovo et renforcer les coopérations avec ce pays. Cela entraînera la mise en place d'un espace permettant le libre-échange et l'application des normes européennes dans des domaines tels que la concurrence, les aides d'État et la propriété intellectuelle.

Cette recommandation a été adoptée, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à la signature d'un accord de stabilisation et d'association avec le Kosovo. Cet accord va permettre de mettre en place un certain nombre d'objectifs notamment concernant la coopération commerciale, l'engagement d'un dialogue politique régional et l'harmonisation de nombreuses règles concernant le marché intérieur.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Wir Freiheitlichen haben uns stets gegen die Unabhängigkeit des Kosovo ausgesprochen, da unter der vorherrschenden serbischen Minderheit im Norden des Landes keine weitgehende Autonomie erlangt werden kann. Ein instabiler Fremdkörper in einer spannungsgeladenen Region ist entstanden. Einer weiteren Integration des Kosovo stehe ich deshalb ebenso ablehnend gegenüber.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I gave my consent to the agreement, as it will bring new possibilities for Kosovo to strengthen relations with the EU and thus contribute to the stabilisation of the whole region. The agreement enhances EU-Kosovo political dialogue and trade relations, and fosters closer cooperation in many sectors, including energy, the environment, and justice and home affairs. It also has provisions aiming to promote EU standards in areas such as competition, procurement, intellectual property, consumer protection and good governance.

Bernd Kölmel (ECR), schriftlich. – Das Assoziierungsabkommen beinhaltet in erster Linie die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Deshalb begrüßen wir das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo, lehnen innerhalb der derzeitigen EU eine Vollmitgliedschaft des Kosovo jedoch ab. Aus den genannten Gründen habe ich für die Empfehlung gestimmt.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), in writing. – The proposed Stabilisation and Association Agreement (SAA) with Kosovo is the last SAA to be concluded with Western Balkan countries. Therefore, it could be scrutinised as an important step towards the Europeanisation of the whole Western Balkans. In Kosovo's case, the SAA with the EU will facilitate economic growth and investment promotion. This economic development will be more than welcomed since the country of 1.8 million suffers from an unemployment rate of 40 % and Kosovo's youth flee in search of jobs and opportunities (just bear in mind that Kosovo is the fourth biggest source of asylum seekers in the world). Last but not least, the SAA with the EU will promote political stability which is very much needed in terms of finding a solution to Kosovo's status. A solution that will guarantee peace and long-term stability in Europe.

Marine Le Pen (ENF), par écrit. – J'ai voté contre la résolution sur l'accord de stabilisation et d'association UE-Kosovo. Cet accord est une première étape très importante sur la voie de l'intégration européenne du Kosovo et sur celle de son processus d'adhésion à l'Union européenne. L'un des éléments est la libération rapide du régime des visas en faveur des citoyens kosovars.

Le Parlement encourage par ailleurs les cinq États membres qui n'ont pas encore reconnu la République du Kosovo à le faire. La politique d'élargissement de l'Union européenne est catastrophique. Sa politique balkanique s'est soldée par des crimes à l'encontre des populations serbes. Faciliter l'adhésion du Kosovo équivaldrait politiquement à donner une prime à la mafia albanaise qui constitue l'institution la plus stable du «pays». De surcroît, s'ingérer dans les affaires intérieures d'États souverains qui n'entendent pas reconnaître la création du Kosovo est une atteinte portée par ce Parlement à la souveraineté des États. Elle devrait constituer à elle seule un motif de refus.

Gilles Lebreton (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport car en associant le Kosovo à l'UE, il constitue une étape décisive vers l'adhésion de ce pays à l'UE. Or, je suis par principe hostile à toute nouvelle adhésion. En outre, faciliter l'adhésion du Kosovo équivaut à se coucher devant la mafia albanaise qui s'est emparée de ce petit pays fragile.

Philippe Loiseau (ENF), par écrit. – Ce rapport tend à faire entrer en vigueur l'accord de stabilisation et d'association entre l'UE, la Communauté européenne de l'énergie atomique et le Kosovo. Prônant un dialogue politique renforcé, des relations commerciales plus étroites et une coopération accrue, il entérine davantage, de ce fait, la voie de l'intégration européenne du Kosovo, voire son processus d'adhésion à l'UE. Il préconise par exemple la libéralisation du régime des visas en faveur des citoyens kosovars.

Qui plus est, un tel texte porte gravement atteinte à la souveraineté des États membres de l'Union qui, pour certains, n'ont pas encore reconnu la République du Kosovo, une création étatique très discutée d'un point de vue de droit international. Enfin, ce processus d'adhésion conférerait implicitement un blanc-seing aux nombreuses exactions ségrégationnistes commises par les partis au pouvoir à Pristina envers les non-Albanais.

Eu égard à ces éléments importants et à mon opposition globale à la politique de l'élargissement de l'Union européenne, j'ai voté contre ce texte.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – El Acuerdo de Estabilización y Asociación entre la UE y la autoproclamada República de Kosovo establece relaciones contractuales entre las partes en materia de diálogo político y relaciones comerciales. A pesar de que cinco Estados miembros de la UE no han reconocido a Kosovo, esta región es oficialmente considerada como potencial candidata a entrar en la Unión Europea desde que el Consejo Europeo le atribuyó una «perspectiva europea» en el año 2003. Este Acuerdo de Estabilización y Asociación UE-Kosovo, que entraría en vigor al concluirse el procedimiento de ratificación, está considerado como un significativo paso formal hacia la adhesión de Kosovo a la UE.

Ahora bien, he votado en contra de la propuesta de aprobación de este Acuerdo, puesto que con este Acuerdo la UE reconoce de forma implícita a Kosovo como Estado, así como su unilateral declaración de independencia, en violación de la Resolución 1244/1999 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas.

Resulta intolerable que desde el Parlamento Europeo se pretenda presionar a los Estados miembros, entre ellos España, que no reconocen a Kosovo, lo que constituye una injerencia política en competencias de los Estados. Además, este Acuerdo supone la creación de una zona de libre comercio, que también rechazo.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Das Assoziierungsabkommen beinhaltet in erster Linie die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Deshalb begrüßen wir das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo, lehnen innerhalb der derzeitigen EU eine Vollmitgliedschaft des Kosovo jedoch ab. Aus den genannten Gründen habe ich für die Empfehlung gestimmt.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. S Kosovem existuje již prakticky obchod bez cel. Neměla by se ale uzavírat dohoda o přidružení, když ne všechny země EU Kosovo uznávají jako stát.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju (SAA) između EU-a i Kosova formira okvir za slobodno tržište, te se bavi pitanjima vezanim uz zajedničku politiku, ekonomske ciljeve te regionalnu kooperaciju. Nadalje, Sporazum pruža Kosovu jedan od vitalnih koraka naprijed prema pridruživanju Europskoj uniji.

Sporazum pokriva veliki spektar od demokratskih principa i ljudskih prava do kooperacije u sektorima poput školovanja, energije, okoliša i pravnih pitanja. SAA također promovira pravnu državu i demokratske vrijednosti Europske Unije. Nadalje, SAA je bitan korak prema formalnom pristupnom procesu kao i ključni dokument u procesu stabilizacije i pridruživanja Kosova. Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju je temelj prava i obveza za implementaciju i institucionalizaciju potrebnih reformi.

Podržala sam Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju između EU-a i Kosova, budući da Sporazum omogućava prostor za razvijanje demokratskih principa i ključnih elemenata europskoga jedinstvenoga tržišta. Sporazum je prilika za dodatno poticanje potrebnih reformi na Kosovu kako bi se osigurala demokratske institucije i vrijednosti, te da bi postalo konkurentno tržište kako u regiji tako i u EU-u. Zaključno, Sporazum je bitan korak Kosova prema pristupanju EU-u i boljoj regionalnoj kooperaciji.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφώς*. – Διαφωνώ κάθετα με την ανεξαρτητοποίηση του Κοσσυφοπεδίου διότι θα οδηγήσει σε αποσταθεροποίηση των Βαλκανίων. Επιλέγω συνεπώς να καταψηφίσω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της Συμφωνίας Σταθεροποίησης και Σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ευρωπαϊκής Κοινότητας Ατομικής Ενέργειας, αφενός και του Κοσσυφοπεδίου, αφετέρου, διότι μέσω αυτής προωθείται η αναγνώριση του Κοσσυφοπεδίου ως ανεξάρτητου κράτους.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cet accord. Cet accord met en place des relations contractuelles pour un dialogue politique renforcé, une intégration commerciale plus étroite et de nouvelles formes de coopération avec le Kosovo. Il est important de mentionner que cet accord inclut la libération rapide du régime des visas en faveur des citoyens kosovars et l'obligation, pour les États membres qui ne l'ont pas encore fait, de reconnaître la République du Kosovo comme un État indépendant. Il s'agit en fait d'une première étape officielle sur la voie de l'intégration du Kosovo à l'UE.

Nous nous opposons fermement à cette ouverture de l'UE vers l'Est, en particulier vers un pays que certains États membres ne reconnaissent même pas!

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome this agreement: it is a key document in the stabilisation and association process. It sets out rights and obligations and provides a powerful incentive for the implementation and institutionalisation of reforms. The SAA will create opportunities for investment, growth and business development while strengthening, at the same time, good governance through the application of European standards and approximation to EU laws, including in the framework of the establishment of the free trade area. Furthermore, it creates opportunities for enhancing contacts between people and experts in sectors such as education, environment, culture and the combatting of crime and trafficking, and it foresees a further strengthening of relations and cooperation with neighbouring countries, thus contributing to stability in the region.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – A favore della raccomandazione concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione, a nome dell'Unione, dell'accordo di stabilizzazione e di associazione tra l'Unione europea e la Comunità europea dell'energia atomica, da una parte, e il Kosovo, dall'altra. L'accordo di stabilizzazione e di associazione (ASA) UE-Kosovo è un documento fondamentale nel processo di stabilizzazione e di associazione. È un primo passo importante verso il processo formale di adesione all'UE e il percorso di integrazione europea della Repubblica del Kosovo. Stabilisce una più stretta integrazione commerciale e nuove forme di cooperazione, tra i quali il rispetto e il rafforzamento dei principi democratici e dei diritti umani.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – L'accordo di stabilizzazione e di associazione tra l'UE e il Kosovo rappresenta un passo importante per avvicinare il Kosovo all'UE. Auspico che questo accordo non porti solo una maggiore stabilità del nostro vicino balcanico, ma anche relazioni commerciali più strette.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – El Acuerdo de Estabilización y Asociación entre la Unión Europea y Kosovo supone un espaldarazo al proceso de integración de Kosovo en Europa, ya que será el eje sobre el que se reforzará la asociación política e integración económica entre la UE y Kosovo.

Mi apoyo, por tanto, a la propuesta, que ayudará a institucionalizar el proceso de reforma y, además, ofrece nuevas posibilidades a Kosovo para fortalecer las relaciones con la UE, contribuyendo a la estabilización de toda la región.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Kosovo wurde durch eine künstliche Besiedlung albanisch. Solange der serbischen Minderheit im Norden des Landes keine weitgehende Autonomie zugestanden wird, kann eine Integration des Kosovo nicht unterstützt werden. Ich stimme daher gegen diesen Bericht.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport donne son approbation à la conclusion de l'accord «de stabilisation et d'association» avec le Kosovo, dernière étape de création d'un espace de libre-échange à travers tous les Balkans occidentaux. Ces accords sont des annexions économique qui mettent tous les pays du voisinage sous le choc d'ajustements structurels et amplifient dans le même temps le mouvement de dumping social et fiscal dans l'Union. Pour ces raisons, je suis opposé à tout nouvel élargissement de l'UE, objectif final, affiché ou rêvé, de ces accords. Et enfin, il s'agit ici d'un accord avec un territoire qui n'est pas reconnu internationalement comme un État, y compris par cinq États membres de l'Union. Pour toutes ces raisons, je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Associer le Kosovo à l'UE constitue une étape décisive vers l'adhésion de ce pays des Balkans à l'Union européenne. Or, avec mes collègues du Front National, nous sommes opposés à tout nouvel élargissement de cette Europe déjà tentaculaire. En outre, s'associer au Kosovo reviendrait à cautionner la gouvernance trouble de ce pays, noyauté par la communauté albanaise. J'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de decisão do Conselho relativa à celebração, em nome da União Europeia, do Acordo de Estabilização e de Associação entre a União Europeia da Energia Atómica, por um lado, e o Kosovo, por outro.

O Kosovo beneficia de um regime de preferências comerciais com a UE desde o ano 2000. As políticas de cooperação entre a UE e o Kosovo, sobretudo a económica e comercial devem continuar para que este país possa continuar as suas reformas.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this agreement which promotes more political dialogue, as well as a deeper trade relationship, and more generally, closer cooperation between Kosovo and the European Union.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Nous nous félicitons de l'approbation du Parlement européen à la signature de l'accord de stabilisation et d'association UE-Kosovo, marquant ainsi le renforcement des relations entre l'UE et le Kosovo. Avec la mise en place de l'espace nécessaire à un dialogue politique renforcé et une intégration commerciale plus étroite, l'accord constitue une pierre angulaire à la reconstruction du Kosovo. En effet, cet accord vise non seulement à encourager la mise en œuvre des réformes nécessaires à la stabilité dans le pays mais constitue également une étape cruciale vers une coopération efficace entre Bruxelles et Pristina.

La fonction clé de l'accord en ce qui concerne le renforcement des relations UE-Kosovo est à souligner. En effet, le cadre de coopération prévoit toute une série de mesures amenant au rapprochement législatif entre l'UE et le Kosovo par la mise en place de dispositions destinées à promouvoir l'application des normes européennes dans certains domaines, et en vue de l'instauration d'une zone de libre-échange. Enfin, nous soutenons cet accord qui encourage les perspectives de croissance du pays mais aussi les échanges économiques entre les EM et le Kosovo, lançant ainsi un signal positif aux citoyens kosovars.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Jednou zo základných zásad rímskeho práva, ktoré aj dnes považujeme za takmer dokonalé, patrí zásada: „pacta sunt servanda“ - „dohody treba dodržiavať“. Táto zásada platí bez výnimky v súkromnom aj medzinárodnom práve a ak sa nedodržiava, nie je možné dosiahnuť stabilné vzťahy. V roku 1975 bola v Helsinkách na Konferencii o bezpečnosti a spolupráci v Európe prijatá deklarácia, ktorej súčasťou je zásada neporušiteľnosti hraníc. Neporušiteľnosť hraníc znamená, že hranice nie je možné meniť ani v dôsledku vzniku nového štátu. Kosovo v roku 2008 jednostranným aktom vyhlásilo nezávislosť, čím porušilo medzinárodné právo a územnú celistvosť Srbska. Z týchto právnych dôvodov Slovensko a ďalšie štyri členské štáty Európskej únie neuznali nezávislosť Kosova a ja tento postoj bezvýhradne podporujem. Z tohto dôvodu nesúhlasím ani s uzavretím Dohody o pridružení medzi Európskou úniou a Kosovom.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács határozattervezetet nyújtott be az EU és Koszovó közötti, 2015. október 27-én aláírt stabilizációs és társulási megállapodás ratifikálására. A határozat elfogadásához a Parlament egyetértésére van szükség.

A megállapodás jogokat és kötelezettségeket határoz meg, és erős ösztönzőket biztosít a reformok végrehajtására és intézményesítésére. Fokozott politikai párbeszédet, szorosabb kereskedelmi integrációt és az együttműködés új formáit biztosítja. Kiterjed a demokratikus elvek és az emberi jogok tiszteletben tartására és megerősítésére, illetve különböző ágazati együttműködési keretek létrehozására. Olyan rendelkezéseket is tartalmaz, amelyek célja az európai normák előmozdítása például a verseny, a közbeszerzések, a szellemi tulajdon és a fogyasztóvédelem területén, továbbá szabadkereskedelmi övezet létrehozására törekszik. Befektetési, növekedési és üzleti fejlesztési lehetőségeket teremt, és ezzel egyidejűleg meg fogja erősíteni a jó kormányzást az európai normák és az uniós jogszabályokhoz való közelítés révén. A Külügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a megállapodás ratifikálásával. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport Lunacek sur l'accord de stabilisation de d'association UE-Kosovo a été négocié d'octobre 2013 à mai 2014, et a été signé le 27 octobre 2015. Cet accord met en place des relations contractuelles qui prévoient un dialogue politique renforcé, une intégration commerciale plus étroite et de nouvelles formes de coopération.

L'accord constitue une première étape officielle très importante sur le processus d'adhésion du Kosovo à l'UE. Un des points clefs de cet accord est la libération rapide du régime des visas en faveur des citoyens kosovars et la reconnaissance du Kosovo par tous les États membres.

La politique balkanique de l'UE s'étant soldée par les des crimes contre les populations serbes, permettre l'adhésion du Kosovo donnerait encore plus de pouvoir à la mafia albanaise qui est la seule structure organisée sur ce territoire. De plus, forcer les États membres à reconnaître le Kosovo comme un État souverain est une atteinte au droit souverain. Nous nous opposons donc vigoureusement à ce rapport.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Estabilização e de Associação entre a UE e o Kosovo prevê um fortalecimento do diálogo político, uma maior integração comercial e novos métodos de cooperação em vários setores, nomeadamente o respeito dos princípios democráticos e dos direitos humanos, a educação, a energia, o ambiente, a justiça e os assuntos internos.

Estão também abrangidas disposições para a promoção das normas europeias em domínios como a concorrência, os contratos públicos, a propriedade intelectual e a proteção do consumidor, e tem por objetivo a criação de uma zona de comércio livre.

Defendo que o aprofundamento das relações entre a República do Kosovo e a União Europeia e a celebração do Acordo de Estabilização e de Associação são a primeira etapa formal de grande importância para o processo de adesão à UE e o percurso de integração europeia da República do Kosovo.

Por ser a favor da celebração do AEA, o presente relatório tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La politique d'élargissement de l'Union européenne a déjà été une faute politique lourde. Sa politique balkanique s'est soldée par des crimes à l'encontre des populations serbes. Faciliter l'adhésion du Kosovo équivaudrait politiquement à donner une prime à la mafia albanaise qui constitue l'institution la plus fiable du «pays». De surcroît, s'ingérer dans les affaires intérieures d'États souverains qui n'entendent pas reconnaître l'affront que la création du Kosovo a été aux yeux du droit international ou qui n'entendent pas voir ce dangereux précédent se retourner contre eux (comme en Espagne particulièrement) est une atteinte portée par le Parlement européen à la souveraineté des États. Elle devrait constituer à elle seule un motif de refus.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif aux relations entre l'UE et le Kosovo. Il s'agissait d'approuver la proposition du Conseil portant sur l'accord de stabilisation et d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique, d'une part, et le Kosovo, d'autre part.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – La recommandation contient la décision du Parlement européen, nécessaire dans le cadre de la procédure d'approbation (ratification) de l'accord de stabilisation et d'association (ASA) entre l'Union européenne et le Kosovo. Après avoir reçu l'approbation du Parlement européen, l'ASA devrait entrer en vigueur au cours du premier semestre de l'année prochaine. Une fois entré en vigueur, l'ASA établira une relation contractuelle qui entraîne des droits et des obligations mutuels et qui porte sur un grand nombre de secteurs.

L'ASA met l'accent sur le respect de principes démocratiques essentiels et d'éléments fondamentaux qui sont au cœur du marché unique de l'Union. Il mettra en place un espace permettant le libre-échange et l'application des normes européennes dans d'autres domaines, tels que la concurrence, les aides d'État et la propriété intellectuelle. Il contribuera également à la mise en œuvre de réformes grâce auxquelles le Kosovo pourra adopter les normes européennes. D'autres dispositions portent sur le dialogue politique, la coopération dans un grand nombre de secteurs, allant de l'éducation et l'emploi à l'énergie et à l'environnement, en passant par la justice et les affaires intérieures.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Ne pouvant être présent aux votes qui se sont tenus le jeudi 21 janvier, je tiens à faire part de mon soutien au rapport relatif à l'accord de stabilisation et d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique d'une part, et le Kosovo, d'autre part, qui permettra notamment une meilleure collaboration dans les domaines de la justice, des affaires intérieures, de l'environnement, de l'emploi et de l'énergie.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Ahhoz, hogy jó kapcsolatokat ápoljunk a körülöttünk található országokkal, amelyek bizonyos esetekben új szövetségeket is jelenthetnek, kiváló lehetőséget kínálnak a velük kötött megállapodások. Úgy gondolom, hogy az ilyen egyezségek az Európai Unió javát szolgálják, és megfelelő alapokat teremtenek a különböző területeken való együttműködésre. Ebből kifolyólag támogatom a Koszovói Köztársasággal való stabilizációs és társulási megállapodás megkötését is. Ez a szerződés majd segíti a fokozott politikai párbeszéd, kereskedelmi integráció és demokratikus elvek előmozdítását, valamint olyan területeken biztosítja az együttműködés lehetőségét, mint az oktatás, energia vagy környezetvédelem.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement was instated in July 2014. I voted for this report that will provide enhanced political dialogue, closer trade integration and new forms of cooperation.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat împotriva acestei recomandări a Parlamentului European, deoarece consider că aceasta nu exprimă realitatea din cadrul UE, întrucât o parte dintre statele membre așteaptă încă o soluție și o poziție oficială și definitivă din partea Serbiei. În acest context, nu pot considera că poziția exprimată în cadrul acestei recomandări este una unanimă și exprimă poziția întregii Uniuni Europene.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen. Solange der serbischen Minderheit im Norden des Landes keine weitgehende Autonomie zugestanden wird, kann eine Integration des Kosovo aus meiner Sicht nicht unterstützt werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Lepingu eesmärk on süvendada ELi ja Kosovo vahelisi majandus- ja kaubandussuhteid.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the further expansion of the EU, or the development of EU foreign relations or a foreign policy. The signing of this agreement represents developments in all these areas. As such we voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – L'accordo di stabilizzazione e di associazione a mio parere può generare un'ampia opportunità di scambi e investimenti. Inoltre esso, potrà creare una cooperazione in un'ampia gamma di settori, che spaziano dall'istruzione all'occupazione e all'energia, dall'ambiente alla giustizia e agli affari interni. Per tali ragioni, voterei a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Smatram kako je suradnja Europske unije i Kosova od iznimne važnosti, ne samo za spomenute države, već i za one okolne koje još nisu pristupile pregovorima za ulazak u Europsku uniju. Podržavam ovaj prijedlog jer potiče otvaranje novih tržišta, a samim time pružaju se mnogobrojne mogućnosti u otvaranju prijeko potrebnih radnih mjesta, te se doprinosi ostvarenju ili unapređenju već postojećih dobrosusjedskih odnosa. Isto tako ovaj sporazum može pomoći u stabilizaciji odnosa Kosova i Srbije što bi mogao biti važan korak u daljem razvoju. Smatram kako je cilj ovog prijedloga pozitivno utjecati, tj. poticati pozitivne promjene i u svakodnevnom životima građana Kosova, čime bi im se otvorile mogućnosti korištenja programa Europske unije. Također jedna od bitnih promjena koje će olakšati građanima Kosova kretanje kroz Europsku uniju jest ukidanje vize. Prihvatanjem ovog prijedloga bio bi učinjen vrlo važan korak u ostvarenju integracije Republike Kosovo u Europsku Uniju čime bi se otvorila suradnja u mnogim područjima, te bi se Republiku Kosovo integriralo u razne programe Europske unije, kako bi joj se pomoglo na gospodarskom planu.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Iznimno mi je drago da je Kosovo potpisalo Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju u studenom prošle godine nakon nepune godine dana pregovora. Nadam se da će Europski parlament sutrašnjim glasanjem dati suglasnost sklapanju ovog sporazuma čime će njegova provedba moći službeno započeti. Svojevrsta je to nagrada predanosti Kosova punopravnom članstvu i europskoj budućnosti. Istodobno, ovime je završen proces uspostave ugovornih odnosa sa zemljama Zapadnog Balkana.

Ovaj sporazum je važan korak za EU-ov pristupni proces i europski integracijski put Kosova. On može stvoriti prilike za investicije, rast i financijski razvoj kroz primjenu europskih standarda i približavanje zakonima EU-a. No, daljnji napredak će ovisiti o predanosti i konstruktivnoj suradnji svih političkih dionika, što sada nije slučaj. Još jednom se, nažalost, ostvaruje „regionalni” problem sudjelovanja oporbe u Parlamentu. Potreban je nastavak mjera za borbe protiv terorizma i radikalizacije smanjenja broja ilegalnih migranta i tražitelja azila u EU-u, ali i rad na smanjenju visoke stope nezaposlenosti kao ključnog preduvjeta za uspjeh ovih mjera.

Nadam se da će Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju, kao prvi ugovor Kosova i EU-a, poslužiti kao poticaj brojnim institucionalnim i zakonodavnim reformama koje Kosovo mora usvojiti i implementirati te da će na tom putu najmlađa europska država dobiti ujedinjenu europsku podršku.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Veza između Europske unije i Kosova je snažna te dvije strane dijele podjednake vrijednosti i jednako su željne još više ojačati svoj odnos uspostavom bliskog i trajnog odnosa koji se temelji na zajedničkim interesima te uzajamnosti. Takva suradnja Kosovu dodatno omogućuje da osnaži te proširi svoje odnose s Europskom unijom. Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju između EU-a i Kosova uspostavlja odnos koji osigurava povećani politički dijalog, jaču trgovinsku integraciju te nove oblike suradnje. Važno je istaknuti da Sporazum isto tako stvara velik broj prilika za investicije, rast, te razvoj biznisa, a istovremeno i uspostavlja dobru vladavinu primjenjivanjem europskih standarda i približavanju europskim zakonima, uključujući i okvir za osnivanje zone slobodne trgovine. Nadalje, važno je naglasiti činjenicu da Sporazum kreira prilike za povećanje kontakata između ljudi i eksperta u sektorima kao što su edukacija, kultura, okoliš te suzbijanje kriminala i krijumčarenja. Iz svih navedenih razloga podržavam zastupnika Ulrikea Lunaceka i njegov prijedlog odluke Vijeća o sklapanju u ime Europske unije Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanje između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju, s jedne strane, i Kosova s druge strane.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jsem přesvědčen, že posílení politického dialogu i užší obchodní integrace pomůžou Kosovu v přístupu k zavádění a provádění nezbytných reforem a vytvoří příznivější prostředí pro rozvoj podnikání i správy věcí veřejných. Ze stabilizace a rozvoje Kosova bude mít potom prospěch i Evropská unie. Souhlas Evropského parlamentu umožní vstoupit v platnost dohoda o stabilizaci a přidružení, která byla již oběma stranami, tedy zástupci Evropské unie i Kosova, podepsána. Mohou se tak začít rozvíjet smluvní vztahy a uplatňovat opatření, která tato dohoda obsahuje. Jde především o dodržování a posilování zásad demokracie a lidských práv, spolupráce v boji proti trestné činnosti, odborná spolupráce v oblastech, jako je energetika, životní prostředí, vzdělávání nebo kultura. Myslím si, že uznání Republiky Kosovo i zbylými pěti členskými státy by velmi napomohlo ve věci normalizace vztahů Příštiny a Bělehradu. Mělo by být v našem zájmu, aby byl celý region co nejvíce stabilizován.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'accordo di stabilizzazione e di associazione (ASA) stabilisce rapporti contrattuali che prevedono un dialogo politico rafforzato, una più stretta integrazione commerciale e nuove forme di cooperazione. Esso copre numerosi ambiti, come l'istruzione, l'energia, l'ambiente, la giustizia e gli affari interni.

L'Assemblea nazionale della Repubblica del Kosovo ha ratificato l'accordo di stabilizzazione e di associazione in tempi brevi, il 2 novembre 2015. La conclusione della procedura di approvazione in corso al Parlamento europeo permetterà l'entrata in vigore dell'ASA.

Il Parlamento europeo incoraggia i rimanenti cinque Stati membri a procedere con il riconoscimento della Repubblica del Kosovo, ritenendo che ciò faciliterebbe ulteriormente la normalizzazione dei rapporti tra Belgrado e Pristina.

Ho votato a favore di questa raccomandazione che per la Repubblica del Kosovo rappresenta un primo passo molto importante verso il processo formale di adesione all'UE e il percorso di integrazione europea.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – No ano 2000, a União Europeia (UE) lançou uma política relativa aos países dos Balcãs Ocidentais que, por via de Acordos de Estabilização e Associação (AEA), põe em marcha incentivos em matéria de comércio livre. As obrigações assumidas pelas partes constituem, por um lado, um poderoso incentivo para a execução e a institucionalização de reformas conformes com os valores da UE e, por outro, um passo na integração europeia da República do Kosovo, que reforça as perspetivas de paz e prosperidade nos Balcãs e na sua vizinhança.

O AEA proposto estabelece o mesmo regime de preferências comerciais que tem vigorado desde 2000 e que prevê um acesso sem direitos nem contingentes ao mercado da UE (salvo para alguns produtos agrícolas e piscícolas). Cumpre registar que a Comissão do Comércio Internacional do Parlamento Europeu deu parecer favorável à proposta de decisão do Conselho que contempla as disposições relativas a tais matérias económicas e comerciais e que, por último, a Comissão dos Assuntos Externos aprova a mesma na presente recomendação.

Levando em conta o parecer da relatora e sensível ao espírito desta relação contratual que, por via da integração comercial, favorece o diálogo político e reforça a cooperação, apoiei o relatório supramencionado.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the further expansion of the EU, or the development of EU foreign relations or a foreign policy. The signing of this agreement represents developments in all these areas. As such we voted against.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Estabilização e de Associação entre a UE e o Kosovo, assinado em 27 de outubro de 2015, estabelece relações contratuais que preveem um reforço do diálogo político, uma maior integração comercial e novas formas de cooperação.

Este relatório, que aprovei favoravelmente, tem como objetivo a criação de uma zona de comércio livre, define os direitos e as obrigações, constitui um incentivo poderoso para a execução e a institucionalização de reformas e cria oportunidades de investimento, crescimento e desenvolvimento empresarial.

Abrange vários setores, incluindo o respeito e o reforço dos princípios democráticos e dos direitos humanos, a definição de um quadro para a cooperação em setores como a educação, a energia, o ambiente, a justiça e os assuntos internos e inclui disposições destinadas a promover as normas europeias em domínios como a concorrência, os contratos públicos, a propriedade intelectual e a proteção do consumidor.

Face ao exposto, votei favoravelmente o presente relatório.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour l'accord de stabilisation et d'association entre l'Union européenne et le Kosovo qui constitue une étape majeure dans les relations entre ce pays et l'UE. Cet accord contractuel, qui entraîne des droits et des obligations mutuels dans un grand nombre de secteurs, devrait encourager le Kosovo à faire les réformes nécessaires, devrait favoriser ses relations commerciales et un dialogue politique avec l'UE et permettre une coopération plus étroite dans de nombreux domaines tels que l'énergie, l'environnement, la justice et les affaires intérieures.

L'accord met également l'accent sur le respect des principes démocratiques essentiels et des principes fondamentaux du marché unique de l'Union.

Enfin, je pense que cet accord contribuera à mettre le Kosovo sur la voie de la stabilité, de la croissance économique durable et de la création d'emplois nécessaire au pays.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este acordo prevê um reforço do diálogo político, uma maior integração comercial e novas formas de cooperação. Abrange vários sectores, incluindo o respeito e o reforço dos princípios democráticos e dos direitos humanos, a definição de um quadro para a cooperação em sectores como a educação, a energia, o ambiente, a justiça e os assuntos internos.

Inclui também disposições destinadas a promover as normas europeias em domínios como a concorrência, os contratos públicos, a propriedade intelectual e a proteção do consumidor. Este acordo de estabilização e associação é um primeiro passo formal de grande importância para o processo de adesão à UE e o percurso de integração europeia da República do Kosovo.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo de Estabilización y Asociación (AEA) entre la UE y Kosovo se negoció entre octubre de 2013 y mayo de 2014 y se rubricó en julio de 2014. En octubre de 2015 el Consejo acordó su firma para el 27 de ese mes. La Asamblea kosovar lo ratificó el 2 de noviembre de 2015.

Desde que se produjo la declaración unilateral de independencia de Kosovo en 2008, España ha mantenido la misma postura, defendiendo los principios de integridad territorial de los Estados y de respeto del Estado de Derecho, principios en los que se fundamenta también la Unión Europea. Ejerciendo la discrecionalidad que permite el Derecho internacional, el Gobierno de España no reconoció la declaración unilateral de independencia, considerándola contraria al Derecho internacional, ya que vulnera los principios de soberanía e integridad territorial reconocidos a Serbia y garantizados por el Acta final de Helsinki.

En coherencia con la posición del Estado español y en aras de una actitud constructiva para no bloquear un acuerdo que introducirá medidas que beneficiarán a la población kosovar, he decidido abstenerme en la votación.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Cette recommandation comprend la décision du Parlement européen, nécessaire dans le cadre de la procédure de ratification de l'accord de stabilisation et d'association (ASA) entre l'Union européenne et le Kosovo. Après réception de l'approbation du Parlement européen, la procédure veut que l'ASA entre en vigueur au cours du premier semestre de l'année prochaine.

Une fois entré en vigueur, l'ASA établira une relation contractuelle qui entraîne des droits et des obligations mutuels et qui porte sur un grand nombre de secteurs. L'ASA met l'accent sur le respect de principes démocratiques essentiels et d'éléments fondamentaux qui sont au cœur du marché unique de l'Union. Il mettra en place un espace permettant le libre-échange et l'application des normes européennes dans d'autres domaines, tels que la concurrence, les aides d'État et la propriété intellectuelle. Il contribuera également à la mise en œuvre de réformes grâce auxquelles le Kosovo pourra adopter les normes européennes.

D'autres dispositions portent bien sûr aussi sur le dialogue politique, la coopération dans un grand nombre de secteurs, allant de l'éducation et l'emploi à l'énergie et à l'environnement, en passant par la justice et les affaires intérieures.

Bronis Ropé (Verts/ALE), *raštu*. – Kaip žinia, ES plėtra ir ją imituojantis procesas – Asociacijos ir stabilizacijos susitarimai yra vienas iš pagrindinių ir be didelių abejonių – pats sėkmingiausias Europos Sąjungos išorės politikos instrumentas. Asociacijos susitarimas su Kosovu irgi buvo kuriamas panašiu tikslu – mainais į stabilumą ir visų Kosovo politinių jėgų įsipareigojimą taikai ES pasiūlė pagalbos priemonių paketą, kurios ilgainiui galėtų atvesti į narysę.

ES savo tikslą pasiekė iš dalies – Kosovas, net ir nepripažintas kai kurių valstybių narių, yra demokratiškas ir stabilus. Dar liko užtikrinti, kad jis taptų turtingu. Tačiau šioje vietoje pagrindinė užduotis tenka patiems kosoviečiams – jie valdo savo kraštą. ES gali suteikti tik reikalingą ekspertinę paramą.

Balsuoju už šį pasiūlymą ir kartu raginu Komisiją atidžiai prižiūrėti kaip šis susitarimas įgyvendinamas. ES pirminis tikslas – Kosovo stabilumas jau pasiektas. Tačiau mes dar turime padėti patiems kosoviečiams pasiekti, kad Kosovas taptų turtingu ir gerai valdomu. Ir šiame kelyje negalime eiti į kompromisus.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Estabilização e de Associação entre a UE e o Kosovo (AEA) foi negociado entre outubro de 2013 e maio de 2014 e assinado a 27 de outubro, em Estrasburgo.

Este acordo prevê um reforço das relações contratuais e do diálogo político entre a União europeia e o Kosovo, uma maior integração comercial e novas formas de cooperação, que abarcam diversos sectores, desde a educação, à energia, passando pela preservação do ambiente, a justiça e os assuntos internos.

Da proposta resulta ainda a introdução de disposições tendentes a promover as normas europeias em domínios como a concorrência, os contratos públicos, a propriedade intelectual e a proteção do consumidor, tendo ainda por objetivo a criação de uma zona de comércio livre.

Apoio este Acordo, que considero constituir um passo fundamental para o processo de adesão do Kosovo à UE num quadro mais amplo de adesão dos restantes países dos Balcãs. Face ao exposto supra, votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'approbation de l'accord de stabilisation et d'association UE-Kosovo. Ce vote ouvre la voie à l'approfondissement des relations entre l'UE et le Kosovo. Il s'agit de construire un véritable dialogue politique et de s'engager vers une plus grande intégration économique. Cet accord prévoit en effet des dispositions pour promouvoir les normes européennes dans des domaines essentiels tels que les marchés publics, la protection des consommateurs ou encore la concurrence. L'objectif final est donc la mise en place d'une zone de libre-échange. Plus que les aspects commerciaux et économiques, la signature d'un tel accord permet d'élargir les domaines de coopération entre l'UE et le Kosovo à la justice, l'énergie ou encore l'environnement.

L'approbation par le Parlement de la signature de cet accord envoie un message fort au Kosovo de soutien de l'UE sur la voie des réformes, essentielles à la stabilisation du pays. L'accord doit maintenant entrer en vigueur afin de concrétiser toutes ces dispositions.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Il Palamento europeo è stato chiamato a ratificare l'accordo col Kosovo che stabilisce rapporti contrattuali che prevedono un dialogo politico rafforzato, una più stretta integrazione commerciale e nuove forme di cooperazione. In particolare l'accordo promuove il rispetto e il rafforzamento dei principi democratici e dei diritti umani e comprende anche disposizioni volte a promuovere le norme europee in settori quali la concorrenza, gli appalti, la proprietà intellettuale e la tutela dei consumatori e mira a creare una zona di libero scambio. È importante stabilire, mantenere e migliorare i rapporti tra l'Unione europea e i paesi del vicinato sia per l'opportunità economica che essi rappresentano, sia per il contributo che danno alla stabilizzazione e al controllo di aree così strategiche.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación por cuanto, si bien la Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el Derecho internacional ni la Resolución 1244/1999 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas y que el proceso de estatalización de Kosovo es irreversible, el dictamen tampoco implica que la antigua provincia tenga derecho fundado a ser reconocida por terceros. La situación de Kosovo tiene un complejo sustrato político y por ello tiene que ser abordada y resuelta políticamente, mediante un acuerdo que en cualquier caso integre a Serbia, que neutralice a los nacionalismos serbio y kosovar, que suponen una amenaza interna permanente para la paz, que salvaguarde los derechos de las minorías étnicas en la zona y que garantice a medio plazo la salida de potencias militares extranjeras de la zona. Por ello, el Acuerdo de Estabilización y Asociación que propone referendar el Consejo y que se orienta principalmente a la «profundización de las relaciones económicas y comerciales» resulta prematuro y yerra en la priorización de acciones conducentes a una real y duradera estabilización de la zona.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El Acuerdo de Estabilización y Asociación entre la UE y Kosovo establece relaciones contractuales entre las partes en materia de diálogo político y relaciones comerciales. Kosovo está oficialmente considerado como candidato potencial a la adhesión a la Unión Europea desde que el Consejo Europeo le atribuyó una «perspectiva europea» en el año 2003. Este Acuerdo de Estabilización y Asociación UE-Kosovo, que entraría en vigor al concluirse el procedimiento de ratificación, está considerado como un significativo paso formal hacia la adhesión de Kosovo a la UE.

Sin embargo, he votado en contra puesto que me opongo sistemáticamente a este tipo de acuerdos que no benefician a las poblaciones de los países involucrados y solo reproducen una relación colonial entre un centro rico y poderoso y una periferia empobrecida y obediente. Así, entre los principales objetivos de este Acuerdo está la creación de una zona de libre comercio así como incrementar la política «injerencista» de la UE a través del eufemismo de la «estabilización», cuestiones que rechazo frontalmente.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con la raccomandazione votata oggi, il Parlamento europeo dà la sua approvazione alla conclusione dell'accordo di stabilizzazione e di associazione (ASA) tra l'UE e il Kosovo. Il Kosovo, dopo la dichiarazione di indipendenza dalla Serbia del febbraio 2008, ha attuato una serie di riforme economiche e politiche per poter soddisfare i criteri di adesione all'Unione europea. Grazie a questo accordo, che mira a rafforzare il dialogo politico e a stringere nuove forme di cooperazione e commercio, il Kosovo godrà di numerosi vantaggi a livello economico e sociale, rafforzando al tempo stesso la buona governance attraverso l'applicazione di norme europee e il ravvicinamento alle legislazioni dell'UE. Ho votato pertanto a favore della raccomandazione, poiché ritengo che l'integrazione europea di questo paese darà un notevole contributo alla stabilità della regione balcanica, a vantaggio della sicurezza e della prosperità dell'Europa.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in support of this agreement today because I believe that the Stabilisation and Association Agreement between the European Union and Kosovo is an incredibly important first formal step towards the accession process and integration path for the Republic of Kosovo. This agreement creates a lot of conditionality pressures for the Republic and gives the institutional structures an incentive to implement and institutionalise these reforms.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Dohoda o stabilizácii a pridružení s Kosovom je posledná z dohôd, ktoré sa majú uzatvoriť s krajinami západného Balkánu. Kosovo využíva výhody preferenčného obchodného režimu s EÚ od roku 2000 s prístupom na európsky trh bez cla a kvót s výnimkou niektorých poľnohospodárskych produktov a produktov rybolovu. Tieto opatrenia sú v súčasnosti stanovené v nariadení Rady, ktorého platnosť uplynula 31. 12. 2015. Navrhovaná dohoda v podstate stanovuje ten istý režim – zaručuje neobmedzený prístup pre priemyselné produkty a väčšinu poľnohospodárskych produktov (s výnimkou živých hovädzích zvierat a mäsa z nich, cukrových produktov, niektorých vínnych produktov, produktov z mäsa z mladého hovädzieho dobytku a niektorých produktov rybolovu). Dohoda o stabilizácii a pridružení medzi EÚ a Kosovom je prvým formálnym krokom smerujúcim k procesu pristúpenia Kosovskej republiky k EÚ a jej európskej integrácii. Vzhľadom na to, že Slovensko patrí medzi päť štátov EÚ, ktoré Kosovskú republiku neuznali, nehlasovala som za uvedenú dohodu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Pogajanja o Stabilizacijsko-pridružitvenemu sporazumu med EU in Kosovom so se zaključila julija 2014. Nacionalna skupščina Republike Kosovo pa je nato 2. 11. 2014 sporazum tudi ratificirala.

Omenjeni sporazum vzpostavlja pogodbene odnose, ki zagotavljajo boljši politični dialog, tesnejše trgovinsko povezovanje in nove oblike sodelovanja med EU in Kosovom. Zajema več sektorjev, vključno s spoštovanjem in krepitevijo demokratičnih načel ter človekovih pravic. Prav tako vsebuje določbe, ki spodbujajo evropske standarde na področjih, kot so konkurenca, javna naročila, intelektualna lastnina in varstvo potrošnikov. Sporazum določa pravice in obveznosti ter daje močno spodbudo za izvajanje in institucionalizacijo reform.

Priporočilo poziva k odobritvi sklenitve sporazuma, ki je osrednji dokument v postopku stabilizacije in pridružitve Kosova. Stabilizacijsko-pridružitveni sporazum bo ustvaril priložnosti za naložbe, rast, razvoj podjetij in krepitev, obenem pa zagotovil tudi dobro upravljanje z uporabo evropskih standardov in približevanjem zakonodaji EU.

Sporazum pa naj bi med drugim prav tako odpiral možnosti za krepitev stikov s strokovnjaki v pomembnih sektorjih (okolje, boj proti kriminalu in nezakoniti trgovini, kultura itd.) ter dodatno okrepil odnose in sodelovanje s sosednjimi državami, s čimer bo prispeval k stabilnosti regije.

Ker gre za pomemben korak v procesu pristopa in približevanja Republike Kosovo k EU, sem priporočilo na plenarnem zasedanju podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Das Assoziierungsabkommen beinhaltet in erster Linie die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Deshalb begrüßen wir das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo, lehnen innerhalb der derzeitigen EU eine Vollmitgliedschaft des Kosovo jedoch ab. Aus den genannten Gründen habe ich für die Empfehlung gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Dohoda o stabilizácii a pridružení je veľmi dôležitým prvým formálnym krokom smerujúcim k procesu pristúpenia Kosovskej republiky k EÚ a jej európskej integrácii. Očakáva sa ďalšie posilňovanie vzťahov medzi Kosovskou republikou a EÚ. Za účelom normalizácie vzťahov medzi Belehradom a Prištinou je potrebné uznanie všetkými (aj zostávajúcimi piatimi členskými štátmi EÚ). Všetky členské štáty EÚ by mali vynaložiť maximálne úsilie na podporu hospodárskych a medziludských kontaktov a sociálnych a politických vzťahov medzi svojimi občanmi a občanmi Kosovskej republiky.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju (SSP) između EU i Kosova potpisan je 27. listopada u Strasbourgu, a Narodna skupština Republike Kosova ratificirala je sporazum 2. studenog 2015. godine. Sporazum uspostavlja odnos koji osigurava politički dijalog, bolju trgovinsku integraciju i nove oblike suradnje. Obuhvaća brojne sektore, uključujući poštivanje i jačanje demokratskih načela i ljudskih prava, uspostavljanje okvira za suradnju za sektore poput obrazovanja, energije, okoliša, pravosuđa i unutarnjih poslova. SSP također sadrži odredbe kojima je cilj promicanje europskih standarda u područjima kao što su tržišno natjecanje, nabava, intelektualno vlasništvo, zaštita potrošača, sve s ciljem uspostavljanja područja slobodne trgovine. Sporazum daje prava, ali i obveze, te pruža snažan poticaj za provedbu reformi. SSP će stvoriti mogućnosti za investicije, rast, razvoj poslovanja, jačanje, u isto vrijeme, dobro upravljanje primjenom europskih standarda i približavanja zakonima EU-a. SSP je vrlo važan korak u procesu pristupanja EU-u i europskim integracijama za Republiku Kosovo, te sam stoga podržao izvješće.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Stabilizacijsko-pridružitvenega sporazuma med Evropsko unijo in Evropsko skupnostjo za atomsko energijo na eni strani ter Kosovom na drugi strani.

Gre za zgodovinski dogodek – stabilizacijsko-pridružitveni sporazum s Kosovom zdaj postaja resničnost. Dogovor je mejnik za Kosovo in prinaša nove priložnosti za gospodarstvo države. Prihodnost Kosova je v Evropski uniji.

A vendarle evropska integracija ni samoumevna. Ta zahteva ogromno politične volje ter izvajanje prepotrebnih reform. Na primeru Kosova je ravno boj proti korupciji tista ključna zadeva, kjer mora Kosovo pokazati veliko volje za napredek.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η κατάσταση στο Κοσσυφοπέδιο αποτελεί συνέχεια και συνέπεια επεμβατικών πολιτικών. Πρόκειται για ξεκάθαρη παραβίαση του διεθνούς δικαίου που αποτελεί κακό προηγούμενο διότι αυξάνεται ο κίνδυνος να χρησιμοποιηθεί ως υπόδειγμα και σε άλλες περιπτώσεις. Ιδιαίτερα ανησυχητικό είναι το γεγονός ότι διάφοροι κύκλοι συνδέουν την περίπτωση της «ΤΔΒΚ» με το Κοσσυφοπέδιο. Δυστυχώς στην έκθεση διατυπώνεται ευθεία παρότρυνση για αναγνώριση του Κοσσυφοπεδίου ως ανεξάρτητου κράτους, γεγονός που θα αποτελούσε καταστρατήγηση του διεθνούς δικαίου. Επιπροσθέτως, η ίδια η προωθούμενη συμφωνία σύνδεσης έχει στόχο την στενότερη πολιτική σύνδεση και δη την σταδιακή οικονομική ενοποίηση με την ΕΕ. Απώτερος στόχος δε είναι να οδηγήσει η εν λόγω συμφωνία σε μια εις βάθος και σφαιρική ζώνη ελευθέρων συναλλαγών (DCFTA). Οι Συμφωνίες Ελευθέρων Συναλλαγών (Free Trade Agreements) εξυπηρετούν πλήρως τα επιδιωκόμενα οφέλη της ΕΕ καθώς δημιουργούν σχέσεις αλληλεξάρτησης - οικονομικές αλλά και πολιτικές - με τους εταίρους και προωθούν τον άκρατο ανταγωνισμό προς όφελος του μεγάλου κεφαλαίου. Για τους λόγους αυτούς, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Το Κόσοβο υπό την πνευματική και ηθική έννοια είναι η καρδιά της Σερβίας και η ψυχή του Σερβικού λαού. Η προσχώρηση του Κοσόβου θα αποτελέσει αποδοχή της αλλαγής συνόρων ενός κράτους δια της βίας, όπως ακριβώς συνέβη με την τουρκική εισβολή και κατοχή του βορείου τμήματος της Κύπρου, και της μονομερούς απόσχισης μιας σερβικής επαρχίας για να ικανοποιηθούν οι εθνοτικές βλέψεις των Αλβανών. Ούτε το Κόσοβο είναι κράτος, ούτε υφίσταται κοσοβάρικο έθνος. Δεν πρέπει να ξεχνούμε τις παρανομίες των γιουγκοσλάβων κομμουνιστών του Τίτο που μετέλλαξαν κράτη και βίασαν κυριολεκτικά την ιστορική αλήθεια, δημιουργώντας μακεδονικές ονειρώξεις και κοσοβάρικα εκτρώματα.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament adja hozzájárulását az EU és a Koszovói Köztársaság közötti STM életbe lépéséhez. A stabilizációs és társulási megállapodások az EU nyugat-balkáni bővítési politikájának immár bevált, hatékony eszközének bizonyultak. Úgy vélem, a térség stabilitása, demokratikus fejlődése érdekében éppen ideje, hogy Koszovó is profitálhasson az Unióval való szorosabb együttműködés lehetőségeiből, beleértve a vízummentes utazás perspektíváját is. Sajnálatosnak tartom, hogy – amint a határozati javaslat is utal rá – e folyamat kiteljesedését továbbra is gátolja az a tény, hogy öt EU-tagállam változatlanul nem ismeri el Koszovó önálló államiségét. Abban bízom, hogy a megállapodás életbelépése megfelelő alkalom lehet ezen tagállamok részére e jogilag és politikailag túlhaladott helyzet korrigálására.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Jako sprawozdawca opinii Komisji Handlu Międzynarodowego dla Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie układu o stabilizacji i stowarzyszeniu między Unią Europejską a Kosowem, bardzo się cieszę, że Parlament Europejski wyraził zgodę na to porozumienie, którego celem jest istotne pogłębienie stosunków gospodarczych i handlowych między partnerami.

Układ o stabilizacji i stowarzyszeniu stanowi szansę dla Kosowa, najbiedniejszego kraju w Europie, na rozwój gospodarczy. W porozumieniu znalazły się zarówno zachęty, jak i zobowiązania do przeprowadzenia koniecznych reform, stworzenia warunków dla tworzenia nowych inwestycji i miejsc pracy.

Mam nadzieję, że władze w Prisztinie wykorzystają tę szansę na polepszenie sytuacji mieszkańców Kosowa, gdzie ok. 40% ludności żyje w skrajnym ubóstwie, a bezrobocie sięga 30%. Tylko w ten sposób można próbować zatrzymać masowy exodus ludności z kraju, który obserwowaliśmy w ciągu ostatnich kilkunastu miesięcy.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Stabilizarea și dezvoltarea regiunii Balcanilor de Vest a constituit o politică desfășurată în mod constant de Uniunea Europeană în ultimele două decenii. Prin intermediul instrumentelor existente sau prin crearea altora concepute special în acest sens, UE a venit în ajutorul cetățenilor din regiune, în vederea normalizării vieții lor și a posibilității de a aspira la statutul de cetățeni europeni în viitor. Principalul instrument care poate consolida evoluția statelor din regiune către statutul de state membre ale UE este acordul de stabilizare și asociere. Acesta creează premisele atragerii mai multor investiții străine, dezvoltării mediilor de afaceri, creșterii economice și bunei guvernări, prin aplicarea standardelor europene și a legislației comunitare. Din acest motiv, încheierea acordului reprezintă un important factor motivant pentru implementarea și instituționalizarea reformelor necesare. Astfel de documente au fost încheiate cu majoritatea statelor din regiune. În privința Kosovo, incertitudinea legată de statutul său internațional nu a permis până acum încheierea unui acord similar. Cetățenii care trăiesc acolo nu trebuie să fie lipsiți totuși de beneficiile de care se bucură alți cetățeni din regiune. Înaintea semnării acestui acord, însă, ar fi poate util să fie reglementată și chestiunea statutului Kosovo, pentru a evita chestiunile echivoce ce pot genera probleme de implementare.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte.

Cet accord met en place des relations contractuelles qui prévoient un dialogue politique renforcé, une intégration commerciale plus étroite et de nouvelles formes de coopération. Il s'applique à de nombreux secteurs, entre autres le respect et le renforcement des principes démocratiques et des droits de l'homme, et crée un cadre de coopération dans des secteurs tels que l'éducation, l'énergie, l'environnement, la justice et les affaires intérieures. Il comporte aussi des dispositions destinées à promouvoir l'application des normes européennes dans les domaines de la concurrence, des marchés publics, de la propriété intellectuelle et de la protection des consommateurs, notamment, et à instaurer une zone de libre-échange.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I approved the Stabilisation and Association Agreement between the EU and Kosovo. By voting this text Parliament welcomes the deepening of relations between Kosovo and the EU. Indeed, this agreement is a very important first formal step towards the EU accession process and the European integration path for the Republic of Kosovo.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che la firma dell'Accordo di stabilizzazione e di associazione UE-Kosovo sia un fatto molto positivo e un passo importante di avvicinamento del Kosovo all'Unione europea.

Occorre che il Kosovo continui a portare avanti il processo di riforme, e che le istituzioni europee sostengano tale processo. La stabilizzazione politica ed economica dei Balcani è estremamente importante per l'UE. Dobbiamo vigilare affinché ciò avvenga in maniera corretta.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Stabilizacijsko-pridružitvenega sporazuma med Evropsko unijo in Kosovom sem podprla, saj menim, da bo sporazum prinesel tesnejše trgovinsko povezovanje, ustvaril priložnosti za naložbe, krepitev kapitala ter rast in razvoj na vseh področjih delovanja države. Prinesel bo nove priložnosti in napredek tako za EU kot za Kosovo ter hkrati pripomogel tudi k stabilnosti odnosov Kosova s sosednjimi državami in same regije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación por cuanto, si bien la Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el Derecho internacional ni la Resolución 1244/1999 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas y que el proceso de estatalización de Kosovo es irreversible, el dictamen tampoco implica que la antigua provincia tenga derecho fundado a ser reconocida por terceros. La situación de Kosovo tiene un complejo sustrato político y por ello tiene que ser abordada y resuelta políticamente, mediante un acuerdo que en cualquier caso integre a Serbia, que neutralice a los nacionalismos serbio y kosovar, que suponen una amenaza interna permanente para la paz, que salvaguarde los derechos de las minorías étnicas en la zona y que garantice a medio plazo la salida de potencias militares extranjeras de la zona. Por ello, el Acuerdo de Estabilización y Asociación que propone refrendar el Consejo y que se orienta principalmente a la «profundización de las relaciones económicas y comerciales» resulta prematuro y yerra en la priorización de acciones conducentes a una real y duradera estabilización de la zona.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I welcome very much this agreement, which will enable Kosovo to keep progressing along its European path. I would also like to call on MS that have not recognized Kosovo to do so as soon as possible.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La politique d'élargissement de l'Union européenne a déjà été une faute politique lourde. Sa politique balkanique s'est soldée par des crimes à l'encontre des populations serbes. Faciliter l'adhésion du Kosovo équivaldrait politiquement à donner une prime à la mafia albanaise qui constitue l'institution la plus fiable du «pays».

De surcroît, s'ingérer dans les affaires intérieures d'États membres qui n'entendent pas reconnaître l'affront que la création du Kosovo a été aux yeux du droit international ou n'entendent pas voir ce dangereux précédent se retourner contre eux est une atteinte portée à la souveraineté des États. Je vote CONTRE.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az EU és Koszovó közötti stabilizációs és társulási megállapodásról (STM) 2013 októbere és 2014 májusa között folytattak tárgyalásokat, és 2014 júliusában parafálták. A Tanács 2015. október 22-én járult hozzá annak aláírásához. Az EU részéről az alelnök/főképviselő Federica Mogherini és Johannes Hahn biztos, a Koszovói Köztársaság részéről Isa Mustafa miniszterelnök és Bekim Çollaku európai integrációs miniszter írták alá október 27-én Strasbourgban. A Koszovói Köztársaság parlamentje azt hamar, 2015. november 2-án megerősítette. Az Európai Parlament előtti jelenlegi egyetértési eljárás befejezése nyomán a stabilizációs és társulási megállapodás hatályba léphet. Támogattam a jelentést.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour as the SAA is a very important first formal step towards the EU accession process and the European integration path for the Republic of Kosovo. It is the last in line of such agreements for the Western Balkan countries but contrary to the others the Commission decided this time to use a different juridical basis in order to overcome the vote of ratification of the national parliaments of the five countries that do not recognise Kosovo (Cyprus, Greece, Romania, Slovakia and Spain). Another step forward should be the introduction of the visa-free regime for Kosovo citizens that was put on hold for the moment by the Council in December and the framework agreement on Kosovo's participation in EU programmes, which will strengthen cooperation between Kosovo and the EU in a variety of sectors. These programmes should be focused on specific areas that correspond to the obligations taken up by Kosovo on its European path and should be implemented with transparency and without delay.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El Acuerdo de Estabilización y Asociación entre la UE y la autoproclamada República de Kosovo establece relaciones contractuales entre las partes en materia de diálogo político y relaciones comerciales. A pesar de que cinco Estados miembros de la UE no han reconocido a Kosovo, esta región es oficialmente considerada como potencial candidata a entrar en la Unión Europea desde que el Consejo Europeo le atribuyó una «perspectiva europea» en el año 2003. Este Acuerdo de Estabilización y Asociación UE-Kosovo, que entraría en vigor al concluirse el procedimiento de ratificación, está considerado como un significativo paso formal hacia la adhesión de Kosovo a la UE.

Ahora bien, he votado en contra de la propuesta de aprobación de este Acuerdo, puesto que con este Acuerdo la UE reconoce de forma implícita a Kosovo como Estado, así como su unilateral declaración de independencia, en violación de la Resolución 1244/1999 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas.

Resulta intolerable que desde el Parlamento Europeo se pretenda presionar a los Estados miembros, entre ellos España, que no reconocen a Kosovo, lo que constituye una injerencia política en competencias de los Estados. Además, este Acuerdo supone la creación de una zona de libre comercio, que también rechazo.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – The Stabilisation and Association Agreement is a crucial first formal step towards the EU accession process path for the Republic of Kosovo and I was proud to vote in favour of it. This agreement creates the groundwork for extended cooperation between the EU and Kosovo in a variety of sectors including education, energy, the environment and justice, while also providing assistance in the critical area of human rights development. This will build on the long-standing relationship between the Republic of Kosovo and the EU, as will the quick introduction of the visa-free regime for Kosovo citizens. It is vital that we buttress security in the western Balkans at this time of international instability. No one wishes to see a return to the situation of the instability of late 1990s. It is vital that the EU continues to help Kosovars build internal stability and promote external harmony with their Balkan neighbours.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor de stabilisatie- en associatieovereenkomst tussen de EU en Kosovo. Door in te stemmen met deze overeenkomst benadrukt het Europees Parlement de versterking van de band tussen de Europese Unie en Kosovo. Sterker nog, deze overeenkomst is een belangrijke eerste stap in de richting van het Europese toetredingsproces en de integratie in Europa voor de Republiek Kosovo.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A consagração de um AEA sem ser ratificado por via da expressão popular confirma um processo de adesão que impõe a um povo a perda de soberania, a subjugação às políticas macroeconómicas da União Europeia e a criação de uma zona de comércio livre, que culmina o processo de integração dos Balcãs e a fragmentação do território da Jugoslávia.

Por outro lado, e pior do que o primeiro, a continuação da formalização do estabelecimento de relações com um território, como se de um legítimo país se tratasse, após o gravíssimo precedente que se abriu no plano do Direito Internacional com a declaração unilateral de independência da província sérvia do Kosovo, e que a UE tem procurado legitimar. Uma decisão ilegal, que não reconhecemos e que criou um protetorado por via da agressão e da ocupação miliar pelos EUA, pela NATO e pela UE.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Kosovo wurde durch eine künstliche Besiedlung albanisch. Solange der serbischen Minderheit im Norden des Landes keine weitgehende Autonomie zugestanden wird, kann eine Integration des Kosovo nicht unterstützt werden. Ich stimme daher gegen diesen Bericht.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'Accordo di stabilizzazione e associazione tra Unione europea e Kosovo perché credo fermamente nella forza di attrazione dell'Unione europea come motore per stimolare il cambiamento interno. L'Accordo è il primo passo formale nel processo di adesione, ma il suo impatto sarà limitato se non si accompagnerà a benefici tangibili per i kosovari, in particolare la liberalizzazione dei visti verso l'UE.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ablehnung, weil die Etablierung eines Kunststaates „Kosovo“ letztlich dem geostrategischen Kalkül der NATO entspringt und Teil der Desintegrationspolitik des Westens im europäischen Südosten ist.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo andererseits im Namen der Union habe ich abgelehnt.

Assoziierungsabkommen sind – auch wenn anderes wünschenswert wäre – der erste Schritt auf einer Einbahnstraße in Richtung Mitgliedschaft. Zum derzeitigen Zeitpunkt sollte die EU keine weiteren Mitglieder aufnehmen. Zuerst sollten die EU-Verträge geändert werden und die bestehenden Probleme – Euro, Flüchtlingskrise, Überregulierung, Zentralisierung, Bürokratisierung – Lösungen zugeführt werden.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat recomandarea Parlamentului European cu privire la Acordul de stabilizare și de asociere (ASA) dintre UE și Kosovo prin care acest acord va putea intra în vigoare. ASA a fost negociat între octombrie 2013 și mai 2014 și a fost parafat în iulie 2014, iar reprezentanții Consiliul European l-au semnat în octombrie 2015. În ASA se stabilesc raporturi contractuale și se prevăd un dialog politic mai intens, o integrare comercială mai puternică și noi forme de cooperare între UE și Kosovo. Acordul vizează numeroase sectoare, inclusiv respectarea și consolidarea principiilor democratice și drepturilor omului, stabilind un cadru de cooperare în sectoare precum educația, energia, mediul, justiția și afacerile interne. ASA conține și dispoziții care au ca scop promovarea standardelor europene în domenii precum concurența, achizițiile publice, proprietatea intelectuală și protecția consumatorilor. Acordul vizează, de asemenea, înființarea unei zone de liber schimb. Salut faptul că PE încurajează cele cinci state membre care nu au făcut încă acest lucru să procedeze la recunoașterea Republicii Kosovo, fiind de părere că astfel se va facilita și mai mult normalizarea relațiilor dintre Belgrad și Pristina.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Schválenie Dohody o stabilizácii a pridružení (DSP) medzi EÚ a Kosovom zo strany Parlamentu umožní Rade ministrov formálne dokončiť procedúru a nadobudnutie jej účinnosti. Dohoda zavádza posilnenie politického dialógu medzi EÚ a Kosovom, užšiu integráciu obchodu a nových foriem spolupráce prostredníctvom zmluvných vzťahov.

Dohoda sa vzťahuje na mnoho rôznych oblastí vrátane posilnenia demokratických princípov a dodržiavania ľudských práv, boja proti trestnej činnosti a obchodovania s ľuďmi, stanovuje rámec pre spoluprácu v oblasti spravodlivosti, vzdelávania a vnútorných záležitostí a prispieva k stabilite v regióne.

Existuje široká zhoda o tom, že dohoda bude determinujúcou v procese stabilizácie a pridruženía Kosova tým, že to vyžaduje zavádzanie a inštitucionalizáciu reforiem.

DSP zahŕňa aj ustanovenia na podporu európskych štandardov v oblastiach, ako je hospodárska súťaž, trhy, duševné vlastníctvo, ochrana spotrebiteľa, energetika a životné prostredie. Zriaďuje tiež zónu voľného obchodu, vytvára príležitosti pre investície, rast a rozvoj podnikania prostredníctvom uplatňovania európskych noriem a aproximácie právnych predpisov EÚ.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo oggi approvato l'accordo di stabilizzazione e associazione tra UE e Kosovo. Questo tipo di accordo era già stato concluso con tutti i paesi dei Balcani a parte, per l'appunto, il Kosovo per problemi per lo più legati al suo status e quanto ne discende per il riconoscimento internazionale. Tale accordo viene considerato il primo passo nel processo di integrazione europea dei paesi dei Balcani in quanto prevede un dialogo politico rinforzato, l'inizio dell'integrazione commerciale del Kosovo, ma ciò non stabilisce una zona di libero scambio e la cooperazione a diversi livelli e in diversi programmi dell'Unione. Il procedimento non poteva essere concluso senza l'approvazione ufficiale del Parlamento che però non poteva intervenire sul testo dell'accordo, ma si è limitato ad esprimere il proprio parere.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Odporúčanie týkajúce sa uzavretia stabilizačnej a asociačnej dohody medzi Európskou úniou a Kosovom som podporila. Tieto dohody sú súčasťou stabilizačného a asociačného procesu s krajinami západného Balkánu a Kosovo je poslednou krajinou tejto geografickej oblasti, s ktorou zatiaľ dohoda nebola podpísaná a zároveň ide o prvú dohodu vôbec uzavretú medzi Európskou úniou a Kosovom. Dohoda obsahuje medziiným aj výzvu, aby bolo Kosovo uznané zvyšnými piatimi členskými štátmi, ktoré doposiaľ Kosovo neuznali. Hoci Slovenská republika patrí medzi týchto päť krajín a zatiaľ Kosovo ani uznať neplánuje, nie je proti udržiavaniu vzťahov a spolupráci s Kosovom, a preto túto dohodu podporuje. Dúfam, že dohoda výrazne pomôže pri upevňovaní demokracie a bude pôsobiť ako nový stimul pre reformy a príležitosť pre nové investície, rast a prosperitu. Zároveň ju považujem za dôležitý krok pri integrácii Kosova do Európskej únie.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A presente recomendação encerra, em si mesma, duas vertentes que retratam bem a postura imperialista deste processo de integração europeu.

Por um lado, a consagração de um AEA que, sem ser ratificado por via da expressão popular, confirma um processo de adesão que impõe a um povo a perda de soberania e a subjugação às políticas macroeconómicas da União Europeia, a criação de uma zona de comércio livre, que culmina o processo de integração dos Balcãs e a fragmentação do território da Jugoslávia.

Por outro lado, e pior que o primeiro, significa a continuação da formalização do estabelecimento de relações com um território, como se de um legítimo país se tratasse, após o gravíssimo precedente que se abriu no plano do direito internacional com a declaração unilateral de independência da província sérvia do Kosovo, e que a UE tem procurado legitimar. Uma decisão ilegal, que não reconhecemos, que criou um protetorado por via da agressão e ocupação miliar pelos EUA, NATO e UE. Votámos contra.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem stabilizacijsko-pridružitveni sporazum, ki vzpostavlja pogodbene odnose med Kosovom in EU in bo pomembno prispeval k razvoju in stabilnosti razmer na Balkanu. Prepričan sem, da se bo Republika Kosovo trudila uspešno izpolnjevati določbe, ki spodbujajo evropske standarde in si prizadevala za vzpostavitev območja proste trgovine ter spoštovanja demokratičnih načel in temeljnih človekovih pravic.

9.2. Ernennung der Mitglieder des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El escándalo de las emisiones de Volkswagen ha evidenciado, una vez más, la complicidad de la Comisión y los Estados miembros con los grandes grupos multinacionales, toda vez que las filtraciones a la prensa han demostrado que conocían la manipulación de los límites de emisión mucho antes de que la agencia ambiental americana destapara el escándalo.

Estas responsabilidades y conexiones políticas deben clarificarse urgentemente, toda vez que la Comisión prevé legislar de nuevo sobre los límites de emisión y reformular (a la baja y con la participación de las propias multinacionales) la regulación automovilística transatlántica a través del TTIP.

Considero que este tema es fundamental, no solo por la grave incidencia de las emisiones en la calidad de vida de los europeos (especialmente en las zonas urbanas) sino porque la dimensión del escándalo es tal que entra en juego el futuro de la industria automovilística y de sus trabajadores en Europa. La constitución de una comisión de investigación debe permitir aclarar las responsabilidades y sentar las bases para una política industrial medioambiental y socialmente sostenible.

Este es un voto técnico que completa los nombramientos para la comisión de investigación, cuyo mandato fue formalmente aprobado en la sesión anterior.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Η απόφαση για την συγκρότηση της Εξεταστικής Επιτροπής και η άμεση έναρξη των εργασιών της αποτελούν ένα ηχηρό μήνυμα ότι οι κανόνες πρέπει να ισχύουν και να εφαρμόζονται ακόμη και από τους πιο ισχυρούς. Δεν διαπραγματευόμαστε την υγεία των Ευρωπαίων πολιτών και δεν θυσιάζουμε την περιβαλλοντική μας ηθική στο βωμό του κέρδους και του στρεβλού ανταγωνισμού των πολυεθνικών.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Je serai membre suppléant de cette commission avec les députés titulaires Jalkh et Mayer. Cette commission ne doit pas aboutir à nuire à l'industrie automobile européenne au profit des industries automobiles américaines ou japonaises.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe in democracy and transparency, and therefore I believe that my vote on this matter should have been a matter of public record. In that spirit, I wish to confirm that this appointment was brought before the Parliament and passed without a vote. Had I been given a vote on this matter, I would have voted against.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už EP komiteto, tirsiančio automobilių taršos klastojimą, sudėtį. Šis laikinas komitetas tirs, ar automobilių gamintojams manipuliuojant taršos matavimo įranga Europos Komisija ir valstybės nepažeidė ES teisės aktų. Jį įsteigti paskatino JAV atskleistos aplinkybės, kad „Volkswagen“ grupė manipuliavo taršos matavimo įranga. Galutinė ataskaita bus pateikta per šiuos metus.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé les désignations proposées afin de pouvoir mettre en place au plus vite la commission d'enquête qui permettra, espérons-le, de faire toute la lumière sur le «dieselgate».

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di nomina dei membri della commissione d'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico. A seguito degli scandali sulle emissioni che hanno coinvolto alcune case automobilistiche europee, il Parlamento europeo ha deciso di effettuare un'indagine per individuare mancanze e omissioni nell'applicazione della legislazione dell'UE in materia di emissioni.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El nombramiento de los miembros de la Comisión de Investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil será aprobado «AUTOMATICAMENTE».

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado los nombramientos de la comisión de investigación que se va a poner en marcha en el Parlamento. Espero que los trabajos empiecen lo antes posible y que podamos saber qué ha pasado en realidad.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai approuvé la nomination des membres de la commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile telle que votée lors de la dernière session plénière de décembre.

Je réaffirme ma pleine confiance à Jean-François Jalkh et à Georg Mayer, membres du groupe ENF qui siégeront au sein de cette commission, laquelle sera chargée d'examiner les allégations d'infraction au droit de l'Union et de mauvaise administration dans l'application de celui-ci en ce qui concerne la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile, sans préjudice des compétences des juridictions nationales ou de l'Union.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto col mio voto la nomina dei membri proposti per la commissione d'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico costituita dal Parlamento europeo nella sessione plenaria del dicembre scorso.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta lista de 45 diputados de esta Casa para que formen parte de la Comisión de Investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil tras el escandaloso descubrimiento del fraude cometido por la empresa Volkswagen. La composición de esta comisión refleja la correlación de fuerzas y equilibrios presentes en esta Cámara.

Personalmente, constituye un honor formar parte de esta comisión de investigación para dilucidar la actuación de la Comisión Barroso y de las autoridades de los Estados miembros respecto al escándalo de la medición de las emisiones contaminantes en el sector del automóvil.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Kljub temu, da sem predlaganemu sklepu o vzpostavitvi preiskovalnega odbora za merjenje emisij v avtomobilskem sektorju nasprotoval, saj menim, da je naloga pristojnih nazdornih organov kot tudi predlagateljev zakonodaje, da odpravljajo nezakonite posledice iz afere Volkswagen, pričakujem, da bo odbor opravil svojo nalogo odgovorno in objektivno.

Odločitve ne smejo iti v škodo evropski avtomobilski industriji, pač pa se morajo osredotočiti na iskanje kršiteljev, njihovo ustrezno kaznovanje ter predlaganje rešitev za preprečevanje tovrstnih zlorab v prihodnje, ki bodo povrnile zaupanje potrošnikov v avtomobilski sektor. Evropska avtomobilska industrija predstavlja približno četrtno svetovne proizvodnje motornih vozil, je eden stebrov evropskega gospodarstva z izjemnimi multiplikativni učinki, zato je njena zaščita izjemnega pomena za EU.

Pomembno je, da bo odbor delal na rešitvah in ne kot nekakšno inkvizicijsko sodišče, ki bi povzročilo še večjo škodo. Še enkrat ponavljam, da mora odbor opredeliti odgovornost za goljufe iz afere Volkswagen in poskrbeti, da do takšnih zadev ne bo več prihajalo.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Alla luce dei recenti scandali che hanno investito il settore dell'automobile, accolgo con favore l'istituzione di una commissione d'inchiesta che faccia chiarezza in merito alle violazioni delle norme comunitarie che si sono verificate in materia di misurazione delle emissioni automobilistiche. L'indagine che sarà compiuta nei prossimi dodici mesi dalla commissione composta dai colleghi punterà a individuare le responsabilità in gioco e le eventuali omissioni che hanno consentito la mancata implementazione della legislazione esistente.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Skandal s ispušnim plinovima je zapravo napad na zdravlje i potrošačka prava građana te ekonomiju Europske unije i država članica. Namještalo se ispuštanje dušičnih oksida koji su posebno štetni za jetru, pluća i krvnu sliku građana. Varalo ih se s prodajom skupljih automobila koji su navodno bili manje štetni za okoliš. Za to netko mora odgovarati, a EU mora dati svoj doprinos pronalaženju načina da se vrati povjerenje u europsku automobilsku industriju. Ovo povjerenstvo je nužno i zato podržavam odluku.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Jean François Jalkh et Georg Mayer, deux députés membres du groupe ENL, ont été nommés pour siéger au sein de la commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile. Parce que j'ai toute confiance en mes deux collègues pour participer efficacement aux travaux de cette commission chargée d'examiner les infractions au droit de l'Union, sans porter atteinte aux compétences des juridictions nationales. J'ai voté pour le rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Raportul referitor la desemnarea membrilor Comisiei de anchetă privind măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor reprezintă rezultatul eforturilor conjugate ale reprezentanților principalelor organisme ale Uniunii Europene prin care se solicită examinarea presupuselor acuzații privind neregulile și administrarea defectuoasă în ceea ce privește aplicarea legislației Uniunii privind măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor. Principalele obiective ale acestei comisii vor fi monitorizarea ciclurilor de încercare efectuate pentru măsurarea emisiilor, precum și adaptarea acestora în situația în care nu mai sunt corespunzătoare prevederilor, astfel încât să reflecte în mod adecvat emisiile generate de circulația reală pe șosea.

De asemenea, în cadrul mandatului său, Comisia de anchetă va efectua diverse investigații privind implementarea interdicției explicite cu referire la dispozitivele de manipulare, privind respectarea dispozițiilor referitoare la sancțiuni eficiente, proporționale aplicabile producătorilor în cazul încălcării normelor pentru utilizarea dispozitivelor de manipulare, al refuzului de a acorda acces la informații și al falsificării rezultatelor încercărilor privind omologarea de tip sau privind conformitatea în funcționare. M-am exprimat în favoarea acestui acord, deoarece consider esențială monitorizarea respectării prevederilor legale cu privire la măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor în vederea asigurării unui cadru licit de funcționare al acestui sector.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. È la composizione della commissione d'inchiesta EMIS, costituita nella sessione dicembre I.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This was a simple approval vote on members of the Committee of Inquiry on emissions in the automotive industry, arising out of the Volkswagen emissions scandal late last year.

Three MEPs from my own political grouping GUE/NGL, whose candidacy I supported, will sit on this Committee.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – A seguito alla scoperta fatta negli Stati Uniti che il gruppo Volkswagen ha utilizzato un software per ridurre le emissioni di NO_x durante i test, abbiamo votato una risoluzione nel mese di ottobre scorso che domanda un'indagine approfondita sul ruolo e le responsabilità della Commissione europea e degli Stati membri, chiedendo loro di rivelare ciò che sapevano di queste violazioni e quali azioni sono state adottate in seguito. Insieme a tutta la delegazione M5S Europa, ho votato quindi a favore della nomina dei membri della commissione d'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφικώς*. – Ψήφισα υπέρ στην ψηφοφορία επί της έκθεσης για τον διορισμό των μελών της εξεταστικής επιτροπής για τις μετρήσεις εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία. Η επιτροπή θα διερευνήσει τις παραβάσεις των ευρωπαϊκών κανονισμών από τις αυτοκινητοβιομηχανίες αναφορικά με τις μετρήσεις των εκπομπών ρύπων, καθώς και τις όποιες παραβάσεις των κρατών μελών και της Ευρωπαϊκής Επιτροπής κατά την εφαρμογή των ευρωπαϊκών προτύπων. Η επιτροπή θα υποβάλει ενδιάμεση έκθεση εντός 6 μηνών, και μια τελική έκθεση εντός 12 μηνών, από την έναρξη των εργασιών της.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio parere favorevole nel votare circa la nomina dei membri della commissione d'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La vicenda delle emissioni nel settore automobilistico mi lascia, da politico, un grande dubbio: si tratta di frode, come dovranno accertare i tribunali, o le regole erano troppo permissive? È giusto dunque che sia stabilita una commissione d'inchiesta affinché emergano chiaramente i nomi dei responsabili. Io ho dei seri dubbi sulle responsabilità del livello politico europeo, perché l'allora commissario all'Industria Antonio Tajani chiese degli studi indipendenti e, vista la discrepanza con quanto dichiarato dalle case automobilistiche, mise in calendario una riforma legislativa del settore con il fine di rivedere il ruolo e le responsabilità delle agenzie nazionali, ma l'UE non poté fare di più. La composizione di questa commissione, che è l'oggetto del mio voto, rispecchia fedelmente la composizione del Parlamento e quindi trova la mia approvazione. Buon lavoro ai colleghi che ne faranno parte.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della nomina dei membri della commissione d'inchiesta sulla misurazione delle emissioni nel settore automobilistico, la quale presenterà una prima relazione entro 6 mesi e quella finale entro un termine di 12 mesi dall'inizio dei lavori.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – While we often speak of climate change, environmental pollution and its effects on human life, we rarely find concrete instances where action is speedily taken to investigate specific cases of gross negligence or incorrectness with the aim of ensuring that these actions are not repeated. This inquiry is expected to, at least in part, find ways of ensuring that the automotive sector does not fail to fulfil its legal obligations as well as its social corporate responsibility. I have thus voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El escándalo de las emisiones de Volkswagen ha evidenciado, una vez más, la complicidad de la Comisión y los Estados miembros con los grandes grupos multinacionales, toda vez que las filtraciones a la prensa han demostrado que conocían la manipulación de los límites de emisión mucho antes de que la agencia ambiental americana destapara el escándalo.

Estas responsabilidades y conexiones políticas deben clarificarse urgentemente, toda vez que la Comisión prevé legislar de nuevo sobre los límites de emisión y reformular (a la baja y con la participación de las propias multinacionales) la regulación automovilística transatlántica a través del TTIP.

Considero que este tema es fundamental, no solo por la grave incidencia de las emisiones en la calidad de vida de los europeos (especialmente en las zonas urbanas) sino porque la dimensión del escándalo es tal que entra en juego el futuro de la industria automovilística y de sus trabajadores en Europa. La constitución de una comisión de investigación debe permitir aclarar las responsabilidades y sentar las bases para una política industrial medioambiental y socialmente sostenible.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Members of the European Parliament requested that a Committee of Inquiry be set up to investigate alleged contraventions and maladministration in the application of EU law in relation to emission measurements in the automotive sector. The aim of the inquiry would be to investigate alleged contraventions of Union law and alleged instances of maladministration in the application of Union law which appear to be the act of an institution or body of the European Union and public administrative bodies of Member States. I supported the setting up this committee, of which I will be a member.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Suite aux révélations sur les tricheries du constructeur automobile Volkswagen, le Parlement a décidé de créer une commission temporaire afin d'enquêter sur les violations des règles de l'UE, ainsi que les échecs présumés des autorités nationales et de la Commission européenne à faire respecter les normes de l'UE. Ce vote a pour objectif d'approuver la liste des 45 membres de cette commission à laquelle j'ai moi-même été nommé membre suppléant.

Au sein de cette commission constituée pour une durée de douze mois, nous serons chargés de présenter un rapport provisoire dans les six mois, puis un rapport final au terme du mandat. Il est crucial que nous fassions toute la lumière sur ce cas de fraude inacceptable et que nous faisons en sorte que cela ne se reproduise pas à l'avenir. Pour autant, je serai engagé aux côtés de mes collègues du groupe PPE et de la délégation française du PPE pour que le mandat de cette commission soit bien respecté. Il ne s'agit ni de faire le procès du diesel, ni de faire un amalgame entre la faute d'une entreprise et l'ensemble du secteur européen de l'automobile qui emploie des millions de personnes. J'ai soutenu cette liste.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Οι εκπομπές μικροσωματιδίων και οξειδίων του αζώτου των πετρελαιοκίνητων οχημάτων επηρεάζουν και επιβαρύνουν την ποιότητα του αέρα με τραγικές επιπτώσεις στη δημόσια υγεία και στην θνησιμότητα των ευρωπαίων πολιτών. Είμαστε υπέρ της σύστασης εξεταστικής επιτροπής για τις μετρήσεις εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία διότι με αυτόν τον τρόπο οι αυτοκινητοβιομηχανίες θα ελέγχονται για απόκρυψη στοιχείων, παραβάσεις και δεν θα υπάρχουν περιθώρια εξαπάτησης όπως συνέβη στην περίπτωση της Volkswagen.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Os desenvolvimentos em torno do escândalo Volkswagen, relativo à manipulação de dados sobre as emissões de veículos ligeiros, põem mais uma vez em evidência que estamos perante uma Comissão Europeia manietada por lóbis, neste caso o lóbi da indústria automóvel, um dos mais poderosos junto das instituições da UE, influenciando as propostas legislativas e nelas deixando o seu indelével traço.

Depois de a Agência de Proteção Ambiental dos Estados Unidos (EPA) e o Conselho de Recursos Atmosféricos da Califórnia (CARB) emitirem um aviso de violação das normas em matéria de poluição aplicáveis ao grupo Volkswagen e de dados recentes apontarem para uma grande discrepância entre as emissões de óxido de azoto medidas em condições laboratoriais e em condições normais de circulação, o Parlamento Europeu aprovou a criação de uma comissão de inquérito para investigar alegações de infração e má administração na aplicação do direito da UE em relação a esta matéria, sem prejuízo da competência dos tribunais nacionais.

Esta comissão terá como objetivo investigar e recolher dados quanto às alegadas falhas da Comissão Europeia e dos Estados Membros em cumprir com as obrigações imposta pelo Regulamento (CE) n.º 715/2007. Seguiremos atentamente o seu trabalho, não deixando de intervir para que se possa lançar luz sobre este caso.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Preskúmanie škandálu falšovania emisií zo strany takej významnej spoločnosti nadnárodného rozsahu, akou je Volkswagen, zo strany európskych inštitúcií je nevyhnutným krokom pre obnovenie dôvery spotrebiteľov. Európska únia sa rozhodla zriadiť komisiu pre meranie emisií v automobilovom priemysle, ktorej výsledky budú veľmi dôležité pre našich občanov, ktorí sa zaujímajú o ochranu životného prostredia. Preto považujem za dôležitý aj výber osôb, ktoré v tejto komisii budú pôsobiť, pretože ich dôveryhodnosť zohrá významnú úlohu.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Οι εκπομπές μικροσωματιδίων και οξειδίων του αζώτου των πετρελαιοκίνητων οχημάτων επηρεάζουν και επιβαρύνουν την ποιότητα του αέρα με τραγικές επιπτώσεις στη δημόσια υγεία και στην θνησιμότητα των ευρωπαίων πολιτών. Υπερψηφίζω την πρόταση σύστασης εξεταστικής επιτροπής για τις μετρήσεις εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία διότι με αυτόν τον τρόπο οι αυτοκινητοβιομηχανίες θα ελέγχονται για απόκρυψη στοιχείων, παραβάσεις και δεν θα υπάρχουν περιθώρια εξαπάτησης, όπως συνέβη στην περίπτωση της Volkswagen.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I supported the appointment of the members of the Committee of Inquiry on emission measurements in the automotive sector, in order to restore trust amongst consumers after the outbreak of the emissions scandal.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Támogatom a határozatot, miszerint a gépjárműiparban alkalmazott kibocsátásmérés kapcsán vizsgálóbizottságot állít fel az uniós jog megsértésével és annak alkalmazása során elkövetett visszaélésekkel kapcsolatos állítások kivizsgálására, a nemzeti és uniós bíróságok igazságszolgáltatási hatáskörének sérelme nélkül. Üdvözlöm, hogy a vizsgálóbizottság feladata lesz kötelezni Bizottságot, hogy tartsa felügyelete alatt a kibocsátások mérésére használt mérési ciklusokat, és ha a tesztek már nem bizonyulnak megfelelőnek, illetve nem tükrözik a valós kibocsátásokat, akkor igazítsa ki azokat oly módon, hogy hitelesen tükrözzék a valós közúti vezetés által generált kibocsátásokat.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de los nombramientos, entre los cuales tengo el honor de encontrarme, convencido de que esta comisión de investigación puede y debe arrojar luz sobre la medición de las emisiones en el sector del automóvil y ayudar a que un escándalo como el vivido no vuelva a producirse en la UE.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Ernennung der Mitglieder des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie gestimmt, weil ich der Überzeugung bin, dass eine gute, faktenbasierte Arbeit in diesem Untersuchungsausschuss von entscheidender Bedeutung ist. Gleichzeitig darf der Ausschuss nicht missbraucht werden, um einseitige, marktverzerrende Botschaften gegen einzelne Firmen zu transportieren.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich für den Untersuchungsausschuss beworben, um mich für eine faire Untersuchung einzusetzen. Der Ausschuss darf sich nicht zu einem Tribunal entwickeln, das nur darauf abzielt, ein einzelnes Unternehmen vorzuführen. Auch für unsere Region mit mehreren Automobilstandorten steht dazu zu viel auf dem Spiel. Grundsätzlich halte ich den Untersuchungsausschuss für das falsche Instrument. Insbesondere Sozialdemokraten und Grüne aus Niedersachsen hatten den Ausschuss gefordert. Wenn ein solches Gremium zum politischen Kampfmittel wird, hat das wenig mit Aufklärung zu tun und gefährdet Arbeitsplätze in unserer Region. Da es jedoch nicht möglich war, den Ausschuss zu verhindern, geht es für mich nun darum, Schaden zu begrenzen. Ich bin Mitglied Untersuchungsausschuss, um mich für eine faire Untersuchung einzusetzen. Der Ausschuss darf sich nicht zu einem Tribunal – weder gegen verschiedene Unternehmen noch gegen Personen – entwickeln. Besonders für Niedersachsen steht dabei zu viel auf dem Spiel.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported the set-up of the committee that will investigate alleged contraventions and maladministration of EU law, following the scandal which revealed that devices were installed in cars to distort emission measurements. It is crucial we now collect and analyse information to identify where authorities failed on this file. Citizens deserve to know and we expect full transparency.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El nombramiento de los miembros de la Comisión de Investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil será aprobado «AUTOMATICAMENTE».

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Along with my colleagues in the European Parliamentary Labour Party, I voted for the proposed appointments of members of the Committee of Inquiry on emission measurements in the automotive sector.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la liste des membres qui composeront la commission d'enquête sur les émissions du secteur automobile.

La création de cette commission avait été entérinée au mois de décembre 2015, j'ai donc estimé qu'il était indispensable de peser sur les activités qui seront menées et de rendre utile cette commission.

Il est important de renouveler la confiance de nos concitoyens dans l'industrie automobile européenne. Je serai particulièrement vigilante pour que le mandat soit respecté et que cette commission mène une enquête sérieuse. Elle devra identifier les responsabilités suite à la tricherie scandaleuse de Volkswagen mais aussi mettre en relief les solutions pour qu'une telle affaire ne se reproduise plus.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφώς*. – Το σκάνδαλο με τις παραποιήσεις στοιχείων στις μετρήσεις εκπομπών αερίων στην αυτοκινητοβιομηχανία αποτελεί κορυφαίο ζήτημα. Αυτή η τεράστια απάτη αποκαλύφθηκε στις ΗΠΑ, γεγονός που αποδεικνύει ότι το σύστημα ελέγχων της ΕΕ είναι χαλαρό και ατελές. Η εξεταστική επιτροπή που ψηφίστηκε και τα μέλη που διορίστηκαν έχουν χρέος να διαλευκάνουν πλήρως το σκάνδαλο το συντομότερο δυνατό και να διεξαγάγουν έρευνα για το ρόλο και την ευθύνη της Ευρωπαϊκής Επιτροπής και των κρατών μελών, ζητώντας τους να αποκαλύψουν ό, τι γνώριζαν για αυτές τις παραβιάσεις καθώς και τα μέτρα που είχαν λάβει.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I approve of the appointed member of the Committee of Inquiry on emission measurements in the automotive sector.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za imenovanje članova Istražnog povjerenstva za mjerenja emisija u automobilskom sektoru jer smatram da Odbor treba započeti s radom čim prije kako bi prikupljanje i analiziranje informacija, te istraživanje dali konkretne i učinkovite rezultate.

Držim da je prijedlog odluke o imenovanju članova za dotični Odbor uravnotežen i skladu s političkim snagama unutar Parlamenta, te ga stoga podržavam.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Je serai membre titulaire de cette commission. Celle-ci ne doit pas aboutir à nuire à l'industrie automobile européenne au profit des industries automobiles américaines ou japonaises.

Petr Ježek (ALDE), *in writing.* – By endorsing this text, Parliament appointed the 45 members of the special Committee of Inquiry into car makers' breaches of EU rules on car emissions. The decision to set up this committee was taken after the Volkswagen scandal. It is clear that something went wrong and we need to find out why. We also need to investigate alleged failures by EU Member States as well as the Commission to enforce EU standards. I hope this committee will be able to give us some answers.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai approuvé la constitution de la commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile, décidée par le Parlement européen suite au scandale des tricheries chez Volkswagen. J'estime que cette opportunité doit être saisie pour améliorer la qualité de l'air, notamment grâce à l'introduction de tests en situation réelle de conduite. J'espère également que toute la lumière sera faite sur la fraude de Volkswagen et que la commission d'enquête fera des propositions concrètes pour qu'une telle affaire ne se reproduise pas. Dans le même temps, la délégation française du PPE veillera à ce que le mandat de la commission soit respecté et que celle-ci ne soit pas instrumentalisée pour faire le procès du diesel. En effet, la fraude de quelques-uns, aussi scandaleuse soit-elle, ne doit pas mettre en péril des pans entiers de notre tissu industriel.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Auch wenn ich von Sinn und Zweck der Errichtung eines Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen nicht überzeugt bin, erkläre ich mich mit den nominierten Mitgliedern einverstanden.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – I supported the appointment of the members of a Committee of Inquiry into car makers' breaches of EU rules on car emission tests. The committee will investigate alleged failures by EU Member States and the Commission to enforce EU standards.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit.* – À l'instar des autres membres du groupe PPE, j'avais voté contre la création d'une commission temporaire pour enquêter sur les violations des règles de l'Union européenne concernant les émissions automobiles. La création de celle-ci ayant néanmoins été votée par une majorité du Parlement, nous avons décidé d'y envoyer siéger plusieurs de nos membres, de manière à tenter d'infléchir ses travaux. La commission présentera un premier rapport provisoire dans les six mois.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit.* – Le scandale Volkswagen fait la lumière sur les pratiques frauduleuses de certains constructeurs automobiles pour fausser les résultats des tests d'émissions. Il démontre également la connivence de cette industrie avec les régulateurs et les législateurs.

La commission d'enquête parlementaire sur le scandale Volkswagen devra enquêter sur les trucages des tests d'émissions de carbone dans l'industrie automobile, et sur les manquements de la Commission et des régulateurs à faire respecter les règles d'émissions. Pendant les semaines qui suivirent le scandale nous avons avec mon groupe demandé la création de cette commission d'enquête, mais les groupes principaux s'y sont opposés, essayant d'abord d'y substituer une enquête de la Commission qui aurait eu la responsabilité de faire la lumière... sur ses propres manquements.

J'ai donc soutenu la création d'une commission d'enquête parlementaire indépendante. Toutefois je m'inquiète de la tentative de la Commission européenne d'accommoder les constructeurs automobiles en leur accordant une flexibilité sur les seuils d'émissions de 110 %: après avoir toléré la triche des constructeurs automobile, voici que la Commission change les règles en leur faveur. Cette commission d'enquête parlementaire doit donc impérativement s'attaquer à ces relations entre constructeurs et institutions politiques qui se font aux dépens des consommateurs.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Le groupe «Europe des Nations et des Libertés» a désigné MM. Jean-François Jalkh et Georg Mayer en tant que membres titulaires de la commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile. Ces députés refuseront que l'on mette en porte-à-faux l'industrie européenne. La qualité de l'air est un sujet de grande importance, mais il faut veiller à ce que l'industrie de l'automobile française et européenne puisse conjuguer la compétitivité avec la doxa environnementaliste de Bruxelles.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El escándalo de las emisiones de Volkswagen ha evidenciado, una vez más, la complicidad de la Comisión y los Estados miembros con los grandes grupos multinacionales, toda vez que las filtraciones a la prensa han demostrado que conocían la manipulación de los límites de emisión mucho antes de que la agencia ambiental americana destapara el escándalo.

Estas responsabilidades y conexiones políticas deben clarificarse urgentemente, toda vez que la Comisión prevé legislar de nuevo sobre los límites de emisión y reformular (a la baja y con la participación de las propias multinacionales) la regulación automovilística transatlántica a través del TTIP.

Considero que este tema es fundamental, no solo por la grave incidencia de las emisiones en la calidad de vida de los europeos (especialmente en las zonas urbanas) sino porque la dimensión del escándalo es tal que entra en juego el futuro de la industria automovilística y de sus trabajadores en Europa. La constitución de una comisión de investigación debe permitir aclarar las responsabilidades y sentar las bases para una política industrial medioambiental y socialmente sostenible.

Este es un voto técnico que completa los nombramientos para la comisión de investigación, cuyo mandato fue formalmente aprobado en la sesión anterior.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ovaj prijedlog donesen je u svjetlu prošlogodišnjeg otkrivanja skandala s lažiranjem podataka o emisiji štetnih plinova. Potrebno je poboljšati nadzor nad tržištem te omogućiti europski nadzor certifikacije automobila kako bi se osiguralo poštovanje europskih pravila za sigurnost, zaštitu okoliša i proizvodnju.

Podržala sam imenovanje članova Istražnog povjerenstva za mjerenje emisija u automobilskom sektoru jer je potrebno riješiti sve slabosti trenutačnog sustava certificiranja automobila. Smatram da je neophodno osigurati neovisnost ispitivanja emisije štetnih plinova kao i veću uključenost Europskog parlamenta kako bi se ostvarila bolja razmjena informacija između nacionalnih tijela.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – 2015. gada 17. decembrī Eiropas Parlamentā bija balsojums par Izmeklēšanas komitejas saistībā ar emisiju mērījumiem autobūves nozarē izveidi, kompetenci, skaitlisko sastāvu un pilnvaru termiņu. Šāda šoļa pamats bija nesen ASV Vides aizsardzības biroja atklātais skandāls, kuras ietvaros vācu autoražotājs VW atzina, ka gadiem ilgi faktiski lika saviem automobiļiem — gan dīzeļdzinēja, gan benzīndzinēja — “melot” CO₂ mērīšanas testu laikos (t.sk., kādi 8 miljoni automobiļi ir pašlaik reģistrēti Eiropā). Rādītāji šajos testos bija vairākkārt mazāki, nekā “uz ceļa”, jo speciāli instalēta aparatūra “juta” pārbaudi, novedot pie automātiski redīgētiem izmešu mērīšanas rezultātiem.

Izveidotās komitejas viens no galvenajiem mērķiem būs saprast, kāpēc tieši ASV iestāde atklāja šo pārkāpumu un ilglai cīgu melošanu miljoniem patērētāju, nevis kāda iestāde Eiropas Savienībā. Cerams, ka izmeklēšanas komitejas ieceltie biedri varēs ne tikai pietiekami ātri un skrupulozi izanalizēt esošos faktus un pierādījumus, bet būs arī maksimāli neatkarīgi no jebkuras ārējās ietekmes.

Jebkurai faktu pārbaudei jābūt pilnībā objektīvai, racionālai un taisnīgai — vismaz tāpēc, ka runa ir gan par ekoloģiju, gan par patērētāju tiesībām, gan arī viņu veselību.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Συμφωνώ και στηρίζω την πρόταση απόφασης σχετικά με τον διορισμό των μελών της εξεταστικής επιτροπής για τις μετρήσεις εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – El Parlamento Europeo debe trabajar de forma eficaz para asegurar que se cumpla la normativa comunitaria sobre emisiones.

Por eso es una gran noticia que se constituya una comisión para que podamos saber todo lo que ha ocurrido en relación con las infracciones de los fabricantes de vehículos y el papel de las instituciones en todo este asunto.

Apoyo la lista de diputados que formarán este órgano y deseo que su trabajo permita aclarar todo lo ocurrido.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es liegen keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Mitglieder vor. Daher unterschütze ich diesen Vorschlag.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už tai, kad būtų sudarytas tyrimo komitetas įtariamiesiems ES teisės pažeidimams ir netinkamo administravimo taikant Sąjungos teisę atvejams, susijusiems su išmetamųjų teršalų kiekiu matavimais automobilių sektoriuje, tirti. Tyrimo komitetui pavesta ištirti įtarimus dėl viršijamo išmetamųjų teršalų ribinės vertės naudojamos transporto priemonės ir surinkti bei išanalizuoti visą informaciją apie tai, kokių sankcijų valstybės narės ėmėsi siekdamos užkirsti kelią tariamiems pažeidimams. Manau, jog atliktas tyrimas padės užkirsti kelią nesąžiningiems automobilių pramonės įmonių veiksams ateityje.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – 283 députés ont demandé la création d'une commission d'enquête sur le scandale Volkswagen. Cette commission aura pour mission d'enquêter sur les infractions au droit de l'Union en ce qui concerne la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile. Elle sera constitué de 45 membres, dont trois issus de mon groupe la GUE/NGL. Je vote pour la nomination de ces membres afin qu'elle puisse commencer ses travaux au plus vite

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le groupe ENL a désigné en tant que membres titulaires de cette commission les députés Jalkh et Mayer. Cette commission ne doit pas aboutir à nuire à l'industrie automobile européenne au profit des industries automobiles américaines ou japonaises.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Aprovei favoravelmente a composição dos membros para a Comissão de Inquérito sobre a medição das emissões no sector automóvel. A Comissão de Inquérito terá como tarefa a análise de alegadas infrações das regras europeias quanto à medição de emissões no sector automóvel.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support the creation of the Committee of Inquiry on emission measurements in the automotive sector as it is a positive step towards increasing transparency.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – V septembri minulého roka sa dostali na svetlo sveta informácie o porušovaní emisných limitov zo strany koncernu Volkswagen, ktorý je najväčším výrobcom automobilov v Európe. Porušovanie limitov emisií znamená, že autá produkujú viac oxidu dusíka alebo oxidu uhličitého, ako je povolené normami, čo môže spôsobovať rôzne zdravotné problémy obyvateľstva. Takéto konanie treba rázne označiť za neprijateľné. Vzhľadom na to, že závažné porušenie predpisov pochádza zo strany najväčšieho automobilového výrobcu v Európe, pričom je pravdepodobné, že koncern Volkswagen nebol jediný a takejto činnosti sa dopustili aj iní automobiloví výrobcovia, je potrebné, aby bolo meranie emisií v automobilovom priemysle sprísnené. Z tohto dôvodu vítam vytvorenie vyšetrovacieho výboru pre meranie emisií, ktorý prispeje k lepšej kontrole dodržiavania pravidiel a tým aj k ochrane zdravia širokej verejnosti.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Après la révélation de la fraude sur certains moteurs du constructeur Volkswagen, une commission d'enquête a été constituée au Parlement européen afin d'étudier pendant un an les questions relatives aux émissions de gaz polluants dans le secteur automobile. Sa composition, non soumise à un vote formel, a été annoncée par le président du Parlement: 45 eurodéputés ont été nommés, dont 14 membres du PPE, 12 du S&D, 5 CRE, 4 ADLE, 3 Verts, 3 GUE/GVN, 2 EFDD et 2 ENF.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted the appointment of the members of the Committee of Inquiry on emission measurements in the automotive sector.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru desemnarea membrilor comisiei de anchetă privind măsurarea emisiilor în sectorul autovehiculelor. Această comisie nou formată are în compoziție 45 de membri care vor investiga încălcarea regulilor UE privind testele de emisii pentru mașini și acuzațiile conform cărora statele membre și Comisia Europeană nu au aplicat standardele UE. Comisia de anchetă va prezenta un raport interimar în interval de 6 luni și un raport final în interval de 12 luni de la începerea activității.

Această comisie va investiga următoarele chestiuni legate de sectorul autovehiculelor: posibilul eșec al Comisiei Europene de a verifica ciclurile de testare; posibilul eșec al Comisiei și al autorităților din statele membre de a lua măsuri potrivite și efective pentru a supraveghea aplicării legii; posibilul eșec al Comisiei de a introduce teste care să reflecte condițiile reale de condus; posibilul eșec al statelor membre de a lua măsuri privind penalități efective, proporționale și descurajante aplicabile producătorilor care încalcă legea; dacă Comisia și statele membre au avut dovezi privind utilizarea „echipamentelor de protecție” înainte de izbucnirea scandalului în septembrie 2015.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Komisjon moodustati hiljuti toimunud autode heitkogustega manipuleerimise uurimiseks.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico, come ben sappiamo, è oggi un problema mondiale e costituisce un fenomeno in continua ascesa soprattutto nelle grosse aree urbane. In qualità di membro della commissione parlamentare ENVI e sensibile alle tematiche ambientali auguro un buon lavoro a tutti i membri di questa commissione affinché possiate riuscire ad attuare dei continui miglioramenti in questo settore. Voterei positivamente.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – I see the inquiry committee as a useful tool to restore the confidence of citizens in the European automotive sector and evaluate possible solutions not only to amend mistakes, but also to bring higher and better standards. In this way, both the industry and consumers will benefit in the long run, by having an eye on a framework to avoid similar mistakes and on the other hand preserving the European automotive industry leadership as well as capacity for innovation and job creation. Let's use the inquiry committee as a booster for the industry in terms of innovation.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam imenovanje 45 kolega za članove Istražnog odbora za povrede EU-ovih pravila pri mjerenju emisija u automobilskom sektoru. Uz to glavni cilj odbora bit će istraživanje navodnih propusta država članica i Komisije u provođenju EU-ovih standarda. Svoje privremeno izvješće predstaviti će u roku od 6 mjeseci, a završno izvješće u roku od 12 mjeseci nakon što započne s radom. Nastavak je ovo parlamentarne inicijative nakon usvojene rezolucije u listopadu kojom smo pozvali na temeljitu istragu o ulozi i odgovornosti Komisije i država članica, te ih potaknuli da otkriju sve što znaju o povredama koje su se dogodile i poduzetim akcijama. Nadam se da će Odbor opravdati ukazano povjerenje s ciljem zadržavanja transparentnosti i informiranosti potrošača, ali i povjerenja u institucije koje ih predstavljaju.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Os processos em curso por infração da Diretiva 2008/50/CE, da Diretiva 2007/46/CE e do Regulamento (CE) n.º 125/2007 do Parlamento Europeu (PE) e do Conselho motivaram um pedido para que seja constituída uma comissão temporária de inquérito destinada a analisar as alegações de infração do direito da União e de má administração na aplicação das disposições comunitárias.

Considerando que o Artigo 2.º do Regimento do PE estipula um mínimo de signatários (um quarto dos deputados ao PE) e tendo em conta que 283 deputados apoiaram o pedido nas condições estipuladas, o Parlamento vem pela presente proposta de decisão fixar a composição e as regras de funcionamento da comissão que investigará a medição das emissões dos automóveis.

Nos termos do presente, cabe à comissão de inquérito investigar o alegado incumprimento, por parte da Comissão, do respeito da obrigação de rever os ciclos de ensaio utilizados para medir as emissões e as alegadas omissões da Comissão e das autoridades dos Estados-Membros de prever medidas para controlar e proibir dispositivos manipuladores, introduzir testes que reflitam as condições de condução reais e estabelecer disposições relativas às sanções aplicáveis, assegurando que as sanções aplicáveis são executadas. Votei favoravelmente.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – Ayant apporté mon soutien dès le départ à cette commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile (EMIS), je me félicite de sa concrétisation et me réjouis d'en faire partie.

En respect du mandat qui nous a été confié, nous allons désormais pouvoir enquêter sur les allégations d'infraction au droit de l'Union ainsi que de mauvaise application de celui-ci, et formuler toute recommandation que nous jugerons nécessaire afin de nous assurer qu'une telle situation ne se renouvelle pas.

Il convient d'établir les responsabilités de chacun après les révélations qui ont eu lieu dans le secteur automobile. Comme je l'ai déjà souligné, ceci est nécessaire afin de restaurer et consolider la confiance des consommateurs dans ce secteur essentiel de l'industrie européenne, et d'aller de l'avant quant à la réduction des émissions polluantes dans laquelle nous nous sommes engagés collectivement.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta lista de 45 diputados de esta Casa para que formen parte de la Comisión de Investigación sobre la Medición de las Emisiones en el Sector del Automóvil. La composición de esta comisión refleja la correlación de fuerzas y equilibrios presentes en esta Cámara.

Me felicito, además, de que mi compañero José Blanco forme parte de esta comisión de investigación para dilucidar la actuación de la Comisión Barroso y de las autoridades de los Estados miembros respecto al escándalo de la medición de las emisiones contaminantes en el sector del automóvil.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Nous avons voté aujourd'hui en faveur de la liste des 45 eurodéputés et suppléants qui prendront part à la commission d'enquête sur le scandale du groupe automobile Volkswagen. Je rappelle que j'ai fait partie de ceux qui ont voté en faveur de la mise sur pied d'une commission d'enquête; je suis donc particulièrement satisfait qu'elle puisse commencer son travail et je compte sur la qualité du labeur de mon collègue belge Ivo Belet pour permettre de redorer l'image de la qualité de la production industrielle européenne.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta que foi apresentada pela Conferência dos Presidentes sobre a nomeação dos membros da comissão de inquérito sobre a medição das emissões no setor automóvel.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El escándalo de las emisiones de Volkswagen ha evidenciado, una vez más, la complicidad de la Comisión y los Estados miembros con los grandes grupos multinacionales, toda vez que las filtraciones a la prensa han demostrado que conocían la manipulación de los límites de emisión mucho antes de que la agencia ambiental americana destapara el escándalo.

Estas responsabilidades y conexiones políticas deben clarificarse urgentemente, toda vez que la Comisión prevé legislar de nuevo sobre los límites de emisión y reformular (a la baja y con la participación de las propias multinacionales) la regulación automovilística transatlántica a través del TTIP.

Considero que este tema es fundamental, no solo por la grave incidencia de las emisiones en la calidad de vida de los europeos (especialmente en las zonas urbanas) sino porque la dimensión del escándalo es tal que entra en juego el futuro de la industria automovilística y de sus trabajadores en Europa. La constitución de una comisión de investigación debe permitir aclarar las responsabilidades y sentar las bases para una política industrial medioambiental y socialmente sostenible.

Este es un voto técnico que completa los nombramientos para la comisión de investigación, cuyo mandato fue formalmente aprobado en la sesión anterior.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Parte do setor automóvel Europeu deu um péssimo exemplo do que deve ser o papel das empresas no que diz respeito ao combate às alterações climáticas e à poluição em geral. Uma sociedade moderna necessita de empresas responsáveis que vão muito para além da simples geração de riqueza.

Seja em termos ambientais ou em termos sociais e económicos, é essencial que se vá além da lei. Infelizmente, algumas empresas europeias nem sequer conseguiram resistir à tentação de violar a lei. É hoje crucial que identificar todos os prevaricadores, confirmar a dimensão da fraude e criar regras para que este fenómeno não se volte a repetir.

Felicitó ainda os meus colegas Carlos Zorrinho e Cláudia Monteiro de Aguiar por serem os portugueses a fazer parte desta Comissão de Inquérito. Desejo-lhes felicidades no apurar da verdade e no apontar de novas soluções.

Branislav Škripek (ECR), písomne – V prípade legislatívneho uznesenia Európskeho parlamentu o návrhu na vymenovanie členov vyšetrovacieho výboru pre meranie emisií v automobilovom priemysle som hlasoval za prijatie tohto uznesenia. Víтам vymenovanie nezávislých členov vyšetrovacieho výboru. Verím, že prispedia k tomu, aby spresnili zákony a normy takým spôsobom, aby vychádzali z najnovšieho technologického výskumu a ekológie. Musí sa tiež prihliadať aj na konečnú cenu pre spotrebiteľov, aby sa cena automobilov zbytočne nepredražovala.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne – V súlade s článkom 198 rokovacieho poriadku bol EP predložený návrh rozhodnutia o zriadení, pôsobnosti, počte členov a obdobia trvania vyšetrovacieho výboru vo veci merania emisií v automobilovom priemysle. Podporujem tento návrh a tiež som podpísala aj návrh na podporu predloženia na hlasovanie do pléna EP. Je dôležité, aby sme škandál s emisiami CO₂ riadne vyšetrili a predovšetkým aby sa prijali do budúcnosti také opatrenia, ktoré by zabránili automobilkám podvádzať. Iba pred pár dňami sa skončili veľmi náročné rokovania o zmene klímy v Paríži a zrodila sa klimatická dohoda, ktorú musia ešte ratifikovať jednotlivé štáty. Aj stratégia EÚ 2020 si dala za cieľ znižovať emisie CO₂, preto som uvítala, že Európsky parlament má záujem na tom, aby veľké firmy v automobilovom priemysle dodržiavali deklarované hodnoty emisií, aby spotrebiteľ pri kúpe auta nebol uvádzaný do omylu a v konečnom dôsledku aby sme chránili životné prostredie.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – Európsky parlament ma dnes, ako jediného Slováka, vymenoval do vyšetrovacieho výboru pre meranie emisií v automobilovom priemysle. Mojm cieľom nie je ukladať neprimerané pokuty a zavádzať nové regulácie. Automobilky a ich subdodávatelia dávajú aj v Slovenskej republike prácu tisíckam ľudí. Pravidlá však musia platiť pre každého a klamanie spotrebiteľa nemôžeme tolerovať. Aj veľké firmy musia dodržiavať dohodnuté pravidlá. Environmentálne štandardy sú v Európskej únii jedny z najprísnejších a svete. Ak je dopyt po ich zmene, Európska únia je otvorená rokovaniám. Spoločne budeme hľadať riešenia, ktoré takémuto konaniu do budúcnosti zamedzia.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Uloga Istražnog povjerenstva za mjerenje emisija u automobilskom sektoru koje će se sastojati od 45 članova bit će kontrola učinkovitosti testova emisija u automobilskom sektoru te provjera jesu li države članice odredile efikasne i proporcionalne kazne u slučaju povreda Uredbe (EZ) br. 715/2007, a koje uključuju korištenje zabranjenih uređaja, odbijanje pružanja pristupa informacijama te krivotvorenje rezultata testova. Cilj Povjerenstva je i provjera poduzimaju li države članice pravilne i efektivne radnje kako bi se ojačala eksplicitna zabrana uređaja koji nisu odobreni. Istraživat će se je li Komisija pravovremeno uvela testove koji odražavaju stvarne uvjete vožnje te usvojila mjere koje se odnose na korištenje mehanizama obrane. Vijeće bi trebalo prikupljati i analizirati informacije kako bi se ustanovilo imaju li Komisija i države članice dokaz o korištenju mehanizama obrane koje je izdala Agencija za zaštitu okoliša i imaju li dokaz o korištenju zabranjenih uređaja za testove emisije CO₂. Povjerenstvo će predati završni izvještaj u roku od 12 mjeseci od početka rada. Zbog navedenog sam podržao izvješće.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sem za imenovanje članov preiskovalnega odbora za merjenje emisij v avtomobilskem sektorju. Kljub temu, da nasprotujem preiskovalnemu odboru, saj menim, da ni potrebe po ustanovitvi posebnega preiskovalnega odbora, ki bi raziskoval ravnanje Evropske komisije in držav članic, sem podprla imenovanje članov preiskovalnega odbora za merjenje emisij v avtomobilskem sektorju.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο αποφάσισε, αφού ήρθαν στο φως οι πληροφορίες για το σκάνδαλο της Volkswagen, στις 17 Δεκεμβρίου 2015, την σύσταση εξεταστικής επιτροπής για τις μετρήσεις εκπομπών. Ταχθήκαμε υπέρ της σύστασης αυτής της επιτροπής διότι θα διερευνήσει τις καταγγελίες σχετικά με τις παραλείψεις της Επιτροπής αλλά και των αρχών των κρατών μελών όσον αφορά την παρακολούθηση της εφαρμογής του Ενωσιακού δικαίου και θα εξετάσει το ενδεχόμενο επιβολής κυρώσεων σε κατασκευαστές για παραβιάσεις των διατάξεων. Εντούτοις, θεωρούμε σοβαρή παράλειψη το γεγονός ότι η εν λόγω επιτροπή δεν εξουσιοδοτήθηκε να ασχοληθεί με θέματα που αφορούν τις ευθύνες των εταιρειών αλλά και με τα δικαιώματα των εργαζομένων στις εταιρίες που επηρεάζονται. Η Ομάδα της Ευρωπαϊκής Ενωτικής Αριστεράς έχει δημιουργήσει μια ομάδα εργασίας, η οποία θα εξετάσει τα θέματα αυτά.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Οι εκπομπές μικροσωματιδίων και οξειδίων του αζώτου από πετρελαιοκίνητα οχήματα επηρεάζουν και επιβαρύνουν την ποιότητα του αέρα, έχουν τραγικές επιπτώσεις στη δημόσια υγεία και αυξάνουν τα ποσοστά θνησιμότητας των ευρωπαϊκών πολιτών. Είμαστε υπέρ της σύστασης εξεταστικής επιτροπής για τις μετρήσεις εκπομπών στην αυτοκινητοβιομηχανία καθώς, με αυτό τον τρόπο οι αυτοκινητοβιομηχανίες θα ελέγχονται για απόκρυψη στοιχείων, παραβάσεις και εξαπατήσεις όπως έγινε στο παρελθόν με τη Volkswagen.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam az úgynevezett Volkswagen-botránnal kapcsolatos vizsgálóbizottság felállítására vonatkozó javaslatot. A bizottságnak hat hónap múlva időközi jelentést kell bemutatnia, a végső jelentést pedig egy éven belül kell majd elkészítenie. A munkában magam is részt fogok venni, egyedüli magyar baloldaliként fogom segíteni a folyamatot. Ki kell vizsgálni az állítólagos jogsértéseket és visszaességeket a kibocsátásmérési tesztekkel kapcsolatban. Elemezni kell az Euro 5- és 6-os motorok előállítás, javítási és karbantartási fázisait, teljes képet kell kapni arról, hogy a tesztfolyamatok átláthatósága és szükségsszerű korrekciója biztosítható-e?

Tagállami szinten szükség lehet a szabályozásokat megszegő gyártókkal szemben alkalmazható hatékony és visszatartó erejű, egységes EU-s szankciókra. Személy szerint, fontosnak tartom az ügy tisztázását klíma- és egészségügyi aspektusból, másrészt úgy vélem, hogy nem szabad elfeledkeznünk a munkások védelméről sem. Egy-egy ilyen vélt vagy valós botrány több száz ezer munkahelyet veszélyeztet, jelen esetben közvetlenül hazánkban is! A folyamat ezért Magyarországot is érintheti, magyarországi munkahelyekre lehet hatással, hisz ezen mérési protokollok és eljárások minden termelőegységben azonos elvek szerint zajlanak!

Az egyes technikai megoldások ma már nem titkos eszközök, egy-egy újítás hamar elterjed más márkáknál is. Ügy gondolom, hogy a botrány viszont alapot teremthet például arra is, hogy a cégek több forrást fektessenek például az elektromos autók fejlesztésébe.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J'ai voté en faveur de la nomination des membres de la commission d'enquête sur la mesure des émissions dans le secteur de l'automobile et leur souhaite bonne chance. L'Europe doit être juste et ne pas traiter de manière différente les grandes entreprises et les citoyens.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I voted in favour of the appointment of the members of the Committee of Inquiry. The Committee will last 12 months, to investigate alleged contraventions of European Union law and alleged maladministration in the application of European Union law that led to the recent 'diesel gate' scandal. In particular, the inquiry will investigate why so called 'defeat devices' were permitted to be installed in millions of cars, why the Commission and Member States failed to comply with the obligation to enforce EU emissions legislation and why tests reflecting real-world driving conditions were not introduced in a timely manner.

The ALDE Group pushed for the setting up of this committee and will have four full members: Dita Charanzova MEP (ANO CZ), Fredrick Federley MEP (Centre party, SE), Gerben-Jan Gerbrandy (D66, NL) and Dominique Riquet (Parti Radical -UDI, FR); and four substitute members: Philippe De Backer MEP (Open VLD, BE), Robert Rochefort MEP (MoDem, FR), Nils Torvalds (Svenska folkpartiet, FI) and Gesine Meissner (FDP,DE).

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Podržala sam imenovanje članova Istražnog povjerenstva za mjerenje emisija u automobilskom sektoru radi navodnih kršenja i nepravilnosti u primjeni zakonodavstva Unije pri mjerenju emisija štetnih plinova. S obzirom na manipulaciju podataka o emisiji štetnih plinova i nedavnih događanja koji su potresli velikog njemačkog proizvođača automobila (VW) Europska unija svojim odlukama mora vratiti povjerenje građanima i uspostaviti učinkovitiju kontrolu i nadzor nad provedbom pravnih lijekova u sprečavanju prevara.

Smatram da Istražni odbor treba prikupiti i analizirati informacije kako bi se utvrdilo jesu li Komisija i države članice posjedovale dokaze o upotrebi uređaja za ometanje prije nego što je Agencija za zaštitu okoliša Sjedinjenih Američkih Država 18. rujna 2015. izdala obavijest o kršenju. Europska unija u konačnici mora zaštititi i potrošača kao krajnjeg korisnika.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog sklepa o imenovanju članov preiskovalnega odbora za merjenje emisij v avtomobilskem sektorju sem podprla, saj sem mnenja, da bodo imenovani člani profesionalno opravljali svoje delo in pripomogli k napredku na tem področju.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *in writing.* – The appointment of the members of the Committee of Inquiry on emission measurements in the automotive sector (EMIS) was 'Approval without a vote'.

István Ujhelyi (S&D), *írásban.* – 283 képviselő nyújtott be korábban kérelmet, amelyben egy vizsgálobizottság felállítását szorgalmazták az uniós jog állítólagos megsértése és állítólagos hivatali visszaélések kivizsgálása érdekében a gépjárműiparban alkalmazott kibocsátásmérés kapcsán. A folyamatot és a javaslatot is támogattam.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing.* – Approval without a vote.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito.* – El escándalo de las emisiones de Volkswagen ha evidenciado, una vez más, la complicidad de la Comisión y los Estados miembros con los grandes grupos multinacionales, toda vez que las filtraciones a la prensa han demostrado que conocían la manipulación de los límites de emisión mucho antes de que la agencia ambiental americana destapara el escándalo.

Estas responsabilidades y conexiones políticas deben clarificarse urgentemente, toda vez que la Comisión prevé legislar de nuevo sobre los límites de emisión y reformular (a la baja y con la participación de las propias multinacionales) la regulación automovilística transatlántica a través del TTIP.

Considero que este tema es fundamental, no solo por la grave incidencia de las emisiones en la calidad de vida de los europeos (especialmente en las zonas urbanas) sino porque la dimensión del escándalo es tal que entra en juego el futuro de la industria automovilística y de sus trabajadores en Europa. La constitución de una comisión de investigación debe permitir aclarar las responsabilidades y sentar las bases para una política industrial medioambiental y socialmente sostenible.

Este es un voto técnico que completa los nombramientos para la comisión de investigación, cuyo mandato fue formalmente aprobado en la sesión anterior.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk.* – Ik stemde voor de benoeming van de leden van de onderzoekscommissie naar de emissiemetingen in de automobielsector. Deze commissie zal het komende jaar de vermeende inbreuken op het Europese recht, die tot het zogenaamde "dieselgate schandaal" hebben geleid, verder onderzoeken.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito.* – São poderosos os interesses e os lóbis da indústria automóvel, tal como confirmam os desenvolvimentos em torno do escândalo Volkswagen.

Um comité técnico da Comissão Europeia propõe autorizar os carros a *diesel* Euro 6 a emitirem, entre 2017 e 2019, mais do dobro dos limites anteriormente estabelecidos, permitindo uma discrepância de 110% entre os testes em laboratório (que a indústria manipula mais ou menos de forma generalizada) e os testes em condições reais. A partir de 2020, essa discrepância poderá ir até aos 50%, ou seja, emissões 50% acima dos limites anteriormente fixados.

É fundamental que as medições em condições reais avancem o mais rapidamente possível. Mas é fundamental que avancem em moldes que assegurem uma adequada proteção do ambiente e da saúde pública e não a proteção dos interesses das multinacionais – contra as populações e o ambiente.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es liegen keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Mitglieder vor. Daher unterschütze ich diesen Vorschlag.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Os desenvolvimentos em torno do escândalo Volkswagen, relativo à manipulação de dados sobre as emissões de veículos ligeiros, são um exemplo claro de uma Comissão Europeia manietada por lóbis, neste caso o lóbi da indústria automóvel, um dos mais poderosos junto das instituições da UE, influenciando as propostas legislativas e nelas deixando o seu indelével traço.

Depois de a Agência de Proteção Ambiental dos Estados Unidos (EPA) e o Conselho de Recursos Atmosféricos da Califórnia (CARB) emitirem um aviso de violação das normas em matéria de poluição aplicáveis ao grupo Volkswagen e de dados recentes apontarem para uma grande discrepância entre as emissões de óxido de azoto medidas em condições laboratoriais e em condições normais de circulação, o Parlamento Europeu aprovou a criação de uma comissão de inquérito para investigar alegações de infração e má administração na aplicação do direito da UE em relação a esta matéria, sem prejuízo da competência dos tribunais nacionais.

Esta comissão terá como objetivo investigar e recolher dados quanto às alegadas falhas da Comissão Europeia e dos Estados Membros em cumprir com as obrigações imposta pelo Regulamento (CE) n.º 715/2007. Seguiremos o trabalho desta comissão de inquérito atentamente, intervindo para que a culpa não morra solteira.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – Su forte spinta del M5S, il Parlamento europeo ha istituito una commissione straordinaria per indagare sulle responsabilità dello scandalo Volkswagen. Come membro sostituto in questa commissione il mio impegno sarà rivolto a portare alla luce informazioni e contraddizioni che emergeranno nei prossimi mesi durante i lavori.

Sarà fondamentale avere accesso a tutta la documentazione necessaria per capire quanto sia la Commissione europea sia gli Stati membri fossero a conoscenza delle manipolazioni operate sui mezzi dalla casa automobilistica, al fine di aggirare le norme sul contenimento delle emissioni.

La creazione di questa commissione è una battaglia vinta contro la strenua opposizione del Partito Popolare, che avrebbe preferito far calare il velo dell'oblio sullo scandalo che ha investito la casa automobilistica tedesca.

Lo scandalo è che gli Stati membri, senza opposizione della Commissione, abbiano introdotto fattori di correzione che rendono legali emissioni doppie fino al 2018 e di 1,5 volte i limiti per gli anni successivi. Il governo italiano ha addirittura proposto di legalizzare emissioni superiori di almeno il 300% rispetto ai limiti. Il presagio non è dunque dei migliori. Noi del M5S all'interno di questa commissione intendiamo fare chiarezza sulle reali responsabilità di queste frodi.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem predlog sklepa o imenovanju članov preiskovalnega odbora za merjenje emisij v avtomobilskem sektorju. Strinjam se, da se izvede temeljita preiskava glede vloge in odgovornosti Komisije in pristojnih organov držav članic pri domnevnih kršitvah in nepravilnostih pri uporabi prava EU v zvezi z merjenjem emisij v avtomobilskem sektorju.

Želim si, da se bo obnovilo zaupanje potrošnikov v avtomobilsko industrijo ter da se bodo sprejeli učinkoviti ukrepi, ki bodo preprečili ponovitev kršitev pri merjenju emisij.

9.3. Assoziierungsabkommen sowie vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine (RC-B8-0068/2016, B8-0068/2016, B8-0069/2016, B8-0077/2016, B8-0078/2016, B8-0079/2016, B8-0080/2016)

Dichiarazioni di voto orali

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Mr President, I voted against this resolution. When speaking on this issue yesterday, I supposed the approach of its authors was based either on blind eyes or lies or double standards, but all three approaches come together in the characteristics of the events in Donbas and Luhansk described in paragraph 34, which was approved today.

Which 'temporarily occupied territories' of Luhansk and Donetsk are you speaking about? Who are the occupiers? The local people are these 'occupiers', people in Donetsk whom the Kiev army is bombing. The journalist Ruslan Kotsaba who opposed mobilisation into this army is now in a Ukrainian prison. Do you think that the occupier is an 18-year-old girl called Julia from Donetsk who lost both feet and a hand when an artillery shell hit a trolley bus standing at a stop? I speak about one person because I personally watched her destiny and helped to get artificial limbs for her, but there are thousands of injured people like this and tens of thousands have lost their lives.

Krisztina Morvai (NI). – Magyar ember vagyok, magyar európai parlamenti képviselő. Tehát, amikor az ukrán társulási szerződésről kell szavaznom, elsődlegesen a jelenlegi Ukrajna területén élő magyar emberek emberi jogait szeretném értékelni. A kárpátaljai magyarokkal kapcsolatban még csak kimondani se lehet azt a szót, hogy nemzeti önrendelkezés, hogy autonómia. Ugye ellentétben azzal, amit Koszovóval kapcsolatban és az ott élő szerbekkel kapcsolatban mondtunk. Illetőleg ugye az Európai Unió is minden lényeges emberjogi dokumentumában rámutat arra, hogy a nemzeti önrendelkezéshez való jog egy alapvető, kollektív emberi jog. Hogyha a jelenlegi Ukrajnában ezt valaki kimondja, netán azt, hogy a magyaroknak is van önrendelkezési joguk, joguk az autonómiára, ruszinokat vagy... Egyébként akkor ez valamiféle sokkreakciót vált ki, megbüntetik az illetőt.

Az is előfordult nem egy esetben, hogy parlamenti képviselőt és másokat kitiltottak Ukrajna területéről emiatt. Tehát a véleménynyilvánítási szabadságot sem tisztelik és a nemzeti önrendelkezési jogot sem. Ilyen körülmények között nemmel szavaztam a társulási szerződésre.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Natürlich kann man auch Gründe finden, um diesem Bericht über dieses Wirtschaftsabkommen nicht zuzustimmen.

Es ist natürlich ein Abwägungsprozess, was wird man tun? Ich gehöre zu den Optimisten und sage immer: wirtschaftliche Zusammenarbeit ist besser als Embargopolitik. Wirtschaftliche Zusammenarbeit schafft auch Kontakte und kann auch ein Mittel sein, um die politische und wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern. Es geht im Wesentlichen auch darum, Hoffnung in den betroffenen Ländern zu erzeugen.

Und hier wiederhole ich mich, weil ich vorhin schon zum Kosovo gesagt hatte: Das allein ist es wert ist, dieser Sache zuzustimmen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit fördert Vertrauen, fördert wirtschaftliche Stabilität, Abgrenzung löst das Gegenteil aus. Nun ist die Frage: Gehört man nun zu den Optimisten oder zu den Pessimisten? Ich bin eher optimistisch gestimmt.

Trotzdem werden wir natürlich den Weg begleiten müssen und kucken, was zum Schluss dabei herauskommt. Da bin ich an der Seite auch der Kollegen, die das immer kritisieren.

Andrejs Mamikins (S&D). – Godātais priekšsēdētāja kungs! Es kā referents par Gruziju šeit, Eiropas Parlamentā, un vispār kā cilvēks, kas seko Austrumu partnerības aktivitātēm Eiropas Parlamentā, ar lielu sajūsmu un prieku vienmēr skatos uz tām aktivitātēm, kas varētu pietuvināt Ukrainu, Moldovu un Gruziju Eiropas Savienībai. Tas ir apsveicami, ka ir brīvā tirdzniecība, ka Moldovas pilsoņi, pavisam drīz Gruzijas pilsoņi un — es ceru — arī Ukrainas pilsoņi varētu bez vīzām ceļot uz Eiropas Savienību.

Bet es šodien balsoju ar dalītām jūtām un nobalsoju pret, jo es gribu saprast, kāpēc mēs izmantojam tikai šādus vārdus, piemēram, pret Krieviju. Vai mēs tiešām, kolēģi, ticam tam, ka Krievija piekāpsies un, izlasot kārtējo rezolūciju, atskries uz Eiropas Savienību, atvainosies vai darīs vēl kaut ko? Mēs nevaram uzbūvēt konstruktīvas attiecības ar Krieviju, ja mēs lietosim tādus vārdus savās rezolūcijās. Tāpēc es nobalsoju pret.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo di associazione e di libero scambio firmato tra Unione europea e la Georgia, la Moldova e l'Ucraina rappresenta un riconoscimento dei notevoli progressi compiuti da questi paesi e costituisce il risultato logico e naturale di un percorso iniziato più di venti anni fa. Questi accordi sono nell'interesse di tutti e devono anche essere un punto di riferimento nella nostra politica di partenariato orientale. I nostri partner devono quindi continuare sulla strada delle riforme per consolidare lo Stato di diritto e il buon governo e per dare un impulso alla crescita economica della regione.

L'Unione europea deve lavorare per mantenere accesa la volontà politica all'interno di questi paesi e favorire un coordinamento efficace all'interno di ciascuno dei governi partner, al fine di costruire un consenso nazionale a favore delle misure necessarie per garantire una reale e sostenibile trasformazione. L'accordo di associazione non può però sostituirsi allo slancio e alla leadership politica all'interno di questi paesi. Le questioni chiave da affrontare per fare del processo di riforma un successo irreversibile includono la riforma dei sistemi giudiziari e il miglioramento dell'efficienza e della trasparenza nella pubblica amministrazione.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já pocházím z České republiky, zastupuji Českou republiku, zemi, která má velké zkušenosti, bohužel tragické, z období komunistické totality. Proto vždycky budu podporovat projekty Východního partnerství a budu podporovat jakoukoliv ekonomickou spolupráci mezi Evropskou unií a zeměmi bývalého Sovětského svazu. U mě je ten důvod hlavně geopolitický.

Rusko nikdy nespí a je zřejmé, že má velký zájem posilovat svůj vliv v bývalých zemích Sovětského svazu, ostatně o tom se můžeme dnes a denně přesvědčovat, viz teď aktuální problémy, které nastávají v Moldávsku. Takže je nutné zemím bývalého Sovětského svazu nabízet otevřenou ruku, vnímat je jako partnery, chtít s nimi spolupracovat a přes dohody, které jsou tady na stole, i třeba zlepšovat jejich ekonomickou situaci.

Ale jak už jsem řekl, pro mě osobně je ten hlavní důvod geopolitický, být partnerem vůči bývalým zemím Sovětského svazu a nezahnat je do defenzivy, aby Rusko bylo jedinou zemí, která s nimi chce komunikovat.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasovala pro usnesení o průběhu plnění asociační dohody s Moldávskem, Gruzii a Ukrajinou. Nepodpořila jsem návrhy komunistických stran, které zpochybňují demokraticky zvolenou vládu Ukrajiny a směřování Ukrajiny do Evropské unie.

Včera jsem bohužel nemohla v rozpravě vystoupit a poděkovat Evropské komisi. Není to často, ale tentokrát mě Evropská komise a zejména pan komisař Hahn velmi potěšili svým aktivním přístupem k liberalizaci vízové politiky, zejména ve směru k Ukrajině. Víím o tom, že na Ukrajině je spojováno s tímto příslibem liberalizace víz velké očekávání, podpora a takový impuls k větší energii pro reformy, které Ukrajina provádí. Chci tímto Komisi a jmenovitě panu komisaři poděkovat.

Gerolf Annemans (ENF). – Ik wil hier duidelijk maken waarom ik tegen heb gestemd. Bij deze associatieovereenkomst met Oekraïne gaat het niet om vrijhandel, maar louter om geopolitieke macht. De Europese Unie speelt bijzonder gevaarlijk spel door zich te bemoeien met dit conflict en landen verder tegen elkaar op te zetten.

Als de Europese Unie zo graag voor vrijhandel is, laat ze dan de handelsbelemmeringen tegen Rusland opheffen. De gevolgen voor veel Europese landbouwers zijn immers gigantisch. Door steun te verlenen aan een betwistbaar oproer in Oekraïne hebben mensen als Guy Verhofstadt de problemen enkel verergerd en de bezette democratie zeker niet gediend.

Conclusie: vrijhandel, ja, het veroordelen van schendingen van de soevereiniteit, ja. Maar een huichelachtig associatieverdrag om landen als Oekraïne voor te bereiden op EU-lidmaatschap en de introductie van een nieuwe koude oorlog, neen.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, na okraj poznamenávám, že jsem hlasoval i pro tuto ekonomickou dohodu a skutečně se jedná o ekonomicko-hospodářské otázky, které jsou spojeny s těmito asociačními dohodami. Já nechci zpochybňovat právo národnostních menšin, já myslím, že bychom je měli nadále sledovat, ale tyto dohody jsou daleko víc. Na druhou stranu, abychom my zde státoprávně poučovali, jak má být uspořádán jiný stát z hlediska autonomie, to si myslím, že nepatří do tohoto sálu.

Ale pokud jde o Kosovo a Moldavsko, tak u Moldavska mám pochybnosti, protože i ve světle nejnovějších událostí – navážu na pana kolegu Pospíšila – je otázkou, jestli se nestaneme obětí nebo diváky vývoje, kde si to ruští oligarchové rozdávají v Kosovu i v Moldávsku a ovládají jak část vládní koalice, tak nepochybně část opozice. Myslím si, že je to velmi nebezpečný vývoj, měli bychom tomu věnovat náležitou pozornost.

Dichiarazioni di voto scritte

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP did not support the ratification of Association Agreements with Ukraine, Georgia or Moldova. The signing of these agreements contributed to increased tensions between the EU and Russia and contributed to the increased insecurity in eastern Europe and the Caucasus. They are also seen as a step towards future EU membership. As such we voted against. UKIP were however pleased to note that Amendment 17 called for the EU to ensure that the upcoming vote in the Netherlands on the EU-Ukraine Agreement is respected.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución favorable a los Acuerdos de Asociación y los Acuerdos de Libre Comercio de alcance amplio y profundo entre la UE y Georgia, Moldavia y Ucrania desde el convencimiento de que la UE sigue una política de ampliación de sus intereses geopolíticos y de la esfera de influencia de la UE y la OTAN en la zona con una voluntad de confrontación con Rusia.

Este tipo de acuerdos comerciales ya de por sí allanan el camino para anteponer los intereses empresariales europeos a los de los pueblos de los diferentes países. En el caso de Ucrania, mucho más lejos, el afán de expansión de la esfera de control de la UE ha sido el factor clave en el desencadenamiento del golpe de Estado en Ucrania y de la guerra civil en el país. Desde mi profunda condena a la escalada de tensiones con Rusia y a la presencia de la OTAN en la zona, con mi voto negativo he querido mostrar mi rechazo a estos acuerdos, que perjudican a la población local y, aún más, ponen en peligro la paz en la región.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – On the motion for a resolution on the Deep and Comprehensive Free Trade Agreement (DCFTA) with Georgia-Ukraine-Moldova I voted against the joint motion for a resolution and in favour of the GUE resolution and all of the GUE amendments.

The GUE amendments and resolution focus on two things - the fact that the EU should not have such an agreement with Ukraine on the basis of anti-democratic government actions and abuses of human rights (such as child labour) and the negative impact of the agreement on working people and the poor in these countries. The role pushing this agreement plays in feeding conflict in the neighbourhood was another good reason to reject the Joint Motion for a Resolution.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Επέλεξα την αποχή στην ψηφοφορία επί του συγκεκριμένου ψηφίσματος διότι θεωρώ ότι η τελική μορφή του ψηφίσματος πάσχει από βασικές ελλείψεις. Συμφωνώ ότι είναι ανάγκη να στηρίξουμε τις Συμφωνίες Σύνδεσης και τα θετικά αποτελέσματα που αυτές ενδέχεται να έχουν τόσο για τις τρεις χώρες όσο και για την Ευρωπαϊκή Ένωση, αλλά δεν πιστεύω ότι πρέπει να περιοριζόμαστε στο εμπορικό κομμάτι. Εκτιμώ αντίθετα ότι οι συγκεκριμένες χώρες πρέπει να κάνουν πολλά βήματα επίσης στον τομέα της καταπολέμησης της διαφθοράς, της προστασίας της ελευθερίας της έκφρασης και της προστασίας των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Ενέργειες όπως η απαγόρευση του Κομμουνιστικού Κόμματος της Ουκρανίας είναι απαράδεκτες και πρέπει να καταδικάζονται.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette résolution annonce l'adhésion future à l'UE de la Géorgie, de la Moldavie et de l'Ukraine. Avec mes collègues du Front national, nous nous opposons catégoriquement à tout nouvel élargissement de cette Union moribonde. J'ai donc voté contre, d'autant plus que, comme le souligne le rapport lui-même, ces trois pays sont gangrenés par la corruption!

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe in democracy and transparency, and therefore I believe that my vote on this matter should have been a matter of public record. In that spirit, I wish to confirm that I voted against this resolution.

The United Kingdom should be able to sign trade agreements with Georgia, Moldova and Ukraine without the interference of the European Union.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Asociacijos ir laisvosios prekybos susitarimai su Moldova, Gruzija ir Ukraina suteikia realią galimybę šių šalių didesnei politinei bei ekonominei integracijai su Europos Sąjunga ir ilgalaikiam šalių partnerių stabilumui, ekonominiam augimui ir jų gyventojų gerovės užtikrinimui. Todėl labai svarbu, kad tinkamas šių susitarimų įgyvendinimas būtų vienas svarbiausių Europos Sąjungos ir šalių partnerių prioritetų. Šiandien jau galime pasidžiaugti Komisijos išvadomis, jog Gruzija ir Ukraina jau įvykdė visus vizų liberalizavimo planuose nustatytus tikslus, kas rodo šių šalių ryžtą rinktis Europinės integracijos kelią. Atsižvelgdamos į šią pažangą, Taryba ir valstybės narės privalo nedelsiant įvykdyti ES priimtus įsipareigojimus ir suteikti šioms šalims bevizį režimą. Moldova, Gruzija ir Ukraina yra ypatingos svarbos Rytų partnerystės šalys ir regioninio saugumo kontekste, todėl ateityje tikimės glaudesnio bendradarbiavimo konfliktų prevencijos bei bendrųjų saugumo iššūkių srityje, kas yra esminis atnaujintos Rytų partnerystės prioritetas.

Zoltán Balczó (NI), írásban. – A Grúziával, Moldovával és Ukrajnával kötött társulási megállapodás tulajdonképpen egy szabadkereskedelmi megállapodás, amely sok száz oldalon tételesen sorolja fel, hogy melyik ország milyen termékből mennyit hozhat be az Unióba vámmentesen. A lényeg azonban nem ez, hanem a szerződés geopolitikai jelentősége, vagyis a nevezett országok kiszakítása az Oroszország által kezdeményezett Eurázsiai Gazdasági Térségből. Az EU egyébként jól tudja, hogy a megállapodás előfeltételei (többek között a jogállamiság érvényesülése) nem biztosítottak ezekben az országokban. Ez a megállapodás a szóban forgó országok számára még a jelenleginél is nagyobb gazdasági válsággal fog járni, mert ki lesznek szakítva abból a térségből, ahol iparuk versenyképes (az orosz piacról).

Az elmondottak értelmében a határozati javaslatot, ami a szerződések megkötését szorgalmazza, két ok miatt is elutasítottam. Egyrészt nem értek egyet a NATO és az EU agresszív keleti terjeszkedésével, mert az sem nekiünk, sem az Európa keleti felén lévő országoknak nem jó. Ezen túlmenően a szerződéssel és az erre adott orosz válasszal kialakult helyzet gazdasági katasztrófát fog okozni Ukrajnában, ha a jelenlegi káoszt egyáltalán még fokozni lehet.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai approuvé la proposition de finaliser des accords d'association avec ces trois pays. Il s'agit en effet d'un pas nécessaire pour stabiliser ces pays en renforçant leur système démocratique et en développant leur croissance économique via des échanges économiques approfondis. Une attention particulière sera également accordée à la lutte contre les pratiques de dumping social et environnemental.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – Il tema del partenariato orientale rappresenta senza dubbio una delle sfide più importanti per il futuro dell'Europa. A partire dal crollo dell'URSS si è manifestato un impegno costante dell'Unione per garantire un saldo approdo dei paesi dell'Est nel gruppo dei paesi democratici.

Questo percorso continuo vede oggi, con gli accordi di associazione e libero scambio tra UE e Georgia, Moldova e Ucraina, un ulteriore momento di sviluppo. Sostengo questa risoluzione perché sono convinto che sia essenziale proseguire lungo la strada di una politica europea di vicinato fondata sulla promozione del buon governo, il consolidamento dello Stato di diritto e la tutela dei diritti fondamentali.

L'impegno dell'Europa dovrà essere rivolto in particolare verso lo sviluppo della dimensione sociale del partenariato, favorendo il rispetto degli impegni assunti da questi paesi in materia di lavoro e ambiente. L'aspirazione europeista degli Stati deve essere tutelata, per questo occorre contrastare le operazioni intraprese dalla Russia volte ad impedire la creazione di più stretti rapporti tra UE, Moldova, Ucraina e Georgia. Infine, gli accordi rappresentano una grande opportunità anche in materia di miglioramento dei sistemi giudiziari, lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata; per tutti questi motivi ho deciso di votare a favore della risoluzione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado EN CONTRA de este informe de la Comisión de Comercio Internacional del Parlamento Europeo sobre el Acuerdo de Asociación para el establecimiento de zonas de libre comercio entre la Unión Europea y Georgia, Moldavia y Ucrania por considerar que el informe apunta a un acuerdo asimétrico que fortalece las lógicas perversas de los tratados comerciales neoliberales, que buscan la liberalización como fin único sin reparar en los derechos humanos y los derechos sociales.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – He apoyado los Acuerdos de Asociación / Zonas de libre comercio de alcance amplio y profundo con Georgia, Moldavia y Ucrania. Sin embargo, en la enmienda 14, en la que se pide a la Comisión y a los Estados miembros que interrumpan las importaciones de bienes en cuya producción hayan participado niños o se hayan cometido otras violaciones de los derechos humanos y sociales, no he votado lo mismo que mi Grupo. He votado a favor de la enmienda.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Je me suis opposée à cette résolution concernant les accords d'association et la zone de libre-échange approfondi et complet avec la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine. Ces accords se posent en effet dans la perspective d'une adhésion prochaine de ces trois pays à l'Union européenne.

Outre le fait que, de façon générale, le principe d'un nouvel élargissement de l'Union ne me semble pas pertinent – compte tenu des multiples crises qu'elle traverse actuellement et de l'impossibilité de mener une politique commune efficiente à 28 –, les trois pays visés par la présente résolution posent des problèmes supplémentaires: l'Ukraine vit toujours une crise constitutionnelle et le texte affiche clairement la volonté de la faire entrer dans le giron bruxellois pour contrer l'influence de la Russie; cela est non seulement hasardeux d'un point de vue diplomatique, mais aussi dangereux pour les perspectives de stabilité du pays.

Enfin, ces accords s'établissent par la volonté d'un marché unique, auquel je suis fermement opposée, puisqu'il s'établirait dans le cadre d'une gouvernance globale, au détriment des peuples et de la liberté des nations souveraines.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione della collega Geringer De Oedenberg è equilibrata e presenta spunti decisamente condivisibili, ho quindi inteso sostenerla col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución acordada con los distintos grupos políticos sobre los Acuerdos de Asociación y zonas de libre comercio de alcance amplio y profundo con Georgia, Moldavia y Ucrania, que se vienen aplicando de manera provisional desde hace meses. El proceso de ratificación está a punto de concluirse y esta Resolución evalúa los progresos alcanzados hasta la fecha y pone de relieve la importancia de aplicar con carácter definitivo estos acuerdos.

Con esta Resolución, el Parlamento muestra su apoyo a la aplicación de estos Acuerdos de Asociación y pone el enfoque tanto en los progresos que estos acuerdos introducen en cuanto a su dimensión social como en su utilidad como instrumentos para exigir mayores esfuerzos en materia de seguridad jurídica, lucha contra la corrupción y consolidación de la democracia.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kadangi Gruzija, Moldova ir Ukraina – Rytų partnerystės šalys – pasirinko glaudžios politinės asociacijos ir ekonominės integracijos į Europos Sąjungą kelią, pasitelkdamos pažangiausią asociacijos susitarimą, kuriuo numatytas išsamių ir visapusiškų laisvosios prekybos erdvių kūrimas. Laikydamosi asociacijos susitarimų, visos trys partnerės įsipareigojo skatinti ir įgyvendinti reformas, pagrįstas bendromis demokratijos, gero valdymo, teisinės valstybės, žmogaus teisių ir pagrindinių laisvių, įskaitant tautinėms mažumoms priklausančių asmenų teises, vertybėmis. Europos Parlamentas pabrėžia, kad svarbu vystyti partnerystės socialinį aspektą, laikantis asociacijos darbotvarkių ir atitinkamų Tarptautinės darbo organizacijos konvencijų nuostatų. Parlamentas taip pat ragina visas šalis laikytis savo įsipareigojimų dėl pagrindinių darbo standartų, keistis geriausia patirtimi ir toliau stengtis skatinti deramą darbą ir neoficialaus sektoriaus transformavimą į oficialų darbą, darbo saugumo standartų tobulinimą, taip pat skatinti socialinį dialogą ir visapusiškai naudotis profesinių sąjungų teisėmis. Galiausiai, Parlamentas pabrėžia, kad svarbu didinti visuomenės informuotumą ir asociacijos susitarimo naudos matomumą, taip pat ir palaikant nuolatinį ryšį su pilietinės visuomenės organizacijomis, ir supaprastinti bei skatinti objektyvią, nepriklausomą ir nešališką informaciją šiuo klausimu.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Grúzia, Moldova és Ukrajna hosszú utat tettek meg, hogy a posztsovjét működési rendszerrel szakítva európai szellemű demokratikus reformokba kezdjenek. Ez a folyamat még nem zárult le, és az Európai Unióval kötött társulási szerződéssel, illetve a szabadkereskedelmi szerződéssel új lehetőségeket kaptak a fejlődésre, az európai közeledésre. E három ország az EU és a szerződések által előírt reformok végrehajtásának megkezdésével – Oroszország állandó politikai és gazdasági nyomása ellenére is – az Európai Unióval való szorosabb politikai és gazdasági integráció szándékát deklarálta, de még mindig sok feladat előtt áll, hogy egy demokratikus, az emberi jogokat és nemzetközi jogszabályokat tiszteletben tartó, jóléti állam legyen.

Üdvözlöm az eddig elért eredményeket és szavazatommal támogattam az Európai Parlament állásfoglalásra irányuló indítványát a Grúziával, Moldovával és Ukrajnával kötött társulási megállapodásokról és a mélyreható és átfogó szabadkereskedelmi szerződésről.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – UKIP did not support the ratification of Association Agreements with Ukraine, Georgia or Moldova. The signing of these agreements contributed to increased tensions between the EU and Russia and contributed to the increased insecurity in eastern Europe and the Caucasus. They are also seen as a step towards future EU membership. As such we voted against.

UKIP were however pleased to note that Amendment 17 called for the EU to ensure that the upcoming vote in the Netherlands on the EU-Ukraine Agreement is respected.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che gli accordi di associazione / accordi di libero scambio globali e approfonditi con la Georgia, la Moldova e l'Ucraina rappresentino degli importanti passi in avanti verso l'integrazione economica di questi tre paesi con il mercato europeo e che la loro ratifica possa creare importanti opportunità di crescita economica sia per i paesi in questione che per l'Unione.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La libertà di scambio e di investimento economico è importante per il progresso civile, economico e tecnologico dei singoli Stati e per il benessere dei loro cittadini, tuttavia questo progresso non può essere reale e duraturo se non è accompagnato dal rafforzamento della democrazia, dalla tutela della libertà di parola, di partecipazione alla vita politica e sociale e dal rispetto dei diritti civili e umani.

Gli accordi di associazione e di libero scambio con Georgia, Moldova e Ucraina sono da sostenere in quanto fondamentali per i paesi contraenti per il buon proseguimento del loro percorso di indipendenza politica, di progresso civile e democratico e per il loro sviluppo economico.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Les accords d'association et la création d'une zone de libre-échange approfondi et complet avec la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine constituent un véritable crime économique et géopolitique. Ces accords constituent un préalable à l'adhésion prochaine de ces pays à l'Union européenne. La zone de libre-échange génère déjà de véritables drames économiques et sociaux en Europe.

Il convient également de préciser qu'en Moldavie, par exemple, le salaire minimum mensuel est de 43 euros. La Moldavie, c'est 30 % de la population qui vit sous le seuil de pauvreté, mais c'est aussi une économie souterraine qui représente 40 % du PIB. Par conséquent, dans le contexte de l'embargo russe, la Géorgie et l'Ukraine constituent de véritables armes de concurrence déloyale massive pour nos agriculteurs, qui ont beaucoup de mal et sont confrontés à des difficultés pour exporter leurs produits agricoles. Bien évidemment, j'ai voté contre ce rapport scandaleux.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Uniunea Europeană a urmărit o politică de extindere a sferei de influență economică și politică în Georgia, Moldova și Ucraina, prin semnarea de acorduri de asociere, inclusiv de acorduri de liber schimb aprofundat și cuprinzător. Așadar, cele trei țări au optat pentru o politică de apropiere față de Uniune, elaborând diverse programe de reforme ambițioase în numeroase domenii, cum ar fi democrația, buna guvernare, statul de drept și drepturile omului. Abordarea Georgiei, Moldovei și Ucrainei privind integrarea economică și politicile mai strânse cu Uniunea Europeană consolidează eforturile celor trei țări de apropiere a legislațiilor naționale de standardele Uniunii. Așadar, un astfel de acord generează o valoare adăugată pentru procesele de reformă din aceste țări.

M-am exprimat în favoarea acestei propuneri de rezoluție având în vedere că acordurile de asociere și de liber schimb aprofundate reprezintă o prioritate în cadrul politicii europene de vecinătate, având, de asemenea, un rol fundamental în asigurarea bunei guvernante, democrației, statului de drept și promovării drepturilor omului.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo. Non stupiscano le numerose indicazioni positive sugli emendamenti del gruppo GUE. Il testo della risoluzione comune degli altri gruppi, infatti, è assai criticabile. Si tratta di un documento che elogia l'attività politica dell'UE nello scenario Ucraino e gli emendamenti presentati tenderebbero a introdurre un maggiore equilibrio. L'accordo di associazione con queste aree non solo non porterà risultati economici e politici, ma contribuirà a rendere ancora più instabile un'area geografica di storica influenza Russa, dove le istituzioni europee stanno commettendo errori molto gravi. Si spera dalle conseguenze non irreversibili. Il rispetto dei diritti politici, sociali e umani, peraltro, posto come precondizione di ogni accordo, non risulta rispettato nei paesi con cui l'UE ha stretto questo tipo di rapporti politici e commerciali.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against the resolution for this trade agreement as I disagree with the policy the EU has taken in extending its political and economic sphere to these countries without properly considering conflicts in the region, including the ramifications such a deal would have on other neighbouring countries and their relations with one another. On 1 January 2016 and in anticipation of this agreement, Russia cut the participation of Ukraine to the CIS free trade zone.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP did not support the ratification of Association Agreements with Ukraine, Georgia or Moldova. The signing of these agreements contributed to increased tensions between the EU and Russia and contributed to the increased insecurity in eastern Europe and the Caucasus. They are also seen as a step towards future EU membership. As such we voted against.

UKIP were however pleased to note that Amendment 17 called for the EU to ensure that the upcoming vote in the Netherlands on the EU-Ukraine Agreement is respected.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion as I fully support Georgia, Moldova and Ukraine in implementation of the trade agreements with the European Union. These agreements will integrate the three countries closer with the European Union and further help them with their economic reforms.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho espresso voto sfavorevole alla risoluzione comune sugli accordi di associazione e libero scambio globali e approfonditi con la Georgia, la Moldova e l'Ucraina. Il testo elogia in maniera eccessiva sia l'operato della Commissione che gli sforzi intrapresi da questi paesi nell'ambito delle proprie riforme costituzionali e democratiche. In Ucraina manca ancora una legge sul conflitto di interessi credibile e anche le riforme costituzionali che sono state intraprese sono del tutto insoddisfacenti. Inoltre, ritengo che gli accordi di libero scambio con queste aree non solo non porteranno ai risultati economici e politici auspicati, ma contribuiranno ad alimentare ancora di più una contrapposizione con la Russia estremamente dannosa per le nostre imprese. È impensabile concludere accordi con paesi ex sovietici continuando ad escludere la collaborazione con la Russia.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφιώς*. – Τασσόμαστε υπέρ των προτάσεων ψηφίσματος σχετικά με τις συμφωνίες σύνδεσης και ελεύθερων συναλλαγών με τη Γεωργία, τη Μολδαβία και την Ουκρανία διότι γνωρίζουμε ότι οι χώρες αυτές έχουν, στο σύνολό τους, κυρώσει τις συμφωνίες σύνδεσης με όλες τις προβλέψεις αυτών για ζώνες σφαιρικών και σε βάθος ελεύθερων συναλλαγών. Με τον τρόπο αυτό επέλεξαν μία πορεία βαθύτερης πολιτικής και οικονομικής ενσωμάτωσης στην Ευρωπαϊκή Ένωση, η οποία περνά μέσα από φιλόδοξες μεταρρυθμίσεις σε πολυάριθμους τομείς, συμπεριλαμβανομένων της δημοκρατίας, της χρηστής διακυβέρνησης, του κράτους δικαίου και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και η οποία πορεία αξίζει να υποστηριχθεί.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare in maniera negativa per le proposte di risoluzione sugli accordi di associazione e libero scambio con la Georgia, la Moldavia e l'Ucraina. Ritengo, infatti, che l'attuazione delle agende per questi accordi non debbano essere considerate una priorità assoluta per l'Unione. Siffatti accordi potrebbero infatti avere un impatto negativo dal punto di vista dell'economia dell'Unione ma anche rispetto a temi sociali quali disoccupazione e immigrazione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In quanto presidente della commissione per l'integrazione economia dell'Assemblea parlamentare Euronest, non potevo non votare a favore di questi accordi che costituiscono uno dei passi di un lungo cammino teso ad avvicinare questi paesi, politicamente, all'Europa.

È fondamentale avere dei confinanti affidabili e stabili, che non esportino criminalità e tensioni politiche ma che possano importare i nostri beni. Sono stato in Moldova a monitorare le elezioni politiche del 2014, e ho trovato un paese che ha molto bisogno di noi. C'è ancora tanta strada da fare, ma sono lieto che questo Parlamento possa confermare la volontà di andare avanti.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP did not support the ratification of Association Agreements with Ukraine, Georgia or Moldova. The signing of these agreements contributed to increased tensions between the EU and Russia and contributed to the increased insecurity in eastern Europe and the Caucasus. They are also seen as a step towards future EU membership. As such we voted against.

UKIP were however pleased to note that Amendment 17 called for the EU to ensure that the upcoming vote in the Netherlands on the EU-Ukraine Agreement is respected.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Geórgia, a Moldávia e a Ucrânia ratificaram os Acordos de Associação, que incluem Zonas de Comércio Livre Abrangente e Aprofundado, optando, assim, pela via de uma maior integração política e económica com a União Europeia e por levar a cabo reformas ambiciosas em numerosos domínios, como a democracia, a boa governação, o Estado de Direito e os direitos humanos.

Apoio a intenção destes países e a assistência técnica e financeira que a União tem prestado a estes países, sendo de condenar as pressões de Estados terceiros, como a Rússia, para prejudicar a trajetória pró-europeia.

Considero vital que se prossiga com determinação o programa de reformas em curso, em especial do sistema judicial, do Estado de Direito e da luta contra a corrupção e a criminalidade organizada, que não devem ser dissociados da sociedade civil.

De louvar a participação destes países em programas europeus como o COSME, Erasmus +, Marie Skłodowska-Curie e Europa Criativa, proporcionando, assim, a oportunidade de se familiarizarem com as políticas e os métodos de trabalho da União.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP did not support the ratification of Association Agreements with Ukraine, Georgia or Moldova. The signing of these agreements contributed to increased tensions between the EU and Russia and contributed to the increased insecurity in eastern Europe and the Caucasus. They are also seen as a step towards future EU membership. As such we voted against.

UKIP were however pleased to note that Amendment 17 called for the EU to ensure that the upcoming vote in the Netherlands on the EU-Ukraine Agreement is respected.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Georgia, Moldova e Ucraina sono paesi che si trovano ad un primo stadio di una possibile futura associazione con l'Unione europea, anche se purtroppo la situazione molto precaria, la lotta politica e le mancate riforme tengono in stallo tutta la regione.

Ho ritenuto di dover votare favorevolmente in quanto ritengo necessario continuare ad incoraggiare con determinazione il programma di riforme, in particolare nei settori della giustizia, dello Stato di diritto e della lotta contro la corruzione e la criminalità organizzata, in quanto importante requisito essenziale per lo sviluppo socioeconomico dei tre paesi di associazione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The conclusion of the association agreement is part of the broader process of seeking closer cooperation with Georgia, Moldova and Ukraine. While democratic institutions in these countries may still be weak, the EU needs to play a role in facilitating the strengthening of these structures, even through trade agreements.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución favorable a los Acuerdos de Asociación y las zonas de libre comercio de alcance amplio y profundo entre la UE y Georgia, Moldavia y Ucrania desde el convencimiento de que la UE sigue una política de ampliación de sus intereses geopolíticos y de la esfera de influencia de la UE y de la OTAN en la zona con una voluntad de confrontación con Rusia.

Este tipo de acuerdos comerciales ya de por sí allanan el camino para anteponer los intereses empresariales europeos a los de los pueblos de los diferentes países. En el caso de Ucrania, mucho más lejos, el afán de expansión de la esfera de control de la UE ha sido el factor clave en el desencadenamiento del golpe de Estado en Ucrania y de la guerra civil en el país. Desde mi profunda condena a la escalada de tensiones con Rusia y a la presencia de la OTAN en la zona, con mi voto negativo he querido mostrar mi rechazo a estos acuerdos, que perjudican a la población local y, aún más, ponen en peligro la paz en la región.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Gruzja, Mołdawia i Ukraina to trzy kraje Partnerstwa Wschodniego (PW), które podpisały i ratyfikowały umowy stowarzyszeniowe oraz umowy o pogłębionym i kompleksowym wolnym handlu z UE. Wszystkie trzy kraje realizują obecnie swoje plany reform z różnym powodzeniem i w zależności od okoliczności. Niestety mają one również do czynienia z okupacją części ich terytoriów w konfliktach, w których Rosja odgrywa kluczową rolę. W Gruzji można mieć zastrzeżenia co do niezależności sądownictwa, represji wobec opozycji politycznej i wolności mediów (zainicjowana przez rząd próba przejścia stacji telewizyjnej). Mołdawia zmaga się z głębokim kryzysem politycznym, który prawie doprowadził do zablokowania reform i mógł zagrozić europejskiemu kierunkowi obronemu przez ten kraj. Ukraina uwikłana jest w konflikt zbrojny na Wschodzie z separatystami aktywnie wspieranymi przez Rosję.

Zawsze starałem się wspierać europejskie aspiracje państw Partnerstwa Wschodniego i z zadowoleniem przyjmuję postępy poczynione przez te państwa od podpisania AA i DCFTA. Również w pełni popieram integralność terytorialną wszystkich trzech państw. Jednak pozostają pewne problemy w odniesieniu do wyżej wymienionych obszarów, które na dzień dzisiejszy nie pozwoliły mi na zagłosowanie za przyjęciem dokumentu. Mam nadzieję, że w przyszłości (najbliższej) wszystkie trzy kraje będą wolne od wspomnianych bolączek z korzyścią dla ich mieszkańców.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I welcome the ratification of the various EU association agreements established with Georgia, Moldova and Ukraine. The agreements encompass the Deep and Comprehensive Free Trade Areas (DCFTA) and are an invaluable sign that different countries are willing to work towards their European Aspirations by ensuring that their national legislations reach the standards expected by the European Union within the commitments of the established agreement. However, these agreements must come hand in hand with stronger rule of law, human rights safeguards, the possibility for parliamentary scrutiny to ensure the highest standard of democracy and greater efforts to seek peace in the region, especially in light of various internal and external conflicts with Russia, for the benefit of the countries' own people and their safety.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I strongly support the aspirations of Georgia, Moldova and Ukraine to continue their economic and political development and reform and their desire to create stronger ties with the rest of Europe. All sides can benefit from this positive progress in relations, and many businesses in the UK are already operating in or seeking to expand into these growing markets.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla risoluzione comune sugli accordi di associazione e di libero scambio globali e approfonditi con la Georgia, la Moldova e l'Ucraina.

La risposta positiva ai programmi europei e l'intensificazione notevole degli scambi commerciali registrati fino ad ora confermano che, nonostante i recenti sviluppi nei tre paesi, dobbiamo continuare a fornire un convinto sostegno al cammino che hanno intrapreso verso un sempre maggiore avvicinamento all'Unione europea, sia dal punto di vista commerciale che politico.

Gli accordi in questione, infatti, hanno come obiettivo principale quello di aiutare il processo di riforme, in varie aree, favorendone ulteriormente la stabilizzazione.

La risoluzione sottolinea la necessità di spingere per il rafforzamento dello stato di diritto e della lotta alla corruzione, ma soprattutto di agire affinché i partner rafforzino la loro volontà di portare a termine veri e propri cambiamenti strutturali, che vadano in primis a beneficio delle condizioni di vita dei cittadini.

Per questo sarà importante continuare a monitorare l'avanzamento delle riforme e una piena attuazione degli accordi di associazione e libero scambio.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution s'intéresse aux progrès réalisés par la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine depuis la signature par ces pays d'accords d'association et de libre-échange avec l'UE. Dressant un bilan des améliorations politiques et judiciaires dans les trois pays depuis 2014, le Parlement européen considère que la Russie doit arrêter de s'impliquer directement ou indirectement dans les conflits en Géorgie, Moldavie et Ukraine, et d'interférer avec leurs aspirations européennes. Il accueille favorablement la progression des échanges commerciaux mais demande plus d'efforts en ce qui concerne les réformes liées à l'indépendance des médias et du système judiciaire en particulier. Considérant que cette résolution est équilibrée, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP did not support the ratification of Association Agreements with Ukraine, Georgia or Moldova. The signing of these agreements contributed to increased tensions between the EU and Russia and contributed to the increased insecurity in eastern Europe and the Caucasus. They are also seen as a step towards future EU membership. As such we voted against.

UKIP were however pleased to note that Amendment 17 called for the EU to ensure that the upcoming vote in the Netherlands on the EU-Ukraine Agreement is respected.

Marielle de Sarnez (ALDE), par écrit. – Un an après la ratification des accords d'association et de libre-échange entre l'Union et la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine, un resserrement des liens économiques et commerciaux avec ces pays du voisinage oriental s'est opéré. Si l'on peut se réjouir des progrès enregistrés en termes de développement économique et de stabilité, des réformes restent à conduire dans le domaine des libertés individuelles et des droits de l'homme et au sein de certaines institutions étatiques. En Ukraine, la corruption reste endémique. En Géorgie, le système judiciaire n'est pas suffisamment indépendant, comme en témoigne le manque de transparence dans la nomination des procureurs et enquêteurs. En Moldavie, c'est le secteur financier qui doit être totalement revu.

Naturellement, l'Union européenne continuera à fournir de l'aide à ces pays, au fur et à mesure des progrès réalisés dans les domaines de la démocratie, de l'état de droit et de la lutte contre la corruption. Dans le même temps, il est urgent de convaincre la Russie de ne plus s'immiscer dans les conflits en Géorgie, Moldavie et Ukraine, et d'interférer avec leurs aspirations européennes.

Il faut enfin rappeler que ce rapprochement et cette coopération plus étroite avec ces pays ne présagent pas une adhésion systématique à l'Union européenne.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ces accords vont dans le sens d'un nouvel élargissement de l'Union européenne, en l'occurrence aux trois pays concernés, Géorgie, Moldavie et Ukraine. En outre, ils condamnent d'une part la Russie qui pratiquerait la déstabilisation de ces pays et évoquent d'autre part une atteinte à la souveraineté de ces trois pays. Étant opposée à de nouveaux élargissements de l'Union européenne, qui compte déjà 28 membres, et ne m'associant pas au double discours de celle-ci quant à la souveraineté des États, qui n'est invoquée que lorsqu'elle concerne des pays extérieurs, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ЕКР), в писмена форма. – Споразумението за асоцииране/задълбочени и всеобхватни споразумения за свободна търговия с Грузия, Молдова и Украйна изисква от страните да прилагат всеобхватни политически и икономически реформи, предоставяйки в замяна преференциален достъп до вътрешния пазар на Съюза и по-добри условия за сътрудничество. Въпросната резолюция разглежда напредъка на тези три държави през изминалата година. Безспорен шампион между тях е Грузия, която скоро ще получи либерализация на визовия режим. Но много още проблеми от демократично естество остават неразрешени като независимостта на съдилищата, свободата на медиите и репресирането на опозицията. Молдова е изпаднала в тежка политическа криза, която застрашава процеса на евроинтеграция и прилагането на реформи. Украйна също се опитва да реформира системата си и да се справи с организираната престъпност, корупцията и тежката икономическа среда. Подкрепих резолюцията на Европейския парламент, защото смятам, че тя всеобхватно представя проблемите на тези страни и предоставя ключови препоръки за процеса на тяхното реформиране и евроинтегриране.

Γεώργιος Επιτήδειος (ΝΙ), γραπτώς. – Ο ρατσισμός και το αντιρωσικό μένος της Ευρωπαϊκής Ένωσης αποτυπώνεται στις γραμμές αυτού του κείμενου. Στην προσπάθειά της να υψώσει και μία πολιτική «αντιπυραυλική ασπίδα» γύρω από την Ρωσία, η Ευρωπαϊκή Ένωση χρηματοδοτεί και συνάπτει συμφωνίες με την πραξικοπηματική κυβέρνηση της Ουκρανίας. Αδιαφορώντας πλήρως για τις συνέπειες που παρόμοιες μεθοδεύσεις ενδέχεται να έχουν για τις οικονομίες των νότιων κρατών μελών της, η Ευρωπαϊκή Ένωση ενισχύει και προσπαθεί να εντάξει στις τάξεις της κάποιες από τις πιο διεφθαρμένες και οικονομικά ασθενείς χώρες της Ευρώπης.

José Inácio Faria (ALDE), por escrito. – Saúdo a resolução do Parlamento Europeu, sobre os Acordos de Associação e as Zonas de Comércio Livre Abrangente e Aprofundado com a Geórgia, a Moldávia e a Ucrânia, a qual votei favoravelmente.

Acredito que estes Acordos possam contribuir para reforçar o compromisso destes países para com a boa governação, a democracia, o Estado de direito e os direitos humanos, representando uma maior aproximação política e económica com a União Europeia.

Abstive-me, no entanto, na votação por partes ao parágrafo 31, parte 2. Apoio a posição da Ucrânia nos presentes litígios comerciais com a Rússia, que resultam da suspensão unilateral por parte desta do Acordo de Comércio Livre com a Ucrânia e do impedimento do trânsito de mercadorias de países terceiros, em violação dos acordos da OMC.

Apesar disto, considero que futuros litígios entre aqueles dois países devem ser analisados caso a caso, antes de uma tomada de decisão de apoio no âmbito da OMC, por parte da União Europeia.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Geórgia, a Moldávia e a Ucrânia ratificaram os Acordos de Associação (AA), que incluem Zonas de Comércio Livre Abrangente e Aprofundado (ZCLAA), optando assim pela via de uma maior integração política e económica com a União Europeia e por levar a cabo reformas ambiciosas em numerosos domínios, como a democracia, a boa governação, o Estado de direito e os direitos humanos.

Os três países têm vindo a fazer esforços no sentido de garantir que a legislação nacional se aproxime das normas da UE, com base nos compromissos assumidos no âmbito dos acordos. Concorro que o êxito destes esforços depende de muitos fatores, como um ambiente político estável, uma reflexão estratégica, planos concretos de reforma e uma boa utilização do apoio financeiro e técnico internacional.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Está à vista a dramática evolução da situação na Ucrânia, resultante da desestabilização e da escalada de violência desencadeadas na sequência do anúncio da suspensão da assinatura do acordo de associação com a UE em Novembro 2013.

Foi consumado um golpe de estado, promovido pelos setores mais retrógrados da oligarquia ucraniana com o apoio dos EUA e da UE, que pretendem assegurar o domínio político, económico e militar da Ucrânia, prossequindo a expansão da NATO junto da fronteira da Federação Russa. Esta realidade representa uma acrescida ameaça à segurança e à paz na Europa e no Mundo.

É de extrema gravidade o avanço e consolidação das forças xenófobas, de cariz fascista e neonazi na Ucrânia, que desrespeitam e atropelam direitos e liberdades.

Tudo isto é omitido pela resolução. Tal como é omitida a recente decisão do Tribunal Administrativo de Kiev de ilegalização do Partido Comunista da Ucrânia.

Esta proposta de resolução que se estende à Geórgia e à Moldávia constitui mais um passo na estratégia de domínio imperial da UE, com o recurso a Acordos de Associação e a Zonas de Comércio Livre que, a pretexto da denominada «integração europeia», procuram efetivamente impor nefastas e gravosas condições económicas e políticas a estes países. Obviamente votámos contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európsku susedskú politiku a Východné partnerstvo sme zriadili na zabezpečenie mieru, stability a prosperity v Európe. Slúžiť k tomu majú nástroje presadzujúce demokraciu, právny štát či udržateľný hospodársky rozvoj. Dohody o pridružení sú v platnosti už rok a vytvorenie prehľadnej a komplexnej zóny voľného obchodu medzi Európskou úniou a Gruzínskom, Moldavskom a Ukrajinou predstavuje významnú výhodu vyplávajúcu z dohôd o pridružení, pretože majú významný vplyv na rast ekonomík či vytváranie pracovných miest. Pridružené krajiny dosahujú značný pokrok vo viacerých oblastiach, avšak vo všetkých troch krajinách sú demokratické inštitúcie stále slabé. Uzatvorenie dohôd o pridružení by nemalo byť konečným cieľom, ale skôr súčasťou procesu na dosiahnutie hlbšej spolupráce Európskej únie s predmetnými krajinami.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Καταψηφίζω τις σχετικές εκθέσεις στο σύνολό τους διότι ο ρατσισμός και το αντιρωσικό μένος της ΕΕ είναι διάχυτος στις γραμμές αυτού του κείμενου. Στην προσπάθειά της να υψώσει και μία πολιτική «αντιπυραυλική ασπίδα» γύρω από την Ρωσία, η ΕΕ χρηματοδοτεί και συνάπτει συμφωνίες με την πραξικοπηματική κυβέρνηση της Ουκρανίας. Αδιαφορώντας πλήρως για τις συνέπειες που παρόμοιες ενέργειες ενδέχεται να έχουν για τις οικονομίες των νότιων κρατών μελών της, η Ένωση ενισχύει και προσπαθεί να εντάξει στις τάξεις της κάποιες από τις πιο διεφθαρμένες και οικονομικά ασθενείς χώρες της Ευρώπης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *în scris*. – Susțin implementarea acordurilor de asociere și aş dori să se acorde o mai mare atenție dimensiunii sociale a parteneriatului. Consider că este nevoie de mai multe eforturi în domeniul statului de drept, în lupta împotriva corupției, precum și în consolidarea democrației. Este dreptul acestor țări și al cetățenilor lor să-și aleagă propriul drum de urmat, atât timp cât acesta este spre valorile europene, spre democrație și economie de piață, spre respectarea drepturilor omului și a libertății, spre statul de drept și independența justiției și nu spre un regim autoritar-dictatorial, de tip asiatic. Republica Moldova este o entitate ce aparține culturii europene, spațiului sud-est european. Această politică de confruntare promovată dinspre estul Europei nu este nici în interesul Europei și nici în al respectivei țări.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car elle met l'accent sur l'importance de l'engagement de l'Union vis-à-vis des pays du partenariat oriental. Dans la résolution, nous nous félicitons des progrès enregistrés par l'Ukraine, la Moldavie et la Géorgie, et nous rappelons que la mise en œuvre des accords d'association et de libre-échange approfondi et complet doit rester une priorité de l'Union et de ces trois pays.

Nous saluons l'assistance financière et technique apportée par l'Union, tout en soulignant que le soutien financier de l'Union doit être subordonné à des réformes concrètes, notamment dans les domaines de la justice et de l'état de droit.

Enfin, il est important d'inscrire ces accords dans le cadre plus vaste de renforcement de notre partenariat, qui doit porter à la fois sur le dialogue politique et sur des domaines prioritaires, qui vont de l'emploi à l'énergie, en passant par la sécurité, la prévention des conflits et la lutte contre le terrorisme.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az EU számára prioritást jelent a kelet-európai és a dél-kaukázusi országok biztonsága, stabilitása, gazdasági jóléte, és hogy megszilárduljon náluk a demokrácia és a jogállamiság. Az Európai Tanács 2008 júniusában felkérte a Bizottságot, hogy dolgozza ki a keleti partnerségre vonatkozó javaslatot azzal a céllal, hogy támogatást kapjon a regionális együttműködés, és hogy szorosabbá váljanak az EU és a keleti szomszédai közötti kapcsolatok. Üdvözlöm, hogy az EU elkötelezte magát amellett, hogy a keleti partnerség keretében szoros, differenciált és kölcsönösen előnyös együttműködést alakítson ki mind a hat országgal függetlenül attól, hogy az egyes országokat mi motiválja az EU-val kialakított kapcsolataikban.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor considerando que Georgia, Moldavia y Ucrania han ratificado los Acuerdos de Asociación, que incluyen zonas de libre comercio de alcance amplio y profundo, optando así por el camino de una mayor integración política y económica con la UE y sometiéndose a reformas ambiciosas en numerosos ámbitos, como la democracia, el buen gobierno, el Estado de Derecho y los derechos humanos, de lo que debemos estar muy satisfechos, ya que el progreso de nuestros vecinos repercute favorablemente en el bienestar y prosperidad de la UE.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho condiviso l'impianto della proposta di risoluzione comune presentata a norma dell'articolo 123 del regolamento sugli accordi di associazione e di libero scambio globali e approfonditi con la Georgia, la Moldova e l'Ucraina.

Ritengo, infatti, che negli ultimi anni i suddetti paesi abbiano compiuto importanti sforzi verso la costruzione di un percorso d'integrazione politica ed economica con l'Unione europea, dimostrando la volontà di attuare riforme ambiziose nel campo della democrazia, dello Stato di diritto e dei diritti umani.

Condivido il riferimento circa la necessità di assicurare a questi paesi la piena integrità territoriale e la sovranità nazionale, soprattutto in considerazione del fatto che gli Stati in questione hanno scelto democraticamente di stabilire relazioni più strette con l'UE e che tale libera scelta non può essere oggetto di pressione da parte di paesi terzi.

Esprimo infine soddisfazione per la partecipazione di Georgia, Moldova e Ucraina ai programmi UE, quali COSME, Horizon 2020 ed Erasmus Plus, che offriranno la possibilità a numerosi giovani, imprenditori e ricercatori di conoscere più da vicino l'UE e apprendere le migliori pratiche europee.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Resolution zum Assoziierungsabkommen sowie vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine gestimmt. Gerade die Unruhen in der Republik Moldau zeigen uns, wie wichtig eine enge Anbindung dieser Länder an die EU ist. Eine Anbindung, die sich nicht zwingend gegen Russland richtet – die aber Brücken schlägt, um Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit in Europa zu stärken.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe de la Comisión de Comercio Internacional del Parlamento Europeo sobre el Acuerdo de Asociación para el establecimiento de zonas de libre comercio entre la Unión Europea y Georgia, Moldavia y Ucrania por considerar que el informe apunta a un acuerdo asimétrico que fortalece las lógicas perversas de los tratados comerciales neoliberales, que buscan la liberalización como fin único sin reparar en los derechos humanos y los derechos sociales.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Along with my fellow Labour MEPs, I voted in favour of this report. The S&D Group fully supports the implementation of the association agreements. We call for greater attention to be paid to the social dimension of the partnership. We insist on the need for more efforts in the field of the rule of law, the fight against corruption, and the consolidation of democracy.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφπτώς*. – Η ΕΕ έχει ακολουθήσει μια πολιτική επέκτασης της οικονομικής και πολιτικής της σφαίρας επιρροής στη Γεωργία, τη Μολδαβία και την Ουκρανία μέσω της υπογραφής συμφωνιών σύνδεσης, συμπεριλαμβανομένων και σφαιρικών και σε βάθος συμφωνιών ελευθέρων συναλλαγών, χωρίς ποτέ να λάβει υπόψη τις εμπορικές σχέσεις και την ιστορική αλληλοεξάρτηση των οικονομιών αυτών των χωρών με τις οικονομίες άλλων χωρών της περιοχής, συμπεριλαμβανομένης της Ρωσίας. Η Ομάδα μας ζητά την ακύρωση των τριών συμφωνιών, στις οποίες εξάλλου έχουμε αντιταχθεί και στο παρελθόν και οι οποίες έχουν αποδειχτεί αρνητικές για την ευημερία των λαών και για την ειρήνη στην περιοχή. Ζητούμε νέες μορφές συνεργασίας μεταξύ της ΕΕ και της Ευρασιατικής Οικονομικής Ένωσης. Καταδικάζουμε απερίφραστα το ρόλο και την επέκταση του ΝΑΤΟ στην περιοχή. Σχετικά με την Ουκρανία, ζητούμε την εφαρμογή των συμφωνιών του Μινσκ και αντιτασσόμαστε στην εμπορική πολιτική της ΕΕ. Σχετικά με τη Μολδαβία, ζητούμε την απελευθέρωση των πολιτικών κρατουμένων και το τέλος της λιτότητας. Σχετικά με την Γεωργία, ζητούμε την εξομάλυνση των σχέσεων της χώρας με τη Ρωσία. Για όλους αυτούς τους λόγους, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this resolution as it welcomes the efforts made by Georgia, Moldova and Ukraine in ensuring that national legislation approximates EU standards based on AA/DCFTA commitments. It additionally points out that success in doing this depends on many factors, including a stable political environment, strategic thinking, concrete plans for reforms, and good use of financial and technical international support. Funds which are made available must be spent well, and by themselves they are not enough to stabilise the economy, nor can any sustainable success be achieved without the continued commitment of the partners to bringing forward and implementing structural reforms, ensuring a rise in domestic demand, and achieving social cohesion. The association countries have freely chosen to establish a deeper relationship with the EU and that choice must be fully respected and be free from pressure by any third party. The actions taken by Russia to undermine or derail the pro-European course taken by the three association countries should be condemned.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Diese Entschließung des Europäischen Parlaments befürwortet die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU auf der einen und der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien auf der anderen Seite. Dadurch entstehen neue Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen in diesen Ländern. Darüber hinaus bin ich überzeugt, dass Freihandel mit der EU einen positiven Entwicklungsimpuls in diesen Ländern generieren wird. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit einem integrierten Binnenmarkt. Eine Ausweitung dieses Marktes begrüßen wir, lehnen innerhalb der derzeitigen EU eine Vollmitgliedschaft dieser Länder jedoch ab. Aus den genannten Gründen habe ich für die Empfehlung gestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwierrat in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP did not support the ratification of Association Agreements with Ukraine, Georgia or Moldova. The signing of these agreements contributed to increased tensions between the EU and Russia and contributed to the increased insecurity in eastern Europe and the Caucasus. They are also seen as a step towards future EU membership. As such we voted against.

UKIP were however pleased to note that Amendment 17 called for the EU to ensure that the upcoming vote in the Netherlands on the EU-Ukraine Agreement is respected.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I welcome the efforts made by Georgia, Moldova and Ukraine in taking the necessary measures towards meeting EU standards for association agreements/deep and comprehensive free trade agreements (AA/DCFTA). I also believe that the AA/DCFTA provisions regarding energy cooperation are of great importance in order to ensure the development of competitive, transparent and non-discriminatory energy markets in line with EU rules and standards.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Prijedlog rezolucije Sporazumi o pridruživanju / Sporazumi o produbljenoj i sveobuhvatnoj slobodnoj trgovini s Gruzijom, Moldavijom i Ukrajinom, koji predstavljaju za te zemlje prekretnicu na njihovom putu prema europskim integracijama. Osobito je to važno zbog činjenice da su Gruzija, Moldavija i Ukrajina pogođene dugotrajnim sukobima usmjerenim na podrivanje suvereniteta i teritorijalnog integriteta. Ovine se podržava cilj Sporazuma da se znatno produži političke, društvene i ekonomske odnose između Gruzije, Moldavije, Ukrajine i EU-a te provedbom tih ugovora doprinese poboljšanju života građana u područjima kao što su obrazovanje, zapošljavanje, pravda te povećanje životnog standarda i sigurnost građana. Pozdravljaju se napori tih

zemalja u nastojanjima da se nacionalni propisi približe standardima EU i naglašavanju uloge koju civilno društvo može imati u podizanju svijesti javnosti i usvajanju potrebnih reformi.

U slučaju Ukrajine se pozdravlja glasovanje u prvom čitanju ustavnih amandmana vezanih za decentralizaciju, te izražava zabrinutost zbog duboko ukorijenjene korupcije. U slučaju Gruzije se podsjeća na potrebu jačanja vladavine prava i odvajanju državnih institucija od utjecaja trenutačno vladajućih političkih snaga, a pri Moldaviji se izražava zabrinutost zbog političke krize koja je zahvatila zemlju nakon pada vlade koja je formirana u srpnju 2015., što šteti europskoj perspektivi.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette résolution annonce l'adhésion future à l'UE de la Géorgie, de la Moldavie et de l'Ukraine. Or, avec mes collègues du Front National, nous sommes hostiles à tout nouvel élargissement de cette Union moribonde. De plus, ces nouvelles adhésions sont d'autant plus malvenues que la résolution elle-même reconnaît que ces trois pays sont gangrenés par la corruption. Enfin, cette résolution est un nouvel affront à la Russie, voire une énième provocation de l'UE. J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP did not support the ratification of Association Agreements with Ukraine, Georgia or Moldova. The signing of these agreements contributed to increased tensions between the EU and Russia and contributed to the increased insecurity in eastern Europe and the Caucasus. They are also seen as a step towards future EU membership. As such my fellow colleagues and I voted against.

UKIP were however pleased to note that Amendment 17 called for the EU to ensure that the upcoming vote in the Netherlands on the EU-Ukraine Agreement is respected.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine

J'ai voté en faveur de la résolution sur les accords d'association et de la zone de libre-échange approfondis et complets avec la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine. Un an après la ratification des trois accords d'association et de libre-échange approfondi et complet avec l'UE, la résolution précise les réformes qui doivent encore être adoptées dans ces pays qui souhaitent se rapprocher de l'Union européenne. Elle prend par ailleurs acte du référendum néerlandais du 6 avril sur l'accord UE-Ukraine.

Cette résolution a été adoptée, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui prend note et valide le fait que l'Union, la Géorgie, l'Ukraine et la Moldavie ont signé des accords d'association et de libre-échange qui viennent approfondir les relations entre l'Union européenne et ces pays ayant fait le plus d'efforts en matière de droit de l'homme, de bonne gouvernance, d'état de droit et de démocratie au sein du Partenariat oriental. Le rapport invite aussi la Russie à cesser de s'impliquer directement ou indirectement dans les conflits de ces trois pays.

Kaja Kallas (ALDE), *kirjalikult*. – Ukraina, Gruusia ja Moldova seisavad täna silmitsi samade väljakutsetega, mille Eesti üheksakümnnendatel aastatel seljatas. Ka meie pidime eelneva kogemuse ta üles ehitama kaasaegse õigusriigi, välja juurima korruptsiooni ning rajama avatud ühiskonna.

Eestit saatis edu kahel põhjusel. Esiteks jätkus meil julgust ja tahet võtta vastu radikaalseid otsuseid. Teiseks oli meil piisavalt toetajaid väljaspool Eestit, kes meile nõu ja jõuga abiks olid.

Muutuste toimumiseks on vaja poliitilist tahet või rahva toetust. Ilma selleta pole ka pakutavast abist suurt kasu. Assotsieerimislepinguid sõlmides tunnustame me Ukraina, Gruusia ja Moldova pingutusi. Mis aga veelgi tähtsam, me näitame, et oleme valmis neid reformide läbiviimisel toetama. Uskuge mind, see on raskeid pingutusi tehes oluline.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen diese EntschlieÙung. Eine forcierte Annäherung an die EU hat das Chaos in der Ukraine ausgelöst, das mit der Abspaltung der Krim geendet hat. Nun sollen weitere Länder mit ähnlichen Territorialproblemen, wie Moldawien mit Transnistrien und Georgien mit Abchasien, einen ähnlichen Weg einschlagen, zu einem Zeitpunkt, an dem die europäisch-russischen Beziehungen auf einem neuen Tiefpunkt stehen. Ein solches Vorgehen ist meiner Meinung nach alles andere als verantwortungsbewusst und zielführend.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution, as it recommends that the reforms related to the association agreements and deep and comprehensive free trade agreements with Georgia, Moldova and Ukraine are continued and enhanced. The report underlines that political stability and concrete reform programmes are necessary if the EU's eastern neighbours want to benefit fully from their association agreements.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Diese Entschließung des Europäischen Parlaments befürwortet die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU auf der einen und der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien auf der anderen Seite. Dadurch entstehen neue Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen in diesen Ländern. Darüber hinaus bin ich überzeugt, dass Freihandel mit der EU einen positiven Entwicklungsimpuls in diesen Ländern ausüben wird. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Eine Ausweitung dieses Marktes begrüßen wir, lehnen innerhalb der derzeitigen EU eine Vollmitgliedschaft dieser Länder jedoch ab. Aus den genannten Gründen habe ich für die Empfehlung gestimmt.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – W pełni popieram rezolucję w sprawie układów o stowarzyszeniu oraz pogłębionych i kompleksowych strefach wolnego handlu z Gruzją, Mołdawią i Ukrainą. Podejmowane w ostatnich latach wysiłki krajów stowarzyszeniowych w postaci dostosowania przepisów i procedur, mają ogromne znaczenie dla przyszłości tych krajów, gdyż pogłębiają proces integracji z UE pod względem gospodarczym, prawnym, społecznym i politycznym. Jednak w związku z sytuacją geopolityczną podtrzymanie proeuropejskiego kursu staje się coraz większym wyzwaniem; w szczególności w Mołdawii kryzys polityczny i ekonomiczny pogłębił się, a państwo stanęło na krawędzi bankructwa.

W tym kontekście liberalizacja systemu wizowego między UE a krajami Partnerstwa Wschodniego jest jedną z tych konkretnych korzyści, które pomagają przekonać obywateli o dobrym bilansie proeuropejskiego wyboru. Ruch bezwizowy ułatwia kontakty i pomaga w zdobywaniu doświadczeń i rozwijaniu infrastruktury, komunikacji i biznesu – kluczowych dla prawidłowego wdrażania umów stowarzyszeniowych.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *in writing*. – I am in favour of the resolution on the association agreements/deep and comprehensive free trade agreements (AA/DFCTA) with Georgia, Moldova and Ukraine. These are crucial times for the Eastern Partnership (EaP) countries facing huge internal and external challenges and pressures. They chose the path of European reforms and Parliament with this resolution reaffirms its continuous and unwavering support. Corruption remains the main challenge to reforms, development and societal change; efforts in this regard must be significantly stepped up. The Minsk Agreements must be implemented without any further delay, Crimea occupied by Russia must be returned, the Russian military must leave Ukrainian territory at once – this is the prerequisite for easing the sanctions. However, the most recent Russian full-scale trade retaliatory measures against Ukraine only prove that Moscow still has not changed its habits of pressurising and destabilising its neighbours.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution sur les accords de libre-échange conclus avec l'Ukraine, la Moldavie, et la Géorgie tire un bilan bien trop positif de ces accords. Celui signé avec l'Ukraine a mis le feu aux poudres dans ce pays et a détruit une économie ukrainienne qui sera incapable de faire face à la concurrence européenne. La situation économique et sociale de ce pays est catastrophique, l'Ukraine n'arrivant pas à compenser la perte du marché russe pour ses entreprises; et pourtant, ce texte appelle à poursuivre plus loin l'intégration de l'Ukraine au marché européen.

Dans ces conditions je refuse de m'associer à l'autosatisfaction de ce texte sur des accords qui ont entraîné une lutte d'influence sans merci entre l'Union européenne et la Russie, et qui appelle à poursuivre les sanctions contre la Russie. J'ai donc voté contre ce texte et lui ai préféré la résolution de mon groupe qui dénonce l'empressement de l'UE à signer ces accords, sans mesurer les conséquences catastrophiques de la lutte d'influence qu'ils déclencheraient avec une Russie revancharde. L'Ukraine est désormais économiquement à genoux et a d'abord besoin qu'on l'aide plutôt que de la soumettre à la concurrence du marché européen ou aux remèdes prônés par le FMI.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur les accords d'association et de la zone de libre-échange approfondi et complet avec la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine. Ces accords d'association sont un tournant vers l'intégration européenne de ces pays. Ce texte souligne que la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine peuvent introduire une demande d'adhésion à l'UE, et se félicite aussi de la politique d'exemption de visa à l'égard des ressortissants de la Géorgie et de l'Ukraine. Il demande une campagne «d'information» destinée au public pour montrer à tous les avantages de ces accords et de la politique de voisinage, et pour répondre à la «propagande» et au «dénigrement». On croit rêver. Cette résolution va dans un sens contraire à nos intérêts et même aux intérêts de ces pays.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle annonce l'adhésion future à l'UE de la Géorgie, de la Moldavie et de l'Ukraine. Or, je suis contre toute nouvelle adhésion par principe. Celles-là sont d'autant plus malvenues que la résolution reconnaît que ces trois pays sont gangrenés par la corruption. Mais est-ce vraiment un défaut pour l'UE ? Enfin, cette résolution est inutilement insolente à l'égard de la Russie et va être ressentie par ce grand pays comme une nouvelle provocation de l'UE.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución favorable los Acuerdos de Asociación y las zonas de libre comercio de alcance amplio y profundo entre la UE y Georgia, Moldavia y Ucrania desde el convencimiento de que la UE sigue una política de ampliación de sus intereses geopolíticos y de la esfera de influencia de la UE y de la OTAN en la zona con una voluntad de confrontación con Rusia.

Este tipo de acuerdos comerciales ya de por sí allanan el camino para anteponer los intereses empresariales europeos a los de los pueblos de los diferentes países. En el caso de Ucrania, mucho más lejos, el afán de expansión de la esfera de control de la UE ha sido el factor clave en el desencadenamiento del golpe de Estado en Ucrania y de la guerra civil en el país. Desde mi profunda condena a la escalada de tensiones con Rusia y a la presencia de la OTAN en la zona, con mi voto negativo he querido mostrar mi rechazo a estos acuerdos, que perjudican a la población local y que aún más, ponen en peligro la paz en la región.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Diese Entschließung des Europäischen Parlaments befürwortet die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU auf der einen und der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien auf der anderen Seite. Dadurch entstehen neue Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen in diesen Ländern. Darüber hinaus bin ich überzeugt, dass Freihandel mit der EU einen positiven Entwicklungsimpuls in diesen Ländern ausüben wird. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Eine Ausweitung dieses Marktes begrüßen wir, lehnen innerhalb der derzeitigen EU eine Vollmitgliedschaft dieser Länder jedoch ab. Aus den genannten Gründen habe ich für die Empfehlung gestimmt.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Usnesení vyzývá země k ratifikaci, čímž zasahuje do vnitřních záležitostí států. Sama dohoda s Ukrajinou je špatně napsaná a rozvrací ukrajinskou společnost. Pokud bude dohoda odmítnuta referendem v Nizozemsku, měla by se sjednat lepší dohoda, která by byla skutečně jen o volném obchodu.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Sporazum o pridruživanju kao i o produbljenosti i sveobuhvatnoj slobodnoj trgovini s navedenim državama podržava teritorijalni integritet i demokratske institucije. Također, sporazumi pozivaju Rusku Federaciju na odustajanje od okupacije Krima, te da zaustavi direktna ili indirektna sudjelovanja u konfliktu u Ukrajini, kao i u trenutačno zamrznutim konfliktima u Moldovi i Gruziji.

Podržala sam prijedlog Rezolucije budući da je potrebno osigurati slobodu medija, govora, slobodne izbore i demokratske institucije u ovim državama, što se ovim sporazumima omogućava.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την κοινή πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τις συμφωνίες σύνδεσης και τις ζώνες σφαιρικών και σε βάθος ελευθέρων συναλλαγών με τη Γεωργία, τη Μολδαβία και την Ουκρανία για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 20 Ιανουαρίου 2016 αλλά και για τις ελλείψεις του εν λόγω κειμένου, το οποίο δεν μπορεί να θεωρηθεί ούτε πλήρες, ούτε τεκμηριωμένο.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ces propositions de résolution. Le point important à retenir est que ces trois pays, Géorgie, Moldavie, Ukraine, peuvent introduire une demande d'adhésion à l'UE. Le rapporteur demande une campagne d'information destinée au public pour leur démontrer les avantages de ces accords et de la politique de voisinage, et pour répondre à la «propagande» et au «dénigrement». Nous nous opposons fermement à l'ouverture vers l'Est de l'UE, en particulier vers des pays aussi fragiles et divisés que ces trois-là.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Apoyo la propuesta de Resolución en la que urgimos desde el Parlamento Europeo a Rusia a dejar de intervenir en los asuntos de Moldavia, Georgia y Ucrania y sus relaciones con la UE. También pedimos a estos tres países que persistan en su agenda de reformas políticas y económicas.

Valentinas Mazuronis (ALDE), raštu. – Balsavau už rezoliuciją dėl asociacijos susitarimų bei išsamių ir visapusiškų laisvosios prekybos erdvių su Gruzija, Moldova ir Ukraina. Rezoliucijoje be kita ko dar kartą pabrėžiama, jog ES tvirtai remia visų šių šalių teritorinį vientisumą, gerbia jų pasirinkimą žengti demokratiniu keliu bei pakartoja savo įsipareigojimą teikti joms įvairialypę finansinę ir techninę paramą vykdančioms politinėms, ekonominėms ir institucinėms reformoms. Rezoliucijoje taip pat nurodomos esminės reformų kryptys, kurių turėtų siekti Gruzija, Moldova ir Ukraina tam, kad sustiprintų savo demokratinę politinę sistemą ir užtikrintų teisinės valstybės principus.

David Martin (S&D), in writing. – Through these association agreements, the EU offers its eastern neighbours comprehensive political co-operation and economic integration without EU membership.

The EU's eastern neighbours need to implement far-reaching reforms in the economic and trade sector, as well as in legal approximation in order to benefit fully from this offer of co-operation. The more reforms take place, the more benefits will be generated by the association agreements and the deep and comprehensive free trade agreements. This means that these agreements constitute an ambitious programme for modernisation, which is why the EU also offers financial and technical support to help implement them.

In its resolution, the European Parliament underlines that political stability and concrete reform programmes are necessary if Georgia, Moldova and Ukraine want to benefit fully from their association agreements.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – Cette résolution prend position sur les accords de libre-échange en cours de finalisation avec la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine, suite à l'application provisoire de l'accord avec ce dernier depuis le 1^{er} janvier 2016. Oui, l'UE applique des accords avant ratification de tous les États dont les Pays-Bas qui tiendront un référendum le 6 avril prochain sur ce sujet, et avant l'approbation de cet hémicycle.

Les réformes «structurelles» préparatoires demandées à l'Ukraine ont eu leurs effets: inflation à 43,3 %, un quart de la population est passé en dessous du seuil de pauvreté et la dette extérieure a doublé en 2 ans. En Moldavie, le FMI et ce Parlement demandent un nouveau gouvernement pour mener à bien ces mêmes réformes. Peu importe que ces pays ne respectent pas les bases de l'état de droit et que les oligarchies nourrissent la corruption endémique. L'UE n'est pas tant mue ici par une volonté d'annexion économique que par des motifs purement géopolitiques et offensifs de guerre à la Russie et son Union eurasiennne. Je vote contre cette politique belliciste qui a déjà démontré qu'elle s'accommodait même de néo-nazis au pouvoir.

Joëlle Mélin (ENF), par écrit. – Cette résolution annonce l'adhésion future à l'UE de la Géorgie, de la Moldavie et de l'Ukraine. Or, avec mes collègues du Front National, nous sommes hostiles à tout nouvel élargissement de cette Union moribonde. De plus, ces nouvelles adhésions sont d'autant plus malvenues que la résolution elle-même reconnaît que ces trois pays sont gangrenés par la corruption. Enfin, cette résolution est un nouvel affront à la Russie, voire une énième provocation de l'UE. J'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), por escrito. – Apresentei o meu voto concordante com a proposta de resolução do Parlamento Europeu sobre os acordos de associação e as Zonas de Comércio Livre Abrangente e Aprofundados com a Geórgia, Moldávia e Ucrânia.

Os acordos de associação são fundamentais para consolidação de reformas, pelo respeito do Estado de direito e pelo reforço do crescimento económico.

Roberta Metsola (PPE), in writing. – I voted in favour of this resolution regarding the Association Agreements and the Deep and Comprehensive Free Trade Agreements with Georgia, Moldova, and Ukraine. The resolution acknowledges the strides forward the Georgian, Moldovan and Ukrainian Governments have made in ensuring that national legislation approximates EU standards.

Louis Michel (ALDE), par écrit. – Les accords d'association avec la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine sont à mon sens essentiels car ils représentent un cadre clair à nos relations avec ces trois pays. Le soutien de l'UE à ceux-ci dans la mise en œuvre de ces accords est indispensable en vue de leur stabilité. De plus, ces accords témoignent également d'une politique à long terme en faveur de la stabilité, de la prospérité et de la démocratie sur le continent européen. Tout particulièrement, l'accord entre l'UE et l'Ukraine, bien que représentant toute une série de points d'achoppement avec la Russie, est un mécanisme fondamental en vue d'encourager la promotion des droits de l'homme en Ukraine et une base solide au renforcement de nos relations commerciales.

De manière générale, ces accords créent un cadre de coopération dont l'utilité n'est plus à défendre. Ceux-ci stimulent le renforcement de l'État de droit et donnent un élan à la lutte contre la corruption, deux paramètres indispensables dans le cadre des réformes entreprises par ces pays en vue de leur stabilité. Des efforts sont encore à réaliser, et nous nous félicitons de la volonté générale du Parlement européen d'encourager ces trois pays à aller plus loin dans ces réformes.

Miroslav Mikolášik (PPE), písomne. – Východné partnerstvo bolo vytvorené v roku 2009 ako spoločné úsilie Európskej únie a jej partnerov z východnej Európy s úmyslom prepojiť politickú aj hospodársku integráciu na základe spoločných záujmov. Štáty východného partnerstva sa zaviazali, že sa budú zasadzovať o dosiahnutie zásad právneho štátu a demokracie a že budú dodržiavať základné ľudské práva aj zásady trhového hospodárstva. Gruzínsko, Moldavsko a Ukrajina uzatvorili s Európskou Úniou dohody o pridružení vrátane prehĺbenej a komplexnej zóny voľného obchodu. Zastávam názor, že tieto dohody, ktoré môžu spomínaným krajinám napomáhať pri dosahovaní stanovených cieľov, treba dodržiavať a ich popieraním nevytvárať ďalšie zbytočné konflikty.

Sorin Moisă (S&D), in writing. – As Rapporteur for Moldova and Shadow Rapporteur for Georgia in the INTA Committee, I welcome this resolution and its emphasis on our trade relations with those countries and, of course, also with Ukraine. The EU is a key trading and economic partner for them, and it therefore plays an important role in their development. The DCFTAs, if properly implemented, will generate jobs and will bring significant improvements to the living conditions of their people. The resolution highlights the positive results in terms of exports to the EU during the first 12 months of the DCFTAs' implementation for Georgia and Moldova. I expect the DCFTA with Ukraine to achieve similar results. However, the three countries must continue to pursue their reform agenda in the areas of judiciary, the rule of law and the fight against corruption and organised crime, to which I personally attach absolute priority in the institutional arena. These reforms will allow the countries to maximize and consolidate the economic benefits deriving from the full implementation of the DCFTAs. Their economic integration through trade and investment with the EU is the only real mid-to-long-term source of social, economic, political and institutional dynamism and structural change for – hopefully – the better.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – A jelzett tárggyban hat politikai csoport: a Verts/ALE, a PPE, az ALDE, az ECR, az S&D és a GUE/NGL nyújtott be állásfoglalásra irányuló indítványt. A GUE/NGL kivételével a többi öt politikai csoport megállapodásra jutott az állásfoglalás tartalmát illetően. Szavazatommal a kompromisszumos javaslatot támogattam.

Bernard Monot (ENF), par écrit. – Les accords d'association de l'UE avec la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine sont une étape de plus vers l'intégration de ces pays qui pourront introduire une demande d'adhésion. De plus, le rapport condamne la soi-disant politique russe de déstabilisation de ces pays.

En même temps, il s'inquiète, en Ukraine, de la corruption, des attentes à la liberté d'expression, et de la non-application des accords de Minsk II; en Géorgie, de la partialité de la justice, du manque d'indépendance de la justice et des pressions exercées sur la Cour Constitutionnelle; et en Moldavie, de l'absence de gouvernement stable, de la corruption, de l'état du système financier, et du comportement de certains hommes politiques moldaves.

Nous nous opposons donc à cette résolution qui est contraire aux intérêts de ce pays comme des nôtres.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Geórgia, a Moldávia e a Ucrânia ratificaram os Acordos de Associação, que incluem Zonas de Comércio Livre Abrangente e Aprofundado, demonstrando a sua intenção de aprofundar a integração política e económica com a União Europeia e de levar a cabo reformas em vários domínios, como a democracia, a boa governação, o Estado de direito e os direitos humanos.

É importante salientar os esforços da Geórgia, da Moldávia e da Ucrânia no sentido de garantir que os seus ordenamentos jurídicos nacionais se aproximem das normas da União Europeia. Contudo, defendo que é fundamental prosseguir com o programa de reformas, nomeadamente nos domínios do sistema judicial, do Estado de direito e da luta contra a corrupção e a criminalidade organizada, contextos elementares para o desenvolvimento socioeconómico dos países em questão.

Esta proposta reflete minuciosamente o cenário político, económico e social da Geórgia, da Moldávia e da Ucrânia e, pelo exposto, tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette résolution va dans un sens contraire à nos intérêts et aux intérêts des pays visés. En effet, elle propose des demandes d'adhésion à ces trois pays, se félicite de leur intégration progressive à l'UE. L'application de ces accords d'association risque de provoquer mécaniquement des partitions territoriales dans des États fragiles et divisés. Le socle naturel de ces États est le voisinage immédiat russe, qu'on le veuille ou non.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution qui contribue une nouvelle fois à l'escalade stérile des tensions avec la Russie. Ce texte invite notamment l'Union à assister l'Ukraine dans ses différends actuels et futurs avec la Russie auprès de l'OMC.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Ne pouvant être présent aux votes qui se sont tenus le jeudi 21 janvier, je tiens à faire part de mon soutien à la résolution relative aux accords d'association et de zone de libre-échange avec la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine, garants d'une plus grande aide européenne à ces pays dont une partie des territoires que sont respectivement l'Ossétie du Sud et l'Abkhazie, la Transnistrie, la Crimée et l'Est de l'Ukraine, demeure de facto autonome et attise la déstabilisation politique et économique.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report that will bring Georgia, Moldova and Ukraine onto the path of closer political and economic integration with the European Union, undergoing reforms in numerous areas such as human rights, good governance, and the rule of law and democracy.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru Propunerea comună de rezoluție referitoare la acordurile de asociere/acordurile de liber schimb aprofundat și cuprinzător cu Georgia, Republica Moldova și Ucraina. În calitate de coordonator S&D ITRE, subliniez importanța cooperării în domeniul energetic, a securității aprovizionării și a dezvoltării unor piețe energetice competitive, transparente și nediscriminatorii, în conformitate cu normele și standardele UE, precum și a energiei din surse regenerabile și a eficienței energetice. UE dorește să consolideze integrarea deplină a Moldovei, Ucrainei și Georgiei pe piața energiei prin Comunitatea Energiei. Sprijinul activ și solidaritatea în domeniul energiei de care a dat dovadă UE au permis reluarea de către Rusia a livrărilor de gaze către Ucraina în iarna 2015-2016. Astfel, statele membre ar trebui să valorifice pe deplin potențialul de tranzit al Ucrainei, să își consolideze cooperarea în vederea asigurării aprovizionării cu energie atât a UE, cât și a Ucrainei și să evite construcția de noi conducte de livrare a gazului din Rusia către Europa care ocolesc Ucraina, ceea ce ar putea avea un impact negativ asupra strategiei UE de diversificare a surselor de energie și asupra legislației UE. Susțin intenția UE de a promova integrarea deplină a Ucrainei pe piața energiei prin Comunitatea Energiei și de a reduce dependența energetică, fără a împovăra excesiv gospodăriile private.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea rezoluției privind acordul de asociere cu Georgia, Republica Moldova și Ucraina deoarece consider că este foarte important pentru Uniunea Europeană să continue cooperarea cu aceste state din Parteneriatul Estic, în ciuda presiunilor din partea Federației Ruse.

În contextul evenimentelor și al progreselor din cele trei state, susțin demersurile de a spori colaborarea cu acestea, pentru a încuraja și pentru a sprijini dezvoltarea și stabilitatea acestora, atât din punct de vedere economic, cât și din punct de vedere democratic și social.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení hodnotící uplynulý první rok platnosti dohod o přidružení. Na jedné straně je třeba vyzdvihnout pokrok, kterého všechny tři státy dosáhly na poli reform, na straně druhé však nelze pomíjet nedostatky a neduhy, které v nich přetrvávají. Zatímco Ukrajina se nadále potýká s rozbujelou korupcí, v Gruzii je problémem tendence sklouzávat do sféry vlivu Ruska a Moldavsku se příliš nedaří vymanit se z politické nestability. Věřím však, že navzdory přetrvávajícím obtížím jsou všechny tři partnerské státy na dobré cestě přibližování k EU a s naší silnou pomocí dokáží na této cestě vytrvat.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult.* – Toetasin. Arvestades, kuidas Venemaa ELi koostööd idapartnerlusriikidega survestab, on äärmiselt oluline, et ELi riigid, kes siiani veel assotsieerimislepinguid ratifitseerinud ei ole, seda võimalikult ruttu teeksid. Gruusia ja Ukraina osas tuleks kiiresti edasi liikuda viisavabaduse kehtestamisega. Murettekitav on Moldova poliitiline kriis, loodetavasti leitakse viis olukorra lahendamiseks ilma, et see hakkaks ohustama riigi majandust ja edasi-liikumist reformide osas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP did not support the ratification of Association Agreements with Ukraine, Georgia or Moldova. The signing of these agreements contributed to increased tensions between the EU and Russia and contributed to the increased insecurity in eastern Europe and the Caucasus. They are also seen as a step towards future EU membership. As such we voted against.

UKIP were however pleased to note that Amendment 17 called for the EU to ensure that the upcoming vote in the Netherlands on the EU-Ukraine Agreement is respected.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Inizio con l'esprimere il mio sostegno per gli sforzi già avvenuti da parte delle istituzioni di questi paesi. Considerando che l'apertura di nuovi mercati fa crescere le nostre economie e tenendo conto che l'Unione europea è una delle economie mondiali più aperte all'esterno. È nel nostro interesse condurre Georgia, Moldova e Ucraina in un percorso verso l'integrazione europea. Per questi motivi e augurandomi un continuo progresso verso la globalizzazione voterei positivamente.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – Georgia, Moldova and Ukraine are part of a strategic block from a political, geographic and economic point of view. The EU, now more than ever, should continue investing in giving this region the benefits of the fundamental values of the EU and helping in achieving structural reforms. The steps towards the implementation of association and deep and comprehensive free trade agreements are key building blocks in the comprehensive approach strategy.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Rezoluciju Europskog parlamenta o sporazumima o pridruživanju/područjima produbljene i sveobuhvatne slobodne trgovine s Gruzijom, Moldovom i Ukrajinom jer smatram kako Europska unija treba aktivno raditi na političkom i gospodarskom približavanju sa svim zemljama Istočnog partnerstva, a posebice s ove tri zemlje s kojima smo već postigli znatan napredak. Iako spomenute zemlje trebaju uložiti dodatan napor u provedbi dogovorenih reformi, važno je da im već sada pošaljemo jasnu i nedvosmislenu poruku kako je njihov put prema europskim integracijama otvoren. Smatram i kako Europska unija mora poduzeti dodatne mjere s ciljem osiguranja teritorijalne cjelovitosti, suvereniteta i nezavisnosti Gruzije, Moldove i Ukrajine koja je ozbiljno narušena. Bez rješenja ovih problema bit će dugoročno nemoguće stvoriti stabilnu regiju koja bi mogla aktivno surađivati s Europskom unijom.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U prvih 12 mjeseci primjene sporazuma o produbljenoj sveobuhvatnoj slobodnoj trgovini izvoz Gruzije u EU je porastao za 15 %, a Moldavije za čak 62 %. Povoljni rezultati se očekuju i za Ukrajinu. No, kao i za ostale trgovinske sporazume, smatram kako slobodnu trgovinu mora pratiti slobodno kretanje ljudi. Uvjeti su ispunjeni te nema razloga da se ne ukinu vize za građane Ukrajine i Gruzije.

Europska unija treba, osim deklarativno politički, i ekonomski pomoći zemljama Istočnog partnerstva, uz strogo nadziranu implementaciju. No, ključ odnosa prema zemljama Istočnog partnerstva je odnos Europske unije prema Rusiji. Sa sve tri zemlje Rusija je u konfliktu, bilo da se radi o aneksiji Krima, okupaciji Abhazije i Južne Osetije ili pitanju Transnistrije. Nastavno na sankcije Europske unije prema Rusiji i ruske sankcije prema Ukrajini nakon implementacije ovog sporazuma, trilateralni dijalog EU-Ukrajina-Rusija je iznimno potreban i neophodan.

Osim odnosa s Rusijom, posebnu pozornost treba posvetiti situaciji u Moldaviji gdje bi nadolazeći izbori mogli imati bitne implikacije na orijentaciju u vanjskoj politici. Zaključno, nadam se da skorašnji referendum u Nizozemskoj neće dodatno otežati već dovoljno otežan europski put Ukrajine.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem návrh usnesení týkajícího se asociačních dohod a dohod o hluboké a komplexní zóně volného obchodu s Gruzii, Moldavskem a Ukrajinou, které je nezbytné k jejich plné implementaci. Prostřednictvím těchto dohod dojde k politickému a ekonomickému sblížení za finanční a technické podpory ze strany Evropské unie na implementaci dalekosáhlých reforem. Vlády Moldavska, Gruzie a Ukrajiny jsou kritizovány pro nedostatek odpovědnosti k některým prvkům demokracie, jako je svoboda projevu, dobrá správa věcí veřejných a celková politická stabilita, čímž ohrožují demokratizaci svých zemí. To však není důvod k tomu, abychom brzdili jejich integraci. Naopak bychom jim měli otevřít dveře, aby využily nabídky konstruktivní spolupráce s Evropskou unií, která napomůže jejich socializaci a modernizaci. Musíme si uvědomit, že asociační dohody a dohody o zóně volného obchodu neslouží politickým elitám, ale mají hluboký sociální rozměr, jelikož poslouží potřebám zdejších občanů tím, že pomůžou růstu jejich životní úrovně. Je nejen v našem zájmu, ale i naší odpovědností usilovat o stabilitu a mír ve východním sousedství. Proto jsem také v minulosti podpořil makrofinanční pomoc Ukrajině s rozhodnutím svěřit Komisi prováděcí pravomoci. Jedná se o první kroky, kterými Unie ukazuje, že si je vědoma problémů sousedních zemí a je ochotna poskytnout jim pomoc k jejich překonání.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Považuji toto usnesení za mimořádně důležité. Jsem velmi rád za úsilí Gruzie, Moldavska a Ukrajiny zajistit sblížení vnitrostátních právních předpisů se standardy EU založené na závazcích vyplývajících z AA/DCFTA. Jsem přesvědčen, že parlamentní dohled je zásadní podmínkou demokratické podpory politiky EU a je potřeba umožnit Evropskému parlamentu pravidelně a podrobně sledovat uplatňování AA/DCFTA. Vyjadřuji jednoznačnou podporu územní celistvosti všech těchto tří zemí a zdůrazňuji skutečnost, že přidružené země se svobodně rozhodly navázat hlubší vztahy s EU a že jejich volbu je třeba plně respektovat, navíc je důležité připomenout, že článek 49 Smlouvy o Evropské unii uvádí, že o členství v EU může požádat jakýkoli evropský stát, pokud se řídí zásadami demokracie, dodržuje základní svobody a lidská práva a práva menšin a zajišťuje právní stát. Těší mě, že 1. ledna 2016 vstoupila v platnost DCFTA mezi EU a Ukrajinou, také vítám pokrok v Gruzii, kde za poslední tři roky došlo k pokroku ve všech oblastech, na něž se vztahují čtyři bloky akčního plánu na uvolnění vízového režimu. Zároveň však nemohu nevyjádřit vážné znepokojení nad faktickou systémovou politickou nestabilitou v Moldavsku, kdy hrozí destabilizace institucí této země a kdy je ohrožena ekonomika, což má velký dopad na příliv přímých zahraničních investic.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Os Acordos de Associação (AA) / Zonas de Comércio Livre e Abrangente e Aprofundado celebrados com a Geórgia, a Moldávia e a Ucrânia (ZCLAA) institucionalizaram as aspirações europeias dos signatários, estabelecendo um novo quadro para as relações contratuais entre as partes.

Esta nova geração de acordos inclui disposições a respeito das relações comerciais futuras, mas não se esgota nos desígnios económicos. À luz da Política Europeia de Vizinhança (PEV), a Comissão Europeia negociou acordos abrangentes no sentido de garantir que os ordenamentos jurídicos diversos dos associados se aproximam paulatinamente das normas da UE.

Deste modo, por via de reformas concretas introduzidas a troco de apoio financeiro comunitário, está garantida a aproximação da legislação nacional aos valores (boa governação, democracia, Estado de direito e direitos humanos) consagrados pelos Tratados. Neste cenário de cooperação, o apoio à Geórgia, à Moldávia e à Ucrânia é também a defesa dos valores da União.

A presente resolução vem reiterar o auxílio económico e social já contemplado pelo AA/ZCLAA e confirma ainda o apoio à integridade territorial dos três países da associação lesados pela continuada ingerência, direta ou indireta, da Rússia. Tendo em conta o acima exposto, apoiei com o meu voto a resolução do Parlamento Europeu ora em apreço.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP did not support the ratification of Association Agreements with Ukraine, Georgia or Moldova. The signing of these agreements contributed to increased tensions between the EU and Russia and contributed to the increased insecurity in eastern Europe and the Caucasus. They are also seen as a step towards future EU membership. As such we voted against.

UKIP were however pleased to note that Amendment 17 called for the EU to ensure that the upcoming vote in the Netherlands on the EU-Ukraine Agreement is respected.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A Geórgia, a Moldávia e a Ucrânia ratificaram os Acordos de Associação (AA), que incluem Zonas de Comércio Livre Abrangente e Aprofundado (ZCLAA), optando assim pela via de uma maior integração política e económica com a União Europeia e por levar a cabo reformas ambiciosas em numerosos domínios, como a democracia, a boa governação, o Estado de direito e os direitos humanos.

Congratulo-me com a apresentação deste relatório que salienta a importância dos Acordos de Associação, bem como os progressos alcançados até à data e insiste que AA/ZCLAA e respetivos programas de associação devem estar no topo das prioridades da UE e dos três parceiros.

Para além disso, o relatório sublinha firmemente o apoio à integridade territorial dos três países, solicitando à Federação Russa que ponha termo à ocupação da Crimeia e suspenda imediatamente qualquer participação no atual conflito na Ucrânia, bem como nos conflitos latentes na Geórgia e na Moldávia. Face ao exposto, votei favoravelmente o presente relatório.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – São evidentes os esforços da Geórgia, da Moldávia e da Ucrânia no sentido de garantir que a legislação nacional se aproxime das normas da UE, com base nos compromissos assumidos no âmbito dos Acordos de Associação e de Comércio Livre.

O êxito destes esforços depende de muitos fatores, como um ambiente político estável, uma reflexão estratégica, planos concretos de reforma e uma boa utilização do apoio financeiro e técnico internacional.

Lembro que o apoio financeiro da UE a todos os seus parceiros é condicionado por medidas de reforma concretas. Estes países optaram livremente por estabelecer uma relação mais profunda com a UE e a sua escolha deve ser totalmente respeitada e não ser alvo de pressões de terceiros.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución acordada con los distintos grupos políticos sobre los Acuerdos de Asociación / Zonas de libre comercio de alcance amplio y profundo con Georgia, Moldavia y Ucrania, que se vienen aplicando de manera provisional desde hace meses. El proceso de ratificación está a punto de concluir y esta Resolución evalúa los progresos alcanzados hasta la fecha y pone de relieve la importancia de aplicar estos acuerdos con carácter definitivo.

Con esta Resolución, el Parlamento muestra su apoyo a la aplicación de estos Acuerdos de Asociación y pone el foco tanto en los progresos que estos acuerdos introducen en cuanto a su dimensión social como su utilidad como instrumentos para exigir mayores esfuerzos en materia de seguridad jurídica, lucha contra la corrupción y consolidación de la democracia.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – «La Russie doit arrêter de s'impliquer directement ou indirectement dans les conflits en Géorgie, Moldavie et Ukraine, et d'interférer avec leurs aspirations européennes», affirme une résolution sur les progrès de réformes que nous avons votée aujourd'hui. Le texte de la résolution salue les progrès de la Géorgie, de la Moldavie et de l'Ukraine, qui ont choisi la voie d'une intégration politique et économique plus étroite avec l'Union européenne.

Nous avons demandé à la Russie de mettre un terme à son intervention directe ou indirecte dans les conflits sur ces territoires, notamment son occupation en Crimée.

Enfin, un an après la ratification des trois accords d'association et de libre-échange approfondi et complet avec l'Union, nous avons aussi mentionné les réformes qui doivent encore être adoptées et nous avons pris acte du référendum néerlandais du 6 avril sur l'accord UE-Ukraine.

Il est souligné qu'au cours des 12 premiers mois, les exportations de la Géorgie vers l'Union ont augmenté de 15 % et celles de la Moldavie de 62 %. L'on s'attend à une croissance similaire pour les exportations ukrainiennes.

Tout en rappelant que ces pays peuvent demander une adhésion à l'Union s'ils répondent aux critères nécessaires, le Parlement fait également remarquer que le soutien financier de l'Union européenne est subordonné à des progrès de réformes concrets.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Geórgia, a Moldávia e a Ucrânia ratificaram os Acordos de Associação, que incluem Zonas de Comércio Livre Abrangente e Aprofundado com a União, optando, assim, pela via de uma maior integração política e económica com a União Europeia e por levar a cabo reformas ambiciosas em numerosos domínios, como no garante do escrutínio democrático da ação governativa, no caminho para a boa governação, na existência de um efetivo Estado de Direito e na proteção dos direitos humanos.

De realçar ainda que estes três países participam já em programas europeus, tais como o COSME, a Estratégia Horizonte 2020 e os programas Erasmus, o que lhes confere um conjunto bastante alargado de benefícios e facilita o seu processo de familiarização com as políticas e métodos de trabalho da UE.

Saúdo, por isso, os esforços levados a cabo por estes países no sentido da integração europeia e daí ter atribuído o meu voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui dresse un premier bilan de la mise en œuvre des accords d'association et des accords de libre-échange approfondis et complets entre l'Union européenne et la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine. Des réformes ont eu lieu dans ces pays et permettent notamment d'approfondir l'intégration politique et économique. Néanmoins, des progrès doivent encore être effectués dans certains secteurs, notamment concernant l'indépendance du système judiciaire et les menaces possibles pour le pluralisme des médias en Géorgie. En Moldavie, il sera important de suivre le nouveau gouvernement qui vient d'être élu après plus d'un an d'instabilité politique. Enfin, concernant l'Ukraine, des réformes doivent encore avoir lieu, afin notamment de renforcer la lutte contre la corruption.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Cambi di governo repentini, casi di giustizia selettiva, limitazioni della libertà di espressione sono alcuni dei problemi che questi paesi devono ancora affrontare. Il cammino è lungo e per non deludere né le aspettative dei cittadini di questi paesi né di quelli europei, la Commissione europea deve continuare a garantire il suo supporto per l'implementazione delle riforme previste dagli accordi di associazione e di libero scambio votati quest'oggi.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado EN CONTRA de este informe de la Comisión de Comercio Internacional del Parlamento Europeo sobre el Acuerdo de Asociación para el establecimiento de zonas de libre comercio entre la Unión Europea y Georgia, Moldavia y Ucrania por considerar que apunta a un acuerdo asimétrico que fortalece las lógicas perversas de los tratados comerciales neoliberales, que buscan la liberalización como fin único sin reparar en los derechos humanos y los derechos sociales.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución favorable a los Acuerdos de Asociación y las zonas de libre comercio de alcance amplio y profundo entre la UE y Georgia, Moldavia y Ucrania desde el convencimiento de que la UE sigue una política de ampliación de sus intereses geopolíticos y de la esfera de influencia de la UE y de la OTAN en la zona con una voluntad de confrontación con Rusia.

Este tipo de acuerdos comerciales ya de por sí allanan el camino para anteponer los intereses empresariales europeos a los de los pueblos de los diferentes países. En el caso de Ucrania, mucho más lejos, el afán de expansión de la esfera de control de la UE ha sido el factor clave en el desencadenamiento del golpe de Estado en Ucrania y de la guerra civil en el país. Desde mi profunda condena a la escalada de tensiones con Rusia y a la presencia de la OTAN en la zona, con mi voto negativo he querido mostrar mi rechazo a estos acuerdos, que perjudican a la población local y que aún más, ponen en peligro la paz en la región.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as a whole. I, like my colleagues in the Socialist Group, fully support the implementation of these association agreements. We are calling for much greater attention to be given to the social dimension of the partnership and we insist on the need for greater efforts in topics concerning the fight against corruption, respect of the rule of law and the consolidation of democracy.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – V prípade hlasovania o dohodách o pridružení a komplexných dohodách o voľnom obchode s Gruzínskom, Moldavskom a Ukrajinou som hlasoval za prijatie tohto uznesenia. Napriek viditeľným problémom, ktoré v EÚ máme, je zreteľné, že prístupový proces a samotné členstvo Slovenska v EÚ nám prinieslo možnosť výraznejšieho hospodárskeho rastu. Preto rád podporím tento proces aj v krajinách, ktoré zápasia nielen s ekonomickou neistotou, ale aj so snahou Ruska o väčší vplyv.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som spoločný návrh uznesenia o dohodách o pridružení/prehĺbených a komplexných zónach voľného obchodu s Gruzínskom, Moldavskom a Ukrajinou. EÚ uznáva európske ambície týchto troch krajín a zdôrazňuje pridanú hodnotu dohôd o pridružení v ich reformných procesoch. Najnovšie politické nepokoje a prejavy nespokojnosti v Moldavsku sú znepokojujúce, pretože bezvýchodisková politická situácia dosiahla kritický bod, ktorý predstavuje riziko destabilizácie krajiny a ohrozuje hospodárstvo, čo má výrazný vplyv na prílev priamych zahraničných investícií. Preto aj v uznesení sme vyzvali politické sily v Moldavsku, aby stabilizovali politickú situáciu v krajine a aby napredovali v reformách v prospech všetkých moldavských občanov. Takisto sme vyzvali Gruzínsku vládu, aby pokračovala v reforme súdnictva vrátane posilnenia jeho nezávislosti a odpolitizovania prokuratúry. Pri Ukrajine sme dali dôraz na väčšie úsilie o mierový proces na východe Ukrajiny a na boj proti korupcii a reformy v oblastiach decentralizácie štátnej moci a súdnictva.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Menim, da je pridružitveni sporazum med Moldavijo in EU zelo pomemben, saj za Moldavijo naznanja pomemben korak naprej k evropski integraciji. Omenjeni sporazum še dodatno pogloblja in krepi politične, ekonomske in socialne odnose med obema partnericama.

In ravno zato EU ne more stati križem rok in nemo opazovati, ko se Moldavija spopada z globoko in težavno politično krizo v državi, ki je ohromila pomemben napredek v smeri evropske perspektive. Na tem mestu lahko zato izrazim zaskrbljenost nad številnimi pomembnimi področji, s katerimi se sooča Moldavija, a se mi vseeno zdi najbolj problematičen moldavski finančni in bančni sektor, ki predstavlja neizmerno grožnjo ekonomskemu napredku države.

Zatorej je ključno, da se sanira težave popolnoma transparentno, vrne nazaj vsa ukradena sredstva in krivce postavi pred sodišče, da bodo za svoja dejanja odgovarjali. Nujno je treba okrepiti boj proti korupciji in izvesti reforme na področju sodstva. Moldavijska vlada bo morala na omenjenem področju narediti izboljšave, če želi doseči evropsko integracijo v pravem pomenu besede, EU pa ji mora pri tem aktivno in brezpogojno pomagati.

Zaradi omenjenega sem glasoval za sprejetje resolucije na plenarnem zasedanju.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Diese Entschließung des Europäischen Parlaments befürwortet die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU auf der einen und der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien auf der anderen Seite. Dadurch entstehen neue Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen in diesen Ländern. Darüber hinaus bin ich überzeugt, dass Freihandel mit der EU einen positiven Entwicklungsimpuls in diesen Ländern ausüben wird. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Eine Ausweitung dieses Marktes begrüßen wir, lehnen innerhalb der derzeitigen EU eine Vollmitgliedschaft dieser Länder jedoch ab. Aus den genannten Gründen habe ich für die Empfehlung gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Dohoda o pridružení a prehĺbených a komplexných zónach voľného obchodu s Gruzínskom, Ukrajinou a Moldavskom prináša do týchto krajín hospodársky rast a politickú stabilitu. Na základe vzťahov s EÚ dochádza k rozvoju demokratickej legislatívy, rozvoju voľného pohybu tovarov a podnikania ako celku. Je potrebné tieto krajiny hospodársky, ako aj politicky podporovať za účelom rozvoja ich vzťahov s EÚ.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Usnesení se týká plnění asocičních dohod na Ukrajině, v Gruzii a Moldavsku. Tyto tři země mají ještě jeden společný jmenovatel. Části území všech těchto zemí jsou okupovány Ruskou federací. Jako stínový zpravodaj asocičních dohod s Gruzii jsem se podílel i na vzniku tohoto usnesení a jsem velmi rád, že usnesení nazývá věci pravými jmény. EP vyjadřuje jednoznačnou podporu územní celistvosti všech těchto tří zemí a vyzývá Ruskou federaci, aby ukončila okupaci Krymu a aby se okamžitě přestala přímo i nepřímo zapojovat do probíhajícího konfliktu na Ukrajině a do zamrzlých konfliktů v Gruzii a Moldavsku. Usnesení také mimo jiné vítá rozhodnutí Rady prodloužit ekonomické sankce proti Ruské federaci, vyzývá k většímu úsilí v boji proti dezinformacím a zmiňuje i pracovní skupinu East Strat Com. Hlasoval jsem proti 17 pozměňovacím návrhům předloženým frakcí Evropské sjednocené levice, pod kterými je podepsán i poslanec EP za KSČM pan Jiří Maštálka. Návrhy například kriticky poukazují na zákaz komunistické strany Ukrajiny či odsuzují rozšiřování NATO. Pozměňovací návrhy komunistů také vyzývaly EU k ukončení sankční politiky vůči Rusku. Protože zastávám zcela opačný názor, jsem vděčný za to, že všechny tyto pozměňovací návrhy byly zamítnuty.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Gruzija, Moldova i Ukrajina ratificirale su sporazume o pridruživanju koji obuhvaćaju područja produbljene i sveobuhvatne slobodne trgovine i time se odlučile za tješnju političku i gospodarsku integraciju s Europskom unijom i provedbu ambicioznih reformi u brojnim područjima, među kojima su demokracija, dobro upravljanje, vladavina prava i ljudska prava. EU prepoznaje europske težnje ovih triju država i naglašava dodanu vrijednost sporazuma o pridruživanju u njihovim procesima reforme. Pozdravljam napore Gruzije, Moldove i Ukrajine u približavanju nacionalnog zakonodavstva standardima EU-a na temelju obveza iz sporazuma o pridruživanju i sporazuma o produbljenoj i sveobuhvatnoj slobodnoj trgovini. U tom kontekstu podržavam višeslojnu financijsku i tehničku pomoć koju su Europska unija i druge financijske institucije pružile Ukrajini i Gruziji, ali i želim naglasiti da EU svim svojim partnerima treba pružiti financijsku podršku pod uvjetom da provode konkretne reforme.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o pridružitvenih sporazumih/poglobljenih in celovitih območjih proste trgovine z Gruzijo, Moldavijo in Ukrajino. Pozdravljam oblikovanje nove vlade v Moldaviji. Pričakujem, da bo takoj zavihala z rokave in začela z delom, ki ga ni malo.

Modernizacija in nujne reforme so obvezne, če želi Moldavija nadaljevati s približevanjem EU. Potrebno je okrepiti boj proti korupciji, predvsem kar se tiče bančnega sektorja. Nujna je stabilizacija države in gospodarstva.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφώς.* – Καταψηφίσαμε την έκθεση επειδή εκτιμούμε ότι οι εν λόγω συμφωνίες ελευθέρων συναλλαγών με τη Γεωργία, τη Μολδαβία και την Ουκρανία εξυπηρετούν πλήρως τα επιδιωκόμενα οφέλη των κυρίαρχων κύκλων της ΕΕ και τούτο διότι δημιουργούν σχέσεις αλληλεξάρτησης -οικονομικές αλλά και πολιτικές- με τους εταίρους και διότι προωθούν τον άκρατο ανταγωνισμό προς όφελος του μεγάλου κεφαλαίου και εις βάρος των συμφερόντων της κοινωνίας και των λαών.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφώς.* – Ο ρατσισμός και το αντιρωσικό μένος της ΕΕ αποτυπώνεται στις γραμμές αυτού του κείμενου. Στην προσπάθειά της να υψώσει και μία πολιτική «αντιτυραυλική ασπίδα» γύρω από την Ρωσία, η ΕΕ χρηματοδοτεί και συνάπτει συμφωνίες με την πραξικοπηματική κυβέρνηση της Ουκρανίας.

Η Ένωση, αδιαφορώντας για τις συνέπειες που θα έχουν για τις οικονομίες των νότιων κρατών μελών, ενισχύει και προσπαθεί να εντάξει στους κόλπους της ορισμένες από τις πιο διεφθαρμένες και οικονομικά ασθενείς χώρες της Ευρώπης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a határozatot, figyelemmel a tapasztalatra, miszerint a társulási megállapodások az EU szomszédsági és bővítéspolitikájának bevált eszközei, amelyek az érintett partnerországok számára fontos motivációt és irányítást jelentenek a demokratikus európai jogállam kiépítésének útján. Mindhárom partnerország jelentős eredményeket ért el a megállapodásban foglalt elvárások és intézkedések teljesítése terén. A három közül személy szerint, az EU–Ukrajna Parlamenti Társulási Bizottság első alelnökeként a határozat mérlegelésénél külön figyelemmel voltam Ukrajnára. Legnagyobb keleti szomszédunk esetében ugyanis az EU-hoz való kötődés az erőszakos orosz expanziós törekvésekkel szemben is fontos kapaszkodó.

Egyetértek a határozatban is megjelenő aggályokkal az ukrán társulási megállapodás életbelépését veszélyeztető hollandiai népszavazás kapcsán, ami önmagában is demotiválhatja az ukránokat, ronthatja közös kül- és biztonságpolitikánk és keleti partnerségi politikánk hitelét, esetleges negatív kimenetele pedig súlyos következményekkel járhat mind Ukrajna, mind Hollandia, mind az egész Európai Unió érdekeire nézve. Bízom benne, hogy az EP ezen állásfoglalása is hozzájárul majd ahhoz, hogy a holland polgárok megértsék: a társulási megállapodás nem jelenti Ukrajna EU-tagságát, s demokratikus jogaik érvényesítése során nem akadályozhatják meg egy másik nép demokratikus fejlődését, európai felzárkózását.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Umowy o stowarzyszeniu i pogłębione umowy handlowe są ważnymi instrumentami wspierającym wszechstronny rozwój krajów europejskich znajdujących się poza Unią Europejską. Porozumienia polityczne i gospodarcze są także silnym bodźcem dla wprowadzania koniecznych reform tak, aby w dłuższej perspektywie i te kraje stały się pełnoprawnymi członkami Wspólnoty.

W rezolucji dotyczącej oceny realizacji układów handlowych i stowarzyszeniowych z Ukrainą, Gruzją i Mołdawią Parlament Europejski wezwał Komisję Europejską do dalszego wspierania krajów we wdrażaniu umów, zarówno w formie technicznej, jak i finansowej. Zaaapelował także o przedstawienie wyników reform strukturalnych i społecznych przeprowadzanych w wyżej wymienionych krajach.

Jednakże ważne jest również zwrócenie uwagi na aspekt zewnętrzny tych porozumień, a szczególnie na działania Rosji w stosunku do państw byłego bloku wschodniego, które podjęły bliższą współpracę z Unią Europejską. Przykładem może być Ukraina, która od początku roku korzysta z umowy handlowej ze Wspólnotą. Rosja, przekonana, że umowa uderzy w jej interesy, zdecydowała się na wprowadzenie ceł i embarga na ukraińskie produkty, które bardzo negatywnie wpłyną na osłabioną gospodarkę ukraińską. Podobna sytuacja może też spotkać pozostałe dwa kraje, czyli Gruzję i Mołdawię.

Ważne jest zatem, aby UE w swoich działaniach skupiała się na całościowym podejściu do umów handlowych i stowarzyszeniowych, nie pomijając konsekwencji geopolitycznych.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro questa risoluzione. Ritengo che essa, oltre a falsificare deliberatamente la realtà, vada contro gli interessi UE. I tre accordi di associazione hanno scardinato gli storici legami delle economie di Moldova, Ucraina e Georgia con l'economia russa: appaiono quindi come un tentativo di strangolare economicamente la Russia stessa ed hanno innescato sanzioni e controsanzioni che nuocciono gravemente all'UE ed all'Italia. A chi giova lo strangolamento economico della Russia? Certo non all'UE, per la quale sarebbe più vantaggioso intrattenere pacifici rapporti con tutti.

Trovo semplicemente scandaloso, poi, che l'assemblea abbia respinto l'emendamento 14, che chiedeva almeno di non fare entrare nell'UE le merci prodotte in Moldova, Ucraina e Georgia sfruttando il lavoro minorile o calpestando i diritti umani. Questo Parlamento, in tante occasioni così pronto ad indignarsi davanti alle violazioni dei diritti umani, è dunque disposto a subordinare il rispetto dei diritti umani ad un accordo di associazione che asseconda la bulimia espansiva dell'UE verso Est.

Questo significa che per la maggioranza del Parlamento europeo il rispetto dei diritti umani, anziché un valore, è un mero strumento di retorica politica. È una constatazione profondamente triste, ma purtroppo inevitabile ed anzi necessaria.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană acordă o atenție deosebită stabilizării și dezvoltării regiunilor din vecinătatea sa apropiată și încurajează consolidarea relațiilor cu statele care își doresc acest lucru. Încheierea acordurilor de asociere, cunoscute și sub denumirea de acorduri liber schimb aprofundate și cuprinzătoare, reprezintă o nouă etapă în întărirea cooperării cu țările din regiune care au demonstrat că relația lor cu UE este unul din obiectivele lor strategice. În condițiile în care procesul de ratificare a acordurilor este aproape încheiat și după o perioadă de aplicare provizorie a prevederilor lor, este momentul intrării în vigoare depline a acestor documente. Ele vor acționa ca o confirmare și o motivare suplimentară pentru țările respective de a păstra calea reformelor pe care au pășit în ultimii ani. Aceasta cu atât mai mult cu cât, în prezent, în Republica Moldova există o instabilitate politică care nu trebuie să se accentueze, iar UE trebuie să susțină forțele pro-europene din toate cele trei țări. Parteneriatul UE cu aceste state ar trebui să pună accentul, în plus, pe progresele realizate în domeniul statului de drept, al luptei împotriva corupției și al consolidării democrației și ar trebui să aibă în vedere evoluția dimensiunii sociale din fiecare stat.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte afin d'insister sur l'importance des accords d'association et de leurs volets relatifs à une zone de libre-échange approfondi et complet.

On peut se réjouir des progrès enregistrés à ce jour et insister sur le fait que la mise en œuvre des accords d'association et de libre-échange approfondi et complet ainsi que des programmes d'association qui s'y rapportent doit être une priorité absolue pour l'Union et les trois partenaires.

Rappelons que le Conseil de l'Union européenne a signé les accords d'association à l'unanimité.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which highlights the progress made by Ukraine, Moldova and Georgia in implementing their association agreements and their chapters on a deep and comprehensive free-trade area with the EU.

With this text we also remind Georgia, Moldova and Ukraine of the need for them to be determined in their pursuit of their respective reform programmes, in particular in the areas of justice and the rule of law, and in tackling corruption and organised crime. The socioeconomic development of the three countries is heavily dependent on the progress made in these areas. Finally we called on Russia to end its direct or indirect involvement in conflicts in the three countries and its interference with their EU aspirations.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Stvaranje transparentnog poslovnog i investicijskog okružja te odgovarajuće regulatorne reforme kako bi se tvrtkama i investitorima koje ispunjavaju standarde Europske unije omogućilo da slobodno trguju unutar tržišta EU-a, kao i omogućavanje trgovinskog pristupa tvrtkama iz EU-a na tržište Gruzije, Moldavije i Ukrajine poželjno je i potrebno. Ove tri zemlje Istočnog partnerstva već su potpisale i ratificirale sporazum DCFTA kojim su se obvezale provesti temeljite političke i ekonomske reforme u svojim zemljama u zamjenu za slobodnu trgovinu s Europskom unijom.

Svaka od ove tri zemlje suočena je s teškim problemima, bilo da je riječ o političkoj krizi, borbi za neovisnost pravosuđa, medija ili okupaciji svog teritorija. To se posebno tiče Ukrajine čije su vlasti, od potpisivanja sporazuma DCFTA, uložile veliki napor i ispoštovala potpisan sporazum s Europskom unijom, s naglaskom na ustavne promjene, reformu pravosuđa i borbu protiv korupcije te organiziranog kriminala.

Ovim sporazumom dodatno će se produbiti slobodna trgovina između Europske unije i ove tri zemlje, a jače političke i gospodarske veze doprinijet će većoj stabilnosti i prosperitetu cijelog europskog kontinenta.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Skupni predlog resolucije, ki nadomesti predloge resolucije o pridružitvenih sporazumih/poglobljenih in celovitih območjih proste trgovine z Gruzijo, Moldavijo in Ukrajino, sem podprla, saj menim, da tesnejše politično in gospodarsko povezovanje prinaša koristi tako vpletenim državam kot Evropski uniji. Evropska unija bo lahko dodatno podprla prioriteta ukrajinska prizadevanja za odpravo neugodnih gospodarskih ukrepov, ki so jo prizadeli. Omenjene države bodo lahko naredile korak naprej k demokratičnemu sistemu, kjer bodo človekove pravice in pravično pravo postavljeni v ospredje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – Hemos votado EN CONTRA de este informe de la Comisión de Comercio Internacional del Parlamento Europeo sobre el Acuerdo de Asociación para el establecimiento de zonas de libre comercio entre la Unión Europea y Georgia, Moldavia y Ucrania por considerar que apunta a un acuerdo asimétrico que fortalece las lógicas perversas de los tratados comerciales neoliberales, que buscan la liberalización como fin único sin reparar en los derechos humanos y los derechos sociales.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing.* – I have voted in favour of this report as I think that free trade agreements are one of the best existing tools for the promotion of economic advancement and democracy.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Nous sommes opposés à ces résolutions qui vont dans un sens contraire à nos intérêts et aux intérêts de ces pays.

En effet, elles proposent des demandes d'adhésion à ces trois pays, se félicitent de leur intégration progressive à l'Union européenne.

L'application de ces accords d'association risque de provoquer mécaniquement des partitions territoriales dans des États fragiles et divisés. Le socle naturel de ces États est le voisinage immédiat russe, qu'on le veuille ou non.

Je vote contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban.* – Grúzia, Moldova és Ukrajna a Keleti Partnerség azon országai, amelyek az Európai Unióval való szoros politikai együttműködést és gazdasági integrációt választották. Szavazatommal támogattam az S&D-frakció javaslatát.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing.* – I voted in favour as the association agreements need to proceed.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una propuesta de Resolución que pone de relieve las necesarias mejoras que estos países han de seguir llevando a cabo en sus sistemas institucionales así como de la importancia de los Acuerdos de Asociación con la Unión Europea para poder contribuir a ello. Es necesario que la política de vecindad de la UE con nuestros vecinos del este les ayude a consolidar sus sistemas políticos, especialmente teniendo en cuenta la situación actual con Rusia.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución favorable a los Acuerdos de Asociación y las zonas de libre comercio de alcance amplio y profundo entre la UE y Georgia, Moldavia y Ucrania desde el convencimiento de que la UE sigue una política de ampliación de sus intereses geopolíticos y de la esfera de influencia de la UE y de la OTAN en la zona con una voluntad de confrontación con Rusia.

Este tipo de acuerdos comerciales ya de por sí allanan el camino para anteponer los intereses empresariales europeos a los de los pueblos de los diferentes países. En el caso de Ucrania, mucho más lejos, el afán de expansión de la esfera de control de la UE ha sido el factor clave en el desencadenamiento del golpe de Estado en Ucrania y de la guerra civil en el país. Desde mi profunda condena a la escalada de tensiones con Rusia y a la presencia de la OTAN en la zona, con mi voto negativo he querido mostrar mi rechazo a estos acuerdos, que perjudican a la población local y que aún más, ponen en peligro la paz en la región.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag omdat ik ervan overtuigd ben dat vrijhandelsakkoorden een van de beste instrumenten van de Europese Unie zijn om economische en democratische vooruitgang te bewerkstelligen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Os Acordos de Comércio Livre Abrangentes e Aprofundados (ACLAA) assinados pela UE conduziram uma política que visava alargar a sua esfera de influência económica e política à Geórgia, à Moldávia e à Ucrânia, sem ter devidamente em conta a intensidade das relações comerciais e a interdependência histórica das economias destes países com as economias de outros países da região, como a Rússia.

Esta política imperial, associada a problemas internos, aumentou a instabilidade política e contribuiu para a violência e a guerra na Ucrânia, com efeitos devastadores na Moldávia e na Geórgia em termos de bem-estar da população local e de paz na região.

Assim, justifica-se a sua suspensão para que se comece a trabalhar na definição de novas formas de cooperação e de relações entre a UE e cada um dos seus membros e a zona económica eurasiática.

Rejeitamos a atual política de vizinhança oriental da UE, na medida em que esta se baseia numa estratégia de domínio político e económico, colocando em segundo plano os interesses das populações da UE e daqueles países.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della piena attuazione degli accordi di associazione, che pongono l'accento su una più forte dimensione sociale nel partenariato. L'UE deve promuovere maggiori sforzi, da parte dei tre governi interessati, nell'ambito dello Stato di diritto, della lotta alla corruzione e del consolidamento della democrazia.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Alle hier zur Abstimmung vorgelegten Resolutionsentwürfe richten sich der Tendenz nach gegen Rußland. Alle drei genannten Länder – Georgien, Moldawien, Ukraine – sind Teil oder Objekt der NATO- und EU-Osterweiterungspolitik, die im Sinne einer vertrauensvollen und friedlichen Kooperation mit Rußland nicht im Sinne der Europäer sein kann.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – M-am numărat printre inițiatorii din partea PPE ai Rezoluției privind acordurile de asociere și/sau de liber schimb cu Georgia, Moldova și Ucraina. Rezoluția adoptată de PE reiterează sprijinul pe care UE îl acordă celor trei state în vederea menținerii cursului lor pro-european și pentru menținerea integrității lor teritoriale.

În capitolul dedicat Republicii Moldova, PE își exprimă îngrijorarea cu privire la instabilitatea politică de la Chișinău, atrăgând atenția asupra faptului că recente evoluții pot duce la destabilizarea întregii țări, punând în pericol economia și implicit fluxurile de investiții străine. PE îndeamnă forțele politice din Republica Moldova să accelereze negocierile în vederea formării unui guvern care să continue procesele de reformă în favoarea cetățenilor acestui stat.

În rezoluție se mai solicită autorităților moldovene să continue investigațiile și să-i aducă în fața justiției pe cei care se fac vinovați de furtul a unui milion de euro din sistemul bancar moldovenesc.

Anna Záborská (PPE), *pisomne* – Toto uznesenie o postupe reforiem v Gruzínsku, Moldavsku a na Ukrajine prijaté jeden rok po ratifikácii troch dohôd o pridružení a voľnom obchode s EÚ upozorňuje na rezervy demokracie a reforiem, ktoré sa majú ešte prijať v týchto troch krajinách.

Uznesenie zdôrazňuje, že je nutné, aby Rusko ukončilo svoju priamu alebo nepriamu účasť v konfliktoch na týchto územiach, najmä okupáciu Krymu. Pokiaľ ide o Gruzínsko, je nutné, aby bolo eliminované ohrozenie nezávislosti súdництва a plurality médií. Čo sa týka Moldavska, Parlament víta vytvorenie novej vlády schválenej po viac ako roku neúspešných rokovaní a očakáva jej plán reforiem. V súvislosti s Ukrajinou sa trvá na plnení záväzkov v boji proti divokej korupcii. Parlament zároveň odsúdil Rusko za pozastavenie dohody o voľnom obchode s Ukrajinou v čase, keď dohoda o voľnom obchode medzi EÚ a Ukrajinou nadobudla platnosť. Vyjadruje poľutovanie nad „tvrdými obchodnými obmedzeniami“ ukrajinského vývozu do Ruska a obavy nad ekonomickým a finančným paralyzovaním Ukrajiny. Pripomína tiež, že je potrebná ďalšia finančná pomoc Únie tejto krajine a možnosť prijatia legislatívneho návrhu na začlenenie Ukrajiny do zoznamu krajín, ktoré sú oslobodené od víz.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Con il voto di oggi, il Parlamento europeo ha approvato una risoluzione che raccomanda a Georgia, Moldova e Ucraina di continuare e, dove possibile, intensificare le riforme e gli sforzi legati agli accordi di associazione e di libero scambio che questi paesi hanno siglato con l'Unione.

Trovo fondamentale, in particolare, il ruolo della Commissione europea, che deve controllare l'applicazione nei paesi associati e, al contempo, fornire adeguata assistenza finanziaria e tecnica.

Mi riconosco pienamente nella risoluzione approvata oggi. Ne condivido pienamente il contenuto, in particolare lì dove si sottolinea che, se Georgia, Moldova e Ucraina vogliono beneficiare pienamente dei loro accordi di associazione, è necessario che presentino programmi di riforma concreti nel segno della lotta alla corruzione, del consolidamento dello Stato di diritto e di diritti sociali ai propri cittadini.

Tomáš Zdechovský (PPE), *pisemně*. – Podporuji tuto dohodu, protože je nutné i nadále podporovat přibližování Gruzie, Moldavska a Ukrajiny Evropské unii. Všechny tři zmíněné země se potýkají s podobnými výzvami, jako je teritoriální integrita, tlak na zavádění politických, sociálních a administrativních reforem. Souhlasím s tím, že úspěšná implementace dohody o přidružení může nastat jen tehdy, bude-li v zemích panovat stabilní politické prostředí, budou existovat jasné plány pro reformu obchodní politiky, institucionální nastavení s jasným rozdělením pravomocí a další prvky samozřejmé pro stabilní demokratické státy.

Jana Žitňanská (ECR), *pisomne* – Asociačné dohody s týmito tromi krajinami východného partnerstva som podporila. Tento typ dohôd medzi Európskou úniou a tretími krajinami predpokladá výrazné politické a ekonomické reformy výmenou za veľmi dobré obchodné vzťahy a spoluprácu. Hoci u všetkých troch krajín boli zaznamenané problémy súvisiace či už s nedostatkami v oblasti súdництва, slobody médií alebo v prípade Ukrajiny straty Krymu, myslím si, že práve uzavretie takýchto dohôd krajiny motivuje a stimuluje v pokračovaní reforiem, ktoré sa vo všetkých troch prípadoch už začali, a práve lepšie podmienky pre obchodné vzťahy s Európskou úniou im pomôžu stabilizovať situáciu a docieľiť rast a prosperitu.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem pridružitvene sporazume z Gruzijo, Moldavijo in Ukrajino, ker menim, da bodo pripomogli k stabilizaciji političnih razmer, gospodarskemu razvoju in uveljavitvi evropskih pravnih standardov.

9.4. Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) (RC-B8-0043/2016, B8-0043/2016, B8-0045/2016, B8-0051/2016, B8-0057/2016, B8-0058/2016, B8-0059/2016, B8-0060/2016)

Dichiarazioni di voto orali

Krisztina Morvai (NI). – A kölcsönös védelmi klauzulával kapcsolatban nagyon érdekes jelentések, illetőleg indítványok születtek a különböző pártoktól. Nagyon tetszett az, hogy a terrorizmus elleni fellépéssel kapcsolatban végre többen is kimondták a lényegét. Pl. az EFDD azt írja, hogy mivel az EU területén végrehajtott legutóbbi terrortámadások nyilvánvalóvá tették az információcsere hiányát, valamint az európai titkosszolgálatok közötti együttműködés és tevékenységük összehangolása terén tapasztalható súlyos hiányosságokat. Illetőleg pl. a zöldek rámutattak a fegyverkereskedelemmel kapcsolatos problémákra, a terrorizmus finanszírozására. Végre elkezdtek ezek a jelentéstervezetek, vagy hát állásfoglalás-tervezetek a lényegről beszélni. És nem arról, vagy nem azt próbálják erőltetni, hogy a titkosszolgálatok, állampolgárok nagy-nagy csoportjait, akiknek semmi közük nincs a terrorizmushoz, megfigyeljenek, lehallgassanak stb. Nem ez a válasz a terrorveszélyre!

Marek Jurek (ECR). – Nasza wspólna polityka obronna powinna wyrażać się przede wszystkim przez wspólne, solidarne stanowisko na forum przymierza atlantyckiego, do którego należy trzy czwarte naszych państw. Oczywiście ona powinna również przejawiać się w mobilizacji przymierza atlantyckiego do większej troski o nasze bezpieczeństwo. Co stoi na przeszkodzie, żebyśmy jako w trzech czwartych członkowie NATO troszczyli się o większą ochronę bezpieczeństwa Estonii czy Łotwy? Jeżeli naprawdę myślimy o wspólnym bezpieczeństwie, pora gwarantować je przez mobilizowanie przymierza, do którego należymy, a nie poprzez deklaracje papierowe czy popadanie w swego rodzaju schizofrenię obronną, gdzie na forum Unii Europejskiej zachowujemy się tak, jakbyśmy poza Unią Europejską – i jeszcze wcześniej niż do niej przystąpiliśmy albo niż ona powstała – należeli do przymierza, które skutecznie zagwarantowało naszą wolność i bezpieczeństwo.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Pēc drausmīgajiem terora aktiem Parīzē pagājušā gada 13. novembrī Francija faktiski kļuva par pirmo valsti Eiropas Savienības vēsturē, kas piesauca LES līguma 42. panta 7. punktu — savstarpējās aizsardzības klauzulu —, nevis 222. pantu, proti, solidaritātes klauzulu.

Var apsveikt, ka principā visas pārējās dalībvalstis tādā vai citā veidā atsaucās un sniedza Francijai dažāda veida atbalstu. Citādāk arī nevarēja būt, jo cīņa pret terorismu nevar notikt tikai vienā valstī, un solidaritāte ir jāizrāda ne tikai solidaritātes veidā, bet arī konkrētas palīdzības veidā. Tā kā neviena valsts pirms Francijas šo klauzulu nepiesauca, jau tuvākajā laikā būs faktiski pievērst uzmanību tās piesaukšanas sistēmai un iespējamai uzlabošanai, jo, ja kaut kas līdzīgs, Dievs pasargi, notiks, tad šim mehānismam jādarbojas ātri un juridiski korekti. Līdz ar to es atbalstu. Paldies!

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la solidarietà, l'aiuto e l'assistenza reciproca tra gli Stati membri rientrano tra i valori fondanti dell'Unione europea. Va quindi accolto con favore il pieno e unanime sostegno che tutti gli Stati membri hanno espresso alla Francia e la loro disponibilità a fornire tutto l'aiuto e l'assistenza necessari a seguito dell'invocazione della clausola di difesa reciproca da parte della Francia stessa dopo gli attacchi di Parigi.

Tuttavia, come indicato nella relazione, al momento mancano i dispositivi pratici per garantire una reazione efficace nel caso in cui uno Stato membro invochi la clausola di difesa reciproca. L'alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza, Federica Mogherini, lavori quindi per definire meglio gli orientamenti e le modalità pratiche per la futura attivazione della clausola di difesa reciproca, al fine di garantire una rapida decisione in seno al Consiglio a sostegno dello Stato membro sotto attacco. Auspico davvero che l'attuale attivazione della clausola funga da catalizzatore per sfruttare il potenziale di tutte le disposizioni del trattato in materia di sicurezza e difesa e soprattutto che prepari il terreno per una politica estera comune dell'Unione europea in Siria e nel Medio Oriente, dove attualmente manca un approccio europeo integrato.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem samozřejmě také hlasoval pro návrh usnesení, stejně jako moji předchůdci. Vnímám to, že jsme ve válce s terorismem a že ve válce s terorismem není pouze Francie, kde proběhly tragické útoky v listopadu minulého roku, ale ve válce s terorismem je celá naše evropská civilizace a tedy celá Evropská unie. Je třeba si říci to, co už říkali předchůdci, že na jedné straně je v zásadě toto první využití tohoto instrumentu podle článku 42 Lisabonské smlouvy a bude třeba se nyní bavit o tom, jak prakticky dneska přijaté usnesení naplnit, aby nezustalo pouze u slov a pouze u obecné deklarované solidarity a u obecné deklarované podpory. My se snažíme jako Česká republika Francii pomáhat, například se podílíme na operacích v Mali. Ale to samozřejmě běží mimo tento evropský mechanismus a je třeba tedy dát mu konkrétní podobu.

Steven Woolfe (EFDD), – Mr President, in 1975 the people of Britain voted to join the European Community as a free-trade organisation. This year we will have a referendum to decide whether we stay in the European Union. The motion before us today to have a mutual defence clause, or otherwise a European army, will help.

We joined a free-trade union; we did not want to join an empire. We did not want to join an organisation that wanted to expand its borders. We did not want to join an organisation that slaps the face of America and NATO, two entities that kept Europe safe. The European Union did not. This motion creates a permanent military headquarters. It creates a military alliance, it creates a European army. I voted against the option of allowing the European Union to be an empire with its own army. I believe in freedom and democracy and the nation-state. I believe the people of Britain will vote to leave the European Union because they want that too.

Dichiarazioni di voto scritte

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the resolution on the Mutual Defence Clause because we do not support the further militarisation of the EU. We are also specifically concerned about discussion of the development of a European Defence Union or further activation of other defence provisions contained within the Lisbon Treaty. UKIP is in complete support of the French people in their fight against terrorism and offers its condolences for the tragic attacks in Paris last year. However, we do not support the activation of Article 42(7). The UK has strong defence ties with France, through NATO and bilateral agreements between the two countries, such as the Lancaster House Treaties (2010). UKIP supported Amendment 1 to the resolution on the Mutual Defence Clause because it rejects the activation of Article 42(7) TEU. This should, however, not be interpreted as offering support for any other statements contained within this amendment.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de Resolución común del Parlamento Europeo favorable a la activación de la cláusula de defensa mutua solicitada por Francia con el pretexto de los últimos atentados en París puesto que esta maniobra, de llevarse a cabo, reforzará el proceso de conversión de la Unión Europea en una alianza militar.

Se trata de una respuesta errada a los ataques de París. La interpretación de Francia es sesgada e intencionada puesto que un atentado terrorista no es un acto de guerra por mucho que se empeñen. Su interpretación supone un fraude al Derecho internacional y la vuelta a la lógica de la guerra contra el terror. Ante el terrorismo, solo caben las respuestas civiles, la acción policial, la inteligencia, cortar la financiación de los grupos terroristas y cortarles el apoyo internacional. En cualquier caso, la respuesta ha de estar siempre dentro del Estado de Derecho y estos actos no pueden ser utilizados como pretexto para un recorte colectivo de las libertades individuales.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution demandée par la France pour une clause de défense mutuelle.

Cette proposition prévoit notamment un élargissement des compétences de l'Union européenne dans les domaines du droit pénal, de la coopération militaire et du renseignement. Si les événements tragiques du 13 novembre dernier ont motivé cette demande, je considère que l'Union n'a pas à s'immiscer davantage dans les affaires intérieures des États membres. Ces derniers doivent en effet pouvoir garder leur compétence exclusive en matière de droit pénal et de stratégie diplomatique et militaire. Cette proposition représente une énième offensive de l'Europe contre la souveraineté des États membres.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted in favour of the GUE/NGL resolution and against the Joint Motion for Resolution on this file. Our reasons for voting for the GUE/NGL Resolution were because of its strong opposition to the creation of an EU military alliance and its absolute rejection of the activation of Article 42(7) TEU on the Mutual Defence Clause. Rejecting both of these aspects is crucial to safeguarding Irish neutrality.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Les européistes prennent ici prétexte des attentats récents pour élargir encore les compétences de l'Union européenne en matière de droit pénal, de coopération militaire et de renseignement. Ce recul supplémentaire de la souveraineté des États membres est inacceptable, c'est pourquoi j'ai voté contre cette proposition de résolution.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I opposed this report because it calls for the establishment of practical arrangements and guidelines for the mutual defence clause to remain an urgent priority.

I am completely opposed to the EU wanting an army at its disposal or acquiring a permanent civil-military headquarters. I do not believe this resolution is in the best interests of the defence capabilities or security of the United Kingdom.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution, car la clause d'assistance mutuelle invoquée par la France après les attaques terroristes survenues à Paris nous donne une occasion unique d'établir les bases d'une Union européenne de défense solide et durable afin de pouvoir faire face aux menaces et aux défis pour la sécurité. Il est important de permettre à l'Union d'agir de manière autonome dans des opérations à l'étranger, en particulier quand il s'agit de la stabilisation de notre voisinage.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Europos Sąjunga išgyvena itin sudėtingą laikotarpį. Nebesuvardomi imigrantų srautai, ES piliečių radikalizacija, teroristinės atakos ir nuolatinė teroristinių išpuolių grėsmė reikalauja imtis naujo ir ryžtingo požiūrio į Europos saugumą. Pirmą kartą ES istorijoje buvo panaudotas 42 ES sutarties straipsnis prašant karinės paramos, tačiau, kaip matome, Europos Sąjungoje nėra aiškos tvarkos, kaip traktuoti šio straipsnio nuostatas. Europos Sąjunga turi kuo skubiau imtis veiksmų bendrosios saugumo ir gynybos politikos srityje. Mums reikalinga labai aiški ES lygmens karinė struktūra, kuri turėtų aiškias strategines užduotis bei tinkamus pajėgumus užtikrinti kolektyvinę gynybą.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Suite aux attentats terroristes perpétrés le 13 novembre à Paris, la France a invoqué la clause de défense mutuelle prévue à l'article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union européenne, ce qui est une première dans l'UE.

Dans la présente résolution, le Parlement souligne le soutien unanime apporté à la France par les États membres et la mise à disposition de ressources supplémentaires dans le cadre de la lutte contre le terrorisme.

Il estime que cette première est l'occasion de relancer le débat sur l'organisation d'une réponse efficace, rapide et coordonnée lorsqu'un État membre invoque cette clause et demande à la Haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité d'en proposer les modalités et les lignes directrices.

J'ai soutenu cette résolution.

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – Het Europees Parlement wenst dat lidstaten die stappen vooruit willen zetten naar een nauwere defensiesamenwerking, daarin geruggesteund worden door de EU. Die 'coalition of the willing' vormt via verregaande, gestructureerde samenwerking de perfecte opstap naar een verdere Europeanisering van defensie.

We wensen dan ook dat de EU werk maakt van een permanent militair hoofdkwartier. Zo'n operationeel hoofdkwartier is een *must* om doeltreffend op dreigingen te kunnen reageren - zoals nu gevraagd door Frankrijk - en collectieve verdediging sneller en effectiever uit te voeren, in nauwe samenwerking met de NAVO.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – I gravi attentati terroristici verificatisi a Parigi il 13 novembre 2015 hanno spinto il governo francese ad invocare la clausola di difesa presente all'articolo 42, paragrafo 7, del TUE. Per la prima volta nella storia dell'Unione, un paese membro ha chiesto l'attivazione di questo meccanismo, richiedendo l'aiuto e l'assistenza degli altri Stati a seguito di un'aggressione. L'accoglimento unanime della posizione espressa dal presidente della Repubblica francese ha rappresentato un punto di svolta in tema di politica di difesa dell'Unione.

Ho votato a favore della risoluzione sulla clausola di difesa reciproca perché sono convinto che si tratti di un punto di partenza per spingere il Consiglio e gli Stati membri ad avviare una completa realizzazione dell'architettura di sicurezza e difesa prevista dai trattati. Dopo il fallimento della CED nel 1954, i paesi europei non si sono impegnati a sufficienza per sviluppare un sistema di difesa in grado di raggiungere obiettivi ambiziosi ma, con il trattato di Lisbona, si è aperta la possibilità di una cooperazione strutturata permanente in materia di difesa. Le grandi sfide del nostro tempo potranno essere affrontate solo da una UE unita nella politica estera e dotata degli strumenti adeguati per intervenire nei diversi contesti.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Rechazamos la activación del apartado 7 del artículo 42 del TUE por representar una respuesta militar ineficaz y con alto riesgo de causar aún más víctimas inocentes, mayores desplazamientos de población y mayor destrucción de los territorios. Abogamos por soluciones estructurales diplomáticas, de cooperación al desarrollo y de resolución pacífica de conflictos en el marco del Derecho internacional fuera de la UE; dentro de la UE, defendemos acciones que prioricen la investigación y la acción policial con pleno respeto de los derechos humanos y libertades individuales, así como políticas públicas de integración y construcción de interculturalidad adecuadas y suficientes.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución sobre la cláusula de defensa mutua en la que se condenan en los términos más enérgicos los execrables atentados terroristas perpetrados por el Dáesh y se transmite nuestra profunda simpatía y solidaridad así como nuestro pésame a todas las víctimas de los atentados terroristas y sus familias.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution prévoyant une «clause de défense mutuelle». Il est une nouvelle fois scandaleux que l'Union européenne se serve des conséquences de son incompétence pour tenter d'élargir ses prérogatives au détriment de celles des États Membres.

Ici, l'insécurité et la menace terroriste, largement favorisées par les actions irresponsables de l'UE, sont utilisées comme prétexte pour une nouvelle offensive de Bruxelles sur la liberté des États et des peuples. Des propositions comme la demande d'un quartier général européen civil et militaire relèvent d'une atteinte inacceptable à notre souveraineté, que ce soit dans le domaine de la défense ou de la diplomatie.

Si une coopération entre nations souveraines est plus que jamais nécessaire pour lutter contre le terrorisme islamiste, il est hors de question d'acquiescer à une politique de défense européenne — qui ne serait qu'un simple vassal de l'OTAN, donc aux ordres des intérêts américains — qui ne ferait que rendre la France plus dépendante et fragile au moment même où les menaces qui pèsent sur elle sont des plus pesantes.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – È giunto il momento che l'UE definisca delle linee guida chiare e certe in merito alla «clausola di difesa reciproca», per garantire una risposta efficace nel caso in cui uno Stato membro ne invochi l'applicazione, così come ha fatto il presidente Hollande dopo gli attacchi terroristici a Parigi lo scorso 13 novembre. Tutti i paesi europei si devono impegnare al massimo nella lotta al terrorismo e si deve adottare un approccio più rigoroso sia a livello nazionale sia a livello dell'Unione. Per tutti questi motivi ho sostenuto col mio voto questa risoluzione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Tras los atentados de París del 13 de noviembre de 2015, el Gobierno francés activó la cláusula de defensa mutua del artículo 42, apartado 7, del TUE, por la cual los Estados miembros de la Unión deben prestar ayuda y asistencia en el caso de agresión armada a uno de ellos. Se trata de la primera vez que se hace uso de esta cláusula de ayuda mutua y se desconoce muy bien qué desarrollo y consecuencias conllevará. Ante la falta de protocolos que desarrollen qué hacer, la ayuda de los Estados miembros está en la mayoría de casos por concretar y no se ha traducido en medidas operativas concretas salvo alguna excepción.

La presente propuesta de Resolución común pretende reforzar el mecanismo y solicitar que se establezca un protocolo y medidas prácticas para una implementación más efectiva en el futuro; recuerda también, tal y como hace el propio Tratado, que toda acción armada debe en cualquier caso respetar la Carta de las Naciones Unidas, y respetar también los derechos humanos y las disposiciones internacionales sobre derecho humanitario.

Por todo ello, he votado a favor de esta propuesta de Resolución común.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kadangi valstybių narių solidarumas, parama ir savitarpio pagalba, užtikrinami ir naudojantis ES lygmens priemonėmis, yra pamatinės Europos Sąjungos vertybės. Valstybių narių saugumas nedalomas ir visi Europos Sąjungos piliečiai turėtų turėti vienodas saugumo garantijas ir vienodo lygmens apsaugą nuo tradicinių ir netradicinių grėsmių, įskaitant terorizmą ir tiek valstybinio, tiek nevalstybinio lygmens subjektų išpuolius. Europos Sąjungos institucijos turėtų aktyviau veikti saugumo ir gynybos politikos srityje ir skatinti įgyvendinti visas sutartyse įtvirtintas saugumo ir gynybos politikos nuostatas, įskaitant nuostatas dėl ypatingo NATO vaidmens Europos ir transatlantinio saugumo ir gynybos klausimais. ES ir NATO strateginė partnerystė turėtų būti stiprinama. Europos Parlamentas primena savo ankstesnėse rezoliucijose išsakytą prašymą Komisijos pirmininko pavaduotojai ir Sąjungos vyriausiajai įgaliotinei užsienio reikalams ir saugumo politikai pasiūlyti praktinę tvarką ir gaires, kaip užtikrinti veiksmingą atsaką, kai valstybė narė pasinaudoja tarpusavio gynybos sąlyga, ir pateikti ES institucijų vaidmens analizę tuo atveju, jei ši sąlyga būtų taikoma. Parlamentas taip pat ragina geriau koordinuoti sienų valdymo, policijos ir kitų teisėsaugos ir žvalgybos agentūrų veiklą, ir ragina užtikrinti veiksmingesnę ir labiau struktūrizuotą jų keitimąsi informacija.

Franc Bogovič (PPE), pismo. – Teroristični napadi novembra lani v Parizu so zelo obrnili tok dogodkov v Franciji in Evropi. Francija je Islamski državi napovedala vojno in takoj po napadih podala zahtevo za aktiviranje 7. odstavka 42. člena Pogodbe o delovanju EU, ki določa, da je vojaški napad na eno državo članico EU napad na vso EU. Obrambni ministri EU so kasneje tudi potrdili aktiviranje tega člena, vendar se strinjam s poročilom, da na pariške napade ne bi smeli gledati kot na vojaške napade, ki bi spadali v okvir člena. V poštrev bi bolj prišla solidarnostna klavzula iz 222. člena PEU, kar bi okrepiło izmenjavo informacij in usklajevanje na ravni EU.

Terorizem nima meja, zato mora priti do popolne izmenjave podatkov, popolnega sodelovanja varnostnih služb in skupnega boja proti terorizmu; odpraviti je treba vzroke za nastanek terorizma. Vzroki za terorizem na evropskih tleh tičijo predvsem v odstranitvi diktatorskih režimov v Libiji in Iraku ter dogodkih v Siriji in Afganistanu. Posledica tega je namreč nastanek teroristične Islamske države in največji tok migrantov in beguncev po 2. svetovni vojni, ki čedalje bolj destabilizira Evropo.

Stanje bo mogoče začeti reševati z rešitvijo krize v Siriji, ustavitvijo migrantskega toka in aktivno integracijsko politiko muslimanov v evropsko družbo.

Louise Bours (EFDD), in writing. – UKIP voted against the resolution on the Mutual Defence Clause because we do not support the further militarisation of the EU. We are also specifically concerned about discussion of the development of a European Defence Union or further activation of other defence provisions contained within the Lisbon Treaty. UKIP is in complete support of the French people in their fight against terrorism and offers its condolences for the tragic attacks in Paris last year. However, we do not support the activation of Article 42(7). The UK has strong defence ties with France, through NATO and bilateral agreements between the two countries, such as the Lancaster House Treaties (2010).

UKIP supported Amendment 1 to the resolution on the Mutual Defence Clause because it rejects the activation of Article 42(7) TEU. This should, however, not be interpreted as offering support for any other statements contained within this amendment.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che, in seguito all'attivazione della clausola di difesa reciproca di cui all'articolo 42, paragrafo 7, del trattato sull'Unione europea, sia importante che gli Stati membri forniscano tutta l'assistenza necessaria alla Francia e che, al contempo, ci si adoperi per approntare degli strumenti per rendere più efficace ed efficiente l'effettiva applicazione delle misure previste dalla clausola.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – La présente résolution prévoit la mise en œuvre d'une clause de défense mutuelle. La menace que fait peser le terrorisme islamiste sur la sécurité des européens ne doit pas servir de prétexte à la création d'un quartier général européen civil et militaire, qui constituerait une violation inadmissible de la souveraineté des États membres. Si le renforcement de la coopération entre États souverains est plus que nécessaire pour combattre efficacement le terrorisme islamiste, il doit reposer sur une vision intergouvernementale et non fédéraliste.

J'ai voté contre cette proposition de résolution.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Pe fondul atacurilor teroriste de la Paris din 13 noiembrie 2015, în urma cărora și-au pierdut viața cel puțin 130 de persoane originare din peste 26 de țări, se impune adoptarea de măsuri imediate în vederea combaterii terorismului internațional.

În ultimul deceniu, statele membre ale UE au fost ținta mai multor atacuri teroriste, care s-au soldat cu sute de morți și câteva mii de răniți. Atacurile de la Paris au determinat invocarea de către Franța a clauzei de apărare reciprocă, statele membre având obligația de a-i acorda Franței ajutor și asistență, prin toate mijloacele de care dispun. Astfel de evenimente tragice subliniază importanța prevenirii conflictelor și necesitatea implicării mai active a instituțiilor Uniunii în politica de securitate și apărare și în promovarea transpunerii în practică a tuturor dispozițiilor din domeniul politicii de securitate și apărare consacrate în tratate.

Am votat în favoarea acestei propuneri de rezoluție, deoarece consider că solidaritatea, ajutorul și asistența reciprocă între statele membre sunt imperios necesare în astfel de situații. Totodată, combaterea terorismului trebuie să reprezinte în continuare pentru Uniunea Europeană o prioritate, fiind necesare măsuri concrete de consolidare a politicii de securitate și a prevenirii criminalității.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. La clausola di mutua difesa è stata evocata da Hollande (e per la prima volta in Europa) il 13 novembre 2015 a seguito degli attentati a Parigi. La risoluzione condanna con la massima fermezza gli attacchi terroristici perpetrati da ISIS ed esprime la preoccupazione che la gestione degli aiuti e l'assistenza sotto la clausola di difesa reciproca su base bilaterale – come in questo caso – non sarà possibile per tutti gli Stati membri; invita pertanto il Consiglio europeo a dare impulso allo sviluppo di questa clausola e lo esorta a sviluppare il ruolo facilitatore delle istituzioni competenti dell'UE. Invita pertanto tutti i paesi europei a impegnarsi nella lotta contro il terrorismo e ad adottare un approccio rigoroso sia a livello nazionale che non. Chiede misure adeguate per controllare il movimento di armi, esplosivi e persone sospette. Esorta gli Stati membri a creare un sistema strutturato per la condivisione delle informazioni e la cooperazione operativa per la gestione delle frontiere, per la polizia e per le altre forze dell'ordine, così come la condivisione delle banche dati nazionali.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – À la suite des attaques terroristes du 13 novembre 2015 sur le sol français, la France a fait appel à la solidarité des autres États européens en utilisant la clause de défense mutuelle prévue à l'article 42, paragraphe 7, du traité. Cette clause précise qu'en cas d'attaque armée sur le sol d'un État membre, les autres États lui doivent aide et assistance par tous les moyens en leur pouvoir. Les États membres, en acceptant cette demande, ont montré leur solidarité envers la France dans la lutte contre le terrorisme à l'extérieur des frontières de l'Union. La résolution salue la demande de la France et la volonté de coopération des États membres en matière de défense. Le texte insiste également sur les avancées de la coopération des États de l'Union dans la lutte contre le terrorisme. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the GUE/NGL resolution and against the Joint Motion for Resolution on this file. My reasons for voting for the GUE/NGL Resolution were because of its strong opposition to the creation of an EU military alliance and its absolute rejection of the activation of Article 42(7) TEU on the Mutual Defence Clause. Rejecting both of these aspects is crucial to safeguarding Irish neutrality.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the resolution on the Mutual Defence Clause because we do not support the further militarisation of the EU. We are also specifically concerned about discussion of the development of a European Defence Union or further activation of other defence provisions contained within the Lisbon treaty. UKIP is in complete support of the French people in their fight against terrorism and offers its condolences for the tragic attacks in Paris last year. However, we do not support the activation of Article 42(7). The UK has strong defence ties with France, through NATO and bilateral agreements between the two countries, such as the Lancaster House Treaties (2010).

UKIP supported Amendment 1 to the resolution on the Mutual Defence Clause because it rejects the activation of Article 42(7) TEU. This should, however, not be interpreted as offering support for any other statements contained within this amendment.

David Casa (PPE), *in writing*. – I condemn the recent attacks in France and regret that we have found ourselves in a situation where the Mutual Defence Clause needs to be invoked. I fully support the people of France and I hope that all Member States, in one way or another, will be able to contribute to the fight against terrorism as it is a problem that concerns us all. I therefore voted in favour of this motion.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione si esprime sulla decisione della Francia di attivare la clausola di difesa reciproca di cui all'articolo 42, paragrafo 7, TUE a seguito dei tragici avvenimenti di Parigi dello scorso 13 novembre.

Nonostante il testo presenti alcune osservazioni positive, ritengo che vi sia un approccio troppo indulgente nei confronti dell'occasione mancata di far ricorso a una clausola che ben più si prestava alla situazione in oggetto. Appariva infatti più corretto invocare l'articolo 222 TFUE che disciplina il caso in cui uno Stato membro sia vittima di un attacco terroristico. Il ricorso all'articolo 42, paragrafo 7, TUE, che trova invece applicazione nelle ipotesi in cui uno Stato membro sia vittima di un attacco armato, non solo rischia di rappresentare un implicito riconoscimento di Daesh come Stato ma sancisce anche la prevalenza del metodo intergovernativo su quello comunitario. Per queste ragioni ho deciso di votare a sfavore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Τάσσομαι υπέρ του ψηφίσματος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με τη ρήτρα αμοιβαίας άμυνας, την οποία επικαλέστηκε επίσημως μετά τις τρομοκρατικές επιθέσεις της 13ης Νοεμβρίου στο Παρίσι, η γαλλική κυβέρνηση. Θεωρώ ότι η επίκληση των ρητρών αμοιβαίας άμυνας και αλληλεγγύης δυνάμει των Συνθηκών αποτελεί πρωτίστως πολιτικό θέμα και εκτιμώ ότι όταν γίνεται επίκληση των ρητρών αυτών, τόσο το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο όσο και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο αποτελούν τους ενδεδειγμένους τόπους διεξαγωγής του πολιτικού διαλόγου.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché ritengo che la lotta al terrorismo internazionale rientri tra le priorità dell'Unione e che solo con una capacità di sicurezza e di difesa autonoma l'UE sarà in grado di affrontare le enormi minacce e sfide alla sicurezza interna ed esterna. A seguito degli attacchi terroristici sferrati a Parigi il 13 novembre 2015, il governo francese ha ufficialmente invocato la clausola di difesa reciproca di cui all'articolo 42, paragrafo 7, TUE. Gli Stati membri dell'UE sono tenuti a prestare aiuto e assistenza alla Francia con tutti i mezzi in loro potere, conformemente all'articolo 51 della Carta delle Nazioni Unite. Il Parlamento ritiene che il caso attuale debba fungere da catalizzatore per avviare discussioni politiche approfondite sulla natura pluridimensionale della sicurezza e della difesa europee; invita inoltre tutti gli Stati membri a mantenere il loro sostegno incondizionato e duraturo e a continuare a fornire i propri contributi per tutto il tempo necessario. L'organo legislativo insiste su un approccio d'insieme alla deradicalizzazione, compresi sforzi a livello nazionale rivolti ai giovani, alla prevenzione dell'estremismo violento e alla lotta contro il terrorismo, che punti a rafforzare la coesione sociale e la prevenzione della criminalità.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Questa clausola è uno strumento di diritto internazionale molto importante, e in questo momento specifico è piuttosto rilevante che la Francia abbia richiesto che sia applicata. Tuttavia ci sono aspetti da non sottovalutare, che sono emersi con forza durante i negoziati per la preparazione di queste relazioni. Sono pertanto ben contento del testo finale, alla cui approvazione ho contribuito con il mio voto, perché rappresenta una sintesi equilibrata ed efficace dei pro e dei contro della decisione di fare affidamento a questo particolare istituto di diritto internazionale ora, e delle motivazioni che dovrebbero guidare queste scelte.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the resolution on the Mutual Defence Clause because we do not support the further militarisation of the EU. We are also specifically concerned about discussion of the development of a European Defence Union or further activation of other defence provisions contained within the Lisbon treaty. UKIP is in complete support of the French people in their fight against terrorism and offers its condolences for the tragic attacks in Paris last year. However, we do not support the activation of Article 42(7). The UK has strong defence ties with France, through NATO and bilateral agreements between the two countries, such as the Lancaster House Treaties (2010).

UKIP supported Amendment 1 to the resolution on the Mutual Defence Clause because it rejects the activation of Article 42(7) TEU. This should, however, not be interpreted as offering support for any other statements contained within this amendment.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Pela primeira vez na História da União, um Estado-Membro ativou a cláusula de defesa mútua prevista pelos Tratados e que prevê que todos os Membros da União colaborem na defesa de um que tenha sido atacado. Essencialmente, um mecanismo em tudo semelhante àquele que subjaz à NATO, mas apenas para os membros da União.

A República Francesa foi, infelizmente, atacada duas vezes este ano no seu território pelo terrorismo, ativando por isso esta cláusula. A moção assinala, e bem, que esta é uma oportunidade para não apenas desenvolver as bases para uma união para a defesa, mas também para que a política externa europeia seja mais do que a soma das políticas nacionais. Apoio, por isso, esta resolução.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the resolution on the Mutual Defence Clause because we do not support the further militarisation of the EU. We are also specifically concerned about discussion of the development of a European Defence Union or further activation of other defence provisions contained within the Lisbon treaty. UKIP is in complete support of the French people in their fight against terrorism and offers its condolences for the tragic attacks in Paris last year. However, we do not support the activation of Article 42(7). The UK has strong defence ties with France, through NATO and bilateral agreements between the two countries, such as the Lancaster House Treaties (2010).

UKIP supported Amendment 1 to the resolution on the Mutual Defence Clause because it rejects the activation of Article 42(7) TEU. This should, however, not be interpreted as offering support for any other statements contained within this amendment.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa importantissima risoluzione del Parlamento, che viene approvata in occasione della prima volta in cui la clausola di difesa reciproca è invocata.

Ritengo necessario promuovere lo sviluppo di questa clausola, come pure individuare dispositivi e orientamenti pratici per assicurare una reazione efficace nel caso in cui uno Stato membro la attivi per difendersi da un attacco come quello che è avvenuto a Parigi il 13 novembre scorso. Non credo, infatti, che la gestione bilaterale di queste situazioni sia la reazione più giusta, essendo necessaria una risposta europea.

Questa occasione può rappresentare davvero una opportunità per stabilire nuove basi più solide per raggiungere una Unione europea della difesa forte ed efficace, migliorando la capacità di sicurezza e di difesa autonoma dell'Unione dagli attacchi esterni che minano così duramente la sua stabilità.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The use and application of the mutual defence clause has come to the fore with its first use by France following the terrorist attacks of 2015. Yet the use of this clause alone will not be sufficient to protect citizens from terrorist attacks, especially when these attacks are being committed by European citizens with strong ties to third countries. I have thus voted in favour of the mutual defence clause report, but only as an element of broader action that addresses security.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de Resolución común del Parlamento Europeo favorable a la activación de la cláusula de defensa mutua solicitada por Francia con el pretexto de los últimos atentados en París puesto que esta maniobra, de llevarse a cabo, reforzará el proceso de conversión de la Unión Europea en una alianza militar.

Se trata de una respuesta errada a los ataques de París. La interpretación de Francia es sesgada e intencionada puesto que un atentado terrorista no es un acto de guerra por mucho que se empeñen. Su interpretación supone un fraude al Derecho internacional y la vuelta a la lógica de la guerra contra el terror. Ante el terrorismo, solo caben las respuestas civiles, la acción policial, la inteligencia, cortar la financiación de los grupos terroristas y cortarles el apoyo internacional. En cualquier caso, la respuesta ha de estar siempre dentro del Estado de Derecho y estos actos no pueden ser utilizados como pretexto para un recorte colectivo de las libertades individuales.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Podczas spotkania ministrów obrony w Radzie Ministrów Spraw Zagranicznych w dniu 17 listopada 2015 r. Francja przywołała po raz pierwszy w historii klauzulę wzajemnej obrony, aby prosić inne kraje o poparcie przeciwko Państwu Islamskiemu w Syrii i Iraku oraz w innych misjach po listopadowych atakach terrorystycznych w Paryżu. Prezydent Francji zaznaczył, że Francja odwołuje się do art. 42 ust. 7, a nie tzw. klauzuli solidarności, czyli art. 222 Traktatu o Unii Europejskiej. Podczas gdy ten ostatni otwiera drogę do większego zaangażowania UE, ten pierwszy działa w formule międzyrządowej, co pozwala Paryżowi odgrywać większą rolę. Francja mogła też odwołać się do art. 42 ust. 7, żeby uzyskać odstępstwa od wymogów traktatowych UE zarówno w sprawach szczegółowych, jak również generalnie jeśli chodzi o narzucane przez UE oszczędności budżetowe.

Mając na uwadze brak spójności pomiędzy działaniami a prawem, w świetle powyższego, jak i dyskusji nad dwoma punktami związanymi z art. 42 ust. 7 na posiedzeniu SEDE w dniu 1 grudnia 2015 r. wydawało się, że nie ma podstaw do użycia odwołania się do tego artykułu dla promowania większej roli UE w dziedzinie bezpieczeństwa i obronności.

Mając powyższe na uwadze, wstrzymałem się od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The EU Member States agreed on 17 November 2015 to grant military assistance to France following the terror attacks in Paris. For the first time in EU history, defence ministers unanimously decided to activate the ‘mutual defence clause’ of the EU treaty. Bilateral talks have begun between France and other Member States to clarify French needs and other countries’ capabilities. The Treaty of Lisbon provides the possibilities for enhanced cooperation in common security and defence policy, including the consignment of specific tasks and missions to clusters of states. I supported this resolution as it serves as a first, general parliamentary position, setting as its objective to stimulate the Council and the Member States to draft and adopt practical arrangements and guidelines for ensuring an effective response in the event that a Member State invokes the mutual defence clause. I abstained on the provisions that can shed doubt on the provisions of the neutrality clause established in the Constitution of Malta.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I wholeheartedly support cooperation between France, the United Kingdom and other Member States in joint efforts on tackling terrorism. The terrorist attacks in Paris last year were a strong wake-up call for every country in Europe that the fight against terrorism is far from won. However, this should not be at the expense of surrendering our individual countries’ right to take our own action in these areas to defend our borders and our citizens. So, unfortunately, I cannot support this motion for resolution.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution fait suite à la décision de la France d’invoquer la clause de défense mutuelle du traité UE (article 42, paragraphe 7) pour demander l’aide des États membres face à la menace de l’État islamique. Invoqué pour la première fois depuis son entrée en vigueur en 2009, cet article prévoit que «si un État membre est l’objet d’une agression armée sur son territoire, les autres États membres ont envers lui une obligation d’aide et d’assistance par tous les moyens». À la suite de la demande de la France, l’ensemble des pays de l’Union européenne ont manifesté leur soutien, symbolisant l’union de l’Europe contre le terrorisme. Cette résolution s’intéresse au champ d’application de cet article, aux modalités de mise en œuvre et au rôle des institutions de l’Union. Soutenant cette démarche, je me suis prononcé en faveur de la résolution.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the resolution on the Mutual Defence Clause because we do not support the further militarisation of the EU. We are also specifically concerned about discussion of the development of a European Defence Union or further activation of other defence provisions contained within the Lisbon Treaty. UKIP is in complete support of the French people in their fight against terrorism and offers its condolences for the tragic attacks in Paris last year. However, we do not support the activation of Article 42(7). The UK has strong defence ties with France, through NATO and bilateral agreements between the two countries, such as the Lancaster House Treaties (2010).

UKIP supported Amendment 1 to the resolution on the Mutual Defence Clause because it rejects the activation of Article 42(7) TEU. This should, however, not be interpreted as offering support for any other statements contained within this amendment.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Cette résolution est d’une grande importance car elle appelle le Conseil et les États membres à élaborer les lignes directrices d’un cadre politique pour la mise en œuvre effective de la clause de défense mutuelle. Cette clause de solidarité en cas d’agression contre un pays a été sollicitée pour la toute première fois par un pays, en l’occurrence la France, à la suite des attentats de Paris. C’est la raison pour laquelle j’ai voté en faveur de cette résolution.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – À la suite des tragiques attentats du 13 novembre dernier, le président de la République française a choisi de faire appel à la clause de défense mutuelle en invoquant l’article 42, paragraphe 7, du traité UE selon lequel «si un État membre est l’objet d’une agression armée sur son territoire, les autres États membres ont envers lui une obligation d’aide et d’assistance par tous les moyens».

Il va donc falloir que l'Union se montre à la hauteur de son devoir de solidarité. L'activation de la clause de défense mutuelle devrait être l'occasion de jeter enfin les bases d'une Europe de la défense que nous appelons de nos vœux depuis longtemps. Il faut aussi que les États membres trouvent les moyens de construire une coopération plus efficace entre leurs services de police et d'améliorer l'échange de renseignements sur la circulation des armes, des explosifs et des suspects terroristes.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Frappée le 13 novembre 2015 par une série d'attaques orchestrées depuis la Syrie par le groupe armé terroriste Daech, la France a invoqué pour la première fois dans l'histoire de l'Union la clause d'assistance mutuelle prévue à l'article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union européenne. D'une manière générale, l'ensemble des États membres ont fait part de leur volonté politique de répondre à l'appel français et des contributions significatives ont été ou seront prochainement apportées. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de cette résolution commune sur la clause de défense mutuelle. Cette résolution soutient notamment la France dans sa demande de l'application de l'article 42, paragraphe 7. De plus, le Parlement appelle à la mise en place d'un guide d'activation à disposition des États Membres qui souhaitent activer la clause d'assistance mutuelle.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Le 17 novembre 2015, quatre jours après les attaques terroristes à Paris, la France a invoqué, pour la première fois dans l'histoire de l'Union, la clause de défense mutuelle devant le Conseil des Affaires étrangères (article 42, paragraphe 7, du traité UE). Par ce recours, la France entend qu'il soit satisfait à une demande ancienne: le soutien de ses efforts en matière de défense. Tous les États européens ont répondu favorablement. Les consultations bilatérales ont d'ores et déjà permis la mobilisation de nouveaux moyens.

Je soutiens ce texte, qui, au-delà de cet objectif de fond, donne des pistes et précise les limites grâce aux éléments apportés par le groupe S&D, notamment concernant le respect des droits de l'homme et du droit international humanitaire. Il affirme rôle primordial du Parlement européen et du Conseil européen en tant que lieux du débat politique. Le contexte de menace terroriste planétaire impose à l'Union européenne de soutenir une interprétation renouvelée et plus adaptée du droit international humanitaire. J'ajoute que les efforts de défense portés par la France (ou d'autres États membres, le cas échéant) devraient en outre être sortis des critères de convergence, comme je l'ai demandé à plusieurs reprises notamment au sein de la commission des budgets.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte revient à instrumentaliser les attentats pour mieux faire accepter un nouvel élargissement des compétences de l'Union européenne au détriment des États et de leurs compétences régaliennes. Cela touche aux domaines du droit pénal, de la coopération militaire et du renseignement. Il demande en outre la constitution d'un quartier général civil et militaire de l'Union européenne, ainsi qu'une sorte de cogestion des questions de défense et de stratégie avec l'Organisation du traité de l'Atlantique Nord (OTAN). J'estime que l'incapacité de l'Union à assurer la sécurité des ressortissants de ses États membres ne se résoudra pas en déposant encore davantage les États de leur souveraineté. J'ai donc voté contre cette résolution.

Ангел Джамбазки (ЕКР), *в писмена форма*. – Гласувах против резолюцията относно клаузата за обща отбрана (член 42, параграф 7 от ДЕС), тъй като смятам, че сигурността и отбраната трябва да останат изцяло в компетенциите на страните членки и да не се предоставят повече правомощия в тази сфера на ниво ЕС. Отделно, Франция няма основание да използва този член и да иска по-голяма ангажираност на Съюза във войната в Сирия, тъй като ЕС не е организация за сигурност и отбрана, а политически и икономически съюз. Сътрудничеството в борбата срещу ИД и тероризма трябва да се направи посредством НАТО, която е най-подходящата организация и в която членуват всички държави членки. Не на последно място, трябва да се спомене и опасението, че използването на член 42, параграф 7 от Франция може би е с цел оправдаване на множеството нарушения на европейското законодателство в сфери като обществените поръчки за сигурност, свободата на движение на стоки и хора, обществения дълг и други.

Γεώργιος Επιτήδειος (ΝΙ), *γραφώς*. – Η αποτελεσματική αντιμετώπιση της τρομοκρατίας προϋποθέτει καταρχάς την παραδοχή από τους παθόντες ότι οι λανθασμένες πολιτικές τους αποτέλεσαν την αιτία εμφάνισης της τρομοκρατίας στη χώρα τους. Όταν ξεκινάς πολέμους σε τρίτες χώρες για την ενδυνάμωση της γεωπολιτικής σου θέσης, όταν, με πρόσχημα την ελευθερία του λόγου, προσβάλεις τη νοημοσύνη και τη θρησκεία των συνανθρώπων σου και όταν θυσιάζεις ανθρώπινες ψυχές στο βωμό της εξουσίας και των οικονομικών συμφερόντων, τότε δεν μπορείς να αιτείσαι τη βοήθεια των άλλων για να σε προστατεύσουν χωρίς να αλλάξεις στάση και πολιτική.

Η τρομοκρατία πρέπει να αντιμετωπιστεί αλλά πρωτίστως πρέπει να εξουδετερωθούν οι αιτίες ύπαρξής της. Η εφαρμογή της συγκεκριμένης ρήτηρας περισσότερο θα εμπλέξει και άλλες χώρες στο χορό της τρομοκρατίας παρά θα λύσει το πρόβλημα.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de resolução sobre a cláusula de defesa mútua (artigo 42º, nº 7, TUE), invocada pela primeira vez pela França na sequência dos recentes e deploráveis ataques terroristas de Paris, saudando a mobilização de esforços e o auxílio disponibilizado por todos os Estados-Membros.

Abstive-me, contudo, no voto sobre a alteração 1 ao parágrafo 3 do texto, uma vez que a invocação da presente cláusula não deve constituir um pretexto para a legitimação de operações militares que no passado nada trouxeram de positivo à estabilização e promoção da paz e democracia nas regiões vizinhas da Europa.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Då jag anser att EU bör fokusera på civilt säkerhetsarbete och NATO bör vara arenan för militärt samarbete har jag valt att rösta mot delar av betänkandet. Det gäller punkterna 11 och 18, som efterfrågar utveckling mot en gemensam försvarsunion. Jag har röstat för hela betänkandet eftersom jag anser att det är viktigt att markera att EUs länder måste ställa upp solidariskt i händelse av akut kris.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Em novembro de 2015, Paris foi palco de vários atentados terroristas, dos quais resultaram, pelo menos, 130 vítimas mortais oriundas de mais de 26 nações, e, desde 2004, a UE e os Estados-Membros foram alvo de diversos ataques terroristas, que provocaram centenas de mortos e vários milhares de feridos. Em consequência disso o Governo francês invocou, pela primeira vez, oficialmente a cláusula de defesa mútua, o que obriga os Estados-Membros a prestarem auxílio e assistência à França por todos os meios ao seu alcance.

Considero que o combate ao terrorismo internacional é uma prioridade da UE e a prossecução do princípio da solidariedade requer medidas tanto a nível interno, como a nível externo. Aproveito para condenar, veementemente, os abomináveis atentados terroristas perpetrados pelo Daexe e registo com agrado o reforço das capacidades disponibilizadas no âmbito da luta contra o terrorismo.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução não constitui surpresa. Quase que se poderia dizer que segue um guião pré-escrito. Direita e social-democracia desfiam a retórica da luta contra o terrorismo, defendendo respostas supranacionais, a via federalista. Um caminho que procura acelerar a criação de um quadro político e institucional que oriente e agilize a aplicação da referida cláusula, sinalizando a «oportunidade única para estabelecer as bases de uma União Europeia de Defesa», retomando a ideia da necessidade da existência de forças militares europeias, «em estreita cooperação com as estruturas pertinentes» da NATO.

Das razões, origens e patrocínio do terrorismo e suas organizações, das ações de agressão e ingerência atentatórias de países soberanos promovidas pela UE, EUA e NATO, nem uma palavra. Este proclamado combate ao terrorismo e a postura de agressão e ingerência têm alimentado o crescimento de forças racistas, xenófobas e fascistas e a sua ação de terror.

Afirmamos a imperativa necessidade de combater o terrorismo por via do desenvolvimento de uma verdadeira política de paz, assente no termo da escalada de agressão, nomeadamente no Médio Oriente, e na defesa e afirmação efetiva dos valores da liberdade, da democracia, do respeito pela soberania e independência dos Estados e dos povos. Votámos contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Ministri vnútra Európskej únie sa na svojom neformálnom stretnutí, ktoré bolo zamerané na boj proti terorizmu, už pred takmer rokom dohodli na posilnení spolupráce medzi policajnými a bezpečnostnými službami, ktorej súčasťou malo byť aj zlepšenie výmeny informácií o nebezpečných osobách, či prijatie spoločných opatrení proti šíreniu nezákonných strelných zbraní a financovaniu terorizmu. Európska únia prijala protiteroristickú stratégiu, v rámci ktorej navrhuje, aby opatrenia boli zamerané na štyri základné ciele: prevenciu, ochranu, stíhanie a reakciu. Preto je nevyhnutné, aby Rada a členské štáty urýchlene prijali politický rámec, ktorý pomôže vykonávaniu článku 42 ods. 7 ZEU a bude obsahovať harmonogram a doložku o preskúmaní a monitorovaní mechanizmy.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Η αποτελεσματική αντιμετώπιση της τρομοκρατίας προϋποθέτει καταρχάς την παραδοχή από τους παθόντες ότι οι λανθασμένες πολιτικές τους αποτέλεσαν και την αιτία εκδήλωσης της τρομοκρατίας στη χώρα τους. Όταν πυροδοτείς πολέμους σε τρίτες χώρες για να ενισχύσεις τη γεωπολιτική σου θέση, όταν, με πρόσχημα την ελευθερία του λόγου προσβάλεις τη νοημοσύνη και τη θρησκεία άλλων συνανθρώπων και όταν θυσιάζεις ανθρώπινες ψυχές στο βωμό της εξουσίας και των οικονομικών συμφερόντων, τότε δεν μπορείς να αιτείσαι τη βοήθεια των άλλων για να σε προστατεύσουν χωρίς να αλλάξεις στάση και πολιτική. Η τρομοκρατία πρέπει να αντιμετωπιστεί αλλά πρωτίστως πρέπει να εξουδετερωθούν οι αιτίες ύπαρξής της. Η εφαρμογή της συγκεκριμένης ρήτρας περισσότερο θα εμπλέξει και άλλες χώρες στο χορό της τρομοκρατίας παρά θα λύσει το πρόβλημα. Για τον λόγο αυτό, η ψήφος μου είναι κατά.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This was the first time the mutual defence clause was invoked. The current case will serve as a precedent for the future use of the mutual defence clause and is therefore extremely relevant.

Unfortunately, the security and defence architecture foreseen by the Treaties is not yet fully implemented. The Treaty of Lisbon provides the possibilities for enhanced cooperation in CSDP, including the consignment of specific tasks and missions to clusters of states, as well as the concept of permanent structured cooperation in military matter, while the Member States are responsible for achieving progress in the area of security and defence of the Union.

I strongly believe that the Council and the Member States should draft and adopt practical arrangements and guidelines for ensuring an effective response in the event that a Member State invokes the mutual defence clause, as well as an analysis of the role of the EU institutions should that clause be invoked.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution, car elle souligne que l'utilisation de la clause de défense mutuelle témoigne du soutien unanime apporté par tous les États membres à la France et est, en ce sens, un signe de la solidarité européenne, fondement de l'Union. Dans la résolution, nous déplorons le caractère intergouvernemental de cette clause et nous rappelons à ce titre le rôle «facilitateur» des institutions européennes, qui peuvent assurer une réponse collective et efficace lorsque cette clause est invoquée. Nous demandons à la haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité de proposer des lignes directrices sur les modalités pratiques de cette clause, afin d'éviter dans l'avenir une gestion et une coopération ad hoc. Enfin, nous soulignons le rôle de catalyseur de cette première activation, qui peut servir à jeter les bases d'une véritable union européenne de la défense.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Uniónak meg kell erősítenie együttműködését az Észak-atlanti Szerződés Szervezetével (NATO) annak érdekében, hogy a két rendszer keretei között kialakított biztonság- és védelempolitikákat egyre inkább összeegyeztethetővé tegye, különösen abban az esetben, ha egy tagállamot területe elleni fegyveres támadás ér, amelybe beleértendők a terrorista támadások is; Továbbá meggyőződésem, hogy az uniós intézményeknek aktívabb szerepet kell játszaniuk a biztonsági és védelempolitika terén, és elő kell mozdítaniuk a Szerződések biztonság- és védelempolitikáról szóló rendelkezéseinek végrehajtását, többek között a NATO-nak az európai és a transzatlanti biztonság és védelem terén betöltött sajátos szerepére vonatkozóan; mivel az uniós intézményeknek támogatniuk kell a tagállamokat azon törekvéseikben, hogy ezeket a rendelkezéseket teljes mértékben végrehajtsák.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor, ya que los atentados terroristas del 13 de noviembre en París no son un ataque a Francia, son un ataque a toda la Unión Europea, y como tal debemos responder. Asimismo, tras los atentados terroristas, el Gobierno francés invocó oficialmente la cláusula de defensa mutua del artículo 42, apartado 7, del TUE, por lo que los demás Estados miembros están obligados a prestarle ayuda y asistencia con todos los medios a su alcance. La erradicación del terrorismo internacional debe constituir una prioridad para la Unión Europea. Debemos avanzar para establecer una mayor colaboración y coordinación en esta materia que nos permita disponer de una operativa permanente para poder reaccionar con celeridad en casos de emergencia.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen die Resolution zur Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) gestimmt. Das ändert nichts an meiner vollen Solidarität mit unseren französischen Nachbarn und Freunden. Allerdings behandelt die Resolution in ihrem zu weit gefassten Ansatz ein äußerst sensibles Thema mit rauer, politischer Hand. So ist etwa die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Armee in dieser Pauschalität und ohne eine eingehende, detaillierte und sachliche Debatte nicht tragbar.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Im dem Fall, dass ein Mitgliedstaat der Europäischen Union angegriffen wird, ist es notwendig, diesem geschlossen entgegenzutreten.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the Mutual Defence Clause, which was invoked by France following the November terrorist attacks in Paris. Given this is the first time the mutual defence clause is being invoked, how we deal with it will serve as precedent. We therefore need to take a long-term view and develop concrete guidelines that will allow us to respond fast and effectively in the future. Let this also be the opportunity to strengthen cooperation on defence and intelligence sharing. This does not mean taking sovereignty away from national governments nor side stepping NATO – a point made very clear in Article 42(7). It means being smart: supporting clusters, role specialisation, joint research and procurement, increasing market integration.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Rechazamos la activación del apartado 7 del artículo 42 del TUE por representar una respuesta militar ineficaz y con alto riesgo de causar aún más víctimas inocentes, mayores desplazamientos de población y mayor destrucción de los territorios. Abogamos por soluciones estructurales diplomáticas, de cooperación al desarrollo y de resolución pacífica de conflictos en el marco del Derecho internacional fuera de la UE; dentro de la UE, defendemos acciones que prioricen la investigación y la acción policial con pleno respeto de los derechos humanos y libertades individuales, así como políticas públicas de integración y construcción de interculturalidad adecuadas y suficientes.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I and my fellow Labour MEPs voted in favour of this report. This was the first time the mutual defence clause was invoked. The current case will serve as a precedent for the future use of the mutual defence clause. However, Labour MEPs however did vote against measures in the resolution which called for the creation of an EU defence headquarters. Labour MEPs do not believe in the need for the creation of another international defence mechanism, in essence duplicating NATO. We also do not support EU institutions having a greater role in security and defence matters. The S&D group believes that the Council and the Member States should draft and adopt practical arrangements and guidelines for ensuring an effective response in the event that a Member State invokes the mutual defence clause, as well as an analysis of the role of the EU institutions should that clause be invoked.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. – Möjligheten för en medlemsstat att åberopa artikel 42.7 finns inskriven i EU-fördraget. Vi svenska socialdemokrater stöder en översyn av klausulen om ömsesidigt försvar eftersom vi anser att EU behöver dra lärdom av hanteringen efter första tillämpningen av artikel 42.7 och fastslå hur en liknande situation bäst bör hanteras i framtiden. Vi anser däremot inte att det behövs ett permanent civil-militärt högkvarter eller att aktiveringen av klausulen om ömsesidigt bistånd på något sätt bör leda till en europeisk försvarsunion. Vi valde därför att inte stödja dessa skrivningar.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Διαφωνούμε με την ενεργοποίηση του συγκεκριμένου άρθρου της συνθήκης της Λισσαβόνας, όπως είχαμε διαφωνήσει κατά τη συζήτηση της ίδιας της Συνθήκης, όταν ασκήσαμε κριτική για την εισαγωγή του συγκεκριμένου άρθρου. Δεν θεωρούμε ότι με την στρατιωτικοποίηση της εξωτερικής πολιτικής της ΕΕ μπορεί να επιτευχθεί η ποθητή ειρήνη στην ευρύτερη μας περιοχή. Δυστυχώς, αντί να λειτουργεί επικουρικά για την έμπρακτη έκφραση αλληλεγγύης στα κράτη μέλη που δέχονται επίθεση, το άρθρο ενεργοποιείται μόνο όταν πρόκειται να χρησιμοποιηθεί για να δικαιολογηθούν υπερλιστικές επεμβάσεις των μελών κρατών της ΕΕ.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to abstain on this resolution due to the many contentious issues within the report regarding the promotion of NATO and the fact that it calls for a civil military headquarters and calls to establish a strong European Defence Union, as Ireland is a neutral country.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Nach den verheerenden Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015 hat Frankreich am 17. November mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) die sogenannte gegenseitige Beistandsklausel aufgerufen. Demnach schulden im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Unterstützung. Dies muss im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, welcher das Selbstverteidigungsrecht eines Staates festlegt, und für NATO-Mitglieder auch im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertragsorganisation eingegangenen Verpflichtungen stehen. Unabhängig von bestehenden rechtlichen Bestimmungen steht außer Frage, dass Frankreich die vollste Unterstützung von der EU und allen Mitgliedstaaten gewährt werden muss. Unsere europäischen Werte, unsere Freiheit und unsere rechtsstaatlichen Grundsätze sind vorbehaltlos zu verteidigen. Hinsichtlich der rechtlichen Aspekte ist auf längere Sicht zu klären, in welchen Fällen, in denen ein EU-Mitgliedstaat einer Bedrohung ausgesetzt ist, Artikel 42 Absatz 7 (EUV) und wann Artikel 222 gemäß Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) aufzurufen ist. Für NATO-Mitglieder ist im Weiteren das Verhältnis dieser Bestimmungen mit Artikel 5 des NATO-Vertrags, welcher den Bündnisfall regelt, festzulegen. Eine in der Entschließung des Europaparlaments geforderte permanente europäische Armee ohne vorhergehende, umfassende Debatte mit anschließender direktdemokratischer Legitimation lehne ich allerdings ab.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the resolution on the Mutual Defence Clause because we do not support the further militarisation of the EU. We are also specifically concerned about discussion of the development of a European Defence Union or further activation of other defence provisions contained within the Lisbon treaty. UKIP is in complete support of the French people in their fight against terrorism and offers its condolences for the tragic attacks in Paris last year. However, we do not support the activation of Article 42(7). The UK has strong defence ties with France, through NATO and bilateral agreements between the two countries, such as the Lancaster House Treaties (2010).

UKIP supported Amendment 1 to the resolution on the Mutual Defence Clause because it rejects the activation of Article 42(7) TEU. This should, however, not be interpreted as offering support for any other statements contained within this amendment.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu l'activation de la clause de défense mutuelle demandée par les autorités françaises à la suite des attentats du 13 novembre 2015.

Cette clause dispose «qu'au cas où un État membre serait l'objet d'une agression armée sur son territoire, les autres États membres lui doivent aide et assistance par tous les moyens en leur pouvoir, conformément à l'article 51 de la charte des nations unies».

Ainsi, la France pourra recevoir de l'assistance matérielle pour soutenir ses actions en Irak et en Syrie ainsi que sur d'autres théâtres d'opérations, tels que le Sahel, la Centrafrique et le Liban.

Le combat contre le terrorisme et contre l'État islamique, qui a renouvelé ses menaces contre la France et les États de la coalition, est un combat permanent qui nécessite de mobiliser des moyens et des capacités que la France ne devrait pas avoir à supporter seule.

L'Europe, par les valeurs et principes qu'elle défend, et chacun des États membres qui en font partie sont menacés par cette nouvelle forme de terrorisme qui s'affranchit des frontières nationales et qui recrute ses agents au sein même de nos nations.

La France ne doit pas assumer seule la lourde responsabilité de défendre le continent.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za zajedničku rezoluciju Europskog parlamenta o klauzuli o uzajamnoj obrani (članak 42. stavak 7. UEU-a) jer smatram da je nakon terorističkih napada izvedenih u Parizu 13. studenog 2015. godine potrebna velika solidarnost svih država članica s Francuskom kako bi joj pružile potporu i pomoć. Izrada vanjske politike EU-a u pojedinim područjima i svjetskim regijama trebala bi postati dio globalne strategije EU-a te potrebno je osnažiti razmjenu informacija i ojačati relevantne instrumente EU-a.

Jedan od prioriteta Unije jest borba protiv međunarodnog terorizma u svrhu jačanja europske sigurnosti i obrane, te stoga ovu klauzulu svakako podržavam.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – J’ai voté contre cette proposition de résolution. En effet, c’est une nouvelle tentative d’élargir encore les compétences de l’Union en matière de droit pénal, de coopération militaire et de renseignement. Ce recul supplémentaire de la souveraineté des États membres est inacceptable.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I and my fellow UKIP MEP’s voted against the resolution on the Mutual Defence Clause because we do not support the further militarisation of the EU. We are also specifically concerned about discussion of the development of a European Defence Union or further activation of other defence provisions contained within the Lisbon treaty. UKIP is in complete support of the French people in their fight against terrorism and offers its condolences for the tragic attacks in Paris last year. However, we do not support the activation of Article 42(7). The UK has strong defence ties with France, through NATO and bilateral agreements between the two countries, such as the Lancaster House Treaties (2010).

My colleagues and I supported Amendment 1 to the resolution on the Mutual Defence Clause because it rejects the activation of Article 42(7) TEU. This should, however, not be interpreted as offering support for any other statements contained within this amendment.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – The mutual defence clause was invoked for the first time by France in November after the Paris attacks, in order to formally ask its European partners’ support in its war against ISIS. I highly welcome the unanimous support given to France, but I believe that more must be done. We have reached the moment when the Member States can no longer count solely on bilateral support and must now reinforce their capabilities and effectively protect Europe from the increased terrorism threat. We need more cooperation between Member States’ police and intelligence services on the movement of weapons and terrorist suspects in order not to repeat the mistakes of the past.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J’ai voté en faveur de la résolution sur la clause de défense mutuelle (article 42, paragraphe 7, du traité). Cette clause dispose qu’en cas d’attaque armée sur le sol d’un État membre, les autres États lui doivent aide et assistance par tous les moyens en leur pouvoir. Elle a été activée pour la première fois par la France, à la suite des attentats tragiques perpétrés en novembre à Paris. En acceptant cette demande, les États européens ont témoigné leur solidarité envers la France dans la lutte contre le terrorisme. La résolution votée salue la démarche de la France et la solidarité des États membres. Elle a été adoptée à une large majorité, ce dont je me réjouis.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J’ai voté en faveur de cette résolution qui visait à examiner le recours à la clause de défense mutuelle activée par la France à la suite des attentats du 13 novembre 2015 à Paris. Le recours à cette clause permet en effet de demander aide et assistance aux États membres pour coopérer, la France ne pouvant pas tout faire seule. De plus, l’activation de cette mesure va permettre de jeter les bases d’une Union européenne de la défense solide et durable pour faire face aux menaces de sécurité internes et externes.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen diese EntschlieÙung. Sie steht gegen das österreichische Neutralitätsgebot, wie beispielsweise die Forderung nach einer stärkeren Einbindung der EU und der Truppen ihrer Mitgliedstaaten in militärische Einsätze. Zudem ist eine europäische Verteidigungsunion, wie gefordert, ein kurzichtiges und fragliches Unterfangen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. Following the terrorist attacks of 13 November 2015 in Paris, the ‘mutual assistance clause’ of the Treaty of Lisbon was invoked for the first time by an EU Member State. We welcome the unanimous and full support extended to France by all Member States and their readiness to provide all necessary aid and assistance. The EU has never before faced such a convergence of security crises on its doorstep. Although defence policy remains a matter of national sovereignty, we can make European Defence more effective and efficient through European Solidarity.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Nach den verheerenden Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015 hat sich Frankreich am 17. November auf Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) die sogenannte gegenseitige Beistandsklausel berufen. Demnach schulden im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Unterstützung. Dies muss im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, welcher das Selbstverteidigungsrecht eines Staates festlegt, und für NATO-Mitglieder auch im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertragsorganisation eingegangenen Verpflichtungen stehen. Unabhängig von bestehenden rechtlichen Bestimmungen steht außer Frage, dass Frankreich die vollste Unterstützung von der EU und allen Mitgliedstaaten gewährt werden muss. Unsere europäischen Werte, unsere Freiheit

und unsere rechtsstaatlichen Grundsätze sind vorbehaltlos zu verteidigen. Hinsichtlich der rechtlichen Aspekte ist auf längere Sicht zu klären, in welchen Fällen, in denen ein EU-Mitgliedstaat einer Bedrohung ausgesetzt ist, Artikel 47 Absatz 7 (EUV) und wann Artikel 222 gemäß Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) aufzurufen ist. Für NATO-Mitglieder ist im Weiteren das Verhältnis dieser Bestimmungen zu Artikel 5 des NATO-Vertrags, welcher den Bündnisfall regelt, festzulegen. Eine in der Entschließung des Europaparlaments geforderte permanente europäische Armee ohne vorhergehende, umfassende Debatte mit anschließender direktdemokratischer Legitimation lehne ich allerdings ab.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – After the terrorist attacks in Paris in November 2015, France asked for mutual aid and assistance from the other Member States, legally based on Article 42 of the TEU. The EU ministers expressed their will to support this request. This mutual aid was used for the first time (since the Lisbon Treaty). I voted against this resolution, since I do not agree when the EU is used for military intervention. Another reason is also because none of the European institutions were involved in the process. The decision was taken only from the Council, without seeking the agreement of the Commission or the Parliament.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – By invoking article 42(7) TEU instead of article 222 TFEU (the so-called ‘solidarity clause’), France chose an intra-government approach rather than an institutional one. In this regard, we can conclude that the activation of Article 42(7) represents an important test for Member States since they are obliged to provide ‘aid and assistance by all means in their power’ to support France. There is no doubt that the best way to pass this test for Member States is to take their commitments under Article 42(7) TEU seriously. This refers to the point that Member States should be well prepared not only to provide immediate support (whether it is political, military or financial) but also to bear the cost of such support. Moreover, to achieve better application in future applications of Article 42(7), Member States should use the full potential of the European institutions, especially the EEAS and the Commission. Moreover, this will facilitate cohesion between the EU institutions and Member States, which will hopefully result in further integration.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J’ai voté contre la résolution sur la clause de défense mutuelle. Ce rapport entend se servir des attentats terroristes pour justifier un nouvel élargissement des compétences de l’Union européenne dans les domaines du droit pénal, de la coopération militaire et du renseignement. Le paragraphe 17 demande notamment une politique étrangère européenne; le paragraphe 18 réclame une politique de défense européenne. Les États européens doivent pouvoir coopérer dans ces domaines, mais de façon volontaire et intergouvernementale.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J’ai voté contre cette résolution, car elle entend se servir des attentats pour justifier un nouvel élargissement des compétences de l’Union dans les domaines du droit pénal, de la coopération militaire et du renseignement.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Je me suis prononcé contre ce texte demandé par la France.

Encore une fois, nous faisons face à une Union européenne qui veut élargir ses compétences et empiéter sur la souveraineté des États, qui plus est dans des matières aussi importantes que sont le droit pénal, la coopération militaire et le renseignement.

Si l’initiative, motivée par les dramatiques attentats du 13 novembre à Paris, est évidemment louable, la réalisation ne l’est malheureusement pas. L’Union n’a pas à s’immiscer davantage dans les affaires intérieures des États membres. La lutte contre le terrorisme, via les politiques diplomatique, militaire et pénale, est du seul ressort des États et doit le rester.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de Resolución común del Parlamento Europeo favorable a la activación de la cláusula de defensa mutua solicitada por Francia con el pretexto de los últimos atentados en París puesto que esta maniobra, de llevarse a cabo, reforzará el proceso de conversión de la Unión Europea en una alianza militar.

Se trata de una respuesta errada a los ataques de París. La interpretación de Francia es sesgada e intencionada puesto que un atentado terrorista no es un acto de guerra por mucho que se empeñen. Su interpretación supone un fraude al Derecho internacional y la vuelta a la lógica de la guerra contra el terror. Ante el terrorismo, solo caben las respuestas civiles, la acción policial, la inteligencia, cortar la financiación de los grupos terroristas y cortarles el apoyo internacional. En cualquier caso, la respuesta ha de estar siempre dentro del Estado de Derecho y estos actos no pueden ser utilizados como pretexto para un recorte colectivo de las libertades individuales.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Nach den verheerenden Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015 hat Frankreich am 17. November mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) die sogenannte gegenseitige Beistandsklausel aufgerufen. Demnach schulden im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Unterstützung. Dies muss im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, welcher das Selbstverteidigungsrecht eines Staates festlegt, und für NATO-Mitglieder auch im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertragsorganisation eingegangenen Verpflichtungen stehen. Unabhängig von bestehenden rechtlichen Bestimmungen steht außer Frage, dass Frankreich die vollste Unterstützung von der EU und allen Mitgliedstaaten gewährt werden muss. Unsere europäischen Werte, unsere Freiheit und unsere rechtsstaatlichen Grundsätze sind vorbehaltlos zu verteidigen. Hinsichtlich der rechtlichen Aspekte ist auf längere Sicht zu klären, in welchen Fällen, in denen ein EU-Mitgliedstaat einer Bedrohung ausgesetzt ist, Artikel 42 Absatz 7 (EUV) und wann Artikel 222 gemäß Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) aufzurufen ist. Für NATO-Mitglieder ist im Weiteren das Verhältnis dieser Bestimmungen mit Artikel 5 des NATO-Vertrags, welcher den Bündnisfall regelt, festzulegen. Eine in der Entschließung des Europaparlaments geforderte permanente europäische Armee ohne vorhergehende, umfassende Debatte mit anschließender direktdemokratischer Legitimation lehne ich allerdings ab.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Toto je nakročení k evropské armádě. EU ukazuje na příkladu migračních kvót, že společné rozhodování je rizikem pro Českou republiku.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Nakon prošlogodišnjeg terorističkog napada u Parizu nakon kojega se Francuska službeno pozvala na čl. 42(7) Ugovora o funkcioniranju Europske Unije, Europski parlament smatra kako je potrebno dodatno osigurati mjere zaštite u EU-u. Konkretno, potrebno je poduzeti mjere kojima bi se kontroliralo kretanje hladnog oružja te eksplozivnih naprava. Za implementiranje tih mjera potrebno je osigurati strukturno dijeljenje informacija kao i operativne podrške naročito po pitanju granica među državama članica. Nadalje, prijedlog rezolucije ističe kako je potrebno dodatno pojačati pravila i regulacije kada je u pitanju nabavljanje hladnog oružja te eksplozivnih naprava.

Podržala sam prijedlog rezolucije, kako bi se smanjila mogućnost terorističkih napada, te pojačala sigurnost u EU-u. Intenzivnija međusobna suradnja između država članica po pitanju sigurnosti može samo pospješiti sveukupno stanje sigurnosti.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Ak má byť doložka o vzájomnej obrane zmysluplná, musí sa jej obsah vykonať dostatočne včas a pružne. Od orgánov členských štátov je nutné, aby dostatočne včas informovali o nedostatočných kapacitách vlastných síl. Utečenecká kríza v spojení s teroristickými útokmi jasne preukazujú, že nie je čas na vyhlásenia a politikárčenie. Bezpečnosť Európy a jej obyvateľov si vyžadujú rúzne a zásadne konať. Nerozhodnosť a ignorácia integrovaných hodnotiacich správ si už vyžiadali svoju daň v podobe teroristických útokov v Paríži a ďalších násilností vo viacerých častiach Európy. Doložka o vzájomnej obrane je zárukou vzájomnej pomoci členských krajín v prípade teroristických útokov, súčasne však treba prijať urýchlené opatrenia, ktoré budú mať prioritne preventívne účinky.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την κοινή πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τη ρήτρα αμοιβαίας άμυνας για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 20/1/2016 αλλά και διότι δεν πιστεύω ότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this resolution but voted against Paragraph 11 because I do not believe that the EU needs 'permanent civil-military headquarters'.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione circa la clausola di difesa reciproca.

Secondo tale clausola, contenuta nell'articolo 42, paragrafo 7, del trattato sull'Unione europea (TUE), qualora un paese dell'Unione subisca un'aggressione armata nel suo territorio, gli altri paesi dell'UE sono tenuti a prestargli aiuto e assistenza con tutti i mezzi in loro possesso, in conformità dell'articolo 51 della Carta delle Nazioni Unite.

La solidarietà, l'aiuto e l'assistenza reciproca tra gli Stati membri, anche mediante il ricorso a mezzi dell'Unione, sono tra i fondamenti dell'Unione europea.

È fondamentale una strategia comune dell'Europa affinché il principio di difesa reciproca venga attuato e si possa così garantire la lotta al terrorismo internazionale, che rientra tra le priorità dell'Unione, e l'applicazione del principio di solidarietà, che richiede interventi tanto all'interno quanto all'esterno del suo territorio.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La propuesta de Resolución común del Parlamento sobre la cláusula de defensa mutua pone de manifiesto nuestra satisfacción por el apoyo pleno y unánime prestado a Francia por todos los Estados miembros, y celebra, en particular, la voluntad de todos los Estados miembros, de prestar toda la ayuda y la asistencia necesarias.

Pero, vistas las dudas que han existido sobre esta cláusula tras este caso, en el Parlamento consideramos que es necesario realizar ajustes y definir mejor los procedimientos para su aplicación. Por eso, mi apoyo a esta propuesta, que también apuesta por dar a la Unión Europea un papel coordinador más importante en este proceso.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die vorliegende Resolution ist nicht mit dem österreichischen Neutralitätsgebot vereinbar. Daher stimme ich gegen diesen Entschließungsantrag.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes po teroristinių išpuolių Paryžiuje savitarpio pagalbos nuostatos taikymas yra unikali galimybė sukurti pagrindą stipriai ir tvariai Europos gynybos sąjungai. Pranešime numatomos svarbiausios politikos kryptys bei priemonės, kurios sudarytų sąlygas valstybėms narėms pasirengti susidoroti su didėjančiomis vidaus ir išorės saugumo grėsmėmis bei iššūkiais.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le gouvernement français a invoqué l'article 42, paragraphe 7, du traité - UE à la suite des attentats du 13 novembre 2015 à Paris. En conséquence, les États membres de l'Union européenne lui doivent «aide et assistance par tous les moyens en leur pouvoir». Les demandes de la France se concentrent sur un soutien aux opérations de la France en Irak et Syrie par la mutualisation des moyens, ainsi que sur un soutien sur les autres terrains d'intervention (Mali, Sahel, RCA et Liban) afin de redéployer ses troupes. Dans les faits, la mobilisation des autres États membres reste limitée. La résolution propose, pour y pallier, de «coopérer davantage avec l'Organisation du traité de l'Atlantique Nord (OTAN) afin d'accroître la compatibilité des politiques de sécurité et de défense établies par ces deux entités». Enfin la résolution demande la mise en place, au niveau européen, d'un «quartier général civil et militaire permanent aux niveaux stratégique et opérationnel, (...) chargé de la planification des mesures d'urgence stratégiques et opérationnelles». Je vote contre ce texte qui prend prétexte de la lutte contre le terrorisme pour enchaîner un peu plus la défense de la France et de l'Europe aux États-Unis.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Les européens prennent ici prétexte des attentats récents pour élargir encore les compétences de l'Union européenne en matière de droit pénal, de coopération militaire et de renseignement. Ce recul supplémentaire de la souveraineté des États membres est inacceptable, c'est pourquoi j'ai voté contre cette proposition de résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A cláusula de defesa mútua representa a solidariedade entre os Estados-Membros face a uma ameaça externa, princípio fundamental da União.

No âmbito da criminalidade transfronteiriça que ultrapassa as fronteiras da soberania, partilho da posição de que a União Europeia apenas poderá estar preparada para enfrentar os desafios internos e externos em matéria de segurança caso exista uma verdadeira solidariedade entre os Estados-Membros nesta matéria.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this cross-party resolution regarding the Union's mutual defence clause because I believe that Member States should support each other in this time of heightened uncertainty and insecurity.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Alors que les attaques terroristes de Daesh à l'encontre des États membres et de nos ressortissants se multiplient, et dans l'esprit d'une volonté de réponse efficace aux crises auxquelles l'Union fait face, nous nous félicitons de l'adoption de cette résolution concernant la clause de défense mutuelle visée à l'article 42, paragraphe 7, du traité UE. L'invocation de cette clause pour la première fois par la France en novembre 2015, à la suite des attaques terroristes sur son territoire, nous appelle à nous pencher sur les possibilités de réponse des vingt-huit États membres aux crises qu'ils affrontent et nous dirige ainsi vers la révision de cette clause. Malgré l'engagement général des vingt-huit à la suite de l'appel de la France, les modalités de mise en œuvre et d'application de cette clause restent indéfinies à ce jour et nous en sommes fortement préoccupé. Nous appelons la HR/VP à se saisir de ce manque de clarté et à définir des lignes directrices concernant cette clause, afin de pouvoir répondre de manière efficace lorsque celle-ci est invoquée. Par l'adoption de cette résolution, nous appelons la HR/VP, la Commission et le Conseil à réviser les fondements de cette clause, une clarification de son application étant, à notre sens, essentielle.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Útoky, ktoré sa stali v Paríži v novembri uplynulého roka, otriasli celým svetom. Situácia sa dramaticky vyhrčila, čo bolo citeľné vo viacerých väčších mestách Európy, preto sme si začali klásť otázky týkajúce sa spoločnej bezpečnosti. Cez médiá sme boli svedkami, ako vyplávali na povrch správy o nedostatočnej výmene informácií o páchateloch trestných činov medzi tajnými službami rôznych členských štátov Európskej únie. Táto oblasť si zasluhuje zvýšenú pozornosť, pretože výmena správnych informácií môže výrazne napomáhať zníženiu kriminality. Pre bezpečnosť Európy takisto považujem za podstatné, aby boli presne vymedzené podrobnosti doložky o vzájomnej obrane. Víтам bod 6. návrhu uznesenia, v ktorom sa uprednostňuje politické riešenie krízy na Blízkom východe a v severnej Afrike. Ozbrojený konflikt má vždy dve strany mince: málokedy prináša uspokojivé výsledky, no jeho neoddeliteľnou súčasťou sú zbytočné straty na životoch. Z uvedených dôvodov súhlasím s obsahom návrhu uznesenia.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – In light of the recent Paris attacks, the French Government has decided to invoke the mutual defence clause stipulated in the Treaty of the European Union. This means that Member States now have an obligation to aid and assist France by all means in their power in its actions against terrorism, in this particular context. Given that this is the first time that the clause has been invoked, the Parliament's resolution primarily calls for establishing a clear implementation and monitoring procedure for the clause. It is a sensible approach that can potentially lay the groundwork for an effective EU security and defence mechanism and I therefore support it.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A kölcsönös védelmi klauzúla vonatkozásán hét képviselőcsoport: a PPE, a Verts/ALE, az S&D, a GUE/NGL, az ALDE, az ECR és az az EFDD nyújtott be állásfoglalásra irányuló indítványt. Közülük a PPE, az S&D és az ALDE egyetértésre jutott az állásfoglalás tartalmát illetően. Szavazatommal a kompromisszumos javaslatot támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A cláusula de defesa, correspondente ao artigo 42º, n.º 7 do TUE, é invocada pela primeira vez na União, após os atentados terroristas de Paris, a 13 de Novembro de 2015. A solidariedade, o auxílio e a assistência mútua entre os Estados-Membros são princípios basilares do projeto europeu, que não devem ser esquecidos, uma vez que a luta contra o terrorismo deve ter uma resposta global.

Considero, por isso, necessário que sejam esclarecidas as práticas e orientações que garantam uma resposta eficaz e clara sempre que algum Estado-Membro invoque a cláusula de defesa mútua e o próprio papel das Instituições Europeias neste processo.

Sou a favor desta proposta, sublinhando que a União necessita de uma política comum para a segurança e defesa que responda aos desafios globais. A cooperação bilateral entre os Estados-Membros e organizações internacionais deve também ser reforçada, aproveitando os instrumentos já existentes.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui demande l'adoption urgente d'un cadre politique pour la mise en œuvre de l'article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union européenne (clause de défense mutuelle) afin de lutter contre les attentats terroristes qui ont provoqué des centaines de morts et des milliers de blessés dans l'Union depuis 2004. Ce texte demande un rôle plus actif des institutions de l'Union dans la politique de sécurité et de défense et la mise en œuvre de toutes les dispositions en la matière inscrites dans les traités. Il s'agit de s'unir pour lutter contre la barbarie qui a notamment durement frappé la France en novembre 2015.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Ne pouvant être présent aux votes qui se sont tenus le jeudi 21 janvier, je tiens à faire part de mon soutien à la résolution sur la clause de défense mutuelle, qui appuie la démarche de la France dans sa demande d'application de l'article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union européenne.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Treaty of Lisbon strengthens the solidarity between EU countries in dealing with external threats by introducing a mutual defence clause (Article 42(7) of the Treaty on European Union). This mutual defence clause provides that if an EU country is the victim of armed aggression on its territory, the other EU countries have an obligation to aid and assist it by all means. I have voted for this resolution on the mutual defence clause.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei rezoluții deoarece susțin poziția exprimată de Parlamentul European în cadrul acestui document. Invocarea, pentru prima dată, a clauzei de apărare reciprocă de către Franța a scos în evidență lipsa mecanismelor necesare pentru gestionarea și coordonarea unei astfel de situații.

Astfel, mă alătur celor care susțin înființarea unui comandament civil-militar permanent cu scopul de a planifica și coordona sistemul de reacție în caz de urgență la nivelul UE. În contextul amenințărilor teroriste tot mai mari de pe teritoriul UE, este esențial ca statele membre să înțeleagă că doar printr-o cooperare și coordonare mai bună se pot preveni aceste atacuri și se poate răspunde eficient în caz de urgență.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Bezprecedentní teroristické útoky v Paříži postavily EU před výzvu hledat nové cesty, jak zajistit bezpečnost svých občanů. Základním předpokladem je ochota ke spolupráci i tam, kde členské státy tradičně netihnou ke sdílení informací a společnému postupu, jako je oblast vojenství nebo činnost zpravodajských služeb. V tomto smyslu jsem uvítal i postoj Francie, která jako první členský stát v historii iniciovala aktivaci doložky o vzájemné obraně a tím vytvořila příležitost pro užší a koordinovanější postup členských států v oblastech klíčových z hlediska účinného boje proti terorismu. Bude jen na nich, zda tuto příležitost ve prospěch občanů EU využijí.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung widerspricht dem österreichischen Neutralitätsgebot, da sie beispielsweise eine stärkere Einbindung der EU und ihrer Truppen bei militärischen Einsätzen fordert. Folglich habe ich dagegen gestimmt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Vastastikuse kaitse klausli rakendamise praktikas peab olema kiire ja tõhus, et abi paluval riigil sellest ka abi oleks. Terrorismiga võitlemiseks on vaja tõhustada Europolit tööd ja infovahetust, vajadusel tuleb luua ka Euroopa Luureagentuur. Schengeni süsteemi tuleb tõhustada, aga ei tohi unustada, et inimeste vaba liikumine Euroopa Liidus on ELi üks põhivabadusi. Vaja on tugevdada kontrolli välispiiril, kehtestada relvakaubitsemise suhtes korralik õiguslik raamistik, teha suuremat tööd inimeste integreerimiseks ühiskonda ning panustada haridusse.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the resolution on the Mutual Defence Clause because we do not support the further militarisation of the EU. We are also specifically concerned about discussion of the development of a European Defence Union or further activation of other defence provisions contained within the Lisbon treaty. UKIP is in complete support of the French people in their fight against terrorism and offers its condolences for the tragic attacks in Paris last year. However, we do not support the activation of Article 42(7). The UK has strong defence ties with France, through NATO and bilateral agreements between the two countries, such as the Lancaster House Treaties (2010).

UKIP supported Amendment 1 to the resolution on the Mutual Defence Clause because it rejects the activation of Article 42(7) TEU. This should, however, not be interpreted as offering support for any other statements contained within this amendment.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Essendo l'Europa possibile terreno di scontro, considerati gli ultimi attacchi terroristici, è nostro dovere mostrare solidarietà, aiuto e assistenza. La difesa reciproca secondo la mia opinione è un diritto che va perseguito. Conferirei a tutti voi il mio pieno sostegno votando a favore.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – Europe needs a deep discussion on foreign security and defence policy to enter into a structured exchange and operational cooperation between military, border control agencies, the police and the secret services. The activation of the mutual defence clause means a first step in this direction, which I fully support.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Uzimajući u obzir terorističke napade u Parizu u studenom 2015., kao i prijetnju koju Daeš predstavlja za sigurnost građana EU-a, svesrdno pozdravljam Rezoluciju o klauzuli o uzajamnoj obrani. Smatram kako EU u svojoj borbi protiv terorizma mora pokazati zajedništvo svih država članica. U tom pogledu podržavam izradu političkog okvira koji bi trebao omogućiti stvaranje učinkovitih instrumenata nužnih u suočavanju s terorističkim i drugim sigurnosnim prijetnjama. Sprječavanje svakog oblika nasilnog ekstremizma na samom izvoru trebao bi biti prioritet u našoj borbi s terorizmom. Mi moramo sebi priznati da se među teroristima nalaze i državljani EU-a, zbog čega je vrlo važno što prije poduzeti odgovarajuće mjere za kontrolu kretanja oružja i osoba. Moramo poticati, uspostaviti i učinkovito provoditi strukturiranu i kontinuiranu razmjenu informacija među državama članicama. Istovremeno, EU se mora aktivnije uključiti i u pronalaženje mirnog rješenja za sukobe na Bliskom Istoku koji, kao što smo mogli vidjeti, imaju velike posljedice ne samo za lokalno stanovništvo već i za građane EU-a.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Il terrorismo è una realtà che mina la stabilità delle nostre società. In questi mesi siamo stati testimoni di violente *escalation* che, in Europa, sono culminate nei sanguinosi attacchi di Parigi, il 13 novembre 2015. La lotta al terrorismo è certamente una priorità dell'Unione, e la clausola di mutua difesa ne è testimonianza, ma occorre ricordare che è necessario intensificare gli sforzi di prevenzione.

In seguito agli atroci eventi che hanno colpito la Francia, il paese ha invocato per la prima volta nella storia dell'Unione l'articolo 42, paragrafo 7, attivando la suddetta clausola. Si tratta di un dispositivo molto importante al fine di stabilire un'effettiva cooperazione tra Stati membri, nonché una difesa unica europea che renderebbe l'azione esterna dell'Unione coerente e autonoma.

Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo sia necessario portare l'argomento nel dibattito politico, in particolare in seno al Consiglio e al Parlamento europeo, al fine di realizzare un'integrazione tra gli strumenti dell'UE in tema di sicurezza e difesa e le risorse degli Stati membri, potenziandone l'efficacia. Prioritario, dati gli accadimenti, è garantire una maggiore e più attenta condivisione delle informazioni da parte delle *intelligence* di ciascuno Stato membro.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nakon terorističkih napada u Parizu 13. studenog prošle godine, francuski ministar obrane se po prvi put u povijesti EU-a pozvao na članak 42. Sporazuma o funkcioniranju Europske unije i, zbog „oružanog napada na području Francuske”, od svih država članica, zatražio „svu pomoć i podršku, koliko je u njihovoj moći”.

Mnogi interpretiraju taj dio Lisabonskog sporazuma kao svojevrsni pandan članku 5. Sjevernoatlantskog ugovora, kojim se, u slučaju napada na neku članicu Saveza, sve države članice obvezuju da će joj priskočiti u pomoć.

Europski partneri praktično ne mogu odbiti francusku molbu, jer to ne bi bilo solidarno. I svi su odgovorili potvrdno. Istina je da se Francuskoj može pomoći na različite načine i nije nužno da ta podrška bude vojna.

Ali iznova se još oštrije postavljaju mnoga pitanja o unutarnjoj sigurnosti Europske unije koja premašuje zaštitu nacionalnih država. Najbolji odgovor bi bio kada bi ZSOP prestala biti najslabija karika europskih integracija.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Série teroristických útoků, která se odehrála ve Francii v roce 2015, kulminovala v listopadu téhož roku v Paříži. Po těchto útocích se Francie oficiálně odvolala na princip vzájemné obrany ukoťvený v čl. 42 odst. 7 Smlouvy o Evropské unii. V tomto kontextu Evropský parlament přijal usnesení, které potvrzuje ochotu Evropské unie dostát svým závazkům spojených se vzájemnou obranou a navrhuje několik nástrojů pro posílení vzájemné obrany na evropské úrovni. Už dlouhodobě se přidávám k hlasům těch, kteří volají po posílení evropských nástrojů vzájemné obrany. Naneštěstí se situace v okolí hranic EU zhoršila, a proto je nutné posilovat její tzv. hard power. Nemůžeme se tvářit, že nám naši bezpečnost zajistí výlučně NATO. Souhlasím proto s nutností větší a opravdu efektivní výměny informací mezi evropskými tajnými službami a s vytvářením evropských velících struktur. Nejednalo by se o nahrazování nebo vymezování se vůči NATO, právě naopak, všechna tato obranná iniciativa by měla být úzce koordinována s NATO. Česká republika je bezesporu připravena dostát svým závazkům v rámci společné evropské obrany. Jako jeden z mála členských států též v průběhu současné migrační krize poskytuje specialisty a materiál ve snaze přispět ke společné evropské obraně.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – A seguito degli attacchi terroristici del novembre scorso, avvenuti a Parigi, la Francia ha chiesto il sostegno degli altri paesi dell'UE utilizzando la clausola di «difesa reciproca» di cui all'articolo 42, paragrafo 7, del TUE, che non era mai stata usata prima.

La clausola, essendo stata utilizzata per la prima volta, ha dato luogo alla necessità di realizzare misure ad hoc e prevedere una gestione e una cooperazione del tutto nuova. Per questo motivo è opportuno che la definizione di dispositivi e orientamenti pratici per una futura attivazione della clausola di difesa reciproca costituisca una priorità per l'Unione.

Ho accolto con favore il sostegno unanime fornito alla Francia da tutti gli Stati membri e la disponibilità a fornire tutto l'aiuto e l'assistenza necessari. Mi auguro che gli Stati membri continuino a mantenere il loro sostegno incondizionato e duraturo per tutto il tempo necessario a garantire la massima sicurezza dei cittadini d'oltralpe. Considero l'attivazione della clausola di reciproca assistenza un'opportunità unica per stabilire le basi per un'autentica politica di difesa e sicurezza comune dell'Unione europea.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně*. – Celá Evropská unie čelí bezprecedentní hrozbě násilí a terorismu a je povinností všech členských států se touto hrozbou zabývat. Francie se stala obětí odsouzeníhodného útoku nevídaného rozsahu a dle Lisabonské smlouvy byl aktivován článek 42 SEU obsahující pomoc postiženému členskému státu. Členské státy musí vzájemně spolupracovat v otázkách potírání teroristických hrozeb a jejich předcházení a snažit se aplikovat praktická řešení do svých právních rámců. EU musí čelit tento rok velkým výzvám a tato doložka obsahuje mnoho kroků, které bychom měli podniknout a zabránit případným dalším hrozbám.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Polska jest solidarna z Francją i na spotkaniu ministrów obrony zadeklarowała wszelką pomoc dla Francji po atakach terrorystycznych w Paryżu zgodnie z art. 42 ust. 7 TUE. Artykuł ten mówi jednak tylko o współpracy bilateralnej i wzywa, by państwa członkowskie koordynowały swoją politykę bezpieczeństwa „w ramach NATO, które dla tych państw, które do niego należą, nadal jest fundamentem ich wspólnej obrony”. Dlatego uważam, że wykorzystywanie art. 42 ust. 7 do wzmacniania roli UE w dziedzinie bezpieczeństwa i obronności jest sprzeczne z duchem i literą tego artykułu.

Jednak ze względu na potrzebę okazania solidarności z Francją po atakach terrorystycznych wstrzymałem się od głosu.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Na sequência dos atentados terroristas perpetrados em Paris, o Presidente da República Francesa declarou que França está em guerra. A esta alocução de 16 de Novembro de 2015, seguiu-se a invocação da cláusula de defesa mútua prevista no artigo 42.º, n.º 7, do Tratado da União Europeia, através da qual se aciona o auxílio e assistência ao país requerente, por todos os meios ao alcance dos Estados-Membros.

Este pedido, sem precedente, foi acolhido com medidas ad hoc, uma gestão ad hoc e uma cooperação ad hoc, que pôs a nu a ausência de modalidades práticas e orientações indispensáveis para dar resposta eficaz à invocação da cláusula. O relator considera que, no esforço solidário de auxílio a França, estão em falta estruturas básicas e fundamentais. Sem elas não será possível arbitrar a cooperação e a coordenação entre os Estados-Membros.

A este propósito, o relatório recomenda a criação de um quartel-general civil-militar permanente, incumbido do planeamento estratégico e operacional em matéria de defesa coletiva. Posto o que precede, apoiei com o meu voto a presente resolução que insta o Conselho e os Estados-Membros a avançar na criação de um quadro político destinado a orientar a aplicação do artigo supramencionado.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the resolution on the Mutual Defence Clause because we do not support the further militarisation of the EU. We are also specifically concerned about discussion of the development of a European Defence Union or further activation of other defence provisions contained within the Lisbon treaty. UKIP is in complete support of the French people in their fight against terrorism and offers its condolences for the tragic attacks in Paris last year. However, we do not support the activation of Article 42(7). The UK has strong defence ties with France, through NATO and bilateral agreements between the two countries, such as the Lancaster House Treaties (2010).

UKIP supported Amendment 1 to the resolution on the Mutual Defence Clause because it rejects the activation of Article 42(7) TEU. This should, however, not be interpreted as offering support for any other statements contained within this amendment.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Desde 2004 que a UE e os Estados-Membros têm sido alvo de diversos ataques terroristas, que provocaram centenas de mortos e vários milhares de feridos. Em 13 de novembro de 2015, Paris foi palco de vários atentados, dos quais resultaram, pelo menos, 130 vítimas mortais oriundas de mais de 26 nações, o que fez com que o governo francês invocasse oficialmente a cláusula de defesa mútua.

Votei favoravelmente este relatório que condena veementemente os abomináveis atentados terroristas perpetrados pelo Daexe. Os Estados-Membros têm a obrigação de prestar auxílio e assistência a França por todos os meios ao seu alcance, nos termos do artigo 51.º da Carta das Nações Unidas. As instituições da UE precisam de ser mais ativas em matéria de política de segurança e defesa e necessitam de promover a aplicação de todas as disposições da política de segurança e defesa consagradas nos tratados.

O relatório acrescenta ainda que a invocação da cláusula de defesa mútua e da cláusula de solidariedade ao abrigo dos tratados constitui, antes de mais, um assunto de caráter político, salientando que o Conselho Europeu e o Parlamento Europeu são as instâncias indicadas para o debate sempre que tais cláusulas sejam invocadas.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution.

La clause de défense mutuelle prévue par le traité UE a été invoquée par la France, pour la première fois dans l'histoire de l'Union, à la suite de l'agression terroriste et obscurantiste qu'a subie notre pays en novembre dernier.

Il faut renforcer les moyens d'une Union européenne de la défense, solide et durable, pour mieux faire face aux enjeux de sécurité intérieure et extérieure. Nous l'affirmons depuis longtemps. Il est dommage d'avoir à attendre les événements à la teneur funeste de Paris pour qu'une étape décisive puisse être franchie en ce sens.

Je rappelle à cet égard que toute action menée dans le combat permanent et multidimensionnel contre le terrorisme et l'extrémisme violent ne saurait se détacher du respect des dispositions démocratiques ainsi que des valeurs européennes et universelles intangibles, sinon ce combat sera déjà perdu.

En outre, le recours à cette clause doit faire l'objet d'un débat politique au niveau du Parlement européen et du Conseil européen, tandis que des modalités pratiques et des lignes directrices peuvent être formulées par la haute représentante afin d'encadrer son fonctionnement. Ceci est essentiel.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Não posso deixar de sentir satisfação pelo apoio unânime manifestado à França por todos os Estados-Membros, lembrando que qualquer utilização da força deve ser consentânea com a Carta das Nações Unidas, o Direito Internacional em matéria de direitos humanos e o Direito Internacional Humanitário.

Esta cláusula de defesa mútua foi invocada pela primeira vez e o presente caso servirá de precedente para as suas futuras utilizações, devendo igualmente favorecer o reforço da segurança e da defesa a nível europeu.

A invocação da cláusula de defesa mútua e da cláusula de solidariedade ao abrigo dos tratados constitui, antes de mais, um assunto de carácter político e o Conselho Europeu e o Parlamento Europeu são as instâncias indicadas para o debate político sempre que estas cláusulas sejam invocadas.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Après les attentats terroristes à Paris le 13 novembre 2015, la France a appelé les États membres de l'UE à lui fournir aide et assistance, y compris l'échange de renseignements, pour lutter contre l'État islamique. Elle a invoqué l'article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union européenne selon lequel «si un État membre est l'objet d'une agression armée sur son territoire, les autres États membres ont envers lui une obligation d'aide et d'assistance par tous les moyens». Aujourd'hui, avec le vote de cette résolution, nous avons donné notre appui unanime à la France.

«L'activation de la clause de défense mutuelle est en effet une occasion unique d'établir les bases d'une Union européenne de la défense forte et durable [...] prête à affronter les menaces écrasantes de sécurité internes et externes», souligne le texte adopté.

Nous avons invité les États membres de l'UE à chercher des moyens pour construire une coopération plus efficace entre les agences de gestion des frontières, la police et d'autres services répressifs et améliorer l'échange de renseignements sur la circulation des armes, des explosifs et des personnes soupçonnées d'être des terroristes. Nous avons également suggéré la mise en place de quartiers généraux civilo-militaires de l'UE pour préparer des plans d'urgence, notamment pour la défense collective.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Na sequência dos ataques terroristas de novembro em Paris, a França pediu assistência aos outros Estados-Membros da UE invocando a cláusula de defesa mútua, incluída no Tratado da União Europeia, mas que nunca antes tinha sido utilizada.

O relatório considera, por isso, que este pedido deve servir como catalisador de um debate aprofundado sobre a natureza multidimensional da segurança e da defesa a nível europeu, já que a invocação da cláusula de defesa mútua e da cláusula de solidariedade ao abrigo dos tratados constitui, antes de mais, um assunto de carácter político, sendo o Conselho e o Parlamento Europeu as instâncias indicadas para o debate político, sempre que as mesmas forem invocadas.

Subscrevo, por isso, as preocupações constantes da resolução, no que respeita à necessidade imperiosa de estabelecer modalidades práticas e orientações para a futura aplicação da cláusula de defesa mútua, tendo em conta que o terrorismo é, cada vez mais, uma ameaça latente que não dá tréguas e merece uma resposta cabal.

Votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution, qui appelle les acteurs européens, et particulièrement les États membres, à clarifier la mise en œuvre de la clause de défense mutuelle, activée par la France en novembre dernier.

À la suite des attentats terroristes de Paris le 13 novembre 2015, la France a invoqué les dispositions de l'article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union européenne, qui appelle à la solidarité européenne en matière de défense. L'ensemble des États membres sont en effet concernés par la menace terroriste. C'est pourquoi l'activation de cette clause de défense mutuelle doit être l'occasion de l'expression concrète de la solidarité des États européens.

Nous saluons les réponses unanimes de soutien des vingt-sept autres États membres. Cependant, les modalités de l'application de cette clause demeurent indéfinies à ce jour et davantage d'actions concrètes doivent être menées en vue de soutenir la France sur les différents théâtres de guerre sur lesquels elle opère.

Je me suis donc engagée en faveur de ce texte qui appelle à la définition de lignes directrices quant à la mise en œuvre de l'activation de cette clause.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – I problemi posti oggi sul tavolo dal terrorismo interno ai confini dell'Europa, l'instabilità politica di molti paesi che si affacciano sul Mediterraneo e il controllo del flusso dei migranti rendono necessario accelerare il progetto, di cui sempre più spesso si parla, di una politica europea comune di difesa. Gli Stati membri devono smettere di «chiacchierare» su questo tema, ma aprirsi a un dialogo strutturato e con scadenze ben definite cominciando col migliorare la cooperazione tra gli agenti di controllo delle frontiere (esterne), le polizie e i servizi segreti.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Rechazamos la activación del apartado 7 del artículo 42 del TUE por representar una respuesta militar ineficaz y con alto riesgo de causar aún más víctimas inocentes, mayores desplazamientos de población y mayor destrucción de los territorios. Abogamos por soluciones estructurales diplomáticas, de cooperación al desarrollo y de resolución pacífica de conflictos en el marco del Derecho internacional fuera de la UE; dentro de la UE, defendemos acciones que prioricen la investigación y la acción policial con pleno respeto de los derechos humanos y libertades individuales, así como políticas públicas de integración y construcción de interculturalidad adecuadas y suficientes.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de Resolución común del Parlamento Europeo favorable a la activación de la cláusula de defensa mutua solicitada por Francia con el pretexto de los últimos atentados en París puesto que esta maniobra, de llevarse a cabo, reforzará el proceso de conversión de la Unión Europea en una alianza militar.

Se trata de una respuesta errada a los ataques de París. La interpretación de Francia es sesgada e intencionada puesto que un atentado terrorista no es un acto de guerra por mucho que se empeñen. Su interpretación supone un fraude al Derecho internacional y la vuelta a la lógica de la guerra contra el terror. Ante el terrorismo, solo caben las respuestas civiles, la acción policial, la inteligencia, cortar la financiación de los grupos terroristas y cortarles el apoyo internacional. En cualquier caso, la respuesta ha de estar siempre dentro del Estado de Derecho y estos actos no pueden ser utilizados como pretexto para un recorte colectivo de las libertades individuales.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This is the first time that the mutual defence clause has been invoked, which means that the case will serve as a precedent for the future of this clause and will give an insight into where else the clause can and will be applied in the future. As with a number of things in the Treaties, the architecture for security and defence has not yet been fully implemented and provides only for 'enhanced cooperation' within the scope of the CSDP.

I am joining many of my colleagues in the chamber today in calling on the Council and the Member States to draft and adopt practical arrangements and guidelines for ensuring an effective response in the event that a Member State invokes the mutual defence clause again in the future, as well as an analysis of the role of the EU's institutions.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Novembrové útoky minulého roku v Paríži boli desivým zločinom vykonaným na európskych občanoch. Spôsob, akým prišli o život bezbranní ľudia, je nanajvýš zbabely a odsúdeniahodný. Preto sa domnievam, že vyhlásenie vojny teroristickej organizácii Dá'iš bola oprávnená reakcia francúzskej vlády. Popritom však treba priznať, že tieto udalosti odhalili v plnej nahote slabiny európskej bezpečnosti.

Súčasťou zakladajúcich princípov EÚ je aj vzájomná pomoc. Po týchto útokoch sa prvýkrát stalo, že by jeden členský štát požiadal o pomoc odvolaním sa na doložku o vzájomnej obrane. Podľa tohto článku majú ostatné členské krajiny povinnosť poskytnúť prostriedky a asistenciu, ktoré sú v ich možnostiach, ak je jeden štát cieľom ozbrojeného útoku. Všetky krajiny preukázali pripravenosť podporiť Francúzsko tam, kde to bude možné. Na druhej strane ide stále len o bilaterálne dohody medzi Francúzskom a ostatnými krajinami. Keďže bola táto doložka použitá prvýkrát, neexistujú ešte žiadne presné postupy, ako ju uplatňovať. Chýbajúce spoločné pravidlá vyplývajúce zo vzájomnej obrany tak viedli k účelovým opatreniam a nekoordinovanej spolupráci. Rada musí byť informovaná o činnostiach, ktoré krajiny v spolupráci s Francúzskom vykonávajú, aby bolo možné do budúcnosti uvažovať o predpokladoch spoločnej európskej obrany. V období neustávajúcich konfliktov v blízkom okolí je európsky obranný systém aj v našom záujme, preto som uznesenie podporila.

Igor Šoltes (Verts/ALE), písno. – Predlog resolúcie na prvom mestu izraža globoko pretresenosť zaradi brutalnosti in nečlovečnosti terorističnĳh napadov v Parizu novembra 2015. Teroristične napade odločno obsoja ter hkrati poziva vse Evropejce, naj se nanje odzovejo z več demokracije, odprtosti, svobode in spoštovanja človekovih pravic.

Strinjam se, da je v boju proti terorizmu potrebno več evropskega sodelovanja ter da so za to potrebne številne nove strategije, smernice, instrumenti, skladi ter postopki. Prav tako menim, da je treba povečati prizadevanja na področju deradikalizacije, preprečevanju nasilnega ekstremizma in boju proti terorizmu. Pri tem pa bi se bilo treba osredotočiti na krepitev socialne kohezije, preprečevanje kriminala, ciljno usmerjeno delovanje policije in varnostne ukrepe, ki temeljijo na posamičnih sumih ali konkretnih grožnjah.

Podpiram predlagani odziv EU na terorizem, ki spodbuja demokracijo, dialoge in dobro upravljanje. Vse naštetu vključuje predlog resolúcie, zaradi česar sem ga na plenarnem zasedanju tudi podprl.

Joachim Starbatty (ECR), schriftlich. – Nach den verheerenden Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015 hat Frankreich am 17. November mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) die sogenannte gegenseitige Beistandsklausel aufgerufen. Demnach schulden im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Unterstützung. Dies muss im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, welcher das Selbstverteidigungsrecht eines Staates festlegt, und für NATO-Mitglieder auch im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertragsorganisation eingegangenen Verpflichtungen stehen. Unabhängig von bestehenden rechtlichen Bestimmungen steht außer Frage, dass Frankreich die vollste Unterstützung von der EU und allen Mitgliedstaaten gewährt werden muss. Unsere europäischen Werte, unsere Freiheit und unsere rechtsstaatlichen Grundsätze sind vorbehaltlos zu verteidigen. Hinsichtlich der rechtlichen Aspekte ist auf längere Sicht zu klären, in welchen Fällen, in denen ein EU-Mitgliedstaat einer Bedrohung ausgesetzt ist, Artikel 42 Absatz 7 (EUV) und wann Artikel 222 gemäß Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) aufzurufen ist. Für NATO-Mitglieder ist im Weiteren das Verhältnis dieser Bestimmungen mit Artikel 5 des NATO-Vertrags, welcher den Bündnisfall regelt, festzulegen. Eine in der Entschließung des Europaparlaments geforderte permanente europäische Armee ohne vorhergehende, umfassende Debatte mit anschließender direktdemokratischer Legitimation lehne ich allerdings ab.

Jaromír Štětina (PPE), písemně. – Velmi rád jsem podpořil návrh usnesení o čl. 42 odst. 7 jako reakci na teroristické útoky v Paříži. Implementace čl. 42 odst. 7, který zaručuje pomoc a spolupráci našim francouzským spojencům, kteří se oprávněně cítí ohroženi, je naší morální povinností. Je ale důležité si uvědomit, že tyto teroristické útoky nebyly pouze útokem na Francii či Pařížany, ale naopak byly zamýšleny jako agrese vůči celé Evropské unii a ideálům liberální demokracie; nepřímými cíli teroristů tedy byli všichni ti, kdo se ztotožňují s evropskou kulturou a civilizací. Je proto naprosto nezbytné reagovat jednotným evropským hlasem. Tento návrh je důležitý také proto, že vytvoří precedens pro budoucí společnou zahraniční a bezpečnostní politiku EU. Jedním z důvodů úspěšnosti těchto teroristických útoků byl fakt, že evropské výzvědné a bezpečnostní služby nebyly schopny efektivní spolupráce a koordinace. Společná bezpečnostní politika přitom nebude konkurovat či nahrazovat struktury NATO; jedná se pouze o zlepšení a prohloubení spolupráce obranných složek členských států. Celounijní spolupráci budeme lépe čelit tak krvelačnému nepříteli, jako je Islámský stát, a budeme schopni postavit se ruské agresi či řešit komplikované problémy spojené s uprchlickou krizí.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – N-VA stemde voor deze gezamenlijke resolutie, omdat zij gelooft in de meerwaarde die een Europees leger kan bieden. Het bundelen van de militaire middelen op Europees niveau is niettemin een lange-termijnproject. In de tussentijd moet worden voortgebouwd op ad hoc bilaterale en multilaterale samenwerking, onder meer op basis van artikel 42, lid 7, VEU. Het is niet nodig om dit artikel in de tussentijd te herzien, omdat de EU-instellingen meer bij een en ander te betrekken of het geheel aan meer regels te onderwerpen. Wat werkt, hoeft niet te worden vermaakt.

Op militair vlak de banden aanhalen met gelijkgezinde staten is de beste garantie om vertrouwen te scheppen en te evolueren naar meer structurele mechanismen. Welk defensiebeleid daaraan dient te worden gekoppeld en hoe dat zich dient te verhouden tot het NAVO-raamwerk is een complexe vraag. Die vraag maakt momenteel het voorwerp uit van discussies in het kader van de ontwikkeling van een nieuwe buitenlandse veiligheids- en defensiestrategie, die door Federica Mogherini als Hoge Vertegenwoordiger belast met die beleidstak, wordt ontwikkeld.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Ako je neka od država članica napadnuta na svojem teritorijalnom području, Klauzulom o uzajamnoj obrani ostale zemlje su joj dužne pomoći svim raspoloživim sredstvima u skladu s člankom 51. Povelje Ujedinjenih Naroda. Unija i njezine države članice zajednički djeluju u duhu solidarnosti ako je neka država članica meta terorističkog napada, žrtva prirodne nepogode ili nesreće izazvane ljudskim djelovanjem. Uniji je cilj spriječiti terorističku prijetnju upućenu državama članicama, zaštititi demokratske institucije i civilno stanovništvo od mogućih napada te pomagati državama članicama. Europsko vijeće redovito ocjenjuje prijetnje s kojima se suočava Unija kako bi Uniji i njezinim državama članicama omogućilo učinkovito djelovanje. Razlog tome su teroristički napadi koji su se dogodili u studenom 2015. godine u Parizu i zbog toga se Europska unija više uključila u suradnju za suzbijanje terorizma. U ovom slučaju Francuska se pozvala na klauzule o uzajamnoj obrani i solidarnosti. Ovo je prvi put da se jedna država članica poziva na ove klauzule, i zato je podržavam.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za predlog skupne resolucije o klavzuli o vzajemni obrambi. V zadnjem letu smo bili priča terorističnim napadom ter grožnjam s terorističnimi napadi, zato se moramo na to primerno odzvati.

Pozdravljam skupni dogovor in solidarnost evropskih obrambnih ministrov, ki so se srečali že nekaj dni po napadih. Usklajevanje in sodelovanje med državami članicami ter ostalimi mednarodnimi partnerji, vključno z arabskim svetom, je ključnega pomena. Menim, da je prednostna naloga reševanje konflikta v Siriji ter oblikovanje skupne zunanje politike o prihodnosti Sirije ter širšega Bližnjega vzhoda.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem dnešní usnesení o doložce o vzájemné obraně (čl. 42 odst. 7 Smlouvy o Evropské unii), jelikož je správné reagovat na impuls, který vyšel od francouzské vlády, která se po teroristických útocích z listopadu loňského roku na tuto doložku odvolala. Francouzská vláda byla první vládou, která kdy tak učinila, a ukázalo se, že není stanoven žádný ani základní postup, jak na uplatnění této doložky reagovat, a že následná opatření jsou přijímána ad hoc. Francouzská výzva tak má být dle Evropského parlamentu impulzem k rozvinutí potenciálu všech ustanovení Smluv, která se týkají bezpečnosti a obrany a která mohou postupně vytvořit jednotnější unijní postup v těchto oblastech. Do té doby je však třeba, aby bylo posíleno sdílení zpravodajských informací a operativní spolupráce bezpečnostních složek jednotlivých států, které odpovídají za pokrok v oblasti bezpečnosti a obrany Unie.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Το ψήφισμα αφορά τη ρήτρα αμοιβαίας άμυνας της Συνθήκης Λειτουργίας της ΕΕ, βάσει της οποίας οι χώρες της ΕΕ πρέπει να παράσχουν «βοήθεια και συνδρομή» σε ομόλογό τους κράτος-μέλος που δεχεται ένοπλη επίθεση, είτε με τη μορφή ανταλλαγής πληροφοριών είτε ακόμη και με αεροπορικές επιθέσεις.

Μετά τις τρομοκρατικές επιθέσεις στο Παρίσι, οι κυρίαρχες δυνάμεις της ΕΕ με προεξάρχουσα την Γαλλία και μέσω κανονιστικών ρυθμίσεων όπως το άρθρο 42 της Συνθήκης της Λισαβόνας, προσπάθησαν να προσδώσουν στις επεκτατικές τους πολιτικές νομοθετική «έγκριση» και παράλληλα να εμπλέξουν και άλλες χώρες στις μεθοδεύσεις τους ώστε να επιτύχουν πιο εύκολα τους στόχους τους σε Μέση Ανατολή και Αφρική. Ο όρος Mutual Defence Clause δεν είναι καθόλου τυχαίος, καθώς ο όρος αυτός χρησιμοποιείται και στο άρθρο 5 της Ιδρυτικής Συνθήκης του ΝΑΤΟ.

Καταψηφίσαμε την έκθεση διότι διαφωνούμε τόσο με την πολιτική των παρεμβάσεων στα εσωτερικά των κρατών, όσο και με τον στόχο δημιουργίας μιας ευρωπαϊκής συμμαχίας για προώθηση των ιμπεριαλιστικών πολιτικών των κυρίαρχων κύκλων της Ένωσης.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η ουσιαστική αντιμετώπιση της τρομοκρατίας επιβάλλει καταρχήν την παραδοχή από τους παθόντες ότι οι λανθασμένες πολιτικές τους αποτέλεσαν και την αιτία ανάπτυξης της στη χώρα τους. Όταν δημιουργείς πολέμους σε τρίτες χώρες για την ενδυνάμωση της γεωπολιτικής σου θέσης, όταν με πρόσχημα την ελευθερία του λόγου προσβάλλεις τη νοημοσύνη και τη θρησκεία άλλων συνανθρώπων και όταν θυσιάζεις ανθρώπινες ψυχές στο βωμό της εξουσίας και των οικονομικών συμφερόντων δεν μπορείς να αιτείσαι τη βοήθεια των άλλων για να σε προστατεύουν χωρίς να αλλάξεις στάση και πολιτική.

Η τρομοκρατία πρέπει να αντιμετωπιστεί αλλά πρωτίστως πρέπει να εξουδετερωθούν οι αιτίες ύπαρξής της. Η εφαρμογή της συγκεκριμένης ρήτηρας περισσότερο θα εμπλέξει και άλλες χώρες στο χορό της τρομοκρατίας παρά θα λύσει το πρόβλημα.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Támogattam a határozat elfogadását, alapvetően egyetértve a jelentés pozitív, de kritikus megközelítésével. Miután a francia kormány kérésére, az ottani terrorcselekmények nyomán – első ízben – alkalmazásra került az EUSZ 42. cikkének (7) bekezdése szerinti kölcsönös védelmi klauzula, számos értékes gyakorlati tapasztalat és tanulság felszínre került az uniós szolidaritás e fontos eszköze kapcsán. Ezek alapján magam is egyetértek azzal, hogy – az alapvetően biztató tapasztalatok mellett – védelmi helyzetben a tagállamok kölcsönös segítségnyújtásának jogi kerete még több korrekcióra, pontosításra szorul, a most előfordult ad-hoc megoldások elkerülése végett. Fontosnak tartom, hogy a jelentés külön hangsúlyozza: ennek a munkának összhangban kell lennie a KBVP megújításával, s az ezzel kapcsolatos politikai vitákat mielőbb az Európai Parlament és a Tanács fórumain kell lefolytatni.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Po listopadowych zamachach w Paryżu Francja zdecydowała powołać się, na podstawie art. 42 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej, na klauzulę wzajemnej obrony w celu uzyskania pomocy od innych państw członkowskich UE w walce ze sprawcami tej tragedii.

Niezmiernie ważne dla efektywności tych działań jest jednomyślne poparcie, jakiego państwa członkowskie Unii Europejskiej udzieliły Paryżowi, szczególnie w zakresie wymiany informacji wywiadowczych dotyczących przepływu broni, materiałów wybuchowych i ruchów osób podejrzanych o terroryzm. Ta wyjątkowa sytuacja niewątpliwie może służyć jako pretekst do stworzenia również bardziej efektywnej platformy współpracy odnośnie do zarządzania granicami czy działań policji i innych organów ścigania.

Francuska prośba o pomoc w walce przeciwko tzw. Państwu Islamskiemu powinna dać impuls do ściślejszej współpracy w zakresie europejskiego bezpieczeństwa i obrony oraz do opracowania przez Wysoką Przedstawiciel ds. Polityki Zagranicznej i Bezpieczeństwa praktycznych rozwiązań, aby zapewnić efektywną zbiorową odpowiedź na podobne sytuacje w przyszłości.

Dario Tamburrano (EFDD), per iscritto. – Ho votato contro questa risoluzione poiché considero un errore - un grave errore - la richiesta di istituire quartieri generali permanenti incaricati di pianificare la difesa dell'UE e di gestirla in collaborazione con la NATO. L'idea di un'UE che procede sottobraccio alla NATO non contribuirà certo a far sorgere sentimenti benevoli nei suoi confronti. L'UE non potrà essere percepita come un pacifico mediatore che si pone al di sopra delle parti.

Auspico che, invece di pensare a sviluppare e coordinare il suo potenziale di difesa militare, l'UE torni piuttosto alla vocazione pacifica che la contraddistingueva alla nascita, avvenuta all'insegna dell'impegno a non ripetere gli orrori e gli errori delle due guerre mondiali.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Atacurile teroriste care au avut loc în Franța în cursul anului trecut au demonstrat nevoia ca UE să își consolideze politica în domeniul securității și apărării. Activarea clauzei de apărare reciprocă, conform articolului 42 alineatul (7) al Tratatului privind Uniunea Europeană, a fost reacția automată a statelor membre, în vederea apărării instituțiilor democratice și a populației civile. Totuși, în momentul actual, capacitățile statelor membre de a trimite trupe destinate intervenției externe în Siria și Irak, conform solicitării Franței, sunt reduse. Acest lucru necesită, în perspectivă, accelerarea implementării arhitecturii de securitate și apărare prevăzute de tratatele UE, prin consolidarea cooperării în cadrul politicii de securitate și apărare comune.

Cooperarea se poate desfășura și prin intermediul unor grupuri de state membre pentru misiuni specifice, dar și prin cooperarea structurată permanentă în domeniul militar. Consiliul și statele membre sunt principalele responsabile, în acest moment, pentru adoptarea aranjamentelor practice în vederea asigurării unui răspuns consistent în momentul invocării clauzei de apărare reciprocă. Ar trebui clarificat și rolul instituțiilor europene în acest caz. Actuala rezoluție este mai mult decât necesară, venind în sprijinul îmbunătățirii coordonării diverselor structuri existente la nivel național și european.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je partage les idées de ce texte. Je condamne avec la plus grande fermeté les terribles attentats terroristes perpétrés par le groupe «État islamique».

Le Parlement européen exprime sa plus profonde sympathie et solidarité et présente ses condoléances à toutes les victimes des attentats terroristes et à leurs familles.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it draws attention to the fact that for the first time the Mutual Defence Clause (Article 42(7) of the Treaty of the European Union) was invoked but regrets that the application of Article 42(7) TEU has not been efficiently managed so far. It calls on the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, the European Council and the European Commission to clarify the relevant Union means and procedures within the scope of the Mutual Defence Clause (Article 42(7)). I also believe that the activation of the Mutual Defence Clause is a singular opportunity to establish the grounds for a strong and sustainable European Security and Defence

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o klavzuli o vzajemni obrambi sem podprla, saj je v takšnih kriznih trenutkih, kot jih povzroči teroristični napad, še posebej pomembno, da Evropski parlament izkaže podporo in solidarno pomoč svojim članicam.

Zaradi naraščanja groženj, kjer so na udaru predvsem civilisti, je potrebno okrepiti evropsko notranjo in zunanjo varnost ter obrambo. To bomo dosegli s skupno strategijo Evropske unije in tesnejšim strukturiranim sodelovanjem med državami članicami.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Rechazamos la activación del apartado 7 del artículo 42 del TUE por representar una respuesta militar ineficaz y con alto riesgo de causar aún más víctimas inocentes, mayores desplazamientos de población y mayor destrucción de los territorios. Abogamos por soluciones estructurales diplomáticas, de cooperación al desarrollo y de resolución pacífica de conflictos en el marco del Derecho internacional fuera de la UE; dentro de la UE, defendemos acciones que prioricen la investigación y la acción policial con pleno respeto de los derechos humanos y libertades individuales, así como políticas públicas de integración y construcción de interculturalidad adecuadas y suficientes.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Nach den verheerenden Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015 hat Frankreich am 17. November mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) die sogenannte gegenseitige Beistandsklausel aufgerufen. Demnach schulden im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Unterstützung. Dies muss im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, welcher das Selbstverteidigungsrecht eines Staates festlegt, und für NATO-Mitglieder auch im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertragsorganisation eingegangenen Verpflichtungen stehen. Unabhängig von bestehenden rechtlichen Bestimmungen steht außer Frage, dass Frankreich die vollste Unterstützung von der EU und allen Mitgliedstaaten gewährt werden muss. Unsere europäischen Werte, unsere Freiheit und unsere rechtsstaatlichen Grundsätze sind vorbehaltlos zu verteidigen. Hinsichtlich der rechtlichen Aspekte ist auf längere Sicht zu klären, in welchen Fällen, in denen ein EU-Mitgliedstaat einer Bedrohung ausgesetzt ist, Artikel 42 Absatz 7 (EUV) und wann Artikel 222 gemäß Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) aufzurufen ist. Für NATO-Mitglieder ist im Weiteren das Verhältnis dieser Bestimmungen mit Artikel 5 des NATO-Vertrags, welcher den Bündnisfall regelt, festzulegen. Eine in der Entschließung des Europaparlaments geforderte permanente europäische Armee ohne vorhergehende, umfassende Debatte mit anschließender direktdemokratischer Legitimation lehne ich allerdings ab.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2015. november 13-án több terrorista támadásra került sor Párizsban, amelynek során legalább 130, több mint 26 különböző országból származó ember vesztette életét. A nemzetközi terrorizmus elleni küzdelem az Unió egyik kiemelt célja, és a szolidaritás elvének érvényesítése mind belföldi, mind külföldi lépéseket tesz szükségessé, a nemzetközi joggal összhangban. Az EU biztonságának belső és külső dimenziói szükségszerűen és szorosan kapcsolódnak egymáshoz. Szavazatommal támogattam az S&D-frakció javaslatát.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – Today, other political groups made the same strategic mistake as France and the EU Member States: to link the terrible Paris attacks, which were mainly committed by EU citizens, to military interventions abroad. The majority in the EP went even further than France and the Member States: they presented and adopted a resolution which calls for using the terrorist attacks and the activation of Article 42(7) TEU for far-reaching institutional changes – the establishment of a permanent EU military headquarter, a Defence Union for collective defence like NATO, the activation of the structured cooperation of Article 44 TEU and further aspects of military cooperation in the field of CSDP. Greens/EFA would have preferred and supported the activation of Article 222 TFEU, which is specifically designed for responding to terrorist attacks on the territory of an EU Member State and which relies on a criminal justice approach to terrorism by making use of EU instruments, procedures and funds. The way chosen by France and the Member States weakens EU institutions, values and principles, including CFSP and CSDP.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La propuesta de Resolución común viene a destacar el apoyo unánime a Francia por parte de todos los Estados miembros tras invocar por primera vez la cláusula de defensa mutua establecida en el artículo 42, apartado 7, del TUE. Hemos de votar a favor de esta propuesta de Resolución común puesto que el ataque a Francia fue un ataque contra todos los Estados miembros de la Unión Europea. Por ello es bueno que, mediante esta respuesta, los Estados miembros hayan hecho un frente común a esta amenaza.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de Resolución común del Parlamento Europeo favorable a la activación de la cláusula de defensa mutua solicitada por Francia con el pretexto de los últimos atentados en París puesto que esta maniobra, de llevarse a cabo, reforzará el proceso de conversión de la Unión Europea en una alianza militar.

Se trata de una respuesta errada a los ataques de París. La interpretación de Francia es sesgada e intencionada puesto que un atentado terrorista no es un acto de guerra por mucho que se empeñen. Su interpretación supone un fraude al Derecho internacional y la vuelta a la lógica de la guerra contra el terror. Ante el terrorismo, solo caben las respuestas civiles, la acción policial, la inteligencia, cortar la financiación de los grupos terroristas y cortarles el apoyo internacional. En cualquier caso, la respuesta ha de estar siempre dentro del Estado de Derecho y estos actos no pueden ser utilizados como pretexto para un recorte colectivo de las libertades individuales.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze resolutie omdat zij de aandacht vestigt op het feit dat men voor de eerste keer de clause inzake wederzijdse verdediging (artikel 42 (7) van het Verdrag van de Europese Unie) heeft ingeroepen.

Tenzelfdertijd betreur ik dat de toepassing van artikel 42 (7) VEU nog steeds niet op een efficiënte en concrete wijze is uitgewerkt. Met deze resolutie roept het Europees Parlement de Hoge Vertegenwoordiger voor buitenlandse zaken en veiligheidsbeleid, de Europese Raad en de Europese Commissie op om duidelijkheid te scheppen inzake de middelen en procedures in het kader van de clause inzake wederzijdse defensie.

Ik ben er ook rotsvast van overtuigd dat de oproeping van deze clause door Frankrijk een unieke gelegenheid is om de basis te leggen voor een sterke en duurzame Europese defensie-unie.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – En tukenut yhteistä päätöslauselmaa keskinäistä puolustusta koskevasta lausekkeesta.

Päätöslauselman nimi on harhaanjohtava. 42 artiklan 7 kohta koskee keskinäistä avunantoa. Käyttämällä termiä keskinäinen puolustus pyritään antamaan se mielikuva, että kysymyksessä olisi velvoite sotilaallisen avun antamiseen.

Päätöslauselman teksti tähtää siihen, että EU:sta kehittyisi sotilasliitto ja Naton eurooppalainen pilari. Tätä en hyväksy.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Après les attentats meurtriers de novembre dernier à Paris, le gouvernement français a demandé au Conseil de l'Union européenne, le 17 novembre 2015, l'activation de l'article 42, paragraphe 7, du traité sur l'Union Européenne.

Selon François Hollande, la France est en guerre et les États membres de l'Union doivent être solidaires des actions militaires de la France en Irak et en Syrie, mais aussi au Mali, en RCA et au Liban. L'article 42, paragraphe 7, dénommé clause de défense mutuelle, doit donc être activé.

Un autre article des traités était plus approprié à la situation réelle de la France: l'article 222 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne relatif à la solidarité entre États faisant l'objet d'une attaque terroriste ou victimes d'une catastrophe naturelle. Mais il présente l'inconvénient de limiter l'entraide au territoire du ou des États membres concernés, de prévoir une procédure décisionnelle formelle, tandis que l'article 42 a l'avantage de laisser toute latitude aux États membres d'intervenir ou pas.

Et, comme par miracle, là, on peut faire sauter les verrous du pacte de stabilité.

Ce n'est pas en faisant la guerre qu'on assure la défense et la protection des citoyens. Jean Jaurès nous l'avait dit il y a plus de cent ans. J'ai voté contre cette résolution.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A aplicação do artigo 42.º, n.º 7, do TUE representa uma medida totalmente inapropriada face aos acontecimentos recentes. Representa mais uma manobra destinada a converter a União Europeia numa aliança militar e pode constituir um precedente perigoso.

Lembramos que a aplicação deste artigo constitui uma obrigação de apoiar a França militarmente, em operações militares, ou seja, constitui uma forma de justificar e legitimar intervenções militares em curso ou previamente planeadas.

Rejeitamos a caracterização dos ataques de Paris como atos de guerra com o intuito de tornar legítima a resposta militar. As operações militares nunca foram capazes de conter ou eliminar o terrorismo, provocando, pelo contrário, mais vítimas e transtornos, e agravando a situação dos povos afetados.

Apelamos por isso a uma política de combate ao terrorismo em conformidade com o primado do Direito, através da investigação policial e da aplicação da lei e alertamos que a luta contra o terrorismo serve em muitos casos de pretexto para limitar as liberdades individuais e os direitos fundamentais.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die vorliegende Resolution ist nicht mit dem österreichischen Neutralitätsgebot vereinbar. Daher stimme ich gegen diesen Entschließungsantrag.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Hier ist Ablehnung geboten, weil z. B. aus deutscher Sicht nicht nachvollziehbar ist, warum Deutschland im Rahmen von EU-Beistandsverpflichtungen Mitverantwortung für Folgen und Begleiterscheinungen der früheren Kolonial- und Mandatspolitik europäischer Mächte im arabischen Raum übernehmen sollte. Die heutigen Ereignisse in der Levante sind auch Ergebnisse dieser Vergangenheit. – Zum anderen ist im gemeinsamen Entschließungsantrag der Versuch erkennbar, durch die Hintertür im Wege europäischer Beistandsverpflichtungen NATO-Strukturen und NATO-Interessen zu implementieren. Das ist abzulehnen.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Anwendung der Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) habe ich nicht zugestimmt.

Die EU ist weder ein Militärbündnis noch ein System kollektiver Sicherheit. Nach Artikel 42 Absatz 7 EUV sind die Mitglieder verpflichtet, sich im Fall eines bewaffneten Angriffs gegenseitig alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung zu leisten. Die Attentate von Paris sind verbrecherische Akte krimineller Akteure, aber kein bewaffneter Angriff mit militärischen Mitteln.

Die Angriffe sind auch nicht mehr gegenwärtig, so dass sie nicht zur Selbstverteidigung ermächtigen. Das aber ist völkerrechtliche Voraussetzung und gilt wegen der Voraussetzung, „im Einklang mit Artikel 51 der UN-Charta“ zu handeln, auch für die Beistandspflicht nach Artikel 42 Absatz 7 EUV.

Die Voraussetzungen für die Anwendung der Beistandsklausel sind in keinerlei Hinsicht erfüllt. Erneut handelt die EU in einer Notlage nur in ihrem eigenen Interesse weiteren Macht- und Kompetenzerwerbs. Doch die EU ist kein Militärbündnis, sonst wäre das neutrale Österreich nicht Mitglied geworden. Diese Krise darf nicht für eine Militarisierung der EU genutzt werden.

Jana Žitňanská (ECR), písomne – Toto uznesenie nadväzuje na útoky v Paríži, po ktorých sa Francúzsko začalo dovoľávať článku 42.7 Zmluvy o Európskej únii. Ide o bezprecedentné použitie tohto článku namiesto článku 222 rovnakej zmluvy, ktoré by sa taktiež, a možno ešte vhodnejším spôsobom, dalo na túto situáciu použiť. Samozrejme, je nesmierne potrebné vyjadriť solidaritu s Francúzskom a ukázať, že členské štáty v hrozbe terorizmu držia spolu, na druhej strane netreba aktiváciu tohto článku chápať ako výzvu pre harmonizáciu bezpečnostnej a obrannej politiky na európskej úrovni. V tomto zastávam jednoznačnú pozíciu, že obranná a bezpečnostná politika musí zostať národnou suverenitou a namiesto väčšej harmonizácie na európskej úrovni by sa štáty mali sústrediť na NATO ako na základ kolektívnej obrany. Práve z týchto dôvodov som uznesenie nepodporila.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – Foi sem surpresa que a direita e a social-democracia discorrem na habitual verborreia federalista de consumir respostas supranacionais na luta contra o terrorismo. Um caminho que procura acelerar a criação de um quadro político e institucional que oriente e agilize a aplicação da referida cláusula, sinalizando a «oportunidade única para estabelecer as bases de uma União Europeia de Defesa», retomando a ideia da necessidade da existência de forças militares europeias, «em estreita cooperação com as estruturas pertinentes» da NATO.

Das razões, origens e patrocínio do terrorismo e suas organizações, das ações de agressão e ingerência atentatórias de países soberanos promovidas pela UE, EUA e NATO, nem uma palavra. Este proclamado combate ao terrorismo e a postura de agressão e ingerência têm alimentado o crescimento de forças racistas, xenófobas e fascistas e a sua ação de terror.

Afirmamos a imperativa necessidade de combater o terrorismo por via do desenvolvimento de uma verdadeira política de paz, assente no termo da escalada de agressão, nomeadamente no Médio Oriente, e na defesa e afirmação efetiva dos valores da liberdade, da democracia, do respeito pela soberania e independência dos estados e dos povos. Votámos contra.

Milan Zver (PPE), pisno. – Resolucijo Evropskega parlamenta o klavzuli o vzajemni obrambi sem podprl, saj sem mnenja, da morajo biti institucije Evropske Unije in države članice bolj dejavne na področju varnostne in obrambne politike. Predvidena je torej priprava smernic za zagotovitev učinkovitega odziva v primeru, da bi se ena od držav članic sklicevala na klavzulo o vzajemni obrambi. Ključen je tudi poziv k oblikovanju skupne zunanje politike EU o prihodnosti Sirije in širšega bližnjega vzhoda in prihodnje globalne strategije EU.

9.5. Prioritäten der EU für die Tagungen des UNHRC 2016 (RC-B8-0050/2016, B8-0050/2016, B8-0052/2016, B8-0056/2016, B8-0063/2016, B8-0064/2016, B8-0065/2016, B8-0066/2016)

Dichiarazioni di voto orali

Krisztina Morvai (NI). – Az ENSZ emberjogi témáival kapcsolatos prioritásokról szóló állásfoglalási indítványokat nem tudtam megszavazni azért, mert borzasztó álságosnak tartottam, hogy mindegyik állásfoglalási indítvány hangsúlyozta, hogy a külső országokban – tehát az EU-n kívüli országokban – nagyon fontos lenne a polgári és politikai szabadságjogokat és a szociális és gazdasági jogokat egyformán, egymástól elválaszthatatlanul kezelni. Ezzel természetesen tökéletesen egyetértek, de hat és fél éve vagyok itt ugye éppen a rendszeresen egyébként üres teremben, és hallgatom azt, hogy a saját hazámat, Magyarországot, újabban Lengyelországot hogyan állítják pellengérré az állítólagos politikai jogok, szabadságjogok megsértése miatt. De soha senki nem kérdezett rá, hogy hogy van az, hogy Magyarországon vagy Lengyelországon egy ápolónő, egy tűzoltó, egy pedagógus az ötödét keresi annak, mint a nyugati országokban.

Senki nem kérdezett rá, hogy a munkavállalói jogok miért járnak annyira gyerekcipőben, miért nincsenek erős szakszervezetek. Majd amikor itt ezzel foglalkoznak, akkor kérjék ezt másokon számon.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, la propuesta de Resolución de la izquierda europea que hemos votado exige a la Unión Europea que defienda la posición aprobada, una y otra vez, por este Parlamento Europeo. Es decir, que se investiguen las violaciones de derechos humanos en el Sáhara Occidental, que el Reino de Marruecos libere a los presos políticos saharauis y que se permita el libre acceso a los territorios ocupados del Sáhara Occidental.

No podemos, no podemos, seguir cerrando los ojos a una situación que se agrava día a día y que Marruecos se empeña en silenciar, como se ha puesto de manifiesto con la reciente expulsión de decenas de observadores de derechos humanos noruegos y suecos.

Exigimos, una vez más, la liberación urgente de los presos políticos de Gdeim Izik, y pedimos a España que conceda asilo político a Hassana Aalia.

Finalmente, quiero expresar desde este Parlamento la solidaridad con los jóvenes saharauis desempleados en huelga de hambre en El Aaiún y con los heridos tras la represión marroquí en las últimas manifestaciones saharauis en el Bojador ocupado.

Marek Jurek (ECR). – W ciągu tylko ostatnich dwóch lat Słowacy, Słoweńcy, Chorwaci występowali w referendum narodowych w obronie naturalnego ustroju rodziny, przeciwko narzucaniu im politycznych rewindykacji politycznego ruchu homoseksualnego. Oczywiście podobne przepisy znajdują się w konstytucjach Węgier czy Polski albo w ustawach zwykłych Litwy. Tymczasem dzisiaj po raz kolejny Parlament Europejski przegłosował poparcie dla tych rewindykacji.

Zamiast reprezentować na forum Narodów Zjednoczonych stanowisko naszych państw lub choćby szanować stanowiska, które w referendum narodowych zajęły niektóre z naszych społeczeństw, Parlament Europejski chce, żeby Unia Europejska nas zmieniała. To wszystko pokazuje, że dzisiaj największym zagrożeniem dla demokracji w Europie jest polityka aktualnych władz Unii Europejskiej.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Etnisko, reliģisko un valodas minoritāšu tiesību pārkāpšana, kā arī bērnu tiesību, sieviešu tiesību pārkāpšana, cilvēktiesību aizstāvju apspiešana vai pat nogalināšana — tas viss tikai rāda, ka Eiropas Savienības loma ANO Cilvēktiesību padomē ir principiāli un vitāli svarīga. Es domāju, ka mums jādara viss, lai mūsu vērtības, daudzas no kurām var nenoliedzami uzskatīt par universālām — visas pasaules mērogā universālām — vērtībām, tiktu ne tikai pakāpeniski vienkārši ņemtas vērā, bet ideāli arī patiesi cīnītas.

Gribētos tomēr atzīmēt, ka ar katru gadu pieaugoša kritika pret ANO Cilvēktiesību padomi ir saistīta ar to faktoru, ka faktiski uzplaukst bloku balsošana Tuvo Austrumu un Āfrikas valstu skaitliskā pārākuma dēļ. Šis bloks pievērš ārkārtīgi lielu uzmanību, piemēram, Izraēlai, kur situācija ar cilvēktiesībām ir krietni labāka nekā jebkurā NATO austrumu reģiona valstī, un par panela priekšsēdētāju var kļūt arī pārstāvis no Saūda Arābijas — valsts, kur milzīgs skaits cilvēku tiek sodīts ar nāvi.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, dovolu mi, abych krátce vysvětlila, proč jsem nehlasovala pro stanovisko Evropského parlamentu k prioritám pro zasedání Rady OSN pro lidská práva. Návrh usnesení totiž obsahuje ustanovení, která jsou v rozporu s mým svědomím. Není možné vnucovat a doporučovat všem zemím, všem lidem ultraliberální postoj k etickým hodnotám, jako je přístup ke službám sexuálního a reprodukčního zdraví, který dělá z potratů řešení kojenecké a mateřské úmrtnosti. Hlasovala jsem proto pro vypuštění těchto ustanovení, ale bohužel byla nás menšina. Stejně jako menšina byla proti označení izraelských osad jako nezákonných a jako podkopávání proveditelnosti řešení dvou států, tedy mírového procesu. To jsou nepravdivá a pro mne nepřijatelná řešení, a proto jsem také usnesení jako celek nepodpořila, protože je pro mne nepřijatelné.

Dichiarazioni di voto scritte

Tim Aker (EFDD), in writing. – UKIP fully respects and is supportive of the work of the United Nations. However, we object to the EU's attempt to develop foreign relations and to interfere in the work of international institutions. As such we voted against this resolution.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra de la propuesta de Resolución común sobre las prioridades de la UE para los periodos de sesiones del Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas en 2016 (2015/3035(RSP)) porque, si bien hay temas importantes mencionados en la propuesta de Resolución común sobre mecanismos de defensa del Derecho internacional y de los derechos humanos, no estoy de acuerdo con que la Unión Europea deba tener un rol creciente en el seno de las Naciones Unidas, que conllevaría una disminución de la soberanía nacional de los Estados miembros. Por otra parte, no comparto en absoluto el análisis de la situación ni la condena a Venezuela, así como la instrumentalización de los derechos humanos por parte de la Unión Europea, lo que me impide apoyar esta propuesta de Resolución común.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution visant à établir les priorités de l'Union européenne pour les sessions du Conseil des droits de l'homme prévu en 2016.

Cette proposition, sous prétexte de défense des droits de l'homme, n'est qu'une exposition des motifs d'ingérence de l'Union dans les affaires nationales des États souverains.

De plus, ce texte pro-immigration souligne seulement les obligations des États membres en matière d'immigration. Opposé à la politique d'immigration de masse imposée par l'Union, je ne peux soutenir ce texte.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Sous le prétexte de la défense des droits de l'homme, particulièrement en ce qui concerne les minorités, la proposition de résolution a pour but de s'ingérer dans les politiques des États membres. J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this report because I do not believe that the EU, rather than individual Member States, should set out 'priorities' for the UNHRC.

I do not agree with the report when it suggests that 'climate change' is a major cause of the current refugee crisis.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kuria siekiama nustatyti ES prioritetus 2016 m. JT žmogaus teisių tarybos sesijose. Pritariu, kad JT ŽTT narės turėtų būti renkamos iš valstybių, kurios paiso žmogaus teisių, laikosi teisinės valstybės principo ir demokratijos. Pritariu raginimams ES skatinti žmogaus teisių, įskaitant pilietines, politines, ekonomines, socialines ir kultūrines teises, visuotinumą. ES turi laikytis teisėmis grindžiamo požiūrio ir žmogaus teisių laikymosi reikalavimą integruoti į prekybos, investicijų politikos, viešųjų paslaugų ir vystomojo bendradarbiavimo sritis, taip pat į savo bendrą saugumo ir gynybos politiką. Svarbu, kad ES nuolat aktyviai dalyvautų visuose JT žmogaus teisių mechanizmuose, bei užtikrinti didesnę ES veiksmų matomumą visuose daugiašaliuose forumuose. Pritariu raginimams visoms vyriausybėms skatinti ir remti žiniasklaidos laisvę, pilietinės visuomenės organizacijas ir žmogaus teisių gynėjų veiklą bei leisti jiems veikti neįsiviešinant baimės, represijų ar bauginimo grėsmės.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution commune qui rappelle tout d'abord qu'il importe que les membres du Conseil des droits de l'homme soient élus parmi les représentants d'États qui veillent au respect de l'état de droit, des droits de l'homme et de la démocratie. Il souligne aussi l'importance de préserver l'indépendance et l'intégrité du Haut-Commissaire aux droits de l'homme notamment en dotant cette structure de ressources suffisantes.

Par ailleurs le Parlement s'inquiète des révisions constitutionnelles qui permettent de modifier le nombre maximal de mandats présidentiels et condamne le recours persistant au harcèlement et à la détention de défenseurs des droits de l'homme et de figures de l'opposition par les forces gouvernementales dans un certain nombre de pays tiers.

Il réaffirme la tolérance zéro de l'UE envers la peine de mort et la torture, rappelle le droit fondamental que représentent des élections libres au suffrage universel et met l'accent sur le respect des droits économiques et sociaux battus en brèche notamment par la montée de la pauvreté.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho sostenuto la proposta di risoluzione sulle priorità dell'UE per le sessioni 2016 del Consiglio delle Nazioni Unite per i diritti umani.

A settant'anni dalla nascita del sistema ONU, in un mondo sconvolto dalle guerre, minacciato dal surriscaldamento globale, colpito dal più imponente fenomeno migratorio a partire dalla seconda guerra mondiale; il grande tema del rispetto dei diritti umani rimane una priorità. In troppe parti del pianeta si continua ad assistere a violazioni costanti della libertà, della vita e della sicurezza degli individui ad opera di Stati e governi non democratici. Principi cardine dell'ordinamento europeo come la tolleranza zero verso la pena di morte, le torture e i trattamenti inumani e degradanti, sono spesso violati da alcuni degli stessi Stati che oggi siedono all'interno del Consiglio per i diritti umani.

Prendendo atto di questa situazione, l'UE ha voluto definire una serie di priorità allo scopo di favorire una più ampia affermazione dello Stato di diritto e dei principi democratici. L'impegno per la libertà religiosa, quello per la tutela dei migranti, dei rifugiati e delle persone LGBTI, la difesa dei minori e delle donne sono i pilastri della posizione europea e per questo motivo ho deciso di votare a favore della risoluzione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación puesto que el análisis planteado por muchos de los países no lo compartimos. Además, según este informe, la idea es acudir a la conferencia del ACNUR con su propia agenda, para luego ver cómo implementarla en nuestras políticas, sin capacidad de influencia desde las instancias europeas y de los Estados miembros en la agenda.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer la labor de negociación realizada para llegar a una Resolución común sobre el Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas. Apoyo este informe, en el que se habla de derechos civiles y políticos, defensores de los derechos humanos, pena de muerte, libertad religiosa, derechos económicos y sociales, empresas, cambio climático, migración y refugiados y derechos de la mujer, de los niños y de las personas LGBTI. Un abanico de derechos fundamentales que, desde nuestro punto de vista, se deben respetar.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai rejeté cette résolution présentant les priorités de l'Union européenne pour les sessions du Conseil des droits de l'homme en 2016.

Apparemment, lesdites priorités se cantonnent à imposer une politique immigrationniste par un mécanisme de pure ingérence dans la diplomatie de nations souveraines. Certaines propositions sont un scandale d'irresponsabilité en termes géostratégiques, comme la proposition d'exclure de l'organe traitant des droits de l'homme à l'ONU des pays tels que la Russie ou la Chine, pourtant membres du Conseil de sécurité des Nations unies; cela n'a qu'un but: complaire aux États-Unis en clouant au pilori leurs principaux concurrents sur la scène internationale.

Par ailleurs, la vision des droits de l'homme exposée dans ce texte relève d'une analyse communautariste, où chaque communauté devient une victime qu'il faut sauver par des mesures de discrimination positive; pour faire passer aux Européens la pilule des flux incontrôlés de migrants, on invente la notion de «réfugié climatique».

Un texte parfaitement caractéristique de l'impérialisme sous couvert des droits de l'homme mené par Bruxelles.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione oggetto di voto non è condivisibile e presenta notevoli criticità. Non solo non propone nessuna soluzione concreta per gli argomenti trattati, ma risulta completamente sbilanciata a favore della tutela degli immigrati, chiedendo addirittura l'introduzione fra le categorie da tutelare di quella del «migrante climatico».

Per tutti questi motivi ho votato contro questo testo.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ner rösten om denna resolution.

Resolutionen innehåller många bra punkter om kvinnors rättigheter, om humanare asyl- och flyktingpolitik enligt internationella normer samt säkerställandet av HBTQ personers rättigheter. Men resolutionen är ett tydligt exempel på EU:s dubbelspel när det kommer till utrikespolitiska relationer och mänskliga rättigheter. Avsnittet om mänskliga rättigheter i Iran är helt borttaget, Turkiets brott mot de mänskliga rättigheterna samt kurdernas situation lyser med sin frånvaro, ockupationen av Väst-Sahara är helt bortglömd. Jag avvisar dubbla standarder för mänskliga rättigheter och därför lade jag ner rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He apoyado esta propuesta de Resolución común mediante la cual el Parlamento establece sus prioridades para los períodos de sesiones del Consejo de Derechos Humanos de las NN.UU.

Con ella, el Parlamento se congratula del nombramiento del embajador Choi Kyong-lim como presidente del CDH para 2016 e insiste en que se apliquen las recomendaciones del Relator Especial sobre las formas contemporáneas de racismo, discriminación racial, xenofobia y formas conexas de intolerancia para combatir la propagación del odio y la incitación al odio racial, étnico y xenófobo. Asimismo, condena el acoso permanente y la privación de libertad de que son víctimas defensores de los derechos humanos y opositores en varios terceros países.

Igualmente, da prioridad a la lucha contra el terrorismo, derechos sociales y económicos, derechos de la infancia, derechos de la mujer, derechos de las personas LGTBI, migración y refugiados, pena de muerte, libertad de prensa o cambio climático. Además, insiste en que los Estados miembros refuercen su coordinación en las NN.UU.

En cuanto a los países sometidos al examen periódico universal, el Parlamento se centra en Georgia, el Líbano, Mauritania, Myanmar/Birmania, Nepal, Ruanda, Sudán del Sur, Venezuela, Siria, Burundi, Arabia Saudí y Bielorrusia, y en el proceso de paz en Oriente Próximo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje Europos Parlamentas nagrinėja Europos Sąjungos prioritetus 2016 m. JT žmogaus teisių tarybos sesijose. Pagarbos žmogaus teisėms, nepaisant rasės, kilmės, lyties ar odos spalvos, puoselėjimas – tai visų valstybių prievolė. Parlamentas apgailestauja dėl to, kad, praėjus daugiau nei 20 metų nuo Vienos deklaracijos dėl visų žmogaus teisių visuotinumui, nedalumo, tarpusavio priklausomybės ir sąveikos patvirtinimo, Tarptautinis ekonominių, socialinių ir kultūrinių teisių paktas nelaikomas tokiu pat svarbiu ir jam neskiriama tiek pat dėmesio kaip Tarptautiniam pilietinių ir politinių teisių paktui. Be to, reiškia didžiulį susirūpinimą dėl ypach didelio skurdo didėjimo, nes tai kelia grėsmę galimybei visapusiškai naudotis visomis žmogaus teisėmis, todėl labai svarbu ekonominėms, socialinėms ir kultūrinėms teisėms suteikti tokią pačią reikšmę ir prioritetą kaip ir pilietinėms bei politinėms teisėms, pripažinti teisę į socialinę apsaugą, įgyvendinti fiskalinės politikos priemones, konkrečiai skirtas nelygybei mažinti, suteikti naują postūmį ir svarbą teisei į lygybę ir išteklių perskirstymo klausimus diskusijose dėl žmogaus teisių kelti kaip pagrindinius. Europos Parlamentas tvirtai remia veiksmingą ir visapusišką Jungtinių Tautų verslo ir žmogaus teisių pagrindinių principų įgyvendinimą ES ir už jos ribų ir primygtinai rekomenduoja ES valstybėms narėms parengti ir įgyvendinti nacionalinius veiksmų planus.

Franco Bogovič (PPE), pismo. – OZN je nedvomno najboljši forum za spodbujanje vrednot in interesov EU, saj jih prenaša na globalno raven. Univerzalne človekove pravice, ki jih zagovarjata tako OZN kot EU, so pomemben segment, ki mu je treba posvečati veliko pozornosti, saj je kršitev človekovih pravic čedalje več, postajajo tudi čedalje hujše.

Vloga EU pri zaščiti človekovih pravic v okviru OZN je zato izjemnega pomena, a obstajajo številne pomanjkljivosti, ki otežujejo učinkovito ravnanje. EU namreč v okviru OZN ne more nastopati kot enotna entiteta, saj je delovanje OZN usmerjeno v posamezne države in ne toliko v meddržavno organizacijo, kot je EU.

EU sama ima tudi probleme z neenotno zunanjo politiko, zaradi česar v mednarodnih odnosih ne igra najpomembnejše vloge. Tu bistveno večjo vlogo odigrajo interesi posameznih držav članic, interes EU kot celote pa je pogosto postavljen na stranski tir, saj ga je velikokrat težko že identificirati, kaj šele zagovarjati. Zato je pri spopadanju z aktualnimi globalnimi izzivi v okviru EU potrebna enotnost, kritičnost in odločnost, ki se mora izkazati tudi na ravni OZN. Države morajo nehati z egoističnim razmišljanjem in branjenjem svojih interesov za vsako ceno ter se z izzivi spopadati z ramo ob rami.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – La promozione dell'universalità e dell'indivisibilità dei diritti civili, economici, politici, sociali e culturali costituisce il punto centrale dell'acquis etico e giuridico dell'UE, che ribadisce l'impegno dei suoi Stati membri a condannare la tortura e le pene inumane e degradanti verso qualunque individuo ed in qualsiasi circostanza.

Le priorità individuate dalle Nazioni Unite per il 2016, che includono tra le altre la lotta alla pena di morte e i diritti dei migranti e delle donne, costituiscono urgenze non rinviabili. Sostengo con convinzione le raccomandazioni di questa risoluzione ed il rinnovato impegno europeo a garantire gli obblighi previsti dal trattato UE e dalle Nazioni Unite nelle politiche interne ed esterne portate avanti dall'Unione europea.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam ovu Izjavu o prioritetima EU-a za sjednice Vijeća UN-a za ljudska prava 2016.

Građanska i politička prava, ekonomska i socijalna prava, poslovna i ljudska prava, LGBT prava i dr. neka su od područja na kojima EU mora ustrajati i pojačavati svoj utjecaj kao globalni „igrač”.

Nažalost, nakon dugo vremena i u Europi jačaju radikalne skupine koje potiču mržnju i netoleranciju, stoga je dužnost EU-a da se bori za poštivanje ljudskih prava na svim razinama.

Louise Bours (EFDD), *in writing.* – UKIP fully respects and is supportive of the work of the United Nations. However, we object to the EU's attempt to develop foreign relations and to interfere in the work of international institutions. As such we voted against this resolution.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto.* – Ho votato a favore di questo documento perché ne condivido totalmente lo spirito ed i contenuti. In particolare ritengo che sia importante adoperarsi affinché l'elezione degli Stati membri del CDU avvenga sulla base dei risultati ottenuti dai paesi nel campo della difesa e protezione dei diritti umani, in modo da rendere l'attività di questo organo veramente efficace.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – L'Europa deve continuare a lavorare per favorire la tutela e la promozione dei diritti umani. L'UE deve sostenere l'operato del nuovo presidente del CDU, l'ambasciatore Choi Kyong-lim, e l'applicazione concreta della relazione annuale della CDU all'Assemblea generale delle Nazioni Unite relativa alla sua 28^a, 29^a e 30^a sessione.

L'UE deve ribadire con forza l'assurdità dell'elezione di membri del CDU da parte di Stati che non difendono né rispettano i più elementari diritti umani. Lo Stato di diritto, la democrazia e il rispetto dei diritti umani devono diventare il criterio su cui valutare i risultati in materia per qualsiasi paese suscettibile di essere eletto membro del CDU; è inaccettabile che membri neoeletti del CDU come l'Arabia Saudita violino costantemente i diritti umani e la libertà di pensiero e di espressione.

Per questo è necessario riaffermare l'indipendenza del CDU per garantire che possa continuare a esercitare il proprio mandato in modo efficace e imparziale. Noi europei dobbiamo agire affinché tutti i partecipanti onorino i loro obblighi per costruire un mondo più libero e più umano per tutti.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – La présente résolution présente les priorités de l'Union européenne pour les sessions du Conseil des droits de l'homme en 2016. Elle cherche à imposer une politique immigrationniste au moyen d'un mécanisme de pure ingérence dans la diplomatie de nations souveraines. Mais surtout, elle propose d'exclure de la sous-commission des droits de l'homme à l'ONU des pays tels que la Russie ou la Chine, pourtant membres du Conseil de sécurité des Nations unies. Ce texte délirant doit être combattu, et c'est pourquoi j'ai voté contre.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Respectarea drepturilor omului indiferent de rasă, origine, religie, clasă, castă, sex, orientare sexuală sau culoare a reprezentat întotdeauna o prioritate pentru Uniunea Europeană, statele membre având obligația garantării respectării indivizibilității drepturilor omului. În cadrul Consiliului ONU pentru Drepturile Omului se urmărește respectarea, promovarea și garantarea universalității drepturilor omului, care reprezintă una din pietrele de temelie ale unității și integrității europene. Statele membre au așadar datoria de a întreprinde acțiuni concrete pentru a facilita respectarea acestor drepturi la nivel național, dar și de a coopera pe plan internațional în vederea eliminării obstacolelor din calea exercitării drepturilor omului în toate domeniile. Prioritățile UE pentru sesiunile CDO se concentrează în jurul respectării drepturilor sociale și economice, libertății de gândire, de conștiință, de religie și de convingere. De asemenea, este prioritară problema migrației și a refugiaților, precum și a drepturilor omului, femeilor și copiilor.

M-am exprimat în favoarea acestui raport, deoarece consider că este necesară continuarea procesului de integrare a aspectelor referitoare la respectarea drepturilor omului în politicile UE.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto.* – Voto contrario. La risoluzione non propone niente ed è totalmente sbilanciata a favore della tutela di immigrati, LGBTI. Rimarca l'introduzione della cosiddetta categoria di migrante climatico tra le categorie da tutelare. Ci sono attacchi alla Russia ritenuto paese non rispettoso dei diritti umani, anche in ambito sportivo.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sulle priorità dell'Unione europea per le sessioni del Consiglio per i diritti umani delle Nazioni Unite nel 2016. Il rispetto, la promozione e la salvaguardia dell'universalità dei diritti umani costituiscono uno dei capisaldi dell'unità e dell'integrità europee e devono costituire i principi cardine della politica estera dell'UE. In particolare, come indicato nella relazione, è importante focalizzare l'attenzione su tematiche fondamentali come il rispetto dei diritti civili e politici da parte di tutte le nazioni, la tolleranza zero per la pena capitale e la tortura, nonché la tutela della libertà di pensiero, di coscienza, di religione e di credo.

Da diversi mesi stiamo assistendo alla più grave crisi umanitaria dalla Seconda guerra mondiale, dovuta al crescente numero di persone costrette a lasciare la propria terra a causa di persecuzioni, conflitti armati e cambiamenti climatici. Queste persone si dirigono verso l'Europa in cerca di protezione e di una vita migliore, affrontando viaggi pericolosi anche a rischio della propria vita. Il testo odierno evidenzia con forza anche questo elemento, mettendo in evidenza le problematiche da risolvere. Ho quindi deciso di votare in suo favore.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on the joint resolution which lays out the EU's priorities for the UN Human Rights Council's priorities for 2016. My main reasons for abstaining were that the resolution made no specific reference to human rights abusers within the Human Rights Council, it did not take a harsh enough stance on the death penalty and it made no reference at all to the Western Sahara issue or recent events in Turkey. Furthermore, the resolution was discriminatory in the protection it was willing to offer to certain religions over others.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP fully respects and is supportive of the work of the United Nations. However, we object to the EU's attempt to develop foreign relations and to interfere in the work of international institutions. As such we voted against this resolution.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Tutti gli Stati hanno l'obbligo di difendere il rispetto dei diritti umani, a prescindere dell'etnia, dall'origine, dalla religione, dalla classe, dalla casta, dal sesso, dall'orientamento sessuale o dal colore della pelle. Il rispetto, la promozione e la salvaguardia dell'universalità dei diritti umani sono parte integrante dell'acquis etico e giuridico dell'Unione europea. La coerenza interna ed esterna nel campo dei diritti umani è essenziale per la credibilità della politica estera dell'UE in materia di diritti umani.

Alla luce di quanto sopra esposto, ho votato a favore della risoluzione sulle priorità dell'UE per le sessioni del Consiglio per i diritti umani delle Nazioni Unite nel 2016.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Καταψηφίζουμε το ψήφισμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με τις προτεραιότητες της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τις συνόδους του Συμβουλίου Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων το 2016, διότι διαφωνούμε με την παράγραφο 89 που αναφέρεται στην ειρηνευτική διαδικασία στη Μέση Ανατολή.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τις προτεραιότητες της ΕΕ για τις συνόδους του Συμβουλίου των Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων κατά το 2016 αποτελεί προσπάθεια ολοκληρωμένης αντιμετώπισης των προκλήσεων που ορθώνονται μπροστά μας στο επόμενο διάστημα, τις οποίες καλούμαστε να εξετάσουμε με πνεύμα ορθολογισμού και σεβασμού των αξιών μας. Η πρόταση αυτή περιέχει πράγματι θετικά στοιχεία που συνδέονται άμεσα με την ανθρώπινη αξιοπρέπεια, τα ατομικά δικαιώματα και τις θρησκευτικές ελευθερίες ευαίσθητων κοινωνικών ομάδων που τόσο βάναυσα πλήττονται τα τελευταία χρόνια στο βωμό οικονομικών ή άλλων πολιτικών κρίσεων παγκόσμιας κλίμακας. Μολονότι οι προτάσεις που περιλαμβάνονται στην πρόταση αυτή αξιολογούνται σε γενικές γραμμές θετικά, εντούτοις δεν μπορούμε να παραβλέψουμε την ύπαρξη αμφιλεγόμενων σημείων που χρήζουν διευκρίνισης και ενδελεχούς συζήτησης. Οι προτάσεις που γίνονται στο θέμα της τρομοκρατίας αφήνουν ανοικτό το ενδεχόμενο λήψης μέτρων που θα αντιβαίνουν στα θεμελιώδη δικαιώματα των πολιτών, διότι έχει ουσιαστικά προαναγγελθεί η θέσπιση διαδικασιών profiling και η προληπτική κατανομή ανθρώπων σε φίλους και εχθρούς. Ως εκ τούτου, αποφάσισα να απόσχω από την ψηφοφορία. Το ίδιο έπραξαν και οι Ευρωβουλευτές του ΣΥΡΙΖΑ διότι θεωρούμε αναγκαίο να επανεξετάσουμε συστηματικά τους στόχους μας για το επόμενο διάστημα.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore delle proposte di risoluzione che intendono portare alla luce le priorità del Consiglio delle Nazioni Unite per i diritti umani. Questi documenti si basano sul riconoscimento di tematiche, quali i diritti civili, politici ed economici, nonché diritti delle donne e dei minori, pena capitale, immigrazione e libertà religiosa, come priorità dell'agenda per i diritti umani nel 2016.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Purtroppo ho dovuto votare contro questa risoluzione perché, nonostante il grande e meritorio lavoro svolto dal negoziatore del PPE per avere un testo accettabile nel suo complesso e nel quale fossero citate tutte le questioni importanti per noi, non siamo riusciti ad evitare che il Parlamento emettesse un severo giudizio sulla vicenda più controversa che riguarda, ad oggi, la politica internazionale: il conflitto israelo-palestinese. Non compete a noi dire chi ha ragione e chi ha torto, e, per quanto io abbia una mia idea specifica, non ritengo opportuno doverla citare in dei documenti politici, a meno che non possa essere un contributo al raggiungimento di una soluzione stabile e duratura. Poiché ciò non è avvenuto, non me la sono sentita di votare a favore ma ho voluto mostrare la mia contrarietà.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP fully respects and is supportive of the work of the United Nations. However, we object to the EU's attempt to develop foreign relations and to interfere in the work of international institutions. As such we voted against this resolution.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – No biênio 2015-2017, Portugal é membro do Conselho de Direitos Humanos das Nações Unidas. Esta resolução reveste-se, por isso, de particular importância para nós, portugueses, e apresenta um conjunto de orientações sobre os grandes desafios em 2016, bem como alguns caminhos e críticas.

Não posso deixar de destacar os desafios que se colocam no direito ao asilo, na luta contra a pena de morte e nos direitos das mulheres. Assim como também devo assinalar a recomendação de que a própria União defenda e promova os Direitos Humanos de forma coordenada e transversal a todas as suas políticas.

Finalmente, relembro que Portugal está entre o conjunto de países que respeita e promove os direitos fundamentais no seu território. Infelizmente, nem todos os membros deste Conselho da ONU o fazem. Como a resolução bem assinala, não me parece razoável que assim seja.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP fully respects and is supportive of the work of the United Nations. However, we object to the EU's attempt to develop foreign relations and to interfere in the work of international institutions. As such we voted against this resolution.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno votare a favore della risoluzione che incoraggia l'UE a partecipare attivamente e costantemente ai meccanismi per i diritti umani delle Nazioni Unite, nonché a migliorare la preparazione e il coordinamento delle politiche dell'UE per le sessioni del CDU e nell'affrontare la questione della coerenza tra la dimensioni interna ed esterna della politica europea in materia di diritti umani. Inoltre, maggiori sforzi dovranno essere intrapresi nell'adottare un approccio basato sui diritti umani e sul loro rispetto anche nelle politiche commerciali e di investimento.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de Resolución común sobre las prioridades de la UE para los períodos de sesiones del Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas en 2016 (2015/3035(RSP)) porque, si bien hay temas importantes mencionados en la propuesta de Resolución común sobre mecanismos de defensa del Derecho internacional y de los derechos humanos, no estoy de acuerdo con que la Unión Europea deba tener un rol creciente en el seno de las Naciones Unidas, que conllevaría una disminución de la soberanía nacional de los Estados miembros. Por otra parte, no comparto en absoluto el análisis de la situación ni la condena a Venezuela, así como la instrumentalización de los derechos humanos por parte de la Unión Europea, lo que me impide apoyar esta propuesta de Resolución común.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Legislativul european consideră foarte importantă problematica respectării drepturilor omului la nivel global, prin implicarea UE în mod activ și constant în toate mecanismele ONU pentru drepturile omului. Respectarea drepturilor omului trebuie să fie integrată în toate politicile, precum cele privind pacea și securitatea, cooperarea pentru dezvoltare, migrația, comerțul și investițiile, acțiunea umanitară, schimbările climatice și lupta împotriva terorismului. Reprezentantul special al UE pentru drepturile omului trebuie să continue să sporească eficacitatea, coerența și vizibilitatea politicii UE în domeniul drepturilor omului în cadrul sesiunilor Consiliului Națiunilor Unite pentru Drepturile Omului și în strânsă cooperare cu Biroul Înaltului Comisar al Națiunilor Unite pentru Drepturile Omului.

UE trebuie să dea curs recomandărilor din Evaluarea Periodică periodică Uuniversală elaborată de ONU în toate dialogurile politice ale UE cu țările în cauză, pentru a explora căile și mijloacele de punere în aplicare a recomandărilor prin strategiile naționale și regionale.

Printre prioritățile sesiunilor UNHRC în 2016, ar trebui să se numere respectarea drepturilor civile și politice, inclusiv libertatea individuală și colectivă de exprimare, libertatea de întrunire și de asociere, drepturile economice și sociale, adoptarea unei abordări bazate pe drepturile omului în ceea ce privește problematica migrației, impactul schimbărilor climatice asupra drepturilor omului, precum și respectarea drepturilor femeilor și copiilor.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which lists the European Parliament's priorities for the United Nations Human Rights Council sessions in 2016, because the report highlights a number of aspects which are essential to global development and stability in the world. Through this resolution, Parliament is calling for better defined legal criteria which will help address a number of issues within the field of human rights, such as the establishment of a legal definition of climate refugees and the recognition of climate change as a force behind the movement of people and migratory pressure, amongst others. The report also advocates for better LGBTIQ rights throughout the world and gives particular importance to expressing one's gender identity in a way which they find desirable.

As I have done in the past, I have voted against any references to sexual and reproductive health rights (SRHR) in the report, as my stance against SRHR has always been clearly against abortion.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Le petizioni e l'Iniziativa dei cittadini europei (ICE) sono strumenti che dovrebbero incrementare la partecipazione democratica, il dialogo, l'inclusione e la legittimità stessa delle istituzioni. Ma i limiti e le problematiche sono oggettivamente enormi. Il numero di ICE e di petizioni rigettate è elevatissimo, il ritardo con cui vengono esaminate e la non chiarezza degli elementi forniti ai cittadini hanno provocato un crollo della fiducia e delle aspettative in questi strumenti. Non solo: molti cittadini europei non conoscono neppure l'esistenza di queste opportunità e anche quando sono note, chi è interessato si trova ad affrontare una serie di problematiche che vanno dalla burocrazia, alla difficoltà di partecipazione attiva nell'eventuale fase di discussione, dalla esclusione della possibilità di intervento istituzionale per mancanza di competenza, sino all'assenza di una azione legislativa concreta che faccia seguito all'azione dei cittadini. Le critiche e le proposte segnalate nella relazione hanno quindi il mio voto favorevole, ma non bisogna dimenticare che ognuno di noi può svolgere un ruolo fondamentale all'interno del Parlamento europeo. Possiamo infatti essere dei reali portavoce, trasformando le petizioni dei cittadini in argomenti di discussione e di iniziativa politica, che diano un senso compiuto alla partecipazione democratica e tendano alla realizzazione di una vera Europa dei cittadini.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette proposition de résolution présente les priorités de l'Union pour les sessions du Conseil des droits de l'homme en 2016 consacrées à la défense des droits politiques, économiques et civiques, aux droits des enfants et des femmes, à la peine de mort, à la migration et à la liberté de culte. Le texte rappelle l'importance de soutenir ces priorités à travers les politiques extérieures de l'Union. Des priorités par pays seront également définies dans le cadre de la révision périodique universelle du Conseil des droits de l'homme de l'ONU. Considérant que ce rapport est équilibré, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP fully respects and is supportive of the work of the United Nations. However, we object to the EU's attempt to develop foreign relations and to interfere in the work of international institutions. As such we voted against this resolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Dans cette résolution commune, que j'ai soutenue, le Parlement européen établit les priorités de l'Union dans le cadre des sessions du Conseil des droits de l'homme des Nations Unies. Ce texte est très important car il appelle notamment à respecter les droits de l'homme dans le domaine du commerce, des services publics ou de la coopération au développement.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Le respect et la sauvegarde de l'universalité des droits de l'homme doit être un combat incessant pour l'Union européenne. Les droits de l'homme continuent d'être bafoués dans le monde, comme en témoignent les exécutions encore pratiquées par de nombreux pays, les discriminations à l'encontre des minorités ou les intimidations envers les défenseurs des droits de l'homme.

L'Union doit continuer de peser de tout son poids dans la lutte contre la peine de mort, la défense de la liberté de conscience et de religion, des droits de la femme et de l'enfant et la protection des personnes en situation de crise humanitaire. La très grave crise subie par les réfugiés qui fuient la guerre en Syrie nous rappelle cette nécessité morale.

Nous devons urgemment mettre en œuvre une politique d'asile commune et une politique migratoire efficace. Dans le même ordre d'idées, il est primordial que les membres du Conseil des droits de l'homme soient élus parmi des pays qui respectent ces droits. Il est inacceptable que certains des États membres du Conseil soient à l'origine de graves atteintes aux droits et aux libertés civiles. Des mesures correctives doivent être prises pour y remédier et éviter qu'une telle situation se reproduise à l'avenir.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – La résolution sur les priorités de l'Union européenne pour les sessions du Conseil des droits de l'homme en 2016 est à mon sens beaucoup trop asymétrique. C'est pourquoi je me suis abstenue. En effet, deux problématiques majeures ne sont pas correctement énoncées: Daesh, qui n'est évoqué qu'en fin de texte et à propos des violences à l'encontre des femmes, et les chrétiens, qui ne sont pas cités dans le paragraphe relatif aux minorités religieuses, alors qu'ils restent persécutés en Orient. En revanche, je n'ai pas voulu voter contre cette résolution, qui contient des propositions essentielles, dont la proposition de définition internationale des «réfugiés climatiques», car il existe un véritable vide juridique en la matière.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte invoque les droits de l'homme afin de justifier plusieurs types d'ingérence de l'Union européenne dans les affaires d'États souverains, voire de structures internationales, comme l'Organisation des Nations unies. Il s'appuie en outre sur la question des minorités sexuelles pour justifier l'ingérence et encourage par ailleurs le planning familial, sous couvert du droit des femmes et des enfants. Étant opposée à tout type d'intrusion dans les affaires des États et des institutions, et refusant tous les procédés d'instrumentalisation, j'ai voté contre cette résolution.

Ангел Джамбазки (ЕКР), *в писмена форма*. – Общата резолюция на Европейския парламент относно „Приоритетите на ЕС за сесиите на Съвета на ООН по правата на човека през 2016 г.“ определя позицията на ЕС на предстоящото заседание на Съвета на ООН по правата на човека през месец март в Женева. Резолюцията е всеобхватна и разглежда тематични проблеми като смъртното наказание, свободата на религията, социалните и икономически права, както и ситуацията с правата на човека в редица държави като Саудитска Арабия, Бурунди, Сирия и други.

Групата на Европейските консерватори и реформисти винаги е поставяла огромно значение на правата на човека във всички политики и отношения на ЕС с трети страни. Въпреки това, групата ни не се включи към общата резолюция, тъй като в нея е обърнато огромно внимание на правата на ЛГБТИ, което не можем да подкрепим, тъй като ние поощряваме запазването на семейните и християнските ценности. Именно поради тази причина реших да гласувам „въздържал се“.

Γεώργιος Επιτήδειος (ΝΙ), *γραφτώς*. – Ας σταματήσει η ΕΕ επιτέλους να ασχολείται με τις εσωτερικές υποθέσεις τρίτων χωρών, διότι,

— όταν σημαίνοντα κράτη μέλη έχουν εμπλακεί κατά συρροή σε άδικους και παράνομους πολέμους,

— όταν έχουν, παράνομα, εξουσιοδοτήσει τις δυνάμεις ασφαλείας τους να απαγάγουν πολίτες και να τους φυλακίζουν χωρίς δίκη σε κέντρα κράτησης σε άλλες ηπείρους,

— όταν, μαζικά και χωρίς διακρίσεις, οι περισσότερες κυβερνήσεις στην ΕΕ παρακολουθούν παράνομα τους πολίτες τους,

— όταν οι ίδιες οι κυβερνήσεις εισάγουν μαζικά στις επικράτειες τους «πρόσφυγες» και μετανάστες που μετατρέπουν την Ευρώπη σε ήπειρο βιασμών και κακοποιήσεων των γυναικών,

— όταν στην Ελλάδα υπάρχουν αμέτρητα στοιχεία για προδικαστικά κυκλώματα, για παρεμβάσεις πολιτικών στην δικαιοσύνη αλλά και για νοθείες σε εκλογικές διαδικασίες,

πως μπορεί η ΕΕ να επικαλείται την Δημοκρατία ή αρχές και αξίες της;

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag röstade för punkt 89, då jag upplever att den adekvat beskriver situationen och tydliggör att alla parter i konflikten måste följa internationell lag.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A defesa do respeito dos direitos humanos, independentemente da raça, origem, religião, classe, casta, género, orientação sexual ou cor, é uma obrigação de todos os Estados, que têm a obrigação de respeitar os direitos fundamentais das respetivas populações e o dever de tomar medidas concretas para facilitar o respeito desses direitos a nível nacional, bem como de cooperar a nível internacional, com vista a eliminar os obstáculos à consecução dos direitos humanos em todos os domínios.

Por isso, defendo que os membros do CDHNU devem ser eleitos de entre os Estados que defendem o respeito dos direitos humanos, o Estado de direito e a democracia, baseado em critérios de desempenho em matéria de direitos humanos.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Presadzovanie dodržiavania ľudských práv je povinnosťou všetkých štátov. Ľudské práva sú neoddeliteľné a navzájom prepojené a odňatie ktorýkoľvek takýchto práv má priamy vplyv na ostatné práva. Všetky štáty sú povinné dodržiavať základné práva svojich obyvateľov a podnikat kroky a opatrenia na uľahčenie dodržiavania týchto práv na vnútroštátnej úrovni, ako aj spolupracovať pri odstraňovaní prekážok pre ich uplatňovanie na medzinárodnej úrovni. Dodržiavanie a ochrana univerzálnej platnosti ľudských práv sú súčasťou etického a právneho acquis Európskej únie a tiež základným kameňom európskej jednoty. Preto musí byť dodržiavanie ľudských práv súčasťou všetkých politických oblastí. Rok 2016 je podobne ako rok 2015 rokom významných výročí práve v oblasti uplatňovania ľudských práv, mieru a bezpečnosti. Osobitne chcem pripomenúť dôležitú rezolúciu bezpečnostnej rady OSN č. 2242 o ženách, miery a bezpečnosti, na základe ktorej sa ženy stali ústredným prvkom celého úsilia o riešenie celosvetových problémov vrátane rastúceho násilného extrémizmu.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω το σύνολο των εκθέσεων για τις προτεραιότητες της ΕΕ ενόψει των συνόδων του UNHRC το 2016. Ας σταματήσει η ΕΕ επιτέλους να ασχολείται με τις εσωτερικές υποθέσεις τρίτων χωρών, διότι

— όταν σημαίνοντα κράτη - μέλη της έχουν εμπλακεί κατά συρροή σε άδικους και παράνομους πολέμους,

— όταν έχουν, παράνομα, εξουσιοδοτήσει τις δυνάμεις ασφαλείας τους να απαγάγουν πολίτες και να τους φυλακίζουν χωρίς δίκη σε κέντρα κράτησης σε άλλες ηπείρους,

— όταν μαζικά και χωρίς διακρίσεις οι περισσότερες κυβερνήσεις στην ΕΕ παρακολουθούν παράνομα τους πολίτες τους,

— όταν οι ίδιες οι κυβερνήσεις εισάγουν μαζικά στις επικράτειες τους «πρόσφυγες» και μετανάστες που μετατρέπουν την Ευρώπη σε ήπειρο βιασμών και κακοποιήσεων των γυναικών,

— όταν στην Ελλάδα υπάρχουν αμέτρητα στοιχεία για προδικαστικά κυκλώματα, για παρεμβάσεις πολιτικών στην δικαιοσύνη αλλά και για νοθείες σε εκλογικές διαδικασίες,

τότε πως μπορεί η ΕΕ να επικαλείται την Δημοκρατία ή τις αρχές και τις αξίες της;

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome this report that will highlight our main priorities for the UN Human Rights Council sessions in 2016.

I support the call on EU Member States to reinforce the EU practice of speaking with one voice as it would raise the visibility and influence of the EU as a global actor. I believe this report will encourage the EEAS, notably delegations in Geneva and New York to increase the coherence, visibility and credibility of the EU's action in the UNHRC by further development of cross-regional outreach and cooperation and on lobbying all moderate States in the UN.

We must actively oppose any attempt to undermine the concept of universality, indivisibility and interdependence of human rights, underline the need to keep special procedures and to preserve the independence and the adequate funding of the Office of the High Commissioner for Human Rights, as well as sufficient funding for regional UNHRC offices open.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Az emberi jogok egyetemességének tiszteletben tartása, előmozdítása és védelme az Európai Unió etikai és jogi vívmányainak fontos részét, valamint az európai egység és integritás egyik alapkövét képezi. Az Unió harmadik országokkal kapcsolatos fellépéseit a Lisszaboni Szerződés 21. cikke vezérli, amely megerősíti az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemességét és oszthatatlanságát, és rendelkezik az emberi méltóságnak, az egyenlőség és a szolidaritás elveinek, valamint az Egyesült Nemzetek Alapokmányában és a nemzetközi jogban foglalt elveknek a tiszteletben tartásáról;

Továbbá az emberi jogok tiszteletben tartását a békét és biztonságot, fejlesztési együttműködést, kereskedelmet és beruházást, humanitárius segélyt, klímaváltozást és terrorizmus elleni harcot érintő minden politikai területen érvényesíteni kell, minthogy ezeket a problémákat nem lehet az emberi jogok tiszteletétől elszigetelten kezelni.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor de las prioridades de la Unión Europea en esta materia. Del mismo modo, creo que es muy importante que los Estados miembros de la Unión Europea no apoyen la elección al Consejo de Derechos Humanos de países que no actúen con respeto hacia los derechos humanos, así como apoyar la independencia e integridad de la Oficina del Alto Comisionado de las Naciones Unidas para los Derechos Humanos.

Arne Gericke (ECR), schriftlich. – Ich habe heute gegen die Resolution zu den Prioritäten der EU für die Tagungen des UNHRC 2016 gestimmt, da dieser Text den groben Fehler macht, gleich zu Beginn die typisch europäische Forderung nach mehr „Gender Policy“ mit Punkt und Komma zu kopieren. Als deutscher Europaabgeordneter, Menschenrechtspolitiker und Flüchtlingsexperte sage ich – im Klartext: Es gibt zahlreiche Prioritäten, die für uns und das UNHCR auf der Hand liegen! Es muss zum Beispiel auch darum gehen, offen anzusprechen, dass die Menschen in jordanischen UN-Flüchtlingslagern leiden, weil EU-Staaten einfach kein Geld an das UNHCR überweisen. Ich weiß, darüber spricht die Politik nicht gerne – das ist nämlich grobes Versagen. Aber: Wir müssen darüber reden. Sonst können wir uns die Prioritäten schenken!

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. – Me he abstenido en la votación puesto que el análisis planteado por muchos de los países no lo compartimos. Además, según este informe, la idea es acudir a la conferencia del ACNUR con su propia agenda, para luego ver cómo implementarla en nuestras políticas, sin capacidad de influencia desde las instancias europeas y de los Estados miembros en la agenda.

Sylvie Guillaume (S&D), par écrit. – Le Conseil des droits de l'homme des Nations Unies se réunit chaque année afin de s'assurer que les États membres des Nations unies suivent ses recommandations pour renforcer la promotion et la protection des droits humains. La résolution votée le 21 janvier par le Parlement européen présente les priorités de l'Union pour la prochaine session du Conseil des droits de l'homme. Elle revêt donc une importance cruciale. J'ai voté pour cette résolution, car elle insiste sur l'importance de cette évaluation annuelle des droits de l'homme et sur la nécessité de l'indépendance et de la vigilance du Conseil des droits de l'homme. Par ailleurs, je l'ai soutenue car elle aborde de façon complète tous les droits fondamentaux: les droits civils et politiques, la lutte contre la peine de mort, les droits sociaux et économiques, les droits des enfants, les droits des minorités, les droits des femmes et des personnes LGBTI. Elle rappelle également les droits des migrants et des réfugiés et demande qu'ils soient garantis dans la mise en œuvre des politiques liées aux migrations.

Τάκης Χατζιγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Θεωρούμε ότι το ζήτημα των ανθρωπίνων δικαιωμάτων είναι κεφαλαιώδους σημασίας για την ΕΕ και τον κόσμο γενικότερα. Στο ζήτημα των ανθρωπίνων δικαιωμάτων δεν χωρούν ούτε μισόλογα ούτε παραβλέψεις λόγω άλλων συμφερόντων. Το ψήφισμα δυστυχώς δεν ανταποκρίνεται σε αυτή μας την προσδοκία και θεωρούμε ότι η ενδεχόμενη στάση είναι αυτή της αποχής. Είχαμε καταθέσει ως Ομάδα ψήφισμα το οποίο θεωρούμε πιο πλήρες, χωρίς σκοπιμότητες και πιο αντιπροσωπευτικό της σημερινής κατάστασης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στον κόσμο αλλά και στην ίδια την Ένωση.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because respect for human rights irrespective of race, origin, religion, class, caste, sex, sexual orientation or colour is an obligation on all states. This resolution reiterates its attachment to the indivisibility of human rights (whether civil, political, economic, social or cultural), which are interrelated and interdependent. The deprivation of any one of these rights has a direct and adverse impact on the others. All states have an obligation to respect the basic rights of their respective populations and a duty to take concrete action to facilitate respect for those rights at national level, and to cooperate at international level with a view to eliminating obstacles to the realisation of human rights in all areas. Having respect for, and the promotion and safeguarding of, the universality of human rights is part of the European Union's ethical and legal acquis and one of the cornerstones of European unity and integrity. The internal and external coherence in the area of human rights is essential for the credibility of the EU's human rights policy abroad.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP fully respects and is supportive of the work of the United Nations. However, we object to the EU's attempt to develop foreign relations and to interfere in the work of international institutions. As such we voted against this resolution.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I would first like to congratulate Ambassador Choi Kyong-lim as president of the UNHRC for 2016. I would also like to underline that it does not do the UNHRC justice to support the election to the Human Rights Council of countries which do not uphold respect for human rights.

The fight against racial discrimination and xenophobia is of crucial importance and must be upheld as a central goal by the UNHRC. Furthermore, the EU's position should be backed fully with respect to a zero tolerance towards the death penalty and the countries still making use of it.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Prijedlog rezolucije o prioritetima EU-a za sjednice Vijeća UN-a za ljudska prava 2016., s obzirom da se slažem s navedenim prioritetima po sljedećim tematikama: Vijeće UN-a za ljudska prava gdje se ističe da bi se članovi UNHCR-a trebali birati među državama koja poštuju ljudska prava; građanska i politička prava gdje se ističe problem promjene ustava radi produžavanja političkih mandata; socijalna i gospodarska prava i problem rastućeg siromaštva te u području poslovanja i ljudskih prava; migracija i zabrinutost zbog najveće migrantske krize nakon 2. Svjetskog rata; klimatske promjene i ljudska prava te podržavanje zaključaka Sporazuma iz Pariza, prava žena, prava djece, borba protiv terorizma, demokratizacija, integracija ljudskih prava u politike EU-a te navedeni prioriteti po državama koje su predmet univerzalnog periodičnog pregleda.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution. En effet, sous couvert de la protection des droits de l'homme, particulièrement en ce qui concerne les minorités, elle a pour ambition de s'ingérer dans les politiques des États membres.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP fully respects and is supportive of the work of the United Nations. However, we object to the EU's attempt to develop foreign relations and to interfere in the work of international institutions. As such we voted against this resolution.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur les priorités de l'Union européenne pour les sessions du Conseil des droits de l'homme en 2016. Ces priorités s'articulent autour de l'importance de diffuser les droits humains par le biais des politiques extérieures. La résolution souligne des enjeux fondamentaux pour l'Union européenne, tels que la pleine jouissance des droits civiques, politiques et économiques, la fin de l'utilisation de la peine de mort, la liberté de religion, avec une attention particulière pour le respect des femmes et des enfants.

Cette résolution a été adoptée, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte, qui oublie de rappeler que les chrétiens sont persécutés par Daesh. Nous ne parlons que de «minorités religieuses». Rien non plus sur les persécutions dont font l'objet les Juifs, y compris dans les pays développés, comme les nôtres en Europe.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diese Entschließung ist nichts weiter als ein stark ideologisch verbrämter Forderungskatalog, der, anstatt zu analysieren, Werturteile vornimmt. Darüber hinaus sieht er in letzter Konsequenz einen Ausbau der europäischen Einmischung vor. Dies widerspricht meinen Ansichten in vielerlei Hinsicht, weshalb ich dagegen stimme.

Илхан Кючюк (ALDE), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията, защото за едно десетилетие Съветът на ООН по правата на човека се утвърди като платформа, която идентифицира и предлага отговори на днешните предизвикателства, свързани с правата на човека. Той служи и като основна отправна точка за научни изследвания относно правата на човека, образованието, публичната информация, както и дейности по застъпничество в системата на ООН.

Гледайки от тази перспектива, не трябва да ни изненадва, че виден шампион по човешките права като ЕС, който насърчава и защитава правата на човека както в самия Съюз, така и извън своите граници, предоставя изчерпателна политическа и финансова подкрепа в тази насока. Именно от позицията на водещ политически и финансов поддръжник по правата на човека ЕС трябва да продължи да поставя и да изразява своята загриженост на международната сцена относно нарушенията на човешките права. В това число и в някои от членовете на Съвета.

Считам, че е абсолютно наложително да бъдат въведени основни критерии за членство в Съвета на ООН по правата на човека. Страните трябва да бъдат избирани сред тези, които поддържат високо ниво на човешките права. Само тогава ще може да се гарантира, че Съветът ще упражнява мандата си по ефективен и безпристрастен начин, а няма да бъде субективен или зависим.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur les priorités de l'Union européenne pour les sessions du Conseil des droits de l'homme en 2016. Je regrette un certain nombre d'asymétries dans les priorités évoquées dans ce rapport. En effet, alors que l'organisation «Etat islamique» constitue aujourd'hui la principale menace pour les droits de l'homme dans le monde, celle-ci n'est évoquée qu'au paragraphe 6, uniquement au sujet des violences faites aux femmes. Par ailleurs, les chrétiens d'Orient ne sont nullement cités parmi les minorités religieuses persécutées de par le monde. L'ampleur des sévices infligés à celles-ci est largement sous-estimée par le paragraphe 81, qui n'évoque malheureusement pas les meurtres, massacres et graves exactions qu'elles subissent. Enfin, j'ai voté contre le paragraphe 89, concernant le processus de paix au Moyen-Orient, que j'estime fortement déséquilibré au détriment d'Israël.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur les priorités de l'Union européenne pour les sessions du Conseil des droits de l'homme en 2016. Il s'agit d'un catalogue assez complet des motifs d'ingérences de l'Union sous le prétexte des droits de l'homme. Ce texte est pro-immigration dans le sens où il entend souligner uniquement les obligations des pays d'accueil. Il demande notamment une définition du concept de «réfugié climatique». Le paragraphe 31 exige que les États membres de l'Union européenne respectent le droit de demander l'asile et d'en bénéficier. Or, ce texte aurait été une l'occasion de dénoncer le fait que ce n'est pas le cas de l'Arabie saoudite et du Qatar, par exemple.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution. Sous le prétexte de la défense des droits de l'homme, elle ne fait en réalité qu'exposer – et justifier – les motifs d'ingérence de l'Union dans les affaires nationales des États souverains.

En outre, elle rappelle seulement les obligations des États membres en matière d'immigration. Fermement opposé à la logique pro-immigrationniste constamment mise en œuvre par l'Union européenne, je ne pouvais que m'opposer à ce texte.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Jsem proti usnesení, jelikož svádí současnou migrační vlnu na zemské klima a nepřiměřeně se vměšuje do izraelsko-palestinského sporu, vyzývá k uplatňování institutu registrovaného partnerství ve světě, to by ale mělo být ponecháno na jednotlivých zemích.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Prijedlozi rezolucija odnose se na potrebu za dodatnim potvrđivanjem važnosti određenih stavki vezano uz Vijeće ljudskih prava UN-a. Konkretno, predlažu kako je potrebno implementirati sve prijedloge po pitanju ljudskih prava, s naglaskom na sve oblike diskriminacije, ksenofobije i slične netolerancije. Nadalje, rezolucije ističu kako bi države članice trebale imati nultu toleranciju prema smrtnim kaznama. Rezolucije također spominju važnost slobode izražavanja mišljenja, religije i vjerovanja, kako svi trebaju podjednako uživati u ljudskim pravima s posebnim naglaskom na izbjeglice.

Podržala sam rezolucije budući da smatram kako je uvijek potrebno iznova potvrđivati važnost ljudskih prava, bez bilo kojeg oblika diskriminacije.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Dodržiavanie ľudských práv je prirodzenou súčasťou práva členských krajín aj samotnej Únie a musí byť premietnuté aj do všetkých vonkajších politik EÚ vrátane obchodu, investícií, verejných služieb, rozvojovej spolupráce a do spoločnej bezpečnostnej a obrannej politiky. Prostredníctvom politického dialógu a diplomatickými cestami treba presadzovať dodržiavanie ľudských práv aj v tretích krajinách.

Európska únia musí v tomto zmysle posilniť svoje postavenie a vplyv v medzinárodných zoskupeniach (najmä v OSN a UNHCR). Všetky sily treba sústrediť na elimináciu problémov v nečlenských krajinách Európy, v Afrike a na preventívne riešenie príčin konfliktov.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφώς*. – Απέχω από την ψηφοφορία επί της κοινής πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τις προτεραιότητες της ΕΕ για τις συνόδους του ΣΑΔΗΕ κατά το 2016 λόγω των πολλών αδυναμιών της πρότασης.

David Martin (S&D), *in writing*. – I am pleased that this resolution ‘expresses deep concern about the targeted attacks on human rights defenders, journalists and their family members; strongly condemns political violence, summary executions and other human rights violations; urges the Burundian authorities to end these violations and abuses as a matter of critical and urgent priority and to conduct impartial and independent investigations with a view to bringing those responsible to justice and providing victims with redress’.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La proposta di risoluzione sulle priorità dell'UE per le sessioni 2016 del Consiglio delle Nazioni Unite per i diritti umani, mi trova favorevole. Il rispetto dei diritti umani e della dignità, così come i principi di libertà, democrazia, uguaglianza e Stato di diritto, rientrano tra i valori comuni a tutti gli Stati membri dell'Unione europea e che ispirano l'azione dell'Unione sia all'interno che all'esterno delle sue frontiere. Tutti gli Stati hanno l'obbligo di difendere il rispetto dei diritti umani, a prescindere dalla razza, dall'origine, dal sesso o dal colore della pelle e tale rispetto dei diritti umani deve essere integrato in tutti gli ambiti, come ad esempio nelle politiche in materia di pace e sicurezza, di migrazione, di commercio e investimenti, lotta al terrorismo.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – He dado mi apoyo a la propuesta de Resolución común sobre las prioridades de la UE para los períodos de sesiones del Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas en 2016. Aunque hemos avanzado mucho en la materia, todavía tenemos muchos retos por delante para defender los derechos, sobre todo de los colectivos más vulnerables.

Existen países que nos preocupan de forma especial, como recoge este informe, como Venezuela. Por eso, acogemos con satisfacción la celebración de elecciones el pasado 6 de diciembre. Pero es necesario insistir en la importancia de la defensa de la Constitución y del respeto de los derechos humanos, así como de cumplir la voluntad del pueblo venezolano en las urnas. Venezuela tiene el reto de cumplir una amplia gama de cuestiones relacionadas con los derechos humanos: desde la impunidad y la rendición de cuentas por asesinatos extrajudiciales cometidos, entre otros, por las fuerzas de seguridad, hasta la detención y la privación de libertad arbitrarias, el derecho de los presos políticos a un juicio justo, y la independencia del poder judicial, la libertad de reunión y de asociación y la libertad de los medios de comunicación.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Forderungskatalog enthält ideologische Wertungen, welche meinen Ansichten widersprechen. Den Ausbau europäischer Einflüsse in nationale Angelegenheiten sowie eine weitere Bevormundung lehne ich ab. Daher stimme ich gegen diesen Antrag.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le Parlement européen prend ici position en amont de la prochaine réunion du Conseil des droits de l'Homme de l'ONU. Pour une fois, la résolution condamne fermement l'Arabie saoudite et sa nomination à la tête de la commission onusienne. Elle demande également une définition internationalement reconnue du concept de «réfugié climatique» ainsi que la participation des États membres aux travaux sur un instrument contraignant de respect des droits de l'homme par les multinationales, lancés par l'Équateur. Mais à travers une énumération de bonnes intentions générales, contre la peine de mort, pour les droits des femmes (mais sans évoquer le droit à l'avortement), l'Union européenne prétend faire la leçon au reste du monde. Elle demande par exemple «à tous les pays d'adopter une stratégie fondée sur les droits de l'homme à l'égard de la migration» alors que les États membres de l'Union érigent des murs et dépouillent les réfugiés. Je ne peux cautionner tant d'hypocrisie, mais pour ne pas nuire au travail de l'ONU sur la question des droits de l'homme, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Sous le prétexte de la défense des droits de l'homme, particulièrement en ce qui concerne les minorités, la proposition de résolution a pour but de s'ingérer dans les politiques des États membres. J'ai donc voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A União Europeia enfrenta, atualmente, inúmeros desafios, desde a crise humanitária que representa a vaga de pedidos de asilo, às alterações climáticas, à luta contra o terrorismo, que exigem da União uma ação concertada e cooperação reforçada.

Nas sessões do CDHNU, a União Europeia deve liderar o processo a uma só voz para enfrentar os desafios internos e externos.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted against the resolution because despite the many positive elements it contains, the final version contained unacceptable references to sexual and reproductive health rights.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – In deze resolutie heeft het Europees parlement zijn prioriteiten opgelijst voor de UNHRC-zittingen in 2016. Het eerbiedigen, bevorderen en waarborgen van het universele karakter van de mensenrechten maakt deel uit van het juridische en ethische acquis van de Europese Unie. Het respecteren en uitdragen van het respect van de mensenrechten staat centraal in het buitenlands en multilateraal optreden van de Europese Unie. Europa moet te allen tijde haar voortrekkersrol inzake het beschermen van de mensenrechten, zowel in Europa als in de wereld, blijven vervullen.

In deze resolutie wordt een lijst van thema's opgesomd, zoals migratie en mensenrechten, het streven naar een moratorium op de doodstraf en folteringen, de vrijheid van godsdienst en overtuiging, waarvan gevraagd wordt deze door de Mensenrechtenraad te bespreken. De gebeurtenissen van de voorbije maanden tonen ons aan dat het respect voor de mensenrechten en de universele waarden absoluut gevrijwaard moeten blijven.

Hoewel ik de inzet en het doel van deze resolutie onderschrijf heb ik mij bij de eindstemming onthouden omdat aan deze resolutie een lijst van landen is toegevoegd waarvoor de universele periodieke doorlichting wordt gevraagd en waar Rwanda niet hoeft toe te behoren.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Návrh uznesenia vymenúva rôzne oblasti, ktoré budú predstavovať priority Európskej únie na zasadnutiach Rady OSN pre ľudské práva v roku 2016. Európa, ale aj celý svet čelia v ostatnom čase nevídaným zmenám v spoločnosti a zároveň najzávažnejšej humanitárnej kríze od druhej svetovej vojny. Pomery migrantov sú mimoriadne zlé. Celá táto problematika vážne ovplyvňuje situáciu v Európe, preto oceňujem, že problém utečencov patrí medzi témy, ktoré sa stali prioritou Európskej únie. Netreba však zabúdať ani na ostatné oblasti, v ktorých sme zaznamenávali porušovanie základných práv ešte predtým, ako prepukla utečenecká kríza. Medzi tieto oblasti zaraďujem najmä práva žien a práva detí. Ide o dve skupiny, ktoré si vždy vyžadujú osobitný prístup, a to v každom čase. V období stále sa stupňujúcich násilností na Blízkom východe je situácia žien a detí v tejto oblasti skutočne desivá. Európska únia sa musí rázne postaviť za ochranu ľudských práv na Blízkom východe a odsúdiť súčasnú situáciu, ktorá nerešpektuje základné slobody a práva. Víтам ustanovenia, ktoré sa riešením situácie zaoberajú.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A jelzett tárgyan hét politikai csoport: a PPE, az ALDE, a GUE/NGL, a Verts/ALE, az EFDD, az ECR és az S&D nyújtott be állásfoglalásra irányuló indítványt. Közülük a PPE, az ALDE, a Verts/ALE, az EFDD és az S&D megállapodásra jutott az állásfoglalás tartalmát illetően. Szavazatommal a kompromisszumos javaslatot támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Subscrevo que o respeito, a promoção e a salvaguarda da universalidade dos direitos humanos fazem parte do acervo jurídico e ético da União Europeia. São princípios fundamentais da unidade e da integridade europeias, bem como garantes da coerência interna e externa no domínio dos direitos humanos nas relações externas.

Destaco a minha consternação perante as constantes violações dos direitos das mulheres, o aparecimento de grupos extremistas violentos, como o Boko Haram na África Ocidental ou o EI na Síria e no Iraque, e a violência contra as pessoas mais vulneráveis.

Realço ainda a situação dos refugiados e migrantes, um dos maiores flagelos humanitários dos últimos tempos, criada pelo aumento exponencial de pessoas obrigadas a abandonarem os seus países, devido a conflitos armados e à violência generalizada. Todos os países devem salvaguardar os direitos dos migrantes e dos refugiados nas políticas de migração, tendo especial atenção aos grupos marginalizados e desfavorecidos, como as mulheres e as crianças.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenue lors du vote de cette résolution, qui porte sur les sujets prioritaires que l'Union européenne souhaite voir figurer lors des sessions du Conseil des droits de l'homme de l'ONU en 2016. Ce texte demande notamment l'instauration de corridors migratoires à partir du Moyen-Orient, ce à quoi je suis fermement opposée. Je considère que les graves difficultés économiques dans la plupart des pays européens ne permettent pas d'encourager l'immigration. Je me suis de même opposée à la politique des quotas de migrants proposée par la Commission européenne en 2015.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Ne pouvant être présent aux votes qui se sont tenus le jeudi 21 janvier, je tiens à faire part de mon soutien à la résolution relative aux priorités de l'Union européenne pour le Conseil des droits de l'homme des Nations unies, qui réaffirme ses positions dans le domaine du droit, de la démocratie, de la justice internationale et de la lutte antiterroriste.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az ENSZ Emberi Jogi Tanácsának fontos kapcsolata az Európai Unióval megkérdőjelezhetetlen, hiszen a szervezet mindennapi munkája az emberi jogok helyzetének vizsgálására és védelmére irányul. A mi dolgunk az volt, hogy egy olyan állásfoglalási indítványt fogadjunk el, amely megfelelően közvetíti az Európai Unió prioritásait az EJT felé. Az Európai Parlament által bemutatott indítvány olyan lényeges területekre irányul, mint a terrorizmus elleni hatékony küzdelem, emberi jogok és migráció, hátrányos megkülönböztetés elleni harc, gazdasági, szociális és kulturális jogok gyakorlása. Véleményem szerint egy alaposan átgondolt és jól megfogalmazott indítványt kaptunk, amit szavazatommal én is támogattam.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The United Nations Human Rights Council has appointed Ambassador Choi Kyong-lim as President for 2016. I have voted for this resolution that should set out the priorities of the United Nations Human Rights Council for 2016.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, întrucât consider că respectarea, promovarea și garantarea universalității drepturilor omului fac parte din cultura etică și juridică a Uniunii Europene. Toate statele au obligația de a garanta respectarea drepturilor omului indiferent de rasă, origine, religie, clasă, castă, sex, orientare sexuală sau culoare. Susțin raportul votat astăzi, întrucât prezintă situația în care se găsesc unele țări terțe și problemele acestora din punctul de vedere al respectării drepturilor omului, dar și prioritățile și acțiunile UE în acest domeniu. UE își redeclară toleranța zero pentru pedeapsa cu moartea, își exprimă îngrijorarea cu privire la modificarea constituției întreprinsă în unele țări cu scopul de a crește limita stabilită pentru numărul de mandate prezidențiale și subliniază faptul că comunitățile minoritare trebuie promovate în vederea obținerii egalității acestora în toate domeniile vieții.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der Bericht inhaltlich sehr starke ideologische Wertungen hat, die meinen Ansichten mehrheitlich widersprechen. Der Bericht fordert Einrichtungen wie zum Beispiel humanitäre Korridore und Visa für alle Flüchtlinge.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ÜRO Inimõiguste Nõukogul on maailma mastaabis oluline roll inimõiguste kaitsmisel ja nende rikkumiste tähelepanu juhtimisel. Resolutsioonis juhitakse tähelepanu pea kõigile meie ees seisvatele väljakutsetele, nagu ränne, inimõiguste kaitsjate ahistamise probleem, surmanuhtluse kaotamine, usuvabaduse kaitsmine.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP fully respects and is supportive of the work of the United Nations. However, we object to the EU's attempt to develop foreign relations and to interfere in the work of international institutions. As such we voted against this resolution.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerando che tutti gli esseri umani nascono liberi e eguali in dignità e diritti e che a ogni individuo spettano tutti i diritti e tutte le libertà enunciate nella Dichiarazione dei diritti umani, senza distinzione alcuna. Credo, personalmente che ogni organo della società, avendo costantemente presente questa Dichiarazione, si debba sforzare di promuovere, con l'insegnamento e l'educazione, il rispetto di questi diritti e di queste libertà. Inoltre, cosa non meno importante, si dovrà occupare di garantire, mediante misure progressive di carattere nazionale e internazionale, l'universale ed effettivo riconoscimento e rispetto tanto fra i popoli degli stessi Stati membri, quanto fra quelli dei territori sottoposti alla loro giurisdizione. Accoglierei, quindi, con favore ed entusiasmo le proposte di risoluzione e voterei positivamente.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – The EU should maintain its leadership position in influencing the global human rights agenda. I am inclined towards approaching third countries from a humble position, not with a moderate scale of human rights, but by understanding the identity of third countries and finding ways of promoting human rights in a way that the right conditions for improvement are created, searching for respect and joint sharing points.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Nisam mogla podržati ovaj zajednički prijedlog rezolucije o prioritetima Europske unije za sjednice Vijeća UN-a za ljudska prava za 2016. godinu budući da smatram kako u njemu prioriteta EU-a nisu predstavljeni na primjeren način. Dok pozdravljam većinu prijedloga koji su obuhvaćeni ovom zajedničkom rezolucijom te su ispravno usmjereni prema očuvanju temeljnih vrijednosti EU-a, među kojima je i zaštita ljudskih prava u cijelome svijetu, ipak smatram kako pojedini dijelovi rezolucije izlaze izvan okvira djelovanja Vijeća UN-a za ljudska prava. Vijeće je odgovorno za promicanje i zaštitu ljudskih prava te rješavanje situacija kršenja ljudskih prava. Odgovornost Vijeća ista je i kada govorimo o situaciji na Bliskom Istoku – Vijeće može i mora promicati zaštitu ljudskih prava u područjima sukoba zalažući se za prekid nasilja i uspostavu mira. Međutim, rješavanje bliskoistočnog sukoba, iako ovisno o poštovanju ljudskih prava, nije isključivo. Uspostava mira na Bliskom Istoku seže mnogo dalje od djelokruga Vijeća UN-a za ljudska prava. Bliskoistočni sukob pun je specifičnosti i kao takav zahtjeva specifičan pristup. EU mora osuditi sve počinjene zločine te djelovati kao posrednik i poticatelj dijaloga koji teži uspostavi mira i održivog rješenja za dobrobit svih ljudi koji žive na području Izraela i Palestinske samouprave.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Il rispetto, la promozione e la difesa dei diritti umani sono parte integrante dell'azione esterna dell'Unione europea. Tuttavia, le sfide globali hanno evidenziato la necessità di un più forte impegno dell'Unione per la tutela dei diritti umani all'interno dei propri confini. Questo è particolarmente vero in materia di migrazione e asilo dove, pur affermando come principio fondamentale il rispetto di tali diritti, alcuni Stati membri richiamano l'attenzione sulla necessità di migliorare il controllo alle frontiere senza però al contempo immaginare misure per facilitare la migrazione legale o l'accesso sicuro all'asilo nell'UE. In tal senso, è fondamentale che l'Unione europea cooperi con l'UNHCR e sviluppi una strategia che agisca alla radice del fenomeno e assicuri che gli Stati rispettino le leggi internazionali e il principio di non respingimento e stabiliscano una cooperazione umanitaria transnazionale. L'Unione ha altresì bisogno di intensificare gli sforzi per la tutela dei diritti LGBT, e di agire contro gli atti di violenza individuale e politica perpetrati sulla base dell'orientamento sessuale. È fondamentale infine che l'UE sviluppi una strategia di *mainstreaming* della dimensione di genere, al fine di ridurre i divari e le violenze di genere, e di rafforzare la partecipazione femminile a tutti i livelli del processo decisionale.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Rezolucija bi trebala istaknuti situaciju 2016. godine u Gruziji, Izraelu/Palestini, Libanonu, Mauritaniji, Mjanmaru, Nepal, Omanu, Ruandi, Južnom Sudanu, Venezueli kao i u zemljama gdje je situacija poštivanja ljudskih prava kritična kao u Siriji, Burundiji, Jemenu i Saudijskoj Arabiji. Rezolucija ponavlja važnost aktivnog i dosljednog angažmana EU-a u svim mehanizmima UN-a za ljudska prava, a posebice na sjednici Trećeg odbora Opće skupštine UN-a i Vijeća UN-a za ljudska prava, uviđa napore ESVD-a, izaslanstava EU-a u New Yorku i Ženevi i država članica na povećanju usklađenosti EU-a u pitanjima ljudskih prava na razini UN-a pravovremenim i sadržajnim savjetovanjima te na slanju „jednoglasne poruke“. Rezolucijom se također potiče EU da uloži više truda u izražavanje svojeg stajališta, između ostalog, jačanjem sve češće prakse pokretanja međuregionalnih inicijativa i sudjelovanjem u oblikovanju rezolucija i preuzimanjem vodeće uloge u tom procesu te ističe potreba za jačom vidljivosti djelovanja EU-a na multilateralnim forumima. U potpunosti se slažem s ovim pozivima i smjernicama zbog čega sam podržao spomenutu rezoluciju.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Výbor pro lidská práva OSN je organizací kritizovanou snad ze všech možných úhlů, což je bezesporu jeden z indikátorů, že svou práci odvádí dobře. Jedním z nejdůležitějších vodítek pro Výbor pro lidská práva OSN je také usnesení Evropského parlamentu v této věci, které představuje priority EP v oblasti ochrany lidských práv ve světě. Usnesení jsem bez větších výhrad podpořil. Zdržel jsem se však hlasování o otázce vytváření humanitárních koridorů pro uprchlíky směrem do zemí EU. V této chvíli není zřejmé, co se tolik diskutovaným zavedením humanitárních koridorů myslí. Na jedné straně se může jednat o efektivní nástroj pro ulehčení úniku lidí z oblastí ohrožených válkou, na straně druhé může znamenat vytvoření „dálnice“ do Evropy a ne zamýšlenou katalýzu ekonomické migrace. To by v konečném důsledku zhoršilo situaci pro ty uprchlíky, kteří skutečně utíkají za účelem záchrany vlastního života. Vítám bezpochyby zmínku o nutnosti definovat klimatické uprchlictví. Není pochyb o tom, že probíhající klimatické změny ohrožují mnohé obyvatele střední Afriky a ti se pohybují směrem do klimaticky přijatelnějších oblastí. S ohledem na potenciální masovost tohoto pohybu je již nyní nutné připravit a vytvořit vhodný právní rámec pro klimatickou migraci.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Současná složitá mezinárodní situace přináší bezprecedentní množství lidskoprávních výzev, které si vyžadují jasné odpovědi a opravdu globální a funkční systém, jak s porušováním lidských práv bojovat. Jako sociální demokrat jsem přesvědčen, že členové UNHRC by měli být voleni mezi státy, které dodržují lidská práva a zásady právního státu a demokracie. Zároveň jsem znepokojen tím, že některé země přijaly ústavní změny, které mají za cíl změnit časové omezení výkonu funkce prezidenta. Mezi nejdůležitějšími tématy, kterým se usnesení věnuje, lze vyjmenovat: nárůst extrémní chudoby, nulová tolerance EU vůči trestu smrti, nezbytnost přístupu k migraci na základě lidských práv a zavedení opatření, která by posílila vedoucí postavení žen a jejich účast na všech úrovních rozhodovacího procesu. Na závěr bych rád zmínil, že navzdory obecnému přesvědčení dochází ve většině zemí podléhajících všeobecnému pravidelnému přezkumu k jednoznačně pozitivnímu vývoji.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně*. – Navržené priority Evropské unie pro zasedání Rady pro lidská práva plně nepodporuji. I přes některé výhrady jsem se ovšem zdržel hlasování. Členské státy Evropské unie vyznávají hodnoty demokracie, občanských svobod a právního státu, a tudíž bychom měli koordinovat postupy na půdě mnohem početnějšího tělesa, jakým je OSN. Vítám snahu podporovat občanská a politická práva, svobodu vyznání v těch zemích, ve kterých jsou tyto hodnoty pošlapávány. Na druhou stranu bych chtěl vyjádřit výhrady vůči části týkající se mírového procesu na Blízkém východě. Nesouhlasím s jednostranným odsouzením Izraele a označením izraelských osad jako nelegálních. Izraelsko-palestinský konflikt není černobílý a Evropská unie by měla přistupovat k podobným komplexním bodům opatrně s ohledem na obě strany a neodsuzovat akce pouze jedné z nich. Hlavní prioritou je podpořit dialog mezi stranami, jelikož to jsou právě místní zástupci, kteří musí usednout k jednacímu stolu a dojít ke společné dohodě. Vnější odsuzování jednoho aktéra tomuto procesu nepřispěje.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W projekcie rezolucji zawarto wprawdzie wiele słuszných zaleceń dotyczących priorytetów UE na sesjach UNHCR, jednak głosowałem przeciwko rezolucji jako całości, ponieważ nie zgadzam się z jej podstawowymi założeniami w zakresie m.in. polityki UE wobec stosowania kary śmierci w wymiarze globalnym, afirmacji praw osób LGBTI, próbami rozszerzenia stosowania pełnych usług z zakresu zdrowia reprodukcyjnego oraz zwiększenia presji na państwa członkowskie UE w kwestii migracji.

Ponadto nie do przyjęcia jest fakt, że w tekście rezolucji nie uwzględniono *expressis verbis* przypadków łamania praw człowieka w Rosji, Iranie czy Chinach.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Vítám, že dnes komplexně projednáváme záležitosti lidských práv ve světě. Pravidelně zařazené aktuální body bohužel potvrzují, že situace lidských práv ve světě se v poslední době nezlepšuje. Zprávu považují za pozitivní, ale vzhledem k některým nejasným a sporným formulacím jsem se musel zdržet hlasování.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O Conselho dos Direitos do Homem das Nações Unidas (CDHNU) é uma parte do corpo de apoio à Assembleia Geral das Nações Unidas, instituída para avaliar a situação dos direitos humanos em todos os Estados membros da organização.

Por forma a alcançar a compreensão plena da situação dos direitos humanos em todos os Estados membros, o CDHNU dispõe de um mecanismo de Exame Periódico Universal. O exame aprecia a situação das partes, aconselhando a Assembleia Geral sobre a promoção e salvaguarda os direitos humanos, por um lado, e formula recomendações específicas aos Estados membros, que se destinam a imprimir mudanças reais no terreno, por outro.

Não obstante as recomendações contidas no Exame Periódico Universal, alguns membros do Conselho dos Direitos do Homem encontram-se entre os mais graves infratores em matéria de direitos humanos. Neste sentido, e em ordem a poder dar seguimento às recomendações do CDHNU, o relator insta a União Europeia e os seus Estados-Membros a explorarem formas e meios de aplicar as recomendações do CDHNU.

Posto o que precede, votei a favor da presente resolução do Parlamento Europeu, na qual se reafirma a universalidade dos direitos humanos e, bem assim, a obrigação de a fazer valer.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP fully respects and is supportive of the work of the United Nations. However, we object to the EU's attempt to develop foreign relations and to interfere in the work of international institutions. As such we voted against this resolution.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Este relatório manifesta profunda preocupação pelos direitos humanos e valores democráticos (como, por exemplo, a liberdade de expressão, pensamento, consciência e religião), bem como com o facto de o espaço público destinado à sociedade civil ser cada vez mais reduzido e de um número crescente de defensores dos direitos humanos ser alvo de ataques em todo o mundo.

O relatório foi votado favoravelmente, visto que insta a UE e os Estados-Membros a redobram os seus esforços para colocarem os direitos humanos e os valores democráticos no centro das suas relações com o resto do mundo, e reitera a importância de assegurar uma maior coerência entre as políticas internas e externas da UE.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Arabie saoudite, Burundi, Cuba, Maldives, Venezuela... Autant de pays qui violent les droits de l'homme de manière flagrante et généralisée et qui figurent pourtant parmi les 47 pays siégeant au Conseil des droits de l'homme des Nations unies. Comble de l'ironie, c'est cet organe intergouvernemental, créé en 2006, qui a la responsabilité de renforcer la promotion et la protection des droits de l'homme autour du globe. Bref, ce Conseil est une pantalonnade et justifierait une réforme de fond en comble! C'est la raison principale de mon opposition lors du vote final sur la résolution adoptée ce midi par le Parlement européen sur les priorités européennes du Conseil des droits de l'homme pour 2016.

Il y a de quoi s'interroger aussi sur le parti pris qui a prévalu à l'établissement d'une liste subjective de pays: pourquoi le Rwanda se retrouve-t-il dans la liste infamante sans aucun mot d'encouragement pour tout ce qu'a mis en place le président Kagame? Pourquoi pas le Zimbabwe, les Maldives et tant d'autres? Pourquoi à nouveau Israël et le Proche-Orient, sans même déplorer les assassinats au couteau de civils israéliens. Une subjectivité coupable qui ne fait pas honneur à ce Parlement européen.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur les priorités de l'Union européenne pour les sessions du Conseil des droits de l'homme (CDH) en 2016. Le CDH contribue fortement aux efforts internationaux en matière de promotion et de respect des droits de l'homme et il est dès lors important de soutenir ses actions.

Parmi les priorités du Parlement européen figurent le respect des droits civils et politiques, notamment la tenue régulière d'élections libres et légitimes au suffrage universel et égalitaire; la liberté des médias, des organisations de la société civile et des défenseurs des droits de l'homme; la sécurité des travailleurs humanitaires; l'abolition de la peine de mort; la liberté de pensée, de conscience, de religion et de conviction; le respect des droits de l'homme dans la résolution de la crise migratoire et environnementale; la cohérence des politiques intérieures et extérieures de l'Union en matière de droits de l'homme.

Enfin, je tiens à rappeler l'importance de l'examen périodique universel, qui évalue la situation des droits de l'homme dans tous les États membres des Nations unies. J'espère que l'Union fera tout ce qui est en son pouvoir pour veiller à ce que les recommandations soient mises en œuvre dans les pays concernés.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Os membros do Conselho dos Direitos Humanos das Nações Unidas (CDHNU) devem ser eleitos de entre Estados que defendam o respeito pelos direitos humanos, o Estado de direito e a democracia.

Os Estados Membros da ONU devem promover critérios baseados no desempenho em matéria de direitos humanos como condição para que um Estado possa ser eleito como membro do CDHNU. Preocupam-nos as violações dos direitos humanos em alguns Estados-Membros do CDHNU recentemente eleitos. Daí a importância da universalidade do Exame Periódico Universal (EPU), a fim de alcançar uma compreensão plena da situação dos direitos humanos em todos os Estados Membros da ONU.

Neste exame é necessário também assegurar a participação de um vasto leque de partes interessadas, nomeadamente a sociedade civil.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He apoyado esta propuesta de Resolución común mediante la cual el Parlamento establece sus prioridades para los periodos de sesiones del Consejo de Derechos Humanos de las NN.UU.

Con ella, el Parlamento se congratula del nombramiento del embajador Choi Kyong-lim como presidente del CDH para 2016 e insiste en que se apliquen las recomendaciones del Relator Especial sobre las formas contemporáneas de racismo, discriminación racial, xenofobia y formas conexas de intolerancia para combatir la propagación del odio y la incitación al odio racial, étnico y xenófobo. Asimismo, condena el acoso permanente y la privación de libertad de que son víctimas defensores de los derechos humanos y opositores en varios terceros países.

Igualmente, da prioridad a la lucha contra el terrorismo, derechos sociales y económicos, derechos de la infancia, derechos de la mujer, derechos de las personas LGTBI, migración y refugiados, pena de muerte, libertad de prensa o cambio climático. Además, insiste en que los Estados miembros refuercen su coordinación en las NN.UU.

En cuanto a los países sometidos al examen periódico universal, el Parlamento se centra en Georgia, el Líbano, Mauritania, Myanmar/Birmania, Nepal, Ruanda, Sudán del Sur, Venezuela, Siria, Burundi, Arabia Saudí y Bielorrusia, y en el proceso de paz en Oriente Próximo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui exprime son inquiétude face aux révisions des constitutions, entreprises par certains pays pour modifier le nombre maximal de mandats présidentiels, un sujet qui, dans certains cas, a donné lieu à des actes de violence liés aux élections.

Le texte rappelle également que la liberté d'expression, de même qu'un environnement dynamique et propice à une société civile indépendante et plurielle sont des conditions indispensables à la défense du respect des droits de l'homme.

Le texte adopté condamne le harcèlement et la détention continus de défenseurs des droits de l'homme et de figures de l'opposition par les forces gouvernementales dans un certain nombre de pays tiers. Il réaffirme également la tolérance zéro de l'Union européenne en ce qui concerne la peine de mort, ainsi que son opposition de longue date à la torture et aux peines et traitements cruels, inhumains ou dégradants dans tous les cas et en toutes circonstances.

Ce texte souligne aussi qu'il importe que l'Union européenne continue de promouvoir le moratoire sur la peine de mort comme première étape en vue de son abolition et qu'il y a lieu d'encourager une égalité absolue pour les minorités présentes dans les pays tiers dans tous les domaines de la vie économique, sociale et politique.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de resolução, da qual sou um dos subscritores, diz respeito às prioridades da União Europeia para as sessões do Conselho de Direitos Humanos da ONU (CDHONU) em 2016, uma vez que este documento plasma de uma forma que considero bastante pertinente os temas da atualidade no que diz respeito ao pleno exercício dos nossos direitos fundamentais.

Desde logo, a importância do pleno usufruto dos nossos direitos civis, políticos, religiosos e mesmo económicos - como o nosso direito de voto, de assembleia, de imprensa ou de liberdade de fé; ainda a importância da proteção dos direitos das mulheres e muito principalmente dos direitos das crianças, o fim da pena de morte e ainda, as migrações e o massivo volume de refugiados atualmente em trânsito um pouco por todo o globo, mas principalmente na Europa. Apesar de serem temáticas que estão na ordem do dia, nem sempre assumem o cerne das agendas políticas - é por isso que considero absolutamente essencial agir na defesa destes princípios em todas as reuniões no âmbito do CDHONU.

Assim, e por considerar de extrema importância a inclusão da defesa intransigente dos Direitos Humanos na ação externa da União, votei favoravelmente esta resolução.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación puesto que el análisis planteado por muchos de los países no lo compartimos. Además, según este informe, la idea es acudir a la conferencia del ACNUR con su propia agenda, para luego ver cómo implementarla en nuestras políticas, sin capacidad de influencia desde las instancias europeas y de los Estados miembros en la agenda.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de Resolución común sobre las prioridades de la UE para los períodos de sesiones del Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas en 2016 (2015/3035(RSP)) porque, si bien hay temas importantes mencionados en la propuesta de Resolución común sobre mecanismos de defensa del Derecho internacional y de los derechos humanos, no estoy de acuerdo con que la Unión Europea deba tener un rol creciente en el seno de las Naciones Unidas, que conllevaría una disminución de la soberanía nacional de los Estados miembros. Por otra parte, no comparto en absoluto el análisis de la situación ni la condena a Venezuela, así como la instrumentalización de los derechos humanos por parte de la Unión Europea, lo que me impide

apoyar esta propuesta de Resolución común.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This resolution will highlight the state of play of the Universal Periodic Review for 2016 of Georgia, Lebanon, Mauritania, Burma, Nepal, Oman and Rwanda, and what's particularly important is the situation of human rights in critical areas like Syria, the Yemen, Saudi Arabia and Burundi.

I join the call on Member States of the EU to actively oppose any attempt to undermine the concept of universality, indivisibility and interdependence of human rights, and I underline the need to keep special procedures and preserve the independence of and adequate funding for the Office of the High Commissioner for Human Rights, as well as sufficient funding for the regional offices of the OHCHR.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – This resolution seeks to set the UN agenda at the Human Rights Council by speaking as one EU voice on migration, climate change, LGBTI rights, Russian aggression and the Middle East peace process (amongst many others). The resolution had such a strong liberal agenda I was unable to support it, as this would have meant voting for sexual and reproductive health and rights. Sovereign Member States should all have their voice at the UN and not be diluted into one EU position.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Presadzovanie dodržiavania ľudských práv a ochrana univerzálnej platnosti ľudských práv je súčasťou etického a právneho rámca EÚ. Popritom je cieľom Rady OSN pre ľudské práva sledovať, do akej miery jednotlivé krajiny sveta pristupujú k ich uplatňovaniu. Preto podporujem nezávislosť a integritu Úradu vysokého komisára OSN pre ľudské práva, keďže je absolútne kľúčové, aby mohol plniť svoj mandát efektívne a nestranne. Takisto vítam iniciatívu vysokého komisára OSN pre ľudské práva, ktorý sa zasadil za zmenu a podporil vytvorenie ôsmich regionálnych stredísk pre priamu spoluprácu s partnerskými krajinami. Najmä v súčasnej migračnej kríze sa ukazuje, že humanitárna situácia utečencov často nie je v súlade s ich základnými právami a spolupráca s tretími krajinami je cestou, ako to zmeniť. Závažnosť humanitárnej krízy, ktorú utečenci zažívajú, si vyžaduje účinné a koordinované medzinárodné opatrenia s cieľom riešiť súčasné a budúce migračné výzvy. Nemožno totiž zabúdať, že k migrácii je potrebné pristupovať aj z hľadiska ľudských práv práve preto, že medzi marginalizovanými a znevýhodnenými skupinami migrantov sú aj ženy a deti. Stratégia riešenia migrácie musí byť prepojená na humanitárnu a rozvojovú politiku a ak hovoríme o návrate migrantov, je potrebné myslieť na dodržiavanie ich práv a dostatočnú ochranu v ich krajine.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Spoštovanie, spodbujanie in varovanie univerzalnosti človekovih pravic je del etičnega in pravnega reda EU ter eden od temeljev evropske skupnosti in integritete. Stanje na področju človekovih pravic v državah članicah EU neposredno vpliva na verodostojnost njene politike na področju človekovih pravic v tujini.

Strinjam se, da je treba spoštovanje človekovih pravic uveljaviti na vseh področjih, ki so povezana z mirom in varnostjo, razvojnim sodelovanjem, migracijami, trgovino in naložbami, humanitarno pomočjo, podnebnimi spremembami in bojem proti terorizmu.

Predlog resolucije se nanaša na redna zasedanja Sveta OZN za človekove pravice. Ta zasedanja prispevajo k mednarodnim prizadevanjem za uveljavljanje in spoštovanje človekovih pravic, demokracije in pravne države. Predlog resolucije na prvem mestu ponavlja stališče EU, po katerem bi bilo potrebno članice Sveta za človekove pravice izvoliti izmed držav, ki vzdržujejo najvišje standarde glede uveljavljanja in varstva človekovih pravic, pravne države in demokracije. Predlog resolucije določa nekatere prednostne naloge EU za zasedanje Sveta OZN. Kot take lahko naštejemo sodelovanje med državami članicami EU in Svetom za človekove pravice, področje državljanskih in političnih pravic, socialnih in ekonomskih pravic, pomembnost udeležbe avtohtonih ljudstev, problematike migracij in beguncev, podnebnih pravic, pravice žensk itd.

Ker se z naštetimi prednostnimi nalogami strinjam, sem glasoval za potrditev predloga resolucije.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Ve věci usnesení Evropského parlamentu k prioritám pro zasedání Rady OSN pro lidská práva jsem se rozhodl jako většina mých kolegů z frakce PPE hlasovat proti. Návrh usnesení bohužel obsahuje vzájemně rozporná ustanovení, a proto se s jeho finální podobou nemohu ztotožnit. Na jedné straně je akcentováno dosažení proveditelného řešení spočívajícího v existenci dvou států, na straně druhé je tato myšlenka povšechně konfrontována pouhým tvrzením, že izraelské osady jsou podle mezinárodního práva nezákonné. Situace na Blízkém východě je již po několik desetiletí velmi vážná. Jako zkušený zpravodaj z válečných zón dobře vím, že dosažení mírového procesu mezi dvěma zeměmi vždy vyžaduje roky tvrdé práce na obou stranách jdoucí ruku v ruce s vyváženou kooperací a pomocí nadstátních institucí. Pokud mají takové nadstátní instituce v mírovém procesu znesvářeným stranám pomáhat hledat oboustranné řešení, měly by samy jednat a vystupovat nestranně. Toto by si měl Evropský parlament, ale i Rada, na jejíž závěry se usnesení odvolává, při tvorbě stanovisek uvědomit. Snahy o změnu usnesení v podobu znevažující dvoustranné řešení a vnášení jednostranných provokativních ustanovení musím v daném kontextu odsoudit a pevně doufám, že se z dané situace Evropský parlament do budoucna poučí.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Nepoštivanje ljudskih prava i nedostatak legitimnog demokratskog sudjelovanja dovodi do nestabilnosti, propasti država, humanitarnih kriza i oružanih sukoba. Većina afričkih zemalja prošla je tranziciju iz autokratskog načina vladavine, u višestranačke demokracije. Nažalost, najnoviji trend je pad demokratskih standarda u pojedinim zemljama. Zato želim istaknuti stavak 9. rezolucije koji se dotiče sve češćih revizija ustava u zemljama u razvoju kako bi vladajuće strukture zaobišle postavljena ograničenja na trajanje predsjedničkog mandata, a takvi postupci nerijetko rezultiraju građanskim pobunama i nasiljem. Takvo postupanje u suprotnosti je s člankom 21. univerzalne deklaracije o ljudskim pravima, a koji kaže kako je volja naroda osnova državne vlasti te se ta volja izražava na povremenim istinskim izborima koji se provode putem univerzalnog i jednakog prava glasa.

Također, u zemljama u kojima se izbori i održe, legitimnost istih je upitna obzirom da ih je vladajuća struktura dobila sa 100 posto. Želim istaknuti kako i korupcija, utaja poreza, loše upravljanje javnim dobrima, zatvorene državne institucije doprinose kršenju ljudskih prava jer se tako smanjuju dostupna sredstva za ulaganja u prijeko potrebne javne usluge kao što su obrazovanje, osnovne zdravstvene usluge i druga socijalna infrastruktura te time produžuje siromaštvo stanovništva.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti resoluciji o prednostnih nalogah EU za zasedanja Sveta OZN za človekove pravice v letu 2016. Ne morem se strinjati z navedbami o bližnjevzhodnem mirovnem procesu, da so izraelske naselbine po mednarodnem pravu nezakonite in negativno vplivajo na uresničitev rešitve z dvema državama. Naprtitev krivde Izraelu za neuresničitev rešitve med dvema državama je neodgovorna. Raje bi večjo pozornost namenili financiranju kvazi civilnih in nevladnih, v resnici pa terorističnih organizacij z denarjem Evropske unije.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Τηρήσαμε αποχή στην ψηφοφορία επί της έκθεσης, αν και στηρίζουμε τις ενέργειες της Υπατης Αρμοστείας του ΟΗΕ σε ό,τι αφορά την παροχή βοήθειας και στήριξης στους πρόσφυγες, διότι δεν συμφωνούμε με την ανάλυση της ΕΕ για την πολιτική και κοινωνική κατάσταση που επικρατεί σε αρκετές χώρες. Επίσης, δεν συμμεριζόμαστε την άποψη πως η ΕΕ πρέπει να προσέλθει στη σύνοδο της Υπατης Αρμοστείας για τους πρόσφυγες με δική της ατζέντα.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ας σταματήσει η ΕΕ επιτέλους να ασχολείται με τις εσωτερικές υποθέσεις τρίτων χωρών διότι

— όταν σημαίνοντα κράτη - μέλη έχουν εμπλακεί κατά συρροή σε άδικους και παράνομους πολέμους,

— όταν, παράνομα, έχουν εξουσιοδοτήσει τις δυνάμεις ασφαλείας τους να απαγάγουν πολίτες και να τους φυλακίζουν χωρίς δίκη σε κέντρα κράτησης σε άλλες ηπείρους,

— όταν, μαζικά και χωρίς διακρίσεις, οι περισσότερες κυβερνήσεις στην ΕΕ παρακολουθούν παράνομα τους πολίτες τους,

— όταν οι ίδιες κυβερνήσεις εισάγουν μαζικά στις επικράτειες τους «πρόσφυγες» και μετανάστες που έχουν καταντήσει την Ευρώπη την ήπειρο των βιασμών και των κακοποιήσεων των γυναικών,

— όταν στην Ελλάδα υπάρχουν αμέτρητα στοιχεία για προδικαστικά κυκλώματα, για παρεμβάσεις πολιτικών στην δικαιοσύνη αλλά και για νοθείες σε εκλογικές διαδικασίες,

πως μπορεί η ΕΕ να επικαλείται την Δημοκρατία ή αρχές και αξίες της;

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a határozatot, egyetértve a jelentésben megfogalmazott – az emberi jogok oszthatatlan és egyetemes jellegét tükröző – prioritásokkal, amelyek iránymutatóak az Európai Unió képviselői számára az ENSZ Emberi Jogi Tanácsában végzendő idei tevékenységükre. A részletes állásfoglalás a hagyományos értelemben vett emberi és polgári jogok védelme mellett kitér a nők, a gyermekek és más, jogsértéseknek különösen kitett csoportokra, valamint a gazdasági és környezetvédelmi aspektusokra is. A magam részéről külön üdvözlöm, hogy hangsúlyt kap az EU és a nemzetközi közösség jelenlegi két leg súlyosabb kihívása, a menekültválság és a terrorizmus, illetve ezek számos emberjogi vonzata.

A téma mérlegelése kapcsán figyelembe vettem azt a sajnálatos tényt, hogy az Európai Unió – egyes tagállamainak magatartása miatt – a jelenlegi politikai állapotában kevésbé alkalmas arra a globális iránymutató és normaalkotó szerepre, amelyet az általános emberi jogok érvényesítése és védelme terén hagyományosan betölt. Így saját országom kormányja a menekültekkel való embertelen bánásmódot, saját kisebbségeink és szegényeink diszkriminálását és elnyomását, vagy éppen a terrorveszély ürügyén a lakosság alapvető emberi és polgári jogainak súlyos korlátozását politikája szerves részévé tette. Bízom benne, hogy az ilyen tagállami gyakorlatok felszámolásához, ezzel az EU politikai és morális hitelének helyreállításához az EP ezen iránymutató határozata is hozzájárul.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Tegoroczna rezolucja Parlamentu Europejskiego w sprawie priorytetów Unii Europejskiej na posiedzenia Rady Praw Człowieka ONZ porusza wiele istotnych spraw związanych z prawami człowieka na świecie, jak zniesienie kary śmierci, wolność religijna, prawa obywatelskie i polityczne, przeciwdziałanie terroryzmowi czy kwestia kryzysu migracyjnego i uchodźców.

Mimo wynegocjowania kompromisowego tekstu rezolucji w głosowaniu końcowym nie mogłem jednak poprzeć tego dokumentu z uwagi na zapis ustępu dotyczącego bardzo złożonej kwestii, jaką jest proces pokojowy na Bliskim Wschodzie.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo votato a favore della risoluzione sulle priorità dell'Ue per le sessioni del Consiglio dei diritti dell'uomo nel 2016 poiché contiene tutte le nostre le richieste presentate, come la lotta al fenomeno criminale del *land grabbing*. Ancora oggi i diritti fondamentali sono sotto minaccia nel mondo su vari fronti: il terrorismo, le esecuzioni capitali, gli attacchi contro i cooperanti, l'arresto di oppositori politici, le numerose e continue violazioni ai danni di migranti che scappano dalla guerra e dagli effetti del cambiamento climatico. All'interno della risoluzione viene anche sottolineata l'importanza della piattaforma d'azione di Pechino sull'accesso all'istruzione e alla sanità quale diritto umano fondamentale. L'accesso universale ai servizi per la salute anche sessuale e riproduttiva, come anche l'accesso agevole agli anticoncezionali sono elementi importanti per salvare la vita alle donne, anche quando sono vittime di stupro, e abbassare la mortalità infantile e delle madri.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Participarea Uniunii Europene la Consiliul Națiunilor Unite pentru Drepturile Omului este expresia importanței pe care instituțiile comunitare o acordă acestui subiect. Respectul pentru drepturile omului este o condiție esențială pusă de UE în relația cu statele terțe. În contextul acestui eveniment, va fi abordată problema statelor aflate în evaluare periodică universală (EPU), cum ar fi Georgia, Liban, Mauritania, Myanmar, Nepal, Oman și Ruanda, dar și a țărilor unde situația drepturilor omului este în fază critică, cum ar fi Siria, Burundi, Yemen și Arabia Saudită. De asemenea, se va discuta despre problemele punctuale care persistă în diverse țări, printre care drepturile civile și politice, drepturile sociale și economice, drepturile de afaceri, imigrația, schimbările climatice, drepturile femeii, drepturile copilului, drepturile minorităților sexuale, pedeapsa cu moartea și libertatea presei. Ceea ce trebuie scos în evidență este caracterul universal al drepturilor omului și caracterul lor indivizibil. Participarea UE va oferi o oportunitate de a exprima o poziție comună, ceea ce va contribui la creșterea vizibilității și credibilității UE ca actor global, încurajând acțiunea UE în diverse părți ale lumii. Din aceste motive, rezoluția de față merită să fie susținută.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé pour cette proposition. Il est capital de préserver l'indépendance et l'intégrité du Haut-Commissariat des Nations unies aux droits de l'homme, afin de veiller à ce qu'il puisse continuer d'exercer son mandat de manière effective et impartiale.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. Yearly, and ahead of the participation of Parliament's Committee on Human Rights delegation in the March UN Human Rights Council session, Parliament adopts a resolution concerning the EU priorities for the UNHRC sessions. The resolution strongly condemned the continued harassment and detention of human rights defenders and opposition figures by government forces. The resolution specifically referenced the Kingdom of Saudi Arabia, raising great concern over this Gulf kingdom's 'systematic violation of human rights'. The EP resolution also reaffirmed its 'zero tolerance policy', on the death penalty and supported continued efforts to establish a global moratorium on this practice.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Zbog visoke međunarodne nestabilnosti te ratova koji se vode u Africi, Bliskom Istoku ali i na europskom tlu, ljudska prava veoma su ugrožena. No, mnoge zemlje koje ne poštuju prava navedena u ovoj rezoluciji bit će ravnopravne Europskoj uniji tijekom rasprave o tim pravima na sjednici Vijeća UN-a za ljudska prava. Iako pojedine dijelove rezolucije podržavam, smatram da je previše usredotočena na povećanje prava raznih manjinskih skupina, dok su i dalje zanemarena prava pojedinca, kao najugroženije manjine.,

Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o prednostnih nalogah Evropske unije za zasedanja Sveta OZN za človekove pravice v letu 2016 sem zavrnila, saj je bila alineja, ki lahko potencialno povzroči konflikt med narodi, ključna za ELS, zavrnjena. Svoboda veroizpovedi in nestrpnost do nje zaradi trenutne migrantske krize prihaja v ospredje. V letu 2016 bi bilo zato še posebej potrebno izvajati medverski dialog, saj bi lahko le tako bolje razumeli razlike in posledično krepili strpnost ter mir med narodi.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación puesto que el análisis planteado por muchos de los países no lo compartimos. Además, según este informe, la idea es acudir a la conferencia del ACNUR con su propia agenda, para luego ver cómo implementarla en nuestras políticas, sin capacidad de influencia desde las instancias europeas y de los Estados miembros en la agenda.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I very much welcome this report, and I hope that in the future the UN will put in place mechanisms to prevent countries like Saudi Arabia from giving lessons to others on human rights at the same time that they undermine them in the domestic sphere.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Minden államnak kötelessége, hogy gondoskodjon az emberi jogok tiszteletben tartásáról, rassztól, származástól, nemtől vagy bőrszíntől függetlenül; megismételve ragaszkodását az emberi jogok oszthatatlanságához – legyenek azok polgári, gazdasági, társadalmi vagy kulturális jogok –, amelyek kölcsönösen függenek egymástól. Minden államnak kötelessége tiszteletben tartani lakosságának alapvető jogait, és konkrét intézkedéseket hozni e jogok nemzeti szintű előmozdítása érdekében, továbbá nemzetközi szinten együttműködni az emberi jogok valamennyi területén történő érvényesítése előtti akadályok megszüntetése érdekében. A prioritásokat összefoglaló S&D-álláspontot támogattam.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – We secured an unusually critical line on EU and Member State behaviour in Geneva, notably calling for a more principled and non-selective engagement of the EU Member States at the Human Rights Council, secured entire new paragraphs on sports and human rights, indigenous peoples, counter-terrorism and human rights (respect for human rights is the foundation for successful CT policies), minorities, and the ICC. The resolution included positive language in support of the UN and the Human Rights Council, and strengthened language on civil society and human rights defenders.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de Resolución común sobre las prioridades de la UE para los períodos de sesiones del Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas en 2016 (2015/3035(RSP)) porque, si bien hay temas importantes mencionados en la propuesta de Resolución común sobre mecanismos de defensa del Derecho internacional y de los derechos humanos, no estoy de acuerdo con que la Unión Europea deba tener un rol creciente en el seno de las Naciones Unidas, que conllevaría una disminución de la soberanía nacional de los Estados miembros. Por otra parte, no comparto en absoluto el análisis de la situación ni la condena a Venezuela, así como la instrumentalización de los derechos humanos por parte de la Unión Europea, lo que me impide apoyar esta propuesta de Resolución común.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze resolutie. De VN-Mensenrechtenraad heeft een belangrijke rol in de verdediging van de mensenrechten op een wereldwijd niveau. Deze resolutie wil de aandacht vestigen op de overtredingen van deze mensenrechten: de migratiecrisis, het bedreigen van mensenrechtenactivisten, de afschaffing van de doodstraf, enzovoort. Bovendien benadrukt dit verslag de kritieke stand van zaken van de mensenrechten in conflictgebieden zoals Syrië, Jemen en Burundi.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório anual do Alto Comissário das Nações Unidas para os Direitos do Homem contém aspetos muito positivos tais como os pontos sobre a crise económica e as respetivas consequências sobre os povos, especialmente os constantes no relatório de 2015: «as crescentes desigualdades e a exclusão política, económica e social dos grupos marginalizados atentam contra a dignidade e os direitos dos povos em muitos Estados e são, em grande medida, responsáveis pelo surgimento dos problemas e dos conflitos acima referidos. Os direitos económicos, sociais e culturais, bem como o direito ao desenvolvimento, sofreram com as políticas de austeridade que, juntamente com a corrupção, afetaram, de forma desproporcionada, os pobres e os marginalizados».

É portanto o momento de olharmos para o interior da União Europeia onde prevalece a prática sobranceira de pretender dar lições ao mundo quando, no seu seio, os direitos dos povos não são respeitados e a democracia é desrespeitada reiteradamente.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Forderungskatalog enthält ideologische Wertungen, welche meinen Ansichten widersprechen. Den Ausbau europäischer Einflüsse in nationale Angelegenheiten sowie eine weitere Bevormundung lehne ich ab. Daher stimme ich gegen diesen Antrag.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Toto uznesenie zdôrazňuje priority potrebné pre zlepšenie ochrany ľudských práv vrátane:

— opätovného potvrdenia nulovej tolerance EÚ voči trestu smrti a jej dlhodobého odporu voči takémuto trestu a mučeniu;

— pripomenutia, že sloboda myslenia, svedomia, náboženského vyznania a presvedčenia je základným právom uznaným Všeobecnou deklaráciou ľudských práv a výzvy na konkrétne kroky pri ochrane náboženských menšín;

— výzvy najväčšej humanitárnej krízy od druhej svetovej vojny. Stávame sa svedkami stále rastúceho počtu ľudí ohrozených prenasledovaním, ozbrojenými konfliktami, všeobecným násilím, ktorí sú nútení opúšťať svoje domovy a riskovať svoje životy pri hľadaní bezpečia a lepšieho života;

— výzvy k účinnej a koordinovanej medzinárodnej akcie pri riešení základných príčin migračných tokov;

— stimuly pre všetky štáty, aby bojovali proti násiliu na základe pohlavia voči ženám a dievčatám a dôležitosť rozvíjania migračnej politiky, ktorá zohľadňuje rodové špecifiká.

Napriek tomu som však toto uznesenie nemohla podporiť ako celok, lebo zdôrazňuje univerzálny prístup k sexuálnym a reprodukčným zdravotným službám, plánovanie rodiny, ktoré zahŕňa aj potrat, antikoncepciu a umelé oplodnenie a zdôrazňuje gender ideológiu.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτως*. – Ψήφισα υπέρ διότι επρόκειτο για ψήφισμα που είχα συνοπογράψει μαζί με συναδέλφους μου κατά την κατάθεση του.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písomně*. – Lidská práva jsou nezcizitelná a jejich dodržování bez ohledu na rasu, náboženství či původ považují za automatické ve všech státech. Právě ve světle probíhající humanitární a migrační krize je nutné dohlížet na dodržování lidských práv, zvláště pak u znevýhodněných skupin obyvatelstva, jakou jsou ženy či děti. Jsem zastáncem zintenzivnění podpory členských států Unie v boji proti obchodování s lidmi a v tom, aby byl kladen větší důraz na ochranu nezletilých a dětí. Považuji za nutné sdílet mezi státy osvědčené postupy v rozbíjení velmi dobře organizovaných sítí obchodníků s lidmi. Souhlasím i s dalšími návrhy usnesení za skupinu PPE, jako například nutnost dodržování politických, sociálních či hospodářských práv.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Parlament Europejski niezłomnie stoi na stanowisku, że poszanowanie praw obywatelskich i politycznych jest wskaźnikiem demokratycznego, tolerancyjnego i pluralistycznego społeczeństwa. Jako przewodniczący Delegacji PE do spraw Stosunków z Białorusią zabiegam o to, aby mówić o naruszeniach praw człowieka i wartości demokratycznych w tym kraju na jak najszerszym forum. Dlatego cieszę się, że również w tej rezolucji znalazło się odniesienie do sytuacji na Białorusi.

Společnost evropska z ulgą przyjęła wiadomość o uwolnieniu więźniów politycznych na Białorusi w sierpniu 2015 roku. Czekamy na ich pełną rehabilitację i przywrócenie im praw obywatelskich. Wraz z międzynarodowymi obserwatorami przyglądaliśmy się wyborom prezydenckim w październiku 2015 roku. Niestety zaobserwowano szereg nieprawidłowości. Wolne, powszechne i równe wybory powinny być podstawowym prawem wszystkich obywateli. Dlatego oczekujemy, że nadchodzące wybory parlamentarne zostaną przeprowadzone przy zachowaniu standardów międzynarodowych, co skutkować będzie obecnością partii opozycyjnych w parlamencie Białorusi.

Ponadto zwracam uwagę, że Białoruś jest jedynym państwem w Europie stosującym karę śmierci. Parlament Europejski konsekwentnie wyraża swój sprzeciw wobec stosowania kary śmierci, tortur, nieludzkiego i poniżającego traktowania i karaní, a także podkreśla, że zniesienie kary śmierci przyczynia się do umocnienia godności ludzkiej. Dlatego nawołuję władze Białorusi do przystąpienia do moratorium na wykonywanie kary śmierci, co stanowić będzie pierwszy krok w kierunku jej całkowitego zniesienia.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh spoločného uznesenia o prioritách Európskej únie na zasadnutie UNHRC v roku 2016 som nepodporila. Návrh zahŕňal veľmi širokú a rozmanitú oblasť záujmov Európskej únie v oblasti ľudských práv a dotýkal sa nielen všeobecných ľudskoprávných tém, ale aj situácií v konkrétnych krajinách. Návrh sa okrem iného zaoberal aj súčasnými problémami a výzvami spojenými s migráciou, ale aj témami súvisiacimi s technologickým pokrokom, ako je napríklad používanie bezpilotných lietadiel. Napriek tomu, že s väčšinou problematiky zahrnutej do správy súhlasím, správu som nemohla podporiť najmä vzhľadom na niekoľko citlivých tém, ako napríklad prístup LGBTI osôb ku všetkým právnym inštitútom, či otázku univerzálneho prístupu ku sexuálnym a reprodukčným zdravotným službám.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Svet OZN za človekove pravice ima ključno vlogo v geopolitičnih procesih, zato je pomembno, da Evropska unija nastopi s tehtnim predlogom o prednostnih nalogah. Končna oblika resolucije Evropskega parlamenta o prednostnih nalogah EU žal ni bila uravnotežena, zato je na glasovanju nisem podprl.

9.6. Tätigkeiten des Petitionsausschusses 2014 (A8-0361/2015 - Lidia Joanna Geringer de Oedenberg)

Dichiarazioni di voto orali

Krisztina Morvai (NI). – A Petíciós Bizottság jelentésének a vitájában részt vettem. Ott is fölszólaltam, elmondtam, hogy egy féloldalas, rendkívül primitív dokumentummal zárták le a magyar devizahitelesek ügyét, amelyik egy 15 oldalas, jogászok által összeválogatott, összeírt alapos petíció volt. 30 éve vagyok jogász, meggyőződésem, hogyha a portátnak odaadták volna azt a 15 oldalas petíciót, hogy bírálja el, lényegesen szofisztikáltabb, lényegesen magasabb színvonalú választ írt volna rá, mint a Petíciós Bizottság megbízottja. Új oldaláról ismertem meg az Európai Uniót, a fekete humor oldaláról, ebben a jelentésben, amikor a d) pontban azt mondja, hogy a petíciók benyújtói általában társadalmaink helyzetének javítása és jövőbeli jóléte mellett elkötelezett polgárok.

Az, hogy-e polgárok milyen tapasztalatokat szereznek petíciójuk kezeléséről, meghatározó lehet az európai integrációról alkotott véleményük alakulása szempontjából. Na, ebben speciel igazuk van, lesújtó a véleményük a Petíciós Bizottság munkájáról és lesújtó a véleményük az egész Európai Unióról – egyre többeknek.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, desde Podemos siempre hemos hecho una defensa plena de la participación ciudadana. Con nuestro voto a favor celebramos el derecho de petición, pero sobre todo celebramos la gran implicación de la ciudadanía europea en el debate político. Quiero hacer mención especial a dos hechos: el primero, que España es el país que más peticiones manda (449 en el año 2014), lo que es reflejo del empoderamiento social vivido tras el «15 M», y en segundo lugar, el alto número de solicitudes sobre temas medioambientales y energéticos, en especial sobre el *fracking* y las prospecciones energéticas en Canarias.

No obstante, no desistimos en nuestra denuncia de que la actual arquitectura institucional europea es abiertamente antidemocrática. Apenas tres de las treinta y una iniciativas ciudadanas europeas han llegado a buen puerto, y de ellas, de momento, solo una ha logrado que la Comisión Europea se haya comenzado a mover. En todos los rincones de Europa la gente lo ha expresado: queremos construir entre todas una Europa más democrática y plenamente participativa. Es posible, Señorías.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Zwei Dinge möchte ich als Koordinator im Petitionsausschuss für die EVP-Fraktion bemerken.

Zum Ersten: Ich freue mich natürlich über die große Zustimmung, die der Bericht im Europäischen Parlament erfahren konnte. Das ist ein gutes Zeichen, das uns Mut macht, auch für die weitere Arbeit.

Zum Zweiten muss ich ehrlich gestehen: Über einen Antrag habe ich mich geärgert – dem ist auch mit einer knappen Mehrheit zugestimmt worden. Und zwar war es der Antrag, wo ganz locker mal gefordert worden ist, wir sollten mehr Personal in den Petitionsausschuss einstellen. Nicht, dass ich das dem Petitionsausschusssekretariat nicht gönne, sondern ich ärgere mich ganz einfach, dass man dann losgelöst von aller Sachkenntnis und auch losgelöst von den Problemen, die in anderen Ausschüssen herrschen, mal speziell für einen Ausschuss mal mehr Personal einfordert. Das ist nicht fair, das ist auch nicht zielführend.

Ich hätte mir an der Stelle, wenn man das schon wirklich will, eine gründliche Beratung gewünscht und auch eine gründliche Abstimmung mit den Kollegen im Europäischen Parlament, die die anderen Ausschüsse vertreten. Auch diese Abstimmung hätte noch erfolgen sollen.

Demzufolge habe ich mich an der Stelle ein bisschen geärgert. Trotzdem überwiegt die Freude für die große Zustimmung.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Līgumrakstu komitejas darbības mērķis ir lielisks — izskatīt Eiropas Savienības iedzīvotāju petīcijas, kuras sakrīt ar Eiropas Parlamenta kompetenci.

Jāsaka, piemēram, ka 2014. gadā saņemts mazāk petīciju nekā gadu iepriekš, bet vidēji to skaits tomēr pieaug. Tas it kā nevar nepriecēt un var liecināt tikai par eiropiešu pakāpeniski arvien labāku informētību par to, ar ko nodarbojas Eiropas Parlaments, par Eiropas Parlamenta iespējām un darbu. Tomēr jāņem vērā fakts, ka aptuveni 40 % no saņemtajām petīcijām tika novērtētas kā nepieņemamas. Tas var nozīmēt, ka runa ir ne tikai par vienkārši zemu informētības līmeni, bet arī par plaši izplatīto — es teiktu — neizpratni par to, ar ko nodarbojas Eiropas Parlaments. Līdz ar to mēs varam tikai apsveikt Eiropas Parlamenta popularizāciju iedzīvotāju acīs un arvien labāku informētību, un iedzīvotāju aicināšanu rakstīt petīcijas Eiropas Parlamentam. Atbalstu.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – La relazione annuale della Commissione per le petizioni permette una visione completa del lavoro svolto, grazie all'elaborazione di dati e statistiche sul numero di petizioni ricevute e sulle tematiche affrontate. La percentuale di petizioni del 2014 è poco meno del 30%, caratterizzata da uno spiccato interesse nei settori dell'ambiente, dei diritti fondamentali, della salute, della giustizia e del mercato interno. Ecco perché si auspica una cooperazione più incisiva con governi e autorità locali al fine di migliorare, semplificare e velocizzare il sistema delle petizioni, incrementando il ricorso a tale strumento di partecipazione. Si permetterà, in tal modo, a ciascun cittadino di sentirsi maggiormente coinvolto nelle scelte e nelle politiche europee, attenuando la percezione di lontananza dalle istituzioni. Per queste ragioni ho espresso voto positivo.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on the report on the work of the Petitions Committee. UKIP cannot endorse the work of the Committee because of the more overtly partisan political stance it has taken when it should be dealing with petitions on an impartial basis and judging the merits of each petition rather than judging them from an unashamedly political perspective. Citizens of Member States can have little faith that their petition will be dealt with objectively if it in any way runs counter to the norm, especially if it runs counter in any way to the political enthusiasms of the Committee.

In addition, the Committee clearly wishes to expand, without adequate or proper justification its role and staffing levels, both of which will be injurious to the taxpayer.

Whilst we are conscious of the Committee doing some good work on instances of maladministration (which should be its focus), we deprecate the attitude of the Committee towards anyone who raises their voice about migration (which concerns many tens of millions of ordinary citizens of Member States), whilst showing support for politically-correct petitioners such as those who complain about fracking.

For those reasons we have abstained.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe pues considero que es un buen reflejo de las actividades que la Comisión de Peticiones realizó durante 2014, ya que, gracias a que muchas de las enmiendas presentadas por el Grupo GUE/NGL fueron aprobadas, han quedado recogidos temas significativos que fueron objeto de numerosas peticiones: el rechazo a la ATCI y la opacidad de las negociaciones, la oposición ciudadana al «fracking» o las denuncias que trasladaron decenas de europeos y europeas a las políticas migratorias, de comercio y exterior de la UE.

Igualmente, considero positivo que el informe recoja una serie de solicitudes expresas para mejorar el tratamiento que se da a las peticiones, como por ejemplo: incremento de los recursos de la Secretaría de la Comisión de Peticiones, mayor implicación de la Comisión Europea al analizar las peticiones o mejoras en el portal web para que los peticionarios y las peticionarias puedan tener información actualizada del tratamiento de sus peticiones.

Por último, considero importante el llamamiento que recoge el informe a la necesidad de revisar el Reglamento que rige las iniciativas ciudadanas europeas para que sea verdaderamente un instrumento que permita una mayor participación de la ciudadanía en el proceso de toma de decisiones europeas.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution qui vise à approuver les activités de la commission des pétitions pour 2014.

En effet, on notera que son activité est en baisse par rapport à 2013, d'une part, et que les sujets des pétitions restent toujours les mêmes, d'autre part: il s'agit exclusivement du droit en matière d'environnement, des droits fondamentaux, des discriminations et de l'immigration.

En outre, donner toujours plus de droits aux migrants semble être l'ultime combat de cette commission ainsi que celui de l'ensemble des commissions parlementaires, au lieu de défendre les intérêts des citoyens européens.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait le point sur les activités de la commission des pétitions au cours de l'année 2014. Alors qu'il félicite la commission pour son travail, force est de constater que l'activité de celle-ci a baissé de 6 % par rapport à l'année précédente. En outre, elle ne sélectionne que les pétitions qui lui plaisent. En bref, seules sont traitées les pétitions politiquement correctes, immigrationnistes et tendres avec les lobbies pharma-industriels. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report highlighted the 'opaque' negotiations carried out by the committee and calls for transparency. It also highlighted the concerns that European citizens have regarding TTIP.

However, I abstained on this report because it calls for increased expenditure and staffing using British taxpayers' money.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį 2014 m. metinį pranešimą, kuriuo siekiama apžvelgti Peticijų komiteto veiklą. Iš statistinių duomenų matyti, kad dauguma piliečių į EP kreipiasi prašydami padėti spręsti klausimus, susijusius su teisingumu, aplinka, vidaus rinka ar pagrindinėmis teisėmis. Vieni peticijų teikėjai kreipiasi į Europos Parlamentą norėdami pateikti pasiūlymų dėl ES politikos sričių plėtojimo, kiti – apskūsti sprendimus, kuriuos priėmė nacionalinės valdžios institucijos, taip pat apskūsti nacionalinių teismų sprendimus. Kai kurie piliečiai skundžiasi dėl netinkamai taikomų ES teisės aktų. 2014 m. EP gavo 2714 peticijas. Palyginti su 2013 m., šis skaičius sumažėjo 6 % . Europos Komisija 2014 m. paskelbė Europos piliečių metais ir ypatingą dėmesį skyrė Europos Parlamento rinkimams, kurie įvyko gegužės 22–25 d. Europos Parlamentas ir Peticijų komitetas skatina dialogą tarp visų lygmenų valdžios, pilietinės visuomenės ir atstovaujamosios bei dalyvaujamosios demokratijos. Peticijų komitetas yra svarbi priemonė, skirta piliečiams, kad jie galėtų aktyviau dalyvauti Europos demokratiname procese, jis skatina diskusijas, informuoja ES piliečius ir padeda jiems naudotis savo teisėmis.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – La commission des pétitions a reçu 27 114 pétitions en 2014 soit le double de 2009. Cela reste toutefois peu si l'on tient compte de l'ensemble des citoyens de l'Union européenne. Les sujets traités concernent notamment les droits fondamentaux, les personnes handicapées, le marché intérieur, ...

À noter que la commission des pétitions insiste sur les préoccupations et le rejet des citoyens concernant le TTIP et les négociations opaques auxquelles participe la Commission. Ces préoccupations ont été exprimées dans de nombreuses pétitions reçues et la Commission est invitée à appliquer de toute urgence les recommandations formulées par le Médiateur européen à cet égard.

Ceci démontre une fois de plus le mécontentement populaire grandissant tant à l'égard du contenu du TTIP que de la conduite des négociations.

J'ai approuvé ce rapport annuel.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), por escrito. – He votado a favor de este informe porque recoge las principales actividades y datos destacados a partir de las peticiones recibidas. Quiero resaltar el especial valor y significado de la Comisión de Peticiones, pues es la auténtica ventanilla abierta a los ciudadanos. Que más de 500 millones de europeos puedan trasladar directamente a la Cámara sus demandas y marcar la agenda política tiene un valor único.

Cabe llamar la atención a países como el mío, España, que se encuentra año tras año a la cabeza en cuanto a peticiones (a la par que infracciones y sanciones recibidas) por incumplir la normativa europea. El Gobierno debe tomar buena nota pues en gran medida es responsable de ello.

Por último, subrayo el apartado 21, en el que nos lamentamos de que la Carta de los Derechos Fundamentales no haya sido adoptada en todos los Estados miembros y de que su aplicación resulte confusa. Y lamento también la interpretación estricta del artículo 51 de la Carta, en virtud del cual la Comisión Europea se declara repetidas veces incapaz de actuar en el ámbito de los derechos fundamentales. Tenemos que hacer valer la Carta y adoptar un nuevo enfoque en su interpretación, puesto que, por definición, los derechos fundamentales deben ser defendidos por encima de cualquier obstáculo.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – Oggi ho votato a favore della relazione Geringer de Oedenberg. Il testo presenta un quadro complessivo del lavoro svolto dalla commissione per le petizioni nel 2014, delineando in particolare i successi e i punti critici legati al meccanismo di petizione. L'anno considerato ha visto infatti un netto calo nel numero di petizioni inviate, facendo ipotizzare una non piena consapevolezza da parte dei cittadini della portata di questo diritto, sancito dall'articolo 227 del trattato di Lisbona. Pur rimanendo elevato anche il numero di petizioni irricevibili, è importante sottolineare come l'attenzione dei cittadini sembri essere rivolta principalmente verso i temi della giustizia, dell'ambiente, dei diritti fondamentali e del mercato interno. In termini generali bisogna riconoscere l'importante lavoro svolto dalla commissione che pur nelle difficoltà derivanti da una restrizione dell'organico è riuscita a porsi efficacemente come punto di coordinamento tra cittadini e istituzioni consentendo di rafforzare la legittimità del Parlamento e la sua responsabilità nel processo decisionale.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Il ne fait de doute pour personne que l'initiative citoyenne européenne, appelée communément «pétition», est un instrument qui promeut la démocratie représentative et participative en donnant aux citoyens la possibilité de participer de manière plus directe à l'élaboration des politiques européennes.

On doit cependant se sentir préoccupé par le fait que seules 29,1 % des près de 2000 pétitions déposées en 2014 ont été déclarées recevables et ont fait l'objet d'un suivi. Il y a une véritable tendance, au sein de la Commission, qui consiste à entraver les enquêtes portant sur le fond de nombreuses pétitions en imposant des restrictions pour des motifs uniquement procéduraux. Tel a été le cas pour les questions épineuses et gênantes concernant le gaz de schiste, les adoptions forcées d'enfants ou encore, récemment, le traité transatlantique. La Commission, en tant que gardienne des traités, devrait, plutôt que clore systématiquement ces dossiers, favoriser des enquêtes approfondies sur les dossiers recevables, organiser des débats et des réunions publiques sur ces thèmes et fournir des réponses précises et actualisées aux pétitionnaires.

Il en va de la crédibilité institutionnelle de la Commission.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este Informe sobre las actividades de la Comisión de Peticiones durante el año 2014 pero he discrepado de mi Grupo en dos votaciones. He votado en contra de la enmienda cuatro del Grupo Verts/ALE ya que, en mi opinión, el texto original es más apropiado, dado que considera que el Parlamento tiene la obligación de garantizar que no transcurra un lapso de tiempo injustificablemente largo para declarar improcedentes o archivar las peticiones no admitidas a trámite. Por otra parte, he apoyado el apartado cuarenta y cuatro, que hace referencia a la visita realizada a esta comisión por una delegación del Parlamento escocés, ya que este tipo de colaboraciones puede mejorar el intercambio de buenas prácticas.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, qui, avec outrecuidance, ose se féliciter des activités de la commission PETI au Parlement européen, alors même que celle-ci a une productivité des plus faibles, en baisse constante. À titre d'exemple, la commission PETI a reçu 2 714 pétitions en 2014, ce qui représente une baisse de 6 % par rapport à 2013.

Par ailleurs, si, a priori, on peut se féliciter d'une reconnaissance du droit de pétition comme véritable outil démocratique pour les citoyens, les décisions de la commission PETI se font la plupart du temps via une grille de lecture idéologique pétrée de politiquement correct, et ce, au détriment même de la réalité de ce que vivent actuellement les peuples européens.

C'est pourquoi je ne pouvais approuver ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione della collega Geringer De Oedenberg è equilibrata e presenta spunti decisamente condivisibili, ho quindi inteso sostenerla col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La Comisión de Peticiones actúa como puente entre los ciudadanos y las instituciones europeas. Los Tratados de la Unión garantizan a todos los ciudadanos europeos el derecho a dirigirse por escrito al Parlamento Europeo para abordar los diferentes problemas que puedan afrontar en su vida cotidiana, siempre que las cuestiones que se planteen estén dentro del ámbito competencial de la UE. Desempeña también una importante función en la medida en que contribuye a identificar los problemas que se presentan en la aplicación práctica del Derecho de la Unión. El Parlamento Europeo tiene la obligación de asegurarse de que todos los derechos y oportunidades que genera la legislación europea se conviertan en una realidad y beneficien a todos los ciudadanos de Europa. El informe detalla la actividad desarrollada por esta Comisión y ha contado con mi voto favorable.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame apžvelgiama 2014 m. Peticijų komiteto veikla. Europos Sąjungos piliečiai arba rezidentai – fiziniai ar juridiniai asmenys – turi teisę individualiai arba kartu su kitais piliečiais ar asmenimis pateikti Europos Parlamentui petiją bet kokių klausimų, priklausančių ES veiklos sritims ir turinčių jiems tiesioginį poveikį. Taigi petijos – tai priemonė, leidžianti piliečiams pareikšti Parlamentui savo susirūpinimą dėl poveikio, kurį jų kasdieniam gyvenimui daro įvairios ES politikos sritys ir ES teisės aktų nuostatos. Iš metinių statistinių duomenų matyti, kad dauguma piliečių į Europos Parlamentą kreipiasi prašydami padėti spręsti klausimus, susijusius su teisingumu, aplinka, vidaus rinka ar pagrindinėmis teisėmis. Vieni peticijų teikėjai kreipiasi į Parlamentą norėdami pateikti pasiūlymų dėl Europos Sąjungos politikos sričių plėtojimo, kiti – apskusti sprendimus, kuriuos priėmė nacionalinės valdžios institucijos, bei skųsdami nacionalinių teismų sprendimus. Kai kurie piliečiai skundžiasi dėl netinkamai taikomų ES teisės aktų, nes teisės aktai netinkamai perkelti į nacionalinę teisę, netinkamai įgyvendinami ES standartai arba šie standartai pažeidžiami. Europos Parlamentas pabrėžia, kad Peticijų komiteto veiklai itin svarbus glaudus bendradarbiavimas su valstybėmis narėmis, todėl ragina valstybes nares savo iniciatyva teikti atsakymus į petijas, susi-

jusias su ES teisės aktų įgyvendinimu ir jų vykdymo užtikrinimu.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano letno poročilo o pregledu dela Odbora za peticije za leto 2014 in priloženi program dejavnosti sem podprl. Slednjega namreč krojijo državljani, ki z uveljavljanjem svoje pravice do vloge peticij pri Evropskem parlamentu izražajo zaskrbljenost v zvezi z različnimi političnimi in zakonodajnimi področji EU.

Poročilo prikazuje celovito podobo dela Odbora za peticije, ki vsebuje statistične podatke o številu prejetih peticij, državah, iz katerih izhajajo, in tematikah, na katere opozarjajo vlagatelji peticij. Evropski parlament je tako v letu 2014 prejel 2714 peticij, kar je 6 % manj kot v letu 2013. Peticije ostajajo pomembno orodje evropskih državljanov pri opozarjanju na določeno problematiko, Parlament pa jih mora reševati skrajno preudarno.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o aktivnostima Odbora za predstavlke tijekom 2014. godine. Smatram kako se radi o dobrom izvješću na kojem se u Odboru još dodatno radilo ulaganjem amandmana, od čega je 12 kompromisnih amandmana usvojeno od strane svih grupacija u Odboru.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on the report on the work of the Petitions Committee. UKIP cannot endorse the work of the Committee because of the more overtly partisan political stance it has taken when it should be dealing with petitions on an impartial basis and judging the merits of each petition rather than judging them from an unashamedly political perspective. Citizens of Member States can have little faith that their petition will be dealt with objectively if it in any way runs counter to the norm, especially if it runs counter in any way to the political enthusiasms of the Committee.

In addition, the Committee clearly wishes to expand, without adequate or proper justification its role and staffing levels, both of which will be injurious to the taxpayer.

Whilst we are conscious of the Committee doing some good work on instances of maladministration (which should be its focus), we deprecate the attitude of the Committee towards anyone who raises their voice about migration (which concerns many tens of millions of ordinary citizens of Member States), whilst showing support for politically-correct petitioners such as those who complain about fracking.

For those reasons we have abstained.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che la Commissione per le petizioni del Parlamento europeo rappresenti un fondamentale strumento di democrazia e che i dati relativi all'attività da essa svolta nel 2014 dimostrino quanto sia necessario un maggiore sforzo da parte delle autorità nazionali e locali e delle istituzioni europee per fornirle maggior sostegno per permettere il ravvicinamento dei cittadini all'Unione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce texte tire un bilan positif des activités de la commission des pétitions au Parlement européen, alors même que celle-ci a une très faible productivité. Elle a en effet reçu 2714 pétitions en 2014, soit une baisse de 6 % par rapport à 2013. Si, à première vue, on peut se réjouir de la reconnaissance du droit de pétition comme un véritable outil démocratique pour les citoyens, la grille de lecture qui se dessine est pétrie de politiquement correct. À quand, par exemple, une pétition pour exiger l'arrêt définitif de la politique d'immigration massive?

J'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Activitățile Comisiei pentru petiții în anul 2014 s-au reflectat în raportul anual, care a oferit o imagine precisă și completă a lucrărilor Comisiei pentru petiții. Cetățenii își pot exprima preocupările cu privire la diferitele politici ale Uniunii și la legislația sa exercitându-și dreptul de a adresa o petiție Parlamentului European. Acesta este, așadar, un instrument care permite cetățenilor să transmită Parlamentului preocupările lor în ceea ce privește impactul pe care îl au diferitele politici și prevederi legislative ale Uniunii Europene în viața lor de zi cu zi.

Rezultatele acestui raport reprezintă un instrument cantitativ important pentru evaluarea activității comisiei. Aproximativ 69,5 % din petițiile primite în 2014 au fost soluționate la începutul procedurii, remarcându-se astfel că decizia de a trimite informații petiționarului și a soluționa petiția în primă fază a procedurii este într-o creștere semnificativă față de 2013 (cu 11,3 %).

M-am exprimat în favoarea acestui raport, deoarece consider că este extrem de importantă utilizarea acestor instrumente pentru garantarea dreptului la liberă exprimare a cetățenilor statelor membre privind subiecte care țin de domeniile de activitate a Uniunii și care îi privesc în mod direct, apreciind, de asemenea, progresele înregistrate în cadrul activităților Comisiei pentru petiții.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Nonostante l'eccessiva sottolineatura dei risultati positivi dell'attività della commissione petizioni e un generale richiamo a incrementare il personale dedicato all'espletamento delle pratiche (senza peraltro specificare se ciò possa avvenire attraverso nuove assunzioni o riorganizzazione interna del personale del PE), riteniamo comunque che, quello delle petizioni, sia uno strumento da tutelare; la relazione peraltro contiene riferimenti specifici e critici su aspetti della legislazione comunitaria (OGM, TTIP, TISA ecc.) sui quali siamo nettamente contrari.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La commission parlementaire des pétitions est le symbole de la volonté du Parlement européen de se rapprocher des citoyens. Les pétitions des citoyens européens sont examinées et débattues afin de correctement discerner les enjeux de certaines situations et de porter la voix des citoyens directement au sein des instances législatives de l'Union. Ce rapport annuel permet de dresser l'état des lieux du travail de la commission des pétitions. Il met en exergue les améliorations à apporter pour rendre le système plus efficace et plus représentatif de la volonté de nos concitoyens. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione annuale 2014 sulle attività della commissione per le petizioni. Il diritto di petizione al Parlamento è un elemento cardine della cittadinanza europea, sancito quale diritto fondamentale ai sensi dell'articolo 227 del trattato di Lisbona. Ogni persona fisica o giuridica residente nell'Unione può presentare, individualmente o in associazione con altri, una petizione al Parlamento europeo su una materia che rientra nel campo delle attività dell'Unione. Questo strumento consente quindi di instaurare una stretta connessione tra istituzioni e cittadini, e di monitorare e approfondire l'impatto delle diverse politiche e della normativa dell'UE sulla vita quotidiana delle persone.

Il lavoro che la commissione per le petizioni svolge per rendere possibile la partecipazione dei cittadini e residenti dell'UE alla difesa e promozione dei loro diritti è fondamentale. Tuttavia, come indicato dalla relazione, per affrontare tempestivamente le questioni sollevate dalle petizioni è essenziale migliorare il coordinamento istituzionale con le istituzioni a livello unionale, nazionale e regionale e con gli altri organi. Ciò consentirebbe inoltre di rafforzare la legittimità e la responsabilità del processo decisionale del Parlamento europeo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is a straightforward report on the Committee on Petition's activities. The report summarises the main issues pointed out by petitions received from citizens during the 2014, as well as remarks and recommendations on the Committee's activities, its regular collaboration with the European Ombudsman and its prerogatives dealing with the European Citizens Initiatives.

In particular, I voted in favour of including text highlighting the European Citizens' Initiative against TTIP last year in the final text, as well as rejecting the Investor-State-Dispute-Settlement (ISDS) mechanism.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on the report on the work of the Petitions Committee. UKIP cannot endorse the work of the Committee because of the more overtly partisan political stance it has taken when it should be dealing with petitions on an impartial basis and judging the merits of each petition rather than judging them from an unashamedly political perspective. Citizens of Member States can have little faith that their petition will be dealt with objectively if it in any way runs counter to the norm, especially if it runs counter in any way to the political enthusiasms of the Committee.

In addition, the Committee clearly wishes to expand, without adequate or proper justification its role and staffing levels, both of which will be injurious to the taxpayer.

Whilst we are conscious of the Committee doing some good work on instances of maladministration (which should be its focus), we deprecate the attitude of the Committee towards anyone who raises their voice about migration (which concerns many tens of millions of ordinary citizens of Member States), whilst showing support for politically-correct petitioners such as those who complain about fracking.

For those reasons we have abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is a clear and comprehensive analysis of the activities of the Committee on Petitions. I particularly welcome the fact that it emphasises the importance of the European Citizens' Initiative and its role played in the promotion and implementation of participatory democracy in the European Union.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione fornisce una disamina del lavoro svolto dalla commissione per le petizioni e fornisce spunti altamente condivisibili per garantire un migliore esercizio degli strumenti di democrazia diretta da parte dei cittadini europei. È sicuramente da condividere l'approccio generale della relazione che sottolinea l'importanza del diritto alla petizione e riporta le tematiche sulle quali un gran numero di cittadini hanno espresso le proprie preoccupazioni (quali tra le altre TTIP, *fracking* per l'estrazione di gas e petrolio dal sottosuolo, adozioni forzate e sottrazioni internazionali di minori). Anche le raccomandazioni risultano interessanti e condivisibili. Tra queste, soprattutto l'invito alla Commissione di garantire una maggiore celerità nel tempo di risposta media alle petizioni inviate dal Parlamento e di fornire risposte più concrete alle istanze dei cittadini. La relazione auspica infine una cooperazione più strutturata sia con i governi degli Stati membri che con i rispettivi parlamenti nazionali. Il testo finale è quindi da ritenersi abbastanza positivo e, anche alla luce dell'accoglimento delle numerose istanze sollevate dal Movimento 5 Stelle, ho votato a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted against this report as there are parts related to the TTIP negotiations which do not reflect the approach adopted by the Commission during these negotiations. The text adopted reiterates concerns which are not based on the real state of play of the negotiations.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Ψηφίζω υπέρ στην ψηφοφορία επί της ετήσιας έκθεσης με την επισκόπηση του έργου της Επιτροπής Αναφορών για το 2014. Η Επιτροπή Αναφορών αποτελεί ένα σημαντικό εργαλείο στη διάθεση του πολίτη για να διευρυνθεί η συμμετοχή του στην ευρωπαϊκή δημοκρατική διαδικασία. Η Επιτροπή Αναφορών ενθαρρύνει επίσης τον διάλογο και ενημερώνει και υποστηρίζει τους ευρωπαίους πολίτες σε σχέση με τα δικαιώματά τους. Η Επιτροπή Αναφορών προσφέρει στους πολίτες άμεση σύνδεση με τα θεσμικά όργανα και μεριμνά ώστε να εισακούονται τα πρακτικά προβλήματα των πολιτών από αυτά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di appoggiare la votazione riguardo le attività della commissione per le petizioni nel 2014. Ritengo, infatti, che lo strumento della petizione sia uno straordinario mezzo di partecipazione democratica per i cittadini europei. Così come stabilito all'articolo 227 del trattato di Lisbona, la presentazione di petizioni all'UE è un diritto fondamentale che rappresenta uno strumento in grado di avvicinare ancora di più i cittadini alle istituzioni e al processo decisionale, garantendo loro un ruolo di partecipazione diretta. In questo senso devono andare le iniziative della commissione PETI con il compito di sensibilizzare ed informare la cittadinanza sulle forme e i modi di utilizzo delle petizioni.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on the report on the work of the Petitions Committee. UKIP cannot endorse the work of the Committee because of the more overtly partisan political stance it has taken when it should be dealing with petitions on an impartial basis and judging the merits of each petition rather than judging them from an unashamedly political perspective. Citizens of Member States can have little faith that their petition will be dealt with objectively if it in any way runs counter to the norm, especially if it runs counter in any way to the political enthusiasms of the Committee.

In addition, the Committee clearly wishes to expand, without adequate or proper justification its role and staffing levels, both of which will be injurious to the taxpayer.

Whilst we are conscious of the Committee doing some good work on instances of maladministration (which should be its focus), we deprecate the attitude of the Committee towards anyone who raises their voice about migration (which concerns many tens of millions of ordinary citizens of Member States), whilst showing support for politically-correct petitioners such as those who complain about fracking.

For those reasons we have abstained.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Comissão das Petições desenvolve um trabalho essencial na relação entre os cidadãos e as instituições da UE. Os tratados da UE conferem a todos os cidadãos europeus o direito de se dirigirem ao Parlamento Europeu para relatar diversos tipos de problemas que enfrentam no quotidiano, desde que as questões levantadas se insiram no âmbito de atividades da União Europeia

Apoio o presente relatório anual, que considero de grande importância, pois oferece uma imagem precisa e completa dos trabalhos da Comissão das Petições, permitindo o conhecimento do número de petições recebidas, encerradas ou tratadas pela comissão, ou dos países ou assuntos em questão, sendo uma ferramenta quantitativa importante na avaliação do trabalho da comissão.

Com esta ferramenta permite-se que os Deputados e as entidades europeias possam estar mais próximos dos cidadãos e de uma eventual não aplicação correta do Direito Europeu pelos Estados-Membros.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze die Forderungen des Berichts nach einer aktiveren Zusammenarbeit mit dem Rat und der Verkürzung der Beantwortungsfrist. Hieran müssen wir noch gemeinsam mit der Kommission arbeiten. Der Petitionsausschuss bietet unseren Bürgerinnen und Bürgern eine direkte Plattform, um sich gegen Benachteiligungen oder die Verletzung ihrer Rechte zu wehren. Hier finden sie Gehör. Der Petitionsausschuss fördert die Debatte, informiert und unterstützt die Bürgerinnen und Bürger, und bietet eine unmittelbare Verbindung zu den Institutionen.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on the report on the work of the Petitions Committee. UKIP cannot endorse the work of the Committee because of the more overtly partisan political stance it has taken when it should be dealing with petitions on an impartial basis and judging the merits of each petition rather than judging them from an unashamedly political perspective. Citizens of Member States can have little faith that their petition will be dealt with objectively if it in any way runs counter to the norm, especially if it runs counter in any way to the political enthusiasms of the Committee.

In addition, the Committee clearly wishes to expand, without adequate or proper justification its role and staffing levels, both of which will be injurious to the taxpayer.

Whilst we are conscious of the Committee doing some good work on instances of maladministration (which should be its focus), we deprecate the attitude of the Committee towards anyone who raises their voice about migration (which concerns many tens of millions of ordinary citizens of Member States), whilst showing support for politically-correct petitioners such as those who complain about fracking.

For those reasons we have abstained.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il diritto alla petizione è un elemento fondamentale della democrazia partecipativa, purtroppo però la maggior parte dei cittadini europei non conosce l'esistenza del diritto alla petizione o della sua potenziale utilità quale mezzo per richiamare l'attenzione delle istituzioni o dei deputati da loro eletti. Altresì, persiste ancora una forte confusione in merito ai campi di attività dell'Unione europea, pertanto un alto numero di petizioni sono irricevibili. Ho ritenuto di dover votare a favore di tale relazione poiché ritengo che con impegno molte carenze strutturali ed organizzative legate al funzionamento di tale Commissione possano essere superate, *in primis* garantendo un trattamento efficace e tempestivo delle petizioni con relative motivazioni qualora fossero irricevibili e dotando la commissione per le petizioni di un portale web pienamente operativo che permetta di fatto ai firmatari di registrarsi, presentare una petizione, caricare i documenti di accompagnamento, sostenere le petizioni ricevibili e ricevere informazioni sullo stato della propria petizione nonché essere avvisati dei cambi di stato della petizione tramite messaggi di posta elettronica automatici, poter entrare direttamente in contatto con funzionari delle istituzioni UE per informazioni chiare e dirette sullo stato di avanzamento della materia di interesse.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The Committee on Petitions provides European citizens with an easy and informal process that enables them to seek justice. It is important that this process is strengthened, thereby making it more accessible as well as more efficient and effective. The report makes a number of important proposals to strengthen this process with which I am in agreement. I have thus voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione annuale si propone di dare una visione precisa e completa del lavoro svolto dalla commissione per le petizioni, fornendo una serie di dati e statistiche sul numero di petizioni ricevute e sulle tematiche trattate, e proponendo diverse raccomandazioni.

Nel 2014, poco meno del 30% delle petizioni sono state dichiarate ammissibili ed effettivamente trattate. Le tematiche maggiormente sollevate sono state: giustizia, ambiente, mercato interno, diritti fondamentali, salute. La relazione contiene diversi aspetti positivi. Si segnalano, tra questi: il riferimento all'importanza del diritto di petizione e l'utilità delle petizioni; la critica alle risposte particolarmente lacunose della Commissione europea alle iniziative dei cittadini europei che hanno superato il milione di firme (Right 2 Water, One of Us, Stop Vivisection); il riferimento alle decine di petizioni che esprimono preoccupazione in merito al TTIP e all'uso del *fracking* per l'estrazione di gas e petrolio dal sottosuolo; la tematica del *child welfare*, sui potenziali abusi da parte di autorità amministrative e giudiziari di alcuni Stati membri, sottrazioni internazionale di minori.

Nella relazione si esprime l'auspicio di una cooperazione più strutturata con i governi e parlamenti nazionali. Mi sembra una buona relazione, motivo per il quale voto a favore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe pues considero que es un buen reflejo de las actividades que la Comisión de Peticiones realizó durante 2014, ya que, gracias a que muchas de las enmiendas presentadas por el Grupo GUE/NGL fueron aprobadas, han quedado recogidos temas significativos que fueron objeto de numerosas peticiones: el rechazo a la ATCI y la opacidad de las negociaciones, la oposición ciudadana al «*fracking*» o las denuncias que trasladaron decenas de europeos y europeas a las políticas migratorias, de comercio y exterior de la UE.

Iguualmente, considero positivo que el informe recoja una serie de solicitudes expresas para mejorar el tratamiento que se da a las peticiones, como por ejemplo: incremento de los recursos de la Secretaría de la Comisión de Peticiones, mayor implicación de la Comisión Europea al analizar las peticiones o mejoras en el portal web para que los peticionarios y las peticionarias pueden tener información actualizada del tratamiento de sus peticiones.

Por último, considero importante el llamamiento que recoge el informe a la necesidad de revisar el Reglamento que rige las iniciativas ciudadanas europeas para que sea verdaderamente un instrumento que permita una mayor participación de la ciudadanía en el proceso de toma de decisiones europeas.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A Petíciós Bizottság éves jelentésének célja többek között, hogy megvizsgálja, miként lehet javítani az eljárásokon és a más intézményekkel fenntartott kapcsolatokon. Támogattam azokat a jelentéshez készült módosító javaslatokat, amelyek a korábbi jelentésben lefektetett petíciós ügykezelési eljárási garanciákra hivatkoznak, és előbbre viszik a Petíciós Bizottság munkáját. A Parlament főtitkára által 2014-ben bevezetett igazgatási reform Petíciós Bizottságra vonatkozó elemeiről van szó, mint például az ésszerű határidőn, 9 hónapon belül történő válaszadás a polgároknak. Mindez a petíciós joggal élő uniós polgárok érdekeit szolgálja és növeli az intézményünkbe vetett bizalmat.

E garanciák mellett a jelentés minden évben képet mutat a beérkezett petíciók tagállami lebontásáról is, ami azt mutatja, hogy a petíciós jogot nem minden régióban használják ki egyformán a polgárok. A közép-európai uniós polgároknak még mindig több tájékoztatásra van szükségük az uniós jogok és ahhoz kapcsolódó lehetőségek terén. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Komisja Petycji jest istotnym narzędziem udostępnionym obywatelom, aby mogli pełniej uczestniczyć w procesie demokratycznym na szczeblu UE, ponadto sprzyja ona prowadzeniu debaty oraz informuje i wspiera obywateli w zakresie przysługujących im praw. Celem Komisji Petycji jest zapewnienie obywatelom bezpośredniego kontaktu z instytucjami i zadbanie o to, by znaleźli w nich kogoś, kto wysłucha ich konkretnych problemów.

Po wysłuchaniu sprawozdania podjąłem decyzję o oddaniu głosu za przyjęciem dokumentu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report on the Petitions Committee Annual Report, in which the committee aims to give a precise and full view of the work carried out in 2014. The report presents statistics and analysis on the number of petitions received, closed and dealt with in 2014, the countries concerned and the matters raised. The report also suggests possible improvements in procedures and in relations with other institutions and national and regional authorities.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I cannot support this report, which goes far beyond a summary of the Petitions Committee's annual activities and instead seeks to direct to Member States what their actions should be in areas that clearly remain the competences of national governments.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative dresse le bilan des activités de la commission des pétitions en 2014. Depuis l'entrée en vigueur du traité de Lisbonne, en 2009, la charte des droits fondamentaux a valeur juridique contraignante. Le droit de pétition est à ce titre reconnu comme un droit fondamental (article 227 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne) et permet aux citoyens d'alerter le Parlement européen sur des problèmes liés à la mise en œuvre de politiques européennes. En 2014, 2714 pétitions ont été déposées (6 % de moins qu'en 2013) et 1607 ont été jugées recevables. Environ 80 % des pétitions ont été traitées dans le courant de l'année et quelques-unes ont déclenché une procédure d'infraction devant la Cour de justice. La majorité des pétitions concernent la justice, les droits fondamentaux, l'environnement et le marché intérieur. L'objectif principal de ce rapport est de clarifier les règles d'admissibilité des plaintes, afin d'offrir aux citoyens une meilleure protection de leurs droits quand l'Union est compétente. Considérant que le droit de pétition est un élément important de l'état de droit, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on the report on the work of the Petitions Committee. UKIP cannot endorse the work of the Committee because of the more overtly partisan political stance it has taken when it should be dealing with petitions on an impartial basis and judging the merits of each petition rather than judging them from an unashamedly political perspective. Citizens of Member States can have little faith that their petition will be dealt with objectively if it in any way runs counter to the norm, especially if it runs counter in any way to the political enthusiasms of the Committee.

In addition, the Committee clearly wishes to expand, without adequate or proper justification its role and staffing levels, both of which will be injurious to the taxpayer.

Whilst we are conscious of the Committee doing some good work on instances of maladministration (which should be its focus), we deprecate the attitude of the Committee towards anyone who raises their voice about migration (which concerns many tens of millions of ordinary citizens of Member States), whilst showing support for politically-correct petitioners such as those who complain about fracking.

For those reasons we have abstained.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui récapitule les travaux de la commission des pétitions du Parlement européen en 2014. Je soutiens le droit de chaque citoyen européen de pouvoir déposer une pétition pour interpeller les institutions. Cet outil participe ainsi à la transparence des décisions législatives européennes et il est un droit fondamental de la démocratie européenne.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Non seulement la commission des pétitions semble davantage préoccupée par la défense des droits des migrants que des citoyens de l'Union eux-mêmes, mais elle semble secondée par la Commission européenne, qui s'illustre par son absence de volonté d'écouter la voix des citoyens. Considérant qu'au sein de l'Union européenne, comme à tous les niveaux, il existe une différence fondamentale entre les citoyens et les non-citoyens, j'estime que la commission PETI n'agit pas dans l'intérêt général de l'Union. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Комисията по петиции е комисията, която е най-близко до европейските граждани от всички комисии в Европейския парламент. Там всеки има право на глас и може да представи своето оплакване или препоръка. Много са предметите, които биха могли да бъдат обсъдени в този доклад и мен по-скоро ме интересува кои са основните неща, които засягат гражданина, какъв е процентът на гражданите, въвели петиции по националност, има ли статистика за това. Това, което установих, обаче, е, че докладът се концентрира повече върху излагане на мнение дали е правилно или не на някои страни членки да им бъде предоставена възможност да избират дали да са част от нещо или не и че, забележете, принципът на субсидиарност е прекалено строго тълкуван от Комисията. Аз не мога да се съглася с такива становища затова отхвърлих този доклад.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Το πρόγραμμα εργασίας της Επιτροπής Αναφορών δεν συνδέεται με το νομοθετικό πρόγραμμα της Επιτροπής αλλά καθορίζεται από τους πολίτες, οι οποίοι, ασκώντας το δικαίωμα υποβολής αναφοράς στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, κοινοποιούν τις ανησυχίες τους σχετικά με διάφορες πολιτικές και με νομοθετήματα της ΕΕ. Πρόκειται, επομένως, για ένα εργαλείο που παρέχει τη δυνατότητα στους πολίτες να θέσουν ενώπιον του Κοινοβουλίου τις ανησυχίες τους σχετικά με τον αντίκτυπο των διαφόρων πολιτικών και της νομοθεσίας της ΕΕ στην καθημερινή τους ζωή. Η криσιμότητα του εργαλείου αυτού διαφαίνεται από την πολυμορφία των θεμάτων που τίγονται στις αναφορές των πολιτών, όπως τα θεμελιώδη δικαιώματα, τα ανθρώπινα δικαιώματα, τα δικαιώματα των ατόμων με αναπηρία, η εσωτερική αγορά, η περιβαλλοντική νομοθεσία, οι εργασιακές σχέσεις, οι μεταναστευτικές πολιτικές, οι εμπορικές συμφωνίες, ζητήματα δημόσιας υγείας, η προστασία των παιδιών, οι μεταφορές και τα δικαιώματα των ζώων.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Segundo as estatísticas, em 2014, o Parlamento Europeu recebeu 2 714 petições, o que representa um decréscimo de 6 % em comparação com as 2 891 apresentadas em 2013. O presente relatório anual pretende oferecer uma imagem precisa e completa dos trabalhos da Comissão das Petições, apresentando as estatísticas sobre o número de petições recebidas, encerradas ou tratadas pela comissão, ou sobre os países ou assuntos em questão, as quais constituem uma ferramenta quantitativa importante na avaliação do trabalho da comissão.

As estatísticas anuais revelam que a maior parte dos cidadãos recorre ao Parlamento para solicitar a sua ajuda em assuntos relacionados com a justiça, o ambiente, o mercado interno e os direitos fundamentais. Outros peticionários procuram fazer ouvir as suas propostas relativamente à execução das políticas da União e outros ainda dirigem-se ao Parlamento Europeu para contestar decisões tomadas pelas autoridades nacionais e reclamar contra acordados dos tribunais nacionais. Outros ainda denunciam deficiências na aplicação da legislação europeia, seja por transposição defeituosa da legislação, seja por não aplicação das normas comunitárias, seja ainda por violação das mesmas.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce que la commission des pétitions pratique une réception subjective des pétitions reçues.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O direito de petição visa, juntamente com o Provedor de Justiça Europeu, lidar com casos de má administração por parte das instituições da UE, ou das instituições nacionais, no contexto da aplicação da legislação da UE.

Coincide, frequentemente, com a apresentação simultânea de uma queixa junto da Comissão Europeia, que pode levar à instauração de um processo por incumprimento ou de uma ação por omissão.

Em 2014 foram encerradas 1 887 petições, das quais 1 070 foram declaradas inadmissíveis. Estes números correspondem a um aumento de cerca de 10 % em relação a 2013.

As questões mais preocupantes abordadas nas petições dizem respeito à legislação ambiental (gestão da água e dos resíduos, à prospeção e extração de hidrocarbonetos e a grandes projetos de infraestruturas e desenvolvimento); aos direitos fundamentais (em particular, os direitos das crianças e os direitos das pessoas com deficiência); à livre circulação de pessoas, à discriminação, à imigração, às negociações relativas à Parceria Transatlântica de Comércio e Investimento (TTIP); ao bem-estar dos animais, à aplicação da justiça e à inclusão social das pessoas com deficiência.

Pese embora a indiscutível justeza da maioria das causas subjacentes a muitas das petições, não acompanhamos várias das observações e recomendações constantes do relatório nem alguns aspetos da filosofia deste instrumento.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Petičné právo v Európskej únii je jedným zo základných pilierov európskeho občianstva a zároveň základným právom, v ktorom sa stanovuje, že každý občan alebo osoba s bydliskom alebo sídlom v Európskej únii má právo individuálne alebo spoločne s ďalšími občanmi alebo osobami predložiť Európskemu parlamentu petíciu vo veci, ktorá spadá do oblasti pôsobnosti Európskej únie alebo sa jej priamo dotýka. Väčšina občanov žiada Európsky parlament o pomoc v oblasti, ktoré sa týkajú spravodlivosti, životného prostredia, vnútorného trhu či základných práv. Ako uvádza predložená správa Výboru pre petície za rok 2014, Európskemu parlamentu bolo doručených 2714 petícií, čo medziročne predstavuje pokles o 6 %.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Υπερψηφίζω το πρόγραμμα εργασίας της Επιτροπής Αναφορών 2014 διότι παρέχει τη δυνατότητα στους πολίτες να θέσουν ενώπιον του Κοινοβουλίου τις ανησυχίες τους σχετικά με τον αντίκτυπο των διαφόρων πολιτικών και της νομοθεσίας της ΕΕ στην καθημερινή τους ζωή. Η κρισιμότητα του εργαλείου αυτού διαφαίνεται από την πολυμορφία των θεμάτων που τίγονται στις αναφορές των πολιτών, όπως είναι τα θεμελιώδη δικαιώματα, τα ανθρώπινα δικαιώματα, τα δικαιώματα των ατόμων με αναπηρία, η εσωτερική αγορά, η περιβαλλοντική νομοθεσία, οι εργασιακές σχέσεις, οι μεταναστευτικές πολιτικές, οι εμπορικές συμφωνίες, ζητήματα δημόσιας υγείας, η προστασία των παιδιών, οι μεταφορές και τα δικαιώματα των ζώων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I believe it is very important to give a precise and full view of the work carried out in 2014 by the Committee on Petitions. Statistics on the number of petitions received are an important quantitative tool in assessing the Committee's work.

I believe we have to strongly focus on the needs of citizens, who were especially concerned by matters related to the environment, internal market or fundamental rights. It is important to explain how EU policies should be developed and to object to decisions made by national governments if the citizens ask for it.

Identifying the problems that organisers of European citizens' initiatives encounter is also an issue that has to be addressed.

We must ensure correct application of EU legislation by national authorities, to avoid legislation being poorly transposed or failure to apply EU legislation.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az előadóval összhangban úgy vélem, fontos, hogy a Bizottság proaktívan kövesse nyomon azon tervezett és közzétett projektek alakulását, amelyekről megalapozott bizonyítékok alapján feltételezhető, hogy sérthetik az uniós jogot, és ilyen esetekben hozzon idejében megelőző intézkedéseket.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre las actividades de la Comisión de Peticiones, Comisión donde los ciudadanos europeos ejercen su derecho de petición ante el Parlamento Europeo, expresando con ello sus preocupaciones acerca de las diferentes políticas y medidas legislativas de la Unión. Es de vital importancia dar respuesta a las peticiones y preocupaciones de los ciudadanos, que deben sentir y ver que las instituciones de la UE dan respuesta a sus problemas diarios.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Bericht über die Tätigkeiten des Petitionsausschusses 2014 gestimmt, möchte aber vor allem eines hervorheben: Ich begrüße es, wenn der Ausschuss die Petitionen hinsichtlich des Verhaltens deutscher Jugendämter weiter mit Priorität behandelt und sich hier im Sinne der betroffenen Väter und Mütter einbringt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Petitionen sind ein wichtiges Medium der Bürger, um auf gesellschaftliche Missstände und Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen. Deshalb spreche ich mich für eine weitere Unterstützung des Petitionsausschusses bei seiner Arbeit aus.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which stresses the importance of the Committee as a bridge between the European Parliament and citizens.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché la commissione per le petizioni svolge il ruolo fondamentale di avvicinare i cittadini alle istituzioni europee. È il *front office* del Parlamento, è la commissione PETI che fa del Parlamento un'istituzione davvero democratica. È importante migliorarne la *performance* così come assumere come priorità le istanze presentate dai cittadini

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque el informe, además de hacer un repaso de las peticiones ciudadanas recibidas en 2014 por la Comisión de Peticiones, remarca la importancia de esta forma de participación ciudadana y la necesidad de dotarse de más medios para poder atender mejor las demandas de la sociedad y poder llegar a más gente, así como la importancia de la colaboración de la Comisión Europea, los Estados miembros y el Defensor del Pueblo.

Dadas las lagunas democráticas en el sistema de funcionamiento de la UE, apoyamos cualquier trabajo orientado a aumentar el control y la participación ciudadana en el debate político.

Valoramos de forma positiva también, cómo el informe resalta y da voz al gran número de peticiones en cuestiones de gran importancia como: el rechazo ciudadano a la ATCI y su opacidad; el rechazo al «fracking» y las prospecciones petrolíferas; la denuncia de los problemas y los derechos de las personas con discapacidad; la lucha por los derechos infantiles; y toda la problemática de migraciones, devoluciones en caliente, refugiados, etc.

Por lo tanto, aunque la inclusión de la participación en las instituciones europeas es insuficiente, voto a favor de un informe que busca dar voz y mejorar este tipo de participación.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Along with my colleagues in the S&D Group, I voted in favour of this report. The report is an overview of the Petitions Committee's 2014 activities. The report focuses on the petitions received by the Committee and the actions taken and it stresses the importance of the Committee as a bridge between the European Parliament and citizens.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Ταχθήκαμε υπέρ της έκθεσης για τις δραστηριότητες της Επιτροπής Αναφορών για το 2014 διότι σημαντικές τροπολογίες μας εγκρίθηκαν και συμπεριλήφθηκαν στο τελικό κείμενο που ψηφίστηκε. Συγκεκριμένα, υιοθετήθηκαν οι θέσεις μας για την ανάγκη ανάδειξης σημαντικών πολιτικών θεμάτων που άπτονται των δραστηριοτήτων της Επιτροπής, όπως το TTIP και οι μεταναστευτικές πολιτικές, για την ανάγκη περισσότερης διαφάνειας και περισσότερων βελτιώσεων προκειμένου να διευκολυνθεί η μεγαλύτερη συμμετοχή των πολιτών με αναφορές. Επιπροσθέτως, πρέπει να σημειώσουμε την ανάγκη για καλύτερη διαχείριση σε όλα τα στάδια της διαδικασίας αναφορών, για την δημιουργία επιτροπών αναφορών στα κοινοβούλια των κρατών μελών καθώς και για την ενίσχυση της Γραμματείας της Επιτροπής με επιπρόσθετο ανθρώπινο δυναμικό.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it recognised that the right to petition is an important tool for which citizens of the EU may exercise a greater political involvement. It also recognised that there are a number of shortcomings, many of them procedural, which may limit involvement. It was noted that the persistent backlog in the treatment of petitions, stemming from a lack in human resources available within the Committee's Secretariat, had the potential to undermine and harm the credibility of the European Institutions in the eyes of concerned citizens. The report also notes the highly important role of the Commission with regard to the proactive monitoring of petitions which claim breaches in EU legislation. The report calls on the Commission to conduct thorough inquiries of admissible cases and to provide accurate and updated answers to petitions in writing. The Commission should also strive to uphold its transparency and cooperation in dealing with other EU institutions in order to achieve this. It recommends the standardising of laws to create well-functioning petition committees in national parliaments, which would increase the effectiveness of cooperation between the Committee on Petitions and the national parliaments.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to vote for this report in response to problems relating to major issues such as calls for the implementation of the revised petitions administrative procedure in the EP and ending the practices of politicising the PETI Committee in time of national elections. The number of petitions received is modest when compared to the EU's total population, which indicates that the vast majority of EU citizens are not yet aware of the right to petition or of its possible usefulness as a means of drawing the attention of the EU institutions and the Member States to matters which affect them and about which they are concerned. Even though some EU citizens are aware of the petition process, there is still widespread confusion about the EU's field of activity, as is shown by the high number of inadmissible petitions received (39.4 %). The proper treatment of petitions throughout the whole process is crucial to ensuring recognition that the right to petition is respected. Petitioners tend to be citizens engaged in the improvement, and the future wellbeing, of our societies. The experience of these citizens with regard to how their petitions are treated could determine their future opinion on the European project.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on the report on the work of the Petitions Committee. UKIP cannot endorse the work of the Committee because of the more overtly partisan political stance it has taken when it should be dealing with petitions on an impartial basis and judging the merits of each petition rather than judging them from an unashamedly political perspective. Citizens of Member States can have little faith that their petition will be dealt with objectively if it in any way runs counter to the norm, especially if it runs counter in any way to the political enthusiasms of the Committee.

In addition, the Committee clearly wishes to expand, without adequate or proper justification its role and staffing levels, both of which will be injurious to the taxpayer.

Whilst we are conscious of the Committee doing some good work on instances of maladministration (which should be its focus), we deprecate the attitude of the Committee towards anyone who raises their voice about migration (which concerns many tens of millions of ordinary citizens of Member States), whilst showing support for politically-correct petitioners such as those who complain about fracking.

For those reasons we have abstained.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I strongly welcome the work undertaken by the Committee on Petitions and the right of citizens to monitor, defend and promote their rights regarding the legislative mechanism. The Commission should be strongly engaged in the process of petitions. The Commission should conduct investigations concerning the cases submitted to it and provide swift and accurate replies to the petitioners.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o aktivnostima Odbora za predstavke tijekom 2014. jer je upravo taj Odbor kontaktna točka za građane, koja promiče europsko građanstvo, a ujedno jača vidljivost i vjerodostojnost europskih institucija, te je svake godine u kontaktu s tisućama građana koji podnose predstavke i svoje legitimne pritužbe. Svakako je potrebna bolja suradnja s institucijama na europskoj, nacionalnoj i regionalnoj razini, kao i s drugim tijelima od ključne važnosti za dotično područje ako se brzo žele riješiti pitanja iz predstavki. Iako ima dosta prostora za poboljšanje rada spomenutog Odbora, svakako smatram da je on i te kako značajan za stanovnike EU-a, stoga sam glasovao za ovo Izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport donne un bon point non mérité à la commission des pétitions pour ses activités de l'année 2014. Or, l'activité de cette commission a baissé de 6 % par rapport à l'année précédente. De surcroît, elle ne sélectionne que les pétitions qui lui sont agréables. En bref, seules sont traitées les pétitions qui choient les migrants et ne chahutent pas trop les lobbies pharma-industriels. J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My colleagues and I abstained on the report on the work of the Petitions Committee.

UKIP cannot endorse the work of the Committee because of the more overtly partisan political stance it has taken when it should be dealing with petitions on an impartial basis and judging the merits of each petition rather than judging them from an unashamedly political perspective. Citizens of Member States can have little faith that their petition will be dealt with objectively if it in any way runs counter to the norm, especially if it runs counter in any way to the political enthusiasms of the Committee.

In addition, the Committee clearly wishes to expand, without adequate or proper justification its role and staffing levels, both of which will be injurious to the taxpayer.

Whilst we are conscious of the Committee doing some good work on instances of maladministration (which should be its focus), we deprecate the attitude of the Committee towards anyone who raises their voice about migration (which concerns many tens of millions of ordinary citizens of Member States), whilst showing support for politically-correct petitioners such as those who complain about fracking.

For those reasons my colleagues and I have abstained.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport annuel de ma collègue Lidia Joanna Geringer de Oedenberg sur les activités de la commission des pétitions au cours de l'année 2014. En 2014, le Parlement européen a reçu 2714 pétitions, dont une grande part était irrecevable car ne relevant pas des compétences de l'Union. Devant ce chiffre élevé, l'augmentation des ressources du secrétariat devient urgente pour rendre le traitement moins lent, ainsi que la simplification et la clarification du processus de soumission des pétitions européennes. Le Parlement européen souhaite aussi renforcer la coopération avec les autorités nationales.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui dresse un bilan de l'utilisation des pétitions par les citoyens européens en 2014. Cet instrument important pour la démocratie directe en Europe reste sous-utilisé et souvent mal compris. Il convient donc, comme le prescrit ce rapport, de mieux informer les citoyens européens de leurs droits.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich hierbei um einen durchaus guten Text, der die verstärkte Einbindung der Bürger fordert und die Kommission auffordert, die vom Volk geäußerten Bedenken zu kontroversen Themen auch tatsächlich zu berücksichtigen. Will man den Eindruck abschaffen, bei Europa handle es sich bloß um ein Elitenprojekt, muss die Arbeit des Petitionsausschusses gestärkt werden, weshalb ich für diesen Bericht stimme.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as it is simply an overview of the Petitions Committee's 2014 activities stressing the importance of the Committee as a bridge between the European Parliament and citizens.

Jude Kirton-Darling (S&D), *in writing*. – The activities of the Committee on Petitions 2014 shows the myriad concerns presented to the Committee by citizens. One concern was consistently voiced by citizens: the TTIP negotiations and the nature of any final agreement. The European Labour Party will judge the final text according to our demands to reject the ISDS, to include a full carve-out of public services and to guarantee the protection of workers' rights. On the ISDS, we believe that the European Commission should hear the case made by the supporters of the European Citizens' Initiative that was dismissed. Furthermore, we have called for increased transparency standards, similar to those found at the WTO trade agreement negotiations, with regard to the negotiating texts and the offers made by each party. The European Ombudsman has made an important proposal in this respect, which must be fully implemented by the European Commission.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report concerns the activities of the Committee on Petitions during 2014. I support its activities and annual work. The Committee allows also an involvement of citizens in decisions on important political issues (such as the TTIP and the ISDS). I voted in favour of this report in order to support the Committee's activities.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution, car elle donne un satisfecit aux activités de la commission des pétitions pour 2014. Or, cette commission a une activité en baisse de 6 % par rapport à 2013. En outre, elle traite systématiquement les pétitions qu'elle reçoit de façon politiquement correcte, notamment en matière d'immigration, où elle veut donner toujours plus de droits aux migrants.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le but de cette proposition de résolution était d'approuver – et de saluer – les activités de la commission des pétitions en 2014.

J'ai voté contre ce texte, qui félicite une commission aux résultats pourtant insatisfaisants: une activité en baisse de 6 % par rapport à 2013 et un traitement doctrinal des sujets de fond. Ainsi, droits fondamentaux, discriminations ou encore immigration sont légion au rayon des pétitions étudiées, et portent toujours le sceau du politiquement correct et le prisme de pensée immigrationniste qui caractérise le travail global des commissions dans l'Union européenne.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe pues considero que es un buen reflejo de las actividades que la Comisión de Peticiones realizó durante 2014, ya que, gracias a que muchas de las enmiendas presentadas por el Grupo GUE/NGL fueron aprobadas, han quedado recogidos temas significativos que fueron objeto de numerosas peticiones: el rechazo a la ATCI y la opacidad de las negociaciones, la oposición ciudadana al «fracking» o las denuncias que trasladaron decenas de europeos y europeas a las políticas migratorias, de comercio y exterior de la UE.

Igualmente, considero positivo que el informe recoja una serie de solicitudes expresas para mejorar el tratamiento que se da a las peticiones, como por ejemplo: incremento de los recursos de la Secretaría de la Comisión de Peticiones, mayor implicación de la Comisión Europea al analizar las peticiones o mejoras en el portal web para que los peticionarios y las peticionarias puedan tener información actualizada del tratamiento de sus peticiones.

Por último, considero importante el llamamiento que recoge el informe a la necesidad de revisar el Reglamento que rige las iniciativas ciudadanas europeas para que sea verdaderamente un instrumento que permita una mayor participación de la ciudadanía en el proceso de toma de decisiones europeas.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasuji proti zprávě, jelikož vyzývá k navyšování administrativních výdajů a vměšuje se do záležitostí jednotlivých států, když odsuzuje fakt, že ne všechny státy (Polsko, Británie) přijaly Listinu základních práv EU. Právem národního státu musí být nepřipojit se k jakékoli smlouvě.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Prema Lisabonskom sporazumu iz 2009. godine osigurava se pravo svim građanima i stanovnicima Europske unije da budu uključeni u zaštitu i promicanje njihovih prava. U usporedbi s ukupnim brojem stanovništva Europske unije broj predstavlki je još uvijek skroman, pa čak i opada što pokazuje činjenica da je u 2014. godini u odnosu na 2013. godinu zaprimljeno gotovo 6% manje predstavlki. Veliki problem predstavlja obrađivanje predstavlki. Takva kašnjenja nisu prihvatljiva jer je u cilju osigurati vrhunsku uslugu, takav pristup dovodi u pitanje i vjerodostojnost europskih institucija.

Nisam podržala Prijedlog o aktivnosti Odbora za predstavlke tijekom 2014. zastupnice Lidie Joanna Geringer de Oedenberg zbog cijelog niza nejasnoća koji se javljaju u funkcioniranju Odbora, na što upućuje jako visoki postotak (39,4 %) zaprimljenih nedopuštenih predstavlki. Javlja se preveliki jaz u pravnom tumačenju prihvatljivosti predstavlki što dovodi do njihovog prevelikog odbijanja stoga je potrebno provesti niz izmjena i dopuna te jasno urediti zakonske definicije Poslovnika.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – За съжаление, голяма част от гражданите не знаят за съществуването на правото им на петиция до Европейския парламент. Петицията се оказва един много ефективен начин за привличане на вниманието на европейските институции към лични казуси, свързани с проблеми при прилагането на европейските норми. От друга страна, процентът (39,4%) на недопустимите петиции показва, че има неяснота относно границите на компетентност на Съюза. Ето защо, правото на петиция трябва да бъде ясно обяснено и широко популяризирано. Приветствам активната гражданска позиция и това да се даде гласност на конкретни проблеми при прилагането на правото на ЕС. За Европейския парламент петициите са източник и на ценна обратна връзка за пропуски в законодателството, което ние като евродепутати изготвяме и гласуваме.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Petičné právo patrí k základným politickým právam a predstavuje jednu z foriem priamej demokracie. Zdôrazňuje suverenitu občanov a zároveň je dobrým komunikačným nástrojom medzi občanmi, inštitúciami a orgánmi EÚ. Pri jeho správnom fungovaní môže napomôcť riešiť mnohé problémy občanov a zároveň môže byť podnetom pri legislatívnej iniciatíve. V niektorých krajinách je však potrebné zvýšiť informovanosť a osvetu o tomto práve občanov a o možnostiach a spôsoboch jeho využitia.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραφικώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με τις δραστηριότητες της Επιτροπής Αναφορών κατά το 2014 για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 21 Ιανουαρίου 2016 αλλά και διότι πρόκειται για πλήρη και τεκμηριωμένη έκθεση.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution. Elle «valide» le travail de la commission PETI pour l'année 2014, commission dont l'activité a été modeste: seulement 2714 pétitions en 2014, soit une baisse de 6 % par rapport à 2013. De plus, le traitement de ces pétitions reste très politiquement correct, même sur des sujets sensibles qui pourraient bénéficier de réponses plus pointilleuses.

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome this report. The entry into force of the Treaty of Lisbon confirmed the right to petition the European Parliament as one of the cornerstones of European Union citizenship and as a fundamental right under Article 227 of the Treaty, which provides that citizens or residents of the European Union, whether natural or legal persons, individually or in association with other citizens or persons, have the right to address a petition to the European Parliament on a matter which comes within the European Union's fields of activity and which affects them directly. This tool allows citizens to bring before Parliament their concerns about the impact of various EU policies and legislation on their everyday lives.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Come unica istituzione europea eletta democraticamente, il Parlamento deve fare uno sforzo in più nel dare seguito alle petizioni dei suoi cittadini. Come si afferma nella relazione, però, l'Unione deve impegnarsi maggiormente per informare meglio i cittadini europei circa le procedure di presentazione delle petizioni e il loro ruolo. Spero che nell'anno 2016 si possa continuare a sentire e discutere le petizioni dei cittadini che rappresentiamo.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La Comisión de Peticiones juega un importante papel, ya que permite que los ciudadanos de la UE puedan intervenir directamente y facilitar que tratemos todos aquellos asuntos que le preocupan y hace efectiva la democracia participativa en la UE a través del derecho de petición.

Doy mi apoyo al informe sobre las actividades de esta Comisión en 2014, en la que se recibieron cerca de 3.000 peticiones, lo que constata que su labor es de gran importancia. Por ello, desde este Parlamento pedimos también a la Comisión Europea que se implique plenamente en el proceso de petición para conseguir que tengamos más éxito en responder a las demandas de la ciudadanía.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fordert die verstärkte Einbindung der Bürger. Zudem wird die Kommission aufgefordert, die oftmals geäußerten Bedenken, vor allem hinsichtlich TTIP, ernst zu nehmen und zu berücksichtigen. Dieser Bericht erhält daher meine Unterstützung.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kadangi Europos piliečių teikiamos petacijos yra svarbus įrankis, suteikiantis jiems galimybę dalyvauti ES sprendimų priėmimo procese. Pranešime numatoma peticijų komiteto veiklos kryptys bei tobulintinos sritys, kurios leistų žmonėms visapusiškai pasinaudoti peticijų teise. Iš metinių statistinių duomenų matyti, kad dauguma piliečių į Parlamentą kreipiasi prašydami padėti spręsti klausimus, susijusius su teisingumu, aplinka, vidaus rinka ar pagrindinėmis teisėmis. Vieni peticijų teikėjai kreipiasi į Europos Parlamentą norėdami pateikti pasiūlymų dėl Europos Sąjungos politikos sričių plėtojimo, kiti – apskųsti sprendimus, kuriuos priėmė nacionalinės valdžios institucijos, taip pat apskųsti nacionalinių teismų sprendimus. Esu įsitikinęs, jog EP pranešime išdėstyti pasiūlymai dėl Peticijų komiteto veiklos padės užtikrinti veiksmingesnį ir skubesnį peticijų nagrinėjimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le système européen des pétitions sert de vitrine démocratique à une Union européenne qui ne cesse de piétiner les droits démocratiques des peuples et la souveraineté de leurs États. En 2014, la commission des pétitions a enregistré un total de 2 714 pétitions, dont seulement 790 ont jugées recevables. À ce titre, le rapport conteste le refus de la Commission de juger recevable l'initiative citoyenne européenne contre l'accord transatlantique, alors qu'elle a reçu plus de 3 millions de signatures. Mais sous couvert de donner plus de pouvoirs aux citoyens via des pétitions, en réalité il s'agit de renforcer le contrôle de la Commission européenne, organe illégitime démocratiquement, sur les États membres et d'accélérer la mise en application du «droit relatif au marché intérieur». Au vu du contexte économique, social et politique, les vraies améliorations démocratiques ne sont pas à rechercher dans l'amélioration à la marge d'un droit de pétition qui n'a pas jusqu'ici prouvé son efficacité contre l'austérité. Je vote contre pour ne pas encourager cette usine à gaz absurde qui ne débouche sur aucune prise en compte concrète des demandes des peuples, autres que celles acceptées par l'Union en vertu de ses traités.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport donne un bon point non mérité à la commission des pétitions pour ses activités de l'année 2014. Or, l'activité de cette commission a baissé de 6 % par rapport à l'année précédente. De surcroît, elle ne sélectionne que les pétitions qui lui sont agréables. En bref, seules sont traitées les pétitions qui choient les migrants et ne chahutent pas trop les lobbies pharma-industriels. J'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o Relatório sobre as atividades da Comissão das Petições em 2014.

A entrada em vigor do Tratado de Lisboa confirmou o direito de apresentar petições ao Parlamento Europeu como um dos pilares da cidadania europeia e como um direito fundamental previsto no artigo 227.º do Tratado.

É importante saber e ficar a conhecer as preocupações dos cidadãos sobre diferentes políticas e legislações da UE.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – As Vice-Chair of this Committee, I am proud of the work we have carried out in 2014. I voted in favour of this report, which underlines that the right to petition the European Parliament is a vital tool for our citizens to voice their concerns and is one of the most direct channels between Parliament and the citizens.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – L'exercice effectif du droit de pétition est le corollaire indispensable de la citoyenneté européenne. L'insertion de ce droit à l'article 44 de la charte de l'Union est symbolique de son importance, ainsi que de sa qualité de droit fondamental. Il faut donc se réjouir que plus de 2714 pétitions aient été reçues au cours de l'année 2014. Consciente de la nécessité de promouvoir cette initiative citoyenne afin de participer au renforcement de l'idéal démocratique européen, l'Union doit tout mettre en œuvre pour assurer l'effectivité de l'exercice de ce droit et son aboutissement sur des réalisations politiques concrètes et matérielles. La collaboration entre tous les acteurs institutionnels concernés doit, pour ce faire, être accrue. Ainsi, les commissions du Parlement européen, dans le domaine respectif de leurs compétences, doivent être associées au processus «pétitionnaire». Il en va de même pour le Médiateur européen, ainsi que pour les États membres, dont la participation engagée est nécessaire à la transparence démocratique de l'Union ainsi qu'au suivi adapté des requêtes de tous nos citoyens.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Činnosť Výboru pre petície považujem za veľmi prínosnú. Význam jeho práce vidíme aj v predkladanej správe, ktorá nám umožňuje hlbšie nazrieť do problémov bežných občanov Európskej únie. Občania predložením petície dávajú najavo svoj nesúhlas s pomermi alebo činnosťou úradov v konkrétnej oblasti a upozorňujú na porušovanie svojich práv. Väčšina podaných petícií sa týka oblasti spravodlivosti, životného prostredia, vnútorného trhu a základných práv. Tieto petície preto môžeme vnímať ako zrkadlo, v ktorom sa odráža, čo ľudí skutočne trápi. Zároveň k tejto správe treba pristúpiť zodpovedne a zamyslieť sa aj nad skutočnosťou, ktorá z nej vyplýva, a to, že mnohé z petícií museli byť vyhlásené za nepripustné, pretože sa dovoľávali pomoci od Európskeho parlamentu, hoci tento im v danej oblasti nemohol pomôcť. To svedčí o nedostatočnej informovanosti občanov. Z tohto dôvodu plne súhlasím so spravodajkyňou, podľa ktorej by občanom na úrovni Európskej únie malo byť k dispozícii jednotné kontaktné miesto, ktoré by ich mohlo nasmerovať pri hľadaní riešenia údajného porušovania ich práv.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Petíciós Bizottság az európai demokratikus folyamatban való részvétel tekintetében a polgárok rendelkezésére álló kiemelkedő eszköz, amely elősegíti a vitát, tájékoztatja az európai polgárokat jogaikról és segítséget nyújt számukra a jogok érvényre juttatásában. A 2014. évi jelentés áttekintést nyújt a Petíciós Bizottság munkájáról, statisztikai adatokkal szolgál a Petíciós Bizottsághoz beérkezett – azóta lezárt (70,9%) vagy még feldolgozás alatt álló (28,1%) – petíciók számáról, az érintett országokról és a petíciókban érintett témákról. A jelentést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution donne un satisfecit au travail de la commission des pétitions pour l'année 2014. Son activité fut pourtant modeste, puisqu'elle n'a reçu que 2714 demandes de pétitions, soit une baisse de 6 % par rapport à 2013.

De plus, la commission traite ces pétitions de façon politiquement correcte, surtout en matière d'immigration.

Nous votons donc contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution donne un satisfecit aux activités de la commission des pétitions pour 2014. L'activité de cette commission est cependant modeste. Elle a reçu 2714 pétitions en 2014, soit une baisse de 6 % par rapport à 2013. En outre, leur traitement reste politiquement correct. Les principaux sujets des pétitions concernent le droit en matière d'environnement, les droits fondamentaux, les discriminations ou encore l'immigration. Le fait est que la commission PETI traite ses sujets comme le font les autres commissions parlementaires, notamment en matière d'immigration (donner toujours plus de droits aux migrants).

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which focuses on the petitions received by the Committee and the actions taken. It also stresses the importance of the Committee as a bridge between the European Parliament and citizens.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur les activités de la commission des pétitions du Parlement européen en 2014. Ce texte a pour objectif de présenter une analyse des pétitions reçues et d'étudier les améliorations susceptibles d'être apportées à la procédure. J'ai notamment approuvé les dispositions invitant à faire mieux connaître les domaines d'activité de l'Union auprès des citoyens européens, afin de diminuer le nombre de pétitions irrecevables. En effet, 40 % des 2714 pétitions qui ont été soumises au Parlement en 2014 ont été déclarées irrecevables. Il est nécessaire de remédier à cette situation, qui entraîne un engorgement inutile du secrétariat de la commission PETI et, par conséquent, des dépenses supplémentaires.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Con l'approvazione di questa relazione abbiamo voluto fornire un quadro d'insieme del lavoro della commissione per le petizioni, che svolge il fondamentale ruolo di affrontare tutte le questioni, circa le diverse politiche e normative dell'Unione, che sono oggetto di preoccupazione per i cittadini europei. Grazie infatti all'entrata in vigore del trattato di Lisbona, il diritto di petizione al Parlamento europeo resta un elemento cardine della cittadinanza europea e un diritto fondamentale. Il nuovo portale web, operativo dal novembre 2014, ha certamente migliorato il sistema precedente per la trasmissione online delle petizioni. Quello che chiediamo ora è di mettere a disposizione dei cittadini uno sportello unico, capace di orientarli nella ricerca di soluzioni alle presunte violazioni dei loro diritti. Si tratta di un obiettivo estremamente importante. L'iniziativa della Commissione di accorpere i meccanismi di denuncia formali e informali nella sezione denominata «I tuoi diritti nell'UE» del sito web www.europa.eu può rappresentare un significativo passo avanti in questa direzione. Tuttavia occorre chiarire e spiegare ulteriormente la distinzione tra i meccanismi formali (denunce alla Commissione, petizioni al Parlamento europeo, denunce al Mediatore europeo) e quelli informali (SOLVIT, ECC-Net, FIN-Net ecc.). I cittadini devono sapere dove poter reperire il tipo di informazioni che cercano.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Ne pouvant être présent lors des votes qui se sont tenus le jeudi 21 janvier, je tiens à faire part de mon soutien au rapport relatif aux activités de la commission des pétitions pour l'année 2014, qui réaffirme le droit et la nécessité, pour les citoyens de l'Union, de s'exprimer de façon directe sur les travaux de l'Union européenne.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Nem támogatom a 2014. évi jelentés elfogadását, mivel véleményem szerint a Petíciós Bizottságban folyó munka nem kielégítő. A kezdetektől fogva érzékelhető volt számomra, hogy a szocialista előadó minimalizálni próbálja a párbeszédet és az együttműködést a néppárti bizottsági tagokkal, és inkább keresi az együttműködési lehetőséget a Zöldekkel, a GUE és az EFDD tagjaival. Ez jól látszott az egyetlen árnyékjelentői találkozón is, amire két nappal a bizottsági szavazás előtt került sor. Azért sem támogatom továbbá a jelentést, mert az utóbbi időben a Petíciós Bizottságban folyó politizálás nem a kijelölt célok elérésére fókuszál, sokkal inkább az egyes tagok nemzeti választási kampánycéljainak a teljesítésére.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The 2014 annual report will provide an overview on the activities and work done by the Petitions Committee. I have voted in favour of this report, which will provide statistics on the number of petitions dealt with by the Committee, the matters raised and the countries concerned.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da er das Thema „TTIP“ kritisch betrachtet. Der Bericht enthält sehr gute Ansätze und fordert die verstärkte Einbindung der Bürger in die Verhandlungen. Die Kommission wird angehalten, die oftmals geäußerten Bedenken hinsichtlich TTIP zu berücksichtigen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Raportis analüüsitakse 2014. aastal esitatud petitsioone ning arutletakse, mida oleks võimalik paremini teha. Oluline on julgustada dialoogi eri võimutasandite ja kodanikuühiskonna ning esindus- ja osalusdemokraatia vahel. Petitsioonikomisjon on oluline vahend, mis on tehtud kodanikele kättesaadavaks Euroopa demokraatlikus protsessis paremini osalemiseks. See soodustab arutelusid ning teavitab ja toetab ELi kodanikke nende õiguste küsimuses. Petitsioonikomisjon soovib pakkuda kodanikele otsekontakti institutsioonidega ja tagada, et kodanike konkreetsed probleemid kuulatakse ära.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on the report on the work of the Petitions Committee. UKIP cannot endorse the work of the Committee because of the more overtly partisan political stance it has taken when it should be dealing with petitions on an impartial basis and judging the merits of each petition rather than judging them from an unashamedly political perspective. Citizens of Member States can have little faith that their petition will be dealt with objectively if it in any way runs counter to the norm, especially if it runs counter in any way to the political enthusiasms of the Committee.

In addition, the Committee clearly wishes to expand, without adequate or proper justification its role and staffing levels, both of which will be injurious to the taxpayer.

Whilst we are conscious of the Committee doing some good work on instances of maladministration (which should be its focus), we deprecate the attitude of the Committee towards anyone who raises their voice about migration (which concerns many tens of millions of ordinary citizens of Member States), whilst showing support for politically-correct petitioners such as those who complain about fracking.

For those reasons we have abstained.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In qualità di eurodeputato ma anche di cittadino europeo, ritengo utile che ogni individuo, essendo rappresentato dall'istituzione dell'UE, da essi direttamente eletta, possa attraverso una petizione richiamare all'attenzione i rappresentanti che ha eletto. Inoltre possa questa petizione rafforzare la comunicazione tra il Parlamento europeo e i cittadini dell'Unione. Non meno importante, dovrà essere la valutazione della petizione che verrà trattata in modo attento, efficiente e tempestivo. Sarà poi recapitata una risposta in tempi brevi circa le misure adottate o in tal caso il firmatario sarà informato in merito ai motivi per cui la petizione è stata dichiarata irricevibile. Il dialogo del cittadino con l'Unione europea va incentivato per questo affermerei di votare positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Petitions provide a way for European citizens to be more effectively involved in the democratic process at EU level. I support the report, which calls on the Commission to respond to requests for investigation in three months and to keep the Petitions Committee informed of developments in infringement proceedings directly linked to petitions.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Smatram kako je nužno ojačati suradnju s nacionalnim parlamentima i njihovim odgovarajućim odborima, kao i vladama država članica te potaknuti nadležna tijela država članica da potpuno transparentno prenesu i provedu zakonodavstvo EU-a. U cilju pojašnjenja građanima na kojoj razini i kojoj instanci se mogu obratiti sa svojim predstavkama, vrlo je važan zajednički pristup Europskog parlamenta, nacionalnih parlamenata i vlasti na nižim razinama u državama članicama s odgovarajućim žalbenim tijelima.

Vjerujem u važnost suradnje s Komisijom i državama članicama u cilju učinkovitije i transparentnije zaštite prava građana te poticanje prisutnosti predstavnika država članica na sastancima. Važnim smatram i prisutnost predstavnika Vijeća i Komisije na sastancima i saslušanjima odbora na kojima sadržaj pitanja o kojima se raspravlja zahtijeva uključanje spomenutih institucija.

Podržavam ovo izvješće jer smatram kako je ključno da Odbor za predstavke ojača suradnju s drugim odborima Parlamenta tako što će ih pitati za mišljenje o predstavkama, pozivati njihove članove na rasprave koje se odnose na područja njihovih nadležnosti te kao odbor koji daje mišljenja o provedbi određenih izvješća i osobito izvješća o ispravnom prenošenju i primjeni prava Unije u državama članicama više sudjelovati u njihovom radu.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Svi građani ili stanovnici, bilo fizičke ili pravne osobe EU-a imaju pravo podnijeti Europskom parlamentu predstavku, godišnje statistike pokazuju da je najviše predavki vezano uz pravosuđe, temeljna prava, okoliš i unutarnje tržište. Parlament je 2014. zaprimio 2 714 predavki, što predavka 6% manje u odnosu na 2 891 predstavku iz 2013. Od toga je 29.1% ocijenjeno dopuštenima i popraćeno daljnjim koracima. Broj zaprimljenih predavki skroman je u usporedbi s brojem ukupnog stanovništva EU-a, što pokazuje da većina građana EU-a još uvijek nije svjesna prava na podnošenje predavki.

Stoga se pridružujem pozivima na zajednički pristup Parlamenta, nacionalnih parlamenata i vlasti na nižim razinama u državama članicama s odgovarajućim žalbenim tijelima u cilju transparentnog pojašnjenja građanima na kojoj razini i kojoj instanci se mogu obratiti sa svojim predstavkama. Pravo na podnošenje predavki ključan je element participativne demokracije, s ciljem da se riješe nepravilnosti u provedbi prava EU-a, zbog čega podržavam rad ovog odbora i Izvješće o njegovim aktivnostima.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Članak 227. Lisabonskog ugovora potvrđuje pravo na predavki koje omogućuje europskim građanima i svima koji borave u Europskoj uniji da se na jednostavan način obrate institucijama kako bi izrazili svoje zahtjeve ili prigovore. To pravo služi kao jedan od najvažnijih instrumenata koji približuje europske građane institucijama te kompletnom sustavu Europske unije. Građani EU-a koriste ga kako bi podnijeli predstavku u predmetnim područjima kao što su temeljna prava, okoliš, unutarnje tržište, zdravlje, prava potrošača, dobrobit životinja te mnoga druga.

Neki primjeri predavki koje su bile registrirane su: (1.) Skandal „*Equitable Life*”, Ujedinjena Kraljevina, (2.) Željeznički tunel Lyon - Torino, (3.) Neusklađenost zakona o urbanizaciji Valencije, u Španjolskoj, s pravom EU-a, (4.) Projekt autoceste M30 u Madridu i (5.) Predavka „Europski gradski vodič”: rezolucija o zavaravajućim „društvima za imeničke usluge.”

Važnost ovog izvješća je u tome što se njime poziva Komisiju da odgovori na zahtjeve za istragom u roku od tri mjeseca te informira Odbor za predavki o razvoju kršenja procedure direktno povezane s predstavkama. Isto tako, izvješćem se poziva vlasti države članice da aktivnije sudjeluju na sjednicama Odbora za predavki.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Qualsiasi cittadino o residente dell'Unione, nonché ogni persona fisica o giuridica che abbia la sede sociale in uno Stato membro, ha il diritto di presentare una petizione al Parlamento europeo su una materia che rientra nel campo delle attività dell'Unione e che lo riguarda direttamente. Si tratta di uno strumento che consente ai cittadini di portare dinanzi al Parlamento le loro preoccupazioni riguardanti l'impatto delle diverse politiche e della normativa dell'UE sulla loro vita quotidiana.

La relazione annuale del 2014 ha lo scopo di fornire un'immagine precisa e completa del lavoro svolto dalla commissione per le petizioni. Nel 2014 il Parlamento europeo ha ricevuto 2 714 petizioni, dato che indica una diminuzione del 6% rispetto alle 2 891 pervenute nel 2013. Il 2014, Anno europeo della cittadinanza, ha posto l'accento sulle elezioni europee che si sono svolte dal 22 al 25 maggio.

Auspicio che la commissione possa continuare ad offrire ai cittadini europei un contatto diretto con le istituzioni, garantendo che queste ultime prestino ascolto ai loro problemi concreti.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W sprawozdaniu zawarto sporo dobrych zapisów przeciwko przymusowej adopcji dzieci (m.in. Jugendamt). Z tym problemem spotykają się również polscy obywatele za granicą. Niestety w sprawozdaniu znalazły się również odniesienia, że wszystkie państwa powinny być członkami Karty praw podstawowych, której Polska nie jest członkiem i nie zamierza być. Nie pozwoliło mi to na zagłosowanie za sprawozdaniem, dlatego wstrzymałem się od głosu.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Nepodpořil jsem znění části usnesení, které arbitrárně soudí, že občané členských zemí odmítají projednávanou dohodu TTIP o volném obchodu mezi EU a USA. Podle mého názoru je její princip správný, protože může přinést nová pracovní místa a hospodářský růst. Samozřejmě EU nemůže slevit z některých svých hodnot, o což se ovšem podle dosavadních informací ani nesnaží. Mezi mými voliči v České republice se s odmítavým názorem na TTIP nesetkávám, respektive celá řada občanů ČR princip smlouvy podporuje.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O direito de apresentar petições ao Parlamento Europeu, já previsto no artigo 227.º do Tratado de Maastricht, foi confirmado como um pilar da cidadania europeia e como um direito fundamental pela entrada em vigor do Tratado de Lisboa. Trata-se de um instrumento que possibilita um meio simples à disposição dos cidadãos que se queiram dirigir às instituições da União e que sobre qualquer questão atinente aos domínios de sua atividade, pretendam submeter uma queixa ou pedido. O relatório anual de 2014 visa apresentar uma síntese do trabalho da Comissão das Petições e faz o retrato dos trabalhos da mesma, compilando dados estatísticos sobre o número de petições recebidas, encerradas ou tratadas pela comissão, ou sobre os países ou assuntos em questão. À luz do disposto, apoiei com o meu voto as conclusões do relator, considerando que constituem uma ferramenta descritiva e quantitativa indispensável na avaliação do trabalho parlamentar.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on the report on the work of the Petitions Committee. UKIP cannot endorse the work of the Committee because of the more overtly partisan political stance it has taken when it should be dealing with petitions on an impartial basis and judging the merits of each petition rather than judging them from an unashamedly political perspective. Citizens of Member States can have little faith that their petition will be dealt with objectively if it in any way runs counter to the norm, especially if it runs counter in any way to the political enthusiasms of the Committee.

In addition, the Committee clearly wishes to expand, without adequate or proper justification its role and staffing levels, both of which will be injurious to the taxpayer.

Whilst we are conscious of the Committee doing some good work on instances of maladministration (which should be its focus), we deprecate the attitude of the Committee towards anyone who raises their voice about migration (which concerns many tens of millions of ordinary citizens of Member States), whilst showing support for politically-correct petitioners such as those who complain about fracking.

For those reasons we have abstained.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Qualquer cidadão da União Europeia ou residente num Estado-Membro pode, a título individual ou em associação com outras pessoas, apresentar uma petição ao Parlamento Europeu sobre assuntos que se enquadrem no âmbito das atividades da União Europeia e que o afete diretamente. Esta foi uma enorme oportunidade em resultado do Tratado de Lisboa. O relatório anual sobre a Comissão das Petições pretende oferecer uma imagem precisa e completa dos trabalhos apresentando as estatísticas sobre o número de petições recebidas, encerradas ou tratadas pela comissão, ou sobre os países ou assuntos em questão, as quais constituem uma ferramenta quantitativa importante na avaliação do trabalho da Comissão.

Segundo as estatísticas, em 2014 o Parlamento Europeu recebeu 2714 petições, o que representa um decréscimo de 6% em comparação com as declarações apresentadas em 2013. Relativamente a 2013, registaram-se várias alterações na lista dos países de origem das petições em 2014, continuando Espanha no primeiro lugar. A justiça foi a principal matéria referida nas petições feitas nos dois anos. Pelo empenho e qualidade do trabalho apresentado, votei favoravelmente este relatório.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O número de petições recebidas em 2014 ascendeu a 2714, representando uma diminuição de cerca de 6% em relação a 2013, ano em que o Parlamento recebeu 2885 petições. 790 petições foram consideradas admissíveis e tiveram seguimento, 1070 foram consideradas inadmissíveis, 817 foram declaradas admissíveis e encerradas e 37 tiveram a sua recomendação impugnada. O objetivo deste relatório anual sobre as atividades da Comissão das Petições consiste em apresentar uma análise das petições recebidas em 2014 e debater possíveis melhorias dos procedimentos e das relações com as outras instituições.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. En 2014, 69,5 % des pétitions reçues (1 887 pétitions) ont été clôturées dès le début de la procédure, soit parce qu'elles ont été déclarées irrecevables (ce fut le cas de 39,4 %), soit parce que, bien que recevables, elles ont été clôturées immédiatement après la communication aux pétitionnaires d'informations, ou après avoir été transmises pour information à une autre commission parlementaire compétente en la matière (30,1 %).

Quant aux suites données aux pétitions, on peut constater que les suites pour information ont augmenté (+ 13,6 %) et que les suites pour avis à d'autres commissions parlementaires ont diminué (- 3,6 %), tout comme les demandes d'avis à la Commission européenne (- 8,8 %).

À noter enfin, la justice demeure le principal domaine de préoccupation des pétitionnaires en 2014, suivie de l'environnement, du fonctionnement du marché intérieur, des droits fondamentaux et de la santé. Il convient de souligner que le nombre de pétitions concernant les restitutions de propriétés a fortement diminué par rapport aux années précédentes.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Com a entrada em vigor do Tratado de Lisboa, o direito de apresentar petições ao Parlamento Europeu surgiu como um dos pilares da cidadania europeia e como um direito fundamental que permite aos cidadãos da União apresentar, a título individual ou juntamente com outros cidadãos, petições ao Parlamento Europeu.

Este direito, que agora permite que qualquer questão que se integre nos domínios de atividade da União e lhe diga diretamente respeito seja reportada a esta Instituição, é um instrumento fundamental que permite aos cidadãos expor as suas preocupações com os efeitos das diferentes políticas e legislação da UE no seu quotidiano, bem como atuar enquanto mecanismo proactivo de iniciativa de cidadania europeia.

O presente relatório insta a Comissão Europeia a responder aos pedidos de investigação constantes do teor das petições em três meses, conjuntamente com a Comissão PETI.

Além disso, exorta as autoridades dos Estados-Membros a participar mais ativamente nas respetivas reuniões, suscitando não só o debate e o escrutínio públicos, mas destacando igualmente a importância da iniciativa de Cidadania Europeia como uma nova ferramenta de democracia participativa a nível da UE, com vista à exposição pública de eventuais situações anómalas, irregulares ou ilegais. Pelas razões expostas, votei favoravelmente o presente relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui dresse le bilan de l'activité de la commission des pétitions pour l'année 2014.

Durant l'année 2014, le Parlement européen a reçu 2714 pétitions, ce qui représente une diminution de 6 % par rapport aux 2891 pétitions soumises en 2013. Une proportion de 39,4 % des pétitions reçues étaient irrecevables.

La majorité des pétitions reçues concernent les droits fondamentaux, la justice, l'environnement, le bien-être des animaux et le handicap.

Par le biais de ce rapport, le Parlement européen demande le renforcement de la coopération avec les autorités nationales, à la Commission européenne de s'engager pleinement dans le processus de pétition, et que les ressources humaines dont dispose le secrétariat soient augmentées. Enfin, le Parlement déplore que la charte des droits fondamentaux n'ait pas été adoptée dans tous les États membres et souligne le travail important entrepris par la commission des pétitions dans le cadre de la mise en œuvre de la convention des Nations unies relative aux droits des personnes handicapées.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque el informe, además de hacer un repaso de las peticiones ciudadanas recibidas en 2014 por la Comisión de Peticiones, remarca la importancia de esta forma de participación ciudadana y la necesidad de dotarse de más medios para poder atender mejor las demandas de la sociedad y poder llegar a más gente, así como la importancia de la colaboración de la Comisión Europea, los Estados miembros y el Defensor del Pueblo.

Dadas las lagunas democráticas en el sistema de funcionamiento de la UE, apoyamos cualquier trabajo orientado a aumentar el control y la participación ciudadana en el debate político.

Valoramos de forma positiva también, cómo el informe resalta y da voz al gran número de peticiones en cuestiones de gran importancia como: el rechazo ciudadano a la ATCI y su opacidad; el rechazo al «fracking» y las prospecciones petrolíferas; la denuncia de los problemas y los derechos de las personas con discapacidad; la lucha por los derechos infantiles; y toda la problemática de migraciones, devoluciones en caliente, refugiados, etc.

Por lo tanto, aunque la inclusión de la participación en las instituciones europeas es insuficiente, voto a favor de un informe que busca dar voz y mejorar este tipo de participación.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Europa ist seit dem Lissabon-Vertrag näher an die Bürger gerückt. Denn heute ist das Petitionsrecht ein Eckpfeiler der Unionsbürgerschaft und als Grundrecht bestätigt. Alle EU-Bürger können mit dem Petitionsrecht ihre Sorgen über die Rechtssetzung der EU an das EP herantragen. Und wie der neueste Bericht des Petitionsausschusses zeigt, würde dieses Recht beinahe 3000-mal im vorvergangenen Jahr genutzt.

Problematisch sind aus meiner Sicht drei Dinge:

Zum einen haben wir mit 40 % immer noch zu viele Petitionen, die nicht in die Zuständigkeit unseres Ausschusses fallen. Das zeigt das immer noch große Unverständnis in der Bevölkerung, wie die EU funktioniert und welche Institutionen sie hat.

Zum anderen haben wir es mit einer massiven Politisierung des Petitionsausschusses zu tun. So werden Petitionen oft nur aus taktischem Kalkül beispielsweise bei einer Wahl zugelassen. Wir brauchen daher klare rechtliche Kriterien in der Geschäftsordnung des Ausschusses für die Behandlung der Petitionen.

Als drittes müssen wir die zum Teil sehr lange Verfahrensdauer begrenzen. Es kann nicht sein, dass einige Petenten teilweise vier Jahre auf eine Entscheidung warten müssen.

Insgesamt konnte ich aber dem Bericht doch zustimmen.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe pues considero que es un buen reflejo de las actividades que la Comisión de Peticiones realizó durante 2014, ya que, gracias a que muchas de las enmiendas presentadas por el Grupo GUE/NGL fueron aprobadas, han quedado recogidos temas significativos que fueron objeto de numerosas peticiones: el rechazo a la ATCI y la opacidad de las negociaciones, la oposición ciudadana al «fracking» o las denuncias que trasladaron decenas de europeos y europeas a las políticas migratorias, de comercio y exterior de la UE.

Igualmente, considero positivo que el informe recoja una serie de solicitudes expresas para mejorar el tratamiento que se da a las peticiones, como por ejemplo: incremento de los recursos de la Secretaría de la Comisión de Peticiones, mayor implicación de la Comisión Europea al analizar las peticiones o mejoras en el portal web para que los peticionarios y las peticionarias puedan tener información actualizada del tratamiento de sus peticiones.

Por último, considero importante el llamamiento que recoge el informe a la necesidad de revisar el Reglamento que rige las iniciativas ciudadanas europeas para que sea verdaderamente un instrumento que permita una mayor participación de la ciudadanía en el proceso de toma de decisiones europeas.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report of the activities of the Committee on Petitions in 2014 as it focused on the petitions received by the Committee and the actions taken, and I am satisfied that the Committee is functioning well and providing a much needed service to the European Parliament, providing a bridge between the European Parliament and the citizens of the European Union.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Správa petičného výboru obsahovala veľmi podnetné pripomienky a návrhy riešení, ktoré by na jednej strane zaistili občanom prístup k právu a spravodlivosti v primeraných lehotách a na druhej strane efektivitu tohto výboru. Prijaté uznesenie však zároveň vyzýva k širšiemu výkladu článku 51 Charty základných práv, ktorého následkom by bolo rozširovanie kompetencií EÚ na úkor členských štátov. Takýto prístup je absolútne neoprávnený, a preto som hlasoval proti.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Petičné právo v Európskom parlamente považujem za jeden zo základných pilierov európskeho občianstva a základné právo každého občana alebo osoby s bydliskom alebo so sídlom v Únii predložiť Európskemu parlamentu petíciu vo veci, ktorá spadá do jednej z oblastí pôsobnosti Únie alebo sa jej priamo dotýka. Chcem využiť túto príležitosť a poďakovať sa spravodajkyni za predloženú správu, ktorá na základe podrobnej analýzy nielen hodnotí činnosť Výboru pre petície za rok 2014, ale prichádza aj s mnohými iniciatívnymi návrhmi a opatreniami, ktoré ponúkajú možnosti, ako v danej oblasti riešiť existujúce problémy. Aj keď v roku 2014 došlo k miernemu poklesu podaných petícií oproti roku 2013, teší má, že väčšina petícií (80 %) je uzavretá v roku, ktorý nasleduje po ich spracovaní a uznaní prípustnosti a iba nepatrný počet petícií zostáva nevybavených viac než štyri roky. Vzhľadom na celkový počet doručených petícií a počet doručených neprípustných petícií (39 %), považujem za mimoriadne dôležité intenzívnejšie informovať európskych občanov o existencii petičného práva a jeho možnostiach, ako môžu upozorniť európske inštitúcie a členské štáty na problémy, ktoré sa ich týkajú a ktoré ich trápia.

Igor Šoltes (Verts/ALE), písno. – V letu 2014 je bilo prejetih 2.714 peticij, kar je skoraj 6 % manj kot v letu 2013. Od tega je bilo za 790 peticij ugotovljeno, da so dopustne in so bile nadalje obravnavane. Število prejetih peticij je precej skromno v primerjavi s celotnim prebivalstvom EU. Ta podatek jasno kaže, da velika večina državljanov EU ni dovolj dobro seznanjena s pravico do peticije ali o njeni morebitni koristnosti kot sredstva, s katerim lahko evropske institucije in države članice opozorijo na zadeve, ki vplivajo nanje ali so zaradi njih zaskrbljeni.

Poročilo poudarja, da Odbor za peticije z delom, ki ga opravlja, državljanom in rezidentom EU omogoča, da nekoliko sodelujejo pri zaščiti in spodbujanju svojih pravic in spremljanju pravilne uporabe predpisov Unije. Državljeni namreč v peticijah izražajo svoje pomisleke, njihove upravičene pritožbe pa so rešene v razumnem času.

Vredno se mi zdi izpostaviti, da poročilo med drugim poziva Komisijo, naj v celoti sodeluje pri postopku peticij, zlasti izvedbo temeljitih preiskav dopustnih zadev, ki so ji bile posredovane. Komisija bi na koncu postopka morala zagotoviti točne in posodobljene pisne odgovore vlagatelju.

Ker menim, da je ustrezna obravnava peticij skozi celoten postopek odločilna za zagotavljanje spoštovanja pravice do peticije, sem glasoval za sprejetje poročila.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Predstavka građanima omogućava da iznesu svoju zabrinutost prema djelovanju raznih politika, ali i svoju zabrinutosti koja je prisutna u svakodnevnim životnim problemima. Predstavke služe i za poticanje dijaloga na svim razinama društva, a posebice na političkoj razini. 2014. godine je Europskom parlamentu upućeno 6% manje predstavki u odnosu na 2013. godinu. Premda neke predstavke i njihovo rješavanje ostaju otvorene nekoliko godina treba stremiti poboljšanju uvjeta predstavki, što znači njihovom procesu provođenja, ali i rješavanja. Predstavka je kolektivan zahtjev građana i iz tog razloga je bitno učinkovitije stvaranje boljih uvjeta, te sam stoga podržao izvješće.

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I supported this report, which provided an overview of the Petitions Committee's 2014 activities. Labour MEPs believe that the Committee is an essential tool at the hands of EU citizens, as it acts as a bridge between them and Parliament.

Patricija Šulin (PPE), písno. – Glasovala sem proti poročilu o dejavnostih Odbora za peticije v letu 2014. Poročilo kaže na uspešno delo Odbora za peticije, a vendarle je še veliko rezerv. Pogrešam, da poročevalka ni poiskala dialoga s poročevalcem v senci Evropske ljudske stranke.

Prav tako menim, da je treba hitreje razlikovati med dopustnimi in nedopustnimi peticijami ter peticijami, za katere nismo pristojni. S tem bomo pridobili čas za intenzivno ukvarjanje s peticijami, za katere smo pristojni. Prav tako pogrešam večjo transparentnost ter manjšo politizacijo obravnavanih peticij. Rezerve so tudi v izboljšanju sodelovanja med Odborom za peticije ter odbori za peticije nacionalnih parlamentov.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Υπερψηφίσαμε τη σχετική έκθεση διότι δεν περιέχει μόνο απαρίθμηση πεπραγμένων της επιτροπής αλλά περιλαμβάνει επίσης σημαντικές προτάσεις για μεγαλύτερη εμπλοκή των πολιτών στη λήψη αποφάσεων και για περισσότερη διαφάνεια στις διαδικασίες.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Το πρόγραμμα εργασίας της Επιτροπής Αναφορών δεν συνδέεται με το νομοθετικό πρόγραμμα της Επιτροπής αλλά καθορίζεται από τους πολίτες, οι οποίοι, ασκώντας το δικαίωμα υποβολής αναφοράς στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, κοινοποιούν τις ανησυχίες τους σχετικά με διάφορες πολιτικές και νομοθετήματα της ΕΕ. Πρόκειται, επομένως, για ένα εργαλείο που παρέχει τη δυνατότητα στους πολίτες να θέσουν ενώπιον του Κοινοβουλίου τις ανησυχίες τους σχετικά με τον αντίκτυπο των διαφόρων πολιτικών και της νομοθεσίας της ΕΕ στην καθημερινή τους ζωή. Η κρισιμότητα του εργαλείου αυτού, διαφαίνεται από την πολυμορφία των θεμάτων που τίγονται στις αναφορές των πολιτών, όπως είναι τα θεμελιώδη δικαιώματα, τα ανθρώπινα δικαιώματα, τα δικαιώματα των ατόμων με αναπηρία, η εσωτερική αγορά, η περιβαλλοντική νομοθεσία, οι εργασιακές σχέσεις, οι μεταναστευτικές πολιτικές, οι εμπορικές συμφωνίες, ζητήματα δημόσιας υγείας, η προστασία των παιδιών, οι μεταφορές και τα δικαιώματα των ζώων.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Możliwość złożenia petycji do Parlamentu Europejskiego to jedno z podstawowych praw każdego obywatela Unii Europejskiej, co ważne, przysługujące także przedsiębiorstwom, organizacjom i stowarzyszeniom, które posiadają siedzibę na jej terenie.

Praca Komisji Petycji Parlamentu Europejskiego jest niezwykle istotna, gdyż umożliwia społeczeństwu obywatelskiemu zwrócenie uwagi Parlamentu na wszelkie przypadki naruszenia ich praw przez państwo członkowskie, władze lokalne czy instytucje Unii Europejskiej. Ilość składanych petycji wskazuje również, że nadal w wielu miejscach unijne prawo nie jest należycie implementowane lub przestrzegane, co jest ważną informacją dla Komisji Europejskiej stojącej na straży unijnych traktatów.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – La relazione sulle attività annuali della commissione PETI nell'anno 2014 dà una visione completa del lavoro svolto dalla commissione nell'anno 2014. La relazione termina con una serie di raccomandazioni per le attività. Abbiamo perciò votato a favore della relazione, che include molti punti importanti per il Movimento. Per esempio viene sottolineata l'importanza del diritto di petizione, da intendersi come esercizio di un fondamentale potere di scrutinio e di controllo democratico da parte dei cittadini. Vengono anche criticate alcune delle risposte imprecise della Commissione europea rispetto alle più importanti iniziative dei cittadini europei, come Stop Vivisection e Right 2 Water.

Si fa riferimento anche alle numerose petizioni in merito al TTIP e alla clausola ISDS, al *fracking* e alla mancata ratifica da parte di alcuni Stati membri della Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità. Abbiamo votato positivamente perché nella relazione si augura di cooperare in modo sempre più veloce e trasparente con i governi e parlamenti nazionali, con le autorità regionali e locali e anche con la Commissione europea, la quale ha tempi di risposta troppo lunghi rispetto a certe questioni urgenti che richiedono un tempo di reazione più rapido.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Dreptul cetățenilor europeni de a formula petiții privind diverse probleme de interes este una din garanțiile oferite de instituțiile europene în vederea asigurării participării cât mai largi la procesul decizional și pentru reducerea deficitului democratic. Modul în care acest drept este valorificat în practică și măsura în care se traduce în decizii concrete la nivel european indică gradul în care cetățenii își exercită drepturile lor legitime.

Anul 2014 a marcat anumite tendințe în procesul petiționar european, care se înscriu în tendințele ultimilor ani. Astfel, a scăzut numărul de petiții adresate instituțiilor europene, dar a crescut atât numărul de petiții respinse, cât și al celor soluționate. Printre țările de origine cele mai frecvente se numără Spania, Germania, Italia și România, o confirmare a trendului din anii precedenți. Printre temele predilecte abordate de petiționari se numără justiția, mediul, piața internă și drepturile fundamentale, acolo unde se pare că există cele mai multe probleme la nivelul statelor membre. De asemenea, petițiile adresate prin curier electronic încep să devină predominante față de cele pe suport de hârtie. Ceea ce este îngrijorător, este creșterea ponderii petițiilor nesoluționate, ceea ce indică o oarecare rigidizare a instituțiilor europene. Problemele identificate de raport trebuie rezolvate prin sporirea cooperării interinstituționale.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté positivement à la proposition de ma collègue Geringer. La commission des pétitions, en tant que point de contact pour les citoyens, le Médiateur européen et l'initiative citoyenne européenne forment un ensemble d'instruments fondamentaux pour parvenir à une plus grande participation politique des citoyens, auxquels il faut garantir un accès aisé, approprié et en toute transparence à ces instruments.

Ces instruments ont une responsabilité dans la promotion de la citoyenneté européenne et le renforcement de la visibilité et de la crédibilité des institutions de l'Union.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Petitions Committee is essential to ensure the link between EU citizens and the EU institutions. According to the Treaties, all European citizens have the right to write to the European Parliament on the various types of problems they encounter in their everyday lives, as long as the issues fall within the field of activity of the European Union. In this respect, the work of this Committee is extremely important, and the work achieved there is of high quality. Having said that, I decided to oppose this report of the plenary as some of the wording, especially on TTIP, did not reflect my views on the topic. I believe that TTIP is an important opportunity for Europe to have more clout on the world stage.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pone Pirmininke, tvirtai parėmiau ataskaitą susijusią su Peticijų komiteto veikla. Reikėtų aiškiai pabrėžti, kad Peticijų komitetas siekia sudaryti galimybę Europos Sąjungos piliečiams ginti ir skatinti jų teises ir kontroliuoti tinkamą bendrijos taisyklių taikymą. Pateiktų peticijų dėka galima suprasti, dėl ko labiausiai yra susirūpinę piliečiai ir per tam tikrą laiką rasti iškeltų problemų sprendimus. Geresnis Europos Sąjungos institucijų, nacionalinių ir regioninių institucijų bendradarbiavimas turi didelę reikšmę greitam problemų sprendimui. Būtent to geresnio bendradarbiavimo šioje ataskaitoje siekia Europos Parlamentas. Šiandien priimti sprendimai atneš daugiau naujos asmenims teikiamų prašymų arba skundus ir besikreipiantiesiems pagalbos į Peticijų komitetą. Europiečiai nusielpo kur kas geresnės savo teisių apsaugos. Apie tai taip pat rašoma pranešime.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv ovog izvješća iako smatram da Odbor za predstavke građana predstavlja vrlo važnu kariku u lancu koji povezuje institucije Europske unije s građanima. Demokratski proces ne završava proglašenjem pobjednika na izborima, već je važno da se glas građana čuje u svakom trenutku kao i da se njihovi problemi i zabrinutosti pravovremeno adresiraju. Tu važnost rada Odbora za predstavke dolazi do izražaja. No, u ovom izvješću pokušavaju se promicati pojedine ideologije koristeći predstavke građana te ga zbog toga nisam podržala.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo dejavnosti Odbora za peticije v letu 2014 sem potrdila, saj sem mnenja, da poročilo dobro povzame dogajanje v letu 2014 na tem področju. Podatki, ki so predstavljeni, so lahko zelo dobro orodje, na podlagi katerega je mogoče sklepati in ovrednotiti delo posameznih nacionalnih organov in evropskih institucij ter razbrati tematike, s katerimi se je treba v prihodnje več ukvarjati v posamezni državi ali na ravni Unije. Odbor omogoča državljanom EU uveljaviti svojo osnovno pravico do izražanja mnenja in vključevanja, kar moramo vsekakor podpirati tudi v prihodnje.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The right to petition is one of the few tools our citizens have to bring violations of European law to our attention. It is therefore of particular importance that petitions are handled as fast as possible. A failure to respond in time can result in more injury incurred on the person, especially in cases of violations of fundamental rights and civil liberties. Time is even more of the essence in situations where children are involved: forced adoption, parental child abduction, closed adoption or custodial problems need to be dealt with instantly. Discriminatory treatment by social services towards parents with a migrant or minority background which results in forced adoption is not uncommon in the European Union. At the moment, cases of emergency are handled in a special way; however, this does not guarantee that the petition will be handled without delay. The reality is that the Secretariat of the Committee on Petitions does not have the resources it needs to ensure a timely response.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor porque el informe, además de hacer un repaso de las peticiones ciudadanas recibidas en 2014 por la Comisión de Peticiones, remarca la importancia de esta forma de participación ciudadana y la necesidad de dotarse de más medios para poder atender mejor las demandas de la sociedad y poder llegar a más gente, así como la importancia de la colaboración de la Comisión Europea, los Estados miembros y el Defensor del Pueblo.

Dadas las lagunas democráticas en el sistema de funcionamiento de la UE, apoyamos cualquier trabajo orientado a aumentar el control y la participación ciudadana en el debate político.

Valoramos de forma positiva también, cómo el informe resalta y da voz al gran número de peticiones en cuestiones de gran importancia como: el rechazo ciudadano a la ATCI y su opacidad; el rechazo al «fracking» y las prospecciones petrolíferas; la denuncia de los problemas y los derechos de las personas con discapacidad; la lucha por los derechos infantiles; y toda la problemática de migraciones, devoluciones en caliente, refugiados, etc.

Por lo tanto, aunque la inclusión de la participación en las instituciones europeas es insuficiente, voto a favor de un informe que busca dar voz y mejorar este tipo de participación.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), in writing. – I welcome this report, and particularly the good practices of the Scottish Parliament in its visit to the European Parliament in order to understand better the petition mechanism.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – 2014-ben 2714 petíció érkezett be, ami 6%-os csökkenést jelent 2013-hoz képest. Ezek az adatok csaknem kétszer magasabbak, mint a 2009-ben beérkezett petíciók száma. A petíciókkal kapcsolatos ügyintézés végző közalkalmazottak létszáma ezzel arányosan nem növekedett. A jelentést támogattam.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), in writing. – I voted in favour as I am extremely satisfied with the report adopted in respect of the Committee. After many years of ideologically fighting, being almost the sole voice against an extremely conservative approach towards petitions, we seemingly managed to win the cultural battle in this term and built a majority within the Committee that broke the big coalition. This is reaffirmed by the aforementioned fact that we won 35 out of 37 amendments, with the two ones we lost not being essential.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de este informe pues considero que es un buen reflejo de las actividades que la Comisión de Peticiones realizó durante 2014, ya que, gracias a que muchas de las enmiendas presentadas por el Grupo GUE/NGL fueron aprobadas, han quedado recogidos temas significativos que fueron objeto de numerosas peticiones: el rechazo a la ATCI y la opacidad de las negociaciones, la oposición ciudadana al «fracking» o las denuncias que trasladaron decenas de europeos y europeas a las políticas migratorias, de comercio y exterior de la UE.

Igualmente, considero positivo que el informe recoja una serie de solicitudes expresas para mejorar el tratamiento que se da a las peticiones, como por ejemplo: incremento de los recursos de la Secretaría de la Comisión de Peticiones, mayor implicación de la Comisión Europea al analizar las peticiones o mejoras en el portal web para que los peticionarios y las peticionarias puedan tener información actualizada del tratamiento de sus peticiones.

Por último, considero importante el llamamiento que recoge el informe a la necesidad de revisar el Reglamento que rige las iniciativas ciudadanas europeas para que sea verdaderamente un instrumento que permita una mayor participación de la ciudadanía en el proceso de toma de decisiones europeas.

Hilde Vautmans (ALDE), schriftelijk. – Ik stemde voor dit verslag. De Commissie verzoekschriften is van essentieel belang om de link tussen de EU-burgers en de EU-instellingen te waarborgen. Volgens de Verdragen hebben alle Europese burgers het recht om het Europees Parlement op de hoogte te brengen over de verschillende soorten van problemen die zij ondervinden in hun dagelijks leven, zolang de problemen binnen de bevoegdheid van de Europese Unie vallen.

Het recht om verzoekschriften tot het Europees Parlement te richten is één van de meest directe kanalen tussen ons Parlement en de bevolking.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution traite du rapport annuel sur les activités 2014 de la commission parlementaire recevant les pétitions de citoyens européens. Celles-ci portent sur un large éventail de domaines, notamment l'environnement, les droits fondamentaux, l'emploi ou encore le PTCI. Avec le Médiateur européen et l'initiative citoyenne européenne, ce sont des outils de participation politique des citoyens.

Ils sont très imparfaits mais ont le mérite d'exister et reflètent les demandes d'un certain nombre de citoyens.

Ce texte met en avant un certain nombre de difficultés: retards dans le traitement des pétitions, insuffisance des explications des décisions d'irrecevabilité, etc. Des propositions de réformes sont avancées, comme l'organisation plus régulière d'auditions publiques, et je m'en félicite.

Même si tout cela n'est qu'un pis-aller insuffisant pour combler le déficit démocratique dans l'Union européenne, j'ai voté pour cette résolution, y compris parce qu'elle contient un paragraphe appelant au rejet de tout instrument d'arbitrage dans le PTCI.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O direito de petição visa, juntamente com o Provedor de Justiça Europeu, lidar com casos de má administração por parte das instituições da UE, ou das instituições nacionais, no contexto da aplicação da legislação da UE.

No ano de 2014, foram encerradas 1887 petições, das quais 1070 foram declaradas inadmissíveis; estes números correspondem a um aumento de cerca de 10% em relação ao ano de 2013.

As questões mais preocupantes abordadas nas petições dizem respeito à legislação ambiental, aos direitos fundamentais, à livre circulação de pessoas, à discriminação, à imigração, às negociações relativas à Parceria Transatlântica de Comércio e Investimento (TTIP), ao bem-estar dos animais, à aplicação da justiça e à inclusão social das pessoas com deficiência.

O relatório aponta para persistentes atrasos no tratamento das petições, o qual se deve às limitações dos recursos humanos disponíveis no Secretariado.

Apoiamos qualquer aprofundamento da participação dos cidadãos na vida democrática da UE. Não permitimos é que isto oculte o seu caráter profundamente antidemocrático naquilo que é essencial e que passa pela liberdade de cada país poder optar pela sua própria via de desenvolvimento.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fordert die verstärkte Einbindung der Bürger. Zudem wird die Kommission aufgefordert, die oftmals geäußerten Bedenken, vor allem hinsichtlich TTIP, ernst zu nehmen und zu berücksichtigen. Dieser Bericht erhält daher meine Unterstützung.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione annuale si propone di dare una visione precisa e completa del lavoro svolto dalla commissione per le petizioni, fornendo una serie di dati e statistiche interessanti: nel 2014, sono state registrate 2.714 petizioni, di cui solo 790 dichiarate ammissibili ed effettivamente trattate. La relazione contiene diversi aspetti positivi. Segnalo, tra questi, il riferimento all'importanza del diritto di petizione, da intendersi come esercizio di un fondamentale potere di scrutinio e di controllo democratico da parte dei cittadini; la critica alle risposte particolarmente lacunose della Commissione europea alle iniziative dei cittadini europei che hanno superato il milione di firme; il riferimento alle decine di petizioni che esprimono notevole preoccupazione in merito al TTIP, all'uso del *fracking* per l'estrazione di gas e petrolio dal sottosuolo, alla mancata ratifica da parte di alcuni Stati membri della Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità e le sottrazioni internazionale di minori. Viene espresso l'auspicio di una cooperazione più strutturata sia con i governi e parlamenti nazionali, sia con le autorità regionali e locali, al fine di avere delle risposte più celeri e dettagliate e anche al fine di diminuire la percezione, da parte dei cittadini europei, di opacità e scarsa trasparenza.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – No ano de 2014, foram encerradas 1 887 petições, das quais 1 070 foram declaradas inadmissíveis. Estes números correspondem a um aumento de cerca de 10 % em relação ao ano de 2013.

As questões mais preocupantes abordadas nas petições dizem respeito à legislação ambiental, aos direitos fundamentais, à livre circulação de pessoas, à discriminação, à imigração, às negociações relativas à Parceria Transatlântica de Comércio e Investimento (TTIP), ao bem-estar dos animais, à aplicação da justiça e à inclusão social das pessoas com deficiência.

Compreendemos que a grande maioria dos problemas levantados pelos peticionários é justa e merece cabal resolução. No entanto, não reconhecemos à Comissão Europeia nem à União Europeia legitimidade para fiscalizar os Estados-Membros, aplicando-lhes inclusivamente sanções por infração. Por um lado, a UE não é nem nunca foi uma instituição garante da democracia. Por outro lado, muitas das políticas de que os peticionários se queixam são impostas pela própria UE. Não desresponsabilizaremos nem branquearemos o papel da UE.

Milan Zver (PPE), pisno. – Podprl sem poročilo o dejavnostih Odbora za peticije, ker menim, da je celovito predstavil pregled dela odbora in statistično analizo prejetih peticij v prejšnjem letu ter potek njihove nadaljnje obravnave.

Peticije dajejo dragocene povratne informacije za zakonodajalce in izvršilne organe na ravni EU in na nacionalni ravni. Na podlagi teh podatkov je treba razmisliti o konkretnih ukrepih, ki bi ta instrument še izboljšali in okrepili njegovo raven zastopanosti.

Presidente. – Con questo si concludono le dichiarazioni di voto.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta, sospesa alle 13.15, è ripresa alle 15.00)

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

12.1. In Indien inhaftierte EU-Bürger, insbesondere italienische, estnische und britische Staatsbürger

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad siedmioma projektami rezolucji w sprawie obywateli UE – w szczególności włoskich, estońskich i brytyjskich – przetrzymywanych w Indiach (2016/2522(RSP)).

Indrek Tarand, autor. – Täna käsitletava resolutsiooni osas esitas Roheliste fraktsioon juba aasta tagasi ettepanekud, kuid siis ei pidanud muud rühmad tarvilikuks toetada. Paremtunnetust on hiljuti ka Euroopa välisteestuste kui ka liikmesriikide valitsustel, et see intsident ükskord ometi lõpetataks. Rohelised olid ainsad, kes algusest peale ei hakanud Seaman Guard Ohio juhtumit seostama Itaalia mereväelaste juhtumiga, olles veendunud, et lõppkokkuvõttes ei aita erinevate juhtumite seostamine kedagi, pigem tekitab lisaprobleeme.

Mul on hea meel, et Eesti saadikud EPP ja ALDE rühmades said sellest tõsiasjast viimaks aru. Ning ma tänan erilisel kolleegil Itaaliast – Lara Comit, Massimo Castaldot ja Antonio Panzerit, kes mõistsid Roheliste seisukohti ja võtsid neid arvesse. Kinnitan, et omakorda võivad nemad lootma minna toetusele, kui Itaalia mereväelaste probleem parlamendi ette kerkib. Ja tänan ka India delegatsiooni juhti Geoffrey van Ordenit, kes oma ametiga seondult igati aktiivselt probleemide lahendamiseks on otsinud, ning Nirj Devat abi eest info hankimisel Indiast.

Eeltoodud põhjustel ei ühinenud Rohelised kompromissresolutsiooniga, vaid palusid hääletusele jätta ka enda teksti, mis on vaba asjatutest kiidusõnadest India kohtusüsteemi erilise suhte (selliseid fraase paraku ühisresolutsioonis leidub). Meie siin parlamendis ei ole diplomaatilises teenistuses, kus teatud juhtudel viisakusfraasid ja meelitamine on asjakohased, meie resolutsioonid peavad sedastama tõsiasju, muidu pole neil soovitud mõju.

Mis puutub ühisresolutsiooni punkti kaks, siis see on lihtsalt naljakas. India on 1,2 miljardi elanikuga riik, Eestis on elanikke 1,2 miljonit. Ja meie 14 laevakaitsjat ei saa kuidagi põhjustada ohtu nii suurele riigile. Vangide vahetuse terminites tähendaks see, et Eesti peaks arreteerima 14 000 India kodanikku.

Sestap ma kutsuks kolleege üles olema poolt esimesena hääletusele mineva teksti suhtes, see on vana ja läbi kaalutud tekst, millel võib olla positiivne mõju olukorra lahendamiseks. Ning ma kutsuksin ka üles mõtlema sellele, et Ühendkuningriigi ja Eesti laevakaitsjad on ennekõike inimesed, kelle vabaks saamine ja koju jõudmine on palju olulisem kui üks või teine tekst.

Mario Borghezio, Autore. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio anche il mio gruppo, che ha voluto sostenere oggi in Aula una risoluzione volta a sostenere una grande questione nazionale del mio paese, l'Italia. La libertà per i due fucilieri di Marina, dei quali uno ancora detenuto, prigioniero in India ed entrambi ancora *sub judice*, in attesa dei risultati anche di un procedimento arbitrale, dai risultati non vicinissimi, che comunque vedono la soluzione alla loro vicenda ancora molto lontana, si pensa addirittura oltre il 2018.

Il presidente del Consiglio del nostro paese dice che l'Italia è un grande paese, giustissimo! E anche rendo onore a questa dichiarazione. Ma un grande paese difende i suoi soldati, specialmente se sono prigionieri all'estero e non mi pare si possa dire oggettivamente che sia stato fatto di più, se non una difesa debole e in qualche caso farraginoso e pasticciato.

In tutta questa delicata vicenda però c'è un potere che se è possibile appare ancora più debole e disastroso, il potere europeo. Anche nel caso dei due marò c'è da chiedersi «ma dove quest'Europa?». Dovrebbe difenderci dall'Isis e sembra non essere in grado di difendere due soldati, tra l'altro impegnati nella lotta, che tutti ci coinvolge, al crimine della pirateria internazionale. E direi che dovrebbe difendere anche un altro punto molto importante, quello del loro onore militare, perché queste accuse ledono il loro onore militare. Viene il dubbio che proprio questo possa essere una motivazione dello scarso impegno, forse perché l'onore militare dei suoi cittadini non interessa molto l'Unione europea. Viene da considerare anche questo aspetto.

Su una vicenda così annosa che solo ora, faticosamente, ha preso la via che forse poteva essere la via maestra dell'arbitrato internazionale. La voce dell'Europa, cara alto commissario Mogherini, appare flebile, in ogni caso ben poco efficace, visti i risultati, quando invece potrebbe stare, dovrebbe stare molto a cuore il destino di chi, come i nostri marò, difende un principio fondamentale di libertà sui mari. Beh, io credo che la Commissione debba rivalutare il complesso delle relazioni UE-India, a cominciare dalla sospensione di qualsiasi trattativa in corso con l'India, anzitutto l'accordo di libero scambio. Viva la Marina militare italiana, i suoi valori e l'onore dei suoi fucilieri di Marina!

Isabella Adinolfi, Autore. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, prima di tutto mi scuso perché l'autore non è presente e non è potuto essere qua per impegni improrogabili.

Ancora una volta il Parlamento europeo è chiamato a esprimersi su una violazione dei diritti umani. È il caso dell'arresto e della condanna di 35 cittadini britannici ed estoni. È il caso, come diceva il mio collega prima, anche dei due marò italiani. Ritengo a questo proposito giusto, oltre che doveroso, che gli Stati membri mostrino oggi quella stessa coesione mostrata in passato. Un'azione coordinata da parte dell'intera comunità internazionale, infatti, avrebbe potuto già da tempo incentivare e agevolare una rapida e soddisfacente soluzione della vicenda. A questo proposito esorto l'alto rappresentante Federica Mogherini ad attivarsi al più presto.

Geoffrey Van Orden, author. — Mr President, the most effective response to piracy has proved to be the use of on-board security teams. These teams tend to live on what we might call mother ships, which are in effect floating armouries from which teams of guards are sent to join ships which require protection. The motor vessel *Seaman Guard Ohio* was just such a floating armoury and on 11 October 2013 it was apparently in Indian territorial waters when it was intercepted by the Indian Coastguard and escorted to the port of Tuticorin. Subsequently all 35 members of the crew, including 14 Estonians and six Britons, were charged, and they are the subject of this resolution. After some legal arguments and to our great consternation they were eventually brought to trial and given the maximum sentence of five years' imprisonment. Throughout this period of over two years they have been held in custody in India.

I have to say we respect India's sovereignty over its territory and waters and the fact that it has a fine legal tradition. We know also that India has suffered from atrocious terrorist attacks, some mounted from the sea. We therefore understand very well Indian sensitivities. However, in this case the personnel concerned were no threat to India and carried out no acts of violence against Indian interests. On the contrary, they were engaged in counter-terrorism. These men, British and Estonian and others, have had to endure a difficult imprisonment and now have an uncertain future. Their families are in distress. We ask the Indian authorities with all respect to allow these men to return home, pending completion of the judicial processes and for a rapid and benign conclusion to this matter.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Nirj Deva (ECR), *blue-card question*. – Mr Van Orden, do you accept that it is quite absurd for the Indian authorities, in sentencing these people, to treat everyone the same?

On a ship the captain directs the course of action. He told the crew to get diesel from India, and the crew had to obey. If the crew had disobeyed they would have been shot for mutiny. If they obey, they are imprisoned by the Indian authorities, who do not seem to understand the distinction between a group of people obeying orders and not. Would Mr Van Orden agree with this?

Geoffrey Van Orden, *Author, blue-card answer*. – You make a very fine point: I think we have seen some rather indiscriminate arrests going on, and it appears that the men concerned were not actually doing anything themselves that was offensive. They were caught up in circumstances outside of their control, as you rightly point out. For all these reasons, we ask for a rapid conclusion to this matter.

Tunne Kelam, *author*. – Mr President, first of all, I would like to thank my colleague, Mr Van Orden for his constructive and balanced attitude to preparing the text of this resolution. It was not easy, it was complicated, but we have reached this stage. I would also like to express my sympathy to two Italian seamen who are in a similar situation. Most of our Italian colleagues have insisted that their case should be separated from today's discussion, but our sympathy and solidarity go to our Italian colleagues as well.

This is about the fate and future of 20 EU citizens – 14 Estonians and 6 British – who were engaged in anti-piracy operations and whose ship was detained, as my colleague Mr Van Orden mentioned, as long ago as October 2013. What is interesting is that they were not accused of robbery, armed attacks or illegal trade. Twenty EU citizens have been accused of entering Indian waters, having arms on board – which is natural for men engaged in anti-piracy operations – and buying gasoline from an unofficial source. That is all. I think it would be fair to assume that clearing up such accusations could have taken a few months. Instead, our co-citizens have waited nearly two and a half years, having been cleared from accusations by one Indian court and due to be sentenced this month by another court to five years' imprisonment.

We are not here today to question India's sovereignty or legal system, but this is a gesture of goodwill, in an atmosphere of mutual friendship and sympathy, to relieve the desperate situation of 20 men who have spent nearly two and a half years away from their families.

I do not think standing up for the fundamental rights of EU citizens is anything extraordinary. It is a sacred right and the duty of Members of Parliament to voice the tragedies and concerns of our fellow citizens. Supporting and protecting our citizens should never become dependent on diplomatic schedules or timetables.

Urmas Paet, *author*. – Mr President, 14 Estonian and six British citizens, EU citizens, have been caught in an unfortunate situation in India for more than two years now. After being cleared of all charges in 2014, an appeal was lodged against that decision. Last week, in a sudden turn of events, the men were sentenced to five years rigorous imprisonment, effective immediately. A shock to everybody.

The point of this resolution is to draw the attention of India, as well as the EU, to this matter, so that a positive solution to this case can be found. We understand India's concerns and sensitivities. But we ask India to understand our point of view. The men were engaged in anti-piracy duties, and on-board protection teams are currently the only effective measure against piracy. They were simply doing their job and are now facing imprisonment, being deprived of their freedom and kept far from their families. We are simply asking India to help us get our men home.

Pier Antonio Panzeri, *Autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto non vorrei che rigidità burocratiche della Presidenza in qualche modo producessero delle spiacevoli ambiguità e letture sbagliate. Stiamo parlando di una risoluzione che nel titolo parla di italiani, ma in realtà la risoluzione non parla assolutamente di italiani, perché la parte relativa ai marò è stata stralciata. Quindi, vorrei che a conclusione di questo dibattito ciò che approviamo cambi anche il titolo, perché capisco che magari le comunicazioni non siano state efficaci, ma noi oggi stiamo parlando semplicemente delle guardie di sicurezza della nave di pattugliamento della *Seaman Guard Ohio*, tra cui 20 cittadini europei: 14 estoni e 6 britannici. Quindi vorrei che fosse chiaro questo aspetto.

Questa risoluzione non vuole essere un atto contro l'India, paese che rispettiamo e che ha antiche tradizioni democratiche, ma vogliamo richiamare l'esigenza dopo aver verificato la lunghezza e la contraddittorietà delle decisioni giudiziarie, che innanzitutto i cittadini che sono detenuti siano trattati nel pieno rispetto dei diritti umani e perché nell'ambito del processo di cooperazione tra Unione europea e India, si possano trovare le soluzioni positive a questa vicenda.

Stanislav Polčák, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, já jsem přesvědčen vzhledem ke všem informacím, které zde již padly, že ti dotčení občané a námořníci nepředstavovali pro Indii žádné nebezpečí a že během těch měsíců a vlastně let se mohla tato otázka dávno vyjasnit. A proto považuju postup Indie za naprosto nepřijatelný. A do jisté míry stojí v kontrastu s tím, jakým způsobem postupuje Evropská unie. Musím připomenout, že v období mezi lety 2010 až 2013 vyčlenila Evropská unie na rozvojovou pomoc Indii se zaměřením na zdravotnictví, vzdělávání a implementaci cílů společného akčního plánu 470 milionů EUR. S ohledem na dosavadní přístup Indie si myslím, že toto naše jednání bychom měli také přehodnotit. Já jsem skálopevně přesvědčen, že bychom neměli podporovat, ani materiálně, režimy, které s evropskými občany nakládají takto hanebně.

Marju Lauristin, *fraktsiooni S&D nimel*. – Aitäh, härra eesistuja, komisjonär, kolleegid. Mul on tõepoolest hea meel, et kõik grupid on täna üksmeelselt otsustanud olla solidaarsed nende meremeestega, kelle saatus teeb palju muret praegu kõigile Eesti inimestele, samuti nagu mitte ainult Eesti kodanike saatus, vaid ka Itaalia ja Ühendkuningriigi kodanike saatus. Me räägime palju solidaarsusest, räägime solidaarsusest Euroopa Liidu liikmete vahel, räägime solidaarsusest suurtes asjades, kuid solidaarsus on usutav ainult siis, kui ta kehtib ka kõige konkreetsema – iga üksiku inimese – tasandil!

See otsus, mida me täna teeme, see on tegelikult väga paljus ka sümboolse väärtusega. See näitab, et iga Euroopa Liidu kodanik saab uskuda Euroopa Liitu kui solidaarsusse kaitset, saab uskuda ka sellesse, et iga Euroopa Liidu kodanik on võrdne ja võrdselt väärt Euroopa Liidu kaitset.

Nirj Deva, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, may I gently point out that I do not think we are in a quorum while the debate is taking place. However, I have already said in this discussion, in answer to Mr Van Orden's speech, that what has happened in India is a bit of a travesty of justice.

What is even more important is to help the Indians to modernise their legal system. For two years the people who have been arrested have been on bail, without any financial assistance, some of them very ill and in poor shape. It has taken the Indian authorities two years to bring this matter to trial. The Indian legal system is groaning under the weight of numbers of cases, some of which have been ongoing for 20 years. You cannot have a democratic country with a justice system that does not function properly. If there is anything we can do to help India it is to modernise India's legal structures.

Yana Toom, fraktsiooni ALDE nimel. – Raskused – see, millega Eesti ja teiste riikide meremehed on pidanud silmitsi seisma – näitavad selgelt, et arengumaal võib sellisesse keerulisse olukorda sattuda iga eurooplane. Meile meeldib nimetada Indiat suurimaks demokraatiariigiks maailmas, aga me ei tohi unustada, et ainuüksi demokraatlike protseduuride olemasolu iseenesest ei garanteeri veel, et jälgitakse inimõigusi, ega taga paraku ka õiglast kohtumõistmist.

Ma ei taha anda hinnangut India kohtule nende kohalike seaduste kohaldamise õigsuse kohta, vaid juhin tähelepanu, et rahvusvahelise õiguse kohaselt on menetlus olnud liiga pikk. Samal ajal olid Eesti ja teiste riikide meremeeste elutingimused väga rasked. Mitte omades õigust töötada, elasid meremehed samal ajal praktiliselt võlgu ja selline olukord pani nende perele rahalise hakkamasaamise väga tugeva löögi alla.

See olukord näitas muu hulgas ka seda, et Euroopa riikide konsulaarteenuste võimalused on väga piiratud, vaatamata vajadusele aidata eurooplasi, kes sattuvad sarnaste aeglaselt jahvatava kohtusüsteemi vesikikivide vahele väljaspool Eestit. Nii et me peame ilmselt sellest signalist ka aru saama ja tegema kõik, et meie konsulaarabi oleks laiemaa haardega. Aitäh!

Jonathan Arnott, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, I have the greatest possible respect for the Indian people and the Indian Government. I fully respect the sovereignty of India, and I recognise the difficult and unusual situation which gave rise to the current cases.

We must not undermine the good relations between the UK and India, and in that spirit of cooperation I feel that it is appropriate for us to make certain requests. I recognise the Indian Government has legitimate concerns over illegally held weapons and I understand their reasonably held worries since the events in Mumbai in 2008, but as far as I can see the British citizens involved – including Nick Dunn from my constituency in Ashington – also had a reasonable belief: they believed that they were acting in accordance with the law. They believed that they were fighting against piracy, working for an American company. They did not believe they were doing anything contrary to the law or to the best interests of India, nor did they even necessarily know that the weapons were illegally held. In such a case, I really wonder whether their continued imprisonment really serves any public interest. I therefore call upon the Indian government to review this case and to free those British, Italian and Estonian citizens who have been caught up in a situation not of their making.

Pytania z sali

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è passato un anno da quando abbiamo approvato a larghissima maggioranza una risoluzione sul caso dei marò italiani Latorre e Girone, arrestati in India nel 2012 e per i quali non si intravede la fine di questo lungo incubo. In vista dell'udienza dell'Aia davanti al tribunale arbitrale, si è deciso di non includere il caso nella risoluzione. Io avrei preferito che ne avessimo parlato, non vorrei infatti che questa decisione possa essere interpretata come un atto di debolezza dell'Europa.

Nella risoluzione che abbiamo votato qualche mese fa abbiamo ribadito, in modo netto, che la loro detenzione senza accusa rappresenta «una grave violazione dei diritti umani». Per i marò italiani, così come per tutti i cittadini europei detenuti in India, l'Unione europea è chiamata a onorare il suo impegno per la tutela piena e concreta dei diritti fondamentali. Chiedo maggiore determinazione per la soluzione della controversia. L'India deve sapere che qualunque decisione voglia prendere, questa decisione avrà un impatto sulle relazioni con l'Unione europea.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, znam da se jako trudite i želite svakome pristupiti na njihovom jeziku. Molim vas, kada se obraćate zastupnicima iz Hrvatske, nemojte upotrebljavati riječ zamjenik, jer to znači *deputy*. To nije pravilan izraz i treba reći zastupnik. Molim Vas da nas oslovljavate riječju zastupnik.

Želim naglasiti apsurd ove situacije u kojoj su ljudi zaista htjeli štititi sebe i druge u antipiratskim, praktički antiterorističkim poslovima, a na kraju su sami nastradali. Nastradali su na najgori mogući način tako da danas čame u tamnici, možda će tamo ostati i 5 godina, ako mi ne uspijemo u našim diplomatskim akcijama.

Druga stvar koju sam htio naglasiti je da zbog moguće kontraproduktivnosti iz naslova izbacimo pitanje talijanskih marinaca, jer ih se uopće ne spominje u rezoluciji, dakle nema ih u tekstu rezolucije. Mislim da nije dobro da uopće budu navedeni, zato što se na drugi način želi njima pomoći.

Krisztina Morvai (NI). – Bár az úgynevezett EU-szkeptikus vagy EU-realista képviselők közé tartozom, büntetőjogászként annak mégis nagyon örülök, hogy akkor, ha egy európai ország állampolgára fogságba kerül, és büntetőeljárás alá kerül valamilyen harmadik országban, esetleg messzi-távoli tájon, távoli országban, akkor az Európai Unió is védelmet ad számára – nem csak a saját, hagyományos konzuli védelmét élvezheti. Erre felhívom akkor magyar polgártársaimnak vagy honfitársaimnak is a figyelmét. Ugyanakkor Deva úrral vitatkoznom kell abban, hogy mi tudnánk példát mutatni Indiának abban, hogy az előzetes letartóztatást minden európai uniós országban rendeltetésszerűen alkalmazzák.

Most pl. nekem van olyan magyar honfitársam, Beke István személyében, aki egy társával együtt harmadik hónapja úgy van előzetes letartóztatásban – nyilvánvalóan politikai okokból – Romániában, hogy semmiféle bizonyítékot a hatóságok ez alatt az idő alatt nem produkáltak vele szemben. Illetőleg a hozzátartozóival nem tarthatja a kapcsolatot, mert egyfajta előzetes büntetésként alkalmazzák az előzetes letartóztatást. Tehát EU-n belül is van mit fejlődünk!

(A felszólaló hozzájárul egy, az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése értelmében feltett kék kártyás kérdés megválaszolásához).

Nirj Deva (ECR), blue-card question. – Will you accept that, in modern times, to keep people incarcerated for two years without bring them to trial is not acceptable? That is all I am saying: that it took two years for the Indian authorities to bring these people to trial and to sentence them, and I made the point that some of them should not have been sentenced because they were carrying out orders and if they had not carried out those orders they would have been shot for mutiny. Would it not be correct to say that, under *habeas corpus* and other matters, they should have been brought to trial sooner?

Krisztina Morvai (NI), Kékkártyás válasz. – Teljes mértékben egyetértek Deva képviselőtársammal. Tűrhetetlen az, hogy két évig tartanak embereket előzetes letartóztatásban. Ennyi idő alatt már bőven vádat kellene emelni. Nagyon fontos alapelv a „*habeas corpus*”. Én csupán azt mondtam, és sajnálattal mondtam, hogy az Európai Unión belül is vannak országok és vannak jogesetek, amikor azt tapasztaljuk, hogy két évig vagy annál is tovább vannak előzetes letartóztatásban európai polgárok – amit felháborítótnak tartok és úgy érzem, hogy tenni kell valamit ez ellen. És úgy érzem, és úgy gondolom, hogy egyetértünk ebben.

(A felszólaló hozzájárul egy, az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése értelmében feltett kék kártyás kérdés megválaszolásához).

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – Ms Morvai, you said that you are a criminal lawyer, and you talked about a Hungarian who is in prison in Romania. Do you know what charges this citizen faces? At the same time, there is an agreement between Hungary and Romania, as European Union states, to cooperate on these kinds of issues. It is not the same thing as European Union citizens being detained in India.

Krisztina Morvai (NI), Kékkártyás válasz. – Tisztában vagyok vele, hogy a vád terrorcselekmény előkészülete. És ez még felháborítóbbá teszi azt, hogy ezek az emberek harmadik hónapja vannak előzetes letartóztatásban ilyen súlyos vádak alapján úgy, hogy a román hatóságok semmiféle bizonyítékot ez alatt az idő alatt nem produkáltak – egyes pont. Kettes pont: bármilyen súlyos vád is van valaki ellen, Európában joga lenne a hozzátartozóival a kapcsolatot tartani. Tekintettel arra, hogy az előzetes letartóztatás nem tekinthető előzetes, előre hozott büntetésnek.

(Koniec pytań z sali)

Neven Mimica, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, I would like to thank everyone for their contributions to this discussion leading up to the European Parliament's resolution today. We share the concerns raised by many of you. Two years of uncertainty have contributed to the agony of all involved. We have followed closely the situation of the Estonian and UK security guards, liaising with the Estonian and UK authorities, as it pertains to the protection of EU citizens.

This case has been raised by the EU with Indian interlocutors several times over the last few months. This case has a negative bearing on the global fight against piracy at a time when we, the international community, should foster cooperation and focus on countering new threats.

We have recently learned that a Tamil Nadu court has sentenced the guards to five years in prison and a fine, reversing the lower court's acquittal. We understand that they are now considering an appeal to the court's decision; this came as unexpected news. Allow me to fully subscribe to what the Estonian Foreign Minister, Ms Marina Kaljurand, has said: 'From a human standpoint, I was undoubtedly hoping for a positive outcome, but regardless of the verdict we will continue to act in the name of returning the men home'.

A solution must be found at the earliest. We will continue to liaise with Estonian and UK authorities in the coming weeks, during the next phases of the judicial process. As regards the case of the two Italian marines, while fully respecting the content and scope of the European Parliament resolution to be voted on today, I wish to reiterate that a solution must be found at the earliest. The European Union has been regularly raising this issue for the past four years at all levels with Indian interlocutors, always with the same message, advocating a rapid and consensual solution in respect with international law. Respect of international law means not only full compliance with the UN Convention on the Law of the Sea (UNCLOS), but also with the UN conventions on human rights. The decision to initiate an international arbitration in the framework of UNCLOS is consistent with international law and a step in the right direction.

You can rest assured that we will continue to monitor the situation of all EU citizens under detention in India and coordinate further actions with the Member States.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się po debacie.

12.2. Äthiopien

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad siedmioma projektami rezolucji w sprawie Etiopii (2016/2520(RSP)).

Jordi Sebastià, Autor. – Señor Presidente, en primer lugar me gustaría que nos felicitáramos por el grado de consenso que hemos conseguido para aprobar esta Resolución. Es verdad que se trata de una Resolución larga y compleja, y eso resulta inevitable cuando hablamos de Etiopía.

Hay un punto de partida muy claro, que es lo que queremos denunciar aquí: la represión gubernamental contra manifestaciones pacíficas de agricultores y pastores que protestaban por el intento de ampliar el término municipal de Adís Abeba, un intento que afectaba a su modo de vida de forma fundamental y que les exponía a dejarlos a la total intemperie. Esas manifestaciones fueron salvajemente reprimidas y, según los testimonios de defensores de derechos humanos, causaron al menos ciento cuarenta muertos. Ese es el punto urgente que nos trae hoy aquí.

Pero era inevitable también, y por eso la extensión de esta Resolución, contextualizar, hablar de lo que está pasando, en general, en Etiopía. ¿Y qué es Etiopía en estos momentos? Un país con una democracia fallida, secuestrada por un régimen de partido único. Un país donde se practica sistemáticamente la represión de diversos grupos étnicos, como los oromo o los ogadén. Un país lleno de desplazados, de refugiados, muchos de los cuales huyen hacia nuestra Europa. Un país donde se aplican leyes antiterroristas que coartan la libertad de expresión, donde se practican arrestos arbitrarios, donde se persigue a miembros de las ONG y donde hay también encarcelados ciudadanos de la Unión Europea.

Es cierto que tiene un papel clave en la región, pero eso no debe servir de excusa para nuestra postura, la postura de la Unión Europea, que debe exigir atención y el cumplimiento de todas las disposiciones de derechos humanos que están en la misma Constitución de Etiopía. Etiopía es, además, uno de los países más pobres del mundo. Los que hemos estado allí hemos visto unos niveles de miseria que no creo que se puedan superar. Y la Unión Europea es la primera donante de ayuda Etiopía. Debemos aprovechar ese papel para forzar al Gobierno etíope a cumplir sus compromisos en defensa de los derechos humanos. Si no, estaremos renunciando a uno de los papeles fundamentales de la Unión Europea.

Isabella Adinolfi, Autore. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, la libertà di espressione è un diritto fondamentale e come tale va tutelato, come previsto dalla Carta africana e dall'accordo di Cotonou. Noi tutti abbiamo a cuore il rispetto dei principi della Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo, senza i quali non può esserci una vera democrazia. Chiediamo quindi che si instauri immediatamente un dialogo politico inclusivo e trasparente tra tutti i rappresentanti politici, della società civile e della popolazione. Il continente africano è un continente meraviglioso, ricco di risorse, ma che paga lo sfruttamento selvaggio colonialistico. L'Unione europea dovrebbe impegnarsi ad aiutare i paesi africani ad affrancarsi ed emanciparsi a partire dalle politiche commerciali, senza cadere in nuove forme di neocolonialismo, travestite troppo spesso da accordi economici e di libero scambio.

Mark Demesmaeker, Auteur. – Etnische bevolkingsgroepen, zoals de Oromo en de Amhara, krijgen het door hun oppositiewerk hard te verduren in Ethiopië. Ze zijn het doelwit van georganiseerd geweld. Het Oost-Afrikaanse land mag dan wel op het vlak van economische groei en menselijke ontwikkeling tot de betere leerlingen van de Afrikaanse klas behoren, de mensenrechtensituatie is er allesbehalve rooskleurig.

De staatsgeleide groei heeft dus duidelijk een keerzijde. De regering duldt amper inspraak en vrije journalistiek is er geen gemakkelijk vak. Ethiopië is een halfopen gevangenis voor oppositieleden en journalisten. Ook worden er hervormingen doorgevoerd zonder veel aandacht voor de gevolgen voor de bevolking. Een voorbeeld daarvan is het "Addis Ababa masterplan", een blauwdruk om de hoofdstad uit te breiden in de regio Oromiya. Hierop braken vreedevolle protesten uit, die de ordetroepen hardhandig de kop indrukten, met als trieste balans 140 doden.

Onder hevige druk werd dat plan aan de kant geschoven. De rust is weergekeerd, maar de situatie zal precair blijven, indien er geen ruimte gelaten wordt voor politieke vrijheid. Wil Ethiopië zijn economische opmars waarborgen en een rechtmatige *donor darling* van de Europese Unie zijn, dan is verandering broodnodig!

Jiří Pospíšil, Autor. – Pane předsedající, já bych se za naši frakci chtěl připojit k tomuto návrhu usnesení. Projednáváme otázku lidských práv v tomto státě, v Etiopii, po několika měsících opět zde na plénu. Toto jednání vyvolalo dění v posledních dvou měsících v Etiopii, které zde bylo mými kolegy zmiňováno. Zkrátka a dobře, na konci minulého roku bylo přes sto čtyřicet lidí brutálně zabito při pokojných demonstracích v Addis Abebě. Tito lidé, příslušníci etnika Oromů, pokojně protestovali proti tomu, aby se změnil územní plán Addis Abeby a aby tak oni přišli o své pastviny a aby byli vyhnáni ze svého území.

Je zřejmé, že situace lidských práv v Etiopii se neustále zhoršuje, proto tento bod tady máme a musíme jej projednávat, řekněme, jako orgán, který se zabývá stavem lidských práv ve světě. Je zcela zřejmé, že v tuto chvíli musí Evropská unie protestovat proti tomu, jak etiopská vláda nakládá s politickou opozicí, jak uvěžňuje politické lídry, jak etiopská vláda nakládá s nezávislými médii, kdy je zde jednoznačně potlačován stav a právo svobodného projevu. Etiopie patří mezi deset zemí, kde jsou nejvíce potlačována práva novinářů na světě. Takto bychom mohli hovořit o neziskovém sektoru, o obyčejných, řekněme, aktivistech, kteří jsou také vězněni, a legislativa v této zemi je taková, že víceméně zde nemůžete provádět neziskovou, nestátní činnost.

Na druhé straně je v této zemi 700 tisíc uprchlíků, je zde obrovský problém s klimatem a tato země potřebuje pomoc. Potřebuje pomoc od nás, od Evropské unie, ale my musíme, a to je moje výzva vůči Komisi, tuto pomoc spojit s tím, jaký je stav lidských práv a stav demokracie v této zemi. Tedy pomoc ano, ale za podmínky, kdy vláda začne zlepšovat situaci lidských práv v Etiopii.

Beatriz Becerra Basterrechea, autora. – Señor Presidente, señor Comisario, mientras los Estados de la Unión Europea, con más de 500 millones de ciudadanos, se resignan a no ser capaces de distribuirse 160 000 refugiados, Etiopía, un país empobrecido y con 96 millones de habitantes, acoge ya a más de 700 000 refugiados, provenientes principalmente de Sudán del Sur, Somalia y Eritrea.

Al mismo tiempo, Etiopía es un país clave en el flujo de inmigrantes que llegan a Europa.

Este rompecabezas solo puede resolverse si lo enfocamos y actuamos conjuntamente sobre el origen de las causas de la inmigración. Así lo ha entendido la Comisión, y celebro el acuerdo alcanzado el pasado noviembre sobre la Agenda Europea de Migración, financiada principalmente por el Fondo Fiduciario para África, que proporcionará 253 millones de euros para diez acciones clave para el Cuerno de África,

Pero hay una cuestión que me preocupa, señor Mimica: ¿qué papel va a tener el Parlamento en el desarrollo de este programa?

Por otro lado, en esta Resolución denunciemos que Etiopía sufre graves problemas de violaciones de derechos humanos. Entre 2014 y 2020 solo del Fondo Europeo de Desarrollo vamos a hacerles llegar 745 millones de euros. ¿Podría, señor Comisario, confirmarme si va a desarrollar una herramienta para que los fondos europeos no contribuyan a sostener la violación de derechos humanos por quien lo permite?

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Monsieur le Président, c'est la première résolution sur l'Éthiopie depuis dix ans, cela explique sa longueur. Pourtant, depuis 2009, le pouvoir éthiopien semble s'enfoncer dans un climat répressif et liberticide. Les ONG parlent d'abus systématiques: arrestations arbitraires, détentions illégales, torture, criminalisation des LGBTI et même exécutions extrajudiciaires. La répression à l'égard de la communauté Oromo, qui se révolte parce qu'elle est menacée d'expulsion de son territoire, le plus fertile de ce pays, sous couvert de grands projets industriels et urbains, est symptomatique de cette dérive. En outre, l'Éthiopie s'apprête à connaître la plus grande sécheresse depuis cinquante ans, du fait du dérèglement climatique. Une catastrophe humanitaire se profile. Dix à quinze millions de personnes auraient besoin d'une aide alimentaire cette année, dont cinq millions d'enfants.

Ce pays accueille, par ailleurs, plus de 800 000 réfugiés. Il est représentatif de l'évolution migratoire des pays du continent africain, qui deviennent tous plus ou moins pays d'origine, d'accueil et de transit.

L'Union européenne veut en faire, à travers le processus de Khartoum, l'un des partenaires clés des nouvelles politiques migratoires. J'ai pour le moins des doutes, des craintes que l'aide au développement soit détournée au profit de l'obsession européenne de renvoyer les migrants, l'Éthiopie servant à réceptionner les refoulés de l'Union européenne des autres pays de la Corne de l'Afrique. Tout partenariat doit passer par des avancées en matière de droits de l'homme, y compris pour les migrants. Il ne peut y avoir de développement sans des avancées vers plus de démocratie.

Oui, il y a urgence pour l'Éthiopie. Oui, l'Union européenne doit jouer un rôle en favorisant le plein respect de la diversité culturelle et religieuse du peuple éthiopien, qui est l'une de ses plus grandes richesses.

Pier Antonio Panzeri, Autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è da alcuni mesi che in Etiopia gli abitanti della regione di Oromia stanno manifestando contro il piano di espansione dei confini municipali della capitale Addis Abeba all'interno del loro territorio. Un'espansione reiterata, che in passato ha già causato problemi agli agricoltori locali, costretti a dover lasciare le loro terre e a vivere in condizioni di assoluta povertà. Da quando sono iniziate le proteste la situazione è critica: 140 manifestanti sono stati uccisi e molti altri sono stati feriti dalle forze di sicurezza in quella che si può considerare la peggiore crisi umanitaria del paese dal 2005. Per tutto questo, chiediamo che innanzitutto cessi immediatamente quest'ultima ondata di violenze e violazioni dei diritti umani, torture e intimidazioni politiche. Infine, pur nella consapevolezza dell'impegno, che riconosciamo, dell'Etiopia nella cooperazione con l'Unione europea sulla questione immigranti e rifugiati, tuttavia, considerando anche gli ingenti finanziamenti di cui beneficia il governo etiope, è necessario monitorare l'utilizzo dei fondi ed evitare che questi facilitino violazioni dei diritti umani, come nei casi che abbiamo sollevato.

Ana Gomes, *em nome do Grupo S&D.* – Senhor Presidente, a repressão de manifestantes oromas, em Adis Abeba, que resultou em, pelo menos, 140 mortes, é apenas a mais recente evidência da política brutal de silenciamento de toda e qualquer oposição ou crítica pelo Governo etíope: um Governo que mantém o povo sob vigilância opressiva, que fabrica acusações de terrorismo para prender e torturar jornalistas, opositores, estudantes e manifestantes pacíficos; um Governo que corta financiamento externo às organizações de direitos humanos e de desenvolvimento para as forçar a fechar, que aprova projetos megalómanos para forjar estatísticas, que organiza a apropriação de terras para expulsar comunidades sem respeito pelos seus direitos, seja na Oromia, na Gambela ou no Ogaden.

Tudo isto se passa com o apoio e a conivência da União Africana, dos Estados Unidos e da União Europeia e seus Estados-Membros, que continuam a contribuir substancialmente para o orçamento para essa opressão, a pretexto do papel que a Etiópia representa na estabilidade da região. Pois esta política não é sustentável – trai os nossos valores e princípios e, de facto, fomenta a instabilidade, porque leva à injustiça e ao desespero, podendo levar o povo etíope a uma insurreição violenta.

É preciso tirar lições da Primavera Árabe de 2011. Sabemos exercer a nossa influência tremenda para manter relações com o Governo, mas realmente ajudar quem se bate pela democracia e pelo respeito pelos direitos humanos na Etiópia enquanto é tempo.

Ivan Jakovčić, *u ime kluba ALDE.* – Gospodine predsjedniče, predug je popis antidemokratskog djelovanja etiopskih vlasti. Žao nam je što je to jedna od najsiromašnijih zemalja na svijetu, ali s druge strane taj popis uključuje zloupotrebu antiterorističkog zakona na način da se korištenjem tog zakona vrši represija nad opozicijom, nad novinarima, generalno govoreći nad javnošću. Sve ono što se čini manjinama u Etiopiji ne može se zvati demokratskim potezima. Također, treba istaknuti upravo činjenicu tzv. masterplana razvoja Adis Abebe kojim se ustvari želi oteti zemlja oromskom području.

Zato, pozivam etiopske vlasti na dijalog s nama i s Ujedinjenim narodima kako bismo mogli nastaviti potrebne donacije Etiopiji jer želimo dobro ovoj zemlji i njenom narodu.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL.* – Señor Presidente, en primer lugar agradezco a los grupos su trabajo conjunto para condenar las acciones represivas del Gobierno de Etiopía y por alertar del agravamiento social y económico en el Cuerno de África, causante de la crisis de refugiados —más de setecientos mil— en la región. Es necesario trabajar conjuntamente para reconducir esta situación, liberar a los presos políticos y asegurar el respeto pleno de los derechos humanos.

Sin embargo, la responsabilidad europea tiene que ir más allá de estos llamamientos de urgencia. En primer lugar, existen responsabilidades económicas. La inclusión dependiente de Etiopía en el comercio global y las multinacionales en la región están consolidando la desigualdad y la falta de acceso a la tierra. Se está condenando a la mayoría de la población a la pobreza y a la ausencia de derechos sociales.

Quiero advertir a los Gobiernos europeos que no utilicen terceros países como cárceles mientras se niegan a asumir sus obligaciones internacionales en materia de derechos humanos. Nos preocupa que los fondos de desarrollo se destinen a objetivos de seguridad interior y no a la mejora de las condiciones sociales y económicas en la región. Son estas condiciones sociales y económicas las que tienen que tener un papel prioritario y no un efecto paliativo, como pretende la Comisión.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, Ethiopia represents one of the most ancient and culturally rich civilisations. Its diverse ethnic and religious community, which has managed to live through millennia side by side, was something to admire not so long ago. In the last few decades, however, the situation has strongly deteriorated, with numerous human rights violations severely hampering social, economic and political progress in the country.

The recent events surrounding the expansion of the Ethiopian capital, Addis Ababa, have become just another example of large-scale civil rights violations. Harassment of opposition, crackdowns on protesters, limitations on civil society and the media, the political under-representation of most ethnic groups and internet censorship – this is, most regrettably, the current reality in Ethiopia.

The EU is a major financial donor and provider of assistance to Ethiopia and must step up its efforts, effectively addressing this issue by using every available instrument at its disposal. Ethiopia has the potential to become considerably more than it is today and our task is to lend a helping hand. The current situation, however, is no longer beneficial and it has to change as soon as possible.

Pytania z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem přesvědčen o tom, spolu se svými kolegy, že represe uplatňovaná na civilním obyvatelstvu, na politických věznicích, na novinářích, všeobecná bída, to skutečně není dobrá vizitka pro etiopskou vládu a pramení z toho řada dalších důsledků i pro náš kontinent. Uprchlíká krize je možná vrcholem těchto problémů a myslím si, že by bylo vhodné, abychom etiopské vládě velmi důrazně připomenuli, že by měla být vládou demokratického státu a že doba Habešského císařství již snad dávno pominula. Já bych byl velmi rád, aby zde dnes zazněl hlas, který si myslím, že jde od nás všech vystupujících, že tyto kroky etiopské vlády rozhodně nenachází naši podporu a měly se by se promítnout i do naší rozvojové pomoci.

José Inácio Faria (ALDE). – Senhor Presidente, nos últimos dois meses, o Governo etíope assassinou 140 manifestantes que protestavam pacificamente contra os planos do Governo de expandir a capital, expropriando, para esse efeito, indiscriminadamente, terrenos agrícolas, propriedade da etnia oroma, a maior do país. Esta repressão brutal é o culminar da perseguição que os oromas têm vindo a sofrer desde 2011, e que motivou que, em dezembro do ano passado, na sequência da morte de 75 estudantes, que também protestavam pacificamente contra este plano urbanístico, a Alta Representante Federica Mogherini instasse os responsáveis políticos etíopes ao diálogo construtivo entre as partes e à resolução pacífica deste conflito.

Na sequência das inúmeras pressões a que foi sujeito, o Governo etíope atualmente no poder anunciou durante a semana passada que iria retirar este plano urbanístico, como forma de restabelecer a paz social na área.

Caros colegas, não podemos deixar-nos enganar com esta pretensa boa vontade de um Governo que não se furta a utilizar todos os meios ao seu dispor para o oprimir os seus cidadãos. Agora, mais do que nunca, a União Europeia tem de reforçar todos os mecanismos ao seu dispor para denunciar esta política de extermínio do Governo etíope.

(Koniec pytań z sali)

Neven Mimica, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, the European Union and its Member States have a regular and frank dialogue with the Government of Ethiopia on issues related to democracy and human rights. Our consistent message is that economic and social development must go together with political and human rights to make it sustainable.

A strong civil society and freedom of expression, association, and peaceful assembly are crucial for creating a more prosperous, secure and more economically successful country. In that context, the European Union is following recent unrest in Oromia, triggered by the urban expansion plans for Addis Ababa city, closely and with concern. There were also ethnic clashes in the Amhara region, which received less attention from the media but which also resulted in casualties.

On 23 December 2015, the European External Action Service spokesperson called for a peaceful resolution of the disputes. These events show the importance of constructive dialogue to address grievances. We called for clarity on all acts of violence and abuses perpetrated against protesters, as well as accountability for such violations. We have raised these concerns with the Ethiopian authorities in Addis, and most recently in Brussels when the Minister for Foreign Affairs, Dr Tedros Adhanom came to visit High Representative/Vice-President Mogherini on 13 January. He recognised the situation and informed us that the Addis Ababa expansion master plan had been discarded.

Ethiopia is facing many other challenges, where we are also working with the government. The population has grown dramatically in recent decades, now reaching over 100 million people. This is a challenge in terms of job creation, service delivery and poverty reduction. The effects of two consecutive droughts and of El Niño have left 10.2 million people in need of food assistance, in addition to eight million already benefiting from government programmes.

This endangers the social and economic development of the country. In this context the European Union provides, and will continue to provide, political and financial support for improving the human rights situation in Ethiopia, but also for supporting, in parallel, efforts by the government in terms of poverty reduction, economic and social development and humanitarian issues.

Ethiopia is the biggest beneficiary of the 11th European Development Fund's bilateral development envelope of EUR 745 million, complemented by regional and thematic programmes and Emergency Trust Fund operations for stability and addressing root causes of irregular migration and displaced persons in Africa.

Despite these immense needs, Ethiopia has an open door policy and is the largest refugee-hosting country in Africa, with over 700 000 refugees. In the EU, we shall provide support on this issue through the Regional Development and Protection Programme for the Horn of Africa, as well as through the recently signed Common Agenda on Migration and Mobility.

Ethiopia is an important partner for the European Union in many areas – migration, climate change, regional peace and stability to name but a few. We enjoy a constructive engagement on all these aspects that are important to Europe, to Ethiopia and to the region. In the same vein, the European Union will resolutely continue to stress the importance of human rights in Ethiopia and support the country in respect of the fundamental freedoms of its citizens.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się po debacie.

Krisztina Morvai (NI). – Mr President, what you are doing is an absolute breach of the rules, and I wonder: we are about 40-45 people out of the 751 Deputies here this afternoon. Could you please enlighten me, Mr President, why those of us who take the effort to stay here are not allowed to speak under the catch-the-eye procedure? If, for whatever reason, you decide not to give us the floor, do you not think that it would be a minimum level of collegiality to tell us in advance of the procedure and how you decide to give us the floor or not? What is your principle on that?

Przewodniczący. – Pani Poseł! Myślę, że akurat ja jestem tym przewodniczącym, który stara się Pani zawsze udzielać głosu i nie powinna Pani na mnie narzekać. Zabrała Pani głos kilkukrotnie, jeżeli nie zobaczyłem Pani nazwiska na liście, to bardzo Panią za to przepraszam, i oczywiście to się więcej nie powtórzy. Nie było tutaj mojej złej woli i myślę, że Pani mnie o złą wolę nigdy nie posądzała i nie posądzi. Jeszcze raz przepraszam.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Considero gravissima la situazione dei diritti umani in Etiopia, violati ripetutamente dalle forze di sicurezza, che rispondono con la violenza alle proteste pacifiche dei cittadini nei confronti delle politiche governative. Le stesse autorità etiopi, che dovrebbero garantire lo stato di diritto, abusano del potere nelle loro mani facendo arrestare i dissidenti, tra cui molti giornalisti e membri dei partiti politici di opposizione. Sono molto preoccupata per la sorte di tutti coloro che sono perseguitati per le proprie idee.

Mi chiedo come sia possibile che l'Etiopia, il secondo Paese più popoloso d'Africa ed in pieno sviluppo economico, possa tollerare tali violazioni del diritto inalienabile alla libertà di espressione. Considerati gli aiuti che l'Etiopia riceve dall'Unione europea e i trattati internazionali sul rispetto dei diritti umani sottoscritti dal Paese, la situazione è inaccettabile!

La Commissione ha il dovere di sollecitare le autorità etiopi al rispetto delle libertà di espressione e a liberare i detenuti, la cui unica colpa è pensarla diversamente dalla linea dettata dal Governo.

Credo sia fondamentale che l'Unione faccia maggiore attenzione nei negoziati presenti e futuri con l'Etiopia, per non scendere a compromessi con un Paese che, ad oggi, non garantisce il rispetto dei diritti umani.

12.3. Nordkorea

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad siedmioma rezolucjami w sprawie Korei Północnej (2016/2521(RSP)).

Isabella Adinolfi, Autore. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche io porto le scuse del collega autore che non è potuto essere qua. Dunque, bomba nucleare: la sola parola mi fa rabbrivire, non possiamo non condannare fortemente il test nucleare del 6 gennaio, chiaramente è un atto provocatorio. Il problema, però, è che per essere credibili anche qui noi in Europa, dovremmo smantellare le nostre armi e chiudere ogni tipo di commercio con i paesi dove ci sono conflitti. Soltanto con il buon esempio, con l'esempio, possiamo essere credibili.

È notizia recente che gli Stati Uniti hanno deciso di imbarcarsi in un programma di ammodernamento delle armi nucleari e il programma riguarderà anche l'Italia, infatti verranno rimpiazzate 70 bombe atomiche ad Aviano, nelle sedi di Aviano e Ghedi. Sono bombe atomiche di nuova generazione che distruggono anche il sottosuolo. Giusto quindi, giustissimo, puntare il dito contro il regime di Pyongyang, ma l'Unione europea dovrebbe fare lo stesso nei confronti dei vari Stati membri e partner, a partire agli Stati Uniti.

Nirj Deva, author. – Mr President, I speak as the Chair of the Delegation for the Korean Peninsula, and it is with a very heavy heart that I get up this afternoon to talk about what is happening in North Korea. I was so upset and sad to hear that a bomb had been exploded by the North Korean regime at a time when the European Parliament and my delegation had been working extremely hard over the last year to build a relationship between the North and the South, to the point that we had been invited by both sides to write a peace treaty between the North and the South, something that – as you may know – does not currently exist.

What does exist is an armistice signed some 63 years ago, and the entire construct of the Republic of Korea and the DPRK is built on an armistice. In my understanding an armistice is a break in a war, but not a peace treaty. My intention has been to write this peace treaty with the help of the United States, China, Russia and all the other parties involved. That is what we have been doing. I want to keep our relationship with North Korea open even though they are playing some a dangerous game, which is not of any value as I see it, either to themselves, or to global peace. They cannot create economic structures by building nuclear weapons when their people are hungry and their economy is one of the least developed. We need to keep the door open, and I intend to do that.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”. – Domnule Deva, știți că am fost împreună în Coreea și am încercat, aveți dreptate, să ajutăm la împăcarea celor două Corei. Vă întreb direct: cu experiența dumneavoastră, credeți că putem noi, ca Uniune Europeană, să influențăm, într-adevăr, să aducem unificarea celor două Corei? Pentru că am discutat cu ministrul unificării din Coreea de Sud și mi s-a părut că nu are un program concret.

Nirj Deva, Author, blue-card answer. – I am very grateful to you for asking that question. If you look at all the interlocutors on this particular issue, we, the EU, are the only people who do not have an axe to grind. This is an English expression, which I am sure you will understand. We do not have a particular set of goals. We want peace. We want reconciliation. Once we get that understood by the Chinas, the Japans and the North and South Koreas and the United States, then we will make progress. So we have a unique position and a role to play here.

Cristian Dan Preda, auteur. – Monsieur le Président, ce débat sur la Corée du Nord est très important pour plusieurs raisons. Il s'inscrit tout d'abord dans le mouvement de condamnation après le récent test nucléaire dont s'est vanté la Corée du Nord. Ce test a été conduit en violation de toutes les résolutions du Conseil de sécurité de l'ONU et il représente une menace très sérieuse pour la stabilité de la péninsule coréenne.

La deuxième raison principale est que, cette année, il y a eu un candidat coréen pour le prix Sakharov. Le révérend Hyeon, qui a consacré toute sa vie à la défense des droits de l'homme en Corée du Nord, n'a malheureusement pas été officiellement nommé par manque de soutien. Octroyer le prix Sakharov à un défenseur des droits de l'homme nord-coréen serait une étape essentielle dans la lutte pour le respect des droits de l'homme.

L'incidence du prix Sakharov sur les pays concernés ne reste plus à prouver, il a permis par le passé de raviver le débat sur la question des droits de l'homme et d'encourager la société civile à s'engager davantage. C'est pour cette raison que je profite de cette occasion pour inviter nos collègues qui veulent vraiment aider la Corée du Nord à soutenir une telle démarche cette année. Jamais personne issu de la Corée du Nord n'a été au moins candidat officiel pour la nomination et c'est absurde, parce que c'est l'un des derniers pays totalitaires. Le prix a été donné à des personnalités importantes, je crois qu'il faut aussi faire ce pas vers la Corée du Nord.

Il est important d'ailleurs que le Parlement envoie un message fort à la Corée, et que ces situations des droits de l'homme restent une priorité pour la politique étrangère. Dans ce sens, nous appelons dans notre résolution, Madame Mogherini, à suivre de près la situation dans ce pays et à maintenir une pression constante sur ce régime. Je souhaitais remettre la Corée du Nord à l'ordre du jour de nos résolutions, car je refuse de m'associer au pessimisme ambiant quant aux capacités de changement de ce pays. La population nord-coréenne mérite un engagement constant de notre part, le régime ne va entreprendre aucune réforme de sa propre initiative. C'est à la communauté internationale de saisir les occasions propices pour agir durablement.

Marietje Schaake, author. – Mr President, the hydrogen bomb test that North Korea performed in early January has been condemned by the Council and the UN Security Council. We, too, strongly condemn the test, which is a direct threat to stability and peace on the Korean peninsula. Further provocations should be avoided at all costs by abandoning nuclear and ballistic missile programmes, and an end should be sought to the provocations through the six-party talks, which should be resumed.

Another key point of concern to us is that the human rights situation and the humanitarian situation are very, very dire. People face systematic repression, and the Commission of Inquiry has established that crimes against humanity were perpetrated. We need more concrete international action to end the impunity and to bring the perpetrators to justice. We should also consider more targeted sanctions.

It is essential for the international community to convince the Chinese Government to use its influence, both economically and politically, to push North Korea to de-escalate. It should also make an effort to accept refugees from North Korea.

Helmut Scholz, Verfasser. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Konflikte und Entwicklungen in der Welt, bei denen man sich fragt, warum es die politische Vernunft der Weltgemeinschaft nicht schafft, sie einer politischen Lösung zuzuführen.

Der Konflikt auf der koreanischen Halbinsel gehört für mich dazu. Man kennt seine Wurzeln, seinen historischen Verlauf, seine Beteiligten und deren Rhetorikschablonen. Man kennt die Rituale, nach denen sich der Konflikt gestaltet: dieses ewige Pendeln zwischen Vorpreschen und Zurückrudern, Konfrontation und Dialog, Öffnung und Einmauern.

Die Gesamtsituation erinnert an die Zeit, als die Blockkonfrontation klar an ihre Grenzen gestoßen war und sich doch alles irgendwie in einer Balance, in einer Art Ausgleich befand, wo der Krieg keine reale politische Option, immer aber eine rhetorische darstellte.

Genau so stellt sich die Situation auch heute dar. Auch nach dem verurteilenswerten jüngsten Kernwaffentest von Nordkorea agieren bereits alle wieder nach ihren Routinen, alle reden von destabilisierender Wirkung, aber keiner handelt wirklich.

Selbst der UN-Sicherheitsrat hat mit seiner einmütigen Resolution 2094 vom März 2013 quasi schon auf Sanktionsvorrat für den jüngsten Kernwaffentest gearbeitet.

Ich frage mich, ob man darauf spekuliert, dass das Gesellschaftssystem in Nordkorea so aus der Zeit gefallen ist, dass es zusammenbrechen wird muss. Das wäre ein gravierender Fehler, denn die KVR weist ungeachtet aller Sanktionen ein hohes Wirtschaftswachstum auf, steht kurz vor der Selbstversorgung mit Lebensmitteln und ist bei weitem nicht aus den internationalen Weltwirtschaftsprozessen ausgegrenzt. Schauen wir mal nach: Die Apps auf unseren i-Phones sind in Nordkorea produziert.

Wo man politische Opponenten aus der eigenen Familie einfach erschießt, kann man von Menschenrechten nicht sprechen. Wo politische Macht vererbt werden kann, gibt es keine Demokratie. Wo Arbeitsleistung von Staats wegen brutal enteignet wird, kann man vielleicht Pathos zentral organisieren, aber nie gesellschaftliche Beteiligung und Legitimation erhalten. So lange aber mit unseren Entschlüssen keine politische Lösungsansätze entwickelt werden, bleiben es nur Erkenntnisse.

Ich meine, wir müssen die Leitlinien entwickeln, die auch in der Entschlüsselung gefordert wurden und die neue EU-Strategie gegenüber der KDVR zur Lösung der Prozesse auf der koreanischen Halbinsel festlegen.

Pier Antonio Panzeri, Autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi condanniamo fermamente il test nucleare che la Corea del Nord ha condotto il 6 gennaio scorso e chiediamo al governo della Corea del Nord di riformare e ratificare il trattato di non proliferazione nucleare, dal quale ha ritirato la firma nel 2003. Chiediamo poi un ulteriore rafforzamento delle sanzioni da parte del Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite, perché ci preoccupa la situazione dei diritti umani nel paese. Il governo della Corea del Nord non consente, infatti, alcuna opposizione politica, il sistema giudiziario è sottomesso allo Stato mentre la pena di morte è in vigore per un ampio spettro di crimini contro lo Stato. E dobbiamo parlare di crimini indicibili per i quali la Corea del Nord dovrebbe essere chiamata dinanzi alla Corte penale internazionale per rispondere di tali abusi. Quindi, è doveroso da parte nostra, con la risoluzione, chiedere anche di abolire la pena di morte, di rilasciare i prigionieri politici e consentire ai propri cittadini di viaggiare liberamente e, data la gravità della situazione alimentare che il paese sta affrontando, invitiamo in ogni caso, comunque, la Commissione a mantenere i programmi di aiuto umanitario.

Michaela Šojdřová, za skupinu PPE. – Pane předsedající, situace v Severní Koreji je opravdu vážná. Osobně jsem Severní Koreu navštívila před deseti lety s delegací české poslanecké sněmovny. A viděla jsem autoritářský režim, který lze svým vlastním občanům a uzavírá se před světem. Bohužel za tu dobu, jak konstatuje vyšetřovací komise OSN v roce 2014, se vůbec nic nezměnilo. Je velmi smutné, že lidé v Severní Koreji dále trpí hladem, zatímco jejich vláda financuje výzkum a výrobu jaderných zbraní a bezpečnostní služby na sledování vlastních občanů a jejich perzekuci. Jednání o odzbrojení, o jaderném odzbrojení a dodržování lidských práv Severní Korea blokuje. Přitom musím říci, že to je krásná země s přírodním bohatstvím a nadanými lidmi a mohla by být stejně bohatá, stejně rozvinutá jako Jižní Korea, která se nevzdává naděje na spojení.

Pro kolegu Scholze: řešení není na straně Jižní Koreje, řešení má v ruce autoritářská vláda Severní Koreje. Jižní Korea velmi pozorně sleduje vývoj Severní Koreje a také nejlépe rozumí tomu, čím je možné její vývoj ovlivnit. Proto doporučuji a usnesení Evropského parlamentu to také zmiňuje, aby Evropská komise využila odborné kapacity při vytváření strategie Evropské unie právě ze strany Jižní Koreje, která tyto odborné kapacity má. Čili tváří v tvář uzavřenosti Severní Koreje považují za velmi důležité, že se této situaci věnujeme.

Andi Cristea, în numele grupului S&D. – Domnule preşedinte, întrucât proliferarea nucleară, chimică, biologică şi a mijloacelor tehnice purtătoare reprezintă o ameninţare la adresa păcii şi a securităţii internaţionale, condemn ferm testul nuclear efectuat de Coreea de Nord în 6 ianuarie, deoarece constituie o încălcare gravă a obligaţiilor sale internaţionale, a rezoluţiilor Consiliului de Securitate al ONU şi a regimului de neproliferare.

Este primordială suspendarea tuturor activităţilor legate de programul de rachete balistice şi abandonarea completă a programelor nucleare existente. Totodată, autorităţile nord-coreene trebuie să-şi îndeplinească obligaţiile care le revin, să coopereze şi să asigure organizaţiilor umanitare şi raportorului special al ONU pe drepturile omului accesul pe teritoriul său.

Comisia are datoria să menţină canalele de comunicare cu Coreea de Nord şi programele de ajutor umanitar existente. De asemenea, este de datoria autorităţilor nord-coreene să asigure accesul tuturor cetăţenilor pe bază de nevoi la produsele alimentare şi de asistenţă umanitară.

(Posiedzenie zostało zawieszona na kilka minut)

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Noord-Korea deed de wereld twee weken geleden inderdaad letterlijk en figuurlijk daveren met zijn proef met de waterstofbom. Wat speelt zich toch af in het hoofd van die grote leider Kim Jong-un?

Noord-Korea staat synoniem voor kleurloze tristesse. De weinige objectieve berichten uit die openluchtgevangenis tonen de slavenstatus van het Noord-Koreaanse volk en de blijvende mensenrechtenschendingen. Een mening of vrijheid is niemand gegund. Politieke tegenstanders ondergaan de gruweldood, goed uitgekiend en geleidelijk door opzettelijke uithongering, dwangarbeid, standrechtelijke executies en onmenselijke brutaliteit.

Het waterstofexperiment werd deze keer ook veroordeeld door buur en bondgenoot China. Over mensenrechten zweeg Peking natuurlijk in alle talen. Net zoals Rusland overigens. De twee landen zitten natuurlijk in hetzelfde schuitje; spreken over Noord-Koreaanse schendingen zou hypocriet zijn.

Maar de Unie, commissaris, mag niet zwijgen! Wij zijn het verplicht aan die honderdduizenden onschuldigen, de hongerige kinderen zonder toekomst, de verloren Noord-Koreaanse generaties. Wij zijn het ook aan onszelf verplicht, wegkijken zou al te gemakkelijk zijn.

Dita Charanzová, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, North Korea is the urgency that never ends: every month there is another report of a new person unjustly imprisoned, another execution of some top government official or more reports of common Korean citizens dying from unnecessary hunger in order to feed a military machine.

To say that North Korea is a Kafkaesque state is an extreme understatement. From announcing that they had an H-bomb two weeks ago, I understand that the big announcement this week is that they had cured hangovers. Based on what we have seen, I believe it would be pointless for me to ask the North Korea regime to do anything. Instead, let me call on China to end its support for this regime. Supporting North Korea is a drain on the Chinese economy, a waste of its natural resources and a shame on Chinese honour. The days of the Cold War are over. Supporting this regime does a disservice to both regional and Chinese security. Only a united Korea at peace can finally bring security to Northeast Asia.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, like most People's Democratic Republics in history, North Korea is not a republic, it is not democratic and it does not act for its people. Communism in North Korea, like every other regime ever to try it, is rotten and corrupt to the core. They execute someone every four hours, they grow more drugs than they grow food, and there is serious malnutrition, rationing and utter ruthlessness towards dissidents.

I am sorrowfully reminded that, only a couple of months ago in the British Parliament, Labour's Shadow Chancellor approvingly pulled out and quoted the Little Red Book of China's Chairman Mao. Mao's version of communism butchered tens of millions of his own people. We should hang our heads in shame that such extremism was ever seen in the British Parliament. We must fight and reject the politics of North Korea. We must fight the ideology that gives birth to it every bit as much as we fight that which spawns organisations like ISIS.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, au paragraphe 3 de votre proposition de résolution commune, vous affirmez votre désir de trouver une solution diplomatique avec Pyongyang. Or, dès le paragraphe suivant, vous exigez de nouvelles sanctions contre ce pays, alors que la Corée du Nord est déjà le pays le plus isolé de la planète.

Si je n'ai aucune espèce de sympathie pour cette terrible dictature communiste, je ne crois pas qu'il faille répondre à ses provocations par de nouvelles sanctions, qui ne peuvent qu'aggraver la paranoïa de ses dirigeants. Oui, ils sont paranoïaques, mais il faut bien reconnaître, hélas, que les mensonges, les incohérences et les volte-face des chancelleries occidentales fournissent trop souvent des arguments crédibles à la propagande nord-coréenne. Qu'on se rappelle simplement le mythe des armes de destruction massive de Saddam Hussein, qui a servi de prétexte à la deuxième guerre du Golfe, intervention calamiteuse qui est à l'origine du chaos infernal qui règne désormais au Moyen-Orient.

Si l'on peut reconnaître à M^{me} Mogherini certaines habiletés diplomatiques, l'ingérence permanente de l'Union européenne aggrave bien plus souvent les conflits qu'elle ne les résout. C'est aux voisins et aux interlocuteurs traditionnels de la Corée du Nord de trouver une solution aux vrais problèmes que pose aujourd'hui ce pays.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I would like to express my strong support for this motion for a resolution, which strongly condemns North Korea's nuclear test conducted on 6 January 2016 — another nuclear test conducted by this country, which is again posing a serious threat to regional and international peace and security. These nuclear tests violate the United Nations Security Council resolutions. The pursuit of illegal nuclear and ballistic missile programmes constitutes a challenge to the international nuclear non-proliferation regime and risks aggravating regional tensions. North Korea has increasingly isolated and impoverished its people through its pursuit of weapons of mass destruction and their means of delivery, and should instead return to the six-party talks without preconditions.

We must continue to closely monitor developments in the North Korea nuclear dossier and its regional and global implications. I expect a further strengthening of sanctions by the United Nations Security Council, and I call on North Korea to choose, in the end, a constructive path by engaging with the international community.

Pytania z sali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já se chci také připojit k podpoře tohoto návrhu našeho textu. Už to bylo řečeno, Severní Korea je dnes země, která asi nejvíce potlačuje lidská práva na světě. Komunistická diktatura, která vraždí ročně tisíce svých občanů, statisíce lidí jsou zavřeny v koncentračních táborech a více než polovina obyvatel trpí hladu a mnozí dokonce hladem umírají. Je to země, se kterou se bohužel v poslední době nedaří vést nějaký mezinárodní dialog. Přesto si myslím, že je dobře, že to usnesení dnes přijmeme. Já chci říct jednu poznámku, která tu také v debatě zazněla. Připadá mi velmi důležitá ta část usnesení, kde vyzýváme Čínu, aby nám pomohla v tlaku na Severní Koreu. Osobně se totiž domnívám, že Čína je jediná země, která má nějakou autoritu u funkcionářů Severní Koreje a Čína tak může být klíčová ve snaze změnit režim v Severní Koreji a dovést režim k respektování alespoň základních lidských práv.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Corea del Nord resta tra i paesi più isolati al mondo a causa di atti provocatori, come i test effettuati con bomba nucleare all'idrogeno il 6 gennaio scorso. Da sessant'anni, questo paese minaccia di invadere e distruggere i suoi vicini meridionali e gli Stati Uniti. È troppo facile congelare gli ultimi annunci e atteggiamenti della Corea del Nord come semplici schermaglie. Questa volta il pericolo è serio e arriva due mesi dopo che il terzo test nucleare della Corea del Nord ha portato il Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite ad approvare nuove sanzioni contro i nordcoreani, che seguono quelle già approvate in precedenza.

La Corea del Nord deve astenersi dall'intraprendere ulteriori azioni provocatorie e rispettare immediatamente tutti gli obblighi internazionali. È giunto il momento per la comunità internazionale di adottare azioni concrete per porre fine a questa situazione. I maggiori player internazionali e il governo della Repubblica popolare cinese in particolare esercitino tutta la propria influenza e la loro leva politica ed economica sulla Corea del Nord per garantire che la situazione non si aggravi ulteriormente. Lavoriamo insieme per ripristinare la pace nel mondo.

António Marinho e Pinto (ALDE). – Senhor Presidente, o problema da Coreia do Norte só pode ter uma solução séria e duradoura se for encontrada no quadro das contribuições multilaterais – não pode ser apenas a União Europeia e/ou os Estados Unidos, em articulação, ou não, com o Japão e a Coreia do Sul, é necessário envolver todos os países que possam dar contributos positivos para a questão, nomeadamente a China e a Rússia, que foram, no passado, aliados importantes da Coreia do Norte.

Ignorar ou hostilizar a China e a Rússia não ajuda à solução do problema – antes pode mesmo agravá-lo. O problema do armamento nuclear da Coreia do Norte não se resolve com proclamações retóricas, é preciso ações concretas.

Jaromír Štětina (PPE). – Pane předsedající, zdůrazňuji, že se v Severní Koreji porušování lidských práv dopouští režim komunistický. Znovu zdůrazňuji, je to režim komunistický, tento režim ohrožuje nejen korejský poloostrov, ale i budoucnost demokracie ve světě včetně Evropy. Upozorňuji, dámy a pánové, že se komunisté snaží o novou internacionalizaci komunismu. Například Komunistická strana Čech a Moravy se netají svou ambicí stát se frontmanem mezinárodního komunistického hnutí a vytvořit něco jako novou komunistickou internacionálu. Jejich silným partnerem jsou právě komunisté severokorejští, kteří se mezinárodních jednání komunistů v Praze pravidelně účastní.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, Sjeverna Koreja je zemlja koja je potpisnica većine međunarodnih sporazuma o zaštiti ljudskih prava, koje redovito krši. Zato pozivanje na poštivanje rezolucija Vijeća sigurnosti, kao i naši pozivi da poštuje pravila međunarodnog javnog poretka svakako neće pomoći.

Nažalost, neće pomoći ni pozivi da to čini Kina svojim utjecajem na Sjevernu Koreju, jer Kina će to raditi u skladu sa svojim interesima, a ne u skladu s našim pozivima. Jedino pravo rješenje je koordinirana zajednička međunarodna diplomatska akcija, naravno, koja izostaje zbog toga što se susjedne zemlje Sjeverne Koreje oko toga teško dogovaraju.

Unatoč tome, ja podržavam ovu rezoluciju i pozivam Europski parlament i Europsku komisiju da prate stanje ljudskih prava u Sjevernoj Koreji kao i stanje ugrožavanja međunarodnog mira od strane Sjeverne Koreje.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Szívből kívánok Önnek mielőbbi jobbulást! És most a Bizottság itt lévő képviselőjéhez fordulok. A jelentés 4. pontja arról szól, hogy az Európai Parlament felszólítja a nemzetközi közösséget, hogy ne tartsa tovább a kommunista diktátorok bűncselekményeit és legyen minél előbb igazságszolgáltatás a diktatúra bűnöseivel szemben. Kérem szépen a Bizottságnak a képviselőjét, emlékeztessen, vajon rosszul emlékszem-e: sok volt kommunista ország képviselteti magát itt az Európai Unióban. Nem emlékszem arra, hogy akár a csatlakozási tárgyalások során, amik közvetlenül az úgynevezett rendszerváltást követték, akár azóta felszólította volna az Európai Unió akár ezeket az országokat, akár a társult országokat, hogy az akkor még nagy számban élő kommunista bűnösöket, legalább a legdurvább kommunista bűncselekmények elkövetőit állítsák bíróság elé és szigorúan büntessék meg. Jól emlékszem vagy rosszul emlékszem? Esetleg valamiféle kettős mércéről van-e szó?

Urmaz Paet (ALDE). – Tänan teid! Põhimõtteliselt me võiksim e igal oma täiskogu istungil inimõiguste rikkumise punkti all Põhja-Koreast rääkida ja nii juba aastaid, mis näitab, et tegemist on äärmiselt keerulise probleemiga, muidugi ennekoike Põhja-Korea enda inimeste jaoks, aga märgid näitavad, et see oht muutub järjest suuremaks ka ümbritsevatele riikidele. Kahjuks viimastest aastatest võib õppida, kuidas maailm on maha maganud mitu probleemi – selles mõttes, et kui oleks õigel ajal sekkutud, oleks suurem häda jäänud olemata.

Ma kardan, et Põhja-Koreaga võib minna täpselt samamoodi, et arutatakse, räägitakse, aga need, kes suudaksid avaldada tegelikku survet Põhja-Koreale, on tagasihoidlikud. Pean ennekoike silmas Hiinat, teatud määral ka Venemaad. Muidugi Euroopa Liit ja teised maailma riigid peavad õppima viimaste aastate vigadest ja viimaste aastate mahamagamistest ning mitte laskma juhtuda Põhja-Koreaga sedasama õnnetust, et tagantjärele tagajärgedega tegeleda on juba hoopis keerulisem.

(Koniec pytań z sali)

Neven Mimica, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, the European Union is watching with great concern the serious violations of human rights in the Democratic People's Republic of Korea, as documented, among others, by the UN Commission of Inquiry's report in early 2014. The situation calls for urgent systematic and structural changes in North Korea. This is a moral and legal imperative, but also a very practical necessity.

The situation as it stands is a recipe for long-term regional instability. I would like to recall that some of the findings of the Commission of Inquiry even point to possible crimes against humanity. For that reason, the European Union has supported the recommendation that the UN Security Council refers the situation in North Korea to the International Criminal Court.

The European Union has been and will remain at the forefront of keeping this dire state of affairs at the centre of attention of the international community. Our work at the UN is clear testimony of that. But the EU's goal is not securing headlines or condemnation; our prime objective is achieving concrete improvements on the ground. That is what matters the most. The European Union is already financing a number of food security, health, water and sanitation projects in the Democratic People's Republic of Korea that are of direct benefit to some of the most vulnerable people in the country, including some children in care institutions, the elderly, people with impairments and vulnerable farming communities.

The European Union is ready to do more and to cooperate further with North Korea, but only if it starts to address credibly and substantially its major and serious human rights deficiencies. If North Korea decides to follow the path of real engagement on human rights, starting with full cooperation with the UN Human rights mechanisms, then it will manage to secure a real, effective security in ways that illegal nuclear weapons will never provide.

But recent actions by North Korea – the illegal nuclear test that it conducted on 6 January — show that we are not yet on a positive path and our ability to cooperate remains severely limited as a result. North Korea should focus on the much-needed human rights reforms that its citizens require, not on destabilisation and illegal actions that create an insecure and threatening environment to the detriment of all.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się po debacie.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Monica Macovei (ECR), în scris. – Condamn cu fermitate cel de-al patrulea test nuclear susținut de Coreea de Nord. Coreea de Nord încalcă 4 rezoluții ale Consiliului de Securitate al ONU (din 2006, 2009 și 2 din 2013) care interzic cu desăvârșire orice program nuclear sau balistic. Este lamentabil, dar mai ales periculos cum Coreea de Nord sfidează fără rușine securitatea și pacea lumii. Odată cu încălcarea rezoluțiilor Consiliului de Securitate, Coreea de Nord își încalcă angajamentele și constituie o amenințare gravă la pacea din regiune. De altfel, Coreea de Nord încalcă drepturile omului într-un mod „fără egal în lumea contemporană”. În ultimul raport Human Rights Watch din 2015, se menționează o vastă rețea de lagăre, unde sunt închiși circa 120 000 de oameni. Aceste abuzuri pot fi asimilate crimelor împotriva umanității. Contramăsurile luate trebuie să vizeze sancțiuni mai dure ca până acum. Cer guvernului din Coreea de Nord să aleagă dialogul în locul testelor nucleare care pun în pericol o lume întreagă.

13. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

14. Abstimmungsstunde

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest głosowanie.

(Wyniki i inne szczegóły dotyczące głosowania: patrz protokół)

14.1. In Indien inhaftierte EU-Bürger, insbesondere italienische, estnische und britische Staatsbürger (B8-0081/2016, B8-0084/2016, RC-B8-0085/2016, B8-0085/2016, B8-0090/2016, B8-0093/2016, B8-0096/2016, B8-0099/2016)

14.2. Äthiopien (RC-B8-0082/2016, B8-0082/2016, B8-0086/2016, B8-0087/2016, B8-0091/2016, B8-0095/2016, B8-0100/2016, B8-0121/2016)

14.3. Nordkorea (RC-B8-0083/2016, B8-0083/2016, B8-0088/2016, B8-0089/2016, B8-0092/2016, B8-0094/2016, B8-0097/2016, B8-0098/2016)

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam głosowanie.

15. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

16. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

17. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

18. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

19. Unterbrechung der Sitzungsperiode

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 16.50)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/823

15.1.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11374 — BUCKLAND / HY24 INVESTOR / ICE)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/823)

Am 8. Januar 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11374 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11152 – TERNA / MAURO MIGLIAZZI / DXT / WESII)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/828)

1. Am 4. Januar 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Terna Rete Elettrica Nazionale S.p.A. („TERNA“, Italien), kontrolliert von Cassa Depositi e Prestiti S.p.A. über seine Tochtergesellschaft Terna Forward S.r.l.,
- DxT Commodities S.A. („DxT“, Schweiz), kontrolliert von Duferco Participations Holding S.A.,
- Herrn Mauro Migliazzi,
- Wesii S.r.l. („Wesii“, Italien), gemeinsam kontrolliert von DxT Commodities S.A. und Herrn Mauro Migliazzi.

TERNA, DxT und Herr Migliazzi werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Wesii erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- TERNA ist im Bereich der Übertragung und Einspeisung von Strom und in anderen Bereichen im Energiesektor tätig,
- DxT ist im Handel mit Rohstoffen tätig,
- Herr Mauro Migliazzi ist eine natürliche Person und der Gründer von Wesii.
- Wesii bietet multispektrale Inspektionsdienste (durch Fernerkundungstechnologien unter Einsatz unbemannter Luftfahrzeuge und künstlicher Intelligenz) für Kunden im Fotovoltaiksektor.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11152 – TERNA / MAURO MIGLIAZZI / DXT / WESII

⁽¹⁾ ABL L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABL C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/829

15.1.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11366 – FIVE ARROWS / TA ASSOCIATES / AGILIO)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/829)

1. Am 22. Dezember 2023 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Five Arrows Managers LLP („Five Arrows“, Vereinigtes Königreich), kontrolliert von Rothschild & Co,
- TA Associates Cayman, LLC („TA Associates“, Kaimaninseln), kontrolliert von TA Associates Management L.P.,
- Agilio Software Topco Limited („Agilio“, Vereinigtes Königreich), derzeit kontrolliert von August Equity LLP.

Five Arrows und TA Associates werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Agilio erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Five Arrows erbringt als Teil der Merchant-Banking-Sparte von Rothschild & Co. Anlageverwaltungsdienstleistungen für eine Reihe von Private-Equity- und Private-Debt-Vehikeln; Five Arrows wird letztlich kontrolliert von Rothschild & Co., das drei Hauptgeschäftsbereiche umfasst: i) Finanzberatung (Beratung bei Fusionen und Übernahmen, zu Finanzierung und Umschuldung sowie zu Kapitalmarkttransaktionen), ii) Privatbank und Vermögensverwaltung (mit Schwerpunkt auf Erhaltung, Wachstum und Übertragung von Vermögen und Vermögenswerten privater und institutioneller Kunden) sowie iii) Merchant Banking (Produktangebote für private und institutionelle Anleger, die auf den Private-Equity-Märkten investieren wollen),
- TA Associates ist der oberste persönlich haftende Gesellschafter jedes Fonds von TA Associates, der eine Beteiligung an Agilio erwirbt; TA Associates wird letztlich von TA Associates Management L.P. kontrolliert, einem Anlageberater für TA-Fonds,
- Agilio entwickelt und verkauft Softwarelösungen für Zahnärzte und Allgemeinärzte.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11366 – FIVE ARROWS / TA ASSOCIATES / AGILIO

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/830

15.1.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11369 - TA ASSOCIATES / WARBURG PINCUS / EXERCITE GROUP)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/830)

1. Am 5. Januar 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- TA Associates Management, L.P. („TA Associates“, USA),
- Warburg Pincus LLP („Warburg Pincus“, USA),
- AggroSport GmbH und JP Beteiligungs GmbH („Exercite-Gruppe“, Deutschland), derzeit kontrolliert von Waterland Private Equity und dem Gründer von Hansefit (Teil der Exercite-Gruppe).

TA Associates und Warburg Pincus werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über die Exercite-Gruppe übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- TA Associates ist eine weltweit tätige Private-Equity-Gesellschaft, die sich auf Investitionen in den Branchen Technologie, Gesundheitswesen, Finanzdienstleistungen, Konsumgüter und Unternehmensdienstleistungen in Nordamerika, Europa und Asien konzentriert,
- Warburg Pincus ist eine weltweit tätige Private-Equity-Gesellschaft. Ihre Portfolio-Unternehmen sind in einer Vielzahl von Branchen tätig, darunter Energie, Finanzdienstleistungen, Gesundheitswesen, Industrie- und Unternehmensdienstleistungen, Technologie, Medien und Telekommunikation,
- Die Exercite-Gruppe bietet Unternehmen in Deutschland und den Niederlanden Lösungen an, die es ihren Arbeitnehmern ermöglichen, Gesundheits- und Fitnessleistungen in Anspruch zu nehmen; die Nutzer (z. B. die Arbeitnehmer) können über ein Portal oder eine App auf die entsprechenden Dienstleistungen (etwa Mitgliedschaft in einem Fitnessstudio und Gesundheitsdienstleistungen) zugreifen.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11369 – TA ASSOCIATES / WARBURG PINCUS / EXERCITE GROUP

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/831

15.1.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11338 – BAOSTEEL / MITSUI / JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/831)

1. Am 8. Januar 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates bei der Kommission ⁽¹⁾ eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Shanghai Baosteel International Economic & Trading Co., Ltd. („Baosteel“, China), kontrolliert von China Baowu Steel Group Corporation Limited („Baowu Group“, China),
- Mitsui & Co., Ltd. („Mitsui“, Japan).

Baosteel und Mitsui werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Zhejiang Bao-Mit Precision Steel Technology Co., Ltd. (das Gemeinschaftsunternehmen („JV“, China), derzeit unter der alleinigen Kontrolle von Baowu Group, erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Baosteel ist in der Herstellung, Verarbeitung und dem Vertrieb von Eisen und Stahl, in der Informationstechnologie, der Kohlenstoffindustrie und der Finanzbranche tätig.
- Mitsui ist eine Handels-, Geschäftsführungs- und Projektentwicklungsgesellschaft, die in mehreren Sektoren tätig ist, darunter Eisen- und Stahlerzeugnisse, mineralische und metallische Ressourcen, Infrastrukturprojekte, Mobilität, Chemikalien, Energie, Lebensmittelressourcen, Verbraucherdienstleistungen, IT und Kommunikation/Unternehmensentwicklung.

3. Das JV ist in folgenden Geschäftsbereichen tätig: Verarbeitung und Verkauf von kaltgewalzten Stahlfertigerzeugnissen, Dienstleistungen zur Verarbeitung von kaltgewalztem Stahl, die Dritten gegen Entgelt erbracht werden, Verarbeitung und Verkauf von beschichtetem Stahl und Elektrostahl- (Siliziumstahl-) Erzeugnissen und Vertrieb von unverarbeiteten Stahlerzeugnissen von Baosteel.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

5. Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

6. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11338 – BAOSTEEL / MITSUI / JV

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



Mitteilung an die Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2022/2319 des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/290 des Rates, und der Verordnung (EU) 2022/2309 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Haiti unterliegen

(C/2024/901)

Den im Anhang des Beschlusses (GASP) 2022/2319 des Rates ⁽¹⁾, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/290 des Rates ⁽²⁾, und in Anhang I der Verordnung (EU) 2022/2309 des Rates ⁽³⁾, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291 des Rates ⁽⁴⁾, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Haiti aufgeführten Personen wird Folgendes mitgeteilt:

Am 8. Dezember 2023 hat der Ausschuss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, der gemäß der Resolution 2653 (2022) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen eingesetzt wurde, vier Personen in die Liste der Personen und Organisationen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, aufgenommen.

Die betroffenen Personen können bei dem gemäß der Resolution 2653 (2022) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen eingesetzten VN-Ausschuss jederzeit unter Vorlage von entsprechenden Nachweisen beantragen, dass der Beschluss, sie in die genannte Liste aufzunehmen, überprüft wird. Entsprechende Anträge sind an folgende Anschrift zu richten:

Focal Point for De-listing
Security Council Subsidiary Organs Branch
Room DC2 2034
United Nations
New York, N.Y. 10017
United States of America

Tel. +1 9173679448

Fax +1 9173670460

E-Mail: delisting@un.org

Weitere Informationen finden Sie unter: <https://www.un.org/securitycouncil/sanctions/2653>.

Auf den Beschluss der Vereinten Nationen hin hat der Rat der Europäischen Union entschieden, dass die von den VN benannten Personen in die Listen der Personen und Organisationen aufzunehmen sind, die restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2022/2319, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/290, und nach der Verordnung (EU) 2022/2309, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291, unterliegen. Die Gründe für die Aufnahme dieser Personen in die Listen sind in den jeweiligen Einträgen im Anhang zu dem Beschluss und in Anhang I der Verordnung aufgeführt.

Die betroffenen Personen werden darauf hingewiesen, dass sie bei den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats bzw. der betreffenden Mitgliedstaaten (siehe Websites in Anhang II der Verordnung (EU) 2022/2309, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291) beantragen können, dass ihnen die Verwendung eingefrorener Gelder zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse oder für bestimmte Zahlungen genehmigt wird (vgl. Artikel 6 der Verordnung).

Die betroffenen Personen können beim Rat unter Vorlage entsprechender Nachweise beantragen, dass der Beschluss, sie in die genannte Liste aufzunehmen, überprüft wird; ein entsprechender Antrag ist an folgende Anschrift zu richten:

⁽¹⁾ ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 135.

⁽²⁾ ABl. L, 2024/290, 15.1.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2024/290/oj>.

⁽³⁾ ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 17.

⁽⁴⁾ ABl. L, 2024/291, 15.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/291/oj.

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
RELEX.1
Rue de la Loi 175/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

E-Mail: sanctions@consilium.europa.eu

Die betroffenen Personen werden ferner darauf aufmerksam gemacht, dass sie den Beschluss des Rates unter den in Artikel 275 Absatz 2 und Artikel 263 Absätze 4 und 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Voraussetzungen vor dem Gericht der Europäischen Union anfechten können.



Mitteilung an die Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2022/2319 des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/290 des Rates, und der Verordnung (EU) 2022/2309 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Haiti unterliegen

(C/2024/902)

Den Personen, die im Anhang des Beschlusses (GASP) 2022/2319 des Rates ⁽¹⁾, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/290 des Rates ⁽²⁾, und in Anhang I der Verordnung (EU) 2022/2309 des Rates ⁽³⁾, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291 des Rates ⁽⁴⁾, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Haiti aufgeführt sind, wird Folgendes mitgeteilt:

Gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/2309, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291 sind diese Personen verpflichtet, Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats, die in ihrem Eigentum oder Besitz sind oder von ihnen gehalten oder kontrolliert werden, innerhalb von sechs Wochen nach der Aufnahme in Anlage I der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in dem sich diese Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen befinden, zu melden. Sie müssen mit der zuständigen nationalen Behörde bei der Überprüfung solcher Informationen zusammenzuarbeiten. Ein Verstoß gegen diese Pflichten gilt als Umgehung der Maßnahmen zum Einfrieren von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen.

Die zu meldenden Informationen sind der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats über dessen Website gemäß Anhang II der Verordnung (EU) 2022/2309, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291, zu übermitteln.

⁽¹⁾ ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 135.

⁽²⁾ ABl. L, 2024/290, 15.1.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2024/290/oj>.

⁽³⁾ ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 17.

⁽⁴⁾ ABl. L, 2024/291, 15.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/291/oj.



Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2022/2319 des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/290 des Rates, und der Verordnung (EU) 2022/2309 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Haiti, unterliegen

(C/2024/903)

Die betroffenen Personen werden gemäß Artikel 16 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ auf Folgendes hingewiesen:

Die Rechtsgrundlagen für diese Verarbeitung sind der Beschluss (GASP) 2022/2319 des Rates ⁽²⁾, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/290 des Rates ⁽³⁾, und die Verordnung (EU) 2022/2309 des Rates ⁽⁴⁾, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291 des Rates ⁽⁵⁾.

Der für diese Verarbeitung Verantwortliche ist der Rat der Europäischen Union, vertreten durch den Generaldirektor der Generaldirektion Außenbeziehungen (RELEX) des Generalsekretariats des Rates, und die mit der Verarbeitung betraute Stelle ist das Referat RELEX.1, das unter folgender Anschrift kontaktiert werden kann:

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
RELEX.1
Rue de la Loi 175/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

E-Mail: sanctions@consilium.europa.eu

Der Datenschutzbeauftragte des Generalsekretariats des Rates kann folgendermaßen kontaktiert werden:

Datenschutzbeauftragter

data.protection@consilium.europa.eu

Ziel der Verarbeitung ist die Erstellung und Aktualisierung der Liste der Personen und Organisationen, die gemäß dem Beschluss (GASP) 2022/2319, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/290, und der Verordnung (EU) 2022/2309, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291, restriktiven Maßnahmen unterliegen.

Die betroffenen Personen sind die natürlichen Personen, die die Kriterien für die Aufnahme in die Liste gemäß dem Beschluss (GASP) 2022/2319, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/290, und der Verordnung (EU) 2022/2309, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/291 des Rates, erfüllen.

Die erhobenen personenbezogenen Daten umfassen die zur korrekten Identifizierung der betroffenen Person erforderlichen Daten sowie die Begründung für die Aufnahme in die Liste und andere diesbezügliche Daten.

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten sind die nach Artikel 29 EUV erlassenen Beschlüsse des Rates und die nach Artikel 215 AEUV erlassenen Verordnungen des Rates, in denen natürliche Personen (betroffene Personen) benannt und das Einfrieren von Vermögenswerten und Reisebeschränkungen angeordnet werden.

Die Verarbeitung ist erforderlich für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a im öffentlichen Interesse liegt, und für die Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen aus den oben genannten Rechtsakten, denen der für die Verarbeitung Verantwortliche gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2018/1725 unterliegt.

Die Verarbeitung ist aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2018/1725 erforderlich.

⁽¹⁾ ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39.

⁽²⁾ ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 135.

⁽³⁾ ABl. L, 2024/290, 15.1.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2024/290/oj>.

⁽⁴⁾ ABl. L 307 vom 28.11.2022, S. 17.

⁽⁵⁾ ABl. L, 2024/291, 15.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/291/oj.

Der Rat kann personenbezogene Daten betroffener Personen von den Mitgliedstaaten und/oder dem Europäischen Auswärtigen Dienst erhalten. Empfänger der personenbezogenen Daten sind die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst.

Alle personenbezogenen Daten, die vom Rat im Zusammenhang mit der Umsetzung von Benennungen und aktualisierten Benennungen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und der einschlägigen Sanktionsausschüssen der Vereinten Nationen verarbeitet werden, werden für einen Zeitraum von fünf Jahren gespeichert, gerechnet ab dem Zeitpunkt, zu dem die betroffene Person von der Liste der Personen, deren Vermögenswerte eingefroren wurden, gestrichen wurde oder die Gültigkeit der Maßnahme abgelaufen ist oder, wenn beim Gerichtshof Klage erhoben wird, bis ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist. Personenbezogene Daten, die in vom Rat registrierten Dokumenten enthalten sind, werden vom Rat für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung (EU) 2018/1725 aufbewahrt.

Der Rat muss möglicherweise personenbezogene Daten über eine betroffene Person mit einem Drittland oder einer internationalen Organisation im Zusammenhang mit der Umsetzung der VN-Benennungen durch den Rat oder im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit in Bezug auf die Politik der EU im Bereich der restriktiven Maßnahmen austauschen. Liegen weder ein Angemessenheitsbeschluss noch geeignete Garantien vor, so gilt bzw. gelten für die Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation gemäß Artikel 50 der Verordnung (EU) 2018/1725 folgende Bedingung(en):

- Die Übermittlung ist aus wichtigen Gründen des öffentlichen Interesses erforderlich;
- die Übermittlung ist zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der betroffenen Person erfolgt ohne automatisierte Entscheidungsfindung.

Die betroffenen Personen haben das Recht auf Information und das Recht auf Zugriff auf ihre personenbezogenen Daten. Sie haben außerdem das Recht, ihre Daten zu berichtigen und zu vervollständigen. Unter bestimmten Umständen haben sie das Recht, eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten zu erwirken, oder das Recht, gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen oder eine Einschränkung ihrer Verarbeitung zu verlangen.

Betroffene Personen können diese Rechte ausüben, indem sie eine E-Mail an den für die Verarbeitung Verantwortlichen mit Kopie an den Datenschutzbeauftragten (siehe oben) senden.

Die betroffenen Personen müssen ihrem Antrag zum Nachweis ihrer Identität die Kopie eines Identifizierungsdokuments (Personalausweis oder Reisepass) beifügen. Dieses Dokument sollte eine Identifikationsnummer, das Ausstellungsland, die Gültigkeitsdauer, ihren Namen, ihre Adresse und ihr Geburtsdatum enthalten. Alle anderen Angaben auf der Kopie des Identifizierungsdokuments, wie das Foto oder andere persönliche Merkmale, können unkenntlich gemacht werden.

Betroffene Personen haben das Recht, gemäß der Verordnung (EU) 2018/1725 Beschwerde beim Europäischen Datenschutzbeauftragten (edps@edps.europa.eu) einzulegen.

Zuvor sollten die betroffenen Personen versuchen, Abhilfe zu schaffen, indem sie sich an den für die Verarbeitung Verantwortlichen und/oder den Datenschutzbeauftragten des Rates wenden.